Zd 8 q

Stadt-
Bibliothek
Elbing

~~BIBLIOTEKA
UNIWERSYTECKA
W TORUNIU~~

112/Eu

Deutſches Archiv für Landes- u. Volksforſchung

Herausgegeben von E. Meynen/Berlin

in Verbindung mit

A. Brackmann/Berlin – H. Haſſinger/Wien
Fr. Metz/Freiburg i. Br. – M. Rein/Hamburg
Br. Schier/Leipzig und R. Wittram/Poſen

5. Jahrgang 1941

Mit 5 Textabbildungen,
9 Bildtafeln, 21 Textkarten und 3 mehrfarbigen Karten

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG

cz. 558.6

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA

40010

~~2696~~

Stadt-Bibliothek Elbing

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

Printed in Germany

Druck von A. Heine GmbH., Gräfenhainichen

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Seite

Ammann, Hektor: Unterſuchungen zur Geſchichte der Deutſchen im mittelalterlichen Frankreich. III. Die Deutſchen auf den Meſſen von Chalon an der Saône und in Burgund . . . . . 580—590

Arndt, Karl J. R.: Die Anfänge einer deutſchen Anſiedlung an den Quellen des Susquehanna . . . . . 58—71

Boehm, Max Hildebert: Landſchaft und Volkstum im lothringiſchen Raum . . 445—481

Brauner, Heinz: Die Volkwerdung der Slowaken . . . . . 96—112

Brunner, Otto: Albert Brackmanns Arbeiten zur Geſchichte der deutſchen Oſtpolitik 199—204

Folkers, Johann Ulrich: Die geſchichtliche Bedeutung der Landnahme als Ausleſevorgang . . . . . 506—569

Haſſinger, Hugo: Wiens deutſche Sendung im Donauraum . . . . . 338—357

Haug, Eduard: Aufgaben der Mundarten- und Volksforſchung im Elſaß . . . . . 1—10

Hecke, Wilhelm: Die Bevölkerungszuwanderung in die Großſtädte Wien und Berlin 80—87

Hehn, Jürgen von: Vom baltiſchen Deutſchtum in den letzten 20 Jahren. Bemerkungen zu ſeiner Geſchichte in der Nachweltkriegszeit und zur Umſiedlung . . . . 216—241

Hellmann, Manfred: Zur Frage der Einwanderung von Deutſchen nach Litauen . 242—248

Herrmann, Walther: Das Montan-Induſtriegebiet an Moſel und Saar. Eine Unterſuchung der induſtriellen Zuſammenhänge . . . . . 278—314

Keyſer, Erich: Die Nordgrenze Polens im 10. Jahrhundert . . . . . 271—277

Kloß, Heinz: Volksgruppenangehörige in Paris 1931 . . . . . 88—95

Kloſtermann, R. A.: Deutſche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen 375—392, 614—638

Kolb, Albert: Die germaniſche Bevölkerung der Hawaiiſchen Inſeln mit beſonderer Berückſichtigung des Deutſchtums . . . . . 72—79

Lendl, Egon: Das Deutſchtum in Slawonien und Syrmien und ſeine wiſſenſchaftliche Erforſchung . . . . . 143—154

Manuila, Sabin: Das Judenproblem in Rumänien zahlenmäßig geſehen . . . 603—613

Oehme, Ruthardt: Die Freigrafſchaft — eine geographiſche Skizze . . . . . 482—505

Ohnſorge, Werner: Die Bedeutung der deutſch-byzantiniſchen Beziehungen im 12. Jahrhundert für den deutſchen Oſten . . . . . 249—259

Otterſtädt, Herbert: Vom deutſchen Blutsanteil in Krain . . . . . 39—57

Pfeffer, Karl Heinz: Die Notwendigkeit der totalen Volksforſchung . . . . . 407—420

Röhlk, Otto: Das Kontor in Bergen . . . . . 205—215

Sappok, Gerhard: Polens Tributpflicht gegenüber dem Deutſchen Reich im 10. Jahrhundert . . . . . 260—270

Schier, Bruno: Von Stand und Aufgaben der ſudetendeutſchen Volkskunde . . 368—371

Sommer, Erich Franz: Die Anfänge der Moskauer deutſchen Sloboda . . . . 421—444

Storm, Carl: Zur deutſchen Burgenforſchung. Bemerkungen von ſeiten der Burgengeographie . . . . . 118—142

Swientek, Horſt-Oskar: Das Archivweſen in Böhmen und Mähren nach der ſtaatlichen Neuordnung 1938/39 . . . . . 358—367

Tintelnot, Hans: Die Stellung der ſchleſiſchen Baukunſt in der oſtdeutſchen Architektur des Mittelalters . . . . . 591—602

Seite

Trier, Joſt und Schepers, Joſef: Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden . . . . 11—25

Tornau, Udo: Alters- und Berufsſchichtung der volksdeutſchen Umſiedler 113—117, 372—374

Weinelt, Herbert: Untergegangenes Deutſchtum in Mähren . . . . 315—337

Weizſäcker, Wilhelm: Die Verbreitung des Meißner Rechtsbuchs im Oſten . . 26—38

Zatſchek, Heinz: Urkundenforſchung und Volksforſchung . . . . 570—579

Neues Schrifttum

Die Dichtung der außendeutſchen Volksgruppen (Die Arbeiten von A. Wolpert, W. Schneider, H. Kindermann, K. K. Klein u. a.), beſprochen von G. Fittbogen-Berlin . . . . 155—162

Widukinds von Korvei Sachſengeſchichte und die Chronik des Thietmar von Merſeburg in neuer Ausgabe und die letzten Forſchungen über ihren Quellenwert, beſprochen von A. Brackmann-Berlin . . . . 162—174

Der Volksboden im madjariſch-ſlowakiſchen Grenzgebiet (Bronislaw Varſik, Die ſlowakiſch-madjariſch-ethniſche Grenze in den letzten Jahrhunderten, Preßburg 1940), beſprochen von H. Brauner-Breslau . . . . 174—178

Konfeſſion und Geburtlichkeit (Otto Huberle, Familienbiologiſche Unterſuchungen in der Nordmark, Leipzig 1939), beſprochen von Dietrich Wichmann-Kiel . . . . . 178—180

Die evangeliſche Kirche bei den Donauſchwaben (H. W. Röhrig, Die Geſchichte der deutſch-evangeliſchen Gemeinden des Banats, Leipzig 1940), beſprochen von Wilhelm Sattler-Graz . . . . 180—182

Die Geſchichte einer amerikadeutſchen Gemeinſchaft (F. D. Dove, Cultural Changes in the Church of the Brethren, Elgin Jll. 1932), beſprochen von Heinz Pfeffer-Berlin 183—186

Deutſche Volksmelodik innerhalb der Oſtfragen (Walter Wiora, Die deutſche Volksliedweiſe und der Oſten, Wolfenbüttel 1940), beſprochen von H. J. Moſer-Berlin 393—395

Die Ötzthaler. Anthropologie und Anatomie einer Tiroler Talſchaft (Guſtav Sauſer, Die Ötztaler, Innsbruck 1938), beſprochen von Fr. Keiter-Würzburg . . . . . 395—396

Deutſche Tuchmacherwanderung nach dem Oſten (A. Breyer, Deutſche Tuchmachereinwanderung in den oſtmitteleuropäiſchen Raum von 1550—1830, Leipzig 1941), beſprochen von E. O. Koßmann-Berlin . . . . 396—398

Die deutſchrechtliche Siedlung in Polen (E. O. Koßmann, Die deutſchrechtliche Siedlung in Polen. Dargeſtellt am Lodzer Raum, Leipzig 1937), beſprochen von Walther Maas, z. Z. bei der Wehrmacht. . . . . 398—401

Das Koloniſationswerk Joſef II. in Galizien (Ludwig Schneider, Das Koloniſationswerk Joſef II. in Galizien, Poſen 1939), beſprochen von R. Lorenz-Wien . . . . 401—404

Die Entſtehung der deutſch-niederländiſchen Grenze im Zuſammenhang mit der Neuordnung des niederländiſch-niederrheiniſchen Raumes 1813—1815 (E. M. Klingenburg, Die Entſtehung der deutſch-niederländiſchen Grenze, Leipzig 1940), beſprochen von L. Juſt-Bonn . . . . 404—405

Der hiſtoriſche Atlas von Niederſachſen (Geſchichtlicher Handatlas Niederſachſens, hrsg. von Georg Schnath), beſprochen von G. Wrede-Osnabrück . . . . 639—648

Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten (Heinz Kloß, Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika. Bd. 1: Die Erſtſiedlergruppen), beſprochen von K. Braunias . . . . 647—649

Raſſe, Volk, Erbgut in Schleſien. Arbeiten des Anthropologiſchen Inſtitutes der Univerſität Breslau (Raſſe, Volk, Erbgut in Schleſien. Eine Heftreihe des Anthropologiſchen Inſtitutes der Univerſität Breslau in Verbindung mit führenden Perſönlichkeiten Schleſiens, Heft 1—14), beſprochen von Fr. Keiter-Würzburg . . . 649—650

Seite
Reformation und Südoſtgrenze des Reichs (Günther Stökl, Die deutſch-ſlawiſche Südoſtgrenze des Reiches im 16. Jahrhundert), beſprochen von O. Brunner-Wien 651
Aufſätze zur Geſchichte der Weſtgrenze des alten Reiches (Leo Juſt, Um die Weſtgrenze des alten Reiches), beſprochen von F. Metz-Freiburg i. Breisgau . . . . 652—653
Zum Aufbau der Volkskulturen (Bruno Schier, Der Bienenſtand in Mitteleuropa), beſprochen von J. Hanika-Prag-Eger . . . . 654—655
Agrarverfaſſung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland (Werner Conze, Agrarverfaſſung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland), beſprochen von M. Hellmann-Berlin . . . . 655—657
Brandenburg-Preußen und die Proteſtanten in Polen (Gotthold Rhode, Brandenburg-Preußen und die Proteſtanten in Polen 1640—1740), beſprochen von R. A. Kloſtermann-Berlin . . . . 657—660
Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen (Manfred Hellmann, Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen in Litauen 1690—1793), beſprochen von W. Maas. z. Z. bei der Wehrmacht . . . . 660—661

Bibliographien

Hallier, Chriſtian: Lothringiſche Bibliographie (Auswahl ſeit 1918) . . . . . 187—198
Oehme, Ruthardt: Schrifttum über die Freigrafſchaft Burgund. In Auswahl . . 662—668

Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung

Geſamtverzeichnis von Bd. 1—5, 1937—1941 . . . . 669—686

Karten

Das Deutſchtum in Slawonien und Syrmien, auf Grund der ſtaatlichen ungariſchen Bevölkerungszählung von 1910, dargeſtellt nach ſeiner abſoluten und relativen Stärke in den Steuergemeinden von Dr. Andreas Lutz, unter Ausſcheidung der Waldgebiete bearbeitet von Dr. E. Boehm. 1 : 400000 . . . . Karte I
Das Deutſchtum in Slawonien und Syrmien, auf Grund der ſtaatlichen jugoſlawiſchen Bevölkerungszählung von 1931, dargeſtellt nach ſeiner abſoluten und relativen Stärke in den Steuergemeinden von Dr. Wilhelm Sattler. 1 : 400000 . . . . Karte II
Die Verbreitung der Deutſchen in Eſtland und Lettland auf Grund der amtlichen Volkszählungen von 1934 (Eſtland) und 1935 (Lettland), bearbeitet von K. v. Maydell und G. Bornkam. 1 :1000000 Karte III

Textkarten

Seite
Mundartengrenzen am Oberrhein. Entworfen von Eduard Haug 5
Die hausgeſchichtlichen Zuſammenhänge vor den mittelalterlichen Neuerungen. Entworfen von J. Schepers 13
Die hausgeſchichtlichen Zuſammenhänge nach den mittelalterlichen und neuzeitlichen Neuerungen. Entworfen von J. Schepers 12
Die deutſche Grenze Krains im 11. Jahrhundert (Krain und die Mark) mit dem urſprünglichen Siedlungsgebiet der Slowenen (nach Kos). Entworfen von Herbert Otterſtädt . . 42

Seite

Deutſche Siedlungen Krains im 10. und 11. Jahrhundert (nach v. Krones und Dimitz). Entworfen von Herbert Otterſtädt 42

Deutſche Beſiedlung und Zuwanderung im 12. und 13. Jahrhundert (nach v. Krones, Dimitz, Zahn und Grothe). Entworfen von Herbert Otterſtädt 43

Deutſche Beſiedlung und Zuwanderung im 14. und 15. Jahrhundert (Nach Krones, Grothe und Valvaſov). Entworfen von Herbert Otterſtädt 43

Weitere deutſche Herrenſitze im 16. und 17. Jahrhundert (Nach von Krones, Grothe und Valvaſov). Entworfen von Herbert Otterſtädt 44

Deutſche Ortsnamen, Markt und Stadtgründungen in Krain. Entworfen von Herbert Otterſtädt 44

Die merowingiſche Mark Marlenheim mit ihren Ausbauſiedlungen, ein Beiſpiel für den Gang der Beſiedlung im fränkiſchen Bereich ohne Anſchluß an Burgen. Entworfen von E. Storm 122

Burgſiedlungen im Bereich der vorgeſchichtlichen Wallburg St. Ottilien im Unterelſaß. Entworfen von E. Storm 123

Die drei Exen-Egisheimer Schlöſſer im Bereich anderer Höhenburgen im Oberelſaß. Entworfen von E. Storm 126

Burgen und andere Siedlungen auf der Baar. Entworfen von E. Storm 130

Die Sperre Kayſersberg. Entworfen von E. Storm 132

Burg- und Stadtſiedlungen mit deutſchen Namen neben bäuerlichen Siedlungen mit vorrömiſchen Namen im Becken von Sterzing an der Brennerſtraße. Entworfen von E. Storm 134

Die Elſterübergänge im Bereiche von Zeitz (nach Schulz und Brinkmann). Entworfen von E. Storm 136

Die Burg Lichtenberg im Unterelſaß über der gleichnamigen Siedlung als „Burgflecken" Entworfen von E. Storm 138

Das Einzugsgebiet der Meſſen von Chalon a. d. Saône im 13. und 14. Jahrhundert. Entworfen von H. Amman 583

Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Landbevölkerung in Rumänien nach Landkreiſen (Plaſi), Bevölkerungszählung 1930. Entworfen von Sabin Manuila 609

Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Landbevölkerung in Rumänien nach Regierungskreiſen (judete), Bevölkerungszählung 1930. Entworfen von Sabin Manuila 609

Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Stadtbevölkerung in Rumänien nach Regierungskreiſen (judete), Bevölkerungszählung 1930. Entworfen von Sabin Manuila 610

Textſkizzen und Schaubilder

Querſchnitt 1 des Ankerbalkenhauſes (nach J. Schepers) 15

Querſchnitt 2 des Dachbalkenhauſes (nach J. Schepers) 16

Die Verteilung auf Stadt und Land der in Rumänien lebenden Volksgruppen. Entworfen von Sabin Manuila 610

Verteilung der dem Glauben nach jüdiſchen Bevölkerung auf Stadt und Land in Rumänien, Bevölkerungszählung 1930. Entworfen von Sabin Manuila 611

Der Anteil der Juden an der Geſamtbevölkerung Rumäniens und an den Berufszugehörigen des Handels, Bevölkerungszählung 1930. Entworfen von Sabin Manuila 612

Mitarbeiter

Ammann, H., Staatsarchivar Dr., Aarau i. d. Schweiz
Arndt, Karl J. R., Profeſſor, Baton Rouge, La
Boehm, M. H., Profeſſor Dr., Jena.
Brackmann, A., Profeſſor Dr., Berlin.
Brauner, H., Dozent Dr., Breslau, z. Z. im Felde.
Braunias, K., Dozent Dr., Berlin.
Brunner, O., Profeſſor Dr., Wien.
Fittbogen, G., Dr., Berlin. †
Folkers, J. U., Profeſſor Dr., Roſtock, z. Z. im Felde.
Hanika, J., Dozent Dr., Prag-Eger.
Haſſinger, H., Profeſſor Dr., Wien.
Haug, E., Profeſſor Dr., Winzenheim bei Kolmar.
Hecke, W., Dr., Wien.
Hehn, J. von, Dr., Berlin.
Hellmann, M., Dr., Berlin, z. Z. im Felde.
Juſt, L., Profeſſor Dr., Bonn, z. Z. bei der Wehrmacht.
Herrmann, W., Dozent Dr., Köln.
Keiter, Fr., Profeſſor Dr., Würzburg.
Keyſer, E., Profeſſor Dr., Danzig.
Kloß, H., Dr., Stuttgart.
Kloſtermann, R. A., Dr., Berlin.
Kolb, A., Profeſſor Dr., Leipzig.
Koßmann, E. O., Dr., Berlin.
Lendl, E., Dozent Dr., Wien.
Lorenz, R., Profeſſor Dr., Wien.
Manuila, S., Direktor, Bukareſt.
Maas, W., Dr., z. Z. bei der Wehrmacht.
Metz, Fr., Profeſſor Dr., Freiburg i. Breisgau.
Moſer, H. J., Profeſſor Dr., Berlin.
Oehme, R., Bibliotheksrat Dr., Freiburg i. Breisgau.
Ohnſorge, W., Staatsarchivrat Dr., Dresden.
Otterſtädt, H., Dr., Graz.
Pfeffer, H., Profeſſor Dr., Berlin.
Röhlk, O., Dr., Hamburg.
Sappok, G., Dr., Berlin.
Sattler, W., Dr., Graz.
Sommer, E. Fr., Dr., Berlin.
Schier, Br., Profeſſor Dr., Leipzig-Preßburg.
Storm, E., Dr., Freiburg i. Breisgau.
Swientek, H. O., Archivrat, Dr., Prag.
Tintelnot, H., Dozent Dr., Breslau.
Trier, J., Profeſſor Dr., Münſter i. W.
Tornau, U., Dr., Berlin.
Weinelt, H., Dozent Dr., Königsberg, z. Z. im Felde.
Weizſäcker, W., Profeſſor Dr., Wien.
Wichmann, D., Dr., Kiel.
Wrede, G., Staatsarchivdirektor Dr., Osnabrück.
Zatſchek, H., Profeſſor Dr., Wien.

Zd 8 q

Stadt-
Bibliothek
Elbing

Aufgaben der Mundarten- und Volksforſchung im Elſaß

Von Eduard Haug, Winzenheim bei Kolmar

Mit 1 Textkarte

Ihre Anſprüche auf das Elſaß begründeten die Franzoſen nicht zuletzt mit dem Ausſpruch Julius Cäſars „Germani trans Rhenum incolunt". Staatsmänner wie Poincaré, Mitglieder der Académie Française wie Victor Bérard gefielen ſich darin, dieſe Feſtſtellung von vor zweitauſend Jahren von allen Seiten zu beleuchten und der Betrachtung ihrer Mitbürger zu empfehlen. Allerdings konnten ſie nicht gut einen jüngeren Kronzeugen als Cäſar anrufen, denn ſchon zu Cäſars Zeiten ſtimmte deſſen Behauptung nur noch zum Teil. Schreibt er doch ſelbſt, daß Sueben Arioviſts diesſeits des Rheines verblieben.

„Germani trans Rhenum incolunt" war der einzige „Beweis" des undeutſchen Charakters des Elſaß, den franzöſiſche Politiker und Wiſſenſchaftler finden konnten. An die Sprachverhältniſſe wagten ſie ſich nur ungern heran. Doch redeten die Tatſachen eine ſo laute Sprache, daß dieſe nicht ganz übergangen werden konnten. Deshalb wurde verſucht, manches zurechtzubiegen. So Tourneur-Aumont[1], der wenigſtens die unbequemen Allemannen — denn „allemand" kommt nun einmal von „Alemanne", und wenn die Elſäſſer Alemannen ſind, kann man nicht gut behaupten, ſie ſeien keine „Allemands" — zugunſten der ihm aus begreiflichen Gründen ſympathiſcheren Franken wegleugnen wollte. So Batiffol[2], der die Elſäſſer einfach als durch die Franken — beileibe nicht durch die Alemannen — germaniſierte Kelten hinſtellt.

Auf dieſem Wege kamen die Franzoſen dann zu der Feſtſtellung, die elſäſſiſchen Mundarten ſeien zwar germaniſch aber nicht deutſch. Zugleich deuteten ſie an, daß darin noch viel Keltiſches, ja Franzöſiſches enthalten ſei. Dieſer Lehrſatz wurde mit ſolcher Kraft verbreitet, daß das franzöſiſche Volk ihn glaubte, und erſchrak, wenn es an Ort und Stelle das Gegenteil feſtſtellen mußte. So erinnere ich mich an die Verblüffung einer franzöſiſchen Lehrerin der Straßburger Handelsſchule, als ich ihr einmal eine Familienurkunde aus dem Jahre 1770 zeigte. Starr vor Staunen fragte ſie, ob man denn im Elſaß damals ſchon deutſch geſprochen hätte. Sie glaubte, die deutſche Sprache ſei uns erſt nach 1870 aufgezwungen worden!

Es ſoll nicht verſchwiegen werden, daß ernſtere Fachwiſſenſchaftler wie Erneſt Tonnelat, der ſeiner „Histoire de la Langue Allemande"[3] eine Überſichtskarte beifügt, auf der er nicht nur das Elſaß, ſondern auch die Niederlande dem deutſchen Sprachgebiete zurechnet, die Tatſachen anerkannten. Die notwendigen Schlußfolgerungen zogen ſie daraus allerdings nicht.

---

[1] J. M. Tourneur-Aumont, L'Alsace et l'Alémanie. Origine et place de la tradition germanique dans la civilisation alsacienne. Etudes de géographie historique. Paris 1919, Berger-Levrault.

[2] Louis Batiffol, Les Alsaciens ne sont pas des Allemands, mais des Celtes. Depuis quand ils parlent allemand. In: Revue hebdomadaire, 27. année, 9. 2. 1918. S. 218ff.

[3] Erſchienen bei Payot, Paris.

Unter ſolchen Umſtänden war jede Erörterung der Sprachenfrage Frankreich gegenüber nutzlos. Nur durch die Macht konnte ſie entſchieden werden. Dieſe lag während zwanzig Jahren in den Händen Frankreichs, welches ſie auch rückſichtslos ausnützte, um die aus ſeinen Herrſchaftsanſprüchen entſprungene Konſtruktion eines nicht nur ſtaatlich, ſondern auch völkiſch franzöſiſchen Elſaß zu verwirklichen. Hunderttauſende von Kindern zwang es durch ſeine nur machtpolitiſchen Zielen dienenden Schulen hindurch. An dieſem vermeſſenen, ſeine biologiſchen Kräfte nicht berückſichtigenden Machthunger iſt es zerbrochen.

Die elſäſſiſche und lothringiſche Sprachenfrage, die überhaupt nie eine Frage war, ſo eindeutig ſprechen die Tatſachen, iſt endgültig aus der machtpolitiſchen Ebene genommen. Wenn die Sprachenverhältniſſe im Elſaß oder in Lothringen Fragen aufwerfen, ſo ſind dieſe nur noch wiſſenſchaftlicher Art. Das unfruchtbare, aufzehrende Geplänkel gegen die Anſprüche eines Fremdvolkes kann in Zukunft unterbleiben.

Die Landes- und Volksforſchung wird im Elſaß auch auf mundartlichem Gebiete eine Reihe von Fragen zu löſen haben, denn vieles iſt nicht klar, da meiſtens nur Teilarbeiten unternommen wurden, oder die umfaſſendern Arbeiten nur teilweiſe veröffentlicht oder zu Ende geführt werden konnten.

Es iſt ſehr bedauerlich, daß die von Otto Stöckicht nach Material des Deutſchen Sprachatlaſſes zu Marburg verfaßte „Elſäſſiſche Dialektgeographie“[4] bisher nur als Teildruck veröffentlicht werden konnte. Obwohl ſie infolge der politiſchen Verhältniſſe nicht in Fühlung mit Land und Leuten, ſondern nur auf Grund des vierzig und fünfzig Jahre früher von Wenker geſammelten Materials verfaßt wurde, ſo hat ſie andererſeits den Vorteil, einen großzügigen Überblick zu bieten.

Stöckicht hat zweifellos die wichtigſten Kräfte, die im Elſaß wirkſam ſind, erkannt. So ſtellt er feſt, daß nördlich des Hagenauer Forſtes die ſüdlichen Formen danach trachten, das ganze elſäſſiſche Gebiet bis zur Lautergrenze auszufüllen. Er erkannte auch die oſtweſtliche Richtung der Sprachgrenzen ſüdlich von Straßburg mit ihrem charakteriſtiſchen ſtaffelförmigen Verlaufe, ſobald ſie den Rhein berühren oder ſchon, wenn ſie ſich dieſem nur nähern. Die Urſache dieſer Entwicklung liegt auf der Hand: Das linke Rheinufer ſpielte im Mittelalter eine wichtigere Rolle als das rechte. Das rechte wurde weniger von der großen Verkehrsader berührt, die die Rheinebene durchzog.

Der Hauptverkehr ging über Straßburg. Von Norden kommend zog er ſich über Schlettſtadt und Kolmar nach Baſel. Im Oſten bildete das Markgräfler Hügelland, das ſich beim Iſteinerklotz bis zum Rhein vorſchiebt, ein ſtarkes Verkehrshindernis. Der elſäſſiſche Teil iſt breiter als der badiſche und erlaubte deshalb eine großzügigere Entwicklung. Längs des Gebirges zieht ſich eine Kette alter wohlhabender Städtchen hin, die im Mittelalter eine große Rolle ſpielten. Durch ihren blühenden Weinbau haben ſie ſtets rege Beziehungen nach Straßburg und Kolmar gepflogen. Stöckichts Anſicht über die einende Kraft des Habsburger Territoriums ſüdlich von Kolmar iſt ebenfalls richtig. Dort werden viele Strahlungen unwirkſam. Es iſt anzunehmen, daß das Sundgauer Reſtgebiet nicht zuletzt durch die Schweiz als Hinterland geſtützt wird, denn zwiſchen der Schweiz und dem Oberelſaß laufen und vor allem liefen bis zum Weltkrieg tauſend Fäden hin und her. Noch im Juli 1939 traf ich Oberelſäſſer, die von einem Anſchluß des Elſaß an die Schweiz träumten. Wenn es auch verſtiegene Außenſeiter waren, die den Zug der Zeit nach großräumiger Entwicklung noch nicht verſtanden hatten, ſo zeugt dies dennoch für die Anziehungskraft eines Staatsweſens, das von unſerm ewig ſchwankenden Boden aus einem ſich ſtets gleichbleibenden ruhigen, heitern und fruchtbaren Paradieſe gleicht.

---

[4] Otto Stöckicht, Elſäſſiſche Dialektgeographie (Teildruck). Marburger Diſſertation, erſchienen Bamberg 1929, Reindl. Siehe auch die Karten 25, 26a, 26b, 26c in: Elſaß-Lothringiſcher Atlas, Frankfurt a. M. 1931, Selbſtverlag des Elſaß-Lothringen-Inſtituts, ſowie den entſprechenden Abſchnitt im Erläuterungsbande des Atlaſſes (S. 60—66).

Baſel, allerdings, iſt in vielem „moderner“ als das Sundgauer Reſtgebiet, was wiederum die Kraft der nordſüdlichen Strömung beweiſt. Wir können vorausſehen, daß von Baſel aus die umliegenden Gebiete nach und nach für nördlichere Formen erobert werden, denn die ſprachlichen Neuerungen ſchreiten bekanntlich nicht frontal vor, ſondern erobern ſich in den angegriffenen Gebieten Kulturzentren als Stützpunkte, von denen aus ſie ſich ausbreiten. So iſt in Kolmar ein deutliches Zurückweichen des velaren ach-Lautes zugunſten des von Straßburg kommenden palatalen ich-Lautes nach *i*, *ü*, *e*, *ä* feſtzuſtellen. In der Umgebung von Kolmar macht ſich dieſe Entwicklung bereits bemerkbar.

Rätſelhaft bleibt allerdings, wie es kommt, daß Straßburg ſo wenig ſeine eigene nächſte Umgebung beeinflußt; wie es möglich iſt, daß wenige Kilometer weſtlich von der Stadt ein ausgeſprochenes Reſtgebiet beginnt, das durch manche Erſcheinung im eingemeindeten Vorort Ruprechtsau bis in den Stadtbezirk hineinreicht. Dies iſt um ſo erſtaunlicher, als die Ruprechtsau ſchon im Mittelalter zum Territorium der Stadt Straßburg gehörte.

Hier ſtoßen wir auf eine Frage, die die deutſche Mundartenforſchung im Elſaß zu löſen haben wird. Es handelt ſich nicht um eine zu raſche Entwicklung der Straßburger Mundart, der die Umgebung noch nicht hat folgen können. Wir haben es vielmehr mit alten Verhältniſſen zu tun. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts läßt Arnold in ſeinem „Pfingſtmontag“ einen Kochersberger[5] Bauern auftreten, deſſen Mundart damals ſchon in ſchroffen Gegenſatz zu derjenigen der Straßburger gebracht wird. Moſcheroſch läßt während des Dreißigjährigen Krieges in ſeinen Geſichten des Philander von Sittewald einen Kochersberger Bauern den Soldaten die Wahrheit ſagen: „Welche Wort er auff gut Kochenſpergiſch vorbrachte.“ In ſeiner „Edelſaſſer Chronik“ ſchreibt Bernhard Hertzog 1592: „Das Volk am Kochelſperg gebraucht ſich noch alter Kleidung und Sprachen.“ Zu Anfang des 16. Jahrhunderts ſchreibt Murner, der grobe Sprache charakteriſieren will: „Wie man ſchwert am Kochersberg.“

Dieſe Texte beweiſen einwandfrei, daß der Kochersberg ſeit Jahrhunderten Reſtgebiet iſt, daß er ſchon vor 400 Jahren den damaligen Elſäſſern als ſolches erſchien. Nicht nur ſprachlich, ſondern auch auf dem Gebiete der Tracht gilt er bei den Städtern bereits im 16. Jahrhundert als rückſtändig. Es iſt wohl nicht zu kühn, wenn wir daraus ſchließen, daß er auf dem geſamten volkskundlichen Gebiete damals ſchon ein Reſtgebiet darſtellte. Vielfach wurde verſucht, die Verhältniſſe im Kochersberger Reſtgebiet, das wir eher Widerſtandsgebiet nennen möchten, mit konfeſſionellen Gründen zu erklären. Der Umſtand, daß Bernhard Hertzog und Murner bereits im 16. Jahrhundert die erwähnten Unterſchiede feſtſtellen, dürfte eine ſolche Erklärung von vornherein widerlegen.

Dabei iſt dieſe Gegend durchaus nicht ein entlegener, armer, rückſtändiger Winkel. Vielmehr haben wir es mit dem Kernlande des elſäſſiſchen Bauerntums zu tun, das ſchon zur Römerzeit von der großen Straße von Straßburg nach Zabern durchzogen wurde. Es iſt das reiche Lößgebiet weſtlich von Straßburg, ein Gebiet bäuerlichen Herrentums, das gar oft verächtlich von den „Stadtwackes“ ſpricht. Iſt hierin vielleicht des Rätſels Löſung zu ſuchen?

---

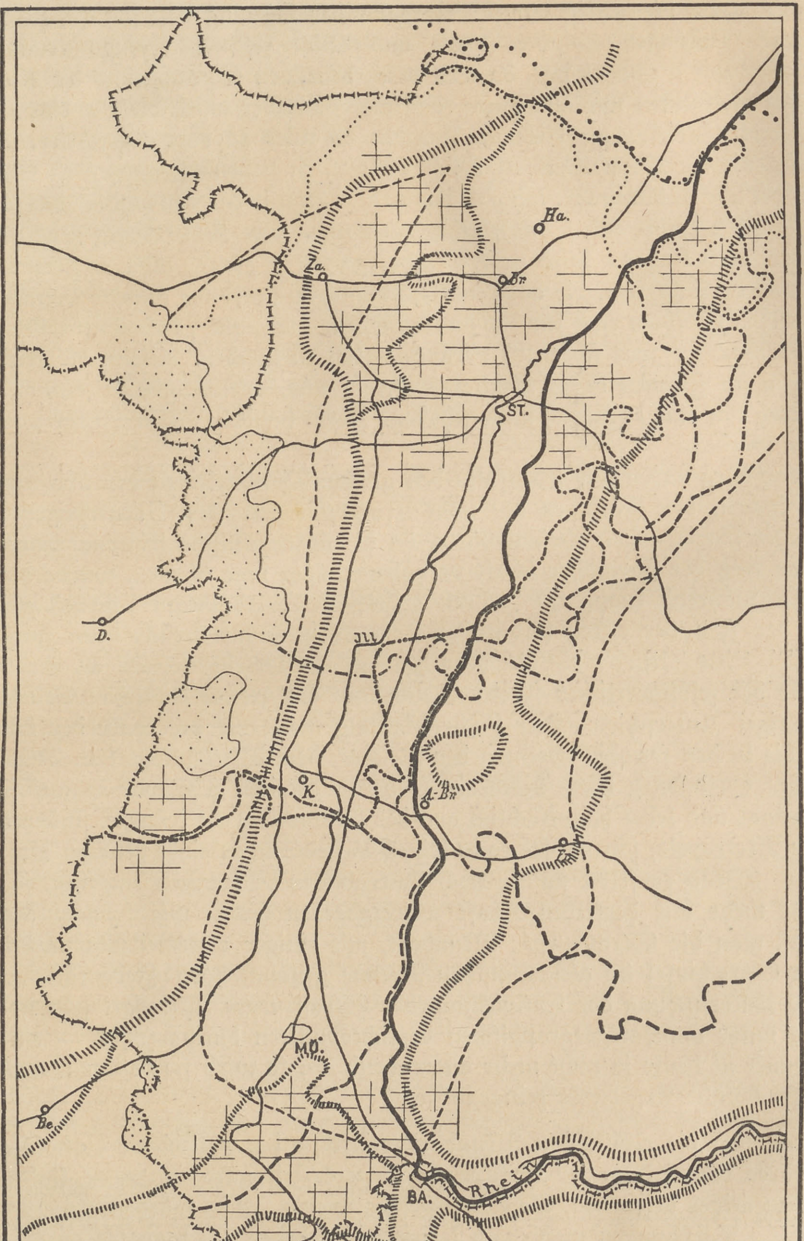
[5] Um Mißverſtändniſſen vorzubeugen, ſei hier ausdrücklich betont, daß das ſprachliche „Kochersberger Reſtgebiet“ und der geographiſche Begriff „Kochersberg“ ſich nicht ganz decken. Der eigentliche Kochersberg iſt nur derjenige Teil dieſes Gebietes, in dem ſich die Reſtformen am dichteſten drängen. Stöckicht umreißt das ganze Gebiet als „zwiſchen Forſt und Breuſch“ liegend. Gemeint iſt der Hagenauer Forſt. Je nach den gewählten mundartlichen Merkmalen könnte man die Grenzen noch weiter ſüdlich oder weiter nördlich ziehen.

Iſt dieſen ſtolzen Menſchen der Gegenſatz zwiſchen Stadt und Land, zwiſchen ihrer feſtverwurzelten bäuerlichen Gemeinſchaft und jener ſtädtiſchen, bis zur Revolution nicht minder feſtgefügten Gemeinſchaft des ſtädtiſchen Zunftweſens bewußt geworden? Nur da, wo kein Gegenſatz empfunden wird, wo der, von ſeinem Standpunkte aus, „tiefer“ ſtehende Menſch ſich zu einem „höher“ ſtehenden hinaufſchwingen will, findet eine Angleichung ſtatt. Sobald die Gegenſätze bewußt werden, beſonders, wenn es ſich um Standesbewußtſein handelt, wahrt ein jeder ſeine Eigenart. Hinzu kommt noch der Zuſammenhalt innerhalb der bäuerlichen Herrenſchicht. Die reichen Familien der verſchiedenen Dörfer kennen und ſtützen ſich gegenſeitig. Sie ſind weitgehend miteinander verſippt. Dies geht ſo weit, daß ſtellenweiſe bereits Entartungserſcheinungen durch Inzucht auftreten. Es handelt ſich um eine ausgeſprochene Führerſchicht, nach der ſich die Dorfgemeinſchaft richtet. Solange die führenden Bauernfamilien in bäuerlicher Art verwurzelt bleiben, bleibt wohl auch der Gegenſatz zur Stadt erhalten.

Freilich kann man für die Entſtehung dieſes Reſtgebietes noch andere Gründe anführen, wie die Kleinheit des die Stadt umgebenden Straßburger Territoriums. Mir ſcheint jedoch, damit wird man nicht ſehr weit kommen. Das kochersberger Gebiet ſetzte ſich aus den verſchiedenſten Herrſchaften, u. a. aus kleinen reichsritterſchaftlichen Territorien zuſammen. Die Beſitzer dieſer Territorien hatten enge Beziehungen zu Straßburg. Sie hatten Pfarrer, Beamte aus dieſer Stadt. Dort hatten ſie ſogar ihre Stadtwohnung. Ein Kulturzentrum wie Straßburg hätte auf dieſem Weg wohl manches Hindernis überwunden. Dazu kommt noch, daß gewiſſe Relikterſcheinungen bis in das ſeit alters der Stadt Straßburg eigene Fiſcher- und Gärtnerdorf Ruprechtsau reichen. Durch territoriale Grenzen allein iſt das Kochersberger Reſtgebiet nicht zu erklären.

Auffällig iſt die Tatſache, daß zwiſchen Straßburg und Zabern keine Stadt liegt, während im Elſaß die mittelalterlichen Stadtgründungen an anderen Stellen ſich häufen. So bleibt dieſer ganze weite Raum ein geſchloſſenes Gebiet rein bäuerlicher Lebensformen.

Vielleicht iſt ein Grund der Gegenſätze zwiſchen Straßburg und ſeiner Umgebung nicht zuletzt in der Straßburger Bevölkerung ſelbſt zu ſuchen. Man braucht nur wenig Familienforſchung in Straßburg getrieben zu haben, um feſtzuſtellen, wie zahlreich die Einbürgerungen von Zuwanderern aus dem rechtsrheiniſchen Gebiete ſind. Die Zuwanderung von Handwerksburſchen aus andern Reichsſtädten ſcheint ſtärker als diejenige aus der bäuerlichen Umgebung der Stadt geweſen zu ſein. Dadurch mag die Straßburger Bevölkerung verhältnismäßig wenig Familienbeziehungen zu ihrer Umgebung gehabt haben, woraus eine Fremdheit entſtand, die auch die Bauern empfunden haben mögen. Es wäre eine ſehr dankbare und fruchtbringende Aufgabe, dieſe Frage zu klären. Vorher wird es ſchwer ſein, volle Klarheit über die Straßburger Sprachverhältniſſe zu ſchaffen, denn die Zuwanderung, verbunden mit den engen Handelsbeziehungen zwiſchen Straßburg, Ulm, Augsburg, Frankfurt, Köln wird den „unelſäſſiſchen“ Einſchlag der Straßburger Mundart bedingt haben. Jeder Elſäſſer weiß, daß der Straßburger *nęmə, dęn, gęrn, hęnt* ſagt, während die übrigen alemanniſchen Mundarten des Elſaß *namə, dan, garn, hant* ſagen. Der Straßburger ſagt *Frau, au(ch), glau(ben)*, während im übrigen Elſaß außer im nördlichen Teile überall *öj, oj, åj* dem mittelhochdeutſchen Doppellaute *ou* entſprechen.



Karte 1. Mundartengrenzen am Oberrhein

— — koche/choche

—·—·— win/wi

—··—·· ſteh/ſtand

┼┼ Widerſtandsgebiete

∴∴ Franzöſiſches Sprachgebiet im Jahre 1910

—··—.. ſa/ſag

·········· gut/guet

• • • • • Eis/is

- - - - - Verbreitungsgrenze der Gehöfte gegen das Einheitshaus der Gebirge

——— Mittelalterliche Straßen

Händcke[6] ſtellt die ſchriftliche Wiedergabe der Öffnung von mhd. *ë* zu *a* in den Straßburger Urkunden zwiſchen 1250 und 1350 feſt. Allerdings kommen auch Schreibungen mit *e* und *ei* vor, da aber *a* im deutſchen Sprachgebiet die Ausnahme, *e* die Regel iſt, können wir annehmen, daß die Schreiber durch dieſe *a* eine elſäſſiſche und wohl auch Straßburger Eigenart ſpiegeln. *ou* wird *ou* oder *ō* geſchrieben. Straßburg ſcheint nie die Doppellaute *oj, öj, åj* beſeſſen zu haben. Hingegen iſt Straßburg ſowohl in der Behandlung von mhd. *ū*, das zu *ü, ǖ*, wie in der von mhd. *ā*, das zu *ō* wird, ganz „elſäſſiſch“. (mhd. *hūs*>*hüs*), mhd. *rāt*>*rōt*). Der Kochersberg geht allerdings noch weiter, auch kurzes *a* wird zu *ō, o* (mhd. garten >*gōrde*) mhd. machen >*moxe*). Man könnte verſucht ſein, die erwähnte Zuwanderung und die Handelsbeziehungen zu niederdeutſchen Städten auch für das unverſchobene *t* in „wat“, das in Arnolds Pfingſtmontag vorkommt („wat ſcheen!“) verantwortlich zu machen. Allein, die Feſtſtellung dieſer Form im Zorntal durch Lienhart[7] zwingt uns, vorſichtiger zu ſein. Sollte es ſich hier doch um eine erſtarrte, unverſchobene Form handeln? Die Frage verdient es, geprüft zu werden.

Jn Straßburg haben wir jedenfalls den großen Vermittler zu den übrigen Mundarten zu ſuchen, den Förderer der vom Norden kommenden Neuerungen. Da die Straßburger Beziehungen rheinabwärts, da die überrheiniſche Einwanderung bis zur Revolution trotz der Fremdherrſchaft verhältnismäßig rege blieben, wurde dieſe Vermittlerrolle während knapp 80 Jahren gedroſſelt. Straßburgs Einfluß ging allerdings in der Zeit der erſten Franzoſenherrſchaft beſtimmt zurück, denn zwiſchen der gegängelten Ville „libre“ royale oder gar der Departementsſtadt an der Militärgrenze und der ſelbſtherrlichen Freien Reichsſtadt am großen deutſchen Strom beſteht ein gewaltiger Unterſchied. Hier Führerſtellung nicht nur innerhalb der Landſchaft, Geltung bis zu den fernſten Grenzen des Reiches, dort Mittelmäßigkeit, Demütigung, Einengung. Straßburg hatte belebend, fördernd gewirkt, jetzt war es auf ſich ſelbſt zurückgedrängt und lebte hauptſächlich aus der Erinnerung an frühere, ſchönere Zeiten. Einſt eine Metropole, ſchrumpfte es in ſeiner Bedeutung zu einer beſſeren Provinzſtadt zuſammen. Wenn es ſelbſt immer noch Anregungen von außen empfing, ſo wird es dieſe nicht mehr mit derſelben Kraft weitergegeben haben wie früher. Kommt es daher, daß man die Straßburger Mundart, mit einiger Übertreibung natürlich, eine fränkiſche Sprachinſel im alemanniſchen Raume genannt hat? Jedenfalls wäre eine gründliche Unterſuchung der Entwicklung der Straßburger Mundart ſehr notwendig. Wird ſie unter mundartgeographiſchen Geſichtspunkten durchgeführt — ein anderer Geſichtspunkt iſt heute ja nicht mehr ausreichend —, ſo wird ſie beſtimmt auch andere als nur ſprachliche Ergebniſſe zeitigen.

Dadurch, daß die elſäſſiſchen Mundarten infolge der politiſchen Entwicklung der unmittelbaren Einwirkung der Hochſprache längere Zeit entzogen waren, ſind ſie jedenfalls konſervativer geworden, als ſie es früher waren. Dies würden gründliche wortgeographiſche Forſchungen wohl noch klarer herausheben als lautgeographiſche. Leben und Schule vermitteln leichter einzelne Wörter, als daß ſie ganze Lautſyſteme verändern. Wortgeographiſche Erhebungen ſind eine der dringlichſten Aufgaben der deutſchen Sprachforſchung im zurückgewonnenen Elſaß.

Auch auf die Wortſtellung kann die Schule einen Einfluß ausüben. Nun iſt es auffällig, daß gerade im Straßburger Gebiet, das am leichteſten von der Schriftſprache hätte beeinflußt werden können, Wortſtellungen auftreten, die dem hochſprachlichen Gebrauche zuwiderlaufen. Friedrich Maurer[8] hat darauf hingewieſen, daß, wie die Antworten auf Wenkers Sätze dies erweiſen, in Nebenſätzen die Endſtellung des Hilfszeitwortes auch heute noch nicht allgemein iſt. Im Elſaß ſcheint ihm beſonders Straßburg dieſe Endſtellung nicht durchgeführt zu haben.

---

[6] Erwin Händcke, Die mundartlichen Elemente in den Elſäſſiſchen Urkunden des Straßburger Urkundenbuches. Straßburg, K. J. Trübner, 1894 = Heft 5 der Sammlung „Alſatiſche Studien“.

[7] Hans Lienhart, Laut- und Flexionslehre der Mundart des Mittlern Zorntales im Elſaß. Straßburg 1891, K. J. Trübner. = Heft 1 der Sammlung „Alſatiſche Studien.“

Die von dem hochſprachlichen Gebrauche abweichende Stellung iſt auch heute noch in Straßburg üblich und tritt ebenfalls in andern Orten des Unterelſaß mit mehr oder weniger Regelmäßigkeit auf. Auch im Hauptſatze iſt die Verbſtellung in vielen Fällen nicht einheitlich.

In Offweiler, Oberbronn, Oberhausbergen, Straßburg (Unterelſaß), Rappoltsweiler, Hunaweier, Reichenweier, Winzenheim und Mühlbach (Oberelſaß) habe ich als Stichprobe eine Anzahl Sätze abgefragt. Es erſcheinen nicht alle Orte bei jedem Satze, denn es können ſelbſtverſtändlich auch Wendungen vorkommen, die für einen Vergleich ſchwer zu gebrauchen ſind. Folgendes waren die Ergebniſſe:

Nebenſatz: „Als ich noch geſund war …" (geweſen bin).

Endſtellung: Mühlbach, Winzenheim, Reichenweier, Hunaweier, Rappoltsweiler.

Stellung: „bin geweſen": Straßburg, Oberhausbergen, Oberbronn, Offweiler.

Nebenſatz: „… da wir uns über das letzte kaum getröſtet hatten" (haben getröſtet gehabt).

Endſtellung: Reichenweier, Hunaweier, Rappoltsweiler, Oberhausbergen.

Stellung: „getröſtet haben gehabt": Straßburg, Oberbronn.

Nebenſatz: „Wenn man nicht achtgab …" (achtgegeben hat).

Endſtellung: Mühlbach, Winzenheim, Reichenweier, Oberhausbergen, Oberbronn.

Stellung: „acht hat gegeben": Straßburg.

Nebenſatz: „Als die Großmutter krank wurde …" (krank [ge]worden iſt).

Endſtellung: Reichenweier, Hunaweier, Rappoltsweiler, Oberhausbergen, Oberbronn.

Stellung: „krank iſt worden": Straßburg.

Aber nicht nur die Hilfszeitwörter ergeben abweichende Stellungen. Der Satz: „Dieſes Kindlein iſt ſo ſchüchtern, daß es keinen Menſchen anzuſehen wagt", hat für „anzuſehen wagt", ergeben:

Endſtellung: Reichenweier, Hunaweier, Rappoltsweiler.

Stellung: „wagt anzuſehen": Straßburg, Oberhausbergen, Oberbronn.

Bei den modalen Hilfszeitwörtern ſteht die Infinitvergänzung ſtets nach dem Infinitiv des Zeitwortes.

Der Satz „Du hätteſt auch kommen können …", ergab in ſämtlichen abgefragten Orten des Ober- und des Unterelſaß „können kommen". „Wenn du Miſt haſt führen wollen …"

„haſt wollen führen": Offweiler, Oberhausbergen, Straßburg.

„haſt wollen Miſt führen": Oberbronn, Rappoltsweiler, Hunaweier, Reichenweier, Mühlbach. Die Stellung der Akkuſativergänzung wechſelt. Unverändert bleibt die Folge „haſt wollen führen" ſtatt „haſt führen wollen".

Ähnlich wie die modalen Hilfszeitwörter werden „brauchen" und „lernen" behandelt.

„Ihr hättet am Dienſtag nicht zu kommen brauchen":

„nicht kommen brauchen": Straßburg, Oberhausbergen.

„nicht brauchen kommen": Mühlbach, Winzenheim, Reichenweier, Hunaweier, Rappoltsweiler.

---

[8] Friedrich Maurer, Unterſuchungen über die deutſche Verbſtellung in ihrer geſchichtlichen Entwicklung. Heidelberg, 1926, Winter.

„nicht brauchen zu kommen“ Oberbronn.

Einheitlicher wird der Satz: „(Als ich zu Straßburg-Soldat war), lernte ich Geige ſpielen“, behandelt:

„habe ich lernen Geige ſpielen.“ Winzenheim, Reichenweier, Hunaweier, Rappoltsweiler, Straßburg, Oberbronn, Offweiler.

„habe ich Geige lernen ſpielen“. Oberhausbergen.

Die angeführten Beiſpiele ſind viel zu ſpärlich, als daß ſie eine endgültige Beurteilung erlauben würden. Folgendes können wir daraus ſchließen: 1. Die erwähnten oberelſäſſiſchen Orte reagieren einheitlich, obwohl ſie drei verſchiedenen Gruppen angehören. 2. Dieſe Einheit beſteht bei den unterelſäſſiſchen nicht. 3. Die oberelſäſſiſchen gebrauchen im Nebenſatz die Endſtellung des Hilfszeitwortes, während dieſe im Unterelſaß gerne durch eine andere Stellung erſetzt wird. 4. Oberelſaß und Unterelſaß ſtimmen darin überein, daß die Infinitivergänzung vor dem Infinitiv des modalen Hilfszeitwortes erſcheint. Wegen Mangel an Unterlagen konnte ich den Sundgau, die Weißenburger Ecke und das Krumme Elſaß nicht berückſichtigen. Es iſt von vornherein nicht ausgeſchloſſen, daß die Verhältniſſe in dieſen Gebieten, die ſprachlich nur noch bedingt zum Elſaß gehören, ganz andere ſind. Jedenfalls wird es ſich lohnen, dieſen Fragen der Stellung des Verbums innerhalb des Satzes nachzugehen. Hier könnte der Rhythmus das konſervative Element geweſen ſein. Ich vermute mit Maurer, daß der Satzrhythmus bei der Feſtlegung auf die eine oder auf die andere Stellung eine bedeutende Rolle geſpielt hat. Darüber nur ſo viel: Der Oberelſäſſer ſagt: „*ben (beš, eš) ksē*“ (langes oder wenigſtens halblanges *e*), der Straßburger “*ben (beš, eš) ksen*“ (kurzes *e*). Sowohl vom grammatiſchen wie vom mundartgeographiſchen Standpunkte aus dürften die Ergebniſſe einer Unterſuchung dieſer Erſcheinungen nicht ohne Belang ſein.

Auf dem morphologiſchen Gebiete wirken ſich gleichfalls die beiden erwähnten Kräfte aus: das elſäſſiſche Eigenleben und der Zuſammenhang mit den die Rheinebene durchpulſenden Strömungen. Die Formen „*i brichdi*“ (bräuchte), „*sie zeihdidi*“ (zöge), die im „Pfingſtmontag“ Arnolds auftreten, ſind auffällig und, ſoviel mir bekannt, noch nicht geklärt. Nicht weniger auffällig iſt der im Oberelſaß gebräuchliche Präterit des Konjunktivs: „*ix kāmdik, dü sodikš, ar wodikt* (ich käme, du ſollteſt, er wollte“). Ebenfalls im Oberelſaß wurde für den Konditionalis I ein eigenes Hilfszeitwort gebildet. Neben „*ix dat šū̄flə*“ (ich würde ſchaufeln), finden wir in der Höhe von Kolmar „*ix gat šū̄flə*“. Daß es ſich hier um eine Kontamination von „täte“ durch ein oder auch zwei andere Zeitwörter handelt, liegt auf der Hand. Das eine iſt jedenfalls „gehen“, denn dieſes entwickelt ſich ſtellenweiſe zu einem wirklichen modalen Hilfszeitwort: „Gehſt du baden?“ wird mundartlich durch „*geš ge både?*“ wiedergegeben. Das andere könnte „geben“ ſein, denn der Deutſche Sprachatlas verzeichnet für Lothringen Formen, die aus einer Kontamination von „täte“ einerſeits durch „gehen“, andererſeits durch „geben“ entſtanden ſind. Deshalb können wir „geben“ für das Oberelſaß nicht ohne weiteres ausſchließen.

Die Unterſcheidung zwiſchen Akkuſativ und Nominativ bildet für manchen elſäſſiſchen Schüler ein beinahe unüberwindliches Hindernis. Mancher begreift nur ſchwer, daß er ſagen muß: „Ich habe den Mann geſehen“, und nicht „Ich habe der Mann geſehen“. In der Mundart ſagt er: „*Ix hå dər mån ksān.*“ Hier handelt es ſich nicht um eine rein elſäſſiſche Erſcheinung, ſie iſt in der ganzen Rheinebene heimiſch. Daher hat ſie auch den Namen „Rheiniſcher Akkuſativ“. Auch hier tritt uns die Tatſache wieder entgegen, daß die elſäſſiſchen Mundarten den Zuſammenhang mit den übrigen Mundarten des Rheintales nicht verloren haben. Trotz aller Eigenart ſind die elſäſſiſchen Mundarten nicht eine Sprache für ſich, wie intereſſierte franzöſiſche Politiker das haben wollten. Sie ſind vielmehr deutſche Mundarten des Oberrheinlandes genau wie die badiſchen oder rheinheſſiſchen Mundarten auch. Nur von dieſem Standpunkte aus ſind ſie zu verſtehen.

Der unfruchtbare Zuſtand, daß man rechts und links vom Rhein getrennt voneinander Mundartenforſchung betreiben mußte, wird durch die Rückkehr des Elſaß zum Reiche ein Ende finden. In vorliegenden Ausführungen habe ich auf das viel beſprochene Bild der Mundartgrenzen, die alle den Rhein überqueren, ſtatt ihm zu folgen, gar nicht länger eingehen wollen. Es iſt ſo bekannt und klar, daß ein Blick auf eine Mundartenkarte vollauf genügt. Gewiß gibt es Unterſchiede zwiſchen Mundarten des rechten und ſolchen des linken Rheinufers. Der Rhein, bzw. die im Zuge des franzöſiſchen Vordringens in das Rheintal künſtlich geſchaffene ſtaatliche Grenze längs dieſes Stromes, kann bisweilen gewiſſe mundartliche Unterſchiede unterſtreichen. Wie wenig der Rhein aber Mundartgrenze iſt, erweiſt Ernſt Ochs überzeugend in dem der Mundart gewidmeten Abſchnitte des Kaiſerſtuhlbuches: „Das Geſicht der ganzen Sprachlandſchaft des Kaiſerſtuhls ſchaut nach Weſten“[9]. Der Einfluß der einſt bedeutenden Feſtung Breiſach als eines das Leben ſeiner Umgebung beeinfluſſenden Kulturzentrums wird man nicht unterſchätzen dürfen. So kann Breiſach von der Mundart her als „elſäſſiſche“ Stadt, als ein „elſäſſiſcher“ Vorpoſten auf dem rechten Rheinufer betrachtet werden. Wie ja die Stadt bis zum 13. Jahrhundert als Inſel nicht recht wußte, auf welche Seite ſie ſich ſchlagen wollte! Der Rhein entſchied ihr Schickſal, indem er einen ſeiner Arme verſanden ließ und dadurch Breiſach dem rechten Ufer zuteilte. Nirgends erweiſt ſich zwingender, wie fragwürdig, ja ſinnlos eine Grenze mitten durch die alemanniſchen und fränkiſchen Landſchaften, die ſich beiderſeits des Stromes erſtrecken, iſt. Was heißt ſolchen Tatſachen gegenüber „badiſch“ und „elſäſſiſch“? Die willkürlich geſchaffene Grenze hat zwar eine gewiſſe Auseinanderentwicklung gefördert. Aber ſelbſt in Jahrhunderten hat ſie natürlich gewachſene Gemeinſamkeiten nicht zu zerſtören vermocht.

Die Unterſchiede zwiſchen den Sundgauer Mundarten und denjenigen der Weißenburger Ecke ſind größer als diejenigen zwiſchen der Mundart von Altkirch und der von Lörrach oder zwiſchen der von Truchtersheim und der von Appenweier. Kindiſch wäre es, ſolche Unterſchiede leugnen zu wollen. Noch kindiſcher war es, ſie aus politiſchen Zwecken aufzubauſchen und aus Tatſachen, die gar nicht vorhanden ſind, Schlußfolgerungen ziehen zu wollen.

Mit Recht weiſt Friedrich Metz darauf hin[10], wie die weltlichen und geiſtlichen Territorien durch den Rhein in ihrer Ausdehnung nicht gehemmt wurden, ſondern ſich nach beiden, nach der elſäſſiſchen wie der badiſchen Seite hin ausbreiteten, wie Merian, ein Sohn des Oberrheinlandes, den Breisgau in ſeiner Topographia Alsatiae darſtellt, ohne Anſtoß daran zu nehmen, daß dies ja ein rechtsrheiniſches Gebiet war. Bekannt iſt auch, daß die Freiherrn von Müllenheim, eines der bekannteſten Straßburger und „elſäſſiſchen“ Adelsgeſchlechter aus Müllheim in „Baden“ ſtammten. Wir Deutſchen ſind keine alles gleichmachenden Jakobiner. Aber genau ſo wie es lächerlich wäre, ſich heute noch als „Markgräflich Baden-Durlachiſch“ oder „Freiherrlich Fleckenſteiniſch“ vorzuſtellen, oder zu betonen, man gehöre einem Gebiete „Straßburgiſcher“ oder „Hochgräflich Leiningen-Weſterburgiſcher Jurisdiktion“ an, weshalb man die Leute anderer „Jurisdiktion“ als Fremde und Ausländer betrachtet, genau ſo wird die niedergeriſſene künſtliche Rheinſchranke bis in einiger Zeit wieder als das empfunden werden, was ſie von Natur aus war, als ein von Frankreich geſchaffenes künſtliches Gebilde, das das Oberrheintal ebenſowenig in zwei Hälften teilt, wie die Donau Bayern in zwei feindliche Lager aufſpaltet. Hätte Frankreich auf dem rechten Ufer feſten Fuß faſſen können, wäre es ihm gelungen, ſeine kurz bemeſſene Freiburger Herrſchaft zeitlich und räumlich auszudehnen, dann hätte es gewiß nichts mehr von einer aus römiſchen Texten abgeleiteten „natürlichen" Grenze wiſſen wollen. Dann hätte es alle Dialektik, deren es fähig war, dazu benützt, zu beweiſen, daß das Oberrheinland eine geographiſche, wirtſchaftliche, ſprachliche, ethnographiſche Einhat darſtelle, die zu zerreißen eine Sünde wäre. Dann hätte es allerdings wahr geſprochen!

---

[9] E. Ochs, Mundart. In: Der Kaiſerſtuhl. Landſchaft und Volkstum. Herausgegeben vom Alemanniſchen Inſtitut in Freiburg i. Br., Freiburg i. Br. 1939, S. 171—181.

[10] Friedrich Metz, Die Oberrheinlande. Breslau 1925, Ferdinand Hirt. S. 151ff.

Auch in der Mundartenforſchung muß das Oberrheinland als ein Ganzes betrachtet werden, wobei gewachſene Gegebenheiten durchaus nicht verkannt werden ſollen. Die beiden Rheinufer bedingen ſich gegenſeitig. Nur dann kann ein richtiges Bild von einer ſprachlichen Erſcheinung gewonnen werden, wenn wir ſie auf beiden Seiten des Stromes verfolgen.

Der Verkehr den Rhein hinauf und hinunter hat das Bild der elſäſſiſchen Kulturlandſchaft beſtimmt. Nun das franzöſiſche Glacis, das dieſe Entwicklung künſtlich unterbrochen hatte, verſchwunden iſt, werden von den drei Zügen, die W. H. Riehl[11] in der elſäſſiſchen Landſchaft ſehen wollte, zwei verſchwinden: Der eines Kriegslandes und der eines Zwiſchenlandes, ſo daß der urſprünglichſte, der eines Straßenlandes, wieder kraftvoll hervortreten kann. Eines Straßenlandes, das nach Norden und Süden, Weſten und Oſten deutſche Gaue miteinander verbindet wie vor alters ſchon.

Der während der franzöſiſchen Zeit ausgebildete Zug mundartlichen Beharrens wird dem Elſaß nicht zur Unzierde gedeihen, denn ein geſundes Sprachleben fordert beides: eine edle, leiſtungsſtarke Hochſprache und markige, bodenverwurzelte Mundarten. Die Polarität zwiſchen beiden wirkt ungemein belebend und ſtärkend auf das geſamte Sprachleben des Volkes.

å = Hinterzungen-a (Laut zwiſchen a und o).
ę = Offenes e.
ə = Der indifferente Vokal in Nebenſilben.
χ = Velarer Reibelaut (ſog. ach-Laut).
š = Das ſch der deutſchen Schrift.

---

[11] Wilhelm Heinrich Riehl, Elſäſſiſche Kulturſtudien. Neu herausgegeben unter dem Titel „Das Elſaß" vom Alemanniſchen Inſtitut Freiburg i. Br. mit einer Einführung von Joſef Müller-Blattau. Freiburg i. Br. 1940, Eberhard Albert, Univerſitätsbuchhandlung.

Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden

Von Joſt Trier und Dr. Joſef Schepers, Münſter i. W.

Mit 2 Textkarten, 1 Bildtafel und 2 Querſchnitten

Was wir bringen, iſt ein Teilergebnis ſiebenjähriger Arbeit. Aus zunächſt rein weſtfäliſcher Frageſtellung erwuchs Schepers die Erkenntnis einer großen hausgeſchichtlichen Oſt-Weſt-Bewegung im nordweſtdeutſchen Raum.

In gemeinſamer Arbeit förderten wir die gewonnenen Anſätze. Dabei unterſtützten uns die Mitglieder des münſteriſchen hauskundlichen Arbeitskreiſes, und der Haushalt der Volkskundlichen Kommiſſion geſtattete längere Unterſuchungsfahrten größerer Gruppen von Studenten. Es liegt nunmehr in einer Darſtellung von Schepers ein nach beſtimmten Geſichtspunkten entworfenes Geſamtbild der Geſchichte des niederdeutſchen, niederländiſchen und mitteldeutſchen Bauernhauſes abgeſchloſſen vor. Wir hoffen, dieſe Arbeit trotz ihres großen Umfangs bald in den Schriften der Volkskundlichen Kommiſſion veröffentlichen zu können.

Die engen Beziehungen zwiſchen Bauernhaus und Stadthaus nötigten dazu, auch die ſtädtiſche Entwicklung des nordweſtdeutſchen Raumes unter den gewonnenen Geſichtspunkten erneut ins Auge zu faſſen. Eine zweite Arbeit von Schepers wird ſich daher mit den ſtädtiſchen Verhältniſſen befaſſen. Schon in der abgeſchloſſenen Unterſuchung des Bauernhauſes mußten aber Ergebniſſe jener zweiten Arbeit verwertet werden. Sie beſtimmten entſcheidend Inhalt und Aufbau der Geſchichte des Bauernhauſes, und hieraus hat ſich die für eine Diſſertation ungewöhnlich lange Arbeitszeit ergeben.

Mit dem folgenden kleinen Aufſatz wollen wir weder unſere bisherigen Veröffentlichungen[1] durch Wiederholung überflüſſig machen, noch den genannten künftigen Darſtellungen ohne Not vorgreifen. Vielmehr wollen wir eine Teilfrage, nämlich die der deutſch-niederländiſchen Beziehungen, in einem einſtweiligen rohen Überblick umreißen.

Hallenhaus, Ernhaus, Gulfhaus

Drei Grundformen des bäuerlichen Hauſes begegnen im Nordweſten des Reiches: das Hallenhaus, das Ernhaus und das Gulfhaus.

Das Hallenhaus wird zumeiſt niederdeutſches oder niederſächſiſches Haus genannt, das Ernhaus iſt unter dem Namen des mitteldeutſchen oder fränkiſchen Hauſes bekannter, und das Gulfhaus pflegt im älteren Schrifttum als Frieſenhaus aufzutreten.

---

[1] Joſef Schepers, Fachwerkgeſtaltung am weſtfäliſchen Bauernhaus. In: Weſtfalen, 20. Jg. 1935 S. 49—61; derſ., Zur Entwicklungsgeſchichte des Bauernhauſes mit durchgezapftem Ankerbalken. In: Oostvlaamsche Zanten, 10. Jg. 1935, S. 77—87. — Joſt Trier, Das Gefüge des bäuerlichen Hauſes im deutſchen Nordweſten. In: Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Jg. 1938, S. 36—50.; derſ., Haus und Wohnen. In: Weſtfalen, 24. Jg. 1939, S. 155—166. — Fritz Wallmeyer, Das Bauernhaus am mittleren Hellweg, eine volkskundliche Unterſuchung. Münſter 1939 = Schriften der Volkskundlichen Kommiſſion im Provinzialinſtitut für weſtfäliſche Landes- und Volkskunde, Heft 2. — Liſelotte Müller, Das Bauernhaus im Kreis Hofgeismar, Ruhe und Bewegung in einer heſſiſch-weſtfäliſchen Grenzlandſchaft. Münſter 1940 = Schriften der Volkskundlichen Kommiſſion, Heft 4. — Wilhelm Schmülling, Haus und Hausinſchrift im Bereich des niederdeutſchen Bauernhauſes, insbeſondere in Weſtfalen. In: Weſtfäliſche Forſchungen, 2. Jg. 1939, S. 309—317. — Joſef Schepers, Hausformen im Rubrgebiet. In: Weſtfäliſche Forſchungen, 2. Jg. 1939, S. 318—324. — Siehe auch die Arbeitsberichte der Kommiſſion in den Weſtfäliſchen Forſchungen, 1. Jg. 1938, S. 250f.; 2. Jg. 1939, S. 292f.; 3. Jg. 1940, S. 91f.

Es iſt nicht Willkür, wenn die neuere Forſchung die älteren Bezeichnungen meidet. Sie ſind irreführend. Das Gulfhaus iſt keineswegs von Anbeginn dem Frieſenſtamme zugeordnet. Das Ernhaus ſollte nicht fränkiſch oder mitteldeutſch heißen, denn auch in Dänemark, in Frankreich, in der Bretagne, auf den britiſchen Inſeln kennt man es. Am eheſten hätte das Hallenhaus ein Recht, niederdeutſch oder niederſächſiſch zu heißen; doch auch bei ihm melden ſich Zweifel, wenn man in die Geſchichte hineinſteigt und merkt, daß ein älteres weſtgermaniſches Hallenhaus von einem jüngeren niederdeutſchen unterſchieden werden muß.

Beſſer iſt es, die Häuſer nach ihrem beherrſchenden Innenraum, und das heißt zugleich nach der kennzeichnenden Nutzung dieſer Innenräume zu benennen.

Das Hallenhaus iſt gekennzeichnet durch die freie Raummitte zwiſchen den zwei Reihen der Säulen; es zeigt in aller Regel Längsaufſchluß; die freie, weder vom Gerüſt noch von der Nutzung verſtellte Längshalle iſt ſein Arbeitsraum (Deele); die ſpätere Entwicklung (Flettdeele, Durchgangsdeele) ändert im Grundlegenden hieran nichts. S. Abb. 1.

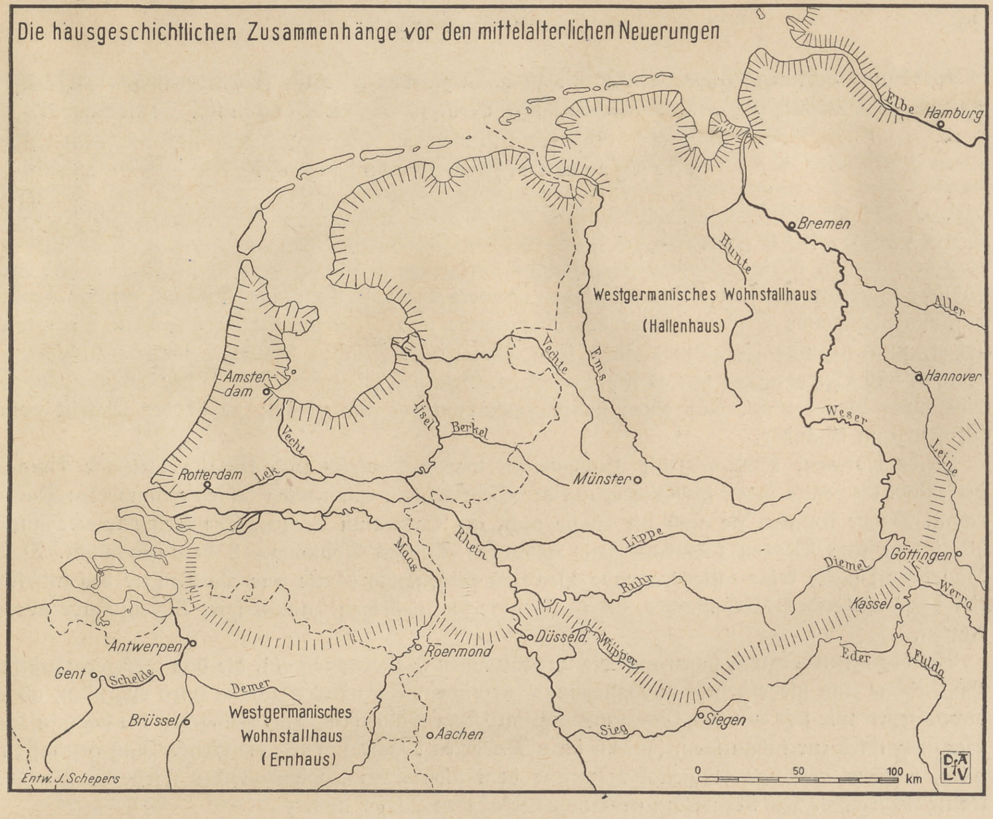
Das Gulfhaus iſt dadurch gekennzeichnet, daß dort, wo ſich im Hallenhaus der freie Arbeitsraum der Längshalle findet, die Ernte erdlaſtig geſtapelt wird; in den Vierecken zwiſchen den Ständern wird ſie von unten auf bis unters Dach aufgeſchichtet; die Räume zwiſchen je vier Ständern heißen Gulfe; nach ihnen benennen wir das Haus; zum Weſen des Gulfs und der Gulfreihe gehört, daß in ihnen erdlaſtig Ernte geborgen wird, daß man alſo nicht durch ſie hindurchgehen kann, ſie ſeien denn vorübergehend leer; umgekehrt haben wir als das Weſen der Halle und der ſie durch Reihung bildenden Fache erkannt und feſtgelegt, daß man ſich dort arbeitend frei bewegen, z. B. dort dreſchen kann. Die Begriffe Halle und Gulf ſchließen ſich alſo aus. Eine Gulfhalle wäre ein Unding.

Wie Hallenhaus und Gulfhaus, ſo heißt auch das Ernhaus nach ſeinem kennzeichnenden Haupt- und Urraum, dem Ern, d. h. dem Raum der Feuerſtätte, der zugleich Hausflur iſt und den man im Queraufſchluß betritt. Queraufſchluß muß dieſes Haus haben, da ſein Gerüſt ſich nicht wie das des Hallenhauſes aus einem paarigen Säulengerüſt entwickelt hat, ſondern auf ein Firſtſäulengerüſt zurückgeht; deſſen Weſen iſt es, grade die Mitte des Hauſes gerüſtlich zu verſtellen, ſo daß von vornherein ein innerer Zwang, deſſen Wirkung ſich auch unter ſpäterer Gerüſtentwicklung als ſehr nachhaltig erweiſt, zum Queraufſchluß drängt.

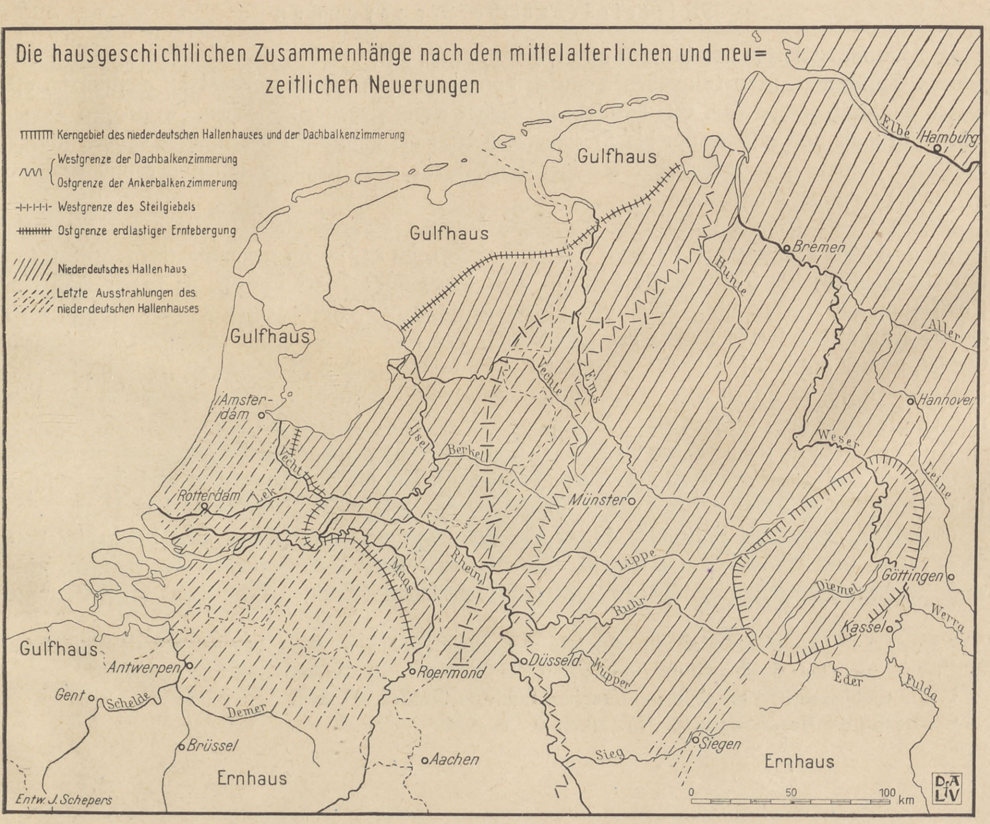
Dieſe drei Grundformen haben nicht gleich tiefe geſchichtliche Wurzeln. Heute ſtehen ſie in ihrer Dreiheit nebeneinander. Aber ſchon wenn wir nur bis zum Spätmittelalter zurückgingen, würde aus unſerm Bild eine der Formen verſchwinden müſſen, nämlich das Gulfhaus. Ernhaus und Hallenhaus reichen in große, für den Volkskundler unabſehbare Zeitentiefen, das Gulfhaus aber entſteht vor unſeren Augen in der Neuzeit (Ende 16.—17. Jahrhundert) unter Bedingungen, die wir einigermaßen zu überblicken glauben. Da wo heute das Gulfhaus blüht, hat vor ſeiner Entſtehung das Hallenhaus oder Ernhaus geherrſcht. Und es läßt ſich zeigen — und Schepers wird das in ſeiner Darſtellung näher ausführen — wie das Gulfhaus ſich auf der landſchaftlichen Grundlage ſowohl des Ernhauſes wie des Hallenhauſes entwickelt hat. Dieſe Erkenntnis vom geſchichtlichen Tiefenabſtand zwiſchen Gulfhaus auf der einen, Hallenhaus und Ernhaus auf der andern Seite iſt für uns grundlegend. Von ihr aus wird es hernach zu verſtehen ſein, daß wir für die weſtgermaniſche Grundſchicht und für die Frage der mittelalterlichen Neuerungen mit dem Gulfhaus gar nicht zu rechnen haben, daß dieſes erſt im Abſchnitt über die neuzeitlichen Neuerungen auftreten wird.

Wie ſteht es nun mit den deutſch-niederländiſchen hausgeſchichtlichen Verbindungen? Da iſt zu ſagen, daß erſtens alle von uns erwähnten Grundformen des deutſchen Nordweſtens auch in den Niederlanden begegnen, und daß zweitens die Niederlande keine Grundform kennen, die nicht auch im Reiche vorkäme. Aus Karte 2 iſt abzuleſen, daß an den Verbreitungsgebieten von Hallenhaus, Ernhaus und Gulfhaus beide, das Reich und die Niederlande, Anteil haben. Die Lagerung der Grundformen hat mit den niederländiſchen Staatsgrenzen ſo wenig zu tun, wie die Lagerung der frieſiſchen, ſächſiſchen und niederfränkiſchen Mundarten etwas mit den deutſch-niederländiſchen Staatsgrenzen zu tun hat.

Noch inniger aber werden die Verflechtungen, wenn wir die Entwicklung von den Anfängen bis zum heutigen Zuſtand verfolgen.


Die hausgeschichtlichen Zusammenhänge vor den mittelalterlichen Neuerungen
Westgermanisches Wohnstallhaus
(Hallenhaus)
Westgermanisches
Wohnstallhaus
(Ernhaus)
Elbe
Hamburg
Bremen
Hunte
Aller
Hannover
Weser
Leine
Göttingen
Werra
Kassel
Diemel
Eder
Fulda
Ems
Vechte
Münster
Lippe
Ruhr
Wupper
Düsseld.
Sieg
Siegen
Rhein
Maas
Roermond
Aachen
Berkel
IJsel
Amsterdam
Vecht
Rotterdam
Lek
Antwerpen
Gent
Schelde
Demer
Brüssel
Entw. J. Schepers
0
50
100 km
DAL
IV

Karte 1.


Die hausgeschichtlichen Zusammenhänge nach den mittelalterlichen und neuzeitlichen Neuerungen
Kerngebiet des niederdeutschen Hallenhauses und der Dachbalkenzimmerung
Westgrenze der Dachbalkenzimmerung
Ostgrenze der Ankerbalkenzimmerung
Westgrenze des Steilgiebels
Ostgrenze erdlastiger Erntebergung
Niederdeutsches Hallenhaus
Letzte Ausstrahlungen des niederdeutschen Hallenhauses
Gulfhaus
Gulfhaus
Gulfhaus
Gulfhaus
Ernhaus
Ernhaus
Elbe
Hamburg
Bremen
Hunte
Aller
Hannover
Weser
Leine
Göttingen
Werra
Kassel
Diemel
Eder
Fulda
Ems
Vechte
Münster
Lippe
Ruhr
Wupper
Düsseld.
Sieg
Siegen
Rhein
Maas
Roermond
Aachen
Berkel
IJsel
Amsterdam
Vecht
Rotterdam
Lek
Antwerpen
Gent
Schelde
Demer
Brüssel
Entw. J. Schepers
0
50
100 km
DAL
IV

Karte 2.

Grob und vorläufig gliedern wir den zu betrachtenden Verlauf folgendermaßen: 1. Weſtgermaniſche Grundſchicht, 2. Mittelalterliche Neuerungen, 3. Neuzeitliche Neuerungen.

Weſtgermaniſche Grundſchicht

(1.) Die gemeinſame weſtgermaniſche Grundſchicht herrſcht bis ins Hochmittelalter. Wie Karte 1 zeigt[2], iſt der Hauptteil der ſpäteren Niederlande durch ſein Hallenhaus mit Weſtfalen und dem ganzen übrigen Nordweſtdeutſchland verbunden, während die Provinz Zeeland und das ſüdliche Limburg ebenſo wie die flämiſchen Gebiete durch ihr Ernhaus Anſchluß an das große zuſammenhängende Ernhausgebiet der Rheinlande und Mitteldeutſchlands haben. Was wir ſehen, ſind ruhende Zuſammenhänge über ſehr große Flächen hinweg. Zeitliche Schichten, Stufen und Bewegungen hat es ſicher gegeben. Genauer erkennbar ſind ſie der volkskundlichen Forſchung bisher nicht. Auf einen Einzelpunkt kommen wir zurück; es iſt der Schritt vom Pfoſten zum Ständer.

Beide Formen, Ernhaus wie Hallenhaus, waren diesſeits und jenſeits heutiger Grenze deckenlos. Es fehlte ihnen die Gliederung der Senkrechten. Sie hatten keinen geſonderten Dachraum. Daher konnten ſie auch die Ernte nicht im Dachraum bergen. Die Ernte wurde aushäuſig, in ſog. Bergen (Rutenbergen) geborgen, wie es Abbildung 2 veranſchaulicht. Das Hausgerüſt hatte keine laſtentragende Decke zu ſtützen. Es diente nur als Träger des allſeits tief herabreichenden Walmdaches, deſſen Ränder die niedrigen, zaunartigen Außenwände überragten.

Bei der Erntebergung ſetzen nun die umwälzenden Neuerungen ein, die das weſtgermaniſche Hallenhaus zum niederdeutſchen Hallenhaus fortbilden. Auch das Ernhaus wird ergriffen, aber davon ſehen wir jetzt ab. Die Erntebergung wird dem Hallenhaus eingegliedert; die aushäuſige Bergung wird zur inhäuſigen. Indem im geſonderten Dachraum für die Ernte Platz geſchaffen wird, entſteht erſt das Einheitshaus; aus dem bisherigen Wohnſtallhaus wird ein Wohnſtallſpeicherhaus. Die Neuerung geht von der oberen Weſer aus.

Mittelalterliche Neuerungen

(2.) Damit kommt in das ruhende altweſtgermaniſche Bild des Hallenhauſes Bewegung, Staffelung, Schichtung. Neuerungswellen laufen von der oberen Weſer nordwärts, weſtwärts, oſtwärts und auch ſüdwärts[3]. Sie kräuſeln die bisher ruhig ſtehenden Flächen. In großen Bogen ſetzen ſich weit und allſeits um die Oberweſer herum die Endzonen der ausſtrahlenden niederdeutſchen Neuerungen mehr oder weniger hart, mehr oder weniger linienhaft und greifbar gegen beharrſame Altzonen ab.

Unſere Karte 2 zeigt einen Teil der Erſcheinungen und kümmert ſich nur um die weſtwärts gerichtete Bewegung; ſie kann ſich beſchränken, da es ſich im gegenwärtigen Aufſatz nur um die Stellung der Niederlande handelt. Wir legen aber Wert darauf, zu ſagen, daß eine Fortſetzung der Karte nach Norden und Oſten entſprechende Bilder zeigen würde. Auch in einer derart erweiterten Karte würde die Oberweſer, das auf Karte 2 mit ┬┬┬┬┬┬┬ umrandete Gebiet, immer als das ſpendende Kerngebiet der mittelalterlichen Neuerungen ſich erweiſen. In den großen Zügen haben wir den Beweis dafür 1938 geführt[4]. Wir wiederholen ihn hier nicht, faſſen uns auch im folgenden kurz unter Verweis auf unſern Aufſatz von 1938.

Ankerbalken und Dachbalken: Der Übergang zur Erntebergung im neuen abgegrenzten Dachraum erfordert ein neues Hausgerüſt. Um die Änderungen zu verſtehen, müſſen wir zunächſt einen Blick auf das ältere Gerüſt werfen, wie unſer Querſchnitt 1 es zeigt.

Späteſtens von dem Zeitpunkt ab, in welchem man im europäiſchen Laubholzgebiet vom Pfoſtenbau zum Ständerbau übergeht, alſo die ſenkrechten Gefügeglieder, die Säulen, nicht mehr in den Erdboden eingräbt, ſondern auf Unterlagen (Steine, Schwellen) aufſtellt, wird es nötig, der Querbindung des Gerüſtes größere Sorgfalt zuzuwenden. Das gilt im beſonderen Maße für das Hallenhaus. Die am beweglichen Hausgerät entwickelte Fügung des Zapfenſchloſſes wird ins Hausgerüſt übernommen. Damit entſteht der Ankerbalken.

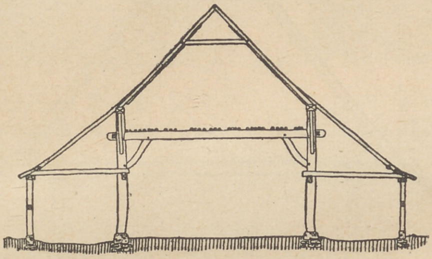
---

[2] Karte 1 iſt hauptſächlich aus den Gerüſtverhältniſſen gewonnen; ihre Sicherheit nimmt nach Weſten ab. Es iſt mit einer ſtarken Einſprengung von Ernhäuſern im Hallenhausgebiet zu rechnen.

[3] Zur Südbewegung vergleiche einſtweilen Liſelotte Müller, S. 31f.

[4] Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Jg. 1938, S. 36—50.

Beim Gerüſt mit Ankerbalken liegt die Querbindung tief unterhalb der Längsbindung, d. h. unterhalb des die Ständerreihe zuſammenſchließenden Rähms. Tief unterhalb des Rähms kann der Ankerbalken aber nur liegen, wenn er den Ständer durchdringt. Der Ständer erhält zu dieſem Zweck einen ſchmalen, rechteckigen Schlitz; durch dieſen Schlitz wird das Balkenende hindurchgeſteckt. Das geht nur, wenn der Balken zuvor an ſeinen Enden bis auf das mittlere Drittel ſeines Querſchnitts geſchwächt wird. Mit dem verbleibenden ſchmalen hohen Blatt durchdringt das Balkenende den Ständer und ragt auf der anderen Seite des Ständers hervor. Das dort hervorragende Zapfenblatt, das ſog. Zapfenohr, wird hart vor der Außenfläche des Ständers ein- oder zweimal durchbohrt; in die Bohrlöcher werden Keile getrieben, die den Balken hindern, zurückzurutſchen. Das alles zeigt unſer Querſchnitt 1.



Querſchnitt 1, des Ankerbalkenhauſes (nach J. Schepers) nach Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Bd., 1938, 1. Heft.

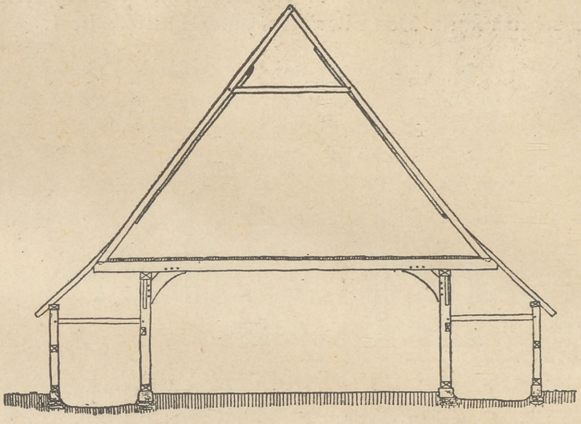
Dieſer Ankerbalken kann ſowohl am Zweiſtändergerüſt als auch am Firſtſäulengerüſt auftreten. Wo und wie er aber auch immer auftreten mag, in keinem Fall kann er dazu erfunden worden ſein, Laſten zu tragen. Seine Leiſtung beſchränkt ſich auf das Zuſammenhalten und Verſteifen des Gefüges in der Querrichtung. Gewiß gab es Unterſchiede ſeiner ſtatiſchen Leiſtung, je nachdem, ob er einem Gerüſt mit Sparrendach oder einem Gerüſt mit Rofendach ſich als dienendes Glied einordnete. Das iſt nicht zu verkennen. Aber mit der Aufgabe, Laſten zu tragen, hat er es da, wo ſein Gedanke noch rein erhalten iſt, weder im einen noch im andern Falle zu tun. Denn ein Balken, der da, wo er aufliegt, erſt auf das mittlere Drittel ſeines Querſchnitts geſchwächt werden muß, ehe er dem Gerüſt eingegliedert werden kann — ein ſolcher Balken kann nicht mit dem Ziel erdacht worden ſein, Laſten zu tragen. Seine Schwächung an den Auflageſtellen macht ihn dafür ganz ungeeignet. Über zuſätzliche und nachträgliche Behelfe, wie ſie auch unſer Querſchnitt 1 zeigt, nachher.

Halten wir feſt: ſolange das Ankerbalkenhaus von weſensfremden neuen Nutzungsgedanken noch unberührt iſt, birgt es ſeine Ernte nicht im Dachboden; es hat überhaupt keinen Dachboden, es iſt noch ohne Gliederung der Senkrechten. Darin ſteht das deckenloſe Hallenhaus mit Ankerbalken auch da, wo es uns noch heute lebendig begegnet, dem altweſtgermaniſchen Hallenhaus ſo nahe, daß wir es dieſem gradezu gleichſetzen können. Es iſt diejenige Art des heute lebenden Hallenhauſes, die von den oberweſeriſchen mittelalterlichen Neuerungen noch unberührt iſt.

Nun zu dieſen Neuerungen. Indem ſie dem weſtgermaniſchen Hallenhaus die Erntebergung eingliedern, machen ſie dieſes Wohnſtallhaus zu einem Wohnſtallſpeicherhaus. Sie machen das weſtgermaniſche Hallenhaus zum niederdeutſchen Hallenhaus.

Der alte Hallencharakter wird durch die Eingliederung der neuen Leiſtung nicht zerſtört. Die Halle bleibt gewahrt. Ja, ſie wird ſogar noch geſteigert und nun erſt bis zu jener monumentalen inneren Größe gereckt, deren Erhabenheit ſich niemand entziehen kann. Bleibt die Halle gewahrt, und bleibt auch — was damit eng zuſammenhängt — das Vieh dort ſtehen, wo es bisher ſtand, nämlich in den Seitenſchiffen, den Kübbungen, dann muß man zur Gliederung der Senkrechten fortſchreiten, dem Hauſe einen abgegrenzten Dachraum geben.

Damit bekommt das Gerüſt Aufgaben, die ihm bisher nicht zugemutet worden waren. Man brauchte nun einen Balken, der ohne Schwächeſtellen ſeinen Querſchnitt überall bewahrte, der alſo den Ständer nicht zu durchdringen hatte. Wir ſehen von taſtenden Zwiſchenlöſungen ab und faſſen gleich das ins Auge, was geſchichtlich geſiegt und zuſammen mit den neuen Nutzungen und Leiſtungen weite Flächen des deutſchen Nordweſtens und Nordens erobert hat. Es iſt die Bauweiſe mit Dachbalken, wie ſie unſer Querſchnitt 2 zeigt.



Querſchnitt 2, des Dachbalkenhauſes (nach J. Schepers) nach Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Bd. 1938, 1. Heft.

Das Rähm liegt bei dieſer Zimmerung da, wo es auch beim Ankerbalken lag, nämlich in Längslage über den Ständerköpfen als Zuſammenfaſſung der Ständerreihe. Da es der Sinn der Neuerung iſt, den Balken nicht zu ſchwächen, ſo muß er jetzt oberhalb des Rähms liegen. So iſt er einer dachlaſtigen Erntebergung gewachſen. Vgl. Abb. 3 u. 4. Lag beim Ankerbalkengefüge die Querbindung unter der Längsbindung, ſo liegt ſie beim neuen Dachbalkengefüge über der Längsbindung. Vom Rähm her geſehen, heißt das: die Hochrähmzimmerung wird durch eine Unterrähmzimmerung erſetzt. Hier offenbart ſich auf ſchöne Weiſe der innere Zuſammenhang zwiſchen gerüſtlichen und nutzungsmäßigen Fragen, zwiſchen einer Einzelheit des Gefüges und dem Ganzen eines Haustypus. Für das richtig ſehende Auge gibt es am Haus gar nichts Vereinzeltes. Auch das ſcheinbar Einzelne wirkt ins Ganze und wird vom Ganzen beſtimmt. Wenn Huppertz meint[5], die Bemühungen unſerer Forſchung hätten es mit irgendeiner konſtruktiven Sonderheit zu tun, ſo irrt er. Es handelt ſich um nichts Geringeres als um die Frage, wie und wann der Gedanke des Einheitshauſes im Hallenhaus verwirklicht worden, wie alſo das entſtanden iſt, was man alle Zeit und mit Recht als Weſenszug und ſtilprägende Eigenſchaft des ſog. Niederſachſenhauſes angeſehen hat.

Andere Folgen der dachlaſtigen Bergung: Es genügte nicht, den einzelnen Balken von ſeinen gefährlichen Schwächeſtellen zu befreien. Man mußte auch die Zahl der Balken vergrößern. Damit wird die Reihe der Ständer dichter; denn man hielt daran feſt, den Balken jeweils dahin zu legen, wo ein Ständerpaar ſtand. Es werden auf dieſe Weiſe die Joche (Fache), die im Ankergerüſt annähernd quadratiſch geweſen waren, zu flachen Rechtecken,

---

[5] Barthel Huppertz, Räume und Schichten bäuerlicher Kulturformen in Deutſchland, ein Beitrag zur deutſchen Bauerngeſchichte. Bonn 1939, S. 176.

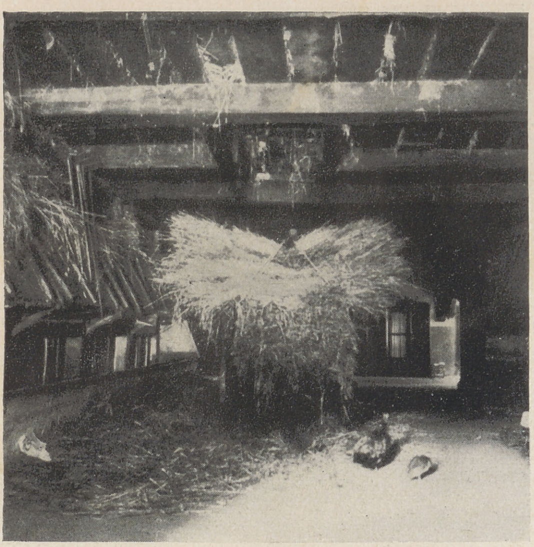


Abb. 1. Deele mit eingefahrenem Erntewagen in einem Hallenhaus in Nordel, Kreis Nienburg (Hannover)

Volkskundliche Kommiſſion (Aufnahme Schepers)

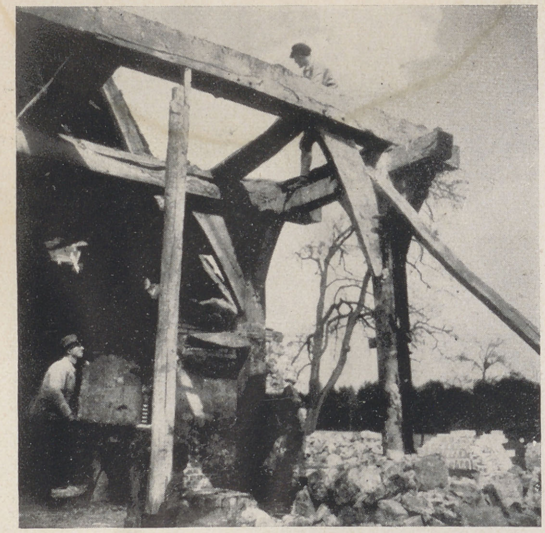


Abb. 4. Dachbalkenhaus von 1629 bei Elte, Kreis Steinfurt, nördliches Münſterland, im Abbruch

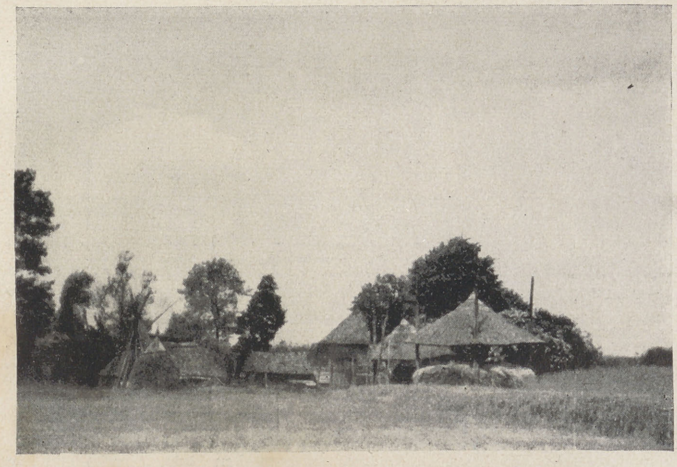


Abb. 2. Berge bei Otterloo, Prov. Geldern

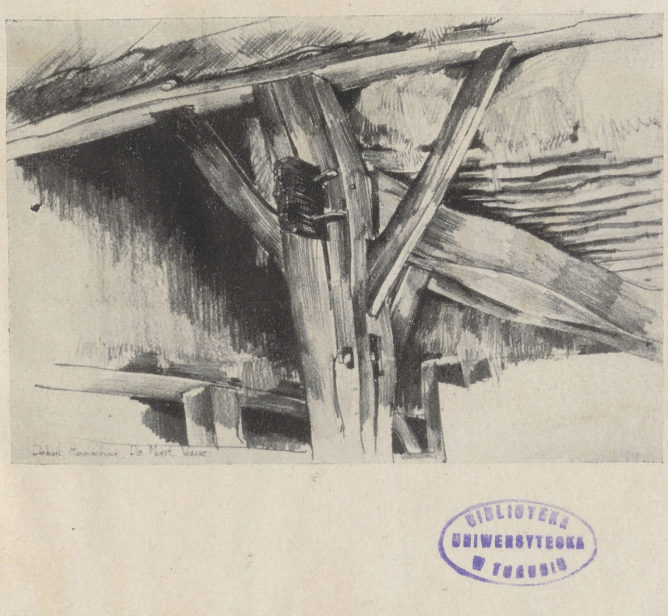


Abb. 3. Ständer mit Ankerbalken an einer Heuſcheune in der oſtniederländiſchen Grenzlandſchaft Twente

(Zeichnung von Jan Jans, Almelo)

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

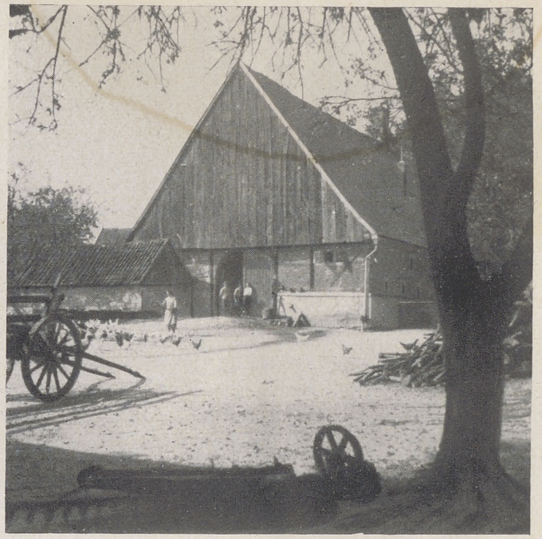


Abb. 5. Dachbalkenhaus (Vierſtänderbau) von 1739 bei Havixbeck, Landkreis Münſter mit hohem Erntedachboden

Volkskundl. Kommiſſion Münſter (Aufnahme Schepers)

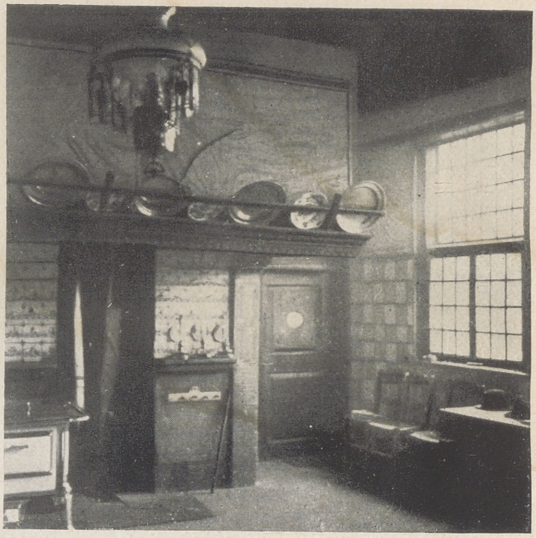


Abb. 7. Küche in einem Ankerbalkenhaus von 1790 in Rhedebrügge, Kreis Borken (weſtl. Münſterland), Herdwand mit Delfter Flieſen, Fenſter in Schiebefenſterart

(Aufnahme J. Schepers)

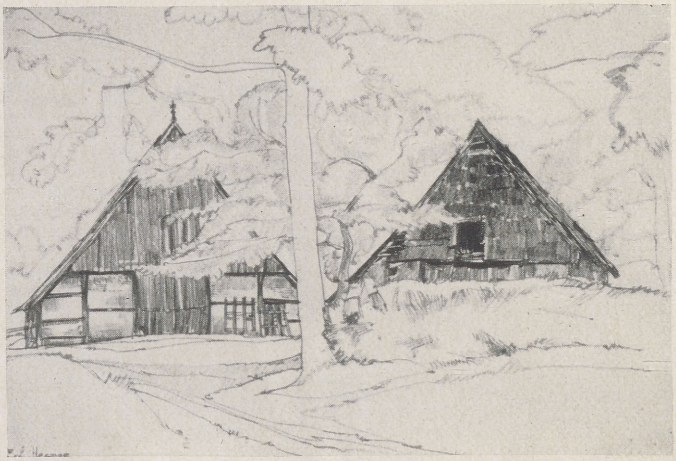


Abb. 6. Ankerbalkenhaus mit Steilgiebel und erntebergendem Dachboden in der oſtniederländiſchen Landſchaft Twente; Scheune mit Walmgiebel

(Zeichnung von Jan Jans, Almelo)

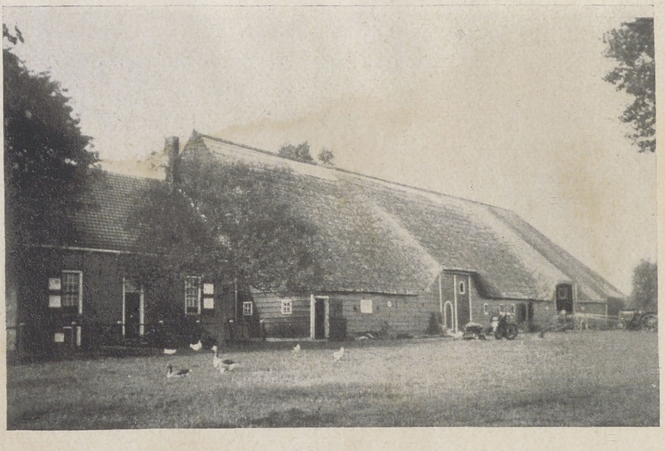


Abb. 8. Gulfhaus mit Querdurchfahrten bei Jjerſeke, niederländiſche Provinz Zeeland

Volkskundl. Kommiſſion Münſter (Aufnahme Schepers) deren längere Seiten die Breite der Halle (Deele) ausmachen, deren kürzere Seiten ſich zur Länge der Halle zuſammenfügen. Für den Eindruck des Halleninneren iſt das zuſammen mit den ſchwereren Hölzern, der dichteren Zimmerung umwälzend. Erſt jetzt wird auch der (ſchon bisher überwiegende) Längsaufſchluß des Hauſes zu einem unaufhebbaren Zwang. Aus dem weitmaſchigen Gerüſt iſt ein engmaſchiges geworden. Das hat ſeine Folgen für die Kopfbänder und für die Stellen des Hauſes, an denen ſein Gerüſt nach außen hin ſichtbar wird, d. h. ſein Fachwerk[6].

Einſchneidend ſind die Folgen für den Vorgang des Hausbaues. Beim Ankerbalkenbau errichtet man Gebind nach Gebind, d. h. je eine kleine Einheit, beſtehend aus Ständerpaar und durchgezapftem Ankerbalken. Erſt wenn die Gebinde hintereinander ſtehen — durch wieder abzunehmende oder auch belaſſene Längsſchwertung gehalten —, werden die oben abſchließenden Rähme aufgebracht. Beim Dachbalkenbau geht das nicht; begreiflicherweiſe, denn die Balken liegen oberhalb des Rähms, die langen Rähme müſſen alſo liegen, bevor die Dachbalken aufgebracht werden können. Die zu errichtenden Einheiten ſind nicht mehr die verhältnismäßig bequemen Gebinde, ſondern die langen oben vom Rähm abgeſchloſſenen Ständerreihen. Sie aufzurichten bedarf es weit ſchwierigerer techniſcher Vorkehrungen. Nur eine techniſch fortgeſchrittene Zeit konnte das wagen. Hinzu kommen die geſteigerten Maße des Ganzen.

Weiter: Ein Ankerbalken endet in der Ebene der Ständerreihe. Es iſt nicht möglich, ihn über dieſe Ebene hinaus zu verlängern. Es iſt nicht daran zu denken, mit ihm einen Dachboden zu gewinnen, der breiter wäre als die Halle (Deele) unter ihm. Anders der Dachbalken. Nichts ſteht grundſätzlich im Wege, ihn über das Rähm hinaus überſchießen zu laſſen, ihm einen Überſtand zu geben, wie ihn Querſchnitt 2 zeigt. Der Überſtand ſchafft dem Bauern bei gleichbleibender freier Spannweite einen breiteren Bergeraum, und für den Zimmermann ſchaut ein nicht unbeträchtlicher ſtatiſcher Vorteil heraus; denn Dachlaſt und Erntelaſt verteilen ſich auf zwei Hebelarme. Man wagt den Überſtand nicht ſofort, und in Gegenden, die den Dachbalken nicht ſelbſt hervorgebracht, ſondern durch Strahlung von der Oberweſer her empfangen haben — alſo im Großteil des Dachbalkengebietes —, verwendet man den Dachbalken zunächſt ohne Überſtand, oder man macht den Überſtand kleiner als im ſpendenden Kerngebiet der Neuerung. Langſam nur kommt man auf die Maße der oberweſeriſchen Vorbilder. Deshalb ſind die Maße der Überſtände, d. h. die Maßbeziehungen zwiſchen Überſtand und Geſamtlänge des Dachbalkens, wichtige Anhaltspunkte für die Geſchichte des niederdeutſchen Hallenhauſes und die Erkenntnis ſeiner Verbreitungswege. Sie für möglichſt große Flächen räumlich und zeitlich recht dicht zu beſitzen, erweiſt ſich mehr und mehr als notwendig.

Ihren vollen Wert für ein geſchichtlich lebendiges Bild der Hausentwicklung und Hausverbreitung entfalten ſie aber erſt, wenn ſie mit den Maßſchwankungen der Fache verglichen werden. Weite des Überſtandes und Kürze des Faches ſind dem reinen Gedanken der Erntebergung im Dach, d. h. den höchſt entwickelten Formen des Dachbalkenhauſes zugeordnet. Kürze des Überſtandes und verhältnismäßige Länge des Fachs gehören zu den Frühformen des erntebergenden Hallenhauſes und demgemäß in die Randzonen ſeines Ausſtrahlungsfeldes.

Dies hart umriſſene Bild darf ſchon heute als geſichert gelten. Wenn in der rauhen Wirklichkeit des Beſtandes die eine oder andere Beobachtung ſcheinbar einmal widerſpricht, ſo kommt das daher, daß die Strahlkraft des ſpendenden Kerngebietes der Oberweſer weder zu allen Zeiten gleich ſtark war, noch nach allen Richtungen gleichmäßig verteilt blieb. Es gibt frühe, raſche Vorſtöße linienhafter Art; es gibt langſame Eroberungen in breiter Front. Es gibt auch zeitweilig rückläufige Bewegungen von Ausgleichsformen. Die können ſo ſtark ſein, daß ſie im ſichtbaren Beſtand alte Verbindungen überdecken. Dies iſt z. B. zu erwägen für die Erklärung der früh und weit vorgeſtoßenen Hochformen des Dachbalkenhauſes in Holſtein. Ihre Verbindung mit der Oberweſer iſt durch Rückwanderung einer Ausgleichsform (Sparrenſchwelle) im heutigen Beſtand unſichtbar gemacht worden. Doch können wir für diesmal, wo es ſich um den Weſten handelt, auf dieſe feſſelnden Beſonderheiten nicht eingehen, verweiſen

---

[6] Schepers, Fachwerkgeſtaltung. Trier in: Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Jg. 1938, S. 41.

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA

nur auf Ernſt Schlee, der die Oberweſertheſe für Holſtein von uns übernommen hat[7], und auf Gerhard Eitzen, der ſich für Nordhannover kritiſch mit ihr auseinanderſetzt[8].

Dreiſtänder und Vierſtänder: Mit der Entſtehung des Dachbalkenbaus und der Möglichkeit, dem Balken Überſtand zu geben, hängt zuletzt auch der Schritt zum Dreiſtänderhaus und zum Vierſtänderhaus zuſammen. Denn vergrößert man den Überſtand des Dachbalkens immer mehr, um die Bodenfläche immer breiter zu machen, ſo wird es ſchließlich notwendig, dem Dachbalken an ſeinem Ende eine neue Stütze zu geben. Damit iſt der Dreiſtänder und, wenn die Sache beidſeitig vor ſich geht, der Vierſtänder gegeben. Stimmt das, dann muß ſich zeigen laſſen, daß der Mehrſtänderbau ſeine Heimat dort hat, wo der Dachbalken ſie hat, nämlich an der oberen Weſer. Dies läßt ſich nun in der Tat nachweiſen und wird von Schepers ausführlich dargeſtellt werden[9]. S. Abb. 5 gegen Abb. 6 links.

Warum Oberweſer? Schepers iſt die Lehre von der Herkunft der mittelalterlichen Neuerungen aus dem Oberweſergebiet ſeinerzeit aus der Unterſuchung der raumzeitlichen Verbreitungsbilder der Gerüſte und Nutzungen erwachſen.

Die Frage, warum grade die Landſchaften um die obere Weſer dazu beſtimmt waren, die Erntebergung in den neu zu ſchaffenden Dachraum zu verlegen und dann ausſtrahlend auf großer Fläche ruhende Altzuſtände aufzurollen, kann jetzt erſt auftauchen. Wir haben ſie noch kaum angeſchnitten[10]. Es ſchien uns methodiſch richtiger, zunächſt nur das zu ſagen, was ſich einer rein hauskundlichen Betrachtung an Tatſachenerkenntnis aufdrängt. Die Gründe für die Führerſtellung der Oberweſer ſind ſehr zuſammengeſetzter Art, und der Volkskundler allein wird kaum in der Lage ſein, ſie alle aufzuſpüren und ihr gegenſeitiges Gewichtsverhältnis richtig abzuſchätzen.

Mitgeſprochen und vielleicht entſcheidend mitgeſprochen hat aber folgendes: Unter den Gebieten des Hallenhauſes zeichnen ſich die Landſchaften um die obere Weſer durch eine frühe große Dichtigkeit der Hofanlagen in den Dörfern und Städten aus. Die Dörfer zeigen früh eine ſtadtnahe Enge des Anbaues, und die zahlreichen kleinen Städte des Gebietes ähneln in ihren ackerbürgerlichen Verhältniſſen den Dörfern ſo ſehr, daß ſie von ihrem Beginn an eine ſtarke Wirkung auf Siedlungs- und Lebensformen der Dörfer geübt haben müſſen. Je dichter nun die Höfe in einem Dorf oder in einem Ackerbürgerſtädtchen ſtehen, um ſo beengter iſt der freie Raum außerhalb des Haupthauſes, über den die Hofraiten verfügen. Mit der Entſtehung dieſer eigentümlichen, die Oberweſer kennzeichnenden Beengtheit der Hofraiten wird es natürlicherweiſe immer ſchwieriger, die Ernte außerhalb des Haupthauſes auf der Hofraite zu bergen, und aus dieſer Not entſteht hier der entſcheidende Schritt zur Eingliederung der Bergung ins Hallenhaus, d. h. zur Schaffung des erntebergenden Dachraums und damit zu den gerüſtlichen Veränderungen, die dieſe neue Art der Erntebergung im Einheitshaus ermöglichen.

Es iſt kein Zufall, daß die Oberweſer ein an Wüſtungen reiches Gelände iſt. Die bisherigen Ergebniſſe der Wüſtungsforſchung laſſen erkennen, daß i. allg. dort, wo im Laufe des hohen und ſpäten Mittelalters Siedlungsplätze wüſt geworden ſind, die verbleibenden ſtädtiſchen und bäuerlichen Siedlungen nicht nur an Größe, ſondern grade auch an innerer Dichtigkeit zugenommen haben. Dieſe mittelalterliche Verdichtung ſcheint einen weſentlichen Anſtoß zur dachlaſtigen Erntebergung gegeben zu haben.

Eine räumlich denkende Betrachtung volkskundlicher und ſprachlicher Tatſachen hat längſt die Erfahrung gemacht, daß die letzten Gründe für die Entſtehung einer Neuerung ſelten mit den Gründen ihrer Verbreitung zuſammenfallen. Was aus der gedrängten Enge der Hofraiten entſteht, verbreitet ſich in weite Landſchaften, in welchen von ſolcher Gedrängtheit gar keine Rede ſein kann. Wie immer im geſchichtlichen Ablauf entfaltet das einmal Geſchaffene ſein Eigenleben und verbreitet ſich auf Grund von Vorzügen, die bei ſeiner Entſtehung nicht oder nicht vordringlich gemeint waren. Dieſer Sinnwandel der Form zeigt ſich auch im Raumſieg des niederdeutſchen Hallenhauſes. Ihn bewirkt einmal das Geltungsgefälle, das ſtets mit neuen Formen, zumal aufwendigeren Gerüſten, verbunden iſt. Dem geſellen ſich andere Vorzüge. Unter ihnen ſcheint uns am wichtigſten zu ſein, daß im Haupthaus, das vom Rauch des Herdfeuers durchſtrichen war, die Ernte trockener gehalten wurde und von Schädlingen freier blieb, die Stapelverluſte daher vermindert wurden. Außerdem war es in hohem Grade zweckmäßig und arbeitsſparend, das Dreſchgut vom trockenen und gut durchlüfteten und durchräucherten Bergeraum unmittelbar auf die Dreſchfläche der Deele herabzuwerfen, ohne einen Fuß vors Haus ſetzen und die Garben etwa gar durch ſtrömenden Regen vom Berg in die Halle befördern zu müſſen. Schließlich iſt auch der höhere Wärmeſchutz zu beachten. Dieſe und andere Vorzüge ſind die Triebkräfte der Verbreitung der an der Oberweſer entſtandenen mittelalterlichen Entwicklungsſtufe des Hallenhauſes.

---

[7] Ernſt Schlee, Die geſchichtliche Entwicklung des Bauernhauſes in Schleswig-Holſtein. In: Kieler Blätter, 2. Jg. 1939, S. 307—326, beſonders S. 312f.

[8] Gerhard Eitzen, Zur Gefügeentwicklung des Niederſachſenhauſes in Nordhannover. In: Niederdeutſche Zeitſchrift für Volkskunde, 17. Jg. 1940, S. 198—215; ſiehe unſern Aufſatz in den Weſtfäliſchen Forſchungen, 1. Jg. 1938, S. 36—50.

[9] Siehe einſtweilen Wallmeyer, S. 16—22.

[10] Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Jg. 1938, S. 47f.

Vormarſch des Dachbalkens: Wenden wir uns wieder unſerer Karte 2 zu. Gehen wir von der ringförmigen Umrandung des oberweſeriſchen Kerngebietes weit weſtwärts, ſo ſtoßen wir auf die ∿∿∿∿∿ Linie, die vom Jadebuſen über Lingen nach Köln läuft. Bis zu dieſer Linie iſt der Dachbalken auf ſeinem Weſtmarſch vorgedrungen. Weſtlich dieſer Linie herrſcht der Ankerbalken, öſtlich von ihr hat der Dachbalken das ganze Gelände gewonnen, ohne doch alle Spuren und Nachklänge des älteren Zuſtandes, auf die einzugehen hier zu weit führen würde[11], ganz vertilgen zu können.

Die Grenze iſt nicht auf der ganzen Strecke gleich ſcharf. In ihrem mittleren weſtfäliſchen Teil iſt ſie ſchärfer als im nördlichen und auch etwas ſchärfer als im ſüdlichen Teil. Die Front ſcheint in Weſtfalen früher zum Stehen gekommen zu ſein als auf den Flügeln. Man darf annehmen, daß ſie in der Mitte ſeit etwa 1600 feſtliegt. Sie fällt hier annähernd zuſammen mit wichtigen Mundartgrenzen[12] und mit Grenzen anderer volkskundlicher Erſcheinungen[13]. Es liegt hier eine der feſteſten und am längſten bekannten innerweſtfäliſchen Scheiden vor. Sie ruht auf einem ſiedlungsleeren Landſtrich, der als breites nordſüd-ziehendes Band von Mooren und Heiden dem Verkehr früherer Zeiten ſchwer überwindbare Hinderniſſe in den Weg ſtellte und oſtweſtliche Kulturbewegungen aufhielt.

Man ſieht, die Niederlande werden vom Dachbalken nicht berührt. Es bleibt zwiſchen der Weſtfront des Dachbalkens und der Reichsgrenze ein Saum von wechſelnder und im Norden ganz beträchtlicher Breite ſtehen, in welchem ebenſo wie in den Niederlanden der Ankerbalken ſich gegen den angreifenden Dachbalken behauptet hat. Sehr falſch wäre es aber, daraus zu ſchließen, daß die Niederlande ſamt jener Zwiſchenzone von oberweſeriſchen Einflüſſen unbehelligt geblieben wären.

Erntebergung über angepaßtem Ankergerüſt. — Ihr Vormarſch weſtlich der Dachbalkenfront: Der Dachbalken iſt zwar ein wichtiges, aber nicht das einzige Kennzeichen der oberweſeriſchen Einflüſſe. Weſtlich der Dachbalkenlinie ſchließt ſich ein Gebiet an, in das zwar nicht der Dachbalken, aber die Erntebergung im Dachraum eingewandert iſt. Das iſt kein Widerſpruch zu dem, was wir bisher geſagt haben, wenn es auch zunächſt ſo klingt. Die neue Nutzung und Nutzungsverteilung kann ſehr wohl auf ihrem Weſtmarſch der Verbreitung des ihr zugeordneten Gerüſtes weit vorauseilen. Nämlich dann, wenn das ältere Gerüſt durch nachträgliche und zuſätzliche Veränderungen einigermaßen den Aufgaben dienſtbar gemacht werden kann, für die es urſprünglich nicht beſtimmt war. Dies iſt tatſächlich geſchehen. Man hat den Ankerbalken für die neue Aufgabe dadurch tauglich gemacht, daß man ihn noch ein Stück in voller Stärke in einen ſchrägen Ausſchnitt des Ständers hineingreifen ließ, wie es Querſchnitt 1 zeigt. Der Zimmermann ſpricht in ſolchem Falle von Verſatz, die Volksſprache nennt die ſelbe Sache Tand (Zahn). Die Auflagefläche iſt nur ſehr kurz, zwei bis drei Zentimeter lang. Aber für dies kurze Stückchen blieb die Dicke des

---

[11] Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Jg. 1938, S. 36—50.

[12] Deutſcher Sprachatlas Karte 56; Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Jg. 1938, S. 44.

[13] Heinrich Büld, Volk und Sprache im nördlichen Weſtfalen, Weſtfäliſche Ortſchaften im Spiegel ihrer Sprache. Münſter 1939, Karten 1 und 3.

Balkens voll, die Höhe praktiſch zur Hälfte erhalten, und das genügte, die Fügung immerhin ſo zu verſtärken, daß der Ankerbalken etwas tragfähiger wurde. Auch wählte man ſtärkere Querſchnitte der Hölzer, ſelbſt wenn dies die Koſten des Baues empfindlich erhöhte. Schließlich übernahm man vom Dachbalkenbau die engere Ständerſtellung in der Längsrichtung.

Mit Hilfe dieſer nachträglich und behelfsmäßig zurechtgemachten (adaptierten) Altform drang die dachlaſtige Erntebergung oberweſeriſchen Urſprungs weit über die Dachbalkengrenze weſtwärts vor und erreichte ungefähr eine Linie, die in Karte 2 als ╫╫╫╫╫ eingezeichnet iſt. Sie läuft von der Zuiderſee Vecht aufwärts bis Roermond. Weſtlich von ihr iſt der urtümliche altweſtgermaniſche Zuſtand des deckenloſen Einraumhauſes noch weitgehend erhalten. Die Ernte wird hier — ſoweit es ſich um das Hallenhaus handelt — außerhalb des Hauſes in Rutenbergen oder in einer Scheune geborgen[14].

Ihre Wirkung auf die Maßverhältniſſe der Fache: Das zwiſchen ╫╫╫╫╫ und ∧∧∧∧∧ die Oberweſer tatſächlich gewirkt hat, zeigt ſich noch in folgendem. Wir haben geſehen, daß mit dem Dachbalken und ſeiner Erntebergung die Fache, die im altweſtgermaniſchen Hallenhaus quadratnahe waren, aus Gründen der Feſtigkeit der Unterſtützung mehr und mehr flachrechteckig werden mit der kurzen Seite in der Firſtrichtung. Wir haben ferner ſchon geſagt, daß dieſes Kürzerwerden der Fache ſich im Beſtand der Häuſer je nach Nähe oder Ferne zum ſpendenden Kerngebiet großflächig und kennzeichnend im Gelände nachweiſen läßt. Es iſt nun ſehr bedeutſam, daß die Maßverhältniſſe der Fache in dem Gebiet mit erntetragendem Ankerbalken ſich dem großen geographiſchen Bild dieſer Maße durchaus einordnen. Auch von hier aus beſtätigt es ſich alſo, daß von der Oberweſer aus die dachlaſtige Erntebergung weſtwärts über die Grenze des Dachbalkens vorgedrungen iſt und ſich ein Gerüſt untertan gemacht hat, das urſprünglich nicht für ſie beſtimmt war.

Es iſt ja ſchon aus allgemeinen Erwägungen einleuchtend, daß man neuen Nutzungsweiſen und Aufgaben mit nur wenig veränderten alten gerüſtlichen Mitteln gerecht zu werden verſucht, ſo lange das irgend gehen mag; ganz beſonders, wenn das Neue nur langſam ſich ſteigernd an einen herankommt. Ganz umzudenken, etwas grundſätzlich Andersartiges im Bau zu wagen, iſt immer ſchwer, und zu den Kräften, die das vermögen und erzwingen, gehört — abgeſehen von beſonderen Begabungen, über die wir keine begründete Ausſage machen können — wohl immer die Notlage, vor welche raſche Veränderungen der Verhältniſſe den Menſchen ſtellen.

Rückſchlüſſe auf die früheſten Vorgänge an der Oberweſer: Unſere Beobachtungen im Gebiet zwiſchen der ╫╫╫╫╫ und der ∧∧∧∧∧-Linie erlauben Rückſchlüſſe auf die Vorgänge, die ſich im Oberweſergebiet ſelbſt einmal abgeſpielt haben mögen. Auch hier wird man zunächſt zu Tand und dichterer Ständerſtellung gegriffen haben, ehe ein Mutiger das Ganze auf neue Grundlagen ſtellte. Auch für die geſchilderte Anpaſſung des Ankergerüſtes an die Erntebergung im Dach iſt die Oberweſer maßgebend und ſpendend geweſen. Das läßt ſich aus dem Raumbild und nach vergleichender Betrachtung älteſter Stadthäuſer der Oberweſer erſchließen. Gewiſſe leiſeſte Nachklänge einer älteren Bauweiſe (z. B. Langſchwertung, auch letzte Reſte des Tands) hat eine verfeinerte Beobachtung am Rand des Kerngebietes aufſpüren können. Doch bleibt es, um das Geſamtbild nicht durch Einzelheiten zu verwiſchen, nötig, zu betonen, daß wir die ringförmige Umrandung ┬┬┬┬┬ grade um dasjenige Gebiet gelegt haben, das ſich durch ſeinen Mangel an allen gröberen Ankerbalkenſpuren vor allen andern Gebieten des laubholzbeſtandenen Europa als etwas Einzigartiges hervorhebt; und dies trotz ſehr hohen Alters der erhaltenen Häuſer.

Steilgiebel gegen Walmgiebel: Auf der Karte 2 findet ſich eine Linie ı—ı—ı—ı—ı. Sie deutet ungefähr an, bis wohin der Steilgiebel bei ſeinem Vormarſch von Oſten nach Weſten den Walmgiebel verdrängt hat[15]. Zur Sache ſiehe Abb. 6.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Aufſteilung des Giebels ein hausgeſchichtlicher Vorgang iſt, der aufs engſte zur Erntebergung im Dachraum gehört. Es gibt kein bequemeres Mittel, das Faſſungsvermögen des Dachraumes zu vergrößern. Demgemäß ſehen wir in Norddeutſchland die Grenze des Steilgiebels gegen den Walmgiebel ſo gelagert, daß die Beziehung zur ſpendenden Mitte der Oberweſer nicht zu verkennen iſt. Das Gebiet, auf dem die dachlaſtige Erntebergung entſtand, iſt auch das Gebiet, das den Steilgiebel in den deutſchen Nordweſten ausgeſtrahlt hat. In der Weſtzone liegt, wie wir auf Karte 2 ſehen, die Weſtgrenze des Steilgiebels zwiſchen der Dachbalkengrenze und der Grenze des der neuen Erntebergung angepaßten Ankerbalkens[16].

---

[14] Oostvlaamsche Zanten, 10. Jg. 1935, S. 77—87.

[15] Zur Terminologie ſiehe Zeitſchrift für deutſches Altertum, 76. Jg. 1939, S. 19, 20 und Anm. 1.

Wir können nun die Staffelung als Ganzes überblicken.

Das Verebben der oberweſeriſchen gerüſtbildenden Kräfte: Dachlaſtige Erntebergung erobert von Oſten her die weſtlichen Reichsgebiete und die Niederlande. Das weſtgermaniſche Hallenhaus wird auch in den Niederlanden zum oberweſeriſch beſtimmten, niederdeutſchen Hallenhaus oder nähert ſich ihm an.

Eine der Wellen bleibt noch weit vor der Staatsgrenze auf Reichsboden liegen ∿∿∿∿. Bis zu dieſer Linie wird oder vielmehr wurde die geſamte Ernte im Hauſe geborgen.

Eine zweite, die Steilgiebelwelle, erreicht die Linie /–|–|–|–\, welche die öſtlichen Grenzprovinzen der Niederlande und den Nordweſtzipfel der Rheinlande durchſchneidet. Bis hierher nahm der Dachboden über angepaßtem Ankerbalken einen größeren oder den größten Teil der Ernte auf.

Die dritte Welle, ┼┼┼┼┼┼┼┼, reicht weit weſtwärts bis Zuiderſee—Vecht—Roermond. Bis zu dieſer Grenze wurde — was die Niederlande angeht — der Dachraum über angepaßtem Ankerbalken überwiegend als zuſätzlicher Bergeraum ausgeſtaltet. Ein großer oder der größte Teil der Ernte wird aushäuſig geborgen.

Erſt weſtlich der Linie ┼┼┼┼┼┼┼┼ bleibt in den Niederlanden ein Haus liegen, das mit ſeinem deckenloſen Einraum ſich faſt ganz frei von öſtlichen, d. h. niederdeutſch-oberweſeriſchen Einflüſſen hält. Doch iſt ſelbſt hier bis ins Städtedreieck Rotterdam—Den Haag—Amſterdam zuſätzliche dachlaſtige Erntebergung zur Küſte hin abklingend feſtzuſtellen.

Allerletzte Ausſtrahlungen der oberen Weſer finden ſich dann ſüdweſtlich in Brabant bis nach Flandern. Hier handelt es ſich weniger um die Frage zuſätzlicher Erntebergung im Dachraum. Die Anhaltspunkte werden uns vielmehr von den Maßverhältniſſen und von gewiſſen handwerklichen Einzelheiten des Gerüſtes geliefert[17]. Ein Vergleich mit Karte 1 zeigt, daß hier auch ehemaliges Ernhausgebiet vom niederdeutſchen Hallenhaus oberweſeriſcher Prägung in Fernwirkung überſchattet worden iſt, ein Vorgang, der im Siegerland ſeine nächſte Entſprechung findet.

Grundriſſe des Hallenhauſes und ihre Staffelung: Bisher haben wir das Hallenhaus in ſeinem Grundriß als etwas Einheitliches hingenommen. Das iſt es auch, wenn man es gegen Gulfhaus und Ernhaus hält. Schränkt man aber den Blick auf das Hallenhaus ein, dann zeigen ſich drei Unterformen: Durchgangshaus, Flettdeelenhaus, Durchgangsdeelenhaus.

Auf unſerer Karte 2 iſt die Verbreitung der Unterarten des Hallenhauſes nicht eingetragen, um das Bild nicht unüberſichtlich zu machen. Die Verbreitungsräume würden ſich der Staffelung der Gerüſte und der Nutzung in überraſchender Weiſe einpaſſen.

Das Durchgangsdeelenhaus beherrſcht den umringten Kernraum der oberen Weſer und ſtrahlt zum Sauerland hin aus. Das Flettdeelenhaus erfüllt im großen geſehen den Hauptraum der Karte. Das Durchgangshaus liegt in Reſten ganz im Weſten.

Durchgangshaus und Durchgangsdeelenhaus werden meiſt, weil ſie beide hinteren Giebelausgang haben, zuſammengeworfen. Sehr mit Unrecht. Denn das Durchgangshaus iſt die älteſte, das Durchgangsdeelenhaus die jüngſte Form. Das Durchgangshaus hat die Entwicklung zum Flettdeelenhaus noch vor ſich; das Durchgangsdeelenhaus hat die Stufe des Flettdeelenhauſes bereits hinter ſich.

---

[16] Die Grenzen des Steilgiebels und der Erntebergung im Dach ſind nach Gallée und Trefois und nach Ergänzungen von Schepers eingetragen worden.

[17] Die niederländiſche Forſchung hat ihr Augenmerk bisher auf andere Dinge gerichtet. Von ihr war hier nur unbeſtimmte Auskunft zu bekommen. Eigene Forſchungen konnten wegen äußerer Schwierigkeit nicht mit genügender Gründlichkeit im niederländiſchen Raum durchgeführt werden. Unſere Darſtellung des Abklingens dachlaſtiger Erntebergung in den Niederlanden gibt daher nur ein vorläufiges Bild, das der Verfeinerung und Feſtigung bedarf.

Das Durchgangshaus iſt ein zonengegliederter Einraum. Im Loßhus der niederländiſchen Twente iſt derartiges noch ziemlich rein zu finden. Es ſteht altweſtgermaniſchen Verhältniſſen recht nahe. In ihm ſind Halle und Nebenräume eins. Seine Lage am Weſtrand des Hallenhauſes entſpricht ganz ſeiner Altertümlichkeit. Es iſt dort erhalten geblieben, wo die Oberweſerwellen verebben.

Die nächſte, geſchichtlich mittlere Grundrißform des Hallenhauſes iſt das Flettdeelenhaus. Wir brauchen es nicht zu beſchreiben, denn es iſt als die klaſſiſche Form des ſog. Niederſachſenhauſes weithin bekannt und mit Recht berühmt. In ihm beherrſcht die Halle die Nebenräume. Es iſt ein Geſchenk des Mittelalters und der Oberweſer an den deutſchen Nordweſten. Seiner geſchichtlichen Mittellage entſpricht ſeine Mittellage auf der Karte.

Aus dem oberweſeriſchen Kerngebiet iſt es ſelbſt ſpäter wieder verſchwunden. Es iſt hier verdrängt worden von der jüngſten der drei Formen, vom Durchgangsdeelenhaus. Dieſes unterſcheidet ſich vom Flettdeelenhaus dadurch, daß die Flettarme durch Stube und Küche zugebaut ſind, die enger und höher gewordene Deele (Zweigeſchoſſigkeit der vollausgebauten Seitenſchiffe) faſt wie ein ſchmaler und hoher Flur von Giebel zu Giebel reicht und an beiden Giebelenden Ausgänge hat. Zu Beginn der Neuzeit wurde dieſe ſpäteſte Form an der Oberweſer entwickelt, als man bei weiter zunehmender, nun äußerſter Verdichtung der Hausreihe im Ort auf andere Weiſe nicht mehr zu Licht im Hauſe kommen konnte. Ihrer geſchichtlichen Stellung entſpricht ihre Beſchränkung auf das oberweſeriſche Kerngebiet der gerüſtlichen Neuerungen und deſſen nächſte Nachbarſchaft. Im Durchgangsdeelenhaus iſt die Halle den Nebenräumen untergeordnet. Noch einen kleinen Schritt weiter, und der alte Hallengedanke müßte überhaupt aufgegeben werden. Mit dem Durchgangsdeelenhaus ſind wir am Ende der inneren Möglichkeiten der Halle.

So kann am Wert der Halle im Aufbau des Ganzen die geſchichtliche Folge der drei Formen abgeleſen werden[18].

Neuzeitliche Neuerungen; der Gegenſtrom

(3.) Nicht immer waren die Niederlande nur empfangend. Es gäbe ein ſchiefes Bild, wenn wir unſere Darſtellung mit den beſchriebenen Zuſtänden und Ereigniſſen abſchließen wollten. In der Neuzeit haben die Niederlande gegeben, und zwar verſtärkt nach Abſchluß ihrer politiſchen Loslöſung und unter dem Antrieb ihres wirtſchaftlichen und politiſchen Aufſchwungs. Eine ſtarke Gegenbewegung von Weſt nach Oſt ſetzt im 17. Jahrhundert ein und reicht lebendig bis in unſere Tage.

Kleinigkeiten: Was mit dieſem Rückſtrom kommt, iſt ſehr verſchieden an Gewicht. Vieles reicht nicht in die Tiefe des Grundlegenden. Manches, was beſonders ins Auge fällt, betrifft Hausrat und Inneneinrichtung, Kacheln, metallenen Schmuck, Ausgeſtaltung des Wandkamins und andere Erſcheinungen dieſes Rangs. Anderes iſt durchgreifender, ohne deshalb grundlegend zu ſein. Hierher zählen wir die Verwendung des Backſteins in der Wand, die von den Niederlanden her einen gewaltigen Raum auf Reichsboden gewonnen hat und täglich ihr Eroberungsgebiet vergrößert.

Sehr augenfällig iſt der niederländiſche Einfluß in den Fenſterformen. Das große, kleinteilig gegliederte Schiebefenſter iſt niederländiſcher Herkunft, und ſeine Strahlung nach Nordweſtdeutſchland der Küſte entlang, aber auch auf anderen Wegen unmittelbar ins Binnenland hinein, iſt weithin zu verfolgen. Das große Fenſter entſtand in den niederländiſchen Städten zwangsläufig. Die ſchmalen, dichtſtehenden Stadthäuſer (einſchiffige, d. h. kübbungsloſe Ankerbalkenhäuſer) haben kein Seitenlicht. Da ihr Grundriß in der Längsrichtung dreigliedrig iſt, hat der mittlere Innenraum kein nach außen gehendes Fenſter. Er kann nur mittelbar erhellt werden, indem man die Innenwände in Fenſtern öffnet. Dieſe ſo entſtehenden Binnenfenſter erreichen ihren Zweck nicht ausreichend, wenn die Außenfenſter mäßig groß bleiben. Daher werden die Außenfenſter bis zu der kennzeichnend niederländiſchen Höhe vergrößert und vermehrt. Das wäre unter andern Bedingungen nicht durchaus nötig geweſen. Aber auch anderwärts, wo es nicht galt, das dunkle Zwiſchenglied eines dreigeteilten Grundriſſes zu erhellen, wußte man die Heiterkeit dieſer weiten Öffnungen, die Lichtfülle der hinter ihnen liegenden Zimmer zu ſchätzen und übernahm ſie um ſo lieber, als ſie eine entſchieden Reinlichkeit fördernde Macht im Hauſe ſind. S. Abb. 7.

---

[18] Einige Sätze ſind entnommen aus Weſtfalen, 24. Jg. 1939, S. 155—166.

Ans Grundlegende rührt ſchon die niederländiſche Voorkamer, der einhüftige Wohnausbau eines verhältnismäßig urſprünglich gebliebenen und deshalb vermehrten Wohnanſprüchen in ſeinem Innenkörper nicht günſtigen Bauernhauſes. Das Gebiet, das die Voorkamer von den niederländiſchen Grenzlandſchaften aus auf Reichsboden erobert hat, iſt jedoch klein. Die Voorkamer kommt nur ſtellenweiſe bis an die Dachbalkengrenze heran. Weiter öſtlich gab es andere Möglichkeiten, vermehrtem Wohnbedürfnis zu genügen.

Eine junge aber weitreichende Welle aus den Niederlanden bringt den Krüppelwalm mit Hohlpfannen.

Gulfhaus: Dies alles, ſo verſchieden ſein Gewicht iſt, wird an Bedeutung weit in den Schatten geſtellt von der Weſtoſt-Bewegung des Gulfhauſes[19]. Es handelt ſich um etwas ſehr Eingreifendes und Zukunftsträchtiges. Wir können es nur ganz kurz und grob vereinfachend darſtellen. Ein Gulfhaus zeigt Abb. 8.

In den niederländiſchen Küſtenſtrichen ſtanden bis zum 16. Jahrhundert recht urtümliche Häuſer. Die dachlaſtige Erntebergung war, wie wir in 2. geſehen haben, nicht bis hierher vorgedrungen. Die Häuſer waren altweſtgermaniſchen Zuſtänden nahe. Im Norden waren es deckenloſe kleine einräumige Hallenhäuſer. Im Süden, in Zeeland und Weſtflandern, waren es gleichfalls deckenloſe niedrige und ſchmale Ernhäuſer. Für den alten Weidebetrieb hatten ſie zuſammen mit den Bergen (Rutenbergen) hier wie dort ausgereicht.

Mit dem 16. Jahrhundert erlebten die Marſchen einen faſt beiſpielloſen wirtſchaftlichen Aufſchwung, deſſen Urſachen in der allgemeinen politiſchen und wirtſchaftlichen Geſchichte wurzeln und hier nicht erörtert werden können. Der Getreidehandel eröffnete dem Ackerbau gute Ausſichten, man ſchritt zu Entwäſſerung und großen Deichbauten, die Betriebe wurden vergrößert. Der Kornbau gewann eine Stellung, wie er ſie in den Küſtenſtrichen bisher nicht gehabt hatte. Wohin mit der wertvollen Ernte? Die kleinen Verhältniſſe mit Berg und weſtgermaniſchem deckenloſen Haus reichten nicht hin. Fern von oberweſeriſchen Anregungen löſte man die Aufgabe auf neuartige und ſelbſtändige Weiſe. Es entſtand das Gulfhaus. Auf ſeine Unterarten gehen wir nicht ein. Es kann ſich uns nur um das Grundſätzliche handeln. Wie ein Vergleich der Karte 1 mit der Karte 2 zeigt, entſteht das Neue ſowohl auf dem Altgebiet des Ernhauſes wie auf dem des Hallenhauſes. Hier iſt überall im großen Stil mit dem Alten aufgeräumt worden. Man nutzt die urtümliche Deckenloſigkeit fortſchrittlich. Der alte Berg der bisherigen kleinſtiligen aushäuſigen Bergung wird mit dem Hausgerüſt verſchmolzen und das Ergebnis ins Große geſteigert. Es entſteht ein mächtiges, feſtes mittleres Gerüſt ohne Decke. Ihm überantwortet man die Leiſtung, die bisher der Berg zu erfüllen hatte. Um dieſen einzelnen oder in Reihen gebundenen Ernteſtapel herum ordnet man Tenne, Stall und enger oder lockerer auch den Wohnraum. So wird innerhalb weiter und hoher Ständervierecke vom Erdboden an bis unter das Dach geſtapelt. Das Ständerviereck heißt in Oſtfriesland Gulf, und danach benennen wir das ganze Haus.

---

[19] Die grundlegenden Einſichten zuerſt bei L. Peters, Das föhringiſche Haus, Huſum 1913. Siehe ferner K. Uilkema: Het friesche boerenhuis, Leeuwarden 1916. — W. Itzen, Das oſtfrieſiſche Bauernhaus, ein Beitrag zu ſeinem Werdegang. In: Der Deichwart, 4. Jg. 1928/29, S. 61, 65, 69 ff. und ſpäter; derſ., Das Reiderländer Bauernhaus. In dem Band: Das Reiderland, hrsg. Siebs, Kiel 1930, S. 105—112. — J. U. Folkers, Zur Entwicklungsgeſchichte des frieſiſchen Hausbaues. In: Niederdeutſche Zeitſchrift für Volkskunde, 8. Jg. 1930, S. 65—110; derſ., Ein Nachtrag zur Entwicklungsgeſchichte des frieſiſchen Hausbaues, ebd., 9. Jg. 1931, S. 129—174. — J. H. Gallée, Das niederländiſche Bauernhaus und ſeine Bewohner, Utrecht 1909. — Cl. V. Trefois, Zur Entwicklungsgeſchichte des flämiſchen Bauernhauſes. In: Rheiniſche Vierteljahrsblätter, 5. Jg. 1935, S. 257 ff.; derſ., De bouw der boerenhoeven. In dem Band: Het Volk van Nederland, Hrsg. de Vries, Amſterdam 1937, S. 95—128; derſ., Der Hausbau am Weſtrand des germaniſchen Siedlungsraumes. In dem Sammelwerk: Haus und Hof im nordiſchen Raum, Hrsg. A. Funkenberg, II, Leipzig 1937, S. 35—51; derſ., La Technique de la Construction rurale en bois, contribution à l'étude de l'habitat en Flandre et dans les contrées voisines. In: Folk, 1. Jg. 1937, S. 55—73.

Es war ein umwälzendes Geſchehen, eindrucksvoll nicht nur durch die Raſchheit ſeines Vollzugs, ſondern mehr noch durch die Zielſicherheit ſeines Zugriffs, mit der ererbte Formen und Nutzungen in ſchneller Steigerung zu einer grundſätzlich neuen Geſamtgeſtalt verbunden wurden. Der Stil des Geſchehniſſes trägt unverkennbar neuzeitliche Züge.

Und ſo auch das Ergebnis. Das Gulfhaus iſt ganz das Kind neuzeitlicher wirtſchaftlicher Entwicklung. Daher iſt es auch den jüngeren und gegenwärtigen Stufen der weiterſchreitenden Wirtſchaftsgeſchichte leicht und glücklich anzupaſſen. Hieraus nährt ſich ſeine Überlegenheit in unſern Tagen. Seine Kraft iſt eine Kraft der Jugend und daher unwiderſtehlich. Seit dem 17. Jahrhundert verbreitet ſich das Gulfhaus in die reichsdeutſchen Küſtenſtriche an der Nordſee. Und im 19. und 20. Jahrhundert dringt es fern der Küſte ins Gebiet des entwickelten niederdeutſchen Hallenhauſes vor. Es iſt ein ſehr ernſter Wettbewerber des niederdeutſchen Hallenhauſes auf deſſen eigenſtem Gebiet geworden, und ſein Vormarſch ins norddeutſche Binnenland iſt noch nicht beendet.

Ausblick: Wir könnten hier ſchließen, und vielleicht wäre es klug und vorſichtig, dies zu tun. Es gibt aber Wichtigeres als Vorſicht.

Wir lieben das Hallenhaus. Seine klaſſiſche Form, das Flettdeelenhaus, ſtellen wir ſehr hoch. Sie gehört uns in den oberſten kleinen Kreis von Hervorbringungen des Menſchen, die der Vollkommenheit nahe ſind. Wie im Flettdeelenhaus germaniſches Erbe bewahrt und fortſchreitend und bruchlos weitergebildet worden iſt, das iſt einzigartig. Die Lebenswerte, die in ihm ſichtbare Geſtalt gewonnen haben, ſein Einklang von rauher Tages Laſt und maßvoller Verfeinerung des Lebens, die Einheit von Arbeit und ruhendem Daſein, die von den Menſchen verwirklicht wird, die ſinnvoll in ihm wohnen — das alles bewundern wir um ſo tiefer, je mehr wir dieſes Haus kennenlernen.

Es iſt ein gefährdetes Haus. Von mehreren Seiten wird ſein Gebiet von anderen Formen angenagt und abgebröckelt, und mitteninne wuchern ſeit langem ſchon zerſetzend die ungeſteuerten Gewächſe eines rat- und überlieferungsloſen, entbundenen und entſeelten Baugewerbes.

So ſind die Feinde des Hallenhauſes ſehr verſchieden an Wert. Auch das Gulfhaus gehört zu ihnen, wie wir geſehen haben. Das Gulfhaus iſt aller Achtung wert in ſeiner Verſtandesklarheit, in ſeiner durchdachten, zielgewiſſen und zweckhaften Haltung. Daß es ebenſo hohe Kulturwerte in ſich trage wie das Hallenhaus, glauben wir nicht. Dazu fehlt ihm jene innige Durchdringung des Arbeitens und Wohnens, die das Hallenhaus zeigt und ſeinen Menſchen wahrhaft bildend auferlegt. Die geſtaltende Hinordnung des Lebensvollzugs auf eine beherrſchende monumentale Mitte — dieſe große Aufgabe hat nur das Hallenhaus zur Gänze gelöſt. Im Gulfhaus iſt das ruhende Wohnen ſchon zu ſehr auf ſich geſtellt, randhaft und mit den Merkmalen des Rückzugswohnens gezeichnet[20]. In der unſcheidbaren Durchdringung aber von arbeitendem und ruhendem Wohnen ſehen wir eine der Wurzeln aller Kultur.

Wenn es daher gelänge, das Hallenhaus durch organiſche Fortentwicklung wirklich zu erhalten — nicht nur äußerlich bei verändertem Lebensvollzug zu bewahren, was keinen Wert hätte —, ſo wäre das eine Tat, die gar nicht hoch genug geſchätzt werden könnte.

Es iſt aber eine Aufgabe, der außerordentliche Schwierigkeiten entgegenſtehen. Denn die Anpaſſungsfähigkeit des Hallenhauſes an neue Wirtſchaftsformen iſt nicht ſehr groß. Die Meinungen über den Grad ſeiner Verfeſtigung gehen zwar auseinander, aber man wird darin einig ſein können, daß das Hallenhaus ſich den neueren Wirtſchaftsverhältniſſen ſchwerer anpaßt als das junge und beweglichere Gulfhaus. Der klaſſiſche Zweiſtänder mit Flettdeele und Dachbalkengerüſt leidet an der eigenen Vollkommenheit, wie jedes hochgezüchtete Weſen an der Unabänderlichkeit ſeiner edlen Prägung leidet, wenn neue Verhältniſſe Anpaſſung von ihm fordern.

Unter den neuen Bedingungen des Wirtſchaftens (Dreſchmaſchine) liegt die monumentale Halle den größten Teil des Jahres ſchwach oder nichtgenutzt da. Auch iſt die dachlaſtige Stapelung immer mühſamer als die erdlaſtige. Und wer will es dem Bauern verübeln, wenn er ſich dies überlegt, ehe er einen Neubau errichtet? Soll er ein Haus bauen, deſſen Hauptraum eine gewaltige Halle iſt, die er auch miſſen könnte?

---

[20] Über den Begriff Rückzugswohnen ſiehe Weſtfalen, 24. Jg. 1939, S. 155—166.

Was er dann meiſt baut, iſt ſchlimm genug. Jedermann weiß, wie an der Stelle abgegangener Hallenhäuſer ratloſe Unformen aufſchießen und wie ſich derartiges verwüſtend in unſere alten norddeutſchen bäuerlichen Kulturlandſchaften hineinfrißt und weite Strecken ſchon verödet hat.

Und da meinen wir allerdings trotz all unſerer Liebe zum Hallenhaus, daß es dann immer noch beſſer iſt, dem jugendlichen und anpaſſungsfähigen Gulfhaus ſeinen Vormarſch in Hallenhausgebiete freizugeben. Es hat nun einmal kraft ſeiner Jugend, Beweglichkeit und Anpaſſungsfähigkeit einen inneren Anſpruch auf dieſen Vormarſch. Überall da, wo die Halle des Hallenhauſes nicht mehr voll genutzt iſt, und die Grundlage des Hauſes ſich daher in einem Querſtand zu den echten Lebensbedürfniſſen ſeiner Bewohner befindet, ſollte man das Gulfhaus fördern und dem norddeutſchen Bauern bei der Weiterentwicklung dieſes anpaſſungsfähigen Hauſes behilflich ſein.

Ergebniſſe

1. Das Reich und die Niederlande haben gemeinſamen Anteil am weſtgermaniſchen Erbgut des Hallenhauſes und des Ernhauſes. In dieſen Grundlagen gibt es keine Unterſchiede zwiſchen den Gebieten diesſeits und jenſeits der heutigen Staatsgrenze.

2. Den mittelalterlichen Neuerungen gegenüber, die von der Oberweſer ausſtrahlen und in geſtaffelten Wellen den deutſchen Nordweſten erobern und durchformen, verhalten ſich die Niederlande nicht anders als die übrigen Landſchaften des Nordweſtens. Die Niederlande ſind ein Glied der durch Neuerungen der Oberweſer ſtaffelförmig aufgelockerten Großlandſchaft des deutſchen Nordweſtens.

3. In der Neuzeit entwickeln die Küſtenſtriche der Niederlande ſelbſtändig das Gulfhaus. Dies verbreitet ſich in einem den bisherigen Bewegungen entgegenlaufenden Weſt-Oſt-Strom ſeit dem 17. Jahrhundert ins Reich und gewinnt im 19. und 20. Jahrhundert dank ſeiner Anpaſſungsfähigkeit hier neue Gebiete auf Koſten des Hallenhauſes. Dieſe Bewegung iſt in vollem Gange.

Die Verbreitung des Meißner Rechtsbuchs im Oſten

Von Wilhelm Weizſäcker, Prag

Das Rechtsbuch, das früher fälſchlich als Schleſiſches Landrecht, dann als vermehrter Sachſenſpiegel und ſpäter als Rechtsbuch nach Diſtinktionen bezeichnet wurde, führt heute regelmäßig den Namen „Meißner Rechtsbuch“ [1] (= MRb.). Der Name iſt nicht quellenmäßig, aber kurz und zutreffend. Denn es kann heute kein Zweifel mehr darüber ſein, daß es in Meißen entſtanden und vornehmlich für dieſe Gegend geſchrieben worden iſt. Was „in dem Lande“ heißt, ſagt das Rechtsbuch I, 34, 2 klärlich ſelbſt: „czwyſchen dem bemiſchen gemerke vnd frenkyſchem walde, czwiſchen der Elbe vnd toringyſchem gemerke, das iſt Myſenlant, Oſterlant, Plyſenlant, Voytlant *von Widaw*.“ [2] Dieſes Gebiet wird unterſchieden von dem Land zu Sachſen zwiſchen der Elbe und der Weſer und zwiſchen Thüringen und der See. Weit größer als dieſe beiden Gebiete zuſammen iſt aber der Geltungsbereich des Rechts, das im MRb. dargeſtellt werden ſoll. Denn es iſt Magdeburger und ſächſiſches Recht, das angeblich mit der Kaiſer Kur und Willen geſatzt iſt. Dieſes brauchen „wir hier im Lande“, die von Polen, von Böhmen, die Mark Brandenburg, alle Harziſchen, alle Weſtfalen, Thüringer und des Rheines Strand von dem Lande um und um bis an die wilde See [3]. Dieſes große Geltungsgebiet wird uns im MRb. noch einmal vorgeführt, nämlich bei der Urteilsſchelte und dem Oberhofzug (IV, 25, 24), indem hier das Geſamtgeltungsgebiet in bezug auf Rechts- und Oberhofzug eine Zweiteilung erfährt: „Alle Polenner lant, *Mysen lant*, Bemyn lant haben czug kegen Halle, dy mark von Brandeburg vnd der ſtram haben czug kegen Meydeburg.“ [4] Es verſchlägt nichts, daß die Stelle in Anlehnung an das Weichbildrecht bzw. an die Vulgata des Sächſiſchen Weichbildes gebildet iſt [5]; denn jedenfalls gibt ſie die Meinung des Verfaſſers des MRb.s wieder. Es verſchlägt auch nichts, daß die Angabe nicht buchſtäblich ſtimmt, daß z. B. nicht alle Städte in Böhmen Magdeburger Recht, geſchweige denn alle Zug nach Halle gehabt haben. Im ganzen iſt die gewaltige Ausbreitung des Magdeburger Rechtes in dieſen beiden Stellen doch annähernd richtig angegeben und ſeine beherrſchende Stellung im Oſten beſonders glücklich zum Ausdruck gebracht. In dieſem weiten Raum und beſonders in den vom ſächſiſchen Recht erfaßten Oſtgebieten hat ſich das MRb. ſtarker Verbreitung und anſcheinend auch großer Beliebtheit erfreut. Das war der Fall, obwohl oder vielleicht gerade weil es nicht reines Magdeburger Recht, ja nicht einmal reines ſächſiſches Recht wiedergab; das bringt es mit der von ihm ſo häufig angeführten Dreiheit „Landrecht, Weichbild und Kaiſerrecht (oder Kaiſerweichbild)" ſelbſt deutlich zum Ausdruck. Und wenn es das ſächſiſche Weichbild offenſichtlich als „unſer Weichbild"[6] bezeichnet, ſo ſcheidet es davon doch wieder das „Weichbild dieſes Landes (wo man dritten Teil gibt)"[7]. Denn wie es einflußreich in die dem deutſchen Recht erſchloſſenen Oſtgebiete hineingriff, ſo war es eben ſelbſt auch ein Erzeugnis des kolonialen Bodens und ſpiegelte daher die verſchiedenen Einflüſſe wider, die in der Gegend ſeiner Entſtehung wirkſam waren.

---

[1] Quellenmäßig iſt der Name „Diſtinktionen“, wie ſich aus den im Texte folgenden Anführungen ergibt, vereinzelt „Buch der Beweiſung“ (Hom. 61), „Sieben Bücher von der Ausſcheidung des Rechten“ (Hom. 321), ,,Conclusiones legum“ (Hom. 571), „Buch der Ausſcheidungen“ (Hom. 943). Johann Ehrenfried Böhme, der erſte Herausgeber, hat es als Schleſiſches Landrecht, Lauhn als vermehrten Sachſenſpiegel bezeichnet. Seit Ortloff iſt die Bezeichnung als Rechtsbuch nach Diſtinktionen üblich geworden, die richtig und quellenmäßig iſt. In jüngſter Zeit wird die Quelle mit Rückſicht auf ihr Entſtehungsgebiet mit dem wegen ſeiner Kürze bequemeren Namen „Meißner Rechtsbuch“ bezeichnet.

[2] MRB. I, 34, 2. Nach Wi$_1$. Die kurſiven Worte nach den meiſten andern Handſchriften hinzugeſetzt. W hat „Um Wida und Gera“. Über die Handſchriften-Siglen ſ. meinen Aufſatz in der Stutzfeſtſchrift, Germ. Abt., S. 585, Anm. 2. Neu herangezogene Handſchriften im folgenden beſonders erklärt.

[3] MRb. I, Einl. Die Gruppe A außer der Handſchr. E, ferner ein Teil von Bb haben „Herzogen (Land)“, die übrigen „am Harz“ oder „Harziſchen“, „Herziſchen“.

[4] Nach Wi$_1$. Kurſiv aus den anderen Handſchriften ergänzt.

[5] Roſenſtock, Oſtfalens Rechtsliteratur, S. 46: „Hirumb ſullen alle die von Polan vnd von Behemen vnd vss der marke zu Meyſſen vnd vs der marke der Lwſicz alle ire recht zu Halle holen vnd von den ſteten, die do bynnen beſeſſin ſeyn. Ab ſie des orteilis abir nicht en kunnen ader ap in broch wirdt an einem orteile, das muſſen ſie zu Magdeburg holen, dorumbe das es alle weichbilde beſchirmet.“ Der Text der Weichbild-Vulgata bei v. Daniels-v. Gruben, Sp. 79, 80, erwähnt die Mark Meißen nur in der lateiniſchen Überſetzung.

Nur aus dieſen Einflüſſen können wir auch auf die Gegend ſeiner Entſtehung zurückſchließen. Reichlich benutzt iſt der Sachſenſpiegel[8], der vielfach geradezu das Skelett abgibt. Verhältnismäßig wenig ausgebeutet ſcheint das Sächſiſche Weichbild oder deſſen Quellen[9]. Sehr ſtark dagegen iſt das Zwickauer Stadtrechtsbuch herangezogen, das wohl eine Hauptquelle für das Weichbild dieſes Landes geweſen iſt[10]. Noch ſtärker können wir die Heranziehung der Goslarer Statuten[11] verfolgen, die als Kaiſerweichbild einen breiten Raum einnehmen.

Die Abweichung vom reinen Magdeburger Recht zeigt ſich beſonders deutlich und ſchon vielfach beachtet im ehelichen Güterrecht. Denn das MRb. ſtellt auch das ſog. Dritteilsrecht der Witwe[12] dar, wonach „in unſeren Weichbilden dieſes Landes" die Witwe von allen unter dem Manne erſtorbenen Gütern ein Dritteil nimmt; dieſes Drittel iſt ihr Eigen und kann von ihr auch einem zweiten Manne zugebracht werden, und ihre Kinder erſter Ehe haben keinen Anfall daran. Ob nach dem MRb., wie Schröder meint, zwiſchen bekindeter und unbekindeter Ehe in der Art zu ſcheiden war, daß die Frau im letzten Fall ihr Eingebrachtes außer dem Dritteil empfing, bei bekindeter Ehe dagegen das geſamte eheliche Vermögen der Dritteilung unterworfen wurde, ſcheint mir zumindeſt zweifelhaft. Ich neige dazu, gleiche Regelung für bekindete und unbekindete Ehe anzunehmen. Welchem Stadtrechte des Landes die Regelung unſeres Rechtsbuchs genau entſprach, läßt ſich bis jetzt nicht feſtſtellen. Beſtimmt iſt jedoch eine ſtarke, auch durch den Wortlaut geſtützte Ähnlichkeit mit dem Zwickauer Stadtrechtsbuche vorhanden[13].

---

[6] IV, 18, 1; IV, 44, 6; V, 3, 5. Gegenſatz zu „Kaiſerweichbild".

[7] I, 11, 1 und 3; I, 14, 4; I, 44, 4. Ohne die Bezeichnung „Weichbild" nur „da man dritten Teil gibt" oder ähnlich: I, 18, 2; I, 22, 2; I, 23, 1, 2 und 7; I, 47, 3, 5, 6 und 7.

[8] MRb. I, 1 iſt inhaltlich noch Vorrede, MRb. VII offenſichtlich ſpätere Zutat. Daher beginnt und endet das MRb. wie der Sachſenſpiegel-Landrecht: MRb. I, 2 gleich Sachſenſpiegel-Landrecht I, 1. MRb. VI, 29 gleich Sachſenſpiegel-Landrecht III, 91, §§ 2, 3. MRb. I enthält Sachſenſpiegel-Stellen aus dem I.—III. Buch in durchaus vermiſchter Reihenfolge, MRb. II Stellen aus dem II. Buch, MRb. III nur vereinzelte Stellen aus dem I.—III. Buch, MRb. IV Stellen aus dem I.—III. Buch in ſtarker Vermiſchung, MRb. V nur am Schluß Sachſenſpiegel-Landrecht II, 56, § 1 und folgende bis II, 59, §§ 3 und 4. MRb. VI ſetzt mit Sachſenſpiegel-Landrecht II, 61, §§ 1—4 fort, führt im ganzen bis zum Ende von Sachſenſpiegel II weiter und ſetzt mit III, 44 § 1 wieder ein, um mit geringen Verwerfungen bis zum Ende von Sachſenſpiegel III bei dieſer Quelle zu bleiben.

[9] Ich führe an: Vorrede — Weichbild 10, 1, 2; I, 8 — Weichbild 25, 2; I, 10, 2 — Weichbild 24, 1, 2; I, 14, 1 — Weichbild 22, 1—3; I, 14, 2 — Weichbild 56, 1—3; I, 14, 3 — Weichbild 56, 4; I, 20, 4 — Weichbild 64; IV, 36, 7 — Weichbild 101; IV, 42, 25 — Weichbild 132, 2; IV, 46, 9 — Weichbild 51, 1, 3. Die Diſtinktionen MRb. V, 20, 2 und 3 ſind ein Sonderzuſatz, den ich bisher nur in Handſchrift B (Codex Bregensis) gefunden habe; ſie ſtammen aus dem Magdeburg-Görlitzer Recht von 1304. Nicht berückſichtigt die Stellen, wo das Weichbild mit dem Sachſenſpiegel wörtlich übereinſtimmt oder wo bloß inhaltliche Übereinſtimmung zwiſchen MRb. und Weichbild vorliegt.

[10] Vgl. Planitz, Das Zwickauer Stadtrechtsbuch. In: Zeitſchr. f. Rechtsgeſchichte, Jg. 38, Germ. Abt., 1917, S. 321ff.

[11] Vgl. die Tabellen bei Ortloff, a. a. O., S. 770, und Göſchen, Goslariſche Statuten, S. 522.

[12] MRb. I, 11, 1 und 3 und die übrigen in Anm. 7 angeführten Stellen. Dazu Schröder, Geſchichte des ehelichen Güterrechts II, 3, S 80ff., 137ff.

[13] Berthold-Hahn-Schultze, Die Zwickauer Stadtrechtsformation. Daſelbſt S. 78* Abdruck aus dem Zwickauer Stadtrechtsbuch 1348. Es fragt ſich, was zu dem Gute gerechnet wird, das „unter

Der Urſprung des Dritteilsrechts iſt äußerſt beſtritten geweſen. Schröder[14] hat Zuſammenhang mit tſchechiſchem Recht vermutet, was aber abzulehnen iſt, da ein Dritteilsrecht der Witwe im tſchechiſchen Rechte nicht zu erweiſen iſt. Den naheliegenden Zuſammenhang mit dem fränkiſchen Recht hat er verwerfen zu müſſen geglaubt, da an der Beſiedlung der in Frage kommenden Gebiete Franken nicht beteiligt geweſen ſeien. In dieſer Beziehung ſehen wir heute freilich viel klarer.

Wohlbekannt iſt die Frankenſiedlung des Grafen Wieprecht von Groitzſch in der Gegend zwiſchen Pleiße und Mulde. Wir wiſſen ferner, daß auch um Freiberg fränkiſche Siedlung (wohl aus der Würzburger Gegend) Platz griff und daß ſich fränkiſche heim-Namen bis gegen Meißen finden[15]. In Thüringen hat die Sprachwiſſenſchaft ſtarke Spuren fränkiſcher Beſiedlung, vor allem bei Eiſenach und Erfurt, aufgezeigt[16]. Goslar ſelbſt, das freilich kein Dritteilsrecht hatte, unterlag zweifellos, wiewohl Einzelheiten beſtritten ſind, einem ſtarken fränkiſchen Bevölkerungszuſchuß, was ſich auch in ſeinem Rechte auswirkte[17]. So ſind Weinhold, v. Loeſch und Goerlitz[18] mit Recht für den fränkiſchen Urſprung des Dritteilsrechts eingetreten. Das Dritteilsrecht iſt auch nicht die einzige Spur fränkiſchen Rechtseinfluſſes, die wir im MRb. feſtſtellen können. Auf eine andere ſei hier aufmerkſam gemacht. Die Grenze zwiſchen großem und kleinem Diebſtahl iſt nach ſächſiſchem Rechte drei Schilling. Sie begegnet auf Grund von Sachſenſpiegel II, 13, § 1 in MRb. IV, 9, 2. Dagegen weiſt MRb. IV, 9, 9 auf Grund von Gosl. 37, 15—20 die Grenze von fünf Schillingen auf, was auf fränkiſchen Einfluß zurückgehen dürfte[19]. So glauben wir denn feſtſtellen zu können, daß das Miſchrecht des MRb.s ein ausgezeichnetes Spiegelbild der Siedlungs- und Mundartenverhältniſſe ſeines Entſtehungsgebietes darſtellt.

Es iſt auch durchaus begreiflich, daß die Aufzeichnung eines derartigen Rechtsbuches erſt nach Stabiliſierung der bisher in ſtetem Fluß befindlichen Verhältniſſe erfolgte, insbeſondere, nachdem um die Mitte des 14. Jahrhunderts Meißnerland, Pleißnerland und Oſterland mindeſtens mit Teilen des Vogtlandes unter einer Herrſchaft vereinigt waren. Es war wohl die Zeit Friedrichs II. des Ernſthaften, dem ſeine Gattin Mechthild (Tochter Ludwigs des Bayern) als Mitgift Mühlhauſen, Nordhauſen und Goslar[20] zugebracht hatte. Jedenfalls iſt aber das MRb. vor der Goldenen Bulle von 1356 entſtanden, weil die in VI, 9, 4 erwähnte

---

dem Manne erſtirbt". Die Stelle des Zwickauer Stadtrechtsbuchs ſetzt es zweifellos dem Mannesgut gleich. Dabei handelt es ſich um eine bekindete Ehe. Daß dazu die Fahrnis ohne Rückſicht auf ihre Herkunft gehörte, iſt wohl nach Sachſenrecht (Sachſenſpiegel-Landrecht I, 31, § 1) anzunehmen. Aber ſonſtiges Vermögen der Frau ſcheint vorweggenommen worden zu ſein. Vgl. dazu Zwickauer Stadtrechtsreformation, S. 83*.

[14] Schröder, a. a. O. II, 3, S. 96f. Vgl. darüber und dagegen Weizſäcker, Rechtsgeſchichte von Stadt und Bezirk Komotau, Komotauer Heimatkunde, Bd. IV, 3, S. 34.

[15] Vgl. Ernſt Schwarz, Sudetendeutſche Sprachräume, München 1935, S. 102f., 157. Vgl. jetzt auch, wiewohl unſer Gebiet nicht berührend, E. E. Stengel, Der Stamm der Heſſen und das „Herzogtum" Franken. Heymann-Feſtſchr. Weimar 1940, S. 129ff., S. 155ff. über die -heim-Orte.

[16] O. Bethge, Fränkiſche Siedelungen in Deutſchland, auf Grund von Ortsnamen feſtgeſtellt. In: Wörter und Sachen, 6. Jg., 1914—1915, S. 58ff., insbeſondere über Thüringen, S. 76ff.

[17] R. Frölich, Zur Vor- und Frühgeſchichte von Goslar. In: 6. Niederſächſ. Jahrbuch 1929, S. 233ff., 9 (1932), S. 50f. H. Meyer, Mühlhäuſer Reichsrechtsbuch. Weimar 1936, S. 76ff., über Goslar, S. 79f. Insbeſ. über die fränkiſchen Bergleute in Goslar W. Bornhardt, Geſchichte des Rammelsberger Bergbaues. Berlin 1931, S. 22ff. — Von größter Bedeutung iſt, daß ſich „am Aufbau des oſtſaaliſchen Kolonialdeutſch" neben Oſtfranken, Flamen und Thüringern auch Rheinländer beteiligt haben (Schwarz, a. a. O., S. 271), weil man am Ober- und Mittelrhein „den altribuariſchen Teilungsmodus nach Schwert- und Kunkeltheil" feſthielt, während am Mittel- und Ober-Main Alleinerbfolge des überlebenden Ehegatten vorherrſchte. Schröder, a. a. O. II, 2, S. 48, 78.

[18] K. Weinhold, Verbreitung und Herkunft der Deutſchen in Schleſien. Stuttgart 1887, S. 46f. H. v. Loeſch. In: Zeitſchr. f. Rechtsgeſchichte, Jg. 56, Germ. Abt., 1936, S. 540. Th. Goerlitz, ebenda Jg. 57, Germ. Abt. 1937, S. 162ff.

[19] R. His, Geſchichte des deutſchen Strafrechts bis zur Karolina, München-Berlin 1928, S. 154.

[20] F. Ortloff, a. a. O., S. XXVI, Anm. 64. W. Lippert, Wettiner und Wittelsbacher. Dresden 1894, S. 19, 22. ADB 7, S. 564.

Obermannſtellung des Böhmenkönigs mit der neuen Wahlregelung in einem ſchreienden Gegenſatze ſteht, anderſeits in der hier dargebotenen Form in die Zeit von 1344—1356 gut hineinpaßt[21].

Die Magdeburger Schöffen haben das MRb. abgelehnt. Sie erklären dies ausdrücklich in einem nach Eisleben gerichteten Spruch[22], in dem es heißt, daß das Buch kürzlich aufgekommen ſei und daß es mancherlei und viele Artikel enthalte, die wider der Magdeburger alte beſchriebene und beſtätigte Rechte ſeien. Trotzdem hatte es aber in den Städten Magdeburger Rechts ſehr große Verbreitung. Das war deshalb möglich, weil ſich die Magdeburger gegenüber einer örtlichen Gewohnheit zwar zurückhaltend, aber durchaus nicht unduldſam verhielten[23]. Daher konnte die Nichtanerkennung des Rechtsbuchs durch Magdeburg ſeiner Beliebtheit kaum Eintrag tun. Der Grund dieſer Beliebtheit iſt wohl darin zu ſuchen, daß der Verfaſſer ein Bedürfnis der damaligen Praxis richtig herausgefühlt hat. Die immer verwickelter werdenden Lebensverhältniſſe machten ein geſchriebenes Recht zu einem immer dringender empfundenen Bedürfnis, dem die Rechtsaufzeichnungen der bisherigen Art nicht genügen konnten, denn ſie ſetzten neben ihrem Inhalt doch immer noch eine Menge ungeſchriebenen Rechtes voraus. Daher war Ausführlichkeit und Kaſuiſtik ſcheinbar gebotene Aushilfe. Außerdem war die Verſchiedenheit von Landrecht und Stadtrecht und die örtliche Verſchiedenheit des Stadtrechts ſelbſt im ſächſiſchen Rechtsgebiet ein erhebliches Hemmnis. Ein ſolches Bedürfnis nach geſchriebenem Recht mußte ſich beſonders dort fühlbar machen, wo der Zuſammenhang mit dem deutſchen Recht ſchon an ſich lockerer war, alſo auf Kolonialboden, im Großraum des von deutſcher Wiederbeſiedlung durchdrungenen Oſtens. Der Verfaſſer ſelbſt hat dieſes Bedürfnis gefühlt und ihm in der Vorrede gleichſam als Empfehlung in den Worten Ausdruck verliehen: „wen was dy alden czu vorborgen in eren rechtbuchern geſaczt haben vnd czu korcz, das richtit dis buch vil kuntlicher czu vornemen menſchlich vornunft“[24].

Die Beliebtheit des Rbs. ſpiegelt ſich noch heute in dem überkommenen Handſchriftenbeſtand. Es ſind mit den verſchollenen faſt einhundert Handſchriften, von denen wir Kenntnis haben, Bruchſtücke und Auszüge allerdings mit eingerechnet. Noch die gegenwärtige Verteilung der Aufbewahrungsorte dieſer Handſchriften kennzeichnet das ehemalige Verbreitungsgebiet[25], freilich nur im allgemeinen; denn es iſt ja keineswegs geſagt, daß die Handſchriften an ihren heutigen Verwahrungsorten entſtanden oder auch nur benutzt worden ſeien, öfters ſogar auf der Hand liegend, daß weder das eine noch das andere der Fall war. Für den Verbreitungsweg, den unſer Rechtsbuch nahm, iſt eine möglichſt genaue Kenntnis der Handſchriftenfiliation oder wenigſtens der Handſchriftengruppen ſehr nützlich. Leider kann ich in dieſer Beziehung abſchließende Ergebniſſe noch lange nicht vorlegen, da die Kriegsverhältniſſe und die damit im Zuſammenhang ſtehenden anderweitigen Arbeiten meine Beſchäftigung mit den Handſchriften auf geraume Zeit unterbrachen[26]. Immerhin iſt auch das bisher erreichte Teilergebnis doch wohl ſchon von einigem Intereſſe und zu vorſichtigen Schlußfolgerungen benutzbar. Die Nachkommenſchaft des Archetyps ſcheint ſich frühzeitig in mehrere Linien geſpalten zu haben, von denen uns hier nur die zwei mächtigſten zu beſchäftigen haben. Die eine, A, ſcheint in der Hauptſache in der Nähe ihres Entſtehungsgebietes verblieben zu ſein. Sie enthält die zwei älteſten datierten Handſchriften, Wi$_1$ (Homeyer = Hom. 1144 von 1387) und D$_1$ (Hom. 305 von 1388), auch die verhältnismäßig ſpäte, aber treffliche Jenaer Handſchrift J (Hom. 548 von 1457), die der Ausgabe von Ortloff zur Grundlage gedient hat. Es ſind Handſchriften mit einer Einteilung in ſechs oder ſieben Bücher, je nachdem das Kapital von der getreuen Hand, welches das ſiebente Buch bildet, angehängt iſt oder nicht. Die andere Linie, B, ſpaltet ſich weiter, bevor ſie uns in einer Handſchrift greifbar wird. Der Zweig Ba umfaßt einerſeits (Baa) eine Gruppe, die z. T. noch in ihrer meißniſch-thüringiſchen Heimat verblieb wie die Handſchrift N (Hom. 880, 14. Jahrhundert), dann aber nach Schleſien, Böhmen, Polen und Preußen vordringt. Ihre älteſte datierte Handſchrift iſt die Prager P$_2$ (Hom. 975 von 1397). Das MRb. hat bei ihnen die gewöhnliche Einteilung in ſieben Bücher und mehrfach ein ſonſt nach dem ſiebenten Buch erſcheinendes Epiphonem bereits am Schluſſe des ſechſten. Die andere Gruppe des Zweiges Ba (Bab) hebt ſich aus den andern heraus ſowohl durch ihre eigenwillige Formgebung wie durch ihre weite Verbreitung und Bedeutung. Ihre Handſchriften haben nicht nur eine Reihe beſonders bezeichnender Zuſätze, ſondern auch eine andere Einteilung, nämlich in fünf Bücher, jedoch unter Aufnahme des Kapitels von der getreuen Hand, das als viertletztes in das fünfte Buch aufgenommen zu ſein pflegt. Wir können dieſe Gruppe in ihrer Heimat bisher noch nicht verfolgen. Sie muß ſich indes ſehr bald nach Schleſien verbreitet haben und kam weiter nach Mähren und nach Preußen[27]. Ihre älteſte datierte Handſchrift iſt nach meinem bisherigen Wiſſen die ehemals Glogauer und jetzt Olmützer O$_1$ (Hom. 924/25 von 1389). Der Zweig Bb iſt mir ebenfalls in der Heimat noch nicht faßbar. Er ſcheint in Böhmen und ganz beſonders in Mähren verbreitet geweſen zu ſein. Es ſind Handſchriften zu ſieben Büchern, meiſtens mit dem Epiphonem nach dem ſiebenten Buch. Älteſte datierte Handſchrift iſt die Prager P$_1$ (Hom. 950 von 1391). Die Bedeutung der Gruppen Bab und Bb für Böhmen und Mähren erhellt aus ihrem Verhältnis zur tſchechiſchen Überſetzung. Soweit ich dieſe bisher kenne, hat ſie zwar die Zuſätze der Gruppe Bab, enthält aber auch die in dieſer Gruppe fehlenden Diſtinktionen aus der Gruppe Bb und iſt wie dieſe in ſieben Bücher eingeteilt. Eine ſo beſchaffene deutſche Faſſung, die der tſchechiſchen Überſetzung als Vorlage gedient haben könnte, iſt mir bisher nicht bekannt geworden.

---

[21] W. Weizſäcker, Der Böhme als Obermann bei der deutſchen Königswahl. Heymann-Feſtſchr., S. 191ff.

[22] H. Größler, Sammlung älterer nach Eisleben ergangener Rechtsbeſcheide des magdeburgiſchen Schöppenſtuhls. In: Zeitſchr. d. Harz-Vereins f. Geſch. u. Altertumskunde, 23 Jg., 1890, S. 178: „Ok alſe gy vns gebeden hebben gik to vorſchriben, welkes boikes gy in juwern wicbilde gebruken mogt, ſüllet ir wißin vmme das buch Diſtinctiones, das wir da nicht von halden, wen das nicht beſtetigt iſt von paweſen ader von keyſern, vnd iſt körczlich vffkomen, daz man nicht en weyß, wy daz zcu houffe geſaczt, vnd ouch mennigerleye vnd vele artikele heldt, dy wedder vnſe alde beſchrebene vnd beſtetigede recht ſin.“

[23] Vgl. z. B. H. Waſſerſchleben, Sammlung deutſcher Rechtsquellen, Gießen 1860, IV, 2: „obir der ſtat willekor gebort uns keyn recht zcu ſprechen“. Ebenda IV, 26: „Meir hat die ſtad eyne willekor, do ſpreche wir keyn recht obir“. G. Kiſch, Leipziger Schöffenſpruchſammlung Nr. 427 (Magdeburg?): „Und habt ir ſonderliche gewonheit, den dritten teil zu geben oder zu nemen, do pflegen wir nicht uber zu rechten“. Vgl. auch Schröder, a. a. O. II, 3, S. 87.

[24] Nach der Handſchrift Wi_1.

[25] Es befinden ſich an Handſchriften: Altenburg 1, Berlin 9, Breslau 7, Brieg 1, ehem. Brünn 1, Danzig 5, Darmſtadt 1, Dresden 8, Elbing 1, Fürſtenſtein 1, Gera 1, Gewitſch 2, Gießen 1, Görlitz 1, Göttingen 2, Greifswald 1, Grimma 1, Halberſtadt 1, Jena 1, Klagenfurt 1, Klattau 1, Königsberg 2, Krakau 3, Leipzig 8, Leitmeritz 4, Leobſchütz 1, ehem. Münſter 1, Naumburg 1, Olmütz 3, Plauen ? 1, Poſen 1, Prag 12, Quedlinburg 1, Raudnitz 1, Thorn 1, Warſchau 1, Wernigerode 1, Wien 3, Wittingau 1, Wolfenbüttel 1. Hierzu ſei bemerkt, daß die Angaben im neuen Homeyer zum Teil unzutreffend ſind. Sie wurden in vorſtehendem Verzeichnis, ſoweit mir das bisher möglich war, berichtigt.

Schon aus dieſer kurzen Darſtellung ergibt ſich die zentrale Stellung, die Schleſien auch hinſichtlich der Verbreitung des MRb.s einnimmt[28]. Denn von hier gelangte das Werk nach Mähren und dann wohl weiter nach Böhmen, anderſeits aber nach Polen und Preußen. Wir wollen im folgenden die Ausbreitung des Rechtsbuchs, ſoweit dies jetzt ſchon möglich iſt, verfolgen und insbeſondere Belege für ſeine Anwendung in der Praxis beibringen. Was vorerſt Schleſien betrifft, ſo ſtellen wir dabei an die Spitze eine Handſchrift der Stadtbibliothek Breslau R 2623 (nicht bei Hom.), die bisher in dieſem Zuſammenhang nicht gewürdigt worden iſt und auf die erſt kürzlich Goerlitz[29] die Aufmerkſamkeit gelenkt hat. Sie enthält ein Rechtsbuch auf Grundlage des Sachſenſpiegels, in das MRb. I, 4—18, 1 hineingearbeitet ſind. Die verwendete Faſſung ſcheint der Gruppe Bab angehört zu haben, wie wir aus den bei Goerlitz veröffentlichten Textproben ſchließen[30]. Die Handſchrift befand ſich mindeſtens ſchon im 15. Jahrhundert in Kreuzburg OS., einer Stadt, die zwar fränkiſche Hufen, aber (wenigſtens ſeit 1274) flämiſches Recht hatte, ein Beweis dafür, daß das MRb. auch in dieſen Miſchgebieten Verbreitung fand. Goerlitz hat weiter darauf aufmerkſam gemacht, daß das Rechtsbuch auf der Grundlage des Sachſenſpiegels fünfzehn der von Johannes Klenkok bekämpften Artikel des Sachſenſpiegels nicht aufgenommen hat und daß am 18. März 1375 der Breslauer Auguſtiner-Eremit Gotthard gegen etliche Stücke predigte, die wider geiſtliches Recht und im Magdeburger Rechte falſch ſeien. Es iſt demnach nicht unwahrſcheinlich, daß es ſich bei dem erwähnten Rechtsbuch um einen Verſuch handelt, ein kirchlich nicht anſtößiges Rechtsbuch zu ſchaffen, und daß dieſer Verſuch aus dem Kreiſe der ſchleſiſchen Auguſtiner-Eremiten heraus unternommen wurde. Bekennt man ſich aber zu dieſer Meinung, ſo haben wir in dem Rechtsbuch einen Beweis dafür, daß das MRb. ſchon um dieſe Zeit in Schleſien bekannt war. Damit würde aber die dabei verwendete Handſchrift des MRb.s zeitlich vor die überhaupt älteſte datierte Handſchrift Wi_1 (von 1387) hinaufrücken. Mit dieſer Datierung ſtimmt es aufs beſte zuſammen, wenn Goerlitz die Entſtehung eines andern, in derſelben Handſchrift R 2623 enthaltenen Rechtsbuches aus guten Gründen in die Jahre 1370—1386 verſetzt[31]. Annähernd in dieſelbe Zeit führt uns die Handſchrift O_1 (Hom. 924/25). Dieſe, 1389 entſtanden, war urſprünglich in Glogau. Das beweiſen die Breslauer Schöffenſprüche, die auf den Text des MRb.s in der Handſchrift folgen, anſcheinend noch in Glogau eingetragen ſind und für eine praktiſche Verwendung des MRb.s in Glogau ſprechen.

---

[26] Vgl. W. Weizſäcker, Zur Geſchichte des Meißner Rechtsbuchs in Böhmen und Mähren. In: Stutz-Feſtſchr., Germ. Abt., S. 584ff. Seit der Verfaſſung dieſes Aufſatzes habe ich immerhin eine weitere Anzahl von Handſchriften kennengelernt, auf die im folgenden verwieſen wird.

[27] Die Meinung Ortloffs, a. a. O., S. XX, daß ſich die Handſchriften mit fünf Büchern „weniger in Deutſchland als in den öſtlicheren Gegenden" finden, beruht auf richtiger Beobachtung.

[28] Über die Bedeutung Schleſiens für die deutſche Rechtsgeſchichte vgl. z. B. neuerdings H. Aubin im Vorwort S. VI zu Goerlitz-Gantzer, Rechtsdenkmäler der Stadt Schweidnitz, Stuttg. Bln. 1939.

[29] Th. Goerlitz, Ein bisher unbekanntes Rechtsbuch als Beitrag zur Geſchichte des Sachſenſpiegels. Jecht-Feſtſchr. Görlitz 1938, S. 49ff.

Zweifellos der Gruppe Bab gehören an: Br_3 (Hom. 190), dem 15. Jahrhundert entſtammend und früher den Auguſtinern zu Sagan gehörig; ferner Br_4 (Hom. 199) aus der erſten Hälfte des 15. Jahrhunderts und früher in der Kirchenbibliothek zu St. Marien in Breslau; nach den Angaben bei Bobertag auch Br_5 (Hom. 200), geſchrieben 1423 per Jacobum Schulcz de Czulchaw und früher in der Bernhardinerbibliothek befindlich.

Wahrſcheinlich aus Liegnitz ſtammt die Handſchrift B (Hom. 309) vom Anfang des 15. Jahrhunderts, der ſog. Codex Bregensis[32]. Dieſe Handſchrift, die das MRb. in ſechs Büchern, aber in einer offenſichtlich verderbten Einteilung enthält, weiſt eigentümliche Zuſätze auf, gehört aber doch klar zur Gruppe Baa. Der Kodex iſt außerdem berühmt durch die in ihm enthaltenen vier Schöffenſpruchſammlungen, deren Breslauer Urſprung wahrſcheinlich iſt, und die darauf hindeuten, daß der Kodex für den praktiſchen Gebrauch beſtimmt war.

Die übrigen ſchleſiſchen Handſchriften kann ich noch nicht mit Sicherheit einreihen. Die wichtige Handſchrift Br_2 (Hom. 178) von angeblich 1390, die 1478 durch Geſchenk an die Hirſchberger Pfarrkirche kam, weiſt eine Sieben-Bücher-Faſſung auf, die Handſchrift der Breslauer Stadtbibliothek Mſk. R 568 (nicht bei Hom.) von 1464 dagegen eine Faſſung von ſechs Büchern. Sieben Bücher hat das MRb. auch in der Handſchrift Hom. 312 von 1405, dem ſog. Codex Oppoliensis, geſchrieben von Sigismund von Kamenz (bei Frankenſtein in Schleſien). Dieſe Handſchrift iſt darum von beſonderer Wichtigkeit, weil ſie wahrſcheinlich die Grundlage für die von Oppeln ausgehende Spruchtätigkeit war. Sie war wohl das „beſchreben Medeburges recht", von dem in einer Anfrage Mähriſch-Oſtraus nach Oppeln die Rede iſt[33].

---

[30] Die von Goerlitz veröffentlichten Stellen weiſen Ähnlichkeit mit der Handſchrift L auf: So hat L auch in I, 5, 9 „mit der bobiſtlichin gewald". Zu ſicherer Entſcheidung können aber die wenigen Proben nicht dienen; z. B. iſt die letztere Lesart, die auch in Gruppe Baa vorkommt, eben die richtige.

[31] Goerlitz, Die Breslauer Rechtsbücher des 14. Jahrhunderts. In: Zeitſchrift f. Rechtsgeſchichte, 59. Jg., Germ. Abt., 1939, S. 147.

[32] Über ihn ausführlich E. Sandow, Das Halle-Neumarkter Recht. Stuttgart 1932, S. 10ff., insbeſondere auch über ſeine Liegnitzer Herkunft.

[33] Goerlitz, Die Rechtsentwicklung in der Stadt Oppeln. Schriftenreihe der Vereinigung für oberſchleſ. Heimatkunde 18, S. 10f.

Es kann kein Zweifel darüber beſtehen, daß ſich das MRb. von Schleſien nach Mähren verbreitet hat[34]. Die erſte Olmützer Handſchrift O_1 iſt, wie bereits erwähnt, früher in Glogau geweſen, und wir können nicht feſtſtellen, ob ſie von dort unmittelbar oder etwa auf einem Umweg nach Olmütz gelangt iſt. Zu Mähren gehörte damals auch noch Leobſchütz. Die Handſchrift L gehört ebenfalls der Gruppe Bab an und iſt mit O_1 ſehr nahe verwandt. Allerdings ſtammt ſie erſt aus 1421. Dafür hat ſie aber die Beſonderheit, daß ſie auf Beſchluß des Leobſchützer Rats geſchrieben wurde. Dabei traf man die Anordnung, daß man ſich danach zu halten habe, ſoweit nicht in der Leobſchützer Willkür etwas anderes beſtimmt iſt[35]. Demnach wurde damals das MRb. ſubſidiär mit der Kraft einer ſtatutariſchen Rechtsaufzeichnung ausgeſtattet, der einzige Fall dieſer Art, der uns von unſerem Rechtsbuche bisher bekannt geworden iſt. Dabei iſt die Handſchrift L ein Prachtkodex, der ſchon rein äußerlich die Wertſchätzung erkennen läßt, die man der Rechtsaufzeichnung entgegenbrachte. Für den Alltagsgebrauch hat man daher eine Abſchrift hergeſtellt, die uns in Hom. 197 ebenfalls noch erhalten iſt[36].

Die anderen aus Olmütz herſtammenden Handſchriften des MRbs. gehören nicht mehr der Gruppe Bab, ſondern der Gruppe Bb an. Eine ſichere Erklärung dafür vermögen wir noch nicht zu geben. Wir können bloß vermuten, daß wahrſcheinlich von Breslau eine Handſchrift dieſer Gruppe nach Olmütz gelangt ſein mag. Da iſt vor allem O_2 (Hom. 922), geſchrieben 1403 in Olmütz ſelbſt und (ungewiß wann) mit der unſyſtematiſchen Vorſtufe des Magdeburg-Breslauer ſyſtematiſchen Schöffenrechts verbunden, die ſich die Olmützer 1352 in Breslau haben abſchreiben laſſen. Schon aus dieſer Verbindung ſcheint die Bedeutung hervorzugehen, die man dem Kodex in Olmütz zuſchrieb. Sie wird noch klarer aus der Handſchrift O_3 (Hom. 924/25), die zu Anfang des 15. Jahrhunderts von dem Olmützer Stadtſchreiber Nikolaus Phönix geſchrieben wurde. Denn dieſe Handſchrift bemüht ſich erſtens, nicht leicht verſtändliche Worte durch einen gleichbedeutenden Ausdruck zu erklären, mitunter durch Beifügung des entſprechenden lateiniſchen Wortes. Sie weiſt ferner in ſpäterer Schrift Marginalrubriken und ſonſtige Randbemerkungen auf (z. B. bei I, 19, 1 am Rande mit roter Tinte: „Das khindt behellt ſeines vaters recht.“), die darauf hinweiſen, daß das Rechtsbuch in dieſer Handſchrift noch im 16. Jahrhundert gründlich juriſtiſch durchgearbeitet worden ſein muß. Sie hat drittens zu IV, 13, 1 einen Breslauer Schöffenſpruch für Olmütz von 1497 eingetragen, in dem die Breslauer auf Anfrage erklären, was unter einem Pflugräuber und einem „virherter“ zu verſtehen ſei, mit dem weiteren Beiſatz: „Clarius quere in libro sentenciarum Wratislawiensium.“ Das iſt alſo ein ähnlicher Vorgang, wie wenn ſich heute ein Praktiker in ſeinem Geſetzbuch zu einer beſtimmten Geſetzesſtelle eine Gerichtsentſcheidung notiert. Schließlich enthält die Handſchrift noch eine ganze Reihe von Eintragungen, das Maß der deutſchen Meile und der Waldelle, den Eid des Stadtrichters, ein Statut über die Schöppenwahl, den Eid des Stadtſchreibers und Breslauer Schöppenſprüche, alles deutliche Hinweiſe darauf, daß der Kodex in praktiſchem Gebrauche ſtand. Die Handſchrift Wi_2 (Hom. 1170 aus dem 15. Jahrhundert), die vielleicht Vorlage von O_3, jedenfalls aber mit ihr eng verwandt iſt, übrigens auch Bruchſtücke des lübiſchen Rechts enthält, weiſt durch ihre Randbemerkungen ebenfalls auf praktiſchen Gebrauch hin. Vor allem aber bezeugt den praktiſchen Gebrauch des

---

[34] W. Weizſäcker, Breslau als Oberhof mähriſcher Städte. In: Zeitſchr. d. ſchleſ. Geſchichtsvereins, 72. Jg. 1938, S. 32ff.

[35] L, Bl. XXVIII: „Wir ratman der ſtat Lubſchic bekennen mit dyſer ſchrift, daz wir mit rate . . . habin loſſen ſchryben daz nochgeſchriebene buch, daz do begynnet von meydburgiſchem rechte, durch eynes ſundirlichen noczes, ſundirlicher ere vnd vromen vnſer ſtat, alzo daz man alle ſtucke dor inne beſchrebin zal halden feſte, ſtete, vnstreflich . . .“ (es folgt die Ausnahme hinſichtlich Leibgedinge, Morgengabe und Frauengerade, bezüglich derer auf die Willkür verwieſen wird) . . . „vnd ouch waz man ſuſt yn dem ſelbin wylkorrecht nicht finden kan, daz ſal man ſuchen yn den nochgeſchrebin meydburgiſchen rechten.“ Vgl. dazu Goerlitz, Das flämiſche und das fränkiſche Recht in Schleſien und ihr Widerſtand gegen das ſächſiſche Recht. In: Zeitſchr. f. Rechtsgeſchichte, 57 Jg., Germ. Abt., 1937, S. 163f.

[36] Goerlitz, Das Rechtsbuch der Stadt Poſen, insbeſondere ſeine Verwandtſchaft mit anderen deutſchen Rechtshandſchriften. In: Zeitſchr. f. Rechtsgeſchichte, 60. Jg., Germ. Abt., 1940, S. 152.

MRbs. in Olmütz das Olmützer Schöffenbuch des Wenzel von Iglau von 1430[37]. Dieſes auf Beſchluß des Olmützer Rats angelegte Stadtbuch verrät trotz ſeines gänzlich anderen Charakters das Vorbild des MRbs. durch ſeine Einteilung in Bücher und Diſtinktionen. Beſonders intereſſant iſt ein Statut über die Schöffenwahl, weil es z. T. wörtlich die Beſtimmung des MRbs. V, 1, 1 übernimmt uſw. nach der Gruppe Bb. Während nämlich Bab ſagt, man ſolle nicht mehr als zwei Handwerker in den Rat kieſen, damit ſie ihre Innungen nicht ſtärken[38], heißt es nach Bb, man ſolle nicht mehr als zwei aus einem Handwerk kieſen. Hinſichtlich der Bäcker, die zu kleine Brote backen, wird auf das „Rechtsbuch" verwieſen, offenſichtlich MRb. V, 3, 1, ebenſo bezüglich der Schloſſer und Schmiede (MRb. V, 11, 1 und 2).

Die mähriſche Stadt Gewitſch, die mindeſtens ſeit 1352 zum Olmützer Oberhof gehörte, hat ebenfalls zwei Handſchriften des MRbs. beſeſſen. Hiervon iſt die eine, nämlich die deutſche, der Gruppe Bb angehörig, die, wie wir ſoeben ſahen, in Olmütz ſpäter die Oberhand über die Gruppe Bab erlangt hat. Dieſe Handſchrift iſt zwar erſt 1481 entſtanden, aber eine Schweſterhandſchrift der faſt achtzig Jahre älteren Olmützer Handſchrift O_2. Im ſelben Kodex (Hom. 377) befindet ſich die tſchechiſche Überſetzung, die übrigens nur einen kleinen Teil des Rechtsbuchs umfaßt[39]. Da ſie die Zuſätze der Gruppe Bab enthält, hielt ich ſie früher[40] als dieſer Gruppe zugehörig; indes beſteht die größte Wahrſcheinlichkeit, daß ſie, wie die übrigen mir bekannten tſchechiſchen Handſchriften[41] dem oberwähnten tſchechiſchen Miſchtypus angehört hat, was ſich an dem Bruchſtück noch nicht erkennen läßt. In demſelben Kodex iſt eine große Zahl von Schöffenſprüchen eingetragen, welche den Gebrauch des Buches für die Praxis deutlich werden laſſen. Unter anderem iſt darunter auch ein Spruch der Olmützer Schöffen, in dem ſie die zu Heergewete und Gerade gehörigen Sachen aufzählen[42], genau nach dem MRb., nur daß ſie die aus der Mode gekommenen Sachen als überflüſſig auslaſſen und dies auch begründen. Es ergibt ſich, daß das MRb. wie in Breslau ſo auch in Olmütz den Sprüchen des Schöffengerichts zugrunde gelegt wurde.

Sehr groß iſt auch die Verbreitung des MRbs. in Böhmen geweſen. Noch heute haben wir in und aus Böhmen vier deutſche und ſechzehn tſchechiſche Handſchriften ganz oder bruchſtückweiſe erhalten. Vier tſchechiſche Handſchriften ſind allein in Leitmeritz[43], dem ehemaligen Oberhof der Städte Magdeburger Rechts in Böhmen, bis heute aufbewahrt geblieben. Von den einſt vorhandenen deutſchen Handſchriften dieſer Stadt iſt nichts auf uns gekommen. Außer den tſchechiſchen Handſchriften des Rechtsbuchs zeugen Bearbeitungen für die Praxis von der Bedeutung des Werks für das Rechtsleben. Kodex I des Leitmeritzer Stadtarchivs, herrührend von Jakob Kozeny de Krbowa, enthält ein alphabetiſches Werk aus dem Sachſenſpiegel, dem Sächſiſchen Weichbild und dem MRb. Letzteres wird mit ſeinem früher geläufigen Namen als „Diſtinktionen" zitiert. Im Kodex IV ſteht am Schluſſe der tſchechiſchen Überſetzung des MRbs. die Bemerkung aus dem Jahre 1485, daß dieſe Bücher Magdeburger Rechts viele Länder ringsum in Deutſchland, und in Böhmen viele Städte wie Leitmeritz, Königgrätz an der Elbe und die Prager Kleinſeite, nebſt anderen Städten zur Richtſchnur haben und gebrauchen, indem ſie zu denſelben mannigfache und ausreichende, von geiſtlichen, weltlichen und päpſtlichen Rechtsgelehrten gar verſtändig verfaßte Erklärungen beſitzen[44]. Was für Werke dem Schreiber dieſer Bemerkung vorſchwebten, können wir heute nicht mehr mit Gewißheit angeben. Vielleicht, ſogar wahrſcheinlich, iſt dabei an Abecedarien gedacht, die den Text der gangbarſten Rechtsbücher unter alphabetiſch geordneten Schlagworten aufreihten und damit einer leichteren Benutzung zu erſchließen ſuchten. Wir können ſogar annehmen, daß der Schreiber im beſonderen das obgenannte Abecedarium des Kodex I im Auge gehabt hat. In dem Kodex I ſind Sprüche der Leitmeritzer Schöffen aus dem 15. Jahrhundert, die ſich auf Stellen des Sächſiſchen Weichbilds (in Leitmeritz „Donat" genannt) und des MRbs., der „Diſtinktionen", wie auf Geſetze beziehen[45]. Von dem nämlichen Kozeny rührt auch eine große Sammlung von Magdeburger und Leitmeritzer Schöffenſprüchen aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts her, die nicht nur im allgemeinen die praktiſche Anwendung Magdeburger Rechts, ſondern im beſonderen auch den Gebrauch des MRbs. erweiſt: In einem Anſuchen um private Rechtsbelehrung beruft ſich die Partei in ihrer Schrift auf MRb. III, 16, 8; Jakob Kozeny ſelbſt fügt einem andern Spruch den Verweis auf MRb. V, 3, 4 hinzu[46].

---

[37] W. Saliger, Über das Olmützer Stadtbuch des Wenzel von Iglau. Brünn 1882. Mon. rer. Boh.-Mor. Sect. 2, 3, S. 40 (Schöffenwahl), 75 (Bäcker), und 89 (Schloſſer und Schmiede).

[38] MRb. V, 1, 1.

[39] Abgedruckt bei Praſek, Nejstarší Sachsenspiegel český na Moravě. (Der älteſte tſchech. Sachſenſpiegel in Mähren.) In: Časopis mor. mus., 11. Jg., 1911, S. 203ff.; 12 (1912), S. 124ff.

[40] Vgl. oben Anm. 26 angef. Orte, S. 594, Anm. 1.

[41] Bisher kenne ich aus eigener Durcharbeitung die tſchechiſchen Handſchriften Hom. 959 und 960, andere aus Beſchreibungen in dem noch gelegentlich anzuführenden Schrifttum.

[42] Unter Nr. 77. Von den in anderen Handſchriften angeführten Gegenſtänden ſind ausgelaſſen: Surkat, Mantelſchnur, Hoike und Armgold. Grundlage dieſes Olmützer Spruchs war anſcheinend eine Handſchrift der Gruppe Bb.

[43] W. Weizſäcker, Leitmeritz als Vorort des Magdeburger Rechts in Böhmen. In: N. Arch. f. ſächſ. Geſch., 60. Jg., S. 1ff. Vgl. Čelakovský, O právních rukopisech města Litoměřic (Über die Rechtshandſchriften d. St. Leitmeritz). In: Časopis mus. král. č. 53 (1879) und 54 (1880); ferner J. Lippert, Das Recht am alten Schöppenſtuhle zu Leitmeritz und ſeine Denkmäler. In: Mitt. d. Vereins f. Geſch. d. Deutſchen in Böhmen, 6. Jg., 1868, S. 165ff.

Wahrſcheinlich hat man auch in Prag-Kleinſeite das MRb. gebraucht, wie es jener Vermerk der Leitmeritzer Handſchrift beſagt. Wenigſtens iſt es eine anſprechende Vermutung, daß die wohlerhaltene Prachthandſchrift P_1 (Hom. 950 von 1391) für die Prager Kleinſeite beſtimmt geweſen iſt. Die Handſchrift Hom. 967 iſt beſonders belehrend, da ſie ganz aus der Praxis herausgewachſen zu ſein ſcheint. Sie enthält diejenige Schöffenſpruchſammlung, die in dem Dresdener Kodex Landesbibl. M. 34 b (Hom. 317) überliefert und bei Waſſerſchleben, Sammlung deutſcher Rechtsquellen 1, S. 80 ff., abgedruckt iſt. Unter Art. 254 und 255 ſind (entſprechend Dr 215) auch diejenigen Sätze aufgenommen, die ſich in MRb. VI, 19, 6—12 finden; doch läßt ſich nicht entſcheiden, ob ſie nicht direkt aus Sachſenſpiegel III, 64, §§ 6—11, 65, § 1 herübergenommen ſind, wofür ſogar der Text eher zu ſprechen ſcheint. In dem Prager Kodex folgt auf dieſe Schöffenſpruchſammlung eine auszugsweiſe Abſchrift des MRbs. deutſch mit tſchechiſchen Rubriken (P_4). Dieſe Abſchrift iſt nach dem Schlußvermerk hergeſtellt von einem gewiſſen Johannes von Eger in Biſchofteinitz im Jahre 1461. Das iſt inſofern merkwürdig, als Biſchofteinitz eine Stadt Prager und Eger eine Stadt Nürnberger Rechtes war und weder die eine noch die andere ein unmittelbares Bedürfnis nach einer ſolchen Handſchrift gehabt haben dürfte. Noch merkwürdiger aber iſt, daß dieſe Handſchrift des MRbs. nicht nur zur Gruppe Baa gehört, von der wir ja in Böhmen in der Handſchrift P_2 einen hervorragenden Repräſentanten haben, ſondern innerhalb dieſer Gruppe mit einer weiter unten zu erwähnenden Krakauer Handſchrift K_3 am nächſten verwandt iſt, ein untrügliches Zeichen für uns noch unbekannte Beziehungen zum ſchleſiſch-polniſchen Raum.

Verſtändlich iſt das Vorkommen tſchechiſcher Handſchriften aus Pſchelautſch (Hom. 961 von 1488), Kolin (Hom. 965 von 1516) und Raudnitz (Hom. 1012 vom Anfang des 15. Jahrhunderts)[47], weil dieſe Städte Magdeburger Recht hatten. Kolin hatte in dem eben erwähnten Kodex ſogar ein Abecedarium aus Sachſenſpiegel, Sächſiſchem Weichbild und MRb., tſchechiſche „Regule juris", als deren Verfaſſer ſich der Koliner Stadtſchreiber Martinus de Wyskytna zum Jahre 1519 bekennt. Schließlich erwähnen wir noch eine bedeutſame tſchechiſche Handſchrift Hom. 960 aus dem 15. Jahrhundert, die neben dem MRb. eine ganze Anzahl anderer, auch landrechtlicher Quellen enthält, ähnlich wie dies beim Leitmeritzer Kodex IV der Fall iſt. Manche Anzeichen deuten auch darauf hin, daß die Handſchrift aus Leitmeritz ſtammt, insbeſondere die von ſpäterer Hand beigefügten Verweiſungen auf Parallelſtellen im Sachſenſpiegel und im „Donat", das iſt im Sächſiſchen Weichbild.

In Polen war vor allem Krakau im Beſitz von Handſchriften des MRbs.[48]. Noch jetzt ſind dort drei Handſchriften vorfindlich. K_1 (Hom. 647b vom Ende des 14. Jahrhunderts) iſt ein Bruchſtück, aus dem nicht viel mehr zu folgern iſt, als daß unſer Rechtsbuch uſw. in der Form der Gruppe Baa nach Polen gekommen iſt; wo dieſe Handſchrift entſtand oder wann ſie nach Polen kam, hat auch die neueſte Unterſuchung von Niemann nicht zu ermitteln vermocht. Feſt ſteht nur, daß das Bruchſtück als Vor- und Nachſetzblatt einer Papierhandſchrift des 15. Jahrhunderts aſtronomiſchen und naturwiſſenſchaftlichen Inhalts entſtammt, die wahrſcheinlich einem Lehrer der Krakauer Univerſität gehört hat. K_2 (Hom. 645 des 15. Jahrhunderts) iſt ein Kodex, der augenſcheinlich zum praktiſchen Gebrauch hergeſtellt worden iſt. Denn es finden ſich in ihm Eintragungen wie die Verſe über die fränkiſche Hufe (S. 254), insbeſondere aber (S. 265 ff.) die Sprüche des oberſten Gerichts des deutſchen Rechts auf der Krakauer Burg. K_3 (Hom. 647e vom Jahre 1407) iſt dadurch ausgezeichnet, daß ſie nach dem MRb. auch das Magdeburger ſyſtematiſche Schöffenrecht und die Versio Vratislaviensis des Sachſenſpiegels enthält. Alle drei Handſchriften gehören der Gruppe Baa an. K_2 ſteht der angenommenen Grundhandſchrift dieſer Gruppe näher, während K_3, wie erwähnt, die engſte Verwandtſchaft mit P_4 aufweiſt. Woher dieſe Handſchriftengruppe nach Polen gekommen iſt, kann nicht ſicher feſtgeſtellt werden. Einen Fingerzeig gibt aber die Tatſache, daß die Liegnitzer Handſchrift B (Hom. 309 vom Anfang des 15. Jahrhunderts, Böhmes Codex Bregensis) derſelben Gruppe angehört; doch iſt die dieſer Handſchrift eigentümliche Verwirrung ſowie ihre beſonderen Zuſätze in den Krakauer Handſchriften K_2 und K_3 nicht zu finden, während ſich diesbezüglich über das Bruchſtück K_1 natürlich keine ſichere Ausſage machen läßt. Daß aber auch die Handſchriftengruppe Bab in Krakau nicht unbekannt geweſen ſein dürfte, darauf deutet der Krakauer Stuhlſchreiber Nicolaus Brevis, der ſeiner Vaterſtadt Leobſchütz den uns bereits bekannten Prachtkodex L geſchrieben hat. Für den Gebrauch des MRbs. in Krakau haben wir aber auch einen unmittelbaren, wenngleich ſpäten Beleg. Ein Krakauer Statut vom 30. April 1512, Senatus consultum de solido scabinali et poenis iudicialibus, beruft ſich auf MRb. IV, 45, 17, das iſt die Beſtimmung, wie es bei einer Klage mehrerer Perſonen mit Buße und Wette zu halten ſei, und wiederholt dieſe Beſtimmung in ganz ähnlicher Faſſung[49].

---

[44] Lippert, a. a. O., S. 169.

[45] Lippert, a. a. O., S. 167.

[46] Handſchrift II F. 1 der Bibl. des Böhm. Nationalmuſeums, Bl. 16 v., 155.

[47] M. Dvořák, Roudnický rukopis knih distinkčních práva Saského (Die Raudnitzer Handſchrift der Bücher der Diſtinktionen des ſächſ. Rechts). In: Časopis mus. král. č. 53 (1879), S. 138 ff. Proben daraus auch bei Chaloupecký, Kniha Zilinska (Das Silleiner Buch), S. XL ff.

[48] Darüber jetzt Niemann, Das Meißner Rechtsbuch in Krakau. In: Die Burg. Vierteljahresſchrift des Inſtituts für deutſche Oſtarbeit in Krakau, 1. Jg. 1940, S. 43 ff. Hier iſt eine Vergleichs-

Über die in Warſchau aufbewahrte Handſchrift Hom. 1126 aus dem 15. Jahrhundert kann ich aus eigener Wahrnehmung noch nichts ſagen, doch iſt das Ergebnis der von anderer Seite unternommenen Unterſuchung in Bälde zu erwarten.

Jedenfalls hat ſich die Textgruppe Bab von Schleſien aus auch nach Norden verbreitet. So enthält die Handſchrift Hom. 949 in Poſen vom Ende des 14. Jahrhunderts das fünfte Buch des MRbs. in der Textform der Gruppe Bab; das hat kürzlich Goerlitz[50] auf Grund der von mir angeführten Gruppenmerkmale feſtſtellen können. In demſelben Kodex befindet ſich auch das Rechtsbuch der Stadt Poſen, das hauptſächlich aus ſyſtematiſch geordneten Schöffenſprüchen Magdeburger Rechts beſteht. Goerlitz hat weitaus die meiſten dieſer Kapitel feſtgeſtellt; nur bei ſiebzehn iſt ihm dies nicht gelungen. Vier davon ſind jedoch dem MRb. entnommen, und zwar iſt

Poſ. Rb.	I, c. 136	gleich	MRb.	IV, 25, 14 und 15.
„	II, c. 79	gleich	„	IV, 5, 9.
„	II, c. 80	gleich	„	IV, 5, 10.
„	II, c. 81	gleich	„	IV, 5, 13.

---

tabelle des Diſtinktionenbeſtandes der Handſchriften K_2 und K_3 mit Ortloffs Ausgabe zu finden und das Epiphonem aus K_2 abgedruckt. In Zeile 10 ſoll es darin ſtatt „eyn" richtig „eya" heißen, wie übrigens auch aus der fakſimilierten Wiedergabe der betreffenden Seite hervorgeht. Die drei Handſchriften K_1 bis K_3 ſind nach den von mir angewendeten Merkmalen unterſucht.

[49] F. Piekoſinſki, Prawa, przywileje i statuta miasta Krakowa (1507—1795) (Rechte, Priv. u. Freiheiten d. St. Krakau). 1. Bd., gleich Acta historica res gestas Poloniae illustrantia VIII, 1, gleich Wydawnictwa komisyi histor. akad. umiej. w Krakowie, Nr. 29, Nr. 6 (S. 7).

[50] Th. Goerlitz, Das Rechtsbuch der Stadt Poſen, insbeſondere ſeine Verwandtſchaft mit anderen deutſchen Rechtshandſchriften. In: Zeitſchr. f. Rechtsgeſchichte, 60. Jg., Germ. Abt., 1940, S. 156f.

Nach der letztangeführten, beſonders kennzeichnenden Diſtinktion kann eine Textverwandtſchaft mit Br$_3$, ſomit jedenfalls Zugehörigkeit zur Gruppe Bab, feſtgeſtellt werden.

Die große Verbreitung unſeres Rechtsbuchs in Preußen geht aus der großen Zahl der dort noch immer vorhandenen Handſchriften hervor. Wir nennen zuerſt Hom. 1106[51]. Es iſt derſelbe Thorner Kodex, der die bekannte Schöffenſpruchſammlung enthält. Vom MRb. hat der Kodex nur III, 17; IV, 1—47. Nach dem Diſtinktionenbeſtand ſcheint die zugrundeliegende Handſchrift der Handſchrift K$_3$ am nächſten zu kommen, folglich jedenfalls der Gruppe Baa angehört zu haben. Wie eng die Fäden geſponnen ſind, geht aus folgenden Erwägungen hervor. Die Thorner Spruchſammlung hängt mit einer andern Redaktion der Magdeburger Schöffenſprüche aufs engſte zuſammen, die aus den Sammlungen in Hom. 317 (Dresden), der gleichlautenden in Hom. 967 (Prag, P$_4$) und einer ähnlichen in Hom. 309 (Codex Bregensis) beſteht. Die in P$_4$ enthaltene Form des MRbs. iſt aber, wie wir wiſſen, mit K. aufs engſte verwandt, und die in Hom. 309 enthaltene Form dieſes Rechtsbuchs gehört ebenfalls zur Gruppe Baa. Wir finden alſo die Gruppe Baa und inſonderheit deren Krakauer Geſtaltung von Krakau bis Thorn verbreitet. Nicht dazu gehört Hom. 245 (Danzig von 1427), die das MRb. in der Fünf-Bücher-Form enthält. Hom. 611 (Königsberg, 15. Jahrhundert) enthält zwanzig Kapitel aus dem MRb. Unter den darin ebenfalls enthaltenen Erbrechtsregeln findet ſich als letzte MRb. I, 6, 11 ohne die Schlußworte „do nicht zweygunge an iſt von vater unde von muter“[52]. Hom. 339 (Elbing, 1461) iſt dagegen eine vollſtändige Handſchrift des MRbs. in fünf Büchern, vermutlich der Gruppe Bab angehörig. Bei drei Handſchriften, Hom. 246 (Danzig, 15. Jahrhundert), 612 (Königsberg, früher Elbing, 15. Jahrhundert) und 316 (Dresden, Abſchrift von 612, 15. Jahrhundert) iſt dem MRb. in fünf Büchern als ſechſtes Buch das Lehenrecht in Diſtinktionen[53] angehängt. Dieſes iſt eine in Preußen vor 1402 entſtandene lehenrechtliche Ergänzung des MRbs., die nur in dieſen preußiſchen Handſchriften vorkommt. In Hom. 246 iſt das MRb. als Cölmiſch recht bezeichnet, was auf die beſondere Wichtigkeit des Rechtsbuchs für Preußen hindeutet. Die Angabe, daß das Kapitel von der getreuen Hand an viertletzter Stelle ſteht und Ortloff VI, 29 das letzte Kapitel iſt[54], laſſen erkennen, daß dieſe Handſchrift der Textgruppe Bab angehört. Als Distinctiones Culmenses ſoll das MRb. auch in der Handſchrift Hom. 266 bezeichnet geweſen ſein, die ſich in Danzig befand. Man nimmt jetzt an, daß dieſe Handſchrift mit Hom. 246, die ſoeben erwähnt wurde, identiſch iſt. Hom. 612 dürfte der gleichen Gruppe Bab angehören, und Hom. 316 iſt nur ihre Abſchrift[55].

Sehr eindringlich bringt die Wichtigkeit des MRbs. für Preußen auch der Kodex Hom. 697 zum Bewußtſein. Er iſt jetzt in Leipzig, enthält aber den Alten Kulm, geſchrieben durch Peter Kulvicz, Redner zu Königsberg 1546, und von demſelben aus demſelben Jahre auch das MRb. in fünf Büchern, außerdem noch andere auf das Land bezügliche Rechtsaufzeichnungen, wie insbeſondere die Landläufigen kulmiſchen Rechte.

Von beſonderer Wichtigkeit erſchien offenbar das Kapitel 45 des IV. Buchs über den Richter. Dieſes Kapitel iſt, abgeſehen von Sachſenſpiegel III, 30, § 2 und 39, §§ 3 und 4 hauptſächlich den Goslarer Statuten entnommen. Es erregte in Preußen deshalb Aufmerkſamkeit, weil man in der heimiſchen Grundlage alles Rechts, in der Kulmer Handfeſte, ebenfalls Beſtimmungen über den Richter fand, die man nebſt einigen anderen in der erſten Hälfte des 16. Jahrhunderts in der „Unterrichtung in der Kulmer Handfeſte“[56] zu erläutern ſuchte. Darum finden wir in zwei ſpäten Handſchriften (aus dem 17. Jahrhundert) gerade dieſes Kapitel unſeres Rechtsbuchs mitten unter anderem auf das Land bezüglichem Rechtsſtoff und insbeſondere auch in Begleitung der obenerwähnten „Unterrichtung“. Damit ſcheint das genannte Kapitel des MRbs.

---

[51] Vgl. insbeſ. J. Fr. Behrend, Magdeburger Fragen. Berlin 1865, S. V, XIX ff. E. Steffenhagen in: Zeitſchr. f. Rechtsgeſchichte, 4. Jg., 1864, S. 183 mit Andeutungen über den Diſtinktionenbeſtand der Handſchrift des MRbs.

[52] Steffenhagen, Deutſche Rechtsquellen in Preußen. Leipzig 1875, S. 44, Nr. 24.

[53] Steffenhagen, a. a. O., S. 137 f. G. Homeyer, Die deutſchen Rechtsbücher, Weimar 1934, S. 38.

[54] E. Steffenhagen (oben Anm. 51), S. 179.

[55] E. Steffenhagen, Rechtsquellen, S. 13, Nr. 30, S. 110, Anm. 4.

[56] G. Kiſch, Die Kulmer Handfeſte, Stuttgart 1931, S. 24, Anm. 2, S. 107 f., 158 ff.

im 17. Jahrhundert den praktiſchen Zwecken dienſtbar gemacht, die der Verfaſſer der Unterrichtung mit ſeinem Werkchen zweifellos verfolgt hat.

In der Unterrichtung ſelbſt iſt allerdings das MRb. nicht merklich benutzt worden. Dagegen hat es ſchon früher in Preußen anderweitige Verwertung erfahren. Das Elbinger Rechtsbuch[57], eine kleine, nur in einer Handſchrift Hom. 337 (Elbing, 15. Jahrhundert) erhaltene Rechtsquelle, beruht zwar hauptſächlich auf dem Schwabenſpiegel, hat aber die Einleitung des MRbs. und die Kapitel 1—18 des erſten Buchs (Ortloff) übernommen. Die Einleitung iſt charakteriſtiſch verändert. Einmal iſt darin neben Landrecht, Weichbildrecht und Lehenrecht auch „Colmiſch recht dor us entſproſſen iſt“ genannt und zum andern geſagt, daß das Recht „alhir im lande tzu Pruſſen“ gebraucht werde. Die Entſtehung des Elbinger Rechtsbuchs in Preußen iſt dadurch ziemlich ſicher bezeugt. Charakteriſtiſch iſt ferner die Einſchaltung der Diſtinktion über die Gerade im Lehenrecht. Die Herkunft dieſer Stelle war Ortloff unbekannt. Sie gehört jedoch zu den Zuſätzen, die ſich in der Gruppe Bab finden[58]. Dadurch iſt die Bedeutung gerade dieſer Textgruppe unſeres Rechtsbuchs aufs neue unterſtrichen. Wir haben ſchon früher feſtſtellen können, daß neben der Gruppe Baa auch die Gruppe Bab in Preußen Verbreitung gefunden hat, was ganz begreiflich iſt, da dasſelbe auch in Schleſien der Fall war. Warum die Benützung des MRbs. durch das Elbinger Rechtsbuch gerade mit dem Kapitel 18 des erſten Buches ihr Ende fand und darauf wiederum der Schwabenſpiegel ausgeſchrieben wird, muß vorläufig dahingeſtellt bleiben.

Von größerer Bedeutung war die Benutzung des MRbs. in einer anderen Arbeit. Walther Eckardi von Bunzlau, Thorner Stadtſchreiber, hat 1400—1402 die Neun Bücher Magdeburger Rechts[59] verfaßt, die in urſprünglicher Form in Hom. 592 (Königsberg, 1402) vorliegen. Die Quellen der Arbeit ſind ſehr zahlreich. Doch wird man nach dem Sachſenſpiegel ſamt Gloſſe doch wohl gleich das MRb. zu nennen haben, dem allerdings die Magdeburger Fragen und andere Sammlungen von Magdeburger Schöffenſprüchen, der Alte Kulm, der Schwabenſpiegel, das gloſſierte Sächſiſche Weichbild und noch einige andere folgen. Es ergibt ſich dabei die Merkwürdigkeit, daß der Verfaſſer die Vorrede zu ſeinem Rechtsbuche dem MRb. entnimmt und darin auch das Buch „Diſtincciones genandt“ als Quelle aufzählt. Das Werk iſt vielleicht noch von Walther ſelbſt und nicht ſpäter als 1408 (auf welches Jahr ſich zwei Handſchriften beziehen) umgearbeitet und dabei erheblich verkürzt worden. Dieſe Form hat nach einem verſchollenen Kodex von 1433 (Hom. 944) der Königsberger Notar Albert Pölmann erſtmalig 1574 herausgegeben, worauf das Werk noch mehrmals erſchienen iſt, zuletzt 1603 zu Magdeburg; es ſind die ſog. Pölmannſchen Diſtinktionen. Eine annähernde Überſicht über den erheblichen aus dem MRb. übernommenen Stoff geben die Vergleichstabellen bei Ortloff und Homeyer[60], wobei auch der Vergleich mit dem Sachſenſpiegel als der gemeinſamen Quelle ermöglicht iſt. Die Handſchrift des MRbs., die benutzt iſt, ſcheint der Gruppe Baa angehört zu haben und der Handſchrift W (Homeyer 1215 vom Jahre 1446) nahezuſtehen, wie ſchon Steffenhagen bemerkt hat. Das Werk hat wahrſcheinlich im Jahre 1444 eine zweite Bearbeitung erfahren, die von Johannes Loſe wohl in Königsberg verfaßt iſt. Sie iſt auf Grund der Umarbeitung hergeſtellt, beſonders für Preußen beſtimmt und für uns hier inſofern von Intereſſe, als ſie wiederum auf das MRb. direkt zurückgreift und dabei MRb. IV, 45, 9 übernimmt[61].

---

[57] E. Steffenhagen, Rechtsquellen, S. 118ff.

[58] Abgedruckt Steffenhagen, a. a. O., S. 125f. Vgl. W. Weizſäcker, Das deutſche Recht des Oſtens im Spiegel der Rechtsaufzeichnungen. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 3. Jg., 1939, S. 70.

[59] E. Steffenhagen, a. a. O., S. 138, auf Grund ſeiner früheren Arbeit in der Altpr. Monatsſchrift, 2. Jg.

[60] Ortloff, a. a. O., S. 774. G. Homeyer, Sachſenſpiegel II, 1, S. 104.

[61] Zu den bei Steffenhagen, Rechtsquellen, S. 142f., angeführten Handſchriften der Loſeſchen Bearbeitung kommt höchſtwahrſcheinlich noch Hom. 1100, Handſchrift der Tepler Stiftsbibliothek D 13 (Kodex 41), früher ψ IV 149. Ich verdanke dem Tepler Bibliothekar P. Milo Nentwich, O. Praem., einige Angaben hierüber. Der Schweinslederband trägt den Vermerk J. M. K. A. T. 1580, woraus zu ſchließen iſt, daß der Kodex von „Johannes Menskönig, Abbas Toplenſis“ im Jahre 1580 erworben

Mit den ſog. Landläufigen kulmiſchen Rechten kommt in mehreren Handſchriften des 16. Jahrhunderts der Abſchnitt „Von Ungericht" vor, der teils aus den Pölmannſchen Diſtinktionen, teils aus dem MRb. geſchöpft iſt und insbeſondere das Kapitel MRb. IV, 8 über die Folge enthält. Er iſt hauptſächlich für Danzig beſtimmt geweſen[62].

Die Rechtsſätze über Körperverletzung und deren Wergeld[63] (Hom. 246, Danzig, 15. Jahrhundert, und 338, Elbing, 1512) ziehen das MRb. zum Vergleich mit dem Alten Kulm heran. Sie ſind in die „Laufenden Urteil" hineingenommen worden, die Pölmann zum erſtenmal 1553 im Druck herausgegeben hat und die zuletzt 1600 erſchienen ſind.

Schließlich hat der herzogliche Rat und Königsberger Fiskal Ambroſius Adler[64] 1539 ein großes alphabetiſches Sammelwerk, Hom. 608 (Königsberg), verfaßt, in dem er neben dem Sachſenſpiegel, dem Sächſiſchen Weichbild, dem Alten Kulm und den Neun Büchern Magdeburger Rechts auch das MRb. auszugsweiſe verwertete.

Am Ende iſt jedoch das MRb. in ſeiner Bedeutung für Preußen durch den Alten Kulm mehr und mehr zurückgedrängt worden, ſowie dies allen anderen Rechtsbüchern, auch dem Sachſenſpiegel, geſchah. Das war aber ein Schickſal, von dem das MRb. nicht bloß in Preußen, ſondern in ſeinem ganzen übrigen Verbreitungsgebiet ebenſo und etwa zur gleichen Zeit betroffen wurde. Wenn wir nach der Entſtehungszeit der Handſchriften als einem Gradmeſſer ſeiner praktiſchen Anwendung ſchließen, ſo ergibt ſich als Zeit, aus der weitaus die größte Zahl der Handſchriften bekannt iſt, das 15. Jahrhundert. Aus dem 16. Jahrhundert ſind nur mehr ganz wenige zum Vorſchein gekommen, während aus dem 17. Jahrhundert meines Wiſſens überhaupt keine vollſtändige Handſchrift, ſondern nur mehr die zwei oberwähnten Danziger Bände mit MRb. IV, 45 vorhanden ſind. Seine damalige praktiſche Bedeutungsloſigkeit geht aus dem Umſtande hervor, daß es während des 15.—17. Jahrhunderts überhaupt niemals gedruckt worden iſt. Erſt 1770—1775 hat Johann Ehrenfried Böhme das MRb. unter dem irreführenden Titel „Schleſiſches Landrecht" nach dem Codex Bregensis herausgegeben. Eine gute, heute freilich überholte Ausgabe hat dann erſt wieder Ortloff im Jahre 1836 herausgebracht. Die Irrtümer und Schwierigkeiten, die der Erforſchung des MRbs. im Wege ſtanden, ſind ein weiterer klarer Beweis dafür, daß die Erinnerung daran in der Praxis längſt erloſchen war und daß es ſich nur um eine rechtsgeſchichtliche Wiederentdeckung handelte. Und doch war es eine Rechtsquelle, die einſt, wie wir jetzt wiſſen, zu den verbreitetſten und beliebteſten deutſchen Rechtsaufzeichnungen gehört hat, die insbeſondere im Oſten an der Feſtigung und praktiſchen Übung deutſchen Rechts ihren großen Anteil hat und die es wohl verdient, daß ſich die rechtsgeſchichtliche Forſchung mit ihr eingehend beſchäftigt und ihre Bedeutung nach Möglichkeit in das helle Licht der Geſchichte zu ſtellen ſucht.

---

oder wenigſtens umgebunden wurde. Auf S. 1 von neuerer Hand der Vermerk „Johannis Lozes geſchribene Rechtsbücher". Vorrede: „Mann ſol wiſſen, das dis buch iſt geczogen aws vil bewertteren worhafftenn keyſerlichenn buchern vnnd wil eczliche materien do hinden laßenn, vmb das ſi hir zu Pruſſen nicht nottdorfft ſein zu haldenn, vnd wil das alles widder erfüllen mit andernn artikeln der rechte." Es ſind bloß ſieben Bücher erkennbar. Am Schluß ſind jedoch fünf Blätter herausgeriſſen. Bezüglich der Herkunft vermutet P. Nentwich: „Über die Frage, ob das Rechtsbuch etwa von Preußen gekommen ſei, ließ ſich in dem Kodex ſelbſt wie auch in den Katalogen kein Anhaltspunkt finden. Es iſt indes leicht möglich und denkbar, daß bei dem häufigen Verkehr und Perſonalaustauſch, der nachweislich beſonders in der Zeit vom Ende des 15. Jhs. bis zur Mitte des 17. Jhs. zwiſchen dem Stifte Tepl und den Ordensſtiften in der ehem. ſächſiſch-brandenburgiſchen Circarie ſtattgefunden hat, dieſes Rechtsbuch aus Brandenburg-Preußen nach Tepl gekommen iſt." Für die freundliche Auskunft ſage ich herzlichen Dank.

[62] Über das von Toeppen fälſchlich ſo genannte Danziger Schöffenbuch vgl. auch Methner, Zwei alte Danziger Rechtsſymbole. In: Zeitſchr. f. Rechtsgeſchichte, Jg. 57, Germ. Abt., 1937, S. 463. Über die Landläufigen kulmiſchen Rechte Steffenhagen, Rechtsquellen, S. 211 ff.

[63] Steffenhagen, a. a. O., S. 210 ff.

[64] Steffenhagen, a. a. O., S. 200.

Vom deutſchen Blutsanteil in Krain

Von Herbert Otterſtädt, Graz

Mit 6 Textkarten

Einleitung

Man macht ſich im allgemeinen bei der Geſchichtsdarſtellung Krains zu wenig Gedanken über die zahlenmäßige Stärke der im Laufe des 6. Jahrhunderts nach der Zeitrechnung ſtattgefundenen Einſiedlung der Slowenen in das heutige krainiſche Gebiet Jugoſlawiens. Obgleich keinerlei Zahlenangaben darüber beſtehen, dürfte die Feſtſtellung einer Schätzung ſchon im Hinblick auf die heutige blutliche Zuſammenſetzung des Slowenentums nicht unweſentlich ſein, abgeſehen davon, daß eine raſſiſche Geſchichtsbetrachtung für Krain, die bisher noch ausſteht, an dieſer Forderung überhaupt nicht vorübergehen kann. Zieht man Rückſchlüſſe von der heutigen Bevölkerungszahl Krains mit rund 500 000 Menſchen und berückſichtigt man außerdem den Bevölkerungsverluſt des Landes während der frühen Ungarn- und Türkenzüge im Mittelalter, die für das Gebiet den bisher ſtärkſten Blutsverluſt darſtellen, ſowie die Tatſache, daß auch während der Einſiedlung noch eine teilweiſe beträchtliche Urbevölkerung vorhanden war, ſo kann ohne Zweifel angenommen werden, daß es ſich bei den ſloweniſchen Einwanderern im 6. Jahrhundert nur um etliche tauſend Menſchen handeln konnte, die ſich vor nunmehr 1300 Jahren in Abhängigkeit von den Awaren vor den Toren des zerfallenden römiſchen Reiches niederließen, wobei ſie faſt ausſchließlich älteren Beſiedlungsſpuren folgten und die damals waldfreien und ſumpfloſen Flußgebiete Krains in Beſitz nahmen.

Wann eine Verſchmelzung mit der reſtlichen, nordraſſiſch durchſetzten Bevölkerung Krains, romaniſierten keltiſch-illyriſchen Japoden, Karnern, Latobikern und Langobarden ſtattgefunden hat, wiſſen wir im einzelnen nicht. Tatſache iſt, daß dieſer Verſchmelzungsprozeß erfolgt iſt, womit die Slowenen lange vor der erſten deutſchen Koloniſation einen gewiſſen nichtſlawiſchen Blutsanteil erhalten haben[1]. Schon die Dauer der ſloweniſchen Einſiedlung, mehrere Jahrzehnte, beweiſt, daß es ſich ſloweniſcherſeits weniger um eine plötzliche, gewaltſame Landnahme, ſondern eher um ein langſames und ſtilles Einſtrömen, d. h. um ein Unterwandern handelte.

Ehe vom deutſchen Blutsanteil im heutigen Krain die Rede ſein wird, erſcheint es notwendig, kurz eine allgemeine Orientierung über die Völker und Mächte des Gebietes vor Beginn ſeines deutſchen Zeitalters zu geben. Dabei ſei vorausgeſetzt, daß wir uns in allen Phaſen faſt immer nur auf das heutige krainiſche Gebiet beſchränken und auch bei der folgenden Darſtellung des deutſchen Blutsanteils in Krain die deutſche Koloniſation, ſoweit ſie ohne deutſche Bevölkerungseinſiedlung erfolgt iſt, außer acht laſſen. Insbeſondere würden die beigefügten Kartenſkizzen ein falſches Bild ergeben, wollte man aus ihren Angaben auch auf den deutſchen Beſitzanteil im Mittelalter ſchließen, *der weit umfangreicher* war und nur deshalb nicht aufſcheint, weil auf ihm eine Innenkoloniſation unter Anſiedlung von Slowenen erfolgt iſt.

Wir wollen darnach in der deutſchen Koloniſation Krains nach vier Geſichtspunkten unterſcheiden, von denen uns hier die erſten drei intereſſieren:

1. Koloniſation Krains unter deutſcher weltlicher oder kirchlicher Leitung und deutſcher Bauernanſiedlung (Gottſchee, Zarz, Deutſch-Ruth, Feichting, Veldes, Sittich).
2. Koloniſation unter deutſcher weltlicher oder kirchlicher Leitung und nur zuſätzlicher deutſcher Bauernanſiedlung (Altenmarkt-Koſtel, in Mittelkrain zwiſchen Weichſelburg, Reifnitz, Gutenfeld und Naſſenfuß).
3. Eine ſtädtiſche deutſche Koloniſation mit deutſchem Blutsanteil (Laibach, Biſchofslack, Krainburg, Radmannsdorf, Stein, Gurkfeld, Weichſelburg, Reifnitz, Rudolfswerth uſw.).

---

[1] Milko Kos, Zgodovina Slovencev, S. 49ff.

4. Koloniſation unter deutſcher weltlicher oder kirchlicher Leitung und umfangreicher ſloweniſcher Bauernanſiedlung.

Geſchichtliche Überſicht bis zum Beginn des deutſchen Zeitalters in Krain

Zu Beginn der Zeitrechnung lebten in Oberkrain die keltiſchen Tauriſker, in Innerkrain das keltiſch-illyriſche Miſchvolk der Japoden, im Gebiet um Idria-Wippach am heutigen Weſtrande Krains die keltiſchen Karner und in Unterkrain die illyriſchen Latobiker.

Im 3. Jahrhundert n. Ztr. finden wir bereits das römiſche Emona, auf dem das heutige Laibach erbaut iſt, in ſeiner Blütezeit. Im 4. Jahrhundert erreicht die römiſche Macht ihren Höhepunkt. Das Gebiet „von der Save bis zu den Lagunen" iſt eine „einzige Rieſenfeſtung"[2]. Zumindeſtens ganz Karnien (Oberkrain) gehörte ſomit in der ſpäteren Kaiſerzeit zu Rom. Im 5.—6. Jahrhundert aber war die römiſche Grenze unter dem unaufhaltſamen Druck der verſchiedenen germaniſchen Völkerſtämme wieder hinter das Laibacher Becken zurückgeglitten, und zwar noch vor Beginn des Gotenkrieges im Jahre 535 n. Ztr.

Nach einer vorübergehenden gotiſchen Herrſchaft über die Karner wird das oberkrainiſche Gebiet ſeit dem Jahre 537 unter fränkiſche Herrſchaft geſtellt und mit ihm auch ganz Pannonien. Allein, dieſe erſte fränkiſche Herrſchaft war nur von kurzer Dauer, denn ſchon im Jahre 546 kehrten die zunächſt mit den Franken und Gepiden verbündeten Langobarden erſteren den Rücken und riſſen Oberkrain an ſich. Aus dem 6. Jahrhundert findet ſich in Krainburg ein ausgedehntes, vermutlich langobardiſches Gräberfeld, ein Zeichen, daß es ſich nicht nur um eine in erſter Linie territoriale Machterweiterung wie bei den Franken handelte, ſondern um eine erſte germaniſche Einſiedlung.

Als im Jahre 568 die Hauptmacht der Langobarden aus Pannonien abzog, nahmen nachſtoßend die Slowenen und Awaren die weſtlichen Siedlungsräume ein, erſtere bis in die alten karniſchen Gebiete.

Von der völkiſchen Ordnung nach dem Abzug der Langobarden ſowie dem Verbleib der krainiſchen Urvölker ſagen die Quellenſchriften nichts aus, anzunehmen iſt aber, daß eine weitgehende Verſchmelzung und Überſchichtung ſchon damals ſtattgefunden hat, ſo daß die Einwanderung der Slowenen, welche die Hiſtoriker auf mehrere Jahrzehnte bemeſſen, faktiſch als eine Einſiedlung in ein zwar dünn beſiedeltes, aber dennoch keineswegs unbeſiedeltes oder reſtlos geräumtes Gebiet erfolgt wäre. Der ſloweniſche Forſcher Milko Kos beſtätigt dieſe Theſe erſt neuerdings wieder und vertritt ſogar die Anſicht, daß der Einfluß der vorſloweniſchen Bevölkerung auf die geiſtige und körperliche Struktur der ſloweniſchen Zuwanderer nicht zu unterſchätzen ſei. „Sie übten auf die Slowenen einen größeren Einfluß aus, als man gewöhnlich glaubt. Sie vermittelten ihnen manche Errungenſchaften der materiellen Kultur. Die übrig gebliebene alte Bevölkerung vermittelte den Slowenen auch ihre Bezeichnungen für die Berge, Gewäſſer und Gegenden."[3]

Die Slowenen blieben bis zum Jahre 623 unter der Führung der Awaren in deren Machtbereich. Erſt die Erhebung der ſlawiſchen Völker unter dem Franken Samo führte auch für ſie im Jahre 623 zu einer vorübergehenden Befreiung von der awariſchen Oberherrſchaft. Ein Menſchenalter ſpäter aber ſicherten ſich die Awaren aufs neue die wichtigſten Ausfallspforten nach Süden und Weſten und herrſchten damit wieder bis zum Jahre 791 über die Slowenen, als ein fränkiſches Heer Karls d. Gr. von Italien „in Illyricum und von dort in Pannonien einrückt"[4].

Vom Jahre 803 an, nach Abſchluß des Awarenkrieges, gelangen die Slowenen zunächſt unter Belaſſung eigener ſloweniſcher Stammeshäuptlinge von neuem unter eine fränkiſche Führung. Erſt ab 828 wird Krain, genauer geſagt: Altkrain, eine fränkiſche Mark. Aber ſchon im Jahre 907 wurde das Schickſal der karolingiſchen Mark durch die ſeit 899 regelmäßigen Einfälle der Madjaren beſiegelt.

---

[2] Erläuterungen zum hiſtoriſchen Atlas der Öſterr. Alpenländer I, 4.

[3] Milko Kos, a. a. O.

[4] Erläuterungen zum hiſtoriſchen Atlas . . . I, 4.

Mehr als 50 Jahre ſchweigen die Quellen über Krain, und erſt im Jahre 973 taucht wieder eine „Craina marcha“ an der oberen Save in einer Urkunde Ottos II. auf. Die „Erläuterungen zum hiſtoriſchen Atlas der Alpenländer“ ſprechen bereits nach der Schlacht auf dem Lechfelde, alſo 955, von einem „ottoniſchen Krain“.

„Durch die 2. bayriſche Offenſive hatte Altkrain (= Krain und die Mark) auf Jahrhunderte hinaus ſeine feſten Grenzen erlangt. Im Norden ſchloſſen es die Karawanken, Steiner Alpen und der Weitenſteiner Zug ab. Im Oſten läßt die ſpätere Begüterung Gurks an der Sotla vermuten, daß die deutſche Herrſchaft ſchon zu Beginn des 11. Jahrhunderts ſo weit gereicht habe. Im Süden der Save aber war um dieſelbe Zeit bereits die untere Gurk erreicht. Hier ſtieß Deutſchland an Kroatien.“ [5] (Vgl. Abb. 1.)

Seit der Mitte des 10. Jahrhunderts ſtanden die Slowenen bis zum Jahre 1918 unter deutſcher Führung. In dieſer Zeit von 1000 Jahren deutſcher Herrſchaft und Kultur, verbunden mit jahrhundertelanger, teils ſtiller und unaufgezeichneter, teils größerer und bekanntgewordener deutſcher Bauern- und Bürgereinwanderung gelangten ſie zu jener Kulturſtufe, die ſie heute im jugoſlawiſchen Staat geradezu als Fremdkörper erſcheinen läßt. So konnte der Verfaſſer des Werkes „Großdeutſchland und Jugoſlawien“, der Montenegriner Dr. Koſier, im Jahre 1939 bezüglich der Slowenen feſtſtellen: „Heute beſteht ein größerer Unterſchied zwiſchen dem Haushalt eines ſloweniſchen Bauern am Bleder-See und eines ſerbiſchen Bauern am Ochrida-See, als zwiſchen einem deutſchen und einem ſpaniſchen Bauern, obwohl die beiden erſten im gleichen Staat leben und der gleichen Volksgemeinſchaft angehören.“ [6]

Welchen Anteil der deutſche Bevölkerungsteil Krains am Aufbau der heutigen „ſloweniſchen Kultur“ beſitzt, und in welchem Maße deutſches Blut ſeit rund 1000 Jahren in Krain eingeſtrömt iſt, ſoll im folgenden Teile näher unterſucht werden, ſoweit dies die bisher zugänglichen Quellen geſtatten.

Die Arbeit kann daher keinen Anſpruch auf eine endgültige Löſung des Problems erheben, ſondern faßt lediglich die bisherigen geringen Unterſuchungen und urkundlichen Quellen unter Hinzuziehung neueren Materiales zuſammen. Dabei muß betont werden, daß vorliegende Frage früheren Jahrhunderten durchaus kein Problem war und daher alle im Schrifttum aufſcheinenden Vermerke zu vorliegender Frage als Nebenſächlichkeiten behandelt wurden. Lediglich Krones hat im Jahre 1889 eine Zuſammenfaſſung des bis dahin aufgearbeiteten und ihm vorliegenden Materiales für Krain, Kärnten und Steiermark gegeben. Nach ihm gingen krainiſche Heimatforſcher an eine intenſivere Aufbereitung des entſprechenden Urkundenmateriales, doch hinderte der inzwiſchen immer ſtärker anſchwellende ſloweniſche Chauvinismus ſchon damals ein tieferes Eindringen in das Problem. So wurden dem Heimatforſcher und Quellenbearbeiter Franz Schumi 1886 vom ſloweniſchen Landtag die finanziellen Mittel zur Forſchung verweigert. Nach 1918 ſetzte auf der ganzen Linie ein Stillſtand ein.

Deutſche Einwanderung und Siedlung in Krain

Schon zur Zeit der fränkiſch-ſächſiſchen Oberherrſchaft in Krain, beginnend mit der Landnahme Karls des Großen, werden in den Chroniken Krains erſte deutſche Koloniſtenſiedlungen in Oberkrain gemeldet. Die heutigen Städte Krainburg und Laibach, deutſche Gründungen, letztere auf dem römiſchen Emona erbaut, erſcheinen zu jener Zeit bereits als karolingiſche Pfalzen. Bayriſche Koloniſten erwarben als erſte unter dem damaligen fränkiſchen Recht Land in Krain.

Nach dem Ungarneinfall und der Schlacht auf dem Lechfelde im Jahre 955 erfolgten unter Otto II. weitere deutſche Koloniſtenſiedlungen, die der „Wiederbevölkerung“ des durch die Ungarn verwüſteten Landes dienten.

In der Folgezeit erwarben ſich die deutſchen Biſchöfe von Freiſing und Brixen als eifrige Koloniſatoren mancherlei Verdienſte. Die erſten zuſammenhängenden Siedlungen legten die Freiſinger weſtlich Biſchoflack an und ſchufen damit im Jahre 974 den Grundſtock zur ſpä-

---

[5] Erläuterungen zum hiſtoriſchen Atlas . . . I, 4, S. 349.

[6] Koſier, Großdeutſchland und Jugoſlawien. Belgrad 1939, S. 48.

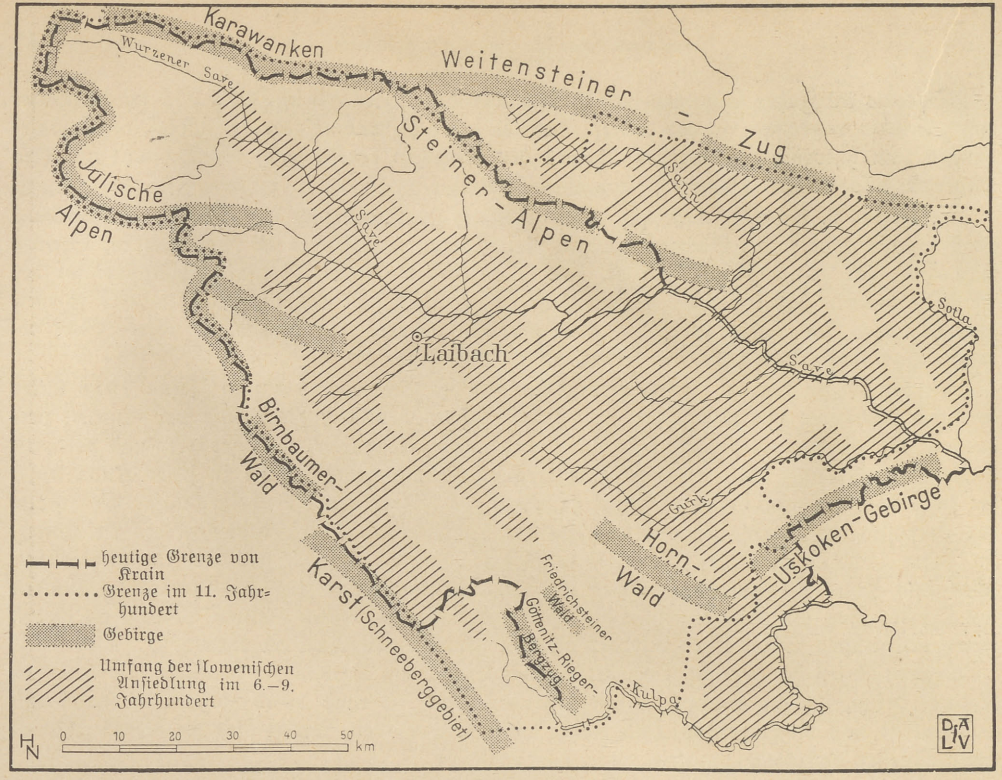

Karawanken
Wurzener Save
Weitensteiner – Zug
Steiner-Alpen
Julische Alpen
Save
Sann
Laibach
Sotla
Save
Birnbaumer-Wald
Gurk
Horn-Wald
Uskoken-Gebirge
Karst (Schneeberggebiet)
Friedrichsteiner Wald
Göttenitz-Rieger-Bergzug
Kulpa
heutige Grenze von Krain
Grenze im 11. Jahrhundert
Gebirge
Umfang der ſlowenischen Anſiedlung im 6.–9. Jahrhundert
0 10 20 30 40 50 km
HN
DtALV

Abb. 1. Die deutſche Grenze Krains im 11. Jahrh. (Krain und die Mark) mit dem urſprünglichen Siedlungsgebiet der Slowenen. (Nach Kos)

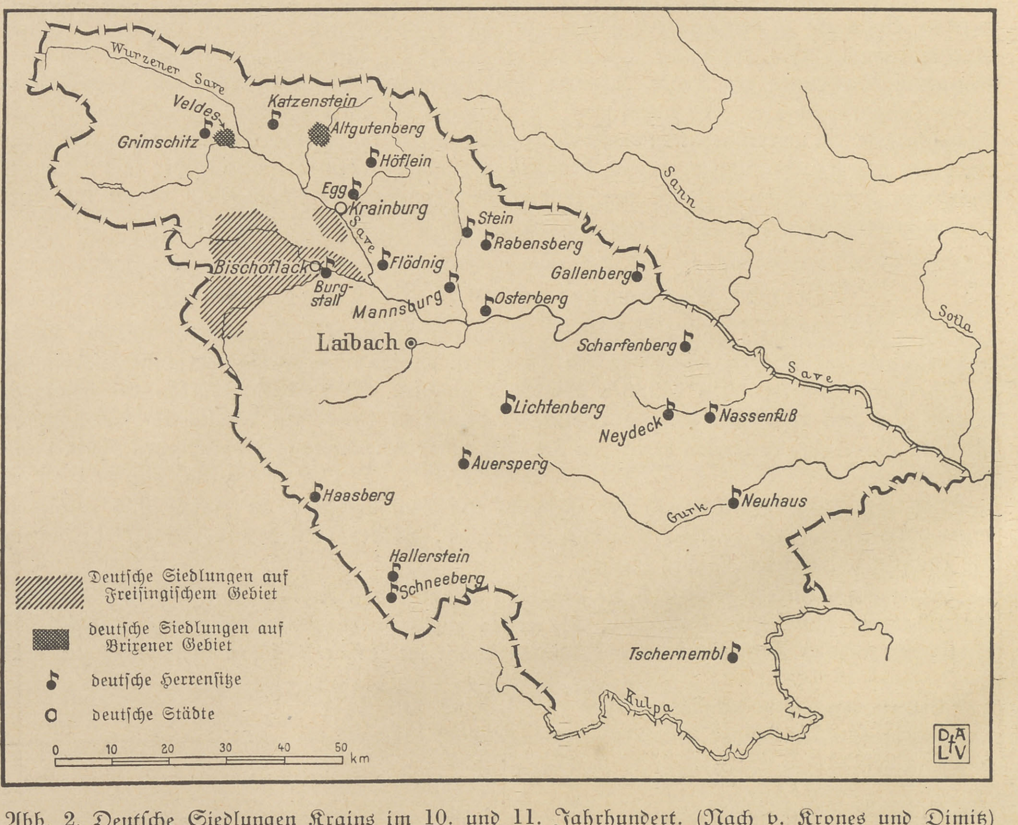

Wurzener Save
Veldes
Grimschitz
Katzenstein
Altgutenberg
Höflein
Egg
Krainburg
Save
Stein
Rabensberg
Bischoflack
Burgstall
Flödnig
Mannsburg
Osterberg
Gallenberg
Laibach
Scharfenberg
Sann
Sotla
Save
Lichtenberg
Neydeck
Nassenfuß
Auersperg
Gurk
Neuhaus
Haasberg
Hallerstein
Schneeberg
Tschernembl
Kulpa
Deutſche Siedlungen auf Freiſingiſchem Gebiet
deutſche Siedlungen auf Brixener Gebiet
deutſche Herrenſitze
deutſche Städte
0 10 20 30 40 50 km
DtALV

Abb. 2. Deutſche Siedlungen Krains im 10. und 11. Jahrhundert. (Nach v. Krones und Dimitz)

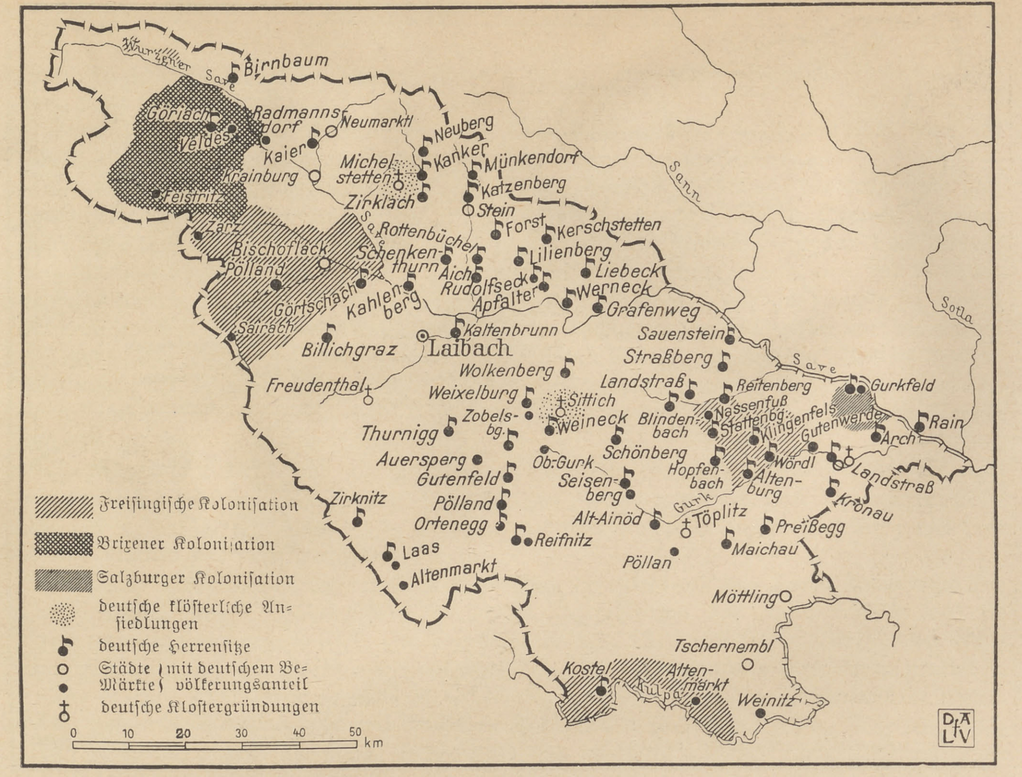

Wurzener Save
Birnbaum
Göriach
Radmannsdorf
Veldes
Neumarktl
Kaier
Krainburg
Feistritz
Michelstetten
Neuberg
Kanker
Münkendorf
Katzenberg
Zirklach
Stein
Zarz
Save
Rottenbüchel
Forst
Kerschstetten
Bischoflack
Schenkenthurn
Lilienberg
Liebeck
Pölland
Aich
Rudolfseck
Werneck
Görtschach
Kahlenberg
Apfalter
Grafenweg
Sairach
Kaltenbrunn
Sauenstein
Billichgraz
Laibach
Straßberg
Wolkenberg
Sann
Sotla
Save
Freudenthal
Landstraß
Reitenberg
Gurkfeld
Weixelburg
Sittich
Nassenfuß
Rain
Zobelsbg.
Weineck
Blindenbach
Klingenfels
Gutenwerde
Thurnigg
Stattenbg.
Arch
Schönberg
Auersperg
Ob. Gurk
Hopfenbach
Wördl
Landstraß
Gutenfeld
Seisenberg
Altenburg
Kronau
Zirknitz
Pölland
Gurk
Töplitz
Ortenegg
Alt-Ainöd
Preißegg
Reifnitz
Maichau
Laas
Pöllan
Altenmarkt
Möttling
Tschernembl
Kostel
Kulpa
Altenmarkt
Weinitz
▨ Freiſingiſche Koloniſation
▦ Brixener Koloniſation
▨ Salzburger Koloniſation
deutſche klöſterliche Anſiedlungen
deutſche Herrenſitze
○ Städte } mit deutſchem Bevölkerungsanteil
● Märkte
deutſche Kloſtergründungen
0 10 20 30 40 50 km
DALV

Abb. 3. Deutſche Beſiedlung und Zuwanderung im 12. und 13. Jahrhundert.
(Nach v. Krones, Dimitz, Zahn und Grothe)

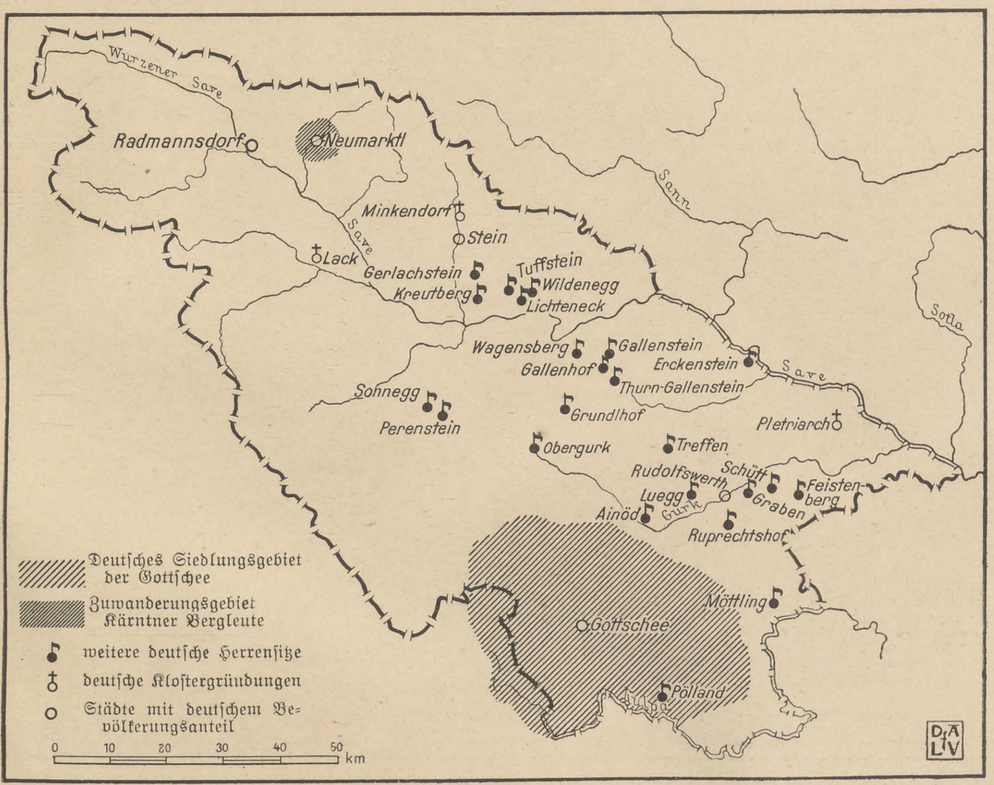

Wurzener Save
Radmannsdorf
Neumarktl
Sann
Minkendorf
Save
Stein
Lack
Gerlachstein
Tuffstein
Wildenegg
Kreutberg
Lichteneck
Sotla
Wagensberg
Gallenstein
Erckenstein
Gallenhof
Save
Thurn-Gallenstein
Sonnegg
Perenstein
Grundlhof
Pletriarch
Obergurk
Treffen
Rudolfswerth
Schütt
Feistenberg
Luegg
Gurk
Graben
Ainöd
Ruprechtshof
Möttling
Gottschee
Pölland
▨ Deutſches Siedlungsgebiet der Gottſchee
▨ Zuwanderungsgebiet Kärntner Bergleute
weitere deutſche Herrenſitze
deutſche Kloſtergründungen
○ Städte mit deutſchem Bevölkerungsanteil
0 10 20 30 40 50 km
DALV

Abb. 4. Deutſche Beſiedlung und Zuwanderung im 14. und 15. Jahrhundert.
(Nach v. Krones, Grothe und Valvaſor)

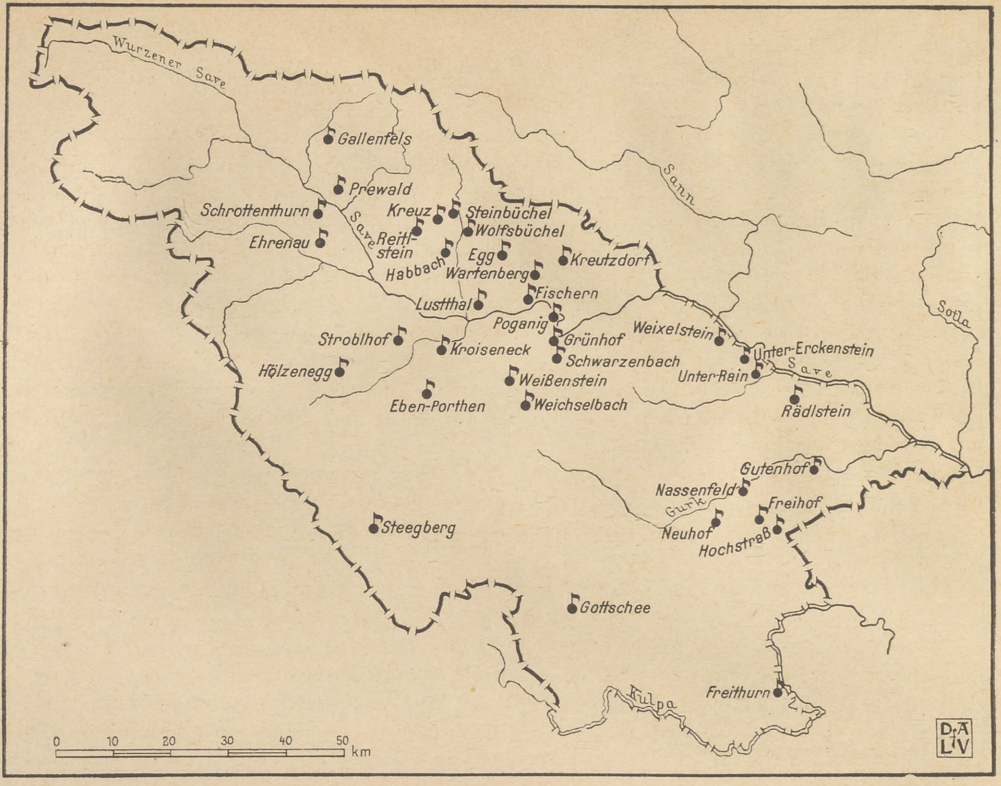

Wurzener Save
Sann
Sotla
Save
Gallenfels
Prewald
Schrottenthurn
Ehrenau
Kreuz
Steinbüchel
Wolfsbüchel
Reittstein
Habbach
Egg
Kreutzdorf
Wartenberg
Fischern
Lustthal
Poganig
Stroblhof
Kroiseneck
Grünhof
Schwarzenbach
Weixelstein
Unter-Erckenstein
Unter-Rain
Hölzenegg
Eben-Porthen
Weißenstein
Weichselbach
Rädlstein
Gutenhof
Nassenfeld
Gurk
Freihof
Neuhof
Hochstraß
Steegberg
Gottschee
Freithurn
Kulpa
0 10 20 30 40 50 km
D.A. I.V.

Abb. 5. Weitere deutſche Herrenſitze im 16. und 17. Jahrhundert. (Nach v. Krones, Grothe und Valvaſor)

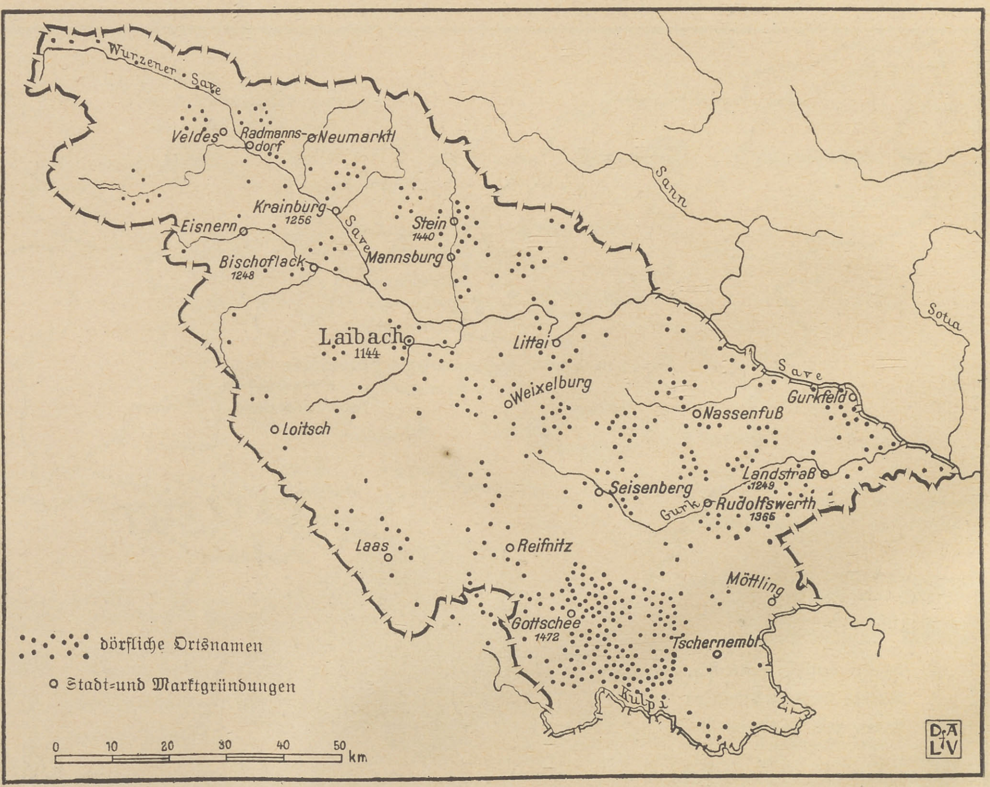

Wurzener Save
Sann
Sotla
Save
Veldes
Radmannsdorf
Neumarktl
Krainburg 1256
Eisnern
Stein 1440
Mannsburg
Bischoflack 1248
Laibach 1144
Littai
Weixelburg
Gurkfeld
Nassenfuß
Loitsch
Seisenberg
Landstraß 1249
Gurk
Rudolfswerth 1365
Laas
Reifnitz
Möttling
Gottschee 1472
Tschernembl
Kulpa
dörfliche Ortsnamen
Stadt=und Marktgründungen
0 10 20 30 40 50 km
D.A. I.V.

Abb. 6. Deutſche Ortsnamen, Markt= und Stadtgründungen in Krain

teren Zarzer Sprachinſel im Tal der Selzach, die erſt um 1860 ſprachlich erloſch, raſſiſch aber heute noch beſteht[7].

Vom Jahre 1016 an erſcheint deutſcher Landadel in Krain als Herrenſchicht, und im Jahre 1041 ſiedelt ſich bereits ein deutſches Stadtbürgertum in Laibach an[8].

Am Ende des 11. Jahrhunderts erſtreckt ſich die deutſche Beſiedlung des krainiſchen Gebietes vorwiegend auf Oberkrain (Abb. 2). Erſte Ausgangszentren deutſcher Bauernſiedlungen ſind Biſchoflack und Veldes geworden, wobei zu bemerken iſt, daß der Hauptanteil der Beſiedlung zunächſt in erſter Linie von der Freiſingiſchen Kirche, weniger noch von der Brixener getragen wurde. In dieſer Zeit läßt ſich im Brixener Waldgebiet, das ſich damals im großen Ausmaß zwiſchen den beiden Quellflüſſen der Save ausdehnte, mit Sicherheit nur das nächſte Gutsgebiet von Veldes und Altgutenberg mit Deutſchen beſiedelt, nachweiſen. Weitere deutſche Siedlungen der Brixener Kirche können damals nur vermutet werden. Der deutſche Landadel jedoch ſetzte ſich in jener Zeit bereits in ganz Krain bis an den Birnbaumer Wald im Weſten und über die Gurk hinaus im Süden feſt.

Im Verlaufe des 12. und 13. Jahrhunderts erhalten ſowohl der deutſche Adel als auch das deutſche Stadtbürgertum reichen Zuwachs. Im Raume um Biſchoflack beginnt ſeit 1283 eine zweite deutſche Einſiedlung von Tirolern aus dem Puſtertal, ſowie Kärntnern aus dem oberen Mölltal und vom Lurnfeld[9].

Derſelben Herkunft ſind die deutſchen Koloniſten, die 1283 vor den Toren Krainburgs den Ort Feichting, im 17. Jahrhundert das größte Dorf Krains, das einen Komplex von elf Ortſchaften umfaßt, gründeten[10]. Im Geſamturbar von 1291 werden im Bereiche der Freiſingiſchen Beſitzungen in Krain insgeſamt ſchon 52 Dörfer mit deutſchen Ortsnamen gezählt[11].

Der deutſche Ritterorden beginnt um 1223 mit der Koloniſation in Tſchernembl in Unterkrain, ſpäter in Möttling, und noch im ſelben Jahrhundert finden wir in den Märkten Gurkfeld, Landſtraß, Rann, Möttling, Tſchernembl und im oberkrainiſchen Neumarktl zahlreiche deutſche Bürgernamen, die eindeutige Beweiſe einer inzwiſchen erfolgten Einwanderung deutſcher Kaufleute und Handwerker ſind. Das deutſche Bütgertum von Krainburg, Biſchoflack und Laibach beginnt bereits, eine dominierende Stellung zu gewinnen.

Zahlreiche neue deutſche Adelsgeſchlechter kommen in das Land. Bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts leben als wichtigſter landſäſſiger Adel in Krain die:

Apfaltern, Adelsberg, Aich, Altenburg, Arch, Auersperg, Perau, Farra, Pillichgräz, Birke, Birnbaum, Blindenbach, Prätel, Preitenau, Preißeck, Buch, Purgſtall, Kainer, Kaltenbrunn, Kanker, Karſtmann, Katzenberg, Katzenſtein, Kautzer, Kerſchſtetten, Klingenfels, Krain, Krainburg, Krenzel, Kronau, Tal-Thaler, Falkenberg, Feiſt, Veldes, Fitſch, Flöding, Vogel, Forſt, Gallenberg, Görtſchach, Göriach, Groß-Kahlenberg, Gurkfeld, Gutenau, Gutenberg, Gutenfeld, Hartenberg, Hartendorf, Höflein, Hohenau, Hopfenbach, Laas, Landpreis, Landtroſt, Liebeck, Liechtenburg, Lilienberg, Mannsburg, Meichau, Michelſtetten, Miltenberg, Minkendorf, Naſſenfeld, Naſſenfuß, Neideck, Neuſäß, Rain, Reutenberg, Riwental, Roſenberg, Rotenbach, Rotenſtein, Sachs, Samperg, Sauer, Saunſtein, Säulenberg, Schärfenberg, Schilcher, Schneeberg, Waldenberg, Wartenburg, Weichſelberg, Weineck, Weingart, Wolfsberg, Wolkenburg, Wörth, Wippach, Zaier, Zauchen, Zell, Zirklach, Zirknitz und Zobelsberg[12].

Bis zum 15. Jahrhundert kommen an nennenswerten Geſchlechtern noch hinzu die: Feiſt, Lueger, Raunacher, Hohenwart u. a.

Einen Teil der wichtigſten Adelsſitze, der gleichzeitig ein Bild von der nunmehr völligen Durchdringung des krainiſchen Raumes durch die deutſche Herrenſchicht gibt, haben wir in den Kartenſkizzen aufgenommen.

Auch klöſterliche Anſiedlungen führen in nicht geringem Maße dem Lande Deutſche zu, ſei es als erſte Kloſterinſaſſen aus der Steiermark, Kärnten oder Wien wie in Michelsſtätten bei Stein[13], ſei es, daß ſie erſte deutſche Siedler mitbrachten, wie aus dem Urbar des Kloſters Michelſtätten vom Jahre 1458 hervorgeht, in dem 31 deutſche Namen von Bauernfamilien angeführt werden. Daß auch vom Kloſter Sittich eine deutſche Koloniſation ausging, beweiſen die deutſchen Ortsnamen der Umgebung: Lansdorf, Wiſen, Hagenbuch, Steindorf, Ingisdorf, Sigilsdorf, Rudolfsdorf und Kaltenfeld[14].

---

[7] Mell, Entwicklung Krains, S. 119.

[8] Dimitz, Geſchichte Krains, Bd. I, S. 150ff.

[9] Friedrichs, Verſunkene deutſche Sprachinſeln in Krain, S. 73ff.

[10] Zahn, Cod. Fris., S. 168.

[11] v. Krones, Die deutſche Beſiedlung der öſtlichen Alpenländer, S. 409.

[12] v. Krones, a. a. O., S. 430ff.

Abbildung 3 (dargeſtellt nach Material von v. Krones, Dimitz und Zahn) ſtellt den zuſätzlichen Umfang der deutſchen Einwanderung im 12. und 13. Jahrhundert dar. Laibach, Krainburg, Biſchoflack, Neumarktl und Stein in Oberkrain, Landſtraß, Möttling und Tſchernembl in Unterkrain ſind inzwiſchen mit deutſchem Stadtrecht ausgeſtattet worden[15]. Immer dichter ſchließt ſich die Kette der Orte an der alten deutſchen Grenze im Süden, an der Kulpa und dem Uskokengebirge: Die Burgen Koſtel-Grafenwart, Maichau, Preißegg, Altenburg, Kronau, Wördl, Landſtraß, Arch und Rann (Rain) bezeichnen die Linie der deutſchen Wehrhoheit, zu denen ſich im 14. und 15. Jahrhundert noch Pölland, Möttling, Ruprechtshof und Feiſtenberg, ſowie im 16. und 17. Jahrhundert Freithurn, Hochſtraß, Naſſenfeld, Gutenhof und Rädlſtein (Abb. 5) geſellen. Auch tauchen in den freiſingiſchen Gebieten an der Kulpa und um Naſſenfuß ſowie im ſalzburgiſchen Gebiet um Gurkfeld deutſche Anſiedler auf. Deutſche Ortsnamen ſind bis heute zurückgeblieben (Abb. 6). Langſam ſchiebt ſich die Welle der deutſchen Koloniſation auch in Innerkrain bis in die Gegend von Reifnitz (Riwenz) vor. Zunächſt iſt es im weſentlichen der deutſche Landadel, der durch immer neuen Zuzug aus dem Reich verſtärkt wird und der, da er der ſloweniſchen Sprache nicht mächtig iſt, auch deutſche Burgmannen mitbringt. Die Frage einer damit im Zuſammenhang ſtehenden deutſchen Siedlung iſt noch faſt völlig ungeklärt, wenn wir von einer groben Darſtellung der herrſchaftlichen Beſitzverhältniſſe abſehen.

Auch ſtatiſtiſche Angaben über die zahlenmäßige Stärke der deutſchen Einwanderung liegen nicht vor. Da Krain ſeit Jahrhunderten zum Reich gehörte und überdies die deutſche Sprache außer in den wenigen rein ſloweniſchen, bäuerlichen Gebieten überall geſprochen wurde, fiel ein deutſches Einſtrömen weder als etwas Beſonderes auf, noch als eine Begebenheit, die die damaligen Geſchichtsſchreiber einer längeren Notiz wert hielten. Lediglich größere deutſche Koloniſtenzüge wurden, und dies auch nur in kürzeſter Form, in den Urkunden vermerkt. In dieſem Zuſammenhange ſei auf die Beſiedlung der Göttſchee hingewieſen, über deren Entſtehungszeit und Siedlerherkunft ebenfalls nur höchſt mangelhafte Geſchichtsquellen vorliegen, obwohl man bereits das 14. Jahrhundert ſchrieb. Die Einzeleinwanderung deutſcher Handwerker, Kaufleute und Bauern aber fiel überhaupt nicht auf und ſtellte im ganzen Mittelalter eine durchaus übliche Art der Binnenwanderung innerhalb der damaligen Reichsgrenzen dar.

Wie intenſiv die frühe deutſche Einwanderung jedoch war, zeigen vergleichende Zahlenangaben aus den Grundbüchern der freiſingiſchen Beſitzungen in dem Gebiet, aus dem ſpäter die Zarzer Sprachinſel hervorging: Schon nach der erſten größeren Siedlungswelle um Biſchoflack waren im Jahre 1160 von 261 Huben 14 mit Kärntnern, 94 mit Bayern und 153 mit Slawen beſetzt[16]. Eine unmittelbar anſchließende Aufzählung ergibt aber 305 Huben mit 16 Kärntnern, 128 Bayern und 161 Slawen, d. h. 47,21 v. H. aller Siedlerſtellen waren von Deutſchen beſetzt. Nach der Haupteinwanderung von 1283 mag jedoch das Verhältnis noch ganz anders ausgeſehen haben. Im Gebiet der Andechs-Meraner an der Kanker und im Mittelgebirge öſtlich der Steiner Feiſtritz tauchen ſchon um 1147 zahlreiche deutſche Ortsnamen auf und weiſen auf eine deutſche Beſiedlung hin.

Im Laufe des 14. Jahrhunderts folgen die für Krain größten deutſchen Koloniſtenzüge aus Bayern, Kärnten, Tirol und Schwaben in das bis dahin noch unbeſiedelte Gebiet nördlich der oberen Kulpa, jenes große Gebiet, welches aus Abbildung 1 deutlich als unbeſiedelt hervortritt. Es entſteht dort die deutſche Volksinſel Gottſchee von mehr als 1000 km^2 Größe, das einzige deutſche Sprachgebiet, welches ſich in zäher Verteidigung gegen alle Umvolkungsverſuche bis heute in einer Größe von 850—860 km^2 erhalten hat.

---

[13] Schumi, Urkundenbuch II, 1, S. 119—120.

[14] v. Krones, a. a. O.

[15] v. Krones, a. a. O.

[16] Mell, a. a. O., S. 119.

Im ſelben Jahrhundert gründet der Habsburger Rudolf IV. aus dem Orte St. Anton am Walde das heutige Landſtädtchen Rudolfswerth in einer Gegend, in der ſeit Jahrzehnten der deutſche Ritterorden miſſionariſch tätig geweſen war.

Neue deutſche Adelsgeſchlechter aus der Oſtmark ſiedeln ſich in Mittel- und Unterkrain an.

In Oberkrain entwickeln ſich die Orte Stein und Radmannsdorf zu Städten, die zur Reformationszeit ebenfalls einen bedeutenden deutſchen Bürgerſtand aufzuweiſen haben. Auch Neumarktl, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch 20 v. H. Deutſche zählt, und ſeine Umgebung erhalten einen neuen Zuzug von Kärntner Nagel- und Zweckenſchmieden aus der Ferlacher Gegend.

In Möttling (1310) und Laibach breitet ſich der deutſche Ritterorden mehr und mehr aus und erwirbt weitere Häuſer.

Auf welche Weiſe in Krain Städte auf adeligen Sitzen entſtanden, zeigt das Beiſpiel von Radmannsdorf. Dort bildete ſich zunächſt im Schutze eines deutſchen Adelſitzes, der Wallenburg, der Ort, in dem die Burgmannen ſiedelten, die ihm einen nichtſlawiſchen Namen gaben[17].

Krone nennt die damalige „Windiſche Mark", d. h. Unterkrain, den „Herd des zurückgedrängten Slowenentums Inneröſterreichs". Daß auch im 14. und 15. Jahrhundert die bäuerliche, deutſche Siedlung weiter vorſchritt, wenngleich auch nicht im Umfange wie in der Gottſchee, ſcheint aus dem Amtsbuch des Laibacher Vicedoms vom Jahre 1496 hervorzugehen, welches wichtige Aufſchlüſſe über die ſprachlichen Verhältniſſe gibt. Dimitz kommt bei ſeiner Erwähnung zu dem Schluß, daß die „Namen zu einem nicht unbedeutenden Teile deutſch" ſeien[18].

Abbildungen 4 und 5 (dargeſtellt nach Material von v. Krones, Grothe und Valvaſor) geben einen Überblick über die zuſätzliche deutſche Zuwanderung vom 14.—17. Jahrhundert.

Im 15. Jahrhundert finden wir auch nördlich der Sprachinſel Gottſchee auf Reifnitzer Gebiet deutſche Bauern in Niederdorf, Deutſchdorf und Rakitnitz, im Markt Reifnitz zahlreiche Bürger, die ſogar eine deutſche höhere Schule beſitzen. Die Bergbauſtadt Eisnern zählt zu dieſer Zeit ebenfalls deutſche Bürgernamen, der rein deutſche Markt Gottſchee erhält Stadtrechte, und in Wippach entſteht eine deutſche Schule, die als Zeichen eines inzwiſchen anſäſſig gewordenen deutſchen Bürgertums gewertet werden kann. Zu Städten ſind in dieſer Zeit außerdem Weichſelburg, Laas und Loitſch emporgewachſen, während Laibach als größte Stadt Krains damals mehr deutſche Bürger als fremdvölkiſche aufweiſt. Erſt im 19. Jahrhundert überflügelt dort das Slowenentum das Deutſchtum.

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts ſcheint die mit deutſcher Beſiedlung verbundene deutſche Koloniſation Krains im großen und ganzen abgeſchloſſen zu ſein. Die nachfolgende Zeit zeigt zwar weiterhin ein Zuwandern deutſcher Menſchen, beſonders in die Städte Krains, doch handelt es ſich nicht mehr um die Erfüllung koloniſatoriſcher Aufgaben, ſondern um eine landläufige Binnenwanderung, die mit der Zunahme der Handelsbeziehungen Krains zu den ſüddeutſchen Handelsſtädten zeitweilig anſchwillt.

In dieſem Zuſammenhange muß darauf hingewieſen werden, daß mit der fortſchreitenden wirtſchaftlichen Erſchließung Krains auch deutſche Facharbeiter neue Wohnplätze finden. So erhielt die Bergbauſtadt Idria (jetzt nicht mehr zu Krain gehörend) nach der deutſchen Förderung des Queckſilberbergbaues ſogar einen vollſtändigen deutſchen Ortsteil, nämlich Deutſch-Idria im Gegenſatz zum ſloweniſchen Unter-Idria[19]. Weiter wird z. B. von oberkrainiſchen, aus den ehemaligen Freiſingiſchen Koloniſationsgebieten ſtammenden Bergknappen und Spezialarbeitern berichtet, die im Jahre 1745 in das weſtlich Gottſchee gelegene Gebiet um Tſchabar einſiedelten, als dort vorübergehend der Eiſenbergbau in Betrieb genommen wurde. Sowohl den Namen, als auch der Sprache und Tracht nach unterſchieden ſie ſich von den angrenzenden Nachbarn, wird in den Chroniken berichtet. Noch heute finden ſich um Tſchabar bis weit ins Tal der Tſchabranka, das jetzt im weſentlichen Kroaten bewohnen, deutſche Namen. Auch in Hof bei Seiſenberg müſſen deutſche Facharbeiter in den dortigen Eiſenwerken beſchäftigt geweſen ſein, wie aus Berichten der k. k. Hofkammer hervorgeht[20].

---

[17] Dimitz, a. a. O., Bd. I, S. 215.

[18] Mittheilungen des hiſtoriſchen Vereines für Krain, Jg. 1868, S. 53.

[19] Deutſcher Kalender für Krain, Jg. 1910, S. 82.

Der deutſche Blutsanteil, ſoweit er im Laufe der letzten Jahrhunderte untergegangen iſt, kann nur geſchätzt werden, da die betreffenden Stadt- und Landarchive noch längſt nicht alle auf die Volkstumszugehörigkeit der mittelalterlichen Bewohner ausgewertet ſind. Schumi, ein gründlicher Kenner krainiſcher Urkunden, dem wir umfangreiche Sammlungen zu verdanken haben, kommt zu dem Ergebnis: „Die Anſiedlung des Landes Krain iſt nicht auf einmal erfolgt, ſondern ſie dauerte viele Jahrhunderte fort. Eine Menge ſloweniſcher Ortſchaften mit deutſchen Namen (vgl. Abb. 6) zeugen uns, daß dieſe im Lande zerſtreuten Sprachinſelchen vom deutſchen Volke zuerſt bevölkert und benannt worden ſind. Eine ſolche Sprachinſel iſt auch die Pfarre Weißenfels in Oberkrain, die bis auf den heutigen Tag (gemeint iſt 1883) ihre deutſche Sprache beibehalten hat, während die kleineren Anſiedlungen durch den Verkehr mit den benachbarten Slowenen ſloweniſiert wurden; viele tauſende von Urkunden liegen noch unbekannt in den Archiven, und wenn dieſelben veröffentlicht würden, würde ſich über manche dunkle Stelle ein Licht verbreiten.“[21]

An anderer Stelle weiſt derſelbe Forſcher im Zuſammenhang mit der Anſiedlung der Uskoken in Weißkrain und Bosnien noch einmal auf die oben erwähnte Aſſimilierung im ſpäten Mittelalter hin und bemerkt: „Es ging in der Folge das ſloweniſche Element da unten ebenſo im Bosniſchen auf, wie andrerſeits in Ober-, Unter- und Innerkrain zahlreiche deutſche Familien, welche im frühen Mittelalter hierlands eine Heimatſtätte geſucht und ganze Ortſchaften gegründet hatten, nach und nach in dem ſie umgebenden zahlreicheren ſloweniſchen Elemente aufgingen.“[22]

Soweit das bisher vorliegende Material Einblicke in die verwendbaren ſtatiſtiſchen Zahlen geben kann, wollen wir es heranziehen. So zählte Laibach als größte Siedlung des Mittelalters im Jahre 1600 247 deutſche Familiennamen, 154 ſlawiſche und 41 italieniſche[23].

Die Stadt Stein zählte nach derſelben Quelle im Jahre 1545 50 deutſche Familiennamen, 100 ſlawiſche.

Seiſenberg zählte 1560 von 47 Namen 25 deutſche, 16 ſloweniſche, 1 italieniſchen und 5 fragliche[24].

Die Bergbauſtadt Eisnern[25], erſt verhältnismäßig ſpät zur Bedeutung gelangt, ſtellte von 1576—1781 an Bergrichtern 16 mit deutſchen, 5 mit zum Teil auf das Jahr nachweisbaren ſlawiſierten deutſchen und 9 mit ſlawiſchen Namen.

Aufſchlußreich für die Zeit von 1340—1851 ſind auch die Stadtrichter- und Bürgermeiſterliſten Laibachs. Nach ihnen ſind

Stadtrichter von 1340—1504	Bürgermeiſter von 1504—1851
69 mit deutſchen Namen	72 mit deutſchen Namen
16 mit ſlawiſchen Namen	19 mit ſlawiſchen Namen
4 mit italieniſchen Namen	7 mit italieniſchen Namen
1 mit fraglichem Namen	1 mit madjariſchem Namen
	3 mit fraglichen Namen

gezählt worden.

Valvaſor[26] ſtellte für die Zeit um 1650 unter den deutſchen Einwohnern Laibachs Steiermärker, Kärntner, Tiroler, Bayern, Sachſen, Franken, Schwaben, Schleſier und Pommern feſt.

Waren Reformation und Romantik die großen Wendepunkte im Leben des ſloweniſchen Volkes, denen es gleichſam ſein heutiges Eigenleben verdankt, ſo wurden ſowohl Reformation wie Gegenreformation und die durch die Romantik ausgelöſte „Nationalitätenfrage“ in Krain dem deutſchen Volksteil zum Verhängnis. Während die Reformationszeit eine für das Deutſchtum unheilvolle Aſſimilierung förderte, ſetzte unter dem Gewiſſenszwang der Gegenreformation eine gewiſſe Abwanderung deutſcher Bürger, Bauern und Adliger nach Innerdeutſchland ein. Aus Steiermark, Kärnten und Krain wanderten damals mehr als 850 deutſche Adlige aus. Dennoch blieben weite Kreiſe des Deutſchtums, denen Krain längſt Heimat geworden war, auf dem Lande ſowohl als in den Städten ſeßhaft. Zahlloſe Urkunden der damaligen Zeit aus allen Teilen Krains beweiſen dies. Intereſſant iſt in dieſem Zuſammenhange die Dokumentenreihe der „Vorladungsdekrete der Religionsreformationskommiſſion“ zur Präſtierung des kath. Juraments (d. h. für ſolche, die ſich ſchon wieder bekehrt hatten) in Laibach 1615. In ihren Namensliſten[27] finden wir für die vorgeladenen Bürger von

---

[20] Müllner, Geſchichte des Eiſens in Krain, S. 559ff.

[21] Schumi, Archiv, Bd. I, S. 21.

[22] Schumi, Archiv, Bd. II, S. 283.

[23] Deutſcher Kalender für Krain, Jg. 1910, S. 81.

[24] Nach einer alten Handſchrift.

[25] Mittheilungen . . ., Jg. 1867, S. 5ff.

[26] Valvaſor, Die Ehre des Herzogtums Krain, Bd. III, Kap. 11, S. 706.

Gurkfeld	7	deutſche	Familiennamen	unter	7	Geladenen
Lichtenwald	5	„	„	„	6	„
Rudolfswerth	10	„	„	„	12	„
Möttling	11	„	„	„	33	„
Neumarktl	4	„	„	„	9	„
Landſtraß	3	„	„	„	5	„
Tſchernembl	2	„	„	„	4	„
Reifnitz	2	„	„	„	4	„
St. Ruprecht	2	„	„	„	2	„
Gottſchee	1	„	„	„	1	„

In einem anderen Falle aus dem Jahre 1594 wurden von Stein 38 Bürger vor die „Kommiſſarien“ geladen, davon 31 mit deutſchen Namen. Dieſe Unterſuchungsreihen ließen ſich mit gleichen oder ähnlichen Ergebniſſen fortſetzen. Wir brachten die Beiſpiele nur zur Illuſtration einer Zeitepoche, in der das deutſche Element Krains bereits weitgehend alle Bevölkerungsſchichten und alle Teile des Landes durchſetzt hatte. Im übrigen muß auf die bisher zugänglichen Urkunden unter ihnen beſonders auf die Urbarien verwieſen werden, die bis jetzt leider nur zu einem kleinen Teil bekannt ſind.

In der Folgezeit muß der deutſche Bevölkerungsanteil weiterhin im Slowenentum aufgegangen ſein. Wenn z. B. um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert unter der Stadtintelligenz von Eisnern (Staatsbeamte, Advokaten, Geiſtliche, Militärs, Kaufleute und Induſtrielle) Namen wie nachſtehende aufſcheinen, dann ſind dieſe, obgleich ihre Träger ſich damals bereits ſloweniſch fühlten, ohne Zweifel deutſcher Herkunft: Pfleger, Fröhlich, Semen, Homan, Eberl, Trojer, Stalz, Thaler, Kobler, Demſ̌er (Demſcher) Bonzel, Lusner, Pinter, Schrei, Schmid, Kikel uſw.[28]. Im übrigen laſſen die lokalgeſchichtlichen Begebenheiten Eisnerns erkennen, daß der Anteil der deutſchen Familiennamen ſeit den älteſten Zeiten der Stadt außerordentlich hoch iſt und ihre Träger immer eine bedeutende Rolle ſpielten.

Die im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts langſam erfolgte kulturelle Annäherung des ſloweniſchen Volksteiles an das deutſche Bürger- und Bauerntum Krains förderte ſchon ſeit jener Zeit eine beachtliche Verſchmelzung beider Völker. Das ſtädtiſche Deutſchtum Oberkrains ging zahlreich im Slowenentum auf, die Sprachinſel Zarz bröckelte unter dem Einfluß ſloweniſcher Schulen und Kirchen allmählich ab, während die Gottſchee bis in dieſe Zeit hinein unter den Türkenkriegen als „des Landes Krain Warnung und gleichſam Schildwacht“[29], wie Valvaſor berichtet, ſchwer zu leiden hatte. Die völkiſch gemiſchten Dörfer um Krainburg büßten damals langſam ihre deutſche Art ein. Die Hauptmaſſe des Deutſchtums iſt alſo nicht wieder ausgewandert, wie auch die nachfolgende Namensunterſuchung noch zeigen wird. Noch aus dem Verzeichnis der bürgerlichen Gewerbe in Laibach vom Jahre 1806[30] geht hervor, daß von 397 Handwerks- und Geſchäftsbetrieben wie anderen Berufsgruppen 219 von Perſonen mit rein deutſchen Namen geführt wurden. Nachſtehende Tabelle gewährt intereſſante Einblicke in die Art der Betriebe, in die das Slawentum allmählich eindringt.

---

[27] Mittheilungen . . ., Jg. 1867, a. a. O.

[28] Mittheilungen . . ., Jg. 1867, S. 5.

[29] Valvaſor, Bd. III, Kap. 11.

[30] Schematismus vom Herzogtum Krain für das Jahr 1806. Laibach.

Berufe	Namen			
	deutſche	ſloweniſche	italieniſche	fragliche
Ärzte	7	1		
Apotheker	4			
Buchhändler	3			
Buchdrucker	2			
Bildhauer	2			
Gold-Silber-Arbeiter	4			
Graveure	1			
Kartenmaler	1			
Meſſerſchmiede	4			
Nadler	2			
Zinngießer	3			
Weißgerber	3			
Sattler	5			
Baumeiſter	1			
Drechſler	3			
Hafner	1			
Lebzelter	2			
Bettenmacher	1			
Klampfer	2			1
Perückenmacher	4	1		
Buchbinder	3	1		
Rotgerber	3	1		
Handſchuhmacher	2	1		
Gürtler	2	1		
Wagner	2	1		
Hufſchmiede	5	1		
Schloſſer	5	1		
Kupferſchmiede	1	1		
Büchſenmacher	1	1		
Seifenſieder	1	1	1	
Zimmermeiſter	1	1		
Glaſer	2	1		
Kürſchner	2	2		
Handelsleute	21	6	1	
Schneider	21	8	1	
Tiſchler	7	4	1	
Bierbrauer	5	2		
Bindermeiſter	4	3		
Riemer	3	3		
Poſamentierer	2	2		
Uhrmacher	2	2	1	
Tuchmacher	2	2		
Mahler	1	2		
Kaffeeſieder	1	2	2	
Hutmacher	1	4		
Färber	1	3		1
Seiler	1	2		1
Weber	3	9		
Krämer	2	4		
Schuhmacher	11	13		
Bäcker	3	12		
Fleiſchausſchrotter	2	4		
Weinſchenker	41	64	1	
	219	167	8	3

Vorliegende Statiſtik zeigt ganz eindeutig die Entwicklungsrichtung der deutſchen und ſlawiſchen Namensträger im Handwerksleben Laibachs. Während die geiſtigen und hoch entwickelten handwerklichen Fachgruppen in deutſchen Händen ſind, macht ſich gerade bei den einfacheren Berufsgruppen ein ſtarkes Eindringen des Slawentums bemerkbar, das ſich beſonders im Nahrungsmittelgewerbe ſchon um 1800 durchgeſetzt hat und dadurch das Deutſchtum in eine gewiſſe Abhängigkeit von ſich bringt.

Aus dem Hausbeſitzerverzeichnis von Laibach aus dem Jahre 1822 iſt außerdem erſichtlich, daß es dort damals noch

414 Hausbeſitzer mit deutſchen Namen,
249 Hausbeſitzer mit ſlawiſchen Namen und
38 Hausbeſitzer mit fraglichen Namen gab.

Im Jahre 1914 ſind in Laibach

450 Hausbeſitzer mit deutſchen Namen,
139 Hausbeſitzer mit ſlawiſierten deutſchen Namen,
769 Hausbeſitzer mit ſlawiſchen Namen und
213 Hausbeſitzer mit verſchiedenen andersvölkiſchen Namen[31].

Das Geſamtdeutſchtum in Laibach machte im Jahre 1869 40,6 v. H., im Jahre 1900 noch 15,2 v. H. aus, während das geſamte Deutſchtum in Krain 1851 37 626 Perſonen oder 8,11 v. H. der Bevölkerung und 1880 noch 29 392 oder 6,15 v. H. betrug.

Bei dem ſtarken Vorherrſchen des deutſchen Elementes faſt 1000 Jahre hindurch ſcheint es nicht verwunderlich, daß eine ſloweniſche Volksführung Jahrhunderte hindurch überhaupt nicht vorhanden war. Die erſten ſloweniſchen Namen von einiger Bedeutung traten bemerkenswerterweiſe erſt im 16. Jahrhundert im Zuſammenhang mit der Türkenabwehr auf, alſo zu einer Zeit, als deutſche Koloniſten- und Herrengeſchlechter das Volk kulturell und vielleicht auch blutlich mehr als 500 Jahre vorbereitet hatten. Man kann ohne Bedenken von Krain behaupten, daß der dortige Slowene erſt ſelbſtändig, lebensfähig und mündig im völkiſchen Sinne — kulturell iſt er es heute noch nicht — wurde, als der ſloweniſche Volkskörper in einem ſolchen Maße deutſches Blut aufgenommen hatte, daß es überall irgendwie zum Ausdruck kam, wie wir noch ſehen werden, mithin aber auch die früher ſpezifiſch ſlawiſche Raſſenſubſtanz in Frage ſtellte.

Der durch die deutſche Romantik unter den Slowenen ausgelöſte Volkstumskampf gegen das krainiſche Deutſchtum, der übrigens damals ſchon alle noch heute gebräuchlichen ſloweniſchen Umvolkungsmethoden kannte, kann nach Kenntnisnahme des bisherigen friedlichen Aſſimilationsverlaufes nur noch als ſeine großangelegte Schlußphaſe gewertet werden.

In der Nachkriegszeit ſeit 1918 iſt die Aſſimilierung weitergegangen, wenngleich auch nicht mit bisherigen Erfolgen. Das im Slowenentum aufgegangene Deutſchtum aber iſt zum ſloweniſchen Kulturträger und Wortführer geworden.

Wie überaus ſtark das Deutſchtum einſt in Krain geweſen ſein muß, deſſen Namen heute in allen Bevölkerungsſchichten und in allen Teilen des Landes verſtümmelt, ſlawiſiert oder auch rein erhalten noch vorhanden ſind, geht ergänzend aus der Ortsnamenforſchung hervor, auf die ſchon Dimitz hingewieſen hat.

Ausgehend von der Ortsnamenfrage in Gottſchee, läßt ſich mit guten Gründen feſtſtellen, daß dort, wo der Ortsname urkundlich zuerſt in deutſcher Sprache aufſcheint, dies auf eine deutſche Beſiedlung zumindeſtens im Anfang zurückzuführen iſt. Es beſtehen nun keine gegenteiligen Urſachen, dieſe Tatſache nicht auch für andere Gebiete Krains anzunehmen, in denen die erſten urkundlichen Namensformen und Namensinhalte dem deutſchen Wort- und Kulturkreis angehören. Daß darüber hinaus deutſche Zuwanderungen und Zuſiedlungen auch in Orten mit fremdländiſchen Ortsnamen ſtattgefunden haben, ſteht nach der Kenntnis der allgemeinen Siedlungsgeſchichte außer Zweifel. So hat z. B. nach dem Urbarſteuerregiſter der Herrſchaft Reifnitz vom Jahre 1564 der nördlich der Gottſcheer Volksinſel im Reifnitzer Becken liegende Ort Rakitnitz von 26 Familien 25 mit deutſchen Namen gezählt. (Namen:

---

[31] Deutſcher Kalender für Krain, Jg. 1914.

Draxler, Wiederwohl, Greiner, Hönigmann, Weber, Wiſer, Rußmann, Khren, Khotſcheuer, Loſer uſw.) Die Bevölkerung bekennt ſich heute längſt hundertprozentig zum Slowenentum.

Die Abbildung 6 (S. 44) nach Krones deutſchem Ortsnamenverzeichnis und Schumis Urkundenſammlung gibt eine zuſätzliche Überſicht über Ortsnamen, die auf deutſche Beurkundungen, mithin deutſche Anſiedlungen, zurückgehen. Mit Ausnahme des Gottſcheer Siedlungsgebietes ſind ſie heute ſämtlich vom Slowenentum abſorbiert.

Ein Vergleich der Abbildungen 1 und 6 zeigt, daß die deutſche Koloniſation in Oberkrain, Gottſchee und um Gurkfeld, abgeſehen von kleineren Splittern, auf lange Zeit weitgehend oder völlig unbeſiedeltem Gelände ſtattgefunden hat, während es ſich bei den zahlreichen ſpäteren deutſchen Einſiedlungen im mittleren Krain nur um zuſätzliche Anlagen gehandelt haben dürfte.

Bemerkenswert iſt in dieſem Zuſammenhange die Tatſache, daß ſich in den erſtgenannten Gebieten das Deutſchtum am kräftigſten entwickelt und am widerſtandsfähigſten gezeigt hat (Gottſchee, Zarz, Krainburg), während es in Mittelkrain ſchon frühzeitig im Slowenentum aufgegangen ſein mag, da es in den ſpäteren Chroniken und Geſchichtswerken Krains nicht mehr erwähnt wird.

Konnte man im Spätmittelalter und den nachfolgenden Jahrhunderten den Deutſchen ſchon am Namen erkennen, ſo iſt es in Krain ſeit mehr als einem Jahrhundert nicht mehr möglich, eine Volkstumsſcheidung allein nach dem Familiennamen zu treffen. Seit mehr als hundert Jahren hat ſloweniſcherſeits eine Namensſlawiſierung im größten Stile ſtattgefunden, die auch heute noch in ſtärkſtem Maße geübt wird und zunächſt alle äußerlichen Unterſchiede verwiſchen ſollte. Dieſe Namensſlawiſierung fand, wie wir noch ſehen werden, in allen Landesteilen Krains ſeit dem 16./17. Jahrhundert ſtatt, auch in den rein deutſchen Gebieten wie der Gottſchee. Damals entſtanden dort z. B. die Jaklitſch (Jakl). Im Jahre 1840 finden wir weiter in Möſel bei Gottſchee eine allgemeine deutſche Namensſlawiſierung, die von einem ſloweniſchen Kaplan in den Taufmatriken vorgenommen wurde. Dasſelbe geſchah im Jahre 1871 in Mitterdorf bei Gottſchee, als dort in der Reihe der deutſchen Pfarrer aushilfsweiſe ein Slowene auftrat, und erſt in jüngſter Zeit fordert ein biſchöflicher Erlaß die rückwirkende Namensſlawiſierung der Deutſchen Gottſchees in den Matriken bis 1929.

Beim heutigen Antreffen deutſcher oder ſlawiſierter deutſcher Namen in ſloweniſchen Kreiſen Krains kann ohne Zweifel zumindeſtens auf einen deutſchen Blutsanteil geſchloſſen werden. Man muß immer wieder berückſichtigen, daß das Krainer Slowenentum in ſeiner ſlawiſchen Grundſubſtanz urſprünglich zahlenmäßig nur gering war und auch heute nach allen völkiſchen Verſchmelzungsprozeſſen ein kleiner Volksſtamm auf einem verhältnismäßig großen Gebiet iſt. Im Jahre 1811 handelte es ſich um 381 000 Menſchen.

Dort, wo das Deutſchtum, beſonders das ländliche Deutſchtum, ſeine Mutterſprache zwar aufgeben mußte, weiterhin aber bodenſtändig blieb, iſt es heute noch nach äußerlich erfolgter Sloweniſierung als raſſiſche Fremderſcheinung im ſloweniſchen Bauerntum erkennbar. So ſtellte Johannes Koſtial 1911 bezüglich der ehemaligen Zarzer Sprachinſel in Oberkrain feſt, daß die dortigen Deutſchen zwar völlig ſloweniſiert, aber „der deutſche Typus, hohe Stirn, große Augen, Backenknochen nicht hervorſtehend, bei der Jugend hellblondes Haar" erhalten ſeien[32]. Dasſelbe ſtellte 1874 ſchon Czoernig feſt[33]. Im Jahre 1939 wurden wiederum ähnliche Beobachtungen und ſolche über einige mittelhochdeutſche Mundartreſte auch von Gottſcheer Deutſchen gemacht, die für längere Zeit in Laibach mit ehemaligen Zarzer Deutſchen zuſammentrafen.

Auch ihre Namen ſind oft bis zur Unkenntlichkeit verſtümmelt. Als Beiſpiel ſeien einige heutige Namen aus dem Zarzer, Krainburger und Gottſcheer Gebiet wiedergegeben: Hartmann, Haumann (Homan), Keſtner, Langauer (Logonder), Langerholz, Zechner (Cegnar), Leutgeb, Oſtermann, Heinricher (Hainrihar), Papler, Perner, Spindler, Kunſtl, Weniger (Benigar), Vintſchger (Finzgar), Zeichner (Cehnar), Binder (Pinter), Gaſſer (Goſar), Pfeiffer (Fajfar), Preßl (Prezelj), Kaiſer (Kejzar) uſw.

---

[32] Koſtial, Deutſchruth. In: Deutſche Erde, 12. Jg. 1913, S. 91.

[33] Czoernig, Die deutſchen Sprachinſeln in Krain, S. 2.

[34] Friedrichs, Verſunkene deutſche Sprachinſeln in Krain, S. 82.

Krainburger Gebiet: Schiffrer, Roſenkranz, Wulffing, Kriſchner, Triller, Sarger, Rant, Kuralt, Sicherl, Reigel, Gratzer, Weiſel (Bajzlj), Zoff, Haffner uſw.[34]

Slawiſierte deutſche Namen aus Gottſchee: Jaklič (Jakl), Stonič (Chriſtian), Pečaver (Petſchauer), Peče (Petſche), Činkelj (Tſchinkel), Vitinje (Wittine), Mihelič (Michel) uſw.

Folgen der Sloweniſierung

Welche ungeheuren Erfolge die jahrhundertelange Aſſimilierung deutſchen Blutes für die Slowenen gezeitigt hat, geht aus nachſtehenden Andeutungen hervor:

Koſier ſtellt feſt, „unter den Slowenen und Kroaten gibt es auch heute noch in allen Berufszweigen und auf allen Gebieten der Wiſſenſchaft, Politik, Kunſt, Technik und Wirtſchaft eine Anzahl hervorragender Perſönlichkeiten mit deutſchen Familiennamen". Unter anderem zählt er an der Laibacher Univerſität die jetzigen ſloweniſchen Profeſſoren Nachtigall, Weber, Oswald, Sturm, Pipenbacher, Kenk, Ehrlich, Luckmann, Foerſter, Eller uſw. auf. An ſloweniſchen Schriftſtellern der neueren Zeit nennt er Albrecht, Kette, Bleiweis, Ziegler, Feigel, Freuensfeld, Glaſer, Kermauner, Lach, Linhart, Luckmann, Marn, Menzinger, Resmann, Rohrmann, Schönleben, Schreiner, Seidl, Weber, Wiesthaler u. a. Im übrigen iſt Koſiers Werk eine Fundgrube für Arbeiten, die ſich mit dem deutſchen Blutsanteil in Jugoſlawien befaſſen. Seine Erläuterung, „dieſe Namen übten indeſſen keinerlei Einfluß auf die völkiſche Geſinnung ihrer Träger aus, die als überzeugte Nationaliſten bekannt waren", dürfte für uns nur eine Beſtätigung vorliegender Gedanken ſein.

Die Reihe der ſloweniſchen Intelligenz mit deutſchen Namen ließe ſich beliebig fortſetzen. Erſt am 7. Juli 1940 brachte der Laibacher „Slovenec" wieder eine Notiz, daß nunmehr in die ſloweniſche Akademie der Wiſſenſchaften in Laibach die Profeſſoren Stele, Vidmar (Widmer), Grafenauer, Luckmann, Regen, Seidl, Paulin und Hauptmann zuſätzlich aufgenommen worden ſeien. Als kleine Ergänzung ſei abſchließend eine Aufzählung der im Laufe der letzten zehn Jahre in der Gottſchee tätig oder anſäſſig geweſenen ſloweniſchen Chauviniſten angeführt. Es handelt ſich dabei um Menſchen, die bis auf einen ſämtlich aus anderen ſloweniſchen Gebieten zugezogen ſind, zum großen Teil mit der ſpeziellen Aufgabe der Slawiſierung des Deutſchtums: Bezirkshauptmann Albert Platzer, Schulinſpektor Fink, Schulleiter Knol(l), Lehrer und Lehrerin Fink, Gymnaſialdirektor Burger, Gymnaſiallehrer Kummer, Pfarrer Rozman(n), Juriſt Stich, Ing. Stiglitz, Steuerbeamter Hartman(n), Kaufmann Huber u. a.

Ähnlich liegen, wie wir noch ſehen werden, die Verhältniſſe auch in anderen Teilen Krains. Immer wieder tritt der Slowene mit dem deutſchen Namen führend hervor, heute im Kampf gegen das noch anweſende Deutſchtum.

Als bemerkenswerte Tatſache ſei in dieſem Rahmen erwähnt, daß auch die geiſtigen Führer der Kärntner Windiſchen ausſchließlich deutſche Namen trugen[35]. Es waren dies Domprobſt Einſpieler, deſſen Vetter Andreas Einſpieler, Pfarrer Herker, Lambert Franz Grafenauer und Dr. Müller. In den letzten Jahren ſpielte ein Dr. Tiſchler eine gewiſſe Rolle.

Bevölkerungszählungen

Die Bevölkerungszählungen in Krain gaben ſchon ſeit 1840, dem Jahr des offenen Ausbruches der „Nationalitätenfrage" kein wahrheitsgetreues Bild vom deutſchen Volks-, geſchweige denn Blutsanteil mehr, da zu den Methoden der Entdeutſchung auch die Unterdrückung des Bekenntniſſes gehörte[36]. Deshalb ſtellen die nachfolgenden Zahlen im Rahmen vorliegender Arbeit lediglich eine zahlenmäßige Erfaſſung jener Deutſchen dar, die ſich trotz Unterdrückung und Verfolgung noch zum Deutſchtum bekennen konnten bzw. zugegeben wurden. Aber auch in ihren Veränderungen ſpiegelt ſich der Prozeß eines fortſchreitenden deutſchen Volksverluſtes, den wir aus der Geſchichte des Landes ſeit der Reformationszeit verfolgen konnten, eindringlich wider.

---

[35] Deutſche Nachrichten, Agram, Jahr 2, Folge 99.

[36] Rohmeder, Zur Lage der Deutſchen in Krain, S. 10. München 1884.

Bevölkerungszählungen von 1851—1931

Zählungsjahr	Zahl der Deutſchen	Bemerkungen
1851	37626	
1870	30000 (runde Zahl)	Damalige Schätzung 42000
1880	29392	
1890	28033	
1900[37]	28177	
1910	27885	
1921[38]	16443	Erſte jugoſlawiſche Zählung
1931[39]	15087	Zweite jugoſlawiſche Zählung

Ein Vergleich der Vorkriegszählung von 1900 mit den beiden Nachkriegszählungen nach einzelnen Bezirken ergibt folgende Veränderungen unter der deutſchen Bevölkerung:

Zählbezirk	1900	1921	1931
Laibach Stadt	5423	1821	1930
Adelsberg	123	—	—
Gottſchee	14314	9892	9344
Gurkfeld	251	162	112
Krainburg	855	272	371
Laibach Land	879	399	207
Littai	427	169	117
Loitſch	202	55	43
Radmannsdorf	1135	488	333
Rudolfswerth	3325	2321	1829
Stein	317	255	220
Tſchernembl	926	604	581
	28177	16443	15087

Trotz des natürlichen Wachstums der deutſchen Volksgruppe iſt ihr zahlenmäßiger Abſtieg bis in die jüngſte Zeit gewaltig geweſen. So betrug der verhältnismäßige Anteil der Deutſchen an der Laibacher Bevölkerung:

Zähljahr	Verhältnismäßiger Anteil	Bemerkungen
1869	40,66	Der Volkstumskampf iſt auf der ganzen Linie entbrannt.
1900	15,20	Der Deutſche iſt inzwiſchen aus der Stadtverwaltung hinausgedrängt.
1910	14,50	Der offene Kultur- und Wirtſchaftsboykott den Deutſchen gegenüber hat eingeſetzt.
1921	3,42	Die Enteignung aller deutſchen Gemeinſchaftsſtätten iſt vollendet.
1931	2,44	Die letzten Reſte des deutſchen Schulweſens ſind vernichtet.

Endlich ſoll das natürliche Wachstum der Gottſcheer Volksgruppe, die nach neueſten Erhebungen mit einer Kinderzahl von durchſchnittlich 4,7 zu den fruchtbarſten, deutſchen Gruppen im Auslande zählt, herangezogen werden. Wenngleich auch nach 1880 ſtärkſte Verluſte durch Auswanderung eingetreten ſind, gewähren doch die Bevölkerungszahlen einen Einblick in das Wachstumsgefüge der Volksgruppe von 1400—1880 und dürfen ſomit vielleicht als Vergleichsmaßſtab für das Anwachſen anderer, verſunkener, bäuerlicher deutſcher Volksteile herangezogen werden.

---

[37] Gemeindelexikon, Bd. VI: Krain. Wien 1905.

[38] Résultats définitifs du recensement de la population du 31. 1. 21. Sarajevo 1932.

[39] Splošni pregled dravske banovine. (Allgemeine Überſicht über die Draubanſchaft.) Laibach 1939.

Zähljahr	Größe der Volksgruppe[40]	Bemerkungen
1400	3000	Abſchluß der Koloniſation.
1574	7700	Zwei Jahrhunderte Türkenabwehr und -kämpfe laſſen die Bevölkerungszahl nur langſam anſteigen.
1745	9000	
1823	18000	Nach dem Ende des 17. Jahrhunderts ſetzt langſam ein wirtſchaftlicher Aufſtieg ein.
1850	21000	
1869	25000	Wirtſchaftlicher und kultureller Aufſchwung halten an. Die Volksgruppe erlebt ihre Blütezeit.
1880	19790	
1900	18565	Die Folgen einer Auswanderung beſter Kräfte nach USA. machen ſich bemerkbar.
1910	17350	Ein auch in Gottſchee verſchärfter Volkstumskampf beſchleunigt die Abwanderung.
1921	12680	
1931	11121	1921 und 1931 ſind jugoſlawiſche Zählungen[41].

Ergänzende Betrachtungen zum heutigen Stand des deutſchen Blutsanteiles

Wenn wir zum Schluß ergänzend verſuchen, einen Querſchnitt durch den deutſchen Blutsanteil vom Jahre 1910 in Krain anzudeuten, ſo müſſen wir von den Familiennamen ausgehen, da andere Beſtimmungsmerkmale nicht vorliegen. Es ſoll dabei keineswegs in den Fehler verfallen werden, etwa unterſchiedslos von der Namenszugehörigkeit auf die Volkszugehörigkeit des Betreffenden ſchließen zu laſſen, ſondern es ſei hier lediglich in der Einſchränkung verfahren, daß der heutige Träger eines deutſchen oder ſlawiſierten deutſchen Familiennamens, ſofern er kein Deutſcher iſt, doch mindeſtens ahnenmäßig einen deutſchen Blutsanteil in ſich trägt, deſſen Stärke unbeachtet bleibt.

Daß darüber hinaus auch viele Slowenen mit heute rein ſloweniſchen Namen deutſche Blutsanteile in ſich tragen, bleibt unbeſtritten.

Unter dieſen Geſichtspunkten haben wir in nachfolgender Aufſtellung die Namenszugehörigkeit der „Intelligenzſchicht" in Krain (Ärzte, Lehrer, Geiſtliche, Advokaten uſw.) des Handels und Gewerbes und, um ein Beiſpiel aus dem krainiſchen Vereinsleben zu bringen, die Feuerwehrobleute in Stadt und Land unterſucht.

Unterſuchungsobjekt	Namenszugehörigkeit				
	ſloweniſch	deutſch	dt./ſlawiſiert	italieniſch	fraglich
Ärzte in Laibach	46,1	34,6	9,6	3,8	5,9
Diſtriktsärzte in Krain	45,4	36,4	5,5	5,5	7,2
Lehrer an höheren Schulen	46,9	35,3	10,8	1,5	5,5
an Volksſchulen	58,6	24,3	10,0	1,4	5,7 (Laibach)
	56,0	18,8	18,3	2,4	4,5 (Land)
Geiſtliche in Krain	59,4	15,9	19,5	0,9	4,3
Advokaten und k. k. Notare	54,1	20,8	19,5	—	5,6
Eigentümer protok. Firmen u. a. Geſchäfte in Krain	49,9	35,1	7,8	2,2	5,0 (Laibach)
	48,6	31,0	8,7	6,7	5,0 (Land)
Feuerwehrobleute in Krain	51,0	13,1	28,8	0,6	6,5

---

[40] Gottſcheer Zeitung, 35. Jg., Nr. 14.

[41] Die Bevölkerungszahlen von 1921 und 1931 entſprechen nicht dem tatſächlichen Stand und ſind als politiſch gefärbt zu betrachten. Eine private Zählung der Pfarrämter hat für 1935 den Stand von rund 15000 Deutſchen ergeben, wozu noch etwa 3000 nach Gottſchee zuſtändige, z. Z. aber im Auslande befindliche Deutſche gerechnet werden müſſen.

Zunächſt fällt auf, daß die ſloweniſchen Namen in faſt allen Fällen kaum mehr als 51 v. H. betragen. Am höchſten iſt der ſloweniſche Namensanteil unter der röm.-kath. Geiſtlichkeit (59,4 v. H.).

Verhältnismäßig hoch erſcheint der Hundertſatz der noch unverfälſchten deutſchen Namen, der bei durchſchnittlich 26 v. H. liegt, wozu noch ein teilweiſe bedeutender Hundertſatz ſlawiſierter deutſcher Namen hinzutritt, der zwiſchen 8 v. H. und 28 v. H. ſchwankt.

Zuſammengefaßt ergibt ſich für die deutſchen Namen ein durchſchnittlicher Prozentſatz von rund 40 gegenüber dem ſloweniſchen mit 51. Der italieniſche Namensanteil mit durchſchnittlich 2,5 v. H. iſt in Krain völlig bedeutungslos und ſcheidet daher aus unſerer Betrachtung aus.

Hat die Namensfrage im Einzelfall, wie früher ſchon betont wurde, im heutigen Krain keine entſcheidende Bedeutung für das Volkstumsbekenntnis ſeines Trägers mehr, ſo muß doch der Umſtand, daß ein Volksteil z. B. in ſeinen heutigen Intelligenzſchichten in den Städten ſowohl als auf dem Lande 40 v. H. deutſcher Namensträger aufweiſt, zweifellos ein bezeichnendes Licht auf die Vergangenheit und Herkunft eines ſolchen Volkskörpers werfen.

Bei der Beſtimmung und Feſtlegung der ſlawiſierten deutſchen Namen konnte dabei keine erſchöpfende Darſtellung gegeben werden, da dies Aufgabe eines Sprachforſchers geweſen wäre. Es ſollen deshalb abſchließend einige klar erkennbare Geſichtspunkte der Namensſlawiſierung an Hand vorliegenden Materiales gegeben werden, um den Grad unſerer Unterſuchungen aufzuzeigen.

In der Namensſlawiſierung laſſen ſich nachfolgende Stufungen und Geſetzmäßigkeiten erkennen:

Der harmloſeſte und einfachſte Fall, gewöhnlich der Beginn der Namensänderung, ſetzt mit der Hinzufügung eines ſloweniſchen Sprachzeichens, welches noch außerhalb des Alphabets ſteht, ein (ˇ).

a) Šturm, Šporn, Joſ̌t, Troſ̌t, Beſ̌ter.

Als zweiter Fall muß der der Weglaſſung typiſcher deutſcher Rechtſchreibeigenarten, z. B. des ſtummen -h-, der Doppelmitlaute (ck, ll, nn, uſw.) des ſch oder ch genannt werden:

b) 1. Fürer (Führer) — Kolbeſen (Kohlbeſen),
   2. Lakner (Lackner) — Lakmayer (Lackmayer),
   3. Knol (Knoll) — Kral (Krall),
   4. Jerman (Jermann) — Aſchman(n) — Jurman(n),
   5. Šlamberger (Schlamberger) — Šlebinger (Schlebinger) — Šorn (Schorn) — Drašler (Draſchler) — Perſ̌el (Perſchel) — Križman (Kriſchmann),
   6. Lah (Lach) — Buh (Buch) — Siherl (Sicherl) — Sepaher (Seebacher).

Als nächſte Stufe erſcheint außer den Vorgenannten die der Hinzufügung neuer Buchſtaben, beſonders des j:

c) Kralj (Krall) — Koželj (Koſchel) — Štrukelj (Struckel) — Kunſtelj (Kunſtel) — Štrubelj (Strubel) — Dermelj (Dermel) — Štrekelj (Streckel) — Švigelj (Schwiegel) — Pugelj (Pugel) — Groſ̌elj (Groſchel) — Šuſ̌elj (Suſel od. Suſchel) — Prezelj (Preſſel) — Mandelj (Mandel) — Mandeljc (Mandels).

Weitere Veränderungen erhalten die deutſchen Namen durch Auswechſlung beſtimmter Buchſtaben, ſo des i und y durch j, des e durch a, des tſch durch č, des weichen ſch durch ž, des w durch v, des z durch c, des u durch v, des c durch z uſw.:

d) 1. Golmajer (Gollmayer) — Pfajfar (Pfeiffer, Pfeifer) — Šlajmer (Schleimer) — Bajželj (Peiſchel, Beiſchel),
   2. Šifrar (Schiffrer) — Borſ̌tnar (Borſtner) — Kramar (Kramer) — Widmar (Widmer) — Bitnar (Bittner) — Cegnar (Zechner) — Strajhar (Streicher) — Koblar (Kobler) — Kromar (Kromer) — Demſ̌ar (Demſcher) — Kremſ̌ar (Kremſcher) — Šuſtar (Schuſter) — Luznar (Lusner) — Šega (Seeger) — Šlehta (Schlechter) — Kutnar (Kuttner) — Breſar (Breſſer) — Letnar (Lettner),
   3. Kračman (Kratſchmann) — Gračner (Gratſchner),

4. Azman (Aſchmann) — Dezman (Deſchmann) — Luzar (Luſcher) — Žibert (Siebert) — Remšgar (Remſchger),
5. Vidmar (Widmer) — Vilman (Willmann),
6. Mencinger (Menzinger),
7. Kunaver (Kuhnauer) — Maver (Mauer) — Kermavner (Kermauner) — Tavzelj (Tauſchel),
8. Pelc (Pelz) — Cvirn (Zwirn).

Treten mehrere der vorgenannten Veränderungen in einem deutſchen Namen gleichzeitig auf, ſo können ſie ihn bald ſeiner ſtammesvolklichen deutſchen Art entkleiden und ihn, wenn nicht völlig ſlawiſieren, ſo doch zumindeſtens im gewünſchten Maße neutraliſieren.

Älteren Datums ſind die ſehr gebräuchlichen Slawiſierungsformen, die durch Anhängung einer typiſch ſlawiſchen Silbe, z. B. ič oder ſ̌ič gewonnen werden. So entſtanden bereits im 16. Jahrhundert zahlreiche ſlawiſierte Namen.

e) Aus Schuſter wurde Šuſtarič, Šuſterſ̌ič und Šuſtarſ̌ič.

Aus Schneider: Žniderſ̌ič und Žnidarſ̌ič.

Aus Richter: Rihterſ̌ič und Rihtarſ̌ič uſw.

Wer ahnt, daß Fajfar urſprünglich nichts anderes als Pfeifer, Punčuh nichts anderes als Buntſchuh und Štempihar nichts anderes als Stemmpicher war!

Vorliegende Namen ſind dem Adreßbuch des deutſchen Kalenders von Krain, Jahrgang 1910, entnommen und in ihrem damaligen Stand der Slawiſierung wiedergegeben.

Schrifttum

C. v. Czoernig, Die deutſchen Sprachinſeln in Krain. Wien 1872.
Deutſcher Kalender für Krain, Jg. 1910.
A. Dimitz, Geſchichte Krains, Bd. 1—4. Laibach 1874.
Erläuterungen zum hiſtoriſchen Atlas der öſterr. Alpenländer. Wien 1929.
K. Friedrichs, Verſunkene deutſche Sprachinſeln in Krain. In: Mitteilungen der deutſchen Akademie. München 1935. S. 73—83.
Gemeindelexikon, Bd. VI: Krain. Wien 1905.
Gottſcheer Kalender, Jg. 1940.
Gottſcheer Zeitung, 35. Jg.
H. Grothe, Die deutſche Sprachinſel Gottſchee in Slowenien. Münſter 1931.
Handwörterbuch des Grenz- u. Auslandsdeutſchtums. Bd. III. Breslau 1939. Artikel „Krain", S. 319ff., mit Ktm.
P. Hofmann, Steiermark, Kärnten, Krain und Küſtenland. München 1899.
M. Kos, Zgodvina Slovencev. Laibach 1933.
G. St. Koſier, Großdeutſchland und Jugoſlawien. Belgrad 1939.
J. Koſtial, Deutſch-Ruth. In: Deutſche Erde, Jg. 1913, S. 88—92.
Krone, Umriſſe des Geſchichtslebens der deutſch-öſterreichiſchen Ländergruppe in ſeinen ſtaatlichen Grundlagen vom 10.—16. Jh. Innsbruck 1863.
F. v. Krones, Die deutſche Beſiedlung der öſtlichen Alpenländer. Stuttgart 1889.
A. Luſchin-Ebengreuth, Die Zerreißung der Steiermark. Graz 1929.
A. Mell, Die hiſtoriſche und territoriale Entwicklung Krains vom 10. bis ins 13. Jahrhundert. Graz 1888.
W. Milkowicz, Die Klöſter in Krain. Wien 1889.
Mittheilungen des hiſtoriſchen Vereins für Krain, Jg. 1867, 1868.
A. Müllner, Geſchichte des Eiſens in Krain. Wien 1909.
P. v. Radics, Geſchichte Krains. Laibach 1862.
Derſ., Der Adel Krains. Wien 1897.
Résultats définitifs du recensement de la population du 31. 1. 1921. Sarajevo 1932.
Schematismus vom Herzogtum Krain für das Jahr 1806. Laibach 1806.
W. Rohmeder, Zur Lage der Deutſchen in Krain. München 1884.
F. Schumi, Archiv für Heimatkunde, Bd. 1 u. 2. Laibach 1882/83.
Derſ., Urkunden- und Regeſtenbuch, Bd. 1 u. 2. Laibach 1882/83.
Splošni pregled dravske banovine (Allgemeine Überſicht über die Draubanſchaft). Laibach 1939.
J. W. v. Valvaſor, Die Ehre des Herzogtums Krain. Laibach 1689.
J. Zahn, Cod. Fris. Bd. 31. Wien 1870.

Die Anfänge einer deutſchen Anſiedlung an den Quellen des Susquehanna

Von Karl J. R. Arndt, Baton Rouge, Louiſiana.*

Mit 1 Bildtafel

Vor der Kanzel der alten lutheriſchen Ebenezer Kirche in Albany war vor einigen Jahren noch folgende deutſche Inſchrift zu leſen:

Hier ruhet Johann C. Hartwich
Prediger der Evangeliſch
Lutheriſchen Kirche.
Gebohren in Sax-Gotha
den 6 Jenner 1714.
Geſtorben
den 16 Julius 1796
Seines alters
82 Jahre 6 Monat.

Das kurzgeſteckte ziel der tage
iſt ſiebenzig iſt achtzig jahr
Ein innbegriff von muh unn plage
Auch wenns noch ſo koſtlich war.
Geflugelt eilt mit uns die zeit
In eine lange ewigkeit.

Mit ſolchen ernſten Worten hat man die 82 Jahre eines Lebens, welches in Gotha begann und plötzlich an den Ufern des Hudſon endete, kurz aber bezeichnend zuſammengefaßt. Von der Jugend Johann Chriſtopher Hartwicks (auch: Hartwig, Hartwich, Hardwick, Hardwicke und Hartwick) iſt nicht viel bekannt geworden. Überhaupt läßt ſich wenig über die Zeit vor ſeiner Abfahrt aus Deutſchland ſagen. Ein lateiniſches Notizbuch aus dem Jahre 1728 und ein anderes aus dem Jahre 1730, das Abſchnitte aus lateiniſchen Klaſſikern, deutſche Redensarten und griechiſche Vokabeln enthält, zeugen von dem Fleiß des jungen Studenten[1]. Von ſeiner Familie wiſſen wir nur, daß ſein Bruder Kammermuſiker beim Herzog von Sachſen-Gotha war.

Seine theologiſche Ausbildung erhielt er zu Halle, aber von ſeiner Immatrikulation iſt dort nur noch folgender Eintrag zu finden: „9. 4. 1739 Joh. Chriſtoph Hartwig — Molſchleben Thuring — Theol.“ Seine ſpätere Weltanſchauung weiſt auch auf Halleſchen Einfluß hin. Zugleich war Halle gerade während dieſer Zeit das Zentrum von Deutſchlands Intereſſen in Amerika[2]. Es war die Univerſität Mühlenbergs, Hartwicks Freundes, der 1742 nach Amerika gekommen war. Nur wenige Jahre früher war die berühmte Franckiſche Stiftung in Halle errichtet worden, und die theologiſche Fakultät der Univerſität ſtand noch unter dem Einfluß des Pietismus Franckes und Speners. Während Hartwicks Studentenzeit war Dr. Gotthelf Auguſt Francke, Sohn des berühmten Francke und ſelbſt ein wahrer Pietiſt, Leiter der Univerſität und der Stiftung. So kam es, daß die Ideen, die durch Suſanne von Klettenberg ſolch einen Einfluß auf Goethe ausübten, auf Hartwick einen noch tieferen und bleibenderen Eindruck machten. Johann Arndts „Wahres Chriſtentum", von den Pietiſten ſo hoch geachtet, war dem Gothaer auch Zeit ſeines Lebens ein teurer Schatz. Wie hoch er das Werk ſchätzte, erſieht man daraus, daß er im Jahre 1751 in der Druckerei Benjamin Franklins eine amerikaniſche Ausgabe in deutſcher Sprache herausbrachte[3].

---

* Wir begrüßen den Beitrag von deutſchamerikaniſcher Seite; möge dazu die Studie anregen, dem perſönlichen Schickſal der deutſchen Siedler noch weiter nachzugehen. Die Schriftleitung.

[1] Hartwicks Nachlaß befindet ſich jetzt in der Bibliothek des Hartwick-College, Oneonta, N. Y.

[2] Vgl. z. B. Halliſche Nachrichten 1 und 2. Halle 1750.

Nachdem Hartwick ſeine Studien in Halle beendet hatte, ſoll er einige Zeit Miſſionar unter den Juden geweſen ſein, die Hoffnungsloſigkeit dieſer Arbeit aber bald erkannt und ſein Amt niedergelegt haben. Von Hamburger Predigern wurde er dann nach Amerika geſchickt, um dort den deutſchen Gemeinden am Hudſon zu predigen. Es wird auch berichtet, er ſei als Feldprediger eines deutſchen Regiments, das in engliſchen Dienſten ſtand, nach Amerika gekommen. Da er am 24. November 1745 in London ordiniert wurde, mag dieſer Bericht wahr ſein[4]. Er ſelbſt ſagt nichts davon.

Im Jahre 1746 begann er ſeine Tätigkeit als Pfarrer zu Rhinebeck am Hudſon. Es war in der nun folgenden Zeit, daß er den Schritt tat, der ihn zum wahren Bahnbrecher jenes Teiles von Neuyork machte, in welchem die Lederſtrumpfgeſchichten ſpielen.

Obgleich Hartwick berufen worden war, den deutſchen Gemeinden am Hudſon zu predigen, zog es ihn doch zu den Indianern hin, beſonders zu denen, die in den romantiſchen Gebirgen jenſeits des Fluſſes zu Hauſe waren. Wenn man ſich heute in Halle die auf Palmblättern eingeritzten Bibelüberſetzungen, die wohl zu dieſer Zeit gemacht wurden, anſieht, kann man dieſen mit einer gewiſſen Romantik verbundenen Miſſionsgeiſt beſſer verſtehen. Hartwick wurde bald ein verehrter Freund der Mohawks. So kam es denn, daß er ſchon vier Jahre nach ſeinem Amtsantritt in Rhinebeck von ihnen ein größeres Stück Land in der ſchönen Otſegoſee-Gegend kaufte[5]. Obgleich ihm dieſe Verhandlung mit den Indianern ganz rechtsgemäß erſchien, wurde die Sache von der engliſchen Regierung nicht anerkannt. Ehe er geſetzlich mit den Eingeborenen verhandeln konnte, mußte er von den engliſchen Machthabern die Erlaubnis erhalten, Land zu kaufen. Nachdem das Land dann mit dieſer Genehmigung gekauft worden war, mußte noch an den engliſchen König ein Geſuch um ein Patent eingereicht werden. Seine Exzellenz Gouverneur George Clinton erteilte am 16. November 1752 die Erlaubnis, mit den Indianern zu verhandeln. Ende Oktober oder Anfang November des Jahres 1753 erſchienen Herr Hartwick und einige Indianer vor dem General Sir William Johnſon und beſtätigten offiziell den Kauf weiterer Länder, für welche Hartwick $ 350 bezahlte. Hartwick bemühte ſich nun um „letters patent". Der Bericht des offiziellen Feldmeſſers wurde endlich am 27. Juli 1755 eingereicht[6]. Inzwiſchen war aber Krieg ausgebrochen. Die Lage wurde um dieſe Zeit ernſt. Die Franzoſen hatten nicht lange zuvor den Engländern große Verluſte und Niederlagen beigebracht. Weil Herr Hartwick das entlegenſte Gebiet erworben hatte, welches bis dahin je von einem Weißen gekauft worden war, war eine längere Verzögerung der endgültigen Genehmigung ſeines Geſuches faſt unvermeidbar.

Hartwick intereſſierte ſich natürlich auch ſehr für dieſen Krieg, und er wollte ihn durch friedfertige Methoden zu Ende führen. Wie er dies zu tun beabſichtigte, erſieht man am beſten aus Briefen dieſer Zeit. Drei dieſer Briefe werden überſetzt hier angeführt, da ſie einen ſo guten Einblick in Hartwicks Denken ſowie in ſein Verhältnis zu den Indianern geben. Am 15. Januar 1756 richtete er an die Häuptlinge der Mohawks in Canajoharie dieſen Brief:

---

[3] Vgl. Evans' American Bibliography, Nr. 6630. Sehr ſelten. Siehe auch Hartwicks Brief, geſchrieben zu Philadelphia am 8. Januar 1751, ſowie Beſcheinigung Franklins vom 22. Auguſt 1752, beide im Nachlaß.

[4] Vgl. Edmund J. Wolf, Die Lutheraner in Amerika, deutſch bearbeitet von Joh. Nicum, Neuyork 1891, beſ. S. 233; Erneſt L. Hazelius, History of the American Lutheran Church, from its Commencement in the Year of our Lord 1685, to the Year 1842. Zanesville, Ohio 1846, beſ. S. 55ff.; W. Hull, Hartwick Seminary. In: The Lutheran Quarterly Review, Bd. VIII, S. 593ff.; Sylvanus Stall, Reminiscences of Lutheran Clergymen . . . John Chriſtopher Hartwig. In: The Evangelical Review, Gettysburg, Bd. VII, S. 168—173.; George Harvey Genzmer, Johann Chriſtoph Hartwig (1714—1796), Lutheran Clergyman. In: Dictionary of American Biography, Bd. VIII, S. 370.

[5] Siehe Urkunde aus dem Jahre 1750 im Nachlaß.

[6] Der Verlauf dieſer Verhandlungen iſt nach Urkunden und Briefen im Nachlaß feſtgeſtellt worden. Siehe auch: Henry M. Pohlmann, Hartwick Seminary Memorial Volume, Albany 1867.; James Pitcher, Historical Address. 1897. Broſchüre, privat gedruckt.

Geliebte Brüder!

Gnade ſei mit Euch, und Friede von Gott unſerem Vater und von unſerem Herrn Jeſu Chriſto.

Da ich auf längere Zeit wegen Krankheit und wegen Eurer Abweſenheit daran verhindert worden bin, Euer Geſicht zu ſehen oder an Euch zu ſchreiben, und da ich glaube, Ihr könntet darüber ebenſo beſorgt ſein wie ich, konnte ich nicht die Gelegenheit, durch Briefe zu Euch zu reden, unterlaſſen, die mir durch General Johnſons Reiſe nach New York geboten wird, falls ich oder mein Brief ihn auf der Rückreiſe treffen. Meine lieben Brüder, ich bemitleide und beglückwünſche Euch zugleich auf Euren Sieg; erſteres, weil ſo viel edles und tapferes Blut, insbeſondere aber das unſeres Bruders Henry, vergoſſen worden iſt. Ich unterlaſſe es, mehr darüber zu ſagen, damit ich die Wunde, die zu heilen angefangen, nicht wieder aufreiße und zum Bluten bringe. Möge es Euch tröſten, daß er in einer guten Sache geſtorben iſt, als ein treuer Bundesgenoſſe und tapferer Kapitän, und daß er ruhet auf einem Bett der Ehre, wo ſein Name einen guten Ruf haben wird, ſolange ein freier Engländer und treuer Mohawk lebt. Und da er Euer Bruder und Vater und Führer geweſen iſt, iſt es Eure Pflicht, eine Wache zu ſein über dem Bett, worauf er ſchläft, damit kein verräteriſcher Franzoſe die Ruhe ſeiner Gebeine und Aſche ſtören möge. Und ſollten die Franzoſen und ihre Sklaven mit der kleinen Rache, die ihr an ihnen genommen, nicht zufrieden ſein, und von ihren Einbrüchen und grauſamen Verwüſtungen abſtehen und Euch zurückerſtatten, was ſie ſo ungerecht genommen haben, dann kämpft für Euer und Euer Brüder Recht und rächet das teure Blut, das ſo ungerecht vergoſſen wurde! Ich möchte Euch bitten, meine Brüder, daß Ihr es nicht wollet zulaſſen, daß einige, die unwert ſind, von Euch als Brüder oder ſogar als Menſchen betrachtet zu werden, da ſie grauſamer ſind, denn wilde Tiere, Euren guten Namen und Ruhm, den Ihr mit Eurem Blut erkauft habt, verderben, auf daß Euer Herz nicht zu Stein werde, ſondern von Mitleid geregt werde, wenn Ihr von der mehr als barbariſchen Behandlung hört, die Euren Brüdern, den Engländern in Pennſylvanien und Umgegend, zuteil wurde.

Was die Cognawaghes, die Eures Blutes ſind, betrifft, ſo teilet ihnen mit, daß es 100 mal beſſer für ſie geweſen wäre, Euer großmütiges Friedens- und Freundſchaftsangebot anzunehmen, als es zu verwerfen mit ſolch einer leichtfertigen Entſchuldigung wie die, daß ſie mit demſelben Waſſer wie die Franzoſen gewaſchen worden ſind, denn es iſt nur eine Taufe, und ihr ſeid mit demſelben Waſſer wie ſie gewaſchen, denn ſogar die Papiſten taufen nicht wieder jene Proteſtanten, die ihren abergläubiſchen Gottesdienſt annehmen.

Ich gebe Euch auch zu wiſſen, meine Lieben, daß wenn Ihr gute geiſtliche Krieger ſeid, die männlich unter dem Banner des Hauptkapitäns Jeſus kämpfen gegen ihre geiſtlichen Feinde, nämlich böſe Geiſter und Menſchen, wie auch gegen Eure eigenen böſen Neigungen und Gewohnheiten, daß dann der große Gott, der genannt iſt Emanuel, das iſt Gott, mit uns, mit Euch ſein wird und Eure Kämpfe kämpfen wird.

Zuletzt, meine Brüder, laſſet meine Tränen getrocknet werden für den Tod meines lieben Bruders Henry, durch einen Brief an den großen König George, welchen ich Euch für mich zu unterſchreiben bitte, auf daß ich nicht die Frucht der Arbeit, Mühe und Koſten ſo vieler Jahre verliere. Und ich verſichere Euch, ſobald Gott es mir ermöglicht, werdet ihr mich nicht undankbar finden. Und wie ich bis jetzt Euch nicht vergeſſen habe, ſondern Eurer am Thron Gottes bin eingedenk geweſen, ſo werde ich auch in Zukunft tun.

Der Herr ſei mit Euch und Eure Liebe mit mir, der, geliebte Brüder, Euer liebender Bruder, Diener und Fürbitter iſt bei Gott Johann Chriſtopher Hartwick.

Der Indianer Henry, deſſen Tod hier betrauert wird, hatte als erſter die Urkunde über den Landverkauf unterzeichnet. Der Brief an den „großen Sachem der britiſchen Nation, George der Zweite, König von Groß Britanien, Frankreich und Irland, Verteidiger des reinen chriſtlichen Glaubens, Vater der ſieben Indianernationen Amerikas" lautete aber wie folgt:

Durch lange Erfahrung wiſſen wir, daß die Beſchützung der Grenzen Eurer Majeſtät gegen Einbrüche und Beleidigungen eines fremden Feindes durch Mittel, die auf ein Parlament angewieſen ſind, deren Mitglieder meiſtenteils weit von dieſen Grenzen wohnen, eine ſehr gefährliche und nicht wirkungsvolle Methode iſt, und daher unternehmen wir demütigſt, eine andere vorzuſchlagen.

Möge es Eurer Majeſtät gefallen ſolchen Menſchen, die willens und fähig zur Siedelung und Bebauung ſind, und denen wir zu verkaufen bereit ſind, Strecken von Land zu verleihen, die groß genug wären, um darauf Städte und Befeſtigungen zu bauen. Die Bedingung der Verleihung ſolcher Länder wäre, daß man ſich darauf in Städten niederlaſſe und nicht in ſolch zerſtreuter Weiſe wie es in anderen Teilen des Landes geſchieht.

Ferner, daß man ſolche Städte befeſtige, mit Beſatzungen verſehe und ſie verteidige; daß man in ihnen Prediger des Evangeliums ſowie Lehrer verteile und erhalte, nicht nur für die Einwohner, ſondern auch für die Indianer der Umgebung; daß ſolche Städte und Gegenden befreit werden von allen öffentlichen Steuern, Unkoſten und Arbeiten, die ſie nicht beſtimmt angehen.

Und da wir den Prediger des Evangeliums, Johann Chriſtopher Hartwick, willens fanden und ihn für fähig halten, das Reich Gottes und das Ihrer Majeſtät zu fördern, deshalb, nachdem er Eurer Majeſtät Erlaubnis erhalten, haben wir ihm in Eurer Majeſtät Namen eine Strecke Land verkauft, bis jetzt das entfernteſte, welches gekauft worden iſt.

Und da nun wegen der großen Entfernung vom Markt, ſowie wegen der Nähe zum Land der Feinde und der Wildnis, diejenigen Menſchen, die es unternähmen das Land zu beſiedeln, wegen dieſer leicht denkbaren aber Eurer Majeſtät zu ſchildern zu langweiligen Umſtände, unter großen Schwierigkeiten und Entbehrung arbeiten müßten, und da ferner der größte Teil des Landes nicht bebaut werden kann, und da das bebaubare ſo viel von Hügeln durchſchnitten iſt, daß das gute vom ſchlechten nicht zu trennen iſt, ohne den Unternehmer in unbeſtehbare Koſten zu ſtürzen, muß das Land zum Schaden Eurer Majeſtät entweder ungebraucht bleiben — beſonders da es weder die Koſten der Vermeſſung und der Patentierung, die groß ſind, noch den Preis, der jetzt höher iſt als der für gutes, bequem und ſicher gelegenes Land, aufbringt — oder es muß in dieſem Fall eine Ausnahme gemacht werden.

Wegen dieſer Urſachen und aus ſolchen Gründen, ſowie aus dem Vertrauen zur Gnade und Güte, die Eure Majeſtät ſeit jeher uns geſchenkt, haben wir es unternommen, bei Eurer Majeſtät Fürbitte einzulegen für den genannten Johann Chriſtopher Hartwick, und bitten demnach demütiglich Eure Majeſtät, dem genannten Johann Chriſtopher Hartwick die Strecken Land, die wir ihm verkauft haben und die genauer in den Urkunden der Übertragung und dem Bericht des Feldmeſſers beſchrieben ſind, zu verleihen, und zwar unter ſolch leichten Bedingungen, die Eurer Majeſtät in Eurer Gnade und Weisheit am günſtigſten und für obengenannte Zwecke und Abſichten am paſſendſten erſcheinen und die wir nicht erwähnen wollen, da wir überzeugt ſind, daß Eurer Majeſtät Weisheit dieſelben leicht aus dieſer Andeutung wird ableiten können.

Mit einer in ſeiner Zeit üblichen Verſicherung der Treue und Untergebenheit beſchließt Hartwick dieſen in eigenartigem Engliſch verfaßten Brief. Er hätte ſich leichter und deutlicher auf Deutſch ausdrücken können, auch hätte das dem damaligen König mehr gefallen, war er doch ſelbſt kerndeutſch, denn weder George I. noch George II., die England von 1714—1760 regierten, lernten je die engliſche Sprache vollkommen beherrſchen.

Dieſe beiden Briefe wurden nun dem Agenten der britiſchen Regierung, Sir William Johnſon (1715—1774), der gerade von Neuyork ins Mohawktal zurückkehren wollte, zur Ablieferung an die Indianer übergeben. Folgenden intereſſanten Begleitbrief ſchrieb Hartwick aber am 18. Januar 1756 von Staatsburg aus an den Agenten ſelbſt:

Verehrter Herr!

Möge es Eurer Ehrwürden gefallen, daß ich mir hier erlaube Eurer Ehrwürden einen Plan für die beſſere Beſiedlung, Regierung und Verteidigung der Grenzen Nordamerikas mitzuteilen, den ich Eurer Ehrwürden Weisheit und Beſonnenheit zur Gutheißung oder Verbeſſerung überlaſſe. Meines Erachtens würde Seine Majeſtät dem Plan mehr Gehör geben, wenn er Seiner Majeſtät durch Rat der Indianer vorgelegt werde.

Ich dachte, Sir, daß es den Pflanzungen in gegenwärtiger Lage mehr nützen würde, wenn die Koſten, die jetzt für Kriegsführung ausgegeben werden müſſen, dazu verwandt würden, Anſiedler zu transportieren und dieſelben auf ein Jahr wenigſtens zu verſorgen, ſowie Werkzeuge und Geräte und Vieh für ſie zu kaufen. Ferner, daß eine Linie gezogen werde und an paſſenden Orten und Entfernungen Befeſtigungen und Städte errichtet werden möchten, und daß Burggrafen oder Grenzbeſchützer bei Camp Johnſon, Oswego, Lake Erie und Ohio verordnet werden, die nur dem König verantwortlich wären. Dieſen Burggrafen ſoll ein Diſtrikt groß genug zur Verteidigung untergeſtellt werden mit einer Macht, die genügen würde ihn zu verteidigen. Von Zeit zu Zeit würden dieſe von einer Kommiſſion Seiner Majeſtät viſitiert werden, deren Macht zuerſt größer ſein müßte, um Verhörungen vorzunehmen, nach Bedarf von ſeiner Majeſtät aber von Zeit zu Zeit geregelt werden würde. So denke ich mir das Syſtem, wodurch die deutſchen Kaiſer ihre weiten Gebiete in früheren Zeiten gegen Verheerung von den Barbaren ſchützten. Sie wiſſen, Sir, es bedeutet nichts, weite Gebiete in Anſpruch zu nehmen.

oder ſogar zu erobern, wenn man ſie nicht halten kann, und daß über längere Zeit es dem König und dem Lande weniger koſten wird, dieſe Länder zu beſiedeln und urbar zu machen, als nur Befeſtigungen zu bauen, ſie zu verbeſſern und ſie mit Beſatzungen ſo weit von den Niederlaſſungen zu verſorgen. Zwar wird es zuerſt und ſogleich mehr koſten, aber dieſe Koſten werden ſich verringern und ſtatt deſſen werden die Einnahmen des Landes zunehmen und die Koſten und Mühen des Krieges erſpart werden. Aber dann würde ich auch vorſchlagen, daß ſolche Burggrafen oder Grenzbeſchützer ſich allererſt in einer zu einander paſſenden Linie niederlaſſen, und das in Städten, die verteidigt werden können, damit die Beſiedlung der Umgegend von ihrer Reſidenz aus ſich den Sitzen der anderen Burggrafen zu, erſtrecke; und um die Verbindung der Burggrafen mit einander im Gang zu halten, müſſen Befeſtigungen an gelegenen Orten und in richtigen Entfernungen von einander errichtet werden, und Poſt- ſowie Eilbotenverkehr gehalten werden. Sollte die Krone dieſen Plan gutheißen, dann wäre es wert die Vorſchläge einer Verſtändigung des franzöſiſchen Regenten anzuhören, unter der Bedingung, daß die Forts, die er auf des Königs Gebiet errichtet hat, ſogleich zerſtört werden. Wenn dieſer Plan ſogleich ausgeführt würde, würden wir außerordentlich über Canada gewinnen, ſo daß ſie ſich vor uns fürchten müßten, und nicht wir, wie jetzt, vor ihnen.

Wenn Eure Ehrwürden meinen Plan gutheißen und eine Unterſchreibung des beiliegenden Schreibens bei den Indianern befürworten, werde ich, will's Gott, eine Reiſe nach England unternehmen und meinen Plan mit aller Macht befördern. Ich möchte gerne mit Eurer Ehrwürden darüber ſprechen und wäre glücklich, eine ſchriftliche Antwort zu erhalten. Die Verhältniſſe zwingen mich nun, Sir, Eurer Ehrwürden Perſon, Haus, Amt und Angelegenheiten der göttlichen Gunſt und Ihrem Schutz zu empfehlen ſowie mich ſelbſt der Erhaltung in der Ihrigen.

Ich verbleibe mit aller Hochachtung, Ehrwürdiger Sir, Eurer Ehrwürden gehorſamſter Diener
Johann Chriſtopher Hartwick.

P. S. Da nach Seiner Majeſtät Befehl ein Fond für das Gehalt des Gouverneurs verſchafft werden muß, entſteht die Frage, ob dieſer Plan nicht ſo verbeſſert werden könne, daß er ihm untergeordnet wäre. In ſolch einem Fall wäre es ratſam, daß die Burggrafſchaften dem Gouverneur und den Vizegouverneuren in der Hauptburggrafſchaft untertan wären. Auch habe ich im Brief vergeſſen zu erwähnen, daß die Einwohner, die gezwungen ſind, abwechſelnd die Forts und Grenzen zu bewachen, von Steuern und Regierungskoſten der Provinzen, denen ſie als Schutz dienen, befreit ſein ſollten. Ich hoffe, Sir, Sie werden dieſe unreifen Andeutungen verbeſſern, die mir in Erwartung Ihrer Ankunft in den Sinn gekommen ſind, und daß Sie meine Freiheit und meinen unreifen Patriotismus verzeihen werden.

Ich wünſche Ihnen, Ehrwürdiger Sir, ein fröhliches Neujahr und, wenn möglich, Friede, wenn nicht, Sieg und Erfolg.

Ob Hartwick bei dieſer Gelegenheit Sir Johnſon ſprach, oder ob die Briefe durch einen Boten an ihn abgeliefert wurden, iſt nicht bekannt. Leider wiſſen wir überhaupt nicht viel mehr über Hartwicks Verhältnis zu den Mohawks. Sicherlich haben die Briefe ihren Beſtimmungsort erreicht, denn ſie befanden ſich im Nachlaß Sir Johnſons[7]. Hartwicks Vorſchläge werden wohl kaum den engliſchen König erreicht haben, ſie zeigen aber, welch große Pläne in ſeinem Kopf herumgingen. Der Vorſchlag einer planmäßig von der Regierung unterſtützten Beſiedlung des neuen Gebiets kam etwas früh für das Denken jener Zeit, war aber ſehr gut. Etwa hundertundfünfzig Jahre ſpäter hat die engliſche Regierung Kanadas tatſächlich auf dieſe Weiſe große unbeſetzte Gebiete beſiedelt. Zu jener Zeit aber waren die Engländer ſchon viel zu beſchäftigt, in faſt allen Teilen der Erde andere mit dem Schwert zu verdrängen, um ſolchen friedlichen Plänen der Anſiedlung Gehör zu ſchenken. Der bittere Kampf dauerte noch drei Jahre fort, dann entſchieden die Engländer die Grenzfrage durch die Beſiegung der Franzoſen bei Quebec.

Bis die Kriegswolken ſich verzogen, konnte Hartwick die offizielle Erledigung ſeiner Sache kaum erwarten. Auch war Gouverneur James De Lancey, an den er ſich gewandt hatte, geſtorben und Cadwallader Colden an ſeine Stelle getreten. An ihn wandte nun Hartwick am 28. März 1761 wieder ſeine Bitte um „letters patent“. Am ſelben Tag wurde die Bitte gewährt, und kurz darauf erhielt er ſein Patent, das 24 000 Äcker umfaßte, im Namen des Königs von England. Intereſſant iſt es in dieſem Zuſammenhang, die weitſichtige engliſche

---

[7] Siehe Doc. Hist. N. Y. 4: 294—301; Q, 4: 191—195. Auch: James Sullivan, The Papers of Sir William Johnson. Albany 1922, Bd. II, S. 417. Über Johnſon: Arthur Pound, Johnson of the Mohawks. Neuyork 1930.

Politik zu beobachten, denn die Urkunde ſicherte dem König und ſeinen Erben auf ewig alle Gold- und Silberminen ſowie alle Bäume von 24 und mehr Zoll Durchmeſſer von 12 Zoll über der Erde ab für Maſten der engliſchen Flotte! Überhaupt wurde alles Holz, das ſich zum Schiffbau beſonders eignete, für dieſen Zweck ſichergeſtellt.

Obgleich nun dieſes alles der gewöhnliche Gang der Dinge war, habe ich abſichtlich die Sache ſo ausführlich beſprochen, um zu zeigen, welche Mühe es Hartwick gekoſtet hat, ſein Patent zu erhalten. Warum hatte er ſich ſo ſehr darum bemüht? Eine Kenntnis ſeines Charakters verbietet die Annahme, er habe dadurch reich werden wollen. Nahe Verwandte hatte er keine, verheiratet war er nicht, alſo hatte es für ihn wenig Zweck, große Schätze zu ſammeln. Nein, Hartwick war ein ſelbſtloſer Idealiſt. Er wollte nur ſein Talent im Sinne des 19. Kapitels des Lukas-Evangeliums anlegen, wie er uns ſpäter auch ſagt. Als er endlich das volle Patent erhielt, betrachtete er ſein Gut als etwas, das Gott ihm anvertraut hatte und das er anlegen ſollte, um es mit Zinſen zurückzugeben. Auf ſeinem Patent wollte er darum eine chriſtlich-ſoziale Anſiedlung für Deutſche errichten, eine Art civitas Dei. Bücher in ſeiner Bibliothek deuten an, daß er von ſolchen Anſiedlungen in Romanen ſeiner Zeit geleſen haben mag. Man denkt unwillkürlich beim Studium ſeiner Pläne an die Robinſonaden, die in ſeiner Jugendzeit Deutſchland überſchwemmten, und beſonders an „Die Inſel Felſenburg“, jene Beſchreibung einer anarchiſtiſchen Utopie pietiſtiſcher Prägung, die er als 17jähriger ſchon geleſen haben mag, oder ſogar an die chriſtlich-ſoziale Gemeinde, die Simpliziſſimus ſo ſehr lobte; denn dieſem Roman widmete man ſeit 1756 wieder neues Intereſſe.

Um ſeine Anſiedlung ſo gut wie möglich zu ſchützen, mußte jeder, dem Hartwick Land auf ſeinem Gut verpachtete, folgende Bedingungen unterſchreiben:

> Wir geben zu wiſſen, daß unter den Bedingungen, worauf die Gültigkeit der Verleihung von Land wie ſie auf der anderen Seite dieſer Urkunde beſchrieben iſt, beruht, die folgende die Hauptbedingung iſt:
>
> Daß der Empfänger entweder ein gewiſſenhaftes Mitglied der Kirchengemeinde iſt, oder binnen einem Jahr es werde. Solches beſteht aber aus folgenden Punkten:
>
> 1. Er erkennt den Verleiher Johann Chriſtopher Hartwick oder deſſen Vertreter, als ſeinen Paſtor, Lehrer und geiſtlichen Berater an.
> 2. Er wird ſich ſammt ſeiner Familie und Angehörigen dieſem Verhältnis gemäß aufführen.
> 3. Er wird regelmäßig, ordentlich, mit Aufmerkſamkeit und Andacht den Gottesdienſt und den Unterricht beſuchen, der von Johann Chriſtopher Hartwick oder ſeinem Vertreter geleitet oder gegeben wird.
> 4. Er wird nach Kräften im Bauen und Reparieren der Kirchen- und Gemeindebauten und Schulen helfen und unterſtützen.
> 5. Er wird ſeine Kinder und Diener in der Schule und im Katechismusunterricht halten, bis ſie bereit ſind, konfirmiert zu werden, falls ſie als Kinder getauft wurden, wo nicht, bis ſie zur Taufe reif ſind und zum Tiſch des Herrn zugelaſſen werden[8].

Man kann ſich denken, daß ſolche Bedingungen zu jener Zeit dem gewöhnlichen Einwanderer kaum gefielen. So iſt es denn auch leicht zu erklären, weshalb Hartwicks Gebiet nicht ſogleich von Anſiedlern beſtürmt wurde. Auch waren die Verhältniſſe jener Zeit ſehr ſchlecht. In Amerika wurde noch drei Jahre lang blutig gekämpft, während man ſich in Europa im Siebenjährigen Krieg befand. Es iſt leicht denkbar, daß volle und ſchnelle Beſiedlung des Landes unter ſolchen Umſtänden kaum zu erwarten war. Die Urkunde der Verleihung des Patents erkennt dieſe Schwierigkeiten auch an, indem ſie eine Bebauung von drei jeder 50 Äcker erſt drei Jahre nach Beendigung des Krieges mit Frankreich erwartet. Mit der Zeit aber gründete ſich dann doch eine kleine Kolonie, und um 1773 iſt nach alten Dokumenten[9] — ſolche zwiſchen 1761 und 1773 ſind nicht vorhanden — die Anſiedlung ſchon weit genug entwickelt, daß ſie den Namen Hartwick-Gemeinde trägt. Voll beſiedelt iſt das Patent aber lange nicht; dazu war die Einwanderung nicht günſtig genug. So ein entlegenes Gebiet mußte ja auch durch beſſere Straßen erſt zugänglich gemacht werden. Ferner muß man bedenken, daß die politiſchen Verhältniſſe ſich jetzt auf den Unabhängigkeitskrieg zuſpitzten. Der Kern der Kolonie war aber ſchon da, und Hartwicks Pläne hätten ſich erfüllt — hatte er doch auch ſchon Handwerker auf ſein Patent gebracht — wenn das Schickſal ihm nicht einen neuen Nachbarn gebracht hätte, der nach ganz anderen Geſetzen lebte und handelte.

---

[8] Überſetzung des Originals im Nachlaß.

[9] Dieſe befinden ſich jetzt auch in der Bibliothek des Hartwick-College. Oneonta, N. Y.

Durch Kündigung einer Hypothek kam im Jahre 1785 ein Patent von 40 000 Äckern, welches an Hartwicks Patent grenzte, in die Hände von William Cooper, Vater von James Fenimore-Cooper, zur Zeit in Burlington, New Jerſey, zu Hauſe. Es war dies das Patent, das Colonel Croghan im Jahr 1768 erhalten hatte[10], alſo ſieben Jahre nachdem Hartwick ſein Patent erhalten und 18 Jahre nach der Ausfertigung der erſten Urkunde an Hartwick durch die Autochthonen. Um die Cooperſchen Romane — und ganz beſonders „Die Pioniere“ — recht zu verſtehen, und um dieſen Roman nicht als hiſtoriſche Schilderung eines Pionierwerks von William Cooper zu betrachten, darf man dieſe Tatſachen nicht vergeſſen. Croghans Patent grenzte nun im Norden und Weſten an das Patent Hartwicks. Als ſpäter verliehenes Patent mußte es ſich an die Grenzen halten, die Hartwick vorgeſchrieben waren.

Da Cooper das Land nie geſehen hatte, verdankte er dieſes Glück eher dem Schickſal als ſeinem Geſchäftsſinn, doch muß man zugeben, daß William Cooper ſich ſehr bald als ein energiſcher und ſchlauer junger Geſchäftsmann entpuppte. Sobald wie möglich zog er auf das Land, das in ſeinen Beſitz geraten war, und vermietete es in Teilen, ohne von ſeinen Pächtern die Erfüllung ſolcher Bedingungen zu verlangen, wie ſie Hartwick aufgeſtellt hatte. Sein Zweck war, das gekaufte Patent ſo ſchnell wie möglich mit Menſchen zu füllen, um viele Arbeitskräfte zu haben. Er ſagt ſelbſt, daß binnen 16 Tagen alle 40 000 Äcker von ärmeren Leuten in kleineren Farmen gekauft worden waren. Cooper wollte ſchnell reich werden, daran iſt kein Zweifel. Sein Enkel ſagt uns, William Cooper habe allmählich auch andere große Strecken Land in der Nähe gekauft und daß er „die Verwaltung und Beſiedlung des größeren Teils vom jetzigen Otſego County (Regierungsbezirk) entweder als Eigentümer oder durch Verabredung mit den Eigentümern, ſowie anderer Gebiete in anderen Teilen des Staates, die ihm gehörten oder die er verwaltete, in Händen hatte“[11].

Wegen der aufdringlichen Natur des Herrn Cooper, ſowie wegen Hartwicks zunehmenden Alters, wußte William Cooper es einzurichten, daß er Agent des Herrn Hartwick wurde. Der Mangel an Paſtoren zu jener Zeit nötigte diejenigen, die da waren, eine Anzahl Gemeinden zu verſorgen, welches natürlich viel Umherreiſen nötig machte. Deshalb mußte auch Hartwick mehrere lutheriſche Gemeinden beſuchen. Ohne Zweifel erkannte er auch die großen Fähigkeiten des neuen Ankömmlings an, aber dennoch verwaltete er bis 1791, als er 77 Jahre alt war, ſein Patent ſelbſt. Am 13. (!) Mai jenes Jahres machte er den Fehler, William Cooper zu bevollmächtigen, $^{8}/_{11}$ ſeines Patents auf 10 Jahre (alſo bis 1801) zu verpachten. Ein Teil der Verabredung war:

> Daß der Anſiedler bei Bezahlung von 14 Shilling für den Acker, ſammt irgendwelcher Miete, die bei Ablauf des Pachtvertrags fällig ſein ſollte, zu einer Beſcheinigung des ewigen Beſitzes berechtigt ſein wird[12].

Cooper ließ ſeine Vollmacht nicht lange liegen. Er vermaß das Land wieder, zerlegte es in Farmen, und vor Ende des Jahres hatte er etwa 13 000 Äcker von Hartwicks Patent, faſt alles was noch übrig war, verpachtet. Die Bedingungen, die ſeine Gemeinſchaft ſchützen ſollten, wurden in den Urkunden Coopers weggelaſſen. Der alte Pfarrer war während dieſer Zeit anderswo beſchäftigt. Weshalb hat man ſchließlich einen Agenten?

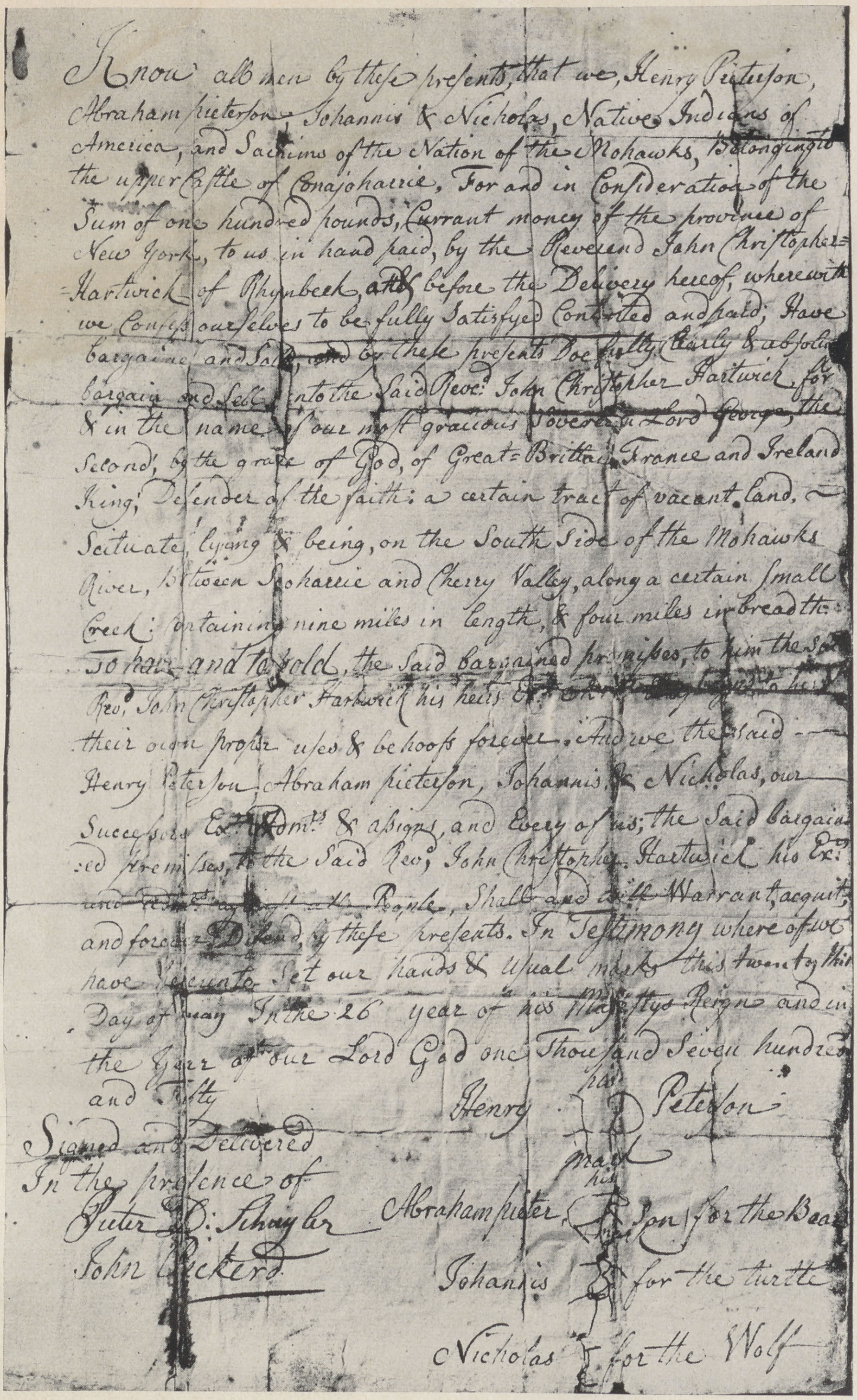
Die Methoden Coopers brachten ihm großen Reichtum. Es lohnte ſich, Farmen an arme Leute zu vermieten, ohne ſich allzuſehr um ihren Charakter zu kümmern; denn ſie bearbeiteten das Land, bebauten es, und wenn ſie die fällige Miete nicht zahlen konnten, war Cooper ſo

---

[10] A. T. Volwiler, George Croghan and the Development of Central New York, 1763—1800. In: The Quarterly Journal of the N. Y. State Historical Association, IV, January, 1923, S. 21 bis 40. Siehe beſ. S. 35f. Volwiler zeigt, daß William Cooper auf unehrliche Weiſe in den Beſitz ſogar dieſer Länder kam. Die Streitigkeiten mit Hartwick werden nicht beſprochen.

[11] William Cooper, A Guide in the Wilderness. Dublin 1810. Reprinted with an introduction by James Fenimore Cooper, 1897, for George P. Humphrey, Rocheſter, N. Y., S. I.

[12] Siehe Nachlaß in Oneonta.



Know all men by these presents, that we, Henry Peterson,
Abraham pieterson, Johannis & Nicholas, Native Indians of
America, and Sachims of the Nation of the Mohawks, Belonging to
the upper Castle of Conajoharrie, For and in Consideration of the
Sum of one hundred pounds, Currant money of the province of
New York, to us in hand paid, by the Reverend John Christopher=
Hartwick of Rhynbeck, at & before the Delivery hereof, wherewith
we Confess ourselves to be fully Satisfyed Contented and paid; Have
bargained and Sold, and by these presents Doe fully Clearly & absolu
bargain and Sell unto the Said Revd: John Christopher Hartwick for
& in the name of our most gracious Sovereign Lord George, the
Second, by the grace of God, of Great=Brittain France and Ireland
King, Defender of the faith: a certain tract of vacant land,
Scituate, lying & being, on the South Side of the Mohawks
River, between Schoharrie and Cherry Valley, along a certain Small
Creek: Containing nine miles in length, & four miles in breadth.
To have and to hold, the Said bargained premisses, to him the Sa
Rev, John Christopher Hartwick his heirs Ex: [illegible] to his
their own proper uses & behoofs forever. And we the Said
Henry Peterson, Abraham pieterson, Johannis & Nicholas, our
Successors Ex: Admrs & assigns, and Every of us; the Said bargain
=ed premisses, to the Said Revd John Christopher Hartwick his Ex:
and [illegible] against all People, Shall and will Warrant, acquit,
and forever Defend, by these presents. In Testimony whereof we
have hereunto Set our hands & Usual marks this twenty thir
Day of may In the 26 year of his Majestys Reign and in
the Year of our Lord God one Thousand Seven hundre
and Fifty

Henry his mark Peterson

Signed and Delivered
In the presence of
Peter D: Schuyler
John Pickerd

Abraham pieter his mark son for the Bea
Johannis for the turtle
Nicholas for the Wolf

Urkunde aus dem Jahre 1750, in der Mohawk=Häuptlinge mit hieroglyphiſcher Unterſchrift Landverkauf an Hartwick beſcheinigen. Hartwicks Brief iſt an die drei letzten gerichtet. Henry Peterſon war kurz zuvor für England im Krieg gegen die Franzoſen gefallen

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

freundlich, es zu tun. Auf dieſe Weiſe, ſowie durch andere Advokatenkniffe, kam das Land in Coopers Beſitz, und er ſelbſt verpachtete es von neuem. Dieſe Geſchäftsmethode wird durch alte Zeitungen von Cooperstown aus dieſer Zeit erhellt, denn ſie ſind voll von Bekanntmachungen, daß Herr William Cooper dieſe und jene Hypothek für verfallen erklärt[13].

Wie enttäuſcht war aber der alte Paſtor und Pionier Hartwick, als er ſah, wie ſein Agent ſein Vertrauen und ſeine Vollmacht mißbraucht hatte! In ſeiner kurzen Lebensbeſchreibung ſagt Hartwick unter anderem:

> „Darauf beſuchte ich meine alte Gemeinde und ſolche anderen in dem damaligen Bezirk Albany, die keine Paſtoren hatten. Zu gleicher Zeit ſah ich nach meinem Vermögen, welches ich einſt für eine evangeliſche Gemeinde von Deutſchen beſtimmt hatte. Nun fand ich es z. T. von Emigranten aus Neu England beſetzt, die ſich entweder zu keiner oder zu verſchiedenen Religionen bekannten; meiſtens waren es Anabaptiſten oder beſſer Anti- oder Abaptiſten, denn die meiſten waren nicht getauft. Deshalb zog ich nach Albany und bevollmächtigte den ehrwürdigen Jeremiah van Renſelaer, wegen ſeines freundlichen Angebots im Intereſſe meines frommen Plans, mit der Überſicht meines Guts, den ich dann auch zum Vollſtrecker meines Teſtaments beſtimmt habe“[14].

Leider wußten aber weder Hartwick noch van Renſelaer, wie ſchlau und unehrlich der Agent Cooper wirklich war. Auch war der ehrliche van Renſelaer ſo einem klugen und ſcheinheiligen Gauner nicht gewachſen. Hartwicks Anſichten über Cooper erſieht man weiter aus folgendem Brief an van Renſelaer:

> Ehrwürdiger Herr!
>
> Da meine Pächter mir berichtet haben, daß Herr Cooper ſie gezwungen hat, wenigſtens zwei Dollar für Ausfüllung der Verträge zu zahlen, und daß er zweite Verträge manchen gegeben hat — welche er jetzt ſcheinbar zurückgegeben hat[15], da er die zweiten Verträge, nicht aber die zweiten Gebühren, leugnet — hat er vier Dollar von vielen, wenn nicht allen erhalten. Da nun kein Menſch doppelt bezahlt werden ſoll, muß er entweder ſeine Vollmacht niederlegen oder das Geld zurückgeben.
>
> Johann Chriſtopher Hartwick.

Coopers Verteilung und Beſiedlung von Hartwicks übrigem Land hatte Grenzſtreitigkeiten erweckt und die ganze Sache noch mehr verwickelt. Es wurde ſo ernſt, daß Hartwicks Anwalt, van Renſelaer, ein Verwandter des Gründers der heute ſo berühmten amerikaniſchen Techniſchen Hochſchule in Neuyork, am 5. März 1793 Herrn William Elliſon zum Hartwick-Patent ſchickte, um das ganze Land wieder zu vermeſſen und Coopers Linien zu unterſuchen. Sorgfältige Vorſchriften wurden dem Feldmeſſer mitgegeben. Etwa zwei Wochen ſpäter war er am Ort und berichtete, daß ein Teil des Landes von Anſiedlern ohne Pachtverträge bewohnt ſei, ferner, daß der Richter Cooper — Cooper war 1791 zum erſten Richter von Otſego County ernannt worden — ihn vom Vermeſſen abhalte. Eine Menge unveröffentlichter Briefe und Berichte beweiſen, daß dieſer erſte Richter auch hier ohne Zweifel unehrlich an Hartwick gehandelt hat. Zwei Zitate mögen zur Beweisführung genügen[16].

Am 15. Oktober des Jahres 1793 berichtet der Feldmeſſer, Herr Elliſon, an van Renſelaer:

> Herr Baker wird Ihnen dieſen (Brief?) von den Pächtern des Paſtors überreichen; ſie ſind unglücklich darüber, daß Richter Cooper des Paſtors Land entweder ſchon hat oder zu erlangen vorhat, da er von jedem Anteil ſoviel genommen hat, wie er vom Patent ſich angeeignet hatte. — Ich bin auf etlichen Anteilen, die noch nicht gepachtet ſind, geweſen und werde Ihnen in einigen Tagen einen Bericht ſchicken.

---

[13] Dieſe Zeitungen ſind in dem Muſeum der Otsego County Historical Society, Inc., Cooperstown, N. Y.

[14] Original im Neuyorker Staatsarchiv, Albany. Ich überſetze hier aus einer beglaubigten Abſchrift, die jetzt in der Bibliothek des Hartwick-College, Oneonta, Neuyork, liegt.

[15] Daß dies nicht getan worden war, erſieht man aus: J. Holden, The Holdens of Hartwick. Cooperstown 1932, S. 211—214. Hartwicks Brief iſt aus dem Nachlaß überſetzt.

[16] Ich überſetze hier aus den Original-Briefen, die im Nachlaß ſind. Die Beſchreibung dieſer ganzen Sache iſt auf größtenteils unbekannte Urkunden und Dokumente gegründet, die jetzt im Nachlaß zu finden ſind.

> Die Linien ſind ſchief und falſch gezogen, manchmal kann ich der Linie folgen, manchmal kreuze ich ſie, andere Male iſt der Unterſchied ſo groß wie zwei „Ketten“ (1 „chain“ macht 66 amerikan. Fuß) in einem Anteil.
>
> Erſtens war es eine überlegte Betrügerei und zweitens eine ungeſchickte Erledigung.
>
> Ich hätte die Vermeſſung des Patents im April oder Mai beendet, wenn der Richter mich nicht verwirrt und getäuſcht hätte. Ich bin mir bewußt, er weiß nicht, was mit ſich anzufangen wegen ſolcher unverſchämten Handlungen. Der letzte Brief, den ich von Euch bekam, wurde mir von ihm zur ſelben Zeit überreicht, als er den Leuten ſagte, er habe die Länder gekauft, die verpachtet waren. Doch hatte ich Ihren Brief in der Hand, der nun vorſchlug einen Ausgleich zu verſuchen.

Man darf nicht vergeſſen, daß Cooper die Einteilung, wovon hier die Rede iſt, vorgenommen hatte. Auch hatte Cooper die Grenzen ſeines Patents überſchritten.

Am 2. November 1793 ſchreibt William Cumming, ein Pächter des Herrn Hartwick, an van Renſelaer:

> Donnerstag in Cooperstown angekommen, erfuhr ich, daß Richter Cooper die Einwohner des Patents am Samstag zu einer Verſammlung in ſein Haus berufen habe, um zu ſehen, wer unter ihm oder unter Herrn Hartwick wohnen wolle. Ich veranlaßte ſie ſogleich, mich am Freitag zu treffen, damit ich ihnen die Sachlage erklären und ihre Pachtverträge durchſehen könne. Diejenigen, welche Verträge für große Strecken Land eingegangen waren, haben, lange nachdem ſeine Vollmacht widerrufen worden war, die alten Verträge Herrn Cooper übergeben, der die Namen und Siegel davon entfernt und neue Verträge ausgeſchrieben hat. Nicht nur erſtere, ſondern auch letztere unterzeichnete er wie immer als Hartwicks Anwalt. Es ſind aber eine Anzahl, die alte und neue Verträge haben, welche mir beiſtehen und welche die Verſammlung gar nicht beſuchten, in der er ſich ganz lächerlich ſchurkenhaft gezeigt und gegen mich ganz gemein geredet hat. Man ſagt mir auch er habe den Leuten geſagt, daß er die Länder nur deswegen kaufen will, um zu verhindern, daß ſie ihrer Länder verluſtig gehen, und daß ſie mir nicht glauben ſollten. Da ich nur mein Wort geben könne, wäre es nur ein Plan ſie zu betrügen. — Ich wünſchte, Sie würden ſobald wie möglich an die Leute ſchreiben, denn er bläſt ihnen täglich in die Ohren. Wenn möglich, laſſen Sie ihn nichts haben. Ich wünſchte, Sie würden mir ſo ſchnell wie möglich ſchreiben, und ſchicken Sie den Brief an David Culley, ſonſt wird er mir vorenthalten. Herr Elliſon geht mit dem Vermeſſen ſo ſchnell wie möglich vorwärts.

Es wurde der 8. Januar, ehe die Vermeſſung beendet wurde und ehe William Elliſon vor dem Richter Cooper erſchien und unter feierlichem Eid verſicherte, er habe eine gewiſſenhafte Vermeſſung beendet — dies nachdem derſelbe Richter die Feldmeſſung zehn Monate in die Länge gezogen hatte!

Die Grenzſtreitigkeiten ſchienen nun wohl beendet, aber durchaus noch nicht Coopers Begehren nach dem Land, welches Hartwick verpachtet hatte. Seine liſtigen Verſuche, das Vertrauen, das Hartwicks Pächter zu ihrem Prediger hatten, zu untergraben, wurden am 10. Mai 1794 mit Erfolg gekrönt, denn an dieſem Tage gelang es ihm, 34 Anſiedler auf dem Hartwick-Patent dazu zu bringen, daß ſie ihre Pachtverträge ihm überſchrieben und ihn zu ihrem Anwalt machten. Die Farmen dieſer 34 waren nun in ſeiner Hand. Nun brauchte er es nur fertig zu bringen, in den endgültigen Beſitz derſelben zu kommen. Solche Verhältniſſe waren es wohl, die Hartwick bewogen, ſein auf dem Patent ſtehendes Haus erneuern zu laſſen, damit er ſelber wieder dort wohnen könne und perſönlich ſein Patent bewachen und möglicherweiſe andere Pläne durchführen könne. Am 8. April 1795 ſchickt er Herrn C. H. Huner dahin, um ſein Haus, welches auf der durch die Flüſſe Oaks und Susquehanna gebildeten Landſpitze lag, wohnbar zu machen. Als Helfer ſollte Huner aber nur Leute von Hartwicks Patent gebrauchen.

Briefe, die während dieſer ganzen Zeit geſchrieben werden, zeigen, daß der Richter Cooper immer mehr Schliche anwendet, um mehr Farmen auf Hartwicks Patent unter ſeinen Namen zu bringen. Huner berichtet dann auf Deutſch, daß Cooper den Leuten ganz frech ſage, Hartwick „würde bald ſterben, drum können ſie ſagen und machen, nach ihrem Wunſch und Hertzens Begier“.

William Cooper fährt noch ruhig weiter fort, Hartwicks Agenten zu ſpielen. Folgender Brief, den er am 27. Juni 1795 an Hartwick in Albany ſchrieb, iſt für ſein Verfahren recht kennzeichnend:

Sir: Ich habe in der Albany Bank für Sie die Miete für 13000 Äcker Land deponiert, die Sie im Jahre 1791 an 32 Leute verpachteten und wofür ich Ihnen bis jetzt drei Jahre Miete bezahlt habe. Auch habe ich Herrn van Renſelaer 219 Pfund und die Miete für ein Jahr hinterlaſſen in voller Bezahlung des Grundſtücks, das Sie an Simion Rice verpachtet haben, und deſſen Pachtſchein nun mir überwieſen iſt. Deshalb zahle ich das Geld und verlange von Ihnen gemäß Kontrakt eine Beſcheinigung meines Beſitzes dieſes Landes[17].

Ich verbleibe, Sir, Ihr Freund
William Cooper.

Hier ſieht man nun ganz deutlich, wie fein geſetzlich der Richter handelt. Bis jetzt geſchieht alles noch mit einem Schein des Rechts, und dabei iſt er nicht leicht zu faſſen.

Hartwick war nun ſchon 81 Jahre alt, trotzdem aber noch ſehr rüſtig. Da der Plan einer deutſchen evangeliſchen Anſiedlung durch Cooper unmöglich gemacht worden war, hatte Hartwick in ſeinem Teſtament andere Einrichtungen getroffen. Auf dem Gebiet, das noch nicht vermietet war, ſollte eine Schule zur Ausbildung von Predigern und Miſſionaren errichtet werden. Die bisherigen Einkünfte ſeines Patents ſollten dazu dienen, die Hochſchule anzufangen, die ſpäteren Einkünfte ſollten ſie erhalten.

Als Vollſtrecker ſeines Teſtaments hatte er ſchon van Renſelaer ernannt; nun ernannte er auf Rat ſeiner Freunde einen zweiten: Frederick Auguſtus Mühlenberg, Mitglied und Vorſitzender des Kongreſſes. Cooper war aber auch ein Mitglied des Kongreſſes, und bei der Tagung von 1796 in Philadelphia benutzte er denn auch die Gelegenheit, um ſich an dieſen einflußreichen Mann heranzuſchleichen. Mühlenberg hat ihm zuerſt auch ſoweit getraut, daß er Hartwick ſchrieb, Cooper könne ihm bei der Ausführung ſeines Plans für eine Hochſchule ſehr behilflich ſein. Dafür kannte der alte Hartwick den ſchlauen Richter Cooper aber doch zu gut. Er hatte ſchon längere Zeit überlegt, ob er dieſen läſtigen Agenten nicht vor Gericht fordern könnte, um ſeine Angelegenheiten ein für allemal ins Reine zu bringen. Da Cooper aber ſelbſt Richter und Mitglied des Kongreſſes war, ließ ſich ſo etwas nicht leicht machen. Aber eben dieſe Sache beſchäftigte ihn noch, als er eine Reiſe nach Neuyork machte, wohl um dort weiteren Rat von Mühlenberg und anderen zu holen. In ſeiner Abweſenheit war Cooper wieder in Albany geweſen und hatte, ohne van Renſelaer von ſeiner Anweſenheit in Albany in Kenntnis zu ſetzen, Miete für Herrn Hartwick deponiert. Hartwick wollte dieſe Summe nicht annehmen, um dadurch nicht Cooper weiter als Vertreter anzuerkennen; aber van Renſelaer riet dennoch zur Annahme, weil das Geld nun einmal da war. In dieſem Brief vom 13. Juli 1796 riet er aber auch Hartwick, von einem gerichtlichen Verfahren abzuſtehen, und wies darauf hin, daß ſolch ein Schritt wegen ſeines Berufs als Prediger ſowie wegen ſeines Alters nicht ratſam ſei. Er wollte ſelbſt noch einmal verſuchen, ob er dieſe Sache nicht ſchlichten könne. Es iſt wahrhaft rührend zu leſen, wie edel dieſer Mann an Hartwick gehandelt hat[6].

Hartwick hatte nicht mehr Zeit, hierauf zu antworten; denn er ſtarb auf der Rückfahrt nach Albany, wo er die Frage der Anklage wohl noch weiter mit van Renſelaer perſönlich beſprechen wollte.

Unter den vielen Legenden über Hartwick, die ſich faſt bis heute erhalten haben, iſt die von ſeinem Tode am ſonderbarſten. Vierzig Jahre vor ſeinem Tode hatte ihm an ſeinem Geburtstag geträumt, er werde genau vierzig Jahre länger leben. Dieſer Traum war ihm ſo in Fleiſch und Blut übergegangen, daß er an ſeiner Erfüllung nicht zweifelte. Am Tage vor Beendigung ſeiner Friſt auf Erden kam er in das Haus des ehrwürdigen John R. Livingſton, der in Ducheß County am Hudſon wohnte. Dieſe Familie kannte er ſehr gut. Er ſagte ihnen, er ſei gekommen, in ihrem Hauſe zu ſterben; dennoch ſchien er ganz geſund zu ſein, nahm an der religiöſen Unterhaltung teil und leitete am Abend die Hausandacht. Am andern Morgen ſchien er auch noch ganz geſund, frühſtückte und unterhielt ſich mit der Familie bis fünf oder ſechs Minuten vor der Zeit, die er ſich als letzte Stunde zurechtgedacht hatte, nämlich elf Uhr morgens. Er ging dann auf ſein Zimmer, wohin Herr Livingſton ihm unbemerkt folgte. Er bemerkte, daß Hartwick ſich auskleidete; da ſchlug die Uhr und Herr Hartwick fiel zurück aufs Bett und ſtarb [18]. Und wenn das nicht wahr iſt, ſo iſt es gut erfunden.

---

[17] Überſetzung des engliſchen Originals im Nachlaß.

Man beerdigte ihn in der lutheriſchen Kirche in German Camp bei Clermont; da ſein Teſtament aber der Ebenezer Kirche in Albany eine beſtimmte Summe hinterlaſſen hatte, damit er dort ruhen könne, wurden ſeine Gebeine nach zwei Jahren ausgegraben und nach einer zeitweiligen Beilegung in Albany, im Mai 1798, in ein ſteinernes Grab gelegt. Ebenezer wurde aber ſpäter abgeriſſen, und ſo wurden ſeine Gebeine in einem Kirchhof beerdigt. Als Albany ſich dann ausbreitete, wurde dieſer Kirchhof beſeitigt, und die Gebeine des müden Wanderers zum viertenmal zur Ruhe gebettet. Diesmal gingen Grabſtein und Gebeine aber verſchiedene Wege. Der Grabſtein wurde auf das Patent und ſpäter nach Oneonta zur neuen Hartwick-Hochſchule gebracht. Es iſt vielleicht beſſer, daß ſeine Gebeine jetzt an unbekannter Stätte ruhen.

Was nach Hartwicks Tode mit ſeinem Gut geſchah, iſt eine lange Geſchichte verwickelter Streitigkeiten [19], an denen ſich bedeutende Männer Amerikas beteiligten. Sogar Aaron Burr, der dritte Vizepräſident der Vereinigten Staaten, gab ein Gutachten über das Teſtament des Pioniers Hartwick ab [20]. Hier können wir nur in großen Zügen unſeren Bericht weiterführen, denn uns intereſſiert hauptſächlich, was aus dem Gebiet geworden iſt, welches einer deutſchen Gemeinſchaftsanſiedlung dienen ſollte.

Hartwick war für Cooper zu einer recht günſtigen Zeit geſtorben. Nach dem Tode des Paſtors ſtellte ſich heraus, daß von den 24 000 Äckern des Hartwick-Patents nur noch 3000 übrig waren. Was mit weiteren 3000 geſchehen war, konnte Cooper überhaupt nicht erklären. Etwa 13 000 Äcker hatte er „im Intereſſe der Pächter“ Hartwicks ſich ſelbſt überſchreiben laſſen; deshalb die neuen Pachtverträge, in denen die Länder unter ſeinen Namen kamen, was ihn berechtigte, ſie nach Ablauf der zehn Jahre — wenn nicht früher — auf ewig zu kaufen. Höchſtwahrſcheinlich war dieſe Sache Hartwick bekannt geworden, als er gerichtlich vorgehen wollte. Bald nach ſeinem Tode bemühte ſich Cooper, erſt unter dem Schein eines Intereſſes für die Wohlfahrt der Pächter, dann auch ganz offen in ſeinem eignen Intereſſe, eine Urkunde über den ewigen Beſitz jener von ihm an ſich ſelbſt verpachteten Grundſtücke zu bekommen. In einem Brief an van Renſelaer gibt Mühlenberg ſeine große Verachtung für ſolch einen unverſchämten Menſchen kund. Trotz ihrer Verachtung für den Richter ließ ſich nach dem Geſetz aber nichts anderes machen, als das Land zu verkaufen. Später beſtritt Cooper wieder die Grenzen des Patents, obgleich es das erſte dort geweſen war und obgleich es verſchiedene Male vor ſeiner Ankunft auf Croghans Patent vermeſſen worden war.

3000 Äcker Land und etwa 15 000 Dollar waren nun da, um die Hochſchule zu gründen, die Hartwick gewünſcht hatte. Auch hier war Cooper nicht dumm. Er verſuchte alles, um es dahin zu bringen, daß die Hochſchule in der Stadt, die er gegründet hatte, und nicht in dem älteren „Vorort“ Hartwick, gebaut würde. Er wollte die Sache natürlich unterſtützen, und tatſächlich wäre es, nachdem Cooper ſchon ſo viel an ſich geriſſen hatte, für die Zukunft der Schule beſſer geweſen, in Cooperstown zu bauen, welches doch früher mit zu Hartwicks Patent gehört hatte.

Hartwick wollte ein „Gymnasium Evangelicum Ministeriale pro propagatione Evangeliae Christianae Religionis inter Gentiles“ begründen, d. h. eine lutheriſche Hochſchule, die Theologen heranbilden ſollte, vor allem für die äußere Miſſion unter den heidniſchen Indianerſtämmen [21]. Obwohl zunächſt kein geeignetes Gebäude vorhanden war, wurde mit dem Unterricht ſofort begonnen. Dr. Johann C. Kunze, Vorſitzender der Neuyorker Geiſtlichkeit, wurde zum „Profeſſor der Theologie“ an der zu gründenden Hochſchule ernannt und übernahm für ein Honorar von $ 500 die eigentliche theologiſche Ausbildung. Profeſſor A. T. Braun, der früher als katholiſcher Miſſionar unter den Indianern gewirkt hatte und jetzt als Pfarrer an der lutheriſchen Ebenezer Kirche in Albany amtierte, hielt dort ſtudentiſche Vorbereitungskurſe ab, wie ſie noch heute an engliſchen und amerikaniſchen Colleges üblich ſind. Beide Geiſtliche führten ihre Pfarrämter nebenbei weiter, und Profeſſor Kunze blieb bis zu ſeinem Tode im Jahre 1807 in Neuyork. Nur Paſtor Johann Friedrich Ernſt aus Churchtown ſiedelte nach Cooperstown über und leitete dort für „$ 250 und freie Nutznießung von 100 Äckern Landes" den Schulunterricht im Sinne der engliſchen ,,preparatory school“. Dieſe Unkoſten konnten aus den Einnahmen des Hartwickſchen Landbeſitzes beſtritten werden[22]. Die Bibliothek dieſer ſo weit verſtreuten Hochſchule, der Hartwick ſelbſt über 400 Bände vermacht hatte, befand ſich zunächſt in Schenectady. Profeſſor Kunze lagen von Anfang an die von Hartwick gewünſchten miſſionariſchen Ziele der Anſtalt ſehr am Herzen. Aber obgleich ſie von Profeſſor Braun aufs beſte unterſtützt wurden, ſcheiterten ſie an der ſtaatlichen Erlaubnis[23].

---

[18] Erneſt L. Hazelius, History of the American Lutheran Church . . . 1846, S. 110.

[19] Vgl. z. B. John C. Kunze, Statement of a Case Concerning the Establishment of a Professorship of Divinity in the German Lutheran Church in the State of New York. (Broſchüre) Neuyork 1805.

[20] Original im Nachlaß.

[21] Vgl. Abdel Roß Wentz, History of the Gettysburg Theological Seminary, 1826—1926. Philadelphia, Pa., 1926, S. 66f.

Auch ſonſt führte die Art und Weiſe, in der Hartwicks Teſtament vollſtreckt wurde, zu Streitigkeiten. Da ſich herausgeſtellt hatte, daß Hartwicks Plan einer Schule auf ſeinem Patent nicht mehr durchführbar war, weil faſt alles Land jetzt unter Coopers Namen ſtand[24], wollte man die Hochſchule dort bauen, wo ſie von lutheriſchen Gemeinden am meiſten unterſtützt werden würde. Schoharie, Cooperstown, Neuyork, Rhinebeck und Albany wurden lange erwogen[25]. Man hatte ſchon mit dem Bau in Albany angefangen, als einige alte Anſiedler auf dem Hartwick-Patent, nämlich diejenigen, die noch unter dem alten Plan dort hingezogen waren, mit einem Gerichtsverfahren drohten. Daraufhin wurde der Grundriß wieder abgetragen und man fing im Jahre 1812 in Hartwick ſelbſt auf einer Anhöhe wieder neu an. Tatſächlich konnte die Hochſchule nach dreijähriger Bauzeit im Jahre 1815 eröffnet werden. Im Jahre 1841 wurde das Gebäude durch zwei neue Flügel erweitert und 25 Jahre ſpäter durch einen weiteren großzügigen Umbau den wachſenden Raumbedürfniſſen angepaßt[26].

William Cooper hat die Errichtung des Gebäudes, welches heute noch ſteht, nicht mehr erlebt. Er muß ſeine Gemeinheit denn doch zuletzt zu weit getrieben haben. Als er am 22. Dezember 1809 nach einer politiſchen Verſammlung in Albany die Halle verließ, ſchlug ihn ein Gegner ſo hart auf den Kopf, daß er kurz darauf ſtarb. So kam es, daß er ſeinen Geiſt in der Nähe von Hartwicks Ruheſtätte aushauchte.

Das Teſtament dieſes berühmten Mannes, der in der galanten Welt auch eine große Rolle ſpielte, ſah ganz anders aus als das Hartwicks. Er hinterließ nebſt vielen Farmen und Landſtrecken die Summe von $^3/_4$ Millionen (amerikan.) Dollar, etliche Millionen in modernem Geld. Dabei hatte ſeine Frau noch ihr perſönliches Eigentum. Dieſes große Gut wurde unter ſechs Kinder verteilt, fünf Söhne und eine Tochter. Jedes Kind bekam ſofort 50 000 Dollar. Das ganze Gut ſollte aber erſt im Jahre 1815 verteilt werden. Die große Verſchwendungsgabe der Söhne ließ ſie aber nicht ſo lange warten. Um mehr bar zu bekommen, borgten ſie faſt ſogleich auf das Gut. Die Freude am Leben beſchäftigte ſie zu ſehr, um ihnen Zeit für die ordentliche Beaufſichtigung des ihnen hinterlaſſenen Gutes zu geben. So lebten ſie denn froh in den Tag hinein. Doch plötzlich ging es zu Ende. Richard ſtarb im Jahre 1813, Iſaak im Jahre 1818, William und Samuel im Jahre 1819. Zehn Jahre nach dem Tode des Vaters lebte von den Söhnen nur noch derjenige, der dem Vater und der ganzen Familie die größte Ehre bringen ſollte, und der ſich in ſehr anerkennenswerter Weiſe der Verwaiſten annahm. Richard hatte mit 37 Jahren das höchſte Alter erreicht[27].

---

[22] William Hull, Hartwick Seminary. In: The Lutheran Quarterly, hrsg. von J. A. Brown, Bd. VIII, Nr. 4. Gettysburg, Oktober 1878, S. 594.

[23] Erfolgreicher waren Kunzes Bemühungen um die Einführung der engliſchen Sprache nicht nur an dem Predigerſeminar, ſondern überhaupt in den Kreiſen der deutſchen lutheriſchen Kirche in Amerika, beſonders durch die Veröffentlichung eines engliſchen Geſangbuches und einer Überſetzung des lutheriſchen Katechismus. Vgl. A. R. Wentz, S. 68.

[24] Sogar das Original von Hartwicks Patent iſt in dem Otsego County Historical Society Museum als im Beſitz Coopers aufgezeichnet.

[25] W. Hull, S. 603 ff.; A. R. Wentz, S. 69.

[26] Für Einzelheiten über den Bau vgl. die ,,Survey of Higher Education for the United Lutheran Church in America“, hrsg. von R. J. Leonard, E. S. Evenden und F. B. O'Rear, Bd. I. Neuyork 1929, S. 245 ff.

Hartwicks Schule, die ſchließlich gegründet worden war, hatte eine theologiſche und eine akademiſche Abteilung. Von den beiden war die letztere am erfolgreichſten. Lange Zeit war ſie ſehr angeſehen und viele berühmte Männer Neuyorks wurden dort ausgebildet. Einer der berühmteſten iſt wohl der Deutſche Johann A. Quitmann, der ſpäter nach Miſſiſſippi zog und, als Gouverneur dieſes Staates, die Staatsuniverſität von Miſſiſſippi gründete. Er ſpielte auch eine führende Rolle in dem Krieg gegen Mexiko. Er war der erſte, der in die eroberte Hauptſtadt Mexikos einzog, und wurde zum Gouverneur der Hauptſtadt ernannt. Später wurde er von Miſſiſſippi in den Kongreß in Waſhington gewählt, wo er bis zu ſeinem Tode dieſen Staat vertrat[28].

Leider hatte Hartwick den Fehler gemacht, zu beſtimmen, daß der Leiter ſeiner Schule immer ein lutheriſcher Paſtor ſein müſſe. Das hat die Schule große Verluſte gekoſtet und war wohl ſchließlich mit daran ſchuld, daß ſie endlich verlegt werden mußte. Heute beſteht die Hochſchule auf dem Hartwick-Patent nicht mehr. Die Gebäude wurden während der letzten Wirtſchaftskriſe an die Bundesregierung zur Beherbergung von Arbeitsloſen vermietet. Die theologiſche Abteilung von Hartwicks Schule friſtet ſeit einigen Jahren in Brooklyn ein kümmerliches Daſein und wird wohl endgültig geſchloſſen werden müſſen. Die akademiſche Abteilung wurde nach Oneonta verlegt und zu einem vierjährigen amerikaniſchen College erweitert. Trotz ſchwerer finanzieller Kämpfe iſt ſie noch am Leben und darf der Zukunft mit größerem Vertrauen entgegenſehen.

Hätte William Cooper das Vertrauen, das Hartwick ihm ſo lange ſchenkte, nicht auf ſo ſelbſtſüchtige Weiſe mißbraucht, dann wäre die Hochſchule, die dieſer deutſche Idealiſt gründete, heute ebenſo berühmt wie viele der größten Univerſitäten Amerikas, denn ſehr wenige haben ſolch einen günſtigen Anfang gehabt, wie ſie hätte haben können.

Und was iſt von der deutſchen Anſiedlung an den Quellen des Susquehanna heute noch zu ſehen? Obgleich William Cooper den urſprünglichen Plan vereitelte, zeugt der Name des Orts Hartwick, den man auf Karten vom Staat Neuyork findet, noch heute davon. Wenn man heute die ſchönen Autoſtraßen entlang fährt, die durch dieſes landſchaftlich ſchöne Gebiet ziehen, das zu den herrlichſten Amerikas gehört, kommt man direkt an den Schulgebäuden von Hartwick vorbei. Einige Meilen weſtlich führt eine andere Autoſtraße durch das Städtchen Hartwick. In beiden Orten wohnen noch Nachkommen alter Anſiedler, die einem die intereſſanteſten Sagen von Hartwick aus Gotha erzählen können.

Endlich noch ein Wort über den berühmten Sohn von Hartwicks zeitweiligem Agenten, James Fenimore-Cooper, den Verfaſſer der Lederſtrumpferzählungen. Noch zu ſeinen Lebzeiten und zum größten Teil im ſelben Jahr wie der engliſche Originaldruck erſchienen ſeine Werke in deutſcher Überſetzung[29]. Die Begeiſterung, mit der ſie überall und ſogar in Goethes Haus geleſen wurden, hat ſich bis heute erhalten. Im Jahre 1931, einhundert Jahre nach Coopers Beſuch in Dürckheim, veröffentlichte ein Bürgermeiſter von Grethen bei Dürckheim eine von ihm frei bearbeitete Umdichtung von Coopers „Heidenmauer“[30], einem Werk, worin Cooper durch die Geſchichte der Zerſtörung der Limburg, die er in die Reformationszeit verlegt, die politiſchen und ſozialen Umwälzungen ſeiner Zeit, wie er ſie in Frankreich miterlebte, beſpiegelte. Und vor nicht allzulanger Zeit wurde in „Weſtermanns Monatsheften“ die Frage erörtert, ob Lederſtrumpf ein Deutſcher war[31], und vor fünf Jahren wurde dieſe Frage in einem

---

[27] Henry W. Boynton, James Fenimore Cooper, Neuyork 1931, S. 55ff.; Robert E. Spiller, Fenimore Cooper: Critic of his Times, Neuyork 1931.

[28] A. B. Fauſt, The German Element in the United States. Neuyork 1927, Bd. I, S. 520f, Bd. II, S. 411. Fauſt ſagt ſonſt nichts über Hartwick.

[29] Vgl. Robert E. Spiller, A Descriptive Bibliography of the Writings of James Fenimore Cooper.

[30] Hermann Schäfer, Meta und Berchthold. Neuſtadt a. d. Haardt 1931.

[31] Carl Sueſſer, War Lederſtrumpf ein Deutſcher? In: Weſtermanns Monatshefte, Mai 1934, S. 245—249.

Nachwort zu einer neuen Ausgabe der Lederſtrumpferzählungen weiter beſprochen[32]. Obwohl dieſes Problem wohl nie endgültig gelöſt werden wird, glaube ich einen viel wichtigeren Anteil des Deutſchtums, und zwar an der Urbarmachung jenes Teils von Neuyork, in dem der Lederſtrumpf ſein glückliches Daſein führte, zum erſten Male nachgewieſen zu haben.

Das Cooperſche Werk, das Goethe am meiſten intereſſierte, war „Die Pioniere, oder die Quellen des Suſquehanna". Es iſt ſogar nachgewieſen worden, daß ſeine „Novelle" von dieſem Werk ſtark beeinflußt wurde[33]. Man hat bis jetzt dieſes Werk aber zu genau hiſtoriſch aufgefaßt und nur im Leben des Vaters, William Cooper, das Vorbild der „Pioniere" ſehen wollen. Gewiß iſt es auch eben dieſe Beſchreibung der Eroberung einer neuen Welt, die Goethe noch im hohen Alter, wie doch aus „Fauſt" zu ſchließen iſt, feſſelte. Was hätte Goethe aber geſagt, wenn er gewußt hätte, daß eben dieſes Gebiet, von dem er las, nicht vom Vater des berühmten Dichters, ſondern von einem Landsmann aus dem ganz in der Nähe liegenden Gotha zuerſt erſchloſſen wurde? Und doch hatte ein Deutſcher aus Gotha dort ſogar vier Jahre vor der Geburt von Coopers Vater in Pennſylvanien von den Indianern ein großes Gebiet für eine ſpätere deutſche, ſozialiſtiſche Anſiedlung erworben.

Daß Hiſtoriker und Biographen Coopers ſich mit dieſer Sache noch nicht befaßt haben, erklärt ſich dadurch, daß Cooper eine Beſchreibung ſeines Lebens verbot und eine ſolche ſogar durch Zerſtörung vieler Quellen erſchwerte, ja faſt unmöglich machte. So nahm man denn die ſchöne Erzählung „Die Pioniere" als vollſtändigen Bericht der Erſchließung dieſes Gebiets an und kümmerte ſich nicht um den Nachlaß des Gothaers, der doch dieſe ganze Sache in ein anderes Licht gerückt hätte. Was über Hartwick geſchrieben wurde, erſchien in Kirchenblättern und befaßte ſich meiſtens mit ihm als Prediger. Dieſe Kirchenblätter wurden natürlich von Lutheranern geleſen, den Gelehrten blieben ſie unbekannt. Auch waren die Briefe und Dokumente dieſes guten Mannes ziemlich zerſtreut und an vergeſſenen Orten aufbewahrt; während eines zweijährigen Aufenthalts als Dozent am Hartwick-College, Oneonta, N. Y., habe ich ſie aber ſo gut wie möglich zuſammengeſucht und habe auf Grund derſelben nun dieſen Bericht über den mißglückten Plan einer Deutſchen Chriſtlich-Sozialen Anſiedlung an den Quellen des Suſquehanna erſtattet.

---

[32] Nachwort von Rudolf Dreſcher in: James Fenimore Cooper, Die Lederſtrumpferzählungen. Leipzig 1936.

[33] Sp. Wukadinović, Goethes „Novelle". Halle 1909.

Die germaniſche Bevölkerung der Hawaiiſchen Inſeln mit beſonderer Berückſichtigung des Deutſchtums

Von Albert Kolb, Leipzig

Mit 1 Bildtafel

Weiße Menſchen mittel- und nordeuropäiſcher Abſtammung und deren amerikaniſche Nachkommen waren die erſten Einwanderer auf den polyneſiſchen Hawaiiſchen Inſeln. Sie kamen als Seefahrer, Händler, Kaufleute und Miſſionare und haben vornehmlich von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an die Inſeln zu einer Plantagenkolonie der Länder der gemäßigten Zone umgeſtaltet. Dieſe Gruppe von Pionieren, deren Nachkommen großenteils auch heute noch die Führung der Inſeln in ihren Händen halten, wird auf den Inſeln ſtreng geſchieden von den ſpäter eingewanderten portugieſiſchen und auch ſpaniſchen Feldarbeitern. Der Hawaiier nennt Angehörige der erſteren „Haole“ und verſteht darunter Fremde in wirtſchaftlich einflußreicher Stellung. Raſſiſch geſehen bezeichnet er damit faſt geſchloſſen den germaniſchen Bevölkerungsſtamm. Wenn dieſer im folgenden nicht immer völlig rein behandelt werden kann, ſo ſind dafür ſtatiſtiſche Gründe maßgebend.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zählte man etwa 1000 Haole, vornehmlich Männer, von denen viele mit eingeborenen Frauen verheiratet waren. Mit dem wirtſchaftlichen Ausbau der Inſeln zu einem Plantagenland kamen noch zahlreiche Weiße gleicher Abſtammung herein, teils aus Amerika, teils aus England, Deutſchland und den ſkandinaviſchen Ländern. Im Jahre 1900 war dieſe Gruppe auf 8547 Menſchen angewachſen. Die die Inſeln wirtſchaftlich führenden und kontrollierenden Haole ſtanden damit zahlenmäßig an ſechſter Stelle unter den zahlreichen auf den Hawaiiſchen Inſeln lebenden Gruppen hinter den Japanern, Chineſen, Portugieſen, Hawaiiern und den Miſchlingen. Seitdem iſt ihre Zahl, vor allem nach dem Weltkrieg, ſehr raſch angewachſen. Im Jahre 1930 ſtanden ſie mit 44 895 Vertretern an dritter Stelle hinter den mit großem Vorſprung führenden Japanern und den Filipinos. Die ſtarke Zunahme hing aber nur zum kleineren Teil mit dem weiteren wirtſchaftlichen Ausbau der Inſeln zuſammen. Vielmehr haben die Vereinigten Staaten in dieſer Zeit ihren Außenbeſitz ſtark befeſtigt und hier ihre größte Friedensgarniſon mit etwa 20 000 Mann geſchaffen. Dieſe Soldaten beeinfluſſen das biologiſche Bild der Haole-Gruppe natürlich ſehr erheblich.

Der Altersaufbau der weißen Bevölkerung zeigte noch nie ein normales Bild. Deutlich zerfällt auch die Bevölkerungspyramide von 1910 in zwei verſchiedene Teile. Die Altersklaſſen unter zwanzig Jahren ſind viel zu ſchwach vertreten, zeigen aber eine durchaus normale Beteiligung der beiden Geſchlechter. Die darauffolgenden Jahrgänge zwiſchen zwanzig und fünfundvierzig Jahren dagegen ſind viel breiter beſetzt und weiſen vor allen Dingen einen ſtarken Männerüberſchuß auf. Nur der Kern der ganzen Pyramide wird von Familien gebildet, deren Kinder den unteren Teil der Pyramide aufbauen. Dieſe Hauptgruppe der Haole reicht aber nicht aus, um den notwendigen Bedarf an weißen Arbeitskräften ſicherzuſtellen. Eine größere Zahl von unverheirateten männlichen Einwanderern aus dem Feſtland hilft die Bedarfslücke ſchließen. Nur ein Teil von ihnen bleibt aber dauernd auf den Inſeln und findet einen gleichraſſiſchen Ehepartner. Viele wandern nach einigen Jahren wieder auf das Feſtland zurück.

Im Jahre 1930 wiederholt ſich dieſer Aufbau der Pyramide wieder. Nur ſind jetzt die Altersklaſſen zwiſchen zwanzig und dreißig Jahren noch weit ſtärker vertreten. In der Über-

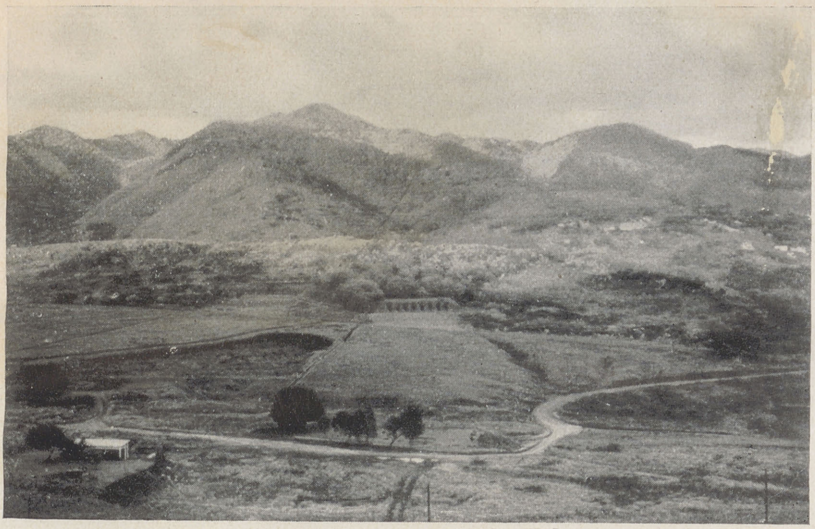


Abb. 1. Die Inſel Kauai wird noch heute gelegentlich „The German Island“ genannt, weil hier der deutſche Einfluß beſonders ſtark war. Auch der Name „Garden Island“, den man noch hört, deutet auf die von den deutſchen Menſchen geſtaltete Kulturlandſchaft hin. Mehr als drei Viertel des geſamten Kulturlandes befanden ſich unter deutſcher Kontrolle. Der größte Teil der Arbeitereinwanderer kam auf dieſer Inſel unter. Die Formen der Landſchaft erinnern, wie etwa hier auf dem obigen Bild, das den Abfall des Hochlandes zur Küſtenebene in der Südoſtecke des Landes zeigt, häufig an die alte Heimat

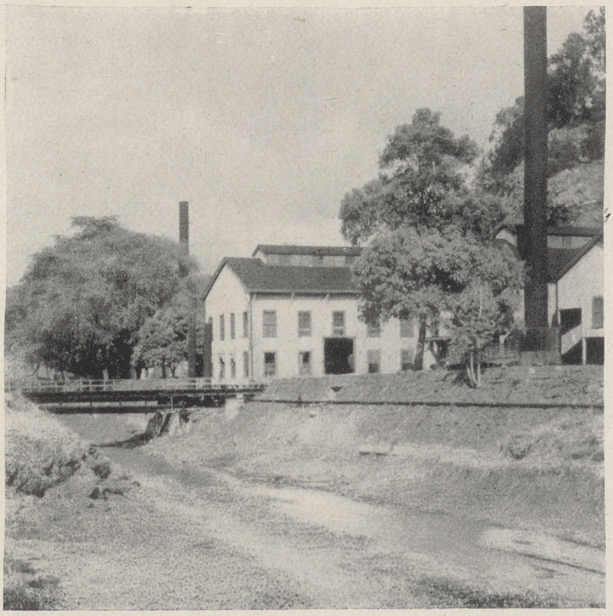


Abb. 2. Die deutſchen Pflanzer haben als erſte in größerem Umfange die künſtliche Bewäſſerung eingeſetzt und dadurch die trockene Leeſeite der Inſeln der Zuckerrohrkultur erſchloſſen. Das Bild zeigt eines der zahlreichen Pumpwerke auf der von der Hackfeldgeſellſchaft gegründeten Waipahu-Plantage. Hier tun noch immer deutſche Maſchinen ihren Dienſt

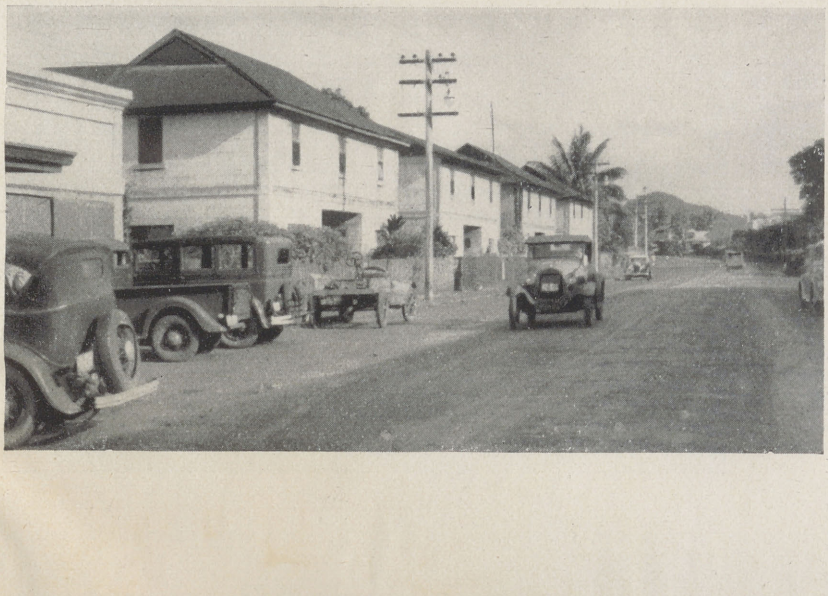


Abb. 3. Arbeiterwohnhäuſer in Lihue. Sie ſind erheblich verſchieden von den ſonſt üblichen Bauten und zeigen deutſchen Einfluß

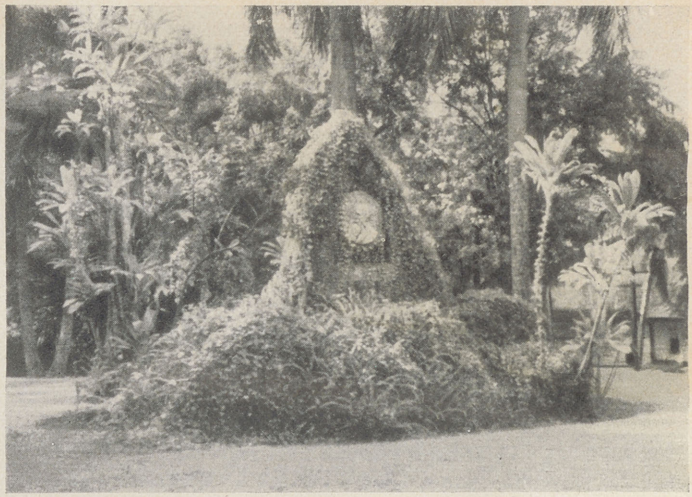


Abb. 4. Die Hauptſiedlung der Inſel Kauai, Lihue, beherbergt dies Denkmal zu Ehren des großen deutſchen Pflanzers Paul Iſenberg, der die Lihueplantage aus kleinen Anfängen zu einem Großunternehmen werden ließ und deſſen Arbeit weithin als Vorbild galt. Kulturell hat er außerordentlich viel für das Deutſchtum auf den Inſeln getan

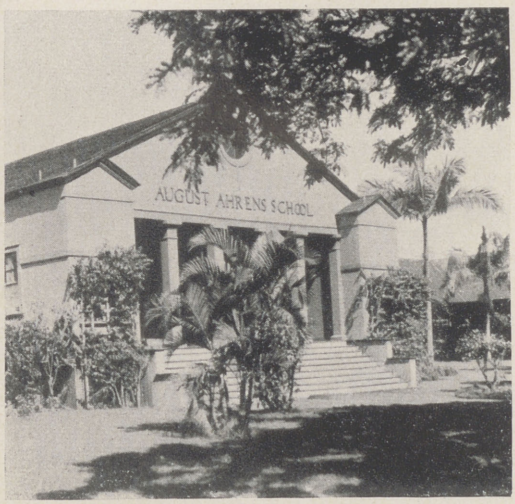


Abb. 5. Zahlreiche deutſche Stiftungen förderten das ſoziale und kulturelle Leben. Im Bilde die Auguſt-Ahrens-Plantagenſchule

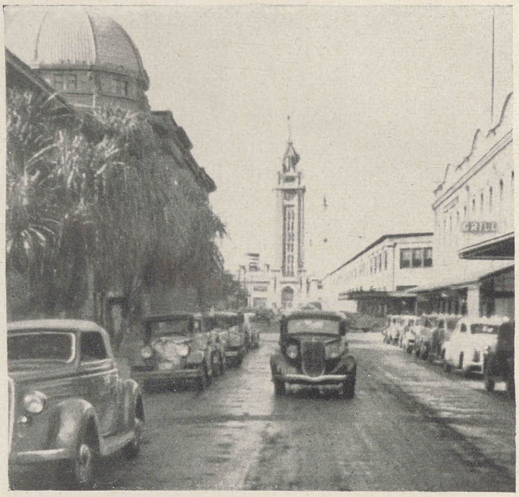


Abb. 6. Eine der zum Hafen führenden Hauptſtraßen Honolulus mit dem Aloha-Turm im Hintergrund und dem großen Verwaltungsgebäude der Hackfeldgeſellſchaft auf der linken Seite

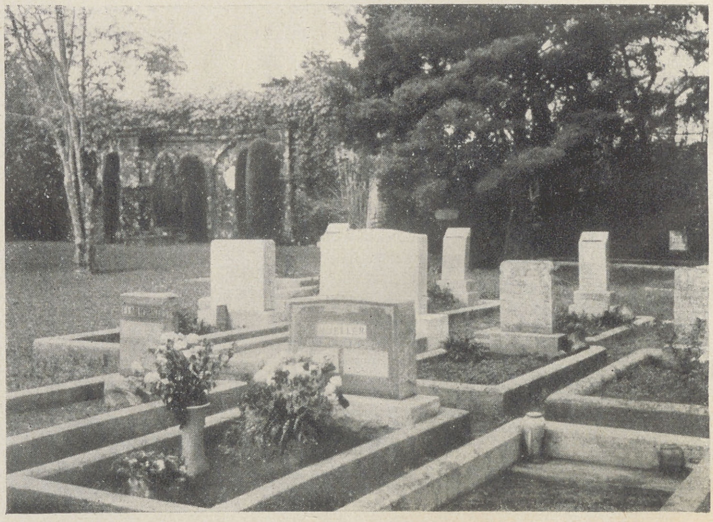


Abb. 7. Der deutſche Friedhof neben der deutſch-lutheriſchen Kirche in Lihue. Aus den Inſchriften der Grabſteine ſpricht die Geſchichte der deutſchen Kolonie

beſetzung dieſer Jahrgänge ſpiegelt ſich eben der Ausbau der Hawaiiſchen Inſeln zu einer großen Garniſon wider. Betrachtet man aber die Haole-Bevölkerung aufgegliedert nach Inſeln, dann zeigt ſich ſogleich, daß ihr Aufbau auf Kauai, Maui und Hawaii weit weniger von der normalen Beſetzung der Altersklaſſen abweicht und die ſtarke Beſetzung der Jungmännerklaſſen ſamt der Frauenarmut im Geſamtbild in erſter Linie durch die Inſel Oahu mit ihrem ſtarken Militärpoſten und durch Honolulu mit ſeinen hohen weißen Angeſtelltenziffern verurſacht wird.

Honolulu als das wirtſchaftliche, geiſtige und verwaltungsmäßige Zentrum und als die Brücke zur Welt hat, auch wenn wir vom Militär abſehen, den größten Teil der Haole-Bevölkerung in ſeinen Mauern. Mehr als zwei Drittel der ganzen Gruppe haben hier ihren Wohnſitz. Nur die Chineſen, die ſich faſt ganz aus den landwirtſchaftlichen Diſtrikten zurückgezogen haben, weiſen eine noch ſtärkere Verſtädterung auf. Die Haole-Gruppe wird dagegen immer einen beachtlichen ländlichen Sektor behalten, weil viele ihrer Mitglieder als verantwortliche Leiter, Angeſtellte, Chemiker und Ingenieure auf den Plantagen wohnen müſſen und damit an die einzelnen Inſeln gebunden ſind.

Sie ſind dort draußen oft einſame weiße Vorpoſten. Jeden Tag ſind ſie mit fremdraſſiſchen Menſchen in Verbindung, der Zuſammenhalt und das geſellſchaftliche Leben mit ihren Raſſegenoſſen iſt nur locker. Die Zahl der heiratsfähigen Männer iſt faſt überall größer als die der Frauen. Manch junger Mann ging hier draußen ſchon eine eheliche Verbindung mit einer eingeborenen Hawaiierin oder einem Miſchlingsmädchen ein. Auch heute ſind die Ausheiraten noch beträchtlich. Im Jahre 1926/27 nahmen beiſpielsweiſe 45 v. H. aller außerhalb von Honolulu heiratenden Haole-Männer Frauen aus anderen Gruppen. Viele blieben aber wenigſtens innerhalb der weißen Großraſſe, indem ſie Portugieſinnen heirateten. Die Heiraten mit farbigen Frauen, vor allem mit Hawaiierinnen und Miſchlingsmädchen, ſind daneben aber doch recht beträchtlich.

Der Hundertſatz der in Honolulu aus der eigenen Gruppe herausheiratenden Männer iſt mit 38 v. H. nur wenig geringer, das zahlenmäßige Verhältnis der Geſchlechter dagegen weit ungünſtiger als auf dem Lande. Dazu tritt noch die eigenartige geſellſchaftliche Struktur der Haole-Gruppe. Dieſe gliedert ſich hier in eine breite Obergruppe, die von vielen ſchon lange auf den Inſeln anſäſſigen, wirtſchaftlich gut ſituierten Familien, den Nachkommen der alten Kaufmanns- und Miſſionarsfamilien, gebildet wird. Dieſe Oberſchicht unterhält unter ſich rege Verbindungen aller Art. Man ſpricht in dieſen Kreiſen freundlich und wohlwollend über Miſchlinge oder Ausheiraten, aber ſie kommen bei ihnen ſelbſt nur ſelten vor. Die weiße Oberſchicht bleibt weiß. Nur draußen auf den einſam gelegenen Plantagen wird dieſes ungeſchriebene Geſetz vielleicht aus Mangel an geſellſchaftlicher Kontrolle nicht befolgt. Neben der Oberſchicht, in der auch die Verteilung der Geſchlechter annähernd normal iſt, lebt in Honolulu eine aus dem Feſtland zugewanderte Jungmannſchaft mit einem großen Überſchuß an heiratsfähigen Männern. Dieſe in der Angeſtelltenſphäre ohne irgendwelche geſellſchaftliche Verbindung mit der Oberſchicht lebenden Weißen ſtellen in Honolulu den größten Teil der aus der Haole-Gruppe herausheiratenden Männer. Zu ihnen tritt dann noch das Militär in Honolulu und deſſen Nachbarſchaft. Es handelt ſich dabei um Mannſchaften, die vom Feſtland herübergebracht werden und hier einige Jahre Dienſt tun. Auch ſie finden bei der Haole-Oberſchicht keinen Anſchluß. So ſuchen ſie Verbindung mit den Portugieſen, dann aber auch mit den Miſchlingen. Manche der einige Zeit auf den Hawaiiſchen Inſeln ſtationierten Soldaten gehen eine Ehe ein und entſchließen ſich häufig, beſonders wenn ſie eine nicht vollweiße Frau geheiratet haben, unter Ausſcheidung aus dem Heeresdienſt ganz auf den Inſeln zu bleiben.

Einen zahlenmäßigen Einblick in die Verhältniſſe vermittelt die folgende Aufſtellung, für das Jahr 1931/32. Damals befanden ſich unter den Bräuten von 523 heiratenden Haole-Männern 318 Haole-Frauen, 83 Portugieſinnen, 55 Miſchlingsmädchen, 13 Hawaiierinnen, 12 Japanerinnen, 11 Chineſinnen, 10 Portorikanerinnen. Der Reſt verteilt ſich auf eine Reihe kleinerer Gruppen. Unter den Bräuten der Haole-Männer ſind alſo alle auf den Hawaiiſchen Inſeln vorkommenden Raſſen und Volksgruppen vertreten. Neben der Haole-Gruppe ſtellen die Portugieſen einen beachtlichen Anteil. Im allgemeinen ſind die Heiraten mit Nichtweißen im Rückgang begriffen. Heiraten weißer Frauen mit farbigen Männern finden nur in geringem Umfange ſtatt. Es handelt ſich bei den Männern dann meiſtens um kulturell und wirtſchaftlich hochſtehende Vertreter ihrer Gruppe.

Die biologiſche Lebenskraft der Haole iſt nicht groß. Es gibt nur etwa 5500 Familien mit kleiner Kinderzahl. In der Geburtenfreudigkeit iſt die Haole-Frau den Vertreterinnen aller übrigen Gruppen weit unterlegen. Es ſind hier jedoch nicht klimatiſche Einflüſſe wirkſam, wie man ſchon vermutet hat, ſondern vornehmlich ſoziale. Wie in allen übrigen weißen Ländern, ſo zeigt ſich auch hier, daß die Kinderzahl mit der wirtſchaftlichen Beſſerſtellung abnimmt. Die Vergrößerung der Haole-Gruppe erfolgt daher in erſter Linie durch die Einwanderung.

Wirtſchaftlich liegt die geſamte Führung der Inſeln in den Händen der Haole-Familien. Ihnen gehören die Plantagen und die großen Handelsgeſellſchaften, die Banken und die Schiffahrtslinien. Sie haben den größten Grundbeſitz und zahlen die höchſten Steuern. Sie beherrſchen weiter die akademiſchen Berufe, ſtellen Ärzte, Rechtsanwälte und Ingenieure. Ihre Preſſe geſtaltet die öffentliche Meinung. Sie ſind die kulturtragende Schicht und wachen ängſtlich darüber, daß weder aufſtrebende Farbige noch weiße Einwanderer in ihre wirtſchaftliche und kulturelle Führerſtellung einbrechen.

Über die volkliche Zuſammenſetzung der Haole-Gruppe gibt letztmals die hawaiiſche Statiſtik vom Jahre 1896 Auskunft. Bis zur Übernahme der Inſeln durch die Vereinigten Staaten im Jahre 1898 hatte jedes auf den Inſeln geborene Kind die hawaiiſche Staatsangehörigkeit ſowie die ſeines Vaters. Nachdem die Inſeln aber amerikaniſch geworden waren, wurde allen hier geborenen Kindern die amerikaniſche Staatsangehörigkeit zuerkannt. Bei den nun folgenden ſtatiſtiſchen Aufnahmen hat man ſie dann nur noch als Amerikaner gezählt. In dieſer letzten Bevölkerungsüberſicht der Hawaiiſchen Republik ſetzt ſich nun die Haole-Gruppe folgendermaßen zuſammen:

Amerikaner	3086,
Briten	2250,
Deutſche	1432,
Norweger	378,
Franzoſen	101.

Die tatſächliche Zahl der blutsmäßig als Deutſche anzuſprechenden Einwohner darf ſicherlich etwas höher angeſetzt werden, weil ſich auch innerhalb der amerikaniſchen Gruppe, wie manche Namen zeigen, eine beträchtliche Zahl deutſchſtämmiger Menſchen befunden hat.

Wann die erſten Deutſchen auf die Hawaiiſchen Inſeln gekommen ſind, läßt ſich nicht mit Sicherheit ſagen. Wahrſcheinlich befanden ſich aber ſchon unter den Mannſchaften der Pelzſchiffe deutſche Matroſen. Für die Schiffe der deutſch-amerikaniſchen Aſtorkompanie, deren Pelzhandelsſtützpunkt am Columbia-River auf dem Feſtlande zu Anfang des 19. Jahrhunderts gelegen hat, iſt das wohl mit Sicherheit anzunehmen. Vielleicht hat der eine oder andere Matroſe auch bei einem längeren Aufenthalt auf den Inſeln ſein Schiff verlaſſen und ſich hier wenigſtens vorübergehend eine neue Heimat geſchaffen, wie das bei vielen engliſchen und amerikaniſchen Matroſen der Fall geweſen iſt. Die Statiſtik gibt aber darüber keine Auskunft.

Erſt um die Mitte des 19. Jahrhunderts begannen ſich deutſche Namen in die Geſchichte der Hawaiiſchen Inſeln einzuſchreiben. Es iſt das die Zeit der Hochblüte des Walfanges im nördlichen Pazifiſchen Ozean. Hunderte von Walſchiffen liefen damals in jedem Frühjahr und Herbſt die Inſeln an, um ihren Bedarf an allerlei lebenswichtigen Gütern zu decken. Während nun im ſüdpazifiſchen Ozean das ſpäter berühmt gewordene hamburgiſche Kaufhaus Godefroy von Chile aus ſeine Handelstätigkeit aufnahm, ließen ſich um die gleiche Zeit auf den Hawaiiſchen Inſeln eine Reihe von jungen deutſchen Kaufleuten nieder, die mit ihren Gütern die Walſchiffe belieferten. Zum Teil hatten ſie auch eigene Pachtländereien, trieben Viehzucht und erzeugten Pökelfleiſch und Butter für den Verkauf an die Walſchiffe. Eines der deutſchen Handelshäuſer beſaß ſogar eine kleine eigene Walflotte. Mit dem Anwachſen von Honolulu, der Erſchließung des kaliforniſchen Marktes und ſpäter des geſamtamerikaniſchen Zuckermarktes nahm auch die Bedeutung der deutſchen Handelshäuſer, von denen fünf nennenswert waren, zu. Dieſe Häuſer holten ſich beim weiteren Ausbau neue Angeſtellte und Mitarbeiter aus Deutſchland. Daneben wuchs auch eine kleine deutſche Grundbeſitzerſchicht heran, die ſich im Anbau von Zuckerrohr verſuchte und in der Folgezeit großartige Plantagen aufbaute. Wieder andere arbeiteten als Plantagenangeſtellte, Ingenieure oder Zuckerſieder. Ein im Jahre 1854 gegründeter deutſcher Klub brachte es ſogleich auf 60 Mitglieder. In den 70er Jahren war die deutſche Kolonie bereits auf weit über 200 Mitglieder angewachſen. Die große Maſſe der deutſchen Einwanderer kam aber erſt in den 80er Jahren herein als Folge des großen Feldarbeiter- und Handwerkerbedarfes der Plantagen.

Nach dem Niedergang des Walfanges wurde der Zucker zum wichtigſten Ausfuhrgut der Inſeln. Die Zukunft der Plantagen war jedoch ſo lange ungewiß, als der amerikaniſche Markt durch hohe Zölle verſperrt blieb. Nachdem aber dieſe Handelshinderniſſe im Jahre 1876 durch einen günſtigen Wirtſchaftsvertrag mit den Vereinigten Staaten beſeitigt worden waren und der hawaiiſche Zucker zollfrei auf den amerikaniſchen Markt gebracht werden konnte, wurde die Anbaufläche des Zuckerrohres auf den Hawaiiſchen Inſeln erheblich ausgeweitet. In großer Zahl gründete man neue Plantagen. Auch deutſches Kapital beteiligte ſich an dieſem Ausbau; 1880 ſtanden bereits etwa 10—12 Plantagen unter der wirtſchaftlichen Kontrolle deutſcher Einwanderer aus der Jahrhundertmitte. Als man nun zum Erſatz der für die Feldarbeit nicht beſonders geeigneten Eingeborenen und der nicht ſonderlich beliebten Chineſen begann, europäiſche Einwanderer herbeizurufen, tauchte auch ſchon bald der Gedanke auf, in Deutſchland Arbeiter zu werben. Dr. Hillebrand, ein deutſcher Arzt in hawaiiſchen Dienſten, hat dazu 1877 die erſte Anregung gegeben. Er ſprach damit auch ganz im Sinne der deutſchen Plantagenbeſitzer, die ſich von der Mitarbeit gründlicher deutſcher Feldarbeiter und Handwerker nicht nur eine Steigerung der Leiſtung ihrer Betriebe erhofften, ſondern ſich wohl damit auch ein kleines Deutſchland in ihrer neuen Heimat ſchaffen wollten. Jedenfalls ſehen wir in den Jahren 1881 bis 1897 1324 Deutſche, vor allem aus Nordweſtdeutſchland, aus der Bremer und Nienburger Gegend einwandern. Die Hauptgruppe mit 1101 Mitgliedern erſchien in den Jahren 1881—1883. Dieſe kamen alle auf den Schiffen der deutſchen Hackfeldgeſellſchaft herüber. Vor der Abreiſe aus Bremen hatten ſich die Einwanderer zu vierjähriger Feldarbeit auf den Zuckerrohrplantagen verpflichtet. Nur Handwerker, wie Schmiede und Schreiner, hatten von vornherein günſtige Arbeitsverträge. Die Koſten der Überfahrt trugen die Arbeitgeber. Eine vorzeitige Kündigung der Kontrakte war vertraglich möglich, brachte aber dem Arbeiter erhebliche finanzielle Nachteile. Der größte Teil der deutſchen Einwanderer wurde von den deutſchen Plantagen auf der Inſel Kauai übernommen. Die größte und wichtigſte unter ihnen, die Lihue-Plantage Iſenbergs, nahm allein 568 auf.

Die biologiſche Zuſammenſetzung der Einwanderergruppe war durchaus günſtig. Es handelte ſich zum größeren Teil um junge, z. T. ſchon kinderreiche Familien. Damit war die biologiſche Grundlage für eine kleine deutſche Kerntruppe durchaus geſchaffen. Wie bei allen übrigen Gruppen nahm aber auch bei den Deutſchen ſpäter die Kinderzahl, insbeſondere bei der auf den Inſeln geborenen Generation, ab. Genaues Zahlenmaterial, das auch Vergleiche mit der engliſchen und amerikaniſchen Bevölkerung zuließe, liegt jedoch nicht vor. Ähnlich ſteht es mit den Miſchheiraten. Sie dürften aber früher recht zahlreich geweſen ſein. Eine Statiſtik aus dem Jahre 1896 gibt 327 hawaiiſche Miſchlinge mit deutſchem Blutsanteil an.

Nicht alle deutſchen Einwanderer ſind auf den Inſeln geblieben und haben ſie zu ihrer neuen dauernden Heimat gemacht. Manche waren vielleicht ſchon mit dem Gedanken hierhergekommen, gelegentlich nach den Vereinigten Staaten weiterzuwandern. Wieder anderen ſagten die Arbeitsbedingungen und die wirtſchaftlichen Aufſtiegsmöglichkeiten, wie ſie auf den Inſeln geboten wurden, durchaus nicht zu. Die Werber in der Heimat hatten vielleicht falſche Vorſtellungen über die Aufſtiegsmöglichkeiten in den Herzen dieſer einfachen Menſchen erweckt. Jedenfalls waren ſie gezwungen, neben allerlei farbigen Arbeitern wie Polyneſiern, Miſchlingen und Chineſen täglich 10—12 Stunden Feldarbeit zu leiſten. Viele arbeiteten ſich zwar bald aus dieſer unterſten Arbeiterſchicht herauf und wurden Vorarbeiter, Aufſeher oder auch Handwerker. Bei der herrſchenden Wirtſchaftsform des Plantagenbaues mit einer nur geringen Zahl mittlerer Berufe war jedoch in den meiſten Fällen ein weiterer Aufſtieg nicht möglich. Den Erwerb eigenen Landes, an den vielleicht viele Einwanderer gedacht hatten und der auch bei der Werbung eine Rolle geſpielt zu haben ſcheint, verhinderte die Vormachtſtellung der Plantagen. Schließlich kam noch auf manchen Plantagen Unzufriedenheit mit der Behandlung und den übrigen Lebensverhältniſſen hinzu. Da und dort flackerten ſogar kleine Streiks auf. So iſt es kein Wunder, daß ſchon bald eine recht beträchtliche Auswanderung, vielfach unter Bruch der Kontrakte, nach dem aufſtrebenden und Menſchen ſuchenden Kalifornien einſetzte. 1896 befanden ſich unter den 1432 aufgezählten Deutſchen nur noch 912 in der alten Heimat geborene. 520 waren auf den Hawaiiſchen Inſeln zur Welt gekommen. Das heißt, daß noch vor der Übernahme der Inſeln durch die Vereinigten Staaten eine beträchtliche Zahl nach dem Kontinent weitergewandert war. Die Abwanderung hielt auch nach der Erwerbung durch die Vereinigten Staaten an. Für die Plantagengemeinde Lihue auf Kauai werden z. B. 1904 326 Deutſche genannt, drei Jahre ſpäter nur noch 230. Durch die auf den Inſeln erfolgten Geburten und den dauernden weiteren Zuzug von deutſchen Angeſtellten für leitende Stellungen in den Handelsfirmen und auf den Plantagen wurde die Abwanderung jedoch ausgeglichen.

Der Niedergang der deutſchen Kolonie begann erſt mit dem Weltkrieg. Als er hereinbrach und die weitere Arbeit von Reichsdeutſchen unmöglich gemacht wurde, verließen viele aus der erſten Einwanderergeneration die Inſeln. Auch mancher deutſchſtämmige Amerikaner verlor in jenen haßerfüllten Jahren ſeine Stellung und verließ die Inſeln. Heute lebt dort nur noch eine kleine Schar deutſchbewußter und von deutſcher Kultur erfüllter Menſchen. Die deutſchſtämmigen Amerikaner aber machen noch einen beträchtlichen Teil der Haole-Gruppe aus. Man ſchätzt ihre Zahl auf 1500—2000, rechnet dabei aber auch eine große Zahl von Miſchlingen mit engliſchem und iriſchem Blut mit.

Die wirtſchaftlich einflußreiche Schicht der deutſchen Einwanderer war nur klein, um ſo größer ſind aber die Leiſtungen, die ſie vollbracht hat. Das Hawaii von heute iſt ohne ihre Arbeit nicht zu denken, auch wenn dieſe in allen engliſchen und faſt allen amerikaniſchen Darſtellungen über die Hawaiiſchen Inſeln verſchwiegen wird. Die Deutſchen waren ſeit der Mitte des vorigen Jahrhunderts in den beiden entſcheidenden Berufsgruppen, den Kaufleuten und den Plantagenbeſitzern, durch hervorragende Perſönlichkeiten vertreten.

Die deutſche Arbeit begann im Jahre 1849 mit der Ankunft des jungen Heinrich Hackfeld. Er hatte drei Jahre zuvor im Chinahandel die Inſeln beſucht und dabei ſogleich die hier ſchlummernden wirtſchaftlichen Möglichkeiten für ein Handelsunternehmen erkannt. Nach ſeiner Rückkehr nach Bremen legte er ſich ſogleich ein Warenlager an und ſiedelte mit dieſem im Jahre 1849 nach Honolulu über. Dort gründete er mit ſeinen mitgebrachten Waren, unter denen ſich allerlei Gebrauchsgüter für die Walſchiffe, deren Beſatzungen und für die Hawaiier befanden, am 1. Oktober 1849 in einem kleinen Holzſchuppen drunten im Hafen von Honolulu ein Verkaufsgeſchäft. Die durch den großen Verkehr mit Walſchiffen als wichtiger Handelsplatz bekannt gewordene Stadt Honolulu zog in den folgenden Jahren weitere junge deutſche Kaufleute an. Sie begannen alle mit kleinen Verkaufsgeſchäften. Noch heute ſind drei dieſer Unternehmungen auf den Inſeln vertreten, nämlich außer Hackfeld die Firmen Hoffſchläger und F. A. Schäfer (früher Melchers). Alle ſind aber inzwiſchen in anderen Beſitz übergegangen. Der deutſchſtämmige Leiter von Hoffſchläger u. Co., Herr Lange, iſt gegenwärtig deutſcher Wahlkonſul. Hoffſchläger war in den fünfziger Jahren überhaupt das wichtigſte deutſche Unternehmen geweſen. Es beſaß ſogar eigene Walſchiffe. Nach dem Niedergang des Walfanges beſchränkten ſich faſt alle Firmen auf die Einfuhr. Nur Hackfeld machte eine Ausnahme. Dieſe Firma übernahm, als ſich ein Dr. R. W. Wood aus dem Geſchäftsleben von Honolulu zurückzog, die Agentur für deſſen Zuckerplantagen in Koloa auf Kauai und in Oſt-Maui. Damit nahm Hackfeld die ſpäter ſo ſegensreich gewordene Zuſammenarbeit mit der hawaiiſchen Zuckerwirtſchaft auf. Zunächſt brachte ihm aber nach dem Niedergang des Walfanges die ebenfalls von Wood übernommene Handelsagentur der ruſſiſchen Regierung große Gewinne. Rußland brauchte für ſeine nordamerikaniſche Kolonie Alaska jedes Jahr große Mengen von Gütern aller Art, vor allem natürlich Nahrungsmittel. Auch überwinterten in jedem Jahre eine Anzahl ruſſiſcher Schiffe in den Häfen der Hawaiiſchen Inſeln. Die Verſorgung ihrer Beſatzungen und die Handelsbeziehungen mit Alaska lagen ausſchließlich in den Händen der Firma Hackfeld, deren Inhaber als ruſſiſcher Konſul auch im geſellſchaftlichen Leben ſchon früh eine beachtenswerte Rolle ſpielte.

Nach Abſchluß des Handelsvertrages zwiſchen den Hawaiiſchen Inſeln und den Vereinigten Staaten und der dadurch ausgelöſten landwirtſchaftlichen Erſchließung ging die Hackfeldgeſellſchaft immer mehr zum Zuckergeſchäft über. In der Zeit von 1876—1881 wurden nicht weniger als ſieben Plantagen unter ihrer finanziellen Mithilfe gegründet. Andere bereits vorhandene Plantagen, vor allem die unter deutſcher Führung ſtehenden, gingen zu enger Zuſammenarbeit mit dieſer alten Firma über, die ſowohl den Transport des Zuckers nach den Vereinigten Staaten beſorgte, als auch alle für die Plantagen notwendigen Güter hereinbrachte. Ihr Kapital wurde im Jahre 1881 bereits auf 400 000 Dollar angegeben. Im gleichen Jahre traten jüngere Partner in die Leitung des Geſchäftes zur Vergrößerung ſeiner Leiſtungsfähigkeit ein. Auch Iſenberg, der erfolgreichſte deutſche Zuckerrohrpflanzer, wurde Teilhaber, während ſich der Gründer und Seniorchef der Firma nach Bremen zurückzog und die Führung des Handelshauſes ſeinem jungen Neffen H. J. Hackfeld anvertraute.

Immer umfangreicher geſtalteten ſich in der Folgezeit die Arbeiten des Hackfeldhauſes, das mit dem weiteren Ausbau der Plantagen ſtetig vergrößert werden mußte. 1880 gingen 9000 Tonnen Zucker durch dieſen Betrieb, 1890 21 000 und im Jahre 1900 bereits 60 000 Tonnen. Eine ganze Flotte eigener Schiffe brachte den Zucker hinüber nach Kalifornien in die dortigen großen Raffinerien und holte Waren aus Europa und Amerika auf die Inſeln. Auf Hackfelds Schiffen kamen auch viele Einwanderer aus Europa und Aſien ins Land. Die verkehrsgeographiſch wichtigſte Tat war die Befahrung der Strecke San Franzisco—Honolulu—Sidney. Darüber hinaus hatte die Firma die Vertretung der größten Schiffsgeſellſchaften im Stillen Ozean, der Pacific Mail Steamship Co., der Occidental and Oriental Steamship Co. und der Tokyo Kisen Kaisha.

Auch bei dem Einſatz von Düngemitteln auf den Zuckerplantagen erwies ſich das Hackfeldhaus als erſter Pionier. Bis in die 90er Jahre hinein hatte man den Zuckerrohrböden keine Düngemittel zugeführt. Man ließ die Felder ſich in einer Brachezeit erholen. Zu Beginn der 90er Jahre holte nun die Hackfeldgeſellſchaft den erſten Guanodünger von der weiter im Nordweſten gelegenen Inſel Layſan. Nachdem chemiſche Unterſuchungen und praktiſche Verſuche erfolgreich abgeſchloſſen waren, wurde mit der Großeinfuhr begonnen. In Kahili entſtanden eigene Düngemittelwerke. Die von der Hackfeldgeſellſchaft finanziell beeinflußten deutſchen Plantagen waren die erſten, die die künſtliche Düngung einführten und damit die Leiſtungsfähigkeit des Bodens verbeſſerten.

Mittlerweile war Hackfeld zu einem Millionenunternehmen geworden. Noch vor der Jahrhundertwende wurden Filialen auf anderen Inſeln gegründet und 1897 eine der größten und beſten Zuckerplantagen in der Nachbarſchaft von Honolulu angelegt. Als dann das fünfzigjährige Geſchäftsjubiläum herankam, war das deutſche Handelshaus aus dem nicht leichten Konkurrenzkampf mit allen übrigen kaufmänniſchen Unternehmungen auf den Inſeln als Spitzenreiter hervorgegangen. 1902 wurde das neue große Geſchäfts- und Verwaltungsgebäude, das noch heute ein Wahrzeichen der Stadt Honolulu iſt, bezogen. Die Baukoſten betrugen faſt eine halbe Million Dollar.

Die Firma Hackfeld nahm eine Schlüſſelſtellung im Wirtſchaftsleben der Inſeln ein. Sie bildete die Zentrale des deutſchen Schaffens und des deutſchen Einfluſſes. Es war ſelbſtverſtändlich, daß dieſes Haus den deutſchen Wahlkonſul ſtellte. Sein Chef hatte aber darüber hinaus noch die konſulariſche Vertretung von Rußland, Norwegen, Schweden, Öſterreich und Belgien. Auch die Änderung der politiſchen Stellung der Hawaiiſchen Inſeln im Jahre 1898 hat dieſe wirtſchaftliche Vormachtſtellung nicht zu mindern vermocht. Als Amerika in den Weltkrieg eintrat, kontrollierte das Hackfeldhaus mehr als ein Viertel der geſamten Zuckerproduktion der Inſeln. Erſt im Weltkrieg wurde dieſe deutſche Burg geſtürmt. Das deutſche Kapital wurde beſchlagnahmt, die deutſchen Teilhaber ſpäter abgefunden und aus der alten Hackfeld-GmbH. eine American Factors Ltd. gemacht. Auf billige Art wurden ſo die Erfolge generationenlanger deutſcher Arbeit eingeheimſt. Die wirtſchaftliche Feſtigkeit und die Leiſtungsfähigkeit des Hackfeldunternehmens werden aber durch nichts beſſer verdeutlicht, als durch die führende Stellung, die es auch als amerikaniſche Geſellſchaft innehat. Es iſt ihm ſogar gelungen, ſeinen Einfluß in der hawaiiſchen Wirtſchaft noch etwas zu verbreitern. Im Jahre 1930 gingen 31 v. H. der geſamten Zuckerproduktion des Landes durch die Hände der ehemaligen Hackfeldgeſellſchaft. Ein Viertel aller Plantagen ſtehen unter ihrer Kontrolle.

Die Hackfeldgeſellſchaft hätte aber keinesfalls eine ſo überragende Vormachtſtellung erringen können, wenn ſie ſich nicht ſchon früh auf die Mitarbeit deutſcher Plantagenbeſitzer hätte ſtützen können. Die Zuſammenarbeit der Kaufleute und Pflanzer kam in den 80er Jahren zuſtande und führte zur Hereinnahme des bedeutendſten deutſchen Pflanzers Iſenberg als Teilhaber.

Iſenberg ſtammte väterlicherſeits aus einer Paſtorenfamilie, mütterlicherſeits aus einer Bergwerksfamilie. Er wurde 1837 in Dransfeld geboren und erlernte nach Abſolvierung der Volksſchule den landwirtſchaftlichen Beruf. Bald nach Schluß ſeiner vierjährigen Dienſtzeit wählte ihn das Stammhaus der Firma Hoffſchläger in Hannover zum Leiter ihres Viehzuchtbetriebes auf Kauai. Iſenburg kam 1858 auf die Hawaiiſchen Inſeln, war aber nur vorübergehend in den Dienſten der Firma Hoffſchläger tätig. 1862 übernahm er eine leitende Stellung auf der Zuckerplantage in Lihue, die einem aus ſeinem geiſtlichen Beruf ausgeſchiedenen amerikaniſchen Miſſionar namens Rice gehörte. Iſenberg heiratete deſſen älteſte Tochter und übernahm nach dem Tode ſeines Schwiegervaters die Leitung der ganzen Plantage. In mühſamer und aufopferungsvoller Arbeit machte er ſie in den folgenden Jahren zu einer muſtergültigen Anlage. Er baute als erſter große Bewäſſerungskanäle und wandte ſich ebenfalls als erſter gegen die Folgen der dauernden Abholzung des Waldes. Ein eigens aus Deutſchland herübergeholter Forſtmann begann im Bereiche des Plantagenlandes in Lihue mit der erſten Aufforſtung auf den Inſeln. Als ſich Iſenberg im Jahre 1878 aus der aktiven Arbeit nach Bremen zurückzog, hinterließ er eine Plantage, die weithin als Vorbild galt. An ſeiner Stelle übernahmen deutſche Verwandte die Leitung. Mit dem allgemeinen Aufſtieg der Zuckerwirtſchaft vergrößerte ſich das Unternehmen in der Folgezeit immer mehr und wurde ſchließlich 1892 als Aktiengeſellſchaft organiſiert. Das Kapital betrug damals 700 000 Dollar, 1898 bereits 1,4 Mill. Dollar und 1910 über 2 Mill. Dollar. Heute iſt es ein 3—4-Mill.-Dollar-Betrieb.

Vor dem Weltkrieg hatte zuletzt Hans Iſenberg, ein Neffe des alten Iſenberg, die Geſamtleitung des Unternehmens. Er war urſprünglich Paſtor und betreute auch noch bis zu ſeinem Tode die kleine deutſche Gemeinde in Lihue. Beim Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg befand ſich ein nicht unbeträchtlicher Teil des Aktienkapitals in reichsdeutſchen Händen und ging damit verloren. Den größeren Teil aber hielten deutſchſtämmige Amerikaner, ſo hatte Hans Iſenberg ſelbſt 1905 die amerikaniſche Staatsangehörigkeit erworben. Verloren aber ging trotzdem der deutſche Charakter der Plantage, weil die Deutſchen, z. T. ſogar deutſchſtämmige Amerikaner, ihre Stellungen aufgeben mußten. Ähnlich erging es den übrigen deutſchen Plantagen.

Der deutſche Einfluß beſchränkte ſich aber nicht nur auf die Wirtſchaft der Hawaiiſchen Inſeln, ſondern zeigte ſich auch auf zahlreichen anderen Gebieten. Es ſeien nur einige Beiſpiele angeführt. So gab es ſchon in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hervorragende deutſche Ärzte, unter denen an erſter Stelle Dr. Hillebrand genannt werden kann, der 1850 nach Honolulu kam. Er war Arzt am Queens-Hoſpital, Leibarzt des Königs und Mitglied des geheimen königlichen Kabinettsrates. Verſchiedentlich hatte er die Aufgabe, neue Einwanderer hereinzuholen. Amtliche Reiſen führten ihn zu dieſem Zweck nach Oſtaſien, Madeira und nach Europa. Als er 1870 die Inſeln verließ, hatte er außerdem die hawaiiſche Flora aller größeren Inſeln eingehend erforſcht. Von ihm ſtammt die noch heute wichtigſte Pflanzenkunde der Hawaiiſchen Inſeln. Dann werden in jener Zeit noch Dr. Stangenwaldt und Dr. Hoffmann als bedeutende deutſche Ärzte genannt. Wir treffen weiter Deutſche als Chemiker und Ingenieure, als Architekten und als Rechtsvertreter. Unter der Regierung von König Kalakaua war ſogar ein Deutſcher Miniſter des Innern.

Auf faſt allen Gebieten des kulturellen Lebens machte ſich deutſcher Einfluß bemerkbar. Das Muſikleben wurde lange Jahre von dem deutſchen Kapellmeiſter Berger geſtaltet. König Kamehameha V. hatte 1868 großen Gefallen an der Kapelle eines öſterreichiſchen Kriegsſchiffes gefunden, das zu einem Beſuch in Honolulu weilte. Die Verſuche, eine ähnliche Kapelle auf den Hawaiiſchen Inſeln zu gründen, ſchlugen aber fehl, bis ſich der König durch Vermittlung des deutſchen Konſuls an Kaiſer Wilhelm I. wandte und dieſen um die Entſendung eines Militärkapellmeiſters bat. Berger, der 1874 eintraf und zunächſt bis 1876 hier weilte, ſchuf bald eine ausgezeichnete Kapelle, die allerdings nach ſeinem Weggang wieder zu zerfallen drohte. Da wandte ſich der König erneut an den deutſchen Kaiſer und bat ihn um die Entlaſſung Bergers, der Militärkapellmeiſter war, aus den deutſchen Dienſten. Die Bitte wurde gern erfüllt, und Berger hat dann bis zu ſeinem Tode die Royal Hawaiian Band vorbildlich geführt und ſich großer Sympathien erfreut. Von Berger ſtammen eine ganze Reihe hawaiiſcher Lieder und Geſänge, unter anderen auch die Hawaiiſche Nationalhymne.

Mit dem Aufkommen einer zweiten, auf den Hawaiiſchen Inſeln geborenen deutſchen Generation, und dann vor allem nach der Übernahme der Inſeln durch die Vereinigten Staaten iſt der deutſche Einfluß allmählich zurückgegangen. Die 80er und 90er Jahre hatten mit der Einwanderung der zahlreichen Deutſchen den Höhepunkt des geſellſchaftlichen Lebens innerhalb der eigenen Gruppe gebracht. Hochburg des Deutſchtums war die Inſel Kauai, die noch heute gelegentlich The German Island genannt wird. Lihue bildete das Rückgrat. Die meiſten deutſchen Einwandererfamilien waren dort untergekommen. Schon 1882 entſtand hier eine kleine deutſche Schule, die oft bis zu hundert Kinder hatte. Ein Jahr ſpäter wurde eine kleine lutheriſche Kirche geſchaffen. Lange vor dem Kriege machte man die Schule zweiſprachig und kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg wurde der deutſche Sprachunterricht überhaupt aufgegeben. Der Krieg brachte dann das Ende der von der Familie Iſenberg für das Deutſchtum geſchaffenen und viele Jahre hindurch durch große Zuſchüſſe gehaltenen Schule. Eine etwas größere Privatſchule beſaß Honolulu. Sie wurde lange Zeit von 3—400 Kindern beſucht. Auch ſie iſt im Weltkrieg aufgegeben worden. Auch ſoziale und geſellſchaftliche Vereinigungen der Deutſchen wurden damals beſeitigt. Ein Nachkriegsverſuch, wenigſtens einen deutſchen Klub wieder aufleben zu laſſen, iſt an inneren Schwierigkeiten der deutſchen Gruppe geſcheitert.

Was der Krieg nicht vollbrachte, das gelang ſchließlich der amerikaniſchen Schule. Noch leben ja viele Hundert deutſchſtämmige Menſchen auf den Inſeln. Sie haben aber mit ganz wenigen Ausnahmen deutſche Sprache und deutſche Sitten abgelegt und ſind, wie in den Vereinigten Staaten, nicht nur äußerlich in der angelſächſiſchen Welt aufgegangen. Für ſie iſt auch in den allermeiſten Fällen Amerika Heimat und Vaterland. Nur eine kleine Schar beſucht noch die gelegentlichen deutſchen Gottesdienſte in Honolulu und in Lihue, die der wisconſindeutſche Pfarrer Dr. Hoermann abhält.

Wenn ſo auch deutſche Sprache, Sitte und Kultur vergangen ſind und die großen wirtſchaftlichen Unternehmungen geraubt wurden, ſo zeugen doch noch immer deutſche Bauten, Kanäle und Mühlen, deutſche Maſchinen, Schul- und Krankenhausſtiftungen von unvergeßlicher deutſcher Arbeit. Und nicht zuletzt mahnen die kleinen deutſchen Friedhöfe an das Leben deutſcher Menſchen, unter deren entſcheidender Mitarbeit die modernſte aller Plantagenkolonien der Erde geſchaffen wurde.

Schrifttum

Über das Deutſchtum auf den Hawaiiſchen Inſeln, vor allem die Einwanderungsgeſchichte, hat erſtmals B. L. Hoermann einen Aufſatz vorgelegt (Die Deutſchen in Hawaii, Auslandsdeutſche Volksforſchung, 2. Jg. 1938, S. 472—487). Neben einer Menge verſtreuter kurzer Nachrichten gibt eine Geſchichte der Rice- und Iſenbergfamilie gute Auskünfte (E. M. Damon, Koamalu, a story of Pioneers on Kauai, 2 Bde., Honolulu 1931). Verſchiedene Bemerkungen verdanke ich Frau Iſenberg ſowie Herrn und Frau Dr. Hoermann in Lihue bzw. Kauai. Ihnen bin ich auch für gaſtfreundliche Aufnahme dankbar. Über die Bevölkerung der Hawaiiſchen Inſeln liegen eine Reihe amerikaniſcher Arbeiten vor, in denen aber das Deutſchtum nicht berückſichtigt wird. Genannt ſeien: R. Adams, The Peoples of Hawaii, Honolulu 1933; derſ., Interracial Marriage, Neuyork 1937; A. W. Lind, An Island Community, Chikago 1938. Einen Überblick über die wirtſchaftlichen Verhältniſſe gibt A. Kolb, Bild und Werden der Wirtſchaftslandſchaft auf den Hawaiiſchen Inſeln. Deutſches Muſeum für Länderkunde, N. F. 5, Leipzig 1938 (mit Kartenbeilagen und Bildanhang).

Die Bevölkerungszuwanderung in die Großſtädte Wien und Berlin

Von Wilhelm Hecke, Wien

Meſſung des Zuzuges: Die Herkunft der Bevölkerung iſt zuerſt nur den Zählungsfragen nach dem Geburtsorte entnommen worden; die in Öſterreich einſt wichtigere Frage nach der Heimat wurde durch die Freizügigkeit im 19. Jahrhundert verdrängt. Die älteſten Zahlen für Wien ſind in der ſtädtiſchen Statiſtik von 1857 veröffentlicht als Ergebnis einer Erhebung aus dem Jahre 1856[1]. Dann wurde die Gebürtigkeit bei den zehnjährigen Bevölkerungszählungen von 1890—1910 ausgezählt[2], in neueſter Zeit wieder 1934[3]. In Berlin hatten zuerſt Neumann und Schwabe die Zählungen von 1864—1871 dahin bearbeitet, daß die Geburtsländer der Bevölkerung unterſchieden wurden[4]. Der langjährige Direktor des ſtädtiſchen ſtatiſtiſchen Amtes Dr. Richard Böckh[5] hat dies für alle Zählungen von 1875 bis 1895 weitergeführt, und zwar auch gegliedert nach der Zeit des Zuzuges.

Georg von Mayr, der Bearbeiter der bayeriſchen Gebürtigkeitsſtatiſtik nach der Bevölkerungszählung von 1871, ſagt in ſeiner „Statiſtik und Geſellſchaftslehre“[6], wenn für möglichſt kleine Beobachtungsbezirke die Beteiligung der aus allen einzelnen Beobachtungsbezirken ſtammenden Bevölkerung nachgewieſen werde, gewinne man Einblick in den Einfluß der inneren Wanderung auf die Zuſammenſetzung der Bevölkerung. Ähnlich ſagt Hermann Loſch[7]: „Die Methode der indirekten Ermittlung der Wandererſcheinungen durch Beobachtung der Folgezuſtände des Wanderns, alſo Lieferung von Momentaufnahmen, ſteht daher, weil durch planmäßigen Ausbau der Gebürtigkeitsſtatiſtik bei Volkszählungen wirkſam geſtaltbar, weitaus im Mittelpunkte der wirtſchaftlichen und praktiſchen Durchbildung.“ — Die Gebürtigkeit wurde im Deutſchen Reich zuletzt bei der Bevölkerungszählung 1900[8] und, jedoch ohne geſonderte Anführung der Großſtädte, innerhalb der Wanderungsgebiete, bei der Berufs- und Betriebszählung 1907[9] ausgezählt.

In der Folgezeit drang die Anſicht durch, daß die Gebürtigkeitszahlen nicht aufſchlußreich ſeien, wenn nicht die Gliederung zweier Zählungen verglichen wird. Fritz Meyer (Kiel)[10] rechtfertigte die Abneigung der Reichsſtatiſtik gegen die Gebürtigkeitszählungen, die ſeit 1907 unterblieben, mit der erkannten Unzulänglichkeit für die Klärung der Wanderungsrichtung im Zuſammenhange mit der Regelung des Arbeitseinſatzes je nach der wirtſchaftlichen Konjunktur.

---

[1] Statiſtik der Stadt Wien, aus der kk. Hof- und Staatsdruckerei, 1857.

[2] Öſterreichiſche Statiſtik, Bände XXXII, LXIII. Heft 2, dann Neue Folge, 1. Band, 2 Heft.

[3] Statiſtik des Bundesſtaates Öſterreich, Heft 1, Wien 1935.

[4] Berliner Volkszählung vom 3. Dez. 1864, Berlin 1865, Seite 40.

[5] R. Böckh, Die Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme 1875 in Berlin, Berlin 1878.

[6] G. von Mayr, Statiſtik und Geſellſchaftslehre.

[7] H. Loſch, Wanderungsſtatiſtik, in dem Sammelwerke „Die Statiſtik in Deutſchland“. Band 1911, S. 471.

[8] Statiſtik des Deutſchen Reiches, Band 159.

[9] Statiſtik des Deutſchen Reiches, Band 210, IX. Teil.

[10] Fr. Meyer, Gebürtigkeitsſtatiſtik und Meldeſtatiſtik. Über die Hauptmethoden zur ſtatiſtiſchen Erfaſſung der Binnenwanderung. In: Allgemeines Statiſtiſches Archiv, 26. Bd. 1936/37, S. 40ff.

Während die Vereinigten Staaten Amerikas an der Gebürtigkeitszählung feſthalten, ſtützte man ſich im Deutſchen Reich auf die Meldeſtatiſtik, die in den ſtädtiſchen Ämtern gepflegt wurde. Feſtſtellungen, z. B. daß die Häufigkeit des Ortswechſels, die Beweglichkeit der Bevölkerung, 1926—1934 viel geringer war als 1900—1914, ſind freilich auf die Meldeſtatiſtik angewieſen. Aber ſchon Johannes Müller[11] beſtreitet die Vollkommenheit der Meldeſtatiſtik, die vorübergehende Aufenthaltsänderungen aus der Geſamtzahl nicht ausſcheiden kann. Wenngleich die Gebürtigkeitszählung nicht nur der anweſenden, ſondern auch der Wohnbevölkerung, die Dauer des Aufenthaltes nicht feſtſtellen kann, bleibe ſie doch das beſtmögliche Verfahren. Die Zuzugs- und noch mehr die Wegzugsmeldungen der Polizei geben aber auch keinen verläßlichen Aufſchluß über die Herkunft, weil ſie außer dem Geburtsorte einen zufälligen letzten Aufenthaltsort enthalten und zudem nur die Bewegung eines kleinen Zeitabſchnittes nachweiſen, nicht die dauernde Änderung des Wohnſitzes. Ebenſo ſchwer iſt es, die Zuwanderung feſtzuſtellen, wenn ſtatt des Geburtsortes der Wohnort an einem beſtimmten Stichtage, z. B. im Juli 1914, erfragt wird, wie es bei der Bevölkerungszählung des Reiches 1925 geſchah. Dieſen feineren Fragen müßte auch eine reich zergliederte Aufarbeitung folgen, aber auch ſie könnte noch nicht das dabei vorſchwebende Ziel erreichen, die Zwiſchenwanderungen vom Lande in die Kleinſtadt und von dieſer in die Großſtadt lückenlos darzuſtellen. Der für jedermann bekannte Geburtsort gibt dagegen einen feſtſtehenden Ausgangspunkt, der zur orts- und länderweiſen Gliederung dienen kann; dabei ſtören auch die verhältnismäßig ſeltenen Zufallsgeburtsorte, wie bei Beamten- und Militärkindern, nicht zu ſtark.

Die Frage, aus welchen deutſchen Stämmen die Bevölkerung der deutſchen Großſtädte herrührt, iſt weſentlich verſchieden von der Frage nach den Binnenwanderungen im ganzen, die Herbert Schieber[12] als Ziel nennt, indem er anführt, daß der vom Statiſtiſchen Reichsamte 1936 unternommene Verſuch, eine Binnenwanderungsſtatiſtik aufzubauen, ſich damals auf Preußen beſchränken mußte. Auch die Reichsmeldeordnung von 1938 gilt noch nicht in der Oſtmark, ſo daß dieſer Weg nicht allgemein gangbar iſt. Daß die Reichsſtatiſtik der Binnenwanderungen nur die Anmeldungen heranzieht, ſchaltet die Fehlerquelle der unvollſtändigen Abmeldungen aus. Sie liegt aber noch nicht vor, und auch die Gebürtigkeitsfragen der Bevölkerungszählung 1939 ſind nicht aufgearbeitet worden.

Die Frage, woher die Großſtadt ihre angehäuften Bewohner bezogen hat, iſt nicht auf die neueſten Zahlen angewieſen, es muß genügen, daß wir erkennen, aus welchen Quellen der Strom kam, der im 19. Jahrhundert das ſteile Anwachſen geſpeiſt hat. Darüber geben für Berlin die Zahlen von 1864—1907, für Wien von 1856—1934 Aufſchluß. Daß ſie, der Gebürtigkeit entnommen, nichts darüber beſagen, wann der zur Zeit der Bevölkerungszählung Anweſende zugezogen iſt, ſchadet nicht, denn die Änderung der Herkunftsrichtung ergibt ſich aus dem Vergleich von einer Beſtandszählung zur anderen. Wenn dabei die ſeltenen Einzelfälle untergehen, ſtört das nicht weiter, denn entſcheidend iſt nur die große Zahl.

Was die „Heimkehr ins Reich“ für die grenznahe Stadt Wien geändert hat, iſt noch nicht bekannt; Berlin iſt vor 1940 von ſo nahen Grenzänderungen nicht betroffen worden. Schlüſſe aus früheren Wanderungen auf die Art der Bevölkerung, aus der die große Stadt durch Einſchmelzen ihre Eigenart gebildet hat, erſtrecken ſich auf längere Zeiträume, denn zu Änderungen gehören Jahrzehnte. Daher darf der Mangel neuerer Zahlen nicht vor einem Urteile über die Abſtammung unſerer Großſtadtbevölkerung abſchrecken.

Die Herkunft der Berliner: Die ſtatiſtiſchen Ämter der Stadt Berlin, Preußens und des Reiches[13] haben die Geburtsländer der in Berlin anweſenden Bevölkerung feſtgeſtellt.

---

[11] J. Müller, Grundriß der Statiſtik, 3. Teil: Bevölkerungsſtatiſtik, Jena 1926.

[12] H. Schieber, Statiſtik der Aus- und Einwanderung. In: Die Statiſtik in Deutſchland. Ehrengaben für Friedrich Zahn, 1. Bd., Berlin 1940, S. 220.

[13] Die Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme der Stadt Berlin 1864—1895; Die Berliner Volkszählung 1900, Zeitſchrift des preußiſchen ſtatiſtiſchen Landesamtes, 47. Jg. 1907; Statiſtik des Deutſchen Reiches, Bd. 210, Tl. IX, Berlin 1910.

Geburtsort, -land	Zählungsjahr 1871	1890	1900	1907
Berlin	360101	642651	772784	812133
Brandenburg ohne Berlin	166575	287540	334637	361412
Oſtpreußen	32095	71342	91898	98205
Weſtpreußen		57882	72612	80359
Pommern	45288	101936	118779	127033
Poſen	29217	76876	95366	103793
Schleſien	64946	123514	137961	142215
Oſten[14] zuſammen, aßer Berlin	338121	719090	851253	913017
Sachſen	55495	77276	80015	84394
Geſamtbevölkerung	826341	1578794	1888848	2005146

Danach hat ſich der Zuzug aus allen öſtlichen preußiſchen Provinzen während der ganzen Zeit vergrößert, nämlich während ſich die Geſamtbevölkerung in den 36 Jahren um 142 v. H. vermehrte, ſtieg die aus dem Oſten gebürtige Bevölkerung um 169 v. H. davon einzeln aus Oſt- und Weſtpreußen um 455 v. H., aus Poſen um 306 v. H., aus Pommern um 180 v. H. und aus Schleſien auch noch mehr als aus Brandenburg, um 119 v. H. gegen 117 v. H. Die Zahl der in Berlin Geborenen iſt um 126 v. H., das iſt ſtärker als der aus Schleſien Gebürtigen, geſtiegen.

	1871	1907
Von je 100 Einwohnern Berlins waren		
in Berlin geboren	43,6	40,5
in Brandenburg geboren	20,1	18,0
in Schleſien geboren	7,8	7,1
in Sachſen geboren	6,5	4,2
	von 1871	auf 1907
Dagegen ſtiegen die Anteile der		
in Oſt- und Weſtpreußen Geborenen	3,9	8,9
in Pommern Geborenen	5,5	6,3
in Poſen Geborenen	3,5	5,1

Der Zuzug aus dem Nordoſten ſteigt ſomit verhältnismäßig mehr.

Der langjährige Direktor des Berliner ſtädtiſchen ſtatiſtiſchen Amtes Dr. Richard Böckh hat die Zugezogenen der Bevölkerungszählungen von 1875—1895 auch gegliedert nach der Zeit des Zuzuges. Schon 1864, als man die in Berlin Geborenen der Provinz Brandenburg zuzählte, war die Haupteinwanderung, abgeſehen von Brandenburg, aus Schleſien und der Provinz Sachſen gekommen, in den folgenden Zählungsjahren verſtärkte ſich der Zuzug aus Schleſien. Daneben aber trat immer mehr Oſt- und Weſtpreußen, Pommern und Poſen hervor. 1875 fand Böckh, daß aus den polniſch durchſetzten Teilen der Oſtprovinzen mehr die Deutſchen und deutſchſprechenden Juden nach Berlin abgewandert waren. 1875, alſo kurz nach der Gründung des Deutſchen Reiches, waren von 100 Einwohnern Berlins über 98 aus dem Reiche und darunter allein über 88 aus Preußen gebürtig. Bei der für 1895 durchgeführten Verteilung nach der Zuzugszeit fällt es auf, daß der Anteil Preußens am höchſten bei den vor 1880 Zugezogenen iſt, ſpäter aber nachgelaſſen hat. Ganz gering, ja unter 1 v. H., war die Zuwanderung aus Bayern und Öſterreich, und zwar die öſterreichiſche ſtärker als die bayriſche. Vermutlich dürfte ſich ſeither die leider nicht mehr ausgezählte Zuwanderung aus dem Süden und Weſten des Reiches gehoben haben.

Der überwiegende Zuzug aus den Ländern öſtlich der Elbe erwies ſich auch als ſeßhafter, während er aus dem Weſten mehr vorübergehend war. Die Abwanderung aus Oſt- und Weſtpreußen, Pommern und Poſen war weit mehr nach Berlin gerichtet[15] als nach den Großſtädten Danzig, Stettin und Poſen, ebenſo aus der Provinz Sachſen mehr nach Berlin als nach Magdeburg und Halle; nur aus Schleſien war der Zug nach Breslau immerhin noch ſtärker als nach Berlin. Aus Mecklenburg überwiegt der Zug nach Hamburg, deſſen Zuwachs noch mehr aus Schleswig-Holſtein herrührt. Die anderen Großſtädte des Reiches haben ihren Zuzug aus ihrem umliegenden Lande empfangen, nur die rheiniſchen und weſtfäliſchen Induſtrieſtädte mehr aus dem Oſten des Reiches.

---

[14] Ohne Mecklenburg, Schleswig-Holſtein und die öſtlich der Elbe gelegenen Teile von Sachſen.

Die Herkunft der Wiener: Die Entwicklung der Stadt Wien entſpricht ihrer Stellung als Hauptſtadt des alten Reiches und des Habsburgerſtaates Öſterreich. Dieſer Name bedeutete zu verſchiedenen Zeiten unterſchiedlichſten Gebietsumfang; ſeit 1866 war er geradezu aus den Verfaſſungsgeſetzen der „im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" getilgt. Der Öſterreicher ſprach dieſe Länder zuſammen als Öſterreich an, während das Ausland unter Öſterreich die ganze Öſterreichiſch-Ungariſche Monarchie zu verſtehen pflegte, was höchſtens der Verfaſſung von 1849—1866 entſprach, aber nach einem halben Jahrhundert in Verſailles noch nachwirkte, als man ſich unter Öſterreich etwas Undeutſches vorſtellte und einen Anſchluß an das als Gegenſatz gefühlte Deutſche Reich verhindern wollte. Der Name Deutſchland durfte mit gewiſſem Recht für den Deutſchen Bund gebraucht werden, war aber falſch und mißverſtändlich für das ſeit 1871 beſtehende Deutſche Reich, weil damit die Deutſchöſterreicher im Sprachgebrauche ſowohl der Reichsdeutſchen wie der Öſterreicher ausgeſchloſſen waren. Wien blieb aber von ſeiner Gründung an eine deutſche Stadt, die auch ſpätere Zuwanderer aus der vielſprachigen öſterreichiſchen Monarchie einzudeutſchen vermochte.

Wie die Oſtmark überhaupt, ſo iſt auch die Stadt Wien urſprünglich vom deutſchen Weſten her beſiedelt worden, doch fehlen genaue Angaben. In der 1897 vom Altertumsverein herausgegebenen Geſchichte der Stadt Wien heißt es: „aus dem zwiſchen 1080 und 1115 angelegten, 1180 abgeſchloſſenen Totenbuche des oberöſterreichiſchen Chorherrenſtiftes St. Florian mit ſeinen zahlreichen Wienern des 12. Jahrhunderts erſehen wir, welche Anziehungskraft die erblühende Stadt auf die Leute des oberen Donautals, weiterhin wohl auf die ſchwäbiſchen, alemanniſchen, fränkiſchen und rheiniſchen Gegenden ſowie Flandern ausgeübt hat." — Nach der mittelalterlichen Beſiedlung der Oſtmark haben die Kultureinflüſſe aus den habsburgiſchen Weſtlanden ſicher Weſtdeutſche aller Bevölkerungsſchichten an den Kaiſerhof gelockt. Dies ſetzte ſich fort bis zum Ende des Reiches zur Napoleonzeit.

Der eigentliche Aufſtieg zur Großſtadt fällt in das 19. Jahrhundert; daher bilden die Nachkommen der alten Siedler nur einen kleinen Teil der in fortgeſetzter Zuwanderung erwachſenen Millionenſtadt. Die Herkunft der Bewohner Wiens iſt in früheren Zeiten ſo wenig beachtet worden, weil damals die herrſchenden Schichten den Ausſchlag gaben; was aber im 19. Jahrhundert zuwanderte, gehörte den Unterſchichten an, die in die ſtädtiſche Lebensart, in das, was nach außen hin der Stadt den Anſtrich gab, erſt allmählich einbezogen wurden. Immer neue Maſſen wurden in den ungeheuren Schmelztopf der Großſtadt geworfen. Von den 260 224 Einwohnern im Jahre 1820 iſt die Bewohnerzahl bis 1939 auf 1 920 000, das iſt das Siebenfache, geſtiegen. Daß ſich der Umfang der Stadt durch Eingemeindungen mehrfach vergrößert hat, ſtört den Rückblick nicht weſentlich, weil die einbezogenen Stadtteile, ſoweit ſie nicht ohnehin dünn beſiedelt waren, ihre Bewohner ebendaher bezogen hatten wie die Stadt ſelbſt.

Die Herkunft der Zuwanderer iſt nie genau gezählt worden. Aber die Geburtsorte der Bewohner ſind feſtgeſtellt worden, ſo daß wir Zahlen über das Endergebnis der Zuwanderung beſitzen, die älteſten aus der ſtädtiſchen Statiſtik des Jahres 1856. Damals wurden 469 221 Einwohner gezählt, nahezu das Doppelte der Zahl von 1820, aber noch nicht ein Viertel der heutigen Einwohnerzahl. Davon waren rund 208 000 oder 44,3 v. H. in Wien ſelbſt geboren. Aus dem übrigen damaligen Öſterreich, welches außer der deutſchen Oſtmark und den Sudetenländern noch Ungarn, Siebenbürgen, die Militärgrenze, Galizien, Bukowina, Lombardei und Venezien in ſich begriff, ſtammten rund 235 000 oder 50,1 v. H.; aus dem

---

[15] Nach R. Brückner, Die Entwicklung der großſtädtiſchen Bevölkerung im Gebiet des Deutſchen Reiches. In: Allgemeines Statiſtiſches Archiv, 1. Bd. 1890, S. 135ff.

Auslande nur rund 26 000 oder 5,5 v. H. Von den Inländern ſtammten allein aus Böhmen, Mähren und Öſterreichiſch-Schleſien 105 353 oder 22,5 v. H., das iſt über ein Fünftel der Geſamtbevölkerung, dagegen nur rund 90 000 oder 18,8 v. H. aus den Alpenländern, hier der größte Teil, rund 70 000 oder 15,2 aus dem nördlich über die Donau greifenden Niederöſterreich. Unter den „Auslandſtaaten" waren die des ſpäteren Deutſchen Reiches (Bayern und Preußen hauptſächlich) mit 4,8 v. H. vertreten, das war ungefähr ebenſoviel wie Ungarn und ſeine Nebenländer.

Um 34 Jahre ſpäter, 1890, iſt die Gebürtigkeit wieder ausgezählt worden, dann je zehn Jahre ſpäter bis 1910, nach dem Weltkriege erſt wieder 1934.

Jahr	Zahl der in Wien Gebürtigen	von 100 Einwohnern
1856	207817	44,3
1890	610062	44,6
1910	991157	48,8
1934	1074102	57,0

Der Anteil der Zugewanderten iſt ſomit ſchwächer geworden, obgleich doch die Zuwanderungszahlen geſtiegen, die Geburtenzahlen aber geſunken ſind. Die in Wien Geborenen ſind eben Kinder der außerordentlich zahlreichen Zuwanderer, aus den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, die auch teils kinderreicher waren als die älter angeſeſſenen Bewohner. Der Gipfel der Zuwanderung wirkt in den Nachkommen fort, obſchon der Zuzug ſelbſt ſeit 1900 nachgelaſſen hat.

Die Zuwanderung von außen iſt infolge der Grenzänderungen nicht die ganze Zeit hindurch vergleichbar. Nahezu ſtetig blieb ſie aus dem Deutſchen Reiche, denn die Zahl der 1856 aus den deutſchen „Auslandſtaaten" gebürtigen 22 780, damals 4,8 v. H., war ſogar höher als die entſprechende Zahl 21 554 im Jahre 1934, was nur 1,1 v. H. bedeutet; das darunter verſtandene Gebiet iſt ungefähr gleich geblieben. So weit war im Laufe der Zeit Wien vom Reiche getrennt worden. Eine Unterſuchung, wie ſtark hieran die Induſtrialiſierung des Reiches und Nordamerikas mit größeren Verdienſtmöglichkeiten Anteil hat, wäre wünſchenswert.

Unter Inland (Öſterreich) war nicht immer dasſelbe zu verſtehen, denn vor 1867 galt auch Ungarn als Inland, dagegen 1934 Mähren ſchon als Ausland, dafür das Burgenland als Teil Öſterreichs. Wenn man von den Oſtländern Galizien und Bukowina abſieht, hat die *Donau das alte Öſterreich* (die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder) *von 1910 ungefähr in eine gleiche nördliche und ſüdliche Hälfte geteilt.* Wie ſehr aber die Zuwanderung aus dem Norden ſeit 1856 auch weiterhin überwog, das zeigt z. B. eine 1910 ausgezählte Überſicht, auf einer Karte im amtlichen Zählungswerke (ſ. Karte) dargeſtellt. Da wurden diejenigen Bezirke (jetzt Kreiſe) ausgeſondert, unter deren abgewanderter Geburtsbevölkerung der größte Teil in Wien gezählt worden war. So ergibt ſich, daß nur ein Fünftel aus Bezirken ſüdlich der Donau ſtammt, mehr als vier Fünftel aber aus dem Norden, das iſt aus den Sudetenländern und dem nördlichen Teile Niederöſterreichs.

Auf der erwähnten Karte iſt mit dem dunkelſten Tone das Gebiet der Bezirke (Kreiſe) dargeſtellt, von deren Geburtsbevölkerung mehr als ein Zehntel in Wien gezählt worden iſt. Er umfaßt das ganze nördliche Niederöſterreich und reicht nach Mähren und Böhmen hinüber; dazu kommen einige überall verteilte Städte (Stadtkreiſe) und der ganz entfernte Bezirk Jägerndorf in Schleſien. Die nächſte Farbſtufe umfaßt die näher gelegenen ſüdlichen Bezirke Niederöſterreichs und den nordmähriſchen Bezirk Römerſtadt, dann den weſtböhmiſchen Bezirk Strakonitz und in Schleſien Freudenthal. Der dritte Farbton reicht am Böhmerwald entlang bis Biſchofteinitz, im Süden bis an die Grenze Niederöſterreichs. Erſt der folgende, im nördlichen Böhmen ſchon an der Eger bis Saaz und an der Elbe bis Königinhof reichende Ton, erſtreckt ſich ſüdlich der Donau über den größten Teil von Oberöſterreich und Nordſteiermark.

Von den 225 456 niederöſterreichiſchen Zugewanderten ſtammten 128 871 oder 57 v. H. aus dem an Fläche geringeren Teile nördlich der Donau. Die Zahl der überhaupt aus

Niederöſterreich Geborenen iſt von 69 353 im Jahre 1856 geſtiegen bis auf 226 524 im Jahre 1934, anteilsweiſe aber geſunken von 14,8 auf 12,6 v. H.; ſie dürfte durch die neueſten Eingemeindungen von 1938 weiter geſunken ſein, um ſo viel, als ſich der Anteil der in Wien ſelbſt Gebürtigen vermehrt hat. Dieſe Zahlen können bei künftigen Zählungen nicht weiter verfolgt werden, weil der Gau Niederdonau über das einſtige Niederöſterreich hinaus vergrößert worden iſt und die Gebürtigkeitszahlen ſich nicht auf frühere Zeiten ergänzen laſſen.

Aus den übrigen Oſtalpenländern, ſoweit ſie von 1919—1938 zu Öſterreich gehört haben, hob ſich die Zuwanderung

von 18 647 oder 4,0 v. H. der Bevölkerung im Jahre 1856,
auf 82 754 „ 4,6 „ „ „ „ „ „ 1934.

Darin iſt die Erſatzzuwanderung ſeit der Zerſchlagung des alten Öſterreichs 1919 mit enthalten, nachdem der Anteil der Alpenländer an der Wiener Bevölkerung 1910 auf 3,3 v. H. geſunken war. Die Anteilziffer iſt auffallend niedrig; die überwiegend bäuerliche Bevölkerung der Oſtalpen hat für den Aufſchwung der Induſtrie im 19. Jahrhundert keinen Überſchuß an Arbeitern beiſtellen können. Das hat ſchon Michael Hainiſch in ſeinem Werke „Die Zukunft der Deutſchöſterreicher“[16] feſtgeſtellt. Die eigene Bevölkerungsvermehrung war immer gering, die Gebirgsbauern heirateten ſpät, den Knechten und Mägden war das Heiraten überhaupt verwehrt. Die zahlreichen unehelichen Kinder deckten nur den Bedarf an landwirtſchaftlichen Hilfskräften; die aufblühende ſteiriſche Eiſeninduſtrie mußte ihre Arbeiter aus dem ſlawiſchen Süden und den Sudetenländern decken. Wieweit Abneigung gegen induſtrielles Städtertum bei dieſen Gebirgsbauern eine Rolle ſpielte, wäre noch zu unterſuchen.

Die Hauptmaſſe der Wiener Bevölkerung ſtammt ſowohl nach der Zählung 1856 als auch nach der von 1934 aus den Sudetenländern. Dieſe ſind bis zum Weltkriege Böhmen, Mähren und Öſterreich-Schleſien genannt worden; für 1934 kann unbedenklich die Tſchechoſlowakei in Vergleich geſetzt werden, denn von den geringen Teilen, die 1919 von Niederöſterreich abgetrennt worden waren, kann ebenſo abgeſehen werden wie von den ſeit jeher nicht zahlreichen Zuwanderern aus der Slowakei.

Jahr	Aus den Sudetenländern Gebürtige	von 100 Einwohnern	von 100 außer Wien Geborenen
1856	105353	22,5	40,0
1890	378074	27,6	50,0
1910	499273	24,9	48,0
1934	292880	15,7	36,6

Der Gipfel der zahlenmäßigen Zuwanderung aus den Sudetenländern fällt alſo in das Jahr 1910, ebenſo wie der Gipfel der Einwohnerzahl überhaupt. Seither haben der Weltkrieg und der folgende Wirtſchaftsrückgang wie die ſtaatliche Trennung den Zuzug gehemmt. Durch mehr als ein Jahrhundert iſt immer wieder faſt die Hälfte des ganzen Zuzuges der Großſtadt aus den Sudetenländern gekommen. Dieſe Zuwanderer kamen in den beſten Lebensjahren, heirateten und zeugten mehr Kinder als die ſtadtbürtigen Einwohner der Großſtadt. Daher ſtammte um die Zeit des Weltkrieges ein Viertel der Wiener unmittelbar aus den Sudetenländern, mindeſtens ein weiteres Viertel von ſudetenländiſchen Eltern. Da dieſer Zuzug durch mehr als hundert Jahre angehalten hat, muß ein weit größerer Teil der Wiener von ſudetenländiſchen Ahnen abſtammen.

Neben dem ſudetenländiſchen Zuzuge blieben die anderen Richtungen unbedeutend. 1934 wurden noch 52 086 aus Polen gebürtige Bewohner Wiens gezählt[17], 2,6 von 100 Einwohnern, das iſt mehr als bei allen früheren Zählungen. 1856 hatte die Zahl der aus Galizien und der Bukowina Geborenen[18] nur 3417 betragen, 0,7 v. H., dann war ſie bis auf 42 695 oder 2,1 v. H. im Jahre 1910 geſtiegen; Zuwanderer aus anderen altpolniſchen Gebieten kamen nur ſelten nach Wien. Der große, ſpäter wieder abgeflaute Zuzug um 1919 iſt nicht zahlenmäßig feſtgehalten; er betraf mehr Juden als Volkspolen und Volksdeutſche.

---

[16] M. Hainiſch, Die Zukunft der Deutſchöſterreicher, Wien 1892.

[17] Der Zuzug aus dem zu Polen gekommenen Teil von Schleſien dürfte hierin mit enthalten ſein.

[18] Die Zahlen umgreifen Volkspolen wie auch Volksdeutſche und Juden.

Der Zuzug aus Ungarn iſt nur bis 1890 geſtiegen.

Jahr	Aus Ungarn Gebürtige	vom Hundert der Geſamtbevölkerung
1856	23675	5,0
1890	100606	7,3
1934	28471	1,5 dazu 1,4 Burgenländer, 2,9 zuſammen

Unter den Zuwanderern ſtammten natürlich viele aus den ſeit 1919 von Ungarn abgetretenen Gebieten. Vor 1867, da Ungarn als Inland galt, war ein weſentlich höherer Zuzug nach Wien gerichtet, der noch bis 1890 nachgewirkt hat. Zweifellos handelt es ſich da meiſt um Volksdeutſche aus Weſtungarn, Siebenbürgen, Banat, Slawonien uſw.

Die Zuwanderung aus dem ſonſtigen Auslande iſt von 18 179 im Jahre 1856 über 23 993 im Jahre 1910 auf 184 859 im Jahre 1934 geſtiegen, doch ſind in der letzteren Zahl die vielen Zuwanderer aus den ehemals öſterreichiſchen Teilen der 1919 vergrößerten Staaten Jugoſlawien, Italien und Rumänien enthalten.

Sprache und Volkstum: Die Sprache wurde in Öſterreich nach verſchiedenen Merkmalen gezählt: 1856 die Mutterſprache, 1880—1910 die Umgangsſprache und 1934 die ſprachliche Zugehörigkeit. Doch hatten die Wiener Tſchechen ſeit 1890 immer mehr die Umgangsſprache als ein Bekenntnis der ſprachlichen Zugehörigkeit im Sinne der Mutterſprache aufgefaßt, ſo daß die Begriffe nicht ſtreng abgegrenzt waren. In der Zählungsvorſchrift waren die böhmiſche, mähriſche und ſlowakiſche Sprache zuſammengefaßt. Die Zahl der Slowaken war gering, wie auch die Zuwanderung aus der Slowakei; die Mährer waren auch in der Zeit des tſchechoſlowakiſchen Staates den Tſchechen beigezählt, weil ſie ſich der tſchechiſchen Schriftſprache bedienten.

Die Tſchechen hatten in Wien ebenſo wie die Italiener und Spanier ſchon 1722 eigenen Gottesdienſt mit Predigt in ihrer Sprache. Dieſe war ſicher Mutterſprache der Zugewanderten, nicht Modeſprache der Vornehmen. Da die Zuwanderung aus den Sudetenländern das ganze 19. Jahrhundert hindurch andauerte, hielt ſich auch die Zahl der Tſchechen bis zum Zerfalle Öſterreichs 1919 auf anſehnlicher Höhe.

Jahr	Tſchechen in Wien	von 100 Einwohnern
1856	83000	17,7
1890	63834	4,7
1900	102974	6,1
1910	98461	4,9
1934	39714	2,1

Von den 1910 gezählten Einwohnern der Stadt Wien waren 153 372 oder 7,5 v. H. in Bezirken deutſcher Mehrheit der Sudetenländer, 341734 oder 16,8 v. H. in Bezirken tſchechiſcher Mehrheit geboren. Hiernach könnte es ſcheinen, als ob weit mehr Tſchechen nach Wien gekommen wären als Sudetendeutſche; aber aus den tſchechiſchen Bezirken ſind zweifellos die Deutſchen viel mehr nach Wien gewandert als etwa Tſchechen aus ſonſt deutſchen Bezirken. Nach dem Weltkriege ſind aber mehr als 100 000 Tſchechen abgewandert, auch hat die Zuwanderung im ganzen nachgelaſſen. Doch bleibt immer noch bis zu den im Jahre 1934 gezählten 39 714 Tſchechen ein namhafter Reſt von einſtigen Tſchechen, die erſt in Wien zur deutſchen Sprache übergegangen ſind. Dieſe von den Tſchechen überſchätzte Eindeutſchung hatte ihnen ſeinerzeit die Unterlagen für ihre Klagen über Unterdrückung in Öſterreich und demzufolge für die Gründung des ſelbſtändigen Tſchechenſtaates geboten.

Andere fremde Sprachen außer der tſchechiſchen kommen in Wien nicht mit namhaften Anteilen vor; außerdem bezog ſich die Sprachenzählung in Öſterreich nur auf Inländer, ſo daß auch Ungarn nicht davon betroffen wurde. Daß aber die zugewanderten Tſchechen, die durch ihre große Zahl die Sprache noch am längſten erhielten, nicht in dem entſprechenden Maße zur Bildung der Wiener Eigenart beitrugen, liegt wohl an der ſozialen Schichtung. In der Zeit des Aufblühens der Induſtrie im 19. Jahrhundert fanden manche Gewerbe nicht mehr in Wien ihren Nachwuchs, ſondern mußten die Lehrlinge vom Lande beziehen. Es war wohl ein Jahrhundert lang für keinen Wiener Schuljungen erſtrebenswert, Schneider- oder Schuſter- oder Tiſchlerlehrling zu werden; dieſe Gewerbe hatten faſt nur tſchechiſche Lehrlinge. Auch im Baugewerbe waren Italiener nur vorübergehend tätig, dagegen die Tſchechen blieben in Wien anſäſſig. Die ganze große Maſſe der Induſtriearbeiter aber kam meiſt aus Mähren, Öſterreichiſch-Schleſien und Böhmen. Der ſtrebſame Bevölkerungsteil der Tſchechen aus dieſen Ländern ſtieg daheim in den ſtädtiſchen Mittelſtand auf, während die Deutſchen ſeit der Abtretung Schleſiens 1742 immer mehr nach Wien gezogen wurden, ſo daß, wie Joſef Pfitzner[19] ſagt, die Wanderrichtung der ſudetendeutſchen geiſtigen Kräfte den deutſchen Teil der Sudetenländer geiſtig ärmer erſcheinen ließen als den tſchechiſchen. Davon wurden Mähren und Schleſien ganz beſonders betroffen, während das wohlhabendere Deutſchböhmen in ſeinen Städten den heimiſchen Begabungen noch einen gewiſſen Rückhalt gewährte. Die drei Gruppen der Sudetendeutſchen fanden erſt im 20. Jahrhundert durch Gemeinſamkeit des Schickſals zuſammen und der Name Sudetendeutſche kam erſt um 1910 in Gebrauch.

So iſt es zu erklären, daß zwar die Wiener Mundart noch auf der bayriſchen der erſten Einwanderer beruht, aber als Wiener Volkstum in Sitte und Brauch immer mehr Einflüſſe vom ſudetendeutſchen Norden aufnahm, während die ſchwache Bevölkerungsvermehrung der Alpenländer die Miſchung bei weitem nicht ſo färben konnte, wie man hätte in der Hauptſtadt erwarten können. Auch die ſeit Maria Thereſia und insbeſondere ſeit Metternich fühlbare Abſchnürung vom ſüddeutſchen Weſten trug dazu bei, ein Wienertum zu formen, welches ſich ſowohl von dem öſterreichiſchen Alpenvolke als auch vom bayriſchen unterſcheidet. Dazu kam freilich noch der weltſtädtiſche Schliff, der von den Gebirgsbewohnern fremdartig empfunden wurde und mit dem Überwiegen von Induſtrie, Handel und den anderen im Wirtſchaftsleben ausſchlaggebenden ſtädtiſchen Berufen zuſammenhängt. Dazu trug nicht wenig die im Großkapital herrſchende Stellung der Juden bei.

Weder bei der Gebürtigkeitszählung noch bei der Sprachenzählung treten die Juden geſondert auf, nach dem Bekenntniſſe betrug im Jahre 1934 ihre Zahl 176 034, das iſt von 100 Einwohnern 9,4, aber von 100 Juden infolge der Nachkriegsbewegung wieder viel weniger als um das Kriegsende. Seither war die Abwanderung der Juden ſo groß, daß die neueſte Bevölkerungszählung vom 17. Mai 1939 auf die Frage der Ergänzungskarte, die zum erſten Male anſtatt der Bekenntnisfrage die Abſtammungsfrage geſtellt hat, nur 91 480 Volljuden, dann 15 591 Miſchlinge erſten und 6753 Miſchlinge zweiten Grades für Wien ergab. Im Vergleich dazu zählte Berlin 82 788 Volljuden, 17 820 Miſchlinge erſten und 8854 Miſchlinge zweiten Grades, alſo von den beiden Miſchlingsgruppen mehr als Wien, während ſonſt die Judenzahl geringer war, auch im Verhältnis zur geſamten Bevölkerungszahl, 1,91 gegen in Wien 4,76 v. H.[20]. Die Judenzahl hat ſich aber ſeit der Zählung vom Frühjahr 1939 weiter vermindert, ſo daß dieſe in Vergangenheit verhängnisvolle Frage an Gewicht verloren hat[21].

---

[19] J. Pfitzner, Sudetendeutſche Geſchichte, Reichenberg 1937, S. 55.

[20] Die Juden und jüdiſchen Miſchlinge im Deutſchen Reich. Vorläufiges Ergebnis der Volkszählung vom 17. Mai 1939. In: Wirtſchaft und Statiſtik, 20. Jg. 1940, Nr. 5/6, S. 84.

[21] R. Körber, Raſſeſieg in Wien, der Grenzfeſte des Reiches, Wien und Leipzig 1939.

Volksgruppenangehörige in Paris 1931

Von Heinz Kloß, Stuttgart

Über die Abwanderung, welche ſich vor dem Weltkrieg aus den Volksgruppengebieten Frankreichs in das franzöſiſche Sprachgebiet vollzogen hat, bieten uns die amtlichen Bevölkerungszählungen Frankreichs von 1891 und von 1921 wertvolle Anhaltspunkte, indem ſie für jedes Departement angeben, wieviele ſeiner Bewohner aus einem beſtimmten anderen Departement ſtammten[1]. In der Nachkriegszeit ſind dieſe Erhebungen nur noch einmal, nämlich 1931 wiederholt worden[2], und zwar nicht mehr für ſämtliche Departements, ſondern lediglich für die Stadt Paris (ohne die ſog. Bannmeile, mithin nicht für das ganze Departement Seine).

Uns intereſſieren vier Gruppen von Herkunfts-Departements:

1. Departements, die zu einem ſehr großen Teil (mindeſtens zwei Fünftel) nichtfranzöſiſchen Sprachboden darſtellen[3].

Es ſind dies:

Departement	Sprache	Zahl der ſprachfremden Inländer (1931)[4]	v. H. aller inländiſchen Einwohner des Departements
Unterrhein (Bas-Rhin, Unterelſaß)	deutſch	630000	95
Oberrhein (Haut-Rhin, Oberelſaß)	„	480000	95
Moſel (Moselle, Lothringen)	„	420000	75
Finiſtère	bretoniſch	700000	93
Morbihan	„	300000	56
Côtes-du-Nord	„	200000	38[3]
Korſika (Corse, ital. Corsica)	italieniſch	300000	97
Oſtpyrenäen (Pyrénées-Orientales)	katalaniſch	180000	90

2. Departements, die keinen nichtfranzöſiſchen Sprachboden umfaſſen, dabei aber zu einem ſehr großen Teil nichtfranzöſiſchen Stammesboden darſtellen und daher unter dem Einfluß angrenzender ſprachlich unangeglichener Volksgruppengebiete ſtehen. Es ſind dies vornehmlich die beiden Departements der Ober-Bretagne, Ille-et-Vilaine und Loire-Inferieure, deren Weſthälften einſt zum bretoniſchen Sprachgebiet gehörten, während die Oſthälften (mit Rennes und Nantes) von jeher franzöſiſchen Sprachboden darſtellten; in beiden Departements iſt ein lebhaftes bretoniſches Stammesbewußtſein feſtzuſtellen[5].

3. Departements, deren Bewohner nur zu einem kleinen Teil (weniger als 40 v. H.) auf nichtfranzöſiſchem Sprachboden leben, wo alſo die Volksgruppen wohl in geſchloſſenen Sied-

---

[1] Für die Auswertung dieſer Vorkriegserhebungen vgl. mein Buch: Fremdſprachige Einwanderung in das franzöſiſche Sprachgebiet Frankreichs vor dem Weltkrieg. Berlin 1935.

[2] Vgl. Bulletin de la Statistique générale de la France et du service d'observation des prix. Tome XXVI, Fascicule III, Avril-Juin 1937. Darin S. 473—489: Les Provinciaux à Paris en 1931 (Repartition des Recensés d'après leur lieu de naissance). Im folgenden zitiert als Bull.

[3] Es iſt zu unterſcheiden zwiſchen Anteil am Sprachboden und Anteil an der Einwohnerſchaft. Nicht alle Bewohner nichtfranzöſiſchen Sprachbodens ſind nichtfranzöſiſcher Mutterſprache. So bilden z. B. im Departement Côtes-du-Nord die Bewohner des zum bretoniſchen Sprachgebiet gehörenden Weſtteils 48 v. H. aller Einwohner, hingegen die „Sprachbretonen" nur 38 v. H.

[4] Ausgenommen ſprachfremde Eingebürgerte.

[5] Die wichtige Frage, wieweit der mittlere Teil des Departements Nord, und der Weſtteil des Departements Pas-de-Calais, deren einheimiſche Bevölkerung vor Jahrhunderten ihre niederländiſche (niederfränkiſche) Umgangsſprache mit dem Franzöſiſchen vertauſcht hat, in ähnlicher Weiſe als Vorfeld des niederländiſchen Sprach- und Volksbodens gelten können, kann hier nur angedeutet werden.

lungsgebieten wohnen und auch in einzelnen Kantonen die abſolute Mehrheit bilden, jedoch departementsweiſe nur eine verhältnismäßig geringe Minderheit der Bevölkerung darſtellen:

Departement	Volksgruppenſprache	Zahl der ſprachfremden Inländer (1931)	v. H. aller inländiſchen Einwohner des Departements
Niederpyrenäen (Basses-Pyrénées)	baskiſch	100000	26,2
Nord	niederländiſch (weſtflämiſche Mundart)	150000	8,6
Seealpen (Alpes-Maritimes)	italieniſch	30000[6]	8,7

4. Departements, in denen okzitaniſche (provenzaliſche) Mundarten geſprochen werden. Ihre Zahl beträgt (ohne Niederpyrenäen und Seealpen) 30.

Die Departements der Gruppen 1—3 wollen wir abkürzend als „Volksgruppen-Departements“ bezeichnen.

Bei der Durchſicht der amtlichen Tabellen ergeben ſich leicht Unklarheiten dadurch, daß in manchen Tabellen die Geſamtheit der in einem beſtimmten Gebiet geborenen Perſonen aufgeführt wird, und in anderen Tabellen nur die der dort geborenen Alt-Inländer (français de naissance), alſo derer, die von Geburt an die franzöſiſche Staatsangehörigkeit beſitzen, unter Ausſchluß der Eingebürgerten und der Ausländer[7]. In den nächſtehenden Aufſtellungen bedeutet ein (G), daß die Geſamtzahl, ein (A), daß die Zahl der Alt-Inländer gegeben wird.

Ich gebe nunmehr zunächſt die Grundzahlen für Paris.

	(G)		(A)	
alle Einwohner		2743833		2427858
davon geboren in Paris	890728		878116	
im Ausland	296315		17792	
in den Außenbeſitzungen	34395		20456	
ohne Geburtsortsangabe	51321		44638	
zuſammen:		1272759		961002
geboren in Frankreich außerhalb von Paris		1471074		1466756

Unſere geſuchten Zuwanderer aus den Volksgruppen-Departements ſtecken alſo innerhalb einer Schar von faſt 1,5 Millionen Zuwanderern aus der „Provinz“, wobei der Unterſchied zwiſchen (G) und (A) mit rund 4300 Köpfen völlig unerheblich bleibt. Auch für die Volksgruppen-Departements ſpielt dieſe Differenz keine Rolle; z. B. ſtammen aus Elſaß-Lothringen:

Geburts-Departements	Geſamtheit	davon Eingebürgerte und Ausländer	Reſt (Alt-Inländer)
Unterrhein	21147	124	21023
Oberrhein	14022	104	13918
Moſel	11486	174	11312
Elſaß-Lothringen	46635	402	46253

---

[6] Je 15000 einerſeits im Grenzgebiet von Mentone, andererſeits außerhalb des geſchloſſenen italieniſchen Sprachgebiets in der Stadt Nizza und einigen kleineren Sprachinſeln (Mons, Escragnoles, Biot).

[7] Die français de naissance gliedern ſich in ſolche, die als Kinder ausländiſcher Väter auf Grund der Einbürgerungsgeſetze von 1887 und 1927 vom Tage ihrer Geburt an als Inländer gelten und ſolche, deren Väter im Augenblicke der Geburt der Betreffenden bereits die franzöſiſche Staatsangehörigkeit beſaßen, ſo daß die Kinder ihre Staatsangehörigkeit durch Abſtammung (filiation) von ihren Vätern her übernommen haben; ſtreng genommen können nur die letzteren als français d'origine bezeichnet werden. Vgl. hierzu „Volksforſchung“, Jg. 4, 1940, H. 3, S. 132—133.

Bei den meiſten anderen Departements iſt der Anteil der Eingebürgerten und Ausländer noch unbedeutender; z. B. beträgt er bei den aus Korſika Stammenden nur neun (!) unter 9157, bei denen aus Ille-et-Vilaine nur 24 unter 20711, bei denen aus den Niederpyrenäen nur 73 unter 16160.

Ich bringe nun einen Vergleich zwiſchen der Zuwanderung aus den Volksgruppen-Departements nach dem Stand von 1911 und von 1931 (A):

	1931		1911	
Elſaß-Lothringen		46253		39536
Finiſtère	30642		17843	
Morbihan	26791		21867	
Côtes-du-Nord	28602		25970	
Niederbretagne, insgeſamt		86035		65680
Korſika		9148		5645
Oſtpyrenäen		4340		3177
überwiegend ſprachfremde Departements, insgeſamt		145776		114038
Niederpyrenäen		16087		12273
Nord		54018		39135
Seealpen		4802		3105
Ille-et-Vilaine	20687		23475	
Loire-Inférieure	18541		19936	
Oberbretagne, insgeſamt		39228		43411

Es iſt alſo für alle Volksgruppendepartements eine Zunahme zu verzeichnen außer für die beiden ſprachlich voll verfranzoſten Departements der Oberbretagne. Die abſolute Zunahme iſt am ſtärkſten beim Departement Nord, die relative bei den Departements Finiſtère (+ 73 v. H. der Zuwanderer von 1911) und Korſika (+ 62 v. H.). Auffällig iſt der ſtarke Unterſchied zwiſchen dem ganz zum bretoniſchen Sprachgebiet gehörigen Departement Finiſtère und den von der Sprachgrenze durchzogenen Departements Morbihan und Côtes-du-Nord, bei denen die Zuwanderung nach Paris nur wenig zugenommen hat, allerdings ſchon 1911 ſehr ſtark war.

Die Volkszählungsbehörde bemerkt hierzu[8], nachdem ſie die beiden Gruppen der franzöſiſchen Departements mit Zunahme und mit Abnahme der Pariswanderung unterſchieden hat:

„Zur erſten Gruppe gehören 30 Departements; ſie liegen an der Spitze der Bretagne, im mittleren Weſten und im Südweſten, an der Mittelmeerküſte, im Elſaß, und im Norden Frankreichs. Die Zunahme iſt beſonders bedeutſam bei Finiſtère, Morbihan, den Niederpyrenäen, Korſika, dem Elſaß, Nord und Pas-de-Calais". Von den ſieben hier aufgezählten Departements iſt nur das letztgenannte kein Volksgruppendepartement!

Nachſtehende Sonderüberſicht zeigt die Zuwanderung aus den okzitaniſchen Departements (G):

Corrèze	26024	Haute-Loire	6369
Aveyron	24936	Hautes-Pyrenées	5639
Haute-Vienne	23328	Herault	5595
Cantal	21168	Ardèches	5438
Creuſe	20682	Tarn	4974
Gironde	17457	Aude	4701
Dordogne	16574	Ariege	4671
Puy-de-Dome	16499	Lot-et-Garonne	4625
Lot	10903	Drome	4409
Bouches-du-Rhône	9489	Gers	4061
Loire	9036	Var	3935
Lozère	8145	Tarn-et-Garonne	3393
Haute-Garonne	8105	Vaucluſe	3113
Gard	6999	Hautes-Alpes	1786
Landes	6967	Baſſes-Alpes	1239
			290260

---

[8] Bull. S. 484.

(Nur im Vorbeigehen wollen wir die Zahl jener Zuwanderer feſtſtellen, in deren Heimatdepartement die ſog. frankoprovenzaliſchen oder mittelrhoniſchen, d. h. zwiſchen Okzitaniſch und Franzöſiſch vermittelnden Mundarten geſprochen werden.

Es kamen 1931 (G) aus

Ain	5668
Doubs	12095
Iſère	6942
Jura	10906
Savoie	11948
Haute-Savoie	10442

d. h. insgeſamt rund 58000 Perſonen, darunter 22400 Savoier, wobei natürlich nur ein Teil dieſer Zuwanderer noch frankoprovenzaliſch ſpricht.)

Welche Stellung nehmen nun einerſeits die Volksgruppen-Departements und andererſeits die okzitaniſchen Departements im Rahmen aller 90 Herkunfts-Departements[9] ein?

Der abſoluten Zahl nach ſtehen natürlich an der Spitze die Bannmeile (103232) und Seine-et-Oiſe (61699). Schon an dritter Stelle aber ſteht Nord, alſo ein Volksgruppen-Departement. Es folgen Seine-Inférieure, Pas-de-Calais und Nièvre, hierauf an 7. Stelle Finiſtère, ſodann Aisne, dann an 9. Côtes-du-Nord, ſpäter an 12. Morbihan und erſt an 13. und 14. Stelle die beiden erſten okzitaniſchen Departements, nämlich Corrèze und Aveyron.

Am unteren Ende hingegen ſetzt die Reihe mit den okzitaniſchen Departements Baſſes-Alpes und Hautes-Alpes ein; nach Belfort ſchließen ſich am 4.—7. Platz an die okzitaniſchen Gebiete Vaucluſe, Tarn-et-Garonne, Var und Gers, den 8. hält das Volksgruppen-Departement Oſtpyrenäen, es folgen am 9.—13. die okzitaniſchen Departements Drôme, Lot-et-Garonne, Ariège, Aude und Tarn, und auf dem 14. ſteht das Volksgruppen-Departement Seealpen.

Etwas verändert wird das Bild, wenn wir die Verhältniszahlen (Zuwanderer auf 10000 Departements-Einwohner) nehmen. Zwar führen unter den Departements mit wenig Pariswanderern auch diesmal die okzitaniſchen Gebiete, doch beginnt die Reihe mit Bouches-du-Rhône (88 auf 100000 Einwohner); es folgen Seealpen (97) und Var (105), hierauf das nichtokzitaniſche (ſondern franko-provenzaliſche) Departement Iſère (121), hierauf am 5.—7. Platz die okzitaniſchen Departements Vaucluſe, Loire und Baſſes-Alpes, ſodann das Rhône-Departement, am 9.—11. Platz die okzitaniſchen Departements Aude, Tarn und Drôme und erſt am 12. Platz das Volksgruppen-Departement Moſel (168), am 14. Oſtpyrenäen (185). Es iſt alſo die Riviera, die den geringſten Verhältnisanteil an Pariswanderern beiſteuert, während die abſoluten Zahlen bei der binnenländiſchen Provence geringer waren.

Viel ſtärker noch wandelt ſich das Bild der Verhältniszahlen gegenüber den abſoluten Zahlen, wenn wir die Departements mit den ſtärkſten Pariswanderungen herausſuchen. Hier ſtand an der Spitze Nièvre (1221 auf 10000 Einwohner), es folgen an 2.—4. Stelle die okzitaniſchen Departements Cantal (1162), Creuſe und Corrèze (je 1028), daran ſchließen ſich hinter den nordfranzöſiſchen Departements Yonne und Cher folgende okzitaniſche Departements an: am 7. Platz Lozère (845), am 10. Aveyron, am 12. Haute-Vienne. Unter den 17 Departements mit dem ſtärkſten Anteil iſt kein Volksgruppen-Departement.

Bei den Departements mit dem ſtärkſten Pariswanderer-Anteil handelt es ſich um einen zuſammenhängenden Nord-Süd-Gürtel, der beginnt mit Loiret und Yonne im Norden und endet mit Aveyron und Lozère im Süden: um die Departements des Zentral-Maſſivs, zu beiden Seiten der Grenze zwiſchen nordfranzöſiſchen und okzitaniſchen Mundarten.

Hinſichtlich der Zuſammenſetzung nach dem Geſchlecht gliederten ſich die Zuwanderer aus den wichtigſten Herkunfts-Departements wie folgt:

---

[9] Frankreich zählte 1931 90 Departements; Paris und Bannmeile bilden zuſammen das Departement Seine. Genau genommen handelt es ſich um $89^{1}/_{2}$ Herkunfts-Departements.

Herkunftsdepartement	unter 1000 Zuwanderern befanden ſich	
	Männer	Frauen
Unterrhein	308	692
Oberrhein	373	627
Moſel	353	647
Finiſtère	390	610
Côtes-du-Nord	340	660
Morbihan	368	632
Korſika	563	437
Oſtpyrenäen	399	601
Ille-et-Vilaine	377	623
Loire-Inférieure	406	594
(alle Zuwanderer, Durchſchnitt)	(444)	(556)

Es liegen alſo alle Volksgruppen-Departements bis auf zwei unter dem Durchſchnittsanteil für Männer, der doch ſeinerſeits weiter unter 50 v. H. liegt. Dabei überragt der Frauenüberſchuß der Unterelſäſſer beträchtlich den aller übrigen. Einen Männerüberſchuß weiſen die Zuwanderer aus Korſika auf.

Vergleichen wir dieſe Zahlen mit denen für die Zuwanderer aus allen 90 Provinz-Departements, ſo finden wir, daß die Zuwanderer aus Unterrhein, Côtes-du-Nord, Niederpyrenäen und Moſel, alſo vier Volksgruppen-Departements, den höchſten Frauenanteil aufweiſen. Den 5. und 6. Platz beſetzen die Departements Manche und Landes; es folgt an 7. Stelle Morbihan, an 9. Oberrhein, an 11. Ille-et-Vilaine. Nur ein okzitaniſches Departement (Landes, Nr. 6) iſt unter den 14 mit dem ſtärkſten Frauenanteil.

Aber auch unter den Herkunfts-Departements mit dem geringſten Frauenanteil ſteht an der Spitze ein Volksgruppen-Departement, nämlich Korſika. Den 2. bis 5. Platz beſetzen die okzitaniſchen Departements Ober-Pyrenäen (480)[10], Hérault (483), Aude und Gard. Auf das teils okzitaniſche, teils italieniſche Departement Seealpen (490) folgen am 7. und 8. Platz die okzitaniſchen Departements Bouches-du-Rhône und Niederalpen, hierauf Iſère und ſodann am 10.—14. Platz wiederum nur okzitaniſche Departements: Lozère, Var, Haute-Loire, Vaucluſe und Tarn.

Wie ſteht es nun mit der Berufstätigkeit dieſer Männer und Frauen? Wir berückſichtigen hierbei nur die wichtigſten Volksgruppen-Departements.

Herkunftsdepartement	Männer				Frauen			
	ohne Beruf		mit Beruf		ohne Beruf		mit Beruf	
Unterrhein	749	11,5	5765	88,5	6240	42,6	8393	57,4
Oberrhein	611	11,7	4616	88,3	4121	46,9	4674	53,1
Moſel	670	16,5	3383	83,5	3844	51,7	3589	48,3
Finiſtère	1116	16,0	10850	84,0	7532	40,4	11160	59,6
Côtes-du-Nord	857	8,8	8871	91,2	7033	37,3	11856	62,7
Morbihan	802	8,2	9055	91,8	6291	37,1	10651	62,9
Korſika	610	11,8	4545	88,2	2205	55,1	1797	44,9
Oſtpyrenäen	283	12,5	1985	87,5	1126	53,9	962	46,1
Ille-et-Vilaine	849	10,9	6962	89,1	5643	48,8	7257	56,2
Loire-Inférieure	1017	13,5	6520	86,5	5364	48,7	5665	51,3
zum Vergleich alle Zuwanderer	282340	23,2	936801	76,8	828799	54,3	695893	45,7

---

[10] Bull. ſetzt auf S. 479 das Departement Oſtpyrenäen auf den 2. Platz, was lt. der Tabelle S. 480—481 eine Verwechſlung mit Ober-Pyrenäen darſtellt.

Während bei der Zuwanderergeſamtheit die Zahl der berufsloſen Männer 23 v. H. der Geſamtzahl bildet, erreicht ſie unter den Volksgrupplern nur beim Departement Moſel 16,5 v. H. Bei den Departements Côtes-du-Nord und Morbihan bleibt ſie ſogar unter 10 v. H.

Bei der Zuwanderergeſamtheit übertreffen die berufsloſen Frauen die berufstätigen, und zwar erheblich. Unter den Volksgrupplern weiſen nur die aus den Departements Moſel, Korſika und Oſtpyrenäen eine ſolche Mehrheit auf; beim Oberelſaß und Loire-Inférieure ſind die Männer eine ſtarke Minderheit, beim Unterelſaß, Finiſtère, Côtes-du-Nord und Ille-et-Vilaine eine ſchwächere, mehr noch bei Morbihan.

Ferner bleibt bei der Zuwanderergeſamtheit die Zahl der erwerbstätigen Frauen hinter der der erwerbstätigen Männer zurück. Unter den Volksgrupplern iſt das nur bei Korſika, Oſtpyrenäen und Loire-Inférieure der Fall, während alle drei elſaß-lothringiſchen und alle drei niederbretoniſchen Departements ſowie Ille-et-Vilaine mehr erwerbstätige Frauen als Männer ſtellen; beſonders auffallend iſt die Differenz bei Unterrhein und Côtes-du-Nord.

Noch deutlicher heben ſich die zugewanderten Volksgruppler von der Zuwanderergeſamtheit ab, wenn wir die Anteilszahlen für die ſoziale Gliederung nehmen:

Herkunfts-Departement	Von je 1000 Zuwanderern waren					
	nicht erwerbstätig	Arbeitgeber	Privatangeſtellte	Arbeiter	alleinſtehende Selbſtändige	arbeitslos
Unterrhein	331	56	122	400	70	21
Oberrhein	337	75	144	340	79	25
Moſel	393	51	128	302	90	36
Finiſtère	282	27	189	412	46	44
Côtes-du-Nord	276	39	200	400	52	33
Morbihan	265	38	185	432	41	39
Korſika	307	29	333	228	79	24
Oſtpyrenäen	324	52	261	251	65	47
Ille-et-Vilaine	313	55	191	337	67	37
Loire-Inférieure	344	49	194	299	77	38
Niederpyrenäen	300	56	188	363	60	33
Nord	340	58	182	295	76	49
Seealpen	398	70	226	176	86	44
zum Vergleich alle Zuwanderer	405	61	176	251	71	36

Sehr auffallende Ergebniſſe erhalten wir, wenn wir die Volksgruppler vergleichen mit den Zuwanderern aus den übrigen franzöſiſchen Departements auf den Anteil (je 1000) der ſozialen Stände hin.

Beginnen wir mit dem Anteil an Arbeitgebern (chef d'établissement). An der Spitze ſtehen drei okzitaniſche Departements: Aveyron (196 auf 1000), Lozère (154) und Cantal (151).

Auf Loire (87) folgen am 5.—7. Platz wieder okzitaniſche Departements: Drôme (86), Tarn (85) und Haute-Loire (82); letzterem kommt Savoie gleich, woran ſich die okzitaniſchen Departements Loire und Vaucluſe mit je 81 an 9. und 10. Stelle anſchließen. Die höchſten Arbeitgeberanteile ſind alſo eine Angelegenheit Okzitaniens[11], während die Volksgruppen-Departements fehlen.

---

[11] Im Begleittext heißt es, der hohe Arbeitgeberanteil bei Aveyron, Lozère, Cantal und Savoie erkläre ſich daraus, daß unter dieſen Zuwanderern die Schankwirte, Gaſtwirte, Hoteliers und Kohlenhändler zahlreich ſeien; hier handle es ſich meiſt um kleine Familienbetriebe, die mit nur einem Teilhaber oder auch nur der Frau zuſammen geführt würden. Man ſolle ſich alſo über dieſe „Unternehmer“ keine übertriebenen Vorſtellungen machen (Bull. S. 482).

Hingegen weiſt den niedrigſten Arbeitgeberanteil auf Finiſtère (26 auf 1000), den zweitniedrigſten Korſika (29), den drittniedrigſten Morbihan (38), den viertniedrigſten Côtes-du-Nord (39): alles Volksgruppen-Departements. (Am 5.—10. Platz folgen nordfranzöſiſche Departements, als Nr. 5 Pas-de-Calais.)

Bei den Angeſtellten ſteht an der Spitze aller Departements Korſika mit 333 je 1000. Die niedrigſten Anteile finden ſich bei den Zuwanderern aus den Departements Unterrhein (122), Moſel (128) und Oberrhein (144). Das Departement Nord ſteht mit 182 je 1000 an achtzehnter Stelle. Die Sonderſtellung der Elſaß-Lothringer erklärt ſich wohl daraus, daß in dieſem Stande eine fließende mündliche und ſchriftliche Beherrſchung der franzöſiſchen Sprache beſonders notwendig iſt und daß ihnen als erſt 1919 neuangegliederter Volksgruppe dieſe Kenntniſſe noch vielfach mangelten.

Hinſichtlich der Arbeiter (ouvriers des établissements) ſtehen an der Spitze unter allen 79 Departements ſolche der Niederbretagne: Morhiban mit 432 und Finiſtère mit 412. Den dritten und vierten Platz beſetzten Côtes-du-Nord und Unterrhein mit je 400 aufs 1000. Das Departement Niederpyrenäen, die Heimat der baskiſchen Volksgruppe, folgt mit 363 an ſiebenter Stelle.

Den Gegenpol bilden die okzitaniſchen Departements Bouches-du-Rhône (Marſeille) mit nur 145 Arbeitern je 1000, Var mit 153 und Vaucluſe mit 164. An vierter Stelle von unten folgt das Departement Seealpen (176).

Nehmen wir den Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger (d. h. employés et ouvriers) zuſammen, ſo ſteht obenan das Departement Morbihan (617), an zweiter Stelle Finiſtère (601), an dritter Côtes-du-Nord (600), an ſechſter Korſika (561). Den letzten Platz hat auch hier Bouches-du-Rhone inne (367), den vierten Seealpen (402).

Überblicken wir die bisher gemachten Angaben, ſo ſchält ſich vor allem eine Tatſache deutlich heraus: Verglichen mit den Zuwanderern aus den übrigen Provinzgebieten nach Paris nehmen die Abwanderer aus den Volksgruppen-Departements nicht irgendeinen beliebigen mittleren Platz ein, ſondern ſtehen auffallend häufig am oberen oder unteren Ende der Reihe. Sie heben ſich alſo vom franzöſiſchen Durchſchnitt ab, mit anderen Worten: ſie ſind ſonderartige Gruppen und keineswegs Franzoſen ſchlechthin.

Im großen und ganzen ſind die Zuwanderer aus den Volksgruppen-Departements gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an Frauen, einen geringen Anteil an Berufsloſen, einen hohen Anteil an Lohn- und Gehaltsempfängern, insbeſondere Arbeitern, und einen niedrigen Anteil an Arbeitgebern.

Völlig durchſchnittlich verhalten ſich die Volksgruppen-Departements hinſichtlich der Verhältnisſtärke der Pariswanderung, umgerechnet auf die Einwohnerzahl der Departements; ſie ſind gar nicht unter den Departements mit der ſtärkſten und kaum unter denen mit der ſchwächſten Pariswanderung vertreten.

Bei einigen Volksgruppen-Departements ſind eine Reihe von intereſſanten Einzelzügen feſtzuſtellen, die nicht alle in die oben gegebene allgemeine Kennzeichnung hineinpaſſen. Hierher gehört bei den Korſen der hohe Anteil der Angeſtellten. Niederbretonen und Korſen haben gemeinſam den niedrigen Anteil der Arbeitgeber und den beſonders hohen der Lohn- und Gehaltsempfänger; hingegen iſt der Arbeiteranteil groß bei den Niederbretonen, einem Teil der Elſäſſer, aber nicht bei den Korſen.

Ein völlig anderes Bild bieten die okzitaniſchen Departements, die ſowohl unter der Gruppe mit beſonders ſchwacher, wie unter der mit beſonders ſtarker Pariswanderung vertreten ſind. Sie ſind durch einen hohen Anteil der Arbeitgeber gekennzeichnet, während die Lohn- und Gehaltsempfänger unter den Okzitaniern in Paris ſehr zurücktreten; auch der Frauenanteil iſt bei ihnen groß[12].

Auch die Okzitanier heben ſich alſo vom übrigen franzöſiſchen Volkskörper ab, aber in entgegengeſetzter Weiſe wie die eigentlichen Volksgruppen-Departements. Es kann vermutet werden, daß die Sonderzüge, welche ihre Poſition in Paris aufweiſt, weniger auf dem artmäßigen Abſtand einer Volksgruppe zum ſtaatsführenden Volk beruhen, als auf der Zuſpitzung von Merkmalen, welche der volksfranzöſiſchen Zuwanderung aus der Provinz im allgemeinen eigentümlich ſind. Träfe dieſe Vermutung zu, ſo könnte man ſagen, daß die Okzitanier in Paris in gewiſſer Hinſicht ſogar als beſonders typiſche Franzoſen auftreten. Das wiederum würde im Einklang ſtehen mit der auch ſonſt zutreffenden Beobachtung, daß die Okzitanier im Verbande der franzöſiſchen Staatsnation wohl eine Sprachgruppe aber nicht (zum mindeſten noch nicht) eine Volksgruppe darſtellen, daß alſo Sprache und Volkszugehörigkeit bei ihnen in umgekehrter Weiſe auseinanderklaffen wie bei den Iren, die trotz ihrer zu 90 v. H. engliſchen Mutterſprache nicht zum engliſchen Volkstum gehören.

---

[12] Die Zuwanderung aus dem Departement Seealpen ſcheint beſtimmt zu werden durch die okzitaniſche Mehrheit und nicht durch die italieniſche Minderheit.

Die Volkwerdung der Slowaken

Von Heinz Brauner, Breslau

Die erſten Regungen eines ſlowakiſchen völkiſchen Gefühls und die Schaffung der erſten ſlowakiſchen Schriftſprache. Die Volkwerdung der Slowaken[1] iſt ein verhältnismäßig junger Vorgang, der ſich in der kurzen Zeitſpanne zwiſchen dem Ausgang des 18. Jahrhunderts und unſeren Tagen abſpielt. In der Slowakei kam es erſt ſpät zu den Anzeichen eines völkiſchen Beſinnens und Erwachens[2]. Die jahrhundertelange Zugehörigkeit des Landes zum ungariſchen Staate verhinderte trotz der gewiſſen Einheit, die dieſes Gebiet in räumlicher Hinſicht darſtellt, bis ins 17. Jahrhundert hinein das Aufkommen eines volklichen Sondergefühls. Es iſt deshalb unmöglich, bis zu dieſem Zeitpunkt von einem ſlowakiſchen Volk zu ſprechen. So ſteht auch das kleine Volk zwiſchen dem Zug der Karpaten und der ungariſchen Tiefebene, das mit ſeinen 2,3 Millionen Slowaken auch 150 000 Deutſche, 67 000 Madjaren und 50 000 Ukrainer umfaßt[3], vor der Schwierigkeit, einen Anknüpfungspunkt in der Geſchichte zu finden. Man ſuchte nach einer Staatsidee, die den Anſprüchen der böhmiſchen Wenzelskrone und den ſog. hiſtoriſchen Anrechten der Stephanskrone gegenübertreten konnte und kam ſo zur Swatoplukſchen Idee[4]. Selbſt wenn man das Großmähriſche Reich Swatopluks als erſte ſlowakiſche Staatsgründung anerkennt, ſo liegen zwiſchen dieſer Staatlichkeit und der heutigen immerhin noch 11 Jahrhunderte, in denen die Slowaken keinen eigenen Staat beſaßen.

---

[1] Das Schrifttum zur Geſchichte der ſlowakiſchen Literatur findet ſich in der ſechsbändigen Bibliografia písomníctva slovenského (Bibliographie des ſlowakiſchen Schrifttums) von L. V. Rizner, St. Martin am Turz 1927—1934, und in den Literaturgeſchichten von Jaroslav Vlček (^{2}1923) und Albert Pražák (letztere im VII. Band der Československá Vlastivěda, S. 209—272). — Einen weſentlichen Teil der Literatur zur Geſchichte der Slowakei habe ich in den Anmerkungen meines Beitrages „Die Geſchichte des Slowakentums als wiſſenſchaftliches Problem und als politiſche Streitfrage", Leipziger Vierteljahrsſchrift für Südoſteuropa, 3. Jg. 1939, S. 253—274, zuſammengeſtellt. — Frantiſ̌ek Hruſ̌ovſky, Slovenské Dejiny (Slowakiſche Geſchichte), St. Martin am Turz, ^{4}1940. Es iſt die neueſte und beſte Darſtellung vom ſlowakiſchen Standpunkt aus. Leider fehlen gänzlich Quellen- und Schrifttumsangaben.

[2] Beſonders wertvoll für die Darſtellung des Heranwachſens eines ſlowakiſchen Nationalgefühls und ſeiner erſten Regungen iſt die Arbeit von Th. J. G. Locher, Die nationale Differenzierung und Integrierung der Slovaken und Tſchechen in ihrem geſchichtlichen Verlauf bis 1848, Haarlem 1931.

[3] Die Zahlen ſind der Volkszählung vom 31. Dezember 1938 entnommen, die allerdings wegen ihrer Methode und ihren Ergebniſſen deutſcherſeits angezweifelt wurde. — Über die Schwierigkeit eindeutiger Volkstumsbeſtimmung ſprechen viele ſtatiſtiſche Einzelheiten der Arbeit von Branislav Varſik, Die ſlowakiſch-magyariſche ethniſche Grenze in den letzten zwei Jahrhunderten, Preßburg 1940.

[4] Dieſer Gedanke der Swatoplukſchen Staatsidee wurde von Št. Polakovič in einem Artikel im „Slovák" (Nr. 264 v. 7. November 1940) eingehend dargeſtellt. Für das ſlowakiſche Volk ſoll dieſer Swatoplukſche Staatsgedanke demnach bedeuten:

1. Eine Erinnerung an die erſte Staatlichkeit des 9. Jahrhunderts.
2. Das hiſtoriſche und natürliche Recht der Slowaken auf einen eigenen Staat.
3. Die Zurückweiſung der Anſprüche der Wenzels- und Stephanskronen auf die Slowakei.
4. Die Erinnerung an das ausſchließliche Recht auf den ſlowakiſchen Lebensraum.
5. Das Symbol der drei Ruten Swatopluks als politiſches Vermächtnis einer ſlowakiſch-deutſchen Freundſchaft und der inneren Einigkeit.
6. Die ſittliche Mahnung zur Pflege der Swatoplukſchen Tugenden: Arbeit und Einſatz im Kampf für das Recht des Volkes und das Sein des ſlowakiſchen Staates.

Aber dieſe Jahrhunderte einer Entwicklung, die ein geſchichtliches Auftreten der ſlowakiſche Mundarten ſprechenden Menſchen in dem gebirgigen Waldgebiet ſüdlich des Hauptkarpatenzuges noch nicht ſahen, waren doch von weſentlichem Einfluß für die ſpätere Bildung und Formung eines gewiſſen Zuſammengehörigkeitsgefühls. Die deutſche Siedlungsbewegung des 12. und namentlich des 13. Jahrhunderts, die Verbreitung der ſtädtiſchen, gewerblichen Fähigkeiten und der gotiſchen bildenden und Baukunſt, die nie abbrechenden geiſtigen Beziehungen zwiſchen der karpatenländiſchen Intelligenz und den Hochſchulen Deutſchlands, das Einſtrömen der barocken Geiſteswelt und ſchließlich die Gedanken einer aufgeklärten Zeit — all dieſe Faktoren übten ihre große Wirkung auf die geiſtige Einſtellung der völkiſch noch unbewußten, ſlowakiſchen Menſchen aus. Durch einen ſozialen Aufſtieg innerhalb der Städte, wo die Slowaken langſam und zäh Stellung für Stellung errangen, um ſchließlich auch die Beſitzer der Ringhäuſer der großen, freien königlichen Bergſtädte zu werden, durch eine größere Kinderzahl, die ihnen die Mehrheit in den urſprünglich rein deutſchen Gemeinden verſchaffte, und durch die Übernahme und Aneignung der überlegeneren, deutſchen Kultur waren während des ausgehenden Mittelalters und der Zeit vom 16. bis 18. Jahrhundert die Slowaken zum Teil ſozial aufgeſtiegen. Sie hatten ſich einen ſlowakiſchen Bürger- und Handwerkerſtand zu ſchaffen vermocht, der ſich über der paſſiv weiter dahinlebenden Maſſe der Bauern und Leibeigenen erhob, und den ſeit der Reformationszeit, die für die Slowakei von einſchneidender Bedeutung war, als Spitze dieſer ſtändiſchen Pyramide ein Stand von Lehrern und Geiſtlichen abſchloß, der in immer ſtärker werdendem Maße ſlowakiſcher Herkunft war. Damit waren bis zum 18. Jahrhundert die Grundbedingungen für die Volkwerdung der Slowaken abgeſchloſſen und geſchaffen.

Die erſten Äußerungen eines eigenvölkiſchen Sondergefühls und einer liebevollen Hinwendung zur eigenen Mutterſprache finden ſich ſlowakiſcherſeits erſt ſeit dem 17. Jahrhundert. So hören wir das erſtemal in der 1676 erſchienenen Sprichwörterſammlung des evangeliſchen Predigers Daniel Sinapius Horčička[5] die Klagen darüber, wie die geliebte Mutterſprache jetzt von vielen vernachläſſigt und ſogar verachtet werde, ja, wie man ſich ſeiner ſlawiſchen Herkunft ſchäme. Und dieſen beredten Klagen ſchließt ſich nun die Aufforderung an die Jugend der Adelsgeſchlechter der Slowakei an, ſich mit mehr Sorgfalt und Liebe der eigenen Sprache anzunehmen. Was bei dieſen Worten des Predigers Sinapius beſonders auffällig und auch für die ſpätere ſlowakiſche geiſtige Einſtellung typiſch iſt und ſich häufig wiederholt, iſt die Vermengung der Begriffe „ſlawiſch" und „ſlowakiſch". Dieſes Schwanken, dieſes Spielen mit den ſprachlich verwandten Worten wie „Slovák" (Slowake) und „Slovan" (Slawe), zwiſchen „slovenský" (ſlowakiſch) und „slovanský" (ſlawiſch), iſt ſicher neben anderen Äußerlichkeiten — wie z. B. dem Gefühl, im Mittelpunkt der ſlawiſchen Völkerwelt zu liegen — der Anſtoß zu dieſer allgemein-ſlawiſchen, verſchwommenen Äußerung. Die gleiche Einſtellung iſt charakteriſtiſch für das Denken eines anderen proteſtantiſchen Predigers, Daniel Krmans (1663—1740), in deſſen Gedichten ſich die bezeichnenden Worte finden:

> „Lob und Dank ſei dem Herrn, daß unſere Sprache nicht ganz verſunken iſt, unſere treffliche, uralte, ſlawiſche Sprache, welche die Mutter anderer Sprachen auf der Welt iſt; die tſchechiſche, kroatiſche, ruſſiſche, polniſche, mähriſche, die bulgariſche und ſerbiſche und auch andere Sprachen ſind aus ihr hervorgegangen ..."

Als weſentlich ſoll aus der Zahl der Äußerungen für die ſlowakiſche Sprache die des Geiſtlichen Matthias Bél (1684—1749) herausgegriffen und hier wiedergegeben werden, weil ſie auch bemerkenswert für ſeine Auffaſſung über das ſog. „tſchecho-ſlowakiſche" Stammes- und Sprachverhältnis iſt. Dieſer Theologe und Polyhiſtor weiſt nach einem Lob des Tſchechiſchen als der kultivierten Sprache, auf das Slowakiſche und ſeine Mundarten hin; er vermag ſelbſt hiſtoriſch die Unterſchiedlichkeit zwiſchen Slowaken und Tſchechen herauszuſtellen, da ſeiner Meinung nach die Slowaken von den Mährern abſtammen, die nach den Markomannen und Quaden das Land beſiedelten. Es muß jedoch betont werden, daß dieſe hier aufgeführten Äußerungen trotz ihres allgemein-ſlawiſchen oder ſlowakiſchen Charakters von denen, die ſie taten, immer als im Einklang mit ihrer bejahenden Einſtellung zum ungariſchen Staat gebracht wurden, da ja damals der ungariſche Patriotismus von der madjariſchen Nationalidee noch nicht erfaßt und durchdrungen war.

---

[5] 1940 neu herausgegeben von Rudo Brtáň, Sinapiovo Neoforum latino-slovenicum (Sinapius' Neoforum latino-slovenicum).

Den Beginn der eigentlichen Nationalbewegung ſetzt man innerhalb des Habsburgerreiches in die Zeit Joſephs II. Man verſuchte dieſen Umſchwung gewöhnlich als eine gewiſſe Reaktion gegenüber den zentraliſtiſchen Beſtrebungen der Wiener Regierung zu erklären. Dieſe Anſicht iſt jedoch unrichtig, denn die aufgeklärte Innenpolitik wollte zwar eine einheitliche Staatsnation mit deutſcher Amtsſprache ſchaffen, aber der eigentliche Sinn der innenpolitiſchen Maßnahmen eines aufgeklärten Herrſchers war doch die ſoziale und kulturelle Förderung der Untertanen, um die wirtſchaftliche Geſamtlage des Landes zu heben. Um dieſes Ziel zu erreichen, bemühte man ſich um das Volksſchulweſen, wobei man in der Mundart des Volkes unterrichtete, förderte man ein belehrendes und aufklärendes Schrifttum in den Volksſprachen, und ſo wurde bereits im joſephiniſchen Zeitalter die freie Entfaltung der „nationalen" Literaturen ermöglicht und der Grund für ihre ſpätere Entwicklung zu Schriftſprachen in modernem Sinne gelegt.

Die Neubelebung der Anteilnahme an den Volksſprachen und den beſcheidenen volksſprachlichen Literaturen wirkt ſich auch in der Slowakei aus. Während in Böhmen und Mähren das Tſchechiſche ſeit der Niederlage am Weißen Berg mehr und mehr von ſeiner einſtigen Stellung herabgeſunken war und nur noch als Sprache der unterſten Schichten angeſehen wurde, hatte es ſich als ſog. „Bibeltſchechiſch" innerhalb der proteſtantiſchen Gemeinden der Slowakei mit Slowakismen vermiſcht gehalten. Es iſt dort dank der kirchlichen Tradition unverändert geblieben. Die evangeliſchen Slowaken ſtanden auch weiterhin zum „Bibeltſchechiſchen", obwohl vereinzelte Verſuche mit den erſt ſich auf ihre Sprache beſinnenden Tſchechen Beziehungen anzuknüpfen, erfolglos blieben. Die gebildeten Tſchechen des ausgehenden 18. Jahrhunderts wußten überhaupt nichts von den Slowaken; der einzige, der für ſie Intereſſe aufbrachte, war der joſephiniſche Regierungsbeamte, Slawiſt und Erwecker Joſef Dobrovſky, der aber ſelbſt nur deutſch ſchrieb[6]. So war es für die Slowaken ſchwer, an ihrem ſlawiſchen Nachbarn im Weſten eine Stütze zu finden. Noch ſchwieriger war die Lage unter den katholiſchen Slowaken. Während der Gegenreformationszeit waren in Tyrnau, dem Sitz der gegenreformatoriſchen Aktion innerhalb der Slowakei, tſchechiſche Erbauungsſchriften und religiöſe Literatur gedruckt worden. Aber da für die Katholiken kein Grund vorlag, traditionelle Beziehungen zu Böhmen und Mähren zu pflegen, war ihr Schrifttum ſeit dem beginnenden 18. Jahrhundert immer ſtärker von ſlowakiſchen Wörtern und Spracheigentümlichkeiten durchſetzt worden. Deshalb wird es verſtändlich, warum die katholiſchen Slowaken im Zuge des erwachenden Intereſſes für die eigene Sprache zur Volksſprache griffen. Das zerfallene Tſchechiſch, das noch keine neue grammatiſche und orthographiſche Form gefunden hatte, konnte für die Tyrnauer katholiſchen Kreiſe nicht maßgebend ſein, da deren Beſtreben ausſchließlich auf die Gewinnung der katholiſchen Slowaken gerichtet war. So ſtellte 1787 in einigen Abhandlungen der Geiſtliche Anton Bernolák (1762—1813) die Grundſätze einer ſlowakiſchen Schriftſprache auf, die auf der weſtſlowakiſchen Mundart aufbauend, dem Tſchechiſchen ſehr naheſtand, aber ſich durch eine vereinfachte, phonetiſche Rechtſchreibung von ihm unterſchied. Die erſte Grammatik dieſes Schriftſlowakiſchen erſchien 1790, das einzige, ſechsbändige Wörterbuch kam erſt in den Jahren 1825—1827 heraus. Die nicht ſehr umfangreiche Literatur, die nur ein halbes Jahrhundert beſtand, hatte außer den Erzeugniſſen des einzigen Dichters Jan Hollý keine größeren Leiſtungen vollbracht. Sie iſt nur deshalb als weſentlich zu werten, weil ſie der erſte Verſuch iſt, ſich aus einer jahrhundertealten literariſchen Bindung an das Tſchechiſche zu löſen und eine eigenſtändige ſlowakiſche Schriftſprache zu ſchaffen.

---

[6] Locher, S. 96ff. Dort auch das Schrifttum zur Frage der Beziehungen Dobrovſkýs zu den Slowaken. Ferner der Aufſatz A. Pražáks, K stykům Dobrovského se Slovenskem (Zu den Beziehungen Dobrovſkýs mit der Slowakei), Bratiſlava, 3. Jg. 1929, S. 678f.

Der deutſche Einfluß auf die Erweckung des ſlowakiſchen Nationalgefühls. Die politiſchen und geiſtigen Umwertungen am Ende des 18. Jahrhunderts leiteten auch im Völkerleben einen neuen Entwicklungsabſchnitt ein. Nicht nur, daß das europäiſche Staatenbild durch und infolge der Franzöſiſchen Revolution einer gründlichen Wandlung unterlag, ſondern auch in dem Denken über den Staat, über die Geſellſchaft und das Volk im allgemeinen hatten ſich neue Wege aufgetan, die in der Geiſteswelt jener Zeit ihren Niederſchlag fanden. Das Volk als eine, über die Staatsgrenzen hinwegragende Einheit begann ſich zu regen und in den Vordergrund der Betrachtungsweiſe zu treten. Die Ideen, die von der Franzöſiſchen Revolution bald zum Vorwand für eine außenpolitiſche Expanſion und zu deren Begründung benutzt wurden, dieſe Gedanken weckten in den anderen Völkern Europas, und namentlich im deutſchen Volk, die ſchlummernden Kräfte, und wurden beſonders durch die Vermittlung der deutſchen Gelehrten und Dichter den andern Volksorganismen Mittel- und Südoſteuropas weitergegeben. Nach einer längeren Zeitſpanne, die ein Tiefſtand des Nationallebens bedeutete, beginnt bei vielen dieſer kleinen Völker die Wiederbeſinnung auf die eigene Sprache, der in zweiter Linie durch den eben angedeuteten äußeren Anſtoß die politiſche Beſinnung und die Forderung nach einer gewiſſen Selbſtändigkeit folgen.

Die Zuſammenfaſſung der vereinzelten allgemein-ſlawiſchen und ſlowakiſch-nationalen Äußerungen und Regungen des 17. und 18. Jahrhunderts, die folgerichtige Weiterführung des erſten Verſuches, ſich ſchriftlich aus der alten tſchechiſchen Bindung zu befreien, um zu einer ſelbſtändigen Literatur zu gelangen, und der Glaube an die politiſche Zukunft des ſlowakiſchen Volkes ſind das Werk zweier Generationen von Männern, deren Wirken in die 20er, 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts fällt. Die erſte Generation, den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts angehörend, zu der der Geiſtliche Johann Kollár und der Wiſſenſchaftler Paul Joſeph Šafárik zählen, legt die Grundlagen für das ſpätere ſlowakiſche Nationalgefühl, indem ſie in dichteriſchen, wiſſenſchaftlichen und allgemein richtungsweiſenden Schriften im Sinne einer noch unklaren „tſchecho-ſlowakiſchen Idee“ das ſlawiſche Bewußtſein wecken und aufrütteln. Die Glieder der zweiten Generation, die den Jahren zwiſchen 1810 und 1820 angehört, und zu der die Brüder Štúr, Hurban, Hodža, Zoch u. a. zu rechnen ſind, werden durch die politiſche, wiſſenſchaftliche und journaliſtiſche Formulierung und Zielſetzung zu den Begründern des ſlowakiſchen Eigenbewußtſeins.

An der Spitze der ſlowakiſchen Erweckung ſteht als Wegbereiter der proteſtantiſche Geiſtliche und langjährige Leiter der Peſter evangeliſch-ſlowakiſchen Gemeinde Johann Kollár (1793—1852). Wir müſſen ihm dieſen Platz am Beginn des ſich regenden ſlowakiſchen Nationalgefühls zuweiſen, wenn er auch in ſeinen ſpäteren Jahren nicht nur zum konſequenten Anhänger einer „tſchecho-ſlowakiſchen“ Idee, ſondern ſogar zum aktiven Gegner der ſelbſtändigen ſlowakiſchen Schriftſprache und zum Kämpfer gegen die literariſche Loslöſung des ſlowakiſchen Schrifttums wurde. Sein Lebensgang[7] zeigt im Verlauf der Schul- und Univerſitätsjahre recht deutlich, welchen Weg faſt der größte Teil der werdenden ſlowakiſchen Geiſtlichen und Lehrer nahm, und woher ſie das geiſtige Rüſtzeug für ihren Beruf und die Ideen für ihr Weltbild und ihre Weltanſchauung gewannen. Nach der erſten Schulausbildung in der Gemeindeſchule im Städtchen Moſchotz im Turzer Bezirk, beſuchte er drei Jahre die Kremnitzer Lehranſtalt, um ſich die deutſche und lateiniſche Sprache, die damals unumgänglichen Grundlagen einer geiſtigen Weiterbildung, anzueignen. Nach dem Beſuch des Neuſohler Gymnaſiums ſtudierte er am Preßburger Lyzeum. Zur Vollendung ſeiner Studien begab er ſich 1817 nach Jena, wo ihn — nach ſeinen eigenen Worten — „außer den theologiſchen Wiſſenſchaften vorzüglich auch die Geſchichte und Philologie beſchäftigten“. Hier in Jena gerät nun Kollár in die Umwelt der idealiſtiſchen Romantik, er lernt die begeiſterte, völkiſch geſinnte Jugend kennen, nimmt an ihren Veranſtaltungen teil (das Wartburgfeſt macht auf ihn als Teilnehmer an dieſem Feſte großen Eindruck) und wird hier von der deutſchen philoſophiſchen Gedankenwelt gefangengenommen. Es ſind namentlich die Herderſchen Ideen, die zu jener Zeit noch an der Univerſität zu Jena herrſchend waren, beſonders die Humanitätsidee als Erklärung der Geſchichte und als Endziel der menſchlichen Entwicklung, die in ihm den Gedanken einer führenden Stellung der Slowaken unter den ſlawiſchen Völkern und einer großen Zukunftsaufgabe des Slawentums reifen laſſen. Die Bekanntſchaft mit Goethe, der Kollár aufforderte, ſlawiſche Volkslieder für ihn ins Deutſche zu überſetzen, richtete ſein Augenmerk auf die im Volke ſchlummernden Schätze an Liedern, Sagen und Märchen. Dieſe Einflüſſe der Studienzeit in Jena beſtimmen von nun an Kollárs Wirken neben ſeinem Predigeramt in Peſt. Bereits die Schrift „Unterſuchungen über die Namen, Anfänge und Altertümer des ſlawiſchen Volkes nnd ſeiner Stämme“ (1830) und die 1834—1836 in zwei Bänden erſchienenen „Volkslieder der Slowaken“ hatten das Intereſſe Kollárs gezeigt, daß ſich nach dem Vorbild der deutſchen Romantik mit der eigenen Vergangenheit und dem eigenen Volksgut beſchäftigte. Hierbei war ſchon in der, vom wiſſenſchaftlichen Standpunkt aus grobe Mängel aufweiſenden Arbeit über den Slawennamen der Gedanke der Zuſammengehörigkeit aller Slawen aufgetaucht, der 1836 als Aufſatz „Über die literariſche Wechſelſeitigkeit zwiſchen den verſchiedenen Stämmen und Mundarten der ſlawiſchen Nation“ in der Zeitſchrift Hronka in tſchechiſcher Sprache erſchien. Im folgenden Jahre (1837) wurde dieſer Aufſatz in erweiterter Form als ſelbſtändiges Buch in deutſcher Sprache in Peſt gedruckt[8]. Hier war nun, durch das Herderſche Idealbild der Slawen beeinflußt, der Plan einer literariſchen Wechſelſeitigkeit entſtanden, worunter Kollár die Pflege der geiſtigen und kulturellen Beziehungen zwiſchen den einzelnen ſlawiſchen Völkern verſtanden haben wollte. Der Schlußſatz dieſer Schrift zeigt auch das Ziel, das er für erſtrebenswert hält:

---

[7] Eine „Lebens-Skizze von Johann Kollár“, von ihm ſelbſt bis zum Jahre 1849 geſchrieben, findet ſich in der Schrift: Joſef Karáſek, Kollárova Dobrozdánía nástin životopisný z roku 1849 (Kollárs Gutachten und autobiographiſche Skizze v. J. 1849), Prag 1903.

„Nicht derjenige, der unter den Slawen der erſte, der größte, der ſtärkſte, ſondern derjenige, der der gegenſeitigſte und mit andern Stämmen und Mundarten am meiſten verbunden iſt, der das Leben und die Selbſtändigkeit auch der Kleinern und Schwächern am meiſten ehrt und achtet: nur der verdient in unſern Zeiten das Lob und den ſchönen Namen eines Slawen“ (S. 163).

Von größerer Wirkung war jedoch ſeine Dichtung ,,Slávy Dcera“ (Die Tochter der Slawa)[9], die in 615 Sonetten nicht nur ein Zeugnis ſeiner hoffnungsloſen Liebe zu „Mina“ — der thüringiſchen Pfarrerstochter Friederike Schmidt — ſondern in viel ſtärkerem Maße ein volkliches, allſlawiſches Werk zum Lobe des tſchechiſchen und ſlowakiſchen Volkes und der ſlawiſchen Zuſammengehörigkeit war. Es entbehrt nicht eines gewiſſen, faſt tragikomiſchen Reizes, wenn man bedenkt, daß die Liebe zu einer Deutſchen, deren Mutter die Heirat in ein ihrer Meinung nach wildes Land nicht zugeben wollte, der eigentliche Anlaß zu einem dichteriſchen Werk wurde, daß für die Generation ſeiner und der kommenden Zeit zum allſlawiſchen, dichteriſchen Evangelium wurde und in dem ſich Verſe, wie die folgenden finden:

Sonett 257 (frei wiedergegeben).

„Vom Athos zum Triglav, bis zu den Pommern,
von der Pſij bis zum Amſelfeld,
von Byzanz bis Petersburg,
vom Ladogaſee bis hin nach Aſtrachan;

---

[8] Die vier Faſſungen zur Schrift „Über die literariſche Wechſelſeitigkeit“ — 1836 tſchechiſch in der Zeitſchrift „Hronka“, 1837 als deutſch geſchriebenes Buch in Peſt, 1844 in zweiter Auflage deutſch in Leipzig, 1853 in Prag in tſchechiſcher Überſetzung — ſind beſprochen und verglichen in dem Buch von Miloš Weingart, Rozpravy o slovanské vzájemnosti (Studien über die ſlawiſche Wechſelſeitigkeit), Prag 1929. — Weſentliche Beiträge bringt noch die Sammelſchrift ,,Slovanská vzájemnost,, (Die ſlawiſche Wechſelſeitigkeit), hrsg. von J. Horák, Prag 1938. Sie umfaßt 17 Beiträge zu Kollárs Leben, Schaffen und ſeiner Wirkung auf die anderen ſlawiſchen Völker.

[9] Es ſollen hier nur folgende Ausgaben genannt werden: ,,Sláwy Dcera“, in drei Geſängen, Ofen 1824; ,,Sláwy Dcera. Lyricko-epická báseň w pěti zpěwjch“ (Die Tochter der Slawa. Lyriſch-epiſche Dichtung in fünf Geſängen), Peſt 1832 (aus ihr entſtammt auch das hier überſetzte Sonett); „Slávas Tochter. Lyriſch-epiſche Gedichte in 5 Geſängen von Johann Kollár. Wort- und ſinngetreu ins Deutſche zum erſtenmal vollſtändig übertragen von Johann Tordoň“. Ung. Skalitz 1854.

Von den Koſaken bis zu den Raguſanern,
vom Plattenſee zur Oſtſee und zum Aſowſchen Meer,
von Prag nach Moskau und nach Kiew,
von Kamtſchatka bis hin zu den Japanern;
Ural, Tatra, Wolga, Sawefluß,
und alle Berge und Lande ringsherum,
wo ringsum die ſlawiſche Sprache erklingt:
Tanzt, Brüder, ihr und ich,
Küſſen wir uns alleſamt,
ſeht, das iſt unſer Vaterland: Allſlawien!"

Die heutige ſlowakiſche Wiſſenſchaft ſieht in Kollár den erſten Philoſophen der ſlowakiſchen Volksgeſchichte. Die Slowaken hatten nach ſeiner Anſicht die Aufgabe, zum erſten Volk unter den Slawen zu werden. Sie ſollten als erſte den Weg zur literariſchen Einigung und zur wechſelſeitigen Fühlungnahme mit den anderen ſlawiſchen Völkern beſchreiten. Die deutſche Sehnſucht nach einer Überwindung der ſtammlichen und mundartlichen Beſonderheiten und nach einem großen deutſchen Reich, die er während der zwei Jahre ſeines Aufenthaltes in Jena kennengelernt und in ſich aufgenommen hatte, übertrug er auf das ganze Slawentum, wobei er irrtümlicherweiſe die ſlawiſchen Völker und Sprachen den deutſchen Mundarten und Stämmen gleichſetzte. Obwohl Kollár zeit ſeines Lebens immer Achtung vor dem Deutſchtum und der deutſchen Geiſtigkeit bewahrt hatte, obwohl er nie die Abſicht gehabt hatte, einen politiſchen Panſlawismus zu predigen, ſondern ſich im Gegenteil bemühte, im Rahmen des öſterreichiſch-ungariſchen Staates tätig mitzuarbeiten, wirkten ſeine Schriften, beſonders die „Slávy dcera" mit den oft gehäſſigen, antideutſchen Äußerungen im entgegengeſetzten Sinne. Seine Ideen wurden nicht nur begeiſtert aufgenommen zum Gemeingut der jüngeren, völkiſch bewußteren Geſchlechter, ſondern von ihnen politiſch ſo gedeutet und ausgewertet, daß Kollár zwar nicht unbegründet aber gegen ſeinen Willen zum geiſtigen Urheber des in der kommenden Generation bereits erſtarkenden antideutſchen Panſlawismus wurde.

Ähnlich war die Wirkung ſeines Zeitgenoſſen Paul Joſeph Šafárik mit ſeinen Arbeiten auf dem Gebiete der ſlawiſchen Philologie und Altertumsforſchung. Er lebte von 1795 bis 1861; vier Jahre beſuchte er das Gymnaſium im deutſchen Käsmark, um anſchließend ſeit dem Herbſt des Jahres 1815 in Jena Philoſophie, Philologie, Geſchichte und Naturwiſſenſchaften zu ſtudieren. Die Gedanken und die Anregungen, die er hier in ſich aufnahm, beeinflußten ſeine wiſſenſchaftlichen Arbeiten. Aus der Zahl ſeiner Schriften mag hier nur auf die „Slawiſchen Alterthümer", auf die „Slawiſche Ethnographie" und auf die „Geſchichte der ſüdſlawiſchen Literatur" hingewieſen werden[10]. Das Weſentliche an ſeinem Schaffen iſt ſein Verdienſt, den ſlawiſchen Völkern eine herderiſch geſehene Vorgeſchichte geſchaffen zu haben. Er wurde durch ſein Schaffen zum Begründer einer wiſſenſchaftlich untermauerten ſlawiſchen Vor- und Frühgeſchichte. Wie ein roter Faden geht durch ſein Werk die Anſicht, daß die Slawen „ein ſtilles, friedliebendes, ackerbautreibendes und darum von allen Seiten unterdrücktes Volk" ſeien (S. 42).

Beide, Kollár und Šafárik, waren zwar reſtlos von der „tſchecho-ſlowakiſchen" Idee gefangengenommen worden, wenn auch Šafárik ſich in ſeinen „Slawiſchen Alterthümern" für die Sonderſtellung der Mährer und Slowaken im Gegenſatz zu den böhmiſchen Tſchechen ausſprach. Sie ſtanden beide der ſlowakiſchen Schriftſprache ablehnend gegenüber, ja, Kollár beſchimpfte den Verſuch, eine eigene ſlowakiſche Literatur zu ſchaffen, mit den unflätigſten Worten. Aber beide hatten durch ihre Ausſtrahlung auf die gleichaltrige und die jüngeren Generationen den Boden für die endgültige Loslöſung des Slowakentums aus dieſer nur vorübergehenden, künſtlich intellektuellen „tſchecho-ſlowakiſchen" Einheit vorbereiten helfen.

---

[10] Von ſeinen Schriften ſollen hier als die wichtigſten genannt werden: „Geſchichte der ſlawiſchen Sprache und Literatur nach allen Mundarten", Ofen 1826. „Slowanské starožitnosti" (Slawiſche Altertümer), Prag 1837 und ^{2}1861—1864. Deutſch 1843—1844 herausgegeben als „Paul Joſeph Schafarik's Slawiſche Alterthümer" in Leipzig, und ruſſiſch 1848 in Moskau. „Slowanský národopis" (Slawiſche Ethnographie), Prag 1842, ^{2}1842, ^{3}1849. „Paul Joſef Šafařík's Geſchichte der Südſlaviſchen Literatur." Aus ſeinem Nachlaß herausgegeben von J. Jireček, Prag 1864—1865.

Die Formung des ſlowakiſchen Nationalbewußtſeins durch Ludwig Štúr. Der Führer dieſer jüngeren Generation, die faſt durchweg in den Jahren zwiſchen 1810 und 1820 geboren wurde, Ludwig Štúr, vollendete nun das, was Bernolák auf dem Gebiet des Sprachlichen und Kollár und Šafárik auf dem des Gedanklichen begonnen hatten[11]. In ihm dürfen wir nicht nur den Schöpfer eines Schriftſlowakiſchen ſehen, das die konfeſſionellen Schranken zwiſchen den die Bernolákſche Schriftſprache ſchreibenden Katholiken und den am Bibeltſchechiſchen hängenden Proteſtanten der Slowakei überbrückte, und das ſomit die Grundlage für das heutige Slowakiſch bildete. Štúr iſt in noch viel ſtärkerem Maße der Politiker, der dem ſlowakiſchen Volke eine Idee formte, die das ſchlummernde Nationalgefühl weckte und eine neue Generation heranbildete und beeinflußte, die das mühſam erworbene und gehegte Gedankengut weitergab und feſtigte. Die Grundlagen ſeiner Philoſophie und auch die praktiſchen Anregungen für ſeine ſpätere Arbeit als Politiker (er vertrat ſeit 1847 den Wahlkreis Altſohl im ungariſchen Parlament) und als Schriftleiter der ſeit 1845 erſcheinenden „Slowakiſchen Volkszeitung" gewann er in Deutſchland, und baute nach deutſchen Vorbildern ſeine Volkstumsarbeit auf. Schon während ſeiner Schuljahre in Raab und Preßburg war Ludwig Štúr (1815—1856) in beſcheidenerem Maße mit der deutſchen Wiſſenſchaft bekannt geworden. Entſcheidend waren für ſeinen weiteren Entwicklungsgang die Studienjahre, die er 1838—1840 in Halle verbrachte, wo er mit der idealiſtiſchen Philoſophie Hegels bekannt wurde, die die rationaliſtiſchen und aufkläreriſchen Gedankengänge der Preßburger Zeit verdrängten. Daneben beſchäftigte er ſich mit Geſchichte und Sprachwiſſenſchaft und lernte ſomit die vergleichende Sprachwiſſenſchaft und -philoſophie Bopps und die Hegelſche Geſchichtsauffaſſung kennen.

Dieſe Beeinfluſſung Stúrs durch die deutſche Geiſtigkeit, die auch während der ſpäteren Jahre ſeines Lebens andauerte, äußert ſich beſonders ſeit 1840 in ſeinem Wirken unter der ſlowakiſchen Schülerſchaft des Preßburger Gymnaſiums. Er iſt als Stellvertreter des Profeſſors für die „tſchecho-ſlowakiſche" Sprache die treibende Kraft, die die Schüler auf die Arbeit am eigenen Volke hinweiſt, durch Vorträge über die Geſchichte des Slawentums und ſlowakiſchen Volkes, durch Berichte über die Literaturen der Tſchechen, Slowaken und übrigen ſlawiſchen Völker und durch Reden bei gemeinſamen Feierlichkeiten, Zuſammenkünften und bei Ausflügen zu hiſtoriſchen Stätten verſucht, das Nationalbewußtſein ſeiner Zeitgenoſſen aufzurütteln und zu wecken. Daß dieſes Nationalgefühl oft mehr ſlawiſch als ſlowakiſch zu nennen war, lag an der Kleinheit und der zu ſeiner Zeit faſt troſtloſen politiſchen Lage des ſlowakiſchen Volkes. Der größte Teil der Slowaken lebte ohne ein Gefühl der völkiſchen Zuſammengehörigkeit dahin. Der Adel war bereits madjariſiert und das Bürgertum war auf dem Wege, unter dem Anſturm der ſich in den 30er und 40er Jahren verſtärkenden Madjariſierung ſeine deutſche oder ſlowakiſche Umgangsſprache aufzugeben. Ein Teil der katholiſchen Geiſtlichkeit benutzte zur Belehrung des Volkes die Bernolákſche Schriftſprache, während der größte Teil der evangeliſchen Prediger dem traditionellen Bibeltſchechiſchen anhing, für das im erſten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts Lehrſtühle an den Gymnaſien in Preßburg und Neuſohl errichtet worden waren. Aus dieſer mißlichen Lage half nur eine klare Zielſetzung und ein einigendes Band, das alle Slowaken umfaßte. So entſchloß ſich Štúr im Jahre 1845 zur Einführung einer neuen Schriftſprache auf der Grundlage der mittelſlowakiſchen Mundarten und zur Herausgabe einer Tageszeitung, der „Slowakiſchen Volkszeitung" mit der literariſchen Beilage „Tatra-Adler". Er war ſomit bewußt in die Bahn eines Politikers getreten, der durch das Sprachrohr der Preſſe und von der Rednerbühne des ungariſchen Reichstages herunter die ſlowakiſchen Forderungen nach dem Gebrauch der Volksſprache in Schule, Amt und Kirche und nach einer gewiſſen Selbſtverwaltung vortrug. Während der Revolutionsjahre 1848/49 hatte er den Verſuch gemacht, durch einen Kampf an der Seite der Wiener Zentralregierung gegen die aufſtändiſchen Madjaren und durch die Bildung ſlowakiſcher Freiwilligenabteilungen das Geſchick des ſlowakiſchen Volkes in ſeine Hände zu nehmen. Aber die Jahre nach der Revolution enttäuſchten ihn in ſeinem Hoffen. Er wurde in Modern unter Polizeiaufſicht geſtellt und konnte ſich nur literariſch betätigen. Es entſtanden die Abhandlung „Über die Volkslieder und -erzählungen der ſlawiſchen Stämme" (1853) und die Handſchrift „Das Slawenthum und die Welt der Zukunft"[12]. Beide Schriften ſind deswegen intereſſant, weil ſie Štúrs Philoſophie über die Geſchichte der Slawen und über die Zukunftsſendung des Slawentums klar werden laſſen. Sie zeigen außerdem die Hinwendung Štúrs zu Rußland als dem Staat, der die Aufgabe habe, alle ſlawiſchen Völker zu vereinigen und zu vertreten. Auch dieſe ruſſophilen Tendenzen — eigentlich etwas höchſt Unſlawiſches — ſind wie alle Gedanken Štúrs nur aus ſeiner Abhängigkeit von der deutſchen Geiſteswelt zu erklären. Der Einfluß Hegels ließ ihn nicht nur die religionsgeſchichtlichen Ideen, die Kritik des weſtlichen Liberalismus und die Einſtellung zu Volk und Sprache übernehmen, ſondern formte die hohe Einſchätzung des Staates, wie wir ſie bei Hegel finden, zu einer Bewunderung des damals einzigen, politiſch mächtigen ſlawiſchen Staates um: dies war eben das zariſtiſche Rußland.

---

[11] Das Schrifttum über Štúr findet ſich in den in Anm. 1 genannten literariſchen Hilfsmitteln und iſt in einer großen Zahl von Aufſätzen in den Jahrgängen des Sborník Matice Slovenskej (Jgg. 1 bis 16/17, 1923—1938/39) zerſtreut. Aufſchlußreich iſt die Schrift J. M. Hurbans über Štúr (als Bd. 5 ſeiner Werke 1928 in St. Martin am Turz hrsg.) und die Schriften Štúrs (Bd. I: die Gedichte umfaſſend, II: ſeine Schrift über die Volkserzählungen und -lieder der ſlawiſchen Stämme), St. Martin 1929 und 1932.

Aber die Einſtellung Štúrs zur deutſchen Geiſteswelt iſt immer gleich freundlich und dankbar für das Empfangene geblieben. In dem Briefwechſel mit ſeinem einſtigen Hallenſer Lehrer, dem Sprachwiſſenſchaftler A. F. Pott, ſpricht er 1844 mit Dank von der Studienzeit in Halle und den Anregungen, die er dort erhalten habe[13]. „Ich weiß nicht, wie Ihnen meine Abhandlung (es handelt ſich um eine Auseinanderſetzung mit einer ſprachwiſſenſchaftlichen Arbeit eines Tſchechen) erſcheinen wird, doch hoffe ich, werden Sie in manchem, da es hauptſächlich nur Corollarien (Folgerungen) ſind, welche der dankbare Schüler aus dem tief durchdachten Syſtem ſeines Meiſters gezogen hat, beipflichten." Ja, Štúr teilt dem deutſchen Profeſſor auch von ſeinem politiſchen Ringen mit, da er weiß, daß er bei ihm Verſtändnis dafür findet. „So manches Harte iſt über mich ſeit der Zeit, als ich Sie ſah, ergangen. Doch nichts auf der Welt ſoll einen niederſchlagen, der da im Kampf für die Hebung eines ſchwer daniederliegenden Volkes ſich befindet, denn ein ſolcher Kampf, wie Sie ſelber anerkennen werden, iſt wohl das höchſte Recht!" In ſeinen Reden an die Preßburger Schüler und Studenten wies er oft auf das Vorbild der deutſchen Jugend hin. Er erkennt an der jungen deutſchen Generation an, daß ſie in der Zeit der Unterdrückung von dem Gedanken ergriffen wurde, „Männer zu erziehen, die in der Zeit der Gefahr alles opfern und denen, alles zu opfern, ihre heilige Pflicht war"[14]. Aber auch in ſeinem Spätwerk „Das Slawenthum und die Welt der Zukunft"[15] finden ſich viele Stellen, die trotz der ruſſophilen Geſamteinſtellung als das größte Geſchenk der Deutſchen an die Menſchheit ihre Wiſſenſchaftlichkeit betrachten, und Zitate, die — entgegen ſo manchen Äußerungen ſeiner Zeit — ein günſtiges Urteil über den preußiſchen Staat enthalten. „Wenn auch Preußen nach den weſtlichen Vorſtellungen ein abſoluter Staat iſt, ſo hatte das preußiſche Volk doch allen Grund, mit demſelben zufrieden zu ſein, denn das Recht war dort jedem, ohne Unterſchied des Standes, dem es gebührte, geſprochen, die Bildung des Volkes wurde mächtig gefördert, ſeine Anſichten und Sitten geſchont und nicht leicht ließ ſich die preußiſche Regierung zu irgendeiner Maßregel bewegen, ohne daß ſie der Zuſtimmung des Volkes zu derſelben vergewiſſert worden wäre" (S. 116).

---

[12] „Über die Volkslieder und -erzählungen der ſlawiſchen Stämme" wurde aus der ſlowakiſchen Handſchrift durch Kalinčiak ins Tſchechiſche überſetzt und 1853 unter dem Titel „O národních písních a povestech plemen slovanských" in Prag gedruckt. Das ſlowakiſche Original wurde unter dem Titel „O národných povestiach a piesnach plemien slovanských" 1932 hrsg. (ſ. Anm. 11).

[13] Dazu ſ. D. Čyževſkyj, „Zwei Briefe L'udovít Štúrs an Auguſt Friedrich Pott." Sborník Matice Slovenskej, 14. Jg. 1936, S. 184—187.

[14] Aus der Rede Štúrs, die er am 18. 7. 1842 vor den ſcheidenden Schülern des Preßburger Lyzeums hielt. Abgedruckt im Sborník Matice Slovenskej, 2. Jg. 1924, S. 1—9. Das Zitat findet ſich auf S. 8.

[15] Das in den Jahren 1852—1853 entſtandene Manuſkript „Das Slawenthum und die Welt der Zukunft" wurde erſt 1931 von J. Jiráſek in Preßburg gedruckt.

Die Bedeutung der Perſönlichkeit Štúrs iſt heute, nachdem ſein Ziel — die Selbſtändigkeit der Slowaken in literariſcher, ſprachlicher und politiſcher Hinſicht — erreicht worden iſt, eindeutig. Wenn man von den ruſſophilen und panſlawiſchen Gedankengängen, die durch das Scheitern einer politiſchen Verſelbſtändigung mit Hilfe der Wiener Regierung hervorgerufen wurden, abſieht und das Zwiſchenſpiel der einſeitigen Blickwendung der ſlowakiſchen Intelligenz auf Rußland hin in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts außer acht läßt, ſo erkennt man Šturs Hauptverdienſt. Der ſlowakiſche Hiſtoriker Frant. Hruſ̌ovſký faßte es in den Worten zuſammen: „Dieſes (politiſche und völkiſche) Ziel formulierte klar für alle Geſchlechter des ſlowakiſchen Volkes ... Ludwig Štúr, der, an die Bernolákſche Tradition anknüpfend, in der ſprachlichen, kulturellen und völkiſch ſlowakiſchen Selbſtändigkeit dem ſlowakiſchen Volke eine feſte Ideologie und ſeiner Entwicklung eine definitive Richtung gab.“ [16]

Der Kreis um Štúr und der Verſuch einer ſlowakiſchen Volkserhebung. Es war Štúr durch ſeine rührige Tätigkeit — die übrigens auch auf ſeine Feinde Eindruck machte — gelungen, nicht nur das völkiſche Bewußtſein innerhalb weiter Kreiſe der ſlowakiſchen Intelligenz zu wecken, ſondern Mitarbeiter an ſich zu ziehen, die mit ihm gemeinſam für das gleiche Ziel arbeiteten. Es waren die beiden evangeliſchen Geiſtlichen M. M. Hodža und J. M. Hurban. Dieſe drei Männer wurden ſeit 1845 das führende und aktive Triumvirat, denen es 1847 auf der Verſammlung des Vereins „Tatrín“ in Čachtice gelang, die katholiſchen und evangeliſchen Slowaken in der Frage der Schriftſprache zu vereinigen. Sie waren es auch, die ein Netz von Verbindungen errichteten, das die Slowakei überſpannte.

Der einſtige Regierungskommiſſar des Komitates Altſohl, Ludwig Beniczky[17], hat in den deutſch geſchriebenen Erinnerungen und Berichten ausführlich die Urſachen, die Verbreitung der revolutionären Ideen und den Verſuch der Erhebung von 1848 charakteriſiert. Man bekommt aus dieſen Aufzeichnungen — wenn man die typiſch madjariſche Einſtellung gegenüber aller Nationalbewegung innerhalb Ungarns als unkritiſche Voreingenommenheit außer acht läßt — ein anſchauliches Bild von der Arbeit, die innerhalb kurzer Zeit von einem kleinen Kreis völkiſch bewußter Männer geleiſtet worden war, um das ſchlummernde Volksgefühl der Slowaken zu wecken.

Beniczky ſagt dort über die Lage innerhalb der Slowakei vor dem Jahre 1848 folgendes: „Wie ausgedehnt und verzweigt dieſe Verbindungen ſchon im Jahre 1848 waren, wird die nun folgende Aufzählung ihrer Hauptfäden beweiſen. Bekannte ſlawiſche Vereine beſtanden im Jahre 1848: 1. Presburg unter der Leitung des Journaliſten Štúr; 2. Neutra unter dem Einfluß des evangeliſchen Predigers Hurban; 3. Szentmiklós im Liptauer Komitate, mit dem bekannten evang. Seelſorger Hodſcha an der Spitze; 4. Eperjes im Sároſer Komitate.

Dies waren gleichſam die Hauptpunkte, von welchen aus die Verbindungsfäden teils nach anderen Filialvereinen teils ins Ausland ſich verzweigten (S. 400).“

Aus dieſen Aufzeichnungen erfahren wir ferner über die Verbindungswege zwiſchen den einzelnen Agitationszentren und über die Stärke der Hinwendung der Bevölkerung zur ſlowakiſchen Sache in den einzelnen Landſchaften. Dieſe Bemerkungen zeigen auch, daß es gerade die mittelſlowakiſchen Komitate Liptau und Turz waren, die in beſonders ſtarkem Ausmaße der „Nationalbewegung“ anhingen.

Ehe hier die Ereigniſſe der Jahre 1848/49 dargeſtellt werden, ſoll kurz die Entwicklung Ungarns während der 40er Jahre ſkizziert werden. Unter dem Grafen Stephan Széchényi waren ſeit 1826 in der ſog. Reformära verſchiedene wirtſchaftliche und ſoziale Reformen durchgeführt oder wenigſtens mit großem Stimmaufwand propagiert worden[18]. Aber die radikalere Richtung unter Koſſuth ſetzte ſich immer mehr durch. Sie ſprach ſich gegen den Wiener Zentralismus und gegen die Nationalitäten im Lande ſelbſt aus und forderte die Verſelbſtändigung Ungarns und die Berechtigung des Madjariſchen als alleiniger Staatsſprache. Bereits dieſes Ringen um die Vorrangſtellung des Madjariſchen, daß im Ungarn der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts von nur einem Drittel der Geſamtbevölkerung geſprochen wurde, hatte zu ſchweren Debatten im ungariſchen Reichstage geführt und ſomit auch das Nationalbewußtſein der Slowaken, Südſlawen und Rumänen aufgeſtachelt und ihm neuen Auftrieb gegeben. Als nun als Auswirkung der Märzrevolution Ungarn eine ſelbſtändige Stellung innerhalb Öſterreich-Ungarns errang, kam es nach der Feſtigung der abſoluten Herrſchaft im öſterreichiſchen Teil der Monarchie zum Kampf mit dem „demokratiſchen" Ungarn.

---

[16] Hruſ̌ovſký, Slovenské Dejiny, S. 254.

[17] L. Beniczky: „Az 1848/49-iki szabadságharcról és a tót mozgalomról“ (Über den Freiheitskampf von 1848/49 und die ſlowakiſche Bewegung). Fontes Historiae Hungaricae Aevi Recentioris, Budapeſt 1924. Der weitaus größte Teil des 786 S. umfaſſenden Bandes iſt durch deutſch geſchriebene Erinnerungen und Berichte angefüllt. Sie wurden bisher kaum von der deutſchen Forſchung benutzt, wohl wegen des unverſtändlichen bibliographiſchen Äußeren.

Gegen die Maßnahmen der Budapeſter Regierung, deren Ziel der ungariſche Einheitsſtaat war, in dem die ungariſche Nation mit Hilfe der madjariſchen Amtsſprache herrſchen ſollte, kam es zu den Nationalverſammlungen der einzelnen Nationalitäten innerhalb Ungarns. Den Reigen eröffneten die Slowaken mit dem Treffen ihrer führenden Männer in Liptau St. Niklaus am 10. 5. 1848. Hier wurden unter der Leitung Ludwig Stúrs die Forderungen der Slowaken in den „Wünſchen des ſlowakiſchen Volks vor Seiner k. k. Herrlichkeit, vor dem Ungariſchen Landtag, vor ſeiner Hoheit, dem Ungariſchen Palatin, dem Königlichen Statthalter, vor dem Ungariſchen Miniſterium und vor allen Freunden der Menſchheit und des Volkstums" zuſammengefaßt. Es ſind dies 14 Artikel, in denen der Gebrauch der Mutterſprache im amtlichen Verkehr und in einem eigenen Landtag, die Einrichtung nationaler Schulen und höherer Lehranſtalten, die Organiſierung eines ſlowakiſchen autonomen Gebiets mit einer eigenen Nationalgarde, Wahl- und Preſſefreiheit, eine gewiſſe Agrarreform und einige allgemein-politiſche Forderungen verlangt werden.

Aber die Madjaren zwangen Stúr, das Land zu verlaſſen und nach der offenen Trennung Ungarns von Öſterreich im Oktober 1848 wurden Stúr, Hodza und Hurban zu Hochverrätern erklärt und für ihre Einbringung eine Belohnung ausgeſetzt. Die Führer der ſlowakiſchen Bewegung hatten ſich nach Öſterreich begeben und hofften nun auf der Seite Wiens ſtehend ihre Ziele durchzuſetzen. Sie verſuchten es zunächſt durch den Einmarſch von Freiwilligenabteilungen über die mähriſch-ungariſche Grenze[19]. Das erſte Unternehmen erfolgte im September und ſtieß über Myjawa, Brezowa ins Neutraer Komitat vor. Es kam bei Brezowa zu einigen kleineren Plänkeleien zwiſchen den ſlowakiſchen Freiwilligen, die durch Zuſtrom auf einige Tauſend angewachſen waren, und dem ungariſchen regulären Militär. Als größere Abteilungen im Anmarſche waren, zogen ſich die Freiwilligen am 10. Tage ihrer Tätigkeit auf ſlowakiſchem Boden wieder nach Mähren zurück.

Nach dieſem erſten Mißerfolg wurde in Teſchen mit Genehmigung des Fürſten Windiſchgrätz ein neues Freiwilligenkorps unter der Führung des öſterreichiſchen Offiziers Bloudek organiſiert. Es marſchierte am 4. 12. 1848 über den Jablunkapaß in das Silleiner Komitat ein, drängte die madjariſchen Abteilungen bis zum Waag zurück, kehrte aber wegen Mangel an notwendigem Kriegsgerät wieder nach Schleſien zurück. Ein neuer Verſuch hatte mehr Erfolg: Die ſlowakiſchen Freiwilligen konnten mit Hilfe öſterreichiſcher Truppen am 2. 1. 1849 die Madjaren bei Budatin ſchlagen, ſich der Stadt Sillein bemächtigen und in das Turzer Komitat, dem Mittelpunkt eines bereits völkiſch bewußteren Slowakentums, vorſtoßen. Streitereien innerhalb der ſlowakiſchen Unterführer ließen bald wieder das Korps auseinanderfallen, das ſich am 19. 4. 1849 auflöſte.

---

[18] Intereſſant ſind in dieſer Hinſicht die meiſt deutſch geſchriebenen Tagebücher des Grafen Stephan Széchényi, die mit ihren ſchonungsloſen Selbſtgeſtändniſſen und Enthüllungen die Großſprecherei und die Hohlheit der Jahre der ungariſchen Reformära aufdecken. Beſonders der Bd. 7, I (hrsg. von Árpád Károlyi), Budapeſt 1921, der ſein Tagebuch von März bis September 1848 umfaßt.

[19] Über die ſlowakiſchen Aufſtandsverſuche von 1848/49 iſt in den letzten Jahren eine größere Literatur entſtanden. Neben der Darſtellung in Hrušovſkýs „Slovenské Dejiny" mag der 2 Bände umfaſſende I. Teil des Werkes von Daniel Rapant, „Slovenské povstanie roku 1848/49" (Der ſlowakiſche Aufſtand von 1848/49), St. Martin am Turz 1937, genannt werden. Zahlreiche kleinere Beiträge finden ſich faſt regelmäßig im Sborník Matice Slovenskej.

Als im Sommer 1849 nach großen Vorbereitungen der kombinierte öſterreichiſch-ruſſiſche Angriff gegen die aufſtändiſchen Madjaren begann, fanden ſich die verſtreuten ſlowakiſchen Freiwilligenabteilungen ein drittes Mal zuſammen: dieſes Mal unter dem Oberbefehl eines kaiſerlichen Offiziers, Baron Heinrich Lewartowſki. Dieſes ſlowakiſche Aufgebot ſammelte ſich in Skalitz in Mähren, hatte ſogar eigene Uniformen und wurde zu kriegeriſchen Bewegungen im Waagtale eingeſetzt. Nach der Kapitulation der Madjaren wurde dieſer ſlowakiſche Truppenkörper am 21. 11. 1849 in Preßburg aufgelöſt.

Aber auch auf dem Wege politiſcher Unterhandlungen hatten die führenden Männer der Slowaken verſucht, die mehrfach vorgetragenen Forderungen ihres Volkes nach einer weitgehenden politiſchen Selbſtändigkeit durchzuſetzen[20]. So hatte eine Deputation, zu der Štúr, Hurban und Kuzmány gehörten, im März 1849 in Olmütz dem Kaiſer und auch der Wiener Regierung ihre Wünſche nach einer Loslöſung der Slowakei aus dem Verband des ungariſchen Staates vorgetragen. Sie waren damals mit dem Beſcheid entlaſſen worden, daß man über die Stellung der Slowakei erſt nach der Niederringung des ungariſchen Aufſtandes verhandeln würde.

Die Revolutionsjahre hatten ſomit weder durch den Verſuch einer bewaffneten Erhebung noch durch direkte Verhandlungen mit der Wiener Regierung zu einer Veränderung der politiſchen Lage der Slowaken beigetragen. Dennoch iſt für das kleine Völkchen die Anſtrengung ſeiner nationalbewußten Kreiſe in jenen ſtürmiſchen Jahren trotz der geringen Zahl der Beteiligten und den faſt kläglich anmutenden praktiſchen Auswirkungen auf das Geſchehen jener Tage, von einer nicht zu unterſchätzenden Bedeutung. Der ſlowakiſche Aufſtand von 1848/49 iſt, ſo beurteilt Frant. Hruſovſký abſchließend dieſen Teil der ſlowakiſchen Volksgeſchichte, „ein Beweis, daß in den Zeiten, da die übrigen Völker Mitteleuropas mit der Waffe in der Hand ihre Rechte anmeldeten, ſich auch die Slowaken für ſolche Dinge zu entſcheiden wußten, die das Intereſſe des Volkes erforderte. Die Slowaken verſtanden es nicht nur, für ihre völkiſchen Rechte zu arbeiten, ſondern auch zu kämpfen, und zauderten nicht, ihr Leben für das freie Leben des Volkes zu opfern“[21].

Die Jahre von 1849 bis zur Schließung der Matica Slovenská (1874). Die Hoffnung der Slowaken auf eine Unterſtützung ihrer Forderungen durch Öſterreich wurde getäuſcht. Zwar konnten ihre Wortführer nach der Audienz bei Kaiſer Franz Joſeph in Olmütz im Sommer des gleichen Jahres dem Innenminiſter Bach eine Denkſchrift überreichen, in der die Selbſtverwaltung der Slowakei verlangt wurde. Aber die Zuſagen, die ſie erhalten hatten, und die Verſprechungen der oktroyierten Verfaſſung vom 4. 3. 1849, die als Hauptwaffe im Kampf gegen die Madjaren das Prinzip der völkiſchen Gleichberechtigung verkündet hatte, wurden nicht erfüllt. Am 31. 12. 1851 wurde dieſe Verfaſſung wieder aufgehoben und ein zentraliſtiſch-abſolutiſtiſches Regime, die ſog. Ära Bach, in der Bürokratie, Militär und Geiſtlichkeit überwogen, eingeführt. Für die Slowaken waren dieſe 10 Jahre bis zur Errichtung der konſtitutionellen Staatsform nicht unvorteilhaft. Die Wiener Regierung begünſtigte, um die Madjaren in Schach zu halten, die einzelnen Nationalitäten Ungarns. Die Volksſprachen wurden im Schulunterricht und im Verkehr mit den unteren Amtsſtellen wieder zugelaſſen, der Druck ſlowakiſcher Bücher und Zeitſchriften geſtattet. Nur das politiſche Leben war natürlich zum Schweigen verurteilt. Zwar war die Wiener Regierung gewillt, die Slowaken zu fördern und zu unterſtützen. Sie ernannte einen Vertrauensmann für ſlowakiſche Angelegenheiten. Aber es war ein tragiſcher Zufall, daß die auf dieſen Poſten berufene Perſönlichkeit, der Profeſſor der Wiener Univerſität Johann Kollár, zu dieſer Zeit bereits völlig „tſchecho-ſlowakiſch“ dachte. So wurde nach ſeinen ausgearbeiteten Plänen das Kirchen- und Schulweſen erneuert, das Tſchechiſche in Amt, Schule und Kirche eingeführt und ſomit nur neue Verwirrung geſtiftet[22]. Trotz dieſer Überflutung der Slowakei durch eine neue Welle der Tſchechiſierung wurden die Ergebniſſe der Auseinanderſetzung der 40er Jahre nicht verdrängt. Eine im Oktober 1851 ſtattfindende Zuſammenkunft proteſtantiſcher und katholiſcher Volkstumsarbeiter in Preßburg beſchloß, auch weiterhin bei der Stúrſchen Schriftſprache zu bleiben. Nur gewiſſe Änderungen der Rechtſchreibung, die allerdings bloß das äußere Schriftbild betrafen, wurden als Kompromiß feſtgelegt, um den langwierigen Sprachkämpfen ein Ende zu bereiten.

---

[20] So die ſieben Punkte Štúrs, die am 4. 5. 1848 in den „Slovenskje Narodňe Novini“ abgedruckt wurden und in den „Wünſchen des ſlowakiſchen Volkes“ vom 10. 5. 1848.

[21] Hruſ̌ovſký, S. 284.

[22] In Wien erſchien in tſchechiſcher Sprache die „Slovenské Noviny“ (Slowakiſche Zeitung) unter der Leitung von Daniel Lichard, Andreas Radlinſký und Jonas Záborſký.

Neue Hoffnungen weckte das kaiſerliche Dekret, das ſog. Oktoberdiplom, vom Jahre 1860 bei den Slowaken. Es forderte die Völker der Monarchie zur Teilnahme an der Regierung auf und verſprach eine konſtitutionelle Regierungsform. Als der ungariſche Staatsmann und Staatsphiloſoph Baron Joſeph Eötvös von der Notwendigkeit der völkiſchen Gleichberechtigung ſprach, glaubten auch die Slowaken an die Möglichkeit eines Ausgleiches mit den Madjaren. Aber im erſten ungariſchen Reichstag von 1861 hatten unter den 324 Abgeordneten die Slowaken und Deutſchen keinen einzigen Vertreter. Das lag ſowohl an der ſonderbaren Wahlordnung als auch an der politiſchen Unreife der breiten ſlowakiſchen Volksmaſſe. Da die Slowaken keine Möglichkeit hatten, ihre Forderungen im Parlament vorzutragen, beriefen ſie am 6. 6. 1861 in St. Martin am Turz eine Nationalverſammlung ein, zu der rund 6000 Teilnehmer erſchienen. Die Leitung lag in den Händen von Johann Franciſci, einem treuen Anhänger Ludwig Stúrs, während der Entwurf des auf dieſer Verſammlung verkündeten „Memorandum des ſlowakiſchen Volkes" von Stephan Marko Daxner ſtammte. In dieſer Denkſchrift waren erneut die Wünſche vorgetragen, das ſlowakiſche Volk als juriſtiſche Perſon anzuerkennen und ein „oberungariſches ſlowakiſches Gebiet (hornouhorské slovenské okolie)" zu ſchaffen (innerhalb deſſen die ſlowakiſche Sprache im öffentlichen, zivilen, kirchlichen Leben und Schulweſen herrſchen ſollte, bindende Geſetze, die die Gleichberechtigung garantieren ſollten, feſtzulegen und die Bildung literariſcher und nationaler Vereine zu geſtatten). Eine Abordnung legte dieſe Denkſchrift dem ſtellvertretenden Präſidenten des ungariſchen Reichstages Koloman Tiſza vor. Er verſprach, das Memorandum weiterzugeben. Aber auf Veranlaſſung der madjariſchen Amtsſtellen kam es in der Slowakei zu Proteſtaktionen der national immer noch nicht bewußten Bevölkerung. Sie äußerten ſich in Ergebenheitsſchreiben und Unterſchriftſammlungen, die ſich gegen dieſe Denkſchrift ſog. kleiner „panſlawiſtiſcher" Kreiſe ausſprach. Die madjariſche Regierung war ſomit in der Lage, das Memorandum für immer beiſeite zu legen.

Da ſich zwiſchen Kaiſer Franz Joſeph und den Madjaren neue Spannungen auftaten, begab ſich eine Abordnung mit dem Neuſohler Biſchof Stephan Moyſes an der Spitze nach Wien. Sie übergaben in einer Audienz vom 12. 12. 1861 eine Bittſchrift mit den Wünſchen einer Gleichberechtigung des Slowakentums. Es beginnt eine kurze Zeit des Aufſtieges und der Blüte der ſlowakiſchen kulturellen und bildenden Einrichtungen. 1862 wird in Revúc das erſte ſlowakiſche Gymnaſium in Ungarn errichtet, und 1863 kommt es zur Bildung des Vereins der Freunde des ſlowakiſchen Volkes und Lebens, der ſog. Matica Slovenská. Nach den Statuten war es ihr Ziel, „in den Gliedern des ſlowakiſchen Volkes die ſittliche und geiſtige Bildung zu erwecken, verbreiten und zu befeſtigen, die ſlowakiſche Literatur und die ſchönen Künſte zu pflegen und zu unterſtützen und dadurch auch zum materiellen Wohlſtand des ſlowakiſchen Volkes beizutragen und zu ſeiner Förderung zu arbeiten".

Von ſeiten der katholiſchen Geiſtlichkeit wurde 1870 in Tyrnau, dem alten Ausſtrahlungspunkt katholiſcher geiſtlicher und geiſtiger Auswirkung auf die Slowakei, der „St. Adalberts-Verein" gegründet. Sein Ziel ſollte die Verbreitung religiöſer und belehrender Literatur und eine neue ſlowakiſche Überſetzung der Bibel ſein. Neben dieſen größeren Gründungen ſind die Errichtung weiterer kleiner Vereine und Zirkel, die Eröffnung zweier weiterer Gymnaſien, die Herausgabe einer ſlowakiſchen Zeitung in Budapeſt und der Druck von belehrender und unterhaltender Literatur durch die Matica Slovenská, die wichtigſten Ereigniſſe im völkiſchen Leben der Slowaken[23].

---

[23] 1866 wird das evangeliſche Gymnaſium in St. Martin am Turz, 1869 das katholiſche in Kláštor pod Znievom errichtet. Die Peštbudinské vedomosti (Budapeſter Nachrichten) erſcheinen ſeit 1861.

Aber über dieſem Behauptungsdrang der Slowaken zogen ſich bereits nach kurzer Zeit dunkle Wolken einer politiſchen Neuorientierung innerhalb Ungarns zuſammen. Der ſog. „öſterreichiſch-ungariſche Ausgleich“ ſchuf eine Reichshälfte, innerhalb derer die Madjaren frei ſchalten konnten. Er lieferte mit den anderen Völkern auch die Slowaken dem Druck einer nun verſtärkt einſetzenden Madjariſierung aus. Es iſt genugſam für und gegen die Madjariſierung geſchrieben worden. Von den bitterſten Klagen über deren Gewaltſamkeit bis zum Hinweis auf eine gewiſſe Notwendigkeit ſind alle Töne der Beurteilung dieſes innerungariſchen Ringens laut geworden[24].

Parallel mit dieſem rückſichtsloſen Ausbau der zentraliſtiſchen ungariſchen Eigenſtaatlichkeit innerhalb der Doppelmonarchie Öſterreich-Ungarn verlief die Emanzipation des Judentums. Waren die Juden noch bis 1848 aus den Bergſtädten und einigen königl. Freiſtädten ausgeſchloſſen geweſen, ſo genoſſen ſie nun ſeit dem Nationalitätengeſetz von 1868 die volle Gleichberechtigung. Sie wurden — indem ſie ſich zum herrſchenden Madjarentum bekannten — in raſch aufſteigender Entwicklung Inhaber des Handels in der Slowakei, wobei ſie die Deutſchen und Slowaken mehr und mehr aus den bisher innegehabten Stellen verdrängten.

Das ungariſche Nationalitätengeſetz vom 29. 11. 1868 zeigte bereits den Weg an, den zu beſchreiten man gewillt war. Schon der Abſatz 1 beſtimmt: „Es gibt nur eine Staatsſprache, die ungariſche. Die Verhandlungsſprache der Nationalverſammlung, die amtliche Sprache der durch die Staatsgewalt anerkannten Gerichte und die Unterrichtsſprache der Univerſität iſt ausſchließlich ungariſch.“

Dieſes Bild rundet der 6. Abſatz noch weitgehend ab: „Kirchengemeinden beſtimmen die Unterrichtsſprache ihrer Schulen ſelbſt, aber der ungariſche Sprachunterricht iſt obligatoriſch.“

Es wäre für die Volksgruppen in Ungarn noch günſtig geweſen, wenn die amtlichen Stellen ihnen ihr Leben nach den Punkten dieſes Geſetzes von 1868 ermöglicht hätten. Aber die Auseinanderſetzung hielt ſich nicht an den Buchſtaben des Geſetzes. Von jener gefährlichen Definition einer einheitlichen, unteilbaren ungariſchen Nation führt ein gerader Weg zu dem ſchließlichen Ausſpruch Koloman Tiſzas: „Es gibt kein ſlowakiſches Volk.“ Gerade Tiſza, der faſt drei Jahrzehnte als Miniſterpräſident die Innenpolitik Ungarns leitete, war der Hauptfeind jeglicher Regungen ſeitens der „Nationalitäten“. 1872 beginnt das verſchärfte Vorgehen der Amtsſtellen gegen die Slowaken. 1874 wurden ihre drei Gymnaſien geſchloſſen; 1875 folgt ſchließlich das Verbot der Matica Slovenská, deren Vermögen beſchlagnahmt und dem Madjariſierungsfond zur Verfügung geſtellt wurde. Mit dieſen Maßnahmen war der Verſuch der Slowaken, wenigſtens kulturell eine beſcheidene Autonomie innerhalb Ungarns zu erringen, jäh unterbrochen worden. Damit ſetzte, auch zum Schaden des ungariſchen Staates ſelbſt, eine Neuorientierung ein. Die Befreiung ſah und ſuchte man außerhalb der Grenzen des eigenen Volkes, in einer Vereinigung mit den Tſchechen und in einer Sprengung des ungariſchen Staatsverbandes zugunſten einer „tſchecho-ſlowakiſchen“ Einheit. Um überhaupt ein Ziel zu erreichen, kam es zu einem völkiſchen Zwiſchenſpiel. Der ſeit Generationen eingeſchlagene Weg zu einem ſlowakiſchen Eigenleben wurde verlaſſen. Die an ihrem Volke hängenden Kreiſe hofften im Rahmen der „tſchecho-ſlowakiſchen“ Idee wenigſtens etwas, nämlich den Anſpruch auf ein politiſches und völkiſches Sonderdaſein, vor einer breiteren, außerungariſchen Öffentlichkeit propagieren und vertreten zu können, um ihr Ziel zu erreichen.

Bis zur Begründung des eigenen Staates. Die Madjariſierungsaktion von 1874 und 1875 hatte das geſamte Schul- und Bildungsweſen zerſchlagen. Das, was den Slowaken, außer von madjariſcher Seite geſchriebenen „ſlowakiſchen“ Zeitungen und Schriften, verblieb, war wenig: Es waren einige Zeitſchriften mit einem ſehr beſchränkten Leſerkreis — „Orol (Der Adler)", „Slovenské Pohl'ady (Slowakiſche Rundſchau)" — und ein in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Amerika aufgebautes, ſehr beſcheidenes ſlowakiſches Volksbildungsweſen. Der Mangel an einer ſlowakiſchen Intelligenz machte ſich geltend. Die geiſtige Oberſchicht des an ſich kleinen Völkchens war nie ſehr groß geweſen, und umfaßte ſtets nur wenige Hundert Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und Geiſtliche. Die Madjariſierung aber gerade jener intellektuellen Schichten, die während ihrer geſamten Schulzeit politiſch und ſprachlich nur madjariſch erzogen wurden, wirkte ſich, ebenſo wie beim Deutſchtum, einfach niederſchmetternd aus. Für den Umfang dieſer Vernichtung einer ſlowakiſchen Intelligenz mag eine ſpätere Vergleichszahl angeführt werden. K. Čulen erwähnt in ſeinem Buch, daß 1905 von 52 000 ſlowakiſchen Einwanderern, die nach Amerika kamen, nur 19 höhere Schulbildung beſaßen[25].

---

[24] Die Darſtellung der Madjariſierung als eine gewiſſe Notwehr findet ſich in dem Aufſatz von E. Neugeboren, Die Nationalitätenfrage im Ungarn der Vorkriegszeit. Ungariſche Jahrbücher, 18. Jg. 1938, S. 11—27. Eine Entgegnung auf madjariſche Stellungnahmen bei A. F. Chr. Wirthoven, Entgegnung auf die Einwendungen gegen 700000 Deutſche in Ungarn. In: Deutſche Forſchungen in Ungarn, IV. Jg. 1939, S. 94ff. Dazu mehrere Aufſätze in der Zeitſchrift „Volksforſchung“ (früher „Auslandsdeutſche Volksforſchung“) von H. J. Beyer (1. Jg. 1937, 373ff.), H. Bauer (3. Jg. 1939), O. A. Isbert (4. Jg. 1940, 49ff.) und J. Sveton (4. Jg. 1940, 56ff.). Ferner die bereits genannte Arbeit von Br. Varſik (ſ. Anm. 3).

Deshalb mußte ſeit 1875 die tſchechiſche Intelligenz in die entſtandene Lücke ſpringen. Sie nahm ſich des ſlowakiſchen Volkes an, betonte und propagierte vorſichtig den Gedanken der „tſchecho-ſlowakiſchen" Einheit und der Gemeinſamkeit des politiſchen Ringens um den eigenen Staat. In den tſchechiſchen Zeitungen und Zeitſchriften wies man auf die Lage und Entwicklung des ſlowakiſchen Stammes hin[26]. Auf der großen „Tſchechoſlowakiſchen Ethnographiſchen Ausſtellung", die 1895 in Prag ſtattfand, räumte man auch der Slowakei ein beſcheidenes Plätzchen ein[27].

Von madjariſcher Seite war 1885 aus den Mitteln der beſchlagnahmten Matica Slovenská ein „Königlich-Ungariſcher Slowakiſcher Bildungsverein" gegründet worden. Er ſollte die Slowaken im ungariſchen Staatsgeiſt erziehen und wurde mit ſeinen ſlowakiſch geſchriebenen Zeitſchriften zu einem Werkzeug der Madjariſierung[28]. Die Verſuche der Slowaken, die Wiedereröffnung des Gymnaſiums in Turz St. Martin und der Matica Slovenská zu erreichen, ſchlugen fehl. Das Leben der geiſtigen Oberſchicht, die in der Zeit vor dem Weltkrieg nach einem Eingeſtändnis des ſlowakiſchen Literarhiſtorikers A. Mráz nicht mehr als knapp tauſend Menſchen umfaßte, hatte nur wenige Mittelpunkte. Es ſcharte ſich um die ſeit 1881 wieder erſcheinende „Slowakiſche Rundſchau" („Slovenské Pohl'ady") deren Leſerkreis vor dem Weltkrieg die Zahl 500 nie überſtieg, und fand ſeit 1892 einen Mittelpunkt im „Slowakiſchen Muſeumsverein" („Muzeálna slovenská spoločnost'"), den der Geiſtliche Andreas Kmet' nach größeren Schwierigkeiten begründete.

Innerhalb des ſlowakiſchen Volksgefühls waren im Verlauf des halben Jahrhunderts ſeit ſeinem Aufkommen weſentliche Wechſel und Änderungen vor ſich gegangen. Die nationale Einſtellung war am Beginn der 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts im weſentlichen tſchecho-ſlowakiſch und allſlawiſch geweſen. Dieſe Auffaſſung lebte überwiegend innerhalb des proteſtantiſchen Teiles der Slowaken, der durch ſein Studium in Deutſchland dort die Ideen der Romantik und der Hegelſchen Philoſophie und ſomit die Grundlagen zum eigenvölkiſchen Denken gewonnen hatte. Die Formulierung der politiſchen Zielrichtung durch L. Štúr in den 40er Jahren, der Kampf um das Schriftſlowakiſche und der Verſuch einer Erhebung zeigten die Abſicht, aus eigener Kraft zum Ziel zu gelangen. Aber der Anſchluß der katholiſchen Slowaken an die Štúrſche Schriftſprache war erſt zu ſpät, im Jahre 1847, erfolgt, ſo daß in der kurzen Zeit bis zur Revolution von 1848/49 keine nennenswerten Kräfte mobiliſiert werden konnten. Erſt an der neuen Blütezeit der kulturellen Einrichtungen ſeit 1861 war das katholiſche Slowakentum im ſtärkeren Ausmaß beteiligt. In der Abordnung, die das „Memorandum des ſlowakiſchen Volkes“ 1861 nach Budapeſt brachte, übertraf die Zahl der katholiſchen Geiſtlichen bei weitem die der proteſtantiſchen. Die proteſtantiſche Geiſtlichkeit trat ſeit 1875 immer mehr aus ihrer führenden Stellung im Kampf um das ſlowakiſche Nationalgefühl zurück. Der Generalkonvent der evangeliſchen Kirche in Ungarn von 1882 trug durch ſeine Einſtellung gegenüber dem Panſlawismus und durch die Einſchränkung des ſlowakiſchen Einfluſſes innerhalb der evangeliſchen Kirche weſentlich zu dieſer veränderten Haltung bei. Während die Proteſtanten ſich zur „tſchechoſlowakiſchen Idee“ oder zu einem unklaren, oft in ſeinen Äußerungen ſchwankenden Panſlawismus bekannten, wurden die katholiſchen Geiſtlichen die Hauptträger des ſlowakiſchen Nationalgefühls innerhalb des ungariſchen Staates. Ihnen erſchien das Ziel des politiſchen Ringens die Autonomie zu ſein, während die Anhänger der „tſchecho-ſlowakiſchen“ oder panſlawiſchen Richtung in einer Vereinigung mit den Tſchechen oder Ruſſen ihre Zukunft erblickten[29].

---

[25] K. Čulen: „Slováci v Amerike" (Die Slowaken in Amerika). I. Bd. (Skizzen aus der Kulturgeſchichte), St. Martin am Turz 1938, S. 10.

[26] Die Haltung der öſterreichiſchen Regierung ermöglichte den Tſchechen dieſe Anteilnahme.

[27] Über dieſe Ausſtellung — Národopisná výstava československá — bringt der Aufſatz von J. Horák in der Československá vlastivěda, Bd. II, S. 410f., 412f. und 414f. zuſammenfaſſendes Material.

[28] Es ſind dies neben einigen ſlowakiſchen Volkskalendern und Überſetzungen ungariſch-patriotiſcher Bücher ins Slowakiſche die Zeitſchriften „Slovenské Noviny" (Slowakiſche Zeitung) und „Vlast' a svet" (Vaterland und Welt). Über die Publikationen des „Bildungsvereins" ſ. S. Czambel, „Die ſlowakiſche Sprache und Literatur" in „Die Öſterreichiſch-Ungariſche Monarchie in Wort und Bild", 5. Bd., Ungarn ,S. 434—446, auf S. 446.

Dieſe Hinwendung zu panſlawiſchen Ideen war bei einem Volke wie dem ſlowakiſchen durchaus verſtändlich. Jeder aktive Kämpfer für ſein ſlowakiſches Volkstum mußte ſich der zahlenmäßigen Kleinheit und der Schwäche des Slowakentums bewußt werden. Und aus dieſem Gefühl der Unterlegenheit mußte folgerichtig der Gedanke emporkeimen, an der großen ſlawiſchen Gemeinſchaft Anlehnung zu ſuchen. So waren das Kollárſche Denken einer wenn auch nur literariſchen Wechſelſeitigkeit und die Štúrſche Philoſophie ſeiner ſpäten Lebensjahre, die in der Unterordnung des Slawentums unter der ruſſiſchen Führung das Ziel ſehen wollten, unter den Slowaken immer lebendig geblieben. Dieſes Gefühl erlebte in den Jahren ſeit dem ruſſiſch-türkiſchen Krieg von 1877—1878 einen neuen Aufſchwung. Eine ſolche ſlawiſche Begeiſterung und ruſſophile Einſtellung konnte jedoch nicht die Grundlage einer Realpolitik abgeben. Aber ſie bewirkten doch, daß die Hoffnungen der Slowaken auf eine politiſche Befreiung nie mehr erloſchen.

Seit der Jahrhundertwende begannen die Slowaken politiſch aktiver zu werden. Die ſtärker werdende Madjariſierung begann ſich durch die Apponyiſchen Schulgeſetze von 1907 auch der Gemeindeſchulen zu bemächtigen, die reſtlos madjariſch wurden. Die Führerſchaft der Slowaken in dieſem Ringen hatte bereits Jahre hindurch die Schulen in Böhmen und Mähren beſucht und war ſo bis auf wenige Ausnahmen für die „tſchecho-ſlowakiſche“ Einheit gewonnen worden. Die politiſche Tätigkeit der Slowaken beſchränkte ſich in der Vorkriegszeit im weſentlichen auf das Auftreten Milan Hodžas im Budapeſter Parlament, die in Gemeinſchaft mit den rumäniſchen und ſerbiſchen Vertretern vor ſich ging[30]. Nebenher lief eine organiſatoriſche Tätigkeit in der Slowakei, ein Ausbau des Parteiweſens und die Schaffung einer politiſchen Parteipreſſe[31].

In dieſe Jahre fällt auch der Beginn der politiſchen Tätigkeit des damaligen Kaplans Andreas Hlinka. Aus den Nöten ſeiner armen Gemeinde heraus ſchwang er ſich zum Verteidiger und Vorkämpfer der völkiſchen Anſprüche des Slowakentums auf, indem er zur führenden Perſönlichkeit innerhalb der 1906 gegründeten „Slowakiſchen Volkspartei“ wurde. Er bemühte ſich durch Zeitungsaufſätze, Broſchüren und durch eine weitgehende Organiſationsarbeit, das politiſche Bewußtſein der katholiſchen Slowaken zu vertiefen und ihm ein neues Ziel zu geben.

Der Weltkrieg ſah auch die Slowaken vor der Erfüllung ihrer Wünſche. Das Amerikaſlowakentum, das durch die Auswanderung ſeit den 70er Jahren ſtark angewachſen war[32], ließ ſich durch die politiſchen Verſprechungen der tſchechiſchen Auslandsorganiſation und durch das Wort Maſaryks gewinnen. Am 30. 6. 1918 gingen bereits die Amerikaſlowaken mit den

---

[29] Darüber auch Hruſovſký, S. 330.

[30] Dazu ein Aufſatz M. Hodžas in der Prager Rundſchau, 8. Jg. 1938, S. 198—212, und von B. Pavlů, ebd. S. 1—13.

[31] Die älteſte dieſer Parteizeitungen iſt der „Slovenský denník“ (Slowakiſches Tageblatt), 1900 bis 1901 und 1910—1916 von Milan Hodža in Budapeſt herausgegeben. Seit 1904 erſcheinen in Preßburg das Organ der tſchechoſlowakiſchen demokratiſchen Partei, die „Slovenské robotnické noviny“ (Slowakiſche Arbeiterzeitung), und in Preßburg wird ebenfalls ſeit 1910 das Blatt der ſlowakiſchen Katholiken, die „Slovenské l’udové noviny“ (Slowakiſche Volkszeitung) gedruckt.

[32] Über das Amerikaſlowakentum ſ. Čulen (Anm. 25).

Tſchechen den in der Folgezeit ſo heiß umſtrittenen Pittsburger Vertrag ein. Von tſchechiſcher Seite wurde ſpäter immer darauf hingewieſen, daß dieſes Abkommen eigentlich nur ein Protokoll der tſchechiſchen und ſlowakiſchen Vereine Amerikas geweſen wäre. Die Slowaken jedoch ſahen in dieſem Protokoll die von Maſaryk unterſchriebene Zuſtimmung für eine völlige Autonomie der Slowakei. Sie erblickten in der Unterſchrift ein Verſprechen, das man ihnen nicht hielt.

Es darf hierbei nicht überſehen werden, daß ein Teil der Slowaken nach Abſchluß des Weltkrieges für einen gemeinſamen Staat der Tſchechen und Slowaken geweſen iſt. Die Erklärung des Slowakiſchen Nationalrates von St. Martin am Turz hatte in dieſem Sinne die Vereinigung zu einem tſchecho-ſlowakiſchen Staat verkündet. Ja, ohne den Einmarſch der tſchechiſchen Legionen wäre es nicht möglich geweſen, der Slowakei im Friedensvertrag von Trianon den Umfang zu geben, den ſie bis 1938 hatte.

Aber die Tätigkeit und die Leiſtungen der Tſchechen in den Jahren nach 1918 vermochten es nicht, die große Abneigung der Slowaken gegen die in alle Ämter und Stellen eindringenden Tſchechen zu beſeitigen. Dazu kamen grundlegende Unterſchiede im Weſen beider Völker, die durch die geſchichtliche Entwicklung und den Verlauf der Volkwerdung entſtanden waren. Der Tſcheche ſprach von der Demokratie — und meinte dabei ſeine Herrſchaft in dem Gebilde von 1918. Der Slowake wollte, wie er es immer gewöhnt war, eine Autorität über ſich ſehen — aber die wurde ihm durch die Tſchechen ſyſtematiſch zerſchlagen. Es gab zwar in der Nachkriegszeit genügend Slowaken, die tſchechiſche Parteien wählten, und es fanden ſich auch immer wieder Miniſter, Regierungsmitglieder und andere Staatsbeamte, die für die tſchecho-ſlowakiſche Einheit auftraten. Aber die Slowakiſche Volkspartei unter Hlinkas Führung gewann immer mehr an Boden. Die Maiwahlen von 1935 ſahen ihn bereits mit 30,1 v. H. aller Stimmen als die ſtärkſte Partei innerhalb der Slowakei.

Die Entwicklung der letzten zwei Jahre iſt ja noch genugſam bekannt, ſo daß ihr Verlauf nicht aufgeführt zu werden braucht[33]. Der junge Staat gab ſich im Juli 1939 zunächſt eine Verfaſſung. Die Slowakei wurde zu einer Republik auf weltanſchaulich chriſtlich-nationaler Grundlage mit einem Präſidenten, Staatsrat und Parlament als ſtaatlichen Organen. Das enge Nebeneinanderleben mit dem Großdeutſchen Reich, das am 23. 3. 1939 für 25 Jahre auch den militäriſchen Schutz der Slowakei übernahm, führte in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 zum Umbau der Grundlagen des jungen Staates. Man will die Gedanken eines ſlowakiſchen Nationalſozialismus, der von den führenden Kreiſen der Hlinkagarde propagiert wird, zum Ausgangspunkt der Staatserneuerung und zur Richtſchnur einer Erziehung des ſlowakiſchen Volkes machen.

Damit ſtehen wir am Ende einer jahrhundertelangen geſchichtlichen Entwicklung des Slowakentums und am Beginn einer Geſchichte des ſlowakiſchen Volkes und ſeiner, der jüngſten Gegenwart angehörigen Staatlichkeit. Wir ſahen, wie ſich erſt im Laufe eines Jahrhunderts durch die zielbewußte Arbeit mehrerer Geſchlechter ein Wandel vollzog. Aus einer völkiſch unbewußten Menge von ſlowakiſch ſprechenden Menſchen ſollte das ſlowakiſche Volk geſchaffen werden. Dieſe Umformung iſt noch nicht völlig abgeſchloſſen. Noch ſind die Erinnerungen an die Zeit der Auseinanderſetzung zu jung, noch lebt die ältere Generation in einem Widerſtreit verſchiedener älterer Ideologien. Aber dieſe noch zum Teil andauernde Volkwerdung der Slowaken wird unter den ſtarken geiſtigen Einwirkungen des heutigen Deutſchlands ihre Vollendung finden.

Einige Male war in dieſem Aufſatz die Bedeutung der deutſchen Einwirkung für die Volkwerdung der Slowaken geſtreift worden. Der Einfluß deutſcher Gedanken auf das ſlawiſchſlowakiſche Erwachen und auf die Weckung des ſlowakiſchen Nationalgefühls war im Verlauf des ganzen 19. Jahrhunderts entſcheidend. Ebenſo bedeutſam war der Ausbildungsgang der führenden ſlowakiſchen Männer des vorigen Jahrhunderts, deren Bildungsgrundlagen in Deutſchland und auf deutſchen Univerſitäten zu ſuchen ſind. Dieſe gelegentlichen Hinweiſe berührten jedoch nur Ausſchnitte. Die Fäden, die das geiſtige und politiſche Leben der Zeit der ſlowakiſchen Volkwerdung mit dem Deutſchtum verknüpften, und die in unſeren Tagen wieder aufgenommen werden, ſind in Wahrheit noch ſtärker und zahlreicher, als man bisher angenommen hat. Hier bei dieſen Gemeinſamkeiten der deutſch-ſlowakiſchen Beziehungen anzuknüpfen und wiſſenſchaftlich unterſuchend und forſchend zu wirken, iſt eine große und dankbare Aufgabe für den deutſchen Geſchichtsforſcher.

---

[33] Die Geſchichte der Slowakei ſeit ihrer Verſelbſtändigung im März 1939 bringt ausführlich Hruſ̌ovſky. Die Entwicklung des Kampfes um die an Polen gefallenen und 1939 wieder zur Slowakei zurückgekehrten Grenzgebiete gibt A. Miſ̌kovič, „Napravená krivda“ (Wiedergutgemachtes Unrecht), St. Martin am Turz 1940. Aus der Kampfſtimmung gegenüber Tſchechen und Madjaren heraus entſtand die geſchichtlich fundierte Propagandaſchrift von K. Murgaš, „Národ medzi Dunajom a Karpatmi“ (Volk zwiſchen der Donau und den Karpaten), St. Martin am Turz 1940.

Alters- und Berufsſchichtung der volksdeutſchen Umſiedler

Von Udo Tornau, Berlin

In großen Zügen war es uns bereits bekannt, daß beiſpielsweiſe die Baltendeutſchen eine ſtark verſtädterte und kinderarme Volksgruppe ſind, während andererſeits die Wolhyniendeutſchen ganz überwiegend auf dem Lande lebten und ſehr große Familien beſitzen. Genaue Angaben hierüber liegen uns jedoch erſt ſeit ganz kurzer Zeit vor.

Auf Anordnung des Reichskommiſſars für die Feſtigung des deutſchen Volkstums, Reichsführer ϟϟ Himmler, wurde eine Einwanderer-Zentralſtelle geſchaffen, die u. a. die Einbürgerung ſowie die Vorbereitung des Berufseinſatzes der Umſiedler in Händen hat. Die Erfaſſung aller Umſiedler nach Geſchlecht, Alter und Beruf erfolgte zunächſt in ortsfeſten Dienſtſtellen, ſpäter jedoch mehr und mehr in ſog. Auffanglagern durch „fliegende Kommiſſionen“. Eine Sonderabordnung des Statiſtiſchen Reichsamtes hatte ſich in dieſem Rahmen insbeſondere mit der bevölkerungs- und berufsſtatiſtiſchen Seite zu beſchäftigen.

Feſtgeſtellt wurden Alter, Familienſtand, berufliche und ſoziale Stellung, die der Volksdeutſche vor der Umſiedlung in ſeiner alten Heimat innehatte. Innerhalb der einzelnen Volksgruppen ergaben ſich dabei charakteriſtiſche Unterſchiede, auf die im folgenden hinzuweiſen ſein wird.

Natürlich kann das Bild, das uns dieſe erſte Erhebung vermittelt, noch kein vollſtändiges und abſchließendes ſein, da ſehr bedeutende Etappen der Umſiedlung zur Zeit der Erhebung dieſer Einzeltatſachen gerade erſt in Gang gekommen waren und auch heute noch nicht vollſtändig abgeſchloſſen ſind. Wir lernen daher die Verhältniſſe erſt bei einem Teil der Umſiedler kennen, und zwar bei denen, die aus Eſtland, Lettland, Wolhynien, Galizien, dem Narewgebiet und aus dem öſtlichen Generalgouvernement, alſo im weſentlichen aus dem Baltikum und dem ehemaligen Polen kamen. Dieſe Umſiedler betragen an Zahl etwa 220 000. Inzwiſchen ſind weitere rund 250 000 Volksdeutſche aus Beſſarabien, aus dem Buchenland, der Dobrudſcha, Litauen und alle Reſte aus den übrigen Randſtaaten im Reiche eingetroffen, bzw. befinden ſich auf dem Wege hierher. Auch aus Süd-Tirol dürften von der geſamten Volksgruppe, die bis zum Jahre 1943 in das Reich übergeführt werden ſoll, bisher rund 50 000—60 000 die deutſche Grenze überſchritten haben. Über alle dieſe Zuwanderer werden wir eines Tages nähere Einzelheiten erfahren.

Die Zahlen, die heute über die erſte große Etappe der Umſiedlung gegeben werden können, dürfen wir als endgültig anſehen, da ſie ſich höchſtens durch ſehr kleine Nachzüglertrupps verändern werden.

Zunächſt ſei eine Aufſtellung der bisher erfaßten Umſiedler nach Herkunftsländern gegeben:

Überſicht 1

	männl.	weibl.	zuſammen
Eſtlanddeutſche	5389	7479	12868
Lettlanddeutſche	21641	27000	48641
Wolhyniendeutſche	31801	32753	64554
Galiziendeutſche	27831	27609	55440
Narewdeutſche	3825	4228	8053
Aus öſtlichem Generalgouvernement	14452	15823	30275
	104939	114892	219831

Wie ungünſtig der Altersaufbau bei den Balten z. B. gegenüber den Wolhyniendeutſchen iſt, zeigt die kleine Zahlenüberſicht, in der die Altersgliederung der einzelnen Volksgruppen nach den wichtigſten Altersſtufen: Jugendliche, Erwerbsfähige, Greiſe zum Ausdruck kommt. Sie wird dadurch noch aufſchlußreicher und erhält einen Vergleichswert, daß ihr die Ergebniſſe im Altreich nach der letzten Bevölkerungszählung gegenübergeſtellt werden.

Überſicht 2. Altersaufbau der Umſiedler nach Herkunftsländern

Altersjahre	Eſtland	Lettland	Wolhynien	Galizien	Narew-Gebiet	Öſtl. Gen.-Gouvern.	Altreich 17. 5. 39
1. In abſoluten Zahlen							
Unter 14	1954	8948	24335	16005	2084	11587	15026000
14 bis 65	9099	34709	37939	37353	5495	17380	48901000
Über 65	1815	4984	2280	2082	474	1308	5390000
	12868	48641	64554	55440	8053	30275	69317000
2. In Hundertteilen							
Unter 14	15,2	18,4	37,7	28,9	25,9	38,3	21,7
14—65	70,7	71,3	58,8	67,3	68,2	57,4	70,5
Über 65	14,1	10,3	3,5	3,8	5,9	4,3	7,8
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Während alſo bei den Baltendeutſchen nur rund 15—18 v. H. zu den Jugendlichen unter 14 Jahren zählen, ſind es bei den Wolhyniendeutſchen 37,7 v. H. und bei den Deutſchen aus dem öſtlichen Generalgouvernement ſogar über 38 v. H., alſo weit mehr als das Doppelte. In dieſen Zahlen kommt der unterſchiedliche Kinderreichtum vollauf zum Ausdruck. Das Altreich mit ſeinen 21,7 v. H. Jugendlichen liegt zwiſchen den beiden Gruppen, iſt jedoch den Baltendeutſchen mehr angenähert als den kinderreichen Bauernfamilien aus dem ehemaligen Oſtpolen. Der Unterſchied zwiſchen den Narewdeutſchen und den Wolhyniendeutſchen erklärt ſich dadurch, daß, wie wir noch ſehen werden, die Narewdeutſchen eine ſtädtiſche und in der Induſtrie tätige Gruppe ſind.

Umgekehrt wie bei den Jugendlichen iſt es bei den alten Leuten über 65 Jahren; von den Baltendeutſchen gehören bereits 10—14 v. H. zu dieſer Altersſchicht, bei den Wolhynien- und Galiziendeutſchen dagegen noch nicht einmal 4 v. H. Das Altreich liegt mit ſeinen 7,8 v. H. etwa in der Mitte. Dieſer unterſchiedliche Anteil an älteren Leuten enthält, ſo erfreulich der geſunde Altersaufbau z. B. bei den Wolhyniendeutſchen an ſich iſt, natürlich für ſie auch ein ungünſtiges Moment, und zwar infolge der geringeren Lebenserwartung. Die verſtädterte und kulturell hochſtehende Gruppe der Baltendeutſchen unterliegt infolge ihrer beſſeren geſundheitlichen Fürſorge einer geringeren Sterblichkeit als die bäuerliche und geſundheitlich weit mehr vernachläſſigte Gruppe der Wolhyniendeutſchen.

Die Schicht der Erwerbsfähigen iſt um ſo größer, je geringer der Anteil an Jugendlichen iſt. Man darf jedoch damit rechnen, daß ſehr viele Jugendliche bis zu 14 Jahren in den bäuerlichen Familien bereits zu den mithelfenden Familienangehörigen zählen.

Aus der Altersſchichtung allein läßt ſich zweifellos kein Werturteil an die einzelnen Gruppen legen. Die angegebenen Ziffern ſagen lediglich etwas über die augenblicklichen Verhältniſſe aus und laſſen über die biologiſche Kraft noch keinen endgültigen Schluß zu. Die Verhältniſſe können ſich in einer neuen Umgebung durchaus grundlegend verändern, die Baltendeutſchen können jetzt, wo ſie nicht mehr als Minderheit im fremden Volkstum leben, zweifellos fruchtbarer werden, bei den Bauernfamilien aus dem ehemaligen Oſtpolen dagegen kann eine Stockung in der Fruchtbarkeit eintreten, die ſich aus der Umſtellung in den Lebensverhältniſſen erklären ließe. Auch ſind die Gründe zu beachten, die die einzelnen Volksgruppen oder gewiſſe Altersklaſſen bei ihnen von außen her beſonders ſchwächten. Die männliche Bevölkerung hat

z. B. bei den Baltendeutſchen ſowohl in der Revolution von 1905, wie auch im Weltkriege und den ſich daran anſchließenden Kämpfen ungeheuer an Zahl verloren. Auch ſind große Teile der Jugend und der im beſten Alter ſtehenden Männer ſpäter in das Reich abgewandert, weil ſie in ihrer damaligen Heimat keine Fortkommensmöglichkeiten ſahen. Die Folgen dieſer Abwanderung ſehen wir heute u. a. auch in einem ſehr ſtarken Frauenüberſchuß; bei den Eſtlanddeutſchen kommen z. B. auf 1000 Männer 1388 Frauen, bei den Lettlanddeutſchen 1248 Frauen gegenüber nur 1048 im Deutſchen Reich. Bei den Wolhynien- und den Galiziendeutſchen ſind derartige Einwirkungen nur in ganz geringem Maße vorgekommen. Lediglich bei den 20—25jährigen ſtellen wir eine auffallend ſchwache Beſetzung feſt; das rührt daher, daß im Weltkriege zahlreiche Deutſche aus Kongreßpolen und Weißrußland nach Sibirien verbannt wurden und erſt nach Abſchluß des Weltkrieges zurückkehren durften. Die Not dieſer Jahre hatte nicht nur einen ſehr ſtarken Geburtenausfall, ſondern auch eine hohe Kinderſterblichkeit zur Folge.

Der Familienſtand der Umſiedler geht im weſentlichen parallel mit der Altersſchichtung und den Lebensgewohnheiten. Die verſtädterte Gruppe der Baltendeutſchen neigt zur Spätheirat, ihr Anteil an Ledigen iſt alſo hoch. Dennoch iſt er nicht ſo hoch wie bei den Wolhyniendeutſchen, die wahrſcheinlich weit früher heiraten, deren zahlreiche Kinder aber doch die Gruppe der Ledigen verſtärken. Bei den Baltendeutſchen finden wir dank ihrer höheren Lebenserwartung weit mehr verwitwete oder geſchiedene Perſonen, und zwar 12 und mehr v. H. gegen nur 4,9 v. H. bei den Galiziendeutſchen. Das Altreich zeigt im Vergleich zu den Umſiedlergruppen einen geringeren Anteil an Ledigen und einen ſehr hohen Anteil an Verheirateten.

Überſicht 3. Der Familienſtand der Umſiedler nach Herkunftsländern

	Eſtland	Lettland	Wolhynien	Galizien	Narew-Gebiet	Öſtl. Gen.-Gouvern.	Altreich 17. 5. 1939
				1. In abſoluten Zahlen			
Ledig	6058	21964	38826	28931	3850	17103	31989847
Verheiratet . . .	5180	20881	25195	23827	3640	11547	32334986
Verw. od. geſchieden	1630	5796	2533	2682	563	1625	4991693
	12868	48641	66554	55440	8053	30275	69316526
				2. In Hundertteilen			
Ledig	47,0	45,1	57,2	52,2	47,8	56,4	46,2
Verheiratet . . .	40,2	42,9	39,0	42,9	45,2	38,1	46,6
Verw. od. geſchieden	12,8	12,0	3,8	4,9	7,0	4,5	7,2
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Der unterſchiedliche Altersaufbau beeinflußt auch ſehr ſtark den Umfang der Erwerbstätigkeit. Je höher der Anteil der Greiſe iſt, deſto geringer iſt der Anteil der Erwerbsperſonen und deſto höher der Anteil der ſog. „ſelbſtändigen Berufsloſen“, alſo der Rentenempfänger, Penſionäre und von Unterſtützung lebenden Perſonen. Bei den Eſtland- und Lettlanddeutſchen z. B. gehören 10,4 v. H. zu den ſelbſtändigen Berufsloſen, gegen nur 1,1 v. H. bei den Galiziendeutſchen und 2 v. H. bei den Wolhyniendeutſchen. Die bäuerlichen Familien kennen den Begriff der ſelbſtändigen Berufsloſen alſo ſo gut wie überhaupt nicht. Eine Sozialverſicherung oder eine Fürſorge, die die alten Leute bei dieſen bäuerlichen Volksgruppen betreut hätte, gab es im ehemaligen Polen nicht.

Mit dem Charakter der Volksgruppe, ob ſie ſtädtiſch oder ländlich orientiert iſt, ſteigt oder ſinkt auch der Anteil der „Ehefrauen ohne Hauptberuf“. In den bäuerlichen Familien gibt es wohl kaum eine Ehefrau, die nicht in ihrem Betriebe mit berufstätig wäre. Die Ziffer bei den Wolhyniendeutſchen wird daher nur mit 3,6 v. H. angegeben, gegenüber 14,3 v. H. bei den Baltendeutſchen und 13,5 v. H. bei den Narewdeutſchen, die, wie erwähnt, auch mehr ſtädtiſch ſind.

Überſicht 4. Gliederung der Umſiedler nach der Erwerbstätigkeit

	Eſtland u. Lettland v. H.	Wolhynien v. H.	Galizien v. H.	Narew-Gebiet v. H.	General-Gouvern. v. H.	Altreich 17. 5. 1939 v. H.
Erwerbsperſonen	48,8	55,0	57,1	49,6	55,6	50,1
Selbſtändige Berufsloſe	10,4	2,0	1,1	4,3	2,1	9,4
Ehefrau ohne Hauptberuf . . .	14,3	3,6	8,7	13,5	3,5	40,5
Sonſtige Angeh. ohne Hauptberuf	26,5	39,4	33,1	32,6	38,8	
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Die Gliederung der Erwerbsperſonen der Umſiedler nach Wirtſchaftsgruppen und nach der ſozialen Stellung wird in den Überſichten 5 und 6 gezeigt. Uns intereſſieren dabei vor allen Dingen die relativen Zahlen, die einen Vergleich untereinander und auch mit dem Altreich zulaſſen. Die Baltendeutſchen gehörten in ihrer bisherigen Heimat überwiegend der ſozialen Oberſchicht an. Lehrberufe, künſtleriſche und freie Berufe oder auch gehobene Handwerkerberufe waren vorherrſchend. Bei den Umſiedlern dieſer Volksgruppe wurden allein gezählt: 270 Lehrer und Erzieher, 260 Muſiker, 300 Ärzte, 100 Zahnärzte und Dentiſten, 375 Apotheker, 700 Krankenpfleger und Krankenſchweſtern, 145 Kindergärtnerinnen und von den handwerklichen Berufen 600 Schneider, 200 Schuhmacher, 220 Fleiſcher, 270 Bäcker, 250 Tiſchler, 215 Maler, 570 Schloſſer, 635 Mechaniker und 120 Schmiede. Dieſes Übergewicht kommt darin zum Ausdruck, daß Induſtrie, Handwerk, Handel und Verkehr einen um das Dreifache höheren Anteil an den Erwerbsperſonen einnehmen wie etwa Land- und Forſtwirtſchaft, die nur 20 v. H. aller Erwerbsperſonen ſtellen.

Überſicht 5. Die Erwerbsperſonen unter den Umſiedlern[1] in abſoluten Zahlen

	Eſtland u. Lettland	Wolhynien	Galizien	Narew	Öſtl. Gen.-gouvern.	Dagegen Altreich 1933
a) Nach Wirtſchaftsgruppen						
Land- und Forſtwirtſchaft . .	6007	30507	20754	1030	13980	9388100
Induſtrie und Handwerk . .	9035	3029	6313	1591	1487	13235400
Handel und Verkehr	9324	1008	3222	801	693	5993600
Öffentliche Dienſte	4861	306	1281	381	397	2724500
Häusliche Dienſte	787	661	60	190	269	1280500
	30014	35511	31630	3993	16826	32622100
b) Nach ſozialer Stellung						1939
Selbſtändige	7123	9861	8321	751	4464	9612000
Mithelfende Familienangeh. .	2506	15250	10606	605	7932	5837000
Abhängige	20385	10400	12703	2637	4430	43837000
	30014	35511	31630	3993	16826	59286000

Überſicht 6. Die Erwerbsperſonen unter den Umſiedlern in Hundertteilen

	Eſtland u. Lettland	Wolhynien	Galizien	Narew	Öſtl. Gen.-gouvern.	Dagegen Altreich 1933
a) Nach Wirtſchaftsgruppen in v. H.						
Land- und Forſtwirtſchaft . .	20,1	85,9	65,6	25,8	83,1	28,8
Induſtrie und Handwerk . .	30,5	8,5	19,9	39,8	8,8	40,5
Handel und Verkehr	31,0	2,9	10,2	20,2	4,1	18,4
Öffentliche Dienſte	16,1	0,9	4,1	9,5	2,4	8,4
Häusliche Dienſte	2,3	1,8	0,2	4,7	1,6	3,9
b) Nach ſozialer Stellung in v. H.						1939
Selbſtändige	23,7	27,8	26,3	18,9	26,5	16,2
Mithelfende Familienangeh. .	8,4	42,9	33,5	15,2	47,2	9,8
Abhängige	67,9	29,3	40,2	65,9	26,3	74,0

---

[1] 117974 Erwerbsperſonen insgeſamt.

Bei den Wolhyniendeutſchen und den Volksdeutſchen aus dem öſtlichen Generalgouvernement dagegen liegt der Anteil der in Land- und Forſtwirtſchaft Beſchäftigten bei 83 und 85 v. H. Der Reſt entfällt auf Handwerk und Handel, nicht aber auf eigentliche Induſtrie, die es in jenen Gebieten ſo gut wie überhaupt nicht gab. Auch Angehörige des öffentlichen Dienſtes finden wir unter ihnen nur in Ausnahmefällen, denn, was es hier an Beamten gab, wurde von den Polen geſtellt und nicht den Volksdeutſchen überlaſſen. Etwas anders iſt es bereits in Galizien geweſen, wo die Induſtrie einen etwas größeren Raum einnimmt und auch Handel und Verkehr mehr Bedeutung beſitzen. Dagegen ſpielt bei den Narewdeutſchen Land- und Forſtwirtſchaft wieder nur eine geringe Rolle wie bei den Balten, da die Umſiedler zum ſehr großen Teil aus der Induſtrieſtadt Byaliſtok ſtammen. Das Altreich, das mit ſeinem Anteil Land- und Forſtwirtſchaft wohl etwas beſſer daſteht als die baltendeutſche Gruppe, iſt jedoch ſo induſtrialiſiert und verſtädtert, daß Induſtrie, Handwerk, Handel und Verkehr mehr als die doppelte Zahl der in der Landwirtſchaft Erwerbstätigen umfaſſen.

Der Anteil der *Selbſtändigen* iſt bei allen Umſiedlergruppen weit höher als im Altreich, und zwar bei den Baltendeutſchen, weil es ſich hier um ſehr viele Angehörige freier und handwerklicher Berufe handelt, und bei den Wolhynien-, Galiziendeutſchen uſw., weil dieſe als ſelbſtändige Bauern dort anſäſſig waren. Entſprechend iſt der Anteil der Abhängigen im Altreich ungleich höher als in allen anderen zugewanderten Gruppen. Der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen ſteigt mit dem Anteil der in Land- und Forſtwirtſchaft beſchäftigten, er iſt alſo auf dem Lande viel höher als in der Stadt. Bei den Baltendeutſchen rechnen nur 8,4 v. H. der Erwerbsperſonen zu den mithelfenden Familienangehörigen, gegen 47,2 v. H. bei den Deutſchen aus dem öſtlichen Generalgouvernement.

Das hier gegebene Bild von der Alters- und Berufsſchichtung der in der erſten großen Etappe erfaßten Umſiedler zeigt, daß die deutſchblütige Bevölkerung, die wir zur Beſiedlung der neuen Oſtgebiete ins Reich gerufen haben, nach Stadt und Land verſchieden, im ganzen aber günſtig gemiſcht iſt. Dadurch, daß wir ſtädtiſche und ländliche Grnppen erhielten, können wir ſowohl das Land als auch die Städte mit den geeigneten Menſchen beſetzen und jeden dorthin ſtellen, wohin er nach Neigung und ſeiner bisherigen beruflichen Tätigkeit gehört. Das iſt ungeheuer wichtig, denn dadurch wird dem Reiche die Aufgabe erſpart, den einen Sektor, etwa den ſtädtiſchen, mit eigenen Menſchen zu beſetzen und dieſe ihrer Zweckbeſtimmung im übrigen Reichsgebiet zu entziehen. Sache des Reiches bleibt es jetzt lediglich, durch Übernahme der leitenden Verwaltungsſtellen den Betrieb in den neuen Oſtgebieten in Gang zu halten und die verſchiedenartigen Volksgruppen zu einer Einheit zuſammenzuſchweißen.

Zur deutſchen Burgenforſchung

Bemerkungen von ſeiten der Burgengeographie

Von Carl Storm, Freiburg i. Br.

Mit 8 Textkarten

Das Bild der heutigen Kulturlandſchaft iſt etwas Gewordenes; es ſetzt ſich zuſammen aus Vorzeit- und Gegenwartsformen, die teils nebeneinander beſtehen, teils im Laufe der Zeit Verſchmelzungen eingegangen ſind. Eine Geographie der Burgen ſteht im Rahmen der hiſtoriſchen Geographie der Siedlungen. Das Verbreitungsgebiet der Burgen iſt derart groß, ihre Dichte in einigen Landſchaften ſo auffallend, daß es ſchon auf Grund dieſer Tatſachen gerechtfertigt iſt, ihrem Zweck, ihrer Größe, ihrer Lage, ihrem Bauplan, ihrer Bauweiſe und den anderen Eigentümlichkeiten nachzuſpüren. Die Frage nach der Bedeutung der Burg, nach ihrem Weſen ſteht obenan[1]. Für den Geographen iſt dabei weniger Bauform und Bauweiſe als etwas Zufälliges, vielmehr der Bauplatz und ſeine Lage- und Raumbeziehungen entſcheidend. Im großen werden ſich, die Frage der Verbreitung unterſuchend, Landſchaften geringer und großer Burgendichte ſchon rein kartographiſch unterſcheiden laſſen. Hier zeigt es ſich, daß beſtimmte Räume auch von den Burgſiedlungen dicht beſetzt ſind; es ſind die reichſten und gleichzeitig politiſch wertvollſten Räume Deutſchlands. Sie decken ſich mit denen, die ſchon die allgemeine Siedlungsgeographie als ſolche erkannt hat. In dieſen iſt aber eine Entwicklung der deutſchen Burgen ihrem Weſen nach am erſten nachzuweiſen, weil eine Fülle von Unterſuchungsſtoff zur Verfügung ſteht. An dieſer Stelle ſetzt auch die Burgenkunde ein. Dieſe geht, wie die Siedlungskunde der Siedlungsgeographie, methodiſch und, wenn wir die kurze Geſchichte überblicken, auch zeitlich der Burgengeographie voraus.

Die Burgenkunde iſt beſonders von der Heimatkunde vertreten und in allen Gauen Deutſchlands ſtark gepflegt und bereichert worden. Die Arbeiten über einzelne Burgen und über Burgen in beſtimmten Landſchaftsräumen können hier nicht berückſichtigt werden. Soweit ſie über das heimatkundliche, in das hiſtoriſche, kunſthiſtoriſche oder architektoniſche Gebiet hineinreichen, haben dieſe Gedanken in verſchiedener Form in den großen Werken eines Bodo Ebhardt, Carl Schuchhardt, Otto Piper, Paul Clemen, Auguſt von Cohauſen, Albert Koch, Joſef Weingartner und vieler anderer ihren Niederſchlag gefunden[2]. Die Beſchreibungen der Kunſtdenkmale, von den preußiſchen Provinzialbehörden oder den anderen ſtaatlichen deutſchen Ämtern herausgegeben, bieten eine Fülle von Material. Von dem Schweizer Burgenverein, der Schweizeriſchen Vereinigung zur Erhaltung der Burgen und Ruinen, werden „die Burgen und Schlöſſer der Schweiz" herausgegeben[3]. Hier wurde die Arbeit durch die Veröffentlichung einer Schweizer Burgenkarte gekrönt. Unter ähnlichen Geſichtspunkten erſcheint im Reich die Zeitſchrift für Wehrbau, Wohnbau und Städtebau „Der Burgwart", nun ſchon im 41. Jahrgang, unter der Leitung von Bodo Ebhardt[4].

---

[1] Vgl. Hofmann, a. a. O., S. 19.

[2] Die umfaſſendſte Schrifttumsnennung iſt bei Ebhardt, 1939, zu finden. Sie iſt alphabetiſch geordnet, doch geben die Fußnoten zu den einzelnen Kapiteln auch Aufſchlüſſe über räumliche Einordnungen. Vgl. Weinelt über das Burgenſchrifttum der Sudetenländer. Der Burgwart 1937.

[3] Die Burgen und Schlöſſer der Schweiz. Redaktion Eugen Probſt.

[4] Der Burgwart. Zeitſchrift für Wehrbau, Wohnbau und Städtebau. Jahrbuch der Vereinigung zur Erhaltung deutſcher Burgen. Herausgeber: Profeſſor Bodo Ebhardt. Burgverlag Marksburg bei Braubach am Rhein.

Alle Burgenkunden, alte und neue, ſetzen ſich mit dem Begriff der Burg auseinander. Es iſt verſchiedentlich verſucht worden, dieſen Begriff feſtzulegen. Aber bis zur Stunde verſteht der Burgenkundler etwas anderes unter der Burg als der Namenforſcher, und der Siedlungshiſtoriker und Vorgeſchichtler pflegt ihn weſentlich weiter zu faſſen, als der Geograph ihn gerne feſtgelegt haben möchte. Der eigentliche Grund dafür liegt darin, daß das Gebiet der Burgenkunde und Geographie eben von den verſchiedenſten Wiſſenſchaftszweigen her angefaßt wurde, wir aber erſt jetzt zu ahnen beginnen, wo hinaus und zu welchen Unterſuchungskreiſen und Zielen der Weg eigentlich führt.

Das Wort „Burg“ ſelbſt iſt indogermaniſchen Urſprungs. Das Wort hat Bedeutungswandel erfahren. Einſt waren Verhaue, Verſchanzungen, Landwehren, Fliehburgen eben Burgen. Auch für die Römerſtädte wurde der Begriff angewandt, ſoweit ſie „bergen“ konnten. Viele Orts-, Flur- und Perſonennamen zeigen den Sinn des Wehrhaften, Schützenden, Bergenden, das im Wort und Begriff beſchloſſen liegt. Erſt mit der Errichtung von Ritterburgen hat ſich die heutige Bedeutung des Wortes Burg herausgebildet, und „die Stadt“ trat an Stelle der alten Bedeutung. Daher hat ſich bis auf den heutigen Tag für den Städter die Bezeichnung „Bürger“ erhalten[5].

Die Schwierigkeit, den Burgbegriff einheitlich feſtzulegen, erfährt zudem noch eine Erweiterung durch die Tatſache, daß in den Quellen und den auf ihnen fußenden Schriften die Begriffe „Burg“, „Feſte“, „Feſtes Haus“, „Schloß“, „Haus“, „Castellum“, „rocca“, „dosso“, „burgum“, „oppidum“, nie reinlich geſchieden[6] und erſt letzthin zufriedenſtellend gedeutet worden ſind. Kaum beachtet und nicht verwandt ſind die im Volksmunde gebräuchlichen Namen und Begriffe wie „Burſtel“, „Burſchel“, „Gſchloß“, „Heidenſchloß“ u. a.[7].

Die Entſtehung der Burgen, zumindeſt der deutſchen Burgen der klaſſiſchen Burgenbauzeit, die wir in das XII. und XIII. Jahrhundert legen, ſetzt die Ausbildung einer beſtimmten ſozialen Ordnung voraus. Wir ſehen dieſe in der Ausbildung des deutſchen Adels.

Auf „das Recht der Zugbrücke“, das ein politiſches und militäriſches Recht war, hat ſchon Wilhelm Heinrich Riehl[8] hingewieſen. Er ſah aber auch deſſen tiefe ſoziale Bedeutung. Dieſes Recht, vorerſt nur dem hohen Adel, der mit ſeinem Burgſitz Land und Leute vereinigt hatte, vorbehalten, wurde im Laufe der Entwicklung auch auf den niederen Adel ausgedehnt. Die „Geſellſchaft“, aus Klerus und hohem Adel beſtehend, erweitert ſich. Mit dem „Recht der Zugbrücke“ bildet ſich der Stand, indem er ſich „abſchließt“. Im übertragenen Sinne iſt dieſes ebenſo auf die Ausbildung des Städter-Bürgertums und des Bauerntums anwendbar. Das genoſſenſchaftliche Leben des Mittelalters mit ſeiner Geſamtverbindlichkeit geht vom Adel aus.

---

[5] Schuchhardt (1930, S. 193) und im Anſchluß an Kretſchmer (1937, S. 194) O. Piper, Abriß der Burgenkunde, S. 7. — Wortbedeutung und Weſen von Burg und Stadt entwickelt Therſtappen (S. 104f.).

[6] Schuchhardt (1930, S. 193) bringt dazu den Begriff „thun“, vgl. Schuchhardt (1937, S. 194) und Knapp, Burgentypus der Steiermark (1937, S. 871), auch in Burgen um Innsbruck der Urkundenname „Purkſtal“ (S. 115). — Vogt widmet ein eigenes Kapitel den Bezeichnungen der Burgen in den Quellen (S. 42). In Böhmen finden ſich urbs, civitas, castrum, castellum, oppidum. Mit der Ausprägung des deutſchen Burgweſens wird einheitlich castrum für Burg verwandt (S. 48); vgl. auch Weller, S. 291ff. — Es zeigt ſich, daß für jede Landſchaft eine Prüfung der urkundlichen Begriffe notwendig iſt. Kretſchmer, S. 197.

[7] Dieſe Namen treten in den allermeiſten Fällen als Flurnamen auf, ſind aber ebenſooft im Volksmunde lebendig. „Burſtel“ und ähnliche Formen, wie „poſtal“ in Welſchtirol, ſcheinen vom „Burgſtall“ hergeleitet zu ſein. Mit dem Namen „Heidenſchloß“ iſt nicht immer die älteſte Burg der Landſchaft gemeint. Neben dieſen Namen iſt der eigentliche Burgname nicht immer noch gebräuchlich oder lebendig. Bezeichnenderweiſe werden ſie vorwiegend für ſehr ruinierte Burgen gebraucht oder überhaupt für Burgwüſtungen. Burgſtall für eine Burgwüſtung zu ſetzen, die meiſtens keine mittelalterliche geweſen zu ſein braucht, iſt in Tirol üblich.

[8] Wilhelm Heinrich Riehl, Die bürgerliche Geſellſchaft, Stuttgart und Berlin 1930, S. 133 und 139f.

Daß damit keine Vereinzelung oder Individualiſierung Platz gegriffen hat, erſieht man ſchon am wiederholten Auftreten von Ganerbſchaften[9]; das ſind Sippen oder Adelsgemeinſchaften, die gemeinſam eine Burg erbauen, erwerben und auch bewohnen. Die Fälle, in denen auch bäuerliche, vielfach irgendwie freibäuerliche Gemeinſchaften Burgen erbauen und bewohnen, ſind gar nicht ſelten. Fedor Schneider unterſucht dieſe Fälle im Hinblick auf die Entſtehung des mittelalterlichen Burg- und Dorfweſens in Italien[10]. Die Entſtehung und Ausbildung eines Adels, beſonders des niederen, vollzieht ſich im Lichte der Geſchichte. So ſteckt im Burgweſen eine Ausbildung der freien Genoſſenſchaft.

Dieſe Richtlinien, die Wilhelm Heinrich Riehl in ſeinen Anfängen ſchon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aufſtellte, ſind bis heute weder beachtet noch ausgebaut worden. Wir finden ſie in ſeiner „Wiſſenſchaft vom Volke", den Arbeiten, die unter der Überſchrift „die bürgerliche Geſellſchaft" veröffentlicht wurden. Der eigentlichen Burgenkunde lagen und liegen ja derartig ausgerichtete Überlegungen fern. Selbſt im neueſten Schrifttum müſſen wir zu dieſem Thema Anleihen vor allem bei den Rechtshiſtorikern machen.

Mit Arbeiten, die aus dem Mitteloſten kommen[11], ſehen wir Anſätze, auf Grund des vorgeſchichtlichen und geſchichtlichen Burgweſens Einblicke in das Verfaſſungsweſen zu vermitteln. Die Arbeiten ſind auf hiſtoriſchen Landſchaften, nicht auf Stammesräumen oder gar Naturräumen aufgebaut. Da die Arbeiten von einer verfaſſungsgeſchichtlichen Frageſtellung ausgehen, iſt das auch berechtigt. Deutlich kommt zum Ausdruck, wie ſehr die Burg eine verfaſſungsrechtliche Funktion beſitzt, die ſie allerdings mit dem Sieg des deutſchen Rechts, alſo mit dem Abſchluß der Koloniſation verliert[12]. Aber nicht nur in das mittelalterliche Verfaſſungsweſen Böhmens und Schleſiens geben die Arbeiten einen wertvollen Einblick, ſondern die eigentliche Stärke ſcheint doch in der Aufhellung weſentlicher Züge für den Gang der Beſiedlung des Landes zu liegen. Die Burg tritt uns hier als eine Verkörperung ſtaatlicher Macht und politiſchen Willens entgegen. Allein ſchon durch die Häufung der Burgen in beſtimmten Räumen kann ſo der Schwerpunkt ſtaatlicher Macht feſtgelegt werden[13].

Dieſe neueſten Unterſuchungen gehen wohl mittelbar und unmittelbar auf Arbeiten von Herbert Weinelt[14] zurück. Hier ſteht die Burgenkunde nicht mehr in der Aufgabe, das Verfaſſungsweſen herauszuſtellen, ſondern ſelbſt im Mittelpunkt der Beſiedlungsgeſchichte des deutſchen Mitteloſtens. Vor allem an Hand der Burgentypen wird auf die Herkunft der Siedler eines beſtimmten Raumes geſchloſſen. Hier wird der Burgenkunde eine überragende Stellung in der geſamten oſtdeutſchen Koloniſationsgeſchichte eingeräumt[15].

---

[9] Mit Recht erklärt Ebhardt (1939, S. 61) die Entſtehung der Ganerbenburgen aus den Beſitzverhältniſſen des Mittelalters. Ganerbenburgen ſind nicht immer im Beſitze mehrerer Angehörigen einer Sippe, ſondern auch Fremde haben Anteil an der Burg.

[10] Schneider (S. 179f., 292, 294f.). Nach Schneider entſteht ein Teil der Burgen auf der Grundlage der Arimanenverfaſſung des Langobardenreiches. Otto II. gibt der Gemeinde Laziſe auf, gegen die Vergebung von Zoll- und Fiſchereirechten die Burg zu bauen, dabei wird der Reichswald Silva ligana Gemeindebeſitz. Die Arimanen bauen die Burg und wohnen darin. Ein Teil dieſer Freien ſiedelt allerdings weiter neben der Burg, ſorgt aber für ihre Inſtandhaltung, um ſich in Notzeiten — Ungarnſtürme — in der Burg bergen zu können. Eine Reihe von Ortſchaften gehören zum Burgbezirk. Damit tritt eine ſoziale Gliederung in Bauern und Krieger inſofern ein, als nur ein beſtimmter Teil der Freien in der Burg wohnt, die anderen aber weiterhin außerhalb ſiedeln. — Es waren bis in das 12. Jahrhundert die Beſitzer mancher Burg „nobiles rurales". Noch 1214 erlaubt der Biſchof Friedrich von Wangen den Leuten von Tramin, ein befeſtigtes Schloß zu bauen. — Im Laufe der Entwicklung hat ſich dann aus der Menge der Leute, die im tatſächlichen Beſitze der Gemeinde- oder Genoſſenſchaftsburg waren, eine Sippe, ein Geſchlecht herausgeſtellt, das wir dann im Alleinbeſitz der Burg ſehen. — Vgl. dazu Storm (Diſſertation, S. 101, und Friaul, S. 42f.). Ob wir mit dieſen Erſcheinungen die Ausbildung der Burgverfaſſung, wie ſie Vogt und Uhtenwoldt für Böhmen und Schleſien ſchildern, in Parallele ſetzen können?

[11] Vogt und Uhtenwoldt.

[12] Vogt, S. 118f., und Uhtenwoldt, S. 144ff.

[13] Vogt, S. 116, daneben die Karten bei Fein und Kohler.

[14] Weinelt, S. 57, 59, 64.

[15] Weinelt (1937, S. 82ff.) zieht eine ſchwerwiegende Folgerung aus der Verteilung von „Franken- und Sachſenburgen" im Schönhengſtgau. Eine wichtige Mundartſcheide ſcheint Weinelt recht zu geben, auf Grund der Scheidung im Wehrbau die Siedler des Schönhengſtgaues herkunftmäßig verſchieden einzuteilen.

Carl Schuchhardt[16] hat mit ſeinem Werk den Weg dazu gewieſen. Unter der „Burg im Wandel der Weltgeſchichte“ wird hier die ägyptiſche und vorderaſiatiſche Stadt wie die griechiſche Akropolis und mitteleuropäiſche Burg verſtanden. Der Wehrbau des Altertums und des Mittelalters iſt das Unterſuchungsobjekt. Nach Schuchhardt iſt die Burg eine Stätte des Wohnens und wird unterſchieden von vorübergehenden militäriſchen Anlagen[17].

Die Uneinheitlichkeit Europas iſt ſprachlich gegeben durch die Ausbreitung der Indogermanen[18]. Die Entwicklung des Wortes „Burg“ allein ſchon, wiederkehrend in verſchiedenen Sprachen, und der Bedeutungswandel zeigt auch eine Uneinheitlichkeit im Befeſtigungsweſen Europas an[19]. Auf dieſe Uneinheitlichkeit gründen ſich die Beſonderheiten im Befeſtigungsbau. Urſprung der Entwicklung iſt im vorindogermaniſchen Süden die Feſtung, die Herrengroßburg, im indogermaniſchen Norden die bergende Volksburg. Nach dieſen großen raſſiſch-völkiſchen Linien hat ſich das geſamte Befeſtigungsweſen vollzogen[20].

Der Dualismus kehrt in unſerem Bereich dann wieder in der „fränkiſchen Viereckſchanze“ und dem „ſächſiſchen Rundwall“[21]; er ſetzt ſich fort in den fränkiſchen Feſten und den ſächſiſchen Gaugrafenburgen[22]. Nach Schuchhardt würden wir demnach einen ſächſiſchen und einen fränkiſchen Burgtypus in unſeren deutſchen Burgen zu unterſcheiden haben: da die Herrenburg, die Gebieterfeſte, wie ſie die Franken aus der Berührung mit dem Süden entwickelt haben, mit ganz beſtimmter Gebäudeanordnung, turmbewehrt — — hier der aus der Volksburg hervorgegangene, zunächſt turmloſe, ſächſiſche Typ. Fränkiſch-römiſch und ſächſiſch-germaniſch ſtehen ſich ſo gegenüber.

Dieſe Deutung iſt ein Verſuch, die Burgenkunde von höherer Warte her zu begreifen. Ein reiches Tatſachenmaterial liegt den Unterſuchungen zugrunde. Die Archäologie war es, die der Burgenkunde, die kaum aus dem heimatkundlichen und architektoniſchen herausfand, ſtarke Anregungen brachte. Wir bemerken, daß die Siedlungsgeſchichte die Anregungen auf burgenkundlichem Gebiet aufgriff und anwandte. Einer deutſchen Burgenkunde iſt damit allerdings nicht gedient. Der Begriff der deutſchen Burg wird kaum klar gefaßt. Die deutſche Burg iſt nicht nur eine „Stätte des Wohnens“, das iſt die ſlawiſche Burg, um nur ein Beiſpiel zu nennen, auch. Sie iſt mehr und ſie iſt uns mehr. Der Geograph Robert Gradmann[23] nennt ſie „die eigenartigſte und bezeichnendſte Siedlungsform des Mittelalters“. Bei Joſef Weingartner[24] iſt „die Burg ein dem Mittelalter eigentümlicher Wohn- und Wehrbau“. Die Burg iſt tatſächlich ſtark einem „Gebrauchszweck“ unterworfen. Mit „Bergen und Herrſchaftſetzen“ umſchreibt Pinder Begriff und Weſen der deutſchen Burg, ohne damit alles ſagen zu können[25]. Aber darum kann ſie auch als etwas Einmaliges auf deutſchem Boden begriffen werden.

Man kann die deutſchen Burgen in Typen einteilen, und raſſiſch-völkiſche Linien ſpielen dabei ſicher eine Rolle; die Maſſe der deutſchen Burgen zeigt indeſſen allein ſchon durch die eigenartige Einfügung in das Gelände eine derartige Fülle von Unterſcheidungsmerkmalen, daß man zu ſolchen, die auf vorgefaßten Meinungen oder langen Entwicklungsreihen beruhen, gar nicht zu greifen braucht[26]. Es iſt ſchon in der Siedlungsgeographie und Siedlungsgeſchichte unzweckmäßig, Siedlungstypen nach ſtammlichen Geſichtspunkten aufzuſtellen, weil eine ordentliche und geſicherte Präziſierung damit ausgeſchloſſen wird. Man müßte wieder zu „ſogenannten" Benennungen greifen. Dieſe „eigenartigſte und bezeichnendſte Siedlungsform des deutſchen Mittelalters" fällt durch ihre Vielgeſtaltigkeit auf. Die Deutſchen haben bei der Errichtung der Burgen das fortgeſetzt, was die Natur vorgezeichnet hat[27]. Durch die Überſchneidung der einzelnen europäiſchen Kulturkreiſe und ihre Wechſelbeziehungen ſind Beeinfluſſungen im Burgenbau eingetreten[28], ohne daß das Weſen und die Form der deutſchen Burg im Kern berührt worden wäre.

---

[16] Schuchhardt 1930 u. 1937. [17] Schuchhardt, 1930, S. 2.

[18] Schuchhardt, 1930, S. 75.

[19] Schuchhardt, 1930, S. 1. — Zum Grundſätzlichen macht er zudem Ausführungen in dem Aufſatz von 1937. In der Umgangsſprache unterſcheiden wir ſchon zwiſchen „Schloß“ und „Burg“ und meinen damit Gebieterburgen und Volksburgen: Schlöſſer, die aus den normanniſch-mittelmeeriſchen Bereichen ſtammen, wie die Deutſchordensſchlöſſer, und Burgen, die eben aus den Volksburgen entſtanden ſind, wie faſt jede kleine Burg in Mitteleuropa. Die Marienburg wäre ein Schloß, und viele andere Wehrbaue, die der Volksmund Schlöſſer nennt, eben Burgen (Röttelner Schloß). Der Hinweis auf Ebhardt iſt inſofern nicht berechtigt, weil gerade er die Einweiſung der Burgen in beſtimmte Schulen oder Formenkreiſe ablehnt. Ebhardt, a. a. O., 1939, S. 2.

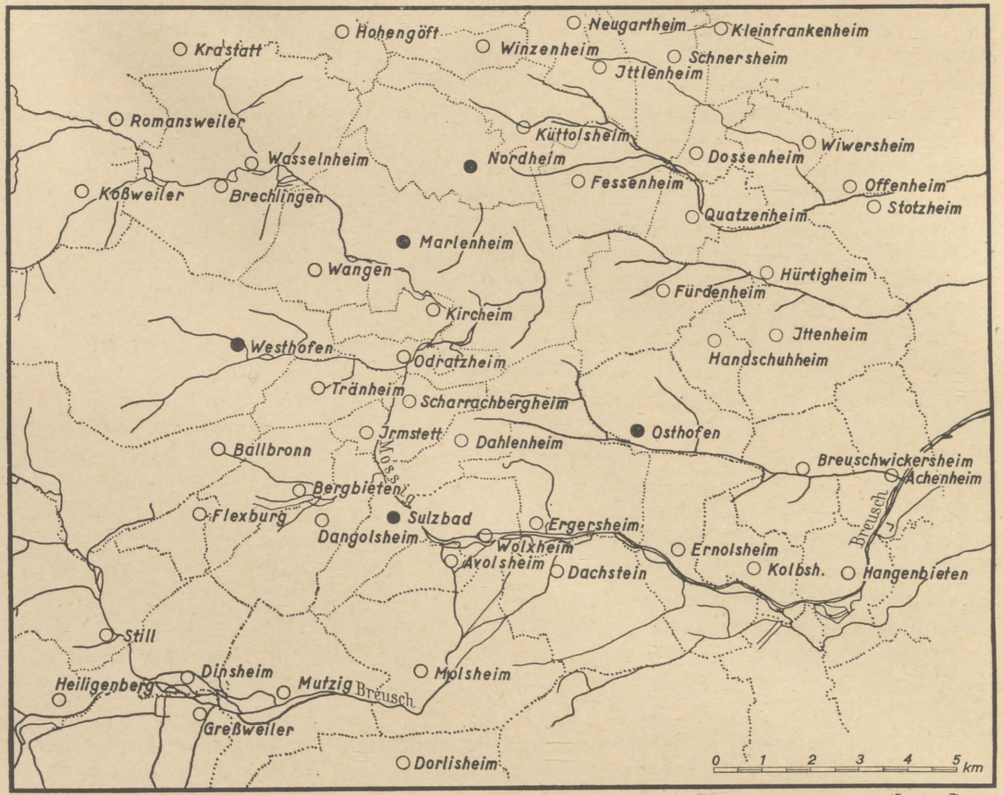
[20] Schuchhardt, 1930, S. 43ff. und 75.

[21] Schuchhardt, 1930, S. 189 und 191 mit Beiſpielen. [22] Schuchhardt, 1930, S. 218.

[23] Gradmann, Das ländliche Siedlungsweſen, 1913, S. 118; ihm folgend Weller, S. 276.

[24] Weingartner, 1922. [25] Vgl. Pinder, Einleitung.

[26] Ebhardt, 1939, S. 2. Vgl. Anm. 19.


Hohengöft
Neugartheim
Kleinfrankenheim
Krastatt
Winzenheim
Schnersheim
Jttlenheim
Romansweiler
Küttolsheim
Wiwersheim
Wasselnheim
Nordheim
Dossenheim
Koßweiler
Brechlingen
Fessenheim
Offenheim
Stotzheim
Quatzenheim
Marlenheim
Wangen
Hürtigheim
Fürdenheim
Kircheim
Jttenheim
Westhofen
Handschuhheim
Odratzheim
Tränheim
Scharrachbergheim
Jrmstett
Dahlenheim
Osthofen
Ballbronn
Mossig
Breuschwickersheim
Achenheim
Bergbieten
Flexburg
Sulzbad
Ergersheim
Breusch
Dangolsheim
Wolxheim
Ernolsheim
Avolsheim
Dachstein
Kolbsh.
Hangenbieten
Still
Dinsheim
Molsheim
Heiligenberg
Mutzig
Breusch
Greßweiler
Dorlisheim
0 1 2 3 4 5 km

Entw. Storm

Karte 1. Die merowingiſche Mark Marlenheim mit ihren Ausbauſiedlungen, ein Beiſpiel für den Gang der Beſiedlung im fränkiſchen Bereich ohne Anſchluß an Burgen

Mit Recht verlegt Bodo **Ebhardt** in ſeinem grundlegenden Werk über den „Wehrbau Europas im Mittelalter" den Beginn der Burgenzeit in das VI. Jahrhundert[29]. In allen Ländern Europas hatte ſich mehr oder weniger das Germanentum durchgeſetzt, wenigſtens ſtellte eine germaniſche Herren= und Oberſchicht die maßgebende Macht dar. Kein Wunder, daß am Urſprung der Burgenbaukunſt, was die raſſiſche und völkiſche Seite angeht, weitgehende Übereinſtimmung herrſcht. Erſt mit dem Untergehen des germaniſchen Blutes können ſich Sonderformen entwickeln, die je nach Art der Raſſenwandlung Eigenarten hervorbringen.

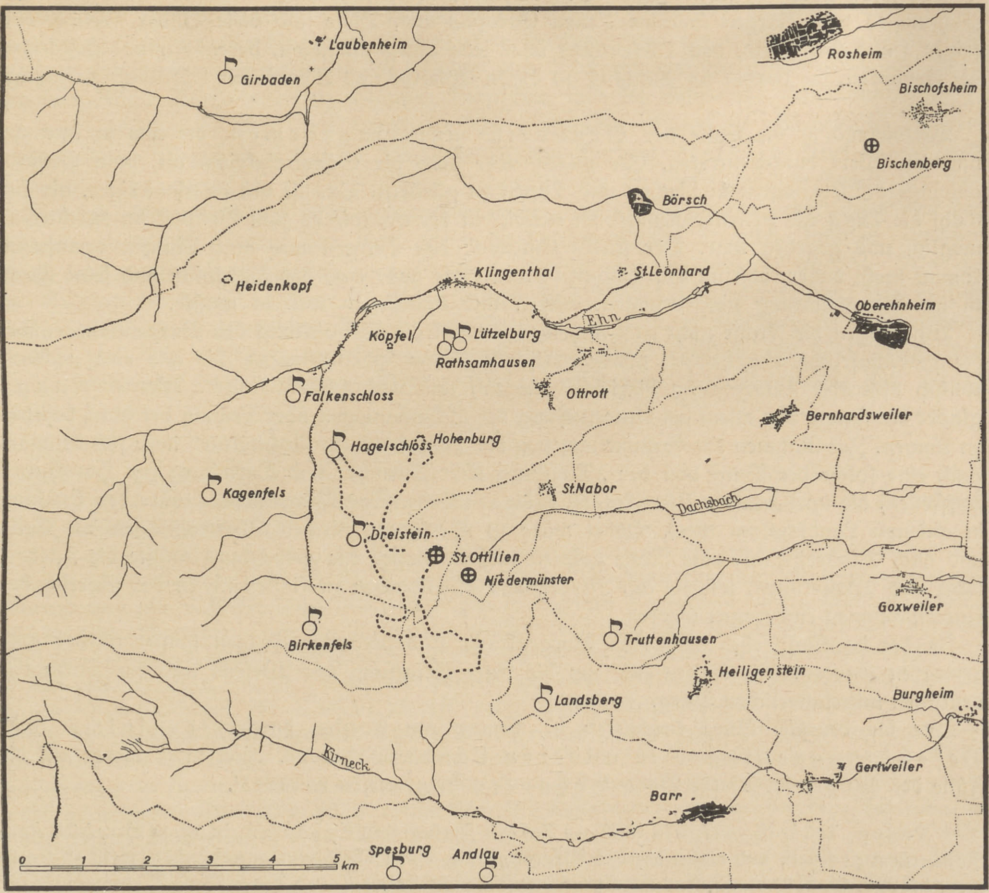
Ohne die Gefahr der Überſpitzung gering einſchätzen zu wollen, muß doch hier eine der Wurzeln und Vorausſetzungen zum deutſchen Burgenbau geſehen werden. Denn ohne Frage iſt das Sippen= und Genoſſenſchaftsweſen, wie es im germaniſchen Mitteleuropa beſtand, ausſchlaggebend für die Entſtehung einer typiſchen deutſchen Burg als Genoſſenſchaftsſiedlung großen oder kleinen Umfanges. Bodo Ebhardt leitet die deutſche Burg aus der Wallburg ab. Albert von Hofmann hat ſchon darauf hingewieſen, freilich nur andeutend, daß unſere älteſten Burgen alle mehr oder weniger Abkömmlinge von Wall- und Fliehburgen ſind[30]. Er dachte dabei weniger an eine unmittelbare Nachfolge am gleichen Ort, obwohl auch das nachzuweiſen iſt, als vielmehr an die Wehrwirkung eines beſtimmten gut gelegenen Raumes. Im Übergang der frühgeſchichtlichen Burg auf die mittelalterliche älteſte Burg ſieht auch er den Anſatz für die Löſung der Frage des karolingiſchen Burgenbaues[31].

---

[27] **Kriechbaum**, S. 83. Die trefflich gewählten Beiſpiele vermitteln ein anſchauliches Bild von der Vielgeſtaltigkeit der deutſchen Burgen.

[28] **Ebhardt**, 1939, S. 2.

[29] **Ebhardt**, 1939, Vorrede, S. 4f.


Laubenheim
Girbaden
Rosheim
Bischofsheim
Bischenberg
Börsch
Klingenthal
St.Leonhard
Heidenkopf
Oberehnheim
Ehn
Köpfel
Lützelburg
Rathsamhausen
Ottrott
Falkenschloss
Bernhardsweiler
Hagelschloss
Hohenburg
Kagenfels
St.Nabor
Dachsbach
Dreistein
St.Ottilien
Niedermünster
Goxweiler
Birkenfels
Truttenhausen
Heiligenstein
Burgheim
Landsberg
Kirneck
Gertweiler
Barr
Spesburg
Andlau
0 1 2 3 4 5 km

Entw. Storm

Karte 2. Burgſiedlungen im Bereich der vorgeſchichtlichen Wallburg St. Ottilien im Unterelſaß

Dieſe Überlegungen und Unterſuchungen, die von den Burgen ſelbſt ausgehen, haben den Vorteil, daß auf der Grundlage geſicherter Ergebniſſe überkommene Meinungen richtig geſtellt werden können. Jede zweite deutſche Burg, vor allem, wenn ſie im Süden oder Weſten des deutſchen Volkslandes gelegen iſt, ſollte auf römiſchen Grundlagen beruhen[32]. Beſtimmte

---

[30] Hofmann, S. 19, S. 27, Schuchhardt, 1930, S. 43ff., weiſt die Linien der Entwicklung des Befeſtigungsbaues ſeit der Steinzeit dem 3. Jahrtauſend v. d. Ztw., auf.

[31] Hofmann, S. 29, und Schuchhardt, 1930, S. 192. Vgl. dazu die Ausführungen bei Weller, S. 277ff.; die Beiſpiele werden mit einer Reihe von Quellen belegt.

[32] Weingartner, Römertürme in Tirol; Ebhardt, 1939, S. 2; vgl. die kurzen, aufſchlußreichen Bemerkungen bei Therſtappen, S. 105.

Mauertechniken oder auch nur reine „Annahmen“ waren vielfach das einzige Kriterium. Heute wiſſen wir, daß die allerwenigſten deutſchen Burgen auf Römerbauten zurückgehen. Die Anlage römiſcher Kaſtelle und castra hatte ganz andere Geländebedingungen als Vorausſetzung für den Bau nötig, als daß dieſe ebenfalls für die mittelalterlichen deutſchen Burgen geeignet geweſen wären. Dabei ſoll die Beibehaltung des Ortes im einen oder anderen Fall keineswegs geleugnet werden. Eine „specula“ hat alle Bau- und Geländevorausſetzungen mit der deutſchen Burg gemeinſam. Aber wohl kaum in einem Fall iſt eine Siedlungskontinuität nachzuweiſen.

Das ſchon genannte Werk Bodo Ebhardts zeichnet ſich durch eine Fülle von Grundrißzeichnungen von Burgen in allen Teilen Europas aus. Dieſe und viele Bilder, welche, von ſeiner Hand ſtammend, das Weſentliche über jede Burg ausſagen, bereichern und beſtätigen die Gedanken, die vorhin im Anſchluß an Bodo Ebhardt und Albert von Hofmann aufgezeigt wurden.

Verwirrend iſt die Fülle der Grundriß- und Bauformen, die uns in dem genannten Werk entgegentreten. Sie zeigen aber auch die Schwierigkeiten an, vom Gelände abhängige Wehrbauten in Reihen und Typen zu gliedern. Das iſt um ſo ſchwieriger, als ſich wohl die Burg nie zu einer Kunſtform entwickeln konnte, wie es zum Beiſpiel im Kirchenbau möglich und gegeben war. Der ſtarke Eindruck, den Burgen und auch Ruinen vermitteln, kommt wohl daher, daß im Burgenbau vielmehr als anderswo der Burgplatz und ſeine Form in die Baugeſtaltung notgedrungenermaßen mit einbezogen werden mußte.

Wir wagen die Frage nicht zu entſcheiden, ob mit der Entwicklung des Burgenbaues „über die landſchaftliche Gegebenheit hinweggreifende Grundrißgeſtaltungen, die auf eine architektoniſch abſtrakte Baurichtung hinzielen“ möglich und nachweisbar ſind[33]. Werner Knapp glaubt die Frage vor allem bei Unterſuchung der Schloßanlagen über Leibnitz bei Graz bejahen zu können. Im Rahmen der Entwicklung von der „Baukunſt zur Architektur“ ließe ſich demnach auch eine ſolche der Burg von der „Ringburg über Turmhof und Turmburg zur Hausburg“ aufſtellen, die im barocken Viereckſchloß endigen würde. Das Vorgebrachte wäre der Prüfung in anderen Landſchaften wert. Dabei wäre zu überlegen, wieweit Übertragungen der Stile und auch Modeeinflüſſe eine Rolle geſpielt hätten. Außer der Höhenburg müßte die Niederburg und Waſſerburg, wie ſie am Niederrhein allenthalben zu finden iſt, in den Bereich der Unterſuchungen einbezogen werden.

In der baukünſtleriſch geſehenen Burgenkunde ſind derartige Fragen immer wieder aufgeworfen worden. Sie kreiſen alle um die klare Erfaſſung des Weſens und der Form der deutſchen mittelalterlichen Burg.

Wie die deutſche Burg beſchaffen iſt, kommt am klarſten durch Vergleiche mit Befeſtigungsanlagen in anderen Ländern heraus. Hier muß wieder auf die Fülle des Stoffes im Werke Bodo Ebhardts hingewieſen werden[34].

---

[33] Knapp, 1938, S. 867, 878, 880. — Auf den Irrtum von Cohauſen, in jedem Bergfried einen Römerturm zu ſehen, und dieſen als den Urſprung jeder Burg überhaupt anzuſprechen, weiſt Schuchhardt (1930, S. 218) hin. Turm und Turmburg ſind nicht Keimzelle der Burg. Dieſe Meinung läßt ſich nirgends mehr aufrechterhalten, ſie wird am beſten bewieſen durch Grundrißvergleiche, wie ſie das Werk Ebhardts in ſo reichem Maße ermöglicht. Andererſeits iſt Wildemann, 1937, der Auffaſſung, daß Motten oder Turmhügel die Vorläufer der vieleckigen Anlagen der rheiniſchen Waſſerburgen darſtellen (a. a. O., S. 34ff. und 31). Was bei Waſſerburgen möglich und in einer natürlichen Entwicklung begründet, dürfte bei der Maſſe der Höhenburgen und ihrer Angewieſenheit auf alle mögliche Ausnutzung des Baugeländes ausgeſchloſſen ſein. — Zur Gliederung und Bautypenaufſtellung ſcheint uns Pinder (S. V) das rechte Wort geſagt zu haben: Natürlich iſt es nicht immer leicht, das Hinzugewachſene im Geſamteindruck von dem bewußt Geplanten abzugrenzen; aber die leichtgläubige Hinnahme alles Zufälligen für Abſicht wäre auch nicht falſcher, als der zu weit getriebene Verdacht, der alles der Natur zuſchreiben wollte.

[34] Ebhardt, S. 313. Hier und S. 93 kommt die Vielgeſtaltigkeit der deutſchen Burgen klar zum Ausdruck; vgl. dazu Römertürme in Tirol bei Weingartner, „Tirol“ 2/2. Schuchhardt bringt (1930, S. 184, 225, 231, 280) Vergleiche des mitteleuropäiſchen Wehrbaues mit dem anderen Raume. Hier werden die Fragen aufgeworfen der anlagetechniſchen Verbindung zwiſchen Römerbauten und fränkiſchen Viereckſchanzen, hat der deutſche Bergfried Vorbilder im Wartturm des griechiſch-römiſchen Wartturms? Zuſammenhänge zwiſchen Stauferbauten in Deutſchland und Italien werden herauszuarbeiten

Die Kleinheit der deutſchen Burg iſt es, die im Vergleich mit fremden zunächſt ins Auge fällt, dann iſt es die ſcheinbare Regelloſigkeit der Geſamtanlage, gegenüber der Geſchloſſenheit, die engliſche, franzöſiſche und italieniſche „Burgen" aufweiſen. Ein Nebeneinanderſtehen der einzelnen Bauteile iſt allenthalben zu beobachten. Grundelemente der Siedlungsform, wie ſie die deutſche Burg als Wohn- und Wehrbau enthält, ſind vor allem die natürliche Schutzlage und der Anlage nach Bergfried mit Palas und Schutzmauer. Stein und Holz werden wohl urſprünglich in gleicher Weiſe zum Bau verwendet, der Bergfried indeſſen iſt regelmäßig aus Stein.

Vergleichen wir das mit dem, was wir in angrenzenden Ländern finden, ſo ergeben ſich nicht immer klare Abgrenzungen[35]. Wir finden in der Kaſernenburg der deutſchen Ritter einen Sondertyp, den wir als deutſch anſprechen. Die Kirchenburgen des Südoſtens gehören auch hierher, und etwas Eigenes ſtellen die Nieder- und Waſſerburgen am Niederrhein dar. Aber der franzöſiſche Donjon iſt kein deutſcher Bergfried, und die italieniſche Kaſtellanlage ebenſowenig eine deutſche Burg wie die Rieſenfeſte in England. Slawiſche und deutſche Burgen werden ihrem Weſen nach klar in den Arbeiten von Herbert Weinelt, Karl Vogt und Hermann Uhtenwoldt gezeichnet. Das Nebeneinander im Befeſtigungsweſen in der von Urſtämmen, Germanen und Italienern nacheinander und nebeneinander beherrſchten und beſiedelten Landſchaft Friaul hat Carl Storm herausgeſtellt. Deutlich konnten deutſche Burg und italieniſches Kaſtell am Beiſpiel Tirols herausgearbeitet werden. Wo an den Grenzen der deutſchen Burg Überſchneidungen und Verzahnungen auftreten, läßt es ſich nachweiſen, daß die jeweiligen Burgen von Deutſchen oder unter deutſchem Einfluß gebaut worden ſind. So verſtehen wir Bauzuſammenhänge zwiſchen Sizilien und dem Elſaß, wie ſie in anderem Zuſammenhang Werner Körte aufgezeigt hat und neben ihm Albert Reithler[36].

---

verſucht. Im Vergleich mit den Arbeiten von Vogt und Uhtenwoldt ſind ſeine Feſtſtellungen über die große Zahl der ſlawiſchen Rundwälle im Mitteloſten, die auf eine große Zahl von Wehrfreien hinweiſen, ſehr aufſchlußreich.

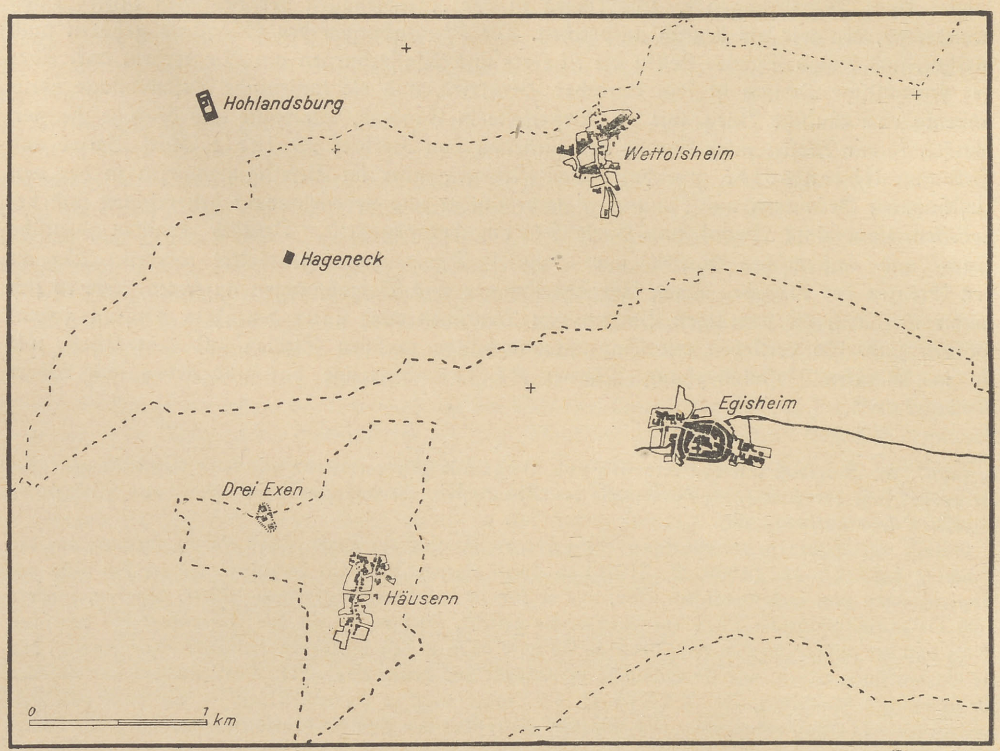
Anlage und Bauform der deutſchen Burg und der Einfluß der geologiſchen Formgeſtaltung auf den Bauplatz hat Ebhardt (1939, S. 310ff.) in einem eigenen Abſchnitt dargelegt. Es werden nicht nur Abgrenzungen zum außerdeutſchen Bau, wie er ſich in einzelnen Bauformen äußert, gegeben, ſondern auch die Schuchhardtſche Theſe zur Ausſprache geſtellt. Hier wird auch der Unterſchied der deutſchen Burg von der außerdeutſchen recht deutlich. Es wird aber an den gegebenen Beiſpielen klargemacht, daß die Entwicklungsreihen, wie ſie Schuchhardt aufſtellt und denen Weinelt (Darſtellungen und Quellen zur ſchleſiſchen Geſchichte, Bd. XXXVI, S. 1ff.) folgt, nicht zu Recht beſtehen. — An Hand von Beiſpielen, die dem Elſaß entnommen ſind, ſchildert Reithler den Typ der deutſchen Höhenburg und bringt ihn in Vergleich mit Burgen auf ſüditalieniſchem Boden (S. 130f.). Die Kaſtellanlage, wie ſie auf dem Boden ſüdlich der Alpen entſtanden iſt, würde in der Baugeſtaltung noch am erſten der Waſſerburg, wie ſie ſich zahlreich am Niederrhein findet, entſprechen. Die Kaſtellanlage entſtand aus dem Gutshof. Die Mauer iſt das Hauptelement dieſer Wehranlage, bei der deutſchen Burg dagegen der Bergfried. An trefflich ausgewählten Beiſpielen weiſt Wildemann (S. 227ff.) nach (vgl. auch Wildemann, Rheiniſche Waſſerburgen, 1937), daß die wohl äußerlich und oberflächlich in Erſcheinung tretenden Übereinſtimmungen zwiſchen Kaſtell und Waſſerburg doch das Weſen der deutſchen Burg nicht treffen. Einfluß in der Dekoration der Architektur aus dem Süden iſt auch an Höhenburgen nachzuweiſen, mehr indeſſen nicht. Er zeigt, daß die Waſſerburg keineswegs aus einer regelmäßigen Anlage hervorgegangen iſt, ſondern die rundliche Form der „Turmhügelburgen" als Ausgang der Baugeſtaltung beſeſſen hat, die Form, die noch lange bis ins 14. Jahrhundert beibehalten wurde. Die erſten Viereckanlagen tauchen nördlich der Alpen erſt mitten im 14. Jahrhundert, mit der Neuherſtellung des Backſteins, um 1330 auf. Gegenüber der italieniſchen Tiefburg iſt die deutſche Burg am Niederrhein recht deutlich auf die Ernährungsgrundlage abgeſtellt. Vorburg und Hauptburg treten in einem „Zweiinſelſyſtem" auf. Eine Tatſache, die auch Welters an vielen Beiſpielen dartut. Den Umſchwung von der romaniſchen Rundlingsform zur Rechteckanlage weiſt Wildemann (S. 250, und 1937, S. 34ff.) zeitlich der Umwandlung von der Romantik zur Gotik im 13. Jahrhundert zu. Vgl. Storm, Friaul, a. a. O., S. 14.

[35] Vgl. zum Folgenden: Schuchhardt, 1930, S. 287, 292, 302f., 225, und Ebhardt, 1939, S. 313f.

[36] Schuchhardt, 1930, S. 276ff.; vgl. Anm. 34.

Aber nicht allein die Burg für ſich iſt wichtig zum Verſtehen des deutſchen Befeſtigungsweſens, ſondern auch ihr Zuſammenhang mit anderen Siedlungen. Im Süden ſind die Zuſammenhänge rein der Lage nach mit anderen Siedlungen überaus eng, die Geſchloſſenheit iſt auch hier im Verhältnis von Burg und Dorf gewahrt. Je mehr wir auf abgeſchloſſenen Wegen nach Süden vorgehen, um ſo weniger können wir uns dieſer Tatſache verſchließen. Der Deutſche liebt mehr die Auflockerung, die Vereinzelung. Abſeits von Siedlungen legte nach Möglichkeit der deutſche Burgherr ſein „Haus" an.

Die deutſchen Burgformen haben ihren Grund in ihrer Abhängigkeit von der Wahl des Bauplatzes. Die größere vielleicht meiſterliche Ausnutzung des Raumes und Geländes gibt der deutſchen Burg ihre Vielgeſtaltigkeit. Nicht Aufzwingung einer faſt mathematiſch ausgeklügelten Regelmäßigkeit, „die den Gang der Hauptformen aus unabhängiger Überlegung beſtimmt", als vielmehr „Umdeutung und Höherdeutung des gegebenen Geländes", macht das Weſen der deutſchen Burg aus. Somit entfällt auch die Zuordnung der Burgen in beſtimmte Formenkreiſe und Bauſchulen. Den mittelalterlichen großen deutſchen Bauhütten, wie ſie in Köln, Straßburg, Wien und Bern beſtanden, kann ſo nur ein Baueinfluß auf die Ausgeſtaltung einzelner Baulichkeiten eingeräumt werden.



Entw. Storm

Karte 3. Die drei Exen-Egisheimer Schlöſſer im Bereich anderer Höhenburgen im Oberelſaß. Ausgangspunkt iſt Egisheim, Häuſern würde als „Anweiler" aufzufaſſen ſein

Aber mit einzelnen dieſer Ausführungen ſind wir ſchon in die Erörterung von Problemen der deutſchen Burgengeographie eingetreten.

*

Es iſt in hiſtoriſchen Schriften und Werken eine immer wiederkehrende Tatſache, daß die hiſtoriſche Begründung der deutſchen Burgen im Geographiſchen und Topographiſchen geſucht wird. Das mag damit begründet werden, daß das Urkundenmaterial, ſoweit es auf Burgengründungen Bezug hat, außerordentlich ſpärlich iſt. Der Bau einer Burg war ja nicht immner eine Tatſache, die wichtig genug war, urkundenmäßig feſtgelegt zu werden[37]. So kehren in allen hiſtoriſchen Schriften, die ſich in irgendeiner Form mit Burgen befaſſen, viele und oft recht wertvolle Bemerkungen zur Burgengeographie wieder.

Wir können die Werke eines Gerhard Mercator, Abraham Ortelius, Lazius, Martin Zeiller oder auch eines Wahrmund Ygl, Burklehner, von Brandis, Peter Anich, Blaſius Hueber hier nicht übergehen, ohne auf die Bedeutung, welche die Abbildungen und Beſchriftungen von Burgen in den Werken haben, hinzuweiſen. Für die Kartographen und Kosmographen der beginnenden Neuzeit beſaßen die Zeugen des hohen Mittelalters noch eine gewiſſe Bedeutung. In überreicher Zahl treten uns da neben den an ſich notwendigen Dingen die Namen, Zeichen und Bilder von Städten und Burgen entgegen, deren Sinn und Bedeutung uns heute vielfach fremd erſcheint. Wir können höchſtens ahnen, welche Bedeutung eine Burg im Rahmen der anderen Siedlungen hatte. Sie war ein machtvolles Bollwerk neben den leutearmen, kleinen mittelalterlichen Dörfern, deren Größe wir keinesfalls mit unſeren Maßſtäben meſſen dürfen. Selbſt die Städte waren wenig an Zahl und beſcheiden genug. Mit Beginn der Burgenbauzeit gab es im Elſaß z. B. nur zwei Siedlungen, die wirklich als Städte anzuſprechen wären, die Biſchofsſitze Straßburg und Baſel[38]. So verſteht man erſt die Großartigkeit der Burgſiedlung, wenn man die anderen Siedlungen auf ihre eigentliche Bedeutung in der Landſchaft zurückzuführen ſucht. Daß ſich „Vorzeitformen" noch am längſten in den Alpenländern gefunden haben, mag damit zuſammenhängen, daß trotz recht ſtarken Verkehrs Gebirge zur Erhaltung von Kulturformen immer vorbeſtimmt ſind. So iſt vielleicht auch der Reichtum der Burgenabbildungen aus den Alpen bei den genannten Kartographen und Kosmographen zu deuten.

Nahezu das ganze Burgenproblem, ſoweit es von der Geographie her erfaßbar iſt, iſt von Johann Georg Kohl auf ein paar Seiten ſeines Werkes „Alpenreiſen" dargelegt und auf Grund eines reichen Vergleichsmaterials zu deuten verſucht worden[39]. Ihm fallen in Graubünden die große Zahl der Burgen und ihre Verbreitung auf, und er ſucht die Gründe für ſeine Feſtſtellungen aufzudecken. Er unterſucht die Burgen im Rahmen der Siedlungs- und Verkehrsgeographie — ohne dieſe Begriffe anzuführen — und erkennt klar die Bedeutung für die Sicherung des Paßverkehrs. Er ſieht aber auch die unterſchiedliche Bauweiſe und Anlage durch Deutſche und Romanen. Neben dieſen Erkenntniſſen finden ſich Irrtümer wie das Entſtehen der Burgen aus Etrusker- und Römerkaſtellen. Peter Heinrich Scheffel und Albert von Hofmann führen verkehrsgeographiſche und politiſch-geographiſche Geſichtspunkte zum Verſtändnis der Entſtehung und Entwicklung der Burgen ins Feld[40]. Dieſe Zuſammenhänge, die von beiden in Verbindung mit geſchichtlichen Vorgängen geſchildert ſind, hat Kohl auch ſchon erkannt.

In Friedrich Ratzels „Anthropogeographie" von 1891 kehren dieſe Gedanken ins Große überſetzt wieder[41]. Ratzel ſieht das Problem von ſeiner Gegenwart her: Er bemerkt den Reichtum an Trümmern und Ruinen jeden Urſprungs in ehemals geſchichtlich bedeutſamen Ländern und deutet dieſe als Symbole eines allgemeinen Rückganges der Bedeutung eines Volkes und ſeines Bodens. Ruinenreiche Länder liegen im Grenz- und Kampfgebiet großer natürlicher und geſchichtlicher Gegenſätze; wo junges Leben ſich lebendig an altes anknüpft, da werden die alten Werke überbaut; iſt aber ein geſchichtlicher Riß eingetreten, dann haben ſich die Ströme der Zeit neue Betten geſucht.

Dieſe Tatſachen prüfen Eduard Kriechbaum und Robert Gradmann in Deutſchlands Landſchaften nach: Kriechbaum ſieht Burgenhäufungen in den Grenzgebieten deutſchen Volksbodens und in politiſch ſtark zerſplitterten Landen. In Württemberg reihen ſie ſich längs der bedeutenden Flußtäler, am Albrand und am Nordrand der Keuperhöhen. Die topographiſche Lage iſt klar deutbar, „dagegen iſt die geographiſche Lage der hiſtoriſchen Aufklärung bedürftig“ (Gradmann)[42].

---

[37] Weller, S. 276. [38] Fein, S. 12. [39] Kohl, S. 84, 117, 120, 127.

[40] Hofmann, S. 28f.; dazu Schuchhardt, 1930, S. 210, 213.

[41] Ratzel, Bd. 2, S. 510 und 515f.; dazu Storm, Friaul, S. 48. — Zur Methodik des Wüſtungsproblems vgl. die Schrift von Scharlau, a. a. O.

Reichen Stoff trägt Albert von Hofmann zuſammen, um die Zuſammenhänge von deutſchem Land und deutſcher Geſchichte aufzuzeigen[43]. Er forderte eine Burgenkunde in einem „ganz anderen Sinne“. Die Frage, „aus welchem Grunde eine jede Burg an ihrer beſtimmten Stelle entſtanden iſt“, iſt geographiſch. Die Frage nach der hiſtoriſchen Bedeutung der Burg ſteht damit obenan. Ihre Entfaltung wird an ihrem erſten Platze zu beobachten ſein. Die topographiſche Lagebetrachtung iſt das Mittel, um die Entſtehung der einzelnen Burg und aller Burgen in einer Landſchaft zu erklären.

Wilhelm Deecke hat 1918 den Verſuch gemacht, „— die Lage der badiſchen Burgen in ihrer Abhängigkeit vom Boden und von der Geſtalt ihrer Umgebung“ darzuſtellen. So intereſſant die Ergebniſſe ſind, ſie bringen im weſentlichen doch nur das, was an ſich ſchon bekannt war: für die Anlagen von Burgen iſt die natürliche Geſtalt des jeweiligen Burgplatzes von Wichtigkeit. Zum Burgenbau ſind geeignet 1. die vulkaniſchen, die Umgebung überragenden Kegel, 2. die Enden und Spitzen längerer Rücken oder Plateaus, 3. die auf feſtem Geſtein beſtehenden Kanten der ſchiefſtehenden Geſteinsplatten in den Vorbergen längs des Rheintals, am Fuße des Schwarzwaldes und Odenwaldes, 4. einzelne herausgeſchnittene Buckel in den Gebirgstälern. Waſſer- und Tiefburgen werden überhaupt nicht berückſichtigt, eine Tatſache, die ſich im zeitgenöſſiſchen Schrifttum öfter feſtſtellen läßt. In der Überſchätzung der Bedeutung der Waſſerverſorgung auf Burgen irrt Deecke[44].

In ähnlicher Richtung, nur in etwas erweiterter Form, gehen die Darlegungen von Heinrich Sieger[45]. Sie befriedigen im Grunde nicht recht, weil wir unwillkürlich ſpüren, daß in der rechten Auswahl des Geländes doch nur ein Grund gegeben iſt, daß die Burg gerade an dem betreffenden Platz liegt und noch lange nicht der weſentliche. Denn die natürliche Lagewahl lag auch der Wall- und Fluchtburg zugrunde, nicht nur der mittelalterlichen. Hier ſind ja gerade die Übergänge vom einen zum andern Typ zu ſuchen. Deutlich ſind die Zuſammenhänge auszumachen: die Wahl des Baugrundes, die Höhenlage, nach Möglichkeit Spornlage im Zuſammenhang mit guter Überſicht über das umgebende Gelände, leichte Verteidigungsfähigkeit. Die Zwingerbauten mancher deutſchen Burg haben ihr unmittelbares Vorbild in einer Wallburg[46].

Die deutſche Burg des Mittelalters iſt wohl als ein eigener Siedlungstyp aufzufaſſen. Die Unterſchiede in Bau, Bild und Lage erklären ſich aus der Verſchiedenheit von Landſchaft und Volkstum. In Aufriß und Grundriß und Bild haben ſich alle menſchlichen Anſiedlungen gegenſeitig Elemente mitgeteilt. Städtiſchen, ländlichen und Burgſiedlungen war in kampfreichen Landſchaften vornehmlich der Wehrcharakter eigen. Die beſondere Ausbildung und das Ausſehen der Wehranlagen waren verſchieden und haben ſich ſelbſt in kurzen Zeiträumen geändert, wenn auch nicht grundlegend in der Zeit, welche die klaſſiſche Burgenbauzeit genannt wird.

Die Burgtypen zu ordnen und zu gruppieren, iſt von den verſchiedenſten Seiten und nach den verſchiedenſten Geſichtspunkten her verſucht worden. Die Hiſtoriker unterſcheiden gemeinhin Herren- und Miniſterialenburgen, aber auch nach ihrer Aufgabe Verwaltungs-, Hof- und Gerichtsburgen.

Scheffels Einteilung ſieht vor: Herrenburgen, Straßenburgen, Klauſen, Waſſerburgen, Kleinburgen[47].

Schuchhardts Unterſcheidung in Franken- und Sachſenburgen iſt in der Hauptſache eine ſtilmäßige. Seiner Auffaſſung ſchließen ſich die Siedlungshiſtoriker in Böhmen und Schleſien an[48].

Nach ihrer Bedeutung mißt von Hofmann die Burgen. Vier Gruppen ſtellt er auf: 1. Burgen, mit denen nach Reichsgut gegriffen wird. 2. Burgen, mit denen man an die

---

[42] Gradmann, Das ländliche Siedlungsweſen, S. 119. Kriechbaum, S. 83.

[43] Hofmann, S. 19. [44] Deecke, S. 65, 68. [45] Sieger, vgl. dazu Schuchhardt, 1930, S. 43ff.

[46] Vgl. Storm, Diſſertation S. 103, die Ausführungen über Arco.

[47] Scheffel, S. 157, 158, 160. [48] Schuchhardt, 1930, S. 184, 188, 192, 218.

Reichsſtraßen heranrückte. 3. Burgen, die dem Schutze des Territoriums dienen. 4. Landesherrliche Burgen[49].

Nach Lage und nach der Art der Bauentwicklung nennt Werner Knapp die Burgtypen der Steiermark: Ringburgen, Turmburgen (Turmhof) und Häuſer[50]. Er unterſucht die Burgen von der Bau- und Siedlungsgeſchichte her. Weingartner lehnt auf Grund ſeiner umfaſſenden und eingehenden Unterſuchungen über die Tiroler Burgen eine allzu weitgehende Typiſierung und Ordnung ab.

Die bloße Einteilung in Hoch- und Tiefburgen, wie ſie verſchiedentlich im Schrifttum gebraucht wird, befriedigt nicht. Die neuerliche von Lothar Riedberg verſuchte Gliederung iſt ebenfalls unzulänglich[51]. Keinesfalls kann aber die Berechtigung einer Typiſierung unter Zugrundelegung des Zeitcharakters bei Außerachtlaſſung der Bauweiſe anerkannt werden. Am meiſten befriedigt noch die Löſung, wie ſie von der eigentlichen Burgenkunde gebraucht wird. Otto Piper ſieht Höhen-, Waſſer- und Höhlenburgen vor.

Die Vielgeſtaltigkeit der Burgen kommt in dem Werk Bodo Ebhardts zum Ausdruck, das den Wehrbau ganz Europas umfaßt[52]. An Burgenarten unterſcheidet er: Höhenburgen, Felſenburgen, Höhlenburgen, Waſſerburgen, Hafenburgen, Talſperren, Ganerbenburgen, Burgengruppen, befeſtigte Friedhöfe, Bauern- und Kirchenburgen und befeſtigte Klöſter, Stadtburgen, Stadttürme. Da nun bei jedem Volk und in jedem anderen Land andere weſentliche und unweſentliche Vorausſetzungen für den Wehrbau vorhanden waren, wird dieſe Einteilung immer wieder einer Prüfung unterzogen, ohne daß ſie ſtarr beibehalten wird. Geographiſche, geologiſche und geſchichtliche Bedingungen waren immer verſchieden. Wir kommen ſo zu einer recht eindringlichen Auffaſſung vom Weſen der Burg eines Landes.

Der Geograph indeſſen wünſcht eine ſtärkere Herausarbeitung des Siedlungstyps Burg; für ihn iſt der beſondere geographiſche Geſichtspunkt, unter dem die Typenaufſtellung erfolgt, entſcheidend.

Gradmanns Typenaufſtellung, die allein nach der Lage vorgenommen iſt, berückſichtigt den landſchaftlichen Rahmen[53]. Er teilt die Burgen Württembergs in gipfel- und ſpornſtändige ein. Wo die Spitze des Sporns natürlich oder künſtlich durch eine Einſenkung von der übrigen Fläche getrennt wird, iſt ein Übergangstyp vorhanden, der die Burg in einer kegelſtändigen Lage zeigt. Auf freiſtehendem Felſen am Steilhang erbaute Burgen ſind in der Lage der genannten Form recht ähnlich. Wir folgen der Gradmannſchen Einteilung und nennen Gipfelburgen, Spornburgen, Höhlenburgen, Waſſerburgen, Tiefburgen, Klauſen.

Mit dieſen Begriffen, die noch klarer wirken, wenn wir von gipfelſtändigen, ſpornſtändigen, höhlenſtändigen, inſelſtändigen, ebenſtändigen, klauſenſtändigen Burgen ſprechen, iſt nur über die topographiſche Lage etwas ausgeſagt. Allein mit der Bezeichnung „Klauſe" wird darüber hinaus eine Erklärung über eine beſtimmte räumliche und funktionelle Zuordnung gegeben.

Die gekennzeichneten Lagetypen der Burgen ſind, verglichen mit anderen Siedlungen, außergewöhnlich. Nur ſelten werden wir bürgerliche oder bäuerliche Siedlungen in Gipfel-, Sporn- oder Höhlenlage finden. Die ungewöhnlichen Siedlungslagen fallen ins Auge, ſie ſind zumindeſt originell und intereſſant. Das war zur Burgenbauzeit ſo und hat ſich bis heute kaum geändert.

Der kriegeriſche Zweck der Burgen kann ohne weiteres aus der topographiſchen Lage und aus der Bauweiſe heraus verſtanden werden. Die Bezeichnungen der Burgtypen ſprechen ja ohnehin dasſelbe aus, nämlich daß eine Burg immer in einer mehr oder weniger guten Schutzlage erbaut wurde.

---

[49] Hofmann, S. 29.

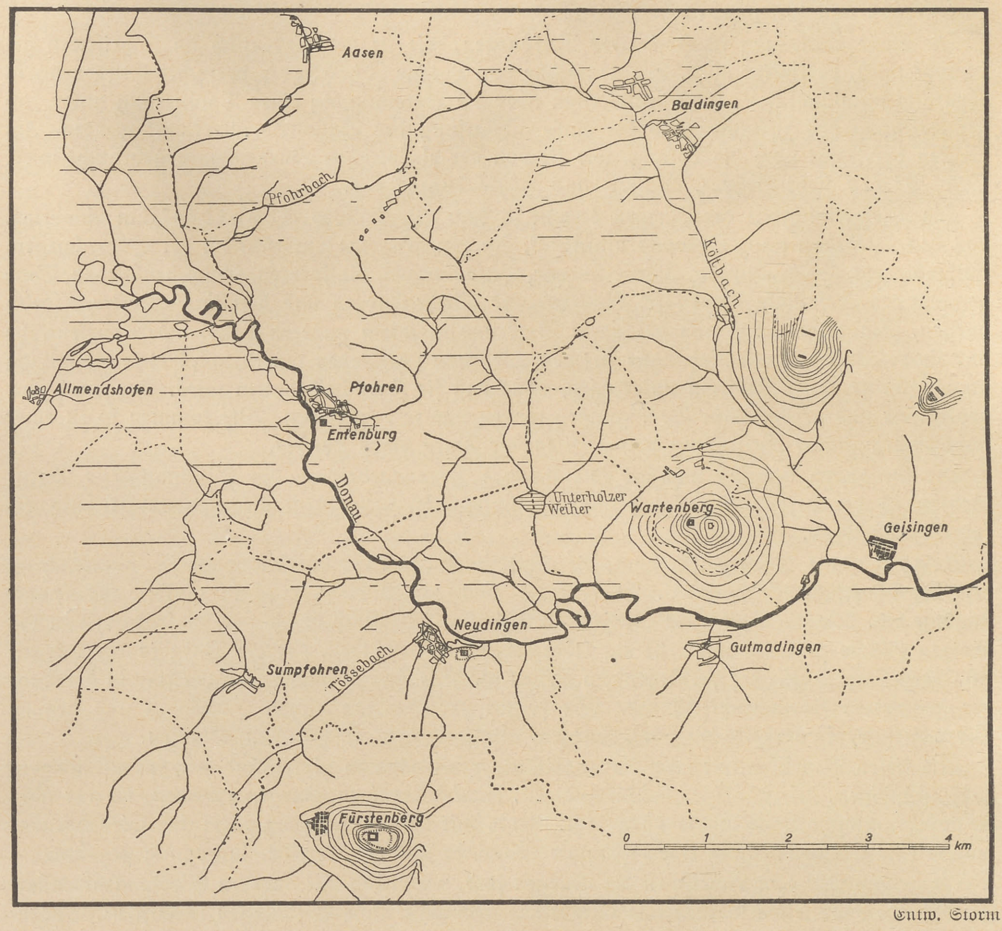
[50] Knapp, S. 876—877; dazu Weingartner zuſammengefaßt in Zeitſchrift des Alpenvereins, S. 36ff.

[51] Riedbergs „Burgenbaedeker" iſt nur dem Namen nach eine „Geographie". — Die Burgennachweiſe halten nicht immer einer genauen topographiſchen Prüfung ſtand. Riedberg unterſcheidet Landwarten, Waſſerburgen, Talwarten, Sperrburgen, Talſpornburgen, Felsburgen, Gutsburgen, Wohntürme; vgl. S. 10, 13, 14, 19, 22, 24, 29, 30. Den Stadtburgen iſt ein eigener Abſchnitt zugedacht worden.

[52] Ebhardt, 1939, S. 93 und Inhaltsverzeichnis.

[53] Gradmann, S. 70f., mit vielen Beiſpielen; dazu Storm, Diſſertation, S. 23.

Dieſe Schutzlage kommt vor allem in einer beſtimmten relativen Höhenlage zum Ausdruck[54]. Dieſe Höhenlage darf aber in Landſchaften mit bewegtem Gelände nicht auf den jeweiligen Talboden bezogen werden, ſondern allein der Burgbergfuß iſt der bezogene Punkt. Im anderen Falle könnte der Eindruck entſtehen, als wäre die Burg von aller bewohnten Welt weit entlegen, das iſt ſie tatſächlich nicht. Die Schutzlage nahezu aller Burgen, die ſich in Spornlage beſonders an den Rändern der Terraſſen und Mittelgebirge befinden, iſt unter dieſem Geſichtspunkt zu betrachten.


Aasen
Baldingen
Pfohrbach
Köthbach
Allmendshofen
Pfohren
Entenburg
Donau
Unterhölzer Weiher
Wartenberg
Geisingen
Neudingen
Gutmadingen
Sumpfohren
Tössebach
Fürstenberg
0 1 2 3 4 km

Entw. Storm

Karte 4. Burgen und andere Siedlungen auf der Baar. Das von der Donau durchſtrömte offene alte alemanniſche Kerngebiet weiſt älteſte Burg- und Dorfſiedlungen auf. Die Waſſerburg Entenburg bei Pfohren am Donauübergang, den Wartenberg am Albrand, Fürſtenberg auf dem „fürderſten" Berg der Alb. Bei der Gründung des Städtleins Fürſtenberg im unmittelbaren Anſchluß an die Burg wurde aus der alten Gemarkung Neidingen-Neudingen ein Stück herausgeſchnitten. Wegen Waſſermangel verlegte man die Stadt an den Burgberg

Der Name der ebenſtändigen oder Tiefburgen beſagt, daß ſie in ihrer Lage den Höhenſchutz vermiſſen laſſen. Sie erſetzen dieſen natürlichen Mangel durch vielfach künſtliche Mittel, wie ſie die Burgenbautechnik bietet.

---

[54] Vgl. Knapp, Burgen um Meran, S. 132; dazu die recht lehrreichen Bilder und Skizzen in „Burgen um Innsbruck", S. 114ff. Storm widmet in der Diſſertation der Höhenlage und Terraſſenrandlage der Tiroler Burgen ein eigenes Kapitel.

Des Schutzes der Höhe bedürfen die Waſſerburgen ebenfalls nicht, obwohl er hier und da feſtſtellbar iſt, während er bei den Höhlen- und Gipfelburgen in der Natur der Sache liegt.

Um ihren Aufgaben als Straßenſchutz und Straßenſperre gerecht werden zu können, müſſen die Klauſen auf den Schutz der Höhe verzichten. Indeſſen ſind in den Fällen, in denen es erforderlich und möglich iſt, die die eigentliche Sperre überhöhenden Geländepunkte in das Befeſtigungsſyſtem der Klauſe mit einbezogen.

Die topographiſche Lage einer Burg kommt oft auch im Namen zum Ausdruck (hier abgeſehen von der Übertragung von Siedlungsnamen)[55]. Staufen iſt der Becher ohne Fuß und gilt für freiſtehende, ſteile Berge oder Felſen. Die Burgnamenendung -egg weiſt auf ſpornſtändige Lage, wie Kofel auf höhlenſtändige. Die Endungen -ſtein und -fels, die vom Beginn des 12. Jahrhunderts an auftreten, ſind an ſich dem Stoff entlehnt, aus dem die Bauten ausgeführt wurden, deuten aber daneben vornehmlich auf Gipfelburgen. Der Name „Klauſe" tritt immer in Verbindung mit Ortsnamen auf. Vornehmlich im rheiniſchen Land wird mit „dat ſlos" die waſſerumwehrte Niederungsburg bezeichnet. Das oft zu beobachtende Nebeneinander von -berg und -burg bringt den Zweck des Schutzes zum Ausdruck. Vom Berg, auf dem die Burg ſteht, wurde der Name auf die Burg übertragen.

Der Geographie iſt ſchon ſehr gedient, wenn die Erkenntniſſe, die an Hand der gegebenen Typenaufſtellung gewonnen worden ſind, ihren Niederſchlag auf einer Karte finden. Das iſt unſeres Wiſſens noch nicht verſucht worden. Wir würden, um nur rohe Umriſſe zu geben, in den niederrheiniſchen Landen vornehmlich Waſſerburgen finden, in den Sandſteingebieten der Pfalz und des Elſaß Gipfel- und Höhlenburgen, Spornburgen an den Hängen der Alb und längs der Mittelgebirgsterraſſen in den großen alpinen Längsfluchten. Die Hegauvulkane und Thüringer Berge ſowie die randlichen Ausläufer der Alpen wurden von gipfelſtändigen Burgen gekrönt. Tiefburgen würden ſich auf den Schuttfächern der alpinen Flüſſe wie auf den Ebenen Baierns und Niederdeutſchlands finden. Es iſt klar, daß höhlenſtändige Burgen nur im Anſchluß an klüftiges Geſtein und darum im Mittelgebirge und Hochgebirge auftreten. Klauſen-Talſperrenburgen ſind vornehmlich eine Erſcheinung der Gebirge[56].

Damit ſind aber der Verteilung der Burgen ſchon ganz beſtimmte Grundſätze unterlegt, die auf dem Kartenbilde ebenfalls zum Ausdruck kommen würden. Hier iſt als Muſter die Karte der Schweizer Burgen bereits genannt worden. Sie iſt in einem Maßſtabe gezeichnet und auch groß genug, daß burgenleere und burgenarme Räume gegenüber burgenreichen klar heraustreten. Dem Weſen einer Burgenkarte wird man allerdings nicht gerecht, wenn noch neuzeitliche Verkehrswege und Eiſenbahnen mit dargeſtellt werden[57]. Die Burgenkarte Böhmens von Karl Vogt zeigt die Verteilung der Burgen an Hand einer Waldkarte von Schlüter mit Einzeichnung alter Handelswege[58]. Eine derartige Karte ſagt mehr als viele

---

[55] Vgl. Weller, S. 279f. Wildemann, S. 227. Schuchhardt, S. 193.

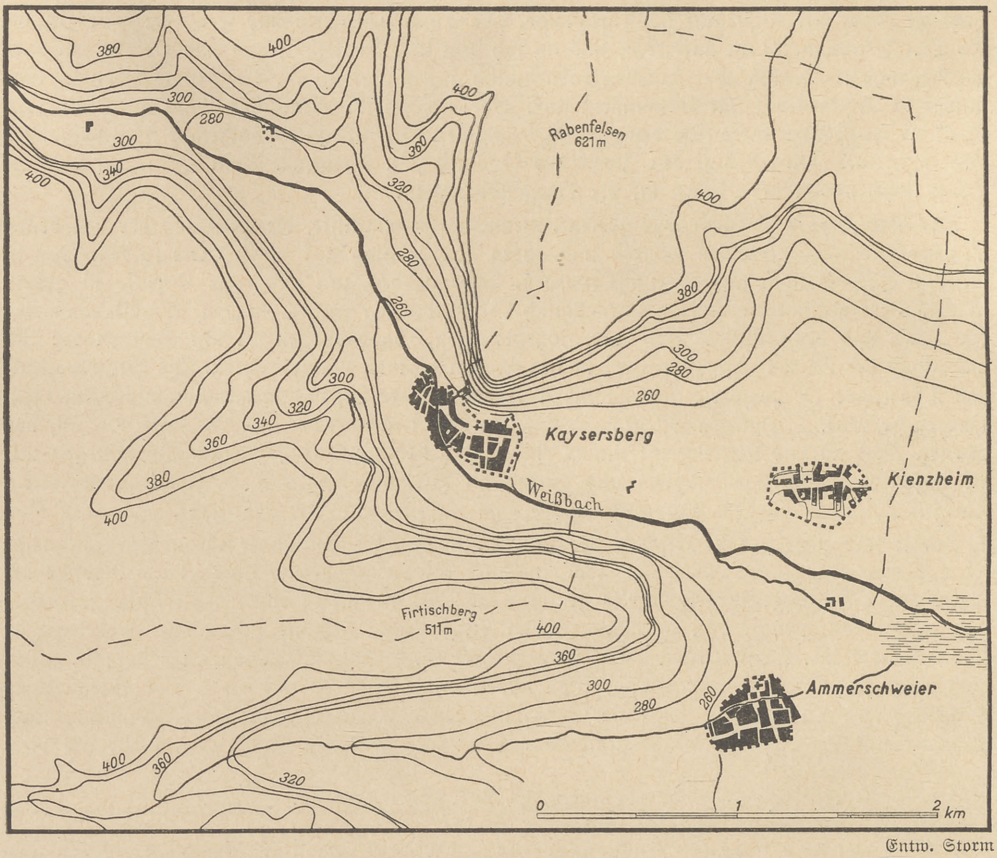
[56] Metz, Handbuch zur deutſchen Geſchichte, S. 14f.

[57] Die Karte des Schweizer Burgenvereins (vgl. Schrifttum) iſt im Maßſtab 1 : 400000 ausgeführt. Sie zeigt Gewäſſer, das Gelände in ſchräger Beleuchtung und Schummerung. Es ſind unterſchieden: erhaltene Burgen, Ruinen, verſchwundene Burgen. Als Burgendichtegebiete heben ſich deutlich die Landſchaft um den Genfer See, an der Saane und Senſe, das Baſelgebiet, der Thurgau und das Bodenſeegebiet heraus. Hier erſieht man deutlich die Unzulänglichkeit der Karte, welche die Nachbarlandſchaften unberückſichtigt läßt. — Das Vorder- und Hinterrheintal ſowie das Wallis, beſonders die Strecke Sitten Mörel, ſind ebenfalls Burgendichtegebiete, dagegen fallen die Jurahochflächen, um nur dieſes Beiſpiel zu bringen, nahezu ganz aus. — Außer Binn und St. Jacob ſcheinen alle Päſſe durch Burgen geſichert geweſen zu ſein. Als Ruinengebiete ſtechen das Vorderrheingebiet und das Mittelland um Freiburg als an der Sprachgrenze gelegen deutlich hervor. Reiche und dicht beſiedelte Landſchaften ſowie bedeutende Straßenzüge ſind auch von Burgen ſtark beſetzt. Von Bedeutung ſind die in reicher Zahl auftretenden deutſchen Burgnamen in Graubünden (vgl. Poeſchel), ein Rauſchenberg an der Julia, ein Greifenſtein im Bergün, ein Wurzenſtein neben Gaslatſch bei Diſentis, ein Wildenberg neben Chastelmuotta bei Zernez, dann auch ein Spiegelberg ſüdweſtlich von Seignelegier ſind vielleicht ebenſo zu deuten, wie Storm, Friaul, für deutſche Burgnamen ausführt. Der Name Letzi als Sperre tritt bei Brunnen, am Valſer Rhein, genau ſo auf wie die „Letzi unter dem Geſchen" im alemanniſch beſiedelten Pommat.

[58] Zum Folgenden Vogt; Welters; Knapp, Burgen um Innsbruck, a. a. O., S. 112.

Worte und deckt Zuſammenhänge auf, deren Grundlagen allein durch Überlegungen nicht gewonnen werden können.

Daß Burgenkarten von kleinen Landſchaftsräumen mehr als nur über die Verteilung, ſondern auch über Lagebeziehungen ausſagen können, beweiſen die Karten über die Verteilung der Waſſerburgen in der Kölner Bucht und im ſüdlich angrenzenden Eifelrandgebiet von Hans Welters, und von Werner Knapp über die Burgen um Innsbruck. Knapp bringt neben einer Geländedarſtellung auch noch andere Siedlungen. Die Darſtellung ſteht aber unter dem Geſichtspunkt, ein Burgenſyſtem zu veranſchaulichen. Eine Bodenkarte iſt die Grundlage der Einzeichnungen von Hans Welters. Alle dieſe angewandten Karten zeigen, auf welchen Gebieten die Geographie der deutſchen Burgen ihre Unterſuchungen weitertreiben kann. Aus der Darſtellung verſchiedener Beziehungsbereiche erwachſen hier über die Nurdarſtellung hinaus der hiſtoriſchen Geographie weſentliche Ergebniſſe.


380
400
300
280
300
340
400
400
360
320
280
260
Rabenfelsen
621 m
400
380
300
280
260
Kaysersberg
Weißbach
Kienzheim
300
320
340
360
380
400
Firtischberg
511 m
400
360
300
280
260
Ammerschweier
400
360
320
0
1
2 km

Entw. Storm

Karte 5. Die Sperre Kayſersberg, beſtehend aus Burg und Stadt am Ausgang des Weißbachtales an der Straße von Lothringen nach dem Elſaß. Die Burg wurde von Friedrich II. auf alter Dorfmark angelegt.

Aus all dem ergibt ſich allerdings, daß für die Verteilung der Burgen beſondere Geſetze über das Dargetane hinaus nicht erarbeitet werden können. Die Natur gibt für Lage und Verbreitung in jeder Landſchaft andere Grundlagen, die der Menſch zudem verſchieden ausnutzt oder überhaupt unberückſichtigt läßt.

Daß ſich Burgen in beſtimmten Räumen häufen, hat mitunter zu der Auffaſſung geführt, daß es ganze Burgenſyſteme gäbe. Nun iſt es klar, daß die Aufgaben der Burgen im Grenzſchutz, in der Überwachung der Straßen und Übergänge, in der Verwaltung ausgedehnter und kleiner politiſcher Räume liegen. Gerade für die Hohenſtaufenzeit iſt man gewohnt, die Kaiſerherrſchaft auf ganz beſtimmte Gebiete großer Burgendichte gegründet zu ſehen. Albert von Hofmann huldigt dieſer Anſchauung, Hella Fein wiederholt ſie für das Elſaß wie Alfons Kohler für den Breisgau. Fedor Schneider ſucht den Nachweis zu erbringen, daß Burg- und Landsgemeinde in Italien z. T. im Anſchluß an ein Limesſyſtem entſtanden ſei. Ähnliches aber im anderen Sinne ſucht Hermann Uhtenwoldt für Schleſien und Karl Vogt für Böhmen nachzuweiſen. Der Burgengründungs- und Erwerbungsplan verſchiedener Geſchlechter in engräumigen Landſchaften können hier aus der Betrachtung bleiben[59].

Für die Durchdringung des Ordenslandes war die Anlage von Burgen das gegebene Sicherungsmittel. Die Burgen und Städte ſcheinen nach einem klar erkennbaren Plan errichtet worden zu ſein. Das Vorrücken der deutſchen Koloniſten gegen die Wenden ſoll auch mit Stütze auf Befeſtigungen und Burgen, die längs der Vormarſch- und Etappenſtraßen gebaut wurden, vor ſich gegangen ſein[60].

Es muß bei alledem aber bezweifelt werden, ob die große Maſſe der Burgen zu dieſen Problemen ihren Beitrag leiſten kann. Ungeheure Befeſtigungsgürtel anzulegen, dazu reichte die Macht der Kaiſer — und das wäre im Mittelalter die einzige Stelle geweſen, von der aus derartiges hätte geſchehen können — weiteſtgehend nicht aus. Wohl wiſſen wir vom Anlegen von Pfalzen und großen Reichsburgen, die Zeugen kaiſerlicher Macht ſind, wohl ſind hier und da Sperren an den Grenzen errichtet worden, Syſteme daraus zu konſtruieren erſcheint uns etwas gewagt.

Das Burgenſyſtem am Rande der ſchleſiſchen Gebirge geht in der Maſſe der Burganlagen unter. Selbſt auf Grund der eingehenden Darlegungen bei Karl Vogt ſcheint es keinesfalls ſicher, welche Bedeutung eigentlich gewiſſe Burgen hatten. Burgen entſtehen nur dort, wo bereits Siedlungen vorhanden ſind, und das iſt in den waldfreien und waldarmen Landſchaften. Nach welchem Plane ſollte beiſpielsweiſe die Erneuerung der böhmiſchen Burgen im 12. Jahrhundert vor ſich gegangen ſein? Das Syſtem mußte ſich wohl ebenſo den natürlichen und geſchichtlichen Gegebenheiten unterordnen wie anderswo auch. Die Befeſtigung der Plätze zweiter und dritter Wahl ging ſchon mehr nach Zwang vor ſich, als daß der jeweilige Burgherr die Durchführung einer großen Planung möglich fand[61].

Als die Langobarden in Friaul einbrachen, hätten ſie als Herren wohl ihren Beſitz nach einheitlichem Plane ſichern können. Weder unter ihrer noch unter der anſchließenden deutſchen Herrſchaft war es möglich, ein einheitliches Befeſtigungsſyſtem aufzurichten. Einzelne Burgen übernahmen beſtimmte Funktionen, die anderen ſchloſſen ſich an Siedlungsräume an, die ſchon vor ihnen beſetzt und erſchloſſen worden waren.

Zwanglos erklären ſich die ſcheinbaren Befeſtigungsſyſteme, wie ſie auch für die Alpenländer, für Schwaben, die Oberrheinlande immer wieder aufzuſtellen verſucht wurden, aus der geographiſchen Lage.

Längs der Oberrheingebirge häufen ſich die Burgen, und am Rande der Alb iſt nahezu jeder Sporn beſetzt. Typiſche Burgenlagen finden ſich ſo allein auf Grund der Naturausſtattung. Die reihenförmige Anlage lag in der Natur der Gegebenheiten[62]. Es geht auch ſicher zu weit, für verſchiedene Jahrhunderte beſtimmte Burgenplätze bevorzugt beſiedelt anzunehmen. Daß bei der Anlage der Burgen auch mitunter ein äſthetiſches oder pſychologiſches Gefühl mitgewaltet hat, ſei ausdrücklich betont. Oft waren für die Anlage von Burgen willkürliche Geſichtspunkte maßgebend.

---

[59] Hofmann, als Beiſpiel nur das Kapitel über das Elſaß und die ſtaufiſche Politik, dazu Fein, auch Karte im Anhang. Kohler, S. 10f., auch die einzelnen Karten, die verſchiedene Herrſchaftsgebiete darſtellen; Schneider, vornehmlich S. 140ff., 138ff.; dazu Storm, Friaul, a. a. O., S. 42f.; Uhtenwoldt, S. 63, 91; Vogt, S. 37, 40, beſonders S. 57, 61.

[60] Schulz, Nr. 208/209, vgl. beigegebene Karte.

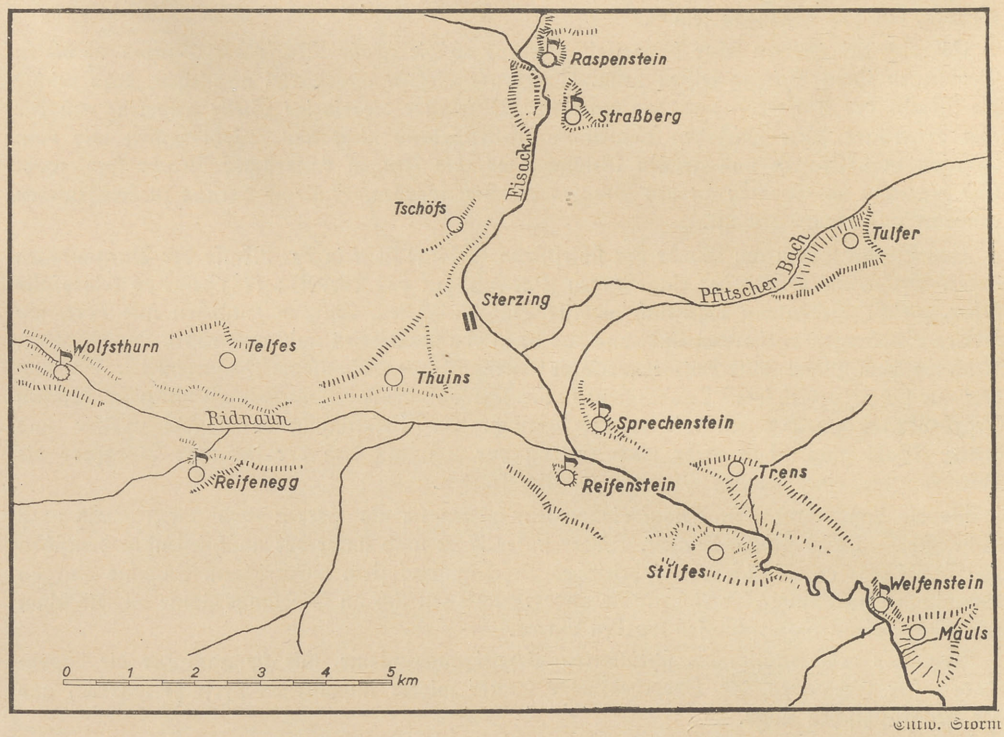
[61] Vgl. Vogt, S. 107f.; dazu die Anmerkungen über Glatz. Schuchhardt weiſt ſchon auf die ungeheure Zahl von Wallburgen im ſlawiſchen Gebiet hin, auch hier iſt an eine geregelte Verteilung nicht zu denken, S. 231; dazu Storm, Friaul, S. 42f.

[62] Gradmann, Das ländliche Siedlungsweſen, S. 70, 118.

In der räumlichen Verteilung ſchließen ſich die Burgen im großen und ganzen eng an andere Siedlungen an. Sie häufen ſich in waldfreien und zudem noch fruchtbaren, altbeſiedelten Gebieten, wie andererſeits ihr Auftreten in den Heide- und Waldgebieten, und wir müſſen hinzuſetzen, in den Landſtrichen, die überhaupt eine geringe Bodenrente gewährleiſten, recht ſelten iſt. Das zeigt jede Burgenkarte und kommt in allen Arbeiten, die dieſe Zuſammenhänge behandeln, recht deutlich zum Ausdruck[63].

*

Es hat ſchon Albert von Hofmann darauf aufmerkſam gemacht, daß die deutſchen Burgen in der zweiten Siedelperiode entſtanden ſind. Sie würden damit in ihrer Entſtehung in eine Zeit fallen, die wir die des Landesausbaues nennen[64].


Raspenstein
Straßberg
Eisack
Tschöfs
Tulfer
Pfitscher Bach
Sterzing
Wolfsthurn
Telfes
Thuins
Ridnaun
Sprechenstein
Reifenegg
Reifenstein
Trens
Stilfes
Welfenstein
Mauls
0
1
2
3
4
5
km

Entw. Storm

Karte 6. Burg- und Stadtſiedlungen mit deutſchen Namen neben bäuerlichen Siedlungen mit vorrömiſchen Namen im Becken von Sterzing an der Brennerſtraße.

Die Zuſammenhänge von Burgen und anderen Siedlungen ſind von Robert Gradmann im gebotenen Rahmen bereits behandelt worden[65]. Die Burg kann aus ſich heraus allein nicht beſtehen, ſie muß Anſchluß an Siedlungsräume haben. Es erweiſt ſich allenthalben, in welch ſtarkem Maße Rodung, Koloniſation und Aufrichtung neuer Ordnungen von den Burgen und nicht ausſchließlich von den Klöſtern ausging.

---

[63] Vgl. Anm. 56; vgl. Wildemann, a. a. O., 1937, S. 20 und 30ff.

[64] Hofmann, S. 29.

[65] Im Anſchluß an Ratzel (2, S. 510) behandelt Gradmann die Burgen und die Ruinen im Rahmen der Siedlungsgeographie (Das ländliche Siedlungsweſen, S. 70, 102f. und 120). Bei Namensgleichheit auf -ingen, -heim u. ä. iſt wohl das Dorf älter als die Burg, dagegen deuten -berg, -burg, -ſtein, -fels, -eck-Endungen auf das frühere Beſtehen einer Burg. Zudem geben ungewöhnliche Siedlungslagen weitere Erklärungen (S. 69). Weitere Beiſpiele bringt Weller (S. 177, 277ff.), dazu das Kapitel von Burg und Stadt bei Schuchhardt, a. a. O., und Stadtburgen bei Ebhardt (1939, S. 78). Man iſt gewohnt, neben den Burgen den Begriff der Dorfburg zu gebrauchen, eine Siedlungsart, welche im engſten topographiſchen wie wirtſchaftlichen Zuſammenhang mit der dörflichen Siedlung ſteht. Die Dorfburgen übertreffen an Zahl die der Burgen um ein Vielfaches. Der Adel, auch der Hochadel, hatte ja vorerſt

Ein Großteil der Burgen findet ſich im Anſchluß an Siedlungen, nur in geringerer Zahl ſind ſie ſelbſtändig, und wie oft iſt aus der Burg eine Siedlung entſtanden. Robert Gradmann und Karl Weller, ein Geograph und ein Hiſtoriker, führen für Württemberg eine lange Reihe von Muſterbeiſpielen vor und beweiſen das Vorkommen aller drei Erſcheinungsformen. Ohne Bedenken kann das auf andere Landſchaften ausgedehnt werden. Schon flüchtige Namensunterſuchungen und Vergleichungen geben über beſtehende Zweifel genügenden Aufſchluß.

Die Lage der Burgen am Rande der Mittelgebirge, in den großen alpinen Längsfluchten hat dazu geführt, dieſe im Zuſammenhang mit anderen Siedelformen etwas zu eindeutig zu klaſſifizieren[66]. Es gibt nahezu keine Burg, die nicht auch in einem mehr oder minder großen Rahmen auf ein beſtimmtes Lebens-, Wirtſchafts- oder Ernährungsgebiet eingeſtellt geweſen wäre[67]. Daß die Burg in dieſem Raum den Platz der natürlichſten Schutzlage, der gleichzeitig eine gewiſſe Überſicht über das zu betreuende Gebiet mittelbar oder unmittelbar verſchafft, iſt klar. Dieſe Burgplätze fallen oft mit vorgeſchichtlichen Wallburgen zuſammen. Ebenſooft iſt aber auch das Gegenteil feſtzuſtellen. Nach Albert von Hofmann[68] lagen dieſe Flucht- und Wallburgen in der Flanke alter Völkerwege. Der einmal wirkſam geweſene Raum hat vielfach ſeine Wirkung auch im Mittelalter ausgewieſen. Eine oder mehrere Burgen finden ſich dann in ſeinem Bereich, ohne daß die genaue Ortskontinuität notwendig wäre.

So erſcheinen vorgeſchichtliche und deutſche Burgen des Mittelalters oft am gleichen Ort ebenſooft aber auch nur im gleichen Raum. Die Ortswahl wird nach dem zum Bergen günſtigſten Platz im Bereich der beſiedelten zugehörigen Fläche getroffen. Er kann inmitten, er kann am Rande dieſer Fläche liegen.

Da nun die Ränder der Mittelgebirgsterraſſen oder auch die Vorbergzonen längs der deutſchen Mittelgebirge am gegliedertſten ſind, finden ſich dort zuerſt die Befeſtigungen der vor-, früh- und geſchichtlichen Zeit. Es erweiſt ſich, daß die Burg ihre Entſtehung nicht allein der Siedelfläche auf der Mittelgebirgsterraſſe, ſondern auch der Schuttkegelſiedlung zu ihren Füßen verdankt. Die feſten Kerne oberhalb der lößbedeckten Vorbergzone längs der oberrheiniſchen Mittelgebirge werden von den Burgen beſetzt. Waſſerburgen weiſen im übertragenen Sinne die gleichen Beziehungen zu ihrer Siedel- und Nährfläche auf. Dem „Zug zur Tiefe" ſind alſo vielfach natürliche Schranken geſetzt, und ſelbſt hiſtoriſch läßt ſich dieſes Geſetz nicht immer rechtfertigen[69].

Verkehr wickelt ſich in ſeiner umfaſſenden Weiſe in volklicher, militäriſcher, handelstechniſcher und politiſcher Art ab. Das Befeſtigungsweſen ſteht in einem beſtimmten Verhältnis zu dieſem Verkehr. Deutſche Burgen ſind zur Sicherung und Sperrung von Straßen, Waſſer- und Landſtraßen, Höhen- und Paßſtraßen beſtellt. Am Beiſpiel der Innsbrucker Kulturlandſchaft wird von Werner Knapp ihre Bedeutung im Bereich der Aufwege zu den Sied-

---

ſeinen Sitz in den Dörfern, den Mittelpunkten der Hundertſchaften oder anderer Wehrgemeinſchaften (vgl. Weller, S. 176). Später verkörpert ſich in dieſen Dorfburgen die Wohnkultur eines beſtimmten niederen Adels, der Miniſterialen, z. B. der ,,nobiles rurales,, in einigen Landſchaften Tirols (vgl. Storm, Diſſertation, S. 70). Aus der Kulturlandſchaft um Innsbruck bringt Knapp (1940, a. a. O.) recht einprägſame Beiſpiele. Als Glied einer Dorf- oder Stadtſiedlung ſchildert und unterſucht Welters die Waſſerburgen der Erftlandſchaft (vgl. S. 156).

[66] Vgl. dazu Knapp, 1940.

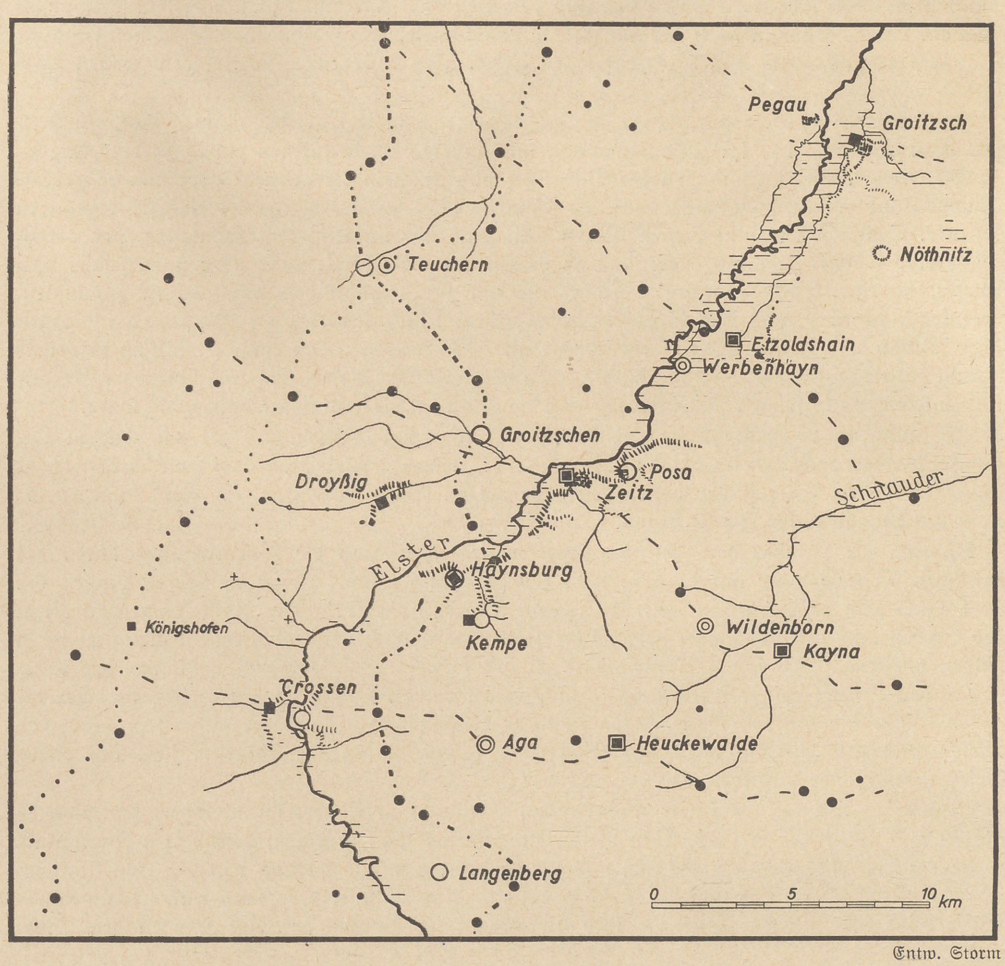
[67] Mit aller wünſchenswerten Deutlichkeit betont Wildemann (1937, S. 30) die Wichtigkeit des Grundbeſitzes als Ernährungsgrundlage für die Waſſerburg. Hier liegt einer der Gründe für die Erhaltung der Waſſerburgen bis in die heutige Gegenwart hinein, im Gegenſatz zu den mitunter etwas weiter vom Grundbeſitz gelegenen Höhenburgen.

[68] Hofmann, a. a. O., S. 19; dazu Schuchhardt, a. a. O., 1930, S. 43ff.

[69] Vgl. Gradmann, Die ſtädtiſchen Siedlungen, S. 164, und Knapp, Burgen um Innsbruck, S. 125, mit einem eigenen Schema, das den Vorgang verdeutlichen ſoll. Vgl. Storm, Diſſertation, S. 30, und Weingartner, 1939.

lungen der Mittelgebirge verdeutlicht. Der Bedeutungs- und Geſtaltwandel von Wegen und Befeſtigungen vollzieht ſich folgerichtig im Rahmen der Fortentwicklung der anderen Siedlungen und deren Verlagerung in andere Siedelzonen. Der „Zug zur Tiefe“ wird hier zu einem Geſetz erhoben.

Die Lage der Burgen am Rande der Terraſſen und Mittelgebirge wurde ſchon in einer früheren Arbeit dargeſtellt, ja dabei die Frage erhoben, ob die Wirtſchafts- und Nährfläche der Burgen nicht ebenſoſehr in den Seitentälern wie auf den Mittelgebirgsterraſſen wurzelt. Auch Joſef Weingartner nahm zu dem Problem Stellung. Die Geſetzmäßigkeit der Lage der Burgen „wie Perlen an einer Schnur“ wird keineswegs abgeleugnet, auch die des „Zuges in die Tiefe“ nicht. Aber weder er noch wir können uns dazu verſtehen, mehr in den Dingen als nur eine ſcheinbare in den natürlichen Gegebenheiten begründete Geſetzmäßigkeit zu ſehen.


Pegau
Groitzsch
Nöthnitz
Teuchern
Etzoldshain
Werbenhayn
Groitzschen
Droyßig
Posa
Zeitz
Schnauder
Elster
Haynsburg
Königshofen
Kempe
Wildenborn
Kayna
Crossen
Aga
Heuckewalde
Langenberg
0
5
10 km

Entw. Storm

Karte 7. Die Elſterübergänge im Bereiche von Zeitz
nach Schulz und Brinkmann

•·•·• Etappenſtraßen — — — — Vormarſchſtraßen ■ Burgen ▣ Waſſerburgen
○ vorgeſchichtliche Burgen ● Straßenſicherungen ◎ „Waſſerburgen“ …… Handelsſtraßen

Es iſt ſehr die Frage, ob in allen Fällen, wo Kaiſermacht oder Fürſtengewalt in der Lage geweſen wäre, ein Burgenſyſtem zu errichten, ein ſolches überhaupt geplant geweſen iſt. Der Burgenerlaß Heinrichs I., der den Bau von Burgen gegen die Hunneneinfälle vorſieht, wird oft für eine ſtrategiſche Planung ins Feld geführt. Tatſächlich ſind an Einfallſtraßen, Etappen, an Vormarſchſtraßen Befeſtigungen errichtet worden, bei weitem nicht nur Burgen [70]. Eine wirkliche ſtrategiſche Planung können wir indeſſen weder bei dieſer Handlung noch bei der anſchließenden Rückeroberung und Beſiedlung der Landſchaften rechts der Saale- und Elſterlinie feſtſtellen. Es zeigt ſich, daß Befeſtigungen da errichtet wurden, wo ſchon Siedlungen vorhanden waren. So entſtehen deutſche Burgen in ſlawiſchen Siedlungen, in und neben ſlawiſchen Befeſtigungen. Von einer eindeutig wahrzunehmenden Sicherung deutſcher Siedlungskerne, Neurodungen, Straßen kann nicht geſprochen werden.

Der Löſung des Problems kommen wir ſchon näher an Hand der Arbeit von Karl Vogt. Der großangelegte Verſuch der Darſtellung waldfreier und waldbedeckter Zonen in Böhmen fördert die Deutung. Es wird hier deutlich der Unterſchied zwiſchen ſlawiſchem und deutſchem „Burgenſyſtem" herausgearbeitet. Er liegt nicht nur im Bautechniſchem, er ſcheint ebenſo in der Verteilung zu beobachten zu ſein. Die Slawen ſcheinen ein Burgenſyſtem gehabt zu haben; mit dem Eindringen der Deutſchen ändert ſich das. Der Burgbau iſt nicht mehr nur fürſtliches Regal. Sondern mit der Angleichung der politiſchen und ſozialen Verhältniſſe an die deutſche Ordnung wird „das Recht der Zugbrücke" wirkſam. Die deutſche Burg entſteht allenthalben, wo ſiedel- und burgfähiger Grund iſt. Von einem Syſtem iſt keine Rede mehr. Wieweit deutſche Burgen in Böhmen Kerne neuer deutſcher Siedlungen ſind, wäre weiterer Unterſuchungen, aufbauend auf der Arbeit von Karl Vogt im Anſchluß an die von Herbert Weinelt, wert.

Man hat die beiden Räume Böhmen und die Oberrheinlande oft miteinander verglichen [71]. Wohl kaum ſehen wir auf mitteleuropäiſchem Boden zwei ſolche von der Natur einheitlich umgrenzte und ausgeſtattete Landſchaften wieder. Die eine ſtellt altdeutſches Volksland, die andere deutſchen Kolonialboden dar. Beide beherbergten urſprünglich waldbedeckte und offene Landſchaften, die offenen von früh an reich beſetzt mit Siedlungen. An ſie ſchließen ſich die Burgen an. In beiden Räumen haben in der Zeit des deutſchen Burgenbaues kraftvolle politiſche Mächte verſucht, ihre Herrſchaft aufzurichten, dieſe zu ſichern. Man wollte das auch an der Verteilung der Burgen ſehen. Es zeigt ſich aber an allen Arbeiten, die in irgendeiner Form zu dieſer Frage Stellung nehmen, daß man höchſtens von Kerngebieten der Herrſchaft ſprechen kann, in denen ſich die Burgen häufen; die Kerngebiete ſind gleichzeitig in Räumen größter Ortsdichte gelegen. Ein einheitliches Planen vermögen wir nicht zu erkennen, das zur Ausbildung eines Burgenſyſtems geführt hätte.

Was inmitten alten deutſchen Volkslandes und auf Koloniſationsland nicht möglich war, dürfen wir auch am Rande deutſchen Volks- und Kulturbodens nicht erwarten. Im Lande Friaul, dieſer öſtlichen Fortſetzung der oberitalieniſchen Ebene zwiſchen Alpen, Karſt und See war in der Blütezeit des deutſchen Burgenbaues die deutſche Durchdringung verhältnismäßig ſtark [72]. Sie hielt ſich im weſentlichen an die deutſchen Burgen. Auch hier kann von einer einheitlichen Planung nicht geſprochen werden. Wir ſind gerade an Hand von Erfahrungen in dieſem Lande geneigt, die Schaffung und Erhaltung deutſchen Kulturbodens und deutſcher Kulturinſeln, ſoweit ſie ſich an die Burgen anſchließen, nicht ſo ſehr von der Tatſache der Errichtung deutſcher Burgen an ſich nach einem beſtehenden oder nicht beſtehenden Plane abhängig zu machen, als vielmehr in der ſozialen Ordnung „des Rechtes der Zugbrücke", wie ſie von der Burg ausging, ein neues, wirkſames und geſtaltendes Prinzip zu ſehen. Je nach der Reaktion des Volkes oder der Raſſe, die ſich mit dieſer Ordnung auseinanderſetzten im guten oder böſen Sinne, oder dieſe wandelten, iſt deutſcher Kulturboden erhalten worden oder verloren gegangen. Gerade die Rolle der Genoſſenſchafts- und der Sippenburgen wird in dieſem Zuſammenhang zu betrachten ſein. Hier ergeben ſich zu allererſt die Parallelen zu den Kaſernenburgen des deutſchen Ritterordens oder auch zu den Kirchenburgen nicht nur Siebenbürgens, ſondern ganz Mitteleuropas.

*

---

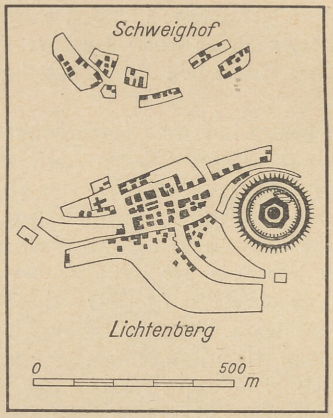
[70] Schuchhardt, 1930, S. 209ff., 227; Schulz; Vogt.

[71] Metz, Der Oberrhein und das Elſaß. Berlin 1940.

[72] Storm, Friaul, a. a. O.

Im deutſchen Burgenweſen wird vielleicht die Bedeutung der Genoſſenſchaftsburg neben der Herrenburg etwas gering angeſehen. Es ſtehen aber beide am Anfang der Entwicklung der deutſchen Burg. Burgenbau war zuerſt königliches Regal[73]. Im Laufe der Zeit finden wir es in der Hand der untergeordneten Gewalten. Die Erlaubnis zum Burgenbau wurde dann ohnehin nicht mehr eingeholt; es bauten Klöſter, Dorfſchaften, adlige Sippen mit oder ohne Erlaubnis des jeweiligen Herrn. Allein das Öffnungsrecht blieb dem im Namen des Königs erlaubnisgebenden Herren in der Regel vorbehalten. Fedor Schneider, Karl Weller und Karl von Czoernig geben genug Beiſpiele, aus denen die Errichtung von Herrenburgen und Genoſſenſchaftsburgen zu entnehmen iſt. Sorbenkämpfe, Ungarnſtürme, die Welfen-Ghibellinenauseinanderſetzungen ſind die Urſachen für die Errichtung von Burgen, freilich nicht die ausſchließen. Willkürliche Geſichtspunkte ſpielen eine ebenſo große Rolle. Die ſozialen Geſichtspunkte wurden ſchon berührt.

Landesherrliche Feſtungen und Städte ſind in gewiſſem Sinne die Nachfolger der Burgen. Burgen an für die Bewahrung des neuzeitlichen Territoriums wichtigen Stellen werden ausgebaut zu Feſtungen, ebenſo werden viele neue Feſtungen errichtet. Vor allem die Klauſen werden die Wächter der Zugangswege zu den Ländern inmitten der Alpen. Ganze Befeſtigungsſyſteme an Talengen laſſen kaum noch die Grundlage einer mittelalterlichen Burgſperre ahnen. Es iſt das neuzeitliche Kriegsweſen, das ſeinen Teil zum Vergehen der Burgen beiträgt.



Entw. Storm

Karte 8. Die Burg Lichtenberg im Unterelſaß
über der gleichnamigen Siedlung als „Burgflecken".

Zum anderen Teil iſt es das Städteweſen[74]. Die Übertragung des „Rechtes der Zugbrücke" auf das Bürgertum, damit die Errichtung einer neuen ſtraffen Ordnung, bringt zudem Veränderungen im Wirtſchaftsleben mit ſich. Manche Burg war aus einer ländlichen Siedlung hervorgegangen; die Errichtung der Burgen bedingte die Gründung von Einzel-, Weiler- und dörflichen Siedlungen. Aber auch ebenſooft iſt eine Stadt im Schutze einer Burg entſtanden. So ſind Burgen Kerne der Siedlungen. Zu Füßen der Burg ſaßen die Hörigen, Landleute und Handwerker im „burgum" oder „suburbium". Mit dem Augenblick, in dem ein gewiſſer Wohlſtand einſetzt, zudem auf Marktbelieferung gedrungen wird, wird aus dieſem kleinen Flecken eine ſtädtiſche Siedlung, an deren weiterem Aufbau auch die Kaufleute teilhaben. Zwei- und dreifache Stadterweiterungen mit und ohne Mauerring ſind die Folgen dieſer Entwicklung. Anlage und weiterer Aufbau der Stadt ſind in hohem Maße von der Burg und dem Burgherrn abhängig. Die einzelnen Züge dieſer angedeuteten Entwicklung laſſen ſich leicht in zahlreichen Burgenſtädten, Burgflecken und Burgweilern in Deutſchland und jenſeits der Sprachgrenzen nachweiſen[75].

---

[73] Wildemann, a. a. O., 1937, bringt S. 18f. Beiſpiele für die Ausübung und Wandlung des königlichen Regals des Burgenbaues.

[74] Vgl. dazu Storm, Friaul, a. a. O., S. 19ff.; Schuchhardt, 1930, S. 339, 340; Ebhardt, 1939, S. 78ff., 92f.

Das erſtarkende Bürgertum, das aufkommende Landesfürſtentum haben größtes Intereſſe daran, daß der burgenſäſſige Landadel verſchwindet. Viel zum Verlaſſen der Burgen hat auch die veränderte Wohnweiſe beigetragen. In Not- und Kriegszeiten iſt ein Teil der Burgen entſtanden, aber ebenſo ſicher haben Kriege auch Anteil am Untergang der Burgen. Es ſind beſonders die Fehden, die in einzelnen deutſchen Landſchaften den Burgen recht zugeſetzt haben. Manche Burg iſt nach der Zerſtörung nicht wieder erſtanden. Schloß, Anſitz oder ein Haus in der Stadt wird die Wohnſtätte des Adels. Unmerklich verfiel ſo eine große Reihe von Burgen, ohne daß Kataſtrophen der äußere Anlaß geweſen wären. Namen wie „Burgſtall“, „Burgfriedenshöfe“, „Schloßhöfe“ oder entſprechende Flurnamen verraten zuweilen noch, wo ehemals eine Burg ſtand. Sagen und Märchen helfen beſtimmte Stellen als ehemalige Burgenſtandorte feſtlegen.

Im Weſten ſind es die Franzoſenkriege geweſen, die einen großen Teil der Burgen in Schutt und Aſche legten, anderswo war es der Dreißigjährige Krieg. Manche Burg war zum Steinbruch geworden. Aber mit Recht weiſt Friedrich Metz darauf hin, daß die Unverſehrtheit der Städte und Burgen in Tirol den Klauſen des Landes zu verdanken iſt, die jeglichen feindlichen Einfall verhinderten. Manche Stadt entbehrt dort der Mauer, weil Burgen ihren Schutz übernommen haben.

Infolge der Verlegung von Grenzen und Straßen, wie ſie ja mit dem Beginn der Neuzeit allenthalben ſtattgefunden hat, wird ein großer Teil der Burgen ſeiner eigentlichen Aufgabe entkleidet. Die Burgen ſind dann nicht mehr Verwaltungsſitze; in den Städten entſteht ein eigenes Beamtentum, auch wechſeln die Aufgaben und ihre Bereiche[76].

In den Alpen, im Südoſten, in den Mittelgebirgen können wir Burgen als Schützer von Bergwerken feſtſtellen. Mit der Entdeckung der neuen Welt, mit dem Rückgang des Ertrages wird der Bergbau eingeſtellt. Pochen, Schmelzen, Burgen liegen heute in Trümmern.

Es iſt deutlich, daß mit dem Heraufziehen der neuen Zeit, die Burg, „dieſe eigenartigſte und bezeichnendſte Siedlungsform des Mittelalters“ verſchwindet.

*

---

[75] Vgl. Storm, Friaul, a. a. O., S. 24ff.

[76] Zum Entſtehen wie zum Vergehen der Burgen müſſen wir über das Geſagte hinaus auf die Arbeit von Schneider und Weller für den Süden und Südweſten verweiſen, für den Oſten bringen Vogt und Uhtenwoldt ausgezeichnetes Belegmaterial, Storm über Friaul.

Die Gründe für die Errichtung von Burgen laſſen ſich in drei Punkte zuſammenfaſſen: Burgen wurden errichtet 1. um am Verkehr in ſeiner umfaſſendſten Bedeutung teilzuhaben, 2. um ſich in den Beſitz beſtimmter Herrſchaftsrechte, beſonders Reichsgut, zu ſetzen, 3. um die Aufrichtung der Territorialherrſchaften begründen zu helfen.

Verſchiedene Funktionen übten die Burgen aus: Sie dienten der Grenzſicherung, der Straßenſicherung, ſie wurden errichtet zum Schutze der Bergwerke und zum Schutze beſtimmter Herrſchaftsräume. Sie trugen einen militäriſchen defenſiven Charakter. — Auch die Verbreitung und Lage der Burgwüſtungen und der Ruinen ſelbſt helfen dazu, die Gründe für das Wüſtwerden in Formeln darzutun: Wüſtungen finden ſich in Räumen, in denen die Burggründung von vornherein offenbar fehl am Platze war, indem die wirtſchaftlichen, verkehrs- und ſiedlungsgeographiſchen Vorausſetzungen nicht gegeben waren, dann in Räumen, die im Laufe der politiſchen, wirtſchaftlichen oder ſiedlungsgeographiſchen Entwicklung in einen toten Winkel gerieten, ſo daß die dort befindlichen Burgen keinerlei Bedeutung mehr hatten, und drittens haben Burgen der Ausbreitung eines Herrſchaftsbereiches oder auch des Territorialfürſtentums im Wege geſtanden. Ihre Beſeitigung war die Vorausſetzung für die Weiterentwicklung des jeweiligen wichtigen Herrſchaftsweſens. — In jedem der angeführten Werke der hiſtoriſchen Seite ſind Beiſpiele in reicher Zahl zu dieſen Punkten angeführt. In dieſem Zuſammenhang wären auch die Arbeiten nochmals herauszuheben, die den Zuſammenhang von Burg und Gericht oder Verfaſſung beibehalten. Vor allem die Arbeiten von Uhtenwoldt und Vogt, ein Kapitel bei Storm, Diſſertation, über Burg und Gericht. Von außerordentlichem Wert iſt hier der hiſtoriſche Atlas der öſterreichiſchen Alpenländer.

Durch alle Arbeiten ſchimmert ein Suchen nach neuen Wegen, um zu dem Ziel einer erſchöpfenden Burgenkenntnis im Rahmen geſchichtlicher Volksforſchung zu kommen.

Obwohl wir, um zur Wahrheit zu kommen, immer wieder zur Unterſuchung der einzelnen Dinge zurückzukehren gezwungen ſind, ſcheinen ſich doch ſchon große Fragenkreiſe zumindeſtens Teillöſungen zu nähern. Auseinanderſetzungen führen dazu, die Fragen und Löſungen ſchärfer zu faſſen.

Ein Ergebnis ſcheint inſofern vorzuliegen, als wir uns klar ſind über die topographiſche Lage und die Verbreitung der deutſchen Burgen. Auch die Verteilung und landſchaftsgebundene Anordnung der deutſchen Burgen ſcheint für den Geographen im großen gelöſt. Die zeitliche Einordnung in die Geſamtentwicklung der deutſchen Siedlungen macht keine Schwierigkeiten mehr; Abweichungen in einzelnen Landſchaftsräumen ſind inſofern ohne Belang, weil ſie ſich dann auch jeweils im Rahmen der Entwicklung der Siedlungen bewegen.

Zur Frage des Verhältniſſes der Burgen zu den anderen Siedlungen liegen aus einzelnen Landſchaften Arbeiten vor, die vor allem von hiſtoriſcher Seite Grundlegendes, wenn auch noch nicht Abſchließendes bringen. Mit Recht weiſt Wilhelm Woſtry darauf hin, daß hier noch Vertiefung in der Arbeit nötig und möglich iſt[77], aber nicht nur für Böhmen, obwohl hier von Weinelt und anderen Hervorragendes gebracht wurde, ſondern für den geſamten deutſchen Kulturboden. Hier iſt brennend die Unterſuchung von Burg und Stadt, von Burg und Markt in älterer Zeit, die Stadt als Burg und Feſtung in ſpäterer Zeit; und zwar erhofft die Geographie hier viel von der ſoziologiſchen, rechts- und wirtſchaftsgeſchichtlichen Seite. Die Weiterführung der Arbeit über das ſchon Beſtehende hinaus nach der verkehrs- und wehr- und eng gefaßt ſiedlungsgeographiſchen Seite wird dann nicht ausbleiben.

Das Burgenweſen Böhmens insbeſondere iſt im Zuſammenhang mit der deutſchen Koloniſation dargeſtellt worden. Auch für Tirol und Friaul liegen ähnlich geartete Unterſuchungen vor. Die vielen deutſchen Namen für Burgen, bürgerliche und bäuerliche Siedlungen an und jenſeits der Kulturbodengrenze, die Dinge ſelbſt und die Erinnerungen geben einen Begriff, wie ſtark einſt deutſche Herrſchaft und deutſche Kultur waren. An Burgen und ſtädtiſche Kolonien lehnt ſich vielfach die deutſche Kultur an. Deutſche Burgen waren Sprachinſeln. Der Einfluß, der von dieſen Inſeln ausging, darf nicht zu gering veranſchlagt werden. Es iſt noch kaum unterſucht worden, ob von dieſen Inſeln Ausgleichsvorgänge auf den Verlauf der Sprach-, Volks- und Kulturgrenzen eingewirkt haben. Nicht umſonſt wurde auf die Häufung von Burgen an den Grenzen deutſchen Volksbodens hingewieſen. Die Ruinen liegen im Grenzgebiet und im Kampfraum dauernder natürlicher und geſchichtlicher Gegenſätze.

Schrifttum

1. Baravalle, Robert, und Knapp, Werner: Steiriſche Burgen und Schlöſſer. Graz 1938/39.
2. Brinkmann: Über Burganlagen bei Zeitz. In: Wiſſenſchaftliche Beilage zum Jahresbericht des Stiftsgymnaſiums Zeitz über das Schuljahr 1895/96. Zeitz 1896.
3. Deecke, Wilhelm: Die Lage der badiſchen Burgen in ihrer Abhängigkeit vom Boden und von der Geſtalt ihrer Umgebung. In: Monatsblätter des Badiſchen Schwarzwaldvereins, 20. Jg. 1918.
4. Ebhardt, Bodo: Einige Bemerkungen über deutſche Burgen. In: Zeitſchrift für Architekten- und Ingenieurweſen, Hannover, Jg. 1898.
5. Derſ.: Deutſche Burgen als Zeugen deutſcher Geſchichte. Berlin 1925.
6. Derſ.: Der Wehrbau Europas im Mittelalter, Bd. 1. Berlin 1940.
7. Fein, Hella: Die ſtaufiſchen Städtegründungen im Elſaß. Frankfurt a. M. 1939 = Schriften des Wiſſenſchaftlichen Inſtituts der Elſaß-Lothringer im Reich an der Univerſität Frankfurt a. M., NF. Nr. 23.
8. Gradmann, Robert: Das ländliche Siedlungsweſen des Königreichs Württemberg. Stuttgart 1913 = Forſchungen zur deutſchen Landes- und Volkskunde, Bd. 21, H. 1.
9. Derſ.: Die ſtädtiſchen Siedlungen des Königreichs Württemberg. Stuttgart 1914 = Forſchungen zur deutſchen Landes- und Volkskunde, Bd. 21, H. 2.
10. Hartung, Oskar: Der deutſche Ritterorden im Burgenland. In: Deutſches Adelsblatt, 47./54. Jg., Berlin 1936.

---

[77] Woſtry, S. 112, 113, 116.

11. Herſe, W.: Die Burgen des Harzes als Wahrzeichen deutſcher Geſchichte. In: Der Burgwart, Braubach am Rhein, 37. Jg. 1936.
12. Horwarth, Walter: Siebenbürgiſch-ſächſiſche Kirchenburgen. Hermannſtadt 1940.
13. Hofmann, Albert von: Das deutſche Land und die deutſche Geſchichte. Stuttgart-Berlin 1930.
14. Kende, Oskar: Handbuch der geographiſchen Wiſſenſchaft, 1. Teil. Berlin 1914.
15. Knapp, Werner: Zum Problem des Burgenbaues. In: Zeitſchrift des Deutſchen Vereins für Kunſtwiſſenſchaft, Heft 6, Berlin 1935.
16. Derſ.: Burgen im Burgenland. In: Der Burgwart, 37. Jg. 1936.
17. Derſ.: Burgen um Meran. In: Zeitſchrift des deutſchen Vereins für Kunſtwiſſenſchaft, Bd. 4, Heft 3, Berlin 1937.
18. Derſ.: Der Burgentypus in der Steiermark. Wege und Ziele neuzeitlicher Burgenforſchung. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 1. Jg., Leipzig 1937, S. 867—879.
19. Derſ.: Die Schloßanlagen über Leibnitz. Typenentwicklung im ſüdoſtdeutſchen Burgenbau. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 2. Jg. 1938, S. 867—880.
20. Derſ.: Burgenbau und Koloniſation im deutſchen Südoſten. In: Auslandsdeutſche Volksforſchung, 1. Jg. 1937, S. 198—203.
21. Derſ.: Burg und Siedlung im Mittelalter. In: Reichsplanung, 1936, Heft 12.
22. Derſ.: Burgen um Innsbruck. Ausſchnitt aus dem Werden der Innsbrucker Kulturlandſchaft. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 4. Jg. 1940, S. 110—129.
23. Kohl, Johann Georg: Alpenreiſen, Bd. 2, Dresden und Leipzig 1849.
24. Kohler, Alfons: Die Burgen des mittelalterlichen Breisgaues. Freiburg i. Br. 1940.
25. Kriechbaum, Eduard: Klöſter, Burgen und Schlöſſer. In: Das Buch vom deutſchen Volkstum, Leipzig 1935.
26. Kretſchmer, Konrad: Hiſtoriſche Geographie von Mitteleuropa. München und Berlin 1904.
27. Kubitza, Fr.: Burgengeographie Niedermährens und Sudetenſchleſiens. Brünn 1938 = Beiträge zur ſchleſiſchen und mähriſchen Volks- und Heimatforſchung.
28. Kulke, Erich: Die mittelalterlichen Burganlagen der mittleren Oſtmark. Frankfurt a. d. O. 1934.
29. Metz, Friedrich: Beſprechung über Albert von Hofmann, Das deutſche Land und die deutſche Geſchichte. In: Geographiſche Zeitſchrift, 27. Jg. 1921, und 38. Jg. 1933.
30. Derſ.: Geographiſche Grundlagen der deutſchen Geſchichte. Einleitung zum Handbuch der deutſchen Geſchichte. Potsdam 1935.
31. Derſ.: Die Tiroler Stadt. Geographiſcher Jahresbericht aus Öſterreich. Wien 1933.
32. Pinder, Wilhelm: Einleitung zu Deutſche Burgen und feſte Schlöſſer. Königſtein i. Taunus und Leipzig o. J.
33. Piper, Otto: Burgenkunde. München 1905.
34. Derſ.: Abriß der Burgenkunde. Berlin und Leipzig 1932.
35. Poeſchel, Erwin: Das Burgenbuch von Graubünden. Zürich und Leipzig 1930.
36. Ratzel, Friedrich: Anthropogeographie. Stuttgart 1891.
37. Reithler, Albert: Burgen. In: Straßburger Monatshefte, 3. Jg., März 1939.
38. Riedberg, Lothar: Deutſche Burgengeographie. Leipzig 1939.
39. Scharlau, Kurt: Beiträge zur geographiſchen Betrachtung der Wüſtungen. Freiburg i. Br. und Heidelberg 1933 = Badiſche Geographiſche Abhandlungen, Heft 10.
40. Scheffel, Peter Heinrich: Verkehrsgeſchichte der Alpen. Berlin 1914.
41. Schlüter, Otto: Die Siedlungen im nordöſtlichen Thüringen. Berlin 1903.
42. Schmid, Bernhard: Die Burgen des deutſchen Ritterordens in Kurland. In: Zeitſchrift für Bauweſen, 71. Jg., Berlin 1921.
43. Derſ.: Die Ordensburgen Preußens im Lichte neuerer Forſchungen. Königsberg 1929 = Altpreußiſche Forſchungen, Jg. 6.
44. Schuchhardt, Carl: Die Burg im Wandel der Weltgeſchichte. Wildpark-Potsdam 1931.
45. Derſ.: Die Zweiteilung des europäiſchen Burgenſyſtems. In: Forſchungen und Fortſchritte, 13. Jg., Berlin 1937.
46. Schulz, Werner: Berge, Burgen und Sagen. In: Die Mark Zeitz, Zeitz 1939, Nr. 207—218.
47. Soeger, Robert: Zum hiſtoriſchen Atlas der öſterr. Alpenländer. In: Abhandlungen der Geogr. Geſ., Wien 1907, S. 241—273 (Bemerkungen über die Auswertung der Karten für die Burgengeographie, S. 269).
47a Derſ.: Zum hiſtoriſchen Atlas der öſterr. Alpenländer. Ebd. Wien 1922. S. 200—227. (Bemerkungen zur Lage der Burgen.)
48. Sieghardt, Auguſt: Burgen und Schlöſſer der Bayeriſchen Oſtmark. Bayreuth 1938.
49. Steeger, Albert: Burg und Stadt am Niederrhein im Altertum und im frühen Mittelalter. In: Die Heimat, Feſtſchrift, Krefeld 1938.

50. Storm, Carl: Die geographiſche Lage und Verbreitung der Burgen in Tirol. Diſſertation, Innsbruck 1934; vgl. Beſprechung und Inhalt: Paſchinger, in Geographiſcher Jahresbericht aus Öſterreich. Wien 1940.
51. Derſ.: Zur Burgengeographie. In: Zeitſchrift für Erdkunde, 8. Jg., Frankfurt a. M. 1940.
52. Derſ.: Burgen und Städte im mittelalterlichen Friaul. Leipzig 1940 = Deutſche Schriften zur Landes- und Volksforſchung, Bd. 5.
53. Therſtappen, P.: Stadt, Burg und Handwerk. In: Die Heimat, Feſtſchrift, Krefeld 1938.
54. Schneider, Fedor: Die Entſtehung von Burg und Landsgemeinde in Italien. In: Abhandlungen zur mittelalterlichen und neuen Geſchichte, 68. Jg. 1925.
55. Uhtenwoldt, Hermann: Die Burgverfaſſung in der Vorgeſchichte und Geſchichte Schleſiens. Breslau 1938 = Breslauer Hiſtoriſche Forſchungen, Bd. 10.
56. Vogt, Karl: Die Burg in Böhmen bis zum Ende des 12. Jahrhunderts. Reichenberg-Leipzig 1938.
57. Weinelt, Herbert: Zur deutſch-mähriſch-ſchleſiſchen Burgenkunde. In: Der Burgwart, 37. Jg. 1937.
58. Derſ.: Das neuere Burgenſchrifttum der Sudetenländer. In: Der Burgwart, 36. Jg. 1937.
59. Derſ.: Zur Burgenkunde des Egerlandes. In: Unſer Egerland, XL. Jg., 1936.
60. Derſ.: Probleme ſchleſiſcher Burgenkunde, gezeigt an den Burgen des Freiwaldauer Bezirkes. Breslau 1936 = Darſtellungen und Quellen zur ſchleſiſchen Geſchichte, Bd. XXXVI.
61. Derſ.: Burgen und Siedlungen in Sudetenſchleſien. In: Schleſiſches Jahrbuch, 9. Jg., Breslau 1936/37.
62. Derſ.: Gedanken zur ſudetendeutſchen Burgenkunde. In: Sudetendeutſches Jahrbuch 1937.
63. Derſ.: Zur Burgenkunde des Olmützer Bistumslandes in Schleſien. In: Kalender des Bundes der Deutſchen 1937.
64. Derſ.: Forſchungen zur Volkstumsgeographie des ſüdſchleſiſchen Stammesgebietes. Reichenberg-Leipzig 1940 = Beiträge zur ſudetendeutſchen Volkskunde, 25. Bd.
65. Derſ.: Grundriß der Schönhengſter Burgenkunde. In: Mitteilungen zur Volks- und Heimatkunde des Schönhengſter Landes, 33. Jg., Mähriſch-Trübau 1937.
66. Weingartner, Joſef, Bozner Burgen. Innsbruck 1922.
67. Derſ.: Burgenfahrten. Innsbruck 1925.
68. Derſ.: Südtirol. Leipzig 1922.
69. Derſ.: Römertürme in Tirol. In: Tirol. Natur, Volk, Kunſt, 2. Folge, Heft 2.
70. Derſ.: Die geographiſche Lage der Tiroler Burgen. In: Zeitſchrift des deutſchen Alpenvereins, 69. Jg. 1938.
71. Werner, Gerhard: Sprache und Volkstum in der Unterſteiermark. Stuttgart 1935 = Forſchungen zur deutſchen Landes- und Volkskunde, Bd. 31, H. 3.
72. Weller, Karl: Beſiedlungsgeſchichte Württembergs, Bd. 3, Stuttgart 1938.
73. Welters, Hans: Die Waſſerburg im Siedlungsbild der oberen Erftlandſchaft. Bonn 1940 = Beiträge zur Landeskunde der Rheinlande, 3. Reihe, Heft 4.
74. Wildemann, Theodor: Die Burg am Niederrhein und ihre Beziehungen zum deutſchen und italieniſchen Burgenbau. In: Die Heimat, Feſtſchrift, Krefeld 1938.
75. Derſ.: Rheiniſche Waſſerburgen und waſſerumwehrte Schloßbauten. Heidelberg 1937.
76. Woſtry, Wilhelm: Beſprechung über Karl Vogt in: Mitteilungen des Vereins für Geſchichte der Deutſchen in den Sudetenländern, 77. Jg., Prag 1940.
77. Hiſtoriſcher Atlas der öſterreichiſchen Alpenländer, herausgegeben von der Kaiſerl. Akademie der Wiſſenſchaften. Wien 1906ff. Blätter 1 : 200000. Abhandlungen zum hiſtoriſchen Atlas. In: Archiv für öſterreichiſche Geſchichte, Bd. 94, Wien 1906.
78. Die Burgen und Schlöſſer der Schweiz, herausgegeben unter Mitwirkung der Schweizer Vereinigung zur Erhaltung der Burgen und Ruinen. Red. Eugen Probſt, Baſel. Karte des Schweizer Burgenvereins 1 : 400000, Bern o. J.

Das Deutſchtum in Slawonien und Syrmien und ſeine wiſſenſchaftliche Erforſchung

Von Egon Lendl, Wien

Unter den deutſchen Siedlungsgebieten des ſüdöſtlichen Mitteleuropa iſt die faſt 160 000 Seelen zählende Volksgruppe im Zwiſchenſtromland zwiſchen Drau und Sawe am längſten unbeachtet geblieben. Nicht nur die volkspolitiſche Betreuung, ſondern auch die deutſchtumskundliche Forſchung hat bis weit in die Nachkriegszeit hinein dieſes Gebiet in der Grenzzone der alten öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie gegen die Balkanländer unberührt gelaſſen. Gewiß haben einzelne Gemeinden im öſtlichen Syrmien auch ſchon vor dem Weltkrieg in der Deutſchtumsbewegung der Karpatenländer zeitweiſe Bedeutung beſeſſen. Es gilt dies vor allem von der Stadt Ruma. Auch vereinzelte Heimatforſcher haben ſich unter den deutſchen Siedlern befunden, die da und dort mit kleinen Veröffentlichungen auf die eigenartige Siedlungsentwicklung in dieſem Raume aufmerkſam machten. Aber erſt in den letzten Jahren haben eine Reihe von wiſſenſchaftlichen Detailunterſuchungen einen genauen Überblick über den deutſchen Volksbeſtand im Zwiſchenſtromland gegeben und damit auch gleichzeitig der mit ſtarkem Schwung emporſtrebenden deutſchen volkspolitiſchen Erneuerungsbewegung in die Hände gearbeitet.

Das kroatiſch-ſlawoniſche Zwiſchenſtromland gehört in ſeiner Geſamtheit der großen, von den Karpaten umſpannten Beckenlandſchaft des ſüdöſtlichen Mitteleuropa an, deren ſüdweſtlicher Teil von ihm eingenommen wird. Wie an anderen Stellen in dieſem Becken, ſo ziehen auch im kroatiſch-ſlawoniſchen Zwiſchenſtromland vom Weſten her eine Reihe von Inſelbergzügen durch das Land. Sie ſind es, die eine Gliederung des Raumes in einzelne Kleinlandſchaften ermöglichen, von denen einige, wie z. B. das Poſcheger Becken, den Charakter in ſich geſchloſſener Gebiete beſitzen. Das kroatiſch-ſlawoniſche Zwiſchenſtromland gliedert ſich ſomit in die beiden Flußebenen längs Drau und Save, die Senke zwiſchen dem Moſlavačka und Papukgebirge, genannt nach dem kleinen Flüßchen Ilowa und endlich im Oſten in das Frankengebirge (Fruška Gora) und der ihr im Süden vorgelagerten ſyrmiſchen Lößebene. Dieſe Landſchaften ſind ſeit der Einwanderung der Slawen in das ſüdöſtliche Europa ſtets in überwiegender Mehrheit von ſlawiſchen Völkerſtämmen bewohnt geweſen, wenn auch im hohen Mittelalter einzelne Teilgebiete in Slawonien eine größere Anzahl madjariſcher Gemeinden beherbergten und die deutſchen „Gäſte" in den Städten des Landes nicht fehlten. Für das heutige Bevölkerungsbild und damit die Geſtaltung der Kulturlandſchaft ſind allerdings erſt die Ereigniſſe maßgebend geworden, die im Zuſammenhang mit der faſt 200jährigen Türkenherrſchaft eintraten. In jener Zeit vollzog ſich hier im Grenzraum zwiſchen abendländiſchem und türkiſchem Machtbereich eine nicht unweſentliche Bevölkerungsverſchiebung. Die ſtarke Entvölkerung dieſes Raumes von der alten bodenſtändigen Bewohnerſchaft wurde durch die Zuwanderung bisher landſchaftsfremder Bevölkerungsgruppen aus den Balkanländern, meiſt ſerbiſche, kroatiſche und kuzowalachiſche Flüchtlinge, wieder ausgeglichen. Aber nicht nur neue Menſchen ſind in die durch die Türken verwüſteten Landſchaften gekommen, ſondern auch neue Wirtſchafts- und Siedlungsformen haben eine Umformung des Kulturlandſchaftsbildes mit ſich gebracht. An Stelle der zahlreichen kleinen Dorfſchaften auch im öſtlichen Teil des Landes, über die uns mittelalterliche Quellen berichten, tritt jetzt eine kleinere Anzahl von Großgemeinden. Vor allem im Bereich der öſterreichiſchen Militärgrenze wurde die Zuſammenfaſſung der Bevölkerung in größeren Siedlungseinheiten auch behördlich gefordert. Die ſtädtiſchen Siedlungen entbehren ein mittelalterliches Stadtbild, wie im geſchloſſenen deutſchen Volksgebiet oder in der Slowakei und Siebenbürgen, ſondern tragen mit

Ausnahme einzelner Feſtungsanlagen wie Eſſeg (Oſijek) und Peterwardein vielmehr den Charakter von etwas großräumigeren ländlichen Siedlungen, die durch ihre Funktion als Märkte über ihre Umgebung hinausgewachſen ſind. Nur im Weſtabſchnitt des Landes haben ſich die mehr gewachſenen Siedlungsformen, kleine Weiler und Kleindörfer, erhalten und vermitteln uns wenigſtens ſtellenweiſe noch ein Kulturlandſchaftsbild, das eine kontinuierliche Entwicklung aus dem ehemaligen mittelalterlichen kroatiſchen Siedlungsraum vermuten läßt. Aber auch hier hat eine weitgehende Durchmiſchung mit ſerbiſchen Flüchtlingen ſtattgefunden, die wohl das Siedlungsbild im Typ weniger veränderte, aber doch das einheitliche völkiſche Bild der ſlawoniſchen Landſchaften weitgehend auflockerte. Erſt im Bereich der oberen Caſma und Lonja verliert ſich dieſer Siedlungscharakter, und es beginnt der einheitliche kroatiſche Volksboden, der mit ſeinen gewachſenen Kleindörfern in die Landſchaft Kroatien überleitet. Nach Slawonien, in dem es ſeit der Befreiung aus der Türkenherrſchaft reiche Siedlungsmöglichkeiten gab, ſtrömten nun auch Deutſche ein. Zum Unterſchied von dem benachbarten Banat und der Batſchka iſt es jedoch zu keiner großangelegten Siedlungsaktion gekommen, da der größere Teil des Landes ſchon in der Hand der zahlreichen ſerbiſchen und kroatiſchen Flüchtlinge aus dem Süden geweſen iſt. Auch waren nur für wenige Teile des Landes kurz nach ihrer Befreiung ſchon feſte Grundherrſchaftsverhältniſſe vorhanden, als daß an eine größere private Anſiedlung gedacht werden konnte. Trotzdem treffen wir ſchon wenige Jahre nach der Befreiung des Landes Deutſche, vor allem in den ſtädtiſchen Gemeinden, ſo in Eſſeg, Peterwardein und Semlin (Zemun). Schon um die Mitte des 18. Jahrhunderts taucht eine größere Gruppe außerhalb der Städte auf; es entſtehen die erſten ländlichen deutſchen Siedlungen. Zum Unterſchied von den benachbarten Gebieten der Batſchka und der Schwäbiſchen Türkei, die damals den größten Teil ihres deutſchen Siedlerbeſtandes erhalten haben, jedoch nur vereinzelt. Zur Zeit der großen joſefiniſchen Anſiedlungen am Ende des 18. Jahrhunderts erhält endlich das abgelegene Slawonien auch einige kleinere deutſche Gemeinden (z. B. Joſefsfeld [Kula], Poretſch [Poreč], Joſefsdorf [Joſipovac], Neu-Paſua [Noa Pazova] u. a. m.). Alle dieſe Deutſchtumsſiedlungen des 18. Jahrhunderts, ſowohl die ſtädtiſchen als auch die ländlichen, ſind nur ein kleiner Teil des heutigen Deutſchtums, welches vielmehr auf die zahlreichen vereinzelten, aus den benachbarten Deutſchtumsgebieten einwandernden Deutſchen des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Es handelt ſich alſo bei dem größten Teil der deutſchen Siedlungen, ſeien es nun die größeren Schachbrettdörfer Syrmiens oder die Dorfgemeinden im Hügelland ſüdlich von Eſſeg und Diakowar (Djakovo), oder die kleineren und kleinſten Zuſiedlungen im Weſten Slawoniens um ein ganz junges Siedlerdeutſchtum, das kaum zwei oder drei Generationen im Lande wohnt.

Die deutſchen Siedlungen in Slawonien und Syrmien ſind alſo faſt ausſchließlich von Einwanderern aus anderen deutſchen Volksinſelgebieten an der mittleren Donau begründet worden. Die Batſchka, die Schwäbiſche Türkei, daneben einzelne Gruppen aus dem Bakonyerwald und aus dem Banat ſtellen das Hauptkontingent der Anſiedler, während die wenigen ſudetenländiſchen Zuwanderer aus dem Egerland und dem Böhmerwald nur eine kleine Minderheit darſtellen, ebenſo wie diejenigen Familien, die ihre Ahnen von Reichseinwanderern nach Slawonien ableiten. Die günſtige Möglichkeit, nach Aufhebung der Militärgrenze in dieſen Landſtrichen Grund und Boden zu erwerben, hat tauſende landloſe oder landarme deutſche Familien nach Slawonien gelockt. Viele von ihnen haben erſt mit ſchwerer Mühe auf einem, mit dem benachbarten Banat und der Batſchka in ſeiner Güte nicht vergleichbaren Boden ſich eine beſcheidene Exiſtenz aufzubauen vermocht. Manche von ihnen ſind ſogar ſehr wohlhabende Leute geworden. Zahlreiche deutſche Siedlungen ſind jedoch ſehr ungünſtig angelegt und ihre Bewohner haben ſich nur wenig über den Stand der Landarbeiter hinaus entwickeln können. Dieſe Siedlungen tragen bei aller äußerlichen Ordnung und Reinlichkeit doch einen ärmlichen Charakter. Dies gilt beſonders von zahlreichen Gemeinden im Weſten des Landes. Das ſtädtiſche Deutſchtum, welches ſich, abgeſehen von Ruma, am ſtärkſten in der Hauptſtadt des Landes, in Eſſeg, konzentriert, war lange Zeit gegenüber dieſer bäuerlichen deutſchen Siedlergruppe ein vollſtändig abgeſchloſſener Kreis. Meiſt auch ſtammlich vom ländlichen Deutſchtum verſchieden waren ſeine Intereſſen rein ſtädtiſch kulturell beſtimmt. In völkiſchen Belangen zeigte das ſtädtiſche Deutſchtum ſchon ſehr früh eine ſehr unſichere Haltung. Erſt in den letzten Jahren, im Zuge der politiſchen Erfaſſung des Deutſchtums durch die einzelnen völkiſchen Organiſationen, werden die Beziehungen zwiſchen ſtädtiſchem und ländlichem Deutſchtum enger, wie überhaupt das Deutſchtum dieſer Landſchaft unter dem Gedanken der gemeinſamen ſlawoniendeutſchen Heimat immer mehr ſich ſeiner gemeinſamen Aufgabe gegenüber der Umwelt bewußt wird.

Das Deutſchtum Slawoniens iſt entſprechend ſeiner eigenartigen Siedlungslage nur ſchwer zu Gruppen zuſammenzufaſſen und zu einzelnen Volkstumsinſeln als Kerngebiete deutſchen Lebens zu formen. Die Zahl der deutſchen Mehrheitsgemeinden an ſich iſt recht gering, und nur ganz ſelten finden wir mehrere dieſer deutſchen Gemeinden zu einem größeren Siedlungskern zuſammengefügt. Eine größere deutſche Gruppe findet ſich im Oſten auf der ſyrmiſchen Lößplatte, im Raum zwiſchen Semlin und den Bergen des Frankengebirges. Hier ſind eine Reihe von größeren Zentren des Deutſchtums entſtanden, wie z. B. die deutſche Stadt Ruma, India, Neu-Paſua, Semlin mit ſeinem deutſchen Vorort Franztal und noch andere deutſche Gemeinden, die vereinzelt ſelbſt in der Saweniederung zu finden ſind. Auch im Bereich der weſtlichen ſchmalen ſyrmiſchen Lößebene am Südfuß des Frankengebirges und in ſeinen Vorhöhen finden wir eine Reihe von Gemeinden, die größere Deutſchtumsgruppen beherbergen, aber ſelten mehr als eine deutſche Ortsmehrheit aufweiſen. Insgeſamt mögen in dieſem Oſtabſchnitt des Landes rund 50 000 Deutſche inmitten einer überwiegend ſerbiſchen Bevölkerung wohnen. Im Umkreis um die Stadt Winkowzi (Vincovci) treffen wir wieder eine größere Gruppe von deutſchen Gemeinden, die zum Teil deutſche Mehrheit beſitzen. Eſſeg ſelbſt, in ſeinem Kern von einer deutſchblütigen Bevölkerung bewohnt, iſt von einem Kranz deutſcher Dörfer umgeben und hat auch einen direkten ſiedlungsmäßigen Anſchluß an das benachbarte deutſche Siedlungsgebiet der Baranya. Hier iſt mit mehr als 20 000 Seelen eines der größten deutſchen Siedlungsgebiete Slawoniens anzutreffen, deſſen einzelne Glieder ſich allerdings aus ſtammlich und ſozial verſchiedenen Elementen zuſammenſetzen. Im Weſten von Eſſeg wird mit Ausnahme der Landſchaft um die alte ſlawoniſche Biſchofſtadt Diakowar, das Deutſchtum auf immer kleinere Gruppen zerteilt. Hier in der Umgebung von Diakowar allerdings iſt noch ausſchließlich — beruhend auf Einſiedlung in alte ſlawiſche Dörfer — eine große mehrere tauſend Seelen umfaſſende Deutſchtumslandſchaft entſtanden, die auch wirtſchaftlich auf einem gut fundierten Bauerntum beruht und ſelbſt in der Stadt Diakowar zu einem ſehr hohen Hundertſatz vertreten iſt. Von den übrigen Deutſchtumsgebieten ſeien noch die vereinzelten deutſchen Siedlergruppen in der Drauebene, z. T. ſehr arme kleine Gemeinden, dann die Gruppe in der Ilowaſenke, die ſich aus ſtammlich und ſozial ſehr verſchiedenartigen Elementen zuſammengeſetzt, erwähnt. Dazu kommt noch die deutſche Volksinſel im Poſcheger Keſſel, die zu den älteſten Deutſchtumsſiedlungen Slawoniens gehört. Die kleine Gruppe in der weſtlichen Saweebene iſt junges Siedlertum, und auch das Stadtdeutſchtum im wichtigen Bahnknotenpunkt Slawoniſch-Brod iſt größtenteils erſt in den letzten Jahrzehnten aus den verſchiedenſten Gebieten zugezogen. Mit ſeinen über 100 000 Seelen hat auch im Weſtteil des Zwiſchenſtromlandes, im kroatiſchen Volksbereich, das Deutſchtum eine nicht unweſentliche Stellung ſich errungen. Manche wirtſchaftliche und kulturelle Weiterentwicklung verdanken die übrigen Völker dieſes Raumes gerade dieſen ärmeren deutſchen Einwanderern. Dies iſt heute ſowohl in der Wirtſchaftsweiſe als auch Wohnkultur deutlich feſtſtellbar, ſo daß wir auch hier durch die Einwirkung der deutſchen Anſiedler von einer Ausgeſtaltung der ſüdſlawiſchen Kulturlandſchaft im Sinne einer Annäherung an die Formen des deutſchen Mitteleuropa ſprechen können.

Die Erfaſſung der deutſchen Volksgruppe in Slawonien und Syrmien durch das wiſſenſchaftliche Schrifttum iſt deutlich in drei Abſchnitte zu gliedern. Vor dem Weltkrieg beſchränkte ſich das Schrifttum über deutſche Anſiedlungen in dieſem Raum auf kleinere Aufſätze in deutſchtumskundlichen oder kirchlichen Zeitſchriften. Im damaligen politiſchen Mittelpunkt des Deutſchtums in Slawonien, in Ruma, aber auch in der Stadt Eſſeg ſind wohl durch längere Zeit deutſchſprachige Zeitungen, meiſt Wochenblätter, erſchienen, die verſtändlicherweiſe auch an einzelnen Stellen kleinere Beiträge über das Deutſchtum, ſeine Verbreitung, ſeine kulturellen und wirtſchaftlichen Belange bringen[1]. Im beſonderen ſei das „Deutſche Volksblatt für Syrmien“ erwähnt, das der hier ſchon vor dem Weltkrieg einſetzenden völkiſchen Bewegung naheſtand und damals ſchon unter dem Deutſchtum politiſch eine Einigung zu bewerkſtelligen verſuchte, die erſt viel ſpäter möglich geweſen iſt. Nur wenige dieſer Arbeiten geben eine Geſamtüberſicht über das Deutſchtum Slawoniens, ſondern greifen vielmehr einzelne Gemeinden oder ſogar nur beſtimmte Fragen einzelner Siedler zur Behandlung heraus. Nach dem Weltkrieg ſetzt eine etwas ſtärkere ſchrifttumsmäßige Erfaſſung des deutſchen Siedlungsgebietes ein. Groß iſt die Zahl der Einzelſchilderungen bzw. Erlebnisberichte über den Beſuch deutſcher Gemeinden in Slawonien, wozu auch noch einige wenige Arbeiten treten, die die geſamte Landſchaft und ihren deutſchen Siedlerbeſtand zu erfaſſen ſuchen. Oswald Deuerling iſt einer der erſten, der eine Zuſammenfaſſung und Gruppierung der Deutſchtumsſiedlungen des kroatiſch-ſlawoniſchen Zwiſchenſtromlandes zu geben verſucht[2], anknüpfend an den Abſchnitt im großen Werk von R. Fr. Kaindl über die Geſchichte des Deutſchtums in den Karpathenländern[3]. Zur ſelben Zeit finden wir auch ſchon eine größere Anzahl von kleinen Zeitungsartikeln in der volksdeutſchen Preſſe des benachbarten Siedlungsgebietes der Batſchka, vor allem im Deutſchen Volksblatt aus Neuſatz (Novi Sad), die durch kleine Schilderungen über einzelne ſlawoniendeutſche Gemeinden die Aufmerkſamkeit der übrigen deutſchen Siedlungsgebiete des Landes auf die ſyrmien- und ſlawoniendeutſchen Gebiete zu lenken verſuchen. Daneben gehen einige wenige Aufſätze auch in deutſchtumskundlichen Zeitſchriften des Mutterlandes. Das Schrifttum über einzelne deutſche Gemeinden Slawoniens wird endlich durch mehrere Heimatbücher, die beſonders in den anderen donauſchwäbiſchen Gebieten in jener Zeit in großer Anzahl erſcheinen, bereichert.

---

[1] Deutſche Zeitungen und Zeitſchriften in Kroatien und Slawonien. In: Deutſche Erde, 11. Jg., Gotha 1912, S. 44.

Mit dem Jahre 1930 ſetzt nun aber mit der immer ſtärkeren volkspolitiſchen Erfaſſung des Slawoniendeutſchtums auch die wiſſenſchaftliche Erforſchung der deutſchen Siedlungen im Zwiſchenſtromland zwiſchen Drau und Sawe ein. Neben einzelnen einheimiſchen Forſchern, die ſchon auf eine jahrzehntelange Sammelarbeit blicken können, ſind es vor allem Reichsdeutſche, die nun mit den Methoden neuzeitlicher Volksinſelforſchung ans Werk gehen. Wenn auch die meiſten dieſer wiſſenſchaftlichen Arbeiten auf dem Fachgebiet der Anthropogeographie geſchrieben wurden, wozu noch zwei ausgeſprochen volkskundliche Arbeiten traten, ſo ſind doch auch nebenher wertvolle wirtſchaftskundliche, agrarpolitiſche, hygieniſche und biologiſche Unterſuchungen über das Deutſchtum des ſlawoniſchen Raumes angeſtellt worden. Die geographiſchen Arbeiten haben beſonders auch den Einfluß dieſes jungen Koloniſtendeutſchtums auf die Geſtaltung der Kulturlandſchaft unterſucht. Heute gehört die deutſche Volksgruppe Slawoniens und Syrmiens und ihr Lebensraum ſomit zu den beſterforſchten deutſchen Volksinſelgebieten des ſüdöſtlichen Europa.

Die Geſchichte und Art der Erforſchung der deutſchen Siedlungen im ſlawoniſch-ſyrmiſchen Raum iſt durch die Entſtehung und Geſtaltung der einzelnen Anſiedlergemeinden weſentlich mitbeſtimmt. Da die überwiegende Mehrheit der deutſchen Anſiedlungen nur durch vereinzelte Zu- und Einſiedlung in ſchon beſtehende Ortſchaften entſtanden iſt, fehlt bei den meiſten Orten ein beſtimmtes feſtes Gründungsdatum, und die Einwanderung erfolgte ohne irgendeine beſondere behördliche Regelung. Es iſt daher über die Entſtehung dieſer Siedlungen kaum etwas Schriftliches feſtgelegt worden. Selbſt die durch einen formellen Gründungsakt neu entſtandenen Anſiedlungen ſind oftmals nur ſehr kleine beſcheidene Gemeinden, von den Gutsherrſchaften z. T. als Landarbeiterkolonien begründet, ſo daß auch hier bis auf einzelne Siedlerverträge nur wenige ſchriftliche Quellen zur Siedlungsgeſchichte auffindbar waren. Auch in den einzelnen gutsherrſchaftlichen Archiven finden ſich nicht allzuviel Daten und Angaben über die deutſchen Einwanderer. Von kirchlicher Seite beſtehen wertvolle Aufzeichnungen über die Anſiedlungsgeſchichte zum größten Teil nur in den wenigen evangeliſchen Gemeinden. Von dieſen Gemeinden ſind uns daher auch die erſten Nachrichten und Darſtellungen über die Anſiedlungsgeſchichte ſlawoniendeutſcher Siedlungen überliefert. In dieſem Zuſammenhang muß auf eine Arbeit hingewieſen werden, die viel wertvolles Material zur Anſiedlungsgeſchichte beigebracht hat. Es iſt dies die Studie von Pindor über die evangeliſche Kirche in Kroatien-Slawonien, in der ein kirchengeſchichtlicher Abriß über die Stellung des Proteſtantismus in dieſem Raum und den Stand und die Geſchichte der einzelnen evangeliſchen Gemeinden in Kroatien-Slawonien gegeben wird. Entſprechend der völkiſchen Zuſammenſetzung der Evangeliſchen dieſer Gebiete handelt es ſich faſt ausſchließlich um eine Darſtellung des evangeliſchen Deutſchtums unſerer Landſchaft[4]. Zur ſelben Zeit entſtehen von kirchlicher Seite auch noch mehrere kleinere, meiſt handſchriftlich gebliebene Arbeiten zur Geſchichte deutſch-evangeliſcher Anſiedlungen. Nach dem Weltkrieg treffen wir eine größere Anzahl dieſer evangeliſchen Kirchengemeindechroniken an, die dann auch z. T. gedruckt werden. Römiſch-katholiſche Gemeinden, auch wenn ſie, wie einzelne Neuanſiedlungen, z. B. Kerndia (Krndija), rein deutſch ſind, bleiben doch ohne ein derartig kirchlich beſtimmtes deutſches Schrifttum, da ſich faſt die geſamten deutſchſtämmigen römiſch-katholiſchen Seelſorger nicht zu ihrem angeſtammten Volkstum bekannten, ſondern vielmehr zu Trägern der kroatiſchen Nationalbewegung auch vielfach innerhalb der deutſchen Gemeinden ſelbſt geworden ſind.

---

[2] Oswald Deuerling, Die deutſchen Siedlungen in Slawonien. In: Volkswart, 2. Jg., Neuſatz 1934.

[3] R. Fr. Kaindl, Geſchichte des Deutſchtums in den Karpathenländern, Bd. 3, Gotha 1911, S. 269 ff.

Eine zweite Gruppe von Nachrichten über das Deutſchtum unſeres Raumes erhalten wir ſchließlich aus kleinen Zeitſchriftenaufſätzen, die ſeit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts da und dort über die deutſchen Siedlungen in Slawonien auftauchen. Es ſind meiſt kleine Erlebnisberichte über Beſuche in den Deutſchtumsſiedlungen der öſtlichen ſyrmiſchen Lößebene, wie z. B. in Ruma, India (Indija) und Franztal, ſeltener Darſtellungen über die deutſchen Gemeinden im Weſten Slawoniens. Die meiſten dieſer Arbeiten entſtehen aus dem Kreis derjenigen Menſchen, die ſchon vor dem Weltkrieg ſich an den verſchiedenſten Stellen des ehemaligen Südungarns, vor allem aber im benachbarten Südbanat (Werſchetz [Vrſ̌ac], Pantſchowa [Pančevo]) um die deutſche Bewegung gegen die Entnationaliſierungsbeſtrebungen ungariſcher Behörden und madjariſcher Geſellſchaftskreiſe geſchart hatten. Im jenſeits der Donau gelegenen Syrmien, das damals unter kroatiſcher Verwaltung ſtand, war wohl dem Deutſchtum in kultureller Beziehung mehr Lebensraum gelaſſen, aber auch hier entſtand die deutſche Bewegung im Kampf gegen die verſchiedenſten Verſuche von kroatiſcher und madjariſcher Seite, das Deutſchtum zu ſchwächen. Doch auch dieſen Kreiſen aus der damaligen ſyrmiſchen Deutſchtumsbewegung fehlt im allgemeinen der Überblick über das geſamte Deutſchtum des Zwiſchenſtromlandes oder zumindeſt die Fähigkeit und Möglichkeit, eine Geſamtdarſtellung des Deutſchtums zu geben. Von außen her hat wiederum R. Fr. Kaindl ſchon im Jahre 1905 einen weiteren Kreis auf die Ausdehnung des deutſchen Siedlungslandes in dieſem Raum aufmerkſam gemacht und zwar in ſeinem kleinen Beitrag zur Kunde des Deutſchtums in Kroatien-Slawonien[5]. In dieſelbe Reihe gehören ſchon wenige Jahre vor dem Weltkrieg mehrere kleinere Zeitſchriftenaufſätze, die z. T. auch wieder nur einzelne Probleme herausgreifen[6]. Für die weitere Entwicklung der deutſchtumskundlichen Forſchung bleiben aber alle dieſe kleinen Aufſätze meiſt ohne Bedeutung, wenn auch gerade dieſe erſten Nachrichten, die faſt alle in der Zeitſchrift „Deutſche Erde" erſchienen ſind oder dort beſprochen wurden, als ſehr verdienſtvoll anzuſehen ſind. Vor allem der Aufſatz von A. Lutz, eines in Graz lebenden Slawoniendeutſchen, über das deutſche Schulweſen in der Wirowititzer (Virovitica) Geſpanſchaft[7] iſt hervorzuheben, da hier neben ſpeziellen ſchulgeſchichtlichen Angaben auch noch wertvolle Daten über das Deutſchtum in der Drauebene zuſammengetragen ſind. Es wird Einblick gegeben in die Unterdrückungsmaßnahmen der kroatiſchen Behörden gegen das deutſche Schulweſen und gleichzeitig gezeigt, wie dieſe ärmlichen deutſchen Kleinſiedlungen ſchon vor dem Weltkrieg unter dem Druck der Kroatiſierung ſtanden. Ein Entnationaliſierungsverſuch, der ſelbſt in weiten Kreiſen der damaligen deutſchvölkiſchen Schutzvereine lange unbekannt geblieben war.

---

[4] J. Pindor, Die evangeliſche Kirche in Kroatien-Slawonien. Eſſeg 1902.

[5] R. Fr. Kaindl, Beiträge zur Kunde des Deutſchtums in Kroatien und Slawonien. In: Deutſche Erde, 12. Jg. 1913, S. 62—64, mit Bildtafeln.

[6] W. Groß, India, eine deutſche Muſtergemeinde in Slawonien. In: Deutſche Erde, 7. Jg. 1908, S. 170—173. Die Deutſchen in Syrmien. In: Deutſche Erde, 9. Jg. 1910, S. 90—91. A. Lutz, Über die Entwicklung einiger deutſch-evangeliſcher Anſiedlungen in dem Gebiet der ehemaligen Militärgrenze. Gymnaſialbericht Landskron 1910.

[7] A. Lutz, Die Ausrottung der deutſchen Volksſchulen in der königl. Freiſtadt Eſſeg und in der Virovititzer Geſpanſchaft (Kroatien-Slawonien) in den letzten Jahrzehnten. In: Deutſche Erde, 12. Jg. 1913, S. 207—210, mit 1 graphiſchen Darſtellung.

Neben dieſen kleineren Aufſätzen, die ganz ſpeziell Teilprobleme des Deutſchtums in Syrmien-Slawonien behandeln, ſind endlich noch einige Geſamtdarſtellungen über das Deutſchtum des ſüdöſtlichen Pannoniſchen Raumes bzw. des Karpatendeutſchtumes überhaupt zu erwähnen, in denen auch die deutſche Siedlung im kroatiſch-ſlawoniſchen Zwiſchenſtromland zur Geltung kommt. Es iſt in dieſem Zuſammenhang neben den älteren Darſtellungen, wie der von Czörnig, vor allem auf die Arbeit von H. Köhl[8] über die deutſchen Sprachinſeln Südungarns und Slawoniens hinzuweiſen. Über die dreibändige Geſchichte der Deutſchen in den Karpatenländern von Kaindl und den darin enthaltenen Abſchnitt über Kroatien-Slawonien iſt ſchon oben geſprochen worden[9]. Kaindl hat hier zum erſtenmal den Grundcharakter eines Großteiles der deutſchen Siedlungen dieſes Raumes feſtgeſtellt und für einzelne Gemeinden — nicht nur für die deutſch-evangeliſchen allein — Daten über ihre Entſtehung feſtgehalten. Wertvoll iſt auch der Abſchnitt über das mittelalterliche Deutſchtum, welches durch die Türkeninvaſion zugrunde gegangen iſt. Auch unſere bisherige Kenntnis gerade über das mittelalterliche Deutſchtum iſt über die Feſtſtellungen Kaindls aus dem Jahre 1912 noch nicht viel hinausgekommen[10]. In anderen Unterſuchungen zur Landes- und Volkskunde des ſüdungariſchen, bzw. kroatiſchen Raumes, beſchränkt ſich die Beſprechung der deutſchen Koloniſationsleiſtung meiſt nur auf wenige Zeilen, auch ſelbſt in wirtſchaftskundlichen Arbeiten, wie z. B. in der Diſſertation von Pfeifer-Hochwalden[11], der die beſondere Rolle des Deutſchtums in der Wirtſchaftsentwicklung erwähnt.

Von kroatiſcher und ſerbiſcher Seite liegen nur wenige Würdigungen der deutſchen Siedlungen aus dieſer Zeit vor. So beſchäftigt ſich M. Senoa in einer jugoſlawiſchen Akademieſchrift mit der Einwanderung der Fremden in Syrmien und würdigt auch die Landnahme der Deutſchen[12]. Auch der bekannte Eſſeger Lokalhiſtoriker F. Böſendorfer bringt ſchon vor dem Weltkrieg mehrere Arbeiten zur Geſchichte dieſer Stadt, in denen auch der deutſche Anteil ihrer Bürgerſchaft gewürdigt wird.

In dieſem Zuſammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß ſchon in den Ortslexika des 18. Jahrhunderts und einzelnen Arbeiten zur Landeskunde Slawoniens aus der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutſche Siedlungen erwähnt werden. Auch der Beauftragte der Kaiſerin Maria Thereſia, Friedrich Wilhelm von Taube, der um die Mitte des 18. Jahrhunderts Slawonien bereiſte und eine erſte allgemein einführende länderkundliche Darſtellung gab, erwähnt die Deutſchen unter den Bewohnern des Landes[13]. In die Reihe dieſer Arbeiten gehört endlich die Ethnographie des Kaiſertums Öſterreich von Karl Freiherr von Czörnig[14], der uns auch eine genaue Schilderung der völkiſchen Verhältniſſe des ſlawoniſchen Raumes aus der Mitte des 19. Jahrhunderts gibt und dabei auf die einzelnen, damals ſchon beſtehenden deutſchen Volksinſelgruppen hinweiſt. Für einzelne Orte kann Czörnig ſogar in ſeiner tabellariſchen Überſicht Angaben über die Zeit der Anſiedlung einzelner Siedlergruppen geben. Die Darſtellung Czörnigs iſt für die hiſtoriſche Erfaſſung des Slawoniendeutſchtums aus dem Grunde von beſonderem Wert, weil ſie uns den Stand der deutſchen Siedlung knapp vor der Zeit der großen Einwanderungswelle, die in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts einſetzt, wiedergibt. Der Arbeit von Czörnig iſt eine ethnographiſche Karte der öſterreichiſchen Monarchie beigegeben, die auch das Deutſchtum Slawoniens bereits zur Geltung bringt[15].

---

[8] H. Köhl, Die deutſchen Sprachinſeln in Südungarn und Slawonien. Innsbruck 1902.

[9] R. Fr. Kaindl, Geſchichte des Deutſchtums in den Karpathenländern, a. a. O.

[10] Eine Ausnahme bilden einige kleine Abhandlungen über Eſſeg von F. Böſendorfer und einige Angaben über das Kloſterweſen der Ziſterzienſer in Slawonien mit einigen Hinweiſen von Turkovič.

[11] R. Pfeifer-Hochwalden, Die Entwicklung der Landwirtſchaft in Slawonien, Leipzig 1897.

[12] M. Šenoa, Doseljivanje tudinaca u Srijem (Einwanderung der Fremden in Syrmien). In: Rad Jugoslavenske Akademije Znanosti i Umjetnosti, Bd. 201, Agram 1914, S. 1—13.

[13] Fr. W. v. Taube, Hiſtoriſche und geographiſche Beſchreibung des Königreiches Slawonien. 1777.

[14] K. Frhr. v. Czörnig, Ethnographie der öſterreichiſchen Monarchie, Bd. 3, Wien 1857.

[15] Auch ſpätere Sprach- u. Volkstumskarten, die das Gebiet Slawoniens darſtellen, bringen wohl an einzelnen Stellen das Deutſchtum verzeichnet, aber erſt eine von madjariſcher Seite von Jenö Lux

Im Vergleich mit anderen Gebieten des donauſchwäbiſchen Siedlungsraumes zeigt ſich, daß das Deutſchtum Slawoniens und Syrmiens bis zum Weltkrieg über ein recht unbedeutendes Schrifttum verfügte. Beſonders der weſtliche Abſchnitt der deutſchen Volksinſellandſchaft, die eigentliche Berührungszone zwiſchen Deutſchen und Kroaten, wie z. B. die Siedlungen auf der Lößplatte von Diakowar, in der Drauniederung und Ilowaſenke ſind in dieſer Zeit noch faſt gänzlich unbekannt. Nur Teile der benachbarten Schwäbiſchen Türkei, das deutſche Gebiet um Sathmar und im Bakonyerwald ſind zu Beginn des Weltkrieges im deutſchen Schrifttum faſt ebenſowenig vertreten wie die deutſchen Siedlungen Slawoniens.

Trotzdem nun ſchon während des Krieges ſelbſt oder doch bald nach dem Zuſammenbruch der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie in den anderen donauſchwäbiſchen Siedlungsgebieten teilweiſe aus den Kreiſen der Volksgruppe ſelbſt, teils vom Mutterland her, eine intenſive Forſchungsarbeit einſetzt, bleibt das Gebiet Slawonien-Syrmien vorläufig noch abſeits. Nur eine kleine Anzahl von Aufſätzen teils von kirchlich beſtimmten Kreiſen geſchrieben, teils volkspolitiſcher Art, ſetzt die Betrachtungen über das Slawoniendeutſchtum aus der Vorweltkriegszeit fort. Es ſind handſchriftliche Arbeiten zur Geſchichte einzelner evangeliſch-deutſcher Kirchengemeinden, wie z. B. von Bingula, Beſchka (Beška) und Detſch (Deč)[16]. Eine Ausnahme bildet die kirchengeſchichtliche Darſtellung über eine deutſch-katholiſche Gemeinde[17]. Daneben treten nun mehrere Arbeiten, die über deutſche Siedlungen unterrichten, und zwar in der Art von Erlebnisberichten über volkspolitiſche Arbeitsfahrten nach Slawonien und Syrmien. Trotzdem bleiben, wie ſchon H. Rüdiger im Slawonien-Syrmienheft des „Auslanddeutſchen“[18] feſtſtellte, im Verhältnis zu anderen Deutſchtumsgebieten und ihrer ſchrifttumsmäßigen Erfaſſung Slawonien und Syrmien weit im Hintergrund. Die älteſte Arbeit dieſer Reihe iſt ein Aufſatz von A. Lutz über Semlin-Franztal[19]. Ein weiterer Aufſatz von A. Lutz trägt ähnlichen Charakter[20]. Dann der Aufſatz von Wendelin Müller über die Gemeinde India[21], oder ein Aufſatz zum 100jährigen Beſtand derſelben Gemeinde[22]. Im Jahre 1927 hatte H. Rüdiger in einem Aufſatz beſonders die Entwicklung der völkiſchen Bewegung in Slawonien aufzuzeigen verſucht und einen größeren Kreis der reichsdeutſchen Öffentlichkeit auf die Probleme dieſer Deutſchtumslandſchaft aufmerkſam gemacht[23]. Erſt im Jahre 1929 ſetzt dann ähnlich wie in anderen Landſchaften des donauſchwäbiſchen Gebietes auch die wiſſenſchaftliche Erfaſſung der deutſchen Siedlungsgebiete ein, und zwar durch Unterſuchungen, die ſich ſpeziell mit einzelnen Teilgebieten des Slawoniendeutſchtums genauer beſchäftigen. Wie ſchon eingangs erwähnt, iſt ſomit das Deutſchtum Slawoniens am ſpäteſten von allen jungen deutſchen Sied-

---

verfaßte Karte gibt eine genaue, in Punktmethode ausgeführte Darſtellung der Nationalitätenverhältniſſe in jeder ſlawoniſchen Gemeinde auf Grund der Volkszählungsdaten vom Jahre 1900.

Von kroatiſcher Seite liegt eine ethnographiſche Karte, der die Volkszählungsergebniſſe von 1910 nach den offiziellen Veröffentlichungen des Agramer ſtatiſtiſchen Landesamtes zugrunde liegen, bei. (Popis Ziteljestva od 31. XII. 1910 u Kraljevinama Hrvatskoj i Slavoniji. Publikacije Kr. zemaljskoga statistikova ureda u Zagrebu. LXIII.)

[16] J. Schuhmacher, Die Entſtehung der deutſch-evangeliſchen Gemeinde A. B. Bingula (Handſchrift). S. Gretzemacher, Kurze Geſchichte der evangeliſchen Gemeinde Beſ̌ka (Handſchrift). F. R. Klauſer, Aus der Kirchengeſchichte der Filiale Deč. (Handſchrift).

[17] K. Kaufmann, Geſchichte der deutſchen Kirchengemeinde Grgujevci. Zum 100jährigen Jubiläum. Eſſeg 1932.

[18] Beiträge zur Kunde des Deutſchtums in Slawonien-Syrmien, hrsg. von Hermann Rüdiger. Stuttgart 1937.

[19] A. Lutz, Der Ferienaufenthalt Grazer Mittelſchüler in Semlin-Franztal im Jahre 1917. Graz 1918.

[20] A. Lutz, Ein Beſuch in Erneſtin bei Eſſeg (Slawonien, S.H.S.). Zum 60jährigen Beſtehen der Gemeinde. In: Der Auslanddeutſche, 10. Jg. 1927, S. 11—12.

[21] Wendelin Müller, Deutſches Leben in Indjija. In: Der Auslanddeutſche, 15. Jg. 1932, S. 650 und 651.

[22] W. D. E., Hundert Jahre deutſche Beſiedlung Indias. In: Deutſches Volksblatt, Neuſatz am 5. 6. 1927.

[23] H. Rüdiger, Aus den Anfängen der deutſchen Bewegung in Slawonien. In: Der Auslanddeutſche, 10. Jg. 1927, S. 762—765.

lungsgebieten des ſüdöſtlichen Mitteleuropas in dieſer Richtung hin erfaßt worden. Arbeiten, wie die R. Fr. Kaindls und O. Deuerlings, die zeitlich früher liegen, bleiben naturnotwendig noch bei einem rohen Überblick ſtehen. Unter den Unterſuchungen, die jetzt durchgeführt wurden, ſind die geographiſchen Facharbeiten an erſter Stelle zu nennen. Es ſei aber ſchon in dieſem Zuſammenhang feſtgehalten, daß dieſe Facharbeiten meiſt über den Rahmen einer derartigen ſonſtigen Darſtellung hinausgehen und im Sinne der von Walter Kuhn methodiſch durchgearbeiteten Sprach- oder, wie wir heute ſagen, Volksinſelforſchung[24] auch eine Reihe von wertvollen Ergebniſſen in anderen Forſchungsgebieten erbringen.

Schon im Jahre 1931 erſcheint von E. Lendl ein Aufſatz über die deutſchen Siedler im weſtlichen Abſchnitt des ſlawoniendeutſchen Siedlungsgebietes[25]. Ein Jahr früher hatte derſelbe Verfaſſer einen kurzen Aufſatz über die ſudetendeutſchen Koloniſten in Slawonien geſchrieben[26]. In dieſer Arbeit iſt der Verſuch unternommen worden, zwei der deutſchen Einwanderergruppen im weſtlichen Slawonien in ihrem Verhalten gegenüber der fremden Umwelt zu unterſuchen, und zwar die innerlich in der ſüdoſteuropäiſchen Umwelt ſchon verwurzelten ungarländiſchen Deutſchen und die in dieſem Lebensraum fremden Böhmerwäldler und Egerländer. Weitere kleine Beiträge desſelben Verfaſſers geben Aufklärung über einzelne, aus dem Geſamtrahmen des übrigen Slawoniendeutſchtums herausfallende Siedlungen, wie z. B. über Egerländer, Böhmerwäldler und burgenländiſche Siedler[27]. Die gewaltigen Veränderungen, die im Kulturlandſchaftsbild Slawoniens durch die großen Wanderungsbewegungen vor ſich gegangen ſind und eine Auseinanderſetzung zwiſchen zwei verſchiedenartigen Lebensformen, der balkaniſchen und der mitteleuropäiſchen bedeuteten, gibt die kleine Arbeit über die Veränderungen eines ſüdſlawiſchen Dorfes mit mehreren Großfamilienhöfen im Zuge der Einſiedlung durch deutſche Koloniſten wieder[28].

Über ein Teilgebiet des Slawoniendeutſchtums, und zwar das Gebiet der Ilowaſenke, entſtand zur ſelben Zeit als geographiſche Facharbeit eine genaue Beſtandaufnahme. Neben einer landeskundlichen Darſtellung des Lebensraumes der Deutſchen iſt eine genaue Erfaſſung der einzelnen Wellen der deutſchen Anſiedlung verſucht worden, ſo daß für die rund 8000 Deutſchen des weſtlichen Slawoniens, die auf zahlreiche kleine und kleinſte Siedlungen verſtreut leben, eine monographiſche Darſtellung vorliegt[29]. Mit beſonderer Betonung des Beitrages der Deutſchen an der Umgeſtaltung des ſlawoniſchen Kulturlandſchaftsbildes in den letzten Jahrzehnten iſt ſpäter ein im Umfang des behandelten Gebietes etwas ausgeweiteter Aufſatz vom ſelben Verfaſſer erſchienen[30].

Die von Wien aus im weſtlichen Slawonien begonnene geographiſche Erforſchung des Slawoniendeutſchtums wird nun in den folgenden Jahren durch eine Reihe von Arbeiten in anderen Teilen des kroatiſch-ſlawoniſchen Zwiſchenſtromlandes ergänzt und erweitert. Es ſind dies geographiſche Facharbeiten über das Deutſchtum in Syrmien, die ſlawoniſche Drauebene, den Poſcheger Keſſel, das Gebiet um Diakowar und die Saweebene. Es ſind Unterſuchungen, die alle von dem Gedanken ausgehen, möglichſt alle deutſchen Siedlungen zu erfaſſen, ein genaues ſtatiſtiſches Bild des Deutſchtums im Raum zu geben; darüber hinaus aber auch dem Lebensraum und der Eigenart der deutſchen Siedlung eine ausführliche Betrachtung widmen. Mangelte der erſten Arbeit über das weſtliche Slawonien noch manche Kenntnis über vorhandenes Material zur Erfaſſung der Veränderungen im Kulturlandſchaftsbild, ſo etwa die Heranziehung älterer Kartenwerke zum Vergleich mit dem heutigen Bild, ſo iſt dieſer Mangel bei den ſpäteren Arbeiten ſchon weitgehend behoben und auch das ſtatiſtiſche Material im einzelnen beſſer verarbeitet. Eine zuſammenfaſſende Darſtellung aller dieſer Forſchungen ſteht noch aus[31].

---

[24] W. Kuhn, Deutſche Sprachinſelforſchung. Plauen 1934.

[25] E. Lendl, Deutſche Koloniſten in Oberſlawonien. In: Der Auslanddeutſche, 14. Jg. 1931, S. 488 und 489.

[26] E. Lendl, Sudetendeutſche Koloniſten in Slawonien. In: Sudetendeutſche Zeitſchrift für Volkskunde, 3. Jg., Prag 1930, 6. Heft, S. 239ff.

[27] E. Lendl, Eine Egerländer Kolonie in Weſtſlawonien. In: Sudetendeutſche Zeitſchrift für Volkskunde, 5. Jg., Prag 1932, Heft 1, S. 42. — Derſ., Die Böhmerwäldler Kolonie Miljanovac in Weſtſlawonien. In: Sudetendeutſche Zeitſchrift für Volkskunde, 5. Jg. 1932, Heft 5, S. 166. — Derſ., Burgenländer unter den deutſchen Koloniſten Slawoniens. In: Burgenländiſche Heimatblätter, 1. Jg., Eiſenſtadt 1932, S. 91—92.

[28] E. Lendl, Die Wandlung eines ſüdſlawiſchen Zadrugendorfes in ein deutſches Straßendorf. In: Sudetendeutſche Zeitſchrift für Volkskunde, 5. Jg. 1932, Heft 5/6, S. 247ff.

[29] E. Lendl, Das Deutſchtum in der Ilowaſenke. Diſſ., Wien 1931. Derzeit in Gemeinſchaft mit den in Anm. 31 genannten Arbeiten im Druck = Deutſche Schriften für Landes- und Volksforſchung, Heft 9, Verlag Hirzel, Leipzig 1941.

[30] E. Lendl, Die jungen deutſchen Sprachinſeln im weſtlichen Slawonien und in benachbarten Teilen Kroatiens. In: Geographiſcher Jahresbericht aus Öſterreich, Bd. 18, Wien 1936, S. 29—95.

Der im Zuge dieſer Facharbeiten geſammelte Stoff gab den einzelnen Bearbeitern Gelegenheit, auch noch eine Reihe von Detailproblemen des Slawonien- und Syrmiendeutſchtums zu bearbeiten und dadurch die Eigenart gerade dieſer Deutſchtumsgruppe innerhalb der ſüdoſtdeutſchen Volksinſeln herauszuheben. In einer Deutſchtumslandſchaft, in der ein großer Teil der Volksgruppe in ſtarker Zerſtreuung lebt und von der Umvolkung betroffen wurde, war es naheliegend, gerade dieſem Problem beſondere Aufmerkſamkeit zuzuwenden. Die Rolle der einzelnen Siedlungswellen und Siedlungstypen bei der Entſtehung des Slawoniendeutſchtums ſowie die ſtatiſtiſche Beſtandsaufnahme werden erörtert. Auch ſtadtgeographiſche Probleme ſind in einer Unterſuchung bereits angeſchnitten worden und haben uns auf die Eigenart ſtädtiſcher Siedlung in dieſem Raum aufmerkſam gemacht. W. Sattler hat, aufbauend auf ſehr genauen ſtatiſtiſchen Erhebungen im geſamten Bereich Slawoniens, ſoweit er damals der Sawebanſchaft zugezählt wurde, und insbeſondere im Gebiet der Drauebene wertvolles Material zur Umvolkungsfrage, Anteil des Deutſchtums an der Kroatiſierung uſw., geliefert. Er hat auf die Gefahr der Umvolkung in den armen Landarbeiterkolonien und in den zahlreichen deutſchen Einſiedlungen in ſlawiſche Dörfer aufmerkſam gemacht[32]. In einer anderen Arbeit beſpricht er die Ergebniſſe der Bevölkerungszählung von 1931 kritiſch im Hinblick auf das Deutſchtum, und gibt dann eine ſtatiſtiſche Überſicht über das ſlawoniſche Deutſchtum nach dem Stand dieſer Volkszählung[33]. In dieſelbe Reihe gehört auch noch eine dritte Arbeit von Sattler, die ſich mehr mit der Bevölkerungsbewegung und dem biologiſchen Kräfteverhältnis zwiſchen den Deutſchen und ihren Nachbarn beſchäftigt[34]. In der Frage der Umvolkung bringt auch eine Arbeit des ſlawoniendeutſchen Heimatforſchers H. Kühn über das Deutſchtum des Poſcheger Keſſels einen wertvollen Beitrag. Kühn hat aus ſeiner perſönlichen Menſchen- und Landſchaftskenntnis heraus, für alle Orte des Poſcheger Keſſels die Zahl der deutſchſtämmigen Menſchen erfaßt und ſie mit dem Urmaterial der Bevölkerungszählung vom Jahre 1931 verglichen. Er konnte faſt eine Verdoppelung der Deutſchtumszahl für dieſes kleine Gebiet feſtſtellen. Darüber hinaus bringt die Arbeit auch wichtige Daten zur Geſchichte des Poſcheger Keſſels[35].

Weitere Arbeiten, die zur Deutſchtumskunde von einer geographiſchen Facharbeit ausgehen, liegen von H. Haller vor. Haller hat beſonders die beiden ſchwäbiſchen Stammſiedlungsgemeinden auf der oſtſyrmiſchen Lößplatte, Neu-Paſua und Neu-Banowzi (Novi Banovci) unterſucht. Die beiden Siedlungen waren im Bereich der ehemaligen ſlawoniſchen Militärgrenze gelegen und dadurch von der Grenzerverpflichtung und der Großfamilienordnung (Hauskommunion), die in der Grenze geſetzlich feſtgelegt war, betroffen. Haller unterſucht die Auswirkung dieſer ſoziologiſchen Strukturform der Vergangenheit auf die Entwicklung der deutſchen Siedlung und arbeitet beſonders ihre Werte für die Entwicklung der beiden Anſiedlungen heraus[36]. Eine weitere größere Arbeit widmet Haller der Typiſierung der einzelnen Deutſchtumsſiedlungen Syrmiens. Hier verſucht er, die einzelnen Anſiedlungsarten im Lande herauszuarbeiten und ihren Anteil in den verſchiedenen Kleinlandſchaftsräumen (Gebirge, Lößplatte, Saweniederung) feſtzuſtellen. Darüber hinaus iſt in dieſer Unterſuchung auch noch viel Material zur Einwanderungsgeſchichte zuſammengetragen[37]. In knapper Form hat Haller endlich die Einwanderungsgeſchichte des ſyrmiſchen Deutſchtums zuſammengefaßt[38]. Die Bedeutung des ſyrmiſchen Deutſchtums für die Geſtaltung der Kulturlandſchaft hebt derſelbe Verfaſſer endlich in einem von mehreren Bildern begleiteten Kurzaufſatz hervor[39]. Die Auswertung eines gemeinſam mit K. Biſchof zuſammengetragenen Materials zur Stadtgeſchichte und Stadtentwicklung der einzigen mehrheitlich auch heute noch deutſchen Stadt Syrmiens, Ruma, gibt Haller in einer Unterſuchung wieder, in der gewiſſermaßen beiſpielhaft die Wandlung einer donauſchwäbiſchen Großgemeinde bis zur heutigen Stadt und die beſondere Stellung des Deutſchtums hervorgehoben wird[40].

---

[31] Bei den erwähnten geographiſchen Facharbeiten handelt es ſich neben der unter Anm. 29 genannten Arbeit von Lendl um die von H. Haller-Tübingen, W. Sattler-Graz und E. Böhm-Freiburg: H. Haller, Syrmien und ſein Deutſchtum. Ein Beitrag zur Landeskunde einer ſüdoſtdeutſchen Volksinſellandſchaft. Diſſ., Tübingen 1937 (in Druck). — E. Böhm, Das Deutſchtum und ſeine kulturgeographiſche Leiſtung in den vier ſlawoniſchen Bezirken Diakowar, Poſcheg, Neu-Gradiſchka, Brod. Diſſ., Freiburg 1938 (in Druck). — W. Sattler, Die ſlawoniſche Drauniederung als deutſche Volksinſellandſchaft. Diſſ., München 1938 (im Druck: Deutſche Schriften für Landes- und Volksforſchung, Heft 10—12, Verlag Hirzel, Leipzig 1941).

[32] W. Sattler, Umvolkungsvorgänge beim Deutſchtum in Slawonien. In: Südoſtdeutſche Forſchungen, 3. Jg. 1938, S. 525—562.

[33] W. Sattler, Das Deutſchtum in Slawonien (mit einer Karte). In: Auslanddeutſche Volksforſchung, 2. Jg. 1938, S. 72—80.

[34] W. Sattler, Das natürliche Wachstum des ſlawoniſchen Deutſchtums. In: Südoſtdeutſche Forſchungen, 4. Jg. 1939, S. 770—791.

[35] H. Kühn, Das Deutſchtum im Poſcheganer Keſſel. In: Beiträge zur Kunde des Deutſchtums in Slawonien-Syrmien (Sonderdruck aus „Der Auslanddeutſche", 20. Jg. 1937, 4. Heft). Stuttgart 1937, S. 12—24.

Die Reihe dieſer Arbeiten auf geographiſch-ſtatiſtiſcher Grundlage wird noch durch einige kleinere Aufſätze bereichert, die uns A. Lutz ſchenkte. Hier iſt vor allem das kleine Heftchen über die Verwaltungsgliederung des alten Slawonien ſeit der Türkenzeit bis in die jüngſte Gegenwart zu nennen. Das Büchlein iſt mit ſeinen Kartenſkizzen ein wertvolles Hilfsmittel für den Forſcher, der ſich oftmals nur ſchwer in die überaus komplizierte Verwaltungsgeſchichte dieſes Raumes einarbeiten kann[41]. Noch in einer zweiten Arbeit hat Lutz in die Anſiedlungsgeſchichte des Slawoniendeutſchtums hineingeleuchtet und dabei eine der deutſchen adeligen Familien, die bis in die Gegenwart in Slawonien vertreten und auch für die deutſche Anſiedlung nicht unwichtig ſind, geſchildert[42].

Einen ſehr wertvollen Beitrag zur Anſiedlungsgeſchichte des ſlawoniſchen Deutſchtums bringt endlich Hans Kühn in ſeinem, der 150jährigen Anſiedlungsfeier der Gemeinde Joſefsfeld und Poretſch[43] gewidmeten Heimatbüchlein. Der Verfaſſer hat hier über die Schilderung der Anſiedlung der beiden Gemeinden hinaus auch für andere deutſche Gemeinden oder ehemals deutſche Siedlungen im Poſcheger Keſſel wertvolles hiſtoriſches Material zuſammengetragen. Für die beiden Orte Joſefsfeld und Poretſch verfolgt er genau die Geſchichte der einzelnen Familien und gibt eine kurze Schilderung der Mundart, der Sitte und des Brauchtums.

Auch der bekannte Siedlungshiſtoriker des jugoſlawiſchen Deutſchtums, Friedrich Lotz, der ſich um die Anſiedlungsgeſchichte der Batſchka, die Geſchichte donauſchwäbiſcher Städte (u. a. Temeſchwar, Neuſatz) große Verdienſte erworben hat, gibt in einem Aufſatz über die Vergangenheit der Stadt Eſſeg wertvollen Aufſchluß über die erſte deutſche Siedlerſchicht in dieſer Stadt. Art und Aufbau der Bürgerſchaft der Stadt Eſſeg am Beginn des 18. Jahrhunderts wird uns genaueſt auf Grund kroatiſcher Quellen geſchildert[44]. Über die älteſte deutſche Bewohnerſchaft von Eſſeg, ebenſo wie von Peterwardein und Semlin, hatten auch J. Kallbrunner und Fr. Wilhelm in ihren Veröffentlichungen zur Siedlungsgeſchichte der Deutſchen in Südoſteuropa[45] Aufſchluß gegeben.

---

[36] H. Haller, Neu-Paſua und Neu-Banovci. Zwei Schwabenſiedlungen in Syrmien. In: Auslanddeutſche Volksforſchung, 1. Jg. 1937, S. 44—65.

[37] H. Haller, Die Entſtehung der deutſchen Tochterſiedlungen in Syrmien. In: Beiträge zur Kunde des Deutſchtums in Slawonien-Syrmien, a. a. O., S. 36—50.

[38] H. Haller, Die Einwanderung der Deutſchen in Syrmien. In: Volk und Heimat, 2. Jg., Neuſatz 1939.

[39] H. Haller, Vom Deutſchtum in Syrmien. In: Zeitſchrift für Erdkunde, 7. Jg., 1939, Heft 21/22, S. 791—792, 4 Bildtafeln.

[40] H. Haller, Zur Entwicklung der deutſchen Stadt Ruma im Rahmen des Syrmiendeutſchtums. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 3. Jg. 1940, S. 283—314.

[41] A. Lutz, Karten zur Verwaltungsgeſchichte des einſtigen Slawonien (1684—1936). Graz 1937.

[42] A. Lutz. Das ſlawoniſche Haus der Frhr. Hilleprand v. Prandau und die Entſtehungszeit der deutſchen Niederlaſſungen in der Walpacher Herrſchaft. In: Auslanddeutſche Volksforſchung, 2. Bd., 1938, 3. Heft, S. 343ff.

[43] H. Kühn, Die Beſiedlung von Kula und Poreč auf der Kameralherrſchaft Kutjevo mit Einwanderern aus dem Deutſchen Reich in den Jahren 1785—1787. Agram 1936.

Auch in den einzelnen geographiſchen Facharbeiten waren ſchon z. T. Dokumente zur Anſiedlungsgeſchichte mit berückſichtigt worden, ſo ein Anſiedlungsvertrag über die deutſche Gemeinde Hraſtowatz (Hraſtovac) oder Anſiedlerverträge mit den deutſchen Einwanderern in der deutſchen Gemeinde Blagorodowatz (Blagorodovac)[46]. Auch Haller hat in ſeinen Arbeiten ſolche Verträge zum Abdruck gebracht. Ein derartiges Anſiedlungsdokument veröffentlicht nun auch F. Braun in ſeiner kleinen Studie über die drei auf gemeinſame Wurzel zurückgehenden deutſchen Gemeinden Welimirowatz (Velimirovac), Gaſchinzi (Čačinci und Darkowatz (Darcovac)[47]. Auch volkskundliche und mundartkundliche Forſchungen ſind in Slawonien bereits angeſtellt worden, doch liegen erſt wenige Unterſuchungen vor. In den geographiſchen Facharbeiten ſind einzelne Kapitel ſowohl der Mundart als auch im Zuſammenhang damit der ſtammlichen Herkunft der einzelnen deutſchen Siedlergruppen Slawoniens und Syrmiens gewidmet. Auch volkskundliche Kapitel z. B. über Hausformen, Sitte, Brauchtum, Tracht, geiſtige Einſtellung zu den Nachbarvölkern fehlen in keiner Arbeit. Eigene volkskundliche Sonderunterſuchungen liegen allerdings erſt handſchriftlich über zwei bzw. drei Gemeinden vor, ihre Drucklegung iſt in nächſter Zeit zu erwarten[48]. Eine zuſammenfaſſende volkskundliche Einordnung gerade dieſes jüngſten deutſchen Siedlertums mit ſeiner ſtarken ſtammlichen Durchdringung in den Geſamtrahmen des Donauſchwabentums ſteht noch aus oder beſchränkt ſich bisher nur auf wenige Zeilen in der von A. Karaſek verfaßten Weſenskunde über die jungen Sprachinſeln im Oſtraum[49]. Einzelne Bruchſtücke des ſlawoniendeutſchen Liedgutes und einzelne Tanzformen ſind an mehreren Stellen in der Zeitſchrift „Deutſches Volkslied" veröffentlicht worden[50].

Auch die Arbeit von G. Harms über Bevölkerungsſtruktur und Agrarverfaſſung Slawoniens, die in ihrem erſten Teil ein allgemeines Bild der agrarſoziologiſchen Probleme des geſamten Landes gibt, iſt in ihrem zweiten Teil für die Deutſchtumsforſchung von Bedeutung. Harms hat hier mehrere Dorfunterſuchungen durchgeführt und den ganzen Bevölkerungsaufbau und die agrarpolitiſchen Probleme rein deutſcher, aber auch gemiſchtvölkiſcher Gemeinden im Poſcheger Keſſel einander gegenübergeſtellt[51]. Endlich ſind noch zwei biologiſch-hygieniſche Arbeiten zu nennen, die ebenfalls deutſche Dörfer Slawoniens zum Gegenſtand haben, und in einer ausführlichen Dorfunterſuchung Material zuſammentragen[52]. Für einen Teil des Slawoniendeutſchtums hat Lendl eine Einordnung in den Geſamtrahmen der ſüdoſtdeutſchen Volksinſeln zu geben verſucht[53]. Auch ſonſt wurde in mehreren Arbeiten, die allgemein das Sprachinſeldeutſchtum des Südoſtens beſprechen, in den letzten Jahren dieſer jungen Siedlungsbewegung im kroatiſch-ſlawoniſchen Zwiſchenſtromland, wenigſtens in einigen Sätzen gedacht.

---

[44] Fr. Lotz, Aus der deutſchen Vergangenheit der Stadt Oſijek-Eſſeg. In: Volk und Heimat, Neuſatz 1939, Heft 3/4.

[45] J. Kallbrunner und Fr. Wilhelm, Beiträge zur deutſchen Siedlungsgeſchichte in Südoſteuropa. In: Neue Heimatblätter, 1. Jg., Budapeſt 1936, S. 148—153, 287—303.

[46] Siehe E. Lendl, Das Deutſchtum in der Ilowaſenke, a. a. O.

[47] Fr. Braun, Drei deutſche Siedlungen Slawoniens und ihre Beziehungen zur Batſchka. In: Beiträge zur Kunde vom Deutſchtum von Slawonien und Syrmien, a. a. O., S. 24—31.

[48] Ingeborg Kellermann, Joſefsdorf (Joſipovac). Lebensbild eines deutſchen Dorfes in Slawonien. Diſſ., Berlin 1940, im Druck. Adalbert Pißler, Deutſche Siedlungen in Syrmien. Ein Beitrag zur Volkskunde der Donauſchwaben auf ſiedlungsgeſchichtlicher Grundlage. Unter beſonderer Berückſichtigung es Deutſchtums in Sotting bei Wukowar und Neudorf bei Winkowzi. Diſſ., Leipzig 1941 (im Druck: Deutſche Schriften für Landes- und Volksforſchung, Heft 14—15, Verlag Hirzel, Leipzig 1941.)

[49] A. Karaſek, Die jungen Sprachinſeln im Oſtraum. In: Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena 1937, S. 511.

[50] Das deutſche Volkslied, Zeitſchrift des Deutſchen Volksgeſangvereines, Wien, 31. Jg., 1929, 7. Heft, S. 105ff., u. 32. Jg., 1930, S. 114ff.

[51] G. Harms, Bevölkerungsſtruktur und Agrarverfaſſung Slawoniens. Im beſonderen der wirtſchaftliche und ſoziale Aufbau einiger Dörfer im Poſcheger Keſſel. Diſſ., Roſtock 1937 (im Druck: Deutſche Schriften für Landes- und Volksforſchung, Heft 13, Verlag Hirzel, Leipzig 1941.)

[52] Karl Woernle, Unterſuchungen über die Lebensbedingungen und den Geſundheitszuſtand der deutſchſprachigen Bevölkerung eines Dorfes in Jugoſlawien. In: Archiv für Bevölkerungswiſſenſchaft und Bevölkerungspolitik, 7. Jg. 1937, S. 200—209. — Günter Ihlenfeldt, Ärztlich-Hygieniſche Beobachtungen in deutſchen Siedlungen Slawoniens. In: Auslanddeutſche Volksforſchung, 1. Jg. 1937, S. 113—130.

Vergleichen wir den Stand der wiſſenſchaftlichen Erforſchung deutſcher Volksinſellandſchaften im ſüdöſtlichen Mitteleuropa untereinander, ſo zeigt ſich, daß verſtändlicherweiſe der Forſchungsſtand ein ſehr ungleichmäßiger iſt. Das mittelalterliche Deutſchtum der beiden Volksinſellandſchaften Zips und Siebenbürgen zeigt ein ſehr ausgedehntes Schrifttum, die neuzeitlichen Volksinſeln hingegen ſind durch eine geringere Zahl von Unterſuchungen vertreten. Während aber moderne volksinſelkundliche Unterſuchungen bei den neuzeitlichen Siedlungsgebieten eine umfaſſende Darſtellung einzelner Landſchaften bereits möglich gemacht haben, fehlen uns gerade ſolche neuzeitliche Arbeiten von einigen im einzelnen beſſer erforſchten mittelalterlichen Volksinſeln. — Das Slawonien- und Syrmiendeutſchtum iſt heute, obwohl erſt vor kaum 10 Jahren von der wiſſenſchaftlichen Forſchung erfaßt, jedenfalls zu den deutſchen Volksinſelgebieten zu zählen, die im Vergleich mit anderen Räumen als gut erforſcht gelten können. Es iſt zu hoffen, daß auch eine Geſamtbetrachtung dieſes Raumes, dem die allgemeine ſprachinſelkundliche Forſchung ſchon manche Erkenntniſſe allgemeiner Art verdankt, bald zuſtande kommt.

---

[53] E. Lendl, Die Stellung des Slawoniendeutſchtums unter den ſüdoſtdeutſchen Volksinſeln. In: Beiträge zur Kunde vom Deutſchtum in Slawonien und Syrmien, a. a. O., S. 6—11.

Neues Schrifttum

Die Dichtung der außendeutſchen Volksgruppen

Der Antrieb, ſich mehr als bisher mit der Dichtung der deutſchen Volksgruppen im Ausland zu beſchäftigen, kam nicht von literariſcher Seite; er ging aus von dem Volkserlebnis, das nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges bei den Binnendeutſchen einſetzte: all die vielen Deutſchen, die vom deutſchen Staat getrennt wurden, all die vielen Deutſchen, die ſchon immer außerhalb ſeiner Grenzen gelebt hatten, hörten darum doch nicht auf, Deutſche, hörten nicht auf, Glieder des deutſchen Volkes zu ſein. Das Volk iſt das Primäre, nicht der Staat. Aus dieſem Erlebnis kam der große Aufſchwung der Arbeiten, die ſich mit der Kunde vom Volksdeutſchtum befaſſen. Die Arbeitsbewegung, die damit ausgelöſt war, wandte ſich allen Lebensgebieten der Deutſchen im Ausland zu, auch ihrer Dichtung.

Dieſe Studien laſſen ſich am beſten unter dem Begriff der Volkstumskunde zuſammenfaſſen[1]. Ähnliches ſchwebt Antonia Wolpert vor, wenn ſie ihre Studie „Das ſiebenbürgiſch-ſächſiſche Volk im Spiegel ſeines Schrifttums" nicht in der Abteilung für Literaturgeſchichte, ſondern in der Abteilung für Volkslehre und Geſellſchaftskunde der Schriftenreihe erſcheinen läßt[2].

Auch darin hat die Verfaſſerin recht: eine Arbeit über die Literatur einer Volksgruppe ſetzt eine gewiſſe Kenntnis der Volksgruppe ſelbſt voraus. Daher hat ſie ſich zunächſt mit dem ſiebenbürgiſch-ſächſiſchen Volksſtamme als dem Träger dieſer Dichtung und mit den Vorausſetzungen ſeiner Entwicklung bekanntgemacht. Sehr richtig. Ob es aber auch nötig war, dies zu veröffentlichen (es iſt ein umfangreiches Einleitungskapitel von 60 Seiten geworden), iſt eine andere Frage; man muß nicht alle Vorarbeiten drucken laſſen.

Manche Formulierung iſt der Verfaſſerin nicht übel gelungen. Dazwiſchen aber ſtößt man auf Merkwürdiges und ſtutzt; auf Seite 10 z. B. ſteht zu leſen: „1846 kamen, unterſtützt vom ſächſiſchen Landwirtſchaftsverein, etwa 2000 Schwaben herein .... dieſe ſind aber, im Gegenſatz zu den ‚Banater Schwaben', faſt völlig unter den Sachſen aufgegangen; was ſie noch hier und dort von den alteingeſeſſenen Sachſen unterſcheidet, iſt die Konfeſſion, da viele dieſer Schwaben ... ihren katholiſchen Glauben beibehalten haben." Demnach gäbe es alſo noch heute in Siebenbürgen Nachkommen der Einwanderer von 1846, die ſich dem Stamme nach als Schwaben, der Konfeſſion nach als Katholiken behauptet haben. — Für dieſe Auffaſſung beruft ſich die Verfaſſerin auf Quelle Nr. 31, das iſt: auf die kleine Sachſengeſchichte von Friedrich Teutſch[3]. Dort ſteht aber etwas ganz anderes: „Mit der Berufung ſchwäbiſcher Koloniſten hatte er (der Landwirtſchaftsverein) weniger Glück ... Es ſind im ganzen 1886 Köpfe hereingekommen, wenige Familien haben ſich erhalten." Das heißt: viele der Einwanderer haben ſich wieder verflüchtigt; nur wenige Familien ſind bodenſtändig geblieben. Dieſe aber ſind, das ſagt Teutſch allerdings nicht ausdrücklich, unter den Sachſen aufgegangen. Im dritten Band der großen Sachſengeſchichte hätte die Verfaſſerin etwas mehr über dieſen Koloniſationsverſuch finden können; aber ſie benutzt von der großen Sachſengeſchichte nur den erſten Band; die drei weiteren Bände ignoriert ſie und begnügt ſich da mit der kleineren populären Sachſengeſchichte[3a].

---

[1] Gottfried Fittbogen, Die wiſſenſchaftlichen Aufgaben der Kunde vom Auslanddeutſchtum. In: Mitteilungen der Deutſchen Akademie 1933, S. 133—171. — Der Begriff geht der Sache nach auf Herder, den Propheten des Volkstums, zurück.

[2] Berlin 1940. Verlag Junker und Dünnhaupt. 164 S. = Neue Deutſche Forſchungen, Bd. 277.

[3] Friedrich Teutſch, Die Siebenbürger Sachſen in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1916, S. 197; in der 2. Auflage (Hermannſtadt 1924), S. 194.

Alſo mit dieſen reinen Schwaben im heutigen Siebenbürgen iſt es nichts. Und wo kommen die Katholiken der Verfaſſerin her? — Sie beruhen auf einer Verwechſlung der württembergiſchen Schwaben mit den Schwaben des Donautieflandes. Stephan Ludwig Roth nämlich (er war der Führer der Schwabeneinwanderung von 1846), hielt die württembergiſchen Landwirte auch deswegen für die Überſiedlung nach Siebenbürgen geeignet, weil ſie evangeliſch waren; es dürfte damals kein Katholik unter den Einwanderern geweſen ſein. Die „Donauſchwaben" aber ſind (mit wenigen Ausnahmen) katholiſch.

Die Donauſchwaben machen der Verfaſſerin auch ſonſt Schwierigkeiten. Sie führt ihren Namen auf die deutſchländiſchen Schwaben zurück, die ſich im Banat am kräftigſten durchgeſetzt und den übrigen Einwanderern ihren Stempel aufgedrückt hätten. Sie beruft ſich dafür auf „Quelle 101"; das iſt der Sammelband von hundert Aufſätzen, den das ſiebenbürgiſch-deutſche Tageblatt zur Sechzigjahrfeier ſeines Beſtehens herausgegeben hat[4]. Ein derartiger Wiederabdruck von Zeitungsaufſätzen hat ſeinen guten Sinn — aber ſeit wann ſind Zeitungsartikel Autorität für wiſſenſchaftliche Fragen? — Der hier angeführte Artikel ſtammt allerdings von Adam Müller-Guttenbrunn[5], aber er iſt bereits im Jahr 1886 geſchrieben, in einer Zeit alſo, als die Erforſchung der Herkunft und der Geſchichte der Banater Schwaben noch nicht begonnen hatte. Inzwiſchen hat ſich ergeben, daß die Banater Schwaben wie die übrigen Schwaben Ungarns deswegen ihren Namen führen, weil „Schwabe" damals in Südoſteuropa der Sammelname für alle Deutſchen, ohne Anſehen ihrer Stammeszugehörigkeit, war. Von der halben Million in Rumpfungarn z. B. ſind nach den Unterſuchungen des Mundartenforſchers Heinrich Schmidt nur 5000, ſage und ſchreibe: fünftauſend, Nachkommen von Stammesſchwaben; ſie machen „nicht einmal eins vom Hundert des ungarländiſchen Deutſchtums aus"[6]. Allerdings wird die Verfaſſerin ſagen: dann führen die ungarländiſchen Schwaben ja einen „falſchen" Namen, wie ſie auch meint, den Siebenbürger Sachſen ſei ihr Name „fälſchlich" beigelegt (Seite 30, Anm. 7). Als ob der eigentümlichen Entwicklung gegenüber, die manche Stammes- und Volksnamen durchgemacht haben, die Begriffe „falſch" und „richtig" irgendwie zu gebrauchen wären! — Doch kehren wir zurück.

Auf Seite 65 kommt die Verfaſſerin endlich zu ihrem Thema und wendet ſich der Dichtung zu. Wiederum betont ſie ihre grundſätzliche Stellung: „Die Abſicht unſerer Darlegungen iſt keine literaturgeſchichtliche, ſondern eine volkscharakterologiſche, denn wir wollen vorwiegend auf die Heraushebung großer durchgehender Züge abzielen, unter Ausſchluß des nicht Typiſchen." Neu iſt dabei das Wort: unter Ausſchluß des nicht Typiſchen. Die Verfaſſerin gibt damit ihre Methode an: ſie wird die Dichtung, die das Material für ihre Unterſuchung iſt, nicht in ihrer Geſamtheit benutzen, ſondern mit Auswahl: alles, was vom Typus abweicht, wird ausgeſchloſſen.

Die Anwendung dieſes Auswahlprinzips hat natürlich bedeutſame Folgen. Ausgeſchloſſen werden von der Unterſuchung die Werke der Dichter, die keine reinen Sachſen ſind, z. B. Dichtungen von Egon Hajek, der nur mütterlicherſeits Sachſe iſt[7]. Aber vor Heinrich Zillich, der gleichfalls nur mütterlicherſeits Sachſe iſt (im einzelnen liegen die Dinge etwas anders), macht ihr Kehrbeſen halt; ſeine Schriften würdigt ſie — ohne irgendeinen Vorbehalt — einer eingehenden Behandlung. Dabei ſpielt das Problem des Sachſen, der kein hundertprozentiger Sachſe iſt, in einem der Romane, die ſie behandelt, eine wichtige Rolle: in der „Stadt im Oſten“ von Adolf Meſchendörfer ſcheitert der Held des Romans letzten Endes daran, daß er nicht voller Sachſe iſt. (Harald Hofers Mutter iſt Sächſin, ſein Vater iſt aus Wien zugewandert.) Dieſer Umſtand macht es ihm ſchwer, zu Anſehen unter den Sachſen zu kommen und die äußere Poſition zu erringen, nach der ſein Ehrgeiz ſtrebt; und mehr als das: dieſer Umſtand beſtimmt auch ſein inneres Weſen; er iſt tatſächlich ein anderer als die anderen Sachſen; ſie, die Nachkommen von Koloniſten, ſind auch heute noch ihrem Weſen nach Koloniſten, feſt und zäh, gleichgültig gegen den Schmuck des Lebens; er iſt weicher und hat mehr Sinn für äſthetiſche Kultur.

[3a] Über den Koloniſations-Verſuch insbeſondere, Roths bekannteſtes Unternehmen, unterrichtet die Stephan-Ludwig-Roth-Literatur; vgl. zuletzt die Roth-Aufſätze von Gottfried Fittbogen, Südoſtdeutſche Forſchungen, 1938, S. 791ff.; 1939, S. 747ff.; 1940, Heft. 2.

[4] Aus 6 Jahrzehnten. Hundert Aufſätze aus den ſechzig erſten Jahrgängen des Siebenbürgiſch-Deutſchen Tageblattes. Hermannſtadt 1935.

[5] Die deutſche Kolonie im Banat.

[6] Das Deutſchtum in Rumpfungarn. Herausgegeben von Jakob Bleyer. Budapeſt 1928. S. 26 bis 29.

[7] Die Titel ſeiner Schriften werden angegeben, aber nur bis zum Jahre 1929; die ſpäteren fehlen, ſo die Sammlung ſeiner religiöſen Dichtungen „Leuchter von oben" (Wien 1934); von ſeinen beiden Reformationsromanen (1938 und 1940) war allerdings der zweite noch nicht erſchienen.

Dieſen Geſichtspunkt des Romans hat ſich die Verfaſſerin, um das hier gleich zu erwähnen, für ihre Würdigung des Volkscharakters entgehen laſſen. Sie ſpricht nur vom ſächſiſchen Bauern (S. 87—126), ſie wirft aber nicht die Frage auf, welche Züge dies Bauerntum dem Umſtand verdankt, daß es als Koloniſtentum entſtanden iſt, wieweit dieſe Bauern auch heute noch „Koloniſten“ ſind. Und auch beim ſächſiſchen Städter (S. 126—152) wäre nach dem Einſchlag des Koloniſtentums zu fragen.

Auch ein Sachſe, gegen den biologiſch nichts einzuwenden iſt, verfällt der Zenſur, wenn er vom Üblichen abweicht; ſo Emil Witting. Seine Romane, ſagt die Verfaſſerin (Seite 95), haben wenig Sächſiſches an ſich; insbeſondere ſind „die Gegenſtände ſeiner Dichtungen losgelöſt vom ſächſiſchen Leben; denn es ſind die Berge, die Wälder, die Tiere, vor allem aber das rumäniſche Hirtenvolk“. Nächſtens werden wir hören, Freiligraths „Wüſtenritt“ ſei undeutſch, weil der Vorgang des Gedichtes im fernen Land ſpielt und weil Giraffen und Löwen keine reichsdeutſchen Haustiere ſind. Emil Witting aber iſt durchaus nicht der erſte Sachſe, der Nichtſachſen darſtellt; auch ſchon vor ihm haben andere Sachſen ein offenes Auge für die charakteriſtiſchen Eigenheiten der mitwohnenden Völker gehabt. Die Fähigkeit zu gegenſeitiger Toleranz iſt durchaus ein ſiebenbürgiſcher Zug. In Wittings „Hirtenfeuer“ ſpielen nun freilich die rumäniſchen Hirten die Hauptrolle. Aber auch ſo bleibt das Leben und Treiben dieſer rumäniſchen Hirten ein Teil des ſächſiſchen Lebens; denn es ſpielt ſich ja auf ſächſiſchem Grund und Boden ab. Die Berge, die Wälder, die Tiere, das rumäniſche Hirtenvolk, von denen hier die Rede iſt, leben ja in den großen Waldungen, die Eigentum des ſächſiſchen Volkes ſind. Witting, der letzte Forſtmeiſter, hat jahrelang in dieſem Revier gelebt; alles, was darin lebt, iſt ſein innerſter Beſitz geworden. Und es ſollte unſächſiſch ſein, wenn er nun hingeht und als Schriftſteller dieſe Dinge aus ſich herausſetzt und zu greifbaren Geſtalten objektiviert?!

Wird alles Einmalige, alles vom Schema Abweichende ausgefegt, ſo wird für die ſiebenbürgiſch-ſächſiſche Dichtung eine Eintönigkeit proklamiert, die denn doch zum Glück nicht vorhanden iſt.

Die Verfaſſerin hat alſo angekündigt, daß ſie von ihrer Betrachtung alle die ſächſiſchen Dichtungen ausſchließt, die nicht typiſch ſind. Außerdem aber hat ſie (und darauf muß ausdrücklich aufmerkſam gemacht werden) noch andere Teile der ſächſiſchen Dichtung ſtillſchweigend unter den Tiſch fallen laſſen: nämlich die geſamte Dichtung bis zum Weltkrieg. Sie beſchränkt ſich alſo auf die Dichtung der Gegenwart; aber auch von dieſer hat ſie einen erheblichen Teil ausgeſchloſſen: die Mundartdichtung. Kann man, wenn man das ſchöngeiſtige Schrifttum benutzt, um aus ihm den Volkscharakter kennenzulernen, — kann man da die mundartliche Dichtung, die dem Volk am nächſten ſteht, außer acht laſſen?

Die Verfaſſerin legt alſo nur einen kleinen Teil der ſächſiſchen Dichtung ihrer Studie zugrunde: die ſchriftdeutſche Dichtung ſeit dem Weltkriege unter Ausſchluß des Nichttypiſchen. Im weſentlichen hält ſie ſich an die 3 Autoren: Meſchendörfer, Wittſtock und Zillich.

Doch, um gerecht zu ſein, der Grund für das Ignorieren der ſächſiſchen Dichtung vor dem Weltkrieg und der Mundartdichtung der Gegenwart liegt zum Teil in ihrer „Quelle 9“. Dieſe hat aus ihrer beſonderen Einſtellung heraus, alſo abſichtlich, die ſächſiſche Dichtung vor dem Weltkrieg und die Mundartdichtung der Nachkriegszeit nicht behandelt, ſondern ſich bewußt auf die hochdeutſche ſächſiſche Dichtung der Gegenwart beſchränkt. Die Verfaſſerin mag daraus den Eindruck gewonnen haben, dieſer Teil der ſächſiſchen Dichtung ſei die ſächſiſche Dichtung[8].

Formell beginnt, um auch hierin gerecht zu ſein, die von der Verfaſſerin behandelte Dichtung ſchon einige Jahre vor dem Weltkrieg, nämlich mit der „literariſchen Revolution“ in Siebenbürgen, die mit dem Erſcheinen von Meſchendörfers Reformzeitſchrift „die Karpathen“ einſetzt. Aber ſachlich bedeutet das nichts, denn die beiden dichteriſchen Erzeugniſſe dieſer wenigen Jahre behandelt ſie nicht. Die epiſche Dichtung dieſer Zeit, Meſchendörfers Erzählung „Leonore“ iſt ein Jugendwerk und daher als nichttypiſch beiſeite gelaſſen (Seite 70/71)[8a], und das lyriſche Produkt dieſer Jahre, die Gedichte von Eduard Schullerus, kennt ſie nicht aus der Originalausgabe[9], ſondern nur aus dem, was ihre „Quelle 18“[10] über ihn ſagt. Sie kennt ſie ſo wenig, daß ſie ihren Verfaſſer mit dem Wiſſenſchaftler und Volkskundler Adolf Schullerus verwechſelt. Zweimal (Seite 111 und 140) gibt ſie dem Lyriker den Vornamen Adolf, und in der Liſte der ſächſiſchen Dichter erſcheint nur Adolf Schullerus. Eduard Schullerus fehlt. Vielleicht hielt ſie ſich grundſätzlich für berechtigt, auf ſeine Bekanntſchaft zu verzichten, denn in ihrer „Quelle 18“ war er ihr als eine ausgeſprochene Dichter- und Lyrikernatur, alſo als eine „Seltenheit unter den Sachſen“ ſignaliſiert; er weicht vom Typus ab, alſo braucht man ihn nicht zu leſen. Dann hätte ſich die Gefährlichkeit ihres Auswahlprinzips an der Verfaſſerin ſelbſt erwieſen.

Endlich noch ein letzter Punkt: Die Verfaſſerin bezeichnet die Dichtung als Schrifttum. Was iſt Schrifttum? Was iſt Literatur? Schrifttum (ebenſo wie Literatur) iſt ein mehrdeutiges Wort und kann daher gefährlich werden. „Schrifttum“ umfaßt alles, was geſchrieben iſt und nachher gedruckt wird; es umfaßt alſo Dichtung und Nichtdichtung. Es beſteht aber ein weſentlicher Unterſchied zwiſchen Dichtung und Nichtdichtung; Dichtung iſt Kunſt. Die Verfaſſerin beachtet das nicht. Schrifttum iſt Schrifttum, und ſie zitiert wiſſenſchaftliches, namentlich volkskundliches „Schrifttum“, das ihr präpariertes Material bequem darbietet, abwechſelnd mit dichteriſchem „Schrifttum“. Das liegt bei ihr alles auf derſelben Ebene. So ſehr alſo zu billigen iſt, daß eine derartige Arbeit unter den Geſichtspunkt der Volkstumskunde geſtellt wird, ſo bleibt der behandelte Gegenſtand doch immer Dichtung und iſt damit etwas anderes als jedes andere „Schrifttum“.

Wir haben bei dieſer Arbeit, einer Erſtlingsarbeit, etwas länger verweilt, weil ſie Gelegenheit gibt zu grundſätzlicher Äußerung. Wir möchten der Verfaſſerin empfehlen, einfach da die Arbeit wieder aufzunehmen, wo ſie ſie hat liegen laſſen. Vielleicht beginnt ſie damit, ſich deutlich zu machen, warum die Schriften von Emil Witting auch da, wo ſie Nichtſächſiſches behandeln, doch gut ſächſiſch ſind. Auf Typiſierung und „Mythenbildung" im modernen Sinne hinzuarbeiten, dürfte übrigens weniger die Aufgabe des Wiſſenſchaftlers als des Dichters ſein.

---

[8] Die Überſicht über die Geſamtentwicklung der ſiebenbürgiſch-ſächſiſchen Dichtung von Karl Kurt Klein, die ihr ſehr nützlich geweſen wäre, iſt der Verfaſſerin unbekannt geblieben: Deutſches Schrifttum in Siebenbürgen. Seine Entwicklung von den älteſten Zeiten bis auf die Gegenwart. In dem Bande „Siebenbürgen“ der Schriftenreihe „Das Deutſchtum im Ausland“, hrsg. von Karl Bell. Dresden 1930. S. 103—170. — Wie Oskar Walter Ciſek unter die ſiebenbürgiſch-ſächſiſchen Schriftſteller geraten iſt, bleibt unerfindlich. Nach Antonia Wolperts „Quelle 9“ wäre er in Bukareſt geboren; er ſei (dies letztere wird nur als Vermutung geäußert) als Rumäne geboren, aber unwiderſtehlich von der Kraft der deutſchen Sprache und Kultur angezogen worden. Nach Kürſchners Deutſchem Literatur-Kalender von 1930 und 1932 iſt er in Bukareſt, nach der Ausgabe von 1934 in Prag geboren; aber dieſe zweite Angabe könnte auf einem bloßen Verſehen der Redaktion beruhen (die Ausgabe von 1939 enthält ſeinen Namen nicht). Er iſt alſo, dürfen wir annehmen, tatſächlich in Bukareſt geboren, aber damit iſt er noch nicht Siebenbürger Sachſe. Seine Schriften zeigen Vertrautheit mit rumäniſchen Verhältniſſen, aber nicht ſpeziell mit den Verhältniſſen Siebenbürgens. Ob er nun gewordener oder geborener Deutſcher iſt, Siebenbürger Sachſe iſt er nicht. — Der Name ſcheint eher auf ſlawiſchen als auf rumäniſchen Einfluß hinzudeuten.

[8a] Der Druckfehler, der ſich in der Titelangabe findet (S. 163): „Leonore. Roman einer nach Siebenbürgen Verſchlagenen“ (Leonore iſt Siebenbürger Sächſin, aber der Mann, der mit ihr einen kleinen Roman hat, wird zu dieſem Zweck nach Siebenbürgen verſchlagen) iſt hoffentlich wirklich nur ein Druckfehler. Oder hat ſich die Verfaſſerin, da es ſich um ein Jugendwerk, alſo um etwas Nichttypiſches handelt, auch hier vom Leſen diſpenſiert?

[9] Aſtern. Geſammelte Dichtung von Eduard Schullerus. Herausgegeben von Adolf Meſchendörfer. Hermannſtadt 1926. Verlag W. Krafft, 210 S. Auch „Quelle 9“ (Wilhelm Schneider) erwähnt Eduard Schullerus nicht.

[10] Karl Kurt Klein, Die deutſche Dichtung Siebenbürgens im Ausgange des 19. und im 20. Jh. 3 Jahrzehnte auslanddeutſcher Literaturgeſchichte. Jena 1925. Seite 96. Berlin 1936.

Wir ſagten ſchon, die Verfaſſerin iſt weitgehend abhängig von ihrer „Quelle 9", das iſt von Wilhelm Schneiders Buch „Die auslanddeutſche Dichtung unſerer Zeit"[11]. Auch dies Buch iſt aus dem Impuls hervorgegangen, den das Volkserlebnis auf die wiſſenſchaftliche Arbeit ausübte.

Er war ſo ſtark, daß er auch einen weſentlich literariſch-äſthetiſch gerichteten Literarhiſtoriker veranlaßte, ſich auf dies Arbeitsgebiet zu begeben: wir müſſen doch einmal nachſehen, was es mit den Deutſchen im Ausland und ihrer Dichtung auf ſich hat; die Zeit verlangt es. So entſtand Schneiders Buch. Es iſt der Ausflug eines Mannes in ein ihm bisher unbekanntes Gebiet; ein Ausflug, auf dem er manches lernt, von dem er aber doch mit dem erleichternden Gefühl zurückkommt, daß dieſe Arbeit nun abſolviert iſt und daß er ſich nun wieder anderen Dingen, die ihm mehr am Herzen liegen, zuwenden kann.

Inzwiſchen ſind aber andere zuſammenfaſſende Arbeiten entſtanden, deren Verfaſſer in den Dingen leben, die ſie behandeln: die Arbeiten von Heinz Kindermann und Karl Kurt Klein. Der eine iſt Reichsdeutſcher, der andere Angehöriger einer außendeutſchen Volksgruppe. Die Frage, ob ein Binnendeutſcher, ob ein Außendeutſcher geeigneter iſt, eine derartige Arbeit zu verfaſſen, iſt grundſätzlich dahin zu beantworten: es gibt hier kein Entweder-Oder; es gibt nur ein Sowohl-Als auch. Der Binnendeutſche wie der Außendeutſche — jeder bringt beſtimmte Vorzüge mit, jeder tritt mit beſonderen Geſichtspunkten an die Arbeit heran. Beide werden ſich aufs beſte ergänzen. Der Montblanc iſt derſelbe, ob man ihn von Norden oder von Süden betrachtet, aber die Anſichten, die ſich von Norden und Süden her ergeben, ſind verſchieden. Erſt beide zuſammen ergeben das volle Bild.

Karl Kurt Klein alſo bringt für ſeine Arbeit[12] als Siebenbürger Sachſe die angeborene Eigenſchaft mit, ſelbſt Angehöriger einer außendeutſchen Volksgruppe zu ſein und von Kindesbeinen an zu wiſſen, unter welchen Geſetzen volksdeutſches Leben ſteht.

Er gibt zum erſtenmal eine Geſamtdarſtellung der Dichtung der außendeutſchen Volksgruppen. Einer derartigen Arbeit gegenüber kann man nicht anders verfahren: man muß ſie als Geſamtleiſtung auf ſich wirken laſſen und ſie von ihren eigenen Vorausſetzungen aus begreifen. Zunächſt kam es darauf an, eine ſolche Arbeit erſt einmal in die Welt zu ſetzen; die Ergänzung, Vertiefung, Vervollkommnung der Darſtellung, kann, wie der Verfaſſer im Vorwort ſagt, ſpäteren Ausgaben und Bearbeitungen vorbehalten bleiben.

Das Buch iſt gerade zur richtigen Zeit, mit dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges, erſchienen. Es ſteht am Ausgang einer in ſich geſchloſſenen Periode.

In drei große Kapitel wird der Stoff gegliedert; ihnen geht eine Einleitung voran, die das zuſammenfaßt, was über das Mittelalter zu ſagen iſt. Danach ergibt ſich folgender Aufbau:

Einleitung: Mittelalter.
1500—1700: Von der Reformation bis zum Beginn der Neuzeit.
1700—1918: Von dem Beginn der Neuzeit bis zum Weltkrieg (erſt nach 1700 treten die jungen deutſchen Volksgruppen ins Leben).
Seit 1918: Vom Weltkrieg bis zur Gegenwart.

Die Gliederung erfolgt alſo nicht nach literariſchen, ſondern nach weltgeſchichtlichen Geſichtspunkten. Erſt die Unterabſchnitte der Darſtellung treten unter literariſche Beleuchtung.

Im Untertitel iſt das Wort „Schrifttum" gebraucht. Wir haben oben auf ſeine Gefährlichkeit hingewieſen. Vielleicht kann es in der zweiten Auflage durch das Wort „Dichtung" erſetzt werden. Gemeint wäre das im Sinne einer Konzentration auf den wirklich dichteriſchen Teil des „Schrifttums".

Heinz Kindermanns Hauptwerk iſt die Sammlung „Rufe über Grenzen.

---

[11] Berlin 1936. Verlag der Weidmannſchen Buchhandlung. 347 S.

[12] Literaturgeſchichte des Deutſchtums im Ausland. Schrifttum und Geiſtesleben der Deutſchen Volksgruppen im Ausland vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Leipzig 1939. Bibliographiſches Inſtitut. 475 S.

Antlitz und Lebensraum der Grenz- und Auslanddeutſchen in ihrer Dichtung“[13]. Sein Verdienſt iſt, die Texte der Dichtungen geſammelt zu haben. Viel Entlegenes iſt darunter. Dabei beſchränkt er ſich nicht nur auf Lyriſches, auch erzählende Dichtung wird aufgenommen; dadurch erhält das Buch mehr Subſtanz. Dramatiſches erſcheint naturgemäß nur vereinzelt. Zwei kleinere Arbeiten ſetzen dieſe Bemühungen fort. Die eine ſammelt Dichtungen aus einer einzelnen Gruppe, nämlich Dichtungen der Deutſchen im bisher polniſchen Oſten[14]; die andere gibt eine zuſammenhängende Darſtellung der Dichtungen, die unter dem Eindruck eines beſtimmten Ereigniſſes entſtanden ſind, nämlich unter dem Eindruck des Weltkrieges[15]. Damit ſind nicht nur die Dichtungen gemeint, die noch während des Weltkrieges entſtanden ſind, ſondern auch die, die erſt ſpäter entſtanden ſind, aber Motive aus dem Weltkrieg geſtalten.

Kindermann legt Wert darauf, wie er ſchon im Untertitel der großen Sammlung betont und in der Einleitung genauer begründet (S. 17—25), außer den außendeutſchen Volksgruppen im engeren Sinne auch die Grenzdeutſchen in den Kreis ſeiner Betrachtungen zu ziehen; das ſind die Deutſchen, die innerhalb des geſchloſſenen deutſchen Sprachgebiets, aber außerhalb der Reichsgrenzen leben; die dem Binnendeutſchen nicht nur durch ihre geographiſche Lage, ſondern auch durch ihre Geſchichte näherſtehen.

Gleichwohl wird man Klein nicht tadeln dürfen, daß er in ſeine Darſtellung nicht auch dieſe Gruppen einbezogen hat. Schon rein arbeitstechniſch war es für ihn das Gegebene, ſich auf die außendeutſchen Volksgruppen zu beſchränken. Wollte er auch die grenzdeutſchen Volksteile mitumfaſſen, würde ſein Buch heute noch nicht in unſeren Händen ſein. Zudem weiſt die Haltung der „Außendeutſchen“ und der „Grenzdeutſchen“ auch innere Unterſchiede auf.

Klein läßt es ſich angelegen ſein, die ſeeliſche Entwicklung der einzelnen deutſchen Volksgruppen, wie ſie ſich in der Dichtung ſpiegelt, zu verfolgen; Kindermann kommt es mehr darauf an, in der Verſchiedenheit doch das eine, das gemeinſame Bekenntnis zum deutſchen Volk, erklingen zu laſſen. Um praktiſch zu ſprechen: Kindermann freut ſich, in Zillichs Kriegsroman „Zwiſchen Grenzen und Zeiten“ einem Siebenbürger Sachſen zu begegnen, der, obwohl er ungariſcher Staatsbürger iſt, nicht bei einem ungariſchen Regiment eintritt, ſondern bei einem deutſchen Regiment Öſterreichs, den Tiroler Kaiſerjägern; er ſtellt nun dar, wie dieſer den Weltkrieg erlebt. Die große Mehrzahl der Siebenbürger Sachſen ging einen anderen Weg; ſie dienten in ungariſchen Regimentern. Wie haben dieſe den Krieg erlebt? — Würde Klein alſo ſpeziell über die Weltkriegsdichtung der Siebenbürger Sachſen zu ſprechen haben, ſo würde er dieſen Dingen nachgehen und zeigen, wie das Kriegserlebnis der Sachſen notwendig ungariſche Färbung annimmt. Er würde alſo etwa für die Zeit des Kampfes ſelbſt die deutſchen Kriegsdichtungen aus Ungarn, die Richard Huß geſammelt hat[16], heranziehen und herauszuarbeiten ſuchen, was für dieſe Deutſchen in ungariſcher Uniform und für das Hinterland typiſch iſt. Dabei würde er auf ein wichtiges Erlebnis der Sachſen ſtoßen. Als ſie zum großen Teil vor dem Einbruch der Rumänen ins eigentliche Ungarn flohen, faßte ihr Biſchof das Erlebnis in die Worte zuſammen: „Die Heimat haben wir verloren, aber wir fanden das Vaterland“; es war die innere Ausſöhnung der Sachſen mit dem ungariſchen Staate. Regine Ziegler hielt das in einem Gedicht feſt[17]. Es war eben ein bedeutſamer Augenblick in der Geſchichte der Siebenbürger Sachſen. — Kindermann kennt das auch, aber es iſt für ſeine Geſamtſchau nebenſächlich. Das Erlebnis blieb Epiſode; er läßt es auf ſich beruhn. Auf der einen Seite die feine Nuancierung, auf der anderen Seite die Herausarbeitung des Hauptmoments — zwei Betrachtungsweiſen, die ſich gegenſeitig ergänzen.

Regional begrenzte Sammlungen behalten neben der zuſammenfaſſenden Sammlung Kindermanns immer ihren Wert; ſie können viel mehr ins einzelne gehen. Als ſolche ſind aus letzter

---

[13] Berlin 1938. Verlag Junge Generation. 1092 S. Die „zweite veränderte Auflage“ (1939, 432 S.) iſt eine „verkürzte Volks- und Schulungsausgabe“; ſie führt denſelben Haupt- aber einen anderen Untertitel: „Rufe über Grenzen. Dichtung und Lebenskampf der Deutſchen im Ausland.“

[14] Du ſtehſt in großer Schar. Junge deutſche Dichtung aus Warthe- und Weichſelgau. Breslau 1939. Verlag Ferdinand Hirt. 80 S.

[15] Die Weltkriegsdichtung der Deutſchen im Ausland. Berlin 1940. Verlag Volk und Reich. 136 S.

[16] Hände weg! Deutſch-ungarländiſche Kriegsgedichte aus dem Weltkrieg 1914—1917. Geſammelt und herausgegeben von Richard Huß. Debreczin 1917.

[17] a. a. O., S. 244.

Zeit zu nennen das buchenländiſche Dichterbuch von Alfred Klug[18] und das Donauſchwäbiſche Dichterbuch von Martha Petri[19]. Martha Petri hat zudem dieſer Sammlung eine wiſſenſchaftliche Arbeit folgen laſſen, die eine Überſicht über die Entwicklung der Dichtung dieſer deutſchen Volksgruppe gibt[20]; eine Miſchung von Beſtandaufnahme und Darſtellung. Eine Eigentümlichkeit dieſer Arbeit, die der Literatur einer Landſchaft gewidmet iſt, iſt, daß ihr der Sinn für die Landſchaft und ihre Beſonderheiten fehlt. Die Literatur dieſer landſchaftlichen Gruppe wird als eine feſte Einheit genommen; es wird aber nicht geſehen, daß ſie in Wirklichkeit wieder aus kleineren Landſchaften beſteht, die jede wieder ihre Beſonderheit haben. Das verſchiedene Tempo z. B., in dem ſich die Dichtung hier entwickelt, geht auf dieſe Beſonderheiten zurück.

Mit der Darſtellung der deutſchen oder vielmehr der „deutſchſprachigen" Mundartdichtung in Amerika, hat Friedrich Schön ſeine „Geſchichte der deutſchen Mundartdichtung" nunmehr beendet[21]. Aus guten Gründen unterſcheidet er zwiſchen einer nur deutſchſprachigen und einer wirklich deutſchen Dichtung; doch könnte die Erörterung hierüber noch tiefer begründet ſein, aus dem Begriff des Volkstums heraus.

Auch volkstümliche Sammlungen mögen hier genannt werden; tragen ſie doch dazu bei, unbekannte und ſchwer zugängliche Dichtungen leicht zugänglich zu machen. So zwei Hefte der Wiesbadener Volksbücher, von denen das eine den Pennſylvaniendeutſchen, das andere den Pfälzern in Südoſteuropa gewidmet iſt[22]. Auch die Ausgabe von Gedichten von Konrad Krez iſt aus dieſem Grunde zu begrüßen[23]. Sein Gedicht „An mein Vaterland" (Kein Baum gehörte mir von Deinen Wäldern ...) iſt allgemein bekannt. Aber wo konnte man bisher andere Gedichte von ihm finden? Allerdings leidet dieſe Auswahl-Ausgabe an einem Mangel, an dem auch eine volkstümliche Ausgabe nicht leiden dürfte; ſie gibt nicht an, welche Gedichte von Krez noch in Europa, welche in Amerika entſtanden ſind. Das aber iſt für das Verſtändnis der Gedichte weſentlich. Darunter leidet die Brauchbarkeit der Ausgabe ſehr. Sehr zu begrüßen iſt ferner eine Ausleſe aus der Banater deutſchen Literatur der Gegenwart, die das Gaukulturamt in Temeswar herausgegeben hat: eine Selbſtdarſtellung des heutigen Schwabentums[24].

Endlich ſei auch eine Arbeit genannt, die zu pädagogiſchen Zwecken entſtanden iſt[25]. Ihr Kern liegt nicht in den Darlegungen des Textes, ſondern in dem Verzeichnis der Leſeproben, das im Anhang mitgeteilt wird. Dieſe 600 Leſeproben, den „inhaltlich weſentlichſten und dichteriſch ſchönſten Werken" der volksdeutſchen Dichter entnommen, ſind das Weſentliche; genau ſo wie bei Vorführung von Lichtbildern die Bilder ſelbſt das Weſentliche ſind und die Worte deſſen, der ſie vorführt nur dienende Stellung haben. Auch hier werden, wie bei

---

[18] Buchenland. Deutſches Dichterbuch. Herausgegeben und eingeleitet von Alfred Klug. Stuttgart 1939. Verlag Eugen Wahl. 278 S.

[19] Wien und Leipzig 1939. Verlag Adolf Luſer. 367 S.

[20] Das Schrifttum der Südoſtſchwaben in ſeiner Entwicklung von den Anfängen bis zur Gegenwart. (Diſſertation) Neu-Werbaß 1940. Buchdruckerei Heinrich Pleeß. 102 S.

[21] Friedrich Schön, die deutſchſprachige Mundartdichtung in Amerika. Leipzig 1939. Kommiſſionsverlag Paul Liſt. 67 S. = Geſchichte der deutſchen Mundartdichtung. 4. Teil.

[22] Wiesbadener Volksbücher. Wiesbaden 1937. Nr. 266: Heinz Kloß, „Ich ſchwetz in der Mutterſchproch". Pfälzer Stimmen in Poeſie und Proſa aus Pennſylvanien. Nr. 267: Ernſt Chriſtmann, „Do ſin aach Pälzer". Aus dem Schrifttum Pfälzer Landsleute in der Batſchka, Banat, in Galizien und im Buchenland, Wolhynien, Rußland. Daneben iſt eine Auswahl aus dieſen beiden Heften zu einem dritten Heft zuſammengeſtellt. Nr. 268: „Pälzer Stimmen in aller Welt. Aus dem Schrifttum Pfälzer Auswanderer im Oſten: der Batſchka, dem Banat, Galizien, dem Buchenland, Wolhynien, Rußland und in Pennſylvanien. Eingeleitet und herausgegeben von Ernſt Chriſtmann und Heinz Kloß.

[23] Konrad Krez, An mein Vaterland. Gedichte des pfälziſchen Freiheitskämpfers und Generals in Amerika. Mit einem Vorwort von Ludwig Finckh. Stuttgart 1938. Verlag Eugen Wahl. 70 S.

[24] Furche im Acker. Eine Auswahl Banater deutſchen Schrifttums der Gegenwart. Temeſchburg 1940. Buchdruckerei H. Anwender und Sohn. 64 S.

[25] Friedrich Wilhelm Gehring, die volksdeutſche Dichtung in unſerer Zeit. Weimar 1939. Verlag Hermann Böhlau. 83 S. Der Verfaſſer iſt Dozent an einer Hochſchule für Lehrerbildung.

Antonia Wolpert, die Szenen der Dichtung naiv mit der empiriſchen Wirklichkeit gleichgeſetzt. Da es ſich hier aber nicht um eine wiſſenſchaftliche Unterſuchung handelt, iſt dagegen nichts einzuwenden. Die dichteriſch erhöhte Reproduktion des Lebens iſt in der Tat ſehr dazu geeignet, im Unterricht verwendet zu werden; ſie zeichnet ſich durch Anſchaulichkeit aus.

Gottfried Fittbogen, Berlin.

Widukinds von Korvei Sachſengeſchichte und die Chronik des Thietmar von Merſeburg in neuer Ausgabe und die letzten Forſchungen über ihren Quellenwert[1]

In ſeinem bekannten Aufſatz „Zur Erforſchung der deutſchen Oſtbewegung", der in dieſer Zeitſchrift zuerſt erſchienen iſt[2], hat Hermann Aubin betont, daß „diejenige Seite der deutſchen Oſtbewegung, welche am früheſten und bislang am gründlichſten wiſſenſchaftliche Behandlung erfahren habe, ohne Zweifel die politiſche Geſchichte iſt" (S. 562 f.). Angeſichts „des Vorranges, den die Staatengeſchichte ſtets eingenommen hat", war es in der Tat begreiflich, daß die politiſche Geſchichtsforſchung ſich früher als andere Diſziplinen der Geſchichte des Oſtens zuwandte und hier vor allem mit der frühmittelalterlichen Zeit einſetzte, in der die Polen und Tſchechen das „aureum saeculum" ihrer Geſchichte erblickten. Die Vorbedingung für eine erfolgreiche Arbeit auf dieſem Gebiet war jedoch die kritiſche Ausgabe der Quellen zur Geſchichte des Oſtens, die teils von den Mitarbeitern der Monumenta Germaniae historica, teils von anderen Forſchern nach dem Muſter der dort üblichen kritiſchen Methode herausgegeben wurden. Ohne dieſe mühſame und mit außerordentlichem Scharfſinn durchgeführte Vorarbeit wäre eine ſichere Entſcheidung über die politiſchen Fragen nicht möglich geweſen. Auch die deutſche Landes- und Volksforſchung des Oſtens hat allen Grund, jener Wiſſenſchaftler zu gedenken, die ihre im Dienſt der Monumenta Germaniae historica erworbene quellenkritiſche Methode auf die Herausgabe der Quellen zur Geſchichte des Oſtens anwandten. Wenn die Schriftleitung ſich entſchloſſen hat, an dieſer Stelle eine Beſprechung der neuen Quellenausgaben zur Geſchichte des Oſtens zu geben, ſo wird das ſicherlich lebhaft begrüßt werden. Ich habe jedenfalls meinerſeits der Aufforderung entſprochen, mit einer Anzeige der neueſten kritiſchen Ausgaben von Widukinds Sachſengeſchichte und von Thietmars Chronik zu beginnen. Allerdings würde es nicht angebracht erſcheinen, hier auf die Einzelheiten der Handſchriften-Filiationen und der Textkritik einzugehen, weil das nicht dem Charakter der Zeitſchrift entſprechen würde. Ich beſchränke mich daher auf jene Ergebniſſe der editoriſchen Tätigkeit, die unſere Kenntniſſe von der Eigenart der beiden Geſchichtsſchreiber weſentlich gefördert haben, und berückſichtige dabei beſonders diejenige Forſchung, die ſich mit dem Inhalt der genannten Geſchichtsquellen beſchäftigt hat, und namentlich ihre neueſten Ergebniſſe, die bei den Ausgaben noch nicht verwertet werden konnten. Die folgerichtige Entſchiedenheit, mit der polniſche Hiſtoriker bis in die Zeit unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges ihre von der deutſchen Auffaſſung verſchiedenen Anſichten über die Nachrichten Widukinds und Thietmars verteidigten und im Auslande verbreiteten, läßt es außerdem wünſchenswert erſcheinen, dieſe letzten Äußerungen nicht ohne Antwort zu laſſen.

Die beiden Geſchichtsſchreiber ſind im Jahre 1935 in den „Scriptores rerum Germanicarum" unter den Titeln erſchienen: „Widukindi monachi Corbeiensis rerum gestarum

---

[1] Die ſpäte Anzeige der neuen Ausgaben an dieſer Stelle erklärt ſich dadurch, daß unſere Zeitſchrift mit dem Beſprechungsteil „Neues Schrifttum" erſt im Jahre 1940 begonnen hat.

[2] I, S. 37—70, 309—331, 562—602.

Saxonicarum libri tres“ und „Thietmari Merseburgensis episcopi chronicon.“ Die deutſche und die polniſche Wiſſenſchaft hat ſich bekanntlich mit dieſen beiden Quellen ſeit langer Zeit kritiſch beſchäftigt und ſich mit ihren Nachrichten auseinandergeſetzt. Noch wenige Jahre vor dem Kriege hat Leon Koczy, einer der tüchtigſten polniſchen Hiſtoriker, feſtgeſtellt: „Ohne dieſe Zeugniſſe und gewiſſe Hilfsquellen wüßten wir über Polen nicht allzu viel, über ſeine Beziehungen zu Deutſchland jedoch faſt nichts“ [3]. Auch die deutſchen Hiſtoriker, die ſämtlich der gleichen Anſicht ſind, werden es daher der Leitung der Monumenta Germaniae historica danken, daß ſie ſich entſchloß, gerade dieſe beiden Werke zuerſt in neuer kritiſcher Auflage vorzulegen, in der Hoffnung, daß andere ihnen folgen werden.

Die hier anzuzeigende Ausgabe des Widukind iſt die fünfte, die in den „Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum“ veröffentlicht wurde. Sie wurde durch die Entdeckung zweier neuer Handſchriften im Jahre 1910 veranlaßt, 1914 von Paul Hirſch begonnen und infolge vieler Behinderungen des Herausgebers erſt im Jahre 1935 unter Oberleitung Robert Holtzmanns durch H.-E. Lohmann zum Abſchluß gebracht. Die handſchriftliche Überlieferung iſt komplizierter als die der Chronik des Thietmar. Eine Originalhandſchrift liegt hier nicht vor. Widukind hat ſeine Darſtellung in drei verſchiedenen Redaktionen abgefaßt: die erſte, den größten Teil des Werkes umfaſſend und bis 958 reichend (bis III, 62), ſchon in den Jahren zwiſchen 957 und 967; die zweite eine Überarbeitung des bis dahin vorliegenden Werkes, in der Widukind die Kapitel 63—69 nachfügte und die er Anfang 968 der jungen 13jährigen Prinzeſſin Mathilde, ſeit 966 Äbtiſſin des Stifts Quedlinburg, mit einer Widmung überſandte; die dritte, die er nach dem Tode Ottos I. vornahm und in der er in den Kapiteln III, 70—76 die Begebenheiten von 968 bis zum 7. Mai 973 ſchilderte. Von den drei Handſchriftenklaſſen, die uns erhalten ſind, enthält die Handſchriftenklaſſe B den älteſten Wortlaut und die Fortſetzungen bis 973, die Handſchriftenklaſſe A nur das Werk bis Kapitel III, 69, umfaßt alſo die Form, die Widukind Anfang 968 der Äbtiſſin Mathilde überſandte; die Handſchriftenklaſſe C enthält wie Handſchriftenklaſſe B die Fortſetzungen bis 973 mit ſpäter zugefügten Kapiteleinteilungen und Kapitelregeſten. Vermutlich wird allen drei Handſchriftenklaſſen ein Exemplar des Kloſters Korvei zugrunde gelegen haben, das als „Widukinds Arbeitsmanuſkript“ zu gelten hat (= Ur-B), in das er zwar manche, aber nicht alle Änderungen eintrug; auch die Originalmanuſkripte der Handſchriftenklaſſen A und C ſind nicht erhalten; für A iſt eine Quedlinburger Handſchrift anzunehmen (= Ur-A), für C eine urſprünglich in Korvei befindliche Handſchrift (= Ur-C).

Dieſe verwickelte Überlieferungsform gilt es ſich klar zu machen, um die Schwierigkeiten der Textdeutung zu verſtehen. Sie werden vermehrt durch die Eigenart des Widukind, daß er verhältnismäßig wenige ſchriftliche Quellen benutzte. Im allgemeinen gründete er ſeine Darſtellung nur auf mündliche Überlieferung, und da er das Gebiet ſeines Kloſters nur ſelten überſchritten zu haben ſcheint, ſo reichte ſein Blick nicht weit. Was ſich in Italien und in Rom abſpielte, war ihm fremd. Dieſe Beſchränkung ſowie ſein ſächſiſcher Standpunkt müſſen bei der Beurteilung der Ereigniſſe, die er berichtet, ſtets beachtet werden. Über das, was ſich jenſeits der Grenzen Sachſens ereignete, iſt er nur höchſt unzureichend unterrichtet; er erfuhr offenbar nur ſehr ſpät von den Ereigniſſen, die ſich in fernen Ländern abſpielten, ſo daß er z. B. in der erſten Redaktion des Werkes weder von der Kaiſerkrönung Ottos I. durch den Papſt noch von den Päpſten dieſer Zeit berichtet. Das gilt aber auch für diejenigen Abſchnitte ſeines Buches, die in dem Zuſammenhang der Oſtforſchung beachtet werden müſſen. Eine gründliche Kritik dieſer Abſchnitte kann ſich niemals auf ſie allein beſchränken. Widukind hat, wie in den letzten Unterſuchungen ſowohl von deutſcher [4] wie von polniſcher [5] Seite betont worden iſt, weder von den Polen noch von den anderen Slawen ſichere Kunde beſeſſen. Ihn intereſſierten die Slawen nur inſofern, als ſie in die ſächſiſche Geſchichte hineinſpielen. Wenn er von dem erſten Polenherzog erzählt und damit die älteſte Nachricht über Polen bringt, die wir beſitzen, ſo tut er es nur, weil er ein lebhaftes Intereſſe an den Aufſtänden des Grafen Wichmann gegen Otto I. beſitzt, aber er hat ſich keine Mühe gegeben, ſich genauer über dieſe Polen zu unterrichten.

---

[3] Thietmar i Widukind, Z powodu nowych wydań kronik obu pizarzy. In: Kwartalnik Hist. Bd. 50, 1936, S. 4.

[4] Vgl. Rob. Holtzmann. In: Wilhelm Wattenbach, Deutſchlands Geſchichtsquellen im Mittelalter. Deutſche Kaiſerzeit. Hrsg. von R. Holtzmann, Bd. 1, H. 1, Berlin 1938, S. 28ff.

[5] Leon Koczy, a. a. O., S. 19f.; Marian Zygmunt Jedlicki, Stosunek prawny Polski do Cesarstwa do r. 1000 (Das Rechtsverhältnis Polens zum Kaiſerreich bis zum Jahre 1000), Poſen 1939, S. 20ff.

Infolgedeſſen iſt es von großer Bedeutung, daß es mit Thietmar in dieſer Beziehung anders ſteht. Bekanntlich benutzt er für die erſten beiden Bücher ſeiner Chronik das Werk Widukinds, und zwar in der bis zum Jahre 973 reichenden Form, allerdings nicht in der üblichen mittelalterlichen Art der getreuen Übernahme des Wortlauts, ſondern in freier Umgeſtaltung, ſo daß die Chronik in dieſen Abſchnitten eher einen Kommentar als eine Abſchrift darſtellt. Das iſt aber gerade für die Geſchichte der älteſten deutſch-polniſchen Beziehungen von beſonderem Wert; denn Thietmar ſtand ganz anders als Widukind im politiſchen Getriebe ſeiner Zeit. Während ſich von höfiſchen Beziehungen des Neu-Korveier Mönches — trotz der Widmung ſeines Werkes an die Prinzeſſin Mathilde — nichts feſtſtellen läßt, war der Merſeburger Biſchof ſchon durch ſeine Familie mit dem Königshaus und einer Reihe deutſcher Dynaſtenfamilien verbunden. Väterlicherſeits ſtammte er aus dem Geſchlecht der Grafen von Walbeck, mütterlicherſeits aus dem der Grafen von Stade. Daher war er ſowohl mit dem Markgrafen von Schweinfurt und den Babenbergern in Öſterreich wie mit den Herzögen von Sachſen und Schwaben, dem Markgrafen von Meißen und den Grafen von Rheinfranken und der Wetterau nahe verwandt. Von ſeinen Brüdern wurde der älteſte mit Namen Heinrich Nachfolger ſeines Vaters Siegfried in der Grafſchaft Walbeck, ſein zweiter Bruder Friedrich Burggraf von Magdeburg, ſeine beiden jüngeren Brüder Siegfried Biſchof von Münſter, Brun Biſchof von Verden. Schon dieſe Liſte der Verwandtſchaften, die ſich noch vermehren läßt, liefert den Beweis, daß Thietmar ganz andere Informationsmöglichkeiten beſaß als Widukind, und wir wiſſen, daß er ſie ausgenutzt hat. Sein Leben bot ihm Gelegenheit genug dazu.

Geboren am 25. Juli 975, alſo zwei Jahre nach dem Tode Ottos des Großen, wurde er anfangs in Quedlinburg, ſeit 987 im Kloſter Berge bei Magdeburg erzogen, d. h. an Orten, an denen ſich gerade in dieſen Jahren der kaiſerliche Hof oft genug aufhielt und verſchiedene wichtige politiſche Akte ſtattfanden; ſeit 990 war er Mitglied des Magdeburger Domkapitels. Im 4. Buch (c. 23—25) hat er in ſehr lebendiger Form ein Abenteuer erzählt, das er im Jahre 994 erlebte, als die Normannen am 23. Juni die Grafſchaft Stade heimgeſucht hatten und es galt, Löſegeld für die in Gefangenſchaft geſchleppten Brüder ſeiner Mutter aufzubringen: er ſollte damals als Geiſel zu den „Piraten“ gehen und entging nur mit knapper Not dem Schickſale, das den Bruder ſeiner Mutter namens Siegfried traf. Dieſes Erlebnis war ſozuſagen der Auftakt für ſein ferneres Leben, das im Zeichen einer ſtarken politiſchen Betätigung ſtand. Seine äußere Laufbahn führte ihn vom Domkanonikat in Magdeburg und der Propſtei Walbeck 1009 zum Biſchofsamt in Merſeburg, deſſen Bistum 968 gegründet, 981 durch Otto II. aufgehoben, 1004 durch Heinrich II. wiederhergeſtellt wurde. Er verdankte dieſe Würde ſeinem Gönner, dem Erzbiſchof Tagino von Magdeburg, und ihm hatte er es auch zu danken, daß er an den kaiſerlichen Hof kam und mit Heinrich II. bekannt wurde. Sein Merſeburger Biſchofsamt brachte ihn ſelbſtverſtändlich auch in Beziehung zu den ſlawiſchen Nachbarvölkern. Thietmar hat an den Feldzügen Heinrichs II. gegen die Polen in den Jahren 1010, 1012, 1017 ſowie an den Friedensverhandlungen mit Boleslaus Chrobry im Jahr 1013 in Merſeburg teilgenommen und hat ſich in dieſen Auseinanderſetzungen ein ganz beſtimmtes Urteil über die erſten Polenherzöge und über das Verhältnis des deutſchen Reiches zu ihnen gebildet: er hielt es mit Otto I., dem rex iustus, und Heinrich II., er tadelt Otto II., den rex iniquus, und auch den im allgemeinen von ihm geprieſenen Otto III., der den Boleslaus Chrobry aus einem „tributarius“ zu einem Herren gemacht habe (V, c. 10, S. 232 f.); er lobt den erſten Polenherzog Miſeko I., den Poloniorum inclitus dux (IV, c. 55, S. 194 f.), lehnt dagegen Boleslaus Chrobry, „unſern Feind“ und „unſeren Verfolger“, mit Entſchiedenheit ab; er bezeichnet ihn als den entarteten Sohn ſeiner Mutter (Dobrawa) (IV, c. 56, S. 196 f.). Trotzdem erkennen auch die polniſchen Hiſtoriker, die Thietmars politiſche Urteile als einſeitig bezeichnen, ſeine große Bedeutung für die Erkenntnis der politiſchen und der allgemeinen ſlawiſchen Geſchichte der Frühzeit an und ſtellen ihn in dieſer Beziehung weit über Widukind und die zeitgenöſſiſchen Annalen[6]. Da er die ſlawiſche Sprache verſtand und als Biſchof von Merſeburg ſeinen Wohnſitz unmittelbar an der ſlawiſchen Grenze hatte, wandte er im Unterſchied von dem rein ſächſiſch eingeſtellten Widukind ſein Intereſſe allem zu, was jenſeits der Grenzen geſchah, und ſo erklärt es ſich, daß er für die Kenntnis der Elbſlawen (Rethra), der Polen, der Böhmen und Ruſſen (Kiew) in dieſer Frühzeit mehr Stoff zuſammengetragen hat als irgendein anderer Chroniſt jener Zeit.

Angeſichts dieſes reichen Inhaltes der Chronik iſt es beſonders wertvoll, daß die Originalhandſchrift ſeiner Chronik noch heute erhalten iſt und dadurch ein deutliches Bild von der Arbeitsweiſe des Verfaſſers ermöglicht wird. Sie iſt von 8 Schreibern nach ſeinem Diktat geſchrieben und von Thietmar ſelbſt durchkorrigiert. Außerdem war er ſelbſt als Schreiber an der Geſtaltung kleinerer Stücke des Textes beteiligt[7]. In der neuen Ausgabe iſt wie in den meiſten früheren die Originalhandſchrift zugrunde gelegt. Seitdem aber Leibniz für ſeine Veröffentlichung des Thietmar zum erſtenmal eine Überarbeitung benützte, die in Korvei im Jahre 1120 vorgenommen wurde und heute in der Kgl. Bibliothek zu Brüſſel aufbewahrt wird, iſt neben der Originalhandſchrift auch dieſe Handſchrift in den Ausgaben benutzt worden. Erſt R. Holtzmann hat jedoch der zweiten Überlieferung eine ſolche Bedeutung beigelegt, daß er ſie in ihrem ganzen Wortlaut neben dem Text der Originalhandſchrift abgedruckt hat. Dadurch gewinnt der Leſer einen guten Überblick über die Verſchiedenheiten der beiden Handſchriften und erhält vor allem einen unmittelbaren Eindruck von dem, was in der Originalhandſchrift fehlt[8]. Es iſt auch ſehr zu begrüßen, daß Holtzmann ſich entſchloß, die von Thietmar in der Originalhandſchrift eigenhändig geſchriebenen Worte und Sätze und die in der Korveier Handſchrift enthaltenen ſachlichen Zuſätze und Erweiterungen durch halbfetten Druck wiederzugeben. Aber der Leſer muß ſich natürlich erſt daran gewöhnen, die Fortſetzung des Textes auf der Rückſeite der Druckſeite zu ſuchen, und der Umfang der Ausgabe iſt auf dieſe Weiſe gegenüber der vorhergehenden, von Friedrich Kurze im Jahre 1889 beſorgten, von 293 auf 631 Seiten vermehrt worden.

Ein großes Verdienſt hat ſich Holtzmann dadurch erworben, daß er die Anſicht des früheren, im übrigen ſehr verdienſtvollen Herausgebers Kurze über die Entſtehungsgeſchichte der Chronik als unrichtig nachwies. Schon früher waren Bedenken gegen dieſe Anſicht geäußert worden[9]. Wie Holtzmann jetzt in einem beſonderen Aufſatz[10] zeigte, hat Thietmar ſein Werk nicht etwa in der Mitte begonnen, „bald da, bald dort ein Stück geſchrieben und dabei oft allen Zuſammenhang unterbrochen", ſondern er begann Buch I—III[11] wahrſcheinlich im Jahre 1012 und ſchloß es im Sommer 1013 in ſeiner erſten Geſtalt ab, er ſchrieb Buch IV und V[12] in der zweiten Hälfte 1013, Buch VI in der erſten Hälfte 1014, die beiden letzten Bücher

---

[6] Vgl. Koczy, a. a. O., S. 13.

[7] Die Originalhandſchrift wird heute in der Sächſiſchen Landesbibliothek in Dresden aufbewahrt und iſt im photographiſchen Fakſimile 1905 in Dresden veröffentlicht worden. Für 15 Blätter, die nicht mehr erhalten ſind, liefert eine in Korvei um 1120 angefertigte Abſchrift einer älteren Korveier Handſchrift, die auch von dem Annalista Saxo in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts benutzt wurde, die nötigen Ergänzungen.

[8] z. B. gleich im Prolog und der Einleitung zum 1. Buch, die in der Originalhandſchrift verlorengegangen ſind, ferner im Buch IV, wo der Schluß von c. 27 und die cc. 28 bis Anfang von c. 38 fehlen (4 Blätter i. g.), in Buch V vom Schluß des c. 15 bis zum Schluß des c. 31 (8 Blätter i. g.), in Buch VI von Anfang des c. 37 bis zum Anfang des c. 39 (1 Bl.), in Buch VII der Schluß des c. 13 und der Schluß des c. 75, in Buch VIII der Schluß von c. 34.

[9] Vgl. W. Wattenbach, Deutſchlands Geſchichtsquellen im Mittelalter, 7. Aufl. I, S. 393.

[10] „Über die Chronik des Thietmar von Merſeburg". In: Neues Archiv für ältere deutſche Geſchichtskunde, Bd. 50, 1935, S. 159—209.

[11] Buch I die Geſchichte Heinrichs I. umfaſſend, Buch II die Geſchichte Ottos I., Buch III die Geſchichte Ottos II.

[12] Buch IV umfaßt die Geſchichte Ottos III., Buch V Heinrichs II. 1. Teil, Buch VI Heinrichs II. 2. Teil.

VII und VIII, die Jahre 1014—1018 umfaſſend, ungefähr gleichzeitig mit den in ihnen erzählten Ereigniſſen, bis er am 1. Dezember 1018 ſtarb. Erſt jetzt, wo wir wiſſen, daß Thietmar ſein Werk folgerichtig aufgebaut und aus guter Kenntnis der Ereigniſſe in ununterbrochener Folge niedergeſchrieben hat — allerdings mit vielen Zuſätzen, die er z. T. an den Rand, z. T. aber auch in Form von Rückblicken an Stellen nachfügte, an die ſie dem Zuſammenhang nach nicht gehören, wodurch das Ganze den Eindruck des Ungeordneten erweckt —, vermögen wir, ihn als Geſchichtsſchreiber richtig zu würdigen: da er als Zeitgenoſſe berichtet, iſt ſeine Chronik eine im allgemeinen durchaus zuverläſſige Geſchichtsquelle, und die Forſchung iſt berechtigt, die Folgerung zu ziehen, daß da, wo Widukind und Thietmar über dieſelben Vorgänge berichten, Thietmar hinſichtlich der Glaubwürdigkeit entſchieden den Vorzug verdient. Das iſt aber auch für die Beurteilung der älteſten Geſchichte der ſlawiſchen Völker des Nordoſtens und für die Geſchichte ihrer Beziehungen zum Deutſchen Reich eine ſehr wichtige Erkenntnis. Gerade für die Entſcheidung über die Fragen, die in den Jahren von 1918/19 bis 1939 zwiſchen der deutſchen und der polniſchen Geſchichtswiſſenſchaft beſonders heftig umſtritten wurden, iſt dieſe Erkenntnis von beſonderer Bedeutung. An dieſer Stelle wird es genügen, das an einigen Fragen zu zeigen, die im Mittelpunkt der letzten Auseinanderſetzungen ſtanden und deshalb von den Herausgebern in den Anmerkungen z. T. nicht mehr berückſichtigt werden konnten.

Eine der heiß umſtrittenſten Fragen von allgemeinerer Bedeutung knüpft an jene Nachricht des Widukind an, in der er den erſten Polenherzog erwähnt, die älteſte Nachricht über die Polen überhaupt. Er bringt ſie in dem Zuſammenhang einer ausführlich erzählten Geſchichte vom jüngeren Grafen Wichmann, einem Neffen Hermann Billungs[13], der ſich zuſammen mit ſeinem Bruder Ekbert ſeit 953 immer wieder gegen Otto I. empörte und ſich ſeit 955 mit den ſlawiſchen und däniſchen Gegnern des Königs verband. In dieſem Zuſammenhange gibt Widukind die von der deutſchen und polniſchen Forſchung oft behandelte Notiz: Graf Wichmann, der von Markgraf Gero „den Barbaren, von denen er ihn empfing, zurückgegeben wurde, ſei von dieſen gern aufgenommen und habe die entfernter wohnenden Barbaren in zahlreichen Treffen zerrieben; den König Miſaka, unter deſſen Herrſchaft die Slawen ſtanden, die ‚Licicaviki‘ genannt werden, beſiegte er zweimal, tötete deſſen Bruder und erpreßte große Beute von ihnen“ (III, c. 66, S. 141). Beſondere Schwierigkeiten machte hier die Erklärung des Namens der „Licicaviki“, der ſonſt nicht zu belegen iſt. Von den neueſten Erklärungen iſt diejenige, die ihn auf die freien Gefolgsmannen des Polenherzogs deuten wollte[14], abgelehnt worden. Sehr umſtritten iſt eine andere, die unter ihm einen pommerſchen Stamm nördlich der unteren Warthe um den Ort Zehden verſtehen will[15]. Von der richtigen Deutung hängt die Entſcheidung darüber ab, ob beim erſten Auftauchen des polniſchen Staates in der Geſchichte deſſen ganzes Gebiet dem deutſchen Reich unterworfen und tributpflichtig gemacht wurde oder nur ein kleiner Teil in dem Oderbogen nördlich der Warthe, eben das Gebiet der „Licicaviki“. Je nachdem man ſich hier entſcheidet, wird auch das Urteil über das ſtaatsrechtliche Verhältnis des deutſchen Reiches zu Polen im frühen Mittelalter ein verſchiedenes ſein. Die polniſchen Hiſtoriker haben ſich zuletzt unter Führung von Zygmunt Wojciechowſki[16] aus naheliegenden politiſchen Gründen für die letztere entſchieden, aber ſie haben ſie in ganz beſtimmter Richtung fortentwickelt. Sie haben aus der „Unterwerfung“

---

[13] Buch III, c. 23ff., 29, 50ff., 55, 59f., 64—69.

[14] v. Heydebrand u. d. Laſa. In: Zſ. f. d. Geſch. Schleſiens, Bd. 61, 1927, S. 247/48.

[15] J. Widajewicz, Licicaviki Widukinda. In: Slavia occidentalis VI, 1927, S. 84—179.

[16] Zygmunt Wojciechowſki, 1. Mieszko I. i powstanie Państwa Polskiego, Toruń 1936. In engliſcher Überſetzung: Mieszko I. and the rise of the Polish state, in: The Baltic Pocket Library, Toruń-Gdynia 1936 (Mieſko I. und die Entſtehung des polniſchen Staates). 2. Polska nad Wislą i Odrą w X. w. (Polen zwiſchen Weichſel und Oder im 10. Jahrhundert), in: Wydawnictwo Instytutu Sląskiego (Schleſiſches Inſtitut), Kattowitz 1939. — Wojciechowſki verſucht hier 1. die Unabhängigkeit Polens vom deutſchen Reich ſchon für die älteſten Zeiten, 2. die Anſprüche des Verſailler Polens auf das ganze zwiſchen Weichſel und Oder liegende Land, alſo für Weſtpreußen und über die Oder hinaus, nachzuweiſen. — Gerhard Labuda, Magdeburg i Poznań, in: Roczniki Hist., Jg. 14, H. 2, 1938. — Jedlicki, a. a. O.

Polens durch Markgraf Gero im Jahre 963 einen „Vertragsſchluß“ zwiſchen dem Deutſchen Reich und Polen gemacht, der dem Polenherzog zugleich freie Hand in dem Odergebiet von der Warthe bis zur Oſtſee gegeben habe. Dieſe Anſicht iſt kurz vor dem Beginn des deutſch-polniſchen Feldzuges noch einmal von Marian Zygmunt Jedlicki dargelegt worden[17], in der Hauptſache eine Wiederholung deſſen, was ſchon Wojciechowſki behauptet hatte, aber mit umfaſſendem gelehrten Apparat. Schon aus dieſem Grunde, und weil das Buch infolge der politiſchen Ereigniſſe in Deutſchland bisher nicht beachtet worden iſt, dürfte es ſich empfehlen, wenigſtens in aller Kürze noch einmal die Frage zu ſtellen, ob infolge dieſer neueſten polniſchen Unterſuchungen eine Änderung der deutſchen Quellendeutung vorgenommen werden muß[18].

Jedlicki ſucht die polniſche Auffaſſung noch einmal damit zu begründen, daß weder bei Widukind noch bei Thietmar von einem Kriegszug Geros gegen den Polenherzog die Rede ſei, ſondern nur von einem zweimaligen Sieg des Grafen Wichmann über ihn, während der Markgraf Gero die Selpuli und Luſizi, aber nicht die Polen unterworfen habe[19]. Er verweiſt ferner darauf, daß Widukind bereits zum Jahre 967 von dem Polenherzog als einem „amicus imperatoris“ ſpricht (III, c. 69, S. 144), und daß auch Thietmar im Jahre 972 hinſichtlich des Miſeko den Ausdruck „imperatori fidelis“ gebrauche (II, c. 29, S. 74f.). Das beſtärkt ihn, wie ſchon vor ihm Wojciechowſki in der Auffaſſung, daß es ſich im Jahre 963 um den Abſchluß eines „Freundſchaftsvertrages“ gehandelt habe. Aber beide polniſche Forſcher beachten nicht, wie Thietmar ſich darüber äußert. Er berichtet ausdrücklich, daß Gero nicht nur die Luſizi und Selpuli, d. h. die Slawen in der ſpäteren Niederlauſitz, ſondern auch „den Miſeko mit der kaiſerlichen Gewalt unterworfen habe“[20]. Außerdem überſehen ſie, daß Gero auch bei dem gleichzeitigen Feldzug des Grafen Wichmann gegen Miſeko ſeine Hand im Spiel gehabt haben muß; denn wie aus der Schilderung Widukinds hervorgeht, hatte Gero den Grafen, der durch ſeine und ſeines Sohnes (Siegfried) Vermittlung 958 vom König wieder zu Gnaden angenommen war[21]), kurz vor 963 zu den „Barbaren“, d. h. den Redariern zurückgeſchickt[22]. Wenn Graf Wichmann daraufhin ſofort die „weiter entfernt wohnenden Barbaren durch häufige Gefechte zerrieb und den König Miſeko zweimal beſiegte“, dann kann dieſer Angriff auf die Polen unmöglich ohne Zuſtimmung Geros geſchehen ſein. Sonſt wäre es unverſtändlich, daß dieſer den hartnäckigen Gegner ſeines Königs gerade in dem Augenblick des Kriegsbeginns zu den Redariern ſandte, die als die erbittertſten Feinde des Reiches galten[23]. Das konnte er nur verantworten, wenn er wußte, daß Wichmann den Feldzug der Redarier gegen die Polen lenken würde. Die kriegeriſchen Unternehmungen des Jahres 963, von denen Widukind und Thietmar berichten, können daher nur als eine einheitliche deutſche Unternehmung aufgefaßt werden: im Nordweſten zog Hermann Billung gegen die Wagrier und die Abodriten, im Norden an der unteren Oder Graf Wichmann zuſammen mit den Redariern gegen die Polen, Markgraf Gero von der mittleren Elbe aus gegen die Slawen in der ſpäteren Niederlauſitz. An allen drei Fronten aber wurden die feindlichen Slawen geſchlagen, unter ihnen auch die Polen. Alles ſpricht daher für eine „Unterwerfung" und nicht für einen „Vertragsſchluß".

---

[17] Siehe oben Anm. 5.

[18] Über die „Licicaviki“-Frage vgl. Erich Randt, Die neue polniſche Geſchichtsforſchung über die politiſchen Beziehungen Weſtpommerns zu Polen im Zeitalter Kaiſer Ottos des Großen, Danzig 1932, S. 34ff. — G. Sappok, Die Anfänge des Biſtums Poſen und die Reihe ſeiner Biſchöfe 968—1498. In: Deutſchland u. d. Oſten, Bd. 6, Leipzig 1937, S. 19f. — H. Ludat, Mieſzkos Tributpflicht bis zur Warthe. In: Dt. Arch. f. Landes- u. Volksforſchung, Jg. 2, Leipzig 1938, S. 380—385. — F. Baethgen, Zur Geſchichte der älteſten deutſch-polniſchen Beziehungen. In: Altpreuß. Forſch., Jg. 13, 1936, S. 1—16.

[19] Widukind III, c. 66, S. 141: (Wichmannus) Misacam regem, cuius potestatis erant Sclavi, qui dicuntur Licicaviki, duabus vicibus superavit fratremque ipsius interfecit, praedam magnam ab eo extorsit. c. 67, S. 141ff.: Eo quoque tempore Gero praeses Sclavos qui dicuntur Lusici potentissime vicit et ad ultimam servitutem coegit. — Thietmar II, c. 14, S. 54f.: Gero Orientalium marchio Lusizi et Selpuli, Miseconem quoque cum sibi subiectis imperiali subdidit dicioni. Heremannus dux Seliburem et Mistui cum suis imperatori tributarios fecit. — Jedlicki, S. 22f., betont mit großem Nachdruck, daß Widukind nichts von einem Kriege Geros mit Miſeko berichte, und überſetzt dementſprechend die Worte „subdidit dicioni“ mit „Unterordnung unter den Kaiſer“, nicht mit „Unterwerfung“.

[20] Siehe vorige Anm. — Für das Folgende verweiſe ich auf Erich Randt, a. a. O., S. 31f.

[21] III, c. 60, S. 136.

[22] III, c. 66, S. 141.

[23] Vgl. die heftigen Kämpfe Ottos I. mit den Redariern in den Jahren 955 und 957, Widukind III, c. 58, S. 136.

Dann aber muß auch die viel umſtrittene Tributzahlung des Polenherzogs „bis zum Warthefluß"[24] anders gedeutet werden, als Wojciechowſki und Jedlicki es tun. Jedlicki hat ſich nochmals wie ſchon früher die größte Mühe gegeben 1. die Tributzahlung nicht als Zeichen einer Abhängigkeit Polens vom deutſchen Reich zu deuten, 2. eine andere einleuchtende Erklärung für ſie zu finden. Er begnügt ſich nicht damit, wie Widajewicz[25] es getan hatte, die Zahlung des Tributs territorial auf das kleine Gebiet der „Licicaviki" zu beſchränken, ſondern er folgt dem Beiſpiel Wojciechowſkis und zieht auch das Land nördlich der Warthe in den Bereich des tributpflichtigen Gebiets. In einem beſonderen Kapitel hat er die Geſchichte aller Völker auf die verſchiedenen Formen der Tributleiſtungen näher durchgeſehen — von den alten Ägyptern, Hethitern, Sumerern, Aſſyrern, Babyloniern, Perſern, Griechen und Römern bis zu den Völkern des frühen Mittelalters (S. 59—119) —, um ſchließlich feſtzuſtellen, daß es ſich bei dem „Bündnisvertrag" von 963 nur um eine Form der Tributzahlung handeln könne: um die Zahlung des Tributs als Entſchädigung für einen Verzicht auf gewiſſe Rechte[26]. Hier glaubt nun Jedlicki annehmen zu dürfen, daß Otto I. damals den Polen gegenüber auf diejenigen Rechte verzichtet habe, die ihm der kaiſerliche Miſſionsanſpruch auf die Miſſion unter den Veletern, d. h. in Weſtpommern, gegeben habe. Damit verſucht Jedlicki die Anſicht Wojciechowſkis zu ſtützen, daß der „Vertrag" des Jahres 963 dem Polenherzog freie Hand in Weſtpommern gegeben habe, alſo nicht nur in dem kleinen Gebiet der „Licicaviki" im Oder-Warthebogen, ſondern auch in den ganzen weſtpommerſchen Landen bis zur Oſtſee. Nur von dieſer Deutung der Ereigniſſe aus kann nach ſeiner Anſicht auch der letzte Angriff des Grafen Wichmann verſtanden werden, den dieſer im Jahre 967 im Bunde mit den viel umſtrittenen „Vuloini", d. h. einem oſtpommerſchen Stamm, gegen Miſeko, den „amicus imperatoris", unternahm. In dem damals errungenen Siege Miſekos über die „Vuloini" ſehen dieſe polniſchen Hiſtoriker die Tatſache der Eroberung Oſtpommerns (Pommerellens, des heutigen Weſtpreußens) durch die Polen[27], ſoweit ſie nicht, wie Widajewicz und Jedlicki (S. 58), dieſes Land bereits im Jahre 963 in polniſchem Beſitz ſein laſſen. Aber dieſe letztere polniſche Theſe iſt ſchon früher von deutſcher Seite ſehr beſtimmt abgelehnt worden. Es genügt, hier noch einmal darauf hinzuweiſen[28], daß von einer Eroberung Oſtpommerns in dieſer Zeit infolge des Mangels an jeder Überlieferung nicht die Rede ſein kann. Die erſten ſicheren Nachrichten für einen polniſchen Beſitz Pommerellens liefern das Dagone-Judex-Fragment aus den Jahren um 990 ſowie die Tatſachen aus der Geſchichte des Preußenmiſſionars Adalbert und die Begründung des Erzbiſtums Gneſen im Jahre 1000, unter deſſen Suffraganbiſtümern ſich das pommerelliſche Biſtum Kolberg befand. Erſt damals iſt Pommerellen für kurze Zeit in polniſchen Beſitz gekommen, nicht aber bereits 963 oder 967. Das iſt auch die Auffaſſung anderer polniſcher Gelehrter wie Pohorecki und Tymieniecki[29], und ſie wird von allen deutſchen Forſchern geteilt[30].

---

[24] Thietmar II, c. 29, S. 74f. [25] Vgl. Anm. 15. [26] Jedlicki, S. 121f.

[27] Vgl. die Karte in: Wojciechowſki, Mieszko I. and the rise of the Polish state, zwiſchen S. 8 u. 9.

[28] Vgl. meine Ausführungen in dem Aufſatz: Die Anfänge des älteſten polniſchen Staates in polniſcher Darſtellung. In: Feſtſchrift Ernſt Heymann, Weimar 1940, S. 83ff.

[29] Pohorecki in: Kwartalnik Hist., Bd. 48, 1934, S. 142; Tymieniecki in: Roczniki Hist., 1936, S. 95—106 und Kwartalnik Hist., Bd. 48, 1934, S. 134—136. — Jedlicki ſelbſt hat übrigens an anderer Stelle einer anderen Auffaſſung Ausdruck gegeben; ich verweiſe hier auf ſeine Ausführungen über die Tributzahlungen ſlawiſcher Länder, die immer von dem betreffenden Geſamtgebiet gezahlt wurden (S. 126).

[30] Vgl. die oben in Anm. 18 genannten Schriften.

Aber das ſeltſamſte iſt ja der „Vertragsſchluß“ ſelbſt. Otto I. ſoll im Jahre 963, unmittelbar nach der Begründung des Erzbiſtums Magdeburg, einen „Vertrag“ mit den damals noch heidniſchen Polen abgeſchloſſen haben, in dem er zugunſten dieſer heidniſchen Polen auf die Miſſion unter den weſtlich der Oder wohnenden Slawen verzichtete und für dieſen Verzicht ſich einen jährlichen Tribut vom Polenherzog ausbedang. Es iſt eigentlich kaum anzunehmen, daß Jedlicki an die Möglichkeit eines ſolchen Vertrages glauben kann. Wenn es überhaupt zu einem „Vertrag“ zwiſchen Otto und Miſeko gekommen iſt, ſo hätte doch wohl die Vermutung nähergelegen, daß es nach dem 966 erfolgten Übertritt Miſekos zum Chriſtentum geſchah, und dazu würde auch die bekannte obenerwähnte Nachricht Widukinds paſſen, der zum Jahre 967 den Miſeko „amicus imperatoris“ nennt. Der äußere Anlaß könnte dann der letzte Angriff des Grafen Wichmann im Bunde mit den Vuloini auf den Polenherzog geweſen ſein[31], weil dieſer Angriff der deutſchen Reichsregierung wie dem Polenherzog wohl den Gedanken eines Bündniſſes der beiden chriſtlichen Völker nahelegen konnte. Eine ſolche Situation lag aber 963 noch nicht vor.

Sind nun die polniſchen Beweisführungen für einen Vertragsſchluß im Jahre 963 und eine ſolche Begründung der Tributzahlung in ſich unmöglich, dann bleibt nichts anderes übrig, als das von Thietmar erwähnte Tributverhältnis doch ſo zu deuten, wie es bisher die deutſche Geſchichtswiſſenſchaft und viele polniſchen Hiſtoriker getan haben, daß nämlich Gero tatſächlich die Polen 963 „der kaiſerlichen Gewalt unterworfen und tributpflichtig gemacht habe“. Jedlicki hat zwar in ſeinem Buch verſucht, dieſes Ergebnis auch noch mit anderen Gründen zu beſtreiten. Aber wenn er andeutet, daß Widukind hier die größere Glaubwürdigkeit beanſpruchen könne, weil er den Ereigniſſen dieſer Jahre als Zeitgenoſſe nähergeſtanden habe als Thietmar[32], ſo darf man ſich demgegenüber daran erinnern, daß der ſpäter lebende Thietmar über die Ereigniſſe ſtets viel beſſer unterrichtet zu ſein pflegt als der Korveier Mönch. Und wenn Jedlicki fernerhin, um die Wirkung von Thietmars Worten: (Gero) „Miseconem quoque cum sibi subiectis imperiali subdidit dicioni“[33] abzuſchwächen, alle Ausdrücke zuſammenſtellt, die ſich auf eine „Unterwerfung“ beziehen[34], um auf Grund dieſer Zuſammenſtellung zu dem Ergebnis zu kommen, daß ſie ſämtlich nur „formelhafter Art ſeien“[35], ſo kann dieſe Feſtſtellung ebenſowenig überzeugen, wie die einzige Stelle, die Jedlicki dafür anführen zu können glaubt, daß es ſich bei der Tributzahlung nicht immer um das Zeichen einer politiſchen Abhängigkeit gehandelt habe, nämlich die Nachricht Widukinds (III, c. 53, S. 132)[36]; denn die an dieſer Stelle genannten Slawen fordern nichts anderes, als was auch den tributzahlenden Dänen, Böhmen u. a. zugeſtanden war: die ſelbſtändige Verwaltung ihres Landes. Daß es ſich aber bei Polen nur um dieſe Form des Abhängigkeitsverhältniſſes handelte, mit dem ſich ein Bündnisverhältnis damals wohl vereinbaren ließ, iſt auch von deutſcher Seite nie beſtritten worden[37]. Es beſteht daher kein Grund, die Worte Thietmars anders zu deuten, als daß damals Polen vom Markgraf Gero unterworfen wurde[38]. Vollends bieten weder Widukind noch Thietmar die Möglichkeit, aus ihren Berichten Rückſchlüſſe auf einen polniſchen Erwerb Pommerellens im Jahre 967 und auf damals erworbene Anſprüche hinſichtlich weſtpommerſchen Gebietes zu ziehen.

---

[31] Vgl. meine ſchon genannten Ausführungen in: Feſtſchrift Ernſt Heymann, S. 88f.

[32] Jedlicki, S. 21f.

[33] II, c. 14, S. 54f.

[34] Jedlicki, S. 103.

[35] Er nennt folgende Ausdrücke: in deditionem accipere, ditioni regiae tradere, ditioni subagere, ditioni subdere, sub imperio redigere, subiugare, servire, servitium imperatoris.

[36] Aderat et legatio barbarorum, tributa socios ex more velle persolvere nuntians, ceterum dominationem regionis velle tenere; hoc pacto pacem velle, alioquin pro libertate armis certare. Otto lehnte das ab, und es kam zu der Schlacht an der Raxa (955).

[37] Jedlicki hat an anderer Stelle (S. 98), wo er die Ausdrücke prüft, mit denen zur karolingiſchen Zeit das Abhängigkeitsverhältnis der ſlawiſchen Fürſten von den fränkiſchen Herrſchern bezeichnet wurde, von den Worten: subigere, subicere, sub dominatione tradere, subdere u. a. geſagt, daß dieſe Ausdrücke „unzweifelhaft die Unterordnung der Slawenländer unter die fränkiſche Oberhoheit bezeugten“. Auch hier vermeidet er die Überſetzung „Unterwerfung“, aber es iſt klar, daß die „Unterordnung“ eine „Unterwerfung“ zur Vorausſetzung hat.

[38] Es bedarf daher nicht des von Ludat in ſeinem oben in Anm. 18 zitierten, gut zuſammenfaſſenden Aufſatz unternommenen Verſuches, nachzuweiſen, daß „der heutige Warthefluß zwiſchen Zantoch und Küſtrin in der frühen Slawenzeit den Namen Netze trug“ (vgl. Ludat, a. a. O., S. 384f.). Widajewicz hat in Kwartalnik Hist. (Jg. 1938, S. 442—448) m. E. mit Recht auf die Nachricht in der Prüfeninger

Noch für eine andere ſehr umſtrittene Frage zur Geſchichte der älteſten Beziehungen zwiſchen Deutſchland und Polen iſt Thietmar die Hauptquelle: für die Begründung des Erzbiſtums Gneſen im Jahre 1000. Kennzeichnend für ihn iſt die deutlich erkennbare Ablehnung des Aktes. Als Magdeburger Domkanoniker und Biſchof einer Stadt in der Nähe der damaligen deutſch-polniſchen Grenze hielt er das Verhalten des von ihm ſonſt bewunderten[39] Ottos III. für unverſtändlich. Hinſichtlich der Gründung des neuen Erzbiſtums äußerte er ſich in der bekannten wenig freundlichen Art und Weiſe und brachte in dieſem Zuſammenhang auch jene viel erörterte Bemerkung über die „antiqua Romanorum consuetudo iam ex parte magna deleta“, die der Kaiſer zu erneuern beſtrebt ſei. Dieſe Bemerkung erhält durch die folgenden Worte ihre Begründung: „Solus ad mensam quasi semicirculus factam loco ceteris eminentiori sedebat“ = er ſaß allein an einer erhöhten Tafel zu Tiſch, die wie ein Halbkreis gemacht war[40]; das war altrömiſch-byzantiſche, keine deutſche Sitte, alſo nach der Anſchauung Thietmars tadelnswert. Aber der faſt unmittelbare Anſchluß der Worte an die vorhergehende Schilderung des Gneſener Aktes geſtattet die Vermutung, daß der Tadel der römiſchen Art des Kaiſers von Thietmar nicht ganz ohne Grund gerade in dieſem Zuſammenhang eingefügt wurde. Denn wir ſehen jetzt klarer als früher, daß der Gneſener Gründungsakt tatſächlich in römiſchen Formen vor ſich ging, d. h. alſo in Formen, die ſich aus jener von Thietmar getadelten Erneuerung der „antiqua Romanorum consuetudo“ durch Otto III. ergaben. Die Vorausſetzung für dieſe Auffaſſung iſt die Anerkennung der Tatſache, daß der Polenherzog damals vom Kaiſer zum „patricius“ ernannt wurde[41]. Früher ſehr umſtritten, iſt die Tatſache jetzt auch von den polniſchen Hiſtorikern anerkannt[42]. Nur lehnen ſie ab: 1. daß der Polenherzog durch die Übertragung dieſer Würde zum kaiſerlichen Statthalter in Polen ernannt wurde[43], 2. daß der Polenherzog nach wie vor dem deutſchen König tributpflichtig blieb, 3. daß der Kaiſer bei dem Akt der allein Handelnde war. Sie betonen vielmehr, daß der Akt auf Antrag des Boleslaus Chrobry von Kaiſer und Papſt, nicht vom Kaiſer allein ausgeführt ſei[44], daß der Polenherzog durch den Akt die volle Souveränität erhalten habe und daß er damals von der Tributpflicht befreit worden ſei[45]. Die Entſcheidung hängt davon ab, ob man zugeben will, daß Otto III. in Gneſen nach anderen politiſchen Geſichtspunkten handelte, als ſie vor ihm üblich waren. Die „Renovatio imperii

---

Vita Ottonis ep. Bambergensis, c. 2 (Mon. Germ. hist. Script. XII, S. 890 f.) aufmerkſam gemacht, in der es heißt, daß Herzog Wratislaus von Pommern den Biſchof „iuxta fluvium Wurtam cum non minus 3000 armatis“ einholte (vgl. auch Jedlicki, S. 45 f., Anm. 5). Ich verweiſe ferner auf die Ausführungen von H. Lüpke in dem Buch: Zantoch, eine Burg im deutſchen Oſten (in: Deutſchland u. d. Oſten, Bd. I, Leipzig 1936, S. 32 f.), daß „Zantoch um 1124 anläßlich der erſten Miſſionsreiſe Ottos von Bamberg als Mittelpunkt eines geordneten polniſchen Verwaltungsbezirks erſcheint, deſſen Kaſtellan Paulicius . . . die Führung der geſamten Expedition Ottos von Bamberg durch die unwegſamen Grenzwälder . . . übertragen erhielt“. Folglich wird die Expedition von Zantoch an der Warthe ausgegangen ſein.

[39] Vgl. z. B. die Klage über Ottos Tod, IV, c. 49, S. 188 f.: Qui (Otto III.) facie clarus ac fide praecipuus 9 kal. febr. Romani corona imperii exivit ab hoc saeculo, suis insuperabilem relinquens merorem, quia tempore eo non fuit ullus largior ac per omnia clemencia illo . . .

[40] IV, c. 47, S. 184 f. Vgl. P. E. Schramm, Kaiſer, Rom und Renovatio I, Leipzig 1929, S. 110 f.

[41] Die Literatur findet ſich in der neuen Ausgabe des Thietmar, S. 183, Anm. 9.

[42] Vgl. meine Ausführungen in dem Aufſatz „Die Anfänge des polniſchen Staates“ in SB.: 1934, S. 996, 998, 1003 ff.; Jedlicki, „Die Anfänge des polniſchen Staates“. Erwiderung in: H. Z. 152, 1935, S. 519—529 (beſ. S. 527); ferner meine Ausführungen in dem Aufſatz „Reichspolitik und Oſtpolitik im frühen Mittelalter“, in: SB. 1935, Nr. XXXII, S. 946—966; in dem Aufſatz „Die politiſche Bedeutung der Mauritius-Verehrung im frühen Mittelalter“, in: SB. 1937, Nr. XXX, S. 279—305; in dem Aufſatz „Kaiſer Otto III. und die ſtaatliche Umgeſtaltung Polens und Ungarns“, in: Abh. 1939, Nr. 1; Jedlicki in der oben erwähnten Schrift von 1939 (c. IV, „Die Gneſener Zuſammenkunft“), S. 139 ff.; beſ. S. 145 f. u. 157 ff.

[43] Jedlicki in H. Z. 152, S. 528, und in der Schrift von 1939, S. 160 f.

[44] Jedlicki, 1939, S. 145—149.

[45] Jedlicki, 1939, S. 163.

Romanorum“, die im April 998 zum erſtenmal als Umſchrift auf einer kaiſerlichen Bulle erſcheint, enthielt ein einheitliches politiſches Programm. Wie in dem Rhythmus des Biſchofs Leo von Vercelli, des vertrauteſten Beraters Ottos III., ſo deutlich wie möglich geſagt wird[46], umfaßte das „Imperium Romanorum“ das ganze chriſtliche Abendland. Kaiſer und Papſt als Häupter der Chriſtenheit ſind die Herrſcher dieſes Reiches; der Kaiſer hat die politiſche Führung, der Papſt die geiſtliche. Beide ſind die Stellvertreter des Apoſtelfürſten auf Erden. Ihm gehört alles Eigentum der römiſchen Kirche, Kaiſer und Papſt verwalten es in ſeinem Namen. Wie das Gebiet des Kirchenſtaates nicht allein Eigentum des Papſtes, ſondern auch des Kaiſers iſt, ſo gehört alles, was dem Apoſtelfürſten durch Traditionsakt übereignet wird, ihm und durch ihn ſeinen beiden Stellvertretern auf Erden[47]. Folglich iſt auch Polen, das um 990 durch den erſten Polenherzog dem Apoſtelfürſten „tradiert“ wurde, apoſtoliſches Eigentum, das von Kaiſer und Papſt verwaltet wird, und da der Kaiſer die politiſche Führung hat, ſo zieht er nach Gneſen und vollzieht dort den Gründungsakt, während der Papſt in Rom bleibt und ſich auf die Akte ſeiner kirchlichen Verwaltung beſchränkt (Verleihung des Palliums an den neuen Erzbiſchof Gaudentius, den Bruder des heiligen Adalbert, und Entſendung von Vertretern zu der vom Kaiſer berufenen Synode in Gneſen)[48]. Wenn Jedlicki ſich um den Nachweis bemüht, daß der Gneſener Akt eine gemeinſame Ehrung von Kaiſer und Papſt geweſen ſei, ſo verſteht ſich das für denjenigen, der die neue und eigenartige Reichsidee des Kreiſes um Otto III. anerkennt, ebenſo von ſelbſt[49] wie die von Jedlicki unter Hinweis auf die Annales Hildesheimenses energiſch betonte Initiative des Polenherzogs[50]. In Polen wird es genau ſo geweſen ſein wie in Ungarn, von deſſen Kirchengründung Thietmar bekanntlich berichtet: Imperatoris (Ottonis III.) gracia et hortatu . . . Waic in regno suimet episcopales cathedras faciens coronam et benedictionem accepit[51]; Plan und Durchführung ſtammten vom Kaiſer, der offizielle Antrag wurde vom Herrſcher des Landes geſtellt, und ihm lag auch die Durchführung der Organiſation ob. Thietmar hat daher die Situation in Gneſen vollkommen richtig beurteilt, wenn er den Kaiſer allein handeln läßt. Otto III. und ſeine Vertrauten haben den Akt veranlaßt und tragen für ihn die Verantwortung vor der Geſchichte.

Aber auch die andere Behauptung der polniſchen Hiſtoriker, daß der Polenherzog durch den Titel des patricius nicht Statthalter des Kaiſers in Polen geworden ſei, ſondern dieſelbe Ehre erhalten habe wie einſt die karolingiſchen Herrſcher ſeit Pippin[52], muß abgelehnt werden. Seitdem wir durch die neuentdeckte Grabſchrift in der Stiftskirche zu Quedlinburg[53] wiſſen, daß Otto III. ſchon 997/98 ſeiner Tante, der Äbtiſſin Mathilde von Quedlinburg, den Titel einer „patricia“ (oder „matricia“) und zugleich die „cura regni“ übertrug[54], haben wir damit den Beweis erhalten, daß der Titel damals in der Tat das Recht der Stellvertretung des Kaiſers in ſich ſchloß[55]. Die Quedlinburger Grabſchrift beweiſt aber auch, daß die Verleihung des patricius-Titels keineswegs, wie die polniſchen Hiſtoriker behaupten[56], den Trägern die volle Souveränität in ihrem Gebiet gab. Ich habe 1939 in dem oben (Anm. 5) genannten Aufſatz die Rechtswirkung des Aktes ſo formuliert: „Der Akt, den Otto mit dem Polenherzog vornahm, änderte an dem Verhältnis der beiden ebenſowenig wie die Ernennung der Äbtiſſin Mathilde zur ‚patricia' an dem Verhältnis zwiſchen ihr und dem Kaiſer. Boleslaus erhielt durch ihn nur das Recht der Stellvertretung des Kaiſers in Polen wie die Mathilde die ‚cura regni' in Sachſen, d. h. für die Zeit der Abweſenheit des Kaiſers, aber mehr nicht. Der Herzog blieb auch fernerhin tributärer Fürſt und Lehnsmann des deutſchen Königs, ebenſo wie Mathilde Äbtiſſin blieb und in demſelben Rechtsverhältnis zum deutſchen König verharrte wie bisher." [57] Thietmar hat deshalb zuviel behauptet, wenn er unter Anſpielung auf den Gneſener Akt [58] jene bekannte, ſchon oben erwähnte Äußerung tat: Deus indulgeat imperatori, quod tributarium faciens dominum ad hoc umquam elevavit . . . Der Polenherzog iſt damals wie geſagt [59] nicht „dominus" im Sinne eines ſouveränen Herrſchers geworden, ſondern er blieb zur Tributzahlung an den deutſchen König verpflichtet. Boleslaus ſelbſt hat im Jahre 1002, als er nach dem Tode Ottos III. die Niederlauſitz und das Bautzener Land (die Oberlauſitz) an ſich riß, den Bewohnern des Landes verſichert: „er habe es im Einverſtändnis mit Herzog Heinrich von Bayern getan, werde ſie in keiner Weiſe ſchädigen und, wenn der Herzog im Beſitz der Königsherrſchaft feſt geworden ſei, in allem deſſen Willen zuſtimmen" [60]. Daraus ergibt ſich, daß der Polenherzog ſelbſt ſein Verhältnis zum deutſchen König auch nach Gneſen als das des Untertanen zum Herrſcher auffaßte, und ſo iſt es ja auch ſpäter wieder geworden, als Konrad II. Miſeko II. unterwarf und dieſer ſich 1033 in Merſeburg unter Verzicht auf die Königswürde „in imperatoriam potestatem . . . humiliter dedit" [61]. Dagegen ſpricht auch nicht, wie Jedlicki in ſeiner Schrift von 1939 behauptet (S. 161 ff.), die Übertragung der heiligen Lanze an Boleslaus; denn wie ich ſchon 1937 [62] feſtgeſtellt hatte, wurde die Lanze bei dieſem Akt nicht wie früher bei den Langobarden und bei ihrem Übergang von Italien nach Deutſchland als Symbol der Herrſchaftsübertragung aufgefaßt, ſondern entſprechend der Bedeutung, die ſie auf römiſchem Boden beſaß, als Ehrenzeichen. Wie das „Diadem", das Otto III. nach dem Bericht der älteſten polniſchen Chronik dem Polenherzog aufs Haupt ſetzte, keine Königskrone war, ſondern der „goldene Reif", den die römiſchen Kaiſer dem neuen „patricius" als ein Abzeichen ſeiner Würde verliehen, ſo war auch die heilige Lanze in dieſem Falle nicht ein Herrſchaftsſymbol, ſondern ein äußeres Zeichen des römiſchen Amtes des „patricius" [63].

---

[46] Vgl. den Druck bei P. E. Schramm, a. a. O. II, S. 64.

[47] Vgl. das Privileg Ottos für die römiſche Kirche vom Januar 1001, Mon. Germ. Dipl. II DO III n. 389.

[48] Vgl. meinen Aufſatz „Die Anfänge des polniſchen Staates“, S. 1005f.

[49] Vgl. auch meine Ausführungen in dem Aufſatz „Zur Entſtehung des ungariſchen Staates“ in: Abh. 1940, Nr. 8, S. 8.

[50] Jedlicki, S. 145f. [51] IV, c. 59, S. 198f. [52] Jedlicki, S. 159f.

[53] Veröffentlicht durch E. Stengel und ſeine Mitarbeiter in: Dt. Arch. f. Geſchichte d. MA., Bd. 3, 1939, S. 361—370.

[54] Vgl. meinen Aufſatz „Kaiſer Otto III. und die ſtaatliche Umgeſtaltung Polens und Ungarns“ in: Abh. 1939, Nr. 1, S. 16ff.

[55] Vgl. den Abſchnitt „Qualiter patricius sit faciendus“ in: „Libellus de cerimoniis aulae imperatoris“, gedr. P. E. Schramm, „Kaiſer, Rom und Renovatio“, Bd. II, S. 103.

[56] Vgl. Jedlicki in ſeiner Schrift von 1939, S. 160ff.

Gleichwohl iſt es begreiflich, daß Thietmar dieſen Akt der Verleihung des Diadems und der heiligen Lanze anders beurteilte als Otto III. und ſeine Berater. Er ſchrieb die Schilderung des Gneſener Aktes in einer Zeit nieder, in der er den Boleslaus bereits von einer anderen Seite kennengelernt hatte als Otto III. Er hatte es miterlebt, daß der Polenherzog noch im Todesjahr Ottos III. in die deutſch-polniſche Grenzmark einfiel und die Nieder- und Oberlauſitz eroberte. Er hatte die Kämpfe Heinrichs II. mit Boleslaus aus nächſter Nähe geſehen, er hatte an den Merſeburger Friedensverhandlungen von 1013 teilgenommen und den für das Reich unglücklichen Frieden von Bautzen am 30. Januar 1018 noch miterlebt [64]. Für alles dieſes Geſchehen mußte er den Gneſener Akt verantwortlich machen. Vielleicht iſt die Übertragung des Diadems und der heiligen Lanze durch den Kaiſer an den Polenherzog auch von Thietmar, wie 100 Jahre ſpäter von dem Gallus Anonymus, als eine Herrſchaftsübertragung aufgefaßt worden. Denn was wußte der Merſeburger Biſchof von der römiſchen „patricius"-Würde? Er hat ja auch die Ernennung der Äbtiſſin Mathilde zur „patricia" nicht erwähnt, obwohl er berichtet, daß der Kaiſer ihr die „cura regni" übertragen habe [65].

---

[57] Vgl. den Aufſatz Kaiſer Otto III. uſw., S. 20.

[58] So auch R. Holtzmann in Anm. 4 zu der hier angezeigten Stelle V, c. 10, S. 232 f.: Deus indulgeat imperatori, quod tributarium faciens dominum ad hoc umquam elevavit, ut, oblita sui genitoris regula, semper sibi praepositos auderet in subiectionem paulatim detrahere . . .

[59] Ich verweiſe auf die Aufſätze: 1. Die Anfänge des poln. Staates, S. 1011 f.; 2. Die politiſche Bedeutung der Mauritius-Verehrung im frühen Mittelalter, S. 298; 3. Kaiſer Otto III. uſw., S. 20 f.

[60] Siehe die in Anm. 58 zitierte Stelle V, c. 10, S. 232 f.

[61] Annales Hildesheimensis zum Jahre 1032, S. 37.

[62] Die politiſche Bedeutung der Mauritius-Verehrung im frühen Mittelalter, S. 291 ff.

[63] Vgl. ebd. S. 296.

[64] VIII, c. 1, S. 492 f. „pax firmata est . . . non ut decuit, sed sicut tunc fieri potuit."

[65] IV, c. 41, S. 178 f.

Dieſe römiſchen Titel- und Amtsbezeichnungen waren ihm nur in ihrer Bedeutung für Rom bekannt[66], aber nicht in ihrer Beziehung auf deutſche oder polniſche Fürſtlichkeiten. Der Gallus Anonymus hat aus dieſen Ehrungen von ſeinem beſchränkten Geſichtskreis aus die Folgerung gezogen, daß Boleslaus damals zum ſelbſtändigen Herrſcher und zum Könige erhoben worden ſei, und wenn Thietmar aus ſeiner beſſeren Kenntnis heraus vorſichtig nur von der Erhebung des Boleslaus zum „dominus“ ſprach, ſo liegt dieſer Äußerung doch die Auffaſſung zugrunde, daß Otto III. dem Herzog über Gebühr zu einer für das deutſche Reich gefährlichen Machtſtellung verholfen habe. Offenbar hat er mit dieſer Auffaſſung keineswegs allein geſtanden. Wie es ſcheint, war auch der Aufſtand der ſächſiſchen Großen im Jahre 1001, von dem Thietmar berichtet[67], durch den Gneſener Akt mit veranlaßt worden; denn Thietmar ſchließt ſeine kurze Notiz über den Aufſtand ebenſo wie den vorhergehenden Bericht über den Aufſtand des Gregors von Tusculum in Rom (c. 48) unmittelbar an ſeine tadelnde Bemerkung über Ottos römiſche Art (c. 47) an, und ſie gewinnt dadurch eine beſondere Note, daß Thietmar die ſächſiſche Verſchwörung der duces et comites „non sine conscientia episcoporum“ erfolgen läßt. Er nennt vorſichtigerweiſe keine Namen, aber es iſt ganz klar, daß unter den Biſchöfen Sachſens niemand ſtärker durch den Gneſener Akt betroffen war als der Erzbiſchof Giſiler von Magdeburg (981—1004); er hat ſicher zu denen gehört, die an dieſem Aufſtand beteiligt waren. Wenn Thietmar ihn nicht bei Namen nennt und ſich überhaupt ſo vorſichtig wie möglich über den Aufſtand äußert, ſo liefert das einen deutlichen Beweis für ſeine kluge und überlegte Art. Als ehemaliger Magdeburger Domkanoniker empfand er den Gneſener Akt als einen ſchweren Schlag für das Reich ſowohl wie insbeſondere für Magdeburg, aber er war ſich auch bewußt, daß er Rückſichten zu nehmen hatte, und deshalb beſchränkte er ſich auf Andeutungen, wo er ſicherlich mehr hätte ſagen können.

Gerade an einem Beiſpiel wie der Schilderung dieſes Gneſener Aktes zeigt ſich der Quellenwert der Thietmarſchen Chronik in beſonderer Deutlichkeit, nicht nur gegenüber den anderen deutſchen Chroniſten, ſondern auch gegenüber den älteſten ſlawiſchen Geſchichtsſchreibern. Vergleicht man den Sachſen Thietmar mit dem unbekannten Verfaſſer der älteſten polniſchen Chronik, ſo ergibt ſich ein großer Unterſchied in der Art der Berichterſtattung und ihrer Zuverläſſigkeit. Thietmar iſt ein ſehr gewiſſenhafter Chroniſt, der die ganze Geſchichte der ſächſiſchen Kaiſer ſchreibt, mit größtem Fleiß alles ſammelnd, was ihm irgendwie bemerkenswert erſcheint, und zwar nicht nur aus dem Bereich des politiſchen Geſchehens, ſondern auch aus dem der religiöſen und kulturellen Zuſtände der von ihm geſchilderten Völker und Länder. Der Verfaſſer der polniſchen Chronik dagegen iſt im Grunde genommen nur an der Perſönlichkeit ſeines Zeitgenoſſen, des Boleslaus III., intereſſiert, die er daher in aller Ausführlichkeit ſchildert. Was er im erſten Buch über die Vorgeſchichte der Polen erzählt, intereſſiert ihn nur nebenbei, und deshalb faßt er ſich ſo kurz wie möglich. Der Vergleich zwiſchen Thietmar und ihm fällt alſo entſchieden zu Ungunſten des polniſchen Chroniſten aus. Und nicht bloß den Gallus Anonymus überragt Thietmar, ſondern auch jenen Biſchof Heinrich, der um dieſelbe Zeit des beginnenden 12. Jahrhunderts in Ungarn die Lebensgeſchichte des erſten Ungarnkönigs in erneuter, durch eigene Zuſätze vermehrten Faſſung herausgab. Sowohl der polniſche wie der ungariſche Geſchichtsſchreiber unterſcheiden ſich mit ihrer Vorliebe für das Legendäre ſehr weſentlich von den im allgemeinen nüchtern und ſachlich gehaltenen Tatſachenberichten Thietmars, der zwar den Wunderglauben ſeiner Zeit teilt, in den Zahlenangaben oft Irrtümer begeht, aber die Ereigniſſe ſo ſchildert, wie ſie ſich nach ſeiner Anſicht abgeſpielt haben, ſelbſt wenn ſie für das Deutſche Reich ungünſtig verliefen wie in den Kämpfen zwiſchen Heinrich II. und Boleslaus. Durch dieſe ſachliche Art unterſcheidet er ſich auch vorteilhaft von Cosmas Pragenſis (geſt. 21. Oktober 1125), und deſſen Chronica Boemorum, der durch ſeine betonte Gelehrſamkeit und frei erfundenen Reden „das dürre Knochengerüſt der Tatſachen mit einem bauſchigen Gewande“ umgibt[68]. Kein einziger von den älteſten Geſchichtsſchreibern unſerer Nachbarvölker kommt dem deutſchen Thietmar an Zuverläſſigkeit und Reichtum des gebotenen Nachrichtenmaterials gleich. Sie haben für die Geſchichtsſchreibung dieſer Jahrhunderte im großen und ganzen nur die Bedeutung ergänzender Geſchichtsquellen, gewinnen aber für die kritiſche Forſchung gleichwohl dadurch einen beſonderen Wert, daß ſie ihr die Möglichkeit geben, ſowohl die deutſchen wie die polniſchen, die böhmiſchen und die ungariſchen Auffaſſungen gegeneinander abzuwägen, wie es beim Gneſener Akt durch das Nebeneinander der Berichte Thietmars und des Gallus Anonymus ſich zeigte.

---

[66] Vgl. die Erwähnung des „Ziazo tunc patricius“ in: IV, c. 44, S. 182f. und des patricius Johannes Creſcentius in: VII, c. 71, S. 484f.

[67] IV, c. 49, S. 188f.

[68] Vgl. die Einleitung zur Ausgabe in den Script. rer. Germ. Nova Series, Bd. II, 1923, S. XXXII ff.

Leider liegen die polniſchen Quellen nicht in kritiſch brauchbaren Ausgaben vor. Weder die Ausgabe von Szlachtowſki und Koepke in den Monumenta Germaniae historica Script. IX (1851) noch die polniſchen von Bielowſki in den Monumenta Polonicarum historica I (1864) und von L. Finkel und St. Kętrzyńſki in den Fontes rerum Polonicarum I (Lemberg 1899) genügen den Anſprüchen der Wiſſenſchaft, und die ungariſchen Chroniſten ſind zwar vor kurzem in guten Ausgaben neu herausgegeben, aber es iſt von deutſcher Seite in einer Beſprechung mit Recht bemerkt, daß die Kritik nicht immer durchgreifend genug war. Es mag daher am Schluß dieſer Anzeige der Wunſch ausgeſprochen werden, daß ſich bald deutſche Hiſtoriker finden, die ſich der Aufgabe neuer kritiſcher Ausgaben der Geſchichtsſchreiber dieſer mittelalterlichen Frühzeit annehmen und dann nicht nur die deutſchen Chroniſten, ſondern auch diejenigen unſerer Nachbarländer berückſichtigen. Die erhöhte Bedeutung, die dieſe Geſchichtsquellen infolge der politiſchen Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte gewonnen haben, läßt dieſen Wunſch als beſonders dringend erſcheinen.

A. **Brackmann**, Berlin.

Der Volksboden im madjariſch-ſlowakiſchen Grenzgebiet

Das vorliegende Buch des ſlowakiſchen Hiſtorikers Branislav **Varſik** über „die ſlowakiſch-magyariſche ethniſche Grenze in den letzten zwei Jahrhunderten“ [1] geht von folgenden Tatſachen aus: Durch den Wiener Schiedsſpruch vom 2. November 1938 und durch das Abkommen vom 4. April 1939 waren bei der Feſtlegung der ſlowakiſch-ungariſchen Staatsgrenze auf Grund der madjariſchen Statiſtiken und Karten, die im weſentlichen auf den Ergebniſſen der Volkszählung von 1910 beruhten, größere geſchloſſene ſlowakiſche Mehrheitsgebiete an Ungarn gefallen. Varſik will nun durch ſeine vergleichende, wiſſenſchaftlich gut unterbaute Arbeit nachweiſen, daß das Benutzen der ſehr zweifelhaften Statiſtik von 1910 zu ſchweren Benachteiligungen der Slowaken führte. Zwar läßt die Gemengelage der Volkstümer im Donauraum eine reinliche Scheidung nicht zu. Es werden immer auf beiden Seiten der Staatsgrenzen Minderheiten zurückbleiben müſſen. Aber deshalb wird, nach Varſiks Anſicht, „die Staatsgrenze zwiſchen den Slowaken und Magyaren nur dann recht und gerecht ſein, wenn ſie einerſeits die ethniſche Grenze zwiſchen den Slowaken und Magyaren wahren wird, und wenn ſich hierbei die in dieſen Staaten lebenden Minderheiten in den gemiſchten Gebieten annähernd aufwiegen“ (S. 6 f.).

---

[1] Branislav Varſik, „Die ſlowakiſch-magyariſche ethniſche Grenze in den letzten Jahrhunderten“. Schriften der Slowakiſchen Gelehrten Geſellſchaft, Bd. 1a (Bd. 1 umfaßt das ſlowakiſche Original dieſer Schrift), Preßburg 1940, 107 S., 2 zweiteilige Karten. Gliederung: Einleitung (S. 5—8), Kap. I: Sprachgrenze im Abſchnitt Neutra—Tekov (Bars) (S. 9—20), II: Sprachgrenze im Abſchnitt Abauj—Torna—Zemplin (S. 21—59), III: Sprachgrenze im Abſchnitt des Komitates Užhorod (Ungvár) (S. 60—73), IV: Die Sprachgrenze in den übrigen kleineren Abſchnitten (S. 74—89), V: Das völkiſche Prinzip (Nationalitätenprinzip) und die Vergangenheit (S. 90—103), VI: Die Slowaken auf dem beſetzten Gebiet im Lichte der ungariſchen Statiſtik aus dem Jahre 1938 (S. 104 bis 107). Karten: 1. Karte: Nationalitätenſchichtung der Bevölkerung auf dem Gebiete, das durch den Schiedsſpruch in Wien an Ungarn abgetreten worden iſt, und in den Nachbargegenden in den Jahren 1880—1890, und 2. Karte: Nationalitätenſchichtung . . . nach der Volkszählung im Jahre 1930.

Den vier Kapiteln, die ſich mit Einzelabſchnitten der Sprachgrenze befaſſen, ſind zwei weitere angefügt, die eine Kritik an den madjariſchen wiſſenſchaftlichen und ſtatiſtiſchen Methoden darſtellen. Varſík geht im V. Kapitel auf die Art und Weiſe ein, in der Alajos Kovács nachzuweiſen verſucht, daß in vielen Fällen ehemals madjariſche Gemeinden erſt nachträglich ſlowakiſiert worden wären [2]. Ebenſo bringt Varſík beſonders wirkſame Belege, die gegen die Genauigkeit der ungariſchen Bevölkerungszählung vom 15. Dezember 1938, alſo nach der Wiedergewinnung der ſüdlichen Randgebiete der einſtigen Tſchecho-Slowakei, ſprechen. In einem Gebiet, das nach ſlowakiſcher Anſicht ungefähr 200 000 Slowaken bewohnen müßten, zählten die Madjaren nur 123 864 Slowaken. Die Unrichtigkeit wird aus einigen Beiſpielen klar, in denen die Zählungsergebniſſe von 1910, 1930 und 1938 nebeneinandergeſtellt werden. So wurden auf Grund einer Statiſtik einige Gemeinden, die ſelbſt noch in der ſo zweifelhaften Zählung von 1910 als ſlowakiſche Mehrheitsorte angeführt wurden, 1938 plötzlich zu faſt rein madjariſchen Dörfern, ſo z. B. unter anderen:

	1910		1930		1938	
	Slowaken	Madjaren	Slowaken	Madjaren	Slowaken	Madjaren
Iňa (Ény)	181	133	217	115	8	355
Dekeneš	255	43	352	40	59	396
Dolný Ďurad . . .	241	122	348	75	46	429

Dieſe Arbeit Varſíks iſt deswegen beſonders wertvoll, weil alle älteren Berichte der letzten zwei Jahrhunderte, die ſich mit der Bevölkerung Ungarns, ihrer Zahl und Volkszugehörigkeit befaſſen, verarbeitet ſind. So ſind bei der Verfolgung der einzelnen Abſchnitte der Volksgrenze außer den Angaben bei J. M. Korabinſky im „Geographiſch-Hiſtoriſchen und Produkten-Lexikon von Ungarn“ (Preßburg 1786), die ſtatiſtiſchen Angaben von Elek Fényes (Peſt 1830—1836), das umfaſſende Werk von C. von Czoernig „Die Vertheilung der Völkerſtämme und deren Gruppen in der öſterreichiſchen Monarchie“ (Wien 1861) und das darauf aufbauende, zum Teil bereits Verbeſſerungen bringende Buch von A. Ficker „Die Völkerſtämme der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie, ihre Gebiete, Gränzen und Inſeln“ (Wien 1869) benutzt worden. Das Ergebnis dieſer gründlichen Unterſuchung ſind zwei große Karten, die im Maßſtab 1 : 250 000 die „Nationalitätenſchichtung im ſlowakiſch-madjariſchen Grenzgebiet“ nach den Ergebniſſen der Zählungen von 1880—1890 und 1930 darſtellen. Kräftige Flächenfärbungen der Gemeindegemarkungen ſtellen die Mehrheiten (über 80 v. H.) dar, Minderheiten von 20—30 v. H. und 30—49 v. H. ſind durch beſondere raſch ins Auge fallende Farbgebungen gekennzeichnet. Durch dieſe Methode, die allerdings auf die Zahl der Ortsanſäſſigen keine Rückſicht nimmt, wird der Umfang des geſchloſſenen Sprachgebietes, des Verlaufes der Sprachgrenze und die Verteilung der Minderheitsgruppen für das Auge leicht erkennbar. An drei Stellen ſchneidet die Grenze des Wiener Schiedsſpruches geſchloſſene Siedlungsgebiete, die mit dem ſlowakiſchen Sprachgebiet zuſammenhängen, von der heutigen Slowakei ab: im Abſchnitt Neutra—Tekov (Kapitel I, S. 9—20), um Kaſchau (II, S. 21—59) und in der Oſtſlowakei um Sobrance (III, S. 60—73). Hierzu muß bemerkt werden, daß eine ſlowakiſch-madjariſche Grenzziehung ſüdlich von Neutra, die beide Teile zufriedenſtellen würde, wegen der Verzahnung und Gemengelage der beiden Volkstümer nicht möglich war und iſt. Das trifft auch für die kleineren Abſchnitte zu, die Varſík in einem IV. Kapitel (S. 74—89) behandelt. Es mag tragiſch für die ſüdſlowakiſchen Gemeinden ſein, daß die Städte, zu denen ſie wirtſchaftlich hinneigen, wie Loſontz, Lewentz, Großſteffelsdorf, an Ungarn fielen. Es iſt wahr, daß ſie (überhaupt ein Großteil der Städte des Karpatenraumes) erſt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts madjariſiert wurden. Aber auch die tſchechiſche Volkszählung von 1930 hatte nur eine ſehr knappe tſchechoſlowakiſche Mehrheit ergeben, von der ein Teil als Beamte ſicher nicht bodenſtändig war. Weſentlich war der Verluſt des kleinen Städtchens Jolſcha, das ſeit dem Mittelalter bereits ſlowakiſch war. Bedeutſam iſt ferner die Abtretung Kaſchaus. 1880 noch eine im weſentlichen ſlowakiſche Stadt, fiel die Zahl der Slowaken in den Zählungen von 1890 und 1910, um 1930 nach der Erweiterung Kaſchaus[3]) zum wirtſchaftlichen und adminiſtrativen Hauptort der Oſtſlowakei wieder das Übergewicht zu erlangen. Die nachträglich im März 1939 erzwungene Grenzkorrektur in der Oſtſlowakei hat einwandfrei ſlowakiſche und ukrainiſche Gemeinden[4] an Ungarn gebracht.

---

[2] A. Kovács, A magyar-tót nyelvhatár változásai az utolsó két évszázadban (Veränderungen an der madjariſch-ſlowakiſchen Sprachgrenze in den beiden letzten Jahrhunderten). In: Századok 1938, 561—575.

Für den deutſchen Hiſtoriker und Volksbodenforſcher iſt die Arbeit Varſiks in mehrfacher Hinſicht bemerkenswert.

1. Sie zeigt an einem nichtdeutſchen Beiſpiel die Entwicklung einer Volkstumsgrenze gegenüber den Madjaren.
2. Sie weiſt nach, daß der Anſturm der Madjariſierung im 19. Jahrhundert[5] nicht nur das Deutſchtum, ſondern auch die anderen Volksgruppen im Vorkriegsungarn gleich ſchwer traf.
3. Sie läßt die Anſatzpunkte der Madjariſierung und die Gründe ihres wirklichen und ſcheinbaren Erfolges klar werden. Es ſind dies
   a) die Unrichtigkeit der madjariſchen Statiſtiken, beſonders die vollkommen verzerrten Ergebniſſe der Zählung von 1910,

---

[3] 1850 hatte Kaſchau 13034 Einwohner, davon 4738 Slowaken, 2904 Madjaren, 1592 Deutſche, 2838 Fremde (worunter man die nicht nach Kaſchau zuſtändigen Arbeiter, Bedienſteten — alſo auch meiſtens Slowaken verſtand) und 942 Juden, Zigeuner und Ruſſen. 1857 ſprachen von den 16417 Einwohnern der Stadt 1161 Perſonen Lateiniſch, Deutſch, Slowakiſch und Madjariſch, 6783 Deutſch, Slowakiſch und Madjariſch, und 8473 nur Slowakiſch. Dadurch, daß in den Jahren nach dem Ausgleich die in die Städte ſtrömenden Juden meiſt als Madjaren auftraten, erſcheint 1880 folgendes Bild: von 26097 Bewohnern Kaſchaus waren 40,9 v. H. (10311) Slowaken, 39,7 v. H. (10007) Madjaren, 16,7 v. H. (4218) Deutſche. Die Volkszählung von 1910 kennt angeblich 6547 (14,8 v. H.) Slowaken in der Stadt, während 1930 ihre Zahl 31114 neben 11131 Tſchechen, 11504 Madjaren und 3354 Deutſchen bei einer Geſamtbevölkerung von 70117 Seelen ausmacht.

[4] In den Varſíkſchen Karten iſt ferner die Oſtſlowakei ſüdlich der Linie Homenau (Humenné)—Zipſer Neudorf als einwandfrei ſlowakiſch dargeſtellt. Dieſer Darſtellung möchte ich nicht völlig zuſtimmen. Schon Volodymyr Ohonovs'kyj hat in ſeinem Aufſatz Čyslo ukrajinciv u mežach teperišn'oj Slovaččiny (Die Zahl der Ukrainer in den Grenzen der jetzigen Slowakei), S'ohočasne j Mynule, II (1939), S. 59—68 darauf hingewieſen, daß die Zahl der Ukrainer nach der ſlowakiſchen Volkszählung vom 31. 12. 1938 mit 79000 zu niedrig gegriffen wäre. Er errechnet rund 125000, die auf dem Gebiet der Slowakei wohnen ſollen. Aus den früheren hiſtoriſchen und ſtatiſtiſchen Angaben bei Varſík geht übrigens hervor, daß die Oſtſlowakei ein Gebiet iſt, das erſt verhältnismäßig jung zum ſlowakiſchen Volkskörper zählt. Die früheren Statiſtiker des 19. Jhs. ſchwanken bei der Angabe der „Nationalität", nennen ſie oft rutheniſch (= ukrainiſch) oder begnügen ſich mit der Angabe der griechiſch-katholiſchen Konfeſſion. Wir haben eine Erſcheinung der Umvolkung vor uns, die im Oſten und Südoſten Europas oft noch jungen Datums iſt. Aus einſt ſlowakiſch-ukrainiſche Mundarten ſprechenden Menſchen griechiſch-orthodoxen Glaubens wurde eine oſtſlowakiſche Bevölkerung. Daß die Umvolkung noch nicht abgeſchloſſen iſt, zeigen gewiſſe innerſlowakiſche Auseinanderſetzungen, die z. B. in Hinſicht auf die kommende Volkszählung vor ſich gehen. Es iſt im weſentlichen die Frage, wie weit man vom Bekenntnis (in dieſem Falle griechiſch-katholiſchen) auf das Volkstum (Slowaken oder Ukrainer) ſchließen kann.

[5] Über die Madjariſierung iſt vielfach geſchrieben worden. Ich will als neueſte Arbeiten nur die von Hedwig Bauer, H. J. Beyer und O. A. Isbert in „Volksforſchung", 3. Jg. (1939), Marie Luiſe Thomé im „Deutſchen Archiv f. Landes- u. Volksforſchung," 4. Jg. (1940), und als einen — wenn auch ſehr anzuzweifelnden — Verſuch, die pſychologiſchen Urſachen der Madjariſierung zu finden, den Aufſatz von E. Neugeboren im Ungariſchen Jahrbuch, 18. Jg. (1938), nennen.

b) die Methoden der Madjariſierung. Ihr erliegen zuerſt die Sprachinſeln und die bereits gemiſchten Gemeinden am Rande des geſchloſſenen Sprachgebietes, und beſonders fallen ihr ſchon im 19. Jahrhundert die Städte zum Opfer[6].

4. Der Vergleich der Karten mit den Volkstumsverhältniſſen der Jahre 1880—1890 und 1930 zeigt die Verluſte des bodenſtändigen Deutſchtums in dem dargeſtellten Gebiet, das im Weſten durch Preßburg, im Oſten durch Ungburg (Ungvár, Užhorod), im Norden durch die Linie Homenau—Zipſer Neudorf, und im Süden (zum Teil) durch Budapeſt begrenzt wird. Ins Auge fallend ſind hierbei die Madjariſierung der großen Zahl deutſcher Gemeinden zwiſchen Budapeſt und Gran und Komorn und die fortſchreitende Slowakiſierung der deutſchen Gemeinden nördlich und öſtlich von Preßburg, eines Teiles der Unterzipſer Ortſchaften und das Verſchwinden des Deutſchtums im Neutraer Bezirk und in der Oſtſlowakei nach den Zählungen von 1930. Wieweit dieſer Schwund des Deutſchtums nur ein ſtatiſtiſcher war und inwieweit er durch einen natürlichen Prozeß zu erklären iſt, werden die Ergebniſſe der ſlowakiſchen Bevölkerungszählung vom Dezember 1940 und der ungariſchen vom 1. Februar 1941 zeigen[7].

5. Der Vergleich der Volkstumskarten zeigt, daß die Entwicklung in der Zeit von 1880 bis 1930 in der Richtung auf die Herausbildung geſchloſſener Sprachgebiete weiterläuft. Wenn man von dem Volkstumsbild der Inſel Schütt im Jahre 1930 abſieht,

---

[6] Die Entvolkung der Städte iſt ein im völkiſchen Miſchgebiet häufig wiederkehrender Prozeß. Es iſt ſicher richtig, daß das Bürgertum aus wirtſchaftlichen Gründen mit dem Strom ſchwamm und ſein urſprüngliches Volkstum wenig bewahrte. Aber man darf auch nicht überſehen, welchen Angriffen das ſtädtiſche Deutſchtum und Slowakentum ſeit den 20er und 30er Jahren des 19. Jhs. ausgeſetzt war. Die Reichstagsprotokolle zeigen ſchon ſeit 1825 die ſcharfe Sprache gegenüber allem Deutſchen. Schöne Belege bringt Gy. Szekfü, Iratok a magyar államnyelv kérdésének történetéhez (Akten zur Geſchichte der Frage der ungariſchen Staatsſprache), Budapeſt 1926.

So äußert ſich 1825 der Vertreter von Oedenburg Paul Nagy, „Wenn die Bürger Miliz ausruckt, ſagen ſie, wir ſind deutſche Bürger; wenn ſie dies ſein wollen, ſo ſollen ſie nach Deutſchland gehen, wir haben in Ungarn ungariſche Bürger . . .“ (S. 327). Der gleiche Vertreter ſagt an anderer Stelle ausdrücklich, daß er „nicht blos von Oedenburg, ſondern überhaupt von allen Städten“ im Lande, auch Peſt, ſpräche. „Wenn dieſe — die Deutſchen — auf dem ungariſchen Boden keine ungriſchen Bürger ſein wollen, ſo ſollen ſie dahin gehen, wo ſie deutſche Bürger ſein können“ (S. 331).

In der Sitzung vom 20. 1. 1826 berichten dann die Vertreter der katholiſchen Geiſtlichkeit von dem Ausmaß der durch die Kirche betriebenen Madjariſierung. Der Domherr Horváth ſagt: „Ich muß offenherzig erklären, daß in dem Békéſer und Stuhlweißenburger Komitate ganze Ortſchaften ungariſch wurden, und zwar hauptſächlich durch die Beihülfe der Geiſtlichkeit“ (S. 343).

Der Graner Domherr Jordanßky erzählte: „Ich kenne das Preßburger Komitat ſehr genau . . . und war ſelbſt Pfarrer auf einem großen Dorfe, wo ich Deutſche und Ungarn hatte, aber ich brachte es ſo weit, daß ich dort die letzten Schwaben taufte und die Enkeln ihren deutſchen Vätern fluchten. Selbſt in Gran gab es viel mehr Schlowaken als jetzo . . .“ (S. 343). Bezeichnend iſt auch die Auseinanderſetzung zwiſchen dem Vertreter der Stadt Schemnitz und Koſſuth am 30. 1. 1848 (nach J. Mailáth, Neuere Geſchichte der Magyaren, I (1853), S. 281 f.). „Der Deputirte der Stadt Schemnitz, Goldbrunner, bemerkte, daß es gut ſein dürfte, die Schemnitzer Bergakademie bei der deutſchen Sprache als Lehrſprache zu belaſſen, da man ſchwerlich gleich ungariſche Profeſſoren für dieſe Wiſſenſchaften finden könne, ferner, weil alle Studierenden Schemnitz verlaſſen würden, wenn ſie alle Gegenſtände ungariſch hören ſollen, wodurch Schemnitz großen Geldverluſt erleiden würde. Die Antwort war: Der Ungar muß eine fremde Sprache lernen, wenn er im Ausland ſtudieren will, folglich ſoll der Ausländer ungariſch lernen, wenn er in Ungarn ſtudieren will, und Schemnitz mag zu Grund gehen, wenn nur die Nationalität gewinnt.“

[7] An der ungariſchen Volkszählung vom 15. 7. 1938 übt Varſik in ſeinem VI. Kapitel Kritik. Aber auch gegen die ſlowakiſche Volkszählung vom 31. 12. 1938 wurde wegen der raſchen und unvorbereiteten Durchführung und wegen der dabei angewandten Methode von ſeiten der deutſchen Volksgruppen als auch von ſeiten der Madjaren und der Ukrainer (vgl. Anm. 4) Verwahrung eingelegt. Ihre Ergebniſſe lauteten: Geſamtbevölkerung: 2709000, davon 2291000 (84,56 v. H.) Slowaken, 93688 (3,46 v. H.) Tſchechen, 128000 (4,74 v. H.) Deutſche, 79000 (2,94 v. H.) Ukrainer, 67000 (2,49 v. H.) Madjaren, 29928 (1,11 v. H.) Nationaljuden (aber 87487 — 3,23 v. H. waren jüdiſcher Konfeſſion!), 27000 (0, 98 v. H.) Zigeuner.

> ſo iſt überall in dieſem Abſchnitt der madjariſch-ſlowakiſchen Volksgrenze das Bild einheitlicher und geſchloſſener als in den Jahren 1880—1890. Die ſcheinbar entgegengeſetzte Entwicklung in dem geſchloſſenen madjariſchen Sprachgebiet nördlich der Donau iſt durch eine ſyſtematiſche Siedlungs- und Koloniſationsarbeit der Tſchechen in den Jahren ſeit 1919 zu erklären.

Das hier in ſeinen weſentlichen Zügen beſprochene Buch des ſlowakiſchen Hiſtorikers Varſik will durch eine umfaſſende und objektive Anhäufung von hiſtoriſchen und ſtatiſtiſchen Belegen folgenden Nachweis führen. Die Slowaken haben ſeit Anfang des 19. Jahrhunderts, alſo ſeit dem Beginn genauerer Aufzeichnungen über die völkiſchen Verhältniſſe, überall dort im Vorkriegsungarn gewohnt, wo ſie ſich 1930 und heute befanden und befinden. An zahlreichen Abſchnitten dieſer zerklüfteten Südgrenze ſind einzelliegende Gemeinden, die bereits im 18. Jahrhundert eine gemiſchte Bevölkerung aufwieſen, dem Slowakentum verlorengegangen. Namentlich die am Gebirgsrand liegenden Städte fielen im 19. Jahrhundert der Madjariſierung anheim. Aber von dieſen kleineren Einbußen abgeſehen, kommt Varſik zu dem Schluß, daß ſich der geſchloſſene Volksboden gehalten hat, und daß die Ergebniſſe der Volkszählung von 1930 mit denen von 1880 und früherer Jahre übereinſtimmen. Auf die Folgerungen, die er politiſch (in Hinblick auf den Wiener Schiedsſpruch) aus ſeiner Arbeit zog, war bereits kurz hingewieſen worden. Darauf näher einzugehen, erübrigt ſich hier an dieſer Stelle.

Heinz Brauner, Breslau.

Konfeſſion und Geburtlichkeit

Eines der am intenſivſten erörterten Themen der Wiſſenſchaft vom Menſchen iſt die Frage nach dem Einfluß von Umwelt und Erziehung auf den Einzelnen wie auf das ganze Volk, die ſich auf ein gegebenes Erbgefüge mit gewiſſen Ausleſerichtungen aufbauen. Die exakte Vererbungswiſſenſchaft verweiſt auf Grund von Zwillingsunterſuchungen den Anteil der Erziehung an der Geſamtperſönlichkeit auf den zweiten Platz. Im Grunde genommen iſt dieſe Frage auch das Grundthema einer familienbiologiſchen Unterſuchung in der Nordmark, die Otto Hubele[1] unternahm. Auf dieſer Frageſtellung baſiert bei ihm ein zweites Thema: die „differenzierte Fortpflanzung" zweier menſchlicher Gruppen, in dieſem Fall zweier durch ihre Konfeſſion unterſchiedenen Bevölkerungen. Hubele ſetzt ſich im Verlauf ſeiner Arbeit beſonders mit dem Jeſuiten Muckermann auseinander, der die tatſächlich beſtehende höhere Geburtlichkeit des katholiſchen Volksteils auf den ſtärkeren Einfluß der Kirche auf die Moral ihrer Anhänger zurückführt. Joh. Müller[2] hat mit Recht darauf hingewieſen, daß, wenn die katholiſche Kirche hier tatſächlich einen tiefergreifenden Einfluß ausübe, dieſer ſich auch auf anderen Gebieten der Moral auswirken muß. Tatſächlich ergibt aber ein Vergleich der Katholiken mit den Proteſtanten in der Kriminaliſtik ein für die erſteren ungünſtigeres Bild. Auch ein Blick nach Frankreich zeigt uns, daß dort ſchon im vorigen Jahrhundert, als die klerikale Macht noch auf ihrem Höhepunkt ſtand, der Geburtenrückgang einſetzte.

Dieſe Problematik ſucht der Verfaſſer durch eine Fragebogenerhebung zu klären. Man muß ſchon ſagen, daß der Bogen mit ſeinen über 70 Fragen etwas reichlich umfangreich iſt und dadurch wohl viele davon abgehalten hat, ihn auszufüllen und zurückzuſenden. Der Beteiligungserfolg iſt daher verhältnismäßig gering (von den Katholiken nur zwiſchen 10—60 v. H. der Fragebögen ausgefüllt). Hier können ſich Zweifel an der Repräſentativität des Materials für die ſchleswig-holſteiniſchen Katholiken erheben, die durch eine — natürlich ungewollte — Ausleſe beeinträchtigt ſein kann. Doch beſteht dieſe Gefahr wohl bei allen Fragebogenerhebungen.

---

[1] Otto Hubele, Familienbiologiſche Unterſuchungen in der Nordmark (Schriften zur politiſchen Geſchichte und Raſſenkunde Schleswig-Holſteins, Bd. 2), Leipzig 1939.

[2] Joh. Müller, Der Geburtenrückgang, Jena 1924.

Ein gewichtigerer Einwand ließe ſich gegen die Zuſammenſtellung zu einem Vergleich der beiden unterſuchten Bevölkerungen erheben. Eine vorwiegend bäuerliche, einheimiſche und geſchloſſene Menſchengruppe (die Proteſtanten der Inſel Nordſtrand) mit den meiſt zugewanderten und in der Diaſpora lebenden katholiſchen Handwerker- und Arbeiterfamilien zu vergleichen, ſcheint uns aus ſoziologiſchen Gründen nicht angängig zu ſein.

Ferner weiſt Hubele darauf hin, es ſei ein Fehler, daß den „Tat“-Katholiken die „Namens“-Proteſtanten gegenübergeſtellt werden. Auch der Verfaſſer hat dieſen Fehler nicht vermieden. Schleswig-Holſtein gilt als eine der unkirchlichſten Provinzen, wenn man nach der Zahl der Abendmahlsteilnehmer geht. In Diaſporagemeinden — gleich welcher Konfeſſion — herrſcht im allgemeinen ein regeres kirchliches Leben. Dieſer Fehler läßt ſich nur durch perſönliche Kenntnisnahme und Vergleich der betreffenden Gemeinden umgehen. Daher muß die Theſe, daß die Geburtenleiſtung katholiſcher und evangeliſcher Bevölkerungsteile einander gleich ſei, durch einen Vergleich der an der Nordſtrander Bevölkerung gewonnenen Ergebniſſe mit den Zahlen nachgewieſen werden, die Muckermann aus ſeinem (weſtfäliſchen) „Naturdorf“ erhielt. Die Lebendgeborenenzahl iſt auf beiden Seiten im Verhältnis zur Reichsbevölkerung gleich hoch, nämlich 6,5. Für den Aufbau der nächſten Generation verbleiben nach Abzug der Kinderſterblichkeit, der Nichtheiratenden und der unfruchtbaren Ehen 4,5 Katholiken und 4,7 Proteſtanten. Dieſe Zahlen ſind wohl für den Katholizismus noch etwas zu günſtig, da in Süddeutſchland (z. B. Bayern) die Säuglingsſterblichkeit relativ hoch iſt.

Wertvolle Einblicke erhalten wir in den biologiſchen Aufbau der Nordſtrander Bevölkerung, die ſich ſtammesmäßig aus Dithmarſchern und Niederſachſen zuſammenſetzt und von der rund $^2/_3$ in der Landwirtſchaft, das letzte Drittel im Handwerk tätig ſind. Das Heiratsalter liegt bei den Männern zwiſchen 26,6—28,6 Jahren, während die Frauen mit 23,3—24,7 Jahren heiraten. Die Kinderzahl je Ehe in den Ehen mit abgeſchloſſener Fruchtbarkeit beträgt auf Nordſtrand 5,91. Vergleichen wir dieſe Zahl mit der, die Stengel-v. Rutkowſki[3] aus ſeinen Erhebungen an thüringer Erbhofbauern erhält, nämlich 3,32. Der Grund für dieſe erſtaunliche Abweichung dürfte z. T. wohl in der andersartigen landwirtſchaftlichen Struktur liegen. In Thüringen ſind die Kleinbetriebe mit 40—50 v. H. an der Geſamtfläche beteiligt, wobei man noch berückſichtigen muß, daß die gebirgige Natur des Landes die landwirtſchaftliche Nutzung erſchwert. Daher können weniger Menſchen von einem Hofe leben. Nordſtrand gehört dagegen zu dem großen nordweſtdeutſchen Block, in dem die Mittelbetriebe vorherrſchen, die beſſere Bewirtſchaftungsmöglichkeit und der fruchtbare Marſchboden erleichtern daher die Aufzucht einer größeren Kinderzahl. Infolge der zu geringen Zahl der unterſuchten Familien erlaubte die Kombination der Kinderzahl mit der ſozialen Stellung des Familienoberhauptes keine ſicheren Schlußfolgerungen.

Die Katholiken bilden in der Nordmark eine konfeſſionelle Minderheit, die meiſtens noch keine volle Generation im Lande iſt. Von ihnen ſtammt mehr als die Hälfte aus Oſtdeutſchland. Beruflich ſind ſie zu 55 v. H. als Arbeiter, zu einem Drittel als Handwerker, Kaufleute und untere Beamte tätig. Die Ehen werden nur in wenig jüngerem Alter als bei den Proteſtanten geſchloſſen. Der Altersaufbau geht bereits in die regreſſive Phaſe über. Das erklärt ſich zum Teil aus der geringen Kinderzahl, die bei den ſtehend vollendeten Ehen noch rund 5 je Ehe, bei den ſtehend unvollendeten Ehen nur rund zwei Kinder beträgt. Dieſe Zahl entſpricht den Ergebniſſen, die wir[4] aus einer Bearbeitung der Kieler Geburten erhielten. In Kiel ſtellte ſich 1937 die durchſchnittliche Kinderzahl je fruchtbare ſtehend unvollendete Ehe bei der Schicht II (ſelbſtändige Handwerker, Kaufleute und mittlere Beamte) auf 1,86, bei der Schicht III (untere Beamte und Angeſtellte) auf 1,88, bei der Schicht IV (gelernte Arbeiter) auf 2,12 und ſchließlich in der Schicht V (ungelernte Arbeiter) auf 2,9 Kinder. Ob der Geburtenrückgang bei den Katholiken im Vergleich zu den älteren Generationen der unterſuchten Familien eine Wirkung der Umſiedlung und Verſtädterung iſt, wie Hubele annimmt, erſcheint zweifelhaft, beſonders für die erſtere Begründung; er dürfte eher aus dem allgemeinen Geburtenrückgang ſeit Ausgang des vorigen Jahrhunderts zu erklären ſein.

---

[3] Lothar Stengel v. Rutkowſki, Die unterſchiedliche Fortpflanzung von 20000 Bauern. München 1939. Politiſche Biologie, Heft 10.

[4] Dietrich Wichmann, Unterſuchungen zur unterſchiedlichen Fortpflanzung in einer Großſtadtbevölkerung. Leipzig 1940. Archiv für Bevölkerungswiſſenſchaft, Beiheft 10.

Zum Schluß führt Hubele eine Kombinationsrechnung von Kinderzahl und Konfeſſion an einer Ehegruppe durch, deren einer Eheteil — urſprünglich evangeliſch — zum Katholizismus übergetreten iſt. Im Vergleich mit „rein“ katholiſchen Ehen iſt die Differenz als unweſentlich anzuſehen, d. h. die Ehen mit einem urſprünglich evangeliſchen Partner haben im Durchſchnitt beinahe ebenſo viele Kinder (1,89) wie die „rein“ katholiſchen Ehen (2,32). Berückſichtigt man die ſoziale Stellung, ſo ergibt ſich, daß ſie auch von den oben angeführten Kieler Zahlen (mit hauptſächlich evangeliſcher Bevölkerung) nicht grundlegend abweichen. Die Annahme Hubeles, „der Grund für das Verſagen der ‚echten‘ (für deren Fruchtbarkeit er keine zahlenmäßigen Belege bringt) gegenüber den ‚unechten‘ konfeſſionsverſchiedenen Ehen in geburtlicher Hinſicht ſei darin zu ſuchen, daß im erſten Falle die religiöſe Beeinfluſſungsmöglichkeit gering und die Einheit der religiöſen Haltung geſtört iſt, während im zweiten Falle ſowohl der Beeinfluſſungsmöglichkeit als auch der Einheit der religiöſen Haltung durch den Übertritt eines Elternteils neue Chancen gegeben ſind“, iſt kaum ſtichhaltig, da die Kinderzahlen der doch beſonders beeinflußten Ehen mit einem urſprünglich evangeliſchen Eheteil noch unter denen der rein katholiſchen Ehen liegen. Auch die (mehrfach betonte) Ausleſe kirchentreuer Katholiken hat ſich hinſichtlich ihrer Geburtlichkeit prieſterlichen Einflüſſen nicht zugänglicher gezeigt als die ſtark entkirchlichten Proteſtanten gleicher ſozialer Schicht in Kiel.

Dietrich Wichmann, Kiel.

Die evangeliſche Kirche bei den Donauſchwaben

Das rund 650 000 Seelen zählende Deutſchtum an der mittleren Donau gehört im Gegenſatz zu den Siebenbürger Sachſen faſt ausſchließlich der katholiſchen Kirche an. Erſt durch das Toleranzpatent Joſephs II. von 1781 wurde eine Anſiedlung evangeliſcher Deutſcher in größerem Maße ermöglicht. Die Ende 1782 einſetzende joſephiniſche Koloniſation brachte zwiſchen die ſchon beſtehenden deutſch-katholiſchen Ortſchaften auch proteſtantiſche Gemeinden (Torſchau, Tſcherwenka, Kleinker, Bulkes, Jarek, Sekitſch, Neuwerbas und Neuſiwatz) als Kameralanſiedlungen, in denen teilweiſe Lutheraner und Reformierte gemiſcht waren. Die Zahl der unter Joſef II. in der Batſchka gegründeten deutſch-evangeliſchen Gemeinden beträgt 7. Hinzu kommen noch 2 im Banat. Hier wurde 1786 mit 200 evangeliſchen Familien Liebling (jetzt mit 4200 Seelen im rumäniſchen Banat) und 1792 Franzfeld (jetzt Kraljevićevo mit 4600 Seelen im jugoſlawiſchen Banat) angeſiedelt. Im Laufe des 19. Jahrhunderts breitete ſich das evangeliſche Element durch Gründung weiterer Ortſchaften, vor allem aber infolge einer ſtarken Wanderungsbewegung ſo ſehr aus, daß es nach kirchlichen Angaben aus den Jahren 1934 und 1935 in der jugoſlawiſchen Batſchka 23 Pfarrgemeinden mit 45 000 Seelen, im jugoſlawiſchen Banat 8 Gemeinden mit 15 000 und im rumäniſchen Banat 10 deutſche Gemeinden mit 9000 Seelen gab. Hinzu kommen die evangeliſchen Gemeinden der früheren Militärgrenze in Syrmien und Slawonien mit 20 000 Seelen. Demnach kann das evangeliſche Schwabentum der mittleren Donau mit etwa 90 000 Seelen angegeben werden.

Kirchlich war es vor dem Kriege in der ungarländiſch-evangeliſchen Kirche A. B. organiſiert und gehörte zum Montandiſtrikt. Im Gegenſatz zur ſiebenbürgiſch-ſächſiſchen Landeskirche, die als Volkskirche in ihrem geſamten inneren Aufbau deutſch war, war die ungarländiſche Kirche völkiſch gemiſcht, und der Montandiſtrikt zählte gegen Ende des vorigen Jahrhunderts neben einer madjariſchen Minderheit 70 000 Deutſche und 226 000 Slowaken.

Seit den 40er Jahren ſtellte ſich das deutſche Kirchenvolk im Widerſtand gegen die habsburgiſche Kirchenpolitik mehr und mehr an die Seite des madjariſchen, um allmählich auch durch ſeine national-madjariſch eingeſtellte Geiſtlichkeit in das Fahrwaſſer der allgemeinen „Nationaliſierung“ zu geraten. Vollends ſeit dem Ausgleich wurde die Madjariſierung in Predigtſprache, Kirchenbüchern und im konfeſſionellen Schulweſen in immer ſtärkerem Maße fortgeführt. Der höhere kirchliche Verwaltungsapparat wurde ausſchließlich madjariſch geleitet und bemühte ſich, auch an dieſem Platze Vorkämpfer für die madjariſch-nationalen Ideen zu ſein. Die evangeliſche Kirche war im Begriff, den Boden chriſtlicher Lehre zu verlaſſen und zu einer madjariſchen Nationalreligion herabzuſinken. Solchen Beſtrebungen von oben gegenüber wirkte ſich der lockere Aufbau und die autonome Verwaltung der evangeliſchen Gemeinden günſtig aus, die weitgehend auf die Mitarbeit der Gemeindemitglieder angewieſen ſind. Allerdings war man auch in den deutſchen Gemeinden vielfach bemüht, zum weltlichen Vorſteher einen zugewanderten Madjaren zu finden.

Mit dem Zuſammenbruch von 1918 und der Aufgliederung des Donauſchwabentums auf Ungarn, Jugoſlawien und Rumänien zerfiel auch die alte kirchliche Organiſation, und es gelang, ſowohl in Jugoſlawien als auch in Rumänien ſelbſtändige deutſchgeführte Kirchen aufzubauen. Im Rahmen der Deutſchen Evangeliſch-Chriſtlichen Kirche A. B. im Königreich Jugoſlawien wurden die ſchwäbiſchen Gemeinden in den faſt rein deutſchen Senioraten des Banats, der Batſchka, Syrmiens und Slawoniens zuſammengefaßt. Die deutſch-evangeliſchen Gemeinden des rumäniſchen Banats ſchloſſen ſich nach anfänglichen Wirren in ihrer Mehrheit der Evangeliſchen Landeskirche der Siebenbürger Sachſen an, in der ſie einen eigenen reindeutſchen Kirchenbezirk bilden. Die zahlenmäßig ſchwachen deutſchen Diaſporagemeinden in den Städten Orſchowa, Arad und Temeſchburg, ſowie in Steierdorf, gehören der madjariſch beſtimmten Presbyterial-Synodalen Kirche A. B. in Rumänien an.

Röhrig [1] hat die deutſch-evangeliſchen Gemeinden des rumäniſchen Banats unterſucht, um neben ihrer Anſiedlungs-, Kirchen- und Schulgeſchichte vor allem das Verhältnis von Kirche und Volkstum zu behandeln. Eine Beſprechung der Probleme: „Evangeliſches Volkskirchentum“, „Pflege des Volkstums als kirchliche Aufgabe“, „Zuſammengehörigkeit von Glaube und Volkstum“ u. a. würde den Rahmen dieſer Zeitſchrift überſchreiten. Es ſoll daher nur zum Einfluß der evangeliſchen Kirche in der Madjariſierung Stellung genommen werden. Die allgemeine Tendenz wurde im vorhergehenden bereits geſtreift, es bleibt zu unterſuchen, wieweit die vom Verfaſſer aufgeſtellten Theſen vor allem bezüglich des unterſchiedlichen Verhaltens von evangeliſchen und katholiſchen Schwaben mit ſeinen Beiſpielen belegt werden können.

Es iſt allgemein bekannt, wie ſehr bei den Siebenbürger Sachſen Kirche und Volkstum eins waren und wie Jahrhunderte hindurch Königsboden und Kirche die Grundlagen ihres völkiſchen Lebens abgegeben haben. Eine ſchwäbiſche Volkskirche hat es aber nie gegeben. Der Satz: „Gerade in Zeiten ſchwerſter nationaler Bedrückung war die Kirche die letzte Einrichtung, in der völkiſche Art gepflegt wurde — ſelbſt in Ungarn . . .“ (Seite 60) oder auch „So war auch für das völkiſch unbewußte evangeliſche Schwabentum die Kirche das letzte völkiſche Bollwerk“ (Seite 39) darf nicht mißverſtanden werden [2]. Er gilt inſofern, als mit Recht von einer ſtärkeren „religiöſen ‚Mündigkeit‘ der Proteſtanten“ (Seite 79) geſprochen werden kann, da die Gemeindemitglieder die Möglichkeit hatten, gegenüber ihrer madjariſierenden Kirchenführung aufzutreten [3]. Es iſt richtig, daß eine Reihe politiſch führender Perſönlichkeiten aus der evangeliſchen Kirche hervorgegangen iſt: auf ſeiten der Madjaren Koſſuth, Görgey und Petöfi, bei den Deutſchen der Zipſer Pfarrersſohn Steinacker, der ſächſiſche Pfarrersſohn Brandſch u. a. Auch das evangeliſche Schwabentum hat einige namhafte Männer zu verzeichnen, bei denen kirchliche Bindungen jedoch nicht ohne weiteres zu erkennen ſind. Die volkstumserhaltende Tatſache der Bindung an eine Kirche als Form der Gemeinſchaft gegenüber einer andersgearteten Umgebung trifft in gleichem Maße auch für die katholiſchen Gemeinden zu. Wenn es (Seite 35) heißt: „Für das Banat wurde der Nachweis erbracht, daß von einer Madjariſierung der Evangeliſchen keine Rede ſein kann, ſondern dieſe ihr Deutſchtum vielmehr weit beſſer bewahrt haben als die Katholiken", ſo bezieht ſich dieſe Behauptung auf Angaben des Verfaſſers, zu denen er ſelbſt an anderer Stelle betont, daß auch andere als kirchliche Gründe mitſprechen. Nach den ungariſchen Bevölkerungszählungen iſt das katholiſche Deutſchtum im Banat von 1900—1910 ſtark zurückgegangen, während die Zahl der Evangeliſchen regelmäßig zugenommen hat. Wie Röhrig (Seite 23) anführt, fällt die durch Madjariſierung der Oberſchicht und Geburtenbeſchränkung bedingte Abnahme der Katholiken vorwiegend den reicheren Gemeinden zur Laſt, und es müßten die ſozialen Verhältniſſe erſt im einzelnen unterſucht werden, bevor gültige Schlüſſe gezogen werden können. Die faſt die Hälfte aller evangeliſchen Deutſchen im rumäniſchen Banat erfaſſende Gemeinde Liebling hat infolge ihrer beſonderen wirtſchaftlichen Struktur nach Angaben des Verfaſſers (Seite 16) überhaupt keine „Intelligenzſchicht" hervorgebracht, die ja ſonſt vorwiegend der Aſſimilation ausgeſetzt war (vgl. Seite 16). Im übrigen hat die Gemeinde Liebling ihre deutſche Geſinnung wiederholt unter Beweis geſtellt. Als beſonders nach der Jahrhundertwende die Ortsnamen überall madjariſiert wurden, gelang es nach verſchiedenen Proteſten und zuletzt durch ein Majeſtätsgeſuch, den deutſchen Namen zu bewahren. Auch in der deutſchen wirtſchaftlichen und politiſchen Entwicklung der Vorkriegszeit ſpielt dieſer Ort eine weſentliche Rolle.

---

[1] Hans Walther Röhrig, Die Geſchichte der deutſch-evangeliſchen Gemeinden des Banates unter beſonderer Berückſichtigung des Verhältniſſes von Kirche und Volkstum in: Beiträge zur Kenntnis des Deutſchtums in Rumänien, herausgegeben von Rudolf Spek, Bd. 3, Leipzig 1940.

[2] Mit gleichem Recht ſtellt Grentrup für die katholiſche Kirche feſt: „Man würde aber der Geiſtlichkeit des Banats ſchwer Unrecht tun, wenn man bittere Vorwürfe gegen ſie erheben wollte, weil ſie gleich der übrigen Intelligenz in Ungarn der Madjariſierung anheimfiel . . . Es darf auch nicht vergeſſen werden, daß ſich die madjariſch gebildete Geiſtlichkeit in Predigt und Seelſorge ſtets der Mutterſprache ihrer Gläubigen bediente. Als die madjariſche Springflut alle öffentlichen Einrichtungen verſchlungen hatte, hielt die Kirche als letzte Burg des Deutſchtums immer noch ſtand“ (Das Deutſchtum an der mittleren Donau, Münſter 1930, S. 83).

[3] Verf. beruft ſich auf Mitteilungen von Dr. Brandſch-Bukareſt, indem er richtig anführt (S. 20—21): „Während einerſeits die offizielle ungarländiſch-evangeliſche Kirche im chauviniſtiſchen Fahrwaſſer ſegelte und Kundgebungen ihrer Führung und Geiſtlichkeit — infolge ihrer andersgearteten Organiſation —

Eine weitere Tatſache ſoll nicht überſehen werden: obwohl die evangeliſche Geiſtlichkeit auf den chauviniſtiſchen madjariſchen Hochſchulen erzogen wurde, riſſen doch die Beziehungen zum Reich nicht ganz ab. Etwa die Hälfte der Banater Theologen ſtudierte vorübergehend im Reich, wo ſie jedoch kaum völkiſch beeinflußt wurde. Darüber hinaus hat ſich der Guſtav-Adolf-Verein auch im Banat außerordentlich verdient gemacht. In dieſer Hinſicht könnte man ſagen, „daß die Beziehungen, die zwiſchen dem Reich und dem evangeliſchen Banat beſtanden, ausſchließlich kirchlicher Natur waren" (S. 39).

Zuſammenfaſſend ſtellen wir feſt:

1. Ebenſo wie die anderen öffentlichen Einrichtungen war auch die evangeliſche Kirche der Donauſchwaben in der Vorkriegszeit nicht nur nicht gewillt und fähig, gegen die Madjariſierungstendenzen Stellung zu nehmen, ſondern verſuchte ſogar, wenn auch ohne nachhaltigen Erfolg, unter Ausnutzung ihrer kirchlichen Machtmittel auf dem Gebiet der Kirchenſprache und Kirchenlehre ſowie des konfeſſionellen Schulweſens madjariſierend zu wirken. Teilweiſe ſcheiterten dieſe Beſtrebungen an der immer bewußter werdenden Haltung der breiten deutſchen Maſſe. Erſt in der Nachweltkriegszeit mit der Umſtellung der evangeliſchen Kirchen auf volkliche Grundlagen war eine ſtärkere Vertretung völkiſcher Intereſſen in ihren Organiſationen gegeben.

2. Der evangeliſche Schwabe unterſcheidet ſich durch größere Mündigkeit und Fortſchrittlichkeit vom katholiſchen und iſt daher häufiger als dieſer unter den Vorkämpfern der völkiſchen Bewegung anzutreffen.

Wilhelm Sattler, Graz.

---

in der Öffentlichkeit mehr zum Ausdruck kamen als die der katholiſchen Kirche, welche ihre Madjariſierungsarbeiten mehr im ſtillen, aber um ſo eindringlicher, durchführte, ſo ſteht andererſeits dieſer Schattenſeite eine Lichtſeite gegenüber. Dieſe iſt allerdings allein bei der evangeliſchen Kirche feſtzuſtellen. Das rührt daher, daß die evangeliſche Kirche eine Gemeindekirche iſt, die trotz alles Regierens von oben in dem Augenblicke aufhört, in dem ſie ſich nicht mehr auf die lebendige Mitarbeit der Gemeindemitglieder ſtützen kann . . . Die Folge ſolcher größeren Unabhängigkeit iſt, daß ſich im Rahmen der evangeliſchen Kirche unabhängige Männer betätigen und leichter durchſetzen können. Die Auswirkung dieſer Tatſache iſt auch in der deutſchen Bewegung des damaligen Ungarn zu erkennen geweſen."

Geſchichte einer amerikadeutſchen Gemeinſchaft

Um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert ſuchte ein wohlhabender Weinbergs- und Mühlenbeſitzer aus dem kurpfälziſchen Schriesheim Zuflucht vor der franzöſiſchen Mordbrennerei und dem fürſtlichen Gewiſſenszwang in Schwarzenau in Wittgenſtein in der Gegend der oberen Eder. Alexander Mack lernte in Schwarzenau viel von dem theologiſch gebildeten Pietiſten Chriſtoph Hochmann, der in Halle ſtudiert hatte. 1708 faßte Mack ſeine Freunde zu einer kleinen Brüdergemeinde zuſammen, indem er ſie im Waſſer der Eder durch tiefes Eintauchen taufte. Die Grundſätze ſeiner Gemeinde beſtanden aus wörtlicher Treue zur Bibel und nur zu ihr, der Taufe nur erwachſener Gemeindeglieder nach bibliſchem Vorbild und unbedingtem Verzicht auf jeden Widerſtand gegen die Gewalt der Welt.

Die kleine Gemeinde gewann Anhänger in anderen weſtdeutſchen Orten, dann aber mußte ſie vor landesherrlicher Unduldſamkeit ausweichen bis nach Holland. 1719 folgten ihre Brüder zum erſten Male dem Rufe der pennſylvaniſchen Werber und zogen unter der Führung von Peter Becker vom Rhein nach Germantown bei Philadelphia. Weihnachten 1723 bildeten ſie in Germantown eine feſte Gemeinde: ſie hielten Andachten in den Häuſern der Brüder und verſammelten ſich zum Liebesmahl, bei dem ſie gemeinſam aßen, ſich gegenſeitig die Füße wuſchen, den brüderlichen Handſchlag und den heiligen Kuß der Liebe austauſchten, um dann das Sakrament von Brot und Wein zu nehmen. 1729 kam auch Alexander Mack mit den meiſten übrigen Brüdern nach.

Von Germantown verbreitete ſich die Gemeinde, bis ſie heute Zellen in Kalifornien und im weſtlichen Kanada hat. 1931 zählte die Brüderkirche in Nordamerika 1029 Gemeinden mit 138 000 Mitgliedern. Sie ſchickte Miſſionare nach Aſien, Afrika und Europa. Über ein Viertel ihrer amerikaniſchen Gläubigen lebte 1931 in Pennſylvanien, zwei Drittel der Anhänger ſaßen in den vier Staaten Pennſylvanien, Virginien, Indiana und Ohio. In dieſen Staaten wiederum wohnen die Brüder ebenſo wie überall verhältnismäßig dicht in einzelnen Verwaltungsbezirken beieinander. Sie haben beſonders gute Böden in einzelnen Tälern der Alleghanies beſetzt. 84 v. H. der heutigen Gemeinden liegen auf dem Lande.

Die Brüderkirche hat verſchiedene Spaltungen überſtehen müſſen. 1724 führte Conrad Beißel einen kleinen Teil der Gemeinde in eine geſonderte Siedlung Ephrata und lehrte ſie, in Eheloſigkeit zu leben, nur bibliſche Namen zu gebrauchen, die Speiſen rituell zuzubereiten, den ſiebenten Tag als Sabbath zu heiligen. Mit ſeinem Tode 1768 verſank dieſe Splitterkirche. Im Laufe des 19. Jahrhunderts ſpalteten ſich einzelne Gruppen ab, die dieſen oder jenen Brauch der Gemeinde abändern wollten. 1882 ſagten ſich die konſervativſten Gruppen der Kirche von dem Geſamtkörper los, weil er ihrer Meinung nach zu ſehr auf weltlichen Wegen wandelte. Umgekehrt trennte ſich ein kleiner Seitenzweig „fortſchrittlicher Brüder“ von der Mutterkirche.

Die unbedingte Friedfertigkeit der Brüder brachte Zuſammenſtöße mit der weltlichen Macht: Im amerikaniſchen Revolutionskrieg verweigerten ſie den Treueid auf das freie Pennſylvanien, ſo wie ſie jeden Eid verweigerten. Vor dem ſcharfen Druck der amerikaniſch geſinnten öffentlichen Meinung, die keine Kriegsgegner in ihrer Mitte dulden wollte, wichen viele Brüder aus in die Berge an der Indianergrenze. Im Bürgerkrieg und im Weltkrieg ſtanden die Brüder wieder unter Gewiſſensnot.

Vor allem aber iſt ihr geiſtiges Erbe im 20. Jahrhundert in Gefahr geraten. Die Abſplitterung der „Fortſchrittlichen“ 1882, die doch in allen weſentlichen Punkten die alte Art aufrechterhielten, zeigte ſchon, daß die eigenartige Lebensweiſe und kirchliche Ordnung der Brüder nicht ohne Reibungen in das Leben des induſtriellen Maſſenzeitalters einzupaſſen war. Solange die Gemeinden in den Wäldern der alten Indianergrenze ein bäuerliches Daſein hatten führen können, war alles gut gegangen. Nun aber gab es großſtädtiſche Gemeinden, und das flache Land Amerikas wurde verkehrsmäßig immer mehr erſchloſſen. Heute ſteht die Brüderkirche mitten in der Auflöſung ihrer alten Art. Sie läuft Gefahr, eine baptiſtiſche Freikirche unter vielen zu werden und ſich dem allgemeinen Bild des amerikaniſchen Proteſtantismus, das einen abgeſchwächten Kalvinismus in zahlreichen Gemeinden gutbürgerlicher Nachbarſchaft ohne religiöſe Tiefe darſtellt, anzugleichen.

Die Brüderkirche hat ſich nach und nach eine Jahrestagung aus Abgeordneten der Einzelgemeinden als oberſte Körperſchaft geſchaffen, und von ihr aus beſtimmte Ausſchüſſe eingeſetzt, die zwiſchen den Jahrestagungen die Stetigkeit der Führung ſichern ſollen. Außerdem hält ſie in ihren einzelnen Dichtegebieten Bezirkstagungen ab. Das Schwergewicht der Kirche liegt aber in der Einzelgemeinde, die von gewählten Laienälteſten geführt wird. Erſt in letzter Zeit erhalten dieſe Laienälteſten eine gewiſſe theologiſche Ausbildung. Allerdings gehen immer mehr Gemeinden neuerdings auch zum bezahlten, hauptamtlichen Pfarrer über, der aber immer noch den Älteſten untergeordnet iſt.

Die Brüder haben es ſtets abgelehnt, ſich auf ein ausdrückliches Glaubensbekenntnis feſtzulegen, und nur Richtlinien ihres Glaubens erlaſſen, die ſie nicht weſentlich von anderen Gemeinden des ſtrengbibliſchen Proteſtantismus unterſcheiden. Ihre Eigenart liegt nicht im Bekenntnis, ſondern in ihrer gottesdienſtlichen und alltäglichen Lebensweiſe. Ihre Taufe wurde ſo vorgenommen, wie in der Bibel die Taufen im Jordan beſchrieben ſind: durch Untertauchen des Täuflings in einem fließenden Strom. Heute allerdings beginnen die ſtädtiſchen Gemeinden mit dem Vollzug der Taufen in beſonderen Becken innerhalb der Kirchen. Während die Gründer der Gemeinde auf die Kindertaufe bewußt verzichteten, wollen die Heutigen doch wenigſtens durch eine ähnliche Feierlichkeit, die Kinderweihe, dem Wettbewerb anderer Konfeſſionen begegnen. Während des Taufaktes, bei Krankheiten und bei der Berufung in geiſtliche Ämter wird die feierliche Handauflegung ausgeübt. Das alte Liebesfeſt wird in den ſtädtiſchen Kirchen auch allmählich ärmer: ein Stück Käſe und ein Biskuit deuten nur ſinnbildlich die große gemeinſame Mahlzeit an, die in den Landgemeinden in der Kirche eingenommen wurde. Zur Fußwaſchung werden in den Stadtkirchen beſondere Räume abgeteilt. Der Bruderkuß als Gruß verſchwindet auch auf dem Lande.

Die alten Brüder zeichneten ſich vor allem durch das „ſchlichte Leben“ vor den übrigen Menſchen aus: die Kleidung mußte ſtreng und nüchtern ſein, der Bart wurde wachſen gelaſſen. Jede weltliche Eitelkeit ſollte vermieden werden, es war verboten, ſich photographieren zu laſſen. Die Brüder lehnten den Genuß von Alkohol und Tabak ab. Sie hatten urſprünglich keine Orgeln in ihren Bethäuſern und hielten auf eine möglichſt einfache Bauweiſe. Die Mitgliedſchaft in Logen und logenähnlichen Gebilden war unterſagt. Heute werden all dieſe ſtrengen Grundſätze weich. Die Ordnung des Gottesdienſtes gleicht ſich der in anderen proteſtantiſchen Kirchen an, jede beſondere Tracht iſt verſchwunden, die Jugend ſieht ſogar auf Eleganz, der ſtrenge Standpunkt in der Freimaurerfrage iſt längſt aufgegeben.

Im Weltkrieg wurde der alte Grundſatz der unbedingten Friedfertigkeit nicht aufrechterhalten, es gab ſogar amerikaniſche Offiziere aus der Brüderkirche. Dieſer Grundſatz führte die Kirche nach dem Weltkrieg in das ſehr weltliche Werk der pazifiſtiſchen „Friedensbewegung“ im Genfer Geiſt.

Die alte Brüderkirche hatte ihre Kinder zum Bibelleſen geſchult und dafür die nötige Ausbildung und auch die techniſchen Vorausſetzungen geſchaffen. Der Bruder Chriſtoph Sauer ſtellte 1738 die erſte deutſche Druckerpreſſe in Germantown auf. Der patriotiſche Pöbel zerſchlug die Preſſe im Amerikaniſchen Unabhängigkeitskrieg, weil ihre Erzeugniſſe zum Frieden mahnten, aber der ſchlichte Bildungswille der Kirche erlahmte nicht. Allerdings verſuchten die Brüder in der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts, durch eine möglichſt ſtrenge Abſchließung auch von der öffentlichen Schule ihre Eigenart zu behaupten. Nach 1850 ſchloſſen ſie ſich nicht mehr durch die Feindſchaft gegen die Schule überhaupt ab, ſondern ſie errichteten ihre eigenen höheren Schulen und Lehrerſeminare. Allmählich allerdings erlagen die Brüderſchulen den verweltlichenden Einflüſſen der Umgebung. Indem ſie ſich an die anderen Schulen anglichen, ſetzten ſie ſich auch deren Wettbewerb aus, ſo daß ſie heute durchaus im Rückgang begriffen ſind.

Noch hält die altbäuerliche Familienordnung der Brüder. Im Vergleich zur ſonſtigen amerikaniſchen Bevölkerung ſind ſie noch kinderreich, vermeiden ſie die Scheidung, führen ſie ein inniges Familienleben. Aber die altbäuerliche Familie beginnt, ſich aufzulöſen. Langſam nimmt die Kinderzahl ab und die Zahl der Scheidungen zu, obwohl beſondere Umſtände dieſe Entwicklung noch verſchleiern mögen.

Die Auflöſung der alten Haltung zur Familie iſt nur ein Zeichen für den Untergang bäuerlicher Werte und bäuerlicher Lebensweiſe. Die Brüder ſind dabei, aus deutſchen Bauern amerikaniſche Farmer zu werden. In dieſer Umwandlung verlieren ſie allmählich ihre Eigenart.

*

So ſieht das Bild einer amerikadeutſchen Gemeinſchaft aus, wie es der Profeſſor für Pſychologie und Sozialwiſſenſchaften an einer virginiſchen Hochſchule der Brüderkirche zeichnet[1]. Profeſſor Frederick Denton Dove iſt ſelbſt Amerikadeutſcher.

Es fällt auf, daß er in ſeiner ſehr ſyſtematiſchen Arbeit an keiner Stelle klar und ausdrücklich nach der Volkstumserhaltung oder der Entvolkung, daß er nicht einmal nach der Sprachentwicklung der Kirche fragt. Er ſetzt den allmählichen Übergang zur engliſchen Sprache und den allmählichen Eingang in den amerikaniſchen „Schmelztiegel" als ſelbſtverſtändlich voraus.

Ebenſo fehlt ein klarer Begriff bäuerlicher Art. An ſeiner Stelle wird nur mit den verwaſchenen Worten „ländlich" und „landwirtſchaftlich" gearbeitet.

Die Methode der Unterſuchung will ſtreng wiſſenſchaftlich im Sinne der poſitiviſtiſchen Soziologie Amerikas ſein. Als Einleitung dient eine mit gelehrten Worten überladene Syſtematik der kulturſoziologiſchen Begriffe. In dieſer Syſtematik wird deutlich, daß der Verfaſſer die treibende Kraft in der Entwicklung ſeiner Kirche nicht auf dem geiſtlichen Felde ſucht. Er lehrt, daß „die wirklichen Determinanten einer religiöſen Gemeinſchaftskultur nicht ſo ſehr dogmatiſch als vielmehr ſoziologiſch ſind, nicht ſo ſehr von religiöſen Überzeugungen abhängen als vielmehr von ſozialen Umſtänden"[2]. „Wandlungen der Gemeinſchaftskultur („group patterns") werden gemeinhin durch ſoziale Lagen hervorgerufen, in denen die Unfähigkeit der beſtehenden gemeinſchaftlichen Lebensweiſe deutlich wird, durch ihre religiöſen Sitten Ergebniſſe zu erzielen, die ſozial zufriedenſtellend ſind."[3]

So iſt die Unterſuchung ſelbſt ein Zeichen der inneren Auflöſung im Kreiſe der Brüderkirche. Wenn aber ſchon die Urſache der kirchlichen Entwicklung entſprechend dem amerikaniſchen „Soziologismus" nicht in geiſtlichen Mächten, ſondern in der Gewalt der äußeren Umſtände geſucht wird, ſo werden dann weiter dieſe äußeren Umſtände nicht als eine ſinnvolle geſchichtliche Geſamtlage geſehen, ſondern als eine völlig willkürliche Reihe einzelner Faktoren, ſo daß am Ende eine materialiſtiſche Milieutheorie übrigbleibt. Zwar wird die Kirche ſelbſt als eine umfaſſende ſoziale Geſtalt begriffen, aber es fehlt jeder geſchichtliche und damit allein ſoziologiſche Begriff der geſamtamerikaniſchen Wirklichkeit, in der die Kirche lebt. Daher kommt auch das Fehlen der Frage nach dem Volkstum.

Wie es der Wiſſenſchaft des liberalen Poſitivismus gemäß iſt, erſcheint hinter der vermeintlich vorausſetzungsloſen Analyſe in Wahrheit eine klare Parteinahme. Die Stellungnahme der Kirche in der Friedensfrage, das heißt die Wandlung der evangeliſchen Friedfertigkeit zu einem amerikaniſch-politiſchen Pazifismus, erſcheint dem Verfaſſer als höchſt löblich. Er findet in der Tatſache, daß der früher ſtreng geiſtliche Verlag der Kirche heute ausgerechnet die Werke Emil Ludwigs in ſeinen Zeitſchriften anzeigen läßt, allenfalls ein Zeichen der Moderniſierung, nicht aber des Verfalls. Den konſervativen Brüdern hält er ihre „kulturelle Rückſtändigkeit und kulturellen Niedergang" („cultural lag and decay")[4] vor. Es ſpricht die Stimme des liberalen Amerika, noch gerade verdeckt von geiſtlichen Erbe der Väter.

*

Die Erzählung von dieſem amerikadeutſchen Gemeinſchaftsſchickſal hat grundſätzliche Bedeutung für das Verſtändnis der Amerikadeutſchen und der Überſeedeutſchen im allgemeinen.

---

[1] Frederick Denton Dove, „Cultural Changes in the Church of the Brethren", Elgin, Illinois 1932. — Über weiteres Schrifttum ſiehe E. Meynen, Bibliographie des Deutſchtums der kolonialzeitlichen Einwanderung in Nordamerika, insbeſondere der Pennſylvanien-Deutſchen und ihrer Nachkommen 1683—1933, Leipzig 1937, S. 104ff.: Deutſche Baptiſten-Brüder, Täufer oder Dunker

[2] S. 24. [3] S. 25.

Im Jahre 1908 wurde der Name der Kirche: „Deutſche Baptiſtiſche Brüder“ amtlich abgeändert zu „Kirche der Brüder“, „da das Wort Deutſch ſeinen Sinn verloren hatte und irreführend geworden war“[5]. Die Kirche blieb alſo deutſch, ſo lange ſie in ſich abgeſchloſſen und konſervativ, d. h. auch gegen das deutſche Geſamtvolk abgeſchloſſen, blieb. Die Moderniſierung bedeutete Amerikaniſierung im landläufigen Sinne von Angliſierung. Es wird deutlich, daß es keine deutſche Ordnung gab, die in der amerikaniſch-angelſächſiſchen bürgerlichen Geſellſchaft die ſich in ihrer alten Ordnung auflöſende deutſche Volksgruppe hätte auffangen können. Deutſch ſein hieß, von der amerikaniſchen Umgebung abgeſchloſſen ſein. Sich in das amerikaniſche Leben ſtellen hieß, die völkiſche Bindung auflöſen.

Die Volksgruppe ſelbſt konnte ſich nicht wehren und auch ihre geiſtliche Eigenart nicht wirkſam verteidigen, weil ſie zweihundert Jahre lang geſchichtslos gelebt hatte. Dem ſtürmiſchen Ausdehnungswillen der bürgerlichen Geſellſchaft ſtand ſie dann hilflos gegenüber. Sie ließ ſich treiben, wie ſie ſich im ländlichen Hinterland der Grenzerberge hatte treiben laſſen. Jetzt erfuhr ſie, daß man als geſchichtliches Daſein nur Hammer oder Amboß ſein kann, daß Gemeinſchaften zu ihrer Stunde ausgelöſcht werden, wenn ſie ihre Welt nicht aktiv zu geſtalten verſuchen. Vor der freiheitsfeindlichen Unduldſamkeit des amerikaniſchen Revolutionskrieges konnten die frommen Brüder noch in die Wälder ausweichen. Vor der rabiaten Unduldſamkeit des bürgerlich-liberalen Amerika gibt es keine Ausweichmöglichkeit mehr. Man paßt ſich an und gibt ſich auf, weil man glaubte, nur als Kirche, nicht als Teil eines politiſchen Volkes, leben zu können. Die Konfeſſionaliſierung des Volkes arbeitet den auflöſenden Kräften der bürgerlichen Geſellſchaft in die Hand.

Das ſektiereriſche deutſche Bauerntum der Brüderkirche hat viele Jahrzehnte lang vorbildliche Leiſtungen in der Landwirtſchaft vollbracht. Die heutige Auflöſung der ererbten Ordnung läßt aber auch die eigentümliche wirtſchaftliche Kraft erlahmen. So wie die geiſtliche Ordnung der Maſſenziviliſation hilflos gegenüberſteht, ſo wird auch die wirtſchaftliche Grundlage des Bauerntums allmählich von innen her untergraben. Landflucht und Überſchwemmung mit ſtädtiſchen Werten löſen die altbäuerliche Kraft auf. Sie ſchwindet wie die geiſtliche Eigenart, weil ſie die völkiſche Bindung verſchmäht und glaubt, ſich in der dünnen Schale der Konfeſſion halten zu können.

So zeigt dieſes Beiſpiel der täuferiſchen „Tunker“ die Gefahr des Untergangs auf dem Wege über die ſektiereriſche Vereinzelung und Verdumpfung, die das überſeedeutſche Bauerntum in der angelſächſiſchen bürgerlichen Geſellſchaft bedroht.

*

Es iſt aber nun keineswegs ſo, daß Amerika durch die Selbſtaufgabe dieſer eigenwilligen Bauernſekte etwas gewönne. Es gewinnt im allerbeſten Falle 138 000 genormte Amerikaner mehr, von denen es wahrlich genug hat.

Es verliert aber nicht nur völkiſche Farbe und ſeeliſche Intenſität, ſondern auch die eigentliche Kraft ſeiner ländlichen Grundlage. Wenn die oft verſpotteten und angegriffenen „Tunker“ von Beginn an bloße Durchſchnittsamerikaner geweſen wären, hätten ſie kaum die fruchtbaren Täler Pennſylvaniens, Virginiens oder Indianas zu ſolcher Blüte gebracht. Indem der Nivellierungswahn der Maſſendemokratie ihre Eigenart auflöſt, wird Amerika um ein wichtiges Stück ſeiner Leiſtungskraft betrogen. Auch Amerika wurde durch Völker und nicht durch Maſſen aufgebaut. Jede Volksvernichtung trifft ſeine Aufbaukräfte.

Amerikaniſche Soziologen aber ſind blind gegen die Tatſachen, die ſie ſelbſt erforſchen. Bis zu der angedeuteten erſten Einſicht einer Volksforſchung in Amerika ſind ſie in ihren Überlegungen über „group pattern“ und ähnliche abſtrakte Geſpenſter noch nicht vorgedrungen.

Karl Heinz Pfeffer, Berlin.

---

[4] S. 79. [5] S. 40.

Bibliographie

Lothringiſche Bibliographie

Auswahl ſeit 1918

Von Chriſtian Hallier, Metz

Die vorliegende Zuſammenſtellung lothringiſchen Schrifttums verzichtet grundſätzlich auf Vollſtändigkeit. Zeitlich beſchränkt ſie ſich auf Veröffentlichungen aus den Jahren nach 1918, ſachlich auf die von dem „Deutſchen Archiv" beſonders betreuten Gebiete, ohne aber auch da mehr als eine Auswahl bieten zu wollen. Eine weitere Einſchränkung war durch die territorialen und geſchichtlichen Verhältniſſe im lothringiſchen Raum geboten. Die wichtigſten, auf deſſen ganzen Bereich ſich beziehenden Werke ſind ſelbſtverſtändlich aufgeführt worden, von den zeitlich und räumlich begrenzten Einzelunterſuchungen dagegen nur die auf den reichsländiſchen Bezirk Lothringen bezüglichen. Die von 1871—1918 beſtehende und darüber hinaus auch weiter wirkſame Verknüpfung Lothringens mit dem Elſaß hat es nötig gemacht, auf beide Landſchaften ſich erſtreckende Literatur zu nennen, desgleichen auch einiges Lothringen berührende Schrifttum aus dem benachbarten und eng verwandten Saarraum. Zur Feſtſtellung weiterer Literatur auch über die hier nicht berückſichtigten Sachgebiete ſtehen die angegebenen Bibliographien zur Verfügung.

Das Vorherrſchen der franzöſiſchſprachigen Darſtellungen iſt einerſeits durch die politiſche und kulturelle Lage Lothringens in den Jahren nach 1918 bedingt, die nicht zuletzt durch einen rückſichtsloſen Kampf gegen die deutſche Sprache des Landes zugunſten der franzöſiſchen Staatsſprache gekennzeichnet iſt, andererſeits aber auch durch eine gefliſſentliche Beachtung der lothringiſchen Probleme durch die franzöſiſche Wiſſenſchaft. Demgegenüber fand die deutſche Wiſſenſchaft leider nicht immer in wünſchenswertem Maß den Zugang zu den Fragen des abſeits liegenden lothringiſchen Grenzlandes, deren Behandlung überdies durch mannigfache äußere Hemmniſſe erſchwert wurde. Das muß und wird in Zukunft anders werden.

Entgegen der Gepflogenheit des „Deutſchen Archivs" können in der vorliegenden Zuſammenſtellung nur die Titel geboten werden; zeitliche Gründe erlaubten es nicht, ihnen erläuternde Bemerkungen beizufügen. Dieſer Mangel wird aber leicht zu verſchmerzen ſein, da noch im Laufe dieſes Jahres eine ausführliche kritiſche Bibliographie über Deutſch-Lothringen von Profeſſor Dr. L. Juſt-Bonn, einem unſerer beſten Kenner lothringiſcher Geſchichte, zu erwarten iſt.

Die Auflöſungen der Abkürzungen ſind in dem Abſchnitt „Zeitſchriften und Fortſetzungswerke" zu finden.

Bibliographien und Archivalien

Elsaß-Lothringische **Bibliographie** für das Jahr 1919ff. [1910—1928 bearb. von W. Pöwe, 1929—1933 bearb. von Chr. Hallier.] In: ELJb. Bd. 2—14. Berlin u. Frankfurt 1923—1935.

Bibliographie lorraine 1913/19ff. Nanzig, Paris, Straßburg: Berger-Levrault, 1921ff. = Annales de l'Est. Année 34ff., 1920ff.

Etat général par fonds des archives départementales. Département de la Moselle par P. d'Arbois de Jubainville avec la collaboration de J.-N. Christiany. Précédé d'une notice historique sur les archives de la Moselle par A. Vidier. Metz 1928: Impr. Lorraine. XXVII, 57 S. 4⁰.

Katalog der Elsaß-Lothringischen Abteilung (der Kaiserl. Universitäts- und Landesbibliothek Straßburg). Bearb. von E. Marckwald, F. Mentz und L. Wilhelm. Bd. 1. [Bd. 2 u. 3 unter dem Titel: Bibliotheque universitaire et régionale de Strasbourg. Catalogue de la section alsacienne et lorraine par Louis Wilhelm.] Straßburg: Selbstverlag der Bibliothek, 1908—1929. XIII, 691 S.; 596 S.; IV, 1032 S.

Zeitſchriften und Fortſetzungswerke

Annuaire de la Fédération historique lorraine. T. 1 (1931—1932) ff. Nanzig, Paris, Straßburg: Berger-Levrault, 1933ff. = Annales de l'Est, années 42/43ff.

Annuaire de la Société d'histoire et d'archéologie de la Lorraine. T. 29—47. Metz: Les arts graphiques, 1920—1938. [Zit.: **Annuaire.**]

Bulletin mensuel de la Société d'archéologie lorraine et du Musée historique lorrain. Vol. 63 (1914—1919) bis 73 (1929). Nanzig: Au siège de la Société 1919—1929. [Fortges. u. d. Titel:] **Revue** historique de la Lorraine, publiée par la Société d'arch. lorr. et du Musée hist. lorr. Vol. 74 (série 4, t. 1) ff. Nanzig: Au siège de la Société, 1930ff.

Bulletin de la Société d'histoire naturelle de la Moselle. Cahier 29—34. Metz, 1921 bis 1935. Voix Lorraines [usw.]. [Zit.: **Bull. hist. nat.**]

Les **Cahiers Lorrains.** Organe des sociétés littéraires, scientifiques, artistiques de Metz et de la Moselle. Année 1—18. Metz: Le Messin [usw.], 1922—1939.

Elsaßland-Lothringer Heimat. Illustrierte Monatsschrift für Heimatkunde und Touristik. Jg. 1—19. Guebwiller: Alsatia 1920—1939.

Elsaß-Lothringen. Heimatstimmen. Hrsg. von Robert Ernst. Jg. 1—17. Berlin: Bernard & Graefe 1923—1939.

Elsaß-Lothringisches Jahrbuch. Hrsg. vom Wissenschaftl. Institut der Elsaß-Lothringer im Reich an der Univ. Frankfurt. Bd. 1ff. Berlin: de Gruyter, 1922 bis 1928; Frankfurt: Elsaß-Lothringisches Inst. 1929—1935; Frankfurt: Diesterweg, 1936ff. [Zit.: **ELJb.**]

Jahrbuch der Elsaß-Lothringischen Wissenschaftlichen Gesellschaft zu Straßburg. Bd. 1—12. Colmar: Alsatia; Heidelberg: Winter in Komm., 1928—1939 [Zit.: **JbWG.**]

Mémoires de l'Académie Nationale de Metz. Année 101—117. Metz: Impr. spéciale des Voix lorraines [usw.], 1921—1936. [Zit.: **Mémoires.**]

Mémoires de la Société d'archéologie lorraine et du Musée historique lorrain. T. 64 (1914—1919)ff. Nanzig: Au siège de la Société, 1919ff. [Zit.: **Mém. Soc. d'arch.**]

Stimmen aus Lothringen. Voix de Lorraine. [Hrsg. von J. Fourmann.] Jg. 1—9. Forbach: Impr. de l',,Echo de l'Est,'' 1931—1939.

Statiſtik

Statistique générale de la France. Office régional de statistique d'Alsace et de Lorraine. **Annuaire** statistique (Bas-Rhin, Haut-Rhin, Moselle). Nouvelle série, vol. 1. 1919/31; Straßburg 1932: Impr. alsacienne, XXXII, 437 S.

Office de statistique d'Alsace et de Lorraine. **Comptes** rendus statistiques. Année 1ff. Straßburg: Impr. populaire [usw.], 1919ff.

Office de statistique d'Alsace et de Lorraine. **Répertoire** des communes des départements du Bas-Rhin, du Haut-Rhin et de la Moselle. Straßburg: Istra [1928]. XIX, 134 S.

Enthält die Ergebniſſe der Volkszählungen von 1921 und 1926. Unter dem gleichen Titel iſt 1933 im gleichen Verlag ein weiterer Band erſchienen ,,établi d'apres les résultats du dénombrement de la population du 8 mars 1931.''

Landeskunde

Ardouin-Dumazet: Les provinces délivrées. III: Lorraine. P. 1. 2. Nanzig, Paris, Straßburg: Berger-Levrault, 1919. X, 303 u. X, 332 S. mit Karte = Voyage en France, vol. 50, 62.

Elsaß-Lothringischer **Atlas.** Landeskunde, Kultur und Wirtschaft Elsaß-Lothringens, dargest. auf 45 Kartenblättern . . . Hrsg. von Georg Wolfram und Werner Gley. [Nebst Erl.-Bd.] Frankfurt a. M.: Elsaß-Lothringen-Institut 1931. 75 Karten nebst VIII, 167 S. = Veröffentlichungen des Wissenschaftl. Inst. d. Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt.

Etudes des gîtes minéraux de la France. **Bassin houiller** de la Sarre et de la Lorraine. Atlas dressé par Emile Siviard sous la direction de Edmond Friedel. Paris 1932. 36 Karten. 2⁰. — [T.] I: Flore fossile. Fasc. 1: P. Bertrand: Neuroptéridées. Fasc. 2: P. Bertrand: Aléthoptéridées. Fasc. 3: P. Corsin: Marioptéridées. Lille 1932: Danel. 173 S. u. 107 Taf. 4⁰.

Bernauer, Ferdinand: Die Phosphorite des Lias von Deutsch-Lothringen. Mit 1 Taf. u. 5 Textfig. Berlin: 1920 (Schade). S. 110—199, 1 Taf. = Heidelberg, Diss. nat.-math. 1920 (Aus: Jahrbuch d. preuß. Geol.-Landesanst. 1919.)

Capot-Rey, Robert: La Région industrielle sarroise. Territoire de la Sarre et bassin houiller de la Moselle. Etude géographique. Paris: 1934. XII, 637 S. mit 36 Abb., 19 Taf. u. 4 Karten.

Carrez, Henry: Les noms de lieu en Lorraine. In: Memoires, Jg. 105 1925, S. 67—87.

Diebolt, Hans: Das Krumme Elsaß. Ein Bild von seiner Art und Schönheit. Straßburg: Edition des Dernières Nouvelles, 1930. 62 S. mit Abb. u. 1 Karte.

Ferrant, Victor: Die fluvioglazialen Schotterterassen des Moseltales auf luxemburgischem Gebiet und ihre Stellung im System. In: Les Cahiers Luxembourgeois. Revue libre . . . Freie Rundschau für Kunst und Wissenschaft. 10. Jg. 1933, S. 1—93.

Géographie lorraine. Sous les auspices de la Société lorraine des études locales avec le concours de 14 collaborateurs. 2ᵉ édition. Paris: Berger-Levrault, 1938. IX, 475 S. mit 1 Kt., 92 Taf. und 65 Abb. im Text.

Grosdidier de Matons, Marcel: En Lorraine. De l'Argonne aux Vosges. Grenoble: Arthaud (1932). 184 mit 194 Abb. (Sammlung: „Les beaux pays de France.")

— En Lorraine. Le cœur de la Lorraine. Grenoble: Arthaud (1933). 158 S. mit 142 Abb. (Sammlung: „Les beaux pays de France.")

Jessen, E.: Das lothringische Keuperland. Ein Beitrag zur Landeskunde Deutsch-Lothringens. In: Geograph. Anzeiger, Jg. 1922, S. 49—56; 84—88.

Klipffel, Lucien: Carte du Pays Messin en 1789. Nanzig: Société d'impr. typogr. 1929. 15 S.

Kraus, Ernst: Lothringen. Mit einem Beitrag von Walter Klüpfel. Berlin: Bornträger 1925. VIII, 212 S. mit 4 Taf. = Die Kriegsschauplätze 1914—1918 geologisch dargestellt. H. 2.

La Chaise, François de: Les maisons fortes de la Moselle. In: Mémoires, Jg. 110 1929, S. 565—586.

Martin, Ludwig: Kulturgeographische Untersuchungen in Deutschlothringen und im Saargebiet. Stuttgart: Engelhorn, 1934. 128 S. mit 21 Karten im Text u. 26 Abb. auf 8 Taf. = Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde, Bd. 30, H. 3.

Martonne, Emanuel de: Les grandes régions de la France. Les Marches de l'Est: Lorraine-Vosges-Alsace-Jura. Description photographique avec notices géographiques. Paris: Payot, 1927. 31 S. u. 62 Abb.

Metz, Friedrich: Landschaft und Siedlung im Elsaß und in Lothringen. In: Elsaß und Lothringen-Deutsches Land. Hrsg. von O. Meißner. Berlin: Stollberg, 1940. S. 25—58.

Saar-Atlas. Im Auftrage der Saar-Forschungsgemeinschaft bearb. u. hrsg. von Hermann Overbeck u. Wilhelm Sante in Verbindung mit H. Aubin, O. Maul u. F. Steinbach. Gotha: Perthes, 1934. 104 S. Text u. Erl.; 103 Abb.; 171 Haupt- u. Nebenkarten auf 40 Taf.

Schmitthenner, Heinrich: Die Oberflächenformen der Stufenlandschaft zwischen Maas und Mosel. Stuttgart: J. Engelhorns Nachf., 1923. 89 S. und 9 Abb. = Geograph. Abhandlungen 2. Reihe, H. 1.

Théobald, N.: Le pays de Sierck. Description géologique comprenant une étude détaillée des terrasses de la Moselle entre Koenigsmacker et Sierck. In: Bull. hist. nat., 33. Heft 1932, S. 5—45.

Vidal de la Blache, Paul: La France de l'est (Lorraine-Alsace). Paris: Colin, 1920. IX, 280 S. mit 3 Kt.

Wolfram, Georg: Metz und Lothringen. Mit einem Beitrag von Albert H. Rausch. Berlin: Dt. Kunstverlag, 1926. 43 S. u. 36 Taf. = Veröffentlichung des Wissenschaftl. Inst. der Elsaß-Lothringer i. Reich.

Geſchichte

a) Allgemeines

Aubin, Hermann: Staat und Nation an der deutschen Westgrenze. Berlin: Dümmler, 1931; 31 S. (Jetzt auch in: H. Aubin, Von Raum und Grenzen des deutschen Volkes. Studien z. Volksgesch. Breslau: Priebatsch, 1938, S. 57—79.)

Elsaß und Lothringen. In: Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums, hrsg. von C. Petersen u. a. Bd. II, Breslau 1937, S. 311—432.

Mit zahlreichen Literaturangaben zu allen Sachgebieten.

Ernst, Fritz: Lothringen. Aus der Geschichte eines Grenzlandes. Leipzig: Koehler u. Amelang [1941]. 31 S.

Frankreich und der Rhein. Beiträge zur Geschichte und geistigen Kultur des Rheinlandes. Von R. Kautzsch, G. Küntzel u. a. Frankfurt a. M.: Englert & Schlosser, 1925. 122 S. und XX Taf.

Gérardin, Edouard: Histoire de Lorraine. [T. I:] Duchés-comtés-évêchés depuis les origines jusqu'à la réunion des Deux Duchés à la France (1766). [T. II:] Province de Lorraine et Barrois 1766—1790. Départements de Meurthe, Moselle, Meuse et Vosges de 1790 à nos jours. Paris: Berger-Levrault, 1925. 1927. XII, 350 mit 66 Abb. u. 4 Kt.; 188 S. mit 29 Abb.

Die **Geschichte** von Elsaß-Lothringen. Straßburg: Neuer Elsässer Verlag, 1935. 103 S.

Herold, Martin, Josef Niessen und **Franz Steinbach:** Geschichte der französischen Saarpolitik. Ausgangsstellung und Angriff — Von der Saar zum Rhein — Wende und Wiederkehr. Bonn: Röhrscheid, 1934. 103 S. mit 27 Kt. = Veröffentlichung aus dem Institut für geschichtl. Landeskunde der Rheinlande a. d. Univ. zu Bonn.

Hrsg. von Société lorraine des études locales dans l'enseignement public. **Histoire** de Lorraine. Publiée avec le concours de seize collaborateurs. Nanzig: Berger-Levrault, 1939. IX, 760 S. mit 104 Taf., 101 Abb. u. Kt. im Text und 1 Kt. im Anhang.

Just, Leo: Lothringen. Raum, Volk und Geschichte. In: Die Westmark, 8. Jg. 1940/41, S. 8—13.

König, Friedrich: Deutsch-Lothringen. Stammestum, Staat und Nation. Zugleich ein Beitrag zur elsaß-lothringischen Frage und zum deutschen Westproblem. Berlin: de Gruyter, 1923. VII, 136 S. = Schriften des Wissenschaftl. Inst. der Elsaß-Lothringer i. Reich.

— Lothringen. Berlin: Dt. Schutzbund-Verl., 1926. 20 S. = Taschenbuch des Grenz- u. Auslanddeutschtums. H. 6.

Meyer, Eugen: (d. i. Schmidlin, Josef) Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen. 2. Aufl. Münster: Aschendorff, 1929. XI, 160 S. = Deutschtum und Ausland. H. 7.

Morizet, G.: Histoire de Lorraine. Paris: Boivin, 1926. XIV, 330 S. u. 16 Taf.

Parisot, Robert: Histoire de Lorraine. T. 1—3 nebst Index alphabétique général. Paris: Picard, 1919—1924. XIV, 520 S.; II, 347 S.; III, 521 S. u. 109 S.

Ruppel, Alois: Geschichtliche Tatsachen zur Beurteilung Lothringens. Vortrag, gehalten am 28. Nov. 1918 in Saarbrücken. Saarbrücken: Hofer, 1918. 16 S.

Stählin, Karl: Geschichte Elsaß-Lothringens. München, Berlin: Oldenbourg, 1920. IX, 295 S. mit 4 Kt.

Schulte, Alois: Frankreich und das linke Rheinufer. 2. durchges. Aufl. Stuttgart u. Berlin: Dt. Verlags-Anstalt, 1918. 364 S. mit 4 Kt.

Steinbach, Franz: Die geschichtliche Stellung Lothringens. In: Rhein. Heimatblätter. 4. Jg., Koblenz 1927, S. 76—80.

Textes d'histoire lorraine du VIe siècle à nos jours, publiés par la Société lorraine des études locales. Nanzig: Thomas, 1931. XVIII, 370 S.

Wentzcke, Paul: Elsaß und Lothringen im Rheinischen Raum. In: ELJb., 15. Bd. 1936, S. 1—34.

b) Vorgeſchichte, röm. Zeit, german. Landnahme

Bellard, André: Contribution à la préhistoire de Lorraine. In: Bull. hist. nat., 31. Heft, 1926, S. 9—66. (Durchges. u. verm. als Sonderdruck erschienen Metz: Le Lorrain 1926. 74 S u. Taf.).

Delafosse, W., H. Guyot und **A. Bellard:** La question des mardelles en Moselle. In: Bull. hist. nat., 33. Heft 1932, S. 89—102.

Keune, Jean-Baptiste: Die römische Volksgemeinde der Metzer (Civitas Mediomatricorum). In: ELJb., VIII. Bd. 1929, S. 10—39.

Linckenheld, Emil: Bericht über die Fortschritte der vor- und frühgeschichtlichen Forschung in Lothringen (1915—1928). In: Deutsches Archäol. Institut, Röm.-Germ. Kommission. 17. Bericht, Frankfurt a. M. 1929, S. 108—153.

— Archäologisches Repertorium des Kreises Bolchen. Forbach: Verl. d. „Stimmen aus Lothringen", 1933. 95 S. (Unveränd. Abdr. aus: Stimmen aus Lothringen, Jg. 1933).

— Répertoire archéologique de l'arrondissement de Sarrebourg (Moselle). Saarburg 1929: Sausy. 139 S.

— Répertoire archéologique des arrondissements de Thionville-Est et Ouest. Archäolog. Repertorium der Kreise Diedenhofen-Ost und -West. Metz: Metzer Freies Journal 1934. 119 S.

— Archäologisches Repertorium der Kreise Forbach und Saargemünd. Forbach: Verl. d. „Stimmen aus Lothringen", 1932. 160 S.

— Les limites de la Belgica et de la Germanica en Lorraine. Etude de la plus ancienne frontière orientale de la Lorraine. In: Mém. Soc. arch., 69. Bd. 1932, S. 207—334.

— Les stèles funéraires en forme de maison chez les Médiomatriques et en Gaule. Paris: Les Belles Lettres, 1927. 159 S. u. 6 Taf. = Publ. de la Faculté des lettres de l'Université de Strasbourg fsc. 38.

Steinbach, Franz: Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte. Jena: Fischer, 1926. VI, 180 S. mit Abb. u. Kt. = Schriften des Inst. für Grenz- u. Auslanddeutschtum a. d. Univ. Marburg. H. 6.

Toussaint, Maurice: La Lorraine à l'époque gallo-romaine. Préface de Camille Jullian. Nanzig: Dory, 1928. V, 230 S.

c) Mittelalter und Neuzeit

Bourceret, A.: Traité passé entre les électeurs de Trèves et le duc de Lorraine, touchant à l'exercice de leurs souverainetés indivises sur les territoires de Mertzig et du Saargau. In: Bulletin de la Société des Amis des Pays de la Sarre Nr. 7, 1931, S. 339—350.

Brandi, Karl: Karl V. vor Metz. In: ELJb., 16 Bd. 1937, S. 1—30.

Braubach, Max: Hat Friedrich der Große die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Deutschland verhindert? In: ELJb., 14. Bd. 1935, S. 161—183.

Bronner, Fritz: Die Verfassungsbestrebungen des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen (1875—1911). Heidelberg: Winter, 1926. XI, 272 S. = Veröffentlichung des Wiss. Inst. der Elsaß-Lothringer im Reich.

Büttner, Heinrich: Die polit. Erschließung der westl. Vogesen im Früh- u. Hochmittelalter. In: Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins. NF. Bd. 50. 1936, S. 211ff.

Contamine, Henry: Metz et la Moselle de 1814 à 1870. Etude de la vie et de l'administration d'un département au XIXe siècle. In: Mémoires, année 112 (1931) S. LXIII bis XCV, 1—496; année 113 (1932) S. 1—426.

Dorvaux, Nicolas et Paul Lesprand: Cahiers de doléances des bailliages des Généralités de Metz et de Nancy pour les Etats généraux de 1789. IIe série:

Département de la Moselle, t. 1: Cahiers du bailliage de Thionville. Bar-le-Duc 1922. 389 S.

Duvernoy, E.: Recherches sur le traité de Nuremberg de 1542. In: Annales de l'Est. 4e série I 1933, S. 153—170.

Ennen, Edith: Die Entwicklung der Selbstverwaltung in den Städten an der Saar bis zur französischen Revolution. In: Rhein. Vjbl. 3. Jg. 1933. S. 1—30.

Fallex, Maurice: L'Alsace, la Lorraine et les Trois Evêchés du début du XVIIe siècle à 1789. Texte explicatif de la carte à 1: 500000. Paris: Delagrave, 1921. 30 S.

Folz, Robert: Le concordat germanique et l'élection des évêques de Metz. In: Annuaire, 40. Bd. 1931, S. 157—305.

Gain, André: En marge du Parlement de Metz. Le Conseil Souverain de Lorraine 1634—1637. Contribution à l'histoire de l'occupation de la Lorraine par la France au XVIIe siècle. In: Annuaire, Bd. 44 1935, S. 201—354; Bd. 46 1937, S. 1—70.

Hübinger, Paul Egon: Oberlothringen, Rhein und Reich im Hochmittelalter. Umrisse und Aufgaben. In: Rhein. Vierteljahrsblätter, 7. Jg., Bonn 1937, S. 141—160.

— Die Weltlichen Beziehungen der Kirche von Verdun zu den Rheinlanden. Bonn: Röhrscheid 1935. = Rhein Archiv 28.

Just, Leo: Lothringen und die Saar. In: ELJb., 14. Bd. 1935, S. 143—159.

— Österreichs Westpolitik im 18. Jahrhundert In: Rhein. Vjbl. 5. Jg. 1935, S. 1—15.

— Wie Lothringen dem Reich verlorenging. In: Rhein. Vjbl. 7. Jg. 1937, S. 215—227.

Kaiser, Jean-Baptiste: Procès-verbal de délimitation de frontières en 1661. In: Annuaire, 29. Bd. 1920, S. 188—199.

— Das Bistum Metz um die Mitte des 17. Jahrhunderts. In: JbWG., 5. Bd. 1932, S. 121—136.

Lesprand, Paul et Léon Bour: Cahiers de doléances des prévôtés bailliagères de Sarrebourg et de Phalsbourg et du bailliage de Lixheim pour les Etats-Généraux de 1789. In: Annuaire, Bd. 44 1935, S. 147—200; Bd. 45 1936, S. 40—149; Bd. 46 1937, S. 197—304. Mit einer Kt. Als Sonderdr. ersch. Metz: Even 1938. 260 S.

Möckelt, Otto: Lothringen nach den Cahiers de doléances von 1789 unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Frankfurt: Elsaß-Lothringisches Institut, 1927. X, 176 S. = Schriften des Wissenschaftl. Inst. der Elsaß-Lothringer i. Reich.

Mommsen, Wilhelm: Richelieu, Elsaß und Lothringen. Ein Beitrag zur elsaß-lothringischen Frage. Berlin: Verl. f. Politik u. Wirtschaft, 1922. 431 S.

Niessen, Josef: Grundzüge der Territorialentwicklung an der mittleren Saar. In: Rhein. Vierteljahresblätter, 2. Jg. 1932, S. 1—18.

Pange, Maurice de: Les Lorrains et la France au moyen-âge. Paris: Champion [1919]. XXX, 196 S.

Perrin, Ch. Edmond: Recherches sur la seigneurie rurale en Lorraine d'après les plus anciens censiers (IXe—XIIe siècle). Paris: Les Belles Lettres, 1935. XXII, 809 S. = Publ. de la Faculté des lettres de l'Univ. de Strasbourg, fsc. 71.

Platzhoff, Walter: Die elsaß-lothringische Frage in der russischen Politik von 1870—1917. In: ELJb., 8. Bd. 1929, S. 359—369.

— Die elsaß-lothringische Frage im Weltkrieg und im Versailler Frieden. In: ELJb., 13. Bd. 1934, S. 283—298.

Rebholz, Johann: Lothringen und Frankreich im Saarraum. Deutsch-französische Grenzverhandlungen 1735—1766. XII, 121 S. mit 5 Kt. Frankfurt a. M.: Diesterweg, 1938 = Schriften d. Wiss. Inst. der Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt, NF. Nr. 19.

Rheindorf, Kurt: Elsaß, Lothringen und die Großmächte im Zeitalter Ludwigs XIV. In: ELJb., 3. Bd. 1924, S. 73—91.

— Elsaß und Lothringen am Ende des ersten Kaiserreichs. In: ELJb., 10. Bd. 1931, S. 233—248.

Schneider, Karl G.: Die grundlegende Bedeutung der Zeit von 1552—1648 für die neuere französische Ausdehnungspolitik. In: Rhein. Vjbl. 4. Jg. 1934, S. 11—25.

Steinbach, Franz: Grundzüge der polit. Entwicklung a. d. oberen u. mittleren Mosel im Mittelalter. In: Jb. d. Arbeitsgemeinschaft d. Rhein. Geschichtsvereine. 2. Bd. 1936, S. 10—18.

Textor, Fr.: Entfestigungen und Zerstörungen im Rheingebiet während des 17. Jahrhunderts als Mittel der französischen Rheinpolitik. Bonn: Röhrscheid, 1937. XXVII, 292 S. mit 9 Kt. = Rhein. Archiv 31.

Van Volxem, Josef: Die Konferenz zu Nanzig 1737/1741. Zur Reichsgrenzpolitik im Mosel-Saarraum nach dem Verlust Lothringens. (Mit 10 Kt.) In: Rhein. Vierteljahrsblätter, 6. Jg. 1936, S. 244—279.

Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen 1871—1918. Hrsg. im Auftrage des Wiss. Inst. d. Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt von Georg Wolfram. T. 1. 2. Berlin: Verlag f. Sozialpolitik, Wirtschaft u. Politik, 1936. 1937. 436 S. mit 94 Abb.; 528 S. mit 192 Abb. = Das Reichsland Elsaß-Lothringen 1871 bis 1918. Bd. 2, T. 1 u. 2.

Wentzcke, Paul: Der deutschen Einheit Schicksalsland. Elsaß-Lothringen und das Reich im 19. und 20. Jahrhundert. München: Drei Masken Verlag, 1921. 228 S.

Zeller, Gaston: L'organisation défensive des frontières du nord et de l'est au XVIIe siècle. Paris: Berger-Levrault, 1928. 132 S.

— Les relations de la France et de la Lorraine à la veille de l'occupation de Metz. In: Mém. Soc. d'arch. T. 66 (1923—1925), Nanzig 1926, S. 354—429.

— La Réunion de Metz à la France (1552—1648). P. 1. 2. Paris: Les Belles Lettres, 1926. 502 u. 402 S. = Publ. de la Faculté des Lettres de l'Univ. de Strasbourg, fasc. 35. 36.

d) Jüngſte Zeit ſeit 1918

Bürckel, Josef: Gau Westmark im Kampf geformt. In: Elsaß und Lothringen — Deutsches Land. Hrsg. von O. Meißner. Berlin: Stollberg, 1940. S. 301—308.

Defensor: Lothringen im Kampf um seine religiösen Einrichtungen 1924—1926. Schwerdorff (Lothr.) 1926. 416 S.

Doßmann, Georg: Das staatsrechtliche Schicksal Elsaß-Lothringens. Halle: Klinz, 1932, 72 S. = Halle, Diss. jur.

Fleckenstein, Oskar: Die Bestimmungen des Versailler Vertrags (VV) über Elsaß-Lothringen. [Masch. Schr.] V, 139 S. = Würzburg, Diss. jur. 1929.

Hallier, Christian: Vom Selbstbehauptungskampf des deutschen Volkstums im Elsaß und in Lothringen 1918—1940. Berlin: Selbstverlag der Deutschen Informationsstelle, 1940. 150 S. u. 16 Taf. = Frankreich gegen Europa Nr. 10.

Hartmann, Hans Immanuel: Die staatsrechtliche Angleichung Elsaß-Lothringens an die Französische Republik seit 1918. Leipzig: Noske, 1932. VII, 79 S. (Leipz., Diss. jur. 1932.)

Lardemelle, de: Metz défend l'état. La question mosellane. La sécurité. La restauration de Metz. Nanzig, Paris, Straßburg: Berger-Levrault, 1930. 284 S.

Millerand, Alexandre: Le retour de l'Alsace-Lorraine à la France. Avec une introduction par Eugène Petit. Paris: Bibl. Charpentier, 1923. 248 S.

Raphael, Willy, Behauptung des deutschen neben dem französischen Recht in Elsaß-Lothringen, insbesondere in den Gesetzen vom 1. Juni 1924. Philippsburg ⟨Baden⟩ 1939: Kruse. 58 S.

Roos, Karl: Politik und Gewaltpolitik in Elsaß-Lothringen. Eine Schrift zur Lehr und Wehr. Aus Anlaß der Autonomistenverfolgungen um Weihnachten 1927 hrsg. Zürich: Fricke, 1928. 169 S.

Sick, Erich W.: Die Staatsangehörigkeit der Alt-Elsaß-Lothringer im Reich. Frankfurt a. M.: Diesterweg, 1940. XXIV, 180 S. = Veröffentlichung des Wiss. Inst. der Elsaß-Lothringer im Reich a. d. Univ. Frankfurt.

Zentz, Karl Wilhelm: Der Einfluß des Versailler Vertrags auf die Staatsangehörigkeit der Elsaß-Lothringer. München 1930: (Weiß) 45 S. = Würzburg, Diss. jur. 1930 [1931].

Bevölkerungsgeſchichte

Barbé, Jean-Julien: Metz. Documents généalogiques. Armée, noblesse, magistrature, bourgeoisie, arts, sciences, commerce, industrie. D'après les registres de l'état-civil 1792—1870. Metz: Mutelet, 1934. X, 352 S.

Bossu, Louis: Les Lorrains en Corse. La colonie des Porettes. In: Annuaire, Bd. 36 1927, S. 31—48.

Gain, André: Relations entre la Lorraine et le Canada en 1673. In: Les Cahiers lorrains, 12. Jg. 1933, S. 69—73.

Gley, Werner: Zur Bevölkerungsentwicklung in Elsaß-Lothringen. In: ELJb., 12. Bd. 1933, S. 317—328.

Metz, Friedrich: Die Auswanderung aus Elsaß-Lothringen nach den Donauländern. In: ELJb., 9. Bd. 1930, S. 254—278.

Neu, Heinrich: Elsässer und Lothringer als Ansiedler in Nordamerika In: JbWG. 3. Bd. 1930, S. 98—128.

Poirier, F. J.: Metz et Pays messin. Documents généalogiques d'après les actes des amans 1556—1728 et d'après les registres des paroisses rurales 1600—1792. Metz: Impr. du Messin, 1930. XV, 153 S.

Schmidlin, August: Der Bevölkerungsstand in Elsaß-Lothringen. In: JbWG., 2. Bd. 1929, S. 118—146.

— Die Bevölkerungsbewegung in Elsaß-Lothringen 1872—1930. In: JbWG., 4. Bd. 1931, S. 95—161.

Stanglica, Franz: Die Auswanderung der Lothringer in das Banat und die Batschka im 18. Jahrhundert. Frankfurt a. M.: Elsaß-Lothringen-Institut, 1934. 75 S. = Schriften des Wiss. Inst. der Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt, NF. Nr. 12.

Tribout, Henri: Documents généalogiques du Pays messin et de la Lorraine de langue allemande: Armée, noblesse, clergé, bourgeoisie, magistrature d'après les registres des paroisses et d'état civil 1630—1830. Paris: G. Saffroy, 1935. XIX, 159 S.

Werner, Walter: Die Entwicklung der elsaß-lothringischen Bevölkerung in den letzten 100 Jahren. [Masch. Schr.] 89 S. 4° = Leipzig, Diss. phil. 1920. Auszug in: Jahrbuch der Phil. Fak.Leipzig 1920, 1, S. 62—63.]

Orts- und Territorialgeſchichte

(In alphabetiſcher Folge der Orte bzw. Territorien)

Ortsgeschichte Lothringens. Hrsg. von J. Touba. Bd. XVI—XXX. Forbach: Impr. de L'Echo de l'Est [usw.] 1925—1938.

Enthält Darſtellungen über St. Avold (Bd. 16, 18), Forbach (Bd. 17, 19, 20), Saargemünd (Bd. 21, 25), Rieding, Eich u. Klein-Eich (Bd. 26), Neuſcheuern u. Wittringen (27), Die Huf (Bd. 28), Bitſch (Bd. 29) u. Beningen mit ſeinen Filialdörfern (Bd. 30).

Cuny, Franz: Reformation und Gegenreformation im Bereiche des früheren Archipresbyterates Bockenheim (der heutigen Kantone Finstingen, Saarunion, Drulingen und Lützelstein). Bd. I: Das Archipresbyterat Bockenheim in der Vorreformationszeit. Metz: Impr. „La Libre Lorraine“, 1937. 334 S. mit 9 Abb. u. 2 Kt.

Guir, Frédéric: Histoire de Boulay (Bolchen). Bolchen: Stenger, 1933. 93 S. mit 23 Abb.

Huffel, G.: Le comté de Dabo (Dagsburg) dans les Basses-Vosges. Ses forêts, ses droits d'usage forestiers. Etude historique, forestière et juridique. Nanzig: Société d'impressions typographiques, 1924. XV, 287 S. mit 7 Abb. u. 1 Kt.

Burger, Emil: Aus Finstingens Vergangenheit. Geschichte der Stadt und der Herrschaft Finstingen von den ältesten Zeiten bis zur Französischen Revolution 1789. Histoire de la ville et de la seigneurie de Fénétrange . . . (Metz:) Selbstverlag, (1931). 72 S.

Just, Leo: Nanzig, Die Hauptstadt des alten Herzogtums Lothringen. In: Die Westmark, VIII. Jg. S. 357—366.

Kaiser, Johann Baptist: Das Archidiakonat Longuyon am Anfange des 17. Jahrhunderts. Visitationsbericht 1628—1629. T. 1: Die vier wallonischen Dekanate. T. 2: Die drei deutschen Dekanate. Heidelberg: Winter, 1928. 1929. XI, 277 S.; 321 S. u. 1 Kt. = Schriften d. Elsaß-Lothringer Wiss. Ges. zu Straßburg. Reihe A: Alsatica u. Lotharingica, Bd. 3 u. 4.

Maujean, L.: La Lorraine historique. Notice sur Maizières-lès-Metz. Metz: Le Messin, [1937]. 36 S.

Bour, R.-S.: Metz. Notes sur la topographie de la partie orientale de la ville. In: Annuaire, 41. Bd. 1932, S. 1—180.

Grosdidier de Matons, Marcel: Metz. Paris: Laurens, 1929. 160 S. mit 118 Abb. = Les Villes d'art célèbres.

Mendel, Pierre: Les atours de la ville de Metz. Etude sur la législation municipale de Metz au moyen-âge. In: Annuaire, 42. Bd. 1933, S. 105—343.

Maujean, Léon: Histoire des seigneurs et de la ville de Morhange (Mörchingen). In: Annuaire, Bd. 33 1924, S. 1—147; Bd. 35 1926, S. 417—477; Bd. 38 1929, S. 151—257; Bd. 39 1930, S. 395—472.

Schwartz, G. H.: Aus der Vergangenheit von Pfalzburg. Der Gründer und die Gründungszeit 1568—1584. Ein historischer Versuch. Straßburg: Heitz, 1930. 65 S.

Touba, J.: Zwei Jahrgedinge aus der lothringischen Herrschaft Püttlingen. In: JbWG., 7. Bd. 1934, S. 103—141.

Bour, L.: Die kirchlichen Zustände in Rieding und im Saarburgerland während der Revolution (1789—1802). Metz: Impr. „La Libre Lorraine", 1933. 255 S.

— La Grande Révolution dans l'arrondissement de Sarrebourg sous le Directoire et le Consulat (1795—1808). Metz: Mutelet, 1936. 425 S. u. 1 Kt.

Linckenheld, E., und A. Hertz: Sarrebourg depuis les origines. Saarburg: Morin, 1924. 112 S. u. 11 Taf.

Hiegel, Henry-Charles: La châtellenie et la ville de Sarreguemines de 1335 à 1630. Préface de André Gain. Paris: Berger-Levrault, 1934. XLVII, 543 S. mit 21 Abb. u. 2 Kt. = Annales de l'Est. Mémoires Nr. 3, 1934.

Touba, J.: Notice sur le comté et les seigneurs de Saarwerden. In: Bulletin de la Société des amis des pays de la Sarre Nr. 9, 1933, S. 137—171.

Florange, Jules: Sierck s. Moselle. In: Les Cahiers Luxembourgeois. Revue libre . . . Freie Rundschau f. Kunst u. Wissenschaft, 9. Jg. 1932, S. 399—428; 515—545.

Auch als Sonderdruck erſchienen Luxemburg: Schroell 1932.

Kaiser, Jean-Baptiste: Die Abtei Stürzelbronn. Straßburg: Selbstverl. d. Elsaß-Lothringer Wiss. Ges., 1937. XV, 157 S. mit 10 Taf. = Schriften der Elsaß-Lothringer Wiss. Ges. zu Straßburg. Reihe A: Alsatica u. Lotharingica, Bd. 18.

Kirch, J. P.: Geschichte von Welferdingen mit Urkunden-Anhang und 12 Kunstblättern. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte von Ostlothringen und Saarland. Sarabruca 1932. 396 S. = Schriften d. Elsaß-Lothringer Wiss. Ges. zu Straßburg. Reihe A: Alsatica u. Lotharingica Bd. 8/9.

Wirtſchaft und Verkehr

L'Alsace et Lorraine économiques. [Elsaß-Lothringen — Heft mit Beiträgen von Wittich, Lucius, Laufenburger u. a.] In: Revue d'économie politique, 38. Jg. 1924, S. 918—1091.

Bethke, Friedrich: Der Übergang der deutschen Hütten- und Eisenindustrie Lothringens in französischen Besitz 1918—1921. [Maschinenschr.] 132 S. = Berlin, Diss. phil. 1924. (Auszug in: Jahrb. d. Diss. d. Phil. Fak. Berlin 1923/24, II, S. 235—239.)

Berkenkopf, Paul: Die Entwicklung und die Lage der lothringisch-luxemburgischen Großeisenindustrie seit dem Weltkrieg. Jena: Fischer, 1925. XXII, 306 S. mit 1 Taf. u. 5 Diagr. = Schriften d. Volkswirtschaftl. Vereinigung i. rhein.-westf. Industriegebiet. H. 4.

Bumiller, Joseph M.: Die Eisenbahnen Elsaß-Lothringens im Versailler Vertrage. Berlin: Dümmler, 1925. 78 S. = Völkerrechtsfragen. H. 6.

Colson, N.: Gesammelte Beiträge zur Geschichte des Kohlenbergbaus in Lothringen. In: Stimmen aus Lothringen, 3. Jg. 1933, Nr. 1; 4—7; 9—11.

Dietz, Alexander: Lothringen und Frankfurt a. M. In: ELJb., 3. Bd. 1924, S. 10—32.

Engerand, Fernand: Le fer sur une frontière. La politique de l'état allemand. Paris: Bossard, 1919. 234 S.

Die wirtschaftliche **Entwicklung** Elsaß-Lothringens 1871—1918. Hrsg. im Auftrage des Wiss. Inst. d. Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt, von Max Schlenker. Berlin: Verlag f. Sozialpolitik, Wirtschaft u. Statistik, 1931. 652 S. mit 156 Abb. u. Kt. nebst 6 Anl. = Das Reichsland Elsaß-Lothringen 1871—1918. Bd. 1.

Hottenger, G.: Les anciennes mines domaniales de l'Est. Histoire d'un monopol (1790—1840). In Bulletin de la Société des amis des pays de la Sarre. Nr. 5 1928, S. 66—113. (Als selbständige Schrift erschienen: Nanzig: Société d'éd. ogrpyt 1930. 40 S.)

Houpert, Albert: La Moselle navigable. Des nautae Gallo-Romains au Camifemo [Canal des Mines de Fer de la Moselle]. Metz: Impr. du journal le Lorrain, 1932. XII, 282 S. (Chambre de commerce de Metz.)

Klein, Marcel: L'Electricité en Alsace et en Lorraine. Etude économique et juridique. Straßburg: Heitz, 1930. VIII, 196 S.

Langenhagen, Karl Hermann: Elsaß-Lothringen als Rohstoffgebiet. Die volkswirtschaftliche Bedeutung seines Verlustes. Erfurt 1919: Luther. 55 S. = Würzburg, Diss. jur. 1920.

Langrogne et **Bergerat:** Notice sur le bassin ferrifére de Lorraine désannexée. Tours: Deslis et Paris: Dunod 1920. 216 S.

Laufenburger, Henry: L'industrie sidérurgique de la Lorraine désannexée et la France. Straßburg: Impr. française, 1924. 251 S.

Die einträglichste **Plünderung**, die je begangen wurde. Die Verschleuderung der elsaß-lothringischen Industrien und Bodenschätze. Nach offiziellen Berichten. (2. Aufl.) Kolmar: Alsatia, [1940]. 94 S.

Rauecker, Bruno: Die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet 1920—1935. Heidelberg-Berlin: Vowinkel, 1937. 173 S.

Reitter, Raymond: La Crise économique et ses manifestations en Alsace et en Lorraine. Strasbourg: Comité alsacien d'études et d'informations, [1932]. 240 S.

Schilling, Karl: Die wirtschaftliche Eingliederung der elsaß-lothringischen Montanindustrie in den französischen Wirtschaftsorganismus. Saarbrücken: Hofer, 1931. XII, 91 S. = Köln Diss. rer. pol. 1931.

Soemme, Axel: La Lorraine métallurgique. Paris: Berger-Levrault, 1930. VIII, 249 S. mit 14 Abb. u. 12 Kt.

Strauß, Leopold (J.): Die Eisenbahnbaupolitik in Elsaß-Lothringen. Frankfurt a. M.: Selbstverlag des (Elsaß-Lothringischen) Instituts, 1927. XV, 154 S. nebst 2 Kt. = Schriften des Wiss. Inst. d. Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt.

Théry, Edmond: Les Richesses économiques de l'Alsace-Lorraine. Préf. de R. Bourgeois. Strasbourg 1920. XII, 257 S. = Études économiques et financières.

Weil, Bruno (J.): Die Einführung der französischen Währung in Elsaß-Lothringen. Berlin: Verlag f. Politik u. Wirtschaft, 1921. 87 S. = Das Recht der dt. Grenzgebiete 2.

Sprachgeſchichte

Dick, Max: Lothringische Personennamen des 13. Jahrhunderts, nach d. Urkundensammlung v. Natalis de Wailly. Notice sur les actes en langue vulgaire du 13e siècle contenus dans la collection de Lorraine, à la Bibliothèque nationale. [Masch.-Schr.] 111 S. 1921: Zweibrücker Druckerei. = Bonn, Diss. phil. 1921. Auszug: [Zweibrücken].

Lévy, Paul (J): Histoire linguistique d'Alsace et de Lorraine. T. 1. 2. Paris: Les Belles Lettres 1929. 403 S. u. 563 S. = Publ. de la Faculté des Lettres de l'Univ. de Strasbourg, fasc. 47. 48.

Moser, T.: Heidenseele, Bibero und Kilvintes. Ein Beitrag zur Toponomastik Lothringens. In: JbWG., 5. Bd. 1932, S. 174—188.

Reith, Alfred: Die Übergangslaute des Französischen unter Vergleichung des Pikardischen, Wallonischen und Lothringischen. Passau 1932: Gogeißl. VII, 110 S. = München, Diss. phil. 1932.

Die französische **Sprachenzählung** in Elsaß-Lothringen vom Jahre 1926. Potemkin als Statistiker. = In: Elsaß-Lothringen. Heimatstimmen 9. Jg. 1931, S. 51—59.

Will, Wilhelm: Saarländische Sprachgeschichte. Mit einem Vorwort von A. Bach. Saarbrücken: Saarbr. Druckerei u. Verlag 1932. 115 S. mit 36 Abb.

Zéliqzon, Léon (J): Dictionnaire des patois romains de la Moselle. Zabern: Fuchs, 1922—1924. XVII, 718 S. u. 2 Kt. = Documents sur l'histoire de Lorraine publ. par la Société d'hist. et d'archéol. de la Lorraine. T. XIII.

— Supplément au dictionnaire des patois romans de la Moselle. In: Annuaire, Bd. 38 1929, S. 33—75; Bd. 41 1932, S. 181—234.

Volkskunde

Bertrand, Louis: Wir Lothringer; die Legende von unserm schlechten Charakter. In: Els.-Lothr. Heimatstimmen Jg. 1, 1923, S. 46—49; 71—73.

Bouchholtz, Fritz: Elsaß-Lothringen. Ein Heimatbuch. Hrsg. im Auftrag des Wiss. Inst. d. Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt. Leipzig: Brandstetter, 1928. XVI, 506 S. mit zahlreichen Abb., Beil. u. Kt. = Brandstetters Heimatbücher deutscher Landschaften. Bd. 28.

— Lothringische Sagen. Ausgew. und bearb. Berlin, Leipzig: de Gruyter, 1923. 95 S. = Elsaß-Lothringische Hausbücherei, Bd. 7/8.

Drüner, Otto: Die deutsche Volksballade in Lothringen. Beiträge zur Erforschung ihrer Weisen. Frankfurt a. M.: Diesterweg, 1939. XV, 137 S. nebst 36 S. Anhang: Notenbeispiele mit Quellennachweis = Schriften des Wiss. Inst. der Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt, NF. Nr. 21.

Fabert, J.: Der Lothringer Bauer. In: Almanach de la Terre lorraine (deutsche Ausgabe), 1930, S. 29—37.

Fourmann, Jacques: Heimat Lothringen. Forbach: Verl. der „Stimmen aus Lothringen", 1932. 144 S.

Goethe, Johann Wolfgang von: Volkslieder von Goethe im Elsaß gesammelt mit Melodien und Varianten aus Lothringen und dem Faksimiledruck der Straßburger Goethe-Handschrift. Von Louis Pinck. Heidelberg: Winter, 1932. 120 S. = = Schriften der Elsaß-Lothringischen Wiss. Ges. zu Straßburg.

Ittenbach, Max: Mehrgesetzlichkeit. Studien am deutschen Volkslied in Lothringen. Frankfurt a. M.: Elsaß-Lothringisches Inst. 1932. X, 140 S. = Schriften d. Wiss. Inst. der Elsaß-Lothringer i. Reich a. d. Univ. Frankfurt, NF. Nr. 4.

Kaiser, Johann Baptist: La sorcellerie dans la seigneurie d'Audun-le-Tiche (Deutsch-Oth.) au XVIe el XVIIe siècles. In: Annuaire, Bd. 44 1935, S. 1—54.

— Weistümer aus dem Kreise Diedenhofen. Metz, 1935. 143 S. u. 8 ungezählte Bl.

Kapp, Wilhelm: Die Elsässer und Lothringer. In: Der deutsche Volkscharakter. Wesenskunde d. deutschen Volksstämme u. Volksschläge. Hrsg. von M. Wähler. Jena: Diederichs, 1937, S. 334—356.

Kirch, J. P.: Les anciennes croix, surtout croix des champs en Lorraine. Metz: Coopérative d'édition et d'impression, 1938. 196 S. mit 212 Abb. = Publ. de la Société savante d'Alsace et de Lorraine, fasc. 5.

Merkelbach-Pinck, Angelika: Der Lothringer. In: Elsaß und Lothringen — Deutsches Land. Hrsg. von O. Meißner. Berlin: Stollberg, 1940. S. 183—191.

— Lothringer erzählen. Bd. 1: Märchen. Bd. 2: Sagen, Schwänke, Sprüche, Bräuche. Saarbrücken: Saarbrücker Druckerei u. Verlag, 1936. 1937. 242 S., 343 S.

— Lothringer Volksmärchen. Ges. und hrsg. Kassel: Bärenreiter-Verlag, [1940]. 388 S. u. 1 Kt.

— Volkssagen aus Lothringen. Ges. und hrsg. Mit Bildern von Christine Gräfin v. Kalckreuth. München: E. Wewel, (1940). 149 S.

— Lied und Brauchtum in Lothringen. In: Zeitschr. f. Deutschkunde, 55. Jg. 1941, S. 163—168

Müller-Blattau, Josef: Das deutsche Volkslied in Lothringen. In: Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung, 2. Jg., Leipzig 1938, S. 128—170.

Pinck, Louis: Verklingende Weisen. Lothringer Volkslieder ges. und hrsg. Bd. [1]—4. Metz: Lothr. Verlags- und Hilfsverein; Heidelberg: Winter in Komm.; Kassel: Bärenreiter-Verlag, 1926—1939. 316 S.; 420 S.; 495 S.; VIII, 348 S. = Schriften der Elsaß-Lothringischen Wiss. Ges. zu Straßburg.

— Das Odilienlied in Lothringen. In: Archiv für Elsässische Kirchengeschichte. Bd. 8 1933, S. 287—316.

— Das luxemburgische Volkslied in Lothringen. In: Jonghemecht, 6. Jg., Luxemburg 1932, S. 170—179.

Spieser, Fritz: Das Leben des Volksliedes im Rahmen eines Lothringer Dorfes (Hambach, Kreis Saargemünd). Bühl: Konkordia 1934. 153 S. = Bausteine z. Volkskunde u. Religionswissenschaft. H. 8.

Touba, J.: Lothringer Scharfrichter. In: JbWG., 11. Bd. 1938, S. 160—184.

Zeitschrift für lothringische Volkskunde. Organe du folklore lorrain de langue allemand. Jg. 1. 2. Metz: Coopérative d'édition et d'impression, 1937. 1938.

Das Deutschtum in Slawonien und Syrmien

Auf Grund der staatl. ungar. Bevölkerungszählung von 1910
dargestellt nach seiner absoluten und relativen Stärke in den Steuergemeinden
von Dr. Andreas Lutz
unter Ausscheidung der Waldgebiete bearbeitet von Dr. Boehm

Maßstab: 1:400000

Die ungarische Bevölkerungserhebung von 1910 fragte nach der Muttersprache und erläuterte diese als die Sprache, die der Befragte „als die Seinige einbekennt und am liebsten spricht“.

Es ist zu lesen für:
Poretsch = Antonsdorf
Antunowatz = Poretsch

35°
36°
37°
38°
46°
45°
36° ö. v. Gr.
Drau
Donau
Sawe
Una
Drina
Poretsch
Radosawzi
Johannesbg.
Blagorodo-watz
Hrastowatz
Kapetanovo
Dt. Bresnitz
Naschitz
Kerndia
Slatinik
Josefsfeld
Antunowatz
Poscheg
Brod
Welisch-kowzi
Walpowo
Josefsdorf
Rieddorf
Esseg
Sarwasch
Johannes-dorf
Laslowo
Gaschinzi
Diakowar
Wutschewzi
Garmin
Neudorf
Winkowzi
Ceritsch
Wukowar
Sotin
Berak
Tompo-jewzi
Banowzi
Peterwardein
Erdewik
Kertsche-din
Beschka
India
Ruma
Putinzi
Mitrowitz
Neu-Pasua
Neu-Banowzi
Semlin
Betschmen
10000 und darüber
6000 — 9999
4000 — 5999
3000 — 3999
2000 — 2999
1000 — 1999
750 — 999
500 — 749
200 — 499
100 — 199
50 — 99
Absolute Anzahl der Deutschen
5 — 10%
10 — 20%
20 — 33,3%
33,4 – 50 %
50 – 66,6%
66,7 – 80%
80 – 90%
90 – 100%
Relative Stärke des Deutschtums
Waldgebiete
IV.1941

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Karte II

Drau
Donau
Sawe
Una
Drina
Esseg
Rieddorf
Josefsdorf
Sarwasch
Johannesdorf
Laslowo
Walpowo
Weitschkowz
Poretsch
Radosawzi
Johannesberg
Blagorodowatz
Brestowatz
Kapetanowo
Bresnitz
Naschitz
Kerndia
Slatinik
Josefsfeld
Antunowatz
Poschega
Gaschinzi
Djakowar
Wirschewzi
Garmin
Neudorf
Winkowzi
Ceritsch
Wukowar
Ilok
Berak
Banowzi
Brod
Erdewik
Peterwardein
Kertschedin
Beschka
India
Ruma
Putinzi
Mitrowitz
Neu-Pasua
Neu-Banowzi
Semlin
Betschmen
35°
36°
37°
38°
45°
46°
6000 und darüber
4000 — 5999
3000 — 3999
2000 — 2999
1000 — 1999
750 — 999
500 — 749
200 — 499
100 — 199
50 — 99
5 — 10%
10 — 20%
20 — 33,3%
33,4 — 50%
50 — 66,6%
66,7 — 80%
80 — 90%
90 — 100%
Waldgebiete
DALV
IX.1941

Das Deutschtum in Slawonien und Syrmien

Auf Grund der staatl. jugoslaw. Bevölkerungszählung von 1931

von Dr. Wilhelm Sattler

unter Ausscheidung der Waldgebiete bearbeitet von Dr. Boehm

Maßstab: 1:400000

Absolute Anzahl der Deutschen

Relative Stärke des Deutschtums

Es ist zu lesen für:
Poretsch = Antonsdorf
Antunowatz = Poretsch

Die jugoslawische Bevölkerungserhebung von 1931 fragte als Nr. 13 nach Narodnost und als Nr. 14 nach Maternji jezik (Muttersprache). Eine Begriffsbestimmung wurde weder zu Nr. 13 noch zu Nr. 14 gegeben; bei den Erklärungen zu Nr. 11 aber Narodnost als Staatsangehörigkeit verwendet.

In der vorliegenden Karte ist die Muttersprachenerhebung verwertet worden.

Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, V. Jg 1941

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Albert Brackmanns Arbeiten zur Geſchichte der deutſchen Oſtpolitik

Von Otto Brunner, Wien

Der Streit um die Kaiſerpolitik des deutſchen Mittelalters war nach dem Weltkrieg namentlich durch die Arbeiten Georgs v. Below[1] und Fritz Kerns[2] neu entbrannt[3]. Dazu hat Albert Brackmann in dem Aufſatz „Der Streit um die deutſche Kaiſerpolitik des Mittelalters“[4] Stellung genommen. Brackmann wendet ſich gegen die Alternative „Italienpolitik oder Oſtpolitik“. Gegen Kern, der Otto I. vorgeworfen hatte, daß er vom Glanz der Kaiſerkrone verleitet, durch ſeine Italienpolitik ſeine weitausgreifende Oſtpolitik gefährdet habe, kann Brackmann zeigen, daß Oſtpolitik getrieben, die Slawenwelt nur gewonnen werden konnte unter der Idee der Ausbreitung der „Chriſtenheit“. Die Widerſtände, die ſich gegen Ottos Oſtpolitik innerhalb des deutſchen Epiſkopats erhoben, konnten nur überwunden werden, wenn der deutſche König Kaiſer, d. h. Schirmherr der römiſchen Kirche war. Darum iſt, ſo ſagt Brackmann, „die Alternative, von der wir ausgingen, Oſtpolitik oder Italienpolitik, moderne Konſtruktion“.

Von dieſer Grundpoſition gehen die Einzelunterſuchungen Brackmanns zur Oſtpolitik aus. Zuerſt iſt die Studie „Die Anfänge der Slawenmiſſion und die Renovatio imperii des Jahres 800“[5] zu nennen. Iſt wirklich, ſo fragt Brackmann, die Kaiſerkrönung von 800 nichts als ein taktiſcher Schachzug des Papſtes im Rahmen ſtadtrömiſcher Politik, wie dies K. Heldmann behauptet hatte? Brackmann geht dabei von dem Brief aus, mit dem Karl der Große im Jahre 796 die Wahlanzeige Papſt Leos III. beantwortet hatte. Entgegen dem päpſtlichen Angebot, den Römern den Treueid abnehmen zu laſſen, wohl zu dem Zweck, um den Papſt gegen eine byzantiniſche Partei zu ſtützen, nimmt Karl für ſich die „defensio ecclesiae Romanae“ in Anſpruch. Er wolle die heilige Kirche Chriſti vor dem „Anſturm der Heiden und vor der Verwüſtung der Ungläubigen“ mit Waffen verteidigen. Der hierin enthaltene Anſpruch Karls auf die politiſche Führung der „ecclesia“, der Chriſtenheit hat einen beſonderen Grund. Wenige Monate vorher, 795, war mit der Einnahme ihrer Hauptburg im Krieg gegen die Awaren ein entſcheidender Schlag gelungen. Die Aufgabe der Chriſtianiſierung und Aufrichtung der kirchlichen Organiſation in den weiten pannoniſchen Landſchaften, von der Lage bei den Sachſen weit verſchieden, war hier gegeben. Im Awarenland wurde der Papſt herangezogen; 798 ließ Karl durch ihn das Erzbistum Salzburg errichten, dem als baieriſcher Metropolitie die neuen Gebiete im Oſten kirchlich unterſtellt wurden. Im Gegenſatz zur Praxis der älteren Karolinger wird für die Miſſion der ſlawiſchen und awariſchen Gebiete die univerſale Kirche mit herangezogen. Nach 800 iſt Karl faſt völlig durch die Aufgabe der Ausbreitung im Oſten in Anſpruch genommen. Der Beendigung der Awarenkriege und der Aufrichtung der Marken an der Donau folgt 805 der umfaſſende Angriff auf Böhmen und dann die Auseinanderſetzung mit den Elbſlawen. Angeſichts dieſer Tatſache gewinnt die Kaiſerkrönung von 800 ein neues Geſicht. War ſie von den kurialen Kreiſen als gegen Byzanz gerichtete Erneuerung des Imperium Romanum im Abendland gedacht, ſo ſtand für Karl und ſeine Umgebung das „Imperium Christianum", die Ordnung und Sicherung der Chriſtenheit, im Vordergrund. So ſtehen Oſtpolitik und „Renovatio imperii" in engem Zuſammenhang. Gegen dieſe Feſtlegungen hat Heinz Löwe[6] eingewendet, daß Karl der Große im Südoſten keine neuen Wege eingeſchlagen, ſondern nur die Politik der Baiern und Langobarden weiter verfolgt habe. Daher ſei die Zuſammenarbeit mit dem Papſttum belanglos geweſen. So nahm Brackmann das Problem neuerlich zum Gegenſtand einer eingehenden Betrachtung in der Abhandlung: „Die Anfänge der abendländiſchen Kulturbewegung in Oſteuropa und deren Träger."[7] War die Angliederung Karantaniens auch eine nicht unweſentliche Leiſtung der Baiern, ſo waren ſie doch zu einer großzügigen Südoſtpolitik, die die Niederringung des Awarenreiches erforderte, ſchon durch den politiſchen Gegenſatz zu den Franken nicht imſtande. Denn das Awarenreich war wohl nicht mehr auf der Höhe ſeiner Macht, erforderte aber doch großangelegte, durch lange Jahre fortgeführte Kriegszüge zu ſeiner Zerſchlagung[8].

---

[1] G. v. Below, Deutſche Reichspolitik einſt und jetzt, Tübingen 1922; derſ., Die italieniſche Kaiſerpoliti des deutſchen Mittelalters, mit beſonderem Hinblick auf die Politik Friedrich Barbaroſſas, München 1927.

[2] Fr. Kern, Der deutſche Staat und die Politik des Römerzuges. In: Aus Politik und Geſchichte, Gedächtnisſchrift für Georg v. Below, 1928, S. 32ff.

[3] Als Materialſammlung brauchbar F. Schneider, Neuere Anſchauungen der deutſchen Hiſtoriker über die deutſche Kaiſerpolitik des Mittelalters und die mit ihr verbundene Oſtpolitik, 4. Aufl. 1940.

[4] Velhagen und Klaſings Monatshefte, 1929, Juni = Geſammelte Aufſätze, 1941, S. 25ff.

[5] Sitzungsberichte der Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften, Phil.-Hiſt. Kl. 1931/IX. = Geſ. Aufſ. S. 56ff.

Brackmanns Arbeiten über die ideellen Fundamente der karolingiſchen Politik ſind Vorſtudien für ſeine Unterſuchungen über die Politik der Ottonen, die lange Zeit im Mittelpunkt ſeines Intereſſes ſtanden.

Der „Oſtpolitik Ottos des Großen" hat Brackmann ſchon 1926 eine Abhandlung gewidmet[9]. Hat Otto I. nur in ſeiner Süd- und Weſtpolitik karolingiſche Traditionen wieder aufgenommen, im Oſten ſich aber auf die Sicherung des Landes zwiſchen Elbe und Oder beſchränkt, ohne weitausgreifende Pläne zu verfolgen? Als Kernproblem erweiſt ſich die „Frage nach dem Verhältnis der älteſten polniſchen Kirche zum neugegründeten Erzbistum Magdeburg". Gleichzeitige Quellen wiſſen, wie Paul Kehr gezeigt hat, von einer Unterordnung des Bistums Poſen unter Magdeburg nichts. Aber um 1000 wird von Magdeburg ein ſolcher Anſpruch erhoben und bis ins 12. Jahrhundert zäh feſtgehalten. Die Frage, ob hier eine echte Tradition oder eine bloße Fiktion vorliegt, kann nur eine Unterſuchung der Oſtpolitik Ottos I. entſcheiden. In dieſer Oſtpolitik Ottos nimmt Magdeburg eine zentrale Stellung ein. Offenbar war das 937 gegründete St.-Moritz-Kloſter von vornherein als Miſſionszentrum für das noch nicht eroberte Slawenland gedacht. Der Errichtung des Erzbistums (962) geht ein militäriſcher Vorſtoß parallel, der Polen bis zur Warthe dem Kaiſer zinspflichtig machte. Die Errichtungsurkunde für Magdeburg gab dem Kaiſer und ſeinem Sohn das Recht, in den neu erworbenen Slawenländern Bistümer zu gründen. In den Urkunden aber, die Papſt Johann XIII. 967 und 968 für Magdeburg ausſtellte, wird deſſen Metropolitanſprengel auf die bereits unterworfenen Slawenländer beſchränkt. Während der Kaiſer Magdeburg zum kirchlichen Mittelpunkt der ganzen, der Chriſtenheit noch einzugliedernden Slawenwelt machen wollte, ſchloß der Papſt nur die bereits erworbenen Gebiete ein. Polen, um das es hier vor allem ging, blieb außerhalb. Es iſt eine bewußte Politik der Kurie, die der Ausdehnung der Reichskirche nach Oſten entgegentritt. Die Oſtpolitik Ottos I. aber reicht, wie Brackmann zeigen kann, weit über die Oder hinaus. Er ſuchte nicht nur Polen anzugliedern, unter ihm iſt auch das Bistum Prag gegründet worden. Die Anweſenheit der Herzöge von Polen und Böhmen und einer ungariſchen Geſandtſchaft auf dem Hoftag zu Quedlinburg, März 973, weiſt darauf hin, daß Otto kurz vor ſeinem Tod weitreichende Pläne verfolgte. Jedenfalls hat der Kaiſer eine Oſtpolitik großen Stiles getrieben, die allerdings auf den für die Geſchichte des Oſtens ſo folgenreichen Widerſtand Papſt Johanns XIII. ſtieß.

Die in dieſem Aufſatz vorgetragenen Theſen hat A. Brackmann ſodann in einer Reihe weiterer Unterſuchungen näher begründet und gegen Einwendungen verteidigt. Zugleich wird dabei neben Otto I. die Geſtalt ſeines Enkels Ottos III. Gegenſtand der Forſchung.

---

[6] H. Löwe, Die karolingiſche Reichsgründung u. der Südoſten. Studien z. Werden des Deutſchtums und ſeiner Auseinanderſetzung mit Rom, Stuttgart 1937.

[7] Jahrbücher f. Geſchichte Oſteuropas, 3 (1928) S. 185ff. = Geſ. Aufſ. S. 76ff.

[8] Ich darf auf meine Ausführungen in „Öſterreich, das Reich und der Oſten", (in: Nadler-Srbrik, Öſterreich, Erbe und Sendung im deutſchen Raum, Salzburg-Leipzig 1936, S. 63f.) verweiſen.

[9] Hiſtoriſche Zeitſchrift 134 (1926), S. 242ff. = Geſ. Aufſ. S. 140. Ferner die Beiträge zu „Menſchen die Geſchichte machen", hrsg. v. Peter R. Rohden, 2. Aufl. Wien 1934, S. 361ff. = Geſ. Aufſ. S. 9ſſ.

Die Unterſuchung „Der römiſche Erneuerungsgedanke und ſeine Bedeutung für die Reichspolitik der deutſchen Kaiſerzeit“[10] tritt der Anſicht entgegen, die im „römiſchen Erneuerungsgedanken“, d. h. dem „Glauben an die Erneuerung des alten Rom“, ein wichtiges „politiſches Programm“ ſieht, da dem Mittelalter der römiſche Staat der Staat ſchlechthin geweſen ſei. Die Wirkung des römiſchen Erneuerungsgedankens auf fränkiſche und deutſche Politiker ſoll geprüft werden. Es geht hier um die Bekämpfung von Anſichten, die durch die „Renaiſſance“vorſtellung des 19. Jahrhunderts ſtark beſtimmt waren. Die Erneuerung der Kaiſerwürde von 800 war für den Papſt der endgültige Bruch mit Byzanz und zugleich der Verſuch, den neuen Kaiſer im Sinne der kurialen, durch die konſtantiniſche Schenkung beſtimmten Tendenz zum bloßen Schützer der Kirche zu machen. Noch weniger war die antik-römiſche Imperiumsidee bei Karl dem Großen wirkſam, der in der fränkiſchen Tradition wurzelt und ein „Imperium Christianum“ ſchaffen wollte. Dieſe karolingiſche Reichsidee lebt fort, auch bei den Herrſchern aus ſächſiſchem Haus. Vordringlich wird das Problem des römiſchen Erneuerungsgedankens erſt bei Otto III. Denn ſchon die Zeitgenoſſen haben in Otto III. den „Römer“ geſehen. Damit aber ſtehen die Tatſachen im Widerſpruch. Die Bedeutung Aachens als Reſidenz weiſt auf die karolingiſche Tradition; die Rompolitik iſt durch die Notwendigkeit, den römiſchen Feudaladel, den eigentlichen Träger des „römiſchen Erneuerungsgedankens“, der zu Byzanz neigte, niederzuhalten, beſtimmt. Die wichtigſten politiſchen Aktionen Ottos III. betreffen aber nicht Rom, ſondern Gneſen und Gran.

Brackmann ſieht in der Politik Ottos III. im Oſten eine Wiederaufnahme karolingiſch-ottoniſcher Pläne in veränderter Form. Denn die Lage hatte ſich weſentlich verſchoben. Ottos I. Verſuch, durch die Gründung des Erzbistums Magdeburg die ganze damals noch heidniſche Slawenwelt der deutſchen Kirche einzugliedern, war geſcheitert. Mit dem Aufſtand von 983 war auch die weltliche Herrſchaft verlorengegangen. Kurz nach 990 hat der Polenherzog Mieſzko I. Polen der römiſchen Kirche als Eigentum übertragen. Blieb Polen auch weiterhin vom Reich lehensrührig, ſo war der für die karolingiſch-ottoniſche Politik typiſche Einſatz von geiſtlicher und weltlicher Gewalt nicht möglich. In dieſer Lage ging Otto III. nach Polen, um das Erzbistum Gneſen zu begründen. Wenn Otto ſich nun als „servus Jesu Christi“ bezeichnet, ſo iſt dies nicht Ausdruck asketiſcher Neigungen, ſondern der Verſuch, gleichberechtigt neben den Papſt zu treten. Tatſächlich erſcheint der Kaiſer trotz der ſelbſtverſtändlichen päpſtlichen Mitwirkung als der eigentliche Begründer Gneſens. Sein Tun greift auf die Tradition Karls des Großen zurück. Unter denſelben Geſichtspunkten iſt die Gründung der ungariſchen Kirche zu ſehen. Auch hier iſt Übereignung des Landes an den Apoſtel Petrus und Initiative des Kaiſers bei der Kirchengründung anzunehmen.

Die hier entwickelten Theſen hat Brackmann nun in kritiſcher Auseinanderſetzung mit der polniſchen und ungariſchen Wiſſenſchaft mehrfach geprüft. Neuerlich wurde das Thema aufgenommen in der Unterſuchung „Kaiſer Otto III. und die ſtaatliche Umgeſtaltung Polens und Ungarns“.[11] Brackmann ſkizziert nochmals die Situation, aus der der Akt von Gneſen hervorging und die älteſten polniſchen Nachrichten, die, obwohl erheblich jünger, doch glaubhaft ſind, wenn ſie berichten, Boleſlaw II. ſei von Otto III. zum „cooperator imperii“, d. h. zum Patrizius gemacht worden. Erklärbar ſind dieſe Vorgänge nur aus der eigentümlichen Reichsidee Ottos III. Zur Aufnahme des römiſchen Erneuerungsgedankens führten die ſchon in früheren Arbeiten erörterten Gründe, die ſich aus der ſtadtrömiſchen Politik ergaben. In der Umgebung des Kaiſers waren aber auch in Rom vornehmlich Sachſen, darunter jener Ziazo, der, zum römiſchen Patrizius ernannt, in Rom den Kaiſer vertrat und ihn auch nach Gneſen begleitete. Ottos „Renovatio“ erſtreckte ſich auch auf die Kirche. Der Kaiſer fühlte ſich als Herr Roms, die Rechte des Papſtes wurden beiſeitegeſchoben. Der Kaiſer fühlt ſich als „servus apostolorum“, als Stellvertreter der Apoſtelfürſten Petrus und Paulus, der ſich neben, ja über den Papſt, den „servus servorum Dei“, den „vicarius s. Petri“ ſtellt. So iſt das Gut der römiſchen Kirche Eigentum der Apoſtel, Kaiſer und Papſt nur ſeine Verwalter. Dieſe Anſchauung Ottos III. erſtreckt ſich aber nicht nur auf den Kirchenſtaat, ſondern auf das geſamte Gut der Kirche. Von hier aus wird Ottos Vorgehen in Gneſen und Gran voll verſtändlich. So iſt es zu erklären, daß der „patricius Romanorum“, der Sachſe Ziazo, den Kaiſer nach Gneſen begleitet und daß der Kaiſer Boleſlaw zu ſeinem Stellvertreter in Polen, zum „cooperator imperii“ machte. Die Schwierigkeit, daß der Patriziustitel an Rom und Italien gebunden ſchien, iſt durch einen neuen Fund beſeitigt worden. Aus der Grabinſchrift der Äbtiſſin Mathilde von Quedlinburg ergibt ſich, daß Otto III. ſie während ſeiner Abweſenheit in Italien (ſeit 997) zur „patricia“ in Sachſen ernannt hatte. Die Inſchrift wird durch Nachrichten Thietmars von Merſeburg beſtätigt. Ottos III. Reichsidee, die die Kirche mit einbezog, war univerſal, über deutſche und ſächſiſche Intereſſen ſetzte ſie ſich hinweg. Die enge perſönliche Bindung an Boleſlaw Chrobry und die Beſetzung der polniſchen Biſtümer mit Deutſchen ſchienen dem Kaiſer offenbar die aus der Gründung einer polniſchen Metropolitie entſpringenden Gefahren aufzuwiegen. Mit neuen Mitteln ſollten ſowohl Rom und Italien wie gleichzeitig der Oſten geſichert werden. Am Schluß der Arbeit wirft Brackmann einen kurzen Blick auf Ungarn. Auch hier muß Otto III., aus ſeiner Imperiumsidee heraus, durch Überſendung von Lanze und Krone an König Stephan eingegriffen haben. Mit dem Widerſpruch, den dieſe Theſe bei madjariſchen Forſchern hervorgerufen hat, ſetzt ſich Brackmann in ſeiner Arbeit „Zur Entſtehung des ungariſchen Staates“ auseinander[12]. Hätte ſich die Gründung von Kirche und chriſtlichem Staat in Ungarn ohne Mitwirkung Ottos III. vollzogen, ſo wäre die von Brackmann ihm zugeſchriebene univerſale Reichsidee, die ſich notwendigerweiſe auf den ganzen Oſten erſtrecken mußte, nicht haltbar. Peter von Váczy, der Brackmanns Theſen ablehnt, möchte daher die Gründung Gneſens durch den deutſchen König, nicht durch den Kaiſer erfolgt ſein laſſen. Das iſt ausgeſchloſſen, da ſie ſich in dieſem Fall in den Formen des Eigenkirchenrechts hätte vollziehen müſſen. Noch einmal entwickelt Brackmann das neue Bild der Reichsidee Ottos III., ihre geſchichtlichen Grundlagen in der karolingiſchen Tradition und in byzantiniſchen und römiſchen Gedanken. Entſcheidend war für ihn die „Einbeziehung der Völker Oſteuropas in den Bereich des abendländiſchen Imperiums und ſeiner Kirche“. In dieſem Zuſammenhang muß auch die Gründung der ungariſchen Kirche eingeordnet werden.

---

[10] Sitzungsberichte der Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften, Phil.-Hiſt. Kl. 1932/XVII = Geſ. Aufſ. S. 108ff.

[11] Abhandlungen der Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften, Phil.-Hiſt. Kl. 1939/1 = Geſ. Aufſ. S. 242ff.

Widerſpruch hatten Brackmanns Anſichten nicht nur bei ungariſchen, ſondern auch bei polniſchen Hiſtorikern gefunden.

Der Aufſatz „Die Anfänge des polniſchen Staates“[13] ſetzt ſich vor allem mit der polniſchen Forſchung auseinander. Gegen M. J. Jedlicki und O. v. Halecki führt Brackmann den Nachweis, daß die Polenherzöge des 10. und beginnenden 11. Jahrhunderts in einem Lehensverhältnis zum Reich ſtanden, daß mit hoher Wahrſcheinlichkeit normanniſche Einflüſſe bei der Begründung des polniſchen Staates anzunehmen ſind, und ſtellt die geſchichtlichen Gründe des Scheiterns der weitausgreifenden Staatsgründung des Boleſlaw Chrobry feſt.

Da aber der Widerſpruch nicht verſtummte, hat Brackmann in der Arbeit „Die Anfänge des älteſten polniſchen Staates in polniſcher Darſtellung“[14] neuerlich eine kritiſche Prüfung der polniſchen Literatur der letzten Jahre vorgenommen. Dieſe behauptet, die Abhängigkeit Polens vom Reich ſei ſchon im 10. Jahrhundert durchaus formal geweſen, Polen ein „ſouveräner“ Staat, der bis an die Oſtſee reichte. Brackmann widerlegt die polniſche Behauptung, für Otto I. ſei der Oſten ſeit der Kaiſerkrönung von 962 gegenüber Italien ganz in den Hintergrund getreten und zeigt, daß von einer Unabhängigkeit Polens in dieſer Zeit keine Rede ſein könne. Er widerlegt auch die polniſche Theſe, Otto habe in Übereinſtimmung mit dem Papſt Magdeburg nicht zur Metropole der Slawenländer machen wollen und ſich auf das Gebiet bis zur Oder beſchränkt. Auch Polen ſollte nach Ottos I. Plänen zum Miſſionsgebiet Magdeburgs gehören. Von einer bis an die Oſtſee reichenden Herrſchaft Polens kann keine Rede ſein[15]. Auf dieſe Forſchungen konnte ſich Brackmann ſtützen, da er daranging, ſein Buch „Magdeburg als Hauptſtadt des deutſchen Oſtens im frühen Mittelalter“[16] zu ſchreiben. Der erſte Teil, der die Frühzeit behandelt, ſchildert die Gründung des St.-Moriz-Kloſters und ſeine Bedeutung für den deutſchen Oſten, die Errichtung des Erzbistums und Magdeburgs Stellung als Reſidenz und Hauptſtadt, nach der Abſicht der Ottonen, der ganzen dem chriſtlichen Imperium anzugliedernden Slawenlande. Dieſes Ziel konnte nicht erreicht werden; im 11. und 12. Jahrhundert, denen der zweite Teil des Buches gewidmet iſt, wurde Magdeburg zuerſt zur Grenzſtadt. Die Erzbiſchöfe treten zwar in der inneren Politik des Reiches hervor, nicht aber im Oſten. Die politiſchen Entſcheidungen fallen öſtlich der Elbe ohne Mitwirkung Magdeburgs. Das wurde erſt anders, als Lothar von Supplinburg die nunmehr durch die Siedlungsbewegung entſcheidend unterſtützte Oſtpolitik wieder aufnahm. In Magdeburg blieb zwar das Wirken des heiligen Norbert, der Magdeburgs Anſpruch auf alle Oſtkirchen erneuerte, nur eine Epiſode. Aber die Politik der an der Oſtgrenze wirkenden deutſchen Fürſten ſchuf ein neues Oſtland, in dem Magdeburg allein durch ſeine Lage eine bedeutende Stellung erlangen mußte. Der Politik Erzbiſchof Wichmanns (1152 bis 1192) gelang die Begründung eines magdeburgiſchen Territorialſtaates, der durch intenſive Siedlungstätigkeit eine feſte Grundlage erhielt. Magdeburg wächſt zur führenden Stadt im deutſchen Nordoſten heran, ſein Stadtrecht breitet ſich weithin im Oſten, bis nach Rußland, aus. Im engen Zuſammenhang mit Brackmanns Forſchungen zur deutſchen Oſtpolitik ſteht ſeine Arbeit über „Die politiſche Bedeutung der Mauritiusverehrung im frühen Mittelalter“[17]. Auf Brackmanns Unterſuchung über den langobardiſchen Urſprung der heiligen Lanze und ihren Übergang nach Burgund und Deutſchland iſt hier nicht näher einzugehen. In Gneſen wurde dem Polenherzog im Jahre 1000 nicht die Mauritiuslanze übergeben, ſondern eine nach römiſchem Zeremoniell gedachte (noch heute in Krakau vorhandene) Nachbildung. Vor allem aber läßt ſich zeigen, daß der heilige Mauritius ſeit der Heirat Ottos I. mit der Burgunderin Adelheid zum „Schutzpatron der ottoniſchen Politik im Süden und Oſten des Reichs“ geworden iſt.

---

[12] Abhandlungen der Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften, Phil.-Hiſt. Kl. 1940/8.

[13] Sitzungsberichte der Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften, Phil.-Hiſt. Kl. 1934/29. = Geſ. Aufſ., S. 154ff.; Reichspolitik und Oſtpolitik. In: Sitzungsberichte der Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften, Phil.-Hiſt. Kl. 1935/32 = Geſ. Aufſ. S. 188ff.

[14] Feſtſchrift Ernſt Heymann, I: Rechtsgeſchichte, 1940, S. 61ff.

Die Unterſuchungen über den karolingiſchen und ottoniſchen Reichsgedanken und ſeine Bedeutung für den Oſten ſtehen im Mittelpunkt der Forſchungsarbeit A. Brackmanns. Es geht um den Führungsanſpruch des Deutſchen Reichs in Europa, in der „Chriſtenheit“. Es iſt hier nicht der Ort, auf die Arbeiten über den Inveſtiturſtreit[18], auf die Unterſuchungen über „Die Wandlung der Staatsanſchauungen im Zeitalter Kaiſer Friedrichs I.[19] und die Abhandlung „Der mittelalterliche Urſprung der Nationalſtaaten“[20] näher einzugehen. Sie gehen der Erſchütterung der im frühen Mittelalter gegebenen Einheit von geiſtlicher und weltlicher Gewalt nach und ſuchen die mittelalterlichen Wurzeln des modernen Staats und der neuzeitlichen Staatengeſellſchaft darzulegen. Am Maßſtab des „Nationalſtaates“ iſt auch die mittelalterliche Kaiſerpolitik gemeſſen und verworfen worden. So entſtand der Streit um die deutſche Kaiſerpolitik. Wir ſehen ſie heute mit anderen Augen. Die europäiſche Aufgabe des deutſchen Volkes iſt nicht denkbar ohne das „Reich als europäiſche Ordnungsmacht“[21]. Ein Geſchichtsbild, das dieſe weſenhafte Aufgabe der Deutſchen zu ſeinem vollen Recht kommen läßt, iſt das Gebot der Stunde. Es iſt das beſondere Verdienſt Albert Brackmanns, für dieſe Aufgabe die tragenden Fundamente gelegt zu haben.

---

[15] Vgl. Zantoch, eine Burg im deutſchen Oſten, hrsg. v. A. Brackmann u. W. Unverzagt, I, 1936. A. Brackmann, Die Ausgrabungen in Zantoch. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 1 (1937), S. 174ff.

[16] Leipzig 1937.

[17] Sitzungsberichte d. Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften, Phil.-Hiſt. Kl. 1937/30 = Geſ. Aufſ. S. 211ff.

[18] Die politiſche Wirkung der kluniazenſiſchen Bewegung. In: Hiſtoriſche Zeitſchrift 129 (1929), S. 34ff. = Geſ. Aufſ. S. 290ff.; Die Urſachen der geiſtigen und politiſchen Wandlungen im 11. und 12. Jahrhundert. In: Hiſtoriſche Zeitſchrift 149 (1932), S. 229ff. = Geſ. Aufſ. S. 356ff.; Tribur, In: Abhandlungen der Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften 1939/9 = Geſ. Aufſ. S. 303ff.

[19] Hiſtoriſche Zeitſchrift, 145 (1931), S. 1ff. = Geſ. Aufſ. S. 339ff.

[20] Sitzungsberichte der Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften, Phil.-Hiſt. Kl. 1936/13.

Am Schluß ſeines Beitrages zu dem Sammelwerk „Deutſchland und Polen“[22] hat Brackmann 1933 einer Warnung vor der Polen in ſeiner Geſchichte immer wieder zum Verhängnis gewordenen Tendenz des erobernden Hinausgreifenden über ſeine Volksgrenzen ausgeſprochen. „Das gleichzeitige Streben nach der Oſtſee und nach dem Schwarzen Meere und ſchließlich bis nach dem fernen Moskau ſtand in keinem Verhältnis zu den inneren Kräften des polniſchen Staates. Statt ihren Staat in der Richtung auszubauen, die Kaſimir gegangen war — im Frieden mit dem deutſchen Nachbar und mit Hilfe ſeiner Kultur, deren Überlegenheit niemand ſtärker gewürdigt hat als jener letzte Piaſt — trieben die Jagellonen eine uferloſe Expanſionspolitik nach Oſten und Weſten und ſchließlich auch nach Norden, und gaben um eines unerreichbaren Zieles willen im Inneren ihres Landes eine Poſition nach der anderen preis, bis ihre Souveränität nur noch ein Schein war und ihr polniſches Land zum Spielball der ſtärkeren Nachbarn wurde. Selten hat ſich in der Geſchichte der Völker die falſche imperialiſtiſche Politik einer Nation ſo gerächt wie in der Geſchichte Polens. Am Ende dieſer Politik ſtanden die Teilungen Polens, und noch heute wirkt ſie nach, weil ſie das polniſche Volk nicht zur Ruhe kommen läßt und es dazu treibt, den politiſchen Zielen einer Vergangenheit nachzuſtreben, die ihm einſt den Untergang brachten. Die mittelalterliche Geſchichte Polens iſt eine Warnung ernſteſter Art — für Polen ſelbſt, für ſeine Nachbarn und für den europäiſchen Kontinent.“[23] Dieſe ernſte und eindringliche Mahnung iſt in Polen nicht gehört worden. Sechs Jahre ſpäter trieb Polen einer neuen Kataſtrophe zu. Albert Brackmann, der ſie vorausgeſehen hatte, konnte unmittelbar nach Beendigung des Polenfeldzuges in ſeiner Schrift „Kriſis und Aufbau in Oſteuropa“[24] die politiſche und kulturelle Leiſtung des deutſchen Volkes in dieſem Raum und die Urſachen des Untergangs Polens darlegen. Kein anderer war dazu mehr legitimiert.

Albert Brackmanns Arbeiten zu deutſcher Oſtpolitik tragen den Charakter ſtrenger und kritiſcher Einzelunterſuchung und ſind nicht ſelten an Orten erſchienen, die nur Fachgenoſſen zugänglich ſind. Die breitere Öffentlichkeit wußte von ihnen kaum. Um ſo mehr iſt es zu begrüßen, daß ſie nun geſammelt vorliegen. Es wird jetzt voll ſichtbar, daß es ſich nicht um abſeitige Gelehrſamkeit, ſondern um wiſſenſchaftliche Arbeiten von weitreichender Bedeutung und politiſchem Verantwortungsbewußtſein handelt.

---

[21] K. R. Ganzer, Das Reich als europäiſche Ordnungsmacht. In: Reich und Reichsfeinde, Bd. 2, Hamburg 1941, S. 7ff., auch ſelbſtändig in Schriften des Reichsinſtituts für Geſchichte des neuen Deutſchlands, Hamburg 1941.

[22] Die politiſche Entwicklung Oſteuropas vom 10.—15. Jahrhundert. In: Deutſchland und Polen, Beiträge zu ihren geſchichtlichen Beziehungen, hrsg. v. A. Brackmann, München u. Berlin 1933, S. 28ff.

[23] a. a. O. S. 39.

[24] Kriſis und Aufbau in Oſteuropa. Ein weltgeſchichtliches Bild, Berlin-Dahlem 1939.

Das Kontor in Bergen

Von Otto Röhlk, Hamburg

Mit 1 Bildtafel

Der Name „Das Kontor in Bergen" ohne den ausdrücklichen Zuſatz hanſiſch oder deutſch weiſt in ſeiner Kürze ſchon auf die achtunggebietende Stellung des deutſchen Kaufmanns in Norwegen hin. Seit den Anfängen des hanſiſchen Handels in Weſtnorwegen, die bis in das 12. Jahrhundert zurückreichen, wurde der „gemeyne Copman van der Dudeſchen Hanſe to Bargen in Norwegen" ſeine Zentrale. Die formale Organiſation des Kontors iſt erſt in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts nachweisbar, nachdem die wendiſchen Städte mit Lübeck an der Spitze die ehemals führenden weſtdeutſchen Städte aus dem Handelsverkehr mit Norwegen nahezu verdrängt hatten. Ähnlich den Niederlaſſungen der deutſchen Kaufleute in London, Brügge und Nowgorod bildete die hanſiſche Kolonie in Bergen eine in ſich durch Brauch und Herkommen gefeſtigte Gemeinſchaft, die ſtreng getrennt von den einheimiſchen Bürgern anfänglich im Raum der älteſten Stadt und ſpäter im geſonderten Stadtquartier nach deutſchem Recht lebte.

Während der Stalhof in London und das Hanſehaus in Antwerpen als Bauten verſchwunden ſind und von den Überreſten des Kontors in Nowgorod kaum noch etwas zu finden iſt, ſteht die Deutſche Brücke in Bergen heute noch unverändert in mittelalterlicher Bauweiſe inmitten des neuzeitlichen Verkehrs als Wahrzeichen deutſcher Größe und hanſiſchen Unternehmungsgeiſtes, obſchon ſie im Laufe der Jahrhunderte dreimal nahezu vollſtändig abgebrannt iſt (1284, 1476, 1702). Nach der Meinung des norwegiſchen Forſchers Chriſtian Koren Wiberg[1] ſind die Fluchtlinien der „Höfe", der Geſchäftshäuſer, zum überwiegenden Teil noch dieſelben wie zur Zeit Olaf Kyrres (1070—1075), der lange Zeit als Gründer der Stadt Bergen galt.

Unter Hof (norwegiſch Gaard) verſtand man einen zuſammenhängenden Streifen von Grundſtücken in dem älteſten Teil Bergens, der ſich in rund 140 Meter Länge und 5—6 Meter Breite von der Övre Gate zum Strand hinzog. Davor lag und liegt heute noch die Verladebrücke, deswegen heißt der ganze Komplex: Tyske bryggen, Die Deutſche Brücke. Die Eigentumsverhältniſſe haben im Laufe der Jahrhunderte naturgemäß ſehr gewechſelt. Eigentum am Hof konnte nämlich dreierlei bedeuten: 1. Eigentum am Grundſtück, und zwar Geſamteigentum oder Teileigentum, 2. Eigentum an einem Gebäude, 3. Eigentum an beidem. Eigentümer der Grundſtücke waren in erſter Linie der König ſowie der von ihm belehnte Adel und die Kirche, ſo daß die Inhaber der Geſchäftshäuſer „Grundleie" bezahlen mußten. Die Einwohnerzahl Bergens ſchätzt Koren Wiberg um 1200 auf etwa 5000, um 1300 auf rund 6000. Die Zahl der hanſiſchen Inſaſſen mag zur Blütezeit der Hanſe am Ausgang des 14. Jahrhunderts 1500 betragen haben.

Die Organiſation des Kontors wurde ſeit den Tagen des Stralſunder Friedens folgendermaßen aufgebaut[2]. An der Spitze ſtanden zwei „Olderlude", Älterleute, denen 18 Meiſtermänner beratend zur Seite ſtanden. Während die Olderlude nach den Statuten des Kontors Recht ſprachen — letzte Inſtanz war der Obergerichtshof in Lübeck — hatten die „Achtteinmeſtermannen" darüber zu wachen, daß die Handelsgebräuche nicht verletzt wurden. Mit dem

---

[1] Hanseaterne og Bergen, Forholdet mellen de kontorske og det bergenske bysamfund. Bergen 1932, S. 23.

[2] Für alles Folgende ſiehe Otto Röhlk, Hanſiſch-norwegiſche Handelspolitik im 16. Jahrhundert. Neumünſter 1935 = Abhandlungen zur Handels- und Seegeſchichte, Bd. III.

Anwachſen des ſchriftlichen Verkehrs ſtellte ſich im 15. Jahrhundert die Notwendigkeit heraus, für dieſe Zwecke einen Sekretär, einen „ſchrywer" anzuſtellen. Die Sekretäre mußten die Tradition des Kontors ſchriftlich bewahren und wurden ſpäter als juriſtiſche Vertreter des Kontors zu wirtſchaftspolitiſchen Verhandlungen entſandt. Unter dieſer Leitung lebte die auf genoſſenſchaftlicher Grundlage aufgebaute Gemeinſchaft der Handelsverwalter, Kaufgeſellen und Lehrjungen, die ſelbſt zur Zeit des Niederganges der Hanſe nach der holſteiniſchen Grafenfehde in der Mitte des 16. Jahrhunderts 2000 Genoſſenſchaftsangehörige bei einer Geſamteinwohnerzahl Bergens von 16000 zählte. Dieſe anſehnliche Maſſe von Deutſchen, die als Staat in der Stadt Bergen lebte, gliederte ſich nach der Zugehörigkeit zu den einzelnen Geſchäftshäuſern, den Höfen, deren norwegiſcher Name Gaard im Deutſchen zu Garten wurde.

Jedes Haus hatte ſein beſonderes Gartenrecht[3], eine Art Hausordnung für die Genoſſen, die zu dem Handelshaus gehörten. Über den verſchiedenen Gartenrechten ſtand, ſchirmend und ſtreitend alles umfaſſend, das Recht des deutſchen Kaufmanns in Bergen.

Das Kontor hatte nämlich im Laufe der Jahre der ſchwachen norwegiſchen Regierungsgewalt, deſſen Zentrale ſeit den Tagen der ſchwarzen Margarete in Kopenhagen ſaß, die Gerichtsbarkeit in eigenen Angelegenheiten abgerungen. Daran haben weder die Unionskönige noch die däniſchen Herrſcher bis zu Chriſtian IV. hin etwas geändert. Das Kontor iſt ſeinem Urſprung und Weſen nach als organiſch gegliederte Intereſſenvertretung der deutſchen Kaufleute in Norwegen zu begreifen. Die Verbindung zwiſchen dem deutſchen Kontor und dem Rat der Heimatſtädte ſtellten die Bergenfahrerkompanien dar. An ihrer Spitze ſtanden „die Älterleute der Bergenfahrer", die zumeiſt im Rat ihrer Vaterſtadt ſaßen.

Die älteſte Bergenfahrerkompanie hatte ihren Sitz in Lübeck, die den Ton in der Führung der norwegiſchen Angelegenheiten angab. Die Lübecker ſchlugen aus ihrer politiſchen Vorrangſtellung wirtſchaftliches Kapital, ſie hofften ſogar, die Traveſtadt zum einſtigen Stapelplatz an der geſamten Oſtſeeküſte für Stockfiſch zu machen. Stapelplatz und Stapelrecht ſind Lieblingsausdrücke im geſamten Nord- und Oſtſeeraum, die ihre Begründung in dem menſchlichen Streben nach Ruhe und Sicherheit, nach dem geſicherten Auskommen ohne gefährliche Konkurrenz finden. Dieſe Anſchauung bricht ſich in Lübeck erſt Bahn nach dem Frieden von Stralſund (1370), dem Höhepunkt und Glanztag hanſiſcher Vormachtſtellung im europäiſchen Norden. Stapelplatz bedeutet ſoviel wie der Platz, an dem dieſe oder jene Ware entweder ausgeladen und umgeladen werden, oder für die Durchfuhr eine Abgabe entrichtet werden muß. In der Beaufſichtigung des Verkehrs ſahen die Lübecker das geeignete Mittel, um den hanſiſch-bergiſchen Güterverkehr über die Trave zu leiten. Deshalb wurde 1455 die Inſtitution der Frachtherren geſchaffen, die den Verkehr kontrollieren ſollten. Jedes nach Bergen auslaufende Schiff ſollte nur durch ſie allein befrachtet werden. Dieſe monopoliſtiſchen Tendenzen innerhalb der Hanſe wurde von den übrigen intereſſierten Städten nicht ohne Widerſpruch hingenommen. Roſtock, Wismar und Stralſund einigten ſich über die Zurückweiſung der lübiſchen Beſtrebungen. Nach langem Zögern gab die Vorſtadt, d. h. die erſte Stadt, das anerkannte Haupt der Hanſe, nach und ließ den Traveſtapel für norwegiſche Waren fallen. Das Ziel war nicht erreicht worden, das Mittel zum Zweck jedoch, die Einrichtung der Frachtherren, blieb erhalten und wurde im 16. Jahrhundert auch von anderen Seeſtädten übernommen. Nur mit ihrer Erlaubnis durften die Schiffe nach Bergen ſegeln und bekamen vor dem Auslaufen das Zertifikat. Befrachtung, Laden und Löſchen war einheitlich geregelt. Jedes anlaufende Schiff wurde im Frachtbuche eingetragen, die einzelnen Frachten wurden auf ſog. Rollen geſetzt, die Inhaber der einzelnen Anteile am Schiff mußten ihre Parten ſelbſt befrachten[4].

Im allgemeinen hatten die hanſiſchen Bergenfahrer feſte Routen zwiſchen ihrer Heimatſtadt und Bergen. In kriegeriſchen Zeiten fuhr man der feindlichen Auslieger wegen gerne in Flottenfahrt. So ſchrieben im Mai 1512 die Lübecker Älterleute an die Roſtocker, ſie hätten wegen der niederländiſchen Fehde beſchloſſen, jährlich in zwei Flotten — eine um Oſtern, die andere gegen Ende Juni — nach Bergen zu ſegeln. Denn die ſchottiſchen Kaperer trieben wegen der Schwäche der däniſch-norwegiſchen Kriegsflotte[5] — ihre Anfänge gehen auf König Hans zurück — ihr Unweſen in den nordiſchen Gewäſſern vom Sund bis nach den Lofoten hinauf, auch in Friedenszeiten. Noch um 1550 war die Winterſchiffahrt durchaus ungewöhnlich, erſt ſeit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts ging die Schiffahrt bei eisfreiem Fahrwaſſer auch im Winter vor ſich. Die hanſiſchen Seeſchiffe, die von Bremen, Hamburg, Lübeck, Roſtock, Wismar, Stralſund und Greifswald nach Bergen ſegelten, waren feſtgebaute Koggen, die an die 65 Laſten maßen. Um 1600 ſetzte ſich die hanſiſche Bergenfahrerflotte folgendermaßen zuſammen:

---

[3] Ingvar Nielſen, Das Gartenrecht des Jakobsgaard. Videnskab-Sellskabs Skrifter, 1879.

[4] J. Marquardt, De iure Mercatorum. Pars posterior. (Frankfurt 1662.) S. 743.

Bergenfahrerflotte aus	Schiffe	Laſten
Lübeck	21	1365
Roſtock	31	2015
Stralſund	19	1235
Wismar	8	520
Hamburg	13	845
Bremen	37	2405
Deventer . . . . Molkern	12	780
	141	9165

Hinzu kommen in jener Zeit (1597—1600) rund 10 Schiffe von Greifswald, Stettin, Kolberg, Danzig, Anklam von insgeſamt etwa 700 Laſten, ſo daß die Geſamttonnage der in der Bergenfahrt regelmäßig fahrenden Schiffe knapp 10 000 Laſten betrug. Südſchweden und Weſtnorwegen wurden die Gegenden ſtärkſter Handelsverflechtung in Skandinavien[6]. Schonenſcher Hering und Bergenſer Stockfiſch teilten die Nord-Südfahrt in zwei Hauptlinien[7]. Grundlegend für den Warenaustauſch iſt Norwegens Mangel an getreidebaufähigem Boden, heute noch hat Norwegen nur 3 v. H. ſeiner rund 323 000 Quadratkilometer großen Landfläche bebaut, knapp ein Viertel iſt bewaldet, die übrigen drei Viertel ſind unbebauter Boden, zumeiſt nackter Fels ohne anbaufähige Bodenkrume. Norwegens Reichtum waren und ſind die unerſchöpflichen Fiſchgründe an ſeiner Weſtküſte. Die Getreideüberſchußgebiete in „Mitteleuropa" — ein gefährlicher Begriff aus der liberalen Vorſtellungswelt F. Naumanns, der nicht genau abgegrenzt iſt und daher lieber durch ein altes Wort wie das „Reich und Anrainer" erſetzt werden ſollte — lieferten Norwegen Korn und nahmen dafür hauptſächlich Fiſche aus Bergen in Zahlung.

Am Anfang und am Ende des hanſiſch-norwegiſchen Handels ſtand und ſteht der Austauſch von ſchweren Gütern, Maſſengütern[8]. Luxuswaren kamen im Mittelalter nur als Zuſatzartikel in Frage; denn Norwegen iſt ein armes Land, deſſen Wohlſtand im 19. und 20. Jahrhundert im weſentlichen auf der freihändleriſch eingeſtellten Seeſchiffahrt und ihren hohen Frachteinnahmen baſiert, die auch den Grundſtock zum norwegiſchen Induſtriekapital gelegt hat.

Die Beherrſchung des Getreideaufkaufs in den Randländern der Oſtſee ſicherte Lübeck mit den übrigen wendiſchen Städten bereits im 13. Jahrhundert den erſten Platz in der Lebensmittelverſorgung Norwegens. Die Einbeziehung Norwegens in das hanſiſche Wirtſchaftsſyſtem iſt gekennzeichnet durch den Untergang eines ſelbſtändigen norwegiſchen Bürgertums, deren Anfänge uns A. Bugge treffend geſchildert hat. Hochbordige Koggen aus der

---

[5] Darüber wird demnächſt unter dem Titel: Der Einfluß der Seemacht auf Dänemarks Geſchichte ausführlich berichtet werden.

[6] F. Rörig, Hanſiſche Beiträge zur deutſchen Wirtſchaftsgeſchichte. Breslau 1928, S. 157ff.

[7] Ausführlich dargeſtellt vom Verfaſſer in Hanſiſch-norwegiſche Handelspolitik im 16. Jahrhundert. Neumünſter 1935.

[8] Für die Gegenwart ſiehe außer Aufſätzen im Wirtſchaftsdienſt (Hamburg) auch die Exporthandbücher der Hanſeatiſchen Verlagsanſtalt in norwegiſcher und ſchwediſcher Sprache, die ſachkundige Beiträge aus führender Feder enthalten.

Oſtſee verdrängten die offenen Ruderboote der „Nordmannen" von der Nordſee. Die ſtarken, ſchwerfälligen Koggen, die ruhig vor dem Winde dahinſegelten, wurden geführt meiſt vom Schiffseigentümer oder Teilhaber; denn das Kapital für ein Seeſchiff war damals vom einzelnen von heute auf morgen nicht zu verdienen. Deswegen iſt die Partenreederei, die Teilhaberſchaft von mehreren am Unternehmen, die Regel. Die hanſiſchen Bergenfahrer ſchlugen ihre engliſchen Konkurrenten in Norwegen aus dem Felde[9]. Das Eindringen des hanſiſchen Kaufmanns in den norwegiſchen Binnenhandel vernichtete die letzten Reſte des ſelbſtändigen kaufmänniſchen Bürgertums in Weſtnorwegen. Damals begann der Ausbau zu einem Syſtem völliger Beherrſchung der norwegiſchen Wirtſchaft durch die Hanſe.

Das Stapelrecht Bergens verwies Produzenten und Händler zum einzigen Umſchlaghafen von Kap Lindesnes bis zum Nordkap. Seehandel und Seefiſcherei gibt Bergen das bauliche Gepräge ſeit den Tagen Magnus Lagaböters. Das hanſiſche Stadtviertel, heute noch „Tyske bryggen" genannt, ſteht in mittelalterlicher Bauweiſe zu einem Drittel unverändert und ſtellt inmitten des neuzeitlichen Verkehrs ein Kulturdenkmal von einzigartiger Geſchloſſenheit dar.

Die Deutſchen betätigten ſich im Mittelalter nicht am Fiſchfang an der norwegiſchen Küſte. Als alleinige Abnehmer der Fiſche und kapitalkräftige Unternehmer brachten die „Kontorſchen", wie die Hanſen von den „Bergenſern" — ſo heißen ſie heute noch in Norwegen — genannt wurden, die armen norwegiſchen Fiſcher bald in wirtſchaftliche Abhängigkeit. „Wenn ein Knecht einem Nordfahrer eine Zeitlang auf dem Fiſchfang mit Leib und Leben gedient hat, der Nordfahrer ihm dann zuletzt geſtattet, mit nach Bergen zu ſegeln und ſich von ſich ſelbſt ausreedern zu laſſen, und wenn ihm dann auf ſeinen Glauben dazu etwas vom Kaufmann vertraut, kommt er dadurch in eine Nahrung, daß er ſich mit Weib und Kind ernähren und den König den gebräuchlichen Schatz (von Skatt = Steuer) bezahlen kann", wie es ein hanſiſcher Unterhändler 1560 auf einer Tagung in Odenſee formulierte[10]. Die Bindung der nordländiſchen Bauern an die deutſchen Kaufleute war eine drückende Abhängigkeit des Schuldners vom Gläubiger; denn die kreditwirtſchaftliche Handhabung des Tauſchverkehrs war ein Dauerzuſtand der wirtſchaftlichen Beziehungen zwiſchen den hanſiſchen Kaufleuten und den norwegiſchen Fiſchern. Durch die naturbedingte ſaiſonmäßige Ausübung der Seefiſcherei entſtanden und entſtehen heute noch trotz des techniſchen Fortſchritts bei den großen Entfernungen — von Bergen bis nach den Lofoten ſind es etwa 1000 Kilometer — große Pauſen im Lieferungsgeſchäft, die durch die Inanſpruchnahme des Warenkredits der Fiſcher bei den Hanſen überbrückt wurden. Zur Hauptſache war er Verbrauchskredit; ein Erwerbskredit, das würde die Bereitſtellung von Mitteln für die Aufrechterhaltung des Seefiſchereibetriebes in Geſtalt von Produktionsmitteln bedeuten — taucht zwar in den Quellen nicht direkt auf. Fangfahrzeuge und Fanggeräte wurden nämlich im Hauswerk, alſo im eigenen Betrieb, hergeſtellt.

Aus einem Reformvorſchlag, der von A. Taranger in der norwegiſchen hiſtoriſchen Zeitſchrift, III. Reihe, Bd. 3, S. 315 ff., abgedruckt iſt, geht hervor, daß die Norweger noch gegen Ende des 16. Jahrhunderts den Dorſch ausſchließlich durch das Hinzuſtrömen kalter Luft trocknen ließen. Dieſer Prozeß war nur im Winter und Frühling durchführbar. Während des Sommers ruhte die Bearbeitung der Fiſche, da ein Einſalzen nach holländiſcher Manier — das Pökeln ſoll von einem Niederländer namens Peukels erfunden worden ſein — nicht vorgenommen wurde. Auch das Salz tritt alſo nicht als Produktionsmittel, ſondern als direktes Konſumgut für die menſchliche Nahrung auf. Trotzdem iſt der von den Kontorſchen an ihre „norſchen Kindern" jährlich gewährte Naturalvorſchuß nicht im ganzen Umfang als Verbrauchskredit aufzufaſſen; denn nach alter Gewohnheit wurden ſie mit mehr ausgeſtattet, als zur Haushaltung nötig war. „In großen Summen auf bloße Schrift und einfachen Glauben auf mehrere hundert Meilen Weges wurden vielerlei Waren geborgt, dazu auf etliche Jahre Geld ausgeborgt auf reine Zuverſicht, wie es in einem Brief des Kontors an die wendiſchen Städte aus dem Jahre 1544 (in das Hochdeutſche übertragen) heißt. Die Nordfahrer waren nämlich nicht bloß Fiſcher und Lieferanten von Nahrungsmitteln für die deutſchen Kaufleute, ſondern nebenbei auch Händler für die Hanſen. Schon damals wußte man die nordiſchen Felle und Pelze im Deutſchen Reich wohl zu ſchätzen. In Ermangelung ſprachlicher Verſtändigung mit den raſſiſch anders gearteten Lappen blühte in Finnmarken, der „ſtumme Handel" zwiſchen den Finnen und den Norwegern. Eine reizende Beſchreibung dieſes Tauſchhandels von Lebensmitteln und Jagdgeräten gegen Felle und Pelze gibt Michael Behaim:

---

[9] Den norske Sjoefarts Historie fra de aeldeste tider til vore dage. Med bidrag av Alexander Bugge (u. a.). Bd. 1, Kriſtiania (1923).

[10] Siehe Röhlk, Handelspolitik, S. 5.

Wild Lapen in dem gefild
Des waldes wunen do
Von den leuten alſo.
Die laufen alſo palde
Dazu ſie die tier im walde
Vahen und ſchieſſen die
Daz fleiſch verzeren ſie
Und lauffen mit den heuten
Hin zu den kauffeleuten,
Die uff dem mer hervarn
Doch ſein ſie ſich pewaren
Daz man ihr nichten vahl.
Die heut legen ſie nahe
Hin zu des meres flut.
Tut in der kauffmann gut
Dargegen alſo vil
Daz ſie benugen wil
So nemmen ſie dargegen
Waz in die kauffleut legen
Des ſie geſprechen kan.
Kein gelt darf man do lan,
Wann ir daz keiner nymet.
Was ſich dargegen zimet,
Daz weis der kaufmann wol
Das ſie daran penugen
Jre heut ſie nieder lugen
Und laſſen mit dahin.

Die jährlich wiederkehrende Kreditierung von Verbrauchsgütern nannte man „Ausreedung". Die Nordfahrer mußten dieſen Vorſchuß zum nächſten Termin, d. h. zur Marktzeit des folgenden Jahres, in Geſtalt des erforderlichen Quantums von Fiſchen zurückbezahlen. Die Höhe des Warenkredits wurde in Geld errechnet und in die ſog. Nordfahrerrollen eingetragen, rechtskräftigen Schuldverſchreibungen, die durch beſondere Beſtimmungen geſichert waren. Die Außenſtände der deutſchen Kaufleute in Bergen genoſſen ſogar das „Vorzugsrecht vor Einziehung der verwirkten Königsbuße". Denn „des coppmans ſchuld ſchal vor heren broecke gan"[11], nach einer Vereinbarung zwiſchen Chriſtian II., dem größten Widerſacher der Hanſe im 16. Jahrhundert, und den wendiſchen Städten über die Rechte des Kaufmanns in Bergen. Diejenigen Nordfahrer, die ihre Schuld beim Kaufmann nicht abgetragen hatten, konnten ihre Ware nicht frei verkaufen, ſondern mußten ſie in erſter Linie ihrem Gläubiger anbieten.

Wenn es dem norwegiſchen Fiſcher nicht möglich war, ſeine Schulden auf einmal durch Warenlieferungen auszugleichen, ſo ſchrieb der hanſiſche Kaufmann ſeine reſtlichen Forderungen auf das nächſte Jahr um. Da der Konſumkredit wegen der Monopolſtellung der Hanſen im Getreidehandel alljährlich in gewiſſem Umfang zum notwendigen Lebensunterhalt neu aufgenommen werden mußte, blieb der Fiſcher häufig ſein Leben lang an ein hanſiſches Geſchäftshaus gebunden. Jede deutſche Firma hatte eine Schar von ſog. Kopnoten, die nur mit dieſem Geſchäft Handel treiben durfte. Wenn die Nordfahrer die wirtſchaftliche Hörigkeit abſchütteln wollten, und bei norwegiſchen Bürgern Lebensmittel einkauften, gebrauchte das Kontor das wirkſame Mittel der Handelsſperre, um die Fiſcher wieder an ſich zu ketten. Noch im Jahre 1571 konnte es geſchehen, daß die Nordfahrerflotte untätig im Hafen von Bergen lag und nicht auslaufen konnte wegen Mangel an Gütern, weil die Hanſen es abgelehnt hatten, die abtrünnigen Kopnoten auszurüſten. Dasſelbe Mittel erwies ſich ſogar noch im Dreißigjährigen Krieg als wirkſam[12]. Der hanſiſche Kaufmann nutzte ſeine jahrhundertelange Machtſtellung zur Einführung eines feſten Preisſyſtems aus. Auf dem Markt zu Bergen beſtanden gewohnheitsmäßig feſte Preisrelationen, eine Verſchiebung der Preiſe, die vom Weltmarkt ihren Ausgang nehmen konnte, wurde im einzelnen vom hanſiſchen Kaufmann beſtimmt.

---

[11] Hanſe-Rezeſſe III, 6 N 508.

[12] Norske Rigs Registranter, tiidels i Uddrag Bd. 1—5, Kriſtiania 1861—1875, V, S. 469.

Die norwegiſchen Fiſchpreiſe richteten ſich im weſentlichen nach den kontinentalen Kornpreiſen; die hanſiſchen Kaufleute, die in Norwegen das Monopol im Getreidehandel hatten, konnten deswegen die Fiſchpreiſe ſo halten, wie es mit dem Exiſtenzminimum der Fiſcher und ihren Anſchauungen über einen „gerechten“ Preis zu vereinbaren war.

Die ökonomiſche Stellung des Kontors verſchlechterte ſich erſt ſeit Ausgang des 16. Jahrhunderts, als die Preisrevolution und die damit verbundene ſtarke Steigerung der kontinentalen Kornpreiſe die Gewinnſpanne der hanſiſchen Kaufleute in Bergen verminderte. Die Bevölkerungsſteigerung im 16. Jahrhundert trug erheblich zur Preisſteigerung der Lebensmittel, überhaupt aller landwirtſchaftlichen Erzeugniſſe bei. Das Steigen der Kornpreiſe wirkte ſich auch auf das norwegiſche Preisgefüge aus; denn die deutſchen Kaufleute konnten auf die Dauer nicht unter ihren Selbſtkoſten verkaufen. Das Anwachſen der Getreidepreiſe beginnt allmählich in den 30er und 40er Jahren, um in den 70er und 80er Jahren plötzlich in die Höhe zu ſchnellen[13]. 1600 hatten die Getreidepreiſe den Stand von 1530 bereits um das Doppelte überſchritten.

Entgegen dieſer allgemeinen Tendenz der Preisſteigerung, deren Haupturſache bereits von den Zeitgenoſſen in richtiger Verbindung mit dem Überfluß an barer Münze aus amerikaniſchem Silber gebracht wurde, zeigten die Fiſchpreiſe keine ſonderliche Neigung, ſich dieſem aufwärts gerichteten Trend der ſonſtigen Preiſe anzuſchließen. Nur die beliebten Heringe machten die Preisſteigerung mit, während die anderen Fiſcharten auf ihren Stand von 1530 beharrten. Stockfiſche und Klippfiſche erfuhren im Laufe der 70er Jahre bis zur Jahrhundertwende keine großen Schwankungen, ſo daß ſowohl der neu emporgewachſene Stand der Bürger Bergens als auch die hanſiſchen Kaufleute für ein Quantum Stockfiſch oder Klippfiſch in Anbetracht der auf das Doppelte geſtiegenen Kornpreiſe nur die Hälfte Getreide geben konnten wie um 1530. Die geringe Beweglichkeit der Fiſchpreiſe unterliegt keinem Zweifel; während alle anderen Warengruppen ſtändige Preisveränderungen im Laufe der Jahre aufweiſen, wurde die „Waage“ Bergerfiſch ſtändig mit einem däniſchen Reichstaler bezahlt, wie der Verfaſſer aus den Bergenhus Lensregenskaper im Reichsarchiv zu Oslo erſehen konnte. 1630 ſank der Preis für den „Bergerfiſch“ ſogar unter den Stand von 1530.

Der ſinkende Geldwert[14] des däniſchen Talers und die damit zuſammenhängenden Wertprobleme haben nicht nur die Gemüter der Zeitgenoſſen, ſondern die Gelehrten der alten und neuen Welt bis heute beſchäftigt.

Haupturſache der allgemeinen Preisſteigerung ſeit 1510 — auf der Gegenſeite ſteht Ab- bzw. Entwertung des Geldes — iſt das Anwachſen der Edelmetallproduktion und das damit verbundene ſteigende Angebot hauptſächlich von Silber auf dem Weltmarkt, wie A. Soetbeer bereits 1879 in ſeiner Abhandlung „Edelmetallproduktion und Wertverhältnis von Gold und Silber“ nachgewieſen hat. Die Rückwirkung der Einfuhr von mexikaniſchem Silber aus den Minen von Potoſi und ſüdamerikaniſchem Gold aus dem Reich der Inka nach Spanien auf die europäiſchen Warenpreiſe iſt bildlich dargeſtellt bei Warren und Pearſon[15]; die Parallelität der Bewegungen von Edelmetallangebot und Warenpreiſen iſt danach evident.

Wie wirkte ſich nun die Preisrevolution des 16. Jahrhunderts auf die Stellung des Kontors in Bergen aus? Die Kaufkraft der weſtnorwegiſchen Bevölkerung ſank in dem Maße als die Preiſe ihrer Verkaufswaren — Fiſche — hinter den Preiſen ihrer Einkaufswaren — Getreide, Hülſenfrüchte — zurückblieben. Auch die Bürger Bergens konnten ſich für ihren däniſchen Taler 1630 zwar ebenſo viele Fiſche kaufen wie 1530, aber nur halb ſo viel Getreide, das immer noch auf hanſiſchen Schiffen vom Kontinent nach Bergen gefahren wurde. Die Entwicklung der hanſiſch-deutſchen Schiffahrt nach Bergen im Dreißigjährigen Krieg veranſchaulichen folgende bisher unveröffentlichte Zahlen:

---

[13] T. H. Aſchehong, Kornpriserne siden Amerikas Opdagelse. In: Statsokonomisk tidskrift, 1888.

[14] William Scharling, Pengenes synkende Vaerdi. Kopenhagen 1869; vgl. A. Nielſen, Däniſche Wirtſchaftsgeſchichte. Jena 1933, S. 100ff.

[15] Prices, New York 1933, S. 320.

Schiffsanläufe in Bergen

Jahr	Zahl	Davon aus:				
		Bremen	Hamburg	Lübeck	Roſtock	Stralſund
1627/28	87	12	11	19	10	17
1628/29	43	4	10	23	—	2
1629/30	56	14	12	17	5	3
1630/31	45	16	—	16	4	2
1631/32	44	16	—	18	5	2
1632/33	54	15	—	26	6	5
1633/34	56	17	—	22	4	6
1634/35	46	11	—	23	8	2
1635/36	41	11	—	23	3	2
1636/37	45	14	—	18	3	6
1637/38	37	8	—	17	5	3
1639/40	25	5	—	17	2	1
1640/41	32	11	—	13	4	2
1641/42	31	7	—	12	8	4
1642/43	37	7	—	15	11	3
1643/45	—	—	—	—	—	—
1645/46	78	18	18	26	11	1

Neben dieſer hanſiſchen Schiffahrt auf Bergen kam ſeit der Wende des Jahrhunderts eine nichthanſiſche Schiffahrt auf, die zur Hauptſache auch von Niederdeutſchen, zum geringen Teil von Dänen und Schotten betrieben wurde. Erſt allmählich bildete ſich auch eine Handelsflotte der Bürger Bergens. 1569 hatte Bergens Schiffahrtsflotte folgende Größe: 20 Seeſchiffe mit 946 Laſten, davon 3 Lotſenboote zu je 25 Laſten, 4 Pinken von je 25 Laſten, die größeren Seeſchiffe zwiſchen 40 und 80 Laſten. Die Eigentümer haben durchweg Namen aus dem niederdeutſchen Sprachbereich wie Anderſen, Brok, Biendorp, Gertt, Hilligkſſen (Hilcken?) Oluffſen, Perſſen, Snider, Sevrin, Tornielſen u. a.

Der Konkurrenzkampf zwiſchen dem hanſiſchen Kontor und der Bürgerſchaft Bergens um die Beherrſchung von Seehandel und Seefiſcherei in Weſtnorwegen iſt eines der reizvollſten Kapitel der norwegiſchen Wirtſchaftsgeſchichte, die bisher noch keinen Darſteller gefunden hat. Wenn hier nach zehnjähriger Pauſe der Verſuch unternommen wird, an Hand von Aufzeichnungen aus dem Jahre 1931 dieſe wirtſchaftspolitiſche Auseinanderſetzung zu ſchildern, ſo im Bewußtſein des Unzulänglichen und nur deswegen, weil die norwegiſche Geſchichtsforſchung ſich darüber ausſchweigt[16].

Das Jahr 1629/30 bringt uns den Exiſtenzkampf des Kontors deutlich vor Augen. Obſchon aus den Zolliſten nicht zu erſehen iſt, welchen Repreſſalien es ſeitens Chriſtians IV. ausgeſetzt war, der mit der verlorenen Schlacht bei Lutter am Barenberg den Sturz Dänemarks als europäiſche Großmacht ankündigte, ſo läßt doch das ſtarke Abnehmen des Schiffsverkehrs erkennen, daß das deutſche Kontor ſich in einer Kriſe befand. Ausländer ſpielten als Konkurrenten der Hanſen ſo gut wie gar keine Rolle, nur in Sundhorlen waren die Schotten herrſchend im Handel. Vier Fünftel des Holzexports lag dort in ſchottiſchen Händen. Der Konkurrenzkampf in der Stadt Bergen wurde ausgefochten zwiſchen den Hanſen und den Bergenſern, den „Börger udi Bergen". Abſtammungsmäßig waren es zum kleinſten Teil Norweger, das niederdeutſche Element iſt am ſtärkſten vertreten. Es folgen Holländer, die ſich ſchon nicht mehr als Deutſche fühlten, und Schotten ſowie Einheimiſche. Bürger der Hanſeſtädte, viele Schleswig-Holſteiner, Frieſen und Holländer erwarben das Bürgerrecht in Bergen. Viele ſtammen aus Flensburg, Huſum und den bekannten Hanſeſtädten von Greifswald, Roſtock, Stralſund über Lübeck, Hamburg, Bremen nach Molkern und Stavern an der Yſſel. Größtenteils waren es ehemalige Angehörige des Kontors, ſog. Abtrünnige, die zunächſt für andere Bürger Bergens Frachtfahrten unternahmen, um dann mit erworbenem Kapital eine eigene Handlung in Bergen zu eröffnen. Neben dem niederdeutſchen iſt auch das däniſche Element ſtark vertreten, wie man im einzelnen in „Bergens Borgerbok" nachleſen kann.

---

[16] Am meiſten Aufſchlüſſe bietet noch: Georg Wortmann, Geſchichte des hanſiſchen Contors in Bergen, 1770, Handſchrift im Beſitz der Hamburgiſchen Stadtbibliothek, die auszugsweiſe von L. Daae in: Nogle smaabidrag til des Bergenske Contoirs historie, Historisk Tidtsskrift, 2. R. Bd. 3, Kriſtiania 1882, S. 246—266, veröffentlicht worden iſt. Dieſe Bemerkungen über die Konkurrenzverhältniſſe im Handel in Bergen im 17. Jahrhundert ſind von der einſchlägigen norwegiſchen Literatur übernommen worden.

Um 1630 hielt ſich einheimiſcher und kontorſcher Handel ungefähr die Waage. Hamburger konnten damals nicht nach Bergen ſegeln, da es mit Chriſtian IV. von Dänemark im Streit lag. Alles Hamburger Gut in Bergen wurde beſchlagnahmt, ein Hamburger Schiff als Priſe nach Kopenhagen gebracht. Um 1635 bot der „Vaagen", der Hafen von Bergen folgendes Bild: Ein Maſtenwald von Seeſchiffen aus dem Nord- und Oſtſeeraum. Die weitaus meiſten ſind Schuten und Kreuer von den däniſchen Inſeln und Schleswig-Holſtein. Große Seeſchiffe von 80 Laſten und mehr kommen von Bremen, Hamburg, Lübeck, Roſtock, Kopenhagen und Holland. Im ganzen liefen 230 Schiffe vom Ausland an, die für 6067 Laſten Schiffszoll bezahlten. Der Eigenhandel der Bergenſer nimmt augenſcheinlich zu; denn ihre Handelsflotte vergrößerte ſich zuſehends. Die Lübecker und Bremer erleiden die ſtärkſten Einbußen zugunſten der Berger Bürger, d. h. die hanſiſchen Lübecker, die nichthanſiſchen waren im Kommen. Die Hanſe hatte aufgehört zu ſein, was ſie geweſen war: Ein wirtſchaftspolitiſcher Bund von deutſchen See- und Handelsſtädten, die zum Beginn des 14. bis zum 16. Jahrhundert die politiſchen Geſchicke und die ökonomiſchen Belange nicht nur in Norddeutſchland und in Skandinavien, ſondern im Nord- und Oſtſeeraum von London bis Nowgorod beſtimmt hatte.

Auch die Holländer, die im Dreißigjährigen Krieg als Großhändler in Bergen auftraten, ſind keine neuen Einwanderer, ſondern zumeiſt ehemalige Angehörige des Kontors. Alle nicht im Kontor organiſierten Deutſchen, die „verlopenen Dudeſchen", wohnten außerhalb der Deutſchen Brücke. Solange das Kontor konkurrenzlos war, konnte es die Norderfahrer feſt bei der Stange halten. Sowie ſich indeſſen in Bergen ein Bürgerſtand bildete, der den nordländiſchen Fiſchern ihre Waren abkaufte, geriet das hanſiſche Wirtſchaftsgebäude ins Wanken, denn die nichthanſiſchen Kaufleute waren frei von den Abgaben, die das Kontor von ſeinen Angehörigen für die Erhaltung und Verwaltung erheben mußte. Die Kontorſchen mußten in den Preis ihrer Handelswaren den „Schoß" einkalkulieren, die „verlopenen Dudeſchen" erſparten die Zahlung dieſes Betrages, der ſich für die Mitglieder der Hanſe als Finanzzoll auswirkte. Während der allgemeinen Intenſivierung des Handelsverkehrs gegen Ende des 16. Jahrhunderts, der ſich am beſten am Wirtſchaftsbarometer des Oſtſeeraumes, den Sundzollregiſtern, ableſen läßt, erfuhr der „Strandhandel" der ſelbſtändigen Bürger Bergens eine beängſtigende Zunahme. In ſolchen Zeiten der Hochkonjunktur konnte die politiſch machtloſe Hanſe ihre auf dem Prinzip des hanſiſchen Alleinhandels aufgebaute Wirtſchaftsgeſinnung ſelbſt in dem machtpolitiſch bedeutungsloſen Norwegen nicht mehr durchſetzen. Die Umgehung der Satzungen des Kontors war an der Tagesordnung. Aus dem Übertreten der Beſtimmungen wurde ein Sich-Löſen aus den Bund der Hanſe.

Der Dreißigjährige Krieg war für die Deutſche Hanſe die Zeit der endgültigen wirtſchaftlichen Auflöſung, nachdem ſie als politiſcher Machtfaktor unter der Führung des Lübecker Bürgermeiſters Jürgen Wullenwever ein Jahrhundert vorher an der erſtarkenden Gewalt des däniſchen Königtums in der holſteiniſchen Grafenfehde geſcheitert war. Trotzdem die Geſchichte der Hanſe als wirtſchaftliche Einheit ſpäteſtens zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu Ende geht, blieb das Kontor noch als letztes Wahrzeichen hanſiſcher Größe in Norwegen bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts beſtehen.

Wenn auch die Bürger Bergens die neu aufkommende Spanienfahrt[17] an ſich riſſen, die auf den Austauſch von norwegiſchem Holz gegen ſpaniſches Salz begründet war, ſo erſchienen doch ſeit dem Weſtfäliſchen Frieden wieder eine ſtattliche Anzahl von deutſchen Seeſchiffen aus deutſchen Städten im Hafen von Bergen. Anſcheinend hat ſich der Handelsvertrag von

---

[17] Zu den Wirtſchaftsbeziehungen Norwegens zu den Ländern Weſteuropas ſiehe neuerdings die Abſchnitte bei O. A. Johnſen, Norwegiſche Wirtſchaftsgeſchichte (Jena 1939), die ſich auf Spezialſtudien des verdienten norwegiſchen Forſchers aufbauen. Hervorragend iſt z. B. die Arbeit über die Navigationsakte von 1651, die bahnbrechende Erkenntniſſe für den Londoner Handel im 17. Jahrhundert bringt.

Dänemark mit Holland vom Jahre 1645, der politiſche Hintergründe hatte, ungünſtig auf Norwegens nationale Schiffahrt bis 1660 ausgewirkt.

In dieſen Jahren liefen regelmäßig noch 30—40 hanſiſche Koggen Bergen an, die Eigentum von Angehörigen des Kontors waren. 1661 bezahlten z. B. 48 wendiſche Schiffer zuſammen 288 Rd. Zoll, „ſom haffur loßit och ladet ved Contorit" (die beim Kontor gelöſcht und geladen haben). Damals hatte Bremen die wendiſchen Städte mit Lübeck an der Spitze im Bergenhandel längſt überflügelt. Ja, die mecklenburgiſchen Städte Roſtock und Wismar übertreffen ſogar die alte Vorſtadt der Hanſe. Nichts könnte die Stärke des deutſchen Elements beſſer verdeutlichen als die Zahl der im Kontor eingeſtellten Lehrlinge; ſie beträgt für den Zeitraum von 1671—1760 1333. In jedem Jahr kamen durchſchnittlich 15 junge Deutſche nach Bergen und traten auf der Deutſchen Brücke als Lehrlinge in den kaufmänniſchen Dienſt. Für die Herkunftsgebiete ergibt ſich folgendes Bild:

Herkunftsort	Zahl	v. H.
Bremen	463	34,0
Hamburg	64	4,7
Lübeck	52	32,0
Roſtock	146	
Wismar	119	
Stralſund	19	
Greifswald	2	
Oldenburg i. O.	24	2,7
Delmenhorſt	13	
		73,4

Die reſtlichen 26,6 v. H. kamen in erſter Linie aus der heutigen Provinz Hannover und Mecklenburg[18], während Schleswig-Holſteins Söhne es vorzogen, das Bürgerrecht in der Stadt Bergen zu erwerben. Die Urſache für die ſtarke bremiſche Zuwanderung liegt in dem Anwachſen des bremiſchen Handels mit Weſtnorwegen begründet. Lübeck, der Sitz der größten Bergenfahrerkompanie im Mittelalter, wurde von den mecklenburgiſchen Städten Roſtock und Wismar übertroffen, die ſchon ſeit frühhanſiſcher Zeit als Lieferanten von Getreide nach Norwegen einen hervorragenden Platz einnahmen.

Außer dem hanſiſchen Zuſtrom gab es, wie bereits mehrfach erwähnt, noch eine andere deutſche Einwanderung, die beſonders ſtark in der Mitte des 17. Jahrhunderts einſetzte. Von 1630—1649 erwarben 1118 Fremde die ſtädtiſche Bürgerſchaft, davon waren 618 Ausländer und nur 460 Norweger. 260 kamen aus dem deutſchen Reichsgebiet, 240 aus Dänemark. Von 1650—1659 wanderten noch 94 Deutſche ein. Das deutſche Element war alſo im 17. Jahrhundert in Weſtnorwegen ſtark vertreten. Bei den angeführten Zahlen muß in Betracht gezogen werden, daß ganz Norwegen 1665 nicht mehr als 440 000 Einwohner hatte, von denen nur etwa 30 000 in Städten lebten. Bergen hat damals ſchätzungsweiſe 16 000 Einwohner gehabt und übertraf damit Kriſtiania um ein Beträchtliches[19].

Wegen der vorgeſchriebenen Eheloſigkeit der hanſiſchen Handelsverwalter kam eine Bevölkerungsvermehrung nicht in Frage; Zuſtrom und Abgang hielten ſich noch um die Mitte die 18. Jahrhunderts die Waage, wie aus einem Vergleich der Einwanderungsliſte in „Bomerker und Inflyttere" mit dem Verzeichnis der in der deutſchen Kolonie Verſtorbenen[20] im Zeitraum von 1660—1752 hervorgeht. Genaue Vergleichsmöglichkeiten beſtehen allerdings nicht, da die Zahl der Rückwanderer, die wahrſcheinlich die Anzahl der Todesfälle übertroffen hat, nicht feſtſtellbar iſt. Wir müſſen daher mit einer langſam fortſchreitenden Verminderung der Bevölkerungszahl des hanſiſchen Kontors ſeit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts rechnen.

---

[18] Nach Johan Koren Wiberg, Bomerker og Inflyttere vedkommende Kontoret i Bergen Bergen 1933, berechnet.

[19] Edvard Bull, og Valborg Sönſtevold, Kriſtianias Hiſtorie, Kriſtiania-Oslo 1923—1936.

[20] Johan Koren Wiberg, Maria kirkens Reguskapsbok. Bergen 1934.

Erſtaunlich iſt es, daß die zuſammenſchmelzende Gemeinde des Kontors die Kraft beſaß, die größte und ſchönſte Kirche der Stadt, die Marienkirche, vom Beginn des 15. Jahrhunderts bis gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts zu behaupten. Seit der Entſtehung des Kontors in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts[21] ſtanden die hanſiſchen Kaufleute in ſeelſorgeriſchen Beziehungen zu der im Mittelpunkt der Stadt belegenen Marienkirche, die um 1130 erbaut wurde und 1408 in den Beſitz der hanſiſchen Niederlaſſung kam. In den Teſtamenten der Lübecker Bergenfahrer im 14. Jahrhundert wird die Marienkirche mehrfach als Grabſtätte beſtimmt. In der Nähe des Bildes des heiligen Olavs, der als Schutzpatron von den Lübecker Bergenfahrern verehrt wurde, lag ſeit Beginn des 15. Jahrhunderts die Bergenfahrerkapelle mit dem älteren Bergenfahreraltar. Das älteſte Rechnungsbuch der Marienkirche[22], das von 1660 bis 1752 reicht, wird bezeichnenderweiſe im Staatsarchiv in Lübeck aufbewahrt. Das Buch beginnt mit einer Reihe von Beſtimmungen über die Verwaltung der Kirche, die von dem „Ehrſamen Kaufmann" feſtgeſetzt waren. Darin ſind auch die Einnahmen und Ausgaben der Marienkirche verzeichnet. Dieſe Abrechnungen enthalten wertvolle Aufſchlüſſe für die Perſonalgeſchichte des Deutſchtums in Bergen; denn die in der Kirche und auf dem Friedhof Beſtatteten ſind namentlich aufgeführt. Das Verzeichnis enthält durchweg Namen aus dem niederdeutſchen Sprachgebiet, deren Herkunft häufig auf Hanſeſtädte hindeutet wie Johan Bremer, Cort van Lübeck oder ganz eindeutig „ein lübiſcher Steuermann, Joachim Reimers" ſowie „Ein Hamburger Geſel, Gerdt Schult". So geht es 35 Seiten lang über nahezu ein Jahrhundert von 1660—1752. Das Rechnungsbuch enthält weitere perſonalhiſtoriſche Angaben wie namentliche Liſten von Handelsverwaltern, der kontorſchen Sekretäre von 1664—1742 ſowie der Prieſter, Glöckner, Organiſten und Kirchenvorſteher. Für die Kraft des Deutſchtums im Ausland gibt es kein beredteres Zeugnis als die Tatſache, daß die zuſammengeſchmolzene Gemeinde des Kontors die größte und ſchönſte Kirche der Stadt bis gegen Mitte des 18. Jahrhunderts behaupten konnte. Als die Hanſe praktiſch aufgehört hatte zu exiſtieren und das hanſiſche Kontor in Bergen von ſeiner früheren Monopolſtellung im norwegiſchen Außenhandel durch die Bürger der Stadt längſt verdrängt worden war, predigte in der Marienkirche immer noch der Prieſter des Kontors. Der hanſiſche Chroniſt Willebrand ſchrieb 1748 vom Kontor, daß es „mit großer Verminderung ſeiner ehemaligen Herrlichkeiten ein Funcke des vorigen Glantzes der mächtigen teutſchen Hanſa" ſei. Die meiſten hanſiſchen Handelshäuſer waren inzwiſchen in norwegiſchen Beſitz übergegangen. 1752—1754 zahlten die verbliebenen vier hanſiſchen Geſchäftshäuſer zuſammen nur 30 410 däniſche Reichstaler an die nordländiſchen Fiſcher, während die norwegiſchen Handelshäuſer auf der Deutſchen Brücke in Bergen im ſelben Zeitraum 408 383 Reichstaler auszahlten. In jenen Jahren wird mit der Auflöſung des hanſiſchen Kontors der Schlußſtrich unter eine jahrhundertelange Entwicklung gezogen vom tatenfrohen Anfang im 13. Jahrhundert, dem Aufbau der Organiſation im 14. Jahrhundert, der Glanzzeit der hanſiſchen Handelsherrſchaft im 15. Jahrhundert über die zähe Behauptung der handelspolitiſchen Situation im 16. Jahrhundert bis zum Übergang vom hanſiſchen Seehandel zum norwegiſchen Eigenhandel im 17. Jahrhundert unter tätiger Mitwirkung der eingewanderten Deutſchen.

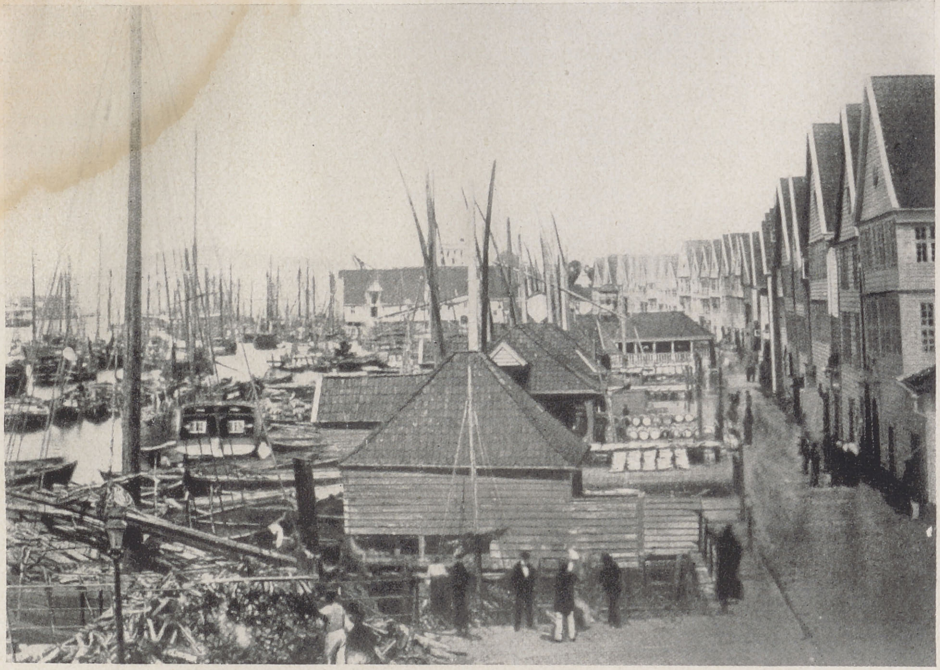
Denn die Geſchichte des Deutſchtums in Bergen erliſcht nicht mit der Auflöſung des hanſiſchen Kontors. Städtiſche Kaufleute deutſchen Urſprungs vollzogen 1754 mit der Gründung von „Det Norſke Kontor"[23] die Fortführung der hanſiſchen Tradition in Handel und Sitte. Den Gründern des norwegiſchen Kontors ſchwebte als Ziel die monopolartige Beherrſchung des weſtnorwegiſchen Handelsumſatzes nach hanſiſchem Vorbild vor Augen. Sie übernahmen Hausordnungen hanſiſcher Geſchäftshäuſer für die Kaufgeſellen und Lehrjungen, führten das Heiratsverbot für die Angeſtellten wieder ein und ließen ſich vom däniſchen König in der Stiftungsurkunde die Gerichtsbarkeit in eigenen Sachen verleihen. Mit dieſen Einrichtungen wurde das norwegiſche Kontor ein getreues Abbild des hanſiſchen. Neu war nur, daß die Eigen-

---

[21] Fr. Bruns, Die Lübecker Bergenfahrer und ihre Chroniſtik. Berlin 1900, S. VII, CXXV.

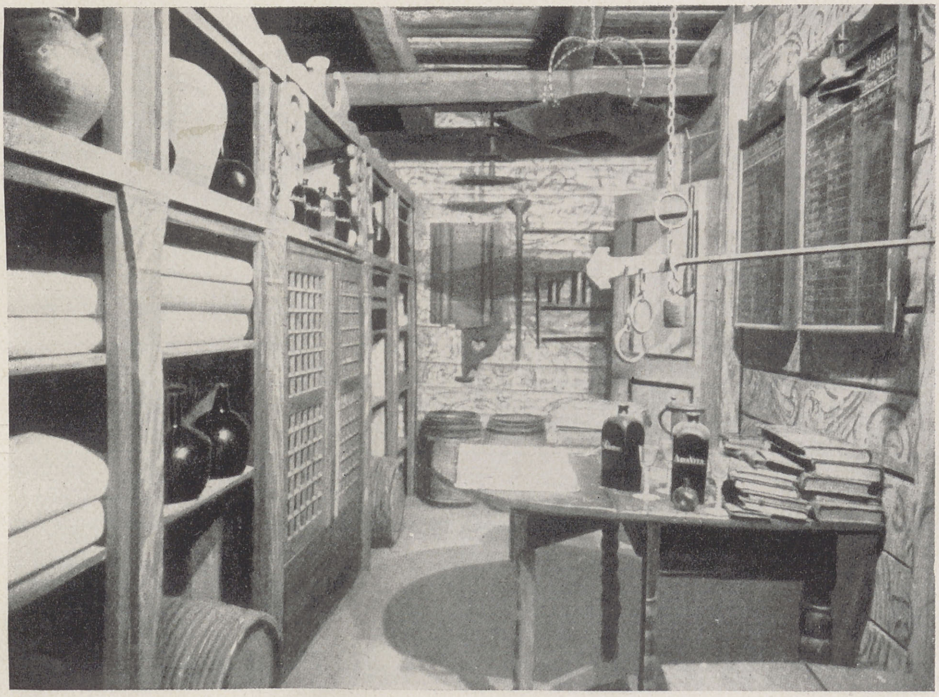
[22] Johan Koren Wiberg, Mariakirkens Reguskapsbok. Bergen 1934 (= Det hanseatiske Museums Skrifter, Nr. 8).

[23] Johan Koren Wiberg, Det Norske Kontor. Bergen 1934.



Aufn.: Hanſeatiſke Muſeum

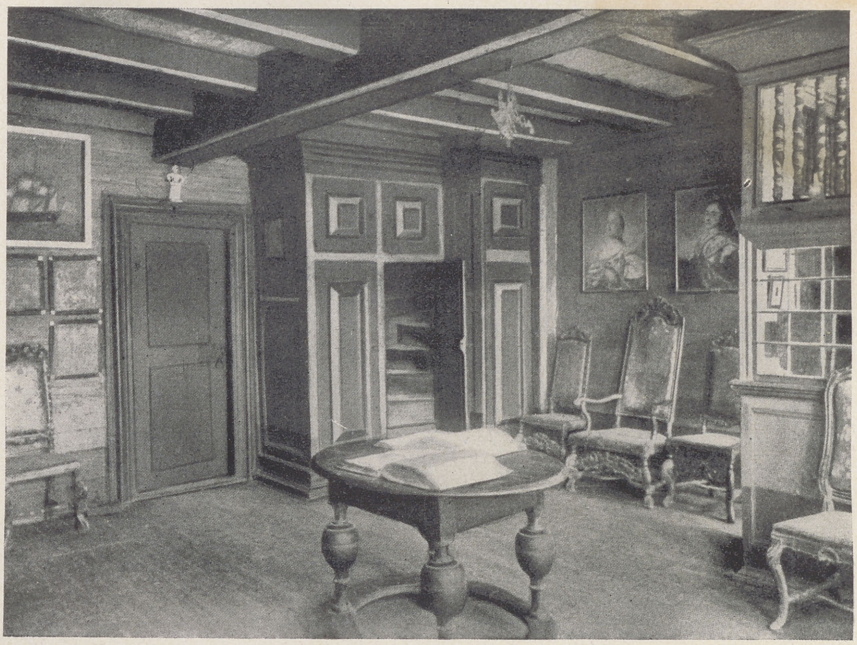
Die deutſche Brücke, etwa 1870



Aufn.: Hanſeatiſke Muſeum

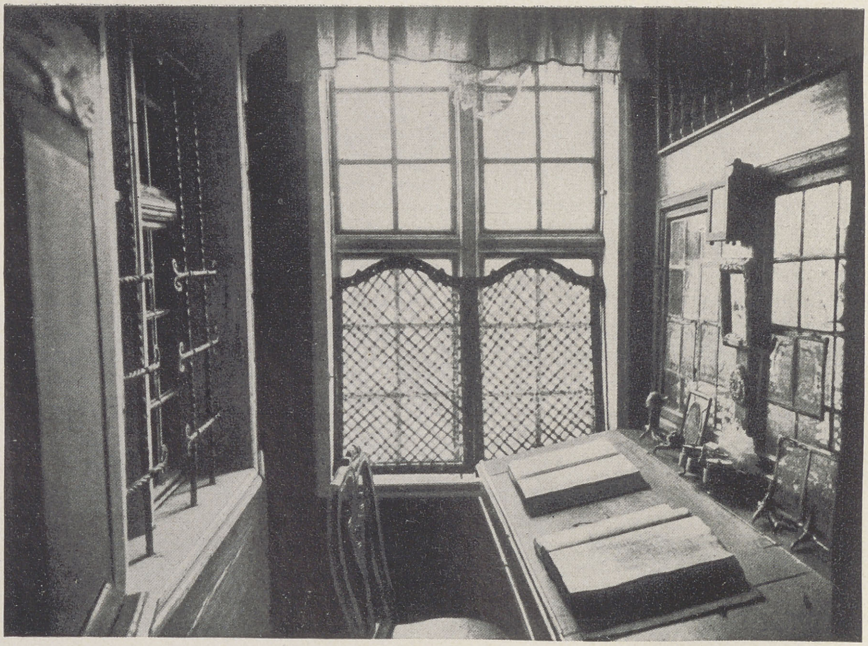
Probelager

Verlag von S. Hirzel in Leipzig



Aufn.: Hanſeatiſke Muſeum

Das Kontor. Rechts die Kanzlei. In der Mitte der Schrank mit der geheimen Treppe



Aufn.: Hanſeatiſke Muſeum

Das Pult der Kanzlei

tümer der alten Geſchäftshäuſer auf der Deutſchen Brücke norwegiſche Bürger und ſelbſtändige Kaufleute waren; in hanſiſcher Zeit wohnten die Geſchäftsinhaber in den Hanſeſtädten und ließen den Warenhandel in Bergen von zumeiſt kapitalmäßig beteiligten Angeſtellten betreiben. Der Verwaltungsrat des norwegiſchen Handelskontors beſtand aus vier Vorſtehern, von denen der älteſte, der „Oldermand", den Vorſitz führte. Im erſten Verwaltungsrat ſaßen Hinrich Peter Pegelan, der väterlicherſeits aus Roſtock ſtammte, Johan Hammecken, der Abſtammung nach ein Bremer, in der erſten Generation in Bergen, Friedrich Foßwinkel aus Brandenburg und Diederich Schlömer aus Diepholz; alle vier waren ehemalige Angehörige der hanſiſchen Niederlaſſung. Der deutſchen Leitung des norwegiſchen Kontors entſprach die völkiſche Zuſammenſetzung der Kaufgeſellen. Im Jahre 1762 finden wir unter 35 Angeſtellten keinen Perſonennamen norwegiſcher Herkunft. 1799 leſen wir in einem Beſchwerdebrief über das Wachthaus, das als richtige Hundehöhle bezeichnet wird, die Unterſchriften der Geſellen Ernſt Hadeler aus Holſtein, Jacob Borch aus Bergen und Johan Schlegel aus Schwaben. Denn der kaufmänniſche Nachwuchs kam nach wie vor zur Hauptſache aus Deutſchland. Die alljährlich aus Deutſchland in Bergen neu ankommenden Lehrlinge waren der lebendige Strom für die Bewahrung des deutſchen Elements, das keineswegs völlig im norwegiſchen Volkstum unterging. Das norwegiſche Kontor ſtellt alſo nicht nur in Handel, Verkehr und Sitte eine Fortführung der hanſiſchen Tradition dar, ſondern war bis weit in das 19. Jahrhundert hinein eine vorwiegend aus Kaufleuten deutſcher Abſtammung beſtehende Intereſſengemeinſchaft, die in alter Form bis 1867 dauerte. 1867 wurde die Gerichtsbarkeit in eigenen Sachen aufgehoben und die Auflöſung beſchloſſen, die am 31. Dezember 1899 vollzogen wurde. Die Marienkirche war der deutſchen Gemeinde verblieben, die bis 1870 einen eigenen Paſtor beſaß, ſo daß in dem monumentalen Bauwerk in Norwegens bedeutendſter Handelsſtadt beinahe ein halbes Jahrtauſend in deutſcher Sprache gepredigt wurde.

Vom baltiſchen Deutſchtum in den letzten 20 Jahren

Bemerkungen zu ſeiner Geſchichte in der Nachweltkriegszeit und zur Umſiedlung*

Von Jürgen von Hehn, Berlin

Mit 2 Karten

1.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts begann ſich im baltiſchen Raum, in dem durch ſechseinhalb Jahrhunderte das Deutſchtum der Träger der politiſchen, kulturellen und wirtſchaftlichen Entwicklung geweſen war und dieſe Stellung auch unter der polniſchen, ſchwediſchen und ruſſiſchen Herrſchaft behauptet hatte, eine Wandlung anzubahnen. Rußlands Streben, die „deutſchen" Oſtſeeprovinzen ſich völlig anzugleichen, d. h. in kirchlicher, kultureller, wirtſchaftlicher und völkiſcher Hinſicht zu aſſimilieren, trat immer deutlicher hervor. Etwa gleichzeitig begannen Letten und Eſten ſich ihrer nationalen Eigenart bewußt zu werden und allmählich als urſprünglich „eingeborene" Völker nach der Übernahme der entſcheidenden Stellung im Lande zu ſtreben. Alsbald fanden ſie für die Erfüllung ihrer Wünſche die Unterſtützung der Petersburger und Moskauer panſlawiſtiſchen Kreiſe, die die lettiſchen und eſtniſchen Beſtrebungen aber nur als Mittel zum Zweck der Einſchmelzung des baltiſchen Gebietes und Beſeitigung des vorwaltend deutſchen Einfluſſes ausnutzen wollten. Zur gleichen Zeit aber ſetzte noch eine andere verhängnisvolle Entwicklung ein, die die Stellung des baltiſchen Deutſchtums ſchwer gefährden ſollte.

Es iſt bekannt, daß die deutſche Koloniſation Alt-Livlands nicht ein einmaliger Vorgang war, ſondern ein durch die Jahrhunderte fortdauernder Prozeß. Insbeſondere hatte im 18. Jahrhundert nach dem großen Nordiſchen Kriege und der weite Gebiete entvölkernden Peſt eine umfangreiche, namentlich bürgerliche, Neubeſiedlung begonnen. Mit der Mitte des 19. Jahrhunderts aber hörte der Zuſtrom deutſcher Menſchen aus dem Reich allmählich faſt völlig auf oder führte die Zuwanderer bald in das Innere Rußlands weiter, das ungleich größere wirtſchaftliche Möglichkeiten als das Baltikum bot. Dadurch wurde das baltiſche Deutſchtum in ſeinem Volksbeſtand auf ſich ſelbſt geſtellt. Dieſer aber wurde durch eine weitere Gefahr bedroht, durch das allmähliche Eindringen liberaliſtiſcher Lebensanſchauung in ihrer bekannten verhängnisvollen Auswirkung auf den Geburtenſtand eines Volkes. In vollem Maße ſichtbar geworden ſind dieſe Früchte liberaliſtiſchen Denkens allerdings erſt in der Nachweltkriegszeit. Immerhin gab es aber auch ſchon vor dem Weltkrieg Anzeichen dafür, daß die bevölkerungsmäßige Lage der Balten nicht geſund war, d. h. daß der Rückgang bereits begann.

Dann kam der Weltkrieg; es folgten die Bolſchewikenzeit und die heroiſchen Kämpfe um die Befreiung des Landes. Nachdem die Revolution von 1905/06 bereits die erſten Opfer gefordert hatte, erlitt in dieſer Zeit der baltendeutſche Volksbeſtand wieder ſchwere Einbußen. Anſchließend aber verlor das baltiſche Deutſchtum noch durch die Abwanderung, namentlich in das Reich, zahlreiche Kräfte. Allein etwa 12000 deutſche Bauern wurden durch die lettiſche Agrarreform zum Verlaſſen des baltiſchen Raumes gezwungen; in bevölkerungspolitiſcher Hinſicht war der Verluſt dieſer biologiſch geſunden Gruppe ein beſonders ſchwerer Verluſt. Darüber hinaus verließen auch etwa 20000 Perſonen des alten baltiſchen Deutſchtums damals die Heimat und ſuchten im Reich eine Zuflucht[1].

---

* Dieſer Aufſatz ſoll von der Geſchichte und Entwicklung des baltiſchen Deutſchtums in den letzten 20 Jahren ſowohl in Lettland als in Eſtland berichten, doch wird das Schwergewicht der Darſtellung bei den Deutſchen Lettlands liegen. Das rechtfertigt ſich zwar auch ſachlich, iſt aber auch dadurch bedingt, daß der Verfaſſer, dem es vergönnt war, in den letzten Jahren als hauptamtlicher Sacharbeiter für die kulturellen Fragen der Volksgruppe im Rahmen der zentralen Organiſation der lettländiſchen Deutſchen, „Der Deutſchen Volksgemeinſchaft in Lettland", zu arbeiten, die dortigen Verhältniſſe auch aus eigener Anſchauung kennt, während er ſich für die Entwicklung in Eſtland mit den ſpärlichen, ihm z. Z. zugänglichen Unterlagen begnügen mußte.

Das war keine neue Erſcheinung[2]. Schon vor dem Weltkrieg war es zweimal zu größeren Abwanderungen aus dem Baltikum in das Reich gekommen. Die erſte Abwanderung war eine Folge der fortſchreitenden Ruſſifizierung, die zweite hatte die lettiſche Revolution zur Vorausſetzung.

Mit der ſtändig wachſenden Zunahme des panſlawiſtiſchen Einfluſſes ſeit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde allmählich auch der Wirkungskreis des baltiſchen Deutſchtums, der ſich zuvor weit über die Grenzen des Landes nach Rußland hinein ausgedehnt hatte, eingeengt, wenn auch noch bis in den Weltkrieg hinein an zahlreichen hohen Stellen des Zarenreiches, namentlich am Hof und im Heer, Balten zu finden waren, deren deutſches Volksbewußtſein allerdings meiſt äußerſt gefährdet war. Andererſeits aber hatte das baltiſche Deutſchtum infolge der Entwicklung in Deutſchland einen gewaltigen völkiſchen Auftrieb ſeit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfahren. Dieſen Vorgang hat Wittram in einem Beitrag in der Haller-Feſtſchrift in einer Anzahl eindrucksvoller Zeugniſſe wieder deutlich werden laſſen. Die Bismarckiſche Reichsgründung von 1871 fand in den baltiſchen Landen einen überaus ſtarken Widerhall[3] und die Perſon des Reichsgründers eine tiefe und wahrhaftige Verehrung, die auch durch Bismarcks offizielle proruſſiſche und antibaltiſche Haltung keine Minderung erfuhr.

Im Zuſammenhang mit dieſer Entwicklung tauchte die erſt in der Nachweltkriegszeit, beſonders ſeit 1933, völlig deutlich gewordene Frage auf, wieweit von dem eigenen deutſchen Volks- und Selbſtbewußtſein her überhaupt ein Dienſt an und in einem fremdvölkiſchen Staat möglich ſein konnte, denn das Zeitalter des überall zunehmenden „Nationalismus" offenbarte die Möglichkeit eines Gegenſatzes zwiſchen den Intereſſen des Staates, des Individuums ſelbſt und des Volksganzen. Die Stellung im Dienſte des ruſſiſchen Reiches war nicht mehr ſelbſtverſtändlich; die altbewährten Begriffe der Zaren- und Vaſallentreue verloren an Wert; ſie wandelten ſich langſam, bis der Begriff der Loyalität an ihre Stelle trat, der allmählich auch immer blaſſer wurde, um ſo mehr, als ſich auch die Deutſchen jenſeits der Reichsgrenzen als deutſcher Vorpoſten, als Vertreter des Reiches zu fühlen begannen.

Dieſer Wandel der Verhältniſſe und Anſchauungen konnte unter Umſtänden dazu führen, daß es richtiger ſchien, die alte Heimat zu verlaſſen und ſich im Reich eine neue Zukunft zu bauen. Die letzte Entſcheidung zu dieſem Weg hing freilich, bewußt oder unbewußt, von dem Glauben und Erkennen einer deutſchen Aufgabe im baltiſchen Oſten ab.

Die erſten Balten, die aus politiſchen Gründen als Opfer der Ruſſifizierung das Land verließen, waren Woldemar von Bock, Julius Eckardt und Carl Schirren. Sie gingen mit dem Willen und mit der Abſicht, im Reich weiter für die Heimat zu wirken. Ihnen ſind bald weitere gefolgt, namentlich Männer, die den geiſtigen und publiziſtiſchen Kampf gegen die Einſchmelzung der deutſchen Oſtſeeprovinzen geführt hatten. Bei vielen aber, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in das Reich überſiedelten, hatte das politiſche Moment nur ſekundäre oder indirekte Bedeutung, tatſächlich aber ſtrebten ſie kraft Begabung und Talent nach voller Entfaltung ihrer Kräfte, die ſich ihnen in der Heimat nicht bot. Erinnert ſei in dieſem Zuſammenhang an die große Zahl — wenigſtens 70 — baltendeutſcher Hochſchulkräfte, die an den Univerſitäten des Reiches in der Zeit vor dem Weltkrieg wirkten. Für das baltiſche Deutſchtum ſelbſt aber war es — bevölkerungspolitiſch geſehen — eine bedenkliche Erſcheinung, daß die Tüchtigſten das Land verließen[4]. Insgeſamt wird die Zahl der im Gefolge der Ruſſifizierungspolitik in das Reich auswandernden Balten auf etwa 100 zu ſchätzen ſein[5].

---

[1] Ein großer Teil von ihnen, etwa 10000, kehrte allerdings nach der Konſolidierung der neuen Staaten Lettland und Eſtland in den Jahren 1920/21 in die Heimat zurück. Vgl. Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutſchtums, Bd. 2, S. 240.

[2] Vgl. für das Folgende R. Wittram, Das Reich und die baltiſchen Deutſchen. Beiträge zur Vorgeſchichte der Umſiedlung. In: Das Reich. Idee und Geſtalt. Feſtſchrift für Johannes Haller. Stuttgart 1940, S. 304—347.

[3] Vgl. dazu auch R. Wittram, 1870/71 im Erlebnis der baltiſchen Deutſchen. Eine Sammlung von zeitgenöſſiſchen Zeugniſſen. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 4. Jg. 1940, S. 29—35.

Ihnen folgte bald eine zweite Welle, als die Revolution von 1905/06 allen Balten vor Augen führte, auf wie ſchwankendem Boden das Deutſchtum im Lande ſtand. Erfaßt wurden von dieſer Rückbewegung insgeſamt etwa 100 Familien. Anderen Balten freilich war die Revolution von 1905/06 gerade der Anlaß, alle Kräfte daran zu ſetzen, um die deutſche Stellung in der Heimat neu zu feſtigen, aus- und umzubauen. Dieſes Ziel war es, das den großen Koloniſatoren Silvio Bröderich-Kurmahlen, Carl Baron Manteuffel-Katzdangen und Max von Sivers-Römershof vorſchwebte. Durch ihr Werk ſollte das baltiſche Deutſchtum endlich den fehlenden ſozialen Unterbau erhalten.

Am weiteſten gedieh die Koloniſation in Kurland, wo insgeſamt etwa 47 000 Hektar mit deutſchen Bauern aufgeſiedelt wurden, ſo daß es bei Kriegsausbruch bereits weite Gebiete gab, wo der deutſche Bauer vorherrſchte und nur Deutſch geſprochen wurde, ſo etwa im Kreiſe Goldingen. In Livland dagegen entſtanden nur die Kolonien Winterfeld bei Römershof und Heimtal auf dem Gut Sommerpahlen. Darüber hinaus wurden auf verſchiedenen Gütern in allen drei Provinzen in verſtärktem Maße, wie ſchon ſeit den 1860er Jahren, Verſuche gemacht, deutſche Knechtsfamilien anzuſetzen, doch volkspolitiſch erfolglos, denn das Siedlermaterial war teils ſchlecht, teils für dieſe abhängige Stellung völlig ungeeignet. Die Erkenntnis der Notwendigkeit eines großzügigen Siedlungswerkes war damals noch nicht allgemein. Dazu kam, daß nur mit äußerſter Vorſicht vorgegangen werden konnte, wollte man nicht die Aufmerkſamkeit der ruſſiſchen Behörden erregen und dadurch das ganze Werk gefährden. Immerhin hat gerade die Zeit nach dem Weltkrieg — trotz der ſchweren Rückſchläge, die der Krieg, die Bolſchewikenzeit wie vor allem die Agrarreform brachten — gezeigt, welch entſcheidende Bedeutung für die deutſche Zukunft des Landes die bäuerliche Koloniſation hatte und wie erfolgverſprechend ſie war.

Die Zeit der deutſchen Beſetzung des Landes im Weltkrieg weckte die Hoffnung auf eine dauernde Zugehörigkeit der baltiſchen Lande zum Reich. Jetzt war die Erkenntnis der Notwendigkeit eines Ausbaues der deutſchen Stellung durch eine bäuerliche Siedlung allgemein geworden. Die Ritterſchaften als Vertreter des Landes entſchloſſen ſich zu einer großzügigen und weitgehenden Abtretung von Gutsland für Siedlungszwecke. Allein die Novemberrevolte vernichtete alle Hoffnungen.

Von den Opfern der Bolſchewikenzeit und der nach Abſchluß des Krieges neu einſetzenden Abwanderung in das Reich war bereits die Rede. Die Balten, die damals der alten Heimat den Rücken kehrten — darunter gerade viele, die ſelbſt in der Landeswehr geſtanden hatten —, gingen, weil ſie die deutſche Sache im baltiſchen Raum verloren gaben oder nicht willens waren, um die Früchte ihres Sieges gebracht, ſich unter die ſtaatliche Macht der Letten und Eſten zu beugen, über die ihre Väter jahrhundertelang geherrſcht hatten.

So war der Bevölkerungsſtand der baltiſchen Deutſchen bei Aufrichtung der neuen Nationalſtaaten äußerſt geſchwächt; von 147 040 im Jahre 1897 war er auf 87 266 im Jahre 1922/25 zurückgegangen[6], und der biologiſche Aufbau zeigte, durch Überalterung bedingt, ein ſehr ungünſtiges Bild. Es nimmt daher weiter nicht wunder, wenn die Zahl der Deutſchen in den kommenden Jahren noch weiter zurückging. Dazu kam, die Geburtenfreudigkeit hemmend und auch die Abwanderung fördernd, die ſchwere wirtſchaftliche Lage hinzu. Vor allem aber machte ſich ſtändig fortſchreitend, entſprechend auch der Entwicklung im Reich, der Einfluß des Liberalismus auf dieſem Gebiet geltend. Erſt ſeit der Nationalſozialismus die Volksgruppe erfaßte, begann ſich auch die bevölkerungsmäßige Lage, wie die letzten Jahre zeigen, langſam zu beſſern, indem die Geburtenzahl wieder zu ſteigen anfing[7]. Doch ſei hier nicht auf die bevölkerungspolitiſche Entwicklung des baltiſchen Deutſchtums in der Zeit nach dem Weltkrieg näher eingegangen, es ſei vielmehr verwieſen auf die Unterſuchung von K. Baron Maydell „Die Baltendeutſchen vor ihrer Umſiedlung. Ein ſtatiſtiſcher Rückblick“[8].

---

[4] Vgl. R. Wittram, Geſchichte der baltiſchen Deutſchen. Grundzüge und Durchblicke. Stuttgart und Berlin 1939, S. 140ff.

[5] Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutſchtums, Bd. 2, S. 239.

[6] Vgl. K. Baron Maydell, Die Baltendeutſchen vor ihrer Umſiedlung. Ein ſtatiſtiſcher Rückblick. In: Jomsburg, Bd. 4, 1940, S. 59ff.

2.

Das Ende des Weltkrieges und die Errichtung des lettiſchen und eſtniſchen Nationalſtaates hatte das baltiſche Deutſchtum in eine Situation hineingeſtellt, die geradezu als die Umkehr der bisher beſtehenden Verhältniſſe bezeichnet werden kann. Die ihnen durch Jahrhunderte gehörende Führung im Lande ging an Völker über, die bisher weit unter der deutſchen Herrenſchicht geſtanden hatten, und deren volkliche und wirtſchaftliche Aufwärtsentwicklung entſcheidend eine deutſche Tat war. Der baltiſche Landesſtaat war in den Wirren des Krieges zugrunde gegangen, nachdem ſchon die Zeit der Ruſſifizierung ihn in ſeinen Grundfeſten hatte erzittern laſſen. Das baltiſche Deutſchtum war fortan von der politiſchen Geſtaltung und Verantwortung für den Raum ausgeſchaltet, dem es ſein Gepräge gegeben hatte. Ausſchließlich auf ſich ſelbſt gewieſen, haben die Deutſchen ſich dennoch in dem engen nunmehr gegebenen Rahmen zu behaupten verſtanden, ja ſich ſogar das Bewußtſein erhalten, als Erben der Väter mit einer deutſchen Aufgabe im baltiſchen Raume zu ſtehen.

Daß die Umkehr der bisher beſtehenden Verhältniſſe zunächſt auch im Deutſchtum ſelbſt weitgehende Erſchütterungen und Umbildungen zur Folge hatte, iſt natürlich. Das alte ſtändiſche Gefüge des baltiſchen Deutſchtums, bereits in der Vorkriegszeit ausgehöhlt, löſte ſich auf. In der Führung des Deutſchtums trat ein entſcheidender Wandel ein. Das Schwergewicht verlagerte ſich, weitgehend bedingt durch die Folgen der Agrarreformen, vom Lande auf die Stadt. An die Stelle der Ritterſchaften, die ſeit dem Zuſammenbruch der Ordensherrſchaft dem Lande und dem Deutſchtum in ſeinem ſteten Kampf um ſein Recht und ſeine Eigenart die Führer geſtellt hatten, trat das Literatentum und das Großkapital, wobei in Lettland erſteres, in Eſtland letzteres den entſcheidenden Einfluß auf die Politik der Volksgruppe gewann.

Die Ritterſchaften wurden durch einen Machtſpruch der Regierungen der neuen Staaten aufgelöſt, aber ſie wären auch ohnehin nicht mehr fähig geweſen, die Führung zu behaupten. Daher haben auch die „Gemeinnützigen Verbände“, die die Ritterſchaften gleichſam fortſetzen ſollten, indem ſich in ihnen die Glieder der aufgelöſten Körperſchaften zuſammenſchloſſen, in der Folge im Leben der Volksgruppe keinerlei politiſche Bedeutung gewinnen können. Die Zeit der ſtändiſchen Organiſation und ihrer Führung war endgültig vorüber. Das Stück Mittelalter, das noch bis an die Wende zum 20. Jahrhundert in das baltiſche Leben hineingeragt hatte, gehörte nun auch einer fernen Vergangenheit an.

Indeſſen bereits in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg hatte ſich gezeigt, daß ſich eine Umformung der Führung anbahnte. Die Gründung der völkiſchen Schutzorganiſationen, der Deutſchen Vereine, die ſteigende Bedeutung der Preſſe und der wachſende Einfluß des Kapitals, deſſen naturgemäßes Wirkungsfeld die Stadt war, wieſen bereits darauf hin. Zudem aber vollzogen ſich auch in den Ritterſchaften ſelbſt tiefgreifende Wandlungen. Waren es früher weſentlich die bodenbeſitzenden und bodenverbundenen Kräfte, die das Weſen der Ritterſchaften beſtimmten, die oft mehr aus Inſtinkt als aus Verſtand die Geſchicke des Landes geſtalteten, ſo begann ſich im 19. Jahrhundert langſam auch im Adel eine geiſtig und akademiſch geſchulte Schicht zu bilden, die allmählich die Führung übernahm. Geiſt und Verſtand machten Blut und Boden ihren Rang ſtreitig. Schon konnte es vorkommen, daß ſich Glieder der Ritterſchaft mit den Vertretern des Literatentums enger verbunden fühlten als mit vielen ihrer Standesgenoſſen, die noch fern vom ſtädtiſchen und akademiſchen Treiben das Leben ihrer Vorfahren führten, und die man jetzt als „Landjunker“ belächelte. So zerfielen die Ritterſchaften bereits in ſich, als der Ausgang des Weltkrieges ihren Untergang beſiegelte.

---

[7] Vgl. dazu den Artikel „Zunahme deutſcher Taufen in Riga“. In: Baltiſche Monatshefte, Jg. 1939 S. 118ff.

[8] Siehe Anm. 6.

Es war daher natürlich, daß, als dem bodenſtändigen Deutſchtum durch die Agrarreformen die Exiſtenzgrundlage entzogen wurde — namentlich vom ehemaligen deutſchen Großgrundbeſitz ſuchte ein ſehr großer Teil in Deutſchland eine neue Zukunft, — ihr Erbe in der Führung vom Literatentum und Großbürgertum übernommen wurde, zumal es keine andere Schicht im Deutſchtum gab, die dazu in der Lage geweſen wäre. Allein das war in einer Hinſicht verhängnisvoll, denn der liberaliſtiſche Zeitgeiſt war es, der gerade dieſe neue Führerſchicht am ſtärkſten beherrſchte und beſtimmte. Damit gewannen auch die zerſetzenden Einflüſſe des liberaliſtiſchen Zeitalters auf die Geſtaltung des baltiſchen Lebens einen entſcheidenden Einfluß.

Das offenbarte ſich ſogleich, als ſich die neue baltiſche Führung auf den durch Verſailles und Genf geſchaffenen Begriff der Minderheitendoktrin einſtellte. Wohl gewann die Volksgruppe durch die Minderheitenverträge den „Schutz“ des Völkerbundes, aber für keine deutſche Volksgruppe war dieſes Syſtem wohl weniger geeignet als für das baltiſche Deutſchtum, das zahlenmäßig im Lande immer eine kleine Minderheit — höchſtens 10 v. H. — geweſen war, deſſen Stellung aber ausſchließlich auf der Leiſtung beruht hatte. Es war eine Abkehr von der baltiſchen Geſchichte, ja ein Verneinen der eigenen Vergangenheit. — Aus dem liberaliſtiſchen Zeitgeiſt heraus aber war es auch nicht möglich, nachdem die alten ſtändiſchen Bindungen zerfallen waren, eine neue deutſche Einheit zu ſchaffen, die der Volksgruppe in den bevorſtehenden Kämpfen neuen Halt gab. So konnte manche in der praktiſchen Volkstumsarbeit geſtreute Saat erſt Früchte tragen, nachdem durch die Idee des Nationalſozialismus wieder die Vorausſetzung für eine innere Einigung gewonnen war.

Die Vorherrſchaft dieſer von Paul Schiemann getragenen und bis 1933 geleiteten, dem Liberalismus verhafteten Politik war nahezu unumſchränkt, war er doch nicht nur Leader der deutſchen Parlamentsfraktion in Lettland und Chefredakteur der größten baltiſchen Tageszeitung, der „Rigaſchen Rundſchau“, ſondern fraglos ein Mann von bedeutendem Format, der zu den führenden Köpfen der geſamten europäiſchen Minderheitenbewegung gehörte. Alle anderen baltendeutſchen Politiker jener Zeit traten hinter ihm weit zurück und beugten ſich ſeinem Anſehen[9]. Der liberaliſtiſch-demokratiſche Zeitgeiſt erfaßte aber über die Preſſe, vor allem die „Rigaſche Rundſchau“, in höchſt bedenklicher Weiſe auch das deutſche Kunſt-, Kultur- und Bildungsleben. Die Zerſetzungserſcheinungen waren deutlich ſichtbar.

In Eſtland war die Entwicklung ähnlich, wenngleich in vielem weſentlich gemildert. Die „Revalſche Zeitung“ etwa nahm eine bedeutend konſervativere Haltung als die „Rigaſche Rundſchau“ ein.

Wenn die Volksgruppe dennoch dieſe Zeit hat überſtehen können, ohne an ihrer Subſtanz ernſteren Schaden zu nehmen, ſo war die Urſache dafür der ſtete Kampf um ihre Stellung in der alten Heimat gegen den immer wieder offen aufſchäumenden Haß des Letten- und Eſtentums und vor allem das geſunde Erbgut an Blut und Raſſe und ethiſch-geiſtigem Gehalt.

Freilich machte ſich die ganze Zeit über auch eine Oppoſition gegen den von Schiemann geſteuerten Kurs, getragen weſentlich von konſervativen nationalen Ideen aus, namentlich in der Jugend bemerkbar, aber ſie konnte ſich nicht durchſetzen, denn die Führung glaubte, bei dem herrſchenden demokratiſch-parlamentariſchen Syſtem an ihrer Politik feſthalten zu müſſen. Zum Ausdruck kam dieſe kritiſche Haltung gegenüber der von der Führung eingehaltenen politiſchen Richtung, insbeſondere in der 1927 wieder begründeten „Baltiſchen Monatsſchrift“, deren Schriftleitung ſeit 1928 Reinhard Wittram inne hatte. Vielleicht war dieſe Auflehnung gegen den liberal-demokratiſchen Kurs im Norden zunächſt etwas ſtärker als im Süden, namentlich in Dorpat war eine andere Richtung deutlich ſpürbar; ein Zeichen dafür iſt u. a. die Haltung der „Dorpater Zeitung“.

Der ſich im Reich langſam anbahnende, dann immer ſchneller und ſchneller vollziehende völkiſche Aufbruch blieb dem jungen Balten lange unbekannt; die enge perſönliche Verbindung zwiſchen den Deutſchen aus dem Reich und denen aus dem Baltikum, wie ſie in den Jahren ſeit 1933 der Fall war, beſtand in den zwanziger Jahren noch nicht, war das Intereſſe am

---

[9] Das gilt wohl auch vom langjährigen Vizevorſitzenden der deutſchen Parlamentsfraktion Wilhelm Baron Fircks, von dem man zeitweiſe glaubte, daß er in einer gewiſſen Oppoſition zu Schiemann ſtünde. Jedenfalls hat er ſich praktiſch Schiemann untergeordnet.

Außendeutſchtum im Reich doch auch noch nicht Allgemeingut geworden, ſondern auf kleine Kreiſe beſchränkt. Die baltiſch-deutſche Preſſe jener Jahre, vor allem die „Rigaſche Rundſchau", die ſich in ihrer Berichterſtattung aus dem Reich eng an die „Voſſiſche Zeitung" anlehnte, ließ den Balten von dem ſtark heranreifenden jungen völkiſchen Leben nur wenig wiſſen. Verſchloſſen blieb ihm auch weitgehend die Bedeutung des ſozialen Problems, denn für das baltiſche Deutſchtum hatte dieſes infolge ſeiner Struktur nie die entſcheidende Bedeutung wie für das Reich gewinnen können und war daher nie ſo deutlich ſichtbar geworden.

3.

Im Rückblick freilich auf jene Zeit des Wiederaufbaues nach Krieg und Bolſchewikenzeit werden die negativen Erſcheinungen, die zeitbedingt waren, im Gleichklang mit der binnendeutſchen Entwicklung, aber ohne deren Schärfe und Ausmaß — zurücktreten hinter der gewaltigen Leiſtung, denn man ſtand 1919/20 tatſächlich vor dem Nichts und mußte auf allen Gebieten von vorne anfangen. Was geblieben war, war die deutſche Aufgabe oben im Nordoſtraum und das verpflichtende Erbe der Väter[10].

Daß die Agrarreformen das ländliche Deutſchtum ſeiner Daſeinsgrundlage beraubten und weitgehend entwurzelten, wurde bereits erwähnt. Die Maßnahme, angeblich eine „ſoziale" Notwendigkeit, traf nicht nur den deutſchen Großgrundbeſitz, ſondern in hohem Maße auch das deutſche Siedlungswerk der Vorkriegszeit. Rund 12 000 deutſche Bauern wurden zur Abwanderung gezwungen. Durch die Zerſchlagung und Auflöſung der deutſchen Gutswirtſchaft aber verloren darüber hinaus zahlloſe deutſche Förſter, Krüger, Müller, landwirtſchaftliche Beamte u. a. ihre Exiſtenzgrundlage. — In der Stadt waren Handel und Induſtrie faſt völlig lahmgelegt. Die meiſten Fabriken — während des Weltkrieges waren Menſchen und Maſchinen in das Innere Rußlands evakuiert — ſtanden ſtill. Der Großhandel, der auf das weite ruſſiſche Hinterland ausgerichtet und faſt völlig in deutſcher Hand geweſen war, hatte ſeinen Abſatzmarkt faſt völlig verloren. Kapitalien jeder Art waren entwertet. Dazu kamen noch die unmittelbaren Kriegsſchäden.

Aber nicht nur Landwirtſchaft, Handel und Induſtrie mußten auf eine neue Grundlage geſtellt werden, auch das deutſche Leben in Schule und Kirche, in Volk und Staat mußte neu aufgebaut werden. Deutſche Volkstumsorganiſationen gab es nicht. Die „Deutſchen Vereine", die nach der Revolution von 1905/06 erſtmalig einen völkiſchen Zuſammenſchluß aller Deutſchen verſucht hatten, hatten im Kriege ihr Ende gefunden. Eine politiſche Vertretung fehlte dem Deutſchtum. Dieſe aber war vordringlich notwendig, um die deutſchen Belange in den konſtituierenden Verſammlungen der jungen Nationalſtaaten, die nur politiſche Parteien beſchicken durften, zu vertreten und zu ſchützen. So kam es auch zu deutſchen politiſchen Parteibildungen. Eine praktiſche Bedeutung aber haben ſie im Leben der Volksgruppe nie gewonnen. In Lettland fanden ſie bereits 1920 ihren Zuſammenſchluß im „Ausſchuß der deutſch-baltiſchen politiſchen Parteien", der fortan allein die deutſch-baltiſche Politik machte und vertrat. In Eſtland gab es überhaupt nur die Deutſchbaltiſche Partei.

In den lettiſchen Landtagen iſt das Deutſchtum durch 6 Abgeordnete vertreten geweſen, mit Ausnahme des 2. lettländiſchen Parlaments, wo die Deutſchen nur vier bzw. fünf Vertreter hatten[11]. Das war nur möglich, weil das Deutſchtum, das etwa 3—4 v. H. (1925: 3,8 v. H.; 1930:

---

[10] Für das Folgende vgl.: 1. Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutſchtums, Bd. 2: Deutſchbalten und baltiſche Lande. 2. Kalender und Jahrbuch des Deutſchen Elternverbandes in Lettland 1923. 3. Jahrbuch und Kalender des Deutſchtums in Lettland 1924—1926. 4. Jahrbuch des baltiſchen Deutſchtums 1927—1934. 5. Nachbarſchaftskalender der Deutſchbaltiſchen Volksgemeinſchaft in Lettland 1937—1938. 6. Deutſcher Volkskalender 1939, hrsg. (im Auftrage der Db. Volksgemeinſchaft in Lettland) von Jürgen von Hehn. 7. Kalender und Jahrbuch für Eſtland 1935—1939. 8. (W. Wachtsmuth), Aus der Werkſtatt der deutſchen Volksgruppe. Die völkiſche Arbeit 1919—1934. In: Aus völkiſchem Denken und Schaffen. Sonderheft der Baltiſchen Monatshefte 1934, S. 49—70. — Der gleiche Verfaſſer bereitet einen umfangreichen und ausführlichen Tätigkeitsbericht der Deutſchtumsarbeit in Lettland, in der er ſelbſt eine führende Stellung innehatte, für die Zeit von 1919/20—1934 vor.

[11] Deutſche Parlamentsvertreter waren: Im erſten Landtag: P. Schiemann, W. Baron Fircks, K. Keller, M. von Vegeſack, J. Hahn, E. Knopp; im zweiten Landtag: P. Schiemann, W. Baron Fircks,

3,7 v. H.) der Geſamtbevölkerung betrug, in tadelloſer Diſziplin und Organiſation alle Möglichkeiten des beſtehenden Wahlrechtes auszunutzen verſtand, um mit einer möglichſt ſtarken Vertretung ſeine Intereſſen zu ſchützen und einen möglichſt nachhaltigen Einfluß auf die geſetzgeberiſche Arbeit in den parlamentariſchen Kommiſſionen ausüben zu können. So wurden bei den Wahlen von 1928 und 1931 tauſende deutſcher Wähler in einen anderen Wahlkreis hinübergeworfen, um auf dieſe Weiſe 6 ſtatt 4 Abgeordnete zu erreichen, was dem Bevölkerungsanteil entſprochen hätte.

Der deutſche Einfluß auf die lettländiſche Staatspolitik aber war bis 1934 zweifellos noch bedeutend größer, als es die kleine Vertretung von 6 Abgeordneten erwarten ließ. Das war bedingt durch die überlegene Tüchtigkeit und Leiſtung der deutſchen Abgeordneten und die ungeheuer ſtarke parteipolitiſche Zerſplitterung des Lettentums. So kandidierten bei den Wahlen von 1927 die Vertreter von 27 lettiſchen Parteien. Dadurch iſt es auch erklärlich, daß die Deutſchen nicht nur des öfteren zur Regierungsvertretung gehörten, ſondern mehrere Mal auch durch einen bzw. zwei Miniſter an der Kabinettsbildung beteiligt waren. — Die größten Erfolge der deutſchen politiſchen Vertretung in Lettland waren in der parlamentariſchen Zeit unzweifelhaft das Geſetz über die Schulautonomie der Minderheiten von 1919 und über das Herderinſtitut als private deutſche Hochſchule von 1927.

In Eſtland, wo die Deutſchen nur 1,7 v. H. (1922) der Geſamtbevölkerung betrugen, waren ſie in der konſtituierenden Verſammlung mit 3, im erſten Parlament mit 4, im zweiten mit 3, und im dritten nur mit 2 Abgeordneten vertreten. 1929 kam dann ein deutſch-ſchwediſcher Wahlblock zuſtande, der noch in das letzte eſtniſche, 1932 gewählte Parlament 3 Vertreter, 2 Deutſche und 1 Schweden, entſenden konnte[12]. Das Geſetz über die Kulturautonomien der Minderheiten, das in der Zeit des Verſailler und Genfer Syſtems als vorbildhafte Löſung des Volksgruppenproblems galt, war hier der ſchönſte Erfolg der deutſchen Parlamentsvertretung.

Allein wer der Leiſtung jener deutſchen Parlamentsvertretungen in vollem Maße gerecht werden will, wird Wachtsmuth zuſtimmen müſſen, daß nicht nur nach dem ſichtbaren Erfolg zu urteilen, ſondern auch das in Betracht zu ziehen iſt, was verhindert wurde, ohne daß dieſes Wirken immer bekannt und meßbar geworden wäre[13]. Das läßt ſich nur nach den Wünſchen der Letten und Eſten erſchließen, die dahin gingen, das baltiſche Deutſchtum endgültig aus Stadt und Land zu verdrängen und jeden deutſchen Einfluß zu vernichten. Die großen Schläge, die das Deutſchtum in Lettland und Eſtland in parlamentariſcher Zeit trafen — Agrarreformen 1919/20, Enteignung der Jakobikirche zu Riga 1923, Wegnahme der Domkirche in Reval 1927, Ausſchluß der Angehörigen der baltiſchen Landeswehr von der bevorrechtigten Landzuteilung für Freiheitskämpfer 1929, Einſchränkungen des deutſchen Beſitzrechtes am Rigaer Dom, die einer Enteignung gleichkamen, 1931, u. a. — bekunden dieſen Willen.

Die oben erwähnten großen Erfolge der deutſchen Parlamentsvertretungen aber waren ſtets nur durch eine beſondere politiſche Lage möglich geworden, in der die Regierung auf das Deutſchtum angewieſen war. Die Durchbringung des Geſetzes über die Schulautonomie in Lettland gelang zu einer Zeit, als die Baltiſche Landeswehr noch unter Waffen ſtand und der junge lettiſche Staat ſie als einzige politiſch gegen den Bolſchewismus völlig zuverläſſige Truppe im Oſten brauchte. Und das Geſetz über die Kulturautonomien der Minderheiten wurde in Eſtland angenommen, als es nach dem Kommuniſtenputſch von 1924 dem Staat geraten ſchien,

---

K. Keller, J. Hahn, — der deutſchen Fraktion ſchloß ſich noch der auf der Liſte der Hausbeſitzer gewählte Abgeordnete A. Alsleben an; im dritten und vierten Landtag: P. Schiemann, W. Baron Fircks, J. Hahn, L. Schöler, W. Puſſull, W. Weſtermann.

[12] Deutſche Parlamentsvertreter waren: In der erſten Staatsverſammlung: G. Baron Stackelberg, H. Koch, W. v. Pezold, M. Bock; in der zweiten Staatsverſammlung: C. Baron Schilling, W. Haſſelblatt, G. Kreß, der bald durch A. de Vries abgelöſt wurde; in der dritten Staatsverſammlung: W. Haſſelblatt, C. Baron Schilling; in der vierten Staatsverſammlung: W. Haſſelblatt, C. Baron Schilling, H. Pöhl (Schwede); in der fünften Staatsverſammlung: C. Baron Schilling, H. Koch, M. Weſterblom (Schwede).

[13] Vgl. W. Wachtsmuth, a. a. O., S. 54.

den Deutſchen, deren unbedingte antibolſchewiſtiſche Zuverläſſigkeit bekannt war, entgegenzukommen.

Mit der deutſchen politiſchen Arbeit in den Volksvertretungen in engſter Verbindung vollzog ſich der innere völkiſche Aufbau. In Lettland gab das bereits genannte Geſetz über die Schulautonomie, das dem Deutſchtum eine autonome Verwaltung ſeines Schul- und Bildungsweſens im lettiſchen Bildungsminiſterium ſicherte[14], die Grundlage für die Wiedererrichtung eines deutſchen Schulweſens. Von dieſer Behörde iſt in engſter Gemeinſchaft mit dem „Deutſchen Elternverband", der ſein Aufgabenfeld vor allem im Aufbau des deutſchen kleinſtädtiſchen und bäuerlichen Schulweſens ſah und dort finanziell ſtützend eingriff, wo ſich der Staat der Sorge entzog, bis 1934 die deutſche Schularbeit getragen und geleiſtet worden. Beſonders auf dem Lande, wo der Schule naturgemäß in volkserhaltender Hinſicht eine entſcheidende Bedeutung zukam, war anfangs mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die nur ſehr langſam behoben werden konnten. Es mangelte an geeigneten Räumlichkeiten, an den notwendigſten Schuleinrichtungsgegenſtänden, an Lehrmitteln und geeigneten Lehrkräften. Die oft große Streulage der deutſchen Siedlungen erſchwerte die Zuſammenziehung der Kinder in einer Schule. Trotzdem wurde dieſe Arbeit angepackt und mit viel Idealismus und gutem Willen geſchafft. Die deutſche Schule blühte wieder auf. Der beſte Beweis für die Erfolge dieſer Arbeit aber war, daß ſie bald von den Letten mit Mißgunſt betrachtet wurde. 1933 gingen die Letten zu offenem Angriff über. Der Bildungsminiſter Kēniņš nahm die alljährlich übliche Freigabe von Unterrichtsſtunden aus Anlaß der Feier des 22. Mai (Befreiung Rigas von den Bolſchewiken 1919) in den deutſchen Schulen zum Anlaß, um dem Chef des deutſchen Bildungsweſens, Dr. h. c. Wachtsmuth, und Miniſterialrat v. Radecki ſowie den deutſchen Schuldirektoren einen Verweis mit Eintragung in die Dienſtliſte zu erteilen. — Später iſt dieſe Maßnahme allerdings auf eine Klage der Betroffenen hin vom Senat aufgehoben worden.

Im Jahre 1933 gab es in Lettland 9 deutſche Gymnaſien, 65 Grund- oder Volksſchulen und 5 Fachſchulen, ferner in Riga eine Lehrerbildungsanſtalt. Bis zum Jahre 1938/39 ging dann die Zahl der Gymnaſien freilich auf 7, die der Grundſchulen auf 54 zurück, weſentlich eine Folge der Lettiſierungspolitik ſeit 1934.

Seine Krönung fand das baltiſche Schulweſen in Lettland in der Errichtung der Herderhochſchule[15]. Bereits bald nach Beendigung des Krieges waren von der Führung der Volksgruppe mit Unterſtützung der Rigaer Kaufmannſchaft deutſche Fortbildungskurſe ins Leben gerufen worden. In einer Weiterentwicklung dieſer Einrichtung, der Veranſtaltung alljährlicher Hochſchulkurſe unter der Beteiligung hervorragender Lehrkräfte aus dem Reich und der Einführung ſemeſterlicher Vorleſungen, Übungen und Seminare, iſt dann 1921 das Herderinſtitut entſtanden, das 1927 vom lettländiſchen Parlament als private deutſche Hochſchule anerkannt wurde.

Als Lehr- und Forſchungsanſtalt weitete die Herderhochſchule unter dem Rektorat Wilhelm Klumbergs von Jahr zu Jahr ihren Wirkungsbereich aus und ermöglichte in ihren drei Abteilungen, der theologiſchen, der rechts- und ſtaatswiſſenſchaftlichen und der philoſophiſchen, die ſich in eine mathematiſch-naturwiſſenſchaftliche und eine hiſtoriſch-philoſophiſche teilte, nicht nur einer großen Zahl baltendeutſcher Studenten eine deutſche wiſſenſchaftliche Ausbildung, ſondern zog auch zahlreiche junge Deutſche aus dem Reich, der damaligen Tſchechoſlowakei, Rumänien und Öſterreich an und trug ſo auf einem Teilgebiet mit dazu bei, die großdeutſche die Grenzen überwindende Volksgemeinſchaft zu ſchaffen[16].

Auch in Eſtland richtete das Deutſchtum ſeine Arbeit zunächſt vor allem auf den Wiederaufbau eines deutſchen Schulweſens. Bereits im Herbſt 1919 wurde die „Deutſche Schulhilfe" begründet, eine private deutſche Schulverwaltung mit einem eigenen Schulrat, die das deutſche Privatſchulweſen zuſammenfaßte und leitete. Entſcheidend für die deutſche Schularbeit, darüber hinaus aber für das geſamte deutſche Kulturleben in Eſtland, wurde dann das Geſetz über die Kulturautonomie von 1925, durch das die Volksgruppe als eine Körperſchaft des öffentlichen Rechts die Kulturſelbſtverwaltung erhielt. Damit gewann ſie das Recht, alle Gebiete des kulturellen Lebens, Schul- und Hochſchulweſen, Vortrags- und Büchereiweſen, Theater, Muſik, Kunſt, Jugend- und Sportarbeit aufzubauen und eigengeſetzlich zu geſtalten.

---

[14] Der Verwaltung des deutſchen Bildungsweſens ſtanden vor: K. Keller 1919—1929 und W. Wachtsmuth 1929—1934.

[15] Vgl. dazu Jomsburg, Bd. 4, 1940, S. 286f.

[16] Nach Einführung des autoritären Regimes in Lettland 1934 war die Immatrikulation nichtlettländiſcher Staatsbürger allerdings an der Herderhochſchule nicht mehr möglich. Im übrigen wurde ads Inſtitut in ſeiner Entwicklung aber nicht weſentlich geſtört.

Bei der Kulturverwaltung[17] mit ihren Organen, dem Kulturrat und den Kulturkuratorien, wurde zur Bearbeitung dieſes großen Aufgabenfeldes im Laufe der Zeit eine Anzahl Ämter begründet: Das Amt für Kataſter und Statiſtik mußte das geſamte Deutſchtum in Stadt und Land erfaſſen und das Nationalregiſter führen. Wer in dieſem Kataſter nicht eingetragen war, wurde vom Staat nicht ohne weiteres als Deutſcher anerkannt. — Das Finanz- und Steueramt ſchuf die finanziellen Unterlagen für die Arbeit der Kulturverwaltung auf Grund des durch die Kulturautonomie zuſtehenden Rechtes der Steuererhebung. — Dem Schulamt lag die Betreuung des geſamten deutſchen Schulweſens ob. 1938 unterſtanden ihm 37 teils öffentliche, teils private deutſche Schulen. Das Kulturamt ließ ſich die Pflege des deutſchen Kulturlebens angelegen ſein. Die Veranſtaltung von Vorträgen, Konzerten u. a., der Aufbau eines vorbildlichen Büchereiweſens, namentlich einer ausgezeichneten Wanderbücherei, durch die im Jahre 1937/38 allein 13 276 Bücher verliehen wurden, u. a. waren Ausdruck dieſer Arbeit. — Das Amt für Jugend und Volkstumsarbeit richtete ſeine Aufmerkſamkeit insbeſondere auf die außerhalb der Schule ſtehende deutſche Jugend. Die Durchführung völkiſcher Veranſtaltungen, die Pflege der Leibesübungen, die Leitung des 1933 erſtmalig durchgeführten Landdienſtes[18] und vieles andere gehörten in den Arbeitsbereich dieſes Amtes.

Eng verbunden mit der Arbeit der Kulturverwaltung war die Tätigkeit des „Verbandes der deutſchen Vereine in Eſtland", der mit ſeinem Wirtſchaftsamt, dem die Organiſation und Belebung des deutſchen Genoſſenſchaftsweſens und die wirtſchaftliche Beratung und Stützung von geſchäftlichen und Einzelunternehmen oblag, und dem Amt für Fachausbildung, deſſen Aufgabe die Berufsberatung der Jugend und die Betreuung des berufserlernenden Nachwuchſes, wie insbeſondere die Pflege und Förderung des deutſchen Handwerkes war, auch unmittelbar an dem weiten Feld völkiſcher Arbeit beteiligt war.

Die deutſche Landwirtſchaft war der Obhut des „Eſtländiſchen landwirtſchaftlichen Vereins" und der „Livländiſchen Gemeinnützigen und Ökonomiſchen Sozietät" anvertraut, die u. a. durch eine Fachberatung, eine Buchführung, die Veranſtaltung von Fachvorträgen und Schulung die deutſchen Betriebe auf dem Lande zu fördern ſuchten.

Auf der Grundlage der Kulturautonomie fußend iſt ſchließlich auch in Eſtland eine deutſche Hochſchularbeit wieder aufgenommen worden. Nachdem ſich zunächſt die „Dorpater deutſche Hochſchulhilfe" die Betreuung des akademiſchen Nachwuchſes hatte angelegen ſein laſſen, iſt dann 1929 an der „Livländiſchen Gemeinnützigen und Ökonomiſchen Sozietät" in Dorpat ein „Inſtitut für wiſſenſchaftliche Heimatforſchung" begründet worden, das, von Edmund Spohr geleitet, als ſeine Hauptaufgabe die Förderung deutſcher wiſſenſchaftlicher, heimatverbundener Arbeit in Eſtland anſah und beſtrebt war, den deutſchen Studenten in Dorpat ergänzend die Grundlagen deutſcher Wiſſenſchaft zu vermitteln[19]. Ferner wurde 1931 als theologiſch-philoſophiſches Inſtitut in Dorpat die „Lutherakademie" begründet, der infolge heftiger eſtniſcher Anfeindungen eine größere Entwicklung unterſagt blieb.

Während alſo, wie wir geſehen haben, das wiedererwachende deutſche Leben in Eſtland in der Kulturverwaltung und ihren Ämtern einen ſtaatlich anerkannten Rahmen gefunden hatte, der durch die Arbeit des „Verbandes der deutſchen Vereine" und andere Inſtitutionen noch über das kulturelle Gebiet hinaus ausgeweitet wurde, blieb der deutſchen Arbeit in Lettland mit Ausnahme des Schulweſens die ſtaatliche Anerkennung verſagt; ſie behielt vom Staate aus geſehen den Charakter privater Vereinstätigkeit.

---

[17] Präſidenten der Kulturverwaltung waren: Harry Koch 1925—1933, Wilhelm Baron Wrangell 1933—1939, Hellmuth Weiß 1939.

[18] Vgl. dazu den Bericht des verdienten Amtsleiters A. von Taube, Der deutſche Landdienſt in Eſtland. In: Deutſchtum im Ausland, 22. Jg. 1939, S. 185ff.

[19] Vgl. dazu Jomsburg, Bd. 4, 1940, S. 289.

Zur Erledigung der vielen drängenden Arbeitsaufgaben, die an die deutſche politiſche Führung herantraten und zur Vereinheitlichung der von den verſchiedenſten Vereinen begonnenen Arbeit wurde hier vom Ausſchuß der deutſchbaltiſchen politiſchen Parteien als beſondere Sektion 1923 eine „Zentrale deutſchbaltiſcher Arbeit" geſchaffen, die aber ſchon drei Jahre ſpäter (1926) als ſelbſtändiger Verein beſtätigt wurde.

Dieſe Organiſation, die 1928 den aufgabenſtellenden und verpflichtenden Namen „Deutſchbaltiſche Volksgemeinſchaft in Lettland", 1939 in „Deutſche Volksgemeinſchaft in Lettland" umgewandelt, annahm, war es dann, die mit ihren Arbeitsgemeinſchaften in allen größeren deutſchen Siedlungszentren von Jahr zu Jahr mehr zur Trägerin der geſamten deutſchen völkiſchen Arbeit wurde und in einer ſinnvollen Weiterentwicklung nach der 1934 erfolgten Auflöſung der politiſchen Parteien auch die politiſche Führung und Vertretung der Volksgruppe übernahm; lettiſcherſeits wurde dieſe Stellung der „Volksgemeinſchaft" zwar nie geſetzmäßig verankert oder beſtätigt, tatſächlich aber bekundeten die Empfänge des Präſidenten ſowie der Vizepräſidenten der „Volksgemeinſchaft" durch den lettiſchen Staatsführer K. Ulmanis zur Erörterung von Lebensfragen der Volksgruppe doch eine weitgehende Anerkennung.

Oberſtes Organ der „Volksgemeinſchaft" war ein berufsſtändiſch gegliederter Delegiertentag, während ſich die Leitung der Arbeit beim Präſidenten[20], dem Hauptvorſtand und den ſpäter begründeten Ämtern konzentrierte.

Für dieſe Entwicklung von der „Zentrale deutſchbaltiſcher Arbeit" zur „Volksgemeinſchaft" als zentraler Deutſchtumsinſtitution war von weſentlicher Bedeutung die 1926 beſchloſſene Einführung einer „Freiwilligen Selbſtbeſteuerung", die an die Stelle der bisher üblichen großen Sammlungen für kulturelle und ſoziale Zwecke trat. Durch Freiwilligkeit und moraliſchen Zwang ſollten die Mittel für die umfangreiche völkiſche Arbeit aufgebracht werden. Das iſt in hohem Maße erreicht worden. Die durch die „Selbſtbeſteuerung" eingehenden Beträge bildeten bis zuletzt neben den Zuwendungen aus dem Reich den Haushalt der „Volksgemeinſchaft".

Die Übernahme der völkiſchen Arbeit durch die Volksgemeinſchaft ſelbſt begann 1929 mit der Begründung der erſten Ämter, die zum Teil aus bereits beſtehenden Kommiſſionen in dieſe feſtere Form umgebildet wurden, und zwar wurden geſchaffen: das Landamt (ſpäter Amt für die Landbevölkerung)[21], das Fürſorgeamt (ſpäter Volkspflegeamt), das Finanzamt und das Kulturamt (anfangs Amt für Kulturhilfe).

Die Arbeit des Landamts ſchloß ſich unmittelbar fortſetzend an die der „Kommiſſion für das Deutſchtum auf dem Lande" an, die 1921 vom „Ausſchuß der Parteien" als „Koloniſtenſektion" begründet worden war. Daneben arbeiteten noch vor allem die „Kurländiſche Ökonomiſche Geſellſchaft" und die „Gemeinnützige und landwirtſchaftliche Geſellſchaft für Südlivland". Als auf Grund der Neufaſſung des Geſetzes über die lettländiſche Landwirtſchaftskammer von 1936 die landwirtſchaftlichen Selbſthilfeorganiſationen ihre Arbeit einſtellen mußten, ging dieſe in vollem Umfang auf das Landamt über.

Das bäuerliche Deutſchtum heiſchte eine ganz beſondere Pflege. Weder die nach der Revolution von 1905/06 aus Wolhynien ins Land geholten bäuerlichen Siedler noch die Hirſchenhöfer Koloniſten, die allerdings dem deutſchen Handwerk namentlich Rigas den größten Teil ſeines Nachwuchſes geſtellt hatten, waren bisher mit dem alteingeſeſſenen baltiſchen Deutſchtum zu einem Volkskörper verſchmolzen, vielmehr ſtanden ſich dieſe Gruppen fremd gegenüber.

---

[20] Präſidenten der Zentrale deutſchbaltiſcher Arbeit bzw. der Volksgemeinſchaft waren: Wilhelm von Rüdiger 1923—1935; Erich Mündel 1935—1938; Alfred Intelmann 1938—1939.

[21] Dieſe Umbenennung wurde nach 1934 aus politiſchen Gründen notwendig, um den berufsſtändiſchen Charakter der Arbeit nach außen nicht allzu deutlich zum Vorſchein kommen zu laſſen, da die Wahrnehmung beruflicher Intereſſen und ihre Förderung den verſchiedenen ſtaatlichen Kammern vorbehalten war.

Die kurländiſchen und Winterfelder Bauern waren zudem oft noch gar nicht im Lande heimiſch geworden. Wirtſchaftlich und kulturell den umwohnenden lettiſchen Bauern häufig unterlegen, wurden ſie, nicht geſchloſſen ſiedelnd, von der Gefahr der Umvolkung bedroht, zumal es auch einen konfeſſionellen Gegenſatz zwiſchen Luthertum und griechiſcher Orthodoxie, wie er in ihrer alten Heimat Wolhynien beſtanden hatte, hier nicht gab, der der Verſchmelzung entgegengeſtanden hätte. Wirtſchaftlich aber drohte dem deutſchen Bauerntum in Kurland durch die Agrarreform der völlige Ruin. Die Letten ſuchten nicht nur den vielen Knechten und Pächtern ihre Höfe zu entziehen, ſondern machten auch den Eigentümern ihren Beſitz ſtreitig, indem ſie den Bauern, die oft noch bei ihren alten wolhyniſchen Heimatgemeinden angeſchrieben waren, den Erwerb der lettiſchen Staatsbürgerſchaft, die die Vorausſetzung für die Anerkennung des Beſitzanſpruchs bildete, verſagten oder erſchwerten. Hier griff ſelbſtredend die deutſche politiſche Führung, mit allen ihr zur Verfügung ſtehenden Mitteln ein. In mühſamer und aufreibender Kleinarbeit mußte um den deutſchen bäuerlichen Landbeſitz, meiſt um jeden einzelnen Hof, gekämpft werden. War aber dann ſchließlich dem deutſchen Bauern ſein Hof geſichert, ſo mußte häufig noch wirtſchaftliche Hilfe geleiſtet werden. Erſt dann konnte an die Hauptaufgaben herangegangen werden: Erziehung zu einem geſunden bäuerlichen Selbſtbewußtſein, zur Bodenſtändigkeit und zur Einfügung in die deutſche Volksgemeinſchaft. Von Jahr zu Jahr ging dieſe Arbeit, beſonders ſeit der Durchdringung der jungen Generation mit nationalſozialiſtiſchem Gedankengut, unter der keine Hemmungen und Hinderniſſe kennenden Führung Erich von Sivers' (Leiter des Landamts 1934—1939) mit immer größerem Erfolg vorwärts.

Im einzelnen beſtand die Tätigkeit des Landamtes u. a. in der Vermittlung von Krediten, Förderung der beruflichen Ausbildung, Fachberatung und Betreuung, buchführeriſcher Aufſicht, Veranſtaltung von Fach- und Schulungstagungen, deren Aufgabe in gleicher Weiſe die berufliche Förderung wie die völkiſche Durchbildung des deutſchen Bauern und Landwirts war. Das letzte Ziel der Arbeit aber war die Schaffung eines ſelbſtbewußten deutſchen Landſtandes in Lettland, der in gleicher Weiſe die deutſchen Bauern wie die ehemaligen Großgrundbeſitzer, die auf ihren „Reſtgütern" in zäher Arbeit ausharrten, umſchließen ſollte. Als die Umſiedlung der baltiſchen Deutſchen im Herbſt 1939 vor ſich ging, war dieſe Aufgabe bereits faſt gelöſt.

Von ganz anderer Art, aber in einer ähnlichen Entwicklung bildete ſich die Arbeit des Fürſorgeamts aus der der „Fürſorgezentrale" heraus. Durch Krieg und Revolution war das Deutſchtum in einem kaum vorſtellbaren Maße verarmt. Vor dem Weltkrieg hatte es zwar eine große Zahl deutſcher Wohltätigkeitsvereine gegeben, zu ihrem Wirkungskreis aber hatten meiſt nichtdeutſche Volksſchichten gehört. Nun wurde das anders. Aber es fehlte an Mitteln. Die deutſchen Fürſorgevereine der Vorkriegszeit hatten ihre Einnahmequellen meiſt verloren. Große Sammlungen traten an die Stelle, bis dann durch die Einführung der „Selbſtbeſteuerung" Abhilfe geſchaffen wurde. Doch die deutſche Not wuchs nach einer vorübergehenden Beſſerung in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wieder ſtark an. Da wurde ſeit 1931/32 nach dem Vorbild des Mutterlandes alljährlich ein Winterhilfswerk durchgeführt, das die notwendigen zuſätzlichen Mittel beſchaffte. —

Der Erkenntnis von der entſcheidenden Bedeutung der ſtändigen geſundheitlichen Betreuung für die Erhaltung jedes Volkstums folgend, wurde die Arbeit des Amtes weiter ausgebaut. Neben die Sorge für die Armen, Alten und Kranken trat als neue Aufgabe die volkspflegeriſche Betreuung der geſamten Volksgruppe durch Geſundheitsſicherung und Erbgeſundheitspflege[22]. Die Einbeziehung dieſes neuen Arbeitsbereiches fand 1938 in der Umbenennung in „Volkspflegeamt" auch ihren äußeren Ausdruck.

In den Zuſtändigkeitsbereich des Finanzamtes gehörte naturgemäß die Durchführung und Überwachung des Haushaltes der „Deutſchbaltiſchen Volksgemeinſchaft", vor allem aber die Leitung und der ſtändige Ausbau der „Selbſtbeſteuerung".

Das Kulturamt ſah ſeine Aufgabe zunächſt vor allem in der Betreuung der deutſchen Volksgenoſſen, die von der Arbeit der großen deutſchen Kulturorganiſationen — der Herderhochſchule, den zahlreichen deutſchen wiſſenſchaftlichen und kulturellen Vereinen, dem bereits 1923/24 begründeten Deutſchen Schauſpiel in Riga[23] — nicht erfaßt wurden. So wurde eine Büchereizentrale errichtet, deren Arbeit ſich ebenſo erfolgreich wie das vom Kulturamt in Reval betreute Büchereiweſen entwickelte. Ferner wurden Bild und Film durch die Lichtbildſtelle, Vorträge und Muſik, Laienſpiele u. a. vom Kulturamt in den Dienſt dieſer Arbeit geſtellt, um alle Volksgenoſſen, nah und fern, am deutſchen Kulturgut teilnehmen zu laſſen. Einen weiteren planmäßigen Ausbau in der Richtung einer zentralen Beeinfluſſung und Leitung des geſamtdeutſchen Kulturlebens in Lettland erfuhr das Amt dann ſeit 1938/39, eine Einflußnahme auf das deutſche Preſſeweſen wurde in verſtärktem Maße angebahnt, die Schulungsarbeit jetzt in den Bereich des Amtes eingebaut. Im Frühjahr 1939 trat das Amt in Verwirklichung dieſer Beſtrebungen mit einer großen erziehungspolitiſchen Ausſtellung „Familie, Sippe, Volk" hervor, die der Volksgruppe den Ernſt ihrer bevölkerungsmäßigen Lage in großen Schaubildern vor Augen ſtellte, ſie auf die große Bedeutung der geſunden und kinderreichen Familie hinwies und mit den Kernproblemen der Raſſen- und Erbpflege vertraut machte. Der außerordentlich ſtarke Beſuch der Ausſtellung zeigte deutlich, daß die Volksgruppe für dieſe Fragen hellhörig geworden war.

---

[22] In der Richtung dieſer Arbeit lag es auch, daß z. B. ſeit 1937 durch die Dt. Volksgemeinſchaft an die Mutter jedes erbgeſunden 3., 4. uſf. Kindes eine Beihilfe zur Auszahlung gelangte.

Der Aufgabenbereich der „Volksgemeinſchaft" weitete ſich mit der Zeit immer weiter aus. Zu den bereits erwähnten Ämtern traten bald neue hinzu: das Jugendamt, das Turn- und Sportamt, das Amt für Berufsberatung, die Nachbarſchaften, die Arbeitshilfe, die Werkhilfe, das Schulamt.

Das Jugendamt, hervorgegangen aus dem Jugendſekretariat des „Deutſchen Elternverbandes", arbeitete in engſter Verbindung mit dem „Verband deutſcher Jugend in Lettland", der die geſamte deutſche Jugend in Stadt und Land zu erfaſſen und im Geiſte völkiſcher Kameradſchaft in engſte Berührung untereinander zu bringen bemüht war. Das Amt und der „Verband" ſtellten ſich als vornehmſte Aufgabe die Forderung, den Jugendlichen als Ausgangspunkt und Ziel einer jeglichen Betätigung und der Exiſtenz in der Heimat zum Dienſt an der Volksgemeinſchaft zu erziehen[24]. Aus einer von dieſen Überlegungen beſtimmten Erwägung heraus wurde von der Jugend ſelbſt 1932 der freiwillige Landdienſt eingeführt, der ſchon ſehr bald zu einem pflichtmäßigen Dienſt an der Gemeinſchaft wurde. Nicht nur die wirtſchaftliche Förderung des deutſchen Stammhofes (= Reſtgutes) und der deutſchen Bauernſiedlung durch Bodenverbeſſerung, Flurbereinigung, Wegebau, Erntehilfe u. a. waren das Ergebnis, wichtiger noch war die kameradſchaftliche Erziehung im Lager, die Herſtellung der Verbindung zwiſchen ſtädtiſcher und bäuerlicher Jugend und den Angehörigen der verſchiedenen beruflichen und ſozialen Schichten, das wiedererwachende Bewußtſein der Schollen- und Bodenverbundenheit. In den Landdienſtlagern namentlich bildete ſich die neue Kameradſchaft, die zum vornehmſten Träger des nationalſozialiſtiſchen Gedankenguts wurde[25].

Auf das engſte mit der Arbeit des Jugendamtes verbunden war die des Turn- und Sportamtes, das ſich die körperliche Ertüchtigung und Geſunderhaltung der Volksgruppe durch die Pflege der Leibesübungen zur Aufgabe ſtellte und die Tätigkeit der vielen deutſchen Sportvereine zu vereinheitlichen und unter einen Geſichtspunkt zu ſtellen beſtrebt war. Breitenarbeit und Breitenwirkung vor der Spitzenleiſtung war der Leitſatz.

Die Gründung des Amtes für Berufsberatung (bzw. Jugendberatung)[26] wurde durch die Auswirkungen der Weltwirtſchaftskriſe von 1931 veranlaßt, entſprach aber auch einem ſchon früher beſtehenden Bedürfnis. In eingehenden Unterſuchungen und Erhebungen wurde zunächſt feſtgeſtellt, welche Berufe überfüllt ſeien und wo ein Mangel an Nachwuchs herrſche.

---

[23] Vgl. dazu den Aufſatz: „Jubiläumsjahr des Deutſchen Schauſpiels." In: Deutſcher Volkskalender 1939, S. 93—94.

[24] „Aus der Arbeit der Ämter der Deutſchbaltiſchen Volksgemeinſchaft. Jugendamt." In: Jahrbuch des baltiſchen Deutſchtums 1934, S. 37.

[25] Vgl. dazu auch die von dem verdienten und langjährigen Leiter des deutſchen Landdienſtwerkes in Lettland H. Boſſe gegebenen Berichte in den Baltiſchen Monatsheften, Jg. 1935—1938, und ſeinen Aufſatz: „Der deutſche Landdienſt in Lettland." In: Deutſchtum im Ausland, 22. Jg. 1939, S. 189ff. — Siehe auch den folgenden Abſchnitt, S. 232ff.

[26] Die Umbenennung erfolgte aus ähnlichen Erwägungen wie bei der des Landamtes. Vgl. Anm. 21.

Auf Grund des ſo gewonnenen Materials wurde dann von Jahr zu Jahr mit ſteigendem Erfolg verſucht, auf die Berufswahl der jungen Deutſchen Einfluß zu gewinnen. Darüber hinaus wurde ihre berufliche Ausbildung überwacht und nach Möglichkeit gefördert. Das war um ſo notwendiger, als bei dem ſtändig wachſenden wirtſchaftlichen Druck von ſeiten des Staates eine wirtſchaftliche Behauptung nur bei höchſter eigener Leiſtung und Anſpannung aller Kräfte möglich war. Zur weiteren beruflichen Vervollkommnung wurde dann auch in ſtändig ſteigendem Maße jungen Balten mit Unterſtützung der zuſtändigen Stellen des Reiches, namentlich des „Volksbundes für das Deutſchtum im Ausland", eine zuſätzliche Ausbildung in Deutſchland vermittelt[26a], wobei u. a. auch beſonders darauf geachtet wurde, daß die zur Berufserlernung im Reich weilenden Jungen und Mädchen nach Abſchluß ihrer Fachausbildung in die Heimat zurückkehrten, damit die ſchmale bevölkerungsmäßige Baſis der Volksgruppe nicht noch weiter verkleinert werde, und damit die beruflich und durch den Aufenthalt im Reich auch geiſtig-weltanſchaulich beſonders gut geſchulten Kräfte dem wirtſchaftlichen Exiſtenzkampf der Volksgruppe und der Arbeit an der Herausbildung eines ſtraffen völkiſchen Organismus nicht verlorengingen. Dieſe verantwortungsvolle und ſchwierige Arbeit entwickelte ſich unter der Leitung Bernd von Hehns als Geſchäftsführer des Amtes überaus günſtig. Seine beſondere Aufmerkſamkeit wandte er der Wiedererrichtung eines ſelbſtbewußten, der Gemeinſchaft verpflichteten und der Gemeinſchaft verbundenen, deutſchen Handwerks zu.

Die Einführung der Gewerbefreiheit gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte der berufsſtändiſchen Organiſation des Handwerks, den Zünften und Gilden, ihre Bedeutung genommen, wenn ſie auch als private Vereine ihr Daſein weiter friſten konnten. Die lettiſche Geſetzgebung über die Errichtung einer Handwerkskammer und die verfügte Auflöſung der Gilden und Zünfte bereitete auch dieſen beſcheidenen Reſten einer ehrwürdigen Überlieferung ein Ende. Schon lange aber hatte das Handwerk, geleitet weſentlich vom eigenen Vorteil und dem eigenen materiellen Intereſſe, am Leben der Volksgruppe nicht mehr in vollem Maße Anteil genommen. Hier waren aber auch die völkiſchen Gefahren am größten, denn das Handwerk ſtand ſowohl wirtſchaftlich als auch ſozial in beſonders enger Berührung mit dem Lettentum. Kulturelle oder bildungsmäßige Schranken beſtanden nicht, wirtſchaftlich aber war ein Anſchluß an das herrſchende Lettentum meiſt nur vorteilhaft. So hatte die hier einſetzende Arbeit des Amtes, der das Handwerk lange mit ſtarken Vorurteilen, ja Mißtrauen begegnete, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Lange wollte es nicht gelingen, den Handwerker ſelbſt an der Arbeit zu intereſſieren, bis ſchließlich über junge zur Ausbildung im Reich geweſene Handwerker der Anſatzpunkt gefunden wurde. Dann aber machte die Arbeit raſche Fortſchritte, ſo daß nach der Umſiedlung ins Reich der Wiedereinſatz des baltendeutſchen Handwerks verhältnismäßig ſchnell und befriedigend vor ſich gehen konnte.

Mit der Arbeit des Amtes für Berufsberatung iſt auf das engſte die des „Fonds" Werkhilfe und der an den Nachbarſchaften ins Leben gerufenen Arbeitshilfe verbunden, von der daher anſchließend die Rede ſein ſoll, obgleich ſie allerdings ſpäter (1937) als die Nachbarſchaften begründet worden ſind.

Die Aufgabe der Werkhilfe war es, bei der Begründung oder Erhaltung eines kleingewerblichen oder handwerklichen Betriebes helfend zur Seite zu ſtehen. Für die von der „Volksgemeinſchaft" geförderten und geſtützten Betriebe wurde dann eine die Rentabilität der Unternehmen überwachende und ſtändig überprüfende Buchführung eingeführt, deren Ziel darüber hinaus die Erziehung und Gewöhnung des kleinen deutſchen Betriebes an eine ordnungsmäßige Rechen- und Buchführung war. Die Arbeit der Werkhilfe erſtreckte ſich aber ſchon bald auch auf außerhalb dieſes Aufgabenkreiſes ſtehende Gebiete, indem allmählich die geſamte deutſche Wirtſchaft in ihren Beobachtungs- und Wirkungskreis einbezogen wurde, doch konnte dieſe Arbeit nur im ſtillen vor ſich gehen, um nicht die Aufmerkſamkeit der ſtaatlichen Stellen zu erregen, die eine Weiterarbeit verhindert hätten. Deshalb unterblieb auch die Umgeſtaltung in ein Wirtſchaftsamt[27]. — Die Arbeitshilfe arbeitete als ein privates deutſches Stellenvermittlungsbüro. Gleichzeitig bemühte ſie ſich um Organiſation und Verkaufsmöglichkeiten der deutſchen Heimarbeit, der infolge der großen Zahl der Volksgenoſſen, die durch die fortſchreitende Lettiſierung der Wirtſchaft ihren Arbeitsplatz verloren hatten und bei ihrem vorgeſchrittenen Alter häufig für den Einſatz in anderen Berufen nicht mehr umgeſchult werden konnten, eine beſondere Bedeutung zukam.

[26a] Vgl. dazu auch R. Hillebrand, Anſchluß an das Reich. In: Deutſche Arbeit, 41. Jg, 1941, Heft 4., S. 126f.

[27] Vgl. Anm. 21.

Zum Rückgrat der „Volksgemeinſchaft" wurden dann die 1933 nach ſiebenbürgiſch-ſächſiſchem Muſter aufgebauten Nachbarſchaften[28]. Mit einer über das ganze Land verbreiteten Organiſation wollten ſie alle Deutſchen erfaſſen und der Gemeinſchaft einfügen, damit die „Volksgemeinſchaft" aus einem Verbande zu einer lebendigen Gemeinſchaft würde. Die kleinſte Einheit dieſer großen Organiſation war die Nachbarſchaft, zu der nur ſo viel Volksgenoſſen gehörten, als der ihr vorſtehende Nachbarnführer ſelbſt aufſuchen und betreuen konnte. Mehrere Nachbarſchaften bildeten zuſammen einen Kreis, dem ein Kreisleiter vorſtand; die Kreiſe wurden dann zu Gebieten vereinigt mit dem Gebietsleiter an der Spitze. Die Geſamtorganiſation unterſtand dem Leiter der Nachbarſchaften. So war der Aufbau zwar ſtraff, aber jeder Schematismus ausgeſchaltet. In ſeiner Nachbarſchaft, in ſeinem Kreiſe hatte der Nachbarnführer oder der Kreisleiter faſt völlige Betätigungsfreiheit; ihm blieb es überlaſſen, wie er die Arbeit anpackte und ſeine kleine Nachbarſchaft zu einer Zelle wirklicher Gemeinſchaft umbildete. Die Erfolge dieſer Arbeit, die in hohem Maße gerade von der jungen Generation getragen wurde, ſind ſchwer im einzelnen aufzuzeigen, aber ſoviel ſteht feſt, daß das lettländiſche Deutſchtum, als der Führer es in das Reich rief, eine feſte und lebendige Gemeinſchaft bildete. Das war weſentlich ein Ergebnis der Nachbarſchaftsarbeit.

Das Schulamt, das hier nur kurz erwähnt ſei, wurde erſt am Ende des Jahres 1938 begründet. Es ſollte die Arbeit des „Schulkollegiums" fortſetzen und ausbauen, das ſeit der Auflöſung der „Verwaltung des deutſchen Bildungsweſens" im Bildungsminiſterium neben dem deutſchen Referenten im Miniſterium und dem „Deutſchen Elternverband" das deutſche Schulweſen betreute und beaufſichtigte.

Sachliche Arbeit und lebendige Gemeinſchaft waren ſo in der „Deutſchen Volksgemeinſchaft in Lettland" vereinigt und Wirklichkeit geworden. Nur weniges aus ihrer Arbeit konnte hier erwähnt werden. Aber bereits das iſt ein würdiges Zeichen deutſchen Selbſtbehauptungswillens und Kampfes im Oſten.

Neben den Volkstumsorganiſationen, dem Schulweſen, und den deutſchen politiſchen Vertretungen ſtand als Träger deutſcher Volkstumsarbeit wie überall im Oſten das deutſche Kirchenweſen, deſſen Bedeutung in dieſer Hinſicht hier noch kurz berührt ſei[29]. In Lettland hatte die deutſche Kirche ihre autonome Verwaltung innerhalb des lettländiſchen Oberkirchenrats. An der Spitze dieſer Verwaltung ſtand ein deutſcher Biſchof, dem die Sorge für die kirchliche Bedienung aller Deutſchen des Landes oblag. In Eſtland ſchloſſen ſich die deutſchen Gemeinden zur Wahrung ihrer Intereſſen zu einem deutſchen Propſtbezirk zuſammen. Ihr Eigenleben konnten ſie auf Grund des eſtländiſchen Geſetzes von 1925 über die religiöſen Gemeinſchaften und Verbände ſelbſtändig geſtalten, doch blieb der Zuſammenhang mit der Geſamtkirche aufrechterhalten.

Die kirchliche Aufbauarbeit, die geleiſtet werden mußte, war überaus groß. 1919 gab es in Lettland insgeſamt 18 geſchloſſene deutſche Gemeinden; alle übrigen Deutſchen gehörten völkiſch gemiſchten Gemeinden an. Um ihre kirchliche Betreuung in der Mutterſprache ſicherzuſtellen, mußten ſie zu ſelbſtändigen deutſchen Gemeinden zuſammengefaßt werden. So wurden zahlreiche neue deutſche Gemeinden geſchaffen. Bis 1935 ſtieg die Geſamtzahl der deutſchen Gemeinden auf 50 in vier deutſchen Propſtbezirken. In Eſtland betrug die Zahl der deutſchen Gemeinden 12.

Die vielen namentlich auf dem Lande neugegründeten deutſchen Gemeinden waren anfangs häufig überhaupt der einzige örtliche deutſche Zuſammenſchluß. Ihre Bedeutung in volkserhaltender Beziehung iſt offenſichtlich. Lehrer und Pfarrer, oft in einer Perſon vereinigt, ſtanden in den bäuerlichen Siedlungen und den kleinen Städten meiſt in vorderſter Front im Kampf für das deutſche Volkstum.

---

[28] Vgl. für das Folgende den vom ehemaligen Geſchäftsführer der Nachbarſchaften A. Boettcher und dem Beauftragten für das Land K. Schulz verfaßten Artikel „Deutſche Nachbarſchaften". In: Deutſcher Volkskalender 1939, S. 85—88.

[29] Vgl. Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutſchtums, Bd. 2, S. 209—211.

Im Laufe der Jahre ging dann freilich die Bedeutung der Kirche als völkiſcher Organiſation zurück. Der liberaliſtiſche Zeitgeiſt wirkte ſich auch hier aus, nachdem ſein Einfluß in den Anfangsjahren durch die verpflichtende Erinnerung an die Opfer des Winters 1918/19 eingedämmt geweſen war. Dieſes große Erbe aber verſtand die Kirche ſich nicht zu erhalten oder fruchtbar zu machen. Ihr Einfluß auf die Geſtaltung des völkiſchen Lebens begann zu ſinken. Die jungen Kräfte der völkiſchen Erneuerungsbewegung übernahmen mit immer wachſendem Erfolg die Fortführung und Ausgeſtaltung der von ihr begonnenen völkiſchen Arbeit. So bahnte ſich auch hier eine Entwicklung an, wie ſie im Reich bereits in vollem Gange war, daß die Kirche ihre bevorzugte und wichtige Stellung im völkiſchen Leben verlor. Zu einer offenen Auseinanderſetzung freilich zwiſchen den jungen völkiſchen Kräften und der Kirche kam es nicht; ſie wurde von beiden Seiten bewußt vermieden, weil man ſich darüber klar war, daß jeder innere deutſche Streit das Behaupten der deutſchen Stellung gegen den gemeinſamen Feind, den Letten oder Eſten, gefährdete.

4.

Die Jahre 1933/34 brachten der deutſchen Volksgruppe in Eſtland und Lettland einen Umbruch in doppelter Hinſicht. Der Sieg des Nationalſozialismus im Reich fand alsbald, wie überall beim Deutſchtum in der ganzen Welt, auch bei der baltiſchen Volksgruppe ſtärkſten Widerhall, namentlich bei den jungen völkiſchen Kräften, die ſchon lange die politiſche Haltung der Volksgruppenführung nicht gebilligt, ja in vielem verurteilt hatten. Gleichzeitig aber etwa gingen — nicht ohne urſächlichen Zuſammenhang — Letten und Eſten durch eine autoritäre Staatsführung national geeint und geſtärkt zum verſchärften Angriff gegen das Deutſchtum auf allen Gebieten über. Mit der Auflöſung der Parlamente und politiſchen Parteien in Lettland und Eſtland verlor das Deutſchtum ſeine politiſche Vertretung und auch den letzten beſcheidenen Reſt der Einflußmöglichkeit auf die Geſchicke des Staates und Landes, den es durch die deutſchen Landtagsvertretungen noch gehabt hatte[30].

Ein planmäßiger Feldzug gegen alles Deutſche, gekennzeichnet durch die Parole des Staatsführers, Miniſterpräſidenten und ſeit 1936 auch Staatspräſidenten, K. Ulmanis, ſetzte auf allen Gebieten in Lettland ein. Bereits im Sommer 1934 wurden die Schulverwaltungen der Minderheiten aufgelöſt, die Preſſe unter eine ſtrenge Vorzenſur geſtellt[31], das Büchereiweſen einer ſtaatlichen Kontrolle unterworfen. Das junge nationalſozialiſtiſche Organ der Volksgruppe, die „Rigaer Tageszeitung“, war bereits unmittelbar nach dem gelungenen Staatsſtreich von Ulmanis (15. 5. 1934) verboten worden. Ein Sprachengeſetz verbot die Verwendung der deutſchen Ortsnamen, im Verkehr mit Behörden wurde der ausſchließliche Gebrauch des Lettiſchen verfügt, den deutſchen Unternehmern u. a. auch im inneren Geſchäftsverkehr die Anwendung des Lettiſchen vorgeſchrieben. Dem deutſchen Kulturleben wurden die größten Schwierigkeiten bereitet, namentlich die deutſche Geſchichtsforſchung in ihren Wirkungsmöglichkeiten eingeſchränkt, ja weitgehend beeinträchtigt; den Deutſchen wurde die Kündung einer von der offiziellen lettiſchen Geſchichtsauffaſſung und Darſtellung abweichenden Anſchauung, auch wenn ſie ſich aus den hiſtoriſchen Quellen einwandfrei beweiſen ließ, verwehrt, denn indem die Letten die erziehungspolitiſche Bedeutung der Geſchichte erkannten, wollten ſie aus ihr heraus ihre ſtaatliche und nationale Eigenexiſtenz rechtfertigen[32]. Dieſer Kampf gegen die auf eine ehrwürdige Tradition zurückblickende baltiſch-deutſche Geſchichtsforſchung wurde namentlich vom ſtaatlichen Denkmalsamt unter der Leitung des Ägyptologen-Vorgeſchichtlers

---

[30] In Eſtland erhielt das Deutſchtum zwar ſpäter im neu geſchaffenen Oberhaus einen Sitz zugewieſen. In Lettland gab es in den im Laufe der Zeit begründeten Wirtſchafts- und Kulturkammern und -räten deutſche Vertreter, doch hatten dieſe keinerlei politiſchen Einfluß oder Bedeutung.

[31] Später fiel dieſe zwar, aber andere Maßnahmen traten an die Stelle, deren Wirkung tatſächlich die gleiche war.

[32] Vgl. dazu meinen unter dem Decknamen L. Karſtens erſchienen Aufſatz: „Die Entwicklung und der Charakter der lettiſchen Geſchichtswiſſenſchaft.“ In Jomsburg, Bd. 3, 1939. S. 45ff.

Fr. Balodis und dem 1936 gegründeten lettiſchen Geſchichtsinſtitut mit größter Unterſtützung und ſtärkſter Initiative des Staatspräſidenten Ulmanis ſelbſt vorgetragen. Im Verlauf dieſes Kampfes wurden die Handſchriftenſammlungen der „Deutſchen Geſellſchaft für Geſchichte und Altertumskunde zu Riga“ und des „Kurländiſchen Provinzialmuſeums“ (bzw. der Kurländiſchen Geſellſchaft für Literatur und Kunſt) zwangsweiſe übernommen. Dasſelbe Schickſal teilten die Archive der Großen und Kleinen Gilde zu Riga. Schließlich verfiel auch das Dommuſeum der „Geſellſchaft für Geſchichte und Altertumskunde“ der ſtaatlichen Übernahme. Dem Lande und dem Deutſchtum ſollte ſeine Vergangenheit genommen werden.

Gleichzeitig mit dem Kampf gegen die deutſche Kultur und Geſchichte des Landes fand eine ſtändig wachſende wirtſchaftliche Einengung der Daſeinsgrundlage der Volksgruppe ſtatt. Nicht nur, daß im Zuge der Lettiſierung des ſtaatlichen und öffentlichen Lebens zahlloſe Deutſche aus Arbeit und Brot gedrängt wurden, auch gegen die deutſche Privatwirtſchaft ſetzte beſonders ſeit Gründung der ſtaatlichen Kreditbank ein ſcharfer Kampf ein. Deutſche Wirtſchaftsunternehmen verfielen ohne zwingende Gründe, wie etwa Zahlungsunfähigkeit, der Liquidation, deutſche Banken wurden in lettiſche Hände übergeführt, das deutſche wirtſchaftliche Leben in jeder Hinſicht erſchwert oder unmöglich gemacht. Die berüchtigten Sylveſtergeſetze von 1935 verfügten im Zuſammenhang mit der Gründung der Handels- und Induſtriekammer und der Handwerkskammer die Enteignung der Gilden[33] und die Auflöſung von insgeſamt 13 deutſchen gemeinnützigen Vereinen, deren zum Teil bedeutendes Vermögen damit in lettiſche Hände überging. Auch das ländliche Deutſchtum trafen neue Schläge. Der Erwerb von Landbeſitz wurde von einer Genehmigung des Juſtizminiſters abhängig gemacht, die deutſchen Antragſtellern in der Regel verſagt wurde. Das Grenzzonengeſetz von 1939 ſicherte darüber hinaus dem Staat, d. h. dem Lettentum, weitgehende Eingriffsmöglichkeiten, da der ſtaatlichen „Allgemeinen Landwirtſchaftsbank“ bei der Übereignung ländlichen Beſitzes von über ein Hektar Größe von vornherein ein Vorkaufsrecht zugeſtanden wurde, wenn der Beſitz innerhalb einer 50-Kilometer-Zone entlang den Land- und Seegrenzen Lettlands lag, d. h. faſt im geſamten Staatsgebiet, jedenfalls in den am dichteſten von Deutſchen beſiedelten Gebieten, wie den kurländiſchen Bauernkolonien. Wie ſich dieſes Geſetz auf das Deutſchtum ausgewirkt hätte, iſt infolge der Umſiedlung nicht mehr offenbar geworden, ſeine Tendenz aber war deutlich unter dem Blickpunkt der lettiſchen Regierungspraxis ſeit 1934.

In den Dienſt dieſes Vernichtungskampfes gegen das baltiſche Deutſchtum wurde naturgemäß auch die Preſſe geſtellt, die folgerichtig geleitet, es ſtets verſtand, den Feldzug gegen das Deutſchtum zu rechtfertigen und beim Volk die Leidenſchaften gegen die Deutſchen hochzupeitſchen. Wie in den anderen Verſailler Kleinſtaaten, ſo tobte auch hier mit den gleichen Mitteln und Methoden der Kampf gegen alles, was deutſch war. „Geſetzgebung und Verordnungsweſen, Verwaltungspraxis und Preſſepolitik — alles wurde geſchickt und folgerichtig zu einem Syſtem planmäßiger Lettifizierungspolitik zuſammengefaßt.“[34]

In Eſtland brachte die Einführung des autoritären Regierungsſyſtems zwar nicht ſo weitreichende Folgen für das Deutſchtum wie in Lettland, aber die Tendenz war auch hier die gleiche, wenn auch die Form gemildert. Die Kulturſelbſtverwaltung wurde allerdings nicht aufgehoben, aber Beſtrebungen wurden bereits offenſichtlich, die auf manche empfindliche Einſchränkung hinzielten. Ein Sprachengeſetz verbot auch in Eſtland den Gebrauch der deutſchen Ortsnamen. Von weittragendſter Bedeutung war das Geſetz von 1937, das der deutſchen Schuljugend die Zugehörigkeit zu den beſtehenden deutſchen Jugendorganiſationen unterſagte. Damit war die Arbeit der größten und wichtigſten deutſchen Jugendorganiſation, des „Pfadfinderkorps“ lahmgelegt, die deutſche Jugendarbeit auf das ſchwerſte getroffen. — Auch im Berufs- und Wirtſchaftsleben machten ſich bereits Tendenzen bemerkbar, die den deutſchen Lebensraum einſchränken wollten; von der Staatsführung wurde die Forderung nach einer Eſtiſierung der Großinduſtrie aufgeſtellt.

So zeigten die letzten Jahre in Eſtland und Lettland in gleicher Weiſe, wenn auch nicht in gleicher Stärke, eine ſtändig wachſende Erſchwerung der Exiſtenzmöglichkeiten. Wenn das baltiſche Deutſchtum dieſe Zeit nicht nur nicht geſchwächt überſtand, ſondern gerade in dieſer Zeit an innerer Kraft und Geſchloſſenheit, an Lebenswillen und Lebensmut zunahm, ſo war das das Ergebnis des großen völkiſchen Aufbruchs durch den Nationalſozialismus[35].

---

[33] Vgl. dazu das Januarheft der Baltiſchen Monatshefte 1936.

[34] R. Wittram, Livland. Schickſal und Erbe der baltiſchen Deutſchen. Berlin 1940, S. 89.

In Eſtland bildete ſich bereits 1932 unter der Führung des ehemaligen Stabschefs des Baltenregiments, Victor von Zur-Mühlen, die „Baltiſche Nationalſozialiſtiſche Bewegung in Eſtland“, die auf dem Delegiertentag der Deutſchbaltiſchen Partei am 26. November 1933 nicht nur deren Führung übernahm, ſondern darüber hinaus auch die der geſamten Volksgruppe. Damit ſchien tatſächlich bereits auch in der deutſchen Volksgruppe in Eſtland der Nationalſozialismus zum Siege gelangt zu ſein. Allein das Eſtentum wandte ſich dagegen; zwar hatte zunächſt der Eindruck geherrſcht, daß der Augenblick günſtig gewählt war, denn man konnte auf ein Zuſammengehen mit der ſtark verbreiteten eſtniſchen Freiheitskämpferbewegung hoffen, die ſich gegen den liberalen Parteienſtaat wandte und kurz vor der Machtergreifung zu ſtehen ſchien. Allein die eſtniſche Öffentlichkeit reagierte mit einem Angriffs- und Entrüſtungsſtürm auf die nationalſozialiſtiſchen Kundgebungen der deutſchen Volksgruppe. Dadurch veranlaßt, rückte auch die Freiheitskämpferbewegung von den Deutſchen ab[36]. Die eſtniſche Regierung aber drohte mit Maßnahmen, die den Geſamtbeſtand des Deutſchtums gefährden konnten. Daraufhin entſchloß ſich von Zur-Mühlen, den Parteivorſitz wieder niederzulegen.

Damit war der Verſuch, von der Führung her die Volksgruppe nationalſozialiſtiſch umzuformen, geſcheitert. Allein das war nicht nur eine Folge der eſtniſchen Stellungnahme, ſondern die Volksgruppe war auch ſelbſt noch nicht ſo weit. „Eine Umformung des politiſchen Empfindens der Volksgruppe, wie der Nationalſozialismus ſie fordern mußte, konnte nicht mit der Veränderung der Spitze begonnen werden, ſondern ſetzte eine tiefgehende weltanſchauliche Umſchulung der tragenden Schichten der Volksgruppe voraus.“[37] Im Verlauf dieſer ſich allmählich vollziehenden Umbildung iſt dann das eſtländiſche Deutſchtum von ſchweren inneren Erſchütterungen nicht verſchont geblieben. Es kam zu ſcharfen Auseinanderſetzungen zwiſchen den jungen aktiviſtiſchen nationalſozialiſtiſchen Kräften, die ihren Zuſammenſchluß in der „Selbſthilfe“ fanden, und der Volksgruppenführung, die eine vorſichtige und abwartende Haltung einnahm und aus Rückſicht auf das Eſtentum nur allmählich an eine Umformung des Deutſchtums herangehen zu dürfen glaubte. Aber auch der vom Nationalſozialismus ergriffene Teil der Volksgruppe war in ſich nicht einheitlich geſchloſſen. Neben der „Selbſthilfe“ bildete ſich die „Volksnationale Vereinigung“, die ſich gleichfalls eine nationalſozialiſtiſche Erneuerung der Volksgruppe zum Ziele ſetzte, dabei aber auf das Eſtentum in einem ſtärkeren Maße Rückſicht nahm, als der „Selbſthilfe“ vom nationalſozialiſtiſchen Gedankengut aus berechtigt ſchien. Zu einer Einigung in der Volksgruppe kam es erſt im Mai 1939, indem ſich von Zur-Mühlen, der die Leitung der „Volksnationalen Vereinigung“ übernommen hatte, auch die „Selbſthilfe“ unterſtellte.

In Lettland nahm die nationalſozialiſtiſche Bewegung in der Volksgruppe 1933 von einem kleinen Kreis junger Männer Ausgang, in deren Mittelpunkt Erhard Kroeger ſtand, der dann im Lauf der Zeit immer mehr zum tatſächlichen Führer der Bewegung und auch der Volksgruppe wurde, bis er während der Umſiedlung auch öffentlich die abſchließende Vertretung der baltiſchen Deutſchen übernehmen konnte. Die Widerſtände, mit denen die Bewegung zu kämpfen hatte, ſowohl nach außen als auch innerhalb des Deutſchtums ſelbſt, waren hier vielleicht zunächſt noch größere als in Eſtland. Die Wirkungen des liberal-demokratiſchen Zeitgeiſtes waren hier noch tiefergehende geweſen. Langſam, aber ſtetig drang die Bewegung vor, in ihrem Auftreten oft mit einer Schärfe, die auch den innerlich Naheſtehenden zurückſtieß; dadurch aber ſchuf ſie die Vorausſetzungen dafür, „daß die Arbeit nicht in Fortſetzung der hochſtehenden, aber bisher weltanſchaulich neutralen Volkstumspflege, ſondern aus der gleichen Wurzel mit der deutſchen Revolution erwuchs“[38].

---

[35] Vgl. für das Folgende auch R. Wittram, Livland. Schickſal und Erbe der baltiſchen Deutſchen. S. 63—65. u. 82—84.

[36] Bald darauf wurde die Freiheitskämpferbewegung aufgelöſt und verboten.

[37] R. Wittram, Livland. Schickſal und Erbe der baltiſchen Deutſchen, S. 83.

[38] R. Wittram, Livland. Schickſal und Erbe der baltiſchen Deutſchen, S. 63.

In drei Dingen ſah die Bewegung vor allem ihre Aufgabe: „die gegenſeitige Fremdheit der alten ſtändiſchen Gruppen, die gewiß ſchon gemildert war, mußte im Feuer der neuen Weltanſchauung und durch die Kraft eines neuen Gemeinſchaftserlebniſſes endgültig überwunden werden; es mußte eine neue Ausleſe ſtattfinden, die nicht mehr den oft nur noch gewohnheitsmäßig feſtgehaltenen Kategorien folgte, ſondern unter nationalſozialiſtiſchen Geſichtspunkten ſtand; jeder Volksgenoſſe mußte wiſſen, daß das Bekenntnis zum Deutſchtum nichts an äußerem Gewinn verſprach, ſondern Opfer verlangte und unter Umſtänden mit Gefahren verbunden war.“[39] Nur von der nationalſozialiſtiſchen Idee her konnte auch das Problem des ſog. Randdeutſchtums, das die Bewegung alsbald mit Erfolg anpackte, gelöſt und dieſes der Gemeinſchaft eingefügt werden.

Mit dem Rücktritt Paul Schiemanns als Leader der deutſchen Parlamentsfraktion unter gleichzeitiger Niederlegung ſeines Abgeordnetenmandats (Herbſt 1933) und ſeinem Ausſcheiden als Hauptſchriftleiter der Rigaſchen Rundſchau (Sommer 1933) ſchienen ſich Ausſichten auf eine raſche Umbildung der deutſchen Volksgruppe in Lettland zu ergeben. Indeſſen, die politiſche Führung hielt auch weiterhin an dem von Schiemann eingeſchlagenen politiſchen Kurs feſt, der nationalſozialiſtiſchen Bewegung aber wurden bald durch die Einführung des autoritären Staatsſyſtems die Wirkungsmöglichkeiten weitgehend geſperrt. Das im Februar 1934 begründete nationalſozialiſtiſche Blatt, die „Rigaer Tageszeitung“, wurde verboten. Die Einſchränkung der Verſammlungsfreiheit u. a. ſperrten der Bewegung jede öffentliche Wirkſamkeit. So konnten auch die beſtehenden politiſchen innerdeutſchen Gegenſätze nicht offen ausgetragen werden. In einem langſamen Gärungsprozeß mußte ſich der Nationalſozialismus durchſetzen und die Volksgruppe der deutſchen Erneuerung gewonnen werden. Dem ſtaatlichen Auge verborgen wurde in mühſamer Arbeit die Umformung durchgeführt. Der Anſatzpunkt war hier wie überall, wo in den deutſchen Volksgruppen das Ringen um die nationalſozialiſtiſche Umbildung ſtattfand, die Gewinnung der Jugend. Die Formationen, Gliederungen und Verbände der nationalſozialiſtiſchen Bewegung erſtanden auch hier in äußerlich harmloſen und unbedeutenden Vereinen und Verbänden, dem „Verband deutſcher Jugend“, dem „Bildungsverein“, der „Vereinigung für Heimatkunde“, dem „Wander- und Sportverein“ u. a. So wurde der junge Deutſche im Baltikum gleich wie der Deutſche im Reich in männlich-ſoldatiſcher Erziehung durch die Gliederungen der Bewegung, durch Landdienſt und politiſche Schulung geformt.

Getragen wurde dieſe Arbeit von dem Glauben an eine deutſche Aufgabe und eine deutſche Zukunft der Volksgruppe und ihres Landes. So war es nur natürlich, daß ſich bald ein enges Zuſammenwirken der jungen nationalſozialiſtiſchen Kräfte in Lettland und Eſtland ergab, wobei von Süden her der Anſtoß ausging, vielleicht weil hier in vielem die Probleme deutlicher zutage traten, ſowohl die Gegenſätze innerhalb der Volksgruppe ſelbſt als auch in der Frontſtellung zum Lettentum. Kroeger galt ſchon damals auch vielen Nationalſozialiſten Eſtlands als der Führer des geſamten baltiſchen Deutſchtums. Zielbewußt wurde auf eine einheitliche politiſche Willensbildung im Süden wie im Norden hingewirkt[40]. So kam es dazu, daß bei der Umſiedlung das baltiſche Deutſchtum wieder als eine einheitliche Gruppe in Erſcheinung treten konnte.

Daß der lettiſche Staat den Vorgängen in der Volksgruppe nicht gleichgültig gegenüberſtand, vielmehr jede Möglichkeit zum Eingreifen aufmerkſam wahrnahm, daran war man längſt gewöhnt, doch aufhalten konnte er die Entwicklung nicht, denn jede lettiſche gegen Deutſche gerichtete Maßnahme, Verſammlungsverbote, Verhaftungen u. a., offenbarte ja erſt recht die Notwendigkeit einer Stärkung der Volksgruppe durch ihre Erneuerung.

Die Volksgruppenführung, die ſeit der Auflöſung der politiſchen Parteien bei der „Deutſchbaltiſchen Volksgemeinſchaft“ lag, nahm dieſem Umbildungsprozeß gegenüber zunächſt eine mit vielen Vorurteilen belaſtete Haltung ein. Vor allem fürchtete ſie eine noch weiter gehende Erſchwerung der Stellung in der Heimat durch den lettiſchen Staat, wenn nicht nur der Gehalt, ſondern auch die äußeren Formen der deutſchen Erneuerung von der Volksgruppe Beſitz ergriffen, ohne ſich darüber klar zu ſein, daß der ideelle Gehalt auch notwendig die gleichen Formen verlangte. So blieben ſcharfe Spannungen nicht aus, das Jugendamt der „Deutſchbaltiſchen Volksgemeinſchaft" wurde zeitweiſe aufgelöſt. Wenn es trotzdem zum offenen Bruch nicht kam, ſo war das weſentlich ein Verdienſt des 1935 zum Präſidenten der „Volksgemeinſchaft" gewählten Erich Mündel, der das ehrliche Streben der jungen Generation richtig zu werten wußte, und deſſen ſchlichte Geradheit und aufrechtes deutſches Wollen, das er in ſachlicher Arbeit und Leiſtung gezeigt wiſſen wollte, von allen immer wieder anerkannt werden mußte. Aber auch in der „Volksgemeinſchaft" ſelbſt bahnte ſich aus der praktiſchen Volkstumsarbeit heraus ſelbſt die nationalſozialiſtiſche Umbildung der Volksgruppe an. Die Arbeit des Landamtes und des Amtes für Berufsberatung waren ſichtbare Zeugen dieſer Entwicklung. Als ſich die geſamte baltiſche Jugend im Sommer 1937 in der Bewegung zuſammenfand und zur nationalſozialiſtiſchen Idee bekannte, da war auch die Einigung der Volksgruppe nur noch eine Frage der Zeit.

---

[39] R. Wittram, Livland. Schickſal und Erbe der baltiſchen Deutſchen, S. 63—64.

[40] Dieſe Aufgabe förderten u. a. auch die 1937, 1938, 1939 in Dorpat ſtattfindenden baltendeutſchen Hiſtorikertreffen.

Im Spätherbſt 1938 iſt dann auch dieſe erreicht worden. In ſchnell fortſchreitendem Maße übernahm nun die Bewegung ſelbſt auch die Arbeit in der zentralen Deutſchtumsorganiſation, die damit immer mehr zu der wirklichen Volksgemeinſchaft aller Deutſchen in Lettland wurde. Das Jugendamt wurde als Jugendführung der „Deutſchbaltiſchen Volksgemeinſchaft" unter Otto Kraus als Jugendführer neu aufgebaut. Die Nachbarſchaften boten den einſatzfreudigen Kräften der Bewegung das große Betätigungsfeld, um die Gemeinſchaft aller Deutſchen in die Tat umzuſetzen. Auch auf allen anderen Gebieten der völkiſchen Arbeit ſetzte ein ſtarker Ausbau und eine Intenſivierung ein. Davon wurde, wie das völkiſch-politiſche, ſo auch das wirtſchaftliche und kulturelle Leben ergriffen.

Die nationalſozialiſtiſche Umformung der Volksgruppe war in vollem Gange. Der Delegiertentag der „Deutſchbaltiſchen Volksgemeinſchaft" vom November 1938 trug dem Rechnung. Zwar mußte weſentlich, um lettiſche Eingriffe zu vermeiden, darauf verzichtet werden, dem Landesleiter der nationalſozialiſtiſchen Bewegung der deutſchen Volksgruppe in Lettland, Erhard Kroeger, auch die Führung der Volksgruppe nach außen zu übertragen, aber Kroeger hatte fortan als Glied des Präſidiums der „Volksgemeinſchaft" einen ſo entſcheidenden Einfluß, daß eine nationalſozialiſtiſche Führung der „Volksgemeinſchaft" und der Volksgruppe damit gewährleiſtet war.

Auch die Letten ſpürten alsbald den ſtarken Auftrieb, den das Deutſchtum durch die erreichte Einigung erhalten hatte. Auf dem Delegiertentag der „Volksgemeinſchaft" 1938 konnte Kroeger ihnen zurufen: „Und wie wir unſer Volkstum nach innen ausbauen wollen, das beſtimmen wir ſelbſt und ſonſt niemand." Und weiter hieß es in Kroegers großer Rede: „Wir ſind als geſchloſſene Volksgruppe jeden Tag bereit, mit jedem zuſammenzugehen und loyal zuſammenzuarbeiten, der uns die Hand dazu reicht. Aber wir wiſſen heute auch, daß es keine Macht der Erde gibt, die uns aus der Geſchichte dieſes Landes ausradieren oder aus der Zukunft ſtreichen könnte."[41]

Noch ſtärker trat dann vielleicht der wiedererſtarkte Zukunftsglauben und Zukunftswillen in den großen Deutſchen Feſttagen anläßlich der Feier der zwanzigſten Wiederkehr des Tages der Befreiung Rigas von der Bolſchewikenherrſchaft 1919 in Erſcheinung. Wer jene Tage miterlebte, wird ſich des Eindrucks nicht haben erwehren können, daß die Volksgruppe in ihrer Entwicklung mit der nationalſozialiſtiſchen Umbildung im Reich das gleiche Ziel erreicht hatte[42].

Das baltiſche Deutſchtum im Norden und Süden ſah ſicher und gläubig in die Zukunft, die es als deutſche Aufgabe im baltiſchen Raume begriff.

5.

Doch die politiſche Lage in Europa und damit auch im Oſtſeeraum änderte ſich gar bald. Englands und Frankreichs Treiben zum Kriege, die Aufſtachelung Polens gegen das Reich, der deutſch-ſowjetruſſiſche Vertragsabſchluß vom Auguſt 1939, der Ausbruch des Krieges, der ſiegreiche Feldzug im Oſten, der zweite deutſch-ſowjetruſſiſche Vertrag — Etappen in einer ſich faſt überſtürzenden gewaltigen Entwicklung. In den Forderungen der Ruſſen an die baltiſchen Staaten auf Einräumung militäriſcher Stützpunkte und dem Abſchluß der Beiſtandspakte (Eſtland-Sowjetrußland, 28. 9. 1939; Lettland-Sowjetrußland, 5. 10. 1939) wurden die Wirkungen der Veränderung der allgemeinen politiſchen Atmoſphäre auch im baltiſchen Raum deutlich ſpürbar[43]. Und dann kam die große Reichstagsrede des Führers vom 6. Oktober 1939, in der er die Umſiedlung außendeutſcher Volksgruppen in das vergrößerte Reich ankündigte, um im Oſten klare Volkstumsgrenzen zu ſchaffen und damit in Zukunft den Frieden zu ſichern.

---

[41] Baltiſche Monatshefte, Jg. 1938, S. 697—698.

[42] Das haben in zahlloſen mündlichen und ſchriftlichen Äußerungen die teilnehmenden Gäſte aus dem Reich immer wieder beſtätigt.

Das baltiſche Deutſchtum, das zum großen Teil die Rede des Führers am Rundfunk ſelbſt erlebte, war ſich zunächſt noch nicht völlig klar darüber, daß der Ruf des Führers ſich an ſie als erſte deutſche Volksgruppe richtete. Dieſe Gewißheit erhielt es erſt am nächſten Tage durch ſeine aus dem Reich inzwiſchen zurückgekehrten Führer.

Der Ruf kam ihm unerwartet, und nicht leicht fiel es den baltiſchen Deutſchen, ihm Folge zu leiſten, hatte doch ſteter Kampf um das Land der Väter ihr Schickſal beſtimmt. — „Feſtſtehen, das wird unſere Aktion, Ausharren, das ſoll die Summe unſerer Politik ſein“[44], ſo hatte einſt Schirren ihre politiſche Aufgabe gekennzeichnet. Nach Krieg und Verwüſtung, nach Zerſtörung und Revolution wieder aufbauen, oder wie Schirren das Lebensprinzip baltiſcher Geſchichte formulierte: „Wir fangen dann wieder von vorne an und machen es unter veränderten Verhältniſſen und mit veränderten Aufgaben im weſentlichen doch wieder ſo wie die Väter, als ſie vor mehr denn ſiebenhundert Jahren inmitten der Schweden, der Dänen, der Litauer und Ruſſen, Fuß faßten und der abendländiſchen Chriſtenheit eine Vormauer bildeten unter Bedrängniſſen und Leiſtungen, welche ſie alle überſtanden, wie die Geſchichte meldet“[45] — das war dem baltiſchen Deutſchtum weſensgemäß. Nun aber ſollte es kampflos den Boden der Heimat, der ſoviel deutſches Blut wie kaum ein anderer getrunken hatte, verlaſſen. Allein es hat nicht eine Minute des Schwankens oder der Unentſchloſſenheit gekannt. Seine deutſche Aufgabe im baltiſchen Raum war ihm immer ein Auftrag des Geſamtvolkes geweſen; erklärte der Führer aller Deutſchen dieſe Aufgabe für erledigt und rief er die baltiſchen Deutſchen an einen anderen Platz, ſo folgten ſie willig, denn als Vorpoſten deutſchen Volkstums waren ſie einſt herausgezogen, als Vorpoſten des deutſchen Volkes wurden ſie zu neuen Oſtaufgaben berufen[46].

Es ſoll hier nicht im einzelnen das gewaltige Werk des Aufbruchs, das, ſo will es ſcheinen, in ſeiner Leiſtung und Haltung ein würdiger Abſchluß der baltiſchen Geſchichte war, behandelt werden, der Arbeit, die jung und alt vereinte, um die letzte große Aufgabe, die den Balten als Balten in ihrem Lande geſtellt war, zu erfüllen. Mit einem über Nacht in Anlehnung an die zentralen deutſchen Inſtitutionen geſchaffenen Verwaltungsapparat wurde die Ausſiedlung aus der alten Heimat in der durch den deutſch-lettiſchen Vertrag vom 30. Oktober 1939 und den deutſch-eſtniſchen Vertrag vom 15. Oktober 1939 geſtellten Friſt in Lettland bis zum 15. Dezember 1939, in Eſtland bis zum 15. 1. 1940 (ſpäter verlängert bis zum 1. 3. 1940) planmäßig durchgeführt. 52 503[47] Deutſche aus Lettland verließen das Land. Das ſind über 90 v. H. des lettländiſchen Deutſchtums, denn der Beſtand der Volksgruppe war bis zum Zeitpunkt der Umſiedlung durch Überalterung und Umvolkung infolge der planmäßigen Lettiſierungspolitik des Staates weiter zuſammengeſchrumpft und höchſtens mit 53 548 anzuſetzen[48].

---

[43] Vgl. Jomsburg, Bd. 3, 1939, S. 348ff.

[44] C. Schirren, Livländiſche Antwort. Leipzig 1869, S. 174.

[45] Derſ., a. a. O., S. 174.

[46] Vgl. dazu auch H. Krieg, Baltiſcher Aufbruch zum deutſchen Oſten. Volksdeutſche Heimkehr, Bd. 1, Berlin-Leipzig 1940, S. 26—29.

[47] Eingeſchloſſen ſind in dieſe Zahl auch diejenigen Deutſchen lettländiſcher Staatsangehörigkeit, die ſich im Reich bereits aufhielten und dort ausgebürgert wurden.

[48] K. Baron Mandell, Die Baltendeutſchen vor ihrer Umſiedlung. Ein ſtatiſtiſcher Rückblick. In: Jomsburg, Bd. 4, 1940, S. 89. Siehe auch Baltiſcher Beobachter, Jg. 11, 1940, Folge 1, S. 14, unter „Zahlen aus dem Oſten“. Es handelt ſich hier um die Wiedergabe eines Artikels aus der Rigaſchen Rundſchau kurz vor Abſchluß der Umſiedlung.

Aus Eſtland verließen etwa 13700 Deutſche[49] das Land. Das ſind, wenn man für den tatſächlichen Beſtand die Zahl der Perſonen zugrunde legt, die im Nationalkataſter der deutſchen Kulturverwaltung am 1. Oktober 1938 eingetragen waren, nämlich 14192, 96,5 v. H.[50].

Wertet man die Entſcheidung zur Umſiedlung als Bekenntnis zum Nationalſozialismus, zu Führer und Reich, und vergleicht die Zahlen der Umſiedler mit den Zahlen der letzten Reichstagswahlen, ſo zeigt ſich, daß, wenn man ſich noch die Schwere des Entſchluſſes, vor allem die ſtarke Heimat- und Bodenverbundenheit der Balten vergegenwärtigt, unter ſchwierigeren Umſtänden ein Ergebnis erzielt wurde, das ſich würdig den großen Abſtimmungen im Reich an die Seite ſtellen kann[51].

Für die baltiſchen Staaten ſelbſt bedeutete naturgemäß die Ausſiedlung der baltiſchen Deutſchen ein entſcheidendes innerpolitiſches Problem. In gewiſſem Sinne wurde die innere Lage vereinfacht, denn der Gegner, gegen den das Letten- und Eſtentum die ganzen letzten Jahre über rückſichtslos gekämpft hatte, ſchied aus. Indeſſen zeigte die lettiſche und eſtniſche Öffentlichkeit, als der Ruf des Führers an die baltiſchen Deutſchen bekannt wurde, große Zurückhaltung, ja eine gewiſſe Unruhe machte ſich deutlich bemerkbar, nicht nur aus dem Bewußtſein der weitgehenden daraus entſtehenden Folgen für die innere Lage der Staaten, ſondern auch weil ſie unklar ahnten, daß auf die Räumung des Gebietes durch die baltiſchen Deutſchen noch andere Ereigniſſe von weittragendſter Bedeutung folgen würden. Die lettiſche Regierung griff darauf noch einmal zu dem in den letzten Jahren ſo oft angewandten Mittel, durch eine entſprechende Preſſepolitik den Chauvinismus anzufachen, aber ſie erreichte damit nicht in vollem Maße das, was ſie wünſchte. Beſonders auf dem Lande war die Bevölkerung über die bevorſtehende Umſiedlung ſehr nachdenklich geworden. Seit Jahren zum erſten Mal zeigten ſich hier wieder Sympathien für das Deutſchtum, die ſo manchem Umſiedler beim Verlaſſen der Scholle entgegenſchlugen. In Eſtland war wie ſchon meiſt die Stimmung in der eſtniſchen Öffentlichkeit weſentlich ruhiger. Auch hier gab es jetzt ſo manches anerkennende Wort über die baltiſchen Deutſchen und ihre Leiſtung. Allgemein aber herrſchte ſowohl in Eſtland als auch in Lettland ein faſſungsloſes Staunen darüber, daß das Wort eines einzigen Mannes — des Führers — die Balten zum Verlaſſen der Heimat zwingen konnte, wo ſie doch ſelbſt oft genug vergebens verſucht hatten, den baltiſchen Deutſchen die Exiſtenz im Lande unmöglich zu machen.

Die tatſächlichen Rückwirkungen der Umſiedlung trafen vor allem das lettiſche und eſtniſche Wirtſchaftsleben, Handel, Induſtrie, Handwerk und Gewerbe, Landwirtſchaft, denn das Deutſchtum hatte auf dieſen Gebieten doch noch einen Einfluß, der über ſeine zahlenmäßige Bedeutung hinausging[52]. Wenn die Letten und Eſten auch immer nach einer Nationaliſierung ihrer Wirtſchaft geſtrebt hatten, ſo ſtellte das plötzliche und unerwartete Ausſcheiden der Deutſchen ſie doch vor ſehr ernſte und wichtige Fragen. Es war daher verſtändlich, wenn ſie bei den Umſiedlungsverhandlungen unter ſtärkſtem Einſatz darauf hinarbeiteten, daß ihr Wirtſchaftsleben nach der Umſiedlung nicht allein nicht geſchwächt, ſondern geſtärkt daſtünde. Auf dieſe lettiſchen und eſtniſchen Wünſche wurde tatſächlich weitgehend Rückſicht genommen, zumal ja auch das Reich an einer Erhaltung der wirtſchaftlichen Leiſtungskraft der baltiſchen Staaten innerhalb des europäiſchen Wirtſchaftsſyſtems intereſſiert war[53].

---

[49] Es handelt ſich hier um eine Zahl, die von K. Baron Maydell, a. a. O., S. 90, auf Grund von Angaben von R. Hippius, Die Umſiedlergruppe aus Eſtland, Ihre ſoziale, ſeeliſche und geiſtige Struktur, in: Deutſche Monatshefte, Jg. 7 (17), 1940, S. 137ff., errechnet worden iſt. Eine zuverläſſige amtliche Zahl der Umſiedler aus Eſtland fehlt.

[50] K. Baron Maydell, a. a. O., S. 90. Eine Berechnung des Hundertſatzes der Umſiedler aus Eſtland, ausgehend von der in der eſtniſchen Volkszählung 1934 angegebenen Deutſchtumszahl mit 16346 unter Berückſichtigung einer Verringerung durch Überalterung und Umvolkung, wie es bei den lettländiſchen Umſiedlern geſchah, iſt nicht möglich, weil die Zahl der Deutſchen nichteſtländiſcher Staatsangehörigkeit, die in der Deutſchtumszahl der Volkszählung enthalten ſind und die im Zuge der Umſiedlung Eſtland verlaſſen haben, nicht zuverläſſig bekannt iſt. Es kann aber angenommen werden, daß man bei einer ſpäter vielleicht möglichen Durchführung dieſer Berechnung zu einem ähnlichen Ergebnis wie bei den Umſiedlern aus Lettland käme.

[51] Dieſen Ausführungen ſteht die zu Beginn des Jahres 1941 im Baltikum durchgeführte ſog. Nachumſiedlung nicht entgegen. Zwar ſind dadurch noch über 18000 Perſonen in das Reich umgeſiedelt worden, doch handelt es ſich dabei neben dem geringen Hundertſatz derer, die ſich, wie die obigen Angaben zeigen, im Herbſt 1939 nicht zum Verlaſſen der Heimat entſchließen konnten — vor allem wohl Alte, Kranke und ſolche, die ſich nur vom perſönlichen wirtſchaftlichen Vorteil leiten ließen —, in der Hauptſache um eine Gruppe von Menſchen, die als zwiſchen dem deutſchen und dem lettiſchen und eſtniſchen Volkstum ſtehend betrachtet werden können, die aber in der großdeutſchen Volksgemeinſchaft, wo die völkiſchen Gefahren geringer ſind als in den Grenz- und Miſchgebieten, dauernd dem deutſchen Volkstum werden zurückgewonnen werden können.

[52] Vgl. dazu auch den Aufſatz: „Der Krieg und die Wirtſchaft Lettlands." In: Oſtland, Jg. 1940, S. 43ff. Dieſem Artikel liegt ein Aufſatz des lettiſchen Handels- und Induſtrieminiſters Blumbergs über

Aber auch auf dem kulturellen Gebiet ſtrebten Letten und Eſten danach, ſich weitgehend in den Beſitz der deutſchen kulturellen Güter zu ſetzen. Das war um ſo unverſtändlicher, als gerade in den letzten Jahren die deutſche Kulturleiſtung und der beſtimmende deutſche Kultureinfluß im Lande beſonders von den Letten völlig abgelehnt, ja beſtritten worden war. Der lettiſche Staatspräſident Ulmanis ſelbſt hatte nicht nur zu wiederholten Malen die Forderung einer genuinen lettiſchen Kultur aufgeſtellt, ſondern auch die deutſche Kulturbeeinfluſſung als leicht zu beſeitigende Überfremdung bezeichnet. Ähnlich hatte der führende lettiſche Hiſtoriker, Vorſitzende der Denkmalsverwaltung und Vizedirektor des Geſchichtsinſtituts, Profeſſor Dr. Fr. Balodis, geurteilt, indem er die deutſche Kulturleiſtung im Baltikum in Parallele ſetzte zum gotländiſchen, ſchwediſchen, polniſchen, ruſſiſchen und italieniſchen Einfluß auf die Prägung des Kulturgeſichts des Landes: „Doch darf nicht vergeſſen werden, daß auch eine beträchtliche Anzahl von gotländiſchen, ſchwediſchen, deutſchen, polniſchen, italieniſchen und ruſſiſchen Handwerkern, Künſtlern und Baumeiſtern in Lettland gewirkt haben, deren Anteil am Kulturbilde des Landes bis zu den Freiheitskriegen nicht zu verſchweigen iſt.“[54]. Noch deutlicher hatte der letzte lettiſche Bildungsminiſter — damals noch Rektor der Univerſität — Profeſſor Dr. Auškaps gelegentlich den lettiſchen Standpunkt zuſammengefaßt: „Es wird auch fortgeſetzt behauptet, daß die ganze Kultur in dieſem Lande von Fremden hineingebracht worden iſt. Darauf beginnen ſchon die Steine und die Erde ſelbſt zu erwidern und ſie ſprechen von unſerer jahrtauſendealten Kultur, die jene nicht zu verſtehen und aufzunehmen verſtanden, welche Falſchheit, Raub und Elend hierher brachten. Die Kultur, welche die Eindringlinge hierhergebracht zu haben vermeinen, bitten wir reſtlos zurückzunehmen. Mit unſerer Arbeitsliebe, mit unſerer unerhörten Vitalität, mit unſerer nationalen Zähigkeit ſind wir reich genug, um das große Gebäude einer eigenen geiſtigen Kultur zu errichten . . .“[55].

„Ziele und Aufgaben der lettiſchen Wirtſchaftspolitik im neuen Jahr“ aus der halbamtlichen Zeitung „Brīva Zeme“ (Das freie Land) zugrunde.

[53] Nach Angaben der lettiſchen Preſſe waren 1935 von insgeſamt 1020 Handelsbetrieben erſter und zweiter Kategorie rund 200 oder 20 v. H. in deutſchen Händen. Der deutſche Anteil an der Geſamtzahl der Handelsunternehmungen betrug 1929 (39238). Der Anteil der Großhandelsunternehmungen am Geſamtumſatz betrug bei den lettiſchen Betrieben nur 39 v. H., bei den deutſchen aber 89 v. H. Dieſes Bild hatte ſich freilich bereits durch die Lettiſierungspolitik der letzten Jahre erheblich verändert. — In lettiſchen Beſitz gingen durch die Umſiedlung u. a. über etwa 2000 gewerbliche und Induſtriebetriebe, 3639 Grundſtücke, 15000 Wohnungen uſf. Von 30000 werktätigen Deutſchen ſchieden rund 16000 aus Handel und Induſtrie aus. In den freien Berufen, namentlich unter den Ärzten, Juriſten und Theologen, wurden 2000 Plätze frei (Oſtdeutſcher Beobachter, 18. 1. 1940). — Ferner wurden vom lettiſchen Staat bis zum Februar 1940 1762 Landſtellen mit insgeſamt 50000 Hektar aus dem Beſitz der Umſiedler übernommen (Oſtdeutſcher Beobachter, 15. 2. 1940). — Die offiziöſe lettiſche Zeitung „Rīts“ (Der Morgen) berechnet, daß die Einnahmen der Stadt Riga, die im Jahre 1939 mit 20 Mill. Ls. veranſchlagt worden waren, durch den Abzug der Deutſchen eine Verringerung um 20 v. H. oder vier Millionen erfahren würden (Baltiſcher Beobachter, Jg. 11, 1940, Folge 3, S. 37). — In Eſtland gehörte der deutſchen Volksgruppe im Herbſt 1939 $^{1}/_{5}$ des geſamten Volksvermögens des Staates, während der deutſche Bevölkerungsanteil nur 1,5 v. H. betrug (R. Hippius, Die Umſiedlergruppe aus Eſtland. In: Deutſche Monatshefte, Jg. 7 [17], 1940, S. 124).

[54] Lettland. Landſchaft, Volksleben, Baukunſt und Muſeen. Eine Folge von Bildern mit Einleitung und Erläuterungen von Fr. Balodis und P. Arends. Riga 1938, S. 15.

[55] Rede gehalten auf dem lettiſchen Staatsakt anläßlich der Feier des 15. Mai. Rigaſche Rundſchau, 16. 5. 1936. — Vgl. dazu auch L. Karſtens (J. v. Hehn), Die Entwicklung und der Charakter der lettiſchen Geſchichtswiſſenſchaft. In: Jomsburg, Bd. 3, 1939, insbeſ. S. 69—71, und J. v. Hehn, Der deutſche Einfluß auf die lettiſche Volksentwicklung. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, Jg. 3 1938, S. 208ff.

Jetzt aber beanſpruchten die Letten nicht nur die in ihrer Verwaltung aus dem Beſitz deutſcher Organiſationen befindlichen Archivalien, Gemäldeſammlungen, Muſeumsbeſtände u. a.[56], ſondern auch die bis zuletzt in deutſchem Beſitz und deutſcher Verwaltung befindlichen großen deutſchen wiſſenſchaftlichen Bibliotheken, das Kurländiſche Provinzialmuſeum, das Archiv und Silber der Companie der Schwarzen Häupter u. a., ja ſelbſt der Ausfuhr deutſcher Kulturwerte aus Privatbeſitz bereiteten ſie die größten Hinderniſſe. Wenn es trotzdem gelang, bedeutende deutſche Kulturwerte durch die Überführung in das Reich dem deutſchen Volk zu ſichern, z. B. bedeutende Teile der Bibliothek des Kurländiſchen Provinzialmuſeums, das faſt vollſtändige Archiv und die meiſten und wichtigſten Stücke des Silberſchatzes der Schwarzen Häupter, große Teile der Handſchriftenſammlung der Geſellſchaft für Geſchichte und Altertumskunde, zahlreiche Stücke des Dommuſeums und des Kurländiſchen Provinzialmuſeums und vieles andere, ſo war das das entſcheidende Verdienſt der deutſchen Verhandlungsführer, vor allem Direktor Dr. v. Holſt, Berlin, und Staatsarchivdirektor Dr. Papritz, Berlin. — Verloren ging allerdings u. a. die ſehr wertvolle und große Bibliothek der Geſellſchaft für Geſchichte und Altertumskunde. Von dem zurückbleibenden umfangreichen Archivgut, das in klarer und deutlicher Weiſe für alle Zeiten den eindeutigen Beweis der gewaltigen deutſchen Leiſtung im baltiſchen Raume erbringt, konnten wenigſtens viele Zehntauſende von Photokopien angefertigt werden, ſo daß der deutſchen Forſchung für alle Zeiten der Zugang zur baltiſchen Geſchichte offen iſt.

Auch in Eſtland erhoben die Eſten weitgehende Anſprüche auf deutſches Kulturgut, doch iſt heute noch nicht klar, was an deutſchen Kulturwerten gerettet werden kann, da die Verhandlungen zwiſchen dem Reich und den Eſten, bzw. jetzt den Ruſſen, noch nicht endgültig zum Abſchluß gekommen ſind.

Faſt unmittelbar nach Abſchluß der Ausſiedlung der baltiſchen Deutſchen wurde bereits mit ihrer neuen Anſetzung in den wiedergewonnenen Oſtgebieten, den Reichsgauen Danzig-Weſtpreußen und Wartheland, begonnen, doch erfolgte bei den früheren Eigentümern in Handel, Induſtrie, Handwerk, Gewerbe und Landwirtſchaft die Einweiſung zunächſt nur in der Form der Übertragung der kommiſſariſchen Verwaltung des neuen Betriebes. Ein vollſtändiges Bild dieſes gewaltigen Werkes der Wiedereinſchaltung in den Arbeits- und Wirtſchaftsprozeß kann heute noch nicht gegeben werden. Sichere Angaben fehlen noch. Vieles iſt auch noch im Werden und in der Entwicklung oder unterliegt vielleicht noch einer Änderung. Insgeſamt[57] wurden in den neuen Oſtgebieten etwa 62000 Umſiedler aus dem Baltikum angeſetzt, und zwar in Weſtpreußen-Danzig etwa 11000 und im Wartheland etwa 51000. In Poſen wird die Zahl der Balten auf 29000, in Litzmannſtadt auf 8500, in Gotenhafen auf 2800, in Kaliſch auf 2000, in Bromberg auf 1800, in Gneſen auf 1700, in Leslau auf 1300, in Liſſa auf 1200, in Hohenſalza auf 1200, in Thorn auf 700, in Oſtrowo auf 600, in Krotoſchin auf 400 geſchätzt. Der Reſt verteilt ſich auf die kleinen Städte und das Land.

Über den beruflichen Einſatz liegen bisher folgende Angaben vor[58]: als ſelbſtändige Unternehmer im Handel und Induſtrie etwa 3000, davon 500 in Weſtpreußen, im Handwerk etwa 1100, als Lehrer etwa 500, als Hochſchulkräfte und Dozenten 45, als Rechtswahrer 256, als Ärzte 356, als Ingenieure etwa 190, als Architekten 100, als Apotheker 190, als Forſtbeamte 63; ferner fanden u. a. rund 2000 Angeſtellte bei der Reichspoſt ihren neuen Arbeitsplatz. Auf dem Lande wurden von Baltendeutſchen insgeſamt 3000 Höfe im Wartheland mit etwa 150000 ha[59] und 150 in Weſtpreußen übernommen. Da dieſe Zahlen über den Berufseinſatz aus der Zeit bis zum 1. Mai 1940 ſtammen, darf angenommen werden, daß inzwiſchen die Wiedereingliederung der Baltendeutſchen in den Arbeits- und Wirtſchaftsprozeß völlig abgeſchloſſen iſt. Bei den Eigentümern wirtſchaftlicher Betriebe in Lettland und Eſtland iſt mit der endgültigen Beſitzeinweiſung bereits begonnen worden.

---

[56] Vor allem die Handſchriftenſammlung der Geſellſchaft für Geſchichte und Altertumskunde, das Archiv des Kurländiſchen Provinzialmuſeums, das Dommuſeum, die Gildenarchive, die Brederloſche Gemäldegalerie u. a. Siehe auch S. 231.

[57] Die folgenden Angaben beruhen im weſentlichen auf dem Rechenſchaftsbericht der Volksdeutſchen Mittelſtelle, Einwandererberatung, Zweigſtelle Poſen, der am 30. 4. 1940 im Rahmen einer die Umſiedlung abſchließenden Feierſtunde gegeben wurde. Oſtdeutſcher Beobachter, 6. 5. 1940, und Baltiſcher Beobachter, Jg. 11, 1940, Folge 6, S. 68—69. — Neuere Angaben, die größeren Anſpruch auf Zuverläſſigkeit haben, ſind bisher nicht bekannt geworden.

[58] Vgl. zum Folgenden auch außer dem bereits erwähnten Rechenſchaftsbericht der Volksdeutſchen Mittelſtelle den Völkiſchen Beobachter, Nr. 215, 2. 8. 1940.

[59] Das ſind etwa 4 v. H. des überhaupt im Wartheland verfügbaren Siedlungslandes.

Dieſe Wiedereinfügung und Wiedereingliederung der baltiſch-deutſchen Volksgruppe in den Arbeits- und Wirtſchaftsprozeß in den wiedergewonnenen deutſchen Oſtgebieten wurde weſentlich erleichtert durch die von der nationalſozialiſtiſchen Bewegung in Lettland und Eſtland vollzogene nationalſozialiſtiſche Durchgliederung und Durchbildung der Volksgruppe und durch die in der alten Heimat vorbildlich geleiſtete völkiſche ſelbſtverantwortliche Aufbauarbeit in „Volksgemeinſchaft“ und „Kulturverwaltung“, die nicht nur von den wenigen hauptamtlichen Sachbearbeitern, ſondern in ihrer großen Zahl ehrenamtlicher Helfer und Facharbeiter tatſächlich von der geſamten Volksgruppe getragen wurde. So konnten die zuſtändigen Reichsſtellen hier mit einem diſziplinierten, bereits nationalſozialiſtiſch erzogenen Menſchenmaterial arbeiten. In Anerkennung der in der Heimat vorliegenden Leiſtung und um die vorhandene Sachkenntnis im Intereſſe des Gelingens des Geſamtwerkes der Umſiedlung nutzbringend auszuwerten, wurden die wichtigſten Träger dieſer Arbeit auf Weiſung des Reichsführers ϟϟ als Reichskommiſſar für die Feſtigung deutſchen Volkstums in der Zweigſtelle Poſen der Volksdeutſchen Mittelſtelle, die von dem ehemaligen Landesleiter der Bewegung in Lettland, ϟϟ-Standartenführer Dr. Erhard Kroeger, geleitet wurde, als Einwandererberatung zuſammengefaßt und den verantwortlichen, die Wiedereinfügung in den Wirtſchaftsprozeß leitenden Reichsbehörden beratend zur Seite geſtellt. Dieſem Zuſammenwirken der ehemaligen baltendeutſchen Führung und völkiſchen Arbeitsleitung mit den maßgebenden Behörden und Stellen des jungen Reichsgaus Wartheland war es zu danken, wenn bereits faſt ein Jahr nach der Ausſiedlung die vollſtändige Wiedereinfügung in den Arbeits- und Wirtſchaftsprozeß vollzogen war. Damit war das große Werk der baltendeutſchen Umſiedlung äußerlich nahezu abgeſchloſſen, und das geſchah in einer Zeit des gewaltigſten Völkerringens in Gebieten, die erſt durch den Krieg wieder mit dem Reich vereinigt wurden und über die der Krieg ſelbſt hinweggegangen war — eine des deutſchen Volkes und ſeiner Geſchichte würdige und große Leiſtung!

Längere Zeit dagegen wird der Prozeß der ſeeliſchen Eingewöhnung oder, wie Max Hildebert Boehm es genannt hat, der ſeeliſchen Umſiedlung, in Anſpruch nehmen[60]. Mit der Aufgabe der Heimat verlor der Umſiedler den feſten Halt, denn ihm war die Heimat „der Inbegriff aller völkiſchen Überlieferungswerte, die innere Ruheſtellung im ſtändigen Volkstumskampf, ein Troſt der Seele im froſtigen ‚Vaterland‘, das ſeinen andersvölkiſchen Gruppen wenig Liebe entgegenbrachte, das Unterpfand der Zugehörigkeit zu einem heimlichen Deutſchland, das mehr als ein geographiſcher, mehr als ein politiſcher Begriff iſt, das ſich dem Deutſchen in der Ferne als ein Hort naiver Bewunderung, überſchwenglicher Erwartung und gläubiger Hoffnung darſtellt“, während das Heimaterlebnis für einen großen Teil der Deutſchen aus dem Reich, namentlich der Bildungsſchicht, längſt „blaß“ und „romantiſch“ geworden war. Der Umſiedler kommt in ein ihm fremdes Land, er iſt zunächſt noch Koloniſt; er muß und will wieder Wurzel faſſen. Das neue Land ſoll wieder zur Heimat werden, wenn nicht für ihn, ſo doch für die heranwachſende oder die nächſte Generation. Dieſe Entwicklung braucht Zeit[61].

Darüber hinaus aber muß ſich der Umſiedler auch in die feſten Ordnungen des Reiches einfügen. Auch das iſt ein ſchwieriger Vorgang. Wohl ſind ſie bereit und willig, aber die oft unwirklichen und ſchwärmeriſchen Vorſtellungen, die das Bild vom Reich als einer Sehnſucht bisher beſtimmten, erſchweren die Einordnung. Sie kannten bisher nur den fremden Staat, den Gegner; jahrhundertelang hatten die Balten gegen ihn um die Erhaltung ihrer Art und ihrer Sitte gekämpft, zuletzt noch hatten ſie gegen Letten und Eſten gerungen, ohne Achtung vor ihnen und ihrem Staat, denn, wie Wittram es formuliert hat, „wir waren älter als die Staaten, deren Päſſe uns eines Tages zuteil wurden“[62]. Und es war ja nicht nur eine innere Auflehnung gegen den fremden Staat, ſondern aus dem Ringen um Volkstum und Art gegen die ſtaatliche Unterdrückung ergab ſich mit Notwendigkeit auch ein Kampf gegen die Ordnungen und Maßnahmen des Staates. Daß daraus leicht eine gewiſſe Fremdheit gegenüber dem Staat ſchlechthin, ja eine grundſätzlich ablehnende oder aufbegehrende Haltung gegen dieſen erwachſen iſt, liegt auf der Hand. Mit dieſer Einſtellung, mit dieſen Schwierigkeiten fertig zu werden, iſt eine Aufgabe, die hohe Anforderungen an die Umſiedler ſtellt, aber ſie können weſentlich leichter und beſſer überwunden werden, wenn der Altreichsdeutſche dieſen Schwierigkeiten Verſtändnis entgegenbringt.

---

[60] Für das Folgende ſei auf Boehms Artikel „Seeliſche Umſiedlung“, zuerſt erſchienen in den Münchener Neueſten Nachrichten, in erweiterter Form wiedergegeben im Baltiſchen Beobachter, Jg. 11, 1940, Folge 5, S. 55—56, verwieſen. Unter den zahlreichen, vielfach das Problem nicht verſtehenden Veröffentlichungen in der Tagespreſſe, in Zeitſchriften oder in Buchform, die ſich mit der Umſiedlung beſchäftigen, kann dieſer Aufſatz als einer der beſten bezeichnet werden. Jeder, der ſich ſelbſt in dem gewaltigen Umſiedlungswerk betätigt oder es forſchend zu begreifen ſucht, ſollte ſich Boehms Ausführung zu eigen machen!

[61] Vgl. dazu auch den von H. Boſſe ſtammenden Aufſatz „Bauern und Koloniſten“. In: Deutſcher Volkskalender 1939, S. 72—74.

Durch die Umſiedlung aber erhalten die Baltendeutſchen andererſeits, nachdem ihr Wirkungsfeld im lettiſchen und eſtniſchen Staat von Jahr zu Jahr mehr eingeengt worden war, nun wieder einen Betätigungsbereich, der ihrem Weſen und ihrer Leiſtungskraft gemäß iſt. Von Hippius iſt auf Grund der ſozialen, ſeeliſchen und geiſtigen Struktur der deutſchen Volksgruppe in Eſtland errechnet worden, daß zu ihr eine Bevölkerung von nahezu 200 000 Menſchen als Unterbau gehört hätte[63]. Vom Deutſchtum aus Lettland fehlen leider ähnliche Angaben, aber es iſt anzunehmen, daß man zwar nicht zu dem gleichen, denn der handwerkliche und bäuerliche Unterbau war in Lettland breiter als beim eſtländiſchen Deutſchtum, wo es insbeſondere ein zahlenmäßig nur ganz unbedeutendes Bauerntum gab, aber doch zu einem ähnlichen Ergebnis kommen würde. Den baltiſchen Deutſchen fehlten alſo in ihrer Heimat volle Auswirkungsmöglichkeiten. Das iſt durch die Umſiedlung anders geworden. Das Betätigungsfeld im wiedergewonnenen deutſchen Oſten bietet faſt unbegrenzte Möglichkeiten. Vereint werden ſie hier mit den Deutſchen aus dem Altreich, den einheimiſchen Deutſchen und den vielen andern deutſchen Umſiedlergruppen am gewaltigen Aufbauwerk ſchaffen können.

Sie werden ſich alle aneinander gewöhnen müſſen, die Deutſchen aus dem Reich und die, die bisher jenſeits der Grenzen ſtanden. Sie alle können auch voneinander lernen, denn gerade die Umſiedler aus dem Vorfeld des Reiches bringen auch wertvolle Gaben mit, vor allem ihre in ſtetem Volkstumskampf bewährte Erfahrung und ihre erprobte Kenntnis des Oſtens, ſeiner Verhältniſſe und ſeiner Problematik. Erſt allmählich werden ſie zu einer Einheit verſchmelzen. Die nationalſozialiſtiſche Idee aber iſt die Vorausſetzung und das Bindemittel dieſes Verſchmelzungsprozeſſes der verſchiedenen deutſchen Gruppen, der gemeinſame Einſatz am Aufbau des deutſchen Oſtens, das Schaffen am gemeinſamen Werk, dieſe Tatgemeinſchaft aller Deutſchen, der aus dem Reich und dem ehemaligen Polen und der aus den baltiſchen Staaten, bereits das ſichtbare Zeichen des Beginns dieſer Entwicklung, an deren Abſchluß auch der neue deutſche Oſten ein einheitliches Volks- und Stammesgefüge zeigen wird[64].

So iſt mit der Umſiedlung die Geſchichte der baltiſchen Deutſchen wieder in die des Reiches und Geſamtvolkes eingemündet. Als Vorkämpfer und Vorpoſten des Deutſchen Reiches waren ihre Vorväter einſt vor $7^1/_2$ Jahrhunderten in den baltiſchen Oſten hinausgezogen. $3^1/_2$ Jahrhunderte bildeten ſie eine Mark des „Heiligen Römiſchen Reiches Deutſcher Nation“. Und als dann im Kampf mit Ruſſen, Polen, Schweden und

---

[62] R. Wittram, Livland. Schickſal und Erbe der baltiſchen Deutſchen, S. 47.

[63] R. Hippius, Die Umſiedlergruppe aus Eſtland. Ihre ſoziale, geiſtige und ſeeliſche Struktur. In: Deutſche Monatshefte, Jg. 7 (17), 1940, S. 137.

[64] Vgl. auch die Rede des Gauleiters und Reichsſtatthalters des Warthelandes Greiſer auf der Kundgebung der NSDAP. am 3. April 1941 in Poſen: „ . . . Bei uns ſind alle aufbauwilligen Kräfte zuſammengefaßt, die zwar gebunden ſind an die Heimatidee und an ihre Tradition, die ſich aber zuſammenfinden in der gemeinſamen Arbeit und in einer Gemeinſchaft als dem tragenden Fundament unſerer Weltanſchauung, und die in ihrer Arbeit und in der Gemeinſchaft reif werden zur Löſung ihrer großdeutſchen Aufgabe . . .“ In: Oſtdeutſcher Beobachter, 4. 4. 1941.

Dänen das Reich ſeine Nordoſtmark verlor, da haben die baltiſchen Deutſchen ihre und des Landes deutſche Art zu halten gewußt in ſtetem und unaufhörlichem Ringen gegen eine fremde Staatsgewalt. Das Jahr 1918 ſchien dem Reich ſeine alte Kolonie zurückzugeben, allein der deutſche Zuſammenbruch vereitelte dieſe Hoffnung und riß das baltiſche Deutſchtum mitten hinein in das deutſche Verderben, das überall aufbrach. Doch wieder haben ſie gekämpft und gerungen um einen, ſo könnte es ſcheinen, verlorenen Poſten, denn nicht mehr um die Führerſtellung in dem Raume ging der Kampf — die ging ohne eigene Schuld im Weltkrieg verloren — nur um das Daſein als Deutſcher. Indes es will ſcheinen, daß auch dieſer letzte Abſchnitt der baltiſchen Geſchichte ſich nicht nur würdig anfügt an eine ſiebeneinhalbhundertjährige Überlieferung, ſondern zugleich auch ein ſtolzes Kapitel deutſchen Volkstumskampfes im Oſten iſt, der Erinnerung und des Gedenkens wert für kommende deutſche Geſchlechter. Allein in der Art dieſes letzten 20jährigen Kampfes lag es, daß nur ſelten ſchriftliches Zeugnis davon Kunde gibt, aus dem die Nachfahren einſt davon Wiſſen erhalten können.

So beſteht die Gefahr des Vergeſſens. Noch aber leben die Zeugen und Träger des Kampfes. Sollte es daher nicht eine der deutſchen Forſchung große und würdige Aufgabe ſein, bereits jetzt Mittel und Wege zu finden, um den großen deutſchen Volkstumskampf im Oſten — in den anderen Gebieten liegt es ja in dieſer Hinſicht ähnlich — als dauernde Überlieferung dem deutſchen Volke zu ſichern, als ſtolze Erinnerung in Zeiten der Größe, als Quelle der Kraft in Zeiten der Not? Das auszuführen und zu erhalten, fordern die Opfer des völkiſchen Ringens drüben im öſtlichen Vorfeld des Reiches.

Zur Frage der Einwanderung von Deutſchen nach Litauen

Von Manfred Hellmann, Berlin

1.

Von den zahlreichen bisher unbeantworteten Fragen, die mit dem Weſen und Werden der deutſchen Volksgruppe in Litauen zuſammenhängen, iſt die nach dem Einwanderungsvorgang und der Herkunft der Deutſchen Litauens bisher weder in umfaſſender Weiſe unterſucht, noch auch jemals mit einiger Sicherheit beantwortet worden. Aus gelegentlichen Mitteilungen, aus Zufallsfunden und aus einer verſchwindend geringen Zahl von Einzelarbeiten ergab ſich wohl eine zeitliche Umgrenzung des Haupteinwanderungsſchubes, doch blieben Grund der Einwanderung, zahlenmäßiger Umfang und Herkunftsgebiete im weſentlichen unbekannt, ſo daß in den in den letzten Jahren erſchienenen zuſammenfaſſenden Darſtellungen ſtets auf dieſe Lücke hingewieſen werden mußte[1].

Einige Veröffentlichungen in jüngſter Zeit haben zwar noch keine volle Klarheit gebracht, immerhin aber Anhaltspunkte für weitere Arbeit gegeben und Wege gewieſen, auf denen man weiterkommen kann. Die Frage nach der Herkunft der Deutſchen Litauens iſt in einem Zeitpunkt beſonders aktuell, da dieſe Volksgruppe im Zuge der großen völkiſchen Flurbereinigung im Oſten nach dem Willen des Führers in das Großdeutſche Reich heimkehrt. Die Volksgruppe ſelbſt hat ſich aus zwei Gründen nur unvollkommen über ihre eigene Geſchichte ein Bild zu ſchaffen vermocht. Einmal fehlte ihr die breite Bildungsſchicht, die z. B. das benachbarte Baltendeutſchtum beſaß und die Kräfte für wiſſenſchaftliche Arbeit frei zu machen in der Lage geweſen wäre. Zum anderen waren die Deutſchen Litauens nicht in geſchloſſenen Zügen ins Land gekommen, ſondern Einzeleinwanderer aus verſchiedenen Gebieten des deutſchen Volksbodens, und eigentlich erſt ſeit wenigen Jahren ſind dieſe deutſchen Kolonien und Einzelperſonen zu einer Volksgruppe im politiſchen Sinne zuſammengewachſen, die einheitlich ausgerichtet und geführt iſt. Im Deutſchen Reiche und bei den benachbarten Baltendeutſchen war das Deutſchtum Litauens, ſoweit es nicht in der erſten Generation im Lande ſaß und daher noch lebendige perſönliche Beziehungen zum Herkunftsgebiet beſtanden, wie das vielfach bei den Baltendeutſchen insbeſondere in Nordlitauen der Fall war, weitgehend unbekannt. Im Bewußtſein des Baltendeutſchen z. B. war Litauen noch zu Beginn der 30er Jahre dieſes Jahrhunderts ein deutſchenleerer Raum, und der Verfaſſer erinnert ſich noch ſehr wohl des Erſtaunens zahlreicher Baltendeutſcher, als auf ſeine Initiative im Herbſt 1932 zum erſtenmal ein Deutſcher aus Litauen in Riga einen Vortrag über deutſche Kulturarbeit in Litauen hielt; im Anſchluß an dieſen Vortrag iſt dem Verfaſſer vielfach die Frage begegnet: „Gibt es in Litauen denn auch Deutſche?“

Mit der wiſſenſchaftlichen Erforſchung dieſes Streudeutſchtums gar beſchäftigten ſich nur ganz wenige. Es iſt das nicht zu leugnende Verdienſt von Rudolf Heberle, daß er in einer größeren, im einzelnen freilich ſehr unvollkommenen und auch vom Grundſätzlichen her durchaus abzulehnenden Arbeit[2] ein Geſamtbild dieſer Volksgruppe gezeichnet hat, das durch eine Anzahl weiterer, meiſt in Form von kurzen Aufſätzen oder kleinen Broſchüren erſchienenen Arbeiten im allgemeinen nur unweſentlich ergänzt wurde. Einzelforſchungen über Geſchichte und Herkunft, Sprache und volkliches Leben der geſamten Volksgruppe oder einzelner Gebiete lagen überhaupt nicht vor[3], ſoweit ſie nicht von einem anderen Sachgebiet her auch Fragen des Deutſchtums in Litauen ſtreiften. Dieſes war z. B. der Fall bei der Behandlung der Geſchichte der Hanſe, wobei das Kauener Hanſekontor Aufmerkſamkeit erregte und ſeine Geſchichte dargeſtellt wurde, bei der Unterſuchung der Handelsbeziehungen Danzigs mit Polen-Litauen, endlich der Wirtſchaftsbeziehungen des Herzogtums Preußen zu ſeinem öſtlichen Nachbarlande[4]. Dabei ſtieß man auf Spuren deutſchen Lebens jenſeits der oſtpreußiſchen Grenze, ohne ſich jedoch im allgemeinen weiter damit zu beſchäftigen. Lediglich zwei Arbeiten, die bemerkenswerterweiſe während des Weltkrieges entſtanden, als Litauen von deutſchen Truppen beſetzt war und alſo ein äußerer Anſtoß zur Beſchäftigung mit der vielen deutſchen Soldaten als Überraſchung erſcheinenden Tatſache des Vorhandenſeins deutſcher Menſchen in dieſem „vergeſſenen" Lande gegeben war, behandelten ausſchließlich die Geſchichte des Deutſchtums[5]. Nach dem Weltkriege wurden einige wenige Arbeiten Lebensfragen des litauiſchen Volkstums gewidmet[6]; auch begannen Lageberichte aus den einzelnen deutſchen Kolonien Litauens zu erſcheinen, die viel Wertvolles an Material zutage förderten[7]. Die 1931 begründete Wochenſchrift „Deutſche Nachrichten für Litauen" und die verſchiedenen zuerſt unregelmäßig, dann in ununterbrochener Folge erſcheinenden „Deutſchen Kalender für Litauen"[8] brachten einige wertvolle Hinweiſe und Mitteilungen, ſind im allgemeinen aber eher als Quelle, denn als Darſtellungen zu werten, auch wenn ſie größere Überblicke enthielten[9]. Die Herkunftsfrage wurde gelegentlich geſtreift und einzelne Hinweiſe gebracht.

---

[1] M. Hellmann, Zur Geſchichte des Deutſchtums in Litauen. In: Auslanddeutſche Volksforſchung, Bd. I, 1937, Heft 4, S. 447—459; derſ. im Artikel „Litauen“, Handwörterbuch d. Grenz- u. Auslanddeutſchtums, Bd. 3, S. 394 ff.; derſ., Weſen und Werden der deutſchen Volksgruppe in Litauen. In: Deutſche Monatshefte, Jg. 7 (17), Heft 3/4 (Sept./Okt. 1940), S. 107—114; Heft 5/6 (Nov./Dez. 1940), S. 231—243; vgl. auch den Hinweis bei W. Conze, Die Beſiedlung der litauiſchen Wildnis. In: Deutſche Monatshefte in Polen, Jg. 5, 1939, Heft 10, S. 439.

---

[2] R. Heberle, Die Deutſchen in Litauen. Stuttgart 1927.

[3] Ein Teilgebiet behandelt die ſoeben erſchienene Arbeit von M. Hellmann, Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen in Litauen (1690—1793). „Volksforſchung", Beihefte zur Zeitſchrift f. Volksforſchung, Bd. 1, Berlin 1940.

[4] Vgl. z. B. Th. Hirſch, Danzigs Handels- und Gewerbegeſchichte unter der Herrſchaft des Deutſchen Ordens. Leipzig 1858; P. Simſon, Geſchichte der Stadt Danzig. Danzig 1913; K. Forſtreuter, Die Memel als Handelsſtraße Preußens nach dem Oſten. Königsberg 1932; H. Novak, Die preußiſch-litauiſchen Handelsbeziehungen zur Zeit Herzog Albrechts (1525—1568). Ungedr. Diſſ. Königsberg 1922.

[5] Walter Stein, Vom deutſchen Kontor in Kowno. In: Hanſ. Geſchichtsblätter, Bd. XXII, 1916, Heft 1 u. 2; P. Karge, Zur Geſchichte des Deutſchtums in Wilna und Kauen (Kowno). In: Altpr. Monatsſchrift, Bd. 54, 1917, S. 35—94.

[6] W. Sturm, Lebensfragen des Deutſchtums in Litauen. In: Volk und Raſſe, Jg. 3, 1928, Heft 3, S. 156—164; derſ., Das Deutſchtum in Litauen. In: Taſchenbuch des Grenz- und Auslanddeutſchtums, Heft 16b, Berlin 1930; W. Sturm, Der Kampf um die deutſche Volksſchule in Litauen. In: Der Auslanddeutſche, Jg. XIV, 1931, S. 294ff.; P. Vockrodt, Die Bedrückung der deutſchen Schule in Litauen. In: Nation und Staat, III. Jg., 1930, S. 317ff.; P. Meyer, Oſtland Litauen. Ein Beitrag zur deutſchen Diaſporakunde (Riga 1926; die Schrift iſt infolge unterlaufener Irrtümer nur bedingt zu verwenden); W. Sagel, Der Deutſche in Litauen. In: Der Deutſche im Auslande, Heft 3, Langenſalza 1935; vgl. meine Beſprechung in: Auslanddeutſche Volksforſchung, Jg. 2, 1938, Heft 3. Vgl. hierzu auch: W. Eſſen, Die ländlichen Siedlungen in Litauen. 2 Bde. Leipzig 1931; H. Mortenſen, Litauen. Hamburg 1926.

[7] Vgl. z. B. M. v. Bordelius, Entſtehung und Entwicklung der deutſchen Gemeinde zu Schoden (Litauen). In: Der Auslanddeutſche, Jg. VIII, 1937, S. 249ff.; derſ., Vom Leben und Schaffen einer deutſchen Gemeinde in Litauen. In: Der Auslanddeutſche, Jg. XI, 1938, Nr. 17; Berichte über die Entwicklung und Tätigkeit der Deutſchen Mittelſchule zu Schaulen, Heft 1 (1925), 2 (1927), 3 (1929); K. von Cerpinſky, Das deutſche Handwerk in Litauen. In: Baltiſche Monatsſchrift, Febr. 1934; derſ., Die deutſchen Lehrer und ihre Mitarbeit am Kulturverband. In: Heimat, balt. Zeitſchrift, 1933, Heft 1/2, S. 32—34; R. Koßmann, Der deutſche Student in Litauen. In: Balt. Monatsſchrift, Febr. 1934; vgl. ferner die regelmäßigen Berichte in: Jahrbuch des baltiſchen Deutſchtums, Riga 1924ff.; Nation und Staat; Der Auslanddeutſche.

[8] Deutſcher Kalender für Litauen, 1932ff.; Deutſcher Genoſſenſchaftskalender für Litauen. Kauen 1930, 1931; Zeit und Ewigkeit, Kalender für Litauen, 1925, 1926, 1929.

[9] Größere Überblicke brachten die folgenden Nummern der „Deutſchen Nachrichten für Litauen": Jg. 4, Nr. 44; Jg. 5, Nr. 11; Nr. v. 23. 2. 1935.

Eine ſyſtematiſche Erforſchung des Einwanderungsvorganges und eine Klärung der Herkunftsfrage erfolgte jedoch nicht. Nun hat der Pfarrer der bisherigen deutſchen evangeliſchen Gemeinde zu Kauen, Johannes Wiſcheropp, in zwei Schriften Materialien aus dem reichen Archiv der deutſchen evangeliſchen Kirchengemeinde veröffentlicht[10]. Leider entſprach Zielſetzung und Textgeſtaltung nicht dem behandelten Stoff, ſo daß weder das Material in einem verwertbaren Zuſtande ausgebreitet, noch eine auch nur beſcheidenen Anſprüchen genügende Darſtellung gegeben wurde. Auch hier handelt es ſich nur um Hinweiſe, die aber beachtenswert ſind. Einmal geben ſie einen Überblick über die Zähigkeit, mit der das Deutſchtum Kauens trotz Krieg und Verfolgungen ſeine führende Stellung in der Stadt verteidigt und jahrhundertelang — noch im Jahre 1900 war ein Deutſcher, Wilhelm Grundmann, Stadthaupt (Bürgermeiſter) von Kauen[11] — im weſentlichen zu halten vermag. Zum anderen geſtatten ſie einen Einblick in das innere Leben der deutſchen evangeliſchen Kirchengemeinde, die bis zum Weltkriege die einzige Organiſationsform völkiſchen Zuſammenſchluſſes darſtellte. Endlich erlauben die angeführten Familiennamen Rückſchlüſſe auf die Wandlungen in der Zuſammenſetzung des Deutſchtums in Kauen, die zu der erſtaunlichen Feſtſtellung führen, daß das Deutſchtum Kauens zumindeſt in einzelnen Familien und Familiengruppen ſich vom 16. bis zum 19. Jahrhundert eine gewiſſe Stetigkeit bewahrt hat, die bisher nicht vermutet wurde[12]. Alle dieſe Feſtſtellungen fordern geradezu eine ſyſtematiſche Durchſicht und Aufarbeitung der Beſtände des Kirchenarchivs, die aber aus begreiflichen Gründen zur Zeit nicht möglich iſt.

Es iſt auffallend, daß ſchon im 18., insbeſondere aber im 19. Jahrhundert in Kauen zahlreiche Familien auftauchen, deren Namen auf baltendeutſche Herkunft ſchließen laſſen, während bisher die Herkunftsorte im Weſten, alſo vor allem in den oſtpreußiſchen Städten (Königsberg, Elbing) zu liegen ſcheinen[13]. Es ſcheint ſich hier ein innerer Wandel zu vollziehen, der wahrſcheinlich durch das Steigen des ruſſiſchen Einfluſſes im alten polniſch-litauiſchen Staatsweſen bedingt iſt. Welche bedeutſame Rolle im Rußland des 18. Jahrhunderts das deutſche, beſonders das baltendeutſche Element geſpielt hat, bedarf hier keiner Erörterung. Erwähnt ſei noch das Auftreten von Familiennamen ſalzburgiſcher Herkunft ſeit der Mitte des 18. Jahrhunderts (Hochleitner, Hundrieſer, Riemoſer uſw.)[14]. Damit erhalten wir Anhaltspunkte für die Herkunft der Kauener Deutſchen, wenn damit auch noch keine endgültigen und umfaſſenden Ausſagen gemacht werden können. Wiſcheropp führt — ohne nähere Angaben darüber, ob es ſich um Einzelfälle handelt oder um größere Gruppen von Einwanderern — als Herkunftsgebiete faſt alle Gaue Deutſchlands und die verſchiedenſten Orte an, ſo Sachſen und Schleſien, Oſtpreußen (Angerburg, Goldap, Labiau, Memel, Ragnit, Schirwindt, Raſtenburg, Friedland, Sensburg, Königsberg, Soldau, Inſterburg, Tilſit), Danzig-Weſtpreußen (Danzig, Elbing, Straßburg), die Mark Brandenburg (Berlin, Schwiebus), die Hanſeſtädte (Lübeck, Hamburg), Böhmen (Prag), nennt aber nur Bauſke als Herkunftsort aus den baltiſchen Landen und dazu noch Stockholm, das als Herkunftsort von Baltendeutſchen im 18. Jahrhundert bedeutend war. Auf welchen Zeitraum und welche Berufe ſich dieſe Angaben beziehen, bleibt unklar. Sicher iſt, daß die Kauener deutſchen Kaufleute im 15. und 16. Jahrhundert zum größten Teil aus Königsberg oder anderen Städten des Ordenslandes kamen[15]. Woher im einzelnen die von Wiſcheropp genannten zahlreichen deutſchen Handwerker Kauens kamen, iſt auch aus ſeinen dürftigen und unſyſtematiſchen Mitteilungen nicht zu entnehmen.

Einige Anhaltspunkte für den Anteil der Salzburger am Aufbau und der Zuſammenſetzung der deutſchen Volksgruppe in Litauen gibt eine Namensliſte, die die „Deutſchen Nachrichten für

---

[10] J. Wiſcheropp, Die heilige Stadt unſerer Väter (1683—1933). Kauen 1933. Vgl. dazu den Hinweis in: Schrifttum über Litauen. Auswahl, zuſammengeſtellt von F. Prinzhorn und M. Hellmann. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, III. Jg., 1939, Heft 1, S. 229ff.; J. Wiſcheropp, Aus 325 Jahren evang. Kirchenratsarbeit in der deutſchen Gemeinde zu Kaunas. Kauen 1939.

[11] Wiſcheropp, Aus 325 Jahren, S. 142.

[12] Ausführlicheres darüber bei Hellmann, Weſen und Werden der deutſchen Volksgruppe in Litauen, a. a. O., S. 234. [13] Karge, a. a. O.

[14] Wiſcheropp, Aus 325 Jahren, S. 149ff.; derſ., Die heilige Stadt, Anhang S. IVff. Dazu: H. Gollub, Stammbuch der altpreußiſchen Salzburger. Gumbinnen 1934.

[15] Vgl. Hellmann, Weſen und Werden, a. a. O., ferner die in Anm. 4 genannten Arbeiten.

Litauen" vor einigen Jahren veröffentlichten[16]. Sie brachte zwar lediglich eine Zuſammenſtellung von in Litauen vorkommenden deutſchen Familiennamen ſalzburgiſcher Herkunft; dieſe laſſen aber den Schluß zu, daß faſt alle Salzburger Familien in Oſtpreußen Vertreter nach Litauen entſandt haben.

Viel bedeutſamer für die Erforſchung der Herkunft der Deutſchen Litauens als die ſoeben beſprochenen Veröffentlichungen iſt endlich eine Liſte, die Friedrich Wilhelm Mallow unter dem Titel „Auswanderer aus Oſtpreußen nach Rußland in den Jahren 1833—1876 auf Grund der Landratsakten der Regierung Gumbinnen" kürzlich veröffentlicht hat[17]. Der Titel iſt inſofern irreführend, als es ſich bei den genannten Auswanderern bzw. Auswandererfamilien faſt nur um Auswanderer nach Litauen handelt, ſofern der Zielort angegeben iſt. In den recht zahlreichen Fällen, bei denen der Zielort nicht bekannt iſt, würde erſt ein Vergleich mit den Kirchenbüchern der deutſchen evangeliſch-lutheriſchen Gemeinden Litauens darüber Auskunft geben können, ob dieſe Auswanderer auch nach Litauen gingen. Leider enthält die Liſte zahlreiche ſinnſtörende Druckfehler, die ihre Zuverläſſigkeit in manchem ernſtlich gefährden. Auch iſt nicht ein einziger Zielort in Litauen — die Zielorte werden in einer völlig falſchen litauiſchen Form gebracht — richtig angegeben, ſo daß in manchen Fällen dieſe Orte beinahe erraten werden müſſen. Immerhin ſtellt die Liſte einen wichtigen Beitrag zur Geſchichte des Deutſchtums in Litauen im 19. Jahrhundert dar. Deshalb ſei hier etwas näher auf ſie eingegangen.

Von den 171 genannten Einzelauswanderern bzw. Auswandererfamilien gingen 107 nach Litauen, davon 4 ohne Angabe des Zielortes, 9 (davon einer vermutlich nach Riga) nach Livland bzw. Riga, 7 nach Kurland, 37 ohne nähere Angaben „nach Rußland", 2 nach dem ehemaligen Polen (Zatory und Grodno). Es iſt mit Sicherheit anzunehmen, daß von den 37 „nach Rußland" Ausgewanderten auch viele nach Litauen gegangen ſind, da nur 6 Auswanderer nach Rußland (mit bekanntem Zielort) genannt werden, alſo eine ganz verſchwindende Minderheit. Die Auswanderung erſtreckte ſich auf einen Zeitraum von 43 Jahren; es iſt ein verhältnismäßig ſtetiges und zahlenmäßig geringes Hinüberſickern über die Grenze; Höhepunkte laſſen ſich nicht feſtſtellen; die höchſten Auswandererzahlen werden für die Jahre 1843 (8 Auswanderer) und 1847 (6 Auswanderer) angegeben. Vorausgeſetzt, daß die Liſte vollſtändig iſt, ergibt ſich ſomit, daß im Laufe von 43 Jahren nur 107 Auswanderer aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen nach Litauen gegangen ſind.

Da der Regierungsbezirk Gumbinnen die geſamten öſtlichen Grenzbezirke Oſtpreußens umfaßt, die bisher im allgemeinen als das hauptſächlichſte Herkunftsgebiet der Deutſchen Litauens und die in der Einwandererliſte berückſichtigten Jahrzehnte als eine der Haupteinwanderungszeiten galten[18], ſo erweiſt es ſich, wie ſehr Vorſicht bei der Feſtlegung der Herkunftsgebiete und Einwanderungszeit der Deutſchen Litauens am Platze iſt. Die Herkunftsorte und die Zielorte ſind in der folgenden Aufſtellung einander gegenübergeſtellt. Dabei wurden nur die Kreiſe (und in Litauen die größeren Ortſchaften bzw. Ortſchaften mit auffallend hohen Zuwandererzahlen) berückſichtigt.

Bemerkenswert iſt der hohe Anteil des Kreiſes Schloßberg an der Auswanderung; er ſtellt über die Hälfte der Auswanderer. Etwas weniger als ein Drittel entfällt auf den Kreis Tilſit-Ragnit, dann folgen in großem Abſtande Ebenrode, Heydekrug und Gumbinnen, während die übrigen Kreiſe nur je 2 bzw. ſogar nur einen Auswanderer ſtellen. Auffallend iſt, daß nicht alle Kreiſe des Regierungsbezirks Gumbinnen erſcheinen. Es fehlt naturgemäß auch der Kreis Memel, der zum Regierungsbezirk Königsberg gehörte und zumindeſt zu Anfang des 19. Jahrhunderts für die Auswanderung (von Deutſchen, aber auch von preußiſchen Litauern) nach Litauen von Bedeutung war[19]. Dieſer Umſtand legt die Vermutung nahe, daß mit der vorliegenden Liſte noch kein vollſtändiges und umfaſſendes Bild über die Geſamtauswanderung zwiſchen 1840 und 1885 aus den öſtlichen Teilen Oſtpreußens gegeben wurde.

---

[16] „Deutſche Nachrichten für Litauen", 1931, Nr. 7 u. 8.

[17] In: Deutſche Poſt aus dem Oſten, 12. Jg., Nr. 11, S. 15—19; Nr. 12, S. 20—22.

[18] Vgl. die in Anm. 6 genannten Arbeiten; R. Heberle, Die Deutſchen in Litauen, a. a. O.

[19] Vgl. dazu: M. Hellmann, Volkstum im deutſch-litauiſchen Grenzraum. In: Zeitſchrift f. Volkskunde, 49. Jg., 1940, NF. Bd. 11, Heft 1—2, S. 27—40.

Herkunftsgebiete (Kreiſe in Oſtpr.)	Zahl	Zielorte			
		Kreis	Zahl	Ort	Zahl
Angerapp	3	Kauen	1		
Ebenrode	8	Kalwarien	6	Kalwarien (Stadt)	6
Elchniederung	1	Keidanen	12	Wladiſlawa (Gemeinde Baiſogollen)	10
Gumbinnen	4	Krottingen	4	Krottingen (Stadt)	1
				Garsden	2
Heydekrug	5	Mariampol	8	Mariampol (Stadt)	4
				Prenen	1
Inſterburg	2	Moſcheiken	1		
Königsberg[18]	2	Ponjeweſch	1		
Tilſit-Ragnit	24	Raſeinen	12	Raſeinen (Stadt)	1
				Georgenburg	4
Treuburg	2	Rokiſchken	2		
Schloßberg	56	Schaken	16	Schaken (Stadt)	2
				Strupen	3
		Schaulen	3	Schaulen (Stadt)	2
		Tauroggen	16	Tauroggen (Stadt)	11
				Neuſtadt	1
				Terrailen	2
		Telſchen	1		
		Traken	1		
		Wilkomir	1		
		Wilkowiſchken	18	Wilkowiſchken (Stadt)	1
				Wirballen	3
				Wyſtiten	1
				Kaupiſchken	1
Insgeſamt	107		103		

Die Auswanderung richtete ſich in der Hauptſache in den Weſten Litauens: 48 Auswanderer bzw. Auswandererfamilien gingen in die ſüdweſtlichen Grenzkreiſe Litauens, 33 in die nordweſtlichen, 16 in die mittellitauiſchen Kreiſe Kauen, Schaulen, Keidanen, 4 in die öſtlichen bzw. ſüdöſtlichen Kreiſe und je einer in den Norden und Nordoſten des Landes.

Außerordentlich aufſchlußreich iſt eine Aufſtellung der Berufsgliederung der Auswanderer. Von den 107 Auswanderern (bzw. Familienoberhäuptern) waren: 32 einzelſtehende bzw. verheiratete Frauen, davon eine Losgängerin, alſo über ein Drittel. Von den Männern ſind 7 ohne angegebenen Beruf. Von den Männern, deren Beruf angegeben iſt, entfallen auf die landwirtſchaftlichen Berufe: 15 Losleute, die damit an der Spitze ſtehen, 1 Knecht, 1 Vorarbeiter, 4 Beſitzer, 6 Wirte, 1 Pächter, 2 „Landleute", 2 Eigenkatner, 2 Gutsbeſitzer, 1 Gutspächter, 1 Gärtner, 1 Wirtsſohn, 1 Kämmerer und 1 Förſter, zuſammen 39, alſo mehr als ein Drittel. Handwerker ſind: 1 Färbermeiſter, 1 Töpfermeiſter, 1 Maurer, 1 Horndrechſler, 2 Schmiede, 1 Müller, 1 Müllergeſelle, 3 Schuhmacher, 1 Schloſſer, 2 Schneidermeiſter, 1 Schneidergeſelle, 1 Tiſchler, 1 Tiſchlergeſelle, 2 Zimmergeſellen, zuſammen 19. Geiſtigen Berufen gehören an: 4 Lehrer, 1 Hauslehrer und 4 Apotheker, insgeſamt 9. Nicht unterzubringen iſt 1 Landwehrmann. Aus dieſer Berufsgliederung der Auswanderer ergibt ſich die weitgehende Übereinſtimmung mit der heutigen Berufsgliederung der Deutſchen Litauens, bei der die in der Landwirtſchaft tätigen, insbeſondere das Klein- und Mittelbauerntum, die höchſten Hundertſätze ſtellen. Ihnen folgen die Handwerker, und ſehr dünn iſt die Schicht der Geiſtesarbeiter, unter denen bezeichnenderweiſe die Apotheker auch heute noch zahlreich ſind. Es darf daraus gefolgert werden, daß die Berufsgliederung der Auswanderer auch in der neuen Heimat keine weſentlichen Veränderungen erfahren hat[20].

---

[20] Zur Berufsgliederung der Deutſchen in Litauen vgl. Artikel „Litauen" im Handwörterbuch d. Grenz- u. Auslanddeutſchtums, Bd. III, S. 364ff.; Hellmann, Weſen und Werden, a. a. O.; R. Heberle, Die Deutſchen in Litauen, a. a. O.

Um nun im einzelnen an Hand einiger Beiſpiele die Zuſammenſetzung einer deutſchen Kolonie in Litauen kennenzulernen, ſeien folgende größere Deutſchenanſammlungen[21] noch etwas näher betrachtet: Wladiſlawa, Gemeinde Baiſogollen, Kreis Raſeinen[22]. Insgeſamt 10 Auswanderer kamen hierher, ſämtlich aus dem Kreiſe Schloßberg, und zwar einer aus Löbelshorſt, 6 aus Schirwindt, einer aus Schloßberg und je einer aus Kurſchen und Moormühle. Die Auswanderung erſtreckte ſich auf einen Zeitraum von etwa 20 Jahren; den Anfang machte eine Züchnersfrau mit ihren Kindern, die 1841 nach Wladiſlawa auswanderte. Da die Liſte nicht immer das Jahr der tatſächlichen Auswanderung angibt, ſondern — falls aus den Akten erſichtlich — das Jahr der Konſenserteilung, wobei zu berückſichtigen iſt, daß der Konſens in manchen Fällen erſt viele Jahre ſpäter eingeholt oder erteilt wurde — ſo kann auch für dieſen Einzelfall nicht immer das tatſächliche Auswanderungsjahr angegeben werden. Die Mehrzahl der Auswanderer kam zwiſchen 1841 und 1849 nach Wladiſlawa, einer 1855, und einem wurde erſt 1861 der Konſens erteilt. Es ſcheint ſich hier alſo um eine Art Gruppenauswanderung zu handeln, zumal die Herkunftsorte alle in unmittelbarer Nachbarſchaft liegen. Es kamen nach Wladiſlawa: 3 Frauen (davon eine mit ihren Kindern), 2 Losleute, je 1 Schuhmacher, Schmied, Schloſſer und Müllergeſelle und ein Apotheker.

Von den Auswanderern gingen 6 nach Kalwarien. Darunter waren: 1 Maurer, 1 Schneidermeiſter, 1 Färbermeiſter, 2 Apotheker. Dazu kommt noch eine einzelſtehende Frau. Bis auf 2, die aus dem Kreiſe Schloßberg kamen, ſtammten ſie alle aus verſchiedenen Orten und Kreiſen. Die Auswanderungszeit lag zwiſchen 1840 und 1859. Die 13 Auswanderer, die nach Tauroggen[23] gingen, kamen faſt ausſchließlich aus dem angrenzenden Kreiſe Tilſit-Ragnit. Eine Angabe der Berufe iſt nicht möglich, da für die Hälfte der männlichen Auswanderer keine Berufe angegeben werden. Groß iſt hier die Zahl der Frauen (7). Je ein Lehrer, Förſter und Schuhmacher gingen hierher.

Aus den angeführten Beiſpielen geht hervor, daß ſich Geſetzmäßigkeiten im Ablauf dieſer Auswanderung kaum feſtſtellen laſſen. Die Motive der Auswanderung werden nur in ſeltenen Fällen angegeben, indem einige Frauen nach Litauen heiraten, einige der Losleute Grundſtücke jenſeits der Grenze erwerben wollen, auch wohl ein Erbe in Litauen antreten. Mit Ausnahme der Gruppe Wladiſlawa gehen kaum jemals zwei Auswanderer bzw. Auswandererfamilien zur gleichen Zeit und aus demſelben Ort über die Grenze, um ſich jenſeits derſelben wieder gemeinſam niederzulaſſen. Der aus der Liſte ablesbare Vorgang dieſer ſich auf Jahrzehnte und auf verſchiedene Gebiete erſtreckenden Auswanderung zeigt deutlich die völlige Planloſigkeit, die ins Belieben des einzelnen geſtellte Eigenmächtigkeit, wie ſie die deutſche Auswanderung des 19. Jahrhunderts kennzeichnet, wie ſie aber auch Erhaltung oder Untergang der auswandernden deutſchen Gruppen beſtimmt hat. Die Folge dieſes unverbundenen Nebeneinanders der Auswanderer iſt ihre Zerſtreuung und Zerſplitterung über weite Räume. Wohl laſſen ſich, abgeſehen von den Städten und Marktflecken, gewiſſe Kriſtalliſationspunkte auch auf dem flachen Lande feſtſtellen, ſo die Umgegend von Strupen, Sintauten, Pilwiſchken, Kaupiſchken, Kybarten, aber es entſteht keine einzige, und ſei es die kleinſte, geſchloſſene deutſche Anſiedlung. Das ganze weitere Schickſal dieſer deutſchen Menſchen in Litauen ſcheint ſo ſchon in dem Auswanderungsvorgang vorweggenommen: Zerſtreuung, geringer oder völlig fehlender Zuſammenhalt, Vereinſamung und in vielen Fällen Aufgehen im umwohnenden fremden Volkstum.

Abſchließend ſei noch eine Frage berührt, die der Herausgeber der Einwandererliſte zwar von vornherein als unberechtigt anſieht, da er ſämtliche Auswanderer zu Deutſchen erklärt, die aber gleichwohl wichtig iſt: die Frage nach dem Volkstum der Einwanderer. Man wird in der Regel auch bei litauiſch klingenden Namen das deutſche Volkstum der Auswanderer nicht bezweifeln können, wenn der Vorname der betreffenden Perſon eine deutſche Namensform trägt. In den Fällen aber, in denen auch der Vorname in litauiſcher Form wiedergegeben iſt (Enſies, ſtatt Hans, Jons ſtatt Johann, Ona ſtatt Anna), wird man annehmen dürfen, daß es ſich um preußiſche Litauer handelt, wobei zu berückſichtigen iſt, daß dieſe Menſchen ſelbſtverſtändlich deutſche Lebensformen übernommen hatten und ſomit voll und ganz zum deutſchen Lebens- und Kulturkreis zu rechnen ſind, zum anderen ſich durch ihr Bekenntnis — ſie dürften in der überwiegenden Mehrheit lutheriſchen Bekenntniſſes geweſen ſein — von den Litauern jenſeits der preußiſch-deutſchen Grenze unterſchieden. Es iſt nun bemerkenswert, daß die preußiſchen Litauer durchaus in der Minderzahl ſind, denn eine Durchſicht der Auswandererliſte nach dem oben angegebenen Grundſatz ergibt, daß nur 17 Auswanderer litauiſche Vornamen tragen, alſo höchſtwahrſcheinlich preußiſche Litauer ſind. Ihnen ſtehen 89 Deutſche und eine getaufte Jüdin gegenüber. Die berufliche Gliederung dieſer 17 preußiſchen Litauer ergibt: 5 Losleute, 6 alleinſtehende Frauen, von denen die meiſten nach Tauroggen gehen — wohl um ſich dort als Mägde, Dienſtmädchen uſw. zu verdingen — 2 Wirte, 1 Schmied, 1 Gärtner und 2 Männer ohne Beruf. Dieſe 17 Auswanderer ſind zwar nur bedingt dem Deutſchtum in Litauen zuzurechnen, gehören aber zumindeſt dem deutſchen Lebensraum an und bilden in ihrer Weiſe — wie der Verfaſſer kürzlich an anderer Stelle gezeigt hat — ein Ausſtrahlungselement preußiſch-deutſchen Weſens bis in die Gegenwart hinein[24].

---

[21] Von Anſiedlungen kann inſofern kaum geſprochen werden, als ihnen jede Geſchloſſenheit und auch Stetigkeit fehlte. Um jede begriffliche Unklarheit zu vermeiden, wird daher dieſer Ausdruck gewählt.

[22] Es ſcheint ſich um einen Gutsbezirk zu handeln. Heute ſind dort keine Deutſchen mehr anſäſſig.

[23] Zu Tauroggen iſt hier auch das Dorf Terraillen gerechnet, das zum Bezirk der ehemaligen Herrſchaft Tauroggen gehört. Vgl. Hellmann, Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen, a. a. O., S. 78.

Es kann aus der Auswandererliſte die Folgerung gezogen werden, daß die bisherigen Vermutungen über die Herkunftsgebiete, die man im allgemeinen in den öſtlichen Teilen Oſtpreußens ſuchte, nur zum Teil beſtätigt worden ſind, indem nämlich nur verhältnismäßig wenig Auswanderer aus dieſen Gegenden in dem halben Jahrhundert zwiſchen 1840 und 1890 nach Litauen gingen, und daß wir zum anderen als Haupteinwanderungszeit eine frühere Epoche vermuten dürfen, ſofern nicht nachgewieſen wird, daß ein großer Teil der Deutſchen Litauens gar nicht aus dem öſtlichen Oſtpreußen ſtammt. (Fortſetzung folgt.)

---

[24] Vgl. Hellmann, Volkstum im deutſch-litauiſchen Grenzraum, a. a. O., S. 40.

Die Bedeutung der deutſch-byzantiniſchen Beziehungen im 12. Jahrhundert für den deutſchen Oſten

Von Werner Ohnſorge

Die Auswirkungen der diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen Deutſchland und Byzanz auf die Geſchichte der frühen Stauferzeit ſind bisher noch nicht in vollem Umfang gewürdigt worden[1]. Zwar konnte der ungemein rege Geſandtſchaftsverkehr zwiſchen den beiden Imperien in der Zeit von 1135—1180 der deutſchen Geſchichtsſchreibung nicht verborgen bleiben[2]; aber die Dürftigkeit des erhaltenen einſchlägigen Quellenmaterials, die ein inneres Verſtändnis der politiſchen Vorgänge zunächſt auszuſchließen ſchien, hatte zur Folge, daß man das Verhältnis der kaiſerlichen Rivalen zueinander ſozuſagen immer nur mehr am Rande betrachtete und nicht als integrierenden Beſtandteil der deutſchen Politik wertete[3]. Andererſeits ſind die Byzantiniſtik[4] ſowie die ausländiſche Geſchichtsſchreibung, für die etwa Sizilien[5] oder Ungarn[6] im Mittelpunkt ſteht, natürlich auch längſt auf die internationalen Zuſammenhänge der Politik geſtoßen und haben ſehr beachtliches Material zuſammengetragen; indeſſen iſt es ſelbſtverſtändlich, daß dieſe Hiſtoriker den Dingen von ihren eigenen Problemen aus nachgingen und ſich nicht um ein Verſtändnis vom deutſchen Blickwinkel aus bemühten. Wenn nun hier der Verſuch gemacht wird, zuſammenfaſſend ein wichtiges Stück der deutſchen Oſtgeſchichte im Zuſammenhang der damaligen offiziellen deutſchen Oſtpolitik, eben der Politik gegenüber Byzanz, zu ſehen, ſo berechtigt dazu der Umſtand, daß durch vorangehende Spezialforſchungen die Beziehungen zwiſchen Oſt und Weſt auf einigen Strecken genauer feſtgelegt wurden. Allerdings muß aber auch erſt nachgewieſen werden, daß gewiſſe deutſche Oſtfragen, die man bisher faſt ausſchließlich vom innerdeutſchen bzw. rein grenzdeutſchen Standpunkt aus zu betrachten und zu verſtehen ſuchte[7], in die allgemeineren Zuſammenhänge wirklich hineingehören; aber vielleicht fällt gerade von dieſer Seite her ein neues Licht auf eines der wichtigſten und umſtrittenſten Privilegien der deutſchen Oſtgeſchichte.

---

[1] Generell über die Notwendigkeit genauerer Erfaſſung der byzantiniſchen Einflüſſe auf das mittelalterliche deutſche Kaiſerreich: F. Dölger, Die Kaiſerurkunde der Byzantiner als Ausdruck ihrer politiſchen Anſchauungen. In: Hiſt. Zeitſchrift, Bd. 159, 1939, S. 229ff., beſ. S. 247—250; O. Treitinger, Die oſtrömiſche Kaiſer- und Reichsidee nach ihrer Geſtaltung im höfiſchen Zeremoniell. Jena 1938, S. 235—237.

[2] Die guten älteren Spezialarbeiten: H. v. Kap-Herr, Die abendländiſche Politik Kaiſer Manuels, Diſſ. Straßburg 1881, und J. Langeheinecke, Die diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen dem deutſchen Reich und Byzanz unter Lothar III. und Konrad III., Diſſ. Berlin 1921 (Maſch.-Schrift), ſind in vielem überholt.

[3] K. Hampe-F. Baethgen, Deutſche Kaiſergeſchichte in der Zeit der Salier und Staufer. Leipzig 1937, S. 105ff., mit vorangehender Literatur; E. Otto, Friedrich Barbaroſſa. Potsdam 1940, beſ. S. 21ff.

[4] F. Dölger, Corpus der griechiſchen Urkunden des Mittelalters und der neueren Zeit, Reihe A, Regeſten der Kaiſerurkunden des oſtrömiſchen Reiches von 565—1453, II. München-Berlin 1925, mit vorangehender Literatur; J. B. Bury (Tanner, Previté-Orton, Brooke), The eastern Roman empire (717—1453). In: The Cambridge Medieval history IV, Cambridge 1923; A. Vaſiliev, History of the Byzantine Empire II (= University of Wisconsin, Studies in the Social Sciences and History 14, Madiſon 1929).

[5] F. Chalandon, Histoire de la domination Normande en Italie et en Sicile II. Paris 1907; vgl. Chalandon, Les Comnènes, Jean II Comnène et Manuel I Comnène. Paris 1912.

[6] G. Pauler, A magyar nemzet története az Arpádházi királyok alatt I. Budapeſt 1893; V. Fraknoi, Magyarország egyházi és politikai összeköttetései a római Szent—Székkel I. Budapeſt 1901 (beide für mich der Sprache wegen nur indirekt zugängig); B. Hóman, Geſchichte des ungariſchen Mittelalters I. Berlin 1940.

Vorweg muß ſtärker betont werden, als es bisher geſchehen iſt, daß alles, was das heikle Problem des doppelten Imperiums[8] betraf, zur geheimen Sphäre der deutſchen Politik gehörte. Der Griechenkaiſer war für die nach Imperium und Sacerdotium konſtruierte abendländiſche Welt eine Irregularität, zumal, wenn er den Anſpruch erhob, der Imperator Romanorum zu ſein. Dem deutſchen Hof und weithin dem europäiſchen Kontinent bedeutete der Byzantiner im Grunde nicht mehr als einer der vielen reges, die ſich um die weltliche Gewalt des deutſchen Kaiſers, um das Imperium Romanum gruppierten[9]. Für Fragen, die ſich bei dem Auftreten des Byzantiners im 12. Jahrhundert aus der ſpezifiſchen Problematik des doppelten Kaiſertums ergaben, und damit für einen der wichtigſten Teile der hohen Politik hat die Geſchichtsſchreibung des 12. Jahrhunderts einfach kein Organ. Selbſt der offiziöſe Otto v. Freiſing, der als Halbbruder des Königs Konrad mehr gewußt zu haben ſcheint, macht davon keine Ausnahme[10]. Gerade die faſt abſolute Vertraulichkeit iſt aber ein weſentliches Moment für die Auffaſſung, daß den deutſch-byzantiniſchen Beziehungen für die Geſamtpolitik eine konſtitutive Bedeutung zukommt. Methodiſch zwingt dieſe Sachlage, auch auf kleine und kleinſte Anhaltspunkte der Forſchung zu achten.

Der Aufſchwung des oſtrömiſchen Kaiſerreichs, den der erſte Komnene Alexios nach einer Periode der Wirren und politiſchen Lethargie eingeleitet hatte, indem er den Beſtand des Staates gegen den Oſten wie gegen den Weſten mit der Waffe geſichert hatte, ſetzte ſich nach 1118 unter ſeinem Sohn Johannes fort. Die Idee der Reſtauration im Sinne Juſtinians war die Trägerin der byzantiniſchen Regeneration im 12. Jahrhundert. Mit der Königskrönung Rogers II., 1130, auf vormals byzantiniſchem Boden war Sizilien für Jahrzehnte ſchlechthin der europäiſche Gegner Oſtroms geworden, deſſen aggreſſive Tendenzen Byzanz zunächſt unter Wiederaufnahme der abendländiſchen Politik des Alexios von 1081/82, als Robert Guiscard den Beſtand des Reiches bedroht hatte, durch ein Angriffsbündnis mit Deutſchland parieren wollte.

Als im Jahre 1135 Johannes, beunruhigt durch neuerliche Expanſionsbeſtrebungen der ſiziliſchen Normannen, Geſandte nach Merſeburg ſchickte und Lothar III. ein politiſches Zuſammengehen gegen den gemeinſamen Gegner anbot, nahm der deutſche Kaiſer den Griechen nicht ungern als Kampfgenoſſen gegen Roger II. an[11]. Schwerlich iſt es Lothar zum Bewußtſein gekommen, welche Folgen ſich an dieſe neue Berührung der beiden Imperien knüpfen konnten; der Baſileus galt ihm als Parteigänger ſeiner Italienpolitik. Das zeigen auch die Nachrichten, die wir über die byzantiniſche Geſandtſchaft von 1137 an Lothar beſitzen[12].

Aber bereits wenige Jahre ſpäter iſt dem deutſchen Hofe das Verſtändnis für die Neuartigkeit der politiſchen Situation aufgegangen. Seit 1139[13] verhandelte Johannes mit Lothars Nachfolger Konrad III. über ein Bündnis; die politiſche Übereinkunft ſollte nach der Sitte der Zeit durch eine Heirat zwiſchen Johannes' Sohn Manuel und einer Angehörigen des deutſchen Herrſcherhauſes beſiegelt werden; Konrad nahm eine Schweſter ſeiner Gemahlin, ſeine Schwägerin Bertha v. Sulzbach, in Ausſicht.

---

[7] K. Lechner, Leiſtungen und Aufgaben ſiedlungskundlicher Forſchung in den öſterreichiſchen Ländern mit beſonderer Berückſichtigung von Niederdonau. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, Bd. 4, 1940, S. 494ff., mit vorangehender Literatur.

[8] W. Ohnſorge, „Kaiſer" Konrad III. Zur Geſchichte des ſtaufiſchen Staatsgedankens. In: Mitt. d. Öſterr. Inſt. f. Geſchichtsforſchung, Bd. 46, 1932, S. 343ff.; dazu Treitinger, a. a. O., S. 186ff.

[9] Selbſt Konrad III. ſchreibt ungeachtet der Ereigniſſe der Jahre 1139ff. (ſ. unten) vom Kreuzzug aus 1147 an Wibald zunächſt vom rex Grecorum (ep. Wibaldi ed. Jaffé n. 48); erſt 1148 nach Anknüpfung intimer Beziehungen in Konſtantinopel redet er reſpektvoller vom Grecorum imperator (ep. Wibaldi n. 78).

[10] P. Brezzi, Ottone di Frisinga in Bullettino dell'Istituto Storico Italiano per il medio Evo e Archivio Muratoriano, Bd. 54, 1939, S. 129ff., mit vorangehender Literatur. Otto v. Freiſ., Gesta I 23ff., bringt zwar den Schriftwechſel zwiſchen beiden Imperien, geht aber mit keinem Wort auf die Problematik des Imperator Romanorum ein, die in ihm ihren Niederſchlag gefunden hat. Weitere bedeutſame Stellen ſ. unten.

[11] Dölger (Regeſten), Nr. 1309.

[12] Dölger, Nr. 1313.

[13] Ohnſorge in: Mitt. d. Öſterr. Inſt. f. Geſchichtsforſchung, Bd. 46, 1932, S. 354; vgl. Dölger, Nr. 1320—1322.

Es iſt aus dieſen Verhandlungen ein Brief des Staufers an Johannes vom 12. 2. 1142 überliefert, der ein außerordentlich wichtiges, bisher nicht beachtetes Zeugnis für die deutſche Einſtellung 1142 enthält. Konrad ſpricht von dem Verhältnis des deutſchen Imperiums zu den benachbarten regna. Frankreich, Spanien, England und Dänemark werden als Staaten erwähnt, die ihn durch Geſandtſchaften ehren[14] und ſich eidlich zur „Folgſamkeit“[15] bereit erklären. Dagegen ſchweigt der Brief über Ungarn, um mit der farbloſen Wendung „und die übrigen an unſer Imperium angrenzenden Königreiche“ über die öſtlichen Verhältniſſe hinwegzugehen.

Nun waren bekanntlich gerade die Beziehungen Konrads III. zu Ungarn zu Beginn ſeiner Regierung beſonders eng. 1139 war die Tochter des Königs Béla II., Sophia, mit dem damals zweijährigen Sohne Konrads, Heinrich, verlobt und zu ihrer Erziehung nach Deutſchland gebracht worden[16]. In den erſten Jahren von Bélas Sohn und Nachfolger Géza II. (1141—1162) iſt auf den Wunſch des Ungarnkönigs bzw. der vormundſchaftlichen Regierung des Banus Belos die Einwanderung der Deutſchen vom Niederrhein in Siebenbürgen erfolgt[17]. Konrad war alſo zunächſt bereit, die Ungarnpolitik ſeines Vorgängers weiterzuführen. Wenn trotzdem in dem Schreiben an Johannes Ungarn nicht genannt iſt, ſo iſt das mit voller Abſicht geſchehen. Die bewußte Auslaſſung aber beweiſt zweierlei: Man war ſich darüber klar, daß erſtens bei einem Vertrage des Staufers mit dem Komnenen Ungarn die Rolle eines Pufferſtaates zwiſchen beiden Imperien zufallen würde und daß zweitens Ungarn bereits in der Intereſſenſphäre des aufſtrebenden byzantiniſchen Reiches lag.

Der Komnenenſtaat fand in Ungarn ein geeignetes Gebiet für ſeine Politik. Durch die Unterſtützung ungariſcher Thronprätendenten wie Almos und Boris hatte Byzanz gezeigt, daß es auch zu aktiver Einflußnahme in die ungariſchen Verhältniſſe entſchloſſen war. Und wie reagierte Konrad? Er vermeidet peinlich, das ungariſche Problem auch nur andeutungsweiſe zu berühren. An einer Stelle, wo der Machtkreis des abendländiſchen Imperiums territorial umſchrieben werden ſoll, verzichtet er darauf, den öſtlichen Sektor namhaft zu machen.

Durch dieſe Feſtſtellung gewinnt die Vermutung Bernhardis[18] eine unerwartete Stütze, daß der plötzliche Bruch Konrads mit der bisherigen deutſchen Ungarnpolitik und das von Otto v. Freiſing ſo gemißbilligte und für gefährlich betrachtete Eintreten des Staufers für Boris[19] mit den byzantiniſchen Verbindungen des letzteren in Zuſammenhang zu bringen iſt.

Ungarn hatte auf die von Oſtrom gezeigten Einmiſchungsbeſtrebungen in ſeine Belange ſehr verſtändlich durch die erwähnte ſtärkere Anlehnung an Deutſchland und durch Einflußnahme auf das benachbarte Serbien geantwortet.

Wenn nun Konrad im Gegenſatz zu der Haltung Lothars in der Prätendentenfrage 1146 den Vorſtellungen des Boris Gehör ſchenkte und ihm ſeine Hilfe verſprach, wenn Boris mit ſtillſchweigender Einwilligung des Herzogs Heinrich von Bayern eine Mannſchaft werben konnte, die Preßburg beſetzte, und wenn es ſchließlich nach der Kriegserklärung Gézas an Heinrich am 11. 9. 1146 zu dem Siege der Ungarn über den Babenberger an der Fiſcha kam, der notwendigerweiſe die guten Beziehungen zwiſchen Ungarn und Deutſchland trübte und die Auflöſung der Verlobung der Königskinder nach ſich zog[20], ſo iſt dieſe Schwenkung Konrads eben nur aus ſeinem Verhältnis zu Byzanz zu erklären. Otto von Freiſing führt als Motiv der Entſcheidung Konrads für Boris die Intervention des Böhmenherzogs an. Aber Otto läßt keinen Zweifel darüber, daß er mehr über die Zuſammenhänge weiß, als er ſchreibt[21].

---

[14] Otto v. Freiſing, Gesta I 23 (= St. Nr. 3437): Ad hoc Francia et Hispania, Anglia, Dania ceteraque regna imperio nostro adiacentia cotidiana legatione sua cum debita reverentia et obsequio nos frequentant etc.

[15] Vgl. dazu Robert Holtzmann, Der Weltherrſchaftsgedanke des mittelalterlichen Kaiſertums und die Souveränität der europäiſchen Staaten. In: Hiſt. Zeitſchrift 159, 1939, S. 251ff., beſ. S. 262.

[16] A. v. Jakſch, Zur Lebensgeſchichte Sophias, der Tochter König Belas II. von Ungarn. In: Mitt. d. Öſterr. Inſt. f. Geſchichtsforſchung, Erg.-Bd. 2, 1888, S. 361ff.

[17] A. Huber, Geſchichte Öſterreichs I. Gotha 1885, S. 348.

[18] W. Bernhardi, Konrad III. Jahrbücher der Deutſchen Geſchichte, Leipzig 1883, S. 495; Bernhardis weitere Vermutung, daß 1145 bereits von Konrad eine Heirat ſeines Sohnes mit einer griechiſchen Prinzeſſin ins Auge gefaßt worden ſei, teile ich nicht.

[19] Otto v. Freiſing, Chron. VII 34.

Nach dem Tode des Kaiſers Johannes 1143 hatte Manuel die deutſchen Verhandlungen zunächſt nicht weiter betrieben, ſondern erſt den Ausgang einer von Sizilien eingeleiteten diplomatiſchen Aktion abgewartet[22]. Als ſich die Unvereinbarkeit der normanniſchen und byzantiniſchen Intereſſen herausgeſtellt hatte, nahm er die Verbindung mit Deutſchland wieder auf. Im Frühjahr 1145 erfolgte der auch ſchriftlich fixierte Bündnisvertrag, im Januar 1146 die Vermählung Manuels mit Bertha-Irene. Der unſicheren und nachgiebigen Haltung Konrads hinſichtlich Ungarns 1142 entſpricht es, wenn er 1146 den Grundſatz der politiſchen Intereſſengemeinſchaft durch Unterſtützung des Boris allzu wörtlich befolgen zu müſſen glaubte. Um den ſo überaus wertvollen Bundesgenoſſen gegen Sizilien nur ja nicht zu verletzen, glaubte der Staufer; die deutſchen Belange in Ungarn zurückſtellen zu müſſen. Es handelt ſich bei Konrad um eine bewußte Vernachläſſigung der deutſchen Oſtpolitik vor der italieniſchen Frage aus dem Gefühl der eigenen Schwäche heraus; denn derſelbe Konrad war es ja gerade, der durch gelegentliches, wenn auch ſehr vorſichtiges Eintreten für die Prärogative des deutſchen Kaiſers gegenüber Byzanz[24] bewieſen hat, daß er recht wohl wußte, was er der Macht und Weltſtellung des deutſchen Imperiums eigentlich ſchuldig war. Von den gleichen Vorausſetzungen aus hat er 1148 im Vertrag von Saloniki dem Oſtrömer territoriale Konzeſſionen in Unteritalien zugebilligt[25].

Otto von Freiſing fürchtete mit Recht die Folgen des politiſchen Stellungswechſels Konrads in ſeinem Verhältnis zu Ungarn. Géza, der alsbald politiſche und verwandtſchaftliche Beziehungen nach Rußland anknüpfte, war durch die Ereigniſſe von 1146 in der Tat aus einem Freunde zu einem Gegner des Staufer geworden. Bei dem Durchmarſch des deutſchen Heeres durch Ungarn im Kreuzzug von 1147 traten die Gegenſätze noch nicht offen in Erſcheinung, weil Géza die militäriſche Überlegenheit der Deutſchen fürchtete und zudem Boris ſeine Beziehungen zu den deutſchen und franzöſiſchen Kreuzfahrern für ſeine Zwecke auszunutzen verſuchte[26]. Aber eben damals wurde ein engeres Verhältnis zwiſchen Géza und Ludwig VII. von Frankreich angeknüpft; politiſche und kulturelle Beziehungen Ungarns zu Frankreich bahnten ſich an[27]. Der geſchlagene Konrad wagte es nicht, zu Lande aus dem Orient nach Deutſchland zurückzukehren, ſondern wählte den Weg über das Mittelmeer. Die Teilnahme Gézas an der von Roger II. 1150/51 gegen das Kaiſerbündnis zuſammengebrachten erſten europäiſchen Koalition: Herzog Welf, Frankreich, Sizilien, Ungarn, Serbien, der ſich einen Augenblick auch Eugen III. in der Abſicht anſchließen wollte, Konrad von Manuel abzuziehen, zeigte, wie unangenehm der öſtliche Grenzſtaat Deutſchlands in ſeiner feindſeligen Haltung gegenüber dem Reich unter Umſtänden werden konnte[28].

Friedrich I. hat die deutſche Byzanzpolitik unmittelbar nach ſeinem Regierungsantritt auf eine ganz neue Baſis geſtellt[29]. Die durch den Vertrag von Saloniki eingeleitete letzte Phaſe der Oſtpolitik Konrads hatte bereits deſſen intimſter Ratgeber Wibald v. Stablo innerlich nicht mehr mitgemacht. Friedrich fühlte ſich im Gegenſatz zu ſeinem Vorgänger und in gewiſſer Überſchätzung der eigenen Machtmittel ſo ſtark, daß er unter Umſtänden auf die Unterſtützung Griechenlands gegen Sizilien ganz verzichten zu können meinte. Damit gewann er die innere Vorausſetzung, ſich politiſch von Manuel frei zu machen. Der neue Vertreter des okzidentalen Kaiſertums war nicht gewillt, den Prätentionen Oſtroms irgendwie nachzugeben. Die Expanſionsbeſtrebungen des Oſtrömers hatte Barbaroſſa auf dem Kreuzzug ſelbſt kennenzulernen Gelegenheit gehabt. Den Beginn der von Manuel infolge der Unwirkſamkeit ſeines Bündniſſes mit Konrad auf eigene Fauſt durchgeführten Reſtaurationspolitik hatte man eben damals 1151 durch die Feſtſetzungen der Griechen in Ancona erlebt, die automatiſch eine Annäherung des bisherigen byzantiniſchen Bundesgenoſſen Venedig an Sizilien zur Folge hatte. Der programmatiſchen Stellungnahme Friedrichs in der ſiziliſch-byzantiniſchen Frage bereits bei den Vorverhandlungen zu dem Vertrag von Konſtanz: den Griechen jede Landnahme in Italien zu wehren, entſpricht die Entſchloſſenheit, mit der er ſofort nach ſeiner Thronbeſteigung die feindlichen Ungarn zur Anerkennung der deutſchen Oberhoheit zurückzuführen gedachte[30]. Er war nicht gewillt, auf etwaige griechiſche Ambitionen in Ungarn Rückſicht zu nehmen, geſchweige denn, daß er dieſe gar zum Maßſtabe ſeines Handelns gemacht hätte, wie Konrad 1146.

---

[20] Bernhardi, a. a. O., S. 496ff.

[21] Otto v. Freiſing, Chron. VII 34: Ex hinc non solum inpraesentiarum perturbationes sentimus, sed et maiores superventuras ex his aliisque argumentis formidando conicimus.

[22] Dölger, Nr. 1331.

[23] Dölger, Nr. 1338.

[24] Otto v. Freiſing, Gesta I 24, Schlußſatz von St. Nr. 3494; dazu Ohnſorge, a. a. O.

[25] Dölger, Nr. 1374; P. Raſſow, Honor imperii. Die neue Politik Friedrich Barbaroſſas 1152 bis 1159. München und Berlin 1940, S. 27ff.

[26] Bernhardi, a. a. O., S. 600ff.

[27] Hóman, a. a. O., S. 385f.

[28] Raſſow, a. a. O., S. 41f.

[29] W. Ohnſorge, Zu den außenpolitiſchen Anfängen Friedrich Barbaroſſas; die Abhandlung erſcheint demnächſt in den Quellen u. Forſchungen aus italieniſchen Archiven und Bibliotheken; vgl. auch Raſſow, a. a. O.

Der Ungarnzug fand jedoch 1152 nicht ſtatt. Der Vorſchlag Barbaroſſas, den Ungarn den Krieg zu erklären und ſie zur Anerkennung der deutſchen Oberherrſchaft zu bringen, wurde von den Fürſten auf dem Reichstag zu Regensburg abgelehnt „aus gewiſſen geheimen Gründen", wie Otto von Freiſing ſagt[31]. Man hat dieſe bisher in dem noch unentſchiedenen Streit Heinrichs des Löwen und Heinrichs Jaſomirgott um Bayern geſucht[32]. So gewiß dieſe Motive mitgeſpielt haben mögen, gerade die Betonung der Vertraulichkeit der Gründe dürfte darauf hinweiſen, daß die Urſachen wieder tiefer liegen. Die Anweſenheit des Babenbergers in Regensburg iſt ausdrücklich überliefert. Der Bayernherzog und Halbbruder Konrads war bei ſeinem Beſuche Konſtantinopels auf dem Kreuzzug mit einer griechiſchen Prinzeſſin Theodora bekannt geworden und hatte ſich mit ihr vermählt. Aus der Heirat ergaben ſich jahrzehntelange Beziehungen zwiſchen den Babenbergern und Oſtrom; Heinrich ſpricht ſelbſt von ſeinem „Freunde, dem König der Griechen und deſſen Gattin"; Nachrichten, Geld und ein Familienmitglied reiſen hin und her[33]. Eine Auswirkung dieſer Heirat, die im Zuge der Byzanzpolitik des erſten Staufers erfolgte, haben wir in den Ereigniſſen des Jahres 1152 zu ſehen. Heinrich dürfte ſeinen impulſiven Neffen auf beſtimmte außenpolitiſche Überlegungen aufmerkſam gemacht haben, die ſich bei ruhigerer Betrachtung der Situation ergaben: die Bedeutung Ungarns als Pufferſtaat zwiſchen Deutſchland und Byzanz und die Möglichkeit, daß Géza unter Umſtänden ganz von ſelbſt wieder zum engeren Anſchluß an das deutſche Imperium gedrängt würde. Er konnte dabei auf die Feldzüge hinweiſen, die der Grieche gerade in den Jahren 1151 und 1152 gegen Géza mit dem Ziele einer Unterwerfung Ungarns für ſich und den Prätendenten Boris unternommen hatte. Die geographiſche Lage Ungarns in Verbindung mit der damaligen Situation der deutſch-byzantiniſchen Beziehungen hat das Land 1152 vor einem Kriege mit Deutſchland bewahrt.

Zu dieſer Interpretation des ſtaufiſchen Chroniſten führt eine Betrachtung der nachfolgenden Ereigniſſe. Die Geſamthaltung Friedrichs gegenüber Manuel zeigt in den Jahren 1153 bis 1155 dieſelbe Wendung von primärer Intranſigenz zu einem gewiſſen Entgegenkommen, ſoweit ſich dieſes mit voller Wahrung der Reichsrechte vereinigen laſſen könnte, die ſich im Hinblick auf Ungarn beobachten läßt. Als im Sommer 1153 Geſandte des Griechenkaiſers erſchienen und von neuem um ein Bündnis warben, erklärte ſich Friedrich nicht abgeneigt, auf der neuen Verhandlungsgrundlage der im Konſtanzer Vertrage feſtgelegten politiſchen Grundſätze eine Vereinbarung mit Oſtrom zu treffen, ja er ſtellte ſich ſogar in eigener Perſon für eine Heiratsverbindung mit dem Komnenenhaus zur Verfügung. Es war eine Situation, in der Wibald wieder mit Eifer und innerer Anteilnahme das politiſche Referat Byzanz betreuen konnte. 1155 unternahm der Abt perſönlich eine Geſandtſchaftsreiſe nach dem Oſten. Die Nützlichkeit eines taktiſchen Zuſammengehens mit dem Baſileus gegen Sizilien war dem Staufer klar geworden, wenngleich er auf Grund ſeiner Kenntnis der politiſchen Grundideen des Oſtrömers von vornherein an einem durchgreifenden Erfolg zweifelte. In dieſen Jahren leiſtete der von Friedrich nicht behelligte Géza unfreiwillig für das deutſche Imperium gewiſſermaßen Vorpoſtendienſte, indem er die ſtändig wiederholten Angriffe von Byzanz aushielt, die Manuel ſchließlich völlig ergebnislos abbrach, weil er den Stoß gegen den Weſten an anderer Stelle anſetzen wollte.

---

[30] H. Pelzer, Friedrichs I. von Hohenſtaufen Politik gegenüber Dänemark, Polen und Ungarn. Diſſ. Münſter 1906, S. 5.

[31] Otto v. Freiſing, Gesta II 6: Sed cum assensum super hoc principum quibusdam de causis latentibus habere non posset, ad effectum tunc perducere ea, quae mente volvebat, non valens, ad opportuniora tempora distulit.

[32] H. Simonsfeld, Jahrbücher des Deutſchen Reiches unter Friedrich I., I. Leipzig 1908, S. 101; Pelzer, a. a. O., S. 5; S. Riezler, Geſchichte Bayerns I, 2. Stuttgart und Gotha 1927, S. 281; zu beachten iſt, daß Otto v. Freiſing, Gesta II 7, unmittelbar anſchließend von dem Gegenſatz zwiſchen dem Welfen und dem Babenberger berichtet; dieſer Gegenſatz kann dann aber nicht gut zu den „causae latentes" zählen.

[33] S. Tengnagel, Vetera monumenta contra scismaticos. Ingolſtadt 1612, S. 389, Nr. 35.

Mit der großen Offenſive der Griechen in Italien 1155 beginnt eine neue Phaſe der deutſch-byzantiniſchen Beziehungen. Das Jahr 1156 brachte Barbaroſſa die Gewißheit, daß ſich auf die Dauer ein freundſchaftliches Zuſammenarbeiten mit dem ehrgeizigen Komnenen wohl nicht werde ermöglichen laſſen; er zog daraus die Konſequenz. Dem deutſchen Aufgebot gegen die Eindringlinge in Italien ging die Heirat des Kaiſers mit Beatrix von Burgund parallel. Den byzantiniſchen Geſandten, mit denen Wibald aus Konſtantinopel zurückkehrte[34], um die Verlobung Friedrichs mit einer byzantiniſchen Prinzeſſin perfekt zu machen, verweigerte der Kaiſer zunächſt den Zutritt und wollte ſie als Verräter beſtrafen. Man hat die anſprechende Vermutung aufgeſtellt[35], daß erſt die Nachricht von den Erfolgen Wilhelms, des Sohnes und Nachfolgers Rogers, in Unteritalien Friedrich zu Verhandlungen geneigt gemacht hat. Die Geſchäftsträger baten, Friedrich ſolle gemeinſchaftlich mit Oſtrom gegen die Ungarn vorgehen, um die völlige Niederlage eines byzantiniſchen Heeres zu rächen, bei der auch der Prätendent Boris den Untergang gefunden hatte. Dieſes Anſuchen zeigt, wie wenig Manuel damals noch die Haltung des zweiten Staufers begriffen hatte. Für letzteren aber war das Anſuchen der indirekte Beweis für die Richtigkeit ſeiner nachſichtigen Haltung den Ungarn gegenüber; es brachte darüber hinaus die Gewißheit, daß der Komnene auch nach ſeinen Niederlagen in Oſt und Weſt die aggreſſiven Abſichten im ungariſchen Raum im Zuge der rhömaiſchen Reſtaurationspolitik weiter zu verfolgen beabſichtige. Friedrich lehnte das Angebot mit einem nichtigen Vorwand ab, aber er zog auch aus ihm ungeſäumt ſeine praktiſchen Folgerungen.

In den Jahren 1156 ff. wird eine Art Oſtwall des Imperium Romanum gegen die Gefahren errichtet, die ihm von Konſtantinopel drohen könnten, um die ungeſtörte Durchführung der Italienpolitik zu gewährleiſten, die Friedrich nach der Verſtändigung des Papſttums mit Sizilien im Vertrage zu Benevent beſonders am Herzen lag. Ein Ring mehrerer von Barbaroſſa beſonders begünſtigter Territorialgewalten legt ſich um Ungarn, unter deſſen Druck der Arpadenſtaat automatiſch in das deutſche Oſtſyſtem mit einbezogen wird[36].

Die Abtrennung Öſterreichs von Bayern 1156 und ſeine Errichtung als ſelbſtändiges Herzogtum unter Heinrich Jaſomirgott, der Bayern Heinrich dem Löwen überläßt, geht mit der Verleihung ungewöhnlicher Rechte an den Oheim des Kaiſers zuſammen, die nicht nur in dem Gegenſatz des Welfen und Babenbergers ihre Urſache haben. Heinrich Jaſomirgott wird ſpeziell zur Heeresfolge „in regna vel provincias Austriae vicinas“ verpflichtet. Man ſieht förmlich, wie hinter dem für das Deutſche Reich an ſich ungefährlichen Ungarn, mit dem man damals in einem bewaffneten Frieden lebte, der große Rivale Byzanz ſteht. Allerdings hat man gerade den zitierten, für die Zeitverhältniſſe ſo ungemein charakteriſtiſchen Satz des Privilegium minus für eine ſpätere Interpolation erklären wollen[37].

---

[34] Dölger, Nr. 1408.

[35] H. v. Kap-Herr, a. a. O., S. 62.

[36] Zum Folgenden vgl. Pelzer, a. a. O., S. 8ff., der u. a. die Bedeutung Öſterreichs als Grenzmark des Reiches gegen Ungarn würdigt, aber die m. E. entſcheidende Bedeutung Ungarns als Pufferſtaat der rivaliſierenden Imperien nicht herausſtellt.

[37] Zum Privilegium minus vgl. W. Erben, Das Privilegium Friedrichs I. für das Herzogtum Öſterreich. Wien 1902, beſ. S. 90ff.; H. Steinacker, Der Streit um das öſterreichiſche Privilegium

In dasſelbe Jahr 1156 fallen weiter die entſcheidenden Vorverhandlungen mit Wladiſlaw von Böhmen wegen ſeiner Erhebung zum König[38]. Auch Wladiſlaw war auf dem Kreuzzug Konrads III. in nähere Beziehungen zu dem byzantiniſchen Hof getreten; während der ungariſchen Wirren der 60er Jahre appelliert Manuel an die „alte Freundſchaft“ zwiſchen ihnen. Wladiſlaw zählte alſo von vornherein zu den oſtintereſſierten Fürſten. Die Krone wäre ein ungewöhnlicher Lohn geweſen, wenn es ſich für Barbaroſſa *lediglich* um die Teilnahme des Böhmenherzogs an dem beabſichtigten Romzug gehandelt hätte, von der Vinzenz von Prag[39] ſpricht; die Tatſache, daß unmittelbar darauf Daniel von Prag in kaiſerlichem Auftrag in Ungarn interveniert, gibt einen Fingerzeig dafür, daß auch der Böhme mit Oſtaufgaben vom Reich betraut wurde.

Durch den Feldzug von 1157[40] erfolgte endlich die Erneuerung der Oberhoheit des Reichs über Polen, teils um den verwandtſchaftlichen Intereſſen des eben verpflichteten Wladiſlaw entgegenzukommen, teils um die Umklammerung Ungarns zu vollenden.

Dadurch wurde ebenfalls noch 1157 Ungarn in die Stellung eines Vaſallenkönigtums herabgedrückt. Géza leiſtete nach Oberitalien Heeresfolge und zahlte, wenn auch in Form von Geſchenken, Tribut. Friedrich konnte die Früchte ſeiner Zurückhaltung gegenüber Ungarn ernten. Geſchwächt durch die langjährigen Kriege mit Byzanz und im ſtändigen Gefühl der Unſicherheit vor neuen Angriffen Oſtroms, das nach Boris’ Tode das gefährliche Aſyl für die ehrgeizigen Brüder des Königs wurde, unter dem Eindruck endlich des ſiegreichen polniſchen Feldzugs Friedrichs von 1157, war es für Géza ein Gebot der politiſchen Klugheit, dem weſtlichen Nachbarn entgegenzukommen. Ungarn trat in verwandtſchaftliche Beziehungen zu Böhmen. Als Gézas Bruder Stephan bei Kaiſer Friedrich erſchien und Anſprüche auf Ungarn geltend machte, kam es zu einem kaiſerlichen Schiedsgericht auf dem Reichstag zu Regensburg, zu dem der Ungarnkönig Geſandte ſchickte. Friedrich ließ die Angelegenheit mit voller Abſicht in der Schwebe. Géza wurde dadurch erneut auf ſeine prekäre Lage hingewieſen und zu größerer Dienſtwilligkeit ermuntert. Eine Entſcheidung für oder gegen Stephan hätte auf alle Fälle eine Förderung Manuels bedeutet. Wenn andererſeits Stephan nach Konſtantinopel zurückkehrte, konnte das in Anbetracht der dort ſowieſo anweſenden ungariſchen Emigranten gleichgültig ſein. Auch hier zeigt ſich wieder die engſte Verflechtung der deutſchen Oſtbelange mit den deutſch-byzantiniſchen Beziehungen.

Auch Manuel trug der Situation von 1156 Rechnung. Er vollzog damals den entſcheidendſten Schritt ſeines Lebens; 1158 vermittelte die Kurie den Frieden zwiſchen Sizilien und Oſtrom[41]. Das bedeutete den totalen Umbruch der griechiſchen Politik: Einſtellung des Kampfes gegen den Erbfeind und Verzicht auf Unteritalien. Das Verhältnis Barbaroſſas und Manuels 1156—1160 iſt das zweier Gegner, die bereits Front zu Front gegeneinander Stellung nehmen. Auf dem Schauplatz der Politik entwickelten ſich ſchon 1157 heftige Vorfeldkämpfe im Verfolg jener Rivalität der beiden Imperien[42], die letzten Endes im Jahre 800 ihren Urſprung genommen hatte. Gleich bei den Präliminarien einer dauernden politiſchen Verbindung

---

minus und die methodiſche Lage der Diplomatik. In: Hiſt. Zeitſchrift 150, 1934, S. 268ff., beſ. S. 276; Hampe, a. a. O., S. 142 mit Anm. 1; H. Mitteis, Der Staat des hohen Mittelalters. Weimar 1940, S. 286. Wibald zählt 1152 (ep. Wibaldi n. 374) in Kanzleikreiſen die reges in folgender Reihenfolge auf: Constantinopolitanus, Ungarorum, Danorum, Northwegorum etc. Pelzer, a. a. O., S. 6, weiſt auf Otto v. Freiſing, Gesta II 21, hin: Experta est hoc Dania nuper subacta Romanoque reddita orbi et fortasse plures provinciae pluraque sensissent regna, si praesens negocium non impedisset. Auch die Mitbelehnung der Griechin Theodora und die libertas affectandi werden als Sonderzugeſtändniſſe Friedrichs aus der politiſchen Situation des Jahres 1156 durchaus begreiflich.

[38] Simonsfeld, a. a. O., S. 438ff.

[39] Vincenz von Prag, M. G. SS. XVII, S. 681; vgl. Dölger, Nr. 1358 u. 1454.

[40] Simonsfeld, a. a. O., S. 536: „Warum er (Friedrich) gerade jetzt den Augenblick für gekommen erachtete, gegen die Polenfürſten im Intereſſe ſeines Oheims vorzugehen, iſt unklar.“

[41] Dölger, Nr. 1420.

[42] Dölger, Nr. 1414; Ohnſorge in: Mitt. d. Öſterr. Inſt. f. Geſchichtsforſchung, Bd. 46, 1932, S. 351. Der gewandte Grieche verſuchte damals den Hebel in der Sphäre des Familiellen anzuſetzen, um die politiſche Situation zu meiſtern. Aber er fand in Friedrich einen gleichgeſchickten Gegenſpieler (Rahewin, Gesta III 6: et impetrant!; daraufhin erfolgte die 2. Reiſe Wibalds nach Byzanz).

zwiſchen beiden Kaiſerreichen im 12. Jahrhundert waren noch unter Kaiſer Johannes die beiderſeitigen Univerſalitätsanſprüche aufeinander geſtoßen. Aber es iſt bezeichnend nicht nur für das Gewicht der politiſchen Realitäten bereits im 12. Jahrhundert, ſondern auch für die Einſtellung des nüchternen Realpolitikers Johannes, daß das Faktum der Unvereinbarkeit des Ideellen ſozuſagen einfach mit in Kauf genommen wurde, daß ſich über das Prinzipielle hinweg eine praktiſche Verſtändigung anbahnte. Der Konflikt verſchärfte ſich jedoch, als 1143 Manuel auf den Thron folgte, der von vornherein nicht mehr eine geſunde Reſtaurationspolitik wie ſein Vater, ſondern vielmehr eine aggreſſive Expanſionspolitik trieb. Die Spannung wurde erſt beigelegt und byzantiniſcherſeits 1146 mit der Heirat der Bertha-Irene gewiſſermaßen quittiert, als Konrad ganz in das Schlepptau der oſtrömiſchen Politik geraten war. In Friedrich und Manuel traten ſich 1152 die beiden Männer gegenüber, die als die reinſten Vertreter des weſtlichen und öſtlichen Imperiums im 12. Jahrhundert angeſehen werden können. Aus taktiſchen Erwägungen legten auch ſie ſich zunächſt äußerlich Zwang an. Daß 1157 die ideellen Gegenſätze ſich abermals in den Vordergrund ſchieben, iſt der beſte Beweis für die damals eingetretene Verſchärfung der politiſchen Lage; nicht zufällig trat gleichzeitig die deutſche Reichspolitik unter den Einfluß Reinalds von Daſſel. Die Geſandtſchaften, die in dieſen Jahren 1156—1160 zwiſchen beiden Kaiſern gewechſelt wurden, ſind nichts anderes als letzte diplomatiſche Verſuche. Für Friedrich handelte es ſich darum, Zeit zu gewinnen; der Byzantiner hoffte immer noch, auf dem Verhandlungswege territorialen Gewinn in Italien zu erlangen[43]. Wie geſpannt die Lage war, beleuchtet ſchlaglichtartig die Tatſache, daß die Griechen Veranlaſſung zu haben glaubten, darauf hinzuweiſen, daß der 1158 auf ſeiner zweiten Legationsreiſe nach dem Oſten verſtorbene Wibald nicht von griechiſcher Seite ermordet worden wäre[44].

Die Spaltung der beiden auf Weltherrſchaft gerichteten Gewalten des Abendlandes, Imperium und Sacerdotium, die im Schisma von 1159 ihren ſichtbaren Ausdruck fand, brachte alle die latenten Spannungen der politiſchen Atmoſphäre der letzten Jahre zur Entladung. Im Oſten trat die Situation ein, die Barbaroſſa 1156 vorausgeſehen hatte.

Manuel konnte hoffen, ſich mit Hilfe der Kurie zum Herrn des Okzidents zu machen, unter Vollziehung der kirchlichen Union die römiſche Krone zu erlangen und die Einheit des Kaiſertums wieder herzuſtellen. Die verſchiedenen Phaſen der für Friedrich I. mehrfach recht bedrohlichen byzantiniſchen Politik der 60er Jahre[45], der Verſuch, 1160—1162 durch direkte Verhandlungen mit dem Papſt, 1163—1164 durch eine europäiſche Koalition mit Sizilien, Frankreich und der Kurie, 1165—1168 durch ein abendländiſches Bündnis auf engerer Baſis unter Ausſchluß Frankreichs bei dauernden griechiſchen Intrigen in Italien zum Ziele zu gelangen, gehen mit entſprechenden Aktionen auf der öſtlichen Angriffsfläche des Imperiums parallel[46].

Géza benutzte 1161 die neue Lage, um unter dem Angebot eines Defenſivbündniſſes an ſeinen alten Freund Ludwig VII. vom Kaiſer abzuſchwenken; gleichzeitig erfolgt eine Annäherung Manuels an Géza durch den Abſchluß einer neuerlichen „Treuga" von 5 Jahren. Die Geſandten von 5 Königen ſind nach der Mitteilung Burchards[47] 1161 an einem nicht genannten Ort mit Plänen gegen Friedrich zuſammengekommen. Ein kombinierter Angriff der beiden öſtlichen „regna" auf das Imperium lag damals im Bereich der Möglichkeiten. Nach dem Tode Gézas 1162 erfolgte die erſte byzantiniſche Invaſion gegen die für Gézas Sohn Stephan III. gebildete vormundſchaftliche Regierung bis tief nach Ungarn hinein, indem Manuel nacheinander die von Byzanz ausgehaltenen Brüder des Verſtorbenen, Ladiſlaus II. (geſt. 1163) und Stephan IV., als Gegenkönige aufſtellte, von denen beſonders der erſtere zahlreiche Anhängerſchaft im Lande hatte, während Stephan wegen ſeiner engen verwandtſchaftlichen Beziehungen zum byzantiniſchen Kaiſerhaus abgelehnt wurde und ſich nicht durchſetzen konnte.

Das umfaſſendſte weſteuropäiſche Aggreſſivobjekt Manuels fällt zeitlich zuſammen mit ſeinem

---

[43] Rahewin, Gesta IV 74. [44] Dölger, Nr. 1424.

[45] W. Ohnſorge, Die Legaten Alexanders III. im erſten Jahrzehnt ſeines Pontifikats (1159—1169). Berlin 1928, S. 69—86.

[46] Walther Holtzmann, Papſt Alexander III. und Ungarn. In: Ungariſche Jahrbücher, Bd. 6, 1926, S. 397—426, grundlegend, auch in chronologiſcher Hinſicht; Ohnſorge, Die Legaten Alexanders III., S. 109ff.

[47] H. Sudendorf, Registrum II. Berlin 1851, S. 138.

Plan einer griechiſch-ungariſchen Union[48]. Unter Anwendung von Waffengewalt wurde Stephan III. gezwungen, in die Verlobung ſeines Bruders Béla mit Marie, der Tochter Manuels, der damals noch keine männlichen Leibeserben hatte, ſowie in die Abtretung von Kroatien und Dalmatien einzuwilligen. Gleichzeitig verſuchte der Byzantiner, mit Heinrich dem Löwen Fühlung zu nehmen[49]: eine großzügig eingeleitete Einkreiſungspolitik gegen das Deutſche Reich.

Die auf Gewalt beruhenden byzantiniſchen ungariſchen Abmachungen wurden zum Anlaß weiterer blutiger Kriege, die militäriſch mit einem remis endeten. 1170 konnte Manuel ſeine Ungarnpolitik der 60er Jahre in ihrer aggreſſiven Tendenz gegen Friedrich I. als geſcheitert anſehen, ebenſo wie die unerwartete Geburt des Thronerben Alexios die Auflöſung der Verbindung Bélas mit Marie und deſſen Verheiratung mit der Schweſter von Manuels zweiter Gattin, einer Prinzeſſin von Antiochia, nach ſich zog.

Während des ganzen 7. Jahrzehnts des 12. Jahrhunderts hat ſich der Oſtſchutz des Deutſchen Reiches auf das beſte bewährt.

Zunächſt unternahm es Friedrich unmittelbar nach dem Ausbruch des Schismas, nochmals durch direkte Auseinanderſetzung mit dem öſtlichen Kaiſer im Rahmen der allgemeinen Probleme auch die Oſtfrage zu bereinigen. Die Teilnahme der Perſon des Herzogs von Kärnten an der Geſandtſchaft, die 1160 nach Pavia an Manuel abging und allerdings nichts anderes erreichte, als daß er ſie zum Anlaß nahm für eine große antideutſche Propaganda im öſtlichen Teil des Reichs, zeigt, daß deutſcherſeits die ungariſchen Verhältniſſe als entſcheidender Punkt bei einer nochmals verſuchten letzten diplomatiſchen Verhandlung mit dem Baſileus vorgeſehen waren. Nach dem Scheitern dieſes letzten Appells mußten die Waffen entſcheiden.

Gleichzeitig mit der deutſchen Legation nach Byzanz war in Ungarn bezeichnenderweiſe wieder Daniel von Prag als kaiſerlicher Unterhändler tätig geweſen, allerdings ohne durchgreifenden Erfolg. Als Barbaroſſa 1161 die Nachricht vom Abfall Gézas erhielt, äußerte er „kurz und ſchön", wie uns Burchard berichtet: „Gott ſei Dank habe ich zu guter Gelegenheit einen ganz ſchäbigen Freund verloren." So kann nur der ſprechen, der einer Gefahr bewußt vorgebaut hat. 1163 fürchtete Papſt Alexander einen Zug des deutſchen Kaiſers nach Ungarn; Friedrich ſelbſt ſchreibt 1163[51], er habe eine Legation vieler Herren und Barone des ungariſchen Landes empfangen, die „gern unter dem Joch unſerer Herrſchaft zu ſein wünſchen und uns und unſerem ganzen Imperium große Ehre erbieten". Daß Barbaroſſa gleichzeitig ſowohl von Stephan III. wie von Stephan IV., von letzterem nochmals 1164, vergeblich angegangen wurde, zeigt ſowohl die Vormachtſtellung des Imperiums in Ungarn wie auch die Konſequenz des Staufers in der Oſtangelegenheit, in die perſönlich einzugreifen er von vornherein nicht vorgeſehen hatte. 1163 übertrug er dem König von Böhmen und dem Herzog von Öſterreich zuſammen mit dem Markgrafen von Steiermark offiziell die Erledigung der ungariſchen Angelegenheiten[52].

Wladiſlaw und Heinrich Jaſomirgott haben die Sache des Reichs in Ungarn gegen Manuel verfochten. Ihre Unterſtützung galt von vornherein der vormundſchaftlichen Regierung bzw. Stephan III., der ſich nicht zum letzten durch große Geldgeſchenke die Gunſt des Kaiſers ſicherte. Wladiſlaw mußte ſich perſönlich gegen die Großen ſeines Landes einſetzen, die den Sinn der bewaffneten Hilfeleiſtung Böhmens in der ungariſchen Angelegenheit zunächſt einfach nicht einſahen[53]. Dieſe Tatſache iſt für die Beurteilung der Verleihung der Königskrone 1156—1158 mit heranzuziehen. Wladiſlaw muß ſogar weitgehende Vollmachten vom Kaiſer zu ſeinen Friedensverhandlungen mit Manuel gehabt haben[54]. Heinrich von Öſterreich unternahm 1166 mit dem Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach im kaiſerlichen Auftrage einen Verſuch bei ſeinem „Freunde“ Manuel, den neu ausgebrochenen ungariſchen Konflikt gütlich beizulegen. Nach dem Scheitern dieſes Unternehmens hat er ſeine Tochter Agnes mit Stephan III. vermählt und letzterem beſonders nachdrücklich Hilfe zuteil werden laſſen[55].

---

[48] Hóman, a. a. O., S. 395f.

[49] Dölger, Nr. 1456, an Heinrich, nicht an Adolf II. gerichtet; vgl. J. Heydel, Das Itinerar Heinrichs des Löwen. Diſſ. Greifswald 1929, S. 59; über die Frage einer Konſpiration Heinrichs mit Manuel in den Jahren 1172—1180 vgl. F. Güterbock, Der Prozeß Heinrichs des Löwen. Berlin 1909, S. 35—40, 89—98, und Editha Gronen, Die Machtpolitik Heinrichs des Löwen und ſein Gegenſatz gegen das Kaiſertum. Berlin 1919, S. 123—126.

[50] Rahewin, Gesta IV 74; Sudendorf II, S. 135 u. 138.

[51] Sudendorf, Registrum I. Jena 1849, S. 61, Nr. 21; Huber, a. a. O., S. 361, Anm. 1.

[52] Sudendorf, Registrum I, S. 62, Nr. 22: Quicquid enim vos tres ex consilio vestro una cum legatis nostris super hoc verbo ordinaveritis et statueritis, nos absque omni retractatione ratum habebimus et gratum.

[53] Vincenz von Prag, M. G. SS. XVII, S. 681; vgl. Ohnſorge, Die Legaten Alexanders III., S. 107, Anm. 11.

Bis zum Tode Stephans III. 1172[56] blieb der deutſche Einfluß in Ungarn vorherrſchend. Nach Stephans Ableben ſetzte Manuel die Nachfolge von deſſen Bruder Béla III. durch, der ſich ihm zuvor auf Lebenszeit eidlich verpflichten mußte, die Intereſſen des oſtrömiſchen Reiches zu vertreten. Wir wiſſen von den Widerſtänden, die er in dem Lande fand. Die Oppoſition wurde wieder von Öſterreich geſtützt. 1174 heiratete Leopold, Sohn des Herzogs Heinrich von Öſterreich, Bélas Schweſter Helena; 1175 fand Bélas Bruder Géza ein Aſyl in der deutſchen Oſtmark; der Ungarnkönig verlangte vergeblich ſeine Auslieferung. Als ſich Géza nach Böhmen begeben hatte, um ſich deſſen Vermittlung bei Friedrich I. zu bedienen, wurde er von Sobieſlaw nach Ungarn ausgeliefert und dort eingekerkert.

Der Unwille Barbaroſſas über dieſe Maßnahme zeigt mit Sicherheit, daß der deutſche Kaiſer auch damals die deutſchen Belange in Ungarn durchaus nicht aus dem Auge verloren hatte. Anſcheinend ſollte der Erzbiſchof von Magdeburg als kaiſerlicher Geſandter wegen Géza bei Béla intervenieren, doch war die Aktion erfolglos. Géza blieb weiter in Kerkerhaft. Soviel iſt offenbar, daß Friedrich den ungariſchen Kronprätendenten als Exponenten der deutſchen Ungarnpolitik ungern entbehrte. Indeſſen iſt nicht abzuſtreiten, daß die Vertretung der deutſchen Belange in gleichem Maße ſchwächer wurde, wie Manuel auf bewaffnete Intervention im Arpadenſtaat verzichtete. Gerade das jedoch beweiſt wieder, in wie ſtarkem Grade die Politik des Reiches im Südoſten von der deutſchen Byzanzpolitik abhängig iſt. Praktiſch iſt 1172 Ungarn dem Deutſchen Reiche entglitten. Béla III. hielt ſich politiſch und kulturell zu Byzanz und Frankreich, ſolange Manuel lebte; nach deſſen Tode 1180 hat er Ungarn die Selbſtändigkeit wiedergewonnen. Es war nicht mehr als ein Preſtige-Erfolg Barbaroſſas, wenn er bei der Durchreiſe durch Ungarn im Kreuzzug 1189 für den immer noch inhaftierten Géza die Freiheit erwirkte und ſeinen Sohn, Herzog Friedrich von Schwaben, mit einer Tochter Bélas verlobte.

Die gegen den Weſten gerichtete Stoßkraft des byzantiniſchen Reiches war militäriſch und finanziell in den 60er Jahren erſchöpft. Die europäiſche Politik des griechiſchen Kaiſers in den 70er Jahren iſt nicht mehr ganz einheitlich ausgerichtet[57]. In den vielfachen Wendungen nach Sizilien, Deutſchland, England und Frankreich zeigt ſich die ungeſunde Überſteigerung des Weſens und Wollens des Oſtrömers. Als einzige feſte Linie laſſen ſich die dauernd guten Beziehungen zwiſchen Manuel und Papſt Alexander III. feſtſtellen, die jedoch in dem Augenblick in Feindſeligkeiten übergingen, als der Friede von Venedig abgeſchloſſen war.

1170 hatte Friedrich nach vergeblichen Bemühungen, das Schisma zu beſeitigen, in Zuſammenhang mit der Umorientierung ſeiner Politik nach Frankreich, verſucht, in ein Verhältnis mit Manuel zu kommen. Kein Geringerer als Chriſtian von Mainz war der Führer der deutſchen Delegation, die ſich damals in Konſtantinopel einfand[58]. Leider fehlen nähere Nachrichten über dieſes politiſch hochintereſſante Unterfangen der beiden kaiſerlichen Rivalen, mitten im Kampfe die Waffen niederzulegen. Wir wiſſen nur, daß die Geſandtſchaft von Byzanz aus erwidert wurde, daß Manuel 1172 mit Sizilien brach, mit dem er ſich hiſtoriſch widerſinnig ſeit 1162 auf ein Jahrzehnt gegen Barbaroſſa zuſammengetan hatte, und daß eine Heiratsverbindung zwiſchen der Tochter des Baſileus, Maria, und einem Sohn des Staufers geplant war. Manuel verfolgte das Projekt länger als Friedrich, der bereits 1173 auf eine deutſchgriechiſche Verſtändigung verzichtete. Es wäre immerhin möglich, daß bei dieſem Verzicht auch Rückſichten auf die neue Lage in Ungarn ſeit Bélas Thronbeſteigung 1172 mitgeſpielt haben. Andererſeits widmete Friedrich, gerade weil es auf dem ungariſchen Grenzraum zwiſchen beiden Imperien nicht wieder zu kriegeriſchen Verwicklungen kam, in noch ſtärkerem Maße als früher ſeine Aufmerkſamkeit den italieniſchen Dingen, für die er auch von Sobieſlaw von Böhmen größtes Intereſſe verlangte[59].

---

[54] Dölger, Nr. 1455, vgl. Nr. 1453 u. 1454; Homan, a. a. O., S. 397.

[55] Huber, a. a. O., S. 365f.

[56] Für das Folgende vgl. Hóman, a. a. O., S. 400ff.; Pelzer, a. a. O., S. 51ff.; Huber, a. a. O., S. 367ff.

[57] W. Ohnſorge, Ein Beitrag zur Geſchichte Manuels I. von Byzanz. In: Feſtſchrift Albert Brackmann, Weimar 1931, S. 383—390.

[58] Böhmer-Will, Regesta archiepiscoporum Maguntinensium II 28, Nr. 72.

Nach der Beilegung des Schismas kam es 1179 zu einem erneuten Geſandten- und Briefaustauſch zwiſchen beiden Kaiſern. Wieder ſteht die ſtrittige ideelle Frage des Imperium Romanum im Vordergrund[60]. Im Prinzip iſt man auch durch die Kämpfe zweier Jahrzehnte um keinen Schritt vorwärts gekommen. Aber der zunächſt die Welt aufrüttelnde und zu politiſchen Syſtemen zuſammenballende Gegenſatz der beiden kaiſerlichen Gewalten verläuft ſich am Ende der 70er Jahre in kleinlichen Intrigen und hinterliſtigen Handſtreichen, um ſchließlich nach dem Tode Manuels 1180 praktiſch zu verſchwinden[61], da auch die Dynaſtie der Komnenen das Schickſal des byzantiniſchen Reiches nicht aufzuhalten vermocht hat[62]; und doch ſind die beiden großen Kaiſer Johannes und Manuel weder aus der Entwicklung des politiſchen Lebens des Abendlandes noch aus der Geſchichte des deutſchen Oſtens wegzudenken.

Von der Betrachtung der deutſch-byzantiniſchen Beziehungen her gewinnt der rückſchauende Hiſtoriker ein Bild von der ungemein engen Verflechtung der deutſchen Oſtpolitik mit der deutſchen Italienpolitik der frühen Stauferzeit; beide hängen unmittelbar miteinander zuſammen; die eine iſt ohne die andere nicht voll zu verſtehen. Gegenüber modernen Beſtrebungen und Methoden, Oſtpolitik und Italienpolitik der deutſchen Kaiſerzeit gegeneinander auszuſpielen, hat gerade der Jubilar, dem dieſes Heft gewidmet iſt, immer wieder Front gemacht und in grundlegenden Arbeiten weſentlich neue Erkenntniſſe eben aus der Betrachtung des deutſchen Oſtens und ſeiner Geſchichte im Rahmen der deutſchen Kaiſergeſchichte gewonnen[63]. Der vorliegende Verſuch iſt beſtrebt, ſich methodiſch an dieſe Arbeiten anzuſchließen.

---

[59] Sudendorf, Registrum I, S. 80, Nr. 35.

[60] v. Kap-Herr, a. a. O., S. 156f.

[61] Vgl. jedoch K. Zimmert, Der deutſch-byzantiniſche Konflikt vom Juli 1189 bis Februar 1190. In: Byz. Zeitſchrift, Bd. 12, 1903, S. 42—77, beſ. S. 52.

[62] G. Oſtrogorſky, Die Perioden der byzantiniſchen Geſchichte. In: Hiſt. Zeitſchrift, Bd. 163, 1941, S. 229ff., beſ. S. 253.

[63] Ich zitiere hier nur die jüngſte Arbeit: A. Brackmann, Zur Entſtehung des ungariſchen Staates. Abhandl. der Preuß. Akad. d. Wiſſ., 1940, phil.-hiſt. Kl., Nr. 8.

Polens Tributpflicht gegenüber dem Deutſchen Reich im 10. Jahrhundert

Von Gerhard Sappok, Berlin

Macht und Anſehen des mittelalterlichen Deutſchen Reiches laſſen ſich am beſten aus Weite und Umfang ſeiner Ausſtrahlungskraft erkennen. In dieſer Hinſicht ſind die Ausdehnungsbemühungen des Reiches nach dem Oſten von größtem Intereſſe, da hier das mittelalterliche Reich auf Hinderniſſe ſtieß, die die Ausweitung und Sicherung ſeiner Oſtgrenze beſonders gefahrenvoll und ſchwierig machten[1]. Gerade die eingehendere Beſchäftigung mit dieſen Schwierigkeiten, die ſowohl aus den beſonderen landſchaftlichen als auch volkstumsmäßigen Bedingungen des Oſtens erwuchſen, haben dazu geführt, daß der vor einiger Zeit neu erhobene Vorwurf gegen das deutſche Kaiſertum des Mittelalters, es habe über ſeinen Italienzügen den Oſten vernachläſſigt, wenigſtens für die Herrſchergeſchlechter bis zu den Staufern, ſtändig mehr an Gewicht verliert[2]. Wie groß und verſchiedenartig die Schwierigkeiten waren, die ſich der deutſchen Kriegführung im Oſten entgegenſtellten, hat K. Schünemann in einer ſeiner letzten Arbeiten — bevor er ſelbſt im ſiegreichen Feldzug in Frankreich 1940 fiel — eindrucksvoll nachgewieſen und gezeigt, daß die deutſchen Herrſcher bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts im Oſten nicht nur genug militäriſche Kräfte eingeſetzt haben, ſondern daß der geſamte Kräfteeinſatz im Oſten in dieſen Jahrhunderten „den der italieniſchen Unternehmungen bei weitem übertroffen hat“[3]. Sodann hat G. Lukas kürzlich nachweiſen können, daß ſelbſt ein ſo dem Süden verhafteter Herrſcher wie Otto III. bis zu ſeinem 2. Italienzug im weſentlichen doch eine „echt ottoniſche“ Oſtpolitik (im Sinne Ottos I.) getrieben hat[4].

Nach Karl dem Großen hat ſich wohl kein deutſcher Herrſcher ſo energiſch und zielbewußt der Oſtpolitik gewidmet wie Kaiſer Otto I., und es iſt unſtreitig das Verdienſt von A. Brackmann, auf die weitreichenden Pläne dieſes Herrſchers hingewieſen und die Forſchungen zur Oſtpolitik dieſes deutſchen Kaiſers in ganz entſcheidenden Punkten vertieft zu haben[5].

---

[1] Über die beſonderen Schwierigkeiten der Grenzſicherung im Oſten vgl. H. Aubin, Die Oſtgrenze des alten deutſchen Reiches. Entſtehung und ſtaatsrechtlicher Charakter. In: Hiſt. Vierteljahrsſchrift, 28. Jg. 1933, jetzt auch in: Von Raum und Grenzen des deutſchen Volkes. Studien zur Volksgeſchichte, Breslau 1938, S. 109—144.

[2] Über den Streit um die deutſche Kaiſerpolitik im Mittelalter, die mit der berühmten Kontroverſe zwiſchen Sybel und Ficker eingeſetzt hat, vgl. Fr. Schneider, Die neueren Anſchauungen der deutſchen Hiſtoriker über die deutſche Kaiſerpolitik des Mittelalters und die mit ihr verbundene Oſtpolitik. 4. Aufl. Weimar 1940. Vgl. dazu G. Sappok, Die deutſche Oſtpolitik des Hohen Mittelalters im Rahmen der Reichspolitik. In: Jomsburg, IV. Jg., 1940, S. 141—173. Die noch heute ſehr beachtenswerten Streitſchriften H. von Sybels und J. Fickers ſind kürzlich von Fr. Schneider neu herausgegeben worden unter dem Titel: Univerſalſtaat oder Nationalſtaat. Macht und Ende des Erſten deutſchen Reiches. Die Streitſchriften von H. v. Sybel und J. Ficker zur deutſchen Kaiſerpolitik des Mittelalters. Herausgegeben und eingeleitet von Fr. Schneider. Innsbruck 1941.

[3] K. Schünemann, Oſtpolitik und Kriegsführung im frühen Mittelalter. In: Ungar. Jahrb., XVII. Jg. 1937, S. 31—56; derſ., Deutſche Kriegsführung im Oſten während des Mittelalters. In: Deutſches Archiv f. Geſch. d. Mittelalters, II. Jg. 1938, S. 34—84.

[4] G. Lukas, Die deutſche Politik gegen die Elbſlawen vom Jahre 982 bis zum Ende der Polenkriege Heinrichs II. Diſſ. Halle 1940. Vgl. auch die Beſpr. von W. Möllenberg, in: Sachſen und Anhalt, XVI. Jg. 1940, S. 348.

[5] Eine Überſicht über die diesbezüglichen Arbeiten von A. Brackmann findet ſich in meinem in Anm. 2 genannten Aufſatz, und zwar dort vor allem S. 154ff.

Die erſten Nachrichten über die Beziehungen des Reiches zum jungen polniſchen Staat, der in der 2. Hälfte des 10. Jahrhunderts höchſtwahrſcheinlich von normanniſchen Eroberern ins Leben gerufen wurde[6], verdanken wir den deutſchen Chroniſten Widukind und Thietmar, die im Zuge ihrer Berichte über die Kämpfe der Sachſenherrſcher an der Oſtgrenze des Reiches gelegentlich auch von Miſeko, dem Herzog des polniſchen Staates, erzählen. Da ſich dieſe Chroniſten nur nebenbei für Polen und den Polenherzog intereſſieren, und zwar vor allem hinſichtlich ſeiner Kämpfe mit den deutſchen Markgrafen, erfahren wir von ihnen über dieſen Staat, vor allem über ſeine Entſtehung, ſo gut wie gar nichts[7]. Dafür aber ſind um ſo wertvoller jene kurzen Nachrichten, die von dem Verhältnis des jungen polniſchen Staates zum Reich berichten. Ganz beſondere Bedeutung kommt in dieſer Hinſicht den Angaben Thietmars von Merſeburg zu, der ſelbſt im Grenzgebiet beheimatet war und dank ſeiner Stellung und ſeiner verwandtſchaftlichen Beziehungen über ſehr gute Informationen über die Oſtpolitik der Sachſenkaiſer verfügte[8]. Von Thietmar erfahren wir, daß Markgraf Gero im Jahre 963 einen Feldzug unternahm, in deſſen Verlauf die Luſici, die Selpuli und ſchließlich auch der Polenherzog Miſeko der kaiſerlichen Gewalt untertan gemacht wurden[9]. Zur gleichen Zeit hatte, wie uns Widukind berichtet, von Nordweſten her Wichmann zuſammen mit den Redariern den Polenherzog angegriffen, und dieſer „kombinierte Doppelangriff“ hatte ſchließlich zur Unterwerfung Polens geführt[10]. Welcher Art dieſe Unterwerfung geweſen iſt, erfahren wir erſt zu einem ſpäteren Zeitpunkt. Zum Jahre 972 nämlich berichtet Thietmar:

„Interea Hodo, venerabilis marchio, Miseconem inperatori fidelem tributumque usque in Vurta fluvium solventem exercitu petivit collecto. Ad cuius auxilium pater meus comes Sigifridus, tunc iuvenis necdumque coniugali sociatus amori, venit solum cum suis et in die sancti Johannis baptistae adversus eum pugnantes primoque vincentes a fratre eiusdem Cideburo, exceptis tantum comitibus prefatis, omnes optimi milites interfecti oppecierunt in loco, qui vocatur Cidini. Hac de fama miserabili inperator turbatus de Italia nuncios misit precipientes Hodoni atque Miseconi, si gratiam suimet habere voluissent, usque dum ipse veniens causam discuteret, in pace permanerent.“ (Chron. II, 29).

Zu Beginn dieſer für das Rechtsverhältnis Miſekos zum Reich ſehr wichtigen Quellenſtelle erfahren wir, daß der Polenherzog um 972 als „fidelis“ galt und dem Kaiſer „Tribut bis zur Warthe“ zahlte. Um auf Grund dieſer Angaben klare Schlüſſe auf den eigentlichen Inhalt des Rechtsverhältniſſes ziehen zu können, müſſen folgende Fragen geklärt werden: 1. Was iſt unter dem Begriff „fidelis“ zu verſtehen, vor allem in der Zeit, in der dieſer Ausdruck hier angewandt wird. — 2. Welche rechtliche Bedeutung kommt dem Begriff eines „Tributarius“ zu, als welcher hier der Polenherzog dem Kaiſer gegenüber erſcheint? — 3. Wie iſt die nähere Angabe Thietmars zu deuten, nach der ſich die Tributpflicht auf das Gebiet „bis zur Warthe“ erſtreckt habe?

---

[6] Über die Entſtehung des polniſchen Staates vgl. A. Brackmann, Die Anfänge des polniſchen Staates. Sitzungsber. d. Preuß. Akad. d. Wiſſ., Phil. Hiſt. Kl. 1934, XXIX.; G. Sappok, Zur Entſtehungsgeſchichte des polniſchen Staates. In: Zeitſchr. d. Ver. f. Geſch. Schleſiens, 70. Jg. 1936, S. 414—433.

[7] Vielleicht findet ſich in der Tatſache, daß Thietmar von Miſeko und ſeinen Unterworfenen („sibi subiecti“ in: Chron. II., 14) ſpricht, ein Hinweis darauf, daß dieſer Polenherzog ſein Staatsweſen durch Unterwerfung, d. h. alſo durch Eroberung zuſammengebracht hat.

[8] Über Thietmar von Merſeburg und ſeine Glaubwürdigkeit vgl. R. Holtzmann in der Einleitung zur neuen Thietmar-Ausgabe. (M. G. Nova Series, IX, Berlin 1935, S. VII ff.), ſodann in: Wattenbach-Holtzmann, Deutſchlands Geſchichtsquellen im Mittelalter. Deutſche Kaiſerzeit. Bd. I, 1938 bis 1940, S. 52—58. Vgl. auch L. Koczy, Thietmar i Widukind. In: Kwartalnik Historyczny, 50. Jg. 1936, S. 656—676; A. Brackmann, Widukinds von Corvey Sachſengeſchichte und die Chronik des Thietmar von Merſeburg in neuer Ausgabe und die letzten Forſchungen über ihren Quellenwert. In: Deutſches Archiv f. Landes- und Volksforſchung, 5. Jg., 1941, S. 162—174.

[9] Thietmar, Chron. II, 14 (ebd. Holtzmann, S. 54.)

[10] Widukind III, 66 (Ed. Hirſch, S. 141). — Vgl. R. Holtzmann, Kaiſer Otto der Große. Berlin 1936, S. 76.

Um die Beantwortung dieſer drei Fragen habe ich mich bereits früher einmal bemüht[11]; ſeit dieſer Zeit ſind aber ſowohl von deutſcher als auch von polniſcher Seite gerade zu dieſen Fragen erneut Anſichten geäußert worden, die es notwendig erſcheinen laſſen, zu ihnen Stellung zu nehmen. Was den fidelis-Begriff angeht, ſo habe ich damals gegenüber der polniſchen Forſchung, die daraus bereits auf das Beſtehen eines Lehensverhältniſſes ſchließen wollte, deutlich zu machen verſucht, daß aus der Bezeichnung eines abhängigen Fürſten als „fidelis“ allein noch nicht auf ein Lehensverhältnis geſchloſſen werden darf, ſondern daß dieſe Bezeichnung ein einfaches Treueverhältnis ausdrückt mit dem vorwiegend negativ beſtimmten Sinn: Enthaltung von Krieg und Unbotmäßigkeit[12]. Bei meiner Unterſuchung des eigentlichen Charakters der Tributpflicht kam ich zu dem Ergebnis, daß das Tributverhältnis in der Reihe der möglichen Rechtsbeziehungen die ſtrengſte und härteſte Form der Abhängigkeit des Unterworfenen vom Sieger darſtellt. Gerade zu dieſer Frage iſt von polniſcher Seite ſehr ausführlich Stellung genommen worden von Z. M. Jedlicki, der „das Rechtsverhältnis Polens zum Kaiſertum bis zum Jahre 1000" behandelt hat[13]. Nach einer ſehr umſtändlichen Unterſuchung über das Weſen der Tributpflicht, die der Verfaſſer bei den primitiven Völkern beginnen läßt, um ſie dann über die Zeit der Griechen und Römer bis ins Mittelalter fortzuführen, kommt er zu folgendem Ergebnis: Polens Tribut gegenüber dem Reich trug nicht den Charakter „eines gewöhnlichen Löſegeldes, das von dem beſiegten Staate für den Preis der Erhaltung ſeiner Unabhängigkeit gezahlt wurde", der Tribut ſtellte auch nicht die Gegenleiſtung für beſtimmte konkrete Leiſtungen dar, ſondern er iſt in dem vorliegenden Falle „als Entſchädigung für einen Verzicht auf Rechte" aufzufaſſen, und zwar auf angebliche Rechte des Kaiſers auf Pommerellen, das nach Anſicht des Verfaſſers auf Grund eines 963 anzunehmenden Vertrages zwiſchen Otto I. und Miſeko um den Preis des Tributs Polen überlaſſen worden ſei[14]. Damit mündet die Arbeit Jedlickis vernehmbar ein in den Chor jener polniſchen Wiſſenſchaftler, die ſich ſeit Jahren darum bemühten, das Abhängigkeitsverhältnis Polens vom Reich in einer möglichſt abgeſchwächten Form erſcheinen zu laſſen und eine möglichſt frühe Zugehörigkeit Pommerellens zu Polen zu erweiſen[15]. Was Jedlicki über ſeine Deutung des rechtlichen Charakters der Tributpflicht und ihre Anwendung auf das deutſch-polniſche Verhältnis im 10. Jahrhundert ſagt, ſoll bei anderer Gelegenheit eingehend behandelt werden. Hier ſei lediglich bemerkt, daß ich gerade durch die von ihm ſo zahlreich aus der Vergangenheit angeführten Beiſpiele in meiner Deutung der Tributpflicht nur beſtärkt worden bin. Daher ſoll hier nur auf die Frage eingegangen werden, die Jedlicki zwar auch mit behandelt, die aber auch von anderen Verfaſſern kürzlich diskutiert worden iſt, die Frage nämlich, auf welches Gebiet Polens Tributpflicht zu beziehen iſt. Thietmar ſpricht nur von dem Land „bis zur Warthe" und gibt damit verſchiedenen Deutungen Raum, die auch im Laufe der Zeit verſucht worden ſind, ohne aber zu einer befriedigenden Löſung zu führen. Meiner Anſicht nach beſteht aber die Möglichkeit, doch zu einer ſolchen Löſung zu kommen, wenn man die Thietmar-Stelle im engſten Zuſammenhang mit dem Ereignis betrachtet, in dem ſie ſteht, nämlich mit dem Konflikt zwiſchen dem deutſchen Markgrafen Hodo und dem Polenherzog vom Jahre 972. Aus dieſem Grunde habe ich oben nicht nur — wie es meiſt üblich iſt — den einen Satz zitiert, in dem die Warthe als Grenze angegeben iſt, ſondern das ganze Kapitel, das uns von dem Konflikt des Jahres 972 berichtet. Bevor ich die neue Deutung vortrage, ſei kurz auf die bisherigen Erklärungen dieſer wichtigen Quellenſtelle hingewieſen.

Von den älteren Autoren, die auf die in Frage ſtehende Thietmar-Stelle zu ſprechen kommen, haben ſich eigentlich nur H. Zeißberg und F. Barthold über ihren Sinn nähere Gedanken gemacht. Sowohl E. Dümmler als auch W. v. Gieſebrecht geben nur die Nachricht Thietmars wieder, daß der Polenherzog von dem Land bis zur Warthe Tribut gezahlt habe, was auch in dem Hiſtoriſchen Atlas von Spruner-Menke ſeinen Niederſchlag gefunden hat[16]. Mit dem ihm eigenen Scharfblick für die weſentlichen Probleme der deutſch-polniſchen Beziehungen unter den Sachſenkaiſern, zu denen H. Zeißberg in einer Reihe von Abhandlungen Stellung nahm, hat dieſer Gelehrte auch die Problematik der hier in Frage ſtehenden Thietmar-Stelle erkannt, ohne jedoch von ſich aus zu einer befriedigenden Löſung zu kommen. „Am meiſten macht der Ausdruck: ‚bis zur Warthe zinspflichtig‘ zu ſchaffen. Es iſt dies zunächſt die einzige geographiſche Beſtimmung, welche wir über Polens Ausdehnung als ſtaatliche Einheit unter Miſeco I. beſitzen, und die gewiß bloß für das linke Ufer des Fluſſes gilt, da für das am rechten Ufer liegende Land, ſelbſt wenn es ihm botmäßig war, als unſicheren ſchwankenden Beſitz Miſeco kaum ſich würde verpflichtet haben, Tribut zu entrichten.“[17] In ähnlicher Weiſe hat ſich F. W. Barthold in ſeiner Geſchichte von Rügen und Pommern zur Auslegung der Thietmar-Stelle geäußert[18].

---

[11] G. Sappok, Die Anfänge des Biſtums Poſen und die Reihe ſeiner Biſchöfe von 968—1498. = Deutſchland und der Oſten Bd. 6. Leipzig 1937.

[12] a. a. O., S. 27.

[13] M. Z. Jedlicki, Stosunek prawny Polski do Cesarstwa do r. 1000. Poſen 1939.

[14] M. Z. Jedlicki, a. a. O., S. 120/121.

[15] Unter dieſem Geſichtspunkt ſteht vor allem die Monographie von Z. Wojciechowski, Mieszko I. i powstanie państwa polskiego (Mieszko I. und die Entſtehung des polniſchen Staates), Thorn 1935. Vgl. dazu meine Beſpr. in: Jomsburg, III. Jg. 1939, S. 207ff.

Mit beſonderer Aufmerkſamkeit wandte ſich die polniſche Forſchung nach dem Weltkriege dieſer Frage zu, wobei bald neue Löſungsmöglichkeiten auftauchten. Dieſe neuen Löſungsverſuche, die meiſt auf die Poſener Hiſtoriker-Schule zurückgehen, ſind deutlich von dem Beſtreben getragen, Polens einſtiges Herrſchaftsgebiet ſchon in den Anfängen ſeiner Geſchichte möglichſt ausgedehnt erſcheinen zu laſſen. Auch die Krakauer und Lemberger Forſchung ſuchte nach neuen, wenn auch weniger expanſiven Deutungen[19]. In ſeiner Monographie über „Miſeko, den Baumeiſter des polniſchen Staates“ bemerkt St. Zakrzewſki, der verſtorbene Lemberger Hiſtoriker: „Die Faſſung dieſer Stelle („tributpflichtig bis zur Warthe“) iſt nicht einfach, und zwar deswegen, weil es nirgends einen Beweis dafür gibt, daß die Warthe die Grenze dieſes Gebietes darſtellte, — eher bleibt anzunehmen, daß eine Umſtellung der Worte erfolgt iſt, und daß die Warthe alſo nicht die Grenze des Tributs bedeutete, ſondern das Gebiet des unglücklichen Feldzuges des Markgrafen Hodo. Das iſt natürlich nur eine Vermutung. Wenn ſich dieſe auch in keiner Weiſe begründen läßt, ſo konnte auch damals nicht die Rede ſein von der Warthe-Linie als Grenze des Tributs von Südweſten her; zur Debatte ſtand damals die Warthe als Grenze von Nordweſten her“[20]. In dieſen Bemerkungen ſei hier vor allem hingewieſen auf die auch von H. Zeißberg ausgeſprochene Anſicht, nach der die Warthe in ihrem ganzen Verlauf nicht als Grenze des tributpflichtigen Gebiets gelten könne. — Von den Krakauer Hiſtorikern hat ſich R. Grodecki in dem von ihm bearbeiteten Abſchnitt der „Geſchichte des mittelalterlichen Polen“ kurz zu der Thietmar-Stelle geäußert; er bemerkt, daß ſich das umſtrittene tributpflichtige Gebiet nach ſeiner Anſicht überhaupt auf der linken Oderſeite befunden hat, und zwar die Oder entlang bis zur Warthe, d. h. alſo bis zur Mündung dieſes Fluſſes in die Oder[21].

In einer ganz anderen Richtung hat J. Widajewicz das tributpflichtige Gebiet geſucht, der mit ſeiner angeblich neuen Deutung einen großen Einfluß ausgeübt hat auf die Poſener Hiſtoriker und auf deren Bemühungen, Polens Streben nach einem Zugang zum Meer ſchon in der früheſten Zeit der polniſchen Geſchichte anheben zu laſſen. Zum Ausgangspunkt ſeiner Theſe nahm Widajewicz jene rätſelhafte Angabe Widukinds, nach der die Untertanen des erſten

---

[16] E. Dümmler, Kaiſer Otto der Große. Jahrb. d. Deutſchen Geſchichte. Leipzig 1876, S. 385; W. v. Gieſebrecht, Geſchichte der deutſchen Kaiſerzeit. I, 5. Aufl. 1881, S. 486.; Spruner-Menke, Handatlas zur Geſchichte des Mittelalters und der Neuzeit. 1871, Karte Nr. 37.

[17] H. Zeißberg, Miſeco I., der erſte chriſtliche Beherrſcher der Polen. In: Archiv f. Kunde öſterr. Geſchichtsquellen, 38. Jg. 1867. Auch ſep., S. 45.

[18] F. W. Barthold, Geſchichte von Rügen und Pommern. Hamburg 1839, S. 285f.

[19] Über die Entwicklung der hiſtoriſchen Forſchungen im früheren Polen, die in ſtarkem Maße von dem politiſchen Schickſal der einzelnen Teilgebiete beeinflußt wurde, vgl. H. Ludat, Die polniſche Geſchichtswiſſenſchaft. Entwicklung und Bedeutung. In: Grenzmärkiſche Heimatblätter, 15. Jg. 1939, S. 11—53.

[20] St. Zakrzewſki, Mieszko I. jako budowniczy państwa polskiego. Warſchau 1922.

[21] R. Grodecki, Dzieje Polski średniowiecznej (Geſchichte des mittelalterl. Polen). I. Krakau 1926, S. 42. — Zu dieſer in jeder Hinſicht unhaltbaren Deutung vgl. G. Sappok, Die Anfänge des Biſtums Poſen; S. 36.

Polenherzogs „Licikaviki“ genannt werden (Widukind III, 66)[22]. Dieſen Namen, den man bisher in keiner Weiſe identifizieren konnte, verſucht Widajewicz anderen Namen für ſlawiſche Stämme an die Seite zu ſtellen, wie den Zemzici, Liezizi, Nietilizi u. a. und kommt zu dem Ergebnis, daß die Licicaviki, die ihren Namen einem Patronymikon zu einem Perſonennamen Liſica verdanken, in der Gegend der Latzkowmühle, gelegen in dem Winkel zwiſchen Oder, unterer Warthe und Röhrike, alſo auf dem Nordufer der Warthe, gewohnt haben müßten. Im Zuſammenhang mit dieſer Deutung der „Licicaviki“ nimmt Widajewicz auch zu der hier in Frage ſtehenden Thietmar-Stelle das Wort und meint, daß das tributpflichtige Gebiet in dem ſüdlichen Winkel zwiſchen Oder und unterer Warthe gelegen haben müſſe. Die politiſche Zielſetzung dieſer durch und durch willkürlichen Ausdeutung der Thietmar-Stelle durch Widajewicz kam klar in ſeiner Bemerkung zum Ausdruck, daß durch ſeine neue Theſe der Nachweis erbracht ſei, daß „kaum der 50. oder 60. Teil des einſtigen Polen, wenn nicht ſogar ein noch kleineres Stückchen“, damals dem Reich tributpflichtig geworden ſei[23]. Von deutſcher Seite iſt dieſer unhaltbaren Beweisführung ſehr nachdrücklich entgegnet worden von E. Randt, der den neuen Deutungsverſuchen die Sprache der Quellen gegenüberſtellte[24]. Auch die Sprachforſchung hat gegen die philologiſchen Ausführungen Widajewiczs die ſtärkſten Bedenken geäußert[25], ſo daß eigentlich unverſtändlich bleibt, warum dieſe nicht nur weiterhin vertreten, ſondern auch von anderen polniſchen Forſchern übernommen und verſtärkt worden ſind. Auf einen Fall der Weiterführung dieſer im Grunde von einer ganz beſtimmten politiſchen Blickrichtung des einſtigen Polenſtaates diktierten Gedankengänge ſei hier noch kurz hingewieſen, weil dieſe noch vor Ausbruch des deutſch-polniſchen Krieges in das deutſche Schrifttum Eingang gefunden haben, ohne bisher die notwendige Zurückweiſung erfahren zu haben.

Zur Feſtſchrift für A. Dopſch hat der frühere Poſener Hiſtoriker Z. Wojciechowſki zu der Thietmar-Stelle „Usque in vurta fluvium“ einen ſo betitelten Aufſatz beigetragen, in dem er ſeine Auffaſſung von der polniſchen Frühgeſchichte kurz zuſammengefaßt darſtellt und mit den Anſichten einiger deutſcher Forſcher (A. Brackmann, Fr. Baethgen, G. Sappok) polemiſiert[26]. Im Mittelpunkt der Ausführungen Wojciechowſkis ſteht der Verſuch, der Thietmar-Stelle über die Warthe als Grenze des tributpflichtigen Gebiets eine ſeiner Geſamtauffaſſung von dem deutſch-polniſchen Verhältnis unter Miſeko entſprechende Deutung zu geben. Während der Verfaſſer früher, die Theſe Widajewiczs aufnehmend, die Anſicht vertrat, daß nicht nur der kleine Winkel zwiſchen unterer Warthe und Oder tributpflichtig war, ſondern ganz Weſtpommern, ſchränkt er im vorliegenden Aufſatz die einſtigen Anſprüche ſichtlich ein, und zwar auf das Gebiet der ſpäteren Neumark. Wenn ſchon dieſer raſche Wandel in den Gebietszuteilungen, zu dem ſich der Verfaſſer durch die Ausgrabungsergebniſſe in Zantoch veranlaßt fühlte[27], bedenklich ſtimmt, ſo muß die vom Verfaſſer vorgetragene Beweisführung für ſeine neue Auffaſſung doch ſcharfe Kritik hervorrufen.

---

[22] J. Widajewicz, Licicaviki Widukinda (Die Licicaviki des Widukind) Jn: Slavia Occidentalis, VI. Jg. 1927, S. 85—182, hier beſ. S. 144ff.

[23] J. Widajewicz, Wichmann. Prace Kommisji Hist. Pozn. VII, 1933, S. 456.

[24] E. Randt, Die neuere polniſche Geſchichtsforſchung über die politiſchen Beziehungen Weſt-Pommerns zu Polen im Zeitalter Kaiſer Ottos des Großen, Danzig 1932. Oſtland-Forſchungen, Bd. 2.

[25] A. Brückner in Slavia Occident., VII. Jg. 1928, S. 74. — Derſ., O nazwach miejscowych (Über Ortsnamen), Krakau 1935, S. 46f.; W. Taszycki, in Zeitſchr. f. ſlaw. Philologie, IX. Jg. 1932, S. 232. Jn ſeiner in Anm. 26 genannten Arbeit verſucht Z. Wojciechowski A. Brückner als Zeugen dafür anzuführen, daß die Theſe Widajewiczs in der polniſchen Fachliteratur „allgemeine Anerkennung“ gefunden habe. Das iſt in Wirklichkeit gar nicht der Fall. A. Brückner hat immer wieder betont, daß man zu einer klaren Deutung des Ausdruckes „Licicaviki“ nie werde kommen können, da dieſer Name falſch wiedergegeben ſei. Daher wendet er ſich vom Standpunkt des Slawiſten gegen die Theſe von Widajewicz, was auch Z. Wojciechowski zugibt. Was A. Brückner über die rein hiſtoriſche Deutung der Widukind-Stelle durch Widajewicz ſagt, iſt in dieſem Zuſammenhang zwar ganz intereſſant aber ſachlich ohne Belang. Feſt ſteht, und nur in dieſer Hinſicht iſt das Urteil A. Brückners in unſerem Zuſammenhang maßgebend, daß die philologiſche Begründung der von Widajewicz vorgetragenen Deutung von der Fachkritik mit gutem Grunde beanſtandet wird.

[26] Z. Wojciechowski, „Usque in vurta fluvium“. Jn: Wirtſchaft und Kultur. Feſtſchrift zum 70. Geburtstag von Alfons Dopſch. Baden b. Wien 1938, S. 289—299.

Im Anſchluß an Widajewicz vertritt Wojciechowſki zunächſt die Anſicht, daß unter den Licicaviki eines der zahlreichen ſlawiſchen Gauvölker zu verſtehen ſei, die zur Zeit der Kämpfe von 963 zwiſchen Miſeko und den Redariern, die unter Wichmanns Führung ſtanden, an der mittleren Oder in der Gegend der Warthemündung anſäſſig waren. Um ihre genaueren Wohnſitze näher einzugrenzen, weiſt Wojciechowſki darauf hin, daß die Weſtgrenze Polens zu dieſer Zeit im allgemeinen die Oder bildete, mit Ausnahme der Burg Lebus, die auf dem weſtlichen Oderufer lag und Mittelpunkt der Lubuzzanen war[28]. Danach käme als Wohnſitz der Licicaviki nur das Gebiet öſtlich oder nördlich von den Lubuzzanen in Betracht. Unter Bezugnahme auf die Angaben der Gauvölker, wie wir ſie in der Beſchreibung des ſog. Bayeriſchen Geographen (9. Jahrhundert) finden, behauptet Wojciechowſki, daß nach der dort gebotenen Aufſtellung neben den Priſſani, die um Pyritz gewohnt haben ſollen, und den Veluncani, die von der polniſchen Forſchung mit den Wollinern zuſammengeſtellt werden[29], nur noch die Gauvölker unbekannt ſeien, die um Stargard und weiter ſüdlich in der ſpäteren Neumark anſäſſig waren. Das letztgenannte Gebiet wird nun von Wojciechowſki kurzerhand mit dem Land der Licicaviki gleichgeſetzt, und zwar mit der einzigen Begründung, daß zwiſchen den im Jahre 963 umkämpften Gebieten und dem damals tributpflichtigen Land ein unzerreißbarer Zuſammenhang beſteht. Dabei muß Wojciechowſki freilich vorausſetzen, daß das tributpflichtige Gebiet tatſächlich nördlich der unteren Warthe gelegen hat[30]. Zum Schluß wendet ſich Wojciechowſki gegen die von der deutſchen Forſchung, zuletzt vor allem von Fr. Baethgen, vertretene Anſicht, daß zwiſchen den Unternehmungen des Grafen Wichmann, der 963 mit Miſeko in Konflikt geriet und dem von Thietmar für das gleiche Jahr überlieferten Feldzug des Markgrafen Gero gegen Miſeko wahrſcheinlich ein innerer Zuſammenhang beſtanden hat.

Bevor wir uns den von Widajewicz und Wojciechowſki vertretenen Behauptungen näher zuwenden, ſei zunächſt darauf hingewieſen, daß die von ihnen vorgetragenen Deutungsverſuche im Grunde keineswegs neu und originell ſind, ſondern ſchon eine ſehr alte Tradition haben, die auf den polniſchen Hiſtoriker G. S. Bandtke (1768—1835) zurückgehen. Obwohl väterlicherſeits deutſcher Abſtammung, lehnt ſich dieſer in ſeiner „Geſchichte des polniſchen Königtums" dagegen auf, eine Zinspflicht der erſten Herrſcher Polens gegenüber den deutſchen Königen anzuerkennen, und er bemüht ſich daher, die Tributpflicht auf das Land nördlich der unteren Warthe zu beſchränken[31]. Die gleiche Grundeinſtellung, die Tributpflicht Polens gegenüber dem Reich möglichſt einzuſchränken, ſehen wir, wie wir bereits betont haben, als Ausgangspunkt der Theſen von Widajewicz und Wojciechowſki, die auch wirklich die einzige Erklärung für ihre ſehr willkürlichen Kombinationen bilden könnte. Daß ſich unter den Licicaviki des Widukind der entſtellte Name eines ſlawiſchen Stammes verbirgt, wird man nicht beſtreiten, auch wenn die Sprachforſcher die von Widajewicz gebotene Etymologie ablehnen. Das Entſcheidende bleibt die Lokaliſierung dieſes Stammes. Daß er in der Nähe der unteren Warthe anſäſſig geweſen iſt, wo ſich ſowohl die Kämpfe von 963 als auch von 972 abgeſpielt haben, erſcheint nicht ausgeſchloſſen. Bei der außerordentlichen Spärlichkeit der Quellen können wir über die genaue Lokaliſierung der einzelnen Stämme in dieſer Gegend nichts Sicheres ausſagen. Wenn daher Wojciechowſki z. B. die Lubuzzanen als Leitpunkt wählt, um die Lage der Licicaviki genauer zu beſtimmen, ſo muß geſagt werden, daß uns die Quellen über die genaue Ausdehnung dieſes Stammes zu der in Frage ſtehenden Zeit keinen ſicheren Anhaltspunkt bieten. Dafür, daß ſchon um 965 Lebus, der Mittelpunkt der Lubuzzanen, in polniſchem Beſitz war, wie es Wojciechowſki annimmt, fehlt jeder Beweis. Daß Polen ſelbſt im Jahre 990 über die Oder nicht hinausgekommen war und auch Lebus, das auf dem linken Oderufer liegt, nicht erobert haben kann, zeigt die Grenzbeſchreibung im Dagome-iudex-Fragment aus der Zeit 990/91, zu der die Oder ausdrücklich als Grenze bezeichnet wird. Aus der Anlage der Burg Lebus, wo die ſeit einiger Zeit in Gang befindlichen Ausgrabungen wertvolle Aufſchlüſſe erhoffen laſſen, iſt zu ſchließen, daß ſie gegen einen von Oſten her vordringenden Feind errichtet wurde, alſo gegen die Polen, und ich möchte annehmen, daß die Notwendigkeit zur Verteidigung des Oderufers für die Lubuzzanen erſt gegen Ende der Regierung Miſekos, in vollem Maße ſogar erſt in den erſten Regierungsjahren des Boleslaus Chrobry gegeben war, als nämlich durch den Zweifronten-Angriff der Truppen Ottos III. von Weſten und der polniſchen Hilfstruppen von Oſten gegen die Liutizen das Lebuſer Land ernſthaft und entſcheidend bedroht war[32].

---

[27] A. Brackmann und W. Unverzagt, Zantoch. Eine Burg im deutſchen Oſten. Deutſchland und der Oſten, Bd. 1, Leipzig 1936

[28] Z. Wojciechowſki, Usque in vurta fluvium, a. a. O., S. 294.

[29] St. Zakrzewſki, Opis grodów i teritorjów z północnej strony Dunaju czyli tzw. Geograf bawarski (Die Beſchreibung der nördlich der Donau gelegenen Burgen und Territorien oder der ſog. Bayer. Geograph), Lemberg 1917, S. 4.

[30] Z. Wojciechowſki, Usque in vurta fluvium, a. a. O., S. 295.

[31] G. S. Bandtke, Dzieje Królestwa Polskiego (Geſchichte des polniſchen Königtums), I, 1830, S. 130. — Über die deutſche Abſtammung Bandtkes vgl. K. Lück, Deutſche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens, 1934, S. 380—382. — A. Birkenmajer, im Polski Słownik Biograficzny, I, Krakau, 1935, S. 260—263.

Auch der zweite Verſuch Wojciechowſkis, mit Hilfe der uns vom ſog. Bayeriſchen Geographen überlieferten Beſchreibung der nördlich der Donau anſäſſigen Stämme die Licicaviki zu lokaliſieren, muß größte Bedenken hervorrufen. Das hierbei geübte Verfahren, nämlich dieſen Stamm einfach dort anzuſetzen, wo ſich in der Stammesaufzählung Lücken zu ergeben ſcheinen, mutet doch zu willkürlich an, um auch nur im entfernteſten überzeugen zu können, zumal als einzige Stütze hierfür nur die Tatſache angeführt wird, daß die Neumark auch ſpäter in der Geſchichte Pommerns eine bedeutſame Rolle geſpielt hat.

Unſer Haupteinwand gegen die Auslegungen von polniſcher Seite ergibt ſich jedoch aus dem Charakter der Tributpflicht ſelbſt, die wir als eine am ganzen Lande haftende Laſt des unterworfenen Herrſchers gegenüber dem Sieger bezeichnet haben[33]. Weſentlich iſt, daß Thietmar nicht das Land bis zur Warthe als tributpflichtig bezeichnet; hätte er ſeine Ausſage ſo formuliert, ſo bliebe die Möglichkeit offen zu der Annahme, daß er damit ein beſonderes Gebiet des polniſchen Staates herausheben wollte, daß alſo nur ein Teil dieſes Staates tributpflichtig geworden ſei. Sondern Thietmar ſagt ausdrücklich, daß Miſeko, alſo der Herrſcher dieſes Landes ſelbſt, tributpflichtig war, woraus doch eher zu ſchließen iſt, daß der geſamte Beſitz dieſes Herrſchers, nämlich ſein ganzes Land, unter die Tributpflicht fiel und daß die Angabe „bis zur Warthe“ als eine aus beſtimmten Gründen dazugefügte Grenze dieſes ganzen Landes darſtellte. Sodann iſt es unbegreiflich, warum der deutſche Kaiſer Otto I., 963 zum erſtenmal mit Polen in einen Kampf verwickelt und Miſeko als einen immerhin bedrohlichen Feind an des Reiches Oſtgrenze erkennend, ſich mit dem Tribut von einem Gebiet begnügt haben ſoll, an deſſen Beſitz dem Kaiſer wenigſtens um 963 ſo gut wie nichts gelegen war und das, wie Widajewicz betont, nur den 50. oder 60. Teil des damaligen Herrſchaftsgebietes des Polenherzogs ausgemacht hat. Wojciechowſki, der den Tribut urſprünglich auf ganz Weſtpommern auszudehnen bemüht war, weiſt darauf hin, daß die Polenherzöge den Tribut auf die Pommoranen abgewälzt haben ſollen; er fügt aber an einer anderen Stelle hinzu, daß die polniſchen Herzöge den Tribut von Pommern auch noch einzogen, als ſie im Jahre 1000 vom deutſchen Kaiſer, wenn auch nur vorübergehend (was Wojciechowſki zu ſagen vergißt) von der Tributzahlung gegenüber dem Reich befreit wurden. Schon daraus geht hervor, daß die Bemühungen, die Tributpflicht Polens gegenüber dem Reich mit Pommern in Verbindung zu bringen, ohne jeden Erfolg bleiben werden, und daß es daher an der Zeit iſt, dieſe unhaltbare Theſe endgültig aus der Diskuſſion zu ziehen.

---

[32] Die erſten quellenmäßigen Belege für gemeinſame deutſch-polniſche Aktionen gegen die Liutizen ſtammen aus den Jahren 985 und 991. Zum Jahre 985 melden die Annales Hildesheimenſes: „Et eodem anno Saxones Sclaviam invaserunt, quibus ad supplementum Misaco cum magno excercitu venit; qui totam terram illam incendiis et caedibus multis devastaverunt“. — Für das Jahr 991 berichten die gleichen Annalen: „Otto rex cum magno exercitu Saxonum ac supplemento Misacon Brennanburg obsedit et vicit“. — Zu dieſen Ergebniſſen vgl. G. Lukas, Die deutſche Politik gegen die Elbſlawen vom Jahre 982 bis zum Ende der Polenkriege Heinrichs II. Diſſ. Halle 1940, S. 48, 55.

[33] G. Sappok, Die Anfänge des Biſtums Poſen, S. 32.

Bevor wir dazu übergehen, unſere Löſung vorzuſchlagen, ſei noch auf einen ſehr originellen Verſuch hingewieſen, den H. Ludat unternommen hat, um der von den Polen vorgetragenen Theſe den Boden zu entziehen[34]. Bekanntlich hatte dabei H. Ludat den Nachweis verſucht, daß die untere Warthe, alſo die Strecke von der Netze-Mündung in die Warthe bis zur Warthemündung in die Oder, in der Frühzeit gar nicht Warthe, ſondern Netze genannt wurde. Allerdings ſtammen die von ihm angeführten Quellenbelege ausſchließlich aus dem 13. Jahrhundert (1243, 1249, 1257, 1259, 1272)[35] und in einem Zeugnis vom Ende dieſes Jahrhunderts (1295) wird ſogar die in Frage ſtehende Flußſtrecke wieder Warthe genannt. Aus den erſtgenannten Erwähnungen ſchließt der Verfaſſer, „daß der heutige Warthefluß zwiſchen Zantoch und Küſtrin auch in der frühen ſlawiſchen Zeit den Namen Netze trug“ (S. 385).

Dieſer letzten Folgerung des Verfaſſers gegenüber, für die er eine nähere Begründung nicht hinzufügt, iſt mit Recht geltend gemacht worden, daß die Flußſtrecke der Warthe zwiſchen Zantoch und Küſtrin ſchon vor dem 13. Jahrhundert eine Rolle geſpielt hat und daher aus den Quellen bekannt iſt, und zwar aus den Berichten über die Miſſionsreiſe Ottos von Bamberg nach Pommern vom Jahre 1124[36]. Über dieſe Fahrt ſind wir bekanntlich durch die Berichte in den drei Lebensbeſchreibungen des Heiligen, die aus der Mitte des 12. Jahrhunderts ſtammen, unterrichtet. Davon ſtammt die älteſte und wohl auch zuverläſſigſte aus dem Kloſter Prüfening bei Regensburg. Nach den neueſten Forſchungen von H. v. Fichtenau iſt als ihr Verfaſſer wahrſcheinlich Wolfger anzuſehen, der Bibliothekar, Archivar und Schatzmeiſter dieſes Kloſters geweſen iſt[37]. Wolfger, der die Lebensbeſchreibung zwiſchen 1140 und 1146 verfaßt hat, hatte Otto von Bamberg noch perſönlich gekannt, hat als Hauptgewährsmann für ſeine Angaben über Pommern Biſchof Adalbert benutzt, der als Begleiter Ottos und Dolmetſcher über die Vorgänge auf der erſten Pommernfahrt beſtens unterrichtet war und ſpäter als Biſchof von Wollin (ſeit 1140) in Pommern tätig war[38]. Sodann haben Ebo von Michelsberg und Herbord, ebenfalls Mönch des Kloſters Michelsberg[39], Viten von Otto von Bamberg verfaßt. Beide Viten ſind ſpäter entſtanden als die Prüfeninger Vita. Und zwar ſchrieb Ebo, der Otto von Bamberg ebenfalls noch gekannt hatte, um 1155, während Herbord ſein Werk in den Jahren 1158/59, unter Benutzung Ebos, verfaßte. Herbords Lebensbeſchreibung, die in die Form eines Dialogs gekleidet iſt, zeigt ihren beſonderen Wert im kunſtvollen Aufbau der Darſtellung, die von einer gründlichen grammatiſchen Bildung Zeugnis ablegt[40]. Von dieſen drei Lebensbeſchreibungen iſt die des Prüfeninger Kloſters die älteſte und wird allgemein als zuverläſſig anerkannt. Wir weiſen hier darauf beſonders hin, weil kürzlich Zweifel gegen die Zuverläſſigkeit der Angaben dieſer Lebensbeſchreibung bezüglich der Reiſe Ottos von Gneſen nach Pommern erhoben worden ſind[41]. Und zwar wird zu beſtreiten verſucht, daß Otto, wie die Prüfeninger Vita erzählt, über Zantoch und die Warthe nach Pommern gezogen iſt; demgegenüber wird die Anſicht vertreten, Otto ſei von Gneſen über Uſch an der Netze, wie Herbord berichtet, nach Pommern gezogen. Da es ſich hier wiederum um die Warthe-Strecke handelt, die in unſerem großen Zuſammenhang von Bedeutung iſt, ſoll wenigſtens kurz auf die vorgebrachten Zweifel eingegangen werden.

Zunächſt wird geltend gemacht, daß in zwei Quellen, bei Ebo und Herbord, Uſch als Übergangsſtelle Ottos nach Pommern genannt wird, während nur eine, nämlich die Prüfeninger, von der Warthe ſpricht, ſo daß alſo „zwei gegen einen ſtehen“. Dieſer quellenkritiſche Einwand iſt nicht ſtichhaltig. Erſtens gilt beim Wertvergleich mehrerer Quellen ihr zahlenmäßiges Verhältnis nur, wenn ſie aus der gleichen Zeit ſtammen. Dies iſt hier nicht der Fall. Wie wir ſahen, iſt die Prüfeninger Vita älter als die beiden anderen und iſt in dieſer Hinſicht daher an ſich gewichtiger als jene. Dazu kommt zweitens, daß Herbord bei ſeiner Arbeit Ebos Beſchreibung benutzt hat, ſo daß er alſo nicht als unabhängige Quelle gelten kann. Das Entſcheidende aber iſt, daß Herbord, der uns eine ſehr ausführliche und mit vielen Details ausgeſchmückte Erzählung über Ottos Fahrt zu den Pommern liefert, es dabei, wie R. Holtzmann betont, „mit der Wahrheit viel weniger genau nimmt“, und daß ſeine Darſtellung daher „inhaltlich nur mit großer Vorſicht zu benutzen iſt“[42]. Daraus ergibt ſich, daß wir die Prüfeninger Vita nach wie vor als die glaubwürdigſte Quelle anzuſehen haben.

---

[34] H. Ludat, Mieszkos Tributpflicht bis zur Warthe. In: Deutſches Archiv f. Landes- und Volksforſchung, II. Jg. 1938, S. 380—385.

[35] H. Ludat, Mieszkos Tributpflicht, a. a. O., S. 384f.

[36] J. Widajewicz, Kwart. Hiſtor. 52, 1938.

[37] H. Fichtenau, Wolfger von Prüfening. In: Mitt. d. öſterr. Inſtituts f. Geſchichtsforſchung, 51. Jg., 1937, S. 313—357. — Vgl. auch R. Holtzmann in W. Wattenbach, Deutſchlands Geſchichtsquellen im Mittelalter. I. Bd., 7. Aufl. 1940, S. 487f.

[38] A. Hofmeiſter, Die Prüfeninger Vita des Otto von Bamberg. — Denkmäler der Pommerſchen Geſchichte, I. Greifswald 1924, Einl. S. 33; H. v. Fichtenau, a. a. O., S. 350.

[39] R. Holtzmann, a. a. O., S. 488f.

[40] R. Holtzmann, a. a. O., S. 490.

[41] H. J. Schmitz, Der Reiſeweg Ottos von Bamberg auf ſeiner erſten Bekehrungsreiſe ins Pommernland. In: Grenzmärkiſche Heimatblätter, 15. Jg. 1939, S. 65—70.

Ernſter als der erſte Einwand iſt der zweite, der die landſchaftlichen Bedingungen des polniſch-pommerſchen Grenzgebietes im 12. Jahrhundert zum Ausgangspunkt nimmt und dabei zu dem Ergebnis kommt, daß der geradeſte Weg von Gneſen nach Pyritz über die Netzeburgen Filehne oder Drieſen führte, den Otto aber nicht benutzt habe, ſondern den über Uſch, weil dieſer „der nähere und bequemere“ geweſen ſei[43]. Ebo und Herbord ſetzten für dieſe Reiſe ſechs bzw. ſieben Tage an. Danach ſei anzunehmen, daß Otto die Grenzwälder zwiſchen Polen und Pommern nicht in nordſüdlicher Richtung durchquert habe, denn dazu hätte er nach der Anſicht von H. J. Schmitz höchſtens zwei Tage gebraucht, weil „die Entfernung von der Warthe bis Pyritz in der Luftlinie nur 55 km“ betrage. „Gerade die lange Zeitdauer, die für die Reiſe durch die Grenzwildnis nötig war, ſpricht dafür, daß die Waldzone der Länge nach, alſo in oſtweſtlicher Richtung, durchſchritten wurde. Die Länge dieſes Weges beträgt bis Pyritz 123 km (Luftlinie)“[44].

Dieſe Auffaſſung von den damaligen Verkehrsverhältniſſen ſcheint doch in gewiſſer Weiſe von modernen Verkehrsvorſtellungen beeinflußt, wonach die kürzeſte Strecke auch als die beſte gilt. Damals war nicht die kürzeſte Strecke, ſondern die ſicherſte am vorteilhafteſten und wurde darum beſonders bevorzugt. Der ſicherſte und bekannteſte Weg von Großpolen nach Pommern führte, ähnlich wie im ſpäten Mittelalter, von Gneſen nach Poſen, von dort über Meſeritz nach Zantoch und von hier weiter bis an die Odermündung[45]. Zantoch war damals der bei weitem wichtigſte Grenzübergang nach Pommern, und da in der Prüfeninger Vita der Burghauptmann von Zantoch ausdrücklich als Begleiter Ottos genannt wird, iſt nicht einzuſehen, weshalb man einen anderen Reiſeweg, etwa den über Uſch, als günſtiger oder vorteilhafter bezeichnen ſollte, ſelbſt wenn Ebo und Herbord, die ſpäteren Chroniſten alſo, dieſen Weg nennen. Der weſtöſtliche Weg durch die dichten Grenzwälder, der durch gefällte Baumſtämme markiert zu werden pflegte, wurde meiſt nur in Kriegszeiten benutzt, wo es darauf ankam, die eigenen Truppenbewegungen um jeden Preis dem Blick des Feindes zu entziehen und den Feind in Verpflegungsſchwierigkeiten zu bringen, eine Taktik, die die Slawen oft genug angewandt haben[46]. Bei der Fahrt Ottos von Bamberg handelte es ſich jedoch um eine ganz offizielle Reiſe, was darin am beſten zum Ausdruck kommt, daß nach Wolfgers Bericht der Pommernherzog ſelbſt dem Biſchof entgegenzog und ihn an der Landesgrenze feierlich empfing.

Aus den angeführten Gründen wird man ſich wohl kaum entſchließen können, den Bericht des Prüfeninger Mönches über den Reiſeweg Ottos von Bamberg ernſthaft anzuzweifeln. Man wird daher weiterhin mit gutem Gewiſſen daran feſthalten können — und damit kehren wir wieder zu unſerem Ausgangspunkt zurück —, daß zu Beginn des 12. Jahrhunderts die Flußſtrecke zwiſchen Zantoch und Küſtrin als Warthe bezeichnet worden iſt. Daß es im 10. Jahrhundert nicht anders geweſen iſt, ergibt ſich aus unſerer Deutung der Thietmar-Stelle, die nun zum Schluß kurz vorgetragen ſei.

---

[42] R. Holtzmann, a. a. O., S. 490.

[43] Vgl. dazu die Karte über die Burgen an Warthe und Netze in: Zantoch. Eine Burg im deutſchen Oſten. 1936, nach S. 10.

[44] H. J. Schmitz, a. a. O., S. 69.

[45] W. Unverzagt in: Zantoch. Eine Burg im deutſchen Oſten, S. 9.

[46] K. Schünemann, Oſtpolitik und Kriegsführung im frühen Mittelalter. In: Ungar. Jahrb., 17. Jg., 1937, S. 31—56.

Wie von Wojciechowſki mit Recht betont wurde, wird die von Thietmar gebrauchte Wendung „Usque in vurta fluvium“ nur voll verſtändlich in dem Zuſammenhang, in den ſie von ihm ſelbſt geſtellt wurde[47]. In dem betreffenden Kapitel berichtet Thietmar von den im Jahre 972 zwiſchen Markgraf Hodo und dem Polenherzog Miſeko ausgebrochenen Kämpfen, die zur Schlacht bei Zehden führten. Um den in dieſem Kapitel geſchilderten Ausgang ſowie die Reaktion des Kaiſers dem Leſer verſtändlich zu machen, muß er zu Beginn die ſtaatsrechtliche Stellung Miſekos zum Kaiſer klar umreißen, was Thietmar mit dem Hinweis tut, daß der Polenherzog dem Kaiſer treu war und bis zur Warthe Tribut zahlte. Damit iſt klar ausgeſprochen, daß zwiſchen Herzog und Kaiſer vor Ausbruch der Feindſeligkeiten völlig geordnete Beziehungen beſtanden haben. Wenn es trotzdem zu kriegeriſchen Verwicklungen gekommen iſt, ſo mußte dies einen beſonderen Grund gehabt haben oder doch wenigſtens unter beſonderen Umſtänden erfolgt ſein. Dieſe Umſtände beſtanden darin, daß ſich die Feindſeligkeiten auf einem Territorium abgeſpielt haben, deſſen rechtmäßiger Beſitz ungewiß oder doch wenigſtens ungeklärt geweſen iſt. Hätte ſich der Kampf auf einem rechtlich ſchon feſtgelegten Gebiet, alſo entweder auf deutſchem Reichsgebiet oder dem Staatsgebiet Miſekos abgeſpielt, ſo hätte einer der beiden verantwortlichen Anführer unrechtmäßig gehandelt haben müſſen, wenn er die Feindſeligkeiten eröffnete. Daß aber weder Hodo noch Miſeko unrechtmäßig vorgegangen waren, ſondern daß hier ein rechtlich zumindeſt unklarer Fall vorlag, beweiſt neben Thietmars Darſtellung, in der ganz bewußt vermieden wird, einem von beiden Anführern die Schuld zu geben[48], der Ausgang der Auseinanderſetzungen: auf die Kunde vom Ausbruch der Kämpfe befiehlt der Kaiſer, der gerade in Italien weilt, *beiden* Parteien bei Verluſt ſeiner Gnade Frieden zu halten, bis er ſelbſt käme, um die Angelegenheit zu entſcheiden. Dieſe Entſcheidung erfolgte auch tatſächlich ein Jahr ſpäter auf dem Hoftag von Quedlinburg von 973, auf dem auch Miſeko und unter „allen Großen des Reiches“ ſicherlich auch Hodo erſchienen war[49]. Das Ergebnis der dortigen Verhandlungen war das folgende: weder der Markgraf noch der Polenherzog fielen in Ungnade. Hodo blieb weiterhin in ſeinem Anſehen ungeſchmälert Markgraf (geſt. 993), und Thietmar verſäumt nie, bei Erwähnung ſeines Namens ein beſonders auszeichnendes Beiwort dazuzufügen, wie „der berühmte Markgraf Hodo“ . . ., ja er bezeichnet ihn geradezu als Muſter eines tüchtigen Vertreters der deutſchen Belange gegenüber den Polen[50]. Von Miſeko berichtet Thietmar ausdrücklich, daß er zuſammen mit den anderen Teilnehmern am Hoftag „prächtig beſchenkt in Freuden heimzog“[51]. Aus dem Ausgang dieſes Konfliktes und der Haltung des Kaiſers dazu geht alſo hervor, daß der Zuſammenſtoß des Jahres 972 auf einem Gebiet erfolgte, das rechtlich weder dem Reich noch Polen bindend zugeſagt war. Wo lag nun dieſes Gebiet? —

Das in Frage ſtehende Gebiet hat uns Thietmar mit der Nennung des Ortes der Kämpfe klar bezeichnet, die, wie er im gleichen Kapitel berichtet, bei Zehden, alſo nördlich der unteren Warthe, ſich abgeſpielt haben. Wenn Thietmar in dem gleichen Zuſammenhang die Warthe als Grenze des tributpflichtigen Gebietes nennt, ſo kann das nur ſo verſtanden werden, daß er *von Zehden aus geſehen* als tributpflichtig *das ſüdlich von der Warthe liegende Land gemeint hat, das im Norden von der unteren Warthe begrenzt wurde, und das auf keinen Fall über dieſen Fluß hinausgereicht hat.*

Man könnte gegen dieſe Deutung der Thietmar-Stelle, die die einfachſte und klarſte iſt, weil ſie ſich ganz eng an den Text ſelbſt anſchließt und aus dieſem heraus entwickelt iſt, den Einwand erheben, daß Thietmar, wenn ſeine Worte tatſächlich ſo genau zu nehmen ſind, in dem Kampfgelände außerordentlich gut unterrichtet geweſen ſein muß. Dieſer Einwand läßt ſich aus Thietmars eigenen Angaben, die wir im gleichen Kapitel finden, raſch entkräften. Dort erzählt er nämlich tatſächlich, daß an den Kämpfen von 972 ſein eigener Vater, Graf Sigifrid von Walbeck, aktiv teilgenommen hat. Und wer könnte dem Chroniſten die näheren Umſtände dieſer Kämpfe zuverläſſiger geſchildert haben als ſein ſelbſt daran als Augenzeuge beteiligt geweſener Vater!

---

[47] Z. Wojciechowſki, Usque in vurta fluvium, a. a. O., S. 291.

[48] Thietmar nennt an der gleichen Stelle Hodo „venerabilis marchio“ und ſagt von Miſeko, er ſei „inperatori fidelis“ und zahle ganz ordnungsgemäß ſeinen Tribut. (Chron. II, 29, Ed. Holtzmann, S. 74)

[49] Thietmar, Chron. II, 31, Ed. Holtzmann, S. 76.

[50] Thietmar, Chron. IV, 10: „. . . Hodo inclitus marchio . . .“ — Vgl. zum Jahre 1002 bei Schilderung des Angriffs des Polenherzogs die berühmte Stelle: „Quam inique comparandi sunt antecessores nostri et contemporales! Vivente *egregio* Hodone pater istius Miseco domum, qua eum esse sciebat, crusinatus intrare vel eo assurgente numquam presumpsit sedere“. (Chron. V., 10, Ed. Holtzmann, S. 232).

[51] Thietmar, Chron. II. 31, Ed. Holtzmann, S. 76.

Aus der hier gewonnenen Deutung folgt, daß Polens Machtbereich um 972 im Norden über die untere Warthe nicht hinausgereicht hat. Es iſt daher ausgeſchloſſen, die Licicaviki des Widukind nördlich der Warthe zu lokaliſieren, und es iſt ebenſo unmöglich, vor 972 in irgendeiner Form einen Rechtsanſpruch Polens auf Pommern zu konſtruieren. Den Deutungen Widajewiczs und Wojciechowſkis dürfte damit für immer jede Grundlage entzogen ſein, und der Verſuch von polniſcher Seite, Gebietsanſprüche auf Pommern vor 972 auf Grund hiſtoriſcher Quellen zu verfechten, hat ſich damit ebenſo erfolglos erwieſen wie die gleichen Verſuche, die vor mehr als 100 Jahren ſchon einmal unternommen worden ſind. An den Schluß unſerer Ausführungen möchten wir daher die gleichen Worte ſetzen, mit denen ſchon vor Jahrzehnten ein deutſcher Hiſtoriker, nämlich F. W. Barthold, dieſen polniſchen Deutungen entgegengetreten iſt. In ſeiner Zurückweiſung der von Bandtke vorgetragenen Auslegungsverſuche der Thietmar-Stelle „Usque in vurta fluvium" ſchrieb F. W. Barthold im Jahre 1839: „Der polniſche Nationalſtolz hat ſich dagegen aufgelehnt, eine Zinspflicht ihrer (der Polen) erſten chriſtlichen Krone anzuerkennen, welche durch das linke Ufer des Fluſſes begrenzt war . . ., und möchte daher dieſe Beſtimmung auf das Gebiet des rechten Warthe-Ufers beziehen, als deren nächſter Oberherr, alſo über die heutige Neumark und das eigentliche Pommern, Mieczyſlaw dem Kaiſer zu Tribut verpflichtet war. Aber welche Befugnis konnte der Kaiſer haben, ein Land, welches ſeine Waffen noch nicht berührt, wohin ſelbſt die ſo kühn gezogenen Grenzlinien der Sprengel ſich nicht erſtreckten, als ein ihm zugehöriges, bis an das rechte Ufer der Warthe den Polenfürſten zu übertragen und als Anerkennung einen Tribut zu verlangen? Wie konnte gerade von einem Landſtrich zwiſchen Niederoder und rechts der Warthe Mieczyſlaw zu einer Vaſallenſchaft ſich bekennen, wo ſeine Herrſchaft ſo beſtritten, ſo wenig befeſtigt war?"[52]

Die oben dargelegte Deutung beſeitigt nicht nur den ſchon von Barthold aufgedeckten Widerſpruch, ſie beſtätigt auch das ſchon vor einigen Jahren bei der Unterſuchung des ſtaatsrechtlichen Charakters der Tributpflicht gefundene Ergebnis, wonach ſich die tributäre Abhängigkeit eines Herrſchers auf das ganze Land zu erſtrecken pflegte[53]. Ganz Polen alſo unterlag ſeit 963 der Tributpflicht, nicht nur ein Teil, oder, wie ſich Widajewicz einſt nachzuweiſen bemühte, „noch ein kleineres Stückchen".

---

[52] F. W. Barthold, Geſchichte von Rügen und Pommern, Hamburg 1839, S. 286.

[53] G. Sappok, Die Anfänge des Biſtums Poſen, S. 32.

Die Nordgrenze Polens im 10. Jahrhundert

Von Erich Keyſer, Danzig

Die Frage, wo die Nordgrenze Polens im 10. Jahrhundert gelegen habe, wurde lange Jahre von der deutſchen und polniſchen Geſchichtsforſchung umſtritten. Während dieſe behauptete, daß Pommern als das Land zwiſchen der unteren Oder und der unteren Weichſel ſchon von Mieſzko I. dem polniſchen Staate eingegliedert war, hat E. Randt überzeugend nachgewieſen, daß das pommerſche Gebiet nördlich der unteren Warthe zu Lebzeiten Ottos I., alſo vor 973 in keiner Weiſe zu Polen gehört hat[1]. Die von polniſcher Seite mehrfach angeführten Berichte über die Kämpfe in den Jahren 963, 967 und 972 bei Widukind und Thietmar beziehen ſich auf Ereigniſſe weſtlich der mittleren Oder und nicht auf das Gebiet nördlich der Warthe.

Als zeitlich nächſte Quelle, die über die Nordgrenze des polniſchen Staates herangezogen zu werden pflegt, gilt der Bericht des Juden Ibrahim ibn Jakub, der neuerdings auf das Jahr 973 angeſetzt wird[2]. Er lautet: „Was nun das Land des Miſiko angeht, ſo iſt es das ausgedehnteſte ihrer (der Slawen) Länder. An Miſiko grenzen im Oſten die Rus und im Norden die Brus. Die Wohnſitze der Brus ſind am Weltmeere, ſie haben eine Sprache für ſich. — Im Weſten von den Rus liegt die Stadt der Frauen. Und im Weſten von dieſer Stadt iſt ein ſlawiſcher Stamm, der Ubaba heißt, und er (der Stamm) iſt in Sümpfen vom Lande des Miſiko, was nach Weſten und etwas nach Norden liegt. Sie haben eine große Stadt am Weltmeere. — Sie bekriegen den Miſiko, und ihre Streitkraft iſt gewaltig. Sie haben keinen König und laſſen ſich von keinem einzelnen regieren, ſondern die Machthaber unter ihnen ſind die Älteſten.“[3]

Wie aus dieſem Bericht einwandfrei hervorgeht, wurde das Reich des Mieſzko begrenzt im Nordoſten durch das Land der Prußen und im Nordweſten durch das Land der Ubaba. Dieſe wohnten an ausgedehnten Sümpfen; ihre Herrſchaft erſtreckte ſich bis zur Oſtſee. Sie ſcheinen ſomit am Ende des 10. Jahrhunderts von der Odermündung aus das heutige Weſtpommern beherrſcht zu haben. Es beſteht alſo kein Zweifel, daß eben dieſes Weſtpommern zur Zeit Ibrahims nicht zum polniſchen Staat gehört hat. Denn gerade zwiſchen den Ubaba und Mieſzko tobte, wie Ibrahim es darlegte, ein lebhafter Kampf um ihre Unabhängigkeit. Dieſer Kampf dürfte ſich vorwiegend in der von Ibrahim erwähnten „ſumpfigen Gegend“ im Nordweſten des polniſchen Reiches abgeſpielt haben, alſo, wie ein Blick auf eine Landkarte lehrt, in dem Sumpfgebiet an der Netze-Warthe-Linie. Es war, wie ſpätere Quellen lehren und die Unterſuchungen über die Burg Zantoch an der Mündung der Warthe in die Netze gezeigt haben, auch in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten der Kampfplatz zwiſchen Polen und Pomoranen[4].

Während die bisher erwähnten Berichte nach der Auffaſſung der deutſchen Geſchichtsforſchung die Zugehörigkeit Pommerns zu Polen nicht erweiſen, wurde dies für die vielumſtrittene Urkunde zugegeben, durch die Mieſzko-Dago ſein Reich dem päpſtlichen Stuhle übereignet hat[5].

---

[1] E. Randt, Die neuere polniſche Geſchichtsforſchung über die politiſchen Beziehungen Weſt-Pommerns zu Polen im Zeitalter Kaiſer Ottos d. Gr., Danzig 1932.

[2] E. Randt, a. a. O., S. 45, Anm. 162.

[3] Überſetzung nach B. Spuler, Ibrahim ibn Jakub. Jahrb. f. Geſchichte Oſteuropas, Jg. 3, 1938, S. 1ff.

[4] Zantoch, Eine Burg im deutſchen Oſten, Leipzig 1936.

[5] Brackmann in dem Sammelwerk Zantoch, a. a. O., S. 25f.

Die Entſtehung dieſer Schenkungsurkunde wird neuerdings auf die Jahre 985—992 feſtgelegt; in ihr lautet der die Nordgrenze Polens bezeichnende Satz: Dagone iudex et Ote senatrix et filii eorum Misica et Lambertus leguntur beato Petro contulisse unam civitatem in integro, quae vocatur Schinesne, cum omnibus suis pertinentiis infra hos affines, sicuti incipit a primo latere longum mare, fine Pruzze usque in locum, qui dicitur Russe, — — et exinde ducente iuxta flumen Oddera usque in predictam civitatem Schinesne[6]. Wie ſind die Ortsangaben dieſes Satzes zu deuten[7]?

Es beſteht Übereinſtimmung darüber, daß unter der civitas ein Burgort und der zu ihm gehörige Bezirk zu verſtehen iſt; die Überſetzung des Wortes civitas mit Stadt nimmt für das 10. Jahrhundert erſt ſpäter bezeugte Formen des Siedlungsweſens und des Gemeinſchaftslebens vorweg. Schinesne wird von den meiſten Forſchern und wohl zutreffend als Gneſen erklärt[8]. Wenn einige polniſche Forſcher Schinesne Stettin gleichſetzen wollten, wurden ſie zu dieſer ſprachlich gewaltſamen Auslegung dadurch verleitet, daß ſie meinten, die civitas Schinesne müßte in der nächſten Nähe des longum mare und damit der Oſtſee zu ſuchen ſein, da ſich aus der Schenkungsurkunde ihre enge örtliche Nachbarſchaft ergibt. Dieſe letzte Feſtſtellung iſt nicht abzuweiſen; denn zweimal weiſt die Schenkungsurkunde auf einen ſolchen Zuſammenhang hin. Die Beſchreibung der Grenzen Polens beginnt und endet mit der Erwähnung der civitas Schinesne; ſie beſchreibt gewiſſermaßen einen weiten Bogen um das damalige Polen. Als erſtes Glied dieſes Bogens wird das longum mare genannt. Dieſes folgt in der Aufzählung der Grenzen unmittelbar hinter der civitas Schinesne, und es muß daher angenommen werden, daß dieſe zum Schluß nochmals erwähnte civitas wiederum bis zu ihm hinführte. Es ergibt ſich ſomit die Schwierigkeit, daß, wenn Schinesne nicht als Stettin, ſondern als Gneſen gedeutet werden muß, gerade dieſes von der Küſte der Oſtſee durch einen weiten Raum, eben durch Pommern getrennt war. Pommern hat aber, wie es ſich aus den vorſtehenden Ausführungen ergibt, mindeſtens bis 973 nicht zu Polen gehört; da die Schenkungsurkunde auf die Jahre 985—992 datiert wird, müßte ſomit, um die Zugehörigkeit Pommerns zu Polen und damit die Gültigkeit der Schenkungsurkunde zu erklären, angenommen werden, daß Pommern durch Mieſzko in den Jahren 973—992 erobert worden war. Damit wird jedoch ein unzuläſſiger Zirkelſchluß vollzogen. Denn die Zugehörigkeit Pommerns zu Polen, die durch die Schenkungsurkunde erſtmalig erwieſen werden könnte, wird durch dieſe Annahme bereits vorausgeſetzt, um die ſonſt unverſtändliche Urkunde zu erklären! Ein ſolches Verfahren iſt weder ſtatthaft, noch notwendig, denn der anſcheinend ſo dunkle Satz der Urkunde iſt einer einfachen, einleuchtenden und alle Schwierigkeiten behebenden Erklärung fähig. Es muß nur unter longum mare nicht die Oſtſee, wie es auch noch Staſiewſki[9] getan hat, ſondern jener Binnenſee verſtanden werden, der damals und noch Jahrhunderte danach im Laufe der unteren Netze und Warthe gelegen hat[10]. Dieſe Erklärung ſetzt voraus den Nachweis 1. der ſeeartigen Beſchaffenheit des genannten Gebietes und 2. der Verwendung des Wortes mare als Bezeichnung nicht nur für die „See", ſondern auch für ein Binnenmeer. Dieſer Nachweis ſoll im folgenden verſucht werden.

Die untere Brahe zwiſchen ihrer Mündung in die Weichſel ſüdlich von Fordon und Bromberg, der Bromberger Kanal zwiſchen Bromberg und Nakel, die Netze zwiſchen Nakel und Zantoch und ſchließlich die Warthe zwiſchen Zantoch und ihrer Mündung in die Oder bei Küſtrin verlaufen in dem teilweiſe mehrere Kilometer breiten Urſtromtal, durch das zur Eiszeit, als die nördlichen Gebiete noch vom Eiſe bedeckt waren, ſeine Schmelzwaſſer und auch die obere

---

[6] B. Staſiewſki, Unterſuchungen über drei Quellen zur älteſten Geſchichte und Kirchengeſchichte Polens, Breslau 1933, S. 29ff.

[7] Vgl. Z. Kozlowſka-Budkowa, Repertorjum dokumentów Polskich doby Piastowskiej, Krakau 1937, S. 1ff.

[8] Vgl. die zahlreichen Begründungen für dieſe Erklärung bei Staſiewſki, a. a. O., S. 51ff.

[9] A. a. O., S. 54.

[10] F. Lorentz, Schinesghe und die Nordgrenze der Dagome-Schenkung. In: Monatsbl. d. Geſ. f. pomm. Geſchichte u. Altertumskunde., Jg. 50, 1936, S. 3f. verſucht Schineſne als Kenitz bei Oderberg, das longum mare als den Goploſee und die anſchließende Netzeniederung zu deuten. Seine Ausführungen haben nicht überzeugt.

Weichſel weſtwärts abgefloſſen ſind. Seit dieſer Zeit ſind weite Strecken dieſes Urſtromtales verſumpft und mit weiten Waſſerflächen noch bis Ende des 18. Jahrhunderts, an manchen Stellen bis zur Gegenwart, angefüllt geweſen. Zum Nachweis dieſer Tatſache ſei auf die waſſerkundliche, amtliche Beſchreibung des Oderſtromes und ſeiner Nebenflüſſe verwieſen[11]: „Die breite Gonſawkaniederung bei Schubin ſcheint zuſammen mit dem Laſſowinabruch bei Krolikowo und dem Bruchlande an der Biala-Struga früher ein großes Seebecken gebildet zu haben. Noch jetzt werden im Volksmunde die neben der Gonſawka liegenden niedrigen Wieſen- und Weideflächen „die See" genannt. Die breiten, größtenteils mit Torfmoor angefüllten Niederungen an der nichtſchiffbaren Netze, am Bromberger Kanal, an der kanaliſierten Strecke und der Trägen Netze zeigen gegenwärtig keine ſtehenden Gewäſſer mehr (von einigen Alt-Armen abgeſehen), wie ſolche vor der Beſitzergreifung des Netzediſtrikts durch Friedrich den Großen noch vorhanden waren, z. B. der Sleſiner See am rechten Ufer des Langen Trödels, deſſen tiefgelegener Moorboden durch den nördlichen Parallelgraben entwäſſert wird. Auf dem Höhenlande am linken Ufer der kanaliſierten Strecke befinden ſich nur vereinzelte Lachen, während am linken Ufer der Trägen Netze die kleinen Seen bei Samotſchin, der Margoniner See und die in den Bolinkagraben entwäſſernden Seen zu erwähnen ſind. Letztere, nämlich der bei Kolmar gelegene Rattaier See, der Warower und Schützen-See füllen die tieferen Mulden der dortigen Moränenlandſchaft aus; auch die Niederung im Norden von O.-Lesnitz dürfte früher einen ſolchen See gebildet haben." — „Bei der preußiſchen Beſitzergreifung des Netzediſtriktes im Jahre 1772 befand ſich die ganze Niederung in verwahrloſtem Zuſtande und war faſt überall verſumpft. Jede, aus dem Quellgebiete kommende Hochfluth ſetzte, da es an ausreichender Vorfluth fehlte, den Thalgrund in voller Breite unter Waſſer, das nur langſam wieder verlief. Schon unter Friedrich dem Großen wurde mit der Bodenbeſſerung in den oberen Strecken durch Entwäſſerungsanlagen und Beſeitigung einiger Mühlen begonnen. Die wichtigſte Umgeſtaltung vollzog der große König jedoch durch die bereits 1774 beendigte Erbauung des Bromberger Kanals und die im Anſchluſſe daran bewirkte Schiffbarmachung der Netze unterhalb Nakel, deren Räumung und Ausbau ſich damals zwar auf das Allernothwendigſte beſchränken mußte, aber doch von tiefgreifender Bedeutung für die beſſere Ausnutzung der Niederungen war." — „Nach H. Berghaus ‚Landbuch der Mark Brandenburg'[11a] war das faſt 60 km lange, durchſchnittlich 10 km breite Warthebruch noch bis zum letzten Viertel des vorigen (18.) Jahrhunderts größtenteils ein wildes, ganz unwegſames Sumpfland, eine faſt unbekannte Wüſtenei, zu der es keinen anderen Zugang gab, als mittels des labyrinthiſchen Stromnetzes, das in wunderlichen Krümmungen durch hohe Erlenbüſche, Werft und Rohr hindurchſchlängelte, und Jedem, der ſich hätte hineinwagen wollen, würde es vorgekommen ſein, als wäre er in einen der unbekannteſten Teile der Welt verſetzt geweſen. Außer den Dörfern am Rande gab es nur am oberen Bruche einige Dörfer im Innern, namentlich ſüdlich von der Warthe, wie Altenſorge, Dechſel, Borkow, Pollychen, Költſchen. Das Unterbruch und namentlich das zu Sonneburg gehörige ſog. Ordensbruch war völlig wüſt und leer. Fiſcherei und Jagd, letztere beſonders im Winter, wo das Eis den Zugang geſtattete, waren faſt das Einzige, was Menſchen in dieſe wüſten Sumpfeinöden lockte. Der Heugewinn war unbedeutend, da das Einbringen desſelben mit zu großen Schwierigkeiten verknüpft war."

Auch H. Schmitz und R. Fraſe berichten gleiches in ihrer „Landeskunde der Grenzmark Poſen-Weſtpreußen 1929", S. 46, von dem großen Stauſee an der Netze oberhalb Uſch: „In dem breiten Urſtromtal floß dann in der Alluvialzeit die Netze bis ins 18. Jahrhundert wild mäandrierend dahin, ein ſumpfiges, völlig unzuſammenhängendes Bruch bildend, das ein ſchweres Verkehrshindernis war und das nur in wenigen Fällen mit großen Schwierigkeiten überſchritten werden konnte. Die deutſchen Neuſiedler des 16. und 17. Jahrhunderts haben die randlichen Teile des Bruches urbar zu machen verſucht und am diluvialen Talrand ihre

---

[11] Der Oderſtrom, ſein Stromgebiet und ſeine wichtigſten Nebenflüſſe. Berlin 1896, Bd. 2, S. 243, Bd. 3, S. 880 und S. 762.

[11a] Brandenburg, 1856, Bd. III, S. 89.

Dörfer angelegt, doch erſt durch Friedrich den Großen wurde das Bruchland der menſchlichen Kultur gewonnen.“

Friedrich der Große ließ den Warthebruch 1765 vermeſſen; er wurde 1767—1782 entwäſſert. Der Netzebruch, der an einigen Stellen innerhalb der Deiche bis zu 7,5 km breit war, wurde ſchon 1763—1768 kanaliſiert. Trotzdem bietet beſonders der Warthebruch, der z. T. 10 km breit iſt, noch heute oft genug das Bild eines kaum überſehbaren Binnenſees. Wer mit der Eiſenbahn öfters die Strecke Kreutz—Landsberg—Küſtrin fährt, erblickt vornehmlich im Frühjahr, aber oft genug auch zu den anderen Jahreszeiten, ſüdlich der Bahn weite Waſſerflächen, aus denen hier und dort einige Inſeln und Bruchwälder emporragen und deren Wellen vom Winde gepeitſcht werden. Auch das Netzetal zwiſchen Uſch und Nakel bildet lange Wochen einen langen und breiten Binnenſee. Wie muß alſo erſt die Landſchaft vor der Kanaliſierung beſchaffen geweſen ſein! Sie bildete ein kaum überwindliches Hindernis für jeden Übergang von Süden nach Norden oder umgekehrt.

Es iſt daher wohl begründet, daß dieſes Urſtromtal ſchon in der Urzeit und im Altertum eine wichtige Grenzſcheide der Kulturen und Völker war. Sie trennte Burgunden und Rugier im Norden von den Wandalen im Süden; ſie begrenzte die Siedlungsgebiete der Polen und der Pomoranen; ihre Grenzburgen lagen alſo an der von der Natur gebildeten Grenze. Der Streit um den Beſitz der nördlich anſchließenden Gebiete wurde durch den Kampf um dieſe Burgen ausgefochten. Dabei war wegen der ſumpfigen Beſchaffenheit der Talniederung nicht dieſe ſelbſt überall die Grenze. Vielmehr reihten ſich an ihr die Burgbezirke in der Weiſe aneinander, daß ſie jeweils quer über die Talenge nach Norden oder nach Süden hinübergriffen. Die Kaſtellanei Zantoch, deren Burg ſelbſt auf dem ſüdlichen Ufer der Warthe, unmittelbar hinter der Einmündung der Netze lag, erſtreckte ſich vorwiegend nach Norden hin, umfaßte jedoch mit den Dörfern Kernein, Pollychen, Lipke und Morin auch jenes Gebiet, das noch im 19. Jahrhundert die Neumark nach Süden hin von dem Kreiſe Schwerin in der Provinz Poſen trennte. Zur Kaſtellanei Filehne gehörten Dörfer nördlich und ſüdlich der Netze[12]. Auch die Kaſtellanei Nakel, die zum größten Teil nördlich der Netze lag, erſtreckte ſich noch auf 2 Dörfer ſüdlich des Fluſſes: Wieſki (=Wunſchheim) und Rynarzewo (=Netzwalde); ſie reichte im Norden zwiſchen den Läufen der Orla und der Brahe bis zur Grenze zwiſchen den Provinzen Weſtpreußen und Poſen öſtlich von Vandsburg und ſüdlich des Zempolnobaches[13]. Da die Pomoranen in der älteſten polniſchen Geſchichtsſchreibung als die Beſitzer der Netzeburgen und ſogar von Meſeritz genannt werden, ſcheint die Ausdehnung des früheſten polniſchen Staates in dem ſtrittigen Gebiet im Norden nur bis zur Warthe gereicht zu haben. Erſt ſpäter ſind die genannten Burgbezirke mit ihren Burgen den Polen anheimgefallen, als erſte Zantoch zur Zeit Mieſzkos. Das frühere Urſtromtal wird als Grenze zwiſchen den Polen und den Pomoranen von den Biographen des Biſchofs Otto von Bamberg als „desertum magnum“ und „nemus horrendum et vastum“ bezeichnet[13a].

Die Nachrichten über die urſprüngliche Beſchaffenheit des Geländes und über ſeine Bedeutung als Volks- und Staatsgrenze ergänzen ſich ſomit einwandfrei. Sie erweiſen, daß tatſächlich im Verlauf der Netze und der Warthe eine ausgedehnte, langgeſtreckte Waſſerfläche vorhanden war, die nur hier und dort durch inſelartige Erhebungen und bereits verſumpfte Strecken unterbrochen wurde und daß dieſe Waſſerfläche im 10. Jahrhundert die Grenze zwiſchen Polen und Pommern gebildet hat. Dieſe Waſſerfläche war das mare longum, das in der Schenkungsurkunde als Nordgrenze Polens bezeugt wird. Wenn als ſolche für das 11. Jahrhundert von Thietmar die Warthe genannt wird, ſo dürfte dies für jene Zeit und den Unterlauf dieſes Fluſſes zutreffen, beſagt aber nichts gegen den ſumpfig-ſeeartigen Zuſtand des oberen Warthe- und des Netzetales. Auch dürfte der Umſtand, daß in der übrigen Quellen des 10. und 11. Jahrhunderts als Nordgrenze Polens das mare longum nicht genannt iſt, damit zu erklären ſein, daß dieſer Ausdruck auch in dem Dagome-Regeſt nicht als Eigenname, ſondern als Sachbezeichnung gebraucht wurde, und daß jene Quellen ſich vornehmlich auf die Strecke Zantoch—Küſtrin beziehen, während als das longum mare das öſtlich anſchließende Gebiet gemeint worden iſt.

---

[12] St. Arnold, Terytorja plemienne w ustroju administracyjnym Polski Piastowskiej: Prace Komisji dla Atlazu Historycznego Polski II (1927), S. 48, Anm. 8 und Karte.

[13] Lüpke, in: Zantoch, a. a. O., S. 16ff.

[13a] Ebo II 4, Herbord II 10.

Das Wort mare wird in den lateiniſchen Quellen des Mittelalters ſowohl für die offene See als auch für Binnenmeere angewandt; es war urſprünglich im Indogermaniſchen ſogar die ausſchließliche Bezeichnung für ein Binnenmeer, ein Sprachgebrauch, der noch heute in dem Namen des Steinhuder Meeres fortlebt. Auch in Holland werden noch jetzt frühere, erſt in neuerer Zeit eingedeichte und entwäſſerte Waſſerflächen im Innern des Landes als Meere bezeichnet, ſo der „Harlemer Meer Polder" und der „Aalsmeer", beide nördlich von Leiden. Das Wort Meer begegnet dort auch als Bezeichnung für Gräben in den Stadtbezirken. Es ſei ferner auf die zahlreichen „Meere" in der Landſchaft Friesland verwieſen, z. B. das Sloter-Meer, Tjeuke-Meer, Sneeker-Meer. Alle dieſe „Meere" ſind keine Teile der Nordſee und dies auch niemals geweſen, ſondern ausgeſprochene Binnenmeere. Es war deshalb ſinngemäß, wenn im Mittelalter auch die beiden Haffe an der Odermündung und an der Weichſelmündung ſtets als Meere oder lateiniſch als mare bezeichnet wurden.

Beide Haffe wurden zeitweiſe recens mare genannt, wobei das Wort recens = friſch auf das ſüße Waſſer der Haffe hindeutet. Henneberger unterſchied in ſeiner Erklärung der preußiſchen Landtafel (1595) die „geſaltzene ſee" und das „Friſche Haff". Auch Hartknoch deutete in ſeinem Buche „Alt- und Neues Preußen[13b]" das Wort friſch als Süßwaſſer[14]. Dieſe deutſche Bezeichnung des Haffes iſt ſchon alt; bereits die livländiſche Reimchronik nennt Vers 3980 das „vriſche hab" und meinte damit „das große vriſche habe", das „hot den namen kurſche hap". Es hieß lateiniſch mare Curonicum oder recens mare Curonicum[15].

Für das Oderhaff begegnen die Bezeichnungen „das große Friſche Haff" und das „Kleine Friſche Haff[16]".

Wie in dieſer Weiſe See und Haff unterſchieden wurden, bezeichnete Wulfſtan am Ende des 9. Jahrhunderts die Oſtſee als „sae" gegenüber dem Friſchen Haff als dem „Estmere" und dem Drauſenſee bei Truſo als dem „mere[17]". Auch das Elbinger Vokabular der prußiſchen Sprache aus dem 14. Jahrhundert nennt das Haff „mary[18]"; es hieß im Litauiſchen „Braneburcas Mares[19]". Bemerkenswert iſt ſchließlich, daß bereits Tacitus die Oſtſee als „oceanus", dagegen das Nordmeer, das er „pigrum ac prope immotum" nannte, als „mare" bezeichnete[20]. Auch das ſlawiſche Wort „morje" bezeichnet nicht nur das Meer, ſondern auch Binnenſeen. Es ſei nur an den Müritzſee in Mecklenburg erinnert, deſſen Name ein Diminutivum iſt.

Es beſteht ſomit kein Zweifel: Die Worte lat. mare, germ. meer, poln. morje, lit. mares, pruß. mary, die auf die indogermaniſche Bezeichnung mare zurückgehen, bezeichnen in zahlreichen Fällen gerade den Binnenſee, das Binnenmeer. Es iſt alſo durchaus möglich, daß unter dem „longum mare" der Schenkungsurkunde ein gleichartiges Gewäſſer zu verſtehen iſt. Es iſt dies um ſo notwendiger, als gerade der Ausdruck longum mare weder ſprachlich noch ſachlich mit der Oſtſee in Zuſammenhang gebracht werden kann. Zunächſt iſt es unverſtändlich, weshalb die Oſtſee als „langes Meer" bezeichnet werden ſollte. Dieſe Bezeichnung kommt ſonſt niemals für die Oſtſee vor und kennzeichnet in keiner Weiſe ihre räumliche Beſchaffenheit. Auch legt das Eigenſchaftswort longum einen Vergleich mit einem anderen, nicht langen Meere nahe, der bei der Oſtſee und an jener Quellenſtelle in keiner Weiſe angebracht iſt. Es iſt erklärlich, weshalb das Rote Meer, das Schwarze Meer, das Tote Meer ihre Namen tragen; aber der Ausdruck „langes Meer" entſpricht nicht dem Merkmal eines Meeres und am wenigſten der Umgrenzung der Oſtſee. Wenn die Schenkungsurkunde die Oſtſee gemeint hätte, würde das Wort mare völlig genügt haben, wie es oft genug die Oſtſee bezeichnet. Gerade unter dem „longum mare“ kann daher die Oſtſee nicht gemeint ſein[21].

[13b] Hartknoch, a. a. O. (1684), S. 17.

[14] Vgl. A. Bezzenberger, Die Kuriſche Nehrung und ihre Bewohner. Stuttgart 1889, S. 181.

[15] SS. rer. Pruss., Bd. 1, S. 631 f., Bd. 2, S. 710; Voigt, Codex dipl. Pruss., Bd. 3, S. 123 und 93 nach 1336.

[16] Martin Zeiler, Topographia electoratus Brandenburgici, 1652, S. 13.

[17] SS. rer. Pruss. I, S. 733.

[18] H. G. Voigt, Adalbert von Prag. Berlin 1898, S. 318.

[19] Bezzenberger, a. a. O. S. 167.

[20] Tacitus, Germania, Kap. 44 ff.

Dagegen trifft dieſe Bezeichnung wie keine andere auf jenes Binnenmeer zu, das nicht allzu breit, aber ungewöhnlich langgeſtreckt, wie gezeigt, urſprünglich das Urſtromtal der Warthe und Netze ausfüllte und vielfach noch heute bedeckt. Es iſt dabei gar nicht die Annahme nötig, daß jenes Meer das ganze Urſtromtal zwiſchen der Oder und der Weichſel eingenommen hat; ſchon die Ausdehnung zwiſchen Küſtrin und Landsberg oder bis Drieſen würde 50 bis 100 km betragen. Dieſes tatſächlich einſt vorhandene Binnenmeer war wirklich ein „langes Meer“, ein „longum mare“ und konnte nach dem Sprachgebrauch lateiniſch nicht anders als mare und nach ſeiner Eigenſchaft nicht anders als longum mare genannt werden. Es konnte nicht als „lacus“ bezeichnet werden.

Eine ſolche Bezeichnung ſteht gar nicht allein da; ſo wurde früher die Waſſerverbindung zwiſchen Pregel, Deime, Kuriſchem Haff, Nemonienſtrom, Seckenberger Kanal, Gilge und Memel das „lange Waſſer“ genannt[22]. Ein langer Waſſergraben, der einem alten Weichſellaufe entſprach, längs der Friſchen Nehrung bei Danzig hieß um 1600 „Der Lange See[23]“, „Worliſche See“ oder die „Kobbelkule“ bei Wordel. Der Waſſername „Langer Trudel“ begegnet, wie oben gezeigt, noch heute im Gelände des „longum mare“.

Unter dieſen Umſtänden kann die Ortsangabe „longum mare“ in der Schenkungsurkunde den Lauf der oberen Warthe und der Netze ſehr wohl bezeichnet haben. Dieſe Auslegung behebt alle oben erwähnten Schwierigkeiten bei der Erklärung der Urkunde. Die civitas Schinesne grenzte tatſächlich im Weſten an die Oder und im Norden an das longum mare; dieſes ſtieß wiederum an der Weichſel an die Grenze des Preußenlandes (fines Pruzze). Die Grenze Polens folgte weiter der ſüdlichen Grenze des Preußenlandes bis nach Rußland, und das letzte Stück der Grenze verlief wieder längs der Oder „bis zu der vorgenannten civitas Schinesne“. Es ſei zur weiteren Stütze dieſer Erklärung auch noch darauf hingewieſen, daß die Grenzbeſchreibung bei der bisherigen Annahme, die polniſche Grenze wäre von der Mündung der Oder oſtwärts an der Küſte der Oſtſee entlang bis zu dem Gebiet der Prußen verlaufen, ungenau, wenn nicht falſch geweſen wäre. Denn es hätte geſagt werden müſſen, daß die Grenze von der Oſtſee zunächſt weichſelaufwärts und dann erſt an der Grenze des Preußenlandes entlang nach Rußland verlaufen war. Die obige Deutung der Schenkungsurkunde beſeitigt auch dieſe Schwierigkeit. Wenn das „longum mare“ im obigen Sinne in der ſpäteren Überlieferung nicht mehr erwähnt wird, kann dies darauf beruhen, daß in dieſer die Nordgrenze Polens im Zuſammenhange nicht beſchrieben wird. Auch dürfte das longum mare durch natürliche Verlandung und Verſumpfung und durch ſeine fortſchreitende Eindeichung und Entwäſſerung in der Folgezeit in eine größere Anzahl kleinerer Seen und Sümpfe ſich aufgelöſt und damit nicht nur ſeine Eigenart, ſondern auch ſeinen Namen verloren haben. Weitere Forſchung wird dieſe Verlandung des großen Binnenmeeres zu klären haben.

Die Nordgrenze des polniſchen Staates erſtreckte ſich alſo am Ende des 10. Jahrhunderts nach dem Wortlaut der Schenkungsurkunde von der Nordweſtecke der civitas Schinesne längs der Warthe, der Netze und der Weichſel in faſt gerader Richtung immer weiter oſtwärts an der Südgrenze der Prußen entlang bis nach Rußland hin. Dieſer Grenzverlauf entſprach den natürlichen Raumgrenzen und den geſchichtlichen Verhältniſſen, wie ſie aus allen anderen gleichzeitigen Quellen erſichtlich ſind. Damit iſt aber erwieſen, daß Pommern in ſeiner geſamten Ausdehnung von der Mündung der Oder bis zur Mündung der Weichſel zur Zeit Mieſzkos I. niemals zu Polen gehört hat.

Sein Sohn Boleslaw hat mehrfach verſucht, Oder-Pommern zu erobern; es iſt ihm auf die Dauer nicht gelungen. Sein Plan, in Angliederung an das Erzbistum Gneſen ein Bistum in Kolberg zu errichten, iſt bald geſcheitert. Eine Herrſchaft über das Gebiet an der Weichſelmündung iſt von Boleſlaw weder erſtrebt noch erreicht worden. Vielmehr bezeugen die vorhandenen Quellen einwandfrei, daß in der „urbs Gyddanic" ein unabhängiger Fürſt ſaß, der den Heiligen Adalbert bei ſeiner Reiſe vom Hofe des polniſchen Herrſchers friedlich aufgenommen und ihm die Predigt bei ſeinen Untertanen geſtattete. Der Danziger Fürſt hatte kurz zuvor die Schweſter Boleſlaws geheiratet, war alſo von ihm als ebenbürtig anerkannt worden. Um die Wende des 10. zum 11. Jahrhundert gehörte das untere Weichſelland nicht zu Polen [24]. Weder Weſtpommern noch Oſtpommern haben im 10. Jahrhundert jemals zum polniſchen Reich gehört [25].

---

[21] Z. Wojciechowſki, Polska nad Wisłą i Odrą w X wieku (1939) S. 82f. bezieht den Ausdruck longum auf die zeitlich und räumlich lange Erſtreckung der vermutlichen polniſchen Grenze an der Küſte der Oſtſee. Die Urkunde ſpricht jedoch nicht von einer langen Grenze, ſondern von einem langen Meere. Die gebotene Erklärung iſt ſomit unzureichend.

[22] Ad. Bezzenberger, a. a. O., S. 165.

[23] Staatsarchiv Danzig, 300 PK Ia 29.

---

[24] Fr. Lorentz, Geſchichte der Kaſchuben, Berlin 1926, S. 14ff.; die Quellen ſind veröffentlicht in SS. rer. Pruss., Bd. 1, S. 228 (Canaparius), Bd. 2, S. 416ff. (Miracula), vgl. E. Keyſer, Die Entſtehung von Danzig, Danzig 1924, S. 7ff.

[25] Es wird künftig zu prüfen ſein, wie weit der Ausdruck mare in ſpäteren polniſchen Quellen gleichfalls das longum mare in obigem Sinne oder die Oſtſee bezeichnet hat. Die bekannte, mit der Oſtſee ſchwer in Verbindung zu bringende Angabe der Rocz. Traski: Boleslaus tercius mare transivit et castra obtinuit (1123) ſcheint ſich eher auf den Lauf der Netze und Warthe als auf die Oſtſee zu beziehen. (Mon. Pol. Hist., Bd. 2, S. 832.)

Das Montan-Induſtriegebiet an Moſel und Saar.

Eine Unterſuchung der induſtriellen Zuſammenhänge

Von Walther Herrmann, Köln

1. Lagerſtätten als Grundlagen. — 2. Drei Kerngebiete. — 3. Das Produktionsſyſtem. — 4. Hauptſtränge der Verflechtung. — 5. Der deutſche Anteil beim Aufbau. — 6. Die franzöſiſche Machtpolitik. — 7. Die Wirtſchaftsgemeinſchaft mit dem Rheinraume.

1.

Lagerſtätten der Kohle und des Eiſens als Grundlagen des ſüdweſtlichen Montan-Induſtriegebietes

Im Einflußbereich des Rheines liegen zwei mächtige Reviere der ſchweren Induſtrie, — im Nordweſten mit dem Schwerpunkt oſtwärts des Rheines das niederrheiniſch-weſtfäliſche Induſtriegebiet, das größte derartige Gebiet des europäiſchen Kontinents, und im Südweſten, dem Rheine weſtlich vorgelagert, das ſaarbrückiſch-lothringiſch-luxemburgiſche Gebiet. Dieſes ſoll hier das „ſüdweſtliche" Induſtriegebiet heißen in Anlehnung an eine Wortprägung, die vor dem Weltkriege bei den Leuten der Eiſeninduſtrie gang und gäbe war; erinnert ſei nur an den Namen eines wichtigen Induſtriellenverbandes in dieſem Raume, an den der im Jahre 1882 vom Freiherrn von Stumm gegründeten „Südweſtlichen Gruppe des Vereins deutſcher Eiſen- und Stahlinduſtrieller".

Während nun das Ruhrgebiet als eine Einheit gemeinhin angeſehen wird — wenn auch über die genaue Begrenzung in der Fachwelt keine abſolute Einſtimmigkeit herrſcht —, ſo iſt die Vorſtellung von einem ein Ganzes bildenden ſüdweſtlichen Montan-Induſtriegebiet verhältnismäßig ungewohnt. Die politiſchen Grenzziehungen in neuerer Zeit, die das Gelände dieſes Reviers mehrmals anders durchſchnitten haben, vermochten die Ausrichtung des Blickes auf das Ganze meiſtens zu verhindern. Man ſah mehrere Reviere, eines an der Saar, ein oder zwei lothringiſche und ein luxemburgiſches. Das Augenmerk auf das ſüdweſtliche Revier als ein zuſammenhängendes Ganzes im europäiſchen Wirtſchaftsraume zu lenken, iſt die Abſicht der folgenden Darlegungen. Dabei wird die Fülle der oft vorzüglichen Arbeiten über die Teilräume zwar ausgewertet, aber nicht zu einer Wiederholung zuſammengefügt[1]. Hier ſoll kein Nachſchlagewerk aller induſtriellen Einzelheiten in mehreren benachbarten, verwandten, im Schrifttum aber üblicherweiſe getrennt behandelten Induſtrieprovinzen entſtehen —, ſondern eine Unterſuchung der für den Geſamtraum, ſeine induſtrielle Zuſammengehörigkeit und deren politiſche Behandlung wichtigen Tatſachen ſoll — in Ausführung nur der Hauptlinien — dargetan werden.

---

[1] Über die Saarwirtſchaft liegen neuere Arbeiten unter anderm von W. Cartellieri, F. Hellwig, H. Overbeck vor, ergänzt durch wichtige Diſſertationen von F. Emmrich, H. Hau und K. Loſſem. Über die lothringiſche Wirtſchaft haben wertvolle Darſtellungen veröffentlicht R. du Fou (Le mouvement de concentration dans la sidérurgique Lorraine, 1934) und A. Sömme (La Lorraine métallurgique, 1930). Sieht man über die fanatiſche franzöſiſch-politiſche Tendenz hinweg, dann enthält auch die Arbeit von G. Eiſenmenger (La Lorraine au travail, 1925) wichtige Angaben. Die Wirtſchaft des reichsländiſchen Teiles von Lothringen iſt ausführlich unterſucht in dem von M. Schlenker herausgegebenen Sammelwerk „Die wirtſchaftliche Entwicklung Elſaß-Lothringens 1871—1918", 1931. Über die lothringiſch-luxemburgiſche Induſtrie nach dem Weltkriege hat P. Berkenkopf (1925) geſchrieben und K. Schilling hat in ſeiner Diſſertation (1931) den Verſuch der Eingliederung Lothringens in die franzöſiſche Wirtſchaft dargeſtellt. Die luxemburgiſche Induſtrie hat P. Rathgeber in ſeiner Diſſertation (1936) unterſucht. Saarländiſch-lothringiſche Fragen kulturgeographiſcher Art behandelt L. Martin (1934), ſonſt aber waren ſolche Zuſammenfaſſungen im Schrifttum der neueren Zeit ſelten.

Das ſüdweſtliche Montan-Induſtriegebiet hat reiche Lagerſtätten der Steinkohle und des Eiſenerzes und dazu zur Bereicherung ſeiner Grundzüge auch Fundplätze wertvoller Steine und Erden als Grundlagen der Wirtſchaft.

Zwiſchen Glanquelle und dem Oberlauf der Moſel, von Frankenholz am Fuße des Pfälzer Berglandes und von Saarlautern nach Pont-à-Mouſſon gerichtet, verläuft der ſüdlichſte Aſt des mitteleuropäiſchen Steinkohlenlagers. Von ihm ſagt F. Friedensburg mit Recht, daß es im Hinblick auf die nördlicheren Hauptſtränge der Kohlenlager des Erdteils „geographiſch, geologiſch und politiſch ein Sonderdaſein führt"[2]. Nach einem über hundert Kilometer breiten Gürtel des Rheiniſchen Schiefergebirges ohne greifbare Kohlenlager wird vor der ſüdweſtlichen Abdachung des Hunsrücks eine nach Südweſten ſtreichende und abſinkende Zone des produktiven Karbons ſichtbar. An beiden Ufern der mittleren Saar liegen die Kohlenflöze faſt zu Tage und werden nach Weſten zu immer mehr vom Triasgeſtein des lothringiſchen Stufenlandes überdeckt. Aber die Flöze führen bis zur Moſel bei Pont-à-Mouſſon und darüber hinaus weiter, wie in Tiefbohrungen bis über 1000 m feſtgeſtellt worden iſt. Die Steinkohlenablagerung iſt auf der breiteſten Stelle an der Saarlinie etwa 30 km breit, verjüngt ſich nach Nordoſten zungenartig, während ſie nach Südweſten etwa in der Hauptbreite verläuft. Insgeſamt erſtreckt ſie ſich über mehr als 100 km. Die Gewinnung beſchränkt ſich bisher auf den um die Saar herum gelegenen Teil, alſo auf die näher zu Tage liegenden Flöze, während die ſüdweſtliche Fortſetzung vorläufig noch nicht bewirtſchaftet wird. Den geſamten gewinnbaren Kohlenvorrat bemißt Friedensburg[3] auf 8—10 Milliarden Tonnen im engeren Saarrevier und auf noch einmal die gleiche Menge in Lothringen, alſo zuſammen auf über 16 Milliarden Tonnen. Die Kohle des Südweſtens liegt nicht ſo einheitlich wie die an der Ruhr. Die Flöze weiſen vielmehr viele Verwerfungen auf und ſind auch oft von fremdem Geſtein durchſetzt. Das erſchwert zwar die durch beträchtliche Schlagwetterbedrohung ſchon an ſich beläſtigte Förderarbeit, hemmt insbeſondere deren Mechaniſierung, bietet einer arteigenen Arbeitstechnik aber keine unüberwindlichen Hinderniſſe. Gerade in den letzten Jahren konnten die Methoden des Bergbaus in dieſem Gebiet erheblich verbeſſert werden.

Zu dem großen Lager an Steinkohlen kommt ſodann als das mächtigſte Eiſenerzlager Europas die Ablagerung der Minette hinzu. Der lothringiſche Doggerkalk iſt eine weitgehend „vererzte Geſteinsſchicht", über deren Entſtehung die Wiſſenſchaft noch zwei, allerdings einander verwandte Anſichten verbreitet. Jedenfalls ruht hier ein phosphorhaltiges, faſt ſchwefel- und manganfreies Eiſenerz als „oolithiſcher" Brauneiſenſtein. Die rund 1000 qkm große Zone, in der Erze nachgewieſen ſind, reicht bei einer 20 bis 30 km umfaſſenden Breite etwa 60 km weit in nordſüdlicher Erſtreckung. Sie ſetzt im Norden an der Alzette in Luxemburg ein und reicht bis in die Gegend von Nanzig (Nancy). Die neueſte geologiſche Erforſchung dieſer Lagerſtätte haben in den Jahren 1938/39 zwei Ingenieure des „Corps des Mines", J. Bichelonne und P. Angot, in je einem Atlas- und Textband[4] vorgelegt. Sie unterſcheiden im einzelnen vier erzhaltige Becken, die im allgemeinen die Streichrichtung von Südweſten nach Nordoſten innehalten. Die Becken heißen nach geographiſchen Richtpunkten 1. das von Longwy, 2. das von Amermont-Öttingen, 3. das des Ornetals und von Ars, und ſchließlich, nach einer Unterbrechung der Lagerſtätte durch eine taube Zone über dem vorweg genannten Kohlengebirgszug, 4. das von Nanzig. Die Becken 1, 2 und 3 werden üblicherweiſe zuſammengefaßt unter dem Namen „Lager von Briey-Diedenhofen". Die erzhaltigen Schichten treten im Oſten der Lagerſtätte, wenige Kilometer vor dem linken Moſelufer, faſt zu Tage und verſinken dann in flachem Streichen nach Weſten zu unter andere, jüngere Erdformationen. Bichelonne und Angot berechnen die Erzmenge der verſchiedenen Lager zuſammen auf etwa 10 Milliarden t. Das ergibt bei einem Eiſengehalt, der bis zu 41 v. H. geht und im Durchſchnitt auf 31 v. H. des Erzes angenommen werden darf, rund 3,4 Milliarden t Eiſen. Damit kommt das Minettelager „hinſichtlich des darin enthaltenen Metalls den Lagerſtätten am Oberen See in den Vereinigten Staaten“ gleich und rangiert „ſehr weit vor dem Erzgebiet in Schwediſch-Lappland“[5]. Friedensburg[6] gibt dem Minette-Vorkommen gar das Prädikat „die größte zuſammenhängende Ablagerung von bauwürdigem Eiſenerz in der Welt“.

---

[2] Die Bergwirtſchaft der Erde, 1938, S. 79ff.

[3] a. a. O.

[4] „La formation ferrifère Lorraine." Paris 1938.

Auf dieſen Lagerſtätten der Kohle und des Eiſens wurde das ſüdweſtliche Induſtriegebiet aufgebaut, und zwar erſt in neuerer Zeit. Wohl reichen die Vorläufer der wichtigſten gegenwärtigen Wirtſchaftszweige in eine lange Vergangenheit zurück[7]. Kohlen wurden an der Saar ſchon im 15. Jahrhundert gegraben und mit der Verhüttung von Eiſenerzen, allerdings anderen als den Minette-Erzen, befaßte man ſich hier auch ſchon ſeit alter Zeit. Zu der Zeit, als man im ſüdweſtlichen Mittelgebirge noch kleinere Gänge eines hochwertigen Erzes grub, gab der Bergmann dem niedrigergehaltigen Erz ja den Namen „minette“, das „Erzchen“, die Diminutivform von „mine“, Erz. Jedoch handelte es ſich bei beiden Erſcheinungen, ſowohl der alten Kohle- als auch der alten Eiſenwirtſchaft, wirklich nur um Vorläufer, die mit einer ſehr einfachen Technik zu recht beſcheidenen Zielen ſtrebten. Im 18. Jahrhundert wurde der Prozeß der Induſtrialiſierung im Raume zwiſchen Hunsrück und Maas ſtärker. Seit dem frühen 19. Jahrhundert bildet ſich zunächſt das Saarrevier als Heimſtatt der Schwerinduſtrie aus. Es erweiſt ſich daher heutzutage auf vielen Gebieten als das ältere, erfahrenere Teilſtück des Geſamtraumes. Lothringens und Luxemburgs Stunde der Induſtrialiſierung ſchlug erſt, als es im Jahre 1878 durch das Thomasverfahren gelang, phosphorhaltiges Roheiſen im baſiſchen Windfriſchverfahren in Maſſen zu Stahl zu wandeln. Nun erſt trat die Minette, alle erfaſſend, ernſthaft ins Geſichtsfeld der Unternehmer des europäiſchen Feſtlandes, und jetzt entſtand das techniſch modern ausgerüſtete ſüdweſtliche Induſtriegebiet. Jetzt konnte man ja aus dem Roheiſen, das man ſchon vorher aus dem Erze gewinnen konnte, den Stahl herſtellen, alſo die bei weitem wichtigere Sorte. In wenigen Jahrzehnten wurde das neue Gebiet aufgebaut. Viele Eigenheiten und damit zuſammenhängende Probleme finden von hier aus ihre Erklärung.

In den ſechs Jahrzehnten, die der neue Ausbau nunmehr währt, iſt die Entwicklung nicht in gerader Linie abgelaufen. Die politiſchen Auseinanderſetzungen, die ſich hier zwiſchen dem deutſchen und dem franzöſiſchen Volk abgeſpielt haben, wandelten den Verlauf eingeſchlagener Prozeſſe immer wieder ab[8]. Dadurch wurde der Charakter der Jugendlichkeit des ſüdweſtlichen Montan-Induſtriegebietes nur um ſo ſtärker unterſtrichen. Denn jetzt trugen die politiſch diktierten Wandlungen mehrfach wieder Tendenzen ab, die gerade gereift waren. Im induſtriellen Stil des Bezirks erhielten ſich ſo ſtärker die taſtenden Verſuche bei dem Ausbau der Betriebe, die Anbahnungen von Beziehungen bei den Unternehmungen und die Binnenwanderungen bei den Belegſchaften — alles Momente, die anzeigen, daß der geſamte Bezirk die Sicherheit der Entwicklungsrichtung noch immer entbehrt. Nur im Grunde iſt ſie vorgezeichnet: durch die Eiſen- und Kohlenvorräte des Bodens!

---

[5] Wirtſchaftsbericht Elſaß-Lothringen, hrsg. von der Commerzbank, 1940, S. 11. Daſelbſt auch folgende Tabelle über das Geſamtvorkommen:

Nach Bichelonne und Angot berechnet man den Geſamtvorrat an Erzen im

	kalkige	kieſelige	Erze	insgeſamt in Millionen Tonnen
Becken von Longwy auf	365	2524	2889	
Becken von Briey auf	3215	1029	4244	
Becken des Ornetales und von Ars auf	2124	548	2672	
Becken von Nanzig auf	287	863	1150	
Minette-Gebiet insgeſamt auf	5991	4964	10955	Millionen Tonnen.

[6] a. a. O., S. 170.

[7] Über die Geſchichte der Induſtrie im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet unterrichten Arbeiten von H. von Ham, A. Haßlacher, G. Hottenger und W. Paege.

[8] Vgl. zu Einzelheiten der Wandlungen die Arbeit von F. Friedensburg, „Kohle und Eiſen im Weltkriege und in den Friedensſchlüſſen“, 1934.

2.

Die Kernräume des Reviers und ihre Ränder

In allen Wirtſchaftsräumen verfahren die Menſchen nach einer beſtimmten Produktionslogik. Dieſe iſt ein Ergebnis bedürfnisentſtammender, raumgegebener, hiſtoriſcher und politiſcher Daten, die zuſammen wirken und einander abwandeln. Damit wird die Produktionslogik zu einer beſtimmten Entwicklung gebracht. Die einzelnen Haushaltungen und Betriebe in einer Wirtſchaftslandſchaft ſind gleichſam nur Rädchen und Teilchen einer großen Maſchine, die nach einer (mehr oder weniger allen bewußten) gemeinſamen Zielſetzung der Mitwirkenden gebaut iſt und arbeitet. Dabei gibt es in ſolchem Bauwerk nun Teilſtücke der unterſchiedlichſten Bedeutſamkeit. In einer Wirtſchaftslandſchaft gibt es wichtigſte Brennpunkte für ihre Lebendigkeit und dann viele Abſtufungen bis hin zum faſt belangloſen Ödland. Vom gewerblichen Geſchehen aus betrachtet unterſcheiden wir — im Anſchluß an B. Kuske — in den Wirtſchaftslandſchaften Kernräume und Randgebiete. In den Kernen beſteht eine klare, aus beſtimmten Arbeits- und Rohſtoff-Prinzipien geſtaltete Grundrichtung der Produktion, an die ſich mit ihr Verbundenes angeſchloſſen hat. Damit kommt es in den Kernen zu einer Häufung der Arbeitsplätze, alſo zu vielen, reichhaltigen Lebensmöglichkeiten und infolgedeſſen wiederum zu Bedarfsäußerungen aus dem Zuſammenleben der vielen, dem Kerne verbundenen Menſchen, und ſchließlich zu Veranſtaltungen für deren Befriedigung.

Die Kerne ſtrahlen aus. Da für ſie immer eine irgendwie vorgegebene Begrenzung, etwa durch eine Lagerſtätte, ein Siedlungsgelände u. dgl., gilt, da ferner im allgemeinen kein größerer Wirtſchaftsraum nur aus Kernen beſteht, liegen dazwiſchen Zonen minderer Intenſität des Wirtſchaftslebens. Aber in Teilen dieſer Zonen wirken die Kerne weiter, ſie lenken gewiſſe Produktionsrichtungen auf ſich hin, ſie verlegen manche Arbeiten in die Ränder. Auch wandern aus den Kernen manche Produktionsarten zu den Rändern ab, weil dort etwa die Grundſtückspreiſe oder die Löhne oder die kommunalen Steuern niedriger ſind als im enggedrängten Kernrevier. Die Kerne ſtehen in reger Verbindung mit den Randgebieten, die ſie ſich gleichſam zu ihren Glacisgebieten ausgeſtalten. Für dieſe ſind nun die Miſchung der Leiſtungen und die Abhängigkeit von den Kernen in der Produktionslogik bezeichnend. Die Weite der Einflußzonen iſt verſchieden. Sie hängt von der Wucht des Kernes, der Aufgeſchloſſenheit des Randgebietes, von den Verkehrsmöglichkeiten u. a. m. ab. Die Glacisgebiete überdecken nicht immer das ganze Land zwiſchen den Kernen. Dann aber haben die unbeeinflußten Zonen oft den Charakter von Notſtandsgebieten, wenn ſchon dieſe Erſcheinung nicht unbedingt auftreten muß. Stets trifft man in den unbeeinflußten Zonen aber noch den vorinduſtriellen Wirtſchaftscharakter an.

Wird nun die ſoeben entwickelte Gliederung eines Wirtſchaftsraumes auf das ſüdweſtliche Montan-Induſtriegebiet angewendet, ſo heben ſich drei größere Kerne im Raume zwiſchen Sauer, Saar und Maas ab. Es ſind, grob benannt, die Kerne um Saarbrücken, Metz und Nanzig.

Im Oſten rechnen noch zum Geſamtgebiet der der Pfälzer Hardt vorgelagerte Weſten der Pfalz und die Saarmündung, ſo daß die angenommene Oſtabgrenzung etwa einer Geraden von Pirmaſens über St. Wendel nach Trier entſpricht. Im Weſten bildet die Maas eine Begrenzung, im Süden der Rhein-Marne-Kanal von der Maas- bis zur Saarquerung, jedoch mit einem um Nanzig etwa 20 km nach Süden ausholenden Halbkreis. Eine Nordgrenze kann in einer Verbindungslinie der Sauer, einem Luxemburg durchfließenden Nebenfluß der Moſel, mit der Semois, einem auch Setzbach genannten Nebenfluß der Maas, angenommen werden.

Es iſt das Mittelgebirgsland, das in der Hauptmaſſe durch die Lothringiſche Stufenlandſchaft gebildet wird. Den ganzen Raum durchfließt die Moſel von Toul bis Trier, auf der weſtlichen Flanke beſpült ihn die Maas, auf der öſtlichen durchfließt ihn die Saar. Die Grundrichtung der größeren Gewäſſer iſt nordwärts gewendet, auf die dann als Querbänder die kleinen Zuflüſſe ſtoßen.

Eine neuere politiſche Gebietseinteilung fällt ſehr ſchwer, da in dem Raume in unſerem Jahrhundert große Grenzverſchiebungen vorgenommen worden ſind. Eine ins einzelne gehende Ausführung über die Grenzverſchiebungen im 19. und 20. Jahrhundert unterbleibt hier angeſichts zahlreicher Veröffentlichungen darüber in jüngſter Zeit. Beteiligt ſind, wenn man einmal geläufige Territorialbezeichnungen verwenden will, die Rheinprovinz mit ihrem Südweſtzipfel, die Pfalz mit ihrem Weſten, die ganze ſeinerzeit als Saargebiet gewaltſam begründete Region, das ehemalige Großherzogtum Luxemburg ohne den nördlichen Teil, der Südrand Belgiens, Lothringen im Sinne der alten Reichslandlöſung, darüber hinaus ein großer Teil des im Jahre 1871 bei Frankreich verbliebenen Anteils am früheren Herzogtum Lothringen, d. h. in der Hauptſache Teile aus den Departements Meuſe und Meurthe-et-Moſelle der bisherigen franzöſiſchen Verwaltungseinteilung. Das auch altlothringiſches Gebiet umgreifende Departement Vosges fällt aus unſerer Betrachtung heraus. Nach der neuen Raumeinteilung handelt es ſich vor allem um Teile der Gaue Weſtmark und Moſelland der NSDAP., ferner um die genannten belgiſchen und franzöſiſch verwalteten Bezirke.

Der älteſte und maſſivſte Kern dieſes ſo umſchriebenen Induſtriegebietes iſt der ſaarbrückiſche. Er iſt in der Hauptſache identiſch mit dem Bezirk, der durch die Beſtimmungen des Verſailler Diktats zum „Saargebiet" beſtimmt wurde, greift aber im Südweſten nach Lothringen über. Eine Linie, die folgende Städte umfaßt, vermag ihn abzuſtecken: St. Avold, Saarlautern, St. Wendel, Homburg, Zweibrücken, Saargemünd. In ſeiner Mitte liegt Saarbrücken, umgeben von Neunkirchen, St. Ingbert, Sulzbach, Dudweiler, Völklingen und Forbach. Dieſer Kernraum dehnt ſich auf den aufgeſchloſſenen, näher zu Tage gelegenen Teilen der Kohlenſchichten aus. Er wird hauptſächlich durch die Weichbilder der aufgezählten Städte, durch Zechenanlagen, induſtrielle Werke und dazu gehörende Arbeiterſiedlungen gebildet. Der ganze Kern wirkt faſt wie eine weitangelegte, von Waldſtücken durchſetzte Großſtadt. Über 800 000 Menſchen leben in ihm.

Der auch der Größe nach zweite Kern läßt ſich folgendermaßen begrenzen: Luxemburg (Stadt)—Diedenhofen—Metz—Conflans-Jarny—Longuyon—Longwy. Seine großen Siedlungen liegen faſt alle auf dieſer Grenzlinie. Im Kerne ſelbſt liegt zwar eine Fülle induſtriebeſtimmter Städtchen, jedoch außer Eſch an der Alzette alle der kleineren Ordnung zugehörig. Dieſer Kern liegt auf dem Minette-Lager von Briey-Diedenhofen. Er iſt lockerer geſchürzt als der erſte. Seine induſtriellen Siedlungen und Anlagen liegen beſonders in mehreren durch kleine Täler vorgegebenen Reihen, wenn auch darüber hinaus über die Fläche des Kernes hinweg und ſtärker unter ihr her induſtrielle und Bergwerks-Anlagen beſtehen. Zwiſchen den oberflächigen Induſtrie- und Wohnſiedlungen bleiben hier faſt überall größere land- und forſtwirtſchaftliche Bereiche. Die Bevölkerung überſteigt in dieſem Kerne um einiges die halbe Million.

Den kleinſten dritten Kern finden wir bei Nanzig. Er beſteht aus einem ſchmalen, im Tal gelegenen Band von Pont-à-Mouſſon über Nanzig bis Luneville, das um Nanzig zu einem Kreis mit etwa 30 km Durchmeſſer geweitet iſt. Ihn beſtimmen erſtens das Nanziger Minettelager und eine moſelabwärts gerichtete Ausſtrahlung, und zweitens die Salzinduſtrie an Meurthe und Rhein-Marne-Kanal. Städtiſchen Siedlungscharakter tragen hier nur Nanzig und Luneville. Von da auf der Linie nach Pont-à-Mouſſon ſind eine Anzahl großer Induſtriedörfer aufgereiht, ebenſo ſäumen ſolche den Rand des gedachten Kreiſes. Die Bevölkerungszahl im dritten Kern beträgt rund eine viertel Million.

Aus den dieſe Kerngebiete umgebenden Zonen nun die eigentlichen Randgebiete herauszuſchälen, erfordert die Kenntnis des Produktionsgeſchehens in dieſen Zonen. Hier ſollen die Glacisgebiete nur in groben Strichen abgeſteckt werden. Einen landwirtſchaftlich beſtimmten Rand kann man in den Außenzonen jedes Kernes finden, und dieſe Außenzonen gehen von den drei Kernen aus ineinander über. Gewerbliche Glacisaufgaben leiſten die Täler der Saar und der Moſel bis in die öſtlichen Randſiedlungen von Trier und ſogar darüber hinaus die Hänge bis in den Süden der Eifel. In der Pfalz überſchneiden ſich auf dem Wege zum Rhein die Funktionen als Glacis für den Saarkern ſchon bald mit den Randwirkungen des oberrheiniſchen Induſtriekernes. Im Innern Lothringens gehen die Randfunktionen z. T. raſch zurück, beſonders in dem von der Salinenwirtſchaft beſtimmten Gebiet um die großen Weiher. Ardennen, Argonnen, Eifel, Hunsrück und Vogeſen laſſen jeweils die Randgebietsbeſtrebungen der Kerne allmählich abklingen. Die Aufgaben für die Kerne und die Abhängigkeit von dieſen werden mehr und mehr von anderen Wirtſchaftsaufgaben überdeckt.

Keine Wirtſchaftslandſchaft wird allein für ſich voll erkannt werden können. Stets muß man *ihre Lage im größeren Raume* mit beachten. Da iſt für das Induſtriegebiet an Moſel und Saar *eine tief binnenländiſche Situation* kennzeichnend. Sie iſt zwar abgemildert durch Kanäle und Eiſenbahnen zum Rhein und zur Maas und unmittelbar über einen Schienenſtrang nach Antwerpen zum Meer, aber dieſe Abmilderungen heben die urſprüngliche Lagerung nicht auf. Die direkten Verbindungen zu Rhein und Maas berühren auch nur deren Oberläufe und damit das bereits binnenländiſcher abgewandelte Geſicht dieſer Induſtrieſtraßen. Der Oberlauf des Rheines iſt tragfähiger als der der Maas, und außerdem liegt er zum maſſivſten Kern des ſüdweſtlichen Montan-Induſtriegebiets am nächſten. Somit iſt *die rheiniſche Ausſtrahlung für die Lage des Geſamtraumes wirkſamer* als die der Maas. Das Montan-Induſtriegebiet an Moſel und Saar iſt tatſächlich ein Glied des Syſtems der am Rhein aufgereihten Wirtſchaftsräume.

Im Süden ſchließen an das ſüdweſtliche Montan-Induſtriegebiet das Elſaß mit Fertigwareninduſtrie und damit der württembergiſch-badiſch-elſäſſiſch-ſchweizeriſche Großraum der Alemannen an. Im Bogen vom Südweſten unſeres Gebietes bis zu ſeinem Norden hat Frankreich viele Tore, durch die ſeine mannigfaltigen Einflüſſe gehen, und dazu auf dem Gebietsboden einige Brückenköpfe, die im Verlaufe der politiſchen Entwicklung bald größer, bald kleiner geformt waren. Der walloniſche Teil Belgiens ſchließt die Nordfront. Vom Nordweſten und vom Weſten kommt dann die erwähnte rheiniſche Art des großdeutſchen Einfluſſes, die zudem im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet ſelbſt vorherrſcht.

So liegt das ſüdweſtliche Montan-Induſtriegebiet volks- und ſtammesmäßig eingebettet. Für die wirtſchaftliche Einbettung hat *Guy Greer*[9] die meines Wiſſens beſte Beſtimmung getroffen. Als das „induſtrielle Herz des feſtländiſchen Europa“ ſpricht er einen ungefähr dreieckigen Raum an, deſſen Baſis gebildet wird von dem Zug der mächtigen Kohlenlagerſtätten in Nordweſteuropa, beginnend in Weſtfalen und endend hart weſtlich von Lille in Nordoſtfrankreich. Im Süden liegt die Dreiecksſpitze über jener Baſis im Raume zwiſchen Straßburg und Nanzig. In dieſem Dreieck liegt das ſüdweſtliche Montan-Induſtriegebiet zwiſchen den nach Nordoſten und Nordweſten von der Spitze ausgehenden Seiten eingeſchloſſen. Es iſt der von Steinkohle flankierte erzene Keil über einer breiten Kohlengrundlinie. Zugleich iſt es das am weiteſten ſüdlich in den Kontinent vorgeſchobene Zentrum der ſchweren Induſtrie, das hart vor einer breiten Erdteilzone liegt, der die Grundlagen zur ſchweren, materialorientierten Induſtrie durchweg fehlen.

Die *Verkehrserſchließung* des Induſtriegebietes und die Linienleitung in den Großraum iſt nach allen Richtungen möglich und ausgeführt. Das Saar-lothringiſch-luxemburgiſche Gebiet hat ſeit alter Zeit als Durchgangszone des Verkehrs, und zwar immer auch des wirtſchaftlichen Verkehrs, gedient[10]. Von der Natur vorgezeichnete Verkehrslinien wurden ſeit der Römerzeit im rheiniſchen Großraume nachweislich gepflegt. Mit dem Aufbau der Induſtrie wurde das Verkehrsnetz immer leiſtungsfähiger gemacht und längs und quer und diagonal engmaſchig geknüpft. Trier, Saarbrücken und Saargemünd in der Oſthälfte, Luxemburg, Diedenhofen, Metz und Nanzig in der Weſthälfte ſind die wichtigſten Verkehrsknotenpunkte im Schienen- und Straßenſyſtem. Die großen Verbindungen gehen überwiegend direkt auf die Rheinlinie zu in Äſten, die in Straßburg, Karlsruhe, Ludwigshafen, Mainz, Bingen, Koblenz und Köln münden. Große Linien gehen ebenſo nach Lyon, Paris und Dünkirchen, ſodann in mehreren Anſchlüſſen an das ungewöhnlich dichte Verkehrsnetz Belgiens, hier betont mit dem Zug auf Antwerpen.

---

[9] The Ruhr-Lorraine Industrial Problem, 1925, S. 11ff. — Greer iſt nicht der erſte beſte; nach dem Weltkriege war er als Kohlenſachverſtändiger bei der Konferenz von Verſailles und ſpäter als Subdirektor (Assistant-Director) beim Kohlenbüro der Reparationskommiſſion.

[10] Vgl. hierzu auch B. Kuske, Die deutſche Weſtgrenze in ihren wirtſchaftsgeſchichtlichen Zuſammenhängen. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, IV. Jg., Heft 3/4, S. 384ff.

3.

Das Produktionsſyſtem unter beſonderer Berückſichtigung der lothringiſchen Induſtrien

Was wird in dem umſchriebenen ſüdweſtlichen Montan-Induſtriegebiet produziert? Dieſe Frage ſoll hier derart beantwortet werden, daß über den ſaarbrückiſchen Kern nur die großen Linien des Produktionsſyſtems mitgeteilt, dagegen die beiden lothringiſchen Kerne eingehender dargeſtellt werden. Das erfolgt, weil das deutſche Schrifttum über die Saarwirtſchaft ausführlicher, beſſer und leichter greifbar iſt als das über Lothringen. Die Wiedergabe aus den reichhaltigen Veröffentlichungen über die Saarwirtſchaft kann ſich daher auf das Notwendigſte beſchränken. Wenn dieſes Notwendigſte trotzdem einen größeren Abſchnitt beanſprucht, dann hängt das mit der Wucht der Wirtſchaft an der Saar zuſammen. Unter Saarwirtſchaft wird hier der oben abgeſteckte ſaarbrückiſche Kern verſtanden, d. h. das Saarland mit Einſchluß des oſtlothringiſchen Zipfels.

Für die *Saarwirtſchaft* entſcheidend ſind in erſter Linie die *Steinkohlenvorräte*. Demgemäß kommt auch dem Bergbau die Hauptrolle zu, ſtellt doch die in ihm tätige Arbeiterſchaft mit ihren Angehörigen nahezu ein Drittel der Bevölkerung dieſes Kernraumes. Zur Zeit der größten Belegſchaft waren rund 100 000 Beſchäftigte des Kohlenbergbaues im Saarkern vorhanden. Auf über zwanzig Gruben wird hier aus Tiefen von 300 bis über 600 m gefördert. Die meiſten Gruben liegen auf altpreußiſchem Gebiet, je einige auf altpfälziſchem und lothringiſchem. Die letztgenannten ſind am jüngſten. Bei ihnen iſt das Deckgebirge ſchon ſehr mächtig, ſie ſind aber, ſoweit nicht Kriegsſchäden zu beheben ſind, auf einem vortrefflichen Stande der techniſchen Ausrüſtung. Ihre Entwicklung war von deutſcher Seite vor dem Weltkriege vernachläſſigt worden. Erſt die Zeit nach dem Weltkriege hat hier den Aufſchluß beſchleunigt. Die engeren Saargruben waren in den letzten Jahren vor 1935, dem Jahre der Rückgliederung des Saargebietes, nicht auf dem beſten Stande unterhalten worden, aber nach der Rückgliederung und der Übernahme auf die dem Deutſchen Reiche gehörende Saargruben-AG. wurde eine großzügige Verbeſſerung durchgeführt. Die Förderkapazität überſteigt 20 Millionen t im Jahre, was etwa einem Zehntel der Förderleiſtung im großdeutſchen Raume entſpricht[11]. Es werden hauptſächlich Flammkohlen mit einem Gasgehalt von 38—42 v. H. gewonnen, die recht große Aſchemengen übriglaſſen. Für Haus- und Induſtriebrand eignen ſie ſich gut. Sehr wichtig ſind ſie als Ausgangsſtoff für die Gasgewinnung und für mehrere Großkraftwerke, die ihre Elektrizität weithin verſenden. Zur Verkokung dagegen taugen die Saarkohlen nach überkommener Meinung weniger, in den oberen Schichten, an die man in Lothringen faſt nur herankommt, gar nicht. Nur die älteren Schichten, die die ſog. Fettkohlen mit 32—38 v. H. flüchtigen Beſtandteilen enthalten, ſind „einigermaßen verkokbar" (Friedensburg). Die Saarkohlen backen beim Verkoken klein und bröckelig zuſammen, geben ebenfalls hohe Aſcherückſtände. Daher eignet ſich der Saar- und lothringiſche Koks zur Verwendung in großen Hochöfen nicht. In Verſuchen iſt ſeit dem Weltkriege beſſerer Koks erzielt worden, wenn auch damit die maſſenweiſe Erzeugung der guten Sorte noch nicht geſichert iſt. Immerhin haben die poſitiven Ergebniſſe der Verſuche den Anlaß gegeben, die Verkokungsanlagen im ſaarbrückiſchen Kern weſentlich zu erweitern. Auch an die Schwelung von Saarkohlen ſoll herangegangen werden[11a].

Die Saarkohle hatte ihre Anziehungskraft auf verſchiedene Induſtriezweige ſchon, bevor die großen Dimenſionen der Hochöfen erreicht waren, ausgeübt, und dieſe Induſtrien ſind dann ihrem Standort im allgemeinen auch treu geblieben, zumal ihr Kohlenverbrauch nicht nur aus Koks beſteht. Zwei Induſtriezweige ſind im ſaarbrückiſchen Kern beſonders ſtark entwickelt, die Eiſen- und die Glasinduſtrie. Die Saareiſenwerke, die z. T. auf ein hohes Alter zurückblicken können, erhielten ſtarken Auftrieb, als die Unternehmerfamilien der über den Hunsrück verſtreuten Hütten- und Hammerwerke ums Jahr 1800 ins Saartal ſtiegen. Damals wurden zur Saar hin im Schiefergebirge auch Eiſenerze gefunden, die gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts jedoch zur Neige gingen. Nach einer kriſenhaften Entwicklung um 1870, als man an der Saar teilweiſe mit Erzen aus dem Lahn- und Dillgebiet arbeitete, nahm die Eiſenwirtſchaft des Saartales wieder mächtigen Aufſchwung, als um 1880 der lothringiſche Induſtrialiſierungsprozeß einſetzte und durch ihn den Saarwerken wieder ein benachbartes Eiſenerz erſchloſſen wurde. Damals gaben die Saarwerke, die durch Neugründungen vermehrt und durch Ausbauten vergrößert wurden, teilweiſe die unterſten Stufen der Eiſenherſtellung, alſo vor allem die Roheiſenbereitung, an die Werke des benachbarten nordlothringiſchen Kernes ab. In den Jahrzehnten, in denen das Eiſen den Saarwerken teuer geworden war, hatte man allen Eifer der Verarbeitung zugewandt, was ſich von nun an der jüngeren lothringiſchen Arbeit gegenüber als Vorſprung erweiſen ſollte. Erſt als ſich ſpäter, bei der Aufnahme der Technik, den Verſtahlungsvorgang „in einer Hitze" der Roheiſengewinnung anzuſchließen, auch Hochöfen an der Saar koſtenmäßig wieder lohnten, wurde den Unterſtufen erneut mehr Intereſſe entgegengebracht. Nach dem Weltkriege ſteigerten die Saarwerke ihre Roheiſenproduktion weiter und gingen auch an die Verwertung der Hochofenſchlacke für die Bauwirtſchaft heran. Die Eiſenwerke an der Saar ſtellten aber vor allem Stahl her und dann das, was aus Stahl, beſonders ſeinen feinen Sorten, gemacht wird. Die Tendenz zur Veredlung wurde immer mehr gefördert. Die Verarbeitung nahm auch mit Geſchick den Maſchinen- und Apparatebau auf. Dazu regte beſonders der Bedarf des Bergbaus an, dann aber auch der Bedarf des hier im Binnenraume äußerſt wichtigen Eiſenbahnweſens. In die Lieferung von Oberbaumaterialien allerdings teilte man ſich ſchon bald mit den lothringiſchen und luxemburgiſchen Werken. In der Zeit nach dem Weltkriege wurde das Programm des Maſchinenbaus erheblich geweitet: „Kühlſchränke, Kältemaſchinen, landwirtſchaftliche Maſchinen, eine große Anzahl von Maſchinen für das Nahrungsmittelgewerbe, Elektromotoren, Armaturen, Pumpen, Kompreſſoren, Dampfkeſſel uſw. wurden in das Erzeugungsprogramm der neuen und der erweiterten Betriebe aufgenommen."[12] Dagegen konnten ſich einige Zweige des überkommenen Maſchinenbaus nicht mehr halten. Die großen Formen der Eiſenverarbeitung werden ergänzt durch einige Betriebe der Kleineiſeninduſtrie, die vor allem zur Pfalz hin liegen. In die gleiche Richtung ging in neuerer Zeit überhaupt der Zuwachs an Induſtrieanlagen des Saarkernes, weil dort die Bodenflächengeſtaltung die freieſten Ausweitungsmöglichkeiten ließ. Die jüngſten und größten Saarwerke liegen daher meiſtens in der Weſtpfalz.

---

[11] Die Förderungsergebniſſe des Jahres 1938, die als Beiſpiel dienen mögen, ſind: a) an der Saar 14,4 Millionen Tonnen, b) in Lothringen 6,7 Millionen Tonnen, zuſammen alſo 21,1 Millionen Tonnen. Deutſche Bergwerkszeitung vom 30. 6. 1940.

[11a] Vgl. hierzu beſonders die Vorträge, die auf der am 27. 4. 1941 abgehaltenen Hauptverſammlung der „Eiſenhütte Südweſt", d. i. ein Zweigverein des Vereins Deutſcher Eiſenhüttenleute für das ſüdweſtliche Montan-Induſtriegebiet, gehalten wurden. Deutſche Bergwerkszeitung vom 29. 4. 1941.

Die Glasherſtellung an der Saar iſt alter Herkunft und der lothringiſchen nahe verwandt. Auch ſie verdankt es der Saarkohle, daß ſie auf Dauer ſeßhaft werden konnte, wenn ſie auch zunächſt im Hinblick auf den großen Waldreichtum der Saarlandſchaft begründet worden war. Während die älteren Glashütten aber ſonſt oft ihren Standort wechſeln mußten, um immer wieder bei Holzvorräten zu liegen, fanden die Werke im Saartal den Zugang zur Kohlenverwendung und damit eine dauerhafte Baſis. Erſt in den letzten Jahrzehnten hat der Vorgang der Mechaniſierung der Glasherſtellungstechnik zu einer Konzentration der ſaarländiſchen Glasproduktion in wenigen Großbetrieben geführt. Sowohl beim Flaſchen- als auch beim Tafelglas haben die neuen maſchinellen Herſtellungsverfahren eine ausreichende Marktbeſchickung bereits aus einigen Betriebsſtätten erzielen laſſen. Die neuen großen Glaswerke liegen hauptſächlich im ſüdöſtlichen Teile des Kernraumes an der Saar (St. Ingbert). Die Preß- und Kriſtallglasherſtellung hat auch leiſtungsfähigere Arbeitstechniken eingeführt, konnte aber an den älteren Standorten bleiben.

Mit der Glasinduſtrie berührten wir bereits den Arbeitsbereich der chemiſchen Induſtrie, für die hier auch von der Kohle her Entwicklungsmöglichkeiten beſtehen. Obwohl die induſtrielle Kohlenchemie an der Saar auf eine bis ins 18. Jahrhundert zurückreichende Geſchichte blicken kann, iſt es bisher doch nicht zu einer beſonderen, großen chemiſchen Induſtrie gekommen.

---

[12] H. Hau, Die Verbrauchsgüterinduſtrie des Saargebiets (bis zur Rückgliederung). Köln. Wiſo-Diſſ. v. 1937, S. 42.

Es gibt wohl Betriebe und Betriebsabteilungen, die ſich ſolchen Aufgaben widmen, aber charakteriſtiſch für die Saarwirtſchaft ſind dieſe Arbeitsrichtungen bisher nicht geworden. Sie könnten es mit der Ausbreitung der Verkokung und Kohlenſchwelung werden. Im Rahmen der chemiſchen Induſtrie können auch die im Induſtrieſyſtem des Kernraumes ſonſt nur anzuhängenden Werke der Papiermaſſen-Verarbeitung genannt werden, zumal ſie auch Lacke und Firnis herſtellen und verarbeiten. Sie haben auf der Grenze des ſaarbrückiſchen Kernraumes eine bedeutende Rolle geſpielt, bevor der Ausgang des Weltkrieges dieſe verringerte. Sie haben außerdem in Pont-à-Mouſſon den mittellothringiſchen Kern bereichert. Sie ſind in erſter Linie unternehmer-, nicht raumgetragen entſtanden, wenn der Raum auch Rohſtoff-Vorausſetzungen bot. An der Herſtellung von Doſen aus Papiermaſſe iſt ſchon in der erſten Hälfte des 18. Jahrhunderts gearbeitet worden. Der Gewerbezweig wurde häufiger abgewandelt und ergänzt, konnte aber dem Raume erhalten bleiben. Er wurde insbeſondere um 1900, als die Elektrizitätswirtſchaft auf dem Saarkohlenlager aufkam, auch mit elektrotechniſchen Erzeugungsrichtungen verknüpft (Iſolierſtoffe, Steckdoſen, Schalter). Büro- und Geſchäftsbedarf haben weitere Veräſtelungen der Papiermaſſenverarbeitung hervorgerufen, z. B. die Kartonagenherſtellung. Sie haben ferner die Aufnahme der Möbelfabrikation nahegelegt, die wiederum als Verarbeiter der Lacke der chemiſchen Induſtrie einſprang.

Bei aller Intenſität der Wirtſchaft des ſaarbrückiſchen Kernes iſt die Produktion recht einſeitig und weiſt auch hier, wie faſt immer in ſchwerinduſtriellen Gebieten, beträchtliche Lücken auf. Aber dieſe Einſeitigkeit hat die Bevölkerung in den Jahren der erzwungenen Saargebietslöſung als Mangel empfunden, und man verſuchte mit vielen Neugründungen dagegen anzugehen. Wie H. Hau[13] zeigt, herrſchte zeitweilig geradezu ein Gründungsfieber. Viele Anfänge führten auch zu nichts, manche Gründungen waren nur für die Zeit der Abtrennung vom Reiche gedacht und wurden ſpäter wieder liquidiert. Aufs ganze geſehen aber konnte der Saarkern im dritten Jahrzehnt dieſes Jahrhunderts doch eine vielſeitige Ausweitung ſeines Produktionsgeſchehens verbuchen. Zugleich erfuhr ſeine Arbeitsverfaſſung damit eine Änderung, denn während die alten, durchweg ſchweren Arbeitsaufgaben nur für den ſtarken Mann im Vollbeſitze ſeiner Kräfte taugten, konnten die Frauen, die älteren Männer und die halben Kräfte in den neuen Gewerben manchen Arbeitsplatz finden.

Zu den Neugründungen, die Wurzel gezogen haben, gehören einige Betriebe der Textilveredlung. Dadurch wird die breite Lücke auf textilproduktionellem Gebiet nicht behoben, aber es wird doch ein Anfang zu ihrer Schließung erzielt. In Auswirkung von Anregungen aus dem pfälziſchen Zentrum der Schuhfabriken nahm man auch an der Saar die Schuhinduſtrie auf. Sodann weitete man bewußt die in jeder Verbraucherballung gegebenen Anſätze auf dem Gebiete der Nahrungs- und Genußmittelinduſtrie aus und erreichte bei der einen und anderen Spezialität (z. B. bei Bier, Tabak- und Süßwaren) eine größere Arbeitsbedeutung. Mit zuſammen etwa 12000 Arbeitsplätzen kommt den ergänzenden Induſtrien heutzutage im ſaarbrückiſchen Kerngebiet eine Arbeitsbedeutung zu, die beiſpielsweiſe die der Glasinduſtrie um faſt das Zehnfache überſteigt.

Der nordlothringiſche Induſtriekern baſiert auf den nördlichen drei Becken des Minette-Lagers. Eine ſtattliche Anzahl von Grubenanlagen (über 120) hält die Fläche des Kernes beſetzt. Im ausgehenden Norden, alſo beſonders auf luxemburgiſchem Boden, ſind es z. T. kleine Anlagen und Tagebaue, nach Weſten und Süden zu geht man allgemeiner, jedoch nicht ausnahmslos zum Untertagebau über, und zwar mit im Einzelfall größeren Betriebsſtätten. Es gibt einige Anlagen, von denen jede mehr als 1 Million t Erz im Jahre zu fördern vermag. Steckt man bei den nordweſtlichen Gruben etwa im Ornegebiet ſchon bei rund 70 m Tiefe im Erz, ſo muß man in der ſüdweſtlichen Verlängerung dieſes Lagers bei Amermont auf über 250 m hinuntergehen. In ähnlichen Tiefen vollzieht ſich durchweg der Abbau. Elektrifizierte Schachtanlagen beſorgen in der Hauptſache die Förderung, nachdem die Erze mittels mechaniſcher Leitbahnen zu den Schächten gebracht ſind. Auch die Pumpen werden im allgemeinen durch elektriſchen Antrieb bedient. Von einem guten Pumpenſyſtem hängt hier im Tiefbau ſehr viel ab, da ſtändig große Waſſermengen in die Grubengänge einſickern. Im ganzen Kern konnten mit der vor den Zerſtörungen infolge des Feldzuges von 1940 und des damit zuſammenhängenden Befehls der Unbrauchbarmachung ſeitens der Franzoſen erreichten und nach den Aufräumungsarbeiten auch wieder erreichbaren Kapazität über 40 Millionen t Erz im Jahre gefördert werden. Das Erz beſteht aus ſehr unterſchiedlichen Sorten. Es wird im allgemeinen nach Lagern klaſſifiziert. Die geförderte Minette wird zum größten Teile, etwa zu zwei Dritteln, auch gleich im nordlothringiſchen Kerne verhüttet. Erzfelder und Hüttenwerke ſind durchweg in den gleichen Unternehmungen zuſammengebracht. Die Verbindung miteinander wird vielfach über Tage mittels Drahtſeilbahnen durchgeführt.

---

[13] a. a. O., S. 46.

Das nicht allzu hochgehaltige Erz ſchleppt hohe Ballaſtgewichte mit ſich, die es ratſam machen, es ohne weite Transporte zu verhütten. Da der Koksverbrauch bei der Minette-Verhüttung zum Erzverbrauch ſich ungefähr wie 1 : 3 verhält, konnten die Kohlenlager auf dieſe erſte Arbeit am Erz kaum ſtarke Anziehungskraft äußern. So hat eigentlich der geringe Gehalt der Erze dem lothringiſchen Raume die vielen großen Hüttenwerke zugetragen. Hier galt die bekannte Fauſtregel zur Standortswahl „Erz kommt zur Kohle" nicht, ſondern ihre Umkehrung. Auf dem Erzlager wurde in Lothringen der Induſtriekörper aufgebaut.

Die Beimengungen zur Minette ſind teils überwiegend kalkig, teils kieſelig. Für den Verſand kommen nur die wertvolleren kalkigen in Betracht. Sie ſind im Hochofen „ſelbſtgehend", d. h. machen Kalkzuſätze mehr oder weniger überflüſſig. An Ort und Stelle verarbeitet man die kieſeligen Erze auch, wenn auch die bisher betriebenen, oft an Raubbau grenzenden Abbaumethoden möglichſt nur die beſten Teile der Ablagerung zu nutzen ſuchten. Man ſchätzt, daß die bisherige Gewinnung je Tonne geförderten Erzes mit 0,8 t Erzverluſt verbunden war. Der Kern von Metz verfügt für die Verarbeitung ſeiner Erze über mehr als 100 durchweg leiſtungsfähiger Hochöfen und kann damit über 7 Millionen t Roheiſen im Jahre leiſten. Die Hochofenſchlacke nahm man zum Ausgangspunkt für die Herſtellung von Hochofenzement und Steinen für Hoch- und Straßenbauten. Somit wurde man zugleich Produzent in der Induſtrie der Steine und Erden. Wie Friedensburg mitteilt, iſt zeitweilig auch Vanadium aus der Schlacke der Minette-Verhüttung gewonnen worden[14].

Zur Koksverſorgung der Hochöfen, die in der Hauptſache durch Koksbezug erfolgt, ſind vielen Werken Koksofenbatterien angegliedert worden und damit dann auch Betriebsabteilungen zur Verwertung der Nebenprodukte bei der Verkokung der Kohle. Dann alſo beziehen dieſe Werke nicht Koks, ſondern Kohlen. Dabei ſoll der Möglichkeit, Kohle des ſaarbrückiſchen Kernes mit anderer Kokskohle zu miſchen, Rechnung getragen werden. Der Energiebedarf der großen fördernden und verarbeitenden Werke hat im ganzen ſüdweſtlichen Induſtriegebiet zur Anlage von kohlebeheizten Kraftwerken geführt. Zur Lieferung elektriſcher Energie tragen dazu aber auch die Hochofenwerke ſelbſt bei, indem ſie aus den Gichtgasmengen, die ſie nicht für die Winderhitzer bei den Hochöfen brauchen, den Betriebsſtoff für Motoren-Anlagen gewinnen, die zur Erzeugung elektriſchen Stromes eingeſetzt werden. Dieſe Abteilungen haben zur Unterbringung der für die Eigenverſorgung nicht benötigten Elektrizität und außerdem als Reſerveanſchluß die Verbindung mit den Stromnetzen der großen Kraftwerke im Saarkern aufgenommen und ſtehen darüber hinaus noch in weiterem Verbund. Die Fähigkeit der Elektrizitätserzeugung in den beiden Departements „Meurthe und Moſel" und „Moſel", d. h. in Lothringen, bemaß man vor einigen Jahren auf rund 1600 Millionen KWh Jahresleiſtung[15]. Die große Leiſtungskraft hat die obenerwähnte Elektrifizierung vor allem der Förder- und Pumpbetriebe ermöglicht.

Die Roheiſengewinnung blieb nicht die einzige Stufe, der ſich das lothringiſche Kerngebiet annahm. Ein kleiner Teil des Roheiſens wurde und wird in Gießereien zu „Gußwaren zweiter Schmelzung", d. h. zu konſumfertigen Gußſachen verarbeitet. Für einen großen Teil des erſchmolzenen Roheiſens wurden Stahlwerke angelegt, und zwar überwiegend ſolche mit Thomasſtahlkonvertern. In vielen Fällen ſind die Stahlwerke den Hochöfen derart angegliedert, daß das Roheiſen den Konvertern in flüſſiger Form zugefahren werden kann. Dabei ergibt ſich die Notwendigkeit der Bereithaltung von ſog. Roheiſenmiſchern, in die das Erſchmolzene vom Hochofen gebracht wird und denen es, wie der Arbeitsgang es zuläßt, entnommen wird. Das Thomasſtahlverfahren brachte in der Thomasſchlacke der Stahlbehälter dann die Anregung zum Bau von Schlackenmühlen für die Gewinnung des wichtigen phosphorſäurehaltigen Düngemittels Thomasmehl. Bei jeder Tonne Thomasſtahl fällt rund eine viertel Tonne Schlacke an[16].

---

[14] Die Bergwirtſchaft der Erde, S. 172. „Der Vanadiumgehalt der Minette beträgt 0,1—0,2 v. H. V_2O_5 und hat namentlich für die deutſche Verſorgung während des Weltkrieges Bedeutung erlangt."

[15] Jahrbuch der franzöſiſchen Produktion, Ausgabe in deutſcher Sprache, 1930, S. 274.

Auch die Bearbeitung des Rohſtahls zog man in den Kernraum hinein, ſoweit es ſich beſonders um die einfacheren Vorgänge handelte, alſo vor allem um die Walzprozeſſe. Man walzte alle Arten von Blechen, Trägern und Schienen, aber auch hier und da Röhren. Man zog Drähte. Infolge der im Raume wachſenden Verarbeitungsvorgänge entſtand auch ein größerer Schrottanfall, der wiederum zur Anlage von Siemens-Martin-Stahlöfen anregte, wodurch die Stahlkapazität des Kernraumes geſteigert und in den Sorten bereichert wurde. Mit einigen Elektroſtahlöfen ging man auf Spezialſtähle aus. Dabei verwendet man „vorgeblaſenen Thomasſtahl" als Rohſtoff für den Elektroſtahlofen. Mit dieſem Verfahren gewinnt man einen beſonders guten Bauſtahl. Mit Hilfe in den Kernraum eingeführter Zuſatzmetalle ging man immer mehr auf beſondere Sorten des Stahls aus. Im Vollzuge der vertikalen Vervollſtändigung vieler Werke in der Eiſeninduſtrie des nordlothringiſchen Kernes gab es weitere Ausbauten der größten Werkskomplexe, indem Konſtruktionsabteilungen und andere Verarbeitungswerkſtätten eingerichtet wurden. Der vertikale Ausbau des Induſtriekernes erfolgte z. T. im Zuge einer nach den erſten Jahrzehnten der horizontalen Ausweitung des Reviers raſch vor ſich gehenden Schulung an der techniſchen Aufgabe. Die lothringiſchen Werke wurden von der Notwendigkeit, an Kohle und Koks zu ſparen, angetrieben, auf Pionierleiſtungen in der Eiſentechnik auszugehen. „In den Geſchäftsberichten der Unternehmungen lieſt man ſo alljährlich . . . von der Einführung aller techniſchen Verbeſſerungen", ſchreibt Max Schlenker[17] im Hinblick auf die Zeit vor dem Weltkriege. Zur Aufnahme der höheren Stufen trieb die Verkehrslage des Kernes an, denn bei höherwertigen Erzeugniſſen mußten die Transportkoſten relativ an Bedeutung verlieren.

Von der Stahlherſtellung gingen auch aus den großen Werksbereichen noch Anſtoßwirkungen in andere Betriebe hinüber. So gab der Stahl der Bauwirtſchaft des Kernraumes die beſonders intenſive Hinneigung zur Stahlverwendung bei Induſtrie- und Wohnungsbauten. Auch manchem kleineren Betriebe gaben beſondere Aufgaben am gleichen Ausgangspunkt eine Exiſtenzmöglichkeit. Hierhin gehören z. B. die kleinen Werkſtätten der Herſtellung von landwirtſchaftlichem und Weinbau-Gerät, ferner die Betriebe, die ſich mit Bergbaugerät befaſſen.

Es ſoll noch eine Aufführung der Standorte der größeren eiſenwirtſchaftlichen Anlagen dieſes Kerngebietes folgen. Den Nordrand bilden die auf altbelgiſchem Gebiet gelegenen Hochofenwerke von Muſſon, Holdingen (Halancy) und Athus, an die ſich öſtlich die luxemburgiſchen Hauptwerke in Rodingen, Differdingen, Redingen, Eſch und Düdelingen anſchließen und ſodann auf lothringiſchem Boden in ungefähr paralleler Linie die Werke von Gorcy, Longwy und ſeinen Vororten, ferner von Mont-Saint-Martin, Saulnes, Godbrange-Huſſigny, Micheville, Villerupt, Deutſch-Oth und Öttingen folgen. Ein Teil dieſer Werke lehnt ſich an den Verlauf des Chiers-Tales an. Im Tale des Fentſchbaches häufen ſich dann, nachdem auf dem Wege nach Süden die Zone von Errouville und die grubenreiche Hochebene von Aumetz dazwiſchengeſchoben ſind, an zweiter Stelle die Hütten- und Stahlwerke, und zwar ziehen ſie die Linie des Bachtales noch ein Stück nach der Mündung in die Moſel, dieſer folgend, durch. Es ſind die Werke von Nilvingen, Algringen, Hayingen und Diedenhofen mit Ober- und Nieder-Jeutz. Im Südweſten iſt dieſer Linie vorgelagert ein reich beſetzter Zug von Gruben zwiſchen Amermont über Anderny bis Romaniſch-Oth, ohne daß aber auch hier große Verarbeitungswerke errichtet ſind. Dann kommt an dritter Stelle die Reihe der Werke im Ornebachtal, die bei Valleroy, Jarny, Auboué, Homécourt, Joeuf, Mövern und Rombach liegen und auseinandergeſpreizt vor der Moſelfront noch nach Ückingen und Hagendingen reichen. Danach werden die großen Werksanlagen ſüdwärts ſeltener; zu nennen ſind noch die von Macheren und ſchließlich oberhalb von Metz die von Ars.

---

[16] Die Bedeutung des Thomasmehls für die Koſtenlage der Thomaswerke geht daraus hervor, daß laut Deutſcher Bergwerkszeitung vom 24. 1. 1941 die Verhüttungskoſten je Tonne Stahl um vier bis fünf Reichsmark durch den Erlös aus dem Verkauf des Thomasmehls geſenkt werden.

[17] a. a. O., S. 194.

In der geſchilderten, einſeitig dem Eiſen zugetanen Produktionslage erſchöpft ſich der Kern von Metz faſt völlig. Einige zu anderen Induſtriezweigen gerichtete Anſtoßwirkungen der ſchweren Induſtrie haben Aufnahme gefunden, ſo ſind z. B. Betriebe der Sprengſtoffherſtellung und der Fabrikation von Zündſchnüren aufgekommen. Ferner benötigte die Hauptinduſtrie vielerlei leiſtungsfähige Inſtallationsbetriebe. Dazu hat die im Kern verhältnismäßig dicht geballte Verbraucherſchaft die größere Entwicklung einiger Zweige der Nahrungs- und Genußmittelinduſtrie ermöglicht, vor allem der Bierbrauerei. Dieſe iſt in Metz und dann auf der luxemburgiſchen Seite anſäſſig. In Metz hält ſich auch eine mittlere Schuhfabrik, nachdem die früher hier blühende ältere Gerberei den Änderungen der Gerbtechnik und der damit allgemein aufgekommenen Standortsverlagerung der Lederinduſtrie nachgeben mußte. Die größeren Städte des Kernes weiſen zudem ſolche Produktionsrichtungen auf, die mit dem ſtädtiſchen Geſchehen in Beziehung ſtehen, etwa Betriebe des Vervielfältigungsgewerbes. Aber abgeſehen davon weiſt der nordlothringiſche Kern große Produktionslücken auf.

An eine Seite der gewerblichen Arbeit, die gerade im engeren Lothringen zeitweilig von ſehr großer Bedeutung war, ohne jedoch induſtriellen Charakter anzunehmen, ſoll nur im Vorbeigehen erinnert werden, da ſie nur ſekundärer Natur und hauptſächlich nur handwerklicher Art iſt. Es handelt ſich um die Arbeitsrichtungen, die im Gefolge der großen Feſtungs- und Garniſon-Unterhaltung im Raume von Metz aufgekommen ſind. Dadurch war vor allem der Beſtand an Handwerkern hier recht groß, ohne daß aber das aus den raumgegebenen Potenzen aufgekommene Produktionsſyſtem von dieſen Handwerksſparten her grundſätzlich ausgeweitet wurde. Die Handwerksdichte des Kernes von Metz kann nicht zum Induſtriebezirk in direkte Beziehung gebracht werden, da ſie auf eine andere Bedeutung des Raumes, eben auf die militäriſche infolge der Grenznähe zurückzuführen iſt.

Der dritte, kleinſte Induſtriekern des ſüdweſtlichen Reviers, der um Nanzig, ähnelt in der Grundanlage dem nordlothringiſchen, iſt aber in der Eiſenbaſis erheblich ſchmäler, dafür nach anderen Richtungen hin weniger einſeitig. Im Induſtrieſyſtem von Nanzig ſind manche Züge vorhanden, die auf nach 1871 erfolgte Betriebsverlagerungen aus dem Elſaß und aus dem reichsländiſchen Lothringen zurückzuführen ſind. Damals zogen manche Unternehmer in den Nanziger Bezirk, manche gründeten auch nur jenſeits der neuen Zollgrenze einen Zweigbetrieb. Der Produktionsſtil von Nanzig wurde von da aus gemiſcht. Vorherrſchend wurde nach 1880 aber auch hier die Eiſeninduſtrie. Die Erzzone umfaßt etwa 180 qkm. Aus den im Tiefbau betriebenen Gruben von Nanzig wurden im Jahre 1913 faſt 2 Millionen t Erz, ſeither aber durchweg weniger, etwa um 1 Million t im Jahre gefördert. Auf über zwanzig Konzeſſionen wird gearbeitet. Die Verhüttung und weitere Verarbeitung vollzieht ſich in wenigen kombinierten Werken, durchweg großen Anlagen. Etwa 20 Hochöfen umfaßt der Kern. Dieſe Werke, die vor allem in Pont-à-Mouſſon, Dieulouard, Pompey, Frouard, Maxéville ſowie in Jarville und Neuves-Maiſons liegen, erreichen insgeſamt die Breite des Produktionsprogramms, wie wir es oben für die nordlothringiſchen Unternehmungen beſchrieben haben. Sogar Gasüberſchüſſe werden hier als Nebenprodukt veräußert, indem ſie von den großen Werken den ſtädtiſchen Siedlungen geliefert werden. Für die Elektrizitätsverſorgung des Geſamtraumes iſt Nanzig eine Hauptſchaltſtelle. Aus der Verarbeitung der Stahlerzeugung verdient der Fahrzeugbau von Luneville hervorgehoben zu werden. Überhaupt ſind mehrere Unternehmungen dieſes mittellothringiſchen Kernes im Maſchinenbau eifrig tätig, ſo baut man z. B. elektriſche Apparate und Beleuchtungsgegenſtände. Man iſt alſo noch intenſiver zu den Oberſtufen übergegangen als der nordlothringiſche Kern.

In der Stadt Nanzig und in den ſüdöſtlichen Siedlungen ihres Bereiches beſteht abweichend von der üblichen Anlage ſchwerinduſtrieller Reviere ein nennenswertes, wenn auch nicht allzu großes Textilgewerbe. Der elſäſſiſche Textilbezirk, der ſich in die Vogeſen hinzieht, wirkt hier noch nach. Stickerei, Strickerei und Wirkerei werden betrieben. Dazu kommt die Fabrikation von Pelerinen, Sport- und Jagdanzügen, vielfach aus Lodenſtoff, ſowie von Arbeitskleidung für einige Berufe. Sodann werden Pantoffeln hergeſtellt. Dieſe Erzeugung gewinnt durch das hier weiterlebende Ledergewerbe. Es exiſtieren noch einige Gerbereien, die Sohlleder, Oberleder, Leder für Gamaſchen und für die Sattlerei zubereiten.

Dazu weiſt der Induſtriekern in Mittellothringen chemiſch-induſtrielle Werke auf, die das Produktionsſyſtem bedeutend vielſeitiger geſtalten helfen. So verfolgt man im Umkreis von Nanzig Anregungen, die von der ſpäter noch einmal zu erwähnenden lothringiſchen Salzgewinnung im Oſten vor der Stadt ausgehen. Das große Salzlager, das als „Reſt einer Triaslagune" im Innern Lothringens ruht, reicht etwa von der mittleren Saar bei Saaralben bis zur Meurthe ſüdlich von Nanzig. Es hat am Rhein-Marne-Kanal vorbei im Vorgelände von Nanzig eine Anzahl von Salinen und einige Salzbergwerke (bei Saint-Nicolas, Roſières-Varangéville und Saint-Laurent) hervorgerufen. Die Schächte der Bergwerke haben das Hauptlager angebohrt und arbeiten ſich in ihm im Pfeilerbau vor. Über Tage werden die heraufgebrachten Salzblöcke gemahlen. Die Bergwerke können über 250 000 t Steinſalz im Jahre fördern. Iſt die Lagerung verunreinigt oder feucht, dann gewinnt man das Salz ſtatt im Bergbau beſſer im Salinenverfahren. Man bohrt das Lager an und laugt es mittels durchgeſpülter Waſſerſtröme aus. Wieder heraufgepumpt, wird die Sole durch Sieden verdampft und das Salz zur Kriſtalliſation gebracht. Den Heizſtoff liefert dann die benachbarte Saarkohle. Etwa 12 km vor Nanzig bauen auf dem Salz (Natrium-Chlorid) einige ſehr große Sodafabriken auf (in Dombaſle und Varangéville), die zu der Soda auch Chlor herſtellen und auf andere Nebenprodukte ausgehen. Die Soda iſt ein ſehr vielſeitig in anderen Gewerben verwendeter Stoff, z. B. braucht man ſie in der Fabrikation von Glas, Seife, Farben, Papier, bei Textilien und Leichtmetallen, Alkohol und Erdöl. Sie iſt in faſt allen Prozeſſen aber ein Hilfsſtoff, der zugefahren wird und der nicht am Herſtellungsort Ballungskräfte ausſtrahlt. Die in und um Nanzig in kleineren Unternehmungen betriebene Fabrikation von Mineralfarben allerdings nahm ihren Anſtoß von der örtlichen Salz- und Sodagewinnung. Auch die Tapetenherſtellung wurde von ihr aus angeregt. In Nanzig als dem kulturellen Mittelpunkt Lothringens gab es viele Gewerbezweige, die für Kulturaufgaben tätig waren. Das hat dazu beigetragen, daß die Induſtrialiſierung ſolcher Gewerbe, z. B. des Buchdrucks, auch hier ein gutes Wirkungsfeld fand. Eiſenmenger nennt Nanzig (a. a. O., S. 179) geradezu „la patrie du livre" und betont ferner die Bedeutung dieſer Stadt auf dem Gebiete der Typographie, der Lithographie und der Phototypie, für die ja wiederum die chemiſche Induſtrie Hilfsdienſte leiſtet. Als einen der Erfindungsplätze der Anſichtskarte pflegt man Nanzig zu nennen.

Mehrere große Mühlen enthält der Kern von Nanzig, die z. T. Getreidezufuhren (vor allem auf dem Rhein-Marne-Kanal) vermahlen. Andere Fabriken der Nahrungsmittelinduſtrie haben ſich ebenfalls in Nanzig angeſiedelt, z. B. Sauerkraut- und Senffabriken. Da in Lothringen recht ergiebige Obſtkulturen beſtehen, haben einige Marmeladefabriken aufkommen können. Die Wälder in der Nähe haben den Anlaß zur Holzbearbeitung, z. B. durch Faßfabriken, gegeben. Wie in den beiden anderen Induſtriekernen beſteht auch hier die Brauerei inmitten des Kerngebiets.

Im ganzen gilt im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet die bekannte Erſcheinung, daß entſprechend der Mächtigkeit der kernbeſtimmenden Wirtſchaftsgrundlage die Einſeitigkeit der Produktion des Reviers ſteigt. Somit bleiben aufs Ganze geſehen Lücken vorhanden, die in vielen Fällen zunächſt einmal in die Randgebiete hinaus Anregungen zur Verſorgung der Kerne ausſenden. Wieweit ſich die Randgebiete als aufnahmefähig für dieſe Anregungen erweiſen, iſt von Fall zu Fall verſchieden.

Das Arbeitsſyſtem in den Randgebieten iſt begriffsgemäß ſtärker gemiſcht und in Teilen auf Hilfsſtellungen zu den Kernen eingerichtet. So iſt zunächſt die Landwirtſchaft auf die Verſorgung der breiten Verbraucherſchichten in den Kernen ausgegangen. Sie hat, ſoweit es Boden und Klima zuließen, die Aufgaben der Verpflegung mit transportempfindlichen Erzeugniſſen zur Löſung übernommen. Sie hat zu dieſem Zweck Änderungen ihrer Betriebsſyſteme durchgeführt. So wurden beiſpielsweiſe in Luxemburg und Nordlothringen in neuerer Zeit das Weideland und die Futterpflanzenfläche auf Koſten des Getreideanbaues vermehrt. Milch, Gemüſe, Obſt werden in erſter Linie herangebracht. Die Milch kommt beſonders von den Abdachungen der den Kernen benachbarten Mittelgebirge, Obſt und Gemüſe kommen aus flacheren Gegenden, wie z. B. aus der Pfalz und den Umkreiſen um Trier und Metz. Bei Milch, Obſt und Gemüſe ſtehen die Erzeuger auch in den marktnahen Zonen immer vor Aufgaben der Verwertung der Reſte und der Ausgleichung von Marktſchwemmen. In neuerer Zeit geht man dieſen Aufgaben hauptſächlich durch Konſervenfabrikation zuleibe. So erklären ſich einige Betriebe der Herſtellung von dauerhaften Lebensmitteln. Auch mit Kartoffeln verſorgt die Landwirtſchaft der näheren Randzonen die Kerngebiete. Dagegen reicht der Einzugsbereich bei Getreide, Fleiſch und Fett weit über die eigentlichen Randgebiete hinaus[18]. Umgekehrt reichen beim Wein- und beim Erdbeerbau, Sonderzweigen der Landwirtſchaft des Saar-Lothringen-Luxemburg-Gebietes, die Aufnahmefähigkeiten des inneren Marktes zur Unterbringung der Ernten nicht aus. Damit führen dieſe Zweige der Landwirtſchaft ein ſtärker betontes Eigendaſein.

Als zweiter Wirtſchaftszweig, den der Bedarf der Hauptinduſtrien in den Kernen ſowohl in dieſen ſelbſt als auch in den Randgebieten hervorgerufen hat, iſt die Induſtrie der Steine und Erden zu nennen. Sie hat die Bauſtoffe für Wohnungs-, Induſtrie- und Verkehrsbauten aufzubringen, ſie muß allerlei Zuſätze für die Hauptproduktionsrichtungen, z. B. Kalk und Bergeverſatzſtoffe, bereitſtellen. An ſolchen Leiſtungen iſt in breiten Randgebieten der drei Kerne eine weitverzweigte Induſtrie groß geworden. Sie hatte überall — in Lothringen, im Hunsrück, den Ardennen und der Eifel, in der Pfalz und zu den Vogeſen hinüber — tragfähige Möglichkeiten, da der Boden vielerlei Hartſteine, Sandſteine, Kalk, Gips und Schiefer barg und birgt. In ober- und unterirdiſchen Steinbrüchen werden dieſe Lager ausgebeutet. Außer der Hilfeſtellung haben Teile dieſer Induſtrie aber auch ſelbſtändige Leiſtungsbereiche. Solchen ſind die Werke des Raumes z. T. ſchon nachgegangen, bevor die kerninduſtriellen Anregungen kamen, zum andern Teil haben ſie ſich ſolche Bereiche ſpäter angegliedert. Als ſelbſtändig und älterer Herkunft ſind anzuſprechen die Betriebe der Porzellan-, Fayence- und Steingutherſtellung, die es an mehreren Stellen im Rand um die Kerne gibt. Beim Saarkern gehen ſie bis in den Kern hinein oder halten ſich doch gerade an ſeiner Grenze, zumal ſie da gut die nahe Kohle verwenden können. Einſt ſind auch ſie von der Verbindung ihrer irdenen Ausgangsſtoffe mit dem Holz als Brennſtoff ausgegangen. Aber die Brenntechnik hat ſie ſpäter zur Kohlenverwendung geführt.

Eine weitere Ausrichtung auf das Geſchehen in den Kernen erfolgte in der Waldwirtſchaft. Die alten Gewerbe ſind im ſüdlichen Teile des Raumes zwiſchen Rhein und Maas durchweg auf die damals ſehr ausgedehnten Wälder angewieſen geweſen, etwa die alte Eiſengewinnung mit Holzkohle, die Glasherſtellung und die Gerberei. Die techniſche Entwicklung hat von dieſen Holznutzungen weggeführt. Neue induſtrielle Anforderungen an den Wald ſind aber hervorgetreten. Der Bergbau vor allem ſtellt eine große Nachfrage nach Grubenholz. Da die Kerne ſelbſt und auch das Land zwiſchen ihnen in neuerer Zeit nicht mehr hinreichend waldreich ſind — u. a. weil die Kriege die Wälder ſtark zerſtört haben —, mußte hier die Glacisbildung über die äußeren Grenzlinien der Kerne hinausgehen, z. B. in die Vogeſen, den Hunsrück, die Eifel und in die Ardennen. Da hat der Wald überall hohen Anteil an der Bodenfläche. Der Holzeinſchlag in dieſen Gebieten erfolgt zu einem beachtlichen Teil für den lothringiſchen und Saar-Induſtriebedarf.

Die Hilfsſtellungen für die Produktion der Kerngebiete erſchöpfen ſich nicht in der Lieferung von Hilfsſtoffen für die Arbeiter und Arbeitsvorgänge. Eine Ausrichtung der Randgebiete auf das Geſchehen in den Kernen kann vielmehr auch in der Weiſe erfolgen, daß in den Randzonen Weiterverarbeitungen auf eigene Rechnung oder auch im Lohn für Unternehmungen der Kerngebiete vorgenommen werden. Aus der Zeit der dezentraliſierten Eiſenwirtſchaft halten ſich z. B. an den Waſſerläufen der Mittelgebirge im Vorgelände einige Betriebe, obwohl ihre urſprünglichen materiellen Standortsgrundlagen abgeſtorben ſind, indem ſie Roheiſen aus der Produktion der Kernräume übernehmen und nach eigenen Spezialgängen oder einfach im Eiſenguß verarbeiten. Das gilt in erſter Linie für die eiſeninduſtriellen Betriebe in und um Trier, die in neuerer Zeit beſonders als Ausſtrahlungen des lothringiſch-luxemburgiſchen und des ſaarbrückiſchen Kernraumes zu verſtehen ſind. Dieſen Werken der Überlieferung ähnlich ſind einige in den letzten Jahrzehnten hinzuentſtandene kleinere Eiſengießereien, Kleineiſenwaren-Fabriken, Werkſtätten für Maſchinenbau und -reparatur, ſogar in einem Fall eine Fabrik für Uhren und Uhrenfedern, — alles Werke, die ſich hier und da in den Randgebieten angeſetzt haben. Als Schmiede oder Gießer wenden ſie ſich immer wieder neuen Artikeln zu, wie ſie durch die Wandlungen im Metallverbrauch aufkommen. Dieſer metallwirtſchaftliche Rand reicht teils mit altüberlieferten Betrieben, teils auch mit Neugründungen von Trier durch den Hochwald des Hunsrücks und die Weſtpfalz in die nördlichen Vogeſen, geht ſüdlich an Luneville vorbei, überſchreitet gar die Maas, ergreift noch Werke im franzöſiſchen Departement Haute-Marne, und zieht ſich dann tief in die Ardennen hinein. Hier werden beſonders Schrauben, Nägel und andere Kleineiſenwaren hergeſtellt. Gerade in den Ardennen häufen ſich die verarbeitenden Werke noch einmal. Dieſe in der Zerſtreuung liegenden Eiſenwerke ſind für ihre Beſitzer zuweilen keine beſonderen Goldgruben mehr. In mehreren Fällen ſind ſie im Laufe der Zeit auch von den alten Unternehmerfamilien an Konzerne abgetreten worden, die ſie jetzt als Kapazitätsreſerven oder als Spezialwerkſtätten weiterbeſtehen laſſen. Durchweg haben dieſe Werke einen ſehr verläßlichen Arbeiterſtamm und für dieſen und damit in der zerſtreuten Lagerung für die Umgebung eine große Arbeitsplatz- und Kaufkraft-Bedeutung. Den Kernen helfen dieſe Werkſtätten, indem ſie Qualitätsarbeiter heranbilden, die in die Kernwerke übernommen werden können. Dadurch aber wird die Verbundenheit der Randgebiete mit den Kernen noch weiter gefeſtigt.

---

[18] A. Sömme, a. a. O. S. 211, verweiſt darauf, daß in Metz, damals — 1930 — übrigens dem drittgrößten Schlachtviehmarkt Frankreichs, nur ein Zehntel der umgeſetzten Tiere aus Lothringen ſelbſt aufgebracht wurde.

Oben war geſagt worden, die Leiſtungen als Glaciswirtſchaft gingen beim Hineingehen ins Innere Lothringens ſtärker zurück. Hier liegt die erwähnte große unterirdiſche Salzablagerung, die nach den beſchriebenen Verfahren ausgebeutet wird. Die Salzgewinnung iſt das älteſte größere Gewerbe in Lothringen. Salzburg, Marſal, Salonnes und andere Ortsbezeichnungen verweiſen auf die Salzwirtſchaft der alten Zeit. Außer im Kerne von Nanzig hat das Salz aber in der Gegenwart nicht die Wucht zur Bildung eines größeren Induſtriekernes eigener Art beſeſſen. Es bleibt bei einer dünn mit induſtriellen Betrieben beſetzten Landſchaft. Auch die Arbeiterzahlen werden nicht allzugroß. Im reichsländiſchen Teile Lothringens werden etwa 10 000 Arbeitsplätze in der Salzwirtſchaft vorhanden ſein. An drei Stellen wird die Lagerſtätte bewirtſchaftet. Zunächſt im Nordoſten des Lagers punktartig bei Saaralben, wo außer der Salzgewinnung ein Heilbad durch die Sole entſtanden iſt. Sodann finden ſich Salinen in der Mitte des Lagers bandartig im Gebiet von Salzburgen (Chateau-Salins), Marſal und Duß (Dieuze) und ſchließlich im Süden noch einmal bandartig von Nanzig oſtwärts bis Einville. Allein die nördlichen und mittleren Salinen vermögen bis zu 75 000 t Siedeſalz jährlich zu liefern. Die Salzinduſtrie beſchritt auch Wege der Ausweitung der Produktion, indem ſie Glauberſalz, ſchwefelſaure Tonerde, Schwefelſäure und vor allem unter Einbeziehung der bebenachbarten Kalkaufbringung auch Soda herſtellt. Die Betriebe dieſer Weiterverarbeitung liegen paſſend zu den Salinenanlagen. Unter ihren Erzeugniſſen befinden ſich auch Stoffe, die die Hauptinduſtrien der Kerne abnehmen; das aber reicht nicht aus, auch das Gebiet der Salzwirtſchaft als Glacisgebiet der Kerne anſprechen zu wollen. Ähnlich wie durch die ſaarbrückiſche Kohlenzone nach 1918 und durch das nordlothringiſche Minettegebiet nach 1871 eine politiſche Grenze gezogen war, hatte der Friedensvertrag von Frankfurt (1871) auch die Salzlagerſtätte geteilt. Das ſüdliche Band war franzöſiſch geblieben, das mittlere Band und Saaralben waren wieder unter deutſche Verwaltung gekommen. Dieſe Zerſchneidung hat wohl mit dazu beigetragen, daß eine echte Kernbildung, die das ganze Lager umgriffen hätte und darauf einen weitveräſtelten ſalzwirtſchaftlichen Induſtriezweig aufgebaut hätte, hier nicht zuſtande kam. Im Nanziger Kern wurde die Salzwirtſchaft zur zweiten Hauptinduſtrie, damit zugleich zum Anlaß eines ſtärkeren Eigenlebens dieſes Kernes im Geſamtraum. Abſeits vom Nanziger Kern blieb die Arbeit durch das Salz ſehr im Schatten der wuchtigeren Erſcheinungen in den Kernen von Saarbrücken und Metz.

Ähnlich wie die Salzinduſtrie außerhalb dieſer ſchwerinduſtriellen Kerne liegt, hält ſich auch in Lothringen der größere Teil der Glaswirtſchaft im Randgebiet der Kernzonen auf. Nur die Saarglasinduſtrie fanden wir mitten im Saarkern entſprechend ihrer Wanderung zur Kohle. Auch in der Herſtellung von Glas haben wir ein ſehr altes Gewerbe Lothringens vor uns, das mit ſeinen Wäldern und Sanden zuſammenhängt, gehen doch ſogar die alten Hütten an der Saar auf lothringiſche Anregungen zurück. Seit etwa einem Jahrhundert aber hat die lothringiſche Glasinduſtrie keine Aufſchwungskraft mehr. Manche der Glashütten, die einſt von der Saar weit ausholend im ſüdweſtlich gerichteten Bogen ſchütter über das Land verteilt waren, iſt eingegangen, andere haben ſich in mittelbetrieblichen Ausmaßen gehalten. Nur in der Spezialiſierung auf Kriſtall-, Brillen- und Uhrengläſer leiſten einige Werke Beſonderes.

Die Rand- und Zwiſchenzonen bereichern ſomit das induſtrielle und zur Induſtrie ausgerichtete Produktionsſyſtem des Geſamtraumes, füllen aber nicht alle Lücken im Verbrauch der Menſchen und Betriebe aus den doch ziemlich einſeitig angelegten Kernen aus. Gewiß wird hier und da noch die eine oder andere weitere Herſtellungsart betrieben, jedoch wird dadurch die Grundanlage des Wirtſchaftsraumes nicht anders und nicht vollſtändiger. Er bleibt einſeitig der Kohle, dem Eiſen und in bedeutend geringerem Umfang den Steinen und Erden nebſt dem Salz zugewandt. Das ſüdweſtliche Induſtriegebiet muß daher ſchon von der Verſorgung her intenſiv mit anderen Räumen austauſchen. Ebenſo intenſiv iſt es von ſeiner Überſchußerzeugung her auf Tauſchverbindungen angewieſen. Der Raum ſelbſt vermag ſeine eigene Produktion der Hauptwirtſchaftszweige nur in kleinen Teilen zu verbrauchen. Er iſt als eines der ſtärkſten eiſenwirtſchaftlichen Gebiete der Erde zur Mitverſorgung weiter Zonen des Eiſenverbrauchs beſtimmt, ja eigentlich gerade zum Zwecke dieſer Mitverſorgung zu ſeiner großen Leiſtungsfähigkeit ausgebaut worden. Die Wirtſchaft des Raumes an der oberen Moſel kann nach alledem aus den beabſichtigten und möglichen Grundlinien ihrer Struktur nur dann gedeihen, wenn ſie über ein großes Verflechtungsfeld verfügt. Jede kleinräumliche Abſperrung muß ſie unheilvoll treffen.

4.

Die Hauptſtränge der Verflechtung

Unter Verflechtung verſtehen wir dauerhafte, in der Anlage der Wirtſchaftsräume begründet liegende Bezugs- und Abſatz-Beziehungen zwiſchen Wirtſchaftsgebieten. Es pflegt gewiſſe Hauptrichtungen zu geben, die von ſolchen Beziehungen eingehalten werden. Dadurch bilden ſich Verflechtungsſtränge, die an der Eigenart der Wirtſchaftsräume mit prägen helfen. Solche Beziehungen haben oft Folgen für den Aufbau der Unternehmungen, inſofern als Annäherungen, Verbindungen, Verſchmelzungen und Gründungen von Tochterwerken zu den Bezugs- und Abſatzverflechtungen hinzutreten. Dann wird der Grad der Verflechtung zweier oder mehrerer Landſchaften auf eine höhere Ordnung übergeführt.

Einen Bereich der Verflechtung haben wir bereits vorweggenommen, nämlich die Beziehungen zwiſchen den Kern- und den Randgebieten. Deren vielfältige Richtungen brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Noch unterſucht werden müſſen dagegen die Beziehungen der drei Kerne zueinander[19]. *Ein mächtiger Verflechtungsſtrang verbindet den ſaarbrückiſchen Kern mit dem nordlothringiſchen.* Er beſtand ſchon zur Zeit vor dem neuen Aufſchwung der Induſtrie im Südweſten und wurde von dem Augenblick an inniger entwickelt, als die Saarwirtſchaft bei der Entfaltung der Grundlagen der luxemburgiſchen und lothringiſchen Induſtrie tatkräftig mitzuwirken begann. Die Saarzone und Luxemburg befanden ſich ſchon ſeit den 1840er Jahren gemeinſam im deutſchen Zollverein. Über die Grenze, die vor dem Jahre 1871 zwiſchen dieſer öſtlichen Hälfte und Lothringen beſtand, hinweg hatten damals auch ſchon Ausdehnungsbeſtrebungen von Unternehmungen im Saarrevier auf lothringiſchem Boden feſten Fuß faſſen können. Der freihändleriſche Stil der Handelspolitik Napoleons III. war dieſer Entwicklung entgegengekommen. Aber nachdem im Jahre 1871 die Grenze nach Weſten vorverlegt worden war, wurden einerſeits die Beziehungen im nunmehr grenzlinienloſen Kernraum von Saarbrücken, der ſich ſüdlich und weſtlich ausweitete, enger und andererſeits die Verflechtungsbänder nach Nordlothringen und Luxemburg immer dichter geknüpft. Die Saarkohlenwirtſchaft hatte noch vor dem Deutſch-Franzöſiſchen Kriege in den preußiſch-franzöſiſchen Abmachungen über den Bau eines Saarkohlenkanals (1861 und ſpäter) ſüdwärts gerichtete Abſatzbeziehungen verſtärken können. Gleichzeitig wurde dieſer Kanal, der zum Anſchluß an den Rhein-Marne-Kanal gebracht wurde, wichtig als Transportweg für Kalklieferungen aus dem Lothringer Randgebiet an die Saarbrücker Induſtrie. Seit den 1870er Jahren wurde die Eiſenwirtſchaft an der Saar der Hauptträger der Verflechtungsbeſtrebungen zum Lothringiſchen hin. Dieſe Verbindung wurde vor allem auf der Eiſenbahn bewältigt, deren Baumaterialien von der Eiſenwirtſchaft geſtellt werden konnten, die ſich in vielen Werken der Schaffung von Oberbaumaterialien zugewandt hatte und damals in Saarbrücken auch Waggons herzuſtellen begann. Die Eiſenwerke kauften zu vorhandenen Anfängen weitere Erzfelder in Lothringen und brachten Intereſſengemeinſchaften mit luxemburgiſchen Werken zuſtande. Sie griffen das Thomasverfahren auf und ſtellten ſich durchweg darauf um. Dann gingen ſie zur Neuanlage von unterſtufigen Tochterwerken in Lothringen über, ſtießen dem zuliebe zunächſt an der Saar die Unterſtufen ab; ſie übernahmen eine beachtliche Menge an Roheiſen zur Verarbeitung. Dazu wurde das Eiſenbahnnetz zwiſchen dem ſaarbrückiſchen und dem nordlothringiſchen Kerngebiet immer engmaſchiger gezogen. Schließlich wurden die lothringiſchen Betriebsabteilungen der Saarbrücker Unternehmungen auch voll ausgebaut. Es kamen Konzerne zuſtande, die auf lothringiſchem, luxemburgiſchem und Saarboden ſtanden. In den Konzernen wurde dann oftmals eine Aufgabenteilung vorgenommen, die darauf ausging, das beſondere Leiſtungsvermögen jedes Kernes einzuſpannen, die einzelnen Betriebe aufeinander abzuſtimmen und ſo die verſchiedenen Leiſtungsrichtungen im gleichen Unternehmen in voller Entfaltung zu betreiben. Zwar mußten die Saarwerke infolge der techniſchen Fortſchritte nach 1900 auch wieder zur Verſtärkung der eigenen Hochöfen übergehen, die Arbeitsteilung aber konnte in neuen Formen fortgeführt werden.

---

[19] Vgl. auch meinen Beitrag „Die Entwicklung der induſtriellen Verflechtung Lothringens". In: „Deutſchlands Wirtſchaftsverflechtung mit ſeinen weſtlichen Nachbargebieten", Köln 1940 = Schriften der Wirtſchaftskammer Köln.

Weſtlich der neuen, im Jahre 1871 gezogenen Grenze entwickelte ſich eine hauptſächlich auf Verbands- und Konzernbeziehungen beſchränkte Verflechtung zwiſchen dem nord- und dem mittellothringiſchen Kerngebiet. Aus dem ſaarbrückiſchen Kern gingen auch Beziehungen zum Nanziger Kern, aber ſie waren viel lockerer als die zum Kern von Metz, vor allem fehlte die jüngere Verdichtung des eiſenwirtſchaftlichen Stranges. Auch der Nanziger Kern und die franzöſiſche Weſtſeite des nordlothringiſchen Kernes konnten einander nicht viel an Bezugs- und Abſatzmöglichkeiten bieten. Dafür iſt beider Grundſyſtem zu ähnlich. Wohl konnten einzelne Werksgemeinſchaften zu ihrer Rohſtoffverſorgung auf Gruben in beiden Kernen zurückgreifen, wie das vor allem von dem großen Hüttenwerk in Pont-à-Mouſſon geſchah, an dem vor 1870 einmal die Saarinduſtrie durch Röchling beteiligt geweſen iſt. Das Werk hat an der Moſel etwa die Mitte zwiſchen Nanzig und Briey als Standort gewählt, weil es ſich auf beide Kerne ſtützen wollte.

Inniger, aber einſeitig iſt die bisher als Verflechtung anzuſprechende Verbindung Nordlothringens mit Luxemburg, beſonders ſeitdem die luxemburgiſche Induſtrie ſtärker zum Zukauf lothringiſcher Erze übergegangen war. Das geſchah aus Gründen der Erzmiſchung, aber auch infolge einer Politik der Erzreſerven-Erhaltung im luxemburgiſchen Abbaugebiet, deſſen Vorräte die Erſchöpfung in Sichtweite treten laſſen. Man ſchätzt, daß die Reſerven bei gleichem Abbautempo noch etwa für 40 Jahre reichen. Daher übernahmen die luxemburgiſchen Werke, die z. T. über gute Konzernverbindungen nach Lothringen verfügten, gern lothringiſche Erze. Es handelt ſich dabei um eine Verflechtung innerhalb des gleichen Induſtriekernes, die ſich infolge der langen politiſchen Teilung dieſes Kernes als ſolche geſtaltet hat.

Die Grenzen waren zwar Scheidelinien inmitten des nordlothringiſchen Kernes, ſie zerlegten ihn vor 1918 in eine franzöſiſche, etwa zwei Drittel des Erzlagers umgreifende Weſthälfte und eine vom Deutſchen Reiche und von Luxemburg in eine Zollunion gemeinſam eingebrachte Oſthälfte, in der die ſtärkere Verarbeitungskapazität lag. Aber dieſe Scheidelinie war in den Jahrzehnten des Aufbaues dieſes Reviers nicht unüberſteigbar. Es liefen Bezugs- und Abſatzverflechtungen ſo gut wie Konzernverbindungen über dieſe politiſche Grenze. Es hat die Zeit vor dem Weltkriege ja überhaupt die Spürbarkeit politiſcher Grenzen im Wirtſchaftsleben zu beheben geſucht. Erſt mit der Zuſpitzung der politiſchen Lage infolge der Einkreiſungspolitik begann man das Trennende in der Grenze hier ſtärker zu betonen. So war zunächſt die Gelegenheit gegeben, das ſüdweſtliche Induſtriegebiet intenſiv in ſich zu verbinden, und davon wurde reichlich Gebrauch gemacht, insbeſondere zwiſchen dem ſaarbrückiſchen und dem nordlothringiſchen Kern, während der mittellothringiſche Kern zwar auch mitmachte, aber doch nur mit halber Kraft. Die politiſchen Wandlungen im Gefolge des Weltkrieges haben an dieſem Verflechtungsnetz erheblich geriſſen, ohne es indes völlig zu zerſtören. Es nahm andere Formen an, z. B. trat die lothringiſch-luxemburgiſche Beziehung als über eine Grenze hinweggeführte Verflechtung hervor. Da auf die Änderungen erſt an ſpäterer Stelle einzugehen iſt, mag hier die Feſtſtellung genügen, daß über die Jahrzehnte der Verſailler Regelung hinweg ein wichtiger Verflechtungsſtrang des ſüdweſtlichen Induſtriegebietes zwiſchen den drei Kernen ſelbſt verläuft, der ohne die Abſicht einer Schädigung des Geſamtraumes nicht zerſtört werden darf. Eine der auffälligſten Erſcheinungen für die Verflechtung des ganzen Raumes in ſich iſt das erwähnte Verbundſyſtem in der Elektrizitätswirtſchaft. Einſchließlich eines weitgezogenen Glacisgebietes iſt der ganze Saar-Lothringen-Raum in ein großes Elektrizitätsnetz eingebracht.

Ein zweiter Hauptſtrang der Verflechtung iſt um der Kohle willen geknüpft. (Während wir das erſte Verflechtungsnetz in ſeiner räumlichen Geſtaltung abgrenzten, heben wir einige weitere Hauptſtränge nach ſtofflichen Abgrenzungen hervor.) Der Kohlenſtrang iſt mehrgleiſig. Zunächſt geht es um den Abſatz der im Kerne von Saarbrücken geförderten Kohle, ſowie der dort produzierten Kohlenderivate. Ein großer Teil der Kohle wird im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet verbraucht, ſoweit ſich die geförderten Sorten für die Verbraucher eignen. Damit liegt dieſer Teil der Kohlenverflechtung im Rahmen des ſoeben betrachteten engeren Netzes. Über das Revier hinaus werden die Saarkohlen und ebenſo die Derivate im ſüdweſtlichen Reichsgebiet, im mittleren und ſüdlichen Oſten Frankreichs, d. h. etwa öſtlich einer Linie Lyon—Paris, in der Schweiz und ſogar in Italien abgeſetzt. Nach der Rückgliederung des Saargebietes im Jahre 1935 verminderte Frankreich ſeine Bezüge an Saarkohle. Von deutſcher Seite wurden damals die Lieferbeziehungen nach Süddeutſchland und nach dem Anſchluß der Oſtmark auch dorthin vermehrt. Im beſonderen wird ein großer Teil des Hausbrandes, der Keſſelfeuerung und des Brennſtoffbedarfs der Gaswerke und Lokomotiven im inneren ſüdweſteuropäiſchen Raume mit Saarkohle beſtritten, wenn die Bedeutung der Eiſenbahnen als Abnehmer auch durch umfangreiche Elektrifizierungen in neuerer Zeit zurückgeht. Zu den inneren Gebieten des Feſtlandes liegt das Saarkohlenbecken ja am nächſten, und es bleibt daher auch deren zuerſt in Betracht zu ziehender Verſorger. Über den Rhein iſt zwar der Saarkohle ein ſtarker Wettbewerb von den niederrheiniſchen Revieren entwickelt worden, jedoch könnte der zurückgedrängt werden, ſofern er die Entfaltung des Reviers um Saarbrücken behindert. Eine Waſſerſtraße zum Rhein, der Saar-Pfalz-Kanal, ſteht für den Kohlenabſatz des Saarbeckens ſeit Beginn dieſes Jahrhunderts zur Erörterung. Der jetzt wieder einheitlich in deutſcher Hand befindliche Kanalweg über den Saarkohlen- und den Rhein-Marne-Kanal kann in etwa als Ausführung einer Waſſerſtraße, wenn auch einer umſtändlichen und bisher nicht ſehr leiſtungsfähigen gelten.

So wertvoll das große Kohlenlager des Südweſtens auch iſt, ſo verurſachte das Koksproblem es doch, daß aus dem ſüdweſtlichen Induſtriegebiet heraus auf die Suche nach Bezugsmöglichkeiten an Koks und Kokskohle gegangen werden mußte. Alſo während die gebietseigene Kohle in großen Mengen jenſeits des Reviers abgeſetzt wird und bei der erreichten Fördermenge auch abgeſetzt werden muß, müſſen andererſeits ebenfalls große Mengen Kohle aus anderen Revieren dem ſüdweſtlichen Induſtriegebiet in allen drei Kernen zugefahren werden. Für Koks und Kokskohle iſt der wichtigſte Verflechtungsſtrang vom Südweſten zum Ruhrbezirk geknüpft worden, in dem der größte Teil der europäiſchen Kokskohle lagert[20]. Die Ruhrkohle liefert den grobſtückigen Koks, den die großen Hochöfen brauchen. Sowohl die Hochöfen an der Saar, als auch die in den nord- und mittellothringiſchen Kerngebieten wurden auf Ruhrkoks eingerichtet und mehr oder weniger damit beſchickt. Man bezieht ihn entweder als fertigen Koks oder als Kokskohle, letzteres z. B. dann, wenn man ihn mit gebietseigener Kohle zu miſchen gedenkt. Seit dem Ausgang der 1880er Jahre ſind dieſe Miſchungen im

---

[20] „Es iſt Eiſen genug in Lothringen, um den Bedarf des Kontinents und ſogar noch mehr für vielleicht hundert Jahre zu decken. Im Ruhrbezirk iſt Kokskohle genug, um dieſes Eiſen vierzigmal zu ſchmelzen", meint G. Greer, a. a. O., S. 26.

Gange. Das Miſchungsverhältnis konnte im Verlaufe der Zeit ſehr zugunſten der Saarkohle verbeſſert werden. Der zum Ruhrgebiet geführte Verflechtungsſtrang bedient ſich vor allem der Eiſenbahn, insbeſondere der leiſtungsfähigen Rhein-Moſel-Strecke. Aber er benutzt auch den Rhein, z. B. mit Umſchlag in Bingen, oder noch weiter ſtromaufwärts über Straßburg und dann über den Rhein-Marne-Kanal. Dieſer Weg iſt der günſtigſte für den Nanziger Kern. Die Lieferbeziehungen wurden ein beſonderer Anlaß zu einer ſeit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis in den Weltkrieg hinein immer enger werdenden unternehmungsmäßigen Zuſammenſchlußbewegung zwiſchen dem nordweſtlichen und dem ſüdweſtlichen Schwerinduſtriegebiet am Rhein. Nicht nur die rheiniſch-weſtfäliſchen Konzerne legten ſich lothringiſch-luxemburgiſche Abteilungen zu, ſondern auch die urſprünglich rein lothringiſchen oder lothringiſch-belgiſchen und ebenſo die Saarwerke erwarben im Ruhrgebiet Beſitzrechte an Kohlenzechen. Schließlich intereſſierten ſich ſogar Ruhrzechen-Unternehmer am Bergwerksbetrieb auf lothringiſche Steinkohle.

Seit der letzten Zeit vor der Jahrhundertwende beteiligte ſich an den Kokslieferungen für das ſüdweſtliche Induſtriegebiet auch *das Aachener Steinkohlenrevier*, das über mehrere Eiſenbahnſtrecken mit dem Süden verbunden war. Der Aachener Koks ging immer ausſchließlicher in die luxemburgiſche Zone des nordlothringiſchen Kernes, insbeſondere nachdem im Jahre 1912 der größte Zechenbeſitzer des Aachener Reviers, der Eſchweiler Bergwerksverein, eine Intereſſengemeinſchaft mit der größten luxemburgiſchen eiſeninduſtriellen Werksgruppe, den Vereinigten Hüttenwerken von Burbach an der Saar, Eich und Düdelingen in Luxemburg, abgeſchloſſen hatte. Durch das Burbacher Werk und die bis zum Weltkrieg in Saarbrücken ſeßhafte Verwaltung dieſes Konzerns war dieſer Trakt von Aachen über Luxemburg bis zur Saar durchgezogen.

An den nordweſtdeutſchen Kokslinien war vor dem Jahre 1914 auch der damals franzöſiſch verwaltete Teil der lothringiſchen Kerne beteiligt. Aber er ſuchte doch daneben *weitere Koksbezugsverbindungen* zu unterhalten. Dafür kam in geringem Maße das nordfranzöſiſche Kohlenrevier in Frage. Belgien fiel damals noch kaum ins Gewicht, weil ſeine Kohlenförderung in der Vorkriegszeit zu wenig Kokskohle bot. Nur die lothringiſchen Eiſenwerke „de Wendel" hatten ſeit der Mitte des 19. Jahrhunderts am Lütticher Kohlenrevier Anteil, doch war dieſe Beziehung, die die Maaslinie intenſivieren konnte, nicht weiter verdichtet worden. Erſt als nach 1900 der nordoſtbelgiſche Kohlenbergbau im Kempenland und dazu der holländiſch-limburgiſche Bergbau den großen Aufſchwung nahmen, ſchalteten ſich hier auch ſtärkere lothringiſche und luxemburgiſche Intereſſen ein, da ſie den Wert dieſer neuen Kohlenſorten erkannt hatten und durch ſie die nordweſtdeutſchen Lieferer aus ihrer monopolartigen Stellung zu verdrängen hofften. Um gegen dieſe Monopolſtellung anzukommen, hatten ſeit der Jahrhundertwende lothringiſche Werke im belgiſch-holländiſchen Küſtengebiet einige Kokereien angelegt, die zuerſt auf engliſche Kohlen abgeſtellt geweſen waren. Jetzt konnten dieſe Kokereien in Zeebrügge und Sluiskil bei Terneuzen ſicherer mit belgiſch-holländiſcher Kohle beliefert werden. Beſonders in der Zeit nach dem Weltkriege konnte die Mächtigkeit der Ruhr-Südweſt-Verbindung mit Hilfe der Lieferungen aus den niederländiſchen und, in Anbetracht des großen Eigenverbrauchs Belgiens, in geringerem Maße aus den belgiſchen Zechen abgebaut werden. Immerhin blieb es nur bei einer Minderung der Verflechtungsintenſität, es kam niemals ihre Auflöſung in Betracht. Ja, es blieben ſogar weiterhin die Lieferungen aus dem deutſchen Nordweſten für den ſüdweſtlichen Geſamtraum mengenmäßig an erſter Stelle.

Die eiſenwirtſchaftlichen Verflechtungsſtränge

Das *dritte Hauptnetz der Verflechtungsſtränge* dient den verſchiedenen Stufen des *Erz- und Eiſenabſatzes*. Auch Erz verläßt das ſüdweſtliche Revier, trotzdem dafür die Koſtenlage ungünſtig iſt. Die Eiſeninduſtrie des Ruhrgebiets z. B. war zunächſt um 1890 ſogar in der Hauptſache am Erzbezug intereſſiert. Für die Verbeſſerung ihrer Erzverſorgung haben einige Werke des Ruhrgebietes ſchon kurz nach 1870, alſo noch vor der Erfindung des Thomasverfahrens, Erzfelder in Lothringen erworben. Damit finden wir für den Koksſtrang Lothringens zur Ruhr *die Umkehrlinie*, ſo daß alſo die Verbindung zwiſchen Ruhrgebiet und Lothringen in beiden Hauptſträngen gegeben iſt[21]. Vor 1900 ſetzte ſich die Induſtrie des Ruhrgebiets für einen direkten Waſſerweg ins Minetterevier über die zu kanaliſierende Moſel ein. Desgleichen kämpfte ſie um günſtige Ausnahmefrachten für Erze. Während dieſe zuſtande kamen, unterblieb die Kanaliſierung der Moſel. Es ließ das Intereſſe an dieſen Erzlieferungen doch immer mehr nach, wenn es auch niemals ganz geſchwunden iſt und zeitweilig, z. B. im Weltkrieg, ſtark wieder aufleben konnte. In neuerer Zeit kam ungefähr jeweils ein Drittel der Erzausbeute aus den Erzgebieten Lothringens zum Verſand, allerdings blieb ein großer Teil dieſer Erztransporte im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet, weil er nur zur Saar oder nach Luxemburg ging. Darüber hinaus bezogen Belgien und in erheblich ſchwächerem Maße das Ruhrgebiet und die franzöſiſche Eiſeninduſtrie Minette-Erze. Der für normale Zeiten eingetretene Rückgang des Erzverſandes zur Ruhr erklärt ſich folgendermaßen. Die mächtigſten Werke der Eiſeninduſtrie des deutſchen Nordweſtens trachteten ſeit dem ausgehenden 19. Jahrhundert nach eigenen oder angeſchloſſenen Betrieben in Lothringen, die dann nicht mehr Erz, ſondern Roheiſen, Rohſtahl oder gar Halbzeug liefern ſollten. Das Aachener Hüttenwerk Rothe Erde machte kurz nach 1890 den Anfang, indem es die Hochöfen bei Deutſch-Oth erwarb. Es blieb nicht bei der Angliederung ſchon vorhandener Werke in Lothringen, ſondern die rheiniſch-weſtfäliſche Induſtrie folgte den Eiſenleuten der Saar im Bau neuer, ſogar der größten kombinierten Werke.

Die Erzlieferungen aus den Bezirken des Minette-Lagers gehen z. T. als Rückfracht der Transportgefäße der Kokslieferungen, und zwar auf allen Strecken, über die auch Koks herankommt. Ins Reichsinnere bzw. zum Niederrhein z. B. benutzten die Erze alſo die Moſeleiſenbahn oder den Waſſerweg über Straßburg. Über eine halbe Million Tonnen Eiſenerz konnte in guten Nachkriegsjahren über Straßburg rheinabwärts verſchifft werden. Auf der Eiſenbahn ſind die meiſten Kokszüge in den letzten Jahren leer zurückgelaufen. So haben die 50-Tonnen-Großraumwagen, die ſeitens der deutſchen Reichsbahn ſeit dem Ausgang der 1920er Jahre der Koksverfrachtung nach Lothringen zur Verfügung geſtellt waren, niemals Rückfracht erhalten, obwohl ſie täglich zwiſchen Niederrhein und Lothringen verkehrten. Für den Tauſch „Koks — Minetteerz" verweiſt G. Greer[22] auf eine theoretiſche Grundlöſung: Auf der Baſis der wirkſamſten Ausnutzung der Transportgefäße laſſen ſich infolge des verſchiedenen ſpezifiſchen Gewichts von Koks und Erz 4 t Koks gegen 5 t Erz tauſchen; mit 4 t Koks laſſen ſich aber 10 t Erz ſchmelzen; dann iſt es am richtigſten, wenn das lothringiſch-luxemburgiſche Gebiet zwei Drittel ſeiner Erzförderung ſelbſt verhüttet und ein Drittel zum Abſatz in Rückfracht gibt. Dieſe Berechnung iſt nur ein Fingerzeig. Die Wirklichkeit wandelt daran, indem ſie die Frachtpreiſe variiert, Kohle ſtatt Koks bei der Hinfracht, Roheiſen und Rohſtahl als Rückfracht verwendet. Der theoretiſchen Grundlöſung kommt aber allen Abwandlungen zum Trotz die Verſandquote durchweg ſehr nahe.

Zu den deutſchen Erzbeziehern, die in der Nachkriegszeit möglichſt die beſten Sorten und damit ſolche aus dem weſtlichen Teil des Briey-Diedenhofener Reviers zu erhalten bemüht waren[23], kommen neben nordfranzöſiſchen Beziehern vor allem belgiſche. Die belgiſche Eiſeninduſtrie hat vom Anbeginn der Entwicklung des Minette-Reviers an ſtets intenſive Bezugsbeziehungen zu dieſem unterhalten und ſie immer durch Erwerb von Grubengerechtſamen und durch Konzernverbindungen zu den lothringiſchen Werken zu unterſtützen geſucht. Obwohl in Belgien über 50 Hochöfen ſtehen, hat das Land innerhalb ſeiner Grenzen ſo gut wie keine Eiſenerze, zumal nachdem der kleine belgiſche Anteil an der Ablagerung der Minette faſt völlig erſchöpft iſt. Zur Sicherung der Erzlieferungen mußte daher die belgiſche Induſtrie auf die Bildung von Intereſſengemeinſchaften mit luxemburgiſchen und lothringiſchen Gruben ausgehen. Da die Entfernungen auch nicht groß waren, blieb der Erztransport nach Belgien in großen Mengen vertretbar. Jahrelang hat Belgien über neun Zehntel ſeiner verhütteten Erzmengen aus den Minette-Lagern bezogen. Wichtige Konzernverflechtungen zum nordlothringiſchen Kern haben vor allem die ſchwerinduſtriellen Unternehmungen des Lütticher Kerngebiets (z. B. Cockerill und Ougrée-Marihaye) ſchaffen können. Da Belgien für die Erze auch Koks an Lothringen liefert, iſt auch dieſer Verflechtungsweg doppelgleiſig.

---

[21] G. Greer berechnet (a. a. O., S. 49), daß im Hinblick auf die Geſamtmenge der Güterverkehr zwiſchen Ruhrgebiet und Lothringen vor dem Jahre 1914 größer war als der Verkehr zwiſchen irgend zwei anderen entſprechenden Zonen Europas.

[22] a. a. O., S. 41.

[23] Die Rohſtoffverſorgung der deutſchen eiſenerzeugenden Induſtrie, Schriften des Enquete-Ausſchuſſes, III. Unterausſchuß, 1928, S. 90f.

Frachtgünſtiger geſtaltet und dadurch tragfähiger iſt das Verflechtungsnetz, das für Roheiſen und Rohſtahl geſchaffen wurde. Hier kommt die verarbeitende Induſtrie aller Nachbarländer als Abnehmerin in Betracht. Alle wichtigen Verkehrsbänder des ſüdweſtlichen Induſtriegebiets waren und ſind für den Abſatz dieſer Erzeugniſſe eingeſpannt. Großabnehmer ſind wiederum die deutſche nordweſtliche eiſenverarbeitende Induſtrie und Belgien, dazu Frankreich, Südweſtdeutſchland, die Schweiz, Italien und dann, beſonders über Antwerpen, der ganze Weltmarkt. In Antwerpen ſind in manchen Jahren über 4 Millionen t Metalle und Metallwaren umgeſchlagen worden, eine Zahl, in der das ſüdweſtliche Metall mit einer hohen Quote ſteckt. Der überſeeiſche Markt iſt in der Zeit nach dem Weltkriege ſtärker bearbeitet und erſchloſſen worden. Beſonders die Verkaufsorganiſationen der großen Konzerne haben ſich auf dieſem Felde betätigt. Auch für dieſen als Verarbeitungsanſchluß anzuſehenden Verflechtungsſtrang wurden Unternehmungsverbindungen geſchaffen. Es kam zu Intereſſengemeinſchaften, die ganze Verkehrsbänder begleiteten und z. B. vom nordlothringiſchen Kern über Trier, Neuwied, Troisdorf, Köln ins Bergiſche und Märkiſche reichten oder vom gleichen Ausgangspunkt über Luxemburg in Belgiens Werkſtätten (etwa nach Gentbrügge) oder von der nordweſtlothringiſchen Schwerinduſtrie bis nach Paris.

Bei Walzprodukten, insbeſondere deren groben Arten, iſt die Situation ähnlich wie beim Roheiſen und Rohſtahl, überhaupt gehen hier die Abſatzaufgaben ineinander über. Die große Produktion drängt, nachdem die benachbarten Märkte verſorgt ſind, in weitere Abſatzgebiete. Die Abſatzorganiſationen der Kerninduſtrien wirken hier in gleicher Weiſe, wenn die Arbeitsbereiche auch teilweiſe ſpezialiſiert ſind. Man ſuchte beſonders nach 1920 überall Abſatzmärkte zu erſchließen. In Nord- und Südamerika wurden zeitweilig Verkaufskontore unterhalten, der Balkan, Skandinavien, England und ſein Reich, dann auch der Ferne Oſten wurden bearbeitet. Auf dem einen Markt brachte man dieſen Teil der eigenen Erzeugung unter, auf dem anderen jenen. Eine klare Linienführung hat ſich aber nicht entwickelt, dafür waren die Verhältniſſe der Weltmärkte in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch auch zu verwirrt.

Bei Schrott wurde vor dem Weltkriege faſt der ganze Anfall des ſüdweſtlichen Reviers abgegeben, und zwar in der Hauptſache ins rheiniſch-weſtfäliſche Induſtriegebiet[24]. Seither iſt mit der Ausweitung des Produktionsapparates im Südweſten dieſe Abgabebereitſchaft ſtark geſchwunden. Unter den Nebenprodukten, deren Abſatz durchzuführen iſt, nimmt das Thomasmehl die erſte Stelle ein, zumal der ſüdweſtliche Induſtriebezirk der bedeutendſte Herſteller dieſes wertvollen Phosphordüngers iſt. Große Teile der intenſiven Landwirtſchaft auf dem Feſtland werden von hier aus verſorgt. Die Hauptmenge übernimmt Deutſchland, ſtarke Abnehmer ſind Belgien, Frankreich und die Schweiz. Der Abſatzradius der meiſten anderen Nebenprodukte geht kaum über das Induſtriegebiet und ſeine Ränder hinaus.

Die Salzlinien

Um die Salze und ihre Nebenprodukte abzuſetzen, ſind ſtärkere Verflechtungen geknüpft worden. In der Zeit nach dem Weltkriege wurde der Salzabſatz von einem franzöſiſchen „Salzverkaufskontor des Oſtens“ beſtritten, während vor dem Weltkrieg der Abſatz zerſplitterter durchgeführt wurde. Vor allem Frankreich, das ſelbſt mit fiskaliſchen Betrieben bei der Erzeugung mitwirkt, aber auch das Elſaß, die Pfalz und andere Bezirke Weſtdeutſchlands haben lothringiſches Salz, Soda, Chlor und die anderen Nebenprodukte aufgenommen. Vor dem Weltkriege hatten auf der damals franzöſiſchen Seite des Salzgebiets die belgiſche Solvay-Geſellſchaft und auf der deutſchen Seite die anhaltiſchen „Deutſchen Solvay-Werke“ große

---

[24] H. J. Schneider, Der Wiederaufbau der Großeiſeninduſtrie an Rhein und Ruhr, 1930, S. 11.

Betriebe zur Sodaherſtellung aufgemacht. Vor allem der Beteiligung der deutſchen Solvay-Werke verdankten es die damals reichsländiſchen Salinen, daß ein erheblicher Teil ihrer Erzeugung den Weg nach Norddeutſchland fand. Nach dem Weltkrieg dehnte ſich der umfaſſendſte Konzern der chemiſchen Induſtrie Frankreichs, Kuhlmann, gerade im ehedem reichsländiſchen Lothringen aus. Er übernahm in Duß das Werk der Schwefelſäure-Herſtellung und kombinierte zu anderen Leiſtungen auch einen Miſchdünger, der elſäſſiſches Kali mit nordfranzöſiſchem Ammonſulfat und mit Superphosphat verband[25]. Überhaupt arbeiteten elſäſſiſche Intereſſenten im lothringiſchen Salzbezirk mit, angetrieben von den dort herzuſtellenden Hilfsſtoffen für die Textilveredlung. Somit hat dieſe tief im Innern des Kontinents gelegene Salzinduſtrie ein ganz lebendiges und weitreichendes Verflechtungsnetz knüpfen können. Noch einmal beſtreicht der ſüdweſtliche Induſtrieraum, ähnlich wie mit Kohle und Eiſen, einen großen Bezirk mit einem wichtigen Abſatzgut.

Für die Steine und Erden iſt das Abſatzfeld durchweg auf das ſüdweſtliche Gebiet beſchränkt. Dagegen reichen die Abſatzbeziehungen, die für das Glas und die keramiſchen Artikel angeknüpft worden ſind, weit über den Saar-Lothringen-Raum hinaus. Die Glasſachen gehen in den Maſſenartikeln nach Deutſchland und der Schweiz, früher ſtärker auch nach den Niederlanden. Mit Flaſchen verſorgt die Saarglasinduſtrie die Weinbaugebiete aller benachbarten Provinzen. Die feinen Kriſtallwaren finden weltweiten Abſatz. Die Keramik wird vor allem am dafür immer aufnahmebereiten, großen deutſchen Markt untergebracht, hat aber auch darüber hinaus Abnehmer.

Hinſichtlich der aus dem ſüdweſtlichen Induſtriegebiet angeknüpften Bezugsverflechtung haben wir bisher nur die Linien des Koksſtranges und die zu den Glacisgebieten erörtert. Die Lücken des kerninduſtriellen Produktionsſyſtems liegen aber darüber hinaus in Güterbereichen, die über dieſe Verflechtungsſtränge nicht geliefert werden können. Nun ſoll hier keine Aufzählung der Wirtſchaftsräume erfolgen, die an der Belieferung der ſüdweſtlichen Reviere und ihrer Menſchen teilhaben. Allgemein geſagt, verſorgen Deutſchland, Frankreich, Belgien und die Schweiz das Land zwiſchen Saar und Maas, und zwar das Deutſche Reich und Frankreich, ſowie Belgien in der Zeit der belgiſch-luxemburgiſchen Zollunion die zu ihnen jeweils verwaltungsmäßig rechnenden Bezirke im Rahmen ihrer Volkswirtſchaften, ohne daß dabei die Bezirke des Südweſtens beſonders hervortreten. Daher erübrigt ſich auch eine ausführlichere Darſtellung dieſer Verſorgung und der ihretwegen geknüpften Verflechtungen. Nur auf einige hervortretende Erſcheinungen dieſes Tatbeſtandes ſoll hingewieſen werden.

Da ſich im Raume zwiſchen Maas und Saar die Einflußzonen zweier Völker treffen, fließen hier die Anregungen zur Geſtaltung des Lebens von beiden volklichen Wirtſchaftseigenarten. Dadurch kommt es zu Miſchungen der Güterſorten, die verbraucht werden. Es häufen ſich die Vergleichsmöglichkeiten, und das wirkt auf die an der Belieferung Beteiligten nach. Es entſteht eine Austauſchzone der Verbrauchsgewohnheiten und damit ein Zuſammentreffen der Güter, die für dieſe benötigt werden.

Unter den Lieferanten und Vermittlern der im Raume nicht erzeugten Güter ſind beſonders hervorzuheben die Pfalz und das Elſaß, wobei jene Chemikalien, Schuhe, Maſchinen, dieſes vor allem Textilien und Maſchinen liefert. Beide Landſchaften vermitteln als Anrainer des Rheins über ihre eigenen Erzeugniſſe hinaus weitere wichtige Sortimente. Zu vermitteln ſind beſonders auch die Zuſatzmetalle für die Stahlinduſtrie des Raumes, ſowie alle Buntmetalle. Das übrige Reich mit Mangan und Zink und überſeeiſche Gebiete mit anderen Stoffen werden zu Lieferungen herangezogen. In die deutſche Oſtmark und nach Ungarn weiſt ein gepflegter Bezugsſtrang, auf dem Dolomit für die baſiſche Auskleidung der Konverter der Thomasſtahlwerke herankommt. Für dieſen Bezug ſind häufiger auch Konzernbeſtrebungen in Gang geſetzt worden. Unter den Vermittlern von Kapital überragte bisher auf weiten Strecken die franzöſiſche Bankwelt, wenn daneben auch von deutſcher Seite, und zwar auch über den Saarkern hinaus, zu allen Zeiten, in denen es möglich war, Bankverbindungen zum ſüdweſtlichen Induſtriegebiet unterhalten worden ſind.

---

[25] Elſaß-Lothringen-Bericht der Commerzbank, 1940, S. 17.

5.

Der deutſche Anteil beim Aufbau des Induſtriegebietes

Das ſüdweſtliche Induſtriegebiet hat, da es räumlich an einer Grenze zweier Völker liegt, Einflüſſe von beiden Seiten verſpürt. In ſeiner älteren Geſchichte war das ganze Gebiet eindeutig zur rheiniſchen und damit zur deutſchen Seite hin ausgerichtet. Auch damals gab es wohl Beziehungen zu Frankreich, aber doch nur in dem Maße, in dem es in jedem Grenzland ſtets Beziehungen zur anderen Seite gibt. Die Wiſſenſchaft von der politiſchen Geſchichte kann die Stationen des Vordringens der franzöſiſchen Einflüſſe im Raume zwiſchen Maas und Saar im einzelnen angeben, hier muß die Feſtſtellung genügen, daß der franzöſiſche Einfluß auch auf wirtſchaftlichem Gebiet im 17. Jahrhundert ſtärker geworden iſt, und daß ſeither eine wechſelvolle Auseinanderſetzung mit dem deutſchen Wirtſchaftskörper im Gange war. Die Frageſtellung, die im folgenden eingehalten werden ſoll, wird aus der großen Forſchungsaufgabe, die deutſch-franzöſiſche Auseinanderſetzung in Lothringen zu klären, nur einen Teilabſchnitt herausgreifen, nämlich den Kreis der Zuſammenhänge, die ſich auf die jüngere induſtrielle Geſtaltung, alſo die Bildung des ſüdweſtlichen Induſtriegebietes, beziehen.

Hier erhebt ſich die Frage, wie das, was von den heimatlichen Kräften des Raumes ſelbſt geleiſtet wurde, behandelt werden ſoll. Iſt es in den deutſchen Leiſtungsanteil einzubeziehen? Eindeutig muß jedermann das wirtſchaftliche Geſchehen im Gebiet von Saarbrücken als deutſche Angelegenheit anerkennen. Die kurzen Zeitabſchnitte, in denen an der Saar franzöſiſche Fahnen aufgezogen geweſen ſind, wirkten jeweils nur als vorübergehende Eroberungen und Beſetzungen, ohne dem deutſchen Charakter des Landes und ſeiner Bevölkerung dauerhaft Eintrag tun zu können. Was von den Lothringern und Luxemburgern geleiſtet worden iſt, läßt ſich mit der gleichen Eindeutigkeit nicht rubrizieren. Noch vor kurzer Zeit wäre es als objektiv erſchienen, dieſe beiden Leiſtungsanteile als ſelbſtändige Größen zu behandeln und weder der deutſchen noch der franzöſiſchen Seite zuzuſchreiben. Doch wäre dieſe Entſcheidung einer Anerkennung gewiſſer hiſtoriſcher Konzeſſionen gleichzuſetzen, nämlich den Theorien von der lothringiſchen und luxemburgiſchen Eigenſtändigkeit. Dieſe Eigenſtändigkeitstheſe iſt aber nur eine Konſtruktion, die in Luxemburg auf die geſchichtlich kurzlebige Abſicht, die eigenſtaatliche Löſung des 19. Jahrhunderts zu unterbauen, zurückzuführen iſt, und die niemals die Stammes- und Sprachen-Verbundenheit mit dem trieriſchen Moſelfrankentum, alſo einem deutſchen Stammestum, aus der Welt debattieren konnte. Die lothringiſche Eigenſtändigkeitstheſe war nicht einmal zur anerkannten Staatstheorie geworden, ſondern blieb immer nur ein Wunſchgebilde romantiſcher Kreiſe von hiſtoriſierenden und politiſierenden Menſchen. Wenn man aber bei der Saar- und der luxemburgiſchen Bevölkerung die Deutſchſtämmigkeit durchgehend feſtſtellen kann, ſo muß man anerkennen, daß ſich durch den lothringiſchen Raum eine Volkstumsgrenze zieht. Franzöſiſches und deutſches Volkstum haben hier einander gegenübergeſtanden und ſich durch viele verſchiedene politiſche Löſungen räumlich ineinandergeſchoben. Bei den lothringiſchen Leiſtungen muß man daher ſchon von Fall zu Fall entſcheiden, ob ſie deutſcher oder franzöſiſcher Art ſind. Man kann ſie weder als eigenſtändig noch als allein deutſch oder allein franzöſiſch anſprechen. Mit dieſer Sachlage muß man bei dem vergangenen Geſchehen im häufig umgegliederten Grenzland nun einmal rechnen. Selbſt in dem Geſchehen im Kerne von Nanzig, der ſoeben rund zwei Jahrhunderte einheitlicher Geſchichte im franzöſiſchen Staatsverband hinter ſich hat, ſind die Grundzüge nicht ausgeſprochen einſeitig geworden. Vieles erklärt ſich auch da als auf deutſchen Urſprung zurückgehend. Vieles iſt das Werk einer nach dem Jahre 1871 eingetretenen ſtaatlichen, aber nicht grundſätzlichen Loslöſung vom Reichsland Elſaß-Lothringen. Das Gebiet von Nanzig, deſſen Wirtſchaftsſtil ein ſtärkeres Sondergepräge im Geſamtſtil des Induſtriegebietes einnimmt, iſt ſicherlich am meiſten franzöſiſches Werk, aber es iſt doch keineswegs in einem einfachen Sinne ein franzöſiſcher Oſten, ſondern es gehört auch zur Grenzzone der induſtriellen Arbeit des deutſchen Weſtens.

Den induſtriellen Aufbau des ſaarbrückiſchen Wirtſchaftsgebietes hat das deutſche Volk, insbeſondere die einheimiſche Saarbevölkerung, vollzogen. Wir finden in der Saarwirtſchaftsgeſchichte wohl einzelne Daten der Zuwanderung, z. B. wandern lothringiſche und naſſauiſche Glasmacher, Schmiede aus Schleiden in der Eifel, die Familie Röchling [25a] aus der Grafſchaft Mark zu. Aber im großen und ganzen bleibt es mit dieſen Zuwanderungen bei Ergänzungen, den Block der Träger des Wirtſchaftslebens ſtellen immer die Einheimiſchen, die Leute aus dem Saartal und aus den Nebentälern, dazu die vom Hunsrück, vom Hochwald und aus der Weſtpfalz. Seit Generationen ſind die Menſchen an der Saar, gleichermaßen in den Unternehmer- und den Arbeiterfamilien, dem Bergbau und der Induſtrie ihrer Heimat verbunden. Eine Arbeitspolitik im Sinne der Pflege dieſer Verbundenheit iſt hier ſchon lange betrieben worden. Wenn die große Ausgeſtaltung der Induſtrie auch hier erſt in der jüngeren Vergangenheit erfolgt iſt, ſo weiſt der Vorgang der Induſtrialiſierung des Kernes von Saarbrücken doch ſchon alte Wurzeln auf. Die Ausgeſtaltung konnte daher auch immer faſt ganz als Ausbau aus der Entwicklung der einheimiſchen und der Randgebietsbevölkerung erfolgen.

Das Kerngebiet von Saarbrücken gewann ſeine geſunde Entwicklung beſonders aus der merkantiliſtiſchen Wirtſchaftspolitik, die die Grafen und Fürſten von Naſſau-Saarbrücken vor dem franzöſiſchen Vormarſch um 1793 betrieben hatten. Ein Entſchluß dieſer Politik ſollte beſonders wichtig werden: die Verſtaatlichung des Steinkohlenbergbaues im Jahre 1750 durch den aktivſten der Saarfürſten, Wilhelm Henrich. Seither iſt der größte Teil der Bergwerksanlagen an der Saar fiskaliſcher Beſitz geblieben. 1815—1919 waren die Gruben preußiſcher Staatsbeſitz und 1935 mit der Rückgliederung der Saar gingen ſie in Reichsbeſitz über. Nur in den Zeiten, in denen Frankreich bis an den Rhein vorſtieß, kam die Verwaltung in franzöſiſche Hände, und zwar von 1791—1815 und von 1919—1935. Der preußiſche Fiskus als Unternehmer und Arbeitgeber im Kohlenbergbau hat eine vor- und umſichtige Förderungs- und Arbeitspolitik betrieben, die den Wirtſchaftsſtil des ganzen Kernraumes zu prägen vermochte. Auch in den anderen Induſtriezweigen wurde eine große Kontinuität der Unternehmerfamilien gewahrt, die ihrerſeits wieder an einer den Werken verbundenen Stammarbeiterſchaft intereſſiert waren. Dieſe Arbeiter hielten nicht nur die konjunkturellen Ausſchläge der Wirtſchaftslage bei ihren Firmen aus, ſondern gingen mit Eifer auch bei den ſtrukturellen Wandlungen mit und wuchſen in die ſich immer weiter verfeinernden Aufgaben der Produktion hinein. In den Reihen der techniſchen und kaufmänniſchen Angeſtellten fand ſtets eine Bewegung über den ganzen weſtdeutſchen Raum hinweg ſtatt, aber dabei waren die Einheimiſchen ebenſo im größeren Rheinraume tätig wie andere Weſtdeutſche an der Saar. Eine eigene kaufmänniſche oder techniſche Hochſchule hatte der deutſche Saar-Moſel-Raum nicht, er gehörte vielmehr zum Einzugsgebiet der rheiniſchen Hochſchulen.

Die Produktionstechnik an der Saar, die ſelbſtverſtändlich deutſchen Stil hat, liegt ganz eingebettet in die deutſche Fortſchrittsfront, ohne darin eine Beſonderheit darzuſtellen. Die Analyſen der Saarkohlen und die Verſuche ihrer Verkokung und Aufſchließung erfolgen völlig im Rahmen der deutſchen Kohlechemie und -technik, einzelne Beſonderheiten gibt nur der Rohſtoff auf. In der gleichen Weiſe liegen die Verhältniſſe bei der Arbeitstechnik der Eiſeninduſtrie und der Glaswirtſchaft an der Saar, ſowie in den anderen, gerade auch den neuen Ergänzungszweigen des ſaarbrückiſchen Kernwirtſchaftsſyſtems.

Der induſtrielle Aufbau in Luxemburg wurde nicht ſo ausſchließlich von der einheimiſchen Bevölkerung getragen, wie das an der Saar der Fall war. Wohl hat es auch in Luxemburg ein älteres Gewerbe gegeben, z. B. in der Eiſen-, Leder- und keramiſchen Branche. Aber nur Teile davon haben den Anſchluß an die neuzeitliche Induſtrialiſierung gefunden, andere Teile leben in einem frühinduſtriellen Stil neben der Großinduſtrie weiter oder ſind verkümmert. Die Großinduſtrie ſelbſt iſt in ihrem Aufbau unter ſtarker Einflußnahme anderer Wirtſchaftsbezirke geſchaffen worden. Durch die ſtaatliche Zugehörigkeit zum Deutſchen Bund bis 1867, die Zollbindung von 1842—1919 (Anſchluß an den Deutſchen Zollverein bzw. das Deutſche Reich), durch die Abhängigkeit von deutſcher Kohle und die Verkehrsbande war die Luxemburger Montaninduſtrie eindeutig auf das Deutſche Reich ausgerichtet, wobei zeitweiſe, vor allem am Anfang der Induſtrialiſierung, begrenzte belgiſche und franzöſiſche Einflüſſe zu verzeichnen waren.

[25a] Nutzinger-Böhmer-Johannſen, Fünfzig Jahre Röchling Völklingen, 1931, S. 7. — Mitglieder dieſer Familie haben ſeit der Mitte des 18. Jahrhunderts zunächſt als Helfer der fürſtlich-ſaarbrückiſchen Wirtſchaftspolitik, ſpäter in eigenen Unternehmungen große Pionierleiſtungen beim Aufbau des ſüdlichen Montan-Induſtriegebietes vollbracht. Der Einfluß ihrer Unternehmertätigkeit erſtreckte ſich in alle drei Kerngebiete und trug immer wieder viel zu deren deutſcher Ausrichtung bei. Die Nachweltkriegszeit übertrug der Familie Röchling zu der wirtſchaftlichen Führungsaufgabe auch eine wichtige Stellung im Kampfe für die Deutſcherhaltung des Saargebietes.

Ihren Abſatz ſuchte in den erſten Jahrzehnten des neuen Induſtrieaufbaues die Hauptmaſſe der luxemburgiſchen Erzeugniſſe am deutſchen Markt. Dahin wies auch das älteſte Roheiſenkartell des ſüdweſtlichen Induſtriegebietes, das im Jahre 1879 weſentlich durch den in Koblenz ſeßhaften Eiſenhändler Carl Spaeter zuſammengebrachte „Lothringiſch-Luxemburgiſche Comptoir für den Verkauf von Roheiſen" mit dem Sitz in der Stadt Luxemburg. Den Koks für die luxemburgiſchen Werke, das wichtigſte Bezugsgut, lieferte zu über neun Zehnteln das rheiniſch-weſtfäliſche Induſtriegebiet. Das alles mußte in der Zeit vor dem Weltkriege den Anſchluß der luxemburgiſchen Induſtrie an Deutſchland verſtärken und die anderen Einflüſſe in den Hintergrund drängen. Der franzöſiſche Anteil wurde bedeutungslos, der belgiſche, der ſich halten konnte, machte aber die Ausrichtung der Verflechtungslinien nach Deutſchland hin mit und beteiligte ſich ſogar ſelbſt an der Randgebietsbildung über Trier hinaus ins Moſeltal.

Den eigenen Anteil der Luxemburger an der Induſtrie ihres Raumes kann man folgendermaßen umſchreiben. Die älteren Unternehmerfamilien blieben, ſoweit ſie biologiſch tatkräftig waren, am Geſchehen beteiligt. Ihre familiären Beziehungen weiſen vielfach nach Belgien, aber auch zu den anderen Kernen des ſüdweſtlichen Induſtriegebiets. An der Kapitalaufbringung ſind die Einheimiſchen beteiligt, aber nicht ausſchlaggebend. Die techniſche und kaufmänniſche Angeſtelltenſchicht ſtellen vorwiegend die Einheimiſchen, zumal dieſe dafür eine gute Eignung aufweiſen und ſeit langem auch durch in techniſcher Hinſicht vorzügliche Fachſchulen gehen können[26]. Eine arteigene „luxemburgiſche" Technik aber gibt es nicht. Die Arbeiterſchaft konnte ſeit dem Aufſchwung der Eiſeninduſtrie nicht mehr ausreichend aus Einheimiſchen rekrutiert werden, obwohl es den einheimiſchen Induſtriearbeiter auch in recht beachtlicher Anzahl gibt. Ihm wird nachgerühmt, daß er „als intelligent, ſauber und fleißig bekannt iſt". Aber der induſtrielle Aufſchwung des luxemburgiſchen Anteils am Induſtriegebiet vollzog ſich zu raſch, als daß die Einheimiſchen alle benötigten Kräfte hätten ſtellen können. Somit mußten ſeit dem ausgehenden 19. Jahrhundert auswärtige Arbeiter herangezogen werden, zunächſt die ſog. „Luxemburggänger", die aus den Randgebieten kamen, vor allem aus der Eifel und aus dem ſüdlichen Belgien. Gerade für die Bevölkerung dieſer Bergländer wurde der in Wanderarbeit erworbene Arbeitslohn aus dem luxemburgiſchen Induſtriebezirk zu einer wichtigen Unterhaltsquelle. Später traten zu den Luxemburggängern Ausländer, vielfach Italiener. Nach dem Weltkriege wurden die Luxemburggänger zu einem großen Teile ſogar von den weiter her kommenden Ausländern verdrängt.

Den altreichsdeutſchen Anteil an der luxemburgiſchen Induſtrie kann man deshalb nicht einheitlich beſtimmen, weil er nach dem Weltkriege unter politiſchem Druck der Verſailler Signatarmächte aufs ſtärkſte beeinträchtigt worden iſt[27]. Beim Aufbau ſind es vor allem die zwei Jahrzehnte von 1898—1918 geweſen, die am meiſten von deutſcher Seite getragen wurden. Deutſche Unternehmer wie Hugo Stinnes und Emil Kirdorf haben damals das großinduſtrielle Gepräge der ſüdluxemburgiſchen Landſchaft geſchaffen. Die kaufmänniſche Organiſation und der techniſche Betrieb trugen den deutſchen Stil, zuerſt in den größten Werken und dann, ſich ausbreitend, allgemein in der Induſtrie des Luxemburger Landes. Dieſer Stil iſt nach 1919 weiter entwickelt worden, wenn auch die Firmenſchilder damals franzöſiſche Formen annahmen.

Den Aufbau der modernen Induſtrie Nordlothringens haben deutſche Kräfte in ganz beſonders ſtarkem Maße getragen. Die alten lothringiſchen Eiſenwerke waren

---

[26] Erich Borchers wies in der Kölniſchen Zeitung Nr. 471 vom 15. 9. 1940 darauf hin, daß Luxemburg „ſeit jeher ſehr bedeutende Eiſenhüttenleute auch nach Deutſchland abgegeben" hat.

[27] Vgl. auch meinen Beitrag „Rheiniſch-Luxemburgiſche Wirtſchaftsverflechtung" in „Deutſchlands Wirtſchaftsverflechtung mit ſeinen weſtlichen Nachbargebieten". Köln 1940, Schriften der Wirtſchaftskammer Köln, S. 97—104.

Unternehmungen des einheimiſchen Adels geweſen. Deſſen Namen ſind teilweiſe verwelſcht, auch wenn ſich die Herkunft der Geſchlechter aus dem deutſchen Sprachgebiet nachweiſen läßt, wie es z. B. bei der Familie de Lénoncourt der Fall iſt, die auf die Grafen von Elſaß zurückzuführen iſt[27a]; de Lénoncourtſche Unternehmungen ſtanden in Hayingen und Dillingen. Die Ablöſung des alten Adels hatte beſonders die Familie de Wendel, die von Koblenz ſtammte und im 18. Jahrhundert in Lothringen anſäſſig geworden iſt, vollzogen. Die großen Leiſtungen in der ſchweren Induſtrie während der Zeit vor der Einführung des Thomas-Verfahrens ſind faſt alle von dieſer Unternehmerfamilie mit lothringiſchen Kräften erſtellt worden. Von den de Wendelſchen Werken wurden bereits vor der Erfindung des Thomasſtahls Minette-Erze verhüttet und dann als Guß- und Schweißeiſen verarbeitet. Dieſe damalige Tätigkeit zwang auch Saarwerke, dem Beiſpiel zu folgen. Nach der Erfindung des Thomasſtahls haben die Wendelſchen Werke als erſte auf der im Jahre 1871 franzöſiſch verbliebenen Weſtſeite des Minette-Bezirks das neue Verfahren verwendet. Zähe Pionierarbeit haben die Männer der Familie de Wendel an Lothringens Eiſen und Kohle geleiſtet, und ſie haben bis in die jüngſte Gegenwart immer eine führende Stellung innegehabt. Die Familie, obwohl deutſcher Herkunft, war ſchon vor der napoleoniſchen Zeit auf die franzöſiſche Seite getreten und iſt bei dieſer Entſcheidung geblieben, wenn ſie auch, wie Schlenker[28] ihr beſcheinigt, zwiſchen 1871 und 1914 loyal im deutſchen Hoheitsgebiet mitgewirkt hat. Nach dem Weltkriege wurde die Stellung de Wendelſcher Familienmitglieder in der franzöſiſchen Schwerinduſtrie ſehr ausſchlaggebend; jahrelang gehörten einige von ihnen zur Leitung des Comité des Forges. Sehen wir einmal von dem Sonderfall de Wendel ab, ſo betreten wir mit der Abſicht, den deutſchen Anteil an der Entwicklung Nordlothringens feſtzuſtellen, ein ſchier unüberſehbares Feld deutſcher Arbeit.

Vor dem Jahre 1878 war die lothringiſche Induſtrie noch in ihren Kinderſchuhen. In den damaligen induſtriellen Anſätzen ſteckte nur ein geringer Einfluß aus dem Deutſchen Reiche, der ſich vor allem von der Saar aus entwickelt hatte. Es kamen weiter einige Beteiligungsbeſtrebungen auch von abgelegeneren deutſchen Werken hinzu, etwa von ſolchen auf der Rheinfront (z. B. der Rheinböller Hütte). Die alten lothringiſchen Gewerbe mußten nach dem Jahre 1871 Umſtellungen vornehmen. Sie ſahen ſich vom franzöſiſchen Markte, in den ſie jahrzehntelang eingefügt geweſen waren, abgedrängt, ſuchten in Deutſchland Abſatz und ſtießen auf den Wettbewerb der deutſchen Induſtrie. Vor allem war die deutſche Eiſeninduſtrie damals ein überlegener Wettbewerber, weil ſie in ihren ſtärkeren Werken Stahl nach dem Beſſemer-Verfahren herſtellte, von dem der lothringiſche Bezirk ja wegen der Zuſammenſetzung ſeiner Erze ausgeſchloſſen war. So war die Lage des Bezirks nach 1871 zunächſt nicht roſig. Dennoch begannen gleich nach der Umgliederung im deutſchgewordenen Teile reichsdeutſche Unternehmungen zu wirken. Sie erwarben Erzfelder und nahmen auch Roh- und Schweißeiſen ab. Das Tempo der Einflußnahme ſtieg, nachdem feſtländiſche Werke, geführt von nordweſtdeutſchen Unternehmen, Lizenzen auf die Thomasſchen Patente genommen hatten. Von nun an wurden die Erzkäufe reger, immer größere Teile der raſch genauer durchforſchten Lagerſtätte[29] gingen an deutſche Beſitzer, neue Gruben- und Hüttenanlagen wurden aufgeführt, neue Unternehmungskombinationen wurden geſchaffen. Deutſche Betriebsführer, kaufmänniſche und techniſche Angeſtellte, deutſche Arbeiter nahmen im aufblühenden Induſtriekern Arbeitsplätze ein und gaben dem ganzen Werktag dieſer Landſchaft einen neuen Rhythmus. Vor allem im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erlebte der damals deutſche Teil Nordlothringens einen beſonders ſtarken Aufſchwung. Die letzten Anlaufſchwierigkeiten waren behoben und überall war auch hier der mächtige Schwung, der die deutſche Induſtrialiſierung getragen hat, eingezogen.

[27a] „Der Begründer des Geſchlechts, Olderich von Nanzig, war ein Bruder des Grafen Gerhard von Elſaß“. H. van Ham, 250 Jahre Dillinger Hütte, 1935, S. 25, dortſelbſt ein genauer Quellenbeleg.

[28] a. a. O., S. 187.

[29] „Bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts war nämlich über das Minette-Vorkommen die Lehre verbreitet, daß die Minettelager nur in der Nähe des Ausgehenden bauwürdig ſeien, und daß ſie tiefer im Gebirge an Güte einbüßten. Die erfolgreichen Bohrungen im ehemaligen Deutſch-Lothringen, die in den 70er Jahren die Minettelager weitab vom Ausgehenden in guter Beſchaffenheit erſchloſſen, warfen dieſe Lehre über den Haufen.“ In: „Die wirtſchaftliche Entwicklung Elſaß-Lothringens 1871 bis 1918“, S. 60.,

Schon bald nach der Einführung des Thomasverfahrens wurden die zuerſt aktiveren Saarleute von den niederrheiniſchen Unternehmern eingeholt und überflügelt, die in breiter Front mit Kaufleuten, Technikern und Werkmeiſtern, in geringerer Zahl auch mit Arbeitern herankamen. Auch mitteldeutſche Kräfte ſchalteten ſich ein. Überall, wo Deutſche ſich induſtrielle Aufgaben ſuchten, prüften ſie auch ihre lothringiſchen Ausſichten, und da dieſe ſich vor dem Weltkrieg ſtändig erweiterten, fand das neue Induſtriegebiet Zuwanderer aus allen deutſchen Stämmen. Deutſchlothringen unterſchied ſich damit aber in keiner Weiſe vom Ruhrgebiet oder von der Reichshauptſtadt. Jedes raſch aufblühende Wirtſchaftsgebiet muß mit ſolchem Zuzug rechnen. Die Zuwanderung von deutſchen qualifizierten Kräften reichte aus, dagegen nicht die der ausführenden Arbeiter. Auch darin unterſchied ſich die lothringiſche Situation nicht von der des Ruhrgebietes, das in jenen Vorweltkriegsjahrzehnten viele ausländiſche Arbeiter übernahm. Nur war die dadurch entſtehende Arbeiterfrage im Grenzland Lothringen von weiterreichender Bedeutung.

Die deutſche Induſtrie verfügte zu jener Zeit über eine reiche Ausſtattung mit Kapital, und ſie begann mit deſſen Einſatz im lothringiſch-luxemburgiſchen Induſtriebezirk, deſſen Bedeutung für die deutſche Volkswirtſchaft immer mehr erkannt wurde. Älteren franzöſiſchen und belgiſchen Kapitaliſten konnten immer häufiger ihre lothringiſch-luxemburgiſchen Kapitaltitel abgekauft werden. Bald überſchritten Deutſche auch auf recht breiter Front die neue ſtaatliche Grenze und erwarben Bergwerks- und Induſtrieanlagen im franzöſiſch gebliebenen Teile Nordlothringens. Die einfachſte Art, an der Förderung in der hochgehaltigeren weſtlothringiſchen Lagerſtätte beteiligt zu werden, war die des Ankaufs von Erz. Jedoch gingen auch hier die Abſichten der Induſtrie auf eine nähere Verbindung aus. Von deutſcher Seite wurden Beteiligungen oder auch der Erwerb einzelner Konzeſſionen und Werke angeſtrebt, ein Bemühen, das weithin die Unterſtützung der weſtlothringiſchen Induſtrie fand, weil dieſe als Gegenleiſtung Kohlengerechtſame im nordweſtdeutſchen Induſtriegebiet erwarb. Kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges hat L. Bruneau in der dritten Auflage ſeines Werkes „L'Allemagne en France, enquêtes économiques“ (Paris 1914) die deutſchen Beteiligungen auf dem damaligen franzöſiſchen Hoheitsgebiet einzeln aufgeführt. Sein Ergebnis lautet: „Dix-huit concessions du bassin de l'Est, s'étendant sur plus de 10.000 ha, — le septième de ce bassin — et dix concessions normandes comprenant 7.300 ha, — la moitié des gisements de l'Ouest, — tels sont les chiffres indéniables et précis qui résument le bilan des conquêtes allemandes sur notre domaine minier. Les grandes firmes métallurgiques d'outre-Rhin ont ainsi sous leur dépendance le cinquième en superficie des richesses de notre sous-sol, qu'elles possèdent soit en pleine propriété, soit par suite de participations dont la plupart leur confèrent des droits presque absolus, soit indirectement, par l'intermédiaire de sociétés qui, si elles n'ont pas été créées par les maîtres de forges de la Ruhr n'en ont pas moins été fondées dans le but exclusif de servir leurs intérêts industriels.“[30]

Mit zunehmender Verſteifung der politiſchen Lage wurde den deutſchen Beſitzern das Arbeiten auf franzöſiſchem Gebiet in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des Weltkrieges mehr und mehr verleidet. „Da wurde die Anlage einer neuen Straße lange Zeit verzögert, dort wurden der Genehmigung zum Bau von Eiſenbahnanſchlüſſen Schwierigkeiten bereitet oder die Errichtung von Gruben- und Seilbahnen nur nach langen Verhandlungen zugelaſſen“, heißt es in einer deutſchen Denkſchrift jener Zeit. Die Erteilung von Konzeſſionen an deutſche Bewerber wurde möglichſt umgangen. So blieb der deutſche Anteil am Aufbau der weſtlothringiſchen Seite begrenzt, weil die hohe Politik ihn möglichſt klein zu halten verſuchte. Am geſamten induſtriellen Geſchehen im nordlothringiſchen Induſtriekern aber war um das Jahr 1910 der deutſche Anteil der weitaus mächtigſte vor allen Mitbeteiligten. Der deutſche Induſtrieſtil gab das Richtmaß für die anderen Teilhaber ab. Dieſe Feſtſtellung gilt ſogar auch für den eiſeninduſtriellen Teil des Kernes um Nanzig.

---

[30] a. a. O., S. 87.

Im Weltkrieg wurde der deutſche Einfluß auf die lothringiſche Wirtſchaft noch geſteigert. Faſt der ganze nordlothringiſche Induſtriebezirk wurde kurz nach Kriegsbeginn von deutſchen Truppen beſetzt, und hinter der deutſchen Front konnten wichtige Teile der induſtriellen Prozeſſe fortgeſetzt werden. In den Jahren des Weltkrieges wurden weitere Werksanlagen von deutſcher Seite errichtet, andere wurden ausgebaut. Allerdings ging damals die Verarbeitung ſtark zurück, wohingegen die Erzförderung recht gut gehalten werden konnte. Damit ſtiegen die Erztransporte zu den Saar- und den rheiniſch-weſtfäliſchen Hütten wieder an, und zwar entſprechend den Schwierigkeiten des Arbeitseinſatzes, die ſich der Fortführung der Verarbeitung in Lothringen entgegenſtellten. Hinzu traten Verarbeitungserſchwerungen dadurch, daß der lothringiſche Raum Maſchinen und Geräte für die Durchführung der innerdeutſchen Kriegsproduktion abgeben mußte. Im Verlaufe des Krieges wurden nichtdeutſche Einflüſſe dann auch zwangsweiſe zurückgedrängt. So wurde insbeſondere der de Wendelſche Beſitz eingezogen und an deutſche Firmen veräußert. Andere Betriebsanlagen wurden durch Kriegsereigniſſe zerſtört, vor allem auf der damals franzöſiſchen Seite des nordlothringiſchen Kernes und im Randgebiet der Ardennen. Mehr als vier Kriegsjahre in einem Induſtriegebiet mußten ſich ja ſchließlich in dieſer Richtung bemerkbar machen. Aber über alle Zerſtörungen und Störungen hinweg blieb der Hauptteil der lothringiſchen Induſtrieanlagen doch leiſtungsfähig, und zwar nicht zuletzt dank der Initiative, die von der deutſchen Verwaltung und von ihren kriegswirtſchaftlichen Hilfskräften entfaltet wurde.

Nicht nur die Organiſation der Produktion, ſondern auch die des Vertriebs nahm im nordlothringiſchen Induſtriebezirk ſeit dem Aufblühen der Eiſeninduſtrie das für die deutſche Induſtriewirtſchaft typiſche Gepräge an. Der größere Individualismus der franzöſiſchen und belgiſchen Induſtriellen kam hier nicht zum Zuge, ſondern die deutſchen Formen der Bindung der Produzenten in Marktverbänden ſetzten ſich durch. Deutſche Unternehmer waren die tragenden Köpfe der Kartellierung. Die Verkaufs- und Preispolitik der geſchloſſenen ſüdweſtlichen Eiſeninduſtrie wurde um die Jahrhundertwende ſogar zur ausrichtenden Komponente für das ganze deutſche eiſeninduſtrielle Angebot. Im Jahre 1904 glichen ſich die nordweſtliche und die ſüdweſtliche Gruppe der auf der Rheinachſe liegenden Stahlwerke im Deutſchen Stahlwerksverband in ihren Marktabreden einander an.

Dieſe Schulung der ſüdweſtlichen Eiſeninduſtrie an den Grundſätzen des Marktverhaltens der in Bindung und Verpflichtung ſich ordnenden deutſchen Wirtſchaft hat über den Weltkrieg hinaus nachgewirkt. Im Südweſten waren ſtändig Beſtrebungen im Gange, aus den eigenwilligen Einzelunternehmungen Gruppierungen zu formen, die einen geſchloſſenen Einſatz ermöglichten. Es braucht nur an die regionalen oder an die großräumlichen Kartellbeſtrebungen erinnert zu werden, die in Luxemburg und Lothringen immer auf guten Willen ſtießen[31]. Der Gedanke der internationalen Eiſen- und Stahlkartelle fand vor allem bei den luxemburgiſchen Induſtriellen die ſtärkſten Befürworter. Der erſte kontinentale Zuſammenſchluß in der Zeit nach dem Weltkriege, die internationale Rohſtahlgemeinſchaft, nahm auch im nordlothringiſchen Kerngebiet ſeinen Sitz. Später trat die Internationale Rohſtahl-Exportgemeinſchaft an die Stelle des erſten Zuſammenſchluſſes. Sie wurde flankiert von Spezialverbänden, wie z. B. dem internationalen Schienenkartell, dem Walzdrahtverband und anderen, die auch wiederum ihren Verwaltungsſitz teilweiſe im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet nahmen. Der politiſch zerſchnittene Kern eines in ſich einheitlichen Induſtriegebietes ſuchte auf dieſem Wege der internationalen Verſtändigung die einheitliche Ausrichtung ſeiner Tendenzen und bediente ſich dabei des deutſchen Verfahrens.

Der Anteil der Einheimiſchen in Lothringen

Offengeblieben iſt bisher die Frage, wieweit die Lothringer ſelbſt am Aufbau der neuen Lebensgrundlagen ihres Heimatbezirkes mitgearbeitet haben. Bis zu einem gewiſſen Grade haben ſie das neue Geſchehen über ſich hinwegziehen laſſen, ohne ſehr daran beteiligt zu ſein. Die eingeſeſſenen Unternehmerfamilien ſind gering an Zahl. Eher finden ſie ſich noch auf dem im Jahre 1871 franzöſiſch verbliebenen Teile, zumal ſie durchweg innerlich auch dorthin neigten, auch wenn ſie durch unverkennbar deutſche Familiennamen als aus dem deutſchen Sprachgebiet ſtammend ausgewieſen waren. Die techniſche und kaufmänniſche Angeſtelltenſchaft und die Arbeiterſchaft konnten in allen Jahrzehnten des Aufbaues der Induſtrie nicht ausreichend in Lothringen ſelbſt ergänzt werden. Wohl fanden die ſich meldenden Einheimiſchen Arbeitsplätze, aber die vorhandenen Arbeitsplätze wurden von den Einheimiſchen ſeit den 1880er Jahren nicht mehr voll beſetzt. Im reichsländiſchen Lothringen fanden noch am eheſten die Wendelſchen Unternehmungen einheimiſche Arbeitskräfte. Die Bevölkerungsentwicklung des lothringiſchen Stammes war ſeit längerer Zeit gering. Mehrmals haben Auswanderungs- und Ausweiſungswellen dann noch an der Subſtanz gezehrt. So kommt es, daß ſelbſt die lothringiſche Landwirtſchaft unter Leutemangel leidet, andererſeits die Landflucht aber auch nicht zur Speiſung des induſtriellen Kräftebedarfs ausreichte.

---

[31] Die Einzelheiten der Entwicklung dieſer Zuſammenſchlüſſe ſind in dieſer Unterſuchung ohne Intereſſe. Über die regionalen Kartelle berichtet ausführlich R. Bühler in ſeiner Diſſertation über „Die Roheiſenkartelle in Frankreich, ihre Entſtehung, Entwicklung und Bedeutung von 1876 bis 1934". = Züricher volkswirtſchaftliche Forſchungen, Bd. 23. Zu den internationalen Eiſenverbänden vgl. die Köln. Wiſo.-Diſſ. von Carl Graeff, Die internationalen Eiſenverbände, 1935.

Man hat im Schrifttum häufiger eine grundſätzliche Ablehnung der Mitarbeit bei dem Geſchehen der Eiſeninduſtrie ſeitens der Einheimiſchen betont. Auch die lothringiſchen Romane von E. M. Mungenaſt pflegen dieſe Leſart, deren frühe Faſſung von H. Germain[32] ſtammt. Es liegt in ihr wieder einmal mehr die romantiſche Induſtriefeindſeligkeit von Utopiſten vor, die ſelbſt tagtäglich Induſtrieprodukte verbrauchen, gar ohne ſie unmöglich wären, aber über den Induſtrieprozeß von einem Phantaſieplatz im Schlaraffenland aus philoſophieren zu dürfen glauben. Nüchtern die Frage der Einſtellung der Lothringer zu Bergbau und ſchwerer Induſtrie erörtert, ergibt ſich, daß viele, die anderwärts ihr Brot finden, hier wie überall den ſchwerſten Arbeiten ausweichen, daß ferner die vorhandenen Einheimiſchen zur Beſetzung aller Arbeitsplätze gar nicht reichen konnten, wenn die alten Wirtſchaftszweige nicht vernachläſſigt werden ſollten. Es ergibt ſich aber ebenſo, daß viele Lothringer die neuen Berufsmöglichkeiten wahrnahmen, daß ſie die techniſchen und kommerziellen Fertigkeiten induſtrieller Berufe erlernten und dann mit und in der Induſtrie von Generation zu Generation mehr zu leben lernten.

6.

Die franzöſiſche Machtpolitik

Auch Franzoſen waren als Unternehmer, Ingenieure, Kaufleute und Arbeiter am Aufbau der Produktion und an der Geſtaltung der Verflechtungsſtränge des Montan-Induſtriegebietes an Moſel und Saar beteiligt[32a]. Frankreich hat bei der Anlage des Netzes der Verkehrswege im und zum ſüdweſtlichen Montan-Induſtriegebiet vieles im Straßen-, Bahn- und Waſſerſtraßenbau geleiſtet. Doch liegt in dieſen Aufbauſteinen, die von franzöſiſcher Seite zum Aufbau dieſes kontinentalen Induſtriegebietes beigeſteuert worden ſind, nicht das Entſcheidende. Im franzöſiſchen Wirken hatte, aufs Ganze geſehen, immer die Machtpolitik einen tonangebenden Einſchlag. Der franzöſiſche Staat diktierte die Tendenz. Sein Machtbereich ſollte nach Oſten ausgedehnt werden oder es ſollten mindeſtens die erreichten Ausweitungen nicht wieder aufgegeben werden müſſen. Dieſe politiſchen Abſichten, ob ſie als Streben für die „revanche“ oder für die „sureté“ eingekleidet erſchienen, formten das ganze franzöſiſche Verhalten dem ſüdweſtlichen Gebiet gegenüber. Darüber konnten auch wirtſchaftliche Möglichkeiten der Entfaltung des Raumes zu Bruch gehen. Wenn ſich damit die Machtabſichten fördern ließen, wurde das unbedenklich hingenommen.

---

[32] „Die Lage der Eiſeninduſtrie-Arbeiter Lothringens“ im 23. Band des Jahrbuchs der Geſellſchaft für lothringiſche Geſchichte und Altertumskunde. Metz 1912, S. 447ff.

[32a] Erinnert ſei beiſpielsweiſe an die unternehmeriſchen Leiſtungen bei der Gründung bedeutender weitverzweigter Werke, etwa der „Stahlwerke von Longwy“, der „Hochöfen von Saulnes“, der „Hochöfen und Gießereien von Pont-à-Mouſſon“, an Unternehmer wie Raty, Laurent und Dreux, an die techniſche Ausgeſtaltung des Produktionsapparates auf der Weſtſeite des nordlothringiſchen Kernes, an die Aufnahme von wertvollen Verflechtungsbeziehungen ins Innere Frankreichs und zum eiſen- und phosphatreichen nordafrikaniſchen Kolonialgebiet. Das handwerkliche Gepräge des franzöſiſchen Induſtriearbeiters gab manchen Werksabteilungen den Zug zum formvollendeten Werkſtück, beſonders in einigen Richtungen der Weiterverarbeitung.

Zur vollendeten Anwendung kam das machtpolitiſche Streben im Induſtriebezirk erſt nach der letzten Jahrhundertwende. In den erſten Jahrzehnten des Aufbaues des Induſtriebezirks hatten die politiſchen Tendenzen noch nicht die volle Anſatzfläche. Die Niederlage der Politik Napoleons III., die Verlagerung des franzöſiſchen Aktivismus nach Nordafrika, aber auch die Anfänge der Induſtrie, die aufſtrebende Wirtſchaft in der Zone von Luneville über Briey und Longwy bis in die Ardennen, die Freude darüber, daß bei der Grenzziehung von 1871 doch der größere Teil des Minettelagers bei Frankreich verblieben war, — das alles wirkte zunächſt abſchwächend auf die franzöſiſche Politik an der oberen Moſel. Doch kam dann eine Verſchärfung nach der anderen. Die politiſche Stimmung der Franzoſen erhitzte ſich immer mehr an lothringiſchen und elſäſſiſchen Fragen. Während man techniſch und wirtſchaftlich der Nachfolgende, teilweiſe auch der Unterlegene blieb, trumpfte man in den politiſchen Forderungen um ſo mehr auf. Man erſchwerte den Deutſchen das Arbeiten im franzöſiſch verbliebenen Teile des Bezirks von Briey. Man nahm einen Frachtenkampf um die lothringiſchen Zu- und Abfuhren mit den deutſchen Verkehrswegen auf, indem man Dünkirchen, Paris und andere Plätze Frankreichs durch verbilligte Frachtſätze auf Lothringen hin ausrichtete.

Der Ausgang des Weltkrieges brachte dann die Möglichkeit, die franzöſiſchen Machttendenzen voll zur Geltung zu bringen. Die Grenze wurde auf die zwiſchen 1815 und 1871 gültige Linie vorverlegt, damit fielen die Trennungslinien im Briey-Diedenhofener Lager und im Salzlager zwiſchen Saaralben und Nanzig fort. Frankreich war das Land mit den mächtigſten Eiſenerzlagern in Europa geworden. Der Kernraum von Saarbrücken wurde als „Saargebiet" vorläufig zum franzöſiſchen Wirtſchaftsgebiet geſchlagen. Luxemburg mußte die Zollunion mit dem Deutſchen Reiche aufgeben. Jetzt ſollte es ein Kinderſpiel ſein, ſo meinten die franzöſiſchen Politiker, den deutſchen Einfluß im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet vollſtändig zu beſeitigen und ein franzöſiſch geprägtes Revier zu ſchaffen, das zugleich befähigt ſein ſollte, wichtige Teile der deutſchen Volkswirtſchaft am Gängelband zu halten. Man hoffte nämlich, Deutſchlands Verſorgung mit Eiſenerz ſo zu beherrſchen, daß durch dieſes Stellwerk an der Baſis der deutſchen Verarbeitungswirtſchaft dieſe leicht zu kontrollieren wäre. Wenn man ſchon nicht die deutſche Eiſenverarbeitung überflügeln konnte, was angeſichts der unterſchiedlichen nationalen Eigenart im induſtriellen Produzieren zu klar auf der Hand lag, dann ſollte wenigſtens dieſe deutſche Fertiginduſtrie einer Kontrolle durch die Belieferung mit dem Ausgangsſtoff ausgeſetzt ſein. Die franzöſiſche Staatspoliitk war bereit, ihre Expanſionstendenz bei den Unternehmungen durch Prämien zu unterſtützen.

Die Vorgänge der Beſeitigung des deutſchen Einfluſſes in Lothringen brauchen im einzelnen hier nicht wiederholt zu werden, ſie ſind u. a. im Detail von P. Berkenkopf und R. Bühler dargeſtellt worden. Daß man die von deutſcher Seite während des Weltkrieges vorgenommenen Eigentumsverſchiebungen annullierte, war ſelbſtverſtändlich. Doch ging man erheblich weiter. Die nach dem Jahre 1871 nach Lothringen eingewanderten Reichsdeutſchen und auch die mit dem Bekenntnis zum Deutſchtum hervorgetretenen Lothringer wurden ausgewieſen[33]. Da der Induſtrialiſierungsvorgang im reichsländiſchen Landesteil in der ganzen Breite erſt nach dem Jahre 1871 erfolgt und überwiegend von der deutſchen Seite her getragen worden war, befanden ſich viele „Altdeutſche" im Induſtriekern von Metz, die nun faſt alle der Ausweiſungsbefehl traf. Damit wurde aber auch gegen die Träger des induſtriellen Lebensſtiles der Landſchaft gewütet. Schon hier ſah die franzöſiſche Machtpolitik nicht den mit der Induſtriebezirksbildung verbundenen Binnenwanderungsvorgang als eine ſelbſtverſtändliche Folgeerſcheinung der Ausweitung der Lebensgrundlagen an, ſondern ſie ſprach von einer beabſichtigten deutſchen Unterwanderung des franzöſiſchen Volkstums und von einem mit Zwang erreichten Eindringen in die um 1870 erkennbar geweſene Sprachgrenze. Nicht als Folge der Induſtrialiſierung, ſondern als nationale Kampfmaßnahme beurteilte die offizielle franzöſiſche Lesart die auf das Jahr 1878 gefolgte Bevölkerungsumſchichtung. Mit den Ausweiſungen traf man beſonders die deutſchen Ingenieure und Kaufleute und damit auch den Stil, in dem die Eiſenwirtſchaft bis dahin gearbeitet hatte. Die der franzöſiſchen bei Weltkriegsende weit überlegene deutſche Sozialpolitik hatte auch der lothringiſchen Arbeiterſchaft Einrichtungen verſchafft, die nun nach der Umgliederung nicht mehr zu beſeitigen waren. Das gilt insbeſondere für die Einrichtungen der Sozialverſicherung. Aber über den übernommenen Stand hinaus erfolgte danach kaum noch etwas Neues, wenn man von kleineren Ergebniſſen betrieblicher Sozialpolitik, die beſonders in den Wendelſchen Betrieben erzielt wurden, abſieht. Damit fiel der nordlothringiſche Kern bald in der ſozialen Arbeits- und Lebensgeſtaltung zurück, ſo daß nun auch dieſe Seite des deutſchen Induſtrieſtiles abbröckelte. Es bildete ſich, je weiter man an die Gegenwart herankam, eine richtige Stufenfolge des ſozialpolitiſchen Leiſtungsſtandes im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet heraus, die entſprechend dem Grade des deutſchen Einfluſſes — alſo vom ſaarbrückiſchen über den nordlothringiſchen zum mittellothringiſchen Kerne — abnahm.

---

[33] Nach H. J. von Schumann wurden in Elſaß-Lothringen nach 1918 über 300000 Menſchen zur Abwanderung gezwungen (Zeitſchrift für Geopolitik, 1940, S. 411). In dieſer Zahl ſind nicht die abgelegten deutſchen Lothringengänger enthalten.

Das deutſche Eigentum in Lothringen ſtellte die franzöſiſche Verwaltung am 20. 11. 1918 unter Sequeſter. Die deutſchen Eigentümer und Verwalter hatten es in kurzen Übergangswochen aufzugeben und an eine vorläufige Staatsverwaltung überzuleiten, von der aus es dann im Jahre 1919 und ſpäter zum größten Teile zu Schleuderpreiſen verkauft oder auf 99 Jahre verpachtet wurde. Das letzte Verfahren wählte man beſonders für die Erz- und Kohlenfelder. Als Käufer traten auf: die weſtlothringiſche Induſtrie, ſodann in betont ſtarkem Maße das innerfranzöſiſche Induſtrie- und Bank-Kapital. Bei dieſer Eigentumsumſchichtung war „eine tunlichſt enge kapitalmäßige und organiſatoriſche Verknüpfung der öſtlichen Induſtrie mit dem analogen innerfranzöſiſchen Wirtſchaftsaufbau" beabſichtigt[34]. Zur Übernahme bildeten ſich auf Betreiben des Comité des Forges Intereſſentengruppen, damit dieſe Verteilung der Beute nicht in einen Streit ausarte, der der Induſtrie ihre Happen nur verteuert hätte. Die Austilgung des deutſchen Anteils an der lothringiſchen Induſtrie ſollte dadurch dauerhaft vollendet werden, daß der franzöſiſche Staat für 15 Jahre alle Nichteingeſeſſenen und Nichtfranzoſen vom Eigentumserwerb in Lothringen ausſchloß. Unter Tarnungen ließ man allerdings belgiſche und luxemburgiſche Intereſſen beſtehen, zumal dieſe ja zumeiſt zweigleiſig waren und franzöſiſche und franzöſiſch geführte lothringiſche Einflußzonen in Belgien und Luxemburg erſchloſſen. Belgiens Schwerinduſtrie wurde damals überhaupt dazu auserſehen, mit ihrem techniſchen Können bei den franzöſiſchen Machtabſichten zu helfen. Über belgiſche Banken und auch direkt hatte franzöſiſches Kapital Einfluß auf die belgiſche Induſtrie gewonnen, und dieſer Einfluß wurde nun eingeſetzt, um die Mitwirkung der belgiſchen Induſtrie bei der Neugeſtaltung des ſüdweſtlichen Gebietes zu ſichern und um damit zugleich die belgiſche Wirtſchaftspolitik der franzöſiſchen beizuordnen.

Die mit politiſchen Mitteln durchgeführte Beſeitigung des deutſchen Einfluſſes in Lothringen wurde der Auftakt zu einer Offenſive der franzöſiſchen Wirtſchaft im deutſchen Grenzgebiet, das durch die militäriſche Beſetzung auf Jahre auch den Machtbefehlen der Ententemächte ausgeliefert war. Bei dieſer Offenſive blieb man teilweiſe auf den Pfaden, die in den früheren Konzernverflechtungen von deutſcher Seite gebahnt worden waren, nur daß jetzt die Aktivität von den neuen franzöſiſchen Herren ausging. Der Einbruch erfolgte am ſtärkſten im Saargebiet, in dem durch den im Verſailler Diktat ausbedungenen Übergang der fiskaliſchen und privaten Kohlengruben an die franzöſiſche Staatsverwaltung ein breites Einfallstor geſchaffen war. Die Mines Domaniales wurden der größte Arbeitgeber für die Saarbevölkerung, zugleich aber auch der wichtigſte Auftraggeber für die Anſtoßgewerbe des Kohlenbergbaues. Die Möglichkeiten dieſer Lage hat die franzöſiſche Politik weidlich ausgenützt; ſie verband politiſche Ziele mit der Weiterbeſchäftigung und der Auftragserteilung. Über den Saarraum hinaus wurden franzöſiſche Verſuche der Überfremdung auf der ganzen Rheinfront bei den Unternehmungen verſpürt. Auch dieſe Überfremdungsbemühungen liefen letztlich nicht um wirtſchaftlicher Ziele willen, wie man zunächſt glauben machen wollte, indem man einen Teil der Inbeſitznahme als Repreſſalie für die durch Kriegshandlungen zerſtörten nordfranzöſiſchen Kohlengruben und Induſtrieanlagen aufzog. Vielmehr gehören dieſe Bemühungen auf der ganzen Breite des Verſuchsfeldes in den Bereich der franzöſiſchen Machtträume vom Rhein als Frankreichs Oſtgrenze. Dieſem Wunſchbild zuliebe wurde auch mit wirtſchaftlichen Mitteln im Verflechtungsbereich des ſüdweſtlichen Induſtriegebietes gekämpft.

---

[34] K. Schilling, Die wirtſchaftliche Eingliederung der elſaß-lothringiſchen Montaninduſtrie in den franzöſiſchen Wirtſchaftsorganismus. Köln. Wiſo.-Diſſ. von 1931, S. 40.

Die großen Induſtriewerke an der Saar mußten ſich mit nur wenigen Ausnahmen das Eindringen franzöſiſchen Kapitals und franzöſiſcher Intereſſenvertreter gefallen laſſen. Sogar zu franzöſiſchen Neugründungen im Bankweſen und bei den mittel- und kleinbetrieblichen Produktionsrichtungen kam es[35]. Nachdem die deutſche Induſtrie aus Lothringen gewaltſam verdrängt und die Saarwirtſchaft einer noch unentſchiedenen Lage ausgeliefert war, konnte der deutſche Induſtriebeſitz im Großherzogtum Luxemburg, das nach einigem Hin und Her in den Kreiſen der Entente-Diplomatie zollrechtlich an Belgien angeſchloſſen worden war, nicht aufrechterhalten bleiben. Die deutſchen Werksabteilungen in Luxemburg waren durchweg auf lothringiſche Beziehungen angewieſen, dieſe blieben aber dem deutſchen Beſitz verſagt. So kam es im Gefolge der Entdeutſchungspolitik im ſüdweſtlichen Induſtriegebiet auch zur Aufgabe der deutſchen Anteile am luxemburgiſchen Induſtrieaufbau. Sofort ſtieß auch da franzöſiſches und belgiſches Kapital nach.

Mit der politiſchen und eigentumsrechtlichen Umgliederung war es aber nicht getan. Das Induſtriegebiet mußte wieder zur Weiterentwicklung ſeiner Anlagen ſchreiten, zwar jetzt unter anderen, eben den von der franzöſiſchen Machtpolitik geſetzten Vorzeichen. Dabei mußte man mit folgenden Schwächen der neuen Lage ſofort rechnen: die deutſchen Leiſtungen würden fehlen, der deutſche Markt und die deutſchen Kokslieferungen waren jetzt Auslandsangelegenheiten geworden. Zunächſt verſuchte man ſich mit politiſchem Diktat über die Schwächen hinwegzutäuſchen. In den erſten Nachkriegsjahren beſtimmten zwei Momente die neue Entwicklung, erſtens der Wiederaufbau der durch die Kriegshandlungen beſchädigten Landſchaften und Werke und zweitens — in beſonders hohem Grade — die mit politiſcher Macht ausbedungenen Liefer- und Bezugsmöglichkeiten zum Deutſchen Reiche. Beide bedeuteten Arbeitsmöglichkeiten. So konnte der franzöſiſchen Verwaltung die Einleitung eines weiteren Ausbaues des Induſtriegebietes gelingen. Das ſüdweſtliche Induſtriegebiet nahm zuerſt in allen drei Kernen an Produkten zu. Bei der Zunahme fällt auf, daß der Nanziger Kern relativ zurückbleibt; das beſtätigt noch einmal die hier vertretene Anſicht der in erſter Linie politiſchen Fundierung der neuen Lage: weil die politiſchen Abſichten im Nanziger Kern keine breiten Anſatzflächen vorfanden, loderte hier der neue Schwung auch kaum auf. Aber aufs Ganze geſehen gelang doch mancherlei Neues im techniſchen Betrieb. Um einige Beiſpiele zu nennen: Der Koksverbrauch bei der Erſtellung von Roheiſen aus Minetteerz konnte erheblich geſenkt werden. Der Sachverſtändige Peterſen machte darüber dem deutſchen Enquete-Ausſchuß[36] folgende Angaben: während man im Jahre 1913 für die Tonne Roheiſen 1,250 t Koks verbrauchte, kam man im Jahre 1928 ſchon mit 1,046 t Koks aus. Die Kohlenförderung im lothringiſchen Teile des ſaarbrückiſchen Kernes ſtieg raſch an und konnte in der Leiſtung faſt verdoppelt werden. Die Verkokungsverſuche mit ſüdweſtlicher Kohle zeitigten beſſere Ergebniſſe[37], die Elektrifizierung der Induſtrie machte Fortſchritte, die Moſelkanaliſierung gelang auf dem Stück, das den Nord- mit dem mittellothringiſchen Bezirk verband[38]. Aber dieſer

---

[35] F. Hellwig, Die Saarwirtſchaft und ihre Organiſationen, 1939, S. 107.

[36] a. a. O. S. 227.

[37] Auf der von den Mines Domaniales mitverwalteten Kokerei Heinitz wurde eine Spezialmethode der Verkokung entwickelt, die auf die Sorten der ſüdweſtlichen Kohle abgeſtellt war — das ſog. Salerni-Verfahren. G. Bongardt, Die geographiſchen Grundlagen der wirtſchaftlichen Beziehungen der Rheinlande und Frankreich. Köln. Wiſo.-Diſſ. von 1934, S. 45. — Nach den bereits erwähnten Ausſagen des Sachverſtändigen Peterſen vor dem Enquete-Ausſchuß wurde auch die Nebenproduktengewinnung auf den ſüdweſtlichen Hüttenkokereien, die ſtark vermehrt worden waren, ausgeweitet und z. B. auch auf die Stickſtoff-Gewinnung nach dem Claude- oder Caſale-Verfahren ausgedehnt.

[38] F. H. Hanſen weiſt (in „Elſaß-Lothringen in ſeiner heutigen wirtſchaftlichen Entwicklung", Elſaß-Lothr. Jahrb. XII, S. 297 ff.) darauf hin, daß Deutſchland dieſen Kanalbau auf Reparationskoſten ausführen mußte.

Ausbau war dazu verurteilt, Produkt einer zeitlich kurz bemeſſenen „Scheinkonjunktur“ zu bleiben.

Der Wiederaufbau ging raſch zu Ende und mit ihm hörte der dadurch hervorgerufene außergewöhnliche Inveſtitions- und mithin Eiſenbedarf auf. In den lothringiſchen Werken hatte man den Wiederaufbau, der etwa bis zum Jahre 1924 andauerte, zum Teil in einem techniſch überholten zu kleinen Maßſtabe durchgeführt, ſo daß man ſelbſt in den neueſten Werken oft nicht den jüngſten Stand der Produktionstechnik erzielt hatte. Selbſt der als Skandinavier gewiß unvoreingenommene Beobachter A. Sömme ſchreibt[39]: Les efforts de rationalisation n'ont pas été poussés aussi loin qu'ailleurs. Aber auch die anderen Hoffnungen erfüllten ſich nicht. Die Überfremdung der weſtdeutſchen Wirtſchaft mußte man von der deutſchen Erholung zurückſchrauben laſſen, ſelbſt an der Saar konnten immer mehr in franzöſiſche Hände geratene Anteile von deutſcher Seite zurückgekauft werden. Die Übergangsfriſten für zollfreie Einfuhren nach Deutſchland liefen ab, die deutſchen Kohlen- und Kokslieferungen auf Reparationskonto kamen in Wegfall. Vor allem aber gelang der deutſchen Eiſeninduſtrie die Umlagerung der großen Maſſe ihrer Erzbezüge nach Skandinavien und Überſee. Dazu kam der mit Eifer und techniſchem Können betriebene Ausbau der durch den Ausfall ihrer lothringiſch-luxemburgiſchen Werksabteilungen zunächſt ſehr verſtümmelten nordweſtdeutſchen Schwerinduſtrie. Entſtanden doch z. B. gar aus den Reſten der am meiſten zerſchlagenen Werkskombinationen der Ruhr-Lothringen-Achſe ſchließlich die Vereinigten Stahlwerke als faſt ganz nordweſtdeutſcher Unternehmungsaufbau von allergrößten Produktionsmaßen. Nur der Aachener Raum fand dieſe Erholung ſeiner Eiſenwirtſchaft nicht, das niederrheiniſch-weſtfäliſche Induſtrierevier aber, das die Franzoſen kontrollieren zu können gehofft hatten, wurde der weitaus elaſtiſchere und damit ſtärkere Partner im Ruhr-Lothringen-Verflechtungsbereich. Damit kam für den ſüdweſtlichen Induſtriebezirk, vor allem für ſeine lothringiſche Eiſenwirtſchaft, eine ſchwere Strukturkriſe zum Ausbruch. Der während des Aufbaues des Induſtriegebietes wichtigſte Markt, der deutſche, verſchloß ſich und wurde durch Druckmaßnahmen noch verſchloſſener. Als Ausweg ſuchte die ſüdweſtliche Eiſeninduſtrie Wege zum Weltmarkt, aber dafür lag ſie frachtungünſtig und war in den Sorten gehemmt. Zudem blieb ſie am Weltmarkt doch immer das Objekt von deſſen wetterwendiſchen Stimmungen.

Die im Laufe der Jahre immer eindeutiger gewordene Entſcheidung des Saargebiets für Deutſchland wurde im Jahre 1935 mit der Abſtimmung vollzogen. Damit mußte auch der letzte Reſt des franzöſiſchen Einfluſſes auf die Saarwirtſchaft liquidiert werden. Dem ſüdweſtlichen Induſtriegebiet fehlte ſeitdem die Einheitlichkeit des politiſchen Raumes noch mehr als jemals zuvor. Das Deutſche Reich, deſſen Wirtſchaft gerade in einem mächtigen Aufſchwung war, konnte die Saarwirtſchaft auch in der verſtümmelten Form wieder aufwärts führen. Zu ſolchem Werk war das Reich bei ſeiner Größe und bei der volklichen Eigenart ſeiner Wirtſchaft in der Lage. Frankreich aber konnte den von ihm beanſpruchten Anteil am ſüdweſtlichen Induſtriegebiet nur mit ſtets wachſenden Schwierigkeiten halten und mußte die Beſchäftigung und den techniſchen Ausrüſtungsſtand zurückgehen laſſen. Seiner produktionellen Eigenart lag die breite montaninduſtrielle Baſis gar nicht, und die politiſchen Hoffnungen, aus dieſer ein Kontrollinſtrument für die deutſche Wirtſchaft zu machen, waren nach jeder Richtung hin fehlgeſchlagen.

Je länger der Weltkrieg zurücklag, um ſo mehr verſpürte die franzöſiſche Politik, daß ſie mit ihren Forderungen in Verſailles über ihre Kräfte hinausgegangen war. Das Land mit dem beharrlichen Stillſtand in ſeiner Bevölkerungsentwicklung wurde einfach durch den Blick auf benachbarte Bevölkerungsverdichtungen in ſeine Sicherheitsſucht gedrängt. Mit den Plänen von der Maginotlinie, die mehr und mehr das Denken der Franzoſen ausfüllten, mußte ein Wandel in den Abſichten des Aufbaues Lothringens eintreten. Vor der Konzeption der Maginotlinie ſchwärmte man, wie z. B. G. Eiſenmenger im Jahre 1925 es tat, für eine vielſeitige Entwicklung Lothringens: Lothringens Induſtrie ſolle fortfahren, auf die Kohlenfelder Nordweſteuropas Einfluß zu nehmen und in Lothringen die bezogenen Kohlen zu verkoken; dadurch werde die chemiſche Induſtrie Auftriebskräfte gewinnen, und deren Entwicklung werde wieder auf die Eiſeninduſtrie und die Landwirtſchaft belebend zurückwirken; „ainsi sera accrue l'activité et la production de toute la ruche lorraine"[40]. Bald wurden dieſe Abſichten gewandelt. Der grenznahe Induſtriebezirk erſchien zu gefährdet. Da er ſchon die Strukturkriſe auszukoſten hatte, konnte man ſeine Bewirtſchaftung unter den Geſichtswinkel der Rohſtoffkolonie bringen, die man ausbeutete, ohne in ihr aber Lebenswichtiges in maſſiver Ballung zu unterhalten. Gewiß, dieſe neue Tendenz war in den lothringiſchen Induſtriekernen nicht voll durchzuſetzen, dafür waren hier doch zu wuchtige Fundamente gelegt.

---

[39] a. a. O., S. 106.

Aber man konnte noch vieles in dieſer Richtung umleiten. Die Unternehmungsverwaltungen der meiſten Großbetriebe waren entſprechend der franzöſiſchen Zentraliſationstendenz nach Paris verlegt worden, und dieſe Hauptverwaltungen in Paris widerſetzten ſich den politiſchen Plänen der Verlagerung nicht mit der Verbiſſenheit heimatverbundener Unternehmer in der Provinz[41]. Man legte in das Glacisgebiet der lothringiſchen Kerne die wirtſchaftlich faſt tote Zone des Befeſtigungsbereichs der Maginotlinie. Man tat nichts für eine immer mehr mit ihren Werksaufgaben vertraut werdende und daher zur Verfeinerungsarbeit vorſtoßende Arbeiterſchaft. Sondern man nahm aus anderen Bergwerksbezirken und anderen Ländern zuſammengeheuerte Arbeiter hinzu, deren ſtändige Fluktuation ein bedeutſamer Faktor für die ganze weitere Leiſtungsentwicklung wurde.

Schon immer war die lothringiſche Arbeiterſchaft mit Ausländern durchſetzt, aber nach dem Jahre 1920 wurde die völkiſche Zuſammenſetzung der Belegſchaften doch immer bunter. Die Franzoſen, die die Deutſchen immer mehr verdrängten, konnten angeſichts des Männermangels ihres Volkes die Belegſchaften nicht füllen. Bis dahin waren die Ausländer in der lothringiſchen Eiſenwirtſchaft vor allem Italiener. Darunter befinden ſich Familien, die jetzt ſchon in der dritten Generation in Lothringen leben und ſomit faſt den ganzen Induſtrialiſierungsvorgang durchgehalten haben. Nicht in ihnen, ſondern in den fluktuierenden Teilen der Ausländer liegt das Bedenkliche des franzöſiſchen Arbeitseinſatzes in Lothringen. Polen, Tſchechen, andere Slawen, Nordafrikaner und andere Farbige wurden herangeholt. Für das Jahr 1931 lautet eine Angabe, daß über 75 000 Ausländer in Lothringen beſchäftigt wurden[42]. Dieſe in Kolonnen anzuſetzen, mochte zur reinen Bergausbeute und Verhüttung genügen, aber ein auf weitere Qualitätsverbeſſerung und Verfeinerungsſtufen ausgehender Induſtriebezirk konnte mit ſolcher Arbeiterſchaft nicht geſchaffen werden. Für die fluktuierenden Kolonnen genügten Mannſchaftslager, für die ausländiſchen, auf Zeit gekommenen Arbeiter primitive Werkswohnungen, zumal dieſe von jenen doch überaus raſch verwohnt wurden. Den Einheimiſchen mußte durch dieſe ſtilloſe Art der Revierbildung, die zwar mit ihren Anfängen ſchon in die 1880er Jahre reicht, ihre letzte Steigerung aber doch erſt zur Franzoſenzeit fand, die Heimat verleidet werden. Das ſittliche Niveau war ſeit den Jahren des überſtürzten Aufbaues immer gefährdet. Die einſeitige Arbeitslage ſammelte hohe Männerüberſchüſſe im Bevölkerungsgefüge an, die durch die Häufung der Truppenteile im Grenzgebiet noch vermehrt wurden. Von den fremdvölkiſchen Männern in den Belegſchaften konnte keine Zucht, die aus dem Verantwortungsgefühl für das eigene Volk entſteht, erwartet werden. Je ſtärker die Belegſchaften von Ausländern durchſetzt wurden, um ſo mehr mußte ſich eine Hemmungsloſigkeit breit machen. Nach Feierabend waren die Ausländer für die Einheimiſchen eine Gefahr, bei der Arbeit waren ſie es unter ſich. Die Verſtändigung, mithin auch die Schulung in den Arbeitsvorgängen, machte Schwierigkeiten, und nicht zuletzt dadurch ſtiegen die Unfallziffern unter der franzöſiſchen Bergbauverwaltung an[43]. Es blieb im Laufe der Jahre nicht einmal bei den Ausländern in der Induſtrie, auch in der Landwirtſchaft fanden zahlreiche Ausländer Beſchäftigung. Damit griff die gemiſchte Zuſammenſetzung der Bevölkerung auch in die reinen Landbezirke über. Die Lothringer wurden in ihrer Heimat gerade durch die franzöſiſche Politik der Behandlung immer mehr beiſeitegeſchoben.

---

[40] a. a. O., S. 249.

[41] „Augenſcheinlich hat man in den letzten zwanzig Jahren in Paris zielbewußt den Kurs geſteuert Elſaß-Lothringen wirtſchaftlich nicht ſtark werden zu laſſen, weil man befürchtete, daß ſich aus der wirtſchaftlichen Stärke Unabhängigkeitsgefühle entwickeln könnten. Die Droſſelung der wirtſchaftlichen Kräfte war politiſches Inſtrument." Deutſche Bergwerkszeitung vom 2. 8. 1940.

[42] „Vor der großen Kriſe waren von der Belegſchaft des lothringiſchen Kohlenbergbaues 50—60 v. H. Ausländer, in den Stahlwerken machte ihr Anteil ebenfalls 50—60 v. H. aus und in den Erzgruben ſogar 80 v. H." Frankfurter Zeitung vom 26. 7. 1940, Handelsblatt.

[43] Vgl. A. Sömme, a. a. O., S. 161.

Das franzöſiſche Verhalten gegenüber dem ſüdweſtlichen Induſtriebezirk, von dem man in Verſailles gehofft hatte, daß er für Frankreich erobert ſei, wurde in den Jahren nach dem Zuſammenbruch der ſchroffſten Maßnahmen der Gewaltpolitik immer verkrampfter. Die Beziehungen zur Saarwirtſchaft, die doch völlig im Syſtem des Geſamtbezirkes eingebettet lagen, wurden zum Teil nach der Rückgliederung zerſchnitten. Durch Maßnahmen der Induſtrieverlagerung baute man die produktionelle Bedeutung des nordlothringiſchen Kernes ab. Eine Anzahl von Konzernwerken in Lothringen wurde zugunſten von tiefer in Frankreich liegenden Betrieben verkleinert oder ſtillgelegt. So kam es zum Abbau der Entfaltung des ſüdweſtlichen Induſtriegebietes als einer Folge der verfehlten Löſung von Verſailles. Das zu großen Leiſtungen befähigte Induſtriegebiet, das auf der Rheinachſe das ſüdliche Gegengewicht gegen die nordweſtlichen Induſtriegebiete und zugleich deren naturgegebenes Ergänzungsfeld iſt, wurde durch eine unglückſelige Machtpolitik geſchwächt. Damit aber wurde die ganze, für die Wirtſchaft Europas ſo überaus wichtige Rheinzone an der vollen Leiſtungsentfaltung gehindert. Frankreich wollte nach dem Ausgang des Weltkrieges vom ſüdweſtlichen Induſtriegebiet her die Wirtſchaft am Rhein und damit die deutſche Wirtſchaft kontrollieren. Es konnte aber auf die Dauer nicht einmal das ſüdweſtliche Induſtriegebiet ſelbſt bei voller Kraft erhalten, noch viel weniger vermochte es, ſeine Einfluß-Abſichten durchzuſetzen. Politiſche Machtträume waren hier gegen die natürlichen, räumlichen und völkiſchen Gegebenheiten eingeſetzt worden. Ihr Ergebnis war das Mißlingen der machtpolitiſchen Pläne. Zugleich aber büßte damit der ganze rheiniſche Südweſtraum Teile ſeiner wirtſchaftlichen Kraft ein. Dieſe Kraft fehlte dann dem ganzen feſtländiſchen Europa bei ſeiner weltwirtſchaftlichen Stellung.

7.

Die Wirtſchaftsgemeinſchaft des ſüdweſtlichen Induſtriegebietes im Rheinraume

Als das eine ſüdweſtliche Montan-Induſtriegebiet der Rheinzone iſt hier der Saar-Lothringen-Luxemburg-Raum dargeſtellt worden, indem das Induſtrieſyſtem und ſeine Verflechtung in der geſchichtlichen Entwicklung unterſucht wurden. Ein vielfältiger Zuſammenhang beſteht zwiſchen den drei induſtriellen Kernen, die zuſammen dieſes ſüdweſtliche Induſtrierevier ausmachen. Es iſt eine induſtriegeographiſche und induſtriehiſtoriſche Einheit, mögen politiſche Grenzen es noch ſo mannigfaltig aufgeteilt haben.

Zum Abſchluß der hier angeſtellten Betrachtungen ſoll der Rahmen, in dem dieſe Wirtſchaftsgemeinſchaft entwickelt worden iſt, in die allgemeineren Zuſammenhänge hineingeſtellt werden.

Dabei muß man mit der Feſtſtellung einſetzen, daß den Charakter der Einheitlichkeit ſchon viele ältere Elemente geprägt haben, bevor die Bildung des Induſtriegebietes eingeſetzt hat. Dieſe konnte ſich vielmehr auf eine vorhandene Landſchaftsgemeinſchaft ſtützen, allerdings dann auch dieſer wiederum neuen Halt gewährend. Zunächſt beſteht ein natürlicher Landſchaftszuſammenhang des Raumes bis zur Maas im Rahmen der vom Rheine beſtimmten Großlandſchaft. Was Th. Kraus[44] für die deutſche Reichsgrenze im Weſten beim Beginn des Feldzuges von 1940 feſtſtellte, daß man, wo man im Weſten auch die damalige Grenze des Reiches überſchreite, überall ſich in gleicher Landſchaft fortbewege, daß alſo die damalige Reichsgrenze nirgendwo verſchiedene Naturräume ſcheide, — das gilt auch hier im Raume zwiſchen dem Oberrheine und der oberen Maas. Die Landſchaft an der Saar und der oberen Moſel iſt rheinbezogen.

Dazu beſteht ein ſtarker kulturhiſtoriſcher Zuſammenhang des Saar-Lothringen-Luxemburg-Raumes in ſich, zum Rheingebiet und damit zum Deutſchen Reiche. Er iſt von berufener Seite oft unterſtrichen worden und wird auch in breiten Volksſchichten lebendig empfunden.

---

[44] Kölniſche Zeitung von 20. 5. 1940; derſ., Die Ardennen. Eine geographiſche Einführung. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 4. Jg. 1940, S. 77—92.

J. Schmithüſen hat in ſeinem 1940 erſchienenen Buche „Das Luxemburger Land“[45] einen Luxemburger zitiert, der die kulturelle Einheit dieſes Raumes als die des weſtlichen Ausläufers der großen in Mitteleuropa geſchaffenen deutſchen Kulturlandſchaft betont und erklärt, daß auch in ihrer ſeeliſchen Grundhaltung die Trierer, Luxemburger und Lothringer weithin übereinſtimmen. Ein Volkstum, das deutſche in der fränkiſchen Stammesart, hat der einheimiſchen Bevölkerung den Grundton gegeben. Gewiß ſind im ſpäteren Verlauf der Zeit ſtellenweiſe Menſchen anderen Volkstums in den Raum eingewandert, beſonders immer dann, wenn blutige Kriege hier ihre entvölkernde Wirkung ausgeübt hatten. Aber das war für das Gebiet der geſchloſſenen deutſchen Beſiedlung belanglos.

Wirtſchaftlich war der Raum in der Zeit vor der Induſtrialiſierung zunächſt einmal ſtark in ſich verankert. Seine Menſchen bewirtſchafteten ihn Jahrhunderte hindurch im üblichen deutſchen Stil.

Die heraufziehende Induſtrialiſierung unterſtrich die älteren Einheitlichkeits-Fermente. Sie fügte zu dem einheitlichen Landſchaftsbild die Einheitlichkeit der drei induſtriell wichtigſten Lagerſtätten der Kohle, des Erzes und des Salzes hinzu — die jede für ſich den ganzen Raum angehen, aber zudem im Aufeinanderangewieſenſein bei der induſtriellen Nutzung der Lagerſtätten eine weitere Raumgemeinſchaft erforderlich machen. Insbeſondere Kohle und Eiſen müſſen gemeinſam genutzt werden, dann erſt gewinnt der Raum ſeine volle Leiſtungsbedeutung. Die techniſch-produktionelle Raumverbundenheit reicht über dieſe Beziehung allermaſſivſter Art weit hinaus. Sie konnte in den Lieferungen der Induſtrie der Steine und Erden ebenſo nachgewieſen werden wie in den Glacisfunktionen der Land- und Forſtwirtſchaft an die Kerne. Sie beſteht ferner in vielen arbeitstechniſchen Bereichen. Die techniſchen Aufgaben des Bergbaus im gleichen Raume, ſowie der Be- und Verarbeitung des gleichen Rohſtoffes ſchaffen immer neue Verbindungen der Wirtſchaft des Saarländiſch-Lothringiſch-Luxemburgiſchen Raumes. Beſonders von der Saar her, der ſchon früher und reifer induſtrialiſierten Zone, können an Lothringen und Luxemburg wertvolle Erfahrungen weitergegeben werden. Die ſtärkſten Unternehmer waren vielfach im ganzen Raume dieſelben, oder bildeten doch wenigſtens verwandtſchaftliche, kapitaliſtiſche und Arbeits-Gemeinſchaften. Die Bezugs-, Abſatz- und Verkehrsprobleme des ganzen Raumes waren und ſind die gleichen. In Kartellen und Konzernen, in Unternehmerverbänden und -geſellſchaften unterſtrich die Induſtrie von ſich aus immer wieder, daß der Südweſten der Rheinzone ein einheitliches Gebilde ſei und zuſammengehöre.

Zählt man die wirtſchaftlichen Tatbeſtände auf, die für die Einheitlichkeit des ſüdweſtlichen Induſtriebezirkes ſprechen, dann darf man auch daran erinnern, daß die Methoden des letzten Verbrauchs bei der Einwohnerſchaft der induſtrieverbundenen Siedlungen viele gemeinſame Züge tragen, und zwar weithin ſolche Züge, die mit dem Lebenshaltungsſtil der rheiniſchen Deutſchen übereinſtimmen. Das Mäſten von Schweinen für die Hausſchlachtung z. B. hat von den Berg- und Induſtriearbeitern im ſaarbrückiſchen Kern auch nach Lothringen hin Schule gemacht. Auch in der Küche ſtehen neben franzöſiſchen deutſche Methoden. Der Verbrauch von Bier, Sauerkraut und Senf auch in der Nanziger Zone weiſt auf fortbeſtehende deutſche Eſſensrichtungen hin.

Das eine ſüdweſtliche Induſtriegebiet kann nicht nur auf ſich ſelbſt abgeſtellt betrachtet werden, ſondern muß immer als ſolche Raumgemeinſchaft, doch auch als Glied der großen induſtriewirtſchaftlichen weſt-mitteleuropäiſchen Zone in der Rheinachſe geſehen werden. „The agglomeration of industrial centers sprawling over western Germany, northern France, Belgium and Luxemburg constitutes essentially one great economic unit“, ſo ſchrieb nach dem Weltkriege der hier mehrfach genannte G. Greer[46]. Seitens induſtrieller Kreiſe wurde dieſe Tatſache der Einheit des Großraumes ſtets in Rechnung geſtellt, und immer wieder wurden Verſuche gemacht, das, was die ſcharfen politiſchen Grenzen unheilvoll zerſchnitten hatten, im wirtſchaftlichen Bereich doch zu verknüpfen. So ſind die vielen Bemühungen um internationale Kartelle zu verſtehen. Dadurch ſollte das Abſatzfeld des Südweſtens, das unbedingt großräumig geſucht werden muß, geſichert werden. Aber auch die Bezugslage drängte in der gleichen Richtung. Der Koks der nordweſtdeutſchen und des limburgiſch-kempenländiſchen Kohlenreviers bleibt für die Induſtrie des Südweſtens unentbehrlich, und dieſe produktionstechniſche Notwendigkeit „verſtärkt den Zuſammenhang Lothringens mit dem Rheingebiet“ (W. Vogel). Die Menſchen, die die Wirtſchaft des Raumes zwiſchen Saar und Maas zu führen hatten, haben niemals den Zuſammenhang dieſes Raumes mit dem Rheine und deſſen Wirtſchaftszonen aus den Augen verloren. Sie ſahen die Tatſachen ſo, wie ſie ſind! Den Tatſachen Gewalt anzutun, heißt hier immer: auf Möglichkeiten der Entfaltung der Lebensgrundlagen zu verzichten! Im Zuge der Neuordnung Europas muß auch die Aufgabe gelöſt werden, durch klare Entſcheidungen die volle Entfaltung dieſes wichtigen Wirtſchaftsraumes zu gewährleiſten.

---

[45] S. 20.

[46] a. a. O., S. 18.

Untergegangenes Deutſchtum in Mähren

Von Herbert Weinelt, Königsberg, z. Z. im Felde

Obwohl die oft gehörte Theſe von der „böhmiſchen Feſtung" von der Volks- und Siedlungsforſchung an mehreren Stellen erſchüttert worden iſt, ſo ſtimmt doch im großen ganzen der Satz, daß dem abgeſchloſſenen Böhmen das offene Mährerland gegenüberſtand und daß aus dieſen natürlichen Gegebenheiten die verſchiedene völkiſche Entwicklung mit zu erklären iſt. Die große mittelalterliche deutſche Landnahme hat freilich die natürlichen Schranken der Randgebirge Böhmens an vielen und auch ſchwierigen Stellen überwunden, allein gewiſſe Hemmniſſe ſind doch zu erkennen. Grundlegend anders liegen die Verhältniſſe im mittelalterlichen Mähren. Bis in das beginnende 14. Jahrhundert hinein, alſo über die entſcheidenden Anfänge der deutſchen Siedlung hinaus, verlief die Nordgrenze Mährens nördlich von Neuſtadt OS. und von Leobſchütz, dieſes war als ummauerte Stadt die nördlichſte Grenzfeſte des Landes. Leobſchütz gehörte zur Troppauer Landſchaft oder, wie ſie damals hieß, zur Troppauer Provinz. Sieht man von dem kurzen Gebirgsabſchnitt zwiſchen Glatzer Schneeberg und dem Altvater ab, dann war ein gutes Stück mähriſchen Landes gegen Norden hin offen und das Niedere Geſenke bildete nur ein innermähriſches Gebirge, das zudem nicht als durchaus ſiedlungsfeindlich bezeichnet werden kann. Ausgeſprochen offen liegt Mähren gegen den Donauraum hin, eine ſtarke Scheide bilden indes die Grenzgebirge gegen die Slowakei, die Weißen Karpaten und das Jawornikgebirge. Nicht der deutſchen Siedlung, wohl aber dem tſchechiſchen Landesausbau war auch der Grenzwald auf der böhmiſch-mähriſchen Höhe ein großes Hindernis, das durch die deutſche Rodungstätigkeit und die dadurch ausgelöſten Siedlungsbewegungen der angrenzenden Slawen beſeitigt worden iſt. Erſt die deutſche Siedlung auf der böhmiſch-mähriſchen Höhe hat die mähriſchen und die böhmiſchen Slawen in engere volkliche Beziehungen gebracht.

Die Gebirgszüge gegen die Slowakei, das ehemalige Nordungarn hin, haben der deutſchen Siedlung eine ſtarke Schranke entgegengeſetzt, die nur durch Umgehung bezwungen werden konnte. Obwohl auch nahezu das geſamte ehemalige nordungariſche Gebiet deutſcher Kulturboden iſt, ſo macht ſich andererſeits doch ein ganz bedeutendes weſt-öſtliches Kulturgefälle zwiſchen Mähren und der Slowakei bemerkbar, in dem bereits die mähriſch-ſlowakiſche Grenze als ſtarke Barriere erſcheint. Es iſt dabei allerdings noch das Vordringen ſlowakiſcher Siedlung auf die hochgelegenen Gebirgsgegenden in Rechnung zu ſtellen, und nicht allein nur, daß hier die deutſche Siedlung im Mittelalter nicht übergriff. In der Sicht auf die großen europäiſchen Kulturlandſchaften liegt Mähren im weiten Überſchneidungsraum öſtlicher und weſtlicher Kulturformen, was bislang am klarſten von der Hausforſchung herausgearbeitet worden iſt, überlagern ſich doch in Mähren oſtgermaniſch-ſlawiſche Hausbaumerkmale in breiteſter Fläche mit weſtgermaniſch-deutſchen[1]. In kulturformengeographiſcher Betrachtungsweiſe ſteht dann Mähren doch ſchon in vielem hart an der Grenzzone gegen bezeichnend öſtliche Erſcheinungen[2].

Dieſer weſtöſtlichen Überſchneidung in Mähren ſteht eine ſüdnördliche gegenüber; die des ſchleſiſchen mit dem bayriſchen Stammestum, alſo eine innerdeutſche Angelegenheit[3]). Dieſe

---

[1] B. Schier, Hauslandſchaften und Kulturbewegungen im öſtlichen Mitteleuropa. Reichenberg 1932. — Derſ., Die Auseinanderſetzung zwiſchen Deutſchen und Slawen in volkskundlicher Sicht. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 2. Jg. 1938, S. 12ff.

[2] Es iſt daher noch zu beweiſen, daß Mähren „Mitteleuropas Mitte" iſt, wie es im Untertitel von der Schrift „Mähren" von E. Lange heißt (Leipzig 1940).

[3] H. Weinelt, Mähren als Brücke zwiſchen den ſchleſiſchen und den bayriſchen Stammesgebieten. In: Volksforſchung, 3. Jg. 1940, S. 245ff.

Überſchneidung iſt nun allerdings kein einfacher Vorgang; wohl iſt das mittelbayriſche Volkstum in breiteſter Front aus Niederdonau nach Norden vorgedrungen[4] und hat ſich mit einem ſchwächeren ſchleſiſchen Südſtoß[5] überlagert. Aber dazu kommt noch die nordbayriſch-oberpfälziſche Siedlung auf der geſamten böhmiſch-mähriſchen Höhe[6], deren Weg über Innerböhmen führte und der die Iglauer Deutſchtumsinſel ihr vornehmlich nordbayriſches Stammestum verdankt. Es kommt ferner die oſtfränkiſche Siedlung beſonders im nördlichen Mähren dazu, die ſich zwar nur im großen Schönhengſtgau in ziemlicher Reinheit, d. h. nicht allzuſehr beeinflußt von anderen Stammestümern zeigt, die aber doch dem nordmähriſchen Deutſchtum trotz aller Gemeinſamkeit manchen eigenen Zug aufprägen konnte.

Der Ausgleich und die Überſchneidung der einzelnen deutſchen Stammestümer hat ſich über das nichtdeutſche Gebiet Innermährens ſo vollzogen, als ſei es überhaupt nicht vorhanden geweſen. Auch der ſlawiſche Siedlungsraum Mährens iſt ſo ſtark von deutſchen Kultur- und Lebensformen durchtränkt, daß das alles nur zu verſtehen iſt aus der Tatſache, daß der deutſche Siedlungsraum in Mähren einſt erheblich größer geweſen iſt, daß weite einſt deutſche Gebiet durch Umvolkung und andere Urſachen verlorengegangen ſind.

Von romantiſchen Vermutungen abgeſehen, iſt die Frage nach den Urſachen des Verluſtes großer Teile des deutſchen Volksbodens in Mähren noch nicht in ihrer geſamten Weite aufgegriffen, geſchweige denn wirklich beantwortet worden. Wir müſſen uns hier mit einigen Andeutungen begnügen, obwohl die Frage mit dem geſtellten Thema urſächlich zuſammenhängt. In den Annalen des Kloſters Königſaal bei Prag iſt zum Jahre 1334 zu leſen, daß in beinahe allen Städten des Königreiches Böhmen — und dazu gehört auch das mähriſche Land — und am königlichen Hofe der Gebrauch der deutſchen Sprache allgemeiner ſei als an der tſchechiſchen[7]. Da in den böhmiſchen Landen außer Tabor, das indes erſt ſpäter gegründet worden iſt, alle Städte deutſche Gründungen ſind, ſo muß dieſe Mitteilung in dem Sinn aufgefaßt werden, daß eben in manchen deutſchen Gründungsſtädten das ſlawiſche Volkstum bereits ſeinen Einzug gehalten hatte. Die deutſchen Städte legten ſich als ziemlich engmaſchiges Netz über ganz Mähren, auch über den nichtdeutſchen Siedlungsraum. Die Städte in ſlawiſcher Umgebung traten in engſte Beziehungen wirtſchaftlicher, rechtlicher und kultureller Art zu ihrer ländlichen Umgebung, die deutſchen Bürger müſſen frühzeitig die ſlawiſche Mundart der Umgebung gelernt haben. In die unteren Schichten der Stadtbevölkerung erfolgte wohl ſchon zur Gründungszeit nichtdeutſcher Zuſtrom, die brauberechtigte Ringbürgerſchaft war und blieb indes noch lange als beſtimmende Schicht deutſch. Es hat nun im heutigen tſchechiſchen Innermähren genug deutſche Bauerndörfer gegeben und auch aus dieſen ergoß ſich beſtimmt ein ſtändiger Zuſtrom in die Städte. Es ſcheint dennoch mindeſtens als fraglich, daß dieſe ſich in die ſozial am tiefſten ſtehenden Schichten fügenden zuwandernden Deutſchen mit der deutſchen Stammbürgerſchaft zu einer Einheit zuſammengefunden haben. Die Fronten waren damals nicht völkiſcher Art, ſondern ſozialer. Da die ſlawiſche Zuwanderung in die innermähriſchen Städte in vielen Fällen erheblich ſtärker geweſen iſt als die deutſche — zumal ja auch eine Reihe von Städten nur einen ſehr ſchmalen deutſchen ländlichen Einzugsbereich hatten —, ſo dürften dieſe Zugänge deutſcher bäuerlicher Art vielfach in der zahlenmäßig ſtärkeren ſozial gleichſtehenden ſlawiſchen Schicht aufgegangen ſein. Sie kamen alſo gar nicht der deutſchen Seite zugute. Die Rückwirkungen auf die oft ohnedies nicht ſtarken deutſchen Siedlungen Innermährens waren dementſprechend, denn in vielen Fällen waren binnen weniger Geſchlechterfolgen aus den mehr oder weniger iſoliert liegenden Städten vornehmlich tſchechiſche Siedlungen geworden, an denen dann in und nach der Huſſitenzeit alleinſtehende deutſche Dörfer und Dörfergruppen nicht nur keine Stütze fanden, ſondern dieſe Städte wurden vielfach zu Mittelpunkten einer bewußten Tſchechiſierungspolitik. So etwas hat es tatſächlich ſeit den Huſſitenſtürmen und zwar nicht nur in Böhmen, ſondern auch in Mähren gegeben. Wohl ſind dort die Folgen dieſer Zeit weit nachhaltiger geweſen und das Deutſchtum iſt in vielen Fällen mit einem Schlag mit den bekannten huſſitiſchen Mitteln beſeitigt worden, aber auch in Mähren ſind bei näherem Zuſehen die Auswirkungen für die völkiſche Entwicklung an vielen Stellen von Entſcheidung für die Zukunft geweſen. Aber wie in Böhmen die Huſſitenſtürme mit ihren Folgen erſt das Ergebnis einer längeren Entwicklung ſind, ſo laſſen ſich auch in Mähren ſchon vorher Tſchechiſierungstendenzen erkennen, die beweiſen, daß es lange vor dem Erwachen eines deutſchen Volksbewußtſeins ein ganz ausgeprägtes tſchechiſches Volkstumsbekenntnis gab. Vom Jahre 1407 an wurden die Klag- und Urteilsbücher des mähriſchen Landrechts tſchechiſch geführt[8], in die Kanzlei der Landtafel wurde 1480 das Tſchechiſche eingeführt mit der Bemerkung, daß dieſe Sprache in Mähren dem reichſten Baron und dem ärmſten Untertan vollkommen kundig ſei[9]. Das iſt nun nicht nur reichlich übertrieben, ſondern beſtimmt eine bewußte Lüge; ſie kennzeichnet die Methoden, mit denen damals und auch noch ſpäter der tſchechiſche und tſchechiſierte Hochadel das Land regieren wollte und auch regierte. Es kam ſogar ſoweit, daß z. B. die Stadt Troppau im nahen Sudetenſchleſien, in dem ſich der tſchechiſche Adel ähnlich gebärdete, als ſie 1506 Kameralſtadt der böhmiſchen Krone wurde, nur tſchechiſche Beſcheide erhielt und daß tſchechiſch die offizielle Amtsſprache wurde. Die Troppauer haben damit nun allerdings noch nicht tſchechiſch gelernt und in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entſchuldigten ſich die Troppauer Bürger bei Nichtbefolgung einer tſchechiſchen Verordnung Kaiſer Rudolfs II. mit der Begründung, ſie ſeien dieſer Sprache unkundig[10]). Als der oben erwähnte Beſchluß, die mähriſche Landtafel tſchechiſch zu führen, gefaßt wurde, war Ctibor von Zimburg und auf Tobitſchau (geſt. 1494), Landeshauptmann von Mähren, derſelbe Mann, auf den das ſog. „Tobitſchauer Buch“ zurückgeht, eine Sammlung von Satzungen und Rechtsgewohnheiten Mährens in tſchechiſcher Sprache. Er ſelbſt ſchrieb auch deutſche Briefe mit ſtärker bayriſchem Einſchlag. Bei Tobitſchau gibt es bemerkenswerte Eindeutſchungsformen von Ortsnamen, wie Mirowans = tſchech. Veřorany. Das Deutſche hatte als Urkundenſprache ſchon vor den Huſſitenſtürmen in Mähren ſehr feſten Fuß gefaßt und es hat ſich auch nachher an ſehr vielen Stellen des Landes behaupten können. Allerdings hatte in der Amtsführung Mährens das Latein vielfach nicht verdrängt werden können und der bekannte tſchechiſche Politiker und Hiſtoriker Palacký ſtellte feſt, daß in der „Ausſchließung des barbariſchen Lateins“ und der Einführung des Tſchechiſchen Mähren dem Nachbarlande Böhmen vorausging[11].

---

[4] H. Weinelt, Zum bayriſchen Einfluß im ſüdſchleſiſchen Raum. In: Deutſche Volksforſchung in Böhmen und Mähren, 1. Jg. 1939, S. 109ff.

[5] F. J. Beranek, Die Mundart von Südmähren, Reichenberg 1936.

[6] H. Weinelt, Das deutſche Volkstum auf der böhmiſch-mähriſchen Höhe. In: Böhmen und Mähren, 1. Jg. 1940, S. 94—99.

[7] Fontes rerum Austriacarum, I. Abt., Bd. 8, S. 502.

Durch die huſſitiſche Herrſchaft kam das tſchechiſche Element vor allem in Straßnitz, Prerau, Ungariſch-Oſtra, Ungariſch-Brod, Kremſier, Gewitſch, Groß-Meſeritſch, Heinrichs, Eibenſchitz Proßnitz, Trebitſch und anderen innermähriſchen Städten zur Geltung[12]. Wie das in einigen Fällen vor ſich gegangen ſein wird, zeigt das Beiſpiel von Heinrichs: dieſe Stadt mit ihrer prächtigen Kirchenburg war bis zum Jahre 1435 deutſch, auch die Stadtbücher ſind bis dahin deutſch geführt; 1435 kamen die Huſſiten in die Stadt, ermordeten die Deutſchen und ſiedelten huſſitiſche Tſchechen an ihrer Stelle an. Ähnlich gewaltſam und blutig ging die Vertſchechung von Gewitſch und Keltſch vor ſich[13]. Dem bäuerlichen Deutſchtum wird in den älteren Nachrichten nicht jene Aufmerkſamkeit zuteil wie den deutſchen Bürgern der Städte. Immerhin haben wir aus dem nördlichen Mähren ein ganz bezeichnendes Beiſpiel für die Schädigung ländlichen Deutſchtums durch die Huſſiten. Die Bauern des Dorfes Starnau bei Sternberg führten 1479 Beſchwerde, daß der Pfarrer von Gnoitz, wohin ſie kirchlich gehörten, ſich weigerte, den Gottesdienſt in der St. Niklaskapelle in Starnau zu halten, wozu er ſeit alters verpflichtet ſei. Bejahrte Zeugen wußten zu berichten, daß vor der Verwüſtung des Dorfes durch die Huſſiten hier nur Deutſche lebten, und daß der Pfarrer von Gnoitz für ſie einen deutſchen Kaplan beſtellt hatte; „plebanus tenuit capellanum teutunum sive almannum, quod tunc temporis omnes villani in Ssternow erant theutuni“ lautete die Ausſage des 80—90 Jahre alten Kirchenvaters in lateiniſcher Übertragung. Im Jahre 1481 konnten die Starnauer Deutſchen dann ihre Forderung durchſetzen[14]. Es ſpielt in dieſem Falle keine Rolle, daß hier nicht mehr der eigentliche Huſſitenſturm, ſondern anſcheinend eine ſich daran anſchließende mähriſche Sonderfehde die unmittelbare Urſache geweſen iſt. Starnau iſt heute ſlawiſch, in den Jahren 1662—1762 ſind dort noch folgende deutſche Sippennamen in den Matriken feſtzuſtellen: Engliß, Faber, Fabigk, Frimel, Gerle, Helner, Hurtik, Hykel, Kindrich, Kolb, Langenacht, Loſert Mauſer, Myk, Nykel, Schmid, Sſündel, Schullmeiſter, Steger, Wagner, Wald, Walter, Weyner[15].

---

[8] Chr. d'Elvert, Zur Geſchichte des Deutſchtums in Öſterreich-Ungarn mit beſonderer Rückſicht auf die ſlawiſch-ungariſchen Länder. Brünn 1884, S. 353 = Schriften der hiſt.-ſtat. Sektion, Bd. 26.

[9] Ebenda, S. 356.

[10] Ebenda, S. 353.

[11] Palacký, Geſchichte von Böhmen V, 1, S. 231.

[12] d'Elvert, Zur Geſchichte des Deutſchtums in Öſterreich-Ungarn, S. 153.

[13] Ebenda, S. 151.

Das Bild der Volkstumsverteilung in Mähren im Mittelalter war kein ſo klares, wie es ſeit mehreren Jahrzehnten vor unſeren Augen ſteht. Es gab ſehr breite Miſch- und Überſchneidungsgebiete, aber über weite Strecken keine Volksgrenze[16]. Es lagen daher viel mehr Städte als heute im deutſch-ſlawiſchen Miſchgebiet, ſie hatten einen zwievölkiſchen Zuzug. Es war nun von ganz entſcheidender Bedeutung für die völkiſche Entwicklung der Umgebung dieſer Städte, als ſie unter huſſitiſche Herrſchaft kamen, auch wenn die deutſche Bürgerſchaft nicht mit einem Schlag gewaltſam ausgerottet wurde, ſondern wenn ſich auch nur eine mehr oder weniger ſtarke Tünche über die betreffenden Städte legte. Nicht nur die Amtsſprache wurde damit tſchechiſch, ſondern auch der Geiſt der Verwaltung. Da die Zweiſprachigkeit infolge des außerordentlich breiten völkiſchen Überſchneidungsgebietes ſehr verbreitet geweſen iſt, ſo war eine große Gefahr für das Deutſchtum dieſer Gebiete entſtanden, bei der als entſcheidendes Moment mit in Rechnung geſtellt werden muß, daß dem durch die Huſſitenzeit fanatiſch aufgeſtachelten tſchechiſchen Volkstumsbewußtſein nichts auch nur annähernd Gleichwertiges entgegenſtand. Und auch, als nach dem Dreißigjährigen Krieg das tſchechiſche Volksbewußtſein langſam eindämmerte, bis es zu einem guten Teil durch deutſche Romantiker wieder erweckt wurde, erwuchs kein kämpferiſches Deutſchtumsbewußtſein, das der zwieſpältigen Entwicklung der Sudetenländer ein für alle Mal ein Ende hätte ſetzen können. Wohl konnte damals beſonders in Böhmen manches Gebiet wieder eingedeutſcht werden, aber es wurden bei weitem nicht alle Verluſte wettgemacht. Und während der Wiedererweckung des tſchechiſchen Volkstums durch die Romantik gerieten weite Kreiſe des Deutſchtums in Böhmen und Mähren in ein „öſterreichiſches" Fahrwaſſer (ſie waren wohl Deutſche, aber andererſeits vor allem „öſterreichiſcher Nation"). Sie waren vielfach die von Staats wegen gewünſchten guten Öſterreicher, während ſich auf der Gegenſeite das tſchechiſche Volksbewußtſein allmählich wieder zu einer ganz agreſſiven Form entwickelt hatte.

Ganz weſentlich für die Entwicklung der völkiſchen Verhältniſſe in den Miſchgebieten war die ſich ſchon vor den Huſſitenſtürmen anbahnende radikaltſchechiſche Haltung des Hochadels, die bis in das 17. Jahrhundert hinein die völkiſchen Verhältniſſe zuungunſten des Deutſchtums beeinflußte. Sogar bis in die rein deutſchen Rodungsgebiete hinein ſchien ſich ſtellenweiſe eine dem deutſchen Volkstum nachteilige Entwicklung anzubahnen, was ſich etwa an der nordmähriſchen Herrſchaft Eulenberg zeigen läßt[17]. Der Herrſchaftsbeſitzer Wok von Eulenberg hatte 1436 die landesfürſtliche Stadt Prerau pfandweiſe erhalten und er machte mit den huſſitiſch geſinnten Prerauer Bürgern gemeinſame Sache. Im gleichen Jahr bewilligt Kaiſer Sigmund den Untertanen des Wok von Eulenberg das Abendmahl in beiden Geſtalten, alſo nicht nur den Prerauern, ſondern auch den Bauern ſeines Eulenberger Herrſchaftsbereiches, der noch im Waldhufengürtel liegt und in der großen deutſchen Siedlungs- und Rodungszeit des 13. und 14. Jahrhunderts zweifelsohne zum deutſchen Volksboden gehörte, wie er auch noch heute deutſch iſt. Es fehlt wohl nicht ganz an Anzeichen, daß hier auch ſlawiſche Siedler von der deutſchen Siedlungswelle mitgeriſſen wurden, es fehlen aber Anhaltspunkte dafür, daß ſie etwa in der Mehrheit geweſen ſeien. Alle Kriterien ſprechen vielmehr eindeutig dagegen. Dieſer Wok von Eulenberg, der mit den Huſſiten Preraus gemeinſame Sache machte, hat beſtimmt ſeine Untertanen in ein tſchechiſches Fahrwaſſer zu lenken verſucht, wie aus ſpäteren Einwohnerliſten bzw. Urbarien hervorgeht, nicht ohne Erfolg. Freilich haben hier mit Unterbrechungen bis in die beiden erſten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts bewußt tſchechiſche Grundherren die Entwicklung im tſchechiſchen Sinn weiter beeinflußt, der letzte Eigentümer vor dem Dreißigjährigen Krieg, Johann Kobylka von Schönwieſe, hat als begeiſterter Proteſtant eine ganze Anzahl von Kirchen erbauen laſſen und ſie alle mit ſeinem und ſeiner deutſchen Gattin[18] Wappen ſchmücken laſſen, deren Inſchriften ſamt und ſonders tſchechiſch ſind, obwohl damals die betreffenden Orte, wie ſich einwandfrei nachweiſen läßt, durchweg deutſch waren. Auch jenes Sigel des Städtchens Eulenburg aus dem 15. Jahrhundert mit ſeiner tſchechiſchen Inſchrift wird mittelbar oder unmittelbar auf den Einfluß des Wok von Eulenberg zurückgehen. Um vieles ſtärker mußte ſich im ausgeſprochenen Überſchneidungsgebiet der beiden Völker in Mähren die einſeitig tſchechiſche Haltung des hohen Adels auswirken.

---

[14] J. Kux, Zur Ortsgeſchichte von Starnau. In: Zeitſchrift des deutſchen Vereins f. d. Geſchichte Mährens und Schleſiens, 30. Jg. 1928, S. 13ff.

[15] J. Roeder, Verlorenes deutſches Siedlungsgebiet im Gebirgsvorlande von Olmütz. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinſel u. d. Odergebirge, 1. Jg. 1933/34, S. 5ff., 11ff.

[16] Dieſe grundſätzliche Erkenntnis wurde von mir in dem Aufſatz: Volkstumsverſchiebungen in Mähren und Sudetenſchleſien, in: Auslandsdeutſche Volksforſchung, 2. Jg. 1938, S. 321ff., formuliert und iſt dann in verſchiedene Arbeiten übergegangen. Vgl. z. B. E. Schwarz, Ergebniſſe und Aufgaben der deutſchen Volksforſchung in Mähren. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 4. Jg. 1940, S. 93ff.

[17] F. S. Kropatſch, Geſchichte der Eulenburg in Mähren. Brünn 1865, S. 1ff. = Schriften der hiſt.-ſtat. Sektion, Bd. 14.

Auf die verſchiedenen Wege der Erforſchung des untergegangenen Deutſchtums wie Orts-, Flur- und Sippennamen, Siedlungsformen, unmittelbare chronikaliſche und urkundliche Nachrichten u. dgl. ſoll hier nicht näher eingegangen werden, da dies bereits an anderer Stelle erfolgt iſt[19]. Es möge hier lediglich erwähnt werden, daß eingedeutſchte ſlawiſche Ortsnamen keine wirklichen Beweiſe für ein Deutſchtum oder für ein beſtimmtes Alter dieſes Deutſchtums der betreffenden Orte ſind. Es iſt verſtändlich, daß die Namen der Orte, die frühzeitig in deutſchem Beſitz waren, in den deutſchen Mund übergingen, und es iſt begreiflich, daß er von den Grundeigentümern auf die von ihnen ſpäter angeſiedelten Deutſchen überging. Es werden alſo die deutſchen Bauern, die etwa im 14. Jahrh. auf dem Gut eines ſeit dem 12. Jahrhundert beſtehenden deutſchen Stiftes angeſetzt wurden, den Namen ſo übernommen haben, wie ſie ihn von den Mönchen dieſes Stiftes gehört haben, alſo in einer Übernahmeform des 12. Jahrhunderts. Er beſagt aber deshalb noch nicht, daß Deutſche bereits zu dieſer Zeit dort anſäſſig waren. Aber darum geht es hier nicht. Solch ein deutſches Kloſter kann eine Reihe von Dörfern in ſeiner Umgebung oder auch weiter entfernt beſeſſen haben, ohne daß hier Deutſche lebten. Den deutſchen Mönchen ſind aber die Namen der Orte früh geläufig geworden, ſie haben ſie eingedeutſcht und in dieſer Form in die Urkunden gebracht. Sie wurden auch nach den deutſchen Lautgeſetzen weiterentwickelt Oder zu einer deutſchen Stadt in Innermähren gehörten eine Reihe von Dorfſchaften, die Bürger haben von den Bauern, die immer zu den Märkten und Gerichtstagen kamen, früh dieſe Namen gelernt und ſie eingedeutſcht. Es iſt daher ganz natürlich, wenn ſich um manche innermähriſche Städte früh eingedeutſchte Namen finden; was beſagen aber dieſe Namensformen für das Volkstum der betreffenden Orte? Nichts. Die ſehr breite volkliche Miſchzone in Mähren hat es mit ſich gebracht, daß auf einem ſehr breiten Streifen Deutſche Namen nichtdeutſcher Nachbardörfer übernahmen, weiterbildeten, und daß dieſe Namen auch ſtellenweiſe in die Urkunden eindrangen. Aber wieder beſagen dieſe deutſchen Namensformen gar nichts für das Volkstum der Orte ſelbſt. Nach eingedeutſchten Namensformen deshalb völkiſche Grenzlinien zu ziehen, iſt nicht angängig.

Durch ſeine Volksinſeln ſtellt Mähren auch heute noch das Bindeglied zwiſchen der bayriſchen Südoſtmark und dem ſchleſiſchen Raum dar. Aber all dieſe Deutſchtumsinſeln ſind nur die kümmerlichen Reſte einſt weit umfangreicherer deutſcher Gebiete, wie denn auch eine Anzahl deutſcher Volksinſeln vollſtändig unterging. Am bemerkenswerteſten davon iſt die ehemalige Holſteiner Deutſchtumsinſel. Sie lag nordöſtlich der Landeshauptſtadt Brünn unfern von Blansko. Nach einer Landtafeleinlage von 1349[20] umfaßt damals die Herrſchaft: die Burg Holſtein mit den darunterliegenden kleinen Höfen, aus denen ſich dann das Dorf Holſtein entwickelte — und die Dorfſchaften Hertwigſlog mit dem Wald, genannt Thenwald, Zybothſlag, Kylein, Boda, Czynols, Gothfridſlog, Merhinſlog, Urlaichſlog, den Markt Gedwicz, Wylhelmſlog, das halbe Dorf Preterſlog mit zwei beſonderen Wäldern, ſamt allen Zugehörungen und Gerechtigkeiten.

---

[18] Sie war eine Eder aus dem Hauſe der Schemnitzer Waldbürger Eder von der Schemnitz.

[19] H. Weinelt, Zur Erforſchung der deutſch-tſchechiſchen Volksgrenze im nördlichen Mähren. In: Deutſche Volksforſchung in Böhmen und Mähren, 2. Jg. 1941, im Druck.

[20] Brünner Landtafel I, 23.

Für Czynols leſen wir ſpäter Zinholz, andere deutſche Ortsnamen ſind Gottfriedsſchlag, Merhinsſchlag, Ulrichsſchlag, Sybotsſchlag, Hertwigsſchlag und Petersſchlag, denn ſo iſt das Preterſlog der Urkunde nach der tſchechiſchen Namensform Petrowitz aufzulöſen. Auch Boda wird ein deutſcher Ortsname geweſen ſein, entſtanden aus Boden, einem verbreiteten deutſchen Flurnamen. Von den genannten Dörfern ſind verödet: Hertwigsſchlag, Sybotsſchlag, Merhinsſchlag, Boda und Kylein. Das ſind mehr als die Hälfte der 1349 erwähnten Dörfer, und wir glauben damit auch einen der Gründe für den Untergang dieſer Deutſchtumsinſel gefunden zu haben: die Verödung der einſt deutſchen Siedlungen — ohne daß wir die Urſache anzugeben vermöchten — und vielleicht auch tſchechiſche Nachſiedlung in die heute noch beſtehenden Orte. Im Jahre 1371 gehört auch ein Dorf Rohrbach zur Herrſchaft[21]. Von den deutſchen Dörfern ſind den Namensformen in den ſpäteren Urkunden nach in kurzer Zeit faſt alle Spuren verſchwunden[22].

Die Ortsnamengruppe auf „-ſchlag" ſteht recht vereinzelt in dieſem Gebiet da, das ſüdlich benachbarte deutſche Südmähren kennt ſie nicht, dagegen ſind dieſe bezeichnenden deutſchen Rodungsnamen ſehr häufig in der Neuhaus-Neubiſtritzer Volkshalbinſel, alſo im Weſtzipfel des ſüdmähriſchen Deutſchtumsgebietes; ohne Zweifel iſt die Holſteiner Deutſchinſel von dort her beſiedelt worden[23]. Ihre Entſtehung wird durch die Nennung von Wilhelmsſchlag 1267[24] in das 13. Jahrhundert verlegt. Inwieweit an beiden im frühen 18. Jahrhundert entſtandenen Dörfern Mollenburg (gegr. 1724) und Roggendorf (gegr. 1717)[25] Deutſche beteiligt waren, iſt z. Z. noch nicht geklärt. Sie haben ihre Namen wie viele andere Dorfgründungen des 18. Jahrhunderts von dem Herrſchaftsbeſitzer, in dieſem Fall Karl Ludwig Graf von Roggendorf und Freiherr von Mollenburg. Wir ſind in der Zeit, in der deutſche Ortsbezeichnungen nichts mehr für das Volkstum der Siedler ſagen, denn damals entſchied in den meiſten Fällen der Wille des Herrſchaftsſitzers bei der Namengebung.

In Blansko wird es längere Zeit eine beachtliche Deutſchtumsgruppe gegeben haben, da der Ort unter den Beſitzungen des Biſtums Olmütz ſeit den Tagen Biſchof Brunos, Grafen von Schaumburg, des großen Koloniſators Mährens, eine Rolle ſpielte. Bei Blansko liegt die Ödung Braneksdorf, augenſcheinlich eine deutſche Gründung. Braneksdorf wird 1277 erwähnt[26]. Die Deutſchen, die den Ortsnamen „-ſchlag" in Mittelmähren heimiſch machten, griffen über den Holſteiner Herrſchaftskörper hinaus mit dem nordöſtlich davon gelegenen Dorf Ottenſchlag, der nördliche Nachbarort davon iſt Hartmanitz, das ebenſo den Namen ſeines deutſchen Gründers weiterführt. Weiter gegen Oſten hin, gar nicht mehr weit von Proßnitz, liegt Plumenau, alſo der Ort in der Blumen-Au. Dieſe drei Orte werden 1347 als Plumbnaw, Ottenſlag und Hartmanitz angeführt[27]. Daß auch in dem unmittelbar im Altſiedelland gelegenen Plumenau eine deutſche Gründung ohne ſlawiſchen Vorläufer vorliegt, geht daraus hervor, daß kein ſlawiſcher Ortsname daneben vorhanden iſt. Von Plumenau iſt es nur ein kurzes Stück bis Proßnitz, dem Mittelpunkt der fruchtbaren Hanna. Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß hier das deutſche Bürgertum ſchnell der tſchechiſchen Unterwanderung erlag, trotz allen deutſchen Zuzugs. Immerhin iſt noch eine große Anzahl deutſcher Sippennamen in den Matrikeln von 1662—1664 zu finden; die Namen tſchechiſcher Herkunft überwiegen allerdings bei weitem[28]. Die Schreibweiſe verſchiedener Namen deutſchen Urſprungs und die Vornamen zeigen an, daß die Träger damals zu einem Teil auch wirklich noch Deutſche geweſen ſind. Bei vielen iſt indes die bereits erfolgte Umvolkung aus Vornamen und Schreibung zu erkennen.

Nordweſtlich der ehemaligen Holſteiner Deutſcheninſel ſind die Spuren vormaliger deutſcher Siedlung nicht eben deutlich zu erkennen. Von der Herrſchaft Boskowitz heißt es 1786, die Untertanen ſeien „teutſch und böhmiſch"[29]. Auch hier gibt es ein Rohrbach, das 1566 verödet lag und vor 1570 neue Siedler erhielt. Weſtlich von Boskowitz liegt die deutſche Gründung Kunſtadt, von der nahen Herrſchaft Lettowitz wird ebenfalls 1786 geſchrieben, daß die Untertanen „teutſch und böhmiſch" ſeien[30]. Das Dorf Rumberg auf dem Boden der Lettowitzer Herrſchaft war vordem ein Städtchen, 1278 begegnet der biſchöflich Olmützer Lehensträger Berthold von Romberg[31]. Es fällt auf, daß von den wenigen Orten mit deutſchen Ortsbezeichnungen die Mehrzahl verödet war oder noch iſt. Außer Braneksdorf und Rohrbach iſt noch auf das ſchon 1568 als Ödung bezeichnete eingegangene Dorf Hoſchperg auf der Boskowitzer Herrſchaft zu weiſen[32]; man wird vielleicht damit rechnen müſſen, daß in Innermähren manchmal mit verhältnismäßig ſchwachen Kräften in der Hoffnung auf Nachzug deutſche Dörfer entſtanden, daß aber dann der erwartete Nachſchub ausblieb und die Dorfgemarkung aufgegeben worden iſt.

---

[21] Ebenda V, 368. — Es iſt ebenfalls verödet und dort zu ſuchen, wo ſich der Hof Harbechy (bei Jedonitz) befindet; vgl. L. Hoſák, Historický mistopis země moravsko-sleszké. Prag 1926, S. 312.

[22] R. Trampler, Die Herren von Holſtein. Zeitſchrift d. deutſchen Vereins f. d. Geſchichte Mährens und Schleſiens, 7. Jg. 1903, S. 303 u. 314.

[23] H. Weinelt, Mähren als Brücke uſw., a. a. O., S. 252, und Karte auf S. 247.

[24] Hoſák, a. a. O., S. 311. [25] Ebenda. [26] Ebenda, S. 312. [27] Ebenda, S. 514.

[28] F. Novotný, Nejstarší prostějovská matrika 1622—1644 (Die älteſten Proßnitzer Matrikeln). In: Ročenka národopisného a průmyslového musea Prostějova a Háné, 14. Jg. 1937, S. 108 ff.

[29] Hanke von Hankenſtein, Bibliothek der mähriſchen Staatenkunde, 1786, S. 62.

Sucht man die ſchwächſten Stellen der einſtigen deutſchen Verbindung zwiſchen Süd- und Nordmähren, dann iſt mit auf den weiteren Boskowitzer Umkreis zu weiſen. Das tſchechiſche Gebiet war aber auch hier an einer Stelle beſonders ſchmal, denn von der Dörfergruppe Ottenſchlag, Hartmanitz und Rohrbach iſt es nur ein kurzes Stück zur heutigen Deutſch-Brodek-Wachtler Deutſcheninſel, die ein Bild mehrfachen Kommens und Vergehens des deutſchen Volkstums bietet, bis ſich dann aus einem verhältnismäßig ſpäten Einſatz eine kleine deutſche Inſel behaupten konnte. Das mittelalterliche deutſche Einſatzgebiet war weit größer. Stefanau bei Deutſch-Brodek wird 1273 nach dem Magdeburger Recht der Stadt Mähriſch-Neuſtadt ausgeſetzt, es heißt damals Stefansdorf[33]. 1340 aber wird Fabian von Opatowitz für die überaus großen Mühen bei der Wiederbeſiedlung des ſeit Menſchengedenken öden Stefansdorf mit dem dortigen Erbgericht bewidmet[34]. Es kann alſo die erſte Gründung von 1273 nicht gelungen ſein. Stefanau iſt heute tſchechiſch. Von den beiden Hauptorten der Deutſcheninſel begegnet Deutſch-Brodek erſtmals 1574, während Wachtl 1553 verödet geweſen iſt[35]. Im 14. Jahrhundert ſchon finden ſich in der Nachbarſchaft eine Reihe deutſcher Ortsnamen wie Ulreychsdorf — das dann lange Przmyſlowitz hieß —, Pfoffendorf und Neſtlgrunth. 1753 wird Deutſch-Przemyſlowitz angelegt von Deutſchen aus Wachtl und anderen Orten der damaligen Volksinſel, heute iſt das Dorf rein tſchechiſch[36]. Runarz wieder ſoll ſein Deutſchtum einem deutſchen Zuzug nach einer Seuche des 17. Jahrhunderts verdanken, der das Dorf dann deutſch machte[37].

Volksgeſchichtlich nahm die vormalige Holſteiner Deutſchtumsinſel eine Sonderſtellung in Mittelmähren durch die Herkunft ihrer Siedler ein. Im Jahre 1349 zählte zur Holſteiner Herrſchaft auch das Dorf Poidom, das 1771 als deutſch bezeichnet wird und zwar in einer verläßlichen pfarramtlichen Mitteilung[38]. Der Nachbarort von Poidom iſt Rupprechts, hier heißt noch heute jeder fünfte oder ſechſte Gottwald, außerdem ſind etwa zwei Drittel der Flurnamen deutſchen Urſprungs[39]. Mit Rupprechts aber ſind wir bereits im ehemaligen Ausdehnungsbereich der vormals umfangreichen Wiſchauer Deutſchtumsinſel, die ihr Entſtehen einem deutſchen Vorſtoß aus dem öſtlichen Südmähren verdankt[40]. Öſtlich von Rupprechts liegt Richtarſchow, alſo der Ort eines Richter, von den heute noch deutſchen Dörfern hat keines eigentümlicherweiſe einen deutſchen Ortsnamen. Ringelsdorf war im Dreißigjährigen Krieg verödet und iſt 1771 durch deutſche Nachſiedler neu begründet worden; in der Mitte des vorigen Jahrhunderts war der Ort noch deutſch. Koslan war 1771 bereits tſchechiſch, 1749 war aber noch ein Siegel mit der Umſchrift „Sigell der Gemein zu Koslan" im Gebrauch und für 1748 wird berichtet, daß der Ort deutſch ſei. Auch das heutige Deutſch-Malkowitz benutzte 1740 ein deutſches Gemeindeſiegel. Deutſche Flurnamen finden ſich in vielen heute tſchechiſchen Orten, vor allem auch in dem ſchon genannten Dorf Kozlan. Für Pawlowitz bezeugen ältere Nachrichten deutſches Volkstum, das aber bereits in der erſten Hälfte des 18. Jahrhunderts unterging. 1868 ſprechen in Niemtſchan noch alle alten Leute deutſch, in Mannersdorf dagegen iſt die deutſche Sprache bereits im Abſterben. Aus Deutſch-Preußen liegt ein in deutſcher Sprache mit den ausgeprägten Merkmalen der heutigen Volksinſelmundart geſchriebenes Waiſenbuch des 16. Jahrhunderts vor[41], das mit ſeinen ſpäteren tſchechiſchen Eintragungen und manchen anderen bereits die Grundlagen der Umvolkung anzeigt: die Zweiſprachigkeit mit allen ihren Weiterungen. Die Frage, in welchem Umfang die Siedlungen des vormaligen Wiſchauer Deutſchtumsgebietes rein deutſch geweſen ſind, iſt ſchwer zu beantworten. Oft haben wir nur gemiſchtvölkiſche Dörfer vor uns. So wurde für 1680 der Hundertſatz der Deutſchen in Koslan mit 85 v. H., in Deutſch-Malkowitz mit 63 v. H., in Rupprechts und Niemtſchan dagegen nur mit 25 v. H. und in Deutſch-Preußen nur mit 12 v. H. errechnet[42]. Bis zum Jahre 1680 iſt aber nicht nur viel Deutſchtum untergegangen, in dieſer Zeit ſind die Schlüſſe aus den Vor- und Sippennamen zudem ſchon mit einer gewiſſen Unſicherheit wegen der ſtarken Volkstumsverſchiebungen der voraufgehenden Jahrhunderte verbunden. In der Stadt Wiſchau, die der Volksinſel den Namen gab, ging die deutſche Mehrheit vor 1840 verloren, aber noch 1903 amtierte hier ein deutſcher Bürgermeiſter. Der zweite Mittelpunkt, der Markt Neu-Rausnitz, hatte bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert eine tſchechiſche Mehrheit. Obwohl aus den deutſchen Dörfern dieſen beiden Marktorten ſtändig deutſches Blut zufloß, erlangten die Tſchechen die Oberhand und die deutſchen Dörfer waren damit wirtſchaftlich, kulturell und verwaltungsmäßig fremdvölkiſchen Mittelpunkten zugeordnet. Von den Orten des Wiſchauer Umkreiſes, in denen ſich deutſches Volkstum nachweiſen läßt, ſeien außer den bereits genannten noch angeführt: Bochdalitz, Nebſtich, Schwabenitz, St. Martin, Tutſchap, Marhöf, Puſtimir und Niemtſchitz. Das Puſtimirer Kloſter hat ſich wie andere Stifter und Klöſter des Landes in den Dienſt der deutſchen Siedlung geſtellt. Der Olmützer Biſchof Johann gibt 1345 das öde Dorf Schonhof dem früheren Richter von Kurowitz, Jaclinus, zur relocatio et plantacio, doch ſind die Bedingungen für die Anſiedlung nicht mehr ſo gut wie früher, es iſt ſogar ſchon von Roboten die Rede[43]. Man ſtellt unwillkürlich die Frage, ob die Neuſiedler Deutſche geweſen ſind oder nicht eher weniger anſpruchsvolle und einſatzfähige Slawen. Prödlitz nordöſtlich von Wiſchau heißt am Ende des 13. Jahrhunderts Brodeleins[44], was nun keine gewöhnliche Eindeutſchungsform iſt, ſondern das eine Analogiebildung nach der Art der deutſchen Ortsnamen im Wesfall darſtellt.

---

[30] Ebenda, S. 35. [31] Hoſák, a. a. O., S. 31. [32] Ebenda, S. 316.

[33] K. Berger, Die Koloniſation der deutſchen Dörfer Nordmährens. In: Zeitſchrift d. deutſchen Vereins f. d. Geſch. Mährens und Schleſiens, 9. Jg. 1905, S. 1ff.

[34] Dazu und zum Folgenden vgl. auch J. Bloeſel, Die Sprachinſel Deutſch-Brodek-Wachtl, 1. Teil, Znaim 1921.

[35] K. Berger, Die Beſiedlung des deutſchen Nordmährens. Brünn 1933, S. 156.

[36] Vgl. auch H. Weinelt, Volkstumsverſchiebungen, a. a. O., S. 333.

[37] E. Schwarz, Ergebniſſe und Aufgaben deutſcher Volksforſchung in Mähren, a. a. O., S. 100.

[38] Auch die folgenden Angaben zum Jahr 1771 nach F. A. Slavik, Stav národnosti české a německé na Moravě (der nationale Beſitzſtand der Tſchechen und Deutſchen in Mähren). In: Časopis matice moravské, 21. Jg. 1897, S. 18ff. u. 143ff.

[39] G. Walter, Die deutſchen Volksinſeln bei Wiſchau und Neu-Rausnitz in Mähren. In: Zeitſchrift f. Erdkunde, 5. Jg. 1937, S. 305ff.

[40] Vgl. F. J. Beranek, Die Mundart von Südmähren. Reichenberg 1936.

Im Gegenſatz zur Wiſchauer Deutſcheninſel, die einem Vorrücken über nichtdeutſches Gebiet ihr Entſtehen verdankt, iſt die Brünner deutſche Volksinſel durch Abſprengung vom geſchloſſenen deutſchen Volksboden Südmährens entſtanden. Es hat früher nicht an einer lockeren Verbindung zwiſchen beiden gefehlt, zumal auch das Brünner Deutſchtumsgebiet einſt weit größer geweſen iſt. Im 13. Jahrhundert werden bei Brünn folgende deutſche Ortsnamen faßbar[45]: Barfuß, Spielberg, Mähriſch-Kromau, Jundorf, Königsfeld und Bertholdesdorf. Dieſes bei Groß-Seelowitz gelegene Dorf iſt heute verödet wie auch Böhmdorf, an das noch der Name einer Gaſſe in Blutſchina erinnert[46]. 1370 wird bei Strelitz der Wald Hayholc genannt[47]. Das Brünner vormalige Deutſchtumsgebiet zeigt wie das Wiſchauer neben den deutſchen Kernſiedlungen einen Gürtel von Siedlungen mit deutſchen Mehrheiten und Minderheiten. So wurde für das Jahr 1680 der deutſche Anteil an Holaſſek mit 25 v. H., an Malomeritz mit 22 v. H. und an Chirlitz mit 14

---

[41] E. Schwarz, Unterſuchungen zur Sprach- und Volkstumsgeſchichte Mittelmährens. Brünn und Leipzig 1939.

[42] Die Zahlen nach den Berechnungen von F. A. Lantzberg, Der deutſche Siedlungsraum Südmährens. In: Deutſchmähr.-ſchleſ. Heimat, 24. Jg. 1938, S. 49ff.

[43] Berger, Die Koloniſation der deutſchen Dörfer Nordmährens, a. a. O., S. 22.

[44] Hoſák, a. a. O., S. 512.

[45] Dazu den Abſchnitt „Brünn" von E. Schwarz im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutſchtums, Bd. 1, Breslau 1933, S. 551ff.

[46] Hoſák, a. a. O., S. 242.

[47] Ebenda, S. 207.

v. H. errechnet. Boſenitz öſtlich von Brünn hatte im 17. Jahrhundert einen deutſchen Bevölkerungsanteil von etwa einem Drittel, durch die Vereinigung mit der rein tſchechiſchen Ortſchaft Twaroſchna war es in der Mitte des 18. Jahrhunderts tſchechiſch. Turas war 1680 ſogar noch zu drei Vierteln deutſch. Aber noch vor 1840 war die Umvolkung beendet, ebenſo in Hajan. Erſt vor 1880 ging das Deutſchtum in Ugartsdorf bei Königsfeld verloren, und erſt 1890 werden Leskau und Neu-Leskau tſchechiſch[49]. Durch den Bergbau hatten Königsfeld, Segen-Gottes und Alexowitz zeitweilig ein nicht unbedeutendes Deutſchtum, Alexowitz hatte nach der Bevölkerungszählung von 1880 noch 65 v. H. Deutſche, es bildete wie das ſchon recht nahe am ſüdmähriſchen Deutſchtumsgebiet gelegene Mähriſch-Kromau (64 v. H. Deutſche) damals eine deutſche Inſel. Die einſtige Verbreitung des Deutſchtums um Brünn ſpiegelt ſich auch in den Flurnamen deutſcher Herkunft in heute tſchechiſchen Siedlungen wider[50]; vgl. z. B. in Sebrowitz Grefty- Gräften (Fachwort des Weinbauern) und Steinmühle, in Malomeritz Hallegrund und Schumerlejtna = Sommerleite[51], in Königsfeld Schmelc, Nidrle, U Gartov und Hamerlaky, in Medlanko Bergla, Schpicich und Nidrle.

Abgetrennt vom eigentlichen Volksinſelkörper hat ſich öſtlich von Brünn Marxdorf, eine Siedlung des 18. Jahrhunderts, als deutſches Dorf gehalten. Nach mehrmaligem Schwanken bekannte ſich die Bewohnerſchaft von Laatz bei der tſchechoſlowakiſchen Bevölkerungszählung von 1921 zum Tſchechentum, damit wurde Woikowitz zum Sprachinſeldorf. Die Verbindung zwiſchen der Brünner Deutſchtumsinſel und Woikowitz hat vor allem Raigern hergeſtellt mit ſeinem früher ſehr bedeutenden Benediktinerſtift, dem auch ein erſter Platz in der Förderung mittelalterlicher Koloniſation zukommt. Im Jahre 1234 wird dem Markt Raigern ſeine Gerechtigkeit nach deutſchem Brauch und Recht „wie überall" beſtätigt. Auch die anderen Klöſter des Raumes haben die deutſche Siedlungstätigkeit gefördert, wir haben in ihnen Stützpunkte des mittelalterlichen Deutſchtums zu ſehen. Das von Strahow bei Prag aus beſetzte Obrowitz bei Brünn beſiedelte in der erſten Hälfte des 13. Jahrhunderts ſein bei Jägerndorf in Schleſien gelegenes Dorf Löwitz mit deutſchen Anſaſſen, es wird daher auf ſeinen Beſitzungen in Obrowitz ſelbſt nicht anders gehandelt haben.

Der geſchloſſene deutſche Volksboden in Südmähren iſt anders entſtanden als jener Nordmährens. Hier haben wir ein großes deutſches Rodungsgebiet vor uns, ehemaliges Waldland, dort dagegen zeigt ſchon das Vorwiegen von Ortsbezeichnungen nichtdeutſcher Herkunft an, daß ſich die deutſche Siedlung über ein älter beſiedeltes Land legte. Wenn auch dieſe ältere Beſiedlung an vielen Stellen nur recht unbedeutend geweſen iſt, ſo war doch nahezu der geſamte Raum zunächſt mit kleineren ſlawiſchen Siedlungen durchſetzt, und das Ergebnis der mittelalterlichen deutſchen Siedlungstätigkeit war ein breiter gemiſchtvölkiſcher, vorwiegend deutſcher Gürtel, wie bereits früher feſtgeſtellt wurde[52], der indes ganz weſentlich breiter geweſen iſt als das heutige deutſche Gebiet. Der Ausgleich iſt kaum auf einer mittleren Linie erfolgt, den Eindeutſchungen im Süden, im Anſchluß an Niederdonau, ſtehen größere deutſche Verluſte im Norden, gegen Mittelmähren hin, entgegen. Es muß aber noch auf das germaniſche Erbe in Südmähren gewieſen werden; wir ſind in dem mähriſchen Gebiet, in dem ſich die Ausläufer der ſpätgermaniſchen Zeit mit dem Beginn der mittelalterlichen deutſchen Siedlung berühren[53]. Zahlenmäßig waren dieſe ſpätgermaniſchen Ausläufer, was wieder das Ortsnamenbild am eindringlichſten zeigt, kaum von Bedeutung, es iſt auch ſchwer zu ſagen, ob bei dem nur wenig ausgeprägten Volksbewußtſein dieſer Zeiten ſich auch an mehreren Stellen ſpätgermaniſche Ausläufer ohne Verluſt ihrer Sprache bis zum Beginn der mittelalterlichen deutſchen Siedlung erhalten haben. Aber nicht darauf kommt es letzten Endes an, ſondern darauf, welche Bedeutung

---

[48] Angaben über einſtiges Deutſchtum in ſüdmähriſcher Nachbarſchaft nach Lantzberg, a. a. O.

[49] F. Held, Das deutſche Sprachgebiet Mährens i. J. 1880, Brünn 1888. — Derſ., Das deutſche Sprachgebiet Mährens i. J. 1890, Brünn 1895.

[50] H. Felkl, Flurnamen der Brünner Sprachinſel. In: Deutſchmähr.-ſchleſ. Heimat, 20. Jg. 1936, S. 13ff.

[51] Sehr alte Form wegen des anlautenden Sch- im Tſchechiſchen.

[52] Beranek, Die Mundart von Südmähren, S. 4.

[53] E. Klebel, Kirchliche Verfaſſungsfragen und die deutſche Siedlung in Südmähren. In: Jahrbuch des Reichsverbandes f. d. kathol. Auslandsdeutſchen 1935, S. 81ff.

dieſem deutſchen Blut im Tſchechentum auch heute noch zukommt[54]. Das geſchloſſene deutſche Volksgebiet Südmährens, zu dem auch nach Volkart und Beſiedlung die bereits in Böhmen gelegene Neuhaus-Neubiſtritzer Volkshalbinſel zu zählen iſt, wurde an ſeiner ſchmalſten Stelle durch die amtlich geförderte Tſchechiſierung des Dorfes Baumöhl bei Znaim in der Zeit von 1918—1938 in zwei Teile zerfällt, allein der Ort behielt doch eine ſtarke deutſche Minderheit. Der langgeſtreckte und ſchmale ſüdmähriſche Siedlungsraum war volkspolitiſch recht ungünſtig und es hängt doch wohl mit der Lage des Gebietes zuſammen, daß noch ſeit 1680 nicht unbedeutende Volkstumsverſchiebungen nach beiden Seiten hin erfolgt ſind. Jn ganz Oſt-Südmähren wurde dem Deutſchtum durch die Vertreibung der Wiedertäufer, der ſogenannten Habaner[55], im Zuge der Gegenreformation ein nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt. Der Schwerpunkt ihrer Siedlung lag zu einem guten Teil im damaligen Volksgrenzraum, ihre Vertreibung war daher weſentlich mit entſcheidend für die ſpätere völkiſche Entwicklung. Jm ſüdmähriſchen Oſtzipfel nm Auſpitz ſind ſeit 1680 einige deutſche Mehrheitsgemeinden verlorengegangen, ſo Auerſchitz (1680: 53 v. H. Deutſche), Schackwitz (1680: 88 v. H. Deutſche), Groß-Paulowitz (1680: 58 v. H. Deutſche), Klein-Niemtſchitz (1680: 62 v. H. Deutſche) und Klein-Steurowitz. Die volkspolitiſche Lage des ſüdmähriſchen Deutſchtums hat ſich durch die Eingliederung des geſamten Sudetenraumes in das Reich grundlegend geändert. Noch bis in das 17. Jahrhundert ſcheint das ſüdmähriſche Deutſchtum zugleich auch eine Stütze des damals noch nicht umgevolkten mittelalterlichen Deutſchtums in der anſchließenden Weſtſlowakei geweſen zu ſein. Die Nachbarſtadt des ſüdmähriſchen Göding, Ungariſch-Skalitz, hatte bis in das 17. Jahrhundert hinein eine deutſche Führung und deswegen auch noch eine ſtarke deutſche Bürgerſchicht. Die aus Mähren vertriebenen Wiedertäufer haben ſich teilweiſe bereits hier in unmittelbarer Nachbarſchaft ihrer mähriſchen Zwiſchenheimat niedergelaſſen, aber nicht die Verbindung mit dem älteren, immer ſtärker der Umvolkung anheimfallenden Deutſchtum gefunden. Nicht unbedeutend ſind auch die Verluſte des Deutſchtums im ſüdoſtmähriſchem Marchland. Nördlich von Lundenburg heißen die heute ſlawiſchen Gemeinden längs der Volksgrenze Altmarkt, Rampersdorf und Koſtel. Für die beiden erſten ſprechen ihre Namen, und aus Koſtel liegen die Schöffennamen für 1297 vor: Richerus judex, Hainricus Wagenknecht, Adam, Hertlo de Cremsier[56]. Aber ſchon 1222 begegnen Gotefridus als Richter und Herbordus als Pfarrer von Koſtel[57]. Jm gleichen Jahr erſcheint dann noch Wido als judex von Boretitz, das ein Stück weiter nördlich von Koſtel liegt. Da judex in den ſüdmähriſchen Urkunden recht ſelten begegnet, der Erbrichter und Vogt dagegen eine ſelbſtverſtändliche Erſcheinung der mitteldeutſchen Siedlung im nördlichen Mähren iſt, ſo ſcheint hier eine mitteldeutſche, ſchleſiſche Koloniſation vorzuliegen, die ſich dann weiter im Oſten noch deutlicher faſſen läßt. Jn dem Winkel zwiſchen der ſlowakiſchen und der Grenze von Niederdonau liegt das heute ſlawiſche Landshut, ein altes deutſches Städtchen, das zeitweilig zu Herrſchaften in Niederdonau gehörte und deshalb auf der Karte von Mähren, die Komenius entwarf, als niederdonauiſch eingezeichnet iſt[58]. An der Straße von Lundenburg nach Ungariſch-Oſtra liegen noch vor Göding Birnbaum und Mähriſch-Neudorf. Weſtlich von Göding bei Tſcheikowitz erinnert der Flurname Lapištorf an eine Ödung, hier ſoll ein Rupisdorf oder Probsdorf geſtanden haben[59]. Jm ganzen Bezirk Klobauk ſind zunächſt deutſche Flurnamen etwas ganz Gewöhnliches[60]. So z. B. in Borkowan Frydberk, in Boſchowitz Vizgrunt und Randle, in Diwak Porgartny (=Burggarten), pod Rozphile, in Hoſtehradek Miterberk, in Grünwies — das keinen tſchechiſchen Ortsnamen daneben hat — fehlen anſcheinend deutſche Flurnamen, doch zeigt das alte Gemeindeſiegel noch die Umſchrift „Grunwirzer Gemeindeſiegel", dagegen finden ſich in Morkuvek Šenberk, Rosenberk, Kulberk, Fridersberk, Distlfeld, Lejta, Sajba, Fukslejty, Nusberk, in Poleraditz Šajby, Randla, und 1547 erſcheint da der Wald „Německé hajky“ (deutſche Haine), in Schüttborſchitz heißen 1412 Bauern Anderl, Ol, Treps, Gylg, Komer uſw., dann Fluren Weynleyt, Ubracher. Bohumielitz iſt nach Verödung im Jahre 1667 vom Kloſter Obrowitz neu begründet worden mit ſieben Bauern, die den Namen nach in der Mehrzahl ſicher Deutſche geweſen ſind: Nykodem, Formanſky, Schurmann, Charvat, Schedivy, Martin, Prikl. Auf dem Gebiet der Herrſchaft Buchlau wird 1540 ein Ort Heyslich (=Haslich, nach den Haſelſträuchern) angeführt[61]. Bei Gaya liegt die Ödung Ranšperk, das Dorf wird 1464 urkundlich genannt[62]. Bei Ungariſch-Hradiſch liegt Dörfel, das auch im Slawiſchen keine andere Bezeichnung führt (Derfl); es handelt ſich um ein altes Pfarrdorf. 1835 wird hier wie auf der ganzen Herrſchaft Ungariſch-Oſtra die „mähriſche Sprache“ verwendet, nur in der Stadt Oſtra ſelbſt wird „auch teutſch geredet“[63]. Zum Herrſchaftskörper gehört ein Neudorf, das 1258 als Longa Villa erſcheint, was ſicher nur die Überſetzung eines deutſchen „Langendorf“ darſtellt. Es gibt hier weiter zwei Orte Ober- und Unter-Niemtſchi. Da die Huſſiten in Ungariſch-Oſtra eines ihrer Hauptlager hatten, werden ſchon damals für das Deutſchtum dieſer Gegend entſcheidende Rückſchläge erfolgt ſein. Aus Ungariſch-Brod liegen die Schöffennamen für 1297 vor, es handelt ſich durchweg um Deutſche: Hainricus Cruzburg, Waltherus mercator, Berchtoldus menteler, Hartmannus, Ch. gener Tylonis, Gebhardus[64]. Ungariſch-Brod war 1272 als Stadt nach dem Recht von Leobſchütz begründet worden. Der Leobſchützer Rechtskreis läßt ſich genau abgrenzen, und es beſteht alle Urſache, die Ausbreitung des Rechtes durch Siedlung aus dem engeren Leobſchützer Umkreis zu erklären. Nur Siedler aus dieſem Gebiet können das Recht mitgebracht haben, wieder ein beſtimmter Hinweis auf mitteldeutſche Siedlung. Ungariſch-Hradiſch war 1258 von König Otaker II. „auf grünem Raſen“ begründet worden, im gleichen Jahre wird hier ein Dorf Longenczyl (= Lange Zeile) genannt[65]. Das ſtädtiſche Patriziat war 1346 und 1355 nach Feſtſtellungen der tſchechiſchen Forſchung deutſch[66]. 1466 wird der dortige deutſche Prediger und Weltprieſter Niklas Stadtpfarrer und die 1642 eingeführten Jeſuiten predigten in der St. Georgspfarrkirche deutſch[67].

---

[54] Von grundſätzlicher Bedeutung für dieſe Frageſtellung iſt K. V. Müller, Die Bedeutung des deutſchen Blutes im Tſchechentum. Jn: Archiv f. Bevölkerungswiſſenſchaft und Bevölkerungspolitik, 9. Jg. 1939, S. 325ff. u. 385ff.

[55] F. Hruby, Die Wiedertäufer in Mähren. Sonderdruck aus dem Archiv f. Reformationsgeſchichte, Bd. 30—32 (1935).

[56] Codex dipl. Moraviae V, S. 68.

[57] Codex dipl. Moraviae II, S. 138.

[58] Hoſák, a. a. O., S. 258ff.

[59] Hoſák, a. a. O., S. 265.

[60] Belege aus K. J. Bukovanſký, Klobucký okres (Bezirk Klobouk) (Vlastivěda moravská II, 1 bis 5). Brünn 1909.

Der deutſche Siedlungseinſatz längs der Grenzgebirge gegen die Slowakei hin war erheblich ſtärker, als gemeinhin vermutet wird. Helembert vom Turm, einer der vornehmſten Ritter niederdeutſcher Herkunft aus dem Gefolge des Olmützer Biſchofs Bruno von Schaumburg, hatte unter Verzichtleiſtung auf ſeine bisherigen Güter einen weiten Landſtrich, Zlawizin (= Slawitſchin) genannt, zu Lehen erhalten, der einen Umfang von 210 Hufen hatte. Ihm als Lokator gehörte u. a. das halbe Städtchen Slawitſchin mit Äckern, Maut, Markt und Patronat. Dieſer Landſtrich lag öde und lange von Menſchen verlaſſen da[68]. Es iſt unbekannt, wie Helembert die ihm geſtellte Aufgabe gelöſt hat, es ſcheint aber, daß er die notwendige Zahl deutſcher Siedler nicht in dieſes ſüdoſtmähriſche Gebiet bringen konnte. Er ſollte jedenfalls das Ödland beſiedeln, Dörfer von 50 Lahnen Umfang mit einer Mühle mit einem Rad einrichten. Genannt werden die Dörfer Braziz, Belawitz und Biscopiz. Bei dem Städtchen Slawitſchin iſt ein Berg, auf dem gemeinſam mit dem Olmützer Biſchof eine Burg zu bauen iſt, unter dem Berg ſoll ein Dorf gegründet werden, von dem ebenfalls die Hälfte dem Biſchof zugehören ſoll. Das iſt ein großzügiger Plan zur Schaffung eines deutſchen Bezirkes. Die drei genannten Dörfer waren anſcheinend nicht mehr als beſcheidene Örtchen, auch das Städtchen ſollte wohl erſt zu einem ſolchen durch die Tätigkeit Helemberts werden.

1261 werden auf dem Gebiet der Herrſchaft Wiſowitz die beiden Dörfer Wilperkc (= Ujezd) und Schonov, alſo ein Wildberg und ein Schönau, erwähnt[69]. Der ſpätere Kaiſer Karl der IV. hatte als Markgraf von Mähren 1341 die Dörfer Klobauk und Potetſch durch Jeſchek von Klobauk anlegen laſſen, die Einrichtungen ſind vollſtändig deutſch[70], es fehlt aber ein ſicheres Zeichen für deutſches Volkstum, denn in dieſer Zeit iſt deutſches Recht kein unbedingter Hinweis auf deutſche Siedlung mehr. 1356 gründet dann ſein Bruder Johann Novum Clobuk neben dem alten Klobauk, das jetzt Stadt heißt. Es wird deshalb auch hier kaum ohne deutſche Beteiligung gegangen ſein[71]. Weiter gegen Weſten hin liegt Freiſtadtl, deſſen Name für das einſtige Deutſchtum ſpricht, auf dem Wege von hier nach Weſten befindet ſich ein Liebenthal. Wir ſind hier bereits im Raum der ſog. Walachenſiedlung, die das mittelalterliche Siedlungsbild und wohl auch die Volkstumsverteilung kennbar verſchoben hat. Dabei iſt auch der ſlowakiſche Einſchlag in dieſem Grenzraum verſtärkt worden. In dem benachbarten Abſchnitt Innermährens war Kremſier ein bedeutender deutſcher Mittelpunkt[72]. Deutſche bäuerliche Siedlung war aber hier nur Ausnahme, um die Stadt Kremſier hat es eine eigentliche deutſche Volksinſel kaum gegeben. Dagegen war das nahe Hullein vielleicht eher Mittelpunkt eines kleinen deutſchen Bezirks. 1261 kommt der Diſtrikt Hullein durch Schenkung von König Otaker II. an den Olmützer Biſchof Bruno und zwar: der Markt Hulyn mit den beiden Dörfern mit ſlawiſchen Namen Prawcziz und Nemcziz, das ſoviel wie „Deutſchenort“ bedeutet, und dann Altendorf[73]. 1267 iſt Hullein oppidum forense, 1292 wird Arnoldus quondam advocatus in Hullein, 1294 der Hulleiner Bürger Ulricus, 1294 bzw. 1301 werden die Hulleiner Pfarrer Theodoricus und Dithmerus genannt[74]. Bevor Hullein Marktort bzw. Stadt wurde, war bereits hier deutſches Bauerntum eingeſetzt. 1248 hören wir von einem Bauern namens Chislinch[75]. Als deutſcher Ortsname bei Kremſier iſt noch auf das ſpäter verödete Rulant, genannt 1290, zu weiſen[76].

---

[61] Ebenda, S. 363.

[62] Ebenda, S. 401.

[63] G. Wolny, Die Markgrafſchaft Mähren, Bd. 4, Brünn 1835, S. 347 u. 358.

[64] Codex dipl. Moraviae V, S. 68.

[65] Codex dipl. Moraviae III, S. 257.

[66] Hoſák, a. a. O., S. 351.

[67] d'Elvert, Zur Geſchichte des Deutſchtums, S. 374.

[68] Berger, Die Koloniſation der deutſchen Dörfer Nordmährens, a. a. O., S. 6ff.

[69] Hoſák, a. a. O., S. 456—457.

[70] Berger, Die Koloniſation der deutſchen Dörfer Nordmährens, a. a. O., S. 21.

In der weſtlichen Hälfte und in der Mitte des ſüdmähriſchen Raumes ſind die Verluſte des Deutſchtums kaum geringer als im öſtlichen. Bis 1780 waren in den Bezirken Groß-Seelowitz, Pohrlitz und Eibenſchitz ſowie um Mähriſch-Kromau die meiſten kleineren Deutſchtumsgruppen in den einzelnen Dörfern verlorengegangen, aber auch die größeren deutſchen Anteile in Deutſch-Branitz (1680: 45 v. H. Deutſche), Niemtſchitz (1680: 45 v. H. Deutſche), Groß-Seelowitz (1680: 40 v. H. Deutſche) und ſelbſt Eibis, das im Jahre 1680 noch zu drei Vierteln deutſch geweſen iſt. Bei Groß-Niemtſchitz liegen zwei Ödungen namens Neudorf, von denen das eine auch Friedrichsfelder Dörfel genannt wurde. Beide waren neuzeitliche Gründungen, erſteres entſtand vor 1672 und war kaum zwanzig Jahre ſpäter wieder verödet, das andere iſt eine Gründung von 1713[77]. Biſkupſka bei Mähriſch-Kromau konnte als deutſches Volksinſeldorf bis in das 18. Jahrhundert hinein das deutſche Volkstum bewahren, das ähnlich vereinſamte Sprachinſeldorf Krepitz im Bezirk Hrottowitz war ſogar noch 1835 rein deutſch. Bei der Volkszählung von 1880 erſcheint es indes bereits als tſchechiſcher Ort. Das Bekenntnis zur tſchechiſchen Umgangsſprache bedeutete in dieſer Gegend aber durchaus nicht immer auch das Bekenntnis zum tſchechiſchen Volkstum. 1910 hatte Skalitz zwar noch eine deutſche Gemeindevertretung, aber 59 v. H. Tſchechen und im Jahre 1918 bekannten ſich alle Dorfeinwohner ohne Ausnahme zum Anſchluß an Deutſch-Öſterreich.

Vom weſtlichen Flügel des ſüdmähriſchen Deutſchtums ging einſt eine deutſche Verbindung zum Iglauer Deutſchtumsgebiet, das vordem ebenfalls weit ausgedehnter geweſen iſt. Es fällt auf, daß im Kern der heutigen Iglauer deutſchen Volksinſel Reihendörfer mit Waldhufenflur vollſtändig fehlen. Im Norden reichen die Ausläufer der großen Waldhufenſiedlung auf der böhmiſch-mähriſchen Höhe mit Langendorf eben noch in das Volksinſelgebiet, um die heutige Volksgrenze liegen ſowohl im deutſchen wie im tſchechiſchen Gebiet Rundreihen-, Rundangerdörfer und große Rundlinge mit Radialwaldhufeneinteilung, auf heute tſchechiſchem Boden auch hin und wieder Reihendörfer mit Waldhufen. Von Südweſten nähern ſich der Volksinſel ebenfalls die Waldhufendörfer[78], ſie weiſen im großen ganzen auf die einſtige deutſche Verbindung, die durch Orte Spielau, Battelau, Trieſch, Schwabau, Ratzau, Riedelau, Mrakotin, Studein und Königseck gekennzeichnet wird[79]. Das Verbindungsſtück war nicht rein deutſch, ſondern ſtärker tſchechiſch durchſiedelt. Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert laſſen ſich am Rand der Iglauer Volksinſel Fälle mehrfachen Volkstumswechſels feſtſtellen, eine bezeichnende Sprachgrenzerſcheinung auf der Grundlage der Zweiſprachigkeit. Weſtlich von Iglau iſt u. a. das Deutſchtum in Glashütten, Neu-Reichenau, Miroſchau, Tuſſendorf, Jankau, Opatau, Roth-Neuſtift, Bronshau, Kellersdorf und Wind.-Jenikau verlorengegangen. Ob hier eine unmittelbare Verbindung mit dem nahen böhmiſchen Städtchen Pilgrams beſtand, iſt noch nicht ausgemacht. Vor dem Südzipfel der Volksinſel und öſtlich davon hatten Steinkeller, Pailenz, Teſchen, Klein-Pirnitz, Langpirnitz Haslitz, Ruprenz, Pirnitz, Frankendorf (Branzaus), Herrnlhota, Primelkau, Prisnek, Puklitz, Wieſe, Jetzlau, Hoch-Studnitz, Regens und dann ſchon weiter abſeits und im Norden Jerſein, Arnoletz, Deutſch-Rudoletz und andere einſt deutſche Gruppen, Polna am Oſtrande der Volksinſel war ebenfalls eine deutſche Stadt. Um Primiſlaus ging eine ganze Reihe deutſcher Siedlungen verloren, ſo Deutſch-Gablonz, Spinnhof, Neuhof, Ronau, Peſendorf, Spieldorf, Jägersdorf, Böhmiſch-Schützendorf, Uttendorf, Schönfeld, Lettendorf, Matzerau und Eiſenberg. Weſtlich der Volksinſel ſchob ſich ein deutſcher Keil in das Böhmiſche vor mit Pollerskirchen, Prußdorf, Kochendorf, Linden, Dürre, Radnau, Schechlenz, Heraletz und Wilhelmszelle, gegen Deutſch-Brod hin liegen jenſeits der heutigen Volksgrenze Hohndorf (Peterkau), Heiligenkreuz und Münchwald. Deutſch-Brod war früher der deutſche Mittelpunkt für den ganzen Norden der vordem größeren Iglauer Deutſcheninſel. 1278 werden als zu Deutſch-Brod gehörige Beſitzungen genannt: Schenkeldorf (heute Schenkelhof), Hruſchenſtein (Rauſchenſtein), Curia Wernheri, Curia Hanmani Rufi, Curia Heinrici Bihußhen, Curia Pabonis, unus laneus Eccehardi, alter dimidius laneus Arnoldi Ganchower, quattuor lanei Wernheri Etsch, curia Cunradi Albi, agri domini Eberhardi antiqui, curia Cunradi Herstul et villa nomine Poywa, curia Wernheri in Wezzels et curia Beronis ibidem, Gobelsdorf cum agris Claritti, curia Ulmani et relictae Wilhelmi, unus laneus Lesshers, curia Reinholdi in Gerungesdorf; ſchon 1258 hören wir von folgenden Berg- und Stollennamen bei Deutſch-Brod: Jägerberg, Hertwigsberg, Breitbartesberg, Skubelerberg, Helmerichsberg, Buchberg, Lettenberg, Haberberg, Hohalde[80].

---

[71] Ebenda.

[72] d'Elvert, Zur Geſchichte des Deutſchtums, zählt S. 147 folgende wichtigen Deutſchenorte Mährens auf: Kremſier, 1280 mit Brünner Recht bedacht; Keltſch; Tobitſchau; Biſenz bei Ungariſch-Hradiſch; Klobouk, ſeit 1356 Städtchen mit Hradiſcher Recht; Koſtel (hier ein Weinberg „Geiſelberg“); Groß-Meſeritſch, 1410 mit vollem Stadtrecht begabt; Trebitſch, 1335 befeſtigte Stadt; Teltſch, 1359 ſtädtiſche Gerichtsbarkeit; Saar, 1293 Markt mit eigenem Gericht; Neuſtadtl, 1293 Städtchen des Kloſters Saar; Heinrichs, 1408 Stadtrecht; Budwitz, 1348 Städtchen; Eibenſchitz, 1278 Stadt.

[73] Hoſák, a. a. O., S. 654.

[74] Codex dipl. Moraviae IV, S. 391; V/1, S. 124.

[75] Codex dipl. Moraviae III, S. 85.

[76] Hoſák, a. a. O., S. 659.

[77] Hoſák, a. a. O., S. 242.

Ungefähr auf dem halben Wege zwiſchen der Nordecke der Iglauer Deutſcheninſel und dem großen Schönhengſtgau, aber ohne halbwegs gute Verkehrsverbindung zu beiden Gebieten, liegt auf der böhmiſch-mähriſchen Höhe, noch auf der böhmiſchen Seite, aber unweit der mähriſchen Stadt Saar, das einſame deutſche Volksinſeldorf Libinsdorf, das trotz ſeiner vereinzelten Lage und obwohl es einer tſchechiſchen Pfarrgemeinde zugeteilt wurde, ſein deutſches Volkstum in bewußter Abwehrſtellung gegen die fremdvölkiſche Umwelt bewahren konnte[81]. Libinsdorf iſt auf uraltem deutſchen Volksboden errichtet worden. Vom Nordzipfel der Iglauer Deutſchtumsinſel zeigen die Karten zahlreiche deutſche Ortsnamen bis Libinsdorf: Uttendorf, das noch eine deutſche Minderheit hat, Kurzdorf, Saibendorf, Mariendorf, Schönfeld, Spieldorf, Spinndorf, Neuhof, Peſendorf, Hüttenhof, Schlaghammer, Neudek, Figlhammer, Freudel. Damit ſind wir bei Stadt Saar angelangt. Das Kloſter Saar hat im Hochmittelalter eine rege Siedlungstätigkeit entwickelt, daß dabei Deutſche nicht fehlten, zeigen deutſche Flurnamen an[82]. Südlich und öſtlich von Saar finden ſich allerdings faſt keine deutſchen Ortsnamen, was aber nicht ein unbedingter Beweis gegen das Fehlen jeder deutſchen Siedlung iſt. Wichtig iſt noch das öſtlich von Saar liegende Neuſtadtl; öſtlich davon gibt es einen Flurnamen na Špimberku, ſüdlich davon ein Neudorf. Dieſes Bild der deutſchen Ortsnamen iſt abſichtlich von Karten aus der Zeit genommen worden, die vor der Wiederherſtellung der alten deutſchen Ortsnamen und Namensformen in Böhmen und Mähren durch den Reichsprotektor liegt. Es iſt gewiß in vielen Dingen oberflächlich genug, denn hinter manchen deutſchen Namen für eine neuere Gründung mag lediglich der Wille eines Herrſchaftsbeſitzers ſtehen. Andererſeits war manches Dorf mit ſlawiſchen Namen hier dennoch einſt deutſch. Das Siedlungsbild zeigt in dem ſtarken Vortreten des Waldhufendorfes mehr deutſche Beeinfluſſung als an vielen anderen Stellen Mährens. Von einigen Siedlungen am Nordrand der Iglauer Inſel wiſſen wir genauer Beſcheid. In Böhmiſch-Schützendorf waren 1350 die Hinterſaſſen des Kloſters Frauenthal deutſcher Volkszugehörigkeit[83], ebenſo in dem weiter nördlich gelegenen Lettendorf, ferner in Illemnik und in Saibendorf; hier ſtehen neben 14 Deutſchen und 4 Fraglichen nur 2 Tſchechen. Uttendorf, Böhmiſch-Schützendorf und Illemnik waren ja auch noch vor 100 Jahren deutſch. Beſonders lehrreich für die planende Volkstumsarbeit und für die Erkenntnis der Umvolkung eines Dorfes iſt das Schickſal von Illemnik.[84] Illemnik hatte 1939 eine Einwohnerſchaft von 146 Köpfen; davon waren 43 Deutſche, 100 Tſchechen und 3 Ukrainer. Die Veränderungen gegenüber der erſten öſterreichiſchen Volkszählung von 1880 ſind groß, denn damals wurden 130 Einwohner gezählt, davon waren 118 Deutſche und nur 12 Tſchechen. Eine Haupturſache für die Entdeutſchung des Ortes war die deutſche Abwanderung; in den letzten 50 Jahren ſind nicht weniger als 62 Deutſche fortgezogen, von denen 42 durch Bekenntnis zum tſchechiſchen Volkstum dem Muttervolk verlorengingen. 27 von den Abgewanderten heirateten in tſchechiſche Familien ein, auch ihre Kinder wurden Tſchechen. In die entſtehenden Lücken zogen Tſchechen und zwar 36. Von den 100 Illemniker Tſchechen im Jahre 1939 ſind nicht weniger als 24 Kinder deutſcher Eltern. Miſchehen führten weitere Kinder dem Tſchechentum zu, nicht ein Kind aus volklichen Miſchehen wurde deutſch, alle wurden Tſchechen. Zu all dem kommt noch die Kinderloſigkeit auf der deutſchen Seite, die eine große Überalterung des heutigen Deutſchtums von Illemnik zur Folge hat. Man kann ſich gut vorſtellen, daß auch an anderen Stellen Mährens dieſe Urſachen — Abwanderung und damit unmittelbar zuſammenhängend Zuzug fremdvolklicher Elemente, Miſchehen, Kinderloſigkeit und wirkliche Umvolkung — recht raſch zur Entdeutſchung deutſcher Siedlungen geführt hat.

---

[78] K. von Maydell, Siedlungsformenkarte der Iglauer Volksinſel. In: Handwörterbuch d. Grenz- u. Auslandsdeutſchtums, Bd. III, S. 158.

[79] Dazu und zum folgendem die Karten von G. Isbary, ebenda S. 152 u. 153.

[80] A. Altrichter, Koloniſationsgeſchichte der Iglauer Sprachinſel. In: Zeitſchr. d. Vereins f. d. Geſch. Mährens u. Schleſiens, 12. Jg. 1908, S. 110.

[81] H. Weinelt, Die deutſche Volksinſel Libinsdorf. In: Schleſiſches Jahrbuch 12, 1940, S. 208 ff. — Derſ., Libinsdorf, Bollwerk deutſchen Volkstums. In: Sudetendeutſche Monatshefte 1941, S. 51—55. — Derſ., Die Mundart der Deutſchtumsinſel Libinsdorf und ihre Bedeutung f. d. nordböhmiſche Heimat. In: Archiv für vergleichende Phonetik, 1. Abt., 4. Bd. 1940, Heft 1/2, S. 36 ff.

[82] M. Simböck, Die Iglauer Sprachinſel und ihre Beſiedlung. In: Zeitſchr. d. Vereins f. d. Geſch. Mährens u. Schleſiens, 7. Jg. 1903, S. 178 ff.

Schönfeld heißt in der tſchechiſchen Mundart des Gebietes Šumfelt, eine tſchechiſche Bezeichnung iſt daneben nicht vorhanden. Eiſenhorek hieß bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts wie auch wieder heute Eiſenberg, hier gab es eine „Fuchsteichmühle", in Saſau weſtlich von Saar ſtand ein Vorwerk, der „Höllhof" genannt, ein Berg heißt hier „Steinhübel". Der weſtliche Nachbarort von Libinsdorf, der lange amtlich Radoſtin hieß, wurde einſt vom „gemeinen Volk" Ochſenberg genannt, beim Ort gibt es wieder einen Berg namens „Steinhübel" oder „Steinberg". Südöſtlich von Libinsdorf liegt Zwitnuf am Fuß des „Richterberges", der ſeinen Namen von der mit reichem Grundbeſitz ausgeſtatteten Schulzei (Erbrichterei) des Ortes hat. Das Wiſſen um den nunmehr wieder eingeführten deutſchen Ortsnamen Münchsberg für den benachbarten Marktort von Libinsdorf war in dieſer deutſchen Volksinſel ſtets vorhanden, obwohl ſonſt der Ort längſt nur Wojnomjeſtetz genannt wurde, bemerkenswerter aber erſcheint, daß das knapp daneben liegende Kreuzberg den Libinsdorfern in der deutſchen Mundartform Kroitsprak geläufig iſt. Dieſe Form kann nie von dem tſchechiſchen Krucemburk abſtammen und da es ganz unmöglich iſt, daß die erſten Libinsdorfer Anſaſſen den Ortsnamen anders als durch unmittelbare mündliche Überlieferung kennengelernt haben, ſo kommen wir ohne ein deutſches Glied in der Überlieferungskette nicht aus. Gleiches gilt von den Namen Saar und Zwitnuf, deren Grundlage tſchechiſches Žd'iár bzw. Světnov ſind. Die heute den Libinsdorfern geläufigen Formen aber ſind vor 1300 in deutſchem Mund geweſen, die erſten Libinsdorfer waren aus dem nördlichen Böhmen, aus der Gegend von Tetſchen, gekommen, ſie können dieſe Formen unmöglich dort gehört haben. Sie haben ſie an Ort und Stelle übernommen und zwar aus dem Munde Deutſcher. Ob es ſich dabei lediglich nur um eine deutſche Beamtenſchicht in Stadt Saar gehandelt hat, kann nicht entſchieden werden, es fehlen aber alle Anhaltspunkte für einen Beſtand deutſchen Bauern- und Bürgertums zur Zeit der Gründung Libinsdorf (1779—1780). Zumindeſt aber dieſe deutſche Beamtenſchicht muß noch Fühlung mit einem bodenſtändigen Deutſchtum gehabt haben.

---

[83] V. Heimann, Die Volkszugehörigkeit der Frauenthaler Hinterſaſſen um 1350. In: Zeitſchr. f. ſudetendeutſche Geſchichte, 2. Jg. 1938, S. 41ff.

[84] Illemnik, ein deutſches Dorfſchickſal. In: Oſtland; 21. Jg. 1940, Nr. 3, S. 73—76.

Nördlich von Libinsdorf liegt der Ort Glashütte, für den die Libinsdorfer uf te hẹte ſagen; auch hier iſt eine tſchechiſche Vermittlung unmöglich (tſchech. Nová Hut'). Die Libinsdorfer kennen auch den alten Ortsnamen Pelles (= Polnička); der Teich bei dieſem Ort heißt übrigens „Grundteich". Öſtlich von Kreuzberg gibt es wieder ein Neudorf. Auch im Gebiet gegen den Schönhengſtgau fehlen deutſche Ortsbezeichnungen nicht: Dreibrunn, Neuſtift (weſtlich davon ein Rumpoldský mlýn), ein Stück weiter im Oſten liegen Niemetzke (= Deutſchenort), Walldorf (tſchech. Valdorf), Karlſtein (tſchech. Karlštejn), Hammer, Schönfeld bei Hlinſk, Humberg. Mit Marxdorf, Alt- und Neuſteinberg, Ullersdorf, Breitenthal und Baumgarten ſind wir ſchon bei der einſt deutſchen Stadt Polnitſchka, im verlorengegangenen deutſchen Volksboden am ſüdweſtlichen Schönhengſt.

Die Vertſchechung der Stadt Gewitſch, die durch die Huſſitenſtürme eingeleitet wurde, hat dann wohl die Umvolkung eines Teiles des Gewitſcher ländlichen Weichbildes mitbedingt. 1258 war Gewitſch auf der Grundlage des Magdeburger Rechtes von Mähriſch-Neuſtadt begründet worden, zum Gerichtsſprengel gehörten: Kornicz, Alberndorf, Dorflins, Arnolczdorf, Ernestendorf, Brasen, Hartungsdorf, Martinczdorf, Unracz, Niderunracz, Mitterdorf, Neubranow, die Stadt bekam dann auch den Branauerwald[85]. Mitterdorf und Martinczdorf ſind heute verödet. Für Alberndorf iſt vormaliges Deutſchtum mit Sicherheit nachzuweiſen, wie denn überhaupt das geſamte zu Gewitſch gehörige Gebiet einen mindeſt vorwiegend deutſchen Charakter hatte. Bodelsdorf hatte noch 1711 ein Gemeindeſiegel mit der Umſchrift „Gemein Wodelsdorf", von Brohſen iſt ein Petſchaft „Gemein Broſen Inſiegl 1672" erhalten. Dieſe Orte ſind heute tſchechiſch wie Bezdietſch, das 1771 national gemiſcht war, und wie die einſt deutſchen Gemeinden Pitſchendorf und Mitterdorf. Bei Markt Türnau liegt dann ein heute tſchechiſches Petersdorf. Bezeichnenderweiſe hat ſich im Norden der Stadt, im Anſchluß an den ſeit je rein deutſchen Kern des Schönhengſter Rodungslandes auch das deutſche Bauerntum trotz der wirtſchaftlichen Verflechtungen mit der dann tſchechiſchen Stadt Gewitſch ungebrochen halten können. Das große, an der heutigen Volksgrenze gelegene Dorf Kornitz nimmt ſamt Dörfel ſtammlich eine Sonderſtellung gegenüber dem übrigen Schönhengſt ein durch das ſtärkere Hervortreten bayriſcher Züge. Der Schluß, daß mit dem Verſinken des Deutſchtums bei Gewitſch auch für die Siedlungsgeſchichte weſentliche Stammesgrenzen untergingen, iſt naheliegend.

1323 gehört dann u. a. ein Frolichsdorf zur Stadt Gewitſch[86].

Das tſchechiſche Stück zwiſchen dem Schönhengſtgau und dem geſchloſſenen deutſchen Volksboden des Adlergebirges und Nordmährens iſt ſtellenweiſe ſo ſchmal, daß öfters behauptet wurde, der Schönhengſtgau ſei gar keine Volksinſel. Es ſtimmt jedenfalls, daß der tſchechiſche Gürtel nie eine wirkliche Scheide für die volklichen Zuſammenhänge dargeſtellt hat. Die Verluſte des Deutſchtums ſind im böhmiſchen Abſchnitt größer als im mähriſchen, zeigt doch dort die Kulturformenlandſchaft ein weit typiſcher deutſches Gepräge und zwar das einer deutſchen Rodungslandſchaft. Das Reihendorf mit Waldhufenflur iſt ausſchließlich beſtimmend für die Dorfanlage[87]. Deutſche Ortsnamen ſind in der Mehrzahl und im Hundertſatz erheblich zahlreicher als im mähriſchen Abſchnitt. In der Hausanlage macht ſich ſlawiſcher Einfluß allerdings ſchon ſtärker bemerkbar, es finden ſich für volkliche Miſchgebiete bezeichnende Überſchneidungsformen, die auch in der Slowakei in den deutſchen Volksinſelgebieten in ähnlicher Weiſe begegnen. Für den deutſchen Schönhengſt ſind nun die geſchloſſenen Hofformen kennzeichnend; die Entwicklung zum vollſtändig geſchloſſenen Vierkanter kann dabei erſt in den letzten Jahrzehnten erfolgt ſein, zumal die früher allgemein verbreitete Achteckſcheune und auch der mindeſt ſtellenweiſe vorhandene Speicher dieſer Bauform widerſtrebten. Die Zeit, in der ſich der Schönhengſter Vierkanter ausbildete, liegt hinter den weſentlichen Volkstumsverſchiebungen um den Schönhengſtgau. Der

---

[85] Hoſák, a. a. O., S. 53.

[86] Ebenda, S. 540.

[87] H. Weinelt, Forſchungen zur Volkstumsgeographie des ſüdſchleſiſchen Stammesgebietes, Karte auf S. 14.

Vierkanter iſt eine deutſche Form; er wurde von der tſchechiſchen Nachbarſchaft nicht verwendet, ſeine Grenze fällt im weſentlichen mit der heutigen Volksgrenze zuſammen. Nur an einer Stelle ergeben ſich ſtärkere Abweichungen: über Wildenſchwert hinaus gegen Brandeis, ja ſtellenweiſe ſogar bis gegen Chotzen laſſen ſich Schönhengſter Höfe feſtſtellen, allerdings nicht von jenen der letzten Entwicklungsſtufen, ſondern nur von Vorſtufen der vollſtändig geſchloſſenen Form, und alle dieſe Höfe ſind auch alt. Nach den Verhältniſſen an den anderen Grenzgebieten des Schönhengſter Landes ſcheinen dieſe Höfe auch tatſächlich auf Deutſche zurückzugehen, ob nur auf deutſche Baumeiſter, iſt mehr als fraglich, da ein Bauer ſich ſelten eine ihm nicht gewohnte und gemäße Form aufzwingen ließ. Längs der March ſtößt in die Hohenſtädter Gegend in den Waldhufengürtel ein Keil mit älteren Siedlungsformen vor; daß hier von Anbeginn der mittelalterlichen Siedlung Slawen tätig waren, unterliegt keinem Zweifel. Man kann aber die vollſtändige Entdeutſchung des nun tſchechiſchen Zwiſchenſtückes im Waldhufengebiet nur begreifen, wenn man auch hier tſchechiſche Mitbeteiligung an dem ſeiner Führung und ſeinen Formen nach vollſtändig deutſchen Siedelwerk in Rechnung ſtellt. Zahlenmäßig kann dabei dieſes Slawentum nicht eben ſchwach geweſen ſein; denn ſonſt hätte es ſich nie ſo zur Geltung bringen können.

In Mähren iſt nun im Bereich des Waldhufengebietes der tſchechiſche Streifen ſüdlich von Schildberg nur 5 Kilometer breit. Hier liegen die tſchechiſchen Dörfer Ober-Hermanitz, Nieder-Hermanitz und Herboritz. Die tſchechiſchen Endungen können nicht die deutſche Gründung verdecken, und wirklich leſen wir 1378 Hermannsdorf superiore, inferiore und 1304 Herbortsdorf[88]. Ober-Hermanitz wird zudem auch als Deutſch-Hermanitz bezeichnet. Das nahe deutſche Tſchenkowitz im Adlergebirge heißt 1304 Czunkendorf, 1378 wird Schunkendorf geſchrieben. Die heutige deutſche Namensform zeigt keine ſtetige deutſche Entwicklung, was bei einem immer deutſchen Dorf nicht ohne weiteres verſtändlich wäre. Das Dorf ſcheint daher mehrmals ein Volkstumsbekenntnis gewechſelt zu haben. Deutſche Flurnamen begegnen allenthalben in den tſchechiſchen Dörfern bei Schildberg; ſo u. a. in Hermanitz Humperk „Hohenberg“, in Studinka Rošpach „Roßbach“, in Zottküttl „na Gansberku“. Über den tſchechiſchen Streifen beſteht dann eine bemerkenswerte deutſche ſtammliche Verbindung: die beiden zum Schönhengſter Land gehörigen Dörfer Schönwald und Lichtenſtein ſprechen keine Schönhengſter, ſondern eine ſchleſiſche Mundart[89]. Nördlich von Hohenſtadt ſchiebt ſich ein breiter tſchechiſcher Keil mit Eiſenberg als Mittelpunkt in das deutſche Nordmähren vor. Eiſenberg war noch 1910 eine deutſche Inſel inmitten tſchechiſcher Dörfer, dann erſt wurde das deutſche Volkstum in den Hintergrund gedrückt. Bei Eiſenberg liegen Bartelsdorf, Hakelsdorf, Jokelsdorf, Schreibendorf und Böhmiſch-Märzdorf. Das ſind ſoviele deutſche Namen auf engſtem Raum, daß dazu kaum Erläuterungen notwendig ſind. Hakelsdorf, Jokelsdorf und Eiſenberg mit drei zugehörigen, aber nicht näher genannten Dörfern — es mögen ſolche mit deutſchen Ortsbezeichnungen ſein — gehören 1411 zum Hohenſtädter Stadtgericht, ſie müſſen alljährlich dreimal ihren Erbſchulzen mit zwei Schöppen zu dem „Bannteiding“ genannten Gericht nach Hohenſtadt entſenden[90]. Gerichtsmäßig zählten damals außerdem noch Dubitzko, Tritſchein, Leſche, Bohuſlawitz, Rowenz, Jeedl, Schwilbogen, Tſchödrich und Nikles zu Hohenſtadt. Nur das zuletzt genannte Dorf iſt heute rein deutſch und es führt als einziges der ganzen Reihe einen deutſchen Namen. Da es um Hohenſtadt ſelbſt an deutſchen Ortsnamen nicht fehlt und einige der genannten Orte recht weit abliegen, ſo gewinnt man faſt den Eindruck, der Gerichtsbereich von Hohenſtadt ſei irgendwie bewußt auf nichtdeutſche Orte ausgedehnt worden. Der Stadt kam aber damit nur eine um ſo größere Bedeutung für das einſtige Deutſchtum des Streifens zu. Auf Hohenſtadt konzentrierten ſich nach dem Jahre 1918 die tſchechiſchen Angriffe, die durch ſtaatliche Maßnahmen wie Eingemeindung tſchechiſcher Dörfer und Beſetzung aller ſtaatlicher und vom Staate abhängiger Ämter und Einrichtungen durch Tſchechen wirkungsvoll unterſtützt wurden. Allein der Kern, die eigentliche Stadt, blieb nach wie vor deutſch, 1910 war ſie wie Eiſenberg eine deutſche Inſel. Den jähen Umbruch von 1918 hat eine verhängnisvolle deutſche Volkspolitik, die ſcheinbar dem Deutſchtum ſehr zugeneigte tſchechiſche Arbeiter in die Stadt brachte, mit vorbereitet.

---

[88] Dazu und zum Folgenden H. Weinelt, Forſchungen zur Volkstumsgeographie, S. 88ff.

[89] J. Beneſch, Lautgeographie der Schönhengſter Mundarten. Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1938. — A. Kreller, Wortgeographie des Schönhengſter Landes. Brünn und Leipzig 1939.

[90] Berger, Die Beſiedlung des deutſchen Nordmährens, S. 63f.

Auch in Siedlungen, deren Anlageart und deren Name nicht ohne weiteres Hinweiſe auf vormaliges Deutſchtum geben, hat dieſes nicht immer gefehlt. Hochſtein, das ſeine Ortsbezeichnung von der gleichnamigen Burg hat, Hniefke und Koſſe waren 1771 noch volklich gemiſcht[91]. 1267 wird erſtmalig ein Adolfsdorf zwiſchen Hochſtein und Schildberg angeführt. Der Ort iſt heute öde[92]. Es gibt hier weiter Eindeutſchungsformen von tſchechiſchen Ortsnamen, die trotz aller Vorbehalte gegen Auswertungen von Bezeichnungen dieſer Art Aufmerkſamkeit verdienen; vor allem ſei auf Brünnles aus tſchech. Brničko gewieſen.

Östlich von Müglitz verengt ſich dann der tſchechiſche Streifen nochmals auf nur wenige Kilometer, nur die beiden Dörfer Tritſchein und Steinmetz ſind heute tſchechiſch, ſie waren es jedoch nicht immer, der zweite Ort iſt dem Deutſchtum erſt ſpät verlorengegangen. Damit ſoll nicht geſagt ſein, daß dieſe Orte deutſche Gründungen geweſen ſind, wir haben auch hier mehrmaligen Volkstumswechſel zu erwägen. Im Teſtament Biſchof Brunos von Olmütz von 1267 iſt auch von den locationes et extirpationes um Müglitz die Rede, deutſches Bauerntum iſt hier auch im augenſcheinlich nur dünn beſiedelten Altſiedelland angeſetzt worden, konnte ſich aber hier nicht überall durchſetzen. An den ländlichen Siedlungsformen läßt ſich gut die deutſch-ſlawiſche Durchdringung und Überſchichtung ableſen[93]. Zwiſchen Müglitz und Mähriſch-Neuſtadt fehlen die Waldhufendörfer vollſtändig, denn es handelt ſich um ſeit alters beſiedeltes Gebiet. Hier und auch nördlich davon im tſchechiſchen und deutſchen Anteil gibt es indes nur Regelformen, die mindeſt ihrer Herkunft nach als deutſch zu bezeichnen ſind. Hier herrſchen Straßendörfer, Platzdörfer und vor allem das Straßenangerdorf, das als frühkoloniale Form in allen mähriſchen Randlandſchaften des Waldhufengürtels eine beſondere Rolle ſpielt[94]. Nördlich von Mähriſch-Neuſtadt ſpringt das tſchechiſche Gebiet auffällig gegen Oſten vor, in dieſem tſchechiſchen Dreieck liegen nicht weniger als drei Waldhufendörfer. Die am weiteſten nach Oſten vorgeſchobene tſchechiſche Ortſchaft iſt das große Waldhufendorf Schönwald, von dem die Volksüberlieferung noch gut zu berichten weiß, daß es vordem deutſch geweſen iſt. Eine pfarramtliche Notiz von 1771 bezeichnet Schönwald als deutſch, rein deutſch war der Ort trotz der Verſicherung in dieſer Nachricht aber nicht, denn von 1688—1691 iſt nur etwa die Hälfte der Eintragungen in den Kirchenbüchern deutſch, ſie betrafen auch zweifelsohne Deutſche[95]. Die Mitteilung von 1771 bringt dennoch keine Unwahrheit, man muß nur die Zeit verſtehen, aus der ſie ſtammt: der tſchechiſche Teil der Dorfbewohnerſchaft war allem Anſchein nach zweiſprachig, das ganze Dorf beherrſchte wohl die deutſche Sprache. Auch heute ſind deutſche Sippennamen in Schönwald noch ſehr verbreitet. Am endgültigen Untergang des Deutſchtums im Orte hatte wie anderwärts eine utraquiſtiſche (deutſch-tſchechiſche) Volksſchule weſentlichen Anteil. War es möglich, Kinder aus dieſer Schule in eine deutſche Schule in einem Nachbarort zu bringen, ſo blieb ihr angeſtammtes deutſches Volkstum erhalten. So ſind die Fälle zu erklären, daß ein Sohn einer deutſchen Familie, der in Schönwald ſelbſt zur Schule ging, zu einem fanatiſchen Anwalt des Tſchechentums wurde, während in ſeinem Bruder, der rechtzeitig in eine deutſche Oberſchule kam, ein bewährter Arbeiter der deutſchen volkspolitiſchen Organiſationen erwuchs.

Südlich von Müglitz im heute tſchechiſchen Siedlungsraum treten dann die Regelformen der Dörfer etwas ſtärker in den Hintergrund, kleine unregelmäßige Platzdörfer, Gaſſendörfer und auch Haufendörfer machen ſich hier deutlich bemerkbar. Südlich von Müglitz liegt das kleine Städtchen Loſchitz unfern der Burg Buſau, deſſen deutſcher Anteil längſt umgevolkt wurde. Über das tſchechiſche Stück bei Müglitz führt wieder eine deutſche Verbindung beſonderer Art: Meedl, das große Dorf bei Mähriſch-Neuſtadt, das noch im Altſiedelland liegt, ſpricht mit der ganzen zugehörigen Kirchfahrt eine Schönhengſter und keine nordmähriſche Mundart, allerdings nur mehr in der älteſten Generation[96]. Die Schönhengſter Siedlung greift dann aber noch weiter nach Oſten in das Nordmähriſche aus, aber ſchon ſichtlich ſchwächer[97]. Das Schönhengſter Volkstum zeigte auch Beziehungen zum untergegangenen Deutſchtum von Littau bzw. ſeiner vormals deutſchen Umgebung, vielleicht nicht unmittelbarer Art, ſondern auf dem Wege über den Bereich von Meedl. Littau war bis in das 20. Jahrhundert hinein eine vornehmlich deutſche Stadt, erſt verhältnismäßig ſpät iſt das Deutſchtum zur Minderheit geworden[98]. Die Umvolkung der deutſchen Dörfer bei Littau iſt ſchon früher erfolgt, und ſie wurde für den Volkstumswechſel der Stadt letztlich entſcheidend, da der Einzugsbereich damit ganz tſchechiſch wurde und die Zuwanderer aus den anderen deutſchen Gebieten keine ausſchlaggebende Rolle ſpielen konnten. Littau ſelbſt hatte ſeiner Lage entſprechend ſchon früh eine ſlawiſche Minderheit, für die auch der „böhmiſche Prediger" zeugt. Aber eine irgendwie beſtimmende Rolle vermochten die Tſchechen nicht in der Stadt zu ſpielen. Für die einſt deutſchen Dörfer bei Littau liegen die Sippennamen z. T. ſchon für 1393 vor. Dreihöfen hatte damals bereits vier Gehöfte, in denen folgende Deutſche lebten: der Bauer Seidl mit ſeinen Töchtern Eliſabeth und Kunigunde, Michel und der „Hannus bei dem Brunnen". Das heute nicht mehr mit Sicherheit zu identifizierende Dorf Dobra hatte einen Hof mehr als Dreihöfen und es werden genannt: Martin Luker, Hickelmann, Wenzel Schütenhelm, Hermann Eckart und Johann Endlich. In Lautſch erſcheinen die Deutſchen Peter Dreyling und Vogt Wicker, in Birkersdorf, deſſen deutſcher Ortsname lange vergeſſen war und das auch bei den deutſchen Loučka genannt wurde, die Bauern Jörg Huppauf und Merten Leſchinger. Das Dorf Schwarzbach gehörte augenſcheinlich zur Littauer Vogtei, und es hatte wenigſtens eine deutſche Minderheit. Köllein fällt durch ſeine vielen deutſchen Flurbezeichnungen im tſchechiſchen Mund auf, die alte deutſche Mundartformen bewahrt haben; das Dorf war auch noch 1790 deutſch. In Michlowitz ſind die deutſchen Flurnamen Dürrenbach und Rampach zu hören. Auf die nationalen Verhältniſſe der ländlichen Umgebung Littaus laſſen die älteren von der Stadt ausgeſtellten Briefe und Urkunden ſchließen. Im 16. Jahrhundert amtierte der Littauer Stadtrat für die Dörfer in der Umgebung zu etwa 80 v. H. deutſch, die Kirchenmatrik und die Innungsbücher, alſo innerſtädtiſche Angelegenheiten, ſind ausſchließlich deutſch geführt. Wie viele andere Städte im nördlichen Mähren hatte Littau damals einen tſchechiſchen Grundherrn und zwar aus dem Hauſe derer von Boskowitz; aus den Familiennamen ſind eindeutige Schlüſſe auf die volkliche Gliederung der Stadtbewohnerſchaft möglich, es ergibt ſich folgendes Verhältnis der deutſchen, tſchechiſchen und indifferenten Namen: 79 : 15 : 6.

---

[91] Slavik, a. a. O., S. 143.

[92] Berger, Die Koloniſation der deutſchen Dörfer Nordmährens, a. a. O., S. 42.

[93] H. Weinelt, Forſchungen zur Volkstumsgeographie, Karte auf S. 27.

[94] K. v. Mandell, Die Gelängeflur in den Sudetenländern. In: Deutſchmähr.-ſchleſ. Heimat, 24. Jg. 1938, S. 149ff.

[95] J. Kux im „Neuſtädter Ländchen". Beilage der Nordmähriſchen Rundſchau vom 6. 9. 30.

[96] Vgl. die obengenannten Arbeiten von J. Beneſch und A. Kreller.

Von Neuſchloß bei Littau, das allerdings als herrſchaftliche kleine Anſiedlung zu bezeichnen iſt, heißt es 1771, die Bewohnerſchaft ſei deutſch. 1786 wird von den Anſaſſen der aus fünf Dörfern beſtehenden Herrſchaft Weißölhütten und denen des Gutes Rotölhütten angegeben, ſie ſeien „teutſch und böhmiſch"[99].

Als ſtarkes Bollwerk deutſchen Volkstums in ſchwieriger Lage hat ſich die deutſche Bauernſchaft um die Stadt Olmütz bewährt. Der bedrohliche Anſtieg des Tſchechentums in den zwanzig Jahren der Tſchechenrepublik geht ſo gut wie ausſchließlich auf künſtliche Maßnahmen und unnatürliches Wachstum, bedingt durch die Nähe der bedeutenden Stadt, zurück. So iſt Neretein, ein bislang völlig unbekannter Vorpoſten mittelbayriſchen Volkstums am Südrande des ſchleſiſchen Bodens, infolge ſeiner Stadtnähe nicht nur eingemeindet worden, ſondern die Einwohnerſchaft hat auch derart ſprunghaft zugenommen, daß die alte deutſche Bauernſchaft in die Rolle einer beſcheidenen Minderheit zurückgedrängt wurde. Bei Nebotein iſt die tſchechiſche Zuſiedlung ſchon rein äußerlich an den Hausbauten erkennbar, anderwärts hat man einfach ganze Kleingehöftzeilen von mehr als beſcheidenen Ausmaßen für Arbeiter, die aus tſchechiſchen Gemeinden herbeigeholt wurden, errichtet. Durch das ſprunghafte Anwachſen der Stadt geriet das alte deutſche Bürgertum in eine immer bedrängtere Rückzugsſtellung, infolge der ſchlechten biologiſchen Lage konnte es mit dem zahlenmäßigen Wachstum der Stadt nicht Schritt halten. Die Olmützer Deutſchtumsinſel war früher größer. Eine pfarramtliche Mitteilung von 1771 nennt Topolan als deutſches Dorf. Um 1420 wird hier ein Sswenczyl (= Schwänzel) genannt, in

---

[97] H. Weinelt, Forſchungen zur Volkstumsgeographie, S. 211.

[98] Alle Angaben über das Deutſchtum Littaus und ſeiner Umgebung nach J. Kux, Geſchichte d. Stadt Littau, Brünn 1900, die noch als Geſchichte einer deutſchen Stadt erſchien.

[99] Hanke von Hankenſtein, a. a. O., S. 43 u. 52.

Holitz zur gleichen Zeit Hannus und Jekel, Hannus Lessinger, Nicolaus judex, Petrus judex, Tuchtig Johannes. Beim zuerſt angeführten iſt lediglich aus der Reihe und Art der Anführung eine gewiſſe Wahrſcheinlichkeit für ſeine deutſche Volkszugehörigkeit vorhanden. Die anderen aber waren beſtimmt Deutſche, auch der Nicolaus judex und der Petrus judex, denn bei tſchechiſcher Volkszugehörigkeit wären wie an anderen Stellen dieſer Quelle die tſchechiſchen Namensformen zu erwarten. In Beſtroſchitz findet ſich um 1420 ein Hensel, in Kralitz der Mozer Nicolaus judex de Grelitz. Dieſe Namen ſtammen aus einem Judenregiſter von Olmütz, die Genannten waren bei Juden verſchuldet[100], die Belege ſind nur zufällige und ſie geben keinen Querſchnitt. Für die Umgebung von Olmütz iſt indes auf einem ſehr weiten Gebiet mit einer deutſch-tſchechiſchen Überſchneidungszone zu rechnen, die eine breite Verbindung von der Olmützer Deutſchengruppe zum geſchloſſenen deutſchen Volksboden im Nordweſten, Norden und Nordoſten herſtellte, die ſich auf Grund der Sippennamen in den Kirchenbüchern für die Zeit von 1662—1762 gut nachweiſen läßt[101]. Von Strelitz und Kniebitz an, die nahe bei Mähriſch-Neuſtadt liegen, haben Scherotein, Gnoitz, Böhmiſch-Hauſe, Starnau, Laſchtian, Bielkowitz, Dollein, Heiligenberg, Groß-Wiſternitz, Groß-Augezd, Boniowitz, Mähriſch-Lodenitz, Stefanau, Libuſch, Pruſſowitz, Weska, Radikau, Hluſowitz, Towerſch, Tſchernowier, Chwalkowitz, Hatſchein, Teinitſchek, Bleich — das 1771 in einer zeitgenöſſiſchen Nachricht als deutſch-tſchechiſch gemiſcht bezeichnet wird —, Hodolein, Holitz, Byſtrowan, Droſchdein, Praſlowitz, Swiſedlitz, Bukowan und Nirklowitz mehr oder weniger ſtarke deutſche Anteile, eine gute Anzahl der Orte kann nahezu zum deutſchen Volksboden gezählt werden. An der Schreibweiſe mancher Namen iſt zu erkennen, daß ihre Träger wohl ſchon Tſchechen waren; und es muß dabei auch berückſichtigt werden, daß auch hinter manchen tſchechiſchen Namen ein Deutſcher ſtecken wird. Hier und da treten auch die Verbindungen tſchechiſcher Vornamen mit deutſchen Sippennamen häufiger auf, was in die gleiche Richtung weiſt. „Deutſchfreundliche" Schreibungen ſind in dieſer Zeit bei der meiſt tſchechiſchen katholiſchen Geiſtlichkeit nicht zu erwarten, ſondern eher das Gegenteil. Wie ſtark das Deutſchtum in manchen heute rein tſchechiſchen Siedlungen bei Olmütz geweſen iſt, zeigt z. B. ein Urbar des Marktes Groß-Wiſternitz von 1677[102]. Damals gibt es dort folgende 18 deutſche Familien: Anderle Michael, Dreyſſeitl Johann, Fieſchmeiſter Johann, Gebau Bartl, Mader Hans, Mader Lorenz, Mader Mathauß, Mader Michael, Mader Paul, Mannsfeld Caſpar, Mannsfeldt Michael, Pfeyffer Wilhelm, Sauer Symon, Schaffer, Schmidt Gregor, Syndl Lorenz, Summer Johann, Wagner Jakob. Dann iſt noch ein Ullmann da, aber mit dem ſlawiſchen Vornamen Gura; es war alſo ein Tſcheche.

König Wenzel ſchenkte 1306 der Olmützer Bürgerſchaft einen an die Äcker der Stadt angrenzenden Wald mit Namen Horka, hier ſollte ein Dorf mit dem Namen „Au" errichtet werden[103]. Es iſt nicht mehr mit Sicherheit feſtzuſtellen, ob es ſich um eines der heute noch deutſchen Dörfer handelt.

Auf der Strecke von Olmütz nach Oſten zur Südſpitze des deutſchen Kuhländchens waren Leipnik und Mähriſch-Weißkirchen zwei namhafte ſtädtiſche Vorpoſten des nordmähriſchen Deutſchtums. Das volkliche Schickſal beider Städte war recht wechſelvoll. Von 1349 liegt die Liſte der führenden Männer der Stadt Leipnik vor: Petrus advocatus Smolka, dann 3 Bürgermeiſter: Nycolaus Pincerna, Cunetlinus, Rudolf, weiter 8 Schöffen: Wynreich, Henslinus Gremer, Nicolaus, Czaletka, Jeclinus miles, Friczo dives, Hermanus Boemus, Arnoldus Berunhardi[104]. Der Vogt muß trotz ſeines nichtdeutſchen Beinamens nicht unbedingt ein Tſcheche geweſen ſein, er kann dieſen auch von den ſlawiſchen Mitbürgern erhalten haben. Die 3 Bürgermeiſter waren ſicher Deutſche und unter den Schöffen könnte nur der Czaletka ein Tſcheche geweſen ſein, die anderen waren ſicher deutſchen Volkstums; es fällt beſonders auf, daß ſich unter den Schöffen ein Ritter (Jeclinus miles) befindet. Leipnik war demnach in der Mitte des 14.

---

[100] J. Kux, Das Olmützer Judenregiſter vom Jahre 1413—1420. In: Zeitſchr. d. Vereins f. d. Geſch. Mährens u. Schleſiens, 9. Jg. 1905, S. 385ff.

[101] J. Roeder, Verlorenes deutſches Siedlungsgebiet im Gebirgsvorlande von Olmütz. In: Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinſel und das Odergebirge, 1. Jg. 1933/34, S. 5ff. u. 11ff.

[102] Ebenda.

[103] Berger, Die Koloniſation der deutſchen Dörfer Nordmährens, a. a. O., S. 18.

[104] Berger, Die Beſiedlung des deutſchen Nordmährens, S. 285.

Jahrhunderts eine vornehmlich deutſche Stadt, kaum eine faſt rein deutſche, denn das ſlawiſche Hinterland muß ſeit der Stadtgründung Slawen in immer wachſender Zahl in die Stadt abgegeben haben. Im Jahre 1400 hat ſich das Bild der volklichen Zuſammenſetzung der Stadtführung kaum geändert; Bürgermeiſter iſt damals der Nikulussius, die Schöffen heißen Martinus Prybko, Nikolaus, Matthias, Partlinus, Jakl, Hanus Nyemczek und Stephan. Das 15. Jahrhundert brachte dann für Leipnik die Entſcheidung. 1596 ſitzen im Stadtrat augenſcheinlich nur Tſchechen, da nur tſchechiſche Namen in der Ratsliſte erſcheinen[105]. Doch dieſe Namen müſſen gerade in Leipnik nicht in jedem Fall ein wirklichen Beweis ſein. Denn eben im frühen 17. Jahrhundert laſſen ſich hier gut Tſchechiſierungstendenzen bei der Aufzeichnung der deutſchen Namen nachweiſen. Nach dem Grundbuch von 1612 geben die damaligen Vor- und Sippennamen ein durchaus ſlawiſches Bild, das indes gar nicht zu dem ſtimmen will, was die Namen der gleichzeitigen Loſungsbücher ausſagen: hier finden ſich genug deutſche Namen, die in Verbindung mit den Vornamen und nach ihrer Schreibweiſe keinen Zweifel darüber laſſen, daß die Namensträger auch wirklich Deutſche geweſen ſind. Es zeigt ſich nun, daß der Schreiber des Grundbuchs einfache Namen nach der Art von Falk, das er mit Sokol wiedergab, überſetzte. Das Verfahren war nun bei deutſchen Namen wie Ankleye, Ebert, Erdborn, Hanel, Heilmeſſer, Hofer uſw. nicht ſo einfach möglich. Aber der tſchechiſche Schreiber wußte ſich auch hier Rat. Er verwendete ſtatt der Sippennamen Berufsbezeichnungen (Malirz, Rzeznik, Sklenarz, Rzemenarz) oder er ſchuf Herkunftsnamen (Opawsky, Hulinsky, Jiczinsky, Prziborsky)[106]. Hinter dieſen Namen verbergen ſich deutſche Bürger, denn es iſt ganz unglaublich, daß etwa ein deutſcher Schreiber für die eben als Beiſpiele angeführten tſchechiſchen Herkunfts- und Berufsbezeichnungen die zuerſt genannten echt deutſchen Sippennamen erfunden hätte. Auch der Geiſt, der aus dieſen Namensverdrehungen ſpricht, paßt nur zum tſchechiſchen Volkstumsbewußtſein der Zeit, nicht aber zur deutſchen Haltung. Daß es zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein Deutſchtum in Leipnik gegeben hat, läßt ſich auch noch aus einer anderen Tatſache nachweiſen. 1616 hatte der Grundherr Georg von Würben vor, eine eigene deutſche Schule zu ſchaffen, entſchloß ſich dann aber, die Neugründung mit der Stadtſchule zu vereinigen. Dabei wurden Schulordnungen erlaſſen und beſonderes Augenmerk den deutſchen Lehr- und Aufſichtsperſonen gewidmet. Man kann ſich nicht des Eindrucks erwehren, daß dieſer beſondere Schutz der deutſchen Rechte notwendig war, weil die andersvolkliche Seite die deutſchen Anſprüche nicht genügend beachtete. Dennoch blieb Leipnik trotz ſeines weiter ſtets ſtarken und auch wachſenden tſchechiſchen Anteils eine vornehmlich deutſche Stadt, bis der im ausgehenden 19. Jahrhundert einſetzende ſtarke tſchechiſche Terror, dem die öſterreichiſchen Behörden nicht mit genügender Sachlichkeit und Schärfe begegneten, dann die eigentliche Vertſchechung einleitete, die ſich bis in das 20. Jahrhundert hineinzog; eine deutſche Minderheit vermochte ſich indes hier zu behaupten, wie auch in der ein Stück weiter öſtlich gelegenen Stadt Mähriſch-Weißkirchen. Das volkliche Schickſal vollzieht ſich bei beiden ſtädtiſchen Siedlungen in der Huſſitenzeit, denn ſowohl in Leipnik wie in Mähriſch-Weißkirchen gewinnen die Kelchner im ſlawiſchen Bevölkerungsanteil einen ſtarken Rückhalt. Mähriſch-Weißkirchen war 1430 von Johann von Tobitſchau unter den üblichen, für die Deutſchen verheerenden Folgen erobert worden. Nördlich von Mähriſch-Weißkirchen ſchiebt ſich ein auffallender ſchmaler Keil in den deutſchen Rodungsgürtel der Waldhufendörfer vor, deſſen Nordſpitze die beiden Gemeinden Laudmer und Sponau mit Scherzdorf bilden, ſie ſind von den übrigen Dörfern des Keils durch einen deutſchen Streifen getrennt. 1399 zählten Laudmer und Sponau mit einer Reihe heute noch rein deutſcher Siedlungen zur Meile des deutſchen Städtchens Bodenſtadt[107]. Wenn es 1786 heißt, die Anſaſſen von Sponau ſeien „teutſche Schleſier"[108], ſo trifft das vielleicht nur bedingt zu, denn eine pfarramtliche Nachricht von 1771 führt Sponau als volklich gemiſchten Ort an. Aber man muß immer wieder mit einem recht raſch wechſelnden Volkstumsbekenntnis rechnen. Der tſchechiſche Keil umfaßt im Waldhufengürtel die 3 Dörfer Ohrnsdorf, Bartelsdorf und Heinrichswald, außerhalb der Waldhufenzone unfern der heutigen

---

[105] Dazu und zum folgenden A. Hajduk, Geſchichte der Stadt Leipnik. Leipnik 1907.

[106] Vgl. den Aufſatz von Kott im 10. Jahresbericht 1908/09 der Landesrealſchule in Leipnik.

[107] Berger, Die Beſiedlung des deutſchen Nordmährens, S. 282.

[108] Hanke von Hankenſtein, a. a. O., S. 283.

Volksgrenze liegen dann noch Radelsdorf, Ungersdorf und Klogsdorf, deren Namen für eine deutſche Siedlungstätigkeit zeugen[109].

Deutſche Außenpoſten ſind vielfach im ſlawiſchen Gebiet die Sitze der deutſchen ritterlichen Dienſtmannen des Olmützer Biſtums geweſen, die eine rege Siedel- und Ausbautätigkeit entfalteten. Sie mußten freilich in ſehr vielen Fällen auf die an Ort und Stelle vorhandenen ſlawiſchen Kräfte zurückgreifen, aber ſie haben doch eine mehr oder minder ſtarke Gefolgſchaft auf ihre Güter mitgebracht. Von dieſen vielen Außenpoſten ſei hier lediglich auf die Schaumburg bei Keltſch gewieſen, die den Sippennamen des Olmützer Biſchofs Grafen Bruno führt. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts ſitzt bei Keltſch ein niederſächſiſcher Ritter, der wieder in ſeine Heimat zurückkehrt. Von 1370 liegt dann ein deutſch geſchriebener, auf der Schaumburg ausgeſtellter Brief vor, der bezeichnende bayriſche Sprachmerkmale trägt, es beſtand hier unfern des Kuhländchens ein bayriſcher Vorpoſten[110]. Für deutſche Siedlungstätigkeit bei Keltſch liegt eine unmittelbare Nachricht vor; der Ritter Nikolaus, der ſeit 1263 Lehen bei Keltſch innehatte, erhielt von ſeinem biſchöflichen Herrn den Auftrag, ein Dorf Brunnow (Bruno-Au) zu gründen[111].

Der ſüdöſtlichſte Ausläufer des geſchloſſenen ſchleſiſchen Stammesbodens, das Kuhländchen, wurde durch die Grenzlinie zwiſchen dem öſterreichiſchen Schleſien und Mähren verwaltungstechniſch lange in zwei Teile getrennt, was indes der ausgeprägten Einheit und Eigenart des Kuhländler Volkstums keinen Abbruch tun konnte. Weſtlich von Neutitſchein, dem Mittelpunkt dieſer deutſchen Landſchaft, dringt ähnlich wie nördlich von Mähriſch-Weißkirchen ein tſchechiſcher Keil gegen Norden vor, deſſen Nordſpitze von Barnsdorf gebildet wird, von dem es noch 1835 heißt, daß die 802 Anſaſſen „Katholiken deutſcher Zunge" ſind[112]. Das an Neutitſchein angrenzende Dorf Ehrenberg war wieder noch um 1805 vorwiegend deutſch[113]. Hier und auch ſüdlich von Neutitſchein ſind deutſche Ortsnamen ganz gewöhnlich, vgl. etwa Wolfsdorf, Katzendorf, Palzendorf, Hotzendorf und Wernsdorf. Die beiden letzten Orte gehörten 1800 noch zum deutſchen Volksboden[114].

Nicht viel anders liegen die Dinge am Oſtrand des Kuhländchens. Hier waren die beiden Städtchen Stramberg und Freiberg — in denen ſich allerdings immer nennenswerte deutſche Minderheiten behaupten konnten — und die dazwiſchen liegenden Dörfer Sawensdorf und Tannendorf 1800 mindeſt noch vorwiegend deutſch. Deutſche Volksinſeln waren damals die Städte Frankſtadt und Braunsberg und dann weiter ſchon in Oſtſchleſien Friedek, auch Mähriſch-Oſtrau war in dieſer Zeit eine deutſche Stadt, allerdings nicht in Volksinſellage, denn ſein Deutſchtum hatte unmittelbare Berührung mit den benachbarten oberſchleſiſchen und oſtſchleſiſchen Deutſchtumsgruppen. Dieſes ſtädtiſche Volksinſeldeutſchtum ſtellt die letzte Stufe eines ganz großen Umvolkungsvorganges dar, denn das ganze oſtmähriſche Gebiet ſüdlich von Mähriſch-Oſtrau zwiſchen den beiden Flüſſen Oder und Oſtrawitza war im Mittelalter deutſcher Volksboden mit nur geringen ſlawiſchen Einſprengſeln. Das Bild der Ortsnamen iſt ganz das einer deutſchen Rodungslandſchaft, dazu ſtimmen die ländlichen Siedlungsformen: von verſchwindenden Ausnahmen abgeſehen herrſcht allein das Reihendorf mit Waldhufenflur[115]. Die Anfänge deutſcher Siedlung in Oſtmähren[116] liegen in der erſten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Die aus dem deutſchen Weſten, aus dem Rheinland ſtammenden Grafen von Hochwald hatten hier großen Beſitz, als deſſen Mittelpunkt ſie die ſpäter zur weitaus umfangreichſten Bergfeſte Mährens ausgebaute

---

[109] Vgl. die Karte auf S. 92 bei H. Weinelt, Forſchungen zur Volkstumsgeographie des ſüdſchleſ. Stammesgebietes.

[110] Zum Geſamtproblem H. Weinelt, Zum bayriſchen Einfluß im ſüdſchleſiſchen Raum. In: Deutſche Volksforſchung in Böhmen und Mähren, 1, 1939, S. 109ff.

[111] Codex dipl. Moraviae III, S. 349. [112] G. Wolny, Kirchliche Topographie I/3, S. 172.

[113] P. R. Schünke, Mitteilungen des Muſeumsvereins Neu-Titſchein 4, S. 75.

[114] Vgl. dazu die Karte bei H. Weinelt, Forſchungen zur Volkstumsgeographie des ſüdſchleſiſchen Stammesgebietes, S. 95; ferner R. Sobotik, Sprachgrenzlandſchaft von Weſtſchleſien, Kuhland, Troppau 1933 (Karte), und darauf aufbauend H. Gans, Zur Entwicklung der Sprachgrenze weſtwärts und oſtwärts der Oderpforte im Laufe eines Jahrhunderts, in: Deutſchmähr.-ſchleſ. Heimat 23, 1937, S. 258ff.

[115] H. Weinelt, Forſchungen zur Volkstumsgeographie des ſüdſchleſiſchen Stammesgebietes, S. 4ff.

[116] Berger, Die Beſiedlung des deutſchen Nordmährens, S. 141ff.; eine Aufzählung der urkundlichen Erwähnungen auch bei W. Latzke, Die Beſiedlung des Oppalandes im 12. und 13. Jahrhundert, in: Zeitſchr. d. Vereins f. Geſchichte Schleſiens, 72. Jg. 1938, S. 122ff.

Burg Hochwald erſtellten. Auch andere deutſche Adlige hatten hier Beſitz, aber erſt mit Biſchof Bruno von Olmütz kam hier die deutſche Siedlungstätigkeit recht in Schwung und es wurden alle Nachbarn der biſchöflichen Güter mitgeriſſen. Graf Franko von Hochwald hatte ſeinen oſtmähriſchen, zum größten Teil aus Wäldern beſtehenden Beſitz dem Bistum verkauft und die Hälfte davon wieder zu Lehen genommen. Als eines der erſten Dörfer, die unmittelbar auf Biſchof Bruno zurückgehen, entſtand das ſeinen Namen tragende Bruneswerde, das heutige Altendorf bei Braunsberg. Dieſe Stadt erſtand 1269 als Krönung und vorläufiger Abſchluß des ländlichen Siedlungswerkes, die Schulzen Berthold und Heinrich der benachbarten Dörfer Staritſch und Fritzendorf hatten zur Stadtanlage den biſchöflichen Auftrag erhalten. 1320 liegt Fritzendorf bereits wüſt; es ſcheint, daß die Bewohnerſchaft zum größten Teil in die neugeſchaffene Stadt überſiedelte. In dieſer Zeit werden dann auch ſchon andere Wüſtungen genannt, deren Zahl ſich im Laufe des Jahrhunderts immer mehr vergrößert. Noch immer aber entſtehen neue deutſche Siedlungen, auch Städtchen wie das 1359 von Markgraf Johann von Mähren unter der gleichnamigen Burg begründete Stramberg. 1347 aber hatte der Olmützer Biſchof Johann vom Kloſter Welehrad die beiden Ödungen Sdiſlawsdorf und Dytreichsdorf zur Neuſiedlung übernommen[117]. 1389 liegen Swerwemdorf und Quittendorf verödet da. Für die ältere Bevölkerungsgeſchichte ſind dieſe Verödungsvorgänge mit der nachfolgenden Wiederbegründung — die freilich nicht in allen Fällen ſtattgefunden hat — von größter Bedeutung, da liegt letzten Endes auch die Haupturſache für die Entdeutſchung der ganzen Landſchaft. Die Deutſchen hatten hier ihre Kräfte überanſprucht, der notwendige Nachſchub war nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Deutſche zogen aus den kaum gefeſtigten Dörfern in die vielen neugeſchaffenen Städte und die Grundherren, die keine Verminderung der Erträge ihrer Güter in Kauf nehmen konnten, ſahen ſich gezwungen, auf die in der Nachbarſchaft vorhandenen ſlawiſchen Elemente zurückzugreifen. Die Deutſchen hatten die Hauptarbeit der Rodung und Dorfplanung auf ſich genommen, der Slawe trat ihr Erbe an. Vielleicht haben wie anderwärts in ehemals deutſchen Oſtgebieten auch Seuchen an der Verminderung des Deutſchtums einen weſentlichen Anteil. Tſchechiſierungsvorgänge zeichnen ſich ſchon ſehr früh ab, ohne daß heute entſchieden werden kann, ob ſie ſich lediglich auf die Namen oder auch auf die Menſchen bezogen. 1378 erſteht der Georg Heinczke die Vogtei in Freiberg; er war ſicher ein Deutſcher. Im folgenden Jahr gibt der Olmützer Biſchof ſeine Zuſtimmung zu dieſem Kauf und hier heißt derſelbe Mann Henczke Girke, wohl eine Umformung des biſchöflichen Schreibers. 1389 wird dann Hynczone Girke geſchrieben und 1391 Heniczko Girka[118]. Würde man die erſte Nennung nicht kennen, man müßte dieſen Freiberger Vogt für einen Slawen halten; die wechſelnde ſlawiſierte Schreibung zeigt auch an, daß ſich die Schreiber doch keinen rechten Rat mit dem deutſchen Namen wußten.

Städtiſche deutſche Mittelpunkte in Oſtmähren waren Mähriſch-Oſtrau, Braunsberg, Friedberg, Freiberg, Friedland, Frankſtadt und Roſenau. Stramberg hat daneben nur eine untergeordnete Rolle geſpielt, auch Friedland hatte keine ſonderliche Bedeutung.

Ein Stück weiter weſtlich von Roſenau war die Burg in Arnoldsdorf Mittelpunkt eines deutſch beſtimmten Gutes, zu dem auch die Stadt Walachiſch-Meſeritſch gehörte. Arnoldsdorf iſt heute verödet. 1376 nennt das halbe Dorf und die Burg Arnoldsdorf der Ulrich Kortelang ſein Eigen, ſein Sohn Henslin ſchreibt ſich „von Arnoldsdorf". Zur Burg Arnoldsdorf gehörte auch ein Katheindorf, das 1390 ſchon verödet geweſen iſt. Auch die Ödung Hodorf erinnert an ein deutſches, 1348 urkundlich genanntes Dorf. Unmittelbar an Walachiſch-Meſeritſch ſchließt ſich das vordem deutſche Schönſtadt an, der Anlage nach ein nicht ganz regelmäßig geratener Straßenmarkt bzw. Straßenanger. Schönſtadt war eine Zeitlang mit Walachiſch-Meſeritſch vereinigt, 1393 heißt es deshalb „ſtat Mezerzich genannt die Schone Stat". In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts war Schönſtadt nach den Behauptungen der tſchechiſchen Forſchung angeblich ganz tſchechiſch; dagegen laſſen ſich eben in dieſer Zeit auch einwandfrei Deutſche nachweiſen. Hätte es damals und auch ſpäter nicht noch Deutſche in Schönſtadt gegeben, dann wäre es ganz unverſtändlich, daß im 17. Jahrhundert vom Stadtrat deutſche Briefe ergingen, die, wie z. B. einer von 1677, die echt deutſch-mundartliche Namensform „Schienſtadt" verwendeten. Übrigens gab es in Schönſtadt noch 1914 vier deutſche Vereine, und bei der Volkszählung v. J. 1910 bekannten ſich 151 Bewohner als Deutſche. Man hat hier wie in anderen Orten das Deutſchtum des ausgehenden 17. Jahrhunderts einer angeblichen deutſchen Zuwanderung nach dem Dreißigjährigen Krieg zugeſchrieben, u. a. auch in Jaſenitz. In dieſem Dorf erſcheinen 1623 mehrere Anſiedler mit bezeichnend deutſchen Vor- und Sippennamen, es waren ſicher Deutſche. 1648 ging der lange Krieg zu Ende, ſchwediſche Beſatzungen waren noch länger im Lande; ſo kann man eben dieſes Deutſchtum von 1623 nicht gut zu den Folgen des angeblich für das tſchechiſche Volk ſo unglücklichen Dreißigjährigen Krieg zählen[119].

---

[117] Berger, Die Koloniſation der deutſchen Dörfer Nordmährens, a. a. O., S. 22.

[118] Berger, Die Beſiedlung des deutſchen Nordmährens, S. 306.

Für Mähriſch-Oſtrau liegt aus der Huſſitenzeit ein bemerkenswerter Beweis für das Deutſchtum der Stadt und ſogar der Stadtführung vor. Dieſes „ſogar" iſt voll berechtigt, denn die Huſſiten brachten vielen deutſchen Städten eine tſchechiſche Oberſchicht, eine Tünche, die ſich eben am deutlichſten in den Ratsliſten zeigt. 1426 heißt der Bürgermeiſter Kleinhäuſel, Vogt iſt Michel Melzer, als Zeugen werden die Bürger Hans Merten, Nikolaus Neumeiſter, Hans Billich und Nikolaus Konrad angeführt[120]. Erſt der ganz unnatürliche induſtrielle Aufſchwung des Kohlengebietes hat Mähriſch-Oſtrau und ſeinen deutſchen Vororten einen derartig ſtarken Zuzug billiger ſlawiſcher Arbeitskräfte gebracht, daß die bisherige volkliche Gliederung vollſtändig verändert wurde wie auch das Bild der Kulturlandſchaft. Eine Aufzählung der einzelnen einſt deutſchen Orte erübrigt ſich, da eben das ganze Gebiet deutſch geweſen iſt. Dabei waren nicht nur die deutſch benannten Siedlungen deutſch, ſondern auch die anderen, von kaum nennenswerten Ausnahmen abgeſehen. Von Staritſch bei Braunsberg, das ſicher ein deutſches Dorf geweſen iſt, war ſchon oben die Rede. Hrabová bei Mähriſch-Oſtrau iſt ein altes Grabau, das 1267 im Teſtament Biſchof Brunos angeführt wird. Der Ortsname iſt hier allerdings ſelbſt deutſch. Dann iſt z. B. Zwenſer eine Gründung Biſchof Brunos[121]. Auch Paskau, das 1269 als zur Meile von Braunsberg gehörig aufgeführt wird, ſieht man nach dem Namen nicht den einſtigen deutſchen Charakter an. In Köttnitz, das 1330 als Chotnitz genannt wird, iſt noch um 1840 deutſch geſprochen worden[122]. Dieſe Beiſpiele mögen genügen.

Das deutſche Vorbild und die deutſche Siedlungsführung haben von hier weit nach Süden gewirkt, aus dem oſtmähriſchen Gebiet laufen auch die Fäden zur untergegangenen Deutſchenſiedlung im ſüdöſtlichen Mähren am Fuße der Grenzgebirge gegen die Slowakei, auf die bereits oben gewieſen werden konnte.

Das blutmäßige deutſche Erbe in den ſlawiſchen Siedlungsräumen Mährens iſt groß und es hat nachhaltig gewirkt. Wohl ſind die deutſchen Verluſte groß, aber auch das Slawentum hat Boden verloren. Auch viel ſlawiſches Blut iſt im mähriſchen Deutſchtum aufgegangen. Trotz aller Verluſte des Deutſchtums hat ſich dieſes doch gut gehalten. Wenn man von der großen Landnahmezeit im 12.—14. Jahrhundert abſieht, dann waren die Verhältniſſe für das deutſche Volkstum eigentlich nie günſtig, denn es hat nie eine wirklich „deutſche" Führung des Landes gegeben, höchſtens nach dem Dreißigjährigen Krieg eine habsburgiſch-katholiſche, die aber für das Deutſchtum immer ein zweiſchneidiges Schwert blieb. Hat doch gerade dieſe Zeit durch die Vertreibung der Wiedertäufer aus dem ſüdöſtlichen Mähren der reſtloſen Eindeutſchung eines weiten Gebietes einen Riegel vorgeſchoben. Durch Jahrhunderte aber hat in Mähren der ſlawiſche und ſlawiſierte hohe Landesadel eine Herrſchaft ausgeübt, die mehr oder weniger bewußt gegen das Deutſchtum eingeſtellt war. Die Huſſitenzeiten leiteten für zwei Jahrhunderte einen ſcharfen antideutſchen Kurs ein, die deutſche Volkskraft aber hat doch an den meiſten Stellen über die tſchechiſchen Eindringlinge ſiegen können. Die Städte des deutſchen Kernraumes konnten trotz aller dagegen gerichteter Maßnahmen ihr rein deutſches Geſicht erhalten oder wiedergewinnen[123].

---

[119] Die Angaben über den Bezirk Walachiſch-Meſeritſch nach E. Domluvil, Val. Meziřičský okres (Bezirk Wal. Meſeritſch) (Vlastivěda Moravská). Brünn 1914.

[120] R. Drapala, Geſchichte der Stadt Mähriſch-Oſtrau. Mähriſch-Oſtrau 1933, S. 73.

[121] Berger, Die Koloniſation der deutſchen Dörfer Nordmährens, a. a. O., S. 29.

[122] P. Schünke. In: Das Kuhländchen II, S. 52.

[123] Auf die Bedeutung der vorübergehend tſchechiſch übertünchten deutſchen Städte Mährens für die Umvolkungsvorgänge hat F. Machatſchek in ſeiner Abhandlung: Das Sudetendeutſchtum, Landſchaft und Siedlung, in: Haushofer-Roeſeler, Das Werden des Deutſchen Volkes, 2. Aufl., Berlin 1940, hingewieſen.

Wiens deutſche Sendung im Donauraum

Von H. Haſſinger, Wien

Tradition und Planung. Seiner Weltlage und völkiſchen Entwicklung dankt Wien die Fähigkeit, Mittelpunkt des deutſchen Südoſtens zu ſein und darüber hinaus durch ſeine Strahlungswirkung dem ganzen Donauraum deutſches Kulturweſen zu vermitteln.

Durch faſt vier Jahrhunderte war Wien die deutſche Kaiſerſtadt, und ihre politiſchen und geiſtigen Beziehungen erſtreckten ſich nach den Türkenkriegen über den weiten Raum zwiſchen Flandern und der Adria, zwiſchen dem Oberrhein und der Walachei. Erwachſen war aber dieſe Stadt in einem Raum, deſſen Bedeutung durch die Natur vorgezeichnet erſcheint, der die Fuge bildet zwiſchen den Alpen, der Böhmiſchen Maſſe und den Karpaten, und der den Schnittpunkt der Verbindungswege zwiſchen Alpenvorland, böhmiſchem, mähriſchem und innerkarpatiſchem Becken und den Kreuzungspunkt der Donau- mit der Oſtſee-Adria-Straße enthält. Völkiſch beſehen aber liegt dieſes Wien im Grenzſaum des rein deutſchen Mitteleuropa und des mittleren und unteren Donauraumes, mit ſeinem von zahlreichen deutſchen Volksgruppen durchſetzten ſlawiſch-madjariſch-oſtromaniſchen Völkergemiſch. Wirtſchaftlich betrachtet liegt Wien an der Grenze der Agrarlandſchaften des pannoniſchen Klimaraumes und der ſtärker induſtrialiſierten deutſchen Landſchaften, woraus ſich naturgemäß ein Anreiz zum Austauſch der Güter ergibt. Kulturgeographiſch iſt aber Wien an eine Stufe des weſt-oſt-europäiſchen Kulturgefälles gerückt, an der ſich zwangsläufig ein Ausgleich vollziehen muß. Dieſe der Staats-, Volks-, Kultur- und Wirtſchaftsgrenze nahe Lage Wiens beſtimmte ſeine Doppelrolle in der Geſchichte: zu Zeiten als das wehrhafte Haupttor im Südoſten des deutſchen Lebensraumes zu dienen, nicht minder aber auch der dauernden Vermittlung zwiſchen den Deutſchen und ihren nichtdeutſchen Nachbarn eine Brücke abzugeben[1]. Zu dieſer Vermittlerrolle erwies es ſich beſonders befähigt, da die Oſtmarkdeutſchen, im Zuſammenleben mit nichtdeutſchen Völkern aufgewachſen, die Fähigkeit erworben hatten, fremdes Volkstum zu kennen und zu verſtehen und mit ihm eine übervolkliche Organiſation unter deutſchem Primat zu bilden. Auf dem Boden bajuvariſchen Volkstums erwachſen, wurden die Erſcheinungsformen der deutſchen Oſtmärker, beſonders der Wiener, mannigfaltiger als die der Deutſchen der meiſten anderen Gaue. Zog doch die Kaiſerſtadt namentlich aus dem Rheingebiet auch ſchwäbiſche und fränkiſche Volksteile an ſich, noch mehr in jüngerer Zeit Mitteldeutſche aus den Sudetenländern[2], gelegentlich auch Menſchen ober- und mitteldeutſchen Urſprungs aus Ungarn. Dazu kam eine nicht unbeträchtliche Blutmiſchung mit Slawen, Romanen und Madjaren. So iſt das Deutſchtum Wiens von ganz beſonderer Art, ſo wie die Erdſtelle, an der es ſitzt. Dieſe iſt oft nur als die Trägerin einer Grenzſtadt gewürdigt worden, und ſie iſt doch auch Mittelpunkt großer Länder- und Volksräume geweſen, die geiſtig und wirtſchaftlich von hier aus beeinflußt und lange Zeit auch politiſch beherrſcht wurden, ſo daß Wien nicht nur eine deutſche, ſondern auch eine europäiſche, volksverbindende Funktion zu verſehen hatte. Die dafür eingeſetzten Kräfte ſtammten vornehmlich aus deutſcher Wurzel, aus der Oſtmark, dem geſamten Reich, vermehrt um die teils nichtdeutſchen Hausmachtgebiete Habsburgs, die ſich durch die Erwerbung der böhmiſchen und ungariſchen Krone 1526, durch den Zerfall der Türkei und Polens und die Auflöſung der venetianiſchen Republik vermehrten und ſeit 1804 im Kaiſertum Öſterreich mit den deutſchen Erbländern vereinigt waren. Wohl nahm der Zuſtrom deutſchen Blutes ſeit dem Verluſt der vorderöſterreichiſchen Beſitzungen in Südweſtdeutſchland ab, aber noch immer blieb dem in den Deutſchen Bund eingegliederten Öſterreich und ſeiner Hauptſtadt der Zuzug wertvoller Menſchen aus dem deutſchen Mutterland, die in ſeiner Armee, ſeiner Verwaltung Dienſte leiſteten oder ſeinem Gewerbeſtand und der aufkommenden Induſtrie zugute kamen, offen.

---

[1] Über die Lage Wiens vgl. auch A. Penck, Die geographiſche Lage von Wien. Schriften des Vereins z. Verbreitung naturwiſſ. Kenntniſſe in Wien 1895, und H. Haſſinger, Lage und Boden Wiens, in: 6. Jahresgabe des Vereins f. vergleichende Kunſtforſchung in Wien 1941, ſowie H. Haſſinger, Wiens geſchichtliches Erbe, in: Der ſoziale Wohnungsbau, Berlin 1941.

[2] W. Hecke, Die Bevölkerungszuwanderung in die Großſtädte Wien und Berlin. In: Deutſches Archiv f. Landes- und Volksforſchung, 5. Jg. 1941, S. 80ff.

Erſt das Jahr 1866 zerriß dieſe jahrhundertealten Zuſammenhänge und verwies das zahlenmäßig den Nichtdeutſchen Öſterreichs und Ungarns unterlegene Deutſchtum auf den dornenvollen Pfad, ſeinen kulturellen Beſitz und politiſchen Einfluß gegen fremdvölkiſche Beſtrebungen verteidigen zu müſſen. Wurde Ungarn 1867 auch ein ſelbſtändiger Staat im Rahmen der Doppelmonarchie, ſo blieb doch als deren gemeinſames Band, abgeſehen von der Dynaſtie und äußeren Vertretung, die Armee mit ihrer deutſchen Dienſt- und Kommandoſprache und die wirtſchaftliche Einheit erhalten, denn die 1850 beſeitigte Zollinie zwiſchen Öſterreich und Ungarn wurde nicht mehr errichtet. Wien hatte ſchon vor Begründung des Dualismus im weſentlichen ſeine Eiſenbahnſtrahlen in den mittleren Donauraum entſendet, und ſo blieb ihm trotz dem raſchen Aufſchwung ſeiner Nebenbuhlerin Budapeſt die Rolle des Wirtſchaftszentrums im Südoſten im weſentlichen geſichert. Auch auf dem Gebiete der geiſtigen und künſtleriſchen Kultur blieb Wien Führerin, wenn auch nicht mehr mit jenem gewaltigen Vorſprung vor den Hauptſtädten der anderen, nun im ſtürmiſchen eigenvölkiſchen Aufſtieg begriffenen „Nationalitäten", wie einſt zu Zeiten der abſoluten Herrſchermacht, die den Adel aller ihrer Länder um ſich in der Reichshauptſtadt geſammelt hatte und beſtrebt war, einen Einheitsſtaat zu formen.

Der Zuſammenbruch Öſterreich-Ungarns ſtürzte das Rumpföſterreich von St. Germain in tiefſtes Elend. Seine Hauptſtadt Wien, des Glanzes als Reſidenz entkleidet, verlor ſeine Mittelpunktſtellung in einem 53 Millionen Menſchen umfaſſenden Wirtſchaftsgebiet und ſank zur Hauptſtadt eines entgüterten Kleinſtaates von 7 Millionen Einwohnern herab. Die Fäden, die ſudetenländiſche Induſtrieſtätten mit Wiens Veredlungswerkſtätten und Handelskontoren, das Wiener Induſtriegebiet mit ſeinen Kohlenbezugsgebieten verbunden hatten, waren über Nacht abgeriſſen, und Wiens gegen Norden und Oſten laufende Verkehrsadern in geringer Entfernung von der Hauptſtadt durch die neuen Grenzen zerſchnitten. Hohe Zollmauern umgaben den ſchwer um ſeine Ernährung kämpfenden Rumpfſtaat, deſſen „Waſſerkopf" Wien trotz Bevölkerungsabnahme durch Abwanderung und Geburtenſchwund für den Kleinſtaat viel zu groß geworden war. Zunächſt mußte ſich Öſterreich auf die landwirtſchaftliche Selbſtverſorgung umzuſtellen trachten. Zwar blieb Wien immer noch ein wichtiger, allerdings faſt ganz vom Judentum beherrſchter Zwiſchenhandelsplatz der Nachfolgeſtaaten der Donaumonarchie, aber Prag, die ungleich kräftigere Hauptſtadt der Tſchechoſlowakei, ja, ſelbſt der aufſtrebende Donauhandelsplatz Preßburg erſchütterten ſeine Stellung als Verkehrs- und Handelszentrum des Südoſtens und förderten den Zuſammenbruch ſeines Bankenweſens. Der mühſam erhaltene alte und reiche Kulturbeſitz Wiens und die Schönheit des Alpenlandes ſicherten wenigſtens einen namhaften, die öſterreichiſche Zahlungsbilanz ſtützenden Fremdenverkehr. Wien jedoch zehrte von ſeinen ſich ſtändig verringernden Kultur- und Sachwerten und war jeden Auftriebes aus eigener Kraft bar geworden. Unverlierbar blieben ſeine Lagevorteile, aber was nützt, um ſich der Sprache der Geopolitiker zu bedienen, ein „natürliches Kraftfeld", wenn es nicht mit Kraft geladen werden kann?

Öſterreich war der Anſchluß an das Reich von der Entente verſagt worden. Nur mit Unwillen ertrugen die „Bundesländer" die Verſuche Wiens, im Rumpfſtaat ſeinen Primat zu behaupten und huldigten einem überſpitzten Föderalismus. Das Schlimmſte aber war, daß die Jugend ideell und wirtſchaftlich in Hoffnungsloſigkeit verſank und es ihr verſagt blieb, ſich für einen großdeutſchen Staat dadurch zu betätigen, daß ſie die völkerverbindende Veranlagung Wiens im Dienſte der deutſchen Sache nützte. Ihr Denken war notgedrungen kleinräumig geworden, ihre Schau reichte nur bis an die engen Landesgrenzen. Wohl trugen ihre Beſten das heiße Sehnen nach einer Wirkſamkeit für ihr deutſches Volk in ſich, doch in dieſem ſchwachen Öſterreich war die Möglichkeit beſchränkt, ſeinen Mann im völkiſchen Grenzkampf, der den Vätern vertraut geweſen war, zu ſtellen, denn die Volksgrenze verlief nun großenteils im fremdſtaatlichen Gebiet. Noch weniger bot ſich die Gelegenheit, die Tradition der übervolklichen Arbeit im Sinne der Ausbreitung deutſcher Kultur nach dem Südoſten zu pflegen. Es fehlten die dazu nötigen politiſchen Machtgrundlagen. Die ältere, durch Erfahrung und Sprachkenntnis für jene Aufgaben befähigte Generation, meiſt Offiziere und Beamte, war in dieſer Notzeit zumeiſt vorzeitig aus der öffentlichen Wirkſamkeit ausgeſchaltet worden und ſtarb langſam ab; die Jüngeren aber lernten nicht mehr die Sprachen der Nachbarvölker, ſahen in dieſen nur die Feinde ihres Volkes und kehrten jenem Gebiet, das Wiens Betätigungsfeld ſein ſollte, den Rücken zu. Wien war daran, ſeine Sendung, der es ohne die Kraft des Reiches nicht mehr gewachſen war, zu vernachläſſigen, ja, ſie zu vergeſſen, und damit ſeine Vergangenheit zu verleugnen. Es mußte mit Beſchämung ſehen, daß über ſeinen Kopf hinweg von binnendeutſchen Städten völkiſche Grenzlandarbeit betrieben, geiſtige und wirtſchaftliche Beziehungen mit den deutſchen Volksgruppen des Südoſtens angeknüpft und Wiens natürlicher Handelsbereich von unternehmungsfreudigen Wirtſchaftsführern des Altreiches ohne ſeine Mitwirkung bearbeitet wurde. Wien war flügellahm, an ſeiner Zukunft verzweifelnd geworden.

Da brachte der Anſchluß neue Energien, neue Hoffnungen, neue Möglichkeiten, ein Sichſelbſtbeſinnen und langſames Zurückfinden zu den Aufgaben, die mit den Begriffen Oſtmark und Wien untrennbar verbunden bleiben. Die ſtaatliche Aufgabe der Einigung des deutſchen Volkes war glückhaft erfüllt, die Eingliederung der Nachbarvölker in eine mitteleuropäiſche, vom Deutſchen Reich geſchaffene Lebensgemeinſchaft ſteht nun vor uns.

Das Dritte Reich hat wie im Weſten, ſo im Oſten und Südoſten die Feſſeln der Weltkriegsverträge geſprengt, und der Weg iſt frei, die neue Ordnung im Südoſten zu ſchaffen, wie einſt nach Zertrümmerung der Osmanenmacht. Anders die politiſchen Formen als damals, anders die Mittel, aber im Grunde doch daſſelbe Ziel des übervolklichen Ordnungsprinzips des Reiches und die Fortſetzung der Tradition Wiens in ſeiner ihm vom deutſchen Volke übertragenen Wirkſamkeit. Nicht umſonſt hat das deutſche Volk auf beiden Abdachungen des mittleren Erdteilblockes, auf der atlantiſchen nordweſtlichen und auf der pontiſchen ſüdöſtlichen, ſeinen Lebensraum gefunden. Nicht umſonſt dringt dieſer durch die alpin-karpatiſchen Pforten, zwiſchen denen das Wiener Becken als Vorhof der ungariſchen Becken des mittleren Donauraumes eingeſchaltet liegt, in dieſen ein und hat ſo die Schlüſſelſtellung zum Südoſten gewonnen. Seit dem Mittelalter hat es den mittleren Donauraum mit vorgeſchobenen Inſeln ſeiner Kultur erfüllt und dadurch hier vielfach das Antlitz der Landſchaft in ſeinem Geiſt geformt. Das Reich aber übte die Schutzherrſchaft über die Kleinvölkerwelt des Südoſtens im übertragenen Wirkungskreis durch die Hausmacht der habsburgiſchen Dynaſtie, die ſich durch Jahrhunderte die Kaiſerkrone zu ſichern wußte, aus. So band es hier die Kräfte, die ſich gegen Deutſchland hätten erheben können, und ſicherte die Rechtsordnung der Kleinvölker.

Dadurch wurde jene übervolkliche Lebensgemeinſchaft zwiſchen dem großen deutſchen Volk und dem von deutſcher Kultur mehr oder weniger durchſetzten Völkermoſaik von Oſtmitteleuropa geſchaffen, die im Nordoſten ein ähnliches Seitenſtück im Verhältnis Preußens zu Polen und dem Baltikum fand. Dieſe Lebensgemeinſchaften wurzelten im Kultur- und Schutzbedürfnis dieſer baltiſch-ſlawiſch-madjariſch-oſtromaniſchen Völkerwelt der Zwiſchenzone des deutſchen und moskowitiſchen Europa, und andererſeits im Bedürfnis des deutſchen Volkes nach Ergänzung ſeines Siedlungs- und Wirtſchaftsraumes, ſeines Rohſtoffbedarfes und der Schaffung eines öſtlichen Schutzgürtels vor ſeinem Volksraum.

Das Bündnis des zweiten Deutſchen Reiches mit Öſterreich-Ungarn war die Fortſetzung jener europäiſchen Aufgabe der deutſchen Kaiſermacht. Die Deutſchen in Öſterreich hatten eine noch immer nicht entſprechend gewürdigte Doppelaufgabe zu erfüllen: einmal hatten ſie den deutſchen Beſitzſtand an der ſüdöſtlichen Volksgrenze gegen die fremdvölkiſchen Kräfte zu ſichern, alſo die alte völkiſche Oſtmarkſendung zu erfüllen, zum zweiten die eine hohe Staats- und Verwaltungskunſt und Einfühlungsgabe erfordernde Führung dieſes Vielvölkergemiſches und ſeine Eingliederung in deutſches Kulturweſen zu beſorgen. Freilich blieb dieſe Aufgabe ſeit 1867 auf die öſterreichiſche Reichshälfte beſchränkt, denn jenſeits der Leitha ſchlug der madjariſche „Nationalſtaat" eine andere politiſche Richtung ein. Die Madjaren drückten das Deutſchtum zur politiſchen Bedeutungsloſigkeit herab, ſuchten aber ihre eigene Zahl und kulturelle Leiſtung durch deutſche Aſſimilanten zu ſteigern, um die eigene politiſche und kulturelle Vorherrſchaft unter den Volksgruppen Ungarns leichter aufrechterhalten zu können.

Mochten vom Standpunkt der Binnendeutſchen aus beſehen, manchmal Dynaſtie, Offiziersſtand und Beamtenſchaft des alten Öſterreich, denen die erwähnten Aufgaben oblagen, in ihrer Geſinnung, ihren Lebensformen und in ihrer Kompromißpolitik als nicht mehr rein deutſch gewertet werden, letzten Endes ſtanden ſie doch alle im Dienſt einer deutſchen Sendung und leiſteten in dieſer Unſchätzbares mittelbar auch für das Binnendeutſchtum, durch ihre Aſſimilationskraft, ihre Kultur und ihre rechtsordnende Tätigkeit. Dabei bekannte ſich dieſe Politik oft gar nicht als deutſche, ſondern als öſterreichiſche. Wien aber war ihr Brennpunkt. Vertreter verſchiedener deutſcher Stämme waren ihre Träger, aber auch Fremdblütige mit deutſcher Kulturprägung.

Die weltgeſchichtlich bedeutſamen Umwälzungen der letzten Jahre und Monate haben die Bedeutung der Probleme des Südoſtraumes für das im Dritten Reich geeinte deutſche Volk wiederum in ihrer ganzen Größe und Tragweite aufgerollt. Wiederum ſteht es vor der Aufgabe einer Neuordnung dieſes Raumes, vor der Wiederherſtellung einer Lebensgemeinſchaft mit deſſen Völkern, vor der Notwendigkeit der eigenen wirtſchaftlichen Verankerung im Oſtraum. Deſſen Völker aber bedürfen der geiſtigen und wirtſchaftlichen Anlehnung an das Reich[3]. Die alten öſterreichiſchen Aufgaben ſind nun in neuer Form wiedererſtanden, verlangen jedoch eine Löſung im Geiſte des Dritten Reiches. Damit rückt Wiens faſt vergeſſene Sendung wieder in den Vordergrund. Es muß ſich jedoch nicht nur an ſie erinnern, ſondern es hat auch für ſie ſeine ganze Kraft einzuſetzen. Doch auch das Binnendeutſchtum wird ſich der Bedeutung Wiens für den Südoſten nicht verſchließen dürfen und wie in vergangenen Zeiten Wien in dieſer ſeiner Sendung zu beſtärken haben, um von dieſem Angelpunkt aus die vom Reich gefügte Säulenordnung, die den ſüdöſtlichen Flügel des europäiſchen Neubaues zu tragen hat, ſetzen zu helfen.

Noch immer iſt jedoch ſo manche Tatſache von Lagewert und Leiſtung Wiens in der Vergangenheit, von Leiſtungsfähigkeit und Leiſtungsmangel in der Gegenwart nicht allen Wienern und den Oſtmärkern überhaupt ſo lebendig, wie es die Erfüllung der deutſchen Sendung Wiens im Donauraum verlangt. Mit noch größerem Recht darf das von vielen Binnendeutſchen geſagt werden. Noch iſt Wien nach Jahrzehnten der Verarmung, der Schwäche, des mangelnden Lebensmutes und der klaren politiſchen Zielſetzung nicht ganz für ſeine alte, nun erneuerte große Aufgabe gerüſtet, wenn auch ſchon ſo mancher große Fortſchritt auf dem Wege dazu in letzter Zeit erzielt wurde. Die eigenen, ſtark geſchwächten perſönlichen, ſachlichen und organiſatoriſchen Kräfte dieſer Stadt bedürfen aber, wie ſchon geſagt, der Ergänzung, und dieſe ſetzt gleichfalls, wie der eigene Einſatz Wiens, die volle Einſicht in die zu löſenden Probleme und die Kenntnis der vorhandenen und fehlenden Mittel zu dieſer Löſung voraus.

Jeder Teil des deutſchen Volkes trägt die hohe Verantwortung, ſeine beſondere Veranlagung bei der Auswertung der durch Lage, Naturausſtattung und kulturelle Tradition gegebenen Eigenart des Heimatlandes im Dienſt des Geſamtvolkes einzuſetzen. Dieſem obliegt aber die Verpflichtung, dieſe Entwicklung nach Kräften zu fördern. Beruht doch Deutſchlands Vorrang unter den Staaten Europas zum nicht geringen Teil darauf, daß die geſammelte Kraft ſeiner politiſchen Einheit aus verſchiedenen Quellen, die einer ſtattlichen Zahl geiſtiger, künſtleriſcher und wirtſchaftlicher Mittelpunkte entſtrömen, geſpeiſt wird. Damit iſt ein lebendiger Beweis dafür erbracht, daß nicht ein kultureller Zentralismus, ſondern eine kulturelle Arbeitsteilung auch in einem politiſch zentraliſtiſchen Staat ein Höchſtmaß von Leiſtungen verbürgt.

Das vor kurzem vom Gauleiter Wiens aufgeſtellte Kulturprogramm bewegt ſich namentlich nach der künſtleriſchen Seite in der Richtung, die Stellung Wiens als Kulturmittelpunkt des deutſchen Südoſtens auszubauen und ihm einen vielfach führenden Rang im deutſchen Kunſtleben zu ſichern. Nach dieſer Richtung werden wohl kaum mehr weſentliche Wünſche offen bleiben, und es fiele auch Berufeneren zu, ſie zu äußern.

---

[3] Vgl. H. Haſſinger, Lebensraumfragen der Völker des europäiſchen Südoſtens, in: Lebensraumfragen, Leipzig 1941.

Hier aber darf überprüft werden, wie es mit den wiſſenſchaftlichen Einſatzmöglichkeiten zur Erfüllung der Aufgaben Wiens ſteht und welcher Ergänzung ſie noch bedürfen, damit Wien den volks- und kulturpolitiſchen ſowie wirtſchaftlichen Bedürfniſſen des Reiches, für deſſen Aufgaben dieſe Stadt ihre Lage, ihre kulturelle Tradition[4] und ihre Menſchen einſetzt, Genüge leiſten kann.

Wien als geiſtiger Vorort des Südoſtens. Wien beherbergt die zweitälteſte Hochſchule des Reiches, die 1365, alſo 17 Jahre nach der Prager Univerſität, entſtand. Schon dadurch wird ſeine geiſtige Bedeutung in früher Zeit gekennzeichnet, und ſeine geiſtige Strahlungswirkung in den Raum ſeiner Umwelt wird aus der Gliederung ſeiner Studentenſchaft erkennbar.

Die *Wiener Univerſität* gliederte ihre Mitglieder anfänglich in die öſterreichiſche, böhmiſche, ſächſiſche und ungariſche Nation, unter welchem Begriff aber die Herkunftslandſchaft und nicht die Volkszugehörigkeit verſtanden war. Seit 1384 trat die Gliederung in die öſterreichiſche, rheiniſche, ungariſche und ſächſiſche Nation in Kraft[5]. Die Durcharbeitung der Matrikeln der Wiener Univerſität durch H. Göhler über den Einfluß der Wiener Univerſität auf Weſtungarn ergab, daß z. B. aus Preßburg 652, aus Ödenburg 344 Immatrikulierte in jenen bis Mitte des 19. Jahrhunderts aufſcheinen[6]. Erſt die Errichtung eines eigenſtaatlichen Ungarn (1867) verminderte den geiſtigen Einfluß Wiens auf den mittleren Donauraum.

Die Überſichten über die Landeszugehörigkeit der Studierenden der Wiener Univerſität vor dem Weltkrieg weiſt für das Sommerſemeſter 1913 8784 Studierende aus. Davon ſtammten nicht weniger als 601 aus Böhmen, 980 aus Mähren, 333 aus Öſterr.-Schleſien, zuſammen alſo 1914 aus den Sudetenländern, vorwiegend Deutſche, aber auch viele Tſchechen. Ferner kamen 311 aus Ungarn, 41 aus Siebenbürgen, 158 aus Kroatien und Slawonien, 152 aus Bosnien und der Herzegowina, 1153 aus Galizien, 258 aus der Bukowina, 130 aus Dalmatien, 177 aus Krain, 245 aus Iſtrien, Trieſt und Görz, 18 aus Rumänien, 37 aus Serbien, 8 aus Montenegro, 27 aus Bulgarien, 11 aus Griechenland ſowie 11 aus der Türkei. Rußland war mit 76 Studierenden, wohl zum Teil durch polniſche Juden, faſt ſo ſtark wie das Deutſche Reich (77) vertreten.

Aus dieſer Zuſammenſtellung iſt erſichtlich, wie ſtark der geiſtige Einfluß der Wiener Univerſität auf die Sudetenländer war, namentlich von Mähren und Schleſien, von wo die Deutſchen meiſt nicht nach Prag, ſondern nach Wien zum Studium gingen, desgleichen viele mähriſche Tſchechen. Sehr ſtark war die geiſtige Berührungsfläche der Slowenen mit Wien. Sie beſaßen ja damals noch keine eigene Univerſität und ſtudierten faſt alle in Wien und Graz. Die Kroaten gingen wohl größtenteils zum Studium nach Agram, aber auch viele Kroaten und Serben, namentlich die Bosniaken, Herzegowzen und Dalmatiner wandten ſich doch mit Vorliebe auch Wien zu. Ungarn, Galizien und die Bukowina waren wohl vorwiegend durch Juden vertreten, aber auch durch Ukrainer, Polen, Deutſche und Rumänen, Siebenbürgen durch Sachſen. Ungarn ſtellte auch viele katholiſche Theologen, da in Wien das Pázmányſche Kollegium für ungariſche Theologen ſeit 1623 bis heute beſteht.

---

[4] Das geſchichtliche Erbe Wiens als Grundlage ſeiner Neugeſtaltung behandelte der Verf. an anderer Stelle. Vgl. Fußnote 1.

[5] Vgl. über die Geſchichte der Univerſität Wien, J. Aſchbach, Geſchichte der Wiener Univerſität, 3 Bde., Wien 1865—1888 (reicht bis 1565); K. Schrauf, Die Geſchichte der Wiener Univerſität in ihren Grundzügen, in: Wetzer-Welte, Kirchenlexikon 2. Aufl., 1901, 12. Bd. (vorwiegend den Einfluß der Kirche behandelnd); und in Geſchichte der Stadt Wien, II. und IV. Bd., Wien 1904 bzw. 1917. Ferner: Geſchichte der Wiener Univerſität (1848—1898), hrsg. v. Akademiſchen Senate, Wien 1917. Weiter O. Redlich, Über die Geſchichte der Univerſität Wien, in: Wien, ſein Boden und ſeine Geſchichte, Wien 1924.

[6] Vgl. Text zur Karte 83/84. Einzugsbereich der Wiener Univerſität im burgenländiſch-weſtungariſchen Raum 1365—1850. Burgenland-Atlas, Wien 1941. Die Matrikel der ungariſchen Nation (1453—1630) wurde übrigens durch K. Schrauf veröffentlicht, S. Anm. 4. 1365—1526 ſtudierten faſt 5000 Angehörige der ungariſchen Nation in Wien, vorwiegend Deutſche. Später ging ihre Zahl wegen der gegenreformatoriſchen Haltung Wiens zurück.

Die vergleichende Statiſtik der Studierenden der Wiener Univerſität iſt ſehr aufſchlußreich für die Wandlungen, die Wien und die Oſtmark in den letzten Jahrzehnten auf geiſtigem, politiſchem und wirtſchaftlichem Gebiet erfahren haben. Sie zeigt zunächſt, daß die Wiener Univerſität zeitweilig die ſtärkſtbeſuchte deutſche Hochſchule war. Die Geſamtzahl der Studierenden ſtieg vom Winterſemeſter 1898/99 von 6697 bis zum W.-S. 1913/14 auf 10 454, ſank im Weltkrieg bis zum Sommerſemeſter 1917 auf 3503, nahm infolge der Zunahme des Frauenſtudiums, der Kriegsinvaliden ſowie des Zuzuges von Oſtjuden aus den Kriegsgebieten bis zum S.-S. 1918 auf 7091 zu, ſteigerte ſich nach dem Rückſtrömen der Kriegsteilnehmer im W.-S. 1918/19 auf 9935 und im W.-S. 1921/22 auf 11 573, wobei übrigens in dieſer Inflationszeit auch der Ausländerzugang infolge der Wohlfeilheit der Lebensführung und der Studiengebühren eine wichtige Begleiterſcheinung bildete. Bezeichnend iſt, daß in dieſe Zeit auch der Höhepunkt der Verjudung der Wiener Univerſität fällt, denn im W.-S. 1920/21 waren an ihr 4557 Glaubensjuden immatrikuliert, alſo beſtand wohl damals die Hälfte aller Studierenden aus Raſſejuden! Doch bekannten ſich nach der damals üblichen Erhebung der Mutterſprache $^{9}/_{10}$ aller Studierenden zur deutſchen Mutterſprache.

Da ein Teil der aus den Sudetenländern, alſo den an die Tſchechoſlowakei gefallenen Gebieten und aus den anderen Nachfolgeſtaaten ſtammenden Studierenden der Vorkriegszeit ihre Studien an der Univerſität noch abzuſchließen vermochten, wurden im W.-S. 1920/21 noch 1367 Studierende (vgl. obige Ziffern über Böhmen-Mähren-Schleſien) aus der Tſchechoſlowakei, 498 aus Jugoſlawien, 828 aus Rumänien, 1419 aus Polen gemeldet. Jedoch die Erhebung der Mutterſprache zeigt nur mehr 25 Tſchechen, 248 Polen, 106 Ukrainer, 53 Slowenen, 263 Südſlawen, 38 Rumänen und 201 Madjaren. Seither trat eine Droſſelung des Zuzuges der Sudetendeutſchen und ein ſtändiges Abſinken der Beſucher aus dem Südoſten ein. Als nach der Inflation eine langſame Beſſerung der öſterreichiſchen Lebensverhältniſſe verſpürbar war und die Kriegsteilnehmer ihre Studien vollendet hatten, ſank die Zahl der Studierenden im Sommerſemeſter 1924 auf 8074, um dann wieder, vorwiegend unter dem Einfluß des Frauenſtudiums und der ſeit 1930 einſetzenden Arbeitsloſigkeit bis auf 12 870 im W.-S. 1932/33 zu ſteigen. Trotzdem hatte die Zahl der Ausländer bedeutend abgenommen (Tſchechoſlowakei 198, Ungarn 193, Jugoſlawien 114, Polen 352, Rumänien 142, Bulgarien 42). Wien war im weſentlichen eine Univerſität Rumpföſterreichs geworden. Die Zahl der Glaubensjuden war zwar auf $^{1}/_{5}$ der Studentenzahl geſunken, betrug aber noch immer 2451. Von Reichsdeutſchen war die Wiener Univerſität vor und unmittelbar nach dem Weltkrieg ſchwach beſucht (W.-S. 1920/21: 110). Der Beſuch ſtieg aber dann ſtark an (W.-S. 1928/29: 893), ſank wieder bis zum W.-S. 1930/31 auf 389 und in den Jahren der Syſtemregierung immer weiter bis 112 im W.-S. 1936/37. Im übrigen machte ſich nun auch der mangelnde Nachwuchs der deutſch-öſterreichiſchen Jugend im Beſuch der Univerſität bemerkbar: aus den kinderarmen Jahrgängen der Kriegszeit kamen weniger Menſchen an die Hochſchule. Die Geſamtzahl der Studierenden fiel bis zum W.-S. 1936/37 auf 7298 (davon noch 1592 Glaubensjuden), aber auch die Zahl der Studierenden aus der Tſchechoſlowakei und dem Oſten fiel (Ungarn 144, Tſchechoſlowakei 121, Jugoſlawien 54, Polen 186, Rumänien 46, Bulgarien 22). Die wachſende Arbeitsloſigkeit ſteigerte den Geſamtbeſuch nochmals 1937/38 auf 9180. Für die Lebenshaltung dieſer Studentenſchaft war es bezeichnend, daß an der philoſophiſchen Fakultät faſt die Hälfte aller Studenten von der Zahlung des Kolleggeldes befreit werden mußte.

Der Anſchluß brachte zunächſt einen ſehr ſtarken Abfall der Beſucher. Im W.-S. 1938/39 waren es nur mehr 5351. Das Ausſcheiden der Juden, der Militär- und Arbeitsdienſt der ariſchen Studentenſchaft machten ſich bemerkbar. Ein neuer Tiefpunkt wurde im 2. Trimeſter 1940 infolge des Kriegsdienſtes erreicht (3658). Die Zunahme des Frauenſtudiums und Militärurlaube ließen die Beſucherkurve aber wieder anſteigen (3. Trimeſter 1940: 5407), um jetzt neuerlich abzufallen (1. Trimeſter 1941: 5092). Infolge des Kriegszuſtandes konnte ſich an dem geringen Stand der ausländiſchen Studierenden nicht viel ändern.

Dieſe Überſicht läßt im Spiegel des Beſuches der Wiener Univerſität klar erkennen, welche Blüte dieſe beſaß, welche Kriſen und Krankheitserſcheinungen ſie im Ablauf der politiſchen und wirtſchaftlichen Verhältniſſe Rumpföſterreichs erlebte und wieviel ſie nun im Verbande des Großdeutſchen Reiches noch aufzuholen hat, um ihre einſtige Stellung als werbendes deutſches Kulturorgan wieder zu erreichen. Das ſtatiſtiſche Bild bedarf aber noch einer Ergänzung durch eine kurze Kennzeichnung der inneren Entwicklung der Wiener Hochſchulen.

Die Wiener Univerſität ſtand bis zu Anfang des 20. Jahrhunderts in der erſten Reihe der Hochſchulen Europas und zählte viele akademiſche Lehrer erſten Ranges, beſonders in ihrer mediziniſchen, philoſophiſchen und juridiſchen Fakultät. Namentlich beſaß die Wiener mediziniſche Schule Weltruf. Auch die Wiener Techniſche Hochſchule hat den öſterreichiſchen Eiſenbahn-, Straßen- und Maſchinenbau zu Ehren gebracht. Die Hochſchule für Bodenkultur, die Akademie der bildenden Künſte, die Tierarzneihochſchule ſowie die Hochſchule für Welthandel (früher „Exportakademie“) wurden ein Sammelpunkt vieler nichtdeutſcher Studenten. Die orientaliſche Akademie (Konſularakademie) war eine Pflegeſtätte der Sprachen des Oſtens und Orients und bildete bis zum Weltkrieg zahlreiche Diplomaten verſchiedener Staaten heran, von denen viele vorher in der Thereſianiſchen Akademie deutſche gymnaſiale Bildung empfangen hatten. Die Söhne deutſcher, tſchechiſcher, polniſcher, madjariſcher und kroatiſcher Adeliger waren Schüler des Thereſianums, und ſo mancher von den Nichtdeutſchen wurde ein „Kulturdeutſcher“ durch ſeine Erziehung und ſpäter durch geſellſchaftlichen Umgang und Staatsdienſt.

Die innerpolitiſchen und wirtſchaftlichen Schwächen Öſterreichs ließen bereits vor dem Weltkrieg die Entwicklung der Forſchungs- und Studieneinrichtungen der Wiener Hochſchulen, ihrer Kliniken und Inſtitute nicht mehr ganz Schritt halten mit jener der führenden Hochſchulen des Deutſchen Reiches und des Auslandes. Noch weniger war es dem verarmten Rumpföſterreich von 1919 bis 1938 möglich, die im Stile der Hauptſtadt einer Großmacht gehaltenen Kultureinrichtungen Wiens in gleicher Weiſe weiterzuführen. Wenn der Zuzug der ausländiſchen Studierenden zeitweiſe lebhafter wurde, ſo waren nicht immer wiſſenſchaftliche Geſichtspunkte dafür maßgebend, ſondern auch wirtſchaftliche. Schwerer und ſchwerer wurde es, Wiſſenſchaftler erſten Ranges an Wien zu feſſeln, da ihnen nicht mehr der nötige Sachaufwand zur Verfügung geſtellt werden konnte. So ausgezeichnet vielfach ältere Bibliotheksbeſtände und Inſtitutseinrichtungen in Wien waren, ſo blieb doch infolge der Verarmung des Staates nach dem Weltkrieg ihre Entwicklung ſehr zurück, und es ſind große Lücken entſtanden in den Beſtänden neuerer literariſcher und techniſcher Hilfsmittel. Die begonnene Erneuerung der Kliniken und Inſtitute konnte nicht weitergeführt werden.

Wenn an der Univerſität in den letzten Jahren die Slawiſtik, die oſteuropäiſche Geſchichte, die Orientaliſtik vernachläſſigt wurden, das Inſtitut für die Statiſtik der Minderheiten (Volksgruppen) ſeine Tätigkeit einſtellte, das geplante Inſtitut für Minderheitenrecht nicht zur Aufſtellung kam, das Inſtitut für Balkankunde aufgelöſt wurde, jene kunſthiſtoriſche Lehrkanzel, die ſich mit der Kunſtforſchung im Oſten und Orient beſchäftigte, einging, ſo waren das bedenkliche Zeichen eines wachſenden Unverſtändniſſes für die Sendung Wiens im Südoſten zur Zeit der Syſtemregierung. Auch die Volksdeutſchen aus dem Südoſten bevorzugten vielfach die moderneren Inſtituts-, Forſchungs- und Fürſorgeeinrichtungen anderer deutſcher Hochſchulen.

War ſchon in der Syſtemzeit der Lehrkörper der Wiener Hochſchulen lückenhaft geworden, ſo verminderte ſich zunächſt nach dem Umbruch der Stand der Lehrkräfte noch weiter aus raſſiſchen und politiſchen Gründen. Wiens Hochſchulen ſtanden vor einem großen Aufbauwerk, als der Krieg ausbrach. Trotzdem ging der Aufbau, wenn auch verlangſamt, weiter. Noch immer ſteht aber der Vorleſungsplan der Wiener Univerſität an Reichhaltigkeit hinter dem von 1914 zurück und die Univerſität iſt ärmer geworden an Kräften erſten Ranges, noch mehr aber ſind ihre Kliniken, Inſtitute und Seminare ſachlich verarmt. Wohl iſt der Etat für den laufenden Bedarf weſentlich erhöht worden, aber es wären große Sonderzuwendungen nötig, um die Ausfälle von faſt dreißig Jahren ſchließen zu können. Wenn Wien ſeine geiſtige Einflußſphäre wieder zurückgewinnen will, iſt ein großer Sach- und Kraftaufwand dazu nötig. Anders iſt es nicht möglich, Wien für Wiſſenſchaftler erſten Ranges wieder begehrenswert zu machen und die alte Tradition fortzuführen.

An dem Willen, ſich gegen die hier angedeutete Entwicklung zu ſtemmen und Wiens Kulturaufgabe im Südoſten weiterzuverfolgen, hat es nicht gefehlt. Bereits 1931 wurde in einem akademiſchen Arbeitskreis die planmäßige wiſſenſchaftliche Behandlung von Grenzland und

Grenzvolk der Oſtmark, der deutſchen Volksgruppen im Donauraum und der nichtdeutſchen Völker, mit denen ſie in Lebensgemeinſchaft ſtehen, aufgenommen. Der Prinz-Eugen-Preis der Goethe-Stiftung, beſtimmt zur Auszeichnung geiſtiger und künſtleriſcher Leiſtungen von in der Volkstumsarbeit ſtehender Volksdeutſcher des Südoſtens, wurde 1938 unter die Obhut der Wiener Univerſität genommen. Eine Arbeitsgemeinſchaft für Raumforſchung (1938 gegründet) faßt jene Kräfte zuſammen, die für die Raumforſchung in der Oſtmark und im Südoſten Intereſſe haben. Soll doch die an den Wiener Hochſchulen geleiſtete wiſſenſchaftliche Arbeit in den Dienſt von Volk und Staat und der Neuordnung des deutſchen Lebensraumes geſtellt werden. Dieſes Beſtreben wird in der Praxis dadurch gehemmt, daß in der organiſatoriſchen Ausrichtung dieſer Fragen noch keine volle Einheitlichkeit erzielt iſt und die Arbeit ſich auf mehreren und nicht immer parallelen Gleiſen vollzieht. So wird z. B. deutſche Volkstumsarbeit über den Südoſten gleichzeitig von Leipzig, Breslau, Prag, München, Stuttgart, Graz und Wien betrieben und nicht immer im Einvernehmen mit Wien. Hier täte eine Flurbereinigung not, die zumindeſt eine Arbeitsteilung zwiſchen jenen Städten, wenn ſchon nicht die Konzentrierung dieſer Arbeit in Wien verfügte. Man braucht dazu in Wien kein neues Forſchungsinſtitut für die Südoſtarbeit zu errichten. Viel wichtiger wäre es, die in Wien beſtehenden Lehrkanzeln und wiſſenſchaftlichen Inſtitute, die zu dieſen Fragen Beziehungen unterhalten, ſtärker als bisher auf dieſe Arbeiten auszurichten und zu dieſem Zweck mit bedeutenderen Perſonen- und Sachkrediten zu verſehen. Alle verfügbaren Kräfte, die noch in Städten des Hinterlandes mit reichen Mitteln arbeiten und die in Wien, der Stadt an der Südoſtfront, fehlen, müßten hierhergezogen und für eine vereinheitlichte Südoſtforſchung und Südoſtplanung eingeſetzt werden. Wer über den Südoſten wiſſenſchaftlich arbeitet, kann an Wien mit ſeinen reichen, alten Beſtänden der Bibliotheken, Archive, Karten-, naturwiſſenſchaftlichen und volkskundlichen Sammlungen, aber auch an ſeinen bewährten Einrichtungen für Volkstumsforſchung, Volkstumserhaltung und dem hier noch immer vorhandenen reichen menſchlichen Erfahrungsſchatz nicht vorübergehen. Es ſei nur daran erinnert, daß Wien der Sitz des erſten deutſchen Schutzvereines, des bereits 1880 begründeten Deutſchen Schulvereines, mit dem der Schutzverein Südmark (Graz) nach dem Weltkrieg vereinigt wurde, war. Die Zerſchlagung Öſterreichs 1918 hatte auch die Blüte dieſer Vereine vernichtet, ihre Grenzlandſchulen zerſtört oder in fremdes Staatsgebiet verſetzt, aber der deutſche Schulverein Südmark, jetzt im Volksbund für das Deutſchtum im Ausland aufgegangen, blieb doch mit ſeiner reichen Grenzlandbücherei, ſeiner Zeitſchrift auch in der Syſtemzeit ein Sammelpunkt der Volkstumsarbeiter, ebenſo der Sudetendeutſche Heimatbund. Die Schulvereinsbücherei drohte 1938 für Wien verlorenzugehen, iſt nun aber für dieſe Stadt an der Südoſtgrenzwacht glücklicherweiſe gerettet.

In Wien war ſogar in der Syſtemzeit der Verlagsort der Zeitſchrift „Nation und Staat“ und der Sitz des Generalſekretariats der „europäiſchen Minderheiten“ (Volksgruppen). Der ehemalige Schulvereinskreis gibt jetzt hier die Zeitſchrift „Volkstum im Südoſten“ heraus. Ebenſo findet die das Deutſchtum der Slowakei behandelnde Zeitſchrift „Karpatenland“ nun ihre Betreuung in Wien, ferner die im Aufbau begriffene Zeitſchrift für das deutſche Volkstum Kroatiens. Die Begründung einer Südoſteuropa-Geſellſchaft, welche die wirtſchaftlichen Belange pflegt, die Einrichtung einer Stiftung an der Hochſchule für Welthandel für Studierende aus dem Südoſten durch die Mitteleuropageſellſchaft ſind verheißungsvolle Anfänge einer beginnenden Erweiterung der wirtſchaftlichen und wiſſenſchaftlichen Einflußſphäre Wiens.

Von den Forſchungsinſtituten Wiens, die für die Südoſtarbeit Quellen beizuſtellen vermögen, kommen namentlich das Wiener Reichsarchiv und das Heeresarchiv (früher: Kriegsarchiv) in Betracht, ferner das Verkehrsarchiv (Eiſenbahnarchiv).

Über den Umfang des dem Wiener Reichsarchiv eingegliederten Haus-, Hof- und Staatsarchivs gibt das von L. Bittner herausgegebene Geſamtinventar[7] Aufſchluß. Die Abteilung Staatsarchiv des Inneren und der Juſtiz des Reichsarchivs enthält u. a. die Akten der Illyriſchen Hofkommiſſion 1814/15, den Nachlaß Bach (Quellen zur Geſchichte Ungarns und der Donauländer zur Zeit des Abſolutismus), Akten über die Güter des griechiſch-orientaliſchen Religionsfonds (1872—1913). Das Finanzarchiv beſitzt in ſeinen Abteilungen Ungarn und Siebenbürgen Akten über Koloniſation, Trans- und Emigration, ebenſo in der Montan- und Präſidialabteilung, das Unterrichtsarchiv über das Schulweſen von Ungarn, Siebenbürgen und der Militärgrenze ſowie über den Schutz der Katholiken durch Öſterreich auf dem Balkan. Das Hofkammerarchiv umfaßt ſehr wertvolle Aktenbeſtände zur Geſchichte des Deutſchtums im Südoſten und in Galizien (1685—1820), beſonders über Auswanderung, Anſiedlung, Schulweſen, Kirche, Städte, Landwirtſchaft, Gewerbe, Handel, Bergbau und Familienkunde, ferner eine bisher 120 000 Zettel umfaſſende Anſiedler- und Auswanderungskartei, die namentlich der Sippenforſchung der Süd- und Weſtdeutſchen und der Volksgruppen des Südoſtens ſowie Galiziens dient. Zahlreiche handgezeichnete Karten beſonders des 18. Jahrhunderts und aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts über die deutſche Südoſtſiedlung, ferner Siedlungs- und Stadtpläne, ſowie Bergbaukarten, ferner neue Kartenentwürfe über das Deutſchtum im Banat und der Batſchka (für die Zeitpunkte 1720, 1800, 1910) und in den Städten des Südoſtens (für die Mitte des 18. Jahrhunderts), ſowie über die deutſchen Bergbauſiedlungen im Südoſten, ferner eine Bibliographie über das Deutſchtum in Südoſteuropa ſind hier vorhanden. Aus dem Hofkammerarchiv iſt auch die Veröffentlichung von F. Wilhelm und J. Kallbrunner, Quellen zur deutſchen Siedlungsgeſchichte in Südoſteuropa, hervorgegangen[8].

---

[7] (5 Bde., Wien 1936—1940.) Für den Südoſten kommen folgende Abteilungen in Betracht: Staatskanzlei (Min. d. Äußeren): Diplomatiſche Korreſpondenz. Griechenland 1816—1860, Konſulate bis 1860, Friedensakten 1381—1860, Verträge bzw. Akten 1747—1829, Politiſches Archiv 1847—1918, darunter: XII. Türkei 1848—1918, XIV. Albanien 1914—1918, XV. Bulgarien 1879—1918, XVI. Griechenland 1848—1917, XVII. Montenegro 1879—1914, XVIII. Rumänien 1879—1918,

Das Kriegsarchiv enthält in ſeiner Kartenſammlung unſchätzbare Dokumente über die Beſchaffenheit der Siedlungslandſchaft des Südoſtens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die ſog. joſefiniſchen Aufnahmen, die in der Zeit von 1763—1785 durch den k. k. Generalquartiermeiſterſtab im Maßſtabe 1 : 28 800 ausgeführt wurden[9]. Dieſes rieſige, unveröffentlichte, nur für militäriſchen Dienſtgebrauch beſtimmte Kartenwerk wurde lange geheimgehalten. Es umfaßt 5400 Sektionen. Durch ſeinen räumlichen Umfang (umfaßt es doch einen großen Teil von Mitteleuropa) und ſeinen, den heutigen Originalaufnahmen (1 : 25 000) nahekommenden Maßſtab iſt es beſonders ausgezeichnet. Mit den zugehörigen Landesbeſchreibungen und ſolchen wirtſchaftlicher Art liefert es einen noch immer nicht entſprechend gewürdigten Beitrag zur hiſtoriſchen Landeskunde. Sind auch die einzelnen Aufnahmen ungleichartig, ſo bedeuten ſie doch in ihrer Geſamtheit eine durch Öſterreich ausgeführte Großtat deutſcher Kultur im Südoſten, die auch Zeugnis ablegt von den bedeutenden Leiſtungen der zweiten großen Südoſtkoloniſation, deren Organiſation großenteils im kaiſerlichen Wien vor ſich ging, und die das Antlitz weiter Landſtriche im Südoſten veränderte, deutſche Kulturböden durch ſchwäbiſche, bayriſche, rheiniſche und lothringiſche Koloniſten ſchuf und auch dort deutſche Kulturarbeit leiſtete, wo die Militärgrenzen mit den tapferen Kroaten der Grenzregimenter beſiedelt wurden[10]. In 22 Jahren nahmen kaiſerliche Offiziere, faſt durchaus Deutſche, alle

---

XIX. Serbien 1879—1914, XXXVIII. Konſulate 1848—1918, Adminiſtrative Regiſtratur 1846—1918, Literariſches Büro 1864—1918, Zeitungsarchiv 1883—1923, Geſandtſchafts- und Konſulararchive. Staatenabteilungen. B. Außerdeutſche Staaten: Bosnien-Herzegowina 1660—1908ff., Illyrico-Serbica 1611—1865, Moldau-Walachei 1542—1861, Montenegro 1757—1858, Serbien 1804—1860, Türkei 1503—1860. Sonſtige Sammlungen: Kriegsakten 1420—1866, Urkundenabteilung 1816—1938, Handſchriftenſammlung. Ungariſche Akten 1202—1861. Nachläſſe (Boſchan 1908—1916, Gentz 1805—1832ff., Kallay 1879—1882, Prokeſch-Oſten 1819—1876, Rieger 1903—1920). Ferner Kartenbeilagen zu Staatsverträgen.

[8] Heft 11 der Schriften der D. Akademie in München (Anſiedlerliſten 1749—1802). Über die Quellen zur Geſchichte des Auslanddeutſchtums in Südoſteuropa a. d. Wiener Hofkammerarchiv vgl. J. Kallbrunner, in: Der Auslanddeutſche 1932, S. 594f.; ferner: Das Hofkammerarchiv in Wien. Steir. Zeitſchr. f. Geſch. III.

[9] Vgl. J. Paldus, Die militäriſchen Aufnahmen im Bereiche der Habsburgiſchen Länder aus der Zeit Kaiſer Joſefs II. Denkſchr. d. Akad. d. Wiſſ. in Wien. Wien 1919.

[10] Nebenbei bemerkt, enthält das Kriegsarchiv auch äußerſt wertvolles Material für den deutſchen Weſten aus älterer Zeit, wie die Operationskarten für die Feldzüge am Oberrhein 1702—1718, die Aufnahme des Elſaß 1710—1734 und die Karte der Markgrafſchaft Burgau, 1749—53 von Obriſtleutnant

vom Hauſe Habsburg beherrſchenden Königreiche und Länder von der Nordſee bis zum Eiſernen Tor, ſpäter (1790/91) auch Teile der Walachei auf (1 : 57 600, 108 Blätter), die erſte Aufnahme dieſes Gebietes überhaupt. 1790 wurde die Moldau 1 : 28 800 in 107 Blättern mappiert. Zu beiden Werken gibt es wertvolle (ungedruckte) Landesbeſchreibungen. Vorausgegangen waren eine Grenzkarte Siebenbürgens mit der Moldau-Walachei 1 : 28 800 (1769—1773) und eine ſolche des Grenzgebietes der türkiſchen Walachei 1 : 25 000 (13 Blätter, 1773). Nach der Eroberung von Belgrad 1789 wurde die „Aufnahms-Carte von Serbien 1 : 28 000" (25 Blätter), die Sawe-Donaulandſchaft umfaſſend, in Angriff genommen. Der neuerworbene Unadiſtrikt wurde 1791—1795 ebenfalls kartiert und überdies ſehr genau im Maßſtab 1 : 7200 ökonomiſch aufgenommen. Dieſes Kartenwerk fügte ſich der 1794/95 entſtandenen Aufnahme des ſüdöſtlichen Teiles von Kroatien 1 : 7200 in 140 Sektionsblättern ein. Was endlich das Hauptwerk der joſefiniſchen Aufnahme anbelangt, ſo umfaßt es die öſterreichiſchen Erblande (Öſterreich unter und ober der Enns, Inneröſterreich (Steiermark, Kärnten, Krain, Görzer Diſtrikt, Öſterr.-Friaul, Trienter Diſtrikt, Öſterr.-Litorale und Öſterr.-Iſtrien), Tirol, und Vorderöſterreich (die öſterreichiſchen Beſitzungen in Schwaben, Breisgau[11], Vorarlberg), die Länder der Böhmiſchen Krone (Böhmen, Mähren, Öſterr.-Schleſien), Galizien und Lodomerien und Bukowina, ferner die Länder der ungariſchen Krone: das Königreich Ungarn und Siebenbürgen, Temesvarer Banat, Kroatien und Slawonien, die Militärgrenze, endlich die öſterreichiſchen Niederlande und die Lombardei.

Die kartographiſchen Arbeiten des Generalquartiermeiſterſtabes erfuhren bereits unter Franz II. eine Erneuerung durch die Erſtellung einer nun im Druck veröffentlichten Spezialkarte 1 : 144 000, die aber zunächſt nur die Alpenländer, darunter jetzt auch Salzburg, ferner Krain und das Küſtenland, Mähren und Schleſien und die ſchöne Aufnahme des lombardiſch-venezianiſchen Königreiches (42 Bl., 1 : 86 400) umfaßte. Auch ein Atlas des adriatiſchen Meeres (31 Bl.), eine Generalkarte der Walachei (1 : 576 000), eine Generalkarte der europäiſchen Türkei von Weiß (1829, 22 Bl.) und die Generalkarte des öſterreichiſchen Kaiſertums von Fallon (1822, 9 Bl., 1 : 864 000) wurden veröffentlicht. 1839 erfolgte die Verlegung des Instituto geografico militare in Mailand nach Wien und ſeine Vereinigung mit der ſeit 1806 beſtandenen topographiſch-lithographiſchen Anſtalt des Generalquartiermeiſterſtabes. So entſtand das k. u. k. Militärgeographiſche Inſtitut. Bis zum Zuſammenbruch der Donaumonarchie nahm es in der Entwicklung der Kartographie eine einflußreiche Stellung ein und erzielte in der öſtlichen Hälfte des Staates und auf der ſüdoſteuropäiſchen Halbinſel beſonders bemerkenswerte Leiſtungen. Zunächſt nahm es eine Neuaufnahme 1 : 28 880 in Angriff zwecks Herausgabe einer Spezialkarte 1 : 144 000 und einer Generalkarte 1 : 288 000. So wurden Böhmen, Dalmatien, Galizien in den 50er Jahren kartiert und eine Aufnahme der Walachei 1 : 57 600 (142 Bl.) 1856/57 durchgeführt, auf Grund derer die geſtochene Generalkarte der Walachei 1 : 288 000 (9 Bl.) entſtand. Zu den bedeutendſten Leiſtungen des Inſtitutes zählt die Herſtellung einer Spezialkarte 1 : 75 000 auf Grund von Originalaufnahmen 1 : 25 000 in den Jahren 1869—1889, deren 752 Blätter die ganze Monarchie, einſchließlich Bosnien und der Herzegowina umfaßten.

1873—1876 wurde eine Generalkarte 1 : 300 000 in 207 Blättern veröffentlicht. Sie bildete den Erſatz für die durch ihren ſchönen Kupferſtich rühmlich bekannte „Generalkarte von Centraleuropa" 1 : 576 000 des Oberſten Ritter von Scheda (Wien 1871). Hatte dieſe den von den Linien Liverpool—Barcelona im Weſten, Kopenhagen—Memel—Smolenſk im Nor-

---

Kolleffel aufgenommen, ein Meiſterwerk kartographiſcher Darſtellung. 1793/94 entſtand die Aufnahme der Rheingegend von Baſel bis Mainz 1:57600, ferner von Luxemburg und den Moſelufern (49 Sektionen), endlich der Rheingegend von Mannheim bis Caub (24 Sektionen). 1797 wurden 197 Sektionsblätter von Salzburg, Bayern, einem Teile der Pfalz, Württemberg, Baden und Heſſen-Naſſau fertiggeſtellt. Auch die Karte der 1795 Öſterreich zugeteilten Teile von Polen kamen 1801—1855 in 275 Sektionen zur Ausgabe, ebenſo die Karte des Herzogtums Venedig in 120 Sektionen, alle 1:28800. Ferner darf hier auch auf die älteren Aufnahmen von Böhmen und Mähren durch J. Ch. Müller 1710—1734 und die Karten von Oberitalien 1740—1780 verwieſen werden.

[11] Dieſe nicht ausgeführt.

den, Kiew—Odeſſa im Oſten, Rom—Cattaro im Süden begrenzten Raum umfaßt, jedoch ſüdlich der Sawe-Donau-Linie nur Bosnien, Dalmatien und Nordſerbien, ſowie die Dobrudſcha dargeſtellt, ſo ergänzte die Generalkarte 1 : 300 000 nun das Kartenbild bis nach Nordgriechenland, wenn auch ſüdlich von Saloniki die Bergzeichnung nur in Schummerung ausgeführt werden konnte. Übrigens iſt auch die erſte Aufnahme von Griechenland 1 : 300 000 ein Werk öſterreichiſcher Offiziere unter Leitung von Oberſt Hartl geweſen. Das Militärgeographiſche Inſtitut erſetzte aber bald die Generalkarte 1 : 300 000 durch die farbige „Generalkarte von Mitteleuropa" 1 : 200 000 (280 Bl.). Dieſes Werk blieb bis auf die neueſte Zeit die beſte kartographiſche Quelle für große Teile der Balkanhalbinſel und die nordweſtlichen Teile Kleinaſiens. Ein neues Wirkungsfeld eröffnete ſich dem Militärgeographiſchen Inſtitut während des Weltkrieges. Es wurden insgeſamt 63 000 qkm, beſonders im Südoſten, neu trianguliert, z. T. auch mappiert, wodurch namentlich eine Verbeſſerung der Darſtellung Albaniens und Montenegros im Kartenbilde erzielt werden konnte, ſo daß es möglich wurde, nach dem Weltkriege eine neue Karte von Albanien 1 : 200 000 herauszubringen[12]. Die beiden Länder Albanien und Montenegro waren ja ſchon ſeit langem ein beſonderes öſterreichiſches Forſchungsgebiet. Der ungariſche Baron Nopcſa, der in Wien lebte, betrieb lange Jahre in Albanien geologiſche Aufnahmen, geographiſche und volkskundliche Unterſuchungen, und nach dem Weltkrieg erſchienen eine Reihe Wiener Veröffentlichungen über dieſes Gebiet, ſo von Haberlandt (Volkskunde), Lebzelter (Anthropologie), Nowack (Geologie), Praſchniker (Archäologie). In Albanien veranſtaltete die öſterreichiſche Militärverwaltung während des Weltkrieges auch die erſte Bevölkerungszählung und förderte in Nordſerbien durch N. Krebs und O. Abel ausgeführte geographiſche und geologiſche Forſchungen.

So ſind dem Generalquartiermeiſterſtab und dem Militärgeographiſchen Inſtitut in Wien die wichtigſten kartographiſchen Grundlagen für alle Forſchungen im Südoſten zu danken[13]. Beſcheidener wurde der Aufgabenbereich des letzteren Inſtitutes im kleinen Öſterreich von 1918—1938, das in die Zivilverwaltung überführt, als „Kartographiſches Inſtitut" mit dem Bundesamt für das Eich- und Vermeſſungsweſen verbunden wurde. Seine Sammlung topographiſcher Karten ausländiſcher Staaten, darunter auch der des Südoſtens, erworben im Tauſchverkehr mit den eigenen Erzeugniſſen, dient nur dem Dienſtgebrauch. Jetzt iſt das Inſtitut dem Reichsamt für Landesaufnahme unterſtellt[14].

Wichtiges kartographiſches Quellenmaterial, namentlich aus älterer Zeit, aber auch topographiſche Karten der Nachbarſtaaten enthält die Kartenſammlung der Nationalbibliothek (früher Hofbibliothek). Unter den erſteren Beſtänden ſei beſonders auf die aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts ſtammenden Aufnahmen der Grenzgebiete Südungarns verwieſen, da ſie den Zuſtand der Landſchaft vor dem Aufbau der Kulturlandſchaft der Batſchka und des Banates zeigen, ferner auf eine Sammlung von Anſichten und Plänen der Feſtungen und Städte in Ungarn aus den Jahren 1660—1664. Die Nationalbibliothek enthält auch ſehr wertvolle ſlawiſtiſche und orientaliſtiſche Literatur[15].

Die Univerſitätsbibliothek deckt ſich in ihren älteren Beſtänden z. T. mit denen der Nationalbibliothek und ergänzt ſich mit ihr teilweiſe in den neueren Beſtänden in- und ausländiſchen Schrifttums. Sie beſitzt auch eine kleine Kartenſammlung. Es muß jedoch geſagt werden, daß dieſe beiden großen Bibliotheken ebenſo wie die der anderen Wiener Hochſchulen und ihrer Inſtitute ſeit 1914 große Lücken, namentlich im ausländiſchen Schriftgut, aufweiſen, und es wurden Jahre hindurch keine nennenswerten Anſchaffungen gemacht. Wohl iſt der Sachaufwand ſeit dem Umbruch erhöht, aber es wären ſehr große außerordentliche Zuwendungen nötig, um die vorhandenen Lücken zu ſchließen.

---

[12] Vgl. H. Ginzl, Aufgaben und Tätigkeit der Kriegsmappierung auf der Balkanhalbinſel. Mitt. Geogr. Geſ. Wien 1918. S. 497—513 und H. Louis, Die neue Karte von Albanien 1: 200000. Zeitſchr. d. Geſ. f. Erdkde Berlin. Sonderband zur Hundertjahrfeier. S. 426—446.

[13] Vgl. V. v. Haardt, Das militärgeographiſche Inſtitut 1848—1898, in: Feſtſchrift der K. k. Geogr. Geſ. 1848—1898, Wien 1898, und: Die Kartographie der Balkanhalbinſel im 19 Jahrhundert. In: Mitt. des Militärgeogr. Inſtituts Wien, Bd. XXI, 1901; Bd. XXII, 1902.

[14] Ein Katalog der ehemals im Archiv des K. u. k. militärgeographiſchen Inſtitutes vorhandenen Karten (bis 1899) erſchien in Wien 1900, ebenſo ein Katalog der Bücherei (bis 1898), Wien 1899. Erſtere Sammlung iſt jetzt der Kartenſammlung der Nationalbibliothek einverleibt.

[15] Vgl. auch: Doublier, O., Die weltpolitiſche Bedeutung der Nationalbibliothek, in: Muſeion, Programmbuch, Wien 1920.

Von den Univerſitätsinſtituten beſitzen über den Südoſten anſehnliches Material: Das Inſtitut für oſteuropäiſche Geſchichte, deſſen Bücherei als Grundſtock die größte hiſtoriſche ruſſiſche Bibliothek Deutſchlands enthält und u. a. auch die Bibliothek Jirečeks, ferner das Slawiſtiſche Seminar mit den Beſtänden des leider aufgelöſten Inſtitutes für Balkankunde, das Geographiſche und das Geologiſche Inſtitut, das Statiſtiſche Seminar mit den Beſtänden des aufgehobenen Inſtitutes für die Statiſtik der Minderheiten, ferner die Bibliothek der Hochſchule für Welthandel, in deren Beſitz jene des ehemaligen Handelsmuſeums übergegangen iſt.

Südoſtſchrifttum iſt ferner noch in folgenden übrigen Büchereien zu finden: in der Bücherei des Statiſtiſchen Amtes, in den Bibliotheken der ehemaligen Miniſterien, ferner in denen des Staats-, Hofkammer- und Kriegsarchivs. Die Außenhandelsſtelle beſitzt eine Sammlung von Zeitſchriften, Wirtſchaftsſtatiſtiken und Geſetzesſammlungen der Südoſtſtaaten.

Jede Abteilung des Naturhiſtoriſchen Muſeums beſitzt eine eigene Bücherei mit wichtigen ausländiſchen Zeitſchriftenreihen, ebenſo die Muſeen für Völkerkunde und für Volkskunde, die Reichsſtelle für Bodenforſchung (mit reicher geologiſcher Kartenſammlung), die Zentralanſtalt für Meteorologie, die Zweigſtelle Wien des Archäologiſchen Inſtituts des Deutſchen Reiches (früher Öſterreichiſches Archäologiſches Inſtitut), das Ungariſche hiſtoriſche Inſtitut, die Konſularakademie, die frühere Generaldirektion der Bundesbahnen (jetzt Reichsbahndirektion Wien), die Handelskammer, das Mechitariſtenkloſter (größte armeniſche Bibliothek).

Die Akademie der Wiſſenſchaften verfügt über eine ziemlich vollſtändige Sammlung der ausländiſchen Akademieſchriften und zahlreiche Zeitſchriften wiſſenſchaftlicher Geſellſchaften. Ferner ſind zu nennen: die Bücherei der Geographiſchen Geſellſchaft, der Zoologiſch-botaniſchen Geſellſchaft, des Deutſchen Schulvereines Südmark und des Fürſten Liechtenſtein, die auch mit einer wertvollen Kartenſammlung verbunden iſt (Hauslabſammlung).

Unter den oben erwähnten Inſtituten entfaltete die Geologiſche Reichsanſtalt (ſeit 1918 Geologiſche Bundesanſtalt, ſeit 1938 Reichsſtelle für Bodenforſchung), ſeit ihrer 1849 erfolgten Gründung eine rege Tätigkeit im Südoſten. Hierher gehören: die Herſtellung einer geologiſchen Karte der Öſterr.-Ung. Monarchie durch F. R. v. Hauer, 1 : 576 000, in den Jahren 1867—1873, — einer ſolchen von Bosnien und Herzegowina von Mojſiſovics, Tietze und Bittner 1 : 300 000 (1880), von Montenegro 1 : 450 000 von E. Tietze (1884), von Serbien 1 : 750 000 von Zujović (1886), von Rumänien 1 : 800 000 von M. Draglucenu (1890). Ferner veröffentlichte die Anſtalt geologiſche Überſichtskarten bulgariſcher Landſchaften (Rhodope, Maritzatal) 1 : 300 000 von A. Pelz (1873 bzw. 1879) und Überſichtskarten der europäiſchen Türkei 1 : 1 000 000 und 1 : 420 000 von F. Hochſtetter (1870, bzw. 1872). Die Reichsanſtalt beſitzt auch einen Zettelkatalog der Lagerſtätten nutzbarer Mineralien des Südoſtens und reiche Sammlungen.

Der Wiener Geologe F. Toula ſchuf ſeinerzeit die erſte geologiſche Überſicht des weſtlichen Balkans und Bulgariens (1877—1890), die großenteils durch die Wiener Akademie der Wiſſenſchaften veröffentlicht wurde. Dieſe brachte auch die geologiſche Karte der Dobrudſcha von Peters, 1867, und der Ägäis, ſowie von Griechenland von Bittner-Neumayr-Teller, 1879 bis 1880, heraus. Die letzte bedeutende geologiſche Kartierung eines Wiener Forſchers im Südoſten war die geologiſche Karte von Albanien 1 : 200 000 von Nowack, Wien, 1928[16].

Die Schriften der Wiener Akademie der Wiſſenſchaften (Anzeiger, Sitzungsberichte, Denkſchriften) enthalten zahlreiche wertvolle natur- und geiſteswiſſenſchaftliche Arbeiten über den Südoſten und Orient.

Ferner ſind an naturwiſſenſchaftlichen Forſchungsbehelfen zu nennen: die Annalen des Naturhiſtoriſchen Muſeums und die Jahresberichte des Naturwiſſenſchaftlichen Orientvereines

---

[16] Nicht minder bedeutend als die geologiſche Arbeit Wiens im Südoſten iſt die auf klimatiſchem Gebiet (Beiträge zur Klimatologie der Balkanhalbinſel), ferner auf pflanzengeographiſchem Gebiet, wovon die Arbeiten von Beck, A. Adamović u. a. zeugen. Auch der bedeutendſte ſerbiſche Geograph J. Cvijić iſt aus der Wiener Schule hervorgegangen.

1895—1914, der leider ebenſo wie der Adriaverein ein Opfer des Weltkrieges wurde, ferner die Mitteilungen der Geologiſchen Geſellſchaft, die Mitteilungen und Abhandlungen der Geographiſchen Geſellſchaft, die Mitteilungen der Anthropologiſchen Geſellſchaft, ferner an geiſteswiſſenſchaftlichen Behelfen: die Zeitſchrift für Öſterreichiſche Volkskunde, die Jahreshefte des Öſterreichiſchen Archäologiſchen Inſtitutes (jetzt Zweigſtelle Wien des Archäologiſchen Inſtitutes des Deutſchen Reiches). Dieſes Inſtitut gibt auch Sonderhefte heraus und veröffentlichte größere Werke über Dalmatien (Niemann, Der Palaſt Diocletians in Spalato, und Forſchungen in Salona), ferner über Griechenland und Albanien. Unter der öſterreichiſch-ungariſchen Verwaltung Bosniens ſchuf deutſche Wiſſenſchaft in Serajewo auch das ſchönſte Muſeum des ſlawiſchen Südoſtens. Aus dieſer Forſchungsſtätte iſt die Reihe der von Patſch herausgegebenen Bände: Zur Kunde der Balkanhalbinſel, hervorgegangen.

Manche Arbeit aus dieſer geiſtigen Werkſtätte konnte noch nach dem Weltkrieg von der Akademie der Wiſſenſchaften (Balkankommiſſion) und dem Forſchungsinſtitut für den Oſten und Orient veröffentlicht werden. Daß auch letzteres Inſtitut in der Hauptſtadt Rumpföſterreichs nicht zu halten war, daß auch die Öſterreichiſche Monatsſchrift für den Orient einging, das ſind nur einige Verfallsſymptome von Wiens kulturellen Beziehungen zu dem Oſten.

Unſere Überſicht zeigte, wie bedeutend bis zum Weltkrieg auf natur- und geiſteswiſſenſchaftlichem Gebiet die Arbeit Wiens im Südoſten und ſeine Anziehungskraft auf die Studierenden dieſer Länder, die Lehrer, Ärzte, Techniker und Kaufleute, Land- und Forſtwirte werden wollten, war. Auch die Grazer Univerſität nahm an dieſer Strahlungswirkung Öſterreichs bedeutenden Anteil. Dann kamen 25 Jahre des Verfalles.

Nur die Verſtärkung der kulturellen Kräfte und die neuerliche Heranbildung einer einſatzfreudigen und ſprachkundigen jungen Generation von Forſchern aus der Oſtmark, den deutſchen Volksgruppen und aus den Fremdvölkiſchen des Südoſtens wird es Wien ermöglichen, ſeine frühere Stellung zurückzuerobern und es wieder als geiſtige Leuchte für den Südoſtraum erſcheinen zu laſſen. Äußere Vorausſetzungen für die Erreichung dieſes Zieles bilden aber der ſchon erwähnte Ausbau ſeiner Hochſchuleinrichtungen, die Ergänzung ſeiner Bibliotheken und die Erleichterung des Studiums für Ausländer. Das kulturelle Kapital Wiens, das noch in jüngſter Zeit manchen Verluſt erlitten hat, wie durch die Abwanderung der großen Bibliothek der Arbeitskammer, einer über 100000 Bände zählenden ſehr wertvollen ſozialwiſſenſchaftlichen Studienbibliothek, und dem noch weitere Verluſte drohen (Bücherei des Patentamtes, Verminderung des Tauſchverkehrs des Statiſtiſchen Amtes, der Zweigſtelle für Bodenforſchung, der Meteorologiſchen Zentralanſtalt infolge Verminderung der eigenen Veröffentlichungen) darf keine weitere Minderung erfahren. Wenn Verwaltungsmaßnahmen es nötig machen, Wiener Zentralinſtitute in Zweigbetriebe von Reichsſtellen umzuwandeln, müßte auf anderem Wege ein Erſatz für die dadurch entſtehenden Ausfälle an Hilfsmitteln der wiſſenſchaftlichen Forſchung in Wien gefunden werden.

Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß ſich der Ablauf der Kulturübertragung, wie er ſich in vergangenen Jahrhunderten, im Mittelalter und wieder nach den Türkenkriegen durch Verpflanzung von Menſchen, von geiſtigen und wirtſchaftlichen Werten nach dem Südoſten vollzogen hat, wie er in ähnlichen Formen ſich nach den Türkenkriegen wiederholte, heute in anderer Art vor ſich gehen wird. Er wird vielleicht überhaupt nicht mehr jene Intenſität erreichen wie einſt, weil ſich das Kulturgefälle von Deutſchland gegen den Oſten mit ſeinen nun Mitteleuropa angeglichenen Lebensformen vermindert hat, und weil die dank der deutſchen Kulturarbeit der letzten Jahrhunderte erniedrigten Gefällsſtufen der Kultur in öſtlicher gelegene Raumtiefen zurückgerückt wurden. Befruchtet von weſtlichem, beſonders von deutſchem Einfluß, ſind die volklichen Eigenkulturen des Südoſtraumes in ſtarker Aufwärtsentwicklung begriffen, und das völkiſche Selbſtbewußtſein geſtattet den Südoſtvölkern heute wohl kaum mehr eine ſolche Hingabe an weſtliche Ideen, wie etwa noch zur Zeit der Romantik. Trotzdem bleibt auf geiſtigem, noch mehr auf wirtſchaftlichem und techniſchem Gebiet ein weiter Spielraum beſtehen für deutſche Kulturbetätigung, nicht zuletzt durch die Vermittlung Wiens.

Die Geſchichte ſeiner geiſtigen, künſtleriſchen und wirtſchaftlichen Beeinfluſſung des Südoſtens iſt noch nicht geſchrieben. Nur Bruchſtücke darüber liegen vor, aber ſchon ſie laſſen erkennen, wie groß dieſe Leiſtungen waren und wie groß ſie wieder werden könnten. Wenn das Wort gilt, daß Geſchichte lehrt, ſo iſt in dieſem Falle reichlich Gelegenheit gegeben, aus ihr zu lernen.

Unſere Ausführungen haben auf die wiſſenſchaftliche Berührungsfläche zwiſchen Wien und dem Südoſten und die von Wien eingeſetzten Mittel zu ſeiner Erforſchung hingewieſen, und es darf vielleicht noch an jene Unterſuchungen kurz erinnert werden, die ſich mit der Aufnahme des deutſchen, vorwiegend durch Wien vermittelten Kulturgutes durch die Südoſtvölker und Wiens Anteil an ihrer geiſtigen Erweckung und völkiſchen Bewußtwerdung, die allerdings dann auch gegen Wien eingeſetzte politiſche Kräfte auslöſte, beſchäftigen.

Das von J. Nadler und H. v. Srbik herausgegebene Sammelwerk „Öſterreich, Erbe und Sendung im deutſchen Raum“[17], läßt in ſeinem Titel ſchon die Problemſtellung erkennen. Die geſchichtliche Lebenshaltung des Deutſchtums zum oſtmitteleuropäiſchen Völkerraum darzuſtellen, iſt das Ziel von Rudolf Craemers „Deutſchtum im Völkerraum“[18]. F. Valjavec verdanken wir eine reiche Materialſammlung zu dem Thema: Der deutſche Kultureinfluß im nahen Südoſten[19], die auch das fremdſprachliche Schrifttum ausführlich nachweiſt und an vielen Stellen den Einfluß Wiens erkennen läßt, ſei es in geiſtiger oder künſtleriſcher Hinſicht, ſei es auf dem Gebiete der Wirtſchaft, der Lebensführung und der Mode. Man wird aber auch an zahlreichen Stellen der deutſch-öſterreichiſchen Literaturgeſchichte von Nagl-Zeidler-Caſtle[20] und aus Cſakis Vorbericht zu einer Geſchichte der deutſchen Literatur in Siebenbürgen[21], wie auch aus K. K. Kleins Literaturgeſchichte des Deutſchtums im Ausland[22] Breite und Tiefe der Einflüſſe des deutſchen Weſtens auf ſchöngeiſtiges Schrifttum, Zeitungsweſen und Theater und den Anteil Wiens bei dieſem Vermittlungswerk erkennen können. J. Matl hat die Bedeutung der deutſchen Einflüſſe für die Entſtehung der ſüdſlawiſchen Kultur[23] verfolgt, wobei zeitweiſe Graz aus geographiſchen Urſachen ſogar ſtärker in Erſcheinung tritt als Wien.

Von den wiſſenſchaftlichen Vertretern der Volksdeutſchen des Südoſtens war aber insbeſondere J. Bleyer von der Überzeugung durchdrungen, daß Wiens kulturelle Bedeutung für den Südoſten nicht hoch genug eingeſchätzt werden darf[24]. Doch nicht nur Volksdeutſche aus dem Oſten bezeugen die Bedeutung dieſer Einflüſſe, auch Vertreter der fremden Völker legen darüber Bekenntniſſe ab, wie die Madjaren B. v. Pukanſzky[25] und J. v. Farkas[26] oder der Rumäne N. Jorga[27], der Wien als Strahlungspunkt weſtlicher Ideen, aber auch als des revolutionären völkiſchen Geiſtes behandelt. In einer kurzen Überſicht des Verhältniſſes von Wien zum Auslanddeutſchtum hat P. Müller[28] einſchlägige Fragen berührt, desgleichen ſchon früher O. Brunner[29] in einer Studie über das Wiener Bürgertum.

Betrachtet man das Lebensſchickſal ſo manchen Vorkämpfers des Volkstumsgedankens aus der Frühzeit des völkiſchen Erwachens der Völker des Südoſtens, ſo findet man es mit Wien verbunden. Der Serbe Doſitej Obradović, Bahnbrecher weſtlicher Ideen in ſeinem Volke, kam aus dem Temeſchburger Banat nach der Kaiſerſtadt und las hier eine ins Serbiſche überſetzte Apologie Joſefs II., die ihn für die Ideenwelt der Aufklärung gewann. Der Slowene Bartholomäus **Kopitar**, Begründer der Wiener ſlawiſtiſchen Schule, ſtand ganz im Bannkreis deutſcher Romantik, ebenſo wie der tſchechiſche Slawiſt **Joſef Dobrovſky**, der Slowake **Joſef Šafařik** und der Vorkämpfer des Illyrismus **Ljudevit Gaj**, deſſen erſte ſchriftſtelleriſche Leiſtungen in deutſcher Sprache in Karlſtadt und Wien (1826) erſchienen[30]. Kroatiens Nationalheld aber, Banus **Jellačić**, Wien eng verbunden, dichtete in deutſcher Sprache von Körners „Leier und Schwert" ſtark beeinflußte Soldatenlieder. Der bedeutenden griechiſchen Kolonie Wiens geſellte ſich zu Ende des 18. Jahrhunderts der Verfaſſer der griechiſchen Nationalhymne, der revolutionäre Dichter und Politiker **Rhigas** zu und ließ hier 1797 eine griechiſche Karte der Moldau erſcheinen[31].

---

[17] Salzburg-Leipzig 1936.

[18] Stuttgart 1938.

[19] I. Bd., München 1940.

[20] Wien 1914. II., beſonders S. 420ff. und 1029ff.

[21] Hermannſtadt 1920.

[22] Leipzig 1939.

[23] Deutſche Hefte für Volks- und Kulturbodenforſchung, 4. Jg. 1924, S. 20ff., und D. Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 4. Jg. 1940, S. 425ff.

[24] Von der Erforſchung deutſchen Kultureinfluſſes im ſüdöſtlichen Europa, in: Deutſche Rundſchau, Jg. 1926, S. 125, Über geiſtige Rezeption und nationales Schrifttum, in: Dichtung und Forſchung, Frauenfeld 1933; Aufgaben der Deutſchtumsforſchung im altungariſchen Raume, in: Deutſch- ung. Heimatblätter, Feſtſchrift f. G. Petz, Jg. V, Budapeſt 1933.

[25] Geſchichte des deutſchen Schrifttums in Ungarn. Münſter 1931.

[26] Die ungariſche Romantik. Breslau 1931.

[27] Vienne comme centre des idées d'occident et de l'esprit revolutionnaire. In: Revue historique du Sud-Est Européen, Jg. 1924.

[28] Monatsblatt d. Ver. f. Geſchichte d. Stadt Wien, Jg. 1933, S. 39—46.

[29] Ebda., Jg. 1933, S. 220—234. Ich bin Kollegen Brunner auch für manche einſchlägige Mitteilung dankbar.

Wien war im ausgehenden 18. Jahrhundert Druck- und Verlagsort griechiſcher und ſerbiſcher Zeitungen, ſerbiſcher und rumäniſcher Kalender und Volksſchullehrbücher, welch letztere die öſterreichiſche Verwaltung des Banats verteilte[32].

Der geiſtige Aufſtieg und das völkiſche Bewußtwerden der Völker des Südoſtens iſt ſo untrennbar mit dem Kulturbegriff Wien verknüpft.

Wien als künſtleriſcher Vorort des Südoſtens. Hat unſere Betrachtung gezeigt, welch vielfältige Mittel Wien zur Verfügung ſtanden und wiederum ſtehen ſollten, um als geiſtige Leuchte des Donauraumes in die Ferne zu wirken, ſeiner Sendung als Stätte wiſſenſchaftlicher Lehre und Forſchung und als Vermittlerin geiſtiger Bewegungen für die deutſchen Volksgruppen und Fremdvölker des ſüdöſtlichen Nachbarraumes gerecht zu werden, ſo wird ſich nun notgedrungen eine Aſymmetrie der Darſtellung ergeben müſſen, wenn von der künſtleriſchen Auswirkung Wiens die Rede geht. Nicht als ob dieſe minder bedeutend wäre, ſondern weil es ſo gut wie ganz an Veröffentlichungen der Kunſthiſtoriker derzeit darüber noch fehlt. Die Forſchung über dieſe Fragen ſteht in den erſten Anfängen und geſtattet nur Feſtſtellungen ganz allgemeiner Art[33].

War Wiens geiſtiger Einfluß im Donauraum ſeit Begründung der Univerſität im 14. Jahrhundert ſehr bedeutend, ſo iſt die gleichzeitige Blüte ſeiner gotiſchen Baukunſt und Plaſtik und ſpäter auch die ſeiner Tafelmalerei anſcheinend nicht von einem ähnlichen Einfluß geworden. Doch noch für unſere Tage von nachwirkender Kraft und maßgebend für ſtädtebauliche und landſchaftliche Geſtaltung ſind die künſtleriſchen Einflüſſe, die von der Barockgroßſtadt Wien durch Vermittlung von Hof, Kirche und Adel in den von ihr aus politiſch beherrſchten Raum einſtrahlten. Hof und Adel errichten ihre ſtädtiſchen Paläſte, ihre Landſchlöſſer, der Staat ſeine Nutzbauten, die Kirche aber verleiht ihrem in der Gegenreformation errungenen Triumph auch künſtleriſchen Ausdruck in allen katholiſchen Gebieten des Südoſtens. Es ſind nicht nur in Wien wirkende Meiſter, die die Schöpfer der Paläſte, Kirchen und Parks dieſer Zeit werden; ſie durch Plaſtik und Malerei verſchönen, ſondern es ſind auch zahlreiche durch die ſchon 1715 begründete Wiener Kunſtſchule gegangene volksdeutſche Künſtler aus dem Südoſten, die mittelbar Wiener Barockkunſt in ihrer Heimat zur Geltung bringen. Wenn auch dieſe Wirkſamkeit der Wiener Kunſtakademie im einzelnen noch keine Darſtellung gefunden hat, ſo wird doch jeder, der offenen Auges durch die Landſchaften des mittleren Donaubeckens fährt, allenthalben in der kirchlichen Kunſt die Ausſtrahlungen des deutſch-öſterreichiſchen Barock, oft bis in die entlegenſten Dörfer, begegnen. Ja ſelbſt die griechiſch-orthodoxe Hauptkirche Belgrads bedient ſich nicht der byzantiniſchen Formenſprache, ſondern ihr barocker Turm könnte auch irgendwo in einer öſterreichiſchen Stadt ſtehen. Noch vor den Pforten zur walachiſchen Ebene im öſtlichen Siebenbürgen bewundert man den thereſianiſchen Bau des Brukenthalpalais[34].

---

[30] H. Wendel, Aus dem ſüdſlawiſchen Riſorgimento. Gotha 1921.

[31] Vgl. Jorga, a. a. O., S. 33f., und freundliche Mitteilungen von Hofrat Piſtor, Vorſitzenden der Deutſch-griechiſchen Geſellſchaft in Wien. Wien beſitzt noch drei griechiſche Kirchen, und es ſind in dieſem „Griechenviertel" vermögende griechiſche Teppichhändler anſäſſig. Auch die griechiſchen Freiheitskämpfer Ypſilanti verbrachten zur Zeit Franz II. ihre letzten Lebensjahre in Wien und ſtarben hier.

[32] Vgl. darüber auch J. Kallbrunner, Deutſche Erſchließung des Südoſtens ſeit 1683. Oſtmarkſchriften.

[33] Da der Verfaſſer nicht Fachmann iſt, beruhen ſeine Ausführungen hier im weſentlichen auf freundlichen Mitteilungen des Profeſſors der Kunſtgeſchichte a. d. Wiener Univerſität Hans Seldmeyer, dem ich zu beſonderem Dank verpflichtet bin. Über Wiens künſtleriſche Auswirkungen auf Ungarn finden ſich auch bei J. Kallbrunner, a. a. O., S. 10f., einige Bemerkungen.

Großen Wiener Barockmeiſtern ſind ungariſche Schloßbauten zu danken[34]. Lukas von Hildebrandt baute das Schloß von Halbthurn und auf der Inſel Cſepel Schloß Rackeve für den Prinzen Eugen. Joſef Emanuel Fiſcher v. Erlach erſtellte Bauten und lieferte Entwürfe für Peſt und Temeſchburg. Preßburg iſt überhaupt (ausgenommen die Bauten der beiden letzten Jahrzehnte) eine faſt völlig deutſchgeformte Stadt[35]. Der Wiener Hillebrandt errichtete im thereſianiſchen Stil Bauten in Peſt, Ofen, Preßburg und Großwardein. Andere Wiener Architekten erſtellten Werke in Erlau, Raab, Schemnitz, Steinamanger, Preßburg, Peſt und anderen Städten. Troger und Maulpertſch ſchmückten mit ihren herrlichen Fresken und Altarbildern zahlreiche ungariſche Kirchen, namentlich der letztere, und viele volksdeutſche Künſtler aus Ungarn gingen durch die Wiener Akademie und bauten, malten oder ſchufen als Schüler Donners plaſtiſche Werke in einer dort erlernten Formenſprache. Doch nicht nur die Kunſt von 1690—1740 und die des ſpäteren 18. Jahrhunderts, ſondern auch die klaſſiziſtiſchen Bauten gehen vielfach unmittelbar oder mittelbar auf Wien zurück, wofür namentlich das Stadtbild des ſeit 1808 neugeformten Ofen-Peſt zeugt. Nun tritt die bürgerliche Kunſt auf den Plan und formt die Provinzſtädte nach Wiener Beiſpiel. Der Lebensſtil der Wiener Geſellſchaft, Wiener Theater, Muſik und Mode bleiben bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts maßgebend für alle Städte der Sudeten- und Karpatenländer, die ja alle mehr oder minder deutſche Städte waren oder zumindeſt unter kulturdeutſchem Einfluß ſtanden, in Ungarn, Siebenbürgen, Galizien, der Bukowina, in Krain, Kroatien und Banat nicht minder als in Böhmen und Mähren. Noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts findet man die Ableger der Wiener Ringſtraßenarchitektur, vertreten durch Wiener Meiſter oder ungarländiſche Deutſche in faſt allen Städten des Südoſtens, wenn auch die „neu ungarländiſche" Kunſt ſich ebenſo durch München und Paris beeinflußt zeigt. Wiens Einfluß kommt auch jetzt noch in den Amtsgebäuden Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina zum Ausdruck. Agram, wo der Wiener Dombaumeiſter Schmidt, wo Fernkorn und Plöninger durch Werke vertreten ſind, iſt ein Muſterbeiſpiel Wiener Kunſtübertragung. Nicht zu vergeſſen iſt ſchließlich das Heer der Kameralbaumeiſter, das Pläne für Städte und Dörfer der Militärgrenze im 18. Jahrhundert geliefert hat.

Der ungariſche Hochadel ſtand vor 1867 durchaus im Wiener Kulturkreis, die Eſterhazy, Palffy, Batthyany und Angehörige anderer Familien. Dort hatten ſie ihre barocken Paläſte, dort war die berühmte Eſterhazyſche Bildergalerie aufgeſtellt, und auch auf ihren ungariſchen Gütern beſchäftigten ſie deutſche Künſtler. Man erinnere ſich nur an Joſef Haydns Stellung als Hauskapellmeiſter der Fürſten Eſterhazy in Eiſenſtadt. Das Gleiche gilt auch von manchen polniſchen Adligen. Noch über den Zerfall Öſterreichs blieb Graf Lancskoronſki, der, durch die Wiener Univerſität angeregt, ſich als archäologiſcher Forſcher und Kunſtliebhaber bewährte, bis zu ſeinem Lebensende dem Wiener Kulturkreis treu. Dasſelbe kann man auch von vielen Adeligen Böhmens und Mährens ſagen, die teilweiſe deutſchen, teilweiſe ſlawiſchen Blutes waren, den Kinſky, Lobkowitz, Schönborn, Czernin, Chotek, Schwarzenberg, Wilczek u. a. Man mag an dieſen Beiſpielen die ungewöhnlich große kulturelle Anziehungskraft Wiens ermeſſen, die ebenſo gegenüber Italienern, Wallonen und Spaniern wirkſam war, nicht zuletzt auch gegenüber den ſeit dem Eiſenbahnzeitalter immer ſtärker zuwandernden tſchechiſchen und ſlowakiſchen Volksmaſſen. Hatte die Oſtmark während ihres jahrhundertelangen Beſtandes ſtändig Menſchen beſeſſen, die im Begriffe ſtanden, auf friedlichem, kulturellem Wege Deutſche zu werden, und deren Kinder ſchon gute Deutſche waren, ſo kam Wien dabei gewiß nicht die letzte Rolle zu. Auch darin hat es ſeinen Beruf zu einer deutſchen Sendung bewieſen.

Mit dem Jahre 1918 reißen faſt alle dieſe Beziehungen ab. Eine geiſtige Entfremdung der Volksgebiete des Südoſtens gegenüber Wien tritt ein. Eine „nationale", oft hypermoderne Kunſt bricht ſich auch in der baulichen Geſtaltung der Städte vielfach Raum und ſchafft Disharmonien zu den älteren Werken deutſcher Kunſt. Dieſe „Moderne" fällt vielfach unangenehm in Prag und Preßburg, aber auch in Belgrad auf. Ganz vermag ſich aber jetzt auch noch nicht der Südoſten den lockenden Einflüſſen der Wiener Muſik, des Theaters und der Mode zu entziehen.

---

[34] R. Spek, Das Erbe Brukenthals. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 3. Jg. 1939, S. 293ff.

[35] Vgl. A. R. Franz, Preßburg. Berlin 1935.

Nun rüſtet ſich Wien, wiederum als Vermittler deutſchen Kunſtgutes im Südoſten zu wirken (vgl. S. 341).

Wien als wirtſchaftlicher Vorort des Südoſtens. Auch dieſes Thema iſt, wie das vorhergehende, heute noch immer mehr ein Problem wiſſenſchaftlicher Forſchung als ein Ergebnis abgeſchloſſener Arbeiten, denn die Wirtſchaftsgeſchichte Wiens iſt noch nicht geſchrieben, ſondern beſteht nur aus wenigen zubehauenen Bauſteinen. Die Entwicklung der Stadt als gewerbliche Produktionsſtätte[36], als Handelsplatz, und namentlich deſſen Oſtbeziehungen, die von Wien aus organiſierte Arbeit auf agrarwirtſchaftlichem Gebiet in den Koloniſationsgebieten der Batſchka, des Banats, Siebenbürgens und in den Militärgrenzgebieten, der deutſche durch die Wiener Regierung vermittelte Einfluß auf das Bergweſen Ungarns, die Tätigkeit der von ihr begründeten Schemnitzer Bergakademie[37] und ſo vieles andere, worüber das Hofkammerarchiv in Wien das Quellenmaterial enthält, bietet noch der Forſchungsarbeit reichlichen Stoff. Zweifellos hat der Zuſtand der natürlichen und kulturellen Mannigfaltigkeit des öſterreichiſch-ungariſchen Wirtſchaftsraumes mit ſeiner glücklichen inneren Ausgleichsmöglichkeit wirtſchaftlicher Bedürfniſſe und weitgehenden Selbſtverſorgung hier die Wirtſchaft des Staates nicht zu einem ſo ſchwierigen Problem werden laſſen wie in manchen anderen Staaten, ſicher wurde aber dadurch auch der Anreiz vermindert, ſich mit den lebendigen Tatſachen der Wirtſchaft wiſſenſchaftlich zu beſchäftigen. Die an der Wiener Univerſität betriebene Wirtſchaftsforſchung war vornehmlich theoretiſch ausgerichtet und blieb auch ſo, als die Wirtſchaftsnöte der Nachkriegszeit begannen und das verſtümmelte Öſterreich um ſein Leben kämpfte und es auf ſeinem kleinen Raume das Problem der Selbſtverſorgung mit Nahrungsmitteln durch Intenſivierung ſeiner Landwirtſchaft, des Erſatzes ſeiner fehlenden Betriebsmittel für die Induſtrie und der Erhaltung ſeiner Handelsbeziehungen — ein groß Teil ſeines früheren Binnenhandels war zum Außenhandel geworden — zu löſen hatte und Wien, umgeben von Zoll- und Währungsgrenzen, ſeinen Zwiſchenhandel zu retten ſuchte. Dieſe Wirtſchaftsfragen fielen vornehmlich in das Intereſſengebiet ſeiner Hochſchule für Bodenkultur und der Handelshochſchule.

Der wirtſchaftliche Horizont aller Nachfolgeſtaaten der Donaumonarchie hatte ſich in dem Währungs-, Wirtſchafts- und Verkehrschaos nach 1918 verlagert und z. T. verengt. Überall ſuchte man mit Hilfe von Schutzzöllen eine induſtrielle Autarkie zu errichten und die zwiſchenſtaatlichen wirtſchaftlichen Beziehungen wurden durch den nachwirkenden Geiſt deutſchfeindlicher Politik auf Irrwege geleitet. Die natürlichen Beziehungen zu den beiden deutſchen Nachbarn wurden zu droſſeln, jene mit den Weſtſtaaten zu verſtärken verſucht, was durchaus deren Wünſchen, dem „deutſchen Drang nach dem Oſten" einen Riegel vorzuſchieben, entſprach, nicht aber den geographiſchen Lageverhältniſſen und der geſchichtlichen Entwicklung des Handels. Wien, der natürliche Mittelpunkt des Donauraumes, mußte unter dieſer Entwicklung beſonders leiden. Für das Deutſche Reich war es aber doch eine gewiſſe Genugtuung, daß ſich in den dreißiger Jahren allen politiſchen Quertreibereien zum Trotz doch das Natürliche und Vernünftige in der mitteleuropäiſchen Wirtſchaft durchſetzte, und daß des Reiches hochinduſtrielle Wirtſchaft den Ausgleich mit den ſüdöſtlichen Agrargebieten fand und es in allen Südoſtſtaaten der erſte Handelspartner wurde. Die Tragik Wiens aber dabei war, daß nun auch noch das Deutſche Reich als mächtiger Wettbewerber in ſeinem traditionellen Handelsraum auftrat und die Schwierigkeiten ſeines induſtriellen Abſatzes und Außenhandels dadurch nicht geringere wurden. Erſt der Anſchluß hat dieſen unglücklich geſchürzten Schickſalsknoten Wiens zerhauen und dieſer Stadt das Geſchenk der Kräfte des Reiches, dem Reich die Ausnutzung der Lagebeziehungen Wiens und ſeiner Wirtſchaftserfahrungen im Südoſten gebracht.

Der Wiſſenſchaftsbetrieb der deutſchen Univerſitäten hatte für die wirtſchaftliche Verankerung der deutſchen Wirtſchaft im Südoſten gründliche Vorarbeit geleiſtet. Der Weltkrieg brachte vielen deutſchen Akademikern die erſte Berührung mit Natur und Menſchen des Donauraumes und öffnete ihnen die Augen für ſeine völkiſchen und wirtſchaftlichen Probleme. Was dem deutſchen Öſterreicher der älteren Generation Gegenſtand häuslicher Lebenserfahrung war, bedeutete für die Wiſſenſchaftler des Altreiches Neuland, das nun mit deutſcher Gründlichkeit beackert wurde. Zahlreiche Studien zur Volkstumsforſchung, zur Agrarwirtſchaft und Geſellſchaftswiſſenſchaft des Südoſtens waren die Frucht. Während die junge Generation im Reiche mit Feuereifer Südoſtarbeit trieb, verengte ſich gleichzeitig der Horizont der jungen Generation der Wiſſenſchaftler und der Wirtſchaftspraktiker in Öſterreich nach der Südoſtrichtung hin in den Nöten des kleinen Binnenſtaates, der von der Vergangenheit zehrte, ſein kulturelles und wirtſchaftliches Kapital dahinſchwinden ſah und weder ſeiner Politik noch ſeiner Wirtſchaft eine triebkräftige Idee zur Verfügung zu ſtellen vermochte. Es iſt kein Wunder, daß ſich auch die Wirtſchaftswiſſenſchaft im Gegenſatz zum Deutſchen Reich, wo eine große politiſche Ausrichtung auch für die Wiſſenſchaft bereits gegeben war, von den Sorgen des grauen Alltags in theoretiſche Betrachtungen zurückzog.

---

[36] Eine Studie von H. F. Zeck darüber iſt in Vorbereitung.

[37] Vgl. darüber J. Kallbrunner, a. a. O.

So wird man den Widerſpruch verſtehen, daß Wien, das traditionelle Tor Deutſchlands nach dem Südoſten, ſein wirtſchaftswiſſenſchaftliches und wirtſchaftspraktiſches Verhältnis zum Donauraum in der Zeit unmittelbar vor dem Anſchluß gelockert ſah, im Altreich aber jenes Verhältnis zielbewußt im Dienſte einer großen Idee enger geſtaltet wurde. Es erhellt daraus aber auch, wieviel noch Wien auf dieſem Gebiete wiſſenſchaftlich und praktiſch aufzuholen hat, um wieder den Anſchluß an ſeine eigene große Tradition zu finden und für den Dienſt am Großdeutſchen Reich auch in dieſer Hinſicht gerüſtet zu ſein, einem Dienſt, zu dem ſeine Lage, ſein Volkstum und ſeine Geſchichte verpflichten.

Wir haben ſchon einleitend der Anſätze gedacht, die in Wien für die Durchführung ſeiner neuen Aufgaben gegeben ſind (S. 341) und welche Hilfsmittel dafür bereitſtehen. Eine neue Studienordnung bringt die Möglichkeit, nun auch an der rechts- und ſtaatswiſſenſchaftlichen Fakultät planmäßig in Diſſertationen Recht, Verfaſſung und Wirtſchaft der Südoſtſtaaten, den Geſellſchaftsaufbau der Südoſtvölker, ihre Wirtſchaftsgeſinnung und wirtſchaftliche Leiſtungsfähigkeit, die wirtſchaftliche Verflechtung des Deutſchen Reiches mit dem Südoſten und namentlich ſeiner Oſtmark behandeln zu laſſen und die Bevölkerungs- und Wirtſchaftsſtatiſtik wiſſenſchaftlich auszuwerten. Es hat ſich dieſe Fakultät auch bereits ein Südoſtinſtitut geſchaffen.

Naturgemäß wird ſich nun auch die Notwendigkeit ergeben, bei der Grundlegung jener Arbeiten mit an der philoſophiſchen und mediziniſchen Fakultät betriebenen Wiſſenſchaften Fühlung zu nehmen, z. B. mit der Geographie, Wirtſchaftsgeſchichte, Volkskunde, Anthropologie, Pſychologie und Phyſiologie, Biologie und Hygiene.

Ein akademiſcher Arbeitskreis, der ſich mit den deutſchen Volksgruppen des Südoſtens beſchäftigt, hat ſeit langem eine ſolche Zuſammenarbeit an der Wiener Univerſität gepflegt und ihre Anregungen, ihre Fruchtbarkeit und die Vorteile einer Überſchau der Probleme ſchätzen gelernt. Eine ſolche Überwindung der Schranken der von einzelnen Seminaren betriebenen Wiſſenſchaftsfächer, der in Fakultäten zuſammengefaßten Wiſſenſchaftszweige, der von Hochſchulen gepflegten Wiſſenſchaftsrichtungen durch eine Zuſammenarbeit aller Glieder des Wiſſenſchaftsbetriebes im Dienſte der Raumforſchung iſt der Grundgedanke für die Indienſtſtellung der totalitären Wiſſenſchaft für die Bedürfniſſe von deutſchem Volk und Staat nach Ordnung des Lebensraumes durch deſſen planmäßige, zweckmäßige Geſtaltung. Dieſe Ordnung wird ſich aber auch auf die Lebensgemeinſchaft des deutſchen Volkes mit den Südoſtvölkern zu erſtrecken haben, und gerade in dieſer Hinſicht ſind wiederum Wiens Wiſſenſchaftsbetrieben beſonders wichtige Aufgaben überantwortet. Der Geiſt dieſer Zuſammenarbeit, die Überzeugung von der Notwendigkeit des Einſatzes der Natur- und Geiſteswiſſenſchaft und der techniſchen Wiſſenſchaften für die großen Aufgaben unſeres Volkes muß gerade in Wien, dieſer deutſchen Schlüſſelſtellung für Donaumitteleuropa beſonders lebendig ſein. Was ſchon an anderer Stelle geſagt wurde, gilt aber beſonders für den Sektor Wirtſchaftswiſſenſchaft und Wirtſchaftspraxis: Verpflanzung der geeignetſten Perſönlichkeiten und ſachlichen Hilfsmittel an dieſen Angelpunkt, um ſein Kräfteſpiel zur vollen Entfaltung im Dienſte des Reiches bringen zu können.

Es überſtiege den Rahmen dieſes Aufſatzes und auch die Zuſtändigkeit ſeines Verfaſſers, die Literatur zu überſchauen, die ſich mit der Wirtſchaft des Südoſtraumes und den Beziehungen der Oſtmark zu ihm beſchäftigt. So ſoll hier nur darauf verwieſen werden, was die Wiener und Grazer geographiſche Schule zu dieſem Thema beigeſteuert haben[38].

Die praktiſchen wirtſchaftlichen Aufgaben Wiens im Donauraum haben in der letzten Zeit eine weſentliche Förderung erfahren. Die Wiener Meſſe hat, ohne auf den Abſatz der Erzeugniſſe der Wiener Geſchmacksinduſtrie im Weſten und Norden Europas zu verzichten, ſich namentlich auf die Bedürfniſſe der ſüdoſteuropäiſchen Landwirtſchaft umgeſtellt. Der Wiederaufbau des Wiener Handelsbankweſens machte weſentliche Fortſchritte, ebenſo die Reorganiſation des Handels nach Ausſcheidung der Juden aus ihm. Der deutſche Außenhandel nach dem Südoſten wird ſich wohl in Hinkunft noch mehr als bisher auf Wien ſtützen müſſen.

Wiens europäiſche Lagebeziehungen ſind in dem radial von ihm ausſtrahlenden Eiſenbahnnetz, das die im Bau begriffenen Autobahnen ergänzt, verankert, die Leiſtungsfähigkeit dieſes Netzes bedarf jedoch noch einer Steigerung, wozu auch der Neubau der Wiener Fernbahnhöfe gehört.

Die dualiſtiſche Staatsverfaſſung der Donaumonarchie hatte glücklicherweiſe erſt nach Ausbau des Fernbahnnetzes eine Ausbildung eines ſelbſtändigen ungariſchen Bahnnetzes mit dem Mittelpunkt Budapeſt gebracht, wodurch die Grenzen des Budapeſter Verkehrsfeldes ſehr ſtark an Wien heranrückten. Schwerer war die Beeinträchtigung der Verkehrsorganiſation Wiens, aber jetzt auch der von Budapeſt durch die Zerreißung des einheitlichen Wirtſchaftsgebietes Öſterreich-Ungarn. Nun zogen 60 bzw. 80 km öſtlich bzw. nördlich von Wien Staats-, Zoll- und Verkehrsgrenzen quer über die Verkehrsſtrahlen Wiens[39]. Durch die Auflöſung der Tſchechoſlowakei und Jugoſlawiens wurde das Verkehrsfeld Wiens wieder etwas gegen Norden und Süden vergrößert, und auch die Eingliederung des Protektorates Böhmen-Mähren in die Hoheit des Reiches bedeutet eine Verbeſſerung der Verkehrslage, die ſich allerdings ſolange noch nicht voll auswirkt, als die Durchfahrt durch das Protektorat gedroſſelt iſt. Eine wohl dauernde Schädigung hat die Verkehrslage Wiens dadurch erfahren, daß die Tſchechoſlowakei durch den Bau der Linie Lundenburg—Preßburg im Verkehr Prag—Slowakei—Ungarn—Orient Wien umging und auch der oſtdeutſche Verkehr nach Ungarn und dem Orient dieſen Weg benutzt oder jenen über Oderberg—Kaſchau. Dagegen wird Wien wohl im Flugverkehr der zentrale Knoten für den Verkehr mit dem europäiſchen Südoſten, dem Orient und Afrika werden.

---

[38] Aus der Zeit vor 1918 ſind namentlich die Arbeiten F. Heiderichs hervorzuheben: Beiträge zur Wirtſchaftskunde Öſterreichs, Wien 1911 ff. — Verkehrsgeographiſche Studien zu einer Iſochronenkarte der öſterr.-ungar. Monarchie 1:1,5 Mill., Wien 1912. — Die weltpolitiſche und weltwirtſchaftliche Zukunft von Öſterreich-Ungarn. Wien 1916. — Wirtſchaftsgeographiſche Karten und Abhandlungen zur Wirtſchaftskunde von Öſterreich-Ungarn, Wien 1916 ff. — Die Donau als Verkehrsſtraße, Wien 1917. Aus ſpäterer Zeit ſtammen folgende Arbeiten: Feſtſchrift für F. Heiderich: Zur Geographie des Wiener Beckens, Wien 1923, darin Aufſätze über die Wirtſchaft Öſterreichs, über Wien als Geldmarkt und als Handelsplatz und über den Rhein-Donauweg (von R. Sieger). Ferner iſt das Standwerk der wirtſchaftlichen Länderkunde: Andree-Sieger-Heiderich-Leiter-Dietrich: Geographie des Welthandels 4. A. 3. Bde. Wien 1926—1930, hier zu nennen, deſſen 1. Bd. Europa behandelt; ferner auf die Beiträge Wiener Wiſſenſchaftler zu Klutes, Handbuch der geogr. Wiſſenſchaft zu verweiſen, in dem im Band Südoſteuropa (Potsdam 1936) E. Nowack, Albanien, E. Oberhummer, Griechenland, R. Marek, Jugoſlawien bearbeitete, während in dem von W. Schneefuß herausgegebenen Sammelwerk: Des Reiches neue Nachbarn (Wien 1940) O. Maull Deutſchlands Beziehungen zu den Südoſtſtaaten, R. Rungaldier die Slowakei, Schneefuß Ungarn bearbeitete. Auch die wohl volkswirtſchaftliche, aber auf guter geographiſcher Grundlage ruhende Arbeit des jetzt in Wien wirkenden Dozenten H. Groß: Südoſteuropa, Bau und Entwicklung der Wirtſchaft, Leipzig 1937 und die Schrift „Südoſteuropa-Probleme", hrsg. von der Südoſteuropageſellſchaft, Wien 1940, wären hier zu nennen. Schließlich enthält das in Leipzig 1941 erſcheinende, von Schmieder und Schmitthenner herausgegebene Sammelwerk „Lebensraumfragen europäiſcher Völker" den Beitrag: Lebensraumfragen der Völker des europäiſchen Südoſtens vom Verfaſſer und Beiträge von O. Maull über Jugoſlawien, von W. Schneefuß über die Verkehrsgeographie von Ungarn. Schließlich liegen mehrere einſchlägige Diſſertationen der Wiener Hochſchulen und der Grazer Univerſität vor, die aber zumeiſt ungedruckt ſind. Vgl. Geogr. Jahresber. aus Öſterreich XX., Wien 1940.

[39] Die Verkümmerung des von Wien ausſtrahlenden Nord- und Oſtverkehres erhellt daraus, daß 1914 von Wien aus täglich 27, 1934 18 D-Züge, 1914 38, 1934 26 Fernperſonenzüge abgingen.

Die Donauſtraße war bisher unzulänglich genützt, und dem Wiener Hafen entſtand nach 1918 in Preßburg ein nicht ungefährlicher Wettbewerb. Nun iſt die Überwindung der großen europäiſchen Waſſerſcheide in Gang, die enge Verknüpfung der beiden Abdachungen des deutſchen Lebensraumes durch den Rhein-Donau- und Oder-Donau-Kanal. Wien wird nun auch zum Knoten europäiſcher Waſſerſtraßen und zum Umſchlagplatz des Landverkehrs auf dieſe. Das Frachtgut der Steinkohle wird den Stromverkehr beleben und das Getreide und Erdöl des Südoſtens tiefer als bisher auf Waſſerwegen in das Reich einzudringen vermögen. Vielleicht iſt eine ſchleuſenreiche Waſſerſtraße gegenüber dem leiſtungsfähigen Seeverkehr nicht der billigſte Transportweg, aber er bietet den Vorteil der inneren Linie und der militäriſchen Sicherheit. Da ſich der Oder-Donau-Kanal gegen den Wiener und Preßburger Hafen aufſpaltet, wird eine tarifariſche Begünſtigung des Wiener Hafens nötig ſein, um zu vermeiden, daß auch im Waſſerverkehr eine Umfahrung Wiens (über Preßburg) eintritt. Eine nicht zu unterſchätzende Ausſchaltung Wiens im Verkehr Mitteldeutſchland—Schwarzes Meer könnte auch dadurch eintreten, daß das mitteldeutſche Waſſerſtraßennetz über die Weichſel zum Dnjeſtr und Dnjepr Anſchluß ſucht. Freilich wäre dieſer Weg kürzer als der über die Elbe oder die Oder zur March und über Wien donauabwärts, aber jener führt durch winterkälteres Gebiet und iſt in ſeiner Verkehrsdauer verkürzt und ſeine Lage vielleicht auch militäriſch weniger geſichert als der durch das Donaubecken. Die Verknüpfung von Rhein, Elbe, Oder, Weichſel mit der Donau bedeutet erſt die reſtloſe Ausnutzung der naturgegebenen Verkehrslage Wiens, die völlige Verklammerung der beiden Hälften des deutſchen Lebensraumes, der atlantiſchen und der danubiſchen und bildet nicht nur ein Symbol, ſondern ein ſehr wirkſames Bindemittel für eine mitteleuropäiſche Lebens- und Wirtſchaftsgemeinſchaft, zu der ſich das Deutſche Reich und die Südoſtſtaaten zuſammenfügen. Wiederum zeigt ſich hierin die deutſche Sendung Wiens in inner- und außenpolitiſcher Richtung ausgeprägt und es kehrt, obgleich es nicht mehr politiſche Hauptſtadt eines Großreiches iſt, doch zu ſeiner alten Aufgabe, Bindeglied zwiſchen zwei Flügeln Mitteleuropas zu ſein, in anderer Form zurück. Ob dieſe Funktion auch in ſeiner politiſchen Rangſtellung einmal zum Ausdruck kommen wird, muß der Entſcheidung der oberſten politiſchen Führung des Reiches überlaſſen bleiben.

Das Archivweſen in Böhmen und Mähren nach der ſtaatlichen Neuordnung 1938/39

Von Horſt-Oskar Swientek, Prag

In der Tſchechoſlowakiſchen Republik iſt die Leitung des öffentlichen und die Betreuung des nichtſtaatlichen Archivweſens nicht beſonders zielbewußt und erfolgreich geweſen. Weit über den hierzulande oft beklagten, vernachläſſigten Zuſtand der böhmiſch-mähriſchen Archive zur Zeit Öſterreich-Ungarns hat ſich das Archivweſen in den Jahren von 1919 bis 1939 jedenfalls nicht erhoben. Es iſt in dieſer Zeit weder ein wirklich zentrales Staatsarchiv des Landes entſtanden, obwohl die geſamte Tendenz damals ſtark zentraliſtiſch war und ein ſolcher Plan auch beſtand, ſondern es blieb der aus Öſterreich übernommene Zuſtand einzelner Miniſterialarchive innerhalb der ſtaatlichen Verwaltung. In Prag wurde aus dem Statthalterei-Archiv das Archiv des Miniſteriums des Innern, dazu kamen neu das Archiv des Miniſteriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Landwirtſchaftsminiſteriums ſowie des Eiſenbahn- und Poſtminiſteriums. Die alten Landesarchive in Prag und Brünn blieben, in ihren Kompetenzen jedoch ſchwankend, beſtehen. In der Praxis hat ſich dabei das Archiv des Miniſteriums des Innern zwangsläufig weſentliche Aufgaben eines Hauptarchivs aneignen müſſen, da es die älteren Akten der meiſten Miniſterien und deren nachgeordneter Dienſtſtellen überwieſen erhält. Andererſeits hat es den Landesarchiven Böhmens und Mährens wichtige Archivalien ſtaatlicher Herkunft (z. B. Grundbücher) zur Verwahrung übergeben müſſen, wobei als Grund die Raumnot des kataſtrophal ſchlecht untergebrachten Archivs des Miniſteriums des Innern und der Zwang zur Übertragung eines gewiſſen ſtaatlichen Wirkungsbereiches auf die Landesarchive — beſonders im Falle Brünn — gleichermaßen beteiligt waren. Sehr lehrreich iſt auch zu ſehen, daß ältere Patrimonialregiſtraturen ſich ſowohl im Archiv des Miniſteriums des Innern als auch in den Landesarchiven und natürlich im Archiv des Landwirtſchaftsminiſteriums befinden. Ähnlich unüberſichtlich ſteht es bisher mit der Betreuung und Aufſichtsführung über die nichtſtaatlichen (ſtädtiſchen, geiſtlichen, Herrſchafts-) Archive des Landes. Theoretiſch führte dieſe Aufſicht das Miniſterium für Schulweſen und Volkskultur, das je ein Archivinſpektorat für die Länder Böhmen, Mähren-Schleſien und die Slowakei ſamt Karpatorußland geſchaffen hatte. Die praktiſche Betreuung blieb jedoch Aufgabe der einzelnen Landesarchive, ohne daß dieſe über eine Reihe allgemein orientierender Beſtandsüberſichten, z. B. in den Zprávy des „Časopis archivní školy", hinausgekommen wäre. Die privaten Herrſchaftsbeſitzer und die kirchlichen Inſtitutionen in der ehemaligen Tſchechoſlowakei haben ſich übrigens nahezu jeder verſuchten Betreuungsmaßnahme öffentlicher Fachorgane hinſichtlich ihrer Archive zu entziehen verſtanden. Heute wird dieſe Vielfalt von Einrichtungen, die keinerlei Erfolge aufzuweiſen hatte, ſowie das Fehlen eines Archivſchutzgeſetzes, zu dem übrigens mehrere Entwürfe bereits vorliegen, mit den Mängeln des demokratiſchen Staats- und Parteien-Syſtems entſchuldigt. Nach Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren hat ſich in dieſen unüberſichtlichen Archivverhältniſſen inſofern eine merkbare Beſſerung ergeben, als durch die Errichtung eines Referates für Archivweſen in der Behörde des Reichsprotektors eine Inſtanz geſchaffen wurde, die an allen Sparten des Archivweſens intereſſiert ſein muß und ſich infolge des Wegfallens beſonderer Parteiintereſſen und ſonſtiger Sonderwünſche in der Protektoratsverwaltung leichter um eine Vereinheitlichung der Archivbetreuung bemühen kann. Das Referat hat dabei in allen Fällen ſogleich eingegriffen, die eine praktiſche Hilfeleiſtung erforderten, hat aber ebenſo ſich alsbald ſolchen Maßnahmen zugewandt, die, wie die Schaffung einer einheitlichen Verwaltungsſpitze für das Archivweſen innerhalb eines geeigneten Miniſteriums der Protektoratsregierung oder die Wiederaufnahme der Vorarbeiten für ein Archivſchutzgeſetz, größere amtliche Vorbereitungen erfordern.

Da ſich fraglos eine tatkräftige Betreuung des geſamten Archivweſens, vor allem aber der nichtſtaatlichen Archive verſchiedenſter Art, auf das größte und in ſeinen Funktionen zentralſte öffentliche Archiv ſtützen muß, hat ſich im Verlaufe der praktiſchen Arbeit jetzt eine gewiſſe Hebung der Poſition des Archivs des Miniſteriums des Innern ergeben, zumal bei dieſem Miniſterium in abſehbarer Zeit die Archivverwaltung des Protektorats vereinigt werden ſoll. Dieſem Archive iſt übrigens auch die Tſchechiſche Verwaltungsſchriftgutkommiſſion (ſeit Oktober 1938 als Gegenſtück einer damals gebildeten deutſchen Kommiſſion gleicher Art, die im Referat für Archivweſen aufgegangen iſt), die Tſchechiſche Archivkommiſſion (gleichfalls als Gegenſtück einer deutſchen) und die Tſchechiſche Urkundenbeſchaffungsſtelle (an deren Leitung das Archivreferat der Behörde des Reichsprotektors jetzt maßgeblich beteiligt iſt) angeſchloſſen. Außerdem wurde dem Archiv des Miniſteriums des Innern auch das früher dem Miniſterium für Auswärtige Angelegenheiten unterſtellte Ruſſiſche Hiſtoriſche Archiv ſamt dem Ukrainiſchen Kabinett als Sonderabteilung angegliedert; desgleichen übernahm es von dem früheren Miniſterium des Auswärtigen die Aufgabe einer Weiterführung des bis zum 15. 3. 1939 dort geführten Preſſearchivs.

Im Folgenden wird eine ſkizzenhafte Überſicht der im Protektorat Böhmen und Mähren beſtehenden Archive gegeben, bei der mit der Gruppe der Miniſterialarchive begonnen wird[1].

Das Archiv des Miniſteriums des Innern[2], als Prager Statthaltereiarchiv bereits im 18. Jahrhundert organiſiert, verwahrt als das eigentliche Hauptarchiv der öffentlichen Verwaltung die Akten der böhmiſchen Zentralbehörden ſeit 1526, dem Jahre des Beginnes der habsburgiſchen Herrſchaft über Böhmen und Mähren. Es ſind dies die Beſtände der Böhmiſchen Kanzlei, ſpäter Hofkanzlei, der Jahre 1527—1749, die bis 1920 teilweiſe in Wien lagen, die Regiſtratur der Böhmiſchen Kammer (1527), bis zu ihrer Vereinigung mit der Statthaltereiregiſtratur im Jahre 1748, und der Statthalterei ſelbſt, gegründet 1577, anfänglich der Böhmiſchen Kanzlei unterſtellt, ſeit Verlegung der Reſidenz nach Wien oberſte politiſche Behörde in Böhmen, die ihren Namen 1749 in Repräſentation und Kammer, 1763 in Gubernium und 1849 wieder in Statthalterei wandelte. Die Akten der Böhmiſchen Kammer und der Statthalterei aus den Jahren 1526—1748 wurden teilweiſe bereits im 18. Jahrhundert nach dem Sachprinzip in künſtliche Archivbeſtände, die Alte und die Neue Manipulation, Akten der Jahre 1526—1748 bzw. 1651—1707 umgeordnet. Ein Teil der Akten jener beiden Behörden aus den Jahren 1707—1748 iſt jedoch bis heute in deren urſprünglicher Lagerung nach Monatsfaſzikeln geblieben und überhaupt noch nicht katalogiſiert. Die älteren Amtsbücher der Statthalterei wurden nach dem Herkunftsgrundſatz aufgeſtellt.

Seit dem Jahre 1749 ſind die Akten der Statthalterei und die ihrer zahlreichen Sonderkommiſſionen nach den behördlichen Sachgruppen geordnet.

Neben dieſem Grundſtock an Beſtänden verwahrt das Archiv des Miniſteriums des Innern die Akten der neueren politiſchen ſowie der alten und neuen Finanz- und Gerichtsbehörden; unter den letzteren ragt wegen ihrer hiſtoriſchen Bedeutung und Koſtbarkeit die Reihe der 1700 Landtafelbände von 1541—1850 und der bereits im 14. Jahrhundert beginnenden Hoflehentafeln hervor. Eine ins Spezielle gehende Aufzählung der vielſeitigen Beſtände des Archivs des Miniſteriums des Innern verbietet der Mangel an Platz.

Im Rahmen der bereits nach der Abtretung des Sudetengaues geplanten, jedoch erſt nach Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren wirkſam gewordenen deutſch-tſchechiſchen

---

[1] Eine gute Überſicht über die Staats-, Landes- und ſonſtigen Archive der ehem. Tſchechoſlowakiſchen Republik vermittelt B. Matouš in der „Prager Rundſchau", 1935, Jahrgang 5, S. 185ff., 252ff. und 355ff.

[2] Eine Überſicht ſeiner Beſtände gibt in deutſcher Sprache J. Bergel mit „Das Archiv des Miniſteriums des Innern" in: „Mitteilungen des Vereins für die Geſchichte der Deutſchen in Böhmen", 1926, in tſchechiſcher Sprache: F. Roubík, „Přehled fondů archivu ministerstva vnitra", in: „O našich městech a patrimoniích", Prag 1934, und J. Prokeš im: „Sborník archivu ministerstva vnitra", Band 9, Prag 1936, Seite 7—53 und Band 10, Seite 7—84.

Archivtrennung, d. h. Rückführung der im Reiche außerhalb des Protektorates Böhmen und Mähren entſtandenen Archivbeſtände in die zuſtändigen Archive des Reiches, hat das Archiv des Miniſteriums des Innern die Mehrzahl jener Beſtände wieder an das Reich zurückgeben müſſen, die es als Folge der Friedensverträge von 1919 ſeinerzeit aus den Wiener Archiven erhalten hatte; desgleichen verlor das Archiv die nach dem Herkunftsgrundſatz dem Sudetengau, der Bayeriſchen Oſtmark ſowie Nieder- und Oberdonau zugehörigen Archivalien und gab einige ihrem Betreff nach in das Reich gehörige Fonde freiwillig ab. Erfreulicherweiſe hat in mehreren Fällen das Wiener Reichsarchiv auf die Rückgabe mancher dem Herkunftsgrundſatz nach in ſeine Verwahrung gehörender Beſtände verzichtet, wenn dieſe — wie die Böhmiſche Hofkanzlei, die Regiſtratur des Böhmiſchen Landsmannminiſters und gewiſſe Urkunden mähriſcher Markgrafen — ſinnvoller im Protektorat verbleiben. Auch andere herkunfts- oder betreffsgemäß in das Protektorat gehörende Archivalien werden als freiwillige Gegengaben deutſcher Archive hoffentlich noch ihren Weg nach Prag oder Brünn finden. Trotz dieſer umfangreichen und für das Archiv ſicher ſchmerzlichen Ausſonderungen wird das Archiv des Miniſteriums des Innern infolge der dort organiſch verwahrten Aktenbeſtände der zentralen Verwaltungsbehörden Böhmens und Mährens aus öſterreichiſcher und tſchechiſcher Zeit ſtets von weſentlicher Bedeutung für die 1938 dem Reiche angeſchloſſenen Gebiete bleiben, da die Aktenbeſtände der Zentralinſtanzen ſich natürlich nicht teilen laſſen. Aber auch für die Geſchichte der weiter angrenzenden deutſchen Länder wird dieſes Archiv ſtets eine nicht zu umgehende Quelle bleiben.

Das zweite, jedoch in der Tat ſpezielle Miniſterialarchiv in Prag iſt das ſeit 1919 beſtehende Archiv des Landwirtſchaftsminiſteriums, das gleichfalls von größerem Umfange iſt und unter fachmänniſcher Verwaltung ſteht. Neben den älteren Akten des eigentlichen Miniſteriums empfängt und verwahrt das Archiv die älteren Regiſtraturen der Verwaltungen der Protektoratsgüter und -forſte, der Protektoratsämter für Pferdezucht (vor allem Kladrub) ſowie der landwirtſchaftlichen und Forſtſchulen[3]. Unter dieſen Beſtänden ſind die Archivalien der Protektoratsgüter meiſt erſt nach ihrer Übernahme in das Landwirtſchaftsarchiv bzw. nach Übernahme ihrer Betreuung durch dieſes Archiv bei den örtlichen Gutsverwaltungen geordnet worden. Durch die Archivtrennung mit dem Reiche hat das Archiv des Landwirtſchaftsminiſteriums eine erhebliche Verminderung ſeiner Beſtände erfahren. Es mußte ſeine ganze bisherige Abteilung I (Akten des ehem. Wiener Landwirtſchaftsminiſteriums von 1880, mit Vorakten von 1861 bis 1918) nach dem Herkunftsgrundſatz an das Wiener Reichsarchiv zurückgeben, desgleichen die Akten des ehem. Wiener Oberſtallmeiſteramts mit wertvollem Material zur Geſchichte des Kladruber Geſtüts, aber auch die Archivalien einzelner jetzt im Sudetengau gelegener ehem. tſchechoſlowakiſcher Staatsgüter dorthin abtreten.

Ein drittes, außerhalb des Rahmens des eigentlichen Hauptarchivs, des Archivs des Miniſteriums des Innern, gebliebenes Miniſterialarchiv iſt das im Zuſammenhang mit dem Poſtmuſeum nach öſterreichiſchem Vorbild geſchaffene, von einem Muſeumsfachmann geleitete Poſtarchiv. Auch dieſes Archiv hat wichtige Beſtände, die 1920 aus dem Wiener Handels- und Verkehrsminiſterium ſowie aus dem Wiener Hofkammerarchiv nach Prag gekommen waren, im Wege der Archivtrennung zwiſchen dem Reiche und dem Protektorat wieder nach Wien zurückliefern müſſen.

Als viertes Miniſterialarchiv beſtand zur Zeit der Tſchechoſlowakiſchen Republik das fachmänniſch geleitete Archiv des Miniſteriums für Auswärtige Angelegenheiten. Mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren iſt dieſes Archiv in Reichsbeſitz übergegangen und wird jetzt hier als Zweigſtelle des Archivs des Auswärtigen Amtes in Berlin weitergeführt. Außer den dort verwahrten Akten des früheren Außenminiſteriums, Regiſtraturteilen der proviſoriſchen tſchechoſlowakiſchen Regierung während des Weltkrieges in Paris und des ſog. Sibiriſchen Archivs mit Material zur Geſchichte der Tſchechen im Ausland 1914 bis 1918, empfängt das Archiv jetzt auch die Regiſtraturen der aufgelöſten tſchechoſlowakiſchen Auslandsvertretungen. Die auf Grund des öſterreichiſch-tſchechoſlowakiſchen Archivabkommens von 1920 in das Prager Außenminiſterium gekommenen Beſtände — Akten des Kurböhmiſchen Geſandten am Regensburger Reichstag, politiſche Akten einzelner in der früheren Tſchechoſlowakiſchen Republik anſäſſig geweſener Perſönlichkeiten und Abſchriften politiſcher Akten des früheren k. k. Außenminiſteriums — ſowie bisher dort verwahrte Aktenbeſtände öſterreichiſch-ungariſcher konſulariſcher Vertretungen (Berlin, Breslau und Neapel) hat das Archiv im Wege der Deutſchen Archivkommiſſion an das Wiener Reichsarchiv abgegeben.

---

[3] E. Janoušek, „Československý státní archiv zemědělský“ in: „O našich městech a patrimoniích, Prag 1934.

Hier muß auch das jetzige Deutſche Heeresarchiv, Zweigſtelle Prag, eingereiht werden, das in der Mehrzahl ſeiner Beſtände das Archiv und die Regiſtraturen des ehem. tſchechoſlowakiſchen Miniſteriums für Nationalverteidigung wie der ganzen Armee und das Archiv des „Denkmals der Befreiung" fortſetzt. Das Archiv dieſes „Denkmals" verwahrte die Akten der „tſchechiſchen revolutionären und Befreiungsbewegung im Weltkriege" (ſowohl der politiſchen und Propagandaorganiſationen wie der „freiwilligen tſchechiſchen Truppen", der Legionäre) und die Akten der verſchiedenen militäriſchen Formationen, die ſich zur Zeit des Umſturzes 1918 auf böhmiſch-mähriſchem Boden befanden. Als Deutſches Heeresarchiv ſammelt dieſe Stelle jetzt vor allem das Schriftmaterial der ehem. öſterreichiſchen Armeekorps in Prag und Brünn und der alten öſterreichiſchen Regimenter in Böhmen und Mähren, die in der tſchechiſchen Zeit nicht konzentriert und gepflegt wurden.

Wie die beiden vorgenannten Archive iſt auch das Archiv der Karls-Univerſität in Prag jetzt auf Grund der Übernahme dieſer Univerſität durch das Reich in deutſcher Verwaltung. Von ſeinen weitberühmten Beſtänden kann ich nur kurz die 1347 beginnenden Urkunden (darunter das Gründungsprivileg von 1348), die 1500 Handſchriften (unter den älteſten das Dekanatsbuch der philoſophiſchen Fakultät von 1365—1585 und die Matrikel der juriſtiſchen Fakultät von 1372—1418) und Akten erwähnen.

In die Reihe der ſtaatlichen Archive der früheren Tſchechoſlowakiſchen Republik gehört als letztes das Archiv der Prager Burg, das wie die übrigen aufgezählten Archive nach 1918 konſtituiert und unter fachmänniſche Leitung geſtellt worden iſt. Es verwahrt die Akten, Bücher und Karten des Schloßbauamtes (1548—1860), der Schloßbauinſpektion bzw. der Schloßhauptmannſchaft (1797—1860 bzw. 1918), außerdem eine bedeutende Sammlung von Muſikalien der ehem. Schloßkapelle aus dem 18. und 19. Jahrhundert, eine Reproduktionenſammlung von Archivalien und Abbildungen, die ſich auf die Prager Burg beziehen, ſowie von jenen Bildern, die zwiſchen 1600 und 1900 auf der Burg vorhanden waren. Von den 1920 ff. nach Prag gekommenen Wiener Archivalien zur Geſchichte der Prager Burg ſind jene der Abteilung Böhmen der Hofkammer ſowie der Hofämter (Oberſthofmeiſteramt und Oberſtkämmereramt) wieder an die Wiener Herkunftsarchive zurückgegeben worden.

Neben und teilweiſe vor der Mehrzahl der bisher angeführten Archive der ehem. ſtaatlichen Verwaltung ſind für den Hiſtoriker des böhmiſch-mähriſchen Raumes die Landesarchive für Böhmen in Prag und für Mähren in Brünn von Bedeutung. Das Böhmiſche Landesarchiv verdankt ſeine Begründung einem auf Veranlaſſung Palackys zuſtandegekommenen Beſchluſſe des Böhmiſchen Landtages und erhielt dabei folgende im Verhältnis zu den organiſchen Obliegenheiten der anderen öffentlichen Archive nicht widerſpruchsloſen Aufgaben geſtellt. 1. Es ſolle „alle dem Lande gehörigen, auf die ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe und das Eigentum des Königreiches Böhmen bezugnehmenden Originalurkunden und Akten aufbewahren" und 2. „als hiſtoriſches Archiv das geſamte urkundliche Material zur Geſchichte des Landes im Original oder in wiſſenſchaftlich korrekten Abſchriften mit Rückſichtnahme auf die analogen Sammlungen des Böhmiſchen Muſeums herbeiſchaffen, ordnen . . . und in Druck herausgeben". Heute enthält das Archiv folgende beſonders wichtigen Archivkörper bzw. Sammlungen[4]: Das Böhmiſche Kronarchiv, das Kleine Ständiſche Archiv (Landtafelquaterne über Landtagsbeſchlüſſe, Nobilitationen und ähnliches ab 1541) und die originalen Inkolatsreverſe, das Archiv des Böhmiſchen Landtages (1862—1911), die Protokolle der Ständiſchen Verſammlungen (1792—1842), das Archiv des Ständiſchen und Landesausſchuſſes (1724—1914), die Regiſtraturen einzelner böhmiſcher Landesämter, -anſtalten und -einrichtungen (z. B. der

---

[4] Vgl. dazu die „Mitteilungen" des Landesarchivs und beſonders in deren Band IV: J. Borovička, Královský český zemský archiv, 1862—1912.

Rektifikations-Kommiſſion mit den Operaten und Büchern des böhmiſchen Landeskataſters ab 1654), ſehr bedeutende genealogiſche Sammlungen, als Depoſitum des Archivs des Miniſteriums des Innern die Grundbücher der einzelnen Bezirksgerichte und den ſtabilen Kataſter ſamt Indikationsſkizzen (1829—1843), dazu Sammlungen von etwa 240000 Abſchriften von Dokumenten zur böhmiſchen Geſchichte aus in- und ausländiſchen Archiven ſamt wiſſenſchaftlichem Apparat[5]. Zu dem Depoſitum der Grundbücher und des ſtabilen Kataſters im Böhmiſchen Landesarchiv kam es, da das Böhmiſche Landesarchiv als einziges der drei großen Archive der ehem. Tſchechoſlowakiſchen Republik wie des heutigen Protektorats ſich eines eigenen modernen Neubaues (wenn auch in unglücklicher und nicht weiter ausbaufähiger Lage) erfreut, den es mit eigenen Beſtänden noch nicht ausfüllt, während das Archiv des Miniſteriums des Innern mit entſetzlichen Raumverhältniſſen kämpft. Durch die Archivtrennung verliert das Landesarchiv jetzt gewiſſe Teile des Kronarchivs (etwa 600 Urkunden, die ihrer Urprovenienz nach in verſchiedene Landſchaften des Reiches gehören, ſowie etwa 18000 ſeiner 40000 Grundbücher an den Sudetengau bzw. die anderen im Oktober 1938 an das Reich gekommenen Landſchaften.

Als Folge der dem Böhmiſchen Landesarchiv bei ſeiner Gründung übertragenen Aufgabe der Sammlung originalen und abſchriftlichen Urkundenmaterials zur böhmiſchen Geſchichte iſt in dieſem Archiv eine Reihe landesgeſchichtlich bedeutender Publikationen konzentriert worden:

Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae,
Monumenta Vaticana res gestas bohemicas illustrantia,
Böhmiſche Landtagsverhandlungen und
Acta sacrae congregationis de propaganda fide res gestas Bohemiae illustrantia.

Aus mehrfachen Gründen wird die Publikationstätigkeit des Böhmiſchen Landesarchivs wie der ſonſtigen hiſtoriſchen Publikationszwecken dienenden Organiſationen im Protektorat in Kürze eine längſt notwendige Veränderung dahin erfahren, daß alle Publikationen durch eine Stelle angeſetzt und geleitet werden, die auch den bisher vernachläſſigten Anteil der deutſchen hiſtoriſchen Wiſſenſchaft an den Veröffentlichungen über den böhmiſch-mähriſchen Raum entſprechend zur Geltung bringen wird.

Wie ſchon aus dem oben zitierten Beſchluß des Böhmiſchen Landtages über die Gründung des Böhmiſchen Landesarchivs hervorgeht, ſtehen zu dieſem Archiv die Archivalienſammlungen des Prager Nationalmuſeums, gleichfalls einer vom Lande Böhmen unterhaltenen Inſtitution, in engem Zuſammenhang. Im „Archiv“ des Nationalmuſeums werden, verwaltet von Fachleuten, folgende Beſtände verwahrt: einmal die alte Regiſtratur der Muſeumsgeſellſchaft ſelbſt, ferner als künſtliche Sammlungen, deren Material durch Schenkung, Aneignung, Deponierung oder Kauf in das Muſeum gelangte, 1. eine Sammlung verſchiedenſter einzelner Archivalien und Archivfragmente (darunter z. B. Archivteile des Prager Burggrafenamtes, der Böhmiſchen Kammer, des Senates der Prager Univerſität ſowie Stücke aus Herrſchafts- und Stadtarchiven), 2. das literariſche Archiv, beſtehend aus Dokumenten aus dem Leben und Schaffen tſchechiſcher Dichter und Denker, 3. das Theaterarchiv (Intendanzakten des Prager National-Theaters ſamt Handſchriften der tſchechiſchen dramatiſchen Literatur). Die Behörde des Reichsprotektors plant eine längſt gebotene und auch in tſchechiſchen Fachkreiſen bereits oft beabſichtigte Bereinigung dieſer unorganiſchen Verhältniſſe durch Überführung der Archivalienſammlungen des Nationalmuſeums in das Böhmiſche Landesarchiv bzw. Rückgabe einzelner Archivalien oder Archivaliengruppen an die nach dem Herkunftsgrundſatz für deren Verwahrung zuſtändigen ſonſtigen Archive.

---

[5] Räumlich ſind im Böhmiſchen Landesarchiv auch die Beſtände des „Archivs für die Geſchichte der Induſtrie, des Handels und der techniſchen Arbeit“ im Protektorat untergebracht, das von verſchiedenen induſtriellen Einrichtungen unterhalten und in ſeiner Verwaltung dem Böhmiſchen Techniſchen Muſeum angegliedert iſt. Das Archiv beſteht zur Zeit aus etwa 200 Zugängen, von denen die wichtigſten die älteren Regiſtraturen der Handelskammern in Prag (ab 1850) und Pilſen ſind. Die Mehrzahl der ſonſtigen Beſtände ſind Niederſchriften und Materialſammlungen über einzelne Perſönlichkeiten oder Zweige der böhmiſch-mähriſchen Induſtriegeſchichte. Auf dieſes Archiv wie andere böhmiſch-mähriſche Wirtſchaftsarchive, ſoweit man von dieſen überhaupt reden kann, gehe ich nicht ein, da ein Sonderreferat in einem der kommenden Hefte vorgeſehen iſt.

Das Mähriſche Landesarchiv in Brünn, bereits im 2. Viertel des 19. Jahrhunderts entſtanden, hat nicht ganz dieſelben Grundlagen bzw. dieſelbe Entwicklung wie das Böhmiſche Landesarchiv, da es ſeit der Zeit ſeiner Gründung infolge der damaligen beſonderen ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe Mährens vieles Material zur Verwahrung erhielt, das man eigentlich in einem Archiv der ſtaatlichen Verwaltung ſuchen müßte. Bis in unſere Tage iſt dieſe Funktion eines übertragenen Wirkungsbereiches dem Landesarchiv durch die ihm auch heute anvertraute Verwahrung von Beſtänden ſtaatlicher Herkunft erhalten geblieben und hat ſchon in der Tſchechoſlowakiſchen Republik oft zu der Überlegung geführt, dieſes Archiv zu einem ſtaatlichen Archiv für Mähren umzubilden. Seine Beſtände, über die anſchaulich der kürzlich erſchienene Aufſatz ſeines jetzigen Leiters orientiert, können gleichfalls nur angedeutet werden[6]. Es ſind als Abteilung I die Sammlungen (Boček-Sammlung, Neue, Handſchriften-, Cerroniſche, Franzensmuſeums- und Promber-Sammlung, Sammlung des Deutſchen Hiſtoriſchen Vereins u. a.), die aus verſchiedenſten urkundlichen Handſchriften und Aktenmaterial, vom 13. Jahrhundert angefangen, beſtehen; als Abteilung II die eigentlichen Fonde des Landesarchivs, a) die Landesfonde (darin ſtändiſche Urkunden, Landesreverſe, Majeſtäts-, Erbhuldigungs- und Teſtamentsquaterne, das Landtagsmaterial u. a.), b) die ſtaatlichen Fonde (Acta finitia des kgl. Tribunals, Schriften des Unterkämmereramtes, des Guberniums u. a.) ſowie die gerichtlichen Beſtände (dabei die berühmten mähriſchen Landtafeln, 1348—1851), die Urkunden des Landesgerichtes und des Oberſten Landesgerichtes in verſchiedenen Gruppen vom 15.—18. Jahrhundert und neuere Gerichtsakten (darunter beſonders auch die Grundbücher der Bezirksgerichte in Mähren), ſchließlich die Finanzbeſtände des ſtabilen Kataſters ſowie die Akten des Fiskalatsamtes und der Finanzprokuratur von 1770—1860.

Als Abteilung III die Archive der aufgehobenen Klöſter in Mähren und Schleſien,
Abteilung IV Adels- und Patrimonialarchive,
Abteilung V Depoſita von Städten und Gemeinden,
Abteilung VI Handſchriften, Korreſpondenzen und Inkunabeln als Depoſitum mähriſcher Schloßbüchereien,
Abteilung VII Kleine Fonde und Sammlungen und ſchließlich als
Abteilung VIII Literariſche und politiſche Korreſpondenzen.

Auch das Mähriſche Landesarchiv hat durch die zur Zeit ſtattfindende Archivtrennung eine Anzahl herkunftsmäßig in das Deutſche Reich gehörender Beſtände abtreten oder teilen müſſen, z. B. aus der Reihe der Sammlungen, der Grundbücher, der Kataſter und der Patrimonialregiſtraturen. Ähnlich wie in Böhmen hat ſich auch in Mähren die hiſtoriſche Publikationstätigkeit weſentlich am Landesarchiv konzentriert, das folgende Reihen herausgibt: Codex diplomaticus et epistolaris Moraviae, Mähriſche Landtafeln, Mähriſche Landtage und Ständeverſammlungen, Neue Veröffentlichungsreihe des Mähriſchen Landesarchivs.

Nach der Behandlung der öffentlichen Archive des Protektorats folgt nun eine Überſicht des heutigen Standes der ſtädtiſchen, geiſtlichen und Herrſchaftsarchive. In ſeinem Wert, Umfang und behördlichem Ausbau ſteht an der Spitze aller Stadtarchive dieſes Raumes, aber auch in erſter Reihe unter den Stadtarchiven des Großdeutſchen Reiches, das ſeit kurzem deutſch geführte Prager Stadtarchiv, das ſeit der Einſetzung ſeines erſten hauptamtlichen Archivars auf Vorſchlag Palackýs ſtets vorzügliche Landeshiſtoriker (von Erben, Emler und Čelakovſký angefangen) als Leiter gehabt hat. Von ſeinen Beſtänden[7] erwähne ich die 108 Stadtprivilegien auf Pergament, eine umfangreiche Sammlung von „Rechtsurkunden" (über Rechte und Verpflichtungen der Stadt), die die erhaltenen Reſte der älteren ſtädtiſchen Amtsſchriften darſtellen, eine perſonenkundlich bemerkenswerte Sammlung ſog. Privaturkunden (Taufſcheine, Lehrbriefe, Wanderbriefe u. dgl.), die innerlich ähnlichen Requisita civium (Belege zu Bürgerrechtsanſuchen) und Zunftbücher. Als Hauptquelle für die Geſchichte Prags verwahrt das Stadtarchiv über 6000 Handſchriften, die mit dem älteſten Stadtbuch im

---

[6] Rudolf Hurt, „Zemský archiv v Brně, in: „Časopis společnosti přátel starožitností", Jahrgang XLVII/1940, Nr. 243, älter: Chlumecký-Chytil, Bericht über das Mähriſche Ständiſche Landesarchiv, Brünn 1858, und Bretholz, Das Mähriſche Landesarchiv; ſeine Geſchichte und ſeine Sammlungen, Brünn 1908, (auch tſchechiſch).

[7] V. Vojtíšek, „Archiv hlavního města Prahy, Prag 1933.

Jahre 1310 beginnen, Protokollbücher ab 1784 über die Beratungen des Selbſtverwaltungskörpers (bis 1850 ſind die gerichtlichen Bücher dieſer Reihe der Juſtizverwaltung und von dieſer dem Archiv des Miniſteriums des Innern übergeben), ab 1784 auch die Regiſtraturen der vereinigten Prager Stadtverwaltungen. Eine große Bücherei ſowie photographiſche und verzettelte Materialſammlungen vervollſtändigen dieſes bedeutende Archiv.

Im Verhältnis zu den ſtädtiſchen Archiven in den Ländern des Reiches zählt Böhmen und Mähren entſprechend der hiſtoriſchen Tradition dieſes Gebietes, die heute von Deutſchen und Tſchechen in gleicher Weiſe gepflegt wird, eine ſtattliche Reihe weiterer reicher Stadtarchive, von denen in Böhmen die Archive in Pilſen (mit beſonders vielen Zunftakten), Budweis und der Bergſtadt Kuttenberg hauptamtlich und fachmänniſch geleitet werden. Sonſtige erwähnenswerte Stadtarchive Böhmens befinden ſich noch z. B. in Beraun, Piſek und Tabor.

In Mähren haben Brünn, Olmütz, Proßnitz und Mähriſch-Oſtrau hauptamtlich und fachlich geleitete Archive, von denen das Brünner neben ſehr bedeutenden Beſtänden[8] (Urkunden ab 1208, ein reicher Schatz von Stadtbüchern, deren berühmteſtes nach der Befreiung des Sudetengaues dem Führer geſchenkt, von ihm aber in Brünn belaſſen wurde, u. a.) auch über eine ganz moderne und fachgerechte Inneneinrichtung verfügt. Dem Mähriſch-Oſtrauer Stadtarchiv ſoll nach dem Plane des dortigen Regierungskommiſſars und der Schwerinduſtrie ein Archiv für Bergbau- und Induſtriegeſchichte des ganzen Oſtrauer Gebietes angeſchloſſen werden, deſſen Ausbau bereits begonnen iſt. Weitere ihrer Beſtände wegen bemerkenswerte Stadtarchive in ehrenamtlicher Verwaltung befinden ſich in Mähren noch in Iglau, Littau, Groß-Meſeritſch, Straßnitz und Teltſch.

Hinſichtlich der Verbeſſerung ihrer allgemeinen Verwaltung, ihres räumlichen Zuſtandes wie beſonders ihres Beamtenſtandes hat ſich ſeit Errichtung des Protektorates die erſtmals einheitliche Betreuung aller Archive der öffentlichen oder kommunalen Behörden durch das Referat für Archivweſen der Behörde des Reichsprotektors bereits jetzt als ſehr nützlich erwieſen. In die öffentlichen Archive des Protektorates, von denen bis 1939 nur das Archiv des Miniſteriums des Innern in ſeiner beſten Zeit drei, zuletzt jedoch nur noch einen deutſchen wiſſenſchaftlichen Beamten hatte, wurden trotz der perſonellen Schwierigkeiten in der Kriegszeit eine entſprechende Anzahl qualifizierter deutſcher Fachleute wie Kanzleikräfte entweder bereits berufen oder Stellen für ſolche geſichert. Auf dieſe Weiſe hat jetzt das Archiv des Miniſteriums des Innern wieder zwei deutſche wiſſenſchaftliche Beamte, während in die Landesarchive in Prag und Brünn überhaupt erſtmalig inzwiſchen je ein deutſcher wiſſenſchaftlicher Beamter berufen werden konnte.

Bei den Stadtarchiven können gleichfalls bereits heute folgende perſonelle Verbeſſerungen verzeichnet werden: deutſche hauptamtliche und fachlich vorgebildete Stadtarchivare wurden neu eingeſtellt bzw. die Grundlage zu ihrer Einſtellung geſchaffen in Prag (der Direktor und ein wiſſenſchaftlicher Beamter), Olmütz, Mähr.-Oſtrau und Proßnitz (hier ein deutſcher Beamter neben einem tſchechiſchen Archiv- und Muſeumsleiter). In Kuttenberg iſt ein Protektoratsangehöriger als hauptamtlicher Stadtarchivar angeſtellt worden. Dringend notwendige räumliche Verbeſſerungen wurden bisher erreicht in Prag, Brünn, Mähr.-Oſtrau und Proßnitz. Verhandlungen über die räumliche Erweiterung der Stadtarchive Olmütz und Pilſen ſind noch im Gange. Um die Möglichkeiten voll auszunutzen, die ſeit Errichtung des Protektorates erhöhte amtliche Zuwendungen der Protektoratsverwaltung für kulturelle Zwecke bieten, hat die Behörde des Reichsprotektors der Durchführung eines neuen Lehrganges der tſchechiſchen Archivſchule am Böhmiſchen Landesarchiv zugeſtimmt, in der als Nachwuchs für öffentliche, ſtädtiſche, geiſtliche und Herrſchaftsarchive 15 Lehrgangsteilnehmer unter beſonders gründlicher Berückſichtigung der deutſchen Sprach-, Rechts-, Verwaltungs- und Archivkunde ausgebildet werden.

Nach der vorangegangenen kurzen Überſchau der Stadtarchive des Protektorats Böhmen und Mähren müſſen wenigſtens Andeutungen über die zahlreichen und reichhaltigen geiſtlichen und Herrſchaftsarchive des Landes gemacht werden. Daß für die Geſchichte der welthiſtoriſchen Religionskämpfe und komplizierten religiöſen Verhältniſſe in Böhmen und Mähren beſonders die geiſtlichen Archive höchſt wichtiges Material verwahren müſſen, verleiht dieſer Gruppe von Archiven erhöhte Bedeutung. Allerdings haben die religiöſen Kämpfe auch vieles geiſtliche wie weltliche Archivmaterial zerſtört, ſo daß umfangreiche Beſtände meiſt erſt für die Zeit nach der Schlacht am Weißen Berge vorhanden ſind. In ſeinem Wert und Umfang ſteht an der Spitze aller geiſtlichen Archive des Landes das Archiv des Domkapitels bei der Kathedralkirche St. Veit in Prag, deſſen 6000 Urkunden mit dem Jahre 1177 beginnen, und das außer zum Teil weit älteren theologiſch-liturgiſchen Handſchriften eine Fülle handſchriftlicher Bücher aus der Verwaltungsgeſchichte des Kapitels ſeit der Mitte des 14. Jahrhunderts ſowie eine große Anzahl wertvoller jüngerer Muſikalien enthält. Bis auf einen Teil ſeiner jüngeren Akten, an deren Verzeichnung der Archivar des Kapitels zur Zeit arbeitet, iſt dieſes Archiv durch die gedruckten Inventare ſeines früheren Verwalters, Weihbiſchof Dr. Podlaha (geſtorben 1932), überſichtlich geordnet[9].

---

[8] J. Dřímal, „Archiv zemského hlavního města Brna" in: „Od Horácka do Podyjí 1930/31, Nr. 2.

Die Beſtände des Prager Erzbiſchöflichen Archivs enttäuſchen inſofern, als ſolche aus der Zeit der langen Sedisvakanz von 1421—1561 kaum vorhanden ſind; ſie beginnen außer einer namhaften Anzahl mittelalterlicher Kopialbücher und Urbarien ab 1379 erſt mit der Reſtaurierung des Erzbistums in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und werden für die Gegenreformation beſonders reichhaltig und wichtig. Auch die älteren Beſtände dieſes Archivs ſind durch einen gedruckten Katalog ſeines früheren Betreuers, Weihbiſchof Dr. Podlaha[10], gut erſchloſſen. An der Ordnung der jüngeren Beſtände arbeitet der jetzige Diözeſanarchivar, dem die Behörde des Reichsprotektors zu dieſem Zwecke weitgehende Befreiung von ſeinem Schuldienſt erwirkt hat.

Das Olmützer Erzbiſchöfliche Archiv — bis zum Ende des 16. Jahrhunderts mit dem Kapitelarchiv vereinigt — iſt gegenüber dem Prager Archiv erheblich umfangreicher. Es wird heute im Erzbiſchöflichen Schloß in Kremſier aufbewahrt und zuſammen mit der Bücherei durch einen eigenen Archivar verwaltet. Seine einzelnen Teile, die durch Monſignore Breitenbacher, den vorigen Archivar[11], zufriedenſtellend geordnet wurden, ſind das geiſtliche Archiv, das entſprechend den reichen Beſitzungen des Erzbistums ſehr beträchtliche Güterarchiv und das Lehensarchiv. Die Urkunden dieſes durch die Huſſitenzeit gleichfalls nicht unberührt gebliebenen Archivs beginnen mit dem Jahre 1131, die Kopialbücher und Protokolle mit dem Ende des 15. Jahrhunderts, die Regiſtraturen und Korreſpondenzen teilweiſe ſchon mit dem Anfang des 16. Jahrhunderts. Das Kapitel- und das Konſiſtorialarchiv in Olmütz verfügten gleichfalls über alte und beträchtliche Beſtände; in erſterem z. B. Urkunden ab 1130.

Nächſt den beiden Erzbiſchöflichen und Kapitelarchiven zu Prag und Olmütz verdient ſeiner hervorragenden Beſtände wegen das Archiv des Kollegiatkapitels zu St. Peter und Paul auf dem Wiſchehrad zu Prag Erwähnung. Seine etwa 500 Originalurkunden beginnen mit dem Jahre 1088, dazu kommen eine Fülle gleichfalls noch im Mittelalter beginnender Handſchriften. In ſeinen weſentlichen Teilen iſt dieſes Archiv bereits anſprechend geordnet.

Die archivaliſchen Schätze der klöſterlichen Archive Böhmens und Mährens ſind ebenfalls nur zum Teil bekannt. Der Raum verbietet mehr als eine bloße Erwähnung wenigſtens der wichtigſten Archive dieſer Art, die ſich, wie Überprüfungen in Groß-Prag im vergangenen Jahre gezeigt haben, leider meiſt in einem gegenüber dem Werte ihres Inhalts außerordentlich ſchlechten Verwahrungs- und beſonders Verzeichnungszuſtand befinden. Ausnahmen zum Guten ſind in Prag nur die traditionsreichen Häuſer der Benediktiner in Emaus (deſſen ältere Archivbeſtände infolge des Abzuges der Slawenmönche aus dieſem Kloſter jedoch nicht dort, ſondern ſeit der joſephiniſchen Zeit zum größeren Teile in der National- und Univerſitätsbibliothek Prag liegen, jedoch bald in Verwahrung des Böhm. Landesarchivs kommen werden) und Breunau und der Prämonſtratenſer in Strahow, deren Archive meiſt fachmänniſch geordnet ſind und auch heute durch fachkundige Ordensangehörige verwaltet werden. Erfreulicherweiſe haben dieſe großen Klöſter ſich auch von allein um die wirtſchaftlichen Regiſtraturen ihrer Landgüter gekümmert und deren ältere Teile dem Hausarchiv eingefügt, ohne daß dieſe Beſtände allerdings ſchon ſämtlich ausreichend verzeichnet ſind.

---

[9] A. Podlaha, „Catalogus codicum manuscriptorum, qui in archivio capituli Metropolitani Pragensis asservantur“, Prag 1923; enthält auch eine tabellariſche Überſicht der Urkunden. Andere Kataloge des gleichen Verfaſſers zu den theologiſchen Handſchriften, Muſikalien und Inkunabeln dieſes Archivs.

[10] A. Podlaha, „Povšechný katalog arcibiskupského archivu v Praze“, Prag, 1925.

[11] Berichte darüber durch Breitenbacher in dem „Časopis archivní školy“ ab Band IV (1926).

Von den reichen geiſtlichen Archiven in Prag ſelbſt ſeien noch genannt: Das Malteſer-Großpriorats-Archiv, das Großmeiſterarchiv des Ordens der Kreuzherren mit dem roten Stern, die Provinzialarchive der Auguſtiner-Eremiten, Franziskaner, Kapuziner und Dominikaner (letzteres mit vielen bildungsgeſchichtlich bemerkenswerten Handſchriften des dortigen Studium generale) ſowie das Zentralarchiv der Piariſtenprovinz mit ſehr intereſſanten Beſtänden zur Schulgeſchichte Böhmens und Mährens im Barock.

Außerhalb der Hauptſtadt befinden ſich jedoch gleichfalls, wie bekannt, eine Reihe alter und bedeutender Klöſter mit beträchtlichen Archivbeſtänden, etwa das Benediktinerkloſter Raigern in Mähren (gegründet nach 1035), die Prämonſtratenſer-Stifte Seelau in Böhmen (gegründet 1139) und Neureiſch in Mähren (gegründet 1211), der Auguſtinerkonvent in Brünn (gegründet 1231) und weitere.

So ſchnell als möglich hat das Archivreferat der Behörde des Reichsprotektors gerade den geiſtlichen Archiven, deren Beſtände bisher für die landesgeſchichtliche Forſchung mangels entſprechender Verzeichniſſe meiſt kaum benutzbar waren und die unter dem Geſichtspunkte des Archivſchutzes, auch infolge leichtſinniger und ungebuchter Entleihungen an Private, als gefährdet gelten müſſen, ſeine volle Aufmerkſamkeit zugewandt. Nach eingehender Prüfung der Lage iſt als erſte durchgreifende Maßnahme nach ſchriftlicher Vorbereitung durch die Behörde des Reichsprotektors eine Verzeichnung ſämtlicher Prager geiſtlichen Archive durch eine Anzahl ausſchließlich für dieſen Zweck eingeſetzter Fachleute aus allen Prager öffentlichen Archiven bei Mitwirkung der jeweils etwa vorhandenen geiſtlichen Archivare, unter Leitung des Archivreferenten und des Direktors des Archivs des Miniſteriums des Innern begonnen worden, die nachdrücklich betrieben und bei ſtändiger Beaufſichtigung der einzelnen Bearbeiter bis Ende Mai dieſes Jahres eine für den Archivſchutz ausreichende lückenloſe Beſtandsaufnahme erbracht hat. Ausnahmen von dieſer Terminbegrenzung mußten natürlich für die umfangreichen Archive des Prager Erzbiſchofs, des Prager Domkapitels und des Wiſchehrader Kapitels zugeſtanden werden. Eine gründliche Aufarbeitung der geiſtlichen Archivbeſtände nach wiſſenſchaftlichen Geſichtspunkten (eingehende Urkundenregeſten, Handſchriftenbeſchreibung und Aktenordnung) wird nach Vorlage der als erſtes Ergebnis verlangten knappen, aber vollzähligen Überſichten ohne Säumen nachgeholt. Nach Eintritt der wärmeren Jahreszeit ſind von den Leitern dieſer Verzeichnungsaktion die Ordenshäuſer der Provinz beſucht worden, um den Zuſtand der dortigen Archive feſtzuſtellen und die Verzeichnung durch Fachleute je nach der Dringlichkeit alsbald auf dieſe Klöſter ausdehnen zu können. Um den Erfolg der amtlich durchgeführten Verzeichnung durch ferneres mangelndes Intereſſe der Orden nicht illuſoriſch werden zu laſſen, ſind den einzelnen Klöſtern eingehende und nachdrücklich formulierte Anweiſungen — unter Vorbehalt amtlicher Kontrollen — für die Aufrechterhaltung der geſchaffenen Ordnung und die Verhinderung leichtfertiger Entleihungen zugegangen. Weitere etwa notwendige Maßnahmen durchgreifender Art (beſonders Deponierungszwang) ſoll das kommende Archivſchutzgeſetz für das Protektorat bringen.

In ſeinem letzten Teile — über die Herrſchaftsarchive des Protektorats — kann ſich dieſer Aufſatz genau ſo wenig wie bisher mit der Aufzählung aller ſolchen Archive oder ihrer einzelnen Beſtände befaſſen, muß aber auf die Wichtigkeit dieſer Gattung privater Archive hierzulande, in denen oft der urkundliche und aktenmäßige Niederſchlag über Beſitz und Verwaltung größter Latifundien und für die Landesgeſchichte hochbedeutender Familien verwahrt iſt, deutlich hinweiſen. Die böhmiſch-mähriſchen Adelsarchive haben bereits ſeit dem Ende des vorigen Jahrhunderts das rege Intereſſe der Fachwelt gefunden, als ſich die „Commiſſion zur Herausgabe der Acten und Correſpondenzen zur neueren Geſchichte Öſterreichs" das Ziel ihrer Durcharbeitung ſetzte, um an die dort befindlichen, für die Editionszwecke der Kommiſſion geeigneten Quellen heranzukommen. Die „Commiſſion" hat bis zum Weltkriege eine Reihe ſehr bemerkenswerter Archivüberſichten und einzelne Materialſammlungen aus ſolchen Archiven veröffentlicht; eine vollkommene Ordnung aller, beſonders auch der wirtſchaftlichen Beſtände dieſer Archive aber konnte nicht ihre Aufgabe ſein.

Manche der großen Herrſchaftsbeſitzer des böhmiſch-mähriſchen Raumes haben eigene Archivare zur Betreuung ihrer Privatarchive angeſtellt; ich nenne z. B. die fachlich verwalteten Archive der Schwarzenberg in Wittingau, der Lobkowicz in Raudnitz und der Czernin in Neuhaus. Andere Herrſchaftsarchive ſind zum Zwecke ihrer ordentlichen Erhaltung und Benutzbarmachung für die Wiſſenſchaft in den öffentlichen Archiven hinterlegt worden. Wie viele und ebenſo wichtige aber befinden ſich noch auf den einzelnen Herrſchaftsſitzen und entbehren des wirkſamen Schutzes und fachgerechter Pflege, beſonders wenn das Intereſſe der Beſitzer ſelbſt daran nicht ſehr rege iſt. In der früheren Tſchechoſlowakiſchen Republik haben dazu die Beſitzentfremdungen durch die Bodenreform ſolche Archive oft neuen Beſitzern in die Hände geſpielt, die nicht wie die früheren wenigſtens aus Traditionsgründen an ihren Archivalien hingen. Auf dieſem Felde dürfen die Bemühungen des Archivs des Landwirtſchaftsminiſteriums nicht verkannt werden. Eine nachhaltige Beſſerung werden auch hier die Beſtimmungen des vorbereiteten Archivſchutzgeſetzes bringen, das, wie im Reiche, die Einrichtung einer eigenen Organiſation für die nichtſtaatliche Archivpflege mit ganz beſonderer Berückſichtigung der Herrſchaftsarchive vorſieht. Bis zu ſeinem Erlaſſe verfolgt neben den einzelnen öffentlichen Archiven auch das Referat für Archivweſen bei der Behörde des Reichsprotektors ſorgfältig jedes bekannt werdende Ereignis im Bereich der nichtſtaatlichen Archive. Zur alsbaldigen fachmäßigen Verzeichnung von Archiven deutſcher Herrſchaftsbeſitzer wurde für das laufende Rechnungsjahr ein amtlicher Zuſchußbetrag bewilligt.

Von Stand und Aufgaben der ſudetendeutſchen Volkskunde[1]

Von Bruno Schier, Leipzig

Die deutſche Volkskunde, deren wiſſenſchaftlicher Betrieb bereits in den Jahren nach dem Weltkrieg beträchtlich an Umfang und Tiefe gewonnen hatte, nahm nach dem Jahre 1933 einen ungeahnten Aufſchwung. Mit der Wiederentdeckung Wilhelm Heinrich Riehls kam endlich auch ſein Glaubensſatz zu Ehren, daß die deutſche Volkskunde „die Vorhalle der Staatswiſſenſchaft" und das „Urkundenbuch der ſozialen Politik" ſei. Die deutſche Volkskunde, in der bislang weite Kreiſe des Binnendeutſchtums einen Zeitvertreib romantiſcher Schwärmer geſehen hatten, wurde als eine ernſte Helferin an den volkspolitiſchen Nöten und Forderungen unſerer Zeit erkannt. Dieſe Berufung zu öffentlicher Verantwortung hatte einen gewaltigen Ausbau ihrer Arbeitsgebiete und Forſchungsweiſen zur Folge; die deutſche Volkskunde beginnt ſich allmählich zur umfaſſenden Volksforſchung und damit zu einer politiſchen Wiſſenſchaft im Sinne Riehls auszuweiten.

Während ſich dieſe innere Aufwertung unſerer Wiſſenſchaft im deutſchen Binnenraum erſt während der letzten 10 Jahre vollzog, hatte der Grenz- und Auslanddeutſche aus ſeiner völkiſchen Notlage heraus bereits ein Menſchenalter vorher die volkspolitiſche Bedeutung der deutſchen Volkskunde erkannt. Weil er in ihr, wenn auch vielfach unbewußt, eine politiſche Wiſſenſchaft ſah, ſo blieben ihm auch viele Irrwege erſpart, welche in Binnendeutſchland das Anſehen volkskundlicher Forſchung vielfach gefährdeten. Es iſt ſicher kein Zufall, daß bereits im Jahre 1896 die Deutſche Karlsuniverſität in Prag als erſte unter den deutſchen Hochſchulen der Volkskunde eine dauernde Heimſtätte bereitete, und daß hier der grenzdeutſche Südmärker Adolf Hauffen der erſte Inhaber einer beamteten Lehrſtelle für deutſche Volkskunde wurde. Es iſt ſicher auch kein Zufall, daß der große Bahnbrecher oſtdeutſcher Volksforſchung, Raimund Friedrich Kaindl, aus dem Buchenlande ſtammt, an der Deutſchen Univerſität in Czernowitz lehrte und hier, auf den frühen Ahnungen Juſtus Möſers weiterbauend, den großen Zweibund Volkskunde und Geſchichte begründete.

Die philologiſch-hiſtoriſche Methode wird ſtets die Grundlage volkskundlichen Forſchens bleiben; dazu geſellt ſich als erfolgreichſtes Erkenntnismittel der letzten Jahre die kulturgeographiſche Betrachtungsweiſe, die gerade in den Grenzſäumen des deutſchen Volkstums unentbehrlich erſcheint. Daß uns auch die ſoziologiſche und pſychologiſche Blickrichtung nicht fernbleiben darf, liegt in der Unermeßlichkeit unſeres Forſchungsgegenſtandes begründet, der ſich nur durch eine organiſche Vielfalt der Methoden in wünſchenswerter Weiſe ausſchöpfen läßt. Mit dem Weſen der Volkskunde als einer ſynthetiſchen Wiſſenſchaft hängt es zuſammen, daß ſich unſere Arbeit vielfach mit jener der Nachbarkommiſſionen berühren wird. Beſonders enge Beziehungen werden ſtets zu der Vorgeſchichte und Raſſenkunde beſtehen, die zuſammen mit der Volkskunde die drei Grundwiſſenſchaften vom deutſchen Leben bilden. Aber auch im Falle von unbeabſichtigten Arbeitsüberſchneidungen mit den Forſchungsbereichen anderer Kommiſſionen wollen wir uns nicht aus falſchem Ehrgeiz in einen unfruchtbaren Kompetenzſtreit verlieren, ſondern etwaige Doppelarbeit weniger ſcheuen als die Iſolierung, eingedenk des ſchönen Wortes von W. H. Riehl: „Die Selbſtändigkeit einer Wiſſenſchaft beſteht nicht in ihrer Iſolierung, ſondern vielmehr darin, daß ſie andere Zweige in eben dem Maße fördert, als ſie ſelbſt von jenen gefördert wird."

---

[1] Zur Eröffnung der Volkskundlichen Kommiſſion der Sudetendeutſchen Anſtalt für Landes- und Volksforſchung in Reichenberg am 14. Oktober 1940.

In der Sammlung und Aufbereitung des volkskundlichen Stoffes marſchiert der Gau Sudetenland mit an der Spitze aller deutſchen Landſchaften. Das haben wir der in der Grenzlage begründeten volkskundlichen Aufgeſchloſſenheit unſerer Bevölkerung und beſonders der über ein Menſchenalter umfaſſenden Forſchungs- und Lehrtätigkeit Adolf Hauffens und ſeines Nachfolgers Guſtav Jungbauer zu danken. Hauffens knappe Kennzeichnung des Arbeitszieles der Volkskunde: „Die wiſſenſchaftliche Formel für den Begriff Volksſeele zu finden“, erſcheint uns heute wieder beſonders zeitgemäß; ſein großes Fragebogenwerk von 1895 iſt als ein Vorläufer jüngerer Unternehmungen zu betrachten; ſeine Mitarbeit im öſterreichiſchen und ſpäteren tſchechoſlowakiſchen Volksliedausſchuß wird ſtets ein Grundſtein der ſpäteren Forſchung bleiben.

Keine andere deutſche Landſchaft verfügt über eine ſo ſtolze Reihe volkskundlicher Veröffentlichungen, wie ſie in den „Beiträgen zur ſudetendeutſchen Volkskunde“ vorliegen. Die von Jungbauer herausgegebene „Sudetendeutſche Zeitſchrift für Volkskunde“ war im Tſchechenſtaat 11 Jahre lang ein Mittelpunkt volkskundlicher Arbeit. Daneben gewährten zahlreiche Heimatzeitſchriften, vor allem „Unſer Egerland“ und die „Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde des Jeſchken- und Iſergaues“, das „Jahrbuch des Rieſengebirgsvereins“ u. a. den volkskundlichen Fragen ſeit der Jahrhundertwende einen breiten Raum. Die im Erſcheinen begriffenen Heimatkunden einiger nordböhmiſcher Bezirke ſind unter der Führung Erich Gierachs zu großangelegten Handbüchern unſeres geſamten Heimatwiſſens herangewachſen[2]. Weit früher als in anderen deutſchen Gauen wurde im Sudetendeutſchtum der Heimatgedanke zu einem Grundpfeiler der Erziehung und Volksbildung. Unvergänglich wird ſtets das Wirken Emil Lehmanns bleiben, der im „Deutſchen Verband für Heimatforſchung“ ſowie in der „Deutſchen Geſellſchaft für Volksbildung“ den organiſatoriſchen Rahmen für die neue „Heimatbildung“ ſchuf und ſelbſt die erſte „Sudetendeutſche Volkskunde“ verfaßte.

Auf dieſen breiten Grundlagen der älteren Forſchung, welche auf den meiſten Gebieten Dauerndes und auf einigen ſogar Muſtergültiges leiſtete, wollen wir mit den Mitteln und Möglichkeiten der neuen Zeit weiterbauen. Dabei wollen wir in Heimat und Volkstum eine große Einheit ſehen, die ſich mit der Vielfalt ihrer Stämme und Schläge nur der ganzheitlichen Betrachtung erſchließt; die Unerſchöpflichkeit unſeres Forſchungsgegenſtandes und die Forderung nach ſtrenger Wiſſenſchaftlichkeit bringen es mit ſich, daß wir uns aber auch hier zunächſt eines arbeitsteiligen Verfahrens bedienen müſſen. Gegenüber jüngeren Vorſchlägen, welche die Auflöſung der geſamten Volkskunde in eine große Brauchtumskunde verlangen, halten wir an der alten Erfahrung feſt, daß ſich die Eigenart des Volkes am beſten aus den organiſchen Teilbereichen des Volkslebens erſchließen läßt.

In überkommener Weiſe werden wir daher die deutſche Volkskultur als die Geſamtheit der ſachlichen und geiſtigen Lebensäußerungen unſeres Volkes gliedern und erforſchen nach Flur und Siedlung, Haus und Hausrat, Tracht und Schmuck; die Volkskunſt ſtellt bereits eine alle Sachgüter überformende Geſamthaltung dar. Die geiſtigen Lebensäußerungen unſeres Volkes haben wir zu erforſchen nach Sage und Märchen, Kleindichtung und Spruchweisheit, Volkslied und Volksmuſik, Volkstanz und Volksſchauſpiel. Die Verbindung zwiſchen dieſen Wörtern und Sachen des Volkslebens ſtellt das große Gebiet von Sitte und Brauch her, zu dem man auch die Maßnahmen des Volksrechtes und der Volksmedizin rechnen kann. Alle Äußerungen des Brauchtums entſpringen einer geiſtigen Grundhaltung, die man in ihren Lichtſeiten als Volksglaube, in ihren Schattenſeiten als Aberglaube bezeichnen kann. Auf dieſes klare Syſtem volkskundlicher Teilgebiete kann ſich die Volksforſchung im Sudetengau beſchränken, da ja für die ſprachlichen und raſſenkundlichen Fragen beſondere Kommiſſionen errichtet wurden.

Im Rahmen der volkskundlichen Kommiſſion werden Forſchungsfortſchritte zunächſt innerhalb der aufgezeigten Teilbereiche des Volkslebens anzuſtreben ſein. Da iſt natürlich in den einzelnen Feldern volkskundlicher Tätigkeit der Stand der Arbeiten ein ſehr verſchiedener; durch zentrale Lenkung wird ſich hier manche Forſchungslücke ſchließen laſſen. Für den Bereich von Flur und Siedlung hat ja Kurt von Maydell einen Standortsbericht geboten[3]; wir dürfen von ihm auch eine zuſammenfaſſende Beſchreibung und einen Atlas der Flur- und Siedlungsformen erwarten, wie er jetzt von Rudolf Kötzſchke für Sachſen vorbereitet wird. Über den Stand der Hausforſchung habe ich an verſchiedenen Orten, zuletzt in dem Jahrgang 1939/40 der „Zeitſchrift für deutſche Geiſteswiſſenſchaft" berichtet; in der Zwiſchenzeit hat die „Mittelſtelle Deutſcher Bauernhof" beim Stabsamt des Reichsbauernführers eine Gauarbeitsgemeinſchaft Sudetenland geſchaffen und Fachlehrer Franz Weiß-Zwickau mit der Führung der Geſchäfte beauftragt. Franz Weiß bereitet eine Arbeit über die Hausformen in dem Gebiet zwiſchen dem Lauſitzer Gebirge und der Elbe vor; ich ſelbſt habe die Stoffſammlung zu einem Buch über den Egerländer Bauernhof abgeſchloſſen. Nach Beendigung des Krieges wird man an die weitere Verſendung eines hauskundlichen Fragebogens denken können, der bereits im Jahre 1930 von über 100 Mitarbeitern beantwortet wurde. Die Trachtenforſchung wird von Joſef Hanika nach neuen kulturgeographiſchen und raſſenkundlichen Geſichtspunkten betreut; ein zweiter Band ſeines Trachtenbuches iſt in abſehbarer Zeit zu erwarten. Neben der vergleichenden und geſchichtlichen Forſchung ſowie der perſönlichen Erkundung im Gelände wird hier die Fragebogenmethode nur in beſchränktem Maße anwendbar ſein. Im Bereiche der Volkskunſt müſſen wir in ſtärkerem Maße als bisher Künſtlergeſchichte betreiben; dadurch werden wir nicht nur die dringend nötige Brücke zur Kunſtgeſchichte ſchlagen, ſondern auch zeigen, daß die ſchöpferiſchen Begabungen im Gegenſatz zur Naumannſchen Lehre nicht allein der Oberſchicht entſpringen, ſondern in gleicher Weiſe über Ober- und Unterſchicht verteilt ſind. In einer kleinen Monographie über Johann Georg Fiſcher, den Meiſter des Egerländer Fachwerkes aus dem 18. Jahrhundert, konnte ich zeigen, daß das hauskundliche Antlitz des Egerlandes durch das unvergängliche Wirken weniger Zimmermannsgeſchlechter geprägt wurde[4]. Im Bereiche des Hausrates ließe ſich in ähnlicher Weiſe die Arbeit der Friedländer Tiſchlerfamilie des Johann Friedrich Pochmann verfolgen, die ſich durch ihre prächtigen Möbelmalereien auszeichnete.

---

[2] Vgl. Die deutſche Namensforſchung in den Sudetenländern. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 4. Jg. 1940, S. 584—93.

Über den Stand der geiſtigen Volkskunde hat zuletzt Guſtav Jungbauer in dem Sammelwerk „Das Sudetendeutſchtum" ausführlich berichtet[5]. An neuen Forſchungsmitteln iſt hier vor allem die Prager Arbeitsſtelle des Berliner Zentralarchives der deutſchen Volkserzählung zu erwähnen, das ſich die Sammlung aller Volkserzählungen zum Ziele geſetzt hat, die in Handſchriften, in Drucken oder im Volksmunde lebendig ſind. Unſer Beſtreben wird ſich darauf richten müſſen, auch für den Sudetengau eine große wiſſenſchaftliche Sagenſammlung herauszugeben, wie ſie das benachbarte Sachſen in dem gewichtigen Buch von Alfred Meiche und Schleſien in dem vierbändigen Werke von Richard Kühnau beſitzt. Für das Volkslied wächſt jetzt ein ſolches Werk in der von Jungbauer und Horntrich beſorgten Ausgabe „Die Volkslieder der Sudetendeutſchen" heran, das ſich von der älteren Ausgabe von Hruſchka und Toiſcher durch das Vorhandenſein der Weiſen angenehm unterſcheidet. Das von allen anderen ſudetendeutſchen Landſchaften zu erſtrebende Vorbild ſtofflicher Vollſtändigkeit wird immer die große Ausgabe „Deutſche Volkslieder aus dem Böhmerwalde" von Guſtav Jungbauer bleiben, die jetzt nach mannigfachen Schickſalen in zwei ſtarken Bänden abgeſchloſſen vorliegt. Aus dem Bereiche des alten Volksliedes könnten wir neben dem von der Sudetendeutſchen Anſtalt für Landes- und Volksforſchung in einem muſtergültigen Neudruck herausgegebenen Geſangsbuch der Böhmiſchen Brüder von 1531 an eine Ausgabe hiſtoriſcher und politiſcher Lieder aus dem 18. Jahrhundert denken, die ich vor 10 Jahren in Prager Archiven aufgezeichnet habe. Das Hauptgewicht aber wird ſtets auf die weitere Förderung der Sammeltätigkeit in der Heimat zu legen ſein, die in enger Fühlungnahme mit dem Prager und dem Freiburger Volksliedarchiv erfolgen muß. Die örtliche Sammelarbeit der Volksliedforſcher ſoll durch Gemeinſchaftsveranſtaltungen neu belebt werden, wie dies mit ſchönem Erfolg in Sachſen geſchehen iſt.

---

[3] K. von Maydell, Forſchungen zur Siedlungsgeſchichte und den Siedlungsformen der Sudetenländer. In: Deutſches Archiv f. Landes- und Volksforſchung, 2. Jg. 1938, S. 212—239.

[4] Br. Schier, Johann Georg Fiſcher (1742—1793), ein Meiſter des Egerländer Fachwerkbaues. In: Volkswerk, Jahrbuch des Staatlichen Muſeums für deutſche Volkskunde I (1941) S. 123—143.

[5] Vgl. auch G. Jungbauer, Die volkskundliche Forſchung in der Tſchechoſlowakei. In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 2. Jg. 1938, S. 434—51.

Beſonderer Pflege bedarf das große Gebiet von Sitte und Brauch, dem wegen ſeiner ſtarken gemeinſchaftsbildenden Kraft eine beſondere Gegenwartsbedeutung zukommt. Zwei Leipziger Diſſertationen über den Schlag mit der Lebensrute ſowie das Sommerſingen und Todaustreiben, die unmittelbar vor dem Abſchluß ſtehen, werden den hohen kulturgeographiſchen und volkspolitiſchen Wert ſolcher Unterſuchungen dartun. Aus dem Bereiche des Rechtsbrauchtums ſei eine Ausgabe der alten Jahrdingsartikel angeregt, die in unſeren Archiven ſehr zahlreich vertreten ſind und in grundherrlichen Spiegelungen die Dorfweistümer des alten Volkslandes fortſetzen; dabei wird ſich natürlich die enge Zuſammenarbeit mit einem Rechtshiſtoriker als notwendig erweiſen. Beſondere Sorgfalt wird dem noch wenig erforſchten Brauchtum der Stände und Lebensalter zuzuwenden ſein; von Gerhard Heilfurth iſt eine umfangreiche Unterſuchung über den deutſchen Bergmann zu erwarten, während die Arbeit Ernſt Lehmanns dem Ausbau der ſoziologiſchen Volkskunde gilt. Eine wichtige Grundlage für künftige Brauchtumsarbeiten wird der reiche Stoff bieten, welcher aus unſerem Gau für den Atlas für deutſche Volkskunde geſammelt wurde. Da ſich gerade in unſerer Zeit ſtarke Wandlungen im Brauchtum vollziehen, iſt beſonders auf dieſem Gebiete die Steigerung der Sammeltätigkeit dringend notwendig; dabei wird auf die Biologie der Bräuche, d. h. auf ihr Leben im Volke, beſonders zu achten ſein. Sofort nach Abſchluß des Krieges ſoll zur Ergänzung dieſes Materials eine neue Fragebogenaktion eröffnet werden, die ſich im Anſchluß an das Fragewerk des NSLB. in Sachſen zunächſt auf das Brauchtum erſtrecken, dann aber alle anderen Bereiche des Volkslebens einbeziehen wird. Als vorläufigen Abſchluß und zuſammenfaſſende Bekrönung unſerer Arbeit brauchen wir endlich erſchöpfende Kennzeichnungen der Stämme und Volksſchläge, die das Sudetendeutſchtum bilden. Wir werden dabei mit neuen Mitteln einen Plan verwirklichen, den Emil Lehmann immer wieder angeregt hat und der in ſeiner vollendeten Durchführung als ein Endziel jeder volkskundlichen Arbeit zu betrachten iſt.

Die volkskundliche Forſchung der Sudetenländer hat ſtets ihren wiſſenſchaftlichen Reiz und volkspolitiſchen Wert aus ihrem Grenzlandcharakter empfangen. Dieſe wehrhafte Grenzlandgeſinnung muß auch fürderhin unſere Arbeit begleiten! Wie in den beſten Arbeiten der früheren Jahre, ſo müſſen wir auch in Hinkunft die mit deutſchen Kulturformen durchſetzten Binnenräume Böhmens und Mährens mit einbeziehen; ohne dieſe Einſtellung iſt die wiſſenſchaftliche Bearbeitung vieler Fragen ſchlechterdings unmöglich. Die neue Zeit gibt uns dazu einzigartige Möglichkeiten an die Hand. Wir müſſen darauf bedacht ſein, daß nach dem Kriege im Einvernehmen mit der ſlawenkundlichen Kommiſſion alle jene volkskundlichen Fragen, die ſich auf deutſchem Boden als beſonders fruchtbar erwieſen haben, auch aus einem möglichſt dichten Netz tſchechiſcher Orte beantwortet werden. Auf unſeren Kartenblättern wird dann das Verbreitungsbild der deutſchen Volkstumsmerkmale nicht an der Sprachgrenze haltmachen, ſondern wird ſich den Tatſachen gemäß über ganz Innerböhmen und Innermähren erſtrecken. Die enge Verflechtung des Tſchechentums in den deutſchen Kulturkreis, welche wir bislang auf Grund des lückenhaften Materials nur mangelhaft erſchließen konnten, wird uns dadurch zur wiſſenſchaftlichen Gewißheit werden. Der dringend erwünſchte Volkskundeatlas des Sudetengaues wird ſich dadurch zu einem Kulturatlas der Sudetenländer ausweiten. Einleuchtende Kartenbilder werden ſinnfällig zeigen, daß nicht nur ganz Böhmen und Mähren deutſchen Kulturboden bilden, ſondern daß auch die Tſchechen nach ihrer Volkskultur als Teilglieder der deutſchen Nachbarſtämme zu betrachten ſind. Durch ſolche Unterſuchungen hoffen wir zu erweiſen, daß die deutſche Volkskunde mehr iſt als eine ergötzliche Freizeitbeſchäftigung ſchrullenhafter Sonderlinge, und daß zu volkskundlicher Arbeit ein harter Wirklichkeitsſinn und ein erkleckliches Maß wiſſenſchaftlicher Vorbildung gehört. Der deutſche Volkskundler muß die Andacht zum Kleinen mit weltweiter Aufgeſchloſſenheit verbinden; vor allem aber muß er mit beiden Füßen im Leben der Gegenwart ſtehen und mit ſeiner Arbeit die großen volkspolitiſchen Entſcheidungen der nahen Zukunft wiſſenſchaftlich vorbereiten helfen.

Alters- und Berufsſchichtung der volksdeutſchen Rückſiedler

II

Von Udo Tornau, Berlin

Nach den Baltendeutſchen und den volksdeutſchen Rückſiedlern aus dem ehemaligen Oſtpolen (rund 219 000), über die bereits vor kurzem berichtet wurde[1], werden uns jetzt auch die Einzelheiten der Berufs- und Altersſchichtung bei den übrigen Umſiedlern bekannt, die ſeitdem den Boden des Reiches betreten haben. Allerdings ſtehen immer noch einige Gruppen aus, z. B. die Litauendeutſchen, die Reſte aus dem Baltikum und die bereits umgeſiedelten Südtiroler (rund 60 000), aber der weitaus größte Teil iſt nunmehr erfaßt. Es handelt ſich dieſes Mal um die Deutſchen aus dem Nord- und Südbuchenland, aus Beſſarabien und der Dobrudſcha, die etwas über 200 000 ausmachen. Die „Einwandererzentrale" ſpricht zwar erſt von einer „Vorerfaſſung", da über 7000 Umſiedler noch nichts ausgeſagt werden könne, doch dürfte ſich das Geſamtergebnis hierdurch nicht mehr grundſätzlich verändern. Die Geſamtzahl der vor allem aus dem alten Rumänien ſtammenden Umſiedler betrug nach Herkunftsgebieten:

Deutſche aus	männlich	weiblich	zuſammen
Nordbuchenland	20 181	22 260	42 441
Südbuchenland	26 200	25 907	52 107
Beſſarabien	46 193	47 355	93 548
Dobrudſcha	7 135	6 853	13 988
	99 709	102 375	202 084

Nach den wichtigſten Altersſtufen: Jugendliche, Erwerbsfähige und Greiſe aufgegliedert, laſſen ſich nicht unerhebliche Unterſchiede im Altersaufbau erkennen, jedoch ſind ſie bei weitem nicht ſo auffallend wie ſeinerzeit zwiſchen den Baltendeutſchen und den Wolhyniern, weil ſich die hier behandelten Gruppen ſtammesmäßig, wirtſchaftlich, kulturell und geſchichtlich viel näherſtehen.

Altersaufbau der Umſiedler nach Herkunftsländern in v. H.

Alter in Jahren	Nordbuchenland	Südbuchenland	Beſſarabien	Dobrudſcha	dagegen Altreich 17. 5. 39
Unter 14 . .	24,3	27,7	31,7	37,1	21,5
14—65 . . .	71,0	67,5	64,7	60,2	70,6
Über 65 . .	4,7	4,8	3,6	2,7	7,9
	100	100	100	100	100

Die am ſtärkſten induſtrialiſierten Nordbuchenländer, die z. T. in den wenigen Großſtädten wie Czernowitz lebten, ſind immerhin noch zu rund einem Viertel (24,3 v. H.) unter 14 Jahren alt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen iſt damit auch bei ihnen noch erheblich größer als im Altreich (21,5 v. H.) oder gar bei den ſeinerzeit behandelten baltendeutſchen Umſiedlern (16,8 v. H.). Die Dobrudſchadeutſchen dagegen ähneln in der Altersſtruktur ſehr den

---

[1] Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 5. Jg. 1941, S. 113—117.

Wolhyniendeutſchen, die mit ihren 37,7 v. H. Jugendlichen die bisher kinderfreudigſte Umſiedlergruppe darſtellten.

Die alten Leute über 65 Jahre ſind anteilsmäßig überall weniger zahlreich vertreten als im Reich; das iſt aber nicht nur die Folge eines jugendlicheren Altersaufbaus, ſondern auch eine Wirkung mangelhafterer hygieniſcher Verhältniſſe. Die Lebenserwartung dieſer Deutſchen iſt wegen der höheren Sterblichkeit und auch wegen verſchiedener epidemiſcher Erkrankungen, die bei ihnen noch zu Hauſe ſind, eine nicht ſo hohe als bei uns. Äußere Anläſſe, die im Beſtand dieſer Volksgruppe weſentliche Änderungen hervorriefen, ſind nicht in dem Maße zu verzeichnen wie bei den Wolhyniendeutſchen. Ihr völkiſches Schickſal iſt kein ſehr unterſchiedliches geweſen.

Die Gliederung der Erwerbsperſonen unter den Umſiedlern

	Nordbuchenland	Südbuchenland	Beſſarabien	Dobrudſcha	dagegen Altreich 1933
a) nach Wirtſchaftsgruppen in v. H.					
Land- und Forſtwirtſchaft	30,7	43,7	81,7	79,9	28,8
Handwerk und Induſtrie	48,4	46,2	12,9	14,2	40,5
Kaufmänniſche und Verkehrsberufe	7,8	3,7	2,2	2,7	
Verwaltungs-, Bildungs-, Heilberufe	11,0	3,5	1,8	1,2	
Hausangeſtellte	1,8	2,5	1,3	1,8	3,9
Sonſtige Berufe	0,3	0,4	0,1	0,2	
b) nach ſozialer Stellung in v. H.					1939
Selbſtändige	24,0	24,7	32,2	26,4	16,2
Abhängige u. mithelfende Familienangehörige	76,0	75,3	67,8	73,6	83,8

Die Beſſarabien- und Dobrudſchadeutſchen ſind unter dieſen 4 Umſiedlergruppen am ſtärkſten, und zwar zu 80 v. H. an die Landwirtſchaft gebunden. Sie ſtellen ein ſehr wertvolles Bauerntum dar, das für unſere neuen Oſtgebiete ohne Zweifel eine große Bereicherung bedeutet. Wer dieſe Menſchen während ihrer Umſiedlung kennengelernt und beobachtet hat, wird den beſten Eindruck von ihnen gewonnen haben. Ihrem kulturellen Stande entſprachen auch die Höfe, die ſie in ihrer alten Heimat zurückließen. Die Nord- und Südbuchenländer waren dagegen ſtärker gewerblich orientiert. Das Handwerk hat jedoch die eigentliche Induſtrie weitaus überwogen, denn dieſe gab es nur in den wenigen Städten und auch dort nur in beſcheidenem Umfange. Alle übrigen Berufsgruppen treten demgegenüber weit zurück, zumal die Volksdeutſchen ja nur wenig an der Verwaltung beteiligt wurden. Lediglich bei den Nordbuchenländern ſpielen Handel, Verkehr, Verwaltungs- und Heilberufe eine größere Rolle. Unter ihnen ſind Juriſten, Ärzte, Lehrer und Geiſtliche beſonders ausgezählt worden:

	Juriſten	Ärzte und Zahnärzte	Lehrer	Geiſtliche
Nordbuchenland	154	39	578	156
Südbuchenland	55	31	142	45
Beſſarabien	33	39	399	31
Dobrudſcha	3	4	23	7
	245	113	1142	239

Mit dem Altreich läßt ſich die obige Aufgliederung der Erwerbsperſonen nur in wenigen Punkten vergleichen, da wir in anderer Weiſe einzuteilen pflegen. Man kann jedoch feſtſtellen, daß der agrariſche Sektor überall beachtlich größer iſt als im Reich, wo er heute nicht einmal mehr den genannten Umfang von 1933 beſitzt. Er erreicht aber bei keinem der neuen Umſiedler den der Wolhyniendeutſchen, von denen 85,9 v. H. von der Landwirtſchaft leben.

Mit dem Anteil der Erwerbstätigen, die zur Landwirtſchaft gehören, pflegt auch der Anteil der Selbſtändigen zu ſteigen, denn jeder kleine Bauer gilt bereits als ſelbſtändig. Auf der anderen Seite finden wir aber auf dem Lande ungleich mehr mithelfende Familienangehörige, die als ſog. „Abhängige“ ebenfalls erwerbstätig ſind und den Hundertſatz der Selbſtändigen kleiner erſcheinen laſſen als er tatſächlich iſt. Die jetzt angeſtellte Erhebung hat für die neuen Umſiedler leider nicht zwiſchen „Abhängigen“ und „Mithelfenden“ getrennt.

Zum erſten Male aber hat ſie nach der ſtammesmäßigen Herkunft unterſchieden, freilich nur bei den rein volksdeutſchen Umſiedlern. Alle übrigen, die aus irgendeiner fremden oder nicht genau feſtſtellbaren Volksgruppe ſtammen, blieben unerfaßt. Dieſe Erhebung ergab folgendes Bild, das man zur Erkennung der Größenverhältniſſe zweckmäßigerweiſe mit den Zahlen der erſten Überſicht vergleichen möge:

Stammesherkunft der Umſiedler

	Nordbuchenland	Südbuchenland	Beſſarabien	Dobrudſcha
Schwaben und Pfälzer . .	9 595	11655	61806	9281
Deutſchböhmen	13631	19377	—	—
Niederdeutſche	—	—	24467	3 336
Zipſer	—	6 701	—	—
Sonſtige	11542	9 145	5 038	662
	34768	46878	91311	13279

Bei weitem am ſtärkſten iſt das ſchwäbiſch-pfälziſche Element vertreten, und zwar ſpielt es bei allen 4 Volksgruppen eine bedeutſame Rolle. Die Schwaben und Pfälzer ſind die Hauptträger der bäuerlichen Wirtſchaft. Die Deutſchböhmen andererſeits, die an zweiter Stelle ſtehen, beſitzen häufig allerlei handwerkliche Fähigkeiten, von denen ſie wohl auch in ihrer bisherigen Heimat Gebrauch gemacht haben. Die Niederdeutſchen ſtammen aus Mecklenburg, Pommern oder Weſtpreußen. Unter den „Sonſtigen“ ſind allerhand deutſche Stämme vertreten, oder ſie waren ihrer Herkunft nach nicht eindeutig beſtimmbar.

Nach Berufen ſind die hier betrachteten 202 000 volksdeutſchen Umſiedler doch derart günſtig zuſammengeſetzt, daß wir nicht ausſchließlich Bauern anzuſiedeln haben, ſondern gleichzeitig auch die zur Aufrechterhaltung eines geſunden gewerblichen Mittelſtandes erforderlichen Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Kaufleute, deren die bäuerliche Gemeinſchaft bedarf.

Deutſche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen

Von Dr. R.A. Kloſtermann, Berlin

Die einzigartige Rolle, die deutſche Kaufleute, Handwerker, Künſtler und Gelehrte, die das Deutſchtum überhaupt, innerhalb der äußeren und inneren Geſchichte Polens etwa ſeit der Mitte des 12. Jahrhunderts bis in die jüngſte Gegenwart hinein geſpielt haben, iſt neben einer von Albert Brackmann herausgegebenen Sammelarbeit[1] deutſcher Fachhiſtoriker erſtmalig in dem grundlegenden Werk von Kurt Lück[2] weitſchichtig erfaßt worden: Dieſes Buch, das ganz aus der Gegenwartslage des Deutſchtums im Oſten vor dem jetzigen Krieg und in einer ſtändigen Auseinanderſetzung mit den polniſchen Forſchern erwachſen iſt, vermittelt unter der Mitarbeit von zahlreichen bekannten volksdeutſchen Forſchern wirklich ein eindrucksvolles Geſamtbild der deutſchen Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens, in der nahezu ſämtliche Gebiete, auf denen das Deutſchtum im ehemaligen Polen wirkſam wurde, als ein ſtolzes Denkmal deutſcher Kulturleiſtung abgehandelt oder doch berührt zu ſein ſcheinen.

Daß bei einem ſo umfaſſenden Gegenſtand ſich hier und da Ergänzungen und Berichtigungen notwendig erweiſen, liegt in der Natur der Sache und iſt auch gleich von dem Verfaſſer ſelbſt eingangs betont worden. Im Gegenteil, es bildet nach der Lektüre des genannten Buches einen Hauptreiz, den Gedankengängen des Verfaſſers nachzugehen und ähnliches aufzuſpüren und beizuſteuern.

In der vorliegenden Arbeit ſoll nunmehr ein derartiger Verſuch unternommen werden. In dem Buch von Kurt Lück ſind in den einzelnen Kapiteln deutſche Siedler, deutſche Handwerker, Deutſche im Bergbau, Deutſche als Schöpfer der Papierinduſtrie, deutſche Drucker und Buchhändler, Deutſche im Gewerbe genannt worden, wie ſie in der geſchichtlichen Entwicklung Polens hervorgetreten ſind, und haben an ihrer Stelle die entſprechende Würdigung erfahren[3]. Wir ſehen, wie vom Mittelalter an im faſt ununterbrochenen Ablauf Deutſche in den Oſten in einer friedvollen Durchdringung immer weiter vordringen und durch ihre Arbeit ſowie durch ihre Organiſationsgabe am wirtſchaftlichen und kulturellen Aufbau des Nachbarlandes tätigſten Anteil nahmen. Das geſchah in einer Zeit, in der es in Polen einen eigentlichen Mittelſtand nicht gab, als Polen ein reiner Agrarſtaat war und das deutſche Element bis tief in das 16. Jahrhundert dem Handel und Gewerbe, dem Städteweſen und dem Gericht ſeinen Stempel verlieh. Aber auch ſpäter, als der deutſche Einfluß nicht mehr ſo entſcheidend ſich auswirken konnte, tauchen in dem Gefüge des Ganzen immer wieder die Einzelgeſtalten auf, die als Deutſche in den deutſchen Oſtgebieten und im ehemaligen Polen Unvergängliches geleiſtet haben. Neben ihrem perſönlichen Verdienſt als Bahnbrecher auf ihrem Berufsgebiet ſind dieſe einzelnen Deutſchen es geweſen, die eine feſte Tradition auf ihrem Tätigkeitsfeld geſchaffen haben und dieſe anderen nachfolgenden Berufsgenoſſen übermitteln konnten. So iſt es denn dazu gekommen, daß ſich ſchon im vorigen Jahrhundert um die einzelnen Berufsgruppen und Intereſſenſphären, die von den Deutſchen im Oſten beſonders ſtark vertreten waren, Vereine und Verbände entwickelten, die als Berufsverbände, als freie Organiſationen, als Genoſſenſchaften oder als Innungen es ſich zum Ziel nahmen, außer der Vermittlung der beruflichen Kenntniſſe und des Schutzes ihrer Mitglieder vor Übergriffen und vor Not im fremden Land hauptſächlich für den inneren Zuſammenhalt der Deutſchen in den Oſtgebieten und in Polen zu ſorgen[4]. Dieſe Vereine und Verbände können ganz weſentlich das Verdienſt für ſich in Anſpruch nehmen, für die Aufrechterhaltung des Deutſchtums im Grenz- und Ausland Großes geleiſtet zu haben, und verdienen es, weit mehr in ihren Verdienſten gewürdigt zu werden, als es bisher geſchehen iſt. Bei der Darſtellung der einzelnen deutſchen Vereine und Verbände in Polen wurden naturgemäß zunächſt die Vereine bevorzugt behandelt, für die handſchriftliches Quellenmaterial oder die ſchwer zugänglichen gedruckten Tätigkeitsberichte und Jubiläumsſchriften vorlagen. Ein Werturteil iſt mit der Reihenfolge in keiner Weiſe verbunden.

---

[1] Deutſchland und Polen. Beiträge zu ihren geſchichtlichen Beziehungen, hrsg. von Albert Brackmann, München und Berlin 1933.

[2] Dr. Kurt Lück, Deutſche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Forſchungen zur deutſch-polniſchen Nachbarſchaft im oſt-mitteleuropäiſchen Raum, Plauen i. V. 1934. = Oſtdeutſche Forſchungen, hrsg. von Viktor Kauder, Band 1. Plauen i/V. 1934.

[3] Vgl. die einzelnen Belege in dem genannten Werk von K. Lück.

1. Der Poſener Handwerkerverein

Der Poſener Handwerkerverein[5] konſtituierte ſich nach einigen Vorverhandlungen, in denen der Gedanke der Gründung eines Berufsverbandes der Handwerker in Poſen ganz allgemein begeiſtert aufgenommen wurde, im September 1862. Nach ſeinen Satzungen ſtellte er eine Vereinigung von Handwerkern, Gewerbetreibenden und ſolchen deutſchen Männern vor, die ſich für das Gewerbeweſen zu dem Zwecke intereſſieren, allgemeine Bildung, tüchtige Berufskenntniſſe und gute Sitte unter ſeinen Mitgliedern zu fördern. Zur Erlangung dieſes Zieles waren Vorträge, Beſprechungen, geeignete Zeitſchriften, Unterricht, Prämiierung von Lehrlingsarbeiten ſowie gemeinſame Veranſtaltungen in Ausſicht genommen. Der Handwerkerverein in Poſen zählte bei ſeiner Gründung 262 Mitglieder, die ſich bis zum Oktober des Jahres 1863 auf 449 Mitglieder erhöhten. Damit war gleichzeitig die höchſte Zahl der Mitglieder erreicht, die von dieſem Zeitpunkt an ſtändig ſank, um 1904 auf die Grenze von 200 herabzugleiten und erſt nach einer Neubelebung des Vereins — im Jahre 1928 — wieder auf 300 ſtieg. Dazwiſchen liegen merkwürdige Schwankungen in der Mitgliederzahl, für die eindeutige Erklärungen ſchwer zu finden ſind. Nachprüfungen über die erſten zwölf Jahre der Vereinsgeſchichte ſind unmöglich, da hierüber keine Rechenſchaftsberichte mehr vorliegen.

Der Poſener Handwerkerverein hat in der Zeit ſeines Beſtehens die Aufgaben des Volksbildungswerkes ſtets beſonders betont. In den erſten zwölf Jahren veranſtaltete er nicht weniger als 330 Vorträge, die ſich großer Beliebtheit erfreuten und teilweiſe einen Maſſenbeſuch von 900—1100 Perſonen aufweiſen konnten, eine für die damalige Zeit gewiß erſtaunliche Anzahl. Dieſer Wirkſamkeit entſprechend organiſierte man nach dem Vorbild des Poſener Handwerkervereins zu Beginn der ſiebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in den kleineren Städten der Provinz Poſen, etwa in Rawitſch, Wollſtein, Schrimm, Wreſchen, Gneſen, Hohenſalza, Bromberg, Schneidemühl, Rogaſen und Kurnik überall Volksbildungsvereine, bei denen der ältere Poſener Verein mit ſeinen Erfahrungen den jüngeren Einrichtungen mit Rat und Tat zur Seite ſtand.

Aber auch ſonſt war der Verein ſehr rührig, wenn auch nicht alle ſeine Pläne erfolgreich durchgeführt werden konnten. Eine Geſangsabteilung, die unter dem Namen „Liedertafel" kurz nach Begründung des Hauptvereins eingerichtet wurde, mußte im Jahre 1872 wieder aufgelöſt werden, ebenſo mußte der Plan, in Poſen ein großes deutſches Vereinshaus zu gründen, aufgegeben werden, trotzdem ein anſehnlicher Baufonds bereits zur Verfügung ſtand. Ein weiteres Unternehmen war jedenfalls von Erfolg gekrönt: Auf Veranlaſſung des Poſener Handwerkervereins wurde im Oktober 1873 eine Fortbildungsſchule in Poſen eingerichtet, die nach ihrer Eröffnung von 33 Lehrlingen beſucht wurde und von der Stadt Poſen einen jährlichen Zuſchuß von 2100 Mark erhielt. Der Nutzen einer ſolchen Einrichtung liegt auf der Hand.

Im übrigen war der Handwerkerverein noch an anderen beruflichen und ſozialen Fragen beteiligt: An der Ausſtellung und Prämiierung von Lehrlingsarbeiten, an der Einrichtung von Kurſen für Handfertigkeitsunterricht, an der Förderung von Ferienkolonien, an der Beſchickung von Ausſtellungen und Kongreſſen, an der Stellungnahme zu Innungsfragen, der

---

[4] Vgl. zuletzt etwa H. Bremme und W. Scharſchmidt, Rückblick auf die Geſchichte des deutſchen Handwerks im Oſten; Dr. Rühle, Vom alten deutſchen Handwerk im Wartheland, Warthegau-Wirtſchaft, Jg. 1. Nr. 11, Poſen, Dezember 1940; G. Maſing, Riga und die Oſtwanderung des deutſchen Handwerks, Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, Jg. 3 und 4, Leipzig 1939—1940.

[5] Vgl. Theodor Hermann Lange, Fünfzig Jahre Geſchichte des Deutſchen Handwerkervereins zu Poſen, Poſen 1912 ſowie Oskar Beckmann und Hans Grzonka, Siebzig Jahre Poſener Handwerkerverein 1862—1932, Poſen, März 1932.

Einrichtung einer Vereinsbücherei, die ſpäter jedoch aus nicht mehr erkennbaren Gründen an den Spar- und Bauverein in Poſen verkauft wurde: der Handwerkerverein veranſtaltete gemeinſame Beſichtigungen von induſtriellen Anlagen und widmete ſich der Fürſorge im Herbergsweſen, ein weitreichendes Arbeitsprogramm.

Von der Wirkſamkeit des Handwerkervereins in der Zeit von 1912—1922 iſt uns faſt gar nichts bekannt, da uns für dieſe Jahre die regelmäßigen Aufzeichnungen in den Protokollbüchern fehlen. Es iſt jedoch anzunehmen, daß der Weltkrieg und ſein unglücklicher Ausgang tief das Leben des Poſener Handwerkervereins bedrückt haben.

Erſt einige Jahre nach der Schaffung des neuen Polen, im April 1922, beriet man über eine etwaige Wiederbelebung des Vereins. Nach einer längeren Ausſprache beſchloß man, den Verein aufrechtzuerhalten, ſeine Ziele jedoch dahin abzuändern, daß der Verein ſich nunmehr lediglich die Vertretung und die Pflege der Intereſſen des Handwerks zu eigen machen ſollte.

Dementſprechend ſuchte man durch die Organiſierung einer Anzahl von Ausſchüſſen ſich den neuen Aufgaben anzupaſſen. Für das Lehrlingsweſen wurde ein Ausſchuß gebildet, der die Aufgabe hatte, der deutſchen ſchulentlaſſenen Jugend, die ſich einem Handwerk widmen wollte, geeignete Lehrſtellen zuzuweiſen und die techniſche Weiterbildung dieſer Lehrlinge zu fördern; andererſeits handelte dieſer Ausſchuß auch im Intereſſe der deutſchen Meiſter, ſo daß er den Standpunkt des Arbeitgebers und Arbeitnehmers vertrat. Ein anderer Ausſchuß war für die Errichtung eines Arbeitsnachweiſes für Handwerker eingeſetzt. Man wies bei dieſer im fremden Land doppelt wichtigen Einrichtung durch Zeitungsinſerat ſowie durch Verſendung von Reklamezetteln auf den Arbeitsnachweis hin und unterſtützte auch von dieſer Abteilung aus gelegentlich in Not geratene, durchreiſende Handwerksburſchen. Ein weiterer Ausſchuß war für die Wohlfahrt beſtimmt: Hier galt es, die durch den Weltkrieg, die politiſche Umwälzung und die Inflation hervorgerufenen Nöte zu lindern und die zahlreichen Invaliden der Arbeit mit Vereinsmitteln zu unterſtützen, die durch alljährliche Wohlfahrtsveranſtaltungen gewonnen wurden. Eine Sterbekaſſe zahlte den Hinterbliebenen ihrer Mitglieder nach jedem Sterbefall ſechshundert Zloty — alſo dreihundert Mark — aus und half damit über die gröbſte Not hinweg. Nach dem Ende der Inflation wurde ſchließlich auf den Wunſch der Mitglieder im November 1924 eine Poſener Kreditbank mit Hilfe des eigens dazu geſchaffenen Poſener Kreditvereins begründet.

Um ganz wie bei den Innungen Spezialfragen einzelner Gewerbe zu unterſuchen und zu ihnen Stellung nehmen zu können, wurden beim Poſener Handwerkerverein ſechs verſchiedene Fachgruppen eingerichtet. Unter ihnen befanden ſich: Das Nahrungsmittelgewerbe, das Bekleidungsgewerbe, das Baugewerbe, die Metallbearbeitung und gemiſchte Gewerbe. In der letzten Gruppe befanden ſich die Handwerksmeiſter der Stadt Schwerſenz.

Eine Beratungsſtelle beriet die Vereinsmitglieder in ſchwierigen Fragen der Lebensführung, in Berufs- und Steuerfragen zu beſonderen feſtgelegten Sprechſtunden.

Ein Kulturausſchuß wurde mit der Veranſtaltung von Vorträgen über Berufsfragen, über das Leben der deutſchen Volksgruppe in Polen ſowie über die allgemeine Wirtſchaftslage betraut. In den Jahren 1922—1931 wurden etwa vierzig größere Vorträge dieſer Art gehalten. Endlich ſorgte ein Vergnügungsausſchuß oft unter den ſchwierigſten Bedingungen für das geſellſchaftliche Leben ſeiner Mitglieder.

Der Poſener Handwerkerverein, der ſich zeitweiſe auch „Deutſcher Handwerkerverein“ genannt hatte, führte nach dem Weltkrieg und nach ſeiner Neugründung kein Einzeldaſein. Ohne ſeine Selbſtändigkeit irgendwie aufzugeben, war er ſeit 1923 an die größere Fachorganiſation des Verbandes deutſcher Handwerkervereine in Polen angeſchloſſen, der ſeinen Sitz in der Stadt Bromberg hatte.

2. Die Poſenſche Beſiedlungsgeſellſchaft

Infolge des Einwirkens völkiſch empfindender deutſch eingeſtellter Männer auf verantwortungsvollen Poſten im deutſchen Oſten lag es ſchon ſeit längerer Zeit im Zuge der großen politiſch-wirtſchaftlichen Entwicklung des Deutſchen Reiches, das durch die unterirdiſche polniſche Agitation beunruhigte Deutſchtum im Oſten nicht mehr auf ſeinen eigenen Kräften ruhen zu laſſen, ſondern in wohlüberlegter Erwägung der drohenden Gefahren die Hilfe des

Deutſchen Reiches für die hauptſächlich bedrohten Gebiete im deutſchen Oſten ſicherzuſtellen. Soweit es ſich dabei lediglich um die ſoziale Seite der Anſiedlung von Induſtriearbeitern handelte, gingen die erſten Anregungen von Paſtor F. von Bodelſchwingh in Bethel aus, der ſich unermüdlich um die Schaffung von Arbeiterheimſtätten in der Form von Arbeiterrentengütern bei der Regierung bemühte. Hier lag aber ein Gedanke vor, der durchaus auf dem Boden einer ſchwierigen Lage des dortigen Deutſchtums erwachſen war, das von dem unkontrollierbaren, ſtändig wechſelnden und wachſenden Polentum überwuchert zu werden drohte. Noch lange, bevor eine erſte Regelung durch das von den Polen ſo verſchriene Anſiedlungsgeſetz in dem Jahre 1886 erfolgte[6], hatten ſchon verantwortungsbewußte preußiſche Beamte auf bevorſtehende Gefahren in der Volkstumsfrage hingewieſen. Als einer der erſten dürfte ein Amtsrichter Kauffmann bereits Anfang November 1881 aus Thorn den Reichskanzler Bismarck in ſeiner Denkſchrift „Beitrag zur Löſung der Arbeiterfrage" darauf aufmerkſam gemacht haben: Reichsfeindliche Bezirke könnten durch Anſiedlung proteſtantiſcher Deutſcher auf dieſen Parzellen (Beſitz aus toter Hand) in reichsfreundliche umgewandelt werden[7].

Auf Grund obiger Ideen und Erwägungen erfolgte am 24. Oktober 1907 die Begründung einer Poſenſchen Beſiedlungsgeſellſchaft in der Form einer eingetragenen Genoſſenſchaft mit beſchränkter Haftpflicht[8]. Die Gründungsverſammlung der neuen Genoſſenſchaft ſetzte ſich in der Hauptſache aus Kreiſen der preußiſchen Beamten und deutſchen Gutsbeſitzer als den bewußten Trägern des deutſchen Staatsgedankens im Oſten zuſammen.

Die Poſenſche Beſiedelungsgeſellſchaft ſah nun ihre Hauptaufgabe darin, daß deutſche Arbeiter in der Umgebung der Provinzialhauptſtadt Poſen angeſiedelt würden, und zwar nicht nur im Induſtriebezirk, ſondern gerade auch in der Nähe deutſcher Güter nach dem Vorbild des oſtmärkiſchen Kleinſiedlungsdorfes Zabikowo. Oder wie es amtlich ſehr viel ausführlicher in den Statuten der Genoſſenſchaft heißt: „Gegenſtand des Unternehmens iſt in erſter Linie die Anſiedlung von unbemittelten deutſchen Handwerkern und Arbeitern, daneben aber auch unbemittelter deutſcher Familien jeden anderen Standes in der Nähe der Provinzialhauptſtadt Poſen. Zu dieſem Zwecke ſollen Ländereien angekauft, ganz oder teilweiſe verkauft, Bauten ausgeführt, Grundſtücke verpachtet, Wohnungen vermietet, wie ſonſtige den Grundſtücksverkehr betreffende Geſchäfte abgeſchloſſen und in allen Fällen die erforderlichen Gelder beſchafft werden. Der Geſchäftsbetrieb mit Nichtmitgliedern iſt zugelaſſen."

In Verfolg der einmal beſchloſſenen Ziele kam man zunächſt überein, die bereits beſtehende, obenerwähnte Arbeiterrentengutkolonie Zabikowo mit allen Rechten und Pflichten zu übernehmen und damit die Landbank in Berlin, die die Gründung der Kolonie ermöglicht hatte, von ihren finanziellen Verpflichtungen zu befreien. Die Kleinſiedlung Zabikowo — zu deutſch etwa: Froſchdorf — iſt in der Nähe von Poſen, in unmittelbarer Nachbarſchaft des Fabrikdorfes Luban und des ſpäter von der Anſiedlungskommiſſion geſchaffenen Anſiedlungsdorfes Junikowo gelegen und darf — trotz ihres undeutſchen Namens — als die erſte und größte aller deutſchen Arbeiterkolonien in der Provinz Poſen bezeichnet werden[9]. Die Beſonderheit lag darin, daß ſie zu einer Zeit entſtand, bevor die Rentengutgeſetzgebung der Jahre 1890/91 auch auf die Errichtung von Induſtriearbeiterſtellen ausgedehnt wurde[10]. Nach im Frühjahr 1905 gepflogenen Verhandlungen, an denen von ſeiten der Behörden der Oberpräſident, die Anſiedlungskommiſſion, die Generalkommiſſion Breslau mit der Spezialkommiſſion Poſen, das Konſiſtorium ſowie der Landrat des Kreiſes Poſen-Weſt vertreten war, erwarb die Landbank ein polniſches Bauerngut in der Nähe von Zabikowo, das durch einige Zukäufe auf 124 Hektar vergrößert wurde. Dieſes Gut Zabikowo wurde zur Rentengutkolonie auserſehen und bot neben einer größeren Anzahl öffentlicher Gebäude, wie Kirche, Schule, Krankenhaus, Apotheke und Poſt 195 Rentenſtellen in der Größe von 0,25 ha bis 1,17 ha, die den Induſtriearbeitern ein eigenes Heim auf eigener Scholle unter Bedingungen bieten konnten, die ihren Exiſtenzmöglichkeiten durchaus angepaßt waren[11]. Nach dem Beſiedlungsplan wurden größere und kleine Hausbauten ausgeführt, die öffentlich-rechtlichen Verhältniſſe geregelt, Arbeits- und Lohnfragen gelöſt, Verkehrsfragen verbeſſert und überhaupt für ein geſundes Wirtſchaftsleben der Kleinſiedler geſorgt. Nach einer im Herbſt 1912 erfolgten Aufſtellung ſtammten die 184 Anſiedler aus folgenden Gegenden:

---

[6] Vgl. zuletzt F. Lorenz; Die Parteien und die preußiſche Polenpolitik 1885—1886. Ein Beitrag zur Parteigeſchichte des Bismarck-Reiches, Halle 1938.

[7] Vgl. Reichsarchiv Potsdam II 2 I Gr. 11, 5 alh. Bd. 1.

[8] Zu der Gründungsverſammlung waren außer dem Landrat von Tilly, der die Verſammlung einberufen hatte und ſich auch die größten Verdienſte um die Entwicklung der Genoſſenſchaft und ihrer Pläne zuſchreiben konnte, erſchienen: Fabrikdirektor Wilm-Luban, Fabrikdirektor Dr. Sprockhoff-Luban, Architekt Kindler-Poſen, die Geſchäftsführer der Landbank Geller und Dr. Frohwein in Poſen, Spezialkommiſſar Regierungsrat Riechert, Fabrikbeſitzer Fechner in Poſen, Kommerzienrat Paulus in Poſen, Amtsrat Saſſe in Poſen, Fabrikbeſitzer Peyſer in Poſen, Paſtor Schatz in Zabikowo, Kreisarzt Dr. Heinze in Zabikowo, Gewerberat Plotke in Poſen, Geheimer Regierungsrat Haegermann in Poſen, Regierungsrat Schmid vom Oberpräſidium, Regierungsrat Schilling von der Regierung, Regierungsreferendar Dr. Müller in Poſen, Rittergutsbeſitzer Beuther in Poſen, Architekt Franke in Poſen, Regierungsaſſeſſor Hoffmann in Poſen ſowie der Landbankdirektor Lueder in Berlin.

[9] Vgl. Dr. Rudolf Maaß, Das oſtmärkiſche Kleinſiedlungsdorf Zabikowo. Beſchreibende und kritiſche Darſtellung der Arbeiterrentengutskolonie Zabikowo bei Poſen mit Grundriſſen, Lageplänen, einer Überſichtskarte und zahlreichen Abbildungen, Berlin 1913 = Schriften zur Förderung der inneren Koloniſation, Heft 15.

aus der Provinz Poſen	52
aus Weſtpreußen	11
aus Oſtpreußen	13
aus Schleſien	12
aus Pommern	16
aus Brandenburg	17
aus Berlin	10
aus der Provinz Sachſen	16
aus Thüringen	6
aus Hannover	2
aus der Rheinprovinz	11
aus Weſtfalen	6

Außerdem befanden ſich unter den übrigen 6 Rückwanderer aus Rußland, eine Erſcheinung, die in der Provinz Poſen nicht vereinzelt daſteht. Für die Geſtaltung der Kolonie ſelbſt hatte man die weittragendſten Pläne, die wohl dazu geeignet waren, aus dieſem erſten Verſuch einer Arbeiterkolonie im Oſten eine deutſche Muſterkolonie zu ſchaffen.

Wenn auch nach einigen Stimmen bei der früheren Begründung der Kolonie teilweiſe Fehler unterlaufen ſein ſollten, die nicht nur das finanzielle Problem, ſondern auch die Einrichtung als ſolche fraglich erſcheinen ließen, ſo ſtellte man doch ſeitens der verantwortlichen Männer der Poſenſchen Beſiedlungsgeſellſchaft feſt, daß genügend Arbeit in der Kolonie vorhanden ſei, und daß die Grundeinſtellung der Koloniſten nach den im November 1906 auf polniſche Umtriebe zurückzuführenden Angriffen in der Preſſe durchaus poſitiv zu beurteilen ſei; daß die Siedlung die Kinderkrankheiten endgültig überwunden habe und Inveſtierungen wohl berechtigt ſeien. Die Werte der einzelnen Grundſtücke ſeien im Steigen begriffen, die Anſiedler hätten preiswert gekauft und würden an ihrem Beſitz niemals etwas verlieren. Der Wohlſtand der Kolonie wachſe ſtetig, die von den Anſiedlern ausgeführten Ergänzungsbauten, die unter Ausnutzung von Baudarlehen erfolgt ſeien, überſtiegen bereits den Wert von 100 000 Mark uſw.

Demgegenüber ſcheint jedoch anderes nicht ganz ſo glatt vonſtatten gegangen zu ſein: Eine vorübergehende Arbeitsloſigkeit durch die Stillegung einer der hauptſächlichſten Fabriken bedrohte die Exiſtenz der Siedler; andererſeits wurden Klagen über die Bauausführung der Siedlerſtellen laut, und wurde die Frage nach der Rentabilität ſolcher Siedlungen überhaupt geſtellt. Das Gutachten der Sachverſtändigen beurteilte die Bauten als einfach, aber gut; bei den beſchränkten Geldmitteln ſei allerdings an Idealbauten nicht zu denken geweſen. Um die Frage nach der Rentabilität ſachgemäß zu beantworten, müſſe man in Erwägung ziehen, daß hier aus rohem Boden ein Kulturland geſchaffen ſei, daß die Löhne — wenn auch nicht erheblich — immerhin doch geſtiegen ſeien und wohl auch noch weiterhin ſteigen würden. Gefährlich ſei lediglich eine von außen hereingetragene Mißſtimmung, die es zu bekämpfen gälte. Die günſtige Entwicklung der erſten Arbeiterkolonie im Oſten überzeugte ſogar ſchließlich manche urſprünglichen Gegner.

---

[10] Erlaß vom 16. November 1891 betr. die Ausführung des Geſetzes vom 7. Juli 1891, betr. die Beförderung der Errichtung von Rentengütern; vgl. auch Dr. F. Darmſtaedter, Die Entſtehung der Rentengutsgeſetzgebung, Berlin 1915 = Schriften zur Förderung der inneren Koloniſation, Heft 17.

[11] Vgl. das ausführliche Bildmaterial in der zitierten Arbeit von R. Maaß.

Die einzige wirkliche Schwierigkeit, mit der die Siedlung Zabikowo und die Poſenſche Beſiedlungsgeſellſchaft zu kämpfen hatte, lag ſcheinbar in dem Umſtand, daß die erwartete Bewilligung eines Staatszuſchuſſes bisher noch nicht erfolgt war. Das Geſetz über die ſtaatliche Förderung von Arbeiterſiedlungen wurde erſt im März 1908 verabſchiedet und das Staatsminiſterium hatte die Grundſätze zur Ausführung desſelben noch weſentlich ſpäter, um 1911, feſtgelegt. Eine Siedlung von Arbeitern, die neben den Wohngebäuden ein Gemeindeamt, Poſt, Apotheke und eine Kirche beſitzen ſollte, und in der neben den Arbeitern auch die freien Berufe eines Arztes, von Kaufleuten und Handwerkern ausgeübt wurden, war ein zu groß angelegtes und kompliziertes Unternehmen, um zunächſt ohne Staatszuſchüſſe auskommen zu können. So war man ſich von vornherein darüber klar, daß bei einer Ablehnung des ſtaatlichen Zuſchuſſes viele wichtige Aufgaben der Siedlung bis auf weiteres ungelöſt bleiben müßten. Trotzdem hat man noch im Mai 1912 die Entwicklung der Siedlung Zabikowo ſowie die Ausſichten für die Zukunft als gut und die Verhältniſſe in der Siedlung als durchaus geſund angeſprochen. Im Auguſt 1913 bewohnten außer Beamten und Penſionären 130 Arbeiter und 29 Gewerbetreibende die Siedlung.

Immerhin war inzwiſchen Anſehnliches ſchon erreicht worden: Durch die Anlage der erſten Arbeiterſiedlung im deutſchen Oſten und ihre Unterſtützung durch die Poſenſche Beſiedlungsgeſellſchaft hatte man in dem ſchwierigen Problem der Induſtriearbeiterſiedlung auf national gefährdetem Boden einen entſcheidenden Schritt voran getan und eine Menge Erfahrungen geſammelt, die ſpäteren Gründungen zugute kommen konnten. Gleichzeitig war im Zuge der deutſchen Oſtmarkenpolitik ein Bollwerk des Deutſchtums errichtet, das einen geſunden deutſchen Arbeiterſtamm heranbildete, das deutſche Element ſichtlich ſtärkte und die benachbarten Fabriken von der bis dahin unumgänglichen Beſchäftigung polniſcher Arbeiter unabhängig machte. Darin liegt vor allem die hiſtoriſche Bedeutung der Siedlung Zabikowo; daß ſich zudem die Bemühungen der Poſenſchen Beſiedlungsgeſellſchaft als erfolgreich erwieſen, läßt ſich aus dem Umſtand erkennen, daß ſich kurz vor dem Weltkrieg, im Jahre 1913, etwa 40 ähnliche Kleinſiedlungsgenoſſenſchaften der Kleinſiedlungsarbeit in der alten Provinz Poſen widmeten.

Es war klar, daß der Ausbruch des Weltkrieges auch die Exiſtenz der Poſenſchen Beſiedlungsgeſellſchaft mit ihren Plänen ſtark erſchüttern mußte. In einer Zeit, in der es galt, alles in dem Kampf um Sein oder Nichtſein einzuſetzen, konnten weitgreifende Pläne der Friedenszeit nicht mehr verfolgt werden, und mußte man ſich auf eine Erhaltung des Beſtehenden beſchränken. Die Poſenſche Beſiedlungsgeſellſchaft hat dann noch regelmäßig bis zum Kriegsende ihre ordnungsmäßigen Mitgliederverſammlungen abgehalten, bis unter dem Druck der Verhältniſſe die Wirtſchaftslage immer ungünſtiger wurde und die Genoſſenſchaft ſchließlich, der völligen Veränderung der politiſchen und wirtſchaftlichen Lage Rechnung tragend, einſtimmig beſchloß, das Liquidationsverfahren zu eröffnen. Verhandlungen mit den polniſchen Behörden über die Liquidation bilden den Abſchluß der Tätigkeit der Poſenſchen Beſiedlungsgeſellſchaft.

Wenn auch die Poſenſche Beſiedlungsgeſellſchaft entgegen ihrer urſprünglichen, in den Statuten feſtgelegten Abſicht nur eine einzige, ſchon begründete Arbeiterſiedlung unterhalten konnte und ihr daher eine glänzende Wirkſamkeit im Großen verſagt geblieben iſt, wird man doch heute dieſen erſten Verſuch, Arbeiterſiedlungen im Oſten zu ſchaffen und mit Hilfe von Genoſſenſchaften zu unterhalten, gebührend zu würdigen wiſſen und aus den Problemen der damaligen Zeit manches Wertvolle für die Gegenwart entnehmen dürfen.

3. Der Verein deutſchſprechender Meiſter und Arbeiter in Lodz-Litzmannſtadt

Am 10. Juni 1906 wurde der Verein deutſchſprechender Meiſter und Arbeiter in Lodz gegründet. Der Name des Vereins iſt dabei ſicher mit Vorbedacht ſo gewählt worden: man wollte hier wie bei ähnlichen anderen Verbänden in Lodz mit Rückſicht auf die allgemeinen Vereinsgeſetze und die ruſſiſchen Zenſurbeſtimmungen nicht Gefahr laufen, in ſeinen Tendenzen verkannt zu werden, und gab deshalb dem korrekten, unverdächtigen Ausdruck „deutſchſprechend“ den Vorzug[12]. Gleichzeitig war damit der Kreis der Mitglieder nicht nur etwa auf deutſche Staatsangehörige beſchränkt, ſondern auch auf deutſchſprechende Untertanen des ruſſiſchen Zarenreiches erweitert. So iſt denn auch die Gründung eines ſolchen Vereins, der neben ſeinem Charakter als Berufsverband deutſches Weſen und deutſche Arbeit betonte, in erſter Linie dadurch ermöglicht worden, daß die zuſtändige ruſſiſche Regierung die Beſtimmungen des damaligen Vereinsgeſetzes gemildert hatte[13]. Auf dieſe Weiſe konnte der Verein am 9. Juni 1907 in das Vereinsregiſter der örtlichen Behörde unter der Nummer 108 eingetragen werden.

Laut Statut hat der Verein deutſchſprechender Meiſter und Arbeiter in Lodz den Zweck, die Mitglieder zu vereinigen in geiſtiger und kultureller Beziehung und im Notfalle ſowie im Falle der Arbeitsunfähigkeit den Mitgliedern Unterſtützung angedeihen zu laſſen; die allgemeinen Intereſſen und Rechte der Arbeiter und Meiſter deutſcher Nationalität zu verteidigen unter Wahrung der freundſchaftlichen Beziehungen zu der örtlichen Bevölkerung. Zur Erlangung des obengenannten Zieles hat der Verein das Recht, ſeine Mitglieder zu rekommandieren, Aufführungen und Vorſtellungen zu veranſtalten; allgemeinbildende Kurſe und Bibliotheken ſowie auch Unterſtützungskaſſen zu eröffnen.

Wie aus dieſen Beſtimmungen des Statutes erſichtlich iſt, waren die Ziele, die ſich der Verein geſtellt hatte, nach Maßgabe der Dinge und der beſonderen Situation außerordentlich vielſeitig und ſahen neben einer grundſätzlichen großzügigen Betreuung völkiſcher Intereſſen eine umfangreiche, notwendige und ſegensreiche Tätigkeit auf dem Gebiet der ſozialen Unterſtützung ihrer Mitglieder vor.

Dementſprechend waren auf der Gründungsverſammlung, die durch den Webermeiſter Adolf Müller einberufen wurde, zahlreiche Deutſche aus verſchiedenen Ständen und Berufsgruppen erſchienen. Die Verſammlung ſelbſt wurde von dem Induſtriellen Ernſt Leonhardt als dem Vorſitzenden der damaligen „Deutſchſprechenden Konſtitutionellen Liberalen Partei“[14] eröffnet und geleitet. Aus dieſem Umſtand ſowie aus der ſpäter feſtgelegten Vereinbarung, daß dem Komitee der deutſchſprechenden Partei in Lodz das Recht zugeſtanden wurde, von ſich aus zwei Mitglieder dieſes Komitees in den Vorſtand des Vereins mit Sitz und Stimme zu delegieren, darf man wohl ohne weiteres die Folgerung ziehen, daß die Gründung des Vereins auf die Initiative dieſer Organiſation erfolgt iſt.

Die Gründung des Vereins hatte bei der deutſchen Bevölkerung der Stadt Lodz großen Anklang gefunden, wie ſich aus dem ſtarken Intereſſe für den Verein und die ſtändig und ſchnell anſteigende Mitgliederzahl erſehen läßt. Einige Zahlen mögen hierfür den Beweis erbringen: So war die zweite, am 17. Juni 1906 abgehaltene Verſammlung bereits von hundert Perſonen beſucht, während eine weitere, am 12. Auguſt des gleichen Jahres einberufene öffentliche Verſammlung die gewiß ungewöhnliche Anzahl von dreihundertfünfzig Perſonen aufwies. Die Mitgliederzahl betrug zu dieſer Zeit bereits dreihundertvierundfünfzig Perſonen. Dieſe günſtige Entwicklung dauerte an: Auf der erſten ordentlichen Generalverſammlung am 13. Januar 1907 konnte man auf einen Beſtand von 744 Mitgliedern und auf ein Barvermögen von etwa 1150 Rubel blicken. Die ungewöhnlich erfreuliche Entwicklung dieſes Vereins der arbeitenden deutſchen Bevölkerung in Lodz findet am eheſten ihre Erklärung darin, daß der Verein eben ein großzügiges ſoziales Programm in der Form der Selbſthilfe aufgeſtellt und mit friſchem Mute zum großen Teil auch gleich in die Tat umgeſetzt hatte; gehörte doch in ſeinen Bereich die Unterſtützung der Mitglieder im Falle der Arbeitsloſigkeit, deren

---

[12] In Lodz exiſtierten Vereine mit ähnlichen Titeln, vgl. z. B. den Verein deutſchſprechender Katholiken, deutſchſprechende Konſtitutionelle Liberale Partei u. a. mehr

[13] Vgl. das ruſſiſche Geſetz über Berufsvereine vom 4/17. März 1906; A. von Witte, die Gewerkſchaftsbewegung in Rußland, in: Volkswirtſchaftliche Abhandlungen der badiſchen Hochſchulen, Bd. X, Erg.-Heft 3, Karlsruhe 1909, S. 26ff.

[14] Dieſe Partei, deren Bezeichnung recht merkwürdig iſt, ſcheint ſonſt unbekannt zu ſein: Verbindungen mit reichsdeutſchen Parteien wurden von ihr ſcheinbar nicht gepflegt. Vielleicht bedeutet „Partei“ hier nicht viel mehr als „Verein“.

Schrecken in der Kriſenzeit der Lodzer Induſtrie wohl bekannt waren, und weiterhin eine Alters- und Invalidenunterſtützung, eine Witwen- und Waiſenkaſſe ſowie eine Sterbekaſſe.

Wie notwendig dieſe Art der ſozialen Betreuung innerhalb der deutſchen Bevölkerung in der polniſchen Induſtrie-Großſtadt war, läßt ſich aus dem Umſtand erkennen, daß die Unterſtützungskaſſe bald wöchentlich 320—340 Rubel Unterſtützungsgelder auszahlen mußte. Um demgegenüber eine allzuſtarke Belaſtung der Vereinskaſſe zu vermeiden, beſchloß man in der Generalverſammlung am 8. April 1907, ſich ſelbſt zugunſten der Arbeitsloſen mit einem Betrag von 5 bis 10 v. H. des Lohnes zu beſteuern. Im Hinblick auf die ſchwierigen Einkommensverhältniſſe der meiſten Mitglieder eine hervorragende ſoziale Tat!

Aber auch andere ſoziale Probleme verſuchte man hier einer Löſung nahezubringen: Vom Verein wurde z. B. die immer wieder auftauchende komplizierte Frage der Landarbeiter ernſthaft ins Auge gefaßt und ein Ausgleich in der Form durchgeführt, daß die Saiſonarbeiter im Sommer doppelte Beträge entrichteten, um dafür im Winter auch höhere Unterſtützungen zu beziehen.

Trotz dieſer Nöte, die in der damaligen ungünſtigen und kriſenhaften Wirtſchaftslage ihre Erklärung fanden, gelang es, das Vereinsleben weiter zu entwickeln. Es entſtand ein eigener Geſang- und Muſikchor, und ſpäter veranſtaltete der Verein regelmäßig allgemeinbildende Vorträge und Fachvorträge für ſeine Mitglieder, die der Hebung der Bildung dienen ſollten. Als der Verein auf der Höhe ſeiner hier ſkizzierten Aufgaben ſtand und die Früchte ſeines ſegensreichen Wirkens hätte ernten können, da brach der Weltkrieg aus und ſchuf auf einmal eine völlig veränderte Situation: Die meiſten Vereinsmitglieder zogen ins Feld und andere kehrten nach Deutſchland zurück, um dort die Arbeit wieder aufzunehmen. So verblieb in Lodz ſelbſt nur ein ganz geringer Beſtand von Mitgliedern, die das Vereinsleben unter den erſchwerten Lebensbedingungen mit ſeinen vielſeitigen ſozialen Verpflichtungen nicht mehr aufrechterhalten konnten: ein Schickſal, das in der Geſchichte der Vereine keineswegs vereinzelt daſteht.

Unmittelbar nach Beendigung des Weltkrieges, am 24. November 1918, traten jedoch die in Lodz verbliebenen Mitglieder des letzten Verwaltungsrates des Vereins bereits wieder zuſammen, um über eine Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit zu beratſchlagen. Man kam zu einem poſitiven Ergebnis und begann unter den ungünſtigſten Verhältniſſen, ohne finanzielle Hilfe und mit einer unbedeutenden Zahl wirtſchaftlich völlig erſchöpfter Mitglieder den Wiederaufbau des Vereins. Die Bemühungen waren endlich mit Erfolg gekrönt. Es fanden ſich in Lodz immer mehr zurückkehrende Deutſche ein, die dem Verein wieder beitraten. Am 30. März 1919 wurde die erſte Generalverſammlung nach dem Weltkrieg einberufen, und bald war der Verein wieder mit ſeinen früheren Sektionen tätig. Anfang 1920 wurde ein neues Statut ausgearbeitet und von den polniſchen Behörden genehmigt.

Während jedoch der Verein unter ruſſiſcher Staatsoberhoheit bisher das Hauptgewicht auf die Hilfsaktion für ſeine Mitglieder gelegt hatte, wurde jetzt nach dem Weltkrieg unter Berückſichtigung der neuen politiſchen Verhältniſſe in einem neuerſtandenen deutſchfeindlichen Polenſtaate das kulturelle Leben beſonders gepflegt. Jede andersartige Betätigung ſchien bei der Unduldſamkeit des polniſchen Staates, der mit Argusaugen auf die Befolgung der von ihm in engen Grenzen gehaltenen Beſtimmungen durch alle nichtpolniſchen Minderheiten ängſtlich achtete, praktiſch nicht mehr durchführbar. Trotzdem wurde verſucht, das Beſte aus der einmal gegebenen Lage zu ſchaffen. Im Jahre 1923 wurde eine Vereinsfahne geſchaffen[15], unter deren Symbol eine weitere ſtarke Aufwärtsbewegung des Vereins zu bemerken war. Im Jahre 1925 wurde für die Mitglieder eine leiſtungsfähige Sterbekaſſe eingerichtet, die im Jahre 1931 ſechshundert Mitglieder zählte und die ſich zur Hauptſtütze des Vereins entwickelte. Eine Radfahrſektion, die Gemeinſchaftsausflüge unternahm und den Sportgedanken pflegte, wurde 1927 bei dem Verein gegründet und erfreute ſich ebenfalls reger Beteiligung. Da die Mitgliederzahl des Hauptvereins ſich ſtändig ſteigerte, erwies ſich das urſprüngliche Vereinslokal als zu klein, und es wurde im Jahre 1929 beſchloſſen, zwecks Schaffung eines eigenen Vereinshauſes einen Bauplatz in Ruda Pabianicka, in unmittelbarer Nähe von Lodz, zu kaufen. Als ſpäter die Entwicklung infolge der Einwirkung äußerer Kräfte wieder ungünſtiger wurde, mußte man freilich auf den Gedanken eines eigenen Heimes ſcheinbar verzichten. Trotzdem hat der Verein in Polen, nachdem er noch einmal im März 1934 ſeine Statuten den neuen Geſetzen angepaßt hatte, bis in die letzte Zeit, bis zur Auflöſung des polniſchen Staates, ſegensreich gewirkt, wie dies aus den ſorgfältig, erſt in deutſcher und ruſſiſcher Sprache, ſpäter in deutſcher und polniſcher Sprache geführten Protokollbüchern hervorgeht.

---

[15] Hierbei ſtiftete die Lodzer Webermeiſter-Innung, mit der der Verband ſcheinbar in näherer Beziehung ſtand, auf Antrag einen anſehnlichen Betrag.

Die Geſchichte dieſes Vereins deutſchſprechender Meiſter und Arbeiter in Lodz zeigt uns, daß der Verein auch in der Nachkriegszeit unter den drückendſten Verhältniſſen ſeine Aufgaben innerhalb der deutſchen Bevölkerung in Lodz voll erfüllt hat. Der Verein gehörte zu den ſtärkſten deutſchen Organiſationen in Lodz.

4. Der chriſtliche Commisverein zu gegenſeitiger Unterſtützung in Lodz[16].

Der chriſtliche Commisverein in Lodz wurde nach (der vorhergehenden) behördlichen Genehmigung der Statuten im Mai 1907 ins Leben gerufen, wobei dem neuen Verein ſofort 43 Mitglieder beitraten. Am Ende des Jahres 1907 zählte der Commisverein dank einer rührigen Progagandatätigkeit bereits 226 wirkliche und 9 Protektormitglieder.

Der eigentliche Aufgabenkreis des Vereins findet ſchon in ſeinem Namen Ausdruck: Er war dazu geſchaffen, die beruflichen Intereſſen der jüngeren Handelskreiſe der Stadt Lodz zu vertreten und in Notlagen ſich gegenſeitig zu unterſtützen. Wie dieſer chriſtliche Commisverein dann mit dieſen Aufgaben fertig geworden iſt, wird durch ſeine Geſchichte deutlich.

In raſcher Reihenfolge entſtanden um den Verein verſchiedene Sonderabteilungen und Sektionen, je nachdem nun ein beſtimmtes Intereſſe beſonders dringend wurde: So wurde im April 1908 bei dem Commisverein eine Stellenvermittlung geſchaffen; es wurde eine Muſik- und Geſangsſektion gebildet, durch Spenden von Mitgliedern der Grundſtock für eine Vereinsbibliothek gelegt; es wurde ſchließlich eine Informationsabteilung geſchaffen, die die Mitglieder in allen Berufsfragen zu beraten und aufzuklären hatte. Ein Jahr ſpäter, 1909, wurden erſtmalig die Handels- und Sprachkurſe des Vereins eröffnet, die dann regelmäßig jährlich vom Oktober bis in den Mai hinein liefen und mit Ausnahme der Kriegsjahre 1914—1918 einen großen Erfolg brachten. Wenn auch in den ſtatiſtiſch zu erfaſſenden Jahren 1923—1931 die Zahl der abgelegten Prüfungen nur einem Viertel bis zur Hälfte der jeweils angemeldeten Zahl von Hörern und Hörerinnen entſprach, iſt das Ergebnis im ganzen betrachtet doch nicht ausgeſprochen ungünſtig. — Im Oktober 1910 wurde für die Mitglieder des Vereins eine Leihbibliothek eröffnet, die bis zum Jahre 1912 auf 1600 Bücher vergrößert wurde und hauptſächlich deutſches, polniſches und ruſſiſches Unterhaltungsſchrifttum enthielt. Im Jahre 1910 wurde auch die Einrichtung getroffen, daß beim Tode eines jeden Mitgliedes hundert Rubel den Hinterbliebenen als Unterſtützungsſumme ausgezahlt wurden; das konnte jedoch nur bis zum Jahre 1917 durchgeführt werden, da die verfügbaren Gelder bis zu dieſem Termin reſtlos erſchöpft waren. Des weiteren wurden Diskuſſionsabende eingerichtet, die ſich großer Beliebtheit erfreuten, im Kriege aber doch wieder aufgegeben werden mußten.

Im Jahre 1911 entſchließt man ſich dazu, eine Reiſenden-Sektion zu ſchaffen, deren Aufgabe die Pflege der Berufsintereſſen, der Geſelligkeit ſowie der gegenſeitigen Hilfeleiſtung ſein ſollte; auch dieſe Abteilung wurde zu Beginn des Weltkrieges aufgelöſt und ſpäter infolge der grundſätzlichen Wandlung im Geſchäfts- und Berufsleben nicht wieder neu gegründet. Daneben beriet eine Statutenkommiſſion ein neues Vereinsſtatut, nach dem die Protokolle nicht wie bisher nur in deutſcher, ſondern nunmehr in deutſcher und ruſſiſcher Sprache geführt wurden.

Entſprechend der Vielfältigkeit der verſchiedenen Abteilungen war die Zahl der Mitglieder ſtändig im Steigen begriffen: Sie betrug im Jahre 1914 über 750 wirkliche Mitglieder und über 70 Protektoren. Nach der Kriſe der Kriegsjahre überſchritt ſie im Jahre 1920 die Zahl

---

[16] Vgl. Der chriſtliche Commisverein zu gegenſeitiger Unterſtützung in Lodz. Geſchichte ſeiner Tätigkeit in den erſten 25 Jahren ſeines Beſtehens 1907 bis 1932. Lodz 1932.

Tauſend und ſteigerte ſie bis zum Jahre 1929 ſogar auf 1200[17]. So hatte es der Verein verſtanden, ſich binnen weniger Jahre zu einem Machtfaktor in ſeiner Heimatſtadt zu entwickeln und einen guten Teil der Berufstätigen dieſes Erwerbszweiges in ſich zu organiſieren.

Der Ausbruch des Weltkrieges ſtellte den Verband vor eine gänzlich neue Situation: Viele Mitglieder traten unter die Waffen, viele andere wurden als Ausländer ins Innere Rußlands verſchickt, und auch äußerlich wurde die Tätigkeit des Vereins durch die Benutzung des Vereinslokals als Lazarett unterbunden. Den neuen Verhältniſſen entſprechend richtete man eine Art Volksküche ein, in der man ein billiges Mittagsmahl für 35 Kopeken ausgab, und ſorgte durch die Gründung einer Lebensmittelgenoſſenſchaft für eine weitgehende Unterſtützung der Mitglieder in ihrem Lebensunterhalt, Einrichtungen, die ſich recht gut bewährten und die erſt 1920 bzw. 1921 aus Mangel an Bedarf wieder aufgehoben wurden.

Es zeugt für den vorbildlichen Zuſammenhalt und die innere Berechtigung des Vereins, daß er kurz nach der Konſolidierung der allgemeinen Verhältniſſe das Vereinsleben in neuer Form wieder erſtehen laſſen konnte. Es wird eine Damenſektion gegründet, im Herbſt 1920 entwickelte ſich eine Vortragsſektion, die auf Grund früherer Einzelaktionen nunmehr ſyſtematiſch für die fachliche und allgemeine Weiterbildung der Mitglieder tätig war, und die durch ihre Mannigfaltigkeit wirklich jedem etwas bringen mußte. In dem Jahre 1922 wurde zum erſten Male ein, ſpäter alljährlich tagender, Seniorenkonvent berufen, der aus langjährigen und verdienten Mitgliedern beſtand und der für beſondere, wichtige Entſcheidungen zuſtändig war. Im Jahre 1921 begann man ſogar mit der Herausgabe eines eigenen Fachblattes, dem „Monatsblatt des chriſtlichen Commisvereins“, das ſich allerdings infolge der hohen Unkoſten nicht länger als 1 Jahr halten ließ. Später (1933) wurden vom Verein die monatlichen „Berufsnachrichten“ herausgegeben, die ſich in gediegener Form bis zuletzt hielten. Im Jahre 1924 wurde eine eigene Vereinsbühne geſchaffen, die auch über den Rahmen des Vereins hinaus an Bedeutung gewann: Da es in Lodz kein deutſches Theater gab, mußten die dort anſäſſigen Vereine mit ihren Liebhabervorſtellungen einſpringen. Eine weitere dankbare Aufgabe für den Verein und die im fremden Lande lebenden Deutſchen! — Im Jahre 1927 ſchritt man dazu, in Zgierz eine Ortsgruppe des chriſtlichen Commisvereins in Lodz zu gründen, hatte aber infolge der örtlichen ungünſtigen Verhältniſſe wenig Erfolg damit. Noch in den letzten Jahren bemühte man ſich, die ſoziale Lage der Mitglieder zu verbeſſern, eine koſtenloſe Lebensverſicherung einzuführen ſowie weitere Wohlfahrtseinrichtungen auf dem Prinzip der Gemeinnützigkeit zu ſchaffen.

Eine beſondere Rolle im Leben des chriſtlichen Commisvereins ſpielte die Buchhalterſektion, die in den Jahren 1927—1928 gegründet wurde. Der Zweck dieſer beſonderen Sektion lag in einem engeren Zuſammenſchluß der im chriſtlichen Commisverein organiſierten Buchhalter, Hilfsbuchhalter und Korreſpondenten. Damit verbunden wollte man die gemeinſamen geſellſchaftlichen und wirtſchaftlichen Intereſſen wahren, eine Beſſerung der Rechtsverhältniſſe des Buchhalterſtandes und eine Hebung ſeines Anſehens herbeiführen ſowie für die Förderung der Fach- und Allgemeinbildung in der Ausübung des Berufes Sorge tragen. Nach dem hier gezogenen Rahmen ſah man vor, auf die Geſetzgebung und auf die Rechtſprechung in allen Berufsfragen nach Möglichkeit einzuwirken; man wollte Mitglieder in allen dahingehenden Berufsproblemen koſtenfrei, fremde Perſonen gegen Gebühren beraten, wollte für die Sektionsmitglieder Stellungen als Buchhalter vermitteln, ein Ehren- und Schiedsgericht einführen, man förderte durch Vorträge, Diskuſſionsabende, Preisausſchreiben und Wettbewerbe das Fachwiſſen der Buchhalter; man wollte ein Archiv und eine Bücherei zur Sammlung ſchöngeiſtigen, ſtatiſtiſchen und fachwiſſenſchaftlichen Materials einrichten. Man plante die Herausgabe einer Fachzeitſchrift und ſah einen Gedankenaustauſch mit verwandten Berufsvereinigungen vor. Schließlich dachte man auch an die Veranſtaltung öffentlicher Buchhalterverſammlungen, Gau- und Landeskongreſſe der Buchhalter. Ein weitſchichtiges Programm, das ſachlich allen Anforderungen durchaus entſprach, von dem aber trotz rührigſter Tätigkeit der Sektionsleitung nicht alles durchgeführt werden konnte.

---

[17] Vgl. die Aufſtellung über die Mitgliederbewegung 1907—1930, a. a. O. S. 62 — Eine im Jahr 1910 gelegentlich einer Moderniſierung der Vereinskanzlei geſchaffene Mitgliederkartei iſt im Weltkrieg leider verſchleppt und zerſtört worden.

Ein weiteres dankbares Tätigkeitsfeld des Vereins lag in der Arbeit der ſog. Zwiſchenverbandskommiſſion, die etwa in dem Jahre 1922 geſchaffen wurde. Sie unterſchied ſich inſofern von den übrigen Sektionen und Abteilungen, als ihre Wirkſamkeit nicht nur im Verein ſelbſt, ſondern auch außerhalb desſelben lag. Hier handelte es ſich vornehmlich darum, die Fragen der Angeſtellten in ihrer ganzen Vielfältigkeit zu behandeln: Die Mitglieder in Berufsangelegenheiten zu beraten, in Streitfällen zwiſchen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermitteln, Geſetze und Geſetzentwürfe zu entwerfen und zu begutachten, überhaupt das Recht der Angeſtellten nach außen hin zu vertreten.

In der Not der Kriegs- und Nachkriegszeit, in der eine große Arbeitsloſigkeit herrſchte, in der die Fragen der Beſoldung vielfach völlig ungeklärt waren und Unterſtützungen irgendwelcher Art nicht gezahlt wurden, mußten die Organiſationen der Angeſtellten für ihre Mitglieder ſchon ſelbſt ſorgen. Infolgedeſſen verband ſich der chriſtliche Commisverein mit einer Anzahl verwandter polniſcher Verbände in Lodz, um die Forderungen ihrer Mitglieder erfolgreich vertreten zu können. Das Verbindungsglied ſtellte die Zwiſchenverbandskommiſſion dar, in der ſich jeweils zwei bis drei Vertreter der angeſchloſſenen Verbände befanden. Auf dieſe Weiſe erreichte man eine Unterſtützung durch den Lodzer Magiſtrat, die Einrichtung billiger und unentgeltlicher Eſſen, die Unterſtützung ſtellenloſer Angeſtellten durch den polniſchen Staat, eine dringend notwendige Gehaltsregulierung, die den tatſächlichen Lebensbedingungen entſprach, und die Feſtſetzung von Minimal-Gehaltstarifen, um die jedoch mit den Induſtrieverbänden hartnäckig gekämpft werden mußte.

Nach der Stabiliſierung der allgemeinen Verhältniſſe bemühte ſich die Zwiſchenverbandskommiſſion darum, mit Hilfe der ihr naheſtehenden Abgeordneten eine Verbeſſerung der ſozialen Geſetzgebung zu erreichen, ohne ihre anderen Aufgaben darüber zu vergeſſen.

In der letzten Zeit iſt der chriſtliche Commisverein in den Berufsverband deutſcher Büro- und Handelsangeſtellten in Polen übergegangen.

So hat denn der chriſtliche Commisverein in Lodz wirklich ein gut Teil ſeines Programms trotz denkbar ungünſtiger Bedingungen durchführen können, und darf voller Stolz auf eine ſegensreiche Tätigkeit innerhalb der berufstätigen deutſchen Bevölkerung von Lodz-Litzmannſtadt und Umgebung zurückblicken.

5. Die Webermeiſter-Innung in Lodz-Litzmannſtadt

Eine der älteſten und größten deutſchen Berufsorganiſationen in dem ehemaligen Polen iſt die deutſche Webermeiſter-Innung in der bekannten Tuchmacher- und Weberſtadt Lodz[18], das die Polen ſo gern unter Anlehnung an eine ältere Bezeichnung „das polniſche Mancheſter" nannten. Die Webermeiſter-Innung iſt mit der Geſchichte der Stadt Lodz und ihrer Entwicklung, die aus den beſcheidenſten Anfängen zu einer bedeutenden Großſtadt und zum Induſtriezentrum ſchlechthin führte, aufs engſte verknüpft und hat dieſe einzigartige Entwicklung durch ihre Wirkſamkeit zum großen Teil erſt ermöglicht. Dafür kann ein Überblick über die Geſchichte der deutſchen Webermeiſter-Innung am eindrucksvollſten ſelbſt zeugen.

Die Vorausſetzungen für die Begründung dieſer Webermeiſter-Innung waren in den beſonderen Verhältniſſen Polens zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegeben. Nach der zweiten Teilung Polens in dem Jahre 1793 ſtand Lodz zunächſt unter preußiſcher, ſpäter dann unter ruſſiſcher Oberhoheit und hat unter dieſem Zeichen den erſten Aufſtieg vom reinen Agrarland zum Sitz von Handel und Gewerbe erlebt. Nach dem durch die napoleoniſchen Kriege erfolgten Niedergang des Landes ſtand an der Spitze einer Reihe wohldurchdachter Maßregeln zur Entwicklung und Förderung einer Induſtrie ein Erlaß neuer Innungsſatzungen vom 31. Dezember 1816, der eine grundſätzliche Regelung für das geſamte Handwerk und Gewerbe in dem vom Wiener Kongreß geſchaffenen Königreich Polen bedeutete. Da ein derartig großzügiges Programm der Induſtrialiſierung eines Landes ſich nicht auf die allmähliche Umſtellung ſchwer faßbarer Bevölkerungskreiſe verlaſſen konnte, wurde von dem ruſſiſchen Statthalter Polens,

---

[18] Zwiſchen Tuchmacherinnung und Weberinnung iſt genau zu unterſcheiden.

Fürſt Zajączek auf dem Wege einer Verordnung vom 18. September 1820 eine Reihe von Ortſchaften Polens zu künftigen Fabrikſtädten auserſehen: Lodz, Pabianitz, Zgierz, Lentſchütz, Turek, Sieradz, Unijów, Rawa, Skiernewice, Goſtynin, Przedecz, Kaliſch, Tſchenſtochau, Kolo, Błędów und Dąbin, von denen ſich dann im Laufe der Zeit Lodz am ſtärkſten entwickelt hat. Weitere Fabrikanlagen, z. B. in Konſtantynów und Tomaſchew, entſtanden durch die Initiative dort anſäſſiger Großgrundbeſitzer. Daneben mußte notwendigerweiſe eine verſtändige Einwanderungspolitik erfolgen, die die zur Induſtrialiſierung geeigneten Menſchen, ausgebildete und bewährte Fachleute, durch die Gewährung beſonders günſtiger Arbeitsbedingungen nach dem Vorbild früherer Freiheiten ins Land ziehen ſollte. Als ſolche galten die Befreiung vom Heeresdienſt für die Einwanderer und ihre Söhne, die Befreiung von Abgaben und Steuern für die Zeitſpanne der erſten ſechs Jahre ſowie die zollfreie Einführung von Hausgerät und Handwerkszeug. Als Land, das derartige Fachkräfte unbeſchadet abgeben konnte, kam hauptſächlich Deutſchland in Frage.

Unter dieſen Auſpizien wurde am 9. November 1824 die deutſche Webermeiſter-Innung unter der amtlichen polniſchen Bezeichnung „Cech Płócienniczy" (Weberinnung) in Lodz begründet[19]. Daneben wurde wenig ſpäter, am 29. Auguſt 1825, eine Lodzer Webergeſellen-Innung unter die Aufſicht der Webermeiſter geſtellt. Die Webermeiſter-Innung umfaßte nach der im Jahre 1912 im Lodzer Magiſtrat aufgefundenen Gründungsurkunde, deren Fakſimile der Feſtſchrift zur Feier des hundertjährigen Jubiläums der Webermeiſter-Innung in Lodz beigegeben iſt[20], bereits damals 16 Webermeiſter und 17 Webergeſellen. Bis zum Jahre 1912 hatte man fälſchlich als Gründungsdatum ganz allgemein den 27. Mai 1828, die Zeit des erſten Amtsſiegels, auf Grund des älteſten Innungsſtammbuches angenommen. Die Tatſache, daß keiner der bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lebenden Gründer oder Erſtgemeldeten bei den verſchiedenen Gedenktagen das Gründungsjahr genau gewußt haben ſoll, iſt ſchon früher aufgefallen und wirklich ſchwer verſtändlich. Solange wir nicht etwa noch durch neue Aktenfunde eines beſſeren belehrt werden, darf man die Vermutung ausſprechen, daß die deutſche Webermeiſter-Innung nach der Einführung des Innungszwanges doch nicht zunächſt nur eine loſe Vereinigung der hauptſächlichſten Intereſſenten dargeſtellt haben kann, daß aber der erſte Vorſtand der Innung ſeine Pflichten nicht ſehr genau genommen und überhaupt keine Bücher geführt hat, und daß erſt auf den Druck der Behörden ſpäter mit der Führung ordnungsmäßiger Bücher begonnen wurde. So ließ ſich auch die auffallend ſtarke Anzahl von 82 Anmeldungen am 27. Mai 1828 leichter erklären.

Intereſſant iſt die Herkunft der deutſchen Webermeiſter aus der erſten Zeit der Innung. Nach archivaliſchen Belegen[21] ſtammen von den obengenannten 82 Webermeiſtern

53 aus Sachſen (meiſt Oberlauſitz),
15 aus Böhmen,
je 3 aus Schleſien, Preußen und der Pfalz,
2 aus Mähren,

ſowie 3 aus nicht näher bezeichneten Ländern. Später war allerdings Nordböhmen als Urſprungsland weit ſtärker beteiligt. Von den 2500 Webermeiſtern der erſten 50 Jahre kamen

610 aus verſchiedenen Ortſchaften Sachſens,
660 aus verſchiedenen Orten Böhmens,

---

[19] Vgl. Feſtſchrift zur Feier des 100jährigen Jubiläums der Webermeiſter-Innung zu Lodz 1824 bis 1924, Hundert Jahre Lodzer Webermeiſter Innung 1824—1924, Anhang zur Feſtſchrift zur Feier des 100jährigen Jubiläums der Webermeiſter-Innung zu Lodz, Beitrag zur Geſchichte der Webermeiſter-Innung zu Lodz, Lodz 1939; E. O. Koßmann, Forſchungen zur Geſchichte der deutſchen Tuchmacherei im Mittelpolen, in Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 1. Jg. 1937, S. 378ff.; weiteres bei Albert Breyer, Die Drei Jahre der großen deutſchen Tuchmachereinwanderung nach Mittelpolen (1823—1825), in Deutſche Monatshefte, Jg. 6, Leipzig 1940, Heft 11/12 und Albert Breyer, Deutſche Tuchmachereinwanderung in den oſtmitteleuropäiſchen Raum von 1530—1830, Leipzig 1941 = Oſtdeutſche Forſchungen Bd. 10.

[20] Vgl. a. a. O. S. 22—23.

[21] Vgl. die Angaben in „Beitrag zur Geſchichte der Webermeiſter-Innung zu Lodz" 1939 S. IX—X.

300 aus Schleſien und Preußen (einbegriffen das damalige Herzogtum Poſen),
80 aus Mähren,
80 aus Heſſen,
40 aus dem übrigen Deutſchland,
etwa 10 aus Öſterreich, aus dem Elſaß, aus Ungarn, Rußland, Sizilien und der Schweiz.

Demgegenüber ſtehen 540 meiſt aus Lodz oder ſeiner näheren Umgebung ſtammende Webermeiſter.

Für die Entwicklung der Innung unter den verſchiedenſten Lebensbedingungen iſt die Anzahl der Neuaufnahmen bezeichnend. Sie betrug in dem jeweiligen Abſchnitt von 5 Jahren:

1824—1829 = 173 1850—1854 = 258
1830—1834 = 240 1855—1859 = 305
1835—1839 = 545 1860—1864 = 214
1840—1844 = 370 1865—1869 = 100
1845—1849 = 245 1870—1874 = 60

Von 1875—1924 kamen von 700 Neuaufnahmen etwa 490 aus Lodz, der Zuzug von außerhalb blieb ſehr geringfügig.

Wenn auch die Handwerker mit Recht zuweilen über den Mangel an Abſatzmöglichkeiten, über ſchlechte Lebensbedingungen in Kriſenzeiten klagten, ſich von Lodz aus nach günſtigeren Wirkungsſtätten umſahen und manchmal auch weiter wanderten, ſo konſolidierten ſich doch im Laufe der Zeit die Verhältniſſe, und mit dem Aufblühen der Textilinduſtrie erfährt auch die deutſche Webermeiſter-Innung einen Aufſchwung, der ganz außergewöhnlich iſt und direkt an die frühere Blütezeit der Innungen in Deutſchland erinnert. Nach den härteren Jahren des Anfangs vergrößerte die Innung ihren Mitgliederbeſtand ſo ſehr, daß ſie ein eigenes Haus dringend benötigte; es wurde im September 1839 bereits eingeweiht. Das „alte Meiſterhaus", wie es ſpäter im Unterſchied zu dem neuen genannt wurde, bot damals mit ſeinen Wirtſchaftsgebäuden und weiteren Anlagen der ſtattlichen Anzahl von 760 Innungsmitgliedern, die ihrerſeits 454 Geſellen und 250 Lehrlinge beſchäftigten, genügend Raum.

Unter Wahrnehmung wohlberechtigter Innungsintereſſen hat dann die Innung manche harten Kämpfe gegen die Kriſen in ihrer Branche aufgenommen, die Urſachen der wirtſchaftlichen Notlage zu erfaſſen und abzuſtellen geſucht. So verlangt z. B. eine am 16./28. November 1844 abgefaßte Entſchließung, den jüdiſchen Tuchhandel zu unterſagen, den Tauſchhandel und den Verkauf in den Nachtſtunden als Grundübel zu unterbinden. So kämpft die Webermeiſter-Innung ſpäter in einer an den Magiſtrat gerichteten Denkſchrift vom 29. März 1845 gegen Schundware und für Qualitätsware innerhalb ihrer Mitgliederſchaft.

Nach der Einführung der Gewerbefreiheit durch die Verordnung vom 21. Februar 1845 erlebte die Webermeiſter-Innung in Lodz noch einmal eine große Blütezeit, in der eine große Berufsarbeit, ſoziale Betreuung ſowie eine ſorgfältige Fachausbildung geleiſtet wurde. In dieſer Zeit beſtand ſie aus 1050 Meiſtern, 810 Geſellen und 512 Lehrlingen. Mit dem immer ſtärker hervortretenden Aufkommen der Maſchinenkraft, die auch an anderen Orten zu ſchweren Kriſen im Handwerk geführt hat, geſtalteten ſich die Verhältniſſe weniger günſtig. Trotzdem konnte noch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Webermeiſter-Innung noch als der eigentliche Mittelpunkt des Handwerks in Lodz gelten. In der Folgezeit wurden unter der Führung tatkräftiger Oberälteſten Mittel und Wege gefunden, eine gute finanzielle Grundlage für die Innung zu ſchaffen und für eine nennenswerte Unterſtützung bedürftiger und invalider Innungsmeiſter zu ſorgen. Im Oktober 1909 erfolgte die Grundſteinlegung zu einem impoſanten „neuen Meiſterhaus", das unter erheblichem Koſtenaufwand gebaut und im Januar 1911 feierlich eingeweiht wurde. Ein Plan, durch eine neuzeitlich eingerichtete Webſchule eine vollkommene theoretiſche und praktiſche Ausbildung des Nachwuchſes ſicherzuſtellen, iſt an mancherlei Umſtänden, nicht zuletzt durch den Weltkrieg und ſeine Folgen, geſcheitert.

Im Weltkrieg konnten unter dem Druck der Verhältniſſe im weſentlichen nur Unterſtützungsfragen geregelt werden. Im Jahre 1915 begründete man eine Lebensmittelkooperative, die den Mitgliedern die Möglichkeit gab, billige und gute Lebensmittel zu erwerben; infolge des ſtarken Mitgliederſchwundes, der hohen Geldverluſte durch das Ausbleiben der Mietsgelder, mit denen die Innung ſtets ſehr rechnen mußte, ſowie der zeitweiſen Zwangsbelegung der Innungsräumlichkeiten war hier jede Entwicklung im Großen von vornherein unterbunden. Wenn auch der Weltkrieg und die ungewiſſe Lage des neugeſchaffenen Polenſtaates, die ungeſunden Arbeitsverhältniſſe und die Valutafrage das Innungsleben ſehr hart treffen mußte, ſo iſt doch von dem allen die Exiſtenz der deutſchen Webermeiſter-Innung als ſolche nicht ernſthaft bedroht worden. Im Februar des Jahres 1919 beſchließt man bereits unter Berückſichtigung der neuen Lage, der Zechenvereinigung (Koło Starszych i Podstarszych) beizutreten und die Probleme der Materialbeſchaffung in dieſer ſchweren Zeit kurzerhand ſelbſt zu löſen: Man führte Verhandlungen mit dem polniſchen Miniſterium für Handel und Gewerbe und befürwortete ein energiſches Vorgehen in dieſer Lebensfrage, wollte auch eventuell die Hilfe naheſtehender Abgeordneter in Anſpruch nehmen, Verſuche, die bei der allgemeinen Teuerung und dem herrſchenden Mangel an Rohſtoffen von ſichtbarem Erfolg nicht begleitet wurden. Als in dem Jahre 1920 die Arbeitsloſigkeit mit der Ankurbelung eines großen Teiles der Lodzer Induſtrie immer weiter eingeſchränkt wurde, die Lebensbedingungen ſich aber trotzdem nicht verbeſſern wollten, da bemerkte der Schriftführer in dem Rechenſchaftsbericht, der ihm häufig Anlaß zu philoſophiſchen und politiſchen Betrachtungen gab: „Es ſcheint, als ob ein böſer Stern über Polens Geſchichte leuchten würde, denn trotz unſeres Schaffens und trotz der natürlichen Reichtümer unſeres Landes (Polens) ſteuern wir in wirtſchaftlicher Beziehung einem Abgrund zu... So geht es weiter und niemand kann angeben, wo dieſer Hexentanz mal aufhören wird.“

In dem Jahre 1921 hat ſich trotz Streiks und trotz des Tiefſtandes der polniſchen Valuta die Lodzer Induſtrie ſtark entwickelt, und ſo durfte man wohl daran die Hoffnung knüpfen, „daß auch die polniſche Regierung ſich allmählich daran gewöhnen werde, das Politiſche weniger zu unterſtreichen, aber den realen wirtſchaftlichen Bedingungen des Landes ihr Augenmerk zuzuwenden, um dem Lande doch noch Frieden zu bringen.“

Während der Jahresbericht 1922 noch mit dem Schlagwort „Krieg im Frieden“ umſchrieben werden konnte, und man einen Troſt nur in der gleichen ſchweren Lage Deutſchlands fand, ſchien das Leben im Jahre 1923 wieder langſam in normale Bahnen zu gleiten, und durfte man hoffen, daß die Webermeiſter-Innung wieder das werden würde, was ſie vor dem Kriege geweſen war. Im Jahre 1926 wurde eine etwas andere Organiſation der Innung eingeführt, in der ein Älteſtenamt, das aus dem Oberälteſten, den beiden Nebenälteſten, dem Schriftführer und dem Protokollführer beſtehen ſollte und eine Reviſionskommiſſion mit vier ordentlichen und drei ſtellvertretenden Mitgliedern vorſah. Eine weitere Wandlung erfuhr die Innung, nachdem das neue polniſche Induſtriegeſetz vom 15. Juni 1927 in Kraft getreten war: Hier ſah man ſich dazu gezwungen, um die bisherigen Freiheiten im Rahmen der Innung weiterzubehalten, die Statuten zu ändern und einen einfachen Verein unter der bisherigen Bezeichnung „Lodzer Webermeiſter-Innung“ zu gründen. Im Dezember 1930 beriet man über einen Zuſammenſchluß aller Webermeiſter-Innungen zwecks gemeinſamer Wahrung der Intereſſen und ſuchte dabei zunächſt eine Verſtändigung zwiſchen Vertretern der Weber-Innungen aus Pabjanice, Zdunſka Wola und Konſtantynów herbeizuführen. Im Jahre 1934 wurde ein Statut der Unterſtützungskaſſe angenommen, das die Fragen der Unterſtützung alter, arbeitsunfähiger Meiſter, Hilfe für Witwen und Hinterbliebene grundſätzlich regelte und eine Steuerberatungsſtelle für die Mitglieder eingerichtet.

So ſehen wir, daß der Webermeiſter-Innung auch nach dem Weltkriege unter den erſchwerten Lebensbedingungen in einem deutſchfeindlichen Land doch mancher ſchöner Erfolg beſchieden war, weil deutſcher Wille hier im fremden Land zielſicher und unbeugſam um ſein Lebensrecht kämpfte.

6. Die Klempnergeſellſchaft in Lodz-Litzmannſtadt

Im Rahmen der Vereinigten Arbeiter- und Handwerkerverbände in Lodz-Litzmannſtadt fand ſich am 14. März 1880 in Lodz eine Verſammlung ein, um in feſtgelegten Statuten eine Krankenunterſtützung und eine Sterbekaſſe zu ſchaffen, die wegen ihres beſonders ſozialen Charakters hervorzuheben iſt. In der etwas umſtändlich niedergeſchriebenen Präambel hieß es: „Um den bisher ſtattgefundenen Unordnungen und Mißhelligkeiten unter den Geſellen der Klempner fürs künftige vorzubeugen und ein anſtändiges, ordnungsmäßiges Benehmen zu begründen, welches nicht nur die Ehre, einträchtiger Liebe und Hochachtung unter den Mitgliedern ſelbſt, ſondern auch im allgemeinen führen möchte, findet ſich jetzt die hierſelbſt vorhandene und an der Zahl beſtehenden unterzeichneten Klempnergeſellen, in Gemäßheit des Artikels 39 der hohen Verordnung vom 31. Dezember 1816, laut welchem Gebrauche dem Geſellen, inſofern ſie der dortigen Verordnung nicht zuwider, erlaubt ſind, in gemeinſchaftlicher Verabredung und Übereinſtimmung eine Krankenunterſtützung und Sterbekaſſe ins Leben zu rufen . . .“

Die Einrichtung einer ſolchen Hilfs- und Sterbekaſſe, die nach der Lage der damaligen Zeit in der Form einer Selbſthilfe und gegenſeitiger Unterſtützung zu erfolgen hatte, ſollte alſo hier nicht näher charakteriſierten Unordnungen und Mißhelligkeiten vorbeugen und für ein ordnungsmäßiges Leben Sorge tragen. In zwanzig längeren Paragraphen behandelte man ſämtliche Rechte und Pflichten, die ſich aus einer derartigen ſozialen Einrichtung ergeben konnten. Danach war jeder im Polizeibezirk der Stadt Lodz im Klempnergewerbe tätige Geſelle dazu verpflichtet, ſolange er in Lodz in ſeinem Erwerbszweig arbeitete, der Klempnergeſellenkaſſe beizutreten und die Statuten genaueſtens zu beachten. Nach der Aufnahme in den Kaſſenverband, zu der auch ein Atteſt des Vereinsarztes über den Geſundheitszuſtand des Geſellen erforderlich war, und einer pünktlichen Entrichtung der Beiträge durfte das Mitglied im Ernſtfall auf eine weitgehende Krankenunterſtützung rechnen, die die Arzt- und Arzneikoſten deckte, für eine koſtenfreie Unterkunft im Krankenhaus ſorgte, und außerdem bei ärztlich beſcheinigter Arbeitsunfähigkeit noch ein Krankengeld von 2,5 Rubel wöchentlich auszahlte. In Unglücksfällen, bei denen ſchnelle Hilfe notwendig war, durfte man ſich an jeden beliebigen Arzt wenden, mußte aber die Weiterbehandlung unbedingt dem Vereinsarzt überlaſſen. Im Sterbefall wurden bei Mittelloſigkeit die Beerdigungskoſten in voller Höhe von der Kaſſe getragen.

Die Verwaltung wurde durch einen Vorſtand geführt, der aus der Geſamtzahl der Handwerksmeiſter und Fabrikherrn einen Ladenmeiſter und einen Stellvertreter und ebenſo einen Altgeſellen und Stellvertreter aus der Zahl der Kaſſenmitglieder auf drei Jahre beſtimmte. Ein Geſellenvorſtand, der laut Statut an der Verwaltung der Kaſſenangelegenheiten mit beteiligt war, beſtand aus dem Altgeſellen und ſeinem Stellvertreter, ſowie aus drei anderen Mitgliedern, die aus der Mitgliederzahl für jedes Kalenderjahr neu gewählt wurden. Im übrigen wurden hinreichend Anweiſungen getroffen, die eine reguläre, ordnungsgemäße Tätigkeit der Kaſſe in allen Einzelheiten ſicherſtellte, und die eine Gewähr dafür boten, daß genügend Kontrollmöglichkeiten vorhanden waren und die Gelder nur den beſtimmten Zwecken zugute kamen.

Dieſe Unterſtützungs- und Sterbekaſſe der Klempnergeſellſchaft in Lodz hat dann auf Grund ihrer Statuten jahrelang zum Beſten der in ihr vereinigten Klempnergeſellen in Lodz gewirkt.

7. Der Deutſche Verein für Lodz und Umgebung

Inmitten des Weltkrieges, als nach harten Kämpfen die Stadt Lodz von deutſchen Truppen genommen wurde, erfolgte im März 1916 die Gründung des Deutſchen Vereins[22]. In der beſonders ſchwierigen Situation, in der ſich das Deutſchtum im fremden Land damals in politiſcher und wirtſchaftlicher Hinſicht befand, galt es, alle Kräfte hier zielbewußt zu ſammeln und nutzbar zu machen. Das hatte man ſchon früher empfunden, als unzählige andere deutſche Vereine während des Krieges außerſtande waren, eine wirklich fruchtbare weitergehende Tätigkeit zu entfalten. Aus dieſen Erwägungen heraus hatte z. B. die „Deutſche Poſt“, eine von den Lodzer Deutſchen herausgegebene Zeitung, ſeit September 1915 Deutſche Abende veranſtaltet, die für deutſche Kultur werben und den Deutſchen vielfache Anregungen geben ſollten. Die Aufgaben wurden von der erwähnten deutſchen Zeitung in klaren Sätzen formuliert[23]:

„Wir wollen dafür eintreten, daß die Deutſchen zu der Geltung kommen, die ſie gerechterweiſe verdienen. Unſer Ziel iſt: eine in ſich eins und kräftig fühlende deutſche Geſellſchaft, ein Wiederaufleben der deutſchen Vereine mit all ihrer kulturfördernden Arbeit, eine jedem deutſchen Kinde zugängliche deutſche Schule und eine deutſche Volkskirche.“ Dementſprechend galt es, gegen deutſche Buch- und Broſchürenſchreiber, die Lodz als rein polniſche Stadt anführten, den Nachweis zu führen, was das Lodzer Induſtriegebiet und damit auch das Herz Polens, Warſchau, deutſchem Fleiß und deutſcher Tüchtigkeit verdankt, wie ſtark der deutſche Einfluß im nordweſtlichen Polen noch kurz vor dem Kriege war, wie gern Fabrikanten und Unternehmer geholfen haben, Kulturwerte, wie das Deutſche Gymnaſium, das evangeliſche Lehrerſeminar, Mittel- und Volksſchulen zu ſchaffen und zu ſtützen, wie nahezu die ganze private und durch Vereine betriebene Wohltätigkeit — die die ſtaatliche erſetzen mußte — deutſche Urheberſchaft aufweiſt. Es galt, Schlechtunterrichtete aufzuklären, unſere Lodzer Deutſchen aber mit neuem Stolz an ihrer Väter Werk zu erfüllen und ſie dadurch zu ermuntern.“

---

[22] Vgl. Jahrbuch des Deutſchen Vereins für Lodz und Umgebung 1917, Jahrbuch des „deutſchen Vereins“, Hauptſitz in Lodz 1918. —

[23] Vgl. „Deutſche Poſt“ Erſte Nummer, Juli 1916 und Jahresnummer 1916.

In der großen wirtſchaftlichen Not wurde weiter bereits im September 1915 ebenfalls durch die „Deutſche Poſt“ ein Einkaufs- und Verbrauchsverein angeregt, der dann unter der Bezeichnung „Deutſche Selbſthilfe“ auch ins Leben gerufen wurde. Hier ging es jedoch um weit mehr: Hier wurde wohl zum erſtenmal der großzügige Gedanke vertreten, einen umfaſſenden Bund der Deutſchen in Polen zu begründen. In dem dafür vorbereiteten Aufruf heißt es u. a.[24]:

„. . . Wir erhielten nun von verſchiedenen Seiten Anregung, die Gründung eines deutſchen Bundes zu befürworten, der, ein großer Verein für ſich und zugleich ein Kartell der deutſchen Vereine und Geſellſchaften, eine Sammelſtelle und ein Ausgangspunkt für die in nächſter Zeit zu leiſtende völkiſche und kulturelle Arbeit ſein ſoll. Wir fordern gern zu dieſer Gründung auf. Denn nötig wird uns dieſer Bund werden, dem als Zielpunkt vorſchweben müßten: die Stärkung und Förderung aller ſchwachen und bedrohten deutſchen Gemeinſchaften in Polen, die Erweckung der Arbeiter und Landwirte für deutſchvölkiſche Intereſſen, die Verbreitung von Bildung und die Vertretung deutſcher wirtſchaftlicher und, wo es nottut, politiſcher Intereſſen. Dieſer Zuſammenſchluß iſt vor allem nötig, weil er die Zukunft unſeres Deutſchtums in Polen ſichern hilft. Es gilt alſo die Schaffenden aufzuwecken, die Schwankenden zu ſtützen. Jeder Deutſche muß wiſſen, was für unſer Volkstum gegenwärtig auf dem Spiele ſteht. Von unſerer Regſamkeit und Geſchloſſenheit, von unſerem Arbeitseifer und unſerer Ausdauer in dieſer Zeit des Neuaufbaues hängt die Geſtaltung unſeres geſellſchaftlichen Lebens vielleicht auf Jahre hinaus ab.“

Wäre dieſer Plan in ſeinem ganzen Umfang damals zur Durchführung gelangt und nicht an einzelnen Schwierigkeiten geſcheitert, ſo daß manche Kleinmütige die Zeit für ein derartiges Beginnen noch nicht für gekommen anſahen, ſo hätte die deutſche Volksgruppe in Polen bereits bei Kriegsende eine umfaſſende Organiſation beſeſſen, die ihre geſamten Intereſſen ohne weiteres geſchloſſen hätte vertreten können, und ſich auch in der ſchwerſten Zeit zwiſchen den beiden Kriegen vor der drückendſten Not weitaus beſſer ſchützen können. Die Entwicklung wäre in vielen Dingen ſicher ganz anders verlaufen.

Da jedoch infolge von damals unüberwindlichen Schwierigkeiten die Gründung eines zuſammenfaſſenden Bundes aller Deutſchen in Polen nicht möglich war, obgleich die Satzungen für einen ſolchen Bund ſchon ausgearbeitet waren, ſo entſchloß man ſich, den Plan wenigſtens für ein Teilgebiet Polens in die Wirklichkeit umzuſetzen, und ſchritt zur Gründung eines Deutſchen Vereins für Lodz und Umgebung. In der Gründungsverſammlung vom 5. März 1916 wurde zunächſt eine Hauptleitung, ein größerer Geſchäftsführender Ausſchuß der Hauptverwaltung, ſowie ein beſonderer Vorſtand der Ortsgruppe Lodz gewählt. Der verhältnismäßig ſtarke Verwaltungsapparat wies von vornherein darauf hin, daß man geſonnen war, dem jungen Verein eine breite Grundlage und Wirkſamkeit zu verleihen. Dementſprechend konnten die Erfolge der Werbe- und Organiſationsarbeit von Anfang an hervorragend genannt werden: Nach einem halbjährigen Beſtehen beſaß der Deutſche Verein für Lodz und Umgebung bereits mehr als dreißig Ortsgruppen und annähernd achttauſend Mitglieder.

Der Verein beſaß neben einer Geſchäftsſtelle eine anſehnliche Bücherei, die ſich in der Hauptſache aus Bücherſpenden zuſammenſetzte, die z. T. auch aus Deutſchland kamen und koſtenlos den Mitgliedern zur Verfügung ſtand. Eine deutſche Wanderbücherei war ihr angeſchloſſen, die die entfernteren Ortsgruppen mit Leſeſtoff verſah. In einer öffentlichen Leſehalle, die durchſchnittlich von 80 Perſonen beſucht wurde, konnten die bekannteſten deutſchen Zeitungen und Zeitſchriften in Polen und Deutſchland regelmäßig eingeſehen werden. Die Einrichtung einer ſpeziellen Lehrerbücherei war geplant.

---

[24] Vgl. Jahrbuch 1917 S. 6.

Eine weitere wichtige Aufgabe, die die deutſchen Vereine und Berufsverbände immer ſtark beſchäftigte, war die Schaffung einer leiſtungsfähigen Stellenvermittlung, die hier im Hinblick auf die ungünſtige Lage der Lodzer Induſtrie und die Abwanderung deutſcher Arbeiter und Handwerker nach Deutſchland in völkiſcher Beziehung ihre beſondere Bedeutung hatte. Auch hier wurde geholfen, wenngleich nur etwa ein Zehntel der Stellungsloſen durch den Verein eine neue Tätigkeit fanden.

Durch die Ungewißheit der allgemeinen politiſchen Lage ſowie infolge einer gewiſſen Hilfloſigkeit des einfachen deutſchen Arbeiters war es notwendig geworden, eine Rechtsberatung einzuführen, die von der Stadt- und Landbevölkerung in gleicher Weiſe im Verkehr mit den Behörden aufgeſucht wurde und die bei der Vielfältigkeit aller vorgetragenen Wünſche eine ſegensreiche Tätigkeit entfalten konnte.

Auf kulturellem Gebiet wurde durch Veranſtaltung von Vorträgen ſtets darauf geſehen, erzieheriſch zu wirken, das deutſche Bewußtſein zu ſtärken und die Allgemeinbildung zu heben. Zahlreiche Vorträge ſtanden in lebendiger Beziehung zu den Gegenwartsfragen der Zeit.

Mannigfach waren die weiteren Aufgaben des Deutſchen Vereins: Er bemühte ſich in einer Zeit, als man in Deutſchland über das Deutſchtum in Polen nur ſehr wenig unterrichtet war, hier mit einer Aufklärungsarbeit einzuſetzen, und hat durch Verſendung allgemein orientierender Zeitungsartikel und perſönlicher Mitteilungen viel dazu beigetragen, das Verſtändnis für das Deutſchtum in Polen zu wecken und zu fördern. Die Bildung eines Preſſebüros, die dieſen Zielen noch nachdrücklicher hätte dienen können, war infolge der beſtehenden Preſſebeſtimmungen nicht durchzuführen. Abgeſehen von kleineren Hilfsaktionen betreute der Deutſche Verein weiterhin beſonders die deutſche Jugend. Man nahm ſich hier zum Ziel, ſich der deutſchen ſchulentlaſſenen Jugend anzunehmen, ihr Belehrung und Unterhaltung zu bieten und zu ihrer körperlichen und geiſtigen Ertüchtigung beizutragen. In gleicher Weiſe wurden Unterrichtskurſe geſchaffen, die neben Sprachunterricht auch die notwendigen Berufskenntniſſe vermittelten. Schließlich war der Deutſche Verein die erſte Organiſation, die deutſche Stadtbewohner und Landwirte zu einer gemeinſamen Arbeit verbinden wollte. Es wurde daher ein beſonderer landwirtſchaftlicher Ausſchuß gebildet, der für die Belange der deutſchen Landwirte im Kreiſe Lodz einzutreten hatte, und der im Laufe ſeiner Tätigkeit in der Landwirtſchaftlichen Beilage zur „Deutſchen Poſt" die erſte landwirtſchaftliche Zeitung für die deutſchen Landwirte in Polen ſchuf. Im September 1915 wurde eine Landwirtſchaftliche Bezugs- und Abſatzgeſellſchaft des Deutſchen Vereins gegründet, die alle Intereſſenten zuſammenſchloß.

Es iſt ein ſchöner Beweis für die Bedeutung des Deutſchen Vereins für Lodz und Umgebung, daß ſich bald nach ſeiner Gründung der Hilfsverein Deutſcher Reichsangehöriger und der Deutſche Lyzealverein ſowie der Einkaufs- und Verbrauchsverein Deutſche Selbſthilfe dem Deutſchen Verein als körperſchaftliche Mitglieder anſchloſſen.

Die Hoffnungen, die man nach dem allen an eine günſtige Weiterentwicklung des Deutſchen Vereins hätte knüpfen können, haben ſich dann doch nicht verwirklicht. Durch die Proklamation des neuen Polen vom 5. November 1916 war eine völlig neue Situation geſchaffen, zu der der Deutſche Verein zunächſt einmal grundſätzlich Stellung nehmen mußte. Er tat dies in einer Entſchließung vom 10. Dezember 1916, in der es hieß:

„Obwohl die Deutſchen im Lande ſich die Löſung der polniſchen Frage anders gedacht haben, ſind ſie bereit, ſich auf den Boden der geſchichtlichen Tatſachen der Wiedererrichtung des Königreichs Polen zu ſtellen. Zugleich bekunden ſie die beſtimmte Erwartung, daß die deutſche Reichsregierung die wirtſchaftlichen und kulturellen Lebensintereſſen der deutſchen bodenſtändigen Bevölkerung Polens ſchützen und ſichern wird." Unter dieſer Sicherung verſtand man: Gewährleiſtung des gleichen Bürgerrechtes, Schutz der konfeſſionellen Freiheit, Vertretung der Intereſſen der deutſchen Minderheit im Staate, in der Stadt und auf dem Lande, Schutz der deutſchen Arbeit, uneingeſchränktes Vereins-, Koalitions- und Verſammlungsrecht und vor allem das Recht, an der Erhaltung, Entwicklung und Verwaltung der niederen, mittleren und höheren deutſchen Schulen im Lande u. a. m. Eine von dem Generalgouverneur von Beſeler dem Generalſekretär des Deutſchen Vereins gewährte Audienz vom 21. Juni 1917 ſollte der Sicherung der Zukunft der Deutſchen in Polen dienen.

Ungeachtet der Unſicherheit der Lage ging die Vereinsarbeit weiter: Es wurden deutſche Volksſchulen reorganiſiert, deutſche Mittelſchulen in der Provinz gegründet, manches für die Zukunft der evangeliſchen Kirche in Polen getan. Daneben wurde in der Hauptverwaltung des Vereins die Rückwanderungsfrage behandelt und einſtimmig beſchloſſen, für ein Hierbleiben aller Deutſchen einzutreten. Im Februar 1917 erhielt der Deutſche Verein die Erlaubnis zur räumlichen Ausdehnung über ganz Polen, ſo daß der Verein im Berichtsjahr 91 Ortsgruppen zählen konnte.

Durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges ſcheinen dem Deutſchen Verein für Lodz und Umgebung dann die Exiſtenzgrundlagen völlig entzogen zu ſein: Unter dem Druck des in Verſailles neugeſchaffenen Polens konnte er mit einer wirkſamen Weiterführung ſeiner Aufgaben nicht mehr rechnen, wenn er auch noch längere Zeit beſtanden zu haben ſcheint.

(Fortſetzung folgt)

Neues Schrifttum

Deutſche Volksmelodik innerhalb der Oſtfragen

Über den formengeſchichtlichen Forſchungen oder auch einer ſehr allgemein geſehenen „kulturgeſchichtlichen“ Darſtellung der Muſikentwicklung hat man es lange ſträflich vernachläſſigt, die Hiſtorie der Tonkunſt ſozuſagen raumpolitiſch zu ſehen. In einem Aufſatz („Die Muſik“, 1934) habe ich den Begriff der „Muſikaliſchen Kulturgeographie“ geprägt und damit verſucht, zu den von Hans Engel trefflich bearbeiteten muſikgeſchichtlichen Blättern des deutſchen Kulturatlaſſes Grundſätzliches herauszuſtellen. Zur Zeit ſchreibe ich ein umfangreiches Buch (Cotta) über „Die Muſikleiſtung der deutſchen Stämme“, das eine Art Seitenſtück zu Nadlers deutſcher Literaturgeſchichte ſein will, wobei die Gegenwartsereigniſſe von ſelbſt vorzugsweiſe auf die zuſammenfaſſende Würdigung der tonkünſtleriſchen deutſchen Oſtprobleme weiſen. Bei dieſer Schau, die vom Baltikum über Oſtpreußen und den Warthegau nach Schleſien, Böhmen, Oberungarn und Siebenbürgen den Blick ſchweifen läßt, handelt es ſich einmal um das Summeziehen über Leiſtung und Wanderwege der hohen Muſikkultur, zum andern aber auch um das tauſendfache Geflecht der bäuerlichen Sing- und Spielwelt, um Volkslied und Volkstanz in ihrer Wechſelwirkung zwiſchen den deutſchen Außenbaſtionen und dem Binnenland in alter wie neuer Zeit. Da kommt wie gerufen eine Schrift von 128 Seiten des Freiburger Dr. habil. Walter Wiora, „Die deutſche Volksliedweiſe und der Oſten“[1]. Der Verfaſſer iſt ſelbſt katholiſcher Oberſchleſier, alſo in die Problematik des Raums, der Volkstümer, Konfeſſionen und Sprachen hineingeboren, hat dann aber im John Meierſchen Deutſchen Volksliedarchiv in Freiburg als Mitherausgeber des großen Balladenwerks gearbeitet, wodurch ihm die ſchier unerſchöpflichen Materialien in geſamtdeutſcher, ja europäiſcher Breite zur Hand gekommen ſind, und konnte ſo ſein Thema unter den günſtigſten Vorbedingungen, aber auch als ganz perſönliches Anliegen bearbeiten. Das iſt ihm in erfreulichem Ausmaß geglückt, da er obendrein ein geborener Theoretiker ſeines Sondergebiets iſt, das bisher vielleicht allzuſehr nur der Empirie von Liebhabern und Sammlern offengelegen hatte. Seine Abhandlung im 7. Jahrgang des Jahrbuchs für Volksliedforſchung, „Syſtematik der muſikaliſchen Erſcheinungen des Umſingens“, bietet eine treffliche Ergänzung zu jenem Buch, weil er mancherlei Einwände, die man als fachkundiger Leſer der größeren Arbeit unwillkürlich erhebt, nachdenkſam ſelbſt ſtellt und überzeugend erledigt. Was noch an methodiſchen Bedenken hie und da bleibt, vor allem die Frage nach dem Individualgeſicht des ſchöpferiſchen Einfalls, bei dem die bloße Variante als ſolche zu beſtehen aufhört, wird ſich vielleicht einmal anderwärts behandeln laſſen und geht uns hier nichts weiter an.

Wiora alſo bietet in ſeinem Buch zunächſt eine knappe Überſicht über Geſtalt und Geſchichte der deutſchen Volksliedweiſe im ganzen, um einen Feſtpunkt für die etwaige Abſetzung oſtdeutſcher und oſtnachbarvölkiſcher Beſonderheiten zu gewinnen. Dabei betont er zutreffend, daß jene enge Blickrichtung, die im Grunde nur das mitteldeutſche Melodiengut des 19. Jahrhunderts für „das“ deutſche Volkslied hielt, endgültig überwunden iſt — das Melodiengut der verſchiedenen deutſchen „Volksliedlandſchaften“ (ein Begriff von Kurt Huber) in der geſamten noch greifbaren Zeittiefe iſt von überwältigender Vielfalt der Typen, ja der Tonſprachen. Dabei läßt ſich die frühere Trennung zwiſchen „alter“ und „neuerer“ Volksliedmelodik nicht mehr in voller Schärfe aufrechterhalten: wie für Lothringen die Sammlung von

---

[1] Wolfenbüttel: G. Kallmeyer 1940 = Schriften zur muſikaliſchen Volks- und Raſſenkunde, hrsg. von Friedrich Blume, Bd. 4, zugleich auch = Muſikaliſche Volksforſchung. Eine Schriftenreihe, hrsg. im Auftrage der Reichsjugendführung und in Verbindung mit dem Deutſchen Ausland-Inſtitut, Stuttgart, von Guido Waldmann, Bd. 4.

L. Pinck, für Gottſchee die von Tſchinkel und für Siebenbürgen jene von Schullerus und Brandſch vielfältig belegt haben, ſind kirchentonartliche und polyrhythmiſche Weiſen des vielleicht 14. bis 17. Jahrhunderts in noch vor kurzem für unmöglich gehaltenem Umfang bis auf die Gegenwart hin im Gebrauch geblieben; aber auch die angeblich erſt modernen Typen im ſpringenden Dur und von iſometriſcher Glättung finden ſich bereits für die alte Zeit mehrfach verbürgt (ich verweiſe z. B. auf die Zuſammenſtellung in meiner „Kleinen deutſchen Muſikgeſchichte“, 1939, S. 35), ſo daß Wiora mit Recht ein zweites Kapitel dem Nachweis der „Stetigkeit in der Geſchichte der deutſchen Volksliedweiſe“ widmen kann und zu zeigen vermag, daß das Nacheinander dieſer Stile (das im großen und ganzen auch künftig nicht geleugnet werden kann) doch zum guten Teil auch ein Nebeneinander geweſen iſt, deſſen Geltungsbereiche ſich räumlich z. Z. noch nicht eindeutig trennen laſſen.

Nun geht der Verfaſſer zum Liedgeſang der oſtdeutſchen Sprachinſeln über, die ja noch ſtärker als unter den eher verwiſchbaren Bedingungen bloßer Randgaue ein dankbares Unterſuchungsfeld bieten, und muſtert die bekannten Erſcheinungen der „Rückzugsgebiete“ (übrigens doch eigentlich kein ſehr glücklicher Name für das, was als genaues Gegenteil zu „Flucht“ gerade trotzigſtes Beharren auf vorgeſchobenem Poſten heißen ſollte!). Man ſage doch lieber „Grenzwachtgebiete“! Bei der nahen Zuſammenſtellung paralleler Faſſungen ergibt ſich die feſſelnde Beobachtung: „Der Oſten des Reichs hat mehr alte Weiſen bewahrt als alte Stile“; das ſoll heißen: die alten Melodien haben ſich hier zwar in ſchönſtem Reichtum erhalten, aber ihr Phänotyp hat ſich im Gegenſatz zum unverſehrten Genotyp in zahlreichen Fällen verändert (einmal durch Umbau aus kirchentonartlicher weſtdeutſcher in duriſche oſtdeutſche Geſtalt, dann durch Schlichtung der z. B. rheiniſch oft viel reicher unterteilten Ziermelodik). Bei manchen Weiſen allerdings, die in Schleſien aufgezeichnet ſind, drängt ſich geradezu die Verwandtſchaft mit niederrheiniſcher Art ſo auf, daß man es als dringliches Zukunftsziel der Forſchung bezeichnen möchte, die mittelalterlichen Einwandererſtröme von Weſtfalen-Flandern her einerſeits, von Franken her andererſeits an ſolch tönendem Erbgut zurückzuverfolgen und wiederzuerkennen. Für die neuere Koloniſation hat etwa G. Schünemann ſolche Zuſammenhänge für die Krim- und Wolgadeutſchen mit ihrer heſſiſch-pfälziſchen und ſchwäbiſchen Heimat in einer Reihe von Fällen deutlich machen können. Daß ſolche Beziehungen auch mittelalterlich beweisbar ſein dürften, zeigt mir etwa das „Quid stamus? Cur non imus“ des Tanzliedes von Kölbigk (1025) und das „Mer welle gohn, mer wälle ſtohn“ des ſiebenbürgiſchen Rockenliedes, dem ja als Hochzeitsbrauchtum beſonderes Alter eignen wird.

Im Verfolg jener früheren Allgemeinfeſtſtellungen gelingt es Wiora, auch unter den „geborenen“ Durweiſen des oſtdeutſchen Vorrats mancherlei ſehr alte als ſolche zu bezeichnen. Freilich: wenn er hier und im großen Volksliedwerk bis jenſeits der mittelalterlich-kirchentonartlichen Schicht auf „frühgeſchichtliche“ Weiſen durchſtoßen möchte, wobei er löblicherweiſe vorſichtig höchſtens von „Wahrſcheinlichkeit“ ſpricht, ſo ſtellt ſich ſolch begreiflichem Forſcherwunſch immer gerade die Flüchtigkeit der muſikaliſchen Spuren hindernd und verunklarend in den Weg; unſeren konſtruktionsfreudigen Wiederherſtellungswillen durchkreuzt faſt ſtets die Unbeweisbarkeit jenſeits verläßlicher Quellen, obwohl wir kein bequemes und müdes „Ignorabimus“ aufkommen laſſen möchten. Hier die grundſätzlichen Grenzen des Erkennbaren feſtzulegen, wird auch einmal wiſſenſchaftliches Verdienſt heißen, obwohl die gelegentliche Überrennung ſolcher Grenze durch günſtige Quellenfunde dann um ſo mehr als Glücksfall zu begrüßen wäre.

Bei der Muſterung landſchaftlicher Eigenerſcheinungen kommt Wiora bei ſchleſiſchen Volksliedfaſſungen auf die Manier einer „Pendelmelodik“. Da unabhängig von ihm Karl Michael Komma in ſeiner ſchönen Diſſertation (Heidelberg 1938) über Joh. Zach bei Unterſuchungen über den tſchechiſchen Muſikſtil u. a. auf dieſelbe Erſcheinung in Böhmen trifft, ſo liegt es nahe, hierin ſlawiſchen Einfluß zu erkennen. Es wird nun wieder lohnend ſein, die tſchechiſchen, ſlowakiſchen, polniſchen, ſloweniſchen uſw. Sonderdialekte des ſlawiſchen Muſikidioms deutlicher als bisher und in ihrer Wechſelwirkung mit deutſchen Weiſen zu beobachten. Einleuchtend ſind Wioras Ausführungen über die Spiegelung nordoſtdeutſcher Melodiezüge in der preußiſchen Marſchmelodik; ich glaube, bis in den altberliniſchen Gaſſenhauer hinein laſſen ſich Merkmale des böhmiſchen Einfluſſes (etwa von den ſudetenländiſchen Glaubensexulanten, ſpäter von der Polka her) feſtſtellen. Andererſeits beſchränkt ſich Wiora nicht darauf, fremde Elemente in unſerm Lied aufzuweiſen, ſondern betont die Ausſtrahlungskraft unſerer Lieder (was ja textlich-inhaltlich längſt vielfach nachgewieſen iſt) auch nach dem Melodiematerial auf die außerdeutſchen Volkstümer des Oſtraums. Daß er ſich bei ſolchen Nachweiſen nicht auf das engere „Volkslied" beſchränkt, ſondern zugleich auf das „abgeſunkene Kulturgut" der Großſtadtſchlager und ihrer neuen volksgängigen Varianten eingeht, iſt bei einem jungen Forſcher des Arbeitskreiſes um John Meier nicht zu verwundern.

Wioras Buch will und kann in keiner Weiſe erſchöpfend und abſchließend ſein, ſondern wirkt wie ein ſehr reizvolles und vielverſprechendes Präludium — iſt doch der angeſchnittene Fragenkreis außerordentlich bedeutungsvoll und ungeheuer weitreichend. Es wird noch vieler Hilfskräfte und Teilarbeiten bedürfen, bis die Völkerſymbioſe auf dieſem durch den Krieg jetzt doppelt aktuell gewordenen Gebiete volksmelodiſch einigermaßen geklärt iſt und bis vor allem der Reichtum an zu erwartendem Melodiegut deutſcher Abkunft einigermaßen überſichtlich in den Scheuern geborgen ſein wird. Aber es wird ſich aus dieſer Ernte viel mehr als nur Sammelgut gewinnen laſſen — davon gibt Wioras Buch einen ſtarken und reizvollen Vorgeſchmack und eine ſtattliche Abzahlung auf die Zukunft.

Hans Joachim Moſer, Berlin.

Die Ötztaler.
Anthropologie und Anatomie einer Tiroler Talſchaft

Die Oſtmark war innerhalb des Deutſchtums in ganz beſonderem Maße Geburtsſtätte des Raſſendenkens. Das gilt nicht nur vom Antiſemitismus, ſondern auch von der mühevollen wiſſenſchaftlichen Kleinarbeit, welche in Öſterreich blühte, als über Altreichsbevölkerungen vielfach anthropologiſch überhaupt noch nichts bekannt war. Innerhalb der oſtmärkiſchen Raſſenforſchung nimmt Tirol wieder einen ganz beſonderen Ehrenplatz ein. Insbeſondere Tappeiner und Holl haben über dieſes Bergvolk ausgedehntes Material, vor allem an Beinhausſchädeln, geſammelt. Wacker war einer der erſten, die von Haus zu Haus ziehend ganze Dorfbevölkerungen aufnahm, wie das ſeit 1927 von Scheidt und Eugen Fiſcher auf das Altreich übertragen wurde und heute geradezu eine allenthalben verbreitete wiſſenſchaftliche Mode iſt.

Das größte wiſſenſchaftliche Denkmal einer Tiroler Bevölkerung iſt aber das von Guſtav Sauſer vorgelegte Werk über eine der bekannteſten Talſchaften des Landes, das Ötztal[1]. Die Unterſuchungen hierzu wurden ſchon 1933 begonnen, und ihr Umfang verrät die jahrelange intenſivſte Bemühung.

Sehr ausführlich werden die Familien des Ötztales dargeſtellt; Geographie, Klima, Geſchichte, Bevölkerungsſtatiſtik, Volksgeſundheitsverhältniſſe ergeben zuſammen ein Bild vom Ötztal als Lebensraum.

Die Hauptunterſuchungen gliedern ſich nach der Art des Materials in die Behandlung des Oſſuarienmaterials und in die Erhebungen an Lebenden. Die Oſſuarien erfahren eine Monographie von 260 Seiten Umfang, die über die Schädel hinausgreift und auch die Skelettknochen mit umfaßt. Es handelt ſich um 1119 Schädel und 4300 andere Knochen. 78 Bildtafeln mit bis zu 12 Einzelbildern entſprechen allen irgend möglichen Wünſchen nach Veranſchaulichung.

Beſonders wichtig iſt, daß auf weiteren 70 Tafeln das vollſtändige Material von 210 Lebenden in je zwei Lichtbildern dargeſtellt iſt, ſo daß es ohne weiteres möglich iſt, auch abgeſehen von den Angaben des Verfaſſers, Vergleiche mit anderen Bevölkerungen zu betreiben. Das iſt deshalb ſo wichtig, weil der ſubjektive Faktor bei der Zergliederung der Phyſiognomie eine ſo große Rolle ſpielt, daß man nur Bevölkerungsunterſchiede, welche der gleiche Forſcher im direkten Vergleich feſtgeſtellt hat, mit vollem Vertrauen für tatſächlich halten darf. Es iſt dies die erſte vollſtändig veröffentlichte Bildſerie aus einem Alpengebiet. Der Verfaſſer findet den raſſiſchen Hauptſtock der Bevölkerung dinariſch, wobei er vor allem durch die große Häufigkeit ſehr kurzer Köpfe beeindruckt iſt. Dabei ſind die Tiroler Köpfe keineswegs klein. Die Länge beträgt 188, die Breite 160 mm. In Tirol zeigt ſich ein ſehr deutlicher Zuſammenhang von Kurzköpfigkeit und größerem Schädelbinnenraum. So haben die Dolichozephalen 1430, die am häufigſten anzutreffenden Hyperbrachyzephalen aber 1550 ccm Binnenraum. Intereſſant iſt auch, daß die heutige Bevölkerung ſtellenweiſe weniger kurzköpfig iſt als die zugehörigen Beinhausſchädel. Die extremen Lebensverhältniſſe im äußerſten Hochgebirge ſind eine beſonders gute Studiengelegenheit für die raſſenkundliche Rätſelfrage nach der Veränderlichkeit der menſchlichen Kopfform und ihren Urſachen. Das vorliegende Werk iſt ein höchſt wichtiger Beitrag hierzu, der nicht im einzelnen referiert werden kann. Die Geſichter ſind, wie überhaupt in Süddeutſchland, ziemlich ſchmal und häufig fein. Die Naſenhöhe iſt nicht größer als in anderen deutſchen Bevölkerungen, die hauptſächlichſte Naſenform bleibt ſo wie anderswo in Deutſchland die gerade. Irgendwelche Kennzeichen dinariſcher Naſenform (Größe, weiche, abſinkende Spitze, ſtark konvexer Rücken) ſehe ich bei 55 von 210 Naſen, ſolche Zeichen ſind bei Norditalienern nach meinen Erhebungen noch häufiger, bei ſonſtigen Süddeutſchen nicht viel ſeltener. Die Farbmerkmale ſind ebenfalls nicht häufiger dunkel als ſonſt in Süddeutſchland. Verfaſſer glaubt an die „blonden Dinarier“ von Lebzelter u. a., dem Referenten liegt es näher, daß nordalpines helles Raſſentum auch ſehr kurzköpfige Varianten ausbilden kann, was die umgekehrte Deutung iſt.

---

[1] Sauſer, Guſtav, Die Ötztaler, Anthropologie und Anatomie einer Tiroler Talſchaft. Herausgeber: Naturwiſſenſchaftlich-mediziniſcher Verein. Innsbruck 1938, 479 S. mit einer Naturfarbenaufnahme, 209 Bildſeiten, 608 Kurven und 3 Karten.

Verfaſſer findet ſo gut wie keine mediterranen Züge; Referent beſtätigt, daß die weit offenen baſedowoiden, ſympathikotonen „Mittelmeeraugen“, welche auch bei den wirklichen Dinariern ſo häufig ſind, ſich im Ötztal offenbar kaum finden.

Der Verfaſſer darf des herzlichſten Dankes aller an deutſcher Raſſenkunde Intereſſierten für ſein wiſſenſchaftlich-methodiſch ausgezeichnetes, vorbildlich gründliches und inhaltlich hochintereſſantes Werk gewiß ſein, das zu den monumentalſten und klaſſiſchen Schöpfungen unſeres Faches zählen wird. Friedrich Keiter, Würzburg.

Deutſche Tuchmacherwanderung nach dem Oſten

Breyer war in erſter Linie Forſcher. Welche ungeheure Fülle an Stoff er im Laufe der Jahre zuſammengetragen hat, davon gibt uns ſeine nach ſeinem Tode erſchienene Veröffentlichung über die Tuchmachereinwanderung im ehemaligen Mittelpolen[1] einen Begriff. Faſt ein jeder Satz dieſes Werkes ſtrotzt von Quellenſtoff, von Namen, Zahlen und ſonſtigen Angaben, ſo daß man wohl am beſten das Werk als eine große Regeſtenſammlung bezeichnen müßte. Alle dieſe unüberſehbaren Angaben, nach räumlichen bzw. chronologiſchen Geſichtspunkten geordnet, ergeben ſchließlich insgeſamt ein geradezu monumentales Bild des deutſchen Tuchgewerbes in Mittelpolen. Das Grundproblem iſt hierbei die Einwanderungsgeſchichte, und das Ganze wird vielleicht am beſten gekennzeichnet, wenn wir es als den Tuchmacherabſchnitt der neuen deutſchen Oſtſiedlung bezeichnen. Als deutſche Stadtgeſchichte jenes Raumes bildet es eine Ergänzung und ein Gegenſtück zu Breyers bisherigen, meiſt die bäuerliche neue Oſtſiedlung betreffenden Arbeiten, womit ſein Lebenswerk immerhin eine gewiſſe Abrundung gewonnen hat. Die Arbeit iſt gleichzeitig ſein Abſchluß der ſo überaus fruchtbaren und volkspolitiſch bedeutſamen Tätigkeit der im polniſchen Staat von 1919—1939 erwachſenen und zu einer beträchtlichen Blüte gelangten volksdeutſchen Forſchung. Es kann hier einmal ruhig ausgeſprochen werden, daß die Vertiefung unſerer jetzigen Kenntnis vom Volksdeutſchtum im ehemaligen Mittelpolen im Gegenſatz zu derjenigen aus der Zeit des Weltkrieges zum guten Teil dem Wirken dieſes Mannes zu verdanken iſt. Wer den Unterſchied in dieſer Hinſicht zwiſchen 1914 und 1939 überſchaut, weiß, was das bedeutet. Das heutige Bild, das wir vom Volksdeutſchtum dieſes Gebietes beſitzen, in ſeiner Tiefe, ſeinem Farbenreichtum, in ſeinem ganzen konkreten Gehalt, iſt uns in den meiſten Einzelheiten von dieſem einen Manne gezeichnet worden und bildet das Erbe, das er uns und dem Reiche hinterlaſſen hat.

---

[1] Albert Breyer, Deutſche Tuchmachereinwanderung in den oſtmitteleuropäiſchen Raum von 1550 bis 1830, Verlag S. Hirzel, Leipzig 1941, 272 S. = Oſtdeutſche Forſchungen, Bd. 10.

Das Werden des Geſchichtsbildes der deutſchen Tuchmacherei in Polen habe ich in einer kurzen Überſicht des diesbezüglichen volksdeutſchen Schrifttums 1937 in dieſer Zeitſchrift gezeichnet[2]. Wie in jenem Aufſatz auf Grund von Warſchauer Archivmaterial[3] kurz angedeutet, ſo läßt auch Breyer in ſeinem Werk zunächſt die bis ins 16. und 17. Jahrhundert zurückgehende deutſche Tuchmacherei, vornehmlich im Sandomirer und Lubliner Lande, hervortreten, womit der Anſchluß an das Mittelalter gewonnen wird, und auch hier wie in der bäuerlichen Siedlung ein Zuſammenhang zwiſchen mittelalterlicher und neuzeitlicher Siedlung feſtzuſtellen iſt. Jedoch ſtehen in der Beziehung zweifellos noch wertvolle Entdeckungen aus, die dann auch eine hiſtoriſche Einordnung ermöglichen werden. Dieſe Tuchmacherei des 16. Jahrhunderts wird in den Zuſammenhang der bekannten Zuwanderung ſchleſiſcher Tuchmacher nach dem Poſenſchen zu ſtellen ſein. Darauf deuten auch die Beobachtungen für Pabianitz, Rzgow, Brzeziny aus dem 16. Jahrhundert hin[4].

Die von A. Breyer ortsweiſe geſchilderten Tuchmacherſtädte aus dem 16. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts bilden in ihrer Art mehr oder weniger ausführliche Monographien der betreffenden Städte, was beſonders für diejenigen unter den Städten gilt, die ihre ſtädtiſche Exiſtenz oder doch ihren ſtädtiſchen Charakter überhaupt erſt dem deutſchen Handwerk verdanken. Es iſt damit der Grund gelegt zum weiteren Ausbau dieſer Stadtgeſchichten, der vor allem aus den Stadtbüchern, den Grod- und Landakten, ſowie anderen Akten der jetzt in deutſcher Hand befindlichen Archive ſchöpfen wird. Aber ſchon die trotz ihrer Kürze überaus inhaltsreichen Skizzen Breyers werden für die betreffenden Städte, die jetzt großenteils im Reichsgebiet liegen, Grundlagen zur Bildung eines bewußten deutſchen Heimatgefühls ſein, um ſo leichter, als Breyers Forſchung und Darſtellung im tiefſten Grunde von einem ſtarken Heimatſtolz getragen wurden, ſo daß wir ihn auch als Pionier deutſchen Heimatbewußtſeins in den angegliederten öſtlichſten Reichsgebieten würdigen müſſen.

Die ortsweiſe monographiſche Darſtellung des Materials bricht bei Breyer mit dem Jahre 1815, endgültig 1819, ab. Die Epoche der ausſchließlichen polniſchen Adelsherrſchaft iſt beendet. Der Staat beginnt ſich ſtärker einzuſchalten. Die „Regierungskommiſſion für innere Angelegenheiten" übernimmt nun die Aufſicht über das Siedlungsgeſchehen und ergreift ſchließlich ſelbſt die Initiative. Die Provinzialverwaltung in der Perſon der Wojewoden gewinnt beſtimmenden Einfluß. Das findet ſeine Auswirkung in der ſtaatlichen Aktenführung: die Berichte der Provinzial- und Staatsbehörden bilden von nun ab die ſichere Grundlage der Breyerſchen Arbeit, vornehmlich die Jahresberichte. Dem paßt ſich auch die Darſtellung in ihrer nun über den ganzen Raum hinwegreichenden chronologiſchen Führung des Themas an. Die Jahre 1816—1819, 1820—1822, 1823—1830, 1831ff. bilden jeweils das Thema eines beſonderen Hauptabſchnittes, der wiederum nach ſachlichen Geſichtspunkten untergeteilt iſt (z. B. Niederlaſſungsbedingungen, Urſachen der Abwanderung, Heereslieferungen, die Herkunft der Tuchmacher, deutſches Schul- und Kirchenweſen in den Tuchmacherorten, die Einwanderung von Großfabrikanten, die Rußlandwanderung deutſcher Tuchmacher nach 1831 uſw.).

Dieſer Zeitabſchnitt von 1815 bis 1831, der für den Aufbau der oſtdeutſchen Textilinduſtrie im ehemaligen Kongreßpolen entſcheidend geweſen iſt, umfaßt die Gründung faſt aller jener deutſchen Stadtzentren in Kongreßpolen, die noch beim Zuſammenbruch des polniſchen Staates im Jahre 1939 einen namhaften deutſchen Bevölkerungsanteil hatten. Sie liegen heute vorwiegend im Wartheland, z. T. im Reg.-Bez. Zichenau, z. T. auch jenſeits der deutſch-ruſſiſchen Intereſſengrenze. Es ſind Neugründungen bzw. Erweiterungen bereits beſtehender polniſch-jüdiſcher Landſtädtchen. Wieder tut ſich vor dem Leſer ein großer Abſchnitt deutſcher Vergangenheit in den Städten dieſes Gebietes auf, deren Wurzeln bis auf die Herkunft der deutſchen Zuwanderer, die wechſelnde Stärke, Urſachen und Zuſammenhänge der Zuwanderung, die Abſichten und Maßnahmen der Regierung und Verwaltung, die Organiſation des wirtſchaftlichen, religiöſen und ſchuliſchen Lebens in der neuen Heimat aufgedeckt werden. — Daß der Verfaſſer hierbei gleichzeitig die Anfänge der Leinenweberei und der Baumwollinduſtrie, beſonders des Litzmannſtädter Gebietes mitnimmt, ſei nur erwähnt.

---

[2] „Forſchungen zur Geſchichte der deutſchen Tuchmacherei in Mittelpolen." In: Deutſches Archiv f. Landes- u. Volksforſchung, 1. Jg., 1937, S. 378, Anm. 1.

[3] A. A. D., A. R. Adm., Vol. 348, Liſte von J. 1819.

[4] Vgl. meine, „Deutſchrechtliche Siedlung in Polen". Leipzig 1939, S. 180ff.

Einzelheiten hervorheben zu wollen, wäre ein vergebliches Bemühen. Jeder Abſchnitt bildet gewiſſermaßen eine Monographie für ſich, wie ja auch einzelne Teile des Werkes bereits in den Deutſchen Monatsheften (Kattowitz) und in der Deutſchen Wiſſenſchaftlichen Zeitſchrift (Poſen) vorher abgedruckt worden ſind. Eine abſchließende Zuſammenfaſſung, die der Leſer nach ſo viel Stoff mit beſonderer Dankbarkeit begrüßt hätte, konnte von dem vor der Fertigſtellung verſtorbenen Verfaſſer nicht mehr geliefert werden. So beruht denn die Größe der Leiſtung in erſter Linie auf der in eigener Arbeit ohne Hilfskräfte durchgeführten Tätigkeit des größten Sammlers neuzeitlicher volksdeutſcher Traditionen aus dem ehemals polniſchen Raum.

O. Koßmann, Berlin.

Die deutſchrechtliche Siedlung in Polen

100 Jahre iſt es her, ſeit Roepell (Geſchichte Polens, Bd. I, Hamburg 1840) auf die Verbreitung des deutſchen Rechtes in Polen hinwies. Bis 1900 haben dann deutſche und polniſche Forſcher weiter an der Klarlegung dieſer Fragen gearbeitet, erſt um die Jahrhundertwende fing ein polniſcher Widerſtand gegen die Ergebniſſe der deutſchen Forſchung an, der dann immer mehr ſich verſtärkte, beſonders ſeit Verſailles. Potkańſki wollte ſchon die deutſche Koloniſation als eine bloß deutſchrechtliche Koloniſation ſehen. Bujaks Buch von 1905 über die Beſiedlung Kleinpolens iſt eine fortlaufende Kritik der bisherigen Anſchauungen: keine deutſche, ſondern nur eine deutſchrechtliche Koloniſation, vor dieſer habe es ſchon eine polniſchrechtliche gegeben, das Phänomen war nicht ſo großartig wie oft geglaubt uſw. Seine Schüler (Tymieniecki, Grodecki, Maleczyńſki u. a.) haben das dann ausgebaut: die deutſchrechtliche Koloniſation war nur eine ſekundäre Erſcheinung, eine bloße Begleitung des Übergangsprozeſſes von der Natural- zur Geldwirtſchaft, ſie hatte keine ſchwerwiegenden Folgen. Die Schülerſchüler Bujaks (Tyc, Arnold, Maſłowſki) gingen noch weiter, ſie behaupteten gar, die deutſchrechtliche Koloniſation war ein negatives, Schaden bringendes Element in der Entwicklung der polniſchen Agrarſtruktur. Andere wieder (wie Hładyłowicz) leugneten einen Einfluß der Koloniſation auf das Landſchaftsbild. Von deutſcher Seite befaßten ſich nicht viele mit dieſen Fragen, ſchon wegen der Sprachſchwierigkeiten. Die neueren Forſcher (H. F. Schmid, K. Lück, W. Maas) hatten ſozuſagen einen Zweifrontenkrieg zu führen: ſie mußten in den polniſchen Arbeiten die berechtigte Kritik an der älteren Schule (A. Meitzen, R. Kaindl, E. Schmidt) trennen von der rein negativen, oft politiſch gefärbten Kritik aller deutſchen Forſchungsergebniſſe. Nachdem dies geſchehen war, konnte nun wieder poſitiv weitergearbeitet werden mit einer beträchtlichen Verfeinerung der Methoden. Als erſtes größeres Ergebnis der neuen deutſchen Forſchung iſt die von E. O. Koßmann vorgelegte Unterſuchung über den Lodzer Raum[1] anzuſehen.

Er geht aus von einer Betrachtung der morphologiſchen und geologiſchen Verhältniſſe ſeines Arbeitsgebiets (4000 qkm um Litzmannſtadt, früher Lodz), auf das ſiedlungskundlich

---

[1] Eugen Oskar Koßmann, Die deutſchrechtliche Siedlung in Polen. Dargeſtellt am Lodzer Raum. Leipzig 1937, S. Hirzel, 232 S., 3 Abb. und 5 Karten. = Oſtdeutſche Forſchungen, herausgegeben von Viktor Kauder, Bd. 8.

Wichtigſte reduziert, d. h. vor allem auf die Fragen der Bodennäſſe, der Verbreitung der Lehm- und Sandböden. Die Karte I zeigt, daß die vor 1400 erwähnten Siedlungen vor allem auf Lehmböden ſich befinden, während die jüngeren Siedlungen beſonders, wenn auch nicht ausſchließlich, ſich auf Sandböden finden. „Die freie Frühbevölkerung beſetzte die fruchtbaren Lehmböden. Die zwiſchengelegenen von einzelnen Lehminſeln durchſetzten Sandflächen waren als Grenzheiden lange Zeit ſiedlungsleer (oder doch faſt) und gingen dann in fürſtlichen Beſitz über“ (S. 27). Hier entſtanden die Siedlungen allmählich bei Rodung der Wälder, welcher Prozeß ſeit 1780 durch die neue deutſche Einwanderung einen ſtarken Antrieb erhielt, aber heute noch nicht abgeſchloſſen iſt. „Die größten Waldreſte finden wir in dem von uns als ehemals fürſtlicher Beſitz gekennzeichneten Gebiet vor, während das alte Adelsgebiet zwiſchen Warthe und Grabia ſo gut wie waldfrei iſt“ (S. 32). Koßmann unternimmt es als erſter, die Zuſammenhänge von Zehntpflicht und Siedlungsentwicklung in Polen zu ſtudieren. Wie ſo oft hat hier ein Deutſcher Studien unternommen, die eigentlich die polniſche Wiſſenſchaft hätte unternehmen ſollen. „Alles weiſt in Polen auf eine langſame Entwicklung zur allgemeinen Zehntpflicht hin, die ſich Schritt für Schritt anbahnte und viel Zeit bis zu ihrer im Ausgang des Mittelalters bekannt werdenden Form bedurfte“ (S. 39). „Der Zuſammenhang zwiſchen der Entwicklung des immer dichter werdenden Kirchennetzes und der im gleichen Tempo fortſchreitenden Verbreiterung und Verallgemeinerung der Zehntpflicht wird klar“ (S. 41). „Es iſt verſtändlich, daß die Kirche zunächſt eine Art privatrechtlichen Beſitz ihres Kirchherrn bildete. Daran kann auch nach Abraham und Schmid kein Zweifel beſtehen. Es waren gewiſſermaßen Eigenkirchen der Magnaten, ähnlich wie die biſchöflichen Kirchen landesherrliches Eigentum waren. Viele Geiſtliche werden als Hofkaplane des Hochadels aufzufaſſen ſein, wie die Biſchöfe Hofkaplane des Fürſten waren“ (S. 41). Der Neubruchzehnt wurde im 14. Jahrhundert den Kathedralkirchen überlaſſen, während die Pfarrkirchen auf einen beſtimmten Zehntertrag feſtgelegt wurden. So waren die Biſchöfe mehr an der Neukoloniſation intereſſiert als die Niederkirchen. Sehr wichtig iſt die Frage des Unterſchieds von Guts- und Bauernzehnt, den uns Karte IV näher zeigt. Der Übergang von Bauernhufen an Adlige bedeutete eine Gefährdung der Leiſtungen an die Kirche, denn immerhin genoß der Adel bei der Zehntung gewiſſe Vorrechte. Gerade die Bauernäcker zehnteten zumeiſt noch an Erzbiſchof und Kanoniker. Daher achteten dieſe darauf, daß in den Zehntregiſtern die Bauernäcker und Adelsäcker ex antiquo gut bezeichnet waren, ſelbſt wenn ſpäter Bauernäcker vom Adel genutzt waren. Die Gutsäcker zehnteten zumeiſt an die eigene Parochie. „Die Zehntung von Gutsäckern an fremde Parochialkirchen weiſt auf beſitzrechtliche Zuſammenhänge hin. Auf dieſe Weiſe vermittelt das Zehntbild weſentliche Erkenntniſſe zur Beſitzgeſchichte der Landſchaft“ (S. 47). Der Fürſt und die geiſtlichen Würdenträger vertraten auf dem Gebiete der Zehntzuweiſung vor allem die Intereſſen der Mittel- und Hochkirchen. Ein bemerkenswerter Teil der Orte, die an königliche Patronatskirchen zehnteten, befand ſich nachweislich in fürſtlichem oder königlichem Beſitz. So behandelt er S. 50ff. den Lentſchitzer Kollegiatzehnt als Hinweis auf ehemalige fürſtliche Beſitzzugehörigkeit. „Das ganze rieſige Waldgebiet erweiſt ſich alſo immer mehr als ehemalige fürſtliche Domäne, die erſt ſeit dem 12. Jahrhundert in ſteigendem Maße an geiſtliche (an dieſe einige Generationen früher) und private Beſitzer zur Verteilung gelangte“ (S. 55). „Wir werden am beſten Brzeziny als eine fürſtliche Kirchgründung betrachten, deren Zehntzuweiſen ſchon in das 12. Jahrhundert fallen“ (S. 59). Auf Grund des Zehntbildes kommt er zur Altersbeſtimmung einiger Kirchen (S. 67ff.). Für weitere Forſchungen werden die Feſtſtellungen wichtig ſein, daß Maldratenzehnt und Geldzehnt auf neuere Anſiedlungen oder Umſiedlungen hinweiſen und daß Dörfer, die Meßkorn, missalia, entrichteten, wohl deutſchrechtliche Dörfer waren (S. 73). Um die Bedeutung der deutſchrechtlichen Koloniſation für die Umwandlung des Landſchaftsbildes zu ermeſſen, muß man zunächſt einmal feſtzuſtellen ſuchen, wie es vorher dort ausſah. „Es iſt nicht zu bezweifeln, daß auch vor der deutſchrechtlichen Koloniſation, alſo rund vor dem Jahre 1200, ſchon Land für den Ackerbau gewonnen wurde“ (S. 74). Es gab die Klaſſe der Waldbrenner, popraznicy, smerdones uſw., die dem Walde Land abgewannen. Aber dies Land ging in der Regel, wenn ſie abgezogen waren, wieder an den Wald verloren. Dann gab es (bis etwa 1200) die Gefangenenſiedlungen, die wir heute an Ortsnamen erkennen, die die Namen der Nachbarvölker widerſpiegeln: Pruſy, Czechy, Pomorzany uſw. Das waren oft Neuſiedlungen, „aber was kann man von einer erzwungenen Koloniſationstätigkeit erwarten?“. Woher kommen nun im 14. Jahrhundert die die leeren Räume des Großgrundbeſitzes beſiedelnden und bebauenden Bauern? Hier taucht der ganze Fragenkomplex der Unfreien, Freien, der hospites, der deutſchen und deutſchrechtlichen Bauern auf. Bujak hat die ſtädtiſchen freien hospites, (die aller Wahrſcheinlichkeit nach Deutſche waren) und die ländlichen unfreien hospites, die Polen waren, einander gleichgeſetzt und ſo eine Klaſſe von freien polniſchen ländlichen hospites „geſchaffen“, von Siedlern vor der deutſchrechtlichen Koloniſation. Dieſe Leute hat es nicht gegeben (S. 81). Tymieniecki, Tyc, Arnold, Grodecki haben ſich dann einfach auf Bujak berufen. Sie alle wollten in den hospites eine polniſche Koloniſation vor der deutſchrechtlichen ſehen und ſo die Bedeutung letzterer herabſetzen. Das geht nicht. „Die erſten nachweisbaren Zinsbauern in Polen waren offenſichtlich Deutſche“ (S. 85). Man muß einen Unterſchied machen zwiſchen der Siedlung auf fürſtlichem und nichtfürſtlichem (geiſtlichem, adligem) Gebiet. 1234 erteilt der Fürſt Odonicz von Großpolen dem Erzbiſchof von Gneſen eine Immunitätsurkunde, behält ſich aber die Gerichtsbarkeit „in signum dominii“ über die polniſchen Freien vor: liberi homines non hospites sed indigene; er erlaubt alſo die Anſiedlung fremder Freier auf geiſtlichen und ritterlichen Gütern, nicht aber polniſcher. 1239 erlaubt der Fürſt Konrad von Lentſchitz und Krakau dem Gneſener Erzbiſchof, je drei polniſche Freie in allen Dörfern der Kaſtellanei Wolborz anzuſetzen. 1241 erſcheint dieſe Dreizahl auch in einem maſowiſchen Dokument. In den Pabjanicer Gütern erhalten die Freien ihre Exemption erſt 1286, während die Unfreien ſie ſchon „ab antiquo“ haben (S. 87). Beiſpiele aus dem 12. und 13. Jahrhundert, wie die Fürſten die Anſiedlung von Freien auf geiſtlichen Gütern zu unterdrücken ſuchten, gibt er S. 88/89. „Aus dem vorgelegten Quellenſtoff erhellt eindringlich, daß die Koloniſation mit Fremden, mit hospites, alſo deutſchen Koloniſten, der gegebene Ausweg war, der ſich dem Großgrundbeſitz in erſter Linie darbot“ (S. 90). Genau ſo wie im 18. Jahrhundert wieder die Anſiedlung von Zinsbauern, den ſog. Hauländern, den Großgrundbeſitz aus der Kriſe rettete, wie ich das in zahlreichen Aufſätzen geſchildert habe, zuletzt Deutſche Monatshefte, Kattowitz, 6. Jahrg., 1939/40, S. 149ff.

Gegen polniſche Forſcher beſchreibt er wie folgt die Vorteile des deutſchen Rechtes für den Bauern: „Der polniſchrechtliche Bauer iſt in dieſer Hinſicht (Enteignung durch den Herrn) ungeſichert. Was er in Hof und Acker hineinſteckte, tat er letzten Endes für den Grundherrn. So mußte ihm der Anreiz zur Leiſtung fehlen, und ſeine Freiheit, von der die polniſchen Autoren viel ſprechen, erinnert mehr an die eines wohl freien, aber beſitzloſen Gutsarbeiters“ (S. 97). 139 deutſchrechtliche Dörfer werden S. 107—112 zuſammengeſtellt. Bei der deutſchrechtlichen Koloniſation ſpielten hier wie überall die kirchlichen Organiſationen, vor allem die Klöſter, eine große Rolle. „Schon 1292 erhalten die Ziſterzienſer in Sulejów eine Lokationsbewilligung für Góra, Pucinów, Kępa“ (S. 119). „Der erſte Nachweis koloniſatoriſcher Tätigkeit der Ziſterzienſer in Wąchock in der Lodzer Gegend fällt in das Jahr 1343“ (S. 115). „Die älteſte Spur einer Koloniſationstätigkeit des Biſchofs von Kujawien iſt das Dorf Wolbórz (Vogbor) im Jahre 1242. Aber der Tatareneinfall 1259 macht alles zunichte. 1273 erhält der Biſchof dann ein großes Lokationsprivileg“ (S. 124). Neue Privilegien ſtammen erſt wieder aus der Zeit Kaſimirs des Großen, nach 1331. Über die Neugründungen aus grüner Wurzel heißt es um 1370: Bonorum ecclesie nostre melioracionibus intendere cupientes (S. 126). Dabei erſcheint dann auch das heutige Litzmannſtadt: das Dorf Lodz wird 1387 zu deutſchem Recht in flämiſchen Hufen angeſetzt (S. 128). Als Ergebnis kann er feſtſtellen: „Ausbau der kleinen, engbegrenzten Waldlichtungsſiedlungen zu vollwertigen weitflächigen Dörfern erſt infolge der deutſchrechtlichen Koloniſation. Gałków hat 1273 5 ascripticii, die jährlich 2 Urnen Honig abliefern, um 1370 deutſches Recht, 1534 gibt es hier 60 Siedlerfamilien“ (S. 133). Daß das Krakauer Domkapitel im Pabianicer Gutsbezirk nach und nach ein großes Koloniſationswerk durchgeführt hat, geht aus der Schilderung des Długosz hervor: die Kaſtellanei beſaß einſt nur wenige Siedlungen, dagegen viele Wälder. Wilde Tiere ſchlugen hier öfter ihr Lager auf, als daß der Pflug das Land berührte. LBD. I, 273“ (S. 139).

Die Ergebniſſe von Koßmann gleichen in ſehr vielem meinen eigenen für die Nachbargebiete: „Mittelalterliche deutſchrechtliche Koloniſation und Waldrodung in Kujawien und Maſowien“ in den Deutſchen Monatsheften in Polen, 4. Jahrg., 1937/38, S. 48—61. Etwas verändert habe ich dieſen Aufſatz in meinem franzöſiſchen Buche ,,Géographie et sociologie“ (Moulins 1940), S. 24—31, veröffentlicht. Dort (S. 38—40) habe ich mich auch mit den Woladörfern befaßt und die Theorien Grodeckis abgelehnt. Koßmann kommt (S. 157 bis 161) zu derſelben Feſtſtellung wie ich: Die Woladörfer entſtanden nicht vor der deutſchrechtlichen Koloniſation, ſondern ſind eine Nachphaſe der mittelalterlichen im weſentlichen deutſchrechtlichen (und oft auch deutſchen!) Koloniſation. Dieſe Koloniſation befaßte ſich nicht nur mit dem Lande, ſie gründete auch Städte. Auch hier wollten die Polen (vor allem Maleczyński) die deutſchen Leiſtungen nicht mehr wahrhaben. Koßmann rechnet S. 162—182 mit ihnen ab. S. 174—175 ſtellt er einige deutſche Bürgernamen aus dieſen Städten zuſammen. Die Stadtgründungen des 13./14. Jahrhunderts geſchehen durch Fürſten und Kirche, die Bürger ſind vor allem Deutſche, dieſe Städte entwickeln ſich; im 15./16. Jahrhundert gründet auch der Adel Städte, die Bürger ſind Polen, die Städte bleiben unbedeutend, viele werden wieder Dörfer. Warum ging nun die deutſchrechtliche Koloniſation nach 1500 nicht weiter? „Um dieſe Zeit kriſtalliſierten ſich die Vorſchriften heraus, die den Bauern die Freizügigkeit nahmen“ (S. 183). Auch beginnt die Gutswirtſchaft. Güter beſtanden um 1500 da, wo der Grundherr oder ſein Verwalter wohnte. Daher die zahlreichen Güter in den adligen Siedlungsräumen. In den Pabianicer Gütern hatten die Bauern in den vom Domkapitel angekauften ehemaligen adligen Dörfern, die ſie allein bewirtſchaften mußten, mehr zu arbeiten als in den alten Dörfern des Domkapitels, wo eine Beteiligung mehrerer Dörfer an der Arbeit ſtatthatte. Auch iſt wichtig, daß von den deutſchrechtlichen Dörfern $^1/_3$, von den Woladörfern $^2/_3$ reine Bauerndörfer waren. Mit den Gründen zur Herausbildung der Gutswirtſchaft befaßt ſich Koßmann kaum (ſiehe darüber W. Maas, Vierteljahrsſchr. f. Sozial- u. Wirtſchaftsgeſchichte 1927, S. 490ff. und Deutſche Monatshefte, Kattowitz, 6. Jahrg., 1939/40, S. 151). Sie führt zur Erſtarrung im Landſchaftsbilde, das erſt von etwa 1780 ab durch die neue deutſche Siedlungswelle verändert wird. So kann er in den Abſchnitten über die Dorfformen (S. 192—200) und über die Flurnamen (S. 201—215) aus den Verhältniſſen um 1790 (worüber Dorfpläne exiſtieren) diejenigen erſchließen, die 2—3 Jahrhunderte vorher herrſchten.

Im ganzen wird man ſagen können, daß das Buch von Koßmann die Erforſchung der Landſchaftsentwicklung und des deutſchen Anteils daran um ein großes Stück voran gebracht hat, und wir können Verfaſſer und Herausgeber nur Glück wünſchen. Die fünf Karten ſind ſehr gut ausgefallen. An Druckfehlern fiel mir nur ein wichtiger auf: S. 148, Zeile 14 von oben muß es Nordoſtecke heißen. Walther Maas, z. Z. im Felde.

Das Koloniſationswerk Joſefs II. in Galizien[1]

Das Ereignis der Eingliederung Galiziens in die öſterreichiſchen Erblande auf Grund der erſten Teilung Polens, dem geſchichtlich folgerichtigen Ergebnis jahrhundertelanger Mißwirtſchaft und inneren Zerfalls der königlichen Adelsrepublik, traf gerade in eine Periode lebhafteſter innerer Reformtätigkeit in dem habsburgiſchen Staatsverbande vom Oberrhein bis zum Eiſernen Tore. Joſefs II. Machtdrang hatte ſeiner Mutter die Zuſtimmung zur Politik der Teilungen abgerungen, und nun gewann er ſie um ſo leichter für den ſofortigen Beginn einer Neuordnung, die das Land mit ſeinen brachliegenden, reichen natürlichen Quellen erſt einigermaßen auf den Fuß der übrigen Kronländer emporzuheben beſtimmt war. Schon im Sommer 1776 unternahm der Kaiſer als Mitregent auch hier eine ſeiner umfaſſenden Beſichtigungsreiſen in einer Dauer von 6 Wochen, wobei er auf ſeinen Kreuz- und Querfahrten durch alle Landesteile einen tiefen Eindruck von dem ſchreienden Mißverhältnis zwiſchen der Fruchtbarkeit des Bodens und dem Elend der leibeigenen, rechtlos und verkommen dahinſiechenden Landbevölkerung bekam. Trotz dichter Beſiedlung gab es noch immer weite, unbeſtellte Flächen; auch die genutzten hätten bei beſſerer Pflege ganz andre Erträgniſſe liefern und das Land mindeſtens vor den zeitweiſe eintretenden Hungersnöten ſichern ſollen. Die Städte ſelbſt kannten kaum mehr ein ordentliches Handwerk, ihre Gebäude und Straßen waren unvorſtellbar verwahrloſt. Hatten im Mittelalter die polniſchen Könige eine Blüte ihres Staatsweſens mit Hilfe ehrenvoll berufener deutſcher Gäſte herbeigeführt, ſo lag jetzt Öſterreich wie Preußen eine Art Erneuerung dieſer Koloniſation auf dem unblutig gewonnenen Boden als dankbare Aufgabe nahe, und alsbald trat darüber ein diesmal friedlicher Wettbewerb der beiden deutſchen Groß- und Oſtmächte zutage. Schon zwei Jahre vor jener erſten Reiſe Joſefs, September 1774, wurde in Wien ein Anſiedlungspatent erlaſſen, das Handelsleute, Künſtler, Fabrikanten, Handwerker in die galiziſchen Städte einlud und ihnen u. a. das Verſprechen ſechsjähriger Steuerfreiheit gab. Man war dabei bemüht, Fleiß und Talente möglichſt ohne Rückſicht auf Nation und Bekenntnis zu werben, aber praktiſch hat ſchon dieſe Aktion hauptſächlich Deutſche angezogen, zumal die Proteſtanten unter ihnen zu Lemberg, Jaroslau, Zamoſz und Zaleſzyſki freie Religionsübung zugeſichert erhielten, indeſſen nach Joſefs alleiniger Regierungsübernahme alsbald ſogar volle Toleranz verkündigt wurde.

---

[1] Ludwig Schneider: Das Koloniſationswerk Joſef II. in Galizien (Darſtellung und Namensliſten). Hiſtoriſche Geſellſchaft für Poſen 1939. Bd. 9 der Oſtdeutſchen Forſchungen hrsg. V. Kauder.

In den Jahren 1782/83 ließ der Kaiſer dann die eigentliche große, vorwiegend bäuerliche Koloniſation ins Werk ſetzen. Wie in frühern Dezennien des 18. Jahrhunderts in den „Schwabenzügen" nach Ungarn hauptſächlich die weſtlichen Grenzlande des „Römiſchen Reiches" dieſe mit einem guten Menſchenſchlag ſpeiſten, ſo ſetzte darauf die Wiener Regierung auch diesmal nicht vergebens ihre Hoffnungen. Das Hauptwerbebüro beſtand beim kaiſerlichen Geſandten in Frankfurt a. M., und ſchon auf die erſten Ankündigungen hin meldeten ſich allein tauſend kurpfälziſche Familien! Die Pfalz und Württemberg, ſpäter auch weitere rechtsrheiniſche Gebiete, entſandten die meiſten Auswanderungsluſtigen; Koloniſtennamen franzöſiſchen Urſprungs deuten auf die für unſre Volksgeſchichte ſo kritiſche Grenznähe im Weſten Deutſchlands. Aber auch Böhmen und Mähren ſtellten ihre Leute, worüber neueſtens Rudolf Schreiber in den Mitteilungen des Vereins für Geſchichte der Deutſchen in den Sudetenländern, 77. Jahrg., eingehend gehandelt hat[2]; ja ſelbſt Handwerker und Kaufleute aus den inneröſterreichiſchen Alpenländern und dem preußiſchen Oſten (wo man ſie freilich für Ausreißer, die man ſelbſt gebraucht hätte, anſah) fehlten bei dem neuen, groß geplanten Werke nicht. Der Staat wollte dieſe Koloniſation im Sinne der Zeit durchaus ſelbſt lenken. Seine Beamten hatten ja auch erſt eine Vermeſſung und Landesaufnahme für Galizien durchführen müſſen, nun ordneten ſie die Wellen der Einwanderer ſchon auf der Reiſe und betreuten ſie ganz beſonders vom Tage des Grenzübertritts in Biala an. Volle Ausſtattung an Hof und Feld, Vieh und Ackergerät war für jeden bäuerlichen „Koloniſten" vorgeſehen, Ingenieure entwarfen ihre Dörfer und Häuſer nach einem genehmigten Schema. Leider gab es jedoch bei der Durchführung dieſer ſchönen Pläne Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, Hemmungen über Hemmungen, die teils auf die nicht hervorragende Qualität vieler in Galizien wirkender Beamter, teils auf die ganz unerwartet große Zahl der Siedler zurückzuführen ſein dürften. So erfuhren die Koloniſten, ehe ſie noch richtig zum Zuge kamen, ſchwere Enttäuſchungen und Prüfungen. Die meiſten von ihnen mußten in oft troſtloſen Einquartierungen bis 1786 warten, damit ſie endlich mit der Ausſaat auf eigenem Boden beginnen konnten. Dann begannen erſt wieder Streitigkeiten mit den Behörden über die zugewieſenen Gründe, die Zerſplitterung vieler Neuſiedlungen, die wir auch nachträglich als volklich nachteilig erkennen u. ä. Weitere Schwierigkeiten gab es, wenn die Koloniſten nach Ablauf der ihnen zugebilligten Steuerfreizeit einem Beſteuerungsſyſtem unterworfen wurden, das ſelbſt für Galizien noch unerprobt war und nach den Jahren der vollen Schonung zu verdoppeltem Widerſtand reizte. Manchmal mochte es ſcheinen, als ob ſich das ungaſtliche Land wider die Neuankömmlinge verſchworen hätte, zumal in den neunziger Jahren durch die europäiſchen Ereigniſſe auch die Kriegsnotwendigkeiten und -laſten die Eingewöhnung nicht leichter machten. Da nimmt es nicht wunder, wenn außer den wirklich Ungeeigneten, die ſich oft ohne Paß eingeſchlichen und im erſten Eifer doch Aufnahme gefunden hatten, auch tüchtigere Leute die Flinte ins Korn warfen und durchbrannten, ehe ſie wie andre wegen Rückſtänden in den ſtaatlichen Leiſtungen förmlich abgeſtiftet wurden. Die Beamten, unter denen nur wenige Männer, ſo wie der Domänendirektor Hofrat Kortum, dem wir viele quellenmäßige Angaben aus ſeinen Denkſchriften verdanken, auf der Höhe ihrer Aufgabe ſtanden, waren oft genug mit der Haltung der „Schwaben“ unzufrieden, die freilich ein andres Benehmen als die an Leibeigenſchaft gewöhnten Polen und Ukrainer gegenüber den Obrigkeiten an den Tag legten. Dies war um ſo bedauerlicher, als faſt alle Siedler auf den ehemaligen, durch jüdiſche Pächter gänzlich heruntergebrachten Krongütern angeſetzt wurden, da der polniſche Großgrundbeſitzer nur vereinzelt den Gewinn durch deutſche Grundholden zu ſchätzen wußte; überdies verlebte Galizien damals durch die joſefiniſche Urbarialreform und die darauf einſetzende Reaktion des rückſichtslos auf den eigenen Standesvorteil beharrenden Adels agrarpolitiſch ohnedies eine höchſt unruhige Zeit. Die eingeſeſſenen „Nationaliſten“ wiederum ſahen in dem deutſchen Koloniſten einen Fanatiker der Arbeit und Sauberkeit, der dreimal ſoviel wie ſie ſelbſt am Tage zuwege brachte, einen Fremdkörper im Lande, der durch Einführung von Neuerungen aller Art und eine oft rührende Opferwilligkeit für ſein Schulweſen den ererbten Schlendrian täglich widerlegte. Nicht zuletzt aber mußte der Deutſche alsbald mit der dem Adelsregime verſchwiſterten Judenherrſchaft in Galizien Bekanntſchaft machen, ein im innern Europa bis dahin unerhörter Zuſtand, den Öſterreich auf dem Wege ſtaatsbürgerlicher Gleichberechtigung und -verpflichtung bis zum Verſuche der Anſetzung jüdiſchen Bauerntums — nur ein paar jüdiſche Schwärmer begründeten ein Neu-Jeruſalem — vergeblich zu erſchüttern unternahm. „Der hieſige Jude, dieſes ſo ſchädliche Inſekt für den chriſtlichen Handels- und Handwerkerſtand“ (wie es in einer amtlichen Darſtellung hieß) ſuchte vielmehr — hier und da ſogar mit Erfolg — den Deutſchen durch ſeine Kniffe auf den traurigen Stand des dem Alkohol und der Schuldknechtſchaft ausgelieferten Slawen herunterzudrücken.

---

[2] Das merkwürdigſte Ergebnis dieſer Abhandlung iſt die Feſtſtellung, daß da gewiſſe Stellen neben den Sudetendeutſchen auch Tſchechen koloniſierten und ſo das heimatliche Grundproblem in die Fremde verpflanzt wurde.

Die Tatſache aber, daß anfangs des 19. Jahrhunderts, nach der Ablöſung des linken Rheinufers von Deutſchland, mit einer zweiten Auswandererwelle nach Galizien auch viele Angehörige von den Koloniſten, die nun 20 Jahre im Lande ſaßen, herüberkamen, ſpricht am beſten für den überwiegend poſitiven Erfolg des Werkes nach Überwindung der typiſchen Anfangsſchwierigkeiten. Die etwa 25 000 anſäſſig gewordenen Deutſchen, von denen über 20 000 dem Bauerntum angehörten, haben im Ergebnis ſich auf der ſchwer gewonnenen Scholle rühmlich behauptet und die über 3 Millionen Gulden, die der Staat dafür verausgabte, brachten ungeachtet der zuzugebenden Fehlleitungen, die wohl bei jeder ſolchen Unternehmung ſich einſtellten, auf die Dauer reiche Zinſen ein, z. B. die Aufnahme des Klee- und Kartoffelanbaus, des Edelobſtes und der Stallfütterung auf dem erſt mühſam einer ſich ſelbſt überlaſſenen Natur von Steppe, Sumpf und Gebirge abgerungenen Gelände in dem Übergangsraum zwiſchen Abendland und euraſiſcher Welt. Schon ihres verhältnismäßig geringen Umfangs wegen und durch die oben gekennzeichneten Schwierigkeiten gerade in dieſem Lande konnte die deutſch-galiziſche Koloniſation, an der nicht wenige deutſche Stämme ihren Anteil nahmen, nur in gemeſſenen Grenzen „die große Schule zur Umänderung der (eingeborenen) Nation“ bilden, wie dies ſtatt einer bloßen „Populationsvermehrung“ die beſten Köpfe — angefangen mit dem großen Kaiſer Joſef II. — von ihr erhofften. Nach Kallbrunner, Deutſche Erſchließung des Südoſtens (1938), S. 35, iſt übrigens 1787 eine Gruppe der in Galizien ſchwer unterzubringenden „Schwaben“ in die von Öſterreich neuerworbene Bukowina gekommen und hat dort auf den Gütern des Griechiſch-orientaliſchen Religionsfonds zwiſchen Czernowitz und Sutſchawa acht lebenskräftige Siedlungen entwickelt.

Unſre bisher auf Kaindls Geſchichte der Deutſchen in den Karpatenländern, Bd. III, und beſonders Walter Kuhns methodiſch grundlegendes Buch über die jungen deutſchen Siedlungen in Galizien zurückgehende Kenntnis dieſes Teilgliedes der deutſchen Oſtkoloniſation hat durch das Buch von Ludwig Schneider vor allem nach der ſtofflichen Seite eine ſchätzenswerte Bereicherung erfahren, welche auf der emſigſten Durchforſchung der Grundbemeſſungsbücher des ſog. Lemberger Bernhardinerarchivs und der Akten des ehem. öſterreichiſchen Gubernialarchivs für Galizien gegründet iſt. Die Meiſterung des in reicher Fülle ausgebreiteten Stoffes iſt wohl darſtelleriſch nicht auf der Höhe und weiſt hier und da Unebenheiten auf, z. B. wenn auf S. 24 die Wohlhabenheit vieler Einwanderer quellenmäßig geſchildert wird, während S. 38 auf Grund anderer Unterlagen der gegenteilige Eindruck entſtehen könnte. Der weit größere Teil des ſtattlichen Bandes wird denn auch von dem durch Regiſter aufgeſchloſſenen Abdruck der Namenliſten der einzelnen Kolonien eingenommen — zur Ergänzung der amtlichen werden auch die evangeliſchen des Superintendenten Samuel Bredetzky herangezogen; in Einzelfällen ſind dem Herausgeber freilich, wie Schreiber an Stichproben nachweiſt, bei der ſchwierigen Leſung der von oft ſprachunkundigen Matrikenführern eingetragenen Perſonennamen auch Verſehen unterlaufen. Für ſeine mühevolle und im ganzen ſchätzenswerte Arbeit wird die deutſche Volksforſchung Schneider ebenſo verpflichtet ſein, wie ſie es gegenüber ſeinem Vorbild, den Quellen zur deutſchen Siedlungsgeſchichte in Südoſteuropa, von Wilhelm und Kallbrunner, ſchon ſeit längerem iſt.

Reinhold Lorenz, Wien.

Die Entſtehung der deutſch-niederländiſchen Grenze im Zuſammenhang mit der Neuordnung des niederländiſch-niederrheiniſchen Raumes 1813–1815

Die wertvolle Bonner Unterſuchung obigen Titels[1], von F. Steinbach angeregt und ihm gewidmet, behandelt auf breiter geſchichtlicher Grundlage die diplomatiſchen Verhandlungen zwiſchen England, Preußen, Öſterreich, Rußland und Frankreich um die Neugeſtaltung des europäiſchen Brückenkopfs an den Mündungen von Rhein, Maas und Schelde in der Endphaſe des Kampfes gegen Napoleon. Der Nachdruck liegt dabei auf den mannigfachen Plänen der Jahre 1813 und 1814. Die Einleitung ſkizziert die Vorentwicklung des 18. Jahrhunderts. Kürzer kommt der Abſchluß im Jahre 1815 zur Sprache, während dem Wiener Kongreß nur eine knappe Seite gewidmet iſt. Hier werden, um dies gleich anzumerken, die Forſchungen von Griewank noch erhebliche Ergänzungen bringen.

Für die Hauptteile der Arbeit (S. 49ff.) ſind in glücklicher Weiſe die Akten des Haager Allgemeinen Reichsarchivs benutzt; die preußiſchen Archive in Berlin-Dahlem und Düſſeldorf haben ebenfalls Nachrichten geboten. Die gedruckte Quellenſammlung zur niederländiſchen Geſchichte des frühen 19. Jahrhunderts von Colenbrander wird für das Thema erſchöpfend ausgewertet.

Im Vordergrund ſteht die engliſche Politik. Schon ſeit dem Spätmittelalter ſpielt das gegenüberliegende Kanalufer mit ſeinen gewerbefleißigen Städten und Häfen für ſie eine erhebliche Rolle, ſowohl um der eigenen Sicherheit willen wie wegen des Einfluſſes auf dem Feſtlande. Aber erſt im Frieden von Utrecht kann England ſein Syſtem des Gleichgewichts durchſetzen, das den Feſtlandblock der Generalſtaaten und der öſterreichiſchen Niederlande als „Barrière“ gegen Frankreich zu erhalten und auszubauen bemüht iſt. Durch den jüngeren Pitt erfährt dieſe Auffaſſung in der Zeit der Revolutionskriege ihre klaſſiſche Zuſammenfaſſung und Ausprägung. Englands Intereſſe an den beiden niederländiſchen Staaten iſt rein „engliſcher“ Art. Es braucht eine Militärmacht auf dem Feſtland, die den Schutz gegen Frankreich übernimmt. Ob dies Öſterreich iſt oder das nach Weſten ſtrebende Preußen, iſt für London gleich. Wenn auch die Inſelmacht hauptſächlich um der Niederlande willen den Kampf gegen die Revolution und Napoleon aufnimmt, ſo raubt es doch gleichzeitig dem holländiſchen Verbündeten ſeine Kolonien, als die Revolutionsheere das Land überfluten und die Sache auf dem Feſtland ſchlecht ſteht.

---

[1] Ernſt Moritz Klingenburg, Die Entſtehung der deutſch-niederländiſchen Grenze im Zuſammenhang mit der Neuordnung des niederländiſch-niederrheiniſchen Raumes 1813—1815. Mit 15 Karten. Leipzig 1940, VIII u. 162 S. (Deutſche Schriften zur Landes- und Volksforſchung, hg. v. E. Meynen, Band 7).

Lord Caſtlereagh, der Vertreter der engliſchen Außenpolitik in den Jahren der Befreiungskriege, erweiſt ſich ganz und gar als Erbe der Pittſchen Gedanken; die Abwandlungen der engliſchen Ziele ſind nur durch das geſamteuropäiſche Kräfteſpiel bedingt. Im deutſchen Bereich vollzieht ſich eine Umſtellung dadurch, daß Öſterreich mehr und mehr aus dem Weſten zurückweicht, während in Preußen die Strömung wächſt, die auf die deutſche Sendung des bis dahin vorwiegend partikulariſtiſchen Militärſtaates drängt. Hardenberg erweiſt ſich als ein früher und weitſichtiger Vertreter dieſes preußiſchen Reichsgedankens im Weſten; mögen ſeine Anſchauungen zunächſt auch noch vorwiegend als Widerſchein engliſcher Auffaſſungen anmuten. Hardenberg vertritt die Mitte zwiſchen der altpreußiſch-konſervativen Richtung in Berlin und den Forderungen der völkiſchen Publiziſtik, die durch die Schriften von Arndt und Görres hauptſächlich auf die niederländiſchen Probleme hinweiſt. Nicht zu unterſchätzen iſt bei der ſchließlichen Löſung im Königreich der Vereinigten Niederlande von 1815 die regſame Tätigkeit des Hauſes Oranien. Nur am Rande erſcheinen Metternich und Rußland.

Die Unterſuchung des empfindlichen Spannungsfeldes an den Flußmündungen macht die ganze Fülle ſich widerſtrebender Intereſſen und Überſchneidungen im Getriebe der damaligen europäiſchen Politik ſehr anſchaulich ſichtbar. Unſerem ganz anders gearteten, von Großräumen und völkiſchen Geſichtspunkten beſtimmten Denken liegt die Diplomatie der Zeit des Wiener Kongreſſes recht fern. Und doch iſt der Leſer oft überraſcht, wie ſich die Probleme über die Zeiten hinweg gleichbleiben. Sozuſagen nebenher fallen äußerſt dankenswerte Schlaglichter — meiſt nur kleine Quellenzitate — auf die Volksſtimmung und die Strömungen innerhalb der umſtrittenen Gebiete ſelbſt.

Es würde hier zu weit führen, wenn die einzelnen Phaſen und die wechſelnden Ziele des diplomatiſchen Ringens um die Neugeſtaltung der Niederlande vorgeführt werden ſollten. Sehr verdienſtlich ſind die Karten, die den leicht ermüdend wirkenden Bericht über dies Hin und Her der wechſelnden Löſungsverſuche angenehm beleben. Gerade die Würdigung des Geplanten und nicht zuſtande Gekommenen iſt ja ſchon ſeit Rankes Vorbild eine ebenſo reizvolle wie darſtelleriſche ſchwierige Aufgabe des neuzeitlichen Hiſtorikers. Gewiß hätten im vorliegenden Fall manche Linien klarer durchgezogen, manche Zuſammenhänge beſſer veranſchaulicht werden können. Auch ſtiliſtiſche Unebenheiten machen ſich ſtellenweiſe ſtark bemerkbar. Aber dafür iſt der Verf. hinreichend entſchuldigt; der Krieg und die Einberufung haben ihn gehindert, die letzte Feile an ſein Werk zu legen. Übrigens ſind dieſe kleinen Mängel angeſichts der tatſächlichen Leiſtung zu verſchmerzen. Auf dem gleichen Blatt ſteht das Fehlen eines Regiſters, das zur Erfaſſung des ſchwierigen und reichhaltigen Stoffes weſentlich beitragen könnte.

z. Zt. bei der Wehrmacht. Leo Juſt, Bonn.

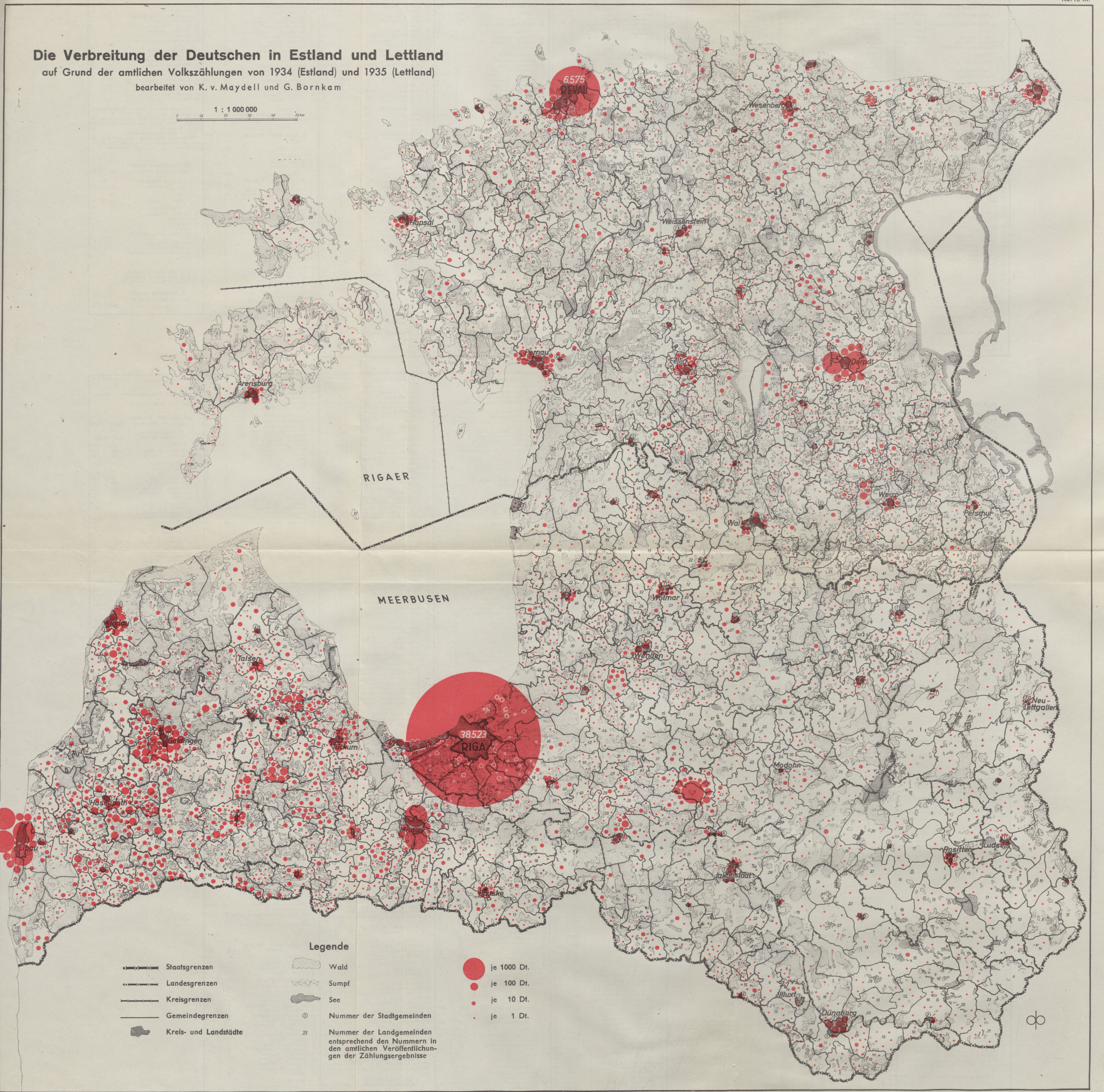
Die urſprünglich für dieſes Heft vorgeſehene Bibliographie „Amtliche und private Ortsnamenverzeichniſſe Mitteleuropas 1910—1941“ im Rahmen der Abteilung für Landeskunde im Reichsamt für Landesaufnahme, zuſammengeſtellt und bearbeitet von E. Meynen, wird als geſonderte Veröffentlichung erſcheinen, da ihr Umfang den hier zur Verfügung ſtehenden Raum überſchreitet.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dozent Dr. E. Meynen,
Berlin C 2, Burgſtraße 28^{IV}. — Mitarbeiter der Schriftleitung:
Dr. Marg. Klante, Berlin. — Verlag von S. Hirzel in
Leipzig C 1, Königſtraße 2. — Druck von A. Heine GmbH. in
Gräfenhainichen. — Printed in Germany.

Die Verbreitung der Deutschen in Estland und Lettland

auf Grund der amtlichen Volkszählungen von 1934 (Estland) und 1935 (Lettland)

bearbeitet von K. v. Maydell und G. Bornkam


1 : 1 000 000
0
10
20
30
40
50 km
6.575
REVAL
Wesenberg
Hapsal
Weissenstein
Arensburg
Pernau
Fellin
Dorpat
RIGAER
MEERBUSEN
Werro
Petschur
Walk
Wolmar
Windau
Talsen
Wenden
Goldingen
Tuckum
38.523
RIGA
Neu-Lettgallen
Modohn
Hasenpoth
Libau
Mitau
Bauske
Jakobstadt
Rositten
Ludsen
Illuxt
Dünaburg
Legende
Staatsgrenzen
Landesgrenzen
Kreisgrenzen
Gemeindegrenzen
Kreis- und Landstädte
Wald
Sumpf
See
① Nummer der Stadtgemeinden
23 Nummer der Landgemeinden entsprechend den Nummern in den amtlichen Veröffentlichungen der Zählungsergebnisse
je 1000 Dt.
je 100 Dt.
je 10 Dt.
je 1 Dt.

Aus: Jomsburg Jahrgang 4 (1940)
Leopold Kraatz. Berlin
Verlag von S. Hirzel, Leipzig

VERZEICHNIS DER GEMEINDEN ESTLANDS UND LETTLANDS NACH DEM VERWALTUNGSSTANDE VON 1934/35

mit Angabe des deutschen Bevölkerungsanteils auf Grund der amtlichen Volkszählungen von 1922 und 1934 (Estland) bzw. 1925 und 1935 (Lettland)

BEARBEITET VON KURT BARON MAYDELL, BERLIN

Die Nummern der Gemeinden entsprechen der Kennzeichnung auf der beigegebenen Karte und in den amtlichen Veröffentlichungen der Zählungsergebnisse von 1934 bzw. 1935. — An erster Stelle steht der deutsche Name der Gemeinde, in den östlichen Grenzgebieten z. T. der russische, an zweiter der estnische bzw. lettische. Für die Rechtschreibung der estnischen und lettischen Namen waren die amtlichen Veröffentlichungen der Zählungsergebnisse maßgebend, für die deutschen Namen Lettlands das „Verzeichnis lettländischer Ortsnamen" hrsg. von Hans Feldmann, Riga 1938, für diejenigen Estlands das Ortsverzeichnis im Kalender und Jahrbuch für Estland 1935.

Übersicht

	1922—1925	1934—1935
Estland	**18819**	**16846**
davon Städte	13994	13261
„ Flecken	279	238
„ Landgemeinden	3746	2702
„ gesondert gezählt	300	145
Lettland	**70964**	**62144**
davon Städte	58767	51106
„ Landgemeinden	12197	11038
Estland und Lettland	**89283**	**78490**
davon Städte und Flecken	73040	64605
„ Landgemeinden	15943	13740
„ gesondert gezählt	300	145

Die Abweichungen gegenüber den Aufstellungen in den amtlichen Veröffentlichungen ergeben sich daraus, daß die Verselbständigung der Flecken und deren Erhebung zu Städten hier auf den Stand von 1934/35 bezogen worden sind.

ESTLAND

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	I. Nordestland (ehemaliges Estland)	**10518**	**9957**
	a) Kreis Harrien/Harjumaa	**7876**	**7906**
	Städte	*7345*	*7467*
1.	Reval / Tallinn	6904	6575
2.	Nömme / Nõmme	400	869
3.	Baltischport / Paldiski	41	23
	Flecken	*4*	*8*
4.	Kegel / Keila	4[1]	8
	Landgemeinden	*527*	*431*
5.	Allafer / Alavere	4	3
6.	Ania / Anija	11	5
7.	Haggers / Hageri	13	15
8.	Hark / Harku	6	10
9.	Hähl / Ingliste	1	2
10.	Jörden / Juuru	30	27
11.	Jerwakant / Järvakandi	66	23
12.	Jeglecht / Jõelehtme	25	21
13.	Kappel / Kabala	—	—
14.	Kay / Kaiu	—	6
15.	Kechtel / Kehtna	3	10
16.	Kegel / Keila	7[2]	26
17.	Kirna / Kernu	22	18
18.	Kida / Kiiu	18	6
19.	Kloster Padis / Kloostri	30	17
20.	Kotzum / Kodasoo	1	—
21.	Koil / Kohila	41	29
22.	Kolk / Kolga	19	7
23.	Kuimetz / Kuimetsa	—	—
24.	Kuiwajöggi / Kuivajõe	15	—
25.	Cournal / Kurna	5	3
26.	Könda / Kõnnu	23	21
27.	Laitz / Laitse	3	2
28.	Nappel / Nabala	—	—
29.	Nargen / Naissaare	—	—
30.	Nehhat / Nehatu	1	6
31.	Newe / Nõva	4	2
32.	Rogö / Pakri	—	13
33.	Penningby / Peningi	26	16
34.	Wrangelsholm / Pranglisaarte	—	—
35.	Rasik / Raasiku	17	11
36.	Johannishof / Rae	9	15
37.	Raiküll / Raikküla	—	—
38.	Rappel / Rapla	30	6
39.	Mecks / Ravila	9	1
40.	Riesenberg / Riisepere	27	26
41.	Sack / Saku	9	14
42.	Friedrichshof / Saue	13	14
43.	Kau / Triigi	17	10
44.	Toal / Tuhala	(—)[3]	6
45.	Warbola / Varbola	11	18
46.	Wichterpal / Vihterpalu	1	—
47.	Wiems / Viimsi	5	11
48.	Fähna / Vääna	5	11

[1] Gehörte 1922 zur gleichnamigen Landgemeinde (Nr. 16).

[2] Ohne den 1922 zugehörigen gleichnamigen Flecken (Nr. 4).

[3] Gehörte 1922 zur Landgemeinde Kuiwajöggi Nr. (24).

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	b) Kreis Jerwen / Järvamaa	**568**	**824**
	Städte	*185*	*143*
1.	Weißenstein / Paide	175	132
2.	Taps / Tapa	10[4]	11
	Flecken	*38*	*24*
3.	Turgel / Türi	38	24
	Landgemeinden	*340*	*157*
4.	Alp / Albu	22	6
5.	Allenküll / Alliku	13	8
6.	Ampel / Ambla	37	12
7.	St. Annen / Anna	4	—
8.	Korps / Einmanni	2	1
9.	Orrisaar / Esna	20	7
10.	Kappo / Kapu	5	1
11.	Kirna	—	8
12.	Koik / Koigi	16	3
13.	Jürgensberg / Kuksema	31	2
14.	Kerro / Käru	10	15
15.	Lechts / Lehtse	24	9
16.	Löwenwolde / Liigvalla	9	14
17.	Mexhof / Mäo	10	—
18.	Nömmküll / Nõmmküla	17	9
19.	Serrefer / Särevere	29	18
20.	Wahhast / Vahastu	—	1
21.	Weinjerwen / Veinjärve	47	17
22.	Wätz / Väätsa	9	10
23.	Wechmuth / Võhmuta	35	16

[4] 1922 Flecken.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	c) Kreis Wiek / Läänemaa	**695**	**460**
	Städte	*304*	*251*
1.	Hapsal / Haapsalu	304	251
	Flecken	*29*	*24*
2.	Kertel / Kärdla	29	24
	Landgemeinden	*362*	*185*
3.	Assoküll / Asuküla	11	8
4.	Emmast / Emmaste	1	1
5.	Heimar / Haimre	17	9
6.	Jöggis / Jõgisoo	6	3
7.	Keinis / Keina	15	8
8.	Kirrefer / Kirbla	20	10
9.	Lohde-Kaljo / Kolovere-Kalju	6[5]	—
10.	Hohenholm / Kõrgesaare	—	8
11.	Leal / Lihula	55	35
12.	Luist / Luiste	8	2
13.	Lechtigal / Lähtru	1	—
14.	St. Martens / Martna	17	14
15.	Massau / Massu	9	—
16.	Merjama / Märjamaa	32	12
17.	Orrenhof / Oru	10	3
18.	Padenorm / Paadremaa	6	1
19.	Patzal / Paatsalu	13	3
20.	Pallifer / Palivere	10	5
21.	Paschlep / Passlepa	14	8
22.	Piersal / Piirsalu	1	6
23.	Rickholz / Riguldi	6	7
24.	Saulep / Saulepi	13	4
25.	Sinalep / Sinalepa	2	7
26.	Sipp / Sipa	7	7
27.	Soinitz / Sooniste	3	2
28.	Sutlep / Sutlepa	1	1
29.	Großenhof / Suuremõisa	5	—
30.	Taibel / Taebla	—	—
31.	Waikna / Vaikna	12	6
32.	Felcks / Velise	26	3
33.	Weltz / Veltsa	14	4
34.	Fickel / Vigala	20	6
35.	Worms / Vormsi	1	2
36.	Wenden / Võnnu	—	—

[5] 1922 zwei selbständige Landgemeinden: Kaljo mit 4, Lohde mit 2 Deutschen.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	d) Kreis Wierland / Virumaa	**1384**	**1267**
	Städte	*758*	*780*
1.	Narwa / Narva	502	499
2.	Wesenberg / Rakvere	256	281
	Flecken	*103*	*61*
3.	Jewe / Jõhvi	15	14
4.	Kunda	73	33
5.	Hungerburg / Narva-Jõesuu	15	14
	Landgemeinden	*523*	*426*
6.	Kattentak / Aaspere	10	1
7.	Ampfer / Auvere-Joala	8[6]	10
8.	Awandus / Avanduse	10	—
9.	Erras / Erra	3	48
10.	Haljal / Haljala	28	10
11.	Isaak / Iisaku	8	3
12.	Illuk / Illuka	16	9
13.	Türpsal / Järve	26	16
14.	Jewe / Jõhvi	3	3
15.	Pöddes / Kalvi	16	8
16.	Kochtel / Kohtla	—	4
17.	Kose	—	—
18.	Kunda-Malla	13	—
19.	Kurküll / Küti	35	44
20.	Wrangelstein / Maidla	13	9
21.	Mehntack / Mäetaguse	16	13
22.	Narwa / Narva	—	—
23.	Pastfer / Paasvere	19	10
24.	Paddas / Pada	5	8
25.	Palms / Palmse	18	11
26.	St. Petri / Peetri	3	1
27.	Borkholm / Porkuni	9	10
28.	Isenhof / Püssi	20	29
29.	Wesenberg / Rakvere	8	3
30.	Ruil / Roela	12	13
31.	Raggafer / Rägavere	31	9
32.	Saximois / Saksi	7	4
33.	Sall / Salla	22	6
34.	Skarjatina	4	—
35.	Sommerhusen / Sõmeru	21	13
36.	Tudolinn / Tudulinna	2	4
37.	Undel / Undla	22	16
38.	Waiwara / Vaivara	14	22
39.	Wack / Vao	64	67
40.	Wrangelshof / Varangu	10	10
41.	Syrenetz / Vasknarva	1	4
42.	Wenefer / Venevere	—	2
43.	Viol / Vihula	13	3
44.	Fonal / Vohnja	4	1
45.	Choudleigh / Voka	9	2

[6] 1922 zwei selbständige Landgemeinden: Ampfer mit 1, Joala mit 7 Deutschen.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	II. Südestland (ehemalig. Nordlivland)	**7460**	**6172**
	e) Kreis Dorpat/Tartumaa	**3928**[7]	**3252**
	Städte	*3210*	*2706*
1.	Dorpat / Tartu	3210	2706
	Flecken	*27*	*59*
2.	Elwa / Elva	12[8]	24
3.	Laisholm / Jõgeva	11	5
4.	Krasnogor / Kallaste	1	4
5.	Tschorna / Mustvee	1	20
6.	Odenpäh / Otepää	2	6
	Landgemeinden	*691*[7]	*487*
7.	Ajakar / Aakre	2	1
8.	Aya / Ahja	3	3
9.	Allatzkiwi / Alatskivi	12	—
10.	Arrohof / Aru	—	6
11.	Awwinorm / Avinurme	3	5
12.	Ellistfer / Elistvere	4	—
13.	Haselau / Haaslava	45	6
14.	Hellenorm / Hellenurme	4	3
15.	Herjanorm / Härjanurme	—	4
16.	Laisholm / Jõgeva	18	16
17.	Kersel / Kaarepere	57	90
18.	Kamby / Kambja	8	5
19.	Kasepäh / Kasepää	—	1
20.	Kaster / Kastre-Võnnu	9	13
21.	Kawast / Kavastu	—	5
22.	Kawelecht / Kavilda	—	—
23.	Kirrumpäh / Kirepi	1	2
24.	Gotensee / Kodijärve	—	3
25.	Kockora / Kokora	20	16
26.	Kongota / Konguta	8[9]	28
27.	Krüdnershof / Krüüdneri	11	6
28.	Kudding / Kudina	60	7
29.	Jensel / Kuremaa	59	50
30.	Alt Kusthof / Vana Kuuste	13	7
31.	Neu Kusthof / Vastse Kuuste	2	12
32.	Laewa / Laeva	—	3
33.	Lais / Laiuse	15	10
34.	Flemmingshof / Laius-Tähkvere	—[10]	—
35.	Lohhusu / Lohusuu	4	2
36.	Lugden / Luke	—	1
37.	Lunia / Luunja	6	5
38.	Meeks / Meeksi	7[11]	3
39.	Meyershof / Meeri	6[9]	1
40.	Mäxhof / Mäksa	5	2
41.	Alt Odenpäh / Vana Otepää	1	—
42.	Neu Odenpäh / Vastse Otepää	—	—
43.	Palla / Pala	19	9
44.	Palloper / Palupera	1	1
45.	Spankau / Pangodi	2	6
46.	Peipusufer / Peipsiäärne	—	—
47.	Bremenhof / Pilkuse	4	4
48.	Talkhof / Puurmani	28	2
49.	Samhof / Päidla	—	—
50.	Heiligensee / Pühajärve	8	3
51.	Ratskof / Raadi	41	10
52.	Ranna	2	—
53.	Randen / Rannu	72	40
54.	Rasin / Rasina	12	7
55.	Rojel / Roela	—	—
56.	Ropkoy / Ropka	11	2
57.	Ringen / Rõngu	8	12
58.	Sadjerw / Saadjärve	11	3
59.	Saarenhof / Saare	12	10
60.	Sotaga / Sootaga	19	15
61.	Tammist / Tammistu	4	—
62.	Torma	7	1
63.	Techelfer / Tähtvere	25	12
64.	Uddern / Uderna	2[9]	5
65.	Ullila / Ulila	3	6
66.	Waimastfer / Vaimastvere	7	2
67.	Walguta / Valguta	2	8
68.	Warrol / Vara	—	—
69.	Wesslershof / Vesneri	8	5
70.	Forbushof / Vorbuse	—	8

[7] Einschließlich der 1922 zum Kreise Werro gehörenden Landgemeinde Meeks (Nr. 38).

[8] 1922 bildete der Flecken Elwa Teile der Landgemeinden Kongota (Nr. 26) mit 1, Meyershof (Nr. 39) mit 4 und Uddern (Nr. 64) mit 7 Deutschen.

[9] Ohne den zum Flecken Elwa (Nr. 2) gehörigen Teil.

[10] Hieß 1922 Wottigfer / Võtikvere.

[11] Gehörte 1922 zum Kreise Werro.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	f) Kreis Fellin / Viljandimaa	**642**	**594**
	Städte	*378*	*384*
1.	Fellin / Viljandi	332	345
2.	Oberpahlen / Põltsamaa	46[12]	39
	Flecken	*4*	*13*
3.	Tarwast / Mustla	(—)[13]	1
4.	Groß-St. Johannis / Suure Jaani	4	12
	Landgemeinden	*260*	*197*
5.	Addafer / Adavere	3	1
6.	Aidenhof / Aidu	—	2
7.	Heimtal / Heimtali	10	2
8.	Holstfershof / Holstre	23	3
9.	Immafer / Imavere	8	6
10.	Karlsberg / Kaarli	—	1
11.	Kabbal / Kabala	4	—
12.	Kurrista / Kurista	5	7
13.	Kerstenshof / Kärstna	2	1
14.	Wolmarshof / Kõo	6	5
15.	Groß Köppo / Suure Kõpu	—	6
16.	Kersel / Loodi	10	1
17.	Lustifer / Lustivere	4	4
18.	Ollustfer / Olustvere	—	—
19.	Pajus / Pajusi	14	4
20.	Pujat / Pujatu	11	10
21.	Ninigall / Päri	15	5
22.	Perst / Pärsti	9	24
23.	Neu Oberpahlen / Uue Põltsamaa	—	1
24.	Alt Oberpahlen / Vana Põltsamaa	6	9
25.	Morsel / Riidaja	1	2
26.	Ruttigfer / Rutikvere	6	2
27.	Soosaar / Soosaare	9	8
28.	Neu Suislep / Uue Suislepi	2	—
29.	Alt Suislep / Vana Suislepi	1	1
30.	Surgefer / Sürgavere	—	—
31.	Taifer / Taevere	—	10
32.	Tarwast / Tarvastu	27[14]	24
33.	Tuhhelane / Tuhalaane	14	5
34.	Alt Tennasilm / Tänasilma	—	4
35.	Neu Tennasilm / Uusna	—	2
36.	Wastemois / Vastemõisa	4	—
37.	Wieratz / Viiratsi	1	15
38.	Fellin / Viljandi	36	21
39.	Neu Woidoma / Uue Võidu	12	7
40.	Alt Woidoma / Vana Võidu	1	—
41.	Woiseck / Voisiku	14	2
42.	Euseküll / Õisu	2	2

[12] 1922 Flecken.

[13] 1922 zur Landgemeinde Tarwast (Nr. 32) gehörig.

[14] Ohne den 1922 zugehörigen Flecken Tarwast (Nr. 3).

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	g) Kreis Ösel / Saaremaa	**509**	**400**
	Städte	*401*	*321*
1.	Arensburg / Kuresaare	401	321
	Landgemeinden	*108*	*79*
2.	Abro / Abruka	4	9
3.	Helama / Hellamaa	5	2
4.	Karmel-Großenhof / Suure Kaarma	8	4
5.	Kielkond / Kihelkonna	33	21
6.	Koggul / Kogula	11	2
7.	Kergel / Kärla	6	5
8.	Laimjal / Laimjala	1	—
9.	Laisberg / Leisi	5	1
10.	Kadvel / Loona	7	6
11.	Lümmada	2	2
12.	Masik / Maasi	5	6
13.	Mohn-Großenhof / Suure Muhu	—	1
14.	Mustel / Mustjala	—	—
15.	Pichtendahl / Pihtla	1	2
16.	Persama / Pärsamaa	4	7
17.	Runö / Ruhnu	2	—
18.	Torkenhof / Torgu	11	4
19.	Neuenhof / Uuemõisa	3	7
	h) Kreis Pernau / Pärnumaa	**1367**	**1098**
	Städte	*1030*	*871*
1.	Pernau / Pärnu	1030	871
	Flecken	*65*	*46*
2.	Kurkund / Kilingi-Nõmme	17	6
3.	Moiseküll / Mõisaküla	7	10
4.	Zintenhof / Sindi	41	30
	Landgemeinden	*272*	*181*
5.	Abja	22	11
6.	Arrohof / Are	7	1
7.	Audern / Audru	5	2
8.	Enge	—	—
9.	Hallik / Hallinga	16	9
10.	Gudmannsbach / Häädemeeste	2	1
11.	Saarahof / Jäärja	1	—
12.	Jöpern / Jõõpre	—	1
13.	Kaeles / Kaelase	2	—
14.	Kaisma	3	7
15.	Neu Karrishof / Uue Kariste	5	—
16.	Alt Karrishof / Vana Kariste	—	1
17.	Karkus / Karksi	14	3
18.	Kühno / Kihnu	—	—
19.	Kurkund / Kilingi	1	2
20.	Kokenkau / Koonga	8	4
21.	Moiseküll / Laatre	1	1
22.	Laiksaar / Laiksaare	1	1
23.	Lelle	37	5
24.	Orrenhof / Orajõe	3	—
25.	Pattenhof / Pati	—	1
26.	Penneküll / Penuja	1	9
27.	Pollenhof / Polli	12	19
28.	Alt Bornhusen / Pornuse	9	23
29.	Böcklershof / Pöögle	1	1
30.	Reidenhof / Reiu	10	2
31.	Sauk / Sauga	1	9
32.	Sellie / Seliste	—	—
33.	Suik / Suigu	1	—
34.	Staelenhof / Taali	2	13
35.	Tackerort / Tahkuranna	—	—
36.	Freyhof / Talli	—	1
37.	Torgel / Tori	6	3
38.	Testama / Tõstamaa	16	5
39.	Uhla / Uulu	1	2
40.	Wehof / Vee	—	—
41.	Willofer / Viluvere	—	1
42.	Tignitz / Volveti	18	4
43.	Neu Fennern / Uue Vändra	16	6
44.	Alt Fennern / Vana Vändra	49	32
45.	Wölla / Võlla	1	1
	i) Kreis Walk / Valgamaa	**824**	**218**
	Städte	*189*	*160*
1.	Walk / Valga	182	143
2.	Törwa / Tõrva	7[15]	17
	Landgemeinden	*135*	*58*
3.	Helmet / Helme	1	1
4.	Hollershof / Holdre	1	1
5.	Hummelshof / Hummuli	3	1
6.	Beckhof / Jõgeveste	2	5
7.	Kawershof / Kaagjärve	2	3
8.	Karolen / Karula	7	10
9.	Könhof / Keeni	1	2
10.	Korküll / Koorküla	9	2
11.	Löwenhof / Kuigatsi	36	4
12.	Lanemetz / Laanemetsa	—	2
13.	Fölks / Laatre	12	5
14.	Abenkat / Leebiku	1	1
15.	Lauenhof / Lõve	—	—
16.	Overlack / Patküla	4	—
17.	Sagnitz / Sangaste	34	16
18.	Soor / Sooru	6[16]	—
19.	Wagenküll / Taagepera	7	2
20.	Taiwola / Taheva	8	2
21.	Teilitz / Tõlliste	1	1

[15] 1922 Flecken.

[16] 1922 zwei selbständige Landgemeinden: Soor mit keinem, Luhde-Großhof / Paju mit 6 Deutschen.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	k) Kreis Werro / Võrumaa	**690**[17]	**610**
	Städte	*188*	*145*
1.	Werro / Võru	188	145
	Flecken	*9*	*3*
2.	Anzen / Antsla	—	2
3.	Wöbs / Võõpsu	9	1
	Landgemeinden	*493*[17]	*462*
4.	Alexandershof / Aleksandri	13	13
5.	Neu Anzen / Uue Antsla	7	1
6.	Alt Anzen / Vana Antsla	20	16
7.	Errestfer / Erastvere	9	10
8.	Hahnhof / Haanja	—	2
9.	Kachkowa / Kahkva	5	2
10.	Karrilatz / Karilatsi	—	—
11.	Kasseritz / Kasaritsa	14	5
12.	Kioma	4	24
13.	Koiküll / Koiala	2	9
14.	Korast / Kooraste	6	8
15.	Schönangern / Krabi	—	—
16.	Heimadra / Kähri	—	1
17.	Kerjel / Kärgula	6	9
18.	Köllitz / Kõlleste	2	4
19.	Laitzen-Rogosinsky / Laitsna-Rogosi	11[18]	8
20.	Eichhof / Lasva	3	—
21.	Linnamäggi / Linnamäe	7	14
22.	Lobenstein / Loosi	3	2
23.	Illingen / Misso	—	—
24.	Moisekatz / Mooste	11[19]	3
25.	Menzen / Mõniste	8	—
26.	Nursie / Nursi	5	4
27.	Waldeck / Orava	2	2
28.	Perrist / Peri	44	18
29.	Bentenhof / Pindi	14	6
30.	Pölcks / Põlgaste	5	15
31.	Rosenhof / Vana Roosa	3[20]	—
32.	Rappin / Räpina	33	9
33.	Rauge / Rõuge	11	7
34.	Salishof / Saaluse	6	2
35.	Saara / Saru	—	—
36.	Sommerpahlen / Sõmerpalu	193	233
37.	Klein Kirrumpäh-Koiküll / Timmo	—	1
38.	Tolama / Toolamaa	3	3
39.	Fierenhof / Tsooru	4	3
40.	Urbs / Urvaste	13	3
41.	Ülzen / Vaabina	1	—
42.	Weißensee / Valgjärve	14	12
43.	Neuhausen / Vastseliina	2	5
44.	Paulenhof / Veriora	6	7
45.	Kosse / Viitina	—	—
46.	Werro / Võru	3	1

[17] Ohne die 1934 zum Kreise Dorpat gehörende Landgemeinde Meeks (Kr. Dorpat Nr. 38.)

[18] 1922 zwei selbständige Landgemeinden: Alt Laitzen / Vana Laitsna mit keinem, Rogosinsky mit 11 Deutschen.

[19] Hieß 1922 estnisch Moisekatsi.

[20] 1922 zwei selbständige Landgemeinden: Alt Rosenhof / Vana Roosa mit 3 und Neu Rosenhof / Vastse Roosa mit keinem Deutschen.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	III. Petschurgebiet (ehemals z. Gouv. Pleskau)	**41**	**72**
	l) Kreis Petschur / Petserimaa	**41**	**72**
	Städte	*6*	*33*
1.	Petschur / Petseri	6	33
	Landgemeinden	*35*	*39*
2.	Isborsk / Irboska	4	2
3.	Järvesuu	—	—
4.	Kulje	—	1
5.	Laura	11	4
6.	Mirowaja Gora / Merimäe	—[21]	4
7.	Mäe	2[22]	2
8.	Petschur / Petseri	3	—
9.	Rotowo / Rootava	13[23]	18
10.	Satscherenje / Satserinna	—	1
11.	Senno	1	6
12.	Wilo / Vilo	1	1

[21] Hieß 1922 estnisch Obinitsa.

[22] Hieß 1922 estnisch Mikitamäe.

[23] Hieß 1922 estnisch Panikovitsa.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1922	1934
	IV. Gesondert gezählt (auf der Bahn, Schiffen u. dgl.)	**300**	**145**

LETTLAND

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	I. Riga / Rīga	**43792**	**38523**
	II. Livland / Vidzeme (ehemaliges Südlivland)	**4997**	**4624**
	a) Kreis Modohn / Madonas apriņķis	**2023**	**1784**
	Städte	*54*	*50*
1.	Schwaneburg / Gulbene	46[24]	37
2.	Modohn / Madona	8	13
	Landgemeinden	*1969*	*1734*
3.	Adlehn / Aduliena	—	—
4.	Kortenhof / Beļava	—	1
5.	Bersohn / Bērzaune	1	—
6.	Seßwegan / Cesvaine	18	9
7.	Selsau / Dzelzava	1	1
8.	Golgowsky / Galgauska	2	7
9.	Geistershof / Graši	11	3
10.	Großdohn / Grostona	1	1
11.	Hirschenhof / Irši	1713[25]	1561
12.	Neu Schwaneburg / Jaungulbene	13	4
13.	Kalzenau / Kalsnava	13	4
14.	Kerstenbehm / Kārzdaba	3	—
15.	Gravendahl / Kraukļi	3	1
16.	Kussen / Kusa	1	1
17.	Lasdohn / Lazdona	2	14
18.	Laudohn / Ļaudona	23	3
19.	Linden / Liepkalne	20[26]	10
20.	Lösern / Liezere	7	1
21.	Lettin / Litene	11	9
22.	Lubahn / Lubāna	12	16
23.	Lubey / Lubeja	4	—
24.	Martzen / Mārciena	—	2
25.	Meselau / Mēdzūla	3	—
26.	Meiran / Meirāni	3	—
27.	Odsen / Mētriena	4[27]	1
28.	Odensee / Odziena	17[28]	12
29.	Ohlenhof / Oļi	—[29]	—
30.	Gilsen / Patkule	2	1
31.	Perse / Pērse	(—)[30]	1
32.	Praulen / Prauliena	27	18
33.	Friedrichswald / Saikava	3	1
34.	Heydenfeld / Sarkaņi	5	—
35.	Saußen / Sausnēja	2	12
36.	Sawensee / Sāviena	—	—
37.	Stomersee / Stāmeriena	11	12
38.	Tirsen / Tirza	9	2
39.	Alt Schwaneburg / Vecgulbene	6	5
40.	Fehgen / Vējava	2	4
41.	Festen / Vestiena	4	2
42.	Fehsen / Viesiena	1[31]	—
43.	Fehteln / Vietalva	9	15
44.	Wirronitz / Virāne	5[32]	—

[24] 1925 Flecken, lettisch Vecgulbene.

[25] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Hirschenhof mit 6, Hirschenhof-Kolonie mit 1707 Deutschen.

[26] Hieß 1925 lettisch Liepkalnu Ozoli.

[27] Hieß 1925 lettisch Ļaudonas Odziena.

[28] Hieß 1925 lettisch Vietalvas Odziena; vgl. auch Landgemeinde Perse / Pērse (Nr. 31).

[29] Hieß 1925 lettisch Oļu Apeltiena.

[30] Gehörte 1925 zur Landgemeinde Odensee (Nr. 28).

[31] Hieß 1925 lettisch Lautera Viesiena.

[32] Hieß 1925 Butzkowsky / Bučauska.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	b) Kreis Riga / Rīgas apriņķis	**1580**	**1696**
	Städte	*660*	*865*
1.	Riga-Strand / Rīgas Jūŗmala	366	424
2.	Schlock / Sloka	204	299
3.	Oger / Ogre	34[33]	72
4.	Segewold / Sigulda	(—)[34]	12
5.	Stockmannshof / Pļaviņas	48[33]	31
6.	Kemmern / Ķemeri	8[33]	27
	Landgemeinden	*870*	*831*
7.	Aahof / Ādaži	72	52
8.	Ascheraden / Aizkraukle	8	13
9.	Allasch / Allaži	28	13
10.	Babbit / Babīte	24[35]	16
11.	Baldohn / Baldone	14	16
12.	Bewershof / Bebre	20	16
13.	Koltzen / Biriņi	8	9
14.	Birsgallen / Birzgale	14[36]	20
15.	Dünhof / Daugmale	1[37]	–
16.	Dahlen / Dole	3	14
17.	Dreylingsbusch / Dreiliņi	7	15
18.	Uexküll / Ikšķile	5	17
19.	Hinzenberg / Inčukalns	10	16
20.	Jungfernhof / Jumprava	16	13
21.	Kastran / Kastrāne	2	4
22.	Katlakaln / Katlakalns	24	20
23.	Kaipen / Ķeipene	2	2
24.	Fossenberg / Ķēči	—	—
25.	Kokenhusen / Koknese	2	9
26.	Kroppenhof / Krape	13	4
27.	Kremon / Krimulda	12	18
28.	Laubern / Laubere	6[38]	3
29.	Ledemannhof / Lēdmane	5	12
30.	Loddiger / Lēdurga	3	3
31.	Lennewarden / Lielvārde	1	6
32.	Ligat / Līgatne	93[39]	92
33.	Sissegal / Madliena	32[40]	28
34.	Lemburg / Mālpils	7	4
35.	Magnushof / Mangaļi	4	9
36.	Lindenruh / Mārupe	18[41]	14
37.	Altenwoga / Meņģele	59	18
38.	Moritzberg / More	—	9
39.	Nitau / Nītaure	27	2
40.	Ogermünde / Ogresgals	7	10
41.	Olai / Olaine	2	12
42.	Pabbasch / Pabaži	—	—
43.	Weißensee / Plātere	1	2
44.	Stockmannshof / Pļaviņas	10[42]	2
45.	Ringmundshof / Rembate	6	4
46.	Rodenpois / Ropaži	32	24
47.	Holmhof / Salas	16	40
48.	Kirchholm / Salaspils	4	3
49.	Zögenhof / Sēja	12	3
50.	Siggund / Sidgunda	1[43]	2
51.	Segewold / Sigulda	19[44]	9
52.	Römershof / Skrīveri	164	157
53.	Adiamünde / Skulte	3	3
54.	Schlock / Sloka	7	16
55.	Stopiushof / Stopiņi	14	12
56.	Sunzel / Suntaži	7	8
57.	Taurup / Taurupe	3[45]	1
58.	Thomsdorff / Tome	1	1
59.	Treyden / Turaida	—	4
60.	Widdrisch / Vidriži	9	8
61.	Nurmis / Vildoga	6[46]	4
62.	Ramdan / Viskaļi	—	15
63.	Jürgensburg / Zaube	6[47]	4

[33] 1925 Flecken.

[34] Gehörte 1925 als Flecken zur gleichnamigen Landgemeinde; hatte 1930 16 Deutsche.

[35] Hieß 1925 Pinkenhof / Piņķi.

[36] Hieß 1925 Linden / Linde.

[37] Hieß 1925 Dünhof-Brambergshof / Līves Bramberga.

[38] Hieß 1925 lettisch Laubere-Ozoļi.

[39] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Kempenhof / Ķempji mit 8 und Paltemal / Paltmale mit 85 Deutschen.

[40] Hieß 1925 Essenhof / Lielais pagasts.

[41] Hieß 1925 lettisch Bieriņi.

[42] Hieß 1925 lettisch Stukmaņi.

[43] Hieß 1925 lettisch Riktere.

[44] 1925 einschließlich des gleichnamigen Fleckens (vgl. Nr. 4).

[45] Hieß 1925 Fistehlen / Aderkaši.

[46] Hieß 1925 lettisch Nurmiži.

[47] Hieß 1925 lettisch Jaunpils.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	c) Kreis Walk / Valkas apriņķis	**486**	**343**
	Städte	*174*	*146*
1.	Marienburg / Alūksne	35	36
2.	Smilten / Smiltene	20	25
3.	Walk / Valka	48	53
4.	Stackeln / Strenči	59[48]	29
5.	Hoppenhof / Ape	9[48]	3
6.	Aahof / Lejasciems	3[48]	—
	Landgemeinden	*262*	*197*
7.	Alswig / Alsviķis	11	1
8.	Marienburg / Alūksne	—	—
9.	Annenhof / Anna	5	17
10.	Beyenhof / Beja	4[49]	4
11.	Bilskenshof / Bilska	20	7
12.	Blumenhof / Blome	—	—
13.	Serbigal / Cirgaļi	3[50]	1
14.	Duhrenhof / Dūre	2	—
15.	Ermes / Ērģeme	19	11
16.	Alt Wohlfahrt / Ēvele	7	—
17.	Adsel / Gaujiena	8	1
18.	Grundsahl / Grundzāle	—	—
19.	Ilsen / Ilzene	2	2
20.	Neu Laitzen / Jaunlaicene	9	9
21.	Neu Rosen / Jaunroze	—	12
22.	Neu Wohlfahrt / Jērcēni	—	—
23.	Kalnemoise / Kalncempji	13[51]	6
24.	Karkell / Kārķi	6	3
25.	Korwenhof / Karva	6	—
26.	Aahof / Lejasciems	3[52]	3
27.	Luhde / Lugaži	6[53]	6
28.	Malup / Mālupe	9	9
29.	Fianden / Mārkalne	2[54]	—
30.	Mehrhof / Mēris	2	2
31.	Homeln / Omuļi	12	9
32.	Palzmar / Palsmane	4	5
33.	Charlottenburg / Pededze	6	8
34.	Planhof / Plāņi	6	1
35.	Rausenhof / Rauza	—	—
36.	Sinohlen / Sinole	9	14
37.	Smilten / Smiltene	9	31
38.	Treppenhof / Trapene	16[55]	7
39.	Trikaten / Trikāte	42	19
40.	Walk / Valka	1	—
41.	Alt Laitzen / Veclaicene	3	—
42.	Wiezemhof / Vijciems	4	7
43.	Seltinghof / Zeltiņi	1	—
44.	Semershof / Ziemeris	4	2
45.	Schwarzhof / Zvārtava	8	—

[48] 1925 Flecken.

[49] Hieß 1925 Goldbeck / Kolberga.

[50] Hieß 1925 lettisch Aumeisteris.

[51] Hieß 1925 lettisch Kalnciems.

[52] Hieß 1925 lettisch Leja.

[53] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Luhde mit 4, Peddeln / Pedele mit 2 Deutschen.

[54] Hieß 1925 lettisch Lāzberga.

[55] Hieß 1925 lettisch Bormaņi.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	d) Kreis Wenden / Cēsu apriņķis	**501**	**394**
	Städte	*271*	*221*
1.	Wenden / Cēsis	271	221
	Landgemeinden	*230*	*173*
2.	Friedrichshof / Baižkalns	14	5
3.	Wenden / Cēsis	13	9
4.	Zirsten / Cirsti	—	—
5.	Drobbusch / Drabeži	22	8
6.	Drostenhof / Drusti	10[56]	4
7.	Druween / Druviena	7	12
8.	Serben / Dzērbene	—	—
9.	Erlaa / Ērgļi	9[57]	2
10.	Gotthardsberg / Gatarta	4	13
11.	Neu Pebalg / Jaunpiebalga	2	2
12.	Ronneburg-Neuhof / Jaunrauna	—	5
13.	Jummerdehn / Jumurda	2	1
14.	Karlsruhe / Kārļi	2	7
15.	Kosenhof / Kosa	1	—
16.	Kudum / Kūdumi	1[58]	2
17.	Horstenhof / Launkalne	6[59]	—
18.	Lenzenhof / Lenči	—	—
19.	Groß Roop / Lielstraupe	2	4
20.	Lindenhof / Liepa	—	—
21.	Lievengemeinde / Līvu pagasts	12	5
22.	Lysohn / Lizums	18	6
23.	Marzenhof / Mārsnēni	—	—
24.	Klein Roop / Mazstraupe	4	4
25.	Ogershof / Ogre	23	21
26.	Freudenberg / Priekuļi	1	4
27.	Raiskum / Raiskums	25	16
28.	Ramelshof / Rāmuļi	2	3
29.	Ramkau / Ranka	25	11
30.	Ronneburg / Rauna	1	3
31.	Rosenbeck / Rozula	—[60]	9
32.	Sermus / Sērmūkši	3	7
33.	Schujen / Skujene	2	—
34.	Stolben / Stalbe	—	—
35.	Nötkenshof / Taurene	8[61]	4
36.	Weißenstein / Vaive	2[62]	—
37.	Alt Pebalg / Vecpiebalga	4	2
38.	Hohenbergen / Veļķi	1	—
39.	Wesselshof / Veselava	4[63]	4

[56] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Drostenhof mit 10, Brinkenhof-Sustel / Briņģi mit keinem Deutschen.

[57] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Erlaa mit 3, Katharinenhof / Katriņa mit 6 Deutschen.

[58] Hieß 1925 Orellen / Unguri.

[59] Hieß 1925 lettisch Branti.

[60] Hieß 1925 lettisch Rozbeķi.

[61] Hieß 1925 lettisch Neķeni.

[62] Hieß 1925 lettisch Veismaņi.

[63] Hieß 1925 lettisch Veselauska.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	e) Kreis Wolmar / Valmieras apriņķis	**507**	**407**
	Städte	*249*	*211*
1.	Wolmar / Valmiera	103	96
2.	Rujen / Rūjiena	59	42
3.	Lemsal / Limbaži	72	54
4.	Salisburg / Mazsalaca	6[64]	13
5.	Salismünde / Salacgrīva	7[64]	2
6.	Haynasch / Ainaži	2[64]	4
	Landgemeinden	*258*	*196*
7.	Haynasch / Ainaži	1	4
8.	Allendorf / Aloja	9[65]	12
9.	Hochrosen / Augstroze	4	2
10.	Bauenhof / Bauņi	3	1
11.	Breslau / Braslava	—	—
12.	Wrangelshof / Brenguļi	1[66]	—
13.	Burtneck / Burtnieki	5	3
14.	Daugeln / Dauguļi	4	3
15.	Dickeln / Dikļi	19	8
16.	Ruthern / Dunte	1	4
17.	Idwen / Idus	1	1
18.	Ippik / Ipiķi	1	4
19.	Sternhof / Jaunburtnieki	12	6
20.	Neu Sackenhof / Jaunvāle	2	1
21.	Seyershof / Jeŗi	17	7
22.	Kadfer / Katvari	—	—
23.	Kaugershof / Kauguri	4[67]	3
24.	Kegeln / Ķeģeļi	5	3
25.	Kokenhof / Kokmuiža	14[68]	24
26.	Königshof / Koņi	—	—
27.	Ladenhof / Lāde	—	2
28.	Pernigel / Liepupe	13	13
29.	Lemsal / Limbaži	2	9
30.	Metzküll / Lode	2[69]	—
31.	Salisburg / Mazsalaca	5[70]	1
32.	Mojahn / Mujāni	1[71]	1
33.	Nabben / Nabe	1	2
34.	Naukschen / Naukšēni	8	7
35.	Lappier / Ozoli	5	3
36.	Seppkull / Pāle	16	3
37.	Posendorf / Pociems	—	—
38.	Puikeln / Puikule	4[72]	—
39.	Ranzen / Rencēni	2	3
40.	Koddiak / Rozēni	19	12
41.	Rujen / Rūjiena	4	3
42.	Salis / Salaca	10	12
43.	Sehlen / Sēļi	17	9
44.	Kolberg / Skaņkalne	1[73]	—
45.	Ulpisch / Stiene	1	10
46.	Neu Salis / Svētciems	1[74]	1
47.	Torney / Terneja	—	2
48.	Taubenhof / Tūja	12[75]	4
49.	Ubbenorm / Umurga	1[76]	—
50.	Waidau / Vaidava	6	4
51.	Wainsel / Vainiži	—	—
52.	Wolmar / Valmiera	4	—
53.	Alt Ottenhof / Vecate	—	—
54.	Wilkenhof / Viļķene	1	—
55.	Wilsenhof / Vilzēni	—	—
56.	Witterbeck / Vītrupe	19[77]	9

[64] 1925 Flecken.

[65] Hieß 1925 Schloß Pürkeln / Ungurpils.

[66] Hieß 1925 Alt Wrangelshof / Vecbrenguļi.

[67] 1925 zwei selbständige Gemeinden: Kaugershof mit 2, Muremoise / Mūrmuiža mit 2 Deutschen.

[68] Hieß 1925 lettisch Koķi.

[69] 1925 zwei selbständige Gemeinden: Metzküll mit 1, Arras / Araksti mit 1 Deutschen.

[70] Hieß 1925 lettisch Valtenberga.

[71] Hieß 1925 lettisch Imanta.

[72] Hieß 1925 lettisch Puiķele.

[73] Hieß 1925 lettisch Skulberga.

[74] Hieß 1925 lettisch Svejciems.

[75] Hieß 1925 Sussikas / Vecmuiža.

[76] Hieß 1925 Ubbenorm-Saarum / Umurga-Sārums.

[77] Hieß 1925 Kürbis / Kirbiži.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	III. Kurland / Kurzeme (ehem. Westkurland)	**15112**	**12789**
	f) Kreis Goldingen / Kuldīgas apriņķis	**3821**[78]	**3271**
	Städte	*1198*	*1093*
1.	Goldingen / Kuldīga	962	915
2.	Frauenburg / Saldus	236	178
	Landgemeinden	*2123*[78]	*2178*
3.	Zezern / Ciecere	13[79]	21
4.	Gaiken / Gaiķi	122	179
5.	Iwanden / Īvande	155	85
6.	Kabillen / Kabile	32	27
7.	Goldingen / Kuldīga	64[80]	84
8.	Kurmahlen / Kurmāle	448	482
9.	Kursiten / Kursīši	16	11
10.	Luttringen / Lutriņi	3	6
11.	Paddern / Padure	234	255
12.	Pampeln / Pampaļi	43	26
13.	Planetzen / Planica	297	342
14.	Ranken / Raņķi	108	140
15.	Rönnen / Renda	217[81]	140
16.	Frauenburg / Saldus	—	18
17.	Sahtingen / Sātiņi	148	165
18.	Schrunden / Skrunda	55	96
19.	Schnepeln / Snēpele	23	27
20.	Turlau / Turlava	115	51
21.	Wormen / Vārme	18	7
22.	Schwarden / Zvārde	12	16

[78] Ohne die 1935 zum Kreise Libau gehörende Landgemeinde Essern (Kr. Libau Nr. 13).

[79] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Zezern mit 6, Brotzen / Brocēni mit 7 Deutschen.

[80] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Goldingen mit 44, Grücken / Griķi mit 20 Deutschen.

[81] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Rönnen mit 214, Groß Rönnen / Lielrenda mit 3 Deutschen.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	g) Kreis Hasenpoth / Aizputes apriņķis	**1856**[82]	**1848**
	Städte	*276*	*303*
1.	Hasenpoth / Aizpute	276	303
	Landgemeinden	*1580*[82]	*1545*
2.	Hasenpoth / Aizpute	63[83]	132
3.	Allschwangen / Alšvanga	2	10
4.	Appricken / Apriķi	16	19
5.	Bassen / Basi	4	1
6.	Zirau / Cīrava	36	46
7.	Dubenalken / Dunalka	15	8
8.	Dserwen / Dzērve	36	32
9.	Gudeneeken / Gudenieki	—	1
10.	Felixberg / Jūrkalne	1[84]	1
11.	Kalwen / Kalvene	319[85]	382
12.	Katzdangen / Kazdanga	444	265
13.	Hasenpoth-Kloster / Klostere	57[86]	11
14.	Laschen / Laža	82	108
15.	Niekratzen / Nīkrāce	33[87]	33
16.	Rudbahren / Rudbārži	272	130
17.	Sackenhausen / Saka	2	17
18.	Sexaten / Sieksāte	62	162
19.	Ullmahlen / Ulmale	13[88]	13
20.	Neuhausen / Valtaiķi	123	174

[82] Ohne die 1935 zum Kreise Libau gehörenden Landgemeinden Nigranden und Seemuppen (Kr. Libau Nr. 21 u. 33).

[83] Hieß 1925 Schloß Hasenpoth / Aizputes pils.

[84] Hieß 1925 lettisch Pilsberģe.

[85] Hieß 1925 Tels-Paddern / Tāšu Padure.

[86] Hieß 1925 lettisch Aizputes Klosters.

[87] Hieß 1925 Groß Altdorf / Briņķi.

[88] Hieß 1925 Ullmahlen-Labraggen / Ulmale-Labraga.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	h) Kreis Libau / Liepājas apriņķis	**7156**[89]	**5484**
	Städte	*6195*	*4679*
1.	Libau / Liepāja	6128	4620
2.	Preekuln / Priekule	20[90]	24
3.	Grobin / Grobiņa	44	23
4.	Durben / Durbe	3	12
	Landgemeinden	*961*[89]	*805*
5.	Aistern / Aistere	5	42
6.	Aiswicken / Aizviķi	10	9
7.	Assieten / Asīte	94	30
8.	Ober-Bartau / Bārta	6	22
9.	Funkenhof / Bunka	19	6
10.	Dunniken / Dunika	2	4
11.	Durben / Durbe	9	7
12.	Amboten / Embūte	57	54
13.	Essern / Ezere	49[91]	22
14.	Gawesen / Gavieze	14	4
15.	Gramsden / Gramzda	19	15
16.	Grobin / Grobiņa	8	32
17.	Kalleten / Kalēti	10	36
18.	Krothen / Krote	16	20
19.	Medsen / Medze	26	19
20.	Nieder Bartau / Nīca	29	18
21.	Nigranden / Nīgranda	88[92]	71
22.	Perkuhnenhof / Pērkone	—	1
23.	Preekuln / Priekule	24	39
24.	Pormsahten / Purmsāti	5	6
25.	Rawen / Rāva	14	30
26.	Rutzau / Rucava	77	50
27.	Tadaiken / Tadaiķi	4	9
28.	Telsen / Tāši	29[93]	7
29.	Wainoden / Vaiņode	98[94]	92
30.	Altenburg / Vecpils	76	26
31.	Virginahlen / Vērgaļi	7	3
32.	Wirgen / Virga	166	131
33.	Seemuppen / Ziemupe	—	—

[89] Einschließlich der 1925 zum Kreise Goldingen gehörenden Landgemeinde Essern (Nr. 13) und die 1925 zum Kreise Hasenpoth gehörenden Landgemeinden Nigranden (Nr. 21) und Seemuppen (Nr. 33).

[90] 1925 Flecken.

[91] Gehörte 1925 zum Kreise Goldingen.

[92] Gehörte 1925 zum Kreise Hasenpoth.

[93] Hieß 1925 Talsen / Talsi.

[94] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Wainoden mit 62, Bahten / Bāta mit 36 Deutschen.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	i) Kreis / Talsu apriņķis	**1128**	**1024**
	Städte	*399*	*326*
1.	Talsen / Talsi	231	144
2.	Zabeln / Sabile	60	46
3.	Kandau / Kandava	95	124
4.	Saßmacken / Valdemārpils	13[95]	12
	Landgemeinden	*729*	*698*
5.	Erwahlen / Ārlava	39	38
6.	Zehren / Cēre	295	354
7.	Kandau / Kandava	110	64
8.	Laidsen / Laidze	11[96]	9
9.	Lipsthusen / Lībagi	1	7
10.	Lubb-Esern / Lubezere	8	3
11.	Markgrafen / Mērsrags	5	2
12.	Nogallen / Nogale	2	1
13.	Nurmhusen / Nurmuiža	15	27
14.	Postenden / Pastende	33[97]	6
15.	Spahren / Spāre	16	17
16.	Stenden / Stende	34	28
17.	Strasden / Strazde	30	50
18.	Uppegriwe / Upesgrīva	—	3
19.	Wallgahlen / Valgāle	10	—
20.	Wandsen / Vandzene	36	23
21.	Wirben / Virbi	22[98]	19
22.	Senten / Zentene	62	47

[95] Hieß 1925 lettisch Sasmaka.

[96] Hieß 1925 Waldegahlen / Valdgāle.

[97] 1925 zwei selbständige Landgemeinden: Postenden mit 32, Amt Talsen / Talsi mit 1 Deutschen.

[98] Hieß 1925 Neuwacken / Jaunpagasts.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	k) Kreis Windau / Ventspils apriņķis	**1651**	**1162**
	Städte	*1043*	*737*
1.	Windau / Ventspils	1018	728
2.	Pilten / Piltene	25	9
	Landgemeinden	*608*	*425*
3.	Anzen / Ance	(—)[99]	12
4.	Dondangen / Dundaga	48	43
5.	Edwahlen / Ēdole	22	21
6.	Pilten / Piltene	15	2
7.	Popen / Pope	30[100]	12
8.	Pussen / Puze	173	20
9.	Rothhof / Sarkanmuiža	38	22
10.	Ugahlen / Ugāle	18	28
11.	Usmaiten / Usma	1	5
12.	Hasau / Užava	11	8
13.	Warwen / Vārve	42	26
14.	Sirgen / Zira	9	31
15.	Schleck / Zlēkas	18	9
16.	Suhrs / Zūras	183	186

[99] Gehörte 1925 zur Landgemeinde Popen (Nr. 7).

[100] Vgl. auch Landgemeinde Anzen (Nr. 3).

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	IV. Semgallen / Zemgale (ehemaliges Ostkurland)	**6068**	**5316**
	l) Kreis Bauske / Bauskas apriņķis	**404**	**302**
	Städte	*249*[101]	*173*
1.	Bauske / Bauska	249	173
	Landgemeinden	*155*[102]	*129*
2.	Barbern / Bārbele	3	2
3.	Bauske / Bauska	3	5
4.	Brucken / Brukna	—	—
5.	Zerrauxt / Ceraukste	14	15
6.	Zohden / Code	11	3
7.	Eckau / Jecava	8	8
8.	Islitz / Islīce	6[103]	10
9.	Neu-Rahden / Jaunsaule	4	11
10.	Kurmen / Kurmene	2	2
11.	Mesothen / Mežotne	4	2
12.	Mißhof / Misa	3	2
13.	Ponemun / Panemune	7[104]	7
14.	Ruhenthal / Rundāle	6	3
15.	Schönberg / Skaistkalne	14[105]	12
16.	Stelpenhof / Stelpe	7	4
17.	Schwitten / Svitene	17	7
18.	Tauerkaln / Taurkalne	9[106]	10
19.	Neugut / Vecmuiža	20	11
20.	Alt Rahden / Vecsaule	16	13
21.	Grünwalde / Zālīte	1[107]	2

[101] Ohne den Flecken Schönberg (vgl. Nr. 15).

[102] Einschließlich den Flecken Schönberg (vgl. Nr. 15).

[103] Hieß 1925 Bornsmünde / Bornsminde.

[104] Hieß 1925 Budberg oder Gemauert Ponemon / Budberga.

[105] 1925 selbständiger Flecken Schönberg / Šenberga mit 12 und gleichnamige Landgemeinde mit 2 Deutschen.

[106] Hieß 1925 Wallhof / Valle.

[107] Hieß 1925 lettisch Grienvalde.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	m) Kreis Illuxt / Ilūkstes apriņķis	**175**	**169**
	Städte	*52*	*32*
1.	Griwa / Grīva	14	11
2.	Subbath / Subata	32	15
3.	Illuxt / Ilūkste	6	6
	Landgemeinden	*123*	*137*
4.	Oknist / Akniste	—	9
5.	Assern / Asare	5	9
6.	Bewern / Bebrene	9	5
7.	Demmen / Dēmene	3	4
8.	Dweeten / Dviete	—	6
9.	Garßen / Gārsene	7	7
10.	Koplau / Kaplava	17[108]	4
11.	Kurzum / Kurcums	2	1
12.	Lassen / Laši	—	5
13.	Kalkuhnen / Laucesa	15[109]	11
14.	Schloßberg / Pilskalne	2	12
15.	Prohden / Prode	26	18
16.	Rautensee / Rauda	6[110]	9
17.	Rubinen / Rubene	—	4
18.	Borowka / Silene	5[111]	7
19.	Sallensee / Saliena	2[112]	6
20.	Skrudalina / Skrundaliena	10	19
21.	Sussey / Suseja	10	1
22.	Swenten / Svente	4	—

[108] Hieß 1925 Born / Borne.

[109] Hieß 1925 lettisch Kalkūne.

[110] Hieß 1925 Steinensee / Stelle.

[111] Hieß 1925 lettisch Borovka.

[112] Hieß 1925 lettisch Salanāja.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	n) Kreis Jakobstadt / Jēkabpils apriņķis	**186**	**188**
	Städte	*122*	*90*
1.	Jakobstadt / Jēkabpils	65	58
2.	Friedrichstadt / Jaunjelgava	52	29
3.	Eckengrafen / Viesīte	5[113]	3
	Landgemeinden	*64*	*98*
4.	Abelhof / Ābeļi	2[114]	1
5.	Buschhof / Birži	1	—
6.	Daudsewas / Daudzese	1[115]	1
7.	Dubena / Dignāja	1	2
8.	Ellern / Elkšņi	1	1
9.	Klein Salwen / Mazzalve	12[116]	20
10.	Memelhof / Memele	1	2
11.	Nerft / Nereta	6	26
12.	Susseyhof / Rite	2[117]	1
13.	Saucken / Sauka	7	11
14.	Setzen / Sece	5	2
15.	Selburg / Sēlpils	—	2
16.	Sehren / Sērene	10	20
17.	Schlottenhof / Slate	—	—
18.	Sonnaxt / Sunākste	4	1
19.	Wahrenbrock / Vārnava	4[118]	1
20.	Eckengrafen / Viesīte	1[119]	—
21.	Salwen / Zalve	6	4
22.	Weeßen / Zasa	—	3

[113] 1925 Flecken, hieß lettisch Eķengrāve.

[114] Hieß 1925 Holmhof / Salas(muiža).

[115] Hieß 1925 lettisch Daudzevas.

[116] Hieß 1925 Herbergen / Erberģe.

[117] Hieß 1925 lettisch Kroņa Susēja.

[118] Hieß 1925 lettisch Varenbroka.

[119] Hieß 1925 lettisch Eķengrāve.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	o) Kreis Mitau / Jelgavas apriņķis	**3678**	**3061**
	Städte	*2919*	*2501*
1.	Mitau / Jelgava	2760	2319
2.	Autz / Auce	58[120]	105
3.	Doblen / Dobele	101	77
	Landgemeinden	*754*	*560*
4.	Auermünde / Auri	9	10
5.	Behnen / Bēne	24	16
6.	Bershof / Bērzmuiža	12	3
7.	Fockenhof / Bukaiši	7	6
8.	Doblen / Dobele	30	31
9.	Siuxt / Džūkste	12[121]	6
10.	Elley / Eleja	15	19
11.	Garrosen / Garoza	2	—
12.	Pfalzgrafen / Glūda	2[122]	4
13.	Ihlen / Īle	3	7
14.	Neu Autz / Jaunauce	36	9
15.	Neu Bergfried / Jaunsvirlauka	19	10
16.	Jakobshof / Jēkabnieki	3	8
17.	Kalnzeem / Kalnciems	2	9
18.	Groß Autz / Lielauce	41	10
19.	Groß Platon / Lielplatone	1	1
20.	Groß Würzau / Lielvircava	20	12
21.	Lieven-Bersen / Līvbērze	4	1
22.	Grenzhof / Mežmuiža	21	5
23.	Nauditen / Naudīte	15	4
24.	Paulsgnade / Ozolnieki	8	31
25.	Pankelhof / Penkule	23	2
26.	Peterhof / Pēternieki	4	6
27.	Platon / Platone	5	12
28.	Ringen / Ruba	62[123]	64
29.	Sallgalln / Salgale	23[124]	4
30.	Sessau / Sesava	16	7
31.	Ziepelhof / Sīpele	—	2
32.	Schnickern / Sniķere	12	3
33.	Schwethof / Svēte	32	11
34.	Alexandershof / Šķibe	1	3
35.	Hofzumberge / Tērvete	54[125]	40
36.	Tetelmünde / Tetele	1[126]	10
37.	Kuckern / Ukri	—	8
38.	Waddax / Vadakste	55	24
39.	Wolgund / Valgunde	3	4
40.	Alt Autz / Vecauce	24	29
41.	Alt Bergfried / Vecsvirlauka	23	10
42.	Wilzen / Vilce	25	13
43.	Würzau / Vircava	11[127]	9
44.	Grünhof / Zaļenieki	94	97

[120] Hieß 1925 Alt Autz / Vecauce.

[121] Hieß 1925 Siuxt-Pönau / Džūkste-Pienava.

[122] Hieß 1925 Brandenburg / Bramberga.

[123] Hieß 1925 lettisch Reņģi.

[124] Hieß 1925 Annenburg / Emburga.

[125] Hieß 1925 lettisch Kalnamuiža.

[126] Hieß 1925 lettisch Tetelminde.

[127] Hieß 1925 Kronswürzau / Kroņa Vircava.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	p) Kreis Tuckum / Tukuma apriņķis	**1630**	**1596**
	Städte	*378*	*451*
1.	Tuckum / Tukums	378	451
	Landgemeinden	*1252*	*1145*
2.	Asuppen / Aizupe	25	36
3.	Annenhof / Annenieki	8	32
4.	Bixten / Biksti	24	75
5.	Blieden / Blīdene	28	10
6.	Selgerben / Dzirciems	2	46
7.	Angern / Engure	4	5
8.	Grendsen / Grenči	37	36
9.	Irmlau / Irlava	58	39
10.	Neuenburg / Jaunpils	58	43
11.	Lesten / Lestene	38	27
12.	Mattkuln / Matkule	25	15
13.	Schlockenbeck / Milzkalne	100[128]	67
14.	Prawingen / Praviņi	32	7
15.	Puhren / Pūre	23	30
16.	Remten / Remte	16	20
17.	Sehmen / Sēme	51	31
18.	Schlampen / Slampe	77	32
19.	Schmarden / Smārde	1[129]	6
20.	Strutteln / Strutele	9	25
21.	Tummen / Tume	32	41
22.	Wahnen / Vāne	1	1
23.	Alt Mocken / Vecmokas	30	23
24.	Santen / Zante	499	466
25.	Rengenhof / Zebrene	35[130]	13
26.	Samiten / Zemīte	39	19

[128] Hieß 1925 lettisch Slokenbeka.

[129] Hieß 1925 Eckendorf / Ozolnieki.

[130] Hieß 1925 lettisch Reņģe.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	V. Lettgallen / Latgale (ehemals Teil des Gouv. Witebsk)	**995**	**892**
	q) Kreis Dünaburg / Daugavpils apriņķis	**684**	**650**
	Städte	*602*[131]	*574*
1.	Dünaburg / Daugavpils	542	508
2.	Kraslau / Krāslava	13	18
3.	Kreuzburg / Krustpils	22	25
4.	Lievenhof / Līvāni	17[132]	12
5.	Prely / Preiļi	8[132]	7
6.	Trentelberg / Gostiņi	(—)[133]	4
	Landgemeinden	*82*[134]	*76*
7.	Ewsthof / Aiviekste	6[135]	1
8.	Ossun / Asūne	—	—
9.	Aula / Auleja	2[136]	—
10.	Biķernieki	(—)[137]	1
11.	Dageten / Dagda	10	6
12.	Uschwalde / Izvalta	3	5
13.	Jaschmysa / Jasmuiža	—	3
14.	Kolup / Kalupe	2[138]	1
15.	Kapin / Kapiņi	8	14
16.	Kraslau / Krāslava	5	4
17.	Kreuzburg / Krustpils	5	8
18.	Lixna / Liksna	2	7
19.	Lievenhof / Līvāni	—	1
20.	Malinowka / Naujene	2[139]	—
21.	Pridruisk / Piedruja	9	5
22.	Prely / Preiļi	2	1
23.	Pustin / Pustiņa	4	—
24.	Rudsaty / Rudzēti	—	1
25.	Isabellin / Skaista	—[140]	4
26.	Limenen / Ungurmuiža	1	—
27.	Warkowo / Vārkava	6	4
28.	Vīpe	5[141]	1
29.	Wyschki / Višķi	10[142]	9

[131] Ohne den Flecken Wyschki (vgl. Nr. 29).

[132] 1925 Flecken.

[133] Gehörte 1925 zur Landgemeinde Ewsthof (Nr. 7).

[134] Einschließlich den Flecken Wyschki (vgl. Nr. 29).

[135] Vgl. auch Trentelberg (Nr. 6).

[136] Hieß 1925 Grāveri.

[137] Gehörte 1925 zur Landgemeinde Malinowka (Nr. 20).

[138] Hieß 1925 lettisch Kolupe.

[139] Hieß 1925 lettisch Malinova; vgl. auch Biķernieki (Nr. 10).

[140] Hieß 1925 lettisch Izabelina.

[141] Hieß 1925 Buschhof / Mežmuiža.

[142] 1925 selbständiger Flecken Wyschki mit 1 und gleichnamige Landgemeinde mit 9 Deutschen.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	r) Kreis Ludsen / Ludzas apriņķis	**97**	**77**
	Städte	*37*	*50*
1.	Ludsen / Ludza	23	29
2.	Karsau / Kārsava	14[143]	10
3.	Rosenau / Zilupe	(—)[144]	11
	Landgemeinden	*60*	*27*
4.	Brigi / Briģi	5[145]	1
5.	Werestmuische / Cibla	2[146]	2
6.	Istra	1	1
7.	Karsau / Kārsava	10	2
8.	Michalow / Mērdzene	3[147]	4
9.	Salutje / Nautrēni	4[148]	4
10.	Nersa / Nirza	2	2
11.	Possinja / Pasiene	20[149]	—
12.	Pylda / Pilda	3	6
13.	Rundany / Rundēni	—	—
14.	Landskron / Šķaune	8[150]	1
15.	Swirsdino / Zvirgzdiene	2	4

[143] 1925 Flecken.

[144] Gehörte 1925 zur Landgemeinde Possinja (Nr. 11).

[145] Hieß 1925 Janovale.

[146] Hieß 1925 lettisch Eversmuiža.

[147] Hieß 1925 lettisch Michalova.

[148] Hieß 1925 lettisch Zaļmuiža.

[149] Vgl. Rosenau (Nr. 3); hieß 1925 lettisch Posine.

[150] Hieß 1925 lettisch Landskorona.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	s) Kreis Neu Lettgallen / Jaunlatgales apriņķis	**66**	**58**
	Städte	—	*12*
1.	Bolwa / Balvi	(—)[151]	5
2.	Neu Lettgallen / Jaunlatgale	(—)[152]	7
	Landgemeinden	*66*	*41*
3.	Wyschgorodok / Augšpils	9[153]	5
4.	Baltinowo / Baltinava	—[154]	1
5.	Bolwa / Balwi	13[155]	1
6.	Birsen / Bērzpils	3[156]	1
7.	Gawri / Gauri	4	6
8.	Katschanowetz / Kacēni	1[157]	8
9.	Seidenetz / Liepna	9	3
10.	Talkowa / Linava	3[158]	1
11.	Bakowo / Purvmala	5[159]	1
12.	Rugoi / Rugāji	1	—
13.	Schkilbany / Šķilbēni	—[160]	3
14.	Kokorow / Tilža	5[161]	6
15.	Marienhausen / Viļaka	13	5

[151] Gehörte 1925 zur gleichnamigen Landgemeinde.

[152] Gehörte 1925 zur Landgemeinde Bakowo (Nr. 11); heißt neuerdings lettisch Abrene.

[153] Hieß 1925 lettisch Višgoroda.

[154] Vgl. auch Landgemeinde Schkilbany (Nr. 13).

[155] Vgl. Stadt Bolwa (Nr. 1); hieß 1925 lettisch Bolvi.

[156] Hieß 1925 lettisch Domopole.

[157] Hieß 1925 lettisch Kačanova.

[158] Hieß 1925 lettisch Tolkova.

[159] Hieß 1925 lettisch Bokova; vgl. auch Stadt Neu Lettgallen (Nr. 2).

[160] Gehörte 1925 zur Landgemeinde Baltinowo (Nr. 4).

[161] Hieß 1925 lettisch Kokoreva.

Nr. d. Gem.	Kreise, Gemeinden	Anz. d. Deutschen	
		1925	1935
	t) Kreis Rositten / Rēzeknes apriņķis	**148**	**112**
	Städte	*97*	*69*
1.	Rositten / Rēzekne	94	68
2.	Warkland / Varakļani	2[162]	—
3.	Wilon / Viļeni	1[162]	1
	Landgemeinden	*51*	*43*
4.	Andrepno / Andrupene	1	3
5.	Ataschan / Atašiene	3	2
6.	Borchhof / Barkava	—[163]	1
7.	Bersgall / Bērzgale	1[164]	2
8.	Buckmuische / Bukmuiža	2	2
9.	Drizane / Dricēni	—	—
10.	Gaigalowa / Gaigalava	2[165]	—
11.	Kownat / Kaunata	4	4
12.	Makaschan / Makašēni	—	1
13.	Malta	5[166]	6
14.	Osolshof / Ozolmuiža	—	—
15.	Rasno / Rēzna	2[167]	5
16.	Ruschon / Ružina	—	—
17.	Saketygal / Sakstagals	6	—
18.	Solujeny / Silajāņi	2	1
19.	Stirnian / Stirniene	2	4
20.	Warkland / Varakļani	—	3
21.	Galen / Vidsmuiža	12	3
22.	Wilon / Viļēni	9	6

[162] 1925 Flecken.

[163] Hieß 1925 lettisch Borkava.

[164] Hieß 1925 lettisch Biržgals.

[165] Hieß 1925 Bikowa / Bikava.

[166] Hieß 1925 Rosenthof / Rozentava.

[167] Hieß 1925 Rozenmuiža.

Die Notwendigkeit der totalen Volksforſchung

Von Karl Heinz Pfeffer, Berlin

„Es muß als ein Mangel bezeichnet werden, daß ſich die Kreiſe, die ſich als Aufgabe die Ergründung des Weſens unſeres Bauerntums geſetzt haben, bisher zum großen Teil darauf beſchränkten, das Bauerntum der alten Art zu erforſchen, das in ſeinen Lebensäußerungen ſchon der Vergangenheit angehört. Man hat dort ſehr oft eine Vorliebe für das Urtümliche im bäuerlichen Weſen und vergißt, daß es im Vergehen begriffen iſt. Man trauert zu oft dem Verfall dieſes nicht mehr Zeitgegebenen nach und iſt ſich nicht bewußt, daß auch das Bauerntum als eine lebendige Gruppe im Volkskörper den Geſetzen des Werdens und Wandels unterworfen iſt, daß es den Weg ſeiner Entwicklung gehen, daß in ihm Altes ſterben und neuen Formen Platz machen muß.“ [1]

Volksforſchung muß mit der Erforſchung des Bauerntums beginnen, weil hier der Urſprung des Volkes liegt. Wenn die Erforſchung des Bauerntums nicht nur geſchichtliche Bedeutung haben ſoll, wenn ſie nicht nur durch die Klarlegung bäuerlicher Leiſtungen am Geſchichtsbewußtſein des Volkes mitbauen ſoll, dann muß ſie „Gegenwartsbauernkunde“ ſein [1] und in dieſer Darſtellung der völkiſchen Gegenwart einen klaren Willen für die völkiſche Zukunft in ſich bergen. Eine fruchtbare Volksforſchung bedarf gerade an ihrem bauernkundlichen Ausgangsort der vollen geſchichtlichen Tiefe, die von den erſten Nachrichten unſeres bäuerlichen Daſeins bis an die Schwelle der Zukunft führt. Eine Bauerngeſchichtsſchreibung, die nichts von der bäuerlichen Gegenwart weiß, eine bäuerliche Volkskunde, die nur das „Bauerntum der alten Art“ ſieht, verfehlt ebenſo ihre Aufgabe und ihre methodiſchen Möglichkeiten wie eine poſitiviſtiſche Unterſuchung auf dem Gebiete der Geographie, der Soziologie oder der Landbauwiſſenſchaft, die ſich weigert, das ungeheure Gewicht der Bauerngeſchichte in der bäuerlichen Gegenwart anzuerkennen.

Neben die Forderung nach der Tiefe der Volksforſchung tritt die Forderung nach der umfaſſenden Breite. Gewiß iſt für jede Arbeit der Ausgang von kleinräumiger Forſchung notwendig und richtig. Man mag über die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit des in dieſem Sinne veralteten Begriffs „naturwiſſenſchaftlich“ ſtreiten, grundſätzlich iſt der Anſpruch durchaus zu bejahen: „Die Berechtigung der Monographien, die ſich nur auf kleine Gebiete beziehen und daher nur kleine, z. T. ſchwer zu ſichernde Zahlen ergeben, liegt in der heute noch ſpärlichen, naturwiſſenſchaftlichen Literatur über die Entwicklung des Bauerntums“ [2]. Aber bei aller Pflicht zum Ausgang von ſorgfältigen Einzelunterſuchungen erhält die Arbeit der Volksforſchung nur Sinn, wenn ſie in die Breite geht. Sie muß bei der Unterſuchung des einzelnen Dorfes ſelbſt ſachlich in die Breite gehen, ſie darf weder nur die Bevölkerungsgeſchichte, noch nur das Bodenrecht, noch nur eine Schilderung der wirtſchaftlichen Lage, noch nur eine ſozialpſychologiſche Darſtellung umfaſſen, ſondern ſie muß alle Seiten des dörflichen Lebens von einer klaren Frageſtellung aus ſchildern. Vor allem aber muß ſie über die Unterſuchung des einzelnen Dorfes hinaus in die Breite gehen. Bauerngeſchichte hat nur Sinn, wenn ſie wirklich Volksgeſchichte iſt. Eine bäuerliche Gegenwartskunde muß von einem Geſamtbild unſeres gegenwärtigen Volkes ausgehen. Agrarpolitiſches Wollen findet ſeine Rechtfertigung nur im Willen zu einer Geſamtvolksordnung, zu einem „totalen Landesaufbau in Dorf und Stadt“ [3]. Kaum eine ländliche, bäuerliche und landwirtſchaftliche Frage der Gegenwart iſt zu löſen, wenn ſie nur als vereinzelte Frage behandelt wird und nicht als Teilfrage unſerer geſamtvölkiſchen Exiſtenz. Die Politik des völkiſchen Aufbaus und die ihr dienende Volksforſchung kann nie von Teilfragen aus zum Ziele kommen, ſondern nur von der Verpflichtung an das Ganze aus. Landvolkforſchung muß ein Bild der deutſchen Stadt beſitzen, Stadtforſchung ohne Kenntnis der bäuerlichen Welt iſt unmöglich.

---

[1] Joſef Müller, Deutſches Bauerntum zwiſchen Geſtern und Morgen, Würzburg 1940, Verlag der Univerſitätsdruckerei H. Stürtz A.G., 182 S. geb. 6,50 RM = Schriften aus dem Raſſenpolitiſchen Amt der NSDAP. bei der Gauleitung Mainfranken zum Dr.-Hellmuth-Plan, S. 6.

[2] Heinz Wülker, Bauerntum am Rande der Großſtadt. I. Bevölkerungsbiologie der Dörfer Hainholz, Vahrenwald und Liſt (Hannover). S. Hirzel, Leipzig 1940, 128 S. und 3 Tafeln, 8,— RM. = Bäuerliche Lebensgemeinſchaft. Schriftenreihe des Forſchungsdienſtes, Bd. 1, S. 2.

Die deutſche Dorfforſchung hat lange Jahre hindurch in der Gefolgſchaft Wilhelm Heinrich Riehls das „alte“ Bauerntum zu erforſchen verſucht, um vor ſeinem anſcheinend unabwendbaren Untergang noch ein möglichſt klares Bild ſeines vollen Lebens feſthalten zu können. Sie hat dann von einzelnen Wiſſenſchaftsgebieten, vor allem der Heimatgeſchichte, der Geographie und der Landbauwiſſenſchaft aus, Teilfragen des tatſächlichen Dorfaufbaus behandelt. Sie hat ſeit 1930 in einem neuen Anlauf vor allem unter der fruchtbaren Anregung Gunther Ipſens das Dorf in ſeiner ſoziologiſchen und geſchichtlichen Gegenwart zu faſſen geſucht und zugleich in der Schule H. F. K. Günthers neue biologiſche Frageſtellungen beigebracht. Nachdem im zweiten Vierjahresplan und im Kriege deutlich wird, daß unſere bäuerliche und damit unſere geſamtvölkiſche Exiſtenz auf einer neuen Probe ſteht, die nun wirklich die Entſcheidung über unſere Zukunft auf lange Sicht bringen kann, iſt es an der Zeit, die vielen einzelnen Frageſtellungen zuſammenzufaſſen zu der einen großen Frage nach der ſinnvollen Stellung des Bauerntums in einem Volk, das ſich nur mit allen Mitteln der induſtriellen Technik ſeiner Haut wehren und ſein Brot gewinnen kann.

Die Bemühung Joſef Müllers, „Deutſches Bauerntum zwiſchen Geſtern und Morgen“ deutlich zu erkennen, gründet ſich auf ſeine eigenen Vorarbeiten in einer einzelnen Dorfunterſuchung [4] und im Anſatz einer beſonderen Frageſtellung [5]. Das Recht zur theſenmäßigen Zuſammenfaſſung iſt alſo durch die ſchon vorher gegebenen Einzelbelege gewonnen. Zunächſt erſcheint das Bild der „bäuerlichen Wirtſchaft im Wandel“, wobei Müller in erſter Linie das Klein- und Mittelbauerntum mit ſeinen 2,1 Millionen Betrieben bei ſeinen Urteilen meint. Dieſes Bauerntum iſt durch die techniſche und volkswirtſchaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts aus der „tauſendjährigen Wirtſchaftsform“ [6] ſeiner Dreifelderwirtſchaft im gebundenen Dorf herausgelöſt worden. Die neue Wirtſchaftsform verlangte erhöhte Arbeitsleiſtung, traf aber zuſammen mit einer ſtarken Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte. Das Ergebnis iſt die Arbeitsüberlaſtung der bäuerlichen Familienmitglieder, beſonders der Bäuerin, deren Gefahren ſoziologiſch und biologiſch gar nicht überſchätzt werden können. Der Einbezug des landwirtſchaftlichen Betriebs in die geſamte Volkswirtſchaft hat zum „wirtſchaftlichen Niedergang unſeres Bauerntums“ [7] geführt. Die bäuerliche Verſchuldung wird bis zur Neuverſchuldung nach dem Jahre 1937 ungeſchminkt dargeſtellt. Der wirtſchaftliche Niedergang trotz aller agrartechniſchen Fortſchritte erklärt ſich nur aus einer „Unterbewertung der bäuerlichen Arbeit“ [8], deren ſichtbares Zeichen die Preisſchere zwiſchen landwirtſchaftlichen und induſtriellen Erzeugniſſen iſt. „Der Anteil der Landwirtſchaft am Leiſtungseinkommen des Volkes war immer geringer als ihr Anteil an der volkswirtſchaftlichen Arbeitsleiſtung.“ [9] Nachdem die Löhne der „fremden Arbeitskräfte“ allmählich angezogen haben, tragen heute „die faſt 7½ Millionen familieneigenen bäuerlichen Arbeitskräfte dieſe Unterbewertung der bäuerlichen Arbeit ganz allein“ [10]. In Oſtdeutſchland führte die Wirtſchaftsnot des 19. Jahrhunderts zu einem neuen großen Bauernlegen. Im übrigen Deutſchland blieb oder gelangte das Bauerntum auf ein Maß der Lebenshaltung, das weit unter dem der anderen Volksteile lag.

---

[3] Hans-Bernhard von Grünberg, Hauptgrundſätze der Siedlungspolitik. Notwendigkeit eines totalen Landesaufbaues in Dorf und Stadt, Berlin 1940, Verlag der Deutſchen Arbeitsfront, 160 S. 2,70 RM. Neue Schriftenreihe des Reichsheimſtättenamtes der Deutſchen Arbeitsfront, Bd. 1.

[4] Joſef Müller, Ein deutſches Bauerndorf im Umbruch der Zeit. Sulzthal in Mainfranken. Eine bevölkerungspolitiſche, ſoziologiſche und kulturelle Unterſuchung, Würzburg 1939, Verlag der Univerſitätsdruckerei H. Stürtz, VI, 150 S., geb. 5,80 RM.

[5] Joſef Müller, Die biologiſche Lage des deutſchen Bauerntums. Ein Beitrag zur Ergründung des Geburtenrückganges im Bauerntum, Leipzig 1938, S. Hirzel, VI, 83 S., 4,20 RM., = 5. Beiheft zum Archiv für Bevölkerungswiſſenſchaft und Bevölkerungspolitik; vgl. die Beſpechung in Heft 1, IV. Jg. dieſer Zeitſchrift, S. 11.

[6] Joſef Müller, Deutſches Bauerntum zwiſchen Geſtern und Morgen, S. 3.

[7] Ebenda S. 23. [8] Ebenda S. 29. [9] Ebenda S. 31.

Aus dieſer Lage ergibt ſich der bäuerliche Verfall mit ſeinem ſichtbarſten Zeichen der übermäßigen Abwanderung, die Müller der landläufigen, nicht ganz richtigen Redeweiſe entſprechend auch als „Landflucht“ bezeichnet. Man muß ſich immer wieder daran erinnern, daß „der Entvölkerungsprozeß des Landes ſeit 1933 wieder verſchärft eingeſetzt hat“ [11]. „Insgeſamt ſchätzt man die Flucht aus dem Bauerntum in den 6 Jahren von 1933—1939 auf rund 1 Million Menſchen.“ [12] Die Abwanderung des 19. Jahrhunderts hatte zwar zuſätzliche Arbeitskräfte weggenommen, die dringend nötig geweſen wären, aber nach Meinung Müllers „nicht zu einem auffallenden Subſtanzverluſt geführt“ [13]. (Er macht dazu eine etwas gefährliche Rechnung auf, indem er „nur“ die Abwanderung von „Berufszugehörigen“ beweiſt, wobei gerade ſie in den kleinbäuerlichen Betrieben unentbehrlich waren. Die Statiſtik hat früher noch größere Schwierigkeiten als heute in der ſauberen Unterſcheidung von landwirtſchaftlichen „Erwerbsperſonen“ und bloßen „Berufszugehörigen“ gehabt!). Nach 1933 ſieht aber auch Müller einen echten Subſtanzverluſt, und „in den letzten beiden Jahren beginnen ſelbſt freie Bauern ihren Beſitz zu verlaſſen“ [14]. Die Wandlungen im biologiſchen Bild des Bauerntums entſprechen dieſer Gefährdung (wobei Müller allerdings anfechtbare Bemerkungen über den Einfluß des Erbrechts auf die Geburtenfreudigkeit einfügt: wenn eben jede Art der Erbſitte und des Erbrechts zum Geburtenrückgang führt, wird damit bewieſen, daß ein Kauſalzuſammenhang zwiſchen einem beſonderen Erbrecht und dem Geburtenrückgang nicht beſteht). Schließlich meint Müller, daß die ſtarke Abwanderung für das zurückbleibende Bauerntum durchaus eine wertmäßige Gegenausleſe bedeutet.

So geht vor unſeren Augen das „alte Bauerntum“, das Riehl noch ſah, unter. „Der Bauer blieb nicht der geſchichtsloſe Menſch; die Geſchichte und das Weltgeſchehen glitten nicht ohne Spuren zu hinterlaſſen an ihm ab.“ [15] Das Landvolk richtete ſich innerlich auf die Stadt aus, dabei begrüßt Müller z. B. den Untergang der alten Trachten, deren Erhaltung ebenſo unwirklich-romantiſch wie unhygieniſch ſei. „Die Bauerngeſtalt nähert ſich in ihrem Weſen der Geſtalt des Städters.“ [16]

Dieſe Lage ſtellt uns die große Aufgabe, zunächſt „Neuformung der bäuerlichen Wirtſchaft“ [17]. Sie kann nur damit beginnen, daß der Bauer die techniſchen Hilfsmittel der Gegenwart für ſeine Arbeit einſetzen kann. „So unglaublich es klingen mag, es iſt aber heute ſo, daß noch 65 v. H. aller landwirtſchaftlichen Betriebe keine Waſſerleitung beſitzen und daher in ihnen die notwendigen Trink- und Gebrauchswaſſermengen durch Tragen herbeibefördert werden müſſen.“ [18] Müller gibt nur einen Ausblick auf die große Aufgabe der Neubildung deutſchen Bauerntums und betont beſonders die Notwendigkeit neuer Methoden bei der Siedlungsfinanzierung. Dabei iſt aber eine Änderung der wirtſchaftlichen Lage die Vorausſetzung ſowohl für die Techniſierung als auch für die große Siedlung. Die Preisſchere und mit ihr die „Sozialſchere“ zwiſchen Stadt und Land [19] muß geſchloſſen werden.

„Die Strukturwandlungen in der geſamten bäuerlichen Wirtſchaft ſchaffen die Grundlagen und geben die Vorausſetzungen zur Strukturwandlung des bäuerlichen Menſchen in all ſeinen Grundelementen.“ [20] Der Einſatz der Technik ſoll den Bauern ſo entlaſten, daß er und vor allem die Bauernfrau körperlich und ſeeliſch geſund, gelöſt und frei wird. Die Erſchließung unſeres engen Landes durch die modernen Verkehrs- und Nachrichtenmittel hat die Iſolierung des Bauerntums aufgebrochen. „Damit verliert das Problem Bauer und Stadt ſehr an Bedeutung.“ [21] Müller ſieht eine „reſtloſe Annäherung und feſteſte Bindung des Bauerntums an die Stadt“ [22] nicht nur als unvermeidlich, ſondern auch als begrüßenswert an. „Durch die Erſchließung des Dorfes, durch deſſen Herausreißen aus ſeiner Iſoliertheit wird der bäuerliche Menſch mehr und mehr zu einem aktiven Glied der geſellſchaftlichen Organiſation, in die unſer ganzes Volk zuſammengefaßt iſt.“ [23] Von Kleidung und Wohnung bis zu Sprache und Raſſe ſieht Müller die Angleichung zwiſchen Stadt und Land als Tatſache und Aufgabe. „Auflockerung unſerer Städte, weitere Verlagerung unſerer Induſtrie aufs Land, noch beſſere Ausgeſtaltung der Verkehrsverbindungen öffnen immer mehr nichtbäuerlichen Menſchen das einzelne bäuerliche Dorf. Immer ſtärkere Vermiſchung mit anderen Standesgruppen ſchwächt weiterhin die letzten noch vorhandenen individuellen Beſonderheiten.“ [24] Die neue Art der techniſchen Arbeit und der innere Anſchluß an die Stadt wird nach Müllers Meinung endgültig die geiſtige Primitivität auf dem Lande verdrängen und den bäuerlichen Geiſt wecken. Der Bauer wird zum Herrn der Natur werden und damit endgültig in ſeinem langen Ringen für den Menſchen gegen die Natur ſiegen. „Vor den Augen des neuen Bauern liegt ſie klar und offen, bar jeden Geheimniſſes.“ [25] Müller ſcheut ſich nicht, in dieſem Zuſammenhang auch die heikle Frage des Bauernglaubens aufzugreifen: „Das religiöſe Erleben ſchläft im Bauerntum langſam ein, es vollzieht ſich ein allmähliches Verſiegen des religiöſen Sinnes und ein ſtändiges Nachlaſſen des religiöſen Sinnes und ein ſtändiges Nachlaſſen der religiöſen Spannkraft, wie es ähnlich auch bei den ſtädtiſchen Schichten unſeres Volkes zu beobachten iſt.“ [26] So muß an die Stelle der Religion eine neue ſittliche Verpflichtung treten. Von der Technik und der notwendig genoſſenſchaftlichen Arbeit und Wirtſchaft aus entſteht eine neue Gemeinſchaft des Alltags im Dorf, von der geiſtigen Weckung und Befreiung her die Möglichkeit zum Aufbau einer inneren Gemeinſchaft. Der Dorflehrer iſt berufen, das Dorf zu ſeiner neuen bäuerlichen Kultur zu führen, die etwas ganz anderes als die romantiſch geſehene Kultur des „alten“ Bauerntums iſt.

---

[10] Ebenda S. 34. [11] Ebenda S. 47. [12] Ebenda S. 54. [13] Ebenda S. 52.

[14] Ebenda S. 55. [15] Ebenda S. 72. [16] Ebenda S. 81. [17] Ebenda S. 82.

[18] Ebenda S. 92.

[19] Artur Schürmann, Deutſche Agrarpolitik, Neudamm 1940, J. Neumann, S. 497.

[20] Müller, a. a. O. S. 107. [21] Ebenda S. 114.

Müller kommt aus einer unbeſtreitbar richtigen Darſtellung der gegenwärtigen Bauernnot und aus einer ausgezeichneten Kampfſtellung gegen jede billige Bauernromantik zu immerhin überraſchend radikalen Schlußfolgerungen. Sie ſind um ſo überraſchender, als er in der Mitte ſeiner Darſtellung die kaum vertretbare Meinung vorträgt, es ſei „zu erwarten, daß wir ſchon auf einem Höhepunkt der Entwicklung ſtehen, daß die induſtrielle Hochkonjunktur wieder endet und das Bauerntum neue Bedeutung erlangt. Die Bauernflucht im bisherigen Maße wird dann ſowieſo mit einem Schlage wieder abgedämmt werden und die Entwicklung wieder in normalen Bahnen verlaufen“ [27]. Müllers eigenes Buch widerlegt dieſen Optimismus des „Sowieſo“ gründlich. Er verlangt, daß man ſich von der wirtſchaftlichen und geiſtigen Auflöſung des alten Bauerntums nicht überwältigen laſſe, ſondern will, daß der deutſche Aufbauwille ſich in dieſen unabwendbaren Strom ſelbſt einſchaltet und ihn zu einem ganz neuen Ufer lenkt, an dem „die Stadt allerdings faſt ausſchließlich das Objekt iſt, das als Muſter und Vorbild dient“ [28].

Vor einer Stellungnahme zu dieſer radikalen Forderung iſt es notwendig, noch einmal zu den kleinräumigen Unterſuchungen zurückzukehren, die der Ausgangspunkt zur Erkenntnis der bäuerlichen Lage waren. Da iſt ein Dorf der Schwäbiſchen Alb, in dem es „Bauern im Sinne des Reichserbhofgeſetzes nicht gibt“ [29]. Vor 100 Jahren ergänzte das Dorf ſeinen viel zu knappen landwirtſchaftlichen Lebensraum durch die Handweberei. Nach dem Untergang der ländlichen Weberei fand das Dorf im Wanderhandwerk, beſonders der „Gipſerei“, neue Möglichkeiten zum Broterwerb. Es handelt ſich im Grunde um ein kleinbäuerliches Handwerkerdorf, nur „trat in den kritiſchen Zeiten jedesmal der landwirtſchaftliche Grundbeſitz als letzte ſtille Reſerve und als Ausgleichsfaktor in Erſcheinung, d. h. ſobald andere Erwerbsmöglichkeiten fehlten“ [30]. Die breit angelegte Unterſuchung zeigt, daß Gruibingen mit dem

---

[22] Ebenda S. 114. [23] Ebenda S. 118. [24] Ebenda S. 122. [25] Ebenda S. 143.
[26] Ebenda S. 149. [27] Ebenda S. 55/56. [28] Ebenda S. 116.

[29] Helmut Otto Röhm, Das bevölkerungspolitiſche und wirtſchaftliche Geſicht des Dorfes Gruibingen in den Jahren 1838—1938. Unterſuchungen über die Notlage der Gruibinger Landwirtſchaft und ihrer Urſachen. Arbeit aus dem Inſtitut für Agrarweſen und Agrarpolitik an der Landw. Hochſchule in Hohenheim. In: Berichte über Landwirtſchaft, NF., Bd. XXVI, Heft 3, Berlin 1940, S. 381.

[30] Ebenda S. 387.

Schickſal der gewerblichen Wirtſchaft auf Gedeih und Verderb verbunden iſt. Wenn das Handwerk in Not geriet, war die Kriſe da: „Die Landwirtſchaft allein konnte die Menſchen nicht ernähren, die Armut griff um ſich, deshalb mußte zwangsläufig die Abwanderung einſetzen.“ [31] Wenn von Amts wegen die Bevölkerung abgeſchoben werden muß, iſt das Wort „Landflucht“ kaum angebracht. Das Dorf hat heute weniger Einwohner als vor 100 Jahren, es hat ſeine überzähligen Menſchen in die Induſtriegegenden Württembergs, aber auch in größerer Zahl in die Vereinigten Staaten und in die Schweiz verſchickt. Von den 932 Abwanderern der 100 Jahre ſetzten ſich nur 27,3 v. H. in bäuerlicher Umgebung feſt, „während 72,7 v. H. dem Bauerntum wohl endgültig verloren gingen“ [32]. Die Armut machte den biologiſchen Vorteil der frühen Heiraten und der hohen Gebürtigkeit durch eine ſehr hohe Kinderſterblichkeit wieder zunichte. Ungünſtige Wegeverhältniſſe, Realteilung und eine groteſke Flurparzellierung verhinderten eine volle Ausnutzung des geringen landwirtſchaftlichen Lebensraums. Ein Vergleich mit anders gebauten Dörfern der Gegend zeigt die beſondere Anfälligkeit des Handwerkerdorfes. Die mißverſtändliche Bemerkung, daß bei ſpäter Hofübergabe und Geſindemangel „der Erbhof volksbiologiſch eine Gefahr“ [33] darſtelle, weil dann der Hoferbe zu ſpät oder gar nicht zur Eheſchließung komme, wird ſchon von Röhm ſelbſt richtiggeſtellt: „Der Löſung der Erbhoffrage im Realteilungsgebiet muß die Löſung der Geſindefrage vorangehen.“ [34] Die Arbeit zeigt eindeutig, daß die Realteilung das Dorf in immer größere Not ſtürzte: „Die Lebensfähigkeit der Landwirtſchaft wurde durch die wachſende Verengung des Lebensraums geſchwächt. Die zahlloſen Kleinbetriebe der Handwerker wurden vergrößert, da die erweiterte Ausnutzung des Bodens den Ausfall an gewerblichem Einkommen erſetzen mußte. Dieſe Vergrößerung konnte nur erfolgen bei einer gleichzeitigen Beſchneidung und Zerreißung der großen Bauernbetriebe.“ [35]

Während alſo das alte Handwerkerdorf um 1860 durch den Zuſammenbruch der Weberei in ſeiner Ordnung geſtört und in den endloſen Zirkel der Enge und des Elends geworfen wurde, ſetzte 1935 eine ganz neue Entwicklung ein. Die Reichsautobahn wurde durch die Gemarkung gelegt. Die Klein- und Kleinſtbauern fanden bei ihrem Bau die lange vermißte Gelegenheit zum zuſätzlichen Einkommen. Während früher die Wanderhandwerker immer noch an der „ausgeprägt konſervativ-landwirtſchaftlichen Einſtellung“ [36] des Dorfes feſthielten, tritt jetzt ein „Geſinnungswechſel“ [37] ein, der die Menſchen der heimatlichen Enge entfremdet. Die Abwanderung wird jetzt nicht mehr aufzuhalten ſein, und ſie findet im wachſenden deutſchen Induſtriekörper auch aufnahmebereite Stellen. Aber: „der Verſuch muß unter allen Umſtänden unternommen werden, dem Dorf Gruibingen ſeinen bäuerlichen Charakter und ſeine bäuerlichen Bewohner zu erhalten, wenn nicht ſeine Geburtenziffern und der Geiſt ſeiner Bevölkerung ſich weiter dem Niveau der Stadt nähern ſollen“ [38]. Als Ausweg wird vorgeſchlagen: Umlegung der Flur, Einſatz zweckmäßiger Maſchinen, insbeſondere Zugmaſchinen, Neuaufbau der Betriebe zu einer vollen Ackernahrung mit ſinnvoller Ergänzung zwiſchen Talland und Bergland, Beſchränkung des nebenberuflichen Landbeſitzes, Erbhofrecht. Dann bleiben mindeſtens 40 Familien als überzählig übrig. „Der Boden allein kann keine Bevölkerung von nahezu 1000 Einwohnern ernähren.“ [39] Umgekehrt aber können „Bauer und Induſtriearbeiter auf die Dauer nicht nebeneinander leben, ohne daß das Bauerntum ſeine Art verliert“ [40] Deshalb muß die überſchüſſige Bevölkerung auf neuem Siedlungsraum bäuerlich neu angeſetzt werden, das Heimatdorf findet dann die Möglichkeit zum bäuerlichen Daſein.

Die ſehr tatſachengebundene Arbeit Röhms dürfte ſich kaum bewußt ſein, daß ſie mit genau dem Begriff der „ländlich-konſervativen“ Art arbeitet, den Müller als romantiſch ablehnte. Sie beweiſt im Sinne von Müller, daß die Frage unſeres Landvolkes heute nicht mehr nur eine bäuerliche, ſondern auch eine gewerbliche Frage iſt, daß ſie nicht mehr nur durch einen Neuaufbau in den einzelnen Dörfern gelöſt werden kann, ſondern die Notwendigkeit weiträumiger Umſiedlungen und eines Durchdenkens der geſamtvölkiſchen Lebensordnung in ſich begreift. Auch die Arbeit Röhms, die beſtimmte, noch zu beweiſende Sätze ſchlicht vorausſetzt, rührt an die klare Notwendigkeit jeder Volksforſchung, das ganze Volk zu ſehen. Was heißt denn hier die zu erhaltende „ländlich-konſervative Art"? Warum können Bauer und Induſtriearbeiter nicht nebeneinander leben? Gerade in ihrem dumpfen Widerſtand gegen die von Müller erhobenen Forderungen deutet aber die Arbeit Röhms darauf hin, daß vielleicht doch mehr Dinge auf dem Spiele ſtehen, als die ſehr ſcharfen Formulierungen Müllers zugeben.

---

[31] Ebenda S. 388.
[32] Ebenda S. 396.
[33] Ebenda S. 402.
[34] Ebenda S. 403.
[35] Ebenda S. 444.
[36] Ebenda S. 379.
[37] Ebenda S. 464.
[38] Ebenda S. 464.
[39] Ebenda S. 467.
[40] Ebenda S. 468.

An einem zweiten Beiſpiel wird in ganz anderer Weiſe die Schickſalsverbundenheit zwiſchen Stadt und Land im engen Deutſchland und damit auch die Aufgabe der Volksforſchung deutlich: Heinz und Gabriele Wülker unterſuchen „Bauerntum am Rande der Großſtadt"[41] Hannover. Bei dieſer Doppelunterſuchung fallen wichtige methodiſche Ergebniſſe ab, die auch unter anderen Geſichtspunkten die Notwendigkeit des totalen Forſchungsanſatzes zeigen. Im Unterſchied zu anderen Arbeiten neuerer Schulen[42] wird der Verſuch unternommen, das „Biologiſche" und das „Soziologiſche" zu trennen. Der zweite Band befaßt ſich mit dem letzteren. Er behandelt Lage, Siedlungsbild, Geſchichte, Entwicklung des ſozialen Aufbaus, Entwicklung der Flur, geographiſche Grundlagen (unter dieſem Obertitel auch eine Geſchichte der Wirtſchaftsverhältniſſe!) und beſpricht dann in ſeinem Kernſtück die Frage der ſtadtnahen Landwirtſchaft, die zunächſt „einen Eindruck der Sinnloſigkeit"[43] macht. Der Verkehr, die Verſtändnisloſigkeit der ſtädtiſchen Zuwanderer, auch Grundwaſſerveränderungen ſtellen die Landwirte vor neue Aufgaben. Umgekehrt ergibt die Stadtnähe ſichere Abſatzverhältniſſe, zuſätzliche Verdienſtmöglichkeiten beſonders für die Geſpanne und Einnahmemöglichkeiten aus Pacht oder aus künſtlicher Verbreiterung der Futtergrundlage. Die Kleinbeſitzer treiben gartenmäßige Landwirtſchaft als Nebenerwerb. Ein Teil der bäuerlichen Familien hat ſeinen Boden zum größten Teil als Baugelände verſilbert und betreibt Landwirtſchaft nur noch „zur Beſchäftigung"[44] neben dem arbeitsloſen Renteneinkommen. Eine Reſtgruppe hat an der Eigenwirtſchaft feſtgehalten. Sie muß ſich bemühen, mit den techniſchen Schwierigkeiten fertig zu werden. Allmählich haben die zuwandernden „Anbauer" die alten Dörfer überſchwemmt und ſich geſellſchaftlich und politiſch ſo ſtark durchgeſetzt, daß es zu „ſtarken ſozialen Spannungen und Schwierigkeiten für die Verwaltung"[45] kam. Die Dörfer werden zu Vorſtädten. „Es kann damit gerechnet werden, daß auch in der nächſten Zukunft die Stadt immer ſtärker in den ſchon jetzt eingeengten Lebensraum der letzten Bauern der drei ehemaligen Dörfer hineinwachſen wird."[46] Gabriele Wülker will die noch tätigen Bauern durch Umſiedlung als Bauern erhalten.

Schon dieſer Teil der Arbeit zeigt die unbedingte Notwendigkeit für die Volksforſchung, den Aufbau von Stadt und Land als einheitliche Frage zu betrachten. Er zeigt außerdem ſchon durch die notwendigen Wiederholungen aus dem erſten Teil, daß eine gemeinſame Betrachtung der biologiſchen und ſoziologiſchen Fragen unter einheitlicher Frageſtellung weſentlich fruchtbarer iſt als die ſpezialiſtiſche Zerreißung. Biologie außerhalb der Geſchichte und Soziologie kann es in einer echten Volksforſchung ebenſowenig geben wie eine Soziologie oder Dorfgeſchichte, die von biologiſchen Frageſtellungen abſieht.

Das eigentliche Gewicht der Doppelunterſuchung liegt denn auch im erſten Teil, der ſich keineswegs auf das eigentlich Biologiſche beſchränkt, ſondern durchaus mit ſoziologiſchen Frageſtellungen arbeitet. Eine genaue Unterſuchung der Bevölkerungsgeſchichte ergibt, daß bei einem Teil der großbäuerlichen Familien „mit der Möglichkeit einer Geburtenbeſchränkung ſchon im Unterſuchungszeitraum von 1740—1890 gerechnet werden muß"[47]. In einer methodiſch ausgezeichneten, weil geſchichtliche Wandlungen berückſichtigenden Berechnung über die Beſtandsſicherung ergibt ſich: „Die Geburtenzahl reicht alſo zwar zur Beſtandserhaltung aus, ſichert aber nur ein weſentlich ſchwächeres Wachstum, als es im Reichsdurchſchnitt ſtattfand.“[48] In einem ſorgfältigen Vergleich mit den Unterſuchungsergebniſſen aus anderen deutſchen Landſchaften wird weit über die groben Feſtſtellungen, die immer noch üblich ſind, hinaus die „Aufwuchsziffer“ im Sinne Ipſens als Schlüſſel zum Verſtändnis des bäuerlichen Bevölkerungsganges erkannt. „Die Beſchränkung auf eine Aufwuchsziffer von 3—4 Kindern, die in den hannoverſchen Dörfern wahrſcheinlich gewollt zuſtande kam, iſt im Südweſten unabſichtlich durch die höhere Sterblichkeit herbeigeführt worden.“[49] „In den bäuerlichen evangeliſchen Dörfern Niederſachſens, in denen mittlere und große Höfe vorherrſchen, beſtände eine jahrhundertealte Überlieferung, durch die bei niedriger Säuglings- und Kinderſterblichkeit durch eine gewiſſe Vordenklichkeit und willentliche Beſtimmung des eigenen Schickſals auch die Zahl der Geburten nicht allein dem Zufall überlaſſen war.“[50] So wird hier richtig der Bevölkerungsgang im Zuſammenhang mit der Frage des Lebensraums und des Lebensanſpruchs, alſo einer ſoziologiſchen, geſchichtlichen, politiſchen Frage, begriffen. Ebenſo wird der Begriff des Heiratskreiſes im Sinne der Kritik Lindes[51] an der früheren Praxis im geſchichtlichen Sinne angewandt. „Der bäuerliche, nachbarſchaftsgebundene Heiratskreis bildet im Gegenſatz zum ‚offenen‘ der Stadt, ſoweit die bäuerlichen Dörfer in raſſiſch einigermaßen einheitlichen Landſchaften liegen, einen natürlichen Schutz gegen zu ſtarke Raſſenmiſchung ... Dieſer Schutz iſt raſſenpolitiſch ſehr viel wirkſamer als die Weckung eines beſonderen, verſtandes- oder gefühlsbeſtimmten ‚Raſſenbewußtſeins‘, das im Gegenſatz zum Bauerntum in der Großſtadt nötig iſt, um hier einer wahlloſen Vermiſchung vorzubeugen.“[52]

---

[41] S. Anm. 2, dazu Gabriele Wülker-Weymann, Bauerntum am Rande der Großſtadt, II. Bevölkerungs- und Wirtſchaftswandlungen im 19. und 20. Jh., Leipzig 1941, S. Hirzel, 67 S. 5,— RM. = Bäuerliche Lebensgemeinſchaft, Schriftenreihe des Forſchungsdienſtes, Bd. 3.

[42] Vgl. Theodor Andreas Michael, Dorf und Induſtrie am Beiſpiel des Dorfes Oberfriedersdorf in der Oberlauſitz, Bleicherode 1937, Carl Neeft; Karl Levin, Landesausbau im Drömling am Beiſpiel des Dorfes Dannefeld, Dresden 1938, M. Dittert; Hans Linde, Preußiſcher Landesausbau. Ein Beitrag zur Geſchichte der ländlichen Geſellſchaft in Südoſtpreußen am Beiſpiel des Dorfes Piaſſutten (Kreis Ortelsburg), Leipzig 1939, S. Hirzel = 7. Beiheft zum Archiv für Bevölkerungswiſſenſchaft und Bevölkerungspolitik.

[43] Wülker-Weymann, a. a. O. S. 31. [44] Ebenda S. 43. [45] Ebenda S. 51.

[46] Ebenda S. 62. [47] Wülker, a. a. O. S. 16.

Nachdem Wülker einen geplanten und zahlenmäßig beſchränkten, nachbarſchaftsgebundenen und ſozial eingegrenzten Bevölkerungsgang des eigentlichen Hofbauerntums feſtgeſtellt hat, bemüht er ſich mit vorbildlicher Vorſicht um eine leiſtungsmäßige und raſſenbiologiſche Wertung. „Die Herausbildung eines beſonderen Heiratskreiſes im Großbauerntum ſcheint aus dem Grundbeſtand nordiſch-fäliſcher Erbanlagen einen beſonderen Schlag ausgeleſen oder erhalten zu haben, der in ſtärkerem Maße als das Kleinbauerntum Vertreter mit Unternehmungsgeiſt, Führerbegabung, Großzügigkeit und Weitblick ſtellte und dieſe Anlagen auch außerhalb des Dorfes in führenden ſtädtiſchen Berufen bewährte“[53]. Im Dorf erfolgt die Wertung auf Grund der wirtſchaftlichen Verhältniſſe der Höfe, der Beſitzveränderungen ſeit 1818, der zuſätzlichen Leiſtungen in der bäuerlichen Selbſtverwaltung und halbbäuerlichen Nebenberufen, dem Anteil der Analphabeten an den Familien und der Bewertung der ſozialen Stellung der ſtädtiſchen Nachkommen und der Heiratsbeziehungen weichender Erben. „Eine eindeutige Beziehung zwiſchen Erbwert und Stärke der Nachkommenſchaft iſt weder im Sinne einer ſchwächeren noch einer ſtärkeren Vermehrung der hochwertigen Erbſtämme feſtzuſtellen“[54], mit dieſem Ergebnis ſeiner quantitativen Unterſuchung verweiſt Wülker die oft ſo beliebte Panikmache in ihre Schranken. Qualitativ ſtellt er zwar eindeutig feſt: „Die verſchiedene ſoziale Bewährung unter ſtädtiſchen Verhältniſſen entſpricht den Ausleſeunterſchieden zwiſchen Großbauerntum und den anderen bäuerlichen Gruppen“[55], aber er warnt vor einer voreiligen Verallgemeinerung und fordert als Unterlage für eine kommende „ſoziale, empiriſche Erbprognoſe“ an Stelle „häufig biologiſch ſinnloſer Ahnenſammlerei“ eine „Familienkunde“[56], wie er ſelbſt ſie in ſeiner Arbeit vorbildlich vorlegt. Seine Familienkunde iſt deshalb ſo fruchtbar, weil ſie im Sinne der echten Volksforſchung nicht an den Grenzen der Dörfer haltmacht, ſondern auch die Stadt einbezieht.

All dieſe Überlegungen ließen ſich ebenſo in einer Unterſuchung über ſtadtferne Dörfer anſtellen. Dann aber kommen die Schlußbetrachtungen Wülkers: das Großbauerntum hat ſich zwar biologiſch erhalten, es iſt aber „aus ſeinem eigentlichen Lebenskreis herausgelöſt“[57]

---

[48] Wülker, a. a. O. S. 21. [49] Ebenda S. 30. [50] Ebenda S. 33.

[51] Hans Linde, Zur Volkskörperforſchung, Archiv für Bevölkerungswiſſenſchaft und Bevölkerungspolitik, 8. Jg., 1938.

[52] Wülker, a. a. O. S. 47. [53] Ebenda S. 61. [54] Ebenda S. 96. [55] Ebenda S. 110.

[56] Ebenda S. 121. [57] S. 125.

worden und normalerweiſe in ſtädtiſche Berufe übergegangen. Da die Stadtnähe dieſe Entwicklung „zwangsläufig“[57] macht und ſomit beſte bäuerliche Subſtanz verbraucht, „muß für alle Dörfer, deren Lebensraum durch das Anwachſen der Großſtädte, heute eingeengt oder zerſtört wird, die Möglichkeit zu einer Ausſiedlung in gleichwertige bäuerliche Gebiete gefordert werden“[57].

Wülker beweiſt, daß vor der ſich ausdehnenden Großſtadt das Bauerntum, ſelbſt wenn es ſich biologiſch erhält, ſoziologiſch nicht weiterbeſtehen kann[58], Röhm behauptet, daß Bauer und Induſtriearbeiter nicht nebeneinander leben können, ohne daß die bäuerliche Haltung der Auflöſung verfällt. Beide fordern deshalb eine klare Scheidung bäuerlichen und ſtädtiſch-gewerblichen Lebensraumes, wenn nötig durch Ausſiedlung und Umſiedlung. Müller dagegen hatte gerade im Intereſſe der bäuerlichen Zukunft eine völlige Durchdringung von Stadt und Land gefordert. Alle drei Unterſuchungen zeigen, daß die Landvolkfrage ohne die Stadtfrage weder zu löſen, noch zu unterſuchen iſt, ebenſowenig, wie umgekehrt die deutſche Stadt ohne eine genaue Kenntnis des deutſchen Landes begriffen werden kann. Wülker ſieht nur die Notwendigkeit der Abgrenzung des äußeren Lebensraums, während Müller und Röhm von genau entgegengeſetzten Standpunkten die Frage der bäuerlichen Haltung aufwerfen. Aus der ganzen Arbeit Joſef Müllers ergibt ſich aber eigentlich, daß manche ſeiner Forderungen überſpitzter klingen, als er ſie wohl gemeint hat, ebenſo wie die tatſachengebundene Landbauwiſſenſchaft in der Art von Röhm kaum auf der radikalen Forderung nach einer „ländlich-konſervativen“ Selbſtbehauptung beſtehen dürfte, wenn ſie vor die modernen Kategorien der Volksforſchung geſtellt würde. Der Gegenſatz zwiſchen Müller und Röhm iſt nur ſcheinbar, er erſcheint nur vor der Not der Enge im alten Reichsgebiet des Weſtens. Im kleineren Altreich, beſonders im überfüllten Südweſtdeutſchland, aber auch an den Rändern der großen Städte, zeigt ſich nur immer wieder, daß die Fragen des deutſchen Landvolks Fragen des geſamtvölkiſchen Aufbaus ſind. Es zeigt ſich hier aber nicht die Möglichkeit einer Löſung.

Der Weg zur Löſung wird nur in dem Raum ſichtbar, in dem das deutſche Volk heute ſeine Fähigkeit zur Raumgeſtaltung und zum Neuaufbau einer völkiſchen Lebensordnung bewähren muß, im deutſchen Oſten. Von ſeinen Erfahrungen im oſtpreußiſchen Neuaufbau aus fordert Hans-Bernhard von Grünberg den „totalen Landesaufbau in Dorf und Stadt“[59]. Eine „Nivellierung“ des Landes an die Stadt kommt ebenſowenig in Frage wie ein „ländlich-konſervatives“ Beharren. Ein totaler Neuaufbau iſt nötig, der aber nicht den Weg zur Stadt zu Ende geht, ſondern der gerade in der Stadt die ewigen völkiſchen Werte der bäuerlichen Haltung durchzuſetzen verſucht. Nicht Angleichung an die heutige Stadt, ſondern Erneuerung von Stadt und Land heißt die Forderung. „Wer den Gedanken eines unſterblichen Volkes begriffen hat, kann nicht gleichzeitig der Auflöſung des Heimatgedankens und der Bodenſtändigkeit zuſehen und ſich zufriedengeben, wenn nur die Ziviliſation des zufälligen Wohnplatzes der einzelnen Familien gewährleiſtet iſt.“[60]

Die Wiſſenſchaft hat durch die „unglückſelige Dreiſpaltung“[61] ihre Aufgabe verfehlt, durch die ſie die ſtädtiſche Wohnungsfrage, die Frage der Stadtauflockerung und die ländliche Siedlungsfrage als getrennte Spezialfragen behandelte. „Uns verwirren nicht mehr irgendwelche Teilideen, der Streit geht nicht mehr um Außenfragen, ſondern vor uns liegen die großen und einfachen Grundfragen der Geſtaltung unſerer Gemeinſchaft. Die wirtſchaftlichen und ſozialen Aufbaukräfte müſſen zuſammengefaßt werden, um ihre neue Verteilung zu gewährleiſten; denn Dörfer und Städte können zu ſinnvollen und ſchönen Gebilden von lebendiger Dauer nur dann entſtehen, wenn die Kräfte unſeres Volkes von den wenigen Zentren, in denen ſie bisher wirkten, auf das ganze Land verteilt werden und ſo zu einer neugeſtalteten deutſchen Kulturlandſchaft führen.“[62]

Dieſe Aufgabe beginnt ſtets mit dem „politiſchen Problem des Dorfes“[63]. „Wenn wir eine unſterbliche Volksgemeinſchaft aufbauen wollen, ſo haben wir ein Intereſſe daran, daß wir die wertvollſten deutſchen Familienſtämme auf dem Lande halten und ſie nicht fortwährend in die Stadt abgehen, da der Verluſt der Heimat oft zur Entartung führt . . . Es gilt, den ländlichen Lebensbereich zunächſt wirtſchaftlich durch Schaffung von Arbeitsplätzen zu erweitern, die ſo viel Löhne und Gewinne abwerfen, daß ſie denen der großen Städte gleichwertig ſind . . . Es gilt weiterhin, die ziviliſatoriſche und kulturelle Kraft des Landes entſprechend zu heben, um die Primitivität, die hier und da noch im ländlichen Leben vorherrſcht, zu überwinden.“[64] Die Forderungen Müllers erſcheinen hier wieder, aber jetzt mit dem richtigen Akzent.

---

[58] Zur Zwangsläufigkeit dieſer Entwicklung vgl. eine noch ungedruckte Leipziger Diſſertation von Kurt Henſel über das Dorf Dölitz bei Leipzig.

[59] S. Anm. 3. [60] Von Grünberg, a. a. O. S. 6. [61] Ebenda S. 24.

[62] Ebenda S. 40. [63] Ebenda S. 43.

Grünberg ſtellt ein Idealbild der neuen Ordnung auf, in dem er zunächſt das Bauerntum ſelbſt auf ſichere Grundlagen ſtellt. Dabei wird die oft in ihrer Bedeutung verkannte Kleinbauernfrage als zentral erkannt. Geſundes Bauerntum gibt es nur im geſunden Dorf, geſundes Dorf gibt es nur in einer geſunden Landſchaft. Grünberg will die Landſchaften ſinngemäß durchgliedern, eine Reihe von Dörfern auf einen „Hoheitsort“ ausrichten, in dem Handwerker und Geſchäfte angeſetzt werden ſollen. Die beſten Handwerksſtellen ſollen als „Reichswerkſtätten“ in ähnlicher Weiſe wie die Erbhöfe geſchützt werden. Über den Hoheitsorten ſoll ein ſinnvoller Ausbau der Kleinſtädte erfolgen, die ihrerſeits in der Kreisſtadt ihren Vorort finden. Grünberg ſieht auch die Probleme der Großſtadt vom ganzen, d. h. vom ländlichen Urſprung des Ganzen, aus: „Heute iſt die in den Großſtädten herrſchende Wohnungsnot — es klingt wie eine Blasphemie — das einzige den Zerfall des Landes und der Kleinſtadt aufhaltende Element . . . Erſt wenn ein ſicherer Damm gegen die Landflucht errichtet worden iſt, kann es verantwortet werden, in größerem Maße an die ſehr koſtſpielige und umfangreiche Arbeit des Aufbaus unſerer Großſtädte zu gehen.“[65]

Die einzelnen Forderungen Grünbergs werden ſicher auch dann als Anregungen wichtig ſein, wenn kraft einer politiſchen Entſcheidung die Ausführung etwas anders ausfällt, als er es plant. Für die Volksforſchung iſt einmal ſeine Methode wichtig, mit der er die beiden Fehler der Vergangenheit vermeidet: „daß ſich die ſiedlungspolitiſche Diskuſſion entweder um Teilfragen drehte oder nur um große programmatiſche Dinge ohne die entſprechende Anwendung auf die ſiedlungspolitiſche Erfahrung.“[66] An ſeiner Haltung iſt wichtig, daß er im Gegenſatz zu den einander entgegengeſetzten Extremen die doppelte Aufgabe der Heimatbindung und der ländlichen Eigenſtändigkeit einerſeits und der Mobilmachung und geſamtvölkiſchen Durchblutung andererſeits ſieht.

Es liegen Beiſpiele genauer Einzelunterſuchungen vor, die beweiſen, daß die von Grünberg gezeigte Methode und Haltung nicht einmalig iſt, ſondern zum Gemeingut der Volksforſchung werden kann. Die Unterſuchung der Landarbeiterfrage wird nicht mehr wie in der alten Enquete des Vereins für Sozialpolitik oder des Evangeliſch-Sozialen Kongreſſes nur von den ländlichen Nöten aus angefaßt, ſondern ſie wird von der modernen Volksforſchung als Frage des geſamtvölkiſchen Aufbaus begriffen: „Die Binnenwanderungsvorgänge in den Jahren der Wirtſchaftsſteigerung und Straffung vor dieſem Kriege ſind nicht als eine Fortſetzung früherer Prozeſſe liberaler, mehr oder weniger willkürlicher Wirtſchaftsentfaltung zu begreifen, wenn auch die Erſcheinungsformen vielfach einander ähneln.“[67] Es handelt ſich bei der neuen Binnenwanderung „im Grunde um das eine große Erfordernis, unſerem Volk einen größeren heimatlichen Lebensraum zu ſichern“[67]. Nur wenn man von dieſer Einſicht ausgeht und nicht von einem widerſinnigen Widerſtand gegen völkiſche Notwendigkeiten, kann man die wahre Frage der ländlichen Not erkennen. Hier wird auch der richtige Begriff der „Landflucht“ angewandt, der vielmehr eine „Landverdrängung“ beſchreibt, als einen moraliſchen Vorwurf enthalten darf. „Es iſt weniger die Abneigung gegen das Land oder gegen die Landarbeit an ſich, die das Landvolk vom Lande treibt, ebenſowenig wie es die Städte mit ihren Filmpaläſten oder ſonſtigen Verlockungen ſind, die den Menſchen aus der Landwirtſchaft fort und dann meiſtens in die Stadt ziehen ... Es iſt keineswegs der deutſche Bauer, der ‚vom Lande flieht‘ und damit Hof und Acker im Stich laſſen will.“[68] Die „Landflucht“ iſt „Flucht der Unſelbſtändigen im Landvolk“, im beſonderen „Ledigenflucht“. „Erſtens werden von ihr alle diejenigen Teile des Landvolks erfaßt, die entweder im landwirtſchaftlichen Beruf keine ausreichenden Lebensmöglichkeiten für ſich und ihre Familie finden können ... Zweitens werden erſt recht alle ſolche betroffen, denen innerhalb der Landwirtſchaft bislang nicht einmal die Möglichkeit zu angemeſſener Familiengründung, geſchweige denn zu einer normalen beruflichen Weiterentwicklung geboten wurde.“[69] Da der volksgemäße Lebensanſpruch des Landvolks nach einer Familiengründung auf einer Normalſtelle drängt, aber nur wenige Höfe groß genug ſind, um neben der Bauernfamilie auch noch eine Landarbeiterfamilie angemeſſen erhalten zu können, iſt nur die Möglichkeit zur Siedlung ein echter Ausweg aus der ſonſt drohenden Sackgaſſe des Landarbeiterberufs. Dieſe Möglichkeit iſt aber im großen erſt ſeit den jüngſten militäriſchen und politiſchen Entſcheidungen gegeben, deren Vorbedingung der induſtrielle Aufſchwung mit ſeinen landentvölkernden Binnenwanderungen war.

---

[64] Von Grünberg, a. a. O. S. 46. [65] Ebenda S. 152. [66] Ebenda S. 159.

[67] Die ländliche Arbeitsverfaſſung im Weſten und Süden des Reiches. Beiträge zur Landfluchtfrage, herausgegeben und bearbeitet von Prof. Dr. Konrad Meyer und Dr. Klaus Thiede unter Mitwirkung von Dr. Udo Froeſe. Heidelberg-Berlin-Magdeburg 1941, Kurt Vowinckel; XL, 410 S. 15,— RM. = Die ländliche Arbeitsverfaſſung. Gemeinſchaftswerk im Auftrage der Reichsarbeitsgemeinſchaft für Raumforſchung. S. VI.

Die einzelnen Beiträge der Erhebung beſtätigen, daß eine Neuordnung des Landvolks nur möglich iſt, wenn man die gewerblichen, induſtriellen, ſtädtiſchen Aufgaben zugleich ſieht, wenn man an die „totale“ Aufgabe im Sinne Grünbergs denkt. In Weſtfalen „iſt die induſtrielle Umwelt beſtimmend geworden, indem ſie die Starrheit der Form aufhob und altem Inhalt eine neue Ausrichtung gab, wie etwa, wenn ſie den landwirtſchaftlichen Heuerling, der Männerarbeit dem Bauern zur Verfügung zu ſtellen hatte, in einen Induſtrieheuerling wandelte, der ſelbſt in einem gewerblichen Betriebe tätig iſt und begrenztere Frauen- und Kinderarbeit zuſammen mit einem höheren Geldpachtzins dem Bauern abgibt“[70]. In Niederſachſen „hat der Ausleſeprozeß durch die gewerbliche Wirtſchaft zur Folge, daß beſonders die tüchtigen und vorwärtsſtrebenden Kräfte aus der Landwirtſchaft abwandern“[71]. In Heſſen hat „die ſtarke Beſitzzerſplitterung im Realteilungsgebiet im Zuſammenhang mit einer erheblichen Induſtrialiſierung zu einer engen raumnachbarlichen Verbindung von Landwirtſchaft und Induſtrie geführt, die auch als Pendelwanderung erheblich in Erſcheinung tritt“[72]. In Franken „wurde das eigentliche Landfluchtkontingent geſtellt von Induſtriearbeitern, Handwerkern, Tagelöhnern, Kleinlandwirten und Knechten und Mägden ... Die Induſtriearbeiter mußten aus den Tälern Mittelfrankens wegziehen, weil die Werke, in denen ſie beſchäftigt waren, infolge des Konzentrationsvorgangs in der deutſchen Volkswirtſchaft entweder ihren Standpunkt günſtiger legen mußten oder eingingen“[73]. Im Rheinland „umfaſſen vielfach ſeßhafte Arbeiterfamilien Kräfte, für die von ſeiten der nächſten Induſtrie auf kürzere oder weite Sicht kein Bedarf beſteht“[74]. Der Bergbau läßt ganz junge und ganz alte, „ſchwache und weibliche“ Kräfte frei, die Textilinduſtrie braucht vor allen Dingen weibliche Arbeitskräfte. „So bleiben beſtimmte, jeweils verſchiedene Arbeitskräfte der Landwirtſchaft vorbehalten.“[74] In der Pfalz wird gerade die Abwanderung der nichtlandwirtſchaftlichen Bevölkerung als „ſehr bedenklich“ angeſehen, „da damit ein mehrſeitiger Aufbau der Wirtſchaft zerſtört wird, nebenberufliche Reſerven für die Landwirtſchaft verſchwinden und — nicht zuletzt — die kleinen Orte immer kleiner werden, ſomit von da aus der Anſtoß zur Landflucht immer gefährlicher und unaufhaltſamer wird“[75]. In Württemberg „bilden Bauer, Kleinlandwirt und Handwerker in der ländlichen Gemeinde eine organiſche Einheit ... Der Mangel an ländlichen Handwerkern bedeutet Steigerung der Aufwendungen, d. h. vermindertes Arbeitseinkommen, und fördert die Landflucht ... Überſetzter Handwerkerſtand fördert ebenfalls die Landflucht und wirkt damit zugleich abſchreckend auf den Nachwuchs“[76].

---

[68] Ebenda S. VI/VII. [69] Ebenda S. VII.

[70] Friedrich Hoffmann, Weſtfalen. In: Die ländliche Arbeitsverfaſſung uſw. S. 4.

[71] Artur Schürmann, Niederſachſen, ebenda S. 31.

[72] Eduard Willeke, Kurheſſen und Heſſen-Naſſau, ebenda S. 132.

[73] Karl Seiler und Walter Hildebrandt, Franken, ebenda S. 196.

[74] Wilhelm Buſch, Rheinland, ebenda S. 222.

[75] Ernſt Schuſter, Saarpfalz, ebenda S. 245.

[76] Paul Heſſe, Württemberg, ebenda S. 280.

Eine ſorgfältige Betrachtung der Tatſachen zeigt die Unmöglichkeit, Volkspolitik und Volksforſchung willkürlich einzugrenzen und an den Grenzen der Landwirtſchaft im engeren Sinne haltzumachen. Löſungen laſſen ſich nur im Ganzen finden. Die Frage der Bauern iſt auch eine Frage der Kleinbauern, der „unterbäuerlichen Schicht“ im Dorfe[77]: „Im Rahmen der überkommenen Arbeitsverfaſſung hat das Kleinbauerntum nach wie vor ſeine große Bedeutung.“[78] Eine gewerbliche Bereicherung des flachen Landes, wie ſie Grünberg von ſeinen allgemeinen Geſichtspunkten aus fordert, ergibt ſich gerade aus der Betrachtung der Einzelheiten als unbedingt nötig: „Der Anreiz zur Anſiedlung kleiner Werke auf dem flachen Lande würde den Klein- und Kleinſtbeſitzern den lebensnotwendigen Nebenverdienſt ſchaffen, würde heute brachliegende Arbeitskräfte für die deutſche Volkswirtſchaft nutzbar machen, würde die Anſiedlung nichtbäuerlicher Familien in den Dörfern ermöglichen und damit einen Ausweg zeigen aus der Sackgaſſe des Geſindedienſtes, und endlich würde der durch die Landflucht geſchaffenen ſozialen Vereinheitlichung der Dörfer, die ſich pſychologiſch, ſozial und politiſch verhängnisvoll auswirkt, kräftig entgegengewirkt werden.“[79] Dazu kann ein zielbewußter Ausbau des Dorfhandwerks den ländlichen Lebensraum weſentlich ausweiten. „Es fehlt auf dem Lande an einer Berufs- und Aufſtiegsordnung, die auf der Ergänzungsfähigkeit der landwirtſchaftlichen und der gewerblichen ländlichen Arbeit aufbaut.“[80] „Eben dann, wenn ein ausreichendes Zuſatzeinkommen aus Gewerbe und Verkehr der Bevölkerung der Bergtäler die Möglichkeit ſchafft, in ihrem Heimatorte zu bleiben, gerade dann wird auch die Landwirtſchaft aus dem größeren Nachwuchs an berggewohnten Arbeitskräften ihren Arbeiterbedarf leichter decken können.“[81]

Gegen die von Röhm am Beiſpiel Gruibingens aufgeſtellte Forderung heißt es ganz klar: „daß die verbreitete Meinung recht naiv iſt, man müſſe, um den Landwirten die nötigen Arbeitskräfte zu ſichern, und um auch ſonſt keinen fremden, verderblichen Geiſt eindringen zu laſſen, den bäuerlichen Wirtſchafts- und Lebensraum möglichſt iſolieren“[81]. „Man kann nicht einfach die Siedlungsſtruktur eines Wirtſchaftsraumes umbauen, um der Landflucht beizukommen; das hieße ein Haus einreißen und neu aufbauen, um die Fenſter zu erweitern.“[82] D. h. natürlich nicht, daß keine Umordnung gerade bei den „Arbeiterbauern“ nötig wäre, aber die notwendige „klare Trennung“[83] darf nicht von dem Satz ausgehen, daß Induſtrie nicht in ein bäuerliches Land gehört.

So ſicher alſo auch die Notwendigkeit der gegenſeitigen Durchdringung von landwirtſchaftlichem und induſtriellem Lebensraum gegeben iſt, ſo ſehr auch das Land nur von der Stadt aus und die Stadt nur vom Lande aus richtig verſtanden werden kann, ſo wenig kann doch eine tatſachentreue Betrachtung der Forderung einer rückhaltloſen Angleichung zuſtimmen. Das gilt ſchon für die Einzelheiten der kommenden Löſung: „Auch das Land muß ſich auf die veränderte Zeit einſtellen. Dies erfolgt nicht in der Annahme ſtädtiſcher, ſondern in der Entwicklung ebenbürtiger landeigener Lohnformen.“[84] Hier wird vorgeſchlagen, die „Deputatwirtſchaft als intenſivſte Veredelungswirtſchaft zeitgemäß zu betreiben“[85] und dadurch den Lohnausgleich zu erzielen. Allgemein wichtig iſt, daß nicht Angleichung, ſondern Ebenbürtigkeit gefordert wird. Dieſe Ebenbürtigkeit bleibt nicht nur im einzelnen, ſondern gerade auch im Großen die eigentliche Aufgabe: „Die Überwindung der Landflucht kann nur gelingen durch die Geſtaltung einer echten ländlichen Kultur ... Nichts aber wäre falſcher, als zu glauben, durch eine leichte Übertragung der ziviliſatoriſchen „Errungenſchaften“ und modernen Zeiterſcheinungen unſeres ſtädtiſchen Lebens die Kriſe überwinden zu können. Die einfache Übertragung einer ſtädtiſchen Allerweltskultur macht die Menſchen wurzellos, während doch alles darauf ankommt, ihr Heimatgefühl zu ſtärken.“[86]

---

[77] Vgl. Karl Heinz Pfeffer, Der Bauer, Leipzig 1939, Moritz Schäfer, S. 47 ff.

[78] Schürmann, a. a. O. S. 53. [79] Seiler-Hildebrandt, a. a. O. S. 205.

[80] Wilhelm Friedrich Boyens, Schleswig-Holſtein. In: Die ländliche Arbeitsverfaſſung uſw., S. 119.

[81] Ferdinand Ulmer, Alpenland, ebenda, S. 330. [82] Willeke, a. a. O. S. 147.

[83] Heſſe, a. a. O. S. 277. [84] Boyens, a. a. O. S. 114. [85] Ebenda S. 115.

[86] Schürmann, a. a. O. S. 55.

Alſo gerade wenn keine „ländlich-konſervative" Verhärtung gewünſcht wird, keine radikale Auseinanderreißung durch grundſätzliche Umſiedlung, dann muß doch ebenſo ſcharf daran feſtgehalten werden, daß eine rückhaltloſe Aufgabe ländlicher Werte an die gegenwärtige Stadt eine mörderiſche Folge für bäuerliche und damit für völkiſche Werte hätte. Das Land muß den Ausgleich durch die Entwicklung ſeiner eigenen Kräfte ſuchen, die Stadt aber muß eine Angleichung an die heimatfeſten Bindekräfte des Landes finden. Von dieſer volkspolitiſchen Einſicht aus ergeben ſich die Aufgaben der Volksforſchung.

Daß die deutſche Volksforſchung ſich dieſer Aufgaben klar bewußt werden kann, zeigt in vorbildlicher Weiſe ein von Konrad Meyer herausgegebenes Sammelwerk über den Aufbau in den neuen Oſtgebieten[87]. Natürlich ſind dabei die verſchiedenen Beiträge verſchieden gewichtig, und ſelbſtverſtändlich wäre ebenſoviel zum ſachlichen Inhalt des Buches zu ſagen wie zu ſeinem methodiſchen Anſatz. Im gegenwärtigen Zuſammenhang aber bedeutet dieſe kameradſchaftliche Zuſammenarbeit von Männern ganz verſchiedener Herkunft vor allem einen wichtigen Fortſchritt in der Richtung auf den allein möglichen, totalen Anſatz der Volksforſchung.

Konrad Meyer ſelbſt ſtellt zu Beginn klar die Forderung: „Unter Landausbau verſtehe ich die Totalität der zu löſenden ſozialen, wirtſchaftlichen und kulturellen Lebensfragen des Landvolkes."[88] Ein Mitarbeiter ergänzt: „Es iſt zunächſt Vorausſetzung, daß wir wieder lernen, Land und Stadt als die biologiſch, ſozial, kulturell und wirtſchaftlich ſich ergänzenden Teile des Volksganzen anzuſehen. Nur dieſe Betrachtung kann zu klaren, nüchternen und dem volklichen Leben gerecht werdenden Zielſetzungen und Löſungen führen."[89]

Das Sammelwerk bleibt aber nicht bei Forderungen, ſondern zeigt die Möglichkeit ihrer Erfüllung. Es erfüllt die Forderung nach einer totalen Volksforſchung, indem es nicht von einzelnen Ecken her, ſondern von der Mitte aus den Neuaufbau des Landvolks betrachtet. „Wir müſſen von vornherein ein neues, ausgewogenes Verhältnis von Bauerntum, Handwerk und Induſtrie, von Land und Stadt finden und darauf alle weiteren Planungen bis ins letzte Dorf aufbauen . . . Nur wenn die Planung, ſich vor jeder Einſeitigkeit hütend, in klarer Erkenntnis und mit ſicherem Inſtinkt ihren Weg zwiſchen dem Traditionellen und dem Revolutionären, zwiſchen den geprägten alten und den konſtruktiven neuen Formen, zwiſchen Idee und Wirklichkeit richtig findet, werden die einzelnen Elemente zu einem organiſchen Ganzen verwachſen und werden die neuen geſtalteten Formen den gewachſenen gleichen."[90] Konrad Meyer weiß ſehr wohl, daß man bei aller Abſetzung von falſcher Bauernromantik doch „alle bindenden Elemente von Dorf, Heimat, Nachbarſchaft und Sippe" für das neue Dorf erhalten muß[91]. So ſehr er das weiß und in ſeiner wiſſenſchaftlichen Arbeit berückſichtigt, ſo ſehr wendet er ſich umgekehrt gegen alle Verſuche, einen „ländlich-konſervativen" Sonderbereich zu erhalten. „Wir ſollten überhaupt nicht ſo oft mit dem Bauern die Vorſtellung eines beſonders gearteten Menſchen verbinden. Dadurch wird nämlich leicht das Bild des Bauern verzerrt, wie übrigens auch häufig dem Weſen des Städters nicht Gerechtigkeit widerfährt. Der Bauer iſt und ſoll ſein der tiefſte Repräſentant des deutſchen Volkstums, nichts anderes."[92]. Wenn gerade Agrarpolitiker dieſe geſamtvölkiſche Haltung vertreten, erhalten ihre Forderungen doppeltes Gewicht. Die Mitarbeiter Konrad Meyers hüten ſich vor einem einſeitigen Blick auf ein von der Stadt abgegrenztes Bauerntum: „An dem biologiſchen Aufbau unſeres Volkes muß das Stadtvolk wie das Landvolk beteiligt ſein. Stadtvolk und Landvolk können nur zuſammen die biologiſchen Träger des Geſamtvolks darſtellen."[93] Wenn man die Forderung auf Angleichung an die Stadt behutſam ausdrückt, wird ſie richtig: „Das Bauerntum übernimmt eine Ordnung, die ſchon lange dem Arbeitertum in der Fabrik und dem Handwerkertum in der Werkſtatt nutzbar gemacht worden iſt, die Verlagerung der mechaniſchen ſchweren Arbeiten vom Menſchen auf die Maſchine, die Ablöſung der bloßen körperlichen Arbeit durch eine geſteigerte geiſtige Tätigkeit.“[94]

---

[87] „Landvolk im Werden. Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Oſtgebieten und zur Geſtaltung des dörflichen Lebens", herausgegeben von Konrad Meyer. Deutſche Landbuchhandlung, Berlin 1941, 376 S. 12,— RM.

[88] Konrad Meyer, Neues Landvolk, ebenda S. 18.

[89] Herbert Morgen, Beſtand und Aufbau des deutſchen Landvolks, ebenda S. 79.

[90] Konrad Meyer, a. a. O. S. 20. [91] Ebenda S. 26. [92] Ebenda S. 51.

[93] Herbert Morgen, a. a. O. S. 92.

Die vorbildliche Behutſamkeit und das Beſtreben, ſtets das Ganze im Auge zu behalten, kennzeichnen das Sammelwerk in allen Einzelbeiträgen. Die einſeitigen Geſichtspunkte werden zugunſten einer totalen Volksforſchung wirklich überwunden: „Es iſt abwegig, einſeitig die volksbiologiſchen oder die volkswirtſchaftlichen Leiſtungen von Landvolk und Landwirtſchaft herauszuſtellen, beide Gruppen gehören zuſammen, ſtehen in engen Beziehungen zueinander und bilden die beiden Fundamente der volkspolitiſchen Geſamtleiſtung des agraren Bereiches der Volksgemeinſchaft.“[95]

Joſeph Müller wendet ſich in dieſem Sammelwerk ausdrücklich gegen den Glauben, man könne allein durch wirtſchaftlichen Aufbau die brüchig werdenden ſeeliſchen Werte des alten Bauerntums erſetzen: „Es muß davor gewarnt werden, die Dorfgemeinſchaft, ſo wie das in den letzten zehn Jahren üblich geworden iſt, ausſchließlich oder vorwiegend von den wirtſchaftlichen Erforderniſſen her aufzubauen.“[96] Er fordert wie in ſeiner Einzelſchrift ein Durchdenken der religiöſen und ſittlichen Lage des Landvolks.

Unter Landvolk verſteht das ganze Werk nicht nur das Bauerntum, ſondern die volle ländliche Welt. Handwerk und Kleinhandel des flachen Landes und der Kleinſtädte werden ſelbſtverſtändlich in die Betrachtung einbezogen. Ländliches Gewerbe und induſtrielle Durchſetzung ländlicher Landſchaften werden beſprochen. „Die häufig anzutreffende Meinung, wonach die Oſtgebiete als reine Agrargebiete aufzubauen ſeien, muß man ablehnen.“[97] Gerade eine ſorgfältige Soziologie unſeres Landvolks muß heute ſchon erkennen, daß das Land durch ſein Handwerk, durch die Genoſſenſchaften, durch das ländliche Verarbeitungsgewerbe, durch die Anſiedlung induſtrieller Betriebe und durch die Niederlaſſung ſtädtiſcher Menſchen nicht mehr abgeſchloſſen und ſelbſtgenügſam iſt. „Schon heute macht der Anteil der nicht unmittelbar bäuerlichen Berufs- und Lebenszugehörigen in unſeren Dörfern durchſchnittlich ein Viertel der geſamten Ortsbevölkerung aus, und mit größerer Stadt- und Induſtrienähe ſteigt dieſer Anteil entſprechend.“[98] Beſondere Beiträge behandeln Handwerk und ländliche Induſtrie[99].

Es iſt außerordentlich wichtig, daß in dieſem von der Landwirtſchaft ausgehenden Werk der Wald zu ſeinem Rechte kommt. „Wir müſſen uns wieder daran gewöhnen, Forſtwirtſchaft und Landwirtſchaft als ein organiſches Gefüge anzuſehen, das nur aus verwaltungsmäßigen Notwendigkeiten in ſeinem organiſatoriſchen Aufbau keine Einheit darſtellt.“[100] „Vielfach gibt erſt der Wald dem einzelnen Bauernhof, und zwar ausgeſprochen als feſter Beſtandteil, das Rückgrat.“[101]

Obwohl das Werk den Aufbau im Oſten behandeln will, iſt doch das geſamte Reich in die Betrachtung einbezogen: „Die Aufgabe in unſeren Grenzräumen iſt in volklich-politiſcher und wirtſchaftlicher Hinſicht unlösbar verknüpft mit dem Landgeſtaltungswerk im Altreich.“[102]

Die totale Betrachtungsweiſe allein ermöglicht wirklich fruchtbare Löſungsvorſchläge für die brennendſte Frage des deutſchen Landvolks, den ländlichen Arbeitseinſatz und die ländliche Arbeitsverfaſſung. Ohne Romantik wird die Fragwürdigkeit der bisherigen Geſindeverfaſſung in den zu kleinen Familienwirtſchaften geſehen und vor einer Überſchätzung des Heuerlingsweſens gewarnt. Konrad Meyer fordert unverblümt eine weſentliche Erhöhung des fachlichen Ausbildungsſtandes der Landarbeiter als Vorausſetzung für die notwendige Lohnangleichung: „Sie iſt der Beitrag, den die Landwirtſchaft zur Überwindung der Unterbewertung der Arbeit weitgehend aus eigener Kraft zu leiſten haben wird.“[103] Gerade wegen dieſes völlig unſentimentalen und unromantiſchen Einſatzes gewinnen die Vorſchläge Artur v. Machuis für eine neue Arbeitsverfaſſung um ſo ſtärkeres Gewicht.

---

[94] Joſeph Müller, Künftiges Landvolk — Weſensart und Aufgaben, ebenda S. 163.

[95] Heinz Hamann, Wirtſchaftliche Grundlagen und Leiſtungen von Landvolk und Landwirtſchaft, ebenda S. 193.

[96] Joſeph Müller, a. a. O. S. 170. [97] Konrad Meyer, a. a. O. S. 23.

[98] Joſeph Müller, a. a. O. S. 165.

[99] Arnold Zelle, Das Handwerk im Neubau des Landes, ebenda S. 319. Heinz Hamann, Bodenſtändige Erzeugnisverarbeitung, ebenda S. 328. H. Joachim Schacht, Landaufbau und Verkehrsgeſtaltung, ebenda S. 349.

[100] Herbert Morgen, Forſtwirtſchaft und Forſtpolitik im neuen Oſten, ebenda S. 311.

[101] Friedrich Kann, Das Landvolk im Altreich. Vorſchläge zu ſeiner Geſundung, ebenda S. 131.

[102] Konrad Meyer, a. a. O. S. 19.

Im Beitrag Machuis findet ſich die tiefſte Rechtfertigung des Geſamtwerks, die deutlich zeigt, wie die moderne Bauerntumsforſchung nur von geſamtvölkiſchen, nicht von intereſſenpolitiſchen Geſichtspunkten ausgehen kann: „Keine neue Zuordnung und Erſchließung von Räumen kann Deutſchland von der Verpflichtung entbinden, ſeine Landwirtſchaft intakt, ja zu Spitzenleiſtungen befähigt, zu erhalten . . . Zum deutſchen Selbſtbehauptungskampf gehört alſo nicht nur für die Dauer des Krieges, ſondern auch für den anſchließenden geſchichtlichen Zeitabſchnitt die Entwicklung der beſten Leiſtungsform für unſere Landwirtſchaft und insbeſondere für die volksbiologiſch, bodenkulturell und erzeugungspolitiſch entſcheidende bäuerliche Wirtſchaft.“[104]

Aus den beſprochenen neueren Arbeiten ergibt ſich klar die neue Forderung für die deutſche Volksforſchung: Jede Volksforſchung muß vom bäuerlichen Urgrund des Volkes ausgehen. Die volksgebundene Soziologie der Vergangenheit mußte zunächſt in der Nachfolge Riehls das längſt verſchüttete oder mindeſtens gefährdete Bewußtſein von den altbäuerlichen Werten wachrufen. Nachdem das aber geſchehen war, beſtand die Gefahr, daß ſich ein bauerntümlicher Partikularismus breitmachte, der nicht mehr das Geſamtvolk ſah, in dem allein das Bauerntum lebt. Jede Volksforſchung muß vom Bauerntum ausgehen, gerade bäuerliche Volksforſchung darf ihren Blick aber nicht allein auf eine eng gefaßte bäuerliche Welt richten, ſondern muß das Geſamtvolk ſehen. Die deutſche Volksforſchung muß ſich von „ländlich-konſervativer“ Romantik endgültig frei machen und darf gerade für unſer Bauerntum ſich nicht mit einem bloßen „Beharren“ und „Erhalten“ im Sinne Riehls zufriedengeben, ſondern ſie muß die lebendige Einordnung der bäuerlichen Welt in das ſich wandelnde Schickſal des Volkes fordern. Umgekehrt aber muß ſie ſich ſtets auch nur vor dem Anſchein von Formulierungen hüten, die ehrfurchtslos einer Nivellierung der wirklichen bäuerlichen Werte das Wort reden. Gewiß muß ſich vieles, vielleicht alles auf dem Lande wandeln, aber die Wandlung ſoll nicht zur Zerſtörung, ſondern ſie muß zum Aufbau hinführen. Die Romantiker ſind von der Tatſache der modernen Schlepper zu überzeugen. Die Techniker aber müſſen lernen, daß der Schlepper nur ein Werkzeug und nicht eine Macht der Lebensgeſtaltung iſt. Die Techniſierung des Dorfes iſt notwendig. Deutſchland braucht aber Dörfer, die nicht wie ſeine Städte des 19. Jahrhunderts der Technik und der Materie erliegen, ſondern deren Menſchen über den techniſchen Mitteln ſtehen. Die Volksforſchung muß die beiden Extreme vermeiden und die totale, völkiſche Mitte finden.

Dieſe Forderung nach einer wiſſenſchaftlichen, d. h. menſchlichen und politiſchen Haltung der Volksforſchung führt dann ſelbſtverſtändlich zu der totalen Aufnahme des völkiſchen Lebens, die Vergangenheit und Gegenwart begreift und die, ausgehend von ſorgfältiger Arbeit im kleinen Raum, ſich doch nie an Kärrnerarbeit verliert, ſondern ſtets das ganze Deutſchland in ſeiner ſozialen und landſchaftlichen Vielfältigkeit, die ſtets das Reich als biologiſche, geiſtige und machtpolitiſche Wirklichkeit ſieht.

---

[103] Ebenda S. 45.

[104] Artur von Machui, Zur Neuordnung der bäuerlichen Betriebe und ihrer Arbeitsverfaſſung, ebenda S. 213.

Die Anfänge der Moskauer Deutſchen Sloboda

Von Erich Franz Sommer, Berlin

Der ſeit dem 18. Jahrhundert traditionell gewordene Begriff einer Europäiſierung Rußlands durch die Zwangsreformen Peters des Großen [1] erweckt eine nicht ganz wahrheitsgemäße Vorſtellung. Man darf dieſen Vorgang nicht als einen das geſamte Volksleben durchdringenden und neugeſtaltenden deuten. In der vormongoliſchen Zeit war der ſtaatlich-dynaſtiſche und wirtſchaftliche Zuſammenhang mit Nord- und Mitteleuropa deutlich genug ausgeprägt: neben den Skandinaviern traten auch Deutſche als Gefolgſchaftsmänner in den Dienſt ruſſiſcher Teilfürſten oder ſie vermittelten als Kaufleute den Warenaustauſch zwiſchen Kiew und den deutſchen Handelszentren (Regensburg). Im Ausgang des 13. Jahrhunderts übernahm Nowgorod nach dem Niedergang des Kiew-Reiches und der turkotatariſchen Abrieglung Süd- und Mittelrußlands den Verkehr mit den aufſtrebenden deutſchen Oſtſeeſtädten. Durch den Hanſahandel in NO und durch die deutſche Vermittlung des polniſch-litauiſchen Raumes in SW ging die europäiſche Bindung der ruſſiſchen Teilfürſtentümer während der Tatarenvorherrſchaft nie reſtlos verloren. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, insbeſondere aber ſeit Peter dem Großen, griff Rußland in ſteigendem Maße in das politiſche Weltgeſchehen ein, deutſches Mitwirken feſtigte ſeine Großmachtſtellung und das ſtaatlich-kulturelle Leben erhielt eine deutſch-europäiſche Prägung. Ungeachtet deſſen blieb die geiſtig-ſeeliſche Subſtanz der bäuerlichen Grundſchicht vollkommen unberührt und ausſchließlich ſeiner religiös-völkiſchen Eigengeſetzlichkeit unterworfen. Hier ſtoßen wir an die Grenzen des ruſſiſchen Europäertums, das nur in der Führungsſchicht als potentielle Kraft wirkte [2]. Allein die Auslöſung und Steigerung dieſer Kraft iſt zum größten Teil ein Verdienſt jener Deutſchen u. a. Mittel-, Weſt- und Südeuropäer, die dem Moskauer Staate ihr höheres geiſtiges und techniſches Können dienſtbar machten und in deren Siedlungen ſich jene unmerkliche Annäherung und Angleichung europäiſcher und ruſſiſcher Lebensformen vollzog, die geradezu zwangsläufig zu der Neuordnung Peters des Großen führten.

---

[1] Die verdienſtvollen Arbeiten E. v. d. Brüggens, Wie Rußland europäiſch wurde (Leipzig 1885) und A. Brückners, Die Europäiſierung Rußlands (Gotha 1888) erſchienen in einem Zeitraum, in dem angeſichts der anſchwellenden national-ruſſiſchen und revolutionären Bewegung die Problematik der „Europäiſierung" bereits offenſichtlich (vgl. das Vorwort v. d. Brüggens) und ein Hinweis auf ihre Bedeutung erforderlich wurde.

[2] Über das Verhältnis von „Nationalismus und Europäertum" ſchrieb P. Miljukov in dem Vorwort zu der Neuausgabe ſeiner „Očerki po istorii russkoj kul'tury", Bd. III., Paris 1930: „Das Europäertum iſt nicht ein dem ruſſiſchen Leben weſensfremdes Element, ein Element, das nur von außerhalb entlehnt werden kann, ſondern es iſt eine eigene Urkraft (stichija), eines der Grundelemente, die dieſes Leben fördern, inſofern in ſeiner „Eigenentwicklung" die allgemein-europäiſchen Elemente vorhanden ſind." P. Miljukov ſetzt aber nicht hinzu, daß dieſe „allgemein-europäiſchen Elemente" in dem eigentlichen Volksleben fehlen. V. Kljucevskij ſah in dieſem Falle viel klarer und weniger voreingenommen. „Der byſantiniſche (kirchliche) Einfluß bemächtigte ſich der ganzen Geſellſchaft, ohne den einzelnen Menſchen ganz zu erfaſſen; der weſtliche (ſtaatliche) erfaßte den ganzen Menſchen, ohne die Geſellſchaft ganz zu erfaſſen . . . (Der weſtliche Einfluß) hat jedenfalls bis auf den heutigen Tag das Volksganze nicht zu durchdringen vermocht; ſeine aufſaugende Kraft hat nur auf die dünne, ſtets regſame und unruhige Schicht an der Oberfläche unſerer Geſellſchaft, eingewirkt." V. Ključevskij, Kurs russkoj istorii, Bd. III, Moskau 1905, S. 335.

Unter den europäiſchen Oſtwanderern ſind ſeit der Begründung der varjägiſch-ruſſiſchen Fürſtentümer im 10. Jahrhundert drei verſchiedene Gruppen zu unterſcheiden[3]:

1. Die „Dienſttuenden" (služilyje ljudi), d. h. einzelne Kämpfer oder ganze Truppen, die in den Solddienſt ruſſiſcher Fürſten für einen beſtimmten Feldzug traten, bzw. als Gefolgſchaftsmänner (družinniki) ſtändigen Dienſt und Belehnung annahmen und oftmals zu den Stammvätern ruſſiſcher Adelsgeſchlechter wurden.

2. Die „Handelsherren" (torgovyje gosti), d. h. Kaufleute — zumeiſt Deutſche —, die in den ruſſiſchen Fürſtentümern (Kiew, Smolenſk, Polozk, Nowgorod) ſeit dem Ende des 12. Jahrhunderts eigene Handelshöfe und Kontore gründeten und ſeit der Ausbreitung der Hanſe ſowie der deutſchen Oſtſeeherrſchaft in regelmäßigem Warenverkehr mit Nowgorod und Pſkov ihr Handelsmonopol ausübten. In dem ſpäteren Handel mit dem Moskauer Staate erhielten die Engländer und Holländer den Vorrang vor deutſchen Kaufleuten.

3. Die „Sachverſtändigen" (znatzy), d. h. Handwerker, Künſtler und Gelehrte, die ihrer ſpeziellen Kenntniſſe wegen aus dem Auslande berufen wurden.

Die politiſchen Agenten, Diplomaten und römiſch-katholiſchen Geiſtlichen, die in beſonderen Aufträgen reiſten, begegneten einem unverhehlten Mißtrauen der weltlichen und geiſtlichen Hierarchie, das ihren Aufenthalt in Rußland der Iſolierung in einer Quarantäne nicht unähnlich machte. Dieſer Iſolierung der ausländiſchen Reiſenden ſtand die Aſſimilierung derjenigen Einzelgänger gegenüber, die in Rußland ſtändigen Aufenthalt nahmen, d. h. hauptſächlich der Vertreter der erſten und dritten Gruppe, denn die ausländiſchen Kaufleute waren davor ſowohl durch ihren korporativen Zuſammenſchluß wie auch durch ihre geringe Seßhaftigkeit geſchützt. „Solange das ausländiſche Element nur in einzelnen Strahlen in das ruſſiſche Leben durchſickerte, wurde es von der Strömung hinweggetragen oder es ſank auf den Grund, indem es von der umgebenden Schicht aſſimiliert wurde und ſpurlos von der Oberfläche des Lebens verſchwand. Nur als die Immigration der Ausländer zahlenmäßig größere Ausmaße annahm, begannen die Einzelgänger immer länger auf der Oberfläche zu verbleiben, ſich aneinanderklammernd und einer den anderen ſtützend."[4] Zu der Gründung einer Ausländerkolonie, durch die erſt die Vorausſetzungen für einen europäiſchen Wirkungsbereich geſchaffen wurden, kam es in dem aufſtrebenden Moskauer Staate zu Beginn des 16. Jahrhunderts[5].

Der Machtzuwachs Moskaus, das durch die nationale Sammelpolitik ſeiner Fürſten die anderen Teilfürſtentümer beſeitigte, die Stellung eines Großfürſtentums errang und ſchließlich die turkotatariſche Bevormundung abſchüttelte, verſtärkte unter Ivan III. (1462—1505) das Bedürfnis nach europäiſchen Aufbau- und Organiſationskräften. Im Gefolge der byzantiniſchen Prinzeſſin Sophie Paläologus, mit der Ivan 1472 die Ehe einging, um ſeinen Anſpruch auf die Nachfolge von Byzanz gleichſam zu bekräftigen, erſchienen griechiſche und italieniſche Künſtler und Gelehrte, von denen der Baumeiſter Ariſtoteles Fioraventi mit der Erweiterung der Befeſtigungsanlagen des Kremls, dem Neubau der Uſpenſkij-Kathedrale, mit Brückenbau und Glockenguß beauftragt wurde. Die neuen techniſchen Möglichkeiten und Mittel der Kriegführung machten aber darüber hinaus eine planmäßige Anwerbung deutſcher Soldaten, Stückgießer, Bergleute und anderer Handwerker erforderlich; von Deutſchen wurde der Bergbau im Ural erſchloſſen[6]. Die Zahl der in Moskau anſäſſigen Ausländer nahm langſam zu[7]. Ihre Seßhaftigkeit wurde von der Regierung nicht nur erſtrebt, ſondern einfach erzwungen. Die Anſchauung, daß freiwillige Dienſtleiſtung die perſönliche Freiheit in Abhängigkeit vom Willen des Herrſchers bringt, wurde auch auf die Ausländer ausgedehnt. Daraus entwickelte ſich ſpäter eine feſte politiſche Tradition der Moskauer Regierung[8].

---

[3] Vgl. hierzu A. S. Muljukin, Priězd inostranzev v drevnjuju Rus', St. Petersburg 1909, S. 5ff.; einen Geſamtüberblick der deutſchen Rußlandwanderung bietet meine Vorſtudie: Die Rußlanddeutſchen im Wandel des geſamtdeutſchen Schickſals (Hiſtoriſche Zeitſchrift 163, 1941, S. 503—518).

[4] P. Miljukov, a. a. O., Bd. III, (Nemezkaja sloboda), S. 123. Die Legende, Moskowien ſei erſt 1486 von dem deutſchen Abenteurer Poppel „entdeckt" worden, widerlegt endgültig S. F. Platonov in Moskva i Zapad, Berlin, 1926, S. 8. Er bringt u. a. — leider ohne Quellenangabe — einen Beleg für die Moskaureiſe eines Lübeckers („ol'bert nemčin iz Ljūbka").

[5] Da die Sloboda erſt in der zweiten Hälfte des 17. Jh. zu voller Entfaltung gelangte, wurden ihre Anfänge häufig ebenſo ins 17. Jh. verlegt.

[6] 1492 überbrachte eine ruſſiſche Geſandtſchaft an Kaiſer Maximilian I. bei ihrer Durchreiſe durch Sachſen dem Kurfürſten Friedrich die Bitte, ſächſiſchen Bergleuten die Ausreiſe nach Moskau zu geſtatten. F. v. Adelung, Kritiſch-Literäriſche Überſicht der Reiſenden in Rußland bis 1700, Bd. I, Petersburg-Leipzig 1846, S. 156.

Dieſe Zwangsmaßnahmen waren allerdings nicht dazu angetan, den Zuſtrom der ausländiſchen Fachleute zu vergrößern. Um ſo verlockender ſchien das Angebot heimatloſen Abenteurern, verkrachten Exiſtenzen, politiſchen oder religiöſen Emigranten[9]. Unter Vaſſilij III. (1505—1533) wächſt die Zahl der fremden Söldner, ein ganzes Regiment (nach Herberſtein: 1500 Mann) wird aus Polen, Litauern, Deutſchen u. a. gebildet und die Wehrneuordnung — vom Heeresaufgebot zu ſtehendem Heer — eingeleitet. Der gemeinſame Gegenſatz zu Polen ließ Maximilian I. und Vaſſilij III. den diplomatiſchen Verkehr immer wieder aufnehmen. Bei Eröffnung des ruſſiſchen Feldzuges gegen Polen ſchickte Maximilian 1513 über Lübeck eine Abteilung Fußſoldaten, Geſchütze und in den Belagerungs- und Schanzarbeiten erfahrene Deutſche und Italiener nach Moskau, das ſeinerſeits deutſche Landsknechte durch den Sachſen Chriſtoph Schleinitz anwarb. 1517 ſchloſſen ſich dem kaiſerlichen Geſandten Sigismund von Herberſtein, deſſen diplomatiſcher Auftrag, zwiſchen Moskau und Polen zu vermitteln, fehlgeſchlagen war, bei ſeiner Rückreiſe ruſſiſche Agenten an, die in Innsbruck 5 Geſchützmeiſter anwarben[10].

Die zerſtreut lebenden fremdländiſchen Soldaten und Handwerker ſiedelte Vaſſilij III. geſchloſſen in Zamoſkvorečije (ein Gebiet, das ſich jenſeits des Moskvafluſſes, dem Kreml gegenüber, erſtreckt) an[11]. Dieſe erſte ausländiſche Vorſtadtſiedlung ſoll von den Ruſſen den Namen Naleiki erhalten haben, angeblich weil die fremden Söldner auf Grund des ihnen zugeſtandenen Branntweinprivilegs abgeſondert wurden, denn deren uneingeſchränkter Alkoholgebrauch hätte auf die Ruſſen demoraliſierend gewirkt[12]. Der Ausſchank lag wohl ebenfalls in den Händen von Ausländern, Kaufleute dürfen dagegen dieſer Söldnerſiedlung nicht angehört haben, da der Rußlandhandel trotz der Niederzwingung der Novgoroder Selbſtändigkeit nur ſehr langſam nach Moskau umgeleitet werden konnte. Erſt die Eröffnung des Handels mit England (1553) und Holland verſchaffte Moskau, Vologda und dem Weißmeerhafen Archangelſk eine dominierende Stellung.

Die Zahl der Deutſchen wird im Verhältnis zu den Polen und Litauern nicht groß und fluktuierend geweſen ſein, auch läßt ſich nicht einwandfrei entſcheiden, ob ſie zu der zariſchen Leibwache gehört haben[13]. Die trunkſüchtigen Söldner vermittelten den gegen die „nemzy“[14], die Fremdſprachigen und Fremdgläubigen, ohnehin voreingenommenen Moskowitern eine durchaus unzutreffende Vorſtellung vom Europäertum.

---

[7] V. Nečaev weiſt darauf hin, daß die Zahl der Ausländer bereits ziemlich groß geweſen ſein muß, da 1494 die in Moskau anſäſſigen deutſchen Meiſter dem Revaler Geſandten 360 Goldgulden geliehen haben, der dieſe Summe griechiſchen Kaufleuten, die in Reval Schaden gelitten hatten, auszuzahlen genötigt war. Dieſer Vorfall ſcheint aber viel eher auf den Wohlſtand, als auf die Zahl der Deutſchen hinzuweiſen. V. V Nečaev, Inozemskija slobody v Moskve v 16 i 17 vekach, in Moskva v prošlom i nastojaščem, Moskau o. J., Bd. IV, S. 18ff.

[8] Ebenda.

[9] „Zu den Moskowitern flüchten ſich wenige, nur ſolche, die ſich an keinem anderen Orte ſicher fühlen“ . . . Vgl. (S. v. Herberſtein) Rerum Moscoviticarum Commentarii (Viennae 1549), p. 42.

[10] „Es hatte aber nur insgeheim durch ſeine Agenten und mit Beihilfe gemeiner Weiber geſchehen können . . .“ Vgl. A. Fechner, Chronik der Evangeliſchen Gemeinden in Moskau, Bd. I, Moskau 1876, S. 7ff. 1526, bei der zweiten Miſſion Herberſteins, waren zwei Gießer bereits geſtorben, zwei weitere: Niclas aus der Nähe von Speyer und Hans Jordan aus Hall im Inntale, der eine Ruſſin geheiratet hatte (früheſter Beleg für eine Miſchehe!), wurden vom Großfürſten zurückgehalten und nur einer, Walch, der bei der Arbeit verunglückt war, durfte nach Deutſchland zurückkehren. G. Hamel, Tradescant d. Ält. 1618 in Rußland, Petersburg 1847, S. 30.

[11] Herberſtein (p. 43) erwähnt lediglich die Anſiedlung von großfürſtlichen Leibwachen. In Alexandri Gvagnini Sarmatiae europeae descriptio etc. Spirae 1531, p. 79 wiederholt ſich aber dieſe Angabe in genauerer Faſſung: „Jenſeit des Fluſſes erlaubte Vaſſilij für ſeine Leibwachen und die übrigen Ausländer, nämlich Polen, Deutſche, Litauer, den Ort Nelewki genannt, denn hier war es allen ausländiſchen Soldaten und Ankömmlingen und den Leibwachen geſtattet, durch allerlei Art Getränke ſich zu berauſchen.“

[12] Herberſtein, a. a. O., „Nali“; Gvagnini, a. a. O., „Nelewki.“ Nalei-ka bedeutet im Ruſſiſchen „gieß ein“. Auf dieſe alte Ortsbezeichnung deutet der Name einer Kirche des heutigen Zamoſkvorečije-Stadtteils „Spas v Nalivkach“ hin.

In der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts verſchwand die erſte Moskauer Ausländerſiedlung. Ob ihr Verſchwinden allein auf die Zerſtörung Moskaus durch den Krimer Chan Devlet-Girej (1571) zurückzuführen iſt oder ob eine Umſiedlung von Ausländern (die nicht zu dem „fahrenden Volk“ gehörten) wegen des ehrrührigen Spitznamens der Naleiki-Sloboda ſtattfand, mag dahingeſtellt bleiben[15]. Wahrſcheinlicher iſt die Vermutung P. Miljukovs, daß die ausländiſchen Leibwächter — durch Miſchehen — verruſſt ſind und nach der Heeresreform Ivans IV. in der Mitte des 16. Jahrhunderts in die Strel’zy-Formation eingegangen ſind[16]. Nach der Gründung der zweiten Ausländerſiedlung zogen dann die reſtlichen Ausländer endgültig fort[17].

Der Naleiki-Sloboda fehlte ſcheinbar jeder innere Zuſammenhalt. „Da die Katholiken in Moskau weder eine eigene Geiſtlichkeit, noch eine eigene Kirche beſaßen, ließen ſich wahrſcheinlich einzelne Katholiken leicht zur Orthodoxie bekehren und aſſimilieren.“[18] Ähnlich wird es den in der Stadt verſtreut lebenden Katholiken ergangen ſein. Die geiſtliche Betreuung der Proteſtanten durch Reiſe- oder Feldprediger wird dagegen geduldet geweſen ſein, worauf die Amtstätigkeit eines „deutſchen Prädikanten“ Elias in Moskau hinzuweiſen ſcheint[19]. Außerdem iſt mit der Anſiedlung eines Teils der livländiſchen Kriegsgefangenen der 60er Jahre zu rechnen. Dafür ſpricht die Lage der älteſten Begräbnisſtätte der in Moskau verſtorbenen Ausländer. Im Jahre 1823 entdeckte K. Kalaidovič auf dem Pferdemarkt (konnaja ploščad’) im Zamoskvorečije-Viertel einige Gräber kriegsgefangener Livländer[20]; 1870 wurde in den Umfaſſungsmauern des Danilov-Kloſters und auf der Jakimanka-Straße eine Reihe von Grabſteinen mit italieniſchen, niederdeutſchen, lateiniſchen, engliſchen und armeniſchen Inſchriften gefunden, die ſicherlich von dem eingegangenen Friedhof entfernt und für Ausbeſſerungszwecke benutzt worden ſind[21]. Durch die Auffindung dieſes Friedhofes — der allen Fremdgläubigen (Italienern, Engländern, Armeniern) diente — wurde eine nähere Lokaliſierung der Naleiki-Sloboda überhaupt erſt möglich. Die kriegsgefangenen Livländer beſtatteten ihre Toten — aus verwandtſchaftlichen Pietätsrückſichten — bis Ende des 16. Jahrhunderts auf dieſem urſprünglichen, von der zweiten Ausländerſiedlung entfernt liegenden Friedhof.

---

[13] Wie V. Zvetaev, a. a. O., S. 26, richtig bemerkt, iſt die Naleiki-Siedlung nur bedingt „europäiſch“ zu nennen, da in ihr polniſch-litauiſche Söldlinge überwogen.

[14] Als „nemzy“, die Stummen, d. h. der ruſſiſchen Sprache Unkundigen wurden von den Ruſſen gewöhnlich alle Mittel- und Weſteuropäer bezeichnet. Dieſer Name blieb aber im beſonderen an den Deutſchen haften, die den weitaus größten Teil aller Ausländer in Moskau bildeten. Die „Deutſche Sloboda“ (oder Vorſtadt) iſt daher ſynonymiſch für „nemezkaja sloboda“. Vgl. V. Dalj, Tolkovyj slovarj živogo velikorusskogo jazyka, Moskau 1913, unter „nemoj“, „nemzy“.

[15] Vgl. D. Zvetaev, Protestantstwo i protestanty v Rossii do epochi preobrazovanij in Čtenija . . . 1889, Heft 4, Moskau, S. 241.

[16] P. Miljukov, a. a. O., S. 123. Olearius fand 1647 in der ehem. Ausländerſiedlung nur noch Strel’zy (Moskauer Polizeitruppe).

[17] Nach Tanner, Legatio Polono-Lithuanica in Moscoviam, Nürnberg 1689, S. 69—70, erklärten die Ausländer in Moskau ihre Umſiedlung mit dem Namen der Sloboda, der die Ruſſen zum Spott gereizt hätte. Vielleicht bezieht ſich dieſe Mitteilung auf jene Ausländer, die in der Söldnerſiedlung nicht länger bleiben wollten.

[18] Zvetaev, a. a. O., Kap. I, S. 20. P. Miljukov, a. a. O., S. 126, bringt den ganzen Aſſimilierungsvorgang auf die einfache Formel: „Im 16. Jh. ging die Verruſſung ſo folgerichtig und regelmäßig vor ſich, daß der Übergang oftmals gar nicht auffiel. Es war einfach ſo: Der Mann begann die ruſſiſche Kirche zu beſuchen und ruſſiſche Bräuche zu übernehmen; die Kinder wurden notgezwungen von einem orthodoxen Prieſter getauft und die zweite Generation wuchs bereits dermaßen verruſſt heran, daß ſie kaum noch die Herkunft und die Volkszugehörigkeit des Vaters kannte.“

[19] P. Althauſen, in Feſtvortrag zum 350jährigen Beſtehen der ev.-luth. Kirche in Rußland, Unſere Kirche, Mſſt. hrsg. v. Th. Meyer, Moskau 1927, H. 2—3, S. 30; vgl. Anm. 21.

[20] Vgl. P. Bezſonov, Materialy dlja žizneopisanija K. Kalaidoviča in Čtenija . . . 1862, H. 3, S. 175. Einer der Grabſteine trug die Inſchrift: HIR LIGIT BEGRABEN DER ACHBAR VND ERWIRDIG HER BERNT SCHAL VON BELL DES R. D. O (Ritterlichen Deutſch-Ordens) KVMPTOR ZV GOLDING IN LIFLADNT. Kalaidovič verwechſelte den Komtur mit dem von Ivan IV. 1560 hingerichteten livländiſchen Landmarſchall Philipp Schall von Bell und ſchloß daraus, daß für die geächteten Ausländer ein beſonderer Friedhof beſtand. — A. Fechner, a. a. O., Bd. II, S. 675, berichtigte und widerlegte K. auf Grund der Funde von 1870.

1533 ſtarb Vaſſilij III.[22]. Um die Regentſchaft für den Knaben Ivan Vaſſil'evič tobte ein langjähriger Kampf zwiſchen den machthungrigen Bojarengeſchlechtern, dem der frühreife verbitterte Jüngling erſt 1547, da er den Zarentitel annahm, ein Ende bereiten konnte. Ivan IV. trat bereits als junger Zar in das politiſche Kräfteſpiel Europas ein; geiſtig wenig geſchult, aber vielſeitig intereſſiert, erkannte er die Notwendigkeit weiterer Heranziehung europäiſcher Hilfskräfte. Noch im Jahre ſeiner Thronbeſteigung ſandte er den aus Goslar gebürtigen Hans Schlitte mit einem Werbeauftrag nach Deutſchland. 123 Mann, Handwerker und Gelehrte, lockte der Werbeagent mit Bewilligung Karls V. — dem er in Augsburg die Möglichkeit einer Kirchenunion vortäuſchte — nach Lübeck, wo er jedoch auf Betreiben des livländiſchen Meiſters Hermann von Brüggenoge, der dem Kaiſer die Gefahr einer ruſſiſchen Aufrüſtung eröffnete, verhaftet wurde. Der angeworbene Haufen verlief ſich, nur wenigen gelang es, Rußlands Grenze zu überſchreiten. Seinen wiederholten Übertrittsverſuch bezahlte ein „Meiſter Hans“ in Livland mit dem Leben[23]. Das von dem zur Oſtſee drängenden Moskau unausgeſetzt hart bedrohte Livland wehrte ſich ſtandhaft gegen jeden Verſuch, dem Feinde die neuzeitlichen Schießwaffen gegen ſeine Selbſtändigkeit auszuliefern. Im Zuſammenhang mit den Umtrieben Schlittes wurde ganz Europa, dem Kaiſer und Papſt, erſtmalig der Gedanke einer „ruſſiſchen Gefahr“ nahegebracht[24].

Andrerſeits maß Zar Ivan der europäiſchen Kriegstechnik entſcheidende Wirkung bei ſeinen Unternehmungen gen Weſt und Oſt zu; daß Schweden, Polen und der Ordensſtaat trotz aller Anſtrengungen ihm militäriſch dennoch überlegen blieben, zeigte ſich in den mit Maſſeneinſatz des neuorganiſierten ruſſiſchen Heeres geführten Feldzügen. Wohl aber iſt die erfolgreiche Kriegführung im Oſten, wo die tatariſchen Chanate Kaſan' (1552) und Aſtrachan'

---

[21] Hierzu: Nadgrobnyje pamjatniki, naidennyje archimandritom Amfilochijem v 1870 godu v Mosk. Danilovom monastyre, Moskau 1874; A. Fechner, a. a. O., Bd. II, S. 275—277; L. Stieda, Grabſtein eines Dorpater Ratherrn in Moskau, Sitz.Ber. Dorpat 1870 und W. v. Mengden, Reſte von Leichenſteinen gefangener Livländer in Moskau, Sitz.Ber. Riga 1874. Unter den Grabſteinen, die dem Zeitraum 1569—1595 angehörten, ſind folgende Inſchriften für die Geſchichte der Sloboda bedeutend: 1. (Hier Li)CHT IN GOOT ENTSLAPEN DER WERDIGE VND WOLBERVMPTE HER ELIAS GEWESNER DVDESCHEN PREDICANTE IN DER MVSK(o)W T(er) HILLIGEN WARAFTIGEN WARHEIT VND DES HILLIGEN WORTE(s um? zu) ERW(ar)TEN DE BASSUNEN (Poſaunen) (de)S ERTZ ENGELS AN IENNEM DAGE DER DA WERT ERWECKEN DE LEVENDIGEN VND DE DODEN GODT HABE SINE LEVE SELE IN SINEM GNEDIGEN HODT AMEN ANNO 1570 DEN 30 APR; 2. Den 31. März 1569 ſtarb „HER TIDEMAN SCHROVE, GEWESEN EIN RADTMAN DER STADT DERPTE (Dorpat)“; 3. Den 29. Juli 1578 ſtarb der zariſche Arzt und Apotheker NIK. BROWN, auf deſſen Beruf der Spruch hinweiſt: cum moritur homo, cum salvia crescit in horto? Contra vim morbis non est medicamen in norbis; 4. Den 15. Nov. 1592 „DER EHRENFESTE VND WOLGEACHTER MAN HANS FEOGKLER“; 5. Den 1. Juli 1593 die Frau „DES ERBAREN VND VORNEMEN ARENT CLAUSSEN STELLINGEWERF“; 6. 1595 begrub derſelbe Stellingwerf ſeine zweite Frau.

[22] Den Kranken behandelten die deutſchen Ärzte Nikolai Lujev (?) und Theophil aus Brandenburg, deſſen Entlaſſung der Großfürſt auf unbeſtimmte Zeit „wenn Gott will“ hinausgeſchoben hatte. Richter, Geſchichte der Medizin in Rußland, I., Moskau 1813, S. 275.

[23] A. v. Richter, Geſchichte der dem ruſſiſchen Kaiſerthum einverleibten deutſchen Oſtſeeprovinzen, Riga 1857, Bd. II, S. 319.

[24] Vgl. S. F. Platonov, a. a. O., S. 9. Aus ähnlichen wehrpolitiſchen Erwägungen („Bedrohung der Chriſtenheit“) warnte Sigismund Auguſt von Polen vor Einführung des Schiffsbaues in Moskau und Herzog Alba die Holländer vor Waffenlieferungen nach Rußland. Die Blockade durch Livland, Litauen-Polen und die Hanſe wurde am häufigſten von däniſchen Menſchen- und Warenſchmugglern durchbrochen. 1553 verhandelt z. B. Ivan mit Chriſtian IV. über die Durchreiſe eines gewiſſen Arndt mit „Kaiſerlichen Leuten“, d. h. Reichsangehörigen, nach Moskau. Platonov, a. a. O., S. 11.

(1557) niedergezwungen und dienſtpflichtig gemacht wurden, im hohen Maße auf die Wirkung der europäiſchen Artillerie zurückzuführen. Bei der Belagerung von Kaſan' befehligte Jürgen Fahrensbach, ein deutſcher Söldnerführer, die Geſchütze[25]. Auch wurden die Niederlagen von den Tataren ſelbſt nicht auf die wenig diſziplinierten und wenig ausgebildeten Moskowitertruppen, ſondern auf die europäiſchen Waffenlieferungen zurückgeführt[26].

Daß die Anzahl der in ruſſiſchen Städten anſäſſigen Ausländer nicht verſchwindend klein geweſen ſein wird, geht aus der Regelung ihrer Rechtsverhältniſſe in dem Sudebnik von 1550 hervor[27]. Durch die Zwangsanſiedlung von deutſchen und ſchwediſchen Kriegsgefangenen, die in früheren Jahren von tatariſchen Händlern, in einzelnen Fällen bis weit nach Aſien, verſchleppt wurden, erſtrebte die Moskauer Regierung auf billigere Weiſe — allerdings die numeriſche Zahl mit der Leiſtungsfähigkeit verwechſelnd — eine Zunahme der europäiſchen Arbeitskräfte[28]. Gegen die Auslieferung von Kriegsgefangenen an Livland erging bereits 1556 an die Regierungsſchreiber (djaki) von Novgorod ein Erlaß des Zaren: „... wenn ſich bei einem Bojarenſohne oder anderen Leuten ein gefangener Deutſcher findet, welcher Silbererz zu finden, Silber, Gold, Kupfer oder Zinn zu behandeln oder ſonſt ein Handwerk verſteht, ſo ſollt ihr den Bojarenſöhnen, derart Gefangene zu uns nach Moskau zu führen, befehlen"[29]. Da unter den Gefangenen aus den Grenzplänkeleien an den finniſchen und livländiſchen Grenzen kaum Handwerker vertreten geweſen ſind, wird dieſe Verordnung wenig Erfolg gehabt haben.

Eine Maſſenumſiedlung („vyvod") gefangener Livländer nach Rußland erfolgte aber im Verlauf des erſten nordiſchen Krieges. 1558 brach ein 40 000köpfiges ruſſiſch-tatariſches Heer in Livland ein. Als Vorwand diente die Nichtzahlung eines angeblichen Tributanſpruches[30]. Narva, Dorpat und Fellin fielen. Allein der Widerſtand des lutheriſch gewordenen Ordensſtaates war noch ſtark genug, um bis 1562 ſeine geſamte Oſtſeeküſte mit Reval und Riga zu behaupten und ſich dann unter die Oberhoheit Schwedens und Polens zu begeben. Bis 1582 währte der verheerende Kampf zwiſchen Ruſſen und Polen um den Beſitz Livlands, in dem Moskau unterlag.

Zwiſchen 1558 und 1582 wurde aber ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung Oſtlivlands von Ruſſen und Tataren nach Innerrußland übergeführt. Städte und ganze Landſtriche wurden auf dieſe Weiſe ſyſtematiſch entvölkert und danach mit Ruſſen beſiedelt. Die Geſamtzahl der verſchleppten Kriegsgefangenen wird nicht weniger als 10 000 betragen haben, wobei allerdings der größere Teil eſtniſche und lettiſche Bauern geweſen ſind. Allein ſoweit es ſich um ſtädtiſche Bürger gehandelt hat, dürfen es Deutſche geweſen ſein[31]. Sie wurden als Staatsgefangene („polonjaniki v gosudarevom imeni") betrachtet und waren zur Zwangsdienſtleiſtung verpflichtet.

---

[25] Fahrensbach flüchtete ſpäter — wie die meiſten deutſchen Günſtlinge Ivans IV. — aus Moskau. In einem Brief nennt Zar Ivan neben F. einen Hans Wachtmeiſter, „die Wir Hochgeſtellt" und die dann geflüchtet ſind. Vgl. v. Buſſe, Herzog Magnus, König von Livland, hrsg. v. J. v. Bohlen, Leipzig 1871, S. 77.

[26] Als der Ordensmeiſter Wilhelm Fürſtenberg mit anderen gefangenen Livländern nach Moskau gebracht und in den Straßen dem Volk gezeigt wurde, ſollen tatariſche Prinzen, die ſich unter den Zuſchauern befanden, einen der Deutſchen angeſpien und geſagt haben: „Euch deutſchen Hunden geſchieht Recht, denn ihr habt dem Moskowiter die Rute, mit der er uns geſtäupt, in die Hand gegeben, nun werdet ihr geſtäupt." Gemeint waren die vervollkommneten Waffen, deren Gebrauch die Ruſſen von den Deutſchen gelernt hatten. — Vgl. H. Fechner, a. a. O., Bd. I, S. 41; v. Richter, a. a. O. I; Bd. 2, S. 351.

[27] Gerichtsbuch von 1550, Punkt 27, in Akty istoričeskija, I, S. 226.

[28] V. Nečaev, a. a. O., S. 19.

[29] Vgl. Dopolnenija k aktam istoričeskim, sobr. i izd. Archeografičeskoju kommissijeju, Bd. I, Nr. 102.

[30] Vgl. E. v. Stern, Der Vorwand zum großen Ruſſenkriege von 1558, Riga 1936. Über die allgemeinen politiſchen Zuſammenhänge vgl. G. V. Forſten, Baltijskij vopros v XVI i XVII stol., Petersburg, 1893—1894; H. Übersberger, Öſterreich und Rußland ſeit dem Ende des 15. Jhs., Wien, 1906 und die neueſte Darſtellung R. Wittrams, Geſchichte der baltiſchen Deutſchen, Stuttgart, 1939.

[31] Zu Leibeigenen („Kabal'nye cholopy") wurden ſcheinbar nur die eſtniſchen und lettiſchen Bauern gemacht und von den Tataren nach dem Süden verſchleppt (Kaſan, Aſtrachan), vgl. Anm. 38. Zvetaev, a. a. O., S. 32, ſpricht unterſchiedlos von den livländiſchen Gefangenen und bleibt die Er-

Die Kriegstaktik Ivans beſtand darin, daß zunächſt alle bedeutenden und wohlhabenden Männer als Bürgen nach Rußland gebracht wurden („polon"). Unter dieſen befanden ſich der letzte katholiſche Biſchof von Dorpat, Hermann III. und der evangeliſche Paſtor Timan Brakel[32].

Im Februar 1559 kehrten die ruſſiſchen Feldherrn mit einer „Menge Gefangener aus Livland und Kurland" nach Moskau zurück[33].

Als Timan Brakel ungefähr um dieſelbe Zeit nach Moskau kam, fand er bereits eine gewiſſe Anzahl kriegsgefangener Landsleute vor, die er ſeelſorgeriſch betreute. „Alſo hab ich auch anderen mehr das Wort Gottes, wens die Gelegenheit hat leiden können, daſelbſt in heuſern gepredigt, das Abendmal gereicht, der gefangenen Liflender Kindlein ſo da geborn wurden, getauft. Item die gefangenen und krancken, beſucht vnd getröſtet, vnd alſo meine Kirch, Cantzel vnd Altar daſelbſt gehabt, wie Bitter vnd wunderlich, es auch zugegangen."[34] Ungeachtet ſeines kurzen Aufenthalts in Moskau kann Brakel zweifellos als Begründer einer erſten lutheriſchen Gemeinde (nicht Kirche — wohlgemerkt!) und damit einer deutſchen Gemeinſchaftsform angeſehen werden[35].

Im Auguſt 1560 gerieten bei Erms in Livland der Landmarſchall Philipp Schall von Bell mit 10 Befehlshabern und 120 Rittern in ruſſiſche Gefangenſchaft. Der unbeugſame Landmarſchall wurde bald danach in Moskau hingerichtet[36]. Nach der Übergabe von Fellin brachte man den einſtigen Meiſter Wilhelm Fürſtenberg mit anderen Gefangenen nach Moskau[37]. Ebenſo wurde ein großer Teil der Bürger von Wolmar weggeführt; von den nicht-deutſchen Bauern, die ſich in den Wäldern verſteckt hielten, hieß es, daß ſie von den Pleskauer Freiſchärlern aufgebracht und haufenweiſe nach Rußland zum Verkauf getrieben wurden[38]. 1564

---

klärung ſchuldig, warum ein Teil frei blieb, während der andere auf ruſſiſche Höfe als Leibeigene verteilt wurde.

[32] B. entſtammte einem livländ. Adelsgeſchlecht und war mit Anna Rechenberg, einer weſtfäliſchen Adligen, verheiratet. Bis 1559 war er Paſtor a. d. St. Johanniskirche in Dorpat. 1561 kehrte er bereits aus der ruſſiſchen Gefangenſchaft zurück und war bis 1576 Paſtor auf Öſel (damals däniſch). Aus Rückſicht auf ſein Alter und die Kriegsnot zog er nach Weſtfalen. Jedoch hier führte ihn ein unſtetes Wanderleben von Lüneburg nach Soeſt, Lippe, Antwerpen und Hamburg, von wo ihn ſeine Verwandten nach Riga zurückriefen. Im Jahre 1602 ſtarb er. Fechner, a. a. O., Bd. I, S. 33, 38. Vgl. Ed. Pabſt, Zur Biographie Timan Brakels, „Inland", 1851, Nr. 44.

[33] v. Richter, a. a. O., I, Bd. 2, S. 342. Aus zeitgenöſſiſchen Flugſchriften und den mehreren hundert Schreiben Kaiſer Ferdinands geht hervor, wie ſtark die Anteilnahme — aber auch die Machtloſigkeit — des Reiches war. In einer Flugſchrift der 60er Jahre wird mit Erleichterung feſtgeſtellt, daß die Gerüchte über den Verkauf der 9000 livländiſchen Gefangenen als Sklaven nicht zuträfen; die Deutſchen ſeien zwar in verſchiedenen Städten angeſiedelt, im übrigen aber gut behandelt worden. Vgl. Platonov, a. a. O., S. 21: Ein ernſtlicher Sendbrief . . . des Moskov. Herrn an des Röm. K. M. der Lieflender Sachen betreffend, 1561, u. a. Flugſchriften.

[34] (Timan Brakel) Chriſtlich Geſprech von der grawſamen Zerſtörung in Lifland, durch den Mucowiter vom 58. Jahr her geſchehenn . . . Anttorf (Antwerpen) 1579.

[35] A. Fechner, a. a. O., Bd. II, S. 443, beginnt mit Timan Brakel die Predigerreihe an der älteſten ev.-luth. Gemeinde. Zvetaev, a. a. O., S. 36, nennt ihn ſchlechthin den Begründer einer luth. Gemeinde, die allerdings eine formale Organiſation und Stetigkeit erſt nach Errichtung eines Bethauſes ſeiner Kirche erhielt, was wegen des Zuwachſes der Gefangenen auch bald eintrat.

[36] Uſtrjalov, Skazanija Knjazja Kurbskago, Petersburg 1833.

[37] v. Richter, a. a. O., I, Bd. 2, S. 351. — Fürſtenberg erhielt zu ſeinem Lebensunterhalte den Flecken Ljubim bei Koſtroma, wo er ſein Leben beſchloß.

[38] Vgl. Anm. 31. — 1578 ſah der däniſche Geſandte Ulfeld häufig aus Livland zurückkehrende tatariſche Reiter, die Kriegsgefangene vor ſich hertrieben und einige derſelben um einen Spottpreis verkauften. Buſſe, a. a. O., S. 136. Nach Zvetaev, a. a. O., S. 30, betrug der Preis finniſcher Gefangenen: 1 Grivna (etwa 10 Kopeken) für einen Mann und 1 Altyn (3 Kop.) für ein Mädchen. — 1597 verlangten die ſchwediſchen Geſandten von den Ruſſen die Freilaſſung der ſchwediſchen und livländiſchen Gefangenen, jedoch ohne Erfolg. Die Ruſſen erwiderten: „hier iſt eine Menge Eurer gefangener Bauern und anderer, die ſich gutwillig haben umtaufen laſſen; die Tataren haben die meiſten eurer Bauern fort-

erfolgte der Maſſenabtransport von über 3000 Gefangenen aus der Gegend von Smilten, Wenden, Wolmar und Ronneburg[39].

„Anno 1565, im Sommer, hat der Moscowiter alle Dörptiſche Bürger und Einwohner, ſo nach Eroberunge der Stadt Dörpt ihrer Armuht halber da bleiben müſſen, mit Weib vnd Kind wegführen, vnd ſie in die entlegenen Moscowitiſchen Städte, als Wolodimer, Niſen, Nowgarten, Coſtroma vnd Vglitz vertheilen laſſen“ (Nyenſtädt)[40]. Begleitet wurde dieſer Gefangenentransport von Paſtor Johann Wettermann[41], „der iſt mit ihnen in das Exilium gezogen, hat ſeine Heerde wie ein rechtſchaffener Hirte geweidet, vnd wenn er nicht Pferde gehabt, iſt er zu Fuße von einer Stadt zur andern gegangen, da ſeine Schaafe verſtreuet geweſen, hat ſie beſuchet, vnd allezeit zur Furcht des Herrn ermahnet, auch ihren Kindern Schulmeiſter, ſo gut er ſie haben können, verordnet, die ihnen auch in allen Städten an den Sonntagen aus den Poſtillen vorleſen müſſen“[42]. Gilt Timan Brakel als Begründer der Moskauer Gemeinde, ſo verdient Johannes Wettermann den Ehrennamen eines Begründers der Diaſporagemeinden und des deutſchen Schulweſens in Rußland, ſelbſt wenn der Unterricht zunächſt ein ſehr mangelhafter und vorübergehender geweſen ſein wird. In gleicher Weiſe ſorgte für die in ruſſiſcher Zerſtreuung lebenden Dorpatenſer der zum Proteſtantismus übergetretene, in Koſtroma gefangengehaltene Ordensmeiſter Wilh. Fürſtenberg. Darüber berichtet 1566 Veit Senge, ein Agent des Markgrafen Albrecht von Brandenburg in den Hanſaſtädten, aus dem Munde eines Moskauer Gewährsmannes: „er (Fürſtenberg) thett auch den weck gefurten von Derbt[43], große hilff und handtreichung, Er hette 3 predicanten (Prediger) der Augspurgeriſchen Conueſſion (Konfeſſion) gemes, die predigten gotes wort, Er (Senges Gewährsmann) ſagt auch das die Derbtiſchen gefangen (Gefangenen) An funff oter verfurt vnd Ausgetteildt (verteilt) weren, Ein pardt (Teil) wer pey dem Fürſtenburger (in Koſtroma?), Ein Andere partt wer zu Wollodimer, Etliche zu Kaſſan, vnd an Anderen orten Mer (mehr).“[44] Bei einer Gegenüberſtellung der Berichte von Nyenſtädt und Senge ergibt ſich, daß die Livländer auf Wladimir, Nižnij Novgorod, Koſtroma, Uglič und Kaſan' („an funff orter“) verteilt wurden. Beſonders groß (100 Familien) wird die livländiſche Kolonie in N. Novgorod geweſen ſein, wo bereits 1594 die zweitälteſte lutheriſche Kirche erbaut wurde[45].

Der Grund für die Anſiedlung dieſer Gruppe der Gefangenen in den innerruſſiſchen — wohlgemerkt: nicht unbedeutenden und nur von der Weſtgrenze entlegenen — Städten wird vielleicht in deren ſozialen Lage („ihrer Armut halber“), in dem Erreichen einer gewiſſen Höchſtzahl für Moskau und dem Beſtreben, die Deutſchen auch für die Provinz nutzbar zu machen, liegen. Ein Teil der kriegsgefangenen Soldaten wurde zum Garniſondienſt in der öſtlichen Grenz-

---

geführt, die können wir nicht zurückſchaffen; viele müſſen aus Kaſan, Aſtrachan und Sibirien zurückgefordert werden, was nicht ſo ſchnell geht.“ v. Richter, I, Bd. 1, S. 38. Die eſtniſchen, finniſchen und lettiſchen Gefangenen des erſten nordiſchen Krieges ſind demnach im ruſſiſchen Bauerntum aufgegangen.

[39] v. Richter, a. a. O., II, Bd. 1, S. 60.

[40] Monumenta Liv. antiq., 2 Bde., Riga-Leipzig 1839. Franz Nyenſtädts Livländ. Chronik, Bd. II, S. 67—70. Die genannten Städte ſind: die ehem. Großfürſtenreſidenz Vladimir a. d. Kljazma, Nižnij Novgorod (Niſen, Nowgarden — korrumpierte Schreibweiſe), Koſtroma und Uglič.

[41] W., in Dorpat gebürtig, war Paſtor an der Kirche „zu vnſer lieben Frawen“. T. Brakel, a. a. O., Bl. A 4, berichtet, daß er 1570 „ſampt der gemeine, durch des Groſſfürſten zulaß, wieder heimgekomen zu Dörpte“ und bald darauf geſtorben ſei. Der Ausdruck „zampt der gemeine“ kann ſich unmöglich auf die Geſamtzahl der Entführten beziehen. Nyenſtädt, a. a. O., S. 70, bemerkt „das Beſte“ an der Belehnung des Herzog Magnus mit der Scheinkrone von Livland (1570) wäre geweſen „daß bey dieſem Handel viele arme gefangene Liefflãnder aus dem Exilio losgegeben würden“.

[42] Nyenſtädt, a. a. O., S. 70. Um nicht „alle ſeine Pfarrkinder vergeſſen vnd verſäumen müſſen“ ſchlug W. die Ordnung der ſagenumwobenen großfürſtlichen Kreml-Bibliothek, die angeblich unbekannte Schriften von Plato, Ariſtoteles u. a. griechiſcher und byzantiniſcher Autoren enthielt, aus.

[43] Fechner, a. a. O., Bd. I., S. 51, interpretiert dieſe Stelle irrtümlich „er ſei auch den Weg aus Dorpat gefahren (sic!)“.

[44] Vgl. Fechner, a. a. O., Bd. I., S. 50—55.

[45] Büſching, T. I., S. 4. Zvetaev, a. a. O., S. 32 bemerkt: „Obwohl viele Gefangene vor Kälte, Hunger u. aus and. Gründen ums Leben gekommen ſind, konnte man ſie nicht nur in den Städten, ſondern auch in entlegenen Gegenden ſehen.“

zone angeſetzt. So wurden z. B. in den 60er Jahren der Beſatzung der kleinen Grenzbefeſtigung Lapſevo an der Kama, die das neuerworbene Kaſan’ vor Tatareneinfällen ſichern ſollte, 150 Deutſche („polonjaniki-posadskije žil’zy“) zugeteilt. Der hochwertige Grund- und Bodenbeſitz („polonjaničnyje vospašni“, „dobroi zemli“), die unkomplizierten Lebensverhältniſſe, Miſchehen und — vor allem — die Weltabgeſchiedenheit dieſer Grenzorte bewirkte, daß wohl die meiſten dieſer Kriegsgefangenen für immer an der mittleren Wolga ſitzenblieben[45a]. Die Umſiedlung der Livländer fand erſt Anfang der 80er Jahre mit dem Kriege ihr Ende; ein nicht genau zu beſtimmender Teil der Gefangenen kehrte in den Folgejahren in die Heimat zurück.

Eine Reihe von livländiſchen Gefangenen trat freiwillig in den Zarendienſt; ſelbſt zu der berüchtigten „opričnina“[46], jener ausgewählten Leibgarde, mit der ſich Ivan IV., deſſen Argwohn und Menſchenhaß ſich von Jahr zu Jahr ſteigerte, ſeit 1564 umgab, gehörten zwei Livländer Hans von Taube und Eylert Kruſe (Krauſe) ſowie der weſtfäliſche Landsknecht Heinrich von Staden[47]. Der Italiener Barberino berichtet (1564), daß an der Tafel des Zaren vor den Bojaren[48] gegen 20 deutſchen Edelleuten aus Livland Platz angewieſen wurde[49]. Als politiſche Agenten warben Taube und Kruſe in Livland für eine freiwillige Unterwerfung unter den Zaren: nachdem ſie von dem Revaler Rat und Herzog Gotthard Kettler von Kurland zurückgewieſen wurden, gelang es ihnen, für den ruſſiſchen Plan Herzog Magnus[50], einen Sohn des Dänenkönigs, der bereits käuflich Öſel und Pilten (Kurland) erworben hatte, zu gewinnen. Allein der König von Ivans Gnaden hat ſich gegen Schweden und Polen nicht durchſetzen können; ſein Erſcheinen am Moskauer politiſchen Horizont war indeſſen für die Deutſchen nicht ohne Bedeutung. Über die deutſchfreundliche Periode Ivans IV. berichtet Oderborn: „Die Deutſchen liebte er (der Zar) in der erſten Zeit ſo ſehr, das er jnen nicht allein alle Heimlichkeiten vnd verwaltung der Regierung vertrawete, Sondern ſie auch zu fleiß mit Wirdigkeit vnd Emptern verſahe, Alſo, das er ſeinen Landtherren, denen der Deutſchen glück verdächtig vnd zuwider, antwortet, Er thue recht daran, vnd weren es die Deutſchen wirdig, das er ſie dermaßen mit Emptern vnd Wirdigkeiten bedechte vnd verehrete Sintemal er an jnen erfahren, das ſie gute Kriegßleute, vnd den Fürſten vnd Herren trewlich dieneten, vnd wehren nicht Kühehirten wie die Moſchkowitiſchen Bojarn, die nichts gutes im Schildt führeten, vnd ſich zu Hofe eindringen. Denn ſeiner Vntertanen monier gefiel jm nicht, denn ſie hetten im Brauch vnd bemüheten ſich der Außlender ſitten vnd breuche zu folgen, vnd wolten gerne jhre Barbariſche Vnhöfflichkeit vnd vngebehrde endern, Aber es ſey wider jre Natur.“[51]

[45a] Vgl. Platonov, a. a. O., S. 21 ff.

[46] Im Kampf mit dem aufſäſſigen Hochadel (Bojaren, Fürſten) teilte Ivan IV. ſeinen Staat in zwei Verwaltungsbereiche und gab der „außerhalb“ (= oprič) des von den Bojaren verwalteten Landes (zemšina) ſtehenden, d. h. von ihm ſtreng geſchiedener „Opričnina“-Schar, an deren Spitze er ſich ſelbſt ſtellte, beinahe uneingeſchränkte Macht, die ſie bis zu ihrer Auflöſung (1572) rückſichtslos ausübte. Vgl. V. Ključevskij, a. a. O., Bd. II., S. 222 ff.

[47] Taube, ehedem Richter im Erzſtift Riga, verfaßte in Moskau ein Spottgedicht auf den Deutſchen Orden. Vgl. Lutz Mackenſen, Baltiſche Texte der Frühzeit, in Abh. des Herder-Inſtituts, V. Bd., Nr. 8, Riga, 1936, S. 84—103. — H. v. Staden, der wie Taube, Kruſe u. a. ſchließlich aus Moskau floh, verfaßte für Kaiſer Rudolf II., den er für einen Eroberungszug gen Moskau zu gewinnen ſuchte, ſeine Aufzeichnungen über den Moskauer Staat, in Abh. aus d. Gebiet d. Auslandskunde, Bd. 34, Hamburg, 1930. Th. Schiemann, Johann Taube u. Eilhard Konſe, in: Charakterköpfe u. Sittenbilder a. d. balt. Geſch. Mitau 1877.

[48] Der Rangordnung (mestničestvo) maßen die Bojaren eine unvorſtellbar große Bedeutung zu.

[49] Skazanija inostrancev o Rossii v XVI i XVII vekach, Petersburg, 1843, S. 29. — Ivans IV. vertrauter Dolmetſcher war Kaſpar Euerfeldt (Elver-, von Wittenberg), ein Livländer, der zur Orthodoxie übertrat und den Zaren fälſchlich über den Proteſtantismus unterrichtete. Zu den Dolmetſchern zählten ferner Thomas Schröven (Schoeffer), Joachim Schöder, Daniel Brackel, Elos aus Wenden, Jacob Edelmann aus Öſterreich und Andreas Werner aus Braunsberg.

[50] Über ihn ſiehe v. Buſſe, Herzog Magnus, König von Livland, hrsg. v. J. v. Bohlen, Leipzig, 1871.

[51] (Paul Oderborn) Wunderbare Erſchreckliche Vnerhörte Geſchichte vnd wahrhaffte Hiſtorien: nemlich des nechſt geweſenen Großfürſten in der Moſckaw Joan Baſilidis auff ire Sprach Iwan Baſilowitz genannt Leben aus dem Latein verdeutſcht, durch Heinrich Räteln zu Sagan. Görlitz 1589, Blatt D.

Zar Jvan IV., der Gewaltige[52], hat ähnlich wie Jvan III. in einzelnen Anſätzen die Entwicklung des 18. Jahrhunderts vorweggenommen, vor allem in dem Kampf um die Oſtſee und in der Heranziehung von Ausländern, denen der ruſſiſchen Umwelt gegenüber eine gehobene Stellung bei der Erfüllung ihrer erzieheriſchen Arbeit zuerkannt wurde. Die hohe Bewertung des deutſchen fachmänniſchen Könnens durch einen Herrſcher, deſſen Wille uneingeſchränkt das geſamte Staatsleben beſtimmte, führte zwangsläufig zu einer Begünſtigung aller im Moskauer Staate anſäſſigen oder angeſiedelten Deutſchen; ebenſoſehr blieb aber jede Veränderung in dem Schickſal der deutſchen Einzelgänger nicht ohne Rückwirkung auf die Geſamtlage der Deutſchen.

Die zweite Ausländer-Sloboda (inozemskaja sloboda), von den Deutſchen auch der „deutſche Flecken“ genannt, verdankt ihre Entſtehung der Zwangsanſiedlung der Kriegsgefangenen Livländer[53]. Solange die Zahl der nach Moskau gebrachten Gefangenen gering war, wird die Moskauer Regierung ihnen innerhalb der Stadtmauern gelegene Wohnhäuſer zugewieſen haben[54]. Als aber in den 60er Jahren des 16. Jahrhunderts ihre Zahl von Jahr zu Jahr ſtieg, wurde vermutlich aus religiös-dogmatiſchen und wirtſchaftlichen Gründen deren geſchloſſene Anſiedlung außerhalb der Stadt durchgeführt. Auf dem rechten Ufer der Jauſa, eines Nebenfluſſes der Moskva, wuchs die deutſche Vorſtadt, unweit von Krasnoje Selo (Crasna Cella nach Petrejus), 1 engl. Meile (nach Maſſa) bzw. $^1/_4$ Meile (nach Petrejus u. a.) von Moskau entfernt[55]. Da im Moskauer Staate des 16. Jahrhunderts alle Profanbauten aus Querbalken zuſammengehauen („sruby“), d. h. als Blockhäuſer in kürzeſter Zeit aufgeſtellt wurden, dürfte die zweite „Slobode“ im wahren Sinne des Wortes beinahe über Nacht gewachſen ſein, wie ihre Nachfolgerin nach rund hundert Jahren (1652). Ihr Gründungsjahr läßt ſich nicht beſtimmen. Sollte ſie vor 1571 entſtanden ſein, ſo fiel ſie mit ſämtlichen Moskauer Sloboden der Zerſtörung durch den Krimer Chan Devlet-Girej anheim, um gleich darauf wiedererrichtet zu werden, denn 1575 wird ihr Beſtehen quellenmäßig belegt. Ihre Bevölkerung ſetzte ſich hauptſächlich aus livländiſchen Kaufmannsfamilien und dem Landadel zuſammen[56]; aber auch Handwerker werden nicht gefehlt haben[57]. Ob aber die der vorreformatoriſchen Zeit in Moskau anſäſſigen Familien ebenfalls umgeſiedelt wurden, iſt ſehr fragwürdig[58]; ebenſo ob ihr die West- und Südeuropäer (Engländer, Holländer, Italiener) und die im Zarendienſte ſtehenden Deutſchen angehört haben.

Die allen Ausländern gewährte Ausübung des Alkoholmonopols, d. h. des Branntweinausſchankes, ſchuf auch den Livländern eine neue Exiſtenzgrundlage. Selbſt wenn dieſes Monopol ihren Hauptgewinn und die Quelle ihres ſchnell erreichten Wohlſtandes bildete, ſo darf wohl vorausgeſetzt werden, daß von dem Zaren dafür eine Gegenleiſtung gefordert wurde[59]. Daß Ausländer in Rußland andrerſeits verhältnismäßig ſchnell zum Wohlſtande gelangten, gehört zu den ſelbſtverſtändlichen Erſcheinungen des kolonialen Lebens[60], um ſo mehr, als Koloniſten oftmals ihre geiſtig-ſeeliſche Beziehungsloſigkeit zu der fremdvölkiſchen Umwelt durch einſeitiges Streben nach materiellen Gütern auszugleichen verſuchen. Allein die früheſte deutſche Kolonie Moskaus war nicht jedes geiſtigen Strebens bar.

---

[52] Der ruſſiſchen Auffaſſung Jvans IV. — wie ſie uns insbeſondere im ruſſiſchen Volksepos entgegentritt — entſpricht „der Gewaltige“ (Groznyj) eher als die übliche Überſetzung „der Grauſame, oder Schreckliche“ (žestokij). Nicht unintereſſant iſt ferner, daß Jvan IV. den Namen Luther in Verbindung mit der Grauſamkeit bringt, d. h. den Namen von „ljutyj“ ableitet.

[53] Über die Auflöſung der Naleiki-Sloboda vgl. oben S. 424. Der Hof der engliſchen Kaufleute befand ſich in dem Handelsviertel (Kitai-Gorod) auf der Varvarka in dem ſog. Juſǩov-Dvor. Unweit von der deutſchen Sloboda entſtand eine Schottenkolonie, in der die Reſte einer für Schweden in Livland kämpfenden ſchottiſchen Truppe (nach Horſey wären von 700 nur 85 übriggeblieben) auf der Bolvanovka angeſiedelt wurden und alsbald „ſchöne Livländerinnen“ heirateten und ihren „Herd“ gründeten. Vgl. Horſey in Bond, Russia at the close of the 16th century, London 1856, S. 151; Nečaer, a. a. O., S. 19.

[54] Fechner, a. a. O., Bd. I, Anm. zu S. 98.

[55] Petrus Petrejus de Erleſunda, Hiſtorien und Bericht von dem Großfürſtenthumb Muſchkow, Leipzig, MDCXX. Jſaak Maſſa, „Een cort verhall etc.“ in Rerum scriptores rossicarum, Bd. II, Moskau 1896.

[56] „. . . merchants, and gentilmen af good account . . .“, Horſey in Bond, a. a. O., S. 194.

[57] Jerome Horſey, 1572—91 als engliſcher Kaufmann in Moskau, urteilte naturgemäß nicht ohne eine gewiſſe ſtändiſche Begrenzung. Der Betrieb von Waſſermühlen deutet auf das Müllerhandwerk hin.

[58] Daß dieſe älteren katholiſchen Familien der Sloboda nicht angehörten und verruſſt ſind, ergibt ſich aus der um 1620 aufgeworfenen Frage nach der Nichtanerkennung ihrer katholiſchen Taufe.

[59] „Ihren Hauptgewinn zogen ſie aus der Erlaubnis, Branntwein, Met und andere Arten Getränk zu verkaufen, wobei ſie auf 100 nicht 10, ſondern 100 gewannen, was unglaublich ſcheinen wird, aber

Am 1. Mai 1576 ſchrieb ein deutſcher Unternehmer, Magnus Pauly, der mit vier Bergleuten nach der „großen Stadt Moskau“ — wie er ſich ausdrückte — gekommen war, an ſeinen Schwiegerſohn in Danzig u. a.: „Wolte Euch gern Deudtlicher ſchreiben, die Zeiten aber geben es dieß mal nicht nach. Eins aber mach (mag) ich Euch auß freuden nicht verhalten (vorenthalten), das der Großfürſt den Deutſchen alhier Jhn der Moscov ein eigen Kirche zugegeben, Vnd nachgelaſſen (erlaubt), daß ſie Die Reine lehre des Evangelij nach der Außburgiſchen Confeſſion, mugen Vben, gebrauchen vnd halten.“[61]

Dieſe erſte deutſch-lutheriſche Kirche in Rußland, deren Gründung entweder in der zweiten Hälfte des Jahres 1575 oder zu Beginn des Jahres 1576 ſtattfand[62], iſt zweifellos innerhalb der Slobode erbaut worden, deren Bewohner dadurch einen feſten Mittelpunkt in ihrem Gemeinſchaftsleben, den die Naleiki-Sloboda nicht beſaß, erhielten. Ob die Beziehungen des Herzogs Magnus zum Zaren den Kirchenbau begünſtigt oder gar veranlaßt haben, läßt ſich mangels ſchlüſſiger Beweiſe nicht entſcheiden; der erſte Paſtor an dieſer Kirche, Joachim Scultetus, war jedenfalls überlieferungsgemäß „Hofprediger des livländiſchen Königs Magnus“[63]. Da uns bekannt iſt, daß Paſtor Wettermann ſelbſt für die Kinder der in verſchiedenen Städten verſprengten Livländer einen behelfsmäßigen Unterricht einrichtete, ſo wird an der Moskauer Kirche ein geordneter Unterricht nicht gefehlt haben[64]. Dagegen ſcheint es vollkommen unwahrſcheinlich, daß in der Sloboda oder anderswo eine zweite lutheriſche Kirche beſtanden hat, wie es aus einer Stelle bei Poſſevin und einer anderen bei Margeret hervorgeht[65]; möglicherweiſe beſtand bereits vor dem Kirchenbau ein Bet- und Schulhaus[66]. Näher-

---

dennoch wahr iſt.“ Dieſes einzeln daſtehende Zeugnis des gegen die lutheriſchen Livländer voreingenommenen Katholiken, Margeret, Estat de l'Empire de Russie et Grande Duché de Moscovie, Paris 1607, S. 30ff., nennt lediglich den „Hauptgewinn“ und bleibt jede weitere Erklärung ſchuldig. Der Jeſuit Poſſevin ſchreibt in ſeinem Commentarius primus ad Gregoriam XIII (1583) ganz allgemein von lutheriſchen Deutſchen, Kalviniſten aus England, die in Moskau Handel treiben:„ Cum authem Lutherani ex Germania et Calviniani reliquique ex Anglia in Moscovia soleant habere commercia. . .“ in Antonii Possevini societabis Jesu Moscovia (Colon.), MDLXXXVII, S. 4.

[60] „Jhr (d. h. der Livländer) Tun und Treiben (war) ein ſo übermütiges und ihre Kleidung eine ſo Koſtbare, daß man ſie für lauter Prinzen und Prinzeſſinnen hätte halten mögen. Wenn ihre Frauen zur Kirche gingen, trugen ſie nichts anderes als Sammt, Atlas, Damaſt und die geringſte wenigſtens Taffet, wenn ſie auch ſonſt nichts mehr beſäß,“ Margeret, a. a. O., S. 30ff.

[61] Fechner, a. a. O., I., S. 89. — Pauly war ein Vertrauter des Herzogs Magnus. Wie bedeutend das Jntereſſe für die Livländer in Moskau war, erſieht man daraus, daß dieſer Brief aus Danzig abſchriftlich an einen Geſchäftsfreund oder den Rat nach Reval geſchickt wurde (befindet ſich im Stadtarchiv zu Reval).

[62] Fechner, ebenda, läßt die Frage offen, während Büſching, Geſchichte der ev.-luth. Gemeinen im Ruſſiſchen Reich, Altona, 1766—67, II, S. 182 ſich für das Jahr 1575 entſcheidet.

[63] Nach einer Eintragung im älteſten Kirchenbuch der St. Michaelis-Gemeinde zu Moskau „hat (Scultetus) das Evangelium verkündet auf den Jnſeln Dagö und Öſel, darauf zu Nowgorod (Neapoli Russorum), Moskau und Kaſan, er ſtarb 1587“. Vgl. Fechner, a. a. O., II, S. 443. Starb nach Büſching, a. a. O., I, S. 4 auf „einer Amtsreiſe in Kaſan oder Niſchny-Nowgorod“.

[64] „Der Kirchenbau im Jahre 1575 oder 1576 ſetzte bereits eine Gemeinde voraus und wo eine Gemeinde beſtand, kann eine Schule, wenn auch in ſchlichteſter Geſtalt, nicht gefehlt haben,“ Fr. Veh, Über die St. Michaelis-Kirchenſchule in Fechner, a. a. O., II, S. 410.

[65] Poſſevin, a. a. O., S. 4: „Cum autem Lutherani . . . in Moscovia soleant habere commercia, hi jam diu duo templa obtinuerat . . . Princeps ante biennium . . . concessa illis duo templat comburi mandavit . . .“ und Margeret, a. a. O., S. 30. „Les Livoniens . . . obtinrent deux Temples dedans la ville de Mosco, y faisans exercice publie . . .“ Fechner, a. a. O., Anm. zu S. 98 vermutet, daß M. einfach bei P. abgeſchrieben hat.

[66] Lemmerich interpretiert Margeret in der Weiſe, daß er ein „altes Bethaus“ und eine „ordentliche Kirche“ vermutet. Vgl. Lemmerich, Geſchichte der ev.-luth. Gemeinde St. Petri in St. Petersburg, 1862, I, S. 19.

liegend iſt die Vermutung, daß engliſche und holländiſche Kaufleute — vielleicht auch einzelne Katholiken wie im 17. Jahrhundert — die Gottesdienſte in der deutſch-lutheriſchen Kirche beſuchten und ihre Kinder taufen ließen [67].

Die Sloboda muß in ihrem äußeren Siedlungsbild unverkennbar deutſche Züge getragen haben; um 1600 ſoll ſie bereits einer kleinen deutſchen Stadt geglichen haben. Die livländiſchen Gefangenen ſchufen ſich — ſoweit möglich — eine an die Heimat erinnernde Umgebung, die nach Buſſow „luſtig" (hübſch) war [68]. Die zwei überlieferten Straßennamen — Narvaſche und Dorpater [69] — deuten auf die Heimatſtädte der Bewohner hin. Die einſtöckigen Holzhäuſer der Siedlung werden bis an das Jauſaufer geſtanden haben; auf dem Fluſſe waren — erſtmalig in Rußland — Waſſermühlen errichtet [70]. Auf einigen Höfen werden ſich vielleicht jene von Petrejus bezeugten Steinkeller befunden haben, in denen der wertvollſte Beſitz vor der Feuersgefahr Schutz fand [71]. Die „höltzerne Kirche, darinnen die reine Lutheriſche Lehre von ihrem eigenen Prediger wird gelehret vnd gepredigt" [72] und der Friedhof befanden ſich ſcheinbar am Rande der Sloboda, an dem gleichen Orte, an dem ſpäter die St. Michaelis-Kirche errichtet würde [73]. Nach Horſey erwarben die Livländer in kurzer Zeit „die Gunſt, das Vertrauen und die Liebe der Ruſſen; ſie lebten geſittet, aber in Kummer und Trauer über den ſchweren Verluſt ihrer Güter, Freunde und ihres Vaterlandes" [74].

Allein in dem freundſchaftlichen Verhältnis zwiſchen Ivan IV. und den in ſeinen Dienſten ſtehenden Deutſchen trat bereits Anfang der 70er Jahre ein Wandel ein. Alle Verſuche des Herzogs Magnus, ſich in Livland feſtzuſetzen, ſchlugen fehl. Taube und Kruſe, die den Herzog zu einem mißglückten Anſchlag auf Reval (1571) überredet hatten, flüchteten danach in das polniſche Lager. Aber ihr Verſuch, Dorpat für Polen zu gewinnen, der ebenſo erfolglos blieb, gab der ruſſiſchen Beſatzung den Anlaß zu einer dreitägigen Niedermetzelung der Deutſchen in Dorpat. Oderborn berichtet: „Der anderen Deutſchen vnzeitiger Abſchied aus der Muſchkaw (gemeint iſt die Flucht Taubes und Kruſes) hat die armen Livländer viel Blut gekoſtet (das ich auffs gelindeſte davon rede). Denn es verdroß den Tyrannen mechtig ſehr, das ſie jhn betrogen hetten, in dem ſie vnterm vergeblichen Schein großer Thugenden, jhr jnnerlich betrieglich Gemüth fein ſubtil vnd artlich verborgen, Jhme mit höchſtem vndank trewloß worden weren. Hierüber ward er viel argwöhniger als zuvor, vnd wüteriſcher, Alſo, das er den Deutſchen (die er bißher wohlgehalten) in Kriegß vnd friedßſachen nicht mehr ſo viel, als zuvorn trawete, vnd ſie, zu Derpt, vnd an anderen Orthen mehr, jemmerlich niederhawen ließ." [74]

---

[67] Horſey, a. a. O., behauptet die Erlaubnis zum Kirchenbau erlangt zu haben, was Fechner, a. a. O., I, S. 92 bezweifelt. Dieſe Behauptung könnte immerhin als Hinweis für den Kirchenbeſuch der Engländer gelten.

[68] K. Buſſow in „Relatio", Rerum scriptores rossicarum, I, S. 8. — Konrad B., der aus dem Lüneburgiſchen 1569 nach Livland auswanderte, wechſelte aus polniſchen in den ſchwediſchen und 1601 in den ruſſiſchen Dienſt. In Moskau brachte er es zu bedeutendem Wohlſtande, ſeine Tochter heiratete den Paſtor Martin Beer. 1611 kehrte er nach Riga zurück, wo er ſeinen Bericht verfaßte; er ſtarb in Lübeck 1617. Vgl. Fechner, a. a. O., II, S. 360—66.

[69] Vgl. G. Schmidt, Johannes Boch in Moskau im Jahre 1578 in Ruſſiſche Revue, St. Petersburg, 1887, III, S. 333; Zvetaev, a. a. O., S. 241.

[70] Vgl. Petrejus, a. a. O., S. 3. Nach polniſchem Zeugnis (Nemoewſky) beſtand die Siedlung aus etwa 150 Häuſern mit den dazugehörigen ruſſiſchen Badehütten (černyje izby, ohne Schornſtein). Auf der Jauſa, hinter den hölzernen Zäunen der Slobode, hätten die Waſſermühlen geſtanden. Vgl. Platonov, a. a. O., S. 35.

[71] Ebenda. Petrejus weiſt darauf hin, daß die reichen Ruſſen dieſe Einrichtung „vor einigen Jahren erſt von den Ausländern, die in Moskau u. a. Städten ihr Handwerk und Handel betreiben", kennengelernt hätten.

[72] Petrejus, a. a. O., S. 251. Über die Lage des zweiten deutſchen Friedhofs vgl. Fechner, a. a. O., I, S. 281 und II, S. 677.

[73] Ein im Archiv der St. Michaelis-Gemeinde vorhanden geweſenes Schriftſtück vom Jahre 1684 beſagt, daß die — bis 1928 am Ende der Voſkreſenskaja-Straße ſtehende — Kirche „auf dem uralten Platze" erbaut werden ſollte. Fechner, a. a. O., II, S. 365.

[74] Oderborn, a. a. O., Blatt DD.

In einem Brief an Herzog Magnus, der 1573 in Novgorod ein Nichte des Zaren ehelichte, ſchrieb Ivan IV.: „Taube und Kruſe, denen wir gegeben haben, was ſie begehreten, ſind von uns gewichen; Jürgen Fahrensbach und Hans Wachtmeiſter, die wir hochgeſtellt, haben uns verlaſſen. Obwohl Ihr eines großen Herrn Sohn ſeid und wir wiſſen, daß ſolche eine Zuſage beſſer halten, als die ſo aus dem Haufen ſind, ſo bedenken wir doch, daß Ihr ein Menſch bleibt.“ [75] Das Königtum des Magnus war für den Zaren nicht mehr und nicht weniger als eine Variante ſeines livländiſchen Eroberungsplanes: ein proteſtantiſcher Vaſallenkönig hätte unter Umſtänden die Widerſtandskraft des ruſſenfeindlichen Landes beſeitigen können. Da aber die Herrſchaft des Scheinkönigs auf Oberpahlen beſchränkt blieb, entzog ihm Ivan IV. allmählich ſeine Unterſtützung. Als um 1580 die letzten Poſitionen der Ruſſen in Livland zu wanken begannen, trat Magnus bedenkenlos zu dem ſiegreichen Polenkönig Stephan Batory über und half den Polen, Livland endgültig den Ruſſen zu entreißen.

Schon im Jahre 1573 ſah ſich Ivan IV. zu der Äußerung veranlaßt: „Die Deutſchen halten mir wenig Farbe.“ [76] Seine perſönlichen Enttäuſchungen und militäriſchen Niederlagen führten zu einer Verſchlechterung der Lage der kriegsgefangenen Livländer. Nicht nur bei militäriſchen Unternehmungen — wie in Dorpat oder bei dem Einfall in die Wiek — wurde ſchonungsloſer vorgegangen, ſondern die bereits in Rußland anſäſſigen Livländer büßten ihre Vorzugsſtellung ein. Vermutlich unter dem unmittelbaren Eindruck des Verrats des Herzogs Magnus gab Zar Ivan im Dezember 1580 den Befehl zur Zerſtörung der deutſchen Sloboda [77]. Über dieſen Pogrom liegen fünf verſchiedene, in der Darſtellung der Einzelheiten voneinander ſtark abweichende Berichte vor, nämlich von Oderborn, Margeret, Horſey, Petrejus und Boch. Oderborns kompilatoriſcher Bericht enthält zwei zeitlich auseinanderliegende Ereigniſſe, die ſich wohl beide auf den Pogrom von 1580 beziehen. Im Anſchluß an die Schilderung des Dorpater Blutbades nach der Flucht von Taube und Kruſe (1571) heißt es wörtlich: „Diejenigen Deutſchen, welche in Moskau wohnten, ſtrafte er (der Zar) ſofort durch gänzliche Beraubung ihrer Güter dermaßen, daß ſie an aller Hoffnung auf ein Leben in geachteter Stellung verzweifelten und von Todesfurcht aufs Heftigſte gequält wurden“ [78]. Unter dem Jahre 1578 erzählte aber Oderborn über das Martyrium von 378 Kriegsgefangenen, die meiſtens aus Wenden, Oberpahlen und Kokenhuſen ſtammten. Mit der Frage, ob ſie heimzukehren wünſchen, hätte er ſie mit Hoffnung erfüllt, um ſie dann wegen ſeiner und ſeines Landes Geringſchätzung den entſetzlichſten Qualen preiszugeben. Geiſtliche Lieder ſingend ſeien aber ſelbſt Frauen ſtandhaft in den Tod gegangen [79]. Bemüht ſich Oderborn ſeine Landsleute als Blutzeugen der neuen Glaubensbewegung darzuſtellen, ſo tritt bei dem Franzoſen Margeret deſſen unduldſame gegenreformatoriſche Geſinnung zutage. „Endlich aber wurden (den Livländer) um ihres Stolzes und ihrer Eitelkeit willen auf Befehl (des Zaren) ihre eben erwähnten Kirchen niedergeriſſen, alle ihre Häuſer geplündert, ſie ſelbſt ohne Rückſicht auf Alter oder Geſchlecht, dazu im Winter, bis zur Nacktheit wie im Augenblicke ihrer Geburt entblößt.“ [80]. Sachlich ſcheint der Engländer Horſey am genaueſten unterrichtet geweſen zu ſein: „In jener Zeit (während ſeiner Abweſenheit von 1580 auf 1581) fielen beim Zaren in Ungnade auch die Deutſchen oder Livländer, welche er mit ihren Frauen, Kindern und Familien außerhalb der Stadt Moskau angeſiedelt; es waren Kaufleute aus Narva und Dorpat und Edelleute von guter Herkunft, denen er dort Religionsfreiheit und eine Kirche gewährt hatte. In einer Nacht ließ er ſie von 1000 Leibwächtern ausplündern und berauben; ſie wurden gänzlich entblößt, junge und alte Frauen barbariſcherweiſe geſchändet, die jüngſten und ſchönſten Jungfrauen weggeführt ... Einige entflohen in das engliſche Haus (auf der Varvarka), wo man ſie verbarg, bekleidete und rettete, auf die Gefahr hin, dadurch den Unwillen des Zaren auf ſich zu lenken."[81] Peter Petrejus wiederholt im allgemeinen den Martyrium-Bericht Oderborns von der Maſſenhinrichtung der 378 Gefangenen „aus Livland und Litauen" (!) im Jahre 1578 und beſchreibt ausführlich die Schändung und Peinigung der unſchuldigen Gefangenen. Über den Neglinnaja-Fluß hätte man Brücken geſchlagen, auf denen die Opfer gefoltert und dann mit zerſchlagenen Gliedern ins Waſſer geſtoßen wurden. Einen ganzen Tag hätte der Zar mit ſeinen beiden Söhnen den furchtbaren Qualen, die von Männern, Frauen und Mädchen ſtandhaft ertragen wurden, zugeſehen. Feodor, der jüngſte Sohn und einige Bojaren kehrten allerdings — von Mitleid übermannt — früher in die Stadt zurück[82]. Der Jeſuit Poſſevin bemerkt in ſeinem Schreiben an den Papſt (1581): „Vor zwei Jahren befahl der Großfürſt ... die ihren (den Lutheranern und Kalviniſten) zugeſtandenen zwei Kirchen zu verbrennen; ſo treiben ſie nun ihr Weſen heimlich in Badſtuben."[83] Aus der Schilderung des Augenzeugen Johannes Bochs[84] ergeben ſich noch folgende Details: Ganz unerwartet wurden die Narvaer und Dorpater Viertel der Sloboda (sloboda, sic illum tractum civitatis vocant, qui opidi utriusque civibus universis indolendus datus erat) von einer zahlreichen bewaffneten Schar überfallen. Der Zar ritt zwiſchen ſeinen beiden Söhnen und Bojaren, die alle ſchwarz gekleidet (Opričnina-Sitte) waren und befahl dem Herold zu rufen: „raubt, aber tötet nicht" (spoliate, sed ne caedite), worauf die Schar in die Häuſer drang. Die Plünderung lockte allerlei Geſindel herbei. Alles wurde geraubt, ſogar die Kleider wurden den Menſchen vom Leibe geriſſen. Die nackten Bewohner liefen in der grimmigen Kälte hin und her, ſuchten ſich zu verſtecken oder zu flüchten. Wer in die Hände der Plünderer geriet, wurde geſchlagen. Die Plünderung hätte die ganze Nacht gedauert. Die Beraubten hätten allein die Ruſſen beſchuldigt, die ſie um den durch ehrliche Arbeit erworbenen Reichtum beneidet und beim Zaren verleumdet hätten[85].

---

[75] v. Buſſe, a. a. O., S. 77.

[76] Gegenüber dem mecklenburgiſchen Geſandten Dr. Zacharias Vheling. Vgl. v. Buſſe, a. a. O., S. 77. — Die deutſche techniſche Meiſterſchaft ſchätzte er dagegen nach wie vor. Dem Geſandten Maximilian I. Kobenzel von Proſſeg erklärte er 1576 bei einem Empfang in Možaiſk, es wäre ihm lieb, wenn der Kaiſer ihm: „ain Pawmeiſter ſo Kirchen vnd Schloſſer woll (gut) pauen vnd mauern, Item (desgleichen) ein Platner ſo guete harniſch ſchlagen khündte, Mer (außerdem noch) ain etliche guete khurze ſtarkhe ſchöne Püxen zuekohmen ließ. Die Maiſter möchten wann es Inen gefellig, wider nach Hauß ziehen“. Adelung, I, S. 295ff.

[77] P. Althauſen, a. a. O., wies als erſter auf den urſprünglichen Zuſammenhang zwiſchen Magnuſſens Abfall und dem Moskauer Pogrom hin. In der Zeitangabe ſtehen Oderborn-Boch-Petrejus (1578) und Horſey-Margeret (1580) einander gegenüber. Nach G. Schmids Auffaſſung, a. a. O., S. 336, entſcheidet Bochs Datierung für Oderborn, obwohl er zugibt, daß auch Horſey — der von ſeinen Landsleuten gut unterrichtet wurde — Recht haben könne und vermutet eine Wiederholung des Vorgangs im Jahre 1580. Dafür fehlt aber jeder Anhaltspunkt.

[78] Oderborn, a. a. O., Blatt DD, Fechner, a. a. O., I, S. 94.

[79] Ebenda. [80] Margeret, a. a. O., S. 30ff.

---

[81] Horſey, a. a. O., S. 194.

[82] Petrejus, a. a. O., S. 129.

[83] Poſſevin, a. a. O., S. 4. Zum Siedlungsbild der Sloboda haben anſcheinend die in jedem ruſſiſchen Bauern (oder auch ſtädtiſchen) Hof befindlichen Badeſtuben gehört. Vgl. Anm. 70.

[84] Die überaus intereſſante aber wenig beachtete Aufzeichnung J. Bochs (vgl. G. Schmid, a. a. O.), des nachmaligen Stadtſchreibers von Antwerpen, befindet ſich im 2. Band ſeiner Pſalmen-Umdichtung (... Psalmorum Davidis parodia heroica ... Eiusdem variae in Psalmos Observationes physicae ethicae, politicae, et historicae. Antwerpiae ... MDCVIII). Johannes Boch (1555—1609, aus Brüſſel, ein Zögling der Jeſuiten, verkehrte in Rom im Kreiſe des Kardinals Radziwills, des Trägers der Gegenreformation in Livland. Als 23jähriger Jüngling gelangte er — vermutlich im Auftrage der katholiſchen Kirche — aus Livland nach Moskau, wo er halberfroren von einem Verwandten „einem deutſchen Edelmann aus der Lauſitz" aufgenommen und gepflegt wurde. B. ließ ſich dann im Schlitten zu einem Freunde „einem Lübecker Bürger bringen, der etliche Jahre zuvor mit den Einwohnern von Narva aus Livland in jene Anſiedlung (colonia) weggeführt worden war, die Johannes Baſilides ... denſelben in Moskau zum Wohnort angewieſen hatte ..." In der Sloboda wurde er Zeuge und Leidtragender des Pogroms. B. verſchweigt mehr als er ausſagt und erwähnt die Plünderungs-Epiſode nur beiläufig.

[85] Vgl. G. Schmidt, a. a. O., S. 333ff., Zvetaev, a. a. O., S. 241. — „Die Moskowiter hegen gegen die Deutſchen (zu denen auch die Livländer gehören) einen beſtändigen Haß; da ſie dieſe, obzwar in Anſiedlungen und gleichſam in einen Wohnort der Sklaverei weggeführt, dennoch reich werden ſehen, nämlich in Folge ihrer angeborenen Arbeitſamkeit und Tätigkeit, ſo plagte ſie der Neid und es wurden vom Volke zahlreiche Klagen vor die Geiſtlichkeit ... gebracht: die gefangenen Livländer nehmen zu an Reichtum zum Nachteile der Moskowiter; und als Grund ſchützten ſie vor jene Freiheit, wonach es den Livländern und Deutſchen vom Fürſten geſtattet iſt, Bier, Honigwaſſer oder Met und jenen Trank, den ſie Lebenswaſſer (aqua vitae) nennen, zu verkaufen, dahingegen den Moskowitern dieſes ohne eine beſondere Genehmigung desſelben gänzlich unterſagt wird. (Der Metropolit) ... bringt die Sache

Der eigentliche Kern des Ereigniſſes wird folgender geweſen ſein: als dem jähzornigen Zaren Magnus' Abfall bekannt wurde, ließ er ſich zu einem Racheakt hinreißen, deſſen Sinnloſigkeit er bald genug einſah. Die Kirche (und das Bethaus?) wurden von den Strel'zy niedergeriſſen — oder was naheliegender iſt, niedergebrannt — die Häuſer geplündert und deren Bewohner völlig beraubt und geſchändet. Die von Oderborn und Petrejus geſchilderten blutigen Greuel haben — wenn überhaupt — zu einem anderen Zeitpunkt und außerhalb der Sloboda (vielleicht hat es ſich tatſächlich um einen neuangekommenen Gefangenentransport gehandelt) ſtattgehabt.

Allein von dieſem Pogrom hat ſich die Sloboda in kürzeſter Zeit wieder erholt, da er einem Stimmungs-, und nicht einem Sinneswandel des Zaren entſprungen war und keinerlei Entrechtung der Livländer nach ſich zog[86]. Ob die Gottesdienſte und der Schulunterricht bis zur Erbauung der neuen Kirche (1602) in einem Bethaus oder in Badeſtuben — allerdings nicht heimlich, wie Poſſerin behauptet — ſtattfand, kann mangels eindeutiger Belege nicht entſchieden werden.

1582 ging die zwanzigjährige Ruſſenherrſchaft in Oſtlivland endgültig zu Ende. Die Polen drangen unter Stephan Batory erfolgreich vor und bedrohten Pleskau. Jvan IV. erklärte ſich bereit, Friedensverhandlungen zu führen. Als Vermittler traf in Moskau der päpſtliche Legat Antonio Poſſevin ein. In der Frage des Austauſches der Kriegsgefangenen wurde keine Einigung erzielt, da die Polen an dem Schickſal der lutheriſchen Livländer nicht intereſſiert und — wie ſich Poſſevin ausdrückte — „Livland an ſolchen Ketzern Überfluß habe"[87]. In einer religiöſen Ausſprache mit dem Zaren erwähnte Poſſevin auch die Lutheraner „die in einigen Überbleibſeln der Livländer der Zar hier dulde"[88]. Über den geheimen Zweck der Miſſion Poſſevins unterrichten uns ſeine vergeblichen Bemühungen, den Zaren zu dem Entſchluß zu bewegen, daß er die „giftigen lutheriſchen Magiſter", die weder die Mutter Gottes, noch die Heiligen verehren, vertreibe und nur Katholiken Prieſter und eine Kirche gewähre[89]. Die Antwort Jvans IV. war kurz und aufſchlußreich: „In unſerem Reiche leben viele Andersgläubige und wir belaſſen ſie bei ihrer Überzeugung, nur dürfen ſie dieſelbe unter unſerm Volke nicht verbreiten."[90]

Dieſe Äußerung Jvans IV., der grundſätzlich alle religiöſen Kontroverſen in eigener Perſon zu entſcheiden beſtrebt war, bringt uns dem Fragenkreis näher, der mit der Entſtehung eines deutſch-lutheriſchen Gemeindeweſens zuſammenhängt. Die unabläſſigen Bemühungen Roms, eine Wiedervereinigung mit der Oſtkirche zu erreichen, brauchen nicht im einzelnen geſchildert zu werden. Es genügt darauf hinzuweiſen, daß die ſog. Florentiner Union von 1439 nicht zu einer Überbrückung, ſondern zu einer Vertiefung der dogmatiſchen Spaltung führte. Das Mißtrauen des Moskauer Patriarchen und der Regierung gegenüber allen Katholiken zeigte ſich in der Abſonderung und Überwachung jedes Reiſenden. Die päpſtlichen Sendſchreiben, die ſeit dem Vordringen der Reformation häufiger wurden, blieben unbeantwortet[91]. Nicht anders erging es den proteſtantiſchen Miſſionsverſuchen. So nahm Jvan IV. 1552 von der Einrichtung einer Buchdruckerei Abſtand, weil König Chriſtian III. von Dänemark damit die Verbreitung der evangeliſchen Lehre in Rußland verknüpfte, dabei machte ſich wahrſcheinlich der Einfluß des gelehrten Griechen Maxim geltend, der Schriften über Luthers Häreſie abfaßte[92]. 1570 traf zu Waffenſtillſtandsverhandlungen eine polniſche Geſandtſchaft in Moskau

---

Waſſiljewitſch mit Übertreibung: die Kriegerſchaft (militia) nämlich werde durch die Deutſchen verderbtet und von Mitteln entblößet, ſo daß, wenn man auf einen Kriegszug mit den Fürſten ziehen müſſe, ſie ſich Roſſe und Waffen nicht anſchaffen könnten, da ſie das benötigte Geld in den Häuſern und Schenken der Deutſchen aufgezehrt hätten. Dieſe Verleumdung gefiel dem Fürſten . . . und damit er den Forderungen der Seinigen ein Genüge tue, übrließ er die Deutſchen zur Beute und Ausplünderung."

[86] Vgl. Zvetaev, a. a. O., S. 243. Das Branntweinmonopol blieb beſtehen und entſchädigte für die Verluſte.

[87] v. Richter, a. a. O., II 1, S. 73. [88] Poſſevin, a. a. O., S. 33ff. [89] Ebenda.

[90] S. Solov'ev, Jſtorija Roſſii, Bd. 6, S. 394.

[91] Z. B. die 1581 von dem Venezianer Giovanni Ginaldo überbrachte Zuſchrift des Papſtes Pius IV. Vgl. Historica Russiae Monumenta, I, Nr. CXL.

[92] Fechner, a. a. O., I, S. 20—23; Solov'er, a. a. O., Bd. 7, S. 228.

ein, unter deren evangeliſchen Mitgliedern ſich der Tſcheche Johannes Rokyta befand, mit dem der Zar eine öffentliche Ausſprache über die lutheriſche Lehre hatte. In der Abſchiedsaudienz übergab Ivan IV. eine Gegenſchrift, die von einer äußerſt oberflächlichen, an den Buchſtaben gebundenen Auffaſſung zeugt, die in dem Satz gipfelt, Luther wäre ein „grimmiger, greulicher Menſch geweſen, was ſchon ſein Name beſage (ljutyj = grimmig)“[93]. Die Ankunft und der Aufenthalt in Moskau des proteſtantiſchen Herzogs Magnus mit einem Gefolge von etwa 200 Mann, unter denen ſich die Prediger Chriſtian Schrapfer und Chriſtian Bockhorn befanden, verſtärkte naturgemäß Ivans IV. Intereſſe an der romfeindlichen Lehre. Bockborn erhielt ſogar von ihm koſtbare Kleider und eine goldene Kette nach wiederholten religiöſen Geſprächen[94]. Während des Aufenthalts von Poſſevin in Moskau überreichten engliſche Kaufleute dem Zaren eine Schrift, die den Papſt als den Antichriſt darſtellte und auf die eine Entgegnung mit einer Warnung gegen die „deren Samen hier nicht fehlt“ erfolgt iſt[95]. Kurz vor ſeinem Tode (18. März 1584) erkundigte ſich Ivan IV. nach den Hauptlehren des anglikaniſchen Bekenntniſſes — wahrſcheinlich im Zuſammenhang mit ſeinen engliſchen Heiratsplänen — und ſoll von der Freilaſſung der livländiſch-deutſchen Kriegsgefangenen geſprochen haben[96].

Dieſer vermeintlichen Duldſamkeit gegenüber dem Proteſtantismus, die Ivan IV. ſelbſt in den Bau einer Kirche einwilligen ließ, lagen nüchterne religiöſe und politiſche Überlegungen zugrunde. Bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts wurden die Einwanderer aus dem Weſten, dem „lateiniſchen Lande“, unterſchiedslos als „Lateiner“ und „Ausländer“ (inozemzy) bezeichnet, denen ſich die Ruſſen als rechtgläubige „Chriſten“ gegenüberſtellten. Mit dem Zunehmen der Schweden und livländiſchen Kriegsgefangenen in Moskau bemerkte man jedoch die nationale und konfeſſionelle Unterſchiedlichkeit zwiſchen den „Deutſchen“ (nemzy), „Lutheranern“ (ljutery) und den „Römern“, „Papiſten“ (papežniki)[97]. Hinſichtlich der Beziehungen zu den Proteſtanten beſtand weder eine Tradition, noch irgendein hiſtoriſcher Präzedenzfall; außerdem ſchien der Abſtand zu der neuen „häretiſchen“ Lehre ſo gewaltig zu ſein, daß nicht die geringſte Gefahr einer Beeinfluſſung der ruſſiſchen Bevölkerung beſtand[98].

Die ruſſiſchen Volksmaſſen beſaßen bis Anfang des 17. Jahrhunderts weder ein nationales noch ein religiöſes Selbſtbewußtſein; ſie befanden ſich noch auf der Stufe primitiver Indifferenz, die allerdings nicht in einer angeborenen Duldſamkeit, ſondern in dem völligen Fehlen von äußeren Eindrücken, die nationale Reizbarkeit erzeugen, begründet war. Dieſes Verhältnis änderte ſich naturgemäß, als ſich ſolche Eindrücke in der Zeit der Wirren häuften und ſchließlich zu der Volkserhebung gegen das polniſche Vordringen von 1613 führten[99].

Auch fehlte dem Proteſtantismus jener zentral gelenkte Miſſionswille, der in dem Katholizismus durch den Papſt und die Jeſuiten verkörpert wurde. Als Religion des benachbarten feindlichen Polens war der Katholizismus politiſch nicht ungefährlich, während ſich Schweden und Livland eher als Bundesgenoſſen gegen Polen eigneten. Demzufolge geſtalteten ſich die politiſchen, wirtſchaftlichen und kulturellen Beziehungen des Moskauer Staates zu dem proteſtantiſchen Nordweſten reibungsloſer und enger als zu dem katholiſchen Südweſten[100].

---

[93] Fechner, a. a. O., I, S. 29, Oderborn, a. a. O., Blatt E, F.

[94] Oderborn, a. a. O., Blatt F III: „(der Zar) bekandte frey, das D. Luthers Lehre der Wahrheit ſehr gemeß vnd das ſolche Lehre wol zu leiden were, Wenn er allein mit ſeiner hefftigen beredſamkeit, damit alleine den Bapſt angegriffen, die alte Kirchenordnungen vnd Ceremonien nicht vmbgekehret vnd verendert, vnd ſeinen Verſtandt der hlg. Schrift, mit abfall von der Kirchen, vnd ablegung der Kappen (Mönchskappe) Vnd mit dem, das er eine außgelauffene Nonne gefreyet, nicht beſchmitzet vnd beflecket hatte.“

[95] Poſſevin, a. a. O., S. 37, 96. [96] Fechner, a. a. O., I, S. 106. [97] Zvetaev, a. a. O., S. 1ff.

[98] Miljukov, a. a. O., S. 126, Zvetaev, a. a. O., S. 4, 8. und Nečaev, a. a. O., S. 38 ſchließen jeden Einfluß des Proteſtantismus aus. Nečaev gelangt ſogar zu der Feſtſtellung, daß „das niedrige Niveau des religiöſen Bewußtſeins der Ruſſen der Propagierung europäiſcher Bekenntniſſe unüberwindliche Schwierigkeiten bereitete“. Dagegen unternahm Ivan Sokolov in einem groß angelegten Buch „Otnošenije protestantizma k Rossii v 16 i 17 vekach“, Moskau 1880 den Verſuch einen von den Panſlawiſten gewünſchten Beweis für das Vorhandenſein einer proteſtantiſchen religiöſen Propaganda zu erbringen.

[99] Vgl. Miljukov, a. a. O., S. 132. [100] Zvetaev, a. a. O., S. 4.

Die Proteſtanten entſprachen am eheſten dem Ausländertypus, den ſich Moskau wünſchte: „der Ausländer muß die praktiſchen Bedürfniſſe des Landes befriedigen, ohne ſeinen Grundlagen und Traditionen zu ſchaden“ [101]. Für die Beſtimmung der Rechtslage der Ausländer war einzig und allein der Schutz der Orthodoxie vor fremden Eingriffen ausſchlaggebend. Während der livländiſchen Feldzüge wird Ivan IV. andrerſeits erkannt haben, wie wichtig für die Eingewöhnung der Kriegsgefangenen das Beſtehen einer eigenen Kirchengemeinde iſt [102]. Die Konzeſſionierung des Kirchenbaues erfolgte überdies nicht auf Grund einer rechtlichen Beſtimmung, ſondern als perſönliche, zu nichts verpflichtende Gnadenbezeugung des Zaren. Darin iſt die wechſelvolle Geſchichte der deutſch-lutheriſchen Kirche im Moskauer Staate begründet.

Unter Ivans IV. frömmelnden Sohn Feodor Ivanovič (1584—1598) kehrte ein Teil der Kriegsgefangenen nach Livland zurück. In ſeinen Dienſten ſtanden bereits 5000 ausländiſche Soldaten. Oderborn ſchrieb (1585), daß im Vergleich zu der früheren Lage, die ihnen noch im lebhaften Andenken ſtehe „haben jetziger Zeit die Deutſchen, die noch in der Moſchkaw wohnen, gar gute Zeit, vnd gehaben ſich ſehr wol, Vnd über das, daß ſie Reich vnd Vermögendt, vnd alles genug haben, So haben ſie auch die Freiheit erlanget, das ſie die Evangeliſche oder Lutheriſche Lehre, vnd einen Deutſchen Prediger aus Düringen (Thüringen) bürtig halten mögen, Derſelbe predigt ihnen in einer großen Höltzern Kirche offentlich, vnd lehret die Deutſchen Gottes Wort (qui in magna quadam domo lignea cives Germaniae nationis pietatem docere solet)“ [103]. Bei dem „magna quadam domo“ wird es ſich in jedem Fall um ein geräumiges Bethaus gehandelt haben, da vor 1601 keine neue Kirche erbaut worden iſt. Über den Prediger aus Thüringen, der ſcheinbar ein Nachfolger des Scultetus war, iſt nichts bekannt [104].

Als unter den Moskauer Vertretern der engliſchen Handelskompagnie, die den Rußlandhandel ſo gut wie monopoliſiert hatte, Zerwürfniſſe entſtanden und Horſey, des allmächtigen Godunovs Vertrauter, 1587 nach England ging, ſoll er die Begnadigung jener Livländer, die unter Ivan IV. in Ungnade gefallen und in Nižnij Novgorod ein kümmerliches Leben friſteten, durchgeſetzt haben [105]. Vielleicht beziehen ſich dieſe angeblichen Bemühungen Horſeys auf die Eröffnung einer Kirche und Schule in Nižnij Novgorod im Jahre 1594. Dem engliſchen Geſandten Dr. Fletcher, der 1588 zur Regelung der Horſeyaffäre in Moskau eintraf und Religionsfreiheit für die engliſchen Kaufleute beantragte, ließ Feodor ein ähnliches Toleranzverſprechen wie ſein Vater geben: „Unſer Monarch kümmert ſich um ihren Glauben nicht; Leute vieler verſchiedener Bekenntniſſe wohnen in unſerem Reiche; niemand befiehlt er von ſeinem Glauben abzubringen, ein Jeder lebt ſeinem Glauben gemäß [106]. In ſeinem Buche über Rußland beſtätigt Fletcher dieſe religiöſe Duldſamkeit, bemerkt aber von den livländiſchen Kriegsgefangenen, daß ihrer viele ſich zum zweiten Male nach ruſſiſchem Ritus taufen ließen, um mehr Bewegungsfreiheit und jene Unterſtützung zu erlangen, die von dem Zaren in dieſem Falle gewährt werde [107].

Daß aber Feodor jede Möglichkeit eines Verkehrs zwiſchen Fremdgläubigen und Rechtsgläubigen ängſtlich unterband, geht aus einer Urkunde vom Juli 1593 hervor, in der den Ruſſen unter Tataren und Deutſchen zu leben und zu dienen verboten wurde [108]. In der ruſſiſchen Oberſchicht machte ſich dagegen des Beſtreben bemerkbar, einen Einblick in die europäiſche Denk- und Weſensart zu gewinnen. So berichtet der Holländer Iſaak Maſſa (1596) von Zuſammenkünften des zariſchen Schwagers und Beraters mit ausländiſchen Ärzten auf ſeinem an der Moskva gelegenen Landſitz Choroſ̌evo (Serebrjannyj bor)[109].

---

[101] Ebenda, S. 3. [102] Ebenda, S. 6, 44.

[103] Oderborn, a. a. O., Blatt DD. Fechner, a. a. O., I, S. 107, wagt nicht zu entſcheiden, ob O. mit dem Wort „domus“ eine Kirche, wie Räthel überſetzt oder nur ein großes Gebäude (Lemmerich, I, S. 8) gemeint hat. Die Zerſtörung des Kirchengebäudes von 1575/76 unterliegt jedoch keinem Zweifel, zumal 1601 ausdrücklich von einem Neubau die Rede iſt.

[104] Fechner hat dieſen Unbekannten in ſeinem Verzeichnis (a. a. O., II, S. 444) nicht erwähnt. Vielleicht war es jener „Johannes“, deſſen Familienname unbekannt iſt und der um 1597 genannt wird.

[105] Horſey, a. a. O., S. 229.

[106] S. Solov'er, Bd. 7, S. 314—15.

[107] Fletcher, Of the Rvsse Common Wealth . . . London, 1591, S. 48. — Dem Kaiſerlichen Geſandten Niklas v. Warkotſch war bei ſeinem Aufenthalt in Moskau (1593) als Dolmetſcher ein „Ifflendter“ (Livländer) „Jöry Meinerts“ (Georg) beigeordnet; aus dem Lande wurde er von einem anderen Livländer „Jöry von Ohln“ (Jürgen von Ahlen) begleitet. Vgl. Adelung, I, S. 416.

[108] Akty archeografičeskoj Kommissii, Bd. I, Nr. 358, S. 436.

Gleich nach ſeinem Regierungsantritt (1598) bezeugte Zar Boris Godunov ſeine Sympathie allen in Rußland anſäſſigen Ausländern, denen gegenüber ſich ſein Vorgänger ebenſo gleichgültig wie das Volk verhielt. Der kaiſerliche Bote Michael Schiele berichtet in ſeiner „Relation“: „Der Großfürſt hatt alle außländer, Inſonderheit aber die Teutſchen, welche vor etlich Jahren in die wilden örter verſchickt geweſen, wiederumb entledigt vnd befreit, hatt Ihnen freiwillig heimbgeſtellt, welche Luſt haben in die Stadt Moscau zu kommen vnd daſelbſten zue wohnen oder ſich gar auß dem Landt zu begeben, der mag es thuen. Welcher vnter den Teutſchen vnvermögend vnd vnbeguetert, leſt er nach anſehung vnd gelegenheit der Perſon einen zue Zwey, Drey, Vier, fünff vnd zum höchſten 10 tauſend Rubel, d. i. 30 000 Taller auß des Großfürſten Schaz 6 Jahr lang ohne intereſſe verleiten vnd ihren Nutzen damit ſchaffen, Die armen Wittib vnd Waißen mit geldt vnd Kleidung verſorgen daß ſie ſich erhalten können...“[110] Ähnliches berichtet Maſſa (1599): „Der Zar ließ alle die armen Kaufleute, die zu Zeiten des Tyrannen aus Livland nach Moskau gefangen geführt und manches Mal von dieſem beraubt worden waren, zu ſich rufen. Mit eigener Hand reichte er jedem einen Becher Met, verſprach ihnen ein gnädiger Herr zu ſein, riet, die vorigen Leiden zu vergeſſen, und gewährte ihnen das Bürgerrecht gleich allen moskowitiſchen Kaufleuten und volle Freiheit. Auch geſtatte er eine Kirche, daß ſie nach ihrem Brauch Gott anrufen können, was ſie auch taten. Überdies lieh er ihnen zinslos Geld, einem jeden nach ſeiner Würdigkeit, dieſem 600, jenem 300 L. (Livre, Pfund?), damit ſie Geſchäfte gründen und handeln und es zurückerſtatten ſollten, wenn ſie genug gewonnen haben würden. So ließ er ſie in Frieden wohnen, denn er hatte die deutſche Nation ſehr lieb. Man pflegt in Moskau zu ſagen: Wer iſt weiſer als die Deutſchen und hochmütiger als die Polen.“[111]

Überhaupt ſcheint Zar Boris den deutſchen Handel, der ſeit dem Niedergang Novgorods und der engliſchen Vorherrſchaft ſtark zurückgegangen war, weitgehend gefördert zu haben. Neben der Unterſtützung kriegsgefangener livländiſcher Kaufleute verlieh der Zar Gnadenbriefe („žalovannyja gramoty“) an eine Reihe von in Moskau anſäſſigen deutſchen Kaufleuten („moskovskija žil’zy, nemzy“)[112]. Ungeachtet der Abwanderung von livländiſchen Kriegsgefangenen, deren Zahl immer noch 4000 betrug, ſtieg die Bevölkerung der Deutſchen Sloboda infolge fortgeſetzten Zuſtromes. Michael Schiele, dem kaiſerlichen Boten, der ſich 1599 viereinhalb Monate in Moskau aufhielt, erſchien die Sloboda als eine in ſich geſchloſſene kleine deutſche Stadt[113].

Aus außenpolitiſchen Gründen nahm der Zar Guſtav, den unehelichen Sohn des entthronten

---

[109] Skazanija Massy i Gerkmana o smutnom vremeni v Rossii, Petersburg 1874, S. 53.

[110] „Relation“ Michael Schieles in B. v. Wichmann, Sammlung bisher noch ungedruckter kurzer Schriften zur älteren Geſchichte und Kenntnis des Ruſſiſchen Reiches, Berlin, 1820, S. 457. — Dem kaiſerlichen Boten M. Schiele wurden in Moskau die Dolmetſcher Reinhold Beckmann und Adolf Sattler beigegeben.

[111] Skazanija Maſſy . . ., S. 62; Fechner, a. a. O., I, S. 119. Konrad Buſſow in Rerum rossicarum scriptores exteri, a collegio archeographico editi, Petersburg I, 1851, S. 9 berichtet dasſelbe: den livländ. Kaufleuten, die aus Dorpat, Narva und Fellin ſtammten, wurde außerdem freie Ein- und Ausfuhr geſtattet, 300—400 Rub. ausgezahlt und daraufhin der Eid abgenommen, daß ſie nicht „verlaufen“ und niemand ohne Erlaubnis des Zaren aus dem Lande „führen“ würden.

[112] Den erſten Moskauer Kaufleuten wurde ein Ignatius Anton's Sohn Popperſack zugezählt und freie Ein- und Ausfuhr gewährt; ein Andreas Johann's Sohn Witt erhielt gleiche Vorrechte, galt aber weiter als ausländiſcher Gaſt; ähnliche Gnadenbriefe und Vorſchüſſe von 300—500 Rub. erhielten die Kaufleute Beckmann, Luck, Brix und Kerklin. Vgl. Sobranije gosudarstvennych gramot i dogovorov, Bd. II, Nr. 71, 72.

[113] Wahrhaftige und kurtze Relation der Reußiſchen und Mußkowitiſchen Reiſe . . . in Büſchings Magazin, VII, S. 273—75; Petrejus, a. a. O., S. 252 bemerkt: „weil die Teutſchen ſich von Tage zu Tage mehreten vnd zunahmen . . .“

Schwedenkönigs Erich XIV. mit einem größeren Gefolge bei ſich auf[114] und bahnte gleichzeitig die Verlobung ſeiner Tochter Xenia mit dem Prinzen Johann von Dänemark an. Allein Boris beſchränkte ſich nicht mehr auf die Indienſtſtellung eines jeden ausländiſchen Bewerbers[115], ſondern entfaltete von ſich aus eine rege Werbetätigkeit, die Ivans IV. Bemühungen bei weitem übertraf. Daraus erklärte ſich das Anwachſen der Deutſchen Sloboda.

Im Herbſt des Jahres 1600 reiſte der zariſche Dolmetſcher (und Kaufmann) Reinhold Beckmann nach Deutſchland, um tüchtige Ärzte, Bergleute, Tucharbeiter und Uhrmacher unter Gewährung eines freien Rückzuges anzuwerben. Im darauffolgendem Jahre trafen in Moskau die Ärzte Chriſtophorus Reitlinger („von Nation ein Ungar"), Dr. David Vasmar und Dr. Heinrich Schröder aus Lübeck, Dr. Caſpar Fiedler und Dr. Johann Hylchen aus Riga ein, die für den ausſchließlichen Bedarf des ſtets um ſein Leben beſorgten Zaren beſtimmt waren[116]. Außer 200 Rubel Jahresgehalt erhielten die Ärzte für ſich und ihre Dienſtleute überreichliche Speiſung („korm") von der Zarentafel, Pferde aus dem Marſtall und Landgüter[117]. Durch dieſe wohlſituierten, in hohem Anſehen ſtehenden zariſchen Ärzte erhielt das geſamte Leben der Sloboda einen ſtarken Auftrieb.

Der bei Konrad Buſſow erwähnte Neubau der deutſch-lutheriſchen Kirche trat entweder an die Stelle eines proviſoriſchen Bethauſes oder in den Häuſern der Slobodabewohner abgehaltener Gottesdienſte[118]. Dieſes geſchah im Jahre 1601. Buſſows Bericht erhellt die inneren Zuſtände der Sloboda und den unter den Deutſchen vertretenen Gemeinſchaftsgeiſt. „Summa: es war bei den Herrn Doctorn an keinen Dingen einiger Mangel bey dieſes Kaiſers Zeiten; allein daß ſie keine Kirche halten, ſupplizierten (baten) derowegen darum und erlangten auch Zulaß[119], nach ihrem Gefallen eine Kirche zu bauen in dem Teutſchen Flecken außerhalb der Stadt Moskau, ein viertel Meil belegen. Zu dieſem Kirchen-Bau gaben die Herren Doctoren ein Ehrliches, wie dann auch der geringſte Teutſcher hierzu ſich nicht Euclioniſch (knauſerig) finden ließ. Und baueten Gott dem Herrn zu Ehren eine ſolche Kirche, daß der Kayſer ſelbſt hernacher für vielen ſeinen Kirchen dieſe Teutſche Kirche würdig achtete, des Königs von Dännemarcken Brüdern, Hertzog Johanſen etc darein beſtätigen (beſtatten) zu laſſen. Wie er dann auch ſelbſt einen Thurm[120] dabey aufſetzen und drey Glocken darein hängen ließ, damit der verſtorbene Fürſt und ſein Volck, das allda ſtürbe, mit denſelben beläutet würden. Von den zuſammengeſchoſſenen Geldern blieb nach vollzogener Kirchen-Gebäu ſo viel übrig, daß die Teutſche Gemeine zu ihren vorigen alten Paſtoribus (die mit ihren aus Liefland gefänglich in Reußland geführet), noch einen Paſtorn, Herrrn Woldemarum Hüllemannum, Weſtphalum, und einen Studioſum, Martinum Beer (Neuſtadienſem), die in ſelben Jahre dahin ins Land kommen waren, zum Kirchen- und Schuldienſt annahmen. Die auch keine Mühe und Arbeit, Gott zu Ehren, verſpareten, mit Inſtructionen und Lehren, alſo daß in kurtzen Zeiten mit 6, 7 und 8 Stimmen in der Kirchen muſiciret worden. Die Herrn Doctores ſchämeten ſich nicht, im Chor Adjuranten (Gehilfen) zu ſeyn, und viel guthertzige Leute haben oftmals darüber für Freude geweinet, daß der liebe Gott ſie eine ſolche herrliche Zeit allda in der Moscau hatte erleben laſſen.“[121] Über die Inneneinrichtung dieſer zweiten Sloboda-Kirche berichtet eine zeitgenöſſiſche Quelle: „Ohngefähr ein Viertel weges von der Stadt Muſchkow, ins Südoſten liegt ein Städtchen Schlabode genand, In dieſem wohnen eitel Teutſche Völker. Es hat jnen Keyſerl. Mayeſt. Anno 1601 erlaubet eine Kirche daſelbſt zu bauen vnd jres Deutſchen Glaubens nach zu leben. Haben ſie alſo fort einen Platz eingenommen vnd darauff eine Kirch von eitel Dannenholtz gebawet, In der Kirchen, Deutſcher Ordnung nach, ein Altar, darauf die heiligen zehn Gebot Gottes, auch etzliche Sprüche aus heiliger Schrifft, mit güldenen buchſtaben geſchrieben, nebenſt einem kleinen Cruſifix, daran das Bild Chriſti aufgeſetzet, vnd wird alſo Gott lob, das Wort Gottes, die heiligen Sacrament, nach Luthers Lehr vnd Ordnung gereicht, gepredigt vnd geſungen.“[120] Bemerkenswert iſt an dieſem Bericht das Aufkommen des mundartlichen Namens „Schlabode“ für das ruſſiſche Wort „Sloboda“ oder den „deutſchen Flecken“ anderer Chroniſten; die ſeit Jvan IV. anſäſſigen Livländer erhalten um dieſelbe Zeit den Namen „alte Deutſche“ im Unterſchied zu den allerjüngſten Einwanderern. Unter dieſen befanden ſich auch Paſtor Woldemar Hüllemann aus Weſtfalen und der Leipziger Theologieſtudent Martin Beer. Daß die Gemeinde der Moskauer Sloboda außer den bereits vorhandenen zwei Paſtoren, einen dritten einſtellte, kann als ein Hinweis auf die gewachſenen Aufgaben dieſer Gemeinde gedeutet werden[123]. Martin Beer ſtand drei Jahre der deutſchen und lateiniſchen (höheren!) Schule vor, was ebenfalls auf ein vielſeitiges Schulleben Rückſchlüſſe erlaubt[124]. Für die Slobodabewohner wurde in beſonderem Maße während der Hungersnot von 1601 geſorgt[125].

---

[114] Zar Boris hat die Abſicht, den geiſteskranken Guſtav mit ſeiner Tochter zu vermählen und deſſen Anſpruch auf Eſt- und Finnland zu unterſtützen, bald fallen gelaſſen; wegen ſeiner Zuchtloſigkeit wurde ihm Uglič als Aufenthaltsort zugewieſen, wo er 1607 ſtarb. Fechner, a. a. O., I, S. 120.

[115] Bei dem Empfange des polniſchen Geſandten Sapeha befanden ſich im Thronſaal „etzliche Hundert teutſchen, pohlen auch Schweden, Schotten, vnd andere frembden Nation ein jeglicher nach ſeiner Land artt gekleidet," Adelung, II, S. 1.

[116] Massa in Rerum scriptores . . . II, S. 37.

[117] Ebenda.

[118] Nach K. Buſſow, Rerum scriptores . . . I, S. 8 hätte Boris den Deutſchen nur „frey ihren Gottes-Dienſt in ihren Häuſern zu halten" gewährt.

[119] P. Petrejus, a. a. O., S. 252 ſchreibt merkwürdigerweiſe die Erwirkung der Baugenehmigung ſeinem Landsmann, dem katholiſchen Vaſaprinzen Guſtav zu, deſſen Aufenthalt in Moskau geradezu ſkandalöſen Charakter trug. Dieſe bewußte Zweckmeldung wurde von den älteren Forſchern wie Grot, Büſching, Jungblut, Buſch und Snegirev übernommen. Die Widerlegung erfolgte durch Lemmerich, a. a. O., I, S. 20 und Fechner, a. a. O., I, S. 126.

[120] Da das Glockenläuten ein Privileg der orthodoxen Kirchen war, bezieht ſich dieſe Stelle ausſchließlich auf die Beiſetzung des Prinzen Hans von Dänemark (1602). Bei dieſer Gelegenheit wehrte ſich die Geiſtlichkeit ſelbſt gegen die zeitweilige Überlaſſung der Glocken und nur auf ausdrücklichen Befehl des Zaren wurden ſie für den einen Tag ausgeliefert.

Im Jahre 1601 begaben ſich 35 Livländer vom „Adel und Unadel“, die in den Kämpfen zwiſchen Schweden und Polen ihr Vermögen eingebüßt hatten, unter ruſſiſchen Schutz. Ihnen wurden vom Zaren Bojarenhöfe eingeräumt und reichlicher Lebensunterhalt (6—12 Rubel) und „korm“ = Nährmittel zugeteilt. Als die „neuen Teutſchen“ dem Zaren vorgeſtellt werden ſollten und ſich wegen ihrer „unwürdigen“ Kleidung entſchuldigten, ließ ihnen der Zar antworten „es ſolte ſich keiner unwürdig machen, er wolte ihre Perſon und nicht ihre Kleider ſehen, ſie ſolten kommen in ihren Kleidern, ſo gut ein jeglicher die mitgebracht, er wolte ſie alle kleiden und als ſeine Teutſchländer, die auf ſeinen hohen Namen zu ihm kommen wären, reichlich verſorgen.“[126]

Am 13. Dezember 1601 fand in Gegenwart der ganzen Bojarenduma der Empfang ſtatt. Zar Boris hielt eine Anſprache, die von ſeinen Dolmetſchern überſetzt wurde:

— „Ihr Ausländer aus dem Römiſchen Reiche, ihr Teutſchen aus Liefland, Ihr Teutſchen aus Schweden-Reich, ihr ſeyd uns alle willkommen in unſerm Lande. Wir erfreuen uns, daß ihr alle geſund ſo weiten Weg zu uns anhero in unſere Kayſerliche Hauptſtadt Moſcau kommen ſeyd. Eur Elend und daß Ihr von dem eurigen alſo vertrieben und alles verlaſſen habt, gehet uns zu Hertzen; doch trauet nicht, wir wollen euch 3 mahl mehr wieder geben, alß ihr habt draußen gehabt. Euch Edelleute wollen wir zu Kneeſen machen, und euch andere, die ihr Bürger- und Haußleute Kinder ſeyd, zu Bojaren. Eure Lattuſchen (Letten?) und Fuhrleute ſollen auch in unſerm Lande freye Leute ſeyn. Wir wollen euch Land und Leute und Diener genug geben, in Sammet, Seyden und gülden Stück euch kleiden, eure ledigen Beuteln wiederum mit Gelde erfüllen. Wir wollen auch nicht euer Kayſer und Herr, ſondern euer Vater ſeyn. Und ihr ſollet nicht unſere Unterthanen, ſondern unſere Teutſchen und Söhne ſeyn, und ſoll über euch keiner zu gebieten haben, denn wir allein. Wir wolln eur Richter ſeyn, wann ſtreitige Sachen unter euch vorfallen. Bey euern Glauben, Religion und Gottes-Dienſt wollen wir euch laſſen, ſo frey als ihrs in euern Vaterlande gehabt habet. Ihr ſollet uns ſchweren bei euern Gott und Glauben, daß ihr uns und unſerm Sohne wollet treu ſeyn, und nicht verrathen, noch von uns aus dem Lande ziehen, ohn unſer Erlaubniß, auch nicht verlaufen oder einigen andern Herren zu ziehen, nicht den Türcken noch den Tataren, nicht den Perſianer, noch den Polen, auch nicht den Schweden. Ihr ſollet es uns auch nicht verſchweigen, wann ihr einige Verrähterey wider uns vernehmen würdet. Uns auch nicht bezaubern oder mit Gifft vergeben So ihr dieſes alſo tun und halten werdet, wollen wir euch dermaßen begnadigen und begaben, daß davon bey andern Nationen bevoraus im Römiſchen Reiche etc. genügſam ſoll geſaget werden."[127] Die Dankrede hielt der Livländer Dietloff von Tieſenhauſen, worauf Zar Boris antwortete: „Lieben Kinder! Bittet Gott für uns und unſere Geſundheit. Solange wir leben, ſollet ihr keinen Mangel haben, grif mit den Fingern an ſeinen perlen Hals-Band und ſprach: ſolten wir auch denſelben mit euch theilen."[128] Anſchließend fand ein Feſtmahl ſtatt und nach fünf Tagen die Zuteilung von Geld, Kleidung und Landgütern in der Staatskanzlei („razrjad“).

---

[121] Buſſow in Rerum scriptores ... I, S. 10—11. Übereinſtimmend mit B. berichtet Petrejus, a. a. O., S. 252, „daß die alte Kirche (?) abgebrochen, vnd eine newe an die Stäte viel gröſſer und beſſer aufgebawet ... darzu ein jeder geholffen vnd nach ſeinem Vermögen vnd Stande Geld contribuiret (beigeſteuert) als nehmlich ... Guſtavus (?) 100 Thaler, vnd ein jeder Doctor 40 vnd hernach alle andere Adel vnd Vnadel“.

[122] Wahrhafftige ... Relation, a. a. O., VII, S. 255—98.

[123] Fechner, a. a. O., II, S. 444, vermutet, daß es ſich bei dieſen Paſtoren um den unbekannten „Johannes“ und den 1606 erwähnten Bernhard Kegel, der die älteſten, 1812 verbrachten kirchlichen Urkunden ſammelte, gehandelt hat.

[124] B., geb. 1577 in Neuſtadt a. d. Orla, ſtud. in Leipzig um 1600, Schulvorſteher in Moskau, vgl. Napiersky, Beiträge z. Geſch. der Kirchen u. Prediger in Livland, 2. Heft, S. 12. 1605 ordiniert, bis 1607 in Moskau. Als Schwiegervater Konrad Buſſows ſchließt er ſich dieſem an, betreut 1610 in Kozel'ſk einen Teil der verſprengten Gemeinde, die von Pſeudo-Demetrius II. mit dem Tode bedroht wird. 1611 in Riga, Mitarbeit an Buſſows Chronik; von 1612 Paſtor in Narva, wo er 1646 ſtarb. Vgl. Fechner, a. a. O., II, S. 444.

[125] Buſſow in Rerum scriptores ..., I, S. 14.

[126] „Was aber rechte Hausarmen waren an Wittwen und Weyſen, bevor (beſonders) aus deutſcher Nation, deren ließ er (der Zar) umſonſt etliche Tonnen Mehl zu Hauſe führen, damit ſie keinen Hunger leyden ſolten“, Buſſow, Rerum ... I, 24.

Dieſe außerordentliche Auszeichnung führte eine ganze Reihe franzöſiſcher, ſchottiſcher und deutſcher höherer Offiziere in ruſſiſchen Kriegsdienſt[129]; die „reitary,, (Kavallerieoffiziere) heißen im Godunovſchen Moskaur Plan „alumni Martis“.

Bei dem feierlichen Empfang des Dänenprinzen Hans (September 1602), dem Religionsfreiheit und die Erbauung evangeliſcher Kirchen in Moskau und dem ihm zugedachten Fürſtentum Tver' vertragsmäßig zuerkannt wurde, zogen mit der Moskauer Bevölkerung alle Slobodabewohner dem Bräutigam der Zarentochter entgegen und begrüßten ihn. Allein der neunzehnjährige Jüngling erkrankte bereits nach drei Wochen lebensgefährlich — allgemein wurde eine Vergiftung durch die europafeindlichen Bojaren angenommen — und ſtarb am 28. Oktober 1602. „Und hat ſich bey allen Teutſchen (den ſog. ‚alten Deutſchen‘) ein groß Schrecken vnd Wehklagen erhoben, dann ſie hofften noch Ihr G. (Ihr Gnaden d. i. den Prinzen) einmal erfreyet zu werden."[130] Der Zar war vom Tode des Prinzen äußerſt betroffen. „Es wurden auch alle Deutſche Frawenßperſonen, jung und alt, wegen Ihr Mayeſt. in der Schlabode mit Korn vnd Geldt vorehret vnd begnadet. Solches iſt alles darumb geſchehen, daß ſie für die Seele vnd ferner abwendung alles Unglücks bitten ſolten."[131] Bei einer Unterredung mit dem Geſandten Güldenſtierna äußerte der ruſſiſche Staatskanzler, daß in der Stadt weder deutſche Kirchen, noch Prediger vorhanden ſeien, daß man aber den Prinzen in dem deutſchen Ort, wo gewöhnlich deutſche Predigten gehalten werden, beiſetzen könne. Die Vorbereitungen zur Beiſetzung zogen ſich aber wegen der Weigerung der orthodoxen Geiſtlichkeit der deutſchen Kirche Glocken für die Totenfeier zu überlaſſen bis zum 25. November hin.

Am 24. November erteilte der ruſſiſche Staatskanzler dem däniſchen Geſandten auf die Frage, ob die deutſchen Edelleute, Kaufleute und Doktoren eingeladen werden könnten, die Antwort: „Nein, der Kaiſer wolle ihnen wie auch den (lutheriſchen) Geiſtlichen und der Schule befehlen laſſen zu erſcheinen.“ [132]

---

[127] Ebenda.

[128] Ebenda.

[129] U. a. traten die Kapitäne Margeret und David Gilbert, Robert Dunbar, der Fähnrich Jacob Hock und Andreas Let (der zur Orthodoxie übertrat) in den Zarendienſt. Vgl. Hamel, a. a. O., S. 263.

[130] Wahrhafftige . . . Relation, S. 272ff.

[131] Ebenda.

In dem Trauerzuge, der ſich am 25. November aus dem Kreml nach der deutſchen Sloboda bewegte, folgten den däniſchen Leidtragenden 2 deutſche Prediger, der Schulmeiſter, mit 30 Knaben der Slobodaſchule und ſangen „die gebreuchlichen Leichgeſang“ [133]. Bei der Beiſetzungsfeier in der mit Fahnen und Wappen geſchmückten Kirche „wurde auch herrlich geſungen von allen den Livländiſchen Paſtoren, Schulmeiſtern und Kindern, die darnach alle, gleichwie auch ihre Kirche, reichlich beſchenkt wurden“ [134].

Mit dem Tode Boris Godunovs (April 1605) fand auch das geordnete und geſicherte Leben der Deutſchen Sloboda ein unerwartetes Ende. Die deutſchen Offiziere und Soldaten in den Regierungstruppen hielten in den Schlachten mit dem falſchen Dmitrij bis zuletzt ihren Eid [135]. Als die Ruſſen im Anfang Mai überliefen, ſchlugen ſich 70 Deutſche mit den reſtlichen treuen Truppen bis nach Moskau durch. Maſſa berichtet darüber:

> „— Die Deutſchen erzählten uns, daß niemand es begreifen konnte, was an jenem Tage geſchah, man wußte weder Freund noch Feind zu unterſcheiden; der eine lief hierher, der andere dorthin, es war unter ihnen ein Gewühl, wie wenn Staub vom Winde durcheinander getrieben wird.“ [136]

Unbegreiflich, wie dieſes Ereignis, blieb für die Deutſchen das Geſchehen der folgenden acht Jahre (1605—1613). Sie bekundeten zwar dem falſchen Dmitrij bei ſeinem Einzuge in Moskau ihre Ergebenheit [137] und hielten auch ihm, bis zu ſeiner Ermordung, die Treue, aber ihr feſtgefügtes Gemeindeweſen löſte ſich unaufhaltſam auf. Vaſſilij Šuiſkij vertrieb die Ärzte, viele Kaufleute zogen ſich nach Wologda und Archangelſjk zurück, ein Teil der Offiziere und Kaufleute verließ Rußland, ein anderer wechſelte während des Kampfes zwiſchen Šuiſkij, dem zweiten falſchen Dmitrij, Bolotnikov und den Polen aus einem Lager in das andere. Das moraliſche Bedenken ſchwand ebenſo wie die Selbſtzucht, nur der Erhaltungstrieb blieb. 52 Deutſche, die zu Bolotnikov übergetreten waren, verbannte Šuiſkij nach Sibirien [138]; eine andere Gruppe von 52 Mann — darunter Paſtor Martin Beer und einige Livländer — die im Jahre 1610 in Kozel'ſk Gouv. Kaluga, von Dmitrij II. eines Einverſtändniſſes mit den Polen verdächtigt wurden, entgingen mit knapper Not dem Tode. Angeſichts der Todesgefahr ſtimmte Martin Beer mit ſeinen Leidesgenoſſen ein Klagelied an, deſſen Stimmungsgehalt die Lage der Deutſchen in der ruſſiſchen Wirrnis treffend kennzeichnet:

---

[132] Udtog of Rigsraad Axel Gyeldenstiernas Dagbog in Historisk Calender, Kjöbenhavn 1814, S. 13—193; überſ. v. Fechner, a. a. O., I, S. 137ff.

[133] Ebenda, S. 173.

[134] Maſſa in Rerum scriptores . . ., II, S. 49.

[135] Unter den am Hofe „Dienſttuenden“ (služilyje) befanden ſich 1604 — bei dem Empfange des Geſandten v. Logaus — „über 200 Teutſche“ Adelung, II, 127. In der im J. 1606 von dem falſchen Dmitrij verlorenen Schlacht bei Dobriniči fochten unter den Regierungstruppen der Franzoſe Margeret und der Livländer Walter von Roſen, der zwei deutſche Reitergeſchwader anführte, die mit dem Feldgeſchrei „Hilf Gott“ in die Schlacht ſtürzten und ſiegten, Rerum . . ., I, S. 28. Dieſe beiden Reiteroffiziere läßt A. S. Puſchkin in ſeinem Trauerſpiel „Boris Godunov“ auftreten.

[136] Buſſow in Rerum scriptores . . ., I, S. 28.

[137] Dmitrijs Boten erſchienen am 1. 6. 1606 zuerſt in Krasnoje Selo, das der Deutſchen Sloboda benachbart war und in dem 700 Handwerker und Kaufleute lebten, denen Boris wegen der Vorrechte, die er den Ausländern gab, verhaßt war. Daß die Sloboda in Gefahr war, entnimmt man der Tatſache, daß viele ihrer Bewohner ihre Wertſachen in der Stadt bei den Ärzten verſteckten; aber gerade die Häuſer der deutſchen Ärzte wurden ausgeplündert. Maſſa in Rerum . . . II, S. 73. Beim Einzuge Dmitrijs (20. 6. 1606) in Moskau überbrachten ihm die Deutſchen die Bitte: „er wolte nicht ungnädig auf ſie ſeyn, was S. M. und deſſen Kriegs-Volck unter Dobrinski (Dobriniči) böſes von ihnen begegnet, das hätte ihr Eyd und Ehren zu dero Zeit alſo gefordert“. Buſſow in Rerum . . . I, S. 36. — Dmitrij forderte für ſich den gleichen Dienſt, umgab ſich mit einer deutſchen Wache, für die Paſtor M. Beer ſogar im Kreml Andachten veranſtaltete und bei ſeiner Ermordung fiel ein Livländer Wilh. Fürſtenberg an ſeiner Seite. Dagegen wurden jene Polen, die ſich in die Deutſche Sloboda retteten, von den „Umgetauften“, d. h. den zur Orthodoxie Übergetretenen beraubt und in die Jauſa geſtoßen. Buſſow in Rerum . . . I, S. 51.

[138] Buſſow in Rerum . . . I, S. 80.

Mein Gott mit deiner Hülf erſchein,
Jn ſolche elende Zeiten,
Sonſt müſſen wir verlohren ſeyn
Bei dieſen loſen Leuten,
Die Hertz und Sinn dahin gericht't,
Wie ſie uns machen gar zu nicht
Allhie in ihren Landen.

Rund umb und umb wir Feindſchaft han,
Wo wir uns nur hinkehren,
Der Kayſer uns nicht vertragen kan,
Sowohl auch ſeine Herren.
Der gemeine Mann uns duldet nicht,
Weh dem, der ihn entgegen ſpricht,
Der iſt gar bald verlohren.

Auf ſie niemand ſich kann verſtehn,
Sie treiben bunte Sachen,
Als tumme Leut wir dahin gehn,
Müſſen uns lahn belachen.
Wir thun gleich alles, was wir ſolln,
Nicht's überall will ihnen g'falln,
Von allen unſern Wercken.

Treu gilt nichts mehr in dieſem Land,
Wahrheit wird nicht geliebet,
Die Redlichkeit iſt unbekannt,
Das Recht wird nicht geübet,
All Tugend hat gewonn ein End
Unrecht und Sünd ſich hieher wendt,
Was will endlich draus werden. . . .

. . . Errett uns nun du lieber Herr,
Aus ihren blut'gen Händen,
Mit deiner Hülf ſteh nicht ſo fern,
Führ uns aus dieſem Lande,
Sey du der rechte Joſua,
Bring uns auf die luſtige Au
Des ſchönen, Teutſchen Landes . . .[139].

Ähnliches werden wohl alle deutſchen Slobodabewohner empfunden haben, die der ruſſiſche Bürgerkrieg ihres ganzen erworbenen Beſitzes beraubte und in einem aufgewühlten, allem Fremden abgeneigten Lande umhertrieb. Beſonders hart wird das Los jener Livländer geweſen ſein, die zum wiederholten Male ihre Habe und Heimſtatt einbüßten. Der allergrößte Teil dürfte nach der alten Heimat zurückgekehrt ſein[140].

Ende Auguſt oder Anfang September 1610 — nach der Entthronung Suiſkijs — war der Untergang der Deutſchen Vorſtadt endgültig beſiegelt. „Jn dieſem intestino bello (inneren Kriege) iſt die (unter Boris erbaute) Kirche durch des Demetrii secundi Kriegsvolck, ganz abgebrannt, doch das Fürſtliche Grab (des Prinzen Hans von Dänemark) iſt unverletzt geblieben.“[141] Unter Michael Feodorovič wurde die Zerſtörung und Ausraubung der Kirche und des fürſtlichen Gewölbes den Polen zur Laſt gelegt[142]. Ob bereits die ganze Sloboda 1610 zerſtört worden iſt oder ob ſie noch bis 1611—1612 beſtanden hat, iſt unbekannt. Jedenfalls wird ſie die ſchweren Kämpfe um Moskau, die zwiſchen den ruſſiſchen Freiſcharen und den polniſchen Beſatzungstruppen tobten, nicht überſtanden haben. Als Požarſkij im Auguſt 1612 ſiegreich in Moskau einzog, ragten inmitten der Brandſtätte nur die Mauern des Kitaigorods und Kremls empor; in der nachfolgenden Regierungsperiode Michail Feodorovičs (1613 bis 1645) blieb die geſamte Umgegend des Unterlaufes der Jauſa unbebaut[143]. Diejenigen Deutſchen, die ſich allmählich wieder in Moskau einfanden, ließen ſich in dem Stadtinneren nieder, bis ſie durch die Verfügung von 1652 an der alten Stelle neu angeſiedelt wurden (novoinozemskaja sloboda). Dieſer Moskauer Ausländerſiedlung des 17. Jahrhunderts war in der

---

[139] Buſſow in Rerum scriptores . . . I, S. 135.

[140] Bei der Rückkehr Buſſows und M. Beers wird es ſich wohl kaum um eine Einzelaktion gehandelt haben.

[141] Buſſow in Rerum . . . I, S. 12.

[142] Zentrarchiv, dela datskija No. 9.

[143] Zvetaev, a. a. O., S. 247.

Entwicklung Rußlands zum europäiſchen Staatsleben eine noch wichtigere Rolle als den beiden erſten beſtimmt[144].

Allein in den äußeren Geſchicken der Deutſchen Sloboda des 16. Jahrhunderts läßt ſich jene unerſchütterliche Haltung der livländiſchen Deutſchen wiedererkennen, die ihnen Poſſevins bekannten Ausſpruch: sint ut sunt, aut non sint einbrachte. Die Zwangsumſiedlung nach Rußland, die Opfer nicht nur an Vermögen, ſondern auch an Menſchenleben forderte und alle geiſtigen und ſeeliſchen Kräfte in Anſpruch nahm, hat dennoch deren Gemeinſchaftsbewußtſein nicht beeinträchtigen können. Wo immer die Livländer auch angeſiedelt wurden, ſie hielten zueinander und bewahrten gegenüber der fremden Umwelt jene Abſtandshaltung, die Margeret zu der unſinnigen Behauptung veranlaßte, es handele ſich lediglich um „Stolz und Eitelkeit". Überall, wo ſich eine größere Gruppe zuſammenfand, entſtanden religiöſe Gemeinden und Schulen; wo die Zahl zu gering war, erſchien von Zeit zu Zeit ein Reiſeprediger, der oftmals Entfernungen von mehreren hundert Kilometern zu Pferd oder zu Fuß zurückzulegen hatte. Dieſe eigenwillige Selbſtkraft war ſo ſtark, daß ſie ſelbſt die deutſchen Einzelgänger, die dem Wahlſpruch des wagemutigen Paſtors Martin Beer: omne solum forti patria est, ut piscibus aequor gefolgt waren, in die Schickſalsgemeinſchaft der Sloboda einordnete. Andrerſeits unterhielten die Slobodabewohner ſtändige Beziehungen zu dem Mutterlande durch die neuen Einwanderer (Paſtoren, Studenten, Offiziere, Kaufleute). Gewiß, auch Abtrünnige, die nach dem Zeugnis Fletchers ihrem perſönlichen Egoismus ihr Volkstum preisgaben, haben nicht gefehlt, allein ſie änderten nicht viel am Geſamtbild. Daß diejenigen Familien, die im Lande zerſtreut lebten, allmählich ebenſo verruſſt ſind, wie die Einwanderer der vorreformatoriſchen Zeit, beſtätigt nur den Einfluß und die Bedeutung des Gemeinſchaftsgeiſtes, der unter den gefangenen Livländern in der Moskauer Sloboda obwaltete.

---

[144] Nach V. Ključevskijs Feſtſtellung beginnt der weſteuropäiſche Einfluß in Rußland erſt im 17. Jh. ſich bemerkbar zu machen. „Auch früher ſchon, bereits im XV. u. XVI. Jh., wußte man in Rußland von Weſteuropa, es beſtand ein, wenn auch nicht reger, diplomatiſcher und kommerzieller Verkehr, man übernahm von dort gewiſſe Bildungselemente, berief Künſtler, Handwerker, Ärzte, erfahrene Kriegsleute. Doch handelte es ſich dabei nur um einen Verkehr, nicht aber um Einfluß. Der Einfluß ſetzt dann ein, wenn die beeinflußte Geſellſchaft die Überlegenheit der betreffenden Kultur oder des Milieus anerkennt und die Notwendigkeit einſieht, an ihr zu lernen, ſich ihr ſittlich unterzuordnen, nicht bloß äußere Bequemlichkeiten zu übernehmen, ſondern auch die Grundlage der Lebensordnung, Anſchauungen, Vorſtellungen, Gewohnheiten, geſellſchaftliche Verhältniſſe. Anzeichen dafür machen ſich bei uns im Hinblick auf Weſteuropa erſt im 18. Jh. bemerkbar." V. Ključevskij, Geſchichte Rußlands, deutſch von R. v. Walter, Berlin 1925, Bd. III, S. 281.

Landſchaft und Volkstum im lothringiſchen Raum[1]

Von Max Hildebert Boehm, Jena

Mit 2 Bildtafeln

1. Zwiſchenland Lothringen. — 2. Natürliche Grenzen und erdräumliche Geſtalt. — 3. Geſicht der Landſchaft. — 4. Lothringiſche Teilgebiete. — 5. Bevölkerungsbewegung und Überfremdung. — 6. Volksordnung und Wirtſchaftskräfte.

Zwiſchenland Lothringen

Der lothringiſche Raum, den die Franzoſen als région lorraine bezeichnen, iſt mehr als ein Jahrtauſend hindurch ein heiß umſtrittener Boden geweſen, auf dem ſich (in Deutſchland wenig beachtete) Vorgänge von höchſter geſchichtlicher Bedeutung abgeſpielt haben. Lothringen iſt ein deutſches, ein franzöſiſches, ein allgemein europäiſches Schickſalsland erſten Ranges geweſen und bis zum heutigen Tage geblieben. Vom Strom des Fremdenverkehrs wenig berührt, iſt es in den letzten Jahrzehnten dem deutſchen wie dem franzöſiſchen Soldaten um ſo beſſer vertraut geworden. Die unüberſehbare Zahl der deutſchen und franzöſiſchen, der britiſchen und auch amerikaniſchen Soldatengräber in lothringiſcher Erde legen davon ein ergreifendes Zeugnis ab. Schon aus dieſen tragiſchen Blutopfern erwächſt auch der deutſchen Forſchung die unabdingliche Verpflichtung, der lothringiſchen Frage ein weſentlich wacheres Intereſſe entgegenzubringen, als das unbegreiflicherweiſe bislang geſchehen iſt.

Gemeint iſt dabei nicht jenes größere Lotharingien[2], das aus den karlingiſchen Reichsteilungen hervorging und das ſeinen Namen an ein weſentlich enger umgrenztes Gebiet vererbt hat. Für den heute herrſchenden Sprachgebrauch iſt Lothringen die hiſtoriſche Landſchaft zwiſchen Argonnen und Vogeſen, Sichelbergen und Rheiniſchem Schiefergebirge, das Flußgebiet der oberen Saar, Moſel und Maas, deſſen politiſches Kerngebilde und hiſtoriſcher Traditionsträger das 1766 erloſchene Herzogtum Lothringen-Bar war[3]. Seit 925 endgültig als eigentliche Weſtmark zum erſten Reich der Deutſchen gehörig, wurde dieſes Lothringerland mit ſeiner germaniſch-romaniſchen Bevölkerung aus fränkiſcher und galloromaniſcher Wurzel ſchon ſeit der Stauferzeit zum Vorzugsziel der oſtwärts gerichteten franzöſiſchen Ausdehnungspolitik, die in ihm freilich nie etwas anderes als eine Abſchlagszahlung auf das ganze linke Rheinufer geſehen hat, auf das die Franzoſen bis heute unverjährte „Rechtsanſprüche" erheben. Nach dem Interregnum konnte dieſer franzöſiſche Drang nach dem Oſten ſeine erſten größeren Erfolge verzeichnen. Vom Reiche preisgegeben, brach damals der tapfere Widerſtand der Grafen von Bar zuſammen, die die lothringiſche Weſtgrenze aus eigner allzu ſchwacher Kraft gegen einen übermächtigen Gegner verteidigt hatten. Frankreich faßte im Süden und Norden Lothringens zunächſt als Oberlehnsherr an der Maas Fuß. Nachdem im 15. Jahrhundert die Gefahr der Eingliederung Lothringens in das großburgundiſche Zwiſchenreich durch den Sieg Herzog Renés II. und den Tod Karls des Kühnen vor Nanzig beſeitigt war, blieb der Raum im weſentlichen zwiſchen Deutſchland und dem immer mehr erſtarkenden Frankreich ſtrittig. Die territoriale Zerſtückelung des Gebietes, die ſchon auf das frühe Mittelalter zurückgeht, erleichterte es den Franzoſen, Schritt für Schritt während des 16. und 17. Jahrhunderts in Lothringen politiſch vorzurücken, auch das Herzogtum, das ſich am zäheſten gegen die Franzöſierung wehrte, für längere Zeiträume zu beſetzen, um dieſes Kerngebilde Lothringens ſchließlich im 18. Jahrhundert erſt kurz vor der Franzöſiſchen Revolution — alſo viel ſpäter als das deutſche Elſaß — auf dem Wege eines unwürdigen dynaſtiſchen Tauſchhandels an ſich zu bringen.

---

[1] Die nachfolgenden Studien entſtanden gemeinſam mit der Handſchrift eines größeren, im weſentlichen hiſtoriſchen Buches, das unter dem Titel „Lothringerland. Anderthalb Jahrtauſende Grenzlandſchickſal zwiſchen Argonnen und Vogeſen" demnächſt im Verlag F. Bruckmann, München, erſcheint. Die Darſtellung war urſprünglich als landes- und volkskundliches Einleitungskapitel angelegt und trägt dementſprechend das Gepräge einer Skizze, die das Verſtändnis der geſchichtlichen Vorgänge erleichtern ſollte und das umfaſſende Thema in keiner Weiſe erſchöpft oder allſeitig abhandelt, ſondern lediglich den Zwecken einer erſten Unterrichtung dienen will. Denn obgleich der lothringiſche Raum durch den gegenwärtigen Krieg wieder in den Mittelpunkt des aktuellen politiſchen Intereſſes gerückt wurde, iſt das deutſche Schrifttum über den wichtigen Gegenſtand überaus dürftig und unbefriedigend geblieben. Da die deutſche Fachforſchung das bedeutſame Thema bislang faſt ausſchließlich den Franzoſen und ihrer Meinungsbildung überlaſſen hat, ſtellt eine deutſche Landes- und Volkskunde Lothringens ein dringendes Erfordernis der Wiſſenſchaft dar, wofür hier nur anregende Vorſtudien geboten werden ſollen.

[2] Vgl. U. Craemer, Der lotharingiſche Raum, Ztſchr. f. Geopol. Erg.-Heft 1935; der geiſtreiche Aufſatz von G. Ipſen, Lothringen und die europäiſche Geſchichte, Blätter f. dt. Philoſ. III, 1929 ſtreift die eigentlich lothringiſchen Probleme nur gelegentlich.

[3] Das landeskundliche Schrifttum über Geſamtlothringen ſtammt bislang faſt ausſchließlich aus franzöſiſcher Feder. Grundlegende Bedeutung behält P. Vidal de la Blache, La France de l'Est (1917). Als gründliches und umfaſſendſtes Sammelwerk, das den neueſten Forſchungsſtand vermittelt, erſchien — im Namen der Société lorraine des études locales vom Nanziger Geographen Jules Blaches

So zeigt namentlich der Zeitraum von 1552 bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ein ſtetiges Vordringen Frankreichs auf lothringiſchem Boden. Zeitweilige Rückſchläge, die den Franzoſen dank dem erbitterten Widerſtande Lothringens nicht erſpart blieben, werden immer wieder überwunden. Die Schwäche des Reiches, die Lauheit der Dynaſtien und Stände, die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung im Reich erleichterten das franzöſiſche Spiel, in dem Richelieu, Mazarin, Ludwig XIV. und zuletzt der Kardinal Fleury eine hervorragende Rolle ſpielen. Wiedergewinnungspläne des Prinzen Eugen und Maria Thereſias, die auf das wichtige, vom Reich in ſeiner Ohnmacht preisgegebene Bollwerk im Weſten gerichtet waren, führten nicht zum Erfolge. Auch der große Augenblick von 1815 wurde verpaßt. Erſt im ſpäteren 19. Jahrhundert wird die franzöſiſche Stellung im lothringiſchen Raum ſchwächer, weil Deutſchland zuſehends erſtarkt. Entgegen den Hoffnungen freilich, denen der junge Moltke 1841 Ausdruck gegeben hatte und die ſich auf ganz Lothringen richteten, beſchränkte ſich Bismarck 1871 auf die Zurücknahme eines lothringiſchen Teilgebietes, das nur etwa ein Viertel des ganzen Raumes umfaßte. Da die alte Herzogsſtadt Nanzig und damit das nicht ungefährliche geiſtige Zentrum Lothringens zuſammen mit vielen wichtigen Feſtungen in franzöſiſchen Händen blieb, konnten die Franzoſen auch nach der Niederlage von 1870 den Kampf um die Wiedergewinnung ganz Lothringens mit Einſchluß des rein deutſchſprachigen Nordoſtens zunächſt geiſtig und propagandiſtiſch wirkſam fortſetzen und dieſes mit erſtaunlicher Zähigkeit durch Jahrhunderte feſtgehaltene Ziel mit britiſch-amerikaniſcher Waffenhilfe am Schluß des Weltkrieges wirklich erreichen.

Schon in den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg und ebenſo ſeither war das Bemühen der franzöſiſchen Propaganda und ihrer wiſſenſchaftlichen Helfershelfer darauf gerichtet, den Blick der Welt vom Übergangscharakter Lothringens abzulenken. Nachdem ſie — wie auch die welſchlothringiſche Geſchichtsſchreibung einſtimmig feſtſtellen muß — Jahrhunderte hindurch

---

herausgegeben — eine Géographie lorraine (2. Aufl. Paris 1938). Mehr eſſayhaftes Gepräge tragen, obſchon Arbeiten ernſter Autoren, L. Madelin, Croquis lorrains (^{2} 1928), M. Grosdidier de Matons, En Lorraine, 2 Bde., Grenoble 1932/33, L. Bertrand, La Lorraine. Paris o. J. Die neueren franzöſiſchen Schriften über den lothringiſchen Raum zeichnen ſich durch eine hervorragende Ausſtattung mit Bildern und Karten aus. Als wertvolle Monographie über das deutſche Sprachgebiet Lothringens iſt Friedr. König, Deutſch-lothringen. Stammestum, Staat und Nation (Berlin 1923) rühmend zu erwähnen, vgl. auch die von A. Ruppel herausgegebene Sammelſchrift „Lothringen und ſeine Hauptſtadt" (Metz 1913). Im übrigen ſei auf die in dieſer Zeitſchrift (o. S. 187 ff.) erſchienene „Lothringiſche Bibliographie" von Chr. Hallier verwieſen.

das lothringiſche Selbſtbeſtimmungsrecht mit Füßen getreten hatten, ſo lange ſie darin ihren Vorteil ſahen, verlegten ſie ſich ſeit den pſychologiſchen Erfolgen der franzöſiſchen Revolution in den Departements Meurthe, Moſelle, Vosges und Meuſe, in die Lothringen jetzt erneut zerſtückelt worden war, auf eine Politik der lothringiſchen Selbſtbeſtimmung, die ſie gegen die hiſtoriſchen und völkiſchen Anſprüche Deutſchlands ausſpielten. Bekanntlich hinderte ſie das nach dem Weltkrieg nicht an dem Verſuch, im benachbarten Saargebiet und auf dem ganzen linken Rheinufer die unverhüllte Annexionspolitik früherer Jahrhunderte ohne Rückſicht auf den Volkswillen fortzuſetzen, die ſie ihrerſeits Bismarck zur Laſt gelegt und um deretwillen ſie das neue Deutſchland in der ganzen Welt verketzert hatten. Gerade die Franzoſen waren es alſo, was wir heute nicht vergeſſen wollen, die ungeachtet der ſäkularen geopolitiſchen und ethnopolitiſchen Gegebenheiten die Zwiſchenlage Lothringens und die aus ihr erwachſende Problematik verleugneten und dies Land der tragiſchen Konflikte und der gleitenden Übergänge als zweifelsfreien und integrierenden Beſtandteil Frankreichs hinzuſtellen und glaubhaft zu machen ſuchten.

Dieſe Auffaſſung, die von der franzöſiſchen Propaganda und Wiſſenſchaft in eindrucksvoller Weiſe vorgetragen wurde und nicht ohne Mitſchuld der deutſchen Wiſſenſchaft, die ſich kaum ins Geſpräch miſchte, in der weiten Welt eine gewiſſe Selbſtverſtändlichkeit erlangte, hält einer nüchternen wiſſenſchaftlichen Prüfung nicht ſtand. Vielmehr gehört der ganze lothringiſche Raum zu einem Grenzgebiet zwiſchen den Kernräumen der beiden konkurrierenden Großvölker, auf dem ſich die beiderſeits ausſtrahlenden Kraftlinien kreuzen und verwirren, ſo daß immer wieder die Macht das letzte Wort zu ſprechen hat. Das erſte Reich der Deutſchen entfaltete ſich aus dem großen Dreieck, das durch den Rhein, die Donau und die Elbe mitſamt ihren Nebenflüſſen gebildet wird. Der Kern der franzöſiſchen Staatsſchöpfung und Nationwerdung iſt das Pariſer Becken, deſſen Hauptſtrom, die Seine, durch die Loire im Süden und durch die Somme im Norden flankiert wird. Zwiſchen dieſe beiden gleichſam dynamiſchen Räume der europäiſchen Politik mitſamt ihren wachstümlichen Energien ſchiebt ſich als trennender Keil das Gebiet zwiſchen Schelde und Maas, das die Tendenz zeigt, ſich ſüdlich im lothringiſchen Raum fortzuſetzen. Damit iſt der geographiſche Raum bezeichnet, in dem ſich in der Tat von je und insbeſondere in unſeren Tagen die großen kriegeriſchen Begegnungen zwiſchen Deutſchen und Franzoſen abgeſpielt haben.

Doch nicht dies ganze Überſchneidungsgebiet des deutſchen und franzöſiſchen Lebensraumes bezeichnen wir heute noch als Lothringen. Das Gebiet der Schelde und der unteren Maas, in dem ſich die völkiſchen Sonderbildungen der Flamen und Wallonen gleichſam am Rande des deutſchen und des franzöſiſchen Volkstums herausgeſtaltet haben, ſchaltet aus unſerer Betrachtung aus. Trotzdem bleibt für das Mittelſtück des alten lotharingiſchen Herrſchaftsbereiches, das uns angeht, die Fortſetzung Weſtmitteleuropas nach Norden und auch nach Süden bedeutſam. Denn es bleibt zu bedenken, daß durch die Ausdehnung der franzöſiſchen Machtſphäre vom Seinebecken ſüdwärts in das Gebiet der Garonne und Aude ſchließlich auch ein Strombett zum geopolitiſchen Problem für Frankreich werden mußte, in dem ſich der nordſüdliche Einſchnitt des Maastales über eine niedrige Waſſerſcheide hinweg weiter nach Süden verlängert. In nächſter Nähe der Maasquelle entſpringt an Lothringens Südgrenze die Saône, deren nordſüdlich gerichteten Flußlauf die untere Rhone von Lyon bis in die Nähe von Marſeille am Golfe du Lion fortführt. Die Waſſerſcheide zwiſchen Maas und Saône, zwiſchen Nordſee und Mittelmeer, hat nur eine Höhe von 400 m. Die Maas-Saône-Rhone Linie bedeutet alſo die eigentliche Nordſüdachſe, auf der ſich franzöſiſche Oſtpolitik und deutſche Weſtpolitik naturnotwendig treffen müſſen und im Lauf der Geſchichte auch immer wieder getroffen haben.

Damit wird nun die doppelte Mittellage des lothringiſchen Raumes deutlich. Vergegenwärtigen wir uns überdies die erdgeſchichtliche Tatſache, daß die vom Weſthang der Vogeſen kommende Moſel in vorgeſchichtlicher Urzeit weſtlich von Tull in die Maas mündete, ehe ſie ſich zum Knie krümmte und den Durchbruch zur Meurthe fand, die urſprünglich den Oberlauf der unteren Moſel darſtellte, dann wird noch klarer, daß der lothringiſche Raum, das Gebiet der eng verſchwiſterten oberen Maas und Moſel, nicht nur ein weſt-öſtliches, ſondern zugleich ein nord-ſüdliches Übergangsgebiet darſtellt, das die doppelte Möglichkeit beſitzt, den nördlich gerichteten Verkehr maasabwärts durch die Wallonei in die Niederlande und moſelabwärts zum deutſchen Mittelrhein zu leiten. Nicht durch die burgundiſche Pforte und längs dem Oberrhein, ſondern über die Hochfläche von Langres verläuft die alte Römerſtraße, die ſaôneaufwärts und dann die obere Maas und die mittlere und untere Moſel hinab über Metz und Trier nach Mainz und Köln führte. In Metz kreuzte ſie ſich mit der großen weſt-öſtlichen Strecke, die Straßburg mit Verdun (Virten) und Reims verband. So erweiſt ſich die altehrwürdige Stadt Metz nicht nur als der eigentliche geopolitiſche Mittelpunkt des lothringiſchen Raumes. Dieſe Stadt, in der das Geſchlecht der Karlinger zu weltgeſchichtlicher Bedeutung heranwuchs, kann mit gutem Recht als Kernpunkt des alten Abendlandes angeſprochen werden.

Aber auch im volkspolitiſchen Sinne iſt Lothringen ein eigentümliches Übergangsgebiet. Denn dieſer lothringiſche Raum wirkte gleichſam wie ein Staubecken der Völkerwanderung. Dort trafen ſich die von Norden her eindringenden Franken mit den Alemannen, die auf der Römerſtraße über die Zaberner Steige aus dem Oſten ins Lothringerland drängten. Die Champagne im Weſten davon iſt ein eindeutig franzöſiſches, das Elſaß im Oſten ein ebenſo deutſches Land geworden. Die in den lothringiſchen Raum drängenden Germanen, die ſich auch untereinander miſchten, wurden in dem neuen Schmelztiegel, in den ſie geraten waren, nicht in demſelben Ausmaße romaniſiert wie die Burgunder weiter im Süden. Andrerſeits nehmen die Welſchlothringer auch im romaniſchen Völkergefüge nicht dieſelbe deutlich ſichtbare Sonderſtellung ein wie die nördlich anſchließenden Wallonen. Vielmehr vollzog ſich hier eine Begegnung und gegenſeitige Befruchtung deutſchen und welſchen Volkstums, die in ihrer Art einzig daſteht.

Auch die Sperrwirkung zwiſchen Süd und Nord iſt unverkennbar. Als Karl der Kühne das alte lotharingiſche Großreich wiederherſtellen, ſeine burgundiſchen und niederländiſchen Beſitzungen vereinigen und Nanzig ſogar zur Hauptſtadt dieſes mächtigen Zwiſchenreiches machen wollte, da ſcheiterte er zuletzt am lothringiſchen Widerſtand und büßte vor den Toren der erträumten Hauptſtadt ſeines Reiches Leib und Leben ein. Aber als Ludwig XIV. die weitgehende Selbſtändigkeit Lothringens antaſtete, die freilich nur am Rande des zerfallenden Heiligen Römiſchen Reiches möglich war, biß auch er auf Granit. Weder die deutſchen noch die welſchen Lothringer wollten von der Einverleibung ihres Landes in das zentraliſtiſche Frankreich des Sonnenkönigs etwas wiſſen. Erſt als die dynaſtiſchen Grundlagen dieſer Zwiſchenſtellung zwiſchen Süd und Nord, Weſt und Oſt im 18. Jahrhundert zuſammenbrachen und bald darauf die Ideen von 1789 zur Loſung des kommenden Jahrhunderts für ganz Europa wurden, ſchloß das Land ſich ganz allmählich auch innerlich der ſtärkeren Macht auf. Die Lage des Lothringerlandes zwiſchen Nord und Süd verlor nunmehr an Bedeutung. Seine Stellung zwiſchen Oſt und Weſt rückte in den Vordergrund. Für die lothringiſche Frage des 19. und 20. Jahrhunderts gewann ſie eine entſcheidende Bedeutung.

Indem Lothringen ſo ſeine politiſche Selbſtändigkeit einbüßte und nur noch Reſte einer von tiefer Schwermut umdüſterten ſeeliſchen Individualität zu bewahren vermochte, waren die Vorausſetzungen dafür geſchaffen, daß es im 19. und 20. Jahrhundert zum Schauplatz von Nationalitätengegenſätzen und von großpolitiſchen Auseinanderſetzungen wurde, die ſich aus ſeiner Mittellage nur mehr zwiſchen Weſt und Oſt, im Berührungs- und Überſchneidungsgebiet deutſcher und franzöſiſcher Kultur und Machtauswirkung, naturnotwendig ergeben. Dieſe ſäkularen Kämpfe kommen in unſerer Zeit menſchlichem Ermeſſen nach zum Abſchluß.

Natürliche Grenzen und erdräumliche Geſtalt

Nicht nur durch ſeine Lage, ſondern auch durch die Geſtaltung ſeiner Grenzen iſt der lothringiſche Raum von Natur dazu berufen, eine bedeutſame geſchichtliche Eigenart zu gewinnen. Jedenfalls kommt die landſchaftliche Geſchloſſenheit des Lothringerlandes zwiſchen klar hervortreten natürlichen Grenzen einer ſolchen Entwicklung zu geſchichtlicher Perſönlichkeit entgegen.

Den ſüdweſtlichen Eckſtein Lothringens ſtellt die Hochfläche von Langres dar, wo unfern voneinander die Marne, Aube und Seine ihren weſtwärts gerichteten Lauf beginnen. Nicht weit von ihnen entſpringt auch die Maas, die Längsader des weſtlichen Lothringens. Langres iſt eine Dreiländerecke, wo ſich Lothringen mit Burgund und der Champagne berührt. Der breite und kahle Scheitel dieſer Hochfläche erreicht eine mittlere Höhe von 400 m. Die ſüdlich anſchließenden Höhenzüge auf dem rechten Saôneufer, die mit dem Mont Taſſelot beginnen, ſteigen allmählich an, auch die nordöſtlich gelagerte Schranke der Sichelberge (Monts Faucilles), der Waſſerſcheide zwiſchen Nordſee und Mittelmeer, liegen kaum höher als die Hochfläche von Langres. Die Sperrwirkung der Sichelberge hat zur Folge, daß ſüdlich von ihnen eine Verbindung zwiſchen der burgundiſchen Pforte und Paris entſteht, die Lothringen umgeht und über Langres nach Weſten führt. Aber auch das nordwärts von der Hochfläche von Langres abfallende obere Tal der Maas, durch das die alte ſüd-nördliche Völkerſtraße Dijon—Langres—Tull—Metz zunächſt führt, bietet dem Oſt-Weſtverkehr keine beſonderen Schwierigkeiten. Das Tal des Ornain, in dem Bar-le-Duc liegt, iſt die hiſtoriſche Einzugspforte der Franzoſen. Mit ſcharfen Worten ſpricht ein franzöſiſcher Forſcher es aus: „Der Ornain hat Lothringen verraten. Dies Tal hat der König von Frankreich durchſchritten, um die rheiniſchen Lande wiederanzufügen, und Vaucouleurs an der Maas, am äußerſten Ende der Ornainſtraße, war eine franzöſiſche Enklave inmitten der Lothringer Lande“ (Grosdidier de Matons)[4]. Hier wurde die Grenze zwiſchen Champagne und Lothringen frühzeitig zweifelhaft, hier erreichten die Franzoſen zuerſt die Maas. Auch der Rhein-Marne-Kanal, der von Tull über Bar-le-Duc nach Vitry-le-François geführt iſt, benutzt dieſe Pforte links der oberen Maas zum Eintritt nach Innerfrankreich und zur Schaffung einer wichtigen Verbindung in nordöſtlich-ſüdweſtlicher Richtung.

Dann aber erheben ſich, wenn wir der Weſtgrenze des lothringiſchen Raumes in nördlicher Richtung folgen, wiederum die Argonnen, die durch ihre Unwegſamkeit beſonders in der ſchlechten Jahreszeit von je als eine ſtarke Verkehrsſchranke zwiſchen Lothringen und der Champagne wirkten, obgleich ſie nicht einmal die Höhe der Hochfläche von Langres erreichen. Von einem Kanal begleitet fließt die Maas von Neufchateau ab zwiſchen den zu einer Höhe von etwas über 300 m anſteigenden Argonnen und den Côtes lorraines durch ein Tal, das ſich von Dun ab zu einer fruchtbaren Ebene verbreitert. Das Tal der oberen Chiers, die von Oſten kommend bei Sedan in die Maas mündet, kann als ein nordweſtlicher Ausläufer des lothringiſchen Raumes angeſehen werden. Gehemmt durch die nördlich vorgelagerten Ardennen, wendet ſich die Maas nunmehr nach Weſten, um ſich dann wieder nördlich durch das Gebirgsmaſſiv nach Namur durchzuwinden und durch walloniſches und ſpäter flämiſches Gebiet dem Rheindelta als Mündungsgebiet zuzuſtreben.

So iſt weſentlich in Geſtalt der Argonnen die tauſendjährige lothringiſche Weſtgrenze ausgeprägt. Die Kaiſerpolitik des Mittelalters ſchätzte in dieſem zum Bistum Verdun gehörigen Sumpf- und Waldgelände einen natürlichen Schutzwall gegen Frankreich, der in deutſcher Hand eine hohe defenſive Bedeutung hat[5]. Wenn Vidal de la Blache das Maasland unbedingt dem Seinebecken zurechnet[6], ſo ſpricht aus dieſer Theſe deutlich die politiſche Tendenz. Auch die Maas gehört zum Flußſyſtem des Rheines, und nicht die Côtes Lorraines, ſondern die Argonnen bilden den Rand des Pariſer Beckens, in dem die franzöſiſche Macht recht eigentlich zu Hauſe iſt. Bar-le-Duc, die alte Hauptſtadt des ſpäter wieder mit Lothringen vereinigten

---

[4] En Lorraine. De l'Argonne aux Vosges, 1932, S. 10.

[5] Über den Wert unſerer alten Argonnengrenze vgl. Ch. Aimond, Les relations de la France et du Verdunois de 1270 à 1552, 1910, S. 10: „Les monarques allemands . . . tenaient beaucoup à cette lointaine frontière de l'Argonne, dont les hauteurs boisées surveillaient les plaines de Champagne et commandaient les routes, qui, de Paris et de Reims, s'en vont vers les pays rhénans. Au point de vue défensif, la forêt couverte en avant par des étangs et des marécages, constituait une véritable frontière naturelle, la seule qui couvrit de ce coté les 'Trois-Evêchés, bouclier du St. Empire contre les marches de France' (Ulveling).“

[6] P. Vidal de la Blache, Tableau de la Géographie de la France. In: Lavisse, Histoire de France, 1903, I, 211.

Herzogtums Bar, verdankt einer gegen die Franzoſen errichteten Grenzburg in einer klauſenartigen Talverengung des Ornain am Südhang der Argonnen ſeine Entſtehung. Dieſe meiſt überſehene Tatſache erinnert uns daran, daß das hiſtoriſche Lothringen ſich tatſächlich bis an den Oſtrand des Pariſer Beckens vorgeſchoben hat und ſich dabei weder durch Maas noch Argonnen hemmen ließ, ſo lange die Übermacht eindeutig auf deutſcher Seite lag. Weſtlich der Maas hat mit ſinkender Macht des Reiches der ſchmerzliche deutſche Rückzug auf der Höhe des Mittelalters begonnen. Auch die Franzoſen haben ſich ja weder unter Napoleon noch unter Poincaré durch ihre Naturgrenzentheorie im Marſch über den Rhein beirren laſſen.

Altfrankreich beginnt alſo erſt jenſeits der Waſſerſcheide zwiſchen Maas und Seine. So mündet der kleine Fluß Biesme, der ſeit dem Mittelalter Reichsgrenze im Weſten war, in die Aisne und gehört dem Flußſyſtem des Pariſer Beckens an. In der Tat ſtellen die Argonnen nur ein relatives Verkehrshindernis dar. Denn ſchon die alte Römerſtraße, die von Metz über Verdun nach Reims führt, umgeht das Waldgebirge nicht, ſondern quert es bei Clermont, den „lothringiſchen Thermopylen", wie das heute auch die Bahn tut. So zeigt die Weſtgrenze Lothringens dem franzöſiſchen Drang nach dem Oſten drei ſchwache Stellen, deren Verteidigungsſchwierigkeiten in natürlichen Umſtänden begründet ſind. Und wie wir in Zeiten der Stärke des Reiches bemüht waren, die Verteidigungslinie ſoweit in den Weſten vorzurücken, daß die natürlichen Faktoren unſere Verteidigung erleichterten, ſo war es das raſtloſe Streben der Franzoſen, ihre ſtrategiſchen Stellungen, deren Angriffscharakter von vornherein unverkennbar iſt, nach Möglichkeit zunächſt in das Maastal öſtlich der natürlichen Grenzen des Pariſer Beckens vorzuverlegen. Denn an der Maas beginnt für die Franzoſen der Vormarſch zum Rhein. Welche Bedeutung dabei die Maasorte Sedan und Verdun und die wenige Kilometer von der Maas entfernte Moſelfeſtung Tull genommen haben, iſt durch die Kriegsgeſchichte der letzten Jahrhunderte bis zur jüngſten Zeit eindeutig erwieſen worden.

Während die Weſtgrenze des lothringiſchen Raumes Jahrhunderte hindurch den ſtetigen Druck eines mächtigen Nachbarn auszuhalten hatte, wurde die Südgrenze vor allem in der kurzen Zeit der akuten burgundiſchen Gefahr am Ende des Mittelalters auch ſtrategiſch bedeutſam. Im allgemeinen kann man dieſe Grenze zwiſchen Lothringen und Burgund als ſtatiſch bezeichnen. Nicht ſowohl militäriſche Kräfte, als Handelsgüter und religiöſe Ideen ſtrömten von Süden in den lothringiſchen Raum ein. Denn auch die Sichelberge ſind wie die Argonnen eine Schranke von mäßiger Höhe und kein eigentliches Hemmnis für den Verkehr, da ſie im Weſten und auch im Oſten leicht umgangen werden können, wo das lothringiſche Gebiet die Waſſerſcheide ſüdwärts überſchreitet. Von Luxeuil, dem berühmten burgundiſchen Reformkloſter, führt heute außer einem Kanal auch eine Bahn in nördlicher Richtung, die bei Epinal das Moſeltal erreicht und — zunächſt dem Oberlauf der Moſel folgend — zwiſchen Belfort, Nanzig und Metz, drei bisherigen Stützpunkten der franzöſiſchen Landesverteidigung, die nächſte Verbindung herſtellt. Auch dieſe Grenzbarriere der Sichelberge iſt übrigens in den lothringiſchen Raum einbezogen, deſſen Südgrenze auf dem Südhang der Anhöhen verläuft. Öſtlich ſchließen ſich die Hochvogeſen an, der Welſche Belchen iſt der ſüdöſtliche Eckpfeiler Lothringens. Auch weſtlich von ihm grenzt der ſüdliche Sundgau, ein Teil des Oberelſaß, der 1871 als Bezirk Belfort bei Frankreich blieb, unmittelbar an Lothringen, das alſo im Südoſten gleichſam vom Elſaß umklammert wird.

Die allgemein bekannte Tatſache, wonach im übrigen der Vogeſenkamm die öſtliche Grenze iſt, die Lothringen vom benachbarten Elſaß ſcheidet, bedarf einer näheren Erläuterung. Es handelt ſich genauer geſagt um den öſtlichen Hauptkamm der Vogeſen, der ſich vom Welſchen Belchen nördlich bis zum Donon erſtreckt. Für Lothringen und insbeſondere für jede größere und ſtärkere Macht, die den lothringiſchen Raum beherrſcht, bietet dieſe Vogeſengrenze, die nur von 1871 bis zum Ende des Weltkrieges die deutſch-franzöſiſche Reichsgrenze war, große natürliche Vorteile, die Karl Kieſel in ſeinem ſorgenvollen Buch „Petershüttly. Ein Friedensziel in den Vogeſen" (1917) klar herausgearbeitet hat. Bekanntlich fallen die Vogeſen ſteil nach der Rheinebene zu ab, während ſie ſich nach Weſten langſam ſenken, wobei durch vorgeſchobene Parallelkämme Längstäler entſtehen, die den Anmarſch und beſonders die Verteidigung vom Weſten aus erleichtern, während die öſtlichen Vogeſentäler ungedeckt ſind und rechtwinklig zum Hauptkamm ſich breit nach der Ebene zu öffnen. Die Folge iſt, daß das ſüdöſtliche Lothringen, das 1871 bei Frankreich blieb, nach Oſten hin ſowohl in defenſiver wie auch in offenſiver Hinſicht glänzende Möglichkeiten bot, ſo daß während des Weltkrieges dauernd ſtarke Kräfte an der verluſtreichen Vogeſenfront gebunden waren, während ſich das Elſaß einer ſtändigen Bedrohung ausgeſetzt ſieht, ſobald das Gebiet der Meurthe und der oberen Moſel Vorland einer ſtarken weſteuropäiſchen Militärmacht iſt.

Die Vogeſenwand, die ſich im Süden bis über 1400 m erhebt, iſt im Unterſchied zu Sichelbergen und Argonnen eine beachtliche Schranke für den Verkehr. Immerhin iſt ſie nicht unüberſteiglich, und namentlich durch die Hochweidewirtſchaft werden über den Kamm weg Beziehungen geſchaffen. Auch die politiſche Macht der lothringiſchen Herzöge griff ſtellenweiſe in das Elſaß hinüber. Der wichtigſte Paß in den Südvogeſen iſt die „Schlucht", deren maleriſch geführte Autoſtraße das oberelſäſſiſche Kolmar mit dem reizvoll gelegenen lothringiſchen Gebirgsort Gerardmer verbindet, der früher auch Geroldſee oder Gerdſee genannt worden iſt. Für den Wander- und Ausflugsverkehr ſind die lothringiſchen und elſäſſiſchen Hochvogeſen ein einheitliches Gebiet, das vom Kraftwagen ſchnell in jeder Richtung durchmeſſen wird und das an landſchaftlichen Reizen keinem anderen Mittelgebirge nachſteht. Bislang durchſchneidet die Bahn die Vogeſen nur im oberen Breuſchtal und ſtellt eine von Nordoſten nach Südweſten verlaufende Verbindung zwiſchen Straßburg, Sankt-Diedel (St. Dié) und dem ſtrategiſch und verkehrsmäßig beſonders wichtigen Epinal her.

Da die Hochvogeſen namentlich auf der lothringiſchen Seite bis tief ins Mittelalter nur ſchwach beſiedelt waren und auch in früherer Zeit höchſtens zurückweichenden Urvölkerreſten Unterſchlupf boten, wirkten ſie in der Tat raumaufſpaltend und volkstumstrennend. Doch nur der ſüdliche Teil der Oſtgrenze des lothringiſchen Raumes erſcheint dadurch beſonders ſcharf markiert. Nur im Süden hat ſich auch die Völkerwanderung an der Vogeſenmauer aufgeſtaut, weiter nördlich iſt ſie darüber hinweggeflutet. Im Nordoſten alſo und großenteils auch im eigentlichen Norden ſind es nicht mehr die natürlichen Faktoren, ſondern vielmehr geſchichtliche Umſtände, die die Grenzen des lothringiſchen Raumes beſtimmt haben. Auffällig iſt bereits, daß die lothringiſche Grenze nördlich vom Donon nicht mehr den Ausläufern der Vogeſen folgt, ſondern nach Weſten ausbiegt. Die Zaberner Steige, die geſchichtlich ſo bedeutende Stelle, wo die Straße von Straßburg nach Metz die flach auslaufende Kette der nördlichen Vogeſen überſchreitet, liegt auf elſäſſiſchem Boden. Die Franzöſiſche Revolution ſchlug ein nordöſtliches lothringiſches Gebiet — das „Krumme Elſaß" mit Saarbuckenheim — zum niederrheiniſchen Departement, dem heutigen Unterelſaß, und verlegte damit die Grenze zwiſchen Elſaß und Lothringen ohne zwingenden Grund noch weiter nach Weſten.

Und vollends verunklaren ſich die Verhältniſſe im Norden. Denn das Herzogtum Oberlothringen, das die Grundgeſtalt auch noch des heutigen lothringiſchen Lebensraumes als Traditionslandſchaft darſtellt, grenzte ſich im Nordoſten nicht nur mit der Grafſchaft Bitſch gegen das untere Elſaß, ſondern auch weiter nördlich ausgreifend gegen das Gebiet von Speier, Worms und Mainz ab, ſchloß aber ſelbſt noch den Oberlauf der Nahe und das ganze Gebiet der mittleren und unteren Moſel ein. Es erreichte den Rhein etwas unterhalb von Bingen und folgte ihm bis zu einem Punkt nordweſtlich von Andernach. Einen großen Teil des rheiniſchen Schiefergebirges und damit auch das deutſche und das walloniſche, in jüngſter Zeit belgiſche Luxemburg umfaſſend, krümmte ſich dieſe alte lothringiſche Nordgrenze allmählich nach Südweſten und erreichte nahe Sedan die Maas, von wo die lothringiſche Nordgrenze heute in ſcharfem Winkel weſt-öſtlich abbiegt.

Allerdings erregt dieſe urſprüngliche Nordgrenze des hiſtoriſchen Lothringens, deren natürlichen Grundlagen wir nicht nachzuſpüren brauchen, heute nur noch ein antiquariſches Intereſſe. Luxemburg und das Gebiet der unteren Moſel und Saar ſind frühzeitig aus dem lothringiſchen Raum herausgewachſen. Wenn wir dies ganze nördliche Gebiet von Oberlothringen ausſcheiden, wird auch im Norden eine natürliche Schranke in Geſtalt des rheiniſchen Schiefergebirges von den öſtlichen Ardennen bis zum Hunsrück erkennbar. Die Moſel iſt lothringiſch bis zu der Stelle, wo ſie nördlich von Sierck mit Eintritt in den Muſchelkalk ſich in ein windungsreiches Engtal zwingen muß. Im Gebiet der Nied und der unteren Saar aber hat der lothringiſche Raum eine durchaus offene Nordgrenze. Erſt weiter öſtlich wird das zu Lothringen gehörige Bitſcher Land, bekannt durch einen großen Truppenübungsplatz ſchon aus der Zeit vor dem Weltkrieg, vom Weſtrich, den Ausläufern des Pfälzer Waldes umrahmt.

Geſicht der Landſchaft

Der alſo umriſſene lothringiſche Raum ſtellt ſich als ein Stufenland dar, das ſich von Südoſten nach Nordweſten aus den wilden, rauhen und unwegſamen Hochvogeſen in das offene, ebenere und mildere Gebiet am Fuße des rheiniſchen Schiefergebirges bis zur mittleren Maas hin in Wellen herniederſenkt. Am Oſt-, Süd- und Weſtrand herrſcht der Wald, im Norden und im Innern des Landes die Ackerlandſchaft vor, das ganze Gebiet iſt reich an Flüſſen, Bächen und ſtehenden Gewäſſern. Ein maleriſches Wahrzeichen ſind die Pappelalleen, die ſich durch die Landſchaft ſchlängeln. Die Mannigfaltigkeit und Abwechſlung im Landſchaftsbilde eines Gebietes, das insgeſamt etwa 25000 qkm umfaßt und den urſprünglichen Umfang der Rheinprovinz noch etwas übertrifft, erklärt ſich ſchon aus den beträchtlichen Höhenunterſchieden. Die Saar entſpringt 800 m hoch und verläßt das Land auf der Höhe von nur etwa 200 m. Die Moſelquelle liegt auf einer Höhe von 725 m, doch ſtürzt ihr Nebenfluß, die Meurthe, von der Kammhöhe der Hochvogeſen (1350 m) zu Tal, während Sierck, wo die mit Madon, Meurthe und Selle vereinigte Moſel die lothringiſche Grenze hinter ſich läßt, ſich kaum 150 m über den Meeresſpiegel erhebt. Da die Maasquelle nur etwa 300 m hoch liegt, iſt das Gefälle der Weſtader Lothringens weſentlich geringer. Im äußerſten Nordweſten, wo die Chiers in die mittlere Maas mündet, liegen die tiefſten Punkte des Landes. Die Mittelhöhe des lothringiſchen Stufenlandes beträgt 230—260 m.

Die natürliche Zugehörigkeit ganz Lothringens zum großdeutſchen Lebens- und Wirkungsraum erweiſt ſchon ein flüchtiger Blick auf die Karte. Wie ſich Vogeſen und Schwarzwald entſprechen, ſo weiſt auch dieſes lothringiſche mit dem ſchwäbiſchen Stufenland am Oſthang des Schwarzwaldes eine überraſchende Ähnlichkeit auf. Moſel und Neckar ſind Schweſtern, deren zwillingsartige ſpiegelbildliche Ähnlichkeit noch deutlicher zutage tritt, wenn man ſich den Neckar um das Stück des Rheines zwiſchen Mannheim und Koblenz verlängert denkt. Eine natürliche Gliederung des lothringiſchen Raumes ergibt ſich durch die Flußgebiete.

Die Saar beherrſcht den deutſchſprachigen Nordoſten des Landes. Deutſchlothringen und das Saarland bilden geographiſch eine enge Einheit[7]. Die Saar entſpringt hoch am ſagenumwobenen Donon und behält auf lothringiſchem Boden die ſüd-nördliche Richtung. Etwas oberhalb des Garniſonſtädtchens Saarburg, das ſchon Römerſiedlung war, kreuzt ſie den Rhein-Marne-Kanal. Am maleriſchen Finſtingen mit ſeinem alten Schloß, ſeinen Mauern, Türmen und Toren und an Saaralben mit ſeinem maleriſchen Stadttor vorbei erreicht dieſer namenſchöpferiſche Fluß zwiſchen Saargemünd und Saarbrücken die preußiſche Grenze des 19. Jahrhunderts. Erſt nördlich von ihr vereinigt die Saar ſich mit ihrem linken Nebenfluß, der Nied. In dem Winkel, den beide Flüſſe bilden, ſetzt ſich das Induſtrierevier der Saar, um deſſen Erwerbung ſich die Franzoſen 1919 und in der Folgezeit vergeblich bemühten, im lothringiſchen Induſtriegebiet um Forbach nach Süden zu fort.

Kohle und Eiſen geben dieſem die frühere Grenze überquerenden Wirtſchaftsraum einen modernen und fortſchrittlichen Zuſchnitt, während das Gebiet der oberen Saar vom Ackerbau lebt, ſo daß hier auch die ſtädtiſchen Siedlungen das altväteriſche Antlitz kleiner, ein wenig verſchlafener Landſtädte zur Schau tragen, in deren herkömmlich bedächtigen Lebensrhythmus vor dem Weltkrieg nur die zahlreich im Grenzland garniſonierten Truppen ein etwas regeres Leben brachten. Daß dieſe militäriſche Überlieferung ſchon auf die erſte Franzoſenzeit zurückgeht, wird uns durch Goethes Schilderung ſeines Wanderbeſuches in Pfalzburg nahegebracht. Er berichtet darüber im neunten Buch von „Dichtung und Wahrheit“: „So gelangt man allmählich nach Pfalzburg, einer neueren Feſtung. Sie liegt auf einem mäßigen Hügel; die Werke ſind elegant auf ſchwärzlichen Felſen von gleichem Geſtein erbaut, die mit Kalk weiß ausgeſtrichenen Fugen bezeichnen genau die Größe der Quadern und geben von der reinlichen Arbeit ein auffallendes Zeugnis. Den Ort ſelbſt fanden wir, wie ſich's für eine Feſtung geziemt, regelmäßig von Steinen gebaut, die Kirche geſchmackvoll. Als wir durch die Straßen wandelten — es war Sonntags früh um neun — hörten wir Muſik; man walzte ſchon im Wirtshauſe nach Herzensluſt, und da ſich die Einwohner durch die große Teurung, ja durch die drohende Hungersnot in ihrem Vergnügen nicht irremachen ließen, ſo war auch unſer jugendlicher Frohſinn keineswegs getrübt, als uns der Bäcker einiges Brot auf die Reiſe verſagte und uns in den Gaſthof verwies, wo wir es allenfalls an Ort und Stelle verzehren dürften.“

---

[7] L. Martin, Kulturgeogr. Unterſuchungen in Deutſchlothringen und im Saargebiet. Stuttgart 1934.

Doch auch Goethe fiel auf der weiteren Fahrt durch das Saartal die ländliche Einſamkeit auf. Sie iſt bis heute nicht dem modernen Zug zur Verſtädterung gewichen: „Der Bauer iſt Herr in dieſem Lande, nicht der Bürger wie im Elſaß, und ſo iſt es das Dorf, das dich auf deiner Wanderung begleitet... Still und ohne vielen Schmuck liegen ſie da, die lothringiſchen Dörfer, dich des ſchweren Bodens gemahnend, der viel Arbeit und Mühe verlangt und das Leben ernſt und herb macht. Da und dort ſchaut einer der ſchwermütigen fiſchreichen Weiher den Wanderer an. Da und dort ſchläft aber auch ein altes herrſchaftliches Schloß beſchaulich ſeinen Dornröschenſchlaf, als ob es ſich von der Gegenwart abkehrte und des luſtigen Treibens vergangener Tage gedächte, manch ſtilvolles feingliedriges Herrenhaus lugt verſtohlen irgendwo aus einer Falte hervor, irgendwo von der Höhe herunter, umrahmt von ſeinem verwilderten Park, mit verſchloſſenen Läden, als ob es gelte, köſtliche Schätze vor zudringlichem Auge zu verbergen.“ [8] Das iſt das Geſicht des deutſchen Saarlothringens im Nordoſten unſeres Raumes vor den großen politiſchen und ſozialen Erſchütterungen der letzten Zeit, die manch verfallender Pracht aus alten ſeigneurialen Tagen den letzten Stoß gegeben haben mögen.

Weſentlich tiefer im Lothringerlande, nahe an der Südgrenze, entſpringt die Moſel, die ſich aus mehreren Gebirgsbächen vereinigt. Auch ihr Verlauf iſt im weſentlichen ſüdnördlich mit einer Ausbiegung nach Weſten hin, die ſich bei Tull als Knie ausprägt. Kleine Sommerfriſchen und Bäder locken den Fremden in die noch wenig erſchloſſene Berglandſchaft ihres Quellgebietes, das auch einige ſchöne Gebirgsſeen beherbergt. Bei Remiremont (Romberg, Reimersberg, Rümmelsberg), der alten Einſiedelei und dem ſpäteren Sitz eines vornehmen reichsunmittelbaren Frauenſtiftes am Rande der Hochvogeſen, treffen ſich die drei Moſelquellbäche, um in Eintracht bei Epinal das Bergland des Wasgaues zu verlaſſen. Hier ſtellt der Kanal de l'Eſt eine Verbindung mit dem Saônetal her.

Die Moſel verliert jetzt den Charakter eines Bergbaches, doch verengt ſich ihr Tal vor und hinter Tull aufs neue. Zwei Landſchaften grenzen aneinander: „Von den leuchtenden Wieſen im Grunde bis zu dem Walddom in der Höhe — eine Symphonie in Grün, darüber aber an ſchönen Tagen der Himmel in aſchgrauer Bläue“ (Vidal de la Blache) [9]. Zwiſchen Epinal und Charmes und dann wieder bis Tull weicht die Moſel vor der Wucht der weſtlich vordrängenden Gebirgsausläufer nach Weſten aus. Urſprünglich bog ſie hier zur Maas ab. Kurz vor Tull ſtrömt ihr der Madon zu, der in den Sichelbergen nahe der Saônequelle ſeinen windungsreichen Lauf beginnt. Mirecourt liegt an dieſem Fluſſe, nördlich der baulich intereſſanten Stadt erhebt ſich auf ſeinem linken Ufer der Berg Sion, eine Art Nationalheiligtum der Lothringer, auf dem ſich die Burg Vaudémont, der Stammſitz des Herzogshauſes, und ein Wallfahrtsort befinden. Der Hügel, den Barrès berühmt gemacht hat, bietet einen bezaubernden Umblick auf über 100 Ortſchaften.

Bei Tull, der alten Biſchofs- und Reichsſtadt, deren gotiſche Kathedrale durch den gegenwärtigen Krieg gelitten hat, nähert die Moſel ſich dem Maasſtädtchen Commercy auf etwa 23 km. Beim hoch über dem Flußbett ragenden alten Schloß Liverdün, wo Ludwig XIV. einem lothringiſchen Herzog einen demütigenden Pakt diktieren konnte, zwängt ſich der Fluß wieder durch eine enge Klauſe, die Eiſenbahn und Kanal zum Ausweichen in Tunnelanlagen zwingt. Nun hat die Moſel freien Lauf und wendet ſich bei dem wenige Kilometer nördlich von Nanzig liegenden Frouard vereint mit der Meurthe entſchloſſen nach Norden, um in der Folge nur leicht oſtwärts auszubiegen. Zur Linken erheben ſich die ſanften Höhen der Côtes

---

[8] Fr. König, Deutſchlothringen, a. a. O., S. 5.

[9] Ebenda, S. 5.

Lorraines, die die Moſel bis zur Landesgrenze begleiten und dort in die Höhen des Rheiniſchen Schiefergebirges übergehen. Auf dieſen wellenförmigen Anhöhen liegen auch berühmte Befeſtigungen von Metz wie das hochragende Fort St. Quentin, deſſen Hügel das Stadtbild mit der feingliedrigen Silhouette der Kathedrale und all den Toren und Türmen beherrſcht. Die Art, wie ſich für den aus den engen Gaſſen mit alten vornehmen Herrenhäuſern etwa vom Dom her Kommenden der Blick auf der weiträumigen Eſplanade dehnt und dann über Uferanlagen und Moſelwieſen hinweg auf die jenſeitigen Höhen und den St. Quentin gleitet, hinterläßt einen hinreißenden Eindruck. Eine eigentümliche Durchſichtigkeit der Luft gibt allen Farben eine unvergleichlich lichte Tönung. Das düſtere und trotzige Geſicht von Metz, der Perle unter allen lothringiſchen Städten, ſteht dazu in eigentümlichem Gegenſatz.

In dieſer lieblichen Landſchaft erreicht das Tal eine Breite von 10—20 km. Schlöſſer, Dörfer und Städte prägen ſein Geſicht, das den Dichter wie den Forſcher entzückt. „In ihren Gärten reifen Artiſchocken, Tomaten, alle Früchte, die viel Sonne brauchen. Es iſt das Land der Mirabellen, der Aprikoſen und des Weins. Die reizenden kleinen hellen Weindörfer, um Metz, wie maleriſch, faſt an italieniſche Landſchaften erinnernd, liegen ſie da! Die Sonne brennt auf die ausgeſtorbenen Straßen, alle Fenſterläden ſind geſchloſſen, alles iſt draußen; auf den Feldern blitzt der Pflug, aus den Weinbergen leuchten die weißen Flügelhauben der Winzerinnen. Und von der Eſplanade herunter ſchaut man weit über das ſanft gewellte, hügelige Land mit ſeinen endloſen weißen Pappelſtraßen, die ſich von Dorf zu Dorf ziehen. Überall Gärten, Wälder, die ſich dunkel am Horizont erheben, Weinberge, und überall glitzert ein Streifen Moſel, deren gekrümmter Lauf ſich an den grünen Ufern vorbeiſchlängelt" (Liesbeth Dill).[10]

Das maleriſche Moſelſtädtchen Sierck, das ſchon der römiſche Dichter Auſonius beſungen hat und dem Barrès als revancheluſtiger Deutſchlandreiſender wehmütige Betrachtungen widmet, war auch ein Lieblingsaufenthalt der lothringiſchen Herzöge. Mehrfach mußten die Franzoſen den Ort belagern, bis er 1661 für zwei Jahrhunderte unter ihre Herrſchaft kam und von Ludwig XIV., auf deſſen rauhe Spur wir allenthalben im lothringiſchen Raum ſtoßen, befeſtigt wurde. Gleich hinter Sierck tritt die Moſel in ehedem erzbiſchöfliches, ſeit 1815 preußiſches Gebiet ein, um alsbald Trier und dann in nordöſtlicher Richtung bei Koblenz noch auf altlothringiſchem Boden den Rhein zu erreichen.

Die Meurthe, die bei Frouard in die Moſel fließt, entſpringt nahe dem Schluchtpaß am Hohneck (1361 m), der den Vogeſenkämpfern wohlbekannt iſt. Die Reſte der Gebirgsklöſter Senones, Maienmünſter (Moyenmoutier) und Etival, heute meiſt zu Induſtriezwecken ausgenutzt, erinnern daran, daß es auch hier die Kirche war, die am früheſten tief in den unwirtlichen Vogeſen Fuß gefaßt und den ſpäteren Rodungen vorgegriffen hat, durch die ſich auch in unſerem Gebiet der Lebensraum der Bevölkerung erheblich erweiterte. Senones, bis zur Franzöſiſchen Revolution Sitz der Reichsgrafen von Salm, hat ſich noch das Gepräge einer kleinen Reſidenz bewahrt. Aber auch im Schloß hauſt heute eine Induſtrieleitung. Im oberen Meurthetal, das der lothringiſchen Hochwaldlandſchaft angehört, boten die Waſſerkräfte des ſteil zu Tale ſtürzenden Baches erſt in neuerer Zeit die Vorausſetzung für Induſtrialiſierung und dichtere Beſiedlung. Bei Lunéville (Lünweiler, Lünſtadt) hat auch dieſer lothringiſche Fluß den breiten und offenen Boden der Hochebene gewonnen und erreicht nun bald die Landeshauptſtadt Nanzig. Sie iſt viel jünger als die alten Biſchofsſtädte und wurde erſt im Mittelalter von den lothringiſchen Herrſchern begründet und zum Herrſcherſitz erhoben, wofür auch ihre günſtige ſtrategiſche Lage maßgeblich war. Unweit unterhalb der Stadt, in deren äußerem Bild als ſtark überfremdetes „Klein-Paris" beſonders die Regierungszeit des polniſchen Emigranten Stanislaus nachlebt und die auch Sitz einer Univerſität iſt, vereinigt ſich die Meurthe mit der Moſel.

Im Unterſchied zum Meurthetal iſt das Tal des lothringiſchen Salzfluſſes, der Selle (Seille), ſchon zu Urzeiten von einer Bevölkerung beſiedelt geweſen, die auch bereits den Salzbau betrieb. Die Selle iſt kein ſtürmiſches Kind der Berge, ſondern die bedächtige Tochter der an Seen und Weihern reichen Hochebene. Auch hier drängen ſich die Salzbergwerks-

---

[10] Das verlorene Land. Ein Buch über Lothringen und Lothringer, Leipzig 1920, S. 11.

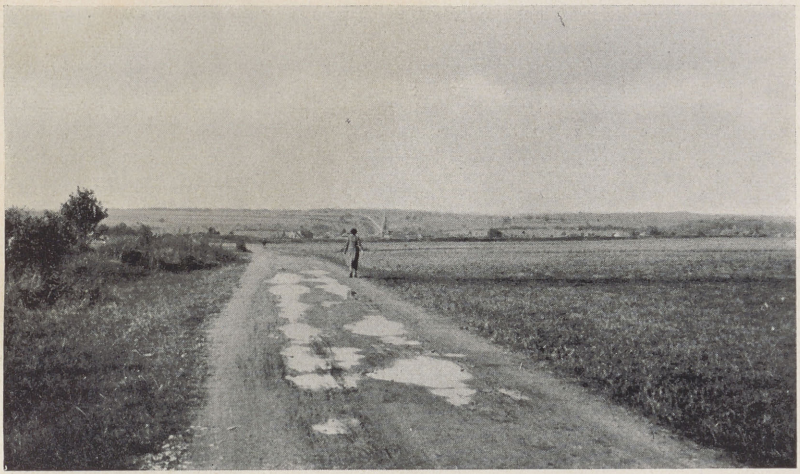


Abb. 1
Doggerhochfläche bei Neunhauſen
Aufn. J. Schmithüſen

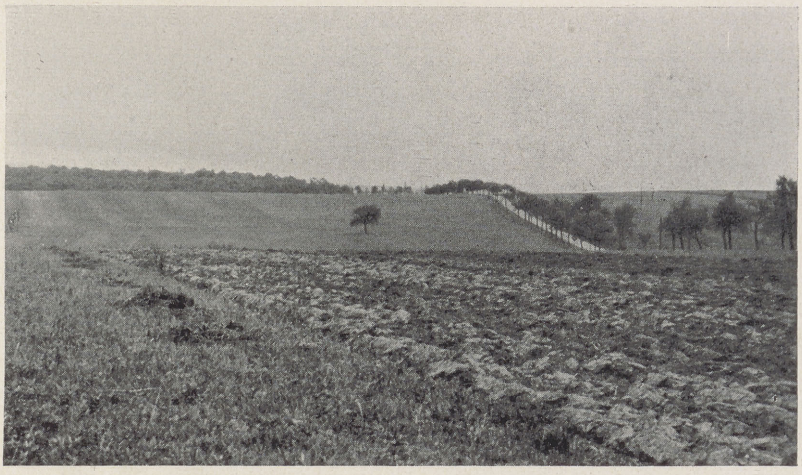


Abb. 2
Hügelland bei Bermeringen
Aufn. J. Schmithüſen

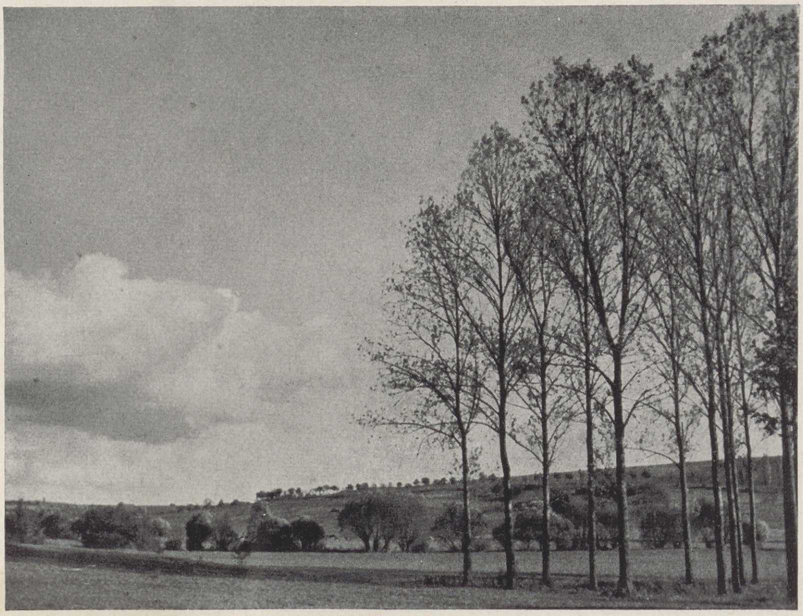


Abb. 3
Landſchaft bei Salzburgen
Aufn. Hertha Schulde-Müller

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

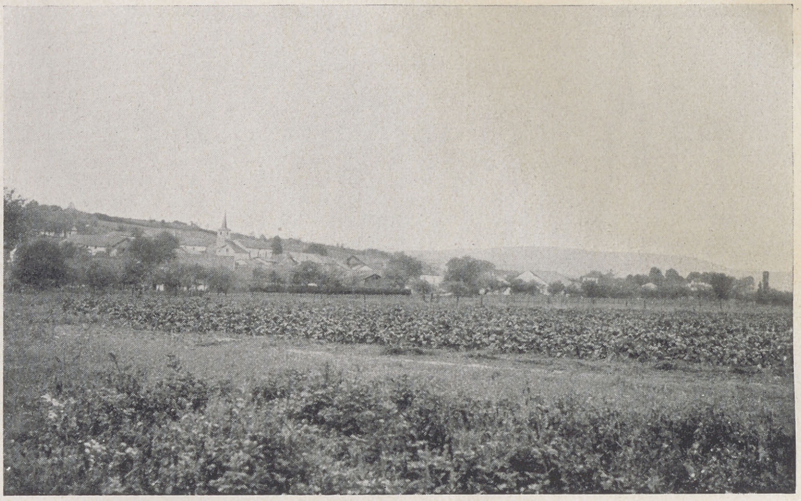


Abb. 4
Kontich
Aufn. J. Schmithüſen

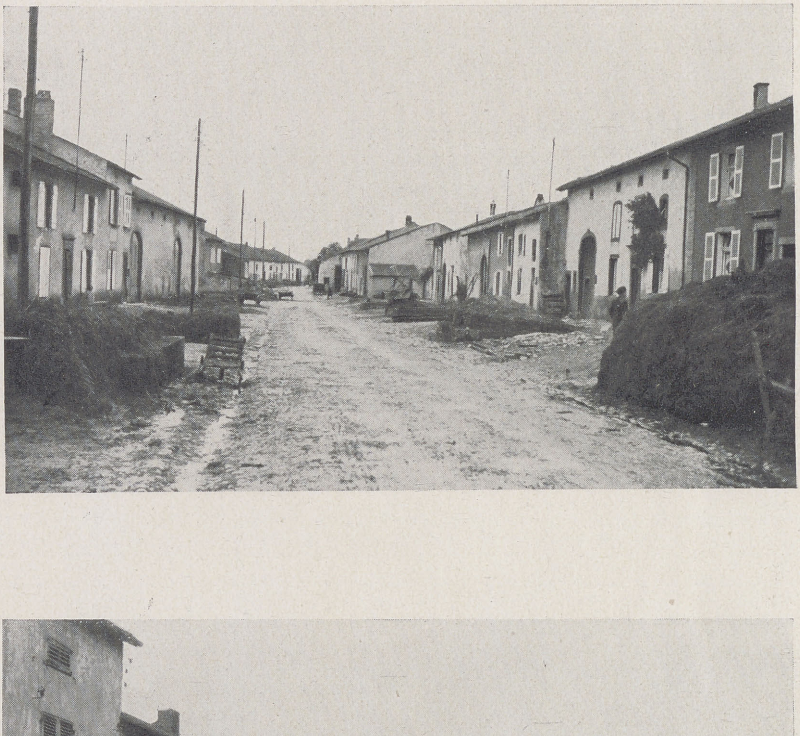


Abb. 5
Stückingen
Aufn. J. Schmithüſen

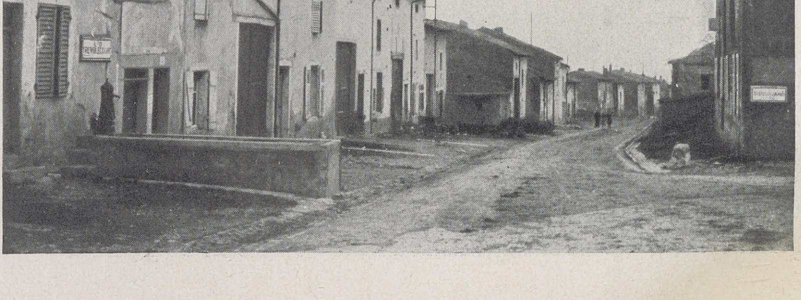


Abb. 6
Villers en Haye
Aufn. J. Schmithüſen

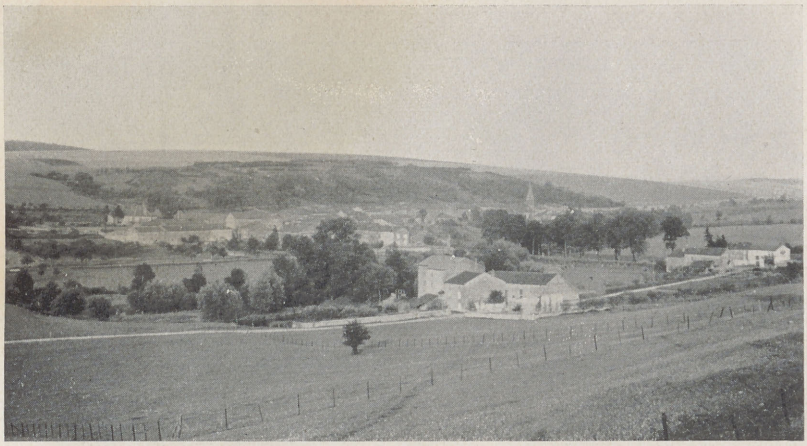


Abb. 7
Bingen a. d. Nied
Aufn. J. Schmithüſen

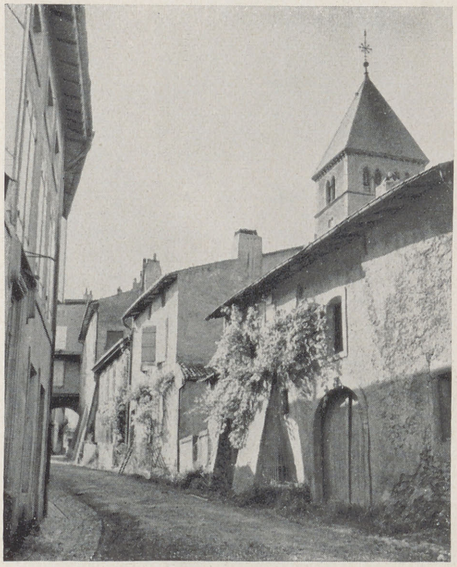


Abb. 8. Welz, Kr. Metz
Aufn. Hertha Schulde-Müller

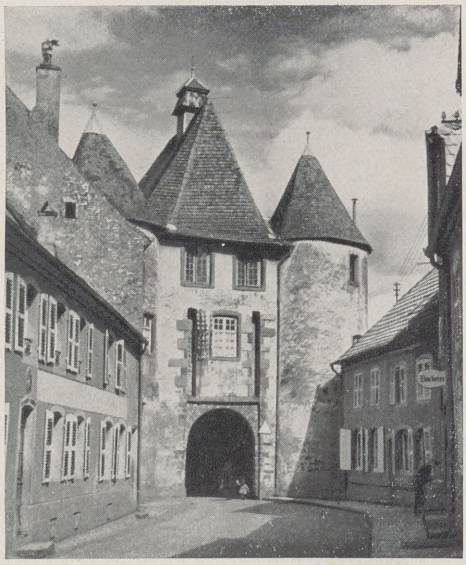


Abb. 9. Finſtingen a. d. Saar
Aufn. A. Gerspach

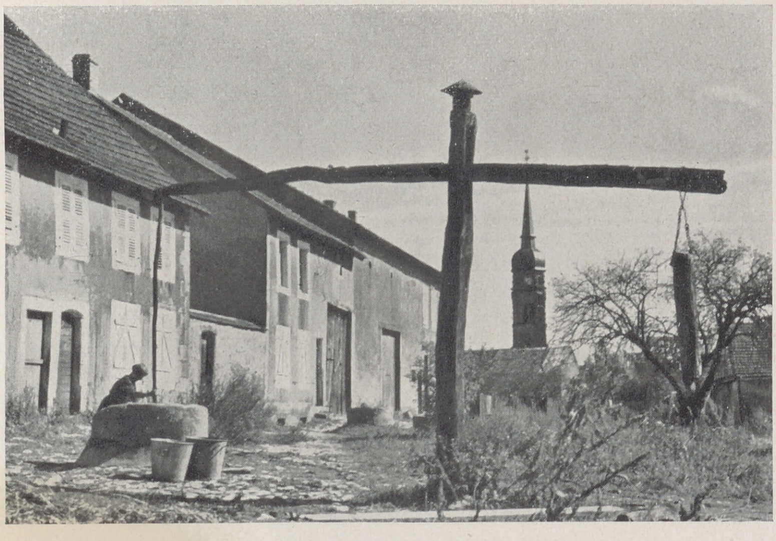
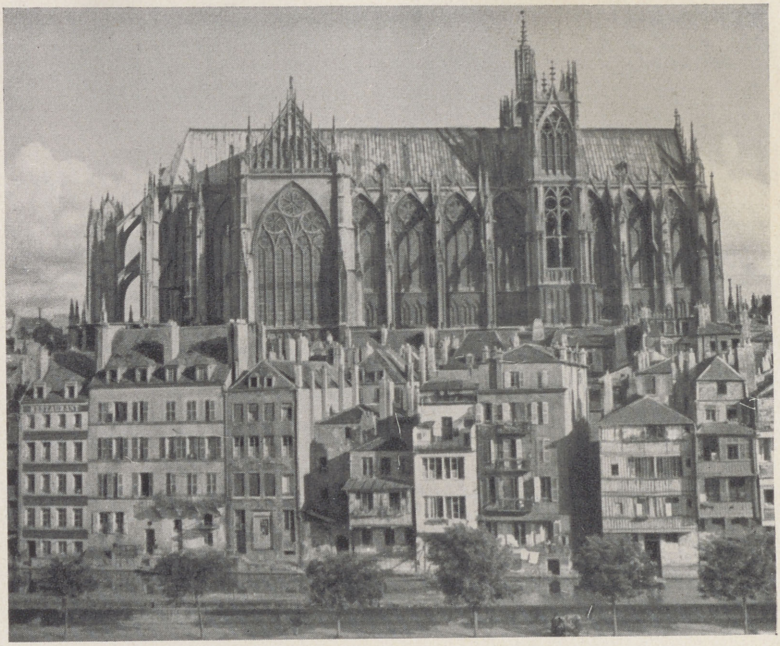


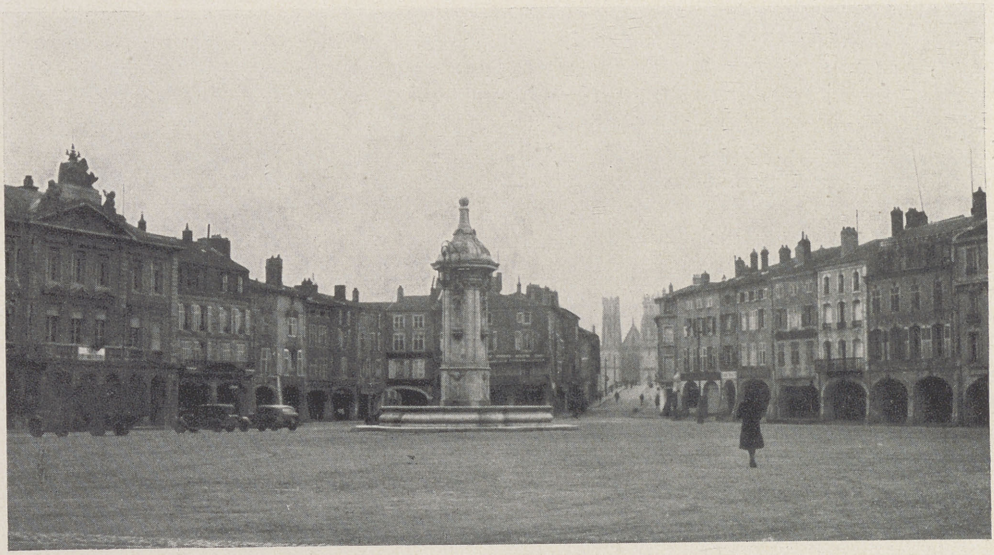
Abb. 10
Typiſcher Dorfbrunnen
Aufn. A. Gerspach

Verlag von S. Hirzel in Leipzig



Aufn. Hertha Schulde-Müller

Abb. 11. Dom von Metz



Aufn. F. Schmithüſen

Abb. 12. Pont à Mouſſon

orte Duß, Salzmar, Wich, das lange die Reſidenz der Metzer Biſchöfe war, und das an der Kleinen Selle gelegene Salzburgen eng zuſammen. Wich, das leider durch den gegenwärtigen Krieg beſonders gelitten hat, erinnert durch entzückende Renaiſſancebauten an eine große Vergangenheit. Dieſe Salzlandſchaft des „Salzgaues" iſt eines der Gebiete, die früher zum deutſchen Sprachbereich gehört haben, aber nach der Entvölkerung durch Kriegsnöte und Seuchen von Ludwig XIV. hauptſächlich durch Anſiedlung von Pikarden verwelſcht worden ſind. Jetzt wird der deutſche Charakter dieſer Landſchaft durch Neubeſiedlung wiederhergeſtellt werden. Bei Metz mündet auch die Selle in die Moſel, die Saar vereinigt ſich mit dieſer erſt außerhalb des kleineren Lothringens der letzten Jahrhunderte.

Das linke Moſelufer, das wegen der Nähe der Maas wenig Nebenflüſſe zubringt, gewinnt beſonders im Norden eine beſondere Bedeutung, wo weſtlich der früheren Pfalz und heutigen Induſtrie- und Garniſonſtadt Diedenhofen das Erzgebiet der lothringiſchen Minette beginnt. „Es iſt das Land der Arbeit, in das du hier geraten biſt. Schlote, Schlackenberge, Hochöfen erheben ſich in der grünen Landſchaft, mächtige Rauchwolken überſchatten Berg und Tal, rieſige Feuerſäulen ſtehen des Nachts über den Werken und künden den unterirdiſchen Reichtum der eintönigen Fläche, die lieblicheren Anblick nur dort gewährt, wo die Bäche, die zur Moſel fließen, ſich in den Boden eingegraben haben und anmutige Täler bilden, denen die Induſtrie auch heute noch nicht ihren Reiz hat nehmen können."[11]. Dieſes gewaltig aufſtrebende Induſtriegebiet des nordweſtlichen Lothringens erſtreckt ſich vom Moſelufer bis in das obere Tal der Chiers jenſeits der Waſſerſcheide zur Maas. Sein öſtlicher Teil gehörte zuletzt zu Luxemburg, ehe er von Ludwig XIV. geraubt wurde. Etwas weſtlich von Diedenhofen im Fentſchtal liegt Hayingen, deſſen Werke 1711 durch den aus dem Rheinland ſtammenden Unternehmer Johann Martin Wendel, den Stammvater der inzwiſchen verwelſchten bedeutenden Induſtriellenfamilie de Wendel, erworben wurden. In nächſter Nachbarſchaft liegen weiter weſtlich und ſüdlich die heute weltberühmten Induſtrieorte Fentſch, Algringen, Rombach, Großmöwern, Roßlingen und hart daneben jenſeits der Reichsgrenze von 1871 Briey. Weiter weſtlich ſind dann Longich (Longwy) und Longuyon Mittelpunkte der Erzinduſtrie, deren Gebiet ſich auch in das benachbarte Luxemburg fortſetzt. Durch die in Nordweſtlothringen erfolgte Bevölkerungsballung infolge des Menſchenbedarfes der Induſtrie hat ſich das volkliche Bild der Landſchaft völlig verändert. Urſprünglich ein Gebiet, in dem ſich ſeit alters germaniſches und romaniſches Volkstum durchdrangen, hat dieſe Induſtrielandſchaft in den letzten Jahrzehnten einen ſtarken fremdvölkiſchen Zuzug erfahren, ſo daß z. B. in kleinen Orten Zeitungen in mehr als 10 Sprachen geleſen wurden. Die deutſche ordnende Hand wird gerade dieſen Gebieten erſt ein neues, für die Zukunft beſtändiges Geſicht geben müſſen.

Von dieſer oſtlothringiſchen Landſchaft, die bis auf den Bezirk von Longich von der Moſel und ihren Nebenflüſſen bewäſſert wird, iſt das weſtlothringiſche Maastal durch die ſanften Höhen der Côtes Lorraines geſchieden. Daß Maas und Moſel Schweſtern ſind, ſagen ſchon die lateiniſchen Bezeichnungen Moſa (Maas) und Moſella (kleine Maas) aus, auf die die deutſchen Flußnamen zurückgehen. Die Maas entſpringt 20 km nordöſtlich von Langres und fließt zunächſt zwiſchen hohen Steilufern durch einen zerklüfteten und höhlenreichen Felsboden. Hinter dem Induſtrieſtädtchen Neufchateau, das 1641 tapferen Widerſtand gegen die Franzoſen leiſtete, verbreitert ſich das Tal auf einige Kilometer und bietet ſo dem Canal de l'Eſt und der ſtrategiſch wichtigen Bahn nach Sedan Platz. Nicht weit unterhalb von Neufchateau liegt auf dem linken Moſelufer das Dörfchen Domremy, wo das Geburtshaus der Jeanne d'Arc den Wanderer daran erinnert, daß der franzöſiſche Nationalismus, der ſein Sinnbild in dieſer Grenzlothringerin ſehen will, geſchichtlich in der engliſch-franzöſiſchen Erbfeindſchaft wurzelt. Bei Commercy, das bereits im Maasdepartement liegt und im Mittelalter in ſaarbrückiſchem Beſitz war, öffnet ſich unweit von Tull auf dem rechten Ufer die Waberebene (Woëvre) mit ihren Weihern und weitgedehnten Feldern, die einen bequemen Zugang zum Moſeltal bietet. St. Mihiel, das ſeinen Namen der Kloſtergründung eines auſtraſiſchen Hausmeiers verdankt, war zu Beginn der Neuzeit Sitz des Oberſten Gerichtshofes für Bar. Noch heute birgt der Ort großangelegte Renaiſſancebauten. Zu den künſtleriſchen Schätzen der Kathedrale gehören Skulpturen des berühmteſten lothringiſchen Bildhauers Ligier Richier, der möglicherweiſe ein Schüler Michelangelos geweſen iſt.

---

[11] König, a. a. O., S. 21.

In Verdun (Virten) erinnern der biſchöfliche Palaſt, die aus dem 12. Jahrhundert ſtammende romaniſche Kathedrale mit ihrem berühmten Kreuzgang und einige Tore noch an die Glanzzeit der biſchöflichen Herrſchaft. Die Stadt mußte nach dem Weltkrieg großenteils neu aufgebaut werden. Dabei iſt ſie als Zentrum eines ſenſationslüſternen Touriſtenverkehrs rettungslos im amerikaniſchen Geſchmack verkitſcht worden. Ein pompöſes Siegesdenkmal, zu dem eine gewaltige Treppe hinaufführt, macht heute einen geſpenſterhaften Eindruck. Ähnliches gilt von den Gedächtnisſtätten auf dem hartumkämpften Fort Douaumont, das auf dem rechten Maasufer am Rande der ſich nach Oſten breitenden Waberebene liegt. Die Feſtungswerke von St. Mihiel, Verdun, Stenay und Sedan gaben ſeit den Zeiten Ludwigs XIV. der ſtrategiſchen Bedeutung der Maaslinie für die Franzoſen ſinnfälligen Ausdruck.

Da die Maas in ihrem Oberlauf zwiſchen Marne und Moſel eingeklemmt iſt, fließen ihr auf lothringiſchem Boden kaum Nebenflüſſe zu. Erſt zwiſchen Stenay und Sedan empfängt ſie von Oſten her die Chiers. Ihr Tal war im Mittelalter Sitz halbſelbſtändiger Herrſchaften, die dann in engeren Zuſammenhang mit Luxemburg kamen und dadurch der lothringiſchen Herzogsgewalt entglitten. Carignan und das frühzeitig ſtark befeſtigte Montmedy erinnern an dieſe örtlichen Machtkämpfe des Mittelalters. Im Pyrenäiſchen Frieden gelang es Ludwig XIV., auch in dieſem ſtrategiſch wichtigen Seitental der Maas Fuß zu faſſen.

Weſtlich von Neufchateau bereits ſenkt ſich das ehemals lothringiſche Tal des Ornain, eines Nebenfluſſes der Marne, ins Pariſer Becken herab. An dieſem Fluß liegt Ligny, etwas weiter unterhalb in einer klauſenartigen Talverengung an ſtrategiſch wichtiger Stelle Bar-le-Duc. Die heutige Departementshauptſtadt, aus der einer der Hauptſchuldigen des Weltkrieges, Raymond Poincaré, ſtammt, war in mittelalterlichen Tagen eine Trutzburg gegen Frankreich und Sitz der Grafen und ſpäteren Herzöge des Barerlandes, die ſich zwar Jahrhunderte hindurch gegen die lothringiſche Herzogsgewalt ſträubten, ſpäter aber an beſonders gefährdeter Stelle einen heldenhaften Widerſtand gegenüber dem andrängenden Franzoſentum leiſteten. Die untere Stadt verteilt ſich auf beide Ufer des Ornain und wird durch eine Oberſtadt überragt, die ſich auf dem alten Burgberg ausgebreitet hat. Die Stadt, deren heutiger Ruf hauptſächlich auf einem geſchätzten Johannisbeerkonfekt beruht, erinnert durch ihren ungemeinen Reichtum an wertvollen Renaiſſancebauten an Zeiten, wo ſie als Herzogsreſidenz Stätte eines blühenden Kulturlebens war, deſſen Spuren freilich eine dicke Schicht von Schmutz und Verwahrloſung verdeckt.

Altlothringiſch ſind ferner die menſchenarmen Argonnen. Parallel zur Maas verläuft das Tal der oberen Aire, an der Clermont, Sitz einer alten Grafſchaft in den „lothringiſchen Thermopylen", und das ſchon in der Karlingerzeit erwähnte, durch die Gefangennahme Ludwigs XVI. zu traurigem Ruhm gelangte Varennes liegen. Im 30jährigen Krieg mußte die Grafſchaft Clermont von Herzog Karl IV. von Lothringen, einem der erbittertſten Gegner Richelieus, Mazarins und Ludwigs XIV., an die Franzoſen abgetreten werden. Noch etwas weiter weſtlich fließt die Biesme, jahrhundertelang Grenzfluß, ebenfalls ein Nebenfluß der Aisne, mit dem Argonnenkloſter La Chalade, deſſen ſchöne dreiſchiffige Kirche in den Kämpfen der letzten Zeit ebenſo wie der alte Grenzort Les Islettes ſtark gelitten hat. Aus dem Weltkrieg und auch durch den Feldzug von 1940 iſt dieſes weſtlothringiſche Grenzgebiet des Argonnenwaldes vielen deutſchen Soldaten wohlvertraut geworden, bei denen die reichsgeſchichtliche Bedeutung dieſes Abſchnittes unſerer mittelalterlichen Reichsgrenze völlig in Vergeſſenheit geraten war. Nachdem unſere Truppen in den erſten Wochen des Weltkrieges die Feſtung Verdun auch von Norden und Weſten her etwa auf der Linie der früheren Grenze zwiſchen dem alten Reich und Altfrankreich umklammert hatten, wurden ſie nach dem unglücklichen Ausgang der Marneſchlacht auf eine Linie zurückgenommen, die die Argonnen in oſt-weſtlicher Richtung nördlich von Verdun her durchſchnitt.

So zerfällt alſo der lothringiſche Raum in drei natürlich geſchiedene Zonen, die ſich ſämtlich in der Richtung von Norden nach Süden erſtrecken. Nur die weſtlichſte, in kleinere Teilräume aufgelockerte unter ihnen gehört eindeutig zum Pariſer Becken. Das Maastal ſtellt bereits einen Mittelſtreifen dar, der in das Flußſyſtem des Rheines gehört und trotz ſeiner weitgehenden Entvölkerung nicht nur ſtrategiſch, ſondern auch verkehrsmäßig von beſonderer Bedeutung iſt, weil er die Verbindung zwiſchen den burgundiſchen Landen und den Niederlanden herſtellt. Hier hat zwar jahrhundertelang die deutſche Reichsgewalt geherrſcht, da die mittelalterlichen Kaiſer ſich der Bedeutung der Maasbaſtion für die Sicherheit des Reiches wohl bewußt waren. Der Einverleibung in Frankreich hat dies Gebiet ſogar einen beſonders hartnäckigen Widerſtand entgegengeſetzt.

Dagegen ſind die lothringiſchen Hochvogeſen und vollends das Gebiet der mittleren Moſel und oberen Saar unabhängig von der Volksſprache engſtens mit den benachbarten deutſchen Landſchaften verbunden geweſen. Auch die Ortſchaften zeigen dort vielfach ein dem deutſchen Auge vertrauteres Gepräge. Das ſüdöſtliche und das nordöſtliche Lothringen ſtehen auch unter ſich in engerer Verbindung als mit den weiter weſtlichen Gebieten. Beim Übergang vom Moſeltal in die flache und weniger reizvolle Maasebene verändert ſich das Geſicht der Landſchaft. Das eigentliche Frankreich aber beginnt erſt jenſeits der alten Reichsgrenze in der Champagne. Noch an der Schwelle der Gegenwart ſagten die Bauern beim Überſchreiten der Biesmebrücke bei Les Islettes: Wir fahren nach Frankreich. Hier hat wirklich einmal die Natur einen deutlichen Grenzſtrich gezogen, Traditionen von vielen Jahrhunderten haben ihn bekräftigt, erſt die Franzöſiſche Revolution hat die tauſendjährige europäiſche Ordnung auch hier verwiſcht. Neuerdings haben auch deutſche Hiſtoriker, die vermutlich nie in den lothringiſchen Thermopylen von Clermont oder auf dem Burgberg von Bar-le-Duc geſtanden haben, die mittelalterliche Reichsgrenze als unnatürlich, unzweckmäßig und künſtlich bezeichnet und von einem Widerſinn von 843 geſprochen, ohne ihr Urteil ſtrategiſch und hiſtoriſch zu überprüfen.

Die Franzoſen wußten, weshalb ſie ſich ſo große Mühe gaben, unſere alte, von der Natur begünſtigte Grenze zu durchbrechen und durch das in Bar geſperrte Ornaintal und längs der mittleren Maas an deren Oberlauf zu kommen, um damit auch die Mittelpforte von Clermont in ihre Hand zu bekommen. Von der Maas drängten ſie im nahen Tull an die Moſel und dann weiter an den Rhein. Freilich brauchten ſie noch $2^1/_2$ Jahrhunderte, um von der um 1300 errungenen Maasſtellung ins Herz Lothringens, nach Metz, vorzuſtoßen. Erſt Richelieu und der Kardinal Fleury vollendeten das Werk, zu dem Philipp der Schöne, der Eroberer des Maaslandes, den Grund gelegt hatte. Im ſpäteren 19. Jahrhundert ſind dieſe Zuſammenhänge auch bei gebildeten Deutſchen mehr und mehr in Vergeſſenheit geraten. Aber nicht ohne Grund antwortete das deutſche Volk gerade jetzt vor 100 Jahren auf das damals wiedererwachte franzöſiſche Geſchrei nach der „natürlichen" Rheingrenze mit dem Ruf: Von der Maas bis an die Memel.

Lothringiſche Teilgebiete

Der lothringiſche Raum, deſſen natürliche Gliederung und Abgrenzung gegen Altfrankreich wir ſoeben unterſucht haben, zerfiel vor der Franzöſiſchen Revolution noch in eine größere Anzahl von Verwaltungsbezirken, die ſich an die alten feudalen Herrſchaftsbereiche anlehnten, in die das Land im Lauf des Mittelalters zerfallen war. Als das revolutionäre Frankreich ſeine geſchichtlichen Landſchaften rückſichtslos zerſchlug, wurde auch unſer Gebiet neu aufgeteilt. In der urſprünglichen Namengebung dieſer Departements aus revolutionärer Wurzel klingen noch die überlieferten Namen nach. Aber bald ſchritt man zu neutralen Umbenennungen nach natürlichen Gegebenheiten, ſo daß aus dem Metzer Land ein Departement Moſelle, aus „Lorraine" das Departement Meurthe und aus dem „Barrois" ein Departement Meuſe, wurde. Nur für den Süden des Landes, dem in der Tat eine hiſtoriſche Kernlandſchaft völlig fehlt, griff man ſogleich auf die geographiſche Bezeichnung Vogeſen zurück, obgleich ſich dieſes Departement Vosges bis zur oberen Maas hin erſtreckt.

Dieſe aus der Revolutionszeit ſtammende politiſche Einteilung iſt auch ſeither nicht weſentlich verändert worden. Denn das Schrumpfgebiet, das die Franzoſen 1871 abtreten mußten und auf das nun erſt in irreführender Weiſe der hiſtoriſche Geſamtname Lothringen überging, deckte ſich im Kern mit dem Moſeldepartement. Nur etwa ein Viertel des Geſamtraumes der lothringiſchen Departements kehrte damit zum Reich zurück. Der äußerſte Nordweſten des Moſeldepartements, der Kreis Longich, blieb bei Frankreich und wurde mit dem Meurthedepartement zu „Meurthe-et-Moſelle" vereinigt. Dafür kam der Norden des Meurthedepartements mit Saarburg und Salzburgen an das Reich. Als die Franzoſen das 1871 verlorene Gebiet nach dem Weltkrieg wieder erlangten, ließen ſie es aus praktiſchen Gründen bei der Gebietsgliederung der Jahrzehnte zuvor bewenden, ſo daß es nun neben einem Departement Moſelle, dem bisherigen Regierungsbezirk Lothringen des Bismarckreichs, auch weiterhin ein Departement Meurthe-et-Moſelle im alten Umfang gab.

Der Regierungsbezirk Lothringen im 1871 feſtgeſetzten und nach 1918 als verkleinertes Moſeldepartement beibehaltenen Gebietsſtand umfaßte das frühere Herrſchaftsgebiet des Stadtſtaates Metz und einen großen Teil des weltlichen Beſitzes des Bistums Metz, ferner ein überwiegend deutſchſprachiges Stück des Herzogtums Lothringen, das ſchon früher als „Lorraine allemande" bezeichnet worden war, einen Teil des im 17. Jahrhundert von Frankreich eroberten vordem luxemburgiſchen Bereiches (mit Diedenhofen) und überdies allerlei kleineren dynaſtiſchen Streubeſitz, der den Franzoſen z. T. erſt durch den Frieden von Lunéville 1801 zugefallen war. Die vorgefundene Zahl der Kreiſe wurde nach der deutſchen Rückgliederung um zwei vermehrt, ſo daß der reichsländiſche Regierungsbezirk Lothringen fortan außer den Kreiſen Metz Stadt und Land noch die 6 Kreiſe Bolchen, Salzburgen, Diedenhofen, Forbach, Saarburg und Saargemünd umfaßte. Außer Metz, das damals 34 000 und 1936 über 83 000 Einwohner zählte, gab es in dieſem Gebiet nur kleine Landſtädte, von denen die größten (Saargemünd und Diedenhofen) bei ihrer Rückkehr zum Reich kaum das ſiebente Tauſend erreichten. Immerhin war dies Gebiet ſchon damals das am ſtärkſten und am dichteſten bevölkerte, dazu — neben Meurthe-et-Moſelle — durch ſeine Bodenſchätze beſonders zum Aufſtieg vorbeſtimmte lothringiſche Teilgebiet, in dem ein knappes Drittel der geſamten lothringiſchen Bevölkerung ihren Sitz hatte.

Für die Franzoſen war jedoch nicht das Moſel-, ſondern das Meurthedepartement das eigentliche Kerngebiet Lothringens, zumal dort die alte lothringiſche Landeshauptſtadt Nanzig liegt. Dieſer Teilraum war in früheren Zeiten weſentlich weniger zerſplittert und umfaßte außer herzoglichen Landen hauptſächlich Stücke der Bistümer Tull und Metz. Als Reſtſtück des urſprünglichen Departements Moſelle kam in Geſtalt des Kreiſes Longich noch ein korridorartiger Gebietsſtreifen bis zur luxemburgiſchen Grenze hinzu, der ebenfalls durch ſeinen induſtriellen Aufſchwung zu einer Bevölkerungsverdichtung gelangen ſollte. Das Departement zerfiel ſeit dem Frankfurter Frieden in die Kreiſe Nanzig, Tull, Lunéville und Briey. In der Revolutionszeit hatte Lunéville, zeitweilig und beſonders zuletzt ebenfalls eine Reſidenz der lothringiſchen Herzöge, verſucht, Nanzig den Rang abzulaufen und ſich zur Departementshauptſtadt zu erheben, doch gewann Nanzig ſchon als Univerſitätsſtadt und als herkömmlicher Regierungsſitz das Rennen. Immerhin birgt das Meurthedepartement in den Städten Lunéville, Tull und Pont-à-Mouſſon, dem früheren Sitz der Landesuniverſität, einige größere Orte von geſchichtlicher Bedeutung, zu denen auch Blamont (Blankenberg) hart an der Grenze von 1871 zu zählen iſt.

Dasſelbe gilt für das Vogeſendepartement, obgleich dieſes keine eigentliche Gebietsüberlieferung weiterführt. Es erſtreckt ſich im Süden des lothringiſchen Raumes von der elſäſſiſchen Grenze bis zu dem aus einem Teil der Champagne gebildeten Departement Haute Marne. Es iſt in die Kreiſe Epinal, Mirecourt, Neufchateau, Romberg (Remiremont) und Sankt-Diedel aufgegliedert. Das letztere iſt heute Biſchofsſitz. Eigentlich gehörte dazu noch der Sprengel von Bourmont mit der alten Feſte La Mothe als lothringiſcher Herrſchaftsbezirk eines Seneſchalls („Sénéchauſſée"), doch wurde dieſes altlothringiſche Gebiet bei der revolutionären Neueinteilung Frankreichs zum Obermarnedepartement geſchlagen. Auch das Vogeſendepartement umfaßt im weſentlichen ehemals herzoglichen Beſitz von Lothringen und Bar mit Exklaven des Bistums Metz. Eine Sonderſtellung nahm lange das Gebiet der Reichsabtei Romberg ein. Aus dem Wettſtreit zwiſchen Epinal, Mirecourt und Sankt-Diedel ging in der Revolutionszeit Epinal als Hauptſtadt des Departements hervor. Es iſt eine alte keltiſche Siedlung, gehörte im frühen Mittelalter zum Bistum Metz und wurde im 15. Jahrhundert herzoglich. Es leiſtete tapferen Widerſtand gegen Burgunder und Franzoſen. Im gegenwärtigen Krieg haben beſonders die Häuſer am Moſelufer ſtark gelitten. Die herrliche Kirche St. Maurice mit der reizvollen Porte des Bourgeois iſt ebenſo wie die Arkaden des nahegelegenen Platzes verſchont geblieben.

Eine intereſſante Geſchichte hat Romberg, das heutige Remiremont, für das auch andere deutſche Namen (Reimersberg, Rümmelsberg) im Gebrauch waren. Aus einem ſchon im 7. Jahrhundert gegründeten Benediktinerinnenkloſter ging eine reichsunmittelbare Abtei hervor, an deren Spitze ſeit Rudolf von Habsburg eine Fürſtäbtiſſin ſtand und deren weltlicher Beſitz ſich aus 52 Herrengütern an der oberen Moſel zuſammenſetzte[12]. Schon im 12. Jahrhundert verzichtete dieſes adlige Damenſtift auf die eigentlich klöſterliche Lebensform. Erſt 1566 gelang es den lothringiſchen Herzögen, die Abtei Romberg dem Herzogtum einzugliedern. In der Folge waren die Fürſtäbtiſſinnen von Romberg häufig lothringiſche Prinzeſſinnen. Katharina III., eine Tante Herzog Karls IV., nahm im Dreißigjährigen Krieg an den Kämpfen gegen Frankreich tatkräftigen Anteil und zwang ſogar Turenne zum Rückzug. Eine Schweſter des letzten einheimiſchen Herzogs Franz Stefan, Anna Charlotte (1738—1773), überlebte — freilich in der Emigration — noch den Untergang des Herzogtums. In der Revolution wurde das Stift großenteils zerſtört. Trotzdem erinnert z. B. die Hauptſtraße mit ihren Laubengängen faſt an eine ſüddeutſche oder öſterreichiſche Kleinſtadt. Remiremont iſt nach 1871 ſtark mit Elſäſſern durchſiedelt worden. Auch Sankt-Diedel, heute eine kleine Induſtrieſtadt in günſtiger Verkehrslage im oberen Meurthetal, iſt eine frühe klöſterliche Gründung. Zu den Sehenswürdigkeiten gehört der reizvolle Kreuzgang der biſchöflichen Kathedrale. Der weſtliche Teil des Vogeſendepartements gehört zum alten Bereich des Herzogtums Bar und hat mit den Hochvogeſen wenig geſchichtliche Berührung gehabt. Auch dort leiſteten aber die Städte Mirecourt und Neufchateau den Franzoſen einen hartnäckigen Widerſtand. Beide weiſen noch einen altlothringiſchen Charakter auf, der in Nanzig hinter dem im franzöſiſchen Rokokogeſchmack umgebauten Stadtinnern ſo ſtark zurücktritt. Auch an der oberen Maas konnten die Franzoſen nur gewaltſam Fuß faſſen.

Das eigentliche Maasdepartement umfaßt den Hauptteil des Herzogtums Bar, ferner das Bistum Verdun, die Argonnengrafſchaft Clermont und den weſtlichen Teil des von Frankreich eroberten luxemburgiſchen Beſitzes. Es zerfällt in die Kreiſe Bar-le-Duc, Commercy, Montmedy und Verdun. Auch hier war die Frage des Verwaltungsſitzes umſtritten. Über Verdun, die alte Biſchofs- und Reichsſtadt, das im früheren Mittelalter auch ein bedeutender Mittelpunkt des Handels war, und St. Mihiel, das ſich frühzeitig von Verdun freimachte, in den Revolutionswirren ſeinen kirchlichen Namen abzuſtreifen ſuchte und ſich zeitweilig Roches-ſur-Meuſe nannte, ſiegte aber auch hier der ehemalige Herzogsſitz Bar-le-Duc. Die Stadt, die ſchon aus der Römerzeit ſtammt und mit dem ſog. Barrois Mouvant 1301 in franzöſiſche Abhängigkeit geriet, war im 15. und 16. Jahrhundert heftig von Frankreich und Lothringen umkämpft und wechſelte dabei mehrfach den Beſitzer. Bar-le-Duc wurde von Ludwig XIV. entfeſtigt, als er die ſtrategiſche Linie vorverlegte; das Schloß und 17 Mauertürme fielen der Zerſtörung zum Opfer.

An Umfang iſt das Maasdepartement noch etwas größer als der Regierungsbezirk Lothringen und ſomit das größte der bisherigen lothringiſchen Teilgebiete. Dagegen war es ſchon zu Anfang des vorigen Jahrhunderts von allen am ſchwächſten beſiedelt, 1936 erreichte es nicht einmal ein Drittel der Einwohnerſchaft des Moſeldepartements. Mit einer Dichte von nur 35 Einwohnern je Quadratkilometer zählt es zu den menſchenleerſten franzöſiſchen Departements. Auch fehlt jedes regere Leben. Frankreich hat es alſo in keiner Weiſe verſtanden, die Lebenskräfte des Grenzlandes an der Maas zu beleben. Es ſah und ſieht in dieſem Gebiet lediglich eine ſtrategiſche Zone, die lange Zeit ausſchließlich der Sicherheit Frankreichs dienen mußte und durch die Maginotlinie auch dieſe Bedeutung im weſentlichen eingebüßt hat. Das Maasland hatte die hohe Ehre, ſich in dieſer Rolle, derzufolge es zur Grenzeinöde abzuſinken droht, völlig zu erſchöpfen.

---

[12] Vgl. den Abſchnitt: Der Vogeſenſtaat Romberg—Remiremont. In: Karl Kieſel, Petershüttly. Ein Friedensziel in den Vogeſen, Berlin 1917, S. 58ff.; ferner Hermann Derichsweiler, Geſchichte Lothringens, Wiesbaden 1901, I, S. 114.

Bevölkerungsbewegung und Überfremdung

Von den nicht ganz 2 Millionen Einwohnern, die der geſamte lothringiſche Raum vor dem Weltkrieg zählte, waren über $^1/_2$ Million, ein reichliches Viertel alſo, vielleicht ſogar ein knappes Drittel, deutſchſprachig. Ein erheblicher Teil davon lebte in romaniſcher Umgebung jenſeits der hiſtoriſchen Sprachgrenze, die ſich bogenförmig vom Donon über Albesdorf an Großtänchen und Falkenberg vorbei zum Zuſammenfluß der deutſchen und franzöſiſchen Nied und dann weſtlich Bolchen und ſüdlich von Diedenhofen bis zur luxemburgiſchen Grenze bei Eſch hinzieht. Die genannte Linie ſtellt eine Rückzugsſtellung der deutſchen Sprache dar, auf die dieſe durch die Bevölkerungspolitik Ludwigs XIV. zurückgedrängt worden war. Dagegen hatte Metz nach 1871 trotz ſeiner romaniſchen Grundbevölkerung immer mehr das Gepräge einer deutſchen Stadt angenommen. Auch in den Städten Franzöſiſch-Lothringens hat ſich ſeither das Bevölkerungselement deutſcher Herkunft und Mutterſprache verſtärkt, das freilich zumeiſt einer ſchnellen Verwelſchung ausgeſetzt war. So ſtellt die deutſchblütige Bevölkerung des lothringiſchen Raumes nach 1871 keine geſchloſſene Einheit dar. Sie ſetzt ſich hauptſächlich zuſammen aus deutſchſprachigen Altlothringern und abgewanderten Altelſäſſern, ferner aus den nach Lothringen eingeſtrömten, ſpäter großenteils verjagten Deutſchen aus allen Teilen des Reiches und aus zugewanderten Luxemburgern und Schweizern.

Mit dem Schickſalsjahr 1871 begann alſo eine bis heute nicht abgeſchloſſene Periode der Wanderungen und Koloniſationsverſuche in dieſem Raum, an denen, wie zu zeigen ſein wird, auch andere Nationalitäten als Deutſche und Franzoſen ſtark beteiligt waren. Denn es waren nicht nur politiſche und militäriſche Gründe, wie ſie vor allem das deutſch-franzöſiſche Kräfteverhältnis maßgeblich beſtimmt haben und beſtimmen, ſondern auch wirtſchaftliche Urſachen der jähen Induſtrialiſierung und der Landflucht, aus denen ſich dieſe unruhig wirkenden Erſcheinungen des wechſelhaften Menſcheneinſatzes, der Umſiedlung, Ab- und Zuwanderung im geſamten lothringiſchen Raum erklären. Dabei iſt es außerordentlich ſchwierig, die eigentliche Geburtlichkeit der alteingeſeſſenen Grundbevölkerung dieſes Grenzraumes zwiſchen Altfrankreich und den Kerngebieten des Reiches herauszuſchälen. Denn ſeit über zwei Menſchenaltern iſt dort die natürliche Bevölkerungsbewegung durch eine Kette von Überfremdungsvorgängen und darauf folgende Reaktionen überdeckt, die den biologiſchen Status der alteinheimiſchen lothringiſchen Bevölkerung beider Zungen verunklaren. Hinzu kommen innerhalb des Raumes ſelber ſtarke Verſchiebungen zwiſchen Stadt und Land, auf die wir am Schluß dieſes Abſchnittes noch kurz eingehen wollen. Natürliche Geburtlichkeit, Ab- und Zuwanderung und innerlothringiſche Binnenwanderung verknäueln ſich zu einem verwickelten Komplex zahlenmäßig ſchwer erfaßbarer Einzeltatbeſtände, deren richtige Ausdeutung und Erklärung naturgemäß erheblichen Schwierigkeiten begegnet.

Die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Teilen des lothringiſchen Raumes zeigt im letzten Jahrhundert ſtarke Unterſchiedlichkeiten. Am deutlichſten melden ſich Erſcheinungen des Bevölkerungsverfalles im weſtlichen Randgebiet, dem Maasland. Umgekehrt ſind die früheren Departements Moſelle und Meurthe-et-Moſelle als Stätten des ſchwerinduſtriellen Auftriebs zugleich Gebiete der ſtärkeren Überfremdung und Fluktuation überhaupt. Das Vogeſendepartement nimmt eine Mittelſtellung ein. Die angedeuteten Unterſchiede treten ſchon in der folgenden Zuſammenſtellung zutage, die einen Überblick über die Bevölkerungsbewegung ſeit Beginn des 19. Jahrhunderts gibt:

Die lothringiſchen Departements nach Umfang und Einwohnerzahl 1810—1936

Dep.	qkm	1936	1910/11	1872	1851	1810
Moſelle	6228	696000	655000	491000	460000[13]	413000[13]
Meurthe et Moſelle	5280	576000	565000	365000	450000[14]	365000[14]
Vosges	5903	377000	434000	393000	427000	334000
Meuſe	6241	217000	278000	285000	329000	284000
insgeſamt	23652	1866000	1932000	1534000	1666000	1396000

---

[13] Die Zahlen beziehen ſich auf den alten Departementsumfang (einſchl. Kreis Longich ohne Saarburg und Salzburgen).

[14] Bezogen auf das alte Departement Meurthe (ohne Kr. Longich mit Saarburg und Salzburgen).

Noch deutlicher wird die Veränderung der Bevölkerung in dieſen einzelnen Teilgebieten Altlothringens durch Gegenüberſtellung der Zahlen, die die Bevölkerungsdichte ausdrücken. Es lebten je Quadratkilometer in den einzelnen Departements:

Bevölkerungsdichte 1810—1936

	1936	1910/11	1872	1851	1810
Moſelle	111	105	79	73	66
Meurthe-et-Moſelle	109	107	68	87	69
Vosges	62	74	67	72	56
Meuſe	35	45	46	53	46
durchſchnittlich	79	80	66	71	70

Aus dieſen Zuſammenſtellungen wird ſichtbar, wie ſich Auftrieb und Schwund der Bevölkerung auf die vier Departements verteilen. Der ehemalige Regierungsbezirk Lothringen und auch das Departement Meurthe-et-Moſelle haben einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Wegen der territorialen Veränderungen können wir ihn nur ſeit 1872 genau berechnen. Er beträgt (bis 1936) für Departement Moſelle 205 000 und für Departement Meurthe-et-Moſelle ſogar 211 000. Dem entſpricht die in dieſer Zeitſpanne feſtzuſtellende Bevölkerungsverdichtung in dieſen beiden nördlichen Bezirken. In demſelben Zeitraum aber bemerken wir in den beiden andern Departements die umgekehrte Entwicklung. Zwiſchen 1872 und 1936 geht die Bevölkerung des Departements Vosges um 16 000 und die des weſtlichen Departements, des Maaslandes, ſogar um 68 000 zurück. Das bedeutet im einen Fall eine immerhin bemerkenswerte, im andern eine kataſtrophale Abnahme. Die Bevölkerung des Vogeſendepartements iſt wenigſtens ſeit 1810 um 43 000 geſtiegen, dagegen war das Departement Maas, das 1851 gegenüber 1810 auch um 45 000 Seelen gewachſen war, ſchon 1872 faſt wieder auf den Stand von 1810 abgeſunken, ſo daß es auch in den rund 125 Jahren zwiſchen 1810 und 1936 im Endergebnis nur einen ſchweren Bevölkerungsſchwund zu beklagen hat.

Um zu beurteilen, ob es ſich bei dieſer unterſchiedlichen Entwicklung nur um örtliche Erſcheinungen handelt, iſt ein Vergleich mit den benachbarten franzöſiſchen Departements mit Einſchluß des Ober- und Unterelſaß lehrreich. Dabei ergeben ſich folgende Ziffern:

Bevölkerungsdichte und abſolute Zu- oder Abnahme 1851—1936

	1936	1911	1872	1851	1851—1936
Ardennes	55	61	61	63	— 42000
Marne	50	53	47	44	+ 37000
Haute Marne	30	34	40	43	— 80000
Haute Saône	40	48	56	64	— 134000
Oberelſaß	144	148	131	141	+ 14000
Unterelſaß	147	146	125	120	+ 125000

Von den eigentlich franzöſiſchen angrenzenden Departements hat alſo nur das Departement Marne, die nordöſtliche Champagne, eine gewiſſe Zunahme zu verzeichnen. Dieſes Gebiet erreicht damit aber auch nur eine Dichte von 50 Einwohnern je Quadratkilometer, alſo eine Ziffer, die noch hinter der für Vosges zurückbleibt, die doch das Ergebnis eines beängſtigenden Schrumpfungsvorganges iſt. Dagegen iſt in der ſüdöſtlichen Champagne, dem Departement Haute Marne, nicht nur ein ſtarker Rückgang, ſondern überhaupt eine Menſchenarmut feſtzuſtellen, die noch die Entvölkerung des Maasdepartements übertrifft und nur als Verödung gekennzeichnet werden kann. Das abſolute Ergebnis für die ſüdlich an Lothringen grenzende obere Saône iſt etwas beſſer, dagegen iſt gerade dort, in der alten Freigrafſchaft Burgund, der relative Rückgang ſeit 1851 ungeheuerlich. Es kann kein Zweifel beſtehen, daß vor allem das weſtliche Lothringen heute zum ſterbenden Frankreich gehört. Iſt es gerade der Lebenszuſammenhang mit den angrenzenden franzöſiſchen Landſchaften, iſt es die tödliche Umarmung der douce mère patrie, die den Keim des Völkertodes auch in dieſe altreichsdeutſchen Grenzgebiete des lothringiſchen Raumes hineinträgt?

Erſtaunlich iſt auf alle Fälle der Unterſchied zwiſchen der wirtſchaftlichen Blüte des Maaslandes im Mittelalter, als es die weſtlichſte Grenzmark des Reiches war, und der zugleich kulturellen, wirtſchaftlichen und bevölkerungsmäßigen Verödung in der Zeit der Zugehörigkeit zu Frankreich, die in der Gegenwart ein beſonders erſchreckendes Tempo angenommen hat. Verdun war als Sitz der biſchöflichen Herrſchaft und Freie Reichsſtadt eine ſtolze und reiche Handelsſtadt, das bürgerliche Selbſtbewußtſein von Neufchateau ließ ſich mit ſüddeutſchen Städten vergleichen; als Hauptſtädte des Herzogtums erlebten Bar-le-Duc und St. Mihiel eine kulturelle Blüte, deren Spuren uns noch heute ergreifen, auch Commercy war in Zeiten des lebhaften Nordſüdverkehrs durch das Maastal ein beachtlicher Umſchlagsplatz. All dieſe Orte ſind in Frankreich zu bedeutungsloſen, zumeiſt arg verwahrloſten Provinzſtädten herabgeſunken, die ſich kaum mehr ihrer glänzenden Vergangenheit in vorfranzöſiſcher Zeit erinnern. Verdun zählt 19 500 Einwohner, die Departementshauptſtadt Bar-le-Duc nur 16 700, die übrigen Städtchen erreichen nicht einmal 10 000.

Sehr merkwürdig und aufſchlußreich iſt die Entwicklung des Maaslandes im 19. und 20. Jahrhundert[15]. Die erſte Jahrhunderthälfte ſchien dem Land einen neuen Aufſtieg wirtſchaftlicher Art zu verheißen. Eine blühende Baumwoll- und Eiſeninduſtrie, zu der noch die Glaserzeugung in den Argonnen trat, verſprach auch den kleinen Städten ein gutes Gedeihen. Fremde Arbeiter wanderten zu. Die Bevölkerung ſtieg. Aber ſchon um die Jahrhundertmitte ſetzte der Stillſtand und dann ein bedrohlicher Rückgang ein. Die kleinen Induſtrien des in ſeiner Grundſtruktur bis heute agrariſchen Maaslandes konnten den Wettbewerb gerade mit den drei lothringiſchen Nachbardepartements (mit deren lebhafterem germaniſchen Aktivismus) nicht aushalten. Sie blieben in frühkapitaliſtiſchen Wirtſchaftsformen ſtecken und verkümmerten. Auch die neuen Verkehrsmittel hoben das Land nicht, ſondern höhlten es aus. Im bemerkenswerten Unterſchied zu den öſtlichen Gegenden Lothringens mit ihrem ſtärkeren deutſchen Einſchlag erwies ſich die Bevölkerung des Maaslandes als weniger bodenſtändig und heimattreu. Namentlich aus den armen Gegenden — wie den Argonnen — zogen die arbeitſuchenden Elemente ſchon ſeit Ende des 18. Jahrhunderts gewohnheitsmäßig als Scherenſchleifer und Schuhflicker ab und verloren die innere Bindung an die Scholle, die im übrigen Lothringen ſo ſtark iſt. Einige wanderten über See aus, die meiſten landeten im Umkreis von Paris und blieben dort hängen. Die Hauptſtadt ſog das Land aus. Hier verbreitete ſich zwar ein beſcheidener Wohlſtand, aber dieſer drückte merklich auf die Geburtenziffer. Der früher blühende Weinbau geriet in Verfall, den Ackerbau erſetzte großenteils die Weidewirtſchaft. Ein Teil des Landes wurde aufgeforſtet. Der erneute Rückgang gerade auch des agrariſchen Maaslandes war neben dem Verfall der Induſtrie und der Stagnation des ſtädtiſchen Lebens unverkennbar.

Der Niedergang Weſtlothringens in der zweiten Jahrhunderthälfte wäre noch deutlicher zutage getreten, wenn nicht ein politiſch bedingter Umſtand den verheerenden Tatbeſtand verſchleiert hätte. Der Ausgang des Krieges von 1870/71 hatte die Wirkung, daß das von der mittleren Moſel abgedrängte Frankreich ſeine ſtrategiſchen Poſitionen an der Maas und oberen Moſel außerordentlich verſtärkte. Verdun trat als Feſtung die Erbſchaft von Metz an. Urſprünglich als franzöſiſches Glacis verkümmert, ſchien das Maastal jetzt gerade als ſolches einen Aufſchwung zu nehmen. Vor dem Krieg hatten nur 3—4000 Soldaten in dieſem Departement gelegen, 1881 hatte ſich ihre Zahl verdoppelt, 1891 erreichte das Militär (mit Familienanhang) ſchon über 20 000 und am Vorabend des Weltkrieges waren es faſt 36 000 Soldaten, die einer Zivilbevölkerung von 247 000 gegenüberſtanden, alſo faſt 13 v. H. der Geſamtbevölkerung ausmachten. Schon 1906 hatte das Maasdepartement mit 88 Soldaten auf das Tauſend der Bevölkerung an der Spitze aller franzöſiſchen Departements geſtanden. Der durchſchnittliche Tauſendſatz in Frankreich betrug demgegenüber 15,3! Frankreich, das den Revanchekrieg gegen das Reich offenſichtlich vorbereitete, überſtopfte alſo das biologiſch ſterbende Maasland mit Soldaten, womit natürlich eine gewiſſe Hebung des Wohlſtandes, zugleich aber eine innerfranzöſiſche Überfremdung Franzöſiſch-Lothringens verbunden war.

---

[15] Vgl. die gründliche geographiſch-ſtatiſtiſche Studie von Alph. Schmitt, La population du département de la Meuse depuis le début du XIXe siècle. Nanzig 1929.

Zugleich beſchwor dieſe fieberhafte Aufrüſtung des Bollwerkes an der Maas eine Kataſtrophe über das Land herauf, die ſich bald genug furchtbar entladen ſollte.

Das erſchütternde Kriegsſchickſal gerade dieſer lothringiſchen Gegenden iſt dem deutſchen Volk durch ſeine Weſtfrontkämpfer gleichſam als Augenzeugen zur Genüge bekannt. Ungefähr ein Fünftel der franzöſiſchen Front verlief im Raum um Verdun, ſoweit er zum Maasdepartement gehört und nun großenteils in die Kraterlandſchaft des entfeſſelten Materialkrieges verwandelt wurde. Als die Kanonen im November 1918 zum Schweigen kamen, waren von 586 Gemeinden des Departements nur 172 unverſehrt geblieben, 412 (70 v. H.) hatten ſchwere Kriegsſchäden erlitten. 62 v. H. der Immobilien waren zerſtört oder ſchwer beſchädigt. Die Zivilbevölkerung war bei Kriegsausgang auf 66 315 Seelen zurückgegangen. Teile des Landes waren nahezu entvölkert und völlig verwüſtet. Obgleich der Wiederaufbau dank der vom Reich erpreßten Kriegsentſchädigung für franzöſiſche Verhältniſſe einigermaßen ſchnell vor ſich ging, wobei freilich ein Teil der Ortſchaften endgültig zerſtört blieb, kehrte nur ein Teil der Bevölkerung in die alte Heimat zurück. Ein Viertel ging dem Land verloren. Obgleich die Geburtlichkeit nach dem Krieg zunächſt eine günſtige Entwicklung nahm und auch eine zahlenmäßig beſcheidene Zuwanderung von Fremden erfolgte, ſtieg die Geſamtbevölkerung bis 1926 nur auf 218 000 und ging in den nächſten 10 Jahren wieder um etwa 1000 zurück. Dabei wirkte ſich der Weltkrieg umgekehrt aus wie der Krieg von 1870/71. Die ſtarken Garniſonen, die dem Departement durch Jahrzehnte ein Gedeihen vorgeſpiegelt hatten, das nicht in der Wirtſchaftskraft des Landes ſelber begründet war, wurden jetzt wieder weiter nach Oſten vorverlegt. Die Zahl der garniſonierenden Truppen betrug nur noch ein reichliches Sechſtel der Truppenſtärke vor dem Weltkrieg. Das bedeutete für das vom Krieg ſchon ſo ſchwer geſchädigte Land einen harten Schlag. Auch die zum Wiederaufbau eingeſetzten fremden Arbeitskräfte floſſen teilweiſe wieder ab. So iſt das militäriſch und militärwirtſchaftlich gewiſſermaßen künſtlich aufgepulverte Maasland in jeder Hinſicht das Opfer des franzöſiſchen „Sieges“ von 1918 geworden. Höchſtens als Land des Reiſeverkehrs hat es dadurch einen vorher nicht geahnten Aufſchwung genommen, der ſich auf wenige Gedächtnisſtätten beſchränkt. Im übrigen befindet es ſich im Rahmen Frankreichs in unaufhaltſamem Niedergang. Kein Wunder alſo, daß der biologiſche und bevölkerungspolitiſche Zuſtand dieſes alten deutſch-franzöſiſchen Grenzlandes die franzöſiſche Wiſſenſchaft ſchon vor dem gegenwärtigen Krieg mit ſchwerer Sorge erfüllt hat. Der Nanziger Hiſtoriker André Gain gibt ihr folgenden Ausdruck: „Das Schweigen ſenkt ſich über die Felder, über dieſe verwüſteten Ortſchaften, die Jahre hindurch unter dem Kanonendonner von Verdun erzitterten. Man könnte ſagen, daß ein Fluch auf dieſem Boden laſtet, wo die Toten von Geſtern um ſovielmal zahlreicher ſind als die Lebenden. Wer wird das Maasland aus ſeiner Lethargie aufwecken, wer es auf der ſchiefen Ebene zum Halten bringen, an deren Fuß es die fremde Koloniſation oder die Invaſion erwarten?“ [16]

Es fragt ſich nun, ob gegenüber dieſen beſonders in die Augen ſpringenden Verfallserſcheinungen des am weiteſten nach Weſten vorgeſchobenen Maaslandes die Verhältniſſe in den beiden öſtlichen Departements Franzöſiſch-Lothringens, insbeſondere auch in Meurthe-et-Moſelle, ſo geſund ſind, wie es wenigſtens vergleichsweiſe den Anſchein hat. Wir müſſen alſo verſuchen, über die Gründe des dort zu beobachtenden Bevölkerungsanſtieges Klarheit zu gewinnen, um beurteilen zu können, ob natürliches Wachstum oder nur künſtliche Zunahme vorliegt. Wir ſtellen dabei feſt, daß noch 1851 das Meurthedepartement (in ſeinem damaligen Umfang) die dichteſte Beſiedlung unter den 4 lothringiſchen Departements aufweiſt, daß es aber ſchon 1872 dieſe Rolle an den nunmehrigen Regierungsbezirk Lothringen abgibt, der aus dem alten Moſeldepartement hervorgegangen iſt. Kurz vor dem Weltkrieg gewinnt Meurthe-et-Moſelle freilich noch einen kleinen Vorſprung, den es 1936 wieder eingebüßt hat.

Daß das Departement Meurthe-et-Moſelle dieſes Rennen überhaupt ſo lange aushalten und die beiden anderen Departements derart überflügeln konnte, dürfte — ähnlich wie der Scheinaufſtieg des Maaslandes — auf die franzöſiſche Niederlage von 1870 zurückgehen und zwar in dreifacher Hinſicht. Einmal erbte das Meurthedepartement erſt jetzt zu der Induſtrielandſchaft nördlich von Nanzig das aufblühende und Menſchen anlockende Induſtriegebiet von Briey und Longich und gab dafür ein beſonders menſchenarmes Gebiet im alten Salzgau an das reichsländiſche Lothringen ab. Soweit hinfort die Induſtrialiſierung einen Bevölkerungszuwachs begünſtigte, zog nun auch das Meurthedepartement hieraus ſtärkeren Nutzen. Ferner nahm dieſes aber auch einen beſonders großen Teil der lothringiſchen und wohl auch der elſäſſiſchen Optanten auf, die es 1872 vorzogen, nach Frankreich abzuwandern. Da die ſchnelle Einführung der Wehrpflicht dieſe Flucht aus Elſaß-Lothringen begünſtigte, kamen dadurch gerade junge zeugungsfähige Männer in größerer Zahl ins Land. Es verdient übrigens Beachtung, daß Friedrich Metz dieſen meiſt rein politiſch ausgedeuteten Vorgang in einen größeren Zuſammenhang rückt: „In demſelben Zeitraum wanderten viele Hunderttauſende aus der Pfalz, aus Baden, aus Heſſen und Württemberg nach Amerika aus. Deutſchland erlebte damals die erſte große Kriſe in der Wandlung zum Induſtrieſtaat. Für die Elſaß-Lothringer aber lag es am nächſten, in das benachbarte menſchenarme Frankreich einzuwandern.“[17] Im übrigen mögen manche aus Gründen der räumlichen Nähe oder aus Heimatliebe, die das zerriſſene alte Lothringen noch als Einheit ſah, das nächſtgelegene, bei Frankreich verbliebene lothringiſche Departement bevorzugt haben, das zudem in Geſtalt ſeines eleganten Klein-Paris die größte Stadt des Landes barg, andere hielten vielleicht überhaupt die Trennung Elſaß-Lothringens von Frankreich für vorübergehend und wollten auch aus dieſem Grunde in der Nähe der alten Heimat bleiben.

---

[16] In: Géographie lorraine, a. a. O., S. 418.

Jedenfalls hat ſich als Folge des Krieges von 1870/71 eine Art freiwilliger Umſiedlung innerhalb der alten Grenzgebiete des Reiches und auch im Rahmen des lothringiſchen Geſamtraumes vollzogen, die Beachtung und genauere Erforſchung verdient und beſonders dem Departement Meurthe-et-Moſelle zugute kam. Noch im Jahre 1911 werden hier allein über 25 000 vor 1871 im Reichsland Elſaß-Lothringen Geborene gezählt, die zuſammen mit ihrem Nachwuchs und anderen Gruppen deutſcher Herkunft einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen. Und ſchließlich kam — auch das eine Folge des verlorenen Krieges — die Aufrüſtung im Rahmen der franzöſiſchen Revanchepolitik auch dieſem Gebiet bevölkerungsmäßig zugute, das 1907 immerhin 618 Soldaten auf das Tauſend der Bevölkerung zählte. Zum wirtſchaftlich und politiſch bedingten kam noch ein militäriſcher Zuwachs. Unzweifelhaft hat alſo dies Gebiet in mehrfacher Hinſicht der Stärke und Dynamik ſeiner Bevölkerung nach aus der Abtrennung Elſaß-Lothringens von Frankreich, ſo ſchmerzlich es dieſe beklagte, ſeinen erheblichen Nutzen gezogen. Auch die natürliche Regenerationskraft, die in den beiden anderen bei Frankreich gebliebenen lothringiſchen Departements ſtark nachgelaſſen hat, erfuhr hier durch Gebietsveränderung und Bevölkerungszuwachs noch einmal einen Anſporn.

Die Wirkung des Krieges auf das Vogeſendepartement iſt nicht ſo eindeutig feſtzuſtellen. Schon vor 1871 waren jedoch in den lothringiſchen Hochvogeſen induſtrielle und finanzielle Einflüſſe des benachbarten Oberelſaß unverkennbar, wo ſchon damals eine aus der Schweiz eingewanderte kalviniſtiſche Minderheit in katholiſcher Umwelt die Hauptträgerin der aufblühenden Induſtrie Mülhauſens und der Vogeſentäler war. Auch das Departement Vosges nahm jetzt gerade wirtſchaftlich unternehmungsluſtige Elemente unter den elſäſſiſchen Optanten auf, die in die kleineren Induſtrieorte ein ſtärkeres Leben brachten. An Zahl ſtanden ſie hinter den Zuwanderern des Nachbardepartements zurück. Immerhin lebten noch 1901 im Departement Vosges über 11 000 im Reichsland Geborene, zu denen wir als überwiegend deutſchblütig noch ihren in der neuen Heimat geborenen Nachwuchs rechnen müſſen, der ſich zahlenmäßig nicht genau beſtimmen läßt. Dieſe germaniſche Ausſtrahlung auch nach Südlothringen beſchränkte ſich aber im weſentlichen auf den Oſten des Departements, deſſen Bevölkerungsbewegung ſich von der der weſtlichen Kreiſe deutlich unterſcheidet, in denen ähnliche Verhältniſſe wie im unmittelbar benachbarten Maasland wirkſam ſind[18]. Drei Viertel der Departementsbevölkerung wohnen im gebirgigen Oſten, nur ein Viertel in der Ebene. Während dort die Waſſerkräfte die Induſtrialiſierung begünſtigten, verharrte das flache Land in den agrariſchen Formen früherer Zeiten und wurde in die Bevölkerungskriſe des ebenfalls agrariſchen Maaslandes mit hineingezogen. Gerade dieſe, dem Weſten geöffnete bäuerliche Bevölkerung aber erlag ſtärker den auflöſenden Tendenzen, während ſich im Gebirgsland eine urtümlichere Lebensauffaſſung hielt, die geſundere Geburtlichkeit gewährleiſtete.

---

[17] Das Werden des deutſchen Volkes, hrsg. von Haushofer u. Roeſeler, Berlin 1939, S. 387.

[18] Vgl. den Beitrag „La population“ von A. Gain in: Géographie lorraine, beſ. S. 413. ff.

So zeigt es ſich, daß die engere Berührung der beiden öſtlichen Departements mit dem germaniſchen Nachbarn jedenfalls einen Erklärungsgrund für die befriedigendere Bevölkerungslage dieſer Gebiete darbietet. Es iſt allerdings fraglich, wie weit ſich der durch Zuwanderung aus Elſaß-Lothringen bewirkte Auftrieb wirklich auch auf die bodenſtändige Bevölkerungsſubſtanz beſonders des Meurthedepartements ausgewirkt hat. Genau wie die Militariſierung des Maaslandes, ſo verſchleiert die Induſtrialiſierung beſonders des Departements Meurthe-et-Moſelle die natürliche Bevölkerungsbewegung. Der Menſcheneinſtrom als ſolcher bedeutet noch nicht eine wirkliche Kräftigung des einheimiſchen Volkstums. Denn der Zuwachs von außen her bedeutet wenigſtens in gewiſſer Weiſe eine Überfremdung des Landes, und dieſe vollzog ſich — namentlich ſoweit ſie induſtriell bedingt war — zum Teil auch als Unterwanderung durch keineswegs artverwandte, aber beſonders fruchtbare Elemente, unter denen damals die Italiener an erſter Stelle ſtanden. Die Blutauffriſchung der welſchlothringiſchen Departements, die allen Volksſchichten zugute kam, gehört alſo in den größeren Zuſammenhang einer tiefgreifenden Umſchichtung und landfremden Durchſiedlung faſt aller Teilgebiete Altlothringens hinein, die noch niemals im Zuſammenhang dargeſtellt worden iſt, obgleich ſie für die deutſch-franzöſiſchen Beziehungen der letzten Jahrzehnte von größter Bedeutung iſt.

Auch die Aſſimilierbarkeit des Zuzuges durch die einheimiſche traditionsfeſte Bevölkerung, die Verlothringung der aus den verſchiedenſten Gebieten Zugewanderten, erſcheint nur bei einem Teil als ſinnvoll und wünſchenswert, bei vielen anderen der faktiſchen Möglichkeit und auch dem poſitiven Wert für das Land nach als recht fragwürdig. In der Reihe der durch Ausländer beſonders überfremdeten Departements nahm Meurthe-et-Moſelle 1911 den fünften Platz ein. Ich gebe nach den Berechnungen von Heinz Kloß[19] wiederum eine Zuſammenſtellung für die drei bei Frankreich verbliebenen Teilgebiete:

Überfremdung der lothringiſchen Departements 1911

	Meurthe-et-Moſ.	Vosges	Meuſe
Reichsdeutſche	22 671	1 359	1 940
Elſaß-Lothringer (vor 1871 geboren) . . .	25 517	9 224	3 028
Luxemburger	4 648	90	640
Schweizer	1 123	585	298
Belgier	8 679	660	1 682
Bretonen	1 621	355	2 183
Italiener und Korſen .	25 323	2 617	2 058
Spanier u. Katalanen .	483	95	74
Eingebürgerte	18 995	7 046	3 141
Landesfremde	109 060 = 19,3 v. H.	22 031 = 5 v. H.	15 044 = 5,5 v. H.

Unmittelbar vor dem Weltkrieg ſcheint die Überfremdung noch ſtark zugenommen zu haben, denn Pariſot[20] nennt allein für den Kreis Briey im Jahre 1913 46 700 Italiener und 12 000 Belgier. Wenn ſich ſomit herausſtellt, daß in allen drei Departements 1911 eine beträchtliche Zahl von Nichteinheimiſchen lebte, ſo ergibt ſich daraus, daß ſich die vorübergehende Bevölkerungserhöhung des Departements Vosges zwiſchen 1872 und 1911 zur Hälfte aus dieſen Überfremdungserſcheinungen erklärt, und daß auch das ſchon 1911 gegenüber 1872 bemerkbare Defizit des Maaslandes, ſoweit es ſich um die einheimiſche Bevölkerung handelt, von 7000 auf über 21 000 ſteigt. Der ſtarke Zuwachs der Meurthe-et-Moſelle von 200 000 aber ſinkt auf weniger als die Hälfte; in Wirklichkeit verringert ſich der natürliche Zuwachs, den die Statiſtik vortäuſcht, noch mehr, weil die nach 1871 geborenen Kinder der Emigranten aus dem Reichsland von der Zählung nicht erfaßt werden, die gerade in Meurthe-et-Moſelle beſonders ſtark ins Gewicht fallen. Auch die Kinder der 1911 bereits verſtorbenen elſaß-lothringiſchen Umſiedler kommen noch hinzu. Statt einer natürlichen Bevölkerungsvermehrung dürfte alſo auch im Departement Meurthe-et-Moſelle eine zahlenmäßig nicht genau erfaßbare, durch die zunächſt genannten Zahlen verſchleierte natürliche Bevölkerungseinbuße vorliegen.

---

[19] H. Kloß, Fremdſprachige Einwanderung in das franzöſiſche Sprachgebiet Frankreichs vor dem Weltkrieg, Berlin 1935.

[20] Histoire de Lorraine Bd. III, 1924, S. 383.

Neben den über 25 000 Zugewanderten aus Elſaß-Lothringen erregen auch die 23 000 Reichsdeutſchen unſer beſonderes Intereſſe. Sie beſtätigen uns, daß die Abwanderung aus Elſaß-Lothringen — mögen ihre Motive wie immer gelagert ſein — nur einen Teilſektor einer im weſentlichen *deutſchen Ausbreitung in den alten lothringiſchen Raum* darſtellt, die ſich ſchon vor dem Weltkrieg vollzogen hat. In den insgeſamt faſt 14 500 Luxemburgern, Schweizern und Belgiern ſteckt weiterhin ein zahlenmäßig erhebliches, wenn ſchon nicht genau zu ermittelndes deutſchſprachiges und flämiſches Element, das auf den Hauptnenner einer germaniſchen Zuwanderung in die lothringiſchen Departements jenſeits der Reichsgrenze von 1871 gebracht werden kann. Mag dies Element in ſeiner romaniſchen Umwelt gewiſſen Umvolkungswirkungen ausgeliefert geweſen ſein, wozu nach dem Weltkrieg auch die Verdrängung beſonders der Reichsdeutſchen kam, ſo bleibt doch zu bedenken, daß bei der Kürze der Zeit eine tiefgreifende Umſchmelzung nicht möglich war und daß von einer radikalen Verdrängung nicht die Rede ſein konnte.

Raſſiſch geſehen hat ſich alſo auf alle Fälle in dieſen Jahrzehnten eine beträchtliche germaniſche Blutauffriſchung dieſer Gebiete vollzogen, in denen ſchon ſeit der Völkerwanderung viel deutſches Blut verſickert iſt. Mit Sicherheit als romaniſch ſind demgegenüber von den 109 000 Zuwanderern in dieſem Grenzdepartement nur 26 000, alſo ein knappes Viertel, anzuſprechen. Kloß ſchätzt die Deutſchſprachigen für 1911 vorſichtig auf 42 000, zu denen ſicher noch eine erhebliche Zahl Zweiſprachiger kommt, die zum mindeſten über mundartliche Kenntniſſe im Deutſchen verfügen. Im Departement Vosges ſind von faſt 22 000 Zuwanderern (wiederum ohne Nachwuchs aus Elſaß-Lothringen) keine 3000, im Maasdepartement von über 14 000 nur etwas über 2000 Zuwanderer mit Sicherheit romaniſch. Kloß beziffert die Deutſchſprachigen in Vosges allein auf faſt 20 000. Die Germaniſierung der drei welſchlothringiſchen Departements zwiſchen 1871 und dem Weltkrieg, an der wiederum das fränkiſche und alemanniſche Stammestum den ſtärkſten Anteil hat, beſchränkt ſich alſo keineswegs auf das Departement Meurthe-et-Moſelle, wo ſie freilich am auffälligſten zutage tritt. Sie erſtreckt ſich auf den ganzen lothringiſchen Raum, zumal ſie im Regierungsbezirk Lothringen unter deutſcher Herrſchaft natürlich beſonders ſtark zur Wirkung kam.

Die einheimiſche welſchlothringiſche Bevölkerung — großenteils aus Nachkommen alter Reichsromanen beſtehend, aus denen erſt vor 150 Jahren teilweiſe begeiſterte franzöſiſche Patrioten geworden ſind —, befindet ſich demgegenüber in vollem biologiſchem Verfall, dagegen iſt das ganze Vorland der Reichsgrenze von 1871 bis zur mittelalterlichen Reichsgrenze hin namentlich in den Städten und Induſtriezentren von deutſchblütigen Elementen durchſetzt, die höchſtens an der Oberfläche ihres Bewußtſeins romaniſiert ſein können, während ſie durch Blut und großenteils auch durch ältere Familienüberlieferung, die oft verſchüttet ſein mag, doch mit deutſchen Stammeskräften und dem germaniſchen Volkskörper in Zuſammenhang ſtehen. Dabei iſt die Ausleſe dieſer Zuwanderer im großen ganzen ſicherlich nicht ſchlecht. Denn es handelt ſich bei den aus Elſaß-Lothringen ſtammenden um Menſchen, die gerade aus germaniſcher Treue zu ihrem letzten Vaterland für Frankreich optiert haben, für das ſie tapfer gekämpft hatten. Dazu kamen noch beſonders unternehmungsluſtige Elemente, die aus dem übrigen Reich, aus Luxemburg, der Schweiz und auch Belgien zugeſtrömt ſind, um in einem zuſammenbrechenden und biologiſch verfallenden Land, deſſen eigene Lebenskräfte erlahmen, koloniſatoriſche Aufgaben an ſich zu reißen.

Von dieſer Entwicklung in den drei franzöſiſchen Departements ſticht nun die Bevölkerungsbewegung im reichsländiſchen *Regierungsbezirk Lothringen*, dem verkleinerten Departement Moſelle, deutlich ab. Zwar wird hier die Bevölkerungsverdichtung der beiden elſäſſiſchen Nachbarbezirke, die ſchon vor 1871 eingeſetzt hatte und nur im Oberelſaß durch die ſtarke Abwanderung nach 1871 zunächſt einen gewiſſen Rückſchlag erlitt, nicht entfernt erreicht, wenn man von örtlichen Erſcheinungen abſieht und den Landesdurchſchnitt ins Auge faßt. Die Tatſache, daß Lothringen im Vergleich zum Elſaß ein ſtädtearmes und ſtärker agrariſches Land iſt, wirkt ſich hemmend aus. Trotzdem iſt nicht zu verkennen, daß der ans Reich gefallene Teil Lothringens am allgemeinen Aufſchwung der Nation zwiſchen 1871 und 1914 einen ſtarken Anteil nimmt, während im gleichen Zeitraum der franzöſiſche Stillſtand und Niedergang auch auf Welſchlothringen übergreift.

Der Regierungsbezirk Lothringen hatte 1871 bei 491 000 Einwohnern eine Dichte von 79 Einwohner je Quadratkilometer. Bis 1910 ſtieg die Bevölkerung auf 655 000 und erfuhr damit eine Verdichtung auf 105, womit ſie freilich noch unter dem Reichsdurchſchnitt von 120 blieb, während ſie den franzöſiſchen Durchſchnitt von 78 weit hinter ſich ließ. Auch in dieſem Teil Lothringens geht der Bevölkerungszuwachs nicht nur auf natürliche Urſachen zurück, zumal ja dieſes Gebiet durch die bereits erwähnte freiwillige Umſiedlung innerhalb des lothringiſchen Raumes nach 1871 ſtarke Einbußen erleiden mußte. Die Abwanderung allein aus dem deutſchgewordenen Lothringen, die nur zum Teil dem Departement Meurthe-et-Moſelle zugute kam und großenteils auch durch Paris aufgeſogen wurde, ſchätzt Martin Spahn vielleicht etwas hoch auf 250 000—300 000 Perſonen[21]. Metz verlor faſt ein Drittel ſeiner Bewohner. Ein ſo ſtarker Verluſt konnte auch durch die erhebliche Zuwanderung aus dem übrigen Reich nicht wettgemacht werden. Ein Teil davon — beſonders das Militär — erhöhte auch nicht die ſeßhafte, ſondern nur die ortsanweſende, damit freilich wirtſchaftlich nicht unerhebliche Wohnbevölkerung des Regierungsbezirks. 1910 wurden in Lothringen 164 500 Deutſche gezählt, die Angehörige anderer Bundesſtaaten waren[22]. Infolge der zahlreichen Heiraten zwiſchen Zugewanderten und Einheimiſchen dürften ſich darunter nicht wenige Abkömmlinge eines einheimiſchen Elternteils befunden haben. Aber dieſer Zuzug aus dem übrigen Reich bedeutete, obwohl er die herkömmliche Bevölkerungsſtruktur ſtark veränderte, keine eigentliche Überfremdung, ſondern einen natürlichen und für das Land vorteilhaften Bevölkerungsausgleich. Eine Zählung der Fremden liegt für 1905 vor, wobei wir zwiſchen eigentlichen Volksfremden (Romanen und Slawen) und dem überwiegend volksdeutſchen Zuwachs ſcheiden müſſen. Dabei ergeben ſich folgende Ziffern:

Überfremdung des Regierungsbezirks Lothringen 1905

Italiener	26834	
Franz. Staatsangehörige	6456	
Polen	1209	
Luxemburger	10852	
Schweizer	826	
Fremde insgeſamt	46177	= knapp 8 v. H. der Geſamtbevölkerung
Davon Nichteinheimiſche	34499	= knapp 6 v. H. der Geſamtbevölkerung

Neben der romaniſchen Überfremdung hauptſächlich durch italieniſche Wanderarbeiter vielfach ohne Familienanhang taucht hier eine zunächſt kleine ſlawiſche Gruppe auf, die ſpäter ſtark angewachſen iſt. Im ganzen hielt ſich die Überfremdung des Regierungsbezirkes Lothringen vor dem Weltkrieg in mäßigen Grenzen. Auch der ſtarke Menſchenbedarf der aufblühenden Induſtrie konnte großenteils aus dem Lande ſelber oder aus anderen deutſchen Gebieten gedeckt werden.

Infolgedeſſen vollzog ſich dieſe Verdichtung, die auch mit Umſiedlungsvorgängen innerhalb des Regierungsbezirkes zuſammenhing, örtlich ſehr ungleichmäßig. Schon 1871 waren die am dichteſten beſiedelten Kantone die von Diedenhofen, Forbach und Saargemünd. Die größte Menſchenarmut wieſen landwirtſchaftliche Gebiete wie die aneinandergrenzenden Kantone Rixingen und Lörchingen im Kreis Saarburg und Wigingen im Landkreis Metz auf. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung iſt im Regierungsbezirk Lothringen zwiſchen 1846 und 1910 von 79 v. H. auf knapp 50 v. H. geſunken. Eine ſprunghafte Steigerung der Bevölkerungsziffer ſetzte ſchon bald nach 1871 in den Induſtriebezirken Groß-Möwern und Hayingen und in der Umgegend von Metz ein. Später tritt dann eine beſondere Steigerung im Gebiet von Diedenhofen und Fentſch und im Kohlenbergbaugebiet von St. Avold und Forbach hinzu. In ſolchen Gebieten kam es neuerdings zu Verdichtungen auf 555, 886, 983, in der Nähe von Metz ſogar 1371 je Quadratkilometer.

---

[21] In: Elſaß-Lothringen, 1919, S. 261.

[22] Fr. König, a. a. O., S. 72.

Der Weltkrieg brachte natürlich beſonders dem von Frankreich zeitweilig zurückgewonnenen Teil des lothringiſchen Raumes eine ſtarke ſoziale Erſchütterung. In dem wiederhergeſtellten Departement Moſelle wurde 1921 ein Bevölkerungsrückgang von 66 000 Perſonen gegenüber 1910 feſtgeſtellt. Kriegsverluſte, zu denen auch der Geburtenausfall gehört, und Austreibung der aus dem Reiche Zugewanderten ins Reich hatten dabei den Hauptanteil. Auch die Verringerung der Garniſonen ſpielte eine Rolle. In Duß betrug der Verluſt 36 v. H., in Mörchingen 26 v. H., in Metz 21 v. H. Dazu kam eine zunächſt ſtark zunehmende Überfremdung:

Ausländer im Departement Moſelle 1931

Polen	38000	
Italiener	36000	
Reichsdeutſche	28238	
Luxemburger.	8895	
Schweizer	1137	
Sonſtige	18952	
Ausländer insgeſamt . . .	131222	= knapp 19 v. H. der Geſamtbevölkerung
davon in Frankreich geboren	29184	= 22 v. H.

Es läge nahe, aus dieſer Zuſammenſtellung die Reichsdeutſchen auszuſcheiden, die ja in der Mehrzahl im Lande verbliebene Zugewanderte aus dem Reiche aus der Zeit vor dem Weltkrieg waren. Der Anteil der Fremden an der Landesbevölkerung würde dann auf knapp 15 v. H. ſinken. Es iſt aber zu bedenken, daß die franzöſiſche Statiſtik keine Handhabe gibt, die landesfremden Franzoſen aus Innerfrankreich zu erfaſſen, die häufig als Glücksritter der Nachkriegskonjunktur ins Land ſtrömten und leitende Poſten im Wirtſchaftsleben und in der Beamtenſchaft zum großen Mißvergnügen der Einheimiſchen an ſich riſſen. Die Zahl gibt alſo ohnehin nur ein ungefähres Bild. Die Zunahme der Überfremdung ſeit der Reannexion durch Frankreich, die Unfähigkeit der Franzoſen, den induſtriellen Bedürfniſſen aus eigner Volkskraft zu genügen, wird in den Ziffern ſehr deutlich. Zwiſchen 1921 und 1931 iſt der Anteil der Reichsdeutſchen und Luxemburger ſtark geſunken, die Zahl der Italiener hat ſich in dieſem Zeitraum mehr als verdoppelt, die der Polen iſt faſt auf das Siebenfache geſtiegen. Hier wird alſo erſtmalig der ſlawiſche Überfremdungsfaktor durch Unterwanderung ſichtbar. Auch in der zuſammenfaſſenden Ziffer der ſonſtigen Ausländer ſteckt zweifellos ein erheblicher ſlawiſcher Anteil.

Wenn wir nun ſahen, daß das Departement Moſelle 1936 mit einer Bevölkerung von 696 000 Seelen eine Dichte von durchſchnittlich 111 je Quadratkilometer erreicht hat, dann tritt darin ein Ausgleich der Weltkriegseinbußen zutage, in dem ſich im Unterſchiede zu den anderen lothringiſchen Departements die geſundere Lebenskraft gerade auch des Deutſchlothringertums des Nordoſtens ausſpricht. Denn der Anteil der Volksfremden iſt ſeit der Zeit vor dem Weltkrieg nur um etwa 90 000 Perſonen (ohne den Zuzug aus Innerfrankreich) geſtiegen, der Einſchlag der aus dem übrigen Reiche Zugewanderten aber ſeit 1910 um rund 135 000 zurückgegangen. Dazu waren die erwähnten Kriegsverluſte auch der alteinheimiſchen Bevölkerung einzuholen. Wenn trotzdem zwiſchen 1910 und 1936 eine abſolute Zunahme von 71 000 Seelen feſtzuſtellen iſt, dann iſt daran zweifellos die einheimiſche Bevölkerung dieſes überwiegend deutſchſprachigen Gebietes und vielleicht auch des benachbarten Elſaß entſcheidend beteiligt. In der Tat ſtellt Fr. Burgdörfer[23] anerkennend feſt, daß das ehemalige Reichsland innerhalb Frankreichs und auch gegenüber dem damaligen Reich der Syſtemzeit und der Schweiz in der Zeit nach dem Weltkrieg eine relativ günſtige Geburtenziffer aufwies. Denn auf 1000 Einwohner kamen an Lebendgeborenen im Jahre 1930 in „Elſaß-Lothringen" immerhin 21,3, in Frankreich ohne das frühere Reichsland 17,9, im Reich 17,5 und in der Schweiz ſogar nur 17,1. Das verdient um ſo mehr Beachtung, als die Geburtenhäufigkeit Elſaß-Lothringens vor dem Weltkrieg unter dem Reichsdurchſchnitt und auch unter der Geburtenziffer der benachbarten deutſchen Gebiete lag, die es in der erſten Zeit nach dem Weltkrieg überflügelt hat.

---

[23] Volk ohne Jugend, 1932, S. 412.

Dieſer Vorſprung der Bevölkerungsbewegung des ehemaligen Regierungsbezirks Lothringen macht ſich auch im Vergleich zu den übrigen lothringiſchen Departements geltend, auf deren Entwicklung nach dem Weltkrieg wir noch einen Blick werfen müſſen. Wir ſahen bereits, daß zwiſchen 1911 und 1936 die Bevölkerung von Departement Meurthe-et-Moſelle um 11 000 Perſonen geſtiegen iſt, während Departement Vosges einen Rückgang von 57 000 Seelen (13 v. H.) und Meuſe ſogar einen Verluſt von 61 000 (22 v. H.) aufweiſt. Auch hier gewinnen wir nur ein klares Bild der wahren biologiſchen Verhältniſſe, indem wir die Überfremdung dieſer Gebiete durch Einwanderung von Ausländern nach dem Weltkrieg ins Auge faſſen. Einen erſten Überblick gibt die folgende Aufſtellung:

Ausländer in Welſchlothringen 1931

Meurthe-et-Moſelle	99533[24]	16 v. H.
Vosges	8577	2 v. H.
Meuſe	16009	7 v. H.

Mit den oben für 1911 genannten Überfremdungsziffern laſſen ſich dieſe Zahlenangaben jedoch nicht unmittelbar vergleichen, weil wir für jenen Zeitpunkt auch die vor 1871 geborenen Elſaß-Lothringer, ferner Bretonen, Korſen und Eingebürgerte mit in Rechnung geſtellt hatten. Ziehen wir dieſe ab, ſo kommen wir zu folgender Gegenüberſtellung, die den Vergleich erleichtert:

Bevölkerungsanteil der Ausländer in Welſchlothringen 1911—1931

	1931	1911	1911—1931
Meurthe-et-Moſelle. . . .	99533	62736	+ 36797
Vosges.	8577	5119	+ 3458
Meuſe	16009	6979	+ 9030

Alle dieſe Ziffern ſtellen Mindeſtzahlen dar, da weſentliche Überfremdungsfaktoren unberückſichtigt bleiben. Bedeutſam iſt auch die Gliederung nach der Staatszugehörigkeit, die wir für 1926[25] geben:

Ausländer in den lothringiſchen Departements nach ihrer Staatszugehörigkeit

	Moſelle	Meurt.-et-Moſ.	Vosges	Meuſe
Reichsdeutſche.	32520	1186	100	130
Belgier	2023	6776	579	898
Luxemburger	11568	3301	104	618
Schweizer	1255	1278	729	513
Italiener	31945	47046	6055	9660
Spanier	151	843	284	977
Angelſachſen	223	199	91	94
Polen	20755	12121	429	1484
Tſchechoſlovaken	1900	1257	95	203
Ruſſen	2233	831	192	224
Afrikaner.	686	1108	330	276
Aſiaten.	265	370	166	39
Verſchiedene	5525	3458	304	1721
Insgeſamt:	111049	79774	9458	16837

---

[24] Davon 11300 in Frankreich geboren.

[25] Vgl. Mauco, Les étrangers en France, Paris 1932, S. 566f.

An der Spitze ſtehen alſo auch nach dem Weltkrieg die Italiener, daneben aber macht ſich jetzt ein ſtarker ſlawiſcher Anteil geltend. Auch ein völlig raſſenfremdes Element tritt in Geſtalt von Afrikanern und Aſiaten auf. Der Anteil der Deutſchſprachigen an den insgeſamt 217 118 Ausländern, die in den 4 Departements 1926 gezählt wurden, iſt naturgemäß nicht genau zu beſtimmen. Er beträgt etwa 53 000 oder knapp ein Viertel der Ausländer. Am ſtärkſten maſſiert ſich dies deutſchſprachige Element im Departement Moſelle, da hier die im Lande verbliebenen Reichsdeutſchen aus der Vorkriegszeit mitzählen. In Vosges als einem Land des Fremdenverkehrs fallen die Schweizer etwas ſtärker ins Gewicht.

Es ſtellt ſich ſomit heraus, daß im Departement Meurthe-et-Moſelle der abſoluten Bevölkerungszunahme um 11 000 Seelen zwiſchen 1911 und 1936 ſchon für den kürzeren Zeitraum bloß bis 1931 eine Zunahme der Ausländer um 36 800 Seelen gegenüberſteht, ſo daß die einheimiſche Bevölkerung in Wirklichkeit um faſt 26 000 zurückgegangen iſt. Nur durch verſtärkten Fremdenzudrang iſt ihr Defizit verdeckt worden. Der Rückgang der einheimiſchen Bevölkerung in den Departements Vosges und Meuſe iſt noch beträchtlich größer, als er nach den oben genannten Ziffern erſcheint.

Der Verfall der einheimiſchen Bevölkerung Welſchlothringens macht ſich nicht nur zahlenmäßig geltend, ſondern äußert ſich auch als Verwiſchung des urſprünglichen Volkstypus. Denn die franzöſiſche Bevölkerungspolitik arbeitet bewußt auf Aſſimilierung der Zuzügler hin. Sie unterſcheidet in dieſem Sinn zwiſchen leicht einſchmelzbaren Weſteuropäern und dem ſpröderen ſlawiſchen Element[26]. Sie läßt es deshalb geſchehen, daß die Fremden allmählich auch in die Landbevölkerung eindringen:

Ausländiſche Landwirte 1927

	Eigentümer	Pächter	Zuſ.	Fläche ha
Moſelle	863	114	977	4236
Meurthe-et-Moſelle	199	298	497	6184
Vosges	91	66	157	497
Meuſe	275	494	769	9896
	1428	972	2400	20813 ha

Über die nationale Zuſammenſetzung dieſer fremden Siedler im lothringiſchen Raum entnehmen wir dem Werk von Mauco[27] die folgenden, leider unvollſtändigen Angaben:

Ausländiſche Landwirte nach Staatszugehörigkeit

	Meurthe-et-Moſelle		Moſelle		Meuſe	
	Perſonen	Fläche ha	Perſonen	Fläche ha	Perſonen	Fläche ha
Luxemburger	111		562		162	
Schweizer		377		599		
Belgier	288	3503			500	6500
Italiener	49	380	70	379		
Polen	7	96	25	234	20	18

Obgleich dieſe Zahlen nur ein lückenhaftes Bild gewähren, treten doch die Siedler aus Belgien durch ihre Zahl und durchſchnittliche Beſitzgröße beſonders hervor. Leider läßt ſich der Anteil von Wallonen und Flamen ſtatiſtiſch nicht ſcheiden, es iſt aber anzunehmen, daß das walloniſche Element überwiegt. Dagegen ſind die Luxemburger, teilweiſe auch die Schweizer, ein Faktor der Germaniſierung. Die Bodenbefeſtigung der Polen ſteckt in den erſten Anfängen. Jedenfalls bedeutet aber dieſe im Geſamtergebnis nicht unerhebliche Eroberung des Dorfes durch ausländiſche Landwirte mehr als bloße induſtrielle Unterwanderung.

---

[26] Mauco, a. a. O., S. 510ff.

[27] a. a. O., S. 350ff.

Auch aus der hohen Zahl der im Lande geborenen Ausländer läßt ſich erſehen, daß im lothringiſchen Raum ſeit den letzten Jahrzehnten in zunehmendem Maße eine Miſchbevölkerung heranwächſt, die z. T. wirklich aus Miſchehen ſtammt, z. T. aber ein dem Blut nach fremdes, jedoch durch die lothringiſche Umwelt geprägtes Volkstum, eine Art „Halblothringertum“, darſtellt, das in einem gebrochenen und unechten Verhältnis zu Überlieferung und Sitte der neuen Heimat ſteht[28]. Die Geſamtziffer dieſes Volkselements läßt ſich kaum abſchätzen, da zu ihm auch die Nachkommen der elſäſſiſchen Emigranten von 1872 und der aus dem Reiche in den Regierungsbezirk Lothringen Eingewanderten ſowie Zuwanderer aus Innerfrankreich gehören, die in den obigen Mindeſtaufſtellungen gar nicht in Erſcheinung treten. Infolge der ſtarken Bevölkerungsbewegungen, denen der lothringiſche Raum in den letzten Jahrzehnten ausgeſetzt war, hat das eigentlich bodenſtändige Welſchlothringertum alſo mit der zahlenmäßigen Schrumpfung zugleich etwas wie eine ſtarke ſeeliſche Aushöhlung und Selbſtentfremdung erlitten. Es erweiſt ſich in mehrfacher Hinſicht als gebrochenes Volkstum. Ein großer Teil der Einwohner dieſer Departements iſt überhaupt nicht bodenſtändig und wirklich durch Bande echter Überlieferung an dieſen Raum gebunden. Das halb entvölkerte, halb wiederum wahllos überfremdete Land harrt einer Bevölkerungsplanung, die ihm die Stetigkeit wiedergibt, die ſeit langem verlorengegangen iſt.

Die verminderte Bodenſtändigkeit der Eingeſeſſenen, die gerade Gain ſo bitter beklagt, obwohl er ſelber ihre ſeeliſchen Grundlagen unterhöhlt, tritt auch in der ſtarken Landflucht zutage, die ſeit längerem im lothringiſchen Raum zu beobachten iſt und ſich als ernſte Gefahr für die überkommene Volksordnung auswirkt. Hier ſpielt die verhängnisvolle Anziehungskraft von Paris eine große Rolle, deren Entwurzelungsgefahren gerade der Lothringer Maurice Barrès am eigenen Leibe erfahren und in ſeinem Roman Les déracinés ſcharfſinnig analyſiert hat. Aber auch im Lande ſelbſt macht ſich der Zug zur Stadt geltend. Genauer geſagt handelt es ſich in der Breite um eine Verlagerung von der Landwirtſchaft zur Induſtrie und nicht immer um eigentliche Verſtädterung. Denn der landflüchtige Lothringer ſucht aus den auch anderen Ortes wirkſamen Gründen nicht eigentlich die Stadt, ſondern die (mit Recht oder Unrecht) bevorzugten Erwerbsmöglichkeiten der Induſtrie. Iſt dieſe in ſeiner Nähe ſtationiert oder kommt ſie (in Geſtalt dezentraliſierter Kleinbetriebe) zu ihm aufs Land hinaus, dann bleibt er lieber in der Heimat. Den unruhigen Wanderdrang des Schwaben kennt der eigentliche Lothringer nicht, allenfalls im Maasland ſind derartige Erſcheinungen beobachtet worden. Die ausgeglicheneren und ſtabileren Verhältniſſe im Oſten des Departements Vosges mit ſeiner kleinen, auf Vogeſentäler verteilten Induſtrie im Unterſchied zur kataſtrophalen Landflucht und Entvölkerung wiederum im Weſten des Departements beſtätigen dieſe Auffaſſung. Es iſt auch auffallend, daß die Induſtrialiſierung in Lothringen im Unterſchied zum Saargebiet und zur Ruhr nicht eigentlich ſtädtebildend gewirkt hat, ſondern bei dorfartigen Induſtrieſiedlungen ſtehen geblieben iſt.

Denn noch heute iſt ganz Lothringen arm an größeren Städten und Induſtrieorten. Großſtädte mit über 100 000 Einwohnern waren 1936 im ganzen Raum nur Nanzig (165 000) und, wenn man die Vororte mit einbezog, Metz mit 113 000 Seelen. Dabei konnte man im Departement Meurthe-et-Moſelle ſchon von ungeſunden Zuſtänden ſprechen, da ſich über ein Viertel der Bevölkerung des Departements in Nanzig und ein noch größerer Prozentſatz in ſeiner weiteren Umgebung zuſammenballt, während Groß-Metz etwa ein Sechſtel der Landesbevölkerung konzentrierte. Übervölkerung und Verödung benachbarter Landſtriche ſtehen ſich alſo gerade in dieſen beiden Departements recht unvermittelt in engem Raum gegenüber.

---

[28] Es iſt in dieſem Zuſammenhang intereſſant, das Geſchichtsbild der Histoire de Lorraine (Paris 1919—1924) von Robert Pariſot, dem früheren Inhaber des Lehrſtuhles für oſtfranzöſiſche Geſchichte an der Univerſität Nanzig, und die Grundeinſtellung ſeines Nachfolgers André Gain, des Herausgebers des Sammelwerkes Histoire de Lorraine (Nanzig 1939), miteinander zu vergleichen. Pariſot iſt Altlothringer und wurzelt wirklich in der Landesüberlieferung, Gain jedoch als Sohn innerfranzöſiſcher Eltern in Nanzig geboren, alſo „Halblothringer“ im erwähnten Sinne, der beiſpielsweiſe eine Geſtalt wie Richelieu, in dem Pariſot noch den Verderber ſeiner Heimat ſieht, mit ganz anderen Farben malt.

Die Größenordnung der lothringiſchen Mittelſtädte zwiſchen 100000 und 10000 Einwohnern iſt (1936) die folgende:

Epinal	27708	Longich (Longwy)	14131
Lunéville	23665	Tull	13267
St. Diedel (St. Dié)	20315	Forbach	12167
Verdun	19460	Pont-à-Mouſſon	11343
Diedenhofen	19034	Groß-Möwern	11067
Montingen bei Metz	16789	Stieringen	11046
Bar-le-Duc	16697	Hayingen	10736
Saargemünd	16001	Romberg (Remiremont)	10462

Die ſtärkſte Verſtädterung weiſt alſo Meurthe-et-Moſelle auf, wo 39 v. H. der Bevölkerung in Städten über 10000 Einwohner leben, im Moſeldepartement waren es damals knapp 26 v. H., im Maasland nicht ganz 17 v. H., im Departement Vosges 15 v. H. Die beiden letzteren haben ſich alſo den ländlich-kleinſtädtiſchen Charakter rein bewahrt, der für ganz Lothringen — mit Ausnahme der Umkreiſe von Nanzig und Metz — ſeit je kennzeichnend war.

Als Ergebnis dieſer demographiſchen Unterſuchung des lothringiſchen Raumes können wir alſo feſtſtellen: Die Grundlage einer ſtetigen und geradlinigen Entwicklung, ein im Lande wurzelndes und deſſen Raum wirklich ausfüllendes Volkstum, iſt durch die Entwicklungen des letzten Jahrhunderts merklich erſchüttert und für die Zukunft in Frage geſtellt. Frankreich hat dem Lande, um deſſen allmähliche Eroberung es ſich Jahrhunderte hindurch bemüht hat, nicht nur ſeine Eigenſtändigkeit geraubt; es hat auch nicht vermocht, ihm eine geſunde Exiſtenzgrundlage zu bieten, auf der es ſeine Überlieferungen organiſch entfalten und den Bedingungen einer neuen Zeit anpaſſen konnte. Die Aufpfropfung auf den franzöſiſchen Volkskörper, die rückſichtsloſe Hineinzwingung in das franzöſiſche Staats- und Sozialgefüge iſt für das Land nicht von Segen geweſen. Selbſt der relative wirtſchaftliche Aufſchwung eng begrenzter Teile Lothringens hat ſich auf Koſten der biologiſchen Geſundheit der Bevölkerung vollzogen. Ganz beſonders gilt das für das Maasland, dem die von Ludwig XIV. eingeleitete Umwandlung in eine offenſive Feſtungszone Frankreichs zum offenbaren Verhängnis geworden iſt. Hier haben wir es (wenigſtens im Raum um Verdun) kaum mehr mit eigentlichem Volksboden, viel eher mit einem militäriſchen Gelände zu tun, das ſeit der Vorverlegung der franzöſiſchen Verteidigungsanlagen in die Maginotlinie ſeinen Sinn verloren hat und als ausgemergelte Etappe und Schlachtenmuſeum dem inneren Verfall überlaſſen wurde. Auch in Meurthe-et-Moſelle waren mit dem wirtſchaftlichen Fortſchritt der letzten Jahrzehnte kriſenhafte Zuſtände verbunden, die Frankreich nicht zu bewältigen verſtand. Das ehemalige Moſeldepartement — alſo in der Hauptſache das deutſchſprachige Lothringen — iſt unmittelbar das Opfer der deutſch-franzöſiſchen Feindſchaft und der Machtſchwankungen der beiden Völker geworden, zwiſchen denen es hin- und hergeriſſen wurde. Dabei handelte es ſich niemals um bloß politiſche Entſcheidungen. Schon die Schlachtfeldrolle, die Lothringen in allen deutſch-franzöſiſchen Kriegen zu ſpielen hatte, gibt den Machtauseinanderſetzungen dort eine unmittelbare Gegenwart. Darüber hinaus iſt 1871 wie 1918 die Volksſubſtanz von den Verſchiebungen der Grenzen und Wandlungen der politiſchen Hoheitsgebiete ernſthaft in Mitleidenſchaft gezogen worden. So wundern wir uns nicht, daß dieſer tiefgreifende Kriſenzuſtand, dem der lothringiſche Raum ſeit Jahrzehnten ausgeſetzt iſt, ſich in einer bedenklichen Erſchütterung ſeiner Volksordnung widerſpiegelt.

Volksordnung und Wirtſchaftskräfte

Um die Volksordnung und auch die ſozialen Kriſenerſcheinungen im lothringiſchen Raum zu verſtehen, müſſen wir uns die Grundtatſache vergegenwärtigen, daß Lothringen bis an die Schwelle der Gegenwart ein Raum war, in dem den Städten und der ſtädtiſchen Lebensform keine ausſchlaggebende Bedeutung zukam. Lothringen iſt von Haus aus ein unbürgerliches Land. Eine Ausnahmeſtellung nimmt höchſtens Metz ein, das als Stadt eine alte Tradition beſitzt, die die der beiden andern Biſchofsſtädte weitaus überragt. Aber auch Metz war in ſeiner großen Zeit eher ein adelstümlicher Stadtſtaat als ein eigentlich bürgerliches Gemeinweſen. Stärker hatte ſich im 19. Jahrhundert Nanzig zu einer Stadt von bourgeoiſem Zuſchnitt entwickelt, in der auch die Univerſität als Bildungszentrum eine Rolle ſpielt, die Metz leider verſagt geblieben iſt. Die lothringiſche Volksordnung iſt trotzdem nur von ihrer herkömmlichen agrariſchen Grundlage aus zu begreifen, die einen bemerkenswerten Unterſchied zum benachbarten durchaus bürgerlichen Elſaß ausmacht. Lothringen war bis ins 19. Jahrhundert hinein ein Land des Adels und der Bauern, das an eine herrſchaftliche Ordnung gewöhnt war, die freilich die moderne Entwicklung zur formalen Staatlichkeit kaum mitgemacht hatte. Es war in einem patriarchaliſch gemilderten Feudalismus ſtecken geblieben. Zwiſchen Adel und Bauerntum ſchob ſich eine noch heute nicht ausgeſtorbene ländliche Mittelſchicht von Pächtern, der im ländlichen Leben eine gehobene Stellung zukam. Stärker als die eigentlich geiſtigen ſind die religiöſen Intereſſen entwickelt. Trotz anfänglichen Einwirkungen der Reformation — beſonders in Metz — iſt die Grundlage des Glaubenslebens katholiſch geblieben. Auch die Freigeiſterei eines Barrès iſt verweltlichter Katholizismus, dem übrigens die Note einer ausgeprägten Pietät gegenüber dem Glauben der Väter und ein myſtiſcher Zug nicht fehlten. So hatte in dieſem ſtreng und mitunter auch ſtarr katholiſchen Land die katholiſche Kirche und Geiſtlichkeit von je einen ſtarken ſozialen Einfluß, der die moderne Autorität des Akademikers und Intellektuellen leicht aus dem Felde ſchlägt. Die niedere Geiſtlichkeit ſtammt ſelber aus dem Bauerntum und iſt daher unmittelbar volksverbunden. Im Epiſkopat hat ſich teilweiſe noch der Typ des ariſtokratiſchen Kirchenfürſten erhalten, der während des Mittelalters im lothringiſchen Raum herrſchend war.

Für das ganze Lothringerland bedeutet die Franzöſiſche Revolution einen wichtigen Einſchnitt der ſozialen Entwicklung. Auch in dem Teil Lothringens, der 1871 an das Reich zurückfiel, wirkte ſie als ſeeliſch trennendes Moment gegenüber den Zugewanderten aus den übrigen Reichsteilen deutlich nach. Im Vergleich zu anderen Gebieten Frankreichs aber und beſonders auch zum Elſaß iſt feſtzuſtellen, daß in Lothringen die Revolution gemäß ihrem bürgerlichen und großſtädtiſchen Grundcharakter ſich ſehr viel weniger umwälzend und nachhaltig ausgewirkt hat. Eine radikale Beſeitigung des ariſtokratiſchen Grundcharakters des Landes iſt ihr nicht gelungen. Hier fehlten weithin die Vorausſetzungen für die Aufrichtung einer rein bourgeoiſen Geſellſchaftsordnung.

Trotzdem war die große Zeit des Adels dahin. Namentlich im deutſchſprachigen Lothringen verſchwand der adlige Großgrundbeſitzer, der ſich vielfach auf Güter in anderen Reichsteilen zurückzog, für immer. Die vielfach auf Wehrburgen zurückgehenden Schlöſſer im Bitſcher und Dagsburger Land und in der Gegend von Diedenhofen bezeugen den Zuſammenhang dieſes adligen Lebens im Nordoſten und Norden Lothringens mit dem mittelalterlichen Rittertum. Auch das Metzer Patriziat und ſpäter der höfiſche Adel haben durch Um- und Neubau ländlicher Adelsſitze der Landſchaft markante Züge eingefügt[29]. Manche dieſer jüngeren Chateaux mögen erſt im 18. Jahrhundert als Landſitz oder Jagdſchloß eines Großen in Paris entſtanden und niemals wirklicher Wohnſitz eines ſchollenverbundenen Landadels geweſen ſein, zumal die meiſten mittelalterlichen Burgen der barbariſchen Zerſtörung durch Richelieu zum Opfer gefallen ſind. Im deutſchſprachigen Lothringen waren die Spannungen zwiſchen Adel und Bauerntum in der vorrevolutionären Zeit größer als in den welſchen Teilen des Landes. Schon vor der Revolution wurde in Welſchlothringen ein gewiſſer Ausgleich erreicht. So entartete die Revolution in dieſem konſervativen Land nicht im ſelben Maße zur Schreckensherrſchaft wie in anderen Gegenden Frankreichs. Die Beſeitigung feudaler Vorrechte, innerer Wirtſchaftsgrenzen und partikulariſtiſcher Wirrnis wurde natürlich auch hier als Segen empfunden.

Ebenſo wurden in Lothringen vor allem die Liegenſchaften der Kirche und der Grundbeſitz des emigrierten Adels aufgeteilt und verſchleudert. Namentlich in Welſchlothringen wurden dabei jedoch keineswegs geſunde ländliche Beſitzverhältniſſe herbeigeführt. Den Hauptgewinn hatte zunächſt wenigſtens das bürgerliche Spekulantentum, das größere Beſitztümer an ſich reißen und vorteilhaft weiterveräußern konnte. Die große Mehrzahl des eigentlichen Landvolkes vermochte nur Zwerggrundſtücke unter 1 ha zu erwerben. Dieſem Vorgang kam eine große Tragweite zu. Aus ihm erklärt ſich, daß noch 1882 im Departement Meurthe-et-Moſelle 51 v. H. des ländlichen Grundbeſitzes den Umfang von 1 ha nicht überſtiegen. Der Kleinbeſitz unter 10 ha erreichte ſogar 91 v. H., während — um eine Vergleichsziffer zu nennen — zur gleichen Zeit im Reich der Grundbeſitz derſelben Größenklaſſe nur knappe 30 v. H. umfaßte. Nur 2 v. H. des ländlichen Areals beſtanden damals im ſelben Departement aus Grundſtücken über 40 ha, während der Großgrundbeſitz über 100 ha im Deutſchen Reich allein ſchon 24 v. H. überſtieg.

---

[29] Vgl. Taglang, Wilmouth u. Lindel, Schlöſſer und Herrenſitze. In: Lothringen u. ſeine Hauptſtadt, hrsg. v. Ruppel, 1913, S. 275ff., ferner K. Konrad, Schlöſſer in Lothringen — eine ſterbende Welt. In: „Die Weſtmark", Jan. 1941.

Im Regierungsbezirk Lothringen hat ſich im Unterſchied zum genannten Nachbardepartement dieſe verelendende Wirkung der Franzöſiſchen Revolution lange nicht ſo kraß ausgewirkt, da ſich vor dem Weltkrieg dort der Beſitz folgendermaßen verteilte:

	Betriebe	Fläche	v. H.
weniger als 2 ha	58812	39008 ha	9
2—5 ha	17561	61692 ha	15
5—20 ha	12808	134674 ha	34
20—100 ha	2904	128128 ha	31
über 100 ha	317	48550 ha	11

Im Reichsland iſt alſo der eigentliche Großgrundbeſitz ſchwach vertreten, aber auch das gegenteilige Extrem tritt zurück, obgleich hier eine ſtarke Zerſtückelung des Grundbeſitzes als Folge der Anſiedlungsweiſe und des Erbrechts unverkennbar iſt. Immerhin liegt das Schwergewicht im bäuerlichen Mittelbeſitz, die Landwirtſchaft zeigt weſentlich geſundere Züge. Ihre Grundlage iſt zwar nicht von der deutſchen Regierung geſchaffen, aber durch deren Agrargeſetzgebung, wie auch von franzöſiſcher Seite zugeſtanden wird, zielbewußt begünſtigt worden: „Man muß es anerkennen, die Landwirtſchaft hat in Lothringen ſeit 1871 ernſthafte Fortſchritte gemacht, an denen die deutſche Regierung nicht unbeteiligt war“[30]. Der bäuerliche Charakter der Landwirtſchaft des reichsländiſchen Lothringens wird auch durch die Beobachtung beſtätigt, daß von den über 100 Chateaux, die noch heute an die alte feudale Geſellſchaftsordnung und an ein Leben der Seigneurs in Glanz und Heiterkeit erinnern und die z. T. noch Mittelpunkte verpachteter Großbetriebe ſind, der weitaus größere Teil im franzöſiſchen Lothringen liegt. Auch innerhalb des Regierungsbezirks Metz iſt dieſer Unterſchied feſtzuſtellen: das deutſche Sprachgebiet iſt in ſtärkerem Ausmaß echtes Bauernland.

Neben dem Ackerbau ſpielt die Viehzucht eine bedeutende Rolle. Für die Verbeſſerung der Viehraſſen iſt in allen Teilen Lothringens in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg mancherlei geſchehen. Im übrigen war der Landmann namentlich im romaniſchen Gebiet vielfach mehr Gärtner als Bauer. Auch hierin wird eine gewiſſe Ähnlichkeit des Moſel- und Neckarlandes über den Volksunterſchied hinweg ſichtbar. Die Tallandſchaft der oberen Moſel und Maas erhält ihre beſondere Note durch den Wein- und Obſtbau. Vor dem Weltkrieg umfaßte die Rebfläche im Regierungsbezirk Lothringen 5200 ha. In den drei übrigen Departements iſt der Weinbau zwiſchen 1870 und dem Weltkrieg ſtark zurückgegangen: am ſtärkſten in Meurthe-et-Moſelle (von 17 600 ha auf 7000 ha), ſehr ſtark auch im Maasland (von 13 500 ha auf etwas über 4000 ha), ſchließlich auch im Vogeſendepartement (von 5200 ha auf 1400 ha), wo aus klimatiſchen Gründen nur der Weſten für den Weinbau in Frage kommt. Das macht in den lothringiſchen Teilgebieten vor dem Weltkrieg immerhin noch einen Geſamtbeſtand von 17 600 ha aus, der die Rebfläche Württembergs um mehr als die Hälfte überſteigt. Schlechte Weinjahre und Rebkrankheiten haben dieſen Rückgang verſchuldet. Vielfach ſind die Weinbauern aber zur Obſtzucht übergegangen. Aus den Mirabellen wird der geſchätzte landesübliche Schnaps gewonnen. Gut gedeiht auch die Aprikoſe.

---

[30] Pariſot, a. a. O., Bd. III, S. 405.

Großen Ruf genoſſen als Ausfuhrartikel die Erdbeeren aus der Umgegend von Metz, die ſogar auf dem weitentlegenen Berliner Markt vor dem Weltkrieg begehrt waren.

Freilich beſchränkt ſich die Landbevölkerung nicht auf Ackerbau, Viehzucht, Wein- und Obſtgärtnerei. Lothringen hat beſonders im Vogeſendepartement einen ſtarken Waldbeſtand. Auch im Regierungsbezirk Lothringen erreicht er den Umfang von 160 000 ha. Ungefähr derſelbe Waldanteil entfiel 1873 auf das Maasland. Er iſt aber dort bis zum Weltkrieg durch Aufforſtung bis auf 185 000 ha geſteigert worden. Im gleichen Zeitraum iſt die Waldfläche des Departements Meurthe-et-Moſelle von 97 000 ha auf 137 000 ha angewachſen. Auch das Departement Vosges hat ſeine beſonders anſehnliche Forſtfläche von 203 000 ha auf 216 000 ha erhöht. So leben namentlich im lothringiſchen Gebirgsland ſeit altersher viele Menſchen von der Forſtwirtſchaft und allen damit zuſammenhängenden Berufen, wie Köhlerei, Holzfällerei, Sägerei uſw. Faſt möchte man die vom Walde lebende Bevölkerung auch biologiſch als einen beſonderen Schlag bezeichnen. Denn die Wälder, in denen die Rodung erſt ſpät einſetzte, waren Rückzugsgebiete von Gruppen der Bevölkerung, die vor den Römern und ſpäter den Franken aus den früher bebauten und beſiedelten Talböden in das unwegſame Dickicht des Gebirgslandes auswichen. Auch der heidniſche Glaube hat ſich dort länger erhalten und lebt vielleicht in örtlichem Aberglauben nach. Noch heute ſtoßen wir in den waldigen Gebirgsgegenden auf einen rauheren und primitiveren Volksſchlag als in den breiten und milden, ſeit Frühzeiten dem Durchgangsverkehr offenen Tallandſchaften der Moſel und Maas.

Daß die zahlreichen kleinen Ackerſtädte, auf die wir beſonders im deutſchſprachigen Lothringen ſtoßen, einen engen Lebenszuſammenhang mit dem Landvolk wahren, verſteht ſich von ſelbſt. Die Großbourgeoiſie und das ſtädtiſche Notabelntum, das für die Sozialordnung des Elſaß ſo kennzeichnend iſt, treten in Lothringen viel ſtärker zurück. Die ſtädtiſche Bevölkerung hat überwiegend kleinbürgerliche Neigungen, ſie geht fleißig ihren Geſchäften nach, pflegt ihren Garten und angelt gern in den vielen Weihern und Flußläufen, von denen das Land durchſetzt iſt. Sie hat aus der Ideenwelt der Franzöſiſchen Revolution auch das Rentnerideal übernommen, das ſich inzwiſchen als das Verderben Frankreichs erwieſen hat. Dem Fortſchritt war jedenfalls vor dem Weltkrieg dies lothringiſche Kleinbürgertum auch unter deutſcher Herrſchaft wenig zugetan, es kannte keinen „fauſtiſchen Zug" und ſein Sinn ſtand nicht danach, das Geſchäft durch raſtloſe Anſpannung aller Energie immer mehr in die Höhe zu bringen oder ſonſt im Beruf immer weiter vorwärts zu kommen, es träumte vielmehr von dem früh einſetzenden behaglichen Lebensabend des Kleinrentners, in den ſich (auf eine für den Deutſchen ſchwer faßliche Weiſe) geradezu der Sinn des Lebens verlagern konnte: „Das Zukunftsideal des Lothringers, für das er arbeitet, iſt, ſich mit 40 Jahren als Sousrentier ein kleines Haus auf dem Lande zu kaufen und ſeine Tage beſchaulich hinter ſeinen Gartenmauern zu verleben. Er braucht nicht viel zu dieſem Leben; er geht ſelten aus, Kino, Theater, Konzert exiſtieren kaum für ihn. So klein wie möglich richtet man ſich ein: man wohnt im Sommer im Garten, den Eßtiſch bedeckt die ſolide Wachstuchdecke, die Küche darf nicht zuviel Arbeit machen, Dienſtboten hält man ſich nur ſtundenweiſe oder zur Gartenarbeit. Im Hauſe macht man ſich's bequem, ſogar ſehr bequem. Steuerbeamte oder Herren, die in baulichen oder hygieniſchen Angelegenheiten unerwartet in ein ſolches Haus kamen, pflegten Madame im allertiefſten Negligé zu treffen, ohne daß Umſtände gemacht wurden, dieſes zu vervollſtändigen. Die Filzſchuhe und das weiße Halstuch, das die Stelle des Kragens vertritt, ſpielen eine große Rolle..." Dieſe idylliſchen Zuſtände, von denen Liesbeth Dill aus Erinnerungen an die Zeit vor dem Weltkrieg in Metz und Umgebung plaudert[31], mögen heute ſchon vom Zeitwandel weithin überholt ſein. Sie geben aber ein anſchauliches Bild der ſozialen Überlieferungen, die bis in die jüngſte Zeit das kleinbürgerliche Leben in Lothringen — ſicherlich zu beiden Seiten der Grenze von 1871 — beherrſcht haben.

Natürlich fehlt auch in der Volksordnung des lothringiſchen Raumes das gehobene bürgerliche Element nicht völlig. In den rivaliſierenden Städten Nanzig und Metz gab es auch Zentren des Großbürgertums, die haute bourgeoisie entwickelte ſich ebenfalls in den übrigen etwas größeren Städten und trat auch in den Kleinſtädten und auf dem

---

[31] Das verlorene Land, S. 14f.

Lande auf. Eine beſonders geachtete Stellung als Reſpektsperſon nimmt der Herr Notar ein, der über ſeine rein juriſtiſchen Obliegenheiten hinaus als Berater in geſchäftlichen und oft wohl auch politiſchen Dingen zu fungieren pflegte. Weſentlich iſt ſeine Beziehung zu Fragen des Beſitzes. Denn ſie ſind für den Bauer lebenswichtig, und auch die Kleinbourgeoiſie iſt durch und durch beſitzbürgerlich eingeſtellt. In dieſem Land iſt viel geſpart und an Kind und Kindeskind weitervererbt worden. Auch das Anſehen, daß der Notar und Advokat, der Arzt, der Apotheker und Kaufmann im Vorrang vor dem Beamten genießt, beruht im Einzelfall weniger auf einer beſonderen perſönlichen Tüchtigkeit und Strebſamkeit als auf ererbtem Beſitz und auf Familientradition. Der Name, den eine Familie ſich im umgrenzten Raum im Lauf der Zeiten errungen hat, iſt für die Einſchätzung des einzelnen Familiengliedes in jedem konſervativen Lande wichtig. Der Einzelne hält auf die Familie, weil er weiß, was er ihr im Leben des heimatlich gebundenen Landes ſchuldig iſt, deſſen Fernblick über die Grenzen nicht weit hinausreicht. Dieſes im Beſitz gefeſtigte und vom Anſehen des Landes getragene Notabelntum iſt in dem 1871 wieder zum Reich gekommenen Teil Lothringens in einer mehr abwartenden als grundſätzlich oppoſitionellen Stellung bis zu einem gewiſſen Grade erſtarrt, während die Bourgeoiſie Welſchlothringens als ein Stück franzöſiſcher Provinz die allgemeine Entwicklung Frankreichs mitgemacht hat. Es bedurfte aber auch im abgetretenen Gebiet, in dem die Sympathie für Frankreich lange nachwirkte, immer einer gewiſſen Aufſtachelung, um den zur Loyalität neigenden, von Natur fügſamen Lothringer in eine heftigere Oppoſition gegen das Regime zu treiben. Auch aus Temperamentsgründen neigte zu einer ſolchen eher das Welſchlothringertum. Fehlmaßnahmen der deutſchen Regierung in Politik und Verwaltungspraxis haben oppoſitionelle Reaktionen herausgefordert. Nörgelei, Widerſpruch und Auflehnung als Selbſtzweck aber, wie ſie im alemanniſchen Elſaß häufiger anzutreffen waren, fanden in Lothringen als einem Land von vornehmer Geſellſchaftstradition und auch in dem verhaltenen, höflichen, allem Auftrumpfen abholden Weſen der Bevölkerung einen weniger günſtigen Boden.

Die geiſtigen Intereſſen der politiſch führenden, gehobenen bürgerlichen Schichten richten ſich beſonders auf die Vergangenheit und die Lebensfragen der lothringiſchen Heimat. Im übrigen hält man auf gepflegte Kleidung der Frau, die auch in den kleinbürgerlichen Kreiſen und auf dem Lande durch Sicherheit im Geſchmack auffiel, auf eine gewiſſe Wohnkultur von traditionalem Stil und auf gute Küche und ordentlichen Weinkeller. Namentlich in dem Leben ohne höhere Anſprüche auch auf dieſen begrenzten Lebensgebieten, wie der kleine Mann und das Landvolk es führten, mußte herkömmlichermaßen die Kirche eine große Rolle ſpielen. Die grundſätzlich kirchenfreundliche Politik des Bismarckreiches, die ſich nach Beendigung des Kulturkampfes von der laiziſtiſchen Kirchenſtürmerei des freimaureriſchen Frankreich ſtark unterſchied, hat nicht nur die Verſöhnung auch vieler Welſchlothringer mit den neuen Verhältniſſen erleichtert, ſondern gerade im deutſchſprachigen Teil des Reichslandes die ſoziale Stellung der Geiſtlichkeit gefeſtigt, die namentlich im Landvolk einen ungeheuren Einfluß beſaß. E. M. Mungenaſt hat in eindrucksvollen Geſtalten ſeiner großen Lothringenromane den ariſtokratiſchen Typus des Metzer Epiſkopats, daneben aber auch den des volksnahen Landprieſters dargeſtellt, der mit ſeinen Gemeindekindern Freud und Leid teilt und der mit ihnen zu ſcherzen, zu feiern, zu zechen und gar zu tanzen verſteht, ohne daß ſeine Autorität darunter leidet.

Seine theologiſche Ausbildung hat der niedere Klerus Lothringens großenteils nicht an den deutſchen Univerſitäten, ſondern im Metzer Prieſterſeminar erhalten, in dem ſich der franzöſiſche Geiſt auch in der deutſchen Zeit noch zäh behaupten konnte. Der Einfluß der Kirche iſt auch im franzöſiſchen Lothringen groß, weil er ſich auf weite Gebiete des Schulweſens, beſonders die Mädchenbildung, ausgedehnt hat. Daß dieſe führende Stellung der Kirche auch politiſchen Mißbrauch ihrer Autorität begünſtigen mußte, haben wir in den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg oft genug vom politiſierten Abbé bis zu einem Domherrn Collin hinauf erfahren müſſen. Der „Hetzkaplan“ iſt im lothringiſchen Volksaufbau keine Seltenheit geweſen. Der bald nach 1871 einſetzende Kulturkampf ſchuf für die Eingewöhnung Deutſchlothringens in die deutſche Volksordnung zunächſt keine günſtigen Vorausſetzungen, die ſich aber bald beſſerten. Zunächſt gab der katholikenfeindliche Kurs Berlins dem Klerus das Stichwort zur Schürung der grundſätzlich proteſtleriſchen Geſinnung. Aber auch der franzöſiſche „Befreier“

hat nach 1918 die Widerſtandskraft des kirchlich gebundenen Volkstums unter geiſtlicher Führung in Reichsländiſchlothringen zu ſpüren bekommen, und auch der welſche Teil wandte ſich mit Leidenſchaft gegen kirchenzerſtöreriſche Kräfte freimaureriſchen Urſprungs, auch wenn ſie ſich auf den höheren Auftrag der douce mère patrie bei ihrem Werk der „Reintegration" beriefen.

In dieſes traditionsgeſättigte Leben auf urſprünglich agrariſcher Grundlage, wie es bis an die Schwelle der Gegenwart den lothringiſchen Lebensſtil beherrſchte, iſt nun ſchon ſeit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, beſonders ſtürmiſch aber in den letzten Jahrzehnten der unausweichliche Vorgang der Induſtrialiſierung als umwälzende Kraft hereingebrochen. Die Wirkung mußte um ſo ſchockartiger ſein, als beſonders im Reichsland das wegbereitende Element der Verbürgerlichung im ſtädtiſchen Rahmen fehlt oder doch ſtark zurücktritt. Konſervatives Autoritätsgefühl auf naiver Glaubensgrundlage war hier nicht entfernt im gleichen Maße wie im Elſaß durch rationaliſtiſche Skepſis intellektueller Art untergraben. Alle ſozialen Probleme, die mit dem Einbruch der modernen Arbeitswelt in eine altfränkiſche Wirtſchaftsordnung verbunden ſind, traten jäh und plötzlich an dieſes Volk von Bauern und Kleinbürgern halbländlicher Ackerſtädtchen heran.

Allerdings fehlt eine gewiſſe induſtrielle Überlieferung älteren Urſprungs im Lothringerland nicht völlig. Salz iſt im Salzgau an der oberen Selle ſchon in früheſten vorgeſchichtlichen Zeiten gewonnen worden. Unter den 8 Salinen, die nach dem Weltkrieg noch im Betrieb waren, befanden ſich vier in Saaralben. Ebenfalls ſeit langem einheimiſch iſt die Glas- und Porzellanerzeugung[32]. Einen alten Mittelpunkt bildet die Glashütte von Valleryſthal, die bei Dreibrunnen im Kreiſe Saarburg am Fuße der Vogeſen liegt. Sie iſt 1707 gegründet worden, um die Arbeit einer älteren Hütte fortzuſetzen. Gleichzeitig entſtand auf Initiative der Grafen von Leiningen eine große Glasfabrik im benachbarten Hoch-Walſch (Plaine de Valſch), die im 19. Jahrhundert Weltruf erlangte und im Export nach Amerika den Wettbewerb mit dem böhmiſchen Glas aufnahm. Nach 1871 verlagerten ſich Teile der Glasinduſtrie nach Nanzig, wo namentlich die Erzeugung künſtleriſcher Glaswaren ebenfalls einen großen Aufſchwung nahm. Das Kriſtallglas von Baccarat ſteht auf dem Weltmarkt in hohem Anſehen. Optiſches Glas wird in Ligny bei Bar erzeugt. Auch die Porzellaninduſtrie verteilt ſich auf verſchiedene Landesteile. Wir finden Werke in Lunéville, in der Nähe von Tull und in Longich.

Ein weiterer Anſtoß zur Induſtrialiſierung von Welſchlothringen hängt mit dem Ausgang des Krieges von 1871, z. T. ſchon mit der vorherigen Entwicklung im benachbarten Oberelſaß zuſammen. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bildete dort das urſprünglich ſchweizeriſche Mülhauſen einen Mittelpunkt der Textilinduſtrie, die in die Vogeſentäler übergriff und ihre Ausläufer auch bis zum lothringiſchen Weſthang der Hochvogeſen entſandte. Nach 1871 wanderten in ſtärkerem Maße Unternehmer und andere gelernte Kräfte aus dem Oberelſaß aus und ließen ſich z. T. im nächſtbenachbarten Departement Voſges, in Nanzig und in anderen Teilen des ſtaatsfranzöſiſchen Teils von Lothringen nieder. Hand in Hand mit einer gewiſſen Verelſäſſerung von Städten, wie Romberg und Epinal, ſchritt auch die Verbürgerlichung des bei Frankreich verbliebenen Teils von Lothringen und die Ausbreitung einer Induſtrie von beſcheidenen Maßen vor, die das ganze Land überzog. Emigranten aus dem Reichsland, einheimiſche und auch wohl innerfranzöſiſche Kräfte waren mit an dieſer Entwicklung beteiligt, in deren Zuge ſich das ſoziale Geſicht namentlich des bei Frankreich verbliebenen Teils von Lothringen unmerklich verändern mußte. So bildeten ſich kleinere Zentren der Textilinduſtrie und der Papierfabrikation in den Hochvogeſen, auch Epinal und vor allem Nanzig wurden zu Stätten eines gewiſſen induſtriellen Aufſchwunges. Eine große Straßburger Druckerei kam in Nanzig zu Ruf und Gewinn. Eine Spezialität des Landes bildete die Strohhutfabrikation. Auch aus der Forſtwirtſchaft erwuchſen bereits induſtrielle Aufgaben. Die Sägewerke wurden jetzt mit Maſchinen betrieben, die die Waſſerkräfte des Gebirges verwerteten, und an ſie ſchloſſen ſich Möbelfabriken, die an Ort und Stelle für Verarbeitung des Holzes ſorgten. Der Anſtoß zu dieſer dezentraliſierten Induſtrialiſierung ging von perſönlichen, vielfach zugewanderten Kräften aus, doch wuchs die Bewegung ihnen bald über den Kopf, ſo daß die unperſönliche Form der Aktiengeſellſchaft über das Privatunternehmen die Überhand gewann. Auch das fördert die Verbürgerlichung und ſtärkt den ſozialen Einfluß des Bankkapitals, das durch die ſtädtiſchen Zentren und beſonders über Nanzig einſtrömt.

---

[32] Vgl. O. Flory, Die Geſchichte der Glasinduſtrie in Lothringen. In: Jahrbuch d. Geſ. f. Geſch. Lothr. XXIII, 1911, S. 132—379.

Die eigentlichen Ausgangspunkte einer induſtriellen Revolutionierung des Landes aber finden ſich im Norden, wo bedeutende Bodenſchätze die Grundlage für die Entfaltung der lothringiſchen Schwerinduſtrie bildeten. Dieſe Entwicklung vollzog ſich großenteils im Gebiet, das 1871 wieder in fleißige und ſtrebſame deutſche Hände überging[33]. Hayingen, einer dieſer zu reißendem Aufſtieg beſtimmten Orte und Stammſitz der berühmten lothringiſchen Induſtriellenfamilie de Wendel, wurde ſogar erſt im Austauſch gegen Gebiete im Bezirk von Belfort deutſch, auf deren Beſitz die Franzoſen aus ſtrategiſchen Gründen mehr Wert legten. Freilich ließ ſich damals der Aufſchwung amerikaniſchen Ausmaßes noch nicht vorausſehen, der in dieſem teils bei Frankreich verbliebenen, teils an das Reich abgetretenen Minettegebiet längs der luxemburgiſchen Grenze ſeit den achtziger Jahren einſetzen ſollte, nachdem durch die Entdeckung des Thomasverfahrens die Erzeugung von Stahl und chemiſchen Nebenprodukten dieſem Induſtriezweig eine vorher nicht geahnte Rentabilität ſicherte. Ein Ausläufer dieſes Induſtriegebietes reicht bis in das Maasdepartement hinein. Das andere ſchwerinduſtrielle Gebiet, in dem ſich ſeit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts Großbetriebe in modernen Formen entfalteten, iſt eine Fortſetzung des Saarreviers auf lothringiſchem Boden, wo der Kohlenbergbau die Grundlage bietet. Ein dritter Bezirk der Gußeiſen- und Stahlerzeugung liegt im Becken von Nanzig, in deſſen Umgebung Hochöfen, Gießereien und ein Kupferſchmiedewerk entſtanden.

So bildeten ſich im Regierungsbezirk Lothringen und im Departement Meurthe-et-Moſelle Zentren einer wirtſchaftlichen Dynamik, die den überkommenen agrariſchen Zuſtand des lothringiſchen Raumes völlig in Frage ſtellen. Die Steinkohlenförderung im lothringiſchen Raum hat ſich zwiſchen 1871 und dem Weltkrieg von 290 000 t auf über 3,8 Mill. t geſteigert, die Erzgewinnung von 678 000 t auf über 21 Mill. t. Wenn ſich auch dieſe ſtürmiſche ſchwerinduſtrielle Entwicklung auf zwei der vier Departements beſchränkt, die noch dazu jahrzehntelang verſchiedenen wirtſchaftlichen Großräumen angehörten, ſo war damit doch im ganzen Lothringerland die Statik der ſozialen Verhältniſſe in ganz anderem Maße erſchüttert, als das durch die zuvor geſchilderte Entſtehung von induſtriellen Klein- und Mittelbetrieben mit bloß örtlicher Reichweite geſchehen konnte. Auch die franzöſiſche Revanchepolitik erhielt damit einen neuen Auftrieb. Denn das pathetiſch vorgetragene nationale Motiv zur Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete wurde jetzt durch Antriebe der wirtſchaftlichen Begehrlichkeit verſtärkt, das Ethos durch Intereſſen aufgepeitſcht, deren Träger weniger die Völker waren als das internationale Großkapital, deſſen Verflechtungen auch nach Luxemburg und Belgien hinüberreichten. Auch das intereſſierte deutſche Großkapital hatte ſeinen Sitz nicht nur in Lothringen und im benachbarten Saargebiet, ſondern auch in Rheinland-Weſtfalen. Vom Lande und ſeinen Überlieferungen her geſehen, ſtellte ſo die Schicht der Unternehmer und Direktoren einen Faktor wenigſtens relativer Überfremdung dar. Die Rückwirkungen auf die Bevölkerungsbewegung haben uns bereits beſchäftigt. Während die Induſtrialiſierung anfänglich noch mit einheimiſchen Kräften bewältigt werden konnte, was freilich zu einer weiteren Entvölkerung und traurigen Verödung der ſtärker oder ausſchließlich agrariſchen Landesteile führte, machte ſich je länger je mehr der Bedarf an ausländiſchen Arbeitskräften ſpürbar. Auch zeitweilige Kriſen des Induſtrialismus — z. B. in den Jahren nach dem Weltkrieg — zogen die breiten Maſſen der Bevölkerung in Mitleidenſchaft. In dieſen Jahren ſind in den nordlothringiſchen Induſtrieballungen völkiſch geradezu chaotiſche Zuſtände aufgekommen, da in den raſch aufgeſchoſſenen, das Landſchaftsbild verunſtaltenden Induſtrieſiedlungen ohne Stil und Überlieferung ein wahres Völkerbabel durcheinanderhauſte.

---

[33] Vgl. A. Weyhmann, Geſchichte der älteren lothr. Eiſeninduſtrie. In: Jahrb. f. Geſch. Lothr. XXVII, 1915, S. 1—212; ferner H. Germain, Die natürlichen Grundlagen d. lothr. Eiſeninduſtrie und die Verfaſſung vor 1870. Ebenda XXIV, 1912, S. 341—448. Unter dem neueren Schrifttum ſei beſonders verwieſen auf: W. Herrmann, Das Montan-Induſtriegebiet an Moſel und Saar. In: Deutſches Archiv f. Landes- und Volksforſchung. V. Jg., 1941, S. 278—314.

Eine beſondere Entwicklung erfuhr zwiſchen 1871 und 1918 die ſoziale Lage des Regierungsbezirkes Lothringen bei dieſer Spannung zwiſchen den überkommenen agrariſchen und den jäh hereingebrochenen induſtriellen Zuſtänden durch den Zuſammenprall der geſtörten Volksordnung mit den geſellſchaftlichen Kräften des Bismarckreiches. Die Zuwanderer aus dem Reich, die aus allen deutſchen Gauen einſchließlich des fernen und weſensfremden Oſtelbiens zuſammenſtrömten und zunächſt einmal als Beamte die Verwaltung und weithin auch das Schulweſen in die Hand nahmen, ſchleppten die ſozialen Anſchauungen und auch Vorurteile des ſelbſt erſt allmählich zuſammenwachſenden Altreichs mit ſich und konnten ſie nicht von heute auf morgen abſtreifen. Sie brachten es gewiß fertig, ein ſauberes, auch techniſch gut funktionierendes Verwaltungsſyſtem aufzurichten, deſſen Spielregeln den Einheimiſchen naturgemäß anfänglich fremd und nicht immer behaglich waren. Sie vermochten aber nicht die Kräfte einer Selbſtverwaltung genügend zu entfeſſeln, die das bodenſtändige Lothringertum ſelber am Aufbau einer neuen Geſellſchaftsordnung beteiligt hätte, die doch ein wünſchenswertes Entwicklungsziel für alle Beteiligten war. In dieſer Atmoſphäre mußte ein Bürokratismus gedeihen, deſſen Segnungen nicht gerade auf der Hand lagen. Dazu kam als weiterer Überfremdungsfaktor die ungewöhnlich ſtarke Wehrmacht, die in das ſtrategiſch ſo wichtige, durch den unruhigen Nachbarn ſtändig bedrohte Grenzland gelegt werden mußte. Das in Lothringen ſtehende Militär beſtand aus Offizieren und Militärbeamten mit ihren Familien, die ihren Standort häufig wechſelten und ſchon deshalb auch in einem Lande nicht warm werden konnten, das an ſich eine gewiſſe Empfänglichkeit für ariſtokratiſche Lebensformen beſaß, und aus Mannſchaften, die ohne Weib und Kind erſchienen und von ihren Kaſernen aus höchſtens ſonntägliche Ausflüge in ihre fremdartige ſoziale Umwelt unternehmen, ſich aber erſt recht nicht im Lande einleben konnten. Das Verhältnis zwiſchen Garniſon und Bevölkerung war im allgemeinen gar nicht ſchlecht, behielt aber naturgemäß eine gewiſſe Kühle. Durch Spannungen zwiſchen dem Militär und der zivilen Beamtenſchaft verwickelte ſich die ſoziale Lage. Dabei veränderten einige kleine Landſtädte ihr Geſicht völlig, da Militär und Beamtenſchaft die einheimiſche kleinbürgerliche Bevölkerung und die paar Notabeln praktiſch vollkommen überlagerten. Metz, wo die Abwanderung beſonders ſtark geweſen war, wurde als Feſtung und Sitz der Regierungsbehörden zu einer Soldaten- und Beamtenſtadt, deren neue Elemente ſich in das vorgefundene Sozialgefüge nicht eingliederten, ſondern eine geſellſchaftliche Welt für ſich bildeten. So lebten hier eigentlich in mehr oder minder korrekten Beziehungen zwei Stadtbevölkerungen nebeneinander her, die ſich nur loſe berührten, ohne ſich organiſch miteinander verſchmelzen zu können. Natürlich entſtanden trotzdem mancherlei ſachliche und menſchliche Beziehungen zwiſchen den Kreiſen der Einheimiſchen und der Zugewanderten, aus denen auch zahlreichere Miſchehen hervorgingen, als die franzöſiſche Propaganda wahrhaben wollte. Nicht jede Lothringerin war eine Colette Baudoche, wie Barrès ſie in ſeinem weitverbreiteten Tendenzroman verherrlichte. Aber eine wirkliche Verſchmelzung hat ſich aus dieſen Querverbindungen nicht ergeben, zumal die Zugehörigkeit des Reichslandes zum Reich zu ſchnell durch das Interim von 1918—1940 unterbrochen wurde.

Die wirtſchaftliche Ausplünderung und weitgehende brutale Austreibung der aus dem Reich zugewanderten Schicht nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges führten ebenfalls zu keiner Beruhigung der ſozialen Verhältniſſe. Die vielfach eitle Hoffnung auf Chancen eines leichten und unſoliden Gewinnes und auf einträgliche Poſten lockte allerhand Glücksritter, Spekulanten und Schieber in das hartumſtrittene Grenzland, die nur ſehr z. T. Heimkehrer waren und die ſehr viel mehr den eignen als den pathetiſch in den Vordergrund gerückten Intereſſen der douce mère patrie dienten. Sie waren die Hauptträger einer Aſſimilationspolitik, die keine Rückſicht auf Sitten und Gewohnheiten des Landes und auf den ſeeliſchen Zuſtand der hin- und hergeriſſenen und nun ohne eignes Zutun zu Frankreich geſchlagenen Landesbevölkerung kannte. Nur ein Teil der Einheimiſchen ging mit dieſen „Revenants“ und „Nouveaux venus“ engere Beziehungen ein, die vielfach auch nur ſpekulativer Natur waren, ein andrer Teil hielt ſich auch ihnen gegenüber in abwartender Reſerve. Im Spiel der Mächte war dies Grenzland in ſeiner tauſendjährigen tragiſchen Geſchichte allzuſehr an den Wechſel des Glückes gewöhnt, um leichtlich der Dauerhaftigkeit reiner Machtentſcheidungen zu trauen. Auf alle Fälle brachten dieſe Neuankömmlinge Unruhe ins Land, ebenſo das franzöſiſche Militär mit ſeinen Kolonialtruppen, die nun auch dieſes Gebiet wie zuvor ſchon das Maasland in Geſtalt der Maginotlinie zu einer großen Verteidigungszone ausbauten. Der Sondergeiſt des deutſchſprachigen Lothringertums verſteifte ſich in der Verteidigung der Mutterſprache und in der Abwehr der kirchenfeindlichen Politik der laiziſtiſch-freimaureriſchen Republik, gegen die ſich auch der kirchliche Sinn der reannektierten Welſchlothringer zur Wehr ſetzte. Der hartnäckige Verſuch der Franzoſen, das kerndeutſche Saargebiet von ſeiner Treue zu Volk und Reich abwendig zu machen und es auf dem Wege über die Wirtſchaft auch politiſch für Frankreich zu gewinnen, führte franzöſiſcherſeits zu einer oſtentativen Öffnung der Grenze, an der ſogar die Grenzzeichen in der Hoffnung auf die volle Annexion der Saar entfernt wurden. So entwickelte ſich in den Jahren nach dem Weltkrieg ein engerer Verkehr zwiſchen Saardeutſchen und Deutſchlothringern, während das übrige Deutſchland völlig abgeſchottet war.

Seit dem Aufſtieg des deutſchen Nationalſozialismus mehrten ſich gerade für Lothringen, das die fieberhaften Kriegsvorbereitungen der Franzoſen aus der Nähe beobachten konnte, zuſehends die Zeichen, daß eine neue Auseinanderſetzung der großen Mächte bevorſtand, in der noch einmal die Würfel um das Schickſal Lothringens fallen mußten. Durch Maſſeneinſatz gerade auch von Kolonialtruppen wurde das Land in erhöhte militäriſche Bereitſchaft geſetzt, die nach der Rückkehr der Saar zum Reich und der Wiederbeſetzung der Rheinlande an Nervoſität zunahm. Unter ſo unruhigen Verhältniſſen konnte namentlich in den grenznahen Landesteilen auch die Sozialordnung nicht zur Ruhe kommen. Alle Entwicklungen trugen das Zeichen der Vorläufigkeit an der Stirne. Der jüngſte Gang der Ereigniſſe hat beſtätigt, daß die politiſche und ſoziale Entwicklung zwiſchen 1918 und 1940 noch mehr das Gepräge des Überganges zeigt als die faſt fünfzigjährige Epiſode der Herrſchaft des Zweiten Reiches in einem Teil des lothringiſchen Raumes. Gerade die Geſellſchaftsordnung und auch der Bevölkerungsbeſtand dieſes Gebietes befinden ſich heute mehr als je im Zuſtand einer tiefgreifenden Umwälzung. Die mit dem Übergang zur Induſtriewirtſchaft angebahnte Revolutionierung iſt in ein neues Stadium getreten, deſſen Endergebnis ſich noch nicht abſchätzen läßt. Es konnten nur die Vorausſetzungen aufgezeigt werden, unter denen die Einwohner dieſes Landes der ſozialen und politiſchen Neuordnung ihrer Verhältniſſe, der Aufrichtung einer beſtandhaften deutſchen Volksordnung in der Weſtmark des Dritten Reiches entgegenſehen.

Die raſſiſche Struktur der Bevölkerung im lothringiſchen Raum bedarf noch einer gründlichen Erforſchung, die freilich durch die ſtarken Bevölkerungsverſchiebungen und Umſchichtungen während der letzten Jahrzehnte erſchwert wird. Auf Grund der vorliegenden Unterſuchungen laſſen ſich beſonders für Welſchlothringen nur Angaben von unbefriedigender Genauigkeit machen, die hier noch kurz angefügt ſeien.

Eine Zone vorwiegender Kurzköpfigkeit dehnt ſich von Mittelfrankreich her in den lothringiſchen Raum aus. Hans F. K. Günther bezeichnet den ganzen Oſten Frankreichs als vorwiegend oſtiſch, wobei er jedoch für das Vogeſengebiet den ſtärkeren dinariſchen Einſchlag hervorhebt. Den Schädelfunden zufolge hat ſich die Kurzköpfigkeit im lothringiſchen Raum ſeit der römiſchen Beſetzung geſteigert. Doch gehört zweifellos das ganze lothringiſche Gebiet, in dem ſich eine vielleicht überwiegend oſtiſche Vorbevölkerung mit nordraſſiſchen Germanen gekreuzt hat, zu den Bereichen ſtärkeren nordiſchen Einfluſſes in Weſteuropa. In den Karten raſſiſcher Einzelmerkmale, die auf den franzöſiſchen Anthropologen Paul Topinard zurückgehen, ſind alle vier lothringiſchen Departements unter den Bezirken mit der hellhaarigſten Bevölkerung zu finden, während die im Süden und Südweſten angrenzenden Departements der oberen Saône und Marne als Gebiete eines mittelhellen Menſchenſchlages gekennzeichnet ſind. Die Karte der Augenfarben beſtätigt dieſes Bild nicht völlig. Die Verbreitungsgebiete der hellſten Augen finden ſich in den Departements Moſelle, Vosges und Meuſe, während Meurthe-et-Moſelle Gebiete einer Bevölkerung mit mittelhellen Augen ſind. Sämtliche lothringiſche Departements gehören, wie übrigens auch die angrenzenden Gebiete Frankreichs, zu den Gegenden, in denen die wegen zu geringer Körpergröße Heeresuntauglichen den niedrigſten Tauſendſatz (24—56 v. T.) ausmachen.

Für den Regierungsbezirk Lothringen beſitzen wir aus der Zeit vor dem Weltkrieg einige genauere Angaben. In den achtziger Jahren wurden dort 2,6 v. H. Langköpfige, 10,5 v. H.

Mittelköpfige, 86,9 v. H. Rundköpfe, davon 31,6 v. H. Kurzköpfe feſtgeſtellt[34]. Die durchſchnittliche Körpergröße der Wehrpflichtigen betrug nach 1872 167 cm. Im deutſchſprachigen Gebiet an der Nordgrenze überwogen die Hochwüchſigen, im welſchen Gebiet die Kleingewachſenen. Im Vergleich zum Elſaß hatte das helle Raſſenelement im Regierungsbezirk Lothringen den Vorrang. Der Kreis Metz-Stadt wies 36 v. H. mit blauen Augen und 56,4 v. H. mit blonden Haaren auf, in Saargemünd und Metz-Land, wo die alteinheimiſche Bevölkerung ſtärker ins Gewicht fiel, wurden je 31 v. H. blauäugiger Kinder feſtgeſtellt, im Kreis Forbach erreichten die Blonden ſogar 55,9 v. H., im ganzen Regierungsbezirk nach einer andern Angabe 48,69 v. H.[35].

Dieſe Ergebniſſe anthropologiſcher Ermittlungen erklären ſich leicht aus der Siedlungsgeſchichte unſeres Raumes. Im nordöſtlichen Lothringen hat ſich auch ſprachlich das germaniſche Element am ſtärkſten durchgeſetzt, auch durch ſpätere Zuwanderung iſt es dort am meiſten verſtärkt worden, obgleich wir, wie ſchon gezeigt wurde, die raſſiſche Regermaniſierung Welſchlothringens beſonders ſeit 1871 nicht unterſchätzen dürfen. Aber dieſe germaniſche Blutauffriſchung, die wir auch für die bei Frankreich verbliebenen lothringiſchen Departements feſtſtellten, braucht ſich nicht im ſelben Maße als Aufnordung ausgewirkt zu haben, da ja insbeſondere auch im benachbarten Elſaß und der Schweiz, die den Hauptteil der Zuwanderer ſtellten, der oſtiſche Typus ſtark vertreten iſt. Da das Konnubium zwiſchen dem deutſchſprachigen und dem welſchen Lothringen durch die ſprachliche Schranke und andere Unterſchiedlichkeiten des Volkstums gehemmt wurde, dürften ſich die beiden Volksgruppen ihrem raſſiſchen Typus nach im weſentlichen ſchon in der Völkerwanderungszeit herausgebildet haben. Da im übrigen die Städte als Verſchmelzungsherde auch innerhalb der Landesbevölkerung ſelbſt keine große Rolle ſpielten, können wir auch raſſiſch eine gewiſſe Differenzierung kleinerer Teilräume annehmen, die noch einer genaueren Unterſuchung harrt.

Der lothringiſche Raum iſt fränkiſcher Kolonialboden, wo ſich eine germaniſche Herrenſchicht über eine Bevölkerung romaniſierter Kelten gelagert hat. Die ſpätere Zuwanderung aus Oſt und Weſt war bis an die Schwelle der Gegenwart nicht ſo erheblich, daß die einmal erreichte Miſchung weſentlich in Frage geſtellt worden wäre. Immerhin erklärt vielleicht die Polarität der Blutsſtröme, die ſich im lothringiſchen Raume ſeit der Völkerwanderungszeit miteinander gemiſcht haben, auch die auffällige Tatſache, daß der Charakter der lothringiſchen Bevölkerung beſonders ſchwer auf befriedigende Formeln zu bringen iſt, und daß er zweifellos ſtarke Spannungen in ſich birgt.

---

[34] Handwörterbuch d. Grenz- u. Auslanddeutſchtums, Bd. II, S. 316.

[35] W. Kapp. In: „Der deutſche Volkscharakter", hrsg. v. Martin Wähler. 1937, S. 335.

Die Freigrafſchaft – eine geographiſche Skizze

Von Ruthardt Oehme, Freiburg/Breisgau, z. Z. im Felde

Vorwort: Noch lebten wir unter dem Eindruck der lothringiſchen Landſchaft, deren waldbedeckten ſteilen Stufen, den weiten oft kärglichen Hochflächen und den eng zuſammengebauten ſteinernen Dörfern, als uns eine lange Fahrt des Vormarſches durch eine mondhelle Juninacht bis an die Pforten des alten Burgund brachte. Der neue Tag führte uns in ein anmutiges Land. Wald, Wieſe, Weide und erntenahe Getreidefelder löſten einander ab. Dann kamen die Rebgärten, erſt vereinzelt, bis ſie an der Côte d'Or faſt unabſehbar dieſe ſteile Wand und ihr Vorland überzogen. Auch das Bild von Dorf und Stadt war ein anderes geworden. Locker gebaute Dörfer, von Obſtgärten umgeben, mit blumenreichen Vorgärten geziert. Dazwiſchen in der Landſchaft ein Park mit einem Schloß oder einem Anſitz. An der Côte d'Or dann behäbige Dörfer und Städte, die die Erinnerung an das Rebland des Etſchtales bei Bozen wachrufen. Wir waren nach Burgund gekommen. Der Name weckte verſchüttete Erinnerungen auf — er wurde eine geiſtige Brücke zur Heimat. Wir zogen weiter. Wir lagen in Ruhe an den ſanften Wieſenufern der Saône. Sonnige Tage nahe dem maleriſchen Gray folgten. Wir kamen nach Beſançon, der einſtigen freien Reichsſtadt, und in das herbe Wieſen- und Waldland des Juragebirges. Die Geſchicke der beiden Burgund zeichneten ſich vor uns ab: Erſchütternd und unwahrſcheinlich, voll Romantik, die des Herzogtums, das Mittelreich ſein wollte zwiſchen Oſt und Weſt und Brücke zwiſchen Nord und Süd, aber jäh verblühte. Bäuerlicher, bedächtiger, eigenwilliger die Geſchichte der Freigrafſchaft, die Brückenland war zwiſchen Norden, Oſten und Süden, bis dieſes Außenland des Heiligen Römiſchen Reiches deutſcher Nation nach und nach aufgegeben wurde und nach heroiſchem Kampf in Frankreich einging.

Der Erinnerung an jene Vormarſch- und Ruhetage im burgundiſchen Raum ſollen die folgenden Zeilen über die Freigrafſchaft gelten.

Das Land als Ganzes

Der bekannte Hiſtoriker Lucien Febvre, der franzöſiſche Geſchichtsſchreiber der Freigrafſchaft, ſpricht dieſem Raum ein geographiſches Eigenweſen ab. Der Name Freigrafſchaft beſage dies ſchon zur Genüge[1]. Im gleichen Sinne, beinahe noch ſchärfer, drückt ſich der franzöſiſche Geograph André Gibert aus, der 1926 die Freigrafſchaft „eines der künſtlichſten Gebilde Frankreichs" nennt[2]. Ein kurzer Blick auf eine phyſiſch-geographiſche Karte des Landes ſcheint dieſer franzöſiſchen Auffaſſung recht zu geben. Aus dem Moſaik der größeren natürlichen Landſchaften des franzöſiſchen Oſtens iſt ohne ſichtbare Anlehnung an die naturgegebene Großraumgliederung das Gebiet der alten Freigrafſchaft herausgeſchnitten: ein Stück Jura, das Land zwiſchen Jura und Saône-Senke, ein Stück Saône-Senke ſind die Kerngebiete. Schmälere Streifen benachbarter Landſchaften ſind angeſetzt: Vogeſenabdachung, Übergänge zum Stufenland Lothringens, zum Plateau von Langres, zur Breſſe.

Wir können dieſe Auffaſſung der franzöſiſchen Gelehrten nicht teilen. Was ſich jahrhundertelang als eigenes politiſches Gebilde halten konnte, muß auch im Raume irgendwie verwurzelt ſein. Es fällt nicht ſchwer, Züge aufzudecken, die die Landſchaft der Freigrafſchaft gegenüber ihrer Umgebung auszeichnen. Man darf nur nicht fordern, daß politiſches Gebilde und naturgegebene Landſchaft in ihren Begrenzungen ſklaviſch übereinſtimmen.

---

[1] L. Febvre, La Franche-Comté. Paris 1905.

[2] A. Gibert, Esquisse géographique de la Région Comtoise 1926. In: Mém. de la Soc. d'Emulation du Doubs (S. 26).

Der Raum der Freigrafſchaft iſt erſtens eine auffällige hydrographiſche Einheit, beſtimmt durch obere Saône, Ognon und Doubs und deren Nebengewäſſer. Zweitens iſt das Gebiet der Freigrafſchaft in ſeiner Tektonik gegenüber den benachbarten Landſchaften herausgehoben. Das Bruchfeld der oberen Saône und der franzöſiſche Plateaujura bilden die tektoniſchen Kerngebiete[3].

Die Störungen, die die Saône-Senke bedingt, halten vorwiegend nordöſtlich-ſüdweſtliche Richtungen ein. Im Norden der Freigrafſchaft gliedern ſich oſtweſtlich gerichtete Störungen ein. Saône, Doubs und Ognon und Nebengewäſſer kennzeichnen mit der Hauptrichtung ihres Laufes dieſe tektoniſchen Grundlinien. Sie bedeuten in ihren Talzügen Pforten durch das Land und weiſen damit durchgängigen Straßen Richtung und Weg: Im Zuſammenſtreben von Doubs, Ognon und Saône nach Süden werden die Straßen von Norden und Nordoſten nach der Rhône geleitet. In ähnlicher Weiſe zeichnen im Norden der Freigrafſchaft Burgundiſche Pforte und weſtlich anſchließende Senken einen natürlichen Oſt-Weſt-Weg. Damit erfaſſen wir eine wichtige hiſtoriſche Aufgabe dieſes Raumes. Die Freigrafſchaft iſt Straßenland, iſt Durchgangsland, ähnlich wie das Elſaß. Sie iſt Brücke zum Süden. Für ein Heiliges Römiſches Reich deutſcher Nation mit dem Schwerpunkt in den Oberrheinlanden, das Intereſſen im Rhônegebiet hatte, das ſämtliche Alpenpäſſe beherrſchte, war dieſes Brückenland nach dem Süden von größter Bedeutung. Gleich wie ſein Beſitz einem habsburgiſchen Spanien als Brückenpfeiler für ſeine flandriſchen Beſitzungen wichtig ſein mußte. Für ein auf Paris zentraliſiertes Frankreich ſind die in der Freigrafſchaft von der Natur vorgezeichneten Wege nicht ſo weſentlich. Das Bahn- und Kanalnetz der neuen Zeit hat ſie wohl wieder aufgefriſcht, größere Bedeutung vermochten ſie aber nicht zu gewinnen.

Noch klarer enthüllt ſich der geographiſche Eigencharakter der Freigrafſchaft, wenn man den Zug ihrer Grenzen im großen betrachtet. Sind nicht Vogeſen und deren Fortſetzung nach Weſten, die waldreiche Vôge und im Oſten der hohe Jura trennende und ſchirmende Waldgrenzſäume geweſen! Vielleicht waren nach Weſten das Plateau von Langres als menſchenarmer Raum und im Süden die ſumpfigfeuchte Breſſe von gleicher Bedeutung?

Die franzöſiſche Revolution zerſchlug die hiſtoriſche Landſchaft, die das Lilienbanner nach der Eroberung noch unangetaſtet ließ, in die drei Departements Haute Saône, Doubs und Jura. Dabei wurde in das Dep. Doubs die ehemals württembergiſche Grafſchaft Mömpelgard mit eingeſchloſſen. Wenn auch bei dieſer Aufteilung in Departements die Abſicht waltete, die alte hiſtoriſche Einheit ſo zu zerſchlagen, daß die Reſte ihres hiſtoriſchen Eigenlebens völlig abgedroſſelt wurden, ſo iſt die Trennung zwiſchen dem Dep. Haute-Saône und dem Dep. Doubs geographiſch nicht ungeſchickt zu nennen. Sie liegt im Ognontal. Dep. Doubs und Jura dagegen, die beide Juragebirge und weſtliches Vorland umfaſſen, zerſchneiden mit ihrer künſtlichen Abgrenzung natürliche und wirtſchaftliche Einheit. Neuerdings bemüht man ſich übrigens, in wirtſchaftlicher Hinſicht den Raum der alten Freigrafſchaft wieder etwas aufleben zu laſſen.

Wie ein abgeſtumpfter Keil ſchaltet ſich die Freigrafſchaft als politiſch-geographiſches Gebilde zwiſchen das alte Frankreich und die Eidgenoſſenſchaft. Mit 15 700 qkm Flächeninhalt[4] iſt ſie nur wenig größer als Baden. Nach der Zählung vom 6. März 1931 beträgt ihre Bevölkerungszahl mit 753 866 Einwohnern nur ein Drittel der Badens. Die Bevölkerungsverteilung iſt nicht gleichmäßig. In ein durchſchnittlich ſehr ſchwach bevölkertes Land ſind kleinere Räume mit ſtärkerer Bevölkerungsdichte eingeſchaltet: das Arrondiſſement im Nordoſten des Dep. Haute-Saône; im Dep. Doubs: Beſançon, Mömpelgard, Dôle, Pontarlier-Morteau, im Dep. Jura: das Rebland (Vignoble) um Lons-le-Saunier und St. Claude und Umgebung. Die größten Menſchenanhäufungen in räumlicher Ausdehnung und an

---

[3] Wir verſtehen hier unter „Oberer Saône" das Flußgebiet ungefähr bis zur Einmündung des Ognon. Das unruhige Berg- und Hügelland weſtlich des franzöſiſchen Plateaujuras iſt Übergangsgebiet zur Saôneſenke.

[4] Die alte Grafſchaft Mömpelgard inbegriffen.

Menſchenzahl finden ſich dabei außerhalb der alten Freigrafſchaft im Induſtriegebiet um Mömpelgard. Rund $^4/_5$ des Landes haben unter 40 Menſchen auf 1 qkm und faſt die Hälfte davon beherbergt nicht einmal 20 Menſchen auf dieſe Raumeinheit[5].

Die Natur hat die Freigrafſchaft ziemlich kärglich mit ihren Gaben bedacht. Das überwiegend gebirge Land iſt weithin von klüftigen, trockenen, vorwiegend juraſſiſchen Kalkplateaus mit geringer Bodenkrume aufgebaut. Auch die alten Geſteine am Vogeſenrand und der anſchließende Buntſandſtein ſind kaum ſiedlungsfreundlich. Fruchtbare Landſchaften nehmen nur kleine Räume ein, wo den Kalk fruchtbare Lehme decken, wie im Muſchelkalk, oder wo er von anderen Geſteinen, Mergeln, Tonen abgelöſt oder untermiſcht iſt, oder wo junge Anſchwemmungslehme das Land bedecken: ſo in der Saôneebene, den Talauen von Ognon, Doubs, Loue und anderen Flüſſen, im Rebland (Vignoble) am Jurarand des Dep. Jura.

Das Klima wiegt die Ungunſt des Bodens kaum auf. Nur die Saône-Ebene liegt im wiegend gebirgige Land iſt weithin von klüftigen, trockenen, vorwiegend juraſſiſchen Kalkplateaus höhen von 700—800 mm jährlich. In öſtlicher bzw. oſt-ſüdöſtlicher Richtung ſteigen die Niederſchlagsmengen raſch an. Die Morphologie, das treppenförmige Aufſteigen des Landes in öſtlicher Richtung: Stufe von Gy, Stufe links des Ognon und die ſüdlich anſchließende Serre, der Jurarand bei Beſançon, der Gebirgsabfall im Dep. Jura und die Terraſſierung innerhalb des Juras bis zu den Faltenketten des hohen Jura ergibt ſtreifenförmige Staugebiete, über deren Bedeutung im einzelnen wir noch nicht ganz aufgeklärt ſind. Jedenfalls im großen geſehen, wie es die Karten von Angot[6] und die Karten des z. Z. erſcheinenden Atlas de France zeigen, ſteigen die Niederſchläge ſtetig in oſt-ſüdöſtlicher Richtung an, um an den Faltenketten des Jura über 1500 mm, ja im Quellgebiet des Doubs und in den hohen Randketten, bereits auf Schweizer Gebiet, 2000 mm zu erreichen. Auch gegen Norden, an der Schwelle gegen Lothringen und am Vogeſenhang ſchwellen die Niederſchlagsmengen etwas an. Sie überſteigen aber dort kaum 1000 mm Jahresmenge. Der jahreszeitliche Verlauf der Niederſchläge gehorcht im ganzen Raum den gleichen Geſetzen. Niederſchlagsarm iſt der Winter. Die geringſten Mengen fallen im Februar[7]. Dann folgt ein ziemlich gleichmäßiger Anſtieg[8]. Mit dem Juni wird in allen drei Departements ein Maximum erreicht. Hochſommer und Frühherbſt ſind wieder trockener. Nach einem zweiten ſekundären Minimum im September ſetzt mit dem Oktober der in der ganzen Freigrafſchaft niederſchlagreichſte Monat ein. Dabei fallen im Dep. Haute-Saône über 110 mm, im Dep. Doubs 140 mm und im Dep. Jura faſt 160 mm durchſchnittlich. Dann erfolgt jähes Abſinken im Winter. Die Angaben Angots ſind die Angaben eines Meteorologen. Ein Klimatologe hätte das Material in anderer Form als im Departementsdurchſchnitt geliefert, wo zweifellos geographiſch Weſentliches einnivelliert wird. Aber das Geſetz läßt ſich doch erkennen: Trockener Winter, feuchter Frühling, ſchöner Sommer, regenreicher Herbſt. Die Niederſchlagsbringer ſind die Winde aus dem ſüdweſtlichen Quadranten. Die Winde aus dem Gegenquadranten, aus nordöſtlicher Richtung ſind Schönwetterwinde, die aber in der kühleren Jahreszeit die Kälte bringen und als „Biſe" gefürchtet ſind. Das klimatiſche Bild der Freigrafſchaft erweiſt ſie als Übergangslandſchaft vom ozeaniſchen Weſteuropa zum kontinentaleren Mitteleuropa. Dem Luftdruckregime entſprechend überwiegen im Sommer die ozeaniſchen, im Winter die kontinentalen Einflüſſe. Mediterrane Einwirkungen berühren die Freigrafſchaft nur ſchwach. Die Wandlung des Klimatyps vom ozeaniſchen zum kontinentalen wird verſchärft durch die Zunahme der Höhen von Weſt nach Oſt. Die Landſchaft der Saône um Gray und die des mittleren und unteren Ognon, das untere Doubs- und Louetal und das Rebland, die zwiſchen 200 und 300 m Meereshöhe liegen, ſind durch milde Winter mit geringen Fröſten ausgezeichnet. Im hohen Jura iſt der Winter eine berüchtigte und harte Jahreszeit. Es fällt reichlich Schnee, und da der Winter kalt genug iſt, bleibt der Schnee, der vielerorts Höhen von 3—4 m erreicht, lange liegen. Was früher als beſondere Ungunſt gewertet wurde, führt heute viele Winterſportler ins Gebirge. In dieſen großen Rahmen des Klimabildes iſt eine Fülle lokalklimatiſcher Erſcheinungen eingegliedert, die wir hier nicht erfaſſen können, die aber in einem Raum, der niedrige Durchgangslandſchaften von 200—300 m durchſchnittlicher Höhe, Stufen und Ketten bis über 1500 m, faſt allſeits abgeſchloſſene Hochebenen, von den verſchiedenſten Höhenſtufen, von 400 m bis über 1000 m in ſich vereinigt, ſelbſtverſtändlich ſind.

---

[5] 1926: Dep. Doubs 296600 Einwohner, Dep. Jura 230700 und Dep. Haute-Sa°ne 226300 Einwohner.

[6] A. Angot, Régime pluviométrique de la France. In: Annales de Géographie. Jg. 1920—1921.

[7] Im Dep. Jura iſt nach der Berechnung von Angot der Januar ſogar noch etwas trockener als der Februar.

[8] Im Dep. Haute-Saône zeigt der April einen leichten Rückgang der Niederſchläge. Die nördliche Haute-Saône liegt bereits im lothringiſchen Klimaraum.

Klima, Boden, Höhenlage, Expoſition, bedingen den bio-geographiſchen Charakter der Freigrafſchaft. Die Freigrafſchaft iſt Durchgangsland und Rückzugsgebiet. Die Senken weiſen mit ihren niedrigen Lagen günſtige Wege von Süden nach Norden und Oſten, die von Natur warmen Kalkböden wirken ebenfalls fördernd für Wanderungen und die Erhaltung wärmeliebender Arten. Der Jura ſteht in ſeinen höheren Teilen im Gegenſatz dazu, indem er ebenfalls wie die Vogeſen die Erhaltung der Relikte kälterer Epochen begünſtigt. Das Pflanzenkleid der Gegenwart weiſt in einem Land, in das der Menſch frühzeitig eindrang, und ziemlich günſtige Bedingungen fand, nur wenig Urtümliches auf. Der Jura war, wie der Name ſagt, ein Waldland. Auch die Vogeſen und ihre weſtliche Abdachung waren waldbedeckt. Die niederen Kalkplateaus dürfte ebenfalls ein Waldkleid überzogen haben, das ſtellenweiſe, wo der Boden zu dürftig war, einer heideähnlichen Vegetationsformation Platz gemacht haben dürfte. Generell wird die Zuſammenſetzung des Waldkleides ähnlich geweſen ſein wie heute: Laubwald mit Buchen, Hainbuchen, Eichen, in den tieferen Teilen des Landes, an trockenen Stellen auch Nadelhölzer, Heide. Im Jura wird mit Zunahme der Höhe der Laubbaum durch die Nadelhölzer verdrängt. Auf den tieferen Plateaus, in den Tälern bis 700 m herrſcht noch der Laubwald. Um 800 m beginnen dann die Nadelholzbeſtände, das Land der dunklen Tannenforſte. Vom hohen Jura abgeſehen iſt heute Hochwald ſelten, und der Deutſche iſt von den unterholzreichen, anſcheinend wenig gepflegten mittelhohen Laubwaldbeſtänden nicht ſtark beeindruckt.

Es war uns nicht möglich, dem im einzelnen nachzuſpüren, welche Rolle dieſe Landſchaft im Gange der Beſiedlung geſpielt hat. Das vorgeſchichtliche Material iſt noch ſehr zerſplittert. Zuſammenfaſſende Werke über die Freigrafſchaft ſtreifen die Vorgeſchichte des Landes nur mit wenigen Worten. Für den Franzoſen beginnt noch im weſentlichen das Intereſſe an der Vor- und Frühgeſchichte ſeiner Heimat mit den Kelten und Römern.

Die klimatiſch günſtigeren Kalkplateaus des Dep. Haute-Saône, die weſtlichen Juratäler mit ihren günſtigen Unterſchlupfen in Höhlen und unter Überhängen, ſuchte bereits der Menſch der älteren Steinzeit auf. Der Jura wurde erſt in ſpäterer Zeit erſchloſſen. Die günſtigen niederen Durchgangslandſchaften zogen frühzeitig ſeßhaftere Bevölkerung an. Viele ſteinzeitliche Reſte lieferte das Rebland, wo bei Salins, Lons-le-Saunier neben den günſtigen Bodenverhältniſſen die Salzquellen gelockt haben. Vom Neolithikum an wurde die Erſchließung des Juras von Plateau zu Plateau durchgeführt. Die Pfahlbaureſte an den Seen von Chalains und Clairvaux ſprechen dafür. Siedlungsfeindlich blieben die hohen Ketten, das Gebiet der dichten Nadelwälder. Aber eine unüberwindliche Schranke waren ſie für den vorgeſchichtlichen Menſchen, zum mindeſten für den bronzezeitlichen, nicht mehr. Der Raum der Freigrafſchaft bot mit Salz und mit Eiſen wichtige Handelsgüter, die den benachbarten Landſchaften mangelten, vor allem dem Schweizer Mittelland. Neben der berühmten Kluſe von Pontarlier ſoll der Jura im Neolithikum an drei weiteren Stellen überſchritten worden ſein, Les Cols de Jougne, de Saint Cergues und de la Faucille. Beſonders reich ſind die Reſte aus der keltiſchen Periode im Land [9], insbeſondere im Dep. Haute-Saône. Damit betreten wir den Boden der Geſchichte.

An der Schwelle der neuen Zeit füllte der keltiſche Stamm der Sequaner das Gebiet der Freigrafſchaft. Sie ſaßen wohl in der Hauptſache in den fruchtbaren niederen Streifen des

---

[9] Die reichen Reſte aus neolithiſcher und keltiſcher Zeit um Quingey veranlaßten Lokalhiſtoriker in dem Ort Alaiſe (rund 12 km nordöſtlich von Salins) das alte Aleſia zu ſehen. Die Annahme hat ſich nicht beſtätigt.

Landes. Vorort dieſes Stammes war Veſontio = Beſançon, ein Platz von beſonderer Lagegunſt. Auf den anderen Ufern der Saône im Weſten wohnten im Raume des nachmaligen Herzogtums Burgund die Eduer. So zeigt ſich ſchon in keltiſcher Zeit die Differenzierung des geſamtburgundiſchen Raumes in zwei ſelbſtändige politiſche Gebilde. Der Saône kommt alſo, wie es Lucien Febvre 1905 ausſprach, keine beſondere ſtaatenbildende Kraft zu.

Rom erkannte die Bedeutung des Herrſchaftsgebietes der Sequaner als Brückenpfeiler zum bedrohlichen germaniſchen Raum, als Vorfeld zur Burgundiſchen Pforte. Als nun mit Arioviſt die Gefahr vom Elſaß her einbrach, von den Galliern gerufen, drang Cäſar mit ſeinem Heer in dem Raum ein und nahm ihn in Beſitz. Rom baute dann im Sinne ſeiner Strategie Burgund zum Durchgangsland aus. Mit großzügigen Straßenbauten wurde nicht nur in nordſüdlicher Richtung Lyon—Chalon—Beſançon—Mandeure—Baſel (Augſt) bzw. Mandeure—Straßburg erſchloſſen, ſondern auch quer dazu Langres—Beſançon—Pontarlier (Abiolica)—Avenches. Wahrſcheinlich zog auch von Langres über Port-ſur-Saône eine Römerſtraße zur Burgundiſchen Pforte. Das Land der Sequaner wurde zur römiſchen Provinz. Hauptſtadt blieb Veſontio. Die Porta Nigra und andere Denkmäler ſind heute die letzten Zeugen jener großen Zeit. Die Römer nutzten die Salzquellen im alten Ledo Salinarius (Lons-le-Saunier) und errichteten dort ein Bad, wie ſie auch im Vorland der Vogeſen Luxovium (Luxeuil) als Badeort anlegten. Nur wenig aus jener Zeit einer hohen provinzialen Kulturblüte überſtand die Stürme der Völkerwanderung: ein paar Ortsnamen, Siedlungsſpuren, Straßenreſte, der Weinbau und als geiſtiges Gut das Chriſtentum. Erſt mit den Burgundern kam nach verſchiedenen Einbrüchen anderer Stämme am Ausgang des 5. Jahrhunderts, nach Zuſammenbruch des römiſchen Imperiums, ein germaniſcher Stamm in dieſen Raum, dem eine Staatenbildung glückte. Die Burgunder ſetzten ſich als Herrenſchicht zwiſchen die Gallier[10]. Burgund entſtand. In jener Zeit begann wahrſcheinlich auch die erſte Wiedererſchließung des Jura, der Vogeſenabdachung durch Mönchsorden, nachdem der Wald wieder von weiten Strecken einſt beſiedelten Landes Beſitz genommen haben mochte. Die erſten Anlagen ſind die von St. Claude[11] und von Luxeuil. Im 7. und 8. Jahrhundert folgten weitere wichtige Gründungen von dieſen erſten Zentren aus (Lure, Baume-les-Dames). Politiſche Erwägungen, Sicherung von Straßen, können bei dieſen Anlagen von Bedeutung geweſen ſein. Die kulturgeographiſche Beeinfluſſung des Raumes durch die Burgunder, überhaupt durch die Germanen, harrt noch der genauen Erforſchung. Als germaniſch (nicht burgundiſch) werden z. B. die Ortsnamen mit der Endung auf -„ans“ und -„ange“, die dem deutſchen „ingen“ entſprechen ſollen, gedeutet. Dergleichen Ortsnamen finden ſich in der ganzen Freigrafſchaft vorwiegend in den fruchtbaren Gegenden. Germaniſches Erbe ſtellen die landwirtſchaftlichen Methoden in dieſem Raum dar. Wir haben oder hatten bis vor einem Jahrhundert, wo nicht, wie im höheren Jura, die Natur ausgedehnten Feldbau verbietet, die Dreifelderwirtſchaft, die die Gemarkung in drei große Schläge einteilt und geregelt bebaut. Der raſſenmäßige Einſchlag aus der germaniſchen Zeit iſt noch nicht unterſucht. Im übrigen dürften wiſſenſchaftliche Arbeiten dieſer Art der gegenwärtigen franzöſiſchen Geſchichtsforſchung mit ihrer ausgeſprochen gallo-romaniſchen Richtung zur Zeit noch fremd ſein. In wunderbarer Weiſe hat J. Thomaſſet in ſeinem Pages Bourguignonnes das Burgundiſche, das Germaniſche im Weſen ſeiner Heimat, des alten Herzogtums, erfaßt. Aber Thomaſſet iſt eher Dichter und Seher als Forſcher. Die Burgunder waren eine dünne Oberſchicht. Sie gingen im Volke auf, und das romaniſche Element ſetzte ſich zum mindeſten in der Sprache durch, und erhielt ſich auch während der Zugehörigkeit der Freigrafſchaft zum Erſten Reich.

Wir übergehen die politiſche Geſchichte in ihrem wechſelvollen Verlauf ebenſo wie die Schwankungen in der räumlichen Ausdehnung Burgunds. Bei der Teilung des karolingiſchen

---

[10] Nach L. Febvre, Histoire de la Franche-Comté, 9. Aufl. 1932, erhalten ſie von den galliſchen Beſitzern ein Drittel der Sklaven, zwei Drittel des Landes, die Hälfte von Weinbergen, Gärten und Feldern. Wenn dieſe große Abgabe möglich war, ſo muß die Freigrafſchaft damals ein menſchenarmes Land geweſen ſein.

[11] Die Anlage des Kloſters St. Claude im Herzen des Jura bereits im 5. Jh. beweiſt, daß der Jura bis in dieſe Tiefe in jener Zeit gangbar geweſen ſein muß.

Reichs kam der größte Teil der Freigrafſchaft zu Lothringen. 1032 fiel das Gebiet im Rahmen eines größeren Burgund durch Erbgang an das Reich. Nach franzöſiſcher Auffaſſung eine theoretiſche Angelegenheit. Die Bindung der Freigrafſchaft zum Reich lockerte und feſtigte ſich je nach deſſen Macht und Stärke. Unter den Staufern, die den Schwerpunkt des Reichs nach dem Südweſten verlegten und große Italienpolitik trieben, beſonders unter Barbaroſſa, war dieſer Raum von größter Bedeutung. Vielleicht begünſtigte die größere Entfernung zum Reich etwas das Aufkommen verſchiedener Feudalherrſchaften, ſo der von Chalon-Arlay, von Salins, von Montfaucon, von Joux uſw. Aber es iſt nicht ſo, wie es die franzöſiſche Geſchichtsforſchung wahrhaben möchte, daß die territoriale Eigenpolitik der Herren etwas Reichsfremdes darſtelle und man die Geſchichte dieſer einzelnen Herrſchaften gleichſam als franzöſiſche Geſchichte im deutſchen Rahmen auffaſſen könne. Das Haus von Chalon-Arlay, das die beſten Teile des Reblandes (Vignoble) beſaß und ſich die Salzquellen von Lons-le-Saunier und die von Salins ſicherte, nach und nach die wichtigſten Jurawege nach der Schweiz in ſeine Hand brachte, und damit in den Genuß der wichtigſten Handelsſtraße von der Lombardei nach Frankreich kam, trieb nur in gleicher Weiſe Territorialpolitik wie viele andere deutſche Fürſten, z. B. die Zähringer. Gewiſſe Familien, wie die Herren von Veſoul, die von Pesmes oder die von Joux, deren Herrſchaften wichtige Pforten der Freigrafſchaft deckten, hatten ſicher zeitweiſe grenzpolitiſche Aufgaben im Rahmen des Reiches zu erfüllen.

In dieſe Zeit der erſten Zugehörigkeit zum Reich fällt die große Innenkoloniſation der Freigrafſchaft, die die Wälder des Berg- und Hügellandes zwiſchen Saône und Ognon ebenſo auflockerte und erſchloß wie Jura und Vogeſenabdachung. Ziſterzienſer, Prämonſtratenſer, Bernhardiner legten im 11. und 12. Jahrhundert Abteien und Priorate in die wenig erſchloſſenen Teile des Landes: Mouthe, Montbenoit, Grandvaux, Lac-de-Joux u. a. und leiteten die ackerbauliche Nutzung ein. Im 13. Jahrhundert ſetzten verſchiedene Herren die Koloniſationsarbeit aus territorialpolitiſchen Gründen fort (z. B. Haus Chalon-Arlay).

Ende des 13. Jahrhunderts fiel die Freigrafſchaft an Frankreich. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhundert floſſen beide Burgund zu einem Staat zuſammen, für die freiheitsliebende Freigrafſchaft ein hartes und bitteres Jahrhundert. Nach dem jähen Zuſammenbruch des burgundiſchen Zwiſchenreiches kam das alte Herzogtum an Frankreich, die Freigrafſchaft fiel an das Reich, d. h. an die Habsburger, was ihr einen blutigen und verwüſtenden Rachefeldzug Ludwigs XI. eintrug.

Der weiſen Herrſchaft der Tochter Kaiſer Maximilians, Margarethe, blieb es vorbehalten, das zerſtörte Land in friedlicher Arbeit wieder aufzurichten. Von Gedeih war dabei eine gewiſſe Neutraliſierung der Freigrafſchaft im Verhältnis zwiſchen dem Reich und Frankreich. Unter Kaiſer Karl V. erſtrahlte dann das Land in ſeiner ſchönſten Blüte. Die Innenkoloniſation wurde fortgeſetzt. Im tieferen Land erblühte der Getreideanbau, im hohen Jura Viehzucht und Käſerei. Der Wein der Freigrafſchaft war im großen Reich wohl bekannt. Die kleinen Eiſenhütten im ganzen Land arbeiteten, die Salinen erbrachten reichen Ertrag, im Silberbergbau am Vogeſenrand (Plancher-les Mines) erſchloſſen ſich den Habsburgern neue Geldquellen. Neben der wirtſchaftlichen aber lebte auch eine hohe geiſtige Kultur. Das Land brachte große Männer hervor. Geſchichtswiſſenſchaft und Geographie begannen. Gilbert Couſin, der Sekretär des großen Erasmus, veröffentlichte die erſte geographiſche Beſchreibung ſeiner Heimat im Stile einer Kosmographie. Dôle, die Haupt- und Univerſitätsſtadt des Landes, war eine Pflegeſtätte der Rechtswiſſenſchaft und zog Hörer aus dem Reich, Deutſche und Flamen heran. Das kleine Städtchen Ornans, aus dem der berühmte Courbet ſtammt, ſchenkte dem Reich in der Perſon des Nicolas Perrenot de Granvelle einen hervorragenden Staatsmann, den Kanzler Kaiſer Karls V. Sein Sohn Antoine, der große Kardinal folgte dem Vater in der ſtaatsmänniſchen Kunſt nach. Die Herren des Landes leiſteten Ritterdienſt im Heer des Kaiſers; auch rechtskundige Diplomaten gingen aus ihren Reihen hervor.

Die Baukunſt lebte auf. Beſançon, Dôle, bergen noch heute Denkmäler jener Zeit. Der Menſchenverluſt aus der kriegeriſchen Zeit Ludwigs XI. wurde durch Einwanderung aus Nachbarlandſchaften der Schweiz, Savoyen, etwas ausgeglichen. Anderſeits ſchickte die Freigrafſchaft in Gelehrten, Beamten und Rittern wertvolles Menſchenmaterial dem kaiſerlichen Hof und dem Reich.

Bereits unter Philipp II., dem die Freigrafſchaft als Brücke nach den ſpaniſchen Niederlanden von weſentlichem Wert war, verglomm die glückliche Zeit langſam. Mit dem 30jährigen Kriege kehrte der Unfrieden wieder in das Land ein. Zeitweiſe fiel die Freigrafſchaft an Frankreich; der Friede von Münſter gab das Land noch einmal an Spanien zurück. Für Frankreich war das nur ein Aufſchieben. Nach zwei Jahrzehnten brach Ludwig XIV. erneut in das Land ein. 1668 und 1674 wurden die freiheitsliebenden Comtois in blutigen Kämpfen niedergeſchlagen. Weder das ohnmächtige Reich, noch Spanien konnten Hilfe gewähren. In verzweifelter Abwehr, faſt völlig verblutend, erlag die Freigrafſchaft. Adel und Bourgeoiſie fügten ſich am eheſten in die neue Herrſchaft. Im Volke aber, ſo berichtet Montalembert, lebte noch lange Jahre ein abgrundtiefer Haß gegen die Eroberer, ſo daß ſie aus Gram ihre Toten, das Geſicht gegen die Erde, die Füße gegen Paris beſtatteten.

Zur Revolutionszeit war die Freigrafſchaft ein williges Glied des franzöſiſchen Staates geworden. Dieſer Beſitz Frankreichs blieb fürderhin unangetaſtet.

Die franzöſiſchen Eroberungskriege gruben in das Bild der Landſchaft ſtarke Spuren. Zu den Ruinen von Schlöſſern und Burgen aus früheren Kriegen (Ludwig XI.) geſellten ſich viele neue. Das Land verarmte wieder völlig. Der Menſchenverluſt durch Krieg, Krankheit und Auswanderung war ſehr groß, und wieder füllten Einwanderer aus benachbarten Ländern, der Schweiz, dem Elſaß und Savoyen die Lücken nach und nach etwas auf. Raſſenmäßig dürfte ſich das Bevölkerungsbild dadurch kaum geändert haben. Inwieweit ſich das Siedlungsbild auf Grund dieſer kriegeriſchen Verwüſtungen gewandelt hat, iſt noch nicht unterſucht. Wir beſitzen zwar in der Carte de la Franche-Comté von Jean Vernier 1624 eine relativ gute kartographiſche Grundlage aus der Zeit vor dem Franzoſeneinfall. Das Werk hat ungefähr den Maßſtab 1 : 200 000[12]. In den Siedlungen der Freigrafſchaft ſpiegelt ſich dieſe kriegeriſche Zeit der Franzoſeneinfälle indirekt in der Armut an alten repräſentativen Bauten wieder. Es liegen ähnliche Verhältniſſe vor wie in der Pfalz, am Oberrhein.

Die Freigrafſchaft hat in der Geſchichte ein typiſches Grenzlandſchickſal gehabt. Wir werden immer wieder an die Pfalz, an das Elſaß erinnert, die mit der Freigrafſchaft ja auch die Eigenſchaft als Straßenland, z. T. auch als Weinland gemein haben. Es dürfte eine intereſſante Aufgabe ſein, den Spuren der hiſtoriſchen Entwicklung in der heutigen Landſchaft nachzugehen. Ein verlockendes Problem ſind die Schlöſſer, Burgen und ihre Ruinen. Wenn ſich auch im heutigen Landſchaftsbild die hiſtoriſchen Denkmäler der verſchiedenen Zeitläufte gleichſam in einer Ebene zeigen, ſo laſſen ſich trotzdem ſchon gewiſſe geographiſche Geſetzmäßigkeiten erkennen. Die Schlöſſer und Burgen ſcharen ſich in den fruchtbaren Landſtrichen und an ſtrategiſch wichtigen Linien und Plätzen. Ein Land der Schlöſſer und Burgen iſt das Tal des Ognon, das Louetal und vor allem das Rebland. Wenn ſich im Tal des Doubs, des Salon oder bei Veſoul ebenfalls Reſte und intakte Sitze finden, ſo handelt es ſich dort um ſtrategiſch wichtige Punkte. Strategiſche Anlagen ſind auch eine Reihe von Juraburgen, die die Straßen vom Rebland nach St. Claude bzw. die Übergänge nach der Schweiz ſicherten. Das bezeichnendſte Beiſpiel iſt die Feſte Joux, die die Kluſe von Pontarlier ſperrt.

Das Siedlungsbild der Freigrafſchaft iſt nicht einheitlich. Das Land iſt ein großer Raum, in dem reliefmäßig und auch geſteinsmäßig weſentliche Unterſchiede herrſchen. Die Beſiedlung des Landes erfolgte zu verſchiedenen Zeiten in den verſchiedenen Teilen. Das Kerngebiet der Freigrafſchaft, das Rebland im Dep. Jura, die Landſchaft an der unteren Loue, am Ognon, am Rande des Saônetales ſind alt beſiedelt und haben ſiedlungsgeſchichtlich ähnliche Geſchicke wie die Lößflächen der oberrheiniſchen Tiefebene. Die Hochflächen zwiſchen Saône, Ognon und Doubs ſind ebenſo, wie die niedrigeren Juraplateaus, etwas ſpäter vom Menſchen in Beſitz genommen. Das altbeſiedelte Land iſt ein Land der Dörfer, und zwar der kleinen Dörfer. Nur wenige Gemeinden erreichen über 200—300 Einwohner, wenn nicht Induſtrie oder eine beſondere Gunſt des Bodens, wie im Rebgebiet, eine dichtere Beſiedlung begünſtigt. Außer im Rebgebiet und in den Dörfern um die Induſtriezentren herrſcht eine lockere Siedlungsweiſe. Die einzelnen Anweſen ſind gehöftartig angeordnet mit Vorgärten und Obſtgärten. In den grenznahen Räumen im Nordoſten und Oſten der Freigrafſchaft löſen Gebiete aufgelöſter Siedlungen die geſchloſſenen Dörfer ab. Im Nordoſten, nordöſtlich der Linie Lure—Luxeuil—St. Loup und im Süden in der feuchten teichreichen Landſchaft der Breſſe ebenſo wie im hohen Jura, alſo in ſpätbeſiedelten bzw. ſpät gerodeten Gebieten von geringerer natürlicher Gunſt, herrſcht dieſe Auflöſung in Einzelhöfe und Gehöftegruppen vor.

---

[12] Die Geſchichte der Kartographie der Freigrafſchaft iſt durch die Arbeiten von F. Roland, Le Cartes anciennes de la Franche-Comté. Beſançon, Teil 1. 1913; 2. 1919—1921; 3. 1924 gut erſchloſſen.

Die Freigrafſchaft iſt auch ein ſtädtearmes Land. Die Städte ſind meiſt klein und liegen weit auseinander. Selbſt Beſançon hat trotz Induſtrie, Univerſität und Verwaltungsſitz nur eine Einwohnerzahl von 65 000. Die wichtigeren Städte halten ſich an die naturgegebenen Durchgangslinien: Gray (Saône), Veſoul (Drugeon), Dôle, Beſançon (Doubs), Pontarlier (am wichtigſten Juraübergang). Dies ſind alles alte Plätze und gehen in ihrer Anlage in römiſche bzw. vorrömiſche Zeit zurück. Auf den weiten ſtädtearmen Plateaus im Jura, auch im Dep. Haute-Saône, müſſen kleinere Flecken, wie Levier, Rioz u. a. gewiſſe ſtädtiſchen Funktionen für ihre ländliche Umgebung übernehmen. Eine abweichende Häufung ſtädtiſcher Siedlungen findet ſich neben dem Induſtrieland von Belfort—Mömpelgard im Rebland des Dep. Jura (Arbois, Poligny, Lons-le-Saunier u. a.). Hier im Rebland finden ſich ſiedlungsgeographiſche Verhältniſſe, die an das elſäſſer Rebgebiet erinnern.

Die Freigrafſchaft iſt ein agrariſches Land. Die Induſtrien treten bis auf den Norden und Nordoſten im Landſchaftsbild ſtark zurück. Wer das Land durchreiſt, hat durchaus den Eindruck einer konſervativen Landſchaft. Aber dieſer Eindruck iſt nur bedingt richtig. Gerade in wirtſchaftlicher Hinſicht, auf dem Gebiete der Induſtrie wie auf dem der Landwirtſchaft, haben ſich in der Freigrafſchaft innerhalb der letzten hundert Jahre weſentliche Änderungen vollzogen.

Im Bilde der landwirtſchaftlichen Nutzung des Landes läßt ſich von Weſt nach Oſt bzw. Südoſt, eine deutliche Wandlung feſtſtellen, die auf den erſten Blick klimabedingt erſcheint. Um Gray herrſcht noch heute Getreideanbau (Weizen, auch Mais) vor; je weiter wir aber oſtwärts wandern, um ſo mehr nehmen Wieſe und Weide zu. Auf den mattenbedeckten Lichtungen über 1000 m im hohen Jura herrſcht Alpwirtſchaft. Der Laie wird ſchließen: klimabedingt. Mit Zunahme der Niederſchläge Abnahme des Getreidebaues. Das iſt nur bedingt richtig, denn es handelt ſich hier um einen großartigen, landwirtſchaftlichen Umſtellungsprozeß vom Feldbau auf Graswirtſchaft bzw. Viehzucht, den wir nicht nur in der Freigrafſchaft ſondern im ganzen öſtlichen Frankreich, ſo in Lothringen, auf dem Plateau von Langres[13] uſw. feſtſtellen können. Noch im vergangenen Jahrhundert überwog in der Freigrafſchaft bis auf die Plateaus des Jura der Feldbau. Dabei paßte ſich der Anbau der Früchte der Höhenlage bzw. den klimatiſchen Bedingungen an. Neben den Weizen und ſchließlich an ſeine Stelle traten mit größerer Höhe Hafer, Gerſte, Roggen und auch Kartoffeln. Der Anbau vollzog ſich in Form der Dreifelderwirtſchaft. Das Land war in einzelne große Schläge eingeteilt, bei denen nach zwei Jahren Beſtellung ein Jahr Brache und Weide folgte. Mit Einführung der Gründüngung erfolgte eine Umſchaltung[14]. Einſchneidender aber war die Umſtellung, die von den alten klimabedingten Viehzuchtgebieten des Jura ausging, wo ſeit Jahrhunderten die Käſerei blühte, wo die Bauern, in alten Genoſſenſchaften zuſammengeſchloſſen, die Milch gemeinſam verarbeiten ließen und den Verkauf ihrer Produkte gemeinſam tätigten. Die Gründe zu dieſem Übergang auf die Viehzucht in den niederen Teilen des Landes ſind mannigfaltig. Die Umkriſtalliſierung des franzöſiſchen Wirtſchaftsraumes im Zuge der weltwirtſchaftlichen Verknüpfung, die Verkehrserleichterung machten den Feldbau nicht mehr ſo rentabel, da durch Eiſenbahn und Kanäle billiger aus anderen Gegenden Getreide herangeſchafft werden konnte. Die Abwanderung in die Städte, auch in die Kolonien, der große Geburtenrückgang, minderte die Arbeitskräfte in ſolchem Maß, daß die übliche Nutzung des Landes nicht mehr möglich war. Auf den Mangel an Arbeitskräften und den Wirtſchaftswandel antwortete der Bauer der Freigrafſchaft in zweifacher Weiſe. 1. Er ließ Land, das er mangels an Kräften nicht mehr bebauen konnte, z. T. brach liegen, überließ es ſich ſelbſt. Es bewaldet ſich langſam wieder. Die Bemühungen der Wiederbewaldung wurden durch die Regierung ſyſtematiſch unterſtützt[15]. 2. Der Bauer ging zu einer Wirtſchaftsform über, die weniger Arbeitskräfte erforderte als die Bearbeitung des Landes mit dem Pflug[16]. Er wandelte Ackerland in Wieſe und Weide um und vermehrte ſeinen Beſtand an Milchvieh. In der Viehzuchtlandſchaft des hohen Jura war in der ſog. Mömpelgarder Raſſe ein widerſtandsfähiger, kräftiger, reichlich Milch erzeugender Schlag herangezüchtet worden. Dieſe Raſſe verbreitete ſich über das ganze Land, die alten vorhandenen Raſſen verdrängend[17]. Für den hohen Jura iſt der Verkauf von Zuchtvieh auch heute noch ein wichtiger Erwerbszweig. Ebenfalls breiteten ſich die Molkerei- bzw. Käſereigenoſſenſchaften nach Weſten aus. Auch dieſe Bemühungen unterſtützte der Staat. Die landwirtſchaftliche Umwandlung iſt ganz beträchtlich. Im Lande zwiſchen Ognon und Doubs hat ſich von 1882—1930 auf je 100 ha der Anbau von Weizen von 20 ha auf 13 ha, den Anbau von Hafer von 19 ha auf 14 ha verringert. Die natürlichen Wieſen haben dagegen von 21 auf 39 ha zugenommen. Auf den mittleren Juraplateaus ſind die Wandlungen noch augenfälliger: Weizen von 16 auf 5 ha, Hafer von 16 auf 8 ha, natürliche Wieſe von 7 auf 43 ha[18]. So herrſcht heute bereits in der Umgebung von Beſançon das Land der Wieſen und Weiden vor. Aus der Dreifelderwirtſchaft iſt mehr und mehr eine Art Feld-Graswirtſchaft geworden. Bei der Anordnung von Feldland und Grasland läßt ſich oft eine gewiſſe Regel im Sinne der Thünenſchen Ringe beobachten. Die Feldſtücke drängen ſich in Dorfnähe, während in weiterer Entfernung vom Dorf das Grasland vorherrſcht. Nach den Grenzen der Gemarkung zu überwiegt der Wald. Auf den Feldern iſt dabei eine verbeſſerte Dreifelderwirtſchaft beibehalten. Der Fruchtanbau iſt, wie wir bereits ſahen, den klimatiſchen Bedingungen angepaßt. Auf den höheren Plateaus des Juras und in den Bergen der „Montagne" iſt die Feld-Graswirtſchaft bzw. die reine Graswirtſchaft das Naturgegebene. Auf den Matten über 1200—1300 m herrſcht ſommers eine reine Alpwirtſchaft. Neben Aufzucht des Jungviehs dienen dieſe Alpen ebenfalls der Käſerei.

---

[13] Über die Wandlung der Landwirtſchaft von Langres verdanken wir eine kurze Darſtellung Marcel Richard, L'Évolution agricole du Plateau de Langres. In: Annales de Géographie, Bd. 38, S. 133 bis 147.

[14] Die Brache fehlt. Es herrſcht eine lückenloſe Anbaufolge: 1. Jahr Weizen, 2. Jahr Hafer, 3. Jahr Kartoffeln oder Futterrüben oder gewöhnliches Futter (Klee u. a.)

Mit der Umſtellung auf Viehzucht und Graswirtſchaft ſind ſicher auch bauliche Veränderungen der Gehöfte verbunden. Leider konnte dem nicht nachgegangen werden, wie weit das große wetterfeſte Einheitshaus des Jurabauern mit ſeiner Dacheinfahrt und den gewaltigen Heuſpeicherräumen für den Winter im Vordringen nach Weſten iſt oder ob die Gehöfte ſich in anderer Weiſe den neuen wirtſchaftlichen Bedingungen angepaßt haben.

Die Umſtellung auf die Molkereiwirtſchaft hat noch weitere Umgeſtaltungen im wirtſchaftlichen Bild der Siedlungen gebracht. Faſt in jedem Dorf gibt es heute eine Käſerei, die genoſſenſchaftlich verwaltet wird. Ihr Betrieb liegt oft in Händen von eingewanderten Schweizern. An die Käſerei ſchließt ſich als Nebenbetrieb auf Grund der Magermilch eine Schweinezucht an. Die Hütten auf den Almen im hohen Jura ſtellen eine ſolche Käſerei im Kleinen dar. Der bäuerliche Nachwuchs wird in Marmirolle und Poligny in Molkereiſchulen berufsmäßig geſchult. Das wichtigſte bäuerliche Erzeugnis iſt der Schweizerkäſe, der hier gruyère genannt wird. Daneben ſpielt Emmentaler, Camembert, Münſterkäſe eine Rolle. Als Spezialität berühmt iſt der blaue Käſe von Septmoncel. Die Freigrafſchaft beliefert ganz Frankreich mit ihren Käſen und deckt mit ihrer Produktion von etwa 20 Mill. Kilogramm mehr als die Hälfte des franzöſiſchen Verbrauchs. Die Butterfabrikation wird im allgemeinen nur für den Hausgebrauch betrieben. Es gibt aber auch einige größere Molkereien wie die von Arc-et-Senans und die von Loulans (Dep. Haute-Saône), die auch Butter im großen herſtellen.

---

[15] Im Dep. Doubs wurden innerhalb des vergangenen Jahrhunderts mit Unterſtützung der Regierung über 20000—25000 ha aufgeforſtet. Der Wald hat um 15—20 v. H. zugenommen. Tatſächlich iſt die Wiederbewaldung noch größer. Nach franzöſiſcher Auffaſſung ſind die Wälder des Dep. Haute-Sôane im 18. und 19. Jh. für die Bedürfniſſe der Hütteninduſtrie zu ſtark gerodet und das Land über das Maß ſeiner landwirtſchaftlichen Tragfähigkeit beſiedelt worden, ſo daß die Abwanderung der Menſchen und die Wiederbewaldung nur eine poſitive wirtſchaftliche Korrektur darſtellen ſollen.

[16] Im Land zwiſchen Ognon und Doubs ſind heute noch 40—50 v. H. unter dem Pflug, auf den niederen Plateaus 20—25 v. H., auf den höheren Plateaus nicht über 10 v. H.

[17] Selbſt die einſtmals bedeutende Pferdezucht wurde zugunſten der Aufzucht und Pflege des Milchviehs zurückgedrängt. Die Zucht des alten Pferdeſchlages der Freigrafſchaft iſt nur noch in der Gegend zwiſchen Morteau und Blamont von Bedeutung.

[18] Monographie Agricole du Dep. du Doubs, 1937, S. 41.

Die gleiche rückläufige Entwicklung wie der Getreideanbau zeigt der Rebbau, wenn auch z. T. aus anderen Gründen. Die Weine der Freigrafſchaft waren wie die des Elſaß im 16. und 17. Jahrhundert im alten Reich, in der Schweiz, in Lothringen und in den Niederlanden berühmt und geſchätzt. Noch vor einem Jahrhundert war der Rebbau weit ausgedehnter als heute. Nicht nur das Rebgebiet am Jurarand zwiſchen Salins-les-Bains und St. Amour war berühmtes Weinland. Ebenſo geſchätzt und bekannt waren die Weine, die am Abhange der juraſſiſchen Kalkplatten gegen die Saône-Ebene um Gy gediehen, die Weine von Veſoul und die Weine des Salontales um Champlitte. Beſançon, das ebenfalls an den Hängen des Doubs-Tales ausgedehnte Rebberge beſaß, ſchätzte ſich glücklich, den Gelehrten Erasmus mit ſeinem Wein beſchenkt zu haben und bewahrt noch heute im Archiv das Dankſchreiben auf. Das Tal der Loue bis hinauf nach Mouthier war ebenfalls ausgedehntes Rebland, desgleichen das Land um Dôle. Die Winzer bildeten ein wichtiges Bevölkerungselement der Freigrafſchaft. In Beſançon bewohnten ſie vorwiegend die Vorſtadt Battant. Sie waren in den meiſten Reborten zu halbkirchlichen Bruderſchaften zuſammengeſchloſſen. Sie ſtellten ſozial und politiſch einen nicht zu unterſchätzenden Faktor dar. Mit ihrer herberen Art und ihrem ſprichwörtlichen derben Humor zeigten beiſpielsweiſe die Winzer von Beſançon[19], die „Bousbots" viel Verwandtſchaft mit ihren ſchwäbiſchen Berufskollegen, den „Gogen" von Tübingen.

Der Weinbau iſt heute in der Freigrafſchaft im Rückgang. Was ſich bei Beſançon, bei Gy oder im Louetal findet, ſind nur Reſte von einſt. Nur im Rebland des Dep. Jura hat ſich der Weinbau in größeren Flächen erhalten können. Die zahlreichen verfallenen Rebſtücke, die ſich heute verſteppt oder mit Akazien beſtockt oder als Wieſenſtück, gelegentlich auch als Obſtplantage benutzt, ſchachbrettartig zwiſchen noch gepflegte Rebſtücke ſchalten, ſprechen eine beredte Sprache und ſind leider kein Ehrentitel für den Winzer. Sie ſpiegeln auch die ſtarke Zerſplitterung des Beſitzes wider. Die verſchiedenen Vernichtungskriege gegen die Freigrafſchaft haben dem Weinbau ſtellenweiſe wohl ziemlich mitgeſpielt, aber er erholte ſich immer wieder. Der große Rückgang iſt das Werk der letzten 50 Jahre. Die Urſache iſt der Einfall der Reblaus, zu der ſich andere Schädlinge wie Mehltau geſellten. Sie drang von den Weinbaugebieten des Südens her ein und richtete unermeßlichen Schaden an. Daß ſich der Weinbau nach dieſem Schlag nicht, wie anderorts, völlig erholt hat, und die alte Ausdehnung wieder gewann, dürfte verſchiedene Gründe haben. Wenn man die Zahl der guten und ſchlechten Weinjahre miteinander vergleicht, ſo überwiegen die Fehljahre bei weitem. Die klimatiſchen Bedingungen des Jurarandes gegenüber den anderen franzöſiſchen Reblandſchaften ſind ungünſtiger[20]. Die nahe Côte d'Or liegt im Regenſchatten, während auf die Weingebiete der Freigrafſchaft die regenbringenden Winde auftreffen. Nebel, Früh- und Spätfröſte ſpielen am Jurarand eine größere Rolle als in der Côte d'Or. Wie beim Rückgang des Ackerbaues hat auch der Bevölkerungsrückgang auf die beſchränkte Wiederaufnahme des Weinbaues Einfluß. Außerdem hatte man früher zu viel mindere Rebſorten angebaut. Dieſe hielten der Konkurrenz der billigen Maſſenweine des Midi, die durch Kanal und Eiſenbahn billig herangeſchafft werden konnten, nicht mehr ſtand. Es lohnte nur die Erhaltung der lagemäßig günſtigen Rebgebiete. Während im Dep. Doubs das Rebland ſeit 1866 faſt auf ein Sechſtel des früheren Umfanges zurückgegangen iſt, beträgt der Rückgang im Dep. Jura nur etwas über die Hälfte[21]. Im Rebland ſüdlich Salins-les-Bains liegen klimatiſch, boden- und erpoſitionsmäßig die günſtigſten Lagen vor. Der aus Tonen und Kalken der Trias und des unteren Jura aufgebaute Boden iſt recht fruchtbar. Die den Jurarand in Hügel auflöſende und in das Gebirge zurückgreifenden kleinen Flüſſe ſchufen bei Arbois, Poligny, Château-Châlon und Lons-le-Saunier ſonnige und geſchützte Hänge, an denen die Reben bis 400 m hoch emporſteigen. Eine ſeit Jahrhunderten auf Edelkultur eingeſtellte Winzerbevölkerung hat hier Weine entwickelt, die ob ihrer Eigenart und Qualität mit den Edelweinen der anderen franzöſiſchen Weinbaugebiete konkurrieren können. Der Vin jaune von Arbois, von Château-Châlon, die mouſſierenden Weine von L'Étoile u. a. müſſen als Spitzenweine gelten. An die Stelle der alten Brüderſchaften ſind moderne Winzergenoſſenſchaften getreten.

---

[19] Das gleiche gilt auch für den Winzer von Arbois.

[20] Der Jurarand hat jährlich folgende Niederſchlagsmengen: Salins 1392 mm, Arbois 1145 mm, Lons-le-Saunier 1082 mm, Beſançon 1096 mm, Die Côte d'Or dagegen nur: Nuit-St. Georges 677 mm, Beaune 709 mm, Dijon 680 mm. Der Beginn der Weinleſe liegt im Jura zwei Wochen ſpäter als in der Côte d'Or.

[21] Dep. Doubs: 1868 7880 ha, 1929 1237 ha. Dep. Jura: 1888 19348 ha, 1924 8946 ha. Für das Dep. Haute-Saône, das klimatiſch etwas günſtiger als das Rebland des Doubs liegt, waren mir keine Zahlen erreichbar. Nach den Produktionsangaben für das vergangene Jahrzehnt 1928—1937

Die aufgelaſſenen Weinberge ſind, wie wir oben ſehen, leider nicht ſyſtematiſch einer neuen Beſtimmung zugeführt worden. Stellenweiſe bahnt ſich eine größere Nutzung durch Obſtbau an. Die beſondere Gunſt des Obſtbaues wird erwieſen durch die Obſtbaumhaine (Nußbäume, Kirſchbäume, Apfelbäume, Zwetſchgenbäume uſw.), die viele Dörfer umgeben. Weite Kirſchenhaine überziehen die ſanfteren Hänge und Terraſſen des oberen Louetales (Mouthier) und eine kleine Brennereiinduſtrie hat ſich auf dieſer Obſtkultur aufgebaut.

Auch im Siedlungsbild kann man den Rückgang des Weinbaues erkennen. Die typiſchen Winzerhäuschen mit den großen Kellereingängen, dem gehobenen Wohnteil, zu dem eine Treppe oder eine Stiege emporführt, verſchwinden. In Battant, der alten Winzervorſtadt Beſançons, wird man vergebens heute danach ſuchen.

Ein Reichtum des Landes liegt in zunehmendem Maße in den Wäldern. Es birgt einige der größten zuſammenhängenden Forſte Frankreichs: Forêt de Chaux (Laubwald), 19560 ha, Forêt de la Joux, der ſchönſte Tannenwald Frankreichs u. a. Ein Drittel der Freigrafſchaft iſt von Wald bedeckt. Das tiefe Land bis zu 700 m Höhe überziehen Laubwälder, deren Zuſammenſetzung ſich in moderner Zeit geändert hat[22]. Im Hohen Jura folgt Tannenhochwald. Die unterholzreichen Mittelwälder des niederen Landes liefern vor allem Brennholz. An die Wälder des Juras knüpfen ſich, wie wir noch ſehen werden, neben Sägereien, Möbelfabriken, mannigfaltige Induſtrien. Die mächtigen hohen Stämme waren noch im vergangenen Jahrhundert ein wichtiger Ausfuhrartikel, ſie wurden die Flüſſe, vor allem den Doubs, herabgeflößt und dienten dem franzöſiſchen Schiffbau am Mittelmeer[23].

An die agrariſche Freigrafſchaft gliedern ſich im Norden und Oſten induſtrialiſierte Landſtriche an. Drei Gebiete verſchiedenen Induſtrietyps laſſen ſich gegeneinander abgrenzen: Die Vogeſentäler, die alte Grafſchaft Mömpelgard und der hohe Jura (höhere Plateaus und „Montagne"). Dieſe Induſtriebezirke ſind in der Art ihrer Entſtehung recht verſchieden. In den Vogeſentälern des Arrondiſſement Lure waren ſchon vor dem 19. Jahrhundert gewerbliche Anlagen, wie Papiermühlen, Walkmühlen, Sägemühlen. Der Erzbergbau auf Silber und Blei, der im 18. Jahrhundert langſam zugrunde ging, hatte eine größere Bevölkerung zuſammengezogen. In Ronchamp wird ſeit dem 18. Jahrhundert Kohle abgebaut. So entwickelte ſich hier frühzeitig eine kleine Eiſeninduſtrie. Nach dem Krieg von 1871 kam durch die Auswanderung der elſäſſiſchen Textilinduſtrie neue Belebung. Zahlreiche Induſtrielle ſetzten ſich feſt bzw. errichteten Filialen in Lure und Umgebung ſowie den benachbarten Vogeſentälern, deren Waſſerkraft nutzend. Das Induſtriegebiet des Arrondiſſements Lure iſt ähnlichen Typs wie die Zone der lothringiſchen Vogeſeninduſtrie. Es beſteht außerdem ein faſt lückenloſer Übergang zum ähnlich gebauten Induſtriegebiet von Belfort und Umgebung. Mömpelgard, deſſen genaue Behandlung nicht im Rahmen dieſer Arbeit liegt, ſtellt mit dem bedeutenden Anteil der Uhreninduſtrie, die übrigens auch Ausſtrahlungen in das Gebiet von Lure zeigt, bereits eine Brücke zu dem hohen Jura dar. Die Großinduſtrie (Auto und Textil), die hier auf die perſönliche Initiative weniger Familien (Peugot und Japy) zurückgeht, bedeutet etwas durchaus Eigenes. Die Induſtriezone des Jura hat wieder ihren beſonderen Charakter. Sie kennt faſt keine Großbetriebe, ſie kennt faſt keine Zuſammenballungen der Arbeiterbevölkerung auf

---

bei Girard, La Vigne et le vin en Franche-Comté 1939, S. 23, produziert das Dep. Haute-Saône annähernd das zweieinhalbfache des Dep. Doubs.

[22] Ulmen, Linden, falſche Platanen, Sykomoren ſind häufiger als die Eichen.

[23] A. Gibert, Notes au sujet de l'ancien flottage du bois sur le Doubs. In: Mélanges géographiques offerts . . . à R. Blanchard. Grenoble 1932, S. 253—266.

engem Raum. Es beſteht keine einheitliche Induſtrie im ganzen Raum. Es haben ſich kleine, in ſich ſpezialiſierte Induſtriekreiſe gebildet. Dabei ſind dieſe Induſtrien zum größten Teil herausgewachſen aus den Gebräuchen und Gewohnheiten einer Gebirgsbevölkerung, die ſommers ihrer landwirtſchaftlichen Tätigkeit nachgeht, in langen und harten Wintern an ihr Haus gebunden iſt und ſeit Generationen gelernt hat, ſich in dieſer rauhen Jahreszeit nützlich zu beſchäftigen. Die Nachbarſchaft der Schweiz wirkte beſonders anregend. Ideen und induſtriegeſchickte Menſchen wanderten von dort ein. Die Induſtrien ſind: Uhreninduſtrie, Kunſtdrechslerei, Schleiferei koſtbarer Steine, Brillenherſtellung, Verarbeitung neuer Kunſtſtoffe zu Kämmen, Galanteriegegenſtänden, Schachtelmacherei u. a. Fürwahr, ſehr vielſeitig! Die Entſtehungsurſachen dieſer Induſtrien ſind ganz verſchieden. Die holzverarbeitenden knüpfen an den Holzreichtum des Landes an. Die Herſtellung von Schachteln iſt im Anſchluß an die Käſerei entſtanden und iſt wie dieſe ſehr alt. Die Bearbeitung der Kunſtharze und plaſtiſchen Maſſen hat ſich erſt in neueſter Zeit aus der ſeit Jahrhunderten bekannten Verarbeitung einheimiſcher Rohſtoffe, Horn und Knochen, entwickelt. Die Edelſtein- und Glasſchleiferei iſt eine eingeführte arbeitskraftorientierte Induſtrie.

Bei aller Vielfalt der Induſtriezweige zeichnet ſich der hohe Jura auch durch gemeinſame Züge aus. Es iſt das Land der vielen kleinen Unternehmungen, es ſind faſt alles ländliche Betriebe. Selbſt in den größeren Städten, wie z. B. auch in Beſançon, das zwar wie eine abgeſprengte Inſel außerhalb des Jurainduſtriekreiſes liegt, überwiegen mittlere Unternehmungen. Die Zeit der größten Aufſplitterung der Induſtrie auf einzelne ländliche Gemeinden ſcheint vorbei zu ſein. Eine Konzentrationsbewegung läßt ſich beobachten.

Die Uhreninduſtrie hat räumlich beinahe direkte Verbindung zum Induſtriegebiet von Mömpelgard, in dem ja auch Uhren hergeſtellt werden. Zentren der Induſtrie im Jura ſind Morez, Morteau, Morbier, Maiche und die daran anſchließenden Hochflächen. Es beſteht im übrigen beinahe ein räumlicher Zuſammenhang mit dem großen Uhreninduſtriegebiet der Schweiz (Le Locle, La Chaux-de-Fonds). Von der Schweiz wanderte die kleine Uhrmacherei in die Freigrafſchaft ein, während ſich die große Uhrmacherei (Standuhren, Turmuhren), im Lande ſelbſt entwickelt hat. Ein Uhreninduſtriezentrum für ſich ſtellt Beſançon dar, im übrigen auch aus Schweizer Wurzeln gewachſen. Die Uhreninduſtrie iſt in ſich ziemlich differenziert. Es gibt Dörfer und Orte, die ganze Uhren fabrizieren, andere, die nur einzelne Teile herſtellen. Die einen bauen nur Taſchenuhren, die anderen ſtellen Stand- und Turmuhren her. Im Anſchluß an die Uhreninduſtrie hat ſich die Herſtellung von Glockenſpielen, Stoppuhren, Chronometern, Zählern aller Art entwickelt. Das geiſtige Zentrum der Uhrmacherei iſt Beſançon mit ſeiner höheren Uhrmacherſchule. Selbſt der Aufbau der Univerſität von Beſançon ſteht mit der beſonderen Pflege von Mechanik, Aſtronomie im Dienſte dieſer Induſtrie. Die Uhreninduſtrie iſt auf den franzöſiſchen Markt eingeſtellt und produziert zwei Drittel der geſamten franzöſiſchen Uhrenherſtellung.

Von der Schweiz kommt auch die Kunſt des Steinſchleifens. Ende des 17. Jahrhunderts wanderten einige Genfer, die dieſes Handwerk verſtanden, in des Gexer Land ein. Von dort ſtieg die Induſtrie in den benachbarten Jura empor. 1735 arbeitet der erſte Steinſchleifer in einem kleinen Weiler bei Septmoncel. Er fand raſch Nachahmer. Zuerſt ſchliff man gewöhnliches und bleihaltiges Glas. Im 19. Jahrhundert ging man zur Schleiferei von Edelſteinen und Halbedelſteinen über: Topas, Amethyſt, Smaragd, Rubin, Saphir, ſynthetiſche Edelſteine. Von Septmoncel griff die Schleiferei auf die Gegend von St. Claude über, das heute noch ein Zentrum für Imitationen iſt.

Einer der Hauptabnehmer der Erzeugniſſe war Amerika. Großen Bedarf hatte auch die Pariſer Luxusinduſtrie. Die hervorragende, ſeit Generationen gepflegte Kunſtfertigkeit der Steinſchleifer war Anlaß zu einem induſtriellen Experiment. In den 70er Jahren führten Großhändler aus Amſterdam die Diamantſchleiferei ein. St. Claude iſt der Mittelpunkt dieſes Gewerbes. Die Schleifer bearbeiten ſüdafrikaniſche Diamanten im Auftrag Antwerpener und Amſterdamer Firmen. Seit dem Weltkrieg befindet ſich dieſe Induſtrie im Rückgang.

Den eingeführten Induſtrien ſteht die Fülle der bodenſtändigen gegenüber. Auf alte Eiſeninduſtrie der Umgebung von Morez geht die Brilleninduſtrie zurück. Fabrizierte man im Anfang um 1800 zuerſt nur Brillengeſtelle, ſo hat man ſich auch ſpäter auf optiſche Arbeiten eingeſtellt und man bemüht ſich ſtark, Morez zu einem franzöſiſchen Jena zu machen. Morez beſitzt keine eigene Glasmacherei, ſondern muß Gläſer einführen. Die Induſtrie iſt in der Hauptſache auf den franzöſiſchen Markt eingeſtellt.

Im gleichen Raum wie die Steinſchleiferei hat auch die Drechslerei und die Holzbearbeitung ihre Heimat. Es iſt die älteſte Induſtrie. Schon im 15. Jahrhundert ſchnitzte man den Bedürfniſſen des Kloſters und Wallfahrtsortes St. Claude entſprechend Heiligenbilder und Roſenkränze. Bald aber dehnte man die Kunſtfertigkeit auf praktiſche Gegenſtände aus. Später wanderte dieſe Induſtrie von St. Claude nach der Gegend von Moirans. Um St. Claude und St. Laurent hat ſich im 19. Jahrhundert ein Spezialgewerbe entwickelt: Die Pfeifenherſtellung. Zuerſt fabrizierte man nur Pfeifenröhren, die Porzellanpfeifenköpfe bezog man von Deutſchland, bis man in Buchs- und Heidewurzeln für die Pfeifenköpfe geeignetes Holz im Lande fand. Das Rohmaterial bezieht man heute aus dem franzöſiſchen oder italieniſchen Mittelmeergebiet. Die Produktion ging in der Hauptſache nach England. Auf die anderen kleinen Holzverarbeitungsinduſtrien einzugehen, Kunſttiſchlerei, Schachtelmacherei, Herſtellung von Maßſtäben, verbietet der zur Verfügung ſtehende Raum.

Für die holz- und hornverarbeitende Induſtrie hat ſich mit der Erfindung der Erſatzſtoffe eine neue Entwicklung angebahnt. Neben Knochen, Horn, Elfenbein wird in St. Claude Galalith verarbeitet. Oyonnax, das alte Zentrum der Kammherſtellung, das urſprünglich auch von einheimiſchen Rohſtoffen ausging, verarbeitet heute Zelluloid und verwandte Maſſen. Auch dieſe Induſtrieen ſind ganz auf die franzöſiſchen Bedürfniſſe eingeſtellt.

Die Induſtrialiſierung des Landes vermochte das Siedlungsbild nur wenig zu ändern. Vielerorts iſt der Induſtriearbeiter gleichzeitig Bauer. Da es ſich nur um kleine Betriebe handelt, fehlt den größeren Juraſiedlungen das Troſtloſe der reinen Fabrikorte. Immerhin kommt in beſonderen Konzentrationen der Induſtrien in St. Claude oder Morez dies im Stadtbild ſtark zum Ausdruck. Die bevölkerungspolitiſche Wirkung der Induſtrialiſierung war bisher günſtig, da ſie der Entvölkerung des Jura entgegenarbeitete. Zwar Abwanderung und Geburtenrückgang fehlen auch hier nicht, aber der Bevölkerungsverluſt wurde bisher weitgehend durch fremde Einwanderer: Schweizer, Italiener, ausgeglichen.

Dem hohen Jura kommt der ſich mehr und mehr entfaltende Fremdenverkehr zugute. Der Jura mit ſeinen Wäldern und Wieſen, ſeinen flachen Hängen, ſeiner höheren Lage, iſt ein ausgezeichnetes Sport- und Erholungsgebiet für Sommer und Winter. Die Winter verbürgen eine gute und langanhaltende Schneedecke. Es ſind günſtige Bedingungen für den Skilauf gegeben. Wenn der Jura als Erholungs- und Sportgebiet noch nicht die Rolle ſpielt, die ihm dank ſeiner natürlichen Gaben zukommt, ſo hat das ſeinen Grund in der nahen Lage zu den internationalen Fremdenverkehrslandſchaften der Schweiz, der franzöſiſchen Alpen, des Genfer Sees.

Dem Jura gegenüber ſind die übrigen Teile der Freigrafſchaft, von den Vogeſentälern abgeſehen, induſtriearm. Die Mühlen von Gray, ein paar Großmolkereien, Papierfabriken, kleinere Eiſenbetriebe, Sägereien und Gerbereien uſw. fallen kaum ins Gewicht.

Es war nicht immer ſo. Noch vor einem Jahrhundert war gerade das heute induſtriearme Gebiet des Dep. Haute-Saône reich an Betrieben. Dank der Erzvorkommen, dem Holzreichtum, erhoben ſich im Lande ein halbes Hundert Eiſenhütten, denen ſich kleine eiſenverarbeitende Betriebe anſchloſſen. Dieſe in viele kleine Betriebe aufgeſplitterte Eiſeninduſtrie war der dank der verbeſſerten Verkehrsverhältniſſe aufkommenden Konkurrenz, die auf reichere Erzvorkommen (Lothringen) baute, nicht gewachſen und ging großenteils ein. Nur einige wenige, die ſich auf die lokalen landwirtſchaftlichen Bedürfniſſe einſtellten, erhielten ſich. Ebenſo brach im vergangenen Jahrhundert der alte Vogeſenerzbergbau zuſammen. Einen gewiſſen Erſatz gegenüber der verlorengegangenen Induſtrie haben dieſe Landſchaften in den Salzvorkommen, die heute nicht nur in den alten Salinen von Salins, Lons-le-Saunier, ſondern auch in Beſançon, Gouhenans und Miſerey in Nutzung begriffen ſind.

Straßenland, Durchgangsland zu ſein, iſt eine der alten hiſtoriſchen Aufgaben der Freigrafſchaft. Die alten Richtungen ſind in der Gegenwart wieder aufgelebt. Im Zuge der alten Römerſtraßen von Chalon—Dôle—Beſançon—Burgundiſche Pforte zieht eine wichtige Bahnlinie, die Mitteleuropa mit dem weſtlichen Mittelmeer verbindet. Die alte Querverbindung

Langres—Beſancon—Pontarlier lebt teilweiſe in der Strecke Mouchard—Pontarlier wieder auf. Im Zuge der alten Handelsſtraße zieht von Beſançon über Salins—Champagnole—Morez—Col de la Faucille eine Fremdenverkehrsſtraße erſter Ordnung nach Genf und erſchließt die wunderbarſten Teile des franzöſiſchen Jura. Aber alle dieſe Richtungen, Verkehrslinien ſpielen für das Wirtſchaftsleben der Freigrafſchaft eine geringe Rolle. Die ſchnellen Züge durchmeſſen das Land in wenigen Stunden. Der große Knotenpunkt des Verkehrs liegt mit Belfort außerhalb des Raumes.

Der Straßen- und Waſſerbau war von jeher ein Ehrentitel Frankreichs. Ein gut gepflegtes Straßennetz erſchließt die Freigrafſchaft als Wirtſchafts-, Fremdenverkehrs- und ſtrategiſch wichtiges Grenzgebiet. Das Auto ſpielt eine große Rolle, die kleinen Lokalbahnen ſind dieſer ſchweren Konkurrenz nicht gewachſen.

Das Gewäſſernetz ſtellt einer Erſchließung und Nutzung gewiſſe Schwierigkeiten entgegen. Die größeren Flüſſe, Saône und Doubs, ſind nicht ſehr waſſerreich. Ihre Waſſerführung iſt unregelmäßig und ihr Ausbau erforderte zahlreiche Kunſtbauten. Beim Doubs ſpielen im Oberlauf Waſſerverluſte durch Karſterſcheinungen und Unterbrechung des Flußbettes durch Felſen eine Rolle. Die Waſſerkraft iſt, abgeſehen von den größeren Juragewäſſern, Doubs, Loue, Ain, nur durch kleine Anlagen genutzt. Der Doubs iſt am beſten ausgebaut, denn der Induſtriebezirk von Mömpelgard hatte ſich weitgehend auf der Baſis ſeiner Waſſerkraft entwickelt und verbraucht auch heute noch in ſtarkem Maße die weiße Kohle des Doubs. (Werk von Liebvillers.) Unterirdiſch zugeleitete Doubs-Waſſerkraft ſtellt im gewiſſen Sinne auch die waſſerreiche Karſtquelle der Loue dar, die unmittelbar nach der Quelle durch ein Werk genutzt wird und den Plateaujura, auch Beſançon, mit Kraft und Licht beliefert. Die Induſtrieorte des Dep. Jura, St. Claude u. a. werden durch Ain und Bienne mit Strom verſorgt.

Die induſtrielle Nutzung des Doubs hat die Schiffahrt gemindert. Noch im vergangenen Jahrhundert war der Doubs und der ihm angeſchloſſene Rhein-Rhône-Kanal eine wichtige Waſſerſtraße, auf der dem holzarmen Mittelmeergebiet die für den Schiffbau nötigen Hölzer aus Jura, ſelbſt Schwarzwald und Schweiz herabgeflößt wurden. Der Holzverkehr ſpielt keine Rolle mehr, die Eiſenbahn hat als Transportweg den Doubs weitgehend lahmgelegt. Der Rhein-Rhône-Kanal iſt heute von nur geringem Wert. Er bedeutet keine wirtſchaftliche Belebung für die Freigrafſchaft, eheſtens noch eine Beſchränkung des induſtriellen Ausbaues der Doubswaſſerkraft. Mit 169 487 t im Jahr 1932 zählt er mit zu den gering genutzten Waſſerſtraßen Frankreichs.

Von größerer wirtſchaftlicher Bedeutung iſt die Kanaliſierung der Saône durch den Canal de l'Eſt, der Rhône und Maas verbindet. Im Abſchnitt der Freigrafſchaft hatte er 1932 einen Geſamtverkehr von 611 752 t. Er befördert Rohſtoffe: Kohlen, Erze u. a. aus dem Lothringiſchen in das Induſtriegebiet von Lyon. Für das Dep. Haute-Saône iſt die wirtſchaftliche Belebung durch dieſen Kanal ausgeblieben. Vor dem Bau der Eiſenbahnen ſpielte die Saôneſchiffahrt bis Gray eine große Rolle. Gray war wichtiger Handels- und Umſchlagsplatz. Der Eiſenbahnverkehr öffnete andere Wege und Grays Bedeutung iſt etwas zurückgeſunken. Die geringe Bedeutung der Kanalbauten für die Freigrafſchaft beweiſt ſchlagend die Baugeſchichte des Verbindungskanales zwiſchen Doubs und Saône. Der ſeit 1882 im Bau befindliche, nur 83 km lange Verbindungskanal zwiſchen Canal de l'Eſt und Rhein-Rhône-Kanal iſt bis heute noch nicht fertiggeſtellt worden, ja, man hat noch nicht einmal das Kohlengebiet von Ronchamp mit dem Induſtriegebiet von Belfort und Mömpelgard verbunden.

Wir ſtellten eingangs ein paar ſtatiſtiſche Angaben heraus. Danach beträgt die Bevölkerung der Freigrafſchaft nur ein Drittel der Badens bei ungefähr gleicher Größe. Werten wir die beiden Länder geographiſch, ſo iſt in der natürlichen Ausſtattung die Freigrafſchaft kaum unter Baden zu ſtellen. Die geringe Bevölkerungsdichte iſt das Ergebnis der jüngſten Zeit. Noch vor einem Jahrhundert (1846) barg das Land 30 v. H. mehr an Menſchen. Die Freigrafſchaft iſt bevölkerungsmäßig dem gleichen Auszehrungsprozeß durch Abwanderung der ländlichen Bevölkerung und durch Geburtenrückgang wie das übrige Frankreich unterworfen. Das Bild der Bevölkerungsentwicklung iſt recht intereſſant. Innerhalb der letzten hundert Jahre (von 1831—1926) hat die Bevölkerung vom Dep. Doubs um 15 v. H., die des Dep. Jura um ein Viertel und die des Dep. Haute-Saône ſich um ein Drittel vermindert. Der geringere Menſchenverluſt des Dep. Doubs erklärt ſich aus der Induſtrialiſierung des Mömpelgarder Gebietes und der Stadt Beſançon. Auch in den beiden anderen Departements haben übrigens verkehrs- und wirtſchaftsbegünſtigte Städte eine leichte Bevölkerungszunahme zu verzeichnen: z. B. Dôle, Morez, St. Claude, Veſoul, Lure, Luxeuil u. a. Dieſe Zunahme unterſtreicht nur noch die große Entvölkerung der rein ländlichen Gebiete. Die Entvölkerung iſt keine reine ſtatiſtiſche Tatſache. Sie hat im Siedlungs- und Wirtſchaftsbild der Landſchaft ſtarken Ausdruck gefunden. In den Dörfern ſtehen Häuſer und Gehöfte leer. Die wirtſchaftlich Schwachen im Dorf, die Häusler, die Arbeiter geben ihr Anweſen am leichteſten auf. Zum Teil ſind landfremde Einwanderer, Italiener, auch Spanier, an ihre Stelle getreten. Aber auch große Bauerngehöfte müſſen aufgegeben werden. Hier ſpringt der Schweizer Einwanderer gern als Pächter oder als Käufer ein. Manchmal hält eine Familie, die in die Stadt ging, das Anweſen ihrer Väter als Sommerſitz, während die Felder verpachtet werden. Aber Einwanderung, Umſtellung im landwirtſchaftlichen Betrieb, vermögen den Menſchenmangel nicht auszugleichen. Der Wald nimmt von einſt ackergenutztem Land Beſitz, das Ödland nimmt zu, denn nicht nur im Weinbaugebiet trifft man auf ſich ſelbſt überlaſſenes, einſtiges kultiviertes Land, in das der Wald mit kleinen Büſchen und Geſtrüpp langſam vorwandert. Das franzöſiſche Volk iſt ſich dieſer bevölkerungspolitiſchen Gefahr wohl bewußt geworden, aber wo ſollte es die Menſchen hernehmen! Für ſeine Söhne ſteht die Welt offen, ſie dienten und arbeiteten in den Kolonien: die großen Städte, vor allem Paris, lockten. Auch die Freigrafſchaft, die ſich einſt ſo wehrte, Teil Frankreichs zu werden, hat viel gutes Blut dem franzöſiſchen Staat geopfert. In Nordafrika, in Algier[24], haben ſich die Comtois zu kleinen Kolonien zuſammengeſchloſſen. Als gewiſſer Ausgleich ſtrömte Bevölkerung von jenſeits der Grenzen herein[25]. Die Einwanderung hat verſchiedene Formen. Wir laſſen das Mömpelgarder Induſtriegebiet außer Betracht. Die dort eingeſtrömte Arbeiterbevölkerung mit Elſäſſern, Schweizern, Polen, Spaniern, Tſchechen, Ruſſen iſt ein Problem für ſich. Das Hauptkontingent ſtellt im Laufe der Geſchichte die benachbarte Schweiz. Die verwandte Landſchaft, das verwandte Gewerbe (Uhreninduſtrie), die ähnlichen landwirtſchaftlichen Grundlagen zogen die Auswanderer aus der Weſtſchweiz hierher. Die gleiche Sprache erleichtert die Einwanderung. Vor dem Weltkrieg ſtanden an zweiter Stelle die Deutſchen. Ihre Zahl iſt ſchon vor 1939 völlig zurückgedrängt worden. An ihre Stelle ſind Italiener getreten und haben in ihrer Zahl in jüngſter Zeit bereits die Schweizer übertroffen.

Sie füllen die Lücken der abgewanderten Häusler- und Tagelöhner auf dem Lande. Sie drängen ſich in den Städten, wo ſie als ungelernte Hilfsarbeiter, Bauarbeiter ihr Brot ſuchen. Sie ſteigen aber auch zu Beſitz und Selbſtändigkeit empor. Dann folgen an Zahl die Polen, die eine ähnliche Rolle ſpielen und ſchließlich ſind noch die Spanier wichtig (Catalanen), die ſich gern dem Handel in den Städten widmen, und es raſch zu einem gewiſſen Wohlſtand bringen können. Nach der ſpaniſchen Revolution iſt ein Nachſchub von rotſpaniſchen Familien gekommen, der ſich vorerſt als einfacher Arbeiter eingeſchaltet haben dürfte.

Die Freigrafſchaft hat ſchon mehrfach in der Geſchichte eine Rolle als Ein- und Auswanderungsland geſpielt, wie wir bereits ſahen. Nach den verheerenden Franzoſenkriegen wurden die Lücken jeweils wieder einigermaßen durch Einwanderung ausgefüllt. Savoyen, Dau-

---

[24] Auch nach Ägypten ging eine bedeutende Auswanderung.

[25] Fremdbevölkerung in der Freigrafſchaft nach: A. Proſt, L'Immigration en Franche-Comté. Paris 1929. Auszug aus Tabelle S. 61:

	1851	1901	1929
Deutſche	1721	3403	100
Spanier	176	103	1812
Italiener	618	4345	17649
Polen	276	—	3466
Ruſſen	—	51	546
Schweizer	4271	9357	16669
Ehemal. tſchechoſlow. Staatsangehörige	—	—	552

phiné und vor allem die Schweiz mit dem Waad und dem Gexer Land lieferten das meiſte Menſchenmaterial. Genf ſelbſt hat nicht nur induſtrielle Anregungen, ſondern auch Menſchen an den Jura abgegeben. Die Einwanderer früherer Epochen ſind als verwandtes Volkstum im Volke aufgegangen. Die große Zahl der Fremden, die heute in der Freigrafſchaft leben, zeigen noch wenig Neigung zur Aſſimilation. — Am eheſten wohl noch die, auf die man von franzöſiſcher Seite am wenigſten Wert legt. Von Bedeutung war für die Freigrafſchaft nach dem Krieg 1870/71 auch die Elſäſſereinwanderung. Arbeiter und Beſitzende kamen infolge der Induſtrieverlagerung der elſäſſiſchen Textilinduſtrie ins Land. Sie bevorzugten die grenznahen Gegenden, ſo daß die unmittelbare Berührung mit dem Heimatſitz der Induſtrie faſt erhalten blieb (Lure, Mömpelgard). Sie wanderten aber auch das Doubstal abwärts. So hatte Beſançon eine bedeutende Zuwanderung von Elſäſſern. Nach dem Weltkrieg führte die Wirtſchaftsnot im Elſaß neuen Menſchenzufluß in die Freigrafſchaft.

Mit dem Bevölkerungsſchwund und der Fremdeinwanderung berühren wir eines der traurigſten Kapitel der Freigrafſchaft. Es iſt der franzöſiſchen Regierung nicht gelungen, dieſe Bewegung abzuſtoppen. Dabei handelt es ſich nicht nur, wie es beiſpielsweiſe Diſtelbarth in ſeinem Buch Lebendiges Frankreich, 1926, wahrhaben möchte, für die Entvölkerung des flachen Landes, nur um eine Abwanderung der wirtſchaftlich Schwächſten, der Beſitzloſen. Es iſt wohl richtig, daß die wirtſchaftlich Schwächſten zuerſt gehen. Aber in den Dörfern ſtehen nicht nur kleine Häuſer leer — auch größere Gehöfte verkommen. Ich gedenke eines Dorfes an der Grenze der Freigrafſchaft. Von 84 Gehöften und Häuſern ſtanden 24 leer. Auf elf Höfen ſaßen nur noch ältere Leute ohne direkten Hoferben. Hier liegen die größten Probleme für das Land, wenn es nicht überfremdet werden ſoll. Solange der Menſchennachſchub aus der Schweiz und aus dem Elſaß, alſo aus raſſiſch gleichwertigem, gleichgeartetem Menſchenmaterial erfolgt, geht es noch an. Der ſtarke Einſtrom von Italienern, Spaniern und ſlawiſchen Bevölkerungselementen dürfte auf die Dauer dem Lande nicht zuträglich ſein. Solange er vorwiegend in die Städte und die großen Induſtrien geht, wiegt er nicht ſo ſchwer. Der neue Krieg hat die Überfremdung vorerſt abgeſtoppt.

Es war nicht möglich, den anthropologiſchen Eigentümlichkeiten, raſſiſchen Beſonderheiten der Bevölkerung zwiſchen dem Plateau von Langres und der Schweiz, den Hochebenen Lothringens und den Niederungen der Breſſe im beſonderen nachzugehen. Es mögen nur ein paar zuſammenfaſſende, charakteriſtiſche Sätze gegeben werden. Der Comtois, wie ſich die Bevölkerung nennt, zählt zu den herben Menſchenſchlägen im Rahmen der franzöſiſchen Bevölkerung. Eigenwillig, freiheitsliebend, arbeitſam, induſtriegeeignet, nicht ohne urwüchſigen Humor. Auch der Dialekt, der die geſchichtlichen Schickſale des Landes erkennen läßt, und verballhornte deutſche Sprachreſte birgt, ſoll nicht elegant, ſondern urwüchſig ſein. Wenn wir die Comtois mit einem deutſchen Volksſtamm vergleichen wollen, ſo mögen ſie am eheſten Ähnlichkeit mit den Alemannen aus dem ſüdlichen Schwarzwald, den Hotzen haben. Wie einſt die Schwarzwälder Uhrmacher, die Bürſtenmacher mit ihren Erzeugniſſen landauf landab wanderten, ſo zogen früher auf Frankreichs Landſtraßen die rauhen Fuhrleute des Grandvaux im hohen Jura, um auf ihren Wagen die Erzeugniſſe ihrer Heimat zu verkaufen. Die Bewohner der Freigrafſchaft ſind kein Volk der großen Poeten. Sie ſind realiſtiſch. Ihre ſachliche arbeitſame Welt hat der Maler Guſtave Courbet treffend gezeichnet. Es iſt daher kein Zufall, daß das Land Frankreich und der Welt große Wiſſenſchaftler wie einen Paſteur, einen Proudhon ſchenkte. Oder daß aus dieſem Volke große Staatsmänner wie die Perenots de Granvelle hervorgingen. Die Comtois taugen zum Soldaten. Wie einſt die Herren des Landes dem deutſchen Kaiſer dienten, mit Barbaroſſa auf Kreuzfahrt zogen, ſo gab das Volk ſpäter der franzöſiſchen Armee viele gute Offiziere. Der Comtois hängt an ſeiner Heimat und viele, die in den großen Städten oder in der Ferne zu Glück und Wohlſtand gekommen ſind, kehren zurück, um ihren Lebensabend in der Heimat zu verbringen.

Gewiß iſt der Charakter der Bevölkerung im großen Raum der Freigrafſchaft nicht völlig einheitlich. Die raſſiſchen Grundlagen mögen für den ganzen Raum ſo ziemlich die gleichen ſein. Vielleicht hat ſich in den von der Natur ungünſtigeren Gebieten das raſſiſch ältere Material etwas erhalten können. Anderſeits zeigt gerade der hohe Jura ſtarke Blutzufuhr aus benachbarten Ländern. Es beſteht ein Unterſchied zwiſchen der realiſtiſchen Induſtriebevölkerung des hohen Juras, der Vogeſentäler, ganz zu ſchweigen von den proteſtantiſchen, lange württembergiſch beeinflußten Mömpelgardern, und den lebensfroheren Bewohnern des Reblandes oder der Ackerbaubevölkerung des Dep. Haute-Saône. Aber die Bevölkerung des Dep. Haute-Saône muß ebenfalls eine induſtrielle Begabung haben, war ſie doch noch im vergangenen Jahrhundert mit ihren kleinen Eiſenhütten und eiſenverarbeitenden Betrieben ähnlich induſtriereich wie der hohe Jura.

Die herbe realiſtiſche Art des echten Comtois ſchließt nicht Gemütstiefe aus. Dieſe leuchtet uns in dem reichen Sagen- und Legendenſchatz entgegen. Die ſchönſten, die um die Landſchaft, das ruinenreiche Rebland, die Täler von Doubs und Loue, die dunklen Wälder kreiſen, ſind die Sagen von der Vouivre[26]. Die Vouivre iſt ein Weſen, halb Vogel, halb Schlange. Das einzige Auge, das ſie beſitzt, iſt ein leuchtender Karfunkelſtein. In dieſen Sagen ſetzt ſich das unverbildete Volksgemüt mit den Rätſeln auseinander, die ihm die heimatliche Natur aufgibt. Die Vouivre hauſt in Höhlen und Grotten, ſie taucht aus abgrundtiefen, ſumpfigen Waſſerlöchern auf. Die Karſterſcheinungen des waſſerarmen Landes mit ſeinen Flußverſickerungen, ſeinen plötzlich aus Höhlen und Spalten hervorbrechenden großen Karſtquellen, die großen, abflußloſen Becken, die vielen Dolinen und Schlucklöcher mit ihren periodiſch wiederkehrenden Waſſer haben dieſe Sagenbildung gefördert, wie die zahlreichen Ruinen, die Erinnerung an Kreuzzüge, ferne Ritterzeiten und Feengeſchichten wachhielten.

So ſcheint uns der Comtois in ſeinen Anlagen noch mehr die Brücke zu ſchlagen zwiſchen Oſten und Weſten als die Bewohner des ehemals herzoglichen Burgund. Das Erbe des Nordens iſt in ihnen noch ſtärker erhalten. Einwanderung aus Schweiz und Elſaß haben die Erhaltung dieſes Erbes zweifellos begünſtigt. Wie das Elſaß iſt die Freigrafſchaft in der Geſchichte für Frankreich ein wichtiges Bevölkerungsreſervoir geweſen. Sie gab und gibt ihr wertvolles Menſchenmaterial in großem Maße durch Abwanderung an das Innere Frankreichs, Städte und Kolonien ab und konnte dieſen Verluſt, wie wir ſahen, bis zu einem gewiſſen Grade durch Blutzufuhr aus raſſiſch gleichwertigem Material wieder ausgleichen.

Die Landſchaften der Freigrafſchaft

Wir gaben, wenn auch nur in großen Zügen, das allgemeine geographiſche Bild der Freigrafſchaft. Eine ſkizzenhafte Darſtellung der einzelnen Landſchaften ſoll dieſes Bild abrunden. Es beſtehen verſchiedene Möglichkeiten, die Freigrafſchaft in einzelne Landſchaftsräume aufzugliedern. Wir wollen fünf herausſtellen. Es ſind in Größe und natürlichen Grundlagen in ſich keine gleichwertigen Landſchaften. Im Norden bzw. Nordweſten haben wir den Übergang der lothringiſchen Stufenlandſchaft zur Saôneſenke. Im Nordoſten die Vogeſen und ihre ſüdweſtlichen Ausläufer. Nach einer deutlichen Querſenke ſchließen ſich ſüdlich als Kerngebiete des Landes die Saôneſenke, das Land zwiſchen Saône, Ognon und Doubs, das Rebland und ſchließlich der Jura an. Den kleinen Anteil an der Breſſe laſſen wir dabei außer Betracht.

1. Der Übergang der lothringiſchen Stufenlandſchaft zur Saôneſenke

Eine Aufwölbungszone ſtößt hier von den Südvogeſen aus gegen Weſten vor. Eine tektoniſche Senke iſt ihr im Süden vorgelagert. Die oberſte Saône und der Coney liegen noch im Buntſandſtein. Kranzförmig folgen die Schichten und Stufen bis zum Dogger. Wenn nicht ungefähr ſüdlich einer Linie Fayl—Billot—Lure das Bruchfeld der Saôneſenke mit ſeinen ſtark geſtörten Flanken einſetzte, würden auch die weiteren Juraſchichten in regelmäßiger Lagerung und Formung der Landſchaft folgen. Die Stufen kehren ihre ſteile Front nach Norden bzw. Nordoſten. Die Landterraſſen ſinken leicht gegen Süden ein. Es iſt ein vorwiegend offenes Land. Dabei iſt der kleine Anteil der Muſchelkalkfläche als „Gäu"landſchaft etwas dichter beſiedelt, als es dem allgemeinen Durchſchnitt entſpricht. Die Dörfer ſind klein. Auffällig iſt die Häufung von Siedlungen, deren Namen auf -court, -villers, auch -fontaine enden und auch für den Muſchelkalk die mittelalterliche Rodung verraten. Weſentliche ſtädtiſche

---

[26] Auch im Raume des alten Herzogtums Burgund ſind die Sagen und Legenden der Vouivre bekannt. Auf Karten tritt der Name Vouire als geographiſche Bezeichnung für unfruchtbares Gelände und ſumpfige Gegenden auf. Die Woevreebene in Lothringen wird auf dieſelbe Wurzel zurückgehen.

Mittelpunkte hat dieſe Landſchaft, die von der oberen Saône und Amance und deren Nebenflüſſen entwäſſert wird, nicht. Juſſey (2500 E.), noch mehr Vitrey, ſind eher als größere Flecken denn Städte zu werten. Das Land iſt induſtriearm. Ein paar Ziegeleien, Sägemühlen, kleiner Textilbetriebe fallen kaum ins Gewicht. Im auffälligen Gegenſatz ſtehen dazu:

2. Die ſüdweſtlichen Ausläufer der Vogeſen

Buntſandſteine, Granite, paläozoiſche Schichten bauen den Untergrund auf. Die Lanterne, ihre Zuflüſſe, der obere Ognon und der Rahin greifen hier tief in die Vogeſen ein. Alle dieſe Flüſſe und Bäche halten ſich vorwiegend an die durch die Tektonik vorgezeichnete Nordoſt-Südweſt-Richtung und öffnen das Gebirge ſtreifenförmig. Es war früher ein dichtes Waldland. An der Grenze zwiſchen dem Waldgebiet und den offenen Landſchaften, die ſich bei den Flüſſen durch große Talweitungen auszeichnet, entſtanden in Lure und Luxeuil die bedeutenden Klöſter, von denen die Erſchließung dieſes Waldgebietes ausging. Im Buntſandſtein hielt ſich der Wald. Im Urgeſtein wurde das Land geöffnet in ſpäter Rodung. Der Bergbau auf Edelmetalle, der ſeit dem 15. Jahrhundert in den Vogeſen, im Tal des Rahin, betrieben wurde, begünſtigte die Rodungen. Das junge Rodungsland iſt ein Gebiet ausgeſchwärmter Einzelſiedlungen mit überwiegender Viehzucht. Nördlich Lure wird das Waldgebiet durch eine Teichlandſchaft abgelöſt. Im 19. Jahrhundert erfuhren die Vogeſentäler eine ſtarke Umwandlung. Neben den alten Mühlen, Papiermühlen uſw., entwickelte ſich, z. T. als Nachfolgerin des alten Bergbaues, eine rege Induſtrie. Das Tal des oberen Ognon (Servance) wurde zu einer Straße der Textilinduſtrie. Im oberen Rahintal entſtand im Gefolge des Bergbaues Metallinduſtrie. Die kleinen Städte wurden zu Anziehungspunkten für die verſchiedenſten Betriebe. Um St. Loup und Fougerolles haben ſich Holzverarbeitung, Textilinduſtrie, Brennereien angeſiedelt. In und um Luxeuil hat ſich neben der Textilinduſtrie die Metallinduſtrie entwickelt. Das gleiche gilt für Lure. Firmennamen wie Mieg, Scheurer, Sahler, Spinder uſw. erweiſen einen ſtarken elſäſſiſchen Anteil, bzw. Urſprung. Nur die große Teichlandſchaft nördlich von Lure iſt induſtrielos. Die in und um Héricourt befindliche Textil- und Metallinduſtrie bleibt außerhalb unſerer Betrachtung, ſie zählt zum Mömpelgarder Induſtriefeld. Rund 10 km öſtlich Lure findet ſich das alte Kohlenfeld von Ronchamp. Eine ſchlechte Kohle wird dort mit überwiegend ausländiſchen Arbeitskräften abgebaut. Die Kohle lohnt kaum den Transport. Ein paar kleine Eiſenwerke nutzen ſie. Der Hauptteil der Förderung aber wird an Ort und Stelle in elektriſchen Strom umgeſetzt und damit werden die benachbarten Induſtriegegenden Luxeuil, Fougerolle, auch Veſoul und ſelbſt die nahen Teile Lothringens mit Kraft und Licht verſorgt. Der Induſtrieanhäufung verdankt dieſer Nordoſten ſeinen ſtarken Anteil an ausländiſcher Arbeiterbevölkerung, Italiener, Schweizer, Polen, die meiſtens in ziemlich verrußten Arbeiterſiedlungen älteren Typs untergebracht ſind.

3. Die Saôneſenke und das Land zwiſchen Saône, Ognon und Doubs

Die Landſchaft von der Saôneſenke bis zum Doubs beginnt weſtlich der Saône mit einer großen Landterraſſe. Dieſe erfährt in der Nord-ſüd-ſtreichenden Montagne de la Roche, einer gegen Oſten gekehrten Verwerfungsſtufe, eine auffällige Unterbrechung. Die größeren Täler ſind kaſtenförmig in die Hochfläche eingeſenkt. Das gilt ſelbſt ſtreckenweiſe für das Saônetal, das erſt wenig oberhalb Gray eine breite Talaue mit feuchten Auenwäldern entwickelt. Die Hochflächen ſind ſiedlungsarm. Zum Teil ſind ſie von großen Wäldern überzogen, wie um Combeaufontaine und Champlitte. Die kleinen Dörfer halten ſich eher an den Lauf der Gewäſſer, ſo zieht ſich dem Salon entlang eine ganze Siedlungszeile. Es iſt ein Land des Ackerbaues. Früher ſpielte der Weinbau eine weſentliche Rolle. Er hat vom Jahr 1862 bis zum Jahr 1921 in Dampierre ſur Salon, von 688 auf 103 ha, in Champlitte von 930 auf 184 ha abgenommen. Von den kleinen ländlichen Zentren hat ſich das maleriſche Städtchen Champlitte mit Anbau von Weiden und Korbflechterei ein Spezialgewerbe geſchaffen. An der windungsreichen Saône haben ſich weitſtändig ein paar Sägereien und andere holzverarbeitende Induſtrien, ein paar Mühlen und Papierfabriken angeſiedelt. Am alten Übergang bei Port-ſur-Saône haben ſich einige eiſenverarbeitende Betriebe feſtgeſetzt.

Das flache Land links der Saône iſt von jungen Ablagerungen aufgebaut und von großen Wäldern erfüllt. Der Landſchaftscharakter ändert ſich aber weſentlich, wo die tektoniſch bedingte ſteile Kante von Gy aufſteigt. Faſt wie mit dem Lineal gezogen, läßt ſich dieſe Stufe in Nordoſt-Südweſt-Richtung aus der Gegend von Veſoul bis beinahe nach Pesmes verfolgen. Das Land beiderſeits der Saône iſt Bauernland. Neben dem Anbau von Weizen und Mais iſt auch ein ſtarker Anbau von Kartoffeln, der die Grundlage für eine Stärkemehlfabrikation (Arcles-Gray) gibt, vertreten. Der Beſitz iſt ſtark zerſplittert. Heute ſpielt ebenfalls die Viehzucht zum Zwecke der Milchverarbeitung eine große Rolle. Der alte Mittelpunkt des Landes iſt das maleriſch auf einer linken Saône-Anhöhe gelegene Gray (5826 E.). Die Stadt deckt in ſtrategiſch günſtiger Lage einen wichtigen Saôneübergang. Hier endigte früher die alte Saôneſchiffahrt. Neben die Funktionen als Marktſtadt, Verwaltungsmittelpunkt, ſtrategiſcher Poſten, trat für Gray eine große Handelsaufgabe. Hier trafen die Erzeugniſſe der Freigrafſchaft, des benachbarten Lothringen, des Baſſigny und auch der näheren Abſchnitte der Champagne: Getreide, Wein, Holz, Eiſen zuſammen, die dann auf der Saône nach dem Süden geführt wurden. Noch in der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts galt Gray als einer der wichtigſten Getreidehandelsplätze Frankreichs. Es vermittelte außerdem den Abtransport der Produkte der Eiſeninduſtrie. Seine großen Mühlen, ein paar induſtrielle Betriebe erinnern noch heute an die große Vergangenheit. Gray iſt heute etwas zurückgeſunken, der Canal de l'Eſt vermochte die Stadt nicht zu fördern. Der Hafen ruht faſt völlig, der Kanalverkehr zieht an Gray vorbei. Das verkehrsmäßig günſtig gelegene Veſoul hat in der weſtlichen Freigrafſchaft Gray den Rang etwas abgelaufen.

Mit der Stufe von Gy — wir nennen ſie nach dieſem Ort, weil er durch ſeinen Rebbau ſeit alten Zeiten bekannt iſt — beginnt eine neue Landſchaft: ein niedriges unruhiges Bergland, das ſich bis zum Ognon ausdehnt. Es iſt ein Bruchfeld, zerſtückelt von zahlreichen nordoſt-ſüdweſt ziehenden Störungen, die das Land in ſich gegeneinander abſtaffelnde kleine Gräben und Horſte zerlegen. Die zahlreichen kleinen Senken und Täler ſind meiſt waſſerlos. Karſterſcheinungen ſpielen eine große Rolle.

Weſtlich an die Stufe von Gy legt ſich eine Zeile etwas enger geſtellter Siedlungen. Im gebirgigen Land dagegen ſind die kleinen Dörfer, die im 11. und 12. Jahrhundert in das ehemalige Waldland hineingerodet wurden, weiter geſtellt. Sie verbergen ſich in den Senken. Die Rücken zwiſchen Senken und Tälern ſind wald- und heidebeſtanden. An der Stufe von Gy dehnt ſich noch heute Weinbau aus. Seinen alten Ruf hat er nicht mehr. Die größere Gunſt der Lage hat hier noch größere Rebflächen erhalten. Jedenfalls iſt der Anbau, der im Kanton Gy im Jahre 1862 1510 ha umfaßte, auf weniger als ein Drittel zurückgegangen. Im Bergland ſpielt der Wein keine Rolle mehr, der Bauer muß ſich mit Apfelwein behelfen. Dank des Rebbaues zeigen die Dörfer um Gy einen anderen Charakter als die locker geſtellten kleineren des öſtlich angrenzenden Gebirges. Die Häuſer ſind enger zuſammengeſtellt und mehr in die Höhe gebaut. Der wirtſchaftliche Mittelpunkt des Landes iſt weder der Gy, das Zentrum des Weinbaus und Weinhandels, noch das kleine Rioz, ſondern die im Norden gelegene Stadt Veſoul, die ſich, angelehnt am Fuße eines Ausliegers der Doggerſtufe, genannt La Motte, entwickelt hat. Prähiſtoriſche und römiſche Reſte verraten die alte Bedeutung dieſes Platzes, der als Marktſtadt und Wächter an der Oſtweſtſtraße ſeine Aufgabe ſah. Einer größeren Entwicklung war lange der Drugeon hinderlich, der die breite Senke zwiſchen Vorberg und Stufe oft überſchwemmte. Erſt ſeine Regulierung ermöglichte der Stadt, über die ganze, Ebene zu wachſen. Die Eiſenbahnen, der Aufbau der Departementsverwaltung, ein gewiſſer induſtrieller Aufſchwung hat die Einwohnerſchaft innerhalb der letzten hundert Jahre mehr als verdoppelt, und dem Städtchen ein Übergewicht über Gray verliehen (Veſoul 11 600 E.). An der Stelle der alten Gewerbe, Mühlen, Gerbereien, Eiſenverarbeitung, hat ſich neben Holzverarbeitung etwas Textil- und Eiſeninduſtrie entwickelt. Im übrigen iſt das Land zwiſchen Saône und Ognon heute völlig induſtrieleer.

Den Abſchluß dieſes kleinen, unruhigen Landes bildet das anmutige, liebliche, wieſenreiche Tal des Ognon. Der Fluß zieht ſich in vielen Windungen entlang einer tektoniſch vorgezeichneten Richtung von Nordoſt nach Südweſt. Die Induſtrielandſchaft ſeines Oberlaufes und ſeiner Quellflüſſe endet mit Lure. Es folgt ein ſtiller Flußlauf, vorbei an Dörfern, Flecken, an maleriſchen Schlöſſern, Burgen und Ruinen. Es ſcheint faſt ſo, als ob ſich die Dörfer, die in dem ungaſtlichen, verkarſteten Kalkland im Weſten nicht Nahrung fanden, an dieſem gaſtlichen Fluß zuſammendrängten. Die fruchtbare Tallandſchaft des Ognon iſt eine alte Siedlungsſtraße. Das verraten die Ortsnamen auf -ans, -ange, ebenſo wie die Ruinen und Schlöſſer. Am Flüßchen haben ſich Reſte der alten Eiſeninduſtrie erhalten und weiter entwickelt. Im Anſchluß an die landwirtſchaftliche Produktion ſind Betriebe wie die Biskuitfabrik von Montbozon oder die große Molkerei von Loulans erwachſen. Am linken Ognonufer, ungefähr von Villerſexel bis Marnay, ſteigt mit deutlicher Stufe eine neue Landſchaft auf. In ihr vollzieht ſich der Übergang zum Juragebirge. Von Norden-Nordweſten her greift die Bruchtektonik über den Ognon herüber. Von Oſten-Südoſten ebben Faltungserſcheinungen hier ab. Die Auflöſung der Landſchaft in kleine Rücken und Senken verklingen, längere Höhenzüge, kleine Plateaus künden das beginnende Juragebirge. Nach Norden zu wird dieſe Übergangslandſchaft abgeſchloſſen durch eine doppelte nordweſtlich gekehrte Stufenfolge. Die äußere Stufe (Bajocien), zieht von Rougemont bis nach Belfort. Die innere (Rauracien) läßt ſich undeutlicher, weil durch Faltungserſcheinungen geſtört, von nahe Clerval bis ebenfalls nach Belfort verfolgen. Das ſchon ſtark auf Viehzucht und Milchwirtſchaft umgeſtellte Land kennt eigentlich nur Dörfer und Flecken. Im ſüdlichen Teil iſt es wirtſchaftlich bereits auf Beſançon eingeſtellt. Südlich einer Linie, die ungefähr von Marnay nach Beſançon verläuft, geht dieſes Zwiſchengebiet zwiſchen Doubs und Ognon in Hügelgelände über, das reich an kleinen dörflichen Siedlungen iſt. Abſchließend erhebt ſich aus ihm über 100 m zwiſchen Pesmes und Dôle die waldreiche Serre. In der geologiſch kompliziert gebauten Serre tauchen alte kriſtalline Geſteine hervor. E. Süß ſah in ihr einen der großen Prellböcke für die Jurafaltung.

Es hält ſchwer, eine klare Grenze des Juragebirges gegen Weſten zu ziehen. Legt man ſie in althergebrachter Weiſe in den Lauf des Doubs, ſo muß man ſich doch klar bleiben, daß die typiſchen landſchaftlichen Erſcheinungen, die den franzöſiſchen Jura gerade hier kennzeichnen: an Falten gebundene Höhenzüge, daneben weite Plateauflächen, ſich nicht ſo ſcharf an dieſe Grenze halten. Immerhin von Mömpelgard bis rund 20 km ſüdweſtlich Beſançon (Torpes) beginnt oſtwärts, links des Fluſſes, ausgeprägt der franzöſiſche Jura. Kurz unterhalb Torpes ändert ſich das Bild, der Doubs verläßt das Gebirge und wendet ſich in breitauigem Tal und windungsreichem Lauf nach Weſten, der Jura aber zieht nunmehr, ſcharf gegen das ebene Vorland abgeſetzt, mit ſtellenweiſe über 200 m hohem Abfalle in ſüdlicher Richtung weiter. Das Doubstal von Mömpelgard bis nach Torpes iſt eine der wirtſchaftlichen und kulturellen Hauptachſen der Freigrafſchaft. Bezeichnet man das anmutige liebliche Ognontal in alter Ausdrucksweiſe als paſtoral, ſo muß man das mittlere Doubstal heroiſch nennen. Jäh ſteigen aus dem Laubwaldkleid des Hanges die weißen Kalkfelſen auf, und nichts im ſchroffen Talbild verrät die ziemlich eintönigen Hochflächen, die ſich über dem Tal-Canon ausdehnen. Den Doubs ziert nicht die Fülle kleiner Orte wie den Ognon, dafür halten ſich an ſeinen Lauf einige ſtädtiſche Siedlungen. Sehen wir von Mömpelgard ab, ſo folgen talabwärts nacheinander, abgeſehen von einigen Dörfern, L'Isle-ſur-le-Doubs, Clerval, Baume-les-Dames, Beſancon, dann folgt eine Dörferkette, die von dem Städtchen Dôle, als letztem bedeutenden Platz der Freigrafſchaft, abgeſchloſſen wird. Baume-les-Dames ging aus einer der alten Kloſtergründungen hervor, Benediktiner legten es im 8. Jahrhundert an. Clerval, auch L'Isle-ſur-le-Doubs ſind dabei, alte Talſperren, die die wichtige Straße von Beſançon nach der Burgundiſchen Pforte zu ſichern hatten. Clerval hat die günſtigſte Sperrlage, dort, wo der Doubs beim Durchbruch durch das Gewölbe der Côte d'Armont beſonders eingeengt iſt.

Mit Beſançon endet die Städtereihe im Doubstal. Aus engem Gebirgslauf tritt der Doubs auf kurze Strecke in eine weite Senke (Synklinale), um dann ſofort wieder in widerſinniger Enge in das Gebirge einzutreten. Er gliedert damit an den Gebirgsabfall eine ſchmale Gleithangplatte von etwas über 1 qkm Größe an. Auf drei Seiten ſchützt der Doubs dieſen Raum. Auf dem ſchmalen Hals im Südoſten ſteigt ſteil der Berg auf, der heute die Zitadelle trägt und wahrſcheinlich auch ſchon zu Zeiten der Sequaner eine größere Verteidigungsanlage getragen hat. Die Natur hat die Gunſt dieſer Verteidigungslage noch geſteigert. Vom eigentlichen Jura iſt die ſchmale Hochfläche der Zitadelle durch einen ſteilwandigen natürlichen Graben abgetrennt, den zwei vom Doubs aus zurückgreifende Bäche eingeſchnitten haben. Fürwahr eine ſelten günſtige geſchützte Lage für eine größere Siedlung.

Zur Hauptſtadt der Freigrafſchaft ſcheint Beſançon nicht nur aus der ſpeziellen Topographie geradezu vorbeſtimmt. Verbindet man die verſchiedenen Schwerpunkte des Landes miteinander, ſo treffen ſich dieſe Linien alle unweit Beſançon. Die Stadt liegt zudem an einer der Hauptpforten des Juras. Mit der Plaine de Chaux greift eine Nebenbucht der Saôneſenke bis faſt an die Tore der Stadt. Die niederen Hügel des Landes zwiſchen Ognon und Doubs ſind nach Weſten und Nordweſten leicht zu überqueren. Nach Nordoſten weiſt der Doubs den Weg. Kurze, wenn auch ſteile Nebentäler, öffnen nach Oſt und Südoſt Zugänge zu den tieferen Juraplateaus. Nach dem Süden weiſt das untere Louetal günſtige Wege ins Rebland und in den ſüdlichen Plateaujura. Solange es nicht freie Reichsſtadt war, war Beſançon Vorort des Landes, und es entſprach durchaus den wahren geographiſchen Verhältniſſen, wenn die Franzoſen nach der Eroberung die Verwaltung der Freigrafſchaft wieder nach Beſançon verlegten. Die vergangene Größe als freie Reichsſtadt und ſpäter Hauptort der Freigrafſchaft ſpiegelt ſich noch heute in zahlreichen Paläſten und bürgerlichen Häuſern der alten Stadt wider. Verleitet durch einen Ausſpruch V. Hugos „Besançon, vieille ville espagnole“ war man gern geneigt, in den Baulichkeiten vorwiegend ſpaniſche Einflüſſe zu ſehen. Dem iſt aber nicht ſo.

Die Stadt beſchränkt ſich heute längſt nicht mehr auf die Flußlinie. Schon im Mittelalter wuchs ſie mit dem Winzervorort Battant auf das rechte Flußufer. Battant hat ſeinen Charakter verloren, die Winzerhäuſer ſind verſchwunden, es iſt Arbeitervorort geworden. Außerhalb der alten Befeſtigungen haben ſich neue Vorſtädte entwickelt, Wohnviertel, in die ſich gewerbliche und induſtrielle Betriebe einſchalten. Im Wirtſchaftsbild des Landes hebt ſich Beſançon wie eine Inſel heraus. Ende des 18. Jahrhunderts wurde durch den Genfer Mégevand die Uhrmacherei eingeführt. Sie hat ſich zu ähnlichen Formen entwickelt wie im Jura. In kleinen Mittelbetrieben werden Taſchenuhren, daneben auch Chronometer, Zähler uſw. hergeſtellt. Die Waſſerkraft des Doubs begünſtigte die Entſtehung von Kunſtſeide-, Holz-, Metall- und Papierinduſtrie. Beſançon hat ſtarken ſchweizer und elſäſſiſchen Bevölkerungseinſtrom.

Durch die Dep.-Einteilung iſt die Stadt heute wirtſchaftlich, verwaltungsmäßig zu ſehr auf das Dep. Doubs eingeengt. Mit der Univerſität und als kirchliches Zentrum iſt es zwar der geiſtige Mittelpunkt der geſamten Freigrafſchaft geblieben. Als größte Stadt erreicht es mit nur 65 000 Einwohnern nicht einmal Großſtadtgröße.

Talauf, talab von Beſançon knüpfen ſich an die Waſſerkraft des Doubs verſchiedene Werke: Textil-, Metall-, Papier-, Holzverarbeitung, elektriſcher Strom. Aber ſie vermögen nur bei L'Isle-ſur-le-Doubs, das den typiſchen Charakter einer Fabrikſiedlung hat, das Siedlungs- und Landſchaftsbild ſo zu beeinfluſſen wie weiter oberhalb im Mömpelgarder Land.

4. Das Rebland (Vignoble).

Flußabwärts Beſançon wandelt ſich der Talcharakter. Er wird lieblicher. Der Weinbau hat ſich noch in Reſten erhalten. In breiter Talaue gedeihen fruchtbare Gemüſekulturen. Mit dem Louetal wird dann landſchaftlich die Brücke zum Rebland des Dep. Jura geſchlagen. Im Doubstal, wie im unteren Louetal, dem fruchtbaren Val d'amour, häufen ſich wieder Siedlungen, deren Namen auf -ange und -ans enden. Doch iſt hier die weite ſiedlungsleere, unfruchtbare Schotterebene, die Plaine de Chaux eingeſchaltet. Sie iſt bedeckt von einem der größten Laubforſte Frankreichs.

Inmitten fruchtbaren Landes, kurz vor dem Zuſammenfluß von Doubs und Loue erhebt ſich am rechten Ufer des Doubs das alte Dôle (18 070 E.), überragt von ſeiner prachtvollen Kathedrale. Die Stadt, die ſich möglicherweiſe über den Reſten einer größeren vor- bzw. frühgeſchichtlichen Siedlung aufbaut, war jahrhundertelang Hauptſtadt der Freigrafſchaft. Ihr Ruf als Univerſitätsſtadt und Sitz des höchſten Gerichtshofes war groß, wie wir ſchon ſahen. Sie betreute in der Geſchichte den offenen Südeingang in das Land. Im Verfolg dieſer Aufgabe hat ſie unter heldenmütigem Einſatz ſehr bluten müſſen. Als Hauptſtadt lag ſie zu exzentriſch. Neben den Verwaltungsaufgaben einer Unterpräfektur hat ſich heute etwas Induſtrie entwickelt. Auch die Gerberei hat ſich in dieſer eichenreichen Landſchaft, wie übrigens auch in anderen Städten der Freigrafſchaft noch erhalten können. Paſteur, der hier geboren iſt, entſtammte einer Gerberfamilie.

Südlich des Austrittes der Loue aus dem Gebirge ſetzt das eigentliche Rebland an. Hier im fruchtbaren Hügelland am Juraabfall, dem älteſten Kulturland der Freigrafſchaft, ſcharen ſich die Flecken und Dörfer, häufen ſich die Schlöſſer und Ruinen. In dieſem induſtriearmen Gebiete erreicht die Bevölkerungsdichte noch heute 80—90 Köpfe auf 1 qkm. Wein und Salz machten den Hauptreichtum dieſes Landes aus. Lons-le-Saunier, der größte Platz und die Hauptſtadt des Dep. Jura (14 700 E.) zählt zu den älteſten Siedlungen. Seine Salinen waren, wie wir ſchon wiſſen, den Römern bekannt. Im Mittelalter war der Beſitz dieſer Stadt ſehr umſtritten, bis es den mächtigen Herren von Châlon-Arlay gelang, die Stadt für ſich zu behalten. Bereits Ende des 14. Jahrhunderts lohnte ſich die Nutzung der Salinen mit den damaligen Mitteln nicht mehr. Erſt im 18. Jahrhundert wurde die Salzgewinnung wieder aufgenommen. Die andere Salzſtadt, Salins, iſt erſt ſeit dem frühen Mittelalter bekannt.

Der Weinbau iſt allen Städten und Dörfern dieſes Reblandes eigen, wobei aber das Städtchen Arbois eine Spitzenſtellung einnimmt. Die Lage dieſer Weinbauſtädtchen iſt intereſſant. Sie liegen alle am Ausgang eines in den Jura zurückreichenden Tales. Bis auf das Tal von Arbois ſind es kurze, ſteilwandige Täler, die zirkusartig über einer ſtarken Quelle mit ſteiler Wand enden. Man nennt ſie Reculées. Aus den wichtigſten Reculées führen größere Straßen zum Juraplateau empor. Die Häufung von Städten und Burgen an den Eingängen der Täler war von ſtrategiſcher Bedeutung. Sie ſperren und ſchützen die Jurazugänge. Die wichtigſte Sperre war Salins. Wer Salins beſaß, hatte den Übergang zur Schweiz in der Hand. Was aus Italien über den großen Sankt Bernhard, von Genf kam, mußte auf dem Weg zu den Champagne-Meſſen hier vom Jura herunterkommen.

Heute ſind die Städte in günſtiger Zwiſchenlage Marktorte für Rebland, Breſſe und angrenzenden Jura.

5. Der Jura

„Bon pays", „Gutland", nennt der Bewohner des Juras das fruchtbare Land am Rande des Gebirges, und er kennzeichnet damit zugleich die größere Armut ſeiner engeren Gebirgsheimat. Der franzöſiſche Jura, ſoweit er im Raume der Freigrafſchaft liegt, iſt keine landſchaftliche Einheit. Man unterſcheidet zweckmäßig den ſog. Plateaujura und, um wieder mit den Landesbewohnern zu ſprechen, die Montagne, das Gebirge. Das Volk empfindet mit Recht den größten Teil des Juras nicht als Gebirge. Der Anteil der Freigrafſchaft am Faltenjurazug hat ſeinen eigenen Charakter. Er ſetzt ſich in ſeiner Form zuſammen aus großen, ſtufenförmig nebeneinander abgeſetzten Hochflächen, die durch ſchmale Ketten und Schwellen verknüpft ſind. Der aus der Schweiz ſo bekannte Typ des Faltenjuras: langhingezogene Bergkämme mit breiten Senken dazwiſchen, entwickelt ſich erſt im Vorraum der Schweizer Grenze, im Südoſten des Landes. Ja im Nordoſten greift der franzöſiſche Landſchaftstyp, in den Freibergen, ſogar auf die Schweiz über. Die franzöſiſche Wiſſenſchaft hat dieſen Plateaujura, ob ſeiner Eigenart als Jura comtois bezeichnet[27]. Leider läßt ſich der Begriff Jura comtois ſchlecht verdeutſchen. Vielleicht könnte man in Anlehnung an die „Burgundiſche Pforte" von einem „Burgundiſchen Jura" ſprechen. Die Nordgrenze dieſes Jura-Abſchnittes iſt ziemlich klar durch den Lomont gegeben, der ungefähr von Baume-les-Dames in öſtlicher Richtung ſtreicht. Die ſüdliche Begrenzung iſt nicht ſo klar. Die Hochflächen verſchmälern ſich nach Süden, die ſie begrenzenden Schwellen und Ketten konvergieren. Es beſteht ein breiter Übergangsſtreifen, in dem allmählich die Rücken und Ketten gegenüber den ſchmalen Plateaus bzw. eingeſchloſſenen Becken das landſchaftliche Übergewicht bekommen. Mit der Südgrenze der Freigrafſchaft verklingt jedenfalls der Typ des Burgundiſchen Juras.

Wie eine große Treppe ſteigen die Hochflächen von Weſt nach Oſt, bzw. von Nordweſt nach Südoſt an. Von Beſançon kommend, gewinnt man zuerſt die Hochfläche von Saône etwas über 400 m hoch. Ein ſchmaler Rücken leitet zur ausgedehnten Hochfläche von Ornans[28] über, die eine durchſchnittliche Höhe von 600 m hat. Waldbedeckte Höhenzüge ſetzen dagegen im Südoſten das ſchmale über 700 m hohe Plateau von Levier ab. Im Nordoſten iſt das ungefähr 900 m hohe Plateau von Ma che angegliedert. Eine ähnliche Reihenfolge erhält man von Lons-le-Saunier. Die erſte Hochfläche (Plateau de Château Châlon oder Plateau von Lons-le-Saunier) hat hier 530—560 m Höhe. Nach der ſchmalen Waldkette der L'Heute folgt das um mehr als 100 m höhere Plateau von Champagnole. Dem wieder reiht ſich durch die Montagne de Freſſe abgegliedert das über 800 m hohe Plateau von Nozeroy an, das nach Nordoſten langſam anſteigend in die Hochebene von Pontarlier übergeht. Die im Süden in den Jura eingeſchalteten kleineren Plateaus von Arinthod, Moirans ſind eher als Becken zu bezeichnen.

---

[27] Der Begriff „Jura Comtois" wurde von geologiſcher Seite, von E. Fournier, dem bekannten Höhlenforſcher der Freigrafſchaft geprägt.

[28] Ornans liegt aber nicht auf der Hochfläche, ſondern im Louetal.

Die Entſtehung dieſes eigentümlichen Großformenbildes, der ſtaffelförmig aneinandergeſetzten, durch Ketten und Schwellen getrennten Hochflächen, iſt noch nicht völlig geklärt. Auf eine einfache Formel gebracht iſt der Burgundiſche Jura eine große zerbrochene Kalkplatte, deren einzelne Bruchſtücke in ſich leicht verbogen und in deren Bruchſtellen ſchmale Zonen intenſiverer Faltung aufgewulſtet ſind. Karſterſcheinungen der verſchiedenſten Art, Höhlen, Schlucklöcher, Trockentäler, Karſtwannen, Dolinen, unterirdiſche Entwäſſerung zeichnen das Land aus. Es gibt eine Reihe völlig abflußloſer Becken, das Gewäſſernetz iſt daher äußerſt ſchütter. Die Flüſſe wie der Ain, die Loue brechen waſſerreich aus großen Karſtquellen, und ihre Kraft kann unmittelbar nach der Quelle genutzt werden. Wo der durchläſſige Untergrund durch Verwitterungslehme oder glaziale Lehme verſchmiert iſt, kann es auch zum Stau von Seen kommen: der See von Chalain, von Clairvaux u. a.

Der Plateaujura iſt Land der Viehzucht, Land des Waldes. Merkwürdigerweiſe aber nimmt die Waldbedeckung nicht in weſt-öſtlicher Richtung mit der Zunahme der Höhe allmählich zu. Die niederen Plateaus ſind etwas ſtärker bewaldet als die höheren. Der Jura iſt Rodungsland. Dabei ſcheint die Rodung nicht regelmäßig ſyſtematiſch von Weſt nach Oſt, von niederen zu den höheren Plateaus fortgeſchritten zu ſein. Im Louetal, beiſpielsweiſe, ſtand der Einwanderung eine Straße offen, die tief ins Gebirge eingreift. Im Louetal reicht damit der Typ des altbeſiedelten Landes bis faſt an die Quelle. Wie die Namen auf -ans zeigen, iſt man frühzeitig auf die anſchließenden Höhen emporgeſtiegen. Die Hochflächen von Ornans und Levier dürften ſomit zu den älteſtbeſiedelten Flächen des Jura gehören. Vielleicht ſpielte auch die Sicherung des alten Juraüberganges: Louetal, Pontarlier-Schweiz für die frühe Anlage der Siedlungen eine Rolle. Auch die Hochfläche links des Doubs (Hochfläche von Saône) und ihre nördliche Fortſetzung ſind früh erſchloſſen. Später erſchloſſen dürften die Flächen ſein, die ſich öſtlich an das Rebland anſchließen, ſowie der nördliche Teil der Fläche von Champagnole. Auch der Grad der Erſchließung iſt verſchieden. Das Plateau von Château Châlon wie das von Champagnole tragen noch größere zuſammenhängende Wälder, die Dörfer liegen weit auseinander. Darin kommt die mangelnde Bodengüte zum Ausdruck. Wo im höheren Oſten glaziale Lehme den Boden verbeſſern, iſt die Rodung ausgedehnter und die Siedlungen häufen ſich.

Der Plateaujura iſt ausgeſprochen ſtädtearm. Von Pontarlier, das an ſeiner Oſtgrenze liegt, abgeſehen, iſt als wichtigſter Ort Ornans zu nennen. Aber wie wir ſahen, gehört die Stadt zum Louetal. Doch führen bequeme Anſtiege auf die Plateaus herauf. Auf den Hochflächen liegen nur größere Flecken wie Vercel, Pierrefontaine, u. a. und übernehmen etwas die Stadtfunktion für das Land. In den Becken des ſüdlichen Juras haben ſich in Orgelet, Moirans wohl im Anſchluß an alte Herrenſitze Städte entwickelt. Der ſüdliche Teil des Jura im Raume der Freigrafſchaft zeigt ſiedlungsgeographiſch ein anderes Bild. Hier trifft eher zu, daß die Wälder von Weſt nach Oſt an Ausdehnung gewinnen und die Siedlungen in gleicher Richtung abnehmen. Die niederen und mittleren Plateaus weiſen überwiegende geſchloſſene Dorfſiedlungen auf. Die höheren Plateaus haben einen ſtarken Anteil an Einzel- und Zinkenſiedlungen. Annähernd öſtlich einer Linie St. Hippolyte—Pierrefontaine— Le Valdahon-du-Haut—Pontarlier überwiegt die Auflöſung in einzelſtehende Höfe und Hofgruppen. Dazwiſchen finden ſich größere Siedlungskerne, die Schule, Kirche, Bürgermeiſterei, Käſerei uſw. umfaſſen. Die angegebene Weſtgrenze iſt nicht ſcharf, denn auch auf den niederen Plateaus finden ſich zwiſchen die einzelnen Dörfer Einzelhöfe gelegentlich eingeſchaltet. Noch ausgeprägter iſt die Einzelhof- bzw. Weilerſiedlung im Gebiet der Montagne, im Oſten des Dep. Jura. Sie iſt nicht auf den franzöſiſchen Jura beſchränkt, ſondern findet ſich in gleicher Weiſe auch auf Schweizer Boden.

Die niederen und mittleren Plateaus ſind induſtriearm. Wo genügend Waſſerkraft vorhanden iſt, ſchließen ſich Sägereien an. Sie hängen ſich in größerer Zahl vor allem an die ſtärkeren Flußläufe Ain, Loue, Deſſoubre uſw. Eine Sonderſtellung nimmt wieder das Louetal ein, wie wir bereits ausführten. Es iſt letzten Endes mit ſeinen Obſtbäumen ein Vorpoſten des „Bon pays" im Herzen des Plateaus. Die Waſſerkraft des Fluſſes wird unmittelbar nach der Quelle bei Mouthier durch ein paar kleinere Betriebe der Eiſeninduſtrie und durch ein großes Kraftwerk genutzt. Von dieſem Kraftwerk wird nicht nur das umgebende Land, ſondern Pontarlier, Beſançon, Dôle und das Rebland mit Strom verſorgt. In und um Ornans haben ſich im Anſchluß an die Waſſerkraft ein paar eiſen- bzw. metallverarbeitende Betriebe entwickelt. Ain und Bienne ſpenden ihre Kraft den Induſtrien von St. Claude und Umgebung. Die höheren Plateaus bergen die Zentren der Uhreninduſtrie.

Mit dem Gebirge betreten wir wirtſchaftsgeographiſch wie phyſiſchgeographiſch eine neue Landſchaft. Lange, ſüdweſt-nordoſt ſtreichende waldbedeckte Kämme mit breiten Senken, kompliziert gebauten Synklinalen und Antiklinalen. Sie überſchreiten innerhalb der Grenzen der Freigrafſchaft nicht 1500 m. Die höchſten Höhen der öſtlichen Jurakette liegen wenige Kilometer von der Grenze entfernt auf Schweizer Boden (Dôle, Colomby de Gex über 1600 m, Crêt de la Neige 1723 m). Die Juraketten ſinken nach Nordoſten raſch ab und gehen ſchon in der Gegend von Pontarlier mehr und mehr in eine Hochflächenlandſchaft mit breiten ſüdweſt-nordoſt gerichteten Rücken und Senken über. Zwiſchen Montbenoit und Morteau vermag der Doubs mit ſeinen Nebengewäſſern das Gelände noch etwas ſtärker aufzulöſen. Dann folgt eine eintönige Hochflächenlandſchaft, in die das landſchaftlich ſchöne, ſiedlungsleere Engtal des Doubs kanonartig eingeſenkt iſt.

Das Bergland iſt das jüngſt beſiedelte Land. Klöſter und Herren haben das Land in gleicher Weiſe erſchloſſen, und zwar von Weſt und Oſt, von den Plateaus und auch von dem Schweizer Mittelland aus. Ortsnamen wie Les Allemands, der ſchon auf den alten Karten des 17. Jahrhunderts zu finden iſt, beſagen, daß auch Deutſche, zum mindeſten Deutſchſchweizer — vielleicht als Glasbrenner —, an der Erſchließung des Berglandes beteiligt geweſen ſind.

Das wirtſchaftliche Bild des Berglandes mit ſeinen vielfältigen kleinen Induſtrien haben wir bereits Seite 12f. vorgeführt.

Dank der Induſtrialiſierung iſt die „Montagne" trotz der natürlichen Ungunſt ein ſtädtereiches Land. Im Streichen des Gebirges zieht von St. Claude bis Morteau auf franzöſiſchem Gebiet eine Städtereihe, die auf Schweizer Boden durch Le Locle, a Chaux-de-Fonds folgerichtig fortgeſetzt wird. Die meiſten dieſer Städte ſind kirchliche Gründungen, wie St. Claude, Montbenoit u. a. Den Mittelpunkt im Gebirgsſektor im Dep. Jura ſtellt St. Claude mit rund 14 000 Einwohnern und ſtarkem fremden Arbeiteranteil dar. Im Dep. Doubs iſt Pontarlier mit faſt 12 000 Einwohnern die wichtigſte Stadt im hohen Jura. Es deckt den Eingang zur berühmten Kluſe von Joux. Merkwürdigerweiſe hat die Stadt an der typiſchen Jurainduſtrie nur geringeren Anteil. In den Schokoladefabriken iſt weniger die Abhängigkeit von der Milchproduktion des Jura zu ſehen als die Lage zur nahen Grenze. Die Schokoladeinduſtrie iſt Schweizer Herkunft. Von Bedeutung iſt die Produktion von Alkoholika. Die berühmte Firma Pernod, deren Reklamen einem in ganz Frankreich entgegenſchreien, hat hier ihren Sitz. Früher verſorgte ſie ganz Frankreich mit Abſynth. Eine ganze Reihe von Dörfern um Pontarlier war auf die Kultur der dazu nötigen Wurzeln ſpezialiſiert.

Die Aufgliederung der Freigrafſchaft in ihre einzelnen Landſchaften, die wir mehr oder weniger ſcharf umriſſen haben, darf uns nicht verführen, die Zuſammenſchau des großen Ganzen zu verlieren. Die Freigrafſchaft iſt alte hiſtoriſche Bildung. Sie iſt nach wie vor Brückenland, Durchgangsland. Nur hat die politiſche Eingliederung in Frankreich und die Anpaſſung an den franzöſiſchen Wirtſchaftskörper dieſe naturgegebenen Funktionen abgewandelt bzw. abgeſchwächt.

◆

Die geſchichtliche Bedeutung der Landnahme als Ausleſevorgang

Von Johann Ulrich Folkers, Roſtock, z. Z. im Felde

Seit Herder iſt es eine unbeſtrittene Annahme, daß die Völker durch ihren Siedlungsraum, durch die Umwelt der von ihnen bewohnten Landſchaft geformt werden. „In allen Meeren", ſchreibt Herder, „haben die Reiſenden gefunden, daß ſich auf Inſeln, Halbinſeln oder Küſten von glücklicher Lage eine Beſtrebſamkeit und freiere Kultur erzeugt hatte, die ſich unter dem Druck einförmiger alter Geſetze des feſten Landes nicht erzeugen konnte." Und von Griechenland im beſonderen: „Seine Lage alſo und der Charakter des Volks, der ſich durch frühe Unternehmungen und Revolutionen dieſer Gegend gemäß bildete, brachte gar bald eine innere Zirkulation der Ideen und eine äußere Wirkſamkeit zuwege, die den Nationen des großen feſten Weltteils von der Natur verſagt war." Dieſe Gedanken ſind immer wieder ausgeſprochen und abgewandelt worden — bis hin zu Karl Haushofer, wenn er etwa das Meer und die Steppe als die Erzieher der Völker zur Größe und Weite bezeichnet —, aber bis heute fehlt uns eine klare Einſicht, wie denn eigentlich dieſer als Tatſache vorausgeſetzte und allgemein anerkannte Vorgang einer „Erziehung", einer Formung und Prägung der Völker durch ihren Raum ſich vollzieht. Erſt kürzlich hat Eliſabeth Pfeil in einer anregenden kleinen Schrift[1] über dieſe Zuſammenhänge bekannt, daß „wir eigentlich überall nur Fragen haben, noch keine Antworten. Aber die richtigen Frageſtellungen zu haben, iſt ſchon viel".

Von den drei Möglichkeiten, die uns die heutige Vererbungswiſſenſchaft offen läßt, der Modifikation, d. h. der Anpaſſung des Einzelweſens, deſſen Eigenſchaften ſich abändern, ohne daß das Erbbild geändert würde, der Siebung und Ausleſe, die das Erbbild einer Bevölkerung verſchieben, und der Mutation, dem ſprunghaften Auftreten neuer Erbeigenſchaften, ſcheint nach unſerer bisherigen Kenntnis der Dinge, die mittlere, alſo Siebung, Ausleſe und Ausmerze, die bedeutſamſte zu ſein. Die maßgebenden Forſcher glauben ja heute ſchon den grundlegenden Vorgang der Entſtehung der nordiſchen Raſſe als Ausleſevorgang unter den harten Lebensbedingungen der Eiszeit und Nacheiszeit deuten zu müſſen. Im umgekehrten Sinne, als negative Ausleſe, ſcheint das Klima des Mittelmeergebietes ſich im Sinne einer Ausmerzung des nordiſchen Raſſetypus auszuwirken.

> „Unterſuchungen an der Univerſitäts-Frauenklinik Genua haben ergeben, daß unter den Frauen der heutigen liguriſchen Bevölkerung diejenigen, die der Mittelmeer- und dinariſchen Raſſe zugehören, am fruchtbarſten ſind: nur 15 v. H. dieſer Frauen weiſen eine verminderte Fortpflanzungsfähigkeit auf, während die Frauen vom alpinen Raſſetyp zu 45 v. H., die vom nordiſchen Raſſetyp zu 55 v. H., die oſtbaltiſchen zu 60 v. H. vermindert gebärfähig ſind. Vorausgeſetzt, daß dieſe Ergebniſſe richtig ſind, würde das beſagen, daß im norditalieniſchen Raum die nordiſche und die oſtbaltiſche Raſſe biologiſch nicht voll auf der Höhe wären. Geſtützt werden dieſe Beobachtungen durch entſprechende Feſtſtellungen in Skandinavien, wo ſich der dunkle Menſchentyp als tuberkuloſeanfälliger erwieſen hat als der helle. Es iſt ſehr wohl denkbar, daß die Mittelmeerraſſe im Oſtſeeraum auch eine verminderte Fortpflanzungsfähigkeit aufwieſe."[2]

In dieſen Fällen denkt man als Ausleſefaktoren verhältnismäßig dauernde Eigenſchaften der Landſchaft, die zu verändern außerhalb menſchlicher Macht ſteht wie Klima, Bodenbeſchaffenheit, Lage zum Meer. Man könnte etwa von der „Naturlage" eines landſchaftlichen Raumes ſprechen. Daneben gibt es aber auch noch eine „Kulturlage". Sie umfaßt die durch menſchliche Arbeitsleiſtung verhältnismäßig leicht abzuändernden Lagebeziehungen zu nahen oder fernen menſchlichen Siedlungsräumen, alſo den Grad der verkehrstechniſchen Erſchließung, die Entfernung vom Heimatlande der Siedler, den Grenzcharakter der Landſchaft und die damit verbundenen Gefahren, die Beſiedlungsdichte und die mit ihr verbundenen Möglichkeiten und Unbequemlichkeiten. Gerade dieſe „Kulturlage", die ſich verhältnismäßig ſchnell ändert, wenn eine Landſchaft ſich mit Siedlungen auffüllt, wirkt als Ausleſefaktor ſehr ſtark auf die Beſchaffenheit und raſſiſche Zuſammenſetzung des in dem neubeſiedelten Raum ſich bildenden neuen Volksſchlages. Die verhältnismäßig ſchnelle Veränderung der Kulturlage, die mit dem Fortſchreiten des Beſiedlungsvorganges ſelber eintritt, bedingt einen ebenſo verhältnismäßig kurzfriſtigen Wandel der Qualität des Einwanderungszuſtromes von den Eigenſchaften des typiſchen „Pioniers" zu denen des profitſuchenden Händlers.

---

[1] Eliſabeth Pfeil, Bevölkerung und Raum (Schriften zur Geopolitik, 14). Heidelberg 1939, S. 23.

[2] Eliſabeth Pfeil, a. a. O., S. 12.

Ein Beſiedlungsvorgang von der Landnahme „von wilder Wurzel" bis zum Ausbau einer Ziviliſation, die bereits alle Probleme der alten Heimat der Siedler in gewaltig geſteigertem Ausmaß aufweiſt, hat ſich im hellen Lichte der Geſchichte in Nordamerika abgeſpielt. Hier ſind infolgedeſſen auch am deutlichſten die zeitlich einander ablöſenden Typen des Einwanderers zu erkennen. Man kann ohne Mühe drei Typen unterſcheiden:

1. den Pioniertypus, der beſonderer Härte bedurfte, um den Kampf mit den Gefahren des noch ganz unwirtlichen, ringsum bedrohten Neulandes aufzunehmen, und der unter den ſchweren Lebensbedingungen der ſiedlungsgeſchichtlichen Frühzeit einer überaus harten Ausmerze unterlag. Was aber dieſe überſtand, war nach Kämpfer- und Führereigenſchaften dermaßen ſcharf ausgeleſen, daß ihm die Führung und Prägung des jungen Staates von ſelber zufiel. Das iſt der Menſchenſchlag der Puritaner von Neuengland.

2. Den Bauern(ſiedler)typus, der ſchon nicht mehr unter der Ausleſe durch die Lebensbedrohung der Siedlungsverhältniſſe in der Frühzeit ſtand, der aber durch die Schwere der Urbarmachungs- und Rodungsarbeit, durch die Härte und „Komfortloſigkeit" des Lebens in der Prärie und am Rande des Urwaldes geſiebt wurde und deſſen Leitſtern der mit unendlicher Mühſal und zäheſtem Fleiß erarbeitete bäuerliche Wohlſtand war. Dieſen Typus haben vor allem Deutſchland und Skandinavien über den Atlantik ziehen laſſen. Er hat ſein Ziel, freier Bauer auf freier Scholle zu werden, mit bäuerlicher Zähigkeit erreicht, politiſchen Führungsehrgeiz beſaß er nicht, ſondern fügte ſich ohne Widerſpruch der Führung der engliſchſprechenden Puritaner.

3. Den ſtädtiſchen „Nomadentypus" der ſpäteſten Einwanderungsperiode, den Proletarier und Händler, der einfach dem Geldverdienſt im nun ſchon mit dem Blut der Pioniere und dem Schweiß der Bauernſiedler als Kulturlandſchaft aufgebauten Neuland nachzog. Er unterlag weder einer Ausleſe durch die Gefahren der erſten, noch durch die Mühen der zweiten Periode. Es handelt ſich um die ſeit dem Schwinden der frei verfügbaren Landreſerven des Weſtens die Zahl der einwandernden Bauernſöhne und Landarbeiter aus den germaniſchen Ländern in den 1890er Jahren weit überflügelnde proletariſch-händleriſche Einwanderungswelle aus Südoſt- und Oſteuropa mit ihren Maſſen von Juden und Levantinern. Der Amerikaner älteren Typus bezeichnete dieſe Welle als die „ſchmutzigweiße" Einwanderung. Sie füllte hauptſächlich die Städte auf. Da nun Erſchließung und Beſiedlung Nordamerikas vom Oſtrand zum Weſtrand vorſchritt, ſo ergab ſich ungefähr gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein Zuſtand, in dem Volksart und Landſchaft dreier von Oſten nach Weſten hintereinander liegender Zonen — natürlich mit allmählichen Übergängen und allerlei „Verwerfungen" — das Weſen der drei Einwanderertypen widerſpiegelten. In Karl Lamprechts Buch über ſeine Amerikareiſe im Jahre 1904[3] findet ſich eine Beobachtung, die um ſo überraſchender wirkt, als der Verfaſſer als nationalliberaler Politiker alles andere als ein Antiſemit war[4]. Aber im

---

[3] Karl Lamprecht, Americana. Freiburg i. Br. 1906. Das kleine Buch will keine wiſſenſchaftlich tiefgründige Forſchung, ſondern „Reiſeeindrücke, Betrachtungen, geſchichtliche Geſamtanſicht" bringen. Seine Eindrücke und Beobachtungen ſind aber trotz des verhältnismäßig kurzen Aufenthaltes des Verfaſſers bemerkenswert klar und treffſicher. Sie werden daher in dieſer Arbeit öfter zu Rate gezogen werden.

[4] „Merkwürdig, daß im weſtlichen Amerika die Juden einſtweilen nicht obenauf gekommen ſind. Es muß vorläufig zu hart mit der Hand gearbeitet werden" (S. 32).

Oſten entwickelte ſich damals ſchon New York zum größten Sammelplatz der jüdiſchen Nomaden aus aller Welt!

Der Verſchiedenheit der ſeeliſchen Haltung der drei Einwandererwellen entſpricht die Verſchiedenheit deſſen, was als *Hochziel* des Lebens und Strebens gilt. In der *Pionierzeit* bzw. in der *Pionierzone* waren die Ausleſebedingungen dermaßen hart, daß ein rationales Glücksſtreben nicht ausgereicht hätte, um den Neuſiedlern den „Auftrieb" zur Inangriffnahme des Werkes der Landeserſchließung zu geben. Hier treten durchaus *irrationale* Motive ein, einerſeits die Freude an der Gefahr, die Abenteurerluſt, die Sehnſucht nach freieſter Entfaltungsmöglichkeit der eigenen Kräfte, andererſeits der begeiſterte Glaube an überperſönliche Werte, die Hingabe an eine gottgewollte Aufgabe, der Wille zur Verwirklichung einer Gemeinſchaft der Heiligen und die Stoßkraft eines religiöſen Bundes. So kommt es, daß neben dem *Einzelgänger*, der nichts eiferſüchtiger hütet als ſeine Ungebundenheit, die geſchloſſene, von einem Glauben getragene *Gemeinſchaft* ſteht, die um der Erhaltung der geſchloſſenen Stoßkraft willen — weil dieſe allein ſich den gegebenen Lebensbedingungen gegenüber durchzuſetzen vermag — nicht ſelten von dem einzelnen die Selbſtaufgabe im *Kommunismus* fordert. Kommuniſtiſche, mindeſtens aber ſtraff ſozialiſtiſch zuſammengefaßte Pioniergruppen haben bei der Erſchließung Amerikas für die weiße Raſſe eine erſtaunlich große Rolle geſpielt. Die Puritaner waren in der Heimat bereits durch religiöſe Verfolgung eine Ausleſe an „Dickköpfigkeit" und Einſatzbereitſchaft für ein Glaubensideal geworden.

> „Es iſt unwichtig, ob das Ideal, nach dem ſie ſtrebten, perſönliche Freiheit oder Gewiſſensfreiheit war, ob Religion, die oft eine eher materielle als ideale Form annahm, es war für den Augenblick eine idealiſtiſche Konzeption, eine Bemühung, die Raſſe auf ein höheres Niveau zu erheben, obgleich die angewandten Methoden ſo oft irrig waren. Und die Männer, die für das kämpften, was ſie für richtig hielten, waren Männer, die ſich nicht davor ſcheuten, ihr Blut in der Verteidigung des Rechtes zu vergießen. Sie kämpften, weil der Pfad des Ideals mit dem Schwerte gebahnt werden mußte, und bei ſeiner Herſtellung mußten viele Männer der Hitze und Laſt des Gefechtes erliegen. Aber ſie liefen nicht davon. Die Puritaner waren Männer mit Idealen und mit Aſpirationen. Ihr Ideal war ein Staat, in dem das Wort Gottes das Geſetz der Menſchen bildete —, eine wirkliche Welt, die auf dem Glauben an Gott baſiert war', ſagt Carlyle. Ihr Streben war, einen Staat zu begründen, deſſen Verfaſſung die Bibel war."[5]

Dieſer Schilderung aus engliſcher Feder iſt nur hinzuzufügen, daß dieſe Ausleſe auf der Grundlage eines religiöſen Fanatismus außerdem dazu führte, daß ſich unter den Einwanderern genügend Männer mit der Befähigung für eine führende Rolle auf *geiſtigem* Gebiet befanden. Die Hochſchule von Harvard College wurde ſchon wenige Jahre nach der Einrichtung der puritaniſchen Kolonie Maſſachuſetts gegründet, um ihre religiöſen Ziele zu propagandieren. Dabei war die Ausleſe keineswegs mit der Ankunft in dem neuen Erdteil abgeſchloſſen. Als die Pilgerväter im Herbſt 1620 an der unwirtlichen Küſte Neuenglands gelandet waren, ſtand ihnen ein ſchwerer Winter mit Hunger und Krankheit bevor. Mehr als die Hälfte der Einwanderer war bis zum Frühjahr 1621 geſtorben. Übrigens gingen auch in *Virginia* von den 1607 in Jamestown angeſetzten oder in den folgenden Jahren nachgeſandten Siedlern die meiſten an Hunger und Krankheit zugrunde. In beiden Fällen — in Maſſachuſetts wie in Virginia — ſchloß man ſich zunächſt gegenüber der Schwere des Lebenskampfes in kommuniſtiſchen Formen unter Ausſchaltung der freiſchaltenden Wirtſchaftsperſönlichkeit zuſammen. In Jamestown wie in New-Plymouth wurde das Land zuerſt gemeinſam gerodet, gemeinſam bewirtſchaftet und der Ertrag unter alle Koloniſten verteilt. Solche um die Fahne eines religiöſen Idealismus geſcharten und entſprechend ausgeleſenen Stoßtrupps haben auch noch bei der Erſchließung des Weſtens unter den Pionieren eine Führerrolle geſpielt. Der am ſtärkſten in die Augen ſpringende Fall iſt derjenige der *Mormonen*:

> „Man kann den Weſten nicht bereiſen, ohne wieder und wieder an die großen Weſtzüge erinnert zu werden, an die Karawanen der Pioniere, die in ihren Ochſenwagen auf monatelangen Fahrten den Erdteil durchquerten, den gefährlichen Santa-Fé-Trail entlang, den Kalifornien- und den Oregon-Trail.

---

[5] A. Maurice Law, Die Amerikaner. I. Bd. Das Pflanzen einer Nation. Deutſche Ausgabe. Berlin 1913, S. 81. Vgl. dazu Georg Friederici, Das puritaniſche Neu-England. Halle a. d. S. 1924.

> Die härteſte, die mühſamſte und die qualvollſte Straße aber zogen jene, die ſich den Weg hinſchleppten, den wir jetzt auf glattem Aſphalt ſpielend dahinrollen: die Mormonen. Haß und Unverſtändnis trieben ſie aus dem Oſten der Vereinigten Staaten immer weiter nach Weſten, aus dem Staate Neuyork nach Ohio, aus Ohio nach Illinois, bis ſie ſich ſchließlich entſchloſſen, die letzte Grenze zu überſchreiten und in die noch unbekannte Wildnis jenſeits des Felſengebirges zu ziehen. Vielleicht hat keine andere Gemeinſchaft in ſo kurzer Zeit ihre Hoffnungen immer wieder enttäuſcht, das eben Aufgebaute immer von neuem eingeriſſen geſehen wie die Mormonen, die nach jedem Fehlſchlag, jeder Verfolgung, jeder Vertreibung unentwegt weiterzogen und das Neue Zion hier aufzurichten begannen, auf das ſie felſenfeſt vertrauten[6].
>
> Mitten im Winter waren ſie aus ihrer letzten blühenden Siedlung in Nauvoo vertrieben worden. Bei ſchneidender Kälte zogen ſie, ſchutzlos den Präriewinden preisgegeben, über das Eis des Miſſiſſippi und wanderten weiter durch unbekannte Wildnis bis in das Tal des Großen Salzſees, in dem ſie das ihnen verſprochene gelobte Land zu finden glaubten. Als wir jetzt nach tagelanger Fahrt durch Salzwüſten und Felſenſchluchten in dieſes Tal einbiegen, grüßen uns friſches Grün, Blumen und Früchte wie im Paradies. Aber all dies iſt doch erſt das Werk unermüdlicher Arbeit von drei Generationen fleißiger Mormonen. Als Brigham Young und ſeine Vorhut es am 24. Juli 1847 zum erſten Male erblickten, mag es nicht viel anders ausgeſehen haben als die Wüſtenei, die wir gerade hinter uns gelaſſen haben. Wenn irgendwo das Wort Geltung hat von dem Glauben, der Berge verſetzt, ſo von der Kulturarbeit der Mormonen im Tale des Großen Salzſees“[7].

Dieſe Leiſtung der Mormonen, die mit Hilfe des Quellwaſſers der Gebirge die Einöden am Großen Salzſee zunächſt entſalzten und dann mit glänzendem Erfolg in eine lachende Kulturlandſchaft mit Feldern und Fruchtgärten verwandelten, iſt dann bahnbrechend für die neue Bewäſſerungswirtſchaft im „arid West“ geworden. Bezeichnenderweiſe wurde das Vorgehen des religiöſen Stoßtrupps der Mormonen alsbald von Farmergenoſſenſchaften und kapitalkräftigen Privatgeſellſchaften nachgeahmt. Dieſe vertraten alſo den Typus 2 und 3 unſerer Siedlerwellentheorie.

> „Utah iſt nur einer der 48 Staaten der amerikaniſchen Union, und auch in ihm zählen die Mormonen nicht über eine halbe Million. So wäre das ganze Mormonenexperiment bedeutungslos für das moderne Amerika, wenn es nicht charakteriſtiſch wäre für die Kraft zur religiös-wirtſchaftlichen Gemeinſchaftsbildung, die auch heute noch nicht erloſchen iſt. Das heutige Amerika ruht auf einer viel ſtärkeren religiöſen Grundlage, als der Europäer im allgemeinen auch nur ahnt“, meint Colin Roß[8]. Und Lamprecht ſchreibt: „Zwei gut angebaute Länder gibt es in den Vereinigten Staaten: Pennſylvanien und Utah: religiöſe Begeiſterung und deutſche Nationalität. Nach europäiſchen Begriffen ganz gut angebaut iſt aber nur eines: Pennſylvanien“[9].

Gewiß hat hier die zweite Siedlerwelle, die bäuerliche, der viel beſtes deutſche Blut angehörte, gute Arbeit getan, aber ihr war auch hier ein Stoßtrupp unter der Fahne des religiöſen Idealismus vorangegangen: Die Quäker, die ihrerſeits durch die Ausleſe harter Verfolgungen in England, noch härterer in Maſſachuſetts, Maryland und Virginia gegangen waren. Es iſt hier nicht nötig, alle religiös-kommuniſtiſchen Gründungen in den USA. aufzuführen[10], zu denen ſo intereſſante Gebilde wie die 1847 von John Humphrey Noyes im Staate New York begründete Oneida Community mit ihren Beſtrebungen einer auf männlicher Ausleſe und Selbſtbeherrſchung aufgebauten Zuchtwahl oder die Huteriſchen Brüderſchaften aus den ſchon ſeit dem 16. Jahrhundert in Deutſchland hart verfolgten und dadurch ausgeleſenen Mähriſchen Brüdern gehören. Dagegen muß hier auf das Auftreten ähnlicher Stoßtrupps gläubiger Idealiſten als Pioniere zu ganz anderen Zeiten und in ganz anderen Weltgegenden hingewieſen werden. Was im Zeitalter der deutſchen Oſtlandſiedlung die religiös-kommuniſtiſchen Gemeinſchaften der rodenden und ſiedelnden Mönchsorden, vor allem der Ziſterzienſer und Prämonſtratenſer, und des

---

[6] Hier drängt ſich ein Vergleich mit den Mennoniten auf, die ebenfalls um ihrer Überzeugung willen immer wieder von einer durch ſie in blühendes Fruchtland verwandelten Heimſtatt weiterzogen: von Friesland zur Weichſelniederung, von da zum Schwarzen Meer, von da nach Nordamerika, von da zum Gran Chaco. Vgl. weiter unten S. 567—569. Der Verf.

[7] Colin Roß, Amerikas Schickſalsſtunde. Leipzig 1935, S. 201—202.

[8] a. a. O., S. 206.

[9] Karl Lamprecht, Americana, S. 55.

[10] Robert Liefmann, Die kommuniſtiſchen Gemeinden in Nordamerika. Jena 1922.

Deutſchritterordens als Bahnbrecher der zweiten, bäuerlichen Welle bedeutet haben, iſt ja bekannt genug[11]. Wer aber in den Ritterorden oder in einen jener ſtreng ariſtokratiſchen Mönchsorden aufgenommen werden wollte, mußte ſich einer ſtrengen Ausleſe unterwerfen. Selbſtverſtändlich haben bei der Auswahl der Ritter, die als Soldaten oder als Lokatoren (Siedlungsunternehmer) der zweiten Welle voran ins Oſtland ritten, die Freude an der Gefahr, die Luſt am Abenteuer, der Wunſch nach freier, gebietender Herrenſtellung im weiten Neuland, das Gewinnſtreben im „Lande unbegrenzter Möglichkeiten“, ſagen wir kurz: die Sehnſucht nach Weite, Freiheit und Herrentum eine Rolle geſpielt. Wir wiſſen von der Seelenhaltung des Deutſchritters in dieſer Hinſicht nicht viel, aber in ihr mögen ſich beide Motivgruppen: religiöſe Hingabe an ein Gemeinſchaftsideal und wagender Unternehmerſinn vermählt haben. Eben deshalb reizte es Heinrich v. Treitſchke, „dieſe rätſelhaften Menſchen zu verſtehen, die zugleich raufluſtige Soldaten waren und ſtreng rechnende Verwalter, zugleich entſagende Mönche und waghalſige Kaufleute und, mehr als dies, kühne weitſchauende Staatsmänner“. Eine Verbindung beider Motivgruppen findet ſich übrigens auch in dem um 1108 erlaſſenen Aufruf der geiſtlichen und weltlichen Fürſten an der Slawengrenze des Herzogtums Sachſen zur Hilfeleiſtung wider die heidniſchen Slawen. Da heißt es:

> „Darum erhebe dich, du Braut Chriſti und komme, deine Stimme töne in den Ohren der Gläubigen Chriſti, damit alle zum Kriege Chriſti herbeieilen und den Streitern Chriſti zu Hilfe kommen. Dieſe Heiden ſind die ſchlechteſten Menſchen, aber ihr Land iſt das beſte, überreich an Fleiſch, Honig, Mehl, Geflügel, und, wenn es nur ordentlich beackert wird, an allem, was die Erde hervorzubringen vermag, ſo daß ſich kein anderes Land mit ihm vergleichen läßt. So ſagen, die es kennen. Darum, ihr hochberühmten Sachſen, Franken, Lothringer, Flandrer, ihr Bezwinger der Welt, hier könnt ihr für das Heil eurer Seelen ſorgen und, wenn es euch beliebt, den beſten Boden als Siedlungsland erwerben!“ Die dieſen Aufruf erließen, müſſen doch gewußt haben, was bei denen, auf die es ankam, „ziehen“ würde: das „animas vestras salvificare“ und das „optimam terram ad inhabitandum acquirere“[12].

Gehen wir noch einige Jahrhunderte weiter zurück, ſo finden wir bei der Erſchließung Islands beide Motivgruppen wiederum in denſelben Menſchen vereinigt. Das „trotzige Ende der Welt“, dieſe unwirtliche Inſel, konnte wirklich keine Menſchen mit rationalem Glücksſtreben locken. Was die norwegiſchen Siedler ſeit etwa 870 über das wilde Meer nach Island führte, waren: Das „dickköpfige“ Feſthalten an dem alten Götterglauben, der in Norwegen von den chriſtlichen Prieſtern ausgerottet wurde, und der trotzige Freiheitsſinn der norwegiſchen Edelinge, die ihren Nacken nicht unter das von Harald Schönhaar begründete Einkönigtum und die von ihm erlaſſene Grundſteuerordnung beugen wollten. Welches Motiv ſtärker war, iſt heute nicht mehr zu entſcheiden. Der Ausleſevorgang ſelber aber iſt deutlich genug erkennbar. Auch hier iſt die Zugehörigkeit zur Gruppe der „Pioniere“ unverkennbar.

> „Norwegiſche und isländiſche Forſcher haben auch ſtolz an das vornehme Blut der Landnehmer erinnert. Geſchlechter der norwegiſchen Kleinfürſten, Jarle, Herſen und Odalsbauern ſtellten die Männer der Landnahmezeit. Kaum habe es eine Geſellſchaft gegeben, die im Verhältnis zu ihrer Größe ſo viele große Geſchlechter gehabt habe, ſo viel hohe Geburt, ſo viel vornehmes Blut wie die isländiſche in den erſten Jahrhunderten nach der Beſiedlung des Landes“[13]. Auch hier iſt die Zugehörigkeit zur Gruppe der „Pioniere“ unverkennbar.

Der Übergang vom Pioniertyp zum bäuerlichen Siedlertpy iſt praktiſch fließend, ſo klar auch der Unterſchied beider in der Theorie iſt. Die entſcheidenden Merkmale liegen im wagenden Unternehmerſinn des Pioniers, der zu unruhig iſt, um ſich in die feſte Ordnung eines ſeßhaften Bauernlebens im Verbande der Dorfgenoſſen ohne weiteres einzufügen, und dem Willen des Bauern zur Verwurzelung im neugewonnenen Boden, der nach ſeinem Willen der Lebensraum ſeiner Kinder und Enkel werden ſoll. Wir wiſſen heute, daß „Pionier ſein“ ein Beruf iſt, daß der Pionier vom Drange ſeines

---

[11] Werner Wittich. Der religiöſe Gehalt der Koloniſation des oſtelbiſchen Deutſchlands, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statiſtik, 144. Bd. Jena 1936, S. 641—659.

[12] Lateiniſcher Text am bequemſten zugänglich bei Rudolf Kötzſchke, Quellen zur Geſchichte der oſtdeutſchen Koloniſation. Leipzig und Berlin 1912, S. 9—10.

[13] Otto Scheel, Die Wikinger. Stuttgart 1938, S. 258.

Blutes getrieben wird, der „Grenze" nachzuziehen, wenn im neubeſiedelten Lande der Betrieb „in Schwung" iſt. Einen ſolchen Übergangstypus, der nicht mehr ſtaatsbildend, aber auch noch nicht rein bäuerlich iſt, hat Hans-Jürgen Seraphim[14] in den deutſchen „Rodungsſiedlern" Wolhyniens erkannt und liebevoll geſchildert. Er findet hier

> „in Reinkultur einen Koloniſtentyp arteigener Prägung. Verſucht man nun die einzelnen Seiten ſeines Weſens zu beſtimmen, dann fällt es ſchwer, eine widerſpruchslos-einheitliche Grundhaltung aufzudecken. Bezeichnend iſt vielmehr auch beim Wolhyniendeutſchen jene Unausgeglichenheit und jener Zwieſpalt des Weſens, die dem Deutſchen überhaupt eigen ſind, nur daß ſie hier in koloniſtiſcher Überſteigerung auftreten. Da wäre zunächſt an jene Gegenſätzlichkeit von Beweglichkeit und Beharrung zu denken, die uns als Wandertrieb und Bodenſtändigkeit bereits entgegengetreten iſt. Der Wolhyniendeutſche iſt ſtets geneigt geweſen, ſeinen unter Mühen und Opfern erkämpften Beſitz aufzugeben, wenn er anderswo günſtigere Lebensbedingungen zu finden glaubte."[15]

Seraphim zitiert eine Schilderung der Deutſchen Mittelpolens, die den größten Teil der ſpäteren Wolhyniendeutſchen geſtellt haben, aus den ſechziger Jahren des 19. Jahrhunderts:

> „Allen deutſchen Koloniſten iſt ein merkwürdiger Hang zum Wandern eigen. Sie kaufen ſich gern da an, wo Wälder ausgeteilt werden, wo ſie dann das Holz herunterſchlagen, verkaufen und, nachdem ſie einen Teil ihres Landes urbar gemacht haben, wieder weiterziehen. Oft benutzt erſt der vierte oder fünfte Anſiedler das ganze Feld zum Ackerbau und findet dann auch ein ſpärliches Auskommen. Es bedarf nur einer geringen Veranlaſſung, etwa einer ſchwachen, unbeſtimmten Ausſicht auf leichteren Erwerb, und ſie verkaufen Hab und Gut und ziehen davon, wie das beſonders in den letzten Jahren häufig vorgekommen."[16]

So haben auch die Wolhyniendeutſchen ihrerſeits wiederum vor dem Weltkrieg Tochter- und Enkelſiedlungen im inneren Rußland, in Kurland, Bosnien und Nordamerika gegründet und ſind nach dem Kriege teilweiſe ins Deutſche Reich und nach Kanada übergeſiedelt. Andererſeits betont aber Seraphim[17] mit allem Nachdruck:

> „Es ſoll durch dieſe Charakteriſierung das deutſche Volkstum in Wolhynien keineswegs als wurzellos und nicht bodenſtändig hingeſtellt werden. Der Deutſch-Wolhynier liebt ſeinen Boden, er kämpft um ihn mit einer Zähigkeit und Hingabe, die ihresgleichen ſuchen. Aber ihn lockt gleichzeitig der Urwald der Ferne, um ihn zu roden und wieder zu ſeinem Grund und Boden zu geſtalten. Der Zwieſpalt des Deutſchen — Heimatliebe und Fernweh, Bodenverwurzelung und Wandertrieb — verkörpert ſich in dieſem jüngſten deutſchen Stamm erſchütternd rein. Der Wolhyniendeutſche iſt damit ein echter Nachkomme jener oſtlandfahrenden Bauern, die immer wieder in die Weite ausgreifend immer wieder echten deutſchen Volks- und Kulturboden ſchufen und ſo den Zwieſpalt des Weſens im Werk zur Einheit erhoben."

Den gleichen bäuerlichen Pioniertyp traf Karl Lamprecht in Nordamerika[18]:

> „Auf der kanadiſchen Pacificbahn bin ich mit ein paar jungen deutſchen Bauern aus der Gegend von Winnipeg zuſammen gefahren: ſie ſuchten Neuland im Weſten; ihre Farmen ſeien zu gut, ſie hätten nichts zu tun, der Boden trüge von allein, die Sache ſei langweilig — arbeitſuchend muſterten ſie Stunde um Stunde Höhe und Art des Humus, der zu beiden Seiten der Bahn zutage ſtand, um endlich an einer weltfremden kleinen Station auszuſteigen: da werde es eine neue Heimat, weil neue Arbeit geben." Der amerikaniſche Farmer iſt tatſächlich ein Übergangstypus zwiſchen Pionier und Bauer, eben deshalb wird er ſo verſchieden beurteilt. In der einen Schilderung erſcheint er als beinahe ,,halbnomadiſcher" Unternehmer ohne ſeeliſche Beziehung zu ſeinem Boden, als kühl rechnender Geſchäftsmann, der z. B. im Herbſt „die Bude zuſchließt" und den Winter über in der Stadt wohnt, andererſeits erblicken manche Beobachter im Farmer den werdenden Bauern. Dieſe Zwiſchenſtellung mit ihren beiden Entwicklungsmöglichkeiten ſah auch Karl Lamprecht, dem bei einer Fahrt durch die endloſen Weizenfelder und Haferſaaten der nördlichen Prärie die Erinnerung an Gottfried Kellers „Sommernacht" aufſtieg: „In meiner Heimat grünen Talen / Da herrſcht ein ſchöner alter Brauch . . ." „Wo finde ich hier der Heimat grüne Tale? Wo Nachbarſinn und Herbſtesduft? Endlos ziehen ſich die Äcker, von keinem Grenzſtein geſtört, und der jungfräuliche Boden trägt herb und fruchtbar Jahr für Jahr

---

[14] Hans-Jürgen Seraphim, Rodungsſiedler. Agrarverfaſſung und Wirtſchaftsentwicklung des deutſchen Bauerntums in Wolhynien. Berichte über Landwirtſchaft. Neue Folge. 143. Sonderheft. Berlin 1938.

[15] a. a. O., S. 70.

[16] a. a. O., S. 29—30.

[17] a. a. O., S. 31.

[18] Karl Lamprecht, Americana, S. 66.

> nur eine Frucht . . . Kann unter dieſen Umſtänden der trauliche Sinn des Zuſammenſeins, können die frohen Sitten europäiſchen Nachbarenanbaues gedeihen, wie ſie auf uralte Flur- und Feldgemeinſchaften dieſer oder jener Art zurückgehen? Nichts davon: der Farmer wohnt im allgemeinen für ſich, um ihn ſein Herrſchaftsbereich, fern von Gemeindegenoß und Nachbar. Und er iſt eine einzige Zelle jenes ungeheuren Wirtſchaftskörpers der Union, deſſen Leben Geld, deſſen Geäder Telephon, Telegraph, Eiſenbahn, deſſen Herz Bank und deſſen Gewiſſen Hauptbuch heißt.
>
> Dennoch: wenn du die verwitterten Geſtalten allein auf weitem Felde ſiehſt, wenn du ihr Weſen verfolgſt auf den Sonnabendszuſammenkünften der nächſten Bahnſtation, wenn du ſie auf dem Jagdwege beobachten kannſt oder die Cowboys einer Ranchingfarm früh ausreiten ſiehſt in dem verſchleiernden Staube ihrer halbwilden Herde: es liegt Poeſie in dieſem Leben; und ſo muß es ſeine eigenen, ſtarken ſittlichen Werte haben: Werte der Selbſtändigkeit, des Herrenſinns, der Hingabe an das Große dieſer einfachen Natur . . .
>
> Die Farm iſt die große moraliſche und intellektuelle Vorratskammer des Landes. Und die Union iſt und wird noch viel mehr werden ein Farmerſtaat“[19].

Natürlich iſt es eine für den Volksaufbau wichtige Frage, wo das Blut der Pioniere ſchließlich bleibt. Gehen ſie im Bauerntum des Neulandes auf? Übernehmen ſie etwa beſondere Führeraufgaben in ihm? Es wird noch davon die Rede ſein, daß im oſtelbiſchen Deutſchland der Pionier höchſtwahrſcheinlich im „Junker“ fortlebt. Sicher iſt, daß das Element der Pioniere lange in Bewegung geblieben iſt. Es gibt dafür in Oſtdeutſchland einen guten Anhalt: die in zahlreichen Fällen nachweisbare Wanderung des gleichen Ortsnamens nach Oſten. Natürlich darf man, wenn etwa Dutzendnamen wie Petersdorf, Niendorf, Hinrichshagen oder Nienhagen innerhalb Mecklenburgs in einer Reihe von Fällen auftauchen, zwiſchen ihnen nicht gleich eine Verbindungslinie ziehen wollen. Dazu ſind ſolche Namensformen allzu gebräuchlich, Bildungen auf -dorf oder -hagen in der Zeit der Oſtlandwanderung allzu beliebt geweſen. Anders liegt es ſchon bei Ortsnamenbildungen, die längſt vor der Oſtlandwanderung aus der Mode gekommen waren wie denen auf -ſtedt oder -leben. Wenn der Ort Walsleben bei Oſterburg in der Altmark, dann weſtlich Neuruppin und ſchließlich ſüdlich von Naugard im mittleren Pommern erſcheint, ſo iſt hier eine oſtwärts fortſchreitende Siedlungsunternehmertätigkeit des Geſchlechtes von Walsleben doch wohl anzunehmen. Natürlich iſt in jedem Falle das Alter der in Frage ſtehenden Ortsnamen nachzuprüfen. Beſonders gut geſichert und ſiedlungsgeſchichtlich bemerkenswert ſind die nicht ſeltenen Fälle, in denen Gruppen von Ortsnamen wandern. So erſcheint etwa die Ortsnamengruppe Langenlehſten—Gallin—Greven—Granzin—Beckendorf—Zahrensdorf im Umkreiſe von Boizenburg an der Elbe und tritt dann als Leiſten—Gallin—Greven—Granzin—Beckendorf—Zahren ziemlich nahe beiſammen wiederum nördlich und nordöſtlich von Lübz auf. Hier liegt offenbar eine von vielen Pionierwanderungen vor, und es iſt eine dringende Aufgabe der Forſchung, den Zuſammenhang dieſer Einzelzüge zu klären. Zog nur der Siedlungsunternehmer weiter oder zog ein Teil der Bauern[20] — eben die geborenen Pioniere — mit ihm zu neuer Aufbauarbeit? Oder zogen die überzähligen Jungbauern und Jungbäuerinnen der folgenden Generation als Pioniere weiter? Wen erinnerten dieſe Dinge nicht an gleichfalls nach Oſten vorſchreitende Siedlungsunternehmungen des deutſchen Bauerntums in Südrußland im 19. Jahrhundert, wo ebenfalls die Ortsnamen der Forſchung den Weg weiſen?

> „Heißt die Mutterkolonie am Schwarzen Meer Marienfeld, ſo bezeichnet ein Neumarienfeld oder Kleinmarienfeld im ſelben oder benachbarten Gouvernement die erſte Tochterkolonie; die zweite Etappe findet ſich im Dongebiet in einem Dörfchen Marienfeld. Die dritte Etappe liegt in einer Kolonie im Gouvernement Orenburg, die vierte in einem großen Dorf Marienfeld im Gouvernement Tomſk, das ſeinerſeits auch bereits wieder eine Kolonie gleichen Namens abgezweigt hat.“[21]

---

[19] Karl Lamprecht, Americana, S. 66—67.

[20] Vgl. das Weiterwandern der deutſchen Bauern in Polen nach Ablauf der Freijahre während des 14. Jahrhunderts nach Kaſimir v. Rakowski, Entſtehung des Großgrundbeſitzes im 15. und 16. Jahrhundert in Polen. Berliner Diſſ. 1899, S. 14—15.

[21] Edmund Schmid in: F. W. Mohr und W. von Hauff, Deutſche im Ausland. Breslau 1923, S. 70/71. Vgl. auch die Sammlung Georg Leibbrandt, Quellen zur Erforſchung des Deutſchtums in Oſteuropa, hrsg. von E. Meynen: 1. Bd. Chriſtian Kugler, Großliebental, bearbeitet von Jakob

Es iſt zu hoffen, daß eine vergleichende Unterſuchung des Verlaufes der deutſchen und germaniſchen Landnahmebewegungen, ſoweit ſie ſich im Lichte der Geſchichte deutlich genug abheben, auf dem Wege der wechſelſeitigen Aufhellung der Vorgänge uns im Laufe der Zeit den Pioniertypus immer deutlicher und klarer vor die Augen ſtellen wird.

Der Bauernſiedlertypus iſt von Johannes Gillhoff in ſeinem prächtigen „Jürnjakob Swehn dem Amerikafahrer“ vollgültig geſchildert worden. Auch Fritz Reuter, deſſen Heimatland Mecklenburg ſo unverhältnismäßig viele Menſchen dieſes Typus über den Ozean entſandt hat, daß ſich ſeine ritterſchaftlichen Dörfer faſt daran ausgeblutet hätten, hat in ſeiner Dichtung „Kein Hüſung“ das Weſen des germaniſchen Bauernſiedlers klar gezeichnet:

Ik ſeg den Oll'n up't Lager rauhn,
Up't letzt'; üm em herüm ſin Kinner,
Ehr frame Segen für ſin Dauhn
Folgt em in anner Welt herinner;
Hei richt ſik kräftig in de Höcht
Un kickt mit hellen Og' in't Licht:
‚Herr‘, ſeggt hei, ‚de hir vör di liggt,
Den'n ſettſt du up de Welt as Knecht,
Ik makt ut em en frien Mann;
Geihſt mit min Sünnen in't Gericht,
Denn reken mi dat gnädig an!' —
Ik heww ſei ſeihn mit Rieſeneiken
In ſtarke Kraft gewaltig ringen,
Dat wille Land tau Saatfeld dwingen,
De flit'gen Hän'n enanner reiken,
Hüſung tau bu'n, wo't ehr geföll,
Up ehren Bodd'n, up frie Stell.
Ik ſeg ſ', wo ſ' ſtunnen up ehr Land,
Wo ſ' dräwer reckten ehre Hand,
Wo ſ' ſpröken fri un ſtolt un ſtark:
Dit's unſ'! — Unſ' eigen Hännenwark,
De Arbeit is unſ' Mark un Teiken.
Hir ſünd wi Herr; dit is unſ' eigen! —

Sehr ſcharf ſieht und beurteilt Karl Lamprecht die Aufbauleiſtung des deutſchen Bauernſiedlers in Amerika, aber auch ſeine Grenzen im Politiſchen:

> „Wie lachend die Landſchaft, wenn man von Chicago hinausfährt nach Norden zu und nach Weſten, in die leiſe gewellten Gegenden Wisconſins. Hier kündet ſchwarzer Humus von ungewöhnlicher Fruchtbarkeit; Eichenwälder ſchießen auf, durch ſorgſame Koloniſten von allem Beiwerk anderer Baumarten geſäubert; ſie begrenzen gelegentlich den Horizont; und zwiſchen ihnen und ſie beherrſchend reiche Farmen, die proſaiſchen Holzbretthäuſer teilweiſe durch reiche Steinbauten erſetzt; um die Höfe Schattenbäume und Obſtanlagen; neben den Getreidearten auf den Feldern auch Kohl und andere Hackfrucht; überall, neben manch luſtig wucherndem Unkraut am Wege, Spuren guter Beſtellung. Farmer hinter drei Pferden pflügend, reichlicher Anblick von Mähmaſchinen und frohe Erntefahrt. An den ſchönſten Stellen ſcheint es, als ſeien wir nach einem Lande gekommen, wie es ſich der deutſche Landwirt träumen mag: ein verbeſſertes Deutſchland, eine Gegend, von der der Dichter ahnend ſagte: Und wie ein Garten war das Land zu ſchauen. Das iſt deutſches Farmerland, Land deutſchen Fleißes.
>
> Aber haben die Deutſchen bei ihrem ruhmvollen Anteil an der Urbarmachung des Landes viel erreicht? Gerade der Beſuch von Hauptorten ihrer Tätigkeit, von einigen ihrer wichtigſten heutigen Wohnplätze wie Chicago und Milwaukee, zwingt zu der traurigen Antwort: Nein. Die Deutſchen, tüchtig im einzelnſten und engſten, haben nicht zuſammengehalten, und ſo ſind ſie von den anderen überwunden worden.“[22]

Die Urſache dieſer Schwäche ſieht Lamprecht in „unſerer jammervollen nationalen Geſchichte vom 16.—19. Jahrhundert“, ſo daß die Auswanderer „jeder Vorerziehung für ihre neue Heimat bar“ über den Ozean gegangen ſeien, und ähnliche Urteile kann man überall

---

Stach; 3. Bd., Deutſche Bauernleiſtung am Schwarzen Meer, bearbeitet von Hans Rempel, beide Bände Leipzig 1940.

[22] Karl Lamprecht, Americana, S. 24—25.

und immer wieder leſen. Danach wäre die politiſche Schwäche der Deutſchen ein Erziehungsfehler, die Folge eines in politiſch-erzieheriſcher Hinſicht unzureichenden Milieus. Aber war denn die politiſche Geſchichte Irlands unter dem furchtbaren Druck der Knechtung durch die engliſche Herrſchaft ruhmvoller und erhebender als die Deutſchlands, das doch bereits den Staat Friedrichs des Großen und die Taten der Befreiungskriege aufzuweiſen hatte? Und doch meiſterten die Iren die Fragen der amerikaniſchen Politik mit unbeſtreitbarer Fähigkeit. Es wäre törichte Splitterrichterei, dabei es den Iren ankreiden zu wollen, daß ſie auf einen Schelmen anderthalben ſetzten und den Teufel der politiſchen Korruption mit Beelzebub austrieben. Mir ſcheint der Unterſchied in den politiſchen Fähigkeiten der deutſchen und iriſchen Einwanderer nicht ſo ſehr in der Vorerziehung als vielmehr in der Ausleſe zu liegen, die im Deutſchland des 19. Jahrhunderts unter dem Geſichtspunkt des wirtſchaftlichen Aufſtieges zum freien Bauerntum auf freier Scholle ſtand, in Irland aber unter härteſtem politiſchen Druck ſeitens Englands erfolgte. Wer wollte heute etwa im Ernſt behaupten, daß die Deutſchen an und für ſich ein unpolitiſches Volk ſeien, die Iren dagegen ein politiſches?

Beſonders ſcharf herausgearbeitet hat den Typus des Bauernſiedlers Emil Meynen[23] in ſeiner Unterſuchung des pennſylvaniendeutſchen Bauerntums:

„Der Standpunkt des täglichen Brotes gilt als Wertmeſſer von Beſitz und Arbeit. Der Pennſylvaniendeutſche in der Gemeinſchaft will nicht mehr beſitzen, als er zu ſeinem und ſeiner Familie Unterhalt bedarf, das aber will er ganz und ſo vollkommen als möglich zu ſeiner Verfügung haben. Ein ſtarkes Streben nach Eigenbeſitz und die Ablehnung zeitlicher Geldpacht angloamerikaniſcher Wirtſchaftseinſtellung unter pennſylvaniendeutſchen Menſchen wurzeln in dieſen Anſchauungen. Nirgendwo entſtand unter Pennſylvaniendeutſchen die rein kommerziell eingeſtellte Plantage, und wir beobachten, wie auch neuzeitliche marktwirtſchaftliche Einſeitigkeit keinen Anklang findet.

Der Pennſylvaniendeutſche teilt nicht die vom irland-ſchottiſchen Presbyterianer vertretene Anſicht, daß man die Landwirtſchaft zum Gelderwerb betreibe. Der pennſylvaniendeutſche Menſch vertritt den entgegengeſetzten Standpunkt, daß das Geldverdienen der Erhaltung der Hofſtätte dienen müſſe. Legt der angloamerikaniſche Farmer ſeinen Betrieb großzügig und typenhaft, nach händleriſchen Grundſätzen an, . . ., ſo ſteht der pennſylvaniendeutſche Menſch ſolchem Streben fremd gegenüber. Er iſt bodenverwurzelt und zieht kriſenfeſte Werkarbeit bäuerlicher Betriebsform vor. Sie zielt nicht auf ſchnellen Gewinn, ſondern geſichertes Einkommen. Der pennſylvaniendeutſche Hof iſt, wie es im Volksmund heißt, von der Art, die ‚never booms and never busts‘.

Bäuerliche Landwirtſchaft, die ein angemeſſenes Auskommen gewährt, liegt dem Pennſylvaniendeutſchen mehr als andere Berufe. Städtiſches Leben begegnet Mißtrauen. Am ſtärkſten kommt das in der völlig der Stadt abgewandten Sekte zum Ausdruck; doch gilt das auch für das pietiſtiſche Luthertum und deutſche Bauerntum ſchlechthin.

Wer in ſeiner Arbeit aus der ländlichen Gemeinſchaft hinausſtrebt oder gar eine angeſehene Stellung im öffentlichen Leben erringt, der wird von der Menge nicht mehr als einer der Eigenen anerkannt. Das gilt übrigens nicht bloß für die bäuerliche Nachbarſchaft, ſondern auch im Leben der vielen Landſtädtchen, dort, wo ſie pennſylvaniendeutſch beſtimmt ſind, ein ſehr großer Gegenſatz zur Einzelſtrebigkeit des irlandſchottiſchen Menſchen oder zur Aktivität des Puritaners, die ihrerſeits die politiſche Geſchichte des Landes prägend geſtalteten.“

Bezeichnend iſt auch die Ablehnung des Tabakbaues und der Monokultur der Handelspflanzen, der Großplantage mit Sklavenbetrieb, wie ariſtokratiſche Pflanzer aus England im benachbarten Virginia ſie einführten, durch das pennſylvaniendeutſche Bauerntum.

Ganz ähnlich ſchildert ein wenig deutſchfreundlicher Ruſſe[24] die Grundhaltung der deutſchen Bauern in Südrußland:

„Mit bäuerlichem Sparſinn vermehren ſie ihren Wohlſtand, mit bäuerlichem Eigenſinn halten ſie auch an den Gebräuchen, Sitten und Dialekten ihrer Väter feſt. Ihr ganzes Sinnen und Trachten geht nach Land. In ihren Grund und Boden haben ſie ſich verbiſſen und erwerben mit ſtiller Zähigkeit immer neue Ländereien hinzu. Bienenſtockartig laſſen ihre reichen Kolonien ihren jungen Nachwuchs ausſchwärmen, indem ſie ihnen, dank den ausgezeichnet verwalteten Spar- und Leihkaſſen, irgendein heruntergekommenes Großgut verſchaffen. So laſſen ſich Großvater-, Vater- und Sohneskolonien verfolgen, die eine der anderen entſtammt. Urdeutſch bleiben dieſe Leute, aber auch Urbauern! Ob er ſeine Scholle als Einhüfner bearbeitet oder ſich mehrere tauſend Hektare beſten Landes erworben hat — in ſeiner ganzen Lebenshaltung bleibt dieſer Deutſche plump, vierſchrötig, jeder Verfeinerung der Lebensauffaſſung abhold, und an ſeinem altväteriſchen Deutſch kann man noch heute ſofort feſtſtellen, ob die Wiege ſeiner Ahnen in der Pfalz, in Schwaben oder Oberbayern geſtanden. So unglaublich breite Dialekte findet man in Deutſchland gar nicht mehr; dort haben ſie ſich längſt abgeſchliffen. Und auch die Geriſſenſten unter den Koloniſten, die ſich mit Güterſchlächterei, Kaufoptionen und Schiebungen, Pachtenſchacher und ähnlichen ſtets mit dem Bodenbeſitz zuſammenhängenden Geſchäften abgeben, beſitzen eher verſchmitzte Bauernſchlauheit als eigentliche Geſchäftsgewandtheit. Es iſt klar, daß von einem ſo gearteten Stamme nur wenige Späne abfallen, um in andere Berufe überzugehen, und auch dieſe Späne ſind meiſt ſo hart und harzig, daß ſie ſich von fremden Stoffen nicht durchquellen laſſen und ihre Eigenart bewahren.“

---

[23] E. Meynen, Das pennſylvaniendeutſche Bauernland, in: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 3. Jg. Leipzig 1939, S. 282. Vgl. hierzu Richard H. Shryock-Philadelphia, Engliſche und deutſche Betriebsformen der Landwirtſchaft. Eine Gegenüberſtellung für die Kolonialzeit, in: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 4. Jg. Leipzig 1940, S. 438—449.

[24] G. Proſoroff in: Hoeniger, Das Deutſchtum im Ausland. Leipzig-Berlin 1913, S. 53—54.

Ein politiſcher Führungsanſpruch wird alſo auch hier nicht erhoben. Es iſt aber doch wohl zu billig, dieſen Verzicht einfach mit dem „Ziviliſationsgefälle“ zu begründen, wie dies *Heberle*[25] tut.

> „Die Herkunft von armen Bauern und Arbeitern bedingt noch heute die Stellung der Deutſchen gerade da, wo ſie in den angelſächſiſchen Kolonialgebieten gefeſtigte Kolonien bilden: techniſch tüchtig, fleißig, ſparſam, daher bald zu beſcheidenem Wohlſtand gelangend, an Volkstum und Kirche feſthaltend, bilden ſie, wie beiſpielsweiſe die Deutſchen in der Südafrikaniſchen Union (den alten Burenſtaaten und der Kapkolonie) eine wertvolle Gruppe in der von engliſchen Kapitaliſten beherrſchten Kolonialgeſellſchaft, ohne aber nennenswerte politiſche und ökonomiſche Macht zu beſitzen. Sie helfen das Land erſchließen, aber die Engländer ſchöpfen den Rahm ab. Das iſt ein Bild, das immer wiederkehrt.“

Aber die Armut der Einwanderer genügt keinesfalls als Begründung dieſes Verhältniſſes, zumal da ja die Entwicklung zu Wohlſtand als *typiſch* bezeichnet wird. Und die älteren Einwanderer, eben die „Buren“, haben genau ſo „von wilder Wurzel“ angefangen und dennoch ein eigenes Führertum aus ſich herausgeſtellt. Bei dieſer Gelegenheit mag darauf hingewieſen ſein, daß in dieſem Führertum das beſonderer Ausleſe unterworfene *hugenottiſche* Element[26] — nach den Namen zu urteilen — eine beträchtliche Rolle geſpielt zu haben ſcheint.

Mit Recht beliebt und überaus lehrreich iſt die bildliche Darſtellung des *unterſchiedlichen ſozialen Aufbaues* der deutſchen Volksgruppen in Oſtmitteleuropa in Geſtalt dreier Pyramiden, von denen die der *Siebenbürger Sachſen* voll ausgebaut iſt, die der *Banater Schwaben* einer Spitze, d. h. einer führenden Oberſchicht, die der *Deutſchbalten* eines bäuerlichen Unterbaues als tragenden Fundamentes entbehrt. Wie iſt es zu dieſem unterſchiedlichen Aufbau gekommen? Daß die Deutſchbalten eine Pionierausleſe von hervorragender politiſcher und geiſtiger Führerbegabung ſind oder vielmehr waren, bedarf heute keines Beweiſes mehr. In ihrer Heimat aber waren ſie Führer *ohne Gefolgſchaft*, weil hier die *Pioniere zu weit vorgeſtoßen* waren, als daß ihnen die Bauernſiedler gefolgt wären — nicht etwa, weil der deutſche Bauer waſſerſcheu wäre, wie man törichterweiſe behauptet hat, ſondern ganz einfach, weil der Bauernſohn, der neue Hufen ſuchte, dieſe in größerer Nähe ſeiner alten Heimat, z. B. in Oſtpreußen, noch in genügender Güte finden konnte und es bäuerlicher, dem Abenteuer abgeneigter Art entſpricht, *niemals weiter zu „trekken“* als bis zu der Stelle, wo es *neues, gutes Hufenland* gibt. Hierüber gibt unmißverſtändliche Auskunft der im Zuge der Großen Völkerwanderung entſtandene Unterſchied zwiſchen dem *fränkiſchen Siedlungsgebiet* links des Rheines und dem *Eroberungsgebiet* der fränkiſchen Könige[27]. Auch damals wanderte der fränkiſche Bauernſiedler genau ſo weit über den Rhein ſüd- und weſtwärts, wie unbedingt erforderlich war, um auf ertragreichem Boden die benötigten neuen Hufen zu finden — keinen Schritt darüber hinaus. Dafür war er Bauer und nicht Pionier. Aus demſelben Grunde blieben die deutſchbaltiſchen Pioniere auf ſich allein angewieſen unter fremdvölkiſcher Bauernſchaft —, und das iſt ihr Schickſal geworden.

---

[25] Rudolf Heberle, Auslandsvolkstum. 2. Beiheft zum Archiv für Bevölkerungswiſſenſchaft und Bevölkerungspolitik. Leipzig 1936, S. 19.

[26] Botha, Colin Graham M. A., The French refugees at the Cape. Second Edition. Capetown 1921.

[27] Dieſes Bild wird auch durch die bedeutſamen Unterſuchungen von Steinbach und Petri nicht verändert. Die fränkiſchen Bauernſiedler haben ſich geeignete Hufen inmitten der romaniſchen Bauernſchaft ausgeſucht, ohne die Seine bzw. Loire ſüdwärts zu überſchreiten. Bezeichnenderweiſe hat der archäologiſche Befund eine beſonders dichte Landnahme in den *fruchtbaren Ebenen* im Innern des

Zum Verſtändnis der Verſchiedenheit des Aufbaues der Siebenbürger und der Banater Volksgruppe muß man die ſehr verſchiedenen Zeitumſtände ihrer Entſtehung und deren ausleſende Wirkung in Rechnung ſtellen. Die Vorfahren der Siebenbürger Sachſen zogen in ein ausgeſprochen gefährdetes Grenzland, zu deſſen Verteidigung ſie gerufen waren — rief doch König Andreas von Ungarn wenig ſpäter auch den Deutſchen Ritterorden zur Abwehr des Anſturmes der Kumanen an die Karpatenfront. Von vornherein bildeten die Deutſchen eine Genoſſenſchaft mit außenpolitiſchen Aufgaben und innerpolitiſchen Rechten. Damit waren Kämpfer- und Führeraufgaben geſtellt und die Vorausſetzungen der Pionierausleſe gegeben. Daher auch der ausgeſprochen ariſtokratiſche Zug dieſer bäuerlich-bürgerlichen Volksgemeinſchaft, der Univerſitas Saxonum, die ſich immer als Herrenvolk gefühlt hat. Dagegen vollzog ſich der Einzug der Vorfahren der ſog. Donauſchwaben unter der Vormundſchaft des abſolutiſtiſchen Polizeiſtaates des 18. Jahrhunderts. Die kaiſerliche Regierung brauchte fleißige Untertanen für rein bäuerliche Aufgaben. Für die Entfaltung eines unabhängigen Pioniertums wie für politiſche Aufgaben der Siedler war im Öſterreich des 18. Jahrhunderts kein Raum vorhanden.

Auch bei der Durchſicht der Beiträge zu Martin Wählers Sammelwerk „Der deutſche Volkscharakter" (Jena 1937) tritt der Unterſchied der Ausleſe im unbedrohten Siedlungsland und im bedrohten Grenzland klar genug heraus. Den erſten Fall, der zur Ausleſe typiſcher Bauernſiedler führt, ſchildert z. B. Wähler ſelbſt folgendermaßen:

> „Die Rodung des Thüringer Waldes wurde gegen Ende des 1. Jahrtauſends von Norden und Süden her durch Thüringer und Franken in Angriff genommen. Das Waldgebiet erwies ſich auch hier von ſtarker Ausſiebungskraft. Durch die dauernde Verbindung und Paarung der kräftigen und leiſtungsfähigen Familien wuchs ein zähes, arbeitsfreudiges Völkchen auf dem Thüringer Walde heran, wie es jetzt vielfach noch deutlich ſichtbar iſt."[28]

Man vergleiche damit etwa die Schilderung der Beſiedler Oſtpreußens im gleichen Werke durch Karl Plenzat:

> „Für alle deutſchen Siedler, unbeſchadet ihrer Herkunft, gilt durch die Jahrhunderte ihres Einſtrömens ins Preußenland die Tatſache, daß ſie eine Ausleſe kühner, entſchloſſener, geiſtig beweglicher, freiheitliebender Menſchen waren, die nicht nur aus wirtſchaftlichen Erwägungen, ſondern oft um ihrer Überzeugung treu bleiben zu können, auch: weil die Ferne lockte, weil in dem neuen Lande neue Möglichkeiten der Entfaltung winkten, ihre alte Heimat verlaſſen haben. Viele unter ihnen ſind in den Augen der römiſch-katholiſchen Welt Ketzer geweſen: die blonden Reckengeſtalten frieſiſcher und niederfränkiſcher Mennoniten, wie die dunkleren, beweglicheren Hugenotten — und die Schweizer Proteſtanten wie die Charakterköpfe dinariſch-nordiſcher Salzburger."[29]

Alle dieſe Ketzer ſind auf Grund der Art ihrer Ausleſe ohne Zweifel dem Pioniertypus zuzuzählen, obwohl ſie erſt zu einer Zeit ins Land kamen, als hier für eine Betätigung ſtaatsformender Kräfte kein Raum mehr vorhanden war. Dagegen fanden dieſe Einwanderer an der Nordoſtgrenze des geſchloſſenen deutſchen Volksbodens auf wirtſchaftlichem Gebiete noch Raum genug, ſich in echter Pionierarbeit zu bewähren: die Mennoniten in der Erſchließung der bis dahin als unbeſiedelbar geltenden, weil unter dem Meeresſpiegel liegenden Flächen des Weichſel-Nogat-Deltas, die Einwanderer des 18. Jahrhunderts im „Retabliſſement" der 1708 bis 1710 von der Peſt und anderen Seuchen heimgeſuchten öſtlichen Grenzgebiete, in denen nicht weniger als 155 000 Menſchen dahingerafft waren und 60 000 Hufen unbebaut lagen[30].

---

romaniſchen Siedlungsgebietes ergeben. Vgl. Petri, Um die Volksgrundlagen des Frankenreiches (Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, II. Jg. Leipzig 1938, S. 915—962) insbeſondere S. 923.

[28] a. a. O., S. 203.

[29] a. a. O., S. 142—143.

[30] Erwin Scheu, Oſtpreußen. Eine wirtſchaftsgeographiſche Landeskunde. Königsberg (Pr.) 1936, S. 42.

Bei dem Pioniertypus der Ordenszeit zeichnet Plenzat die unheilvollen Folgen ſeiner Neigung zum Einzeltum in politiſchen Dingen:

> „Dieſes trotzige Unabhängigkeitsgefühl hat es freilich auch verſchuldet, daß dem Orden in ſeiner letzten Zeit im eigenen Lande eine ſtarke Gegenpartei erwuchs, die zu Recht an Überaltertem und Faulgewordenem in ſeinem Regiment Kritik übend, weit über das Ziel hinausſchoß.“[31]

und ſo geradezu die Auslieferung Weſtpreußens an Polen herbeigeführt hat. Hier ſtoßen wir bereits auf den Typus des „Junkers“, der ſpäter noch genauer unterſucht werden wird. Auch der religiös unterbaute hartköpfige Individualismus der Mennoniten hat ja ſchon unter König Friedrich Wilhelm I. zu einem heftigen Zuſammenſtoß mit der preußiſchen Staatsraiſon — ſogar zu einem, freilich wieder zurückgenommenen, Ausweiſungsbefehl — und ſchließlich infolge Verſchärfung der ſtaatlichen Maßnahmen gegen dieſen wirtſchaftlich hervorragend tüchtigen, aber ſtaatsfremden Bauernſchlag zu ſeiner Wiederabwanderung in die ſüdruſſiſche Steppe zu neuer Pionierarbeit geführt (ſeit 1789).

Dem Pionier und dem Bauernſiedler, die beide — wenn auch auf verſchiedener Grundlage ihrer Anlagen und Fähigkeiten — in poſitivem Sinne ausgeleſen ſind und daher beide zum „Pioniertyp“ im weiteren Sinne gerechnet werden dürfen, ſteht nun in Amerika der ſpäteſte Einwanderertyp des proletariſchen und händleriſchen Nomaden als Ergebnis einer negativen Ausleſe gegenüber. Dieſer Wandel in der Qualität des Einwandererzuſtromes führte ja die USA. im Jahre 1923 zu Abwehrmaßregeln in Geſtalt ihres freilich recht grobſchlächtigen Quotenſyſtems, das als Einbau eines Filters gegenüber der „ſchmutzigweißen“ Einwanderung gedacht war. Im übrigen handelt es ſich hier um ein in der Geſchichte einzigartiges Ergebnis des Zeitalters des Liberalismus und der voll entfalteten induſtriellen Geſellſchaft. Im Mittelalter ſtanden einer ſolchen Maſſenwanderung des „Bodenſatzes“ die berufsgenoſſenſchaftlichen Ordnungen und Ausleſemethoden entgegen, die den unzünftigen „Bönhaſen“ nicht leicht hochkommen ließen. Auch im Neuland öſtlich der Elbe baute ſich das Städteweſen von vornherein auf der ſtrengen Ordnung der Gilden und Zünfte auf, deren enges Sieb fragwürdigen Elementen den Zugang zur Betätigung in Handel und Gewerbe und den wirtſchaftlichen Aufſtieg im amerikaniſchen Stil außerordentlich erſchwerte.

> „Glücksritter mit oder ohne goldene Sporen haben natürlich auch bei dem Zug nach dem Oſten nicht gefehlt. Namentlich muß bei jeder neuen Entdeckung von Edelmetallagern das Laufen dahin eingeſetzt haben. Daß aber das Gold und Silber hier durch harte Mühe geſchulter Bergknappen gewonnen werden mußte, hielt bei dieſer verfänglichſten Gelegenheit den reinen Abenteurergeiſt der Doradoſucher fern. Die Sucht nach müheloſem Golderraffen, welche am Anfang der Beſitznahme von Amerika der ernſthaften Pflanzarbeit ſo abträglich war, konnte in der ſo viel nüchterneren Luft der oſtelbiſchen Koloniſation kein Überwaſſer bekommen.“[32]

Die ſtaatliche Siedlungstätigkeit der Neuzeit hat dann auch ihre Siedlungsexperimente mit dem nomadiſchen bzw. aſozialen „Bodenſatz“ gemacht. Der Abſchub von Verbrechern und anderen unerwünſchten Elementen hat z. B. bei der Beſiedlung von Auſtralien und Sibirien, auch von Virginia und Carolina eine Rolle geſpielt. Man wird ſich allerdings hüten müſſen, die abgeſchobenen „Verbrecher“ in Bauſch und Bogen den aſozialen Elementen zuzurechnen. Insbeſondere unter den nach Sibirien deportierten „politiſchen Verbrechern“ befanden ſich vermutlich nicht wenige, die viel eher dem Pioniertypus zuzuzählen wären. Aber ein anderer Teil gehörte natürlich wirklich zum „Bodenſatz“. Im Zeitalter der Aufklärung, der die Vorſtellung von einer naturgegebenen, im Blutserbe unerſchütterlich feſtliegenden Ungleichheit der Menſchen völlig fern, dafür aber die Vorſtellung von der Allmacht des Milieus und der Erziehung um ſo näher lag, hat es auch in Europa nicht an Verſuchen gefehlt, Menſchen nomadiſchen Typus durch Anſiedlung zu bodenſtändigen Bauern zu machen. Bei der „Peuplierung“ wurde großenteils auf die Qualität der anzuſetzenden Siedler kein beſonderer Wert gelegt[33]. Die Natur half ſich dann ſelber. Die als Siedler ungeeigneten Elemente gingen zugrunde oder liefen davon. Es iſt ja bekannt, mit welchem Menſchenverluſt die Anſiedlung der Donauſchwaben wie der Wolgadeutſchen ſich vollzogen hat. Beſonders lehrreich erſcheint der Ausgang zweier Verſuche Friedrichs des Großen, nomadiſches Menſchentum als Bauern anzuſiedeln. Der eine Verſuch zielte darauf ab, in Buſchdorf, Lugetal und andern Ortſchaften des Kreiſes Flatow Zigeuner anzuſiedeln, um aus unnützen Menſchen nützliche zu machen. Dieſe haben jedoch „dadurch, daß ſie bei ihrem angeborenen Wandertrieb ihre Stellen aufgaben und ſie an Polen veräußerten, das polniſche Volkstum in der Wetterecke der Grenzmark vermehren helfen“[34]. Noch intereſſanter verlief ein Anſiedlungsverſuch in Oſtfriesland, der auf Grund des Urbarmachungsediktes von 1765 auf dem Hochmoor weſtlich von Aurich mit Hilfe der Moorbrandkultur und des Buchweizenbaues Zigeuner, Landſtreicher und anderes Geſindel in ſeßhafte Bauern verwandeln ſollte. Was dabei bis 1824 herausgekommen war, ſchildert ein Landeskundiger[35] ſo:

---

[31] a. a. O., S. 143.

[32] Hermann Aubin, Wirtſchaftsgeſchichtliche Bemerkungen zur oſtdeutſchen Koloniſation, in: Aus Sozial- und Wirtſchaftsgeſchichte. Gedächtnisſchrift für Georg von Below. Stuttgart 1928, S. 181 bis 182.

> „Moordorf mit 385 E., ebenfalls eine Colonie, $^{3}/_{4}$ Stunde lang, meiſt aus elenden Häuſern und Hütten beſtehend und mehr unter dem Namen Swarteweg (Schwarzeweg) ſo bekannt wie berüchtigt. Faulheit und Bettelei war hier ſonſt an der Tagesordnung; letztere wurde bis zu einem für Oſtfriesland ungewöhnlichen Grade getrieben. Zeigte ſich ein Reiſender, gleich wurde er von einer Schaar in Lumpen gehüllter, halb- auch wohl ganz nackter Kinder aufs ungeſtümſte angefallen, die Umgebung, beſonders Aurich von alten und jungen Bettlern täglich überſtrömt. Im vergangenen harten Winter erfroren mehrere Kinder, bei der ſtrengen Kälte von der Stadt zurückkommend. Seit Anfang dieſes Jahres iſt endlich dieſem Unweſen geſteuert. Alles Betteln iſt ernſtlich unterſagt. Die Erwachſenen ſind ſtrenge zur Bearbeitung ihres Landes angehalten und zu dem Ende ein Corporal der Landdragoner ihnen zur Aufſicht vorgeſetzt; ein neues Schulgebäude iſt aufgeführt und ein tüchtiger Schullehrer mit einem feſten Gehalt von 300 Rthlr. dabei angeſtellt; zugleich ſind die Ältern angewieſen, ihre Kinder, die vorher wie Wilde aufwuchſen, regelmäßig zur Schule zu ſchicken. Schon jetzt zeigt ſich der Nutzen dieſer für den gegenwärtigen Fall ſehr heilſamen Strenge. Ruhig kann der Reiſende ſeinen Weg verfolgen; kaum ſieht man noch ein Fleck wüſten Landes am Wege, wo noch im vorigen Jahr ſich deſſen in Menge zeigte; und ſo können mit der Zeit einige hundert Menſchen zu nützlichen Staatsbürgern angezogen werden, die ſonſt ihren Mitbürgern und ſich ſelbſt zur Laſt ein elendes Daſein verlebten.“

Dieſe Hoffnung, mit Hilfe des Dragonerkorporals und des Lehrers das nomadiſche Menſchentum von Moordorf in fleißiges Bauerntum verwandeln zu können, enttäuſchte jedoch die Aufklärungsgläubigen, wie eine faſt 90 Jahre ſpätere Schilderung vom Jahre 1912[36] lehrt:

---

[33] So lief bei der Siedlung an der Wolga unter Katharina II. mancherlei „Bodenſatz“ mit, während bei der Beſiedlung der Ukraine unter Alexander I. ſeit 1804 nur muſtergültige Bauern und Handwerker mit Kindern und einem Vermögen von mindeſtens 300 Gulden die Einreiſeerlaubnis erhielten. (Vgl. E. Schmid, Die deutſchen Bauern in Südrußland. Berlin 1917, S. 19 und: Oſtwanderung. Akten über die Auswanderung der Württemberger nach Rußland 1816—1822. Bearbeitet von K. Stumpp, Bd. 2 der Sammlung Georg Leibbrandt, Leipzig 1941.) Erhebliche Anſprüche an die Qualität der Siedler ſtellte auch der oſtpreußiſche Provinzialminiſter Friedrich Leopold v. Schroetter bei der Anſiedlung von 600 Familien in Neuoſtpreußen während des Zeitraumes von 1795—1805. „Die hohen Anſprüche v. Schroetters an die Koloniſten, die moraliſch gut, landwirtſchaftlich voll ausgebildet und vermögend ſein mußten, zeigt am beſten, daß hier wertvollſtes deutſches Volkstum abwanderte“ (Gerhard Staak, Mecklenburger in Polen. In: Zeitſchr. des Heimatbundes „Mecklenburg“, 31. Jg. Schwerin i. M. 1936, S. 13—27 und 46—53.) Andererſeits weiſt Heinrich Schmidt auf die Soldatenſtädte als Sammelplätze des nomadiſchen Typus hin: „Iſt eine Feſtung erobert, ſo ziehen in dieſe Haufen und Maſſen von Arbeitern, Händlern, Gewerbetreibenden und Glücksrittern, in jeder Hinſicht ein gemiſchtes Volk. Erwerbsmöglichkeiten ziehen an. Dieſe Bevölkerung iſt ſelbſtverſtändlich beweglich. Geht alles gut, bleiben viele Familien Generationen hindurch ſeßhaft, viele ſind aber nach ein, zwei Menſchenaltern nicht mehr aufzufinden, wie ſich dies aus familiengeſchichtlichen Forſchungen immer wieder ergibt. So war es, um nur einige zu nennen, in Ofen, Peſt, Eſſegg, Neuſatz, Peterwardein, Arad, Temeswar, Belgrad.“ (Heinrich Schmidt, Typiſche Entſtehungsformen donaudeutſcher Siedlungen. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 3. Jg. Leipzig 1939, S. 142.)

[34] Hans Jakob Schmitz, Die Beſiedlung der Grenzmark Poſen-Weſtpreußen, Grenzmarkführer. Schneidemühl 1937, S. 56.

[35] Friedrich Arends, Erdbeſchreibung des Fürſtenthums Oſtfriesland und des Harlingerlandes. Emden 1824, S. 121.

[36] Bruno Tacke u. Bernhard Lehmann, Die norddeutſchen Moore. Bielefeld u. Leipzig 1912, S. 87—88.

> „Uns aber ziehts zum ‚Zwartenweg', nach Moordorf mit ſeiner ‚tollen Zigeunerromantik'. Seine Entſtehung verdankt dieſe wie viele frieſiſche Moorkolonien dem berühmten Niederlaſſungsedikt Friedrichs des Großen. Wer ſonſtwo das helle Licht der Straße zu ſcheuen hatte, verkroch ſich in dieſe Moorwildnis. ‚Als Schiffbrüchige kamen ſie, wrack ſind ſie lange geblieben.' Ein Jahrhundert lang blieb Moordorf eine Anhäufung lichtſcheuen Geſindels. In armſeligſten Katen hinter Walkemüren (Wände aus Schilf und Lehm) hauſten unter kümmerlichem Schilfdach in einem Raume Menſchen und Vieh zuſammen. Als ‚Netteboven und Swartmakers' (Netze vorm geſchwärzten Geſicht bei Einbrüchen) waren die Männer Moordorfs gefürchtet weit und breit; eine noch größere Landplage aber waren die zahlloſen, bettelnden und ſtehlenden Kinder. Bis Emden, Leer und Norden dehnten die ihre Beutezüge aus. Zahlreiche, troſtloſe Berichte ſchildern dies himmelſchreiende Elend, die abgrundtiefe, moraliſche Verkommenheit. Dies düſtere Bild liegt keineswegs Jahrhunderte zurück. Noch 1872 wurde die regelmäßige Poſt zwiſchen Aurich und Emden fünfmal hier ausgeraubt. Das ganze Dorf hielt zuſammen wie Kletten. Eine umfaſſende Razzia ergab zwei volle Laſtwagen Diebesgut. Das ſchlug dem Faſſe den Boden aus. Gendarmen und innere Miſſion nahmen ſich gleich liebevoll des ſauberen Ortes an und haben gründlich Wandel geſchafft. Der Fortſchritt der Moorwirtſchaft gereichte auch ihm zum Segen. Noch aber ſteckt das alte, heiße Blut in der Bevölkerung, noch glimmt die Glut unter der Aſche. Den Wanderer, der auf öffentlicher Chauſſee die Kamera vor einer verfallenen Kate aus alter Zeit aufbaute, überſchüttete eine alte, unendlich ſchmutzige, verwahrloſte Hexe mit einer Flut unflätigſter Schimpfworte. Nur der drohend geſchwungene ſolide Ziegenhainer ſchützte Photograph und Kamera vor den Krallen des geifernden Weibsbildes."

In ſeinem berühmten Buche über Rußland ſchildert Donald Mackenzie Wallace die Eindrücke, die er in den 1870er Jahren von der Leiſtung der verſchiedenen Siedlergruppen in der ſüdruſſiſchen Steppe empfing. An der Spitze der Leiſtungsſkala ſtehen bei ihm bezeichnenderweiſe die Gemeinden der deutſchen, genauer frieſiſchen Mennoniten[37]:

> „Dem ermüdeten Reiſenden, welcher einige Zeit in ruſſiſchen Dörfern gelebt hat, erſcheint eine ſolche mennonitiſche Kolonie als ein irdiſches Paradies". An zweiter Stelle folgen die bulgariſchen Bauernſiedler: „Ihre Dörfer freilich haben noch ein kahles, unfertiges Anſehen, aber die Bewohner ſcheinen bereits in gedeihlichem Fortſchritt begriffen zu ſein."

Minder günſtig war der Eindruck bei den tatariſch ſprechenden Griechen an der Nordküſte des Aſowſchen Meeres. „Aber am wenigſten von allen Koloniſten dieſer Gegend gedeihen die Juden. Das auserwählte Volk iſt gewiß eine ſehr intelligente, betriebſame und mäßige Raſſe, und in allem, was Kaufen, Verkaufen und Tauſchen anbetrifft, ſtehen die Juden unter allen Nationen der Erde als Meiſter da, aber ſie waren zu lange an das Leben der Städte gewöhnt geweſen, um gute Ackerbauer zu werden. Dieſe jüdiſchen Kolonien wurden als eine Art Experiment gegründet, um zu ſehen, ob die Iſraeliten von ihrem traditionellen Streben abgewendet und auf das gelenkt werden können, was von einigen Nationalökonomen der produktive Teil der menſchlichen Geſellſchaft genannt wird. Das Experiment ſchlug fehl, und die Urſache des Mißlingens iſt nicht ſchwer zu finden. Man braucht bloß dieſe Männer mit hagerem Antlitze und ſchlotterndem Gange, mit ihren durchlöcherten Pantoffeln und ihren ſchwarzen, fadenſcheinigen, bis auf die Knöchel herabhängenden Röcken anzuſehen, um zu begreifen, daß dieſelben ſich nicht in ihrer Sphäre befinden. Ihre Häuſer ſind in äußerſt verfallenem Zuſtande, und ihre Dörfer erinnern an die Greuel der Verwüſtung, von denen der Prophet Daniel berichtet. Ein großer Teil ihres Landes iſt unbebaut gelaſſen oder an Koloniſten verſchiedener Nationen verpachtet. Wenn ſie eine kleine Einnahme haben, ſo rührt ſie meiſt von mehr oder minder geheim betriebenem Handel her."[38]

Die Erde hat nicht die Macht, Nomadentum in Bauerntum zu verwandeln — ſie ſtößt das nomadiſche Blut ab. Bei der Betrachtung der Ergebniſſe der „Ausleſe durch Landnahme" liegt es nahe, den Pioniertypus und den Bauerntypus mit beſtimmten Raſſetypen gleichzuſetzen. Man wird dabei einſtweilen noch Vorſicht walten laſſen müſſen. Gewiß wird auf germaniſchem Boden die Ausleſe der Pioniere den nordiſchen, die der Bauernſiedler den fäliſchen Raſſetypus in den Vordergrund treten laſſen. Nicht völlig geklärt iſt die ſiedleriſche Eignung des oſtiſchen Typus. Die Frage nach der ausleſenden Wirkung eines beſtimmten Landſchaftstypus hat 1934 den Deutſchen Geographentag insbeſondere in bezug auf die Vorherrſchaft des brünetten, kurzköpfigen Menſchenſchlages in den ſpätbeſiedelten, ehemals dichtbewaldeten Gebieten des Schwarzwaldes, der Vogeſen und des ſüddeutſchen Keuperberglandes beſchäftigt[39]. Adam Wrede[40] hat darauf hingewieſen, daß im Rheinlande die höheren Lagen des rheiniſchen Mittelgebirges, insbeſondere die Hohe Eifel eine Bevölkerung aufweiſen, die ſich gegenüber dem Niederrhein wie dem Rheintal durch ſtärker ausgeprägte Kurzköpfigkeit, geringere Körperlänge und dunklere Körperfarben (Augen und Haare) abhebt. Er fügt hinzu:

---

[37] Auf den hinter der Gründung dieſer Mennonitenſiedlungen liegenden Ausleſevorgang komme ich am Schluß dieſer Arbeit zurück.

[38] Donald Mackenzie Wallace, Rußland. Deutſche Ausgabe, II. Bd. Leipzig 1879, S. 81.

> „Die Urſache dieſer körperlichen Unterſchiede auf rheiniſchem Boden iſt vorläufig nicht geklärt und wird vermutlich ſchwerlich feſtzuſtellen ſein. Abwegig erſcheint es, zum Beiſpiel die Kurzköpfigkeit auf Vermiſchung der eindringenden germaniſchen Bevölkerung mit der keltiſchen zurückzuführen. Die gebirgigen Gegenden, in denen zum Beiſpiel in der ſüdlichen Eifel kurzköpfige Menſchen wohnen, ſind erſt in fränkiſch-germaniſcher Zeit gerodet und beſiedelt worden.“

Die ſpäte Beſiedlung all dieſer Bergwaldgebiete ſpricht ſehr gegen ihre Deutung als Rückzugsgebiete vorgermaniſcher Bevölkerungsreſte. Sollte etwa der oſtiſche Raſſetypus eine beſondere Eignung zur Rodeſiedlung im befriedeten Lande beſitzen?

Natürlich kann ſich Ausleſe durch Landnahme auch auf raſſiſch ganz anders unterbauten Volksböden vollziehen. Einen höchſt lehrreichen Fall hat Fochler-Hauke[41] ſehr klar geſchildert, allerdings nicht als Ausleſevorgang, ſondern als Modifikation im Sinne der Umweltlehre gedeutet: die chineſiſche Einwanderung in die Mandſchurei vor und nach 1911.

> „Die Weite des neuen Landraumes und die Notwendigkeit der Verteidigung erweckten in dem von der Heimat her an eine kleinbäuerlich-händleriſch-verbeamtete Geſittung gewöhnten Kolonialchineſen der Mandſchurei freiere, herrenmäßigere, ungebundenere Inſtinkte, während andererſeits in den vielen Tauſenden, die ſich widerrechtlich in der Mandſchurei niedergelaſſen hatten und denen es nicht gelungen war, ihre Landnahme den herrſchenden Bannern gegenüber zur Anerkennung durchzuſetzen, eine auflehnende Geſinnung entſtand, die ſich in Selbſtſchutz und in Angriffskampfhandlungen, aber auch in Bandenunweſen kundtat; das mandſchuriſche Bandentum hat in dieſen alten Kolonialchineſen ſeine Ahnen. Wäre dieſe Entwicklung lange genug vor ſich gegangen, ſo würde es nicht ausgeſchloſſen geweſen ſein, daß dieſes Kolonialchineſentum ſich geiſtig ſo weit vom Stammvolk abgeſondert hätte, ſo daß ſich aus ihm eine neue Nation — ähnlich wie es bei der amerikaniſchen der Fall war — hätte bilden können. Und vielleicht wäre dann einmal dies herrenmäßig-kriegeriſch-verjüngte Chineſentum der Mandſchurei ebenſo erobernd nach China zurückgedrungen, wie einſt die tunguſiſchen Völker über die Große Mauer einbrachen und wie heute das japaniſche Inſelvolk vorwärtsſchreitet. Letztlich ſind es die Brandungswellen des Geiſtes der weißen Völker geweſen, die mittelbar eine ganz andere Entwicklung bedingten, indem weniger durch den Anmarſch weſtlicher Heere und Flotten als durch das Eindringen weſtlicher Ideen das wieder einmal morſch gewordene chineſiſche Gefüge zerſprang und durch die Revolution von 1911 über ein Chaos der Weg zu neuer Zukunft frei wurde. Von den durch unabläſſige Bürgerkriege und auch durch verwahrloſte Verwaltung bedingten Verheerungen gequälten Stammlanden ſtrömten immer neue Millionen chineſiſcher Bauern in die durch keinerlei kaiſerliche Dekrete mehr verſchloſſene Mandſchurei, und durch dieſe rieſigen und ſo überaus raſch vor ſich gehenden Bevölkerungsverſchiebungen wurden in dem älteren Kolonialchineſentum die Anſätze zu einer mehr herrenmäßig-kriegeriſchen Charakterentwicklung hinweggeſchwemmt von den nur auf Boden- und händleriſchen Erwerb ausgehenden Neuſiedlern; und gerade in der Südmandſchurei, in der ſich einſt das freiere Chineſentum hatte entfalten können, wurden die Landräume nun ſchnell in dichter Beſiedlung ausgefüllt.“

Daß hier die Umſtellung der Ausleſebedingungen von den Lockungen einer freien Pionierexiſtenz im weiten Raum auf die nackte Exiſtenzfrage des im chineſiſchen Bürgerkrieg geſchundenen Kleinbauern der entſcheidende Faktor der hier ſo anſchaulich geſchilderten Veränderung des chineſiſchen Volkscharakters der Mandſchurei war, ſcheint mir aus der Darſtellung unmittelbar mit voller Klarheit hervorzugehen.

---

[39] Vgl. Julius Büdel, in: Zeitſchr. für Raſſenkunde, 1 (Stuttgart 1935), S. 80—81.

[40] In: Martin Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena 1937, S. 158—159.

[41] Geopolitiſche und wehrgeographiſche Eindrücke aus der Mandſchurei. Zeitſchr. für Geopolitik, 13, Jg. 1936, S. 380—382.

Es iſt meiſt recht ſchwierig, die Einzelheiten der Ausleſewirkung des Faktors „Landnahme im gefährdeten Raum" auf das Volkstum des Neulandes zu erkennen. Unmittelbare Beobachtungen ſind namentlich in älterer Zeit ſelten — und in jüngerer Zeit wird die Schärfe der Pionierausleſe vielfach durch den polizeilichen Schutz und die ſtaatliche Betreuung der Neuſiedler abgeſtumpft. Wir müſſen ſchon dankbar ſein, wenn der treffliche Chroniſt Helmold, Pfarrer zu Boſau am Ploener See und Zeitgenoſſe Heinrichs des Löwen, die Neuſiedler im ſoeben — ſeit dem Falle der ſlawiſchen Sperrfeſte Ploen im Sommer 1139 — der deutſchen Einwanderung erſchloſſenen Oſtholſtein als Marcomanni, d. h. „Grenzer", ſcharf von den in den altdeutſchen Teilen Holſteins ſiedelnden Holzati und Sturmarii, den Holſten und Stormarn, unterſcheidet und die klaſſiſche Formel des Pionierdaſeins prägt: „Marcomannos oportet duram habere pacientiam et prodigos esse sanguinis sui."[42] — „Grenzer müſſen harte Ausdauer beſitzen und dürfen ihr Blut nicht ſparen wollen." Für neuere Siedlungsvorgänge eröffnen ſich hier bedeutſame Möglichkeiten durch die familiengeſchichtliche Forſchung, wie ſie etwa Chriſtoffel Coetzee de Villiers und Dr. H. F. Colenbrander für den jüngſten niederdeutſchen Stamm, die Buren Südafrikas, begründet haben[43]. Auch die familiengeſchichtlichen Unterlagen für die Salzburger Siedler in Oſtpreußen dürften noch bedeutſame Aufſchlüſſe über die Wirkung der hier vom religiöſen Glauben her beſtimmten Ausleſe ermöglichen. Für die Donauſchwaben des Banats iſt die erſt am Orte der Anſiedlung ſich vollziehende Siebung der zuziehenden und vorher — angeſichts der Populationspolitik der kaiſerlichen Behörden — kaum einer ernſthaften Ausleſe unterworfen geweſenen Einwanderer feſtgeſtellt:

> „Ein ſehr großer Teil erwies ſich als in der Fremde nicht lebensfähig, ging an Krankheit und Not zugrunde oder wanderte wieder ab. Die Einwandererliſten ſind daher durchaus nicht als Liſten der Ahnen der heutigen Schwaben zu bewerten; ſie geben ein verzerrtes Bild von der ſtammesmäßigen Zuſammenſetzung des heutigen banatiſchen Deutſchtums: Die Familien der erſten Einwanderer ſind vielerorts völlig, überall zum großen Teil wieder verſchwunden. Dafür vermehrte ſich der Nachwuchs der lebenskräftigen Familien um ſo ſtärker. Die Kinderzahl war in den älteren deutſchen Dörfern, die bereits auf die anpaſſungsfähigen Familien reduziert waren, doppelt und dreimal ſo groß wie in den neu angelegten Koloniſtendörfern. Die Folge war, daß der Nachwuchs der älteren Dörfer jahrzehntelang die leer gewordenen Koloniſtenſtellen der neuen füllen mußte und danach das Anſiedlermaterial für die ſekundären deutſchen Anſiedlungen hergeben konnte. Das Schwabenvolk geht alſo infolge eines Ausleſeprozeſſes größten Ausmaßes auf eine verhältnismäßig geringe Zahl beſonders lebenstüchtiger Ahnen zurück, die nur einen Bruchteil der geſamten Einwandererzahl darſtellen. Die häufigen Klagen über ein Verſagen der Koloniſten, die ſich aus dem Aktenmaterial der Anſiedlungszeit ergeben, treffen die Vorfahren der heutigen Schwaben in der Regel nicht."[44]

Einen infolge ſeines leicht überſchaubaren Perſonenkreiſes beſonders klaren Fall der Auswirkung härteſter Ausleſe noch in jüngſter Zeit ſtellen die in den drei mecklenburgiſchen Dörfern Schoſſin, Suckwitz und Perdöhl angeſiedelten Rußlanddeutſchen dar, die ſich 1929/30 aus der Sowjetunion, wo damals die große Kollektivierungswelle einſetzte, bis hierher durchgeſchlagen hatten. Über ihren überdurchſchnittlichen Charakterwert ſind ſich alle ortskundigen Beurteiler einig. Dr. Erwin Schroeter[45] ſchreibt über ſie:

---

[42] Helmoldi Presbyteri Bozoviensis Cronica Slavorum, hrsg. von B. Schmeidler, Hannover u. Leipzig 1909, 66. Kapitel, S. 123.

[43] Vgl. Schmidtmayer in der Niederdeutſchen Zeitſchr. f. Volkskunde, Jg. 9. Bremen 1931, S. 108 ff.; Werner Schmidt-Pretoria, Deutſches Erbe im Burentume (mit ausführlichem Quellennachweis) in: De goede Hoop, Berichte aus dem deutſchen und dietſchen Kulturraum, hrsg. von Heinz Kloß. Weimar 1937, S. 155—194.

[44] K. Schünemann im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutſchtums, I. Bd., Breslau 1933, S. 231—232; vgl. auch Schünemann, Öſterreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Thereſia, I. Bd., Berlin (1935), S. 93 u. 327 (Malaria!); ähnlich erging es den unter Maria Thereſia nach Siebenbürgen verpflanzten Proteſtanten aus den öſterreichiſchen Alpenländern; von den 1752—1756 verpflanzten 2724 Perſonen waren bis 1762 nicht weniger als 1208 geſtorben. „Der Reſt vermehrte ſich durch Geburten und durch Heirat mit Fremden bis Ende 1762 auf 1836 Köpfe, unter denen es aber nur 281 verheiratete Paare gab. Viele Familien waren überhaupt bis auf das letzte Glied zugrunde gegangen. So waren von 309 oberöſterreichiſchen Familien im Jahre 1774 106 gänzlich ausgeſtorben" (a. a. O. S. 100).

[45] Erwin Schroeter, Volksbiologiſche Auswirkung der Siedlung. Leipzig 1936, S. 17.

„Die Ruſſenſiedler ſtellen eine ſchon mehrfach geſiebte Ausleſe dar: ihre Vorfahren waren Auswanderer aus Süd- und Mitteldeutſchland (und ein großer Teil wiederum aus Württemberg!), ihre Eltern Pioniere in Sibirien oder am Kaukaſus, und ſie ſelbſt ſind die zäheſten Überreſte einer zermürbenden, ſchickſalhaften Zeit und der ungeheuren Beſchwerniſſe der Rückwanderung.“

Im allgemeinen wird man, um die Rückwirkung der Ausleſe durch Landnahme auf den Volks- bzw. Stammescharakter zu erkennen, den Weg einer Gegenüberſtellung blutsverwandter Mutter- und Neuſiedlerſtämme beſchreiten und die Unterſchiede eines ſo zuſammengehörigen Paares feſtſtellen müſſen. Als ſolche Paare bieten ſich dar:

die ſkandinaviſchen, insbeſondere norwegiſchen Bauern des Mittelalters und die altisländiſchen Bauernkrieger der Sagazeit;
feſtländiſche Sachſen und Angelſachſen;
niederſächſiſches Geeſtbauerntum und das Marſchbauerntum der Frieſen, Stedinger, Dithmarſcher;
deutſche Altſtämme weſtlich der Elbe-Saale-Linie und die in der großen Oſtlandwanderung gebildeten oſtdeutſchen Neuſtämme;
Ruſſe und Sibiriak;
Franzoſe und Frankokanadier;
iberiſche Völker Europas und Südamerikaner;
germaniſche Völker Europas und Nordamerikaner.

Es iſt klar, daß die beiden letzten Paare der Erforſchung große Schwierigkeiten bereiten werden, weil die völkiſche und raſſiſche Zuſammenſetzung des neuen Volkes ſehr bunt iſt. Aus den übrigen Paaren ſtelle ich in den Vordergrund das der deutſchen Alt- und Neuſtämme, weil es dasjenige iſt, an deſſen Unterſuchung ſich meine eigenen Anſichten über das hier in Frage ſtehende Problem in zwanzigjähriger Arbeit geklärt haben.

Gehen wir zuerſt aus von einer Kategorientafel der Siedelformen im germaniſchen Siedlungsgebiet, die ſo aufgebaut iſt, daß natürlich gewachſene und planvoll geſchaffene Siedelformen, „Naturtypen“ und „Normtypen“ im Sinne R. Martinys[46] in zwei Gruppen geſchieden und innerhalb jeder Gruppe die einzelnen Formen je nach ihrer ſoziologiſchen Struktur den beiden polaren Grundbegriffen der „Gemeinſchaft“ und „Geſellſchaft“ im Sinne von Tönnies[47] als näher- oder fernerſtehend zugeordnet werden. Die Einzelbegründung der Zuordnung, ſofern dieſe ſich nicht aus der Charakteriſtik der einzelnen Siedlungstypen von ſelber ergibt, muß für eine andere Stelle vorbehalten werden[48].

Ein Blick auf die Kategorientafel ergibt zunächſt die ausgeſprochene Bevorzugung der planvoll geſchaffenen Siedelformen durch die Pioniere und Bauernſiedler des Neulandes[49]. Die Normtypen ſind, wenn man auf den Geſamteindruck ſieht, zugleich die oſtdeutſchen Normaltypen. Wenn wirklich, wie beim Reihendorf mit Marſch- oder Waldhufen (B 6), das Verbreitungsgebiet weit im Weſten beginnt und ſich in zwei langen Streifen tief in den Oſten zieht — der ſüdliche Streifen vom nördlichſten Schwarzwald über den Odenwald, Speſſart, Frankenwald, Erzgebirge und Sudeten bis in die Beskiden, der nördliche Streifen von Flandern über das Rheindelta, die Flußmarſchen längs Niederweſer und Niederelbe, den mecklenburgiſch-pommerſchen Küſtenſtreifen von Lübeck bis Schlawe zur unteren Weichſel —, dann iſt gerade dieſe Siedelform, wo ſie auf weſtdeutſchem Boden vorkommt, bereits hier ein ſicheres Zeichen ſpäter Beſiedlung (kaum vor Beginn des zweiten Jahrtauſends nach der Zeitrechnung). Das Marſch- und Waldhufendorf muß gerade der ſeeliſchen Eigenart des bäuerlichen Pioniers beſtens entſprochen haben.

---

[46] R. Martiny, Die Grundrißgeſtaltung der deutſchen Siedlungen. Erg.-Heft 197 zu Petermanns Mitteilungen. Gotha 1928.

[47] F. Tönnies, Gemeinſchaft und Geſellſchaft. 3. Aufl. Berlin 1920.

[48] Vgl. O. Schlüter, Die Siedlungen im nordöſtlichen Thüringen Berlin 1903, und R. Martiny, ſiehe Anm. 46, ferner W. Ebert, Ländliche Siedelformen im deutſchen Oſten. Berlin 1936.

[49] Dies lehrt z. B. die Überſichtskarte bei Auguſt Meitzen, Siedelung und Agrarweſen, Berlin 1895, 4. Bd., oder bei Walter Geisler in W. Peßlers Handbuch der dtſch. Volkskunde, 3. Bd., Potsdam o. J.,

Tafel der ländlichen Siedlungsformen auf germaniſchem Volksboden

1. Pol: Urwüchſige Gemeinſchaft (nach Tönnies)

A. organiſch gewachſene	B. planmäßig geordnete
Siedelformen:	
(Martiny: Naturtypen)	(Martiny: Normtypen)
A 1: **Sippengehöft** (für Deutſchland nur mittels Analogie erſchließbar) mit Großhufe.	B 1: **Platzdorf** (O. Schlüter: „Auch ſie haben immer nur *einen* Eingang, an allen übrigen Stellen ihrer Peripherie fehlt die Verbindung mit den Landwegen"). Platzgeſtalt unregelmäßig.
A 2: **Breites** (ungeregeltes) **Straßendorf**, zweizeilig mit angerartiger Straßenverbreiterung, aber *ohne* den klaren Abſchluß des Angerdorfes ins freie Feld „ausſtrömend" (in Polen und Rußland weitverbreitet).	B 2: **Rundling** einſchl. Sackgaſſendorf, geſchloſſene Siedlungsanlage von meiſt nicht mehr als acht Gehöften um einen runden oder ovalen Platz mit nur *einer* Aus- und Zufahrt.
A 3: **Lockeres Haufendorf**, gerne um einen Quellgrund gelagert, unregelmäßig, weiträumig, die Wege nach den Gehöften, *nicht* die Gehöfte nach den Wegen ausgerichtet.	B 3: **Rundangerdorf**, meiſt ſtattliche Siedlung mit mindeſtens *zwei* einander gegenüberliegenden Aus- und Einfahrten, alſo von einem Wege durchſchnitten und dem Verkehr aufgeſchloſſen.
A 4: **Zeilendorf**, einzeilig ohne Abſtand der Gehöfte längs eines Flußtales, einer Wieſenniederung oder Bodenſenke.	B 4: **Straßenanger- oder Langangerdorf** mit mindeſtens zwei alten Hauptausfahrten an den Spitzen des ſich nach beiden Enden verjüngenden Angers[50].
A 5: **Wegedorf** (Haufenwegedorf), geſchloſſenes oder gedrängtes Dorf mit Ausrichtung der Gehöfte und Häuſer längs *mehrerer* Wege, wegen Unregelmäßigkeit des Grundriſſes früher meiſt als „Haufendorf" betrachtet.	B 5: **Schmales Straßendorf**, zweizeilig, *ohne* Binnenanger, alſo bereits ohne ein wichtiges Element der Dorfgemeinſchaft, ſcharf ausgerichtet längs eines durchlaufenden Weges.

A 2—5, B 1—5 haben im Normalfalle urſprünglich Gemengelage der Ackerflur (*Eſchflur* bzw. *Gewannflur*, B 4 und 5 öfters *Gelängeflur*[51]);

A 6: **Weiler**, oft mit *Blockflur* oder *Blockgemengeflur* („Weilerflur").	B 6: Lockeres **Reihendorf** mit *Marſch-* oder *Waldhufen* (Hagenhufen)[52] einſchl. Rund- oder Quellreihendorf mit in Sektoren eingeteilter Radialhufenflur: Übergangsform von B 2 oder B 3 her.
A 7: Streuſiedlung oder Schwarmſiedlung bäuerlicher *Einzelhöfe* mit *Einödflur* oder *Blockflur*.	B 7: **Gutshof**, meiſt mit Katendorf und rationaler, nicht ſelten ſektorenförmiger Fluraufteilung.

2. Pol: Individualiſtiſche Geſellſchaft (nach Tönnies)

Taf. X, bei S. 177. . Vgl. auch den Abſchnitt „Siedlungsgeſtaltung im Gebiete der oſtdeutſchen Koloniſation" in Rudolf Kötzſchke u. Wolfgang Ebert, Geſchichte der oſtdeutſchen Koloniſation, Leipzig (1937) S. 167—216 mit zahlreichen Beiſpielen der Dorf- und Flurgeſtaltung.

[50] Bei A. Meitzen und denjenigen Kartenzeichnern, die auf ihm fußen, werden die Langangerdörfer den „Straßendörfern" zugezählt, obwohl ihnen ein ſoziologiſch ſo bezeichnendes Element wie der Dorfanger deutlich eine Sonderſtellung zuweiſt.

[51] Vgl. Johs. Leipoldt, Die Geſchichte der oſtdeutſchen Koloniſation im Vogtlande auf der Grundlage der Siedlungsformenforſchung (Mittlgn. des Ver. f. vogtländiſche Geſch. u. Alt.). Plauen 1928, S. 35—39. Siehe dazu A. Krenzlin, vgl. Anm. 52, S. 548 u. S. 555.

[52] Vgl. Anneliese Krenzlin, Probleme der neueren nordoſtdeutſchen und oſtmitteldeutſchen Flurformenforſchung, Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, IV. Jahrgang, Leipzig 1940, S. 547—569: „Das Neue der oſtdeutſchen Koloniſationsformen beſteht in der großzügigen und planmäßigen Anlage

B 6 zeigt die äußerſte, gerade noch mögliche Dehnung des Dorfes, ein Höchſtmaß an Lockerung des örtlichen Zuſammenhanges der Dorfgenoſſen, über das hinaus ein einziger Schritt die Dorfgemeinſchaft ſprengen würde. Jedem Siedler iſt ſeine Hufe in einem einzigen, am Gehöft beginnenden langen Landſtreifen zugemeſſen worden, ſo daß er jederzeit auf ſeinem eigenen Grund und Boden zu jedem Teil ſeiner Hufe gelangen kann und nicht darauf angewieſen iſt, wie bei der Gemengelage das Überwegungsrecht über Hufenſtücke ſeiner Nachbarn in Anſpruch zu nehmen und ſich ſelbſt entſprechende Inanſpruchnahme ſeines Grundes und Bodens durch Dorfgenoſſen gefallen laſſen zu müſſen. Vor allem die läſtigſte Inanſpruchnahme, das Pflugwenderecht auf dem Nachbargrundſtück gab es bei der Wald- und Marſchhufe nicht. Dieſe Hufenform und die durch ſie bedingte Siedelform des Reihendorfes entſpricht alſo dem trotzigen Individualismus des bäuerlichen Pioniers, der ſeine Ellbogenfreiheit haben und ſich aus dem markgenoſſenſchaftlichen Flurzwang wie aus der Einengung durch die Dorfgemeinſchaft ſo weit herauslöſen möchte wie nur möglich. Die Grenze wird beſtimmt durch die Notwendigkeit eines genoſſenſchaftlichen Zuſammenſchluſſes zum Kampfe gegen Urwald, Sumpf oder Waſſersnot[53]. Daher kommt es im ungeſicherten Neuſiedellande zumeiſt nicht zur Auflöſung in Streuſiedlung von Einzelhöfen, ſondern es bleibt bei der weithin gelockerten Dorfform des Reihendorfes, das von deutſchen Siedlern nicht lange vor dem Jahre 1000 nach der Zeitwende gleichzeitig in Flandern und im waldbedeckten Bergland ſüdlich des Maines „erfunden" worden ſein muß[54]. Man wird es nicht glaubhaft finden, daß die Siedelform des Marſch- und Waldhufendorfes, zu der doch — vollends im Marſch- und Waldland Norddeutſchlands — keinerlei geographiſcher Zwang genötigt haben kann, von den Siedlungsunternehmern, den Lokatoren, aus bloßer doktrinärer Liebhaberei den Siedlern aufgezwungen worden wäre. Das iſt namentlich auch deshalb unglaubhaft, weil damals, als die Weite des Oſtlandes ſich mit ihren „unbegrenzten Möglichkeiten" auftat, gerade auf den ſchwierigen Böden, wo noch der Urwald gerodet oder das Sumpfland entwäſſert werden mußte, die Nachfrage nach Übernehmern ſolchen Landes zur Urbarmachung das Angebot bei weitem überſtieg. Sollte das Siedlungsgeſchäft, wie es die Lokatoren betrieben, finanziellen Ertrag bringen, ſo hatten ſie allen Grund, jede erdenkliche Rückſicht auf Wünſche und Eigenart desjenigen Menſchenſchlages zu nehmen, den ſie als Neuſiedler für die von ihnen einzurichtenden Feldmarken zu werben trachteten. So ſehen es auch die Volks-

---

der Feldeinteilungen, die einerſeits den praktiſchen Erforderniſſen der Wirtſchaftsweiſe angepaßt iſt, andererſeits nach immer ſtärkerer Individualiſierung in der Beſitzverteilung ſtrebt, die ſchließlich in den gereihten Hufen ihre Vollendung erreicht" (S. 557). Adalbert Klaar äußert ſich über das Waldhufendorf des oberöſterreichiſch-böhmiſchen Grenzgebietes: „Kein Gemeinſchaftswille, wie ſolchen die Sammelſiedlung der Angerdörfer in uralt volkhaftem Sinne planmäßig geſtaltet hatte, kommt hier zum Ausdruck. Keine bodenmäßig günſtig gewertete Verteilung der Ackerflächen, wie ſie die planmäßige Gewannflur zeigt, und wie ſie einer bäuerlichen Gemeinwirtſchaft entſprach, iſt in dieſen Reihengrundſtücken angeſtrebt. Die Umſtellung von der Bauernkultur zu einer von der Stadtkultur beſtimmten landwirtſchaftlichen Siedlung wird damit in der Siedlungsanlage deutlich" (Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, I. Jg., Leipzig 1937, S. 135). Unter B 6 fällt auch das ſogenannte Liniendorf der deutſchen Siedler in Mittelpolen und Wolhynien. Vgl. Walter Kuhn ‚Die deutſchen Siedlungsformen in Polen, Deutſche Blätter in Polen, 6. Jg., Poſen 1929, S. 309—324; Hans Jürgen Seraphim, Rodungsſiedler, vgl. Anm. 14, S. 47—50. Echte Reihendörfer bzw. Liniendörfer mit gereihten Hufen haben auch die kanada- und rußlanddeutſchen Mennoniten 1927—1930 im Gran Chaco von Paraguay gegründet (Schmieder u. Wilhelmy, Deutſche Ackerbauſiedlungen im ſüdamerikaniſchen Grasland, Pampa und Gran Chaco, Wiſſenſchaftl. Veröffentl. des deutſchen Muſeums für Länderkunde, Neue Folge 6, Leipzig 1938). Die von Schmieder und Wilhelmy gewählten Bezeichnungen „Zeilendorf" (S. 103) für einreihig und „Straßendorf" (S. 99, 102) für zweireihig angelegte Reihendörfer dürften angeſichts des Hofanſchluſſes der aus einem Stück beſtehenden Hufen bzw. „Loſe" (Abb. 32—36) nicht irreführen.

[53] „Bindung in der Freiheit, — das iſt der tiefſte Sinn dieſer Siedlungsform der Reihung" (Kötzſchke-Ebert, Geſchichte der oſtdeutſchen Koloniſation. Leipzig (1937), S. 185.

[54] Vgl. meine Abhandlung „Koloniale Abwandlung deutſcher Volksart im oſtelbiſchen Raume". Zeitſchr. f. Volkskunde, Jg. 1934, Bd. VI, 2. Heft, auch Feſtgabe für Otto Lehmann. Leipzig 1935, S. 28—42.

kundeforſcher der in Betracht kommenden Neuſtämme. Hören wir einmal zunächſt Emil Lehmann[55] über den ſudetendeutſchen Raum:

> „Die herrſchende Dorfform iſt das Reihendorf. Das voll entfaltete Reihendorf, das ſich längs des Weges und des Waſſerlaufs auf der Höhe oder im Tale dahinzieht mit ſeiner Doppelreihe von Höfen[56] und mit der Ausfüllung von Auenhäuschen dazwiſchen, das in einer Mulde, die immer mehr zur Schlucht wird, emporſteigt und deſſen Hufen fiederförmig zu beiden Seiten hinausziehen bis an den Wald — das iſt das Dorfbild des Sudetendeutſchen. Es iſt ihm ans Herz gewachſen. Es iſt ſelbſt ein Stück ſeiner Seele geworden. Es beſtimmt auch ſeine Stellung in der Gemeinſchaft. Wie der einzelne Hof da für ſich ſteht, im Kopfende des zugehörigen Feldſtreifens, unabhängig von den anderen, nur den Nachbarn zur Rechten und Linken enger verbunden, ſo ſteht der ſudetendeutſche Bauer und Dörfler ſeit alter Zeit in der Gemeinſchaft. Es iſt eine freiwillige Leiſtung, wenn er ſich einreiht. Er tut es, ſoweit das Recht es erfordert. Wenn er aber will, kehrt er ſich ab.
>
> Ganz anders hat am Gemeinſinn der Tſchechen eine Dorfform mit geprägt: Das Runddorf (auch Lehmann hält alſo an der Milieutheorie feſt! D. Verf.). Es hält eine kleine geſchloſſene Zahl von Familien eng verbunden; da führt nur ein Weg hinein und heraus. Es wird jeder von jedem ſtändig geſehen, und keiner kann ſich der Gemeinſchaft entziehen. Kein Fremder kann herein ohne die Zuſtimmung der ganzen Gemeinde. Und ehedem wurde auch das Ackerland gemeinſam bebaut. Inmitten der Hütten liegt der Gänſetümpel und ſteht unter der Linde die Kapelle. Das iſt das gleichförmige Heimatbild des Tſchechen.
>
> Die Deutſchen ſitzen auch am Gaſthaustiſch oder an den Tiſchen, ja auch im Eiſenbahnwagen nach der Art des Reihendorfes: jeder kümmert ſich nur noch um den Nachbar zur Rechten und zur Linken, keiner ums Ganze. Die Tſchechen bilden überall ſogleich einen Ring, eine Wagenburg, eine ſolidariſche Sperrmauer um den Fremden. Wo Deutſche ein Runddorf bezogen haben, lockern ſie es auf; umgekehrt die Tſchechen, die in ein deutſches Reihendorf eindringen.
>
> Das iſt hier in kennzeichnender Zuſpitzung geſagt. Es wohnen Deutſche auch in alten Anger- und Straßendörfern, ſo in Südmähren, in ſpäteren bergbaulichen Streuſiedlungen, in Vorformen des Reihendorfes, ſo im Egerland, in Einödhöfen im Böhmer Wald und in den verſchiedenen Kolonien und Anlagen der neuen und neueſten Zeit. Die Hauptform iſt eben doch das Reihendorf, das ſich, zum Beiſpiel im ‚Niederland' zu langen Siedlungsketten von mehreren Stunden entwickelt."

Dazu iſt nur zu ſagen, daß das Runddorf an ſich nicht tſchechiſch, ſondern die Urform der geſchloſſenen Sippenſiedlung gerade bei den Germanen und der ſiedlungsmäßige Ausdruck einer völlig anderen ſeeliſchen und ſoziologiſchen Struktur iſt als diejenige, die die deutſchen Siedler des Mittelalters, die Schöpfer des Reihendorfes, aufwieſen. Über das Runddorf wird noch zu ſprechen ſein. Für Schleſien wird der Zuſammenhang zwiſchen deutſcher Siedlung und Reihendorf geradezu übertrieben von Will-Erich Peuckert[57]. Er geht von Bogdan Zaborſkis Karte der Dorfformen in Polen aus:

> „Einzig das Waldhufendorf iſt deutſch, und wenn es den Karpathennordhang mitſamt der Lubliner Platte beſitzt, ſo zeugt das für deutſche Koloniſation — wie es in Schleſien das Kerngebiet der deutſchen Koloniſation bedeutet. In ſeiner Idee, aus der es entſtand: auf ſeinem Eigenen ſitzen zu dürfen, ſein eigener Herr und König zu ſein — prägt deutſches bäuriſches Denken ſich aus. Dagegen muß man im Angerdorf des oſtelbiſchen Koloniſationsgebietes nichtdeutſche Einflüſſe wirkſam erkennen. Denn hier vereinzelt der Siedler ſich nicht, was wir ſoeben als deutſch feſtſtellten, hier treten die Häuſer des Dorfes zuſammen. Die ſlawiſche Luſt zur Geſelligkeit entgegen dem einzelgängeriſchen Weſen des Deutſchen ſchlägt hier irgendwie durch."

Hier werden die techniſchen Hemmungen unterſchätzt, die der freien Auswirkung jener ganz richtig erkannten Neigungen deutſcher Bauernſiedler im Wege ſtanden, als ſie die ſchleſiſche Ebene beſetzten. Hier konnte die Siedlung nicht „von wilder Wurzel" frei geſtaltet werden, hier fand der Deutſche ſlawiſche Beſiedlung vor. Mag ſie noch ſo dünn geweſen ſein, ſie nötigte einerſeits zur Rückſichtnahme auf einmal gezogene Flurteilungs- und Gemarkungsgrenzen, andererſeits zur Vorſicht gegenüber der Möglichkeit feindlicher Überfälle, und damit zum Zuſammenrücken, zum Angerdorf. Dies gewährleiſtet die Nachbarhilfe wirkſamer als das Reihendorf. Daher iſt das Angerdorf nicht weniger deutſch, nur hat ſich der Individualismus des deutſchen Bauernſiedlers hier nicht ſo frei entfalten können wie dort.

---

[55] In: Martin Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena (1937), S. 443/44.

[56] Im Gegenſatz zum einreihigen Reihendorf der Ebene pflegt das Reihendorf im Mittelgebirge doppelreihig zu ſein. D. Verf.

[57] In: Martin Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena (1937), S. 242.

Wie leicht dem Volkskundeforſcher eine ſolche Verwechſlung ſoziologiſcher Gründe beſtimmter Siedlungselemente mit ethnologiſchen Gründen unterlaufen kann, zeigt übrigens auch Martin Wähler[58] mit ſeiner auch für unſer Thema bedeutſamen Beobachtung:

> „Im fränkiſch beſiedelten Thüringen herrſcht das Gemeindebackhaus vor, öſtlich der alten Slawengrenze, der Saale, der Einzelfamilien gehörige Backofen. Das heißt, das Gemeindebackhaus beweiſt die größere Fähigkeit und Geneigtheit, genoſſenſchaftlich zu denken und zu arbeiten, der Backofen mehr individualiſtiſche Haltung.“[59]

Damit ſcheint die Theorie von Lehmann auf den Kopf geſtellt: hier ſind die Slawen individualiſtiſch, die Deutſchen neigen zur Geſchloſſenheit der Dorfgemeinſchaft. In Wirklichkeit ergänzen ſich Wählers und Lehmanns Beobachtungen auf das trefflichſte — aber nicht im ethnologiſchen, ſondern im ſoziologiſchen Sinne. Der von Wähler[60] umgrenzte Raum, in der der angeblich „von den ſlawiſchen Sorben bevorzugte Hausbackofen im oder am Hauſe mit ſeinen individuellen Tendenzen“ herrſcht, iſt nämlich ganz einfach der am ſpäteſten von deutſchen Bauernſiedlern durchdrungene und urbar gemachte Raum. Die individualiſtiſchen Tendenzen, die Wähler feſtſtellt, ſtammen gar nicht von den Slawen — die deutſchen Siedler brachten ihre Pläne zur Anlage des Gehöftes und zum Hausbau mit und übernahmen ſie nicht von den hierin nachweisbar rückſtändigen Slawen — ſondern zogen mit den deutſchen Siedlern kraft deren eigentümlicher Ausleſe ein.

In der Neuzeit tauchen immer wieder überall, wo deutſche Bauernpioniere an die Arbeit gehen und ihre Eigenart frei entfalten können, Ableger des mittelalterlichen Marſch- und Waldhufendorfes in allen möglichen Abwandlungen auf. Ich habe in dieſem Zuſammenhang gelegentlich auf die zahlreichen Fehne, typiſche Reihendörfer mit langgeſtreckten Marſchhufen oder vielmehr „Moorhufen“ in den Hochmooren der Niederlande und Oſtfrieslands hingewieſen[61], ſowie auf in Reihendorfform beſiedelte Polder und Groden des 18. und 19. Jahrhunderts in den oſtfrieſiſchen und oldenburgiſchen Nordſeemarſchen, auf regelrechte Waldhufendörfer in Oſtholſtein aus dem 17. und 18. Jahrhundert[62]. Und als im Jahre 1832 der Gutsherr von Kittendorf bei Stavenhagen in Mecklenburg ſich mit den in dieſem Dorf noch vorhandenen elf Bauern dahin einigte, daß den Bauern der nordweſtliche Teil der Kittendorfer Feldmark zur alleinigen Nutzung überlaſſen wurde, da ſiedelten ſich die Bauern auf ihrem neuen Lande in der Form des Marſchhufendorfes an, obwohl das alte Dorf, in dem ihre Gehöfte zuſammen mit dem Gutshof gelegen hatten, ein typiſches Angerdorf geweſen war[63]. Von den ſeit dem 16. bis ins 18. Jahrhundert im Weichſel- und im Warthegebiet gegründeten ſog. Holländerdörfern — unter denen aber nur die älteſten von „echten“ Holländern beſiedelt wurden — waren die im waſſerbedrohten Gelände angelegten typiſche Marſchhufendörfer. Solche Dörfer finden ſich im Weichſeltal, in der Netzeniederung, im Thorn-Eberswalder Urſtromtal, einige im oberen Netzetal bei Netzwalde und an der Warthe. Die Holländerdörfer des trockenen Landes liegen auf ehemaligem Waldboden. Sie tragen den Charakter von Streuſiedlungen[64]. Über das Fortleben des Reihendorftypus in den jungen deutſchen Sprachinſeln des ehemaligen polniſchen Staates aber berichtet Alfred Karaſek[65]:

> „Im niederdeutſchen Koloniſationsſtrom entwickelt ſich das Marſchhufendorf mit Hilfe der preußiſchen Anſiedlungstätigkeit langſam zur geometriſch bedingten Form des Liniendorfes. Das Liniendorf wird, ebenſo wie einſt das Waldhufendorf, die vorherrſchende Gattung dieſer neuen Koloniſationsperiode und geht gleichfalls anſchließend daran auf die ſlawiſche Umwelt über.“[66]

---

[58] Wähler a. a. O.

[59] a. a. O., S. 209.

[60] a. a. O., S. 203.

[61] Endler-Folkers, Das mecklenburgiſche Bauerndorf. Roſtock (1930), S. 15—16.

[62] In meiner Abhandlung vgl. Anm. 54, S. 31—32.

[63] Jens Andreas Bendixen, Verlagerung und Strukturwandel ländlicher Siedlungen. Kiel 1937, S. 80—82, insbeſondere die Flurkarten Fig. 32 u. 33.

[64] Walter Maas, Die Entſtehung der Poſener Kulturlandſchaft. Poſen 1927, S. 83—85.

[65] In: Martin Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena (1937), S. 493.

[66] Zum Fortleben des alten Marſch- und Waldhufendorfes in den jüngeren deutſchen Siedlungen Polens und Wolhyniens vgl. Walter Kuhn, Deutſche Sprachinſelforſchung, Plauen i. V. 1934, S. 346—347;

Demgegenüber erſcheint es doch als recht bezeichnend, daß in der obrigkeitlich ſtreng geregelten Siedlungsweiſe des abſolutiſtiſchen Polizeiſtaates, der nicht geneigt war, auf Eigenart und Sonderwünſche der von ihm angeſetzten Siedler allzu weit einzugehen, die verſtreuten oder marſchhufenähnlichen Siedlungsformen ſtark hinter den geſchloſſenen, ſtreng regelmäßigen Straßen-, Anger- und Kreuzdörfern zurücktreten. So faßt Udo Froeſe[67] das Ergebnis ſeiner Unterſuchungen über das Koloniſationswerk Friedrichs des Großen in bezug auf die Siedlungsformen folgendermaßen zuſammen:

> „Im Warthe- und Netzebruch erfolgte die bäuerliche Koloniſation in Geſtalt der Einzelhofſiedlung. Dabei entſtanden häufig lockere, unregelmäßige Gehöftsreihen nach Art der ‚Marſchhufendörfer'.[68] „Abgeſehen von den erwähnten Fällen der Einzelanſiedlung werden in ganz Preußen geſchloſſene Dörfer gegründet. Dabei herrſchen zwei Typen der Dorfanlage vor: Das zweiſeitige (in einigen Fällen auch einſeitige) Straßendorf und das geſchloſſene Anger- oder Auendorf. Beide Formen gehen ineinander über. Durchaus eigenartig und charakteriſtiſch für das friderizianiſche Koloniſationswerk iſt vor allem die zweite Form. Nur ganz vereinzelt werden Rundlinge angelegt. Da die Kolonien vom Staat geplant und unter einheitlicher Leitung aufgebaut werden, unterſcheiden ſie ſich in ihrer Regelmäßigkeit von den alten, allmählich entſtandenen Dörfern." (S. 47.)

Entſprechend wird im Gebiet der kaiſerlichen Koloniſation des Banates und der Batſchka „das Landſchaftsbild weithin ausnahmslos beherrſcht von geſchloſſenen Dörfern mit ſchachbrettartigem Grundriß"[69].

Bezeichnenderweiſe löſten ſich aber die deutſchen Bauern vielfach aus dieſen großen Dörfern heraus, ſobald ihnen das ungariſche Geſetz von 1836 die Möglichkeit zur Separation und Zuſammenlegung der Feldfluren bot. Sie bauten ihre Wirtſchaftshöfe aus dem Dorfe auf den nun abgerundeten eigenen Feldblock aus, oftmals ganz ungeordnet über die Feldmark verſtreut, nur ſtellenweiſe zu lockeren Reihen geordnet.

> „Beſonders im ſehr wohlhabenden Gebiet der Batſchka kam das Einzelhofſyſtem der bäuerlichen Wirtſchaftshöfe innerhalb des Sammelſiedlungsgebietes ſehr raſch zur Ausbildung.„[70]

Bemerkenswert iſt auch, daß die deutſchen Siedler in Wolhynien keine der hier altüblichen Siedelformen des ukrainiſchen Haufendorfes, des Kettendorfes und des Straßendorfes übernahmen, ſondern ſich durch Anlage von lockeren Liniendörfern mit gereihten Hufen oder Streuſiedlung in Einzelhöfen von vornherein ſcharf gegen die landesübliche Siedlungsweiſe abſetzten[71].

Auch in den überſeeiſchen Siedlungen, die von deutſchen Bauernſiedlern aus ihrer eigenen Denkweiſe und ſeeliſchen Einſtellung ohne Dreinreden von Polizei und Obrigkeit geſtaltet wurden, hat ſich die aufgelockerte, aus individualiſtiſchem Geiſte geborene Anlage allgemein durchgeſetzt[72]. Heinz Kloß führt an[73]:

> „Hinſichtlich der Siedlungsweiſe herrſcht in Überſee die Einzelhofſiedlung vor. Geſchloſſene deutſche Dörfer finden wir nur ſehr vereinzelt, ſo bei den Rußlanddeutſchen in Entre Rios und bei den Schleſiern in Südauſtralien, die das heimiſche Waldhufendorf in geometriſierter Form anwendeten, ebenſo bei der

---

Eugen Oskar Koßmann, Die deutſchrechtliche Siedlung in Polen, dargeſtellt am Lodzer Raum, Leipzig (1937), S. 193—194; Hans-Jürgen Seraphim, Rodungsſiedler, vgl. Anm. 14, S. 47—50.

[67] Udo Froeſe, Das Koloniſationswerk Friedrichs des Großen (Beiträge zur Raumforſchung und Raumordnung, Bd. 5). Heidelberg-Berlin 1938, S. 46/47.

[68] a. a. O., S. 46.

[69] Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutſchtums, I. Bd., Breslau 1933, S. 241. Vgl. die zahlreichen Dorfgrundriſſe zu den Artikeln „Banat" und „Batſchka"; Egon Lendl, Siedlungsgeographiſche Probleme aus dem donauſchwäbiſchen Lebensraum. In: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 3. Jg., Leipzig 1939, S. 576/597.

[70] Lendl, vgl. Anm. 69, S. 589.

[71] Hans-Jürgen Seraphim, Rodungsſiedler, vgl. Anm. 14, S. 28, 47—51, 73.

[72] „Die Anſiedlung in Einzelhöfen (in Nordamerika) entſprach nach dem Niederbruch der mittelalterlichen ländlichen Wirtſchaftsverfaſſung im Zeitalter der Reformen der aufſtrebenden individualwirtſchaftlichen Tendenz des Landbaus." E. Meynen und G. Pfeifer, in: Lebensraumfragen europäiſcher Völker Bd. II. Leipzig (1941), S. 286.

[73] In: Martin Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena (1937), S. 533.

Sekte der Amaniten in Jowa. Eine Übergangsform zwiſchen Dorf- und Einzelhofſiedlung iſt die in Südbraſilien und im Alto-Parana-Gebiet verbreitete Schneiſen- oder Pikadenſiedlung. Die Grundſtücke bilden rechteckige Streifen, die mit der Schmalſeite an einer Schneiſe liegen[74], jedoch in ſehr großen Abſtänden; nach Karlheinz Oberacker fielen zum Beiſpiel in Sao Leopoldo anfangs 125 Loſe auf 27,5 km. Die Einzelhofſiedlung unterſcheidet das ländliche Überſeedeutſchtum grundlegend von der Mehrheit des europäiſchen Inſeldeutſchtums.“

Letztere Bemerkung bezieht ſich offenbar auf das ehemalige Ungarn und Rußland, wo die deutſchen Siedlungen entweder — in jüngerer Zeit — obrigkeitlich geregelt und nicht der freien Initiative des deutſchen Bauernſiedlers entſproſſen ſind oder — wie in Siebenbürgen — auf ſtändige Bedrohung durch feindliche Überfälle eingerichtet werden mußten und daher geſchloſſene, meiſt angerdorfartige Form erhielten. So kennzeichnet Friedrich Sieber[75] die Siedlungsformen Sachſens:

> „Im ganzen Lande zwiſchen Saale und Neiße finden wir dieſe wehrhaften Formen der Siedlung, ein Zeichen, daß der Geſamtraum von Märkergeſinnung erfüllt iſt. Dieſe Siedlungen wachſen nicht, ſie werden gewollt. Dieſe Siedler wurzeln nicht träumeriſch und keimhaft in der neuen Heimat ein: wache Bewußtheit und zielſtrebiger Wille ſtehen am Anfang der geſchichtlichen Entwicklung unſeres Raumes.“

Wo dagegen nicht dieſer Zwang lange Zeit zur Aufrechterhaltung des wehrhaften Charakters der Siedlungen nötigt, folgen Pioniere und Bauernſiedler nordiſcher Art ihren durch ihre beſondere Ausleſe vertieften Neigungen zum Einzeltum. Emil Meynen[76] ſchildert, wie die in Nordamerika landenden pfälziſchen Bauernſiedler nur ganz am Anfang (1709 und 1710) Gruppenſiedlungen oder „Dörfer“ errichten — offenbar unter der damals noch ſtändig drohenden Gefahr indianiſcher Überfälle —, dann aber ganz und gar ihren individualiſtiſchen Neigungen folgen. „In Pennſylvanien haben wir überhaupt keine Anſätze einer wirklichen deutſchen Dorfſiedlung.“ Sogar Sekten, die mit der Abſicht zu geſchloſſener Dorfſiedlung nach Amerika kamen, wie die ſchleſiſchen Schwenkfelder unterlagen dem Zuge zum Einzeltum: „Ehe die geeigneten Landkäufe getätigt waren, verſtreuten ſich ſchon die Familien auf Einzellandbeſitz.“ Große gemeinſchaftliche Landkäufe taten die Mennoniten, ſiedelten ſich aber auf Einzelhöfen an[77].

Ein Nachklang dieſes eigenwilligen Pionier-Individualismus findet ſich ſogar noch in der behördlich betreuten und von keiner Gefahr für Leib und Leben mehr bedrohten Siedlerſchaft der nach dem Weltkrieg in Oſtdeutſchland neugeſchaffenen Bauern„dörfer“. Fehlte auch die Lebensgefahr, ſo war doch unter dem Syſtem von Weimar die Lage des Bauerntums ſo ungeſichert, wirtſchaftlicher Druck und Arbeitslaſt ſo hart, daß ſich damals meiſt nur Leute zur Übernahme einer Siedlerſtelle entſchloſſen, denen etwas von dem trotzigen Willen des Pioniers zur Unabhängigkeit eines noch ſo harten und kargen Lebens im Blute lag. Wer das nicht hatte, blieb lieber bei ſeiner zwar mageren, aber ſicheren Arbeitsloſenunterſtützung oder kehrte von einem Siedlungsverſuch bald dorthin zurück. So hebt Günter Krolzig[78] in ſeiner Unterſuchung des im Frühjahr 1931 gegründeten Siedlungsdorfes Hof Poltnitz im mecklenburgiſchen Kreiſe Parchim die poſitive Seite des Siedler-Individualismus ſtark hervor:

---

[74] Alſo die alte Wald- und Marſchhufenform! (Der Verf.)

[75] In: Martin Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena (1937), S. 227.

[76] Emil Meynen, Das pennſylvaniendeutſche Bauernland, in: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 3. Jg., Leipzig 1939, S. 265/66.

[77] Sehr viel ſtärker von der religiöſen Grundhaltung her beſtimmt war die Siedelform, die von den 1874—1879 nach Kanada ausgewanderten 1400 Familien rußlanddeutſcher Mennoniten angewandt wurde. Sie richteten zu je 20—30 Familien geſchloſſene Straßendörfer mit Gewannflur ein. „Durch dieſe Form der Dorfſiedlung und die aus Rußland übertragene Dreifelderwirtſchaft unterſchieden ſich die Mennoniten von den meiſten andersſtämmigen Koloniſten Kanadas“ (Schmieder und Wilhelmy, Deutſche Ackerbauſiedlungen im ſüdamerikaniſchen Grasland, Pampa u. Gran Chaco, Leipzig 1938, S. 89, ebenda Skizze der Fluraufteilung des Mennonitendorfes Roſengart in Manitoba). Allerdings verlor die religiöſe Gemeinſchaftsidee raſch an Kraft. Schon 1880 wurden in der ſog. „Weſtreſerve“ (Manitoba) mennonitiſche Neuſiedlungen in der Form der Streuſiedlung in Einzelhöfen (Farmen) angelegt. Dann ſetzte ſich auch in den alten Manitobakolonien der Prozeß der Dorfauflöſung durch. „Ende der achtziger Jahre gab eine Anzahl von Kolonien das urſprüngliche Streifenfeldſyſtem zugunſten der kanadiſchen Farmblockfluren auf, ſo Kronsfeld u. Grünthal (1888), Hoffnungsfeld (1889), Neuanlage u. Edenberg (1890). In der Oſtreſerve wurde die Vereinödung durch einen Erlaß der orthodoxen Geiſtlichkeit verhindert (!). Trotzdem kam man auch dort vielfach von der alten Streifenflur ab und ging zur Bearbeitung geſchloſſener Blöcke über. Die Auflöſung der Dörfer und die Überſiedlung auf die Farmen dürfte nur noch eine Frage der Zeit ſein“ (a. a. O., S. 90). Bei der Überſiedlung in den Gran Chaco von Paraguay wandten die Mennoniten ſeit 1927 die alte Wald- und Marſchhufenform in Geſtalt des Liniendorfes (ein- oder zweiſeitig bebaut) mit gereihten Hufen an (vgl. Anm. 52!).

> „Als erſte Feſtſtellung ergibt ſich, daß die Arbeitsfreude des Siedlers in erſter Linie durch die Liebe zur Scholle und einen ſtarken Eigentumswillen grundlegend beſtimmt iſt. Eine Fülle von Äußerungen der Siedler bringt dies ganz eindeutig zum Ausdruck. So ſagt ein früherer Gutskutſcher: ‚Ich habe bei der Arbeit für den Gutsbeſitzer nie ſo richtig Intereſſe für die Arbeit gehabt, jetzt, wo ich für meinen eigenen Beſitz ſchaffen kann, iſt es anders‘. Das Bewußtſein, in die Stellung des ſelbſtändigen Bauern aufgerückt zu ſein, ſtärkt das geſamte Selbſtbewußtſein der Siedler[79]. Und daher kann auch das ungeheure Arbeitspenſum, das von der Siedlerfamilie bewältigt werden muß, die Arbeitsfreude nicht herabmindern . . . Es iſt bemerkenswert, daß die augenblicklich ſchwierige Lage der deutſchen Landwirtſchaft und der geringe Ertrag der bisherigen eigenen Arbeit vielleicht manchmal Lähmungen der Arbeitsfreude, jedoch noch nie anhaltende Depreſſionen hervorgerufen hat. Selbſt dort, wo man wirklich von einer Notlage der Familie ſprechen kann, verdrängt der Gedanke an eine erfolgreiche Zukunft die Beſinnung auf die augenblickliche Bedrängnis. Man hat immer nur die eine Hoffnung vor Augen: einmal über einen eigenen Landbeſitz mit ganz individueller Bearbeitung zu verfügen, auf dem man auskömmlich exiſtieren kann[80].“ „Ein Siedler behauptet, daß es der beſte Lohn für die Arbeit des Bauern ſei, Beſitzer eines ſchuldenfreien Grundſtückes zu werden, welches ordentlich inſtand gehalten und mit einem Zaun umgeben iſt — dieſes ſchien er außerordentlich zu betonen —, damit man dort getrennt von den andern ſein eigener Heerr wäre[81].“

Die Schattenſeiten dieſes Siedlerindividualismus ſind die Schwierigkeiten, die für den Gehalt der Dorfgemeinſchaft, den Zuſammenhalt der Gemeinde und die genoſſenſchaftliche Zuſammenarbeit im Siedlerdorf erwachſen. Nicht bloß in Hof Poltnitz wird geklagt, daß der Beſuch der Gemeindeverſammlungen kaum durch Geldſtrafen erzwingbar ſei und die Arbeit der Dreſchmaſchinengenoſſenſchaft dauernd unter der Unpünktlichkeit, Intereſſeloſigkeit, Unachtſamkeit und dem Eigenwillen der Siedlergenoſſen zu leiden habe. Ein Lehrer aus einem nordmecklenburgiſchen Siedlerdorf, in dem Badener und Mecklenburger angeſiedelt ſind, ſchreibt:

> „Bezeichnend iſt die Entrüſtung, der eine Siedlerfrau mit folgenden Worten Ausdruck verlieh, als ſie ſich gegen die vom Gutsbetrieb her übernommenen Verpflichtung gegenüber der Zuckerfabrik (Zuckerrübenanbau) auflehnte: ‚Wir wollen doch frei ſein. Darum haben wir doch geſiedelt!‘ Frei ſein heißt alſo: anbauen dürfen, was man will. Oder der mecklenburgiſche Siedler, der zum weitaus größten Teil aus dem Tagelöhnerſtande kommt, findet für ſeine Siedlerfreiheit folgende Worte: ‚Man hett nu mit keinen Minſchen wat tau kriegen, dat is dat Schöne. Man kann daun, wat man will!‘ Dieſen Worten bleibt er treu, indem er alles vermeidet, bei dem er ſich nach anderen Leuten richten müßte. Er fährt ſeine eine oder zwei Kannen Milch (30 Morgen Land) allein zur 20 Minuten entfernten Molkerei, er kauft ſich ſelbſt eine alte, abgewirtſchaftete, primitive Dreſchmaſchine, um ſich nicht in die Reihe, die der große Reinigungsdreſchſatz macht, einordnen zu müſſen. So ſorgen ſich die Siedler um ihre ‚Freiheit‘ und verkennen dabei den Segen des Zuſammenſchluſſes, die wirtſchaftlichen Vorteile der vernünftig geleiteten Genoſſenſchaften. Die Dorfgemeinſchaft kommt über geringe nachbarliche Beziehungen nicht hinaus. Zu einem gemeinſamen Erntefeſt hat man ſich nicht zuſammengefunden.“

Dies iſt die gleiche ſeeliſche Grundhaltung des typiſchen Bauernſiedlers germaniſcher Eigenart, die aus der Siedlungsform des um das Jahr 1000 n. d. Ztw. „erfundenen“ und ſeitdem auf Neuland, insbeſondere im neugewonnenen Oſten ſieghaft ſich ausbreitenden Wald- und Marſchhufendorfes zu uns ſpricht: Wille zur perſönlichen Ungebundenheit und uneingeſchränkten Wirtſchaftsfreiheit, zum Herrentum auf eigener Scholle, dazu von allem

---

[78] Günter Krolzig, Die wirtſchaftliche und geiſtige Struktur eines Siedlungsdorfes. (Berichte über Landwirtſchaft NF. 55. Sonderheft). Berlin 1932, S. 63.

[79] In Wirklichkeit eher umgekehrt: Der Wille zur Unabhängigkeit führte ſie zur Siedlung. (D. Verf.)

[80] S. 63.

[81] S. 54.

Traditionalismus unbeſchwertes rationales Erfolgſtreben. Dem mittelalterlichen Wald- und Marſchhufendorf ſteht — ganz gewiß ohne unmittelbare Fortpflanzung durch Tradition — das „Pikaden"-Syſtem des deutſchen Urwaldſiedlers in Südbraſilien der Form wie dem Geiſte nach ſehr nahe. Geiſtesverwandt iſt aber auch die in den USA. und in Kanada zur Herrſchaft gelangte Siedlungsform der Townſhip, nur geht ſie noch den letzten Schritt über das Marſch- und Waldhufendorf hinaus: ſie ſprengt den Dorfzuſammenhang vollends, weil der Siedler der Prärie der Nachbarhilfe noch mehr entraten konnte als der mittelalterliche Siedler in der waſſerbedrohten Marſch oder im Slawenland, wo anfangs an manchen Stellen noch der böſe Wille der Unterworfenen und Beiſeitegedrückten zur Vorſicht zwang. Die ſchachbrettförmige Einteilung des Grundes und Bodens der Townſhip in „Viertelſektionen" von je 160 Acres (64,8 ha) hat nach Max Sering[82]

> „auch einen tiefgehenden pſychologiſchen Einfluß auf die Bevölkerung ausgeübt und viele eigenthümliche Sitten und Gewohnheiten geſchaffen. Hier ſei nur darauf hingewieſen, daß ſicher die Regſamkeit des Geiſtes und der ſtets bereite Muth für die weitgehendſten Neuerungen aller Art, welche den amerikaniſchen vor dem europäiſchen Bauer auszeichnet, abgeſehen von dem Mangel aller lähmenden Traditionen und Vorurtheile eines alten Landes, zum großen Theile aus der völligen Freiheit ſeines Grundeigenthums und dem Mangel eines engeren, nachbarlichen Verbandes hervorgegangen iſt. Auch das energiſche Unabhängigkeitsgefühl, die ſtarke Individualität, welche die amerikaniſchen Farmer ebenſo ausgezeichnet wie ihre ebenfalls hofweiſe angeſiedelten Verwandten, die Niederſachſen in Deutſchland, iſt hier wie dort nicht zum mindeſten als eine Folge des unbeſchränkten Hauſens auf einſamen Gehöften anzuſehen."

Sering ſetzt alſo die Lehre, daß die Seele des Menſchen vom „Milieu" umgeformt werden könne, als keines Beweiſes bedürftig voraus und ſchließt daraus, daß „ſicher" die geiſtige und ſeeliſche Eigenart des amerikaniſchen Farmers eine Folge der Streuſiedlung in Einzelhöfen ſei. Als Analogiefall zieht er das niederſächſiſche Bauerntum heran. Dieſes ſiedelt aber heute noch zum größeren Teil nicht auf Einzelhöfen, ſondern in lockeren Haufendörfern (A 3) oder durch jüngere Bebauung der offenen Zwiſchenräume daraus entſtandenen Haufenwegedörfern (A 5) — die Einzelhöfe überwiegen nur weſtlich der Weſer und im nördlichen und weſtlichen Weſtfalen, in das aber der Hellweg zwiſchen Ruhr und Lippe als Gebiet geſchloſſener Dorfſiedlung hineinragt[83]. Dieſe Einzelhöfe ſind, wie die Siedlungsgeſchichte inzwiſchen einwandfrei feſtgeſtellt hat, wie in den übrigen Landſchaften Deutſchlands auch in Weſtfalen bzw. Niederſachſen weſtlich der Weſer keineswegs eine urtümliche Siedelform, ſondern erſt ſeit dem frühen Mittelalter allmählich zu einer das Siedlungsbild beherrſchenden Stellung gelangt. Nichterbende jüngere Bauernſöhne ſiedelten ſich als Erbkötter oder Markkötter in der „gemeinen Mark" an und zwar fern vom Dorfe für ſich allein inmitten des von ihnen urbar gemachten Landes. Nachdem auf dieſe Art eine große Anzahl junger Einzelhöfe entſtanden war, begannen allmählich auch die Beſitzer der in den Dörfern liegenden alten Bauernhöfe dieſe nach ihren Ländereien außerhalb des Dorfes auszubauen[84]. Gerade in Niederſachſen und Weſtfalen iſt es alſo unverkennbar, daß der Siedler-Individualismus voranging und die Einzelhofſiedlung darauf folgte — nicht umgekehrt. In Friesland können die Einzelhöfe nicht weſentlich älter ſein als das Jahr 1000 n. d. Ztw., um das ungefähr der Bau der Winterdeiche begonnen haben muß. Bis dahin herrſchte aber in den Marſchen das enggedrängte Wurtendorf, das, ſoviel wir bisher wiſſen, der Siedelform des Rundlings (B 2) nahegeſtanden haben muß[85]. Man muß den bäuerlichen Einzelhof, auf dem die Kleinfamilie — Ehepaar und unverheiratete Kinder — wohnt, klar und deutlich trennen von dem uralten Sippengehöft (A 1), dem Sitze der geſchloſſenen Sippe bzw. Großfamilie. Dieſe hochaltertümliche Siedelform, die wir uns ähnlich dem Gehöft der bekannten ſüdſlawiſchen Zadruga vorſtellen müſſen, gehört zuſammen mit der Großhufe, die in Skandinavien und England noch gut bezeugt iſt und auch in Nordweſtdeutſchland allerlei Spuren hinterlaſſen hat. Ein „Achtel“ dieſer Großhufe (Otting) bildete ſpäter z. B. in Dänemark die bäuerliche Normalhufe. Wie die Sippe allmählich vom Individualismus zerſetzt wurde, ſo iſt auch das Sippengehöft von ihm in eine Siedelgruppe gleichberechtigter Dorf- und Flurgenoſſen, die zuerſt auch noch Sippegenoſſen waren, aufgelöſt und dann das Sippendorf vollends geſprengt worden. Und der vorletzte Schritt auf dieſem Wege war die Schöpfung des Marſch- und Waldhufendorfes mit ſeiner ſchon ganz individualiſtiſchen Fluraufteilung. Es iſt kein Zufall, daß gerade die bäuerlichen Vorkämpfer der Urwaldrodung und Marſchentwäſſerung dieſen Schritt taten, obwohl in beiden Fällen ſie des genoſſenſchaftlichen Vorgehens nicht zu entraten vermochten.

---

[82] Max Sering, Die landwirtſchaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft. Leipzig 1887, S. 109.

[83] Vgl. die Überſichtskarte der deutſchen Siedlungsformen bei A. Meitzen, Siedlung und Agrarweſen, Berlin 1895, 4. Bd., oder die buntfarbige Siedelformenkarte des Schulatlas von Wagner-Debes, auch bei Willi Ule, Das Deutſche Reich, Leipzig 1915, Tafel VIII bei S. 97. Dagegen verſagt hier die „Karte der Verbreitung der Dorfformen" von Walter Geisler in Wilhelm Peßlers „Handbuch der deutſchen Volkskunde", 3. Bd. Potsdam o. J., Tafel X bei S. 177. Hier werden lockere Haufendörfer und Einzelhöfe durch die gleiche Signatur bezeichnet, übrigens durch Vergröberungen und falſche Verallgemeinerungen an manchen Stellen irrtümliche Vorſtellungen begünſtigt.

[84] Vgl. Rudolf Martiny, Hof und Dorf in Altweſtfalen (Forſchungen zur deutſchen Landes- und Volkskunde, 2, 45), Stuttgart 1926, ſowie H. Rothert, Die Beſiedlung des Kreiſes Berſenbrück, Quakenbrück 1924.

Dafür bezeichnend iſt die merkwürdige Siedelform des Rund- oder Quellenreihendorfes, das im mitteldeutſchen Waldhufengebiet nicht ſelten iſt, aber z. B. auch in Mecklenburg vorkommt.

> „Häufig iſt auch eine andere Geſtaltung der Waldhufendörfer im Gebiet der zahlreichen kleinen Quellmulden des Vogtlandes. Die Güter ſind noch weiter zuſammengezogen und liegen in lockerer Kreisform um die oft feuchte, mit Teichen beſtandene Quellwieſe herum. Die Waldhufen verlaufen dann radial nach faſt allen Richtungen auseinander, zumeiſt in ſtarker ſpiraliger Krümmung, um möglichſt die ganze Flur einzubegreifen. Nach einem treffenden, vor kurzer Zeit geprägten Ausdruck ſei dieſe Variante Radialwaldhufendorf genannt. Rücken die rundlich angeordneten Güter etwas näher zuſammen, ſo entſteht eine Form, die einem Runddorf nahe kommt . . . Das Radialwaldhufendorf hat — außer im eigentlichen Vogtland — eine weite Verbreitung im Fichtelgebirge und in deſſen Vorlanden gefunden. Auch die Hauptmaſſe der Waldhufendörfer Oberfrankens zeigt dieſe Anordnung[86].“

Dieſe weite Verbreitung ſchließt die Annahme aus, daß es ſich hier um einen durch örtliche Gegebenheiten in beſonderer geographiſcher Lage bedingten Lokaltypus handeln könnte. Vielmehr muß hier eine Kompromißlöſung zwiſchen den Wünſchen des Siedler-Individualismus und den Anforderungen der Zeit an genoſſenſchaftlichen Zuſammenſchluß vorliegen. Das Runddorf garantiert am beſten von allen Siedlungsformen ſchnelle und wirkſame Nachbarhilfe im Notfall.

Sehr klar zeigt der dreifache Gürtel der ſeit dem Mittelalter entſtandenen Rodungsſiedlungen um das ſeit alter Zeit waldfreie innere Böhmen die ſtufenweiſe Durchſetzung des Siedlerindividualismus.

> „Die jüngſte und meiſt äußerſte dieſer Zonen iſt durch die neuzeitlich-koloniale Ortsform der Streuſiedlungen gekennzeichnet, denen als Flurform die Blockflur mit Hofanſchluß — die Einödflur — entſpricht . . . Die zweite Zone iſt durch das mittelalterlich-koloniale Reihendorf mit Waldhufenflur charakteriſiert . . . Dieſe dritte Zone, ebenfalls mittelalterlich-kolonial, iſt durch einen lockeren, mit älteren Formen vermiſchten Kranz von Radialwaldhufen- und Gelängefluren gekennzeichnet, denen als Ortsformen meiſt, keineswegs immer, Rundlinge bzw. Straßenangerdörfer entſprechen[87].“

Hinter dem individualiſtiſchen Wirtſchaftsideal, wie es ſich vor allem in den Einödfluren, aber auch in den gereihten Hufen durchgeſetzt hat, einen Schritt zurück bleiben die Dörfer des inneren und älteſten Gürtels mit Einteilung der Feldfluren in „Gelänge", d. h. lange, ſchmale Ackerſtreifen, deren mehrere eine Hufe bilden, von denen aber je ein Streifen bereits Hofanſchluß aufweiſt und demnach aus der Gemengelage und dem Flurzwang herausgenommen iſt und individuell bewirtſchaftet werden kann. Noch ferner ſtehen Angerdörfer mit reiner Gewanneinteilung, und am weiteſten der gegen den Durchgangsverkehr abgeſchloſſene, nur auf einem einzigen Zu- und Ausfahrtswege zugängliche Gehöftering des alten kleinen Rundlings von der idealen Siedelform im Sinne des Pioniers und bäuerlichen Neuſiedlers ab. Und doch haben auch dieſe Formen im Zuge der großen deutſchen Oſtlandwanderung Anwendung gefunden. Bezeichnenderweiſe kommen die am engſten in ſich geſchloſſenen Siedelformen dieſer Reihe, das Rundangerdorf und der alte kleine Rundling ſo gut wie ausſchließlich in der Nähe der frühmittelalterlichen Slawengrenze vor[88], müſſen alſo aus den Anfängen der großen Siedelbewegung ſtammen. Man mag ſich die Stellung der annähernd kreisförmig geſchloſſenen Siedelformen im Zuge der großen Oſtlandwanderung am Beiſpiel dreier Gruppen von Runddörfern klarmachen. Die eine Gruppe iſt von Otto Schlüter[89] unterſucht worden. Sie findet ſich im nordöſtlichen Thüringen, d. h. im Raume Naumburg—Querfurt—Artern—Eckartsberga beiderſeits der unteren Unſtrut und umfaßt neun echte Rundlinge. Fünf davon liegen dicht beiſammen zwiſchen Freiburg a. d. Unſtrut und Querfurt, es ſind: Schnellrode, Albersrode, Baumersrode, Ebersrode und Gleina. Von den übrigen liegt Gr.-Wilsdorf zwiſchen Freiburg und Köſen, Janisrode ſüdöſtlich Köſen, Wallrode weſtlich Bibra und Landgrafenrode zwiſchen Artern und Querfurt. Von den Ortsnamen könnte nur Gleina allenfalls ſlawiſch ſein und wird aus dieſem Grunde von Schlüter einer ſlawiſchen Siedlungswelle ſeit 650 n. d. Ztw. zugewieſen — was an ſich noch keineswegs überzeugend iſt —, bei den übrigen zweifelt Schlüter angeſichts des Geſamtbefundes nicht daran, daß dieſe Rundlinge junge deutſche Gründungen „von wilder Wurzel", d. h. auf neugerodetem Urwaldboden aus ſeiner 6. Siedlungsperiode, der Zeit der inneren Koloniſation von 800—1300, ſind. Eine weitere Runddörfergruppe findet ſich im Kreiſe Herzogtum Lauenburg am Südrande des heutigen Sachſenwaldes zwiſchen Schwarzenbek und Bergedorf. Es handelt ſich um die von mir[90] unterſuchten Dörfer Hohenhorn, Wohltorf, Kröppelshagen, Daſſendorf und Brunstorf[91], von denen das erſte — vielleicht auch das zweite — als Rundangerdorf, die drei letzteren aber wohl als urſprüngliche, wenn auch verhältnismäßig große Rundlinge zu deuten ſind. Der deutſche Urſprung als Rodungsdörfer „von wilder Wurzel" ſteht allein ſchon auf Grund der Ortsnamen außer Frage, zumal da das berühmte Ratzeburger Zehntenlehnsregiſter von 1231 — das natürlich einen ſchon etwas, aber doch nicht ſehr viele Jahre vor 1231 zurückliegenden Zuſtand widerſpiegelt — von dieſen Dörfern nur erſt Hohenhorn (ad cornu) und zwar als Kirchdorf kennt. Auch hier haben alſo waldrodende deutſche Siedlungspioniere die geſchloſſenſte unter allen überhaupt möglichen Siedelformen gewählt. Und ſchließlich hat Heinz Brand[92] nachgewieſen, daß in dem ſeit 1143 von Frieſen, Holländern und Weſtfalen erſchloſſenen Neuſiedlungsgebiet Oſtholſteins das Runddorf als Siedelform bevorzugt wurde. Brand weiſt, gewiß mit Recht, darauf hin, daß hiermit der Warfrundling der frieſiſchen Marſchen und das „Haufenrunddorf" Alt-Weſtfalens ins Neuland übertragen worden ſeien. Aber nach allem, was wir über die ſeeliſche Verfaſſung der Pioniere und Bauernſiedler wiſſen, iſt eine ſolche Übertragung aus reiner Traditionsgebundenheit recht unwahrſcheinlich. Es muß noch ein triftiger Grund vorhanden geweſen ſein, der die Neuſiedler bei der Runddorftradition feſthielt und ihrer Neigung zum Einzeltum entgegenwirkte. Dieſer für die Rundform ausſchlaggebende Grund liegt ja nun gerade für Oſtholſtein auf der Hand: es iſt die zunächſt überaus gefährdete Lage der jungen deutſchen Siedlungen, der dazu nötigte, die ſchnelle Wirkſamkeit gegenſeitiger Nachbarhilfe jederzeit ſicherzuſtellen. Dazu aber iſt die Rundform am geeignetſten, ſie betont den Genoſſenſchaftscharakter gegenüber dem Siedlerindividualismus. Tatſächlich brach ſchon 1147 der furchtbare Slawenſturm über die jungen oſtholſteiniſchen Siedlungen der Frieſen, Holländer und Weſtfalen herein, in dem ſich mühſam genug die Burgen von Süſel und Eutin hielten. Und 1160 war die ſlawiſche Gefahr ſchon wieder vor den Toren und kam nur durch den Fehlſchlag des Angriffes auf Lübeck vor Erreichung Oſtholſteins zum Stehen. Hier liegt alſo das Motiv für die Wahl der Rundform klar zutage.

---

[85] Vgl. die Dörfer der Marſchhalbinſel Krummhörn nördlich Emden, z. B. auf dem Meßtiſchblatt 1104 (Pewſum), oder den Dorfplan von Spijk bei Delfzijl von 1825 in der Zeitſchrift „Die Denkmalpflege“, 23. Bd., Nr. 11 (Berlin, 31. Auguſt 1921), oder das um 400 v. d. Ztw. angelegte Warfdorf Ezinge nach A. E. van Giffen, Zeitſchr. Germania, Jg. 20, Berlin 1936, Beilage 2, 5.

[86] J. Leipoldt, Die Geſchichte der oſtdeutſchen Koloniſation im Vogtlande, Plauen i. V. 1928, S. 46—47; vgl. G. v. Geldern-Criſpendorf, Kulturgeographie des Frankenwaldes, Halle a. S. 1930, S. 55—56, ſowie Annelieſe Krenzlin vgl. Anm. 52.

[87] Kurt v. Mandell, Die Dorf- und Flurformen Böhmens, in: Heimatbildung, Sudetendeutſche Monatſchrift für Volksbildung, 17. Jg. Reichenberg i. B. 1936, Heft 2/3, S. 47—49.

---

[88] Dieſe Tatſache lehrt ein Blick auf die Siedelformenkarten bei Meitzen wie bei Geisler, a. a. O. Daß die Verbreitung des Rundlings öſtlich der Oder ſich auf wenige Stellen hart öſtlich des Stromes beſchränkt, genügt eigentlich ſchon zur Widerlegung der älteren Annahme, daß der Rundling ſlawiſchen Urſprungs ſei.

[89] O. Schlüter, Die Siedlungen im nordöſtlichen Thüringen. Berlin 1903, vgl. insbeſondere S. 302 bis 303 ſowie die Karten 5 (Geſchichte der Beſiedlung) und 6 (Die äußere Geſtalt der Siedlungen).

[90] Vgl. Folkers, Das Bauerndorf im Kreiſe Herzogtum Lauenburg, Ratzeburg 1928, S. 16—17, ſowie S. 22—24; Folkers, Zur Frage nach Ausdehnung und Verbleib der ſlawiſchen Bevölkerung von Holſtein und Lauenburg, Zeitſchr. der Geſellſchaft für Schleswig-Holſteiniſche Geſchichte, 58. Bd. Kiel 1928, S. 372—378.

[91] Vgl. meine Karte der alten Siedlungsformen des Kreiſes Herzogtum Lauenburg, bei: Folkers, Deutſchrechtliche Siedlungsformen auf ehemals ſlawiſchem Boden in Holſtein und Lauenburg, Ztſchr. „Nordelbingen", Bd. 8, Flensburg 1930/31; Flurkarte von Brunstorf bei beiden unter 90 genannten Veröffentlichungen; Dorfplan von Wohltorf, in Folkers, Zur Frage uſw. Abb. 6; von Kröppelshagen bei Folkers, Bauerndorf uſw. S. 22.

[92] Heinz Brand, Die Übertragung altdeutſcher Siedlungsformen in das oſtholſteiniſche Koloniſationsgebiet (Schriften des Geogr. Inſt. der Univerſität Kiel, I, 4). Kiel 1933.

Freilich muß man ſich hüten, den genoſſenſchaftlichen Schutzcharakter des Rundlings zum Feſtungscharakter zu überſteigern. Die zeitweilig ſehr beliebte Deutung des Rundlings als eine Art Grenzfort der deutſch-ſlawiſchen Kampfzone überſah zunächſt, daß es eine einheitliche ſlawiſche Kampffront damals ebenſowenig gegeben hat wie einen dauernden Kriegszuſtand zwiſchen Deutſchen und Slawen, daß vielmehr die inneren Fehden der Slawen wie der Deutſchen untereinander ſchwerlich geringeren Umfang hatten als die deutſch-ſlawiſchen Grenzfehden. Wir ſind nur deshalb geneigt, den Umfang der letzteren zu überſchätzen, weil ihr ſehr bedeutendes volkspolitiſches Endergebnis heute vor aller Augen liegt. Vor allem aber überſchätzt die „Grenzfort"-Theorie bei weitem die Verteidigungsfähigkeit dieſer kleinen Bauerndörfer mit durchweg nur 6—8 bäuerlichen Gehöften. Die Zahl der von den wenigen Familien geſtellten wehrhaften Männer ſtand in ſchreiendem Mißverhältnis zur Länge einer das Dorf umſchließenden Verteidigungslinie, die im Ernſtfalle hätte beſetzt und gehalten werden müſſen. Überdies iſt eine Dorfbefeſtigung bei der Maſſe der Runddörfer gar nicht nachweisbar, nur Hennig[93] und Uhlemann[94] berichten von einer Lehmmauer oder lebenden Hecke, von der Rundlinge des Freiſtaates Sachſen umgeben ſind. Aber Lehmmauer und Hecke umſchließen auch die Wirtſchaftsgärten, ſind alſo erſt recht viel zu weitläufig für die kleine Zahl der verfügbaren Verteidiger. Es würde auch dem Angreifer im Ernſtfalle nicht ſchwer gefallen ſein, durch einige Brandpfeile eine Feuersbrunſt unter den ſtrohgedeckten Häuſern und zugleich eine ſolche Panik unter dem auf dem Binnenanger des Rundlings lagernden Dorfvieh zu erzeugen, daß die Verteidigung auch nur gegen eine größere Streifſchar ausgeſchloſſen geweſen wäre. Zum Überfluß berichtet auch noch der einzige zeitgenöſſiſche Geſchichtsſchreiber, der die Verhältniſſe der deutſch-ſlawiſchen Grenzzone aus eigener Anſchauung kannte, der Koloniſtenpfarrer Helmold zu Boſau bei Ploen um 1170, daß die Slawen gar nicht daran dächten, ihre Dörfer verteidigen zu wollen.

> „So oft Kriegslärm zu hören iſt, verbergen ſie alles ausgedroſchene Getreide ſamt Gold und Silber und allen Wertſachen in Gruben. Frauen und Kinder aber bringen ſie in den feſten Plätzen (municionibus) oder wenigſtens in den Wäldern in Sicherheit. So bleibt dem Feinde nichts zu plündern als die Hütten, deren Zerſtörung ſie ſehr leicht verſchmerzen."[95]

Der vielberufene Schutzcharakter des Rundlings bezieht ſich alſo nur auf nachbarliche Hilfe gegen räuberiſche Überfälle, insbeſondere gegen den Zugriff zwei- oder vierbeiniger Viehdiebe auf das im Schutze des Ringes der Gehöfte liegende Dorfvieh. Der Rundling iſt nicht militäriſch, ſondern ſoziologiſch zu deuten. Seine Wahl als Siedelform gerade in den unſicheren Anfangszeiten der deutſchen Oſtlandwanderung zeigt alſo noch eine gewiſſe Beziehung zu dem Einſatz der noch enger, z. T. bis zum Kommunismus geſchloſſenen Stoßtrupps, die der Beſiedlung Oſtelbiens wie Amerikas die Bahn brachen, der Mönchskonvente in den Feldklöſtern, des Deutſchen und des Schwertritterordens, der Puritaner und Sekten in USA., der Mennoniten in Manitoba. Im übrigen aber zeigt ſich in der Geſchichte immer wieder die gleiche Erſcheinung, daß der aus geſchloſſener Dorfſiedlung kommende germaniſche Bauernſiedler im Neuland zu aufgelockerter Siedlungsweiſe neigt. Die nordgermaniſchen Siedler in Island wählten eine Form der Einzelbeſiedlung, die durch die große Zahl der beſchäftigten Knechte ſich ſoziologiſch bereits der Siedelform des Gutshofes (B 7) nähert. Und noch in den 1920er Jahren bevorzugten die aus den geſchloſſenen Dörfern Weſtdeutſchlands kommenden Oſtſiedler Siedelformen mit weitem Abſtand der Gehöfte, die man als Reihendörfer mit Dorfkern — als ſolcher erſcheint gewöhnlich der Gutshof des aufgeſiedelten Großgutes — manchmal auch als reine Streuſiedlungen bezeichnen könnte. Der Nationalſozialismus erkannte die Schwächen dieſer individualiſtiſchen Wohnweiſe: ſie erſchwert und verteuert die Stromverſorgung und den Anſchluß des einzelnen Gehöftes an einen feſten Weg, verlängert und erſchwert die Wege zur Schule, zum Handwerker und Krämer, zur Genoſſenſchaft, zu den Sammelplätzen der HJ. und der übrigen Formationen der NSDAP. und hindert ſomit — ſelbſt ein Ergebnis des Siedlerindividualismus — rückwirkend die Erziehung zur Volksgemeinſchaft. Mannigfache Löſungsverſuche ſind erprobt worden, um den rechten Ausgleich zwiſchen dem blutsmäßig gegebenen Bedürfnis des germaniſchen Bauernſiedlers nach Abſtand und Ellbogenfreiheit und den Erforderniſſen einer Erziehung zum Sozialismus zu finden. Dieſe Verſuche pendeln zwiſchen der Erneuerung des alten Rundangerdorfes und der Siedlung in weilerartigen Gruppen von 2 und 3 Bauernhöfen, ſie ſind zu einem abſchließenden Ergebnis oder gar einem ſtarren Syſtem bisher noch nicht gelangt[96].

---

[93] Alfred Hennig, Zur Entſtehung der ländlichen Ortsformen im Königreich Sachſen. Zeitſchr. „Deutſche Erde", 11. Jg. Gotha 1912, S. 75.

[94] In: Frenzel-Karg-Spamer, Grundriß der ſächſiſchen Volkskunde. Leipzig 1932, S. 34.

[95] Helmoldi Cronica Slavorum, hrsg. von B. Schmeidler. Hannover und Leipzig 1909, Kap. 109, S. 216.

Mit dem Individualismus verſchwiſtert ſich beim „geborenen“ Siedler ein ausgeprägter Rationalismus. Von ihm ſprechen, wie oben erwähnt, die Siedel- und Flurformen Oſtdeutſchlands auf Schritt und Tritt. Am ſtärkſten atmen dieſen rationaliſtiſchen Geiſt auf deutſchem Boden wohl Marſchhufendorf und Gutshof. Seine höchſten Triumphe aber feierte dieſer Geiſt bei der Beſiedlung Nordamerikas, wo die Rationalität bis zur wirtſchaftlichen Unvernunft überſteigert worden iſt. Max Sering[97] ſchreibt:

> „Das amerikaniſche Vermeſſungsſyſtem hat nur den einen großen Fehler, daß es ſich in keiner Weiſe an die natürliche Oberflächengeſtaltung anſchließt. Man nimmt auf die letztere keine andere Rückſicht als die, daß man längs den Flüſſen, Seen und Meeresbuchten die an den Rändern entſtehenden unregelmäßigen Flächen nicht weiter abtheilt. Im übrigen exiſtieren für den Vermeſſer weder Höhen noch Waſſerläufe. Die Grenzlinien führen in ſchnurgerader Richtung von Nord nach Süd und von Oſt nach Weſt, bergauf und bergab, durch Sümpfe und Bäche. Daraus ergeben ſich zahlreiche, die Beſtellung erſchwerende und ſonſtige Mängel in der Lage der Grundſtücke, welche die Farmer nur durch Kauf oder Tauſch beſeitigen können.
>
> Beſonders verhängnisvoll aber ſind die Konſequenzen des geradlinigen Vermeſſungsplanes für den Wegebau. In allen neuen Anſiedlungen legt man, wenn irgend möglich, die Straßen auf die Sektionslinien, ſo daß jedes 160- oder 80-Ackerſtück an eine öffentliche Straße grenzt. Infolge deſſen ſind die Straßenzüge in den jünger beſiedelten Gegenden regelmäßig ohne alle Rückſichten auf die natürlichen Bodenkonturen gebaut; das beſtändige Auf- und Abſteigen in Gegenden mit unebener Bodenfläche koſtet aber unendlich viel Zeit und nutzlos verſchwendete Pferdekraft . . . So findet man denn z. B. noch in den ſeit 3—5 Jahrzehnten beſiedelten Theilen des Staates Iowa Straßen, welche in bedenklich ſpitzem Winkel auf der einen Seite der Schlucht hinunter- und auf der anderen wieder hinaufführen.“

---

[96] Vgl. die Beiſpiele bei Walter Kaſch, Bäuerliche Neuſiedlungen, in: Richard Crull, Mecklenburg, Werden und Sein eines Gaues (Gau-Atlas). Bielefeld-Leipzig 1938, Karte 27c, Text S. 282—287.

[97] Max Sering, Die landwirtſchaftliche Konkurrenz Nordamerikas. Leipzig 1887, S. 109—110

Auf der gleichen Linie liegt die Beobachtung von Karl Lamprecht:

> „Im Landſchaftlichen iſt der Durchſchnittsgeſchmack des Amerikaners noch nicht auf das eigentlich Schöne, ſondern auf das im niedrigeren Sinne Charakteriſtiſche gerichtet: big trees, Geiſer im Yellowſtonepark u. dgl.: daneben viel Sinn für Tier und Pflanze, auch die Fiſche, ſoweit ſie nutzbar und jagdbar ſind: kaum aber Liebe ohne Intereſſe. — Eine Ruinierung und Malträtierung der Natur, wie ſie in Amerika erfolgt iſt und erfolgt, liegt vielleicht im Bereiche der Abſichten jeder kolonialen Kultur; in Amerika aber hat ſie ſich mit geldwirtſchaftlichen Mitteln durchführen laſſen. Dies war wohl in dieſem Maßſtabe nie vorher möglich und darum ſo überraſchend."[98]

Auch hier dürfte es am beſten der Klärung dienen, wenn man Landſchaften nächſtverwandten Volkstums, aber mit alt- und jungbeſiedelten Kulturböden gegenüberſtellt. Mir liegt der Vergleich Altniederſachſens mit dem neuniederſächſiſchen Siedelgebiet Mecklenburg am nächſten. Erſteres iſt mir als Heimat, letzteres aus einem Vierteljahrhundert Anſäſſigkeit und Volksforſchungsarbeit bekannt. Der Unterſchied Mecklenburgs gegenüber dem altſächſiſchen Mutterlande liegt kulturlandſchaftlich in einem ausgeprägt rationalen, einem „amerikaniſchen" Zuge rückſichtsloſer Unterwerfung von Menſch und Landſchaft unter das Geſetz wirtſchaftlicher Zweckmäßigkeit und rationaler Planung. Man hat das Gefühl, daß der mecklenburgiſchen Landſchaft das ruhige, langſame Wachſen und Reifen gefehlt hat. Daher fehlt ihr heute noch die Ausgeglichenheit, Behaglichkeit und Gepflegtheit des weſtelbiſchen Mutterlandes. Gewollt und geplant ſind offenſichtlich die für das Land bezeichnenden Siedelformen der Bauerndörfer: meiſt Angerdörfer, ſchmale Straßendörfer und Waldhufendörfer. Von Anfang an gewollt und geplant iſt auch die Mehrzahl der Grundriſſe der mecklenburgiſchen Städte. Entweder legte man ein Gitternetz von ſich rechtwinklig ſchneidenden Straßen an und gelangte ſo zu einem ſchachbrettartigen Schema, aus dem für Marktplatz und Kirchplatz je ein viereckiger Baublock ausgeſpart wurde. Das ergibt dann jenes nüchtern rationale, „amerikaniſche" Städtebauſchema, das etwa Neubrandenburg oder auch die Mittelſtadt und die Neuſtadt von Roſtock, ſelbſt ſo winzige Stadtgebilde wie Penzlin, Gnoien oder Neukalen in nächſte Verwandtſchaft mit den Grundriſſen von New York-Manhattan oder Chikago rückt[99]. Oder man ließ — weniger häufig — die Straßen ſtrahlenförmig vom Marktplatz ausgehen und verband ſie untereinander mit Gaſſen, die in ihrer Krümmung der Stadtmauer folgten[100]. Aber die ohne ein vorher feſtgelegtes Straßenſchema „gewachſenen" Städte Weſtdeutſchlands ſind in Mecklenburg wie in ganz Oſtdeutſchland nicht ſehr häufig. Gewollt und geplant ſind auch die ſeit dem Siedlungsedikt des Herzogs Chriſtian Ludwig von 1753 geſchaffenen langen Büdner- und Häuslerreihen der mecklenburgiſchen Domanialdörfer, an deren Zufahrtswegen manchmal 20 oder 25 Büdnereien und Häuslereien, alle im Einheitsſtil erbaut und ſchnurgerade ausgerichtet, „einen verſteinerten Parademarſch ausführen" — übrigens ganz ähnlich wie in den bäuerlichen, Spinner-, Weber- und Waldarbeiterkolonien Friedrichs des Großen. Und endlich ſind auch unſere Gutsdörfer mit ihren manchmal beſcheidenen, oft ſtattlichen Herrenhäuſern oder Schlöſſern, ihren von mächtigen Scheunen und ſonſtigen Wirtſchaftsgebäuden umſchloſſenen rechteckigen Wirtſchaftshöfen und ihren ein- oder zweizeilig längs eines Zufahrtsweges aufgereihten, meiſt kahl und nüchtern, oft vernachläſſigt ausſehenden „Hieſchkaten"[101] ein Ausdruck ebenſo großzügig rationaler Wirtſchaftsplanung wie rückſichtsloſen Individualismus. Wendet man den Blick etwa von der wenig gepflegten Ärmlichkeit des Katendorfes auf die weiträumigen, wohlgepflegten Weizen- und Rübenfelder der „rationell" zugeſchnittenen Gutsſchläge, ſo empfindet man, daß auch für Mecklenburg jenes Herrenwort Geltung hat, das Guſtav Frenſſen ſeinem Franz Strandiger in den Mund legt:

---

[98] Karl Lamprecht, Americana. Freiburg i. Br. 1906, S. 31.

[99] Vgl. Ludolf Fieſel, Geſchichtliche Grundlagen des mecklenburgiſchen Städteweſens, in: Ernſt Schulz, Mecklenburg. Ein deutſches Land im Wandel der Zeit, Seeſtadt Roſtock 1939, und Bruno Dietrich, Nordamerikaniſche Stadtlandſchaften, in Siegfried Paſſarge, Stadtlandſchaften der Erde, Hamburg 1930 (beide mit Plänen und Abbildungen).

[100] Beide Anlagen nebeneinander z. B. in Parchim (Neuſtadt und Altſtadt). Plan von Parchim bei Fieſel (ſ. o. Anm. 99) oder Karl Hoffmann, Die Stadtgründungen Mecklenburg-Schwerins in der Koloniſationszeit vom 12. bis zum 14. Jahrhundert. Schwerin 1930, S. 92/93.

[101] So werden in Mecklenburg die mehrere Tagelöhnerwohnungen enthaltenden langgeſtreckten Gutsarbeiterkaten genannt.

> „Daß ein Menſch unglücklich iſt, das kann ich ruhig anſehen, aber ein verlottertes Feld iſt mir ein Greuel!" Daß dieſer rationale Geiſt der Rechenhaftigkeit ſchon den Ritter beſeelte, der im Mittelalter gen Oſten zog, hat auch Hermann Aubin geſehen. Nach ſeinen Unterſuchungen iſt „nicht zu verkennen, daß es auch der finanzielle Gewinn iſt, welcher zur Aufgabe der Heimat veranlaßte. Indem manche Geſchlechter ſich mehrmals[102] in immer weiterem Vorſchieben nach dem Oſten in die Koloniſationsarbeit ſtürzen, tritt die nüchterne ökonomiſche Berechnung auf lange Sicht, welche man dem Mittelalter manchmal ſchon hat abſprechen wollen, als treibendes Motiv nur um ſo deutlicher zutage"[103].

„Ein ſcharfer, ein nüchterner, aber auch ein tüchtiger Zug fiel früh an den preußiſchen Menſchen auf", ſchrieb Moeller van den Bruck[104]. Er zeigte auch, daß eben darum der „preußiſche Stil" ſeinen angemeſſenſten Ausdruck in der praktiſchſten und mathematiſchſten aller Künſte, der Kunſt der klaren und mathematiſch einwandfreien Berechnung — in der Architektur — fand und zwar wiederum bezeichnenderweiſe unter ſtarker Bevorzugung klaſſiziſtiſch, alſo ſtark rational anmutender Formen.

Und Ernſt Jünger[105], dem niemand Mangel an Verſtändnis für die Größe und geſchichtliche Leiſtung des Preußentums nachſagen darf, meint: „Es iſt nicht zu leugnen, daß ein trockener und undämoniſcher Zug durch das Preußentum geht ... und eine Phantaſieloſigkeit, die bei der Jugend gar zu leicht und ganz ſicher aus einem geſunden Inſtinkt heraus als Kälte empfunden werden muß."

Denſelben Geiſt der Rationalität lieſt Friedrich Sieber[106] aus den Zügen der oſtmitteldeutſchen Kulturlandſchaft:

> „Bewußtheit und zielſtrebiger Wille der Siedler finden nach der wirtſchaftlichen Seite hin im Flurbilde klaren Ausdruck. Neben die unregelmäßige ſlawiſche Blockflur mit ihrer Gliederung in kleine Flächen, durch Urbarmachung Schlag um Schlag gewachſen, ſtellt der Deutſche eine ſtark rationale Flurgeſtaltung. Mit dem Maßſeil ſchneidet er mit erſtaunlicher Genauigkeit die Gutsfluren, die Hufen, in beſtimmter Größe aus der Landſchaft heraus . . . Nach genauen Vermeſſungsplänen entſtehen auch viele Städte."

Auch Schünemanns[107] Charakteriſtik des Banater Schwabentums weiſt auf dieſelbe Grundhaltung zurück:

> „Die geiſtige Aufgeſchloſſenheit des deutſch-banatiſchen Bauern machte ihn zugänglich für die Einführung der jeweils modernſten techniſchen Errungenſchaften, ließ aus ſeinen Kreiſen eine ſtarke gewerblich tätige Bevölkerungsgruppe hervorwachſen, hielt die Juden von den meiſten deutſchen Dörfern fern und lieferte den Herkunftsboden für eine verhältnismäßig breite Intelligenzſchicht, die allerdings in den Vorkriegsjahrzehnten dem deutſchen Volkstum verloren zu gehen pflegte. Andererſeits liegen eben hier aber auch die Wurzeln der bald nach der Mitte des 19. Jahrhunderts beſonders früh einſetzenden künſtlichen Geburtenbeſchränkung, die heute den Beſtand des deutſchen Volksbodens auf das ſchwerſte bedroht."

Der Amerikaner Henry George, der Vater der Bodenreformbewegung, hat in ſeinem berühmten Buche „Fortſchritt und Armut" die Behauptung aufgeſtellt:

> „Die allgemeine Intelligenz und Wohlhabenheit, die tätige Erfindungskraft, die Fähigkeit, ſich den Verhältniſſen anzupaſſen, der freie, unabhängige Geiſt, die Energie und Hoffnungsfreudigkeit, die unſer Volk kennzeichnen: ſie ſind nicht Urſachen, ſondern Reſultate — ſie ſind dem freien, noch nicht in Beſitz genommenen Boden entſprungen. Dieſe Staatsländereien bildeten die umwandelnde Macht, welche aus dem ſorgloſen, ſtumpfen europäiſchen Bauer den ſelbſtbewußten Farmer des Weſtens machte."

---

[102] Vgl. oben S. 512. Der Verf.

[103] Hermann Aubin, vgl. Anm. 32, S. 186.

[104] Moeller van den Bruck, Der preußiſche Stil. 3. Aufl. Breslau 1931, S. 19.

[105] Ernſt Jünger, Das Wäldchen 125. Berlin 1926, S. 144—147.

[106] In Martin Wähler, Der Deutſche Volkscharakter. Jena 1937, S. 228.

[107] In: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutſchtums, 1. Bd. Breslau 1933, S. 232. Vgl. auch Hans-Jürgen Seraphin, Rodungsſiedler, vgl. Anm. 14, S. 72 über den Wolhyniendeutſchen: „So beherrſcht ein höchſt realiſtiſches wirtſchaftliches Denken Verhalten und Einſtellung des Koloniſten. Sein ausgeſprochen nüchterner Sinn, ſeine Härte gegenüber ſich und ſeiner Mitwelt, ſeine Zähigkeit, ſein Fleiß, ſeine Ausdauer haben zum großen Teil hierin ihre Wurzeln."

Das iſt vollkommen richtig, nur nicht im Sinne der Milieulehre, wie es Henry George vermutlich gemeint hat, ſondern im Sinne der durch die Landnahme bewirkten Ausleſe. Ebenſo iſt jedenfalls Häpkes[108] Feſtſtellung zu deuten:

> „Der Litauer, der gern als etwas bequem geſchildert wird, bringt es doch auch zu Gut und Geld, ſobald er in dem ganz auf Verdienen eingeſtellten Erwerbsleben der Vereinigten Staaten ſich umtut.“

Es war eben nicht der Durchſchnitts-Litauer, der nach Amerika auswanderte.

Und mit dem gleichen Vorbehalt, daß es ſich im weſentlichen um einen Ausleſevorgang handeln müſſe, weil eine derartige Wandlung als Modifikation nicht denkbar iſt, wird man Kurt v. Boeckmanns[109] allgemeinem Urteil zuſtimmen müſſen:

> „Kolonien ſind Ableger von Kulturen, alſo nicht bodenſtändige, ſondern verpflanzte Gebilde. Anpaſſung an neue Daſeins- und Arbeitsgrundlagen, mit anderen Worten die Pionierleiſtung, zwingt einerſeits zu vermehrter Tätigkeit der Sinne und körperlichen Organe, andererſeits zu geſteigerter Entwicklung des prüfenden Intellekts. So erzeugen Kolonien unter günſtigen Miſchungsverhältniſſen einen kräftigen, harten, zugreifenden, aber auch einſeitig intellektuellen Menſchentypus. Aus beidem ergibt ſich für die geiſtige Eigenart dieſer Menſchen einerſeits eine ſtraffe Diſziplin im Empfinden, Denken und Handeln, andererſeits eine innere Einſtellung auf konkrete Dinge, die einſeitig unter dem Geſichtspunkt des Nutzens gewertet werden. Schon bei den frühen griechiſchen Kolonien läßt ſich erkennen, daß der kühl anordnende Verſtand und die hart arbeitende Überlegung weit ſtärker die kulturelle Entwicklung beſtimmen als im Mutterland.“

Solcher „Fortſchrittlichkeit“ in Wirtſchaft und Organiſation ſteht nun eine bemerkenswerte „Rückſtändigkeit“ in der Verfeinerung der Kultur gegenüber. Wer etwa aus den Gegenden der alten Bauernkultur Niederſachſens und Weſtfalens in das niederſächſiſche Neuland öſtlich der Elbe kommt, dem fällt auf, wie viel ſchwächer hier der Sinn für liebevolle Gepflegtheit, für Sauberkeit und Ordnung als Selbſtzweck nicht bloß in den Katendörfern, ſondern auch auf den Wirtſchaftshöfen der Bauern wie der Gutsherren entwickelt zu ſein pflegt als weſtlich der Elbe. Auch der Sinn für Eigengeſetzlichkeit und Schönheit der Natur, wie er ſich bei alteingeſeſſenen Bauernſchaften des deutſchen Nordweſtens in liebevoller Pflege eines ſchönen Baumbeſtandes rings um die Höfe zu äußern pflegt, iſt in Mecklenburg ſelten zu ſpüren. In dieſen Zuſammenhang gehört auch eine Beobachtung der Bauernhausforſchung, die wohl zuerſt von Wilhelm Peßler[110] gemacht worden iſt. Das Niederſachſenhaus Mecklenburgs zeigt nämlich urſprünglich nicht das „Kammerfach“, den ausgebildeten Wohnteil hinter dem Herdplatz oder „Flett“, von dem Ausgänge nach beiden Traufſeiten ins Freie führen, ſondern führt die Längsdiele von Giebel zu Giebel durch, wenigſtens als ſchmalen Längskorridor, in älteren Häuſern — alſo urſprünglich — jedoch als befahrbare Durchfahrtsdiele. Es iſt alſo ein Durchfahrts-, mindeſtens aber Durchgangsdielenhaus und kein Flettdielenhaus. Peßler war zunächſt geneigt, die Flettdiele für eigentlich und echt niederſächſiſch zu halten und hinter der Durchfahrts- und Durchgangsdiele nichtſächſiſche Baueinflüſſe zu vermuten. Es hat ſich aber inzwiſchen herausgeſtellt[111], daß es ſich ganz einfach um eine altertümlichere Form des Niederſachſenhauſes handelt, die im niederſächſiſchen Mutterlande früher zu der höheren Anſprüchen an Wohnkultur genügenden Form des Flettdielenhauſes mit Kammerfach fortgebildet wurde. Im niederſächſiſchen Neulande aber verhinderte der Primat der Wirtſchaft vor der „unrentablen" Wohnkultur einen ſolchen „Luxus". Die Nachkommen der Bauernpioniere hielten an der wirtſchaftlich ſehr praktiſchen, wenn auch minder wohnlichen Form des Durchfahrtsdielenhauſes mit größerer Zähigkeit feſt, — ihnen ging wirtſchaftliche Zweckmäßigkeit vor Behaglichkeit. So entſprach es ihrer rationalen Einſtellung, die eine Seite ihres „Pioniergeiſtes" war. Auf die auffallende Altertümlichkeit bzw. konſervative Haltung in Kulturfragen bei der Bevölkerung des oſtdeutſchen Neuſiedellandes iſt die Volkskunde auch in anderen Zuſammenhängen geſtoßen. So ſchreibt z. B. Adolf Helbok[112]:

---

[108] Das Land Ober Oſt. Bearbeitet von der Preſſeabteilung Ober Oſt. Stuttgart und Berlin 1917, S. 229.

[109] Kurt v. Boeckmann, Vom Kulturreich des Meeres. Dokumente zur Kulturphyſiognomik. Berlin 1924, S. 355—356. Bezeichnend iſt auch die Charakteriſtik der griechiſchen Siedler an der Nordküſte des Schwarzen Meeres bei Max Ebert, Südrußland im Altertum. Bonn und Leipzig 1921, S. 296 bis 297: „Was die erſten Koloniſten nach dem Skythenlande zog, war die Hoffnung auf Reichtum und Macht. Sie ſtanden auf einem Außenpoſten der griechiſchen Welt. Der Kampf um die wirtſchaftliche Exiſtenz nahm alle Energie in Anſpruch. Später, als die Verhältniſſe gefeſtigt, der Erfolg erreicht, Wohlſtand und Beſitz gekommen waren, war der Sinn für das Materielle eingewurzelt. Das Geiſtige trat zurück. Wir finden das bei allen Koloniſten, die unter ähnlichen Verhältniſſen leben. Den Indern waren die Griechen nicht das Volk des Phidias, Sophokles und Plato, ſondern der Händler und Soldaten, denn ſie kannten nur die baktriſchen und iraniſchen Koloniſten, So iſt es denn auch nicht weiter merkwürdig, daß auf dieſem Boden, wo der Weizen ſo vortrefflich gedieh, keine Talente, die in der griechiſchen Literatur und Kunſtgeſchichte irgend etwas bedeuten, gewachſen ſind.“

[110] Wilhelm Peßler, Das altſächſiſche Bauernhaus in ſeiner geographiſchen Verbreitung, Braunſchweig 1906, S. 219ff.; derſ., Die Abarten des altſächſiſchen Bauernhauſes, Archiv für Anthropologie, NF., Bd. 8, 1909, S. 157—182, insbeſ. Überſichtskarte 2; derſ., Hausgeographie von Mecklenburg, Zeitſchr. „Deutſche Erde“, 11. Jg. Gotha 1912.

> „Seit der Oſtkoloniſation trägt der deutſche Kulturraum an der Elbe eine weſtöſtliche Kulturſcheide. In allen Zweigen des Volkslebens von einſt und in vielen von heute iſt ſie fühlbar. Man ſehe auf die rationellen Siedlungsformen des Oſtens und die natürlich gewachſenen des Weſtens, auf das neuere Pachtſyſtem im Oſten, das Lehenrecht im Weſten, auf die Gutsherrſchaft im Oſten, die Rentengrundherrſchaft im Weſten. Die Karte der Grundbeſitzgrößen führt uns ſowohl in die Entſtehungsgeſchichte des deutſchen Oſtens wie in die Grundlinien des deutſchen Wirtſchafts- und Volkslebens. Dieſes liefert uns viele Belege für die Kulturgrenze. Ich führe nur eine Karte des Volkskundeatlas vor, die ein ſubkutanes Weiterleben einer alten Kulturſcheide aufzeigt, indem ſie die Ausbreitung des feurigen Hausdrachens zeigt, der genau öſtlich der alten Slawengrenze nur als Schutzgeiſt des Hauſes gilt und gefüttert wird. Man wird kaum anzunehmen geneigt ſein, hier an ein europäiſches Relikt zu denken, das der große Bewahrer im Oſten länger erhalten hätte. Es fällt auf, daß die Finnen den Brauch nicht kennen und daß der Drache bei dem mongoliſchen Völkern allgemein eine Rolle ſpielt. Aber wir wiſſen auch nicht, was an Tiergeſtalten aus dem illyriſch-oſtgermaniſchen Kreiſe übrig geblieben iſt. Die Dinge ſind erſt zu klären. Wenn man andere Bereiche des Volksglaubens muſtert, ſtößt man im Oſten zwar immer wieder auf ältere Formen, und es ſcheint der Oſtdeutſche in manchen Belangen die ältere deutſche Kulturphyſiognomie gewahrt zu haben, obwohl ſeine Vorfahren einſt in den Formen des Wirtſchafts-, Rechts- und Soziallebens ein modernes Amerikanertum darſtellten. Daß in geiſtig-ſeeliſcher Haltung aber auch ältere Zuſtände, in dieſem Falle alſo der kulturell einfachere Zuſchnitt des Koloniallandes, durchhielten, können wir an der Ausbreitung des Jodokuskultes erkennen. Dieſer breitete ſich aus einer weſtfranzöſiſchen Küſtenſtadt im Mittelalter auch nach Deutſchland aus. In ſeiner volkstümlichen Ausbreitung machte er am Ende des Mittelalers halt — an der alten Slawengrenze, obwohl ſie durch die Koloniſation ſeit Jahrhunderten überwunden war."[113]

Sollten nicht auch im Amerikaner höchſte Rationalität des wirtſchaftlichen Erfolgsſtrebens und altertümliche Kulturhaltung nebeneinander liegen? Lamprecht[114] verweiſt auf eine amerikaniſche Biographie Lincolns, der in der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Illinois aufwuchs, über die Barrett Wendell in ſeiner Literary History of America berichtet:

---

[111] C. A. Endler und J. U. Folkers, Das mecklenburgiſche Bauerndorf. Roſtock 1930, S. 114—116.

[112] Adolf Helbok, Was iſt deutſche Volksgeſchichte? Berlin und Leipzig 1935, S. 53—54.

[113] In bezug auf Schleſien weiſt Joſeph Klapper auf einen bemerkenswerten Konſervativismus der Glaubenshaltung im Mittelalter und die zähe Bewahrung vorchriſtlicher Vorſtellungen und Bräuche hin. „Aus Rauden iſt uns ein Werk des Ziſterzienſers Rudolf erhalten, das in Mitteldeutſchland vor 1250 entſtanden iſt und in Schleſien durch Abſchriften verbreitet wurde. Während theologiſche Quellen für gewöhnlich galliſche und romaniſche Überlieferungen mit deutſchem bodenſtändigen Volksglauben miſchen, liegt hier von der Fremde noch unberührtes Gut vor. Die übrige deutſche Überlieferung kennt hierzu kaum ein Gegenſtück. Schleſien erweiſt ſich auch hier wie in anderen Äußerungen ſeines Volkstums als eine Landſchaft, die eine im mittelalterlichen Mitteldeutſchland bereits preisgegebene Vorſtellungswelt ſchriftlich bewahrt und in lebendigem Brauchtum bewährt hat. Da begegnen altgermaniſche magiſche Bräuche der Frauen, die das häusliche Glück ſichern ſollen." (Geſchichte Schleſiens, hrsg. von der Hiſtoriſchen Kommiſſion für Schleſien unter Leitung von Hermann Aubin, I. Bd. Breslau 1938, S. 404.)

[114] Karl Lamprecht, Americana, S. 127.

„As you read the incidents of Lincoln's youth, whatever the authenticity of this anecdote or that, you can hardly avoid the impression, that the social surroundings in which his life began, were astonishingly like those of the Middle Ages. These people, of course, dressed in garments and used words, and had traditions, which imply various occurences since early Plantagenet times. It is hardly excessive to say, howewer, that their general mental and moral condition was more like that attributed to the English peasantry in the days of Richard Coeur de Lion than like any native English existence much more recent. Amid the relaxed inexperience of Western life the lower sort of Americans hat tended to revert towards a social state ancestrally extinct centuries before America was discovered."

Dazu ſtimmt die Feſtſtellung von Heinz Kloß[115]:

„Gerade in ihren Anfängen machten die weißen Siedlungen einen Zuſtand der Urſprünglichkeit durch, der das Kulturgut der ‚Grenzer', die an der ‚frontier' ſaßen, einander anglich und es übrigens auch farbigen Einflüſſen beſonders zugänglich machte. Bekannt iſt, daß die Lebensweiſe der nordamerikaniſchen weißen Jäger, welche die Vorhut der Siedler bildeten, der der Indianer ſtark angeglichen war, ſelbſt in der Tracht."

Zu ähnlichen Ergebniſſen führt die Gegenüberſtellung des frankokanadiſchen Volkstums mit dem franzöſiſchen Volkstum des Mutterlandes. Colin Roß[116], dem es ſchon auffiel, daß der an Bord kommende kanadiſche Lotſe „franzöſiſch ſprach wie ein Breſter Bürger aus dem 17. Jahrhundert", charakteriſiert den Gegenſatz:

„Sproß und Nachkomme eines Volkes der größten Sterilität, ſind die Frankokanadier das lebenskräftigſte Volk der Erde. Auf einem neuen Kontinent lebend, inmitten eines unorganiſchen Menſchenbabels, das eine hektiſche, fieberhafte Ziviliſation aufbaute, blieben die franzöſiſchen Kanadier die gleichen, die ſie vor dreihundert Jahren waren. In ihrer Mitte iſt man ‚Amerika' ferner als irgendwo in Europa, faſt könnte man ſagen als irgendwo auf der Welt."[117]

Colin Roß erblickt darin mit Recht die Auswirkung „des altkanadiſchen Ideals der großen, ſich ſelbſt genügenden Familie und der altkanadiſchen katholiſchen Frömmigkeit". So flicht er ein beſonderes Kapitel: „Der kanadiſche Kirchenſtaat" ein, in dem es z. B. heißt:

„Die Univerſität von Montreal iſt eine geiſtliche Inſtitution. Ihr Rektor iſt ein Monſignore, ein kirchlicher Würdenträger, ihr Sekretär ebenſo und überhaupt der größte Teil des Lehrkörpers. Genau ſo verhält es ſich mit der Laval-Univerſität in der Provinzialhauptſtadt Quebec und mit dem geſamten Unterrichtsweſen in der ganzen Provinz Quebec. Neben unſerm Hotel in Montreal lag eine Kloſterſchule. In der Pauſe ergingen ſich die Mädchen in ſchwarzen Uniformkleidern mit weißen Kragen unter der Obhut von Nonnen, und bei unſerer erſten Fahrt über Land mit der Canadian National Railway ſtieg in unſeren Wagen eine ganze Knabenklaſſe, die in ihrem ſittſamen Betragen und ihrer klöſterlichen Schuluniform wie dem kirchlichen Mittelalter entſtiegen wirkte."[118] So empfing Colin Roß den Eindruck, „nicht nur in einem katholiſchen Lande, ſondern in einem katholiſchen Staate zu wohnen, in dem es gar keine zivile Gewalt gibt, oder wo dieſe zum mindeſten weit unter der geiſtlichen ſteht. Am ſtärkſten hatte ich dieſes Gefühl, als ich das Koloniſationsbüro des Landwirtſchaftsminiſteriums in Quebec aufſuchte und hier als Leiter einen Abbé in langer, ſchwarzer Soutane vorfand, der auf einem Podium wie auf einem Katheder ſitzend ein ganzes Heer männlicher und weiblicher Staatsbeamter leitete. Eine ſo rein wirtſchaftliche Angelegenheit wie die Siedlung, die Erſchließung jungfräulichen Bodens, die Anlage neuer Dörfer liegt hier in geiſtlichen Händen."[119]

Aber auch in den USA., bei deren Gründung doch die Aufklärung Pate geſtanden hat, fehlen ähnlich altertümliche Züge kirchlicher Geltung im öffentlichen Leben bis heute nicht. Adolf Halfeld ſchreibt 1928 in ſeinem bekannten Buche[120]: „Amerika ſteht heute im Zeichen einer kirchlichen Reaktion, die einen ſonderbaren Gegenſatz zur äußeren Modernität des Landes bildet“ (a. a. O., S. 80) und beruft ſich zum Beweiſe auf den erſtaunlichen Siegeszug des „Fundamentalismus“, der mit dem berühmten „Affenprozeß“ im Staate Tenneſſee im Herbſt 1925 in das Geſichtsfeld der Weltöffentlichkeit trat und eine dem Europäer höchſt altertümlich erſcheinende Geiſteshaltung ſichtbar werden ließ.

---

[115] In: Martin Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena 1937, S. 533.

[116] Colin Roß, Zwiſchen USA. und dem Pol. Leipzig 1934, S. 80.

[117] S. 176—177. [118] S. 120—121. [119] S. 121—122.

[120] Adolf Halfeld, Amerika und der Amerikanismus. Jena 1928. Auch bei den griechiſchen Siedlern am Nordufer des Schwarzen Meeres iſt dieſer konſervative Zug gerade auf dem religiöſen Gebiet aufgefallen. „Uralte, im Mutterlande längſt unter die Schwelle des religiöſen Bewußtſeins verſunkene Ideen treten uns hier bei Gräbern aus der helleniſtiſchen Epoche an den Opferaltären mit Eſchara, den Bothroi, im Abſchlachten und Verbrennen der Opfertiere, an den Katafalken und Leichenwagen in lebendiger Kulthandlung entgegen." (Max Ebert, Südrußland im Altertum. Bonn und Leipzig 1921, S. 296.)

Dem entſpricht auch die Geſamtbeurteilung bei Halfeld:

> „So ſehr auch die geſellſchaftlichen Kräfte des Amerikanismus mit unentrinnbarer Notwendigkeit auf die Verdrängung des Individuellen hinwirken, ſo ſehr lebt doch im einzelnen Amerikaner die Pioniertradition nach — die wagemutige, lebenbewältigende und erobernde Kämpfernatur. Man darf nicht vergeſſen, daß die Väter der heutigen Generation noch vor dem Nichts in den Steppen des Wilden Weſtens ſtanden, daß der letzte Gold Ruſh in Alaska erſt fünfzehn Jahre zurückliegt. So iſt der Sinn für das Perſönliche, obwohl unrettbar dem Tode verfallen, noch nicht gänzlich erſtorben. Er wirkt nach auf den Gebieten, wo er ſich urſprünglich betätigte — in der Wirtſchaft und im Staate. Er hat niemals exiſtiert und wird wohl kaum je exiſtieren im Geiſtigen und Künſtleriſchen.“[121]

Mit beſonderer Deutlichkeit treten dieſe Erſcheinungen natürlich in den jungen deutſchen Sprachinſeln des Oſtraumes auf. Walter Kuhn iſt den Zuſammenhängen nachgegangen[122]:

> „In kultureller Hinſicht ſind ſchärfſte Verluſte durch die einſeitige Auswahl des Koloniſtenmaterials, in ſeeliſcher wie in ſtändiſcher Hinſicht, bedingt. Es gehen vor allem Wirklichkeitsmenſchen hinaus, die draußen Freiheit und Aufſtiegsmöglichkeit ſuchen, oder ſolche, die in der alten Heimat nicht viel zu verlieren haben, ſchließlich bei den Gründungen aus Glaubensurſachen (die den rein wirtſchaftlichen gegenüber weit in der Minderzahl ſind) ſtreng und einſeitig religiöſe Naturen“ (S. 239). „Durch die Sprachinſelgründung wird das Volkstum auf ſeinen innerſten, urſprünglichſten und primitivſten Kern beſchränkt, der umſchrieben iſt mit: Stammesart und Religion . . . Zunächſt aber iſt das Ergebnis der Ausſiedlung ein allgemeiner Reifeverluſt. Die Sprachinſel ſieht ſich auf eine frühere Entwicklungsſtufe des deutſchen Volkes zurückgeworfen. Sie bietet mit dem Vorherrſchen der wirtſchaftlichen und religiöſen Kräfte, mit ihrer einfachen ſtändiſchen Gliederung, dem Hervortreten der Stammeskultur gegenüber dem allgemein Nationalen, noch lange Zeit ein primitives Bild“ (S. 240—241).

In ſeiner nach dem Reifegrad abgeſtuften Typenreihe des Sprachinſelwerdens läßt Kuhn auf die Vorſtufe der „unfertigen Sprachinſeln“ zunächſt folgen die Sprachinſeln auf der Stufe der religiöſen Kultur:

> „Das geiſtige Leben erſchöpft ſich im Religiöſen. Die Menſchen, deren äußeres Leben in angeſpannteſter Arbeit und harter Entbehrung verläuft, finden hier das Gleichgewicht und die innere Kraft. Das Glaubensleben iſt außerordentlich rege, die Menſchen kennen noch Zweifel und Anfechtungen. Oft, namentlich im proteſtantiſchen Gebiete, artet es freilich in zelotiſchen Geiſt und Selbſtgerechtigkeit aus. Im Zuſammenhange damit ſteht das Auftreten zahlreicher Sekten. Die Lektüre des Sprachinſelmenſchen bilden Bibel, Geſangbuch und Kalender, ſoweit periodiſche Schriften erſcheinen, dienen ſie in erſter Linie dem religiöſen Bedürfnis und werden meiſt von den Pfarrern herausgegeben. Die Kirche iſt die einzige Organiſationsform. Die Geiſtlichen ſind die eigentlichen Führer des Deutſchtums.“[123]

In der gleichen Richtung liegt Seraphims Charakteriſtik der Wolhyniendeutſchen, die in dem Satz gipfelt: „Wir haben im Wolhyniendeutſchen demnach einen Menſchen vor uns, der dadurch vielleicht am ſtärkſten vom Weſteuropäer des 19. und 20. Jahrhunderts unterſchieden iſt, daß ſein Denken und Handeln eine religiös beherrſchte, unzergliederte Einheit darſtellen“[124].

Karl Lamprecht[125] hat als beſonders bezeichnend für den Amerikaner deſſen Vorliebe für das zahlenmäßig meßbare Große, the biggest in the world, hervorgehoben und eine Menge von Beiſpielen dafür zuſammengebracht.

---

[121] a. a. O., S. 58—59.

[122] Walter Kuhn, Deutſche Sprachinſelforſchung (Oſtdeutſche Forſchungen, hrsg. von Viktor Kauder, Bd. 2). Plauen i. Vgtl. 1934, S. 239ff., 380ff.

[123] a. a. O., S. 383.

[124] Hans-Jürgen Seraphim, Rodungsſiedler, vgl. Anm. 14, S. 72—73.

[125] Karl Lamprecht, Americana. Freiburg 1906, S. 67—72.

> „Was aber iſt das Gemeinſame aller dieſer Rede- und Denkweiſen? Das quantitative Urteil. Dies quantitative Urteil iſt nun aber ein gemeinſames aller kolonialen Ziviliſationen überhaupt. Wir können es z. B. in letzten Reſten noch heute in der abweichenden Denkweiſe der kolonialen Deutſchen jenſeits der Elbe, ſo in vielen Urteilen der Berliner wahrnehmen. Es ſpricht zu uns aus den Koloſſalanlagen des deutſchen kolonialen Nordoſtens, aus der Marienburg, aus den Marienkirchen Lübecks und ſo vieler Kolonialſtädte des hanſiſchen Bereiches: ſie alle wollen die Bauten des Mutterlandes weniger an feiner Durchbildung denn an Größe übertreffen.“[126]

Dazu kann man die Belege ſehr leicht z. B. bei Karl Schmaltz[127] finden. Da wird etwa die Nikolaikirche in Wismar gekennzeichnet:

> „Alles iſt, das Vorbild (von Lübeck. Der Verf.) überſteigernd, im Sinne dieſes extremen ſpätgotiſchen Vertikalismus geformt und zu ſchwindelnder Höhe emporgetrieben. Erreicht doch das Mittelſchiff nicht weniger als 36 m Gewölbhöhe.“ Und die Georgenkirche: „Hier herrſcht im Außenbau allein die nackte, in maßloſe Höhe emporgetriebene Maſſe des ſchweren roten Backſteins . . . Das überhohe Querſchiff — ſchmaler als das Mittelſchiff — bohrt ſich gewaltſam durch das breite Langhaus mit ſeinen Seitenſchiffen und Kapellenreihen hindurch, ſchießt darüber hinaus. Es fehlt das ausgeglichene Verhältnis zwiſchen beiden, und im Grunde wirkt es roh und leer. Aber eben das ſteigert wiederum die Gewalt ſeines Ausdrucks. So iſt die Wirkung des Ganzen wohl noch mächtiger als die von St. Nikolai.“

Den Urſprung dieſes quantitativen Urteils erblickt Lamprecht einfach in der Rückwirkung der zunächſt im neuen Lande vorhandenen Raumweite auf die Siedler, die ſich in dem noch ziemlich leeren Land einrichteten: „Dieſem quantitativen Urteil liegt ein durchaus natürlicher Zug der kolonialen Ziviliſation zugrunde. Eine lange Folge von Kulturzeitaltern erſt zeitigt den Begriff der Intenſität, unter dem heute die europäiſchen Völker leben: und dieſer Intenſität entſprechen Qualitätsurteile. In den kolonialen Ländern dagegen entſcheidet der Begriff der Extenſität. Nehmen wir einen einfachen Fall. Ein Bauer, der in Deutſchland ſich bei intenſiver Kultur des Landes von ſeinem Dreißigmorgengut nährte, kommt nach Amerika. Er gewinnt jungfräulichen Boden. Werden ihm hier, bei gleicher Bodenbeſchaffenheit, dreißig Morgen denſelben Ertrag geben wie daheim? Mitnichten. Er bedarf des Doppelten, Dreifachen, ja, da er nun auch beſſer leben will, des noch Mehrfachen an Boden. Natürlich aber kann er dieſen Segen an Land nun nicht auch gleich intenſiv beſtellen wie daheim, ſelbſt wenn er wollte: großräumige Begriffe für das Land, extenſive Begriffe für die Bewirtſchaftung ſchieben ſich mithin ſeinem Denken unter, und der Prozeß dieſer Wandlung erzeugt ganz allgemein die Gewohnheit quantitativen Urteils. Nach alledem handelt es ſich um einen tiefen organiſchen Vorgang des Seelenlebens; denn die Erfahrungen des Bauern wiederholen ſich in abgewandelten Formen auf allen anderen Gebieten. Es iſt ein Vorgang, der die Urteilshaltung überhaupt auf niedrigere Kulturſtufe zurückwirft.“ (S. 69—70.)

Das ſcheint ſehr einleuchtend. Wie ſollte es auch nicht nahe liegen, die Vorliebe des Neuſiedlers für das räumlich oder zahlenmäßig Gewaltige aus ſeinem durch die Raumweite des Neulandes erzogenen Wirtſchaftsdenken abzuleiten! Haben wir doch feſtgeſtellt, daß rationale, d. h. gerade rechenhafte Geiſteshaltung ihm eigen iſt und daß der Primat der Wirtſchaft ſich für ihn von ſelbſt verſteht. Es iſt daher auch nicht verwunderlich, daß die größten organiſatoriſchen Gebilde individualiſtiſch-kapitaliſtiſchen Wirtſchaftsdenkens gerade auf Neuſiedelland erfunden worden ſind: die Großplantage[128] mit Sklavenbetrieb in Afrika, Weſtindien und den Südſtaaten der USA., der Truſt auf induſtrieller oder bankmäßiger Grundlage in den USA., die Großgutswirtſchaft, als Gutsherrſchaft älterer und als „Rittergut“ moderner Zeiten, im oſtelbiſchen Deutſchland. Der Zuſammenhang von Urſache und Wirkung ſcheint hiernach ganz einfach und klar, durchaus im Sinne Lamprechts geſichert zu ſein. Dem ſteht nun aber die unbeſtreitbare Tatſache im Wege, daß die Großgutswirtſchaft Oſtelbiens keineswegs in der Oſtſiedlungszeit unter dem Eindruck der Raumweite des faſt noch leeren Landes, ſondern erſt rund vier Jahrhunderte ſpäter entſtanden iſt und daß ihr daher vier Jahrhunderte vorangehen, in denen der ländliche Wirtſchafts- und Geſellſchaftsaufbau öſtlich und weſtlich der Elbe und Saale in den Grundzügen durchaus gleichartig war. Im alten wie im neuen Siedellande herrſchte — von landſchaftlichen Sonderformen wie z. B. denen der Nordſeemarſchen abgeſehen — das grundherrſchaftliche Gefüge vor: Großgrundbeſitz eines rittermäßig lebenden, wirtſchaftlich wenig intereſſierten Herrenſtandes mit bäuerlich-genoſſenſchaftlicher Betriebsform[129]. Die entſcheidende Frageſtellung iſt alſo: Wie kam es, daß ungefähr ſeit dem 16. Jahrhundert die Einheit der Agrarverfaſſung öſtlich und weſtlich der Elbe zerbrach, daß auf dem Boden der Oſtlandwanderung erſt die Gutsherrſchaft und dann der Gutsbetrieb mit immer mehr proletariſierten Landarbeitern heranwuchs, daß dagegen weſtlich der Elbe die alte Grundherrſchaft teils verſteinerte, teils zur Meierrechtsverfaſſung ſich fortentwickelte und ſchließlich ſich überall in ein Nebeneinander klein-, mittel- und großbäuerlicher Betriebe ohne herrſchaftliche oder genoſſenſchaftliche Bindung auflöſte? Die Antworten auf dieſe Frage ſind durchweg unbefriedigend, weil ſie einſeitig die Entſtehung des landwirtſchaftlichen Großbetriebes, aber nicht die Entſtehung des Unterſchiedes zwiſchen oſtdeutſcher und weſtdeutſcher Agrarverfaſſung ins Auge faſſen. So wirft Richard Krzymowſki[130] die Frage auf: „Wie kam die Entwicklung der Gutsherrſchaften auf Koſten des Bauernlandes zuſtande?" und antwortet:

---

[126] a. a. O., S. 69.

[127] Karl Schmaltz, Die Kirchenbauten Mecklenburgs. Schwerin 1927, S. 59—62.

[128] Georg Friedrich Knapp, Die Landarbeiter in Knechtſchaft und Freiheit, Leipzig 1891, abgedruckt in: G. F. Knapp, Ausgewählte Werke, Bd. I, München und Leipzig 1925; Max Weber, Wirtſchaftsgeſchichte, München und Leipzig 1924, S. 82—86, 256—258.

> „Anſätze zur Gutsherrſchaft und zum landwirtſchaftlichen Großbetriebe exiſtierten bereits zur Zeit der Koloniſation. Die Grundherren behielten bei der Gründung eines deutſchen Dorfes faſt immer einige Hufen für ſich zurück und nahmen ſie in eigene Bewirtſchaftung. Es gab außerdem gutsherrliche Betriebe auf Neuland z. B. auf gerodetem Waldland. Das waren alſo etws größere Betriebe, die mit bäuerlichen Siedlungen zunächſt nichts zu tun hatten. Die betreffenden Gutsherren benutzten meiſtens landloſe Untertanen ſlawiſcher Abſtammung zur Bewirtſchaftung ihres Grundbeſitzes.
>
> Eine Reihe von Umſtänden bewirkte die Vergrößerung der Gutsherrſchaften. Die Gutsherren, welche bisher Ritterdienſte im Heer geleiſtet hatten, wurden durch die aufkommenden Söldnerheere aus ihrem militäriſchen Berufe vertrieben und ſuchten nun in der Landwirtſchaft Betätigung. Die Anſprüche dieſer Adeligen ließen ſich nicht mehr mit den Abgaben der Bauern allein befriedigen, ſie gingen deshalb dazu über, höhere Abgaben von den Bauern zu erſtreben und das Land in gewinnbringende eigene Bewirtſchaftung zu nehmen. Dem kam das Aufblühen der Städte entgegen, dieſe verſprachen guten Abſatz für die landwirtſchaftlichen Erzeugniſſe. In den damaligen ſchlimmen, kriegeriſchen Zeitläuften wurden oft viele Bauernhufen leer; ihre Inhaber waren umgekommen, verzogen uſw. Die ledig gewordenen Hufen wurden nicht mehr beſetzt, ſondern einfach dem Gutslande zugeſchlagen. Durch Rodung von Waldungen ließ ſich ebenfalls neues Ackerland erwerben."

Gegenüber dieſen Ausführungen iſt nur der eine, aber durchſchlagende Einwand zu erheben, daß ſie an der eigentlichen Kernfrage vorbeizielen. Um es in ſtark zugeſpitzter Formulierung auszudrücken: es handelt ſich hier gar nicht ſo ſehr darum, den Hergang der Entwicklung der oſtelbiſchen Gutsherrſchaft zu erforſchen, ſondern die Frage zu beantworten: Warum iſt die Großgutswirtſchaft weſtlich der Elbe **nicht** zur gleichen Entfaltung gelangt wie öſtlich der Elbe? Die Beantwortung dieſer Frage iſt von den meiſten, die ſich mit der Vorgeſchichte des oſtelbiſchen „Rittergutes" beſchäftigten, nur in Geſtalt beiläufiger Bemerkungen berührt worden. Die gründlichſte und für ihre Zeit abſchließende Auseinanderſetzung mit dieſer Frage bot vor vierzig Jahren Gorg v. Below[131]. Ihre Überprüfung erſcheint daher heute an der Zeit.

Zunächſt erſcheint eine Abgrenzung des Herrſchaftsbereiches der Großlandwirtſchaft in Oſtmitteleuropa als Grundlage für die nachfolgenden Betrachtungen nötig. Die Grenze zwiſchen bäuerlichem und Großgutsbetrieb iſt auf deutſchem Reichsboden leicht zu klären, weil die ſtatiſtiſchen Zwiſchenſtufen zwiſchen den bäuerlichen Betrieben unter 50 ha und den Gutsbetrieben über 200 ha ſehr ſchwach beſetzt ſind. Es liegt hier aus betriebstechniſchen Gründen ein breiter Graben zwiſchen den beiden Betriebsformen. Betriebe zwiſchen 100 und 200 ha beſitzen, wenn nicht ganz beſondere Verhältniſſe vorliegen, weder die Vorzüge des Familienbetriebes noch diejenigen des Großbetriebes und ſind daher nicht zahlreich. Es macht deshalb auch nicht viel aus, ob wir den Herrſchaftsbereich der Großlandwirtſchaft nach der Verbreitung der Betriebe über 100 ha oder über 200 ha abſtecken. Ein Blick auf die nach der Punktmethode gearbeitete Wandkarte der landwirtſchaftlichen Großbetriebe über 200 ha von Friedrich Walter[132] oder auf die Schwarz-Weiß-Karte bei Krzymowſki[133] laſſen eine geradezu verblüffende Übereinſtimmung zwiſchen der Weſtgrenze des Herrſchaftsgebietes der großen Güter und der Oſtgrenze des deutſchen Volksbodens zwiſchen 600 und 1140 n. d. Ztw. erkennen. Um ſo erſtaunlicher erſcheint die Tatſache, daß die Übereinſtimmung beider Grenzen gar nicht alt iſt, ſondern erſt 4—6 Jahrhunderte nach der Überwindung der deutſch-ſlawiſchen Volksgrenze der Völkerwanderungszeit ſich herausgebildet hat. Eine Ausnahmeſtellung nehmen die erzgebirgiſchen und ſchleſiſchen Gebirgskreiſe ein. Sonſt zeichnet ſich die deutſche Volksgrenze von 600—1100 nicht bloß in ihren großen Zügen — den Flußlinien der Elbe und Saale —, ſondern auch in ihren Abweichungen deutlich auf der Betriebsgrößenkarte ab, ſo z. B. im von Werner Wittich[134] ſog. „Zwiſchenland" links der Elbe:

---

[129] Vgl. den von Gunther Ipſen verfaßten Artikel „Agrarverfaſſung, III. Das Landvolk. Soziale Struktur" im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutſchtums, I. Bd. Breslau 1933, S. 37—52, ſowie ebenda S. 31—32. R. Kötzſchke, „Grundherrſchaft und Gutsherrſchaft". Zu beiden Artikeln reichliche und gut gewählte Schrifttumsnachweiſe.

[130] Richard Krzymowſki, Geſchichte der deutſchen Landwirtſchaft. Stuttgart 1939, S. 128.

[131] G. v. Below, Der Oſten und der Weſten Deutſchlands. Der Urſprung der Gutsherrſchaft, in: G. v. Below, Territorium und Stadt. München und Leipzig 1900, leider in die neue Auflage dieſes Buches (München und Berlin 1923) nicht aufgenommen.

> „Die Eigenart dieſes Zwiſchenlandes, das die Gegend zwiſchen Saale und Elbe (Sorbenland), den magdeburgiſchen Holzkreis, die Grafſchaft Dannenberg und die Altmark einſchließt, beſtand darin, daß es zunächſt nur erobert und der Grenzverteidigung dienſtbar gemacht, aber nicht koloniſiert wurde. Heinrich I., Otto der Große, Markgraf Gero und zuletzt auch Albrecht der Bär haben es im Kampfe gewonnen, mit Burgen beſetzt und die Verteidiger auf ſog. ‚Sadelhöfen' angeſiedelt, aber ſie haben die angeſeſſene ſlawiſche Bauernſchaft zu minderem Recht ſitzen laſſen."

Wie genau ſich nördlich der Elbe der alte Limes Saxoniae noch heute abzeichnet, das verrät nicht die als Durchſchnitt der Betriebszählung von 1925[135] für die ganze Provinz Schleswig-Holſtein errechnete Zahl, daß 15,5 v. H. der landwirtſchaftlich genutzten Fläche zu Großbetrieben über 100 ha gehören, ſondern die Liſte derjenigen ſchleswig-holſteiniſchen Kreiſe, in denen mehr als 10 v. H. Großgutsland ſich vorfindet. Es ſind dies die Kreiſe

Eckernförde	mit	45,0	v. H. der Landwirtſchaftsfläche
Ploen einſchl. Kiel . . .	„	40,2	„ „ „ „
Oldenburg i. H.	„	39,6	„ „ „ „
Herzogtum Lauenburg . .	„	22,0	„ „ „ „
Stormarn mit Wandsbek .	„	20,3	„ „ „ „
Segeberg	„	17,6	„ „ „ „
Bordesholm mit Neumünſter	„	16,3	„ „ „ „
Rendsburg	„	12,9	„ „ „ „

Dazu tritt noch der ehemalige oldenburgiſche Landesteil Lübeck mit 17,1 v. H. Großgutsland ſeiner Geſamtwirtſchaftsfläche. Beſonders beachtenswert iſt die führende Stellung des Kreiſes Eckernförde mit 45 v. H. Die beiden zu ihm gehörigen Halbinſeln Schwanſen und Däniſcher Wohld, auf denen die großen Gutswirtſchaften am dichteſten liegen, waren niemals von Slawen beſiedelt. Wohl aber waren ſie, wie dies der Name des Däniſchen Wohldes noch andeutet, Waldland, das erſt im Mittelalter gerodet wurde. Sie gehörten zum

---

[132] Verlag Juſtus Perthes, Gotha.

[133] Vgl. Anm. 130, S. 131.

[134] Werner Wittich, Der religiöſe Gehalt der Koloniſation des oſtelbiſchen Deutſchlands, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statiſtik, Bd. 144. Jena 1936, S. 643.

[135] Heranziehung der neueſten Betriebszählung erſcheint unzweckmäßig, da ſich hier ſchon merkliche Veränderungen durch die Siedlung bemerkbar machen.

Iſarnho[136], jenem alten Grenzwaldgürtel, der ſich von der Schlei und der Oſtſee ab in breiter Front ſüdwärts erſtreckte und im Sachſenwald ſeine Fortſetzung bis an die Elbe fand. Nun ſteht es aber nicht ſo, daß der Hundertſatz der Großgutsfläche, an der frühmittelalterlichen Weſtgrenze des ſlawiſchen Volksbodens verhältnismäßig niedrig beginnend, nach Oſten zu beſtändig anſtiege. Am ſtärkſten häuften ſich die Großgüter vielmehr gerade ziemlich nahe der alten deutſch-ſlawiſchen Grenze in Mecklenburg und Vorpommern. Gerade dies läßt die von Max Sering[137] ſeiner Unterſuchung beigegebene farbige „Darſtellung der Landwirtſchaftsbetriebe im Deutſchen Reiche nach Größenklaſſen" ſehr deutlich erkennen. Das dunkelſte Blau, das die Kreiſe mit mehr als 75 v. H. Großbetriebsfläche kennzeichnet, findet ſich nur in Mecklenburg und dem alten Regierungsbezirk Stralſund. Dieſer hält unter den größeren Verwaltungsbezirken 1925 bei weitem noch die Spitze mit 70,5 v. H. Dann folgten beide Mecklenburg mit 58,2 v. H., Reg.-Bez. Königsberg mit 50,7 v. H., Stettin mit 46,4 v. H., Köslin mit 45,7 v. H. und Weſtpreußen mit 40,7 v. H. Im Reg.-Bez. Gumbinnen ſinkt der Hundertſatz der Großgutsfläche ſchon auf 34,1 v. H. und in Allenſtein auf 27,3 v. H. Weiter im Nordoſten gehörten die alten Oſtſeeprovinzen Kurland, Livland und Eſtland mit ihrem vorzugsweiſe deutſch-baltiſchem Adel gehörigen Großgrundbeſitz noch durchaus zum Herrſchaftsbereich der Großgutswirtſchaft. Hamilcar Baron Foelkerſahm[138] berechnet den Anteil der Rittergüter an der Landwirtſchaftsfläche Lettlands, alſo Kurlands und Südlivlands, auf 36—37 v. H., mit Einrechnung der Wälder auf 45—47 v. H. der Geſamtfläche. Mit der alten, auf dem Peipusſee verlaufenden Grenze gegen Rußland bricht aber dieſe Agrarverfaſſung unvermittelt ab.

> „Im Oſten, in Rußland, herrſcht Bauernwirtſchaft, vorwiegend Kleinbauernwirtſchaft, vor. Nach einer für das Jahr 1905 angeſtellten Erhebung, das europäiſche Rußland (ohne Polen und Finnland) betreffend, befanden ſich von je 100 Deßjatinen Saatland 90,5 in den Händen von Bauern (einſchließlich Pachtland) 9,5 v. H. in den Händen der Gutsbeſitzer."[139]

Noch viel mehr zugunſten des Bauerntums fällt die Berechnung von Profeſſor Carl Ballod[140] aus, der ohne Zweifel ein guter Kenner Rußlands war. Danach bewirtſchafteten die ruſſiſchen Bauern vor dem Weltkriege 189 Millionen Deßjatinen eigenes und zugepachtetes Ackerland, die Gutsbeſitzer nur etwa 7 Millionen Deßjatinen Ackerland. Der Großgrundbeſitz habe weſentlich in Wald beſtanden. Durchaus bäuerlich iſt auch das polniſche Kernland, das etwa von dem heutigen Generalgouvernement dargeſtellt wird. Dagegen hatte bezeichnenderweiſe das unter deutſchem Einfluß wirtſchaftlich entwickelte Gebiet des heutigen Warthegaues einen ſtarken Einſchlag von Großgutswirtſchaft. Dieſe nahm 1907 in der damaligen Provinz Poſen 44,1 v. H. der Landwirtſchaftsfläche ein, obwohl die Kgl. Anſiedlungskommiſſion hier bereits eine rege Siedlungstätigkeit entfaltet hatte. Geradezu zum klaſſiſchen Lande des Großgrundbeſitzes und der großen Gutswirtſchaft hatte ſich Böhmen entwickelt. Alle unerfreulichen Seiten dieſer Entwicklung ſtanden gerade hier „in ihrer Sünden Maienblüte": Landflucht, Auswanderung nach Amerika, Aufſaugung bäuerlichen Beſitzes zur „Arrondierung" der Gutsbetriebe, Überhandnehmen der Parzellen- und Afterpacht, völlige Zerrüttung der Arbeiterverhältniſſe durch Einfuhr galiziſcher Wanderarbeiter. In Südböhmen bot das „Königreich Schwarzenberg" das Muſterbeiſpiel eines Latifundienbetriebes. Von den mehr als 200000 ha Grundbeſitz der fürſtlichen Familie Schwarzenberg lagen 177888 ha in Böhmen, von dem ſie ein Dreißigſtel bildeten. Davon waren nur 18 v. H. verpachtet, die Hauptmaſſe wurde durch dreizehn Güterdirektionen in eigener Regie bewirtſchaftet und umfaßte drei eigene Zuckerfabriken und dreizehn eigene Brauereien. Im ganzen verfügten 150 Familien über nahezu ein Drittel des Landes Böhmen.

---

[136] Fr. Mager, Entwicklungsgeſchichte der Kulturlandſchaft des Herzogtums Schleswig. Breslau 1930, S. 135.

[137] Max Sering, Die Verteilung des Grundbeſitzes und die Abwanderung vom Lande. Berlin 1910.

[138] Hamilcar Baron Foelkerſahm, Die Entwicklung der Agrarverfaſſung Livlands und Kurlands (Greifswalder Staatswiſſ. Abhandl., 22). Greifswald 1923, S. 50—51.

[139] Auguſt Skalweit, Agrarpolitik. 2. Ausgabe. Berlin und Leipzig 1924, S. 205.

[140] Carl Ballod, Sowjet-Rußland. Berlin C 2 o. J., S. 45. Das Buch iſt kurz nach dem Weltkriege erſchienen. Zwiſchen ſeiner Berechnung und der Statiſtik von 1905 liegen alſo die Auswirkungen der Stolypinſchen Agrarreform.

Die öſterreichiſchen Alpen- und Voralpenländer gehörten dagegen ſtets dem bäuerlichen Wirtſchaftstypus an. Das lag wahrſcheinlich nicht bloß an der Gebirgsnatur, die dem landwirtſchaftlichen Großbetrieb im Wege ſtand, ſondern auch daran, daß dieſe Länder rund drei Jahrhunderte früher deutſch beſiedelt wurden als die oſtelbiſchen und die Beſiedlung ſich unter weſentlich anderen Bedingungen vollzog[141]. Der weit kürzere Anmarſchweg und die fortdauernde Betreuung durch die altbayriſchen kirchlichen Inſtitutionen, die anſcheinend großenteils ihre eigenen Bauern vom Altland ins Neuland verſetzten, ſcheinen Ausleſebedingungen geſchaffen zu haben, die den Pioniertyp und das Wirtſchaftsunternehmertum minder ſtark herausſtellten als weiter im Norden.

In Ungarn hat ſich dagegen eine bedeutende Großgutswirtſchaft entfaltet, deren bedenkliche bevölkerungspolitiſche Auswirkungen der Regierung ſchon lange Sorge machen[142]. Bereits außerhalb des Herrſchaftsbereiches der Großlandwirtſchaft in Oſtmitteleuropa lag Altrumänien, deſſen Agrarverfaſſung vielmehr eine völlig verrottete Spielart der Grundherrſchaft darſtellte.

> „Von der Fläche des Großgrundbeſitzes waren ca. zwei Drittel teils direkt, teils durch Zwiſchenpächter an die Bauern verpachtet, während die Reſtfläche im Großbetriebe überwiegend mit Hilfe der Hand- und Spanndienſte der Pachtbauern bewirtſchaftet wurde. Wie wenig eigene Mittel der Großgrundbeſitzer für die Bewirtſchaftung ſeiner Güter einſetzte, iſt aus der Verteilung des Inventars zu ſehen. Obgleich der Großgrundbeſitz die Hälfte der landwirtſchaftlichen Fläche in Beſitz hatte, gehörte ihm nur $^1/_{10}$ des geſamten landwirtſchaftlichen Inventars des Landes ... Dieſes Syſtem der Bodenbewirtſchaftung entwickelte ſich mit der Zeit zu einem raffinierten Ausbeutungsſyſtem, wie es nur denkbar iſt bei einem Grundbeſitzerſtand, der jeden Zuſammenhang mit dem Lande verloren hat und den Boden ausſchließlich als Rentenquelle betrachtet. Statt ſich ſelbſt mit ſeinen Pachtbauern zu befaſſen, zog der Grundbeſitzer es vor, ſein Leben in der Hauptſtadt oder im Auslande, in Paris und an der Riviera zu verbringen und ſeinen Grundbeſitz an kapitaliſtiſche Großpächter zu vergeben, die ihn ihrerſeits in Parzellen an die Bauern verpachteten ... Rumäniſche und ausländiſche Kapitaliſten, Griechen, Armenier und vor allem Juden, die mit billigem Kapital von den Wiener Banken unterſtützt waren, ſahen hier eine Gelegenheit, aus der Landwirtſchaft, mit der ſie im übrigen gar keine Beziehung hatten, Geld zu ziehen. Es bildeten ſich geradezu Pachttruſts, die faſt alle Latifundien in der Hand hatten. Am meiſten bekannt iſt der Truſt der Gebr. Fiſcher, der im Jahre 1905 faſt $^1/_4$ Million Hektar in Pacht hielt. In manchen Gegenden der Moldau beherrſchte der Truſt 70 v. H. des geſamten Pachtlandes. Dadurch erklärt ſich auch die antiſemitiſche Färbung der Unruhen von 1907[143]."

Das ſind alſo keine modern-kapitaliſtiſchen Gutswirtſchaften, ſondern ähnliche Zuſtände, wie ſie der Faſchismus in Italien, vor allem in Sizilien vorfand. Namentlich der ſiziliſche Zwiſchenpächter, der gabellotto, war geradezu berüchtigt.

Ganz anders, dem deutſchen Nordweſten verwandt, iſt der auch aus ehemaliger Grundherrſchaft erwachſene bäuerliche Wirtſchaftstypus Skandinaviens. Jedenfalls aber ſteht der germaniſche Norden dem oſtmitteleuropäiſchen Bezirke, für den die geſellſchaftliche Führerſtellung des ſelbſtwirtſchaftenden Gutsbeſitzers kennzeichnend iſt, durchaus fern.

In England iſt die Grundherrſchaft früh verſchwunden, dann aber durch die gründlichſte Bauernlegung der Weltgeſchichte die Bauernſchaft ſo gut wie reſtlos vernichtet und ein rieſenhafter Latifundienbeſitz gebildet worden. Die landwirtſchaftliche Betriebsführung hat jedoch der engliſche Adel nicht übernommen, ſondern dem neugeſchaffenen Pächterſtande der „Farmer", einem eigentümlichen Mittelding zwiſchen Pachtbauern und kapitaliſtiſchem Gutspächter, zugeſchoben.

Damit iſt der Umkreis der oſtmitteleuropäiſchen Agrarverfaſſung, deren ſoziologiſches Kennzeichen die Führerſtellung des ſelbſtwirtſchaftenden Gutsherrenſtandes iſt, abgeſteckt. Dieſer Umkreis deckt ſich tatſächlich mit dem Gebiet, das im hohen Mittelalter durch die Kräfte der deutſchen Oſtlandwanderung wirtſchaftlich erſchloſſen wurde. Seine Weſtgrenze iſt die deutſch-ſlawiſche Volksgrenze zwiſchen 600 und 1140. Die Oſtgrenze ſchwingt zwiſchen den beiden Eckbaſtionen der deutſchen Oſtlandſiedlung: Eſtland und Siebenbürgen, alſo zwiſchen Peipusſee und Karpaten, weit nach Weſten bis über den großen Weichſelbogen zurück und ſchließt den altpolniſchen und litauiſchen Volksboden aus. Die Nordgrenze wird durch die Oſtſee, die Südgrenze durch Karpaten, Donau, Drau und Alpen gebildet. Es liegt nahe, dieſes Ergebnis etwa mit den Oſtgrenzen deutſcher Kultur zu vergleichen, wie ſie eine von Lautenſach im Anſchluß an Kaindl veröffentlichte Karte[144] zeigt. Danach berührt ſich die Oſtgrenze des Gebietes der Großgutswirtſchaft weithin mit den Oſtgrenzen:

---

[141] Hermann Aubin, Zur Erforſchung der Deutſchen Oſtbewegung, in: Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 1. Jg. Leipzig 1937, S. 319—320.

[142] Hollmann, Die Landwirtſchaft und die Agrarreform in Ungarn in: Berichte über Landwirtſchaft, hrsg. vom Reichsernährungsminiſterium. NF. II. Bd. Berlin 1925, S. 135—144.

[143] Hollmann, Die Agrarreform in Rumänien, in: Berichte über Landwirtſchaft, hrsg. vom Reichsernährungsminiſterium. NF. Bd. I. Berlin 1924, S. 40—41.

1. des geſchloſſenen Verbreitungsgebietes der evangeliſchen und römiſch-katholiſchen Form des Chriſtentums — außer in Litauen und im Weichſelbogen, die hier miteingeſchloſſen ſind,
2. des amtlichen Gebrauches des gregorianiſchen Kalenders — mit den gleichen Ausnahmen wie unter 1,
3. des Einfluſſes fränkiſcher Hausformen, der aber das Baltikum ausſchließt, dagegen Polen und Litauen einſchließt.

Erheblich weiter nach Oſten und Süden greift aus die Oſtgrenze des mittelalterlichen Gebrauches des deutſchen Rechtes — ſie verläuft öſtlich des mittleren Dnjepr und ſüdlich der unteren Donau — jedoch fällt der Raum der mittelalterlichen Stadtgründungen zu deutſchem Recht in der Hauptſache mit dem Verbreitungsgebiet der Großgutswirtſchaft zuſammen.

Das alles kann nicht bloß reiner Zufall ſein.

Es wird nunmehr notwendig ſein, die innerdeutſche Bruchlinie in der Entwicklung der Agrarverfaſſung ſeit dem Ende des Mittelalters ins Auge zu faſſen. Die Begründungen dieſes Bruches zwiſchen oſt- und weſtelbiſchem Deutſchland ſind bisher nur beiläufig hingeworfene Bemerkungen ohne ausführliche Unterſuchungen. Auch ſind bei den meiſten Verfaſſern verſchiedene Begründungen miteinander verbunden. Hier ſoll verſucht werden, die einzelnen Gründe ſyſtematiſch zu ordnen und zu beurteilen.

Da es ſich um eine zunächſt der Wirtſchaftsgeſchichte ins Auge fallende Erſcheinung handelt, ſo lag es nahe, die Urſachen im Sinne des hiſtoriſchen Materialismus im Mechanismus des Spieles der wirtſchaftlichen Kräfte zu ſuchen. Man ſtellte alſo die Frage ſo: Warum iſt der bäuerliche Betrieb im oſtelbiſchen Raum dem Großbetrieb unterlegen? Man hat dabei zunächſt an Unterſchiede in der Bodengüte oder im Klima gedacht, doch haben gerade die Fachleute vor einer Überſchätzung dieſer Faktoren gewarnt. Theodor Freiherr v. d. Goltz, ſelbſt von Haus aus oſtpreußiſcher Landwirt, ſchreibt:

> „Auch die Boden- und klimatiſchen Verhältniſſe Oſtelbiens ſind keineswegs im Durchſchnitt viel ungünſtiger als in Weſtelbien, obwohl man dies irrtümlicherweiſe gemeinhin annimmt.“[145]

Neuerdings iſt Krzymowſki auf dieſe Begründung zurückgekommen[146]:

> „Der oben genannte agrariſche Dualismus erklärt ſich wohl nicht durch die Bodenverhältniſſe; bis zu einem gewiſſen Grade werden dagegen die großen Güter des öſtlichen Deutſchland allerdings durch das trockenere Klima begünſtigt. Denn beim Großgrundbeſitz tritt erfahrungsgemäß die Viehzucht zurück, und der wirtſchaftliche Schwerpunkt ruht mehr im Getreidebau. Der Getreidebau hat aber ſeinen Hauptſitz in einem trockneren Klima. Wo das Klima feuchter und damit die Gegend futterwüchſiger iſt, wiegt mehr die Viehzucht vor. Die Viehzucht weiſt nun erfahrungsgemäß ihren wichtigſten Standort im Kleinbetriebe auf. Ein Blick auf die bekannte Regenkarte Deutſchlands von Hellmann zeigt, daß Oſtelbien im Durchſchnitt erheblich trockener iſt als Weſt- und Süddeutſchland. Bis zu einem gewiſſen

---

[144] In der Zeitſchr. für Geopolitik, 1. Jg. Berlin-Grunewald 1924, S. 472.

[145] Theodor Freiherr v. d. Goltz, Geſchichte der deutſchen Landwirtſchaft, I. Bd, Stuttgart und Berlin 1902, S. 147; im gleichen Sinne: Below, Territorium und Stadt, S. 39—40.

[146] Richard Krzymowſki, Geſchichte der deutſchen Landwirtſchaft. Stuttgart 1939, S. 132—133.

Grade mag alſo das Vorwiegen des Großgrundbeſitzes im Oſten ſchon durch das Klima bedingt ſein.“ Dagegen iſt zunächſt einzuwenden, daß danach die ſtärkſte Verbreitung der Großgutswirtſchaft in den trockenſten Lagen zu erwarten wäre. Es liegt aber gerade umgekehrt. Die Großgutsfläche erreicht ihren höchſten Hundertſatz in den verhältnismäßig regenreichen Bezirken längs der Oſtſeeküſte, die alle über 40 v. H. liegen, und ſinkt in der regenärmeren Mark Brandenburg bis auf 34 v. H., und in dem trockenen Regierungsbezirk Allenſtein gar bis auf 27,3 v. H.! Allzu großen Wert legt auch Prof. Krzymowſki ſelber dieſem Zuſammenhang nicht bei, denn er fügt hinzu: „Aber der Naturfaktor Klima allein genügt nicht zur Erklärung des dortigen Großgrundbeſitzes. Der Großgrundbeſitz entſtand zu einem erheblichen Teile auch rein geſchichtlich, unabhängig von Naturfaktoren.“

Übrigens ſteht es mit der Bodengüte ähnlich wie mit dem Klima. Man ſollte erwarten, daß der fruchtbare Lehmboden der Standort der Kleinbetriebe, der minder ergiebige Sandboden der Standort der Großbetriebe ſein müſſe, damit eben die mindere Bodengüte durch die größere Betriebsfläche ausgeglichen werde. In Wirklichkeit ſteht es genau umgekehrt. Es iſt z. B. in Mecklenburg längſt aufgefallen, daß gerade die Kreiſe mit den beſten Böden den höchſten Hundertſatz der Großgutsfläche aufweiſen, daß dagegen die Sandböden, insbeſondere die „grieſe Gegend“, d. h. die große unfruchtbare Heideſandebene des Kreiſes Ludwigsluſt, durchweg Bauerndörfer tragen. Daher iſt auch dieſer Kreis trotz der Dürftigkeit ſeines Bodens am dichteſten von allen Landkreiſen bevölkert. Nach der Berechnung von Ott[147] kamen 1927 hier 98 Einwohner auf je 100 ha landwirtſchaftlich genutzte Fläche, dagegen auf den weizen- und zuckerrübenfähigen Böden des Kreiſes Güſtrow 50, des Kreiſes Waren 54 Einwohner. Ähnlich häufen ſich auch anderswo, — ſehr auffällig z. B. in Oſtpreußen — die Großbetriebe auf den beſſeren und ſchwereren Böden:

„Wenn man heute beiſpielsweiſe die Provinz Schleſien durchwandert, ſo kann man in vielen Gemeinden feſtſtellen, daß die beſſeren Bodenlagen zum Rittergute, die ſchlechteren dagegen zu den bäuerlichen Beſitzungen gehören[148].“

Das iſt gewiß nicht naturgeſetzliche Notwendigkeit, es iſt auch wohl nur zum kleineren Teil dadurch bedingt, daß die Gutsherren im Zuge des Bauernlegens die Bauern auf den ſchlechteren Boden beſchränkten, worauf Krzymowſki hinweiſt. Dadurch könnte nur die Bodenverteilung innerhalb der alten Grundherrſchaft, aber nicht innerhalb der ganzen Provinz bzw. des ganzen Landes verſchoben worden ſein. Entſcheidend dürfte vielmehr geweſen ſein, daß die Slawen in vordeutſcher Zeit den Sandboden bevorzugten, weil er eben leichter zu bearbeiten, vor allem zu roden war, und den Urwald auf den ſchweren Böden nur ausnahmsweiſe rodeten. Daher behielt der Fürſt den bereits urbaren und daher zins- und ſteuertragenden Sandboden als Domanialbeſitz und verlieh den einwandernden Ritterbürtigen zur Ausſtattung den waldbedeckten Lehmboden, der erſt urbar zu machen und zu beſiedeln war. Daher dehnte ſich die adlige Grundherrſchaft auf dem Lehmboden aus und konnte dieſen dann ſpäter durch das Bauernlegen für den Großbetrieb freimachen[149].

In einem Unterſchied der Marktverhältniſſe erblickt Max Weber[150] die entſcheidende Urſache des Bruches zwiſchen weſt- und oſtelbiſcher Agrarverfaſſung:

„Gutswirtſchaft entſtand, wo der lokale Markt das erzielte Maß der Getreideproduktion nicht aufnehmen konnte und daher in die Ferne exportiert werden mußte. Da aber der Hamburger Kaufmann nicht in der Lage war, mit dem einzelnen Bauern in der Mark oder in Schleſien zu verhandeln, war der Übergang zum Großbetrieb von ſelbſt gegeben (! Der Verf.). Der Bauer des Südens und Weſtens dagegen hatte eine Stadt in der Nähe, wo er ſeine Erzeugniſſe abſetzen konnte. Daher vermochte ihn der Grundherr hier als Rentenquelle auszunutzen, hingegen im Oſten nur als Arbeitskraft; mit der Abnahme der Dichtigkeit der Städte auf der Karte nimmt die Dichtigkeit der Gutsbetriebe zu.“

Dann müßte alſo die Dichtigkeit der Gutsbetriebe erſt recht mit der Entfernung von den Getreideausfuhrhäfen zunehmen. Daher ſpricht ja auch Weber von dem Bauern in der

---

[147] Ludwig Ott, Probleme der ländlichen Siedlung in Mecklenburg, Roſtocker Diſſ. Stavenhagen 1927, S. 6.

[148] Krzymowſki, a. a. O., vgl. Anm. 146, S. 135—136.

[149] Dieſes Ergebnis iſt an den Verhältniſſen Mecklenburgs gewonnen und bedarf der Nachprüfung an der Hand der Verhältniſſe anderer oſtelbiſcher Gebiete.

[150] Max Weber, Wirtſchaftsgeſchichte. München und Leipzig 1924, S. 90.

Mark und in Schleſien. In Wirklichkeit erreichte jedoch die Großgutsfläche ihren höchſten Hundertſatz nicht im verkehrsfernen Binnenland, ſondern gerade in den Bezirken längs der Oſtſeeküſte, deren Verkehrsgunſt Freiherr v. d. Goltz[151] mit Recht hervorhebt, und zwar den allerhöchſten Hundertſatz ausgerechnet vor den Toren der Hanſeſtädte Lübeck, Wismar, Roſtock und Stralſund, wo der Bauer ganz gewiß nicht unter Abſatzſchwierigkeiten litt. Zeigt doch der große Kampf der mecklenburgiſchen Seeſtädte Roſtock und Wismar gegen die Kornverſchiffungen über die ſog. Klipphäfen[152] nach Lübeck, daß man ſich im 15. und 16. Jahrhundert um das Korn der mecklenburgiſchen Bauern förmlich riß. Eine Begründung der Entſtehung der Großgutswirtſchaft aus verkehrstechniſcher Überlegenheit iſt daher nicht überzeugend.

Von einer produktionstechniſchen Überlegenheit des Gutsbetriebes im Mittelalter und in den erſten Jahrhunderten der Neuzeit ſpricht wohl niemand mehr, da eine ſolche Überlegenheit gegenüber dem bäuerlichen Betrieb ſelbſt heute nicht nachweisbar iſt und vollends damals „ſich gutsherrliche und bäuerliche Wirtſchaft in der Technik im 16. Jahrhundert bloß ausnahmsweiſe unterſchieden“[153]. Im übrigen wäre einer ſolchen Annahme wie den vorher erörterten Begründungen der Entſtehung der oſtelbiſchen Gutswirtſchaft entgegenzuhalten, daß der oſtelbiſche Bauer ja gar nicht einer wirtſchaftlichen, ſondern einer politiſchen Überlegenheit zum Opfer gefallen iſt. Er iſt nicht niederkonkurriert, ſondern gekündigt worden.

Damit kommen wir zu einer Gruppe von Begründungen, die ſämtlich es als ſelbſtverſtändlich und keines Beweiſes bedürftig vorausſetzen, daß der weſtelbiſche Edelmann ebenfalls den Wunſch gehabt habe, ſich eine Gutswirtſchaft aufzubauen, aber irgendwie daran verhindert worden ſein müſſe. Worin kann dieſes Hindernis beſtanden haben? Erinnert man ſich nun der Bemühungen der oſtelbiſchen Landesherren, dem um ſich greifenden Bauernlegen Einhalt zu gebieten und des geringen Erfolges dieſer Bemühungen, ſo liegt es nahe, das geſuchte Hindernis in einer ſtärkeren Machtſtellung der weſtelbiſchen Landesherren zu vermuten. So beruft ſich Hanefeld[154] auf einen Satz von Rörig:

> „Zur ſelben Zeit als in großen Gebieten des Weſtens der Staat über die Lokalgewalten triumphierte, ſtreckte er im Oſten vor ihnen die Waffen und überließ ihnen die volle Gerichtsbarkeit über die bäuerliche Bevölkerung[155].“

Below[156] gibt hierfür ſogar eine Art geopolitiſcher Begründung:

> „Erklären läßt ſich die größere Nachgiebigkeit der Landesherren der öſtlichen Territorien wohl nur aus einer größeren Schwäche des Regiments . . . Man iſt geneigt, für dieſe Erſcheinung eine Urſache allgemeiner Art zu vermuten. Vielleicht bietet ſie ſich in der Tatſache, daß die oſtdeutſchen Territorien größer als die weſtdeutſchen waren, und daß im Mittelalter, bei gering entwickelten Verkehrsverhältniſſen überhaupt, die weite Ausdehnung des Staatsgebietes ein ſchweres Hindernis für intenſive Verwaltung, für die Bewahrung der ſtaatlichen Rechte bildet, während bei geringerem Umfang des Territoriums dieſe Zwecke leichter erreicht wurden. So mag es ſich in der Hauptſache erklären, weshalb die Regierungen im Südweſten, im Gebiet der kleinſten Territorien, ihre Befugniſſe aufs äußerſte ſteigern, im Nordweſten, im Gebiet der mittleren Territorien, energiſch handhaben und teilweiſe vermehren, im Oſten, im Gebiet der großen Territorien, im namhaften Umfang verlieren.“

Nun dient aber die Gegenüberſtellung eines beliebigen weſt- oder gar ſüdweſtdeutſchen Territoriums mit einem oſtelbiſchen kaum der Klärung unſerer Frage. Es kommt vielmehr auf die Gegenüberſtellung der an der „Bruchſtelle“, d. h. an der Elbe aneinandergrenzenden Territorien an. Das wären Mecklenburg und Brandenburg rechts, die welfiſchen Lande links des Elbſtromes. Gerade in den letzteren war die Macht der Landesherrſchaft im ſpäteren Mittelalter tief geſunken:

---

[151] Vgl. Anm. 145, S. 147.

[152] Karl Koppmann, Zur Geſchichte der mecklenburgiſchen Klipphäfen, in: Hanſiſche Geſchichtsblätter, Jg. 1885/86, S. 104—152.

[153] G. v. Below, Territorium und Stadt. München und Leipzig 1900, S. 43.

[154] Kurt Hanefeld, Geſchichte des deutſchen Nährſtandes. Leipzig 1935, S. 180.

[155] Rörig, Luft macht eigen. Feſtgabe für G. Seeliger. Leipzig 1920, S. 77.

[156] Territorium und Stadt, S. 13.

> „Unter der zerſplitterten landesfürſtlichen Gewalt hatte die ſtändiſche Libertät gute Tage, ſie errang ſich durch die Lüneburger Friedensſate ſogar das Recht des bewaffneten Widerſtandes. Da die reichen Städte Lüneburg, Göttingen, Braunſchweig, denen die Welfen einſt als Nachbarn der ſtädteloſen Askanier einen guten Teil ihrer Macht verdankt hatten, durch Kriegsnot und die Veränderung der Handelswege bald herabkamen, ſo blieb der Macht des Adels nirgends mehr ein Gegengewicht; hält unſer Herr, ſo halten wir auch, ſagte der Edelmann trotzig.“[157]

Die „kurhannoverſche Adelsoligarchie“ hat dann in der Neuzeit, während der Kurfürſt in London reſidierte, dieſe Tradition bis ins 19. Jahrhundert gepflegt. Man kann alſo ſchwerlich von einer den Brandenburger Kurfürſten überlegenen landesherrlichen Machtſtellung der Welfen reden.

Wichtiger iſt aber die von zwei ſo ausgezeichneten Sachkennern wie Below und Wittich einhellig bezeugte Tatſache, daß die Stärke oder Schwäche der Landesherrſchaft für die Frage: Entwicklung der Gutswirtſchaft oder nicht? vollkommen belanglos iſt, weil die Vorausſetzung, daß der weſtelbiſche Edelmann auch einen Gutsbetrieb aufzubauen wünſchte und daran nur durch irgendwelche Umſtände verhindert wurde, überhaupt ein Irrtum iſt. In ſeinem bekannten Buche[158] gelangt Wittich zu dem Ergebnis:

> „Es wäre jedoch falſch, anzunehmen, daß die niederſächſiſchen Landesherren durch die Ausbildung der Erblichkeit des Meierrechtes ihre Grundherren daran verhindert hätten, Gutsherren zu werden, d. h. ſich durch Bauernlegung ein großes Gut zu ſchaffen und durch Verknechtung des Reſtes ihrer Meier deſſen Betrieb zu ermöglichen. Ein ſolcher Erfolg der Staatstätigkeit müßte notwendigerweiſe ein Beſtreben der Grundherren, ſich in Gutsherren zu verwandeln, zur Vorausſetzung gehabt haben. Von einer ſolchen Tendenz der Grundherren finden ſich in Niederſachſen ſo gut wie keine Anzeigen (!) Wir wiſſen, daß bei der ſcheinbar auf eine ſolche Abſicht deutenden Einrichtung von Meierhöfen zu Rittergütern die Grundherren in der Regel ſich nur einen adeligen Sitz auf dem Land ſchaffen wollten, deſſen ſie vorher in der Regel entbehrten. Wir wiſſen ferner, daß ſie ſelbſt während des Krieges und kurz nachher die wüſten Höfe nur zum kleineren Theil zu ihren Rittergütern einzogen, zum größeren Theil dagegen in einzelnen Stücken an die Bauern verpachteten. Aus dieſen und vielen anderen Gründen, muß man ein Beſtreben der niederſächſiſchen Grundherren, ſich in Gutsherren verwandeln zu wollen, entſchieden in Abrede ſtellen. Die Frage, weshalb ſie es nicht gewollt haben, iſt nicht in Kürze zu beantworten. Die Haupturſache war wohl die gänzliche Verſchiedenheit der Vorausſetzungen, mit anderen Worten der ganzen ländlichen Verfaſſung beider Gebiete zu Anfang des 15. Jahrhunderts.“

Zu derſelben Feſtſtellung eines fehlenden Willens zur Gutswirtſchaft gelangt Below[159] in bezug auf den Adel der weſtdeutſchen Landesteile des brandenburgiſch-preußiſchen Staates:

> „Die Unterſchiede in der Stärke der ſtaatlichen Gewalt können den größeren oder geringeren Erfolg der grund- bzw. gutsherrlichen Beſtrebungen erklären . . . Allein die Frage der Macht des Landtags tritt doch etwas in den Hintergrund, wenn wir bedenken, daß den Ständen von Cleve-Mark, die in demſelben Großen Kurfürſten ihren Regenten beſaßen und unter ihm noch eine ſehr günſtige Poſition einnahmen, die Wünſche der Brandenburger durchaus fremd geblieben ſind. Hätten ſie die gleichen Forderungen erhoben, zweifellos hätte der Kurfürſt ſie ihnen ebenſo bewilligt wie den Brandenburgern. So bemerken wir überall einen auffallenden Unterſchied in den Zielen der oſtdeutſchen und weſtdeutſchen Ritterſchaft. Im Oſten gruppieren ſich die Beſtrebungen des Adels, ſeit dem Ende des Mittelalters wenigſtens, um die Vermehrung der Hofländerei: dieſem Zweck dienen auch die Erhöhung der Zahl der Frontage und die Beſeitigung der Freizügigkeit. Um die Hofländerei zu vermehren, ſucht der Ritter das Recht des Bauernlegens zu erlangen. Im Weſten ſtreitet der Grundherr mit dem Landesherrn und dem Bauern teilweiſe um dieſelben Dinge. Aber es fehlt ſeinem Streben hier jener Mittelpunkt. Er läßt ſich das Recht, einen Bauern aus ſeinem Gute zu vertreiben, wohl gelegentlich verbriefen. Allein er zieht das freigewordene Bauerngut nicht zur Hofländerei ſeines Ritterſitzes, ſondern benutzt es nur etwa, um damit einen ſeiner Söhne auszuſtatten oder um ſelbſt hier ſeine Wohnung zu nehmen. Er hat gar nicht die Neigung, eine Gutsherrſchaft zu begründen.“

---

[157] Heinrich v. Treitſchke, Deutſche Geſchichte im 19. Jahrhundert, 3. Bd. Leipzig 1919, S. 535.

[158] Werner Wittich, Die Grundherrſchaft in Nordweſtdeutſchland. Leipzig 1896, S. 406—407.

[159] Territorium und Stadt, S. 18—19.

Es gab gerade im Weſten Territorien genug, in denen das Bauernlegen nicht verboten war, z. B. Bayern. Das Verbot war eben überflüſſig, weil kein Grundherr an Bauernlegung dachte. Below wirft nun die Frage auf, woher es komme, daß der oſtelbiſche Ritter ein ſo ganz anderes Ziel verfolgte als der weſtelbiſche. Er antwortet:

> „Der anſehnliche Umfang ſeiner Hofländerei lockte den Ritter, ſie noch weiter auszudehnen[160]."

Das aber iſt kaum mehr als eine Verlegenheitsauskunft. Denn hier liegt kein grundſätzlicher Unterſchied zwiſchen dem Oſten und dem Weſten Deutſchlands vor. Auch weſtlich der Elbe gehörte zum Ritterſitz im allgemeinen ſelbſtbewirtſchaftetes Salland, manchmal von der Größe einer landesüblichen Hufe, manchmal des Drei- bis Sechsfachen oder noch größer[161]. Nach Below[162] wurde am Ende des 18. Jahrhunderts die ganze „ritterſitzliche" Fläche in den Herzogtümern Jülich und Berg auf 27 800 Morgen berechnet. Dazu bemerkt Below:

> „Die einzelnen Ritterſitze je für ſich werden allerdings meiſtens wohl zu den größten Gütern (neben den großen Fronhöfen der Kirche und des Landesherrn) in Jülich-Berg gerechnet werden dürfen, obwohl mancher Ritterſitz auch wieder kleiner als ein einfaches Freigut oder ein Schatzgut war." „Es iſt auch zu berückſichtigen, daß die zu den Ritterſitzen gehörige Fläche ſich nicht mit dem ganzen Grundbeſitz der Ritterſchaft deckte, daß vielmehr die einfachen freien Güter, welche die Ritterſchaft beſaß, zuſammen wohl ein größeres Areal darſtellten."

Im Oſten intereſſieren vor allem wiederum die Verhältniſſe in den an die Elbe — die Bruchlinie — anſtoßenden Territorien Brandenburg und Mecklenburg. Für die Mark Brandenburg beweiſen die Bedeverträge von 1280—1283, daß damals in der Mittelmark das Normalmaß der Eigenwirtſchaft eines Ritters 4—6 Hufen betrug. Das iſt nur die doppelte Größe einer normalen Bauernwirtſchaft, da nach Gley[163] hier den deutſchen Siedlern urſprünglich je 3 Hufen zugewieſen und erſt ſpäter infolge Verknappung des verfügbaren Bodens die Größe der Siedlerſtelle auf je 2 Hufen herabgeſetzt wurde. Die von Gley[164] veröffentlichten Überſichten der Dörfer des Kloſters Zinna nach dem Stande von 1471 und des Amtes Rüdersdorf nach dem Stande von 1574 ergeben ſogar, daß in dieſen Dörfern die Vierhufner meiſt die abſolute und faſt ſtets die relative Mehrheit bildeten, Fünfhufner nicht ſelten waren und ſogar Sechshufner unter den Bauern vorkamen. Als Beiſpiel mag Herzfelde dienen: es hat 1471 einen Zweihufner, fünf Dreihufner, acht Vierhufner, zwei Fünfhufner und einen Sechshufner, zuſammen 17 Bauern. Maybaums[165] ſorgfältige Unterſuchung hat für Mecklenburg zu dem Ergebnis geführt, daß die Hauptmaſſe der „Hofhufen" in den ritterſchaftlichen Dörfern aus den ſog. „Settingshufen" beſtanden hat, d. h. aus ſolchen Hufen, die dem Lokator für ſeine Bemühungen um die Beſetzung des Dorfes mit Siedlern zehntfrei überlaſſen worden waren. Das waren im Sprengel des Ratzeburger Biſchofs in den Dörfern mit 12 und mehr Hufen je vier, in den Dörfern unter 12 Hufen je zwei Hofhufen[166]. Maybaum ſchreibt (S. 23—24):

> „Die Hofhufe war in höherem Grade ein rechtlicher als ein wirtſchaftlicher Begriff. Denn jener Ausdruck beſagte keineswegs, daß ſolche Hufen immer und überall im herrſchaftlichen Eigenbetrieb genutzt wurden, ſondern nur, daß ſie zu Hofrecht und nicht zu Bauernrecht lagen. Ein Teil dieſer ſogenannten Hofhufen, in manchen Dörfern vielleicht der größere Teil von ihnen oder ſogar alle, war in einer Form

---

[160] Territorium und Stadt, S. 30.

[161] Rudolf Kötzſchke, Grundzüge der deutſchen Wirtſchaftsgeſchichte bis zum 17. Jh. Leipzig und Berlin 1921, S. 84.

[162] Territorium und Stadt, S. 112—113.

[163] Werner Gley, Die Beſiedelung der Mittelmark von der ſlawiſchen Einwanderung bis 1624, Stuttgart 1926, S. 81.

[164] a. a. O., S. 80.

[165] Heinz Maybaum, Die Entſtehung der Gutsherrſchaft im nordweſtlichen Mecklenburg. Stuttgart 1926, S. 20—24.

[166] Nach dem Ratzeburger Zehntenlehnsregiſter von 1231 ſollten Biſchof und Graf in jedem Dorfe mit 12 und mehr Hufen je 2, in jedem Dorfe unter 12 Hufen je eine Hufe „ad jus, quod settenke (= Beſettinge) vocatur" hergeben. Das ſind die 4 bzw. 2 Settingshufen des Lokators.

> von Zeitpacht an bäuerliche Wirte ausgetan. Denn der ritterſchaftliche Eigenbetrieb hielt ſich, wenigſtens was den Getreidebau anbetraf, während des ganzen Mittelalters in der Regel innerhalb der Grenzen einer bäuerlichen Wirtſchaft. Dagegen ſcheint die Viehwirtſchaft von ritterlichen Grundherren gelegentlich in großem Stil betrieben worden zu ſein. Dazu waren wenig Arbeitskräfte erforderlich und die grundherrlichen Vorrechte an der Almende forderten dazu heraus.“

Die Hofhufen lagen, entgegen der Meinung von Below[167] wohl durchweg im Gemenge mit den Bauernhufen, wie dies Maybaum für Mecklenburg, Sering für Oſtholſtein, van Nießen für die Neumark bezeugen. Nur in Oſtpreußen ſcheinen die Dinge grundſätzlich anders gelegen zu haben. Jedenfalls waren auch in Mecklenburg Hofländerei und Eigenwirtſchaft des Ritters von Haus aus keineswegs den Bauern gegenüber hervorragend. Der bäuerliche Beſitz ſchwankte nach Maybaum[168] zwiſchen einer Viertelhufe, wie ſie die Koſſaten hatten, und vier Hufen. Alles in allem wird man alſo in der Hofländerei des oſtelbiſchen Ritters ſchwerlich den entſcheidenden Unterſchied zur weſtelbiſchen Agrarverfaſſung und die Urſache des ſcharfen Bruches an der Elblinie zwiſchen dem Oſten und dem Weſten Deutſchlands erblicken dürfen.

Nicht viel mehr ergibt die Prüfung der Theſe, daß die Geſchloſſenheit des Bezirkes ſeiner Grund- und Gerichtsherrſchaft den oſtelbiſchen Ritter zum Aufbau ſeiner Großgutswirtſchaft angetrieben und befähigt, dagegen die buntſcheckige Miſchung grund- und gerichtsherrlicher Rechte der verſchiedenſten Herren innerhalb deſſen Dorfes den weſtelbiſchen Ritter an der Möglichkeit des Aufbaues einer Gutswirtſchaft habe verzweifeln laſſen.

> „Nur wo man über größere Grundſtückskomplexe zu verfügen in der Lage war, ließen ſich die für den Großbetrieb nötigen Flächen ohne große Schwierigkeiten zuſammenbringen. Und nur, wo man die obrigkeitliche Gewalt über ganze nahe wohnende Bauernſchaften in der Hand hatte, konnte der Gutsbetrieb auf die Geſpann- und Arbeitsleiſtungen der Dorfinſaſſen begründet, die Bauernſchaft in eine wohldiſziplinierte Körperſchaft umgewandelt werden, die, ein geſichertes Zubehör des gutsherrlichen Betriebes, Tag für Tag ihre Dienſte zur Verfügung ſtellte. Weil die eine oder die andere jener Bedingungen fehlte, iſt es zur Ausbildung der Leibeigenſchaft in Holſtein außerhalb des öſtlichen Koloniallandes mit Ausnahme eines Gutes nirgendwo, in Schleswig außerhalb des Däniſchen Waldes und Schwanſens nur auf zehn adligen Gütern in Angeln gekommen.[169]“

Und Hoetzſch[170] meint, daß es in Niederſachſen der Staatsgewalt gelang, „ſich einen präſtationsfähigen Bauernſtand zu erhalten“, das

> „lag nicht ſo ſehr an der Energie der welfiſchen Fürſten, die in dieſer Eigenſchaft den Hohenzollern ſicher nachſtanden. Der tiefſte Grund lag darin, daß in Niederſachſen Rittergut und Grundherrſchaft, die in Preußen von vornherein zuſammenfallen, rechtlich ſtets getrennt ſind. Oft genug liegt das Rittergut tatſächlich anderswo als die Grundherrſchaft. In Preußen herrſcht ein Grundherr über ein Dorf. Hier iſt Streubeſitz die Regel.“

Auch Guſtav Aubin[171] betont ſtark den Unterſchied zwiſchen dem Streubeſitz des weſtelbiſchen Grundherrn und den „territorial geſchloſſenen Gutsbezirken“ des Oſtens.

> „Meiſt von Anfang an, ſicher aber als Reſultat einer ſpäteren Entwicklung, beſaßen ihre Herren auch die Gerichtsgewalt über ihr Territorium.“

Vorſichtiger drückt ſich Below[172] aus. Er meint, der Beſitz des oſtelbiſchen Ritters ſei urſprünglich „in erheblichem Maße Streubeſitz“, wenn auch nicht ſo verſtreut wie im Weſten geweſen.

---

[167] Territorium und Stadt, S. 25.

[168] a. a. O., vgl. Anm. 165, S. 34.

[169] Max Sering, Erbrecht und Agrarverfaſſung in Schleswig-Holſtein. Berlin 1908, S. 224.

[170] Otto Hoetzſch, Der Bauernſchutz in den deutſchen Territorien vom 16. bis ins 18. Jh., Jahrbücher für Geſetzgebung, Verwaltung und Volkswirtſchaft, hrsg. von Guſtav Schmoller NF., 26. Jg., 1902, S. 250—251.

[171] Guſtav Aubin, Die hiſtoriſche Entwicklung der oſtdeutſchen Agrarverfaſſung, in: Wilhelm Volz, Der oſtdeutſche Volksboden. Breslau 1926, S. 345.

[172] Territorium und Stadt, S. 30.

> „Indeſſen kam die Vereinigung der privaten und öffentlichen Rechte über das Dorf in einer Hand, die ſpäter die Regel bildete, jetzt nur ausnahmsweiſe vor. Es war ganz gewöhnlich, daß in einem Dorfe mehrere Ritter ſaßen. Die niedere Gerichtsbarkeit, die in dem Dorfgericht ausgeübt wurde, ſtand an manchen Orten einem Grundherrn zu, ſehr häufig aber hatte ſie den Charakter einer wahren Gemeindegerichtsbarkeit. Es fehlte auch im übrigen nicht die Autonomie der Gemeinde, wenngleich ſie im Weſten im allgemeinen größer war. Der Ritter war im Dorfe meiſtens nur der Nachbar des Koloniſten, nicht ſein Herr[173].“

Selbſt in der Neumark, wo man doch bei der Zuteilung von Grund und Boden einigermaßen großzügig zu verfahren pflegte, gab es in manchen Dörfern mehrere Rittergüter — bis zu fünf in einem Dorfe[174]. Für Mecklenburg iſt der Neubrandenburger Landſyndikus Ahlers zu dem Ergebnis gelangt: „Man kann wohl ſagen, daß mit Ausnahme des landesherrlichen, des geiſtlichen und des ſtädtiſchen Beſitzes die Zerſplitterung der Beſitzrechte an Grund und Boden in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters und zu Anfang der Neuzeit die Regel bildete. Es werden unausgeſetzt aus demſelben Gutskomplex einzelne Bauernhöfe mit allen herrſchaftlichen Rechten verkauft, verpfändet, durch Erbteilung erworben; es ſitzen mehrere ritterſchaftliche Familien auf verſchiedenen Höfen in demſelben Gute; jeder Beſitzer hat Hufen auf der Feldmark und Bauern im Dorf; die Zahl der in propria cultura dominorum befindlichen mansi iſt noch eine geringe, 4—6, ſo viel als zur Aufrechterhaltung eines eigenen Haushaltes erforderlich ſchien.“[175] Erſt recht aber ſind die bis zum Beſitze der hohen Gerichtsbarkeit voll ausgebauten geſchloſſenen ritterſchaftlichen Gerichtsbezirke nicht von vornherein vorhanden, ſondern vom Adel in jahrzehntelangen Bemühungen erſt geſchaffen worden, wie dies z. B. Maybaum für Mecklenburg nachgewieſen hat[176], nachdem Brennecke ſchon 1900 zu der Erkenntnis gelangt war[177]:

> „Es iſt natürlich, daß, wer im Beſitze der privaten Rechte war, ſich ſchließlich auch die öffentlichen Rechte über ſeine Hinterſaſſen zu erwerben oder, wenn er ſie ſchon z. T. erlangt hatte, zu ergänzen ſuchte, oder daß umgekehrt Inhaber öffentlicher Rechte wohl auch nach der Grundherrſchaft ſtrebten. Eine ſolche Abrundung der Beſitzverhältniſſe hat außer der landesherrlichen Veräußerung auch einen großen Austauſch der erworbenen Hoheitsrechte unter den Vaſallen ſelbſt zur Vorausſetzung.“

Es iſt nicht ohne Intereſſe feſtzuſtellen, daß im Weſten der gleiche Weg zur Abrundung und Vergrößerung der Betriebsfläche durch ein verwickeltes Austauſchverfahren von bäuerlicher Seite beſchritten wurde, ſo z. B. in Angeln[178] und in den Nordſeemarſchen[179]. Jedenfalls aber kann nach alledem nicht behauptet werden, daß die oſtelbiſchen Ritter durch die vorgegebene Tatſache der geſchloſſenen Grund- und Gerichtsherrſchaften angeregt und befähigt worden ſeien, eine große Gutswirtſchaft aufzubauen. Die Ritter ſelbſt haben vielmehr offenbar erſt zu dieſem Zweck in langer und mühevoller Arbeit die geſchloſſenen Grund- und Gerichtsherrſchaften geſchaffen.

G. v. Below[180] hat noch auf den Umſtand aufmerkſam gemacht, daß wir aus dem oſtelbiſchen Gebiet keine bäuerlichen Weistümer beſitzen. Er folgert daraus, daß die bäuerliche Rechtsſtellung öſtlich der Elbe minder gefeſtigt geweſen ſei als im Weſten, und vermutet im beſonderen, daß das ſchlechtere Recht der neben den Deutſchen ſitzenden ſlawiſchen Bauern gewiſſermaßen anſteckend gewirkt habe. Darauf hat ſchon Thauſing[181] mit Recht erwidert, daß die Aufzeichnung der Weistümer erſt vom 16. Jahrhundert ab erfolgt ſei, als im Oſten die Rechtsverhältniſſe ſchon wieder im vollen Fluſſe waren, daß gerade die guten bäuerlichen Beſitzrechte des Weſtens erſt allmählich und ſpät entſtanden ſeien und gerade für den Oſten an der von Hauſe aus beſonders günſtigen Rechtsſtellung des Siedlers nicht gezweifelt werden könne. Das iſt inzwiſchen wohl allgemein anerkannt worden. Werner Wittich[182] hat den Aufſtieg der niederſächſiſchen Meier vom reinen Pachtrecht mit unbeſchränkter Kündigung über ein erbliches Nutzungsrecht zu freiem Eigentum aufgezeigt. Die Lehre von der „Anſteckung" durch das ſchlechtere Recht der Nachbarn erſcheint nicht überzeugend, weil an anderen Stellen der deutſchen Rechtsgeſchichte, z. B. bei den Unfreien der Karolingerzeit genau umgekehrt eine Beſſerung ihres Rechtsſtandes durch ihr Zuſammenwohnen mit Nachbarn freierer Rechtsſtellung im gleichen Fronhofsverband bzw. in der gleichen ſtädtiſchen Bürgerſchaft angenommen wird. Thauſing bemerkt mit Recht:

---

[173] Territorium und Stadt, S. 7—8.

[174] Paul von Nießen, Geſchichte der Neumark im Zeitalter der Entſtehung und Beſiedlung, Landsberg a. d. W. 1905, S. 406.

[175] Ahlers, Das bäuerliche Hufenweſen in Mecklenburg zur Zeit des Mittelalters. Jahrbücher des Ver. für meckl. Geſch. u. Altert. 51. Jg. Schwerin 1886, S. 76—77.

[176] Maybaum, vgl. Anm. 165, S. 40—107; ſ. auch C. A. Endler, in: Endler-Folkers, Das mecklenburgiſche Bauerndorf. Roſtock 1930, S. 63—64.

[177] Brennecke, Die ordentlichen direkten Staatsſteuern Mecklenburgs im Mittelalter. Jahrb. d. Ver. f. meckl. Geſch. u. Altert. 65. Bd., 1900, S. 105.

[178] Sering, Erbrecht und Agrarverfaſſung in Schleswig-Holſtein. Berlin 1908, S. 158.

[179] F. Swart, Zur frieſiſchen Agrargeſchichte. Leipzig 1910, S. 240—243.

[180] Territorium und Stadt, S. 14 und S. 24—25.

[181] Albrecht Thauſing, Gründe für die agrariſche Sonderentwicklung des deutſchen Oſtens, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statiſtik, 3. Folge, 43. Bd, 1912, S. 471—473.

> „Die Frage nach den Urſachen der Sonderentwicklung würde alſo durch dieſe Antwort nur umgeformt werden, und es bliebe ungeklärt, warum die Verſchiedenheit der Rechte gerade im Oſten zur allgemeinen Verſchlechterung geführt haben ſoll und anderswo nicht."[183]

Wenn Below ſich darauf ſtützt, daß „die Einrichtungen des Oſtens jungen Datums, noch nicht ſehr befeſtigt waren", ſo iſt darauf hinzuweiſen, daß die Stellung des oſtelbiſchen Bauern ſich erſt im 16. Jahrhundert zu verſchlechtern beginnt[184], und daß drei oder vier Jahrhunderte wirklich hinreichen ſollten, um einem Rechtszuſtand die gehörige Feſtigkeit und Verwurzelung zu verleihen. Im übrigen ſollte man ſich hüten, die juriſtiſche Seite eines ſozialen Tatbeſtandes zu überſchätzen. Nicht das Recht ſchafft das Leben, ſondern das Leben ſchafft das Recht[185]. Formale Rechtsnormen laſſen immer der Anwendung einen erheblichen Spielraum. Entſcheidend iſt, welcher Machtfaktor hinter der Anwendung ſteht. Das römiſche Recht war gewiß an ſich alles andere als bauernfreundlich, dennoch iſt kein Zweifel, daß es gelegentlich von einer bauernfreundlichen Regierung zugunſten der Bauern angewendet worden iſt[186]. Andererſeits hat in England die Adelsherrſchaft auch ohne Rezeption des römiſchen Rechts dazu geführt, den Bauernſtand mit Hilfe der vom Parlament genehmigten enclosure bills ſeiner Exiſtenzgrundlagen zu berauben und durch die gründlichſte Bauernlegung der Welt faſt völlig auszurotten[187]. Selbſt über das Ergebnis der Berührung deutſcher und ſlawiſcher Rechtsverhältniſſe ſind die Meinungen ſo geteilt, daß man dieſe Berührung zur Erklärung der oſtelbiſchen Sonderentwicklung unmöglich heranziehen darf. Winter[188] z. B. iſt der Anſicht, die günſtige Rechtslage der deutſchen Kloſterbauern habe „mittelbar auch ſehr günſtige Folgen für die Stellung der wendiſchen Bauern zu ihren Grundherrn" gehabt, und Kötzſchke[189] meint, daß das Recht „der germaniſierten Slawen durch Angleichung an das deutſche Recht ſich zunächſt beſſerte!" Sehr deutlich erkennbar iſt dieſe Aufwärtsentwicklung in Schleſien, wo nicht nur die Mehrzahl der einheimiſchen ſlawiſchen Bauern zu deutſchem Rechte emporſtieg, ſondern auch die ſlawiſchen hörigen Landarbeiter unter dem Einfluß des deutſchen

---

[182] Werner Wittich, Die Grundherrſchaft in Nordweſtdeutſchland. Leipzig 1896, S. 329ff.

[183] a. a. O., vgl. Anm. 181, S. 472/73.

[184] Zur Lage des vorpommerſchen Bauern um 1500 vgl. Carl Johs. Fuchs, Der Untergang des Bauernſtandes und das Aufkommen der Gutsherrſchaften in Neuvorpommern und Rügen. Straßburg 1888, S. 47ff.

[185] Vgl. Sombarts Bemerkungen zur „Gründung" von Städten auf dem Rechtswege, in: Der moderne Kapitalismus, I. Bd., 1. Halbbd. München und Leipzig 1928, S. 138 — 140.

[186] Max Weber, Wirtſchaftsgeſchichte. München und Leipzig 1924, S. 76.

[187] Vgl. Richard Krzymowſki, Geſchichte der deutſchen Landwirtſchaft. Stuttgart 1939, S. 138, insbeſondere Anm. 2.

[188] Franz Winter, Die Ziſterzienſer des nordöſtlichen Deutſchlands. Gotha 1868—1871, II. Bd., S. 183.

[189] R. Kötzſchke, Grundzüge der deutſchen Wirtſchaftsgeſchichte bis zum 17. Jh. Leipzig und Berlin 1921, S. 189. Ebenſo äußert ſich Werner Wittich, über die Entwicklung der Rechtslage der ſlawiſchen Bauern in dem von ihm ſog. „Zwiſchenland", d. h. dem Raum zwiſchen Elbe und Saale, dem magdeburgiſchen Holzkreis, der Altmark und dem hannoverſchen Wendland (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statiſtik, Bd. 144. Jena 1936, S. 643—644).

Rechtes Erbzinsrecht an ihren wenige Morgen umfaſſenden „Gärten" oder Kleinſtellen erhielten, an denen ſie bis dahin kein feſtes Beſitzrecht gehabt hatten[190]. Es iſt nicht einzuſehen, warum dieſe Aufwärtsentwicklung von ſelber wieder umgeſchlagen ſein ſollte.

Tiefer als dieſe rein juriſtiſche Begründung ſchürft da ſchon die ethnologiſche, wie ſie Theodor Freiherr v. d. Goltz[191] vorträgt, daß nämlich

> „die größere perſönliche Unfreiheit und ſtärkere Belaſtung, wie ſie ſeit dem 16. Jh. bis zum Anfang des 19. Jh. bei den oſtelbiſchen im Vergleich zu den weſtelbiſchen Bauern ſich deutlich zeigt, in der engen Vermiſchung ſlawiſcher und deutſcher Elemente ihre Haupturſache hat. Der Slawe will und muß unter ſtarker Herrſchaft ſtehen, wenn er das tun ſoll, was zu ſeinem und der Geſamtheit Beſtem nötig iſt. Nur dann gehorcht er, und zwar bis zur Unterwürfigkeit. Entbehren die Slawen einer ſtarken Herrſchergewalt, dann geben ſie nur zu leicht ihren weniger guten, auf augenblicklichen Genuß und perſönliche Ungebundenheit gerichteten Neigungen nach. Die Geſchichte der Polen bietet hierfür ein klaſſiſches Beiſpiel. Erſt die jahrhundertelange Zucht der hohenzollernſchen Kurfürſten und Könige hat es vermocht, die aus ſlawiſchen und deutſchen Elementen bunt gemiſchte Bevölkerung der oſtelbiſchen Gebiete zur Pflichttreue und zum Gemeinſinn allmählich zu erziehen. Dies gilt übrigens nicht nur von den Bauern, ſondern auch von den Rittern und Edelleuten, die ebenfalls ſtark mit ſlawiſchem Blut durchſetzt waren."

Schon Georg Friedrich Knapp[192] entwickelte ganz ähnliche Gedankengänge, er berief ſich auf die „ſchmiegſame Natur der ſlawiſchen Stämme" und formulierte: „Nicht weil bei uns der Gutsherr ein Deutſcher war, ſondern weil der ſlawiſche Bauer überhaupt gefügiger iſt, wird die Hörigkeit in ſlawiſchen Gegenden beſonders hart." Hiergegen hat bereits Below[193] gewichtige Einwände erhoben. Er weiſt darauf hin, daß die Bauernlegungen in einigen vorwiegend von deutſchem Blut erfüllten Siedelräumen wie Mecklenburg und Schwediſch-Pommern weit größeren Umfang angenommen haben als in den ſlawiſchen Kernländern wie z. B. in Polen oder gar Rußland, wo „im ganzen keine Verkürzung des in bäuerlicher Nutzung befindlichen Landes trotz der Verſchlechterung des bäuerlichen Beſitzrechtes eingetreten, vielmehr das Ackerland im allgemeinen wie auch das bäuerliche im beſonderen gewachſen"[194] ſei. Das Gewicht dieſer Einwände wird noch größer, wenn man die Verteilung der Bauernlegungen innerhalb Mecklenburgs und Vorpommerns in Betracht zieht. Dann ergibt ſich nämlich die ſeltſame Beobachtung: Je deutſcher ein Bezirk beſiedelt worden iſt, deſto härter iſt er von der Bauernlegung betroffen worden — je ſtärker der ſlawiſche Einfluß blieb, deſto beſſer hat ſich das Bauerntum behauptet! Im Kreiſe Ludwigsluſt, der „Grieſen Gegend" — dem einzigen Landesteil, wo noch 1521 ſlawiſches Volkstum in Sprache und Brauch lebendig war — hat die Großgutsfläche nicht einmal 20 v. H. erreicht, dafür hat die Bauernlegung um ſo gründlicher in den Dörfern nördlich der Hauptendmoräne aufgeräumt und zwar vor allem in den Hagendörfern. Noch niemand hat aber bisher daran gezweifelt, daß dieſe Dörfer mit ihrem beſonders günſtigen „hägerſchen Recht" rein deutſchen Urſprungs ſind. Sollten wirklich gerade dieſe deutſchen Hagenbauern ſolche Muſter an Gefügigkeit und Unterwürfigkeit geweſen ſein, daß ſie ſo viel leichter ſich ihrer Scholle berauben ließen als die ſlawiſchen Bauern der „Grieſen Gegend"? Das iſt natürlich widerſinnig. Der Fehler der ethnologiſchen Begründung liegt, abgeſehen von der erheblichen Überſchätzung des ſlawiſchen Einſchlages in der oſtelbiſchen Bauernſchaft, in der Verwechſlung von Volkstum und Raſſe. Freiherr v. d. Goltz ſchließt unbedenklich von gewiſſen, dem polniſchen Volkstum im Blute liegenden Eigenſchaften auf die Wenden Mecklenburgs und Vorpommerns, nur weil dieſe eine ſlawiſche Sprache redeten. Es beſteht heute Klarheit darüber, daß der ſlawiſchen Sprachengruppe keine ſlawiſche Raſſe entſpricht, daß die Urſlawen ein Zweig der nordiſchen Raſſe geweſen ſind und daß die blutsmäßige Zuſammenſetzung eines Volkes mit ſlawiſcher Sprache immer erſt von Fall zu Fall zu erforſchen iſt. Nach dem für Mecklenburg bisher allein vorliegenden vorläufigen Ergebnis von Fritz Troſt[195] müſſen wir annehmen, daß die Wenden Mecklenburgs ſich das nordiſche Blut der Urſlawen ziemlich rein erhalten hatten und ſich blutsmäßig nicht ſehr von den niederſächſiſchen Oſtlandfahrern unterſchieden. Das würde auch die ſo oft mit Verwunderung feſtgeſtellte Schnelligkeit der Aufſaugung des Wendentums durch die eingewanderten Niederſachſen verſtändlich machen. Für den im Kern nordiſchen Blutscharakter der mecklenburgiſchen und vorpommerſchen Wenden ſpricht außerdem ſehr ſtark ihre ſeeliſche Grundhaltung, die ſie in dem tapferen Freiheitskampf gegen einen Gegner vom Range Heinrichs des Löwen noch vier Jahre über den ehrenvollen Soldatentod ihres Fürſten Niklot vor Werle 1160 hinaus bewährten. Dieſelbe nordiſche Grundhaltung kommt zum Ausdruck in den beſonders ſtarken ſeemänniſchen Neigungen und Fähigkeiten, die Helmold von Boſau den Wenden Mecklenburgs und Vorpommerns bezeugt[196]. Ernſt Moritz Arndt[197] meint:

---

[190] Vgl. Heinrich v. Loeſch und Hermann Aubin in der „Geſchichte Schleſiens, hrsg. von der Hiſtoriſchen Kommiſſion für Schleſien", I. Bd. Breslau 1938, S. 283, 284, 305, 353.

[191] Theodor Frh. v. d. Goltz, vgl. Anm. 145, S. 142—143.

[192] G. Fr. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Urſprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens. 2. Aufl. München und Leipzig 1927, S. 66.

[193] Territorium und Stadt, S. 23.

[194] Mit dieſen Einwänden Belows hat Th. Frhr. v. d. Goltz ſich nicht auseinandergeſetzt, was ihm Thauſing, a. a. O., vgl. Anm. 181, S. 473, mit Recht zum Vorwurf macht.

> „Darin auch ſind die Mecklenburger, Pommern und Preußen ganz ächte Germanen, daß ſie die See und den Seeverkehr lieben und ſuchen, was kein Pole oder Ruſſe jemals freiwillig thun wird.“

Dieſe Haltung findet ſich aber ſchon bei den mecklenburgiſchen und vorpommerſchen Slawen, deren Flotten die Oſtſee beherrſchten und Dänemark in Angſt und Schrecken hielten. Dabei mag unter den Führern Wikingerblut eine Rolle geſpielt haben — obgleich bisher nicht eine einzige Wikingerſiedlung in Mecklenburg nachgewieſen werden konnte — aber gerade zur See ſind Erfolge ohne die Seetüchtigkeit und rückhaltloſe Einſatzbereitſchaft jedes einzelnen Mannes damals ebenſowenig möglich geweſen wie heute. Mit dieſer Einſicht in die raſſiſchen Grundlagen gerade der Küſtenlande Mecklenburgs und Vorpommerns, in denen die Großgutswirtſchaft ihre größte Ausdehnung und die als Arbeitsverfaſſung dazugehörige Leibeigenſchaft ihre ſchärfſte Ausprägung erfuhr, dürfte einer Ableitung des Bruches zwiſchen weſtelbiſcher und oſtelbiſcher Agrarverfaſſung aus völkiſchen bzw. raſſiſchen Unterſchieden jeder Boden entzogen ſein[198].

Den intereſſanten Verſuch einer ſoziologiſchen Begründung dieſes Bruches unternimmt Albrecht Thauſing[199]. Er geht von der oben S. 550 erwähnten Größe der oſtelbiſchen Bauernſtellen, die oft 4 Hufen und manchmal noch mehr umfaßten, aus und meint, dieſe auffällige Größe nötige zu der Annahme, daß zur Beſtellung beſitzloſes Geſinde und Kleinbeſitzer in erheblicher Zahl vorhanden geweſen ſein müſſen. Nun zeigt ſich eine deutliche Neigung der Landesherren, in ihrem Kampfe gegen die Fronde des Adels ſich auf die Bauern zu ſtützen und dadurch den Adel in die Zange zu nehmen, ihn gewiſſermaßen zwiſchen zwei ſoziale Fronten zu bringen.

> „Umgekehrt rückt nun dies Zuſammenwirken und die Zwiſchenſtellung auch eine Stufe nach unten, wo es ſich dann um eine gewiſſe Intereſſengemeinſchaft zwiſchen Arbeitern (Kleinbeſitzern) und Gutsherrſchaft und um die (im Oſten ſo außerordentlich ungünſtige) Zwiſchenſtellung des Bauern handelt aus der ſich die Grundbeſitzentwicklung Oſtdeutſchlands zum mindeſten größtenteils erklären dürfte.“[200]

Hier fehlt aber der Nachweis, daß es eine ſo umfangreiche Schicht „kleiner Leute“ in den oſtdeutſchen Dörfern tatſächlich gegeben hat. Das hängt davon ab, ob der Intenſitätsgrad der oſtdeutſchen Bauernwirtſchaft damals dem der weſtdeutſchen entſprochen hat. Nach allem, was wir über die Anfänge der Landwirtſchaft in neuerſchloſſenen Siedelräumen wiſſen, erſcheint dies recht zweifelhaft. Aber ſelbſt, wenn dieſer Nachweis erbracht werden könnte, bliebe die Hauptfrage offen: Warum hat denn den niederſächſiſchen Meiern, die doch auch je vier ehemalige Latenhufen bewirtſchafteten, die Größe der Meierhöfe offenbar gar nicht geſchadet, wenn dieſelbe Größe den oſtdeutſchen Bauern ſo verderblich geworden iſt? Thauſing hat vergeſſen, daß es ſich ja gerade um die Erklärung dafür handelt, daß ſeit dem 16. Jahrhundert ein Bruch zwiſchen der Sozialſtruktur öſtlich und weſtlich der Elbe eingetreten iſt.

---

[195] Fritz Troſt, Ein Beitrag zur Niederſachſenfrage Mecklenburgs. Zeitſchr. d. Heimatbundes „Mecklenburg“, 22. Jg. Schwerin 1927, 1. Heft, S. 3—29.

[196] Vgl. meine Ausführungen im 1. Heft des Handbuchs der deutſchen Stammeskunde, hrsg. von Wilhelm Peßler. Potsdam 1941, S. 81—84.

[197] E. M. Arndt, Verſuch in vergleichender Völkergeſchichte. Leipzig 1843, S. 371—372.

[198] Vollends iſt nicht zu begreifen, wie die oben S. 543 erwähnte Ausbreitung der Großgutswirtſchaft im Kreiſe Eckernförde mit dem höchſten Hundertſatz an Gutsfläche unter allen Kreiſen Schleswig-Holſteins völkiſch oder raſſiſch zu begründen wäre, da hier niemals Slawen geſeſſen haben.

[199] Vgl. Anm. 181.

[200] a. a. O., S. 494.

Werner Wittich[201] erblickt das Vorbild der oſtelbiſchen Großgutswirtſchaft in den großen Kloſtergutswirtſchaften, den grangiae der Ziſterzienſer. Vorher hatte ſchon Foelkerſahm[202] darauf hingewieſen, daß dieſe die Pioniere des Eigenbetriebes in Livland geweſen ſeien. Allerdings begannen die Ziſterzienſer ſchon im 13. Jahrhundert mit der Rückverwandlung ihrer grangiae in Bauerndörfer — wie Fuchs[203] meint,

> „in dem Maße, als ſich die alte ſtrenge Zucht der Klöſter lockerte und weltliches Streben an Stelle des ſelbſtloſen Arbeitsfleißes und der aſketiſchen Bedürfnisloſigkeit trat.“

Dieſe Rückbildung dauerte z. B. bei dem Kloſter Eldena vor Greifswald bis in den Anfang des 15. Jahrhunderts. Noch 1407 wurde die grangia Ladebow, „welches wegen ſeiner Nähe bei dem Kloſter am leichteſten durch Converſen zu bewirtſchaften war“, in ein Bauerndorf zurückverwandelt[204]. Unter dieſen Umſtänden erſcheint es nicht einleuchtend, daß die Kloſtergutswirtſchaft dem doch erſt viel ſpäter, vom 16. Jahrhundert ab, ſich entwickelnden ritterſchaftlichen Großbetrieb noch als Vorbild hätte dienen können. Noch ſchwerer wiegt das Bedenken, daß die Begründung großer Eigenwirtſchaften der Ziſterzienſerklöſter ſich keineswegs auf das Neuſiedelland beſchränkte, ſondern gerade in Weſtdeutſchland zu umfangreichen Bauernlegungen durch die Ziſterzienſer geführt hat.

> „Hier auf dem alten Kulturboden des Mutterlandes kauften ſie ganze Gemarkungen zuſammen und ließen die Dörfer eingehen. Anders als im Süden haben ſich die Ziſterzienſergüter zu einem beträchtlichen Teil als Gutswirtſchaften erhalten. Durch die Säkulariſation ſind ſie teils landesherrliche Domänen (Georgenthal in Thüringen), teils proteſtantiſche Erziehungsanſtalten geworden. Der Reichtum der Fürſtenſchule Pforta oder des proteſtantiſchen Kloſters Loccum beſteht in alten Grangien.[205]“

Aber warum haben denn dieſe weſtelbiſchen Kloſtergutswirtſchaften hier nicht auch als Vorbilder für die allgemeine Verbreitung des landwirtſchaftlichen Großbetriebes gewirkt? Darauf erwidert Wittich:

> „Gerade die Feſtigkeit der überlieferten herrſchenden Kultur widerſetzt ſich der Verwirklichung der neuen Idee, die gewiſſermaßen die ſtarr gewordene Decke des Beſtehenden nicht zu durchbrechen vermag. Wandert aber die Idee in ein Neuland, ſo findet ſie ihre Verwirklichung oft in dem Maße, daß ſie allgemeine Verbreitung gewinnt und allen Verhältniſſen des Neulandes ihren Stempel aufdrückt[206].“

Dieſen allgemeinen Gedanken erläutert Wittich durch einen Hinweis auf die

> „Bildſamkeit des Kolonialgebietes, das den zum Großbetrieb drängenden Kräften nicht den Widerſtand einer gefeſtigten Rechtsordnung entgegenſetzen konnte. Gewiß mag der Raſſengegenſatz bei der Entrechtung der Bauern eine Rolle geſpielt haben wie in Oberſchleſien, oder die fränkiſch-thüringiſche Stammesart für die patriarchaliſche Geſtaltung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältniſſes wie in Niederſchleſien. Aber in der Altmark iſt der Bauer wendiſcher Abſtammung Erbzinsmann und freier Eigentümer geworden, während der Siedler aus altem Sachſenſtamm in Mecklenburg zum heimatloſen Inſten oder Büdener[207] herabgedrückt wurde. Warum? Weil der Altmärker zwar Höriger war, aber den Schutz der uralten geheiligten Rechtsordnung des Mutterlandes genoß, während die neue Freiheit und das gute

---

[201] Werner Wittich, Der religiöſe Gehalt der Koloniſation des oſtelbiſchen Deutſchlands, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statiſtik, 144. Bd. Jena 1936, S. 641—659.

[202] Hamilcar Baron Foelkerſahm, Die Entwicklung der Agrarverfaſſung Livlands und Kurlands (Greifswalder Staatswiſſ. Abh., 22. Heft). Greifswald 1923, S. 13 und 14.

[203] Fuchs, vgl. Anm. 184 S. 19.

[204] Das gleiche Ladebow wurde nach Fuchs, vgl. Anm. 184, S. 136, im Jahre 1763 durch Bauernlegung ſeitens der Univerſität, der das Dorf gehörte, wieder in einen Gutshof verwandelt.

[205] Wittich, vgl. Anm. 201 S. 652.

[206] A. a. O., S. 657.

[207] (In Mecklenburg ſelbſt würde man von „Tagelöhnern“ ſprechen, der Ausdruck „Inſte“ iſt hier unbekannt und das Wort „Büdner“ bezeichnet einen auf eigenem Grund und Boden wirtſchaftenden Kleinbauern. D. Verf.)

Bodenrecht des Oſtfahrers, als junge Reiſer in den lockeren Boden des Neulandes eingepflanzt, den Übergriffen der patrimonialen Gewalten erlegen ſind[208].“

Damit führt Wittichs Gedankengang doch wieder auf die juriſtiſche Begründung zurück, die ſchon oben S. 553 als unzureichend erkannt wurde, weil eben drei Jahrhunderte oder gar noch mehr zwiſchen der Beſiedlung des oſtelbiſchen Landes und der Verſchlechterung der Bauernrechte liegen und man daher von den angeblich wegen zu großer Jugend noch nicht eingewurzelten Rechtsordnungen des Oſtlandes billigerweiſe nicht ſprechen dürfte. Richtig bleibt Wittichs Gedanke, daß im Oſtland eine größere Empfänglichkeit für den Gedanken der Großgutswirtſchaft beſtanden haben muß als weſtlich der Elbe. Die Empfänglichkeit muß in der *ſeeliſchen Haltung des oſtelbiſchen Adels* begründet geweſen ſein. Das römiſche Recht, deſſen Anwendung auf den mecklenburgiſchen Bauernſtand durch des Juriſten *Huſanus* „Tractus de servis seu hominibus propriis“ von 1590 ſo verhängnisvoll gewirkt hat, und die Einführung der Leibeigenſchaft im Jahre 1645 waren doch lediglich Mittel zum Zweck, das erforderliche Land und die nötigen Arbeitskräfte für die angeſtrebte Gutswirtſchaft bereitzuſtellen. Der oſtelbiſche Adel griff zu dieſen Mitteln, weil ſie ſich ihm darboten, anderenfalls würde er ſchon andere Mittel zur Erreichung ſeines Zieles gefunden haben. Sein Ziel war die herrenmäßig gebietende und wirtſchaftlich einträgliche Stellung eines landwirtſchaftlichen Großunternehmers. *Sering*[209] hat gewiß recht, wenn er gegen *Sombart* einwendet:

> „Der letzte und entſcheidende Grund für die Organiſation der modernen Gutswirtſchaft kann nicht in einer auf einmal veränderten ‚Seelenſtimmung‘, im Erwachen des ‚kapitaliſtiſchen Geiſtes‘ geſucht werden. Die Willensrichtung blieb im großen unverändert: Das Streben nach Erweiterung der perſönlichen Machtſphäre, nach Bereicherung war längſt in den herrſchenden Klaſſen lebendig geweſen.“

Es iſt auch ſicherlich richtig, wenn man den entſcheidenden *Anſtoß* zur Ausbildung der modernen Gutswirtſchaft nicht mehr mit *Knapp*[210] im militäriſchen Niedergang des Rittertums, ſondern im Aufkommen der wirtſchaftlichen Konjunktur für die Getreideausfuhr nach den Niederlanden, England und Spanien und in der Preisrevolution des 16. Jahrhunderts mit ihrer Steigerung der Getreidepreiſe auf das Doppelte und Dreifache ſucht. Immer aber bleibt die entſcheidende Frage: *Warum reagierte der weſtelbiſche Ritter auf dieſe wirtſchaftsgeſchichtlichen Veränderungen ſo ganz anders als der oſtelbiſche?* Die Feſtſtellungen von *Below* und *Wittich* (oben S. 549), daß der weſtdeutſche Edelmann offenſichtlich gar nicht das Ziel hatte, eine Großgutswirtſchaft aufzubauen, ſind nur aus der Annahme einer anderen ſeeliſchen Grundhaltung verſtändlich. Da nun aber der oſtelbiſche Adel, der die Gutswirtſchaft aufbaute, im großen und ganzen aus Nachkommen des weſtelbiſchen Adels beſtand, die im Zuge der Oſtlandwanderung über die Elbe kamen, ſo muß die abweichende Grundhaltung in der durch die Oſtlandwanderung bewirkten *Ausleſe aus dem weſtelbiſchen Rittertum* begründet ſein. Es war nicht der Durchſchnittsritter, den die Weite des Oſtlandes mit ihren „unbegrenzten Möglichkeiten“ lockte, ſondern es war der *Pioniertypus*, der als *Lokator* die Erſchließung des Neulandes im Stile des großzügigen Siedlungsunternehmers begann, den wirtſchaftlichen Gewinn realiſierte und dann der allmählich oſtwärts zurückweichenden Grenze nachzog, um ſich auch hier wieder als Unternehmer zu betätigen[211]. Die Oſtwanderung der Ortsnamen gibt der Forſchung noch weite Möglichkeiten, den Wegen der Lokatorenfamilien vom Pioniertypus nachzugehen[212]. Wer muſiſche Neigungen und Begabungen hatte, beteiligte ſich an den Geſchäften der Pioniere im Oſtlande nicht. Man kann ſich Wolfram von Eſchenbach nicht als Lokator vorſtellen. Der Minneſang der Staufenzeit kommt erſt ein volles Jahrhundert ſpäter — am Ausgang des 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts — zu einer ſchwachen Nachblüte im Oſten. Deren Träger aber ſind bezeichnenderweiſe faſt nur eingedeutſchte Mitglieder ſlawiſcher Fürſtenfamilien wie König Wenzel von Böhmen, der Przemyslide, Herzog Heinrich IV. von Breslau, der Piaſt, Wizlaw III. von Rügen — nicht etwa Männer des Lokatorenadels[213]. So ergibt ſich die „Rückſtändigkeit" in Kulturfragen, von der oben die Rede war, ganz von ſelber. So bildet ſich die „amerikaniſch" anmutende Geſellſchaft, wie ſie Karl Lamprecht[214] ſchildert: „Auf dem Neuland des Oſtens wiederholten ſich alle Impulſe des Mutterlandes raſcher, hier griff man energiſcher zu, hier löſte man die Fragen neuer geſellſchaftlicher und politiſcher Bildung ſyſtematiſcher, hier lebte man anfangs vorausſetzungsloſer in weitgehender ſozialer Gleichheit, unter einem demokratiſchen Zug der Geſellſchaft. Das alles entfeſſelte jenen beſonderen, anfangs durch keinerlei geiſtige Kultur gemäßigten Egoismus, den jedes koloniale Leben mit ſich bringt: nirgends wird der einzelne begrenzt oder geſtört durch die konſervativen Bande der Heimat in Sitte, Lebenshaltung und Rechten. Dieſer Egoismus hat ſich dann in den Kämpfen gegen die unterliegenden Slawen gelegentlich bis zur Brutalität geſteigert und in der Folge die ſozialen Unterſchiede des Kolonialbodens zu größerer Schneide, als im Mutterlande, entwickelt."

---

[208] a. a. O., vgl. Anm. 201, S. 658—659.

[209] Max Sering, Erbrecht und Agrarverfaſſung in Schleswig-Holſtein. Berlin 1908, S. 226.

[210] G. F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Urſprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens, 2. Aufl. München und Leipzig 1927, S. 37.

[211] Vgl. Hermann Aubins Ausführungen über die ſchleſiſchen Lokatoren: „Lokatoren gehen nach gelungener Ortsgründung an neue heran, und Söhne folgen dem Beruf des Vaters. Doch können wir in Schleſien keine Großlokatoren nachweiſen, wie ſie Nordmähren oder das Deutſchordensland kennt. In letzterem ſind in der 2. Hälfte des 13. Jhs. auch Schleſier als großkapitaliſtiſche Siedlungsunternehmer aufgetreten, und zwar in ſehr ausgeprägt kapitaliſtiſcher Form, indem der eine, Simon Gallicus, aus einem bekannten, auch in Schleſien mit Lokationen befaßten, urſprünglich walloniſchen, Geſchlecht, ſich nur mit Geld an dem preußiſchen Unternehmen beteiligt zu haben ſcheint, das der andere, vom Ritterſtande, perſönlich leitete. Für Einzellokationen hat Schleſien wohl dem ganzen weiteren Oſtbereiche Siedel-

Dem aus ſolcher Ausleſe erwachſenen Typus des „Junkers" fiel von ſelber die Führung im Neulande zu. Er war nicht nur Kriegsmann, er handhabte auch im fürſtlichen Auftrag alles, was es an Verwaltung und Rechtſprechung gab. Dieſe Führerſtellung bröckelte aber mit dem Ausgang des Mittelalters ab. Zuerſt verliert ſich die Stellung des Ritters als ſchlachtenentſcheidende Waffe ſchon ſeit Beginn des 14. Jahrhunderts. Sein ungeregeltes Einzelkämpfertum prallt an dem geordneten Gewalthaufen des ſpießtragenden Fußvolkes, der Schweizer, Landsknechte, Huſſiten wirkungslos ab. Mit der Goldſporenſchlacht bei Kortrijk 1302 beginnt die Reihe der Niederlagen der Ritterheere: 1315 Morgarten, 1346 Crécy, 1386 Sempach, 1388 Näfels, die Schlachten der Huſſitenkriege. Erſt die Ausbildung der geordneten Attacke gab der Reiterei im 17. Jahrhundert die Herrſchaft auf dem Schlachtfelde bis faſt 1870 zurück. Tatſächlich aber machte das 14. Jahrhundert den Ritter nach ſeiner ſoldatiſchen Seite zum guten Teile „arbeitslos" — damit war für ihn die Exiſtenzfrage aufgerollt, deren verſchiedene Löſung im weſtelbiſchen und im oſtelbiſchen Deutſchland die alte Kulturſcheide an der Elbe und Saale auch im Bereiche der Agrarverfaſſung wieder aufreißen ſollte. Inſofern hat Georg Friedrich Knapp nicht ganz falſch geſehen. Ein zweiter Schlag traf den Ritter in Geſtalt des Eindringens des römiſchen Rechtes. Alle maßgebenden Stellen im fürſtlichen Rate, in Gericht und Verwaltung gleiten mehr und mehr aus den Händen der ungelehrten Ritter — rühmt ſich doch ſelbſt ein Wolfram von Eſchenbach, daß er „keinen Buchſtaben könne!" — in die Hände der gelehrten Doctores.

„He da! Utz! Lieber Utz! Was ward aus dir?
Biſt du am Hof von Mainz ein großes Tier?
Biſt Doctor utriusque juris du?
Des Kaiſers Schreiber oder Rat dazu?"

---

meiſter geſtellt. Man kann ſie in Poſen, Krakau, Neuſandetz, Bochnia und ſonſt noch nachweiſen." (Geſchichte Schleſiens, hrsg.von der Hiſtoriſchen Kommiſſion für Schleſien, I. Bd. Breslau 1938, S. 344).

[212] Vgl. hierzu Hans Witte, Jegorovs Koloniſation Mecklenburgs im 13. Jh., Ein kritiſches Nachwort, Breslau 1932, an zahlreichen Stellen.

[213] Vgl. Joſeph Klapper in der „Geſchichte Schleſiens, hrsg. von der Hiſtoriſchen Kommiſſion für Schleſien, I. Bd. Breslau 1938, S. 399 und 434—435. „Die handfeſte Siedlerarbeit und der auf zunächſt beſcheidene Erträge gegründete neue oſtdeutſche Lebensſtil vertragen ſich ſchwer mit höfiſcher Romantik" (S. 399). „Wenn der Münſterberger Herzogshof noch um 1300 die ritterliche Epik fördert, ſo beweiſt dies wohl die Vorliebe piaſtiſcher Fürſten für die höfiſche Dichtung der Deutſchen, aber noch nicht einen lebendigen Anteil der zugewanderten Ritterſchaft an dieſen überlebten Kunſtformen"(S. 435).

[214] Karl Lamprecht, Deutſche Geſchichte, III. Bd, Berlin 1893, S. 301.

läßt Conrad Ferdinand Meyer den Ott von Gemmingen ſeinen alten Freund Ulrich von Hutten fragen, als er ihn nach langer Zeit wiederſieht. In der Mark Brandenburg beginnt die Reihe der „gemieteten Doktoren" oder „Legiſten" im 15. Jahrhundert und erreicht ihren Höhepunkt mit dem Kanzler Dr. jur. Lampert Diſtelmeyer, einem Leipziger Schneidersſohn, der unter Joachim II. der mächtigſte Mann im brandenburgiſchen Staatsweſen war. So war Verſchärfung der „Arbeitsloſigkeit" des Ritters, ſein Ausſchluß von maßgebendem Einfluß auf die Geſchäfte des Landes die erſte Wirkung des gleichen römiſchen Rechts, das der Ritter ſpäter ſo meiſterlich zuungunſten des Bauern auszunutzen wußte.

Der dritte Schlag, der den Ritter traf und ſeine „Arbeitsloſigkeit" zur „Erwerbsloſigkeit" verſchärfte, war das Abſinken der Kaufkraft des Geldes infolge der Silberinflation zu Beginn der Neuzeit, hauptſächlich aber im 16. Jahrhundert, das zu einer Preisſteigerung von 100—150 v. H. führte. Das bedeutete die Entwertung der grundherrlichen Einkünfte, ſoweit ſie zu Bargeld geſetzt waren, was größtenteils der Fall geweſen zu ſein ſcheint.

Die zunehmende Verſchlechterung der Lage des Ritters, ſeine Einbuße an Macht wie an Geld, erforderte neue Entſchlüſſe. Das war weſtlich wie öſtlich der Elbe in gleicher Weiſe der Fall. Die wilden Zeiten des 15. Jahrhunderts der Fehden, des Raubritter- und Wegelagerertums, ſind der Ausdruck einer elementaren Reaktion des arbeits- und erwerbslos gewordenen Rittertums auf ſeine Überflügelung durch das mächtig und reich gewordene Bürgertum, durch „Bildung und Beſitz". Das war eine Übergangserſcheinung, keine Dauerlöſung. Bei der Wahl der letzteren trat der durch die Ausleſe der Oſtlandswanderungszeit bewirkte Unterſchied zwiſchen oſt- und weſtdeutſchem Adel zutage. Der weſtelbiſche Edelmann entſchied ſich für den Anſchluß an das neue rechtsgelehrte Beamtentum, es wird ſtandesgemäß, Jura zu ſtudieren und als Verwaltungsjuriſt unter die „Federfuchſer" zu gehen. Der oſtelbiſche Junker beſinnt ſich auf ſeine eigentliche Begabung, auf Grund deren ſeine Vorfahren ausgeleſen wurden, er wendet ſich dem wirtſchaftlichen Unternehmertum zu. „Sie (die oſtdeutſchen Junker) fingen damit an, das Getreide der Bauern aufzukaufen, um es an fremde Händler abzuſetzen, und ſie endeten damit, durch Einziehung von Bauernhöfen ihre eigene Gutsfläche zu vergrößern und das Getreide, das ſie exportieren wollten, ſelbſt zu bauen", ſchreibt Hintze[215]. Dieſe Reihenfolge iſt bezeichnend für die ſeeliſche Bereitſchaft des oſtelbiſchen Adels, die neuen Möglichkeiten des frühkapitaliſtiſchen Zeitalters durch Ausweitung des Getreidehandels zu nutzen. Die Lübecker Ratschronik berichtet zum Jahre 1482:

> „In deſſen ſulven tyden was grote dure tiid des kornes in Vlanderen (d. h. alſo 1481/1482), alſo dat eyne laſt weyten dar boven hundert marck ghalt. Drumme worden de hovelude (d. h. Edelleute) in deſſen Landen unde de gyrighen koplude kornekopers unde ſenden dat korne mit der vaert in Vlanderen und brochten hyr den Schepel rogghen up 7 ſch(Schillinge) unde mer[216]."

Nicht ohne Genugtuung meldet der Chroniſt, daß dieſe Spekulation vielfach ſchief ging. Aber das Eis für die kaufmänniſche Betätigung des oſtelbiſchen Adels war gebrochen[217]. 1488 erreichte der märkiſche Adel einen Landtagsabſchied, der den bisher von den Städten geübten Marktzwang, daß die Bauern ihr Korn nur auf den ſtädtiſchen Markt zum Verkauf bringen durften, zugunſten des Adels aufhebt. In Mecklenburg war Herzog Magnus II. (1477 bis 1503)

> „der typiſche Träger des neuen, auf Erwerb, nicht mehr auf ſinnloſe Fehde gerichteten Geiſtes . . . Magnus II. war der erſte mecklenburgiſche Fürſt, der größere Wirtſchafts- und Handelsunternehmungen trieb, ja geradezu als Unternehmer und Großkaufmann auftrat. Vor allem erkannte er das Lohnende des eigenen Getreidehandels und trieb auf eigne Rechnung umfangreichen Getreideexport, beſonders inner-

---

[215] Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk. Berlin 1915, S. 109.

[216] Chriſtian Reuter, Oſtſeehandel und Landwirtſchaft im 16. und 17. Jh. (Sammlung „Meereskunde", Heft 61). Berlin 1912, S. 10—11.

[217] Walther Vogel, Die überſeeiſche Getreideverſorgung der Welt (Sammlung „Meereskunde", Heft 100), Berlin 1915, S. 14—17; Detlef Krannhals, in: Richard Winkel, Die Weichſel (Deutſchland und der Oſten, Quellen und Forſchungen zur Geſchichte ihrer Beziehungen, Bd. 13), Leipzig 1939, S. 113—132.

> halb des Reiches nach Magdeburg und Hamburg. Dieſem Beiſpiel folgten bald einige Adlige. Der herzogliche Rentmeiſter Trutmann iſt nach Steinmann ‚der erſte handeltreibende Adlige in Mecklenburg‘. Bernd Maltzahn auf Wolde und Henning Holſtein auf Ankershagen . . . ſind dann die erſten einheimiſchen Adligen, die einen Getreidehandel im großen nach auswärts mit Hilfe der Flußſchiffahrt betreiben (1510 bzw. 1537‘)[218].“

Es iſt verſtändlich, daß die Hanſeſtädte ſich der überhandnehmenden Handelskonkurrenz des Adels zu erwehren ſuchten. So kämpften das ganze 16. Jahrhundert hindurch die mecklenburgiſchen Seeſtädte Roſtock und Wismar gegen die Kornverſchiffungen der Herzöge und des Adels in den ſog. „Klipphäfen“[219]. Sie erreichten nichts, weil ſie außer den Verladern auch die Käufer des Kornes, ihre eigenen Schweſterſtädte Lübeck, Hamburg und Bremen gegen ſich hatten. Auch im fernen Livland nötigte der Adel ſeine grund- und gerichtshörigen Bauern, ihm ihr Korn zu verkaufen oder den Verkauf desſelben zu überlaſſen. Die Edelleute vertauſchten ihr eigenes und der Bauern Korn gegen Salz, das ſie dann wieder an die Bauern verkauften. Deshalb beſchloß Reval, dem Adel nicht mehr Salz zu verkaufen, als dieſer für ſeinen eigenen Bedarf zu gebrauchen willens ſei. Aber das nützte wenig, da weder das Recht der Bauern, ihr Korn zur Stadt zu bringen, durchgeſetzt werden konnte, noch das Recht der Revaler, den Bauern auf dem Lande Korn abzukaufen[220]. Von ſolchen Handelsunternehmungen zur Organiſation einer eigenen Großgutswirtſchaft war dann für dieſen rational-kapitaliſtiſchem Denken aufgeſchloſſenen, wirtſchaftlichem Unternehmertum im großen Stil geneigten Menſchenſchlag kein weiter Schritt mehr. So bekam das oſtelbiſche Deutſchland im Gegenſatz zum weſtelbiſchen eine Ariſtokratie großer Wirtſchaftsunternehmer und Wirtſchaftsorganiſatoren, wie ſie eben für ein Neuſiedelland unter dem Einfluß der Ausleſe durch Landnahme bezeichnend iſt. Auch die USA. hat ſich von vornherein vom engliſchen Mutterlande dadurch unterſchieden, daß ſie durch eine ſolche Ariſtokratie des wirtſchaftlichen Unternehmertums politiſch geführt wurden, erſt durch die Pflanzerariſtokratie des Südens, insbeſondere durch die von Virginia, dann durch die Finanz- und Truſtmagnaten des Nordens.

Daß die Großlandwirtſchaft im Raume der Oſtlandwanderung ſich am weiteſten in dem Kleinſtaat Mecklenburg und dem ſchwediſchen Glacisland Vorpommern durchgeſetzt hat, hängt offenbar damit zuſammen, daß dem Adel in der Enge dieſer Gebiete keine politiſchen oder ſoldatiſchen Aufgaben geſtellt werden konnten, die ſeinen Betätigungsdrang und ſeine organiſatoriſchen Fähigkeiten von der Landwirtſchaft hinweg auf das ſtaatliche Gebiet hätten überleiten können. Solche Aufgaben konnten die großen Hohenzollern ihrem Adel bieten. Sie boten ſie auch den Beſten des Adels von Mecklenburg, einem Blücher und einem Moltke, und von Schwediſch-Pommern, wie dem Feldmarſchall Kurt Chriſtoph v. Schwerin. In der Hauptſache aber blieb dem Adel hier nur die Landwirtſchaft als Feld ſeiner Unternehmungen übrig. Auch in Preußen hat er dem friderizianiſchen Staate erſt dann die unvergleichlichen Offiziere und Beamten geſtellt, als die Genialität der großen Hohenzollern ihn gewaltſam in den Staat hineingezwungen und von jenem Gebiete, das ihm ſeit ſeiner Lokatorenzeit vertraut war, teils durch das Verbot der Bauernlegung ſeit 1748, teils durch Stellung großzügiger neuer Aufgaben abgelenkt hatte. Es iſt natürlich, daß wir heute, wo die Gefährdung und Verkümmerung des oſtdeutſchen Volkstums durch die Großgutswirtſchaft klar zutage liegt, geneigt ſind, dem oſtelbiſchen Adel den ſchwerſten Vorwurf daraus zu machen, daß er das Siedlungswerk ſeiner Vorfahren, der Lokatoren, durch die Bauernlegung großenteils wieder zerſtört hat. Der ganze Umfang des Unheils durch Auswanderung, Abwanderung und negative Ausleſe des durch die Bauernlegung wurzellocker gewordenen Landvolkes ließ ſich freilich erſt überſehen, als das 19. Jahrhundert durch die Freizügigkeit dem Menſchenſtrom nach Amerika und in die Induſtriegebiete die Schleuſen öffnete[221]. Sieht man aber von den verhängnisvollen nationalen und ſozialen Folgen ab, ſo bleibt der Aufbau der Großgutswirtſchaft wirtſchaftlich eine hervorragende Leiſtung und ein glänzendes Zeugnis der organiſatoriſchen Fähigkeiten des oſtelbiſchen „Junkers", dem auf dieſem Gebiete der weſtelbiſche Edelmann nichts Gleichwertiges an die Seite zu ſtellen hat. Friedrich der Große wußte, was er für den Aufbau ſeines Staates an dieſem Adel gewann, „davon die Race ſo gut iſt, daß ſie auf alle Weiſe meritieret konſervieret zu werden". Wenn man bei Hans F. K. Günther[222] einmal die Schilderung der Stärken und Schwächen des nordiſchen Menſchen nachlieſt, wird einem ſogleich klar, daß dieſelben Züge im beſonderen die Stärken und Schwächen des oſtelbiſchen Pioniertypus ſind.

---

[218] Heinz Maybaum, Die Entſtehung der Gutsherrſchaft im nordweſtlichen Mecklenburg. Stuttgart 1926, S. 120.

[219] Karl Koppmann, Zur Geſchichte der mecklenburgiſchen Klipphäfen. Hanſiſche Geſchichtsblätter, Jg. 1885—1886, S. 104—152.

[220] Johannes Hanſen, Beiträge zur Geſchichte des Getreidehandels und der Getreidepolitik Lübecks. Kieler Diſſ. Lübeck 1912, S. 31—32.

Hermann Aubin[223] hat bereits das Weſen der deutſchen Oſtlandſiedlung des Mittelalters dadurch näher zu beſtimmen unternommen, daß er ſie mit anderen geſchichtlichen Siedlungsbewegungen und überſeeiſchen Koloniſationen in Vergleich ſetzte. In einer Beſprechung dieſer Ausführungen hat Joſef Kuliſcher[224] darauf hingewieſen, daß die ruſſiſche Beſiedlung Sibiriens eine Mittelſtellung zwiſchen der oſtdeutſchen und der überſeeiſchen Koloniſation einnehme, daß aber

> „der ſchwerwiegende Unterſchied zwiſchen der oſtdeutſchen und der ruſſiſchen Koloniſation zu berückſichtigen" ſei, „daß Sibirien nicht bloß als Abwanderungsgebiet der ruſſiſchen Bauern und der nach Gold ſuchenden Abenteurer zu betrachten iſt; vielmehr war es Jahrhunderte lang vor allem eine Strafkolonie."

Gewiß darf dieſer Umſtand nicht überſehen werden, aber es wäre ein Irrtum zu glauben, daß ſeine Auswirkung lediglich in einer Zufuhr aſozialer Elemente des nomadiſchen Typus beſtanden hätte. Was an ſog. „politiſchen Verbrechern" nach Sibirien überführt wurde, gehörte gewiß großenteils eher dem Pioniertypus an, und ähnlich ſtand es wohl mit der großen Zahl der Altgläubigen und ſonſtigen Sektierer, die ſich durch die Verfolgung ſeitens der herrſchenden Staatskirche nach Sibirien abgedrängt ſahen. Im übrigen betont Seraphim[225]:

> „Die große Maſſe der heutigen Bevölkerung iſt ein Produkt der freiwilligen Volkskoloniſation; ſo ſind z. B. von den 776 ruſſiſchen Anſiedlungen der 4 Kreiſe des Gouvernements Jeniſſei nur 101 durch Regierungsmaßnahmen entſtanden, während die übrigen 675 ohne jegliche Anteilnahme des Staates gegründet wurden." Seraphim ſchildert unter Anlehnung an den Sibirienforſcher N. Jadrinzew den ſibiriſchen Menſchenſchlag ſo, daß er geradezu auffallend mit dem oben gekennzeichneten Pioniertypus übereinſtimmt. „Bei ihm dominiert die Vernunft über dem Gefühl. ‚Die kalte, praktiſch berechnende Vernunft des Sibiriers — ſagt Jadrinzew — und ſeine vorwiegende Neigung zu realiſtiſcher, poſitiver Anſchauung haben in ihm faſt jede idealiſtiſche Stimmung erdrückt.' Als echter Koloniſt ſteht er Überkommenem freier gegenüber als der Heimatgenoſſe in Rußland. Er iſt neugierig, wißbegierig, überhaupt geiſtig ſehr empfänglich, und daher ‚wird jede Neuerung, jede kulturelle Entlehnung, ſobald ſie nur zuſagend und verlockend erſcheint, mit Gier aufgenommen und verbreitet ſich ſofort in der Bevölkerung'. Darum ſtehen ſie in vieler Hinſicht höher, als ihre Brüder dieſſeits des Ural. Der Kampf mit der harten unwirtlichen Natur erzeugt[226] Findigkeit, Kühnheit und Beſtreben zur Selbſthilfe. Im Zuſammenhang damit ſteht der Unternehmungsgeiſt des Sibirjaks, der genährt worden iſt durch die Geiſtesrichtung, die den Antrieb zur Eroberung des Landes gab: durch das Suchen nach Schätzen in der Wildnis und ſpäter durch das Goldfieber. Eine verwandte Erſcheinung iſt der Ausbeutungstrieb des Sibirjaks. Der reiche Bauer verſteht es, den armen in knechtiſche Abhängigkeit zu bringen, ja zu ‚verſklaven'. ‚Auf die Ausbeutung der Bauern ſtoßen wir in vielen Gegenden Sibiriens; genauer geſagt, es wäre ſehr ſchwer, eine Gegend ausfindig zu machen, wo uns dieſe Erſcheinung nicht entgegengetreten wäre.' Obgleich die Ausnutzung des Schwächeren in Sibirien überall und von allen Bevölkerungsſchichten betrieben wird,

---

[221] Max Sering, Die Verteilung des Grundbeſitzes und die Abwanderung vom Lande. Berlin 1910.

[222] Hans F. K. Günther, Raſſenkunde des deutſchen Volkes, 67—77. Tauſend. München 1934. S. 193.

[223] Hermann Aubin, Wirtſchaftsgeſchichtliche Bemerkungen zur oſtdeutſchen Koloniſation, in: Aus Sozial- und Wirtſchaftsgeſchichte, Gedächtnisſchrift für Georg v. Below. Stuttgart 1928, S. 169 bis 196.

[224] In der Vierteljahrsſchrift für Sozial- und Wirtſchaftsgeſchichte, 22. Jg., 1929, S. 422—423.

[225] Hans Jürgen Seraphim, Die ländliche Beſiedlung Weſtſibiriens durch Rußland. Jena 1923, S. 31.

[226] (Nachdem die Ausleſe durch die Landnahme ſich in der Richtung der hierfür erforderlichen Anlagen ausgewirkt hatte! Der Verf.)

genießt in dieſer Beziehung niemand einen ſo ſchlechten Ruf wie der Groß-Bauer. Andererſeits findet ſich genau die entgegengeſetzte Eigenſchaft: große Genügſamkeit. Leicht zu erklären aus den Urſachen, die viele ins ferne Sibirien trieben; die Flucht vor der Leibeigenſchaft und Glaubenstreue haben ſo manchen den Wanderſtab ergreifen laſſen. Ihnen lag nichts an Reichtum und Gewinn. Das Fehlen der Leibeigenſchaft beſtärkte ‚das Streben zur unbeſchränkten Weite, zur Freiheit und Gleichheit'.“[227]

Im Weltkriege haben ſich die ſibiriſchen Regimenter als Kerntruppen des ruſſiſchen Heeres erwieſen. Während der ruſſiſche Soldat bei aller natürlichen Tapferkeit infolge ſeiner geiſtigen Unſelbſtändigkeit im allgemeinen hilflos wurde und der Panik verfiel, ſobald ſeine Offiziere und und Unterführer ausfielen, bewährte der ſibiriſche Soldat auch in ſolcher Lage ſeine Beſonnenheit und die Unerſchütterlichkeit ſeiner Haltung. Seine Verwandtſchaft mit dem Pioniertypus ſteht danach außer Zweifel. Eine Nachprüfung der raſſiſchen Zuſammenhänge iſt natürlich hier nicht möglich.

Innerhalb des deutſchen Lebensraumes gibt es noch einen Bezirk, in dem eine ganz ähnliche Ausleſe durch Landnahme im gefährdeten Raum einen ähnlich ſcharf umriſſenen Volkscharakter und eine ähnliche Sozialſtruktur wie der oſtelbiſche Raum erzeugt hat: die Nordſeemarſchen. Die von Heinrich Schütte u. a. erarbeitete Erkenntnis von der rhythmiſchen Hebung und Senkung der Nordſeeküſte macht es verſtändlich, warum das heutige Volkstum der Marſchen nicht länger als ſeit etwa 400 v. d. Ztw. im Boden ſeiner Heimat wurzelt und daß es ſeit dieſer Zeit bei ſtändig ſinkendem Lande in ſtändiger Gefahr geſchwebt hat, von Sturmfluten ertränkt zu werden. Demgegenüber ſteht eine außerordentliche Fruchtbarkeit des Bodens, die bis in das Zeitalter des Kunſtdüngers in ſcharfem Gegenſatz zu der geringen Ergiebigkeit des landeinwärts dahinter liegenden Geeſtbodens ſtand. Damit waren die Ausleſebedingungen gegeben.

Die fruchtbare, menſchenleere Marſch lockte den Wagemut und die Unternehmungsluſt mit freiem, herrenmäßigem Leben und wirtſchaftlichem Wohlſtand, ſie drohte mit der Gefahr der Sturmfluten und der Überfälle von der Seeſeite. Gegen die Landſeite iſt die Marſch durch eine ſchwer überſchreitbare verſumpfte Mulde am Fuße der Geeſt abgeriegelt, da bei der Landſenkung ſtändig der Außenrand der Marſch durch Aufſchlickung erhöht wurde, ſich alſo ein Gefälle von der Küſte zum Geeſtrande bildete. Dieſe verſumpfte Binnenzone hat das ganze Mittelalter hindurch die Bauernrepubliken vor den Angriffen der Ritterheere von der Landſeite geſchützt. Sie hat in der Frühzeit die Beſiedlung auf dem Landwege erſchwert oder unmöglich gemacht. Man mußte erſt die Ströme hinab in die Nordſee hinausfahren, um von der Seeſeite die Marſchen zu betreten. Daraus ergibt ſich ein höchſt verwickelter Verlauf der Beſiedlungsgeſchichte, der in ſeinen Einzelheiten und insbeſondere in ſeinen ſprachgeſchichtlichen Begleiterſcheinungen noch keineswegs völlig geklärt iſt. Sicher iſt nur, daß die geſchilderten Ausleſebedingungen den Marſchbewohner — ſei er ſprachlich Frieſe, Ditmarſcher, Hadler, Kehdinger oder gehöre er einem ſo jungen Menſchenſchlage wie den erſt nach 1106 durch Urbarmachung verſumpfter Moor- und Flußmarſch entſtandenen Stedingern an — im Sinne des oben geſchilderten Pioniertypus ausgeleſen haben.

Die Frieſen als Hauptgruppe der Marſchbewohner müſſen alſo eine Ausleſe aus den vorſächſiſchen Geeſtſtämmen ſein, die ſich ſpäter zum Stamme der Sachſen zuſammenſchloſſen. So iſt es verſtändlich, wenn Paul Zaunert[228] urteilt:

> „Der Frieſe hat die Eigenſchaften des Sachſen nur einſeitig entwickelt und zum Teil überſteigert.“

Ernſt Moritz Arndt[229] findet bei den Niederſachſen „mehr Mitteilſamkeit und Freundlichkeit als bei den Frieſen“, aber auch die Gefahr des Abgleitens in eine „unbeholfene und widerliche Schlotterigkeit und Lotterichkeit“, „denn ſo feſt ſteht der Sachſe nicht, ſo entſchloſſen nimmt und hält er ſich nicht zuſammen als ſein Nachbar der Frieſe“. Hermann Lübbing[230] ſchildert die Frieſen:

---

[227] a. a. O., vgl. Anm. 225, S. 65—66.

[228] In: Wilhelm Peßler, Handbuch der deutſchen Volkskunde. I. Bd. Potsdam o. J., S. 125.

[229] E. M. Arndt, Verſuch in vergleichender Völkergeſchichte. Leipzig 1843, S. 367—368.

[230] In: Martin Wähler, Der deutſche Volkscharakter. Jena (1937), S. 65—66.

> „Trotz- und dieskӧpfig ſind die Frieſen geweſen bis zur Selbſtvernichtung. Dieſer Eigenſinn feiert bei ihnen höchſte Triumphe, bei keinem Germanenſtamm iſt die Eigenbrötelei ſtärker vererbt worden und ſchlimmer zum Verhängnis geworden als bei den Frieſen. Unter dem gefährlichen Deckmantel der ‚Freiheit' verbarg ſich oft Eigennutz ſtatt Gemeinnutz. Die mittelalterliche Geſchichte Frieslands liefert dafür die traurigſten Beiſpiele der Selbſtzerfleiſchung. Als Papſt Gregor IX. ſich 1234 in die inneren Fehden der Öſtringer und Harlinger einmiſcht, will es ihm ſcheinen, als ſei den Frieſen die Ruhe gründlich verhaßt, und als ſeien ſie nur darauf bedacht, ſich gegenſeitig ums Leben zu bringen . . . Es iſt etwas Großes und Erhabenes um die Idee der frieſiſchen Freiheit. Gegen die Holländer, Burgunder, Sachſen, Oldenburger, Welfen, Dänen und andere Herren haben ſich die Frieſen, und das iſt das Tragiſche an ihnen, ohne beſondere Verſtändigung und Fühlungnahme jahrhundertelang gewehrt. Sie duldeten in ihren eigenen Reihen keinen überlegenen Führer aus Angſt, er könnte ihre Freiheit ſchmälern. Dieſes Erzrepublikanertum führte faſt in allen Landesteilen zu einer Vielheit von Häuptlingsherrſchaften, aus denen in der Reformationszeit ein Mann erwuchs, der vom Schickſal berufen ſchien, einen Stammesſtaat der Südfrieſen aufzurichten, Edzard Cirkſena von Emden. Auch ſein Werk ging in Trümmer, und ſeitdem iſt der Traum von der frieſiſchen Freiheit ausgeträumt."

Das Zeitalter der Fehden aller gegen alle hat alſo im Bereich des frieſiſchen Individualismus denſelben Charakter gehabt wie unter den märkiſchen Junkern der Quitzow-Zeit oder in Mecklenburg unter Herzog Heinrich IV. (1436—1477), der auf eine Beſchwerde der märkiſchen Städte Perleberg, Kyritz und Wuſterhauſen über Räubereien der Hahns die klaſſiſche Antwort gab,

> „es wäre ihm leid, aber er könnte nichts dazu tun, denn ſie (die Herren v. Hahn) wollten ihn nicht hören."

So meint auch Nadler[231] von den Frieſen:

> „Die Ichſucht der Freiheit auf dem angeſtammten Grunde, ſei es nun Hallighaus oder Feſtlandshof, unterwarf ſich dem gemeinen Nutzen nicht weiter als bis zur Grenze des Kirchſpiels. Noch im 16. Jh. gab es in Butjadingen in ſich befriedigte Geſchlechterdörfer. Dieſes Volk von zahlreichen kleinen Freigemeinden und raufluſtigen Kirchſpielhäuptlingen war zum Staatsvolk an der Wurzel verdorben."

Auch der bäuerliche Sippenſtaat Dithmarſchen unterlag im Jahre 1559 dem däniſchen Könige dadurch, daß jedes Kirchſpiel auf eigene Fauſt und nach eigenem Ermeſſen Krieg führte.

Die Siedelformen der Nordſeemarſchen ſpiegeln ſelbſtverſtändlich dieſen dickköpfigen Individualismus wider. Streuſiedlungen in Einzelhöfen und das uns aus Oſtelbien ſo wohlbekannte Reihendorf mit Marſchhufen beherrſchen das Siedlungsbild. Beide Siedelformen konnten ſich erſt verbreiten, nachdem der Bau der Winterdeiche um das Jahr 1000 n. d. Ztw. die Vorausſetzung für eine ſo verſtreute Wohnweiſe geſchaffen hatte. Bis dahin zwang die ſtändige Lebensgefahr der Sturmfluten zu geſchloſſener Siedlung auf Wohnhügeln, den Warfen oder Wurten, die wegen fortſchreitender Landſenkung ſtändig erhöht werden mußten. Da man ſich hierüber jedoch keineswegs klar war, ſo erfolgte eine neue Erhöhung immer erſt, nachdem eine neue Kataſtrophe eingetreten war. Die Lebensgefahr blieb alſo als Ausleſefaktor auch im Bewußtſein der Zuwanderer, die die von den Sturmfluten geriſſenen Lücken der Marſchbevölkerung ſchließen halfen, ſtets wirkſam. Wer in die Marſch überſiedelte, riskierte ſein Leben wie ſeinen Beſitz. Die alten geſchloſſenen Wurtdörfer, oft in rundlingsähnlicher Form um den Süßwaſſerteich, ſpäter um Kirche und Friedhof gelagert, ſind in ſtattlicher Zahl auf der Halbinſel Krummhörn[232] weſtlich und nördlich von Emden erhalten geblieben, auch in den übrigen Marſchen finden ſich wohlerhaltene Beiſpiele[233]. Aber ihre große Mehrzahl löſte ſich ſeit Beginn des zweiten nachchriſtlichen Jahrtauſends auf, als der Deichſchutz ihren Bewohnern die Möglichkeit eröffnete, jeder für ſich auf ſeinem Einzelhof zu wohnen. Damals entſtanden auch die erſten Reihendörfer Dithmarſchens mit einer Fluraufteilung ähnlich den ſpäteren Marſchhufen, doch ohne deren geometriſche Exaktheit. Es ſind die Dörfer landeinwärts der auf dem alten hohen Außenrand der Marſch errichteten Wurtdörfer. Sie bezeichnen den Fortſchritt genoſſenſchaftlicher Beſiedlung des Landes gegen die verſumpfte Mulde unter dem Geeſtrande. Ihre Namen enden gern auf -wiſch und -huſen. Später erobert das Marſchhufendorf die tiefgelegenen Flußmarſchen an Weſer und Elbe und in noch weiter aufgelockerter Form mit manchmal ſchon beinahe quadratiſchen Hufen die neuen Polder und Groden im Dollart und im Harlebuſen. Das ſind ausgeſprochen rationale Flur- und Siedelformen.

---

[231] Joſef Nadler, Das ſtammhafte Gefüge des deutſchen Volkes. München 1934, S. 101.

[232] Vgl. Meßtiſchblatt 1104 (Pewſum).

[233] Vgl. Ziallerns im Jeverland, Dorfplan z. B. bei Carl Woebcken, Das Land der Frieſen und ſeine Geſchichte, Oldenburg i. O. 1932, S. 169; gute Abb. bei Heinrich Schütte, Sinkendes Land an der Nordſee, Oehringen 1939, S. 128—129. Vgl. auch den Dorfplan von Spijk, nordweſtl. Delzijl von 1825 in: „Die Denkmalspflege", 23. Bd., Nr. 11. Berlin den 31. Aug. 1921.

Den Rationalismus des Pioniers zeigt auch der frieſiſche Hausbau. Es iſt heute ſicher, daß das niederſächſiſche und das frieſiſche Haus aus derſelben Wurzel entſproſſen ſind und daß wir dieſe Wurzel im Typus des durch Albert Egges van Giffen auf der Wurt Ezinge in der Provinz Groningen aufgedeckten Hauſes aus der Zeit um 400 vor unſerer Zeitrechnung zu ſehen haben[234] — übrigens ein bedeutſames Beweisſtück der Volkskunde für den weſtgermaniſchen Urſprung der Frieſen, denen man ſehr zu Unrecht einen nordgermaniſchen Urſprung hat andichten wollen. Die große Hausbauleiſtung der Frieſen iſt nun das Gulfhaus, das neufrieſiſche Großwirtſchaftshaus, deſſen Bauform die Marſchen von der Süderſee bis zur Weſer, ſowie als „Barghus" die holſteiniſchen Elbmarſchen und als „Haubarg" Eiderſtedt und Teile der nordfrieſiſchen Marſchen beherrſcht. Dieſe Erfindung ſteht im Zuſammenhang mit der im 16. Jahrhundert einſetzenden Hochkonjunktur für die Getreideausfuhr, die ſo ſtark auf die Wirtſchafts- und Sozialſtruktur des oſtelbiſchen Raumes gewirkt hat. Sie hatte in den Nordſeemarſchen weithin die Verdrängung der alten Viehweidewirtſchaft durch den Getreidebau und gleichzeitig das Anwachſen der Betriebsfläche der einzelnen Bauern durch Aufkauf und Niederlegung zahlreicher Bauernhöfe — alſo auch eine Art „Bauernlegung" — zur Folge. Der Reiz der Verdienſtmöglichkeiten durch Getreideexport wirkte alſo hier genau ſo ſtark auf die Unternehmungsluſt des Pioniertypus wie beim oſtelbiſchen Junker, während adlige Grundherren wie Bauern der altniederſächſiſchen Geeſt durch den gleichen Anreiz nicht angeſprochen wurden. Swart[235] hat dieſe Entwicklung in den einzelnen Marſchgebieten dargeſtellt und kennzeichnet ſie zuſammenfaſſend für die Zeit vom 16.—19. Jahrhundert:

> „Die Betriebe ſind zu faſt völliger Geſchloſſenheit abgerundet, ihr durchſchnittlicher Umfang iſt gleichzeitig bis auf das Dreifache geſtiegen, die kleinen Beſitzungen ſind bis auf geringe Reſte verſchwunden, die Marſchhöfe mit 30 bis 60 ha Land ſtehen unvermittelt einer zahlreichen Arbeiterklaſſe gegenüber. Die moderne Marſchwirtſchaft iſt alſo ein Erzeugnis der Neuzeit. Dieſe Entwicklung, die ſich hier raſcher und durchgreifender, dort ſchwächer an der ganzen Nordſeeküſte von Holland bis hinauf nach Jütland vollzogen hat, iſt ein Gegenſtück zur Ausbildung des oſtelbiſchen Gutsbetriebes."

Für die ſo entſtandene kornbauende Großbauernwirtſchaft wurde im 16. Jahrhundert das neufrieſiſche Gulfhaus erfunden[236]. Dieſes Haus erwies ſich als überaus praktiſch, rational vorzüglich durchdacht und allen Anſprüchen an die Wirtſchaftlichkeit wie an die Wohnkultur gewachſen. Es befindet ſich daher im ſiegreichen Vormarſch auf altniederſächſiſchem Boden nach Süden, es verdrängt das Niederſachſenhaus, hat in breiter Front ſchon die Höhe von Bremen erreicht und ſchickt ſich an, das Emsland völlig zu erobern. „Seine Vorzüge", ſchreibt Wilhelm

---

[234] A. E. van Giffen, Der Warf Ezinge und ſeine weſtgermaniſchen Häuſer, Germania, Anz. der röm.-germ. Kommiſſion, Jg. 20, Berlin 1936, S. 40—47; dazu S. Lehmann, Das bauliche Gefüge des Niederſachſen- und Frieſenhauſes, in: Schroller-Lehmann, 5000 Jahre niederſächſ. Stammeskunde, Hildesheim 1936, S. 196—218; Joſt Trier, Das Gefüge des bäuerlichen Hauſes im deutſchen Nordweſten, in: Weſtfäliſche Forſchungen, 1. Bd., Münſter i. W. 1938, S. 36—50, insbeſ. S. 42 und zuletzt: J. Trier und J. Schepers, Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden, in: Deutſches Archiv f. Landes- und Volksforſchung, V. Jg., 1941, S. 11ff.

[235] F. Swart, Zur frieſiſchen Agrargeſchichte. Leipzig 1910, S. 224—247 (Zitat S. 224).

[236] Kurt Junge, Das frieſiſche Bauernhaus, ſeine Verbreitung und Entwicklungsgeſchichte, Oldenburg i. Old. 1936; Johann Ulrich Folkers, Zur Entwicklungsgeſchichte des frieſiſchen Hausbaues, in: Niederdeutſche Zeitſchr. für Volkskunde, 8. Jg., Bremen 1930, S. 65—110; Nachträge ebenda 9. Jg., Bremen 1931, S. 129—174; Guſtav Wolf, Haus und Hof deutſcher Bauern, I. Bd., Schleswig-Holſtein, Berlin 1940, S. 120—141.

Peßler[237], Niederſachſens beſter Bauernhausforſcher, „liegen klar vor Augen, ‚Man hat ſeinen Kram all beieinander, und doch iſt bei getrennter Wohnung alles reinlich‘, rühmte ein Oſtfrieſe, ‚das oldenburgiſche Haus (d. h. das Niederſachſenhaus. D. Verf.) aber iſt kalt fürs Vieh, nicht kommode upn balken to packen, kalt zu ſitzen, der Miſt ſchlecht hinauszubringen, das Füttern ſchwierig und die Diele immer rein zu machen.‘ Auch wird durch die Benutzung des Gulfs von unten auf viel Raum und Zeit geſpart. Poetiſch allerdings mutet das Frieſenhaus keineswegs an.“

Groß iſt auch die Erſparnis an Holz infolge der ebenſo rational berechneten wie kühnen Konſtruktion des frieſiſchen „Stapelwerks“. Als auf einem mecklenburgiſchen Gutshof von zwei Zwillingsſcheunen die eine mit niederſächſiſcher, die andere mit frieſiſcher Zimmerung errichtet worden war, ergab ſich, „daß die frieſiſche um fünfthalbtauſend laufende Fuß Holz weniger erforderte als ihre Zwillingsſchweſter“[238].

„Die Frieſen ſind aber auch von jeher gute Mathematiker und Rechenkünſtler geweſen, und dieſe Begabung geht bis tief in die einfachen Volksgeſchichten hinab“, ſchreibt Conrad Borchling[239] und bezeugt dem frieſiſchen Stamme: „Seine Begabung liegt dabei ganz ausgeſprochen auf dem Gebiet der exakten Wiſſenſchaften. An bedeutenden Hiſtorikern und Juriſten hat es den Frieſen nie gefehlt.“ Dagegen iſt die muſiſche Begabung ſchwach. In dem vielzitierten Worte: „Frisia non cantat“ ſteckt doch ein berechtigter Kern. Daher weiß Joſef Nadler[240] mit den Frieſen nichts Rechtes anzufangen und meint: „Geiſt geworden iſt das frieſiſche Volk nur in der Proſa ſeiner Rechtsſatzungen und Geſchichtsbücher ... Am glaubwürdigſten wird uns die frieſiſche Natur durch den faſt bluthaften rechtswiſſenſchaftlichen und geſchichtsſchöpferiſchen Sinn Theodor Mommſens.“ Auch Conrad Borchling hat den Eindruck:

> „Freie ſchöpferiſche Tätigkeit der Phantaſie iſt den Frieſen nur in begrenztem Maße verliehen, wie ihnen ja auch der behagliche, launige Humor anderer Stämme fehlt.“[241]

Bemerkenswert iſt die geringe Anhänglichkeit des Marſchbauern an ſeinen Hof gegenüber der Feſtigkeit, mit der niederſächſiſche Bauerngeſchlechter auf den Geeſthöfen ſitzen. Dabei hängt der Marſchbauer durchaus an Heimat und Landſchaft. Er iſt ſchnell bereit, den väterlichen Hof für ein gutes Stück Geld zu verkaufen, aber er wird ſich immer bemühen, für das Geld in der Heimat einen größeren Hof zu erwerben. Da er dazu neigt, im Hofe ſein Betriebskapital zu ſehen, iſt es ihm nicht leicht geworden, für die Grundgedanken des Reichserbhofgeſetzes Verſtändnis aufzubringen. Der zähe Widerſtand des ganz anders eingeſtellten niederſächſiſchen Bauerntums gegen den im 19. Jahrhundert im Zeichen des ſieghaften Liberalismus ſich durchſetzenden Grundſatz, daß der Bauernhof bzw. ſein Wert als Kapital zu behandeln und im Erbgang an alle Erben gleichmäßig zu verteilen ſei, hatte ſchließlich die Einführung des Höferechtes für Hannover durch die Geſetze vom 2. Juni 1874 und vom 24. Februar 1880 und des Grunderbrechts für Oldenburg durch das Geſetz vom 19. April 1899 erreicht. Danach konnte jeder Bauer die Erbfolge des Hofes in ſeiner Familie durch freiwillige Eintragung in die ſog. Höferolle ſichern. Dann erhielt der Anerbe oder, wie er in Oldenburg hieß, der Grunderbe den Hof ungeteilt mit einem „Voraus“, der in Hannover $33^{1}/_{3}$ v. H. des Wertes betrug. Das Höferecht galt in beiden Gebieten für Marſch wie für Geeſt, hatte aber in Marſch und Geeſt einen durchaus verſchiedenen Erfolg. Auf der niederſächſiſchen Geeſt war bald die überwiegende Mehrheit der Bauernhöfe in die Höferolle eingetragen, dagegen lehnte der rationale Sinn der frieſiſchen Marſchen die Bevorzugung des Anerben ab. In Oldenburg hatte man in Erkenntnis dieſer Verſchiedenheit der Denkweiſe von vornherein den Voraus für die Geeſt auf 40 v. H., dagegen für die Marſch auf nur 15 v. H. des ſchuldenfreien Hofwertes feſtgeſetzt. Trotzdem wurden nur wenige Marſchhöfe als Grunderbſtellen eingetragen. Max Sering hat eine Karte der Vererbungsweiſe des ſelbſtändigen bäuerlichen Grundbeſitzes in der Provinz Schleswig-Holſtein veröffentlicht[242]. Darauf heben ſich die nordfrieſiſchen Gebiete, Eiderſtedt und Dithmarſchen ebenfalls als die Bezirke des rationalen und individualiſtiſchen Rechtsdenkens, der Realteilung des Grundbeſitzes oder ſeiner Bewertung ohne Rückſicht auf die Leiſtungsfähigkeit des Übernehmers deutlich ab.

---

[237] Wilhelm Peßler, Das altſächſiſche Bauernhaus in ſeiner geographiſchen Verbreitung. Braunſchweig 1906, S. 232.

[238] Otto Laſius, Das frieſiſche Bauernhaus. Straßburg 1885, S. 33.

[239] C. Borchling und R. Muuß, Die Frieſen. Breslau 1931, S. 16 und 17.

[240] Joſef Nadler, Das ſtammhafte Gefüge des deutſchen Volkes. München 1934, S. 102.

[241] a. a. O., vgl. Anm. 239, S. 17.

Vom Geiſte der Rechenhaftigkeit im Frieſentum zeugt übrigens auch die den Frieſen ſchon im frühen Mittelalter nachgeſagte kaufmänniſche Geſchäftstüchtigkeit ebenſo wie der ſchon erwähnte Aufbau der durchaus auf Wagnis und Ausfuhrhandel eingeſtellten kapitaliſtiſchen Marſchwirtſchaft. Der Chroniſt Danckwerth ſchreibt im Jahre 1652:

> „Das Land (Eiderſtedt. Der Verf.) iſt voll von ſchönen muhtigen Pferden . . . Die werden häuffig hinüber in Franckreich geſchiffet und daſelbſt thewr genug verkauft . . . Es hat im Lande auch zimblich viel Schafe . . . aber doch iſt der Einwohner größeſte Nahrung von dem lieben Getreide und von dem Kühemelcken oder Käſemachen . . . Ihre Käſe werden wegen ihres guten räſen und reinlichen Geſchmackes weit und breit verführet, wie ingleichen ihr Korn, inſonderheit Habern, Gärſten, Weitzen, in großer Quantitet auff Hamburg, Bremen und in Hollandt jährlich ausgeſchiffet wird[243].“

Meiborg[244] berichtet, daß nach den Zollabrechnungen im Anfange des 17. Jahrhunderts aus Eiderſtedt jährlich an die dritthalb Millionen Pfund Käſe und viele hundert Laſten Korn nach Hamburg, Bremen und Amſterdam ausgeführt wurden. Nach demſelben Gewährsmann war es gegen Ende des 17. Jahrhunderts an der ſchleswigſchen Weſtküſte ganz allgemein, daß Großbauern Schuten hatten, ſelber mit ihren Erzeugniſſen ins Ausland ſegelten und fremde Waren heimbrachten, um ſie zu verhandeln.

Dem ſtark kapitaliſtiſchen Charakter der Marſchwirtſchaft entſpricht das Arbeitsverhältnis. Wanderarbeiter ſpielten frühzeitig eine Rolle. Beim Raps, deſſen ſtark ſchwankende Erträge und Preiſe den kapitaliſtiſch „wagenden“ Charakter der Marſchwirtſchaft beſonders deutlich zum Ausdruck brachten, zog ein „Baas“ mit einem Arbeitertrupp von Hof zu Hof, ſpäter war es ähnlich bei der Dampfdreſchmaſchine. Urſprünglich waren es ordentliche und zuverläſſige Leute von der Geeſt, meiſt Beſitzer kleiner Landſtellen, ſpäter traten Gelegenheitsarbeiter aus den Großſtädten, verkrachte Exiſtenzen, Landſtreicher und Vagabunden aller Art, die übelberufenen „Monarchen“, an ihre Stelle — dieſelbe Art, wie ſie Wilhelm v. Polenz in ſeinem „Grabenhäger“ als die aus Berlin bezogene Arbeitertruppe des Majors v. Pantin auf Langendamm ſchildert. Der Marſchbauer pflegte dieſe „Monarchen“ auf den „Menſchenmärkten“ in Heide, Meldorf, Weſſelburen und Marne anzunehmen und nach Erledigung der Ernte ſchleunigſt wieder abzuſtoßen. Zuſammenfaſſend ſagt ein amtlicher Bericht der Norderwördener Kirchſpielsvogtei in Dithmarſchen vom Jahre 1842[245]:

> „Es herrſcht in unſeren Marſchen ein Verhältnis, wie es wohl in keiner Gegend Deutſchlands ſich findet, wenn ſie nicht bloß aus adligen Gütern beſteht. Hier fehlen nur die Namen und einige perſönliche Vorrechte, ſonſt haben wir hier nur Adel und arme Leute. Eine Anzahl Hofbeſitzer, die an Vermögen und Wohlleben dem Adel in manchen Gegenden Deutſchlands gleichkommen und dieſen gegenüber einen Haufen Proletarier.“

Um das Bild des frieſiſchen Pioniertypus abzurunden, ſei nur noch andeutend auf die hervorragenden ſeemänniſchen Leiſtungen dieſes Menſchenſchlages hingewieſen. Nordiſcher Forſcherdrang führte frieſiſche Seefahrer ſchon im 11. Jahrhundert in das Eismeer. Ihre Höchſtleiſtungen zeitigte vielleicht das 17. und 18. Jahrhundert, die Zeit der berühmten frieſiſchen „Kommandeure“ auf den hamburgiſchen, bremiſchen und niederländiſchen Walfiſchfängern. „Die hervorragenden Navigationsleiſtungen, wie die allgemeine Seetüchtigkeit, die

---

[242] Sering, Erbrecht und Agrarverfaſſung in Schleswig-Holſtein. Berlin 1908.

[243] Danckwerth, Newe Landesbeſchreibung der zwey Herzogthümer Schleswich und Holſtein. Huſum 1652, S. 149.

[244] R. Meiborg, Das Bauernhaus im Herzogtum Schleswig. Deutſche Ausgabe. Schleswig 1896, S. 42 und 179.

[245] Abgedruckt bei Sering, Erbrecht und Agrarverfaſſung in Schleswig-Holſtein. Berlin 1908, S. 483.

die Männer durch Jahrhunderte auf allen Weltmeeren bewieſen haben, fußen auf einer angeborenen Begabung für das logiſche Denken, das verſtandesmäßige Rechnen und auf einer Selbſtbeherrſchung in allen Lagen. Der Mut und die Unerſchrockenheit im Kampf mit dem Grönlandwal, auf den Fangreiſen im hohen Norden, wie überhaupt ihr Selbſtbehauptungsvermögen allen Gefahren des Eismeeres gegenüber, hat im In- und Ausland ihnen den beſten Namen gemacht.“[246] Überſchlägt man den Hundertſatz dieſer Bevölkerung, der den Seemannstod gefunden hat, ſo wird man ihn dem Blutzoll des oſtelbiſchen Adels auf dem Schlachtfelde ebenbürtig zur Seite ſtellen müſſen.

Der im Frieſentum von Anbeginn ſeiner Lebensgeſchichte wirkſame Ausleſevorgang in der Richtung auf den Pioniertypus hat ſich nun weiterhin fortgeſetzt und verſchärft im Schickſal der Mennoniten oder Taufgeſinnten, jener oſt- und weſtfrieſiſchen Bauern, die ſich in den durch Luthers Lehre von der Selbſtverantwortlichkeit der einzelnen Menſchenſeele vor Gott ohne prieſterliche Vermittlung aufgewühlten Zeiten um Menno Simons (1492—1559) als ihren Führer zur „Freiheit eines Chriſtenmenſchen“ ſcharten und ſich durch die Grundſätze der Erwachſenentaufe, der Schwurablehnung und Schwertmeidung ebenſo ſcharf gegen die evangeliſche wie gegen die katholiſche Kirche abſetzten. Dieſer religiöſe Individualismus wurde ihr Schickſal. Als Ketzer verfolgt, wanderten die Mennoniten ſeit 1530 in die Weichſelniederung aus, wo ſie ſich als Meiſter des Deichbaues und der Entwäſſerung der unter dem Meeresſpiegel liegenden Teile des Danziger und Marienburger Werders bewährten.

> „So vollbrachte dies arbeitsharte Bauernvolk in ſeinem begrenzten Lebensraum wirtſchaftliche Großtaten und verſagte, wo es galt, die Ichſucht der Freiheit auf dem neu erkämpften Boden dem preußiſchen Staatsweſen unterzuordnen[247].“

Die ſtaatsfeindliche Haltung dieſer religiöſen Individualiſten, wie ſie in der Verweigerung des Militärdienſtes, des Eidſchwurs und der Übernahme ſtaatlicher Ämter zutage trat, führte ſchon 1732 zu einem Ausweiſungsbefehl des Königs Friedrich Wilhelm I., der aber wieder zurückgenommen wurde, weil der König den Ausfall dieſer trefflichen Steuerzahler nicht verantworten zu können glaubte. Nach längerem Auf und Ab der Beziehungen der Mennoniten zum preußiſchen Staat verbot König Friedrich Wilhelm II. 1789 den Bauern „mennoniſtiſchen“ Bekenntniſſes den weiteren Ankauf von Land in Weſtpreußen. Darauf begannen die Mennoniten nach Südrußland in das Dreieck zwiſchen Dnjepr, Don und Aſowſchem Meer auszuwandern, wo ihnen Katharina II. und Alexander I. religiöſe Freiheit und weitgehende Privilegien verſprochen hatten. Auch hier ſetzte ſich die Tüchtigkeit dieſes auf Grund ſeiner religiöſen Überzeugungen ſtreng von Miſchehen ferngehaltenen und immer wieder durch Landnahme ausgeleſenen Menſchenſchlages alsbald durch, obwohl die Bezwingung der Steppe völlig neue Aufgaben ſtellte. Die Dreifelderwirtſchaft und bald darauf die Schwarzbrache wurden eingeführt, planmäßig Baumbeſtand angepflanzt, um das Abtragen des Humusbodens durch die Steppenwinde zu verhindern, die Seidenraupenzucht aufgenommen und die Viehzucht auf ſolche Höhe gebracht, daß in der Zeit der ärgſten Deutſchenhetze, als Zar Nikolaus II. die berüchtigten Liquidationsgeſetze unterſchrieb (1915—1916), das ruſſiſche Landwirtſchaftsminiſterium in einem Rundſchreiben an die Provinzialſelbſtverwaltungen (Semſtwos) auf das wärmſte empfahl, die „mennonitiſche“ rote Koloniſtenkuh in Rußland zu vermehren und als für die ruſſiſchen Verhältniſſe beſtgeeignete Raſſe zu züchten. In der neuen Heimat am Schwarzen Meer eingewurzelt,

> „entwickelte das Koloniſtentum durch ſeinen ſtarken Arbeitswillen, ſeinen Ordnungsſinn und ſeine ganze nüchterne und realiſtiſche Lebensweiſe eine wirtſchaftliche Kraft, die es zu ſeinen einzigartigen koloniſatoriſchen Taten befähigte[248].“

---

[246] Henry Koehn, Die nordfrieſiſchen Inſeln 2. Aufl. Hamburg 1939, S. 176, vgl. S. 136—139.

[247] Nicolai Regehr, Religions- oder Bauerngemeinſchaft der frieſiſchen Koloniſten in Rußland? Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 3. Jg. Leipzig 1939, S. 158.

[248] Nicolai Regehr, vgl. Anm. 247, S. 160.

Durch ganz Sibirien hindurch bis zum Amur ſtießen dieſe Pioniere deutſcher Arbeit mit ihren Siedlungen vor. Immer blieben ſie ſich gleich in der Ablehnung ſtaatlicher wie prieſterlicher Autorität.

> „Die kirchliche Organiſation iſt bei den Mennoniten ganz demokratiſch, ſie haben keine von der Obrigkeit angeſtellte Perſon. Ihre Prediger werden von der Gemeinde gewählt. Dabei iſt die Gemeinde ganz frei in ihrer Wahl. Sie wählt Leute aus ihrer Mitte, deren Geſinnung, Sittlichkeit und Religioſität ihr gut bekannt ſind . . . Ich habe viele Prediger geſehen, welche keine theologiſche Schulbildung hatten, die aber ihre Predigten mit großer Sachkenntnis, Überzeugung und Beredſamkeit vortrugen; ihre Reden kamen von Herzen und drangen zum Herzen der Betenden. Die mennonitiſchen Prediger erhalten kein Gehalt. Nur in ſeltenen Fällen beſitzen ſie keine eigene Wirtſchaft und müſſen dann von der Gemeinde unterſtützt werden[249].“

Der hartnäckige Konſervativismus ihres Bibelglaubens hat die Ausleſe der Mennoniten nach der Aufhebung der zugeſicherten Wehrdienſtfreiheit (1874) aus Rußland wieder auf die Wanderſchaft getrieben. Zwar wurde den Mennoniten ſchließlich zugeſtanden, daß ſie ihre Dienſtzeit als Sanitäter und Waldarbeiter auf eigene Koſten ableiſten dürften, aber die Enttäuſchung über den Bruch des für „ewige Zeiten“ gegebenen Verſprechens war ſo groß, daß 1874—1879 über 1400 Familien rußlanddeutſcher Mennoniten nach Kanada zogen und ſich hier weit weg von allen Nachbarn am Red River in Manitoba anſiedelten. Es entſprach ihrem Charakter als religiös beſtimmter Stoßtrupp, daß ſie ſich nicht nur in einem geſchloſſenen Landſtrich, ſondern auch in geſchloſſenen Straßendörfern mit regelrechter Gewannflur und Dreifelderwirtſchaft anſiedelten[250]. Die im Weltkrieg zum Geſetz erhobene Einführung der engliſchen Unterrichtsſprache und das Verbot ihres auf religiöſer Grundlage aufgebauten Privatſchulweſens trieben wiederum die dickköpfigſten dieſer religiöſen Individualiſten und Traditionaliſten weiter. 1922 zogen 4000 Koloniſten aus Kanada nach Mexiko, 1927 weitere 279 Familien mit 1765 Perſonen in den paraguayſchen Chaco boreal. Hier trafen ſie zuſammen mit einem anderen Strom aus der Sowjetunion geflüchteter Mennoniten, der 383 Familien mit 2008 Perſonen umfaßte. Die erſte Gruppe gründete die Kolonie Menno mit heute noch 20 Dörfern, die zweite die Kolonie Fernheim mit 18 Dörfern. „Nach den Erfahrungen, die im argentiniſchen Chaco gemacht wurden, ſollte in Paraguay jeder Kamp[251] höchſtens mit 2—3 Familien beſetzt werden. Eine derartige Zerſtreuung der Siedler über große Flächen widerſprach aber den Abſichten der Mennoniten, denen religiöſer Zuſammenhalt und genoſſenſchaftliche Arbeit lebensnotwendig ſind. Sie ſchritten daher zur Anlage von Dorfſiedlungen[252], obgleich die natürlichen Vorausſetzungen dafür fehlten. Denn heute ſchon zeigt eine erfolgloſe elf- bzw. achtjährige Arbeit, daß die kleinen Kämpe nicht ausreichen, um größere dörfliche Gemeinſchaften zu ernähren“[253]. Mit aller Klarheit hatte der die Siedlung vorbereitende Ausſchuß der nordamerikaniſchen Mennoniten als Ziel die Anſiedlung ihrer Glaubensgenoſſen in einem Lande bezeichnet, „wo ſie erſtens völlig frei von Gewiſſenszwang und Militärdienſtpflicht ihr Glaubensleben weiterleben könnten, und zweitens, wo ſie eine geſicherte wirtſchaftliche Zukunft hätten“: „Uns ſchwebte ein zukünftiger Mennonitenſtaat vor.“ Abſchließend urteilen Schmieder und Wilhelmy über dieſe Landnahme: „Die alte und immer wieder geſcheiterte Idee vom irdiſchen Gottesſtaat gab alſo den eigentlichen Anlaß für ein Experiment, das zwar geeignet iſt, die Grenzen der Beſiedlungsfähigkeit des Gran Chaco zu erweiſen, aber viele fleißige Menſchen in tiefes Elend ſtürzte. Denn darüber beſteht kein Zweifel: die Mennoniten gehören zu den hervorragendſten Ackerbaukoloniſten unſerer auslanddeutſchen Volksgruppen. Darum wäre ihnen ein beſſeres Los zu gönnen geweſen, als ihre Kraft im Chaco zu vergeuden.“ [254]

---

[249] Karl Lindemann, Von den deutſchen Koloniſten in Rußland. Stuttgart 1924, S. 13.

[250] Oskar Schmieder und Herbert Wilhelmy, Deutſche Ackerbauſiedlungen im ſüdamerikaniſchen Grasland, Pampa und Gran Chaco. Leipzig 1938, S. 89, Abb. 30.

[251] (Inſelartige Fläche offenen Graslandes im Urwald. Der Verf.)

[252] Dieſe Dörfer waren nach Ausweis der von Schmieder und Wilhelmy, vgl. Anm. 250, veröffentlichten Flurſkizzen einſeitig oder doppelſeitig längs einer ſchnurgeraden Straße angelegte Reihen- bzw. Liniendörfer mit gereihten Hufen mit Hofanſchluß, alſo von der Art der alten Marſchhufen. Als Hufengröße geben Schmieder und Wilhelmy für Bergthal 112 × 1250 m, für Waldheim 250 × 4333 m. Davon war freilich der größte Teil immer noch Buſch.

[253] Schmieder-Wilhelmy, vgl. Anm. 250, S. 130.

In ſeinem Kerne ein Ableger der ſchon im Sinne des Pioniertypus ausgeleſenen Bevölkerung Dithmarſchens und Frieslands dürfte der Menſchenſchlag der Inſel Fehmarn ſein. Sie iſt im Zuge der Oſtlandwanderung bald nach 1200 von deutſchen Siedlern beſetzt worden. Außer Dithmarſchern und Frieſen ſcheinen holſteiniſche und weſtfäliſche Volksſplitter an der Beſiedlung teilgenommen zu haben. Nach der Verwüſtung der Inſel in den langjährigen Fehden zwiſchen den holſteiniſchen Grafen und dem Dänenkönig Erich dem Pommern kam ſeit 1424 eine neue Siedlerwelle aus Holſtein, Dithmarſchen, Friesland und Weſtfalen[255]. Als dann im 16. Jahrhundert die große Konjunktur für den Getreideexport anbrach, ſind auch die Fehmarner Bauern dazu übergegangen, ihr Korn auf eigenen Schiffen zu verfrachten. Es ergibt ſich das Bild einer Wirtſchafts- und Sozialſtruktur, die der oſtelbiſchen und Marſchenſtruktur erſtaunlich ähnlich iſt.

> „Auch in Fehmarn bildet ſich eine um ſo ſchärfere Klaſſenſcheidung zwiſchen Beſitzenden und Beſitzloſen aus. Die Häuſer der reichen Bauern ſtehen den damaligen Gutshäuſern kaum nach. Die große Menge der kleinen Bauern, Häusler und Handwerker wohnt bis zur Gegenwart um ſo ſchlechter. Die Großbauern treiben auch hier einen ſchwunghaften Handel und laſſen ſich auf gewagte Unternehmungen ein. Verwandte und Freunde leiſten Bürgſchaft und werden, bricht der Bankerott aus, mit in den Strudel geriſſen. Die kleinen Leute haben ſchwer unter der Ausbeutung durch wucheriſche Geſchäfte mit den großen Beſitzern zu leiden. Geht der Zins nicht pünktlich ein, ſo müſſen ‚twe penning for en‘ gezahlt werden; ſelbſt Schuldbriefe über ganz unbeträchtliche Summen enthalten die Beſtimmung, daß der Darleiher, ſobald eine Friſt nicht eingehalten word, die ganze Ernte des Entleihers ſchneiden und einheimſen mag, ohne daß dies für Vergewaltigung angeſehen werden ſoll. Am meiſten Spielraum findet der Wucher in Jahren des Mißwachſes, wenn die kleinen Landbeſitzer und Inſten in Verlegenheit um Brot und Saatkorn geraten. Im 17. und 18. Jahrhundert erläßt die Regierung immer neue Verbote gegen den Wucher. Auch auf Fehmarn werden im 18. Jahrhundert — vielleicht ſchon in früherer Zeit — Scharen von Erntearbeitern aus Norddeutſchland herangezogen[256].“

Nach Düring[257] erſcheinen auf Fehmarn

> „ſeit den Tagen der großen wirtſchaftlichen Umwälzungen als inſelfremdes Element die Scharen auswärtiger Erntearbeiter, die als landwirtſchaftliches Proletariat und, ſoweit es auf den Höfen keine Anwendung mehr findet, faulenzend und bettelnd allſommerlich die Inſel überſchwemmen. Der Kampf gegen ſie iſt nachweisbar ſeit dem 17. Jahrhundert, aber ohne Erfolg geführt worden.“

Jedenfalls iſt die ländliche Geſellſchaftsordnung viel mehr der Ausdruck der ſeeliſchen Haltung des Menſchentums, das den maßgebenden Einfluß auf die Erſchließung und Entwicklung einer Landſchaft ſeit der Landnahme hatte, als das Ergebnis geographiſcher Kräfte oder eines von Menſchen unabhängigen Mechanismus der Wirtſchaft. Andererſeits wird aber der Volkscharakter, die ſeeliſche Haltung des betreffenden Menſchentums durch die mit der Landnahme verbundenen Ausleſevorgänge auf das ſtärkſte beeinflußt. Zur Aufhellung dieſer Zuſammenhänge iſt noch viel zu tun.

---

[254] Schmieder-Wilhelmy, vgl. Anm. 250, S. 93.

[255] Kurt Düring, Das Siedlungsbild der Inſel Fehmarn. Stuttgart 1937, S. 33—43.

[256] Sering, Erbrecht und Agrarverfaſſung in Schleswig-Holſtein. Berlin 1908, S. 157.

[257] Düring, vgl. Anm. 255, S. 48.

Urkundenforſchung und Volksforſchung

Von Heinz Zatſchek, Wien

Es mag manchen überraſchen, daß dieſe beiden Begriffe in einen ſo engen Zuſammenhang gebracht werden, vor allem jene, die der Urkundenforſchung ferner ſtehen und in ihr nichts weiter ſehen, als eine hiſtoriſche „Hilfswiſſenſchaft". Aber es iſt ja gar nicht ſo, daß die Urkundenforſchung mit nichts anderem zu tun hätte als mit Urkunden in den verſchiedenſten Überlieferungsformen. Würde es ſich wirklich nur darum handeln, Echtheit oder Unechtheit einer Einzelurkunde oder einer Urkundengruppe feſtzuſtellen, wäre die Urkundenforſchung über ihre Anfänge nicht hinausgewachſen, dann müßte dieſe Unterſuchung ungeſchrieben bleiben. Aber ſchon in dem Augenblick, in dem die Frage nach der Herkunft der Schreibkräfte geſtellt wurde, die am Fürſtenhofe Urkunden verfaßten und reinſchrieben, war ein Weg eingeſchlagen, der früher oder ſpäter zur Volksforſchung führen mußte.

Zudem hat die Urkundenforſchung auch buchartige Aufzeichnungen in ihr Arbeitsgebiet einbezogen, die durchaus nicht nur Abſchriften von Urkunden enthalten; alſo nicht allein Regiſter der Kanzleien und Kopialbücher der verſchiedenen geiſtlichen Anſtalten, nicht nur Brief- und Aktenſammlungen, die mit Staatskanzleien in Zuſammenhang ſtehen oder doch ſtehen könnten, ſondern auch die breite Maſſe der Stadtbücher und der grundherrſchaftlichen Urbare. Freilich kommt es da nicht ſo ſehr auf die Bedeutung dieſer Aufzeichnungen für Rechts- und Wirtſchaftsgeſchichte, für die Geſchichte des Städteweſens oder für die Anlage und Entwicklung dieſer Quellengruppe an, ſondern auf die Tauſende und Abertauſende von Namen, die in ihnen enthalten ſind. Von da führt ein anderer Weg zur Volksforſchung.

Daß eine planmäßige Beſchäftigung mit Urkunden und mit den buchartigen Aufzeichnungen nach neuen Geſichtspunkten für die Volksgeſchichte von Wichtigkeit wäre, ſcheint bisher noch nicht erkannt worden zu ſein. Jedenfalls war, ſoweit ich ſehe, im Schrifttum ſeit 1933 davon nicht die Rede[1]. Ich beabſichtige nun nicht, eine lückenloſe Zuſammenſtellung aller jener Unterſuchungen zu bieten, die von der Urkundenforſchung im Sinn — oder im Dienſt — der Volksforſchung durchgeführt werden ſollten. Mir ſchwebt vielmehr vor, die Bedeutung einſchlägiger Arbeiten für gemiſchtſprachige Gebiete zu betonen. Als Beiſpiel wähle ich die Sudetenländer, weil ich hier in nahezu zehnjähriger Arbeit Erfahrungen geſammelt habe.

I.

Wir beginnen mit den Urkunden. Erſte Aufgabe war und iſt die Klärung der Echtheitsfrage. Sie iſt die wichtigſte Vorausſetzung für die Verwertung der Urkunden in verſchiedener Hinſicht. Hier ſoll nur das herausgehoben werden, was für die Volksforſchung ins Gewicht fällt. Die Feſtſtellung der Volkszugehörigkeit der Urkundenſchreiber müßte die erſte Forderung ſein. Sie iſt leichter aufgeſtellt, als erfüllt, weil die Vorbildung der Urkundenforſcher dazu nicht ausreicht und er ſich daher an den Sprachforſcher wenden muß[2]. Der Arbeitsvorgang iſt der, daß man die von gleicher Hand geſchriebenen Urkunden zuſammenſtellt, die in ihnen vorkommenden Orts- und Perſonennamen herausſchreibt, dabei die etwa aus Vorurkunden buchſtabengetreu übernommenen Namen ausſcheidet und die übrigen dem Sprachforſcher zur Begutachtung übergibt.

---

[1] Auch die jüngſte Zuſammenfaſſung von L. Santifaller, Urkundenforſchung, Methoden, Ziele, Ergebniſſe, 1937 erſchienen, enthält keinerlei Hinweiſe. Eine kurze Andeutung bei H. Hirſch, Methoden und Probleme der Urkundenforſchung, MÖJG., 53, S. 1ff.

[2] Erſtmalig hat dieſen Weg H. Hirſch während ſeiner Wirkſamkeit in Prag beſchritten, indem er in einem beſtimmten Fall die Namen dem Altgermaniſten P. Leſſiak vorlegte. Bei der Ausgabe der Urkunden Lothars III. hat H. Hirſch dann die Namen aus den von Kanzleikräften geſchriebenen Urkunden E. Schröder vorgelegt. Angeregt durch dieſes Beiſpiel habe ich zunächſt bei Urkunden der Přemysliden gleiche Wege eingeſchlagen und dann zuſammen mit meinen Schülern nach ähnlichen Geſichtspunkten Stadtbücher, Loſungsbücher und Urbare unterſucht, und kann daher mit Fug und Recht ſagen, daß die von H. Hirſch gebotenen Anregungen für die von Prag aus betriebene Volksforſchung entſcheidende Bedeutung gewonnen haben.

Da derartige Unterſuchungen mühſam und zeitraubend ſind, muß ihre Wichtigkeit begründet werden. Dabei ſei gleich vorweggenommen, daß eine Fehlerquelle vorhanden iſt, die wir nicht ausſchalten können. Wenn wir nämlich aus den von einem Schreiber hergeſtellten Urkunden die Perſonen- und Ortsnamen herausſchreiben, gehen wir von der Vorausſetzung aus, daß dieſe Namensformen von dem Schreiber ſelbſt herrühren und daher Hinweiſe auf ſeine Volkszugehörigkeit bieten. Das kann, muß aber nicht der Fall ſein. Es iſt denkbar, daß ein Kloſter auf einem Pergamentabfall ſeine Beſitzliſte vermerkt hat und daß der Kanzleiſchreiber, der die Reinſchrift liefert, dieſe Namen getreulich abſchreibt. Das kann mit den Mitteln der Urkundenforſchung nicht feſtgeſtellt werden, weder durch Diktat- noch durch Schriftvergleich. Ebenſogut kann ein Kloſter entweder einen Entwurf oder eine ſchon fertig geſchriebene Urkunde in der Kanzlei einreichen. Aus irgendeinem Grund wurden hier an der Faſſung des Wortlauts Änderungen vorgenommen, wobei die Namen ſtehen blieben, ſo daß ſie unverändert in die dann von der Kanzlei beſorgte Reinſchrift übergingen[3]. Schließlich kann aber auch im Bereich der Beurkundungsſtelle ein Notar den Entwurf geliefert, die Anfertigung der Reinſchrift hingegen einer anderen Schreibkraft überlaſſen haben. Immer liegt alſo die Möglichkeit vor, daß der Schreiber der Reinſchrift Namensformen übernahm, die ſeiner Mundart nicht entſprachen, oder daß in einer von einem Deutſchen angefertigten Reinſchrift tſchechiſche Namensformen auftreten, und umgekehrt. Dadurch wird die Arbeit des Sprachforſchers nicht nur erſchwert, ſondern eine ſichere Entſcheidung geradezu unmöglich gemacht, wenn nur wenige Urkunden von einer Hand urſchriftlich erhalten ſind. Die Unterlagen für derartige Unterſuchungen muß, das dürfte aus dem Geſagten klar geworden ſein, der Urkundenforſcher liefern, weil der Sprachforſcher für die Bewältigung der Feinheiten, die da zu beachten ſind, nicht genügend ausgerüſtet iſt.

Aus dieſen Schwierigkeiten gibt es aber einen Ausweg. Das eben Geſagte gilt zwar ohne Einſchränkungen für die im Kontext der Urkunden vorkommenden Ortsnamen, nicht aber für die Zeugenreihen, bei denen man aus verſchiedenen Gründen zumeiſt damit rechnen kann, daß die Namensformen tatſächlich von dem Urkundenſchreiber herrühren. Wo zu Beginn einer Zeugenreihe nachweislich ein Tintenwechſel ſtattfand, iſt allerdings nicht auszuſchließen, daß der Schreiber die Namen aus einer Aufzeichnung abgeſchrieben hat, die von einem anderen herrührt. Ich empfehle daher, nicht mit der Unterſuchung der Ortsnamen zu beginnen, ſondern die Zeugenreihen zugrunde zu legen, was überdies noch den Vorteil hat, daß ſie mehr an Perſonennamen bringen als der übrige Urkundenwortlaut an Ortsnamen.

Die Entſcheidung darüber, ob die Notare und Schreiber der Přemysliden Deutſche oder Tſchechen geweſen ſind, iſt von allergrößter Tragweite, und ſeit uns Kleewitz gezeigt hat, daß im frühen und hohen Mittelalter eine eigene Kanzlei gar nicht beſtanden hat, ſondern Mitglieder der Hofkapelle mit der Urkundenherſtellung beauftragt wurden[4], können wir den Kreis noch weiter ziehen und fragen, wie die Hofkapelle der Přemysliden in völkiſcher Hinſicht zuſammengeſetzt war. Zur Verfügung ſtehen uns Angaben erzählender Quellen, Namen im Kontext, in den Zeugenreihen oder im Schlußprotokoll der Urkunden und Feſtſtellungen, die auf dem Diktat- und Schriftvergleich beruhen. Abſchließende Ergebniſſe ſind freilich nur dort zu gewärtigen, wo für den gleichen Menſchen alle drei Gruppen Haltpunkte liefern. Denn die erzählenden Quellen können nur über das Volkstum, über menſchliche Eigenſchaften oder über beſondere Leiſtungen einer Kanzleikraft berichten, die Namen in den Urkunden geſtatten zuſammen mit den ihnen beigefügten Amtsbezeichnungen und der Häufigkeit ihres Vorkommens eine zeitliche Umgrenzung der Tätigkeit der Genannten und eine Scheidung der Namensträger in Deutſche, Tſchechen und Unbeſtimmbare. Solange wir aber nicht die Ergebniſſe des Schrift- und Diktatvergleichs mit Namen in Zuſammenhang bringen können, bleibt unſere Arbeit Stückwerk. Der Urkundenforſcher weiß, daß nur bei günſtigen Überlieferungsverhältniſſen dieſes Ziel erreicht werden kann, aber das ſoll uns nicht abſchrecken.

---

[3] Ein Beiſpiel dafür, daß auch die Namensformen in einem Entwurf geändert worden ſind, bietet P. Acht, Das Empfängerkonzept eines unausgefertigten Diploms Friedrichs I., MÖIG., Ergbd. 14, S. 251. Hier hat ein deutſcher Schreiber die von einem Romanen aufgezeichneten Namensformen verbeſſert.

[4] Cancellaria, Ein Beitrag zur Geſchichte des geiſtlichen Hofdienſtes. Deutſches Archiv für Geſchichte des Mittelalters, 1, S. 44ff.

Von dieſen Arbeiten liegt für die Sudetenländer erſt ein Teil vor. Die Angaben der erzählenden und urkundlichen Quellen über die Hofkapelläne ſind bis 1306 verarbeitet[5], der Schrift- und Diktatvergleich iſt kaum über die erſten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts hinausgediehen, das Fehlen einer zuverläſſigen Ausgabe der böhmiſch-mähriſchen Urkunden ſeit 1230 und das Ausſetzen der erzählenden Quellen ſind weitere Hemmniſſe. Trotzdem ſcheinen die bisherigen Ergebniſſe für weitgehende Schlüſſe tragfähig zu ſein.

Wir holen etwas weiter aus. Daß in einer Zeit, die ſich voll Ehrfurcht und Liebe mit der Vergangenheit des eigenen Volkes beſchäftigt, den vorgeſchobenen Poſten deutſchen Volkstums beſondere Aufmerkſamkeit gebührt, iſt natürlich. Und gerade der Anteil, der ihrer Leiſtung am Aufbau fremdſtämmiger Staaten zukommt, verdient die entſprechende Beachtung. Wie groß war er? Die verſchiedenen Wiſſenszweige, die ſich mit dieſer Frage beſchäftigt haben, ſind im Laufe des letzten Jahrzehnts zu ſehr beachtlichen Ergebniſſen gelangt. Wir beſitzen gute Zuſammenſtellungen über die deutſchen Frauen der böhmiſchen Herzöge und Könige[6]. Wir kennen die lange Reihe der deutſchen Biſchöfe, Äbte, Pröpſte und Mönche in Böhmen und Mähren wenigſtens bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts[7]. Bei einer Reihe böhmiſcher Großgrundherrſchaften wiſſen wir das zahlenmäßige Verhältnis zwiſchen deutſchen und tſchechiſchen Hinterſaſſen und auch für viele Städte in Böhmen und Mähren ſind wir ſoweit, wenn da auch noch lange nicht alle Ergebniſſe veröffentlicht worden ſind. Ungeklärt war aber bisher die Rolle, zu der die deutſche Umgebung der Herzöge und Könige von Böhmen und der Markgrafen von Mähren berufen war. Man hätte annehmen dürfen, daß in Zeiten, in denen die Staatsführung in Böhmen dem Deutſchtum ſichtlich aufgeſchloſſen war, deutſche Berater ſtärker hervorgetreten ſind. Es wäre möglich geweſen, aus den Zeugenreihen die Ratgeber herauszuarbeiten und nach ihrer Volkszugehörigkeit zu ſcheiden.

Entſcheidende Ergebniſſe waren freilich erſt zu gewärtigen, als die völkiſche Zuſammenſetzung der böhmiſchen Hofkapelle unterſucht wurde und damit auch ein Überblick über die Männer gewonnen worden war, die mit der Beurkundung befaßt waren und deren Arbeitsleiſtung heute noch vor uns liegt, eben die Urkunden[8]. Denn jetzt beſteht nicht der geringſte Zweifel mehr, daß in der Hofkapelle die Deutſchen in der Überzahl waren. Wir wiſſen weiters, daß von den Tſchechen nur ausnahmsweiſe einer es bis zum Notar gebracht hat, Kanzler wurde bis 1306 anſcheinend keiner[9]. Wir wiſſen ſchließlich, daß am Beginn des Beurkundungsgeſchäftes am Přemyslidenhofe und dort, wo in der Entwicklung weitere Fortſchritte zu verzeichnen ſind, deutſche Kanzler und Notare die Verantwortung trugen[10]. Und da wir Diktat und Schrift von etlichen dieſer Notare gut kennen und genugſam Berichte über die Mitwirkung der Hofkapelläne bei Vertragsſchlüſſen und Geſandtſchaften erhalten ſind, können wir mit aller Entſchiedenheit folgendes ſagen: In einer Zeit, in der erſt allmählich deutſche Bauern und Bürger von den Rändern Böhmens gegen die Mitte zu vorſtießen, haben die deutſchen Hofkapelläne in geradezu entſcheidender Weiſe die Staatsführung unterſtützt und durch ihre Verläßlichkeit und Pflichttreue viel zu dem Aufbau des Staates beigetragen. Dieſe Feſtſtellungen ſind für jedermann überprüfbar, entziehen ſich jeder gefühlsbetonten Wertung und ſtellen einen Beitrag zur Volksforſchung dar, den nur die Urkundenforſchung zu bieten in der Lage iſt. Was im 12. und 13. Jahrhundert deutſche Arbeit im ſlawiſchen Oſten bedeutet hat, tritt plötzlich ganz klar zutage, auf einem Gebiet, mit dem man ſich bisher überhaupt nicht beſchäftigt hat.

---

[5] Hanke-Hajek und Wieden,. Die völkiſche Zuſammenſetzung der böhmiſchen Hofkapelle bis 1306. Zeitſchr. f. ſudetendeutſche Geſchichte, 4, S. 25ff., 113ff.

[6] W. Woſtry, Deutſche Fürſtinnen auf dem Přemyslidenthrone. In: Sudetendeutſche Lebensbilder. 1, S. 25ff. Vgl. weiter H. Zatſchek, Volksforſchung und Volksgeſchichte in den Sudetenländern. In: Deutſche Volksforſchung in Böhmen und Mähren, 1, S. 20, und K. V. Müller und H. Zatſchek, Das biologiſche Schickſal der Přemysliden. Ein Beiſpiel für die aufartende Wirkung deutſcher Erblinien in fremdvölkiſchen Blutskreiſen. In: Archiv f. Raſſen- und Geſellſchaftsbiologie, 35, S. 136ff.

[7] W. Woſtry, Deutſche Biſchöfe vor 1200. In: Sudetendeutſche Lebensbilder 2, S. 1ff. Deutſche Mönche vor 1200. Deutſche Weltgeiſtliche vor 1200, a. a. O., 3, S. 1ff., und J. Schlenz, Deutſche Geiſtliche, ebenda, 1, S. 61ff.

[8] Vgl. dazu außer den Arbeiten von Hanke-Hajek und Wieden auch H. Zatſchek, Zur Geſchichte der böhmiſchen Hofkapelle bis 1306, Zeitſchr. f. ſudetendeutſche Geſchichte, 5, S. 30ff.

[9] Es iſt uns zwar nicht gelungen, einen Tſchechen als Kanzler nachzuweiſen, ich drücke mich aber abſichtlich ſo vorſichtig aus, weil einzelne Kanzler bibliſche Namen trugen, die einen Schluß auf die Volkszugehörigkeit ihres Trägers nicht zulaſſen. Daß unter den Unbeſtimmbaren ein Tſcheche geweſen ſein könnte, iſt demnach nicht unmöglich.

[10] Vgl dazu H. Zatſchek, Die Bedeutung der Deutſchen in der Kanzlei der Přemysliden. In: Germanoslavica 2, S. 196ff., 1932.

Das iſt aber nur ein Teil des Fragenkreiſes, der mit dem Wirken deutſcher Geiſtlicher im Königreich Böhmen zuſammenhängt. Kaum minder wichtig iſt die Lage in den einzelnen Klöſtern und Orden. Können ſie als deutſch oder als tſchechiſch gelten? Das iſt nicht nebenſächlich, weil ja die Bistümer, Klöſter und Stifte Großgrundherren waren. Es wäre deshalb notwendig, daß der Urkundenbeſtand jedes Kloſters nach den gleichen Geſichtspunkten geprüft würde. Alſo: welche urſchriftlich erhaltenen Urkunden rühren von deutſchen, und welche von tſchechiſchen Schreibern her. Natürlich ginge der Schluß zu weit, daß in Klöſtern, deren Urkunden von deutſchen Schreibern geſchrieben wurden[11], überhaupt keine tſchechiſchen Mitbrüder waren. Andererſeits iſt es zumindeſt ſehr unwahrſcheinlich, daß mit der Anfertigung von Urkunden in einem deutſchen Kloſter immer der Tſcheche, oder einer der wenigen Tſchechen betraut worden ſein könnte, die in ihm lebten. Wenn alſo durch mehrere Jahrzehnte alle in einem Kloſter geſchriebenen Urkunden und die in ihnen enthaltenen Namen auf deutſche Schreiber weiſen, wird man das Kloſter auch als deutſches Kloſter anſprechen dürfen. Als erſter, nicht ſelten ſogar als einziger Haltpunkt für die Zuweiſung zu den Deutſchen oder Tſchechen würden derartige — bisher freilich noch nicht durchgeführte — Unterſuchungen von Wert ſein. Ich füge hinzu, daß ſie der Sprachforſchung eine Feinarbeit in bisher nicht erprobtem Ausmaß geſtatten würden. Denn es kann beiſpielsweiſe für die Ortsnamenforſchung nicht gleichgültig ſein, ob die ihren Aufſtellungen zugrunde liegenden Ortsnamenformen aus deutſcher oder tſchechiſcher Feder gefloſſen ſind.

Aber es gibt noch eine andere Möglichkeit, und die liefern die Zeugenliſten der Urkunden, die mehrfach ganze Reihen von Mönchen eines Kloſters verzeichnen. Die Zeugen ſind ſchon längſt nach verſchiedenen Geſichtspunkten verwertet worden. Fickers grundlegendes Werk „Vom Reichsfürſtenſtand“ baut auf den Zeugenreihen der deutſchen Königs- und Kaiſerurkunden auf, die der böhmiſchen Urkunden ſind im Hinblick auf die Senioratserbfolge und auf Fragen der Rangordnung unterſucht worden[12]. Nicht benutzt wurden ſie für die Volksforſchung, zumindeſt nicht in den Sudetenländern. Welcher Gewinn iſt hier zu erwarten?

Einſchlägige Unterſuchungen würde ſchon der Einblick in die Verſchiebungen im Zahlenverhältnis von Deutſchen zu Tſchechen rechtfertigen, der auf dieſe Weiſe erzielt werden kann. Im Rohbau hat ein Arbeitskreis von Prager Hörern die Urkunden bis 1306 geprüft. Die Ergebniſſe ſchienen darauf hinzudeuten, daß die Zahl der deutſchen Zeugen in ſtändigem Wachſen begriffen war und unter den letzten Přemysliden einen ſehr beachtlichen Hundertſatz erreicht hat. Weitere Überlegungen führten dann aber dazu, auf anderer Grundlage die Arbeiten nochmals aufzunehmen und nicht mehr die Zeugenliſten aller erhaltenen Urkunden zu verwerten, ſondern nur die der böhmiſchen Königs- und Herzogsurkunden. Die durch dieſe Verengung bedingte Einheitlichkeit des Quellenſtoffes war ein ſo großer Vorteil, daß man das Fortfallen von Einzelbelegen und vielen Hunderten von Namen hinnehmen durfte. Dieſe

---

[11] Es handelt ſich hier einmal um jene Urkunden, die im Kloſter ausgeſtellt wurden, dann aber um Empfängerausfertigungen, das ſind alſo Stücke, die für das Kloſter beſtimmt waren, aber nicht in der Kanzlei oder Schreibſtube des Ausſtellers reingeſchrieben wurden, ſondern von einem Kloſtermönch.

[12] H. Zatſchek, Ein Kapitel aus der Diplomatik der Přemyslidenurkunden. In: Jahrbuch d. Vereins f. Geſchichte der Deutſchen in Böhmen, 3, S. 372ff.

Unterſuchungen ſind bis zum Tode Wenzels I. 1253 abgeſchloſſen[13]. Nicht viel weniger als die Hälfte der beſtimmbaren Zeugen iſt deutſcher Volkszugehörigkeit, womit von einer anderen Seite her die Behauptungen tſchechiſcher Hiſtoriker in das entſprechende Licht gerückt werden, der Staat ſei völlig tſchechiſch geweſen und geblieben. Geht man ſtärker in die Einzelheiten, dann erkennt man, daß der deutſche Anteil bei den mit dem königlichen Hof in Verbindung ſtehenden Zeugen höher liegt, als bei den Provinzialbeamten. Man übertreibt demnach nicht, wenn man behauptet, daß im Verhältnis mehr Deutſche als Tſchechen in leitende Ämter aufgeſtiegen ſind. Denn wenn auch beiſpielsweiſe in den vier Hofämtern die Tſchechen in der Überzahl waren, ſo iſt in der Geſamtzahl der deutſche Anteil doch höher als der tſchechiſche, und vor allem in Ämtern, in denen wirkliche Arbeit geleiſtet werden mußte, ſteigt der deutſche weit über die Hälfte. Es iſt zu hoffen, daß nach dem Krieg die unterbrochenen Arbeiten fortgeführt werden. Denn Zeugenreihen, über Jahrhunderte geprüft, müſſen auch das Einſetzen und Umſichgreifen einer Umvolkung erkennen laſſen und zeigen, in welchen Zeitſpannen deutſch-tſchechiſchen Zuſammenlebens auf deutſcher Seite eine größere oder geringere Bereitſchaft vorhanden war, mit Angehörigen des anderen Volks Familienverbindungen einzugehen. Auch das ſind Unterſuchungen, die nur der Urkundenforſcher durchführen kann. Schon ſeit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts können wir nachweiſen, daß der gleiche Zeuge einmal mit dem lateiniſchen, dann wieder mit dem entſprechenden tſchechiſchen Taufnamen angeführt wird. Solange nicht im einzelnen feſtgeſtellt iſt, ob dieſes Schwanken nicht bloß dadurch bedingt iſt, daß die tſchechiſche Form in von Tſchechen geſchriebenen Urkunden auftaucht, ſind daraus keinerlei Folgerungen abzuleiten. Seit dem 13. Jahrhundert, in dem bereits Söhne deutſcher Väter teils deutſche, teils tſchechiſche Namen führten, wird auf ſolche Fragen beſonders zu achten ſein, und da geht es nicht mehr an, die Regeſten von Emler zu benützen, ſondern es müſſen nach Tunlichkeit die von gleichen Händen geſchriebenen Zeugenreihen auch zuſammengezogen und aus den Namen auf die Volkszugehörigkeit der Schreiber Schlüſſe gezogen werden.

Auch der Verſuch, aus den Zeugenreihen auf die Volkszugehörigkeit der Mönche eines Ordens zu ſchließen, wurde unternommen und für die Ziſterzienſer in Mähren liegen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts Ergebniſſe ſchon vor. „Mag es in den Mönchsklöſtern auch einige Tſchechen gegeben haben, ihr Anteil an der Geſamtzahl war doch ſo gering, daß man dieſe Klöſter mit vollem Rechte als deutſch bezeichnen kann. Und auch in den Nonnenklöſtern iſt der überwiegende Einfluß der deutſche geweſen.“[14] Solche Feſtſtellungen gewinnen an Tragweite, wenn man in Rechnung ſtellt, daß die Ziſterzienſer in Mähren über einen beträchtlichen Teil des Landes verfügten, daß dieſer ſomit auf Jahrhunderte deutſchen Grundherrſchaften unterſtand. „Die Geſchichte der mähriſchen Ziſterzienſer iſt ein Teil der Geſchichte des Deutſchtums in Mähren.“[14]

II.

Adel und Geiſtlichkeit können für die Volksforſchung von großer Bedeutung ſein. Entſcheidend ſind aber doch Bürger- und Bauernſtand. Und für dieſen bieten die Urkunden keine Nachrichten, die in unſeren Zuſammenhängen verwertbar wären, für das Bürgertum liefern mindeſtens die Herzogs- und Königsurkunden in Böhmen nur ſehr dürftige Angaben. Hier ſetzen nun die buchartigen Aufzeichnungen ein, deren Ergiebigkeit für die Sudetenländer in einem Satz zuſammengefaßt werden kann: richtig benutzt zeigen ſie an, wo am flachen Land deutſche Bauern ſaßen und welche Städte deutſch waren. Zunächſt einige Worte zur Frageſtellung. Es iſt unſer Beſtreben, mit tunlichſter Vollſtändigkeit zunächſt einmal bis zum Ausbruch der Huſitenkriege in Böhmen und Mähren die Verbreitung des Deutſchtums zu erfaſſen, um dann die Folgen dieſer Wirren für das eigene Volk in vollem Umfang zu berechnen. Dabei ſind wir uns bewußt, daß dieſe Arbeit Stückwerk bleiben wird. Einmal, weil durchaus nicht von allen Großgrundherrſchaften Urbare erhalten geblieben ſind, ſo daß ſich größere Gebiete der Bearbeitung entziehen. Dann, weil in etlichen Städten die älteſten buchartigen Aufzeichnungen in Verluſt geraten ſind und die vorhandenen Beſtände Lücken aufweiſen. Schließlich aber, weil immer ein Hundertſatz von Namen bleiben wird, bei denen ſelbſt dann, wenn das Rüſtzeug weiter verfeinert iſt, eine ſichere Zuweiſung zu einem der beiden Völker nicht gelingen wird.

---

[13] Ich beziehe mich im folgenden auf eine ungedruckte Prager Doktorarbeit von Karl Irgang, Deutſche Beurkundungszeugen der böhmiſchen Herrſcherurkunden bis Wenzel I. (1253).

[14] H. Altrichter, Die Ziſterzienſer in Mähren bis zu Karl IV. Ungedruckte Prager Doktorarbeit, S. 81.

Leichter faßbar ſind die Aufzeichnungen der Grundherrſchaften, die ſog. Urbare. Wir verzichten hier völlig auf die Möglichkeit, aus ihnen Aufſchlüſſe über Lage, Umfang und Ertrag der einzelnen Beſitzungen zu gewinnen, es geht uns ausſchließlich um die Volkszugehörigkeit der Hinterſaſſen. Die böhmiſchen Urbare bis zum Ausbruch der Huſitenkriege ſind reſtlos durchgearbeitet, über die mähriſchen fehlt im Augenblick noch jegliche Überſicht. Die böhmiſchen Urbare aus der Zeit vor Hus liegen zumeiſt in alten Drucken vor, die für unſere Zwecke keineswegs ausreichen. Denn die Handſchriften zeigen mehrfach Spuren des Gebrauches; Perſonennamen ſind durch andere erſetzt worden, gelegentlich ſteht nun ein tſchechiſcher dort, wo zunächſt ein deutſcher hingeſetzt worden war. Urſprüngliche Anlage und ſpätere Änderungen müßten ſorgfältig getrennt werden, ſelbſt wenn man nur die Zahl der Hinterſaſſen richtig berechnen wollte. Wo es aber darum geht, eine Scheidung nach der Volkszugehörigkeit vorzunehmen, muß der Urkundenforſcher erſt recht die Klarheit erzielen, die für ſo verantwortungsvolle Unterſuchungen unerläßlich iſt.

Wie wichtig es iſt, die langen Reihen von Namen durchzugehen, wird klar werden, wenn die bisher erzielten Ergebniſſe einmal auf einer Karte eingetragen und der Öffentlichkeit vorgelegt worden ſind[15]. Es wird dann auf einen Blick klar werden, wo Deutſche in Innerböhmen geſiedelt haben, und mehr als eine ſeither verſunkene deutſche Volkstumsinſel wird zutage treten. Daran wird ſich erneut die Frage knüpfen, wann ſie verſchwunden iſt. Man könnte nun ſagen, daß die weitere Arbeit auf dieſem Gebiet nicht von der Urkundenforſchung geleiſtet werden müßte, zumal der Gedanke, aus den Namen auf die Volkszugehörigkeit der bäuerlichen Bevölkerung im Sudetenraum Schlüſſe zu ziehen, zwar von ihr ausgegangen iſt, zu einer ſauberen Scheidung aber doch die Mithilfe der Sprachforſchung herangezogen werden muß. Dem iſt entgegenzuhalten, daß die Urbare, die über die Zeit nach Hus Aufſchlüſſe bieten können, noch gar nicht veröffentlicht ſind, ihre Zugänglichmachung alſo doch wieder dem Vertreter der hiſtoriſchen Hilfswiſſenſchaften überlaſſen bleibt. Und ihm wird der Stoff bei der Bereitſtellung dieſer Quellengattung ſchon ſo vertraut, daß er auch die Erträgniſſe für die Volksforſchung zuſammenſtellen ſollte. Wenn irgend jemand, dann hat er gelernt, keine Einzelheit, ſelbſt wenn ſie noch ſo unbedeutend zu ſein ſcheint, zu überſehen. Das Verſtändnis für die mühevolle, man darf wohl auch ſagen langweilige Kleinarbeit kann man bei ihm vorausſetzen.

Für eine erſte Scheidung des Namenbeſtandes reicht der geſunde Menſchenverſtand aus. Daß über die Volkszugehörigkeit eines Bauern oder Bürgers, der nur mit dem Taufnamen Johannes bezeichnet wird, in der Regel nichts ausgeſagt werden kann[16], bedarf keines Beweiſes; er muß zu den Unbeſtimmbaren gerechnet werden[17]. Einen Jan wird man ohne weitere Überlegungen zu den Tſchechen, einen Henſel oder Henslinus zu den Deutſchen zählen. Mit den Kurz- und Koſeformen wird der Laie, und das iſt der Urkundenforſcher auf dem Gebiet der Namensforſchung in den meiſten Fällen, nicht ſo ohne weiteres fertig werden. Bei Formen wie Jano und Jeno wird er ebenſo wie bei Januſchius oder Hanigko nicht im unklaren ſein. Bedeutet aber Hannus oder Henſlik einen Tſchechen oder können Träger ſolcher aus einem deutſchen Stamm und einer tſchechiſchen Endſilbe zuſammengeſetzten Namen noch als Deutſche gelten? Dieſe Frage kann heute nicht einmal der Namenforſcher mit Sicherheit beantworten.

---

[15] Eine erſte Zuſammenſtellung bietet M. Ebert in der ungedruckten Arbeit: Das Nationalitätenverhältnis Böhmens in vorhuſitiſcher Zeit (an Hand der böhmiſchen Urbare).

[16] Wo in einem von einem Tſchechen geſchriebenen Urbar neben ſoundſovielen Fällen von Jan auch die Form Johannes auftaucht, wird man mit Sicherheit darauf rechnen können, daß der Schreiber hier eben einen Unterſchied anzeigen wollte, der ſich nur auf die verſchiedene Volkszugehörigkeit beziehen kann.

[17] Für die Sudetenländer habe ich 1937 die Grundſätze für die Namensforſchung zuſammengeſtellt in der kurzen Abhandlung: Die Namengebung der Brünner Bürger nach den Loſungsbüchern 1343 bis 1365. Zeitſchr. f. ſudetendeutſche Geſchichte, 1, S. 256ff.

Bis wir mehr Quellen geſichtet haben, werden wir vermutlich ſagen können, daß Taufnamen wie die eben angeführten bei den Deutſchen Mode wurden und für eine Zeit kennzeichnend ſind, in der eine weitergehende Durchmiſchung beider Völker ſich anbahnte.

Der Mithilfe eines anderen Wiſſenszweiges bedürfen wir viel eher bei den Zunamen, denn hier iſt die Gefahr ſehr groß, daß bei Niederſchriften der Namen meiſt nach dem Gehör Veränderungen eingetreten ſind, die der Forſchung große Hemmniſſe bereiten. Daß Dirrenchas und Terrenkes der gleiche Name iſt, mag auch ohne beſondere ſprachliche Vorbildung erkennbar ſein. In dem Wort Beſtivalus einen Weſtfalen zu erkennen, mag ſchon viel ſchwerer fallen. Wo aber ein Tſcheche in die Lage kam, einen ihm in mundartlicher Färbung vorgeſprochenen deutſchen Namen niederzuſchreiben, bedarf es des öfteren eines fachmänniſchen Entſcheids, ob da ein deutſcher oder gar ein tſchechiſcher Name vorliegt. Daraus ergibt ſich die Forderung, die Namen in den Stadtbüchern aller deutſchen Städte, die im Verlauf der Huſitenkriege in die Hände der Tſchechen gefallen ſind, genaueſtens zu unterſuchen. Denn tſchechiſche Stadtherrſchaft und Buchführung bedeutet noch lange nicht, daß die Stadt ſelbſt tſchechiſch geworden ſein muß. In der Verfolgung dieſer Spur müßte ein beſonderer Anreiz liegen, ſeit wir wiſſen, daß das Deutſchtum in Böhmen den Huſitenſturm beſſer überſtanden hat, als man bisher angenommen hatte.

Mit dieſen Erwägungen haben wir ſchon manches von dem vorweggenommen, was über die Stadtbücher zu ſagen wäre. Bei dieſen iſt die Lage die, daß nur ſehr wenige in vollem Wortlaut veröffentlicht ſind, daß demnach die Arbeit erſt einzuſetzen hätte. Schon im Hinblick auf die fehlenden Drucke wird hier die Mithilfe der hiſtoriſchen Hilfswiſſenſchaften eine unerläßliche Vorausſetzung ſein. Denn es iſt ja auch da nicht ſo, daß eine gute Abſchrift für die Feinarbeit bereits genügen würde. Alle Unterſuchungen über Stadtmundarten müßten danebengreifen, wenn der Anteil der einzelnen Schreiber an den Stadtbüchern nicht ſorgſam geſchieden iſt. Denn mit dem Wechſel eines Schreibers kann, wie etwa das Beiſpiel von Mähriſch-Trübau lehrt, auch einer der Mundart Hand in Hand gehen. Gerade in den Sudetenländern muß man aber noch aus anderen Gründen ſolchen ſcheinbaren Nebenſächlichkeiten eine beſondere Aufmerkſamkeit widmen. Jedem, der ſich mit ſolchen Stadtbüchern etwas eingehender beſchäftigt hat, iſt vollkommen geläufig, daß mit dem Auftauchen eines tſchechiſchen Schreibers auch das Beſtreben verknüpft iſt, die Namen, wenn möglich, zu vertſchechiſieren. So kam es leicht vor, daß der Name eines Deutſchen plötzlich in tſchechiſcher Form begegnet. Die Erklärung bietet dann immer die Feſtſtellung, daß die deutſchen Stadtſchreiber von Tſchechen abgelöſt worden ſind, wobei ganz gut nach einer verhältnismäßig kurzen Zeitſpanne wieder Deutſche die Arbeit am Stadtbuch fortgeſetzt haben können. Solche Fälle ſind verhältnismäßig leicht zu erkennen.

Was aber dann, wenn das Stadtſchreiberamt auf lange Zeit in tſchechiſche Hände überging? Hier erwächſt dem Urkundenforſcher die Verpflichtung, planmäßig die Archivbeſtände der Städte durchzugehen und zu den buchartigen Aufzeichnungen auch die urkundliche Überlieferung heranzuziehen. Iſt auf dieſe Weiſe der geſamte Beſtand an Namen ſichergeſtellt, dann muß man daran gehen, die zu einer Sippe gehörigen zuſammenzuziehen, und da wird ſich in vielen Fällen ergeben, daß mit einem Schlag — genauer geſagt in dem Augenblick, in dem ein Tſcheche die Schreibarbeiten übernahm — die deutſchen Sippen aufhören und dafür tſchechiſche auftauchen, deren Namen in vielen Fällen nur eine Übertragung der deutſchen Tauf- und Zunamen ins Tſchechiſche darſtellen. Vor allem bei Zunamen, die urſprünglich den Beruf kennzeichneten, war das nicht ſchwer, weil ſich für deutſche Handwerksbezeichnungen im Tſchechiſchen eine Entſprechung finden mußte. Aber auch eine große Zahl von Taufnamen konnte mühelos ins Tſchechiſche übertragen werden. Da wir ohnehin nicht mehr damit rechnen, daß durch die Huſitenwirren das Deutſchtum in Böhmen ſo zuſammengeſchmolzen iſt, wie man lange Zeit angenommen hatte, wird am Schluß der geplanten Unterſuchungen die Erkenntnis ſtehen, daß weder alle um 1420 in den Städten lebenden Deutſchen ausgewandert ſind, noch erſchlagen wurden, noch ſich ſcharenweiſe aus Nützlichkeitsgründen zum Tſchechentum bekannt haben, ſondern von der neuen tſchechiſchen Obrigkeit einfach tſchechiſche Namen bekamen, die ſich mit der Zeit einbürgerten und den Familien verblieben. Das Ergebnis ſolcher Unterſuchungen wäre ein Beitrag zum Schickſal der ſudetendeutſchen Bürger im

15. Jahrhundert. Hier harrt noch eine Fülle von Arbeit auf ihre Bewältigung. Daß ſie lohnt, beweiſen die bereits erzielten, noch nicht veröffentlichten Ergebniſſe.

Nun wird es ja auf gar keinen Fall möglich ſein, auch nur einen Teil der älteſten Stadtbücher aus Böhmen und Mähren zum Abdruck zu bringen. Auch auf eine Zugänglichmachung ihres Inhalts in Regeſtenform wird man verzichten müſſen. Das ändert freilich nichts daran, daß wir endlich einmal einen Entſchluß darüber faſſen müſſen, wie wir in Hinkunft ſpätmittelalterliche Texte abdrucken wollen. Es iſt heute ja nicht mehr ſo, daß ſolche Ausgaben nur für Forſchungen beſtimmt ſind, die ſich mit rechts- und wirtſchaftsgeſchichtlichen Fragen beſchäftigen, um von den eigentlichen Stadtgeſchichten hier zu ſchweigen. Die Mundarten- und Namensforſchung benötigt für ihre Unterſuchungen die Stadtbücher in gleicher Weiſe. Wenn nun nach den bei der Ausgabe des erſten Bandes der deutſchen Reichstagsakten und am Hallenſer Hiſtorikertag feſtgelegten Beſtimmungen[18] Vereinfachungen und Veränderungen des Wortbildes eintreten, dann verlieren nach ſolchen Geſichtspunkten gedruckte Stadtbücher für die Sprachforſchung ſehr an Wert. Ich glaube, daß man die einmal gefundenen Grundſätze in Kraft laſſen ſoll, ſoweit es um Texte geht, deren Bedeutung für die Sprachforſchung gering iſt. Vor allem aber in Ländern, die Angehörige zweier Völker beherbergen, muß es möglich ſein, auch buchſtabengetreue Drucke herauszubringen, wie das etwa K. Burdach bei ſeiner Ausgabe „Deutſche Texte aus ſchleſiſchen Kanzleien des 14. und 15. Jahrhunderts"[19] getan hat. Für die Sudetenländer iſt auf dieſem Gebiet bereits ein ſo großer Schatz an Erfahrungen im Lauf des letzten Jahrzehnts geſammelt worden, daß es leicht fallen müßte, Grundſätze aufzuſtellen für Quellenveröffentlichungen, die landſchaftsgebunden ſind[20].

Niemand wird bezweifeln wollen, welche Bedeutung etwa Karten zukäme, auf denen wir nach Abſchluß der angedeuteten Unterſuchungen eintragen würden, wo in vorhuſitiſcher Zeit am flachen Land Deutſche ſaßen, und wie ſtark in den einzelnen Städten das deutſche Bürgertum war. Würde man über ſie ein Deckblatt mit den bis zu der Zeit vorhandenen deutſchen Dörfern und eingedeutſchten Ortsnamen legen, dann würden wir eine ſehr beſtimmte Vorſtellung von der Stärke des Deutſchtums in Böhmen und Mähren gewinnen, die noch erheblich über das hinausginge, was wir heute ſchon wiſſen.

Aber wenn wir deutſcher Leiſtung im Sudetenraum in der Vergangenheit nachſpüren, dann genügen auch die genaueſten Aufſtellungen ſolcher Art noch nicht. Denn wir wollen ja nicht bloß wiſſen, wo überall Deutſche geſiedelt und gearbeitet haben, ſondern uns geht es ja auch um die Folgen dieſer Arbeitsleiſtungen. Beginnen wir wieder mit den Großgrundherrſchaften. Wir ſind noch lange nicht ſo weit, daß wir Beſitzkarten vorlegen könnten[21]. Sie würden aber auch nur Einblicke in die räumliche Ausbreitung gewähren. Welchen Nutzen zog der Grundherr aus ſeinem Beſitz an Liegenſchaften? Und davon hängt ja mit ab, welche Rolle er im Land ſpielte, ob und wie er ſeinem Sitz und der näheren Umgebung ein Gepräge geben konnte, etwa durch die von ihm angeregte Bautätigkeit. Wieder ſind die Urbare eine der Möglichkeiten, auf ſo geſtellte Fragen eine Antwort zu geben, und es müßte lehrreich ſein, einmal zu berechnen, wieviel an Abgaben aus deutſcher Taſche gefloſſen iſt.

---

[18] Grundzüge für die äußere Textgeſtaltung bei der Herausgabe von Quellen zur neueren Geſchichte 1931).

[19] Vom Mittelalter zur Reformation, IX 1, 2; vgl. dazu meine Beſprechung in der Zeitſchr. für ſudetendeutſche Geſchichte, 1. Jg., S. 139f., und Volksgeſchichtliche Aufgaben für die ältere ſudetendeutſche Geſchichte, ebenda, S. 48f.

[20] Eine gemeinſame Beratung über dieſe Fragen, in der auch dazu Stellung zu nehmen wäre, ob die Interpunktion der Vorlagen zu übernehmen ſei, oder ob man die heute übliche verwenden ſollte, iſt um ſo erforderlicher geworden, als von ſeiten der Sprachwiſſenſchaft immer lauter der Vorwurf erhoben wird, die von Hiſtorikern herausgebrachten Ausgaben mittelalterlicher Texte ſeien für jene zum guten Teil unbrauchbar. Vgl. dazu auch H. Hirſch, Zur Frage des Auftretens der deutſchen Sprache in den Urkunden und der Ausgabe deutſcher Urkundentexte. In: Mitt. d. öſterr. Inſtituts f. Geſchichtsforſchung, 52, S. 227ff. (1938), der mit großem Ernſt dazu Stellung genommen hat.

[21] Vgl. etwa H. Zatſchek, Die Witigonen und die Beſiedlung Südböhmens, in dieſer Zeitſchrift, 1. Jg. 1937, S. 110ff. und die Karte nach S. 130.

Erſt recht aufſchlußreich ſind ſolche Unterſuchungen, wenn man ihnen die Loſungsbücher der Städte zugrunde legt. Wenn erſt einmal die Scheidung der Bürger nach ihrer Volkszugehörigkeit vorgenommen iſt, kann berechnet werden, wie groß der deutſche und tſchechiſche Anteil an den Steuern war. Unſchwer wird ſich da einmal im einzelnen belegen laſſen, daß die Blütezeit Böhmens unter Karl IV. ſehr weitgehend von dem Fleiß und der Arbeitsleiſtung der im Lande lebenden Deutſchen getragen war. Was bliebe an koſtbaren Baulichkeiten des mittelalterlichen Prags, wenn man aus dem Stadtbild hinwegdenken wollte, was gerade zu Zeiten Karls IV. und in ſeinem Auftrag, und daher auch auf ſeine Koſten gebaut wurde. Tritt einem in den Straßen und Plätzen Altprags heute noch auf Schritt und Tritt deutſche Leiſtung entgegen, dann iſt ſie deutſch nicht etwa nur, weil ſie deutſche Baumeiſter und Künſtler erdacht und vollendet haben, ſondern auch darum, weil das tſchechiſche Volk allein niemals die Summen hätte aufbringen können, die dazu nötig geweſen wären. Oder man laſſe einmal die Burg Karlſtein auf ſich wirken, die einſtens die deutſchen Reichskleinodien barg. Die Sudetenländer ſind eben deutſcher Lebensraum, nicht nur weil Deutſche in ihnen lebten, ſondern weil ſie das Land formten und aus ihm ein Juwel ſchufen.

So verſprechen die buchartigen Aufzeichnungen in den Sudetenländern noch reichen Gewinn, viel reicheren als die Urkunden, bei denen es ſich in der Hauptſache nur mehr um Feinarbeit handeln kann. Um hier nur noch ein Ergebnis anzudeuten: wenn einmal die Neubürgerliſten und Herkunftsnamen Stadt für Stadt verarbeitet ſein werden, dann können wir auch mit Hilfe von Schaubildern anſchaulich machen, aus welchen Teilen Deutſchlands die Bürger kamen und wie vielfältig die Fäden waren, die das Mutterland mit den böhmiſchen und mähriſchen Städten verknüpften. Der Urkundenforſchung ſteht hier noch ein Berg von Arbeit bevor, weil ſie die oft ſchwer leſerlichen Aufzeichnungen entziffern und für andere Wiſſenszweige bereitſtellen muß, ſoweit ſie nicht ſelbſt Gelegenheit findet, das Fortſchreiten der Arbeiten zu beeinfluſſen, und ſo wie bisher, auf Teilſtrecken die Führung zu übernehmen.

III.

Nach dem bisher Geſagten wird klar geworden ſein, daß die Urkundenforſchung in der Lage iſt, zu der Geſchichte des deutſchen Volkes weſentliche Beiträge zu liefern, ja daß ſie für ganze Forſchungsreihen überhaupt erſt die Grundlagen ſchaffen muß. Ich glaube allerdings, daß der Anreiz für Arbeiten, wie ſie angezeigt oder vorgeſchlagen wurden, dort beſonders groß iſt, wo Angehörige zweier Völker in einem Raum wohnten. Nun iſt es aber gerade in einer Zeit, in der das deutſche Volk wieder ſtark genug geworden iſt, um ſeine europäiſche Sendung zu erfüllen, geradezu Pflicht, ſorgſam zuſammenzutragen, was dieſe Sendung in der Vergangenheit für die anderen Völker bedeutet hat. Wir haben einſehen gelernt, daß der Inhalt der bis vor kurzem ſtark umſtrittenen deutſchen Kaiſerzeit die Führung Europas war, und wir wiſſen heute beſſer denn je, wieviel auf die Einſtellung der Staatsmänner in den Nachbarländern zum Reich ankommt und ankam. Für Böhmen und ſeine Zugehörigkeit zum deutſchen Lebensraum war entſcheidend, daß durch die Heiratspolitik ſeiner Herzoge und Könige das heimiſche Fürſtenhaus blutsmäßig ein immer ſtärker werdendes deutſches Gepräge erhielt. Für die weitere Entwicklung war das die erſte Vorausſetzung.

Die Aufgeſchloſſenheit dem Deutſchtum gegenüber mußte wachſen, wenn in der Umgebung der Fürſten Deutſche in größerer Zahl lebten. Durch die Unterſuchungen über die Hofkapelle iſt hier die nötige Klarheit geſchaffen worden. Gewiß war nicht jeder Hofkapellan ein Berater, und die böhmiſchen Könige hatten auch weltliche Ratgeber, mochten das Träger der Hofämter oder Adelige ſein, die zu den jeweiligen Fürſten in freundſchaftliche Beziehungen getreten waren. Man würde aber doch in den Geſchichtswerken, Urkunden und Aktenſtücken vergeblich nach Stellen ſuchen, in denen Mitglieder des Laienadels in ähnlich auszeichnender Weiſe erwähnt würden wie die Geiſtlichen deutſcher Volkszugehörigkeit, die der Hofkapelle angehörten und mit dem Beurkundungsgeſchäft zu tun hatten. Wenn wir von dem Kanzler Gervaſius, einem Zeitgenoſſen Friedrich Barbaroſſas leſen, daß König Wladiſlaw II. auf ſeinen Rat am meiſten gab, wenn Otaker Přemyſl I. nach Rom ſchrieb, er könne den Kanzler Benedikt, der ſich durch ſeine Treue vor anderen ausgezeichnet habe, zur Zeit nicht entbehren, weil er ſeine rechte Hand ſei, wenn Peter von Aſpelt einmal ſogar im Schlußprotokoll einer Urkunde als consiliarius bezeichnet wird, dann beweiſen dieſe paar Beiſpiele ſchon zur Genüge, was gezeigt werden ſollte. Es will etwas heißen, wenn wir bis 1306 überhaupt keinen Tſchechen als Kanzler nachweiſen können, wenn Tſchechen in leitender Stellung als Protonotare erſt unter Wenzel II. auftauchen, und wenn nur ganz wenige den Titel Notar geführt haben. Der Nachweis, daß mit der verhältnismäßig untergeordneten Arbeit der Urkundenherſtellung auch Tſchechen befaßt wurden, mag ſpäter einmal wohl gelingen. Er würde nichts daran ändern, daß im Rahmen der böhmiſchen Hofkapelle mit der Leitung der Beurkundungsſtelle und mit den verantwortlichen Poſten faſt nur Deutſche betraut waren. Daß dieſe Hofkapelläne, wie zahlreiche Belege ergeben, in der Außenpolitik eine Rolle ſpielten, und daß ſie in der inneren Verwaltung tätig waren, das ſtellt die Tätigkeit der Deutſchen am Hof in Prag überhaupt erſt in ein helles Licht.

Von der Urkundenforſchung ging in den Sudetenländern aber auch die Anregung aus, die Namensreihen der Urbare und Stadtbücher auf die Volkszugehörigkeit ihrer Träger hin zu unterſuchen. Sie wurde dann von anderen Wiſſenszweigen übernommen, und heute können wir ſagen, nicht nur die Städte waren im Mittelalter deutſch, einen geſchloſſenen tſchechiſchen Volksboden gab es auch am flachen Land nicht. Vor Hus war Mähren daran, durch deutſche Keile aufgeſpalten und von Böhmen abgeſprengt zu werden, und dann hätten die Tſchechen eine Zukunft gehabt wie die Sorben in der Lauſitz[22]. Aber auch das wiſſen wir, daß ſich nicht die Tſchechen rühmen dürfen, das vollkommene Aufgehen der Sudetenländer im Deutſchtum verhindert zu haben. Das war vielmehr die große Peſt des Jahres 1348 und ihre Folgen. Sie raffte ſo viele Menſchen in Deutſchland dahin, daß die nicht mehr zur Verfügung ſtanden, die für eine reſtloſe Aufſaugung der Tſchechen noch erforderlich geweſen wären.

Das ſind Erkenntniſſe von weittragender Bedeutung. Sie laſſen nichts mehr von dem Geſchichtsbild übrig, das Palacký dem tſchechiſchen Volk gezeigt hat und von deſſen Zuverläſſigkeit es zutiefſt überzeugt war. Muß von dieſem Trugbild nicht auch noch der letzte Überreſt zerſtört werden, wenn ſich das tſchechiſche Volk auf die Stellung beſinnen ſoll, die ihm inmitten deutſchen Lebensraums zukam, zukommt und zukommen wird? Es gibt — und damit möchte ich dieſe Ausführungen beſchließen, die zugleich eine Art Tätigkeitsbericht aus meiner Prager Zeit darſtellen — Teile der Geſchichte des deutſchen Volkes, die ohne Beherrſchung des Rüſtzeuges der Urkundenforſchung nie und nimmer geſchrieben werden könnten. Das berechtigt uns, Volks- und Urkundenforſchung in einem Zuſammenhang zu zeigen, in dem ſie bisher noch nicht geſehen worden ſind.

---

[22] Vgl. dazu H. Zatſchek, Das Werden des deutſchen Volkstums in Böhmen und Mähren. In: Zeitſchr. f. ſudetendeutſche Geſchichte, 4. Jg., S. 245.

Die Deutſchen im mittelalterlichen Frankreich

Von Hektor Ammann, Aarau

(Fortſetzung[1])

II. Die Deutſchen auf den Meſſen von Chalon an der Saône und in Burgund

Mit 1 Textkarte

Der Verkehr der Deutſchen auf den Meſſen der 4 Städte der Champagne vom 12. bis ins 14. Jahrhundert hinein bildete zweifellos die erſte auf breiter Grundlage erfolgende wirtſchaftliche Fühlungnahme zwiſchen den beiden aufſtrebenden Wirtſchaftsgebieten Frankreich und Deutſchland. Dieſer Verkehr war immerhin ſo umfangreich, daß er ſelbſt eine gewiſſe deutſche Zuwanderung in die Meſſeſtädte der Champagne bewirkte, und er hat zweifellos kulturelle Auswirkungen gehabt, die man aber einſtweilen nur ahnen kann. Mit dieſem Meſſeverkehr in der Champagne haben ſich jedoch die deutſch-franzöſiſchen Wirtſchaftsbeziehungen jener Jahrhunderte und die durch ſie veranlaßten Bevölkerungsverſchiebungen und Kultureinflüſſe bei weitem nicht erſchöpft, auch wenn man von den beiderſeitigen Grenzgebieten völlig abſieht. Der deutſche Kaufmann — denn er hatte dabei durchweg die Führung — drang vielmehr in ſeiner damals ſo allſeitig ſich zeigenden Unternehmungsluſt auch an zahlreiche andere Mittelpunkte des franzöſiſchen Wirtſchaftslebens vor.

Am meiſten Anziehungskraft übten alle jene Orte auf die Deutſchen aus, wo ſich irgendein Teil der Fühlungnahme zwiſchen dem Tuchinduſtriebezirk der Niederlande und ſeinen Abſatzgebieten, vor allem dem Bereich des Mittelmeers und des Orients vollzog. Solcher Orte gab es, auch abgeſehen von den Meſſen der Champagne, eine ganze Reihe auf einer Linie, die von England über den Kanal und über die Alpen bis nach Oberitalien zog. Auf dieſer ganzen Linie trafen deutſche, franzöſiſche und auch italieniſche Kaufleute aufeinander.

Die nördlichſten derartigen Treffpunkte, nämlich das ganze Netz der von Deutſchen wie Franzoſen und Italienern aufgeſuchten engliſchen Märkte und Meſſen, können für unſere jetzigen Unterſuchungen beiſeite gelaſſen werden. Deutſche wie franzöſiſche Kaufleute machten ja hier ihre Geſchäfte mit den Engländern und nur ausnahmsweiſe untereinander. Im übrigen aber fallen die über England verlaufenden deutſch-franzöſiſchen Wirtſchaftsbeziehungen in das Feld des ſogleich noch näher zu umreißenden deutſchen Weſthandels zur See[2].

Die zweite Gruppe der Treffpunkte von Erzeugern und Abnehmern der nordweſtlichen Tuchinduſtrie wurde durch die Meſſen in Flandern gebildet, die natürlich im Rahmen unſerer Betrachtungen ebenfalls nur anmerkungsweiſe zu berückſichtigen ſind. Dieſe flandriſchen Meſſen wurden in einer faſt ununterbrochen über das ganze Jahr ſich hinziehenden Reihe in den Städten Turnholt, Ypern, Brügge, Meeſen (Meſſines) und Lille abgehalten und boten ſo eine ähnlich dauernde und umfaſſende Gelegenheit zu Handelsgeſellſchaften wie die Meſſen der Champagne. Hier und ebenſo überhaupt in den großen Handelsſtädten Flanderns mit Brügge an der Spitze fanden ſich Engländer und Franzoſen, Italiener und Deutſche, Spanier und Portugieſen mit den Niederländern ſelbſt. Von den Franzoſen erſchienen Nordfranzoſen und die Bewohner der Küſtenlandſchaften bis hinunter zur Biscaya. Aus Deutſchland ſtellten ſich die Kaufleute der hanſiſchen Städte bis hinauf nach Riga und Reval und bis hinüber nach Breslau und Krakau ein, dann die Rheinländer und in ſpärlichem Ausmaße Oberdeutſche. Durch den Flandernhandel des hanſiſchen Bereiches ſind zweifellos die nordfranzöſiſchen Tuche nach Niederdeutſchland gekommen, die man dort vom 13.—15. Jahrhundert unter der großen Maſſe der flandriſchen Tuche hie und da findet. Über Flandern ſind auch jedenfalls die erſten Beziehungen des hanſiſchen Handels mit den weſtfranzöſiſchen Landſchaften und der atlantiſchen Küſte der Pyrenäenhalbinſel geſchaffen worden. Mit der Zeit hat ſich daraus ein umfangreicher hanſiſcher Handelszug hinunter nach La Rochelle, Bordeaux und Liſſabon herausgebildet, der die Weine und das Salz dieſer Landſchaften in ganzen Flotten in die Nord- und Oſtſee führte. Davon wird in anderem Zuſammenhang noch ausführlicher die Rede ſein müſſen[3]. Auf jeden Fall war in Flandern und auf den flandriſchen Meſſen die Gelegenheit gegeben, deutſch-franzöſiſche Wirtſchaftsbeziehungen von erheblichem Umfange abzuwickeln, und dieſe Gelegenheit wurde auch benützt. Wie weit ſich daraus kulturelle Wirkungen ergaben, iſt noch nicht feſtzuſtellen[4].

---

[1] Siehe Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung, 3. Jg., 1939, S. 306—333.

[2] Über die engliſchen Meſſen des Mittelalters fehlt bisher jede den heutigen Anforderungen der Wirtſchaftsgeſchichte entſprechende Arbeit. Quellenmaterial findet ſich in reicher Fülle z. B. in den verſchiedenen Rolls-Serien. Ganz unerforſcht iſt bisher der franzöſiſche Handel mit England, während die hanſiſche, holländiſche und belgiſche Geſchichtsforſchung dem Handel der Niederdeutſchen nach England viel Aufmerkſamkeit gewidmet hat. Wie viel neue Erkenntniſſe jedoch auch hier noch zu holen ſind, hat J. de Stürler für das Gebiet von Brabant in ſeinem ſchönen Buch: Les relations politiques et les échanges commerciaux entre le duché de Brabant et l'Angleterre au moyen-âge. Paris 1936, gezeigt und ebenſo für Gent Fr. Blokmans: Het Gentsche stadspatriciaat tot omstreeks 1302. Antwerpen 1938.

Das nächſte Glied in dieſer Kette deutſch-franzöſiſcher Wirtſchaftsverflechtung lag in und um Paris. Hier gewannen die Meſſen des Lendit (bei St. Denis) ſchon im 13. Jahrhundert, alſo zur Zeit der Blüte der Märkte in der Champagne, ihre ſelbſtändige Stellung auch für den Handel mit den Erzeugniſſen des nordweſtlichen Tuchbezirks. Die Märkte von Compiègne hatten ebenfalls eine weiterreichende Bedeutung. Noch wichtiger aber war die Rolle von Paris als wirtſchaftliche, aber auch vor allem als politiſche und kulturelle Macht, die Deutſche aus allen Landſchaften anzog. Die deutſchen Beziehungen mit Paris und ſeiner Umgebung ſind deshalb nicht nur wirtſchaftlicher Art geweſen, ſondern in allererſter Linie kultureller Art, wobei die Pariſer Univerſität die Hauptrolle ſpielte. Die Deutſchen in Paris und ſeiner engern Landſchaft werden deshalb als Sonderfall ihre beſondere Würdigung finden müſſen.

Das folgende Glied in der hier betrachteten Kette der großen Austauſchpunkte und Abſatzplätze der niederländiſchen Tuche iſt die Champagne mit ihren Meſſen geweſen, wie bereits geſchildert worden iſt. Daran ſchloß ſich weiter im Süden Burgund mit den Meſſen von Chalon an der Saône an. Dieſes ſoll uns nun eingehender beſchäftigen.

Die Meſſen von Chalon[5]

Die reiche und weite Landſchaft Burgund, die ſich vom Hauptkamm des Jura im Süden über das breite Becken der Saône und ihrer Nebenflüſſe hin bis auf den Nordhang der Côte d'Or und des Plateaus von Langres erſtreckte und die beſonders ausgedehnte Weinlandſchaften umfaßte, war an und für ſich ſchon wohl imſtande, einem großen Marktorte die Lebensfähigkeit zu geben. Und Chalon an der ſchiffbaren Saône und von allen Seiten gut zugänglich, war durchaus geeignet, die Rolle eines ſolchen bedeutenden Landſchaftsmarktes zu übernehmen. Internationale Bedeutung aber gewannen die Meſſen von Chalon dadurch, daß es ihnen gelang, ſich in den großen Nord-Südverkehr einzuſchalten.

---

[3] Vgl. einſtweilen A. Agats: Der hanſiſche Baienhandel. Heidelberg 1904.

[4] Über die flandr. Meſſen und den deutſchen Flandernhandel vgl. R. Häpke: Brügges Entwicklung zum mittelalterlichen Weltmarkt. Berlin 1908. — Des Marez: La lettre de foire à Ypres au 12. siècle. (Mém. publ. par l'Académie roy. de Belgique 60). Brüſſel 1900.

[5] P. Touſſaint: Les foires de Chalon-sur-Saône des origines au 16. siècle. Dijon 1910. Von Touſſaint nicht benützte Quellen zur Geſchichte der Meſſen finden ſich noch in folgenden Werken: Vatikan. Quellen zur Geſchichte der päpſtl. Hof- und Finanzverwaltung. III. Ausgaben 1335—62. Hg. von K. H. Schäfer. Paderborn 1902. — B. Proſt: Inventaires mobiliers et extraits des comptes des ducs de Bourgogne de la maison de Valois. Paris 1902—13. — H. Laurent: Choix de documents inédits pour servir à l'histoire de l'expansion commerciale des Pays-Bas en France au moyen-âge. Bull. de la commission royale d'histoire 98 (1934) 335ff.

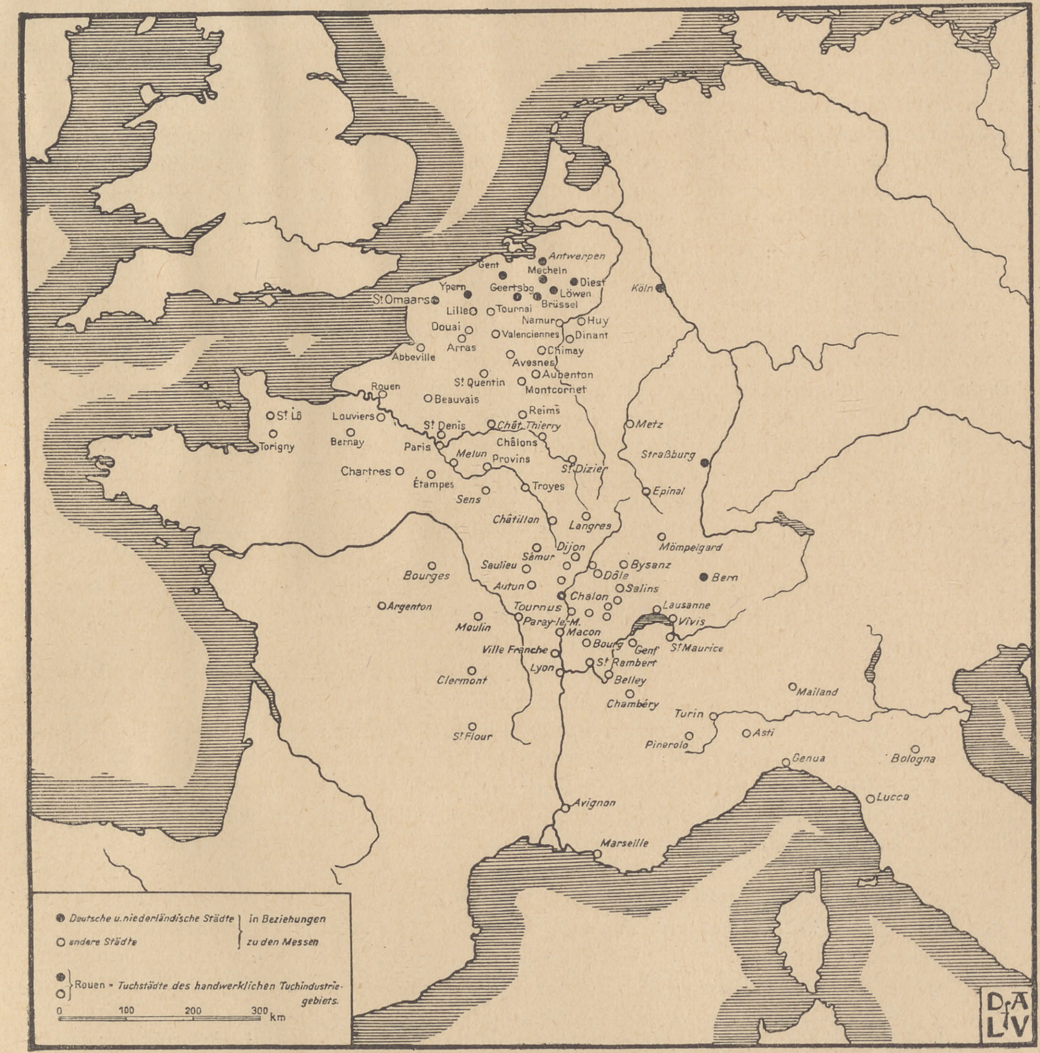
Dieſer Verkehr vom Mittelmeer zum Kanal mußte Burgund durchqueren. Ja es trafen hier die meiſten der verſchiedenen Straßenzüge, auf denen die Kaufleute der Mittelmeerländer nach Norden ſtrebten, zuſammen. Einmal die aus Italien, die die Alpen auf den Päſſen der Walliſer Alpen oder der Weſtalpen überſtiegen oder auch über das Mittelmeer und durch das Rhonetal umgingen. Dann der Verkehrzug aus Südfrankreich und Oſtſpanien, der ebenfalls durch das Rhonetal nach Norden zog. Alle dieſe Straßen vom Jurapaß von Jougne her oder von Chambéry oder Grenoble am Weſtfuße der Alpen oder über Lyon aus der Provence oder dem Languedoc vereinigten ſich im burgundiſchen Saônetal, um dann das franzöſiſche Mittelgebirge zu überſteigen und durch die Champagne die Verbindung mit dem großen Textilinduſtriegebiet aufzunehmen. Da nun zudem die Meſſeſtadt der ausgedehnten Landſchaft Burgund ſowohl für den Abſatz der Waren des Mittelmeerhandels wie für den Vertrieb der Tuche des europäiſchen Nordweſtens eine gewiſſe Eigenbedeutung beſaß, ſo wurde Chalon ganz von ſelbſt zum Raſtpunkt und Bindeglied des Nord-Südhandels und zu einem kleineren Ebenbild der Meſſen der Champagne.

Die wirtſchaftliche Grundlage war bei den Meſſen von Chalon dieſelbe wie bei denen der 4 Meſſeſtädte der Champagne, und die Formen des Meſſegeſchäfts waren ebenfalls durchaus übereinſtimmend. In Burgund wie in der Champagne bildete die Macht einer wohlorganiſierten, weithin reichenden Landesherrſchaft den unentbehrlichen Rückhalt für den Schutz des Meſſelebens. Sie gewährleiſtete den fremden Kaufleuten die Sicherheit nicht nur im Lande ſelbſt, ſondern weithin auf den Zugangsſtraßen. Und ſo trafen ſich denn hier auf der „warmen“ und der „kalten“ Meſſe von Chalon zweimal im Jahre während einem Monat die Tuchkaufleute aus Nordfrankreich und den Niederlanden mit den ſüdfranzöſiſchen und beſonders den italieniſchen Vermittlern der Erzeugniſſe der Mittelmeerländer und des Orients, wobei allerdings für beide Teile die Meſſen von Chalon nur eine Ergänzung der wichtigeren Meſſen der Champagne darſtellten. Zu dieſen Vertretern des internationalen Handels geſellten ſich dann aus den Nachbarlandſchaften in weitem Umkreiſe alle jene Händler, die nehmend oder gebend hier etwas zu ſuchen hatten.

Die Schickſalskurve der Meſſen von Chalon beginnt in Anlehnung an jene der frühern, bedeutenderen und auch durch eine beſſere Quellenüberlieferung bevorzugten Meſſen der Champagne gegen Ende des 12. Jahrhunderts ſichtbar zu werden. Dabei müſſen wir uns durchaus bewußt ſein, daß die Quellen für unſere Kenntnis der Meſſen von Chalon bis jetzt ſo überaus ſpärlich ſind, daß uns weſentliche Dinge noch vollſtändig verborgen ſein können; im großen ganzen haben wir bloß aus der Zeit um 1280 eine allerdings ſehr wertvolle ausführliche Beſchreibung der Meſſen und dann mehr vereinzelte Nachrichten aus burgundiſchen Rechnungen uſw. von der Mitte des 14. Jahrhunderts weg. Dementſprechend haben wir aus der Mitte des 13. Jahrhunderts zunächſt vereinzelte Hinweiſe auf einen bereits anſehnlichen Stand der Meſſen, und im letzten Viertel des Jahrhunderts erkennen wir dann eine eigentliche Blütezeit. Die Entwicklung der Meſſen von Chalon folgt alſo bis dahin in einiger Entfernung — zeitlich wie auch dem Umfang nach — von der der Meſſen in der Champagne. Während dann aber zu Anfang des 14. Jahrhunderts der politiſche Übergang an die franzöſiſchen Könige in der Champagne den raſchen und völligen Zerfall der dortigen großen Meſſen brachte, waren in Burgund die politiſchen Verhältniſſe dauerhafter und ermöglichten die anſehnliche Weiterführung der Meſſen durch das ganze 14. Jahrhundert. Erſt in den erſten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts ſetzte dann auch hier ein unaufhaltſamer Niedergang ein. Die Meſſen von Chalon haben alſo ſpäter als die in der Champagne und zwar in Anlehnung an dieſe letzteren ihre Bedeutung erlangt, dieſe dann aber auch ein Jahrhundert länger behauptet.

Das Einzugsgebiet der Meſſen von Chalon erſtreckte ſich ſelbſtverſtändlich in erſter Linie auf die Landſchaften längs dem großen Verkehrszug Italien—Niederlande. Schon aus der Zeit um 1280 haben wir mit einem Schlag eine ganze Menge von Nachrichten über Meſſebeſucher aus allen Teilen des feſtländiſchen Textilinduſtriegebiets. Aus der Champagne werden die Tuchſtädte Provins, Troyes, Chalons und Reims erwähnt, aus der Pariſer Gegend neben Paris ſelbſt Beauvais, Etampes und Chartres, von der Maas Huy und Namur, aus dem

Hennegau Chimay und Avesnes, dann aus dem reſtlichen Nordfrankreich Aubenton, St. Quentin und Valenciennes, aus der Normandie Rouen, von der Kanalküſte Abbéville, aus dem franzöſiſchen Flandern Lille, Douai, Arras und Tournai, aus dem flämiſchen Flandern Gent und Ypern und ſchließlich aus Brabant Mecheln. Im 14. Jahrhundert kommen dazu noch Dinant an der Maas, Montcornet weiter ſüdlich, St. Omaars in Flandern, dann vor allem ein ſtarker Zuwachs in der Normandie und in Brabant, den beiden noch ſtark aufſtrebenden Tuchlandſchaften. Louviers, Bernay, St. Lô und Torigny in der einen Landſchaft, Brüſſel, Löwen und Dieſt in der andern treten neu auf. Wir haben Belege über den Tuchabſatz aus dieſen Gebieten über die Meſſen von Chalon nach dem Süden, ſo z. B. nach dem päpſtlichen Hof in Avignon.


Antwerpen
Gent
Mecheln
Diest
Ypern
Geertsbg
Löwen
Köln
St. Omaars
Tournai
Brüssel
Lille
Namur
Huy
Douai
Valenciennes
Dinant
Arras
Chimay
Abbeville
Avesnes
St. Quentin
Aubenton
Montcornet
Rouen
Beauvais
Reims
St. Lô
Louviers
St. Denis
Chât. Thierry
Metz
Torigny
Bernay
Paris
Châlons
Straßburg
Melun
Provins
St. Dizier
Chartres
Étampes
Troyes
Epinal
Sens
Châtillon
Langres
Mömpelgard
Dijon
Semur
Saulieu
Bysanz
Bern
Bourges
Dôle
Autun
Salins
Chalon
Argenton
Tournus
Lausanne
Paray-le-M.
Vivis
Moulin
Macon
Bourg
Genf
St. Maurice
Ville Franche
Lyon
St. Rambert
Belley
Clermont
Mailand
Chambéry
Turin
Asti
Pinerolo
St. Flour
Genua
Bologna
Lucca
Avignon
Marseille
Deutsche u. niederländische Städte
andere Städte
in Beziehungen zu den Messen
Rouen = Tuchstädte des handwerklichen Tuchindustriegebiets.
0 100 200 300 km
D A L V

Das Einzugsgebiet der Meſſen von Chalon a. d. Saône im 13. und 14. Jahrhundert

Die Gegenſtrömung aus dem Süden iſt weniger gut zu faſſen. Immerhin kennen wir aus der Zeit um 1280 Seidenkaufleute aus Bologna, Lucca und Marſeille als Beſucher der burgundiſchen Meſſen, dann aus ſpäterer Zeit Kaufleute von Mailand und Genua, von Turin, Aſti und Pignerolo in Piemont, aus der Lombardei überhaupt. Lägen unſere Quellen günſtiger, ſo würden wir zweifellos alle ober- und mittelitalieniſchen Handelsſtädte in Chalon ſo gut nachweiſen können wie in der Champagne und ebenſo die hauptſächlichſten Städte Südfrankreichs.

Dazu kommen nun noch die Nachbarlandſchaften ringsum. Die Weſtſchweiz wird da genannt bis ins Wallis hinein, dann Savoyen, die Breſſe und das Lyonnais, weiter abwärts im Rhonetal links des Fluſſes Dauphiné und Provence, rechts Vivarais und Languedoc. Im Weſten iſt der Kreis mit der Auvergne, dann Bourbonnais und Berry enger beſchränkt. Im Norden wird die Champagne oft erwähnt, dann auch die Thiérache, die Iſle-de-France und Flandern. Nach allen dieſen Gebieten, ferner noch nach der Lombardei und Flandern ſind in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ziemlich regelmäßig ausdrückliche Einladungen zum Beſuche der Meſſen geſandt worden. Dazu kommen dann ſchließlich im Oſten noch Lothringen und das deutſche Rheingebiet von den Alpen bis hinunter zum Niederrhein. Das Einzugsgebiet der Meſſen von Chalon iſt alſo — ſo weit unſere heutigen Kenntniſſe reichen und wohl auch tatſächlich — weniger umfangreich und international geweſen als das der größern Meſſen der Champagne. Die Engländer, die Spanier, die Weſtfranzoſen und die Norddeutſchen fehlen in Chalon ganz.

Über die auf den burgundiſchen Meſſen gehandelten Waren iſt nicht allzuviel bekannt. Das Tuch und zwar das niederländiſche in erſter Linie, dann ſolches aus Burgund und ſeiner weſtlichen und ſüdlichen Nachbarſchaft, ja auch aus Deutſchland, ſpielte die Hauptrolle. Leinwand kam aus Burgund ſelbſt in großer Menge, dann aus Lothringen und der Champagne. Die Ausfuhr nach Südfrankreich (Avignon und Marſeille), nach Italien und dem ganzen Mittelmeerhandelskreis iſt gut nachzuweiſen und zwar vom 13. Jahrhundert weg. Seide aus Italien und aus dem Orient, Spezereien uſw., ſind die Waren der Gegenrichtung. Weiter ſpielte Leder eine große Rolle und beſonders auch Kürſchnerwaren. Von Einzelwaren ſeien die Mercerien von Paris erwähnt. Im großen ganzen wird das Bild des Warenumſatzes in Chalon durchaus ähnlich geweſen ſein wie in der Champagne.

Insgeſamt zeigen alſo die Meſſen von Chalon das bezeichnende Bild eines bedeutenden mittelalterlichen Landſchaftsmarktes. Die Lage an der großen Nord-Südſtraße zwiſchen dem nordweſtlichen Textilinduſtriegebiet und den Mittelmeerländern hat dieſem landſchaftlichen Markt einen internationalen Einſchlag verſchafft. Man wird trotzdem die Stellung dieſer Meſſen nicht überſchätzen dürfen. Sie waren weſentlich weniger bedeutend als die flandriſchen oder die Champagnermeſſen, aber auch als die Meſſen von Frankfurt am Main im deutſchen Wirtſchaftsbereich. Dagegen haben ſie die andern gleichzeitigen Meſſen des deutſchen Wirtſchaftsgebiets wie die von Nördlingen, von Bozen, von Linz oder von Zurzach ſicher an Einzugsgebiet und im Warenumſatz übertroffen.

Die Niederländer auf den Meſſen von Chalon

Die Kaufleute der niederländiſchen Städte ſind zunächſt ausſchließlich durch wirtſchaftliche Erwägungen nach Chalon geführt worden. Erſt in der Spätzeit der Meſſen mag das burgundiſche Fürſtenhaus dieſen Handelsverkehr begünſtigt haben. Seit 1384 gehörten ja Flandern, ſeit 1430 auch Brabant und Limburg den Herzögen von Burgund, und damit ergaben ſich natürlich die mannigfachſten Beziehungen zwiſchen Burgund und den Niederlanden. Die Reiſen niederländiſcher Kaufleute auf die Meſſen von Chalon jedoch gehen in ſehr viel frühere Zeiten und zwar mindeſtens auf die Mitte des 13. Jahrhunderts zurück, wahrſcheinlich ſogar noch erheblich weiter. Was ſie veranlaßt hat, iſt ohne weiteres klar und in den allgemeinen Erörterungen über die Meſſen von Chalon bereits auseinandergeſetzt: die drängende Pflicht, für die außerordentlich große Erzeugung der niederländiſchen Weberſtädte, des bedeutendſten Teiles des ganzen großen Textilinduſtriegebiets, immer neue Abſatzfelder zu ſuchen, hat die Niederländer mit den Vertretern anderer Tuchlandſchaften auch nach Chalon geführt.

Unſere Nachrichten über die Niederländer in Chalon ſetzen mit dem Augenblick ein, wo überhaupt für die Meſſen von Chalon die genaueren Nachrichten beginnen, d. h. mit der großen

Meſſebeſchreibung aus der Zeit um 1280. Dieſe ſpiegelt eine ſchon ſehr weit fortgeſchrittene und zweifellos ſeit langem derart beſtehende Entwicklung der Meſſen wieder. Sie zeigt alſo Zuſtände, die in ihren Anfängen um viele Jahrzehnte zurückreichen müſſen, wahrſcheinlich ſogar ins 12. Jahrhundert zurück. In dem ganzen Kranz der Tuchſtädte, die ihre Kaufleute damals ſchon nach Chalon ſchickten, erſcheinen an erſter Stelle die Flandrer und zwar bezeichnenderweiſe Tuchhändler aus den beiden führenden Tuchſtädten der Grafſchaft, aus Ypern und aus Gent[6].

Ypern war wohl die ausgeſprochenſte große Induſtrieſtadt Flanderns; ſeine Erzeugniſſe und meiſt auch ſeine Kaufleute erſcheinen faſt immer zuerſt und am gewichtigſten im Außenhandel Flanderns. Es wundert einen deshalb durchaus nicht, daß die Yperner auch zuerſt in Chalon auftauchen und daß ſie dort unten in Burgund weiter dauernd tätig blieben. Der Handel mit den burgundiſchen Meſſen, d. h. mit Chalon, muß für Ypern ſogar eine beſondere Wichtigkeit beſeſſen haben. Denn in zahlreichen Vorſchriften des Tuchgewerbes von Ypern aus dem Ende des 13. und dem Anfang des 14. Jahrhunderts werden die Meſſen von Burgund mit denen der Champagne als Ausfuhrziele in einer Reihe genannt[7]. Es muß alſo dorthin Tuch von Ypern in erheblicher Menge abgeſetzt worden ſein. Eine ähnliche Lage treffen wir noch ein Jahrhundert ſpäter in Chalon und überhaupt in Burgund an: 1370 erwarb die Hofhaltung Herzog Philipps des Kühnen von Burgund auf der Sommermeſſe in Chalon von einem Tuchkaufmann von Ypern Tuch dieſer Stadt. Dasſelbe war auf der Sommermeſſe des Jahres 1380 der Fall[8]. Gleichzeitig können wir feſtſtellen, daß der Hof der Herzöge von Burgund in der Hauptſtadt Dijon laufend Tuch von Ypern einkaufen konnte, gerade ſo gut wie in Paris oder in den Niederlanden ſelbſt. Das war z. B. 1377, 1387, 1388, 1389 und 1390 der Fall[9]. Ypern iſt alſo den Meſſen von Chalon bis in ihre Spätzeit hinein treu geblieben, und der Abſatz nach Burgund blieb für ſeine Tuchinduſtrie dauernd wichtig.

Spärlicher ſind die Nachrichten für die zweite große Tuchſtadt Flanderns, für Gent. Wir ſind ja überhaupt über den Anteil Gents ſowohl am Meßgeſchäft in der Champagne wie am Abſatz ſeiner Erzeugniſſe in die Mittelmeerländer, wo ja ſeine Tuche ſeit dem 12. Jahrhundert allgemein genannt werden, ſchlecht unterrichtet. Wenn nun Gent um 1280 an ſo hervorragender Stelle unter den Tuchkaufleuten auf den Meſſen von Chalon aufgeführt wird, ſo iſt das ein beſonders wertvoller Beleg für die Beſchreitung des ſüdlichen Handelszuges durch die Bürger von Gent. Das Tuch von Gent wird übrigens ebenfalls in Dijon im ſpätern 14. Jahrhundert noch unter den Einkäufen des burgundiſchen Hofes erwähnt und zwar 1375[10].

Spät erſt iſt auch die weſtlichſte große Tuchſtadt Flämiſch-Flanderns, St. Omaars, in Chalon feſtzuſtellen. 1352 und ebenſo 1356 erwirbt der päpſtliche Hof in Avignon auf der Meſſe Tuch von Kaufleuten von St. Omaars[11].

Kaufleute aus den andern Tuchſtädten Flämiſch-Flanderns ſind in Chalon nicht ausdrücklich nachzuweiſen, mit Ausnahme eines Kaufmanns von Geertsbergen (Grammont), der 1352 dem päpſtlichen Hof in Avignon Tuch ſeiner Stadt verkaufte[12]. Außerdem kaufte der burgundiſche Hof 1367 auf der Wintermeſſe zu Chalon 7 Tuche von Dendermonde für Dienerkleider ein[13]. Es iſt nach alledem nicht daran zu zweifeln, daß Flandrer aus verſchiedenen Städten und dabei jedenfalls auch aus bisher noch nicht genannten Tuchſtädten laufend nach Chalon zogen. Dem entſpricht es auch, daß 1384 Flandern die entfernteſte Landſchaft war, die ausdrücklich zum Beſuche der Meſſen eingeladen wurde[14].

---

[6] Touſſaint S. 155ff.

[7] Eſpinas und Pirenne: Recueil de documents relatifs à l'histoire de l'industrie drapière en France. Bd. III. Brüſſel 1920.

[8] Proſt I/222, II/77.

[9] Proſt I/598, II/305, 15, 95, 408, 12, 22, 536, 602, 03.

[10] Proſt I/464.

[11] Schäfer 497. — Vatikan. Archiv Rom. I. E. 278/258.

[12] Vatikan. Archiv I. E. 265/121.

[13] Proſt I/105.

[14] Touſſaint 51.

Es iſt aber gar nicht zu verkennen, daß ſich von den verſchiedenen niederländiſchen Tuchlandſchaften neben Flandern das Herzogtum Brabant immer ſtärker in den Vordergrund ſchob und ſchließlich Flandern überflügelt hat. Schon 1280 erſcheinen in Chalon Kaufleute aus dem zwar flandriſchen, tatſächlich aber zum brabantiſchen Wirtſchaftsgebiet gehörigen Mecheln mit ihrem Tuch. Und Mecheln hat nicht nur ſeine Induſtrie bis zum Ausgang des Mittelalters blühend erhalten, ſondern es iſt dem Handel nach Burgund auch treu geblieben. Noch 1419 iſt von Kaufleuten von Mecheln als Meßbeſuchern die Rede[15]. Tuch von Mecheln wird ferner bei den Einkäufen des burgundiſchen Hofes in Dijon 1388, 89 und 90 angeführt[16].

Erſt im 14. Jahrhundert fällt dann in der nach der Mitte des Jahrhunderts einſetzenden zweiten größeren Gruppe von Nachrichten über die Meſſen von Chalon auch der Name Brüſſel. Die Hauptſtadt Brabants hatte inzwiſchen bereits ſeit langem eine durchaus führende Rolle in der niederländiſchen Tuchinduſtrie erlangt. 1359, 1367 und 1369 werden Kaufleute von Brüſſel auf den Meſſen von Chalon erwähnt[17]. 1372 und 1380 wird Tuch von Brüſſel bei den Einkäufen für den burgundiſchen Hof auf den Meſſen aufgeführt[18]. Ungefähr gleichzeitig erfolgten auch immer wieder Ankäufe von Brüſſeler Tuch durch den herzoglichen Hof in Dijon, ſo 1387, 1388, 1389 und 1390[19].

Die dritte große Tuchſtadt des Brabanter Induſtriegebiets, Löwen, wird in Chalon nur ein einziges Mal erwähnt. 1357 lieferte ein Kaufmann von Löwen dort Tuch an den päpſtlichen Hof[20]. Weitere Tuchorte Brabants ſind in Chalon ſogar nur mittelbar nachzuweiſen: ſo wurde für den Papſt 1354 in Chalon Tuch von Dieſt eingekauft[21], und 1391 wurde in Dijon Tuch von Lier gehandelt[22]. Es iſt aber natürlich durchaus wahrſcheinlich, daß die Tuchſtädte Brabants alle den Weg nach Chalon gefunden haben. Das gilt ganz ſicher von Antwerpen, das freilich mehr als größte Handelsſtadt Brabants Bedeutung hatte als durch ſein Tuchgewerbe.

Insgeſamt ſind alſo die beiden großen Tuchlandſchaften der Niederlande, Flandern und Brabant, getreue und ſehr wichtige Beſucher der Meſſen von Chalon geweſen. Ihrer eigenen Entwicklung entſprechend hat zunächſt Flandern auf der burgundiſchen Meſſe die Hauptrolle geſpielt, im 14. Jahrhundert aber Brabant. Die erſt im 15. Jahrhundert richtig aufkommende neue große Tuchinduſtrie von Holland hat ſelbſtverſtändlich in Burgund in unſerm Zeitraum keine Bedeutung mehr erlangt. Dagegen können wir es als ſicher annehmen, daß der Kreis der niederländiſchen Beſucher der Meſſen von Chalon größer geweſen iſt, als wir heute wiſſen. Darauf weiſt u. a. die Tatſache hin, daß Herzog Philipp der Gute 1443 neben den Kaufleuten von Brabant und Flandern und den aus den franzöſiſchen Provinzen Artois, Hennegau und Namur auch die von Limburg und Antwerpen zum Beſuch der Meſſen anwies[23].

Zeitlich können wir die Niederländer in Chalon nachweiſen, ſobald die genaueren Nachrichten über die dortigen Meſſen überhaupt einſetzen, d. h. ſeit etwa 1280. Es iſt aber anzunehmen, daß die Niederländer mindeſtens ſchon im frühen 13. Jahrhundert, wenn nicht bereits im 12. dorthin gezogen ſind. Sie ſind auch bis in die Spätzeit der Meſſen getreue Beſucher geblieben. Wenn allerdings 1443 der Herzog von Burgund die Kaufleute ſeiner niederländiſchen Provinzen anweiſen muß, die Meſſen von Chalon bei ihren Fahrten auf die Genfer Meſſen ebenfalls zu beſuchen, da das keine Verzögerung oder Behinderung ihrer Geſchäfte bedinge, ſo zeigt das mit aller Deutlichkeit, daß damals für die Niederlande Chalon bereits völlig hinter dem mächtig aufſtrebenden Genf und ſeinen Meſſen zurückgetreten iſt.

---

[15] Laurent: Choix de documents. Nr. 47.

[16] Proſt II/412, 477, 565 und 67.

[17] Laurent Nr. 28, 29 und 30.

[18] Proſt I/291, 298; II/77.

[19] Proſt II/316, 403, 04, 10, 41, 55, 84, 536, 65, 75, 77, 78, 94.

[20] Schäfer 668.

[21] Schäfer 552.

[22] Laurent Nr. 37.

[23] Touſſaint 61.

Über den Warenumſatz der Niederländer auf den Meſſen wiſſen wir nichts, als daß ſie dorthin in allererſter Linie mit ihren Tuchen gezogen ſind. Sie erſchloſſen ſich damit Burgund, ſeine Nachbarlandſchaften und überhaupt das ganze ſüdliche Einzugsgebiet der Meſſen von Chalon für ihren Tuchabſatz. Dieſer Handelszweig war ſo wichtig, mannigfaltig und umfangreich, daß er überhaupt an der Spitze der Meßgeſchäfte in Chalon ſtand und daß neben ihm wohl alle andern Handelsgeſchäfte der Niederländer in Burgund verhältnismäßig unbedeutend waren. Natürlich haben die niederländiſchen Kaufleute in Chalon auch Einkäufe gemacht, die aber nicht näher zu faſſen ſind. Die niederländiſche Einfuhr aus Burgund iſt aber ſicher gegenüber der Ausfuhr dorthin ſehr ſtark abgefallen.

Der Verkehr der Niederländer auf den Meſſen iſt für ſie ſehr wichtig geweſen und bildet einen bezeichnenden Ausſchnitt aus der allſeitigen Ausdehnung des Geltungsbereiches der niederländiſchen Induſtrie und des niederländiſchen Handels. Für die Meſſen von Chalon ſelbſt aber bildete der Verkehr der Niederländer eine der Lebensadern und iſt aus der Entwicklung und dem Geſamtbild der Meſſen einfach nicht wegzudenken.

Die Deutſchen auf den Meſſen

Ganz anders ſteht es mit dem Verkehr der Deutſchen auf den Meſſen von Chalon. Er iſt keine Selbſtverſtändlichkeit geweſen. Er knüpfte nicht an einen auch ſonſt bereits beſtehenden großen Handelszug an, wie das beim Meßverkehr der Italiener und Niederländer in den umfaſſenden Beziehungen zwiſchen dem niederländiſchen Tuchgebiet und Italien der Fall war. Es wäre zwar an und für ſich durchaus denkbar geweſen, daß auch der bequeme Weg durch die Burgundiſche Pforte und längs den ſchiffbaren Flußläufen der Saône und der Rhone zum wichtigen Handelsweg zwiſchen Deutſchland und dem Mittelmeergebiet hätte werden können. In Marſeille, in Arles, in Aigues-Mortes, in Montpellier, Narbonne oder auch Barcelona hätte man ja einen vollwertigen Anſchluß an den Mittelmeerhandel gefunden. Tatſächlich iſt aber der deutſche Kaufmann dieſen Weg nicht in größerem Umfange gegangen, und auch der Südfranzoſe hat auf ihm den Anſchluß an das deutſche Wirtſchaftsgebiet nicht geſucht. Die Deutſchen haben vielmehr den Zugang zum Handelskreis des Mittelmeers und des Orients faſt ausſchließlich in Italien erſtrebt und gefunden. Der Weg über die Alpen war zwar ſchwieriger als der durch die Burgundiſche Pforte und das Rhônetal, aber dieſe größeren Schwierigkeiten ſind offenbar durch die von alters her beſtehenden kulturellen und politiſchen Beziehungen zwiſchen Deutſchland und Italien mehr als aufgewogen worden. So umfaſſend und wichtig denn auch bis zum Ende des Mittelalters die deutſch-italieniſchen Wirtſchaftsbeziehungen waren, ſo ſpärlich und unbedeutend war bis zum 14. Jahrhundert der deutſche Handel mit Südfrankreich. Zudem weiſt alles darauf hin, daß ſich dieſe geringen Beziehungen in erſter Linie auf dem Straßenzug durch das ſchweizeriſche Mittelland, dann durch Savoyen und die Dauphiné abgewickelt haben.

Man muß alſo ſchon annehmen, daß die Deutſchen die Meſſen von Chalon gerade ſo wie die Meſſen der Champagne durchaus ſelbſtändig aufgeſucht haben. Sie fanden dort Tuche aus den Niederlanden und Waren des Mittelmeergebiets und konnten dafür die durch ihren Zwiſchenhandel laufenden Oſtwaren und die Erzeugniſſe des eigenen raſch erſtarkenden Wirtſchaftsgebiets abſetzen. Als Abſatzgebiet kamen dabei Burgund und ſeine Nachbarlandſchaften im engern Sinn, wie überhaupt das ganze Einzugsgebiet der Meſſen in Betracht. Dieſes Meßgeſchäft war für die Deutſchen wirtſchaftlich nicht ſo deutlich vorgezeichnet wie für die Niederländer durch den Druck ihrer Ausfuhrinduſtrie. Es kennzeichnet dafür die damals vorhandene Unternehmungsluſt des deutſchen Kaufmannes, die ihn über alle Grenzen ſeines Wirtſchaftsgebietes hinaus den Fernhandel betreiben ließ.

Die früheſte Nachricht über die Deutſchen in Chalon finden wir gleich in der erſten eingehendern Quelle über die Meſſen, dem ſog. kleinen Zollbuch, aus den Jahren 1277—1281 ſtammend. Hier wird verzeichnet, daß „ly Alemant" in dem „Hauſe an der Saône" ihre Waren zum Verkaufe ſtellen. Es ſind dort zwanzig Verkaufsſtände vorhanden, was einen Beſuch der Meſſe durch eine größere Anzahl von Deutſchen beweiſt. Als Waren, die die

Deutſchen verkaufen, werden nur Tuche aus Deutſchland genannt[24]. Die Verzeichnung dieſes offenbar landsmannſchaftlich geſchloſſenen Auftretens der Deutſchen an einer hervorſtechenden Stelle und in einer beſtimmten Sonderſtellung weiſt darauf hin, daß um 1280 der deutſche Anteil am Meſſegeſchäft eine gewiſſe Bedeutung erlangt haben muß.

In der Folge vergeht dann faſt ein Jahrhundert, bis wir wiederum von den Deutſchen auf der burgundiſchen Meſſe etwas vernehmen. Das iſt aber gar nicht verwunderlich, da wir für die Zwiſchenzeit überhaupt faſt keine Aufſchlüſſe über dieſe Meſſe beſitzen. Mit der zweiten, nach der Mitte des 14. Jahrhunderts einſetzenden Gruppe von Nachrichten über die Meſſe ſetzen auch die Angaben über die Beteiligung der Deutſchen am Meſſehandel wieder ein. Nur begegnen uns dieſe Deutſchen jetzt nicht mehr als landsmannſchaftliche Gemeinſchaft, ſondern es tauchen jetzt einzelne Kaufleute auf. So finden wir 1367 unter den Mietern von Meßſtänden je einen Kaufmann von Köln und von Bern[25]. 1369 begegnet ferner in der Meſſerechnung ein Colinet Deſtrabourt, alſo ein Straßburger[26].

Wir ſehen demnach im Meſſegeſchäft einmal die Kaufleute aus der Schweiz vertreten, wohin übrigens 1370 auch eine ausdrückliche Einladung zum Meſſebeſuch ergangen iſt[27]. Wenn einzig Bern als Herkunftsort eines Kaufmanns genannt wird, ſo iſt das ſicher ein Zufall. Es wird ja aus der franzöſiſchen Schweiz auch einzig ein Kaufmann aus Genf 1367 als Meſſebeſucher erwähnt, während 1369 die Einladung zum Meſſebeſuch u. a. nach Lauſanne und Vivis in der Waadt und nach St. Maurice im Unterwallis ergeht, ferner 1384/85 nach Genf[28]. So dürfen wir annehmen, daß auch Kaufleute anderer deutſchſchweizeriſcher Städte, vor allem aus Baſel, nach Chalon gezogen ſind. Die zweite deutſche Landſchaft, die im burgundiſchen Meſſehandel erwähnt wird, iſt das Elſaß mit ſeiner Hauptſtadt Straßburg, dem bedeutendſten Wirtſchaftsmittelpunkt am Oberrhein. Das dritte Teilſtück des deutſchen Wirtſchaftsgebiets, das wir in Chalon vertreten finden, iſt der Niederrhein mit Köln, damals ganz unbeſtreitbar dem wichtigſten Wirtſchaftspunkt in ganz Weſtdeutſchland. Dazu wäre noch Lothringen mit ſeiner Hauptſtadt Metz zu erwähnen. Von dort erſcheint 1367 ein Kaufmann auf der Meſſe von Chalon[29].

Damit ſind unſere wenigen Nachrichten über den Meßverkehr der Deutſchen in Chalon in dem freilich überhaupt ſehr beſchränkten Quellenſtoff über die Meſſen erſchöpft. Sie können in ihrer Vereinzelung und in der Zufälligkeit ihrer Überlieferung nur eine Andeutung dafür geben, was der deutſche Meſſehandel in Burgund einmal geweſen iſt. Dieſe Andeutung erfordert ein Hineinſtellen in einen größeren Rahmen, wenn ſie überhaupt einen Wert haben ſoll. Sie zeigt uns zunächſt, daß die Deutſchen während der eigentlichen Blütezeit der Meſſen in Chalon verkehrt haben, und legt dieſen Verkehr für ein volles Jahrhundert feſt. Es iſt aber durchaus wahrſcheinlich, daß angeſichts des Standes des deutſchen Meſſehandels um 1280 bereits eine längere Entwicklung vorhergegangen ſein muß. Der deutſche Meſſehandel iſt alſo jedenfalls älter, als wir heute noch beweiſen können, vielleicht ſogar ganz weſentlich älter. Er wird auch nach 1370 angedauert haben, ſo lange die Meſſen von Chalon eine größere Bedeutung beſaßen. Im 15. Jahrhundert wird er jedoch kaum mehr weſentlich geweſen ſein, da man doch ſonſt in den nunmehr zahlreichen, eigenen Quellen des deutſchen Wirtſchaftsgebiets irgendeinen Niederſchlag davon hätte finden müſſen. Daß wir dagegen aus dem 13. und 14. Jahrhundert nur Nachrichten aus Burgund haben, kann bei der Spärlichkeit der Quellen zur Wirtſchaftsgeſchichte im deutſchen Wirtſchaftsgebiet jener Zeit nicht befremden.

Über die Zuſammenſetzung der deutſchen Kaufleute in Chalon beſitzen wir nur ganz wenige Angaben. Nach ihnen haben die wirtſchaftlich hervorſtechendſten Landſchaften in Weſtdeutſchland am Handel in Burgund teilgenommen. Es iſt aber anzunehmen, daß ungefähr die gleichen deutſchen Landſchaften ihre Kaufleute nach Burgund geſchickt haben, die auch am Meſſegeſchäft in der Champagne beteiligt waren. Dabei wird der Norden abgeſehen vom Rheinland angeſichts ſeiner Handelsbindung an die Niederlande ausgefallen ſein, während der Süden entſprechend ſeiner bequemen Lage zu Burgund ſtärker hervorgetreten ſein wird.

---

[24] Touſſaint 160. [25] Touſſaint 74. [26] Touſſaint 184. [27] Touſſaint 51.

[28] Touſſaint 74, 75 und 51. [29] Laurent Nr. 29.

Über die von den Deutſchen in Chalon gehandelten Waren haben wir nur die einzige Angabe von 1280, die ſich bloß auf den Abſatz und nicht auf den Einkauf bezieht. Hier wird deutſches Tuch, d. h. grobes Grautuch erwähnt, das wir auch im Handel mit der Champagne vertreten finden. Wir dürfen als ſicher annehmen, daß dazu die Leinwand des Bodenſeegebiets gekommen iſt, die in der Champagne eine ſo bedeutungsvolle Rolle geſpielt hat. Die 1238 in Marſeille nach Syrien zur Verſchiffung gelangende deutſche Leinwand[30] kann ja ebenſogut über Chalon wie über die Champagne nach Südfrankreich und damit in den Mittelmeerhandel gelangt ſein. Als weitere Waren deutſcher Herkunft ſind wohl nach Burgund Kupfer, Silber und andere Metallwaren gegangen, dazu durch deutſche Vermittlung aus dem Oſten Pelzwerk, Wachs uſw. Bezogen haben die Deutſchen in Chalon jedenfalls niederländiſche Tuche und Erzeugniſſe des Mittelmeergebiets, dazu natürliche franzöſiſche Erzeugniſſe, die nicht näher feſtzulegen ſind.

Das Bild des bis jetzt überhaupt unbekannten deutſchen Handels auf den Meſſen von Chalon iſt ſo im großen ganzen ein verkleinertes, bedeutend weniger gut bekanntes Gegenſtück zu dem Bild, das wir uns von der Tätigkeit des deutſchen Kaufmanns auf den Meſſen der Champagne machen können. Der Verkehr in Burgund iſt wohl immer für Deutſchland weniger wichtig geweſen als der in der Champagne, durchaus entſprechend dem Geltungsbereich der Meſſen. Er hat aber länger angedauert, weil die Meſſen von Chalon diejenigen der Champagne ja weit überlebt haben. Er iſt damit ein weiteres bezeichnendes Beiſpiel für die Rührigkeit des deutſchen Kaufmanns im Außenhandel in den Jahrhunderten des raſchen Aufſtiegs der deutſchen Wirtſchaft im Spätmittelalter.

Sonſtige deutſche Beziehungen mit Burgund im Spätmittelalter

Mit dem Erlöſchen der Meſſen von Chalon iſt Burgund weitgehend aus dem Geſichtskreis der deutſchen Wirtſchaft verſchwunden, genau ſo wie das in der Champagne ſchon ein Jahrhundert früher der Fall geweſen war. Nur in einigen wenigen Punkten iſt trotzdem noch eine gewiſſe Verbindung mit dem deutſchen Wirtſchaftsgebiet erhalten geblieben.

Einmal hat die Nachbarſchaft immer Wirtſchaftsbeziehungen mit dem deutſchen Grenzgebiet bewirkt. Das galt für die ſüdliche Freigrafſchaft und dann für den unmittelbar vor der Burgundiſchen Pforte gelegenen Landesteil. In erſter Linie zog das burgundiſche Salz von Salins und St. Hippolyte Kaufleute aus der Schweiz und dem Oberelſaß an. Freiburg, Bern, Biel und Solothurn im ſchweizeriſchen Mittelland haben ſich teilweiſe mit burgundiſchem Salz verſorgt und zwar nachweisbar mindeſtens ſeit dem 14. Jahrhundert. Schon in dieſen weſtſchweizeriſchen Gebieten machte ſich jedoch der Wettbewerb des bayriſchen und tiroliſchen Salzes ſo ſtark bemerkbar, daß ſelbſt hier das burgundiſche Salz nie unbeſchränkt Meiſter war. Weiter nach Oſten iſt burgundiſches Salz in die Schweiz nur in Ausnahmefällen gedrungen. Immerhin war der Weg nach Salins für die weſtſchweizeriſchen Orte wohlbekannt und viel begangen. Ebenſo unterhielt Baſel einen lebhaften Salzhandel aus Burgund und ihm iſt jedenfalls das Oberelſaß gefolgt. Im übrigen ſind Handelsbeziehungen vor allem von Baſel, von Straßburg, aber auch von andern oberrheiniſchen Städten mit Mömpelgard, Lure und andern burgundiſchen Grenzſtädten bekannt, ebenſo Handelsbeziehungen der Städte des ſchweizeriſchen Mittellandes mit den Grenzgebieten der burgundiſchen Pforte und bis nach Biſanz (Beſançon). Umgekehrt haben die Kaufleute der burgundiſchen Grenzgebiete den Handel mit Baſel, mit Straßburg und auch mit den Meſſen von Frankfurt gepflegt. So ſind Bürger von Mömpelgard auf den Meſſen von Frankfurt von 1357 weg öfters nachzuweiſen, teils in den Frankfurter Gerichtsbüchern, teils durch Straßburger Quellen. 1414 iſt ferner auch ein Kaufmann aus Biſanz auf der Frankfurter Meſſe feſtzuſtellen[31].

Sonſt aber iſt Burgund wirtſchaftlich Wege gegangen, die es mit dem deutſchen Wirtſchaftsgebiet ſelten zuſammenführten. Seine hervorragendſte wirtſchaftliche Leiſtung, der berühmte Weinbau, hat ja erſt viel ſpäter überhaupt in Deutſchland Beachtung gefunden. Im Mittelalter hat der Burgunder angeſichts der ſtarken Stellung des Elſäſſerweins nicht ins deutſche Wirtſchaftsgebiet einzudringen vermocht.

---

[30] Blancard L.: Documents inédits sur le commerce de Marseille au moyen-âge. Marſeille 1885. I/316, 372, 376, 398.

[31] Stadtarchiv Frankfurt, Schöffengerichtsbücher von 1357—1460, ſowie Heiligenbücher von 1414. — U. B. Straßburg V 572 und VI 1008.

Durch dieſe Wirtſchaftsbeziehungen und die politiſchen Verbindungen ſind ſelbſtverſtändlich auch eine Anzahl Einzelwanderungen zwiſchen Burgund und dem deutſchen Sprachgebiet veranlaßt worden. Eine gewiſſe Einwanderung aus Burgund iſt in Baſel im 14. und 15. Jahrhundert feſtzuſtellen. In Mömpelgard kennen wir durch das Bürgerbuch, das 1308 einſetzt, eine Anzahl deutſcher Zuwanderer aus dem Elſaß, der Schweiz und ſelbſt aus Schwaben und vom Mittelrhein. Dieſe Zuwanderung bleibt aber bis etwa 1550 zahlenmäßig durchaus unbedeutend, trotzdem Mömpelgard ſeit 1407 im Beſitze der Grafen von Württemberg ſtand[32]. Dieſe Tatſache zeigt, daß die Sprachgrenze für die Wanderungen eine ſtarke Hemmung war. Einen guten Beleg dafür bietet ein Vorfall aus dem Jahre 1499: Bei der damaligen Abſchnürung der Schweiz von Süddeutſchland durch den Schwaben- oder Schweizerkrieg und den dadurch bedingten Ausfall des ſüddeutſchen Salzes für die Schweiz verſuchte die Stadt Zürich wie andere eidgenöſſiſche Orte den Salzbedarf in Salins zu decken. Sie wandte ſich deshalb an Bern, das die Vermittlung mit Burgund übernommen hatte, und erſuchte dort vor allem um die Stellung eines Begleiters „der ſprach konnend" für den Zürcher Beauftragten, alſo eines Dolmetſchers![33] Man darf hier im Süden die Bevölkerungsverſchiebung durch Wanderungen über die Sprachgrenze hinweg nicht überſchätzen. Es iſt ſo auch nach meiner Kenntnis in keiner burgundiſchen Stadt im Mittelalter zur Bildung einer richtigen deutſchen Kolonie gekommen.

Das innere Burgund iſt durch die politiſche Verbindung der Niederlande mit dem burgundiſchen Herzogshaus vom Ende des 14. Jahrhunderts weg noch einmal in eine kulturell deutlich faßbare und jedenfalls auch wirtſchaftlich zum Ausdruck kommende engere Beziehung zu den Niederlanden gekommen. Wir können feſtſtellen, daß ſeit dieſer Zeit ſich in der burgundiſchen Hauptſtadt Dijon eine eigentliche niederländiſche Künſtlerkolonie gebildet hat, die ſich um den berühmten Namen von Klaus Sluter gruppiert. Kunſthandwerker und überhaupt Handwerker aller Art ſchloſſen ſich an. Dieſe niederländiſche Zuwanderung hat in der burgundiſchen Kunſtgeſchichte tiefe Spuren hinterlaſſen[34]. Sie hat jedoch den Sturz Burgunds zu Ende des 15. Jahrhunderts nicht weſentlich überdauert. Deutſchland iſt mit Burgund erſt in ſpäterer Zeit wieder in bedeutſame Beziehungen getreten, als die Hochſchule von Dôle vom 16. Jahrhundert weg ſehr zahlreiche deutſche Studenten anlockte. Dieſe Dinge alle gehören aber in einen andern Zuſammenhang hinein.

---

[32] Marchtaler in den Familiengeſchichtlichen Blättern 30 (1932).

[33] Schnyder W.: Quellen zur Zürcher Wirtſchaftsgeſch. Zürich 1937. II/989.

[34] Laurent H.: La draperie des Pays-Bas en France et dans les pays méditerranéens. (12.—15. s.) Paris 1935. S. 177.

Die Stellung der ſchleſiſchen Baukunſt in der oſtdeutſchen Architektur des Mittelalters

Eine Skizze von Hans Tintelnot, Breslau

Mit 3 Bildtafeln

Die Forſchung zur Architekturgeſchichte des Deutſchen Mittelalters hat der Baukunſt Schleſiens bisher nur geringe Aufmerkſamkeit geſchenkt — ganz zu unrecht: ſtellt doch die ſchleſiſche Architektur der Gotik eine ſehr eigentümliche, ſtammesmäßig gebundene und große Gruppe im Raume der oſtdeutſchen Kunſtlandſchaften dar. Schleſiens kulturgeſchichtliche und kulturpolitiſche Bedeutung als Bollwerk eigenſtändigen deutſchen Kunſtſchaffens an des Reiches Grenze, als Brücke deutſcher Kultur nach dem Oſten und ſomit als einer der ſtarken Arme, die das mittelalterliche Königreich Polen von ehedem wie die jüngſt geſchlagene Republik kulturell umklammert hielten, beruht nicht zuletzt auf dieſer Geſchloſſenheit als Kulturraum und Kunſtlandſchaft ſeit dem hohen Mittelalter. Die Wichtigkeit dieſer Tatſache iſt von jeher überſehen worden und wird leider noch heute in kunſtgeſchichtlichen Darſtellungen vielfach überſehen.

Wie ſteht nun Schleſien zu den übrigen Kunſtlandſchaften öſtlich der Elbe, was bedeutet es unter ihnen? Was verdankt die ſchleſiſche Baukunſt den anderen Architekturgruppen des Oſtens, und wie nimmt ſie ſich in ihrer eigenen künſtleriſchen Leiſtung während des Mittelalters darunter aus? Wann, wie und wo reifen die oſtdeutſchen Bauſchulen? Wann erreichen ſie ihre höchſte Fruchtbarkeit — und: Wann kommt Schleſiens Zeit?

Zwei große Epochen haben das geſchichtliche und ſomit auch das kunſtgeſchichtliche Erſcheinungsbild des deutſchen Oſtraumes geprägt: die Zeit der Sachſenkaiſer, vornehmlich Ottos d. Gr. und Ottos III. mit der Ausbildung der oſtdeutſchen Marken, der Gründung des Erzbistums Magdeburg und der Bistümer Brandenburg (949), Havelberg (946), Poſen (968) und Gneſen (1000) ſowie die Zeit der hochmittelalterlichen deutſchen Oſtbewegung im 13. und 14. Jahrhundert, die von der Hanſe, dem deutſchen Orden und den bäuerlich-bürgerlichen Siedlerſtrömen getragen wurde. Der erſte dieſer beiden Zeitabſchnitte fällt in die Blüte des romaniſchen Stiles. Die Biſchofsſitze, vorgeſchoben bis Plock an der Weichſel, waren die Keimzellen für die Ausſtrahlung der weſtdeutſchen, beſonders der ſächſiſchen Bauſchulen. Ihre Auswirkungen finden wir bis nach Poſen und Gneſen. Auch die Magdeburger Gußhütte war ebenfalls ſoweit wirkſam, wie die Prachttüren von Gneſen und Plock/Nowgorod oder etwa der Löwenkopf von Czerwinſk beweiſen[1]. Trotzdem iſt es bei der dünnen deutſchen Beſiedlung des gewaltigen Gebietes zwiſchen Elbe und Weichſel nicht zu einem vollen Anſchluß an die weſtdeutſche Kulturhöhe gekommen. Aus der Fülle der verſtreuten zahlreichen kleineren Anlagen und den Reſten größerer Bauvorhaben ragen im locker beſetzten weiten Raum vornehmlich Jerichow und in Schleſien das neuerdings wieder recht gewürdigte Trebnitz hervor. Eine Gruppe kleinerer romaniſcher Anlagen iſt vorgeſchoben bis nach Poſen, Hohenſalza und die Gegend um Krakau, ein dichteres Netz, vor allem ſpätromaniſcher Bauten, überzieht Böhmen und Mähren. Um ſo wirkſamer prägt ſich in der zweiten Periode der deutſchen Oſtbewegung die vom Weſten her immer wieder neu genährte Welle der Gotik, des Zeitſtiles auch der Hanſe, des wirkenden, wirkungsbewußten Bürgertums, der Kulturträger und Ziviliſationspioniere aus. An dieſem Höhepunkt deutſcher Kunſtentfaltung ſteht der Oſten nun nicht mehr nur empfangend, ſondern Eigenes gebend und aus eigenen ſchöpferiſchen Kräften künſtleriſch formend neben den alten deutſchen Kulturlandſchaften.

---

[1] Vgl. dazu Dagobert Frey, Deutſche mittelalterliche Kunſt in Maſovien. In: Zeitſchr. d. D. Vereins f. Kunſtw., 7. Bd., 1940, S. 27ff., Abb. 1—3.

Sieben Stämme und Landſchaften ſind es, die den oſtdeutſchen Kunſtraum des Mittelalters bilden: Oſt-Niederſachſen, das Lübiſch-Wendiſche Quartier, Pommern, die Mark, das Ordensland (Oſt- und Weſtpreußen mit dem Wartheland), Schleſien und Böhmen. Bis auf Böhmen ſind ſie alle Gebiete der reinen Backſteingotik. Auch in Schleſien herrſcht trotz gelegentlicher Vorliebe für den Hauſtein der Backſteinbau vor. Drei ſoziale Gruppen ſind die Träger der Baugründungen in dieſen Gebieten: die Geiſtlichkeit, d. h. vornehmlich der oſtſiedelnde Ziſterzienſerorden, die Ritterſchaft und ſchließlich und hauptſächlich das deutſche, in den nördlichen Landſchaften meiſtens hanſiſche Bürgertum. Die Bautätigkeit der Biſchöfe iſt gegenüber anderen deutſchen Landſchaften gering und an die oftmaligen Neu- bzw. Umbauten der Kathedralkirchen gebunden (Breslau, Brandenburg, Gneſen). Die Schloß- und Wehrbauten der Ritterſchaft — heute meiſt nur noch als Ruinen — treten im Oſtraum künſtleriſch weit zurück hinter den Bürgerbauten; nur im Ordensland beherrſchen ſie die geſamte Bautätigkeit jener Zeit, ja zwingen die Werke der Geiſtlichkeit und des Bürgertums unter die ſtiliſtiſche Gefolgſchaft ihrer herriſch-herrlichen Architekturformen. Das charakteriſtiſche Geſicht der öſtlichen Städte jedoch wird geprägt durch die Planungen ihrer Bürger: durch die regelmäßige Stadtanlage mit zentralem Markt-„Ring“ und durch die Rathäuſer, Bürgerhäuſer, Wehrbauten und Befeſtigungen, aber auch die großen ſtädtiſchen Pfarrkirchen, hinter denen die Biſchofskirchen meiſtens zurücktreten.

Die Städte des ſog. „wendiſchen Quartiers“, des Gebietes am Oſtſeerand von Lübeck bis Wismar und Greifswald, ſtehen alleſamt unter dem Eindruck der hanſiſchen Baukunſt, ſo wie ſie ſich in dem monumentalen Bau der St.-Marien-Kirche, des großen lübiſchen Stadtmünſters, ausgewieſen hatte. Die große Backſteinbaſilika in ihrer erſtmaligen, reinen, man möchte ſagen klaſſiſchen Form, mit Kapellenkranz aber ohne Querſchiff, wirkt ſich gegen das Ende des 13. Jahrhunderts im ganzen Oſtſeeraum aus und befruchtet noch den Dombau von Riga in der erſten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Im wendiſchen Quartier ſind querſchiffloſe Hauptbeiſpiele der unmittelbaren Nachfolge der Dom zu Schwerin, St. Nikolaus in Stralſund, St. Marien und St. Nikolai in Wismar. Überall wurden dieſe ſchlichten, ſehr ſtolz und ſteil gerichteten, recht lang gezogenen Baſiliken ringsum begleitet von gleichförmig gereihten Strebebogen, die die Satteldächer der lang das Mittelſchiff umziehenden Seitenſchiffe überſpannen. Im Gegenſatz zu den Beiſpielen weſtlicher Strebewerke erheben ſich auf ihren Widerlagern keine Fialen und Bündeltürmchen. In zahlreichen Veränderungen hat man das lübiſche Schema der Baſilika zu wandeln verſtanden — mit einem nur in dieſem deutſchen Landſchaftsraum anzutreffenden Adel der Erfindung. Das Kapellenſchema wird bisweilen fortgelaſſen und der Chorſchluß dann einfach polygonal oder gar flach gebildet: ſo bei St. Jacob in Roſtock, dem in gelbem Backſtein aufgeführten Hauptbeiſpiel dieſer Nachfolge, bei St. Nicolai in Greifswald und St. Jacob in Stralſund. Nach 1400 aber ging man in den Städten des wendiſchen Quartiers vielfach zur Anlage kreuzförmiger Baſiliken über. Damit tritt an Stelle der gleichlaufenden Zügigkeit ein neues Gefühl für plaſtiſchere Durchbildung des Kirchenleibes und optiſche Bereicherung der Baugruppe auf. Wuchtig greift der Kirchenkörper jetzt auch ſeitlich aus, gewaltige Querriegel ſprengen Schiff und ruhigfließende Dachlinie. Durch oftmals völliges Verzichten auf die Strebebögen wirken dieſe Bauten hochgereckt, unnahbar-ernſt über dem Stadtgewinkel, aus dem ihre ſteilen Querſchiffaſſaden optiſch ſo ſelbſtändig emportauchen. Dann wiederum wirken ſie breit und würdig, unter ihrem Schutze ducken ſich gleichſam die Häuſer. Mit ſo reichen Ausdrucksmöglichkeiten ſteht beſtimmend im Stadtbilde St. Marien in Stralſund, St. Georgen in Wismar, St. Marien in Roſtock (mit Kapellenkranz).

Ein gleiches gilt von den Rathäuſern im wendiſchen Quartier. Auch bei ihnen bahnt ſich ſchon bald dieſe eigenartige Paarung von verhaltenem Ernſt und prächtigem Stolz an, erſtmalig in Lübeck, wo eine mächtige Schauwand, von lanzenartigen Türmen unterbrochen, die Dächer verdeckt. Dieſe repräſentative Schauwand über ſtrenger Faſſadenordnung wird dann in Stralſund zu einer monumentalen ſteinernen Spitzenwand, mit köſtlichem Filigranmuſter, durch das man die Türme der Stadtkrone St. Marien rot erglühen ſehen kann.

Das ans lübiſche angrenzende niederſächſiſche Gebiet, weſtlich der Elbe das lüneburgiſche und altmärkiſche Land mit einſchließend, kennt andere Formen. Stark tritt hier ein ſtammesmäßiger Unterſchied hervor: der Binnenſtamm, angewieſen auf das weite, flache Land, die heimatliche Scholle: der nicht küſtenfahrende Bürger neigt weniger zum Jähen, Gewaltigen, Monumentalen als zum Behäbigen, Standfeſten, Beruhigten. Die Schiffe ſeiner Kirchen trotzen nicht übers Meer dahin, ſondern ruhen in der Landesweite. Daher liebt er die Hallenkirchen in ihrer gefeſtigten, breitgelagerten Ruhe. An Stelle der ſcharfen Richtungsbetonung in den wendiſch-hanſiſchen Baſiliken treten Geräumigkeit und Durchblicke nach allen Seiten. Alle Gewölbe lagern breit und ſchwer auf runden und achteckigen Pfeilern: ſo in der Johanneskirche in Lüneburg (Abb. 17), ſo im Dom und in der weitläufigen Marienkirche von Stendal, in den breit lagernden Kirchen von Tangermünde und Salzwedel (Abb. 16).

Wie Oſt-Niederſachſen ſo iſt auch die Mark Brandenburg ein ausgeſprochenes Binnenland. Beide Gebiete ſtellen die älteſten Kulturlandſchaften im Bereiche der Backſteinländer und der oſtdeutſchen Stämme dar. Beide vermitteln zwiſchen den verſchiedenen Landſchaften des Oſtraumes, grenzen aneinander in weiter Ebene, beeinfluſſen und befruchten ſich ſchließlich auch gegenſeitig. So neigt denn verwandtſchaftlich die Mark Brandenburg zur Halle, zum ſchwer deckenbelaſteten, dämmrigen Raum, zur breiten, gewaltigen Dachbildung. Trotzdem zeigt die Mark gegenüber Niederſachſen, aber auch gegenüber allen anderen Oſtlandſchaften Eigenſchaften, die ihre ſtammesmäßige Einheit erweiſen. Eine ſeltene Gedankenfülle und ein wuchernder Reichtum von Einzelformen im Schmuckwerk kennzeichnet die märkiſchen Bauten: Formſteine, Muſter, Krauſen, Spitzen und Roſetten, ein ſtändiges Durchziehen und Durchgliedern der Architektur mit runden, gedrehten und abgeſtuften Formſteinſtreifen und Liſenen. Die Giebel der Bürgerhäuſer, vor allem die Staffelgiebel der Rathäuſer, werden reich bekrönt, z. B. in Tangermünde (Abb. 15). Sogar die Giebel an den Wehrbauten, den Tortürmen (Neuruppin, Stendal, Neubrandenburg) werden reizvoll durchmuſtert, wobei immer wieder die ſehnig geſpannte Senkrechte, die pauſenloſe Betonung der vorherrſchenden Vertikale auffällt, die den behäbig flachen Giebeldreiecken Auftrieb und innere Energie aufzuzwängen ſcheint. Dieſe kontraſtreiche Sehnigkeit, dieſes Straffen über prallem Leib, hat bei den Kirchenbauten dazu geführt, ſtatt der äußeren Wandſtreben, wie ſie in der deutſchen Gotik und auch im Backſteingebiet faſt allgemein üblich ſind, doppelte Liſenenſtreifen ſtraff über bauchige Chorrundungen und breitflächig ſtarke Langhauswände zu legen. Abwechſlungsvoll werden ſie durchbrochen vom Geblinker glaſierter bunter Ziegel, von kleinen Niſchen und zierlich umrandeten Feldern. Die Freude an ſchmuckreicher Aufteilung krafterfüllter Flächen und energieausſtrömender Bekrönungen tritt ſo recht hervor in der Pracht der Giebel (St. Marien in Neubrandenburg). Gewaltige, marktbeherrſchende Schauflächen von komplizierter Aufteilung und Rhythmiſierung, von ſpannungsvoller Feinheit in der Zier können daraus werden, wie im mächtigen Oſtgiebel von St. Marien in Prenzlau (um 1460, Abb. 14). Aber auch liebliche und geiſtvolle, mannigfach durchſtreifte Giebelchen wie Filigrankrauſen können ſo über Kapellen, Sakriſteien und Anbauten entſtehen, die ſich an die großen Kirchenleiber drücken und in ihrer raſſigen Sehnigkeit und phantaſievollen Zartheit im wirkungsvollen Kontraſt zur Derbheit der Baumaſſe ſtehen. Die Kapelle des heiligen Blutes an der Südſeite der Katharinenkapelle in Brandenburg iſt ſolch ein Formwunder. Sie ſtammt von dem uns namentlich bekannten Baumeiſter Hinrik Brunsberg, dem Hauptſchöpfer dieſer Kirche und einer ganzen Baugruppe, die ſich bis weit ins Wartheland auswirkt (Marienkapelle in Poſen). Eine merkwürdige nordiſche Polarität zwiſchen Binnenländiſch-Bodenſtändigem, Deftigem, aus ländlichem Stamm erwachſen, und Weltläufig-Klugerſonnenem, Elegantem, eine reife, materialgerechte, eben „backſteinerne" Formauswahl und Gewandtheit im Techniſchen treten hier auf. Sie zeigen Stamm und Landſchaft vor allen anderen in der Lage, das weſtlich ſandſteinerne Zier- und Krabbenwerk der hohen und ſpäten Gotik ins Märkiſche backſteingerecht zu übertragen, nein, neu zu formen, ohne falſch zu verſtehen oder gar ſchwach im falſchen Werkſtoff zu kopieren.

Daneben wirkt der Formſchatz Pommerns karg. Die Beruhigtheit, das gleichbleibend Unauffällige ſind Eigenheiten der pommerſchen Kunſt. Entweder maſſige Hallenkirchen mit viel einfachem Flächenſchmuck oder kurze Baſiliken mit kräftigem Chor und niederen dicken Türmen kennzeichnen das Land. Es iſt weniger dem Fremden aufgeſchloſſen. Die zahlreichen

Hauptkirchen dieſer Landſtädte: Köslin, Schlawe, Stolp, Pyritz ähneln einander mehr als je die Hauptbauten einer anderen Landſchaft. Nur St. Jacob in Stettin fällt ſeinen Dimenſionen nach aus dieſer Verwandtenreihe ſowie St. Marien in Stargard wegen ſeiner nicht ganz verſtandenen, völlig alleinſtehenden Überſetzung weſtlicher, recht international beeinflußter Baſilikatypen ins Pommeriſch-Solide, Ungrazile, wobei Stadtlage, Ausmaße und Innenraum immer wieder imponieren. In Kolberg ſchließlich überzeugt der Dom mit ſeinem breiten, weſtwerkartigen Bruſtſchild von einem Turmmaſſiv, das ſich vor die gedrungene, fünfſchiffige, faſt quadratiſche Halle ſchützend ſtellt — in dieſem Beharren in Kraft und Breite, in dieſem ſtarken Daſtehen pommerſches Weſen in aller Ungebrochenheit auch am Rande der Oſtſee verratend. Gleichzeitig aber drückt dieſer Bau etwas typiſch Deutſches in der Spätgotik aus: die Neigung zum Richtungsloſen, zur raumweiten Halle, wie ſie ſich ähnlich etwas ſpäter etwa in der ſtammesmäßig ebenſo gefeſtigten Baukunſt Weſtfalens am Beiſpiel von St. Maria zur Wieſe in Soeſt zeigt.

Schließlich das Ordensland. Am weiteſten vorgeſchoben gegen den Oſten, am ſchöpferiſchſten in der künſtleriſchen Auswertung ſeiner Bauaufgaben iſt es — neben der Mark — wohl auch am ſtärkſten beteiligt an der Durchdringung des polniſchen Raumes mit deutſchem Kunſtſchaffen. Dominierend iſt auch hier die Baukunſt. Die Herausbildung eines immer wieder variierten Burgentypus durch den Oſten gehört zu den imponierendſten „Sonderleiſtungen" der Baukunſt des deutſchen Mittelalters. Es handelt ſich um einen im Norden neuartigen Burgentyp, der in etwa die Anlagen klöſterlicher Konvente mit der quadratiſchen oder rechteckigen Grundform des italieniſchen Kaſtelltyps vereinigt: eine durchaus neue Form des Wehrbaues alſo, die geeignet war, das Gelände zu beherrſchen, von den flachen Anhöhen des Weichſellaufes aus genau ſo wie in den Niederungen des Warthelandes. Die Ordensburgen in ihrer ausgereiften Form ſtellen im Gegenſatz zu den Höhenburgen des deutſchen Südens und Weſtens Anlagen dar, die beſonders gut nach Zweckmäßigkeitsgeſichtspunkten durchorganiſiert werden konnten, da ſie nicht von den Terrainunterſchieden eines bergigen Geländes abhängig waren. Wie Claſen nachwies, hat ſich aus dem anfänglich bevorzugten Syſtem der Abſchnittsburg hier im Ordensland langſam eine vollkommene Verbindung zweier nach Tradition und Aufgabe völlig verſchiedener Baugattungen ergeben [2]. Die Komtureien und Ordenshäuſer mußten ſowohl Ritterkaſernen und Stützpunkte ſein als auch Kapitelſäle und Kapellen beherbergen. Sie mußten alſo die Gepflogenheiten frommer Konvente mit wehrhafter Ordnung in ſich vereinigen. Im Äußeren ſpricht ſich das Nationale dieſer Anlagen zunächſt in der kubiſchen Geſchloſſenheit ihrer meiſtens kurzrechteckigen Gebäudemaſſive aus. Ungebrochen ruhige, die Gegend ſchon im äußeren Eindruck beherrſchende Anlagen von trutzigem Ernſt ſind es geweſen. Die ritterliche Entſchloſſenheit zum vorgeſchobenen Wehrpoſten dieſer Art hat auch im Formalen ihren Ausdruck gefunden: es gibt wenig Einzelzier, dafür eine großzügige Aufteilung des Baukörpers in Blenden oder rautenförmige Netze aus glaſierten Ziegeln innerhalb des Mauerverbandes. Von ausgewogenſter Harmonie iſt ſtets das Verhältnis der hohen Kapitelſaal- und Kapellenfenſter zur Wandfläche des Kaſtellkerns, aus der ſie klar und unprofiliert herausgeſchnitten werden. Bewunderungswürdig ſind immer wieder die Ecklöſungen dieſer Baukörper: entweder ragende, ſelbſtändige ſchlanke Turmmaſten oder aufgeſetzte Wehrtürmchen, eingebunden in den Zinnenkranz. Schwetz, Mewe, Gollub und vor allem Rheden zeigen dieſen ſtreng ſymmetriſchen Bauumriß. In Lochſtedt, Braunsberg, Königsberg und Allenſtein kommt es ſchon zu reicheren Baugruppen, mit ſtattlichen Arkadenhöfen und iſoliert ragenden Bergfriedbauten. Der prächtigſte Sitz des Ordens, die Marienburg, ſtellt dann die Verbindung zweier Kaſtelle, der Ordenskaſerne des Unterſchloſſes mit dem Hochmeiſterpalaſt dar, wobei ein reich ausgebildetes Syſtem von Verteidigungsanlagen die räumlich architektoniſche Verbindung der nunmehr zu reicher optiſcher Geſamtwirkung entwickelten Baugruppe herſtellt. Hier in Marienburg werden auch einmalig die Remter und Kapellen im Außenbau beſonders kenntlich gemacht, durch riſalitartige Bildungen nämlich, reiche Anwendung des Hau- und Formſteines für Zierglieder und ein beſonders behandeltes, weites Fenſterſyſtem, das den Innenräumen jenen diaphanen Wandcharakter verleiht. Der Geiſt ritterlicher Strenge herrſcht im großen wie im kleinen. Die wohlüberlegte Ordnung dieſer Ordensbauten gibt Impulſe zu einer überaus kraftvollen, neuſchöpferiſchen Architekturhaltung im geſamten Backſteinbau.

---

[2] Karl-Heinz Claſen, Entwicklung, Urſprung und Weſen der Deutſchordensburg. In: Jahrb. f. Kunſtwiſſenſchaft, hrsg. v. E. Gall, 1926. — Derſ., Die mittelalterl. Kunſt im Gebiete des Deutſchordensſtaates Preußen, Bd. 1, Die Burgenbauten, Königsberg 1927. — Als allgemeiner Überblick über die Entwicklung der nordoſtdeutſchen Backſteinarchitektur mag als Ergänzung dieſer Skizze dienen K. H. Claſen, im Handbuch der Kunſtwiſſenſchaft, Band „Gotiſche Baukunſt", Abſchn.: Die norddeutſche Backſteingotik, Potsdam 1930, S. 119f. — G. Dehio, Geſchichte d. Deutſchen Kunſt, Bd. II., S. 311ff.

Es leuchtet ein, daß bei der beherrſchenden Stellung des Ordens ſeine Bauten im wirtſchaftlichen Getriebe der Koloniſtenſtädte und ſomit auch in deren Stadtbilde nicht ohne Einfluß blieben. Der Orden beeinflußte die Baukunſt des Bürgertums, das in ſeinem Schutze groß wurde. Bei dem Charakter des deutſchen Ordens als einer geiſtlichen Ritterſchaft mußten ſich auch Wechſelbeziehungen zur kirchlichen Baukunſt ergeben. Die Stadtbaukunſt des deutſchen Ordenslandes iſt im Zuſammenwirken aller dieſer Kräfte zu ganz einzigartigen Löſungen gekommen. Am wunderbarſten zeigt ſich dieſe neue künſtleriſche Leiſtung heute noch im Stadtbilde von Thorn. Der Burghügel dominiert, er trennt beinahe ſymmetriſch Altſtadt und Neuſtadt am Weichſelufer, deren Stadtkrone wiederum die beiden ſchönſten Kirchen der Ordensſtädte, St. Johann und St. Jacob, ſind. Beide Gemeindekirchen ſind ſchlanke und klare Hallen, ganz anders als die märkiſchen empfunden, und ſtehen für den Typ der ordensländiſchen Stadtkirchen. Sicherlich ſpiegelt ſich im Bevorzugen der Hallenkirche im Ordensland auch der ſtilbildende Anteil des weſtfäliſchen Siedlertums wider, er iſt bis hoch in das Baltenland neben ſtetigen niederländiſchen Einflüſſen zu verfolgen; im Ordensland hat ſich die Baſilika gegenüber der Halle nicht durchgeſetzt[3]. Die rationale, eindeutige und auf monumentale Flächengliederung bedachte Haltung des Ordensburgenſtils wirkt ſich entſcheidend im Thorner Rathaus (Abb. 13) aus, dem nach Dehio „kein mittelalterliches Rathaus an Größe der Abmeſſungen und Macht der Erſcheinung gleichkommt", ein Zeugnis des kräftigen Selbſtbewußtſeins der Stadtgemeinde. Hier iſt der Kaſtelltyp der Ordensburgen für den monumentalen Zweckbau abgewandelt. Auch die rieſigen Blenden ſind vom Ordensbau übernommen und zum ſtreng ſkandierenden Rhythmus der Faſſade geworden. Darüber hinaus zeigen auch andere bauliche Einzelmotive, daß Gepflogenheiten der Ordensbaukunſt zum ſtilbildenden Element für die ganze preußiſche Landſchaft werden, auch dort, wo neben dem Bürgertum die Geiſtlichkeit Bauherr war.

Im Kirchenbau ſind die eckbekrönenden Türme und Türmchen dem Ordensbau entnommen. Sie finden ſich ſchon in Pelplin, kennzeichnen den ritterhausartigen Dom von Frauenburg auf ſeinem burgengleich ausgebauten Berge, werden bei der Barockiſierung des Thorner Rathauſes voller Nachempfindung wieder aufgenommen und bereichern die prächtige Dachzone des rieſenhaften Bauleibes der Marienkirche zu Danzig. Dieſe Kirche ſtellt unſtreitig nicht nur die gewaltigſte und überraſchendſte Geſtaltwerdung eines ſtadtbeherrſchenden, dabei zu jedem einzelnen Straßenausſchnitt ſo ungemein beziehungsvollen Bürgerbaues dar, ſie iſt auch gleichzeitig die vollkommenſte Verbindung der beiden Grundprinzipien im kirchlichen Bauſchema Norddeutſchlands. In langem Bauprozeß unter Verwendung älterer Bauteile iſt die Marienkirche vornehmlich im 15. Jahrhundert entſtanden, bis die Durchdringung erreicht war: das ſpäte kreuzförmige Grundrißſchema des wendiſchen Quartiers verbindet ſich mit der weiten dreiſchiffigen Halle. Einmalig, aus hanſiſchem Geiſt, entſtand hier die Konzeption eines dreiſchiffigen Querhauſes, eines Hallen-Querhauſes! Gemeſſen an der Monumentalität dieſes Baues und ſeiner Dachbekrönung, ſeiner lichten, abwechſlungsvollen Innenraumgeſtaltung mit zahlloſen Durchblicksmöglichkeiten wirken die weiter vorgeſchobenen Dome und Kirchenbauten im Ordensland beſcheiden. Trotzdem müſſen Kulm, Kulmſee und vor allem Königsberg als eine Trias erwähnt werden, Hallen mit ſchweren Faſſaden voller Putzblendenſchmuck (beſonders der düſtere Dom von Königsberg). Zu den Sonderleiſtungen dieſes Oſtgebietes iſt ſodann die Ausbildung des Sterngewölbes zu rechnen, das im Ordensbau und im Kirchenbau gleichzeitig und erſtmalig hier in der deutſchen Baukunſt auftritt und iſoliert weitergebildet wird (Pelplin 1300, Gollub 1310, Marienburg 1325). Burmeiſters Anſicht, daß es ſich hier um engliſche Einflüſſe in einer doch ſo eigenſchöpferiſchen Baugruppe handele, hat Dehio als „entbehrlich" gekennzeichnet, wird aber von Claſen neuerdings ebenſo vertreten[5a].

---

[3] Vgl. dazu: Karl Gruber, Der niederländiſche Einfluß in der Baukunſt des Deutſchordenslandes Preußen. In: Deutſches Arch. f. Landes- und Volksforſchung, 1. Jg. 1937, S. 715ff. Dort auch Hinweiſe über die Ausbreitung des ſüdd. Laubenhauſes über Schleſien nach Preußen.

Damit wären die ſtiliſtiſchen Stammeseigentümlichkeiten der Baukunſt in den nördlichen und nordöſtlichen Nachbarlandſchaften dürftig und in groben Zügen umriſſen. Die Baukunſt dieſer Gebiete war eine materialgerecht durchformte, einzigartig aus den landſchaftlichen Bedingungen ſich entwickelnde reine Backſteingotik. Ein neues Material brachte hier neue künſtleriſche Gedanken und eine neue ethiſche Haltung zum Ausdruck. Wie ſteht es nun mit den weſtlichen und ſüdweſtlich benachbarten mittelalterlichen Kulturlandſchaften an Schleſiens Grenze? Mit der Lauſitz und Sachſen, mit Böhmen und Mähren und mit deren ſtammesmäßigem Ausdruck in der baukünſtleriſchen Haltung?

Die Architektur in der Lauſitz hat wenig ausgeprägte Stammeseigentümlichkeiten. Es fehlen entſcheidende baukünſtleriſche Unternehmungen. Schon deshalb vermiſſen wir greifbare Einflüſſe auf die Nachbargebiete; ja, man kann ſagen, daß die Grenze zwiſchen der Lauſitz und dem alten Kerngebiet der Mark kunſttopographiſch nicht genau zu ziehen iſt. Bei dieſer Gelegenheit ſei darauf hingewieſen, daß in dem dünnbeſiedelten reinen Agrargebiet die wendiſche Stammesſubſtanz ſo lange und ſtark erhalten geblieben iſt, ſo daß vielleicht hierin ein Grund für die gewiſſe Gehemmtheit in der Ausbildung und Übernahme weſtlicher Bauprinzipien anzunehmen iſt.

Der hervorragendſte Bau, die Peterskirche in Görlitz, gehört eng zur Baugruppe Oberſachſens und Böhmens, die Tätigkeit Wendel Roßkopfs, Schüler des hochbedeutenden Prag-Kuttenberger Meiſters Bened. Ried, ja, das gelegentliche Einziehen eines Urteils jenes großen Meiſters von ſeiten der Görlitzer Bürgerſchaft beweiſen dies zur Genüge[5]. Im engen Zuſammenhang mit dieſem Schulverhältnis ſteht der in der Spätgotik ſo bedeutſame oberſächſiſche Raum mit ſeinen gewaltigen, neuartigen deutſch-ſondergotiſchen Hallen von Annaberg, Schneeberg, Zwickau und Pirna mit ihren kunſtvollen, neuen Netzgewölben. Er konnte ſich nicht mehr im weiteren Oſten auswirken: abgeſehen von der örtlichen Entfernung war der zeitliche Kulminationspunkt der Oſtkoloniſation damals ſchon überſchritten. Schleſiens große Bürgerbauten ſtanden, als man dort rege wurde. Nur zu Böhmen iſt es infolge der kunſtgeographiſchen Situation zu engerer Wechſelwirkung gekommen. Fehlen Beziehungen Schleſiens zur Lauſitz, alſo zur Brücke von Oberſachſen zum Oſten ganz, ſo beſteht da, wo Schleſien direkt mit einem vorgeſchobenen Oſtraume in Verbindung ſtand, über das Erzgebirge mit Böhmen, ſofort ein engerer Austauſch.

Böhmen, ein Land, das weſtwärts und gen Norden und Südweſten von den Höhen der Sudeten und des Erzgebirges und Böhmerwaldes eingefaßt wird, nimmt eine ausgeſprochen eigenartige, ganz beſondere ſtiliſtiſche Stellung unter den deutſchen Kunſtlandſchaften ein. Die künſtleriſche Leiſtung des Deutſchtums iſt hier um ſo höher einzuſchätzen, als ſie ſich über einem niemals ganz eingedeutſchten, vielmehr ſtets von tſchechiſchen Kräften durchſetzten Kulturniveau erhob. Böhmen unter den Luxemburgern ſtellte ein ſo großes und tragfähiges Oſtterritorium dar, das baukünſtleriſche Impulſe wohl zu halten vermochte, zumal wenn ſie außer von einem bedeutenden Bürgertum von der zentralen kulturellen Keimzelle eines großen Hofes getragen wurden, wie ihn von jeher die Prager Reſidenz darſtellte. Dieſer zentrale Hof fehlte allen übrigen Oſtlandſchaften: Brandenburg war lange ohne feſte Hofhaltung, wurde eine Zeitlang bekanntlich von Prag her regiert (1373—1415), dem Ordensland erſetzte ſie in etwa der Hochmeiſterſitz Marienburg, der aber mit ſeiner in erſter Linie militäriſch-religi-

---

[4] Vgl. Georg Dehio, Geſchichte der Deutſchen Kunſt, Bd. II, S. 70 u. S. 77ff. — Vgl. dazu W. Burmeiſter, Norddeutſche Backſteindome, Berlin, 1930.

[5] Vgl. Thieme-Becker, Bd. XX. — Lutſch, Verzeichn. d. Kunſtdenkm. d. Prov. Schleſien, Bd. 3, S. 635ff.; vgl. beſ. S. 672.

[5a] Vgl. K. H. Claſen: Deutſchlands Anteil am Gewölbebau der Spätgotik. In: Zeitſchr. d. Vereins f. Kunſtw., 7. Bd., 1937, S. 169ff.

öſen Ausrichtung nicht den Sammelpunkt internationaler Kultur darſtellen konnte wie das den europäiſchen Kunſtzentren und Handelswegen viel näher gelegene Prag. Schleſien beſaß unter den zahlreichen Piaſtenlinien ebenfalls keine große Hofhaltung, auch war das Lehnsverhältnis wieder nicht vergleichbar mit der Souveränität von Prag. Dieſe Stadt war unter Karl IV. ſogar Reichszentrum, geiſtlicher und geiſtiger Mittelpunkt (Univerſität ſeit 1348), Schnittpunkt und Ausgangsbaſis eines Handelsſtraßenſyſtems und ſomit nicht nur allein durch die ſchon betonte weſtliche Orientierung des Herrſcherhauſes der Luxemburger unmittelbar der Geſittung und Verfeinerung des Südens erſchloſſen. Auch kirchenpolitiſch beſtanden weſtliche Bindungen: die Biſtümer Prag (gegr. 973) und Ölmütz (gegr. 1063) waren Suffragane von Mainz, was ſich zweifellos in der kirchlichen Baukunſt ausgewirkt hat. Das alles hat der böhmiſchen Gotik immer neue, ja „moderne" Stileigentümlichkeiten vermittelt, ſo daß ſie, vor allem auf dem Gebiete der feinen Steinmetzkunſt ſich alsbald auf der Höhe internationaler Hüttenkunſt bewegte, weniger alſo von unten nach oben als von oben nach unten eine betonte Stammeseigenart entwickelte und Beiſpiel und Formgut von der Höhe des höfiſchen Kulturkreiſes um Karl IV. abgab. So zeigt die böhmiſche Kunſt häufig etwas Eklektiſches. Köln, Mainz und das Rheinland waren genau ſo beteiligt bei der Bildung dieſes reich verfeinerten Stiles wie Gmünd und Schwaben durch die Familie Parler, Frankreich durch Matthias von Arras, den erſten Dombaumeiſter von Prag, und das Ungardeutſchtum durch den Meiſter von Clauſenburg mit ſeinem Bildwerk des Hl. Georg auf dem Hradſchin[6]. Schon das iſt bezeichnend, daß hier aus dem höfiſchen Umkreis die Künſtler namentlich bekannt ſind. An die Stelle der Anonymität der Koloniſtenmeiſter, untertauchend im Strome der Oſtſiedler oder untergeordnet der ſtrengen Zucht des deutſchen Ordens, tritt hier die ſelbſtbewußte Kunſt ausgewählter Individualitäten. Zudem: Böhmen und Mähren ſind faſt überall reich an gutem Geſtein. Das Land war vorherbeſtimmt für den Hauſteinbau. So konnte ſich denn vom Zentrum Prag her eine völlig andersgeartete Kunſt entwickeln als in den nördlichen deutſchen Kunſtgebieten: eine erleſene Hauſteinkunſt, die nicht nur in der abſoluten Bildnerei an Tumben, Büſten und Statuen etwas leiſtete, ſondern im Verlauf der Entwicklung über die Prager Hüttenplaſtik nach Kolin und Kuttenberg, Karlſtein und Olmütz feinſtes Formgut der Parlerſchule übertrug, wie denn überhaupt hier im Parlerkreis bildhaueriſche und baukünſtleriſche Hochleiſtungen in ſeltener Ergänzung zuſammenfallen. So finden wir in den Bauhütten rings um Prag gerade einen Reichtum im Plaſtiſchen, der auf eine ohnehin ſchon im Gegenſatz zum Nordoſten bedeutſame Romanik eine ungemein weltläufige und elegante, eben böhmiſch-gotiſche Formſprache entſtehen ließ. Das franzöſiſch orientierte Baſilikaſchema (mit Kapellenkranz) von St. Veit auf der Königsburg von Prag hat keine Schule gemacht. Die Parlerſchule, mit ihrer Vorliebe für Chormittelpfeiler, hat ſich weiter durchgeſetzt (Kolin, Kuttenberg). Im ſpäteren böhmiſchen Raumtyp, der kurzen Halle, hoch über Rund- und Achteckpfeilern gewölbt (bei Ordenskirchen mit lang herausgeſchobenem Chor), ſpricht ſich ein eigenes Körpergefühl aus. Wir werden ſehen, wie weit Schleſien dieſe Eigentümlichkeiten aufzunehmen verſucht hat.

Es gibt ſehr namhafte deutſche Kunſtgeſchichten, in denen die mittelalterliche Baukunſt Schleſiens überhaupt nicht gewürdigt iſt. Selbſt Dehio hat in ſeiner ſonſt ſo weitſichtig angelegten „Geſchichte der deutſchen Kunſt" dieſes für die Oſtkoloniſation ſo bedeutende und große Gebiet mit einem kurzen Paſſus abgetan, der hier wörtlich wiedergegeben ſei, ſchon um den gegenteiligen Standpunkt zu erhärten: „Außer den drei Hauptgebieten (gemeint ſind die Oſtſeegebiete, die Mark und das Ordensland) gehören dem norddeutſchen Backſteinbau noch Randgebiete (!) an, in denen ſein Stilcharakter ſich mehr oder minder trübt. In Polen erſtrecken ſich ſeine Ausläufer bis Wilna und Krakau. In Schleſien drang er frühzeitig ein, wurde aber meiſtens mit Hauſteindetail durchſetzt. Dasſelbe geſchah am Niederrhein. Wohlhabende und baueifrige Länder ſind ſie beide, doch für die Kunſtgeſchichte haben ſie keine über das Lokale hinausgehende Bedeutung."[7] Das iſt alles. Bei aller hohen Achtung, die wir dem großen Geſchichtsſchreiber der deutſchen Kunſt zollen, lieſt ein Freund des ſchleſiſchen Kunſtgutes das nicht ohne ein gewiſſes ſchmerzliches Empfinden. Man kann zwar ſagen, daß die geſchichtliche Erkenntnis bezüglich der Bedeutung des deutſchen Oſtens zur Zeit der Textfaſſung Dehios noch nicht ſo vertieft war wie heute, wo ganz neue wiſſenſchaftliche und nationale Impulſe unſeren Blick viel unmittelbarer auf Oſtprobleme gelenkt haben. Für uns iſt die deutſche Oſtbewegung eine der Kernfragen deutſch-mittelalterlicher Kunſtgeſchichte, wir ſehen gerade in der Eindeutſchung Schleſiens und in der unerhörten koloniſatoriſchen Leiſtung der Gründung ſeiner 120 Hauptorte doch auch ſoweit eine ethiſch-kulturelle Seite des Deutſchtums, daß wir uns ſchlechterdings nicht vorſtellen können, daß die Baukunſt dieſer neu ſich bildenden Oſtlandſchaft eben gerade in ihrem Eifer um Gründung und Kulturverpflanzung gar nichts Nennenswertes für das künſtleriſche Geſicht des deutſchen Oſtens geleiſtet hätte[7a]. Wenn man, wie Dehio früher, nur das Lokale betont hat und in ſtetem Zurückblicken nach dem Weſten den Niederrhein oder irgendeine andere weſtdeutſche Kunſtlandſchaft heranzieht, ſo wird man Schleſien nicht mit einem derartigen Vergleiche gerecht, auch wenn man die beiderſeitige „Wohlhabenheit" nebeneinander ſtellt. Der Fehler eines derartigen Vergleiches liegt ſchon in folgendem: Während ſich ſeit dem 10. Jahrhundert am Rhein in ſtetigem Wachstum alle Kunſt im beruhigten Schoße Altdeutſchlands weiterentwickeln konnte, ſetzt ihre Pflege in Schleſien erſt nach 1241 voll ein! Die Frage nach der Überzeugungskraft und künſtleriſchen Leiſtung der Baukunſt dieſer Koloniſten, die aus allen deutſchen Stämmen herbeigerufen waren, muß gerechterweiſe anders lauten. Es intereſſiert nicht ſo ſehr, ob etwas entſtand, deſſen Wirkung über Lokales hinausreichte, ſondern ob, wieweit und in welchem Zeitraume ſchon die Neuſiedler in der Lage waren, eine „lokale" Bauſchule überhaupt aufzurichten. Und da geſchieht hier das Außerordentliche: In drei Generationen ſchon iſt eine ſtammesmäßig eigentümliche Bauſchule entſtanden, die Leiſtungen von einer ſolchen Höhe und Ausgeprägtheit hervorbringt, daß ſie den Vergleich mit dem niederrheiniſchen, hannöverſchen, frieſiſchen und niederſächſiſchen Gebiet auch ohne drei Jahrhunderte vorheriger Bautätigkeit durchaus aushalten. Wollen wir die Oſtbeſiedlung wirklich als „eine Volkstat der ſtaufiſchen Zeit ſehen", als eine Leiſtung, „die weit höheren Ruhm im ganzen Volke verdient, als ſie zur Zeit noch genießt" (Pinder), ſo muß die Kunſtgeſchichte aufhören, den Oſtraum in wenigen Seiten zu behandeln (wenn ſie ihn überhaupt behandelt), nur ſtets die Spitzenleiſtungen zu ſehen und den hohen Durchſchnitt des Denkmälerbeſtandes zu mißachten, oder ſich, wie im Falle Schleſiens bisher ſtets geſchah, nur auf die Auswertung der Plaſtik zu beſchränken, ohne gleichzeitig zu fragen (wie das bei der Behandlung etwa Böhmens längſt üblich iſt), was zu gleicher Zeit neben einer anerkannt eigenſchöpferiſchen Plaſtik die Baukunſt zu leiſten vermochte[8]. Wenn wir nun nochmals den Vergleich Dehios mit dem Niederrhein heranziehen, ſo deshalb, weil es für die Wertung des künſtleriſchen Ethos eines Stammes nicht gleich ſein kann, ob ſich ſein Baueifer über einer alten Tradition erhebt oder über den Nöten einer ſich erſt feſtigenden Volksgemeinſchaft wie in Schleſien. Schließlich iſt die dabei notwendige „Wohlhabenheit" nicht ohne weiteres als ſelbſtverſtändliche materielle Grundlage hinzunehmen, ſondern in ihr ſpricht ſich gerade im Oſten etwas von der ungewöhnlichen Tatkraft des Neuſtammes aus. Wenn man weiter vom Vordringen deutſcher Kunſt bis etwa zum Peipusſee, Wilna oder Krakau ſpricht, ſo ſei man auch eingedenk der Landſchaft, die dieſes Vordringen mit vorbereiten half, erinnere ſich der Kulturzange Böhmen—Schleſien—Mark—Ordensland, zwiſchen die Polen geriet, aus der man füglich Schleſien nicht ohne weiteres fortlaſſen kann.

---

[6] Otto Kletzl, Die Deutſche Kunſt in Böhmen und Mähren. Berlin 1941, S. 88 ff. — Oskar Schürer, Prag, 3. Aufl. München 1939; zur Frage der vielſeit. künſtleriſchen und geiſtigen Strömungen das Kapitel „Die Weltſtadt Karls IV", S. 57 ff.

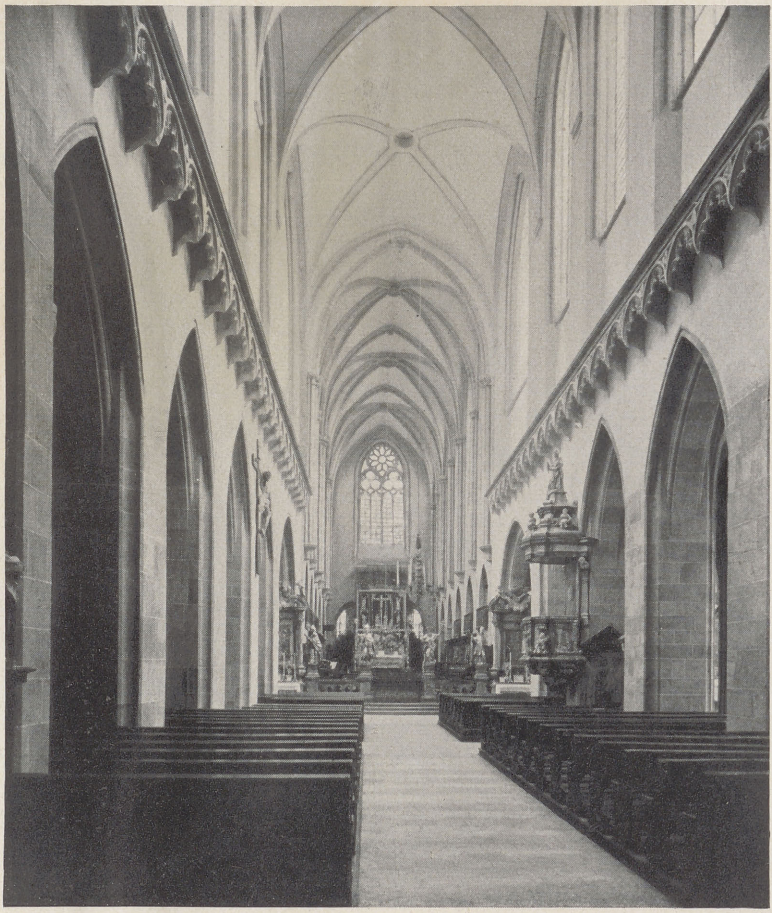
[7] Dehio, a. a. O., Bd. II, S. 78.

Worin beruht nun die künſtleriſche Eigenheit Schleſiens, und wie drückt ſie ſich in den Werken der Baukunſt aus? Schleſien wurde von Siedlergruppen aus den verſchiedenſten deutſchen Stämmen beſiedelt. Während am Oſtſeerand der weſtfäliſche und niederſächſiſche Anteil überwog und demzufolge bis nach Riga hinauf auch in formalen Einzelheiten der Bau-

---

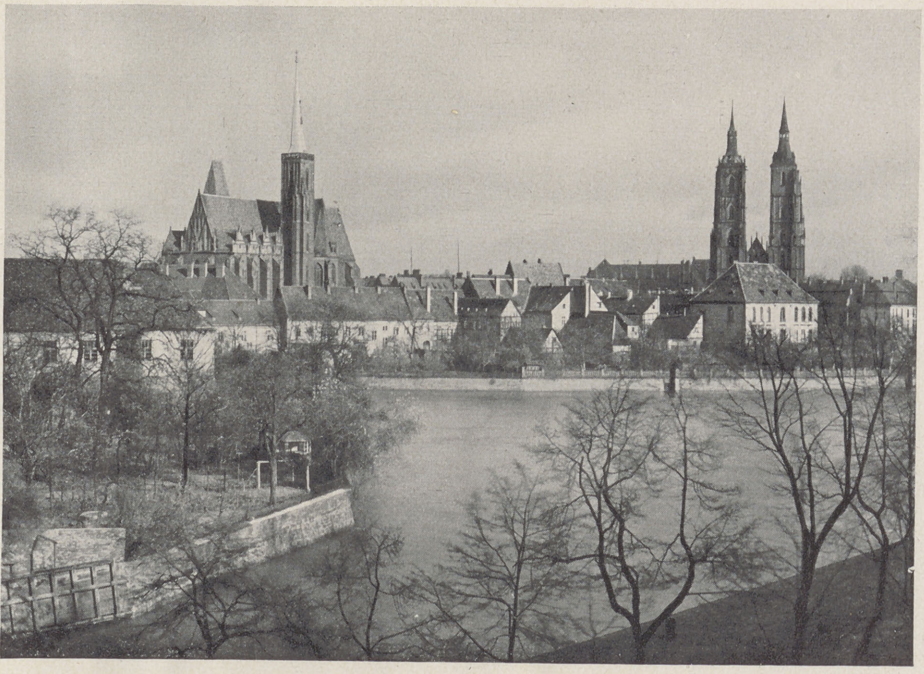
[7a] Vgl. H. Aubin, Geſchichte Schleſiens, I, S. 344ff.

[8] Während die ſchleſiſche Plaſtik bei Pinder (Handb. d. Kunſtw.) und Erich Wieſe (Die Schleſiſche Plaſtik v. Beg. d. 14. bis z. Mitte d. 15. Jhs., Leipzig 1923) ausführlich behandelt wurde, ſtand für die Baukunſt bis zu den Anfängen neuerer Forſchungen in den letzten Jahren nur der ſummariſche Überblick in Grieſebachs Kunſt in Schleſien, Berlin 1926 zur Verfügung.



Aufn. H. Klette

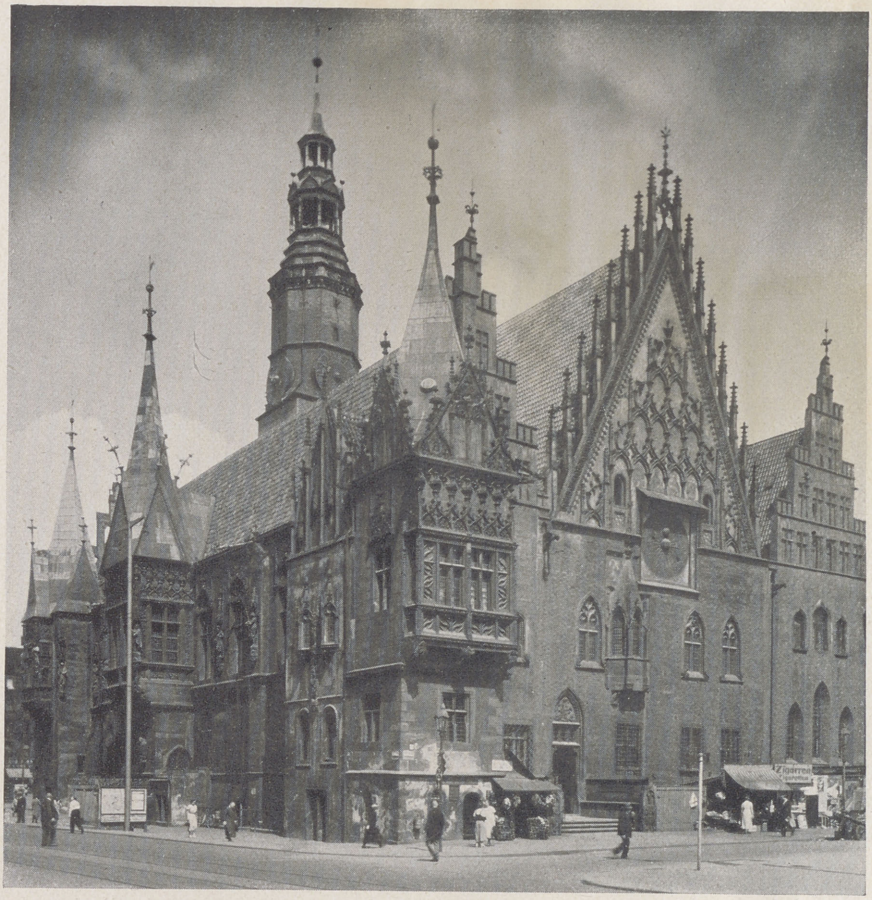
Abb. 1. Breslau, Dom



Aufn. Hein

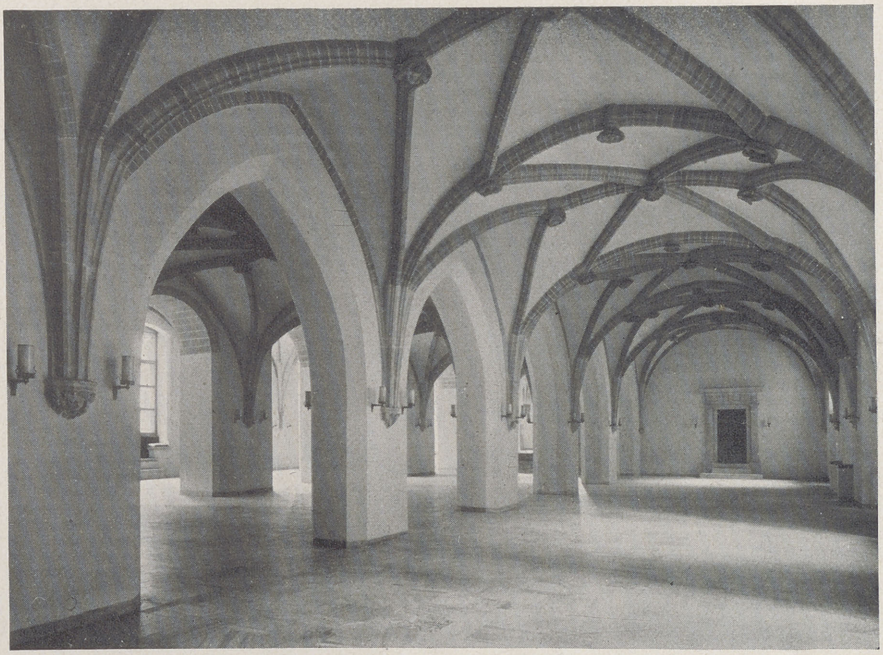
Abb. 2. Breslau, Dominſel
(links Kreuzkirche, rechts Domtürme)

Verlag von S. Hirzel in Leipzig



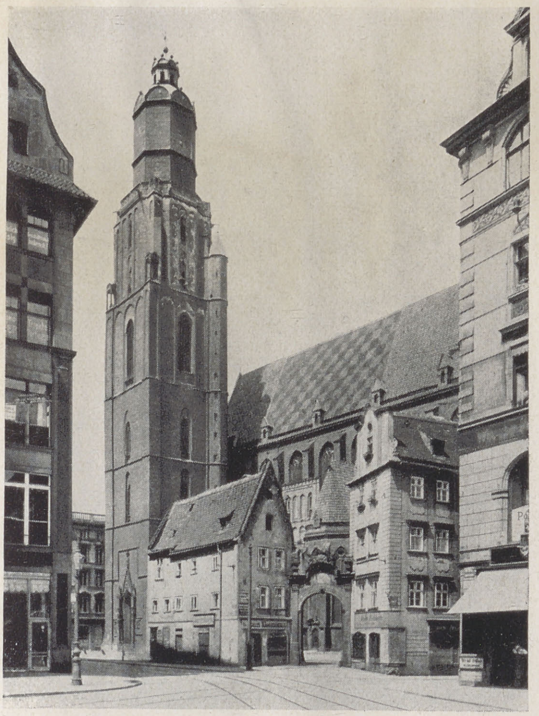
Aufn. H. Klette

Abb. 3. Breslau, Rathaus



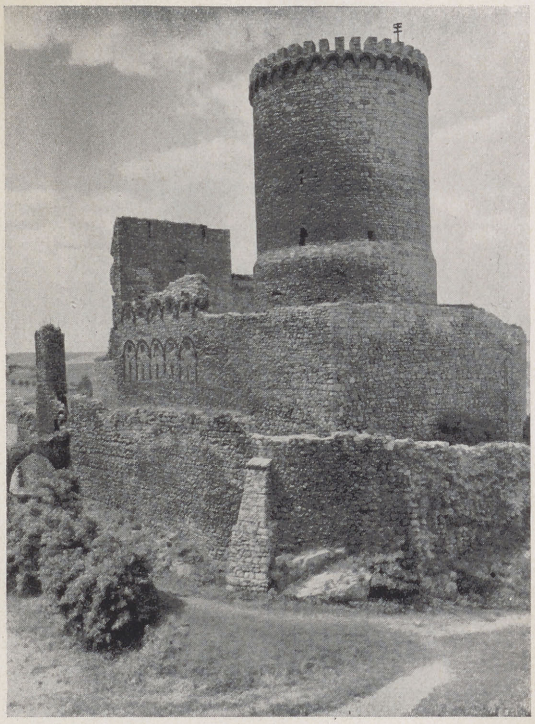
Aufn. H. Klette

Abb. 4. Breslau, Rathaus (Remter)



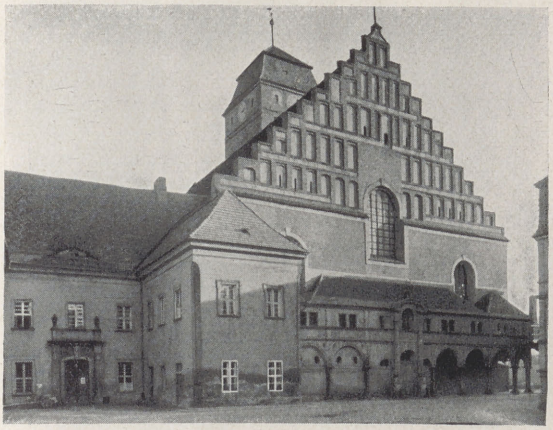
Aufn. Staatl. Bildſtelle

Abb. 5. Breslau, Eliſabethkirche von SO.



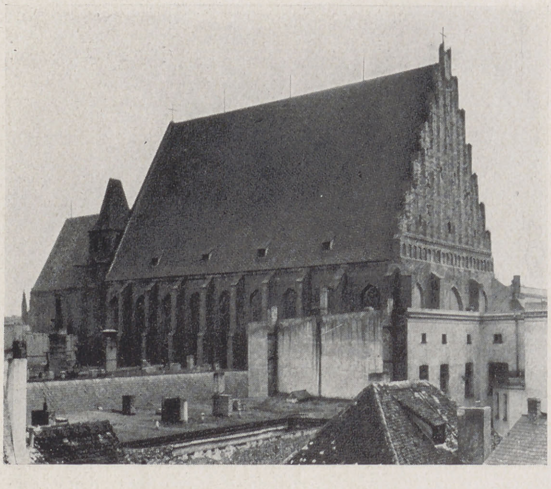
Aufn. Renate Heſſe

Abb. 6. Burgruine Bendsburg



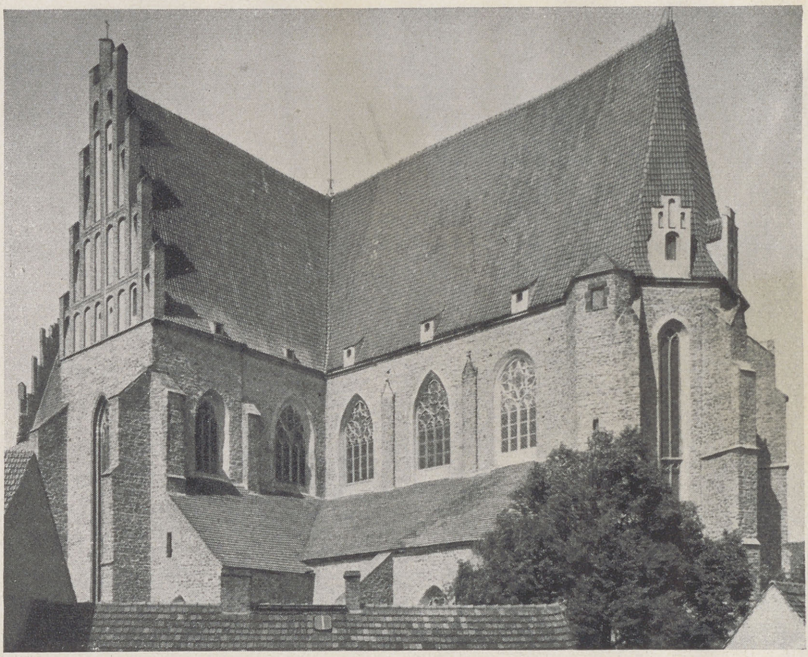
Aufn. H. Klette

Abb. 7. Sagan, Kath. Pfarrkirche



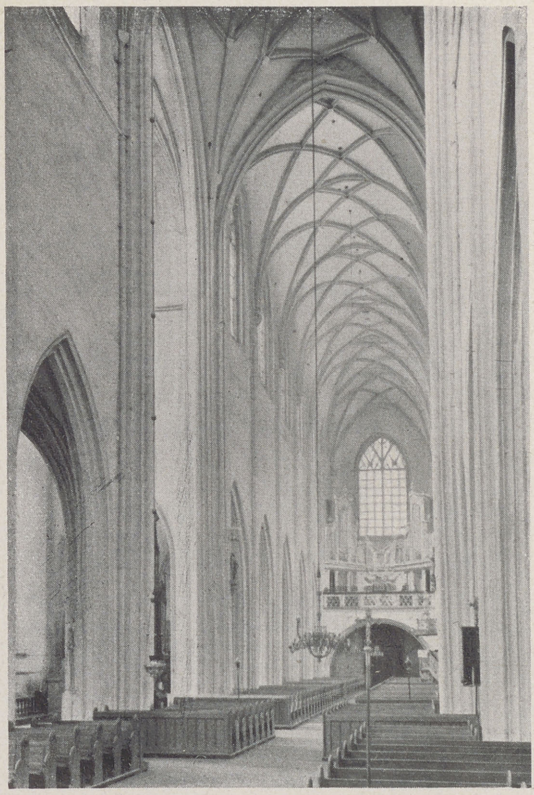
Aufn. H. Klette

Abb. 8. Breslau, Dorotheenkirche



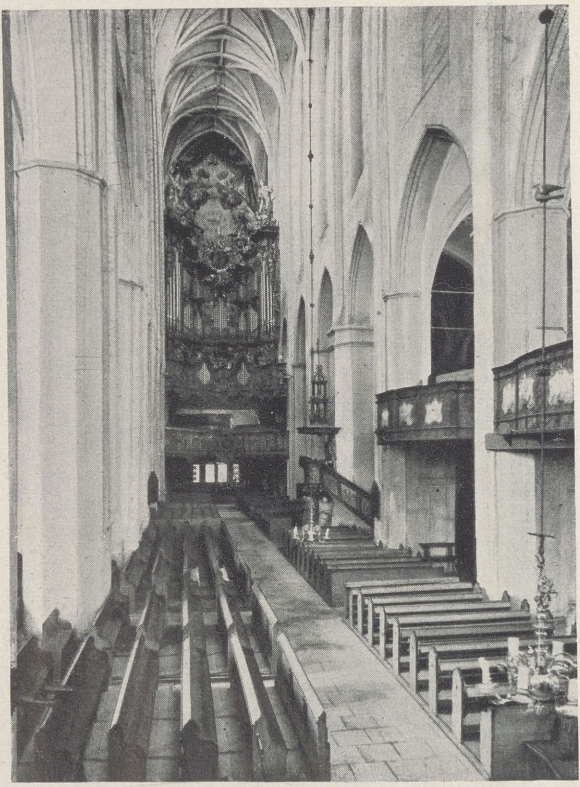
Aufn. Renate Heſſe

Abb. 9. Striegau, Pfarrkirche



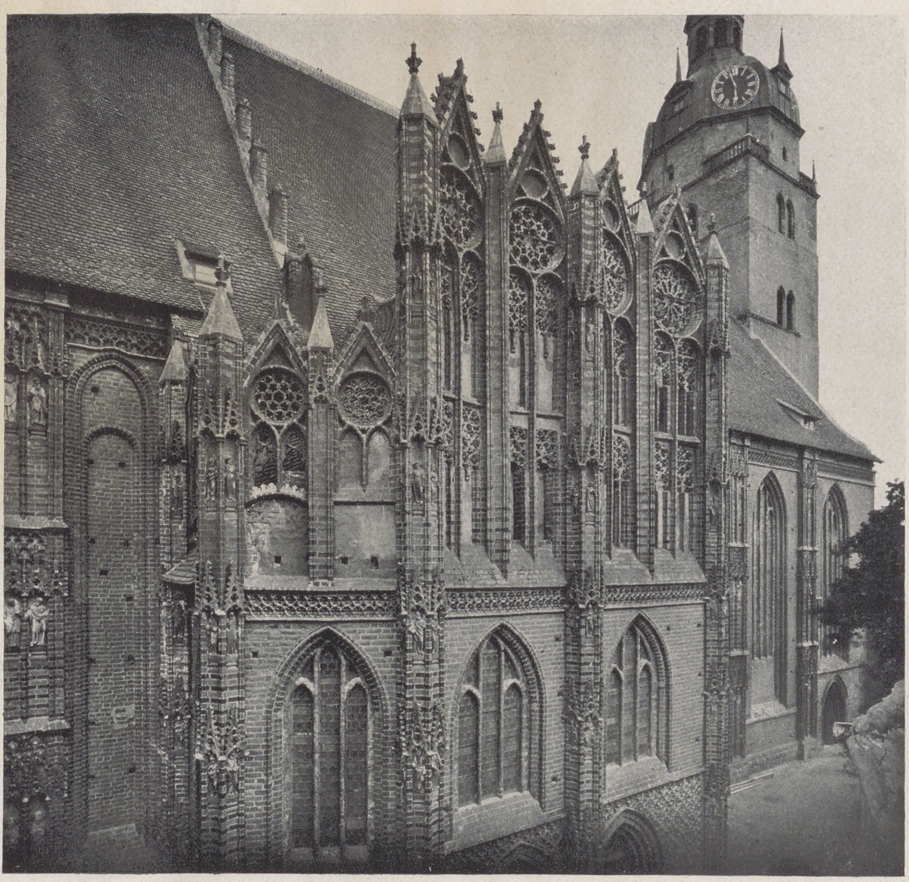
Aufn. Renate Heſſe

Abb. 10. Striegau, Pfarrkirche



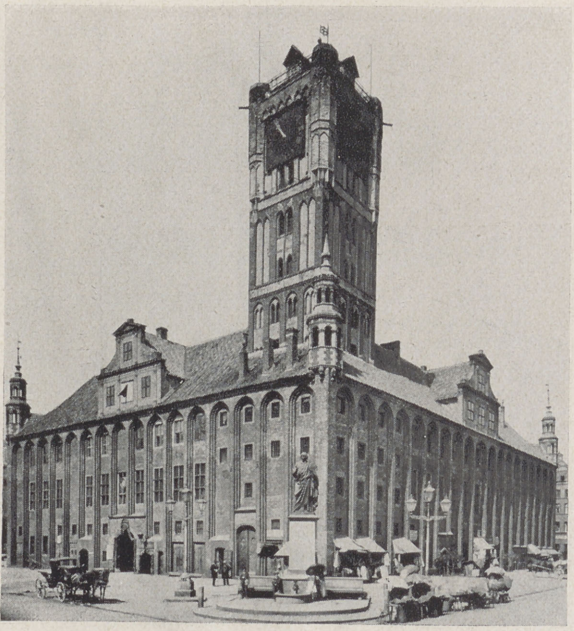
Aufn. Marianne Kirchner

Abb. 11. Brieg, Nikolaikirche



Aufn. Staatl. Bildſtelle

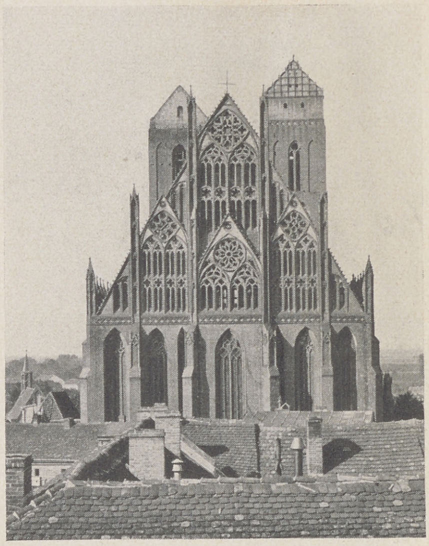
Abb. 12. Brandenburg, Katharinenkirche (Heilig-Blut-Kapelle)



Aufn. Staatliche Bildſtelle

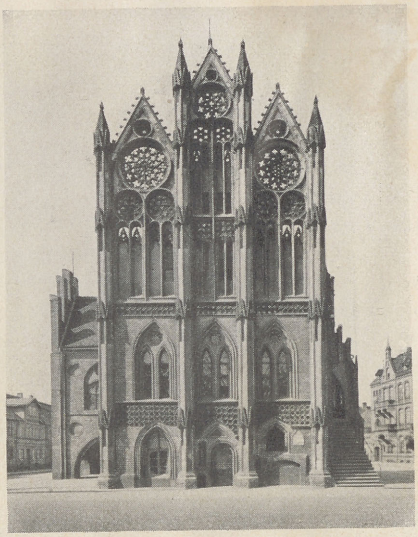
Abb. 13. Thorn, Rathaus

Verlag von S. Hirzel in Leipzig



Aufn. Staatl. Bildſtelle

Abb. 14. Prenzlau, Marienkirche (Oſtgiebel)



Aufn. Staatl. Bildſtelle

Abb. 15. Tangermünde, Rathaus

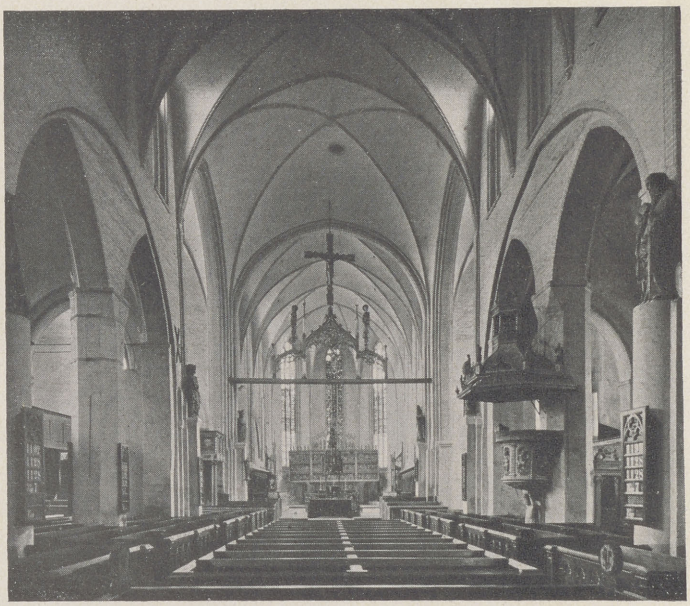


Abb. 16.

Salzwedel, Marienkirche

Aufn. Staatliche Bildſtelle

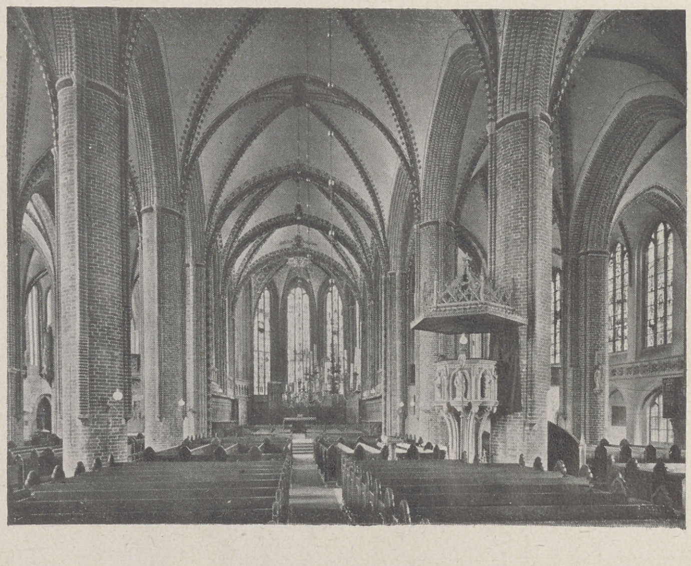


Abb 17.

Lüneburg, Johanniskirche

Aufn. Staatliche Bildſtelle

kunſt verfolgbar iſt, wurde Schleſien vornehmlich von mitteldeutſchen Gruppen beſiedelt. Neben Weſtfalen und Niederbayern treten vor allem Heſſen, Thüringer und Sachſen auf. Gegenüber dem ganz deutlichen Einfluß der Koloniſtenſtämme in der Baukunſt des Oſtſeegebietes fällt jedoch ein baukünſtleriſcher Einfluß der Heimatſchulen dieſer Siedler auf die junge ſchleſiſche Baukunſt nach 1241 nicht beſonders ins Auge. Gewiß, es ſind auch nur wenige Monumente der Frühzeit auf uns gekommen und ein ganzer Teil der Erſtlingsbauten — etwa die erſten Stadtkirchen — iſt bei dem ſchnellen Anwachſen der Städte und Gemeinweſen ſpäteren Umbauten und Neuanlagen gewichen. Da, wo ſie noch ſtehen, kann man in einigen Einzelfällen durchaus die Herkunft aus der heimatländiſchen Baugepflogenheit der Siedler erkennen. Als das bedeutendſte weſtdeutſch beeinflußte Werk dieſer Frühzeit iſt immer die weiträumige Halle der Kreuzkirche in Breslau angeſehen worden. Davon abgeſehen, daß die Halle über einem Kleeblattchor an die Eliſabethkirche in Marburg erinnert, ſprechen auch die verwandtſchaftlichen Beziehungen der piaſtiſchen Erbauer zum heſſiſchen Hauſe (die hl. Hedwig und die hl. Eliſabeth waren Tante und Nichte) für eine gewiſſe Anlehnung; es handelte ſich bei der Kreuzkirche um einen Bau, der mit der Herzogsburg in Verbindung angelegt war. Am deutlichſten äußert ſich im rein Formalen das heſſiſche Formgut: in der Reihung der Zwerchhausgiebel und in dem frühreifen Gefühl für die Detailbildung (Abb. 2). In Größe und Durchbildung aber ſteht dies im weiteren Sinne noch heſſiſche Werk im ſchleſiſchen Raum vereinzelt da. Ähnlich verhält es ſich mit der Stadtpfarrkirche von Münſterberg. Sie zeigt deutlich in ihrem älteren Teil den unverbildet übernommenen Formenkanon und das Raumgefühl der weſtfäliſchen Schule: eine maſſige, ſchwere, allerdings nur zweiſchiffige Halle mit wenig Fenſtern und viel Wand unter Domikalgewölbe, die auf den typiſchen, klar durchgebildeten, kräftigen Bündelpfeilern nach weſtfäliſcher Gepflogenheit ruhen. Der Blattfries in ihrer Kapitellzone, die ganze ſchwellend kräftige Behandlung dieſer Zone mit breiter Hohlkehle verrät deutlich die Herkunft aus einem Kreis, dem die großen Stadtkirchen etwa von Lippſtadt und Herford angehören. Den heſſiſchen Einfluß aber kann man bis in Einzelheiten der Stadtkirche von Goldberg nachweiſen. Noch in einem Spätbau Schleſiens, in der Stadtpfarrkirche zu Jauer, einer ſchwer gelagerten Werkſteinhalle aus dem 15. Jahrhundert, zeigen ſich die oft verwandten Eigentümlichkeiten dieſer beiden nachbarlichen Bauſchulen von Heſſen und Weſtfalen vermiſcht mit Schleſiſchem. Auch beim mittelalterlichen Burgenbau Schleſiens müſſen wir mit der Verarbeitung verſchiedenſter ſtammesmäßiger Einflüſſe rechnen. Ihr Erhaltungszuſtand aber iſt größtenteils ſo ſchlecht und die Veränderungen aus der Renaiſſance ſind größtenteils ſo erheblich, daß das Schleſiſche zunächſt nicht klar in Erſcheinung tritt. Die Bolkoburg hat als Hauptbeiſpiel zu dienen, in Oſtoberſchleſien die Bendsburg, im Typ der Bolkoburg nahe verwandt[9] (Abb. 6). Neben dieſen Einzelbeiſpielen wären aus Trebnitz (Hedwigskapelle), Ratibor (Burgkapelle), Leubus, Grottkau und anderen Orten noch Einzelheiten, aber auch ganze Bauteile anzuführen, die auf verſchiedenſte ſüd-, mittel- und weſtdeutſche Herkunft ſchließen laſſen. Es handelt ſich aber immer nur um iſolierte Einzelbeiſpiele, zu einem geſammelten Einflußſtrom aus den Heimatgauen der Siedler und zu einer anhaltenden Wirkung eines ſolchen über die Jahrhunderte hin iſt es nicht gekommen. Das Einzigartige, Schöpferiſche und Kraftvolle der alsbald einſetzenden ſelbſtändigen Kunſtpflege der Koloniſten und neuen Stadtbürger in Schleſien iſt nämlich, daß in drei Generationen eine eigene Haltung in der Baukunſt entſteht, ein räumlich und ſtammesmäßig gebundenes architektoniſches Wollen, ohne fremden Einfluß, eben ein ſchleſiſcher Bauſtil. In der Kraft zu ſo ſchneller Verſchmelzung der verſchiedenartigſten Elemente, im Willen und Vermögen zur Neuſchöpfung unter neuen Bedingungen müſſen wir die künſtleriſche Leiſtung Schleſiens in dieſer Zeit ſehen.

Welche Charaktereigentümlichkeiten kennzeichnen nun die ſchleſiſche Baukunſt in den neuen Städten des hohen und ſpäten Mittelalters? Zunächſt ſind es die Stadtplanungen ſelbſt. Man muß ſich ſtets beim Durchſchreiten der weiträumigen „Ring"-Anlagen ſelbſt heute unbedeutender ſchleſiſcher Städte klarmachen, daß ſie trotz ihres oft barocken — wenn nicht gar im 19. Jahrhundert verdorbenen — Geſichtes immer noch auf den urſprünglichen Fluchtlinien ruhen. Welch abſichtsvolle Geräumigkeit tritt uns hier immer wieder entgegen, welch großzügiges Planen! Auch die Errichtung des Rathauſes inmitten des Ringes ergab von vornherein eine gewiſſe künſtleriſche Verpflichtung: Der freiſtehende Bau war von allen Seiten beſchaubar und verlangte daher eine wohlüberlegte, wenn nicht gar großzügige Durchbildung. Breslau, von jeher künſtleriſches, geiſtiges und politiſches Zentrum Schleſiens, hat in ſeinem Rathaus dieſe Aufgaben monumental gelöſt und Schaugiebel wie Schauſeiten nach allen Fronten ſelbſtändig durchgebildet (Abb. 3). Ja, die Vergrößerung des Baues, das Entſtehen immer reicherer Giebel über urſprünglich einfacherem, ſtetig erweitertem Kern zeigt beinahe ſymbolhaft den Aufſtieg des Bürgertums in Schleſien und das langſame Wachstum aus entſagungsvoll-ſtrenger Einwanderer-Einfachheit zu ſelbſtbewußt-prunkendem Stolz auf wohlerworbene Güter und Poſitionen. Im allgemeinen aber kann man ſagen, daß die ſchleſiſche Schule in ihren repräſentativen Bauten, vor allem in den Stadtkirchen, die Herbheit, Strenge und Selbſtbeſcheidung des Siedlertums in allen Formen ſtets beibehalten hat, auch dann noch, als Schleſien zu Reichtum, innerer Kraft und internationalen Verbindungen emporgeſtiegen war. Die ſtiliſtiſchen Hauptmerkmale und weſensmäßigen künſtleriſchen Züge der ſchleſiſchen Bauten hat als erſter Dagobert Frey umriſſen[10]. Das ſchleſiſche Weſen ſpricht ſich vor allem in den großen Pfarrkirchen-Baſiliken der jungen Bürgerſtädte aus. Der Wille zu herber Vereinfachung beherrſcht ſie alle. Im Außenbilde zeigen die ſchleſiſchen Kirchen dort, wo in Kapellen, Anbauten, Giebeln, Bekrönungen und Chorpfeilern die angrenzende Mark etwa reichere Formſteinbildungen, krauſes backſteinernes Zierwerk und wulſtig profilierte Fialenbänder liebte, ſtreng lineare Formen, rechteckige, unprofilierte Putzblenden, Fenſterleiſtenmotive im Giebelaufbau, wenig Fialen und Formſteinwerk, dafür aber ſteile Abtreppungen und härtere Umriſſe. Wie einfach wirken gegenüber der Brandenburger Hl. Blutkapelle (Abb. 12) die Sakriſteianbauten und Chorſtrebepfeiler von St. Eliſabeth (Abb. 5) und St. Magdalena in Breslau, wie ſtreng, um weniger bekannte Beiſpiele aus dem Durchſchnitt zu nehmen, die Giebel von Striegau und Sagan (Abb. 9, 7 und 14) gegenüber dem Prenzlauer Giebel! Das Verhältnis vom Fenſter zur Wand iſt in Schleſien ein anderes als etwa in Pommern oder den Küſtenſtädten: dort breite, weite Fenſteröffnungen, oft ſogar gekoppelte, ferner betonte Weitflächigkeit der Außenhaut — hier in Schleſien oft enge Fenſterfolgen, beſonders hoch aufgeſchlitzte, ſehr ſchmale und ſteile Chorfenſter, die, wie in Schweidnitz, Striegau oder Landeshut ein Verhältnis von Grundfläche zu Höhe in der Proportion 1:15 oder gar 1:19 haben; wie behäbig breit dagegen wirken die Chorfenſter von Wismar oder die des Chorumganges von St. Nicolai in Stralſund! Dementſprechend hat die ſchleſiſche Baſilika auch im Innern eine ganz andere räumliche Dispoſition. Bis auf die großartige, zumeiſt unbekannte, vielleicht küſtenländiſch beeinflußte ehem. Kirche der Johanniterkommende zu Striegau (Abb. 9 und 10) — übrigens die einzige Bruchſtein-Baſilika Schleſiens und deshalb ſchon beſonders auffällig in der ſchleſiſchen Schule —, bis auf die Striegauer Kirche alſo beſitzen ausnahmslos alle ſchleſiſchen Baſiliken kein Querſchiff, eine ſehr weſentliche ſtammesmäßige Eigentümlichkeit, die ſchon beim Breslauer Dom, einem der früheſten Bauten der Gotik, auffällt. Hier wie bei St. Magdalena zu Breslau und einigen anderen Beiſpielen tritt an Stelle des Querſchiffes im Innern eine nur matte Andeutung eines räumlichen Intervalles: ein breiteres Vorjoch vor den Arkaden des Presbyteriums oder im Presbyterium zwei breite Joche (Abb. 1). Daraus folgt für den Geſamteindruck des Innenraums ein ganz beſtimmter Eindruck. Das ſchmale Hauptſchiff bleibt in ſich geſchloſſen und weitet ſich nach keiner Seite hin aus, die Richtungsbeſtimmtheit des Hauptraumes iſt deutlich betont und die an ſich oft ſchon beträchtliche Tiefe des Kirchenraumes (ganz gegenſätzlich zu Böhmen oder Pommern) wird noch unterſtrichen. Auch im Chor fehlt meiſtens jede räumliche Ausweitung. Chorumgänge mit Kapellenkranz ſind ſelten in Schleſien, bevorzugt iſt der knappe Dreiſechſtel- oder Fünfachtelſchluß, deſſen ſteile Fenſter zuſammen mit der Enge der Schiffe einen jähen Höhendrang betonen, der um ſo gepreßter erſcheint, als infolge der Querſchifflosigkeit die Langhauswände in ihrer Konſiſtenz völlig gewahrt bleiben und über der Arkadur ausnahmslos kein Triforium gebildet wird. Dazu ſind die Obergaden recht hoch gerückt, ſo daß ſich breite Wandbänder ergeben, die, kaum von profilierten Dienſten unterteilt, ununterbrochen über der Arkadur dahinziehen. Und auch in dieſer Arkadur zeigt ſich ſchleſiſches Formweſen deutlich, ja vielleicht am eindeutigſten: die Bögen ſcheinen aus dem Mauerleib herausgeſchnitten, ſcharfe Profile (meiſt ohne Rundſtab) faſſen ſie ein, zwiſchen denen immer dort ein Stück Mauer als rechteckiger Zwiſchenpfeiler ſtehenbleibt, wo bei den Baſiliken des wendiſchen Quartiers reichgeſtufte Bündel- oder Achteck-Pfeiler zu ſtehen kamen (Abb. 1, 10 und 11). Im Profanbau zeigt dieſe typiſch ſchleſiſche Neigung zur Arkadenbildung aus der Wandſtärke von Trennmauern einen Durchblick durch den ſog. „Remter", die große obere Rathaushalle in Breslau (Abb. 4). Das reinſte Beiſpiel dieſer Art iſt der unvergleichlich ſchlanke, hohe, den Blick in Tiefe und Höhe zugleich reißende Innenraum der Breslauer Eliſabethkirche, ähnlich der von St. Nikolai in Brieg. An ihm aber zeigt ſich auch, daß mit dieſer Iſolierung des ſteilen Hauptraumes die Nebenſchiffe eine neue Bedeutung erhalten: ſie ſind viel mehr Raum für ſich, zumal ſie, ohne von einem Querſchiff abgeriegelt zu ſein, äußerſt lang und richtungsbeſtimmt ſich neben dem Hauptſchiff hin erſtrecken. Bezeichnend für Schleſien iſt hier weiter, daß die Seitenſchiffe nicht in Form eines Umgangs den Chor umfaſſen, ſondern von apſidialem Chorſchluß abgefangen werden. Nur beim Breslauer Dom kommt es nach Beiſpiel der Ziſterzienſerkirchen von Leubus und Heinrichau zu einem Umgang bei für Kathedralkirchen ganz ungewöhnlichem geradem Chorſchluß. Auch die ſchleſiſchen Hallenkirchen weiſen eine größere Richtungsbetontheit gegenüber den märkiſchen auf. Während dort aber die Halle faſt durchgängig vorkommt, iſt ſie im ſchleſiſchen Kernland verhältnismäßig ſelten. Zahlreicher und gewichtiger ſind Hallenbauten bezeichnenderweiſe dort, wo das ſchleſiſche Gebiet ins Nachbarland übergeht, ſo im Grenzgebiet gegenüber Böhmen und der Mark (Oberſchleſien und nördliches Niederſchleſien). Als Dorfkirche hat die Halle in Schleſien nie die Verbreitung erlangt wie etwa in Weſtfalen, dem Weſergebiet oder Pommern. Das bedeutendſte Beiſpiel einer ſchleſiſchen Hallenkirche iſt zweifellos die von St. Dorothea in Breslau. Trotz aller Schmuckloſigkeit des Äußeren iſt hier der Giebel einmal reicher durchformt, ein Staffelgiebel mit dreieckigen Feldern als Bekrönung der Staffelſtufen (Abb. 8). Der Innenraum iſt von wuchtigſter Weitenwirkung: das Gewölbe wird ſpielend getragen von ſehr, ſehr hohen Pfeilern, die rechteckig ſind und ſomit immer noch etwas von dem Charakter der Arkadenpfeiler der Baſiliken und dem ſchleſiſchen Gefühl für die Trennungswand von Haupt- und Nebenſchiff verraten. Von den nordſchleſiſchen Hallenkirchen, die dem märkiſchen Stammesempfinden etwas mehr zuneigen, ſind die Pfarrkirchen von Guhrau, Sprottau und Sagan (Abb. 7) als Hauptbeiſpiele zu nennen. Alle zeigen viel geducktere Giebelfronten und gedrungenere Raumformen als die Dorotheenkirche in Breslau. Aber ſelbſt dort bei ſpürbarer Nähe der Mark verraten die größere Härte der Formenſprache, der Verzicht auf Rundpfeiler im Innern und das geometriſche geſchloſſene Blendfenſterwerk an der Giebelwand ſchleſiſchen Ernſt und Formbeſcheidung. Berückſichtigt man dieſe Elemente, ſo kann man die herrliche Peter-Pauls-Kirche von Görlitz und die Stadtkirche von Guben nur ſehr bedingt als ſchleſiſch bezeichnen. Im Randgebiet der Lauſitz weiſt Guben mehr zum Märkiſchen, Görlitz in ſeiner Lichtheit und Feingliedrigkeit mehr nach Böhmen und Oberſachſen. Zum Böhmiſchen ſteht Oberſchleſien naturgemäß in engerer Beziehung[11]. Zwar haben nicht alle ſeine Hallen (Neiße, Patſchkau, Ratibor, Oppeln, Leobſchütz uſf.) die typiſch böhmiſche Kürze und Gedrungenheit des Haupthauſes und die Neigung zum quadratiſchen Grundriß, wie dies ſich auf ſchleſiſchem Boden deutlich in der wehrhaften Kirche von Patſchkau äußert, — aber die ſchlanke Pfeilerbildung erinnert doch an Böhmen, ſelbſt dort, wo, wie in Ratibor und Neiße in der Frühzeit weſtliche Einflüſſe angenommen werden müſſen. So iſt die Jacobikirche in Neiße, über den Fundamenten einer ſpätromaniſchen Baſilika errichtet, vielleicht das wichtigſte Beiſpiel einer böhmiſch-ſchleſiſchen Wechſelwirkung. Schleſiſch iſt die Länge der Halle, ihre Höhe, die Verwendung von Backſtein und Hauſtein nebeneinander. Bei der letzthin erfolgten Erneuerung der Kirche ſtellte ſich nämlich ein wundervoller Wechſel von Granittrommeln und Backſteinlagen in den böhmiſch-ſchlanken, achteckigen Pfeilern heraus. Böhmiſch-ſchleſiſche Kreuzung iſt auch der Turm: ſchleſiſch die Schwere des Stumpfes, die Grundrißbildung mit den unprofiliert wuchtigen Pfeilervorlagen an den Ecken (ähnlich wie die Türme von Haynau und Breslau); böhmiſch iſt die ſichere Sandſteinausführung mit dem ſchwellend üppigen Krabbenwerk über den Fenſterleibungen. Ähnliches beobachten wir an der vorwiegend in Sandſtein erbauten Hauptkirche des Erneſtus von Pardubitz in Glatz, wo ſchon durch den Stifter des Neubaues enge Beziehungen zur Prager Bauhütte gegeben ſind; aber auch hier iſt die Geſtaltung des Innenraumes von ſchleſiſchen Vorbildern abhängig (Arkaden und Pfeilerbildung).

---

[9] Die Burg im ehemals polniſchen Bendzin (Bendsburg) wurde von Kaſimir d. Gr. innerhalb einer Feſtungszone gegen Schleſien errichtet (2. H. d. 15. Jhs.), verrät aber gerade wegen ihrer Verwandtſchaft zur Bolkoburg wieder das Verdrängen deutſcher Bauart über Schleſien. Vgl. G. Grundmann, Deutſche Kunſt im befr. Schleſien (Breslau 1941, S. 48ff.).

---

[10] Vgl. Dagobert Frey, 1. Die Kunſt im Mittelalter. In: Geſchichte Schleſiens, Bd. I, S. 438 bis 479. — 2. Schleſiens künſtleriſches Antlitz. In: Die hohe Straße, Bd. 1, S. 12—44.

---

[11] Vgl. dazu: Ernſt Königer, Die Kunſt in Oberſchleſien, Breslau 1938.

So zeigen ſich alle Einflüſſe als Spielformen, die nur am Rande des Stammgebietes unter dem ſonſt ſo eigenwilligen ſchleſiſchen Formgut auftreten. Im Kerngebiet, vor allem in Breslau und Mittelſchleſien, blieben dieſe fremden Einflüſſe faſt ohne jede Wirkung. Breslau aber bildet ſtets den Angelpunkt in der Entwicklung der Künſte in Schleſien. Dabei hat es in der bewahrenden Strenge ſeines Koloniſtenſtiles bis nach Krakau gewirkt. Der ſtreng geformte, ziſterzienſiſch erdachte Domchor von Breslau iſt auf dem Wawel faſt genau wiederholt worden. Die Dominikanerkirche in Breslau beeinflußte den Bau der Dominikanerkirche in Krakau: ſogar die Plattenmodeln der Formſteinfrieſe wurden nach dort weitergegeben.

Die Charakteriſtik des ſchleſiſchen Formgefühls konnte hier nur ſkizzenhaft umriſſen und in groben Umriſſen mit der Baukunſt der anderen deutſchen Oſtlandſchaften verglichen werden. Aber eines muß immer wieder betont werden: eigene ſchleſiſche Bauformen treten ſchon mit dem beginnenden 14. Jahrhundert auf, nachdem alſo erſt zwei Siedlergenerationen an der Neuaufrichtung einer deutſchen Kultur nach dem Mongoleneinfall arbeiten konnten, ſie laſſen die ſchleſiſche Baukunſt ſich ſchon bald von den Nachbarlandſchaften abheben, trotz aller ſpäterer Wechſelwirkungen in den äußeren Randgebieten gegen die Mark und gegen Böhmen hin. Die Tatſache ferner, daß trotz großer hanſiſcher Beziehungen Breslaus und bei aller natürlichen Verbindung (des nach Norden offenen Landes) zur Oſtſee durch die Oder kein Einbruch küſtenländiſchen Formgutes im Backſteinbau zu beobachten iſt, verrät die beharrliche eigenſchöpferiſche Kraft der jungen Schleſier. So bildet die Kunſtlandſchaft Schleſien ein ſelbſtändiges, wichtiges und eigentümliches Glied jener Kette von deutſchen Kulturlandſchaften, die von der Oſtſee über die Mark und über Böhmen hin bis zur Zips den polniſchen Raum jahrhundertelang umſchnürt hielten.

Das Judenproblem in Rumänien zahlenmäßig geſehen[1]

Von Sabin Manuila, Bukareſt

Eines der umſtrittenſten Probleme Rumäniens im letzten Jahrzehnt iſt die Frage nach der Anzahl der Juden geweſen.

Die allgemeine Bevölkerungszählung vom Jahre 1930 hat die folgenden Zahlen ergeben:

nach dem Volkstum (freie, nicht nachgeprüfte Angabe)	728115
nach der Mutterſprache (Jiddiſch)	518754
nach der Religion (Moſaiſch)	756930

Der Unterſchied zwiſchen dieſen drei Zahlen weiſt darauf hin, daß wir vor einem vielſeitigen, nicht leicht zu umreißenden Problem ſtehen.

Außer dieſen Zahlen gab es jedoch noch die folgenden Gruppen „ohne Angaben", die einen gewiſſen Hundertſatz von Juden enthalten können:

	ohne Angabe
Volkstumszugehörigkeit	7114
Mutterſprache	7165
Religion	6686

Es beſteht die Gewißheit, daß bei den in den Gruppen „ohne Angaben" und „ohne Religion und Freidenker" Enthaltenen ein beſtimmter Anteil Juden ſind. Die Anzahl der Perſonen ohne Religion und der Freidenker betrug 6604.

Folglich könnte die Höchſtzahl der bei der Bevölkerungszählung im Jahre 1930 erfaßten Juden betragen haben:

deklarierte Juden moſaiſcher Religion	756930
Freidenker und „ohne Angaben" (6686 + 6604)	13290[2]
	770220

Außer dieſen gibt es noch eine Anzahl von raſſenmäßigen Juden, die von der moſaiſchen Konfeſſion zu anderen Konfeſſionen übergetreten ſind. Das Problem des Übertritts von einer Religion zur anderen wurde bei der Bevölkerungszählung nicht unterſucht.

Bei der allgemeinen Bevölkerungszählung im Jahre 1930 wurde in dieſer Weiſe vorgegangen nicht nur, weil dies der überkommenen Zähltechnik entſpricht, ſondern auch weil die Genauigkeit der Eintragungen in dem Maße nachläßt, in dem der Fragebogen überlaſtet wird, ſowohl was die Zahl, als auch die Art dieſer Fragen anbelangt.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß Rumänien eine Tradition für derartige Arbeiten abgeht, und daß wir weder über die Anzahl der Zähler an Ort und Stelle verfügen, noch daß die Eignung der Zähler auf jener Höhe ſteht, die man in den weſtlichen Ländern gewöhnt iſt.

Wir beſitzen keinerlei Angabe über die Anzahl jener Juden, die ſich im Laufe der Zeit ſo vollſtändig aſſimiliert haben, daß man heute über ihre jüdiſche Abſtammung nichts weiß, obwohl ihre ſomatiſchen Eigenſchaften ihren jüdiſchen Urſprung vermuten laſſen.

---

[1] Im Anſchluß an die Ausführungen von H. Bobek und W. Krallert im 4. Jg. 1940 und 3. Jg. 1939 im Deutſchen Archiv für Landes- und Volksforſchung wurde die Stellungnahme des Generaldirektors des rumäniſchen Statiſtiſchen Zentralamtes in Bukareſt Dr. Manuila, Bukareſt, aufgenommen, um den rumäniſchen Standpunkt zu Worte kommen zu laſſen. Die Schriftleitung.

[2] Wir fügen die Zahl von 13290 zu denen der „moſaiſchen Religion" hinzu, um die oberſte Grenze der durch die Bevölkerungszählung vom Jahre 1930 erfaßbaren Juden feſtzuſtellen, obwohl dieſe Zahl ſicherlich viele Nichtjuden enthält.

Folglich beträgt die Höchſtziffer, zu der man anläßlich der Bevölkerungszählung gelangen konnte, 756 930 deklarierte Juden, evtl. 770 220 jüdiſche Perſonen.

Wie iſt man zu dieſer Zahl gekommen? Die Zählung vom Jahre 1930 war ſo angelegt, daß wir behaupten können, die Bevölkerungszählung habe über 99 v. H. der Bevölkerung erfaßt, einen Hundertſatz alſo, der mit dem internationalen verglichen als ſehr gut angeſehen werden kann. Die Eintragungen beruhten auf der Erfaſſung eines jeden Hauſes und jeder Räumlichkeit, ſo daß nur ſolche Perſonen ungezählt geblieben ſind, die dem Zählerperſonal unbekannt waren, und die es darauf angelegt hatten, ſich der Zählung zu entziehen.

Ein ſolches Streben beſteht bis zu einem gewiſſen Grade in allen Ländern und zu allen Zeiten. Die Organiſation der Bevölkerungszählung kann nichts tun, als mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung ſtehen, dagegen anzukämpfen. Von dieſen Mitteln haben wir nur das der techniſchen Organiſation angewendet, das zwar wirkſam, aber nicht auch unumſchränkt iſt, und ferner das des Verwaltungsapparates. So hat z. B. eine breite Propaganda darüber aufgeklärt, daß niemand auf Grund der Eintragungen bei der Bevölkerungszählung einen Nachteil haben kann, daß die Angaben ſtreng geheim uſw. ſind.

Ferner iſt das Zählperſonal nachdrücklich auf den Grundſatz hingewieſen worden, daß die oberſte vaterländiſche Pflicht des Zählers ſein müſſe, in ſeinem Zählabſchnitt jeden einzelnen zu erfaſſen. Außerdem muß die Tatſache hervorgehoben werden, daß diejenigen, die ſich bei der Zählung eingetragen haben, eine Beſtätigung über ihre Eintragung bekamen, deren Wert von der Propaganda ins hellſte Licht gerückt wurde; ſie erweckte den Eindruck, daß unter Umſtänden die Beſcheinigung nach der Zählung in erſt dann bekannt zu gebenden Bedingungen als Ausweis dienen könne.

Alle dieſe Maßnahmen haben einen unbeſtreitbaren, jedoch keinen vollſtändigen Erfolg gehabt. Jedoch kann das Ideal in einem Bereich, wie es die Bevölkerungszählung iſt, niemals erfüllt werden.

Für die Zählung des Jahres 1941 haben wir vorgeſchlagen, daß diejenigen, die ihre Eintragung bei der Zählung nicht nachweiſen können, ſchwer beſtraft werden ſollen.

Die Ergebniſſe aus dem Jahre 1930, zu denen man unter den oben angegebenen Bedingungen gelangt iſt, müſſen auch unter dem Geſichtswinkel des Menſchenmaterials, das ſie an Ort und Stelle eingetragen und in der Zentrale verarbeitet hat, betrachtet werden.

An Ort und Stelle, bei der eigentlichen Zählung, haben faſt 60 000 örtliche Intellektuelle teilgenommen, die zum größten Teil der Jugend angehörten, Beamte, Prieſter, Lehrer und Studenten. Die Anweiſungen, die ſie von der Zentralſtelle bekamen, haben ſie zu größter Gewiſſenhaftigkeit und Objektivität verpflichtet. Wenn ſie die Angaben der Einwohner geändert hätten, hätten ſie ſo unwiſſend ſein müſſen, daß ſie die Volkszugehörigkeit, die Religion und die Mutterſprache der Einwohner oder Intereſſierten verwechſelten. Aber eine ſo große Anzahl der intellektuellen Jugend kann um keinen Preis und in keinem Lande der Welt beſtochen werden. Ich bin ſogar der feſten Überzeugung, daß ſich in erſter Linie idealiſtiſche Intellektuelle, die Anteil an volklichen und ſozialen Fragen nahmen, und die weit eher antiſemitiſcher als philoſemitiſcher Gefühle verdächtigt werden könnten, für die Entſchädigung von 600 Lei (d. h. im heutigen Werte 10 RM.), bereit gefunden haben, während der geſamten Dauer der Zählung mitzuarbeiten.

Was das Perſonal der Zentralſtelle anlangt, das das Material verarbeitet hat, ſo müſſen die folgenden Tatſachen unterſtrichen werden: 1. Die Verarbeitung wurde auf mechaniſchem Wege vorgenommen, bei dem die Ergebniſſe von der Maſchine fertig gedruckt herauskamen. 2. Bei der Überprüfung ſind die Karten von Beamten kontrolliert worden, von denen nicht ein einziger ein Jude war. Beinahe das ganze Prüferperſonal beſtand aus rumäniſcher Jugend, von denen viele in den antiſemitiſchen Organiſationen gekämpft haben. 3. Unter den Hunderten von Beamten des Inſtituts hat es nur drei jüdiſche Beamte gegeben, aber dieſe waren auf andere Abteilungen verteilt, und kein einziger von ihnen hat eine einzige Haushaltsliſte auch nur angerührt. Im geſamten Lande hat es wenig Ämter gegeben, die einen ſo niedrigen Prozentſatz von jüdiſchen Beamten gehabt haben wie das Statiſtiſche Zentralinſtitut.

Dennoch iſt die Behauptung geäußert worden, daß die Ergebniſſe falſch ſeien.

Schon eine Tatſache ſchließt das Vorhandenſein von Fehlern aus, die ſich durch Fälſchung hätten ergeben können, und zwar: Bei einem mechaniſierten Syſtem können Fälſchungen nur mit der Mitwiſſerſchaft des geſamten Beamtenapparats begangen werden.

Im übrigen kann man behaupten, daß die Fälſchung der Ergebniſſe zu irgendeinem Zwecke eine ins einzelne gehende Operation techniſch ausgeklügelter Art vorausſetzt, die im Jahre 1930 der ſtatiſtiſche Apparat, über den das Land verfügt hat, nicht imſtande geweſen wäre, auszuführen. Die Fälſchung ſchließt außerdem einen hohen Grad von Verſchwiegenheit ein, und die Beamtenſchaft vom Jahre 1930 beſaß dieſe Eigenſchaft nicht. Das Perſonal war unausgebildet, erſt kurz vorher eingeſtellt und völlig unerprobt. Jedweder Fälſchungsverſuch hätte zu einer heilloſen Verwirrung geführt. Wenn die politiſchen Organe von uns verlangt hätten, die Ergebniſſe zu ändern, ſo hätten ſie damit beginnen müſſen, eine andere Leitung ſogar für die Direktion der Zählung ſelber zu ſuchen. Es entbehrt nicht des Intereſſes darauf hinzuweiſen, daß die Regierungen des letzten Jahrzehnts nicht nur eine Änderung der Ergebniſſe nicht von uns verlangt, ſondern nicht einmal ein ſolches Intereſſe an den Ergebniſſen genommen haben, um feſtzuſtellen, ob dieſe für den Staat von Vorteil ſind oder nicht, und ob ſie geändert werden müſſen oder nicht.

Manche behaupten, daß die Triebfeder für die Fälſchung, die nicht nur im Intereſſe der Juden vorgenommen worden wäre, auch die geweſen ſei, die Juden daran zu hindern, unter Berufung auf ihre große Zahl zu viele Rechte zu verlangen.

Es wäre höchſt anmaßend, anzunehmen, daß im Bereiche einer Frage der Bevölkerungspolitik, deren Sinn ſich erſt im letzten Jahrzehnt klar herausgeſtellt hat, und in der wir auch heute noch keine genau feſtgelegte Staatslehre beſitzen, jemand den Mut zu der Behauptung aufbringen könnte, die Tatſache, daß beſtimmte Ziffern kleiner oder größer ſeien, gereiche zum Guten oder Schlechten.

Wir haben auf einem einzigen Grundſatz Wert gelegt: die Bevölkerungszählung muß ein Spiegel der Wirklichkeit ſein. Der Regierung ſtand es frei, die Ergebniſſe nicht zu veröffentlichen, wenn ein politiſches Intereſſe irgendeiner Art dies nahegelegt hätte. Daß aber der Staat ſelber die Angaben der Bevölkerungszählung fälſche, um gefälſchte Statiſtiken zu bekommen, iſt eine völlig unlogiſche Annahme.

Es ergibt ſich jetzt die Frage nach der genauen Anzahl der Juden in Rumänien. Nach der allgemeinen Bevölkerungszählung vom Jahre 1930 liegt die Zahl der Juden unter 800 000. Nach der Preſſe und nach der von der Preſſe abhängigen öffentlichen Meinung iſt ihre Zahl mit über 1 000 000, 1 500 000, 1 726 564, 2 000 000 und ſogar über 2 500 000 angegeben worden.

In der politiſchen Atmoſphäre, die nach der Bevölkerungszählung herrſchte, wäre nichts zeitgemäßer geweſen, als die Ergebniſſe der Zählung zu ändern; dies hätte dem Direktor der Zählung vor der öffentlichen Meinung Ruhm und Vorteile von ſeiten einiger Regierungen eingebracht.

Wir müſſen jedoch die Frage ſtellen: Laſſen ſich die überhöhten Zahlen durch indirekte Überprüfungen beſtätigen oder nicht?

Um dieſe Frage beantworten zu können, müſſen wir einige völlig objektive ſtatiſtiſche Gegebenheiten prüfen, die von unanfechtbaren Autoritäten geliefert werden. Beſonders kann man nicht behaupten, daß die jüdiſchen Organiſationen es dahin hätten bringen können, daß alles in unſerem Lande Exiſtierende in den Dienſt einer einzigen Idee hätte geſtellt werden können: Die Verminderung der Anzahl der Juden in allen rumäniſchen Statiſtiken, ganz gleich von welcher Behörde ſie aufgeſtellt worden wären. Ich ſpreche über die Fähigkeit, alle Amtsperſonen zu beſtechen, völlig hypothetiſch, denn eine ſolche Annahme ließe nur auf Unwiſſenheit oder auf böſen Willen ſchließen. Abgeſehen davon wäre es merkwürdig, daß es den Juden gelungen wäre, in Rumänien alle Beamten und Politiker zu kaufen, daß es ihnen aber nicht gelungen wäre, die fünf oder ſechs Urheber von übertriebenen ſtatiſtiſchen Zahlen zu beſtechen.

Alle Zahlen ſprechen für eine Größenordnung von maximal unter 800 000 Juden in Großrumänien im Jahre 1930. Wir geben im folgenden einige bezeichnende und geſicherte Daten, die bis heute niemand auch nur verſucht hat zu beſtreiten:

1. In Rumänien kann niemand ohne die Beſtattungsermächtigung des Standesamtes beerdigt werden, wo alle Toten unter Angabe ihrer Volkszugehörigkeit ebenſo wie ihrer Religion eingetragen werden. Die Regiſtrierung der jüdiſchen Toten läßt ſich nicht fälſchen. Wenn jemand dieſen Zahlen widerſprechen wollte, müßte er mindeſtens einen einzigen Fall nachweiſen, wo in den vergangenen Jahrzehnten ein Jude nicht als ſolcher angegeben, oder wo dieſe Tatſache verheimlicht worden wäre.

Die durchſchnittliche Zahl der jüdiſchen Todesfälle liegt bei 2,6 v. H. der Geſamtzahl der Todesfälle[3]. Der Anteil der Angehörigen der moſaiſchen Religion im Lande betrug 4,2 v. H., und der der Raſſejuden, die als Juden deklariert werden, 4,0 v. H.

2. Der Anteil der Geburten unter den Juden betrug 2,3 v. H.[3] der Geſamtanzahl der Geburten. Es iſt bekannt, daß die Juden als ſehr fruchtbar angeſehen werden. Der Anteil der Geburten iſt bei den Rumänen 77,6 v. H. (der Anteil der Rumänen betrug bei der Zählung vom Jahre 1930 71,9 v. H.)[4].

3. Der Hundertſatz der Eheſchließungen bei den Juden beträgt 3,5 v. H. der Geſamtzahl der Eheſchließungen. Nun iſt es aber bekannt, daß die Juden keine beſondere Vorliebe für den Junggeſellenſtand zeigen, und der Anteil an den Eheſchließungen iſt demgemäß bezeichnend.

Auf welchem Wege auch die Juden ſich der Bevölkerungszählung entzogen haben mögen, ſo können ſie ſich doch nicht Sterbefällen, Geburten und Eheſchließungen entziehen. Alle dieſe Eintragungen werden in 9000 Standesämtern Tag für Tag und Jahr für Jahr vorgenommen, und ſicherlich haben ſie nicht ſyſtematiſch von den Juden beeinflußt werden können, um ihre Statiſtik zu fälſchen. Im Gegenteil haben ſowohl die amtliche Überwachung wie auch der Druck der öffentlichen Meinung auf die Beamten der Standesämter jeden Fälſchungsverſuch unmöglich gemacht, den ja ſchon die Technik der Eintragungen ſelber unvorſtellbar erſcheinen läßt.

4. In jedem Jahre veranſtaltet der Lehrkörper der Volksſchulen eine allgemeine Zählung der Kinder ſchulpflichtigen Alters. Die neueſten Ergebniſſe des Volksbildungsminiſteriums für das Jahr 1938 zeigen, daß der Anteil der jüdiſchen Kinder 5 v. H. der Geſamtzahl von Kindern beträgt[5].

Die Lehrerſchaft und das Volksbildungsminiſterium ſind Organe, die völlig ohne Beziehung zum Organ der Bevölkerungszählung vom Jahre 1930 ſind.

5. Bei der Aushebung der jungen Männer für den Heeresdienſt (nicht bei der Einreihung) ſtellen ſich alle Juden vom geſetzlichen Alter. Die Anzahl der von den militäriſchen Stellen erfaßten Juden beträgt 4 v. H. der Geſamtſumme der jungen Männer.

6. Das Geſetz Gogas hat von allen Juden aus Siebenbürgen, Beſſarabien und der Bukowina verlangt, das Recht auf ihre Staatsbürgerſchaft mit Zeugniſſen nachzuweiſen. Innerhalb des alten Königreiches ſind diejenigen Juden davon befreit worden, die die Staatsbürgerſchaft auf Grund eines individuellen Geſetzes vor dem Jahre 1919 bekommen haben, das heißt eine unendlich kleine Zahl gegenüber der Anzahl der geſamten jüdiſchen Bevölkerung.

Der Juſtizminiſter hat die Zahlen der Juden veröffentlicht, die ſich zu dieſer Überprüfung gemeldet haben — Zahlen, die von den Richtern geliefert worden ſind. Sie ſind niedriger als die Zahl der Juden nach der Bevölkerungszählung vom Jahre 1930.

Alle dieſe amtlichen Angaben, die von anderen Behörden ſtammen, ſind ſchlüſſig und beweiſen zweifellos ein und dasſelbe: die Anzahl der Juden erreicht nicht die Zahl 800 000.

Beſonders bezeichnend iſt die Tatſache, daß es, abgeſehen von den von einigen behaupteten Zahlen, keine einzige — ſei es amtliche oder nichtamtliche — Quelle gibt, die einen noch ſo unſicheren Beweis für die 2 000 000 Juden bringt, von denen behauptet wird, daß ſie in Großrumänien gelebt hätten.

---

[3] Die Angaben ſind im „Buletinul demografic al României“ (Demographiſches Handbuch von Rumänien), Jg. 1939/40, veröffentlicht.

[4] Die Angaben ſind im Bd. II der Allgemeinen Bevölkerungszählung in Rumänien vom Jahre 1930, Bukareſt, veröffentlicht.

[5] Die Angaben ſind im Statiſtiſchen Jahrbuch für Rumänien 1939/40, Bukareſt 1940, S. 242, veröffentlicht.

In der Diskuſſion über dieſe Tatſachen habe ich niemandes Meinung zitiert. Die Tatſachen ſind durchaus unperſönlich. Beſtritten können ſie nur durch andere Tatſachen werden.

Nachdem ich die Beweiſe angeführt habe, die von niemandem je entkräftet werden können, halte ich es jetzt für angebracht, darzulegen, worin das jüdiſche Problem in Rumänien beſteht.

Objektive Autoren gelangen, nachdem ſie alle in der rumäniſchen Preſſe angeführten Zahlen überprüft haben, zu dem Schluſſe, daß die von uns veröffentlichten amtlichen Zahlen die wahrſcheinlichen ſind.

Die Überlegung iſt die folgende: Im Deutſchen Reiche hat es bis zu 600 000 Juden gegeben. Wenn man dieſe in Beziehung zu den 75 000 000 Deutſchen ſetzt, ſo würde ein Jude auf 125 Deutſche kommen. Wenn es in Rumänien 2 000 000 Juden gäbe, ſo würden im Vergleich zu den 18 057 000 Bewohnern auf einen Juden 9 Einwohner, oder auf einen Juden 7 Rumänen kommen.

Wenn wir die ſoziale Struktur der deutſchen und der rumäniſchen Bevölkerung überblicken, ſo ſehen wir, daß der ſozial-ökonomiſche Wert der deutſchen Bevölkerung unvergleichlich viel höher iſt als der der rumäniſchen Bevölkerung.

Zu dem quantitativen Anteil kommt auch noch der qualitative Unterſchied, der die Lage verhängnisvoll erſchwert.

Sogar wenn der zahlenmäßige Anteil der Juden in Rumänien im ganzen gleich mit dem Deutſchlands wäre, ſo würde doch in Rumänien die Lage wegen des Unterſchiedes zwiſchen dem ſozial-ökonomiſchen Werte eines durchſchnittlichen Deutſchen und dem eines durchſchnittlichen Rumänen unvergleichlich ſchwerer ſein.

Man muß alſo bei der Erforſchung der jüdiſchen Frage vor allem auf die Qualität der Juden achten, und dieſe Tatſache iſt bei uns gegenüber dem Trugbild des quantitativen Elementes als zweitrangig betrachtet worden.

Wenn wir annehmen, daß unſere Regierung bezüglich des jüdiſchen Problems Maßnahmen ergriffe, und daß dieſe Maßnahmen auf eine Zahl von 2 000 000[6] ausgerichtet wären, während doch ihre Zahl kaum ein Drittel der angenommenen beträgt, ſo würden ſich ziemlich ſchwere Störungen aus dieſem Fehler ergeben. Das Anſehen des Landes würde ſowohl im Inland wie auch im Ausland ſinken, und die materiellen Schäden wären beträchtlich.

Wir können wegen unſerer Beziehungen zum Ausland und beſonders mit dem Reiche uns nicht der Gefahr ausſetzen, uns in eine ſo bedenkliche Lage zu bringen.

Wenden wir uns jedoch dem Band V der Ergebniſſe der allgemeinen Bevölkerungszählung vom Jahre 1930 zu und überblicken wir die ſoziale Struktur der Juden. Die Zahlen zeigen uns, daß in den verſchiedenen Berufszweigen der Anteil der Juden gegenüber demjenigen der Rumänen ſehr verſchieden iſt. Es ergeben ſich folgende Zahlen:

Von der geſamten Bevölkerung Rumäniens im Jahre 1930 waren:

Berufsgruppen	Rumänen v. H.	Juden (der Raſſe nach) v. H.	andere Minderheiten v. H.
Anteil an der Geſamtbevölkerung in Großrumänien ...	71,9	4,0	24,0
Landwirtſchaft	77,8	0,3	21,9
Bergbau	68,1	1,1	30,8
Transport, Verkehrsweſen	73,8	4,0	22,2
Behörden	78,0	4,3	17,7
Baugewerbe	45,6	4,5	49,9
Holzinduſtrie	48,0	8,9	43,1
Metallinduſtrie	47,7	7,0	45,3
Chemiſche-, Papierinduſtrie, Druckereigewerbe	55,8	12,7	31,5
Nahrungsmittel-, Tabakinduſtrie	47,3	16,4	36,3
Textil- u. Manufakturwareninduſtrie	43,9	21,2	34,9
Kreditweſen, Handelsagenturen	43,5	28,8	27,7
Handel	39,4	40,3	20,3

[6] Die Zeitung „Tara" aus Sibiu-Hermannſtadt vom 12. 4. 1941 gibt eine Statiſtik der Juden in der ganzen Welt wieder, die der Zeitſchrift „Deutſche Volkswirtſchaft" entnommen iſt. Dort wird

In der erſten Spalte, bei der Gruppe Landwirtſchaft, übertrifft der Anteil der rumäniſchen Bevölkerung den Anteil der Nicht-Rumänen im Lande, ſowie bei der Gruppe der Behörden und der des Transportweſens. Dies erklärt ſich daraus, daß 80 v. H. der Bevölkerung des Landes in der Landwirtſchaft tätig ſind, und daher haben die Rumänen an dieſer beträchtlich hohen Zahl einen Anteil von 77,8 v. H. Die Landwirtſchaftsbetriebe in Rumänien ſind mit der Beſchäftigung einer erheblichen Zahl von Kleinbauern verbunden, ferner mit Arbeitern auf eigenem Grund und Boden, die kaum das, was ſie verbrauchen, herſtellen und mit einer ebenſo beträchtlichen Zahl von landwirtſchaftlichen Arbeitern ohne eigenen Grund und Boden.

Dieſe große Maſſe von Arbeitern lebt vom Ertrage des Bodens unter völlig unzulänglichen Bedingungen und bietet den größten Hundertſatz an Analphabeten, an Kranken und Gebrechlichen, an Auswanderern und ſozial Abhängigen.

Wenn die Anzahl der Rumänen in den Behörden groß iſt, ſo erklärt ſich das aus der Verſtaatlichung der Kirche und der Schule und daraus, daß das Heer und die Juſtiz judenfrei ſind; ferner aus der Tatſache, daß bis znm Jahre 1918 die Juden keine öffentlichen Beamten werden konnten, und daß nach dem Jahre 1918 die Eingliederung der rumäniſchen Provinzen die verwaltungsmäßige Rumäniſierung der neuen Provinzen im Gefolge hatte, wodurch der Anteil der Rumänen in der öffentlichen Verwaltung ſich beträchtlich erhöht hat.

In der Gruppe „Transportweſen" iſt vor allem das Perſonal der rumäniſchen Eiſenbahnen enthalten, das zum großen Teil rumäniſch iſt.

Den niedrigſten Hundertſatz von Rumänen finden wir im Handel, wo die abſolute Zahl der Juden größer als die der Rumänen iſt.

Wir müſſen, abgeſehen von dem zahlenmäßigen Moment, die Tatſache unterſtreichen, daß der Handel der ertragreichſte Beruf iſt, der auch den Beſitz von Kapital im Gefolge hat.

Beim Vergleich der Zahlen der im Handel tätigen Rumänen und Juden muß man ferner bedenken, daß es im Handel hohe und niedrige Poſten gibt, vom Inhaber bis zu den Dienern und Wächtern. Die erſteren ſind zum großen Teile Juden, und in der zweiten Gruppe finden ſich Juden nur zufällig. Folglich hebt nicht einmal die Beredſamkeit der obigen Zahlen die wirkliche Stellung der jüdiſchen Bevölkerung in Rumänien genügend ſtark hervor.

Sie berechtigen uns jedoch zu der Behauptung, daß die jüdiſche Frage in Rumänien ein qualitatives und kein quantitatives Problem iſt, und daß die verſchiedenen Seiten des jüdiſchen Problems nicht dadurch ans rechte Licht gerückt werden können, daß man auf die Zahl der Juden hinweiſt, ſondern nur durch eine objektive und ins einzelne gehende Analyſe der Eigenart der Juden Rumäniens.

Die Bände der Veröffentlichungen über die Bevölkerungszählung geſtatten uns, dieſe Analyſe durchzuführen, die wir in Kürze durch die Ergebniſſe der allgemeinen Bevölkerungszählung vom Jahre 1941 werden ergänzen können.

Es iſt lehrreich, ſich anzuſehen, wie die geographiſche Verteilung der Juden in Rumänien beſchaffen iſt, auch wenn es uns nur um einen allgemeinen Überblick über den zahlenmäßigen Aſpekt der Judenfrage geht.

In Abb. 1 und 2 iſt die Verteilung der Juden auf dem Lande nach Kreiſen aufgezeigt (wir geben die höchſte Zahl der Juden an, die nach dem Kriterium der Religion als ſolche ausgewieſen ſind). Das Kartogramm zeigt nicht nur die Herkunft der Juden aus dem Norden und Nordoſten, ſondern auch ihre geographiſche Verteilung oberhalb einer horizontalen Achſe des Landes. Unterhalb dieſer imaginären Linie finden wir nur einen einzigen Kreis mit einem Hundertſatz von über 0,5 v. H. und zwar den Kreis Petroſchani im Bezirk Hunedoara, welcher das wichtigſte Kohlengebiet Rumäniens darſtellt.

Abb. 3 bezieht ſich auf die geographiſche Verteilung der ſtädtiſchen Juden. Die in die rumäniſchen Provinzen eingewanderten Juden beginnen ihre Abwanderung nach den Städten

---

behauptet, daß bei der allgemeinen Bevölkerungszählung vom Jahre 1930 die Zahl der Juden in Rumänien 3300000 betragen habe, d. h. 9,64 v. H. der Geſamtbevölkerung Rumäniens. Demgegenüber vgl. man die Angaben des „Südoſtecho" vom 4. 4. 1941, das die Ergebniſſe unſerer Bevölkerungszählung vom Jahre 1930 übernimmt, nämlich 756930 Juden (vgl. Anm. 1). Ebenſo findet man dort die Zahl von 2,1 v. H. für die in Rumpfrumänien verbliebenen Juden.

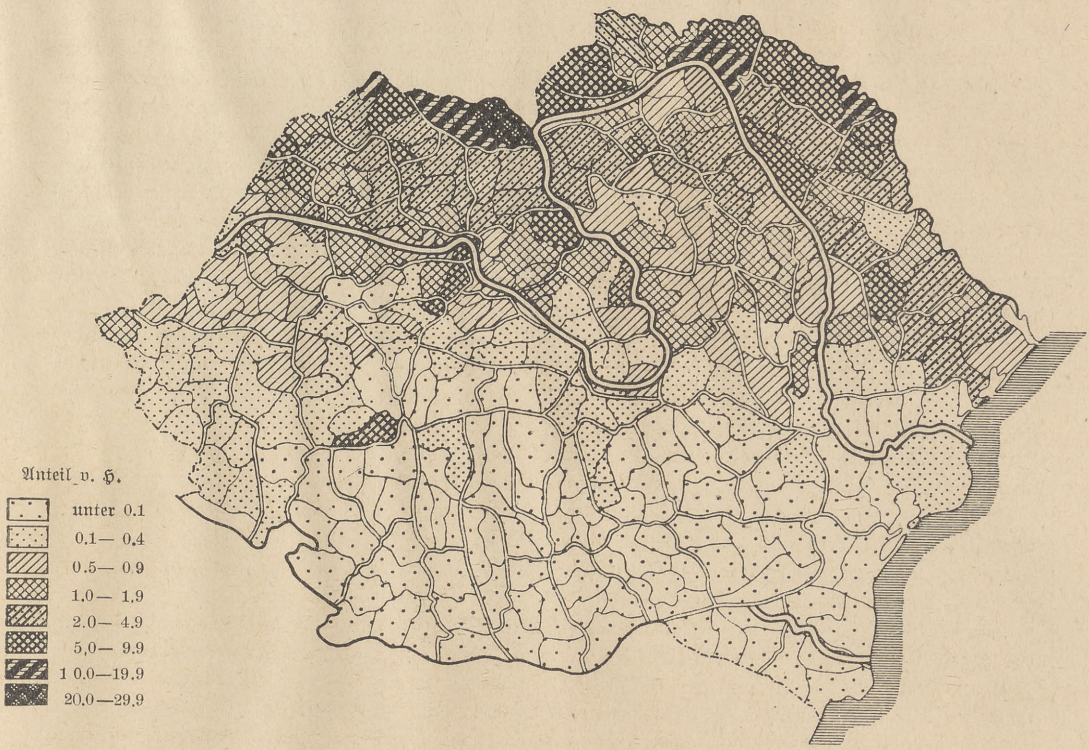

Anteil v. H.
unter 0.1
0.1— 0.4
0.5— 0.9
1.0— 1.9
2.0— 4.9
5.0— 9.9
10.0—19.9
20.0—29.9

Abb. 1. Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Landbevölkerung nach Landkreiſen (Plăşi)
(Bevölkerungszählung 1930)

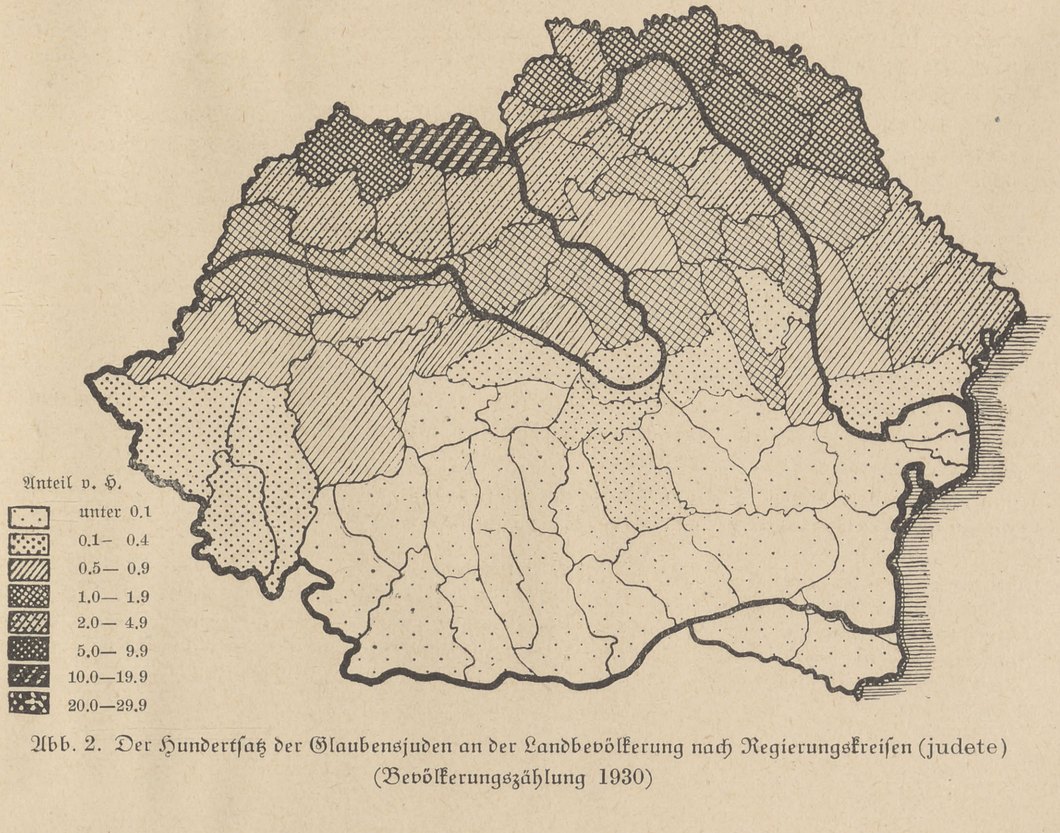

Anteil v. H.
unter 0.1
0.1— 0.4
0.5— 0.9
1.0— 1.9
2.0— 4.9
5.0— 9.9
10.0—19.9
20.0—29.9

Abb. 2. Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Landbevölkerung nach Regierungskreiſen (judete)
(Bevölkerungszählung 1930)

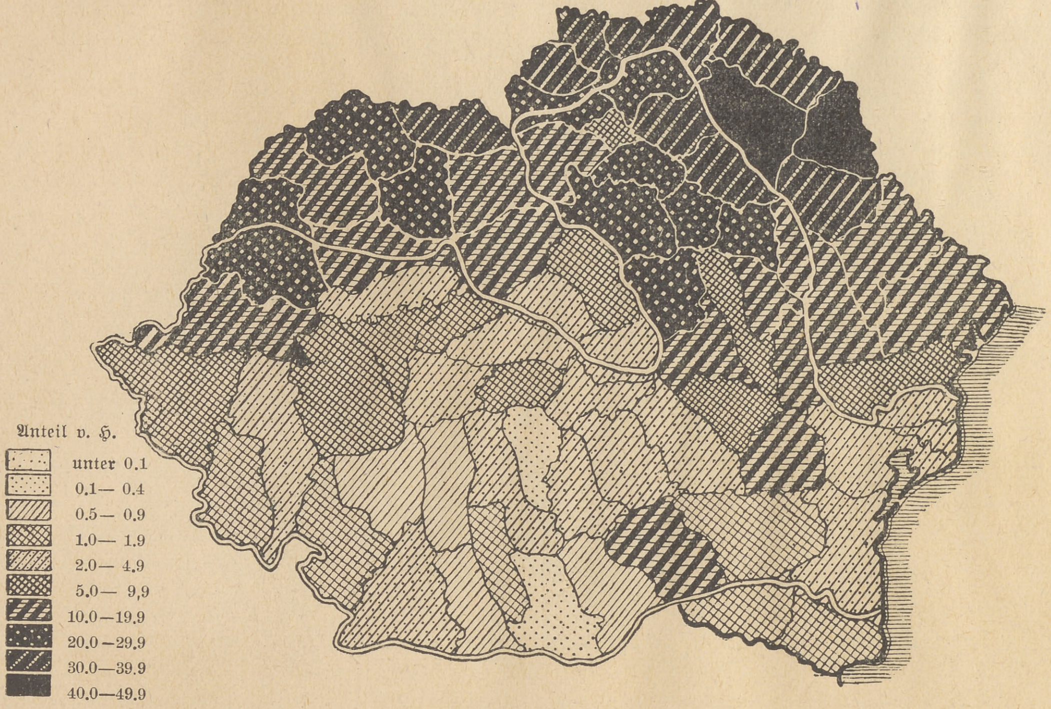


Abb. 3. Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Stadtbevölkerung nach Regierungskreiſen (judete) (Bevölkerungszählung 1930)

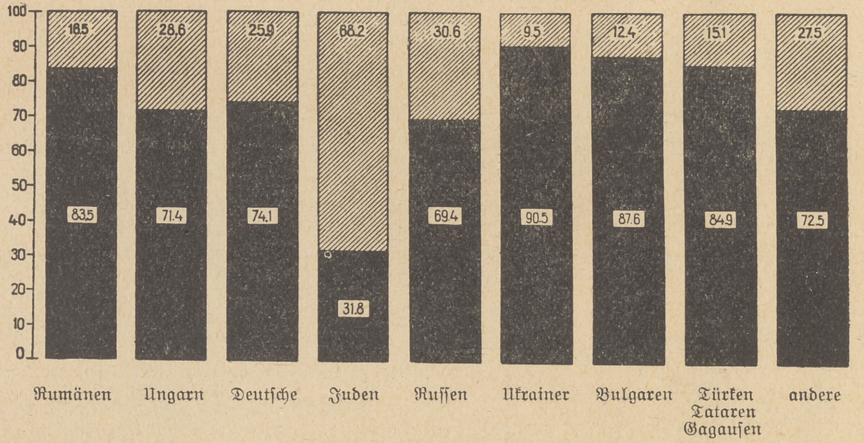


Abb. 4. Die Verteilung auf Stadt und Land der in Rumänien lebenden Volksgruppen

und dann auch in immer größerer Zahl in die Bezirke, in denen faſt überhaupt keine ländlichen Juden leben. Daher ergibt ſich klar die Herkunft der Juden aus weiten Entfernungen.

Das aber, was noch mehr ihre Anſiedlung in den verſchiedenen Ortſchaften kennzeichnet, iſt die völlig ungleichmäßige Verteilung der Juden zwiſchen Dörfern und Städten.

Abb. 4 zeigt uns den Anteil der jeweiligen Volkstumszugehörigkeit in den Dörfern und in den Städten. Die Juden ſind ein in weit höherem Maße verſtädtertes Volk als jedes andere in Rumänien.

Die durch die Abtrennung der rumäniſchen Provinzen im Norden und Oſten im Jahre 1940 hervorgerufenen Veränderungen haben die Stellung der Juden in Rumänien beträchtlich verändert.

Der Anteil der Juden fällt von 4,2 v. H. auf 2,1 v. H. Die Anzahl der Juden in den abgetretenen Gebieten beträgt 427 962 gegenüber 328 968 im übrigen Rumänien.

Zu Abb. 5 müſſen wir beſonders das beträchtliche Abſinken der Anzahl der Juden in den Dörfern des nach den Abtretungen verbliebenen Rumänien unterſtreichen, das die Verhältniszahlen der Juden in Rumänien zwiſchen den Städten und den Dörfern noch weiter verſchiebt; es ſtehen ſich 87,2 v. H. in den Städten und 12,8 v. H. in den Dörfern gegenüber.

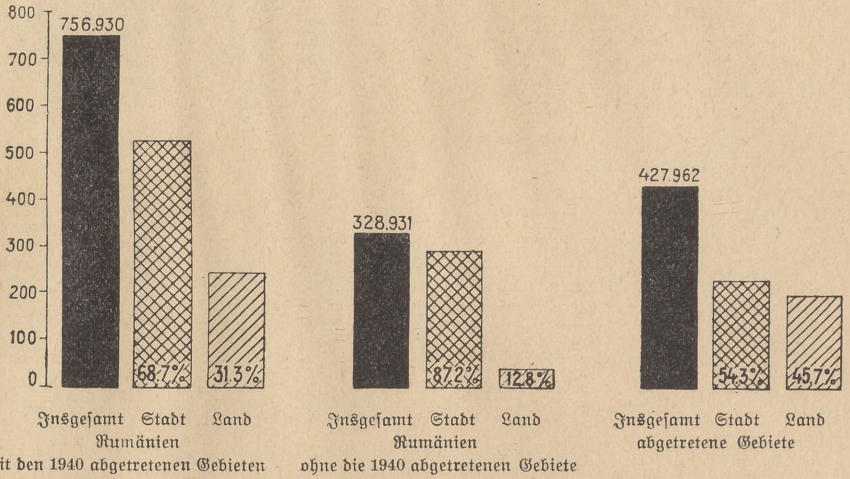


Abb. 5. Verteilung der dem Glauben nach jüdiſchen Bevölkerung auf Stadt und Land
(Bevölkerungszählung 1930)

Dieſe Zahlen weiſen nicht nur auf die Anzahl, ſondern auch auf die Eigenart der in Rumänien verbliebenen Juden hin, und zwar inſofern, als wir geſehen haben, daß die wichtigſte Eintrittsſtelle der Juden nach Rumänien die Nordoſtgrenze des Landes iſt, entlang der (Beſſarabien und Nordbukowina) diejenigen Juden ſaßen, die am ſpäteſten ins Land gekommen ſind, und die folglich den höchſten Anteil an der ländlichen Niederlaſſung aufwieſen. Dasſelbe Phänomen hat ſich in etwas geringeren Ausmaßen an der Nordgrenze des Landes abgeſpielt. So ſind, als die Verkleinerung des rumäniſchen Gebietes, die das Jahr 1940 mit ſich brachte, die Landesgrenzen änderte, mit dieſen Veränderungen auch die Abtretungen der Gebiete verbunden geweſen, die das erſte Einfallstor für die Juden darſtellten.

Das heutige Gebiet Rumäniens iſt eine Zone von innerer ſtädtiſcher jüdiſcher Emigration nach Norden und Nordoſten geworden.

Aus dieſer Tatſache können wir den Schluß ziehen, daß die Juden, die auf dem Gebiete des reſtlichen Rumänien verblieben ſind, den ſozial und kulturell höchſten Stand haben. Es iſt ganz natürlich, daß ſich dieſe Juden über den mittleren Stand der Juden im alten Rumänien erheben, und daß ihre Anweſenheit ſich gerade wegen des höheren ſpezifiſchen Schwergewichts der Judenſchaft noch viel ausgeprägter fühlbar macht: ſie iſt faſt gänzlich (87,2 v. H.) ſtädtiſch.

Es läßt ſich die Behauptung aufſtellen, daß die völlig falſchen Schätzungen der Zahl der rumäniſchen Juden auf den folgenden Urſachen beruhen:

1. Das zahlenmäßige Problem der Juden iſt wenig unter Fachwiſſenſchaftlern erörtert worden. Die Nichtfachleute haben, ſelbſt wenn ihnen Argumente entgegengehalten wurden, die nicht überſehen werden konnten, oder wenn ſolche Argumente von ſelber auftraten, das Vorhandenſein dieſer Argumente beiſeite geſchoben und haben ihre ausgearbeiteten Theſen weiterhin aufrecht erhalten.

2. Das Vorhandenſein der Juden war eine offenſichtliche Tatſache, und vor allem war offenbar ihr aktives Teilnehmen am wirtſchaftlichen Leben. Wenn man gewiſſe Zweige der wirtſchaftlichen Tätigkeit für ſich betrachtet, in denen die Juden in der Überzahl waren, oder wo ſie einen fühlbaren Druck ausübten, ſo ergab ſich deutlich ihr Überwiegen, und dieſe Tatſache iſt dann auf alle ſozialen Schichten verallgemeinert worden. Man hat dabei einen überhöhten Hundertſatz auf die Anzahl der Geſamtbevölkerung Rumäniens verallgemeinert und dann dieſen Hundertſatz als wirklich angeſehen.

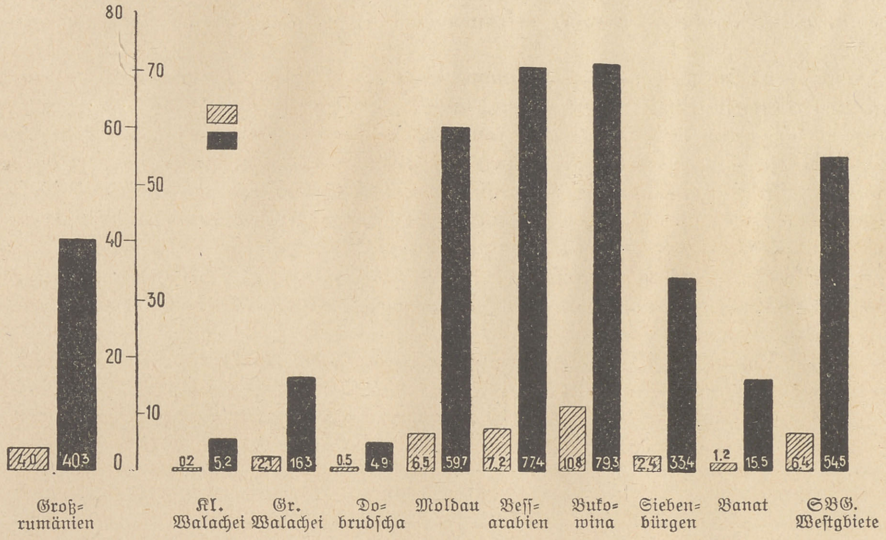


Abb. 6. Der Anteil der Juden an der Geſamtbevölkerung und an den Berufszugehörigen des Handels (Bevölkerungszählung 1930) (ſich zum jüdiſchen Volke bekennende)

Nun nehmen aber die Juden, wie wir gezeigt haben, nicht an allen Berufen gleichmäßig teil. Denn wenn von den 660 489 Einwohnern des Landes, die vom Handel leben, 265 955, d. h. 43 v. H. Juden ſind, ſo kommen dann auf die 13 063 213 Einwohner, die vom Ackerbau leben, und die die überwiegende Mehrzahl, nämlich 72,9 v. H. der Bevölkerung Rumäniens darſtellen, kaum 45 525, d. h. 0,3 v. H. Juden.

Folglich hat ein tatſächlicher Zuſtand, nämlich das Vorhandenſein der Juden im wirtſchaftlichen Leben, bei denen, die keine ſtatiſtiſche Erfahrung beſitzen, ein falſches Bild entſtehen laſſen, und ſie haben geglaubt, daß, wenn die Juden einen hohen Anteil vom Volksvermögen des Landes innehaben, ſie auch einen ähnlichen Hundertſatz an der Geſamtzahl der Landesbevölkerung aufweiſen.

3. Schließlich ergibt ſich eine dritte Fehlerquelle aus einer Art optiſcher Täuſchung.

Wie wir gezeigt haben, lebt die Mehrzahl der Juden vom Handel, von der Induſtrie und von freien Berufen. Dieſe Tatſache ſichert ihnen eine ſehr viel höhere Lebenshaltung, als der mittlere Stand des Landes beträgt.

Der Beruf als Agent des Güteraustauſches zwingt aber die Juden natürlicherweiſe, überall dort aufzutreten, wo es eine Straße, eine Verkehrsader gibt. Wer auf den Landſtraßen Rumäniens reiſt, konnte tatſächlich den Eindruck gewinnen, daß das Land faſt nur von Juden bewohnt wird. Denn in allen Dörfern und Städten befinden ſich längs der Landſtraßen die jüdiſchen Läden und Banken, und dort verkehren die Juden. Wenn in einem Städtchen von 10 000 Einwohnern 1000 Juden vorhanden ſind, ſo werden faſt alle dieſe Juden ihren Laden an der Landſtraße haben und vor dem Laden ſtehen. Der ökonomiſche Augenſchein iſt überwältigend, die Verjudung des Marktfleckens iſt offenſichtlich ſowohl dem äußeren Anſchein nach wie ſicherlich auch der wirtſchaftlichen Vormachtſtellung nach: dieſe 1000 Juden, die

10 v. H. der Ortsbevölkerung ausmachen, fallen in die Augen und beherrſchen das Bild. Dennoch leben im Marktflecken auch 9000 Rumänen; ſie leben in den Nebenſtraßen, ſind auf dem Felde verſtreut, ſie ſind öffentliche Beamte, Dienſtboten uſw. Die zahlenmäßige Majorität der Rumänen beträgt 90 v. H. und iſt daher überwältigend.

Dies ſind die drei wichtigſten Quellen für die falſchen Schätzungen der Anzahl der Juden in Rumänien. Und doch iſt die Zahl der Juden mit genügender Genauigkeit bekannt. Ihre qualitative Bedeutung aber iſt faſt überhaupt nicht bekannt. Mangels dieſer außerordentlich ſchwer zu erlangenden, aber zur Erfaſſung des Problems notwendigen ganzheitlichen Kenntnis wählen manche Autoren den bequemeren Weg, die Anzahl der Juden zu erörtern. Damit rufen ſie ſtatiſtiſche Kontroverſen hervor, die denen zum Nutzen gereichen, die nicht über Argumente verfügen.

Dennoch wird die Wiſſenſchaft, die immer nach der Wahrheit ſtreben wird, die weiter oben gelieferten Beweiſe objektiv verzeichnen, und dieſe Beweiſe werden ſo lange unumſtößlich bleiben, ſo lange nicht bewieſen werden kann, daß auch nur ein einziger unrichtig gezählter Fall bei der Bevölkerungszählung in Rumänien im Jahre 1930 vorgekommen iſt, oder bis man uns wird nachweiſen können, daß die Zähltechnik neue Methoden gefunden hat, die eine genauere Verarbeitung erlauben, daß dieſe Methoden aber von uns überſehen oder vermieden worden ſeien. Die objektiven Forſcher, die die rumäniſchen Methoden analyſiert haben, konnten feſtſtellen, daß unſere Methode gut iſt, und daß ſie im Laufe eines Jahrzehnts auch von ſolchen Ländern übernommen worden iſt, die die rumäniſche Methode früher als ungeeignet angeſehen haben.

Bei der allgemeinen Bevölkerungszählung vom Jahre 1941 iſt die rumäniſche Eintragungstechnik noch viel tiefer in das Kapitel der Statiſtik der Volkszugehörigkeit eingedrungen und hat ſich auf Einzelheiten erſtreckt, die bis heute noch nirgends zu erfaſſen verſucht worden ſind. Doch auf dieſes Problem werde ich in einem ſpäteren Aufſatz eingehen.

Deutſche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen

Von R. A. Kloſtermann, Berlin

(Fortſetzung[1])

8. Der Deutſche Arbeiterverein in Poſen

Der Deutſche Arbeiterverein in Poſen iſt eine Gründung neueren Datums. Soweit feſtzuſtellen iſt, wurde er im Jahre 1934 gegründet und hat ſich ſchon im Verlaufe ſeines verhältnismäßig kurzen Beſtehens trotz der ungünſtigen wirtſchaftlichen und politiſchen Verhältniſſe langſam aber ſicher zu einer entſprechenden Bedeutung entwickelt. Nach den maſchinenſchriftlich aufgeſtellten und mehrfach veränderten Satzungen bezweckte der Verein die Förderung der kulturellen Belange der Mitglieder nach chriſtlichen Grundſätzen und völkiſchen Eigenheiten. Seine Tätigkeitsmittel waren: Vorträge und Vorleſungen in kultureller und bildender Art, regelmäßiges gemeinſames Leſen von Zeitungen, Zeitſchriften und Büchern im Leſeſaal, die Förderung des gemeinſamen Zuſammenlebens der Mitglieder. Politiſche und religiöſe Betätigung war im Rahmen des Vereins unzuläſſig. Mitglied konnte urſprünglich jeder chriſtliche, deutſche Arbeiter ohne Unterſchied des Geſchlechtes werden, der das 18. Lebensjahr vollendet und ſeinen Wohnſitz in der Republik Polen hatte. Später ſcheint man nicht ſo uneingeſchränkt Mitglieder aufgenommen zu haben. Bei Neuaufnahmen ſollte ſtreng darauf geachtet werden, daß der Antragſteller nicht nach ſeiner weltanſchaulichen oder religiöſen Einſtellung den vom Verein verfolgten Zielen widerſprach. In einer zuſätzlichen „Geſchäftsordnung", die auf der Monatsverſammlung vom 7. Januar 1936 beſchloſſen und feſtgelegt wurde, wurden die Ziele des Vereins genauer umſchrieben und erweitert. Danach ſollten Vorträge und Vorleſungen kultureller und bildender Art in den Kameradſchaftsabenden von Mitgliedern und Nichtmitgliedern gehalten werden. Weiterhin ſollten gepflegt werden: Muſik, Geſang, Sprechchor, Theater, Hören von Rundfunkdarbietungen, Sport, Kurſe aller Art. Die Vorträge ſollten, ſoweit ſie ſich dazu eigneten, grundſätzlich durchgeſprochen werden. So lange die Deutſche Bücherei in Poſen dem Verein zur Verfügung ſtand, ſollte an Kameradſchaftsabenden dieſe Gelegenheit ausgenutzt werden. Im übrigen ſollten Vorleſungen aus Büchern, Zeitſchriften und anderem Bildungsſtoff ſtattfinden, die die Mitglieder weltanſchaulich oder wiſſenſchaftlich weiterbilden. Auch die Teilnahme von Mitgliedern an Veranſtaltungen anderer Vereine war vorgeſehen. Die Förderung des gemeinſamen Zuſammenlebens der Mitglieder war möglichſt auch auf die Familien, etwa bei Ausflügen, auszudehnen. Politiſche und antireligiöſe Betätigung im Rahmen des Vereins, überhaupt jede Propaganda und die Verſuche, den Verein durch Beeinfluſſung von Mitgliedern einſeitig politiſch zu orientieren, wurden nach dem Grundſatz, jeden ſchaffenden, deutſchen Volksgenoſſen als Kameraden zu achten und mit ihm gemeinſchaftlich zum Wohle des Ganzen zu arbeiten, ausdrücklich abgelehnt. Er vertrat mit einem ziemlich ſtark beſetzten Vorſtand, der aus dem Vorſitzenden, dem Schriftführer, dem Schatzmeiſter und zwei Beiſitzern beſtand, und einem eigenen Ehrengericht die Belange der deutſchen Arbeiter in Poſen und hat in den ſchwierigen Jahren, in denen das deutſch-polniſche Verhältnis perſönlich immer geſpannter wurde, wohl manche Kämpfe — nicht nur nach außen — zu beſtehen gehabt.

Seit der zweiten Jahresverſammlung im März 1936 ſind wir in der Lage, die Geſchicke des Deutſchen Arbeitervereins in Poſen in großen Zügen zu verfolgen: Die monatlichen Verſammlungen ſind im Durchſchnitt von etwa 40 Mitgliedern beſucht. Durch die wirtſchaftliche Notlage erzwungen werden die Vereinsbeiträge auf ein Minimum herabgeſetzt, Arbeitsloſe, die ſich mit der Arbeitsloſenkarte ausweiſen können, von der Zahlung monatlicher Beiträge überhaupt befreit. An einzelnen Kameradſchaftsabenden werden im Laufe der Zeit zahlreiche Vorträge gehalten, die der Aufklärung über politiſche Fragen, der allgemeinen Bildung und der näheren Kenntnis der Heimat dienen ſollen. Hier gedenkt man z. B. des verſtorbenen polniſchen Marſchall Piłſudſki, hier werden Vorträge über Poſen und Wolhynien, Vorträge über den Kampf gegen den Kommunismus, über Neubildungen des polniſchen Kabinetts gehalten. Hier wird auch geſprochen über Fronterlebniſſe im Weltkrieg, über die Bedeutung der deutſchen Kolonien und über das Thema „Was iſt Nationalſozialismus und wie können wir ſolche werden?“ oder etwa über das Ringen des Nationalſozialismus nach Reinheit der Raſſe. Das letzte Thema wurde gerade im Hinblick darauf gewählt, daß der Verein anfangen müſſe „ſeine Reihen frei zu machen von dem Ballaſt, der ihn hindere am Vorwärtsſchreiten“. Ähnlich löſt ein Vortrag über Adolf Hitler und „ſeine Bewegung“ das Verſprechen aus: „Wir ſahen Kampf und Entſchloſſenheit und wollen dieſes Kämpferiſche uns zu eigen machen.“ Weitere Vorträge berührten etwa „die Arbeit und ihr Wert“, den Krieg in Spanien und die Bedeutung des nationalen Durchringens. Aus der Art der Vorträge dürfen wir ſchließen, daß ſich der Deutſche Arbeiterverein in Poſen reſtlos zu den Zielen des Nationalſozialismus bekannte. — Im übrigen ſcheint man ſich vornehmlich darum bemüht zu haben, durch Einrichtung einer Selbſthilfe arbeitsloſe deutſche Kameraden wieder in Stellung und Brot zu bringen.

---

[1] Siehe Deutſches Archiv f. Landes- und Volksforſchung, 5. Jg., 1941, S. 375—392.

In einer lebhaften Generalverſammlung vom 18. Juni 1936 wird über das Weiterbeſtehen oder die Auflöſung des Vereins abgeſtimmt und nach Rücktritt und Austritt des bisherigen Vorſtandes eine Neuorganiſation des Vereins in die Wege geleitet. Unter Beibehaltung der bisherigen Aufgaben ſollte es in Zukunft „im Deutſchen Arbeiterverein keine Stänkerer, Meckerer und Querulanten, keinen Außenſtehenden, keinen Müßiggänger, ſondern alles Arbeiter am Werk geben“, ſollte in Eintracht und unter Ausrichtung auf ein gemeinſames Ziel weiter gearbeitet werden, „um den deutſchen Arbeiter für die ganzen Geſchehniſſe heranzuziehen und überall beratende Vertreter zu fordern“. Trotz dieſer guten Vorſätze iſt ein zielſtrebiges geſchloſſenes Vorgehen der Vereinsleitung wohl nicht immer möglich geweſen, ſo daß man im Hinblick auf ein für notwendig erkanntes Durchringen bereits im März 1937 zu einer Umwahl, bzw. zu einer Neuwahl des Vorſtandes ſchritt. Der Verein wollte ſich eben nicht ſchwach machen, eine Kampfgruppe bleiben und weiter an einer Säuberung arbeiten. In dieſem Zuſammenhang werden gerade die politiſchen Ereigniſſe, denen Deutſchland vor der Angliederung Öſterreichs und des Sudetenlandes entgegengehen ſollte, zu einem beſonders eindrucksvollen Symbol. Man zieht daraus auch für ſich die Lehre: „Hart und feſt kämpfen die deutſchen Brüder um ihr Schickſal, aber feſt und feſter werden ihre Herzen und ihre Überzeugung, daß die Einheit nur zum Segen ſich Bahn ſchaffen kann. Wir ſtehen heute wieder vor einem großen Weltſchickſal und werden wieder einmal Augenzeuge ſein, wie das Deutſche Volk die Einigkeit im Innern ſeines Herzens verlangt. So ſollen uns dieſe Kämpfer alle Vorbilder ſein für unſeren Kampf. Wir wollen nicht verzagen, nur ausharren und treu zuſammenſtehen.“

In dieſer Überzeugung verſuchte man auch ſein eigenes Schickſal in den ſchwerſten Augenblicken der deutſch-polniſchen Auseinanderſetzung zu meiſtern. Wenn auch die Haltung des Deutſchen Arbeitervereins aus ſeiner Entwicklung heraus ganz inſtinktiv in dem Boden des Nationalſozialismus begründet lag und ſeine Einſtellung den kommenden Ereigniſſen gegenüber auf dieſe Weiſe von vornherein feſtgelegt war, hielt noch kurz vor Beginn des jetzigen Krieges ein Mitglied der „Deutſchen Vereinigung“ in Polen vor dem Deutſchen Arbeiterverein eine eindringliche Anſprache, in der er alle Deutſchen zur Ordnung und Diſziplin aufforderte: Keiner ſolle ſich aufhetzen laſſen und falſche Gerüchte verbreiten. Es ſei viel wichtiger, die innere Pflicht zu ſpüren, als ſich durch ſenſationelle Zeitungsmeldungen und lügneriſche Angriffe beunruhigen zu laſſen. Das, was täglich geſprochen wurde, könne in wenigen Tagen überholt und vergeſſen ſein, aber das, wozu man ſich bekannt und verpflichtet habe, das Volkstum, die Heimat, nicht vergehen. Darum ſei es heute notwendig, daß man nicht den Augenblick mit Beſtürzung und Aufregung auf ſich wirken laſſe, ſondern die Beſtimmung, die in einem läge und die ewig ſei. Volkstum, Recht und Ehre ſeien Kräfte, die nicht in Not bringen, ſondern die aus der Not bringen.

In dieſer Grundhaltung konnte der Deutſche Arbeiterverein in Poſen der Auseinanderſetzung mit Polen und der Eingliederung der Oſtgebiete in Großdeutſchland entgegenſehen, ohne an ſeiner inneren Einſtellung etwas zu ändern. Bei ſeiner Auflöſung zählte er etwa 60 Mitglieder.

9. Der Lodzer Deutſche Schul- und Bildungsverein

Am 8. März neuen Stils im Jahre 1907 wurde der Lodzer Deutſche Schul- und Bildungsverein gegründet, der nach der vorherigen Beſtätigung ſeiner Satzungen durch den Petrikaner Gouverneur vom 18./31. Januar 1907 die amtliche Bezeichnung „Deutſcher Verein zur Förderung von Schul- und Allgemeinbildung" erhielt. Er hatte ſich das hohe Ziel geſetzt, der Erhaltung des deutſchen Volkstums zu dienen, und ſuchte in ſeiner kulturellen und erzieheriſchen Tätigkeit der großen Aufgabe gerecht zu werden. Dazu gehörte es, die Deutſchen ohne Rückſicht auf Stand und Partei, die in der näheren Umgebung der Stadt Lodz (Litzmannſtadt) anſäſſig waren, durch die Pflege deutſcher Bildung und Kultur zu ſammeln und, ſoweit angängig, vor dem Verluſt ihrer Nationalität und Kultur zu bewahren. Jede chauviniſtiſche Einſtellung lag dabei dem Verein fern. In dem erſten Tätigkeitsbericht[2] iſt das in folgenden Worten zum Ausdruck gekommen:

„Wir wollen unſere Kultur pflegen, nicht aus Feindſchaft gegen eine andere, ſondern weil jeder nur dann alle in ihm ruhenden Kräfte voll entwickeln kann, wenn er ſeiner Perſönlichkeit, ſeiner Nationalität treu bleibt und die in ihm ruhenden ererbten Fähigkeiten durch eine ihnen entſprechende Erziehung und Bildung zu voller Blüte bringt. Wir wollen uns über keine Nationalität erheben, ſondern von jeder lernen, doch nicht um uns zu verlieren, ſondern um uns als Deutſche zu vervollkommnen und zu gewinnen."

In der Überzeugung, daß der deutſche Arbeiter, der deutſche Handwerker, der deutſche Kaufmann, Paſtor, Lehrer und Arzt nur dann dem Reich ſein Beſtes geben kann, wenn er ſeine Sprache und ſein Volkstum weiter pflegt und entwickelt, konnte der Verein auch darauf hinweiſen, daß ſeine Arbeit gleichzeitig dem damaligen zariſtiſch ruſſiſchen Staat, in dem der Verein wirkte, zugute kam. Dadurch, daß der Verein völlig unpolitiſch eingeſtellt war, wurden etwaige Reibungsflächen mit der Regierung und innerhalb der Mitglieder von vornherein vermieden.

Als eine der wichtigſten und vordringlichſten Aufgaben nahm der Verein ſofort nach ſeiner Konſtituierung die Volksſchulfrage auf, um die empfindliche Schulnot der deutſchen Bevölkerung in Lodz (Litzmannſtadt) zu beſeitigen. Aus einer urſprünglich relativ günſtigen Lage, in der das deutſche Schulweſen in Lodz unter eigener Selbſtverwaltung geſtanden hatte, ergab ſich nach Einführung der obligatoriſchen ruſſiſchen Unterrichtsſprache, nach der Vereinigung deutſcher und polniſcher Schulen eine immer ſtärkere Verſchiebung zuungunſten des Deutſchtums, der man nicht länger tatenlos zuſehen konnte. Wie ſich aus der amtlichen Statiſtik ergibt, war der Prozentſatz der deutſchen Schüler auf den Lodzer Schulen in den Jahren 1897—1906 gegenüber den polniſchen Schülern von der Zahl von 44 v. H. Jahr für Jahr bis zu 27 v. H. geſunken[3] und auf den vorhandenen Fabrikſchulen hatte ſich mit wenigen Ausnahmen das Verhältnis in gleicher Weiſe ungünſtig geſtaltet. Verſuche, dieſer Entwicklung durch Begründung ſog. Kantoratſchulen zu begegnen, hatten aus ſachlichen und perſönlichen Gründen zu keinen nennenswerten Ergebniſſen geführt. Der Deutſche Schul- und Bildungsverein unternahm es nunmehr, von ſich aus einzugreifen, und eröffnete in Lodz vier private Volksſchulen, in denen von zwölf Lehrkräften etwa 1200 Kinder betreut wurden. Daneben übernahm der

---

[2] Vgl. (Schriftführer P. Jahnke): Bericht über die Tätigkeit des Lodzer Deutſchen Schul- und Bildungsvereins 1907—1911, Lodz 1911, S. 4.

[3] Vgl. die ausführliche Schulſtatiſtik in dem zitierten „Bericht" S. 6ff.

Verein ein bereits beſtehendes deutſches Privatgymnaſium, das zunächſt von einem beſonderen Komitee verwaltet und ſpäter unabhängig vom Verein von einer Gruppe Lodzer Großinduſtrieller geleitet wurde. Das Gymnaſium wurde in einem eigenen größeren Bau untergebracht und muſterhaft eingerichtet, wenn es auch noch lange Zeit um die Zubilligung ſtaatlicher Rechte zu kämpfen hatte.

Ein weiterer Schritt zur Stabiliſierung und Bereinigung der Schulfragen beſtand darin, daß ſich die eigens beim Magiſtrat geſchaffene deutſche Schulkommiſſion, die ſich zum größten Teil aus Mitgliedern unſeres Vereins zuſammenſetzte, nachdrücklich für die Trennung der Schulen einſetzte und die Forderung aufſtellte, daß zunächſt 35 v. H. und ſpäter 40 v. H. der ſtädtiſchen Schulen dem Deutſchtum vorbehalten bleiben ſollten. Als ſich die Polen dieſer Forderung widerſetzten und den deutſchen Schulkindern nur 27 v. H. einräumen wollten, wandte man ſich an das ruſſiſche Miniſterium und beantragte eine Trennung der beim Magiſtrat beſtehenden Schulklaſſe in eine deutſche und eine polniſche, um künftig den Unterhalt der Schulen aus eigenen Mitteln zu beſtreiten. Als dieſe Aktion von Erfolg gekrönt wurde, die Schulklaſſen getrennt wurden und auch die Genehmigung eigener Schulen vorlag, beſſerten ſich die Verhältniſſe zuſehends zugunſten des Deutſchtums: In wenigen Jahren ſtieg die Zahl von 8 Lehrern auf 68 deutſche Lehrer; während man vor der Klaſſentrennung 28 gemeinſame Schulen beſaß, hatte man gegen Ende der erſten Berichtszeit eine zweiklaſſige und 23 einklaſſige deutſche Schulen mit 68 Abteilungen; dementſprechend war auch die Zahl der Schulkinder im genannten Zeitraum von 1138 auf 4000 geſtiegen.

Infolge dieſer Entwicklung wurden die urſprünglich vom deutſchen Verein geſchaffenen Schulen nicht mehr in dem erforderlichen Maß unterſtützt. Der Schul- und Bildungsverein übergab ſie daher im Laufe der Zeit dem Magiſtrat, der ſie in ſtädtiſche Schulen umwandelte.

Nach Bereinigung der Schulfrage wandte ſich der Verein weiteren kulturellen Aufgaben zu. Da es noch keine Berufsvereinigung der Lehrer gab, bemühte ſich der Verein, der deutſchen Lehrerſchaft in Lodz zum Zuſammenſchluß und gegenſeitigen Gedankenaustauſch ein Heim zu ſchaffen und eine großangelegte deutſche Volks- und Lehrerbibliothek zu begründen. Die „deutſche Leſeanſtalt“ konnte im Februar 1910 in eigenen Vereinsräumen feierlich eröffnet werden. Die Bücherei, die durch Schenkungen von Buchhändlern und Vereinsmitgliedern weſentlich bereichert wurde, bot hauptſächlich ſchöngeiſtiges Schrifttum, ging aber in zwanzig weitgeſpannten Sachgruppen allen Erſcheinungen des Lebens nach, wie es im Hinblick auf die verſchiedenartigen Bedürfniſſe der breiten Leſerwelt erforderlich ſchien. Es ſollte eine gute Volksbibliothek ſein, und das hieß nach dem an die deutſchen Angeſtellten und Arbeiter in den Lodzer Fabriken verteilten Aufruf, „eine Fundgrube der Belehrung, eine Quelle der Freude und Erholung, eine Erzieherin zum Guten“. Deutſche, ruſſiſche und polniſche Zeitungen und Zeitſchriften ſtanden in der Leſehalle gleichfalls zur Verfügung. Im erſten Berichtsjahr konnte die Bibliothek 251 Leſer und 3346 Entleihungen regiſtrieren.

Ein weiteres großes Verdienſt kulturpolitiſcher Art erwarb ſich der Verein dadurch, daß er es verſtand, das durch kurzſichtige Politik gewiſſer deutſcher halbpoloniſierter Kreiſe in Gefahr geratene alte deutſch-evangeliſche Lehrerſeminar in Warſchau zu retten und nach einigen Verhandlungen mit der Schulbehörde auf den Boden von Lodz zu günſtigeren Bedingungen zu verpflanzen. Welche Bedeutung dies Werk für das Schulweſen und das Deutſchtum im Lodzer Raum gewinnen mußte, iſt leicht einzuſehen.

Seit dem Jahre 1910 beſaß der Verein eine eigene Geſangſektion, der etwa 65 Mitglieder angehörten und die von einem beſonderen, ſtark beſetzten Vorſtand geleitet wurde; eine eigene Abteilung für Inſtrumentalmuſik ſollte zur Bildung eines ſelbſtändigen Muſikorcheſters führen.

Man beabſichtigte ferner zur Ausgeſtaltung der kulturellen Aufgaben, Fortbildungskurſe für Erwachſene einzurichten, ein Muſeum für Lehrmittel zu ſchaffen, Ferienkolonien für Lehrer und Schüler durchzuführen, ein Altersheim für Lehrer zu gründen und für die Stadt Lodz eine ſtaatliche Realſchule ins Leben zu rufen.

Der Weltkrieg unterbrach die ſtetige Entwicklung des Vereins. Infolge der Verſchickung von Reichsdeutſchen ins Innere Rußlands und einer ſtarken Deutſchenhetze, war es der zuſammengeſchmolzenen Mitgliederzahl kaum möglich, die Vereinsziele weiter zu verfolgen [4]. Bis zum Jahre 1916 ruhte die Tätigkeit völlig, und auch dann gelang es nur, einzelne Aktionen ins Leben zu rufen. Für die arbeitsloſe Jugend wurden Web- und Buchhaltungskurſe eröffnet, einige populär wiſſenſchaftliche Vorträge geboten, die Bibliothek wurde offen gehalten, und auch die Muſikſektion lag nicht ſtill. Nach einem mißglückten erſten Verſuch im Jahre 1923, wieder mit einem vollen Programm an die Öffentlichkeit heranzutreten, gelang es im Jahre 1925, eine größere Wirkſamkeit zu entfalten und die verſchiedenen Abteilungen des Vereins erneut in Gang zu bringen. Der Verein konnte nie eine größere Anzahl von Mitgliedern ſein eigen nennen. Im Jahre 1911 zählte er 384, im Jahre 1914 512 Mitglieder, die durch die ſchlechten Verhältniſſe der Kriegs- und Nachkriegszeit weiter bis auf knapp 200 im Jahre 1926 ſanken. Im Dezember 1930 ſchloß ſich dem Verein als beſondere Sektion der Ring deutſcher Akademiker an [5].

Aber erſt in jüngſter Zeit ſollte der Verein ſeinen neuen wahren Sinn erhalten, als er von der jungen deutſchen Generation zum kulturellen Mittelpunkt des Deutſchtums ausgebaut wurde. Im Jahre 1930/31 übernahm ſie die Führung des Vereins und ſetzte ihm die Ziele, wie ſie im Arbeitsbericht für das Jahr 1932/33 zum Ausdruck kamen [6]:

„Das Schulweſen innerhalb der deutſchen Geſellſchaft zu fördern, wie es einſt als vornehmſte Aufgabe des Vereins gedacht war, iſt uns verſagt. Aber weit offen liegt vor uns ein anderes Arbeitsfeld: Die geiſtigen Kräfte, die unſerem Mutterland entquellen, durch Buch und Zeitſchrift in die Herzen unſerer Volksgenoſſen ſtrömen zu laſſen und das geſprochene, geſungene und dargeſtellte Wort zu lebendiger Wirkung zu bringen; die Seele des Kindes, des Jungmenſchen, des Mannes, der Frau durch die Schönheit und Tiefe des deutſchen Wortes zu erſchüttern und in ihr das Bewußtſein ihrer ſchickſalhaften völkiſchen Gebundenheit und Liebe zu eigenſter Art und Sitte wach werden zu laſſen.“

In enger Zuſammenarbeit mit reichsdeutſchen Inſtitutionen und Bildungsſtätten in Poſen wurden die verſchiedenen Arbeitsgebiete, Bücherei, Vortragsweſen, Muſik, Singarbeit, Heimatkunde, Bildſtelle, Jugend und Kinderarbeit, Sippenkunde behandelt und völkiſche Feiern und Feſte veranſtaltet. Jetzt war dem Verein die Möglichkeit gegeben, ganz im Breiten zu wirken und in ſtetiger Auseinanderſetzung mit polniſchen Behörden das Deutſchtum in Polen in den Ideen des neuen Deutſchlands zuſammenzuhalten, bis die Stunde der Befreiung und der Rückgliederung in das Großdeutſche Reich kam.

10. Der Hilfsverein Deutſcher Frauen in Kattowitz

Als nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges in dem Jahre 1922 entgegen den eindeutigen Wahlergebniſſen der Abſtimmung Oberſchleſien geteilt und wichtigſte Gebiete an den neuen Polenſtaat abgetreten werden mußten, wurde damit eine überwiegend deutſche und deutſch geſinnte Bevölkerung vom Deutſchen Reich losgeriſſen und einem ihr völlig fremden Staatsweſen überantwortet. Unter dem Zwang dieſer Ereigniſſe mußte man ſich wie von Deutſchland ſo auch von den alten deutſchen Organiſationen trennen.

So bildete ſich denn auch die ſeit dem Jahre 1874 geſchaffene Ortsgruppe des Vaterländiſchen Frauenvereins, des bekannten von der Königin Auguſta gegründeten Wohltätigkeitsvereins mit ſeinem Hauptſitz in Berlin [7] in einem ſelbſtändigen Hilfsverein Deutſcher Frauen um. Der neue Verein, der eine Gemeinſchaft aller deutſchen Frauen bilden wollte, ſtellte ſich ſeinem Herkommen entſprechend ganz bewußt über alle Unterſchiede von Konfeſſion, Parteizugehörigkeit, über Rang- und Standesunterſchiede. Sein Ziel war es, deutſches Volkstum und deutſches Kulturgut an einer beſonders gefährdeten Stelle, wie es nun einmal die nähere Umgebung von Kattowitz war, zu bewahren, die deutſche Jugend in den Pflichten des Volkstums zu belehren und zu erziehen, ſowie in Fällen ſozialer Not mit charitativer Arbeit einzugreifen.

---

[4] Vgl. Ergo, 20 Jahre Lodzer Deutſcher Schul- und Bildungsverein, Deutſche Blätter in Polen, Jg. 4, Poſen 1927, S. 203ff.

[5] Vgl. O. Borſe, Der Deutſche Schul- und Bildungsverein zu Lodz, Deutſche Blätter in Polen, Jg. 8, Poſen 1931, S. 470f.

[6] Zitiert nach Alfred Martz, Der Weg des Deutſchen Schul- u. Bildungsvereins in Litzmannſtadt, in: Der Oſten des Warthelandes, herausgegeben anläßlich der Heimatſchau in Litzmannſtadt (1941), S. 116ff.

[7] Vgl. Gräfin Groeben, 60 Jahre Arbeit im Vaterländiſchen Frauenverein vom Roten Kreuz, Weſtermanns Monatshefte, Jg. 71, 1926.

Der Aufgabenkreis des Hilfsvereins war in der unmittelbaren Zeit nach dem Weltkrieg, nach der ſchweren Erſchütterung durch die von polniſcher Seite heraufbeſchworenen ſchleſiſchen Aufſtände, als man unter fremder Regierung verſuchen mußte, die tiefen Schäden im wirtſchaftlichen, politiſchen und im perſönlichen Leben irgendwie auszugleichen, beſonders ſchwierig und entſagungsvoll. Davon legt gerade der Jahresbericht des Verbandes für das Rechnungsjahr 1930/31, in dem man auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken konnte, nach Sprache und Inhalt ein beredtes Zeugnis ab[8].

Nach dieſem Bericht beruhte die Hauptarbeit des Vereins auf einer tatkräftigen Unterſtützung des notleidenden deutſchen Mittelſtandes. Man vermittelte Heimarbeit, veranſtaltete Handarbeitsmeſſen, richtete eine Erwerbs- und Stellenvermittlung ein und verwendete ſich perſönlich in allen Fragen der unterſtützungsbedürftigen Deutſchen. Neben dieſer Arbeit, die nach beſtem Vermögen geleiſtet doch nur Teilerfolge zu bringen imſtande war, wurde eine geregelte Abgabe von Lebensmitteln durchgeführt, eine Kranken- und Wöchnerinnenfürſorge geſchaffen, bei der deutſche Ärzte ſich unentgeltlich zur Verfügung ſtellten, eine Mütterberatung eingerichtet und bedeutende Unterſtützungen in Bargeld trotz ungewöhnlichſter Anforderungen gewährt. So wurden im Jahre 1930 51 218 Zloty, in dem Jahre 1931 ſogar 59 286 Zloty an Bedürftige gezahlt. Ein gut Teil dieſes Hilfswerkes konnte durch Spenden aufgebracht werden.

Im übrigen richtete man ganz nach dem Vorbild des Vaterländiſchen Frauenvereins Jugendgruppen ein, veranſtaltete Studiengruppen und verſchickte in enger Arbeitsgemeinſchaft mit der Dachorganiſation des „Deutſchen Wohlfahrtsbundes“[9] deutſche ſchleſiſche Jugend, um bei ihnen jederzeit die lebendige Berührung mit dem Vaterland aufrecht zu erhalten. Bei der Ausbildung von Frauen und Männern zu Sanitätern wurde mit dem deutſchen Samariterverein Hand in Hand gearbeitet.

Die Abwanderung deutſcher Kreiſe aus Schleſien, die auf polniſchen Druck und auf die ungeſunden wirtſchaftlichen Verhältniſſe zurückzuführen war, bereitet dem Verein manche ſachlichen und perſönlichen Sorgen, da durch die Abwanderung führender deutſcher Perſönlichkeiten die Aufbauarbeit in den Ortsgruppen und Zweigvereinen häufig auf eine ſchwere Probe geſtellt wurde. Erſatz für die ausgefallenen wertvollen Kräfte zu ſchaffen, fiel bei der Lage der Dinge überaus ſchwer; bedeutete doch vielfach die glückliche Ausfüllung einer Lücke eine Exiſtenzfrage für die Ortsgruppe oder den Zweigverein.

Der Hilfsverein Deutſcher Frauen, dem auch der örtliche Deutſche Hausfrauenverein angegliedert war, beſaß im Berichtsjahr 1930/31 zwanzig Ortsgruppen und Zweigvereine mit 4118 Mitgliedern. In Tarnowitz, Kattowitz und Königshütte waren größere Arbeitszentren vorhanden, an weiteren Ortsgruppen ſind vor allem Laurahütte, Antonienhütte, Myslowitz, Rosdzin-Schoppinitz, Ruda und Bismarckhütte zu nennen.

11. Der Mieterſchutzverein für den Bezirk Bielſko (Bielitz)

Im ehemaligen öſterreichiſchen Schleſien und der ſpäteren polniſchen Wojewodſchaft Krakau liegt die Stadt Bielitz, die mit ihrer Nachbarſtadt Biala einen der wichtigſten Mittelpunkte des Deutſchtums im früheren Polen darſtellt. Im 13. Jahrhundert gegründet, hat ſie als ſelbſtändige Standesherrſchaft und ſpäteres Fürſtentum ſeit 1752 eine ſtark entwickelte deutſche

---

[8] Vgl. Verband der Hilfsvereine Deutſcher Frauen E. V. Kattowitz. Jahresbericht 1930/31 (in Maſchinenſchrift).

[9] Vgl. über ihn: G. Bednorz, Deutſche Wohlfahrt in Polniſch-Oberſchleſien, in: Das Deutſchtum in Polniſch-Schleſien, herausgegeben von Viktor Kauder, Leipzig 1932, S. 373 ff. = Deutſche Gaue im Oſten, Band 4.

Kultur ſowie ein reich organiſiertes Zunftweſen beſeſſen[10]. Dafür, daß ſie auch in unſerer Zeit die Intereſſen ihrer überwiegend deutſchen Bevölkerung zu vertreten imſtande war, legt unter anderem die Geſchichte einzelner deutſcher Berufsverbände ein beredtes Zeugnis ab. Eine der jüngſten Gründungen dieſer Art dürfte der Mieterſchutzverein für den Bezirk Bielſko-Biala ſein.

Der Mieterſchutzverein für den Bezirk Bielſko (Bielitz) vertrat die gleichen Ziele, wie ſie vor ihm etwa die älteren Mietervereine und Mieterſchutzvereine Deutſchlands und Öſterreichs ſeit den ſiebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in immer ſtärkerem Maße verfolgten. Nach ſeinen eigens in deutſcher und polniſcher Sprache ausgearbeiteten Statuten iſt der Zweck des Vereins:

1. Der Schutz der Mieter und Aftermieter, Angelegenheiten der Miete von Wohnungen ſowie von Handels- und Gewerberäumen.
2. Der Rechtsſchutz und die Rechtsberatung in Angelegenheiten der Miete und Aftermiete.
3. Die Intervention bei den Behörden, bei den Hausbeſitzern und die öffentliche Austragung von Streitigkeiten, die aus dem Mietverhältnis zwiſchen Mietern und Aftermietern entſtehen.
4. Die Verbreitung von Aufklärungen über Weſen der Wohnungsbaugenoſſenſchaften und die Veranlaſſung zur Gründung ſolcher Genoſſenſchaften.

Daneben ſollte das rein praktiſche, ſoziale Idealziel, jedem Mitglied eine geſunde, lichte und geräumige Wohnung zu verſchaffen, jederzeit im Vordergrund der Bemühungen ſtehen.

Die Geſchichte des Vereins können wir von ſeinen erſten Anfängen an verfolgen:

Die erſten Anſätze zur Gründung des obigen Vereins in Bielitz datieren von dem Augenblick, als man am 29. November 1925 eine öffentliche Verſammlung einberief, die im bewußten Gegenſatz zu der Organiſation der Hausbeſitzer einen feſtgefügten Verband der Mieter ſchaffen ſollte. In dieſer Verſammlung, die einen ziemlich ſtarken Beſuch aufwies, wurde nach verſchiedenen Vorträgen auswärtiger und einheimiſcher Referenten beſchloſſen, ein vorbereitendes Komitee zur Gründung des geplanten Vereins zu bilden. Das vorbereitende Komitee erwog zunächſt in mehreren Sitzungen und längeren Debatten eine Reihe grundſätzlicher Fragen, die vor einer Konſtituierung des neuen Vereins geklärt werden mußten. So mußte man ſich etwa darüber ſchlüſſig werden, ob die Neugründung den Charakter einer ſelbſtändigen Organiſation tragen oder ob man ſich lieber an den bereits beſtehenden Verein in Königshütte anſchließen ſollte. Hier wurde nach manchem Hin und Her ſchließlich beſchloſſen, einen ſelbſtändigen Verein zu begründen, der ſich jedoch die Erfahrungen und Statuten ähnlicher Einrichtungen in Königshütte, Krakau und Warſchau zunutze machen konnte. Um den Vereinszweck nicht zu gefährden, ſollte der Verein grundſätzlich über den Parteien ſtehen und keine Parteipolitik betreiben, da ſeine Mitglieder verſchiedenen Parteirichtungen angehören und größtenteils ſogar parteilos ſein würden. Die ſpäteren Verbindungen mit Abgeordneten des ſchleſiſchen Sejms bedeuteten daher auch keine Identifizierung mit der jeweiligen politiſchen Richtung, ſondern waren lediglich durch das ſachliche Intereſſe des Vereins gegeben. So forderte man auch ſpäter bei den Wahlen zum ſchleſiſchen Sejm die Mitglieder auf, nur die Parteien zu wählen, die eine Garantie für den Schutz der Mieterrechte gaben. Sobald dann auch die ſchwierige Lokalfrage zu einer Löſung geführt war und man ſich über die Mittel und Wege einig geworden war, die man bei der Werbung von Mitgliedern und bei der Entfaltung der erforderlichen Propagandatätigkeit überhaupt einſchlagen wollte, konnte man ſich an die breite Öffentlichkeit wenden. So fand am 9. März 1926 die erſte Hauptverſammlung des neugegründeten Vereins im Reſtaurant „Eispavillon" ſtatt, bei der über die bisherige Arbeit des Gründerausſchuſſes abſchließend berichtet, die Genehmigung der Satzungen mitgeteilt wurde ſowie die Wahlen für den Vorſtand, für den Prüfungsausſchuß und das Schiedsgericht vorgenommen wurden. Wie in den Statuten vorgeſehen, wurden folgende Organe des Vereins geſchaffen: Ein Vorſtand, der aus elf Mitgliedern beſtand und jeweils auf ein

---

[10] Vgl. Walter Kuhn, Gott ſegne ein ehrbar Handwerk! Ein Bild des Zunftlebens der alten Zeit in Bielitz-Biala 1926.

Jahr gewählt wurde, eine Generalverſammlung, die einmal im Jahr einberufen werden ſollte und an der ausſchließlich Mitglieder teilnehmen durften; eine Kontrollkommiſſion, die aus drei Mitgliedern beſtand und die nicht nur die Kaſſenbücher ſondern auch die Arbeit des Vorſtandes zu überprüfen hatte; ſchließlich wurde ein beſonderes Schiedsgericht aus fünf Vereinsmitgliedern gebildet, das etwaige unter den Mitgliedern entſtandene Streitigkeiten als letzte Inſtanz zu ſchlichten hatte. Nach der Konſtituierung des Vorſtandes und der Ausſchüſſe konnte dann mit der eigentlichen Vereinsarbeit begonnen werden.

Wie ernſt es der Verein mit ſeinen Aufgaben nahm, läßt ſich aus dem Umſtand erkennen, daß ſchon bei dieſer Hauptverſammlung eine einſtimmig gebilligte Entſchließung zugunſten des Mieterſchutzes[11] eingebracht wurde, die den Abgeordneten des ſchleſiſchen Sejms Johann Kowoll-Kattowitz und Joſef Machej-Teſchen als den geeigneten Vertretern der geſtellten Forderungen übermittelt werden ſollte[12]. Ein weiterer Antrag, an der Tagung der anderen Mieterſchutzvereine Polens in Lodz (Litzmannſtadt) teilzunehmen, um über den Gang der dortigen Verhandlungen unterrichtet zu ſein, wurde von der gleichen Verſammlung — wahrſcheinlich aus pekuniären Rückſichten — abgelehnt. In ſpäteren Jahren, als unſer Verein durch einen ſtarken Mitgliederbeſtand und erhebliche Reſerven in der Kaſſe gefeſtigt daſtand, hat er die Gelegenheit, mit verwandten Organiſationen in Gedankenaustauſch zu treten und identiſche Entſchließungen zu faſſen, gern benutzt. Der Kampf um die Erhaltung des Mieterſchutzgeſetzes, ſeine Erweiterung zugunſten der Mieter ſowie der Kampf um die Belebung der Bautätigkeit durch den Staat, das Land und die Gemeinden in Schleſien blieb die Parole unſeres Vereins auch weiterhin. So ſprachen in einer öffentlichen Mieterverſammlung die oben erwähnten Abgeordneten und der Obmann des Vereins über die Umgeſtaltung des Mieterſchutzgeſetzes, um allen Intereſſenten klar zu machen, worum es ging; ſo wurde ſpäter beſchloſſen, den Abgeordneten Machej zu erſuchen, bei den weiteren Beratungen des neuen Mieterſchutzgeſetzes die Forderung aufzuſtellen, daß die Handels- und Gewerbeunternehmen entſprechend den Beſtimmungen des Staatsmieterſchutzgeſetzes dem Mieterſchutz wieder unterſtellt würden und gegen die Auflöſung der Wohnungsämter Stellung zu nehmen.

An das Bürgermeiſteramt richtete der Verein ein Schreiben in dem Sinne, daß künftig zu den Sitzungen des Wohnungsausſchuſſes ein Vertreter des Vereins mit beratender Stimme hinzugezogen würde. Des weiteren wurde vom Wohnungsamt regelmäßig über die Zuweiſung von Wohnungen und die Bautätigkeit der Stadtgemeinde Bericht erſtattet[13]. Als dann nach Zeitungsnachrichten der ſchleſiſche Sejm in der zweiten Leſung der Mieterſchutzgeſetz-Novelle die Auflöſung der Wohnungs- und der Mietſchiedsämter, die Steigerung der Mietzinſe um 5 v. H. ſowie die Einbeziehung aller Handels- und Gewerberäume in den Mieterſchutz beſchloſſen haben ſollte, da ſah man mit Ausnahme des letzten Punktes die anderen Beſchlüſſe für einen direkten Fehlſchlag der Mieterſchutzbewegung auf ganzer Linie an und berief in tiefer Erregung eine Proteſtverſammlung ein. In dieſer Verſammlung wurde eine Entſchließung gefaßt, die die Stellungnahme unſeres Vereines in allen Einzelheiten eindeutig feſtlegt:

„Das Mieterſchutzgeſetz iſt durch die kataſtrophale Wohnungsnot ſeit Kriegsausbruch hervorgerufen eingetreten.

Die Wohnungsnot aber hat ſich ſeit dem Jahre 1918 nicht verringert, ſondern im Gegenteil noch vergrößert.

---

[11] Vgl. dazu die Broſchüre des Obmannes Rechtsanwalt Dr. Siegmund Glücksmann, Das Wohnungsproblem in Polen, Bielsko (1930) 35 S. und „Dziennik Ustaw Śląskich“ (Sammlung ſchleſiſcher Geſetze) in deutſcher Überſetzung 1922 ff. ſowie E. Bernecki, Ustawa o ochronie lokatorów (das Geſetz über den Mieterſchutz) Graudenz 1924,

[12] Vgl. „Sprawozdania stenograficzne Sejmu Śląskiego“ (Stenographiſche Berichte des ſchleſiſchen Landtages) Kattowitz 1922 ff.

[13] So waren nach einer Mitteilung vom 14. September 1926 beim Wohnungsamt Bielitz 870 Bewerber angemeldet, von denen 596 als dringend bezeichnet wurden. Im Verlauf von fünf Jahren hat das gleiche Wohnungsamt 343 Wohnungen zugewieſen, davon 165 an polniſche Staatsbeamte, Profeſſoren, Lehrer, Offiziere, und öffentliche Bedienſtete und 178 an Bewerber, die nicht in öffentlichen Dienſten ſtehen. Über den elenden Bauzuſtand vieler Häuſer und über die unſauberen Machenſchaften beim Verſchieben von Wohnungen wird in dem Bericht geklagt.

Da überdies ſeit Jahren eine Wirtſchaftskriſe beſteht, eine Auflebung von Induſtrie und Handel, ferner die Beſeitigung der Arbeitsloſigkeit nur durch intenſive Wohnbautätigkeit erfolgen kann, verlangen die am 7. Oktober (1926) im Saale Präſident verſammelten Mieter die vollſtändige Aufrechterhaltung des Mieterſchutzgeſetzes. Insbeſondere verlangen die Mieter, daß im Wege einer Novelle

I. der Mieterſchutz auf ſämtliche Wohnräumlichkeiten, Handels- und Gewerbelokalitäten ausgebreitet wird.

II. Sämtliche in ausländiſcher Valuta abgeſchloſſenen Mietsverträge, wie auch ſolche, in denen der vereinbarte Mietzins 100 v. H. der Friedensmiete überſteigt, ſind ungültig zu erklären.

III. Die Wohnungsämter wie auch die Schiedsämter ſind aufrecht zu erhalten.

IV. Die Mietzinserhöhungen ſind für die Dauer der Wirtſchaftskriſe einzuſtellen.

V. Der Realitätenbeſitz iſt für den Bau und Erhaltungsfond entſprechend zu beſteuern, der Baufond in Verwaltung den Gemeinden zu übergeben.

VI. Die Verſammelten erheben entſchiedenen Proteſt dagegen, daß der Sejm in ſeiner Mehrheit das Profitintereſſe der Hausherren dem öffentlichen Intereſſe des Landes, dem Wohle des Volkes und der Mietermaſſen vorzieht und mit einer unglaublichen Gleichgültigkeit die Fragen des Mieterſchutzes behandelt.“

Dieſe Reſolution ließ man dann zwecks gemeinſamen Vorgehens noch vor der dritten Leſung im polniſchen Sejm an den Mieterſchutzverein in Kattowitz gelangen.

Noch Anfang Oktober konnte der Obmann des Vereins über eine Konferenz der beiden ſozialiſtiſchen Parteien Schleſiens berichten, auf der nach ſeiner Anregung beſchloſſen wurde, die Mieterſchutzfrage in das Parteiprogramm aufzunehmen.

Solange das Problem des Mieterſchutzgeſetzes in Schleſien akut blieb, zögerte der Verein in Bielitz nicht, in Proteſtverſammlungen, Entſchließungen und Interventionen ſeinen oben feſtgelegten Standpunkt, z. T. auch gemeinſam mit anderen verwandten Organiſationen Polens bei den polniſchen Behörden, dem Bürgermeiſteramt, dem Bauamt und der Polizei und in der Öffentlichkeit mit Nachdruck und ſichtbarem Erfolg zu vertreten.

Gegenüber der zunächſt vordringlich erſcheinenden Beobachtung des Kampfes um das Mieterſchutzgeſetz und den aktuellen Problemen der Wohnungswirtſchaft mußte naturgemäß die in den Satzungen vorgeſehene Verbreitung von Aufklärungen über das Weſen der Wohnungsbaugenoſſenſchaften und die Veranlaſſung zur Gründung ſolcher Genoſſenſchaften vorerſt zurücktreten. Man hatte eben ſeine volle Kraft zur Erhaltung des Mieterſchutzgeſetzes einzuſetzen und hätte bei den komplizierten Vorarbeiten zur Gründung einer Baugenoſſenſchaft wohl nur eine Zerſplitterung der Kräfte erreicht. Immerhin wurde jedoch auch dieſer wichtige Punkt im Programm des deutſchen Mieterſchutzvereins keineswegs vergeſſen: In der Vorſtandsſitzung vom 27. April 1927 wurde die Organiſierung einer Baugenoſſenſchaft erſtmalig auf die Tagesordnung geſetzt. Hier referierte der Vertrauensmann unſeres Vereins erſt einmal ausführlich über die beiden verſchiedenen Arten von Baugenoſſenſchaften, die für die Ausführung der geſetzten Pläne in Frage kamen. Der Referent unterſchied dabei zwiſchen einer Genoſſenſchaft, die Eigentümerin ſämtlicher ausgeführter Wohnungsbauten bleibt, und einer anderen, die dem Einzelmitglied das Eigentumsrecht der zu erbauenden Wohnhäuſer zuſichert, und ſprach ſich für die Bevorzugung des erſten Wohnungsbauprojektes aus. Nach einer lebhaften Diskuſſion wurde der Antrag auf die Gründung einer Spezialkommiſſion geſtellt, die bald zuſammentreten ſollte und der dann alle weiteren Arbeiten auf dieſem Gebiet zugewieſen wurden.

Bereits einen Monat ſpäter, am 31. Mai 1927, berichtete der Vorſitzende der Kommiſſion über den Stand der zu gründenden Baugenoſſenſchaft: Die Vorbeſprechungen hätten erfreulicherweiſe ein reges Intereſſe gezeitigt und, wenn nicht alles trüge, ſo werde im kommenden Jahre beſtimmt „etwas relatives“ vorgenommen werden können. Mit Rückſicht auf die in der nächſten Zeit ſtattfindenden Beſprechungen wäre dem Bericht nichts beſonderes hinzuzufügen. — Man ſchien die Zwiſchenzeit nicht nutzlos verſtreichen zu laſſen. Das Protokollbuch des Vereins weiſt darauf hin, daß man mancherlei Erkundigungen bei Behörden und im

Handelsregiſter in Teſchen, ſowie Anfragen bei ähnlichen Gründungen eingezogen und andere Vorarbeiten bereits erledigt hatte. Jn der Vorſtandſitzung vom 27. Juni 1928 wurde im Anſchluß an einen Artikel der „Schleſiſchen Zeitung“[14], auf den der Vertrauensmann des Vereins in der „Volksſtimme“ antwortete, das Problem des Baus von Eigenheimen erneut angeſchnitten. An Hand der dortigen Ausführungen ſtellte man feſt, daß die von den öffentlichen Körperſchaften ausgeführten Bauten ſich für ein Zweifamilienhaus auf 50 000 Zloty, für ein Einfamilienhaus auf 25 000 Zloty und mehr ſtellten, ſo daß ſich die monatlichen Amortiſationsraten mit der Verzinſung bei den Kreditfriſten auf rund 250 bzw. 125 Zloty beliefen. Dieſe Summe ſei zu hoch, die könne ein Beamter oder Arbeiter kaum aufbringen. Demgegenüber ſei die Gründung einer Baugenoſſenſchaft zu erwägen, da die Möglichkeit beſtehe, von dem Schleſiſchen Wirtſchaftsfond Kredit zu erhalten. Zwar beſtünden ſowohl hierbei wie auch beim Ankauf geeigneten Baugeländes Schwierigkeiten; wenn aber die vorhandene Möglichkeit nicht ausgenützt werde, kämen die Verfechter der privaten kapitaliſtiſchen Wohnungswirtſchaft dem Bauvorhaben des Vereins zuvor. Die Statuten für eine Baugenoſſenſchaft ſeien bereits auf Grund eines früheren Beſchluſſes ausgearbeitet. Der Referent regte daraufhin an, nach den Ferien eine Konferenz der beteiligten Kreiſe einzuberufen und dann an die Gründung der Baugenoſſenſchaft zu gehen. Jn der anſchließenden Ausſprache kamen weſentliche Bedenken und Vorſchläge zur Sprache. So zog man die Staatsbeamtenhäuſer am Ende der Schießſtraße in Bielitz zum Vergleich heran, bei denen durch Weitervermietung der zweiten Wohnung ein großer Teil der fälligen Raten hereingebracht werde. Das bei den Staatsbeamtenhäuſern in Bielitz eingeſchlagene Verfahren, nach dem der Mieter dem Käufer eines ſolchen Hauſes den größten Teil oder ſogar die ganze Amortiſationsrate und mehr bezahlte, wurde als unſoziale Art der Abvermietung, als verwerflich gebrandmarkt. Des weiteren befürchtete man inſofern eine Schädigung des Mieterſchutzvereins durch die Angliederung der Baugenoſſenſchaft, als jedes Mitglied glauben werde, durch die Zahlung eines Anteils von beiſpielweiſe 100 Zloty Anſpruch auf eine Wohnung erworben zu haben. Da jedoch von einer Angliederung der Baugenoſſenſchaft an den Mieterſchutzverein ſchon wegen der geſetzlichen Unterſcheidung zwiſchen Verein und Genoſſenſchaft keine Rede ſein und auch durch etwaige Unzufriedenheit der Genoſſenſchaftsmitglieder den Mieterſchutzverein kein Schaden oder Mitgliederabfall treffen konnte, blieb dies Bedenken hinfällig. Man war ſich jedoch darüber klar, daß die Erbauung von Eigenheimen noch keine Löſung des Wohnungsproblems als ſolchen darſtelle und die einzelnen Gemeinden ſich durch die Tätigkeit der Baugenoſſenſchaft nicht von ihrer Pflicht befreit fühlen ſollen, ihrerſeits durch weiteren Wohnungsbau der Wohnungsnot abzuhelfen. Nach dieſen Erörterungen wurde beſchloſſen, der Anregung des Referenten ſtattzugeben und eine Konferenz der beteiligten Kreiſe einzuberufen. Jedoch ſollte die Einberufung dieſer Konferenz wie auch die Gründung der Baugenoſſenſchaft nicht offiziell vom Mieterſchutzverein in Bielitz ausgehen. Am 24. Juni 1928 kam es über die Gründung der geplanten Jnſtitution noch einmal zu einer Ausſprache: Über den genauen Koſtenpunkt der Wohnungsbauten der Wojewodſchaft ſollten Abgeordnete befragt werden. Jm übrigen hielt man an dem Beſchluß, eine Konferenz in dieſer Angelegenheit einzuberufen, „trotz aller gegenſeitiger Bedenken“ feſt.

Jn einer großen Mieterverſammlung vom 8. Dezember 1929 wurde das allgemeine Problem der Wohnungsnot und des Mieterſchutzes behandelt, wobei neben einheimiſchen Rednern auch der Senator Kopciński aus Warſchau zu Worte kam. Dieſer wies auf die vorbildliche Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien hin, die man beim Bau großer Arbeiterkolonien in Lodz (Litzmannſtadt) habe kopieren wollen. Die polniſche Regierung habe ſich aber dieſen Plänen entgegengeſtellt, die Aufnahme der notwendigen Kredite verhindert und deshalb hätte Lodz das Projekt nicht ſo beenden können, wie es geplant war. Solange die Mieter in den geſetzgebenden Körperſchaften ihre Stimme nicht erheben könnten, würde die Wohnungsfrage nie gelöſt werden.

Auf der fünften ordentlichen Generalverſammlung am 25. Mai 1931 wurde, zweifellos im Zuſammenhang mit den ſchwebenden Problemen der Baugenoſſenſchaft, ein ausführlicher

---

[14] Mit dem Titel: „Bauet Eigenheime.“

Vortrag über die Geldquellen für die Wohnungsbauaktion und die projektierte Mieterſteuer gehalten. Der vortragende Obmann wandte ſich in ſeinen Ausführungen ganz entſchieden gegen die einſeitige Belaſtung der Mieter durch die neue von dem ſchleſiſchen Sejm vorgeſehene Mieterſteuer. Die Hausbeſitzer, die doch als einzige ihr Vermögen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit gerettet hätten, zahlten bisher für den Baufonds 5—20 v. H. von ihrem Zinsertrag und ſeien dadurch nicht zu Schaden gekommen. Durch die neue Lage, die eine einheitliche Steuer von 10 v. H. für die Hausbeſitzer vorſehe, ſchenke man den großen Realitätenbeſitzern Steuern, während die Mieter in der ſchwerſten wirtſchaftlichen Kriſe, bei Gehaltsabzügen und Arbeitsloſigkeit für den Ausfall aufkommen müßten. Die vorgeſehene Steuer ſei unreal und undurchführbar, da 70 v. H. der Mieter dieſelbe nicht aufbringen könnten. In dieſer Überzeugung habe der Redner im polniſchen Sejm den Antrag geſtellt, daß alle diejenigen Mieter, deren Einkommen das Exiſtenzminimum, d. h. die im Einkommenſteuergeſetz feſtgelegte 18. Einkommenſtufe (366 Zloty), nicht überſchritten habe, ſteuerfrei ſeien und die Mieter, deren Einkommen die 18. Steuerſtufe überſchritten habe, eine von 2—100 v. H. geſtaffelte Mieterſteuer entrichten ſollten. Auf dieſe Weiſe wäre auch eine kräftige Beſteuerung der Höchſtbegüterten möglich geweſen.

Da der Antrag des Redners im polniſchen Sejm abgelehnt wurde, wurde von der Verſammlung eine einſtimmige Entſchließung gefaßt, nach welcher die Mieter gegen die beabſichtigte Steuer proteſtierten, die Forderung aufſtellten, daß das Exiſtenzminimum ſteuerfrei bliebe ſowie eine Steuer für Aftermieterzins nicht erhoben werde, ferner daß die Steuer nach dem Einkommen und nicht nach der Anzahl der bewohnten Räume berechnet werde. In einer öffentlichen Proteſtverſammlung vom 8. Juni 1931 wurde dann erneut gegen die Novelle zum Geſetz über den Schleſiſchen Wirtſchaftsfond, die das Mieterſteuergeſetz vorſah, Stellung genommen. Die eindrucksvolle Kundgebung wurde durch eine längere Anſprache des Abgeordneten Machej eingeleitet, der über die Wirtſchaftskriſe und die Arbeitsloſigkeit in Polen ſprach: Die Arbeitsloſigkeit beſtehe zwar in der ganzen Welt, aber prozentual ſei dieſe in Polen und beſonders in Schleſien (d. h. dem polniſchen Teil Schleſiens!), wo es 62 000 Arbeitsloſe gäbe, am größten. Im Auslande würde für die Arbeitsloſen beſſer geſorgt als in Polen. Auch die Wohnungsnot ſei in Polen am größten und da gäbe es keine andere Hilfe als zu bauen. Zum Bauen brauche man aber Geld und die Staatskaſſen ſeien leer. Anleihen könne der polniſche Staat nicht bekommen, weil das Ausland wegen des herrſchenden Syſtems kein Vertrauen zu Polen habe. Die Anleihen, die Polen bis jetzt bekommen habe, und deren Verzinſung jährlich eine halbe Milliarde betrüge, ſeien nicht für die ſo notwendigen Wohnungsbauten, ſondern für Luxusſtraßen, für das Jagdſchloß des polniſchen Präſidenten und zur Deckung der Budjetdefizite verwendet worden, während in Polen eine Million Wohnungen fehle. Zum Problem der neuen Mietſteuer ſelbſt machte der Abgeordnete dann die uns ſchon aus der letzten Generalverſammlung bekannten Feſtſtellungen und trat unter dem Hinweis, daß die Macht des polniſchen Staates vor den Toren des Großkapitals ende, entſchieden für den Proteſt der Mieter ein, der im Sejm gehört werden müßte.

Eine weitere Rede des Abgeordneten Dr. Kotas von dem polniſchen Politiſchen Klub Sanacja (Sanierung)[15] zeigte in ihrem Ergebnis, daß nach den letzten Erfahrungen vom internationalen Wohnungskongreß in Berlin ein ſtarker Wandel in den Anſichten der Sejmdelegation eingetreten ſei, der in Zukunft eine poſitivere Einſtellung gegenüber den Beſtrebungen der Mieter erhoffen ließ. Nach längeren Ausführungen des Vertrauensmannes des Vereins wurde abſchließend dem polniſchen Sejm eine Denkſchrift und die Entſchließung des Mieterſchutzvereins überſandt.

Neben den hier behandelten Aufgaben betreute der Mieterſchutzverein in Bielitz regelmäßig in ſtets ſteigender Anzahl die ſchwebenden Mietsfragen ſeiner Mitglieder, wie es nach den Satzungen vorgeſehen war. Einen genauen Überblick über die auf dieſem Gebiet geleiſtete Arbeit des Vereins gewinnen wir aus den Angaben des Protokollbuches:

Auf der zweiten Generalverſammlung am 6. März 1927 konnte der Vereinsvorſtand ſchon eine ſtolze Bilanz ziehen: In der Berichtszeit wurden 112 Abende abgehalten, an denen

---

[15] Parteigänger und Anhänger Pilſudskis und der „Oberſten-Regierung“ in Polen.

Mitgliedern Rechtsberatung zuteil wurde. In insgeſamt 692 Fällen wurde Rechtsberatung erteilt. Aus 75 Rechtsfällen, welche dem Vereins-Rechtsanwalt abgetreten wurden, erwuchſen 35 Prozeſſe bei Gericht und Mietſchiedsamt. 24 Prozeſſe wurden bereits durchgeführt und endeten zugunſten der Mieter. Interventionen wurden eingeleitet beim Wohnungsamt in 25 Fällen, beim Bürgermeiſteramt in 12 Fällen, beim Bauamt in 13 Fällen, bei der Bezirkshauptmannſchaft in einem Fall, beim Gemeindeamt in Kamitz in 5 Fällen, beim Gemeindeamt in Lobnitz in 2 Fällen, beim Polizeiamt Bielitz ebenfalls in 2 Fällen. Ferner wurden 2 Austragungen zwiſchen Vermieter und Mieter durchgeführt. In zwölf weiteren Fällen wurden Beſchwerden gegen Hausbeſitzer angemeldet, die ſofort an die zuſtändigen Behörden weitergeleitet wurden; die Hausbeſitzer ſahen ſich gezwungen, die gerügten Übelſtände unverzüglich zu beſeitigen.

Auf der dritten Generalverſammlung am 22. April 1928 konnten weitere Fortſchritte feſtgeſtellt werden: Die Rechtsberatungen, die urſprünglich an zwei Abenden in der Woche feſtgeſetzt waren, wurden in der Berichtszeit dreimal wöchentlich abgehalten. Von der Rechtsberatung machten 804 Mitglieder Gebrauch, 64 Fälle wurden dem Rechtsanwalt des Vereins abgetreten und zwar 34 Kündigungsprozeſſe, 5 Beſitzzerſtörungsklagen, 12 Fälle beim Mietſchiedsamt, 13 Angelegenheiten wurden mit dem Partner in der Kanzlei des Rechtsanwalts geregelt, zwei weitere Prozeſſe waren zur Berichtszeit noch nicht entſchieden. Auf Grund von Beſchwerden von Mitgliedern über Mißſtände in Häuſern und Wohnungen wurden 13 Anzeigen an die Bau- und Sanitätsbehörden erſtattet, was in allen Fällen erfolgreich war. Beim Bürgermeiſteramt, dem Bauamt und der Polizei wurden 24 Interventionen durchgeführt, wobei gleichfalls in allen Fällen zugunſten der Mieter entſchieden wurde.

Auf der vierten Generalverſammlung am 27. April 1930 lautete der Bericht: Es wurden an 957 Mitglieder Rechtsberatungen erteilt. 71 Fälle wurden an den Rechtsanwalt des Vereins zur weiteren Behandlung abgetreten; hiervon waren 40 Kündigungen, 14 Beſitzzerſtörungsklagen, 9 Mietſchiedsangelegenheiten, 6 Strafprozeſſe und 2 Fälle wegen rückſtändigen Mietzinſes. 19 Prozeſſe wurden außergerichtlich ausgetragen, 9 ſind noch im Gange. 96 v. H. der Prozeſſe ſind zugunſten der Mieter ausgefallen und nur 4 v. H. verlorengegangen, die aus Preſtigegründen geführt werden mußten oder bei denen falſche Informationen vorlagen.

Eine weitere Steigerung der Arbeitsleiſtung konnte auf der fünften ordentlichen Generalverſammlung am 25. Mai 1931 feſtgeſtellt werden: danach nahmen 960 Mitglieder in der Berichtszeit die Rechtsberatung in Anſpruch. 111 Fälle wurden an den Rechtsanwalt des Vereins weitergeleitet, unter denen ſich 49 Kündigungen, 23 Beſitzzerſtörungsklagen, 20 Mietſchiedsamtangelegenheiten, 13 Strafprozeſſe und 6 Fälle wegen rückſtändigen Mietzinſes befanden. 39 dieſer Prozeſſe wurden außergerichtlich und 64 vor Gericht ausgetragen, 8 waren zur Zeit noch im Gang. 94 v. H. der Prozeſſe fielen zugunſten der Mieter aus und 6 v. H. gingen infolge falſcher Informationen durch die Mitglieder verloren. Im übrigen wurden 14 Anzeigen an den Magiſtrat von Bielitz, an die Landgemeindeämter Alexanderfeld und Kamitz ſowie an die Polizei erſtattet. Außerdem wurden 30 Interventionen, 15 beim Magiſtrat Bielitz, 3 bei der Polizei, 3 bei der Gemeinde Alexanderfeld, 2 bei der Gemeinde Kamitz und 7 bei Hausbeſitzern durchgeführt. Weiterhin wurden 8 Konferenzen zur gütlichen Austragung ſtrittiger Fragen abgehalten.

Auf der ſechſten Generalverſammlung am 22. Mai 1932 konnte für das Berichtsjahr 1931 gemeldet werden, daß 816 Mitglieder die Rechtsberatung in Anſpruch genommen hatten. 72 Fälle wurden an den Rechtsanwalt des Vereins verwieſen, unter denen ſich 31 Kündigungen, 7 Beſitzzerſtörungsklagen, 19 Mietſchiedsamtangelegenheiten, 6 Strafprozeſſe und 9 Fälle wegen rückſtändigen Mietzinſes befanden. Über 36 Fälle einigte man ſich außergerichtlich, 36 Prozeſſe wurden vor Gericht gewonnen, 16 Prozeſſe waren noch im Gange, 4 Prozeſſe wurden verloren. Im ganzen endeten 93 v. H. der Prozeſſe zugunſten der Mieter, 7 v. H. gingen zumeiſt infolge falſcher Informationen verloren. Weiterhin wurden 17 Anzeigen an den Magiſtrat und das Polizeiamt in Bielitz gerichtet. Es wurden 39 Interventionen durchgeführt und zwar 31 bei dem Magiſtrat in Bielitz, 1 beim Wohnungsamt in Biala, 3 bei dem Polizeiamt in Bielitz, 1 beim Polizeiamt in Nikelsdorf, 14 bei Hausbeſitzern in Bielitz und Biala. 14 Konferenzen fanden zwiſchen Hausbeſitzern und Mietern zwecks gütiger Beilegung ſtrittiger Fragen ſtatt.

Auf der ſiebenten Generalverſammlung am 26. März 1933 wurde mitgeteilt, daß ſich im Berichtsjahr 1932 1284 Mitglieder an die Rechtsberatung wandten und 75 Fälle dem Rechtsanwalt des Vereins übertragen wurden: 32 Kündigungen, 7 Beſitzerſtörungsklagen, 22 Mietſchiedsamtangelegenheiten, 2 Strafprozeſſe, 9 Fälle wegen rückſtändigen Mietzinſes und 3 weitere Fälle. Der Verlauf der Prozeſſe war folgender: 16 Fälle außergerichtlich, 5 gerichtlich beigelegt, 22 Prozeſſe wurden gewonnen, 29 waren zur Berichtszeit noch im Gange und nur 3 Prozeſſe verloren. Es wurden alſo 93 v. H. der Streitfälle im Sinne der Mieter entſchieden und nur 7 v. H. verloren. An den Magiſtrat und die Polizeiverwaltung in Bielitz und Biala wurden 41 Anzeigen gerichtet, 81 Interventionen bei polniſchen Behörden durchgeführt und 53 Konferenzen zur Schlichtung von Streitigkeiten abgehalten.

Aus dieſem Überblick auf den Generalverſammlungen des Vereins, dem man noch die Ergebniſſe der Monatsberichte zur Seite ſtellen könnte, erkennt man ohne weiteres die wachſende Bedeutung, die der Verein im Laufe der Jahre innerhalb des Deutſchtums in Bielitz und Biala gewonnen hat. Im Verfolg ſeiner angeſpannten Tätigkeit hat ſich der Verein zu einem Faktor entwickelt, mit dem die polniſchen Behörden rechnen mußten und den man, wenn auch ungern, nicht mehr überſehen konnte. Dazu redeten die vielen erfolgreichen Unternehmen des Vereins und die ſtetig ſteigende Mitgliederzahl ihre eigene Sprache.

Nach Durchſicht der Monatsberichte ergibt ſich für die Bewegung der Mitglieder folgendes Bild:

Januar	1926	40	Mitglieder	Januar	1928	1048	Mitglieder
Mai	„	374	„	Februar	„	1078	„
Juni	„	397	„	März	„	1090	„
Juli	„	541	„	Mai	„	1139	„
Auguſt	„	600	„	Juni	„	1164	„
September	„	631	„	Juli	„	1184	„
Oktober	„	718	„	Auguſt	„	1202	„
November	„	758	„	September	„	1214	„
				Oktober	„	1224	„
Januar	1927	804	„				
September	„	975	„	April	1929	1247	„
November	„	1010	„	Juni	„	1395	„
Dezember	„	1030	„				

Später ging die Zahl der Mitglieder infolge der allgemeinen Wirtſchaftskriſe und der Arbeitsloſigkeit wieder bis auf etwa 900 Mitglieder zurück[16].

Ein weiteres Zeugnis für die wachſende Bedeutung und die Erweiterung des Arbeitsfeldes erkennt man aus dem Umſtand, daß ſich der Mieterſchutzverein ſeit März 1929 auch auf das Gebiet der Nachbarſtadt Biala ausdehnte und nach einer Statutenänderung, die den Namen entſprechend änderte und den Vorſtand erweiterte, die Intereſſen beider Städte vertrat.

12. Der Verband für Handel und Gewerbe in Poſen

Am 2. Februar 1926 fanden ſich über fünfzig führende deutſche Männer aus Kreiſen der Wirtſchaft und aus freien Berufen in Poſen zuſammen und beſchloſſen unter dem Eindruck der großen Wirtſchaftsnot und der bedrängten Lage des Deutſchtums im neuen Polenſtaat die Gründung eines Verbandes für Handel und Gewerbe in Poſen. Nach den Satzungen umfaßte das Tätigkeitsfeld des Vereins die ehemaligen polniſchen Wojewodſchaften Poſen und Pommerellen, während das Arbeitsgebiet infolge einer Arbeitsteilung mit einem befreundeten anderen Verband gleicher Richtung im weſentlichen auf die Wojewodſchaft Poſen beſchränkt blieb[17]. Der Zweck des neugegründeten Verbandes war:

---

[16] Ein Mitgliederverzeichnis in Karteiform für 3000 Mitglieder wurde im September 1930 beſchloſſen anzulegen.

[17] Vgl. z. B. Deutſcher Heimatbote in Polen, Jahrbuch d. deutſchen Volkstums in Polen, Kalender f. 1936, 15. Jg., S. 126.

1. die Förderung und der Schutz des wirtſchaftlichen Wohlergehens ſeiner Mitglieder,
2. die Weckung des Gemeinſchaftsſinnes und der Hilfsbereitſchaft unter den Gewerbetreibenden,
3. die Förderung der fachlichen Ausbildung.

Als Mittel der Vereinstätigkeit galten nach dem Statut:

1. die Abhaltung von Verſammlungen und anderen geſelligen ſowie bildenden Veranſtaltungen, z. B. Vorträgen, Unterhaltungsabenden, Beſichtigungen uſw. für Mitglieder und deren Familienangehörige,
2. die Zuſammenarbeit mit anderen wirtſchaftlichen Organiſationen,
3. der Beiſtand in Berufs- und Steuerangelegenheiten ſowie die Unterſtützung in Rechtsangelegenheiten.

Mitglieder des Vereins konnten werden: jeder Kaufmann, Handwerker, Angehörige der freien Berufe ſowie kaufmänniſche und gewerbliche Angeſtellte und Arbeiter, die das 18. Lebensjahr überſchritten hatten, desgleichen Vereine, Firmen und juriſtiſche Perſonen, die ſich auf dem Gebiet der Wirtſchaft betätigten.

Die Organe, mit denen der Verband für Handel und Gewerbe in Poſen arbeitete, beſtanden aus der Mitgliederverſammlung, dem Beirat, dem Hauptvorſtand und den Kaſſenprüfern (der Reviſionskommiſſion). Die Mitgliederverſammlung, die von dem Hauptvorſtand mindeſtens jährlich einmal einberufen werden ſollte und in der jedes Mitglied ſtimmberechtigt war, konnte außerdem zuſammentreten, wenn der Beirat durch einen Beſchluß mit einfacher Stimmenmehrheit das Verlangen danach ſtellte. Die Mitgliederverſammlung wurde mit der Erledigung aller Angelegenheiten betraut, die nicht anderen Vereinsorganen vorbehalten waren, unter anderen mit der Entlaſtung des Hauptvorſtandes. Der Beirat beſtand aus Vertretern einzelner Ortsgruppen, die von deren Mitgliederverſammlungen auf die Dauer von zwei Jahren gewählt wurden. In jeder Ortsgruppe wurden für jede angefangenen fünfzig Mitglieder ein Beiratsmitglied und ein Stellvertreter gewählt, die im Bedarfsfall durch Neuwahl ſofort zu ergänzen waren. Der Beirat hatte die Aufgabe, die Mitglieder des Hauptvorſtandes auf die Dauer von zwei Jahren zu wählen und den Vorſitzenden des Vereins ſowie deſſen Stellvertreter für die gleiche Zeit zu beſtimmen, zwei Kaſſenprüfer zu ernennen und den vom Hauptvorſtand vorgelegten Haushalts-Voranſchlag zu beſchließen. Der durch den Beirat gewählte Hauptvorſtand beſtand aus fünf bis acht Perſonen, die ihre Tätigkeit gleichfalls für die Dauer von zwei Jahren ausübten. Durch die Beſtimmung, daß jedes Jahr die Hälfte der Vorſtandsmitglieder zurückzutreten habe, wurde für eine regelmäßige Erneuerung des Vorſtandes Sorge getragen. Der Hauptvorſtand ſollte den Verein leiten, ihn nach außen vertreten, ſowie den oder die Hauptgeſchäftsführer berufen oder entlaſſen. Faſt die gleiche Organiſation wurde dann auch für die verſchiedenen Ortsgruppen des Verbandes vorgeſehen. Hier gab es als Organe die Mitgliederverſammlung, den Vorſtand und die Kaſſenprüfer. Die Mitgliederverſammlung hatte den Vorſtand und die Kaſſenprüfer der Ortsgruppe zu wählen, den Geſchäftsbericht und den Bericht der Kaſſenprüfer entgegenzunehmen und den Vorſtand der Ortsgruppe zu entlaſten. Der Vorſtand der Ortsgruppe beſtand aus zwei bis vier Mitgliedern und zwar aus dem Vorſitzenden (Obmann), dem ſtellvertretenden Vorſitzenden, dem Schriftführer und dem Kaſſenwart. Im Hinblick auf die geringe Größe mancher Ortsgruppen wurde die Beſtimmung getroffen, daß zwei der genannten Ämter in einer Perſon vereinigt werden dürften. Der Hauptvorſtand war naturgemäß berechtigt und verpflichtet, den Ortsgruppenvorſtand oder einzelne ſeine Mitglieder abzurufen, wenn die Intereſſen des Vereins es erforderten, und auch die Ortsgruppe ſelbſt aufzulöſen.

Ein Verband, der eine derartig weitgeſpannte Organiſation in ſeinen Statuten feſtlegte, mußte von vornherein auf die Erfaſſung weiteſter Kreiſe der Bevölkerung ausgehen. Er wollte ja nicht nur, wie ſein Name zunächſt vermuten ließe, eine Vereinigung von deutſchen Induſtriellen, von deutſchen Handels- und Handwerkerkreiſen darſtellen, ſondern ebenſo auch die freien Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte und Angeſtellte umfaſſen, alſo das geſamte Deutſchtum in den Städten wirtſchaftlich vereinigen. Da der Verband für Handel und Gewerbe größtenteils auf der Aufbauarbeit älterer deutſcher Berufsorganiſationen wie des Verbandes deutſcher Handwerker in Polen mit ſeinem Sitz in Bromberg fußen konnte, und mit manchen deutſchen Vereinen, wie dem Verband deutſcher Induſtrieller und Kaufleute ebendort, zuſammenarbeitete, wurde er ſehr bald die berufsſtändiſche Vertretung und Organiſation des deutſchen Kaufmannſtandes und des deutſchen Handwerkers und damit zu einer der umfaſſendſten volksdeutſchen Organiſation im ehemaligen Polen, die ſowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in ihren Reihen einſchloß[18]. Der Verband für Handel und Gewerbe ſollte ja eine Spitzenorganiſation der beſtehenden deutſchen Verbände für den früheren Regierungsbezirk Poſen ſein. In ſpäteren Jahren hat man dann der Lage entſprechend ganz bewußt die in den Vereinsſtatuten angegebenen Ziele mehr und mehr den Aufgaben der Deutſchen Arbeitsfront angeglichen. Das iſt z. B. auch aus den programmatiſchen Sätzen zu erkennen, die der Vorſitzende des Verbandes für Handel und Gewerbe in Poſen unter dem Titel: „Vom wirtſchaftlichen Zweckverband zur berufsſtändiſchen Leiſtungsgemeinſchaft" im Jahre 1935 an die Mitglieder richtete: „Fragen wir uns, wie wir im Sinne der neuen Anſchauungen unſeren Aufgaben gerecht werden, und wie wir die Rahmenbeſtimmungen mit Sinn und Inhalt füllen können, ſo vermögen wir nichts Beſſeres zu tun, als in der Arbeit der Deutſchen Arbeitsfront Muſter und Vorbild zu ſuchen."[19]

Der Verband für Handel und Gewerbe nahm ſeine Tätigkeit in den Räumen des evangeliſchen Vereinshauſes in Poſen auf[20]. Zur Erledigung der vordringlichen Arbeiten, für die ſpäter ſieben Hilfskräfte und mehr zur Verfügung ſtanden, wurden beſondere Arbeitsgebiete gebildet und verſchiedene Abteilungen geſchaffen. So gab es ähnlich wie bei anderen, von uns ſchon behandelten Vereinen und Verbänden eine Rechtsberatungsſtelle, die Auskunft in allen Rechtsangelegenheiten, Beratung in Aufwertungsfragen und Aufklärung über polniſche Geſetze und Verordnungen gab. Eine Steuerberatungsſtelle war für alle ſich ergebenden Steuerfragen zuſtändig, eine Abteilung für Überſetzungen wurde naturgemäß in erſter Linie für die verſchiedenſten Überſetzungen in und aus deutſcher und polniſcher Sprache in Anſpruch genommen. Die Stellenvermittlung konnte trotz der ungünſtigen wirtſchaftlichen Lage manchen ſchönen Erfolg aufweiſen. Eine im Wirtſchaftsleben unentbehrliche Auskunftei, die ſachgemäße Geſchäftsauskünfte über Firmen des In- und Auslands erteilte, ſtand neben einer Abteilung Verkehr, die für Beratung in Zoll- und Frachtangelegenheiten, zur Durchführung von Zoll- und Frachtreklamationen, für die Vermittlung von Geſchäftsbeziehungen und ſchließlich für Auskünfte über Meſſeangelegenheiten des In- und Auslandes beſtimmt war; bei der Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen mit Deutſchland ſollte dies Arbeitsgebiet dann weiter ausgearbeitet werden. Beſonders wichtig wurde die Kreditabteilung, die trotz ihrer zunächſt geringen Mittel zahlreiche Unterſtützungen durch Darlehen mit geringem Zinsſatz durchführte und damit vor allem notleidende kleine Handwerker, deren Exiſtenz durch die ſchlechte Geſchäftslage bedroht war, vor dem Untergang bewahrte. Auf dieſem Gebiet war allerdings die Not ſo groß und drückend, daß man ſtets noch eine Verſtärkung und Erweiterung dieſer Hilfsorganiſationen bei dem ſtädtiſchen Deutſchtum in Poſen und Umgebung wünſchen konnte. Eine Abteilung Bücherreviſion übernahm buchhalteriſche Arbeiten, die Aufſtellung von Bilanzen und Abſchluß-Reviſionen[19].

Wenn auch die Werbetätigkeit des neuen Vereins zuweilen mit ſtarken Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die z. T. in der Ungewöhnlichkeit eines Zuſammenſchluſſes ſo verſchiedenartiger ſozialer Elemente in einer Intereſſengemeinſchaft, z. T. in einer gewiſſen Organiſationsmüdigkeit der umworbenen Mitglieder und wohl auch in der Enttäuſchung durch andere ähnliche Verbände begründet ſein mochten, ſo konnte ſich unſer Verband doch ſchon von dem erſten Jahre ſeines Beſtehens gut entwickeln. Im Jahre 1927 beſaß der Verband für Handel und Gewerbe bereits tauſend Mitglieder, darunter manche korporative, und zählte in 22 Städten größere Ortsgruppen wie in Neutomiſchel, Kolmar, Rogaſen, Czarnikau, Wollſtein, Grätz, Liſſa, Rawitſch, Wreſchen, Ritſchenwalde, Gneſen und anderen Orden. Weiterhin war der Verband in 29 Städten, in denen eine ſpätere Gründung von Ortsgruppen vorausſichtlich möglich war, wenigſtens vertreten. Es handelt ſich um die Orte: Bojanowo, Czempin, Schwarzenau, Dobſchütz, Dolzig, Grabau, Jarotſchin, Kobylin, Koſtſchin, Elſenau, Koſchmin, Kröben, Krotoſchin, Miloslau, Mur. Goslin, Opalenitza, Oſtrowo, Pleſchen, Pinne, Pudewitz, Zirke, Schroda, Schwerſenz, Uſch, Witkowo, Wronke, Wongrowitz, Santomiſchel und Zduny. Im Jahre 1928 wurde die Zahl von 1500 Mitgliedern erreicht und neue Ortsgruppen ins Leben gerufen.

---

[18] Der urſprüngliche Plan, ein Verzeichnis aller Mitglieder drucken zu laſſen, ſcheint nicht zur Ausführung gekommen zu ſein. Eine Mitgliedskartei mit dem Stande vom Herbſt 1939, die etwa 2500 Mitglieder erfaßt, befindet ſich im Beſitz des Verfaſſers.

[19] Vgl. Dr. Johannes Scholz in der Zeitſchrift „Handel u. Gewerbe in Polen", Poſen, 10. Jg. 1935, S. 110.

[20] Vgl. Dr. Loll, Landwirtſchaftlicher Kalender für Polen für das Jahr 1927, Poſen, 8. Jg. 1927, S. 71 f., 9. Jg. 1928, S. 72 f.; Deutſcher Heimatkalender in Polen, Jahrbuch des deutſchen Volkstums in Polen, Kalender für 1928, Poſen, S. 133 f.; Kalender für 1930, S. 137; Kalender für 1931, S. 169 f.; Kalender für 1932, S. 146 ff.; Kalender für 1933, S. 138. Weitere Angaben über die Geſchichte des Verbandes in der Zeitſchrift „Handel und Gewerbe in Polen", Poſen 1926 ff.

Dementſprechend erweiterte ſich auch zuſehends das Tätigkeitsfeld des Vereins in ſeinen verſchiedenen Abteilungen. Das läßt ſich ohne weiteres aus einer Gegenüberſtellung der behandelten Anfragen in den Jahren 1926—1932 erkennen[21]:

Abteilung	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Steuerberatung	480	1003	1127	973	787	826	1030
Auskunftei	127	454	2457	2429	1876	935	407
Verkehr	143	338	617	510	598	390	590
Rechtsauskunft	165	525	525	544	560	541	564
Überſetzung	87	184	179	168	197	220	?
Stellenvermittlung	—	32	291	325	378	—	—

In der Kreditabteilung wurden in der erſten Zeit des Beſtehens in 87 Fällen meiſt an kleinere Handwerker Kredite in verſchiedener Höhe erteilt. Außer den genannten Einrichtungen wurde auch bald eine gemeinnützige Sterbekaſſe geſchaffen, die auf Grund einer feſtgeregelten Geſchäftsordnung den Mitgliedern, ihren Frauen und unverſorgten Töchtern gegen monatliche Beiträge ein Strebegeld von 300 Zloty auszahlte[22]. Später wurde dieſe Sterbekaſſe in eine Gruppenverſicherung umgewandelt.

Bei der Ungunſt der Lage konnte man nicht bei dem Erreichten ſtehenbleiben. Es galt, deutſchen Kaufleuten und Handwerkern, die doch die Hauptmaſſe des ſtädtiſchen Deutſchtums in Polen darſtellten, eine dauernde Stütze für Beruf und Leben zu geben. Dazu gehörte ein feſtumriſſenes Programm, das imſtande war, die vielfältigen Erſcheinungen im Wirtſchaftsleben der Deutſchen in Polen zu erfaſſen und überall helfend einzugreifen. So wurde die Gründung von Fortbildungsſchulen, Fachſchulen und Lehrwerkſtätten jeder Art geplant, in denen man die neueſten Fortſchritte der Technik, Verbeſſerungen in den Fabrikationsmethoden ſowie gediegene Qualitätsarbeit kennenlernen konnte. Hand in Hand mit dieſer beruflichen Weiterbildung ſollte auf den geplanten Schulen für eine Vertiefung und eine Erweiterung der deutſchen völkiſchen Kultur in Polen Sorge getragen werden. Die Entwicklung der nächſten Jahre zeigt, was man von dieſem Programm verwirklichen konnte.

Im Jahre 1928 ſtieg die Zahl der Ortsgruppen des Verbandes von 39 auf 45; dementſprechend wuchs auch die Anzahl der Mitglieder um ein bedeutendes. Im Rahmen der weiteren Aufwärtsbewegung begann man mit einem Zuſammenſchluß verſchiedener Ortsgruppen in größere Einheiten und Gemeinſchaften: ſo bildete ſich innerhalb des Verbandes für Handel und Gewerbe ein Bezirksverband Nord, ſo taten ſich die Ortsgruppen Kiſchkowo, Kletzko, Wreſchen und Gneſen zu einem Unterverband in Gneſen zuſammen, ſo bildete ſich ſchließlich eine dritte Bezirksgruppe im Kreiſe Krotoſchin.

---

[21] Vgl. dazu die einzelnen Angaben in den Jahresberichten und in der Zeitſchrift „Handel und Gewerbe in Polen".

[22] Vgl. Statut der Sterbekaſſe in „Handel und Gewerbe in Polen", Poſen, 1. Jg. 1926, S. 167f., und die Geſchäftsordnung der Sterbekaſſe in „Handel und Gewerbe in Polen", 7. Jg. 1932, S. 10f.

Im Jahre 1929 ſtieg die Zahl der Mitglieder bis auf 2500 an, ein weiterer Beweis, wie fruchtbar ſich die Tätigkeit des Verbandes auf den einzelnen Gebieten auswirken konnte. In den erwähnten Bezirksverbänden fanden in der Berichtszeit zehn Tagungen, in den verſchiedenen Ortsgruppen 175 Verſammlungen ſtatt. In den einzelnen Ortsgruppen wurden nach früher aufgeſtellten Plänen 21 Kurſe, Sprach-, Buchführungs- und Korreſpondenzkurſe eingerichtet.

Größere Erfolge konnte der Verband auch in dem Jahre 1930 für ſich buchen: der kurz zuvor im Jahre 1929 begründete Verband deutſcher Angeſtellter in Poſen, der die Förderung der kulturellen Belange nach chriſtlichen Grundſätzen, ſoziale Fürſorge für unbemittelte Mitglieder, die Fortbildung und Berufserziehung der deutſchen Angeſtellten zum Ziele hatte, trat in dieſer Zeit geſchloſſen dem Verband für Handel und Gewerbe bei[23], in deſſen Rahmen er eine beſondere Sektion für Angeſtellte bildete. Sinn und Ziel dieſer Abteilung des Verbandes für Handel und Gewerbe hat ſich in den folgenden Jahren immer wieder bewährt und iſt zu einem ſtarken Rückhalt für die berufstätige deutſche Bevölkerung in Poſen geworden. Über die Lebensnotwendigkeit einer derartigen Einrichtung iſt man ſich ſtets klar geweſen, wie ſich aus einer grundſätzlichen Äußerung noch aus dem Jahre 1937 ergibt[24]:

„Wir alle brauchen den Verein deutſcher Angeſtellten! Die Anfänger im Beruf deshalb, weil ihnen der Verein die günſtige Möglichkeit bietet, ſich die Fertigkeiten anzueignen, die man bei jedem geiſtigen Angeſtellten vorausſetzen können ſollte und weil ihnen durch die zwangloſe Berührung mit Berufskameraden aus anderen Betrieben von vornherein ein gewiſſer Weitblick geſichert bleibt, der die Gefahr, einſeitig zu werden ausſchließt. Die bereits länger im Beruf Stehenden, weil der Verein ihnen die beſte Möglichkeit des Zuſammentreffens mit Berufsgenoſſen bietet, was zu einem fruchtbaren Austauſch beruflicher Erfahrungen und Kenntniſſen beitragen kann. Es wären dann noch die Berufsgenoſſen in gehobenen und führenden Stellungen zu nennen. Dieſe brauchen den Verein und ſeine Einrichtungen wohl nicht, aber der Verein braucht ſie. Wer als Leiter eines Betriebes oder einer Abteilung in den ihm unterſtellten Mitarbeitern mehr ſieht, als nur die mit ſoundſoviel bezahlten Arbeitskräfte, wer ſich mitverantwortlich fühlt für ſeinen Berufsſtand als einen Teil der Volksgruppe, der wird ſich auch der Mitgliedſchaft in der Organiſation des Standes nicht entziehen. Der wird nicht nur ſeinen Beitrag entrichten und allein dadurch ſchon am Werk mithelfen, ſondern er wird auch — wenigſtens ab und an — Gelegenheit nehmen, ſich am Leben der Organiſation zu beteiligen und dadurch dem Nachwuchs die Richtung zeigen.“

Im Zuſammenhang mit den vom Verband für Handel und Gewerbe ſorgfältig betreuten Nachwuchsfragen wird in der Berichtszeit ein Arbeitsprogramm für Berufsſtatiſtik, Berufsberatung und Stellenvermittlung aufgeſtellt, das in erſter Linie den praktiſchen Bedürfniſſen zugute kommen ſollte und alle wichtigen Angelegenheiten der Fürſorge für das wirtſchaftliche Fortkommen dieſes Nachwuchſes regelte. Man ſtellte weiterhin Unterſuchungen an über die Zukunftsausſichten der einzelnen Berufszweige, wobei das Schwergewicht auf die Handwerkerberufe fiel, überprüfte die vorhandenen Möglichkeiten einer guten Fachausbildung, ſorgte etwa für die Vermittlung von Lehr- und Geſellenſtellen und bemühte ſich vielfach um die Beſchaffung von Stipendien für die Weiterbildung der jungen Arbeitskräfte. Später entwickelte ſich dieſe Abteilung zu einer eigenen, ſelbſtändigen „Berufshilfe“.

In den folgenden Jahren hat der Verband das ihm geſetzte Ziel ſtetig verfolgt und in einer vielfältigen Kleinarbeit immer mehr an Boden gewonnen. Neben der laufenden Arbeit glückte es ihm, weitere organiſatoriſche Umſtellungen vorzunehmen und dadurch eine noch ſtärkere Durchſchlagskraft zu erhalten. Seit dem Jahre 1935 bemühte ſich der Verband darum, eine fachliche Durchgliederung der ſtädtiſchen Berufskreiſe durchzuführen. Da das Tiſchlergewerbe in der Gruppe Handwerk zahlenmäßig am ſtärkſten vertreten war, begann man zunächſt mit einer Tagung des holzverarbeitenden Gewerbes, der Möbel- und Bautiſchler ſowie der Drechſler, die im Frühjahr 1936 in Poſen ſtattfand. Da die Tagung anregen und ſchulen ſollte, veranſtaltete man eine Ausſtellung von Lehrlingsarbeiten aus den erſten drei Lehrjahren, die von einer beſonderen Kommiſſion geprüft und prämiiert wurden. Für die Betriebsleiter und Meiſter bot ſich hier die Möglichkeit, beſondere Erzeugniſſe ihrer Werkſtätten auszuſtellen, die von der Leiſtungsfähigkeit des Betriebes Kunde geben und als eine Art Muſterſchau werbend wirken konnten. Außerdem wurden für Meiſter, Geſellen und Lehrlinge gemeinſame Vorträge veranſtaltet, in denen man ſich über neue Arbeitsmethoden im Tiſchlerhandwerk, Materialkunde, zeitgemäße Möbel- und Raumgeſtaltung, kaufmänniſche Fragen im Handwerk, über die Möglichkeiten der Selbſthilfe, über die rechtliche und ſteuerliche Lage des Tiſchlers, über Belegſchaft und Betriebsleiter, die fachliche und charakterliche Schulung des jungen Handwerkers ausſprach[25]. Das Arbeitsprogramm wurde nach einigen Vorverhandlungen mit dem Reichsſtand des Deutſchen Handwerks und anderer reichsdeutſcher Organiſationen mit Unterſtützung von Fachrednern aus Deutſchland abgewickelt und konnte zu einem unerwartet eindrucksvollen Erfolg führen.

---

[23] Vgl. die Satzung des Vereins deutſcher Angeſtellter-Poſen in „Handel und Gewerbe in Polen“, 9. Jg. 1934, v. 15. 6. 1934.

[24] Vgl. Georg Heinze in „Handel und Gewerbe in Polen“, Poſen, 12. Jg. 1937, S. 115.

Dadurch ermutigt begann man kurz darauf eine Tagung der Metallarbeiter einzuberufen, um auch dieſen Berufszweig in einer beſonderen Fachſchaft zu vereinigen. Sie fand am 7. und 8. Mai 1937 unter ſtarker Beteiligung intereſſierter Kreiſe in Poſen ſtatt und war beſſer beſucht als die Tiſchlertagung im vergangenen Jahre. So hatten ſich jetzt etwa 145 deutſche Meiſter und Geſellen angemeldet, 17 Lehrlinge nahmen an dem Leiſtungswettkampf teil. Außer den Handwerksmeiſtern, Geſellen und Lehrlingen war noch eine Reihe von Fachleuten aus anderen Wirtſchaftskreiſen vertreten, wie Kaufleute aus der Eiſenbranche, Führer verwandter größerer Betriebe, die Sachbearbeiter des Deutſchen Wohlfahrtsbundes in Bromberg für Heimarbeitsfragen, die an der Wirtſchaftsgeſtaltung und Berufserziehung intereſſiert waren und als Vermittler und Abnehmer für deutſche Waren in Frage kamen. An Veranſtaltungen fanden ſtatt: ein ausführlicher Vortrag handelte über die Herſtellung und Anwendung der neuen Werkſtoffe im Handwerk. Ein weiteres Referat behandelte das rationelle Arbeitsverfahren im Schmiedehandwerk, die ordnungsgemäße Einrichtung der Werkſtatt, zuſätzliche Arbeitsbeſchaffung durch die Anfertigung von Werkzeugen, Ausnutzung von Abfällen und endlich das Verhältnis von Meiſter, Lehrling und Geſellen. Vorführungen von Filmen über das künſtleriſche Schaffen im deutſchem Eiſen, über die Verarbeitung des Aluminiums im Handwerk und deutſche Schmiedekunſt vervollſtändigten das Bild. Ein allgemein gehaltenes Referat über Polen war geeignet, die Geſamtſituation und die Aufgaben für das ganze Handwerk zu kennzeichnen. Daneben kamen auch die reichsdeutſchen Vertreter, darunter der Schulungsleiter des Fachamtes „Eiſen und Metall" der Deutſchen Arbeitsfront, zu Wort. Die Erfahrungen auf der letzten Tagung zeigten deutlich, daß „für Arbeitstagungen von volksdeutſchen Berufskreiſen neben der fachlichen Anregung durch Handwerkspraktiker eine führende Beteiligung von Referenten der Deutſchen Arbeitsfront unerläßlich ſei". So hat man denn auch in dem Tagungsbericht die notwendigen Folgerungen gezogen:

„Die jungen Volksgenoſſen erwarten von vornherein außer gediegenen fachlichen Anregungen die Schilderung des neuen betriebs- und berufsgemeinſchaftlichen Wollens und Wirkens im Reich und der Wege zu ihrer Erfüllung. Dieſe Schilderung iſt in ſo überzeugender Weiſe durch den Schulungsleiter der DAF gegeben worden, daß für alle künftigen Tagungen auf dieſes Referat allergrößter Wert gelegt werden muß. Daneben muß aber auch für die fachliche Seite unbedingt ein vielſeitigeres Eingehen auf Berufstechnik und Berufsorganiſation mit unmittelbar praktiſchen Anleitungen gefordert werden …

Wir brauchen für unſere Arbeit nicht einſeitig Fachſchulwiſſen noch berufsgemeinſchaftliche Schulung, ſondern eine Erziehung zur Aufweckung unſerer Handwerker zur nationalſozialiſtiſchen Arbeitsauffaſſung und Berufserziehung als auch gediegene fachliche Anregungen, die den Verhältniſſen und der beſonderen Lage unſerer Volksgruppe Rechnung tragen müſſen."

*

Der Verband für Handel und Gewerbe in Poſen war es dann auch, der ſich das weſentlichſte Verdienſt bei der Gründung einer Zentralſtelle für Berufsberatung und Stellenvermittlung zuſchreiben konnte, die unter der Bezeichnung „Berufshilfe" aus dem gemeinſamen Willen aller wirtſchaftlichen und ſozialen Organiſationen für die deutſche Volksgruppe in Polen geſchaffen wurde[26]. In einer Zeit, in der die allgemeine Arbeitsloſigkeit und die Ausſichtsloſigkeit mancher Berufszweige Wirtſchaft und Leben in einem unerträglichen Maße belaſtete, ſchien es ein Gebot der Stunde, in einer ſtraff organiſierten und zuſammengehaltenen Vermittlungsſtelle in die wirtſchaftliche und ſoziale Not des Deutſchtums im Poſener Land helfend einzugreifen. Man ging dabei von den grundſätzlichen Erwägungen aus, daß es bei der Berufswahl verfehlt ſei, der jeweiligen Konjunktur nachgeben zu wollen, und legte Wert darauf, romantiſche Vorſtellungen der Jugend über den erſtrebten Beruf auf die reale Wirklichkeit des Wirtſchaftslebens zurückzuführen, die Freude an der Arbeit zu wecken und eine volle Entfaltung der menſchlichen Arbeitskraft zu überdurchſchnittlichen Leiſtungen im Beruf zu erreichen. Dieſe von hohen ethiſchen Grundſätzen getragene Einſtellung hat dann eine erfolgreiche Berufsberatung und Stellenvermittlung für die Deutſchen in Polen durchgeführt. So wurde allein die Abteilung Berufsberatung vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 von 1170 Perſonen in 2361 mündlichen und ſchriftlichen Beratungen in Anſpruch genommen. Die für die erſten Anfänge ſchon recht bedeutſame Perſonenzahl verteilte ſich etwa gleichmäßig auf folgende drei Gruppen[27]:

---

[25] Vgl. „Handel und Gewerbe in Polen", 10. Jg. 1935, S. 111, 125; 11. Jg. 1936, S. 4, 20, 46.

1. Einzelbeanſpruchungen aus dem geſamten Arbeitsgebiet Poſen und Pommerellen, die der Berufshilfe durch die Vertrauensmänner der angeſchloſſenen Organiſationen oder durch journaliſtiſche Tätigkeit zugeführt wurden.
2. Schüler höherer Lehranſtalten, für die in der zweiten Hälfte des Schul- und Arbeitsjahres eine planmäßige Erfaſſung und Beratung durchgeführt wurde.
3. Ratſuchende einiger weniger ländlicher Kreiſe, für die ein Jahr zuvor erſtmalig durch beſondere Vorträge und örtliche Sprechſtunden die Berufsberatung wirklich zugänglich gemacht wurde.

Ganz entſprechend, aber weit einfacher geſtaltete ſich die Entwicklung der Stellenvermittlung, die nach Ablauf des erſten Jahres auf etwa 200 Stellenvermittlungen zurückblicken konnte. Hier galt es als oberſter Grundſatz, Empfehlungen von Arbeitskräften nur dann durchzuführen, wenn die zu vermittelnde Arbeitskraft den erforderlichen Bedingungen wirklich entſprach.

In dem Jahre 1936 beſaß die Berufshilfe neben ihrer Hauptgeſchäftsſtelle in Poſen, die für die ganze Wojewodſchaft Poſen außer dem Netzegebiet zuſtändig war, noch folgende Zweigſtellen: eine Filiale in Bromberg, die den Netzegau und den Kreis Thorn bearbeitete, ſowie eine Verbindungsſtelle in Dirſchau, die für Pommerellen mit Ausnahme des Kreiſes Thorn beſtimmt war. An einzelnen Fachabteilungen waren vorhanden: eine Abteilung für Berufsberatung, die Jugendliche bei der Berufswahl beriet, Eignungsunterſuchungen vornahm, Lehrſtellen vermittelte, Arbeitsloſe aus überfüllten Berufen umſchulte, geeignete Fachſchulen und Lehrwerkſtätten zur Fortbildung nachwies ſowie Auskunft über Lehr- und Prüfungsbedingungen und alle arbeitsrechtlichen Fragen erteilte. Die Abteilung für Stellenvermittlung ſorgte für die Beſchäftigung von Handwerksgehilfen, Handlungsgehilfen, Büroperſonal, Landarbeitern, Gutshandwerkern, Knechten und Mägden, Saiſonarbeiterkolonnen, hauswirtſchaftliches Perſonal, Köchinnen, Wirtinnen, Kinderpflegerinnen uſw. Die Abteilung für allgemeine Berufshilfe beſchäftigte ſich mit dem Nachweis geeigneter Facharbeiter aus ſämtlichen Berufen, mit der Prüfung der jeweiligen Lage auf dem Arbeitsmarkt, der Bekanntgabe überfüllter oder zu ſchwach beſetzter Berufe. Sie ſtand in enger Zuſammenarbeit mit den örtlichen landwirtſchaftlichen und gewerblichen Berufsverbänden und einigen Sondervermittlungsſtellen, die ſich ähnlich wie zunächſt die Berufshilfe ſelbſt bei einzelnen verſchieden orientierten deutſchen Vereinen gebildet hatten.

Bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Berufsberatung und der Stellenvermittlung verfolgte die Berufshilfe das Ziel, nicht nur jedem Deutſchen einen beliebigen Arbeitsplatz, ſondern ihm ein Tätigkeitsfeld zu ſchaffen, das ſeinem ureigenſten Charakter und ſeinen Gaben am beſten entſprach.

---

[26] Vgl. Th. Burchard, Berufswahl und Berufsberatung. In: Deutſcher Heimatbote in Polen, Kalender für 1932, S. 126ff.; Aus der Arbeit der Berufshilfe, Kalender für 1933, S. 128ff.; ebenda, Kalender für 1936, S. 118ff.

[27] Vgl. Deutſcher Heimatbote in Polen, Kalender für 1933, S. 128.

So bildete ſich die Einzelberatung zu Aktionen größeren Umfanges aus, wobei man mit Rundſchreiben und vorgedruckten Formularen einen größeren Wirkungskreis erreichen konnte. Die Berufshilfe wandte ſich dann in einem hektographierten Rundſchreiben[28] aus dem Jahre 1933 an die deutſchen Jugendlichen, die vor der ſchwerwiegenden Berufswahl ſtanden, verſuchte ihnen in leicht faßlichen Sätzen, an Hand eindrucksvoller Beiſpiele, den Ernſt dieſer Lebensfrage vor Augen zu führen und auf die Hauptſache, auf Neigung und Eignung für den künftigen Beruf, zu dringen. Um möglichſt ſorgfältig beraten und fehlerfrei entſcheiden zu können, wurde den Jugendlichen die Abfaſſung einer kleinen Biographie in Selbſtdarſtellung nahegelegt, zu deren Anleitung eine Reihe verſchiedenartiger aufſchlußreicher Fragen geſtellt wurden, die es dann ehrlich und möglichſt ausführlich zu beantworten galt. Da dieſe Fragen für die Auffaſſung und die Arbeit der Berufshilfe bezeichnend ſind und mancherlei Rückſchlüſſe zulaſſen, ſeien ſie hier in kurzen Zügen wenigſtens angedeutet: die erſten Fragen galten der Weſensart und der Größe des väterlichen oder elterlichen Wirtſchaftsbetriebes; ſodann ſollte angegeben werden, ob der Jugendliche bereits irgendwelche Arbeit geleiſtet und welche Erfahrungen er dabei an ſich ſelber beobachtet habe, welche Tätigkeit Neigung oder Abneigung hervorgerufen habe. Im weiteren ſollten Mitteilungen über poſitive und negative Einſtellung zu ſchwerer körperlicher Arbeit, zu Schulfächern und zur Schultätigkeit überhaupt gemacht werden. Wichtig für eine ſpätere Berufsausübung waren ferner die Fragen, welche Werkzeuge und welcher Arbeitsſtoff am liebſten gehandhabt wurden und ob die Fähigkeit und der Wunſch zu baſteln vorliege, ob Sport getrieben würde und welches die Lieblingsbeſchäftigung ſei. Auch die Art und die Intenſität der Lektüre ſollte als wichtiger Faktor berückſichtigt werden. Wertvolle Erkenntniſſe verſprachen die Angaben über Abwechſlung und Pauſen bei Arbeit und Spiel ſowie über Hartnäckigkeit, Gleichgültigkeit und Abſpannung bei Hemmniſſen aller Art. Bezeichnend iſt ferner die Frage, wieweit ſich der jugendliche Menſch etwa allein oder unter vielen Kameraden am wohlſten fühlte und ob er einem Verein angehörte, ob er ſich lieber in der Wohnung, im Freien, auf der Straße aufhalte und welchen Beruf er am liebſten ergriffe, wenn er ſich alles zur Ausbildung erforderliche leiſten könne. Auf Grund dieſer perſönlichen Mitteilungen, die durch die Urteile aus dem Elternhaus, der Schule und des Pfarramtes ergänzt wurden, waren die Unterlagen für eine erfolgreiche Berufsberatung gegeben.

Später erließ die Berufshilfe ein Rundſchreiben an die deutſche Jugend[29] und machte ſie auf die ſchwerwiegende Entſcheidung einer Berufswahl nach der Schulentlaſſung aufmerkſam. Sie wies dabei darauf hin, daß das große Erlebnis im Deutſchen Reich auch bei den deutſchen Schülern im ehemaligen Polen einen neuen Geiſt habe erſtehen laſſen, der ſie als Glieder der deutſchen Volksgruppe ſtärker als bisher für das Ganze mit verantwortlich mache, daß ihr Beruf nicht nur ihnen, ſondern der ganzen deutſchen Volksgruppe und dem Staat zugute kommen müſſe. Ein dreiteiliger Fragebogen über Familienverhältniſſe, Charakter, Eigenſchaften, Neigungen und Abneigungen des Schülers ſollte von den Jugendlichen ſelbſt, von Eltern und Vormund ſowie von der Schule und dem Ortsberater der Berufshilfe ausgefüllt werden und war dazu geeignet, in der Sorgfältigkeit ſeiner Zuſammenſtellung eine wirklich brauchbare Grundlage für die verantwortungsvolle Tätigkeit der Berufsberatung darzuſtellen.

In der Abteilung für Stellenvermittlung gab die Berufshilfe Überſichten über die Lage auf dem Arbeitsmarkt heraus[30], in denen die einzelnen Berufszweige nach den Gruppen Baugewerbe, Holzgewerbe, Metallgewerbe, Papier- und Ledergewerbe, Bekleidungsgewerbe, Nahrungsmittelgewerbe, Geſundheitspflege, nach Kaufleuten und Büroperſonal und nach landwirtſchaftlichen Nebenberufen geordnet für die Berichtszeit abgehandelt und auf ihre Möglichkeiten überprüft wurden. Später wandte ſich die Berufshilfe in ähnlichen gedruckten Rundſchreiben[31] an ihre Vertrauensleute, denen ſie für ihre Zwecke der Berufsberatung regelmäßig und ausführlich über die jeweilige Lage auf dem Arbeitsmarkt Bericht erſtattete. Hierbei wurden neben einer Charakteriſtik der allgemeinen Beſchäftigungslage auf beſonders überfüllte Berufe hingewieſen, ſchwach beſetzte Berufe genannt, etwa auf fehlende Lehrſtellen aufmerkſam gemacht, Fortbildungsmöglichkeiten erwähnt und vor allem zur Landarbeit angeregt. Für die Umſchulung der fraglichen Arbeitskräfte ſtanden der Berufshilfe Umſchulungshöfe zur Verfügung, auf denen ſich jeder Arbeitsloſe die notwendigen Kenntniſſe in der Landwirtſchaft bei freier Verpflegung und Unterkunft ſowie einem Taſchengeld aneignen konnte. Den Stellungſuchenden ſelbſt wurden zweckdienliche Richtlinien in die Hand gegeben, die in der Form von gedruckten Merkblättern alle weſentliche Angaben über die erforderlichen Schritte für die Wiederaufnahme der Arbeit enthielten[32]. So hoffte man der geſtellten Aufgabe der Arbeitsbeſchaffung, der planvollen Berufszuführung und der Leiſtungsſteigerung des beruflichen Nachwuchſes am eheſten gerecht zu werden, wenn auch gerade dieſe Selbſthilfe polniſcherſeits ſtets ſtark bekämpft wurde. Wie wichtig die Geſamtarbeit auf dem Gebiet der Berufsfrage geweſen iſt, mag man im Zuſammenhang mit der neuen Oſtaktion des Reiches in der Berufsausbildung und aus der Verkündigung des „Poſener Berufsausbildungsprogrammes Oſt“ vom Herbſt 1941 erkennen[33].

---

[28] Vgl. V, 1/33.

[29] Vgl. Rundſchreiben „Deutſche Jungen und Mädel", 1/35.

[30] Vgl. z. B. Berufshilfe e. V. Die Stellenvermittlung der gewerblichen Abt. (Poſen-Bromberg-Dirſchau) vom 1. 4. 1934 bis 31. 3. 1935, 6 S.

Die Geſchichte des Verbandes für Handel und Gewerbe und die Entwicklung ſeiner einzelnen Tätigkeitsgebiete kann man am beſten aus der Verbandszeitſchrift „Handel und Gewerbe in Polen“ erkennen, die ſeit dem Jahre 1926 in ununterbrochener monatlicher, teilweiſe halbmonatlicher Folge in Poſen erſchien und ganz weſentlich zur Verbreitung der Verbandsziele beitrug[34]. Die Zeitſchrift behandelte im großen Rahmen die allgemeinen Probleme von Handel und Gewerbe, brachte die Ein- und Ausführungsbeſtimmungen von Deutſchland und Polen, gab fortlaufende Berichte über Geld, Bank und Börſen, beſprach Neuerungen und Änderungen auf dem Gebiet der Geſetzgebung und Verwaltung, unterrichtete über Handwerk, Literatur, Meſſen und Ausſtellungen, Rechtsweſen und Handelsbräuche, Sozialverſicherung, Steuern, Verkehrsweſen, und verbreitete eine Fülle von Anregungen und Ratſchlägen, die den Wirtſchaftsbetrieben der Verbandsmitglieder ſehr zugute kamen. Eine eigene Rubrik war dabei für den deutſchen Angeſtellten und ſeine Lebensfragen beſtimmt, in der etwa die Deutſche Arbeitsfront, die Frau im Verein deutſcher Angeſtellter, Gymnaſtik, Kurſe, Verſicherungen, Arbeits- und Urlaubsprobleme gehandelt wurde. So konnte dann die Verbandsleitung beim Jahreswechſel 1929/30 voller Stolz einen Rückblick auf die bisher geleiſtete Arbeit der Schriftleitung geben[35]:

„Im fünften Jahrgang erſcheint nunmehr unſere Zeitſchrift. Ins Leben gerufen zu dem Zweck, dem Geſchäftsmann, dem Handwerker, eine Hilfe in dem unſere Zeit kennzeichnenden, ungemein ſchweren Exiſtenzkampf, ein Wegweiſer durch die neuen, ſo gänzlich umgeſtalteten Wirtſchafts- und Rechtsverhältniſſe zu ſein, iſt ſie ſtets bemüht geweſen, nicht nur allgemeine Nachrichten über die Vorgänge im Wirtſchaftsleben zu bringen, ſondern vor allem den Leſer über das gründlich zu orientieren, was für ihn als Geſchäftsmann poſitiv wichtig iſt. Daher haben es die Herausgeber als ihre Aufgabe angeſehen, in erſter Linie über neue Geſetze, Verordnungen, Ein- und Ausfuhrbeſtimmungen uſw., beſonders aber über das leider ſo umfangreiche Gebiet der Steuervorſchriften erſchöpfende Informationen zu geben. So iſt die Zeitſchrift „Handel und Gewerbe in Polen“ zu dem Blatt geworden, das jeder deutſche Kaufmann und Handwerker braucht, und regelmäßig lieſt, um ſich über die allgemeinen und ſpeziellen Fragen des Wirtſchaftslebens, mit denen ſeine eigene Exiſtenz aufs engſte verknüpft iſt, auf dem laufenden zu halten.

---

[31] Vgl. Rundſchreiben und Liſte vom 31. 3. 1935 und 25. 11. 1935.

[32] Vgl. Richtlinien für Stellungsſuchende R 9/36.

[33] Vgl. Warthegau-Wirtſchaft, Poſen, 2. Jg., Oktober 1941, Nr. 10, November 1941, Nr. 11 und Verordnung des Generalgouverneurs vom 29. 4. 1941 über das berufsbildende Schulweſen, VBL. Nr. 41, S. 265.

[34] Vorhanden in der Deutſchen Bücherei in Leipzig, Einzelnummern in der Bibliothek des VDA. in Berlin.

[35] Vgl. „Handel und Gewerbe in Polen, 1. 1. 1930.

Auch im neuen Jahr wird die Zeitſchrift dieſe bewährten Richtlinien nicht nur beibehalten, ſondern, wie es den Wünſchen der Leſerſchaft entſpricht, weiter ausbauen. Sie hofft dabei auf die Unterſtützung und auch auf die poſitive Mitarbeit der Leſer, die als Geſchäftsleute der Praxis eigne Erlebniſſe und Erfahrungen mitteilen können, welche dann durch die Zeitſchrift auch den anderen zugute kommen.“

Nach Abſchluß des Polenfeldzuges und der Rückgliederung der deutſchen Oſtgebiete war die Aufgabe des Verbandes für Handel und Gewerbe in Poſen und der Organiſationen der Berufshilfe ſowie des Fortbildungsſchulvereins abgeſchloſſen. Man trat daher am 15. Auguſt 1941 zu einer gemeinſam abgehaltenen Abſchluß- und Auflöſungsverſammlung zuſammen, die noch einmal die Gelegenheit zu einem eindrucksvollen Rechenſchaftsbericht über die aufopferungsvolle Tätigkeit in der Polenzeit gab. In bewußtem Stolz auf die bisherige Leiſtung und auf die Anerkennung der neuen Verwaltungsſtellen konnte man nunmehr daran gehen, unvermindert die Arbeit in dem weiteren Rahmen des Großdeutſchen Reiches fortzuſetzen[36].

13. Der Verein der Buchdrucker und verwandter Berufe in Bielsko-Bielitz

Loſe Vereinigungen und erſte Regungen zur Selbſthilfe, die Einrichtung von Hauskaſſen, die in erſter Linie Unterſtützung durchreiſender Gehilfen und erkrankter Berufsgenoſſen dienten, ſtehen am Anfang der Entwicklung des Buchdruckerverbandes in Bielitz, der eine durch die großen politiſchen Ereigniſſe in Vergangenheit und Gegenwart merkwürdig zerriſſene Vereinsgeſchichte aufweiſen ſollte[37]. Es dauerte jedoch noch eine geraume Zeit, bis ſich aus den verſchiedenen Vorſtadien eines beruflichen Zuſammenſchluſſes ein Ortsverein bildete. Die Gründung eines ſolchen Ortsvereins in Bielitz-Biala datiert vom Jahre 1868 als dem Zeitpunkt, an dem die Buchdrucker dieſer Stadt ihre Zuſtimmung zur Gründung eines „Allgemeinen Buchdruckerverbandes in Öſterreich“ erklärten.

Ein Jahr ſpäter war der Verein beim II. Allgemeinen Buchdruckertag in Wien bereits ordnungsmäßig durch einen Delegierten vertreten und wirkte ſo an wichtigen Tagesbeſchlüſſen über die Lehrlinge, die Arbeitszeit und die Koalitionsfreiheit mit. Während in den erſten beiden Jahren nach der Gründung die Buchdrucker von Bielitz bei den Berufskonferenzen ſelbſtändig auftraten, ſind ſie ſeit dem Jahre 1871 Mitglieder des Öſterreich-Schleſiſchen Kronlandvereins für Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, der am 1. Januar 1870 begründet ſeinen Sitz in Troppau hatte. Wenn auch mit der Aufgabe der Selbſtändigkeit durch dieſen Übertritt die wichtigſten Entſcheidungen im Verbandsleben an der ortsfremden Zentrale erfolgten, übten die Vereinsmitglieder in Bielitz bei der Behandlung der Vereinsſtatuten, bei der Beratung über Anträge für die Generalverſammlung und für die Buchdruckertage, bei der Diskuſſion von wichtigen Tariffragen, Verordnungen und Konflikten ihren beſtimmten Einfluß aus. Durch die regelmäßige Beſchickung der Buchdruckertage und Verbandstage wurde für einen lebendigen Zuſammenhalt im Rahmen der Fachorganiſation geſorgt. Als im Jahre 1894 die Gründung des öſterreichiſchen Verbandes erfolgte, tritt der ſchleſiſche Kronlandsverein und mit ihm die Bielitzer Buchdrucker in ihm über, die damit gleichzeitig Mitglieder der Buchdrucker-Internationale werden und in den Beſitz der Reiſe-, Arbeitsloſen- und Invalidenunterſtützung gelangen.

Nach einer langen Zeit, in der vom Ortsverein ein gutes Maß von Berufsarbeit bei allen ſchwebenden Fragen geleiſtet wurde, ſchuf der Ausbruch des Weltkrieges neue Verhältniſſe: ein anſehnlicher Teil der Mitglieder und des Ortsvorſtandes ging an die Front, und die allgemeinen Lebensbedingungen hinderten die Vereinsarbeit ſchwer. Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges zerſchnitt mit ſeiner Staatenregelung die langjährige Verbindung mit der Zentrale in Troppau und dem Verbandsvorſtand in Wien. In dieſer ſchweren Zeit ſuchten die Verbandsmitglieder in Bielitz Anſchluß an ihre Berufskollegen in den benachbarten Kreiſen, um eine Neugeſtaltung der Vereinsarbeit in die Wege zu leiten. So konnte man mit den Berufsgenoſſen in Teſchen gemeinſam die Tariffrage aufrollen und nach der endgültigen Trennung von der Zentrale in Troppau ſchließlich mit Teſchen und Kattowitz ſich in einer Arbeitsgemeinſchaft zuſammenſchließen ſowie einen Tarif mit dem „Graphiſchen Bund für die Wojewodſchaft Schleſien“ abſchließen. Hier war durch die Schaffung eines Manteltarifs, durch eine gemeinſame paritätiſche Stellenvermittlung und durch Lohnverhandlungen das Arbeitsverhältnis im Beruf geregelt worden und gleichzeitig ein fruchtbarer Gedankenaustauſch über organiſatoriſche Fragen im Verbandsleben ermöglicht.

---

[36] Vgl. dazu die Notiz: „Volksdeutſche Kampforganiſationen ſchloſſen ihre Arbeit ab.“ In: Warthegau-Wirtſchaft, Poſen, 2. Jg., Nr. 9, September 1941.

[37] Vgl. 60 Jahre Verein der Buchdrucker und verwandter Berufe in Bielsko Schleſien. Bielitz 1928.

Es ließ ſich nicht vermeiden, daß inzwiſchen die Buchdrucker von Bielitz und Teſchen ſowie die polniſch ſprechenden Berufskollegen aus Oberſchleſien — der Entwicklung der politiſchen Verhältniſſe Rechnung tragend — Mitglieder des polniſchen Berufsverbandes der Buchdrucker und verwandter Berufe (Związek Zawadowy Drukarzy i Pokrewnych Zawodów w Polsce) mit ſeiner Zentrale in Warſchau wurden. Vom 1. Januar 1927 wird ein eigener Kreis Schleſien dieſes polniſchen Verbandes gegründet, der als Kreisorgan die Zeitſchrift „Typografia“ in polniſcher und deutſcher Sprache herausgibt. Innerhalb dieſer Wirkungsſtätte ſollen die Buchdrucker der deutſchen Sprachinſel in Bielitz zu den beſtorganiſierten Ortsgruppen des ehemaligen Polen gehört haben.

14. Der Touriſtenverein „Die Naturfreunde“ in Bielitz

Der Touriſtenverein „Die Naturfreunde“ iſt ein in dem Jahre 1895 gegründeter Geſamtverein, der ſeinen Sitz in Wien hatte. Nach den auf der 7. Hauptverſammlung in München Pfingſten 1913 beſchloſſenen Satzungen beſteht er aus einem Zentralausſchuß in Wien und aus einzelnen Ortsgruppen, die in Gauen zuſammengefaßt ſind. Der Geſamtverein verfolgt nachſtehende Ziele:

1. Die Kenntnis der Naturſchönheiten zu vermitteln und ſeinen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ſolche kennenzulernen.
2. Die Liebe zur Natur zu wecken.
3. Die Verbreitung naturwiſſenſchaftlicher Kenntniſſe ſowie die Verbreitung von Kenntniſſen über das Volksleben und die Volksſitten.
4. Die Pflege von Heimatſchutz und Naturſchutz.

Dieſe Beſtrebungen wollte der Verein nach den Satzungen durch die Veranſtaltung touriſtiſcher und naturwiſſenſchaftlicher Ausflüge und Exkurſionen, durch die Abhaltung zweckentſprechender Vorträge, durch die Anlage fachwiſſenſchaftlicher Sammlungen und Büchereien, durch eine vom Zentralausſchuß herauszugebende Verbandszeitſchrift, durch die Verbeſſerung von Verkehrs- und Unterkunftsweſen, durch Herſtellung und Bezeichnung von Wegen, Erwerbung und Erbauung von Schutzhäuſern, durch die Unterſtützung ähnlicher Unternehmungen und Beſtrebungen ſowie durch die Veranſtaltung geſelliger Zuſammenkünfte verwirklichen. Die Verwaltung des Vereins beſtand aus der Hauptverſammlung, dem Zentralausſchuß, den Gauverſammlungen, den Gauleitungen, aus den Generalverſammlungen, den verſchiedenen Ortsgruppen, den Ortsgruppenleitungen und den angeſtellten Perſonen. Unter dieſen Organen war auch die Geſchäftsleitung ſinnvoll verteilt.

Im Rahmen des Geſamtvereins waren die einzelnen Ortsgruppen als Zweigvereine eingegliedert wie z. B. auch gerade die Ortsgruppe von Bielitz, deren Entwicklung wir hier in großen Zügen verfolgen wollen, da ſie zeitweiſe innerhalb des Ganzen eine beſonders aktive Rolle geſpielt zu haben ſcheint.

Nachdem der Geſamtverein bereits zweimal, in den Jahren 1905 und 1912, verſucht hatte, in Bielitz feſten Fuß zu faſſen, ohne daß es ſcheinbar gelungen war, dieſen Gründungen die genügend ſichere Exiſtenzgrundlage zu ſchaffen[38], ſehen wir wieder im Frühjahr 1926 einen Gründungsausſchuß an der Arbeit, dem es dann in den wenigen Monaten zwiſchen März und Mai 1926 gelingt, eine Generalverſammlung einzuberufen, die zu einer neuen Konſtituierung des Ortsvereins führen ſollte. Auf dieſer Generalverſammlung vom 27. Mai 1926, zu der unter anderem auch die Vertreter des benachbarten Alexanderfelder Vereins erſchienen waren, ſuchte man zunächſt nach der erfreulichen Neuanmeldung von 71 Mitgliedern die Brücke zur Vergangenheit zu ſchlagen. Dazu gehörte es vor allem, das Vereinsvermögen ſicherzuſtellen, das in der Form von Darlehen und Hypotheken zum Teil im Arbeiter-Konſumverein in Bielitz, zum Teil im Verein „Arbeiterheim“ im nahen Alexanderfeld angelegt war, und die Herausgabe des alten Inventars des Vereins zu betreiben. Daneben wurden ſchon Fragen behandelt, die mit der Aufnahme der Arbeit in unmittelbarem Zuſammenhang ſtanden. Hatte man ſchon z. Z. des Gründungsausſchuſſes regelmäßige Wanderungen durchgeführt, ſo beriet man jetzt die Beteiligung an der Landestagung des Gaues Königshütte auf der Blatnia, beſchloß, eine Bitte an den Gemeinderat Bielitz zur Unterſtützung der Schutzhütte des Gaus zu richten, und ſuchte die Lokalfrage einer Löſung nahezubringen. In einer kurz darauffolgenden konſtituierenden Ausſchußſitzung vom 4. Juni 1926 behandelte man neben der Unterſtützung des Hüttenbaus das grundſätzliche Verhältnis zu der Zentrale in Wien und dem Gau in Königshütte. Man vertrat dabei den Standpunkt, den Zuſammenſchluß nur dann zu befürworten, wenn der geeignete Zeitpunkt herangerückt ſei und der Ortsgruppe das Stimmrecht gegeben würde. Wenn auch die Zentrale ſtatutengemäß nur mit Gauen verkehrte, wollte man in Anbetracht der hier vorliegenden, beſonderen Lage verſuchen, direkte Verbindung mit Wien aufzunehmen. Schließlich beſchloß man die Gründung eines Komitees für Wintertouriſtik, die ſich ſpäter zu einer eigenen Sektion für Winterſport entwickelte.

---

[38] Daran trug wohl der Umſtand Schuld, daß es in Bielitz-Biala ſchon eine Sektion des älteren und größeren Beskidenvereins gab, die ein beſonderes Jahrbuch herausgab.

Auch die Behandlung anderer Fragen wurde bald in Angriff genommen. Im Hinblick auf die Aufnahme von Mitgliedern kam man überein, Nichtgewerkſchaftler nur bis 10 v. H. des Mitgliederbeſtandes aufzunehmen und bei der Annahme von Beitrittserklärungen namentlich abzuſtimmen. In der Ausſchußſitzung vom 15. Juni wurden Bücherſpenden für den Verein entgegengenommen, ein grundſätzliches Einverſtändnis des Ausſchuſſes zur Erwerbung von Touriſtenviſen bekanntgegeben, und ſchließlich wieder 23 neue Mitglieder aufgenommen. In einer Vorſtandsſitzung beſchließt man die Drucklegung von Propaganda-Flugblättern und weiter Anträge für die Landestagung, die auf eine Klarſtellung der vermögensrechtlichen Lage bei der Auflöſung einer Ortsgruppe zwiſchen Gauſtatut und Ortsgruppenſtatut dringen. Weiter wurde bei dem ſchwierigen Beſitzverhältnis der Schutzhütte des Gaus auf der Blatnia vorgeſchlagen, die Ortsgruppe Alexanderfeld als Sachwalter der Hütte einzuſetzen, die Verwaltung der Hütte jedoch durch einen beſonderen Hüttenbauausſchuß erfolgen zu laſſen, der aus allen Ortsvereinen des Gaus gebildet iſt. Auf dieſe Weiſe wollte man erreichen, den Gau anders als bisher als den eigentlichen Beſitzer der wertvollen Schutzhütte herauszuſtellen. Auf Beſchluß der Gautagung auf der Blatnia im September 1926 ſollte die Gauleitung nach Bielitz verlegt werden, was darauf ſchließen läßt, daß man mit der Geſchäftsführung in Wien und Königshütte keine guten Erfahrungen gemacht hatte. Überhaupt ſcheint die Tätigkeit der Ortsgruppe zu dieſer Zeit ſehr lebendig geweſen zu ſein und auch viel Erfolg gebracht zu haben: ſo wurde angeregt, ſich bei einer kulturhygieniſchen Ausſtellung der Abſtinentengruppe mit Ratſchlägen und evtl. auch mit Material zu beteiligen. In der Mitgliederverſammlung vom 18. Oktober 1926 konnte man voller Stolz melden, daß der Kaſſenſtand ein erfreulicher war, daß die Zahl der Mitglieder in drei Monaten von 71 auf 177 geſtiegen ſei, daß man Fühlung mit den Vereinen aufgenommen habe, die ſich der Touriſtik widmeten. In der Winterſportaktion wurden Verhandlungen mit dem entſprechenden polniſchen „Związek Naciarski“ in Warſchau angeknüpft, die im Laufe der Zeit zur Gründung einer Winterſportaktion führten; ähnlich wurde die Ausbildung einer beſonderen Muſikſektion in Angriff genommen. Desgleichen wurde ein Antrag auf Bau einer neuen Schutzhütte geſtellt und der Wunſch ausgeſprochen, mit dem Beskidenverein zwecks Markierung aller neuen Wege und einer Hüttenbenutzung in einen Gegenſeitigkeitsvertrag zu treten. In einer Vorſtandsſitzung von November 1926 grenzte man das Verhältnis von Ortsgruppe zu Gau und zur Zentrale ab, verſuchte dann die unklare Haltung der anderen Ortsgruppen zum Hüttenbau eindeutig feſtzulegen und eine angedrohte Liquidierung von Alexanderfeld zu verhindern. Im Dezember 1926 wurde eine konſtituierende Verſammlung der Winterſportſektion einberufen, die den Anſchluß an den „Polski Zwiazek Naciarski“ fand, ein Trockenſkikurs und ein Schneekurs unter unerwartet ſtarker Beteiligung eingerichtet und ſchließlich ein eindrucksvolles Winterfeſt veranſtaltet. Im Februar 1927 gab man die Anregung, zum Ausbau des Wirkungskreiſes die Waſſerſtraßen und das Faltboot zu benutzen und eine Ausbildung für Hochtouren zu ermöglichen.

So konnte man bereits auf der 2. Generalverſammlung, die am 21. März 1927 ſtattfand, einen ſtolzen Rückblick auf die unter ſchwierigſten Verhältniſſen geleiſtete Arbeit werfen: wurde doch in der Berichtszeit die Gauleitung aller ſchleſiſchen Ortsvereine in Bielitz übernommen, die der Ortsgruppe innerhalb der Vereinsleitung ein bedeutendes Anſehen verlieh und ihr ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten bieten konnte, eine eigene Skiſektion gegründet, die Einführung eines Eſperantokurſes in Ausſicht genommen, Sanitätskurſe eingerichtet, und ein guter Überſchuß in der Vereinskaſſe (1148 Zloty) erzielt. Größere Schwierigkeiten hat es dann wegen der Verwaltung der Hütte auf der Blatnia gegeben. In dieſer Angelegenheit trat man mit dem Beskidenverein in Verbindung, hätte aber eine Einigung nur unter Aufgabe der oberſchleſiſchen Intereſſen erreicht, und das galt für unannehmbar. Um weiter keine Spaltung zwiſchen dem Bielitzer Ortsverein und den oberſchleſiſchen Gruppen herbeizuführen, faßte der Vorſtand von Bielitz im Oktober 1927 den Beſchluß, den Gau nach Königshütte bzw. nach Oberſchleſien zurückzuverlegen. Da die Bielitzer Ortsgruppe bei der Verwaltung der Hütte zu wenig berückſichtigt und ihre Mitarbeit dauernd erſchwert wurde, obwohl gerade ſie als ſtärkſte und meiſtzahlende Organiſation mehr für ſich in Anſpruch nehmen konnte, beſchloß man, aus dem Hüttenbauausſchuß auszutreten und jede Mitarbeit bei der Verwaltung abzulehnen. Als Erſatz wollte man die Beiträge zum Ankauf eines eigenen Grundſtückes verwenden und ſich ſo lange der Mitarbeit an der Hütte enthalten, bis dieſelbe als Eigentum des ganzen Gaues eingetragen würde.

Im Frühjahr 1928 erklärte ſich der Fiſcher-Verein unter gewiſſen Bedingungen, die ihm die Pflege ſeiner Ziele erleichterten, dazu bereit, dem Verein der Naturfreunde geſchloſſen beizutreten. Obgleich ſich manche Vorſtandsmitglieder aus Propagandagründen ſehr ſtark dafür einſetzten, wurde das Geſuch nach einer leidenſchaftlichen Debatte abſchlägig beſchieden, da die Fiſcherei nicht zum Gebiet der Naturfreundebewegung gehöre.

Im Mai 1928 wurde auf einer Vorſtandsſitzung über den Beitritt zum Verband der Touriſtenvereine Polens beraten, wodurch ſich mancherlei Vorteile boten. Man beſchloß, zunächſt einmal den Gau in Kenntnis zu ſetzen und ihn zu einer Freigabe der Ortsgruppe Bielitz für den Anſchluß an den genannten Verein zu beſtimmen. Dieſe Pläne ſcheinen aber nicht ſehr weit gediehen zu ſein, denn noch ein Jahr ſpäter, im April 1929, wurde dem Gauvorſtand empfohlen, verſuchsweiſe einen Zuſammenſchluß des Gaues Kattowitz mit dem Beskidenverein einzugehen.

Wenn auch der Verein „Die Naturfreunde“ in Bielitz regelmäßige Subventionen von der Stadtgemeinde Bielitz erhielt und Darlehen wie von der Metallarbeiterorganiſation zur Verfügung geſtellt bekam, ſind die Kriſenjahre doch nicht wirkungslos an ihm vorübergegangen. Der Tätigkeitsbericht für das Jahr 1930/31 am Ende des fünften Vereinsjahres klang längſt nicht mehr ſo hoffnungsfroh wie in vergangenen Zeiten. Immerhin konnte man noch jetzt auf 180 Mitglieder rechnen. Die Vereinsangelegenheiten wurden in einer Jahresverſammlung und 17 Vorſtandsſitzungen erledigt. Für die Mitglieder wurden 22 Touren, darunter eine längere Pfingſttour in die Hohe Tatra, veranſtaltet. Die Ausbeſſerungen von Wegmarkierungen und Tafeln wurden fortgeſetzt. Die Winterſportabteilung hatte im Polniſchen Skiverband Aufnahme gefunden und dadurch Vorteile wie die Erleichterung des Grenzübertrittes und Fahrgeldermäßigung erhalten. Im März 1930 beteiligte man ſich auf Anregung der Bielitzer Handels- und Gewerbekammer an der in Poſen ſtattfindenden Internationalen Verkehrsausſtellung mit Ausſtellungsmaterial, wobei ein Modell der Schutzhütte auf der Blatnia durch die Vermittlung der Gauleitung in Kattowitz nach Poſen geſandt wurde. Ein Lichtbildervortrag über die Hohe Tatra, der im Mai 1930 ſtattfand, wurde gut beſucht.

Weitere Nachrichten über die Tätigkeit der Naturfreunde in Bielitz fehlen. Es iſt aber anzunehmen, daß der Verein ſeiner Arbeit nachgegangen iſt, bis Bielitz wieder in deutſchen Beſitz kam.

(Fortſetzung folgt.)

Neues Schrifttum

Der hiſtoriſche Atlas von Niederſachſen

Zehn Jahre nach dem Erſcheinen der erſten Blätter des Geſchichtlichen Atlaſſes der Rheinprovinz entwickelte Kretzſchmar[1] den Plan eines hiſtoriſchen Atlaſſes der Provinz Hannover; bei der Gründung der Hiſtoriſchen Kommiſſion für Hannover, Oldenburg, Braunſchweig, Schaumburg-Lippe und Bremen im Jahre 1910 wurde dieſes Unternehmen ihr wichtigſter Programmpunkt und ſeine Anlage von Brandi[2] bereits näher und in weitergreifenden Umriſſen erläutert. Ungefähr wieder im gleichen zeitlichen Abſtand nach Erſcheinen des von Aubin, Frings und Müller herausgegebenen „Geſchichtlichen Handatlaſſes der Rheinprovinz“ mit den zugehörigen „Kulturſtrömungen“ liegt nun der von Brandis Schüler Georg Schnath herausgegebene „Geſchichtliche Handatlas von Niederſachſen“ vor[3]. Die Widmung an Brandi iſt die würdige Anerkennung für die Anteilnahme und den beſtimmenden Einfluß dieſes Gelehrten an dem umfangreichen Werk, das ihn ſein Forſcherleben hindurch begleitete und deutlich die Entwicklungsſtadien der langjährigen Arbeit erkennen läßt. Hiermit dürfte nunmehr ein gewiſſer Abſchluß ſowohl für das Gebiet dieſer Hiſtoriſchen Kommiſſion als auch für dieſen Typus hiſtoriſcher Atlanten in der landeskundlichen Forſchung überhaupt erreicht ſein. So bietet ſich uns hier ein beſonders eindrucksvolles Beiſpiel, welchen Weg die hiſtoriſch-geographiſche Forſchung während der drei Jahrzehnte einmal in Hannover mit den verſchiedenen Veröffentlichungen des Atlasunternehmens gegangen iſt, und ferner, welche Probleme — gerade im Vergleich mit dem führend vorausgegangenen rheiniſchen Schweſterunternehmen — für die Zukunft aus den vorliegenden Ergebniſſen herauswachſen[4].

Das Kernſtück eines jeden Geſchichtsatlaſſes bilden die Karten zur territorialen und zur Grenzentwicklung. Als wichtigſte forderte bereits Kretzſchmar eine Überſichtskarte auf Grund der Landesaufnahmen aus dem Ende des 18. Jahrhunderts, daran anſchließend ſolche der wechſelnden Gliederung in franzöſiſcher und königlich hannoverſcher Zeit, alſo des 19. Jahrhunderts. Brandi hat dieſe Gruppe als erſten Teil ſeines erwähnten Planes übernommen. Die Blätter des 19. Jahrhunderts boten keine beſonderen Schwierigkeiten und ſind mit der Darſtellung des Königreichs Weſtfalen (46/47, 48a) ſowie der hannoverſchen Ämter- und Landkreiseinteilung von 1859 bzw. 1885 (50/51) ſowie der Gegenwart (53a) vertreten. Die ſtarken Wandlungen zwiſchen 1815 und 1885 verdienen Hervorhebung. Willkommene Ergänzungen hierzu ſind Skizzen der Territorien nach dem Reichsdeputationshauptſchluß (45a) und dem Wiener Kongreß (45b), über die Gebiete des Steuer- und Zollvereins in den Jahren 1837 (49a) und 1842 (49b), der Rechtsgebiete vor 1900 (52a), der militäriſchen Standortverteilung im Bereich des preußiſchen X. Armeekorps (52b) ſowie der Gaugliederung der NSDAP. (53b).

---

[1] Joh. Kretzſchmar, Der Plan eines Hiſtoriſchen Atlaſſes der Provinz Hannover. Zeitſchr. d. Hiſt. Ver. f. Niederſachſen, Jg. 1904, S. 391—410.

[2] K. Brandi, Denkſchrift über eine Hiſtoriſche Kommiſſion für Hannover, Braunſchweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe. A. a. O., Jg. 1909, S. 316—328. — Derſ., Grundfragen hiſtoriſcher Geographie und der Plan des hiſtoriſchen Atlaſſes. A. a. O., Jg. 1909, S. 329—352.

[3] Geſchichtlicher Handatlas Niederſachſens, in Verbindung mit Kurt Brüning, Hans Dörries, K. H. Jacob-Frieſen u. a. Fachgenoſſen, hrsg. von Georg Schnath. Veröff. d. Hiſt. Komm. f. Hannover, Oldenburg, Braunſchweig, Schaumburg-Lippe und Bremen, XX. Berlin (Gea Verl.), 1939.

[4] Vgl. auch den Bericht von Joſ. Prinz, Neue Methoden der Landesgeſchichte; 25 Jahre Hiſtoriſcher Atlas für Niederſachſen. Mittlg. d. Univ. Bundes Göttingen, Jg. 16 (1935), Heft 2.

Dagegen hat die politiſche Karte des 18. Jahrhunderts (42/43) eine vielgeſtaltige Entwicklung hinter ſich. Die verſchiedenen Anſätze zu ihrer Bearbeitung veranſchaulichen die Wandlung der wiſſenſchaftlichen Geſichtspunkte aufs deutlichſte und zeigen einen ſtändigen Kampf um die Form möglichſter Vielſeitigkeit und Vollſtändigkeit einerſeits und praktiſcher Löſungsmöglichkeiten des Erſtrebten andererſeits.

Von Anfang an wurde die Bedeutung der kartographiſchen Landesaufnahmen aus dem 18. Jahrhundert hervorgehoben und in den Mittelpunkt der Quellenforſchung gerückt. Dank der engen Zuſammenarbeit mit der Göttinger Geographenſchule Hermann Wagners hat der Niederſächſiſche Atlas an der Erſchließung kartographiſcher Vorlagen für die hiſtoriſche Geographie maßgebenden Anteil. Begünſtigt wurde dieſe Aufgabe durch einen guten Überlieferungsſtand. Wir erwähnen an dieſer Stelle nur die prachtvolle hannoverſche Landesaufnahme von 1764—1786[5].

Als geſchloſſenſte Einheit innerhalb der Zeit der Territorialherrſchaft ſah Kretzſchmar das Amt an und forderte daher folgerichtig die Betonung der Ämterverfaſſung und der Ämtergrenzen für die Karte des 18. Jahrhunderts, die ja den Endpunkt dieſer Periode darſtellen ſollte. Es ſind die gleichen Grundſätze, die ſich auch bei Fabricius' Karte der Rheinprovinz von 1789 bewährt hatten. Als erſter Verſuch erſchien 1919 das „Probeblatt Göttingen"[6]. Mit Siedlungen, politiſchen Grenzen und Wegenetz entſpricht ſein Inhalt dem rheiniſchen Vorbild, der modernere Maßſtab (1:200000) und die Verwendung der Gewäſſer- und Höhenſchichtenplatte der Reichsanſtalt für Landesaufnahme zeigen den techniſchen Fortſchritt und tragen der neuen Forderung nach ſtärkerer Betonung der natürlichen Landſchaft Rechnung. Dieſes Blatt gehört zu den beſten kartographiſchen Leiſtungen der landeskundlichen Forſchung trotz ſeiner inhaltlichen Beſchränkung gegenüber der Vorlage. Aber hier ſetzt nun auch der Zwieſpalt in der Methodik ein. Neben die rein politiſchen verfaſſungsrechtlichen Fragen, neben die Darſtellung der Grenzen rückt die hiſtoriſche Landſchaft mehr und mehr in das Blickfeld der Forſchung. Der Wandel in der natürlichen Landſchaft durch die menſchliche Kultur wird ein Hauptthema; Siedlungsgeſchichte und ebenſo die Erforſchung der alten politiſchen Bezirke, der frühmittelalterlichen Gaueinteilung ſetzen bei dem Landſchaftsbild des 18. Jahrhunderts ein, um von den klaren Verhältniſſen dieſer Zeit zur Rekonſtruktion jenes frühzeitlichen vorzudringen. Auch für dieſe Frage bedeutete die Landesaufnahme des 18. Jahrhunderts den ſicherſten Ausgangspunkt. Die Ergänzung des Kartentypus „Probeblatt Göttingen" nach dieſer Richtung hin durch Einzeichnung von Wald, Heide und Feldflur bedeutete aber eine derartige arbeitszeitliche und finanzielle Belaſtung des Unternehmens, daß man hiervon abſehen mußte und die Weiterbearbeitung der Karte einſtellte. Einer Anregung Hermann Wagners folgend, entſchloß man ſich vielmehr zur Reproduktion der alten Landesaufnahme ſelbſt, die 1924—1931 erſchienen iſt[7]. Mit ihr hat die Forſchung eine die Originalvorlage inhaltlich am genaueſten wiedergebende Ausgabe erhalten, und ihr Ausverkauf iſt der ſchlagende Beweis für das vorhandene Bedürfnis nach ihr. Es bleiben nur zwei Geſichtspunkte zu erörtern. Das Studium bleibt auf die landſchaftlichen Einzelheiten gerichtet; für weiträumigere Überblicke iſt der Maßſtab reichlich groß; hierfür war auch die Originalwiedergabe nicht gedacht. Ferner wird die kritiſche Einſtellung zur Vorlage allein dem Benutzer überlaſſen und ihm vom Herausgeber nicht vorgearbeitet, wie dies bei einer Umzeichnung auf eine modernere Karte der Fall wäre. Es handelt ſich hier alſo um das gleiche Problem wie bei der Frage nach Fakſimile- oder textkritiſchen Ausgaben von Handſchriften oder Urkunden, wo dieſe durch jene niemals überflüſſig werden.

Für die Nordweſtgebiete, für Friesland und das Emsland, die durch die hannoverſche Landesaufnahme nicht erfaßt waren, ging man wieder zur Übertragungsmethode auf den moderneren

---

[5] G. Schnath, Die Kurhannoverſche Landesaufnahme 1764—1786. Hann. Magazin, Jg. 7 (1931), S. 33—53.

[6] Fr. Mayer und W. Spieß, Erläuterungen zum Probeblatt Göttingen der Karte der Verwaltungsgebiete Niederſachſens um 1780. Studien und Vorarbeiten zum Hiſtoriſchen Atlas von Niederſachſen, Heft 4 (Göttingen), 1919.

[7] Topographiſche Landesaufnahme des Kurfürſtentums Hannover von 1764—1786. Lichtdruckwiedergabe im Maßſtab 1:40000. Hannover 1924—1931. Begleitwort von Hermann Wagner.

Rahmen der Karte 1:200 000 des Reichsamts für Landesaufnahme über[8]. Die vier von Prinz bearbeiteten Blätter bilden alſo eine Erweiterung des Typus „Probeblatt Göttingen" durch die volle Einzeichnung des genauen Landſchafts- und Siedlungsbildes aus dem Ende des 18. Jahrhunderts nebſt Territorien- und Ämtergrenzen auf Grund der kartographiſchen Vorlagen unter Verzicht auf politiſche Farbengebung. Es iſt bedauerlich, daß die Mittel der Hiſtoriſchen Kommiſſion für eine techniſch einwandfreie Wiedergabe der vom Verfaſſer hergeſtellten Vorlage nicht ausreichten; das Bild hätte an Klarheit und Überſichtlichkeit viel gewinnen können. Sachlich haben wir zwei Einwände vorzubringen. Die einſeitige Heranziehung der wichtigſten kartographiſchen Vorlagen führt zur Übernahme mancher Fehler; durch Heranziehung auch anderer Quellengruppen, von Grenzakten und ſtatiſtiſchen Zuſammenſtellungen, hätte ſich der eine oder andere Irrtum ausmerzen laſſen. Auch die Gerichtsgrenzen hätten aus dem Aktenmaterial eingearbeitet werden können, nach denen bei einer ſolchen Karte ein unbedingtes Bedürfnis beſteht; vielleicht darf man ſogar die Kirchſpielgrenzen als die weſentlichſten Zellen der hiſtoriſchen Raumbildung bei einer ſolchen Bearbeitung fordern. Dieſer Ausbau hätte ſich von ſelbſt ergeben, wenn die Einzeichnung der für dieſe Gegend ganz beſonders wichtigen gemeinen Marken berückſichtigt worden wäre. Das Material hierzu bietet das Landeskulturamt, wenigſtens ſoweit, als die Markenaufteilung erſt im 19. Jahrhundert erfolgt iſt. Freilich bringen dieſe Geſichtspunkte wieder die Schwierigkeit mit ſich, daß die Quellengrundlage keine einheitliche mehr wird, ſondern für die einzelnen Teilgebiete verſchieden ausfällt. Ich führe dieſe Beiſpiele an, um grundſätzlich den Unterſchied der kritiſch bearbeiteten Ausgabe gegenüber der Originalreproduktion herauszuſtellen und die Probleme klarzulegen, die in ähnlicher Weiſe für alle Provinzen beſtehen.

Im Rahmen des Handatlaſſes verſchwinden die angedeuteten Fragen hinter dem kleinen Maßſtab von 1 : 800 000 der politiſchen Karte von 1780. Das hier gebotene Blatt (42/43) arbeitet daher die Zuſammenſetzung des Gebietes aus den früheren Einzelterritorien heraus und hält ſich mit bloßer Andeutung der Amtsgrenzen und Beſchränkung auf die Amtsſtädte an das äußerſte Minimum, das von ihr gefordert werden muß; die Forſchung und die kartographiſche Ausdrucksfähigkeit ihrer Ergebniſſe ſind weſentlich weiter vorgeſchritten, als es dieſes Blatt zur Darſtellung bringen kann.

So bieten uns die verſchiedenen Bearbeitungsverſuche der Karte des 18. Jahrhunderts neben ihrer Bedeutung für die landesgeſchichtliche Forſchung äußerſt wichtige Beiträge zur Ausbildung der hiſtoriſch-geographiſchen Methode. Sie führen beſonders lehrreich die Schwierigkeiten vor Augen, mit denen alle gleichgerichteten Schweſterunternehmungen in anderen deutſchen Landesteilen ebenſo zu kämpfen haben. Wie glücklich war noch Fabricius für die Rheinlande daran, daß er ſeine Karte von 1789 vollenden konnte, — noch rein auf die politiſche Gliederung und ihre Grenzen eingeſtellt, ohne die Belaſtung durch die zum großen Teil infolge ſeiner Arbeit erſt geförderte Ausweitung der Geſichtspunkte in Richtung der Landſchaftsforſchung. In folgerichtiger Entwicklung konnte ſich hier die von Kuphal beſorgte Bearbeitung der Wald-, Kultur- und Siedlungskarte der Rheinprovinz 1801—1820[9] anſchließen, um einer jüngeren Ausrichtung mit erweitertem Blickfeld die notwendige Quellengrundlage bereitzuſtellen.

Es zeigt ſich hier wieder eine Parallele zur Entwicklung der großen Urkunden- und Aktenpublikationen der Reichsgeſchichte ebenſo wie der landesgeſchichtlichen, daß die Herausgabe der Quellen nicht Schritt zu halten vermag mit dem raſchen Fortſchreiten der Forſchungsaufgaben, die ſich gerade auf dem von ihnen bereits erſchloſſenen Material aufbauen. Es muß daher die ernſte Sorge und der unbeirrbare Wille aller gleichgerichteten Atlasunternehmungen bleiben, daß im Wettlauf mit den neuen Aufgaben die urſprünglichen Arbeitspläne nicht aus dem Auge verloren werden. Wir können als eine der wichtigſten Grundlagen die kombinierte phyſiſche und politiſche Karte des 18. Jahrhunderts, für die uns als günſtigſter Rahmen die Karte 1:200 000 des Reichsamts für Landesaufnahme erſcheint, nicht entbehren.

---

[8] Karte von Niederſachſen um 1780. Landſchaftsbild und Verwaltungsgebiete 1:200000, Lfg. 1 (Doppelblatt Norden-Jever, Emden-Oldenburg, Meppen-Kloppenburg, Bentheim-Osnabrück). Bearb. von J. Prinz, Hannover 1938.

[9] Geſchichtlicher Atlas der Rheinprovinz. Hrsg. von der Geſ. f. Rhein. Geſchichtskde. Abt. II. 1930.

Aus der Karte 42/43 von 1780 iſt der politiſche Zuſtand von 1580 (38/39) herausgearbeitet, ebenfalls eines jener Blätter, die zum eiſernen Beſtande eines jeden Geſchichtsatlaſſes gehören; der Zeitpunkt iſt vor der Erwerbung zahlreicher Herrſchaftsgebiete durch Braunſchweig-Lüneburg gewählt; ferner bietet das ausgehende 16. Jahrhundert zum erſten Male die Möglichkeit quellenmäßig belegbarer linearer Grenzzeichnungen. Nebenkarten zeigen die Konfeſſionsverteilungen um 1580 (40a) und das Hineinwachſen neuer Mächte in das niederſächſiſche Gebiet von außen (40b).

Die zweite Kartengruppe bietet die entwicklungsgeſchichtlichen Darſtellungen einzelner Herrſchaftsgebiete. Das Hauptterritorium iſt vor allem durch mehrere Skizzen für die Zeit Heinrichs des Löwen vertreten, die die Verteilung ſeiner Herzogtümer (28b), ſeiner Eigengüter (29), die Zuſammenſetzung der verſchiedenen Rechte ſeines Machtbereiches (30/31), den Zerfall von 1180 (32a) und die Teilung von 1202 (32b) zur Darſtellung bringen; auch die neuzeitliche Gebietsentwicklung (41a) iſt beſonders ſkizziert. Es ſchließen ſich an die Grafſchaft Schaumburg (41b), die Stadt Bremen (44a), das Herzogtum Oldenburg (44b). Die Bedeutung der Burg für die Territorienbildung wird an den Beiſpielen des Erzſtiftes Bremen (36a) und des Hochſtiftes Hildesheim (36b) beſonders veranſchaulicht; doch ſcheinen mir die Verbindungslinien zu „Burgenvielecken“ reichlich ſchematiſch und nicht ganz unbedenklich zu ſein. Alle dieſe Skizzen ſind die Frucht der von Brandi in ſeiner Denkſchrift als zweiter Teil geforderten und inzwiſchen durch die Mitarbeit der hiſtoriſch-geographiſchen Univerſitätsinſtitute in Göttingen weit gediehenen Studien und Vorarbeiten[10].

Im einzelnen ſei auf den Forſchungsbericht von Prinz verwieſen und in unſerem Zuſammenhang nur die freie Entfaltungsmöglichkeit hervorgehoben, welche ſowohl für die Themenſtellung wie für ihre Bearbeitung in dieſem Rahmen gegeben war. Ebenſo frei konnte ſich hier nach Lage des Stoffes und nach dem darſtelleriſchen Geſchick des jeweiligen Bearbeiters die kartentechniſche Methode entfalten. Von ihrem Stande geben die Blätter des Handatlaſſes Kunde. Ihren Höhepunkt zeigt dieſe Kunſt bei der Darſtellung des Machtbereiches Heinrichs des Löwen (Bl. 30/31); ich verweiſe für ihre kritiſche Beurteilung auf die Beſprechung von Bauermann[11]. Mag im einzelnen manche Unklarheit in der zeichneriſchen Wiedergabe und in der Wertung der Rechts- und Machtverhältniſſe bleiben, ſo ſpiegelt die faſt bis zur Undurchſichtigkeit geſteigerte Unterſcheidung und Abſtufung verſchiedenartigſter Rechte, Anſatzpunkte und Stoßrichtungen die verſchachtelten und alles andere als innere und räumliche Geſchloſſenheit aufweiſenden Herrſchaftsverhältniſſe des Mittelalters vortrefflich wider und offenbart den grundlegenden Gegenſatz zum Aufbau des Territoriums der Neuzeit. Dieſe Karte dürfte zugleich bei den Bemühungen der letzten Jahrzehnte, von der rein flächenhaften Gebietsdarſtellung zur Wiedergabe von Perſonalrechten und dynamiſcher Kräftewirkung vorzudringen, ein gutes Beiſpiel für die Grenzen kartographiſcher Darſtellungskunſt überhaupt liefern[12].

Die Kirchenkarte des ausgehenden Mittelalters (34/35) enthält Bistumsgrenzen, Domſtifte, Archidiakonatsſitze und die Klöſter, nach Orden und Entſtehungszeit durch Signaturen und Farben unterſchieden. Gerade im Hinblick auf die im Rahmen der niederſächſiſchen Atlasarbeiten ſehr viel weiter fortgeſchrittene kirchliche Geographie[13] hätte man ſich einen reicheren Inhalt dieſes Doppelblattes gewünſcht. Während es ſo für ſich ſteht, hätte es durch Einzeichnung auch der Archidiakonatsgrenzen, der Urpfarreien und vielleicht ſogar der erſten Generation von Tochterpfarreien in dem Geſamtrahmen des Handatlaſſes eine weſentlich ſtärkere Funktion erhalten; es wäre eine vergleichende Betrachtung mit den territorialgeſchichtlichen Karten im weiteren Raum möglich geworden, wie ſie für einzelne Gebiete des Arbeitsbereiches längſt durchgeführt iſt. Die Berechtigung dieſes Wunſches wird aus dem folgenden Abſatz noch beſonders deutlich werden. Überhaupt iſt die kirchliche Geographie etwas zu kurz gekommen.

---

[10] Vgl. die Überſicht im Vorwort des Handatlaſſes, S. X.

[11] Mittlg. d. Ver. f. Geſch. und Landeskde. von Osnabrück, Bd. 59 (1939), S. 168.

[12] Den Weg der „Studien und Vorarbeiten“ iſt in noch ſtrengerer Syſtematik auch Stengel für das Arbeitsgebiet von Heſſen und Naſſau gegangen (Schriften des Inſtituts für geſchichtliche Landeskunde von Heſſen und Naſſau, Bd. 1—18, Marburg 1925ff.). Stärkeres Eingehen auf die Einzelheiten der territorialen Entwicklungen ſowie die Beigabe eines Atlaſſes zu jedem Heft unterſcheiden dieſe Reihe von der niederſächſiſchen. Die kartographiſche Methode entwicklungsgeſchichtlicher Darſtellung konnte hier durch Anwendung von Grundkarten mit Deckpauſen beſonders entwickelt werden. Dagegen iſt die Bearbeitung einzelner Karten, namentlich die der territorialen Gliederung um 1800, für das Geſamtgebiet bewußt bis zum Abſchluß der Monographien zurückgeſtellt worden.

[13] Vgl. den Bericht von Prinz, a. a. O., S. 20f.

Mit der Karte Niederſachſens um das Jahr 1000 (26/27) wird wieder ein Verſuch der Rekonſtruktion des Landſchaftsbildes vorgelegt aus einer Zeit, wo die unmittelbaren Quellen äußerſt ſpärlich fließen und der Erfolg abhängig iſt von der Auswertung aller der modernen hiſtoriſchen Landeskunde zur Verfügung ſtehenden Hilfsmittel. Sie verdient daher unſer beſonderes Intereſſe, zumal die hier vorgelegten Ergebniſſe ihres Bearbeiters Prinz der ſeit Beginn des Atlasunternehmens von Brandi[14] gewieſenen methodiſchen Ausrichtung entſprechen. Die Loslöſung vom Begriff der feſten Grenzlinie bei der Unterſuchung alter Gauverhältniſſe zeigte ſchon die Göttinger Diſſertation von Curs[15]; ſie iſt heute Allgemeingut landesgeſchichtlicher Forſchung. Schlüters[16] Verſuch einer Karte der deutſchen Wald- und Siedlungsgebiete jener Zeit und die auf ihm aufgebaute Gaukarte des rheiniſchen Handatlaſſes mögen als Zwiſchenglied zwiſchen Menkes Gaukarte und der neuen niederſächſiſchen den methodiſchen Fortſchritt zwiſchen einſt und jetzt verdeutlichen. Hier in Hannover zeigt ſich die ungemein wichtige Bedeutung der Landesvermeſſungen im 18. Jahrhundert, die wieder für die Erarbeitung des Wald-, Heide-, Moor- und Siedlungsgebietes zu jener Frühzeit die Grundlage hergegeben hat. In den ſo gewonnenen alten Siedlungsraum müſſen ſich die bezeugten Gauorte wie die Burganlagen einfügen und laſſen alsdann das Bild politiſcher Landſchaften in Verbindung mit den durch die Natur gewieſenen Räumen herauswachſen. Die lineare Grenze tritt ſomit hinter den grenzbildenden Ödlandsgebieten ganz zurück. Das gebotene Bild zeigt in beſonderer Eindringlichkeit den Fortſchritt unſerer Kenntniſſe von der deutſchen Landſchaft des frühen Mittelalters und offenbart neben der Wandlung in der Methode die Verlagerung des Schwergewichtes von der Grenzforſchung zur hiſtoriſchen Landſchaftsforſchung beſonders eindringlich[17]. Und doch ſtehen wir noch nicht am Endziel des beſchrittenen Weges. Die Zahl der urkundlich bezeugten Orte iſt nur ein Teil der damals vorhandenen Siedlungen. Die durch Auswertung jüngerer Quellen für jene frühe Zeit geſicherten Orte dürfen in dieſe Karte — durch beſondere Signaturen gekennzeichnet — mit aufgenommen werden; es kämen hier in erſter Linie die Urpfarreien und die urkundlichen Ortsbelege ohne Gauangabe in Frage. Gerade die kritiſche Kirchſpielfiliation hat einen weſentlichen Beitrag für die Abgrenzung der Gaue geliefert. Soweit iſt das Material im Arbeitsgebiet auch vorgearbeitet. Darüber hinaus wird namentlich die Siedlungsforſchung an einer ſtändigen Verfeinerung des heute möglichen Kartenbildes zu arbeiten haben. Durch Übertragung der alten Straßen von der nach Herbert Krügers Unterſuchung gearbeiteten Karte der Sachſenfeldzüge Karls des Großen (22/23) ſowie der ſpätmittelalterlichen Straßenkarte (76 b) iſt eine weitere Vervollſtändigung des damaligen Landſchaftsbildes und vor allem ſeiner räumlichen Gliederung zu erreichen. Die Unterſuchung über die ſtarken Wandlungen der deutſchen Küſte im Mittelalter (33 a und b), eines der originellſten Blätter des Handatlaſſes, ſei beſonders hervorgehoben. Der Wunſch nach ſtärkerer gegenſeitiger Ergänzung der einzelnen Kartenblätter wird beim genauen Studium des Atlaſſes öfter lebendig; nicht nur zum Beſten der Einzelblätter, ſondern ebenſo zur ſtärkeren Wirkung des inneren Zuſammenhanges in der Geſamtleiſtung des Gebotenen.

---

[14] Brandi, Grundfragen, S. 335 ff. Das hier erörterte Problem mittelalterlicher Grenzen überhaupt finde ich jetzt bereits in einer Aufzeichnung von Juſtus Möſer aus ſeinem handſchriftlichen Nachlaß (Ratsgymnaſium Osnabrück, Hdſchr. A XIX F 26—28) in einem der heutigen Auffaſſung durchaus entſprechenden Sinn erörtert: „Es iſt unerweislich und wider alle Wahrſcheinlichkeit, daß ſolche Reichsländer, worin die Untertanen zerſtreut und in großen Marken wohnen, jemals eigentliche Territorialgrenzen gehabt haben. Ich nehme die Fälle aus, worin die Natur durch Seen, Flüſſe und andre natürliche Abſätze dergleichen ſtillſchweigend eingeſchoben hat. Der biſchöfliche Sprengel ſchloß ſich auf die Köpfe und die Häuſer der Eingepfarreten, ohne ihre Gründe und Markgerechtigkeit zu limitieren . . . Der comitatus wahrte ebenfalls nur ſeine Köpfe und Häuſer; die advocatiae verhielten ſich ebenſo. Bloß Marken, Wälder und Privatgründe haben ſteinerne oder hölzerne Grenzmäler erkannt . . . Es iſt alſo ein Fehler, wenn man mit dem heutigen Begriffe von territoriis und Territorialgrenzen in die Beurteilung unſerer Grenzſtreitigkeiten hineingeht. Es haben episcopatus, missatica, comitatus et advocatiae, aber nie territoria in sensu moderno exiſtiert." Für dieſen Hinweis und die Zuſtimmung zur Veröffentlichung habe ich Herrn Prof. Dr. Schirmeyer in Osnabrück, der dieſen Nachlaß für die neue Möſer-Ausgabe der Göttinger Akademie bearbeitet, beſonders zu danken.

[15] O. Curs, Deutſchlands Gaue im 10. Jahrhundert nach den Königsurkunden. Diſſ. Göttingen 1908.

[16] O. Schlüter, Die Siedlungen im nordöſtlichen Thüringen. Ein Beiſpiel für die Behandlung ſiedlungsgeographiſcher Fragen. 1903.

[17] Für die Gaugeographie bieten ebenfalls die heſſen-naſſauiſchen Atlasarbeiten methodiſch wichtige Beiträge, namentlich auch für die Herausarbeitung der alten Zenten in ihrem Zuſammenhang mit den landſchaftlichen Siedlungskernen.

Hier iſt auch der Ort, auf eine Karte hinzuweiſen, die wir im Handatlas vermiſſen und deren Bearbeitung, ſoweit ich die Verhältniſſe überſehe, bereits möglich geweſen wäre: die Darſtellung der Gogerichte im 16. Jahrhundert. Sie hätte eine wichtige Ergänzung zur Ämterkarte bedeutet, das Verſtändnis für die Gaukarte noch vertieft und die Brücke zwiſchen dieſer und den jüngeren Territorienkarten geſchlagen.

Die bisher beſprochenen Karten ſind im Handatlas in einem Teil „Staatliche Raumentwicklung“ zuſammengefaßt. Vergleicht man das Geſamtergebnis mit dem Programm der Brandi'ſchen Denkſchrift von 1909, ſo dürften die weſentlichen Ziele der beiden erſten damals vorgeſehenen Abteilungen erreicht ſein. Aber auch der für ſich geforderte Städteatlas iſt dank der engen Zuſammenarbeit mit den Geographen weit vorgeſchritten. Der Anteil der beiden hauptbeteiligten Forſcher P. J. Meier und H. Dörries an der Löſung ſtadttopographiſcher Probleme iſt ein führender geworden. Sie haben der rein verfaſſungsrechtlichen Betrachtungsweiſe die Stadtplanforſchung zur Seite geſtellt und Fragen wie das Verhältnis von Stadtſiedlung und älterer dörflicher Siedlung (Wüſtung), Stadt und Dorfflur, Immunitätsbezirk, Burg und Marktanlage, Alt- und Neuſtadt durch die Auswertung der Stadtgrundriſſe weſentlich gefördert. Auch hier führte dies zur Methode rückwärtsgehender Betrachtungsweiſe, die ihren Ausgang von den handſchriftlichen Vermeſſungsgrundriſſen aus dem 18. und 19. Jahrhundert nahm. Die im Handatlas getroffene Auswahl (70/73), mit der wir in die Abteilung „Siedlung, Verkehr, Wirtſchafts- und Geiſtesleben“ eintreten, bietet die verſchiedenſten Typen: neben den Reſidenzen Hannover und Braunſchweig u. a. die Biſchofsſitze Osnabrück und Hildesheim, die Hanſaſtadt Bremen, die alte Pfalz Northeim, die Bergſtadt Blankenburg und als neuzeitliche Hafengründung Weſermünde. Mit dieſen Beiſpielen iſt die Möglichkeit zum Studium ſtadtgeſchichtlicher Verhältniſſe nach den neueſten Geſichtspunkten gegeben. Die geſchichtliche Funktion der Stadt (74/75) kommt durch Skizzen über Verbreitung der Münzſtätten, Reſidenzen und Bildungsanſtalten ſowie durch die Verbreitung und Organiſation der Hanſa zum Ausdruck. Eine ſolche über Verbreitung und Filiation der Stadtrechte iſt nicht verſucht worden.

Es iſt ein Beweis für weitſchauende Planung, wenn Brandi ſchon 1909 von Karten der dörflichen Siedlungen und Fluren ſowie des Verkehrs ſprach, ohne daß er ſich auf die nähere Ausgeſtaltung feſtlegte. Was der Handatlas hiervon vorlegt, ſind Ergebniſſe jüngerer und jüngſter Forſchungsentwicklung aus den letzten Heften der Studien und Vorarbeiten. Die Siedlungstypen zeigen frieſiſche Wurten (60 a), Marſchhufendörfer (60 b), Haufendörfer (61 a) und Waldhufenrodungsreihe (61 b), Flurbeiſpiele führen Gewanne- und Kampfluren einzeln und in ihrer landſchaftlichen Verteilung (66/67) vor und dienen zugleich der Einführung in das Studium alter und neuer Flurkarten. Bewußt wird hier nur Material geboten, während in der Deutung und Erklärung Zurückhaltung gewahrt wird. Bearbeitungsverſuche an Einzelbeiſpielen ſind die Darſtellung der Urvollhöfe im Kreiſe Diepholz (67 f) ſowie die Siedlungsformen weſtlich der Weſer (66 a) und in der Braunſchweiger Gegend (66 b), um die Einzelhofſiedlung der geſchloſſenen Dorfſiedlung gegenüberzuſtellen. Weitergeführt zu einem Überblick für das Geſamtgebiet um 1800 iſt dieſe Studie mit dem Doppelblatt 62/63. Es zeigt, wie wir hier erſt am Anfang einer umfangreichen Aufgabe ſtehen. Wohl zeichnet ſich die Weſer als ungefähre Grenzſcheide überwiegend geſchloſſener Dorfſiedlung im Oſten und vorwiegender Streu- und Schwarmſiedlung im Weſten ab, auch das Gebiet des wendiſchen Runddorfes hebt ſich im Oſten heraus wie die Häufung des Straßendorfes zwiſchen unterer Weſer und Elbe, aber die Miſchungen und Überſchneidungen im einzelnen beweiſen, wieweit wir von einer Erklärung für die Mannigfaltigkeit der Formen noch entfernt ſind, und es erſcheint fraglich, ob wir mit der vorgeſehenen Typenbildung zum Ziele kommen. Das beweiſen ſchon die voneinander abweichenden Darſtellungsformen der Siedlungstypen in der gleichen Gegend an der mittleren Weſer durch zwei verſchiedene Bearbeiter (Bl. 62/63 gegenüber 66a). Hier kann nur gründliche Einzelunterſuchung im engſten Raume weiterführen. Der weſentliche Ertrag dieſer Karte liegt daher darin, daß ſie die beſtehenden Schwierigkeiten aufzeigt. Die Gegenüberſtellung des wüſtungsarmen Einzelhofgebietes (64) mit dem wüſtungsreichen Dorfſchaftsgebiete des Weſer- und Leineberglandes (65) iſt ein weiteres lehrreiches Beiſpiel für die verſchiedenen Vorausſetzungen und landſchaftlichen Bedingtheiten innerhalb des Arbeitsgebietes.

Als erſter Verſuch wird auch die Ortsnamenkarte (58/59) bezeichnet. Die Rodungsnamen in den waldreichen Gebieten der Weſerberge, des Eichsfeldes und Harzes kommen gut heraus, auch die -ingen-Gebiete der Lüneburger Heide ſowie die Häufung der Endungen -ſtedt, -leben und -heim im Südoſten heben ſich einigermaßen ab, darüber hinaus werden ſich weitere Schlüſſe ſchwer ziehen laſſen. Die Fortlaſſung der älteren Namensſchichten wird doch als ein Mangel empfunden. Im ganzen gibt die im elſaß-lothringiſchen Atlas gewählte Methode der Ortskennzeichnung durch die Wiedergabe der Gemarkungsfläche ein weſentlich klareres Bild, weil ſie die tatſächliche Verteilung über den ganzen Raum genauer zur Darſtellung bringt.

Ein Beiſpiel der Bevölkerungsverteilung über ein ganzes Territorium (Fürſtentum Calenberg) Ende des 17. Jahrhunderts und 1925 (68/69) erweiſt einmal die gleichmäßige Bevölkerungszunahme etwa um 100 v. H. auf dem Lande und den ungeheuren Zuſtrom in die größeren Städte, vor allem in die Haupt- und Induſtrieſtadt Hannover, ſeit dem 19. Jahrhundert.

Von den beiden Straßenkarten kann die von 1780 (78/79) den Anſpruch quellenmäßiger Vollſtändigkeit auf Grund der Landesaufnahme erheben, während die des ausgehenden Mittelalters (76b) als vorſichtiger Verſuch gewertet werden will. Zeigt die ältere Zeit ein Überwiegen der Südweſt—Nordoſtverbindung von Mitteldeutſchland zur See, ſo iſt durch den jüngeren Ausbau nach den Geſichtspunkten der territorialen Bedürfniſſe dieſer Geſamteindruck ſtark verwiſcht; daher hebt ſich als Hauptſpinne die Reſidenz Hannover 1780 ſtark heraus, Lüneburg hat von ſeiner Bedeutung als Sammelpunkt viel an Hamburg abgeben müſſen. Das alte Bild hat ſich in den geiſtlichen Territorien der weſtfäliſchen Gebiete ſtärker erhalten. Eine Kombinierung mit den Territorienkarten wird die Bedeutung der einzelnen Straßenzüge unterſtreichen und ebenſo Hinweiſe für die landſchaftliche Orientierung einzelner politiſcher Gebiete geben können.

Als Abſchluß der Einzelbetrachtung verweiſen wir kurz auf den erſten Teil des Atlaſſes, der in 13 Karten (5—15) die Perioden der Urgeſchichte von der älteren Steinzeit bis zur Römerzeit an Hand der Funde vorführt. Die Vorſicht, mit der hier gearbeitet iſt und die voreilige Schlüſſe vermeidet, verdient Hervorhebung. So wird einerſeits ein anſchauliches Bild von der großen Arbeitsleiſtung der jungen Wiſſenſchaft geboten, zugleich aber dargetan, welch weiter Weg noch zurückzulegen iſt, um von dem Bild der Einzelfunde zu geſicherten Kulturzuſammenhängen vorzudringen.

Wir kommen nun zur Geſamtwürdigung. Aufbauend auf einer breiten Grundlage gediegener Vorarbeiten gibt uns Schnath in Auswahl und Zuſammenſtellung des Gebotenen einen gründlichen Rechenſchaftsbericht über das bisher Erreichte wie über das künftig noch zu Leiſtende. Alte Verpflichtungen wie neue Geſichtspunkte der Forſchung ſind auf ein einheitliches Ziel ausgerichtet worden. Auch die drucktechniſche Ausſtattung verdient Anerkennung. Nehmen wir den Vergleich mit der älteren rheiniſchen Schweſter wieder auf, ſo ergibt ſich im weſentlichen der gleiche Inhalt beider Atlanten. Das beweiſt das Beſtreben paralleler Arbeit an den wiſſenſchaftlichen Aufgaben der Gegenwart in verſchiedenen Landſchaften.

Der Vorſprung der Rheinlande in der Darſtellung der neuzeitlichen territorialen Gliederungen iſt noch nicht aufgeholt. Demgegenüber hat die Hiſtoriſche Kommiſſion für Hannover das Verdienſt, von Anfang an die Bedeutung der natürlichen Landſchaft für die landeskundliche Forſchung herausgeſtellt und hiermit die Auswertung der topographiſchen Vermeſſungen des 18. Jahrhunderts nach allen Richtungen hin gefördert zu haben.

Der weſentliche Unterſchied beider Atlanten beſteht darin, daß in Hannover die landſchaftliche Geſchloſſenheit der Rheinlande fehlt und daher ein derartig beherrſchender Geſichtspunkt wie der des Rheines als Lebensachſe und Kulturſtraße nicht herausgearbeitet werden konnte. Somit erſcheint auch der Begriff „Niederſachſen" in der hiſtoriſchen Landeskunde mehr bequem als glücklich.

Wenn wir das vorliegende Material nach dieſer Richtung hin im ganzen überprüfen, ſcheinen ſich uns vielmehr Ergebniſſe abzuzeichnen, die auf verſchiedene Orientierung größerer Teilgebiete hindeuten: des ſächſiſchen Kerngebietes ſüdlich der Elbe einſchließlich der Lüneburger Heide, des Küſtengebietes mit Friesland, des ſüdöſtlichen Berglandes um den Harz und des altweſtfäliſchen Gebietes weſtlich der Weſer.

Schon die urgeſchichtlichen Karten laſſen z. T. die untere Elbe als Kerngebiet nach Süden ausgreifender Kulturen erkennen (8 b. 10/11. 12. 14/15. 18/19). Von hier aus ſetzt im frühen Mittelalter die Ausbreitung des Sachſenſtammes ein (20 a. 54 a). Als Kraftzentrum übernimmt dieſer Raum mit Heinrich dem Löwen die politiſche Führung (30/31) und bildet den Ausgangspunkt für den Aufſtieg des Hauſes Braunſchweig-Lüneburg und des ſpäteren Kurſtaates und Königreiches; er kehrt, auf ſeine Ausgangsbaſis zurückgeſchraubt, im Gau Oſt-Hannover der NSDAP. (53 b) wieder. Auf der Ortsnamenkarte (58/59) hebt ſich die Endung -ingen beſonders heraus. Das mittelalterliche Straßennetz (76 b) gabelt ſich vom Mittelpunkt Lüneburg ſüdwärts, und auch 1780 zeigt das Verkehrsbild zwiſchen Elbe und Aller ein einheitliches Syſtem.

Das Stammesgebiet der Frieſen (20 b. 26) hält ſich auch aus dem Machtbereich Heinrichs des Löwen (30) im weſentlichen heraus, hat in der Erzdiözeſe Bremen zum größten Teil ſeinen eigenen Bezirk und geht territorialgeſchichtlich ſeine eigenen Wege (39. 40 b. 42. 45 a. 52 a); es hebt ſich durch beſondere Buntheit der Typen bei den Siedlungsformen (62) ab, nimmt am Bund der Hanſaſtädte nicht teil (74 b) und hat ſein eigenes Verkehrsnetz (78). Die Aufdeckung der Verbindungsfäden dieſer Landſchaft mit den Gebieten jenſeits der holländiſchen Grenze iſt nunmehr Aufgabe der weſtlichen Grenzlandforſchung geworden.

Das Weſer- und Leinebergland weiſt enge Zuſammenhänge mit Mitteldeutſchland auf, die in urgeſchichtlicher Zeit ſchon erkennbar ſind (7. 15. 19). Kirchlich greift hier die Mainzer Kirchenprovinz mit dem Bistum Hildesheim weit nach Norden (35). Die politiſche Gliederung weiſt eine weſentlich ſtärkere Zerſplitterung auf (39. 41 a. 45), eigener Gau der NSDAP. (53 b). Die Ortsnamen (59) zeigen Verwandtſchaft mit dem thüringiſch-ſächſiſchen Nachbargebiet, unter den Siedlungsformen (63) beherrſcht das geſchloſſene Dorf das Bild.

Die ehemalige Zugehörigkeit des Gebietes weſtlich der Weſer zu Weſtfalen iſt bekannt und tritt auch in allen in Frage kommenden Blättern in Erſcheinung.

Dieſe Beobachtungen laſſen gewiß noch keine Folgerungen zu, mögen aber andeuten, welche Aufgaben und gründliche Unterſuchungen hier noch der Löſung harren. Hier wird die Zuſammenarbeit aller Diſziplinen landeskundlicher Forſchung einzuſetzen haben, um der Forderung nach „Ganzheit"[18] der landſchaftlichen Betrachtung gerecht zu werden. Es ſei nur auf die gut vorgeſchrittenen Arbeiten von Peßler auf volkskundlichem Gebiete hingewieſen[19], deren Ergebniſſe im geſchichtlichen Handatlas noch nicht vertreten ſind. Die politiſche Arbeit der Landesplanung von Brüning hat bereits zu enger Fühlungnahme mit der Geſchichtswiſſenſchaft geführt[20]. So drängt die Entwicklung auch im Bereich der Hiſtoriſchen Kommiſſion für Hannover uſw. auf Zuſammenfaſſung. Wenn der Handatlas ſich noch Beſchränkung auferlegte, ſo iſt dieſe Zurückhaltung ein Beweis für das Beſtreben des Herausgebers, nur geſicherte Ergebniſſe vorzulegen.

Günther Wrede, Osnabrück.

---

[18] Vgl. hierüber zuletzt H. Aubin, Zur Erforſchung der deutſchen Oſtbewegung. Deutſche Schriften zur Landes- und Volksforſchung, hrsg. von E. Meynen, Bd. 2. Leipzig 1939, S. 7 ff.

[19] W. Peßler, Volkstumsatlas von Niederſachſen. Lfgen. 1—4, Veröffentl. d. Hiſt. Komm. f. Hannover uſw., XIV, 1933 ff.

[20] Vgl. die zahlreichen hiſtoriſchen Hefte in den Beiträgen der Wirtſchaftswiſſenſchaftlichen Geſellſchaft zum Studium Niederſachſens. Ferner: Brüning, Niederſachſen im Rahmen der Neugliederung des Reiches, 2. Aufl., Hannover 1929; derſelbe, Atlas Niederſachſen, Oldenburg 1934.

Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten

Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten iſt bisher kaum ſyſtematiſch bearbeitet worden, nicht einmal in den „Staaten“ ſelbſt. H. Kloß legt nunmehr in einem umfangreichen Bande den erſten Teil ſeiner Studien über dieſes Gebiet vor[1]. Die Grundlagen zu dieſer begrüßenswerten Darſtellung legte er auf zwei Reiſen durch die Vereinigten Staaten.

Eine Darſtellung des Volksgruppenrechtes der Vereinigten Staaten iſt auf einer weſentlich anderen Grundlage aufzubauen, als der, die für die Darſtellung des Nationalitätenrechtes eines europäiſchen Staates verwendet werden kann. Gemeinſam iſt wohl das Zurückgreifen auf das poſitive Recht und auf die Rechtswirklichkeit, die vom geſetzten Recht in der Regel mehr oder minder ſtark abweicht. In den Vereinigten Staaten ſtehen neben den Volksgruppen noch Raſſegruppen. Die erſteren unterſcheiden ſich vom ſtaatsführenden Volk nur durch die Sprache und werden von ihm als artverwandt empfunden, ſo daß ſie mit dem Aufgeben ihrer Sprache in das ſtaatsführende Volk aufgehen; die Raſſengruppen müſſen ſich dagegen in der Sprache gar nicht vom ſtaatsführenden Volk unterſcheiden, werden aber von dieſem doch als artfremd empfunden, und es iſt ihnen das Aufgehen in dieſem Volk verſperrt. Das Endergebnis der Entwicklung iſt im erſteren Falle Aſſimilation, im anderen Diſſimilation. In der letzten Zeit ſind die Diſſimilationstendenzen ſtärker geworden und äußern ſich in einer Abſtemmung gegen die polniſchen Juden und die Meſtizen. Die Aſſimilationstendenz findet ihren Niederſchlag in der Tatſache, daß die Bevölkerungszählungen die Mutterſprache nur bei den Einwanderern und deren Kindern erheben, alſo ſtillſchweigend annehmen, daß die dritte Generation, die Enkel ſchon Engliſch als ihre Mutterſprache angenommen haben. Eine zweite Eigenart des amerikaniſchen Volksgruppenrechtes iſt, daß ihr Objekt, die Volksgruppe, ſich zumeiſt von einer Volksgruppe in irgendeinem europäiſchen Staat ſchon durch die Art ihrer Siedlung unterſcheidet, da in Europa der Regelfall das mehr oder minder geſchloſſene Siedlungsgebiet, in Amerika die Zerſtreuung iſt. Drittens ſpielt für die rechtliche Behandlung der Volksgruppe in Amerika das Alter der Niederlaſſung eine Rolle, ob ſie Erſtſiedlung oder Zuwanderung darſtellen, während das Volksgruppenrecht der europäiſchen Staaten auf dieſen Umſtand wenig Rückſicht nimmt. Von dieſem Geſichtspunkt aus will es ſcheinen, als ob Amerika viel mehr traditionsgebunden iſt, als Europa, wo ſich ja die gleichmachenden Ideen der franzöſiſchen Revolution durchgeſetzt haben. In dieſer Hinſicht iſt Amerika auch ariſtokratiſcher, weil es als einziges Kriterium eines Adels den Zeitpunkt der Niederlaſſung in den „Staaten“ anſieht. Daher werden auch die einzelnen Volksgruppen verſchieden eingeſchätzt; daher wird auch ein rechtlicher Unterſchied zwiſchen Erſtſiedlern und Zuwanderern gemacht, indem den erſteren Rechte zugeſtanden werden, auf die ſich die letzteren nicht ohne weiteres berufen können (S. 26).

Angeſichts der ſchon erwähnten Eigenart der amerikaniſchen Bevölkerungszählungen in bezug auf die Erhebung der Mutterſprache ſteht jede Arbeit, die ſich mit den volklichen Verhältniſſen in der Union befaßt, auf ſumpfigem Boden. Unklar iſt vor allem der Anteil des ſtaatsführenden Volkes, d. i. der Anglo-Amerikaner, nämlich der Einwanderer (und deren Nachkommen) aus England (mit Wales), Schottland und Nordirland, die ſich voneinander immerhin noch heute unterſcheiden. 1790 ſtammten 60,9 v. H. der weißen Geſamtbevölkerung aus England und Wales, 8,3 v. H. aus Schottland und 6 v. H. aus Nordirland; für 1920 läßt ſich der Anteil dieſer drei Gruppen an der weißen Geſamtbevölkerung nur mehr mit 41,4 v. H. ſchätzen. Dieſer Rückgang iſt vor allem durch die ſtärkere Zuwanderung aus anderen Ländern im Laufe des 19. Jahrhunderts zu erklären, vor allem der Iren. 1790 war ihr Anteil an der weißen Geſamtbevölkerung 3,7 v. H., 1920 wird er aber mit 11,2 v. H. berechnet. Die Iriſch-Amerikaner ſind als Volksgruppe zu betrachten, wenn man die zur Schau getragene Sonderart, ihre katholiſche Konfeſſion und ihr anderes Geſchichtsbewußtſein ins Auge faßt. Da ſie aber mit den Angloamerikanern die Sprache gemeinſam haben, ſind ſie vom Geſichtspunkt des Volksgruppenrechtes als Glieder des ſtaatsführenden Volks zu betrachten. Eine zweite Urſache des Rückganges im Anteil der Angloamerikaner iſt darauf zurückzuführen, daß mit jeder gebietlichen Erweiterung der Union Gebiete zu ihr kamen, die bisher von Angehörigen anderer europäiſcher Völker koloniſiert waren. So Neuniederland (jetzt New York und New Jerſey) 1664, von Niederländern bewohnt, Franzöſiſch-Mittelamerika 1763, Franzöſiſches Miſſiſſippigebiet (Louiſiana und Miſſouri) 1803, mit einer franzöſiſchen Bevölkerung, Florida 1819 (ſpaniſch), Texas 1845 (ſpaniſch), Portoriko 1898 (ſpaniſch), dann Hawaii, die Philippinen und Guam mit einer farbigen Bevölkerung. Die Stärke der betreffenden Volksgruppen war zur Zeit des Eintrittes in die Union recht beachtlich: ſo 1790 gegen 107 000 Menſchen niederländiſcher Herkunft (davon 55 000 in New York und 35 000 in New Jerſey), 227 000 Menſchen deutſcher Abſtammung (davon 141 000 in Pennſylvanien, 28 000 in Virginien und 24 000 in Maryland), 6000 Franzoſen in Illinois, Indiana (im alten Nordweſten), ferner 15 000 in Louiſiana (1803) und 3000 in Miſſouri (1803), 6000 Mexikaner und 13 000 Deutſche in Texas (1845), 25 000 Spanier in Neu-Mexiko (1848) und 5000 in Kalifornien. Die ſpaniſchſprechende Bevölkerung von Portoriko betrug 1898 450 000.

---

[1] Heinz Kloß, Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1. Bd. Die Erſtſiedlergruppen. (Volkslehre und Nationalitätenrecht in Geſchichte und Gegenwart. 3. Reihe, Bd. 1.) Eſſen 1940: Eſſener Verlagsanſtalt. XVI u. 600 S.

Unter den Erſtſiedlern nehmen die Deutſchen eine hervorragende Stellung ein. Die erſte deutſche Siedlung iſt Germantown in Pennſylvanien, die auf 1683 zurückgeht, alſo nur ein Jahr jünger iſt als die erſte engliſche Siedlung in Pennſylvanien.

Die Zuwanderung in größerem Maßſtab ſetzt nach 1830 ein und dauert faſt ein Jahrhundert. Sie umfaßt zwei Gruppen: den „alten Schlag“ (old stock), hauptſächlich aus germaniſchem Blut beſtehend, und den „neuen Schlag“ (new stock), in dem die Italiener, Polen und Oſtjuden überwiegen. Zum alten Schlag gehören die Deutſchen, die 1850 von den 800 000 Fremdſtämmigen nichtengliſcher Zunge 70 v. H. ausgemacht haben und 1880 immerhin noch 60 v. H. erreichten; ferner die Franzoſen, zumeiſt aus Kanada (1850 und 1880 gegen 10 v. H. der Fremdſtämmigen nichtengliſcher Zunge). 1920 waren vor dem Foreign white stock (das ſind die Fremdbürtigen und deren Kinder) 6 068 400 deutſcher Sprache, 3 196 600 italieniſcher, 2 385 800 polniſcher, 1 976 400 jiddiſcher, 1 259 400 ſchwediſcher, 922 900 franzöſiſcher und 798 600 norwegiſcher Sprache geweſen, um nur die zahlreichſten Volksgruppen zu nennen. Wieviele aus der dritten Generation noch dieſe Sprachen als ihre Mutterſprache verwenden, läßt ſich nicht einmal annähernd ſchätzen.

In den Vereinigten Staaten gibt es ein Volksgruppenrecht in dem Sinne, daß eine Volksgruppe z. B. als Perſon öffentlichen Rechtes Träger beſtimmter Rechte ſein kann, nicht, ſondern nur individuelle Rechte, die den einzelnen Angehörigen der Volksgruppe zuſtehen. Es handelt ſich dabei hauptſächlich um Sprachenrechte. Kloß unterſcheidet dabei duldendes und förderndes Volksgruppenrecht, je nach der Art des Eingreifens des Staates. Dieſes Recht iſt kein ſtarres Recht, ſondern hängt auch von der vom Verfaſſer behandelten Entwicklung der Verfaſſung und der Parteien ab, in denen von den Volksgruppen die Deutſchen und Skandinavier eine gewiſſe Rolle ſpielen.

Schon in den erſten Jahren des Bundes können wir förderndes Volksgruppenrecht antreffen: in den amtlichen Druckſachen des Kontinentalkongreſſes von 1774, einem Vorläufer des heutigen Bundeskongreſſes. Die Tatſache der Unabhängigkeitserklärung von 1776 iſt in Philadelphia zuerſt von einer deutſchen Zeitung, dem Pennſylvaniſchen Staatsboten, in deutſcher Sprache bekanntgegeben worden. Der Bündnisvertrag vom 15. November 1777 wurde in drei Sprachen verlautbart: in engliſcher, deutſcher und franzöſiſcher. Die deutſchen Parlamentsdruckſachen erſchienen, manchmal in der gleichen Anzahl wie die engliſchen, bis zum September 1779, während die franzöſiſchen bereits mit der Verlautbarung der Verfaſſung vom November 1777 abbrachen. 1794 legten deutſche Bürger des Kreiſes Auguſta in Pennſylvanien dem Bundeskongreß eine Eingabe vor, in der die Herausgabe der Bundesgeſetze auch in einer deutſchen Ausgabe verlangt wurde. Der Kongreßausſchuß arbeitete einen Antrag in dieſem Sinne aus: die Abſtimmung in der Vollverſammlung des Kongreſſes am 13. Januar 1795 ergab 41 Ja und 42 Nein; aus dieſer knappen Niederlage hat ſich eine Legende herausgebildet, die Kloß auf die geſchichtliche Wahrheit reduziert. Im übrigen haben die deutſchen Vorſtöße um eine deutſche Ausgabe der Bundesgeſetze nie aufgehört. Am 24. April 1862 wurde in einer Abſtimmung über einen Antrag, einen Behördenbericht auch in einer deutſchen Ausgabe herauszugeben, zum erſtenmal ſeit der Unabhängigkeitserklärung eine andere als die engliſche Sprache, nämlich die deutſche, als amtliche Sprache zugelaſſen. Dieſe Zulaſſung wurde aber 24 Stunden ſpäter widerrufen.

Im Buche nimmt die Darſtellung des Sprachenrechtes in den Gliedſtaaten den weitaus größten Raum ein. Es iſt eine ganz gewaltige Leiſtung, die hier Kloß an den Tag gelegt hat und er hat ſich damit die Anerkennung aller Fachkreiſe geſichert. Leider werden nur die Fachkreiſe zu dieſem Werke greifen, das verdienen würde, in die weiteſten Kreiſe zu dringen. Es handelt ſich ja nicht ſo, wie es ſcheint, um eine Spezialarbeit, ſondern um eine jeden Deutſchen angehende Forſchung. Vielleicht könnte der Verbreitung dieſer Forſchungsergebniſſe gedient werden, indem eine verkürzte Ausgabe veranſtaltet werden würde, die ſich auf die Entwicklung im Bunde beſchränkte und von der gliedſtaatlichen Entwicklung nur das Wichtigſte, vor allem das das Deutſchtum Betreffende, brächte. Dieſer Vorſchlag möge von Verfaſſer und Verlag ernſtlich erwogen werden. Um ſo mehr, als ja noch ein zweiter Band des Werkes herauskommen ſoll, der das fördernde Volksgruppenrecht für die Zuwanderer ſowie das duldende Volksgruppenrecht behandeln ſoll. Karl Braunias, Berlin.

Raſſe, Volk, Erbgut in Schleſien.

Arbeiten des Anthropologiſchen Inſtitutes der Univerſität Breslau

Die raſſenkundliche Arbeit war in Deutſchland in den letzten 15 Jahren gekennzeichnet durch die lokale Monographie, wie ſie W. Scheid und E. Fiſcher als erſte entwickelt hatten. Das große Verdienſt des weitbekannten Breslauer Anthropologen v. Eickſtedt iſt es, an Stelle dieſer allzu lückenhaften einzelnen Stichproben in Schleſien ein zuſammenhängendes Netz von vielen Beobachtungspunkten durch ſeine Schüler zuſtandegebracht zu haben[1]. Dadurch iſt bei Erhaltung der wiſſenſchaftlichen Qualität, wie ſie ſich in der Lokalmonographie hatte erreichen laſſen, gleichzeitig jene flächenhafte Kenntnis wiedergewonnen, welche früher durch Rekrutenunterſuchungen u. dgl. m. vermittelt worden war. Viele Fragen raſſenbiologiſcher Art laſſen ſich nur aufrollen, wenn man mehr kennt als einzelne Dörfer bzw. Kirchſpiele. Durch das hier zu beſprechende Unternehmen iſt Schleſien, das bisher ſehr ſtiefmütterlich behandelte, die raſſenkundlich beſtbekannte deutſche Landſchaft geworden. Im ganzen ſchält ſich als Hauptbefund heraus, daß helle Farbmerkmale und kurze ja überkurze Kopfform (kein Mittelwert unter 85) in einer Weiſe zuſammengehen, welche den üblichen Raſſentypen durchaus nicht entſpricht. v. Eickſtedt ſtellt dieſen Befund wohl in den richtigen Zuſammenhang, wenn er davon ſpricht, daß die ſeit zweitauſend Jahren in Europa überall wirkſame Tendenz auf Kopfformverkürzung in Schleſien ihr Maximum erreicht habe, und daß man trotzdem die nordiſche Raſſe — freilich in einem gegenüber den landläufigen Vorſtellungen gewaltig modifiziertem Sinne — als Hauptraſſe Schleſiens auffaſſen müſſe. Um aber auch auf das Problematiſche zu ſprechen zu kommen, was damit ſchon angeſchnitten iſt: Obwohl der landläufig gewordene Begriff des Nordiſchen gerade im vorliegenden Unternehmen fruchtbar modifiziert wird, legt ſich v. Eickſtedt in ſeiner „Ganzheitsanthropologie" ſo genau im Anſchluß an H. Günther auf die üblichen Syſtemraſſen feſt, wie nur möglich. Die Methodik dieſer „Ganzheitsanthropologie“ und die damit zuſammenhängende Aufſtellung von raſſendiagnoſtiſchen Formeln läßt ſich einem nicht fachwiſſenſchaftlichen Leſerkreis gegenüber ſchwer kurz darſtellen und noch ſchwerer genügend kritiſieren. Ref. ſchließt ſich durchweg den Bedenken an, welche F. Lenz in der Zeitſchrift für Morphologie und Anthropologie 1941 in einem Aufſatz über Wege und Irrwege in der Raſſenkunde vorgebracht hat. Lehrreich iſt jedenfalls, daß einer der Unterſucher angibt, 0,7 v. H. „reiner Typen“ in ſeinem Material zu haben. Das Ausgehen von den üblichen Typen iſt für Schleſien alſo zumindeſt nicht beſonders fruchtbar und lehrt nicht beſonders viel über die in Schleſien wirklich am häufigſten vorkommenden Merkmalsverbindungen! Da hatte die alte Lebzelterſche Aufſtellung von Kombinationstypen den weſentlichen Vorteil, tatſächlich zu lehren, was in der betreffenden Bevölkerung vorkommt, anſtatt von vorgefaßten „Syſtemraſſen“ auszugehen. Aufſtellung von Kombinationstypen aus verhältnismäßig wenig Merkmalen, und nichts anderes, insbeſondere nichts wahrhaft Ganzheitliches, iſt nämlich auch die v. Eickſtedtſche Raſſendiagnoſe; ganzheitlich iſt ſie ſchon deshalb nicht, weil ſie z. B. die Hakennaſe des einen Menſchen und das abgehackte Hinterhaupt des zweiten und die dunklen Farben des dritten durchaus künſtlich zuſammenaddiert zu ſoundſo viel vom Hundert dinariſcher Raſſe in dem betreffenden Dorf. v. Eickſtedt dürfte ſelbſt noch einſehen, daß ſein mit allem Schwung ſeiner Perſönlichkeit unternommener Verſuch, die Raſſenforſchung aus der Not zu befreien, nur atomiſtiſch ſich würfelnde Raſſenmerkmale in der Hand zu haben doch ein methodologiſcher Fehlweg war, u. a. deshalb, weil die verwendeten Raſſenmerkmale eben wirklich keine Ganzheit ſind, ſondern nachgewieſenermaßen frei mendeliſtiſch ſpalten. Aus dieſem Grunde ſind Mittelwerte und Variationskurven doch die ſachgemäße Behandlungsmethode; Kombinationsaufſtellungen wie Lebzelter oder Zuſammenrechnungen wie v. Eickſtedt kann man ſozuſagen zum Überfluß auch noch machen, wenn man Luſt hat, denn an ſich laſſen ſich die zu erwartenden Kombinationen ſicherer theoretiſch errechnen, als ſie im nicht ſehr großen Material tatſächlich gefunden werden. Aber v. Eickſtedt und ſeine Schüler bieten ja auch alles, was an Mittelwertsſtatiſtik von Intereſſe iſt, und ſo bleiben die ſchönen Ergebniſſe des Unternehmens unabhängig davon, wie man zu ſeiner methodiſchen Zuſpitzung ſteht! Es ſei im folgenden aus einzelnen Heften einiges berichtet. Schwidetzky bearbeitet das nordöſtliche Oberſchleſien, wozu ſie faſt vierzig Dörfer unterſucht hat (2500 Männer). Die Leute ſind nur mittelgroß, kurz- aber breitköpfig, breit- aber nicht niedriggeſichtig, häufig helläugig. Intereſſant ſind ſtarke Unterſchiede der Berufsgruppen insbeſondere im Norden des Gebietes. Die Konfeſſionsgrenze zeigt ſich in den Farbmerkmalen. An Klenkes Arbeit iſt am wichtigſten, daß die Bevölkerung der armen Wald- im Vergleich zu den reichen Lößdörfern auch in den anthropologiſchen Maßen verkümmert erſcheint. Starke Raſſenunterſchiede zwiſchen einem hellfarbigen Nord- und einem dunkelfarbigen Südteil fand Thomanek im Kreiſe Frankenſtein. Wiehle wirft das Problem auf, wie weit Maße und Formmerkmale auseinanderfallen können, das aber mendeliſtiſch gedacht nur eine Selbſtverſtändlichkeit iſt. Strubes Arbeit über den Kreis Öls iſt wiederum berufsanthropologiſch beſonders intereſſant. Die Erbhofbauern ſind insbeſondere großwüchſiger als Landarbeiter und Landwirte, auch ſind ſie ſeltener „oſteuropid“. Im Kreiſe Schweidnitz fehlt es nach Johanna Beyer wiederum nicht an Unterſchieden zwiſchen gebirgszugewandtem und gebirgsabgewandtem Teil. Ebenſo ſind auch im Kreis Landeshut nach Urſula Vogel die ebenen Teile von einer farbhelleren Bevölkerung beſetzt, was hier wie in ganz Schleſien mit den ſtarken Zuwanderungen aus Norddeutſchland zuſammenhängt, die natürlich am ſtärkſten die nicht gebirgigigen Teile des Landes erreicht haben. Einer anderen allgemeinen Regel entſpricht, daß im Kreiſe Guhrau (Lemke), die wenigen katholiſchen Dörfer als nichtnordiſch auffallen. Im Kreiſe Löwenberg (Ingeborg Daenicke) zeigen ſich in der ſüdlichen Hälfte höhere und ſchmälere Geſichter, geringerer Wuchs und dunklere Farben. Antlauf endlich beweiſt, daß auch die Oder eine wichtige raſſenbiologiſche Scheidelinie iſt, und zwar finden ſich öſtlich mehr oſteuropide Raſſenelemente. Nochmals ſei aber zum Schluß geſagt, daß die lokalen Unterſchiede nicht ſo groß ſind, daß nicht immer wieder Kurzköpfigkeit, Mittelwuchs, Hellfarbigkeit als Hauptkennzeichen aller ſchleſiſchen Volksteile anzuführen geweſen wären. Die Hervorhebung des einzelnen verdirbt ja leicht den Blick für die Einheit des Ganzen. Endgültige Zuſammenfaſſung wird freilich erſt nach Abſchluß der ſchon ſoweit gediehenen Unterſuchungen möglich ſein.

---

[1] Raſſe, Volk, Erbgut in Schleſien, eine Heftreihe des Anthropologiſchen Inſtitutes der Univerſität Breslau in Verbindung mit führenden Perſönlichkeiten Schleſiens, Heft 1, v. Eickſtedt und Ilſe Schwidetzky, Die Raſſenunterſuchung Schleſiens; Heft 2, J. Schwidetzky, Raſſenkunde des nordöſtlichen Oberſchleſien; Heft 3, W. Klenke, Raſſenkunde der oberſchleſiſchen Kreiſe Groß-Strehlitz und Coſel; Heft 4, A. Thomanek, Raſſenkunde des Kreiſes Frankenſtein; Heft 5, O. Wiehle, Raſſenkunde des Kreiſes Oppeln; Heft 7, G. Strube, Raſſenkundliche Unterſuchungen im Kreiſe Öls; Heft 9, Johanna Beyer, Raſſenkunde des Kreiſes Schweidnitz; Heft 10, Urſula Vogal, Raſſenkunde des Kreiſes Landeshut; Heft 11, O. Lemke, Raſſenunterſuchungen im Kreiſe Guthrau; Heft 13, Ingeborg Daenicke, Raſſenkunde des Kreiſes Löwenberg; Heft 14, M. Antlauf, Raſſenkundliche Erhebungen im Kreiſe Brieg 1939—1941. Verlag Priebatſch Breslau.

Fr. Keiter, Würzburg.

Reformation und Südoſtgrenze des Reichs[1]

Im 3. Band dieſer Zeitſchrift hat Ernſt Benz unter dem Titel „Die Reformation und der Oſten" den „Entwurf einer volksdeutſchen Betrachtung der Reformationsgeſchichte" vorgelegt. Hier ſind auch die Ergebniſſe ſeiner Arbeit „Hans Ungnad und die Reformation unter den Südſlawen" (Zeitſchr. f. Kirchengeſch. 1939) kurz wiedergegeben und die politiſche Bedeutung der Förderung des ſüdſlawiſchen Reformationsſchrifttums durch den inneröſterreichiſchen Adel, die „Aufrichtung eines geiſtigen Oſtwalles" und der Gedanke der Türkenmiſſion dargelegt. Kurz darauf iſt — noch ohne Kenntnis der Arbeiten von Ernſt Benz — das Buch von Günther Stökl erſchienen, das dasſelbe Thema in ausführlicher Darſtellung behandelt. Es iſt durch umfaſſende Kenntnis der weitzerſtreuten Literatur, vor allem auch der in den ſlawiſchen Sprachen ausgezeichnet, wobei freilich mancher Ballaſt mitgeführt und nicht immer die maßgebenden Arbeiten benützt ſind. Der erſte Abſchnitt des Buches behandelt „Die Südoſtgrenze des Reichs und das ſüdſlawiſche Reformationsſchrifttum". Nach einer Überſicht über das vorhandene Schrifttum wird in den Quellen u. a. eine bibliographiſche Überſicht über die Reformationsdrucke in ſloweniſcher und ſerbokroatiſcher Sprache geboten. Der Hauptteil dieſes erſten Abſchnittes iſt einer Geſchichte des ſüdſlawiſchen Reformationsſchrifttums gewidmet. Hier werden Herkunft und Wirken des Begründers der ſloweniſchen Schriftſprache Primus Truber, die von Peter Paul Vergerius ausgehenden Anregungen, die nur unter Reibungen vor ſich gehende Zuſammenarbeit mit den Kroaten, die Gründung der Druckerei in Urach durch Hans Ungnad, den inneröſterreichiſchen Adeligen, der ſich in Württemberg niedergelaſſen hatte, geſchildert.

Der zweite Abſchnitt des Buches behandelt auf Grund des ſüdſlawiſchen Reformationsſchrifttums den „Deutſch-ſlawiſchen Grenzraum im Südoſten und ſeine allſlawiſch-ökumeniſchen Beziehungen". Unter dem Titel „Grenzland und Binnenland" wird hier die Verknüpfung dieſer Arbeit mit dem deutſchen Raum, die Aufbringung der Geldmittel durch die inneröſterreichiſchen Landſtände, durch deutſche Fürſten und Reichsſtädte, die Tätigkeit deutſcher Drucker in Württemberg, Regensburg und Laibach, die Verwurzelung dieſer ganzen Überſetzungstätigkeit in der Geiſtesarbeit des deutſchen Proteſtantismus dargelegt. Mit beſonderem Intereſſe lieſt man die Ausführungen über die Vorſtellungen der ſüdſlawiſchen Proteſtanten von der ſlawiſchen Welt, wobei auch bei Ausſchaltung „illyriſcher" oder „panſlawiſtiſcher" Vorſtellungen doch ein ſüdſlawiſches Gemeingefühl erkennbar iſt, das freilich nicht hinreichte, die gegebene Stammesgliederung zu überwinden. So konnte man hoffen, durch das Überſetzungswerk den Weg zu den unter türkiſcher Herrſchaft ſtehenden Südſlawen zu finden und dadurch die osmaniſche Herrſchaft erſchüttern zu helfen.

Stökl hat das ganze Problem mit Recht von der Grenze her geſehen. In zwei ausführlichen Kapiteln wird daher auch das Werden der deutſchen Südoſtgrenze und der Türkenkampf des 16. Jahrhunderts geſchildert. Hier tritt uns auch Trubers Grenzbewußtſein deutlich entgegen.

Das Buch Stökls iſt wertvoll als Überſicht über ein wichtiges, bisher nicht im Zuſammenhang zu überblickendes Kapitel der Geſchichte des deutſchen Südoſtens. Es erweckt den Wunſch nach einer umfaſſenden Geſchichte ſeiner Auseinanderſetzung mit den Osmanen.

Otto Brunner-Wien.

---

[1] Günther Stökl, Die deutſch-ſlaviſche Südoſtgrenze des Reiches im 16. Jahrhundert. Ein Beitrag zu ihrer Geſchichte dargeſtellt an Hand des ſüdſlaviſchen Reformationsſchrifttums. Schriften des Oſteuropa-Inſtituts hersg. von Hans Koch. Neue Reihe Heft 12. Verlag Priebatſch, Breslau 1940, 278 S.

Aufſätze zur Geſchichte der Weſtgrenze des alten Reiches

Auf Anregung des Staufenverlags in Köln hat der Bonner Hiſtoriker Leo Juſt eine Reihe von Aufſätzen und Vorträgen, die er in den Jahren 1929—1939 hielt und in denen er zu wichtigen Fragen der Reichsgrenze im Weſten Stellung genommen hatte, zuſammengefaßt. Es iſt das in einem gut ausgeſtatteten ſchmalen Band geſchehen, der auch einige meiſt unbekannte Abbildungen enthält[1].

In dem Beitrag Holland und Flandern umreißt Juſt noch einmal das Geſchehen, das zur politiſchen und religiöſen Abſonderung der nördlichen Niederlande führte. Jahrhundertelang hatten der Norden und Süden eine Einheit gebildet, die nicht zuletzt auf derſelben gemeinſamen völkiſch-ſprachlichen Grundlage beruhte. Wenn ſich dann ſeit dem 16. Jahrhundert die beiden Gebiete ſo gegenſätzlich entwickelten, ſo ſpielte dabei die Maſſenauswanderung aus Flandern und Brabant nach Holland eine bedeutſame Rolle. Aus Löwen, Lier, Doornik und vielen anderen Orten wanderten zahlreiche Bürger nach dem Norden aus. Antwerpen, Mecheln und Gent verlieren die Hälfte ihrer Einwohner, während in gleicher Zeit die Bevölkerung der Städte Antwerpen, Haarlem und Utrecht ſich verdoppelt. Folgenſchwerer aber noch als dieſe zahlenmäßige Verſchiebung der Bevölkerung war der Zuwachs, den Holland an wirtſchaftlichen, politiſchen, wiſſenſchaftlichen und künſtleriſchen Kräften erfuhr. Der Aufſchwung, den die nördlichen Niederlande auf allen Gebieten erlebten, findet nicht zuletzt darin ſeine Erklärung; umgekehrt bedeutet dieſer Aderlaß für Flandern und Brabant einen unaufhaltſamen Rückgang. Dieſe germaniſchen Gebiete verlieren einen gut Teil ihrer eigenſtändigen Führerſchicht und ſind jetzt mehr denn je den welſchen Einflüſſen preisgegeben.

In dieſen Kämpfen gegen den Proteſtantismus und das Germanentum ſpielte der Genueſe Ambrogio Spinola als Feldherr in ſpaniſchen Dienſten im erſten Drittel des 17. Jahrhunderts eine hervorragende Rolle. Dieſem Soldaten iſt ein weiterer Beitrag der Sammlung gewidmet.

Als beſonderer Kenner der Geſchichte des lothringiſchen Raumes iſt Juſt vor allem berufen, zu den Fragen dieſes ſo ſchwer umkämpften Abſchnitts der Reichsgrenze Stellung zu nehmen. In dem Beitrag: Lothringen und die Saar gibt Juſt ein knappes aber ſehr anſchauliches Bild jenes Lothringen, das gewöhnlich als Deutſchlothringen bezeichnet wird und das Juſt geographiſch zutreffend „Saarlothringen" nennt. Die mannigfachen Verzahnungen dieſes Teils von Lothringen mit anderen Territorien an der Saar werden herausgeſtellt, aber vor allem die eigenartige Stellung, die dem Bailliage allemand im Herzogtum Lothringen zukam. Bei dem ſtark partikulariſtiſchen Charakter des Herzogtums blieben die Sonderrechte der einzelnen Bezirke lange gewahrt. Deutſch war die Amts- und Gerichtsſprache, und in reichen Aktenbeſtänden kommt das zum Ausdruck. Deutſch war die Sprache für Predigt, Kirchengeſang und Gebet. In dieſem Zuſammenhang iſt die photographiſche Wiedergabe des Titels eines kirchlichen Geſangbuches von beſonderem Wert: „Geiſtliche Geſänge, welche bey der königlichen Miſſion pflegen geſungen zu werden." Erſchienen iſt dieſes Buch 1778 zu „Nanzig, gedruckt bei Jakob Häner, königl. Buchdrucker. Gaße von St. Dizier No. 337". Damit iſt aber auch klar bezeugt, daß die Namensform Nanzig in Deutſchlothringen die herrſchende war. Die erſtmalige Veröffentlichung dieſes Titelblattes konnte dank des Entgegenkommens von Frau Merkelbach-Pinck erfolgen.

Die örtliche Verwaltung und das Gerichtsweſen Deutſchlothringens lag in den Händen des deutſchen Adels oder auch von franzöſiſchen Adligen, die in der „Allemagne" begütert waren. Dieſem Deutſchlothringen aber fehlten alle größeren ſtädtiſchen Mittelpunkte und es ſtand völlig im Schatten der großen Städte des Herzogtums oder des Bistums Metz. Frankreich aber hatte ſtets die Kräfte der Beharrung unterſchätzt, die dem ſtillen, nach außen ſo unſcheinbaren deutſchen Bauernlande Lothringen innewohnen. Ihnen und damit auch ſich ſelbſt hat der unvergeßliche Pfarrer Dr. h. c. Louis Pinck in ſeinen „Verklingenden Weiſen" ein ewiges Denkmal geſetzt.

---

[1] Leo Juſt, Um die Weſtgrenze des alten Reiches. Vorträge und Aufſätze. Köln, Staufenverlag Edmund Berker. 1941. 155 S. 8 Abb. und 2 Kartenſkizzen im Text.

In dem Beitrag: Wie Lothringen dem Reich verloren ging kennzeichnet Juſt die einzelnen Abſchnitte der franzöſiſchen Durchdringung Lothringens auf politiſchem, rechtlichem, ſprachlichem und kulturellem Gebiet. Intereſſante Vergleiche zieht der Verfaſſer zwiſchen dem Nürnberger Vertrag von 1542 und dem Wiener Präliminare von 1735, und es drängt ſich die Frage nach der Verantwortlichkeit des Verluſtes dieſes wichtigen Reichslandes auf. Das gefährliche Spiel der proteſtantiſchen Fürſten und der Kampf Karls V. um Metz werden in dieſem Zuſammenhang erwähnt.

Vor allem aber in den beiden folgenden Beiträgen nimmt Juſt zu der aufgeworfenen Frage Stellung: Grenzſicherungen im Weſten des Reiches zur Zeit des Prinzen Eugen und Öſterreichs Weſtpolitik im 18. Jahrhundert. Mit Recht wendet ſich Juſt gegen den Vorwurf, Öſterreich hätte wenigſtens Deutſchlothringen behaupten müſſen. Eine ſolche Forderung verkennt völlig, daß in jener Zeit völkiſche Belange wenig genug galten. Wenn aber dynaſtiſche und ſtrategiſche Geſichtspunkte damals alles beherrſchten, und wenn es um die Behauptung des europäiſchen Gleichgewichts ging, gerade dann durfte das Haus Habsburg auf das geſamte Herzogtum Lothringen niemals verzichten. Allerdings eine überragende ſtrategiſche Bedeutung beſaß dieſes Herzogtum nicht mehr, nachdem die wichtigſten militäriſchen Plätze in dieſem Raum längſt der Krone Frankreich gehörten: Verdun, Toul, Metz und Saarlouis, dazu der größte Teil des Elſaß mit Straßburg. Um ſo ſtärker richtete Öſterreich daher ſeine Anſtrengungen auf die Behauptung und den Ausbau ſeiner Stellungen in Luxemburg und im Breisgau. In Luxemburg und im Breisgau iſt denn auch die Erinnerung an die Zeit Maria Thereſias durchaus lebendig geblieben und in Luxemburg weiß man, daß dieſe kaiſerliche Zeit eine Blütezeit für das Land bedeutete. Bis zuletzt hat Öſterreich dieſe beiden Eckpfeiler ſeiner Weſtſtellung verteidigt. Vor allem war es der kaiſerliche Generalfeldmarſchall Prinz Eugen, der immer wieder die Sicherung gerade der Weſtgrenze des Reiches forderte. So verlangte er beſonders die Rückgabe von Straßburg, denn ohne den Beſitz dieſer Stadt ſei das Reich nicht zu verteidigen. Und ſein Schüler, der Feldmarſchall Graf von Seckendorff forderte in einer Denkſchrift vom Jahre 1736 die Sicherheit des Moſelſtroms. Dieſe Denkſchrift iſt im Wortlaut in den Anmerkungen der Aufſatzreihe abgedruckt. Der glänzende Sieg dieſes öſterreichiſchen Heerführers bei Klauſen an der Moſel 1736 erweckte überall im Weſten des Reiches noch einmal große Hoffnungen. Aber dieſe wurden ebenſo enttäuſcht wie die Hoffnungen der Patrioten der Freiheitskriege.

In einem letzten Beitrag: Die Prozeßakten des Reichskammergerichts aus den Grenzgebieten des alten Reiches wird auf eine Quelle hingewieſen, deren politiſche Bedeutung bisher kaum beachtet worden war. So unrühmlich die Geſchichte des Reichskammergerichts vielfach ſein mag, wer ſich an dieſes höchſte Reichsgericht wandte, bekundete damit, daß er ſich noch zu den Reichsſtänden rechnete. Damit erhalten aber die Aktenbeſtände aus den Grenzlanden von Utrecht über Lothringen, die Herrſchaften Salm und Kriechingen bis zum Fürſtbistum Baſel und der Schweiz beſondere Bedeutung und man iſt überraſcht, aus dieſen Prozeßakten zu erkennen, wie lange noch die Verbundenheit zum Reich vieler ſpäter abgeſplitterter Glieder hier zum Ausdruck kommt.

Die Vorträge und Aufſätze wenden ſich, und mit vollem Recht, an eine größere Öffentlichkeit. Für den Fachmann aber gewinnen dieſe Beiträge durch umfangreiche Anmerkungen, die als Anhang beigegeben ſind, doppelten Wert. Dem Verfaſſer aber muß man für die Zuſammenfaſſung und den Neudruck der zerſtreuten Abhandlungen dankbar ſein.

F. Metz-Freiburg (Breisgau).

Zum Aufbau der Volkskulturen

B. Schier geht an ſeine Unterſuchung über den „Bienenſtand in Mitteleuropa“[1] aus der Erkenntnis heran, daß die Kleinformen des kulturellen und wirtſchaftlichen Lebens beſonders wertvolle Einblicke in den Kulturaufbau eines Volkes ermöglichen. Trotz ihrer leichten Beweglichkeit halten ſie oft älteſtes Erbgut beſſer als die großen Erſcheinungen unſeres Kulturbeſitzes feſt. „Abſeits vom großen Entwicklungsſtrome gelegen und nur von ſeinen letzten müden Wellenſchlägen berührt, führen ſie in altartiger Urſprünglichkeit einen oft jahrhunderte-, ja jahrtauſendelangen Dornröschenſchlaf.“

Zum Gegenſtand ſelbſt liegt bereits ein umfangreiches europäiſches Vergleichsmaterial vor, wobei die Arbeiten Ludwig Armbruſters voranſtehen. Dazu kommen die Stoffſammlungen des Atlas der deutſchen Volkskunde. Schier durchdringt nun dieſen Stoff mit ſeiner in der Hausforſchung ſo fruchtbar angewendeten methodiſchen Grundhaltung und wendet die dort gewonnenen Einſichten in den Aufbau der volkstümlichen Kultur Europas, in die Kulturſchichtung und in die Kulturbewegungen und ihre Geſetzmäßigkeiten, auf dieſe Kleinformen an. Die verwirrende Mannigfaltigkeit der Bienenwohnungen wird auf ihre typologiſchen Grundformen zurückgeführt, die wieder in ihrer Abhängigkeit von naturgegebenen Bedingungen und von der Wirtſchaftsweiſe aufgezeigt werden. Dieſe Grundformen und ihre Weiterbildungen und Abwandlungen werden in ihrer zeitlichen Schichtung, ihrer kulturgeographiſchen Verbreitung, ihrer Zugehörigkeit zu Völkern und Kulturen, in ihren Ausbreitungs-, Rückgangs-, Überſchichtungs- und Miſchungserſcheinungen verfolgt. Dabei tritt auch bei dieſer Kleinform wie ſchon bei der Unterſuchung der Hausformen die germaniſch-deutſche Kulturleiſtung für Europa gebührend hervor.

Die Waldbienenzucht Nordoſteuropas fand in den gewaltigen Wäldern ihre natürliche Grundlage. Sie war im Siedelbereich germaniſcher, ſlawiſcher und finniſch-ugriſcher Völker nördlich und öſtlich einer Linie üblich, die in Nieder- und Mitteldeutſchland dem Verlauf des alten Limes Sorabicus bis zur Donau folgt, am Südrand des Böhmiſchen Maſſivs und des Karpatenbogens nach Oſten zieht und ſchließlich in die ſüdruſſiſche Waldgrenze einmündet. Skandinavien und das nördliche Finnland liegen bereits außerhalb ihres Bereiches, und Nordoſteuropa wird nur ſüdlich der Eichengrenze davon erfaßt. Die Waldbienenzucht wurzelt in der oſteuropäiſchen Auffaſſung vom Walde als Weidegebiet, ſie wird aber gerade auf oſtdeutſchem Boden zu ihren höchſten Formen entwickelt. Die Zeidelbetriebe Oſtfrankens, der Lauſitz und Oſtpreußens ſind ſeit dem Ausgange des Mittelalters nacheinander zu den weithin ſichtbaren Vorbildern für die Waldbienenzucht des ſlawiſchen Oſtens geworden. Die techniſche Überlegenheit der deutſchen Waldbienenzucht beruht vor allem in der zunftmäßigen Zuſammenfaſſung der Zeidler, die ſeit Beginn der Neuzeit von Tſchechen (medařské lamfojtství, lamfojt = Landvogt) und Polen nachgeahmt wurde. Die Nachfahren der lebenden Bienenbäume, die den neuen Grundſätzen der deutſchen Forſtwirtſchaft weichen mußten, ſind die oſtdeutſchen Klotzbeuten, deren weſtlichſte Vorpoſten noch heute im Frankenwald, in Oſtthüringen und im Vogtland ſtehen. Deutſche Vorliebe für Bildnerei hat aus den rohen Baumklötzen dann die Figurenſtöcke herausgeſchnitzt.

Der Hausbienenzucht des übrigen Europa dienten ſeit vorindogermaniſcher Zeit die Stülper. Der Rutenſtülper beherrſcht in einem wechſelnd breiten Gürtel die ſüdliche Hälfte unſeres Erdteiles vom Kaſpiſchen Meere bis nach Gibraltar, und zwar die waldarmen Ackerbaugebiete, während in den ſüdeuropäiſchen Gebirgen der Klotzſtülper zu Hauſe iſt. Aus dem Gürtel des Rutenſtülpers, deſſen Hauptverbreitungsgebiete heute in Südweſtfrankreich und Südoſteuropa liegen, iſt dieſe Altform im deutſchen Mittelbereich verdrängt worden durch die dritte Grundform der Bienenwohnung, durch den Strohkorb. Er ſtellt die jüngſte und folgerichtigſte der alteuropäiſchen Bienenwohnungen dar, iſt eine Erfindung der Weſtgermanen, wahrſcheinlich bereits aus den erſten Jahrhunderten n. d. Ztw., und geht auf klimatiſche Urſachen zurück. Der Rutenſtülper des Südens war für das rauhe Mitteleuropa nicht geeignet, dagegen machten die guten Wärmeeigenſchaften und das leichte Gewicht das Stroh, das hier auch mit beſonderem Geſchick für die Dachdeckung verwendet wurde, zu einem idealen Bauſtoff für die Bienenwohnungen. Dieſer weſtgermaniſche Strohkorb nun entfaltet ſich in mehreren Grundformen, dem niederrheiniſchen Stülper, dem weſtfäliſchen Korb, dem fränkiſch-heſſiſchen Kugelſtülper mit Spitzhut und dem alemanniſchen Rumpf. Dieſe Formen breiten ſich dann nach Frankreich, nach dem Südoſten, nach dem öſtlichen Mitteleuropa und nach Skandinavien aus.

---

[1] Bruno Schier, Der Bienenſtand in Mitteleuropa. In: Volkstumsgeographiſche Forſchungen. In Verbindung mit dem Atlas der deutſchen Volkskunde. Hrsg. von Heinrich Harmjanz u. Erich Röhr. Bd. 2. Verlag S. Hirzel, Leipzig 1939. 98 Seiten und 69 Abb. u. Karten.

Die Unterſuchung bringt außer den großen Linien auch eine Reihe wertvoller Einzelheiten, die ſich erſt aus der großen Überſchau erſchließen. So wird nachgewieſen, daß die liegenden alpenländiſchen Bauernkäſten nicht auf romaniſch-mittelmeeriſche Einflüſſe zurückgehen, etwa auf die liegende Bienenröhre des Orients und der ſüdlichen Mittelmeergebiete, ſondern wahrſcheinlich auf oſtgermaniſche Vermittlung, die die nahe Verwandtſchaft mit den altſchwediſchen liggstockar auf Grund anderer kulturgeographiſcher Einſichten nahelegt. Wie bei den Überſchichtungen von Steilgiebel und Vollwalm am Haus konnten hier in Übergangsgebieten Miſchbildungen nachgewieſen werden, die entſprechend den Erfahrungen der kulturgeographiſchen Betrachtungsweiſe verwickelter ſind als die einfachen Ausgangsformen. So wurde mit dieſer Unterſuchung ein neuer wertvoller Bauſtein geliefert für ein künftiges zuſammenfaſſendes Werk über den Aufbau der deutſchen Volkskultur.

Joſef Hanika, Prag-Eger.

Agrarverfaſſung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland

Die Geſchichte des ehemaligen Großfürſtentums Litauen iſt von deutſcher Seite bisher nur in zwei größeren Arbeiten dargeſtellt worden, von denen die eine älteren Datums, wenngleich in Anlage und Ausführung auch heute noch nicht überholt, die andere jüngeren Datums iſt [1]. Beide Arbeiten behandeln die Geſchichte des Großfürſtentums Litauen vom Standpunkt der politiſchen Hiſtorie, wobei die Arbeit Pfitzners darüber hinaus Leben und Werk des litauiſchen Großfürſten Witold in den Zuſammenhang der oſteuropäiſchen Kultur- und Geiſtesgeſchichte zu ſtellen unternimmt. Außerordentlich intenſiv hat ſich dagegen die ruſſiſche und polniſche Wiſſenſchaft mit der Geſchichte des litauiſchen Großfürſtentums befaßt und eine Reihe von bemerkenswerten, meiſt allerdings durch die Unkenntnis der Oſtſprachen in Deutſchland nicht gebührend beachteten Ergebniſſen gezeitigt. Auch die junge litauiſche Wiſſenſchaft konnte in einigen Arbeiten zur Aufhellung der Sozialgeſchichte des litauiſchen Großfürſtentums beitragen [2].

Eine Durcharbeitung des vorliegenden gedruckten oder gar des ungedruckten Materials nach den von deutſcher Seite erarbeiteten Methoden und Geſichtspunkten und eine Darſtellung der agrariſchen Verhältniſſe des litauiſchen Großfürſtentums und ſeiner Bevölkerungsgeſchichte war daher, ſchon als Vorſtoß in Neuland, begrüßens- und dankenswert. Der Zuſammenhang von Agrarverfaſſung und Bevölkerung ließ ſich an dem Beiſpiel des alten Großfürſtentums Litauen ſehr deutlich machen und trägt außerordentlich viel zum Verſtändnis der Entwicklung in der jüngſten Vergangenheit bei. Die Arbeit von Werner Conze[3], über die im folgenden berichtet werden ſoll, iſt daher ſchon von dieſem Geſichtspunkt und bei dem erhöhten Intereſſe und der erhöhten Verantwortung, die wir Deutſchen für den Oſten zu tragen haben, von Bedeutung. Darüber hinaus aber macht Conzes Arbeit deutlich, wie die Völkerſchaften des alten litauiſchen Großfürſtentums auf eine deutſche bäuerliche Lebensform — die Hufenverfaſſung — reagiert haben, wie dieſe Hufenverfaſſung ſich unter dem Einfluß der fremden Volkstümer wandelt und verbogen wird, wie ſie aber doch letztlich die Bevölkerungsentwicklung der von ihr erfaßten Gebiete und damit das Lebensſchickſal der Litauer, aber auch der Weißruſſen entſcheidend beſtimmt.

---

[1] Th. Schiemann, Rußland, Polen und Livland bis ins 16. Jh. 2 Bde. Berlin 1886/87; J. Pfitzner, Großfürſt Witold von Litauen als Staatsmann. Prag 1930.

[2] K. Avizonis, Die Entſtehung und Entwicklung des litauiſchen Adels bis zur litauiſch-polniſchen Union 1385. Berlin 1932 = Hiſtoriſche Studien, Bd. 223; Z. Ivinskis, Geſchichte des Bauernſtandes in Litauen von den älteſten Zeiten bis zum Anfang des 16. Jh. Berlin 1933 = Hiſtoriſche Studien, Bd. 236.

Ausgangspunkt der Arbeit bildet die von G. Ipſen vorgetragene Auffaſſung vom urſächlichen und organiſchen Zuſammenhang zwiſchen Agrarverfaſſung — „verſtanden als das Ganze der bäuerlichen Lebensordnung, als die Verfaſſung des Landvolkes innerhalb eines Volkes und Staates überhaupt“ (S. 1) — und Bevölkerung „als eigenſtändiger Vorgang, der ſich im Lebensraum eines Volkes vollzieht“ (S. 1). Am Beiſpiel des Großfürſtentums Litauen ſoll nun „dieſes Wirkungsverhältnis eines Lebensraumes mit beſtimmter Verfaſſung und ſeiner Bevölkerung“ (S. 2) dargeſtellt werden. Zweifellos hat eine ſolche Zielſetzung die Möglichkeit, weſentliche Vorgänge neu zu ſehen und zu erklären; da Litauertum und Weißruſſentum durch Jahrhunderte bis zur Gegenwart auf einen faſt ausſchließlich bäuerlichen Lebenskreis beſchränkt geblieben ſind, weitete ſich die Agrarverfaſſung ihres Lebensraumes zur „Volksordnung ſchlechthin“ (S. 1) und wird die Geſchichte dieſer Volksordnung zur Volksgeſchichte erweitert.

Die Kernfrage der Arbeit bildet die Unterſuchung der Beziehungen zwiſchen der Hufenverfaſſung deutſchen Vorbildes und dem Bevölkerungsgang, d. h. „die Auseinanderſetzung litauiſcher und ſlawiſcher Bauern mit einer fremden, nach deutſchen Maßſtäben eingerichteten Verfaſſung“ (S. 2). Dementſprechend kam es darauf an, nach einem Überblick über die Agrarverfaſſung und Bevölkerung des litauiſchen Großfürſtentums vor Einführung der Hufenverfaſſung die Reform von 1557, die im allgemeinen als die Agrarreform Sigismund Auguſts bezeichnet zu werden pflegt, obgleich ſie ſchon unter Sigismund I. begann und der Königin Bona Sforza, der Mutter Sigismund Auguſts, weſentliche Förderung zu verdanken hat, in Planung und Durchführung zu kennzeichnen. Dieſer Aufgabe iſt gut ein Drittel der Arbeit gewidmet. In zwei kurzen Abſchnitten werden die Umbildung der Hufenverfaſſung nach der Reform und die Entvölkerung Litauens in den ſeit der Mitte des 17. Jahrhunderts über das Land hereinbrechenden Kriegszeiten geſchildert. Im zweiten Hauptkapitel ſchildert Conze dann die Rückgewinnung des durch die Hufenverfaſſung ausgeweiteten Lebensraumes im 18. Jahrhundert. Dieſer letzte Abſchnitt, der die Entwicklung der Gutswirtſchaft zum Gegenſtande hat, ſchließt mit einer Darſtellung des Bevölkerungsganges bis zum Untergange des polniſch-litauiſchen Staatsweſens.

Conze bemüht ſich, die Weſensverſchiedenheit litauiſchen und ſlawiſchen, in der Hauptſache weißruſſiſchen Volkstums in der urſprünglichen Agrarverfaſſung, in dem Verhalten zur Reform und in ihrer Übernahme bzw. Ablehnung deutlich zu machen. Es gelingt ihm, überzeugend nachzuweiſen, wie das Litauertum Anſätze zu einem Hofbauerntum entwickelt, wie es die Hufenverfaſſung verhältnismäßig rein übernimmt und im ganzen auch bewahrt, indes das weißruſſiſche Bauerntum den erhöhten Anſprüchen an die Arbeitskraft des einzelnen auszuweichen ſucht, ſich auf einen Teil des ihm durch die Hufenreform gewonnenen Lebensraumes zurückzieht, auf dieſem eine (unechte) Überbevölkerung erzeugt und für eine Übernahme der deutſchbeſtimmten Hufenverfaſſung weder Verſtändnis noch urſprüngliche Anlage zeigt. Das ſind bereits Erkenntniſſe, die von großer Wichtigkeit ſind und gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt feſtgehalten zu werden verdienen. Führen ſie doch zu der Feſtſtellung, daß die Haltung des ſlawiſchen, d. h. in dieſem Falle des weißruſſiſchen Bauern kleinbäuerlich iſt, indes der Litauer Anſätze zu einem Vollbauerntum entwickelt.

---

[3] Werner Conze, Agrarverfaſſung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland. 1. Teil: Die Hufenverfaſſung im ehemaligen Großfürſtentum Litauen. Leipzig 1940 = Deutſchland und der Oſten Bd. 15.

Conze entfaltet ein — gewiß noch zu ergänzendes — reichhaltiges Material aus dem Wilnaer Staatsarchiv und den ruſſiſchen und den wenigen litauiſchen Aktenpublikationen. Auch die Akten der preußiſchen Kriegs- und Domänenkammer in Bialyſtok und des Generaldirektoriums für Neu-Oſtpreußen wurden von ihm herangezogen, ſoweit ſie die deutſche Anſicht über die Verhältniſſe im ehemaligen Großfürſtentum Litauen erkennen laſſen. Im Anhang iſt eine Überſetzung des Hufengeſetzes Sigismund Auguſts aus dem Jahre 1790 wiedergegeben, die von Conze berichtigt worden iſt.

Faßt man die Ergebniſſe der Arbeit Conzes zuſammen, ſo darf feſtgehalten werden: die Geſchichte des Litauertums und des Weißruſſentums iſt hier in einem der wichtigſten Abſchnitte geſchildert worden. Da beide Völkerſchaften in der politiſchen Geſchichte nicht oder nicht handelnd in Erſcheinung treten, ſind ſie alſo nur von der Seite der Agrargeſchichte her faßbar. Ihre Entwicklung iſt von der Agrarverfaſſung aufs ſtärkſte beſtimmt worden und in den Wandlungen, die dieſe durch beide Völkerſchaften erfuhr, prägen ſich die Weſenszüge aus, die ſie beide kennzeichnen. Eine — noch zu ſchreibende — Geſchichte des Litauertums und des Weißruſſentums wird alſo auf der Arbeit Conzes aufbauen dürfen.

Das Ziel, das Conze verfolgte, nämlich den Zuſammenhang zwiſchen Agrarverfaſſung und Bevölkerung zu zeigen, iſt voll erreicht worden. An Hand des reichen Zahlenmaterials wird dieſer Zuſammenhang ohne weiteres deutlich.

Conzes Arbeit zeichnet ſich durch Klarheit der Gliederung und Überſichtlichkeit der Darſtellung aus; eine Anzahl von Textkarten veranſchaulicht die behandelten Zuſammenhänge.

Es wäre zu wünſchen, daß es Conze gelingen möge, recht bald den angekündigten zweiten Teil der Arbeit — die Entwicklung der Agrarverfaſſung und der Bevölkerung ſeit den Teilungen Polens — fertigzuſtellen. Manfred Hellmann, z. Z. im Felde.

Brandenburg-Preußen und die Proteſtanten in Polen

Was Brandenburg-Preußen nach der Reformation im Laufe der Jahrhunderte zum Schutz verfolgter Proteſtanten innerhalb und außerhalb des Deutſchen Reiches geleiſtet hat, was es etwa für die Hugenotten, die Pfälzer, Salzburger und andere getan hat, iſt mit ſeiner Entwicklung zur Großmacht eng verbunden und Tradition ſeiner Politik geworden: Es bleibt ein unvergängliches Ruhmesblatt ſeiner Geſchichte. Daß Brandenburg-Preußen jedoch ebenſo in entſcheidender Zeit in ſeinem Verhältnis zum Nachbarſtaat Polen die Intereſſen der Proteſtanten und der Diſſidenten in Polen überhaupt nach Kräften geſchützt und gefördert hat, iſt bisher weniger allgemein bekannt.

In einer jetzt vorliegenden größeren Unterſuchung, die ſich hauptſächlich auf das Archivmaterial des Geheimen Preußiſchen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem und auf das Staatsarchiv in Königsberg ſtützt und die polniſche Literatur auswertet, ſowie zuweilen die ruſſiſche mit heranzieht, geht Gotthold Rhode[1] dieſer Frageſtellung für das Jahrhundert von 1640 bis 1740, alſo für die Zeit vom Großen Kurfürſten bis zu Friedrich Wilhelm I. nach und ſtellt nach einigen grundſätzlichen Erwägungen und einer Einführung in die allgemeine politiſche Situation auf Grund des geſammelten Materials zahlreiche Einzelfälle feſt, in denen die Regenten von Brandenburg-Preußen die unglückliche Lage der unterdrückten und verfolgten Proteſtanten in Polen zu beſſern verſuchten. So z. B. bemühte ſich etwa der Große Kurfürſt darum, im Jahre 1639 aus Litauen geflüchtete Proteſtanten aufzunehmen oder durch Abordnung eines lutheriſchen Abgeſandten doch noch eine Einigung beim Thorner Religionsgeſpräch im Jahre 1645 unter den Beteiligten herbeizuführen. In dieſen Zuſammenhang gehört der Gedanke Friedrich Wilhelms an eine Kandidatur auf den polniſchen Königsthron im Jahre 1648, der zunächſt von den Proteſtanten in Polen und von dem brandenburgiſchen Geſandten Hoverbeck befürwortet wurde. Dahin gehören weiter Maßnahmen zur Unterſtützung der Stadt Chriſtburg aus den Jahren 1647 und 1649 oder etwa die Tatſache, daß die Diſſidenten in Polen wichtige Urkunden mit der Beſtätigung ihrer Rechte in Küſtrin und in Königsberg 1650 und 1656 zur Aufbewahrung gaben. Gegen Ende des Nordiſchen Krieges verwandte ſich der Kurfürſt in einem Schreiben im Mai 1659 an König Johann Kaſimir für die Proteſtanten, bei den Friedensverhandlungen von Oliva verſuchten die brandenburgiſchen Vertreter, die Rechte der Diſſidenten, die völlige Freiheit gottesdienſtlicher Handlungen, Sicherheit für ihre Geiſtlichen, Gerechtigkeit bei der Verteilung von Ämtern und Würden, ſowie eine Berückſichtigung der Proteſtanten bei Gericht forderten, in klaren Formulierungen durchzuſetzen. Nach dem Frieden von Oliva kann man eine verſtärkte Teilnahme des Großen Kurfürſten am Schickſal der Diſſidenten in Polen bemerken, was einerſeits mit einer weſentlich verbeſſerten Stellung des Kurfürſten zu Polen, andererſeits mit einer Intenſivierung der gegneriſchen Angriffe zu erklären iſt. Hier werden Schutzmaßnahmen auf dem Reichstag im Jahre 1661, eine Interzeſſion für die Lutheraner in Kowno 1668, ein beſonders intereſſantes Hilfsgeſuch kleinpolniſcher Reformierter an den Kurfürſten vor der Königswahl 1668/69, eine Kollekte für die Diſſidenten im Jahre 1672, die Aufnahme von vertriebenen Unitariern in Preußen 1660—1663, die Unterſtützung der Diſſidenten bei der Königswahl 1674, eine Kollekte für die lutheriſche Gemeinde in Kowno 1676, die Unterſtützung der evangeliſchen Kirche in Litauen und die Ausbildung ihrer Jugend, Kollekte und Repreſſalien zugunſten der evangeliſchen Kirche in Litauen 1682, ſchließlich der Beiſtand für die evangeliſche Kirche in Węgrów 1685 bis 1689 zur Darſtellung gebracht.

---

[1] Vgl. Gotthold Rhode, Brandenburg-Preußen und die Proteſtanten in Polen 1640—1740, Ein Jahrhundert preußiſcher Schutzpolitik für eine unterdrückte Minderheit, Verlag S. Hirzel, Leipzig 1941 VIII, 265 S. = Deutſchland und der Oſten, Quellen und Forſchungen zur Geſchichte ihrer Beziehungen Band 17.

Unter Friedrich III. bzw. Friedrich I. wurde zunächſt die Schutzpolitik wie unter ſeinem Vater fortgeſetzt. Auch hier erfolgten Beziehungen zu den reformierten Kirchen in Litauen, die mit Stipendien verſorgt und unterſtützt werden; die evangeliſchen Gemeinden in den Herrſchaften Serey und Tauroggen ſtanden als Beſitz des Kurfürſten in den Fragen des evangeliſchen Gottesdienſtes geſichert dar [2]. Von einſchneidender Bedeutung für die Beziehungen mit dem preußiſchen Hof war die Wahl des Berliner Hofpredigers Jablonſki zum Senior der Großpolniſchen Unität im Jahre 1698. Man wird dem Verfaſſer bei der Unterſuchung über die Volkszugehörigkeit Jablonſkis doch wohl Recht geben, wenn er in ihm trotz ſeiner Abſtammung aus Mähren einen Weltbürger des 17. und 18. Jahrhunderts ſieht, für den die nationalen Unterſchiede nur eine verhältnismäßig geringe Rolle ſpielten und der ein Nationalgefühl ſicher nicht kannte (vgl. S. 80 f.). Durch Jablonſkis Fürſprache verwendet ſich auch der Kurfürſt für die Großpolniſche Unität bei der Erwerbung von Freiſtellen an der Univerſität im Jahre 1700. Der Nordiſche Krieg brachte wiederum eine weſentliche Beſſerung in der Lage der Diſſidenten in Polen. Im Vertrag von Warſchau vom 28. November 1704 werden ihnen ausdrücklich alle ehemaligen Freiheiten und Rechte zugeſichert und alle Beſchränkungen aufgehoben. Im Jahre 1703 verſuchten die Diſſidenten in Polen nach dem ſchwediſch-preußiſchen Vertrag, der eine gemeinſame Wahrung religiöſer Intereſſen vorſah, Preußen zu einem Einſchreiten zu ihren Gunſten zu bewegen, und lieferten mehrere Denkſchriften über ihre Lage in Großpolen. In den Jahren 1704—1708 gelang es dem preußiſchen König, mit Hilfe einer Intervention ſich für das von feindlichen Truppen bedrohte Liſſa, den Hauptort der Großpolniſchen Unität, zu verwenden und nach einer ſpäteren Zerſtörung und Plünderung Liſſas durch ruſſiſche Truppen wurde in Preußen für den Wiederaufbau der Stadt geſammelt. Im Jahre 1708 wird eine Synode der Unität auf preußiſchem Boden in Züllichau abgehalten, und viel für die Evangeliſchen in Litauen getan. 1708 erſchien mit preußiſcher Unterſtützung die Schrift Jablonſkis „Jura et Libertatis Dissidentium“, die eine erſtmalige Zuſammenſtellung ſämtlicher Rechte der Diſſidenten in Polen enthielt, in weiteren Fällen wird für die Reformierten in Litauen eingetreten, bei Streitigkeiten um den evangeliſchen Gottesdienſt im preußiſchen Geſandtſchaftshof in Warſchau im Jahre 1711 Repreſſalien angedroht und angewendet.

---

[2] Vgl. neuerdings Manfred Hellmann, Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen in Litauen (1690—1793), Berlin, Ahnenerbe-Stiftung, 1940, 80 S., 2 Karten, Volksforſchung, Beihefte zur Zeitſchrift für Volkskunde, Band 1.

Unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. ſteigerte ſich die Behandlung der Diſſidenten zu dramatiſchen Konflikten, die vornehmlich in der Intoleranz polniſcher Adelskreiſe und des katholiſchen Klerus unter Führung der Jeſuiten begründet lag. Infolge maßloſer Übergriffe regte Preußen im Jahre 1713 eine Interzeſſion der proteſtantiſchen Mächte zugunſten der Evangeliſchen in Polen an, die auch teilweiſe von Erfolg begleitet war. Es wandten ſich auch weiterhin die reformierten Kirchen in Litauen mit ihren Wünſchen und Beſchwerden an Friedrich Wilhelm I.; in den Jahren 1714—1715 verſuchte man preußiſcherſeits gegen das Verbot des Kirchenbaus in Litauen einzuſchreiten und verwendete ſich bald danach für die evangeliſche Kirche in Radzienczyn im Lubliner Land. Erfolglos blieb der preußiſche Hof bei ſeinem Kampf gegen den Diſſidentenartikel im Warſchauer Pazifikationstraktat von 1716—1717. Man bemühte ſich auch ferner um Unterſtützung der Evangeliſchen in Litauen und um Maßnahmen gegen die Benachteiligung der Diſſidenten und ſuchte hier ein gemeinſames Vorgehen der proteſtantiſchen Mächte in die Wege zu leiten, was allerdings erfolglos blieb. Auf der Generalſynode aller Diſſidenten in Danzig erhoffte man viel von Preußens Hilfe, Hoffnungen, die ſich auf dem Grodnoer Reichstag 1718 nicht erfüllten. In den Jahren 1720—1722 unternahm Preußen erneut Verſuche, eine allgemeine diplomatiſche Aktion für die Diſſidenten in Polen durchzuſetzen und ihre prekäre Lage zum Gegenſtand einer internationalen Konferenz zu machen, was infolge der politiſchen Konſtellation zum Scheitern verurteilt wurde. So ſteht denn neben Zeugniſſen innerer Verpflichtung, ſich der armen, ſo unſchuldig verfolgten Leute auch fernerhin kräftig annehmen zu müſſen (S. 167), die Erkenntnis, „daß die Erfahrung gar zu viel gelehrt habe, daß in Religionsſachen durch Briefe, Interzeſſiones und Vorſtellungen, es mögen dieſelben ſo ſolide und touchant wie ſie wollen, eingerichtet ſein, auch von ſo hoher Hand kommen, wie ſie wollen, in Polen ſo wenig bei dem König als bei den membris von der Republik gar nichts auszurichten iſt“ (S. 172). Das zeigte ſich letzten Endes gerade auch in dem dramatiſchen Konflikt, der ſich aus der Kriſe um das Thorner Blutgericht im Jahre 1724 bis 1725 ergab. Hier bildete ſich eine moraliſche Einheitsfront Europas gegen Polen, die nur infolge der Lage der großen europäiſchen Politik zu keiner kriegeriſchen Auseinanderſetzung führte. Wenn Preußen dann auch durch die mehrfachen Mißerfolge ſeiner Schutzpolitik ſichtlich vorſichtiger und zurückhaltender wurde, ſo hat es darum ſein Intereſſe in der Diſſidentenfrage nicht aufgegeben. Wir können auch weiterhin etwa Maßnahmen für bedrohte Gemeinden und Kirchen in Großpolen, Fürſorge für Gemeinden in Litauen ſowie Verſuche, die Lage der Diſſidenten generell zu beſſern, feſtſtellen. Neben manchen Einzelaktionen und Unterſtützungen datieren aus dem Jahre 1733 noch Verſuche gemeinſamer Schritte mit Rußland in dieſer Angelegenheit.

Die preußiſche Schutzpolitik für die Proteſtanten in Polen hat aus unbedeutenden Anfängen unter dem Großen Kurfürſten immer ſtärkere Ausmaße angenommen, bis ſie unter Friedrich Wilhelm I. zeitweiſe ſogar zu einer politiſchen Frage erſten Ranges wurde. Daß dabei häufig die Erfolge in keinem Verhältnis zu den zahlreichen Schutzmaßnahmen ſtanden, lag in der inneren Struktur des polniſchen Staates, in der ungenügenden Stärke des brandenburgiſch-preußiſchen Staates ſowie in der Konſtellation der evangeliſchen Mächte und Rußlands begründet, deren Unterſtützung geringfügig blieb. Trotzdem laſſen ſich manche Teilerfolge feſtſtellen, die den Niedergang der Diſſidenten aufhielten. Die Schutzpolitik verlieh Preußen die Stellung einer Vormacht der Gewiſſensfreiheit, in der die bedrohten Proteſtanten Polens ihren natürlichen Schutz ſahen. Wenn man die Frage nach den Motiven der preußiſchen Schutzpolitik ſtellt, ſo kann man ohne weiteres die Glaubensgemeinſchaft mit den Unterdrückten in den Vordergrund rücken. Fraglich bleibt es jedoch, wie weit man hier überhaupt völkiſche Geſichtspunkte annehmen darf. Der Verfaſſer iſt der Anſicht, daß die völkiſche Gemeinſamkeit zwar nicht bewußt, aber unbewußt einen bedeutenden Einfluß auf die Schutzpolitik ausgeübt habe (S. 230), was ſich jedoch nicht beweiſen läßt. Nicht völkiſche, rein politiſche Geſichtspunkte haben die Hohenzollern jener Zeit geleitet. Jedenfalls iſt es ſicher, daß Preußen durch ſeinen

Diſſidentenſchutz praktiſch zur Erhaltung des deutſchen Volkstums in Polen weſentlich beigetragen hat, wie ja überhaupt die evangeliſche Kirche auf dieſem Gebiet überaus ſegensreich gewirkt hat[3].

Wenn auch die Darſtellung der preußiſchen Schutzpolitik in den Jahren 1640—1740 in vielen Fällen Gedanken an die Leidenszeit Volksdeutſcher in Polen wachrufen mag, erſcheint es doch etwas merkwürdig und gezwungen, Parallelen zu einzelnen Geſchehniſſen, Ausſprüchen und Reden aus der jüngſten Vergangenheit in den Anmerkungen zu bringen, wie der Verfaſſer es tut. Hier wird man vielfach die Empfindung haben, daß des Guten zuviel geſchehen iſt und dieſe Art „Parallelen" rein äußerlich bleiben. Sie tun der Einmaligkeit der heutigen Ereigniſſe Abbruch. Die Arbeit ſelbſt ſtellt eine Leiſtung dar, die in dem Reichtum des Materials nicht erſtickt iſt und ein allſeitiges, feſſelndes Bild von dem Proteſtantismus in Polen, von der preußiſchen Politik und den deutſch-polniſchen Beziehungen jener Zeit vermittelt.

R. A. Kloſtermann, Berlin.

Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen

Tauroggen wurde weltbekannt 1812 durch den Abſchluß der Konvention zwiſchen Yorck und Diebitſch, damals war es in ruſſiſchen Händen. Aber 1690—1793 war es ein privater Beſitz der preußiſchen Könige. Wir betonen privater Beſitz, auch die Schrift von Hellmann[1] legt darauf Gewicht. Das 4500 ha große Gut lag zwar direkt vor der oſtpreußiſchen Grenze bei Ragnit, aber die preußiſchen Könige betonten immer wieder, daß dies Gut in Polniſch-Litauen lag. So gibt es einen Brief von Friedrich dem Großen, nach dem „er wie andere pohlniſche Adelige die Patrimonialgerechtigkeit" hätte. Auch wies er den Amtsmann an, nach polniſchem und nicht nach preußiſchem Rechte zu richten. Über die ältere Geſchichte Tauroggens wiſſen wir faſt nichts, um 1400 war hier nach Mortenſen noch Wildnis. 1567 gründet Jan Szemet, Kaſtellan von Samogitien, hier eine evangeliſch-lutheriſche Gemeinde. Es wurde eine Ackerbürgerſiedlung angelegt. 1598 (oder eigentlich 1601) wurde das Gut an den Markgrafen Georg Friedrich verkauft, aber 1639 wieder (an einen Polen) veräußert. 1655 erwarb Fürſt Januſz Radziwill Tauroggen, und deſſen Enkelin Louiſe Charlotte überſchrieb es 1688 ihrem Schwiegervater, dem Großen Kurfürſten. Nach mannigfaltigen Schwierigkeiten (die Hellmann genau ſchildert) gelangte dieſer 1690 in den Beſitz Tauroggens. Seitdem wurde das Gut wirtſchaftlich wie eine oſtpreußiſche Domäne behandelt, und die verſchiedenen Verwaltungsformen, die dieſe durchliefen und die Skalweit, Stein u. a. geſchildert haben, wirkten ſich auch hier aus. Die Aufwärtsentwicklung, die gleich nach der Übernahme durch die Hohenzollern einſetzte, wurde unterbrochen durch die Folgen des Nordiſchen Krieges (Peſt 1709, Agrarkriſe 1727). Die größte Neuerung im 18. Jahrhundert war die ſtärkere Einführung der Erbpacht. Die Verwaltungsentwicklung, die Beamtenſchaft, die Finanzgebarung (Steuern an den polniſchen Staat, Zins an den Grundherrn, d. h. den König), die Gerichtsverfaſſung und -ausübung werden uns genau nach den noch vorhandenen Akten geſchildert. Das 3. Kapitel behandelt die Agrarverhältniſſe, und zwar ſowohl nach der wirtſchaftlichen wie der ſozialen Seite hin. Unter den Bauern gab es folgende ſoziale Klaſſen: Hochzinſer, Scharwerker, Erbfreie, Eigenkätner. Die beiden letzten Gruppen bildeten ſich erſt im 18. Jahrhundert aus. Unter den Eigenkätnern gab es viele Deutſche. Hier eine Schilderung von 1788 über ihre „Entſtehung": „Es rodet ſich Jemand auf Königl. oder Dorfs fundo einen Wieſen oder Scheffel Platz, nutzt ſolchen etliche Jahre, bis es verraten wird, da dann das Amt den gerodeten Platz nachmeſſen läßt und einen mit dem Acqvirenten behandelten Zins einnimmt" (S. 47). Ähnlich war ja auch die Entſtehung mancher Hauländerei im ehemaligen Weſtpolen oder der Rumunki im Dobriner Lande. Ähnliches muß übrigens auch hier auf den umliegenden polniſchen Gütern geſchehen ſein, ſo heißt es 1788: „Die angräntzenden Pohlen geben ſich viel Mühe, dergleichen preußiſche Leute anſichzuziehen und unurbares Terrain haben ſelbige genug" (S. 48). Friedrich II. war im allgemeinen gegen die Einwanderung von Preußen in Tauroggen, das ſtaatsrechtlich Ausland war. Hellmann behandelt auch das Alter und die Formen der Siedlungen; die Dörfer ſind älter als die Weiler und Streuſiedlungen. Das 4. Kapitel iſt den Bevölkerungsverhältniſſen gewidmet. Die Bevölkerung nimmt (außer während des Nordiſchen Krieges) zu und der deutſche Anteil an ihr ſteigt. 1793 wird die Domäne Tauroggen gegen einen Gebietsſtreifen in Südpreußen an die Krone Polens abgetreten, aber ſchon 1795 kommt ſie an die Zarin Katharina II. Der Unterſuchung ſind 4 Anhänge beigegeben: 1. eine Denkſchrift von 1690 über die Geſchichte und den Zuſtand Tauroggens und ſeine Erwerbung; 2. die Verſchreibung Luiſe Charlottens; 3. die in Tauroggen etwa 1780 anſäſſigen deutſchen Familien; 4. die zur Domäne gehörigen Dörfer mit Angaben über Erſterwähnungen. Ein Schrifttumsverzeichnis, ein Ausſchnitt aus der heutigen Karte 1 : 100 000, eine Photokopie einer Karte von 1653 beſchließen die intereſſante Schrift. Sie bildet übrigens das 1. Heft einer neuen Reihe „Volksforſchung", Beihefte zur Zeitſchrift für Volkskunde, herausgegeben von Heinrich Harmjans und Erich Röhr. Walther Maas, z. Z. bei der Wehrmacht.

---

[3] Vgl. z. B. A. Breyer, Deutſche Tuchmachereinwanderung in den mitteleuropäiſchen Raum, Leipzig 1941 passim.

[1] Manfred Hellmann, Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen in Litauen 1690—1793. Ahnenerbe-Stiftungsverlag, Berlin-Dahlem 1940, 80 Seiten, 2 Karten.

Bibliographie

Schrifttum über die Freigrafſchaft Burgund in Auswahl

Zuſammengeſtellt von Ruthardt Oehme, Freiburg (Breisgau), z. Z. im Felde

Zeitſchriften. Geſellſchaftsſchriften

Annales franc-comtoises. Besançon. 1 (1864)—14 (1870). n. S. 1 (1889)—17 (1905).

La **Franche-Comté.** Revue provinciale d'action française, politique, religieuse, littéraire et historique. Besançon 1911ff.

Franche-Comté et Monts Jura. Revue régionale pour la défense des interets industriels . . . Besançon 1919ff.

Mémoires de l'Académie des Sciences, Belles-Lettres et Arts de Besançon. 1859ff.: séances publiques; 1866ff.: mémoires; 1876ff.: séances publiques; 1891ff.: procès verbaux; 1915ff.: procès verbaux et mémoires.

Société (libre 1841—1854) d'émulation du Doubs, 1855—1862: du département du Doubs. Besançon. Mémoires (et comptes rendus — 1849) 1 (1841)ff.

Société d'émulation du Jura. Lons-le-Saunier. Mémoires. 1863ff. **Perrod, Maurice:** Table générale récapitulative des travaux et mémoires de la Société d'Emulation du Jura, depuis sa fondation. 1818—1917. Lons-le-Saunier 1918. 131 S. (Publications de la Société d'Emulation du Jura.)

Société belfortaine d'émulation. Belfort. Bulletin 1 (1872)ff.

Société d'émulation de Montbéliard. A l'origine Société scientifique et médicale de M. — Mémoires. 1852ff.

Société Grayloise d'émulation. Gray. Bulletin 1 (1898)ff.

Mémoires de la Société d'histoire naturelle du Doubs. Besançon.

Revue franc-comtoise. Lons-le-Saunier 1883—1889.

La **Revue** de Franche-Comté mensuelle, littéraire, artistique, scientifique. Besançon. Année 1, 1907.

Revue de la Franche-Comté. Lons-le-Saunier 1838—1843.

Allgemeine Beſchreibungen

Alexis, M. G. [Pseud. für **M. Gochet**]: La France pittoresque de l'Est. Tours 1894.

Ardouin-Dumazet, Victor Eugène: Voyage en France. 23e série: Plaine comtoise et Jura; Haute-Saône; Doubs; Territoire de Belfort; Jura; Partie de l'Ain. Paris 1901.

Bouchot, Henri: La Franche-Comté. Illustrations par Eugène Sadoux. Paris 1890. IV, 455 S. u. 46 Taf.

Boyé, Maurice-Pierre: La Franche-Comté. Grenoble, Paris 1939. 220 S. (Collection les beaux pays.)

Castan, Auguste: La Franche-Comté et le pays de Montbéliard. [Besançon] 1877.

Cousin, Gilbert: Brevis ac dilucida Burgundiae superioris, quae Comitatus nomine censetur, descriptio, per Gilbertum Cognatum . . . Basileae 1552.

— La Franche-Comté au milieu du XVIe siècle ou: Description de la Haute Bourgogne . . . Traduction nouvelle . . . par Emile Monot. Lons-le-Saunier 1907.

Exposition internationale. Paris 1937. Pavillon Bourgogne, Franche-Comté, Pays de l'Ain. Mâcon 1938. 50 S. 16°.

Le Pays de France. **Franche-Comté.** Introd. par Ch. Grandmougin. Paris [1925]. 70 S.

Fullerton, W. Morton: Terres françaises: Bourgogne, Franche-Comté, Narbonnaise. Paris 1905. VIII, 336 S. 16°.

Gaillard, Alphonse: Echos des Monts Jura: La Franche-Comté, l'ascension vers l'idéal. Préf. de Charles Grandmougin. Paris 1910. VI, 141 S.

— Ma Franche-Comté. Paris 1913. 173 S. Nouvelle édition revue et augmentée . . . Besançon 1928 (1929).

Gazier, Georges: La Franche-Comté. Choix de textes précédés d'une étude. 2. Ed. Paris 1924. 236 S. u. 1 Karte. (Anthologies illustrées. Les Provinces françaises.)

Hugon de Poligny, Joseph: La Franche-Comté ancienne et moderne, . . . Besançon 1857—1858. 2 vol.

Martonne, Emmanuel de: Les Marches de l'Est, Lorraine, Vosges, Alsace, Jura. Paris 1927. 8°. 31 S., 62 Taf. u. 2 Kt. (= Les grandes régions de la France, Nr. 5.)

Rosier, Marguerite: La Franche-Comté. Paris 1939. 220 S. 8°. (Coins de France.)

Sicard, Jules: Franche-Comté. Besançon 1894. 2°.

Landſchaften und Departements

Guyon, Charles: Nouvelle géographie illustrée du département du **Doubs.** Besançon 1907. 24 S. 2°.

Bochet, Lucien: [**Haute-Saône**] Les Plateaux Franc-Comtois dans la région de Vesoul et de Gray. Vesoul 1934. 148 S.

Suchaux, L.: La **Haute-Saône.** Dictionnaire historique, topographique et statistique . . . Vesoul 1867. 2 vol.

Bourcet, Marguerite: Le **Jura.** Paris 1934. 174 S. (Collection Gens et pays de chez nous.)

Chambard, Clément: La Montagne jurassienne. Essai de monographie régionale dans le cadre du département [du **Jura**]. Lons-le-Saunier 1914.

Cordier, Henri: [**Jura**] Au pays des sapins. Pontarlier 1925—1926. 4 vol. in 8°. I. La Forêt. II. Le Paturage. III. Dans le cours des siècles. IV. Ses légendes.

Debois, Ch., Cordier, H., Collinet, G.: [**Jura**] Le Pays des sapins. Pontarlier 1928. 8°.

Des Perrières, Claude: La Route du **Jura.** Besançon 1915. 158 S. 16°.

Fraipont, Gustave: Les Montagnes de France . . . Paris 1895—1902. 8°. 3 vol. Vol. 2: Le **Jura** et le . . .

Haut-Jura: Annuaire et guide Cambacédès comprenant les 81 communes de l'arrondissement de Saint-Claude, plus Champagnole historique, touristique, administratif, commercial et industriel. Bourg 1926. 480 S. 8°.

Martin, [J. B.]: Le Jura méridional. Étude de Geographie physique spécialement appliquée au Bugey. Thèse, Fac. des Sciences nat. de Paris 1910/11. No. 1415. 224 S. 4°.

Monnier, Marcel: De France en Suisse à travers le **Jura** méridional . . . Lons-le-Saunier 1920. 32 S. 8°.

Rousset, Alphonse: Dictionnaire géographique, historique et statistique des communes de la Franche-Comté . . . Département du **Jura.** Besançon, Lons-le-Saunier 1853—1858. 6 vol.

Vennoz, Léon: L'âme du **Jura.** Poligny 1900. 38 S. 16°.

Gibert, André: La **Porte de Bourgogne** et d'Alsace (trouée de Belfort). [Thèse lett. Paris.] Paris 1930. XIV, 637 S. u. 17 Taf.

Horiot, L.: Le Val d'Amour. Conférence publique faite à Villers-Farlay . . . 1909—1910. Besançon 1910. 45 S. (La Franche-Comté.)

Phyſiſche Geographie

Margerie, Emmanuel de: Le Jura. 1re partie: Bibliographie sommaire du Jura français et suisse. Paris 1929. (Mémoires pour servir à l'explication de la carte géologique détaillée de la France,) 2ième partie: Commentaire de la carte structurale: 1936.

Chabot, G.: Les Plateaux du Jura central. Étude morphogénique. Paris 1927. (Publications de la Fac. des lettres de l'Université de Strasbourg 41.)

Bénévent, Ernest: Reculées du Jura Central. La Vallée de la Seille. In: Mélanges géogr. offerts . . . à Raoul Blanchard. 1932.

Blache, Jules: La question des pénéplaines du Jura tabulaire. In: Revue de Géographie Alpine, Grenoble 17, 1929.

Bell, Ernest: Monographie de la Vallée du Doubs entre Les Brenets et Biaufond. (= Bulletin de la société neuchâteloise de géographie 40 (1931), 5—133.)

Mougey, R.: La Structure et le relief du Lomont. Ministère de l'Éducation nationale. B. Section de G. Paris XLVII, Année 1932. S. 153—161.

Fluck, Rudolf: Die Flußdichte im schweizerisch-französischen Jura. Mit 2 Taf. u. 1 Zahlentab. Diss. phil. Basel 1925. SA. aus: Verhandlungen der Naturf.-Ges. in Basel 37, S. 119—218.

Fournier, Eugène: Explorations souterraines en Franche-Comté. Les Gouffres. Besançon 1923. 218 S.

— Explorations souterraines en Franche-Comté. Grottes et rivières souterraines. Besançon 1923. 187 S.

— Explorations souterraines et recherches hydrologiques en Franche-Comté . . . Les Eaux souterraines. Sources. Résurgences. Exsurgences et nappes aquifères. Besançon 1926. 222 S.

— Explorations souterraines et recherches hydrologiques en Franche-Comté. A. Phénomènes d'érosion et de corrosion spéciaux aux souterrains calcaires. B. Applications scientifiques et pratiques de la spéléologie et de l'hydrologie souterraine. Besançon 1928. 350 S. 8°.

— La Recherche et le Captage des eaux potables en Franche-Comté. Pontarlier 1924. 118 S. 8°.

Imchenetzky, Alexandre: Les associations végétales de la partie supérieure de la vallée de la Loue. Thèse Fac. Sc. Besançon 1926, No. 8. Besançon 1926. 121 S. 8°.

Magnin, Antoine: La végétation des lacs du Jura. Paris 1904. (Les Lacs du Jura. 4.)

Magnin, Antoine, Fr. Hétier: Observations sur la Flore du Jura et du Lyonnais. Besançon 1894—1897. 282 S. 8°. Aus: Mémoires de la Société d'émulation du Doubs.

Quantin, A.: L'évolution de la végétation à l'étage de la Chênaie dans le Jura méridional. [Th. doct. Sc. Paris.] Lyon 1935. 382 S. (= Communication Nr. 37. Station Int. de Géobot. méditerr. et alpine de Montpellier.)

Geſchichte. Allgemeines

Perrod, Maurice: Répertoire bibliographique des ouvrages franc-comtois imprimés antérieurement à 1790. Paris 1912. 382 S. 8°.

Roland, François: Les Cartes anciennes de la Franche-Comté . . . 1re partie: Étude historique et descriptive. 1913. 2e partie: Les cartes de la Franche-Comté publiées au XVIIe siècle. 1921. 3e partie: Les Cartes de la Franche-Comté publiées au XVIIIe siècle. Besançon 1924.

Suchet, J. M.: Les Almanachs historiques de Besançon et de la Franche-Comté 1793—1843. Besançon 1902. 19 S. 8°.

Thomassin, V.: Catalogue des Manuscrits relatifs à la Franche-Comté conservé aux archives nationales. Paris 1912. 16 S. 8°.

Mémoires de la Société pour l’histoire du droit et des institutions des anciens pays bourguignons, comtois et romands. Dijon, Paris. 212 S. 8°.

Mémoires et documents inédits pour servir à l’histoire de la Franche-Comté. (Académie de Besançon.) Besançon 1838ff.

Revue préhistorique illustrée de l’Est de la France. Dijon 1905ff. 8°.

Montandon, Raoul: Bibliographie générale des travaux palethnologiques et archéologiques (Epoques préhistoriques, protohistoriques et gallo-romaine). France I. (Bourgogne, Dauphiné, Franche-Comté, Nivernais, Provence, Corse, Savoie). Genève-Lyon, Paris 1917. XXXIV, 600 S.

Bey, Georges: Résumé d’histoire de Franche-Comté. Poligny. Poligny 1926. 95 S. 12°.

Dunod de Charnage, François-Ignace: Histoire des Séquanois et de la province séquanoise, des Bourguignons et du premier royaume de Bourgogne, de l’église de Besançon jusque dans le VIe siècle et des abbayes nobles du Comté de Bourgogne. Dijon et Besançon 1735—1737. 2 Bde.

Clerc, Edouard: Essai sur l’histoire de la Franche-Comté. Besançon 1840—1846. 2 Bde. Nouvelle éd. du tome ler. Besançon 1861. 2e éd. Besançon 1870, 2 Bde.

Febvre, Lucien: La Franche-Comté. Paris 1905. 77 S. (= Les Régions de la France. IV. Publications de la Revue de synthèse historique.)

— Philippe II et la Franche-Comté. Étude d’histoire politique, religieuse et sociale. Paris 1912.

Gollut, Loys: Les Mémoires historiques de la République Séquanoise et des princes de la Franche-Comté de Bourgogne . . . Dôle 1592. 1108 S. Nouvelle édition. Arbois 1846. XXXII, 2039 S.

Perrenet, Pierre: Burgund. Wien 1931. 159 S.

Rougebief, Eugène: Histoire de la Franche-Comté ancienne et moderne. Paris 1851. VIII, 695 S.

Vieille, Alfred: Histoire d’Orchamps et précis d’histoire de la Franche-Comté d’après Gollut, Dunod Rougebief, Marquiset et Puffeney. Malakoff 1907. XV, 168 S. 16°.

Ortsgeſchichte

Castan, A.: Besançon et ses environs. Besançon 1880. 424 S. Besançon 1881. 425 S. Nouv. édition Besançon 1901. 472 S.

Chiflet, Jules: Vesontio, civitas imperialis libera, Sequanorum metropolis. Lyon 1618. 328 S.

Coindre, Gaston: Mon vieux Besançon. Besançon 1900—1912. 3 vol. Neueste Aufl.

— Histoire de Franche-Comté. Paris 1912. 260 S., 16 Taf. (Les vieilles provinces de la France.) Neueste Aufl. 1930.

Dunod de Charnage, François Ignace: Histoire de l’église, ville et diocèse de Besançon . . . Besançon 1750. 2 vol.

Roland, F.: Les anciens Plans de la Ville de Besançon. In: Mém. de la Soc. d’Ém. du Doubs 9e sér., 5 (1925) 161—184.

Richard, (l’abbé): Histoire des diocèses de Besançon et de Saint-Claude. Besançon 1847—1851. 2 vol.

Puffeney, Elie: Histoire de Dôle, racontée par le P. Fodéré, Gollut . . . résumés et coord. par E. Puffeney. Besançon 1882. II, 410 S.

Gatin, l’abbé H. et **l’abbé Besson:** Histoire de la ville de Gray et de ses monuments. Nouvelle éd. rev. et continuée par Ch. Godard. Gray 1892. XXVII, 772 S.

Le vieux Lons. Lons-le-Saunier 1908—1914. 7 vol.

Perrier, Antoine: Lure. Lure 1924. 30 S.

Beauséjour, Paul Beuvain de (2: et **Godard, Charles**): Pesmes et ses seigneurs du XIIe au XVIIIe s. Vesoul [1896—1910]. 2 vol.

Chevalier, François Félix: Mémoires historiques sur la ville et seigneurie de Poligny... Lons-le-Saunier 1767—1769. 2 vol.

Mathez, Jules: Histoire de la ville de Pontarlier des origines à 1790. 2. éd. Pontarlier 1930.

Guillaume, Jean-Baptiste: Histoire généalogique des sires de Salins au comté de Bourgogne ... Besançon 1757—1558. 2 vol.

Dom Benoît, P.: Histoire de l'abbaye et de la terre de Saint-Claude. Montreuil-sur-mer 1891—1892. 2 vol.

Griveaud, Martial: Vesoul, ses vieilles rues, ses vieilles maisons. Promenades à travers la ville. Besançon 1929. 131 S.

Beaune, Henri et I. d'Arbaumont: Les Universités de Franche-Comté, Gray, Dôle, Besançon. Dijon 1870.

Biographien, Genalogien

Gauthier, Jules et Léon: Armorial de Franche-Comté. Paris 1911. VIII, 230 S. u. 12 Taf.

Brune, Paul, Abbé: Dictionnaire des artistes et ouvriers d'art de la Franche-Comté. Paris 1912. XXX, 341 S.

Fourquet, Emile: Les Hommes célèbres et les personnalités marquantes de Franche-Comté. Du IVe siècle à nos jours. Besançon 1929. 591 S. 8°.

Gauthier, Jules: Les Châtelains domaniaux en Franche-Comté (XIIIe—XVe siècles). Besançon 1903. 40 S. 8°.

Lurion, R. de: Nobiliaire de Franche-Comté. Besançon 1890.

Martin, Louis: Mélanges haut-dubisiens (figures et scènes de Pontarlier et du Haut-Doubs de l'époque révolutionnaire à nos jours). Pontarlier 1939. 71 S. 8°. (= Les Cahiers du Haut Doubs. No. 10.)

Pidoux de la Maduère, Pierre, Sylvain et Albin: Franche-Comté. Héraldique. Dijon 1924. XIV, 328 S. 8°.

Saget, Jules: Familles et hommes marquants de Pontarlier et du Haut Doubs. Pontarlier 1933 (1936). 248 S. 8°. (= Les Cahiers du Haut Doubs. No. 5.)

Volkskunde

Aymonier, Camille: Légendes et Traditions de la Franche-Comté et particulièrement de la Haute-Montagne. Besançon 1927. 180 S. 8°.

— Notre Patois. Pontarlier 1935. 117 S. 8°. (= Les Cahiers du Haut Doubs. Nr. 6.)

Beauquier, Charles: Blason populaire de la Franche-Comté. Paris 1897. 303 S.

— Chansons populaires recueillies en Franche-Comté. Paris 1894. 388 S.

— Faune et flore populaires de la Franche-Comté. Paris 1910. 2 vol. (Collection de traditions populaires. 32. 33.)

— Traductions populaires. Les mois en Franche-Comté. Paris 1900. 183 S.

Marpaux, Alfred: La Foi de nos pères d'après les traditions et légendes franc-comtoises. Poligny 1903. 60 S.

Clerc, F.: Les Joyeux contes de mon pays. Histoires rustiques de Comté. Préface de Auguste Bailly. Illustration de E. Templeux. Besançon 1928 (1929). 179 S. 8°.

Cote, P. A.: Comtoiseries. Histoires rustiques. Contes ... de la région du Haut-Doubs. Préface de Camille Aymonier. Dôle, Besançon 1926 (1929). 156 S. 8°.

Perrenot, Th.: La Répartition des établissements bourgondes, noms de lieux en -ange, -ans, sur tout le territoire de la Franche-Comté; Ses causes; ses conséquences. Lons-le-Saunier 1909. 8°.

Perron, Charles-François-Alexandre: Les Francs-Comtois, leur caractère national ... Besançon 1892. XIV, 198 S.

Saint-Sothain, Richard: Joies de vivre. Franches contées de Franche-Comté. Besançon 1928. 171 S. 8°.
Thuriet, Charles: Traditions populaires du Doubs. Paris 1892.
— Traditions populaires de la Haute-Saône et du Jura. Paris 1892.
Vuillame, Camille: Vieilles Légendes Comtoises. Besançon 1930.

Bevölkerungspolitik. Wirtſchaft

Belin, Maurice: L'Émigration rurale en Franche-Comté. Besançon 1898. 93 S. 8°.
Chevrot: Recherches sur la dépopulation des campagnes (rapport présenté au Conseil général). Lons-le-Saunier 1906.
Gerock, J. E.: Les Strasbourgeois en Franche-Comté: Héricourt-Blamont (1474—1475). Strasbourg 1903. 36 S. 8°.
Magnin, M.: Les Etrangers en Franche-Comté et dans le territoire de Belfort. Besançon 1926. 35 S. 8°.
Prost, A.: Immigration L' en Franche-Comté. Paris 1929. 190 S. 8°.
Truchi de Varennes, Vte A. de: La population rurale et la crise agricole en Franche-Comté. Besançon 1898. 8°.
Bulletin de la Société forestière de Franche-Comté et Belfort. Besançon 1801ff.
Revue viticole de Franche-Comté. Poligny.
Le **Jura** agricole, viticole et horticole, revue mensuelle illustrée. Poligny, Jg.1, 1903/04ff.
Barbier, A.-M.: Voyage d'études de l'Union des syndicats agricoles vosgiens en Bourgogne et Franche-Comté (octobre 1933). Epinal 1934. 71 S. 8°.
Caron, Gilbert: Thèse agricole sur la race tachetée du Jura et son amélioration. Besançon 1914.
Concours des Primes d'honneur, de prix culturaux et de prix de spécialités dans le département de la Haute-Saône en 1922. Monographie agricole du département par **N. G. Charbonnel.** Nancy-Paris-Strasbourg 1924. 82 S.
Demeure-Despinoy, A.: Contribution à l'étude du Jura viticole. Le vignoble Lédonien et ses vins. Thèse pharmac. de Strasbourg 1922—1923, Nr. 18. Besançon 1923. 126 S. 8°.
Douaire, H.: Le Jura agricole. Étude sur l'agriculture du département du Jura . . . Lons-le-Saunier 1925. VII, 320 S. 8°.
Foltète, Gustave: Essais sur l'avenir de l'agriculture en Franche-Comté. Besançon 1907.
Gabet, V.: Des sociétés fromagères de Franche-Comté. Thèse droit. Lyon 1895/96. Paris 1896. 111 S.
Garapon, L.: Enquête agricole 1929. Dép. du Doubs. Rapport général. Besançon 1937. 407 S. 8°.
Girard, Joseph: La vigne et le vin en Franche-Comté. Paris 1939.
Mathieu, P.: L'industrie laitière dans le département du Jura. Thèse Fac. de Droit Lyon. Besançon 1934. 171 S. 8°.
Meyer, Lucien: L'Agriculture du territoire de Belfort. Nancy 1925. 151 S.
Michel, L.: Etude sur le vignoble d'Arbois et de son canton. Thèse. Nancy 1920. IV, 80 S.
Pidoux, René: La race bovine Montbéliarde. Thèse méd. vét. Lyon 1929—1930, No. 204. Lyon 1930. 76 S.
Rousseau, Francis Emile Eugène: Le département du Jura: Ses bovins. Thèse méd. vét. Paris 1926. Paris 1926. 47 S.
Roy: Le Transport des laits et la fabrication du gruyère. Livre jubilaire du Professeur Porcher 1932.
Carte industrielle de Franche-Comté (Doubs et Haute-Saône) et du territoire de Belfort. Répertoire. Paris, Strasbourg 1931. X, 52 S. 16°.

Centenaire du Canal du Rhône au Rhin. Partie 1. **Maurice Freyss:** Histoire du canal du Rhône au Rhin de 1742 à 1833. Partie 2. **M. Kirchner:** Le canal du Rhône au Rhin, versant Rhin. Partie 3. **M. Bloch:** Le canal du Rhône au Rhin, versant Saône.

Département de Doubs. Documents (lois, décrets, conventions, cahiers) des charges etc. relativ. aux voies ferrées d'interêt local auxquelles le dép. du Doubs est intéressé. Besançon 1924. 654 S. 4°.

Boullier, Henri: Les tailleurs de pierres fines jurassiens. Thèse droit. Lyon 1907/08. Lyon 1908. 149 S. 8°.

Matthieu, A.: Les petites Industries de la montagne dans le Jura français (= Annales de Géogr. T. 38 (1929) 439—459).

Lorbert, A.: La France au travail. Champagne, Franche-Comté, Jura. L'arrière-est de l'Isle de France à la frontière suisse. Paris 1926.

Prinet, Max: L'Industrie du sel en Franche-Comté avant la conquête française. Besançon 1900. 370 S. 8°.

Régey, Georges: Le Doubs navigable ou le Canal du Rhône au Rhin. Thèse droit Dijon 1912—1913, No. 22. Besançon 1913. 214 S. 8°.

Deutſches Archiv für Landes- und Volksforſchung

Geſamtverzeichnis des 1.–5. Jahrgangs 1937–1941

Beiträge und Beſprechungen

Sachliche Überſicht

Allgemeines

Aubin, Hermann: Zur Erforſchung der deutſchen Oſtbewegung. I, *1*, 37—70; *2*, 309—331; *3*, 562—602.

Boehm, Max Hildebert: Die Kriſe der Volkskunde. I, *4*, 907—932.

Hanika, Joſef: Raſſenſeele und Stammescharakter. Ein Beiſpiel. III, *1*, 41—49.

Lehmann, Emil: Volkskunde und Volksgrenze. Unter beſonderer Berückſichtigung der deutſch-tſchechiſchen Grenzverhältniſſe. I, *3*, 538—561.

— Zur Grenzland-Volkskunde. II, *3*, 529—542.

Metz, Friedrich: Wilhelm Heinrich Riehl und die Erforſchung der deutſchen Grenzlande. I, *1*, 1—24.

Pfeffer, Karl Heinz: Die Notwendigkeit der totalen Volksforſchung. V, *3/4*, 407—420.

Zatſchek, Heinz: Urkundenforſchung und Volksforſchung. V, *3/4*, 570—579.

Auswanderung

(ſiehe Wanderung)

Bauerntum und Landwirtſchaft

Boſſe, Heinrich: Die gutsherrlich-bäuerlichen Beziehungen im baltiſchen Mittelalter. Der Stand der Forſchung. II, *1*, 23—40.

Breckner, Friedrich: Das Schrifttum über das deutſche Bauerntum in Beſſarabien = Das Schrifttum über Agrarverfaſſung und Agrarpolitik der deutſchen Volksgruppen in Nordoſt- und Südoſteuropa, III. IV, *2*, 334—340.

Kupffer, Barbara: Das neuere deutſche Schrifttum über den deutſchen Bauernſtand in der Slowakei = Das Schrifttum über Agrarverfaſſung und Agrarpolitik der deutſchen Volksgruppen in Nordoſt- und Südoſteuropa, IV. IV, *3/4*, 612—619.

Lendl, Hubert: Das geſellſchaftliche Gefüge des Landvolks im deutſch-madjariſchen Grenzraum öſtlich des Neuſiedler Sees. II, *4*, 800—835.

Meisner, Andreas: Die Deutſchen in der Tſchechoſlowakei. II, *2*, 293—309.

Meynen, Emil: Das pennſylvaniendeutſche Bauernland. III, *2*, 253—292.

Pfeffer, Karl-Heinz: Die Erforſchung des deutſchen Bauerntums. IV, *1*, 1—20.

Regehr, Nicolai: Religions- oder Bauerngemeinſchaft der frieſiſchen Koloniſten in Rußland? III, *1*, 155—166.

Schmieder, Oskar: Die grundſätzliche Bedeutung der deutſchen Koloniſationsarbeit für die kulturelle Entwicklung Südamerikas. IV, *1*, 21—28.

Schmithüſen, Joſef: Die Entwicklung der luxemburgiſchen Landwirtſchaft in geographiſcher Sicht. II, *1*, 41—58.

Seraphim, Hans-Jürgen: Einige Arbeiten über die baltiſchen Länder = Das Schrifttum über Agrarverfaſſung und Agrarpolitik der deutſchen Volksgruppen in Nordoſt- und Südoſteuropa, I. I, *1*, 194—204.

— Das Schrifttum über das deutſche Bauerntum im Wolhynien = Das Schrifttum über Agrarverfaſſung und Agrarpolitik der deutſchen Volksgruppen in Nordoſt- und Südoſteuropa, II. I, *4*, 933—946.

Shryock, Richard H.: Engliſche und deutſche Betriebsformen der Landwirtſchaft. Eine Gegenüberſtellung für die Kolonialzeit. Übertragung aus dem Engliſchen von J. Kündiger. IV, *3/4*, 438—449.

Stubenrauch, Wolfgang: Bemerkungen über das polniſche agrarpolitiſche Schrifttum der letzten Jahre. I, *4*, 947—958.

Walter, Eginhard: Die Struktur der Landwirtſchaft diesſeits und jenſeits der Memel. II, *3*, 543—554.

Agrarverfaſſung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland (Werner Conze, Agrarverfaſſung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland), beſprochen von M. Hellmann, V, *3/4*, 655—657.

Bevölkerungsgeſchichte und Biologie

Burkardt, Albrecht: Das volksbiologiſche Gefüge Belgiens in jüngſter Zeit. I, *2*, 344—352.

— Zur Volksbiologie des ungarländiſchen Deutſchtums in der Nachkriegszeit. I, *3*, 624—652.

— Ein volksbiologiſcher Querſchnitt durch die Schweiz nach dem Kriege. II, *1*, 171—202.

Csallner, Alfred: Die volksbiologiſche Forſchung unter den Siebenbürger Sachſen und ihre Auswirkung auf das Leben dieſer Volksgruppe. **II**, *3*, 688—736; **III**, *1*, 167—193; *3/4*, 632 bis 668.

Fiſcher, Otto: Zur Volksbiologie der deutſchen Siedlungen in Beſſarabien. **IV**, *1*, 52—60.

Franz, Leonhard: Zur Bevölkerungsgeſchichte des frühen Mittelalters. **II**, *2*, 404—416.

Hecke, Wilhelm: Die Bevölkerungszuwanderung in die Großſtädte Wien und Berlin. **V**, *1*, 80—87.

Krebs, Norbert: Die Oſtgrenze des deutſchen Volkstums im Spiegel der Bevölkerungsverſchiebung. **I**, *4*, 793.

Rogmann, Heinz: Grundlinien der Bevölkerungsentwicklung des preußiſchen Oſtens. **II**, *2*, 263—292.

— Grundlinien der Bevölkerungsentwicklung Schleſiens, I: Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. **III**, *2*, 419—452.

Roß, Friedrich: Die Grenzmark Poſen-Weſtpreußen. Bevölkerung und Wirtſchaft nach der territorialen Umgeſtaltung. **III**, *2*, 381—418.

Schreiber, Rudolf: Zur Methode der Volksgeſchichte im Grenzland. Erfahrungen aus dem böhmiſchen Raum. **III**, *2*, 359—380.

Tornau, Udo: Alters- und Berufsſchichtung der volksdeutſchen Umſiedler. **V**, *1*, 113—117; *2*, 372—374.

Wolters, Erich: Zur Bevölkerungsbewegung der einzelnen Völker und Volksgruppen in der Tſchechoſlowakei. **I**, *2*, 332—343.

Die Ötztaler. Anthropologie und Anatomie einer Tiroler Talſchaft (Guſtav Sauſer, Die Ötztaler, Innsbruck 1938), beſprochen von Fr. Keiter-Würzburg. **V**, *2*, 395—396.

Raſſe, Volk, Erbgut in Schleſien. Arbeiten des Anthropologiſchen Inſtitutes der Univerſität Breslau (Raſſe, Volk, Erbgut in Schleſien. Eine Heftreihe des Anthropologiſchen Inſtitutes der Univerſität Breslau in Verbindung mit führenden Perſönlichkeiten Schleſiens, Heft 1—14), beſprochen von Fr. Keiter. **V**, *3/4*, 649—650.

Burgenforſchung

Knapp, Werner: Der Burgentypus in der Steiermark. Weg und Ziel neuzeitlicher Burgenforſchung. **I**, *4*, 867—879.

— Die Schloßanlagen über Leibnitz. Typenentwicklung im ſüdoſtdeutſchen Burgenbau. **II**, *4*, 867—880.

— Burgen um Innsbruck. Ausſchnitt aus dem Werden der Innsbrucker Kulturlandſchaft. **IV**, *1*, 110—129.

Storm, Carl: Zur deutſchen Burgenforſchung. Bemerkungen von ſeiten der Burgengeographie. **V**, *1*, 118—142.

Handwerk

Maſing, Gerhard: Riga und die Oſtwanderung des deutſchen Handwerkers. Studien zur deutſchen Handwerkerwanderung im 18. Jahrhundert. **III**, *2*, 334—349; **IV**, *1*, 36—51; *2*, 235—253.

Hanſe

Röhlk, Otto: Das Kontor in Bergen. **V**, *2*, 205—215.

Rörig, Fritz: Die Geſtaltung des Oſtſeeraumes durch das deutſche Bürgertum. **II**, *4*, 765—783.

Judentum

Bobek, Hans: Das Judentum im oſteuropäiſchen Raum. Betrachtungen zu dem gleichnamigen Werk von P. H. Seraphim. **III**, *3/4*, 697—706.

Manuila, Sabin: Das Judenproblem in Rumänien zahlenmäßig geſehen. **V**, *3/4*, 603—613.

Zur Judenfrage in Rumänien und Ungarn (H. Schuſter, Die Judenfrage in Rumänien, Leipzig 1939. — K. Schickert, Die Judenfrage in Ungarn. Jüdiſche Aſſimilation und antiſemitiſche Bewegung im 19. und 20. Jh.; Eſſen 1937), beſprochen von H. Bobek. **IV**, *1*, 137—140.

Kunſtgeſchichte

Gruber, Karl: Der niederländiſche Einfluß in die Baukunſt des Deutſchordenslandes Preußen. **I**, *3*, 715—719.

Körte, Werner: Werke deutſcher Meiſter im Friaul. **I**, *4*, 880—893.

Kubach, Erich: Die deutſche Weſtgrenze und die Baukunſt des Mittelalters. **II**, *2*, 326—351.

Schürenberg, Liſa: Die Saliſche Baukunſt am Oberrhein. **IV**, *2*, 185—199.

Schürer, Oskar: Mittelalterlicher Kirchenbau in der Zips (Slowakei). **I**, *3*, 603—623.

Tintelnot, Hans: Die Stellung der ſchleſiſchen Baukunſt in der oſtdeutſchen Architektur des Mittelalters. **V**, *3/4*, 591—602.

Namenforſchung

(ſiehe auch Siedlung)

Petri, Franz: Um die Volksgrundlagen des Frankenreiches. **II**, *4*, 915—962.

Schlegel, Guſtav: Die deutſche Namenforſchung in den Sudetenländern. **IV**, *3/4*, 584—593.

Schreiber, Rudolf: Zur Methode der Volksgeſchichte im Grenzland. Erfahrungen aus dem böhmiſchen Raum. **III**, *2*, 359—380.

Weidlein, Johann: Mundartliche Ortsnamen in der Schwäbiſchen Türkei. **III**, *2*, 350—358.

Oſtbewegung, deutſche

Aubin, Hermann: Zur Erforſchung der deutſchen Oſtbewegung. **I**, *1*, 37—70; *2*, 309—331; *3* 562—602.

Benz, Ernſt: Die Reformation und der Oſten. Entwurf einer volksdeutſchen Betrachtung der Reformationsgeſchichte. **III**, *3/4*, 509—526.

Jordan, Karl: Heinrich der Löwe und die oſtdeutſche Koloniſation. **II**, *4*, 784—799.

Maſing, Gerhard: Riga und die Oſtwanderung des deutſchen Handwerkers. Studien zur deutſchen Handwerkerwanderung im 18. Jahrhundert. **III**, *2*, 334—349; **IV**, *1*, 36—51; *2*, 235—253.

Reformation und Südoſtgrenze des Reichs (Günther Stöckl, Die deutſch-ſlawiſche Südoſtgrenze des Reiches im 16. Jh.), beſprochen von O. Brunner-Wien. V, *3/4*, 651.

Politiſche Geſchichte

Brackmann, Albert: Die Ausgrabungen in Zantoch. **I**, *1*, 174—179.

Brunner, Otto: Öſterreichs Weg zum Großdeutſchen Reich. **II**, *2*, 519—528.

— Albert Brackmanns Arbeiten zur Geſchichte der deutſchen Oſtpolitik. **V**, *2*, 199—204.

Dopkewitſch, Helene: Die Preſſe im lettländiſchen Gebiet 1918/19. **II**, *3*, 737—764.

Hirſch, Hans: Die Entſtehung der Grenze zwiſchen Niederöſterreich und Mähren. **I**, *4*, 856—866.

— Öſterreichs Werden im Deutſchen Reich. **II**, *3*, 640—653.

Jordan, Karl: Heinrich der Löwe und die oſtdeutſche Koloniſation. **II**, *4*, 784—799.

Keyſer, Erich: Die Nordgrenze Polens im 10. Jahrhundert. **V**, *2*, 271—277.

Ludat, Herbert: Mieſzkos Tributpflicht bis zur Warthe. **II**, *2*, 380—385.

Ohnſorge, Werner: Die Bedeutung der deutſch-byzantiniſchen Beziehungen im 12. Jahrhundert für den deutſchen Oſten. **V**, *2*, 249—259.

Rauch, Georg v.: Volks- und Staatsauffaſſungen in Livland zur polniſchen und ſchwediſchen Zeit. **IV**, *3/4*, 450—473.

Sappok, Gerhard: Polens Tributpflicht gegenüber dem Deutſchen Reich im 10. Jahrhundert. **V**, *2*, 260—270.

Steinbach, Franz: Die weſtdeutſche Volksgrenze als Frage und Forſchungsaufgabe der politiſchen Geſchichte. **I**, *1*, 25—36.

Widukinds von Korvei Sachſengeſchichte und die Chronik des Thietmar von Merſeburg in neuer Ausgabe, und die letzten Forſchungen über ihren Quellenwert, beſprochen von A. Brackmann. V, *1*, 162—174.

Aufſätze zur Geſchichte der Weſtgrenze des alten Reiches (Leo Juſt, Um die Weſtgrenze des alten Reiches), beſprochen von F. Metz. V, *3/4*, 652—653.

Brandenburg-Preußen und die Proteſtanten in Polen (Gotthold Rhode, Brandenburg-Preußen und die Proteſtanten in Polen 1640—1740) beſprochen von R. A. Kloſtermann. V, *3/4*, 657—660.

Rechtsgeſchichte

Weizſäcker, Wilhelm: Eindringen und Verbreitung der deutſchen Stadtrechte in Böhmen und Mähren. **I**, *1*, 95—109.

— Das deutſche Recht des Oſtens im Spiegel der Rechtsaufzeichnungen. **III**, *1*, 50—77.

— Die Verbreitung des Meißner Rechtsbuchs im Oſten. **V**, *1*, 26—38.

Siedlung

Glauert, Günter: Zur Beſiedlung der Steiner Alpen und Oſtkarawanken. **I**, *2*, 457—486.

Haller, Hermann: Zur Entwicklung der deutſchen Stadt Ruma im Rahmen des Syrmiendeutſchtums. **IV**, *2*, 283—314.

Haufe, Helmut: Der freibäuerliche Kleinadel der beſſarabiſchen Militärgrenze. **IV**, *2*, 315—333.

Hein, Max: Das neuere Schrifttum zur Siedlungsgeſchichte Oſt- und Weſtpreußens. **III**, *3/4*, 707—715.

Folkers, Johann Ulrich: Die geſchichtliche Bedeutung der Landnahme als Ausleſevorgang. **V**, *3/4*, 506—569.

Klaar, Adalbert: Die Siedlungsformen des oberöſterreichiſchen Mühlviertels und des böhmiſchen Grenzgebietes. **I**, *1*, 131—138.

Klante, Margarete: Das Glas des Iſergebirges. Eine ſiedlungs- und wirtſchaftsgeſchichtliche Studie. **II**, *3*, 575—599.

Klebel, Ernſt: Gedanken über den Volksaufbau im Südoſten während des Mittelalters. **II**, *4*, 881—914.

Krenzlin, Anneliese: Probleme der neueren nordoſtdeutſchen und oſtmitteldeutſchen Flurformenforſchung. **IV**, *3/4*, 547—569.

Lechner, Karl: Leiſtungen und Aufgaben ſiedlungskundlicher Forſchung in den öſterreichiſchen Ländern mit beſonderer Berückſichtigung von Niederdonau. **IV**, *3/4*, 494—546.

Lendl, Egon: Die ſiedlungsgeographiſche Forſchung in den ſüdoſtdeutſchen Volksinſeln. **II**, *2*, 452—470.

— Siedlungsgeographiſche Probleme aus dem donauſchwäbiſchen Lebensraum. **III**, *3/4*, 576 bis 597.

Maydell, Kurt v.: Forſchungen zur Siedlungsgeſchichte und zu den Siedlungsformen der Sudetenländer. **II**, *1*, 212—239.

Oſt, Horſt Gotthard: Die Beſiedlung der nördlichen Grenzmark und des ſüdöſtlichen Hinterpommerns im 16. Jahrhundert. **I**, *1*, 180—193.

Petri, Franz: Um die Volksgrundlagen des Frankenreiches. **II**, *4*, 915—962.

Schmidt, Heinrich: Typiſche Entſtehungsformen donaudeutſcher Siedlungen. **III**, *1*, 125—145.

Unruh, B. H.: Koloniſatoriſche Berührungen zwiſchen den Mennoniten und den Siedlern anderer Konfeſſionen im Weichſelgebiet und in der Neumark. **IV**, *2*, 254—272.

Vries, Jan de: Die germaniſche Landnahme in den Niederlanden. **I**, *4*, 894—906.

Weinelt, Herbert: Das Werden der oſtmitteldeutſchen Kulturlandſchaft Freudenthal. **III**, *3/4*, 598—631.

Zatſchek, Heinz: Die Witigonen und die Beſiedelung Südböhmens. **I**, *1*, 110—130.

Soziologie

Klocke, Helmut: Landvolk und Dorf in madjariſcher und rumäniſcher Sicht. **I**, 4, 990—1023.

Lendl, Hubert: Das geſellſchaftliche Gefüge des Landvolkes im deutſch-madjariſchem Grenzraum öſtlich des Neuſiedler Sees. **II**, *4*, 800—835.

Perlick, Alfons: Die ſtändiſchen Auseinanderſetzungen im oberſchleſiſchen Induſtriegebiete. Einige Grundgedanken zu einer Volkskunde dieſes Raumes. IV, *2,* 273—282.

Sprache und Mundart

Haug, Eduard: Aufgaben der Mundarten- und Volksforſchung im Elſaß. V, *1,* 1—10.

Kranzmayer, Eberhard: Deutſches Sprachgut jenſeits der Sprachgrenze in den Alpen, mit beſonderer Rückſicht auf das Rätoromaniſche des Grödnertales. I, *2,* 273—286.

Mitzka, Walther: Die Sammlung des Wortſchatzes in den Grenzgebieten des deutſchen Sprachraumes. I, *3,* 749—761.

Pfalz, Anton: Die Mundarten des Norddonauraumes. I, *3,* 653—668.

Schliebe, Georg: Schrifttumsſchau zur Pſychologie der Zweiſprachigkeit. III, *2,* 475—488.

— Schrifttumsſchau zur Pſychologie der Zweiſprachigkeit. Schrifttumsüberſicht. III, *2,* 484—488.

Schwarz, Ernſt: Fortſchritte und Aufgaben der ſprachwiſſenſchaftlichen Volksforſchung in den Sudetenländern. I, *1,* 216—223.

— Ergebniſſe und Aufgaben deutſcher Volksforſchung in Mähren. IV, *1,* 93—109.

Weinelt, Herbert: Sprache und Siedlung der oberſchleſiſchen Sprachinſel Koſtenthal. II, *2,* 386—403.

Zender, Mathias: Die deutſche Sprache in der Gegend von Arel. Mit einer landeskundlichen Vorbemerkung von Joſef Schmithüſen, III, *1.* 1—40.

Die Dichtung der außendeutſchen Volksgruppen (Die Arbeiten von A. Wolpert, W. Schneider, H. Kindermann, K. K Klein u. a.), beſprochen von G. Fittbogen V, *1,* 155—162.

Statiſtik

Krallert, Wilfried: Geſchichte und Methode der Bevölkerungszählung im Südoſten. I: Rumänien. Mit beſonderer Rückſichtnahme auf die Zählung des Jahres 1930 und ihre Veröffentlichung. III, *3/4,* 489—508.

Manuila, Sabin: Das Judenproblem in Rumänien zahlenmäßig geſehen. V, *3/4,* 603—613.

Seraphim, Peter-Heinz: Von Weſen und Wert der Statiſtik in Oſteuropa. III, *1,* 194—207.

Umvolkung

Lippert, Eliſabeth: Volkstumserweichung im Kleinkindalter. III, *3/4,* 669—676.

Otterſtädt, Herbert: Vom deutſchen Blutsanteil in Krain. V, *1,* 39—57.

Thomé, Marie-Luiſe: Madjariſierungsanſätze in der proteſtantiſchen deutſchen Gemeinde Kriegsdorf im Komitat Szilagy. IV, *2,* 474—479.

Weinelt, Herbert: Untergegangenes Deutſchtum in Mähren. V, *2,* 315—337.

Volksgut

Hanika, Joſef: Raſſenſeele und Stammescharakter. Ein Beiſpiel. III, *1,* 41—49.

Jungbauer, Guſtav: Die volkskundliche Forſchung in der Tſchechoſlowakei. II, *2,* 434—451.

Karaſek-Langer, Alfred: Die deutſche Volkskundeforſchung im heutigen Ungarn. I, *2,* 287—308; *4,* 959—989.

Müller-Blattau, Joſef: Das elſäſſiſche Volkslied. I, *2,* 416—430.

— Das deutſche Volkslied in Lothringen. II, *1,* 128—170.

Schier, Bruno: Die Auseinanderſetzung zwiſchen Deutſchen und Slawen in volkskundlicher Sicht. II, *1,* 1—22.

— Von Stand und Aufgaben der ſudetendeutſchen Volkskunde. V, *2,* 368—371.

Trier, Joſt, und Schepers, Joſef: Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden. V, *1,* 11—25.

Wenzel, Hermann: Die Hausformen Schleswig-Holſteins in ihrer landſchaftlichen Gliederung. III, *1,* 146—154.

Zum Aufbau der Volkskulturen (Bruno Schier, Der Bienenſtand in Mitteleuropa), beſprochen von J. Hanika. V, *3/4,* 654—655.

Deutſche Volksmelodik innerhalb der Oſtfragen (Walter Wiora, Die deutſche Volksliedweiſe und der Oſten, Wolfenbüttel 1940), beſprochen von H. J. Moſer. V, *2,* 393—395.

Volkstumskartographie

Lehmann, Heinz: Zur Karte des Deutſchtums in den kanadiſchen Prärieprovinzen. II, *4,* 859 bis 866.

Meynen, Emil: Volks- und Sprachenkarten Mitteleuropas.

- Teil I: Polen. Bearbeitet von F. A. Doubek. II, *1,* 240—257.
- Teil II: Litauen. Bearbeitet von W. Eſſen und F. A. Doubek. 258—262.
- Teil III: Sudeten- und Karpatenländer. Die Tſchechoſlowakei in ihren Grenzen von 1918. Bearbeitet von F. A. Doubek, H. Haſſinger, O. A. Isbert, M. Klante, H. Ulbricht. II, *4,* 963—983.
  1. Von deutſcher Seite herausgegebene Karten (Auswahl). 963—974.
  2. Von nichtdeutſcher Seite herausgegebene Karten. 974—983.
- Teil IV: Ungarn. Bearbeitet von O. A. Isbert. 983—994.
- Teil V: Jugoſlawien. Bearbeitet von O. A. Isbert. 994—1003.
- Teil VI: Rumänien. Bearbeitet von O. A. Isbert. 1003—1006.
- Teil VII: Bulgarien. Bearbeitet von O. A. Isbert und H. P. Koſack. 1007—1010.
- Teil VIII: Makedonien (Griechenland). Bearbeitet von O. A. Isbert und H. P. Koſack. 1010—1011.

Kloß, Heinz: Über die mittelbare kartographiſche Erfaſſung der jüngeren deutſchen Volksinſeln in den Vereinigten Staaten. **III**, *2*, 453—474.

Schmidt, Max, und Neumann, Walter: Eine Karte der ſteieriſchen Sprachgrenze. **I**, *3*, 720—733.

Der Volksboden im madjariſch-ſlowakiſchen Grenzgebiet (Branislav Varſik, Die ſlowakiſch-magyariſche ethniſche Grenze in den letzten Jahrhunderten, Preßburg 1940), beſprochen von H. Brauner. V, *1*, 174—178.

Wanderung

(ſiehe auch Oſtbewegung, deutſche)

Binder-Johnſon, Hildegard: Der deutſche Amerika-Auswanderer des 18. Jahrhunderts im zeitgenöſſiſchen Urteil. **IV**, *2*, 211—234.

Folkers, Johann Ulrich: Die geſchichtliche Bedeutung der Landnahme als Ausleſevorgang. **V**, *3/4*, 506—569.

Franz, Günther: Die alpenländiſche Einwanderung nach Oberdeutſchland in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege. **IV**, *2*, 200—210.

Hecke, Wilhelm: Die Bevölkerungszuwanderung in die Großſtädte Wien und Berlin. **V**, *1*, 80—87.

Hellmann, Manfred: Zur Frage der Einwanderung von Deutſchen nach Litauen. **V**, *2*, 242 bis 248.

Lendl, Egon: Die Tochterſiedlungsbewegung in der Schwäbiſchen Türkei. Ein Beitrag zur Wanderungsforſchung in den ſüdoſtdeutſchen Volksinſeln. **I**, *4*, 828—839.

Kallbrunner, Joſef: Deutſche Wanderungen nach Siebenbürgen in neuerer Zeit. **II**, *3*, 668—687.

Kapp, Wilhelm: Die Elſäſſer in Frankreich. **I**, *2*, 402—415.

Maſing, Gerhard: Riga und die Oſtwanderung des deutſchen Handwerkers. Studien zur deutſchen Handwerkerwanderung im 18. Jahrhundert. **III**, *2*, 334—349; **IV**, *1*, 36—51; *2*, 235—253.

Raum, Otto F.: Die Hintergründe der Pfälzer Auswanderung im Jahre 1709. Mit Ergänzungen durch J. Kündiger. **III**, *3/4*, 551—567.

Schmidt, Heinrich: Typiſche Entſtehungsformen donaudeutſcher Siedlungen. **III**, *1*, 125—145.

Stanglica, Franz: Die Anſiedlung von Oberöſterreichern in Deutſch-Mokra im 18. Jahrhundert. **I**, *4*, 840—855.

Sudhaus, Fritz: Deutſchland und die Auswanderung nach Braſilien im 19. Jahrhundert. **IV**, *3/4*, 594—601.

Weidlein, Johann: Über die deutſchen Koloniſten der erſten Auswanderungsperiode (1722—1726) in Ungarn. **I**, *2*, 487—492.

Wege und Verkehr

Birk, Alfred: Urwege über die Iglauer Senke. Ein Beiſpiel für die Zuſammenarbeit des Ingenieurs und des Archäologen. **IV**, *3/4*, 570 bis 583.

Kriechbaum, Eduard: Alte Salzſtraßen zwiſchen den Alpen und Böhmen. **II**, *2*, 417—433.

Wirtſchaft

(ſiehe auch Bauerntum u. Landwirtſchaft und Hanſe)

Ammann, Hektor: Unterſuchungen zur Geſchichte der Deutſchen im mittelalterlichen Frankreich. I: Deutſchland und die Meſſen der Champagne. **III**, *2*, 306—333.

— — II: Die Deutſchen auf den Meſſen von Chalon an der Saône und in Burgund. **V**, *3/4*, 580—590.

Aubin, Guſtav: Aus der Entſtehungsgeſchichte der nordböhmiſchen Textilinduſtrie. **I**, *2*, 353—377.

Hahn, Wichard: Die Arbeitsloſigkeit der deutſchen Volksgruppe in Oſt-Oberſchleſien. **II**, *3*, 555—574.

Herrmann, Walther: Das Montan-Induſtriegebiet an Moſel und Saar. Eine Unterſuchung der induſtriellen Zuſammenhänge. **V**, *2*, 278 bis 314.

Hochenegg, Hans: Deutſche Bergbautätigkeit im Fürſtbistum Trient am Ausgang des Mittelalters. **I**, *2*, 437—456.

Klante, Margarete: Das Glas des Iſergebirges. Eine ſiedlungs- und wirtſchaftsgeſchichtliche Studie. **II**, *3*, 575—599.

— unter Mitwirkung von J. Jüttner, A. Muſil, A. Watznauer, F. Wernicke: Bergbau und Metallwirtſchaft im Sudetenraum. **III**, *1*, 78—101.

Knieſche, Herbert: Außendeutſche Wirtſchaftskunde. Ihr Stand und die Erforderniſſe ihrer Behandlung. **III**, *3/4*, 527—550.

Koßmann, Eugen Oskar: Forſchungen zur Geſchichte der deutſchen Tuchmacherei in Mittelpolen. **I**, *2*, 378—401.

Krannhals, Detlev: Die Rolle der Weichſel in der Wirtſchaftsgeſchichte des Oſtens. **II**, *1*, 59—86; *2*, 352—379.

Kuske, Bruno: Die deutſche Weſtgrenze in ihren wirtſchaftsgeſchichtlichen Zuſammenhängen. **IV**, *3/4*, 384—424.

— Die wirtſchaftliche und ſoziale Verflechtung zwiſchen Deutſchland und den Niederlanden bis zum 18. Jahrhundert. **I**, *3*, 669—714.

Meisner, Andreas: Die Deutſchen in der Tſchechoſlowakei. **II**, *2*, 293—309.

Räumliche Überſicht

Alpenland

Bobek, Hans: Um die deutſche Volksgrenze in den Alpen. I, *3*, 734—748.

Franz, Günther: Die alpenländiſche Einwanderung nach Oberdeutſchland in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege. IV, *2*, 200—210.

Arel

(ſiehe Belgien)

Baltiſche Lande

(ſiehe auch Lettland, Litauen)

Boſſe, Heinrich: Die gutsherrlich-bäuerlichen Beziehungen im baltiſchen Mittelalter. Der Stand der Forſchung. II, *1*, 23—40.

Dopkewitſch, Helene: Die Preſſe im lettländiſchen Gebiet 1918/19. II, *3*, 737—764.

Hehn, Jürgen von: Zur baltiſchen Geſchichte. Ein Forſchungsbericht. IV, *3/4*, 620—640.

— Vom baltiſchen Deutſchtum in den letzten 20 Jahren. Bemerkungen zu ſeiner Geſchichte in der Nachweltkriegszeit und zur Umſiedlung. V, *2*, 216—241.

Rauch, Georg v.: Volks- und Staatsauffaſſung in Livland zur polniſchen und ſchwediſchen Zeit. IV, *3/4*, 450—473.

Seraphim, Hans-Jürgen: Einige Arbeiten über die baltiſchen Länder = Das Schrifttum über Agrarverfaſſung und Agrarpolitik der deutſchen Volksgruppen in Nordoſt- und Südoſteuropa, I. I, *1*, 194—204.

Wittram, Reinhard: 1870/71 im Erlebnis der baltiſchen Deutſchen. Eine Sammlung von zeitgenöſſiſchen Zeugniſſen. IV, *1*, 29—35.

Grundzüge der baltendeutſchen Volksgeſchichte (R. Wittram, Geſchichte der baltiſchen Deutſchen — Grundzüge und Durchblicke, Stuttgart 1939), beſprochen von K. Baron Maydell. IV, *2*, 341—352.

Banat

(ſiehe auch Donaudeutſchtum)

Stanglica, Franz: Steierdorf im Banat. III, *1*, 103—124.

Die evangeliſche Kirche bei den Donauſchwaben (H. W. Röhrig, Die Geſchichte der deutſch-evangeliſchen Gemeinden des Banates, Leipzig 1940) beſprochen von Wilhelm Sattler-Graz. V, *1*, 180—182.

Bayern

Kriechbaum, Eduard: Alte Salzſtraßen zwiſchen den Alpen und Böhmen. II, *2*, 417—433.

Pfalz, Anton: Die Mundarten des Norddonauraumes. I, *3*, 653—668.

Belgien

Burkardt, Albrecht: Das volksbiologiſche Gefüge Belgiens in jüngſter Zeit. I, *2*, 344—352.

Kraus, Theo: Die Ardennen. Eine geographiſche Einführung. IV, *1*, 77—92.

Petri, Franz: Um die Grundlagen des Frankenreiches. II, *4*, 915—962.

Schmithüſen, Joſef: Weſensverſchiedenheiten im Bilde der Kulturlandſchaft an der walloniſch-deutſchen Volksgrenze. III, *3/4*, 568—575.

Zender, Mathias: Die deutſche Sprache in der Gegend von Arel. Mit einer landeskundlichen Vorbemerkung von Joſef Schmithüſen. III, *1*, 1—40.

Beſſarabien

(ſiehe auch Rumänien)

Breckner, Friedrich: Das Schrifttum über das deutſche Bauerntum in Beſſarabien = Das Schrifttum über Agrarverfaſſung und Agrarpolitik der deutſchen Volksgruppen in Nordoſt- und Südoſteuropa, III. IV, *2*, 334—340.

Fiſcher, Otto: Zur Volksbiologie der deutſchen Siedlungen in Beſſarabien. IV, *1*, 52—60.

Haufe, Helmut: Der freibäuerliche Kleinadel der beſſarabiſchen Militärgrenze. IV, *2*, 315—333.

Böhmen

(ſiehe Protektorat Böhmen und Mähren, Sudetenland [Reichsgau], Sudetenländer)

Buchenland

(ſiehe auch Rumänien)

Prokopowitſch, Erich: Schrifttumsverzeichnis über das Buchenland. IV, *3/4*, 664—695.

Bulgarien

Isbert, O. A. u. a.: Bulgarien = Teil VI: Volks- und Sprachenkarte Mitteleuropas. II, *4*, 1007—1009.

Burgenland

Haſſinger, Hugo: Das Burgenland und der Stand ſeiner wiſſenſchaftlichen Erforſchung im Spiegel des „Burgenlandatlaſſes". I, *1*, 147 bis 173.

Danzig-Weſtpreußen, Reichsgau

(ſiehe auch Preußen)

Gruber, Karl: Der niederländiſche Einfluß in die Baukunſt des Deutſchordenslandes Preußen. I, *3*, 715—719.

Keyſer, Erich: Die Nordgrenze Polens im 10. Jahrhundert. V, *2*, 271—277.

Krannhals, Detlef: Die Rolle der Weichſel in der Wirtſchaftsgeſchichte des Oſtens. II, *1*, 59—86; *2*, 352—379.

Unruh, B. H.: Koloniſatoriſche Berührungen zwiſchen den Mennoniten und den Siedlern anderer Konfeſſionen im Weichſelgebiet und in der Neumark. IV, *2*, 254—272.

Donaudeutſchtum

Grimm, Hans: Rußlanddeutſche und Donaudeutſche als Volksgruppen unterſchiedlicher Fruchtbarkeit. IV, *1*, 61—76.

Kuhn, Walter: Die deutſchen Siedlungsräume in Südoſten. I, *4*, 808—827.

Lendl, Egon: Die ſiedlungsgeographiſche Forſchung in den ſüdoſtdeutſchen Volksinſeln. II, *2*, 452—470.

— Siedlungsgeographiſche Probleme aus dem donauſchwäbiſchen Lebensraum. III, *3/4*, 576 bis 597.

Schmidt, Heinrich: Typiſche Entſtehungsformen donaudeutſcher Siedlungen. III, *1*, 125—145.

Elſaß

(ſiehe auch Oberrheinlande)

Haug, Eduard: Aufgaben der Mundarten- und Volksforſchung im Elſaß. V, *1*, 1—10.

Kapp, Wilhelm: Die Elſäſſer in Frankreich. I, *2*, 402—415.

Müller-Blattau, Joſef: Das elſäſſiſche Volkslied. I, *2*, 416—430.

Eſtland

(ſiehe Baltiſche Lande)

Frankreich

Ammann, Hektor: Unterſuchungen zur Geſchichte der Deutſchen im mittelalterlichen Frankreich. I: Deutſchland und die Meſſen der Champagne. III, *2*, 306—333.

— — II: Die Deutſchen auf den Meſſen von Chalon an der Saône und in Burgund. V, *3/4*, 580—590.

Kapp, Wilhelm: Die Elſäſſer in Frankreich. I, *2*, 402—415.

Kloß, Heinz: Volksgruppenangehörige in Paris 1931. V, *1*, 88—95.

Kubach, Erich: Die deutſche Weſtgrenze und die Baukunſt des Mittelalters. II, *2*, 326—351.

Oehme, Ruthard: Die Freigrafſchaft — eine geographiſche Skizze. V, *3/4*, 482—505.

Petri, Franz: Um die Volksgrundlagen des Frankenreiches. II, *4*, 915—962.

Steinbach, Franz: Die weſtdeutſche Volksgrenze als Frage und Forſchungsaufgabe der politiſchen Geſchichte. I, *1*, 25—36.

Friaul

(ſiehe Italien)

Generalgouvernement und ehemaliges Polen

Doubek, F. A.: Polen = Teil I: Volks- und Sprachenkarten Mitteleuropas. II, *1*, 240—257.

Kloſtermann, R. A.: Deutſche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen. V, *2*, 375 bis 392; *3/4*, 614—638.

Koßmann, Eugen Oskar: Forſchungen zur Geſchichte der deutſchen Tuchmacherei in Mittelpolen. I, *2*, 378—401.

Lindeck, Irmtraut: Schrifttum zur Geſchichte des Deutſchtums in Galizien. IV, *3/4*, 641—654.

Seraphim, Hans-Jürgen: Das Schrifttum über das deutſche Bauerntum in Wolhynien = Das Schrifttum über Agrarverfaſſung und Agrarpolitik der deutſchen Volksgruppen in Nordoſt- und Südoſteuropa, II. I, *4*, 933—946.

Stubenrauch, Wolfgang: Bemerkungen über das polniſche agrarpolitiſche Schrifttum der letzten Jahre. I, *4*, 947—958.

Das Koloniſationswerk Joſef II. in Galizien (Ludwig Schneider, Das Koloniſationswerk Joſef II. in Galizien, Poſen 1939), beſprochen von R. Lorenz-Wien. V, *2*, 401—404.

Die Bedeutung der Weichſel (Die Weichſel, ihre Bedeutung als Strom und Schiffahrtsſtraße und ihre Kulturaufgaben, Leipzig 1939), beſprochen von Th. Kraus. IV, *2*, 353—354.

Pripet-Poleſſie. Das Bild einer polniſchen Oſtraum-Landſchaft (Martin Bürgener, Gotha 1939), beſprochen von Fr. Metz. IV, *1*, 133—134.

Grenzmark Poſen-Weſtpreußen

(ſiehe Pommern)

Italien

(ſiehe auch Krain)

Hochenegg, Hans: Deutſche Bergbautätigkeit im Fürſtbistum Trient am Ausgang des Mittelalters. I, *2*, 437—456.

Körte, Werner: Werke deutſcher Meiſter in Friaul. I, *4*, 880—893.

Kranzmayer, Eberhard: Deutſches Sprachgut jenſeits der Sprachgrenze in den Alpen, mit beſonderer Rückſicht auf das Rätoromaniſche des Grödnertales. I, *2*, 273—286.

Jugoſlawien

Isbert, O. A.: Jugoſlawien = Volks- und Sprachenkarte Mitteleuropas. II, *4*, 994—1003.

Kärnten, Reichsgau

Glauert, Günter: Zur Beſiedlung der Steiner Alpen und Oſtkarawanken. I, *2*, 457—486.

Paſchinger, Herbert: Die Veränderung der Hausdichte und der Bevölkerungsdichte in den einzelnen Ortsgemeinden Kärntens von 1900 bis 1934. Nach den Ergebniſſen der Volkszählungen in den Jahren 1900, 1910, 1923 und 1934. II, *3*, 654—667.

Wutte, Martin: Verzeichnis der 1921—1936 erſchienenen Literatur über Kärnten (Auswahl). I, *2*, 502—524.

Krain

Otterſtädt, Herbert: Vom deutſchen Blutsanteil in Krain. V, *1*, 39—57.

Kroatien

(ſiehe Slawonien)

Lettland

(ſiehe auch Baltiſche Lande)

Dopkewitſch, Helene: Die Preſſe im lettländiſchen Gebiet 1918/19. II, *3*, 737—764.

— — Verzeichnis der Zeitungen [im lettländiſchen Gebiet] November 1918 bis November 1919. II, *3*, 754—764.

Hehn, Jürgen v.: Der deutſche Einfluß auf die lettiſche Volksentwicklung. Zur Forſchungsarbeit der Gegenwart. III, *1*, 208—216.

Maſing, Gerhard: Riga und die Oſtwanderung des deutſchen Handwerkers. Studien zur deutſchen Handwerkerwanderung im 18. Jahrhundert. III, *2*, 334—349; IV, *1*, 36—51; *2*, 235—253.

Rörig, Fritz: Iſt Riga 1201 gegründet worden? II, *4*, 781—783.

Litauen

Eſſen, W., u. Doubek, F. A.: Litauen = Teil II: Volks- u. Sprachenkarte Mitteleuropas. II, *1*, 258—262.

Prinzhorn, Fritz, u. Hellmann, Manfred: Schrifttum über Litauen (1928—1938), Auswahl. III, *1*, 217—252.

Hellmann, Manfred: Zur Frage der Einwanderung von Deutſchen nach Litauen. V, *2*, 242 bis 248.

Agrarverfaſſung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland (Werner Conze, Agrarverfaſſung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland), beſprochen von M. Hellmann. V, *3/4*, 655—657.

Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen (Manfred Hellmann, Die preußiſche Herrſchaft Tauroggen in Litauen 1690 bis 1793, Berlin 1940), beſprochen von W. Maas. V, *3/4*, 660—661.

Lothringen

Boehm, Max Hildebert: Landſchaft und Volkstum im lothringiſchen Raum. V, *3/4*, 445—481.

Herrmann, Walther: Das Montan-Induſtriegebiet an Moſel und Saar. Eine Unterſuchung der induſtriellen Zuſammenhänge. V, *2*, 278 bis 314.

Müller-Blattau, Joſef: Das deutſche Volkslied in Lothringen. II, *1*, 128—170.

Luxemburg

Franqué, Wolfgang v.: Die Entfaltung Luxemburgiſcher Eigenart aus geſamtdeutſcher Schau. I, *3*, 525—537.

Margue, Nikolaus: Die Entwicklung des Luxemburger Nationalgefühls von 1780 etwa bis heute. I, *2*, 257—272.

Schmithüſen, Joſef: Die Entwicklung der luxemburgiſchen Landwirtſchaft in geographiſcher Sicht. II, *1*, 41—58.

Luxemburg (J. Schmithüſen, Das Luxemburger Land, Leipzig 1940), beſprochen von A. Haushofer. IV, *3/4*, 661—663.

Mähren

(ſiehe Protektorat Böhmen und Mähren, Sudetenland [Reichsgau], Sudetenländer)

Makedonien

Isbert, Otto Albrecht: Makedonien (Griechenland) = Teil VIII: Volks- u. Sprachenkarte Mitteleuropas. II, *4*, 1010—1011.

Mark Brandenburg

Brackmann, Albert: Die Ausgrabungen in Zantoch. I, *1*, 174—179.

Ludat, Herbert: Mieſzkos Tributpflicht bis zur Warthe. II, *2*, 380—385.

Niederdonau, Reichsgau

(ſiehe auch Burgenland und Norddonauraum)

Hirſch, Hans: Die Entſtehung der Grenze zwiſchen Niederöſterreich und Mähren. I, *4*, 856—866.

Lechner, Karl: Leiſtungen und Aufgaben ſiedlungskundlicher Forſchung in den öſterreichiſchen Ländern mit beſonderer Berückſichtigung von Niederdonau. IV, *3/4*, 494—546.

Martiny, Fritz Klaus: Über die Hauptzüge der niederöſterreichiſchen Adelsgeſchichte in den letzten Jahrhunderten. IV, *3/4*, 480—493.

Niederlande

Kuske, Bruno: Die wirtſchaftliche und ſoziale Verflechtung zwiſchen Deutſchland und den Niederlanden bis zum 18. Jahrhundert. I, *3*, 669—714.

Petri, Franz: Die Volksgeſchichte der Niederlande als germaniſch-deutſche Forſchungsaufgabe. II, *2*, 310—325.

Trier, Joſt, u. Schepers, Joſef: Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden. V, *1*, 11—25.

Vries, Jan de: Die germaniſche Landnahme in den Niederlanden. I, *4*, 894—906.

Die Entſtehung der deutſch-niederländiſchen Grenze im Zuſammenhang mit der Neuordnung des niederländiſch-niederrheiniſchen Raumes 1813—1815 (E. M. Klingenburg, Die Entſtehung der deutſch-niederländiſchen Grenze, Leipzig 1940), beſprochen von L. Juſt-Bonn. V, *2*, 404—405.

Niederſachſen

Trier, Joſt, u. Schepers, Joſef: Das Bauernhaus im Reich und in den Niederlanden. V, *1*, 11—25.

Der hiſtoriſche Atlas von Niederſachſen (Geſchichtlicher Handatlas Niederſachſens, hrsg. von Georg Schnath), beſprochen von G. Wrede-Osnabrück. V, *3/4*, 639—648.

Norddonauraum

Kriechbaum, Eduard: Alte Salzſtraßen zwiſchen den Alpen und Böhmen. II, *2*, 417—433.

Pfalz, Anton: Die Mundarten des Norddonauraumes. I, *3*, 653—668.

Norwegen

Röhlk, Otto: Das Kontor in Bergen. V, *2*, 205—215.

Oberdonau, Reichsgau

(ſiehe auch Norddonauraum)

Klaar, Adalbert: Die Siedlungsformen des oberöſterreichiſchen Mühlviertels und des böhmiſchen Grenzgebietes. I, *1*, 131—138.

Stanglica, Franz: Die Anſiedlung von Oberöſterreichern in Deutſch-Mokra im 18. Jahrhundert. I, 4, 840—855.

Zatſchek, Heinz: Die Witigonen und die Beſiedlung Südböhmens. I, *1*, 110—130.

Oberrheinlande

Büttner, Heinz: Vogeſen und Schwarzwald. Ein Vergleich ihrer hiſtoriſchen Entwicklung im Früh- und Hochmittelalter. III, *3/4*, 677—685.

Mayer, Theodor: Oberrheiniſches Schrifttum. I, *1*, 205—215.

Schürenberg, Liſa: Die Saliſche Baukunſt am Oberrhein. IV, *2*, 185—199.

Oberſchleſien

(ſiehe auch Schleſien)

Bellée, Hans, und Bellée-Vogt, Lena: Oberſchleſiſche Bibliographie 1918—1939 (Auswahl). IV, *1*, 141—184.

Hahn, Wichard: Die Arbeitsloſigkeit der deutſchen Volksgruppe in Oſt-Oberſchleſien. II, *3*, 555—574.

Perlick, Alfons: Die ſtändiſchen Auseinanderſetzungen im oberſchleſiſchen Induſtriegebiete. Einige Grundgedanken zu einer Volkskunde dieſes Raumes. IV, *2*, 273—282.

Weinelt, Herbert: Sprache und Siedlung der oberſchleſiſchen Sprachinſel Koſtenthal. II, *2*, 386—403.

Öſterreich

Brunner, Otto: Öſterreichs Weg zum Großdeutſchen Reich. II, *2*, 519—528.

Hirſch, Hans: Öſterreichs Werden im Deutſchen Reich. II, *3*, 640—653.

Oſteuropa

(ſiehe auch Rußlanddeutſchtum)

Seraphim, Peter-Heinz: Von Weſen und Wert der Statiſtik in Oſteuropa. III, *1*, 194—207.

Oſtpreußen

(ſiehe auch Preußen und Danzig-Weſtpreußen)

Hein, Max: Das neuere Schrifttum zur Siedlungsgeſchichte Oſt- und Weſtpreußens. III, *3/4*, 707—715.

Walter, Eginhard: Die Struktur der Landwirtſchaft diesſeits und jenſeits der Memel. II, *3*, 543—554.

Oſtſeeraum

Rörig, Fritz: Die Geſtaltung des Oſtſeeraumes durch das deutſche Bürgertum. Anhang: Iſt Riga 1201 gegründet worden? II, *4*, 765—783.

Pfalz

Raum, Otto F.: Die Hintergründe der Pfälzer Auswanderung im Jahre 1709. Mit Ergänzungen von J. Kündiger. III, *3/4*, 551—567.

Pommern

Oſt, Horſt Gotthard: Die Beſiedlung der nördlichen Grenzmark und des ſüdöſtlichen Hinterpommerns im 16. Jahrhundert. I, *1*, 180—193.

Roß, Friedrich: Die Grenzmark Poſen-Weſtpreußen. Bevölkerung und Wirtſchaft nach der territorialen Umgeſtaltung. III, *2*, 381—418.

Preußen

(ſiehe auch Danzig-Weſtpreußen und Oſtpreußen)

Keyſer, Erich: Die Landeskarten des Preußenlandes. Eine Beſtandsaufnahme. II, *2*, 496 bis 518.

Gruber, Karl: Der niederländiſche Einfluß in die Baukunſt des Deutſchordenslandes Preußen. I, *3*, 715—719.

Protektorat Böhmen und Mähren

Birk, Alfred: Urwege über die Iglauer Senke. Ein Beiſpiel für die Zuſammenarbeit des Ingenieurs und des Archäologen. IV, *3/4*, 570 bis 583.

Krcal, Hans: Bibliographie der Iglauer Volksinſel 1918—1940 (Auswahl). IV, *2*, 359—376.

Schwarz, Ernſt: Ergebniſſe und Aufgaben deutſcher Volksforſchung in Mähren. IV, *1*, 93 bis 109.

Swientek, Horſt Oskar: Das Archivweſen in Böhmen und Mähren nach der ſtaatlichen Neuordnung 1938/39. V, *2*, 358—367.

Weinelt, Herbert: Untergegangenes Deutſchtum in Mähren. V, *2*, 315—337.

Rumänien

(ſiehe auch Banat, Beſſarabien, Buchenland, Siebenbürgen)

Isbert, Otto Albrecht: Rumänien = Teil VI: Volks- und Sprachenkarte Mitteleuropas. II, *4*, 1003—1006.

Klocke, Helmut: Landvolk und Dorf in madjariſcher und rumäniſcher Sicht. I, *4*, 990—1023.

Krallert, Wilfried: Geſchichte und Methode der Bevölkerungszählungen im Südoſten. I: Rumänien. Mit beſonderer Rückſichtnahme auf die Zählung des Jahres 1930 und ihre Veröffentlichung. III, *3/4*, 489—508.

Manuila, Sabin: Das Judenproblem in Rumänien zahlenmäßig geſehen. V, *3/4*, 603—613.

Stanglica, Franz: Steierdorf im Banat. III, *1*, 103—124.

Zur Judenfrage in Rumänien und Ungarn (H. Schuſter, Die Judenfrage in Rumänien, Leipzig 1939 — K. Schickert, Die Judenfrage in Ungarn. Jüdiſche Aſſimilation und antiſemitiſche Bewegung im 19. und 20. Jh. Eſſen, 1937), beſprochen von H. Bobek. IV, *1*, 137—140.

Grundzüge der baltendeutſchen Volksgeſchichte (R. Wittram, Geſchichte der baltiſchen Deutſchen — Grundzüge und Durchblicke, Stuttgart 1939), beſprochen von K. Baron Maydell. IV, *2*, 341—352.

Rußlanddeutſchtum

Grimm, Hans: Rußlanddeutſche und Donaudeutſche als Volksgruppen unterſchiedlicher Fruchtbarkeit. IV, *1*, 61—76.

Kuhn, Walter: Die deutſchen Siedlungsräume im Südoſten. **I**, *4*, 808—827.

Regehr, Nicolai: Religions- oder Bauerngemeinſchaft der frieſiſchen Koloniſten in Rußland? **III**, *1*, 155—166.

Sommer, Erich Franz: Die Anfänge der Moskauer Deutſchen Sloboda. **V**, *3/4*, 421—444.

Woltner, Margarete: Die rußlanddeutſche Forſchung 1934—1937. **II**, *2*, 471—495.

Sammlung Georg Leibbrandt. Eine Keimzelle der rußlanddeutſchen Forſchung (Bd 1: Großliebental von Chr. Kugler. Bearbeitet von J. Stach, Leipzig 1939), beſprochen von M. Woltner, **IV**, *1*, 136—137.

Saarland

Herrmann, Walther: Das Montan-Induſtriegebiet an Moſel und Saar. Eine Unterſuchung der induſtriellen Zuſammenhänge. **V**, *2*, 278 bis 314.

Sachſen

Helbig, Herbert: Verzeichnis der ſeit 1920 erſchienenen Literatur über das Erzgebirge, ſächſiſchen und böhmiſchen Anteils (Auswahl). **I**, *4*, 1024—1060.

Schleſien

(ſiehe auch Oberſchleſien)

Feldmann, Fritz: Mittelalterliche Muſik und Muſikpflege in Schleſien. **I**, *2*, 431—436.

Rogmann, Heinz: Grundlinien der Bevölkerungsentwicklung Schleſiens. I: Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. **III**, *2*, 419—452.

Tintelnot, Hans: Die Stellung der ſchleſiſchen Baukunſt in der oſtdeutſchen Architektur des Mittelalters. **V**, *3/4*, 591—602.

Raſſe, Volk, Erbaut in Schleſien. Arbeiten des Anthropologiſchen Inſtitutes der Univerſität Breslau (Raſſe, Volk, Erbgut in Schleſien. Eine Heftreihe des Anthropologiſchen Inſtitutes der Univerſität Breslau in Verbindung mit führenden Perſönlichkeiten Schleſiens, Heft 1—14), beſprochen von Fr. Keiter. **V**, *3/4*, 649—650.

Schleswig-Holſtein

Langfeldt, Peter: Das Schrifttum über Schleswig-Holſtein 1919—1939. Auswahl. **III**, *3/4*, 716—747.

Andreſen, Ludwig: Die Entwicklung des deutſchen Volkstums in Schleswig in der Zeit von 1544—1721. **I**, *1*, 71—94.

Wenzel, Hermann: Die Hausformen Schleswig-Holſteins in ihrer landſchaftlichen Gliederung. **III**, *1*, 146—154.

Konfeſſion und Geburtlichkeit (Otto Hubele, Familienbiologiſche Unterſuchungen in der Nordmark, Leipzig 1939), beſprochen von Dietrich Wichmann. **V**, *1*, 178—180.

Schwäbiſche Türkei

Horak, Karl: Der Volkstanz in der Schwäbiſchen Türkei. **II**, 4, 836—858.

Lendl, Egon: Die Tochterſiedlungsbewegung in der Schwäbiſchen Türkei. Ein Beitrag zur Wanderungsforſchung in den ſüdoſtdeutſchen Volksinſeln. **I**, *4*, 828—839.

Weidlein, Johann: Über die deutſchen Koloniſten der erſten Auswanderungsperiode (1722 bis 1726) in Ungarn. **I**, *2*, 487—492.

— Mundartliche Ortsnamen in der Schwäbiſchen Türkei. **III**, *2*, 350—358.

Schweiz

Ammann, Hektor: 70 Jahre Sprachenzählung in der Schweiz. **I**, *1*, 139—146.

Burkardt, Albrecht: Ein volksbiologiſcher Querſchnitt durch die Schweiz nach dem Kriege. **II**, *1*, 171—202.

Fernis, Hans-Georg: Die politiſche Volksdichtung der deutſchen Schweizer als Quelle für ihr völkiſches und ſtaatliches Bewußtſein vom 14. bis 16. Jahrhundert. **II**, *3*, 600—639.

Zur Frage der Herkunft Hartmanns von Aue (Max Nußberger, Ein ſchweizeriſcher Klaſſiker des Mittelalters, 1939), beſprochen von H. G. Fernis. **IV**, *1*, 130—133.

Siebenbürgen

(ſiehe auch Rumänien und Ungarn)

Cſallner, Alfred: Die volksbiologiſche Forſchung unter den Siebenbürger Sachſen und ihre Auswirkung auf das Leben dieſer Volksgruppe. **II**, *3*, 688—736; **III**, *1*, 167—193; *3/4* 632—668.

Kallbrunner, Joſef: Deutſche Wanderungen nach Siebenbürgen in neuerer Zeit. **II**, *3*, 668 bis 687.

Spek, Rudolf: Das Erbe Brukenthals. **III**, *2*, 293—305.

Die Siebenbürger Sachſen in der Planung deutſcher Südoſtpolitik (R. Gooß, Bd. I: Von der Einwanderung bis zum Ende des Thronſtreites zwiſchen König Ferdinand I. und König Johann Zápolya [1538]. Wien 1940), beſprochen von O. Brunner. **IV**, *3/4*, 659—661.

Slawonien

Haller, Hermann: Zur Entwicklung der deutſchen Stadt Ruma im Rahmen des Syrmiendeutſchtums. **IV**, *2*, 283—314.

Lendl, Egon: Das Deutſchtum in Slawonien und Syrmien und ſeine wiſſenſchaftliche Erforſchung. **V**, *1*, 143—154.

Schmidt, Heinrich: Typiſche Entſtehungsformen donaudeutſcher Siedlungen. **III**, *1*, 125—145.

Slowakei

(ſiehe auch Sudetenländer)

Brauner, Heinz: Die Volkwerdung der Slowaken. **V**, *1*, 96—112.

Kupffer, Barbara: Das neuere deutſche Schrifttum über den deutſchen Bauernſtand in der Slowakei = Das Schrifttum über Agrarverfaſſung und Agrarpolitik der deutſchen Volksgruppen in Nordoſt- und Südoſteuropa III. **IV**, *3/4*, 612—619.

Meisner, A.: Die Deutſchen in der Tſchechoſlowakei. **II**, *2*, 293—309.

Schürer, Oskar: Mittelalterlicher Kirchenbau in der Zips (Slowakei). **I**, *3*, 603—623.

Wolters, Erich: Tſchechen und Slowaken. II, *1*, 203—211.

Die Geſchichte der Slowakei und der deutſche Anteil an ihr. František Hrušovský, Slovenské Dějiny (Slowakiſche Geſchichte). Herausgeber Matica Slovenská in Turč Sv. Martin, 2. Aufl. 1939, 4. Aufl. 1940) beſprochen von H. Brauner. IV, *3/4*, 655—659.

Der Volksboden im madjariſch-ſlowakiſchen Grenzgebiet (Branislav Varſik, Die ſlowakiſch-magyariſche ethniſche Grenze in den letzten Jahrhunderten, Preßburg 1940), beſprochen von H. Brauner. V, *1*, 174—178.

Steiermark, Reichsgau

(ſiehe auch Burgenland)

Knapp, Werner: Der Burgentypus in der Steiermark. Weg und Ziel neuzeitlicher Burgenforſchung. I, *4*, 867—879.

Matl, Joſef: Steiriſch-ſüdſlawiſche Beziehungen im frühen ſteiriſchen Buchweſen. IV, *3/4*, 425 bis 437.

Schmidt, Max: Neuere Arbeiten über Unterſteiermark. I, *2*, 493—501.

— und Neumann, Walter: Eine Karte der ſteiriſchen Sprachgrenze. I, *3*, 720—733.

Sudetenland, Reichsgau

(ſiehe auch Protektorat Böhmen und Mähren, Sudetenländer)

Aubin, Guſtav: Aus der Entſtehungsgeſchichte der nordböhmiſchen Textilinduſtrie. I, *2*, 353 bis 377.

Helbig, Herbert: Verzeichnis der ſeit 1920 erſchienenen Literatur über das Erzgebirge, ſächſiſchen und böhmiſchen Anteils (Auswahl). I, *4*, 1024—1060.

Klante, Margarete: Das Glas des Iſergebirges. Eine ſiedlungs- und wirtſchaftsgeſchichtliche Studie. II, *3*, 575—599.

Schreiber, Rudolf: Zur Methode der Volksgeſchichte im Grenzland. Erfahrungen aus dem böhmiſchen Raum. III, *2*, 359—380.

Weinelt, Herbert: Das Werden der oſtmitteldeutſchen Kulturlandſchaft Freudenthal. III, *3/4*, 598—631.

Sudetenländer

(ſiehe auch Protektorat Böhmen und Mähren, Sudetenland [Reichsgau])

Doubek, F. A., Haſſinger, H., Isbert, O. A., Klante, M. und Ulbricht, H.: Sudeten- und Karpatenländer. Die Tſchechoſlowakei in ihren Grenzen von 1918 = Volks- und Sprachenkarte Mitteleuropas. II, *4*, 963—983.

Jungbauer, Guſtav: Die volkskundliche Forſchung in der Tſchechoſlowakei. II, *2*, 434—451.

Lehmann, Emil: Volkskunde und Volksgrenze. Unter beſonderer Berückſichtigung der deutſch-tſchechiſchen Grenzverhältniſſe. I, *3*, 538—561.

Klante, Margarete, unter Mitwirkung von J. Jüttner, A. Muſil, A. Watznauer, F. Wernicke: Bergbau und Metallwirtſchaft im Sudetenraum. III, *1*, 78—101.

Maydell, Kurt v.: Forſchungen zur Siedlungsgeſchichte und zu den Siedlungsformen der Sudetenländer. II, *1*, 212—239.

Meisner, Andreas: Die Deutſchen in der Tſchechoſlowakei. II, *2*, 293—309.

Schier, Bruno: Von Stand und Aufgaben der ſudetendeutſchen Volkskunde. V, *2*, 368—371.

[illegible], Guſtav: Die deutſche Namenforſchung in den Sudetenländern. IV, *3/4*, 584—593.

Schwarz, Ernſt: Fortſchritte und Aufgaben der ſprachwiſſenſchaftlichen Volksforſchung in den Sudetenländern. I, *1*, 216—223.

Weizſäcker, Wilhelm: Eindringen und Verbreitung der deutſchen Stadtrechte in Böhmen und Mähren. I, *1*, 95—109.

Wolters, Erich: Zur Bevölkerungsbewegung der einzelnen Völker und Volksgruppen in der Tſchechoſlowakei. I, *2*, 332—343.

— Tſchechen und Slowaken. II, *1*, 203—211.

Syrmien

(ſiehe Slawonien)

Tirol-Vorarlberg, Reichsgau

Knapp, Werner: Burgen um Innsbruck. Ausſchnitt aus dem Werden der Innsbrucker Kulturlandſchaft. IV, *1*, 110—129.

Die Ötztaler. Anthropologie und Anatomie einer Tiroler Talſchaft (Guſtav Sauſer, Die Ötztaler, Innsbruck 1938), beſprochen von Fr. Keiter. V, *2*, 395—396.

Überſeedeutſchtum

Auſtralien

Pfeffer, Karl-Heinz: Zur Erforſchung des Auſtraliendeutſchtums. IV, *3/4*, 602—611.

Hawai

Kolb, Albert: Die germaniſche Bevölkerung der Hawaiiſchen Inſeln mit beſonderer Berückſichtigung des Deutſchtums. V, *1*, 72—79.

Nordamerika

Der Charakter der Entdeckung und Eroberung Amerikas durch die Europäer (G. Friederici, Entdeckung und Eroberung Amerikas durch die Europäer, Stuttgart 1925 bis 1936), beſprochen von K. H. Pfeffer. IV, *2*, 355—358.

Kanada

Lehmann, Heinz: Zur Karte des Deutſchtums in den kanadiſchen Prärieprovinzen. II, *4*, 859 bis 866.

Pfeffer, Karl-Heinz: Zur Erforſchung des kanadiſchen Deutſchtums. III, *3/4*, 686—696.

Vereinigte Staaten

Arndt, Karl J. R.: Die Anfänge einer deutſchen Anſiedlung an den Quellen des Suſquehanna. V, *1*, 58—71.

Binder-Johnſon, Hildegard: Der deutſche Amerika-Auswanderer des 18. Jahrhunderts im zeitgenöſſiſchen Urteil. IV, *2*, 211—234.

Kloß, Heinz: Über die mittelbare kartographiſche Erfaſſung der jüngeren deutſchen Volksinſeln in den Vereinigten Staaten. **III**, *2*, 453—474.

Meynen, Emil: Das pennſylvaniendeutſche Bauernland. **III**, *2*, 253—292.

Shryock, Richard H.: Engliſche und deutſche Betriebsformen der Landwirtſchaft. Eine Gegenüberſtellung für die Kolonialzeit. Übertragung aus dem Engliſchen von J. Kündiger. **IV**, *3/4*, 438—449.

Unterſuchungen zur Methode und Technik der [illegible] amerikaniſchen Wanderungsforſchung (F. S[illegible] Bonn 1939), beſprochen von H. Kloß. IV, *1*, 135—136.

Die Geſchichte einer amerikadeutſchen Gemeinſchaft (F. D. Dove, Cultural Changes in the Church of the Brethren. Elgin Ill. 1932), beſprochen von Heinz Pfeffer-Berlin. V, *1*, 183—186.

Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten (Heinz Kloß, Das Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika. Bd. 1; Die Erſtſiedlergruppen), beſprochen von K. Braunias. V, *3/4*, 647—640.

Südamerika

Schmieder, Oskar: Die grundſätzliche Bedeutung der deutſchen Koloniſtenarbeit für die kulturelle Entwicklung Südamerikas. **IV**, *1*, 21—28.

Braſilien

Oberacker, Karl-Heinrich: Karl von Koſeritz und der Kampf des braſilianiſchen Deutſchtums um ſeinen ſtaats- und volkspolitiſchen Standort im Kaiſerreich Braſilien. **II**, *1*, 87—127.

Sudhaus, Fritz: Deutſchland und die Auswanderung nach Braſilien im 19. Jahrhundert. **IV**, *3/4*, 594—601.

Kuder, Manfred: Neuere deutſche Arbeiten über das Deutſchtum in Braſilien. **I**, *3*, 762—768.

Ungarn

(ſiehe auch Donaudeutſchtum, Schwäbiſche Türkei und Siebenbürgen)

Isbert, Otto Albrecht: Ungarn = Teil IV: Volks- und Sprachenkarte Mitteleuropas. **II**, *4*, 983—994.

Baſch, Franz: Deutſche Volksforſchung in Ungarn. **IV**, *3/4*, 377—383.

Burkardt, Albrecht: Zur Volksbiologie des ungarländiſchen Deutſchtums in der Nachkriegszeit. **I**, *3*, 624—652.

Karaſek-Langer, Alfred: Die deutſche Volkskundeforſchung im heutigen Ungarn. **I**, *2*, 287—308; *4*, 959—989.

Klocke, Helmut: Landvolk und Dorf in madjariſcher und rumäniſcher Sicht. **I**, *4*, 990—1023.

Lendl, Hubert: Das geſellſchaftliche Gefüge des Landvolkes im deutſch-madjariſchen Grenzraum öſtlich des Neuſiedler Sees. **II**, *4*, 800—835.

Stanglica, Franz: Die Anſiedlung von Oberöſterreichern in Deutſch-Mokra im 18. Jahrhundert. **I**, *4*, 840—855.

Thomé, Marie-Luiſe: Madjariſierungsanſätze in der proteſtantiſchen deutſchen Gemeinde Kriegsdorf im Komitat Szilagy. **IV**, *2*, 474—479.

Der Volksboden im madjariſch-ſlowakiſchen Grenzgebiet (Branislav Varſik, Die ſlowakiſch-magyariſche ethniſche Grenze in den letzten Jahrhunderten, Preßburg 1940), beſprochen von H. Brauner. V, *1*, 174—178.

Wartheland, Reichsgau

(ſiehe auch Generalgouvernement)

Kloſtermann, R. A.: Deutſche Vereine und Verbände im ehemaligen Polen. **V**, *2*, 375 bis 392; *3/4*, 614—638.

Koßmann, Eugen Oskar: Forſchungen zur Geſchichte der deutſchen Tuchmacherei in Mittelpolen. **I**, *2*, 378—401.

Die deutſchrechtliche Siedlung in Polen (E. O. Koßmann, Die deutſchrechtliche Siedlung in Polen. Dargeſtellt am Lodzer Raum, Leipzig 1937), beſprochen von Walther Maas, z. Z. im Felde. V, *2*, 398—401.

Deutſche Tuchmacherwanderung nach dem Oſten (A. Breyer, Deutſche Tuchmacherwanderung in den oſtmitteleuropäiſchen Raum von 1550—1830. Leipzig 1941), beſprochen von E. O. Koßmann-Berlin. V, *2*, 396—398.

Wien

Haſſinger, Hugo: Wiens deutſche Sendung im Donauraum. **V**, *2*, 338—357.

Hecke, Wilhelm: Die Bevölkerungszuwanderung in die Großſtädte Wien und Berlin. **V**, *1*, 80—87.

Zips

(ſiehe Slowakei)

Bibliographien

Zuſammenſtellung von Bibliographien der Jahre 1927—1936, zuſammengeſtellt von der Schriftleitung unter Mitwirkung von H. Amman-Aarau, W. Conze-Berlin, H. Coſack-Berlin, C. Hallier-Frankfurt a. M., H. Haſſinger-Wien, A. Karaſek-Wien, M. Klante-Berlin, H. Klocke-Berlin, O. Koßmann-Berlin, E. Lendl-Wien, J. Nießen-Bonn, K. Oberdorffer-Brüx, R. Oehme-Freiburg i. Br., V. Pauls-Kiel, L. Petry-Breslau, J. Reſt-Freiburg i. Br., W. Wutte-Klagenfurt. **I**, *1*, 224—256.

Bellée, Hans, und Bellée-Vogt, Lena: Oberſchleſiſche Bibliographie 1918—1939 (Auswahl). **IV**, *1*, 141—184.

Dopkewitſch, Helene: Die Preſſe im lettländiſchen Gebiet 1918/19 — Verzeichnis der Zeitungen November 1918 bis November 1919. **II**, *3*, 754—764.

Hallier, Chriſtian: Lothringiſche Bibliographie (Auswahl ſeit 1918). **V**, *1*, 187—198.

Helbig, Herbert: Verzeichnis der ſeit 1920 erſchienenen Literatur über das Erzgebirge, ſächſiſchen und böhmiſchen Anteils (Auswahl). **I**, *4*, 1024—1060.

Krcal, Hans: Bibliographie der Iglauer Volksinſel 1918—1940 (Auswahl). **IV**, *2*, 359 bis 376.

Keyſer, Erich: Die Landeskarten des Preußenlandes. Eine Beſtandsaufnahme. **II**, *2*, 496 bis 518.

Langfeldt, Peter: Das Schrifttum über Schleswig-Holſtein 1919—1939 (Auswahl). **III**, *3/4*, 716—747.

Meynen, Emil: Volks- und Sprachenkarten Mitteleuropas.
Teil I: Polen. Bearbeitet von F. A. Doubek. **II**, *1*, 240—257.
Teil II: Litauen. Bearbeitet von W. Eſſen und F. A. Doubek. 258—262.
Teil III: Sudeten- und Karpatenländer. Die Tſchechoſlowakei in ihren Grenzen von 1918. Bearbeitet von F. A. Doubek, H. Haſſinger, O. A. Isbert, M. Klante und H. Ulbricht. **II**, *4*, 963—983.
  1. Von deutſcher Seite herausgegebene Karten (Auswahl). 963—976.
  2. Von nichtdeutſcher Seite herausgegebene Karten. 974—983.
Teil IV: Ungarn. Bearbeitet von O. A. Isbert. 983—994.
Teil V: Jugoſlawien. Bearbeitet von O. A. Isbert. 994—1003.
Teil VI: Rumänien. Bearbeitet von O. A. Isbert. 1003—1006.
Teil VII: Bulgarien. Bearbeitet von O. A. Isbert und H. P. Koſack. 1007—1009.
Teil VIII: Makedonien (Griechenland). Bearbeitet von O. A. Isbert und H. P. Koſack. 1010—1011.

Oehme, Ruthardt: Schrifttum über die Freigrafſchaft Burgund (in Auswahl). **V**, *3/4*, 562—658.

Prinzhorn, Fritz: Auswahl-Literatur der Jahre 1931—1937 über Danzig und die abgetrennten reichsdeutſchen Gebiete in Polen. **I**, *3*, 769—792.

— und Hellmann, Manfred: Schrifttum über Litauen (1928—1938) (Auswahl). **III**, *1*, 217 bis 252.

Prokopowitſch, Erich: Schrifttumsverzeichnis über das Buchenland. **IV**, *3/4*, 664—695.

Schliebe, Georg: Schrifttumsſchau zur Pſychologie der Zweiſprachigkeit. Schrifttumsüberſicht. **III**, *2*, 484—488.

Wutte, Martin: Verzeichnis der 1921—1936 erſchienenen Literatur über Kärnten (Auswahl). **I**, *2*, 502—524.

Karten

Mitteleuropa, größere Gebiete

Die Zunahme und Abnahme der Bevölkerung 1870—1930. Bearbeitet von N. Krebs, R. Stepp und H. Waldbaur 1 : 3000000 = Atlas des deutſchen Lebensraumes in Mitteleuropa. Nr. 29. **I**, *4*, Faltkarte XIV.

Die deutſchen Siedlungsräume im Südoſten. Entworfen von W. Kuhn. **I**, *4*, Faltkarte XV.

Die Mundarten des Norddonauraumes. 8 Schwarz-Weiß-Karten entworfen von A. Pfalz. **I**, *3*, 655, 657, 658, 663, 664, 665, 666, 667.

Verbreitungsſkizze der Sage vom Schrätel und Waſſerbären. **II**, *1*, 5.

Verbreitungskarte der Burgundernamen nach M. Vasmer. **II**, *1*, 6.

Vorſtoß nordgermaniſcher, oſtgermaniſcher und ſlawiſcher Hausmerkmale bis ung. 1000 n. Chr. Entworfen von Br. Schier. **II**, *1*, 7.

Der Bienenſtand in Mitteleuropa. Nach L. Armbruſter gez. von H. Braun. **II**, *1*, 9.

Die plattdeutſchen Bezeichnungen für die Wohnſtube des Bauernhauſes. **II**, *1*, 10.

Oſtbewegung von Hausmerkmalen. Entworfen von Br. Schier. **II**, *1*, 21.

Die Weichſel als Achſe der Ausbreitung oſtgermaniſchen Gebietes um 500 v. Zw. (nach La Baume). **II**, *1*, 61.

Die Lageabhängigkeit oſtgermaniſcher Stammesgebiete vom Weichſellauf um 100 n. Zw. (nach Antoniewicz). **II**, *1*, 63.

Gebietsbereinigungen der reichsdeutſchen Regierungsbezirks- und polniſchen Wojewodſchaftseinteilung. Stand Sommer 1939. **III**, *2*, 385.

Der niederrheiniſch-maasländiſche Kunſtraum. Verbreitungskarte der Bauten vom 9.—13. Jahrhundert. Entworfen von H. E. Kubach. **II**, *2*, 331.

Turmdachformen als „Leitmotive" von Kunſträumen. Verbreitungskarte der Türme mit Rautendach und mit Satteldach im mittleren Rheingebiet. Entworfen von H. E. Kubach. **II**, *2*, 333.

Verbreitung des viergeſchoſſigen Wandaufbaus. Entworfen von H. E. Kubach. **II**, *2*, 341.

Verbreitung der Weſtwerke. Entworfen von H. E. Kubach. **II**, *2*, 342.

Verbreitung der baſilikalen Langhaus- und Choremporen. Mit Benutzung der Karte von P. O. Rave. Entworfen von H. E. Kubach. **II**, *2*, 343.

Verbreitung der monumentalen Kleeblattanlagen. Entworfen von H. E. Kubach. **II**, *2*, 345.

Vordringen des Schelderaumes nach Oſten im 13. Jahrhundert. Entworfen von H. E. Kubach. **II**, *2*, 349.

Salzorte und Salzſtraßen zwiſchen den Alpen und Böhmen. Entworfen von E. Kriechbaum. **II**, *2*, 425.

Der Eifel-Ardennen-Raum und ſeine Randlandſchaften. Entworfen von Th. Kraus. **IV**, *1*, 80.

Die gegenwärtige Verbreitung des Waldes in den Ardennen und ihren Randlandſchaften. (Nach der Überſichtskarte von Mitteleuropa 1 : 300000). Entworfen von Th. Kraus. **IV**, *1*, 81.

Die Einwanderung nach Seligenſtadt 1640—1668. Entworfen von G. Franz. **IV**, *2*, 201.

Die Herkunft der öſterreichiſchen Exulanten in Franken. Nach Gröſchel. Nach Gröſchel, Weißenburger Exulantenbuch. Entworfen von G. Franz. **IV**, *2*, 208.

Burgen und andere Siedlungen auf der Baar. Entworfen von E. Storm. **V**, *1*, 130.

Mundartengrenzen am Oberrhein. Entworfen von Eduard Haug. **V**, *1*, 5.

Die merowingiſche Mark Marlenheim mit ihren Ausbauſiedlungen, ein Beiſpiel für den Gang der Beſiedlung im fränkiſchen Bereich ohne Anſchluß an Burgen. Entworfen von E. Storm. **V**, *1*, 122.

Die hausgeſchichtlichen Zuſammenhänge vor den mittelalterlichen Neuerungen in den Niederlanden und im nordweſtlichen Reichsgebiet. Entworfen von J. Schepers. **V**, *1*, 13.

Die hausgeſchichtlichen Zuſammenhänge nach den mittelalterlichen und neuzeitlichen Neuerungen in den Niederlanden und im nordweſtlichen Reichsgebiet. Entworfen von J. Schepers. **V**, *1*, 13.

Baltiſche Lande

Die Verbreitung der Deutſchen in Eſtland und Lettland auf Grund der amtlichen Volkszählungen von 1934 (Eſtland) und 1935 (Lettland) bearbeitet von K. v. Maydell und G. Bornkam 1 : 1000000. **V**, *2*, Faltkarte III.

Die Herkunft der Rigaer Handwerker (Bürger) 1700—1797. Entworfen von G. Maſing. **III**, *2*, 345.

Banat

Herkunft der Siedler von Neubeſchenova, Rum. Banat. Nach F. Wettel entworfen von H. Schmidt. **III**, *1*, 139.

Herkunft der Siedler von Rekaſch (madj. Rékás, rum. Recaş), Rum. Banat. Nach J. Stitzl entworfen von H. Schmidt. **III**, *1*, 143.

Entſtehung des Nachwuchsdorfes Rudolfsgnad, Jugoſlaw. Banat. Nach E. Schummer entworfen von H. Schmidt. **III**, *1*, 144.

Echte Planſiedlungen aus der Schwäbiſchen Heide im Nordbanat (Ausſchnitt aus der Karte 1 : 75000). **III**, *3/4*, Bildtafel 17, Abb. 1.

Durch Umſetzung alter Haufendörfer entſtandene Planſiedlungsanlagen im mittleren Banat. (Ausſchnitt aus der Karte 1 : 75000.) **III**, *3/4*, Bildtafel 17, Abb. 2.

Das Mehrſtraßendorf Perjamoſch an der Maroſch (rum. Banat). (Ausſchnitt aus der Karte 1 : 75000.) **III**, *3/4*, Bildtafel 17, Abb. 3.

Das Wirrhaufendorf Magyar Szákos im [rum.] Banat. (Ausſchnitt aus der Karte 1 : 75000.) **III**, *3/4*, Bildtafel 17, Abb. 4.

Bayern

Paſſau und ſeine Mauten. Nach M. Heuwieſer. **II**, *2*, 427.

Belgien

Die Geburten in Belgien 1935. Entworfen von A. Burkardt. **I**, *2*, 353, Faltkarte VIII.

Geburtenüberſchuß in Belgien 1935. Entworfen von A. Burkardt. **I**, *2*, 353, Faltkarte IX.

Der niederrheiniſch-maasländiſche Kunſtraum. Verbreitungskarte der Bauten vom 9.—13. Jahrhundert. Entworfen von H. E. Kubach. **II**, *2*, 331.

Die geographiſche Lage und landſchaftliche Gliederung des Arler Gebietes. Entworfen von J. Schmithüſen. **III**, *1*, 2.

Verbreitung deutſcher Familiennamen in dem romaniſchen Teil der belgiſchen Provinz Luxemburg (n. Annuaire du commerce ... de Belgique 1914). Entworfen von M. Zender. **III**, *1*, 9.

Das deutſche Gebiet von Arel in der Sprachenzählung von 1930. Entworfen von M. Zender. **III**, *1*, 25.

Das deutſche Gebiet von Arel in der Sprachenzählung von 1930. Entworfen von M. Zender. **III**, *1*, 29.

Das volksdeutſche Gebiet um Arel. Nach eigenen Beobachtungen entworfen von M. Zender. **III**, *1*, 31.

Der Eifel-Ardennen-Raum und ſeine Randlandſchaften. Entworfen von Th. Kraus. **IV**, *1*, 80.

Die gegenwärtige Verbreitung des Waldes in den Ardennen und ihren Randlandſchaften. (Nach der Überſichtskarte von Mitteleuropa 1 : 300000) Entworfen von Th. Kraus. **IV**, *1*, 81.

Elſaß

Mundartengrenzen am Oberrhein. Entworfen von Eduard Haug. **V**, *1*, 5.

Burgſiedlungen im Bereich der vorgeſchichtlichen Wallburg St. Ottilien im Unterelſaß. Entworfen von E. Storm. **V**, *1*, 123.

Die drei Exen-Egisheimer Schlöſſer im Bereich anderer Höhenburgen im Oberelſaß. Entworfen von E. Storm. **V**, *1*, 126.

Die Sperre Kayſersberg. Entworfen von E. Storm. **V**, *1*, 132.

Die Burg Lichtenberg im Unterelſaß über der gleichnamigen Siedlung als „Burgflecken“. Entworfen von E. Storm. **V**, *1*, 138.

Frankreich

Das Einzugsgebiet der Meſſen der Champagne im 13. und 14. Jahrhundert. Entworfen von H. Ammann. **III**, *2*, 311.

Zuwanderung nach Provins um 1300. Entworfen von H. Ammann. **III**, *2*, 327.

Das Einzugsgebiet der Meſſen von Chalon a. d. Saône im 13. und 14. Jahrhundert. Entworfen von H. Ammann. **V**, *3/4*, 583.

Generalgouvernement und ehemaliges Polen

Die Auflöſung des alten polniſchen Staates. **II**, *2*, 366.

Großherzogtum Warſchau im Jahre 1812. **II**, *2*, 370.

Verbreitung des Tuchgewerbes in Mittelpolen (1815). Entworfen von E. O. Koßmann. **I**, *2*, 382.

Heſſen

Herkunft und Mundart der heſſiſchen Siedlung Kiſtormás (Kleintormaſch), Tolnau. Nach A. Varga entworfen von H. Schmidt. **III**, *1*, 136.

Sprachlich erſchloſſene Auswanderungsheimat der Fuldaiſch-Mainfränkiſchen Siedlung Nagynyárád (Groß-Nyarad). Entworfen von H. Schmidt. **III**, *1*, 137.

Italien

Karte der Bergbaue um Trient. **I**, *2*, 450.

Die Durchdringung Südtirols mit anſäſſigen italieniſchen Elementen (nach dem Original von P. Origo). **I**, *3*, 744.

Burg- und Stadtſiedlungen mit deutſchen Namen neben bäuerlichen Siedlungen mit vorrömiſchen Namen im Becken von Sterzing an der Brennerſtraße. Entworfen von E. Storm. **V**, *1*, 134.

Kärnten, Reichsgau

Die Verteilung der deutſchen Hof- und Familiennamen im Bereiche der Steiner Alpen und ihrer ſüdlichen Randgebiete in der erſten Hälfte des 15. Jahrhunderts (1426—1458). Entworfen von G. Glauert. **I**, *2*, Faltkarte X.

Die Verteilung der deutſchen Hof- und Familiennamen in den Oſtkarawanken, Steiner Alpen und ihren Randgebieten um die Mitte des 16. Jahrhunderts (1535—1573). Entworfen von G. Glauert. **I**, *2*, Faltkarte XI.

Die Veränderung der Bevölkerungsdichte (Karte 1) und die Veränderung der Hausdichte (Karte 2) in den Ortsgemeinden Kärntens im Zeitraum 1900—1934. Entworfen von H. Paſchinger. **II**, *3*, Faltkarte VII.

Krain

(ſiehe auch Kärnten)

Die deutſche Grenze Krains im 11. Jahrhundert (Krain und die Mark) mit dem urſprünglichen Siedlungsgebiet (nach Kos). Entworfen von Herbert Otterſtädt. **V**, *1*, 42.

Deutſche Siedlungen Krains im 10. und 11. Jahrhundert (nach v. Krones und Dimitz). Entworfen von Herbert Otterſtädt. **V**, *1*, 42.

Deutſche Beſiedlung und Zuwanderung im 12. und 13. Jahrhundert (nach v. Krones, Dimitz, Zahn und Grothe). Entworfen von Herbert Otterſtädt. **V**, *1*, 43.

Deutſche Beſiedlung und Zuwanderung im 14. und 15. Jahrhundert (nach v. Krones, Grothe und Valvaſor). Entworfen von Herbert Otterſtädt. **V**, *1*, 43.

Weitere deutſche Herrenſitze im 16. und 17. Jahrhundert (nach v. Krones, Grothe und Valvaſor). Entworfen von Herbert Otterſtädt. **V**, [illegible] 44.

Die Ortsnamen, Markt- und Stadtgrün- anderen in Krain. Entworfen von Herbert Otterſtädt. **V**, *1*, 44.

Kroatien

Entſtehung des Nachwuchsdorfes Šidſki Banovci. Nach Fr. Renz entworfen von H. Schmidt. **III**, *1*, 145.

Ruma. Seine Entwicklung und ſein völkiſches Gefüge. Nach Angaben von H. Haller aufgenommen von K. Biſchof im Jahre 1936. **IV**, *2*, 288, Karte III.

Ausſchnitt aus dem Plan von Ruma (Weſtende) aus dem Jahre 1864, mit Nachtragungen bis 1900. Entworfen von H. Haller. **IV**, *2*, 305.

Das Deutſchtum in Slawonien und Syrmien, auf Grund der ſtaatlichen ungariſchen Bevölkerungszählung von 1910, dargeſtellt nach ſeiner abſoluten und relativen Stärke in den Steuergemeinden von Dr. Andreas Lutz unter Ausſcheidung der Waldgebiete bearbeitet von Dr. Boehm 1 : 400000. **V**, *1*, Faltkarte I.

Das Deutſchtum in Slawonien und Syrmien, auf Grund der ſtaatlichen jugoſlawiſchen Bevölkerungszählung von 1931, dargeſtellt nach ſeiner abſoluten und relativen Stärke in den Steuergemeinden von Dr. Wilhelm Sattler. 1 : 400000. **V**, *1*, Faltkarte II.

Luxemburg

Sprachgrenze und Staatsgrenzen im Luxemburger Raum. **II**, *1*, 42.

Die natürlichen Vegetationsgebiete im Bereiche des Großherzogtums Luxemburg. Entworfen von J. Schmithüſen. **II**, *1*, 45.

Die räumliche Gliederung der Landwirtſchaft zu Ende des 18. Jahrhunderts im Gebiete des heutigen Großherzogtums Luxemburg. Entworfen von J. Schmithüſen. **II**, *1*, 49.

Niederdonau, Reichsgau

Die Bevölkerung des nordöſtlichen Burgenlandes und des Weſtteiles der Geſpanſchaft Raab-Wieſelburg-Preßburg nach den Volkszählungen von 1934 (Öſterreich) und 1930 (Ungarn). Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, Faltkarte VIII.

Höhe der Siedlungslagen in Niederöſterreich (nach E. v. Niſcher-Falkenhof). **IV**, *1*, 126.

Die deutſch-madjariſche Volksgrenze nach dem Urbar der Herrſchaft Ung. Altenburg von 1566. Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, 803.

Wüſtungen nach 1529 im Gebiete der deutſch-madjariſchen Volksgrenze öſtlich des Neuſiedler Sees (nach Winkler). Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, 805.

Bevölkerungsverteilung nach Viſitationsprotokollen der Raaber Diözeſe von 1659 (nach Dr. Joſef Breu). Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, 807.

Vorherrſchende Betriebsgrößen der Bauerngüter vor der Bauernbefreiung im Gebiete der deutſch-madjariſchen Volksgrenze öſtlich des Neuſiedler Sees (nach Fényes, 1841). Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, 816.

Bonitierung der Böden vor der Bauernbefreiung im Gebiet der deutſch-madjariſchen Volksgrenze öſtlich des Neuſiedler Sees. Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, 817.

Herkunftsorte der vor dem Weltkriege zugewanderten Landarbeiterfamilien der Gutshöfe [illegible] und Tadtener Meierhof (nach dem Stande von 1934). Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, 824.

Der deutſch-madjariſche Grenzraum öſtlich des Neuſiedler Sees, a) die Verteilung der Meierhöfe und Schaflerhöfe um 1784, b) die Verteilung der Meierhöfe und Schaflerhöfe um 1869, c) die Verteilung der Meierhöfe 1930. Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, 826.

Niederlande

Die hausgeſchichtlichen Zuſammenhänge vor den mittelalterlichen Neuerungen in den Niederlanden und im nordweſtlichen Reichsgebiet. Entworfen von J. Schepers. **V**, *1*, 13.

Die hausgeſchichtlichen Zuſammenhänge nach den mittelalterlichen und neuzeitlichen Neuerungen in den Niederlanden und im nordweſtlichen Reichsgebiet. Entworfen von J. Schepers. **V**, *1*, 13.

Oberdonau, Reichsgau

Die Koloniſation durch die Witigonen in Öſterreich und Südböhmen. Entworfen von H. Zatſchek. **I**, *1*, Faltkarte II.

Siedlungsformenkarte des oberöſterreichiſchen Mühlviertels und des ſüdböhmiſchen Grenzgebietes. Entworfen und gezeichnet von A. Klaar. **I**, *1*, Faltkarte III.

Neumarkt im Mühlkreis, Grundriß. **I**, *1*, 133.

Rohrbach im Mühlkreis, Grundriß. **I**, *1*, 133.

Neufelden a. d. Mühl, Grundriß. **I**, *1*, 137.

Die Herkunftsorte der Anſiedler von Deutſch-Makra. Entworfen von Fr. Stanglica. **I**, *4*, 847.

Oberſchleſien

Mundartenkarten im Raume der oberſchleſiſchen Sprachinſel Koſtenthal. Entworfen von H. Weinelt (5 Karten). **II**, *2*, 396—400.

Der Raum Neiſſe, Neuſtadt OS., Hotzenplotz, Leobſchütz als Ausgangslandſchaft altſchleſiſcher Sprachinſeln. Nach E. Schwarz. **II**, *2*, 403.

Oſtpreußen

Das Gebiet dieſſeits und jenſeits des Unterlaufes der Memel. **II**, *3*, 544.

Pommern

Die Beſiedlung der nördlichen Grenzmark und Südoſthinterpommerns in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Entworfen und gezeichnet von H. G. Oſt. **I**, *1*, Faltkarte IV.

Die Regierungsbezirke Pommerns nach dem Abänderungsgeſetz vom 2. September 1938. **III**, *2*, 383.

Protektorat Böhmen und Mähren

(ſiehe auch Sudetenländer)

Die Koloniſation durch die Witigonen in Öſterreich und Südböhmen. Entworfen von Zatſchek. **I**, *1*, Faltkarte II.

Lipnice bei Pilſen (1838). Flurplan. **II**, *1*, 15.

Urwege und Kunſtſtraßen über die Iglauer Senke. Entworfen von A. Birk. **IV**, *3/4*, 571.

Rumänien

(ſiehe auch Banat und Siebenbürgen)

Steierdorf in den erſten Wochen der Anſiedlung (1774). **III**, *1*, Bildtafel 4, Vorderſeite.

Ortsplan von Steierdorf aus dem Jahre 1809. **III**, *1*, Tafel 4, Rückſeite.

Die Freibauernſchaften und Militärgrenzbezirke im öſtlichen Vorland Siebenbürgens. Entworfen von H. Haufe. **IV**, *2*, 317.

Einteilung der Flur Năpădeni. Aus H. H. Stahl. **IV**, *2*, 323.

Einteilung der Flur Cornova. Aus H. H. Stahl, **IV**, *2*, 324.

Jurceni. Ausſchnitt aus Erbfolge und Beſitzveränderung in einem Kleinadelsdorf. Nach A. V. Sava. Entworfen von H. Haufe. **IV**, *2*, 326.

Jurceni. Ausſchnitt aus der rumäniſchen Karte 1 : 100000. **IV**, *2*, 327.

Nişcani, etwa 1 : 30000. **IV**, *2*, 330.

Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Landbevölkerung in Rumänien nach Landkreiſen (Plăşi), Bevölkerungszählung 1930. Entworfen von Sabin Manuila. **V**, *3/4*, 609.

Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Landbevölkerung in Rumänien nach Regierungskreiſen (judete), Bevölkerungszählung 1930. Entworfen von Sabin Manuila. **V**, *3/4*, 609.

IOTEKA

Der Hundertſatz der Glaubensjuden an der Stadtbevölkerung in Rumänien nach Regierungskreiſen (judete), Bevölkerungszählung 1930. Entworfen von Sabin Manuila. **V**, *3/4*, 610.

Sachſen

Die Elſterübergänge im Bereiche von Zeitz (nach Schulz und Brinkmann). Entworfen von E. Storm. **V**, *1*, 136.
Rüſſen, Amtsh. Leipzig (1835). Flurplan nach R. Kötzſchke und W. Ebert. **II**, *1*, 14.

Schleswig-Holſtein

Die Hausformen Schleswigs und des weſtlichen Holſtein, gegliedert nach der Anordnung der Wohn- und Wirtſchaftsräume unter Berückſichtigung einiger wichtiger Konſtruktionsteile. Entworfen von H. Wenzel. **III**, *1*, Faltkarte VI.

Schweiz

Die Geburten der Schweiz im Jahre 1935. Entworfen von A. Burkardt. **II**, *1*, 177, Faltkarte I.
Der Geburtenüberſchuß der Schweiz im Jahre 1935. Entworfen von A. Burkardt. **II**, *1*, 193, Faltkarte II.

Siebenbürgen

Bevölkerungs- und Grundbeſitzverhältniſſe im Nösnerland 1910. Entworfen von A. Cſallner. **IV**, *1*, Faltkarte XII.
Hofbeſitz in Trappold 1935. Entworfen von A. Cſallner. **III**, *3/4*, 661.

Slowakei

Tſchechen in den Karpatenländern und ihr verhältnismäßiger Anteil an den Tſchechoſlowaken nach Verwaltungsbezirken (Volkszählung 1930). Entworfen von E. Wolters. **II**, *1*, 209, Faltkarte IV.
Leutſchau 1787, Grundriß, gezeichnet von Broſche. **I**, *3*, 620.
Kesmark, Grundriß gezeichnet von Broſche. **I**, *3*, 621.

Steiermark, Reichsgau

Die ſteiriſche Sprachgrenze nach der Volkszählung 1910. Entworfen von M. Schmidt und W. Neumann. **I**, *3*, Faltkarte XIII.
Die Burgenſtandorte in der Steiermark. Entworfen von W. Knapp. **I**, *4*, 87[illegible], Karte XVI.

Sudetenland, Reichsgau

(ſiehe auch Sudetenländer)

Die nordböhmiſchen Leinwandorte um 1600. Entworfen von G. Aubin. **I**, *2*, 362.
Stand der Beſiedlung des Iſergebirges um 1550 und die dann beginnende deutſche Erſchließung der Gebirgswä[illegible] Entworfen von M. Klante. **II**, *3*, 576.
Die Aſcherwälder der Reiditzer Hütte. Entworfen von M. Klante. **II**, *3*, 589.
Verbreitung der Familiennamen nach der Steuerrolle vom Jahre 1654 im Elbogener Land. Entworfen von R. Schreiber. **III**, *2*, 368.
Ländliche und ſtädtiſche Namengebung 1651 im Elbogener Land. Entworfen von R. Schreiber. **III**, *2*, 379.
Die Siedlungslandſchaft um Freudenthal. Entworfen von H. Weinelt. **III**, *3/4*, 601.
Herrſchafts-, Laut- und Flurnamengrenzen nördlich und öſtlich von Freudenthal. Entworfen von H. Weinelt. **III**, *3/4*, 619.
„anderen", „alte" und „Kind" in Nordmähren und Sudetenſchleſien. Entworfen von E. Weinelt. **III**, *3/4*, 620.
Bretterziergiebel der oſtmitteldeutſchen Kulturlandſchaft Freudenthal. Entworfen von E. Weinelt. **III**, *3/4*, 630.

Sudetenländer

(ſiehe auch Protektorat Böhmen und Mähren, Sudetenland [Reichsgau])

Eindringen und Verbreitung der deutſchen Stadtrechte in Böhmen und Mähren. Entworfen von W. Weizſäcker. **I**, *1*, Faltkarte I.
Bevölkerungsdichte in den Sudetenländern. Auf Grund der Tſchechoſlowakiſchen Statiſtik (1935). Entworfen und gezeichnet von E. Wolters. **I**, *2*, Faltkarte V.
Bereinigte Bevölkerungsdichte in den Sudetenländern. Auf Grund der Tſchechoſlowakiſchen Statiſtik (1935). Entworfen und gezeichnet von E. Wolters. **I**, *2*, Faltkarte VI.
Die Siedlungsgebiete der Deutſchen in der Tſchechoſlowakei. Unter Mitverwendung der ausſchließlich nach amtlichen Quellen auf Grund der Volkszählungsergebniſſe vom 1. Dezember 1930 bearbeiteten Nationalitätenkarte von Erwin Winkler. **II**, *2*, Faltkarte V.
Das weſt-öſtliche Kulturgefälle in den volkstümlichen Feuerſtätten der Tſchechoſlowakei. Entworfen von Br. Schier. **II**, *1*, 20.
Wachstum, Stillſtand, Rückgang der Bevölkerung durch Geburten und Sterbefälle in der Tſchechoſlowakei i. J. 1935. Entworfen und gezeichnet von E. Wolters. **I**, *2*, Faltkarte VII.
Staatsangehörige Tſchechen und Slowaken laut Volkszählung am 1. Dezember 1930. Entworfen von E. Wolters. **II**, *1*, 205.
Slowaken in den Sudetenländern und ihr verhältnismäßiger Anteil an den Tſchechoſlowaken nach Gerichtsbezirken (Volkszählung 1930). Entworfen von E. Wolters. **II**, *1*, Faltkarte III.
Kohlen-, Erz- und Erdöllagerſtätten im Sudetenraum. Entworfen von A. Watznauer und Fr. Wernicke. **III**, *1*, Faltkarte I.
Die Eiſen- und Metallwirtſchaft im Sudetenraum. Entworfen von M. Klante. **III**, *1*, Faltkarte II.

Deutſch-tſchechiſche Sprachgrenze in Mähren um 1350. Entworfen von E. Schwarz. **IV**, *1*, Faltkarte I.

Tirol-Vorarlberg, Reichsgau

Nordtiroler und Vorarlberger Burgſtellen. Entworfen von W. Knapp. **IV**, *1*, 111.

Burgen um Innsbruck. Entworfen von W. Knapp. **IV**, *1*, Faltkarte II.

Überſee

Kanada

Weſtkanada und ſein Deutſchtum. Entworfen von H. Lehmann. **II**, *4*, Faltkarte IX.

Vereinigte Staaten

Die pennſylvaniendeutſchen Siedelgebiete in Pennſylvanien und Maryland. Entworfen von E. Meynen. **III**, *2*, Faltkarte V.

Die Landſchaftsgeſtaltung Pennſylvaniens und Marylands. Entworfen von E. Meynen. **III**, *2*, Faltkarte VI.

Die Böden der deutſchpennſylvaniſchen Siedelgebiete. Entworfen von E. Meynen. **III**, *2*, Faltkarte VII.

Der Feldfruchtanbau in Pennſylvanien, auf Grund der Landwirtſchaftszählung der Vereinigten Staaten 1930, nach Gemeinden berechnet. Entworfen von E. Meynen. **III**, *2*, Faltkarte VIII.

Kohlen-, Erdöl- und Erdgaslagerſtätten in Pennſylvanien und Maryland und die pennſylvaniendeutſchen Siedelgebiete. Entworfen von E. Meynen. **III**, *2*, Faltkarte IX.

Feldaufteilung einer Hofſtätte, Grafſchaft Lancaſter, Pennſylvanien. Entworfen von E. Meynen. **III**, *2*, 269.

Feldaufteilung einer Hofſtätte, Grafſchaft Cumberland, Pennſylvanien. Entworfen von E. Meynen. **III**, *2*, 269.

Die mennonitiſchen Siedlungen in Südpennſylvanien in ihrer Beziehung zu den cambroordoviziſchen Kalkſteingebieten. Entworfen von E. Meynen. **III**, *2*, 269.

Die auf dem Lande oder in Kleinſtädten wohnenden Reichsſtämmigen im Mittelweſten der Vereinigten Staaten, errechnet auf Grund der Bevölkerungszählung der Vereinigten Staaten von 1910. Bearbeitet von H. Kloß. **III**, *2*, Faltkarte X.

Die auf dem Lande oder in Kleinſtädten wohnenden Reichsſtämmigen in Texas und Oklahoma, errechnet auf Grund der Bevölkerungszählung der Vereinigten Staaten von 1910. Bearbeitet von H. Kloß. **III**, *2*, Faltkarte XI.

Gehöftkarte des Townſhips Harbiſon, Grafſchaft Dubois, Indiana. **III**, *2*, 473.

Ungarn

(ſiehe auch Niederdonau, Rumänien und Sudetenländer)

Die natürliche Bevölkerungsvermehrung (Geburtenüberſchuß) im weſtlichen Ungarn: im Jahresdurchſchnitt 1921—1930 v. T. der Bevölkerung im Vergleich zum Landesdurchſchnitt (+ 9,6 v. T. jährlich) mit Deckblatt: Das deutſche Siedlungsgebiet im Donaulande Ungarns. Entworfen von A. Burkardt. **I**, *3*, Faltkarte XII.

Die deutſchen Siedlungen in Karpatenrußland (Tſchechoſlowakei). Entworfen von Fr. Stanglica. **I**, *4*, 841.

Das Deutſchtum im Vorland der deutſch-madjariſchen Volksgrenze öſtlich des Neuſiedler Sees im 18. Jahrhundert (Raaber Viſitationen 1748 und 1767. Entworfen von H. Lendl. **II**, *4*, 808.

Volkstanzlandſchaften der Schwäbiſchen Türkei. Entworfen von K. Horak. **II**, *4*, 837.

Karte der Verbreitung des Siebenſchritts in der Schwäbiſchen Türkei. Entworfen von K. Horak. **II**, *4*, 839.

Karte der Verbreitung des Neubayriſchen in der Schwäbiſchen Türkei. Entworfen von K. Horak. **II**, *4*, 847.

Karte der Verbreitung der Patſchtänze in der Schwäbiſchen Türkei. Entworfen von K. Horak. **II**, *4*, 849.

Karte der Verbreitung des Nonnentanzes in der Schwäbiſchen Türkei. Entworfen von K. Horak. **II**, *4*, 853.

Die deutſchen Mundarten Südweſt-Ungarns. Entworfen von H. Schmidt. **III**, *1*, Faltkarte III.

Herkunft der Siedler von Sekitſch (madj. Szeghegy ſerb. Sekić), Batſchka. Nach F. Lotz entworfen von H. Schmidt. **III**, *1*, 141.

Wartheland, Reichsgau

Verbreitung des Tuchgewerbes in Mittelpolen (1815). Entworfen von E. O. Koßmann. **I**, *2*, 382.

010178

~~BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU~~

CZ.558.6
40010